

Amtsblatt der Europäischen Union

C 326



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

66. Jahrgang

15. September 2023

Inhalt

IV Informationen

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER
EUROPÄISCHEN UNION

Europäisches Parlament

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 26. bis 29. Oktober 2015

2023/C 326/01	Ausführliche Sitzungsberichte vom 26. Oktober 2015	1
2023/C 326/02	Ausführliche Sitzungsberichte vom 27. Oktober 2015	78
2023/C 326/03	Ausführliche Sitzungsberichte vom 28. Oktober 2015	679
2023/C 326/04	Ausführliche Sitzungsberichte vom 29. Oktober 2015	1159

DE

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Montag, 26. Oktober 2015

IV

*(Informationen)*INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND
SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 26. bis 29. Oktober 2015

STRASSBURG

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 26. OKTOBER 2015

(2023/C 326/01)

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Erklärung der Präsidentschaft	3
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung; siehe Protokoll	3
4. Mitteilung des Präsidenten	3
5. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen; siehe Protokoll	4
6. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung); siehe Protokoll	4
7. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO)	4
8. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments; siehe Protokoll	4
9. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung); siehe Protokoll	4
10. Vorlage von Dokumenten; siehe Protokoll	4

Montag, 26. Oktober 2015

Inhalt	Seite
11. Arbeitsplan	4
12. Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung - Abkommen EU-Schweiz über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten - Besteuerung von Zinserträgen: Aufhebung der Zinsbesteuerungsrichtlinie (Aussprache)	7
13. Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen (Aussprache)	26
14. Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten (Aussprache)	36
15. Europäische Bürgerinitiative (Aussprache)	44
16. Die Ebola-Krise: langfristige Lektionen (Aussprache)	55
17. Mitteilung des Präsidenten	64
18. Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ARTEMIS - Entlastung 2013: Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) - Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ENIAC - Entlastung 2013: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (Aussprache)	64
19. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen	70
20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	77
21. Schluss der Sitzung	77

Montag, 26. Oktober 2015

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 26. OKTOBER 2015

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 17.05 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Mittwoch, 14. Oktober 2015, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Erklärung der Präsidenschaft

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Freitagmorgen stieß ein Reisebus frontal mit einem Lastwagen auf einer Landstraße in der Nähe von Bordeaux zusammen. Beide Fahrzeuge gingen in Flammen auf und brannten völlig aus. Bei einem der schwersten Busunglücke, das sich überhaupt jemals in Europa ereignet hat, verloren 43 Menschen – überwiegend Senioren, die auf einem Ausflug in die Pyrenäen waren und gerade wenige Kilometer von ihrem Heimatort weg waren – ihr Leben.

Gerade weil wir hier in Frankreich sind, wünsche ich im Namen des Europäischen Parlaments den Verletzten, die das Unglück überlebt haben, eine schnelle und vollständige Genesung, und ich spreche den Angehörigen der Opfer unser tief empfundenes Beileid aus. In unseren Gedanken sind wir bei den Hinterbliebenen und wünschen ihnen Kraft bei der Bewältigung des schrecklichen Verlusts ihrer Angehörigen.

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

4. Mitteilung des Präsidenten

Der Präsident. – Gemäß Artikel 166 der Geschäftsordnung habe ich beschlossen, den Abgeordneten Korwin-Mikke und Buonanno als Sanktion für die Störung des ordnungsgemäßen Ablaufs der Sitzung vom 7. Juli und vom 8. September beziehungsweise vom 6. und 7. Oktober den Anspruch auf Tagegeld für die Dauer von zehn Tagen zu streichen sowie sie ebenfalls für die Dauer von zehn Tagen von allen Aktivitäten des Parlaments und seiner Organe zu suspendieren.

(Beifall)

Mein Beschluss ist den Abgeordneten in der letzten beziehungsweise in der vorletzten Woche zugegangen. Die Herren Korwin-Mikke und Buonanno haben gemäß Artikel 167 der Geschäftsordnung daraufhin eine interne Beschwerde in Form eines Widerspruchs gegen diesen Beschluss eingereicht. Das Präsidium wird heute Abend über diese beiden Beschwerden entscheiden. Prozedural bedeutet das, dass das Präsidium meine Maßnahmen aufheben kann oder meine Maßnahmen bestätigen kann. Wir werden den Beschluss des Präsidiums den Abgeordneten unverzüglich mitteilen und die entsprechenden Inkraftsetzungen im Fall der Bestätigung der Beschlüsse vornehmen.

Montag, 26. Oktober 2015

5. **Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll**
6. **Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll**
7. **Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO)**

Der Präsident. – Am Mittwoch werde ich gemeinsam mit dem Präsidenten des Rates zwei Rechtsakte unterzeichnen, die gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommen wurden. Die Titel dieser Rechtsakte werden im Protokoll dieser Sitzung veröffentlicht.

Nun habe ich zur Geschäftsordnung eine Wortmeldung von Herrn Carthy.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Mr President, since we last sat here in Strasbourg we have witnessed a terrible tragedy in Ireland in which ten members of the Irish travelling community were burned while they slept in their beds on a residential halting site. With your agreement, I would like the minutes of this sitting to reflect this Parliament's condolences to the family. On that same weekend, a member of the Irish police force, An Garda Síochána, Tony Golden, was killed while on duty. Again, I would like – with your support – to include our condolences to his family in the minutes of these proceedings.

Der Präsident. – Herr Carthy! Wir prüfen selbstverständlich den Vorgang und werden dann entsprechend handeln.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, queríamos chamar a sua atenção para uma situação que consideramos ser da maior gravidade, e que tem que ver com uma absurda interferência dos serviços que V. Ex.^a dirige no tocante à intervenção dos deputados, limitando essa intervenção.

Falo da situação das perguntas com pedido de resposta escrita e da nova interpretação que lhe foi dada pela Comissão dos Assuntos Constitucionais. A questão é que as justificações que estão a ser submetidas pelos deputados — justificações de urgência — estão a ser postas em causa pelos serviços. É importante percebermos quem está a tomar esta decisão, e com que base é que decidem se é legítima ou não a justificação de urgência apresentada por um deputado.

Precisamos de saber quem está a tomar estas decisões, e com base em que princípios está a tomá-las.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr João Ferreira. Ich bin von meinen Dienststellen darauf aufmerksam gemacht worden, dass Sie diese Anträge stellen wollten. Ich kann Ihnen im Moment die entsprechende Interpretation des Artikels 130 nicht hier vortragen. Mir ist aber gesagt worden, dass eine entsprechende Analyse Ihrer Anfrage in Arbeit ist. Sie wird Ihnen unverzüglich zugestellt.

8. **Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll**
9. **Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll**
10. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
11. **Arbeitsplan**

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 22. Oktober 2015, gemäß Artikel 149 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden.

Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

Montag, 26. Oktober 2015

Montag: keine Änderungen.

Dienstag und Mittwoch:

Im Einvernehmen mit den Fraktionen schlage ich Ihnen zunächst vor, folgende Änderungen der Tagesordnung vorzunehmen. Die beiden Erklärungen der Vizepräsidentin der Kommission und hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik über die Lage in Israel und Palästina sowie die Situation im Sudan werden von Mittwochnachmittag auf Dienstagnachmittag vorgezogen und nach der Haushaltsdebatte auf die Tagesordnung gesetzt. Die Erklärung der Kommission über die Europa-2020-Strategie sowie der Bericht Soru werden von Dienstagnachmittag auf Mittwohabend verlegt, und zwar vor die Erklärung der Kommission über den Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu Finanzmitteln.

Gibt es dagegen Einwände? Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so geändert.

Paul Rübig (PPE). – Herr Präsident! Ich hätte eine Bitte: Die Abstimmungen am Donnerstag werden wieder sehr umfangreich sein. Vielleicht wäre es möglich, die Abstimmungen eine halbe Stunde früher beginnen zu lassen.

Der Präsident. – Herr Rübig! Wenn ich dann beim Donnerstag bin, werde ich darauf zurückkommen.

Die EVP-Fraktion beantragt, eine Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik über Georgien und insbesondere die Situation des Fernsehsenders Rustavi 2 am Mittwochnachmittag auf die Tagesordnung zu setzen, und zwar mit einer Entschließung.

Elmar Brok, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie bitten, trotz der interfraktionellen Überlegungen erst eine Delegation zu machen und das in der Mini-Plenumentagung zu tun, diese Frage jedoch jetzt schon in dieser Woche zu behandeln.

Denn die Entscheidung in dem etwas seltsamen gerichtlichen Verfahren läuft jetzt. Wenn wir das im Mini-Plenum machen, ist die Entscheidung gefallen. Dann können wir eine Entscheidung protestieren, heute können wir die Entscheidung vielleicht noch aufhalten.

Ich glaube, das scheint mir eine wichtige Angelegenheit zu sein. Es kann im Rahmen der östlichen Partnerschaft nicht gut sein, dass in einem Land, mit dem wir ein Assoziierungsabkommen haben, der letzte nicht von der Regierung kontrollierte Fernsehsender lahmgelegt wird. Im Vorjahr des Wahljahres scheint mir das eine schwierige Situation und von prinzipieller Bedeutung für die Meinungsfreiheit zu sein.

Ich weiß, es ist eine Bestätigung da, das in der November-Sitzung zu machen. Aber ich bitte Sie, dies auch wegen der Dringlichkeit dieser Sonderfrage noch einmal zu überdenken. Ich habe noch nie darum gebeten, eine Dringlichkeit vorzuziehen, bitte jetzt jedoch darum, dass man das dieses Mal vielleicht doch macht, und bitte die Kolleginnen und Kollegen, dies zu unterstützen.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Mr President, I would like to appeal to everyone not to take this issue on the agenda this week because indeed, as has been mentioned, the delegation will travel at the end of this week and it will be the first ever parliamentary association committee meeting with Georgia. It would be very damaging to take positions now. We will certainly have a possibility to discuss with our colleagues, both from government and opposition, during that visit.

Secondly, may I just point out that, when during the previous government a similar case was raised (the closure of Imedi Television by the government), there was no reaction from the same people who now want to propose a resolution.

Thirdly, as Co-President of the Euronest Parliamentary Assembly, I am very worried that we are damaging our institutional credibility by adopting double standards. We cannot afford that. The situations are serious enough in several Eastern partner countries.

Der Präsident. – Wir lassen über den Antrag der EVP-Fraktion abstimmen, Georgien, insbesondere die Situation des Fernsehsenders Rustavi 2, am Mittwoch dieser Woche auf die Tagesordnung zu setzen.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

Montag, 26. Oktober 2015

Die Tagesordnung bleibt unverändert.

Die GUE/NGL-Fraktion beantragt, eine Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik zum 40. Jahrestag des Grünen Marsches in die Westsahara am Mittwochnachmittag auf die Tagesordnung zu setzen.

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, el próximo 6 de noviembre se cumplen cuarenta años de la Marcha Verde. Cuarenta años de ocupación marroquí del Sáhara Occidental, territorio a descolonizar según el artículo 73 de la Carta de las Naciones Unidas. Cuarenta años de abandono por parte de los sucesivos Gobiernos españoles. La Unión Europea no presta atención política a este conflicto y contribuye así a consolidar el *statu quo* y a mantener la parálisis de los planes de las Naciones Unidas para este territorio. Si de verdad la Unión Europea quiere ser la defensora de los derechos humanos que pretende, es necesario que este asunto se ponga sobre la mesa. Son más de noventa mil personas las que llevan cuarenta años fuera de su tierra por la ocupación marroquí. Esta misma gente es víctima, hoy, de las recientes lluvias torrenciales que han devastado los campos de refugiados en la región de Tinduf. Urge tratar este tema. No podemos seguir mirando para otro lado. Y, para eso, pido su apoyo.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Monsieur le Président, ce n'est évidemment pas parce qu'il s'agit de l'anniversaire d'une marche verte que j'interviens. Mais cet anniversaire aura lieu à peu près en même temps que la session de novembre I, la mini-session qui se tiendra à Bruxelles. Je pense donc que nous pouvons accéder à la demande du groupe GUE en plaçant ce débat dans cette micro-session que nous tiendrons à Bruxelles.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, je crois tout d'abord qu'il est un peu tôt pour discuter du 6 novembre, nous sommes encore en octobre. Je sais que du côté communiste, on pense aux anniversaires très en avance, mais il ne faut pas accélérer les choses. Et puis, je ne crois pas que ce soit un sujet à débattre ici; je sais que cela fait débat en Espagne, cela fait débat aussi dans d'autres pays, mais je crois que ce n'est pas un sujet à discuter au Parlement européen. Je ne vois pas le lien. Peut-être s'il y avait un échange au sein de la délégation pour les relations avec les pays du Maghreb; mais il faudrait en discuter tout d'abord là-bas.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señor Presidente, apoyamos la propuesta del señor Lamberts de pasarlo al periodo parcial de sesiones de noviembre I.

Der Präsident. – Dann machen wir das so.

Frau Zimmer, dann hätte ich nur die Bitte, dass Sie dies für die vorbereitende Sitzung für die Konferenz der Präsidenten, die diese Tagesordnung dann berät, beantragen. Dann sehen wir, ob wir es auf die Tagesordnung nehmen oder nicht.

Donnerstag:

Herr Kollege Rübig hat eben darum gebeten, dass wir am Donnerstag die Abstimmungsstunde um 30 oder 45 Minuten vorziehen.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Ich glaube, das ist das erste Mal, dass ich hier einen einstimmigen Beschluss sehe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache Sie allerdings auf zwei Dinge aufmerksam: Die Abstimmungsstunde dauert 30 bis 45 Minuten. Das war jetzt mein Irrtum. Wir ziehen sie um 30 Minuten vor.

Das verkürzt natürlich die Redezeit der Fraktionen um 30 Minuten. Bei mir eingehende Beschwerdeschreiben über die fehlende Redezeit werde ich in Kopie an alle diejenigen weiterleiten, die jetzt gerade hier abgestimmt haben.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ne approfitto per sottolineare una cosa: spesso il giovedì mattina ci troviamo a discutere delle urgenze, e come in questo caso avremo un taglio addirittura di più di mezz'ora. Condivido quello che diceva il collega Rübig, però sottolineo che le urgenze spesso non vengono prese troppo sul serio per l'assenza dei colleghi in Aula ma anche di un tempo adeguato per poterle discutere.

Montag, 26. Oktober 2015

Non sarebbe meglio spostarle tutte quante nelle mini plenarie di Bruxelles? Formulo questa richiesta e spero che l'Ufficio di presidenza ne possa prendere atto e ragionarci sopra.

Der Präsident. – Herr Castaldo! Ich habe volles Verständnis für Ihren Antrag. Aber ich muss Sie jetzt bedauerlicherweise darüber informieren, dass wir am Donnerstag überhaupt keine Dringlichkeiten auf der Tagesordnung haben. Es gibt gar keine. Am Donnerstagsmorgen haben wir normale Aussprachen. Und zwar, weil wir im Oktober immer zwei Sitzungen haben, gibt es in der Oktober-II-Tagung keine Dringlichkeitendebatte. Aber wir nehmen das vom Grundsatz für das nächste Mal mit.

Im Übrigen gibt es auch noch den Donnerstagnachmittag als Arbeitstag.

Anne Sander (PPE). – Monsieur le Président, simplement pour apporter une précision, et pour répondre sur le manque de temps et sur la possibilité de déplacer les débats à la mini-session de Bruxelles, moi, je voudrais plutôt intervenir pour dire: utilisons déjà le temps prévu pleinement pendant la session à Strasbourg. Je rappelle que le jeudi après-midi est un temps dévolu à la session, donc utilisons le jeudi après-midi comme c'est prévu dans les traités. Et nous pourrions ensuite imaginer de reporter les débats à Bruxelles.

Le Président. – Madame la députée, vous n'avez peut-être pas écouté ce que je viens de dire. M^{me} Sander, je parle déjà depuis une minute avec vous, malheureusement vous ne m'écoutez pas. C'est exactement ce que je viens de dire, le jeudi après-midi est aussi une journée de travail. Nous sommes donc tout à fait du même avis.

L'ordre des travaux est ainsi fixé.

12. Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung - Abkommen EU-Schweiz über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten - Besteuerung von Zinserträgen: Aufhebung der Zinsbesteuerungsrichtlinie (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über

— den Bericht von Markus Ferber im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung (COM(2015)0135 - C8-0085/2015 - 2015/0068(CNS)) (A8-0306/2015),

— den Bericht von Jeppe Kofod im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Änderungsprotokolls zu dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Regelungen, die den in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen gleichwertig sind (08266/2015 — C8-0169/2015 - 2015/0076(NLE)) (A8-0271/2015) und

— den Bericht von Molly Scott Cato im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Aufhebung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates (COM(2015)0129 - C8-0086/2015 - 2015/0065(CNS)) (A8-0299/2015).

Markus Ferber, Berichterstatter. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist heute das erste Mal, dass wir über konkrete Gesetzgebung nach der LuxLeaks-Affäre diskutieren.

Deswegen halte ich es schon für eine sehr wichtige Debatte, weil es darum geht, dass wir als Parlament hier ein klares Signal aussenden, für Klarheit, für Transparenz, für fairen Steuerwettbewerb in der Europäischen Union. Denn gerade im Bereich des Steuervorbescheides sind die Mitgliedsstaaten zwar heute schon zum Informationsaustausch verpflichtet, aber es hat bisher nicht funktioniert – um es mal ganz deutlich zu sagen.

Montag, 26. Oktober 2015

Ich will mich zu Beginn dieser Debatte ausdrücklich bei der Kommission, insbesondere bei der Wettbewerbskommissarin, dafür bedanken, dass sie das Thema fairer Steuerwettbewerb auch unter dem Gesichtspunkt der Staatsbeihilfe adressiert. Denn nichts anderes ist es am Ende ja dann. Deswegen muss es hier auch aufgegriffen werden.

Die Kommission hat einen Vorschlag vorgelegt, wonach alle Steuerbescheide, die grenzüberschreitende Bedeutung haben, auch den Mitgliedsstaaten in einem automatischen Verfahren zur Verfügung gestellt werden. Ich halte diesen Vorschlag der Kommission für einen ersten guten Ansatz. Aber wir haben uns im Wirtschafts- und Währungsausschuss darüber hinaus deutlich dafür ausgesprochen, eine Vielzahl von Maßnahmen mit aufzunehmen.

Ich will nur ein paar wenige Stichworte nennen: Anwendungsbereich. Wir haben uns dafür ausgesprochen, dass im Anwendungsbereich alle gültigen Steuervorbescheide, soweit sie nicht natürliche Personen – also juristische Personen – betreffen, in dieses Verfahren aufgenommen werden sollen. Also alle Steuervorbescheide für juristische Personen, eine deutliche Ausweitung!

Wir haben uns dafür ausgesprochen, dass die Informationen sofort ausgetauscht werden sollen, nicht erst alle drei Monate, wie es die Kommission vorgeschlagen hat. Wir haben darüber hinaus gefordert, dass hier zusätzliche Informationen aufgenommen werden sollen: eine Steuer-Identifikationsnummer, abweichende Steuersätze, Informationen, sofern Abweichungen vom normalen Steuerrecht angewandt werden, und ähnliches mehr.

Wir haben ausdrücklich gesagt, dass die Kommission diese Informationen auch im Rahmen des Wettbewerbsrechts zur Anwendung bringen kann. Wir halten das für einen ganz wichtigen Punkt, denn nur so werden wir Druck ausüben können, dass hier das Steuerrecht nicht gegen die Mitgliedsstaaten oder gegen Nachbarstaaten angewandt wird, sondern dass sich jeder bewusst ist, dass er sich auch mit den Wettbewerbs- und Beihilferegeln auseinandersetzen muss, wenn er einen entsprechenden Steuervorbescheid erlässt.

Ich bin enttäuscht – und ich will dies in aller Deutlichkeit sagen –, dass der Rat sich am 6. Oktober auf einen Vorschlag verständigt hat, der weit unterhalb dessen bleibt, was die Kommission vorgeschlagen hat. Nämlich nur grenzüberschreitende Steuervorbescheide und Verrechnungspreisvereinbarungen sollen hier benannt werden – ohne genau zu wissen, was das heißt. Der Rat bleibt da unklar.

Das Inkrafttreten soll noch einmal um ein Jahr verschoben werden. Rückwirkung auf fünf Jahre – nicht wie wir sagen, alle gültigen Steuervorbescheide. Deswegen bin ich schon enttäuscht. Ich will es sehr deutlich zum Ausdruck bringen, dass die Finanzminister der Mitgliedstaaten das Versprechen, das auch hier im Parlament, das im Sonderausschuss, aber auch im Wirtschafts- und Währungsausschuss immer wieder gegeben wurde, hier einen Beitrag für Klarheit und Transparenz leisten zu wollen, nicht erfüllt haben.

Deswegen mein eindringlicher Appell an die Mitgliedsstaaten, mit dem Europäischen Parlament hier in ernsthafte Verhandlungen einzutreten, um das Bestmögliche zu erreichen, nämlich dass wir im Bereich der Steuervorbescheide und der Steuerpreisabsprachen zu einem klaren, transparenten europäischen Modell kommen, das das Steuerrecht nicht zu Lasten des Nachbarn macht, sondern dafür sorgt, dass für jede gemäß seiner Leistungsfähigkeit dort, wo Wertschöpfung stattfindet, auch eine Besteuerung stattfindet.

Ich freue mich, dass das im Ausschuss eine breite Unterstützung gefunden hat, und ich hoffe, dass es auch im Plenum eine breite Unterstützung finden wird.

Montag, 26. Oktober 2015

PUHETTA JOHTI ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

varapuhemies

Elisa Ferreira, *relatora suplente*. – Senhora Presidente, Caros colegas, Senhor Comissário, eu queria começar por cumprimentar o relator e agradecer o espírito de compromisso que presidiu ao trabalho coletivo, no âmbito do Parlamento Europeu, nesta matéria. Hoje, mais tarde, na Comissão especial TAXE, que foi criada após o escândalo *Luxleaks*, também votaremos outro relatório e esperamos que o espírito de compromisso também prevaleça.

De facto, passou um ano desde o escândalo *Luxleaks* e o problema da troca de informações é apenas um daqueles que precisam de ser tratados de forma urgente e de forma séria, através de um compromisso, não só dentro do Parlamento mas também sob a forma de um acordo interinstitucional, que inclua a Comissão e também o Conselho, de modo a introduzir, na cultura europeia, uma nova forma de abordar a fiscalidade.

É neste sentido que eu queria começar por cumprimentar a Comissão pelo número de iniciativas que já trouxe a debate, que já trouxe à luz, e pedir à Comissão Europeia que não desista deste combate.

É indispensável haver uma posição forte deste Parlamento, que nós estamos a construir. É indispensável a posição forte da Comissão Europeia. Mas também é preciso que haja uma posição credível da parte do Conselho. E, neste sentido, eu subscrevo também o que acaba de dizer o meu colega Ferber sobre a desilusão que foram as decisões, de 6 de outubro, do Conselho ECOFIN, não só no que diz respeito à data da entrada em vigor dos novos procedimentos, mas nomeadamente a 3 outros níveis.

Primeiro, é inaceitável que o acordo de troca de informações sobre acordos até agora secretos, que privilegiam as multinacionais em matéria de fiscalidade, permita que estes sejam adotados e trocados entre Estados-Membros, sem atribuir à Comissão Europeia a função que ela tem de exercer. A Comissão Europeia tem de ser a plataforma onde essa troca de informações se faz, de modo a evitar que aquilo que foi o esboroamento de todos os compromissos entre Estados que existiram até agora continue a ser a norma europeia. A Comissão Europeia tem de ser a plataforma de troca.

Em segundo lugar, é inaceitável que os governos tenham limitado essa troca de informações aos *rulings* concedidos nos últimos 5 anos, quando a proposta da Comissão Europeia era de 10 anos, havendo inúmeros acordos que estão ainda em vigor e que, portanto, têm de ser tornados acessíveis às administrações fiscais, seja qual for o período em que começaram ou, pelo menos, que todos os que estão ainda vigentes sejam objeto desta troca de informações.

Por último, queria ainda referir o facto de todos os *rulings*, todas estas trocas, todos estes acordos, terem de ser transmitidos, porque, no mercado interno, as vantagens que são atribuídas num único Estado-Membro a uma multinacional têm automaticamente impacto sobre a matéria coletável em todos os outros Estados. E, portanto, não faz qualquer sentido limitar a obrigação de troca de informações às trocas que ocorrem entre Estados, quando, de facto, o acordo acaba por criar, no mercado interno com livre circulação de capitais, um risco de perda fiscal para todos os outros Estados.

Em resumo, há uma nova agenda europeia nesta matéria. O Parlamento está a trabalhar de boa-fé. A Comissão está a trabalhar de uma forma intensa, e queremos que continue. Mas o Conselho tem de agir com lealdade, com determinação, de modo a corrigir a situação de injustiça fiscal na Europa e restabelecer a confiança dos europeus, dos cidadãos, que são aqueles que pagam os impostos, em matéria fiscal, na seriedade do trabalho do projeto integrado em que todos acreditamos.

Molly Scott Cato, *rapporteur*. – Madam President, the Green Group believes that we are in a tax crisis. We see governments – not just of remote tropical islands, but within our very own Union – agreeing bargain deals with multinational corporations.

Our citizens pay the price for this: seeing the public sector starved of investment and our SMEs losing out because they simply cannot compete with the low rates of tax that multinationals can arrange for themselves.

Montag, 26. Oktober 2015

Taxation and, more importantly, tax justice is of the utmost importance for European citizens. As we approach the anniversary of the Luxleaks scandal, I wish to focus on a key issue of this debate: the question of who should know what about tax. So how much do we know? The answer is that we know a lot less than we need to in order to be able to develop policies that reassure our citizens that corporations are paying the taxes they should. As an elected representative and member of the TAXE Committee, there are still a great many vital documents that I do not have access to.

Last November, people across Europe were horrified to find out that the Commission President himself had been the architect of a secret system of sweetheart tax deals for some of the world's most powerful corporations. Yet, without the actions of the brave whistleblower, Antoine Deltour, they would have known nothing about this.

So how can it be right that it is Deltour who is facing legal action whereas the architects of the dodgy tax deals do not face redress? Very few of the people I represent think that Deltour is the guilty party on the issue of tax avoidance.

The first real sign that the Commission means business came last week with the announcement of the results of the inquiries into the tax affairs of Starbucks and Fiat and the demand for tax to be recovered. Such inquiries still have a long way to go and, while I congratulate Commissioner Vestager on her activities so far, I would encourage her to widen and deepen her investigation.

In March this year the Commission presented a tax transparency package, which included the files that we are focussing on today. They proposed the repeal of the 2003 Savings Tax Directive, which provided tax authorities with the information they needed to ensure tax was not avoided, but has now been superseded by a new directive that has wider scope. I was the rapporteur on this repeal and I undertook a thorough investigation of the risk that it might open up loopholes to facilitate further tax avoidance. I had excellent support from my shadows, and we agreed jointly that we would support the repeal.

The Directive on Administrative Cooperation is now being extended to call for automatic exchange of information on tax rulings. So important was this piece of the package that the Council, in a break with tradition, proceeded without hearing Parliament's position. This is extremely disappointing, as we have made some significant improvements on the Commission proposal, notably extending the scope of tax rulings considered.

However, returning to my central point, we do not believe Parliament has been ambitious enough on how information will be made available. As Greens we call for the Commission's central directory of rulings to be made public not only to the Commission and other Member States, but for European citizens as well. This call for public information will be reintroduced as an amendment before plenary, as we believe it is what the people of Europe wish to see.

As I said at the start of my speech, the central issue of the Luxleaks scandal was the lack of public information. Senior politicians, tax accountants and corporate bosses knew exactly what was going on in the cosy world of what they call tax rulings, but as a parliamentarian I knew nothing, and those I represent knew nothing. It is for this reason that the Greens in Parliament will settle for nothing less than full publication of tax information. It is only when politicians know that their deals with corporations may become known to their electors that they will act in the interest of those electors, and it is only when corporate lawyers consider the reputational damage that might follow shady tax deals that they will stop spending so much time devising these elaborate webs of tax avoidance.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Bár mind a három riportőrnek feltehettem volna ezt a kérdést, csakhogya közvéleményt minél jobban tudjuk informálni, a Bizottság nagyságrendi becslése szerint mekkora az az éves adómenyiség, amit a nagyvállalatok nem fizetnek be? Mekkora kár éri az európai polgárokat? Nagyon sok számot hallunk. Egy hozzávetőleges számot tudna-e mondani képviselő asszony?

Molly Scott Cato (Verts/ALE), blue-card answer. – Thank you very much for that rather challenging question. I have not brought the data with me today and I realise that you do not have a chance to blue-card the Commissioner, but the Commission has actually prepared information. It is, though, obviously extremely difficult to estimate this because we do not have the information there. Part of the point of calling for publication of tax rulings is that it will give us more information, enabling us to estimate how much tax has gone astray. I again congratulate Commissioner Vestager, as she has made an estimate of how much has not been paid by those two corporations, and I think we need further investigations of that type in order to have a real sense of the scale of this problem and the loss to the public exchequers of our

Montag, 26. Oktober 2015

Member States.

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les rapporteurs, la planification fiscale agressive est devenue une source majeure de préoccupation au sein de l'Union et au niveau mondial, notamment dans le cadre des travaux de l'OCDE et du G20.

Accroître la transparence en matière de rescrits fiscaux entre les autorités fiscales des États membres constitue une étape importante – je dirais même majeure – pour lutter contre cette planification fiscale agressive et l'évasion fiscale. En effet, les décisions prises par la Commission la semaine dernière dans le cas de Fiat au Luxembourg et dans celui de Starbucks aux Pays-Bas vont dans ce sens. La coopération qui est la mienne avec M^{me} Vestager et ses services est excellente.

Les États membres disposent aujourd'hui d'une marge d'appréciation pour décider si une décision d'anticipation en matière fiscale peut être pertinente dans un autre pays de l'Union européenne, c'est ce qu'on appelle l'échange d'informations à la demande. Or, ce manque de transparence sur les rescrits fiscaux est exploité par certaines sociétés en vue de réduire artificiellement leurs contributions fiscales! C'est devenu tout simplement intolérable pour nos concitoyens qui ont été appelés à contribuer fortement pour résoudre les déficits pendant la crise et qui ont un comportement civique. C'est la raison pour laquelle nous avons présenté, en mars 2015, une proposition ambitieuse pour instaurer un échange automatique d'informations sur les rescrits fiscaux entre tous les États membres. Je tiens à remercier M. Ferber pour la qualité de son rapport sur cette proposition. Nous avons toujours eu des échanges fructueux sur ce sujet.

Les États membres sont parvenus, le 6 octobre, à un compromis, un accord politique que je crois tout à fait opportun, étant entendu que nous avons eu, la veille, la publication des recommandations BEPS par l'OCDE, qui ont ensuite été adoptées par le G20 à Lima dans le cadre des réunions du FMI. Je suis d'accord avec M. Lamassoure qui préside encore la commission spéciale TAXE: le travail du Parlement dans ce domaine a exercé – et je veux vous en remercier sur tous les bancs – une pression décisive sur les États membres pour parvenir à un accord. Le Parlement n'était pas autour de la table du Conseil ECOFIN, mais l'esprit du Parlement a pesé sur ses décisions. Cet accord politique – il faut le prendre pour ce qu'il est – est un signal fort, fort de la part de l'Union européenne: il nous a permis de présenter, à Lima, un front commun et ambitieux de l'Union européenne pour plus de transparence fiscale, et j'ai pu encourager, dans le cadre de la réunion du G20, nos partenaires à faire de même et à transformer cette initiative européenne en standard global ou mondial.

M. Ferber a exprimé une déception, un peu atténuée par M^{me} Ferreira, et je voudrais répondre là-dessus. Bien sûr, vous avez soulevé trois points: d'abord, la volonté qu'on aille au-delà des rescrits fiscaux transfrontières pour englober l'ensemble des rescrits fiscaux, ensuite un regret que la période de rétroactivité n'ait pas été plus longue et enfin, une nuance sur le fait que nous aurions pu aller plus vite dans la mise en œuvre de ce texte. Pour tout vous dire, la Commission n'est pas en désaccord avec vous, Monsieur le rapporteur. Il est vrai que la proposition initiale de la Commission allait plus loin que ce qui a été adopté par le Conseil, mais Mesdames et Messieurs les parlementaires, vous savez comment fonctionne le Conseil. La procédure est très compliquée, il faut pouvoir adopter à l'unanimité les décisions en matière fiscale et, en l'occurrence, nous l'avons fait non seulement à l'unanimité mais très vite, puisqu'il a fallu sept mois entre le dépôt de la proposition de la Commission et l'adoption de ce texte par le Conseil ECOFIN, et la Commission a consenti à ce compromis.

Pourquoi? Parce que notre sentiment est que les grands principes de notre proposition sont maintenus dans ce texte, y compris l'échange automatique des rescrits fiscaux, y compris le large champ d'application couvert, y compris l'échange d'informations entre tous les États membres, y compris l'implication de la Commission – et cela a pu être discuté à tel ou tel moment. Il y a une bonne dose de rétroactivité, dix ans auraient été mieux à mes yeux que cinq, mais cinq – pardonnez-moi cette lapalissade comme on dit en français – étaient mieux que les trois ans qu'on nous a proposés un moment et qui auraient commencé à être problématiques.

Montag, 26. Oktober 2015

Enfin, il y a le calendrier de mise en œuvre. J'avais souhaité que le texte puisse entrer en vigueur dès la fin du premier trimestre de l'année 2016, mais les États ont fait valoir – ce qui n'est pas tout à fait faux, honnêtement – les délais de transposition et de vote de tels textes. Au final, je dirais qu'il s'agit d'un compromis raisonnablement ambitieux qui ne conduit pas – c'était essentiel à mes yeux et aux yeux de la Commission, et je peux vous assurer que nous n'aurions pas consenti à autre chose – à dénaturer notre proposition; c'est un compromis de bonne qualité, qui marque une étape très significative.

Je tiens à souligner que l'implication de la Commission a été maintenue dans le texte de compromis. C'est une bonne nouvelle je pense pour la Commission, mais aussi pour l'intérêt général et pour le Parlement européen, car cette implication est essentielle au suivi du fonctionnement de la directive, elle accroît la crédibilité de l'engagement des États membres, et elle est pleinement soutenue, je le sais par vous, le Parlement européen, et je voulais vous en remercier. Si nous étions restés dans un pur échange entre États membres, sans implication de la Commission, le risque – comment dire – que les administrations entre elles travaillent non pas de connivence mais avec parfois quelques accommodements n'aurait pas pu être totalement écarté.

Laissez-moi vous dire quelques mots sur les deux autres rapports qui sont en discussion aujourd'hui. D'abord, l'accord signé le 27 mai entre l'Union européenne et la Suisse concernant l'échange automatique de renseignements financiers est un accord historique qui marque – et je crois que pour nos concitoyens, c'est symboliquement extrêmement fort – la fin du secret bancaire suisse pour les résidents de l'Union. Il s'agit d'une démarche majeure dans la lutte contre l'évasion fiscale, en ligne avec l'objectif de garantir une imposition plus équitable à nos concitoyens. Je me réjouis que cette analyse soit partagée par le rapporteur, M. Kofod, dans son projet de résolution favorable à la conclusion de l'accord et bien sûr, j'incite cette assemblée, votre Parlement, à suivre l'avis de la commission des affaires économiques et financières et à soutenir pleinement cette initiative.

Nous avons aussi proposé l'abrogation des dispositions de la directive sur la fiscalité de l'épargne, du fait de l'entrée en vigueur, à partir de janvier prochain, des mesures de la directive adoptée fin 2014 sur l'échange automatique des données financières. J'ai quelque expérience dans le domaine, ayant été ministre des finances dans une vie antérieure pas si lointaine. On peut regretter en premier lieu que la directive sur la fiscalité de l'épargne ait été adoptée si tard, à tel point qu'elle est tombée en obsolescence immédiatement après son adoption. Cela doit être une leçon pour nous sur le fait qu'il faut aller vite et de manière déterminée en la matière, mais il se trouve en effet que le nouveau standard dépasse ce que pouvait apporter la directive sur la fiscalité de l'épargne et, dès lors, je me réjouis du rapport de M^{me} Scott Cato, que je remercie, lequel préconise le retrait de cette directive. Je me permets, et elle le comprendra, de lui faire une petite remarque: je trouve que la façon dont vous avez parlé du président de la Commission, Jean-Claude Juncker, est un peu expéditive et je m'en remettrai pour ma part à ce que dira la commission TAXE qui, je le rappelle, a auditionné le président qui est venu s'expliquer devant elle. Je pense qu'il est, quand on parle du responsable d'une institution aussi importante, des mots qu'il faut être capable de maîtriser et d'ajuster.

La Commission rendra compte, dans le cadre du rapport au Conseil et au Parlement, de l'efficacité des mesures qu'elle est tenue de présenter sur le fonctionnement de l'échange automatique de renseignements sur la base des obligations établies par la directive relative à la coopération administrative dans le domaine fiscal. La Commission ne manquera pas de profiter entretemps des occasions fournies par le dialogue structuré avec le Parlement et sa commission des affaires économiques et financières pour informer sans délai les membres de votre institution de tout développement significatif.

En résumé, je pense que nous sommes aujourd'hui en train de débattre sur une démarche qui est une démarche majeure et novatrice. Je l'appelle la révolution de la transparence: il y a d'une part la pression de l'opinion, de l'autre l'évolution des technologies et des médias, mais aussi le rôle de votre Parlement, la volonté de la Commission, et le fait que les États membres se sentent là aussi engagés à agir. J'ai la conviction qu'avec notre action commune – et nous remercions encore une fois les rapporteurs et les différents parlementaires –, cette révolution de la transparence ne s'arrêtera pas.

J'ajouterai que la volonté politique de la Commission – et la mienne en particulier – est, pendant les cinq ans du mandat de cette Commission, de continuer à avancer de manière résolue. Je pense aussi au principe de taxation effective qui veut que les profits des entreprises, notamment multinationales, soient taxés là où ils sont créés, je pense à la relance du projet d'ACCIS/CCTB qui est important à la fois pour la transparence et pour l'efficacité économique. Je pense enfin à la question de la publication d'informations pays par pays, sur laquelle la Commission avance et sur laquelle j'ai aussi eu l'occasion de faire part de ma volonté. Il s'agit bien d'une révolution de la transparence et, aujourd'hui, nous enregistrons une étape, mais ce n'est pas, pour nous, la fin de ce combat.

Montag, 26. Oktober 2015

Andreas Schwab, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der Debatte dreht sich heute ja nicht nur um den Bericht des Kollegen Ferber, dem ich sehr herzlich zu seiner erfolgreichen Arbeit an diesem wichtigen Dossier gratulieren möchte, sondern es geht auch um den automatischen Informationsaustausch mit Drittstaaten über Finanzkonten insgesamt in der Europäischen Union. Das ist ein unglaublich komplexes Thema, bei dem wir aufpassen müssen, dass wir die Grundlogik der Zusammenarbeit in der Europäischen Union, die Grundlogik des europäischen Binnenmarktes, nicht aus den Augen verlieren.

Für viele sind die Einzelheiten der Gesetzgebung, über die wir hier sprechen, nicht wirklich entscheidend, sondern entscheidend ist, dass für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für die Unternehmen der europäische Binnenmarkt als der Heimatmarkt bestehen bleibt, den wir ihnen vor Jahren versprochen haben. Und da meine ich schon, dass wir aufpassen müssen, Herr Kommissar, dass wir mit dem Beispiel, das Sie gerade angesprochen haben, dem sogenannten *country-by-country-reporting*, jetzt nicht in die Logik von vor 1993 zurückverfallen und die Unternehmen wieder zwingen, die mitgliedstaatlichen Einzelvorschriften wichtiger zu nehmen als das europäische Ganze. Gleichwohl konzediere ich natürlich, dass die Vorfälle im Zusammenhang mit der Luxleaks-Affäre ein schnelles und entschiedenes Eingreifen verlangt haben und der Bericht des Kollegen Ferber deswegen absolut in die richtige Richtung geht, nämlich den grenzüberschreitenden Austausch von Steuervorbescheiden zügig voranzutreiben.

Es bleibt aus meiner Sicht aber offen, ob wir die grenzüberschreitende Bedeutung von solchen *rulings* tatsächlich der Einschätzung der Mitgliedstaaten überlassen können oder ob nicht damit eine Einfallschneise geschaffen ist, die dieses ganze System wieder aus der Balance bringen wird.

Deswegen, Herr Kommissar, möchte ich Sie eindringlich ermuntern: Machen Sie weiter und führen Sie diesen Prozess fort, der mit dem Gibraltar-Urteil des Europäischen Gerichtshofs begonnen hat. Wir sind hier noch nicht am Ende. Die Drittstaaten wie die Schweiz gehören hier natürlich auch mit herein.

Peter Simon, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar! Die Entscheidung der vergangenen Woche gegen Starbucks und Fiat stellt für mich nicht weniger dar als eine Zeitenwende.

Denn bisher haben wir von so vielen gehört, dass das Verhalten der Vergangenheit zwar illegitim gewesen sein mag, aber nicht illegal. Die Europäische Kommission hat mit der Entscheidung der vergangenen Woche eindeutig klargemacht: Wir haben es hier mit illegalem Vorgehen von Staaten gemeinsam mit Unternehmen zu tun. Wenn die Mitgliedsstaaten es jetzt ernst meinen mit ihrem nach außen so weithin postulierten Ansinnen, Änderungen in die *Tax Rulings* hineinzubekommen, mehr Transparenz, fairen Steuerwettbewerb, dann wundert man sich schon, wenn beim automatischen Informationsaustausch an dieser Stelle die Europäische Kommission nicht vollumfänglich einbezogen wird.

Die Kommission ist in dem genannten Beihilfeverfahren deswegen so erfolgreich gewesen, weil sie als Hüterin der Verträge direkt auf das Wettbewerbsrecht gestützt vorgehen konnte. Wenn die Mitgliedsstaaten jetzt verhindern, dass die Kommission vollumfänglich informiert wird, dann wollen sie bewusst dieses Schwert nicht weiter schärfen. Da müssen sie sich schon die Frage stellen lassen, warum? Dasselbe betrifft die Frage: Wie weit werden denn rückwirkend die Steuervorbescheide ausgetauscht? Wenn man sich bei den jetzt bekannten, auch entschiedenen Verfahren, anschaut, von wann die die Steuervorbescheide denn stammen – ja dann sind das Zeiträume, die gehen weiter zurück als die fünf Jahre, deren Steuervorbescheide jetzt ausgetauscht werden sollen.

Da fragt man sich schon: Ist denn Sinn und Zweck dieser kurzen Frist vielleicht nur, dass nicht noch mehr Licht ins Dunkel kommen soll? Da dürfen wir als Parlament nicht lockerlassen, da unterstützen wir die Kommission an dieser Stelle hinsichtlich eines vollumfänglichen Informationsaustauschs, bei einer Forderung nach vollumfänglicher Information – auch was vergangene *Rulings* angeht.

Ich denke, ohne Transparenz, ohne diesen Austausch, werden wir es in Europa nie schaffen, zu einer Änderung dieser Praktiken zu kommen. Deswegen, Herr Kommissar, können Sie an dieser Stelle auf unsere Unterstützung zählen.

Sander Loones, *namens de ECR-Fractie*. – Belastingfraude en belastingontwijking aanpakken is van cruciaal belang. Als wij allemaal lagere belastingen willen betalen, moeten we er ook voor zorgen dat iedereen eerlijk zijn deel betaalt. We debatteren vandaag over drie dossiers. Twee daarvan zijn goede, technische dossiers waarmee wij onze regelgeving aan internationale standaarden aanpassen en overbodige wetgeving wegwerken. Dat is een goede zaak. We discussiëren ook over een derde dossier, namelijk dat over het automatisch delen van informatie over fiscale rulings. Daar heb ik wel een aantal vragen bij.

Montag, 26. Oktober 2015

Ik was zeer tevreden met het voorstel van de Europese Commissie. Transparantie en het delen van informatie is cruciaal op dit gebied. Dat is trouwens ook de reden waarom onze minister van Financiën, Johan Van Overtveldt, vanaf 1 januari die informatie ook daadwerkelijk zal beginnen doorgeven aan andere EU-lidstaten. Maar daarna is het dossier van de Europese Commissie naar het Europees Parlement gegaan en daar is volgens mij mogelijk iets verkeerd gelopen.

In een aantal amendementen lijkt het Parlement te kiezen voor meer bureaucratie en loggere procedures. Die hebben we volgens mij net niet nodig. Wanneer wij belastingfraude serieus willen aanpakken, dan zullen wij ook moeten focussen, dan moeten wij kiezen waar wij onze middelen op de meest efficiënte en de meest effectieve wijze inzetten. Net dat dreigt met de amendementen van het Parlement in gevaar te komen. Als ik één voorbeeld mag geven: waarom zouden wij informatie over alle fiscale rulings delen in plaats van precies te focussen op rulings met een internationaal effect en een link tussen verschillende lidstaten?

Tot slot ben ik zeer blij dat de Europese Raad de verstandige beslissing genomen heeft om de betere regeling alvast goed te keuren.

Petr Ježek, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, well, first of all, without trying to encroach on the Commission's powers, I would like also to endorse the decision outlawing tax rulings that allow big companies to avoid taxes in certain countries of the European Union. This verdict sends a strong signal not only to companies trying to exploit loopholes in tax systems and mismatches between national rules to avoid paying their fair share of taxes, but also to EU Member States, which also have their share of responsibility when it comes to tax fairness. I think this investigation proves once again that it is essential to give the Commission a central role in the process of automatic exchange of information so that it can ensure full compliance with EU law.

I really hope Member States will draw the lesson from these cases and agree to give the Commission access to the documents it needs to ensure European companies are treated on a true level playing field. The text of our report goes in the right direction and allows for balanced transparency provisions. Although I can understand some people would like full access to the rulings, I think what matters is to have the key information made available to the Commission.

I would like to thank the rapporteur and other shadows for the work done. It resulted in a good report, in my opinion, with a fairly limited number of amendments to be voted and I am glad that it goes against the sort of current trend when we often vote separately on almost every point.

Marisa Matias, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, venho de um país onde dezanove das vinte empresas cotadas em bolsa pagam impostos noutros países. A competição fiscal e as leis da eliminação da suposta dupla tributação geram uma corrida para o fundo que só terminará quando a tributação dos rendimentos do capital for igual a zero. A legislação que hoje estamos aqui a discutir não resolve isto, mas pelo menos poderá levar a condições mínimas de lealdade entre os Estados-Membros e ajudar a que governos e cidadãos ganhem consciência da dimensão e gravidade deste fenómeno. Assegurar a troca automática de informação entre autoridades fiscais é da mais elementar justiça, é essa a proposta do colega Ferber. O abuso fiscal das multinacionais resulta numa perda de rendimento fiscal ou impostos, calculada em cinquenta mil a setenta mil milhões de euros. Se contarmos ainda outras questões como, por exemplo, o montante relativo à elisão fiscal e aos acordos especiais, esse montante pode chegar a cento e sessenta mil, a cento e noventa mil milhões de euros. Esta fraude resulta numa sobrecarga do imposto cobrado aos outros agentes económicos nacionais, em particular aos trabalhadores, no não cumprimento da responsabilidade cívica e social por parte das empresas, ao mesmo tempo que priva os Estados soberanos de recursos fundamentais para cumprir as suas políticas sociais, combater a pobreza e a desigualdade social e promover o desenvolvimento económico. Por tudo isto, a desigualdade económica e social aumenta. Uma das principais dimensões da transparência é o livre acesso à informação por parte do público em geral e é por isso que apelo aos colegas que apoiem as alterações que apresentamos para permitir o escrutínio cívico e democrático. Quanto ao relatório da colega Scott Cato, apoio-a totalmente.

Montag, 26. Oktober 2015

Eva Joly, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, chers collègues, Monsieur le Commissaire Moscovici, le Parlement européen fait son travail. Depuis 2009, il vote des rapports ambitieux contre l'évasion et l'optimisation fiscales. Lorsqu'il le peut, le Parlement accélère ses procédures pour ne pas ralentir la marche vers une meilleure législation. Lorsqu'un scandale éclate, c'est dans son enceinte que des majorités se créent tant bien que mal pour mettre la pression sur ceux qui ont l'initiative.

Ce qui n'est pas acceptable, c'est que l'on empêche le Parlement de faire son travail. Lorsqu'il soutient l'urgente transparence, pays par pays, pour les multinationales, les États membres répondent à peine, et vous, Monsieur Moscovici, laissez s'enliser la discussion. Lorsque la commission TAXE exige d'accéder à des documents essentiels pour comprendre qui a laissé faire toutes ces années, son droit est raboté et, finalement, c'est bien l'exercice du contrôle démocratique qui est empêché.

Le Parlement n'est pas la caisse enregistreuse des arrangements des autres. Les lettres polies ne suffisent plus. La bataille pour une taxation juste se révèle être une bataille pour la démocratie. Il serait bien que la Commission européenne en prenne la mesure.

Marco Zanni, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, credo che lo scandalo LuxLeaks sia purtroppo servito a poco per riuscire a cambiare un sistema totalmente iniquo e vergognoso. È da situazioni come questa che capiamo come, all'interno dell'Europa, gli Stati membri cerchino ancora di approfittare alle spalle dei loro partner europei, a tutto vantaggio delle grandi multinazionali, che sono le sole a guadagnare veramente da questa assurda rincorsa ad agevolazioni fiscali.

Il testo che stiamo discutendo oggi, già di per sé poco soddisfacente, è stato nei fatti scavalcato da un accordo ancora peggiore, raggiunto dal Consiglio all'inizio del mese. Non solo non vi è alcun accesso pubblico agli atti, come sarebbe necessario e doveroso, ma gli Stati membri hanno deciso di limitare lo scambio automatico di informazioni agli accordi transfrontalieri, ritardando l'entrata in vigore di queste regole e gettando nel dimenticatoio tutto quanto è avvenuto nel passato.

I paesi europei non hanno alcuna volontà di risolvere veramente la questione e preferiscono attirare le multinazionali, facendo pagare loro tassazioni ridicole. A pagare ovviamente sono i cittadini, ai quali si chiedono sempre e solo sacrifici.

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Wettbewerbskommissarin Vestager hat sicherlich in der letzten Woche in Bezug auf den fairen Steuerwettbewerb einen richtungsweisenden Spruch gesagt, nämlich indem sie erklärt hat, dass in den ersten beiden Fällen aus dem LuxLeak-Skandal, nämlich der Fiat-Finanztochter und Starbucks, die Steuervorbescheide, die *Tax Rulings* unerlaubte staatliche Beihilfen waren.

Insgesamt gab es aber über 350 Steuervorbescheide, Steuervereinbarungen, Unternehmen, die mit den luxemburgischen Finanzbehörden Sondervereinbarungen getroffen haben. Viele von diesen Unternehmen haben weniger als 1 Prozent Steuer bezahlt. Das hat zu enormen Steuerausfällen in ganz Europa geführt. Die Frage ist heute aufgetaucht: wie hoch diese Ausfälle waren?

Es gibt eine Studie, die im Auftrag des Europäischen Parlaments erarbeitet wurde, die davon ausgeht, dass jedes Jahr in der Europäischen Union bis zu 190 Milliarden Euro durch Gewinnverlagerungen, steuerliche Sonderregelungen, ineffiziente Steuererhebungen und ähnliche Praktiken verlorengehen. Es gibt aber auch eine ähnliche Analyse des Währungsfonds, der sagt, es sind fünf Prozent des jährlichen Körperschaftsteuereinkommens, die uns verlorengehen.

Die OECD zeigt auf, wie ungerecht dieses System ist. Nämlich, dass Multis die Strategie verfolgen, dass sie im Durchschnitt nur 5 % KöSt zahlen, während hingegen kleine Mittelbetriebe im Durchschnitt 30 % zahlen, und grenzüberschreitend tätige Unternehmen im Durchschnitt 30 % Prozent weniger KöSt zahlen als ausschließlich national tätige Unternehmen.

So ist der heutige Bericht von Markus Ferber besonders wichtig, weil er der erste konkrete Schritt ist, um einen automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung herbeizuführen. Der erste konkrete Schritt, dass Steuervorbescheide und Verrechnungspreisvereinbarungen ausgetauscht werden müssen, dass mehr Transparenz entsteht im Bereich der Besteuerung und dass Steuerwettbewerb und Steuergerechtigkeit herrschen.

Montag, 26. Oktober 2015

Das reicht aber nicht aus. Es muss mehr Maßnahmen geben sowie *country by country reporting*, das *fair taxpayer*-Gütesiegel, die gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer für Unternehmer, die in den verschiedenen Mitgliedsstaaten tätig sind. Aber auch Patentboxen mit Präferenzregelungen, dass dort Steuer bezahlt wird, wo die Wertschöpfung erfolgt, und eine Aufwertung der *Code of Conduct* – Gruppe – um nur einiges zu nennen.

Ivana Maletić (PPE). – Gospođo predsjedavajuća, zahvaljujem svim izvjestiteljima koji su radili na ovim važnim izvješćima i osnažili poruke Europskog parlamenta o tome koliko nam je važno osigurati transparentnost i pravednost u oporezivanju na razini Europske unije.

Želimo sustav u kojem će se porezi plaćati gdje se odvija ekonomska aktivnost i stvaranje vrijednosti.

Nećemo ujednačavanje poreznih stopa, ali hoćemo sustave u kojima se sprječava izbjegavanje plaćanja poreza. Porezni sustavi moraju biti jednostavni, stabilni, sigurni predvidljivi. Dio su poticajnoga okruženja za poduzetnike i to je naša stalna poruka. Doprinos jednostavnijem sustavu je i ukidanje Direktive o oporezivanju dohotka od kamata na štednju.

Ta Direktiva je bila temelj za uspostavu razmjene informacija o kamatama na štednju koju isplatelji sa sjedištem u jednoj državi članici isplaćuju fizičkim osobama s prebivalištem u drugoj državi članici. Jako je važna s aspekta transparentnosti i pravednosti poreznog sustava, a to nam je svima zajednički cilj. U međuvremenu se radilo jako puno na suradnji država članica i razmjeni poreznih informacija u cilju praćenja svih financijskih tokova i izbjegavanja plaćanja poreza.

Direktiva o administrativnoj suradnji na području oporezivanja, kojom je stvoren zakonodavni okvir za primjenu OECD-ovih globalnih standarda na području automatske razmjene podataka po pitanju oporezivanja, ima veći obuhvat od Direktive o oporezivanju dohotka od kamate na štednju i zato smo podržali njeno ukidanje.

Pritom naravno treba voditi računa da se informacije ne izgube i da neke države ne ostanu bez uvida u dohodak svojih građana koji su dosad po ovoj Direktivi imale, pa apeliram na Europsku komisiju da o tome vodi računa.

Hugues Bayet (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, comme bien souvent, l'actualité rattrape le temps politique, et la Commission vient de nous le démontrer, puisqu'elle vient d'en faire l'expérience en déterminant que les rescrits fiscaux qui avaient été accordés à Fiat et à Starbucks par le Luxembourg et les Pays-Bas étaient en fait des subventions d'État déguisées. Nous savons donc maintenant que ce n'est pas juste immoral, c'est aussi illégal. Et très clairement, si ce texte avait été voté en 2011 ou 2012, tout ce qui est prévu dans le texte que nous allons voter bientôt n'aurait pas permis ces détournements d'impôts. Et donc, clairement, cette affaire nous démontre que le Conseil européen n'a pas encore compris l'importance de l'enjeu. Je trouve vraiment que le texte du Parlement est bien plus ambitieux que cette décision du 6 octobre dernier, et je tiens d'ailleurs à remercier et féliciter notre collègue Markus Ferber ainsi que tous les rapporteurs fictifs. C'est évidemment un texte de compromis, et je voudrais souligner quelques éléments importants.

Le premier, on l'a dit, c'est évidemment le champ d'application. Tous les rescrits fiscaux des multinationales, sans exception, doivent être analysés, qu'ils soient nationaux ou internationaux, et sans limite de délai, sinon, à quoi est-ce que cela sert? Qui veut-on encore protéger?

Deuxièmement, on le sait tous, les règles ne sont efficaces que s'il existe des sanctions. Et c'est ce que le Parlement demande, qu'il y ait des sanctions si les États membres ne veulent pas jouer le jeu, ou s'ils traînent à envoyer des informations ou encore envoient des informations erronées.

Troisièmement, on veut évidemment, dans ce processus, renforcer le rôle de la Commission. On le sait également tous, on ne peut pas être juge et partie. Aucun système ne fonctionne quand on est à la fois juge et partie, et c'est pourtant ce que le Conseil veut réaliser.

Quatrièmement, pour lutter contre ces abus, on doit évidemment appeler à plus de transparence. Mais une vraie transparence, pas une transparence cosmétique. Vous savez que trop d'information tue l'information, et ce que nous demandons – et ce qui est prévu dans ce texte –, c'est qu'il y ait une publication claire, accessible et compréhensible par tous, et pas uniquement réservée aux spécialistes.

Montag, 26. Oktober 2015

Enfin, je terminerai par un dernier point: toutes les entreprises actives dans plusieurs pays vont recevoir un numéro d'identification européen. Je pense que c'est essentiel pour en assurer plus facilement le suivi et diminuer les charges administratives.

J'espère donc, Monsieur le Commissaire, que vous soutiendrez cette proposition, car à part quelques multinationales et quelques États membres, c'est globalement l'ensemble de l'Europe qui y perd, et cela ne peut plus continuer ainsi.

Bernd Lucke (ECR). – Frau Präsidentin, es geht hier bei dieser Debatte, bei diesem Bericht um Gerechtigkeit, um Steuergerechtigkeit – darum, dass jeder Steuerpflichtige seiner Leistungsfähigkeit entsprechend, die Lasten trägt die zur Finanzierung unseres Gemeinwesens nun einmal zu tragen sind.

Wir wissen aus den LuxLeaks-Dokumenten und aus den Untersuchungen der Europäischen Kommission, deren erste Teile in der letzten Woche veröffentlicht worden sind, dass massiv gegen diese Gerechtigkeit verstoßen worden ist und dass die Europäische Kommission hier illegale Staatsbeihilfen dingfest gemacht hat: in den ersten Fällen Fiat Financial Services und Starbucks. Aber viele andere Fälle werden noch folgen.

Ich habe nun überhaupt kein Verständnis dafür, dass der Rat entschieden hat, die grenzüberschreitenden Steuervorbescheide der Europäischen Kommission nicht zugänglich zu machen. Seine europäische Kompetenz ist, auf Wettbewerbsfairness zu achten. Seine europäische Kompetenz ist eine Verpflichtung, illegale Staatsbeihilfen zu unterlassen. Dann muss die Europäische Kommission aber auch informiert werden. Es geht nicht, dass nur die Verdächtigen ihre eigenen Richter sind. Wir brauchen hier die Kompetenz der Europäischen Union, die Kompetenz der Europäischen Kommission, um Wettbewerbsverzerrungen zu unterbinden und Steuergerechtigkeit herzustellen.

Michael Theurer (ALDE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Arbeit des Sonderausschusses zur Aufklärung der LuxLeaks-Affäre eine wichtige Erkenntnis, dass in der Tat die Mitgliedstaaten und auch eine ganze Reihe von Unternehmen offensichtlich Steuervermeidungsmodelle genutzt haben, die zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe geführt haben. Vor allen Dingen aber kommt es zu einer negativen Wettbewerbswirkung weil kleine und mittlere Unternehmen, die nur national tätig sind oder die diese Steuerverwaltungsmodelle nicht nutzen können oder wollen, Nachteile haben, die sich auf 20 bis 25 % addieren.

Insofern fordern wir im Sonderausschuss auch umfassende Maßnahmen, um dem zu begegnen. Ein automatischer Informationsaustausch ist dafür ein wichtiger Einzelaspekt – eine notwendige, allerdings keine hinreichende Bedingung. Wir haben zum Beispiel beim Besuch in der Schweiz gelernt, dass dort in den Fünfzigerjahren ein fairer Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen in einem Konkordat vereinbart wurde, der auch den automatischen Informationsaustausch zwischen den Kantonen beinhaltet. Darüber hinaus ist aber auch eine gemeinsame Körperschaftssteuerbasis erforderlich.

Wir fordern, dass die Kommission mit Nachdruck darauf drängt, dass die Ausnahmeregelungen, die der Rat jetzt verlangt hat, abgestellt werden. Die Regel, die jetzt auf dem Tisch liegt, ist löchrig wie ein Schweizer Käse oder wie ein holländischer Käse, und das muss dringend korrigiert werden.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Monsieur le Président, un avant-propos en français.

Juncker, en tant que ministre du gouvernement luxembourgeois, a conclu des accords avec des centaines de multinationales, de façon à drainer des profits vers le territoire luxembourgeois, et cela constitue un vol des recettes fiscales des autres États membres. Donc je suis désolé, moi, je me fous éperdument qu'il soit président de la Commission ou pape. C'est un voleur, et il n'a pas ma confiance. Désolé, je poursuis en portugais.

Senhora Presidente, na sequência dos escândalos fiscais, as instituições europeias parecem estar empenhadas nesta batalha contra a fraude e a evasão fiscais. Contudo, temos de garantir que todas as medidas e propostas em curso não sejam um mero adorno legislativo, mantendo-se tudo na mesma.

Montag, 26. Oktober 2015

A proposta do Conselho sobre a troca automática de informações representa um claro recuo. O regulamento da troca de informações com a Suíça contém vários subterfúgios ao seu cumprimento. O trabalho da Comissão TAXE foi sempre dificultado. Treze governos, entre os quais os da Holanda, do Luxemburgo e do Reino Unido, negaram o acesso aos documentos do Grupo Código de Conduta. As reservas em tornar pública a informação são uma constante; são indícios que nos levam a duvidar da real vontade política em atacar o problema. Pela nossa parte, continuaremos atentos e vigilantes.

(A oradora aceita responder a uma pergunta formulada ao abrigo do procedimento «cartão azul» (artigo 149.º, n.º 8, do Regimento))

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Thank you and good evening to you. I listened with great interest to your speech, especially the first part. Would you agree with me then that, if you have these feelings about Mr Juncker and therefore his Commission, surely anything that comes forward from there is something we should all treat with extreme suspicion and caution and, really, there is nothing that can be said or done by that Commission or this House on this subject that any of us should have any faith in? Would you agree with that?

Miguel Viegas (GUE/NGL), resposta segundo o procedimento «cartão azul». — Não ouvi a parte inicial da pergunta. Contudo, devo dizer que estes escândalos não atingem só o Presidente da Comissão, atingem o Presidente do Eurogrupo, atingem os principais partidos desta assembleia, que suportaram todos os governos que praticaram, durante anos e anos, acordos fiscais destinados a facilitar a vida às multinacionais e a oferecer-lhes de mão beijada chorudos benefícios fiscais. Portanto, isto toca efetivamente no fundo a credibilidade das instituições europeias e toca também o próprio sistema económico, no qual os interesses privados das grandes multinacionais se sobrepõem, sistematicamente, ao poder político. É isto que está hoje em causa, cada vez de forma mais clara.

Patrick O'Flynn (EFDD). – Madam President, let us be clear, it is the existence of the EU itself which has facilitated multinational corporations in aggressively avoiding the potential tax liabilities that would be justified by their turnover in large European countries. Under EU rules, corporations have been able to choose to pay their taxes in any EU jurisdiction rather than the one where economic activity has taken place. This has given smaller EU nations an incentive to strike sweetheart deals with very large multinational businesses and gives micro-states, such as Luxembourg, the opportunity to enrich themselves while also offering a path for huge businesses to avoid paying a fair share of tax in countries where they record the bulk of their sales.

So it would be perverse indeed to accept any proposed solution that involves more Europe or more power to the European Commission. The answer, rather, is for nations to take back full tax sovereignty over economic activity within their own borders.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, I welcome the report on the automatic exchange of information as this presents important steps in the area of taxation. This is part of an anti-BEPS initiative that should make tax collection more efficient, fairer and better. Parliament only has a consultative role here, but I hope that the Council will listen to Parliament's opinion in tax matters, as we are aiming to improve the situation and provide our expertise and our opinion. I hope that the Council members will take decisions that are good for the future of Europe and European citizens.

Lastly, we should refrain from the idea that more is always better. Instead of going for the most extensive regulations and decisions, we should try to get the best and the most efficient. So we should remember that more is not always better, not only in other areas but also in the area of fighting against BEPS and tax avoidance.

Olle Ludvigsson (S&D). – Fru talman! Det är mycket positivt att det har etablerats en global standard för automatiskt informationsutbyte om kontoinformation. Det är också mycket bra att denna standard börjar användas inom EU i början av nästa år. Den nya standarden är ett viktigt verktyg mot skattefusk och aggressiv skatteplanering, och det är ett stort steg framåt.

I det sammanhanget är det fullt logiskt att snabbt fasa ut den standard som används inom ramen för sparandedirektivet. Att upprätthålla dubbla rapporteringssystem – alltså både när det gäller sparandedirektivet och den nya standarden – vore i detta fall inte rimligt. Det skulle ge lite mer information, men kostnaderna i form av byråkrati och dubbelarbete skulle bli betydligt större än värdet av den information vi får.

Montag, 26. Oktober 2015

Under de närmaste 3–4 åren är det oerhört viktigt att EU-kommissionen arbetar aktivt och transparent med att få övergången till den nya globala standarden att fungera. Det gäller inte bara EU-länderna emellan, utan också i förhållande till de fem europeiska icke-EU-länder och de 12 territorier som också ska ta steget från sparandedirektivets standard till den globala standarden.

Kommissionen bör följa utvecklingen noga och kontinuerligt informera om risker för kryphål och andra problem. Det måste vara självklart att denna rapportering inte bara sker i en snäv krets i rådet, utan också delas med parlamentet och en bredare allmänhet. Om brister upptäcks måste eventuella åtgärder föreslås och vidtas så snabbt som möjligt.

Övergången till den globala standarden för automatiskt utbyte av kontoinformation är en utmärkt möjlighet, som måste tas tillvara på ett utmärkt sätt.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, rehellisillä ja kunniallisilla kansalaisilla ja yrityksillä on ollut tapana maksaa maksukykyensä mukaan niille kuuluvat verot ja maksut yhteisiä pelisääntöjä noudattaen. LuxLeaksin tapaus osoittaa kuitenkin, että näin ei aina toimita. Jos nykymeno jatkuu, menettävät jäsenvaltiot edelleen merkittävän paljon verotuloja ja joutuvat ottamaan lisää velkaa, jotta kansalaisten peruspalvelut voidaan jatkossakin turvata.

Mielestäni verohallinnolla on oltava riittävästi tietoa, samoin kansalaisilla, siitä kuinka paljon yritykset maksavat veroja. Meillä on tällä hetkellä voimassa aivan vääränlainen asenneilmapiiri. Monien yritysjohtajien kautta tämä väärä asenne on siirtynyt kansalaisiin. Niinpä otan esimerkiksi pienen mainoksen, jolla suomalaisia eläkeläisiä houkutellaan Portugaliin. Mainoksessa sanotaan: ”Muuta eläkkeellä Portugalin Algarveen nauttimaan matalista elinkustannuksista sekä nollaverosta. Eurosi Suomessa voi olla hyvinkin kolme euroa Portugalissa ilman loskaa ja kaamosta.” Näin markkinoidaan suomalaisille Portugalin elintasoparatiisia, ja minusta tämä on erittäin vaarallinen asenne, joka leviää yrityksistä kansalaisiin. Nopeasti pitäisi tehdä jotakin, että päästään eroon tästä asenteesta.

Sylvie Goulard (ALDE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, merci d’être là. J’observe que la présidence nous honore par son absence. Enfin, c’est une bonne chose que vous soyez là pour que la Commission, elle, continue à pousser, y compris contre les États membres récalcitrants. Ne nous faisons pas d’illusions, c’est un des dossiers – le fait de remettre un peu d’ordre dans la concurrence fiscale en Europe – sur lesquels se joue la confiance des citoyens européens dans l’Union européenne.

Après les révélations qui portaient, notamment, sur l’ampleur du système des rescrits fiscaux au Luxembourg et dans d’autres États membres, nous sommes dans une situation de perte de confiance. À juste titre, donc, le texte que vous poussez sur l’échange d’informations est bienvenu.

Il y a un autre point sur lequel je voudrais insister, en tant que présidente de l’intergroupe de lutte contre la pauvreté, c’est que – l’OCDE l’a montré dans une étude du mois de mai dernier – la lutte contre les inégalités passe par une meilleure redistribution. Si nous continuons à nous dérober mutuellement la matière fiscale, il ne peut pas y avoir de lutte contre les inégalités.

Fabio De Masi (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Der spontane Informationsaustausch hat seit 38 Jahren nicht funktioniert und die EU Kommission hat geipnnt, bis zu LuxLeaks. Dies zeigt, es tut sich in der EU erst was, wenn die schmutzige Wäsche gelüftet wird.

Deswegen müssen die zentralen Informationen zu Steuervorbescheiden öffentlich sein, die nationalen Steuergeheimnisse müssen angepasst werden. Steuerdeals mit Behörden sind keine Privatsache. Die Finanzminister haben den Steuerbasar geschützt, solange nur auch ihre Konzerne mächtig Steuern drücken konnten.

Im Ausschuss haben wir erlebt, dass Herr Juncker seine Märchen erzählen konnte, ohne dass die Mehrheit des Hauses hier ihn erneut vorladen wollte. Die multinationalen Konzerne haben uns behandelt wie kleine Schuljungen. Auch wir erhalten immer noch keinen hinreichenden Zugang zu den Dokumenten. Deswegen müssen den Worten Taten folgen. Das hier ist ein kleiner Schritt für das Parlament, aber ein viel zu kleiner Schritt für die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Europa. Deswegen wird meine Fraktion nicht locker lassen, bis das Steuerkartell in Europa endgültig ausgemistet wurde.

Montag, 26. Oktober 2015

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – În sfârșit, Uniunea Europeană face un pas important pentru a stopa practica companiilor transnaționale de a evita plata impozitelor în statele membre unde are loc activitatea economică. Prin schimbul obligatoriu automat de informații fiecare stat membru va avea posibilitatea de a reacționa atunci când un alt stat membru adoptă scrisori de confort fiscale sau aranjamente de prețuri de transfer care afectează interesele altui stat membru.

Am un singur regret: că în acest Parlament European, în anii precedenți, colegi de ai mei, cât și eu personal, am ridicat necesitatea unor astfel de măsuri și a fost nevoie de un scandal internațional ca să ajungem la acest proiect de directivă. Mulțumesc raportorilor, mulțumesc Comisiei pentru Directiva respectivă.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Ich danke den Berichterstattern und speziell Herrn Ferber für seinen Bericht und seine Forderungen, und auch für die heutige Debatte, die damit zusammenhängt. Denn wir müssen der Bevölkerung deutlich sagen: Auf der einen Seite hebt die Kommissarin Vestager illegale Steuervorbescheide auf, auf der anderen Seite diskutieren wir in LuxLeaks Steuerprivilegien, auf der dritten Seite debattieren wir im Parlament ein Mehr an Gerechtigkeit, an Transparenz, an Fairness in der Steuerpolitik. Und die Mitgliedstaaten verweigern die Übermittlung der Steuervorbescheide. Das ist inakzeptabel!

Wir brauchen mehr Gerechtigkeit, mehr Transparenz, mehr *level playing field*, wir benötigen eine gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage, wir benötigen ein *country-by-country reporting*, und wir benötigen die Übermittlung der Steuervorbescheide, damit wir mehr Gerechtigkeit und Fairness in der europäischen Wirtschaft erhalten.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Het Europees Parlement mag dan wel geen formeel beslissingsrecht hebben in dit dossier, de eensgezindheid waarmee we pleiten voor een echt effectief uitwisselingsmechanisme is een signaal dat de Raad niet zomaar naast zich neer kan en mag leggen. Alleen door de Commissie een centrale rol toe te kennen in deze uitwisseling en haar toegang te geven tot essentiële informatie over de fiscale rulings kunnen nieuwe belastingschandalen worden vermeden.

De angstvalligheid waarmee de lidstaten deze rulings proberen af te schermen, uit vrees voor staatssteunonderzoeken, is bij momenten echter een pijnlijk schouwspel. Het zijn immers de stichtende landen zelf die inzagen dat de gemeenschap-pelijke markt alleen maar kan floreren wanneer een Europese autoriteit erop toeziet dat individuele lidstaten geen concurrentieverstorende steun toekennen. Precies daarom kreeg de Commissie de taak om op te treden tegen onrechtmatige staatssteun.

Waarom dan precies nu die nuttige informatie over toegekende fiscale rulings voor de Commissie moet blijven, blijft voor mij een raadsel. Het perverse is dat die krampachtige en misplaatste pogingen om “de nationale soevereiniteit te beschermen” er uiteindelijk voor zorgen dat de lidstaten tegen elkaar worden uitgespeeld, dat multinationals de kaarten schudden en dat de burgers en de kmo's de rekening gepresenteerd krijgen.

Procedura «catch-the-eye»

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, più volte in questa sede ho fatto ricorso ed appello ai principi di trasparenza, coerenza e tutela del risparmio, affinché restino asse portante di ogni riforma economica. E sappiamo quanto proprio la promozione dello scambio di informazioni può essere utile nel contrasto dell'elusione fiscale transfrontaliera.

Purtroppo in materia di *ruling* fiscali il principio di cooperazione e lo scambio di dati fiscali tra Stati membri non sono ancora compiutamente applicati, comportando un'informativa preventiva sui regimi impositivi e di calcolo delle imposte sui cittadini. Lo scambio di informazioni è troppo ridotto e gli effetti sono molto gravi per il proliferare dei fenomeni di concorrenza fiscale dannosa, che sfruttano proprio tale divergenza e ritardo informativo.

Montag, 26. Oktober 2015

Mi associo quindi al relatore, concordando sulla retroattività dell'obbligo informativo dei *ruling* emanati nei dieci anni precedenti e sull'esigenza di applicare maggiore chiarezza ed efficacia. È necessario ristabilire la fiducia anche in materia fiscale e non possono essere obliterati proprio i compiti di cooperazione amministrativa assegnati agli Stati membri.

Romana Tomc (PPE). – Evropska unija bi morala prevzeti vodilno vlogo pri razpravah na svetovni ravni o boju proti davčnim goljufijam. Danes si države članice izmenjujejo zelo malo podatkov o davčnih odločbah.

Pogosto niso niti obveščene o odločbah s čezmejnimi učinkom, čeprav je to zelo pomembno. In prav je, da avtomatična izmenjava postane obvezna. To bo po mojem mnenju bistveno zmanjšalo število davčnih utaj in zmanjšalo seveda tudi privlačnost davčno ugodnim sistemom.

Vendar razloge za skrivanje v davčno ugodnih sistemih ne gre nujno iskati le v izogibanju davkom, ampak gre lahko tudi za prikrivanje dejanskega lastništva pod okriljem široko razvejane mreže odvisnih podjetij. Resolucija pomeni seveda konkreten korak naprej in upam, da bo zato bolj pregleden davčni sistem.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε πρόεδρε, η φοροδιαφυγή και η φοροαποφυγή αποτελούν τη σύγχρονη μάστιγα των οικονομιών της ευρωζώνης. Πρωταθλητές στο αντικοινωνικό αυτό σπορ έχουν αναδειχθεί οι πολυεθνικές επιχειρήσεις, που μέσα από το σύστημα των ενδοομιλικών συναλλαγών αποφεύγουν την καταβολή φόρων πολλών δισ. ευρώ. Σύμμαχοί τους οι διάφοροι φορολογικοί παράδεισοι και ορισμένα κράτη μέλη της ευρωζώνης που επιδίδονται σε φορολογικό ντάμπινγκ και σε αθέμιτες πρακτικές, δίνοντας έτσι ζωτικό χώρο στις πολυεθνικές να μην καταβάλλουν φόρους πολλών δισ. ευρώ σε χώρες όπως η Ελλάδα, εκεί όπου οι πολυεθνικές βγάζουν τα υπερκέρδη τους. Το Λουξεμβούργο με τα γνωστά «Lux Leaks» αλλά και η Ολλανδία δίνουν κάλυψη σε γερμανικές και άλλες πολυεθνικές προκειμένου να φοροαποφύγουν. Και όλα αυτά τη στιγμή που ο κ. Dijsselbloem κουνάει το δάκτυλο στην Ελλάδα και απαιτεί νέο φορομπηχτικό ρεσάλτο στις τσέπες του φτωχοποιημένου ελληνικού λαού. Επιπλέον, κύριε Moscovici, η τρόικα στην Ελλάδα σφुरίζει αδιάφορα και συγκαλύπτει όλες τις ελληνικές κυβερνήσεις που αρνούνται να αξιοποιήσουν τη λίστα Λαγκάρντ και να φορολογήσουν τους Έλληνες ολιγάρχες που έχουν παράνομες καταθέσεις στην Ελβετία. Γιατί άραγε;

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, osnovno pitanje je čije interese ovdje želimo zaštititi. Želimo li zaštititi interese europskih građana ili multinacionalnih kompanija, gdje onda imamo egoizam pojedinih država članica koje na kraju, naravno, idu nauštrb europskih građana.

Zato, u ovom kontekstu vidim pozitivno ove prijedloge i mislim da je automatska razmjena informacija o porezima unutar Europske unije nešto što ide u dobrom pravcu. Jer na taj način zaista želimo zaštititi ukupnost Europske unije i europskih građana. Dapače, mislim da tu treba napraviti možda i razmisliti dobro i o koraku naprijed. Imamo zajedničko tržište, imamo niz zajedničkih projekata, imamo zajedničku valutu, koja još nije u svim zemljama članicama, ali u velikom broju jest.

I pitanje koje stručnjaci postavljaju jest, može li ta zajednička valuta bez zajedničkog poreznog sustava ili barem dobro koordiniranog poreznog sustava uopće izdržati.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Število davčnih utaj in goljufij v zadnjih letih narašča in ima resne posledice za davčne prihodke držav članic. Zaradi tega se izgubi več milijard evrov letno, to pomeni, da se zaradi tega tudi ne more financirati določenih projektov v javnem in tudi zasebnem sektorju.

Nedavno smo bili priča razkritju več sto primerov izkoriščanja razlik v davčnih sistemih in nezadostne informiranosti držav o morebitnih čezmejnih učinkih davčnih stališč. Trenutno imajo države članice pravico, da se seveda same odločijo, ali davčno stališče lahko zadeva tudi druge države članice.

Skupaj s hudo kompleksnostjo in razlikami v davčnih sistemih je to lahko recept za škandal z mednarodno razsežnostjo. Zato bi rad opozoril, da si moramo prizadevati za večjo transparentnost do državljanov, zato je seveda edino prav, da je register davčnih stališč na voljo tudi javnosti.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, Επίτροπε Moscovici, είναι κοινή παραδοχή όσων κινούνται στην αγορά ότι, όσο εμείς συζητάμε εδώ την ενίσχυση του θεσμικού πλαισίου για την αντιμετώπιση της φοροδιαφυγής και της φοροαποφυγής, η φοροδιαφυγή και η φοροαποφυγή βρίσκουν άλλους δρόμους και τελικά μας προσπερνούν. Γι' αυτό για μένα το ερώτημα είναι πόσο γρήγορα μπορεί να εφαρμοστεί η αυτόματη ανταλλαγή πληροφοριών στο φορολογικό σύστημα· πόσο γρήγορα μπορεί αυτή να καταστεί υποχρεωτική στην πράξη· πόσο γρήγορα μπορούμε να έχουμε ενιαίο μητρώο φορολογίας στις επιχειρήσεις· πόσο γρήγορα μπορούμε να ξέρουμε πού και ποιοι έχουν καταθέσεις, ακίνητη και κινητή περιουσία, όχι μόνο μέσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση, αλλά και εκτός αυτής. Δεν μπορεί η Ευρωπαϊκή Ένωση να λειτουργεί ως νησί, και το παράδειγμα της περίφημης λίστας Λαγκάρντ στην Ελλάδα, της λίστας Φαλαιανί, που τόσους μύθους καλλιεργεί και τόσα προβλήματα δημιουργεί, απλώς αυξάνουν το έλλειμμα εμπιστοσύνης που έχουν οι ευρωπαίοι πολίτες απέναντι στις δυνατότητές μας να αντιμετωπί-

Montag, 26. Oktober 2015

σου με τη φοροδιαφυγή και τη φοροαποφυγή.

Doru-Claudian Frunzuliță (S&D). – Mr President, I welcome the agreement, signed on 27 May 2015, between the European Union and Switzerland on the automatic exchange of financial account information, which will improve international tax cooperation and compliance.

Switzerland is a key player, and the agreement is a significant step in our efforts to clamp down on tax fraud and tax evasion. I believe that the automatic exchange of financial accounts between the European Union and Switzerland, starting from 2018, will address situations where a taxpayer seeks to hide capital, representing income or assets for which taxes have not been paid. Also, I think it is very important that the agreement gives the ability to tax administrations in the Member States and in Switzerland to identify correctly the taxpayers concerned, as well as to administer and enforce their tax laws in cross-border situations.

At the same time I hope this will help authorities to better assess the likelihood of tax evasion being committed and, in some cases, stop unnecessary investigations.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Pierre Moscovici, *membre de la Commission.* – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés européens, quelques remarques, peut-être, de nature politique, avant quelques points de précision.

D'abord, je partage tout à fait le sentiment finalement assez consensuel qui se dégage de ce débat, qui est exprimé par M^{me} Goulard notamment, à savoir que nous étions devant une question de confiance absolument majeure. Il est vrai que nos concitoyens ont tendance à se défier de la parole publique. Il est vrai aussi qu'il y a ce sentiment d'injustice que peuvent éprouver beaucoup d'Européens qui ont été appelés à contribuer fortement pendant la crise, pendant que des entreprises multinationales, parce qu'elles disposent de services juridiques étendus, peuvent se servir d'inégalités, de trous, dans la législation fiscale de tel ou tel État membre pour se dérober à l'impôt, payer peu ou pas d'impôts, là où elles créent des profits. Oui, ce que nous faisons – je dis bien nous – ensemble est indispensable à la confiance retrouvée. J'ajoute que c'est aussi une question de réduction des inégalités et, enfin, une question d'efficacité. En ce qui concerne l'évasion fiscale, nous n'en avons pas les chiffres, car ils sont extrêmement difficiles à dégager – nous aurons davantage de données, d'ailleurs, après que le processus de transparence sera allé jusqu'à son terme, puisque, par définition, il y a beaucoup de données qui sont inconnues. L'évasion fiscale, je pense, est une source de rentrées non négligeable pour les finances publiques à un moment où l'assainissement budgétaire reste un impératif dans l'Union européenne, en particulier dans la zone euro, mais pas seulement dans la zone euro.

Dès le premier jour, cette Commission a placé la justice fiscale, la transparence, la lutte contre l'évasion fiscale parmi ses priorités, et je veux dire ici – les auteurs de ces interjections ne sont plus présents – que je crois que, autant la critique et le débat démocratique sont justifiés et légitimes, autant il faut se garder de populisme, d'amalgames et de stigmatisation. Nous avons besoin d'institutions. Nous ne pouvons pas nous contenter de réflexes anti-élites, ou de la dénonciation de telle ou telle personnalité. Et la Commission, agit sur ce dossier de manière, croyez-le, tout à fait déterminée, de bonne foi. Je suis ici naturellement en tant que commissaire à la fiscalité, parce que c'est ma place, mais j'ai la confiance totale du président Juncker et carte blanche pour avancer de manière déterminée, et je travaille main dans la main avec ma collègue Margrethe Vestager; c'est ainsi que nous devons travailler.

J'en profite pour répondre à M^{me} Joly, que je suis heureux de voir ici. Elle échange souvent avec moi de manière indirecte, mais je peux lui répondre qu'il ne faut pas confondre la bataille contre l'évasion fiscale et la bataille contre la Commission. Dans cette affaire, je suis persuadé que la Commission et le Parlement européen ont un travail à faire ensemble, et je dirais même côte-à-côte. D'ailleurs, puisque vous évoquez la coopération entre nous, dans le cadre de la commission TAXE, je tiens à préciser ici qu'un accord a été trouvé avec le président de cette commission pour que les parlementaires européens puissent avoir accès aux documents qu'ils souhaitent. La semaine dernière, nous avons encore mis 89 documents à la disposition des députés européens: la démarche de transparence est totale de la part de la Commission, et il faut aussi tenir compte des États membres et du besoin de confidentialité de certaines données qu'ont les entreprises.

Montag, 26. Oktober 2015

Enfin, je veux dire un mot sur les États membres. Je les ai entendus ici critiqués et j'ai dit moi-même tout à l'heure à M. Ferber à quel point je pouvais partager tel ou tel de ses regrets et à quel point j'aurais aimé – c'était le sens de la proposition initiale de la Commission – que l'on aille plus loin sur tel ou tel sujet. Je vais y revenir.

Mais, en même temps, les États membres, ils existent. Et je considère cet accord sur les rescrits fiscaux, ce compromis – que je répète être de bonne qualité – comme un signal important que les États membres aussi sont prêts à s'engager à atteindre ces objectifs, et je m'en félicite. Je commence à avoir une petite expérience des affaires européennes. J'ai siégé pour la première fois dans ce Parlement en 1994. J'ai été membre du Conseil pendant sept ans, y compris pendant les années 90. Je n'ai jamais vu, jamais, un texte fiscal être adopté à l'unanimité en sept mois avec une qualité maintenue de la sorte. C'est la preuve que ce que vous faites, vous, les parlementaires européens, et depuis longtemps en effet M^{me} Joly, ce que fait la Commission – et ce qu'elle fait de manière déterminée – fait bouger les choses. Alors, je comprends les critiques, je comprends les regrets, mais je dis aussi que nous devons considérer qu'aujourd'hui est un jour important et que le rapport que vous vous apprêtez à adopter doit également souligner, si vous le décidez, que nous allons dans ce sens-là. Je voudrais remercier le Parlement pour sa contribution à ce que je considère comme étant une réussite. Je remercie aussi le Parlement pour son soutien envers les mesures européennes de lutte contre l'évasion fiscale et pour l'attention portée à prévenir que des techniques puissent être utilisées pour échapper à ces mesures.

Quelques réponses, maintenant, un peu plus détaillées sur certaines questions posées par des parlementaires européens.

D'abord, la question du champ d'application, qui me paraît être, au stade où nous sommes, le point le plus important soulevé par le rapport de M. Ferber. Le rapporteur considère que la directive devrait couvrir tous les rescrits fiscaux et pas uniquement les rescrits fiscaux transfrontaliers. Il est vrai qu'à cet égard, la Commission avait proposé, elle-même, de limiter le champ d'application de l'échange obligatoire d'informations sur les décisions fiscales transfrontières et sur les accords sur les prix de transfert. Le texte de compromis du Conseil cible également ces décisions transfrontalières couvrant un large éventail de telles décisions.

Pourquoi cela? Je dirais d'abord que l'extension à des décisions non transfrontalières aurait eu, et aurait, pour effet d'augmenter considérablement la charge administrative des pouvoirs publics, sans peut-être permettre aux autorités fiscales de se concentrer ou de concentrer leur attention sur les principales questions. En outre, nous avons agi sur la base juridique que nous offre le traité, qui est la base juridique du marché intérieur. La question est de savoir si les autres rescrits pouvaient être concernés par cette base juridique. Je ne pense pas pour autant, Monsieur le rapporteur, Mesdames et Messieurs les députés, qu'il faille considérer que nous sommes arrivés à la fin de l'histoire. Je crois tout à fait pertinent que le Parlement européen continue d'insister sur cette dimension dans la mesure où dans une phase ultérieure, nous pourrions être amenés à aller plus loin sur une base juridique appropriée; c'est la position que la Commission, à travers moi, défend ici.

Sur la rétroactivité, autre remarque importante faite par M. Ferber, le texte de compromis du Conseil prévoit une rétroactivité de cinq ans, ce qui est plus court que les dix ans que suggérerait la Commission. Mais j'attire votre attention sur un point qui ne vous aura pas échappé d'ailleurs: nous sommes face à un champ plus large qui couvre non seulement tous les rescrits encore valables délivrés depuis 2012, mais aussi ceux qui ne sont plus valables s'ils étaient rendus entre le 1^{er} janvier 2014 et le 31 décembre 2016. Le compromis prévoit aussi une exemption pour les PME dont le chiffre d'affaires annuel net est inférieur à 40 millions d'euros, à l'exception de celles qui mènent essentiellement des activités de financement et d'investissement.

C'est donc ce qui nous a amenés, ce qui m'a amené, dans les discussions au Conseil, à tenir compte des arguments qui nous ont été présentés, et je pense en fin de compte qu'une période de cinq ans, en combinaison avec l'exemption accordée aux PME, avec le champ plus large des rescrits, permet un compromis équilibré et solide, et c'est la raison pour laquelle la Commission est allée dans le sens de ce compromis.

M. Bayet notamment m'a interrogé sur un numéro d'identification fiscale. La proposition de la Commission n'inclut pas de disposition sur l'usage d'un numéro d'identification fiscal européen. Pourquoi? Pour une raison simple: parce qu'un tel numéro n'existe pas encore aujourd'hui. Néanmoins, il s'agit d'un sujet technique mais aussi politique sur lequel la Commission travaille depuis son plan d'action de 2012 pour lutter contre la fraude et l'évasion fiscales. C'est une modalité que je crois importante, mais nous ne pouvions pas, et nous ne pouvons pas, attendre la mise en place d'un tel numéro pour commencer à procéder à l'échange d'informations sur les rescrits.

Montag, 26. Oktober 2015

Deux derniers points enfin: d'abord, la question des sanctions qui a été évoquée par plusieurs d'entre vous et qui avait déjà été évoquée, je m'en souviens, lors de ma première audition devant la commission TAXE. Le mécanisme que nous avons choisi est un mécanisme qui vise l'impact que la transparence peut avoir sur les comportements des multinationales. Je fais le pari ici – et je pense qu'il sera gagnant – que c'est bien ce dont il s'agira. La transparence aura pour effet – contrairement à la loi de Gresham, qui, vous le savez, chasse la bonne monnaie en faveur de la mauvaise –, j'en suis persuadé, d'évacuer les mauvais rescrits, c'est-à-dire ceux qui prêtent à des utilisations abusives ou agressives en faveur de techniques de prévision, d'anticipation de la position des sociétés, qui ne sont pas en soi condamnables. Nous n'avons pas choisi d'interdire les rescrits, nous avons choisi la transparence. Quant à la présence de la Commission dans le dispositif, je peux vous garantir que c'est une bataille que j'ai livrée, pied à pied, face à ceux qui pensaient qu'elle était superflue. La présence de la Commission permet de s'assurer qu'il existe quelque part un arbitre qui peut ensuite déclencher des procédures. Et c'est la raison pour laquelle le travail que nous sommes amenés à faire ensemble, avec ma collègue Margrethe Vestager, est la démonstration par la preuve qu'il peut y avoir de tels mécanismes, et nous aurons évidemment des bases plus solides avec la nouvelle directive, qui, je le pense, sera adoptée à la suite de la proposition de la Commission, de l'accord du Conseil et de votre propre rapport.

Enfin, je rappelle que le combat pour la transparence est un combat qui ne s'arrêtera pas. J'ai parlé ici de révolution de la transparence, et je peux vous assurer de notre détermination politique, celle de la Commission, de ma détermination politique personnelle, à aller jusqu'au bout. Je redis ici ce que j'ai dit dans notre propos introductif, à savoir que cette Commission veut reprendre le projet ACCIS ou «CCCTB», incluant la consolidation qui est nécessaire aux entreprises pour des motifs qui tiennent à la fois de la transparence et de l'efficacité. Je redis que cette Commission veut montrer ce que peut apporter le principe de taxation effective. Nous sommes dans une situation absurde où trop d'entreprises multinationales, pour les raisons que vous connaissez, ne paient pas, ou paient peu d'impôts là où elles créent des profits. Là encore, c'est une question de confiance qu'il faudra résoudre.

Enfin, cette Commission travaille sur la publication d'informations pays par pays. Je demande au Parlement européen un peu plus de patience et un peu plus de confiance. Nous avons souhaité, mon collègue Jonathan Hill et moi-même, mettre en place une démarche qui, il est vrai, débute par une consultation et devra se poursuivre par une appréciation, un test, une évaluation. Il ne s'agit pas d'évacuer la question, mais de voir dans quelles conditions la publication d'informations pays par pays peut concilier la transparence et l'efficacité économique sans pénaliser l'investissement des entreprises qui est nécessaire à l'emploi. J'ai émis pour ma part une préférence politique très claire, à savoir que, qui disait publicité disait accès du public. Mais nous devons aussi tenir compte des réalités économiques.

Nous sommes donc au fond devant une alternative: soit nous suivrons ce que dit l'OCDE, qui propose, je vous le rappelle, de s'en tenir aux échanges entre administrations, soit nous irons plus loin – je le répète, c'est plutôt ma préférence personnelle, à condition que cela ne pénalise pas les entreprises. Voilà pourquoi, Mesdames et Messieurs les députés, je vous remercie de votre participation à ce débat, je remercie les rapporteurs et les rapporteurs fictifs de leur travail. Je pense que par-delà les différences ou les nuances, nous sommes tous d'accord pour considérer qu'il y a une démarche politique nouvelle qui permet d'aller plus loin, d'aller plus fort et d'aller plus vite. Vous y contribuez.

Markus Ferber, Berichterstatter. – Herr Präsident! Herr Kommissar, ein Dankeschön für dieses steuerrechtliche Grundsatzreferat, das natürlich weit über die Themen hinausgeht, die wir heute oder morgen zu entscheiden haben.

Ich darf mich für die gute Zusammenarbeit bei Ihnen bedanken, was meinen Bericht betrifft. Ich bedaure es sehr, das will ich schon mal sehr deutlich zum Ausdruck bringen, dass die Ratsbank leer ist. Denn vieles, was heute auch von den Kolleginnen und Kollegen an Kritik adressiert wurde, war ja nicht an die Kommission gerichtet, sondern an die von mir aus gesehen, rechte Seite, nämlich an die Ratsseite, und die glänzt mit großer Leere. Es ist sehr bedauerlich, weil der Rat schon einmal lernen muss, dass das Europäische Parlament auch in Steuerfragen ein ernstzunehmender Partner ist. Ich habe bei der Berichterstattung auch versucht, diese Rolle deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Montag, 26. Oktober 2015

Ich darf mich bei meinen Schattenberichterstatlern ganz herzlich für das gute Miteinander bedanken. Wir haben es in sehr kurzer Zeit geschafft, hier dieses komplexe Thema zu bearbeiten. Ich hoffe, dass wir morgen dann im Plenum mit großer Mehrheit ein klares Signal an den Rat senden.

Jetzt will ich noch einmal ausdrücklich sagen, wir senden dieses Signal an den Rat, nicht an die Kommission. Die Kommission hat ihre Hausaufgabe bei den *Tax Rulings* gemacht. Der Rat sollte dagegen seine politische Einigung vom Oktober nochmal überdenken und einiges, was wir als Parlament fordern, auch aufgreifen. Dies wäre ein großer Gewinn für die Steuerehrlichkeit, die Steuergerechtigkeit und die Transparenz in Europa. Das sollte doch auch das Interesse der Mitgliedstaaten sein.

Peter Simon, *stellvertretender Berichterstatter*. – Herr Präsident! In Vertretung des leider verhinderten Berichterstatters darf ich als Koordinator der Sozialdemokraten im TAXE-Sonderermittlungsausschuss noch ein paar Worte an die Kommission richten. Ich kann mich den Worten des Kollegen Ferber anschließen, dass wir mit der Kommission gemeinsam an dieser Baustelle arbeiten, dass wir froh sind über viele Dinge, die wir erreicht haben, dass wir aber umgekehrt auch den Finger in die Wunden legen, wo wir denken, da sind wir noch längst nicht weit genug.

Was die Arbeit des TAXE-Sonderermittlungsausschusses angeht, habe ich gerade am heutigen Tag eine Nachricht erhalten, die mich etwas verwirrt und die vielleicht auch unsere künftige Arbeit noch beeinflussen wird. Ich danke der Kommission, dass sie sich dafür eingesetzt hat, im Sinne von Transparenz uns die vom Parlament angeforderten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, im Rahmen dessen, was nach der Interinstitutionellen Vereinbarung möglich ist. Heute habe ich erfahren, dass die gleichen Unterlagen, die uns teilweise nicht oder nur geschwärzt und nur im Leseraum zur Verfügung gestellt wurden, zum Zwecke der Forschung an Forschungseinrichtungen herausgegeben wurden, die im Rahmen des Zugangs von Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union zu öffentlichen Dokumenten ganz normal nachgefragt hätten. Wenn dem so ist, dann haben wir ein Problem!

Ich weiß, dass Sie heute mit Sicherheit nicht explizit hier darauf antworten können, aber wir werden schriftlich auf Sie zukommen. Denn für uns ist es jetzt schon sehr schwierig, anhand der vorgelegten Dokumente vollumfänglich zu arbeiten. Wir akzeptieren die Interinstitutionelle Vereinbarung. Wenn es hier aber eine über diese hinausgehende Öffentlichkeit bereits gibt, darf ich an dieser Stelle bereits ankündigen, werden wir darauf bestehen, genauso behandelt zu werden wie Dritte. Das verlangt die Würde dieses Hauses.

Molly Scott Cato, *rapporteur*. – Mr President, in winding up this debate I would like to note that it has demonstrated very well the amount of common ground there is across the House. There has been really good cooperation on all the files we have been considering and I found great support from my shadows on my file.

There has also, I have noted, been quite a lot of movement amongst Members of this House on the issue of tax, partly as a result of citizen outrage at multinational tax avoidance, but also as they have learned more – as they have gathered more information as a result of the TAXE Committee – and in my mind that is one of the main achievements of the TAXE Committee.

To do our job properly we need information and we need evidence. How else can we make good policy? I welcome the statement from the Commissioner that more documents have been made available, but I am afraid that having documents in a reading room where they are effectively behind lock and key is simply not good enough. It does not feel like transparency and we need to have better access to information than that. We also need to protect whistleblowers who are acting in the common good.

We do not always see eye to eye across the different political groups in this Parliament, but we have cooperated to protect public tax revenue and to ensure that there is a level playing field between the corporations who can arrange to reduce their tax contributions and the SMEs that are the backbone of our European economy. This issue of tax is of great concern to citizens, and I join with my colleague, Mr Ferber – who I know has now had to leave for the TAXE Committee – in calling for Member States to work with us on this. We appreciate the support from the Commission, but we also need Member States to work with us on ensuring that ending tax avoidance is treated as an urgent priority, because it is an urgent priority for all our citizens.

Presidente. – La discussione congiunta è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì 27 ottobre, alle 13.00.

Montag, 26. Oktober 2015

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze das im Mai 2015 unterschriebene Abkommen und hoffe, dass die Umsetzung schnellstmöglich erfolgen kann. Wir brauchen eine rechtssichere Grundlage, auf deren Basis dann wirkungsvolle Maßnahmen gegen Steuerhinterziehungen ergriffen werden können. Mit der Abschaffung des Bankgeheimnisses machen wir einen wichtigen Schritt im Kampf gegen Steuerhinterziehungen. Nur mit mehr Transparenz und fairen Regeln werden wir es schaffen, dass in nicht allzu ferner Zukunft Steuerhinterziehungen der Vergangenheit angehören.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – La concorrenza fiscale dannosa e l'elusione fiscale transfrontaliera sono pratiche inaccettabili che le istituzioni europee devono affrontare per costruire un modello di Unione più onesto e solidale tra tutti i cittadini degli Stati membri.

È inaccettabile che tra gli Stati dell'Unione ci possano essere delle pianificazioni fiscali con degli attori del mercato al fine di creare svantaggi competitivi tra gli Stati stessi. La relazione sullo scambio automatico obbligatorio di informazioni nel settore fiscale rappresenta pertanto la strada per risolvere parte di questi problemi mediante la costruzione di standard europei più stringenti in materia fiscale. Inoltre, si incentivano le pratiche di scambio di informazioni riguardo ai ruling fiscali tra gli Stati membri. Infatti, i ruling fiscali da strumenti atti a fornire una certezza giuridica ai contribuenti sono divenuti accordi a danno di altri Stati membri.

Per questa ragione, il Parlamento è intervenuto con forza in questa materia, rafforzando il testo su numerosi punti, come la frequenza dello scambio di informazioni e le informazioni da fornire, e ampliando l'ambito di applicazione anche ai ruling fiscali preventivi e sugli accordi sulla definizione dei prezzi.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe Ferber está orientado a mejorar la transparencia en el intercambio de información en el ámbito fiscal, por lo que hemos votado favorablemente. Es un texto que no vería la luz si no fuera por el coraje del Sr. Deltour para que Europa pudiera conocer la complicidad de Juncker y los gobiernos europeos en la elusión fiscal a gran escala. Sin embargo, no debemos confundir esta propuesta con la posibilidad de un auténtico escrutinio público o como un freno automático a la elusión fiscal. Los mecanismos con los que las grandes multinacionales evitan sus impuestos, entre los cuales los acuerdos fiscales a los que se refiere esta propuesta, siguen vigentes y son conocidos y amparados por los distintos Gobiernos. No bastan reglas claras y transparentes: necesitamos también comprometernos por un sistema fiscal justo y progresivo. En este sentido, nos falta confianza política en la Comisión Juncker para esperar que utilice los nuevos instrumentos a su disposición para controlar y regular de manera efectiva la elusión fiscal. Europa está muy lejos todavía de responder al escándalo LuxLeaks.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Sehr geehrter Herr Präsident! leider wurde der Kommissionsvorschlag zum automatischen Informationsaustausch von den Finanzministern in vielen wichtigen Punkten verwässert. Und dies trotz dem Bekenntnis der Finanzminister, sich für einen fairen Steuerwettbewerb einzusetzen! Die Entscheidungen zu Starbucks und Fiat zeigen uns, wie wichtig die rückwirkende Anwendung auf bestehende *rulings* ist. In beiden Fällen liegt der Zeitraum länger zurück als die von den Finanzministern geforderten fünf Jahre. Wir möchten, dass solche illegitimen Fälle auch in Zukunft zu illegalen Fällen erklärt werden. Auch wenn sie länger zurückliegen! Darum plädieren wir dafür, dass alle gültigen *rulings* für juristische Personen – unabhängig davon, ob diese grenzüberschreitend sind oder nicht – ausgetauscht werden. Wir fordern, dass mehr Informationen ausgetauscht werden, wie auch zum Beispiel die Steueridentifikationsnummern, oder aber auch, dass der Austausch von *rulings* sofort erfolgt und nicht erst nach Monaten! Wenn die Finanzminister sich zu einem fairen Steuerwettbewerb bekennen, dann müssen sie auch dementsprechend agieren und auch ihre Beschlüsse fassen! Der vorliegende Bericht enthält eine Vielzahl von guten Maßnahmen, um mehr Transparenz in den Dschungel der *rulings* zu bringen.

13. Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla raccomandazione per la seconda lettura della commissione per il mercato interno e la protezione dei consumatori sui pacchetti turistici e i servizi turistici collegati (09173/3/2015 - C8-0281/2015 - 2013/0246(COD)) (Relatore: Birgit Collin-Langen) (A8-0297/2015).

Montag, 26. Oktober 2015

Birgit Collin-Langen, Berichterstatterin. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar Moscovici, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir morgen über die Neufassung der Pauschalreiserichtlinie abstimmen können. Aufgrund der Veränderungen im Reisemarkt und dem zunehmenden Trend zu Online-Reisebuchungen ist die Modernisierung und Anpassung der aus dem Jahre 1990 stammenden Richtlinie dringend notwendig geworden. Inzwischen sind vielfältige neue und Online-Buchungsmodelle entstanden, die nicht unter den Schutz der geltenden Richtlinie fallen. Es gibt heute nicht mehr nur noch die klassische Pauschalreise, sondern es können verschiedene Elemente einer Reise ganz nach den Wünschen des Reisenden zusammengestellt werden. Mit den überarbeiteten Vorschriften werden die Rechte der Reisenden in Europa insgesamt gestärkt. Neue Buchungsmodelle werden jetzt vom Anwendungsbereich umfasst und Reisende werden umfassender und besser über ihre Rechte informiert.

Es ist uns aber auch gelungen, die ökonomischen Interessen der Anbieter – also zum Beispiel Veranstalter, Reisebüros oder Hoteliers – zu berücksichtigen, sodass das gefundene Ergebnis sowohl deren als auch die Interessen der Reisenden ausgeglichen berücksichtigt.

Für das Verhandlungsteam des Parlaments war die Aufnahme der *Click-through*-Buchungen in den Anwendungsbereich der Richtlinie und deren Gleichstellung mit der klassischen Pauschalreise zwingend. Die *Click-through*-Buchungen sind solche Buchungen im Internet, bei denen bestimmte Daten des Buchenden automatisch übertragen werden. Wenn man also zunächst zum Beispiel einen Flug und dann eine zweite Reiseleistung, also zum Beispiel ein Hotel, bucht, werden der Name des Reisenden und die Zahlungsmodalitäten automatisch übertragen. Wir wollen, dass hier dieselben Haftungen gewährt werden und derselbe Insolvenzschutz wie bei einer Pauschalreise gegeben ist, denn bei dieser Art der Buchung wird quasi der Eindruck erweckt, dass man ein Paket bucht, indem man sich auf die nächste Internetseite durchklickt.

Der Rat hatte sich am Anfang gegen eine Gleichstellung der *Click-through*-Buchungen ausgesprochen. Das hätte bedeutet, dass in einem solchen Fall keine Haftung und kein Insolvenzschutz für das gesamte Paket vorhanden gewesen wären. Es wäre nur die reduzierte Form gewesen. Der Buchende, der Reisende hätte sich an den jeweiligen Anbieter wenden müssen, um dann seine Rechte zu bekommen.

Den Kompromiss konnten wir dann erreichen, indem wir nun auch die E-Mail-Adresse zusätzlich zum Namen und den Zahlungsmodalitäten hinzufügen müssen. Wir haben uns vom Parlament in dieser Frage sehr schwer getan, weil wir nicht ausschließen können, dass durch die nun sehr enge Definition der *click-throughs* die Möglichkeit gegeben ist, Umgehungstatbestände zu schaffen. Deswegen konnten wir dem Kompromiss nur zustimmen, wenn die Kommission – das hat sie zugesagt – nach drei Jahren eine Revision durchführt, um zu schauen, wie ist das Ergebnis der *click-throughs*, wird es erfasst, wird es nicht erfasst, bedarf es gegebenenfalls Anpassungen oder Ausweitungen der Definition.

Insgesamt ist es uns gelungen, den Text klarer und verständlicher zu formulieren und viele Punkte des Europäischen Parlaments aus erster Lesung durchzusetzen. Wir haben zum Beispiel die Definition von Nebenleistungen, die keine Pauschalreise begründen sollen, eingeführt. Wir haben klarstellen können, dass es keinen Unterschied macht, ob man ein Auto oder ein Motorrad anmietet; gemeinsam mit einem Flug, oder einer gebuchten Unterkunft, wird diese Kombination automatisch zur Pauschalreise. Wir haben ein einheitliches Rücktrittsrecht eingeführt, wonach der Verbraucher kostenlos bei einer nachträglichen Preiserhöhung von über acht Prozent vom Vertrag zurücktreten kann. Außerdem konnten wir bessere Konditionen bei außergewöhnlichen und unvermeidbaren Umständen vor Ort für den Verbraucher durchsetzen. Wenn der Reiseveranstalter im Fall von außergewöhnlichen unvermeidbaren Umständen nicht in der Lage ist, den Pauschalreisenden zurückzubefördern, dann muss dieser ab jetzt die Kosten für den verlängerten Aufenthalt von bis zu drei Übernachtungen übernehmen. Vor dem Hintergrund der Aschewolke 2010 war uns eine solche Regelung wichtig. Das Parlament hatte fünf Nächte gefordert, der Kompromiss war dann drei, allerdings mit der Einschränkung, wenn zum Beispiel in der Fluggastrechterichtlinie fünf Tage durchgesetzt würden, dann würde das auch hier Geltung finden.

Ich möchte an dieser Stelle einen besonderen Dank aussprechen an die lettische Präsidentschaft und das Verhandlungsteam im Rat, an die Kollegen der Kommission, unsere Mitarbeiter im IMCO-Ausschuss, die jederzeit effektiv zur Verfügung gestanden haben, meine *Shadows* und deren Mitarbeiter und die Mitarbeiter unserer Fraktionen.

Montag, 26. Oktober 2015

Die Verhandlungen waren sehr intensiv. Dennoch konnten wir trotz anfänglich sehr unterschiedlicher Positionen eine zufriedenstellende Einigung erreichen. Ich möchte Sie bitten, morgen dem Bericht Ihre Zustimmung zu geben – herzlichen Dank!

Pierre Moscovici, *Member of the Commission*. – Mr President, tourism is an important sector of the European economy. The 1990 Package Travel Directive gave consumers important rights regarding pre-arranged packages and established a legal framework for the package travel sector.

I am speaking now on behalf of Mme Jourová, who cannot be here, and I wish to applaud her for the job that has been done.

Digital technologies have changed the way in which we organise our travel. Today, consumers are increasingly seeking customised combinations of travel services online instead of ready-made products from a travel brochure. This is increasingly tending to mean that travellers are either not protected by the directive or else the protection is unclear. That is why it was necessary to modernise the existing EU rules on package travel so as to make them fit for the present digital age. The new directive on which you will vote tomorrow will offer protection not only for pre-arranged packages, but also for customised combinations of travel services, known as dynamic packages, especially if they are booked online.

At the same time, the new directive will provide a minimum level of protection for linked travel arrangements which are looser combinations of travel services. There will be clear information for travellers on whether they are being offered a package with full protection or a linked travel arrangement with limited protection, including compulsory standardised information.

These changes will double the share of protected trips in the EU from 23% to 46% and will bring almost 120 million additional trips a year within the scope of the directive. Furthermore, the right of travellers who buy a package will be improved and clarified. There will be clearer rights for travellers when something goes wrong during the trip and improved termination rights. Travellers will be entitled to extended accommodation for at least three days if the return journey cannot be carried out on time because, for example, a natural disaster. There will also be explicit rules on liability for booking errors.

As agreed during the interinstitutional negotiations, I would like to confirm that when revising the 2009 guidance on the application of Directive 2005/29/EC on unfair commercial practices, the Commission will also address the issue of commercial practices whereby travel services providers who market their services online offer additional services in an unclear or ambiguous manner, such as hiding the option of not booking any further services, and the Commission will inform Parliament on how its views have been taken into account when the revised guidance is adopted, which is fast.

Travel businesses will also benefit from the new directive. Outdated requirements for travel brochures will be abolished and managed business travel will be exempted from the directive.

Finally, increased harmonisation, for instance with regard to precontractual information requirements, in the light of the rules, as well as the mutual recognition of the insolvency protection obtained in other Member States will facilitate cross-border transactions, thereby enhancing consumer choice.

Ladies and gentlemen, the text that is now presented to you for adoption is the result of very intensive and, I must say, sometimes difficult negotiations and compromises between the Council and Parliament. I would like to extend my thanks in particular to Mrs Birgit Collin-Langen, the rapporteur on this file, the shadow rapporteurs, and Mrs Vicky Ford, the Chair of the Internal Market and Consumers Committee who all were instrumental in coming to an agreement with the Council.

Andreas Schwab, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Kommissar, liebe Kolleginnen Kollegen! Auch ich möchte natürlich zunächst einmal allen, die an diesem seit Jahren verhandelten Dossier mitgewirkt haben, sehr herzlich danken.

Das war in der letzten Legislaturperiode der Kollege Hans-Peter Mayer, und es ist dann in die wirklich hervorragenden Hände von Birgit Collin-Langen übergegangen, die aus diesem Dossier einen wirklich akzeptablen Kompromiss gemacht hat.

Montag, 26. Oktober 2015

Weil wir im Europäischen Parlament so häufig über Kompromisse reden und am Ende nicht zur Sache kommen, möchte ich meine mir noch verbliebende Redezeit dazu nutzen, diesen Kompromiss etwas darzustellen.

Es ist richtig, dass wir mit dieser Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie eine Anpassung an das digitale Zeitalter vornehmen, indem zunehmend Touristen ihre Reise über das Internet buchen und dabei eben in eine Kaskade von Verlinkungen eintreten, mit denen sie immer weitere Leistungen, die sie als zusammenhängende Leistungen annehmen, miteinander verbinden, und deren Auseinanderbrechen für sie am Ende eine wirklich schwierige Situation im Reisezeitpunkt bedeuten würde.

Dem tragen wir mit dieser Richtlinie – mit den Einschränkungen, die die Berichterstatterin genannt hat – wirklich vollumfänglich Rechnung. Gleichwohl ist es so, dass bei der Definition der Pauschalreise, wie wir sie jetzt vorgenommen haben, natürlich auch für kleine Tourismusunternehmen, beispielsweise kleine Alpenhotels oder Kleinhotels im Schwarzwald – einer Region, aus der ich komme –, die Schwierigkeit entsteht, dass dann, wenn der Kunde nicht nur das Hotel für zwei Nächte bucht, sondern möglicherweise eben auch noch den Besuch im Schwimmbad gegenüber über das Hotel abwickeln lassen möchte, am Ende rechtlich betrachtet ebenfalls eine Pauschalreise zustandegekommen sein könnte.

Hier wird es auf das Fingerspitzengefühl der Beteiligten und auch auf die Kontrolle durch die Europäische Kommission ankommen, dass wir die Balance zwischen den Verbraucherrechten auf der einen Seite und einem fair funktionierenden Tourismusbinnenmarkt auf der anderen Seite hinbekommen. Ich bin aber zuversichtlich, dass dies gelingt.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 Geschäftsordnung zu beantworten.)

Paul Rübiger (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Recht herzlichen Dank. Ich möchte mich auch beim Kollegen Schwab bedanken.

Für mich stellt sich die Frage, welchen Vorteil haben jetzt eigentlich die Hotels und die kleinen und mittleren Betriebe von dieser Richtlinie. Sie wird sicher zu mehr Beschäftigung führen, weil es natürlich etwas komplexer wird, diese Dinge abzuwickeln. Die Rechtsanwälte werden vielleicht auch etwas daran verdienen und es wird selbstverständlich auch zu einem Preisanstieg in diesem Bereich kommen müssen, weil natürlich auch die Versicherungen hier profitieren.

Kann man hier abschätzen, wie das allgemein den Tourismus in Europa beeinflussen wird?

Andreas Schwab (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herzlichen Dank, Kollege Rübiger, für diese Frage. Ich glaube, Rechtssicherheit ist in einem großen, von vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern dominierten Markt am Ende immer das beste Mittel, Wachstum in diesem Markt zu befördern.

Deswegen glaube ich, dass man zunächst mal sagen kann, die Rechtssicherheit wird allen nutzen. Gleichwohl will ich nicht verschweigen, Herr Kollege, dass natürlich im Einzelfall für kleinere und mittlere Reisebüros durchaus die Bedeutung ansteigen wird, eine Versicherungspolice einzugehen, deren Kosten nach meinem Kenntnisstand aber nicht überschätzt werden dürfen. Es mag natürlich in einen oder anderen Fall für Hoteliers, die ihr Geschäft nach wie vor nach nationalem Mietrecht betreiben, schwierig sein, dies in Übereinstimmung mit europäischen Regeln zu bringen.

Ich glaube aber, dass die Hoteliers in Europa alle Manns genug sind, diese Herausforderung zu meistern, und ich wünsche es ihnen vor allem auch allen.

Sergio Gaetano Cofferati, *a nome della S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi unisco anch'io ai ringraziamenti alla collega Collin-Langen, alla presidente della commissione e agli altri colleghi che hanno lavorato a questo provvedimento per lunghi mesi. Era indispensabile che l'Europa cambiasse il piano di regole che riguardano non soltanto il settore del turismo, ma ancor prima le persone che decidono, nella loro vita, di partecipare a viaggi, e qualche volta lo fanno per svago e qualche volta lo fanno addirittura per lavoro.

Nel corso di questi 25 anni sono cambiate moltissime cose, a cominciare dai nuovi servizi offerti on-line, e la mancanza di certezza giuridica, come veniva ricordato poco fa da Andreas Schwab, ha creato danni agli utenti. I penalizzati sono sempre stati le persone e i consumatori che hanno deciso di muoversi per le ragioni che prima ricordavo. Ora abbiamo allargato il campo di applicazione dei servizi turistici assistiti e questo è un passo avanti importante. Abbiamo escluso dalla direttiva settori specifici con un compromesso positivo come quello sul tema, appunto, dei viaggi di lavoro o sui pacchetti messi insieme dalle associazioni *no profit* che lo fanno senza fini di lucro. Il testo è stato migliorato significativamente anche per quanto concerne le informazioni contrattuali e precontrattuali, e considero questo il cuore del provvedimento.

Montag, 26. Oktober 2015

Le persone e gli utenti sono forti quando sanno, quando hanno la possibilità di conoscere e quando, sulla base della conoscenza, possono eventualmente far ricorso a un giudizio terzo che però è basato su elementi di certezza che prima non avevamo. Ecco: i diritti dei consumatori sono un grande problema per l'Europa. Io credo che con questa direttiva, su un tema specifico, si siano fatti passi in avanti nella direzione opportuna. Ora bisogna vigilare perché le norme siano recepite e applicate nel modo giusto. Ma questo è un compito che riguarda ciascun paese.

Anneleen Van Bossuyt, *namens de ECR*. – In het dossier rond de pakketreizen was het belangrijk om het juiste evenwicht te vinden tussen het beschermen van de rechten van de consumenten en die van de toeristische sector. Daar zijn we volgens mij in geslaagd, dankzij de goede leiding van onze rapporteur.

Consumenten die online boeken zullen op eenzelfde niveau beschermd worden als diegenen die dat via een reisbureau doen. Ze zullen ook bescherming genieten tegen prijsstijgingen, faillissementen van de dienstverleners en onvoorziene en onvermijdelijke situaties zoals natuurrampen, zoals we die gekend hebben met de uitbarsting van de vulkaan op IJsland. Er worden ook duidelijke regels vastgelegd over het beëindigen van het contract en over de informatie die de handelaren moeten bezorgen vóór, tijdens en na het afsluiten van het contract.

Aan de andere kant zijn we er ook in geslaagd ervoor te zorgen dat we de betrokken sectoren niet kapot reguleren door overbodige of slechte regelgeving.

Dita Charanzová, *za skupinu ALDE*. – Pane předsedající, pane komisaři, celá řada

spotřebitelů v EU dnes žije on-line – nakupujeme, vyhledáváme cestovní služby přes internet. V České republice jsou tak realizovány například 2 miliony cest ročně, více než polovina. A tak jsem ráda, že dnes mohu podpořit tento návrh směrnice, který bere v úvahu digitální revoluci a snaží se zjednodušit život nám, občanům, kteří si skládáme své cestovní balíčky přes internet. Dovolena je pro nás, nebo by měla být, chvíle odpočinku a relaxace, ale bohužel mnozí z nás již zažili situace, kdy se ne všechno vyvíjí podle našich potřeb. Tyto pocity jsou zdvojnásobeny v okamžiku, kdy nevíme, na koho se obrátit, od koho získat pomoc.

Z tohoto důvodu vítám, že nová směrnice dává odpověď na tyto otázky, dává jasně práva a povinnosti spotřebitelů, budeme vědět, kdo je za co zodpovědný, a můžeme i vědět, na koho se obrátit a domoci se náhrady škody. Rovněž vítám, že jakmile vejde tato směrnice v platnost, bude mít každý z nás možnost převést své cestovní balíčky na někoho jiného, pokud nebudeme moci z nějakého důvodu odcestovat. Nepřijde tak o naše peníze v případě nemoci nebo kdy nám to práce nedovolí.

Tato směrnice, podle mého názoru, představuje dobrý kompromis mezi obhajobou práv spotřebitele na jedné straně, ale také možnostmi malých a rodinných podniků v cestovním ruchu, o kterých mluvil kolega Schwab. Podařilo se nám zabránit pokusům zatížit cestující dodatečnými náklady, ale zároveň zajistit, aby každý cestovatel dostal služby na tak vysoké úrovni, jaké oprávněně očekává. Věřím, že tato nová směrnice bude prospěšná pro všechny cestovatele, že napadne ještě více cestovní ruch. Můžeme v tuto chvíli pouze litovat, že nemůže vstoupit dříve v platnost.

Igor Šoltes, *v imenu skupine Verts/ALE*. – Prvo bi se rad zahvalil poročevalki za dobro sodelovanje in predvsem za napor, ki smo ga vložili za pogajanja s Svetom. Želel bi poudariti naslednje, da turizem v Evropi igra pomembno vlogo, ker sektor skupaj s povezanimi sektorji predstavlja kar 10 % evropskega GDP-ja.

Zato je seveda toliko bolj pomembno, da imamo tako direktivo. Predvsem zato, ker istočasno omogoča zaščito potrošnikov in ne nalaga preveč birokratskega bremena malim in srednje velikim podjetjem, hkrati pa seveda tudi omogoča bolj fair položaj malih in srednjih podjetij, zlasti zato, ker se je na začetku kar nekako skušalo favorizirati tudi velika podjetja, ki so močnejši igralci na trgu ponudnikov paketnih zavarovanj.

In kar je najpomembneje, tukaj so potrošniki zaščiteni, morajo biti samo še dovolj dobro obveščeni.

Margot Parker, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, enhancing consumer protection and consumer rights is something I will always advocate for as long as I remain a politician. I cannot, however, support these proposals.

Montag, 26. Oktober 2015

Fundamentally, I take issue with the fact that this directive allows little or no scope for Member States to make changes that diverge from its provisions. By imposing this ridiculous level of harmonisation, you are simply presuming that all changes to this directive will be suitable for all 28 Member States. Well, I can tell you something today, that is not the case. For my country, the United Kingdom, these changes are not entirely suitable. If I may reference a UK government report directly, the proposal is far from perfect. Why should the UK Government be bound to abide by something it does not fully support?

Once again, this is just another example of the EU enforcing a one-size-fits-all policy with total disregard for the individual needs of Member States. What I say is let us increase protection for consumers, but let us allow national government to regulate that protection.

Franz Obermayr, *im Namen der ENF-Fraktion*. Herr Präsident! Tatsächlich stellt die Neufassung der Richtlinie den Urlauber künftig besser, indem sie ihm einfachere Möglichkeiten des Regresses, zentrale Ansprechpartner und einfache Hilfe auch in Notfällen bittet.

Doch auf die Reiseveranstalter wurde zunächst zu wenig Rücksicht genommen. Insbesondere in einem Tourismusland wie Österreich stieß der Plan, die Haftung kleinerer und mittlerer Hotelbetriebe, ebenso wie Reisebüros, wesentlich zu erweitern, auf erhebliche Kritik.

In einigen Punkten wurde diese Kritik auch positiv aufgenommen, so dass Reisebüros nun doch bestimmte Leistungen im Paket anbieten können, ohne automatisch in die Veranstalterhaftung zu geraten. Dennoch wird die bürokratische Belastung für Tourismusbetriebe künftig zunehmen, was zwangsläufig auch zu finanziellen Mehrbelastungen führen wird, wie sich am Beispiel der Pflicht zur Absicherung der eigenen Insolvenz zeigt.

Auf der anderen Seite hätte die Richtlinie auch zugunsten der Urlauber durchaus weiter gehen können. So werden nun *click-throughs*, also die Durchklick-Angebote, von der Richtlinie erfasst. Allerdings werden dabei nur Fälle erfasst, in denen Name, E-Mails und Kreditkartendaten des Urlaubers von einer Seite auf die nächste übertragen werden, was in der Praxis vollkommen unüblich ist.

In diesem Zusammenhang begrüße ich übrigens auch die Einführung einer Revisionsklausel, mit der auf die weitere Entwicklung im Online-Bereich reagiert werden kann. Die Richtlinie ist also ein Schritt in die richtige Richtung, verbessert insbesondere den Rechtsschutz von Urlaubern. Betrachtet man sie aber in ihrer Gesamtheit und mit den Konsequenzen, so bleibt doch einiges an Unbehagen und Sorgen für unsere kleinen und mittelständischen Tourismusbetriebe zurück.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Az utazási csomagokra vonatkozó eredeti irányelv még a 90-es évek közepére nyúlik vissza, azóta viszont sok minden változott. Fapados járatok térhódítása történt meg, internetes jegyvásárlás és csomagnak tűnő vásárlások, ami miatt új helyzettel találjuk szembe magunkat. Szeretnék köszönetet mondani Collin-Langen képviselő asszonynak, aki nagyszerűen felülvizsgálta ezt az irányelvet és adaptálta azokhoz a követelményekhez, amelyekkel nap mint nap szembetaláljuk magunkat. Úgy gondolom, hogy ez a módosítás nagyon komoly előrelépés a tekintetben, hogy a fogyasztók ne szürkezőnában találják magukat, és ne költségesen tudjanak módosításokat eszközölni. Azt hiszem, hogy ez a definíció, amit most majd kezelni fogunk, használni fogunk, nagyobb biztonságot ad a fogyasztóknak. Éppen ezért, Elnök Úr, nemcsak a magam nevében, hanem a delegáció nevében is egészen biztosan ezt a javaslatot támogatni fogjuk.

Evelyne Gebhardt (S&D). – Herr Präsident! Mit der Novellierung dieser Richtlinie haben wir einen ganz wichtigen Schritt nach vorn gemacht, indem wir die Art und Weise, wie heute Bürger und Bürgerinnen ihre Reisen gestalten, online gestalten, auch wirklich mit berücksichtigen. Das ist eine wichtige Frage. Ich begrüße sehr die Fortschritte, die in diesem Bereich gemacht wurden. Allerdings gibt es immer noch ein Problem: Die Definition der Reisen, die hier vorgesehen sind, ist sehr offen gefasst, sodass es sehr viele Schlupflöcher für diejenigen gibt, die eben unser Recht nicht so ernst nehmen wollen. Deswegen ist es richtig und gut, dass wir gesagt haben, dass spätestens 2018 noch einmal überprüft werden muss, ob wir auch wirklich auf der Höhe der Zeit sind oder ob wir nicht doch eine Anpassung des Rechts gerade für diese *click-through*-Bestellungen auch tatsächlich gestalten müssen.

Montag, 26. Oktober 2015

Daniel Dalton (ECR). – Mr President, we will also support this. The last time the package travel rules were updated was in 1990. That was before the internet started transforming every industry, and so we need to bring these rules into the digital age. This will allow click-through holidays to have the same protection as those bought through high street travel agents. Twice as many people will be covered, and that is vital.

If an operator goes bankrupt, or if a natural disaster or a terrorist attack disrupts a holiday, people will not be stranded just because they booked online. They will also be protected from last-minute hikes, allowing them to cancel if the price goes up by more than 8% after purchase. These safeguards are good not just for holiday-makers, but also for the travel industry; they will give people more certainty and confidence to book in the first place. This makes the legislation fit for the digital age and, in the context of the digital single market, that is vital. It allows consumers to have the protection they expect without constraining new business models. That is something we should bear in mind when looking at other sectors.

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Caros colegas, as atuais regras dos pacotes de viagem organizadas são obsoletas face à mudança de paradigma no mercado das viagens e às novas realidades da era digital, onde os consumidores reservam cada vez mais viagens personalizadas pela Internet, quer de um operador, quer de diversos operadores ligados comercialmente.

Os consumidores europeus encontram-se, assim, menos protegidos, porque as normas existentes foram desenhadas para as viagens organizadas tradicionais, onde tudo era pré-organizado pela agência de viagens. Ora, para nós, os consumidores têm que estar no centro do mercado interno. A legislação dispersa de alguns Estados-Membros para suprir esse vazio legal e a ampla margem de manobra que foi dada à transposição da diretiva também não são solução.

Há uma fragmentação do mercado interno, é necessária harmonização e, por isso, era tão importante alterar a diretiva das viagens organizadas. Estiveram bem a Comissão, o Parlamento e o Conselho ao chegar a acordo na atualização deste importante setor para a economia europeia.

Uma palavra de louvor pelo trabalho feito pela colega Birgit Collin-Langen, como relatora, que permitiu alcançar o acordo entre o Parlamento Europeu e o Conselho neste dossiê, conseguindo um equilíbrio necessário entre um elevado nível de defesa do consumidor e a proteção de um espaço livre, sem fronteiras, para a circulação de mercadorias e serviços e a liberdade de estabelecimento.

Catherine Stihler (S&D). – Mr President, thanks are due to the rapporteur and the shadows. Twenty-five years ago, when the original Package Travel Directive came into being, few of us in this room had an e-mail address, never mind a mobile phone, so fast-forwarding to 2015 and making this directive fit for purpose for our digital world are vital to ensure that consumer rights are protected.

I welcome the inclusion of click-through, a linked arrangement which some people call dynamic travel, the new insolvency and liability coverage, the improved consumer information, which will ensure that a consumer will know exactly who to go to and how should unforeseeable circumstances arise, and also the protection of three days' coverage if something bad happens, as this will ensure that the traveller is much better protected.

I know that this deal was hard fought for, and I welcome the review in 2018. Now it is up to the Member States to put this directive into law and I would like to see that happen sooner rather than later to ensure that consumers can benefit from these new rules as quickly as possible.

Maria Grapini (S&D). – Domnule Președinte, vreau să subliniez de la bun început că Europa are o oportunitate excelentă pentru turism, dar din păcate, există încă multe bariere, și una din bariere era și această directivă învechită. Consider că ceea ce s-a realizat acum, sigur, nu este ideal, dar propunerea pe care am auzit-o aici, și din partea raportoarei, și din partea colegii Evelyne, de a se revizui peste trei ani este binevenită.

Cred foarte mult că un act legislativ trebuie adaptat la situația nou creată. Cred că trebuie realizat, și s-a reușit în mare măsură, un echilibru între protecția consumatorului și posibilitatea ca agențiile mici, hotelurile mici să dezvolte activitatea în domeniul turismului; și mai cred că trebuie să se respecte și subsidiaritatea și proporționalitatea.

Montag, 26. Oktober 2015

Eu vreau să o felicit, pentru că a fost un raport foarte greu, un raport mult-așteptat de industria turismului și cred că este foarte necesară explicarea unor termeni care acum apar în această modificare legislativă, termeni care creau confuzii și care făceau ca, de multe ori, călătorii să nu se poată apăra în situația unor cazuri create de nerespectarea condițiilor din contract. O felicit și sper că peste trei ani putem să avem un raport și mai bun.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Mr President, I am a member of the Committee on Transport and Tourism (TRAN) so, on its behalf, I would like to thank the rapporteur for her excellent job indeed.

The objectives of the TRAN Committee were as follows. First, that the new directive should ensure that consumers' benefits from the higher level of protection when purchasing a combination of travel services are guaranteed. Secondly, at the same time, it is necessary to establish a level playing field between market players and selling travel packages. Then, removing legal obstacles at cross-border level and reducing compliance costs for business people.

Concluding the outcome of the negotiations between the Council and Parliament, we welcome the fact that the Committee on Internal Trade and Consumer Protection in good co-operation with the Committee on Transport has achieved the following: a strong insolvency protection for travellers which would cover all reasonably-foreseeable costs and clarification of travellers' rights. Let me be very clear, it responds to the challenges related to internet development in travel arrangements.

Procedura «catch-the-eye»

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass die Freude, die wir hier empfinden, die Freude der Verbraucher, noch nicht bei allen Unternehmen angekommen ist, weil sie sich in ihrer unternehmerischen Tätigkeit eingeschränkt fühlen, in ihrer unternehmerischen Freiheit, und als Dienstleister gegenüber ihren Kunden. Daher fordere ich, dass alle Unternehmen umfassend informiert werden, dass wir eine sachgerechtere Lösung bei der Umsetzung in nationales Recht ermöglichen, dass wir die Evaluierung in drei Jahren ernstnehmen und auch in Aussicht stellen, dass wir bereit sind, die Erfahrungen einzubauen.

Was sind die Gründe für diese Sorgen? Auf der einen Seite gibt es Rechtsunsicherheit bei KMU wegen der unklaren Definitionen. Es wird beklagt, dass Reisen auch erst nach dem Abschluss der Buchung zu einer Pauschalreise werden können. Es wird beklagt, dass der Schwellenwert von 25 % des Gesamtpreises für zusätzliche touristische Leistungen zu niedrig sei, und es wird befürchtet, dass der Bürokratieaufwand belastend ist, weil je nach Anlassfall beurteilt werden muss, welches rechtliche Regime zur Anwendung gelangt. Wir müssen schauen, dass Bürokratie nicht überbordend ist. Wir müssen für Rechtssicherheit sorgen und wir müssen die Unsicherheiten, die es bei den Unternehmen gibt, beseitigen. Das geht nur mit einem offenen Zugang bei der Umsetzung und durch mehr Information.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'aggiornamento della direttiva del 1990 concernente i viaggi, le vacanze e i circuiti tutto compreso risponde alle richieste dell'industria del turismo e delle organizzazioni dei consumatori. È necessario, infatti, rivedere alcune importanti disposizioni della direttiva che per obsolescenza finiscono per non corrispondere alle esigenze di un mercato globalizzato, creando ostacoli inutili al mercato, come ad esempio l'obbligo di informazione degli opuscoli e l'inclusione dei viaggi di natura professionale gestiti da agenzie specializzate.

Di conseguenza, i principi cardine sui quali deve basarsi la normativa sono, a mio avviso, quelli dell'amplificazione della capacità di scelta, dell'abbassamento dei prezzi per i consumatori e della rimozione degli ostacoli al commercio transfrontaliero, per un beneficio che interessi anche le imprese del settore. Peraltro, anche la frammentazione giuridica di una normativa non armonizzata dagli Stati membri genera costi aggiuntivi per le imprese che vogliono operare oltre frontiera a causa dell'abbassamento del livello di protezione dei consumatori.

È opportuno, in definitiva, rivedere la direttiva al fine di migliorare il funzionamento del mercato interno del turismo e di garantire una leale concorrenza e la protezione dei consumatori, anche attraverso l'imposizione delle adeguate garanzie di rimborso delle somme anticipate e del rimpatrio dei viaggiatori in caso di insolvenza.

Montag, 26. Oktober 2015

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο τουριστικός τομέας παίζει σημαντικό ρόλο για την ολοκλήρωση της εσωτερικής αγοράς, ενώ ταυτόχρονα αποτελεί πυλώνα ανάπτυξης για τις οικονομίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης και κυρίως για την Ελλάδα. Παρότι εκατομμύρια πολίτες της ΕΕ προτιμούν τα οργανωμένα ταξίδια και τις οργανωμένες διακοπές, εντούτοις οι διάφορες εθνικές πρακτικές δημιουργούν εμπόδια στον ανταγωνισμό και κυρίως στην ελεύθερη παροχή υπηρεσιών που αφορούν τα οργανωμένα ταξίδια. Απαιτείται λοιπόν η λήψη μέτρων για την προστασία των καταναλωτών που αγοράζουν πακέτα οργανωμένων ταξιδιών, ιδίως σε σχέση με την αφερεγγυότητα του διοργανωτή και κυρίως των tour operators. Απ' την άλλη πλευρά, τα τουριστικά πακέτα πρέπει να είναι διαρθρωμένα με τέτοιο τρόπο ούτως ώστε να συμβάλλουν στην ανάπτυξη των τοπικών οικονομιών με ισόρροπο τρόπο και ταυτόχρονα να ενισχύουν τη δημιουργία εγχώριας προστιθέμενης αξίας. Αντίθετα, τα πολυδιαφημισμένα πακέτα «all inclusive», ιδίως στην Ελλάδα, οδηγούν σε αποσάθρωση των μικρομεσαίων τουριστικών επιχειρήσεων, περιθωριοποιούν τα τοπικά προϊόντα, αυξάνουν την ανεργία και λειτουργούν μόνο για παραγωγή υπερκερδών για τους tour operators και τις μεγάλες ξενοδοχειακές μονάδες, και αυτή η πρακτική πρέπει να σταματήσει άμεσα.

Ivan Jakovčič (ALDE). – Gospodine predsjedniče, svakako da nam treba promjena regulacije direktive od prije 25 godina. Svakako da nam treba zaštita potrošača i svakako da nam treba povećati broj zaštićenih putovanja i sve ovo što mi zaista imamo u ovom novom prijedlogu nove direktive i nove regulacije.

Međutim, osnovno je pitanje je li moguće da mi danas nakon 25 godina govorimo o tome da trebamo nešto prilagoditi zato što živimo u digitalnom vremenu? Pa živimo već jedno desetljeće. A to govorim sve zato što sam duboko uvjeren i uvjerio sam se u ovih godinu i pol dana da mi o turizmu ovdje u ovom Parlamentu praktički nikad ne govorimo. Turizam je 10 % europskog BDP-a. Molim gospodine povjereniće da uzmemo u obzir tu činjenicu i da o turizmu počnemo više govoriti u Europskom parlamentu, da Komisija više govori o turizmu jer je to za mnoge zemlje Europske unije, pogotovo na Mediteranu, ključ razvoja i budućnost gospodarstva tih zemalja.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, činjenica je da direktivu treba modernizirati i činjenica je da je trebamo uskladiti s digitalnim dobom u kojemu živimo. Isto tako znamo da su niskotarifne kompanije danas zadominirale tržištem i moramo zaštititi interese naših potrošača. Mi smo prije svega ovdje zbog naših građana i stoga nam je vrlo važno da se zaštite njihovi interesi.

Međutim, istovremeno mislim da treba napraviti ravnotežu između potrošača, odnosno klijenata, ali i putničkih agencija i hotelijera koji također trebaju biti zaštićeni.

Želim zahvaliti gospođi Collin-Langen koja je dobre kompromise napravila. Vjerujem da ova direktiva ide u dobrom pravcu. Dobro je da ima nekoliko godina da se uskladi s nacionalnim zakonodavstvima, ali u svakom slučaju treba naći ravnotežu između zaštite potrošača, ali i putničkih agencija i hotelijera.

Budući da dolazim iz Hrvatske gdje je turizam 17 % BDP-a, vrlo je važno da smo ovu temu stavili na dnevni red i slažem se s gospodinom Jakovčićem da trebamo više govoriti o ovoj temi jer je to jedan veliki udjel u europskom gospodarstvu.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, the travel package proposal represents a positive solution for consumers and businesses. I strongly support more effective rules on insolvency protection for travellers in case of the trader's insolvency, stricter liability of traders in case of the under-performance of their package, improved pre-contractual information requirements and termination rights, and better protection in cases where the traveller's return is impossible because of unavoidable and extraordinary circumstances.

I believe that the compromise reached after a difficult negotiation regarding the definitions of linked travel arrangements and travel packages represents a satisfactory result. It is very important that the definition of linked travel arrangements has been widened in order to ensure adequate protection for travellers. Moreover, I welcome the obtaining by Parliament of an appropriate review process, by 2018, of these definitions by the Commission, accompanied if necessary by legislative proposals, in order to verify 'whether an adjustment or broadening of the definition of travel packages is appropriate'.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Montag, 26. Oktober 2015

Pierre Moscovici, *Member of the Commission*. – Mr President, I agree with all Members who believe that we should speak more about tourism and adapt the supply and demand to the new digital era in which we live now. I am grateful for the support for the new directive which, as far as I understand, has been expressed during this debate. Bearing in mind the divergent expectations and concerns of the different stakeholder groups and the different aspects we had to take into account, I am convinced that we have achieved a more-than-respectable result.

Following tomorrow's vote by the European Parliament, the Commission's next task will be to ensure the timely and correct transposition of the new directive by the Member States. You may be sure that the Commission will take this duty very seriously and will offer its assistance and support to the Member States.

Birgit Collin-Langen, *Berichterstatterin*. – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zunächst einmal vielen Dank für Ihre Anmerkungen.

Ich darf noch einmal kurz zusammenfassen. Erstens: Im Hinblick auf die Veränderungen im Reisemarkt, insbesondere den Trend zur Online-Buchung, ist eine Neufassung der Pauschalreiserrichtlinie unabdingbar. Zweitens: Mit der vorliegenden Neufassung der Richtlinie wird der Spagat zwischen den Interessen der Verbraucher einerseits und den Interessen der Anbieter andererseits auf eine neue fundierte Grundlage gestellt. Sie ist ausgewogen und wird den Interessen beider Seiten gerecht.

Ich weiß natürlich um die Sorgen der kleineren Hoteliers, insbesondere aus Österreich und zum Teil auch aus Deutschland, und auch der Reisebüros in Deutschland. Wir haben sehr, sehr viele Anregungen, die von den dortigen Organisationen vorgetragen wurden, in die Richtlinie aufgenommen, und wir standen regelmäßig in sehr, sehr engen Kontakt, insbesondere mit HOTREC in Österreich.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die jetzt noch verbleibenden Probleme bei der Umsetzung ins nationale Recht gelöst werden müssen. Aber wir haben überall die Öffnung geschafft, dass man daran arbeiten kann.

Diese Richtlinie zeigt erneut, welchen Stellenwert die Europäische Union dem Verbraucherschutz zuordnet. Viele Richtlinien in diesem Rechtsbereich sind bereits in nationales Recht umgesetzt worden. Nunmehr erfolgt eine weitere Vorgabe der EU, deren Bedeutung in der Praxis nicht unterschätzt werden darf.

Ich möchte noch einmal – und das ist mir am Schluss wirklich ganz besonders wichtig – allen, die an der Erarbeitung dieser Richtlinie als Schattenberichterstatter, als Assistenten, als Mitarbeiter mitgewirkt haben, mich herzlich bedanken. Es war zum Teil schwierig, aber es herrschte immer eine freundschaftliche, konstruktive Arbeitsweise, so dass ich denke, das ist sicherlich ein Grund für das Ergebnis.

Wir stimmen morgen über die Richtlinie als *early second reading* ab. Ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlich bitten, der Richtlinie zuzustimmen.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì 27 ottobre, alle 13.00.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Reisijad, kes broneerivad pakettreisei interneti teel, peavad saama samasuguse õigusliku kaitse kui need, kes teevad broneeringu reisibüroos. Lisatud muudatuste kohaselt on reisijatel õigus pakettreisileping lõpetada, kui selle hinda tõstetakse enne väljasõitu rohkem kui 8% pakettreisei koguhinnast. Samuti on enne seda, kui pakettreisileping või pakkumine reisijale siduvaks muutub, reisijal õigus saada selgitusi pakkumise ja selle kohta, kes vastutab, kui midagi läheb valesti. Muudatused on olulised, arvestades et internetist ostetavate reise, sealhulgas pakettreiseid hulk pidevalt suureneb ning väheneb inimeste vahetu kokkupuude reisiagendiga.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Economia în comun și utilizarea comerțului online au transformat modul în care călătoriile sunt planificate și achiziționate. În ciuda acestor tendințe, legislația Uniunii Europene, care datează din 1990, nu reflectă comportamentul consumatorului din zilelor noastre. Neadaptarea cadrului legislativ atrage după sine crearea unor „zone gri”, în care multe pachete de călătorie nu vor mai intra în sfera de aplicare a regulilor. Propunerea de directivă încearcă să actualizeze normele privind sfera de aplicare a protecției călătorilor. De asemenea, se încearcă o clarificare a definițiilor privind pachetele de servicii și a informațiilor puse la dispoziția consumatorului în momentul rezervării și achiziționării acestor servicii.

Montag, 26. Oktober 2015

În calitatea mea de co-președintă a Intergrupului pentru Dezvoltarea Turismului și de membru în Comisia pentru transport și turism a Parlamentului European, nu pot decât să susțin noile reguli, care vor crește transparența pe piață și vor întări protecția consumatorului în raport cu pachetele de servicii de călătorie vândute online. Trebuie să ne continuăm eforturile pentru a menține competitivitatea industriei turismului la nivel european. Adoptarea și implementarea acestei directive ne va aduce cu un pas mai aproape față de acest obiectiv.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – 67 % des citoyens européens pensent être protégés lorsqu'ils achètent des voyages à forfait en ligne; ce n'est pas le cas. En effet, la législation en la matière date de 1990 et ne prend aucunement en compte ce nouveau type de service en ligne qui représente pourtant aujourd'hui près d'un voyage sur quatre en Europe. À travers le vote de ce midi, nous avons donc voulu mieux protéger les 138 millions de consommateurs utilisant ces voyages combinés et leur éviter, par exemple, les désagréments liés à une augmentation de prix non justifiable, à la faillite de leur opérateur, à des changements horaires exagérés ou en cas d'événements imprévus. Près de 200 millions de citoyens européens visitent chaque mois un site de voyage sur internet. Il était temps de dépoussiérer la législation européenne. Nous avons voulu faire en sorte que les vacanciers qui combinent leurs propres «forfaits» vacances à partir de services de voyage vendus en ligne soient mieux protégés, car ils ne bénéficient pas de la même couverture que ceux qui passent par des agences de voyage traditionnelles. C'est un pas dans la direction d'une meilleure protection des droits du consommateur européen.

Janusz Zemke (S&D), na piśmie. – Pozytywnie odnoszę się do propozycji dostosowania usług turystycznych do realiów ery cyfrowej. Klienci coraz częściej wynajmują przez internet hotele, samochody, czy też kupują bilety lotnicze. Usługi te powinny być objęte taką samą ochroną, jak usługi kupowane bezpośrednio w biurach podróży. Należy ponadto uprościć zasady odstępowania od umowy oraz ustalić, który z przedsiębiorców ponosi odpowiedzialność za należyte wykonywanie wszystkich usług turystycznych. Wzmocniłoby to bez wątpienia prawa podróżujących w Europie – zarówno tych, którzy korzystają z kilku usług w ramach tej samej podróży, tzw. usług powiązanych, oraz tych osób, które korzystają z usług pojedynczych. Ważne jest, by sprzedawcy usług turystycznych informowali jasno podróżnych, jakie są ich prawa oraz który konkretnie usługodawca odpowiada za należyte wykonanie usługi. Państwa członkowskie Unii Europejskiej muszą jednak włączyć nowe przepisy do prawa krajowego, co powinno się stać najpóźniej w ciągu dwóch lat.

14. Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Marietje Schaake, a nome della commissione per il commercio internazionale, sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio recante modifica del regolamento (CE) n. 1236/2005 del Consiglio relativo al commercio di determinate merci che potrebbero essere utilizzate per la pena di morte, per la tortura o per altri trattamenti o pene crudeli, inumani o degradanti (COM(2014)0001 - C7-0014/2014 - 2014/0005(COD)) (A8-0267/2015).

Marietje Schaake, rapporteur. – Mr President, the debate today on the tools and services that can be used for capital punishment reminds us once again that trade policy is an integral part of the EU's foreign policy. It is vital that we continue to develop values-based trade policies, as is very much the theme of the new trade policy of the Commission. I would like to thank the shadow rapporteurs for the collegial cooperation during which we focussed on updates needed to close the loopholes in the current EU regime.

The anti-torture regulation combines prohibitions of goods on the one hand with licensing requirements for trade in listed goods on the other hand. It governs a ban on trade in so-called single-use torture and execution items and related technical assistance under Annex 2. But it also looks at an authorisation system for multi-purpose items that could be misused for torture and executions: for example, lethal injections. We see this in Annex 3.

Montag, 26. Oktober 2015

The overhaul of the existing EU controls of trade in torture instruments has been long overdue. In this update we must ensure a correct mix of EU legislative, administrative, judicial and external measures. The absence of a multilateral export controls regime does complicate this task. Still, we seek coherence of the EU's export controls, including military, dual use, firearms and torture goods lists, without subjecting items to duplicate controls and making things more complicated.

The Commission proposes to strengthen the controls of torture goods to include certain medical substances and to broaden the scope to include brokering. I support this kind of approach of necessary and proportionate controls without creating unnecessary burdens for legitimate trade. In this regard it is also key that we seek a more level playing field in Europe.

At the same time as we act now, our policies and systems should be future-proof and flexible, so as to be able to adjust to changing technologies or changing realities elsewhere in the world.

Specific item lists can provide clarity for exporters and importers to make it easier for them to comply. We have also made sure that it is very clear and that there is no doubt about legitimate access to medicines and pharmaceuticals which, of course, for the EU is an important market, and it must not be hindered by measures to curb the abuse of lethal injection.

While we observe that foreign trade transactions are becoming more and more complex, we have to look for an effective set of enforcement measures, and this should also include the marketing and financial services that do take place and are related to this industry.

We have asked for reporting and exchange of information between Member States via a secure encrypted system, so that rejected licences and other notifications or important information can be shared and can help states coordinate.

As the Commission can more flexibly adapt the regulations and the items that are at stake, we do ask, as a Parliament, to be duly informed and involved. Finally, we look to industry to take its own responsibility to make sure that the EU does not trade, broker, transfer or otherwise get involved with goods or services that are used for the death penalty or torture.

I believe – and I think all of our colleagues believe – that in this text we put forward concrete proposals for improvement in this file, all with the goal to make sure that the EU acts as a values-based global player and that this specific, quite technical, aspect of trade is upgraded and implemented in a way that is both flexible and effective.

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, I want to start by thanking the rapporteur, Mrs Schaake, for the excellent work that she has done on this, of course with input from other colleagues as well. As was said, we will be discussing some very technical elements, but let us not forget that we are talking about highly politically-sensitive issues such as ending the death penalty, torture and ill-treatment, which are key priorities for all the work of the European Union.

It is in fact an anomaly that so many countries still have the death penalty and that so many thousands of people are still waiting in death row all over the world, but the fact is that it has actually decreased. One hundred and forty countries do not apply the death penalty today and 98 have legally abolished it, compared to 59 twenty years ago, so this is going in the right direction, but that does not mean that we should rest – there is so much to do.

We have different tools at our disposal in foreign policy, but trade also can play a very important role and that is why this report is so important. Trade can be a leverage to promote, around the world, European values such as human rights, sustainable development, fair and ethical trade and the fight against corruption, and those values are the pillars of the newly proposed trade strategy by the Commission. The regulation we are talking about, Regulation (EC) No 1236/2005, takes account of this – the role of trade – to restrict foreign trade in goods that could be used for executions, torture or ill-treatment, and we welcome very much the effort done by the European Parliament to amend the regulation. We largely share the spirit and the approach taken by the Committee on International Trade (INTA), the rapporteur and Parliament, although some of the amendments in the report call for measures without precedent in export-control legislation and could be a bit difficult to implement in practice.

Montag, 26. Oktober 2015

We support several amendments, such as Amendment 6 extending the proposed definition of 'broker' to cover nationals from Member States not resident or established in the Union. This is acceptable in principle, but it could be difficult to enforce, so the inclusion of foreign subsidiaries of legal persons incorporated in the EU should of course not go beyond what is compatible with international law. Amendments 9 and 10 on the transport of transiting goods whose export and import is prohibited by the regulation are also acceptable for the Commission if Amendment 10 does not cover more than non-union goods. It is related to Amendment 15, and that can also be accepted; we just have to make sure that it is formulated in compatibility with WTO requirements. Amendment 21 referring to the transmission of information to human rights oversight bodies is also acceptable. Of course, here, companies requesting an export authorisation that submit information to competent authority have a legitimate interest in not giving certain data and making them public, so we need to make sure how the text is drafted here. Furthermore, we can accept Amendments 18 on best practices for technical assistance, 19 on guidelines and 26 on the report published by the Commission on the implementation, if you can agree that this is not an obligation for the Commission. We can also accept Amendment 2 adding human dignity and then several other more technical amendments that I will not go into now.

I mentioned that some of the proposed measures are without precedent in export-control legislation. Last spring, Members approved here in Parliament Regulation 479 on common rules for exports, which confirmed the basic rule of trade policy: that exports are to be free unless trade restrictions are necessary to achieve an accepted objective, such as the protection of public morals. Torture, ill treatment and the death penalty are, of course, never acceptable, but we just make need to make sure that trade restrictions to promote respect for human rights meet the necessary trust. In this regard, while we fully understand the rationale of a view to propose an end-use or catch-all clause, we think it could lead to the introduction of restrictions going beyond what is necessary and preventing a level playing field for exporters. This could present a challenge to the uniformity of the Union's trade policy, and for this reason the Commission had instead proposed the urgency procedure, which would help us to deal with most of the cases that could be addressed in a more proportionate manner. But we are willing to see if those objectives, which are basically the same, can be reconciled in a formula that we can agree upon.

Regarding the amendment on the definition of brokering services, number 5, it would make the regulation cover a range of activities, financial services and insurance related to goods that are outside the Union, and that would be very difficult to monitor and control. But rather than amending the definition, we could identify which restrictions on which services need the necessity test and then use of specific drafting to regulate those activities. We recognise the usefulness of the Coordination Group and we share the objective behind that amendment. We just need to be very careful to make sure that that article is not at odds with the agreed arrangement for delegated powers in the treaty. We would need to find an appropriate formula to create a forum for consultations between Member States, stakeholders, civil society and the Commission.

As you know, the EU works towards the abolition of the death penalty in all countries. The countries that are included in the proposal, in the authorisation of the annex, have ratified the second optional protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights without reservation, so they agreed to abolish the death penalty. When controlling exports to prevent EU involvement in executions in third countries, we should focus our efforts on countries that have not abolished it, and therefore we disagree with Amendments 33, 35 and 37 because there is nothing to show that these countries concerned would have applied the death penalty, despite the ratification of the protocol.

Let me conclude – it has become rather technical – by expressing my conviction that this report, by the rapporteur and many of you, is a very good basis for further work to make the regulation into a more robust export-control regime that promotes respect for fundamental rights without unduly restricting foreign rights. I express here the full commitment by the Commission and me, personally, to work with you and with the Council to achieve that objective and a good final product.

Barbara Lochbihler, Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin Malmström! Exporte von Folterwerkzeugen, medizinisch-chemische Produkte für sogenannte Giftcocktails für Hinrichtungen – viele Bürger in der EU können sich gar nicht vorstellen, dass heutzutage derartige Güter aus der EU exportiert werden. Die Verordnung des Rates, die diese grauenhaften Exporte reglementiert, weist aber leider immer noch Lücken auf, und genau diese wollen wir schließen.

Montag, 26. Oktober 2015

Ich fordere die Kommission deshalb auf, die Vorschläge des Europäischen Parlaments aufzunehmen, insbesondere, die Werbung und Verkaufsförderung für diese Güter auf Messen und im Internet zu verbieten, keine weitere Aus- und Fortbildung für den Einsatz von Gütern zuzulassen, die zur Durchführung der Todesstrafe und der Folter gedacht sind. Vor allem aber brauchen wir eine Klausel über die beabsichtigte Endverwendung, die sogenannte *targeted end-use clause*. Diese würde den Mitgliedstaaten ermöglichen, den Transfer von Folterwerkzeugen zu stoppen, die nicht ausdrücklich aufgelistet sind. Dadurch würden Schlupflöcher geschlossen, auch für Produkte, die in Zukunft für Folter und Hinrichtungen entwickelt werden.

Santiago Fisas Ayxelà, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, señora Comisaria, la Unión Europea, a través de este Reglamento, reafirma su política tendente a la eliminación de la pena de muerte en el mundo, tal como exige el artículo 2 de la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea. La abolición de la pena de muerte y de los tratos inhumanos y degradantes se inscribe entre las grandes prioridades de la política de derechos humanos de la Unión, y la Unión Europea es el primer actor institucional en la lucha contra la pena de muerte.

Desde el Partido Popular Europeo, estamos rotundamente en contra de la pena de muerte y de cualquier tipo de tortura y no queremos ser cómplices de estas prácticas. Por eso, defendemos la importancia de controlar las exportaciones de productos que puedan servir para imponer la pena capital o para torturar. Y este Reglamento es un instrumento que permite asegurar el respeto y la protección de la dignidad humana, el derecho a la vida y la prohibición de la tortura. Además, permite, a su vez, bajo una estricta vigilancia, que estos productos puedan ser utilizados para un fin legítimo, como, por ejemplo, para fines médicos.

Por tanto, mañana, desde nuestro Grupo, votaremos a favor de este informe, porque nos parece una propuesta equilibrada que contribuye a la protección de los derechos humanos y hace que la Unión Europea sea pionera en la reglamentación del comercio de este tipo de productos.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, la Unión Europea está comprometida con la erradicación de la pena de muerte y la tortura en el mundo, pero de nada serviría ese compromiso si no viniera acompañado de acciones firmes y rigurosas, como la que hoy estamos debatiendo en el Pleno.

La Unión Europea ya dio un gran paso en 2005, cuando aprobó el primer Reglamento; pero, desgraciadamente, este quedó rápidamente obsoleto ante el dinamismo del mercado y la sofisticación de la capacidad de las empresas para fabricar y diseñar instrumentos para infligir pena de muerte y torturas. Por eso, en 2010, el Consejo, entonces presidido por el Gobierno socialista de José Luis Rodríguez Zapatero, instó a la Comisión a que realizara una reforma del Reglamento. Cinco años después podemos estar hoy aquí debatiendo; mucho tiempo ha pasado. Pero, afortunadamente, ya estamos aquí, tenemos el Reglamento que pedíamos, y la verdad es que creo que ha sido mejorado en la Comisión de Comercio Internacional, gracias a las enmiendas de los Grupos y, desde luego, al excelente trabajo y al esfuerzo de consenso de la ponente, a quien felicito desde aquí.

Estamos satisfechos con esta propuesta porque amplía los controles a los productos lícitos que podrían manipularse en destino; porque también amplía la lista de productos que pueden ser utilizados para infligir la pena de muerte; y, desde luego, porque introduce mecanismos más ágiles y eficaces para revisar la lista de productos controlados y prohibidos. Creemos que con esta propuesta ningún nacional, ninguna empresa europea, ni sus filiales en el extranjero, podrán lucrarse con este comercio.

Como decía al principio, y muy bien ha señalado la comisaria y todos los que me han precedido, Europa necesita demostrar que está comprometida con los derechos humanos, que no va a permitir que el comercio sea un instrumento de lucro para infligir pena de muerte y torturas, y, desde luego, que la política comercial es un instrumento fundamental para ayudar en la defensa de los derechos humanos.

Y para acabar, Presidente, quiero desde aquí felicitar y dar las gracias a todas las organizaciones no gubernamentales de defensa de los derechos humanos por su inestimable trabajo y colaboración.

Sander Loones, *namens de ECR-Fractie*. – Ik veroordeel de doodstraf. Ik veroordeel foltering. Ik ben dan ook zeer blij dat we vandaag een serieuze stap vooruit zetten inzake controle op producten die voor die doelstellingen kunnen worden gebruikt. Het verheugt mij ook dat we dat op een verstandige, heldere, flexibele en evenredige manier doen.

Montag, 26. Oktober 2015

Door bijvoorbeeld te werken met een aantal specifieke goederenlijsten die snel kunnen worden aangepast, geven we helderheid aan in- en uitvoerders en zorgen we voor flexibiliteit op het terrein. En door bijvoorbeeld ook geneesmiddelen specifiek te reglementeren en niet in een algemene vangnetbepaling denk ik dat we het geoorloofd gebruik van die medicamenten eveneens kunnen verzekeren. Dat is een goede zaak. Correcte controles zonder overbodige lasten, dat is wat in deze tekst staat. Daarmee zorgen wij voor een evenredig model en zo zetten wij volgens mij opnieuw een ambitieuze en tegelijk realistische stap vooruit in het promoten van onze waarden.

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, es de sentido común que no permitamos a nuestras empresas comerciar con terceros países con materiales que en Europa hemos prohibido al estar relacionados con prácticas inhumanas o de tortura. No podemos vender a otros lo que nosotros mismos hemos ilegalizado. En este sentido, pensamos que el Reglamento es positivo y que va por el buen camino. Pero es necesario que la Comisión Europea establezca un sistema de vigilancia eficaz, para asegurar que todos los Estados miembros cumplen con este Reglamento. Y debemos garantizar, también, la prohibición del tránsito de estas mercancías a través de la Unión Europea.

Sin embargo, creo que debemos ser más ambiciosos. Estamos haciendo un uso poco eficiente, por ejemplo, de nuestra ayuda oficial al desarrollo, con la que se construyen escuelas y hospitales en Palestina, si, al mismo tiempo, estamos vendiendo armas a Israel con las que destruirán esas mismas escuelas y hospitales. Debemos también revisar nuestros acuerdos de asociación económica con Estados que sistemáticamente violan los derechos humanos y vetarles, por tanto, el armamento militar, la venta de armamento.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur from the Committee on International Trade (INTA) as well as from the Committee on Human Rights (DROI), who I think have been doing really tremendous work because, in this file, we can see that trade policy can actually do something good; that it can contribute to the coherence that we need to have with respect to our values in the world. Torture, indeed, is a main human rights violation, and we need to do everything we can inside the European Union to stop torture and also executions from happening elsewhere – and goods being produced here can be used elsewhere for those purposes. With this update of the laws, I think we have taken a very good step, and this is mainly due to the work of the European Parliament, which has been very insistent. But I also think that we could have done even better, because we should still forbid advertising for those goods outside the European Union – that must be the next step. What is very good is to have the catch-all clause to have the possibility to prevent new goods going out and being used for torture or execution.

I think now we, as Parliament, have set the right pace, and I ask the Council and the Commission to be constructive partners in the trilogue to achieve better legislation that is coherent with our values.

Tiziana Beghin, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anch'io mi compiaccio per questa relazione legislativa. Ringrazio la relatrice. Si tratta dell'ultima versione di uno dei più grandi successi della politica commerciale dell'Unione, un regolamento che vieta la vendita di strumenti per torturare o infliggere la pena capitale.

La legge precedente andava modernizzata per far fronte alle sfide dei nuovi materiali, delle nuove tecnologie, e per colmare le lacune lasciate dal regolamento sui beni a duplice uso. Quando il nuovo regolamento sarà in vigore, ci saranno controlli più stretti, perché nel 2015 non è possibile tollerare che strumenti per la tortura si trovino in vendita online o nei padiglioni delle fiere in Europa.

Il regolamento è stato ampiamente condiviso in commissione e per questo oltre alla relatrice ringrazio anche i colleghi relatori ombra. Il Movimento Cinque Stelle è in prima linea per far valere il rispetto dei diritti e della vita nel mondo e per questo, colleghi, sosterranno questa relazione senza riserve.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οφείλουμε με την ψήφο μας να εμποδίσουμε το εμπόριο ορισμένων αντικειμένων τα οποία μπορεί να χρησιμοποιηθούν για τη θανάτωση, τον βασανισμό, την αυστηρή και σκληρή και απάνθρωπη τιμωρία. Το θέμα δεν είναι ούτε νομικό, ούτε οικονομικό, ούτε εμπορικό, ούτε τυπικό και διαδικαστικό· είναι πρωτίστως θέμα ηθικό. Η θανατική ποινή και τα βασανιστήρια παραβιάζουν τα ανθρώπινα δικαιώματα, προσβάλλουν την προσωπικότητα του ατόμου και οδηγούν την ανθρωπότητα αιώνες αν όχι χιλιάδες χρόνια πίσω. Ειδικά τα βασανιστήρια, πέραν των παραπάνω, είναι ένδειξη απωθημένων του υποσυνειδήτου, είναι ικανοποίηση ζωωδών ενστίκτων και επιπλέον είναι δείγμα δειλίας, προσβάλλουν δε ευθέως τις αρχές, τα ήθη και τα έθιμα των πολιτισμένων λαών της Ευρώπης. Δεν νοείται να λέμε ότι είμαστε χριστιανοί, ότι είμαστε ανθρωπιστές, ότι είμαστε δημοκράτες και να ανεχόμαστε να συμβαίνουν όλα αυτά τα πράγματα. Κάθε κράτος μεμονω-

Montag, 26. Oktober 2015

μένα, και η Ευρωπαϊκή Ένωση ως σύνολο, οφείλουν να ελέγξουν το εμπόριο αυτών των αντικειμένων και να μην επιτρέψουν να καταπατάται η ανθρώπινη αξιοπρέπεια χάριν οικονομικών και εμπορικών σκοπιμοτήτων.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, I would like to congratulate the rapporteur for her report. I welcome this proposal as important and much needed because it is essential to control the export of goods which are used for the death penalty and torture.

In order to prevent such degrading treatment from happening, it is important to use all available tools that are specifically designed to act as anti-torture solutions. However, we must not forget to find a proper balance between the genuine interests of companies and the potential use of certain goods for capital punishment. Moreover, we need to come up with a thorough monitoring mechanism in order to prevent the abuse of restrictions imposed on exporters of medical products.

That being said, I can fully support the report voted in the INTA Committee.

Alessia Maria Mosca (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'intervento legislativo che la Commissione ha proposto per migliorare il regolamento esistente sui beni utilizzabili al fine di infliggere torture e punizioni corporee fino alla pena capitale rappresenta un passo avanti, che il Parlamento non può che accogliere con favore, e abbiamo lavorato con spirito costruttivo di ulteriore avanzamento proprio per questo. La nuova strategia per il commercio, che la Commissione ha presentato qualche giorno fa, insiste proprio sulla necessità della connessione tra aspetti economici e valoriali del nostro relazionarci con i partner commerciali, sia nelle trattative bilaterali che in quelle multilaterali. E questa iniziativa è un concreto esempio in questo senso. Evidentemente non si tratta che di un piccolo passo, se guardiamo al disegno complessivo, ma siamo convinti che anche attraverso i piccoli passi sia possibile essere artefici e protagonisti di grandi cambiamenti.

Nello specifico del regolamento, siamo favorevoli all'inclusione di un allegato che meglio specifichi quali beni debbano essere oggetto di controllo ed eventuale divieto, e accogliamo con piacere l'istituzione di un'autorizzazione generale a livello dell'UE per le esportazioni verso quei paesi che allo stato attuale non si sono dimostrati irreprensibili in materia.

Approfittiamo anche di questa occasione per sostenere con forza la Commissione nella volontà che è stata espressa dalla Commissaria, che ringraziamo, di non fermarsi a questo regolamento, ma al contrario di proseguire in tutte le sedi necessarie in quella opera di convincimento necessaria per evitare che in troppi paesi del mondo siano accettate ancor prima che praticate punizioni corporali e torture.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, a luta contra a tortura e a pena de morte é uma batalha decisiva da União Europeia e da cultura humanista, e deve ser travada em todas as frentes, mobilizando também a política comercial da União Europeia. É nossa obrigação não só garantir a proibição efetiva da comercialização de produtos destinados à tortura e às execuções, mas também controlar os chamados produtos de duplo uso suscetíveis de uma utilização abusiva, seja para tortura, seja para execuções.

Esta proposta de regulamento é uma iniciativa positiva que merece o apoio político claro e construtivo do Parlamento Europeu. Atualizar as listas de produtos sujeitos a autorização especial, criar uma autorização geral de exportação para países que respeitem os compromissos internacionais, mas também criar uma cláusula de caráter geral que faça depender a autorização da não existência de motivos razoáveis para suspeitar de uma utilização abusiva desses bens, seriam passos importantes e uma boa oportunidade para uma política comercial mais fiel ao compromisso europeu em matéria de direitos humanos.

Procedura «catch-the-eye»

José Inácio Faria (ALDE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, Caros Colegas, a União Europeia foi pioneira na introdução de normas que visam prevenir e erradicar as formas de tortura e maus tratos, bem como na abolição da pena de morte a nível mundial. A este respeito, congratulo-me por Portugal ter sido a segunda nação europeia a abolir, em 1867, a pena capital.

Montag, 26. Oktober 2015

A União Europeia reforça agora o quadro legal de que já dispunha, ampliando e atualizando a lista de produtos e tecnologias proibidos, para impedir que as nossas empresas promovam, intermedeiem e proporcionem formação técnica no uso de dispositivos e tecnologias para atos de tortura, execuções ou tratamentos e penas cruéis, desumanos ou degradantes. Espero que este esforço contribua, efetivamente, para a abolição da pena de morte nos países que ainda a aplicam, bem como para a diminuição das práticas de tortura em todo o mundo, designadamente no que respeita à violação dos direitos humanos e da liberdade de expressão.

E porque este é um fórum de cidadania por excelência, termino exortando, aqui, o Governo de Angola a libertar imediata e incondicionalmente Luaty Beirão e os outros ativistas de direitos humanos que se encontram ilegalmente detidos em Angola. Liberdade, já!

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, I fully support the revision of this regulation, which aims to contribute to the elimination of the death penalty worldwide and prevent torture through EU-wide controls on the export of torture goods and drugs used for lethal injections. The revision includes adding export licensing controls for lethal drugs and prohibiting trade in new items which have become regularly used for torture by certain regimes, for example spiked buttons, electric shock sleeves and cuffs. The so-called catch-all clause will make it binding for customs authorities to seize any goods, whether or not they are listed in the regulation annexes, if there are reasonable grounds to believe that their final use will be for the purpose of torture.

Finally, I welcome the establishment of a Union general export authorisation for countries that have undertaken international commitments and the use of the urgency procedure to amend the list of banned controlled items, which will allow the EU to react more quickly to emerging threats and human rights crackdowns in the future.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η θανατική ποινή, τα βασανιστήρια, η σκληρή απάνθρωπη και ταπεινωτική μεταχείριση και η τιμωρία απαγορεύονται από τις διεθνείς και ευρωπαϊκές συνθήκες. Στο πλαίσιο αυτό, ο ευρωπαϊκός κανονισμός κατά των βασανιστηρίων αποτελεί ένα αποτελεσματικό μέσο για την προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, καθώς επιβάλλει αποτελεσματικούς ελέγχους σε είδη και δραστηριότητες που χρησιμοποιούνται για εκτέλεση θανατικής ποινής ή για βασανιστήρια.

Όμως απαιτείται άμεση αναδιοργάνωση των ελέγχων της Ευρωπαϊκής Ένωσης στο εμπόριο οργάνων βασανιστηρίων, και αυτό έχει καθυστερήσει πολλαπλά. Έτσι, πρέπει να απαγορευθούν οι διαφημίσεις και οι πωλήσεις αυτών των προϊόντων στο διαδίκτυο. Ιδίως πρέπει να ενταθεί ο έλεγχος των εξαγωγών των ειδών διπλής χρήσης που περιλαμβάνονται στους καταλόγους στρατιωτικού εξοπλισμού και τα οποία δύνανται να χρησιμοποιηθούν και για βασανιστήρια. Ταυτόχρονα πρέπει να σταματήσει και η διγλωσσία της Ευρωπαϊκής Ένωσης, η οποία επιχειρεί με τον υπό ψήφιση κανονισμό να νομιμοποιήσει την εξαγωγή φαρμακευτικών προϊόντων των οποίων η Ευρωπαϊκή Ένωση αποτελεί βασικό παρασκευαστή, παρότι αυτά ενδέχεται να χρησιμοποιηθούν για βασανιστήρια ή για εκτέλεση θανατικής ποινής.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa deve ribadire il suo ruolo guida nella lotta per l'abolizione della pena di morte e per una moratoria sulle esecuzioni in tutto il mondo. Ma è anche necessario che i paesi membri non siano coinvolti nel commercio di merci che potrebbero essere utilizzate per la pena di morte, per la tortura e per le pratiche che violano i diritti umani, come pene crudeli, disumane e degradanti.

Dobbiamo preservare il divieto assoluto della tortura e dei maltrattamenti previsto dalla Carta dei diritti fondamentali. Dobbiamo farlo per non renderci complici di chi ancora applica queste pene odiose. Per questo è necessario vietare nel modo più deciso tutte le esportazioni o le importazioni di merci utilizzabili per infliggere pene crudeli e aumentare il monitoraggio sulle autorizzazioni per l'esportazione di merci che potrebbero essere utilizzate a tale scopo.

L'Europa è uno spazio libero dalla pena di morte, ma deve anche essere uno spazio libero da torture e pratiche odiose, inumane e degradanti, e i paesi membri non devono in alcun modo essere complici, anche indirettamente, di chi nel mondo ancora infligge pene inumane.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Montag, 26. Oktober 2015

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, it is good to see that there is such strong unity on these important issues. It sends a strong signal to the rest of the world, and shows that we are determined to use all possible tools that we have at our disposal – today we are talking about trade – to abolish the death penalty along with torture and ill-treatment.

Let me thank again the rapporteur and all the shadow rapporteurs and the Committee on Foreign Affairs, which has been involved as well, and reiterate the Commission's determination to have an ambitious regulation in place to restrict foreign trade in goods that could be used for executions or ill-treatment or torture.

We will, as many of you said, make sure with this amendment that we close the loopholes and also, in response to some of your questions on the catch-all clause, we have an open position so let us see how we can find a solution to this. On the implementation and monitoring, I think that the coordination group – or whatever we call it in the end – can have a very important role there. Also, the Commission has, via delegated acts, the powers to regularly modify the Annex to make sure that it is kept up to date.

We will also present next year a review of the export control system for dual use – many of you have referred to this, this evening, as well – in order to make sure that we have an even better regulation on items that can be misused in violation of human rights, which would be another very important milestone.

I am sure that with such a strong agreement to really have a good regulation updated here, we can find a way to overcome the remaining difficulties and find a way to amend them in the right way so that we have a workable and efficient system that is proven for the future and equipped to ensure rapid reaction when a risk arises. This Commission will certainly play its part in this.

Marietje Schaake, *rapporteur*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner and my colleagues. On a slightly lighter note, I thought it was a pleasure – and a bit of a relief – to hear that we can actually talk about trade and agree from one side of the House to the other side of the House, and even see that trade policies can advance values directly, so I note that with a smile.

Commissioner, thank you for your very detailed reply to the text that we have worked on together in this House. I note many points of overlap – if not literally, then at least in spirit – and that is a reason for optimism. I think that it has been well established by everyone who spoke that we share the goal of ending the death penalty and torture, and this is one way to contribute to that. It is not as widely shared a goal in this House. Unfortunately, it is not entirely unanimously shared, but at least by a large majority.

On the implementation: yes, of course measures must be feasible and even agile. That is our goal too, but I think we are being both ambitious and realistic, as my colleague Loones also said. It has been 10 years since this regulation has been updated, so we feel very strongly that what we do now has to be future-proof and solid and should be able to last for quite a while, so what we do now we must do well and make it a robust mechanism that deals with all the loose ends.

I also want to end by saying thank you to civil society and human rights organisations that have been very involved in helping us to push for these much-needed reforms. I think this highlights the importance of civil society also for us here in the European Parliament.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì 27 ottobre, alle 13.00.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Montag, 26. Oktober 2015

David Martin (S&D), *in writing*. – I welcome the strengthening of this legislation designed to ensure the EU is not complicit in torture, and to fulfil the EU's commitment to standing against the death penalty and torture throughout the world. Updates to this legislation will ensure EU companies do not profit from torture in oppressive regimes, and send a strong signal that those who trade in execution and torture goods, including technical assistance and supplier services, that they cannot access the EU market. In particular I welcome new measures to improve the speed and efficiency of reacting to suspected transactions. I strongly stand behind the EU ban on trading drugs intended for the death penalty, which Labour MEPs and the European Union stand firmly against.

15. Europäische Bürgerinitiative (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di György Schöpflin, a nome della commissione per gli affari costituzionali, sull'iniziativa dei cittadini europei (2014/2257(INI)) (A8-0284/2015).

György Schöpflin, *rapporteur*. – Mr President, I would like to begin by thanking the shadow rapporteurs with whom I worked together on this report on the European Citizens' Initiative (ECI). Cooperation was exemplary and, a pleasant surprise for me, the vote in the Committee on Constitutional Affairs (AFCO) was unanimous. I hardly have to note how rare this unanimity is and that is in itself a message, an indication that the ECI is properly regarded as a key instrument in the framework of the institutional structure of the European Union.

Now the underlying idea is both straightforward and subtle. The citizens of Europe should have the means to launch legislative initiatives on issues of concern at the European level. Everyone is aware of the reality of the remoteness between the EU and its citizens, and the ECI is one way of bridging it. Let me add here immediately that the right of legislative initiative by citizens does not undermine the representative democracy that is the core value of any democratic system – ourselves in other words. No, the ECI enhances European democracy by introducing a form of civic action that communicates in parallel with what we are doing.

Nor is the ECI a form of direct democracy where citizens foregather to take legislative action. That may have worked in the classical Greek city states but is nonsense when 500 million citizens are involved.

What the ECI can do is to adopt a single issue and mobilise a sufficient number of individuals in a form of collective action. The mobilisatory element should not be underestimated. The process of collecting a million signatures in a year demands organisational skills, enthusiasm and commitment to doing something political in Europe. From that perspective the ECI is a way of bringing citizens into the European political field in an unmediated fashion.

Ultimately there will always be some tension between the politics of representation and political involvement from below. The idea that a given number of citizens can act together on a single issue of concern adds something new to the political palette of Europe and, let it be noted, is already available as a form of political action in some EU Member States. What differentiates the European political field from that of a Member State is that legislation is initiated by the Commission. The ECI changes this by adding the citizens to those with the right of launching legislation. This shift therefore changes the equation in European politics by adding a new actor.

So much for the underlying theory behind the ECI; practice to date has not really fulfilled the promise of the instrument. Over 50 initiatives have been organised and none, not one, has reached the statute book. By anyone's failure criteria this is 100%. Indeed, in my consultations with civil society I have detected a clear sense of disappointment with the way in which the Commission has handled the ECIs that it has received. There have been complaints of bureaucratic dilatoriness – the 'insolence of office', the 'law's delay', to quote Shakespeare – and a general sense that while the Commission has dealt with the instrument with complete correctness legally, it has rather missed the political point, that of civic involvement.

So the burden of my report is intended to address these shortcomings and to urge the Commission to respond to the voice of the citizens with greater flexibility than hitherto. I have every hope that the promised reform of the ECI will make it a genuinely effective instrument.

Montag, 26. Oktober 2015

(Applause)

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – I very much welcome today's discussion on the European Citizens' Initiative (ECI) and I welcome György Schöpflin's report, which I think is an excellent contribution. This is a good basis for me to discuss something that already came up during my hearing and that is something we really want to build on.

We, the Juncker Commission, have said that we would act on big things and concentrate our efforts there. That is what we do, but we also need to change how we do it. In that context, I believe the ECI can be a valuable contribution. It is a tool with which citizens can directly try to influence policy. It allows citizens to influence the agenda at European level and to bring to the fore the concrete issues which most concern them. It is therefore a tool to initiate political dialogue. As a member of the European Convention, when I represented the Dutch Parliament, I was myself involved in the design of the Citizens' Initiative. Today, it is part of my responsibilities to ensure that it works properly and thus works better.

It is still a young tool, but we already have some experience. Last March the Commission reported on the Initiative's first three years. It has started to show its potential. Some 33 initiatives were registered, and collected signatures. Three successfully gathered over one million signatures each. Overall, about 6 million citizens gave their signatures – impressive numbers of people. All these efforts have succeeded in forging links among like-minded people across the continent. They helped spark genuine pan-European debates and brought new ideas into the European public space. This is promising for European participatory democracy and the emergence of a European demos.

But, at the same time, we need to work to make the Citizens' Initiative more user-friendly. I note that several points put forward in your report, Mr Schöpflin, converge with our report's conclusions. We are already implementing a number of these measures. Let me just mention a few.

The Commission has established a dedicated point of contact, which has already replied to around 1 200 questions in all EU languages on rules and procedures. We are also providing more specific support directly to organisers once their ECI has been registered, including on legal requirements and logistical or technical aspects. Going beyond our obligations on the regulation, we also provide ad hoc online hosting on Commission servers free of charge.

Data requirements have sometimes been flagged as an issue. Here we will continue our efforts to encourage Member States to simplify their data requirements so that all citizens can actually exercise the right to sign an ECI, should they wish to do so. We should also be open to do more if that is needed.

I am therefore here today to listen very carefully to Members' assessment of how the instrument is working and discuss their ideas on how to improve it. The Commission takes very seriously indeed Parliament's call for a legislative revision of the ECI Regulation. We are currently in the process of assessing the need, scope and objective for such a revision. We are collecting factual evidence and are listening widely to stakeholders.

The Commission would like to thank Parliament for its constructive approach towards improving this important tool. I would like to personally thank and congratulate Mr Schöpflin for a job very well done in analysing the implementation of the ECI, reflecting on possible improvements and building consensus across political groups and committees. He is not trying to make party political work with us; he is trying to help citizens reconnect – or, sometimes, connect for the first time – with our European level of political dialogue. I think the Commission should be prepared to do whatever is needed to make that easier, more accessible and more successful.

Sylvia-Yvonne Kaufmann, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Rechtsausschusses*. – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission! Wir wollen und brauchen unbedingt mehr Bürgerbeteiligung am europäischen Einigungsprojekt. Deshalb ist es von fundamentaler Bedeutung, aus drei Jahren Bürgerinitiative Schlussfolgerungen zu ziehen.

Damit die Bürgerinitiative die von uns gewollte Wirkung entfalten kann, bedarf es mehr als Schönheitskorrekturen. Notwendig ist in der Tat eine Generalüberholung der EBI-Verordnung. Die Organisatoren von Bürgerinitiativen brauchen umfassende Unterstützung, inklusive Rechtsberatung durch entsprechende Anlaufstellen in den Mitgliedsstaaten.

Montag, 26. Oktober 2015

Sie müssen nach der Registrierung ihrer EBI selbst entscheiden können, wann sie die Kampagne starten. Die Unterschrift für eine Bürgerinitiative sollte in keinem Land mehr an die Abgabe einer persönlichen Identifikationsnummer gekoppelt sein. Und, Herr Vizepräsident der Kommission, wir brauchen ein klares Signal an die jungen Menschen. Sie sollten überall in der EU mit sechzehn Jahren eine Bürgerinitiative unterstützen dürfen.

Der Bericht, der dem Parlament vorliegt, ist sehr gut, und ich hoffe, dass die Kommission in der Tat unsere Vorschläge schnell aufgreift, denn, Herr Timmermans, die Bürgerinitiative muss jetzt raus aus den Kinderschuhen, sie muss zu einem wirklich bürgerfreundlichen Instrument werden.

Beatriz Becerra Basterrechea, *ponente de opinión de la Comisión de Peticiones*. – Señor Presidente, señor Vicepresidente, la iniciativa ciudadana europea —el primer instrumento de democracia participativa transnacional— fue creada para permitir a los ciudadanos europeos entablar un contacto directo con las instituciones e influir con sus propuestas en la gobernanza de la Unión.

Tres años después de su puesta en marcha, lo que nos dicen los datos es que no ha funcionado como debería. Y, como lo que no funciona hay que arreglarlo, pedimos a la Comisión que proceda a revisarla de forma inmediata.

Las herramientas deben servir para el fin para el que fueron concebidas. Los usuarios deben tener todas las facilidades y el soporte para utilizarlas. Tenemos que armonizar los distintos requisitos nacionales y simplificar la documentación requerida, incluso planteando un sistema de identificación común. Y, sin duda, debemos establecer una ventanilla única aprovechando las sedes y el personal de las instituciones europeas ya existentes en cada Estado miembro.

Pero, además, desde mi Grupo, ALDE, consideramos que la iniciativa ciudadana europea debe servir para modificar aspectos de Derecho primario. Es necesario proceder a una revisión completa cuanto antes y abordar los problemas, porque mejorando la iniciativa ciudadana europea mejoraremos la democracia.

Pál Csáky, *a PPE képviselőcsoport nevében*. – Úgy gondolom, hogy a polgári kezdeményezés tárgyában a mostani jelentés komoly mérföldkő, nem véletlenül foglalkozott vele három szakbizottság. Érezhető az is, hogy a Parlament rálátása a kérdésre eltér a Bizottságtól. Mi a polgári kezdeményezést talán pozitívabban értékeljük, az eddigi alkalmazást viszont egyértelműen kritikusabban szemléljük. Örülök azonban annak is, hogy az elmúlt hónapok vitái során közeledtek az álláspontok. Ezt a Petíciós Bizottság alelnökeként is nagyra értékelem és méltányolom. A ránk váró munka során figyelniünk kell arra, hogy az intézményi egyensúly biztosított legyen a kezdeményezésekkel kapcsolatos döntéshozatali folyamatokban.

Bízom abban is, hogy az Európai Unió Bírósága előtt lévő ügyekben a bíróság választ ad majd arra a dilemmára, ami köztünk, illetőleg a Bizottság között van, hogy az Európai Bizottság a kezdeményezések elfogadhatóságára vonatkozó szabályokat túl mereven alkalmazta-e. És végezetül kedves Timmermans alelnök úr, szeretném a Bizottságot nagyvonalúságra kérni. Jó lenne, ha a közeljövőben újabb sikeres polgári kezdeményezésekről számolhatnánk be.

Mercedes Bresso, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto anch'io voglio ringraziare il relatore, l'onorevole Schöpfung, perché ha fatto un ottimo lavoro, tant'è vero che la relazione è stata votata all'unanimità, e la nostra relatrice ombra Sylvia Kaufmann, per l'impegno che mette da molto tempo su questo tema.

Vicepresidente Timmermans, noi abbiamo preso atto con molto piacere dell'impegno che lei ha espresso a nome della Commissione. Però non c'è dubbio che questi primi tre anni hanno dimostrato molte difficoltà nel funzionamento concreto dell'iniziativa. In particolare vorrei ricordare che occorre rendere più chiara la procedura: non la procedura per la registrazione, ma come concretamente fanno i gruppi di cittadini a valutare la possibilità di ottenere la registrazione presentando un'iniziativa che sia coerente con i trattati.

Montag, 26. Oktober 2015

In secondo luogo, occorre facilitare la raccolta, e qui noi abbiamo proposto tutta una serie di punti che se accolti possono rendere più semplice la raccolta e quindi favorire le iniziative dei cittadini: l'età, le modalità di deposito, i tempi separati tra la registrazione e l'inizio della raccolta, le firme online... sono molte cose. Poi però c'è un punto fondamentale, ed è quello della proposta della Commissione. Ed è su questo che noi ci aspettiamo un maggior impegno della Commissione: una proposta. Se la registrazione c'è e le firme ci sono, ci deve essere la proposta da parte delle istituzioni europee.

Kazimierz Michał Ujazdowski, *w imieniu grupy ECR*. – Dziękuję, panie Przewodniczący! Dziękujemy panu posłowi Schöpflinowi – nie tylko za to, że zbudował konsensus, ale przede wszystkim dlatego, że od razu przedstawił taki projekt sprawozdania, który ma na celu ożywienie instytucji. Od razu zaobserwowaliśmy w pierwszej fazie, że propozycje wysunięte przez posła sprawozdawcę służyły likwidacji biurokratycznych ograniczeń, wszystkiemu temu, co służy dobrej realizacji instytucji, i także w sprawozdaniu znajdują się te rozwiązania, które dotyczą punktów najbardziej czułych.

I trzeba o nich powiedzieć. To jest przede wszystkim pytanie do Komisji Europejskiej: czy będzie gotowa do zredukowania własnej arbitralności, do ograniczenia własnej arbitralności, bo to jest istota rzeczy? To, co spotkało inicjatywę One of Us – popartą przez ogromne rzesze obywateli, a odrzuconą przez Komisję Europejską – nie powinno dziać się w przyszłości. Uważam, że każda inicjatywa poparta wymaganą ilością podpisów powinna być przedmiotem realnych prac ustawodawczych. I wielkie pytanie do Komisji Europejskiej: czy na ten apel zawarty w sprawozdaniu odpowie w postaci nowego projektu nowelizującego rozporządzenie w sprawie inicjatywy europejskiej, gdyż będzie to prawdziwy test?

Sprawozdanie jest bardzo dobre – raz jeszcze dziękuję panu posłowi sprawozdawcy – ale teraz decyzja należy do Komisji. Dalszy ciąg należy do Komisji. Apeluję również o to, by to prawo polityczne było realne, a nie fikcyjne. Dziękuję bardzo.

Charles Goerens, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, l'initiative citoyenne européenne est un des moyens les plus innovateurs du traité de Lisbonne pour revaloriser la légitimité démocratique de l'Union européenne. En effet, qui ne se réjouirait pas d'une implication plus poussée du citoyen dans les affaires européennes? Cela étant, nous jugeons opportun, au bout d'une période de quatre années, d'en évaluer le fonctionnement, sans pour autant remettre en question le principe même de l'initiative européenne. En effet, nombre d'initiatives se sont heurtées à des obstacles divers au point de devoir abandonner leur projet pour de bon.

Notre collègue Schöpflin a bien rendu compte du travail de la commission des affaires constitutionnelles, et je tiens à l'en féliciter. La commission des affaires constitutionnelles a été pour ainsi dire unanime dans sa volonté d'apporter des améliorations au fonctionnement de l'initiative citoyenne. Nous appuyons les propositions tendant à alléger les procédures. Dans le même ordre d'idées, il nous paraîtrait judicieux de voir la Commission enregistrer seulement la partie d'une initiative entrant dans le champ de ses compétences et de transmettre la ou les parties restantes aux autorités compétentes, nationales ou régionales.

Si nous partageons l'essentiel des vues exprimées par le rapporteur, nous aimerions préciser cependant, en tant que groupe ALDE, que la Commission devrait admettre également des initiatives qui concernent le droit primaire de l'Union européenne. De ce point de vue, il saute aux yeux que le fonctionnement de l'Union européenne est souvent paralysé par les limites que lui impose le traité. La Commission, disposant du droit d'initier un changement de traité, pourrait ainsi devenir dépositaire de propositions émanant des citoyens européens. À cette fin, nous avons déposé, avec le groupe des Verts, un amendement visant à étendre l'initiative citoyenne aux questions touchant au traité.

Barbara Spinelli, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione ha scoperto la democrazia partecipativa dopo una crisi: il «no» dell'Irlanda al trattato di Nizza. L'iniziativa dei cittadini, ora nei trattati, fu una risposta a quella crisi. Oggi la crisi si è aggravata e la democrazia partecipativa è moribonda. Nessuna iniziativa che ha raccolto firme sufficienti è stata seguita da azioni legali.

La relazione Schöpflin non è perfetta, non permette purtroppo di modificare i trattati, ma ha raccolto l'unanimità in commissione AFCO perché facilita di molto il *follow-up* giuridico delle iniziative. Chiedo solennemente a questo Parlamento di non votare l'emendamento 4 al paragrafo 30, che trasformerebbe l'ICE in un arco senza frecce. Lo chiedo specialmente ai socialisti che l'hanno presentato. L'emendamento esige che la Commissione proponga un atto legislativo a favore di un'ICE coronata di successo, ma solo dopo aver emesso un parere positivo. Fino ad oggi 29 iniziative su 49 sono state ammesse, 3 hanno ottenuto le firme, solo quella sul diritto all'acqua ha ottenuto un vago parere positivo, nessuna ha avuto seguito.

Montag, 26. Oktober 2015

Il Commissario Malmström ha risposto alle petizioni contro il TTIP dicendo: «non ricevo il mio mandato dal popolo europeo». Vorrei sapere anche da lei, caro Vicepresidente Timmermans, da chi, a questo punto, la Commissione ha ricevuto il mandato.

Josep-Maria Terricabras, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the Greens/EFA Group has taken part with interest, even with enthusiasm, in the reform of the European Citizens' Initiative (ECI) since we believe that this is an important tool of correction between European Union citizens and their institutions, which much too often are considered distant and arrogant.

The final result of the report, shared by my colleague and friend György Schöpflin, is in general terms good. It includes elements of renovation. No wonder that it was unanimously approved in our meeting of the Committee on Constitutional Affairs (AFCD).

In spite of this positive view, I have to mention a point which should have deserved more courage from all of us. I am referring to the necessary amelioration of the follow-up to any successful ECI after its submission. This would be a clear signal of our readiness to reinforce also the European initiatives. This follow-up demands that steps forward be taken, preparing corresponding legal acts in agreement, of course, with the principles and rules of the Commission and Parliament.

There are some amendments which have been presented and which do not, in my opinion, express with enough clarity the goal we would all like to achieve. If I am completely honest, I have to say that those amendments run to some extent in the opposite direction to what is demanded and has to be achieved. That is why our Group has presented its own amendments with the intention of giving the Commission and this House the opportunity to play a major and positive role in the undertaking of those who, moved by democratic impulses, try to construct a better, friendlier, closer Europe. I still hope that our amendments can win the approval of a majority of our colleagues.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ICE: una parola, tante aspettative – tante aspettative per il principale strumento di democrazia diretta introdotto dal trattato di Lisbona, un pilastro fondamentale per il Movimento 5 stelle.

I colleghi hanno ricordato il numero delle iniziative avviate, di cui soltanto tre sono state dichiarate ricevibili. Questo per difficoltà e lungaggini burocratiche, mancanza di informazioni, mancanza di uniformità tra gli Stati membri, anche per i dati raccolti, la corretta individuazione della base giuridica.

Bene, questa relazione dà delle risposte importanti dal punto di vista logistico, e mi congratulo con il relatore György Schöpflin, però dobbiamo fare dei passi più importanti, dei passi politici. E i passi politici sono risolvere il conflitto d'interessi della Commissione, che si trova ad essere da un lato il soggetto che ha il *check* legale di ammissibilità e dall'altro lo stesso soggetto che decide se dare un seguito o meno a un'ICE, una volta che ha completato il suo percorso.

Dare un seguito non può essere un *optional*, deve essere un obbligo se vogliamo dare credibilità alle istituzioni e avvicinarle ai cittadini. Non si possono vanificare i loro sforzi, la loro sete di democrazia. Inoltre bisogna salvare questa volontà permettendole anche di azionare una revisione dei trattati mediante l'ICE. Uscire dall'immobilismo dell'UE per ridare impulso e slancio: i popoli possono farlo, i cittadini possono farlo, per ridare corpo al sogno dei padri fondatori – altro che le parole della Commissaria Malmström!

Gerolf Annemans, *namens de ENF-Fractie*. – Zelfs als het Europees burgerinitiatief perfect zou functioneren, kan niet worden verwacht dat daarmee het democratisch deficit wordt opgelost dat zo kenmerkend is voor de Europese Unie. Ik ondersteun het principe en de geest van dit initiatief, niet dus vanwege de zogenaamde Europese integratiegedachte maar wel omdat het een middel is om de aandacht van de Europese Commissie en de Europese verkozenen te vestigen op bepaalde thema's en grote of kleine maatschappelijke problemen.

Montag, 26. Oktober 2015

In het meer dan verdienstelijke verslag-Schöpfunglin wordt vastgesteld dat het succes van het Europees burgerinitiatief tanende is. Daarbij wordt de vinger op de wonde gelegd. Veel initiatieven sneuvelen en de enkele initiatieven die de complexiteit van de procedure overleven, krijgen geen vervolg op wetgevend vlak. Daarom pleit onze fractie niet alleen voor het opruimen van praktische obstakels en het gebruiksvriendelijk maken van het initiatiefinstrument, maar ook voor een verplichting voor de Commissie om op een succesvol Europees burgerinitiatief een passend voorstel te laten volgen. In die zin dienen wij dan ook onze amendementen in.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Zoltán Balczó (NI). – Az Európai Polgári Kezdeményezés lenne az az eszköz, amely biztosítaná, hogy a polgárok közvetlenül részt vehessenek az uniós döntéshozatalban. Ez az eszköz azonban nagyon gyenge. Egymillió aláírással azt lehet elérni, hogy az adott kérdésben a Bizottság benyújtson egy javaslatot. 51 kezdeményezésből 3 sikerült és ebből sincs jogszabály. A jelentéstevő megpróbálja javítani ezt a rendszert. Ez azonban ma már kevés. A migránskrízis azt bizonyította, hogy az Unió politikai elite – tisztelet a kivételnek – milyen messze van saját lakosságának a véleményétől. Közvélemény-kutatások sokasága bizonyítja, hogy mennyire másként látja a lakosság ezt a fontos kérdést, mint a döntéshozó politikai elit. Ezért az európai uniós népszavazás intézményének a bevezetésére lenne szükség. Ez jelentené az igazi, közvetlen demokráciát.

(A felszólaló hozzájárul egy, az eljárási szabályzat 162. cikkének (8) bekezdése értelmében feltett kék kártyás kérdés megválaszolásához).

David Coburn (EFDD), blue-card question. – I would just like to ask a simple question to see if you agree with me. Do you agree that, if people in this House can make no dent in terms of having an initiative or things pushed through this Parliament, how in the name of goodness are ordinary citizens able to do this? This is just a waste of time. Would you agree with me, Sir?

Zoltán Balczó (NI), Kékkártyás válasz. – A kérdése arra vonatkozik, hogy ha mi itt nem tudunk valamit átvinni, vajon időpocséklás-e a lakosság közvetlen döntéshozatalát megadni? Nem időpocsékolás, ha mi ennek egy olyan világos és döntéshozatalra alkalmas keretét teremtyük meg, amely nem olyan, mint a most tárgyalt polgári kezdeményezés. Ahogy esetleg az Ön országában is létezik olyan népszavazás, amely konkrét döntést hoz, ennek az eszközrendszerét kellene megtalálni az Európai Unióban.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, Lisabonskim je sporazumom omogućena europska građanska inicijativa i ja smatram da nasuprot gospodinu Coburnu, smatram da je to jedna jako dobra inicijativa koja omogućuje građanima da se direktno uključe.

Naravno, znamo da je bilo 33 pokrenute, da ih je 15 registrirano, 15 pokrenuto, da su samo 3 doživjele svjetlo dana u ovom Parlamentu i da ni jedna od njih nije završila s pozitivnim rezultatom. Zato se zahvaljujem gospodinu Schöpfunglinu na ovom radu koji je na ovom dosjeu napravio. Vjerujem da će Komisija možda shvatiti i postati propulzivnija, da će omogućiti da se lakše prikupljaju potpisi, da se lakše registriraju potpisi i da ćemo ovom inicijativom potaknuti Europsku komisiju na djelovanje.

Smatram da je ovo jedan vrlo važan instrument. Postoji kao oblik političkog djelovanja u nekim državama članicama, ali treba uskladiti nacionalno zakonodavstvo i učiniti europsku građansku inicijativu pozitivnom i propulzivnom.

Claudia Tapardel (S&D). – Democrația directă, pe model atenian, nu este atât de arhaică cum s-ar putea crede. Inițiativa cetățenească europeană aș putea spune că este unealta noastră modernă pentru a crește participarea cetățenilor la procesul decizional. 51 de inițiative au fost depuse, însumând nu mai puțin de șase milioane de cetățeni europeni implicați, informați și dispuși să lupte pentru a schimba Europa în care trăiesc.

Montag, 26. Oktober 2015

Totuși, nu trebuie să întreținem o imagine falsă. Doar trei inițiative au fost considerate admisibile și nici măcar una nu a produs legislație aplicabilă până în prezent. Acum, ceea ce trebuie să facem este să creștem rata de succes a acestor inițiative. Astfel, prin upgradarea sistemului online de colectare a semnăturilor și prin creșterea gradului de conștientizare publică a problemelor, putem să sporim rata de succes.

În plus, soluția o reprezintă tinerii. Tinerii sunt mai conștienți de societatea în care trăiesc decât credem noi. Participarea acestora la procesul decizional ar putea să fie surpriza plăcută pe care generația tânără o face Europei. De aceea, susțin reducerea vârstei-limită de participare de la 18 ani, cât este în prezent, la 16 ani.

Putem să transformăm experiența trecutului în succesul viitorului, inclusiv prin folosirea potențialului tinerilor de a participa activ și decisiv la procesul decizional european.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Πρωτοβουλία Πολιτών, που θεσπίστηκε με τη Συνθήκη της Λισαβόνας, αποτελεί σημαντική κατάκτηση των λαών της Ευρώπης και ενισχύει τη συμμετοχική δημοκρατία στο πλαίσιο της Ένωσης. Ταυτόχρονα, αποτελεί μια μορφή πλατιάς συνεργασίας των πολιτών και των κινημάτων, σε πανευρωπαϊκό επίπεδο, ενισχύοντας έτσι τους δεσμούς αλληλεγγύης και κοινωνικής δράσης. Ως συντονιστής του ECR στην Επιτροπή Αναφορών έχω επανειλημμένα επισημάνει τις αδυναμίες του υφιστάμενου νομικού πλαισίου του κανονισμού 11/79, του 2011, που πρέπει να τροποποιηθεί προκειμένου:

1) να διασφαλιστεί η ευρύτερη δυνατή συμμετοχή των πολιτών, ιδίως στην παρούσα περίοδο της οικονομικής κρίσης,

2) να ενισχυθεί η διαφάνεια και αποτελεσματικότητα.

Πρέπει λοιπόν όλοι να αντιληφθούν ότι η Ευρωπαϊκή Πρωτοβουλία Πολιτών συνιστά πρωτογενή άσκηση της ίδιας της δημοκρατικής λειτουργίας, που θα μπορούσε να αξιοποιηθεί από τους πολίτες και τα κινήματα του ευρωπαϊκού Νότου για τη δημιουργία ενός πλατιού μετώπου ενάντια στη λιτότητα και στη φτώχεια, ενάντια στην αસυδοσία της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας και της Ευρώπης των τραπεζών, και εμείς οι αντιμνημονιακοί πολίτες θα αναλάβουμε σχετική πρωτοβουλία στο ζήτημα αυτό.

Pascal Durand (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur Timmermans, en 2009, le traité de Lisbonne a essayé de créer un lien direct entre les citoyens et l'Europe. La réalité nous oblige à reconnaître que c'est un échec total. Cela a été dit tout à l'heure, on parle de cinquante-et-une, en vérité, il y en a eu cinquante-trois – deux nouvelles initiatives ont été déposées en octobre. Cinquante-trois initiatives en réalité, trois qui ont plus d'un million de citoyens qui les soutiennent, et rien ne se passe derrière. Rien!

Alors, j'ai quand même un problème, parce que les citoyens ne sont pas plus idiots que les commissaires ou que nous-mêmes, donc il y a bien un moment où ils sentent que ce qu'ils font ne sert à rien. Ces campagnes nécessitent une énergie considérable, des budgets considérables. Les citoyens y croient, ils se sont investis, or que voient-ils? Ils voient que désormais, plus rien ne marche, et nous sommes passés d'un grand nombre d'initiatives à un nombre désormais ridicule. Alors, écoutez, je crois qu'il faut être clair: vous avez une possibilité, vous avez une alternative, soit vous donnez des actes législatifs, soit ...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Milan Zver (PPE). – Rad bi se zahvalil poslancu Schöpflinu za odlično poročilo o evropski državljanski pobudi, ki državljanom omogoča sooblikovanje evropske zakonodaje pod seveda znanimi pogoji.

Poročilo poskuša izboljšati delovanje tega novega izvirnega instrumenta evropske demokracije, ki v dobršni meri zmanjšuje demokratični deficit. Poročilo predlaga odpravo nekaterih ovir, ki delajo težave predvsem organizatorjem pobud.

Evropska civilna družba se je na uveljavitev evropske državljanske pobude odzvala presenetljivo pozitivno. V treh letih, to smo že danes večkrat slišali, se jih je nabralo čez 50, vendar je neuspešna Komisija, saj je le tri pobude označila za dopustne, a niti eni sami pobudi do zdaj še ni sledil zakonodajni predlog. To seveda ni prav.

Montag, 26. Oktober 2015

Danes je demokracija ranljiva. Pojavljajo se teze o vsesplošni neučinkovitosti demokracije in ocene o njenem zatonu. Jaz pa menim, da tovrstne neposredne oblike soočanja delajo evropsko demokracijo vitalnejšo, poleg tega krepí inštitut evropskega državljana in mobilizira civilno družbo.

Zato podpiram poziv iz poročila poslanca Schöpflija, da morajo institucije Evropske unije in države članice spodbujati evropsko državljansko pobudo ter s tem krepiti zaupanje državljanov v ta instrument. Z neodzivnostjo evropskih institucij seveda ne bo šlo.

Marlene Mizzi (S&D). – Sur President, “The European Citizens’ Initiative” hija l-ewwel ghodda li taghti setgha liċ-ċittadin li jiehu rwol attiv fit-tfassil tal-politika tal-Unjoni Ewropea. B’hekk iċ-ċittadin qed jinghata opportunità li jkun fuq l-istess livell kemm tal-Parlament Ewropew, tal-Kummissjoni kif ukoll tal-Kunsill Ewropew, istituzzjonijiet li normalment jidhru ferm remoti għaċ-ċittadini tagħna.

Din l-ghodda hija fundamentali biex tipprovdi liċ-ċittadini Ewropej l-opportunità li jsawru direttament il-futur politiku tal-Ewropa. Inqisuh bhala appell dirett mill-poplu lill-Unjoni Ewropea, li għal darb’ohra jgħaqqad l-Ewropa maċ-ċittadini. Almenu dak hu l-iskop.

Iżda r-realtà, sfortunatament, hija kemmxejn differenti. Ammont sostanzjali ta’ inizjattivi ġew rifjutati jew, aghar minn hekk, kellhom ihabbtu wiċċhom ma’ ostakli legali u burokratiċi fejn il-poplu qed jiġi skoraġġut li juża din l-ghodda u b’hekk qed jaqta’ qalbu mill-politika Ewropea. Dan mgħandux ikun.

Hemm bżonn li nirrangaw il-proċess tas- “Citizens Initiative” sabiex kemm jista’ jkun ikun aktar *citizen friendly* u niżguraw li jilhaq il-potenzjal sħiħ - dik ta’ partecippazzjoni attiva u inkluziva taċ-ċittadini.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar Timmermans! Seit etwas mehr als einem Jahr bin ich Europaabgeordneter, zuständig für den Wahlkreis Deutschland. Wann immer es geht, bin ich unterwegs zwischen Aachen und Görlitz, zwischen Flensburg und Oberammergau. Oft höre ich: Sie sind der erste Europaabgeordnete, der sich wirklich für uns interessiert, Europa ist sonst so weit weg, was sollen wir schon verändern. Mit jedem dieser Gespräche wird mir klarer: Europa braucht die direkte Demokratie, Europa braucht die Einbindung seiner Bürger. Wir müssen Demokratie wagen!

Umso mehr freut es mich, dass wir heute darüber diskutieren, angestoßen durch eine Kampagne, angestoßen durch 70 000 europäische Bürger. Danke dafür! Ihr Aufruf ist klar: Die Europäische Bürgerinitiative muss einfacher, unbürokratischer und wirkungsvoller werden. Halten Sie die Bürger bitte nicht für blöd! Sie einzubinden, dann aber zu sagen: Ganz nett, aber umsetzen werden wir nichts. Das geht nicht! Deshalb mein Appell: Wagen wir Demokratie, schaffen wir das Europäische Volksbegehren, und das nicht nur alle fünf Jahre bei den Europawahlen.

Catch-the-eye-Verfahren

Anna Záborská (PPE) – Som veľmi rada, že pán spravodajca Schöpfung vo svojej správe zhrnul množstvo nedostatkov Európskej občianskej iniciatívy. Pretože len ak sa podarí tieto nedostatky odstrániť, bude mať iniciatíva šancu stať sa fungujúcim nástrojom demokracie. Spôsob, akým Komisia zmietla zo stola občiansku iniciatívu Jeden z nás – One of us zostáva pre mňa a ďalšie dva milióny občanov obrovským sklamaním. Odhalenia, ktoré ukázali obchodovanie s orgánmi potratených detí a ich používanie na výskumy, potvrdzujú riziko financovania takýchto pokusov z rozpočtu Európskej únie. Ignorovaním hlasu občanov Komisia nevyužila odmietnutie takéhoto financovania a ignorovala aj rozhodnutie Európskeho súdneho dvora v Luxemburgu.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor Presidente, Señorías, yo creo que hay tres conclusiones que se pueden establecer en este debate: primera, la iniciativa ciudadana es muy importante para la participación democrática; segunda, la ley actual no funciona; tercera, la tenemos que mejorar. Hasta ahí estamos de acuerdo.

Montag, 26. Oktober 2015

Yo quería sugerir al señor Timmermans una solución que me parece interesante desde el punto de vista político para lo que puede ser la reforma de la iniciativa, cual es la de establecer que, a aquellas iniciativas que alcanzan un millón de firmas pero que no son admitidas por cuestiones competenciales o por otras razones legales, se les dé una respuesta institucional. Yo creo que no podemos dejar en el olvido una iniciativa que tenga tal capacidad de convocatoria y que, por una cuestión formal o legal, no pueda tener un seguimiento.

Mi propuesta es que haya respuesta de la Comisión, aunque sea remitiendo a otras iniciativas o aunque sea a la espera de otras reformas legales, pero que haya una respuesta institucional.

Branislav Škripek (ECR). – Mr President, we have discussed the ECI several times in official and unofficial debates. Since 2012 we have had this instrument in European politics, and the number of successful initiatives demonstrates its success – or, better to say, failure – as not one led to a legislative process.

I advocate the ECI in this House, and I am happy to welcome the suggestion of a rapporteur to make this tool more accessible for the European citizens – but I think it is not enough.

Mr Commissioner, I ask you please to explain to citizens the lack of transparency in this matter. How come the institution responsible for it also checks the admissibility, and not a neutral body? Will the Commission finally start sending proper reasons for all ECIs which were refused in the past or revise the decisions on those ECIs where the Commission does not have proper reasons? Or is it a question of political correctness – my question – when almost 2 million citizens speak for not killing children before natural birth, or is this not welcomed any more? Will you restore trust in the ECI?

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, quiseram a enfeitar o Tratado de Lisboa com este floreado democrático, quiseram dar-lhe a aparência daquilo que ele não é: algo conforme com a democracia, com a vontade e com a participação dos povos. A chamada Iniciativa Europeia de cidadãos constituiu, desde o início, uma pueril mas também perversa tentativa de legitimação de todo um edifício profundamente e estruturalmente antidemocrático.

Não esqueçamos que o tratado que consagrou esta iniciativa fugiu ostensivamente ao escrutínio dos povos através de referendos, e foi aprovado e ratificado nas costas dos cidadãos cuja participação diz querer acolher. Seis anos decorridos, é evidente o descrédito em que caiu este instrumento, dito de democracia participativa. Mais de meia centena de tentativas, e apenas três lograram cumprir os rígidos parâmetros para caber naquilo que definiram como a participação cidadã. Mesmo essas estão na gaveta da Comissão, sabe-se lá até quando, como a iniciativa da água pública.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Državljska pobuda je instrument za neposredno izražanje in uveljavljanje demokracije in številne neuspešne pobude, kot smo slišali danes, in seveda tudi nereagiranje Komisije na uspešne pobude med državljani lahko povzročijo zmedo in tudi razočaranje nad institucijami EU.

Državljski upravičeno pričakujejo, da to, kar je zapisano, tudi deluje. Če je to zapisano v Lizbonski pogodbi kot oblika demokracije, naj se seveda tudi uporablja. Treba je, kot smo že slišali, narediti še večje politične korake glede dopustnosti te pobude in bolj jasno določiti postopkovna pravila vložitve pobude.

Pravila morajo biti jasna, sicer ne delujejo, in če to ni določeno, potem tudi ta državljanska pobuda samo navidezno nakazuje možnost uveljavljanja neposredne demokracije.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, the words ‘citizens’ initiative’ sound brilliant, do they not? The idea, in principle, is of more democracy, more power going from us, the often untrusted politicians, back to the people. But the rapporteur is right: it has not yet worked. Just 3 out of 51 initiatives so far have been declared even admissible. I would love for every Member State to have a proper democratic right for citizens to get new legislation onto their statute books. I had to travel today through Switzerland to get here, and actually outside the European Union Switzerland leads the way. It is not just that public petitions are considered, but the people get to have a proper say in a referendum too. What an incredible example of a proper direct democracy Switzerland shows to us all. I believe that every country of the European Union could learn from the example of Switzerland.

Montag, 26. Oktober 2015

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Dem Institut der Europäischen Bürgerinitiative liegt zwar die gute Idee zugrunde, die Unionsbürger in die Gesetzgebung einzubinden, doch wie bei Vielem in der Union bleibt es bisher bei vollmundigen Versprechen. Seit drei Jahren gibt es das Institut, 51 Initiativen liegen vor, und noch keine Initiative führte tatsächlich zu einem Rechtsetzungsverfahren, nicht einmal die gute, hervorragende Initiative gegen TTIP.

Nun, Herr Kommissar, was soll sich der EU-Bürger da denken? So halte ich auch den vorliegenden Entwurf, den Versuch, den EU-Bürgern ein benutzerfreundliches Instrument zu geben und kleine Hürden abzubauen, für reine Augenwischerei, für einen untauglichen Versuch. Er soll nur der Union ein demokratisches Feigenblatt geben und ist in der Praxis vollkommen zahllos.

Ich sage daher: Diese Initiative, so wie sie jetzt ist, ist ein reines Placebo. Aber, Herr Kommissar, die Bürger werden sich nicht weiter für dumm verkaufen lassen.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, let me reiterate what I said at the beginning: the Commission is prepared to work very closely with Mr Schöpflin and Parliament to see to what extent we can apply the improvements his report suggests to the Citizens' Initiative. I look forward to working closely with Parliament to make sure that, where we can, we will improve the Initiative, and probably we will have to look at the regulation at some stage. The Commission will certainly not shy away from doing that if it is considered necessary.

At the same time, you can turn the Initiative into something it is not and then be critical of the fact that it is not what you want it to be, but it is in fact quite straightforward: it is based on the Treaty. The Treaty is something all Member States agreed on, signed and ratified in the national parliaments. We cannot go beyond the Treaty, even though it would perhaps be nice to go beyond the Treaty. The Commission is responsible for applying the rules in the Treaty, and the rules in the Treaty say that the European Citizens' Initiative is an instrument to involve citizens in dialogue. It is not an initiative to give citizens the right of initiative in legal matters: that is a different animal. If you are not happy with that animal, fine, but do not accuse the animal of not being what you want it to be. It was intended to be an addition to representative democracy, to make sure that people get involved in the debate in representative democracy, not an alternative to representative democracy. I am quite sure this Parliament would not want to put itself in an outside position and leave all that to citizens directly.

I think the deal here is that we involve citizens in a dialogue about policies. If the Commission applies the rules – and yes, it happens unfortunately quite a lot – we have to say that the initiatives taken are not within the existing rules. We can change the rules, and we will look into that. We can assist people taking initiatives in overcoming bureaucratic hurdles and other problems, and we certainly want to try to improve that. We have been trying already, and we receive all persons taking an initiative to advise them. Sometimes we also help them amend the questions, saying that if they reformulate them slightly then we can say they are within the rules. We are trying to be very cooperative with those who take initiatives, but you cannot blame the Commission for applying the rules. We would be amiss if we did not apply the rules simply because it would be nice to let people take initiatives.

I will have to be firm on this, but I want to reiterate our willingness to work closely with Mr Schöpflin and his colleagues to make sure that we improve the system. I still see a lot of potential in this instrument. It is far too easy after a relatively short period of time to dismiss the instrument because it is not what one wants it to be. Do not make it bigger than it is, but do not disqualify it before we have done everything we can to make it work better, as is the intention of Mr Schöpflin and the others who supported him in making the report.

György Schöpflin, rapporteur. – Mr President, I would like to thank everybody who has taken part in this constructive debate. I think everyone has been constructive, perhaps with one or two exceptions. I am particularly grateful for the supportive words from Vice-President Timmermans.

Montag, 26. Oktober 2015

There are some issues, which I think have some saliency, that I would like to pick up on (I cannot, obviously, do a summary of everything that has been said). I think the point made by Mr Goerens about the revalorisation of democratic legitimacy is something that we must think about very seriously. Connecting the citizens has come up in a fair number of contributions. Then there is the follow-up problem, on which others spoke (Mr Terricabras notably).

Nobody knows this, but actually I have a very old and very rusty degree in law, and one of the things I take away from this is that when it comes to legal regulations applying the rules – to quote Mr Timmermans – there is always some leeway in how one interprets these things. Here I would like to call for more flexibility: apply the rules but, where there is a grey area, think about the million people who have been involved.

Finally, three short issues. Treaty change has come up: my own take on this is that yes, Treaty change will happen one day, but not in connection with the ECI, so primary law is not really a part of this. Secondly, as I understand it at the moment, an ECI can call on the Commission to act in particular ways, but as things stand cannot interdict legislation. This could well be reconsidered. Certainly, that is the input I have had from civil society. As I understand it, ECIs cannot affect current processes, even if inputs from stakeholders are widely regarded as a viable part of policy information – and whatever the status of citizens in the European political field, they are stakeholders.

I would like to end by saying that I very much thank Mr Timmermans. As far as the ECI is concerned, the ball is in his court, and I am sure that his team will do everything to make it viable.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 28. Oktober 2015, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

József Nagy (PPE), írásban. – A részvételi demokrácia erősítése úgy gondolom, Európa jövőjének kulcsa, a fejlődés záloga. Ha a demokrácia fejlődését nézzük, kiindulva a csak kiváltságosoknak kijáró ókori görög példából a mára elvileg mindenkit megillető közéletben való részvétel lehetőségéig, úgy gondolom, világos az út, merre van előre. Kevés elrángatni a polgárokat a választási urnákhoz. Sokkal nagyobb erőt kell a kezükbe adni, hogy szavukat hallathassák, s ha ez nem történik meg, bizony a kiábrándultság demotivációhoz fog vezetni, melynek eredményeként egyre kevesebben mennek el szavazni. Ezt a részvételi demokráciát erősítik a petíció, illetve a polgári kezdeményezés intézményei. Úgy gondolom, utóbbi szabályozásakor is világos volt a jogalkotói szándék. A rendszer mégsem működik.

Az Európai Bizottság mintha beijedt volna, hogy kényelmes bürokrata rendszerébe beleszólhatnak kívülről, s esetleg kiveszik az egyszeri polgárok a kezéből a kezdeményezés jogát. Még akkor sem tetszik neki, ha majd kétmillió ember sorakozik fel egy-egy kezdeményezés mellett, mint az a Right to Water esetében volt. Ez a helyzet tarthatatlan, s a probléma megoldása nem tűr halasztást. A késlekedéssel ugyanis egyre inkább nő a Brüsszel iránti kiábrándultság és bizalmatlanság. Bízom benne, hogy ezzel a jelentéssel konkrét lépéseket teszünk a helyes irányba.

Montag, 26. Oktober 2015

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. – Bürger an der Gestaltung von Politik und Gesetzgebung beteiligen: gewollt ist das nicht immer. In Deutschland ermöglichte maßgeblich die Zivile Koalition materiell „Einer-von-Uns“. Ich spreche aus eigener Erfahrung. Obwohl „Einer-von-uns“ als juristisch wasserfest autorisiert wurde, knickte dieselbe christdemokratische Barroso-Kommission ein Jahr später ein und verweigerte die Vorlage der eingeforderten Rechtsakte. „Einer-von-Uns“ ist nun beim EuGH anhängig (T-561/14). Zu Recht: Wird eine EBI aufgrund ihrer juristisch wasserfesten Argumentation autorisiert und werden mehr als 1 Mio. Unterschriften vorgelegt, müssen die eingeforderten Rechtsakte auch vorgelegt werden. Andernfalls führt die EU die Menschen an der Nase herum. Im konkreten Falle weigert sich die Kommission, EuGH-Rechtsprechung anzuerkennen (C-34/10: der Mensch ist ab der Befruchtung ein Mensch, und der menschliche Embryo ein menschliches Wesen). Sie setzt sich nicht mit offensichtlichen Widersprüchen ihrer eigenen Politik auseinander. Die Kommission verstößt gegen die Prozeduren, weil sie ihre Stellungnahme nicht dem EU-Parlament übermittelt. Damit wird die EU-Kommission zur Kronzeugin dafür, dass den Institutionen in Brüssel die Meinung und der Gestaltungswille der Bürger doch ziemlich egal ist. Die Juncker-Kommission wollte politischer sein als ihre Vorgängerin. Herr Timmermans: Respektieren Sie den Bürgerwillen und setzen Sie die Forderungen von „Einer-von-uns“ um! Schaffen die Sozialdemokraten, worin die Christlichen Demokraten in einem ihrer Kernthemen versagen?

Iuliu Winkler (PPE), în scris. – ICE a fost considerată un triumf al Tratatului de la Lisabona pentru că deschidea cetățenilor europeni șansa de a deveni inițiatori de legislație și participanți activi la făurirea politicilor europene. La 3 ani de la intrarea în vigoare, acest instrument provoacă dezamăgire. Abordarea birocratică, avocațească a CE riscă să producă efectul contrar celui dorit, contribuind la îndepărtarea cetățenilor de Europa. PE a avut un rol important în promovarea legislației ICE, iar acum, din nou, PE ia inițiativa de modifica reglementarea. UE trebuie să devină o construcție politică și de aceea trebuie să fie deschisă ideilor și propunerilor cetățenilor ei. Acest imperativ trebuie înțeles de către birocrații UE, dar și de statele membre care trebuie să înlesnească întreaga procedură ICE în loc să pună piedici administrative suplimentare. Sper că Raportul Schöpfung, care conține propuneri clare de îmbunătățire a Regulamentului ICE, va fi adoptat cu largă majoritate în PE. Propunerea de amendare pe care CE trebuie să o înainteze PE și Consiliului trebuie să dovedească înțelegerea faptului că UE se află la răscruce. Ori învățăm să ascultăm vocea cetățenilor noștri și atunci vom avea succes, ori continuăm să ne îndepărtăm de cetățenii europeni, fiind, astfel destinați eșecului.

16. Die Ebola-Krise: langfristige Lektionen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Charles Goerens im Namen des Entwicklungsausschusses zu dem Thema: Die Ebola-Krise: langfristige Lektionen und Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern zur Vorbeugung zukünftiger Krisen (2014/2204(INI)) (A8-0281/2015).

Charles Goerens, rapporteur. – Monsieur le Président, les premiers cas de maladie à virus Ebola dans l'Union européenne et aux États-Unis avaient vite fini par semer la panique dans les opinions publiques respectives. Rien de tel de mars à septembre 2014, lorsque des milliers de personnes contaminées par le virus avaient déjà trouvé la mort en Sierra Leone, au Liberia et en Guinée où la crise a frappé très fort. Cette crise revêt à maints égards un caractère systémique.

Premièrement, pour ce qui est de la carence systémique au niveau de la gouvernance mondiale, l'Organisation mondiale de la santé a reconnu elle-même sa part de responsabilité dans la lenteur de l'alerte.

Deuxièmement, quant à la pauvreté systémique dans les trois pays frappés par la crise, quelques données éloquentes en soulignent le caractère particulièrement aigu: 80 % vivent dans l'extrême pauvreté, la durée de scolarité dépasse à peine quatre ans en moyenne, les systèmes de santé sont peu résilients.

Troisièmement, au niveau européen aussi, les systèmes sont perfectibles, notamment pour ce qui est de la coordination entre les vingt-neuf acteurs que sont la Commission et les États membres.

Montag, 26. Oktober 2015

La nomination du commissaire Stylianides à la fonction de coordinateur de l'Union européenne pour la lutte contre Ebola a finalement permis de changer de cadence dans la recherche de solutions européennes à apporter aux victimes dans les trois pays africains.

Quant aux enseignements qui peuvent d'ores et déjà être tirés de la présente crise, mentionnons que premièrement, l'engagement exemplaire des humanitaires, et plus particulièrement des acteurs de MSF et de la Croix-Rouge, a contribué à une prise de conscience très large et a suscité une admiration unanime, alors que ceux-ci ont payé un lourd tribut. La lutte contre le virus Ebola a coûté la vie à quelque cinq cents professionnels de la santé.

Deuxièmement, quand la communauté internationale a fini par se réveiller, et en particulier son industrie pharmaceutique, des réponses au niveau du développement de vaccins ont pu être trouvées assez rapidement.

Troisièmement, on ne peut pas laisser à l'abandon des systèmes de santé dans les pays en développement au motif que le redressement des finances publiques prime sur toute autre considération.

Quatrièmement, il devient urgent d'aborder de façon systématique la question de savoir qui est responsable de la recherche et du développement en matière de traitement des maladies rares ou qui ne touchent en premier lieu que des patients vivant dans les pays en développement.

La sphère politique, si elle est acquise au principe de la non-indifférence, ne peut plus écarter ce problème. Le Parlement européen devrait prendre l'initiative d'un nouveau rapport sur cette question en étroite coopération avec le coordinateur Stylianides et en tenant compte des enseignements à tirer de la mission du Parlement européen en Afrique de l'Ouest début novembre.

Cinquièmement, il devient urgent de reconstruire les trois pays, dont non seulement les systèmes de santé mais également l'économie se sont rapidement écroulés, et ce dès le début de l'épidémie.

Finalement, le Parlement européen a eu raison de revendiquer et de corroborer, à longueur d'année, sa proposition de faire consacrer au moins 20 % de son aide publique extérieure au développement des secteurs sociaux de base notamment, dont, en premier lieu, le système de santé.

Pour conclure, retenons qu'il n'y a pas lieu de baisser la garde devant un virus intelligent – hélas intelligent – qui risque encore de se manifester sous d'autres formes que celles déjà connues. Soyons également conscients de notre obligation morale de faire du droit des malades à l'accès au traitement partout dans le monde un principe d'action politique pérenne. Enfin, ne tardons pas à aider l'Afrique à s'approprier son propre développement, notamment et avant tout en matière de recherche et de développement dans le domaine de la santé.

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Mr President, the Commission very much welcomes Charles Goerens' report. I want to commend and thank Mr Goerens for his great work and, of course, for his dedication to the fight against Ebola. During this period we have had excellent and productive cooperation for which I am truly thankful to him.

The European Union has a special responsibility when it comes to promoting universal health coverage, supporting countries to achieve health-related sustainable development goals and to build resilient health systems better able to control outbreaks so we are better prepared when the next big epidemic strikes.

The report remains very topical as this epidemic is not over. We have again been getting some new cases, unfortunately, in Guinea in recent weeks. We must remain engaged until we reach a resilient zero, until the affected countries fully recover. The European Union and Member States have pledged over EUR 2 billion. From this amount EUR 900 million comes from the Commission alone for response, recovery and research. We are also fully engaged in learning vital lessons from the Ebola crisis: for example, the October Luxembourg conference on lessons learned, which Commissioner Andriukaitis and I attended, came forward with important recommendations. These will fit into the Health Council conclusions in December.

As the EU Ebola coordinator I will also report on the overall lessons learnt to the European Council at the end of this year. We have also been fully engaged in the G7 Health Ministers discussions on Ebola earlier this month, in which Commissioner Andriukaitis participated. We are pleased that the G7 Declaration expresses commitment to, and I quote, 'strengthening health systems to enable the provision of basic healthcare [...] as well as water, sanitation and hygiene. The aim is to progressively achieve universal health coverage'. This is very important.

Montag, 26. Oktober 2015

As Mr Goerens' report clearly emphasises, basic healthcare and clean water for all are essential. We can all agree that building and reconstructing a resilient health system is also essential – health systems able to detect, monitor and contain a health crisis.

What have been the main lessons for the EU from this crisis? There are many things we could write in our response at EU level. Our rapid and substantial Ebola funding for the emergency response, for recovery, for research; our role in organising the transport of assistance to West Africa; the very positive role of the European Centre for Disease Prevention and Control in deploying epidemiologists; also the crucial role of the four EU mobile laboratories or the EU medivac system that we deployed for all international health workers.

But at the same time there are also lessons from what did not go as well. The first lesson: the international community was and still is ill-prepared for a global health emergency. Global emergency and health governance need strengthening. This includes support to the WHO, the reform of the WHO and the review and implementation of international health regulations. Here our help plays a key role. We also had difficulties in rapidly deploying medical teams. Hence we are now working with Member States to establish a European medical corps using the voluntary pool system of the European Union's civil protection mechanism.

Secondly, weak health systems in partner countries are a particular concern. The European Union has committed to comprehensive health systems' strengthening; however, we learned from Ebola that we may not have been comprehensive enough. So we need to do more to strengthen national capacity, as I said, to provide health care for all and for outbreak control in particular.

Thirdly, the weakest health systems are severely underfunded. Domestic resource mobilisation will not fill the gap soon. To have good preparedness and to achieve the health SDGs we need a minimum level of public health financing. Forty countries spend even less than USD 30 per capita per year. That is the real figure.

Fourthly, the Commission and Member States have to programme health aid more strategically, leaving no one behind. We have to counteract any tendency to withdraw collectively from the health sector, focusing on those countries falling below minimum public financing. We need to think about how we can deploy our collective EU health aid more effectively and more predictably.

Last, but not least, the Commission and Member States should support a globally coordinated research effort to identify, make priorities and address recent gaps against future emergency epidemics. Capacity building through research has an important role to play in strengthening local health systems. We are therefore supporting the global research collaboration for infectious diseases preparedness, an important tool for coordinating research funding.

Josu Juaristi Abaunz, *ponente de opinión de la Comisión de Medio Ambiente, Salud Pública y Seguridad Alimentaria*. – Señor Presidente, como ocurre con la crisis de refugiados, la respuesta europea a la epidemia de ébola fue, en mi opinión, tardía y mala. Unos pocos Estados reaccionaron bien, pero la respuesta de otros fue lamentable. En conjunto, la Unión no tiene motivos para sacar pecho.

Creo que las lecciones que debemos extraer han de surgir de un análisis honrado y riguroso de la reacción europea durante los primeros meses, los que siguieron a la alerta lanzada por Médicos Sin Fronteras. Y la pasividad global en esos primeros meses explica, en parte, que la dimensión de la epidemia fuera tan grande, y su expansión, descontrolada.

El brote de ébola, un hecho excepcional, ha sacado a la luz cuán ineficientes y lentos son los sistemas de salud y, también, de ayuda humanitaria en la respuesta a emergencias. Necesitamos una estrategia global para sustentar la investigación y el desarrollo de vacunas y tratamientos, y una estrategia global y justa de desarrollo y de ayuda y reacción internacional.

Montag, 26. Oktober 2015

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Președintele. – Vreau să vă cer îngăduința să nu acceptăm întrebări adresate în conformitate cu procedura „cartonașului albastru” întrucât suntem cu timpul înaintat.

Maurice Ponga, au nom du groupe PPE. – Monsieur le Président, chers collègues, je souhaiterais tout d'abord remercier chaleureusement notre collègue Charles Goerens pour son écoute et sa collaboration lors de l'élaboration de ce rapport. C'est un rapport important, qui tire les leçons de la crise sanitaire majeure qui a touché l'Afrique de l'Ouest en mars 2014 et fait plus de 11 000 morts.

Cette crise du virus Ebola a mis en lumière de manière dramatique les faiblesses systémiques des pays en développement en matière de santé. Il est donc crucial que l'Union européenne et les acteurs en matière de développement renforcent dès à présent et de manière significative l'aide apportée aux pays en développement afin que ces derniers mettent en place des systèmes de santé performants. Cela devrait se traduire au niveau des infrastructures et des équipements sanitaires, mais également au niveau de la formation du personnel médical. Le personnel doit être formé pour répondre de manière pertinente aux crises qui se présentent.

Un point qu'il me paraît également important de souligner dans ce rapport est la nécessité de renforcer la gouvernance des pays en développement. Plus le pays est désorganisé, moins il est possible de venir porter secours aux victimes. Sans bonne gouvernance et sans état de droit, il ne peut y avoir de développement durable: les deux sont liés.

Même si le nombre de nouveaux cas est aujourd'hui limité à la Guinée, la Sierra Leone et le Liberia ayant été déclarés par l'OMS zones libres du virus Ebola, nous devons rester vigilants et travailler de manière coordonnée avec l'ensemble des acteurs du développement et des pays touchés pour éviter une nouvelle épidémie en cas de résurgence du virus.

Norbert Neuser, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die mediale Ruhe um Ebola ist trügerisch.

Es gibt in Guinea und Sierra Leone immer noch Fälle und bislang gibt es unbekannte gesundheitliche Folgen für Ebola-Überlebende. Es ist folgerichtig und gut, dass der Bericht von Charles Goerens über den unmittelbaren Katastrophenfall hinausgeht. Das ist ein wesentliches Element dieses Berichtes. Vielen Dank, Charles.

Wir fordern deshalb die Stärkung der Gesundheitssysteme in den betroffenen Ländern Liberia, Guinea und Sierra Leone. Aber wir müssen den Blick auch auf ähnlich fragile Staaten in Afrika richten. Wie in der Flüchtlingskrise, wo die EU und die Völkergemeinschaft viel zu spät und halbherzig Fluchtursachen in der Vergangenheit bekämpft hat, gilt dies auch für das Gesundheitssystem, für allgemeine und grundlegende Versorgung, für die Verbesserungen der hygienischen Bedingungen in diesen Ländern. Wann endlich lernen wir, dass Vorbeugen der bessere Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit ist?

Der Friedensnobelpreis geht in diesem Jahr zu Recht an das Dialogquartett in Tunesien. Das ist gut! Die Frauen und Männer, die als Ärzte, Schwestern, Pfleger unter Lebensgefahr – viele haben dies mit ihrem Leben bezahlt –, die Ebola-Krise bekämpft haben, auch sie hätten den Friedensnobelpreis verdient.

Herr Kommissar, vielen Dank für Ihr Engagement als Koordinator für die Bekämpfung Ebola-Krise.

Arne Gericke, im Namen der ECR-Fraktion. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar Stylianides! Was lernen wir langfristig aus der Ebola-Krise? Wie stärken wir die Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern zur Vorbeugung zukünftiger Krisen? Herr Goerens, ich betreue einen ganz ähnlichen Bericht für die AKP-Delegation und war oft im Gespräch mit afrikanischen Kollegen. Sie meinen, käme es heute oder morgen zu einer neuen Pandemie, wir wären genauso verheerend vorbereitet wie noch vor der Ebola-Krise.

Montag, 26. Oktober 2015

Hören wir auf zu lamentieren! Handeln wir gemeinsam mit den betroffenen Staaten! Ich plädiere für die Einrichtung global vernetzter *Emergency Centers*. Egal wo etwas passiert, wir müssen innerhalb von 24 Stunden die Region mit einem Mindestmaß an Infrastruktur versorgen können. Aber wir müssen auch den medizinischen *brain drain* aus den Entwicklungsländern stoppen. Wir brauchen dort gute Ärzte und sollten ihre Ausbildung fördern. Wir brauchen eine flächen-deckende Versorgung in ländlichen Regionen, und wir müssen die Mütter einbinden. Wenn sie wissen und sagen, was für Hygiene wichtig ist, wirkt das tausendmal mehr als der Hinweis eines europäischen Entwicklungshelfers.

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, señor Comisario, señor Goerens, antes de nada le felicito a usted y a todo su equipo por el excelente trabajo realizado en torno a este informe.

De la crisis del ébola, que se ha llevado consigo a casi 12 000 personas, debemos aprender lo siguiente: primero, que la austeridad mata. Los programas de ajuste estructural, impuestos por el FMI y por el Banco Mundial en los años 80 y 90 en África, deterioraron los sistemas de salud de estos países, volviéndolos impotentes ante una epidemia del calibre del ébola. Los recortes y las privatizaciones que vienen produciéndose en países de Europa, como España, también han mermado los sistemas de salud y son responsables de la mala gestión de los casos de ébola tratados, como el de la enfermera Teresa Romero, que se contagió por falta de medios y recursos, y no por otra razón.

Dos, la industria farmacéutica se guía únicamente por el beneficio y no investiga las enfermedades de pobres, como se ha demostrado con el ébola. En suma, urge acabar con la austeridad y desarrollar sistemas sanitarios robustos, y también urge recurrir a alternativas al actual modelo de investigación de medicamentos. Solo así podremos hacer frente a venideras crisis de salud de escala global.

Yo solo quiero terminar diciendo que estas 12 000 muertes sirvan para que esto no vuelva a repetirse.

Maria Heubuch, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Auch wir Grünen danken Herrn Goerens für diesen Bericht und wir begrüßen ihn natürlich sehr, denn nun gilt es wirklich Lehren zu ziehen, Lehren für die Zukunft, für künftige Krisen, denn dies wird nicht die letzte gewesen sein.

Was wir in diesem Bericht noch gern gesehen hätten, wäre die Forderung nach einem flexiblen Ansatz zu geistigen Eigentum, denn die Ebola-Krise hat einmal mehr deutlich gemacht, dass Gesundheit ein öffentliches Gut ist. Wir fordern die EU deshalb auf, für Entwicklungsländer eine flexible Perspektive für die Schutzrechte mit Blick auf Gesundheit und den Zugang zu Arzneimitteln auszuarbeiten, und auch das Recht für Entwicklungsländer zu fördern, die Spielräume der Trips-Übereinkommen umfassend zu nutzen.

Wir begrüßen die Forderung des Berichts an alle Staaten, soziale Ungerechtigkeit – unter anderem durch eine universelle Gesundheitsvorsorge – anzugehen, einen Plan auszuarbeiten, in dem eigene Finanzmittel und potenzielle internationale Mittel zur Verwirklichung bereitstehen. Wir sollten die Krise auch nicht zur vergessenen Krise werden lassen, denn die Länder werden noch viele Jahre brauchen, um sich davon zu erholen.

Nathan Gill, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I would like to take this opportunity to thank those NGOs and local organisations who worked incredibly during this crisis for the bravery that they showed. I would also like to take this opportunity to criticise the media for the way that they sensationally took this as an opportunity to increase their ratings – and I know the BBC World News used it as an opportunity to have an ‘Ebola watch’, which was something like looking at criminals. The way that they used the Ebola crisis was just terrible.

I am a firm believer that, with situations like this, we can tackle the problems by looking at the causes and not actually just the symptoms and, in the long term, crises like these can be averted by increasing the wealth of the poorest people in the poorest nations. The EU fisheries agreement in Western Africa has deprived the poorest people of their livelihoods, and this is having a huge effect on the poorest people’s ability to earn an income. Remove these ridiculous fisheries and trade agreements that have been imposed on these countries; give the poorest people an opportunity to earn a living and improve the conditions in which they live, and you will see that crises like these will not keep on occurring.

Montag, 26. Oktober 2015

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, Monsieur le représentant de la Commission, nous n'avons pas peur du ridicule.

Si le ridicule tuait, notre assemblée serait disséminée ce soir – vu le nombre de présents, je suis d'accord, ce ne serait pas trop grave. Mais ridicules, nous le sommes. Nous nous réveillons pour Ebola – 10 000, 11 000 tués pour 25 000 personnes infectées, et nous débloquons près de deux milliards, 900 millions par la Commission. Mais le paludisme, avec 500 000 personnes tuées par an, 190 millions de personnes touchées, nous n'en parlons pas. 120 000 lépreux meurent non soignés, et nous n'en parlons pas. Et pourtant, ces médicaments sont faciles d'accès. Ils existent et ne coûtent pas trop cher, ne coûtent pas cher du tout même. Mais cela ne nous concerne pas, nous n'avons pas la peur au ventre. Ici, comme partout, la liste des vœux pieux et recommandations dégouline. Mais comment, ce plan Marshall pour l'Europe? Qui le financera? Mille milliards de création monétaire pour les banques, une illusion de plan Juncker pour la relance, et pour l'Afrique, rien.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Ebola zebrała największe żniwo w trzech krajach Afryki Zachodniej: w Gwinei, Liberii, Sierra Leone, i udowodniła opieszałość w reakcji społeczności międzynarodowej, ze Światową Organizacją Zdrowia na czele. Oprócz tego, że lokalne i krajowe systemy ochrony zdrowia w tych państwach nie mają środków oraz możliwości zapobiegania epidemiom chorób zakaźnych i ich wygaszania, konsekwencje tego kryzysu są katastrofalne dla gospodarek i bezpieczeństwa w całym regionie. Nieoceniona okazała się rola organizacji humanitarnych, które w sposób skuteczniejszy niż gracze instytucjonalni pomagały chorym i zapewniały podstawowe środki ochrony.

Jako aktorzy międzynarodowi musimy stworzyć platformę dialogu oraz współpracy z lokalnymi władzami i umieć budować zaufanie pośród dotkniętych przez epidemię społeczności, tak aby zapobiec dezinformacji i żeby ludzie nie obawiali się prosić o pomoc oraz mieli zapewnione bezpieczeństwo oraz niezbędną opiekę medyczną. Ważne jest zaangażowanie Unii i państw członkowskich w dziedzinie pomocy humanitarnej i rozwojowej. Unijne inwestycje w sektorze zdrowia w dłuższym okresie z pewnością przyczynią się do rozwoju gospodarczego oraz rozmieszczeniu ubóstwa w tych krajach. Fundusze dodatkowe w ramach programu Horyzont 2020 i inicjatywy w zakresie leków innowacyjnych, o których mówił komisarz Stylianides, przyspieszyć mogą stworzenie nowych terapii w leczeniu chorób zakaźnych.

Linda McAvan (S&D). – Mr President, I would like to thank the Commissioner for what he has said and Mr Goerens for the report, and I would, of course, particularly like to put on record my thanks to all the health workers and people who worked in those countries in very difficult conditions.

The Commissioner was right in saying that the biggest lesson we learned was that where countries did not have a basic health service, they could not cope and they quickly became overwhelmed by the disease. So my question really is: what is going to happen now to build those health systems? You said, Commissioner, what should happen, but what is happening? Has anything changed in the EU programming for the future? What is going to happen in our joint programmes with these West African countries? We built new clinics, what is happening to them? What is happening to the health workers who work there? What happened to the pledges made in Brussels in April at the big conference?

I am asking this because last week I met a healthcare worker from Sierra Leone and he said that some of the health facilities are being dismantled, that there are not enough doctors to staff them. But in Sierra Leone, one of the poorest countries on the planet, only lactating mothers, children under five and pregnant women get free healthcare. There is no free healthcare for the Ebola sufferers who suffer from long-term after-effects of Ebola.

So we need to have a new programme for health and I am not clear whether the Commission and its Member States have got one and how they continue to coordinate because as you said, we all pledged in New York to have universal health coverage but it is not enough to keep pledging it, we have to actually do it. So, we can do something in these countries, and I really want to know what it is the Commission is going to do.

Cristian Dan Preda (PPE). Monsieur le Président, je voudrais tout d'abord féliciter mon collègue, Charles Goerens, pour la rédaction de ce rapport sur les leçons que nous pouvons tirer à long terme de la crise du virus Ebola.

J'ai rencontré la semaine dernière le représentant d'une ONG de Sierra Leone, une organisation travaillant à l'origine dans le domaine de l'éducation, qui s'est retrouvée, en pleine crise du virus Ebola, à faire de la prévention auprès des communautés pour empêcher la propagation de la maladie. Ce dernier m'a dit une chose très juste: cette crise a servi de révélateur de toutes les faiblesses des systèmes de santé des pays affectés. Et j'ajouterais qu'elle a également servi de révélateur des insuffisances de notre action.

Montag, 26. Oktober 2015

Pour cette raison, nous devons soutenir le renforcement des systèmes de santé des pays affectés, et j'insiste ici sur le fait que notre action doit s'inscrire dans la durée et que nous devons tenir nos promesses relatives au financement.

Procedura „catch the eye”

Cristian-Silviu Buşoi (PPE). – Mr President, the 2014 Ebola epidemic has been the largest in history, affecting multiple countries in West Africa. More than 23 000 people were infected and 9 000 are dead. Healthcare workers have been infected while treating patients suffering from the Ebola virus.

The EU and its Member States directed EUR 1.2 billion from EU funds for the development of both treatments and vaccines. Good outbreak control and crisis management relies on applying interventions such as case management, surveillance and contact tracing, mobile laboratory service, training for health workers and also social mobilisation. Improving the health system and raising awareness could be an effective way to reduce human transmission. Even though the EU has expressed solidarity and support, we could do much more to save people in West Africa from this tragic disease.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'entità e la complessità dell'epidemia di Ebola, che dal marzo del 2014 ha duramente colpito la Sierra Leone, la Guinea e la Liberia, pongono questioni importanti che investono l'Unione di una grande responsabilità, all'interno del panorama internazionale, in vista della promozione del diritto all'assistenza sanitaria universale, soprattutto alla luce delle carenze strutturali in materia di sanità ed istruzione che si riscontrano in tali paesi.

La gestione della crisi, peraltro, ha dimostrato diverse falle e per questo è oggi ancora più doveroso che l'Unione si impegni con forza negli aiuti allo sviluppo e nel sostegno alla ripresa economica dei tre paesi africani.

Condivido in particolare, nella relazione, l'esigenza di procedere ad una revisione della programmazione del Fondo europeo di sviluppo a favore dei tre paesi colpiti: senza interventi di sostegno di tipo strutturale intesi a garantire l'accesso alla sanità e la fruizione dei servizi sociali di base non sarebbe possibile prevenire il rischio di future epidemie.

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κύριε πρόεδρε, από το 2014, η Σιέρα Λεόνε, η Γουινέα και η Λιβερία πλήττονται από τον ιό του Έμπολα, ενώ άλλες χώρες της Αφρικής αντιμετωπίζουν εδώ και χρόνια κρούσματα του ιού. Ωστόσο οι χώρες αυτές δεν βιώνουν μόνο την κρίση του ιού Έμπολα αλλά γενικότερα μια συστημική κρίση, αφού το 80% του πληθυσμού ζει σε συνθήκες ακραίας φτώχειας. Βέβαια, η αντίδραση της Ευρωπαϊκής Ένωσης για περιορισμό του Έμπολα δεν ήταν άμεση και ιδιαίτερα αποτελεσματική, όπως ήταν οι Γιατροί Χωρίς Σύνορα και ο Ερυθρός Σταυρός, που αποδείχτηκαν περισσότερο προετοιμασμένοι για να βοηθήσουν τους πληθυσμούς της Αφρικής να αντιμετωπίσουν τον Έμπολα.

Είναι επομένως αναγκαίο να αξιοποιηθούν καλύτερα οι ικανότητες των ανθρωπιστικών αυτών οργανώσεων εκ μέρους της Ευρωπαϊκής Ένωσης και επίσης να ενισχυθεί η ιατρική έρευνα, για να παραχθούν φάρμακα και εμβόλια για τον Έμπολα. Επιπλέον, είναι απαραίτητο να διαγραφεί το χρέος των χωρών της Αφρικής που έχουν πληγεί από τον ιό, ώστε να μπορέσουν οι χώρες να επενδύσουν περισσότερα στα συστήματα υγείας τους, αντί να πληρώνουν τους διεθνείς τοκογλύφους δανειστές, διότι τα συστήματά τους αυτά έχουν διαλυθεί κυριολεκτικά από το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, procurando lições na crise do ébola, é importante que este relatório reconheça que os programas do FMI e do Banco Mundial arrasaram a frágil infraestrutura de saúde nos países afetados, arrasaram serviços públicos de saúde, e não só, criando uma situação de incapacidade para fazer frente à progressão da epidemia. É necessário reverter este caminho, reparar os estragos, romper com esta submissão; apoiar a construção de sistemas públicos de saúde, universais e gratuitos, a formação do pessoal de saúde especializado; combater a hegemonia das farmacêuticas no desenvolvimento de novos fármacos, a ditadura das patentes; apoiar o desenvolvimento de serviços públicos essenciais, como no domínio da água e do saneamento; anular a dívida externa destes países e, se é tempo de saudar e agradecer toda a ajuda internacional, que continua a ser necessária, vale a pena aqui lembrar o gigante exemplo de um pequeno país, Cuba, que, sozinho, enviou mais médicos e enfermeiros que todos os restantes países ocidentais.

Montag, 26. Oktober 2015

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Monsieur le Président, je voudrais tout d'abord féliciter notre collègue Charles Goerens à la fois pour son analyse et ses propositions. À l'heure actuelle, d'après les informations que j'ai de ces pays – l'une de mes filles ainsi que mon gendre travaillent en Guinée –, il y a encore deux cas d'Ebola notamment au niveau du centre de traitement de la Croix-Rouge à Forécariah. Ce que nous constatons, tout de même, c'est que l'Union européenne et les États membres ont versé plus de 1,9 milliard d'euros et que les systèmes de santé n'ont pas tellement été améliorés: c'est très long à mettre en œuvre. Je demande au commissaire que dans le cadre des Fonds européens de développement, nous ayons la garantie que des hôpitaux et des dispensaires soient vraiment construits afin de suivre ces phénomènes.

De même, en ce qui concerne l'IMI – ces fonds européens pour les études cliniques que nous avons versés –, je trouve que nous devrions demander une conditionnalité vis-à-vis des vaccins. Il ne faudrait plus qu'il y ait de brevets, pour qu'il y ait un accès aux médicaments.

La dernière chose que je voudrais dire, c'est que rien n'est gagné. Nous avons été très surpris de nous apercevoir que chez une infirmière qui avait été traitée, la maladie à virus Ebola s'est redéclarée ou que le sperme renferme encore le virus six mois après qu'une personne a été traitée. En même temps – et je termine –, il faut rétablir la confiance des gens sur place envers le système de santé parce qu'il en va de l'avenir de la santé de ces pays.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, Médecins Sans Frontières, Samaritan's Purse – they and other NGOs did a great job. They were on the ground fighting this terrible disease before the politicians even started really talking about it. Then when we did act we did everything in slow motion. We were playing catch-up and so every hospital, every new hospital that was built, was full within hours. Rather than convert buildings quickly into makeshift hospitals, we did the job to a higher standard but it took many weeks, during which time the crisis got worse.

So my message to the EU, to the Member States, to countries around the world is this: next time please understand the urgent nature of emergencies, learn from the NGOs, learn from the people who risked their lives to fight Ebola and let us learn very simply that acting quickly is not only cheaper but also saves lives.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Christos Stylianides, Member of the Commission. — Mr President, I would like to thank Members very much for this very rich discussion and their fruitful proposals. I would like to say again that this report – the Goerens report – outlines important lessons to be learned from the Ebola crisis. We are all part of this learning process. Once again I say a big thank you to Charles Goerens for his work and for his dedication.

At the same time, I would like to say something – as Linda McAvan mentioned – about the universal coverage system. As I already mentioned, I completely agree and this is why I am already focusing on the issue of the World Health Organization (WHO). The reform of the WHO is essential for future outbreaks in many other countries, maybe in Africa or elsewhere. This is why we need to promote this reform of the WHO. It will be the most important instrument for the next epidemic.

Together, the Commission and the Member States should revisit development cooperation in health, where needed and in particular in the three African countries. I saw on the ground the problems in those three countries and I realised that the lessons learned may be the most important basis for the future for us as an international community, and we of course have to support those countries which are most in need. It is very important to achieve the health-related SDGs and, first of all, to build resilient health systems so that they are better prepared for possible future disease outbreaks – because we will, unfortunately, have more outbreaks in the future. We have to do so with a more predictable, targeted and longer-term partnership approach. This is the only way.

I would like to thank Charles Goerens again for his work because we now have a basis for the future as well as a record of the lessons learned.

Charles Goerens, rapporteur. Monsieur le Président, je tiens d'abord à remercier tous mes collègues qui ont fait une intervention dans le cadre du présent rapport. Merci pour les mots aimables qu'ils ont adressés à mon endroit, la même remarque vaut pour le commissaire Stylianides.

Montag, 26. Oktober 2015

La thématique qui a fait l'objet du présent rapport est très pertinente parce qu'il s'agit de questions de vie et de mort, il faut donc les prendre très au sérieux. Notre commission du développement, depuis des années, insiste sur la nécessité de consacrer davantage de moyens à la promotion des secteurs de santé dans les pays en développement. Elle n'a laissé passer aucune occasion – que ce soit dans le cadre des discussions budgétaires ou dans celui de rapports spécifiques à ce sujet – d'insister sur la nécessité de déployer davantage d'efforts pour promouvoir la recherche et le développement dans les pays africains.

En matière de développement, on ne développe pas les autres, on doit donner aux autres les moyens de se développer eux-mêmes. Nous n'avons manqué aucune occasion d'insister sur l'amélioration de la gouvernance, que ce soit à l'échelle globale, internationale, européenne ou africaine. Il n'y a pas de fatalité dans la thématique que nous venons d'aborder, parce qu'il y a eu des résultats. Nous n'avons manqué aucune occasion de stigmatiser la lenteur qui a caractérisé la réaction de la communauté internationale au début, et notamment des acteurs institutionnels et, finalement, les choses se sont mises en route, en particulier grâce à la résolution que nous avons votée en septembre 2014 qui a été, de mon point de vue, la meilleure résolution que nous ayons jamais votée ici au sein de ce Parlement sur les questions de santé touchant aux pays en développement.

Un collègue a déclaré que nous sommes ridicules, et il a opposé paludisme et virus Ebola. Mais écoutez, mes chers collègues, ce n'est pas l'un ou l'autre, c'est l'un et l'autre, il faut traiter le virus Ebola et également le paludisme. Ce n'est pas la tuberculose ou le sida, c'est la tuberculose et le sida; il faut faire face à tous les défis, et c'est la raison pour laquelle nous ne cessons de réclamer qu'il faut consacrer au moins 20 % des moyens de l'aide publique au développement au développement des secteurs de santé de base. D'ailleurs, le collègue qui a traité cette assemblée de ridicule au motif que les bancs étaient clairsemés a quitté son siège deux secondes après son intervention.

Finalement, permettez-moi d'insister sur le fait qu'il n'y a pas lieu de baisser la garde, et Michèle Rivasi vient de le dire. Ce virus est un virus redoutable. Il surgit sous d'autres formes, il nous fait découvrir d'autres moyens de transmission, nous ne sommes donc pas au bout de nos peines, raison de plus pour rester vigilants. Je crois qu'après la leçon ou les enseignements que nous venons de tirer du virus Ebola, je suis plus confiant fin 2015 qu'au début de la crise, notamment pendant la période de mars à septembre 2014.

Merci, et permettez-moi de vous rappeler un tout dernier message. Ce rapport insiste aussi sur la question de savoir qui est responsable de la recherche et du développement de nouveaux médicaments. Le marché a un rôle important à jouer, mais il ne faut pas laisser le marché agir seul. Je le dis en tant que libéral, qu'adepte du développement de l'économie de marché. Il y a aussi des plages entières où la politique doit assumer ses responsabilités, et j'espère que notre commission de l'environnement et de la santé pourra, avec la commission du développement, trouver, ou tout du moins initier, un début de réponse à cette question, qui, je l'ad mets, est une question difficile. C'était un morceau trop gros à avaler dans le cadre du présent rapport, c'est la raison pour laquelle nous invitons les commissions concernées par cette problématique de notre Parlement européen à se pencher sur cet aspect extrêmement important.

Președintele. – Dezbateră a fost închisă.

Votul va avea loc marți, 27 octombrie 2015.

Declarații scrise (articolul 162)

Ignazio Corrao (EFDD), per iscritto. – La relazione sottolinea l'importante ruolo svolto nei primi mesi della crisi dell'ebola dalle varie ONG umanitarie, tra le cui MSF, Croce Rossa, Emergency ed altre, che hanno dimostrato non solo la capacità di interpretare la grave situazione, ma sono anche state gli attori più efficaci ed esperti in termini operativi, affrontando in prima linea la lotta contra l'ebola.

Se da un lato le ONG hanno dimostrato di essere reattive e tempestive, dall'altro, le istituzioni e le organizzazioni internazionali hanno dimostrato inefficacia, inadeguatezza e lentezza in risposta alla mobilitazione degli aiuti, inoltre l'assenza dell'OMS e la mancanza di ricerca e sviluppo in materia di farmaci, diagnosi e vaccini hanno causato milioni di morti.

Montag, 26. Oktober 2015

La relazione ha come obiettivo di considerare l'esperienza del virus ebola come una lezione in grado di fornire in futuro risposte immediate da parte dell'UE; avvalersi della preparazione e dell'esperienza sul campo delle varie ONG può essere proficuo, così come sostenere la nascita di forme di cooperazione in materia di formazione del personale medico tra l'Unione europea e i paesi in via di sviluppo. La relazione sostiene inoltre che rafforzare i sistemi sanitari nazionali e regionali è parte integrante della *governance* della salute globale.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Ebola și alte epidemii de aceste gen sunt amenințări transnaționale care nu țin cont de frontiere, ceea ce necesită o cooperarea internațională cât mai strânsă, pentru a determina cauzele acestei crize, dezvoltarea de noi tratamente pentru bolile neglijate, precum și pentru a consolida sistemele de sănătate naționale și de a facilita transferurile de rezultate către populația în cauză. Pe de altă parte, sunt necesare măsuri de protecție adecvate pentru a evita ca parteneriatele public-privat să dăuneze persoanelor vulnerabile într-o piață nereglementată, motiv pentru care susțin propunerea Organizației Mondiale a Sănătății de revizuire a Regulamentului sanitar internațional în vederea introducerii ideii de responsabilitate interdependentă. În plus, nu trebuie să uităm faptul că există riscul apariției unei crize alimentare în urma epidemiei, care a avut efecte devastatoare asupra micilor agricultori. Ca atare susțin necesitatea unei cooperări mai strânse între Comisie, statele membre și comunitatea internațională și a unor investiții în dezvoltarea pe termen lung a acestora, pentru a nu risca viitorul fermelor familiale și al securității alimentare din Africa de Vest.

Jarosław Wałęsa (PPE), in writing. – The Ebola crisis, which escalated in spring 2014, is a real challenge, not only for the countries such as Sierra Leone, Liberia and Guinea that have been afflicted by it the most, but for the whole world. Throughout the period of time that has passed since the epidemic started to evolve, I have observed that each government, each organisation had mobilised itself in order to prevent Ebola from spreading. Indeed, that crisis was actually a sort of a natural 'test' for the international community, and I am glad to say, that so far, we have passed successfully. However, we must not forget that the fight is still on and we should not surrender. I have already realised that even in such a dramatic event, we have decided to learn from it, rather than let it defeat us. Helping the countries that still struggle with the disease must continue, the same as us making efforts to prevent the outburst of similar future crisis.

17. Mitteilung des Präsidenten

Președintele. – Astfel cum a anunțat Președintele la deschiderea ședinței, în această seară Biroul a examinat apelul introdus de domnii Korwin-Mikke și Buonanno și a confirmat sancțiunile impuse celor doi deputați. Prin urmare, sancțiunile respective se aplică începând de mâine.

18. Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ARTEMIS - Entlastung 2013: Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) - Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ENIAC - Entlastung 2013: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră comună privind:

— raportul lui Ryszard Czarnecki, în numele Comisiei pentru control bugetar, referitor la descărcarea de gestiune pentru execuția bugetului întreprinderii comune ARTEMIS aferent exercițiului financiar 2013 (COM (2014)0510 - C8-0208/2014 - 2014/2132(DEC) (A8-0283/2015)) și

— raportul lui Ryszard Czarnecki, în numele Comisiei pentru control bugetar, referitor la descărcarea de gestiune pentru execuția bugetului Institutului European de Inovare și Tehnologie aferent exercițiului financiar 2013 (COM (2014)0510 - C8-0201/2014 - 2014/2125(DEC)) (A8-0282/2015) și

— raportul lui Ryszard Czarnecki, în numele Comisiei pentru control bugetar, referitor la descărcarea de gestiune pentru execuția bugetului întreprinderii comune ENIAC aferent exercițiului financiar 2013 ((COM (2014)0510 - C8-0211/2014/2014/2135(DEC)) (A8-0285/2015) și

Montag, 26. Oktober 2015

— raportul lui Ryszard Czarnecki, în numele Comisiei pentru control bugetar, referitor la descărcarea de gestiune pentru execuția bugetului general al Uniunii Europene aferent exercițiului financiar 2013, secțiunea II – Consiliul European și Consiliul ((COM (2014)0510 - C8-0148/2014 - 2014/2079 (DEC)) (A8-0269/2015)).

Ryszard Czarnecki, *sprawozdawca*. – Panie Przewodniczący! To istotna debata, trochę szkoda, że o tak późnej porze, gdy ludzie zwykle oglądają filmy – czasem kryminały o rabunku wielkich pieniędzy. Tutaj też chodzi o duże pieniądze – pieniądze, które muszą być kontrolowane, aby Unia Europejska, instytucje unijne cieszyły się jednak większym autorytetem, większą akceptacją wśród europejskich podatników.

Bardzo konkretnie: odnośnie do Europejskiego Instytutu Innowacji i Technologii – instytutu z siedzibą w Budapeszcie – należy stwierdzić, że instytut wprowadził uzupełniające kontrole ex post transakcji związanych z dotacjami, a także poprawiono jakość świadectw kontroli otrzymanych w odniesieniu do transakcji dotacyjnych poprzez poprawę odpowiednich instrukcji. Instytut stosuje również obecnie (to się zmieniło) bardziej szczegółową i spójną metodykę certyfikacji, poprawił procedurę udzielania zamówień. A więc reasumując, jest na pewno pewien progres, pewna poprawa, jeśli chodzi o poziom pewności czy legalności, poprawności transakcji, zwłaszcza tych związanych z dotacjami. Ten poziom na pewno wzrósł i to trzeba odnotować. Niemniej jednak należy pamiętać, że Trybunał po raz drugi z rzędu wydał instytutowi opinię kwalifikowaną. Należy też mocno podkreślić, że jakość świadectw dotyczących około 87% procent wydatków na dotacje została narażona na szwank, gdyż zostały one wystawione przez firmy audytorskie działające na zlecenie beneficjentów dotacji. To ogromne i niepotrzebne narażenie na ewentualne wystąpienie pewnych nieprawidłowości. Należy się przyjrzeć dalszym działaniom Europejskiego Instytutu Innowacji i Technologii, gdyż dwie opinie kwalifikowane wskazują, że jednak instytut nie funkcjonuje, a przynajmniej nie funkcjonował w przeszłości, w prawidłowy sposób. W tej chwili należy się skoncentrować na monitorowaniu, czy instytut postępuje zgodnie z wprowadzonymi zmianami.

Jeśli chodzi o ARTEMIS i ENIAC, w mojej opinii one nie wymagają większej dyskusji. Nie będę ich tutaj specjalnie omawiał, gdyż zostały one połączone w ECSEL. Zobaczymy, jakie będą konkretne, realne poczynania tej nowej jednostki. Jeśli chodzi o Radę i Radę Europejską – to, na co już niejednokrotnie wskazywałem, zarówno w moich licznych wcześniejszych sprawozdaniach, jak i w wystąpieniach – Rada jako instytucja unijna powinna ponosić demokratyczną odpowiedzialność przed obywatelami Unii Europejskiej w takim stopniu, w jakim jest ona beneficjentem budżetu Unii. Niestety jest tu wciąż niezmiennie – podkreślam cały czas: niezmiennie – wiele kwestii nierozstrzygniętych, gdyż Rada uporczywie, w sposób dosyć przewidywalny – powiedziałbym ironicznie – nie reaguje na wezwania Parlamentu Europejskiego do regularnego przedkładania odpowiednich dokumentów i wyjaśnień. Stąd propozycja kolejnego (to już nie jest niespodzianka) odmówienia udzielenia absolutorium z naszej strony, ze strony Parlamentu Europejskiego. Myślę, że ten mecz – niesympatyczny, niedobry, niebudujący autorytetu instytucji unijnych – między Parlamentem Europejskim a Radą w końcu trzeba zakończyć. Natomiast tutaj oczekujemy dobrej woli politycznej ze strony Rady.

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, I am here on behalf of my colleague, Commissioner Kristalina Georgieva. The Commission takes note of the proposal submitted by the Committee on Budgetary Control to the plenary to grant discharge to the Joint Technology Initiative on Embedded Computing Systems (the ARTEMIS Joint Undertaking) and the Joint Technology Initiative on Nanoelectronics (ENIAC), the European Institute of Innovation and Technology (EIT), and to refuse discharge to the Council for the financial year 2013.

The Commission is happy to note that Parliament's Committee on Budgetary Control agrees that the ECSEL Joint Undertaking (JU), which is the successor of ARTEMIS and ENIAC, has implemented actions to address the remarks of the budgetary authorities, and that it therefore proposes to grant discharge for the year 2013.

ENIAC and ARTEMIS have convincingly demonstrated that public-private partnerships, using a tripartite model that pools together Member State and EU funding with industrial investments, deliver important results such as leading edge low-power electronic chips and worldwide standards for software platforms for cars. These give industry in Europe a clear competitive advantage and increase its capacity to grow, as was illustrated by the high industrial investment in these partnerships. Both initiatives have had a very high leverage factor – every euro from the public side has resulted in an investment of at least EUR 3 by industry in the two initiatives.

Montag, 26. Oktober 2015

ENIAC and ARTEMIS therefore provide a unique opportunity and an effective means for industry, Member States and the EU to closely cooperate across Europe. This creates a critical mass for electronic components and systems that is of vital importance for the digital future of Europe. The initiatives have financed more than 3 000 of Europe's best engineers and researchers in the field every year. Their work helps sustain at least 80 000 jobs in Europe per year.

In the Horizon 2020 Framework Programme, ENIAC JU and ARTEMIS JU are merged in a new JU on Electronic Components and Systems for European Leadership (ECSEL). In ECSEL a structural solution is found for verifications and ex-post audits of new expenditure. In the draft resolution, the Commission is asked to carry out an evaluation to assess the activities of ENIAC and ARTEMIS to be considered for the 2014 discharge exercise.

The Commission intends to reconcile this request with the ECSEL Regulation. The ECSEL Regulation provides that the Commission will conduct an interim evaluation of ECSEL that will include the final evaluation of ENIAC and ARTEMIS by 30 June 2017. To conduct separate evaluations on the very same projects would put a considerable administrative burden on the beneficiaries and the Commission.

Finally, I would like to reiterate that the Commission will provide advice and full support to ECSEL in its continued efforts to address the concerns of the European Parliament.

The European Institute of Innovation and Technology (EIT) has made significant improvements in the areas identified in the April Parliament decision. On the legality and regularity of its transactions, the EIT has reformed its audit methodologies, the EIT Knowledge and Innovation Community grant guidelines and procurement capacities and procedures. As a result, the combined error rate for the 2014 grants is only 0.9%. The EIT has also taken extensive measures to improve its planning and monitoring.

Finally, we would like to note that the winner of this year's EIT Change Award, Mr Govinda Upadhyay, was selected as a finalist in the Forbes' 30 under 30 Social Entrepreneurs competition. This is precisely the kind of impact that the EIT was designed to create.

As for discharge to the Council, the Commission regrets that a suitable solution has not been found between the two arms of the Budgetary Authority in this dispute lasting now for six years. The Commission considers that the institutions should cooperate for a smoother functioning of this procedure. The Commission hopes that this issue will be solved in a suitable manner for both institutions.

Marian-Jean Marinescu, în numele grupului PPE. – Domnule Președinte, întreprinderile mixte sunt extrem de importante pentru activitatea de cercetare-dezvoltare. Au alocate sume importante de bani care trebuiesc gestionate, atât din punctul de vedere al cheltuielilor, cât și al rezultatelor obținute.

ARTEMIS și ENIAC au primit o opinie cu rezerve din partea Curții de Conturi trei ani la rând. Amânarea descărcării a produs îmbunătățiri în activitate. Recomandările Parlamentului European au fost puse în aplicare. Sper să nu existe încă o opinie cu rezerve pentru 2014.

Grupul PPE va vota pentru descărcare, dar va urmări foarte atent raportul pe anul 2014. Cred că este nevoie de mai multă transparență și de o evaluare foarte atentă a rezultatelor.

Cer Comisiei un raport preliminar privind activitatea ARTEMIS și ENIAC 1 și salut aici angajamentul Comisiei de a produce acest raport. Noua structură ECSEL are deja un an de activitate și trebuie să știm exact de unde a plecat.

Desfășurarea pe o perioadă lungă a proiectelor nu trebuie să fie un motiv de amânare a raportului. O evaluare preliminară privind utilizarea fondurilor europene și a contribuției private este absolut necesară.

Referitor la descărcarea de gestiune pentru Consiliu, cred că trebuie să ajungem la un rezultat concret. Refuzul de a nu acorda descărcarea pe o perioadă lungă de timp nu a adus nici un rezultat. Suntem responsabili în fața oamenilor să ajungem la o soluție. Altfel, se poate spune că procedura de descărcare bugetară nu este serioasă.

Montag, 26. Oktober 2015

Derek Vaughan, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I want to speak on the European Institute of Innovation and Technology (EIT) discharge, as I was the shadow rapporteur for the Agency. I would first of all like to thank the rapporteur for his cooperation on the discharge reports.

We initially refused to grant discharge for the EIT for a number of reasons. First of all, there was the 3% error rate detected in knowledge information community grants. Secondly, errors were found in procurement processes, and there were also some issues regarding staff retention. Since then we have had a progress report from the EIT, which shows they have made progress, and also recently I took the time to visit the EIT myself, and I heard and saw the progress which they have made. So, for example, as the Commissioner said, error rates are down to 0.9%, they put in place new procurement procedures, and they have also put in place new staff appraisal procedures, which will hopefully help in a reduction of the turnover in staff.

Therefore, when we come to the vote, I will certainly be voting to grant discharge to the EIT, and I also believe, when we get the Court of Auditors report for the 2014 discharge, that we will see the substantial progress maintained by the EIT.

Nedzhmi Ali, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, in April we postponed the decision on granting discharge to the Director of the European Institute of Innovation and Technology (EIT) to the financial year 2013. However, after receiving at the end of June a report from EIT providing information on the progress since the previous one, we can draw the following conclusions about the Institute in several different areas.

In the domain of legality and regularity of transactions the Institute has improved the quality of audit certificates. The use of a new methodology has further improved the quality of ex-ante and ex-post verifications. The internal procedures of the Institute already fully comply with the respective public procurement rules. Further to the consultancy performed by the Institute's internal audit capability, a number of activities have been implemented. In the area of budget and financial management there are positive changes related to improved planning and monitoring procedures, significantly improved absorption capacity of the beneficiaries and actions taken to alleviate the high staff turnover. As a result of the activities of the Commission's Internal Audit Service we also observe positive developments, especially in the implementation of the elements of the institute's action plan. By the end of 2015 it is expected the bulk of these actions will be completed.

In the coming months we envisage the publication of a special report of the European Court of Auditors which will shed light on the ability of the institute to provide innovation in the EU, where I would like to discuss the distribution within the European Union of the different sectors of knowledge and innovation communities. Having regard to the positive changes, we support granting the Director of the Institute discharge in respect of the implementation of the Institute's budget and approve the closure of the accounts for the financial year 2013.

Igor Šoltes, *v imenu skupine Verts/ALE*. – Sam se bom osredotočil na vprašanje razrešnice Svetu.

Šest mesecev je minilo, odkar je Parlament preložil razrešnico Svetu, danes pa tu ponovno razpravljamo, ali bo Svet končno razkril podatke o svojem finančnem upravljanju.

Postopek razrešnice je obvezen za vse evropske institucije in Svet pri tem ni izjema. Izvajanje njegovega proračuna mora biti pod enakim nadzorom, kot to velja za vse evropske institucije. In kako je to mogoče, da Parlament ponovno, kot že toliko let zapored, nima vpogleda v proračun Sveta? In kako je mogoče, da tudi tokrat, kot že toliko let zapored, na razpravi o razrešnici predstavnika Sveta ni?

Državljeni danes bolj kot kadarkoli prej pričakujejo transparentnost porabe in prevzemanje odgovornosti. Ključne institucije, tudi Svet, pa morajo biti zgled, da se v očeh davkoplačevalcev ohrani kredibilnost Evropske unije.

Prepričan sem, da poziv Svetu pred poslanci, pred evropsko javnostjo ne zadostuje več, zato smo v skupini Zelenih za proračun za leto 2016 vložili amandma, ki Svetu prvič nalaga proračunsko rezervacijo.

Montag, 26. Oktober 2015

Ker seveda za nazaj ne moremo ničesar spremeniti, lahko pa, prvič, dokončno zavrնemo podelitev razrešnice za leto 2013 in, drugič, to sankcioniramo tudi v proračunu za 2016.

Jonathan Arnott, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur for his courage in proposing that we should refuse to grant discharge for the EU's budget 2013 in respect of the Council. It is usually so rare to see this place actually criticise an EU institution. We really do have a breakdown in communication, because the Council simply is not responding to questions: questions on spending and commitments, questions on building projects – like the Residence Palace; questions on administrative modernisation.

I would also like to say that I praise the rapporteur for his unusual courage – but in this situation it is not actually quite so unusual, is it? Because discharge was not granted in 2009, 2010, 2011 or 2012 and we are still talking about 2013, as we still do not have the answers to the questions. It has been postponed whilst we wait for the Council to give us some answers, but it is not doing this. Either you believe in the European Union and its institutions or you do not. If you believe in it, then it is an embarrassment that this Parliament is being ignored in this way; if you do not, then sadly this is business as usual for the European Union.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, už na začátku tohoto volebního období jsme jednoznačně řekli, že nebudeme tolerovat žádnou chybovost u agentur a chyby v rozpočtu Evropské unie.

Institut pro inovaci a technologie měl v minulosti zásadní problémy s implementací rozpočtů a s legalitou grantových transakcí. Institut nebyl schopen zajistit ex ante ověřování a nezávislý audit, fluktuace zaměstnanců v agentuře byla nadprůměrná a celkový management byl velmi slabý. Proto jsme se rozhodli audit této agentuře pozastavit. Nicméně s nástupem nového vedení pozorujeme obrovské změny, a proto jsme se rozhodli EIT absolutorium za rok 2013 udělit, ale s podmínkou, že ho budeme i nadále pozorovat. Na straně institutu došlo k velkému posunu, proto podporujeme udělení absolutoria.

Chtěl bych zdůraznit, že zatím co institut se i nadále snaží řešit problematické oblasti, problém v tuto chvíli řešíme daleko větší, a to s Radou. Rada opakovaně nezískala discharge od Evropského parlamentu a zde myslím, že je úkolem Komise, aby se snažila celou problematickou záležitost co nejdříve vyřešit.

Zigmantas Balčytis (S&D). – Gerbiamas pirmininke, remiantis SCL patikinimu, bendroji įmonė padarė nemažą pažangą įgyvendinant veiksmų planą, kuriuo siekiama ištaisyti Audito Rūmų nustatytus trūkumus. Kartu su nacionalinėmis finansavimo institucijomis buvo gerinama įmonės *ex post* audito strategija, įdiegta speciali audito ataskaitų teikimo forma bei atliktas sisteminis šių auditų kokybės vertinimas. Kartu buvo keičiamasi informacija apie finansinių programų reikalavimus bei gerosios praktikos pavyzdžiais, taip pat patobulinta interesų konfliktų valdymo ir prevencijos politika bei sukurta išsami duomenų bazė, apimanti visą informaciją, susijusią su interesų konfliktais bei veiksmiais. Kadangi ARTEMIS ir ENIAC nebeegzistuoja atskirai, bet kokias rekomendacijas, susijusias su audito procedūrų tobulinimais, turės įgyvendinti jau nauja bendra įmonė ECSEL, todėl svarbu jai duoti laiko ir suteikti biudžeto įvykdymo patvirtinimą.

Tamás Deutsch (PPE). – Kedves Képviselőtársaim! Az európai tanácsi mentesítés megadásának elutasítása sajnos nem újdonság. A Tanács évről-évre semmibe veszi a Parlament jogát a zárszámadás lefolytatására. Az idei az ötödik év, amikor a Tanács zárszámadásának megadását a Parlament el fogja utasítani. A Tanács nem vesz részt a Költségvetési Ellenőrző Bizottság mentesítési meghallgatásán, nem hajlandó válaszolni a Parlament által a zárszámadási eljárás során megküldött kérdésekre, nem juttatja el azon dokumentumokat, amelyek szükségesek a mentesítési eljárás lefolytatásához, és amelyeket rajta kívül minden más intézmény az Európai Parlament rendelkezésére bocsát. Nincs információnk a Tanács különböző ingatlanügyleteinek háttéréről, költségeiről, kimeneteléről, nem tudunk részleteket a tanácsi intézményi modernizáció költségeiről és eredményeiről sem.

Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága nem tud a Tanács pénzügyi gazdálkodásával kapcsolatban érdemben döntést hozni. A Tanács az átláthatósággal és elszámoltathatósággal kapcsolatos legalapvetőbb elvárásoknak sem tesz eleget. Kivonja magát azon szabályok és eljárások alól, melyek az Európai Unió valamennyi intézményére egyaránt vonatkoznak. Éppen ezért az Európai Néppárt támogatja az előterjesztő javaslatát, hogy a Parlament ne adja meg a mentesítést a Tanácsnak.

Montag, 26. Oktober 2015

Ingeborg Gräßle (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Entlastung ist eine Aufgabe, die das Parlament im Vertrag festgeschrieben hat. Das ist eigentlich heute eine Sternstunde, denn das ist genau die Aufgabe, die die Leute von uns erwarten, dass wir nämlich schauen, wie das Geld ausgegeben wurde. Deswegen, Herr Kommissar: Die Erfolgsmeldungen bei den *Joint Undertakings* gerne, aber es wäre wichtig, dass wir mehr *Ownership* durch die Kommission haben. Wir brauchen Aufsicht. Ich bin immer wieder verblüfft über die Zahl der Probleme in diesen Miniaturhaushalten. Es sind im Verhältnis sehr kleine Haushalte. Deswegen denke ich, dass es in diesen kleinen Haushalten eigentlich sehr viel transparenter zugehen sollte als das, was wir bei unseren Arbeiten erlebt haben.

Ich möchte zum Rat kommen. Es ist ein Skandal, dass der Rat seine eigene Pflicht, alle Ausgaben der Europäischen Union zu begutachten, so wenig ernst nimmt. Der Rat weigert sich, die anderen Institutionen auch nur zu behandeln, bei seiner Empfehlung, die ja auch im Vertrag steht. Er soll Empfehlungen geben über das Ausgabenmanagement. Im Vertrag steht, dass er der Kommission Empfehlungen geben soll. Aber wir haben eben inzwischen die ganze Bandbreite der Geldausgabe abzubilden. Es wäre schön, wenn der Rat sich endlich dazu durchringen könnte, wirklich diesen Dorn aus unserem Fleisch zu ziehen. Es ist absolut lächerlich, welche Probleme er macht.

Franč Bogovič (PPE). – Podelitev razrešnice je normalen postopek tako v zasebnih podjetjih, kjer to opravijo lastniki podjetij, kakor tudi v javnih institucijah, kjer v njihovem imenu – ljudstva – to pripravijo in opravijo izvoljeni ljudje.

Zato z veseljem sledim poročilu poročevalca, ki je ugotovil, da so v podjetjih Artemis, Eniac in tudi v Evropskem inštitutu za inovacije in tehnologijo za proračunsko leto 2013 naredili popravke, upoštevali priporočila in sledili tistim, ki podeljujejo razrešnico.

Tudi zame je pa vsekakor nesprijemljivo to, kar se dogaja s Svetom, in kot slišimo se dogaja to že iz leta v leto, da Svet nekako kljubuje in ne želi odgovarjati Parlamentu glede teh razrešnic.

Zato podpiram stališče poročevalca, da te razrešnice ne podelimo. In upam, da bo v prihodnje Svet pokazal več spoštovanja do Parlamenta in s tem tudi do evropskega prebivalstva.

Procedura „catch the eye“

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, προκειμένου να διασφαλιστεί η διαφάνεια και η δημοκρατική λογοδοσία προς τους φορολογουμένους της Ευρωπαϊκής Ένωσης, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, με βάση τα άρθρα 316, 317 και 319 της Συνθήκης λειτουργίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης, έχει το δικαίωμα χορήγησης απαλλαγής για κάθε τμήμα του προϋπολογισμού της Ένωσης χωριστά, άρα και για το τμήμα Ευρωπαϊκό Συμβούλιο - Συμβούλιο. Όμως το Συμβούλιο θεωρεί ότι είναι κράτος εν κράτει, ότι είναι υπεράνω κάθε ελέγχου, γι' αυτό και επί σειρά ετών εξακολουθεί να μην απαντά στις ερωτήσεις του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Οι δαπάνες του Συμβουλίου πρέπει να ελέγχονται, όπως ελέγχονται οι δαπάνες των υπόλοιπων οργάνων της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Κι όμως το Συμβούλιο επιδεικνύει έλλειψη συνεργασίας· αρνείται να δώσει αναλυτική γραπτή εξήγηση για το συνολικό ποσό πιστώσεων που χρησιμοποιήθηκαν για την αγορά του κτιρίου Residence Palace. Στηρίζω λοιπόν την έκθεση του κ. Τσαρνιέσκι, που δεν χορηγεί απαλλαγή στον Γενικό Γραμματέα του Συμβουλίου για την εκτέλεση του προϋπολογισμού Ευρωπαϊκού Συμβουλίου και Συμβουλίου για το 2013.

(Încheierea procedurii „catch the eye“)

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Mr President, as you know, I am here on behalf of my colleague, Kristalina Georgieva. In this respect I would like to thank you again for the opportunity to take the floor during this year's joint debate on the discharges for the Council – the joint undertakings and European Institute of Innovation and Technology (EIT) – and welcome the proposals to grant discharge to those undertakings and the EIT.

The joint undertakings subject to the discharge today have made major improvements as regards their management and control systems, and the Commission will continue to provide them with advice and support on their continued efforts to address the concerns of the European Parliament.

Ryszard Czarnecki, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Zabieram głos w szczególnym momencie mego życia, ale powiem o tym Państwu na końcu.

Montag, 26. Oktober 2015

Odnoszę się teraz do tego, co usłyszałem. Rzeczywiście mieliśmy już żółtą kartkę, którą pokazaliśmy Europejskiemu Instytutowi Innowacji i Technologii, i dobrze, że ją pokazaliśmy, bo okazało się, że instytut ten może funkcjonować i pracować lepiej niż dotąd. Pewien postęp jest, także dlatego, że zmusiliśmy ich do większej efektywności, do większej pracy.

Jeżeli chodzi o kwestię Rady – rzeczywiście pół roku temu mieliśmy sytuację, gdzie pokazaliśmy żółtą kartkę, ale jak mówi stare polskie przysłowie „gadał dziad do obrazu, a obraz do niego ani razu”. Mamy sytuację, w której wszyscy, jako przedstawiciele grup politycznych, mówimy, że możemy się różnić, ale to jest absolutnie nie do przyjęcia. Piąty rok z rzędu ten sam problem z Radą. Poseł Soltész mówi, że obywatele oczekują – poseł Soltész ma rację. Przewodnicząca Gräßle mówi, że to jest skandal – to jest mocne słowo, ale ono jest na miejscu, bo naprawdę Rada uporczywie uchyla się od współpracy. Tak być po prostu nie może. Poseł Arnott ma rację oczywiście, mówiąc, że to jest – mówiąc w jego ojczystym języku – „never ending story”.

Mówiąc krótko, w tej sprawie musimy wykazać determinację. To jest kwestia pewnego honoru Parlamentu Europejskiego, naszej odpowiedzialności wobec obywateli. Uważam, że tutaj nie możemy odpuścić i musimy używać wszelkich nacisków, żeby Radę skłonić do dialogu. Chcemy po prostu partnerskiego dialogu, niczego więcej.

Dziękuję bardzo i chciałbym powiedzieć, że przemawiam w szczególnym momencie mojego życia. W tym momencie, dowiedziałem się właśnie przed sekundą, mój syn po raz drugi został posłem w polskim parlamencie... Nie ukrywam, że cieszę się z tego faktu.

Președintele. – Dezbateră comună a fost închisă.

Votul va avea loc marți, 27 octombrie 2015.

19. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

Președintele. – Următorul punct pe ordinea de zi sunt intervenții de un minut privind chestiuni politice importante (articolul 163 din Regulamentul de procedură).

Claude Rolin (PPE). – Monsieur le Président, comme le souhaite M^{me} la commissaire, Marianne Thyssen, il est indispensable d'ancrer le principe d'un salaire égal pour un travail égal au même endroit.

La concurrence salariale intraeuropéenne, que l'on appelle fréquemment «dumping social», est un véritable cancer pour le développement du projet européen. Je me réjouis donc de la décision unanime du collège des commissaires de soutenir la révision de la directive sur le détachement des travailleurs. C'est un travail indispensable, et la Commission devra agir vite, même si nous savons qu'il ne sera pas simple de parvenir à un accord ambitieux. Pour une partie des États membres, cette concurrence met en danger des secteurs entiers de l'économie; pour d'autres, le détachement offre une perspective de rattrapage. La Commission devra donc faire preuve de créativité pour préserver la mobilité des travailleurs tout en mettant fin aux pratiques de concurrence sociale. Cela passe également par le renforcement des services nationaux d'inspection et la mise en place d'une inspection sociale européenne.

Je plaide donc pour une solution gagnant-gagnant qui redonnera des perspectives d'avenir aux citoyens et travailleurs européens.

Damian Drăghici (S&D). – Mr President, here in Strasbourg we are far away from the realities of local Roma, far from the day-to-day struggle for survival. Here, we cannot imagine what it is like to gather scrap or plastics in order to afford lunch or dinner on the table for your kid. Oftentimes there is only one choice: lunch or dinner, because a working day will not pay more than EUR 10 to EUR 15 for a family of 3 to 5 persons. Yes, the children also go out to gather scraps.

Twelve years ago, when Roma migrated to France and Switzerland, local people were shocked. They did not understand what was going on; people probably thought that Roma or Gypsies lived in huge palaces and did not understand why they left them behind. This is why they sent people to see what can be done in Europe.

Montag, 26. Oktober 2015

There is something we can do to make a real change for the Roma. We are focusing too much on the national level and there are too many levels down to the local one. As we all know, the decentralisation process is slow and has not paid off much by now. What we can do is target the regional and local level directly and have the local people as the main funding opportunities managers, because they know best what their needs are and what should be done in order to improve social inclusion for the Roma community.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, την προσεχή Τετάρτη, ο ελληνικός λαός θα γιορτάσει ξανά την εθνική επέτειο της 28ης Οκτωβρίου. 28η Οκτωβρίου 1940: ένα επίκαιρο ορόσημο της ελληνικής αντίστασης κατά του φασισμού. Τότε, η γενναία υπεράσπιση της πατρίδας μας από τον λαό αποτυπώθηκε στη φράση «οι ήρωες πολεμούν σαν Έλληνες». Άνδρες, γυναίκες και παιδιά αντιστάθηκαν, δίνοντας ακόμα και τη ζωή τους για την ελευθερία της πατρίδας, πολεμώντας σθεναρά τον φασισμό. Σήμερα, 75 χρόνια μετά, καλούμαστε και πάλι να υπερασπιστούμε την εθνική μας κυριαρχία και την αξιοπρέπεια του λαού μας, αντιστεκόμενοι στους διεθνείς τοκογλύφους και στην τρόικα, που φτωχοποιούν συστηματικά την Ελλάδα.

Οι Έλληνες αντλώντας δύναμη και διδάγματα από την Ιστορία μας, θα δώσουμε το ιστορικό παράδειγμα της αντίστασης στις σύγχρονες μεθόδους υποδούλωσης των λαών, καταργώντας τα μνημόνια, διαγράφοντας το επονείδιστο χρέος και διεκδικώντας την άμεση καταβολή των γερμανικών πολεμικών επανορθώσεων, του αναγκαστικού κατοχικού δανείου και των αποζημιώσεων των συγγενών των χιλιάδων θυμάτων που δολοφονήθηκαν απ' τα ναζιστικά στρατεύματα κατοχής στην Ελλάδα κατά τον Δεύτερο Παγκόσμιο Πόλεμο.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, μπορεί η Τουρκία να δέχτηκε να παίξει τον ρόλο που της ζήτησε η Ένωση, ώστε να κρατήσει τους πρόσφυγες και να πάρει τον τίτλο της χώρας ασφαλούς προορισμού, αλλά την ίδια στιγμή στην Τουρκία συνεχίζεται να αυξάνεται επικίνδυνα το δημοκρατικό έλλειμμα.

Πίσω από τις εγκληματικές πράξεις εναντίον των Κούρδων κρύβονται αυτοί που θέλουν να διαιωνίσουν την παρουσία τους στην εξουσία, ενώ αντιστρατεύονται την ειρήνη και τη δημοκρατία στη χώρα. Ενόψει και των επερχόμενων εκλογών, είναι φανερό ποιοι κρύβονται πίσω από τις βομβιστικές επιθέσεις. Πόσοι ακόμα πρέπει να δολοφονηθούν στην Τουρκία για να αντιδράσει η Ένωση;

Δυστυχώς, η καθυστέρηση της δημοσιοποίησης της έκθεσης προόδου της Τουρκίας από την Επιτροπή αποκαλύπτει τη συναλλαγή που γίνεται σε βάρος των λαών αλλά και το πόσο ελαστικές είναι οι διακηρύξεις της Ένωσης για τα ανθρώπινα δικαιώματα.

Η θέση μας είναι ξεκάθαρη: Η Τουρκία οφείλει να υλοποιήσει όλες τις συμβατικές της υποχρεώσεις ως υποψήφια για ένταξη χώρα, να σεβαστεί τα ανθρώπινα δικαιώματα των πολιτών της αλλά και να υλοποιήσει όλες τις κυπρωτικές υποχρεώσεις.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Onesnaženost zraka predstavlja eno največjih tveganj za javno zdravje v Evropi. Pomemben delež evropskega prebivalstva namreč živi na območjih, v mestih, kjer je kakovost zraka močno znižana – ozon, dušikov dioksid in predvsem trdni delci.

Vsako leto naj bi tako v Evropi zaradi teh posledic umrlo več kot 400 tisoč ljudi. Zaskrbljujoč je tudi podatek Evropske agencije za okolje, ki napoveduje veliko smrtnost zaradi onesnaženosti zraka tudi v prihodnjih letih.

To bi nas seveda moralo zelo skrbeti. Kljub temu, da so v Evropi začeli veljavi novi standardi na tem področju, pa je treba reči, da ti niso zadostni in odstopajo od standardov, ki jih je postavila Svetovna zdravstvena organizacija.

In mislim, da podcenjujemo posledice tega stanja v Evropi, zlasti v koncentriranih mestih. In mislim, da moramo na tem področju storiti mnogo, mnogo več.

Piernicola Pedicini (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Paupisi, Casalduni, Pago Veiano, Reino, Circello, Solopaca, Cautano, Campolattaro: sono questi solo alcuni dei nomi di paesi del Sud Italia che insieme alla città di Benevento sono stati sommersi dall'inondazione del fiume Calore nelle notti del 15 e del 18 del corrente mese.

Molte piccole e medie imprese sono state completamente distrutte dall'inondazione. L'economia di questi luoghi è basata principalmente sull'agricoltura, ma adesso non ci potranno essere nuovi raccolti per i prossimi tre o quattro anni. Questa gente aveva pochissime cose, eppure riusciva a resistere a una crisi che da quelle parti non è ancora finita. Adesso non hanno più neanche quello, per cui la popolazione è letteralmente in ginocchio. Eppure non hanno chiesto nulla, stanno affrontando questa catastrofe con estremo orgoglio e con una dignità encomiabile.

Montag, 26. Oktober 2015

Allora lo farò io per loro: chiedo a questo Parlamento e chiederò alla Commissione di accelerare lo sblocco dei fondi di solidarietà per le catastrofi naturali, perché qui ci sono cittadini europei in estrema difficoltà e noi non possiamo perdere del tempo prezioso nel prestare loro soccorso.

Laurențiu Rebega (ENF). – Domnule președinte, luna aceasta, în plină criză a refugiaților, a avut loc Consiliul miniștrilor de justiție și afaceri interne ai Uniunii, o întâlnire la care românii sperau să se ia decizia acceptării țării lor în spațiul Schengen.

Așa cum s-a întâmplat de fiecare dată în ultimii cinci ani, și de data aceasta subiectul a fost scos de pe ordinea de zi pentru a nu primi veto de la unele state membre. În schimb, în timp ce românilor le este refuzată constant aderarea la Schengen, guvernele aceluiași state, sub pretextul solidarității, încearcă să impună celorlalți europeni acceptarea unor cote obligatorii de refugiați. Este regretabil faptul că alăturarea celor două evenimente arată că partenerii noștri europeni preferă în spațiul Schengen emigranți din Orient și nu pe cei care, ca și ei, au la bază un sistem de valori, o educație, o cultură și tradiții europene.

Vă rog să nu mă considerați lipsit de umanitate când vorbesc așa. Astfel de semnale nu fac altceva decât să ne atragă atenția că proiectul european trebuie să revină la conceptul colaborării egale și suverane între națiunile europene și să înceteze încercările de impunere a unor decizii.

Am toată compasiunea și disponibilitatea de a-i ajuta pe cei loviți în Orient de ororile războiului dar, până acolo, am datoria de a mă asigura că națiunea română este tratată de partenerii săi ca un egal al celorlalte națiuni europene. Gândesc așa pentru că în primul rând, sunt român, apoi cetățean european și, la urmă, cetățean universal.

Krisztina Morvai (NI). – Székelyföld zászlaját tartom a kezemben és a székely embereket szeretném röviden bemutatni Önöknek. Egy őshonos nemzeti közösségről van szó. Ez azt jelenti – sokan nem ismerik a kifejezést –, hogy több mint ezer éve élnek ugyanazon a helyen a Kárpát-medencében. Kb. háromnegyed millióan vagy kicsit többen, egy tömbben, egy helyen. Két fő törekvésük van jelenleg, mindkettőről azt gondolnánk, hogy abszolút természetes adottságok az Európai Unióban. Az egyik, hogy saját nyelvüket használhassák hivatalos eljárásokban, utcanévtáblákon, településnévtáblákon és hát általában az érintkezés során. A másik pedig, hogy ugyanúgy, mint a történelmük során sokszor és visszatérően, autonómiájuk, függetlenségük lehessen, hasonlóan mondjuk Dél-Tirolhoz.

Alapvető emberi jog a nemzeti önrendelkezés, ezzel az alapvető emberi joggal szeretnék élni a székelyek. Kérem az Európai Uniót és az európai nyilvánosságot, hogy támogassák őket ebben a jó ügyben.

József Nagy (PPE) – slovenské parlamentné voľby na jar zrejme rozhodne u nás reálne neexistujúca hrozba návalu prisťahovalcov. Pripravovaná propaganda vládnej strany s heslom „Chránime Slovensko“ by sa mohla zdať ako lacná fráza, veď ochrana krajiny je psou povinnosťou každej vlády. Lenže pripravovaná billboardová kampaň socialistov je politickým vyvrcholením úmyselného šírenia strachu z prílivu migrantov. Pri tomto populizme ale bude nutné mnohokrát zopakovať, že Slovensko chráni pred statisícmi prisťahovalcov naša biedna ekonomická situácia a nie vláda. Nemôžeme však mať výhrady k odkazu tejto kampane, ak vládnuca strana Smer považuje neblahú situáciu Slovenska za svoju vlastnú zásluhu.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor Presidente, quiero denunciar la situación de injusticia e indefensión de las personas que, en su día, emigraron de mi país, España, a países europeos como Francia, Alemania o Bélgica, que trabajaron y cotizaron en estos países en la década de los sesenta y los setenta especialmente, y a quienes ahora el Gobierno español les exige las cotizaciones de sus pensiones con efecto retroactivo.

El Gobierno de España ha aprobado una normativa que está generando graves problemas para un buen número de pensionistas españoles: 800 000 personas se están viendo afectadas por esta legislación, que no ha tenido en cuenta ni siquiera los convenios bilaterales suscritos para evitar la doble tributación.

A todo ello hay que sumar que se trata de personas mayores, lo cual añade dificultad para poder abordar estos problemas. Pero, además, tampoco se admite la invalidez absoluta reconocida por Alemania o Francia a estos pensionistas, exigiéndose, después de veinte años, los papeles para acreditar esa pensión.

Montag, 26. Oktober 2015

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Tydzień temu w ośrodku w Hamburgu został skatowany młody irański chrześcijanin-konwertyta. Mimo strasznego charakteru tego aktu, to mimo wszystko nie jest to najgorszy przejaw nienawiści antychrześcijańskiej, który spotkał chrześcijan ze strony ludzi udających uchodźców, gdyż niewątpliwie trudno to porównać na przykład z wrzucaniem ludzi do morza. Ale to, co spotkało tego młodego Irańczyka, ma charakter szczególny. Nie znamy ani jego twarzy, ani jego imienia i to głucho milczenie mediów, i głucho milczenie klasy politycznej, które otacza ten straszny przypadek, pokazuje, jak naprawdę wygląda dzisiaj w Europie realny stan wolności słowa i jak wygląda wrażliwość etyczna ludzi, którzy tak bardzo lubią nas pouczać o tak zwanych swoich wartościach.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – A situação dos agricultores na União Europeia é dramática. Apesar de aprovada por uma maioria deste Parlamento, todos reconhecem que as sucessivas revisões da Política Agrícola Comum criaram uma crise permanente nos produtores. Desmantelando todos os instrumentos públicos de regulação e optando por soluções orientadas para a autorregulação dos mercados, assistimos, hoje, a uma enorme volatilidade dos preços e a uma perda constante do rendimento dos agricultores. A solução proposta de usar produtos financeiros derivados para assegurar o rendimento dos agricultores diz bem do completo alheamento dos decisores políticos face aos desafios que se colocam à nossa agricultura.

Num momento em que se perspectivam milhares de falências em toda a Europa, é absolutamente vital parar com este processo de liberalização da nossa agricultura e de promoção do grande negócio agroindustrial, seja internamente, seja no quadro dos tratados de comércio internacional que estão na forja. É urgente parar e agir em defesa da nossa agricultura e, em particular, da nossa pequena e média agricultura familiar, a única em condições de garantir uma produção sustentável, de proximidade e em que os consumidores possam confiar.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señor Presidente, crece en Europa el escepticismo sobre el presente y el futuro de la Unión. Recientes elecciones estatales parecen confirmarlo.

Esta es una cuestión de la máxima importancia. Debemos poner nuestro mayor empeño en mejorar nuestras políticas sociales, económicas y culturales, así como nuestras relaciones interregionales. No bastan los lamentos, ni basta con quedar pasivamente a la espera de tiempos mejores para Europa, tiempos que no van a llegar si nosotros no los provocamos. Porque el problema no está en los malos tiempos, sino en las malas políticas, que debemos cambiar para servir mejor a los ciudadanos.

El escepticismo creciente de muchos europeos no es solo el resultado de la pervivencia de nacionalismos egoístas, sino que es también el efecto de planteamientos erróneos y mezquinos por parte de las instituciones europeas. Si defendemos el bienestar de los ciudadanos europeos, estaremos combatiendo el escepticismo y defendiendo a Europa.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ricordo il caso di corruzione a Roma per il giro degli appalti Anas, che ha portato a dieci arresti quest'ultima settimana per associazione a delinquere, voto di scambio e altri reati contestati, e il caso dell'arresto del vicepresidente della Regione Lombardia, la regione più ricca d'Italia, per un giro di mazzette per quanto riguarda la sanità.

Secondo Transparency International, l'Italia è l'ultimo paese dell'Unione europea (si pone al 69° posto) nella classifica generale dei paesi più corrotti al mondo. Qui, in questo campo, l'Europa può fare tantissimo: c'è l'apporto della commissione CRIM della scorsa legislatura che segna e traccia la via maestra. Si può fare una relazione anticorruzione globale, una strategia comprensiva. Si possono invocare finalmente le misure legislative comuni per tutta l'UE per i *whistleblower*, per proteggere chi giustamente denuncia coloro che stanno succhiando e drenando le risorse pubbliche. Si possono introdurre in tutto il continente gli agenti provocatori essenziali per stanare i delinquenti. Si può creare un sistema comune di valutazione.

Agiamo, per favore, perché paesi come l'Italia hanno bisogno di essere spinti a fare la cosa giusta.

Montag, 26. Oktober 2015

Anna Záborská (PPE) – príchod veľkého počtu utečencov rozdelil spoločnosť v členských štátoch aj v celej Európskej únii. Ale odmietavý postoj mnohých našich občanov často súvisí s pociťovanou sociálnou nespravodlivosťou. Nárok na ubytovanie, stravu, zdravotnú starostlivosť a vreckové nie je totiž pre občanov Slovenska a ďalších štátov samozrejmosťou. Sociálne dávky totiž niekedy nepostačujú na zabezpečenie bývania, stravy, či liekov, najmä ak ide o rodiny s malými deťmi.

Povinnosť pomôcť ľuďom v núdzi sa týka utečencov aj našich občanov. Utečenecká kríza je príležitosťou prehodnotiť sociálne systémy, predovšetkým v nových členských štátoch. Je dôvodom otvoriť diskusiu o nárokoch vyplývajúcich z ľudskej dôstojnosti a o tom, akú váhu má mať zásluhovosť v sociálnych systémoch.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, un'intera provincia del sud Italia, il Sannio, è stata colpita da un'alluvione senza precedenti che, come uno tsunami, ha provocato vittime e danni stimati di oltre un miliardo di euro ad infrastrutture, settore agricolo, imprese ed abitazioni. Questa tragedia rischia di cancellare il tessuto economico, la storia e il futuro di queste terre.

Ho avuto modo di constatare di persona la drammaticità della situazione, visitando aziende agricole ed industriali completamente distrutte. Tuttavia la tenacia con cui i cittadini stanno rispondendo a questa catastrofe deve essere motivo d'orgoglio per tutta l'Europa, che ora deve adoperarsi per mettere in campo aiuti concreti alla popolazione ed al tessuto economico e produttivo.

Le istituzioni europee devono lavorare a ritmi serrati per favorire un'accelerazione della procedura, che il governo italiano sta avviando in queste ore, per l'immediata adozione del Fondo di solidarietà, anche con pagamenti anticipati. E va autorizzata l'eccezione al disimpegno automatico delle risorse, in modo da consentire una proroga nella spesa ai territori colpiti, i quali devono avere anche la possibilità di uscire dal Patto di stabilità.

Il Sannio non si arrende ma ha bisogno di aiuto per ripartire: l'Europa faccia la sua parte.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señor Presidente, hay que hacerse algunas preguntas sobre la política exterior de la Unión Europea en Oriente Próximo, sobre todo sobre su lamentable ausencia en la transformación social que se está produciendo hoy en el Kurdistán sirio, en Rojava. Transformación profundamente democrática, integradora, multiconfesional, con una presencia inédita de la mujer en la zona y que busca el encaje confederal en Siria. Esas mismas gentes que empezaron a derrotar al Estado Islámico, que hoy soportan un criminal embargo turco que les priva de lo más básico, mientras se enfrentan en varios frentes al terrorismo.

No nos acordamos ya de la Guernica kurda, de Kobane, destruida al 70 % y que todavía espera los seis millones de euros que prometió Europa. La Unión Europea prefiere apoyar a Turquía y a ese Gobierno irresponsable, tolerante con el Estado Islámico, que bombardea solo a los kurdos turcos y que reprime a sus opositores. Es el momento de decir a Turquía que deje de ser un Estado gamberro y estar junto al Kurdistán sirio en su esfuerzo antiterrorista y democrático.

James Carver (EFDD). – Mr President, I wish to highlight the detention of Gregg Fryett, a British citizen who has been held in Cambodian custody since March 2013 in relation to allegations of a commercial fraud nature. Mr Fryett maintains his innocence and, I understand, at all times before his arrest had made himself available to the investigating authorities. Indeed, when arrested, he had voluntarily returned to Cambodia at the specific request of the judge, who had given him both written and verbal assurances as to his free passage. Whilst the specific issues are, of course, a matter for the Cambodian authorities, the fact that Mr Fryett has now spent 31 months in jail – well in excess of the statutory period for a person who can be held in Cambodia before being brought to trial – raises major concerns for those who champion justice and also questions Cambodia's reputation by highlighting the systemic problems in the country's justice system at a time when economic assistance is being afforded to it by both the United Kingdom and the European Union.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, gospodine povjereniče, do ovoga trenutka u Hrvatsku je ušlo 260 280 izbjeglica i migranata koji ne ostaju u Hrvatskoj jer Hrvatska nije njihova „obećana zemlja”. Svega njih 5 je zatražilo azil. To je razumljivo, jer prekrasna Hrvatska nažalost zahvaljujući lošoj politici nije obećana zemlja niti za mlade Hrvate koji odlaze trbuhom za kruhom u druge države članice Europske unije.

Montag, 26. Oktober 2015

Hrvatska je prolazna stanica na migrantskoj ruti. Nadamo se da sinoćnji dogovor u Bruxellesu neće dovesti do toga da Hrvatska postane izbjeglički kamp Europe. Jer kako drugačije tumačiti odluku da će Hrvatska biti prva zemlja u kojoj će se izbjeglice i migranti registrirati a da su pritom prošli gotovo polovicu Europe?

Dok zemlje zapadne Europe zatvaraju svoja vrata, poruka kako nam treba više Europe zvuči kao jeftina parola. Treba nam solidarnosti s onima koji bježe od rata, ali i međusobno. Ovo čemu svjedočimo nije solidarnost i nije rješenje problema. Rješenje problema je da svatko preuzme svoj dio odgovornosti i da se osigura mir u Siriji i na Bliskom istoku.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Domnule președinte, odată cu măsurile luate pentru a rezolva criza refugiaților, Uniunea Europeană se află în situația de a căuta soluții la noi probleme, unele pe care le abordăm în prezent, altele cu care ne-am putea confrunta în viitor.

Pe lângă situațiile noi, create în sfera economică, cea socială sau cea culturală, trebuie să ne aplecăm cu maximă responsabilitate și asupra domeniului sănătății publice. Trebuie să regândim și să ajustăm politicile europene de sănătate, astfel încât orice eveniment în acest domeniu, de la calendarele de vaccinări și până la declanșarea unei epidemii, să poată fi tratat cu răspunsul adecvat în cel mai scurt interval de timp.

De asemenea, aș dori să fac un apel la Comisia Europeană să aloce fonduri pentru modernizarea, rețehnologizarea și funcționarea în parametri optimi a institutelor de microbiologie și virusologie din Uniunea Europeană, datorită valorilor strategice în ceea ce privește cercetarea, dezvoltarea și punerea pe piață a serurilor și vaccinurilor necesare în cazul unor epidemii declanșate spontan.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). – Domnule președinte, scandalul privind dispariția unui miliard de dolari din sistemul bancar din Republica Moldova, nemulțumirea sinceră a cetățenilor față de problemele încă nerezolvate din societate, dar și interesele de a destabiliza situația, care vin dinspre est – toate acestea pun la încercare atât coaliția guvernamentală, cât și parcursul european al Moldovei. Sper ca situația creată de reținerea fostului prim-ministru moldovean, unul dintre fondatorii Alianței pentru Integrare Europeană, să nu ducă la dezintegrarea coaliției guvernamentale proeuropene, iar nemulțumirea oamenilor să nu schimbe opțiunea proeuropeană a conducerii Republicii Moldova.

În momentul de față, este nevoie de menținerea stabilității coaliției guvernamentale. De asemenea, cred că Uniunea Europeană trebuie să sprijine în continuare Republica Moldova în vederea consolidării parteneriatului european și am convingerea fermă că România va rămâne principalul susținător al parcursului european al Republicii Moldova.

Péter Niedermüller (S&D). – Az utóbbi időben több nemzetközi szervezet is felhívta arra a figyelmet, hogy az Európai Unió több tagállamában nem teljes körű a média szabadsága. Különösen így van ez Magyarországon, ahol a közpénzből finanszírozott állami televízió gátlástalanul hirdeti a kormány gyakran Európa-ellenes, hazug propagandáját. Ma Magyarországon médiaszegénység van, ami azt jelenti, hogy az ország számos területén csupán a kormány által támogatott adókat lehet hallgatni. Azt kell, hogy mondjam, hogy korábban a kereskedelmi televízióknak volt bizonyos lehetőségek arra, hogy ellensúlyozzák ezt a médiafölényt. De tudjuk, hogy a kormány különadókkal igyekezett ezeket a televíziókat és rádiókat is ellehetetleníteni. Ma ott tartunk, hogy az egyik legnagyobb kereskedelmi televíziót kormányközeli oligarchák akarják fölvásárolni.

Azt gondolom, hogy nekünk, európai parlamenti képviselőknek mindig és mindenütt ki kell állnunk a médiapluralizmus mellett, mert hogyha egyetlen párt, egyetlen kormány kezében van a médiahatalom, akkor vége lesz a demokráciának.

Montag, 26. Oktober 2015

Milan Zver (PPE). – Mr President, I would like to get your attention to underline the difficult situation in Slovenia. In the last few days almost 80 000 refugees have entered Slovenia. On the one side, Croatia is sending refugees to my country, often on the Green Border and, on the other side, Austria and Germany are step by step closing their borders. We are facing a humanitarian catastrophe in Slovenia. It is very well known that the absorption potential of my country is ten times smaller than the number of refugees that have entered Slovenia in the last few days. The Slovenian Government certainly bears a huge part of the responsibility for the situation in the country. Nevertheless, both refugees and Slovenians expect that responsibility must be taken also by the EU Institutions and some Member States. Mr Commissioner, the emergency plan adopted on Sunday's meeting in Brussels must be fulfilled immediately.

Csaba Molnár (S&D). – Tisztelt Képviselőtársaim! Szeptember közepén először a magyar–szerb, majd pedig múlt héten a szlovén–horvát határon láthatta mindenki, hogy a nemzeti önzés politikája milyen mérhetetlen emberi szenvedésekhez és káoszhoz vezethet. A menekültválság kapcsán összehívott vasárnapi uniós minicúcsot követően azonban újra remény van arra, hogy a nemzeti gőg és a különutas politikák helyett végre együttműködés lesz a tagállamok között. Talán ezentúl már egyetlen tagállami vezető sem cselekedhet anélkül, hogy tárgyalna és egyeztetne egy másik vezetővel. Talán már senki nem bújhat ki a menekültek regisztrálási kötelezettsége alól és nem fogja tovább hárítani a menekültválság terheit egy másik tagállamra. Sokak szerint ma Európára, az európai értékrendre a menekültek veszélyt jelentenek.

Szerintem történelmi értelemben épp a felkorbácsolt nemzeti önzés, európaiságunk és elveink feladása, a zárt ajtók politikája, a különutas nemzeti politikák jelentenek veszélyt. Világosan látnunk kell, egyetlen állam sem képes egyedül szembenézni a menekültválsággal, csak közös megoldásra van lehetőség.

Jaromír Štětina (PPE). – Pane předsedající, před třemi dny jsem se vrátil ze Sýrie, kde jsem byl na pozvání hlavního velitelství syrských kurdských ozbrojených sil YPG a YPJ. Projel jsem asi 800 kilometrů napříč Rojavou (syrským Kurdistánem). Základní poznatek, který jsem po jednání na hlavním velitelství získal, je, že syrské ozbrojené síly jsou jediná ozbrojená síla v oblasti, která je schopna a ochotna zničit či podstatně oslabit ISIS.

Jedině zničení a vykořenění ISISu může zabránit novým uprchlickým vlnám ze Sýrie. Syrští Kurdové volají o pomoc. Jsou přímo ohroženi ve své existenci a jejich vybíjení má genocidní charakter. O tom jsem se přesvědčil v Kobanê, ve městě, které ISIS zničil do posledního domu. Příliš mnoho řečníme, dámy a pánové, a málo jednáme. Kurdové potřebují zbraně a munici, specialisty na odminování, lepší koordinaci s mezinárodní koalicí při bombardování pozic Islámského státu. Příliš mnoho řečníme, dámy a pánové, a lidé umírají.

Neena Gill (S&D). – Mr President, I rise once again to express my concern as to how we ensure that children born today can see lions, rhinos and elephants in the wild and not just in zoos. We are witnessing an unseen extinction crisis, yet we still allow trophy hunting. We have all heard the incomprehensible story of the demise of Cecil the lion. It struck a chord of revulsion with millions, and yet new permits continued to be issued – for example to a German hunter recently, to kill one of Africa's largest elephants just for the sheer sport of it. During the decade up to 2013, nearly 27 000 hunting trophies originating from Africa and America were imported into Europe – and that is a conservative estimate.

The EU is the world's biggest aid donor, which gives us leverage in Africa and elsewhere to stop the issuing of permits that allow trophy hunting to continue. I urge the Commission and Member States to take up a leadership role in CITES and to involve this House in its decision-making to put pressure on states that issue permits for trophy hunting and also to restrict all trophy imports. I will be launching a written declaration on this matter, and I hope colleagues will support me.

Franc Bogovič (PPE). – Prihajam iz Slovenije, točneje iz Posavja, kjer v sosednji občini Brežice dnevno pet do deset tisoč ljudi prečka državno mejo. Hrvaški državni organi jih pripeljejo do meje, pokažejo, kje je meja, ali preko polj ali preko reke, in potem se ti nesrečniki podajo na našo slovensko stran.

Montag, 26. Oktober 2015

Zato podpiram včerajšnje sklepe o koordinirani akciji tistih, ki smo na tej poti. Prav tako – ob nujni solidarnosti, ki jo Evropa nudi migrantom in beguncem – je prav, da se zavedamo, da Evropa ni sposobna sprejeti, integrirati in izpolniti pričakovanja vseh, ki vidijo Evropo kot obljubljeno deželo.

Zato mora Evropa čim prej vzpostaviti učinkovito zunanjo mejo s Turčijo v Sredozemlju. To mejo moramo vzpostaviti predvsem zaradi varnosti in bodočnosti naše celine. Evropejci niso nikomur dali mandata za popolno odprtje meje.

Nemčija in Švedska morata čim prej povedati, kaj lahko nudita ljudem, ki prihajajo na evropska tla, da ne bo preveliko razočaranih in nesrečnih ljudi. Moramo se zresniti in biti odgovorni.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsedniče, pitanju prihvata i uključivanja izbjeglica u Europsku uniju trebamo pristupiti puno ozbiljnije. Stalno se govori o manjem broju od stvarnog broja ljudi koji bježe i dolaze u Europsku uniju. Dva plana za realokaciju izbjeglica koje smo odobrili zaustavila su se na 160 000 osoba, a samo kroz Hrvatsku od rujna je prošlo preko 250 000.

Sigurnost i solidarnost bi pojačao konkretan plan prihvata i zbrinjavanja izbjeglica koji polazi od realnog očekivanog broja. Države članice se moraju pripremiti za taj scenarij, a to znači od pripreme infrastrukture do programa društvenog i socijalnog zbrinjavanja izbjeglica. Za to su potrebna velika financijska sredstva.

EU proračun moramo ozbiljno sadržajno promijeniti i odgovoriti na novonastalu situaciju vodeći računa o državama u financijskim poteškoćama s visokom stopom nezaposlenosti te velikim dugom i deficitom poput Hrvatske, Grčke ili Španjolske.

Președintele. – Acest punct de pe ordinea de zi a fost închis.

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

21. Schluss der Sitzung

(Ședința a fost închisă la ora 23.20.)

Dienstag, 27. Oktober 2015

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 27. OKTOBER 2015

(2023/C 326/02)

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	81
2. Europäischer Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation (Aussprache)	81
3. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 15. Oktober 2015, insbesondere zur Bereitstellung internationaler Finanzmittel, und des Treffens der Staats- und Regierungschefs vom 25. Oktober 2015 zu den Flüchtlingsströmen entlang der westlichen Balkanroute sowie Vorbereitung des Gipfeltreffens in Valetta am 11. und 12. November 2015 (Aussprache)	101
4. Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (eingereichte Entschließungsanträge)	141
5. Abstimmungsstunde	141
5.1. Gemeinsame Agrarpolitik: Aufhebung überholter Rechtsakte (A8-0255/2015 - Czesław Adam Siekierski) (Abstimmung)	141
5.2. Abkommen EU-Schweiz über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (A8-0271/2015 - Jeppe Kofod) (Abstimmung)	141
5.3. Besteuerung von Zinserträgen: Aufhebung der Zinsbesteuerungsrichtlinie (A8-0299/2015 - Molly Scott Cato) (Abstimmung)	141
5.4. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Schweden (A8-0304/2015 - Monika Flašíková Beňová) (Abstimmung)	141
5.5. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Belgien (A8-0303/2015 - Monika Flašíková Beňová) (Abstimmung)	141
5.6. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Polen (A8-0302/2015 - Monika Flašíková Beňová) (Abstimmung)	141
5.7. Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen (A8-0297/2015 - Birgit Collin-Langen) (Abstimmung)	142
5.8. Europäischer Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation (A8-0300/2015 - Pilar del Castillo Vera) (Abstimmung)	142
5.9. Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten (A8-0267/2015 - Marietje Schaake) (Abstimmung)	142
5.10. Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung (A8-0306/2015 - Markus Ferber) (Abstimmung)	143
5.11. Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ARTEMIS (A8-0283/2015 - Ryszard Czarnecki) (Abstimmung)	143
5.12. Entlastung 2013: Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) (A8-0282/2015 - Ryszard Czarnecki) (Abstimmung)	143
5.13. Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ENIAC (A8-0285/2015 - Ryszard Czarnecki) (Abstimmung)	143
5.14. Entlastung 2013: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (A8-0269/2015 - Ryszard Czarnecki) (Abstimmung)	143
5.15. Die Ebola-Krise: langfristige Lektionen (A8-0281/2015 - Charles Goerens) (Abstimmung)	143

Dienstag, 27. Oktober 2015

Inhalt	Seite
5.16. Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (B8-1075/2015, B8-1075/2015, B8-1076/2015, B8-1077/2015, B8-1078/2015, B8-1079/2015, B8-1080/2015) (Abstimmung)	143
6. Stimmerklärungen	144
6.1. Gemeinsame Agrarpolitik: Aufhebung überholter Rechtsakte (A8-0255/2015 - Czesław Adam Siekierski)	144
6.2. Abkommen EU-Schweiz über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (A8-0271/2015 - Jeppe Kofod)	163
6.3. Besteuerung von Zinserträgen: Aufhebung der Zinsbesteuerungsrichtlinie (A8-0299/2015 - Molly Scott Cato)	190
6.4. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Schweden (A8-0304/2015 - Monika Flašíková Beňová)	215
6.5. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Belgien (A8-0303/2015 - Monika Flašíková Beňová)	233
6.6. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Polen (A8-0302/2015 - Monika Flašíková Beňová)	251
6.7. Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen (A8-0297/2015 - Birgit Collin-Langen)	271
6.8. Europäischer Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation (A8-0300/2015 - Pilar del Castillo Vera)	307
6.9. Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten (A8-0267/2015 - Marietje Schaake)	360
6.10. Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung (A8-0306/2015 - Markus Ferber)	392
6.11. Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ARTEMIS (A8-0283/2015 - Ryszard Czarnecki)	426
6.12. Entlastung 2013: Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) (A8-0282/2015 - Ryszard Czarnecki)	446
6.13. Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ENIAC (A8-0285/2015 - Ryszard Czarnecki)	466
6.14. Entlastung 2013: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (A8-0269/2015 - Ryszard Czarnecki)	486
6.15. Die Ebola-Krise: langfristige Lektionen (A8-0281/2015 - Charles Goerens)	506
6.16. Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (B8-1075/2015, B8-1075/2015, B8-1076/2015, B8-1077/2015, B8-1078/2015, B8-1079/2015, B8-1080/2015)	540
7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	579
8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	579
9. Arbeitsprogramm der Kommission für 2016 (Aussprache)	579

Dienstag, 27. Oktober 2015

Inhalt	Seite
10. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 — alle Einzelpläne (Aussprache)	588
11. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	611
12. Lage in Israel und Palästina (Aussprache)	611
13. Lage im Südsudan (Aussprache)	628
14. EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer - Kohäsionspolitik und Überprüfung der Strategie Europa 2020 — Die europäischen Struktur- und Investitionsfonds und die ordnungsgemäße wirtschaftspolitische Steuerung - Ausrichtung der Kohäsionspolitik 2014-2020 auf Vereinfachung und Leistung (Aussprache) . .	638
15. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll	659
16. Reform des Wahlrechts der EU (Aussprache)	659
17. Gerichtshof der Europäischen Union: Anzahl der Richter am Gericht (Aussprache)	672
18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	678
19. Schluss der Sitzung	678

Dienstag, 27. Oktober 2015

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 27. OKTOBER 2015**PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI***Vicepresidente***1. Eröffnung der Sitzung***(La seduta è aperta alle 8.30)***2. Europäischer Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation (Aussprache)**

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla raccomandazione per la seconda lettura della commissione per l'industria, la ricerca e l'energia relativa alla posizione del Consiglio in prima lettura in vista dell'adozione del regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che stabilisce misure riguardanti l'accesso a un'internet aperta e che modifica la direttiva 2002/22/CE relativa al servizio universale e ai diritti degli utenti in materia di reti e di servizi di comunicazione elettronica e il regolamento (UE) n. 531/2012 relativo al roaming sulle reti pubbliche di comunicazioni mobili all'interno dell'Unione (10788/2/2015 - C8-0294/2015 - 2013/0309(COD)) (Relatore: Pilar del Castillo Vera) (A8-0300/2015).

Pilar del Castillo Vera, ponente. – Señor Presidente, Vicepresidente Ansip, Señorías, el procedimiento sobre el Reglamento del mercado único de las telecomunicaciones llega a su fin. Después de un intenso período de negociación con el Consejo, en el que hay que decir que el Parlamento ha mostrado una gran determinación, hemos conseguido los objetivos que nos habíamos trazado desde el comienzo.

Primero, la abolición de los sobrecostes a los que se enfrentan los consumidores al acceder a internet o tratar de comunicarse por teléfono cuando se encuentran fuera de su país. Segundo, hemos logrado establecer las garantías necesarias para que todo —insisto: todo— el tráfico en internet sea tratado igualmente y que el acceso a un internet abierto se haga en condiciones de igualdad, garantizando así un comportamiento neutral de la red.

Estos dos objetivos están plenamente recogidos en el acuerdo con el Consejo del pasado 30 de junio y que suscribieron la mayoría de los grupos políticos que participaron en las negociaciones. Por lo que se refiere a los costes del *roaming*, quedarán abolidos desde junio de 2017 y, además, a partir de abril de 2016 habrá una muy significativa reducción de los costes, tanto en datos como en voz.

Hay que decir que la desaparición de los costes de *roaming* es una medida largamente esperada. Esperada por todos: por particulares, por pequeñas y medianas empresas, *start-ups* y organizaciones de toda naturaleza, que hoy pueden ver de manera tangible que la Unión Europea, el proyecto europeo, tiene un claro valor añadido. Hemos dado, sin duda, un paso más en la eliminación de las barreras internas, en la libre circulación, además, de las personas, hacia un mercado digital único.

Dienstag, 27. Oktober 2015

En cuanto a la igualdad en el acceso a internet tengo que decir que, con este acuerdo, Europa será la única región del mundo que garantice, mediante ley, un internet abierto y la neutralidad de la red. El principio de neutralidad de la red será aplicado directamente en los 28 Estados miembros y garantizará que todo el tráfico sea tratado por igual, sin discriminación, sin restricciones o interferencias.

El acuerdo alcanzado asegura además que no habrá un internet de doble vía, prohibiendo que se priorice mediante el pago una vía u otra. Esto es, también, a mi modo de ver, extraordinariamente importante. Por esa razón, cuando sea necesario intervenir en la gestión del tráfico, esta intervención solo se podrá producir cuando esté vinculada a la solución de problemas temporales o excepcionales de congestión, a proteger a los usuarios frente a los ciberataques o en los casos en que exista una obligación, una resolución que así lo demande; y, además, cuando se produzca esa gestión — cuando sea necesaria—, tendrá que ser transparente, no discriminatoria y proporcionada.

No quiero dejar de mencionar las diferentes medidas que se han llevado a cabo también en relación con la protección de los consumidores respecto de todas estas disposiciones a las que he hecho mención. Finalmente, quiero expresar mi reconocimiento a la presidencia de Letonia, durante la cual se negoció y cerró el acuerdo, y a la actual presidencia de Luxemburgo, que es quien lo está gestionando ahora; a la Comisión, que, por su parte, ha desplegado desde hace mucho tiempo grandes esfuerzos en pro de los objetivos ahora alcanzados. Permítanme hacer una mención especial a la comisaria Reding, a la comisaria Kroes, al comisario Oettinger y al vicepresidente Ansip, quienes en tiempos diferentes, han contribuido a que este momento sea una realidad.

Concluyo dando las gracias a todos los ponentes alternativos, y no me olvido de los ponentes que hoy no están aquí, pero que tuvieron esas responsabilidades en la legislatura pasada. El esfuerzo de todos ha hecho posible que hoy podamos garantizar un internet abierto, sin discriminación, y que demos un paso hacia una Europa conectada y un mercado único sin aduanas digitales.

Andrus Ansip, Vice-President of the Commission. – Mr President, I would like to thank everyone, and particularly rapporteur Pilar del Castillo Vera, for their hard work on this file.

We have come a long way since the Commission proposed this legislation just over two years ago. It has been a bumpy road. I would like to thank this House, as it has only been possible to hold today's landmark vote because of the European Parliament. In April 2014, Parliament showed that it can act decisively and quickly when the interests of the people, the open internet and the single market are at stake.

Today, I invite Parliament to adopt this text on two key pillars in plenary so that consumers and businesses can benefit as soon as possible from common net neutrality rules and the abolition of roaming surcharges. They have been waiting a long time for this.

Adopting the Telecommunications Single Market (TSM) Regulation will be a major achievement for the Digital Single Market. It will show Europeans that the Union can deliver tangible results. Failure, of course, would have an opposite and demoralising effect.

Roaming surcharges will be significantly reduced from April next year and finally banned from 15 June 2017, subject to a fair use policy. This is a historic achievement, and we could not have done it without the leading role of Parliament. Many governments were initially reluctant until they heard the voice of their people and of the people's representatives here. The package is faithful to Parliament's first reading position; there is a clear end-date for roaming surcharges and clear steps to be taken beforehand.

There is still a lot to do for the abolition of surcharges to be sustainable throughout the European Union. The wholesale roaming market has to be reviewed. The fair-use policies and sustainability mechanisms need to be defined. The Commission has started to work on this. We are committed to making the abolition of roaming surcharges a reality. There is no justification for any further delay.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Adopting the TSM Regulation will enshrine binding net neutrality rules into EU law for the first time ever. The regulation will create the individual and enforceable right for end users to access and distribute internet content and services of their choice. The net neutrality provisions also lay down rules on non-discriminatory traffic management and on end-users' free choice of content, applications and services. These provisions cannot be circumvented through commercial agreements and practices.

Common rules on net neutrality mean that internet access providers cannot pick winners or losers on the internet or decide which content and services are available. They mean that the freedom of Europeans to access or distribute internet content will not depend on the country where they are resident. This will increase consumer choice and competition, and will strengthen the Digital Single Market.

National authorities will be required to monitor market developments. They will have the powers and the obligation to assess traffic management and commercial practices and agreements, including pricing practices like zero rating. Since this is a regulation, the rules are directly enforceable before national courts. The rules also give the necessary certainty for internet access providers and providers of content and applications to offer specialised services with quality requirements. Adopting the TSM Regulation will help to sustain continued network and service innovation. That will benefit both European businesses and consumers.

Let me turn now to radio spectrum. I welcomed Parliament's efforts to include the spectrum provisions in our original TSM proposal. These could not be retained because of the lack of Council support at that stage. But the need to solve these issues remains, and I rely on Parliament's continuous support in the future. We have already started working on our telecoms review and look forward to close cooperation with this House. We plan to present an ambitious proposal by the middle of next year. I therefore welcome the call for priority to be given to a coordinated framework for spectrum assignment to boost long-term infrastructure investments.

Parliament now has the deal in its hands. It is a good deal, for Europe and Europeans. I urge Members to vote for it.

Krišjānis Kariņš, PPE grupas vārdā. – Godājamais priekšsēdētāja kungs, komisāra kungs! Kas ir Eiropas Savienība? Nu, mēs visi saprotam, ka tas ir domāts, ka gan cilvēki, gan preces, gan pakalpojumi, gan nauda var brīvi kustēties pāri Eiropas Savienības robežām. Kāda ir īstenība līdz šim? Ne vienmēr šie principi darbojas, bet īpaši tad, kad mēs ceļojam ārzemēs, izmantojot savus telefonus, mēs zinām, ka mēs maksājam dārgi tā saucamo viesabonēšanu. Šis nams, Eiropas Parlaments, ir gadiem argumentējis to, ka mums ir jālikvidē viesabonēšanas maksas.

Industrija tam bieži stāvējusi pretī. Tas, ko mēs esam panākuši tagad, ir burvīga lieta, proti, beidzot ir panākta vienošanās starp Parlamentu un Eiropas Padomes dalībvalstīm, ka mēs šīs viesabonēšanas maksas ar 2017. gada jūniju faktiski likvidēsim. Patērētāji iegūs. Bet, svarīgi, ka nav tā, ka patērētāji iegūst un uzņēmēji zaudē. Uzņēmēji arī iegūst. Pirmkārt, te ir tā, ka mēs skaidri un gaiši paredzam tīklu neitralitātes principus tā, lai būtu droša investīciju vide pakalpojumu sniedzējiem. Otrkārt, līdz 2017. gadam mēs noregulēsim vairumtirdzniecības cenas. (Just a question, chairman, shall I repeat everything that I said?)

Eiropas Savienībā mēs gribam brīvas robežas, bet šīs robežas ne vienmēr ir bijušas brīvas, īpaši, kad mēs ceļojam ārzemēs ar telefoniem, mēs maksājam dārgi par tā saucamo viesabonēšanu. Parlaments ir gadiem ilgi uzstājis uz to, ka šīs viesabonēšanas maksas ir jālikvidē. Nav vienmēr bijis vienprātības arī ar Padomi šo panākt, bet beidzot pēc vairākiem gadiem mēs to esam panākuši, un 2017. gada jūnijā tiks likvidētas viesabonēšanas maksas. Patērētāji iegūs, ceļojot ārzemēs. Nebūs vairs lieki jāmaksā.

Bet svarīgi — ne tikai patērētāji iegūs, bet arī uzņēmumi iegūs. Uzņēmumi iegūs, pirmkārt, tādējādi, ka mēs skaidri paredzam, kas ir tīklu neitralitātes princips. Tas nozīmē drošu vidi pakalpojumu sniedzējiem investēt nākotnē. Otrkārt, un tas ir ļoti svarīgi, ka līdz 2017. gada jūnijam tiks arī regulētas vairumtirdzniecības cenas tā, lai uzņēmumi, sniedzot šo pakalpojumu viesabonentiem, neciestu nevienā valstī zaudējumus, un nebūtu jāceļ vietējos tarifus, lai segtu iebraukušos tūristus. Tātad šis ir tiešām gadījums, kur uzvar patērētājs, uzvar uzņēmumi, uzvar Padome un uzvar Parlaments. Paldies visiem par uzmanību!

Dienstag, 27. Oktober 2015

Patrizia Toia, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, devo dire che come rappresentante del gruppo dei Socialisti e democratici ho lottato molto duramente, ho negoziato molto duramente, con l'appoggio del mio gruppo, per ottenere risultati ambiziosi. Questo è stato il nostro obiettivo, come ambiziosa era stata la prima lettura, e ricordo la nostra relatrice ombra, Catherine Trautmann, che fece un ottimo lavoro.

Io credo che il risultato che abbiamo raggiunto sia molto buono. Penso che abbiamo costruito un passo avanti nell'integrazione dei mercati delle telecomunicazioni verso un unico mercato avendo due punti di riferimento: gli interessi del cittadino e la capacità di poter innovare le industrie, le imprese, la loro innovazione e la competitività del sistema europeo in questo settore strategico.

Per quanto riguarda il cittadino dico solo un risultato, che peraltro il nostro gruppo persegue da anni e anni: quello dell'abbattimento dei costi di *roaming*. Signor Commissario, Vicepresidente, mi rivolgo proprio a lei: noi raggiungeremo l'obiettivo di far entrare in vigore nel 2017 la caduta del *roaming* se però la Commissione da subito si metterà all'opera per fare la revisione del mercato all'ingrosso. Noi non accetteremo alibi da questo punto di vista. Non ci si dica alle soglie del 2017 che non è conclusa la revisione del mercato, perché questo non è possibile. Lo sappiamo da ora che è una precondizione, lavoriamo per superarla.

Seconda cosa: la *net neutrality*. Ebbene, qui abbiamo conciliato gli interessi dei cittadini e la necessità di far crescere il sistema. Voglio dire chiaramente – ed è già stato detto – che non c'è in Europa un sistema legislativo che affermi questi principi. Molti ci parlano degli Stati Uniti, dove c'è un indirizzo più avanzato. Voglio ricordare ai colleghi che ci citano sempre gli Stati Uniti che là c'è una decisione di una commissione federale, non di un organo legislativo, dunque una decisione che può sempre cambiare. Invece in Europa abbiamo due soli Stati, i Paesi Bassi e la Slovenia, che hanno una legislazione avanzata, gli altri 26 no.

Ci sono principi legislativi importanti che affermano la *net neutrality*. Non è una definizione, ma tutti gli elementi ci sono: no alla discriminazione, ecc. Sono chiarissimi. Ma anche qui le nostre leggi sono buone e devono essere attuate. Le chiedo di vigilare perché le autorità nazionali si attrezzino per monitorare, per controllare questo sistema, perché gli Stati abbiano delle sanzioni, altrimenti i nostri buoni principi non saranno attuati.

C'è un punto per noi che andrà ripreso, che è quello dello *zero rating*, su cui già incalzeremo la Commissione. Per il resto – spettro e altri elementi che lei ha citato – noi saremo al suo fianco, perché sono obiettivi che perseguiamo da tempo.

Per questo credo anch'io, come lei ha detto, che questa sia un'occasione da non perdere. Questo regolamento va votato senza emendamenti e tutto un sistema nuovo deve entrare immediatamente in vigore.

Vicky Ford, on behalf of the ECR Group. – Mr President, in recent years people have travelled across Europe for their holidays, only to come home to a nasty shock when their phone bill arrives. Ending mobile roaming fees will be welcomed by millions of people.

Safeguards have been put in place to prevent excessive usage and to make sure that telecom operators are not forced to offer services at a loss. This is to make sure domestic customers will not subsidise customers who travel. To put it another way, when you travel across Europe, you can use your phone as though you were at home, but those who stay at home will not pick up an extra bill.

The deal also covers the common issue of internet packages not living up to the user's expectation. Fixed-line customers will be entitled to clear information on the quality of services offered. They will be entitled to take action against their internet provider if the service does not match that which was advertised, for example if speeds are much slower than they expected. Telecoms regulators from across Europe's 28 countries will agree a new set of guidelines on how broadband performance can be measured, compared and described.

The new rules do guarantee net neutrality. Users will be free to access content of their choice. It will not be blocked or slowed down. Access to start-up services will not be throttled or held back by a bigger company. There will be no two-speed Europe. Importantly, parental controls, where permitted in a Member State, will be able to continue. This is to make our internet safe, accessible and affordable across Europe.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jens Rohde, für ALDE-Gruppen. – Hr. formand! Da ALDE-Gruppen i april 2013 præsenterede en beslutning, som sagde, at vi skulle afskaffe roamingafgifterne i Europa, blev vi mødt med meget stor skepsis her i Parlamentet, og vi blev mødt med meget stor opstandelse i branchen samt en del opstandelse hos nogle af medlemslandenes regeringer. Vi blev beskyldt for at ville nedbryde den nuværende telepakke, at vi foretog et alt for voldsomt indgreb i markedet, og at det i det hele taget var uliberal – og hvordan kunne en liberal gruppe dog komme med sådan et forslag? Samtidig fik vi så også at vide, at nu handlede det indre marked ikke kun om roamingafgifter.

Til det første er der selvfølgelig at sige, at hvis man vil have et indre marked, så er man nødt til at lave noget regulering, så vi får en fælles spilleplade. Og det, der er absurd, det er, at vi har et indre marked på en lang række områder i Europa, men det største vækstpotentiale har vi ikke et reelt indre marked for i dag. Og derfor er formålet med dette jo at skabe et indre marked for digitale ydelser, fordi det overordnede formål er at skabe vækst og beskæftigelse i Europa. Det gør vi kun ved at nedbringe omkostningerne for den fri bevægelighed og ved at sikre, at vi har en fælles spilleplade i Europa.

Jeg er stolt og glad for, at vi nu har fået vedtaget, at vi har en fælles spilleplade, når det gælder roaming, at vi får afskaffet roamingafgifterne. Jeg er også glad for, at vi får de første safeguards for et åbent internet. Man skal huske på, at hvis denne aftale falder, så er der ingenting i Europa. Vi kunne godt have ønsket os, at vi kunne komme videre og ville have noget mere, men dette er det første skridt på vejen for at skabe et indre marked, som sikrer forbrugerrettighederne, og som også sikrer en høj grad af forbrugerbeskyttelse. Det er et kæmpe skridt frem for Europa, både for borgerne og for virksomhederne, og ikke mindst for grundlaget for at øge vækst og beskæftigelse på et af de største potentielle vækstområder, vi overhovedet har i de kommende år, nemlig det digitale indre marked.

Marisa Matias. – Senhor Presidente, eu não quero, de maneira nenhuma, menorizar os esforços que foram feitos pela relatora nesta negociação, mas não, não é verdade, nós não conseguimos os objetivos que pretendemos desde que iniciámos este processo. Esta versão não é a mesma que foi votada antes, não é a mesma que foi anunciada aos cidadãos europeus aquando das eleições europeias, em que se anunciou o fim do *roaming* por um lado e, por outro lado, a neutralidade da Internet. Anunciou-se o fim do *roaming* e agora temos uma promessa para 2017. Espero que essa promessa não seja tão falhada como aquela que foi feita em 2014, em campanha eleitoral. Anunciou-se a neutralidade da Internet, mas o que conseguimos é um acordo ambíguo e não há direitos garantidos com ambiguidades.

Nós recebemos, todos e todas, *emails* de muitos cidadãos da Europa, preocupados com a garantia da neutralidade da Internet. A Internet, apesar de ser recente em termos históricos é já um património da Humanidade. Mesmo antes de a UNESCO o ter declarado, que o irá fazer sem nenhuma dúvida, mais cedo ou mais tarde. Por isso, podemos dizer que os ataques à Internet livre, universal e neutral são ataques ao património comum da Humanidade. São, mais ou menos, como os ataques a Palmira, mas numa versão moderna, e é por isso que se tornam tão parecidos todos os fundamentalismos. É que os fanáticos do mercado e da privatização dos bens comuns são também os destruidores da economia e das sociedades desenvolvidas.

Neste sentido, nós apresentamos alterações a este plenário para clarificar o regulamento e garantir que a neutralidade da Internet é mesmo uma garantia para toda a União Europeia. O tráfico tem que ser tratado de forma igual, sem discriminação, sem restrição, com interferência. Devemos voltar à proposta de 2011. É o mais básico dos básicos princípios e compromissos com os cidadãos. Não deveria haver nesta casa qualquer outro compromisso que não seja o compromisso com os cidadãos.

Michel Reimon, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Demokratie ist Kommunikation.

Demokratie lebt davon, dass wir miteinander reden können. Deswegen haben wir Pressefreiheit, deswegen haben wir Meinungsfreiheit geschaffen. Das Internet – ein neutrales Internet – ist die wichtigste Infrastruktur der Demokratie für die Zukunft. Wenn wir die Netzneutralität aushebeln, dann schädigen wir auch unsere Demokratie. Netzneutralität ist keine Frage, die man graduell betrachten kann. Das Netz ist neutral und für alle gleich oder es ist es nicht.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Was wir heute beschließen – mit der Mehrheit der Konservativen, vieler Sozialdemokraten und liberaler Rechtskonservativer – ist ein Ende der Netzneutralität und damit ein Schaden für die Demokratie. Es ist auch kein Vorteil für die Wirtschaft, wie hier immer argumentiert wird. Denn in einem neutralen Netz können kleine Unternehmen die großen Konzerne herausfordern. Wenn die Neutralität aufgehoben ist, betonieren wir die Großen, die Mächtigen, für alle Zeiten ein.

Das ist das, was hier passiert. In Europa profitieren nur einige wenige Großkonzerne davon, das sind Telekom-Industrien. Das ist das einzige, was Sie heute hier schaffen für die Bevölkerung: Sie helfen einigen wenigen Großkonzernen.

Dass sich der Herr Vizepräsident Ansip hier stellt, ist lobenswert, aber eigentlich sollte Kommissar Oettinger da vorne sitzen, denn Kommissar Oettinger ist der Verantwortliche und der Schuldige für diesen schlechten Beschluss auf Kommissionsebene. Er sollte sich hier stellen und mit uns auseinandersetzen. Aber er twittet ja eifrig mit, beziehungsweise sein Team, habe ich gesehen. Demokratie ist Kommunikation, so soll das sein, er sollte aber nicht nur senden, er sollte auch lesen, er sollte in sein Handy schauen, was die Bevölkerung zu diesem Beschluss hier sagt und schreibt. Ich sehe keine Zustimmung, ich sehe keine Unterstützung für diese Beschlüsse. Ich sehe nur Widerstand, ich lese nur Protest gegen diesen Beschluss. Werte Kolleginnen und Kollegen, wir sollten darauf hören, wir sollten dagegen stimmen und das nicht annehmen.

Dario Tamburrano, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi poteva essere un grande giorno, il giorno in cui avremmo potuto abolire completamente e realmente i costi del *roaming*, rendendo l'Europa un continente davvero connesso, davvero proiettato verso il XXI secolo.

Abbiamo invece ceduto nelle negoziazioni non solo ad un'abolizione del *roaming* ritardata e condizionata, ma anche al fatto che le *telecom* potranno scaricare i mancati profitti sulla maggioranza degli europei, anche su chi il *roaming* non sa neanche cosa sia, su coloro che non possono usarlo perché impossibilitati a viaggiare all'estero, i quali sono sempre più numerosi in un continente che soffre la crisi.

Sì, colleghi, poteva essere un grande giorno! Invece abbiamo barattato una farlocca abolizione del *roaming* con la mancata definizione certa e incontrovertibile di neutralità della rete, con ripercussioni insidiose su chi magari non usa il *roaming*, ma usa internet nel proprio paese e la usa spesso tutti giorni. Questi sono una parte crescente di noi cittadini europei.

Eppure, colleghi, nonostante tutto, non tutto è perduto. Siamo ancora in tempo per ricordare questo voto come un voto storico, siamo ancora in tempo per sancire la *net neutrality* in Europa e rendere questo un giorno di festa.

Ascoltiamo l'appello di Tim Berners-Lee, l'inventore del World Wide Web! Oggi possiamo ancora salvaguardare questo straordinario spazio pubblico globale, bene comune immateriale, motore straordinario di innovazione, conoscenza, uguaglianza ed opportunità per una crescente parte dell'umanità.

Il mondo della rete ci osserva e ci giudica e l'Europa non può rimanere indietro nel mondo. Non permettiamo che inaridisca, non perdiamo questa occasione unica per dire no a nuove iniquità, nuove disuguaglianze, corsie privilegiate anche nel mondo virtuale.

Collegati, nessuno deve rimanere mai più indietro! Premiamo con coscienza quel bottone! Votiamo per la *net neutrality*!

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. Herr Präsident, Herr Kommissar Ansip! Seit fast zwei Jahren beschäftigt sich dieses Haus nun mit dem Telekom-Paket, und es ist wirklich wichtig, dass das heute zu einem Abschluss kommt, weil es Rechtssicherheit geben muss, und weil es wichtig ist, dass dieses Paket, das im Rahmen der digitalen Agenda einen so wichtigen und wesentlichen Punkt darstellt, zur Umsetzung kommt.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Es ist jetzt reduziert worden, und wir alle haben so viele Internetzuschriften bekommen. Es ist reduziert worden nicht nur auf den Schutz der Nutzerrechte, sondern auf die Abschaffung der Roaminggebühren, das wurde heute mehrfach gesagt. Es gibt eine Deckelung ab dem nächsten Jahr und die Abschaffung 2017. Aber im Wesentlichen ging es um die Netzneutralität. Die Netzneutralität muss erhalten werden, es darf kein Internet der zwei Geschwindigkeiten geben. Netzbetreiber sollen alle Datenpakete gleichberechtigt durch ihre Leitungen schicken, egal, welchen Inhalt sie haben und woher sie kommen.

Doch, wenn wir uns den Datenverkehr anschauen, müssen wir doch feststellen, dass der Datenverkehr in wenigen Jahren völlig neu strukturiert sein wird. Es wird in den nächsten vier Jahren 3,2 Milliarden internetfähige Maschinen geben im Rahmen des *Internet of things*, die in Europa 50 % des Datenverkehrs belegen und auf sich ziehen werden, weltweit ein Drittel des Datenverkehrs. Dazu kommt, dass viele Haushalte noch nicht an das Internet angeschlossen sind. Ein Breitbandausbau ist unbedingt notwendig: 34 Milliarden Euro für schnelles Breitband, 90 Milliarden zusätzlich für die *last mile*. Die *last mile* wird notwendig sein, damit die Übertragungskapazität pro Haushalt festgeschrieben wird.

Das, meine Damen und Herren, ist Netzneutralität und freier Zugang zum Internet. Jeder Bürger soll es haben. Jeder Bürger soll das Recht haben, ins Internet gehen zu können. Geben wir ihm die Chance, dass er es nutzen kann!

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, ihmisten, tavaroiden ja palveluiden vapaa liikkuvuus on tärkeä euroopalainen perusarvo, mutta tiedämme, että digitaalisten palveluiden osalta se ei vielä toteudu. Liian usein digitaalinen palvelu pysähtyy rajoille.

Tämä nyt neuvoteltu sopimus on merkittävä askel kohti verkkovierailumaksujen lopettamista, roaming-maksuista luopumista. Se tulee koskemaan kymmeniä miljoonia EU-kansalaisia ja hyödyttämään heidän jokapäiväistä elämäänsä ja samoin meidän digitaalista yhtenäismarkkinaamme. Vuonna 2017 roaming-maksuista luovutaan Euroopan unionissa kokonaan.

Parlamentti olisi halunnut nopeampaakin aikataulua, mutta on aivan oikein, että tässä otettiin aikalisä siltä osin, että tuo tukkuhintasääntely yhdistettiin tähän ratkaisuun. Se on tärkeää, jotta pystymme kestävällä tavalla siirtymään tähän uuteen tilanteeseen. On tärkeää, että tukkuhinnat säännellään samassa yhteydessä kuin roaming-maksuista luovutaan. Haluan vielä kerran kiittää parlamentin neuvottelijaa Pilar del Castillo Veraa erinomaisesta työstä ja kaikkia neuvotteluihin osallistuneita, koska tiedämme, että tämä työ oli erittäin vaativaa ja vaati lukuisia neuvotteluita.

Toinen merkittävä elementti tässä paketissa on tuo verkkoneutraalisuus, joka tulee nyt toteutumaan siten, etteivät operaattorit voi rajoittaa tai hidastaa liikennettä enää kaupallisin perustein vaan tuo rajoittaminen hyväksytään ainoastaan teknisin perustein, ja se on tärkeä periaate. Nyt ensimmäisenä maailmassa Euroopassa tulee käyttöön nettineutraliteetin periaate, ja se on historiallinen askel.

Petra Kammerevert (S&D). – Herr Präsident! Für mich führt kein Weg vorbei an einer zukunftsfesten und umfassenden gesetzlichen Absicherung der Netzneutralität.

Leider bietet der Verordnungstext eben genau das nicht. Es findet sich weder das Wort Netzneutralität noch rechtstechnisch eine Definition. Es gibt lediglich die grundsätzliche Verpflichtung, Datenverkehre gleich zu behandeln. Die möglichen Ausnahmen sind so weitherzig, dass Netzneutralität gefährlich verwässert wird. Schon im offenen Netz sind Dienstklassen zulässig. Verkehrsmanagement, inklusive Blockieren und Priorisieren, ist schon bei drohender Netzüberlastung möglich, und Spezialdienste sind nicht hinreichend eingegrenzt.

Für die Abschaffung des Roamings zahlen wir aus meiner Sicht einen zu hohen Preis: die völlige Aufweichung der Netzneutralität. Durch seinen offenen und diskriminierungsfreien Charakter hat sich das Internet als Innovationsmotor für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung erwiesen. Das erklärte Ziel des Europäischen Parlaments war die sichere und gesetzliche Absicherung der Netzneutralität als wesentlicher Garant von kommunikativer Chancengleichheit und Informationsfreiheit sowie Vielfaltsicherung. Wahre ich diese Perspektive, kann ich diese Verordnung nur ablehnen.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Evžen Tošenovský (ECR). – Pane předsedající, pane místopředsedo, z jakékoliv cenové regulace bychom principiálně neměli mít radost. V tomto případě jsem ale rád, že se blížíme ke konci roamingu. Z tohoto faktu mohou profitovat občané a podnikatelé cestující do zahraničí, kteří budou více využívat datové služby. Ale i operátoři konečně budou mít jasno ohledně pravidel účtování roamingových služeb.

Stručně ohledně síťové neutrality: jsem přesvědčen, že nová pravidla jsou vyvážená, a plně podporuji kompromis dojednaný s Radou. Dnes uzavíráme jednu kapitolu, ale nadále probíhají konzultace ze strany Komise. Od telekomunikačního sektoru očekáváme velké investice, ale ty potřebují regulační stabilitu. Doufám proto, že budeme jakoukoli novou regulaci pečlivě vážit a že půjde o regulaci orientovanou na budoucnost a ku prospěchu věci.

Jens Rohde (ALDE). – Mr President, I didn't ask for the floor to ask Mr Tošenovský the question; I asked for the floor so I could ask ...

(The President cut off the speaker)

Presidente. – On. Rohde, se lei non ha chiesto la parola per fare una domanda all'on. Tošenovský, lei non ha il diritto di intervenire.

Sabine Verheyen (PPE). – Herr Präsident! Ich habe mich eben schon einmal zur Geschäftsordnung gemeldet. Entweder funktioniert das System der *blue cards*, oder es funktioniert hier in diesem Hause nicht. Wenn die *blue card* gestellt wird und eine Abgeordnete wird gefragt, ob sie annimmt, und man gibt das Wort an eine andere Kollegin weiter, dann ist das nicht korrekt. Jetzt werden Leute drangenommen, die sich überhaupt nicht zu Wort gemeldet haben. Ich bitte Sie, nochmal in der Geschäftsordnung nachzulesen, wie das System der *blue cards* funktioniert.

Presidente. – Evidentemente c'è stato un problema tecnico, perché c'era una domanda da parte di un deputato all'on. - Virkkunen. Io ho chiesto all'on. Virkkunen se accettava la domanda, ma purtroppo non c'è stata risposta, e allora è intervenuta l'oratrice Kammerevert. Dopodiché l'on. Rohde ha chiesto la parola – così mi è stato detto – per la domanda al collega Tošenovský. Ma evidentemente c'è stato un equivoco. E quindi andiamo avanti serenamente con l'intervento dell'on. Kallas.

Kaja Kallas (ALDE). – Mr President, we definitely seem to have problems with communication in this House as well. I often say that there are disparities between the communication that knows no borders and the barriers to communication that countries actually create. Roaming surcharges are a good example of this. I am happy that they are coming to an end in 2017, although Parliament wanted a much earlier end date.

But net neutrality goes beyond that date. How net neutrality is defined and how it is enforced will shape the future of the internet. We must remember that the internet was created to be an open platform for innovation and communication. It did not seem to matter until recently when we saw all the innovation coming from the internet. So we just cannot allow fast lanes to be created for those who pay. I am not only thinking about the start-ups that are not able to innovate on the internet, but we should also think about citizens who cannot receive their e-mails because somebody else is paying for the fast lane.

So I would in particular call for Commission Vice-President Ansip to clarify the remaining issues in order to ensure that the principles are applied in the same way across Europe, and in this respect also to think seriously about the role of BEREC in order to look at the big picture.

Presidente. – Stamattina purtroppo ci sono dei problemi di comunicazione, perché non solo ci sono stati degli inconvenienti nelle interpretazioni, ma ci sono evidentemente anche dei problemi tecnici, per cui adesso sullo schermo noi vediamo che ha la parola l'on. Reda, e invece secondo i servizi del Parlamento ha la parola l'on. López Bermejo. Adesso io seguo l'elenco dei servizi della Presidenza, e do la parola all'on. López Bermejo per un minuto.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor Presidente, valoramos las posturas del Parlamento en defensa de la neutralidad de la red y el fin del *roaming*. No se nos escapan, sin embargo, las concesiones hechas al Consejo y que demuestran que algunos partidos han negociado de manera muy distinta desde el Parlamento y desde el Gobierno. Esperamos que estas ambigüedades se resuelvan en la votación y con la aplicación del Reglamento.

Dienstag, 27. Oktober 2015

En lo que respecta al *roaming*, es evidente que no podemos tolerar que los grandes grupos de telecomunicaciones exijan el cobro doble por un mismo servicio. Hoy podemos corregir esta situación. No perdamos la oportunidad de hacerlo. En cuanto a la neutralidad de la red, esta es una exigencia básica y fundamental, no solo por el respeto de las libertades, sino también para la innovación productiva y el acceso igualitario en un mundo crecientemente digitalizado, tanto en el ocio como en el trabajo.

Más allá del debate de hoy, la estrategia digital de la Unión deberá considerar el futuro no solo de los derechos de los consumidores sino, precisamente también, el lugar y los derechos del productor y trabajador en este mundo digital. Espero que en este debate seamos capaces de mantener el mismo consenso que pretendemos alcanzar hoy.

Julia Reda (Verts/ALE). – Mr President, net neutrality means that traffic is treated equally without discrimination, restriction or interference, independent of the sender-receiver type, content, device, service or application. The Council is trying to make us believe that this is what we are getting with this regulation, but I wonder why the Council refused to include this definition, or even the word net neutrality, in the agreement.

I wonder why the founder of the World Wide Web, Tim Berners-Lee, is urging us not to undermine net neutrality and to adopt amendments. Tim Berners-Lee is joined in his call for amendments by leading EU start-ups and investors, by the German Stanford Professor, Barbara van Schewick, who is the world's leading expert on net neutrality issues, and by US presidential candidate Lawrence Lessig.

The fact is that this regulation allows business practices that rely on keeping the internet slow and expensive, such as zero-rating; it allows the slow-down of encrypted traffic; it gives incentives to companies not to protect our privacy and not to invest in broadband roll-out. That is exactly the opposite of a net neutrality regulation. So please adopt amendments to make sure that Parliament delivers on its promise to keep the internet open.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jens Rohde (ALDE). – Hr. formand! Ja, jeg ønsker at stille et spørgsmål til Dem, hr. formand! Jeg vil gerne vide, om det blå kort fungerer i denne debat, eller det blå kort ikke fungerer? Kan vi stille spørgsmål til hinanden, eller kan vi ikke stille spørgsmål til hinanden? Det er jo fuldstændigt absurd, dette her, det er jo ikke et teknisk problem. Jeg ved godt, at det er bekvemt for formanden at sige, at der er tale om et teknisk problem – og formanden skal ikke afbryde mig, jeg har ret til at stille dette point of order! Det er formandens opgave at styre denne debat med de instrumenter, der et givet i forretningsordenen. Og et af de instrumenter, der er givet i forretningsordenen, det er det blå kort. Og det er ikke et teknisk problem. Det er formandens problem, hvis han ikke kan styre det. Men vi har i det mindste som parlamentarikere ret til at vide, om kortet er en del af den debat, eller kortet ikke er en del af den debat.

Presidente. – Lo strumento del cartellino blu può essere usato, e abbiamo detto in apertura di seduta che l'avremmo usato nella discussione dopo gli interventi dei gruppi politici. Abbiamo detto anche che per la tempistica della discussione, che deve concludersi entro le ore 10.00, perché è una seduta in cui in tarda mattinata ci saranno votazioni, noi abbiamo la necessità di accettare un cartellino blu per oratore. Queste sono state le regole che ci siamo dati all'inizio della discussione e che sono ai sensi del regolamento del Parlamento.

Se lei vuole chiedere di fare una domanda all'oratore, questo le è concesso. Adesso per esempio l'on. Grapini ha chiesto di poter fare una domanda all'on. Reda, se l'on. Reda accetta. Ecco la domanda dell'on. Grapini.

Maria Grapini (S&D), întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”. – Doamnă Reda, vă felicit în primul rând pentru că ați concluzionat prin faptul că susțineți acest raport. Și eu îl susțin. Întrebarea pe care vreau să v-o pun: credeți că este nevoie să avem o garanție din partea comisarului aici prezent că nu se decalează termenul de 2017? Pentru că și Patrizia și alții au întrebat acest lucru. Vreau să știu dacă dumneavoastră considerați că este important să existe un angajament al Comisiei pentru a nu se mai decala un termen atât de așteptat de piața internă a Uniunii Europene.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Julia Reda (Verts/ALE), *blue-card answer*. – My statement criticising the net neutrality regulation in this package was precisely on the net neutrality part – I believe your question relates to the roaming part of the package. I do not believe that the regulation as such really sets an end date for roaming. I think it is our job as legislators to do that: to put an end to roaming and to clearly define net neutrality in the regulation. I think what we are doing here as a Parliament is that we are giving responsibility to the Council, to BEREC and to the Commission to actually do the job that we, as legislators, should be doing, and that is to pass clear rules on roaming and on net neutrality.

Roger Helmer (EFDD). – Mr President, my party supports net neutrality but we do not agree that heavy-handed top-down European regulation is the best way to deliver it, and I note that more than one Member State agrees with us. Then we come to the question of roaming, which has been presented as a wonderful benefit for consumers. Of course, it is no such thing; it is profoundly regressive. It will benefit well-heeled jet-setters and business executives and it will result in higher costs for domestic users.

We have had Members of this House, including Vicky Ford, who have told us that there will be no rebound effect on domestic costs. I have to say that if you take that view, you simply do not understand how markets work: the operators will have lost a major revenue stream, they will seek to recover it, and the only place to recover it is from domestic prices. We MEPs will get lower prices, but Mrs Lumsden in Coronation Street will pay more. Yet again we see European regulation delivering unintended consequences and perverse incentives.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Vicky Ford (ECR), *blue-card question*. – Mr Helmer, many millions of people from across your region and my region use their phones. I do not want to push up their domestic prices, but I do want to them to be able to use their phones affordably when they travel across Europe. This is why, in the two years of negotiations, we have put in place a safeguard through the review of wholesale caps so that domestic prices will not be put up. Here is my question to you: why in two years have you never bothered to turn up to a negotiation? Have you even read the text?

Roger Helmer (EFDD), *blue-card answer*. – I have been fully briefed on the text, so thank you very much for that, Vicky. I appreciate that. But you tell me that you do not want to push up domestic prices, so I have to ask you: why are you supporting a measure which will clearly have that effect? If you are relying on a couple of clauses buried in the small print to protect consumers at home, I suggest that you should think again, because those assurances are not worth the paper they are written on.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, la manière de procéder de la Commission est toujours la même.

Premièrement, on fait miroiter les vertus d'un marché unique et de la concurrence: 110 milliards d'économies pour le marché unique des télécommunications et une hausse du PIB de 5 % jusqu'à 2020.

Deuxièmement, au nom de la vertu du marché unique et de la concurrence, on casse les leaders étatiques nationaux et leurs fournisseurs, ou du moins on les affaiblit fortement, ainsi que leurs équipementiers. La France était – vous m'entendez bien – numéro un mondial avec Alcatel, depuis plus rien.

Troisièmement, au nom de la compétitivité mondiale, on détruit les nouveaux et anciens acteurs pour obtenir une nouvelle concentration par une concurrence déloyale.

Quatrièmement, on laisse entrer les puissances extérieures, car la Commission ne travaille pas pour l'Europe – pensons à l'affaire Schneider – pour qu'elles absorbent les leaders qui ont survécu et, si elles n'y arrivent pas, on met en place le traité transatlantique. Oui, il faut mettre fin au coût excessif de l'itinérance, mais il n'y a pas de miracle: s'il y a moins de bénéfices, il y a moins d'investissement dans la recherche et l'innovation.

Dienstag, 27. Oktober 2015

La neutralité du net est une illusion si celui-ci est dans les mains des États-Unis et que ceux-ci restent maîtres du réseau. Ce sont les États qui doivent rester garants de la législation et du service; il faut un intranet européen s'appuyant sur des intranets nationaux pour l'indépendance et la résilience. Demain, il faudra reprendre cette souveraineté démocratique, sortir de cette Europe, justement, Mesdames et Messieurs, pour les citoyens que vous prétendez défendre en les asservissant un peu plus.

Paul Rübig (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte mich bei der Berichterstatterin Pilar del Castillo Vera sehr herzlich bedanken, weil sie fortgesetzt hat, was die Bürgerinnen und Bürger in Europa gefordert haben.

An mich ist einmal eine Studentin herangetreten und hat sich über die exorbitanten Kosten beschwert, die entstehen, wenn man in ein anderes Land in Europa fährt. Ich habe mich damals mit der Kommissarin Reding zusammengesetzt und die hat das bestätigt. Die Europäische Kommission hat für Roaming I einen Vorschlag gemacht hat, der wegweisend war. Ich bedanke mich heute noch bei der Europäischen Kommission, dass sie diesen Weg nicht verlassen hat, sondern den Weg konsequent fortgesetzt hat.

Ich glaube, dass es auch heute wichtig ist zu sehen, dass wir tatsächlich die Roaming-Gebühren bis zum 14. Juni 2017 eliminieren können. Bis zum 30. April 2016 senken sich die Kosten auf 5 Cent pro Minute, bei SMS auf 2 Cent und bei den Daten insgesamt auf 5 Cent. Ich glaube, dass es ein Riesenfortschritt ist, auch den digitalen Binnenmarkt tatsächlich bis 2018 zu realisieren. Ich glaube, auch bei der Netzneutralität muss man sagen, dass eine drohende Netzüberlastung durch Gleichbehandlung verhindert werden muss. Das stellt die derzeitige Definition klar und verhindert, dass große, mächtige Konzerne gratis unsere Infrastruktur in Europa benützen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Tisztelt Képviselő Úr! Több társához hasonlóan Ön is – tartok tőle – olyasmit ünnepel, ami nincs. Tehát, hogy 2016-ban vagy 2017-ben, 2018-ban mi lesz – ezt lehet dicsérni. De akkor kérdezem Öntől, miért nem arra törekedünk, hogy ez most legyen?

Paul Rübig (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Recht herzlichen Dank für diese Anmerkung. Ich kann nur sagen, in diesem Text steht ganz klar: „Betreibern von Internetzugangsdiensten nicht die Möglichkeit bieten, das allgemeine Verbot der Blockierung, Verlangsamung, Veränderung, Beschränkung, Störung, Schädigung oder Diskriminierung bestimmter Inhalte, Anwendungen oder Dienste oder bestimmter Kategorien derselben zu umgehen.“

Ich glaube, das ist wegweisend. So weit ist man nicht einmal in Amerika gekommen. Ich glaube, dass die europäische Regelung ein Vorbild für die globale Entwicklung ist und damit dem Internet eine neue Sicherheit gibt.

Marlene Mizzi (S&D). – Sur President, ghalkemm hemm hafna ċittadini li huma xettiċi fuq il-proġett “Ewropa”, huwa importanti nur s-success ta’ dan il-proġett. Ir-rizultat tal-pakkett tat-*Telecom Single Market* jista’ jitlej bħala wiehed mill-kisbiet tal-Unjoni Ewropea li żgur ser iħalli impatt tajjeb fuq il-ħajja ta’-ċittadini tagħna.

Dan huwa t-tmiem tal-battalja twila tal-Parlament Ewropew, battalja li bdiet bosta snin ilu. Dan huwa t-tmiem tar-*roaming charges* u l-bidu ta’ regoli fuq *net neutrality* li ser isahhu d-drittijiet tal-konsumatur.

Bħala parti min-negozjati għall-Grupp S&D tal-kumitat IMCO, insistejt sabiex ikollna data fissa għat-tmiem tar-*roaming charges* u ninsab sodisfatta li finalment għandna d-data ta’ Ġunju 2017.

Mill-perspettiva tal-konsumaturi, il-ftehim huwa wkoll pass importanti ’il quddiem. Il-Kumitat IMCO rnexxielu jinkludi numru ta’ provizzjonijiet importanti dwar it-tishih tal-informazzjoni kuntrattwali u t-transparenza, monitoraġġ tal-konsum u miżuri għall-immaniġġjar tat-traffiku. Dan jipprovi għodda ta’ tqabbil bejn is-servizzi, aktar informazzjoni għar-rimedji u proċedura biex jiġu indirizzati l-ilmenti tal-konsumaturi.

Minix sodisfatta fuq il-ftehim tan-*net neutrality*, però almenu għall-ewwel darba se jkun hemm regoli Ewropej li japplikaw għall-Membri Stati kollha għall-benefiċċju ta’-ċittadini.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ashley Fox (ECR). – Mr President, I will be voting in favour of this report later today because I believe it strikes the right balance between protecting consumer rights, encouraging competition and fostering innovation. The prospect of ending roaming charges in the EU is a significant bonus for consumers, and I am pleased that my constituents will be able to use their phones across Europe without the fear of incurring huge bills.

With regard to the open internet, this report takes a sensible approach. It will ensure that all internet traffic is treated equally, with some reasonable exceptions to overcome congestion. It will also allow for new and innovative technologies that have specific speed requirements, such as in the area of e-health.

The report also allows countries like the United Kingdom to maintain our system of parental filtering. This is an important issue for my constituents and I am pleased to see that this is been safeguarded.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

István Ujhelyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Énnekem megnyugvás volt képviselőúrtól hallani, hogy támogatja a most benyújtott javaslatot. Ugyanakkor tudjuk azt, hogy miközben az Európai Bizottság sokkal korábbi időpontot határozott meg a roamingdíj kivezetésére, és mi itt az Európai Parlamentben – illetve az előző ciklus képviselő is – sokkal korábban szerettük volna a roamingdíjat eltörölni. Mi lehet annak az oka, hogy megint az európai kormányfők, ott a Tanácsban próbálták ezt tolni, halasztani? Nemzetállami gőg, csak azért, hogy betegyenek a Bizottságnak és a Parlamentnek, hogy mást javasoljanak, vagy pedig esetleg egyes multi cégeknek a lobbija, amelyben a kormányokat meg tudták győzni, és minket, Európai Parlamentet pedig nem.

Ashley Fox (ECR), blue-card answer. – I do not know the reasons for different members of the Council voting as they might have done, but what I would say to the honourable Member is this: we are engaging in some degree of price fixing.

Now, I would say that I am instinctively against that, but I would say that in this area the free market has failed to deliver lower prices on roaming charges. So I think that where the Commission is intervening in the market, it is reasonable and fair to give phone companies a period – and we are giving them just over 18 months – to get used to those price caps. I think the benefit for consumers will be significant and an 18-month delay really is not a problem.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE). – Mr President, I would like to thank Pilar del Castillo Vera, as well as the shadow rapporteurs, for achieving this deal with the Council.

This new regulation is an example of how the European Union can bring concrete benefits to its citizens. Parliament had called for the abolition of roaming surcharges and we will have this. As of June 2017, European Union citizens will be able to travel across the EU without paying extra communication surcharges. This will also bring significant benefits to European companies.

I regret that the Council refused to accept the definition of net neutrality called for by Parliament. Nevertheless, we managed to include in the regulation minimum provisions to ensure non-discrimination and equal treatment on the internet. I deplore, however, that the Council rejected negotiation on spectrum and end-user rights as this would have been a concrete step towards full realisation of the Digital Single Market.

Dienstag, 27. Oktober 2015

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, já vimos antes inflamadas profissões de fé na liberalização de vários setores de atividade económica. A verdade, porém, é que o mercado único das comunicações eletrónicas, como a vida e a prática o vieram a comprovar noutros setores de atividade, está feita à medida das grandes potências e dos seus monopólios. Perdem os trabalhadores, perdem os consumidores, que nunca veem concretizadas as miríficas promessas. Avança a concentração monopolista, avança a apropriação privada de bens públicos, como um espetro ou a Internet, cuja neutralidade é posta em risco para satisfazer a perspetiva de negócio de alguns colossos do setor. Mesmo aquele que é agitado como o grande benefício deste regulamento, o fim das taxas de *roaming*, no reino do domínio das multinacionais, não é isento de potenciais efeitos perniciosos. Ainda há poucas semanas, a presidente do organismo que reúne as 28 entidades nacionais reguladoras do setor das telecomunicações afirmava que, em face dos fluxos turísticos dominantes na Europa, os países do sul sairão prejudicados. Serão as populações que não viajam destes países a ter de suportar os custos associados à eliminação das tarifas de *roaming* através de um aumento das suas próprias tarifas. Ainda não temos resposta convincente para estes alertas.

Marco Zullo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nell'accordo che abbiamo trovato come Parlamento europeo con il Consiglio sul mercato unico delle telecomunicazioni, dal mio punto di vista ci siamo accontentati del «poco è meglio di niente». È un approccio completamente sbagliato.

Noi stiamo giocando con le parole: da una parte garantiamo sicurezza e certezza, dall'altra in quel regolamento abbiamo praticamente offerto dei meccanismi per contraddire questi impegni. Se parliamo del *roaming*, che è già stato posticipato a una data troppo avanti, di fatto consentiamo poi agli operatori di spalmare sugli utenti inconsapevoli queste spese in più. Riguardo alla neutralità della rete, abbiamo addirittura ceduto sulla sua definizione e quindi lasciamo nuovamente agli operatori la possibilità di controllare il flusso dell'informazione.

Facciamo in modo oggi, con il voto, di non perdere l'ennesima occasione per avere un'internet gratuita, accessibile e neutrale.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, aujourd'hui 27 octobre 2015, le Parlement européen va consacrer une nouvelle liberté, la neutralité du net. L'enjeu est considérable. Il s'agit de permettre à chaque utilisateur d'internet, qu'il soit pauvre ou riche, d'accéder sans discrimination au site de son choix, du plus petit blog personnel aux plus grands sites d'entreprises multinationales.

Cette égalité d'accès à internet est nécessaire. Il est regrettable que le texte qui nous est présenté soit flou. Si on le votait en l'état, il pourrait mener à un scandaleux filtrage des contenus sur internet qui compromettrait la capacité des citoyens à s'informer. C'est pourquoi je soutiendrai les amendements qui visent à conjurer ce risque. La Commission fédérale américaine des télécommunications a garanti, le 26 février 2015, la neutralité du net aux États-Unis. Le Parlement européen doit prouver aujourd'hui qu'il est capable d'en faire autant pour l'Europe.

Róza Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE). – To rzeczywiście dla obywateli Unii jest największe i najbardziej oczekiwane rozporządzenie, którym dzisiaj się zajmujemy – już od dawna najbardziej oczekiwane, bo nareszcie ustalamy datę ostatecznego zniesienia opłat za *roaming*. To jest krok, na który czekaliśmy wszyscy niecierpliwie. Od dnia 15 czerwca 2017 r. operatorzy nie będą mogli nakładać na konsumentów dodatkowych opłat za korzystanie z telefonów, ani za przesył danych w Unii Europejskiej. W końcu udało nam się przełamać opór Rady w tej sprawie i bardzo gratuluję mojej koleżance del Castillo determinacji w tej kwestii. I również bardzo cenię zaangażowanie komisarza Ansipa. Jestem przekonana, że z nim Komisja Europejska szybko zaproponuje odpowiednie przepisy dotyczące cen hurtowych, dzięki czemu koszty świadczenia usług *roamingowych* dla operatorów rzeczywiście i odczuwalnie spadną. Chciałam, żeby to się stało wcześniej, ale od 30 kwietnia przyszedł rok odczuwamy ich spadek, bo operatorzy będą mogli do naszych rachunków doliczać tylko tyle, ile faktycznie operatorom za granicą zapłacą. Ale to, co się nam udało również osiągnąć, to kompromis w sprawie neutralności w sieci i z tego bardzo się cieszę. Zacytuję króciutko: „dostawcy usług dostępu do internetu w czasie świadczenia usług traktują wszystkie transmisje danych równo, bez dyskryminacji, ograniczenia czy ingerencji”. Ale bądźmy gotowi, żeby to prawo poprawiać, jeśli zajdzie taka potrzeba. Niektórzy z was narzekają na rozwodnienie. Jednak pamiętajmy, że środowisko cyfrowe bardzo szybko i dynamicznie się zmienia oraz rozwija i nasze regulacje muszą być na to nastawione.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dan Nica (S&D). – Domnule președinte, vreau în primul rând să îi felicit pe toți cei care au negociat, în numele Parlamentului, acest acord cu statele membre și au reușit ca, pe de o parte, să avem o eliminare a suprataxării roamingului și, pe de altă parte, să se introducă garanții pentru neutralitatea rețelilor în legislația Uniunii Europene.

Suprataxarea apelurilor, a SMS-urilor, și a datelor în roaming în interiorul Uniunii Europene va fi eliminată până la 15 iunie 2017, după o perioadă de tranziție, iar scăderea prețurilor poate reprezenta până la de 4 ori mai puțin decât plătesc astăzi unii consumatori.

Privind neutralitatea rețelei, vreau să subliniez că până în prezent nu au existat niciun fel de reguli paneuropene obligatorii cu privire la neutralitatea rețelei. Pentru prima dată, principiul neutralității va fi consacrat în 28 de sisteme juridice naționale. Furnizorii de servicii de internet din întreaga Europă vor trebui să trateze în mod egal tot traficul de internet, fără discriminare, restricție sau interferențe și indiferent de cel care este expeditor sau receptor, de conținut, aplicații sau servicii utilizate. Felicitări încă o dată negociatorilor Parlamentului European!

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Herr Präsident! Meine Damen und Herren, wir müssen aufpassen, dass der Begriff „Netzneutralität“ hier in diesem Haus nicht zu einem ideologischen Kampfbegriff wird. Das Beste, was die EU und früher die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft uns geboten hat, ist eindeutig der Europäische Binnenmarkt. Er ist die Basis für Wohlstand, für Arbeitsplätze und letzten Endes auch die Grundlage für die moralischen Positionen, die das Europäische Parlament überall in der Welt zu verbreiten versucht.

Das alles ist gefährdet durch zwei Dinge: Erstens, im Bereich der Digitalen Wirtschaft fallen wir weiter hinter dem Rest der Welt zurück. Und zweitens, wir müssen unbedingt dafür sorgen, dass der Europäische Binnenmarkt auch an das Ausland angeschlossen wird. Meine Damen und Herren, beides muss zur gleichen Zeit passieren, und deshalb unterstütze ich auch den Vorschlag der Kommission.

Im Übrigen – und hier kommt mein ceterum censeo – bin ich der Meinung, dass die Einheitswährung in Europa nur zu Zwist und Zwietracht führt und deshalb abgeschafft werden muss.

Sabine Verheyen (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Telekom-Paket ist ein ausgesprochen komplexes Gesetzgebungspaket mit einer unwahrscheinlich großen Relevanz für alle Bürgerinnen und Bürger hier in Europa, und das gleich in mehrfacher Hinsicht. Zum Einen sprechen wir über den Wegfall des Roamings, das, wie ich hier habe lernen müssen, leider nicht von allen Seiten, aber von den meisten hier im Parlament doch sehr begrüßt wird. Zum Zweiten aber sprechen wir auch über das Thema Netzneutralität. Das ist wohl anscheinend ein Begriff, den der Rat scheut wie der Teufel das Weihwasser. Denn das war das erste Ziel: Dieser Begriff musste raus aus der Richtlinie.

Ich bedauere eigentlich zutiefst, dass vom Rat heute kein Vertreter hier sitzt, der uns gegenüber begründen kann, warum man bei der Netzneutralität so stark gegengehalten hat. Das Parlament hat zum Thema Netzneutralität vor nahezu anderthalb Jahren einen guten Entwurf verabschiedet, der leider in den Verhandlungen mit dem Rat deutlich aufgeweicht wurde. Die Frage, die man sich allerdings stellen muss, eben weil wir ein komplexes Paket haben, ist: Wie wirken die einzelnen Aspekte und die einzelnen Punkte, die im Paket erreicht werden konnten, zusammen? Hier, muss man sagen, erreichen wir unter dem Strich mehr, als wir bisher haben. Bisher gibt es keine Definition von Netzneutralität, bisher gibt es allerdings auch keine Sicherung von Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und freier Durchlässigkeit, unabhängig von Sender und Empfänger. Das heißt, im Moment haben Telekommunikationsunternehmen relativ freie Hand, wie wir das auch in der Vergangenheit hatten, und man kann nur über das Wettbewerbsrecht Eingriff nehmen. Das heißt, wenn wir hier zu einer Regelung kommen, werden wir deutlich weitere Schritte einleiten können als bisher. Ich bin nicht zufrieden mit dem Ergebnis zum Thema Netzneutralität, ich bin aber zufrieden, weil mit dem Gesamtpaket ein richtiger Schritt in die richtige Richtung getan wird.

Evelyne Gebhardt (S&D). – Herr Präsident! Mit diesem Telekommunikationspaket machen wir einen ersten ganz wichtigen Schritt, um die Rechte der Bürger und Bürgerinnen, die der Verbraucher und Verbraucherinnen voranzubringen, und das ist ganz wichtig. Und unser harter Kampf, den wir immer wieder geführt haben, damit endlich die Roaming-Gebühren abgeschafft werden, zeitigt nur sehr langsam Ergebnisse, aber die Ergebnisse stellen sich ein, und dies ist deswegen eine ganz wichtige Frage.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Eine weitere wichtige Frage ist natürlich auch diese Frage der Netzneutralität, an der wir auch gearbeitet haben. Und natürlich wäre mir viel lieber gewesen, wenn sich der Text des Parlaments bei den Verhandlungen, die wir gehabt haben, durchgesetzt hätte. Die Frage ist, wie gehen wir jetzt damit um? Ich denke, mit diesem Text haben wir einen ersten richtigen Schritt getan, einen wichtigen Schritt, weil in 26 Staaten keinerlei Regeln existieren. Das müssen wir auch nochmal sehen.

Aber das bedeutet, Herr Kommissar, und da bitte ich Sie, mir wirklich zuzuhören, dass wir uns jetzt nicht hinsetzen können und Däumchen drehen, sondern wir müssen ganz hart daran arbeiten, dass solche Dinge wie zum Beispiel das *zero-rating* auch ganz klar die Definition „abzulehnen“ erhalten. Und wir müssen auch in dem Bereich der Netzneutralität weiterarbeiten, damit auch wirklich Klarheit geschaffen wird, dass alle Bürger und Bürgerinnen freien Zugang dazu haben.

Bendt Bendtsen (PPE). – Hr. formand! Jeg vil gerne starte med at sige tak til ordføreren Pilar del Castillo Vera og også tak til skyggeordførerne for et rigtigt godt forhandlingsresultat.

Europa har brug for mere vækst og beskæftigelse, og derfor har vi også behov for et fælles indre marked for teleydelser. Det har vi ikke haft, det er vi på vej til at få. Ingen havde troet, at vi kunne skubbe til klubben, som har brugt roamingtaksterne som en malkemaskine på forbrugerne i Europa. Der er også grund til at sige tak på vegne af de små og mellemstore virksomheder. Vi lever i en global digital tidsalder, og det gavner det indre marked for de små og mellemstore virksomheder.

Jeg kan så høre, at det ikke er alle, der er lige tilfredse med det, der er sket omkring netneutralitet. Jeg synes, vi skal lytte lidt efter det, kommissæren har sagt i dag. Og så er det trods alt første gang, vi har fået en safeguard ind i vores lovgivning.

Edouard Martin (S&D). Monsieur le Président, nous nous apprêtons tout à l'heure à adopter un règlement fondamental à double titre: tout d'abord, la fin de l'itinérance. En juin 2017, après des années de plafonnement progressif, ce sera la fin des surcharges tarifaires pour ceux de nos concitoyens qui traversent les frontières, et je ne pense pas seulement à ceux qui ont la chance de voyager, mais aussi à ceux qui se déplacent par-delà les frontières pour raisons professionnelles. Je pense tout particulièrement aux travailleurs frontaliers, il s'agit là d'un aboutissement remarquable.

Deuxième élément fondamental, l'inscription des principes de neutralité du net dans notre corpus juridique européen. C'est pour moi une avancée considérable, et je voudrais ici répondre aux inquiétudes et aux critiques qui ont pu s'exprimer sur le résultat de la négociation entre le Parlement et le Conseil. Est-ce que ce texte consacre clairement un principe de traitement neutre et non discriminatoire du trafic internet? Oui, c'est le cas. Est-ce que ce texte ouvre des brèches évidentes qui permettraient de contrevenir au principe de neutralité de l'accès à internet? Je ne le pense pas, même si nous pouvons toujours pouvoir estimer écrire ex abstracto un texte plus clair. Mais est-ce que ce gain éventuel de clarté mérite que l'on prenne le risque de mettre à bas l'ensemble de nos acquis?

C'est sur cette question, et seulement sur cette question, que nos divergences s'exprimeront tout à l'heure. Pour ma part, je ne prendrai pas ce risque – car on ne rouvre pas une négociation achevée – tout en prévenant la Commission et les États membres que nous resterons vigilants à la fois sur la mise en œuvre de ce règlement et sur les prochains textes d'ores et déjà inscrits à l'ordre du jour.

Gunnar Hökmark (PPE). – Mr President, I would like to convey my thanks to the rapporteur and say to Mr Helmer and all the others behind their borders: 'welcome to the 20th Century'. When you have arrived there, you will get the information that the rest of us are in the 21st Century, where there are no borders for mobile telephones or the internet. That is why it is important and a step forward with this package, because now we are clarifying that we need a European telecom market. We are taking away some of the hindrances, but we need to do more.

Dienstag, 27. Oktober 2015

One of the things we need to do more is more spectrum, and I think it is important to go ahead and open up the 700 megahertz band, because that will be a precondition for Europe to have the best capacities and higher speeds. To those who are advocating some sort of doctrinaire net neutrality, I would say that in reality you are hindering and blocking the emergence of new services, because you say that different services are not to be allowed to have different preconditions. We shall not discriminate and block, but we shall open up. What you are saying is not net neutrality, it is anti-net; it is not internet, because a growing and potential internet is open for suppliers and for users: that is the future. We need to go further ahead, but this is an important step forward.

Nicola Danti (S&D). – Signor Presidente, Signor Vicepresidente, onorevoli colleghi, come sempre, quando approviamo un testo legislativo in via definitiva, ci domandiamo se per l'Europa sia un passo avanti. Come sempre, il compromesso raggiunto nell'eterno contendere con il Consiglio può non soddisfare. In questo caso non ci sono dubbi. Il testo che spero con convinzione approveremo rafforza i diritti dei consumatori europei, crea le condizioni per rendere questo nostro continente uno spazio più libero e inclusivo. Ciò è ancora più importante perché si tratta di un settore strategico, quello delle telecomunicazioni, che può rappresentare oggi per l'Europa quello che sono stati il carbone e l'acciaio all'inizio del processo d'integrazione.

L'affermazione del principio di neutralità della rete e l'abolizione definitiva delle tariffe di *roaming* sono due risultati importanti. Per un'Europa che deve rilanciare il mercato unico quale motore di sviluppo e della propria crescita e definire un nuovo modello di sviluppo basato su conoscenze e innovazione, la realizzazione di uno spazio europeo delle comunicazioni e del digitale appare una condizione necessaria per conquistare il proprio futuro.

Theresa Griffin (S&D). – Mr President, Parliament is voting today to bring an end to data text and mobile phone roaming surcharges throughout Europe by June 2017. I urge all of my colleagues in Parliament to vote for this so that we can see an end to outrageous phone bills for people when they return from their holiday or if they travel within the EU to work. This vote will mean that people no longer need to be afraid of facing huge bills just for keeping in touch with their family and their friends.

Roaming charges have been an unjustified burden on holiday-makers and business travellers for far too long, and the end of roaming charges will be of direct benefit to consumers all across Europe and in the UK, not forgetting that this is yet another reason why the EU benefits us in Britain and why the UK is stronger in the European Union.

Procedura «catch-the-eye»

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, συγχαίρω την εισηγήτρια και στηρίζω με όλες μου τις δυνάμεις αυτό το σημαντικό βήμα της Ευρωπαϊκής Ένωσης όσον αφορά την κατάργηση των τελών περιαγωγής. Είναι πολύ σημαντικό επίτευγμα τόσο για την Ευρωπαϊκή Ένωση όσο και για τους ευρωπαίους πολίτες, αλλά πολύ περισσότερο για την κοινωνία, γιατί εδώ υπήρχε πραγματικά μια μεγάλη στρέβλωση και με αυτόν τον τρόπο ουσιαστικά αποκαθιστούμε μια αδικία που υπήρχε για τόσα χρόνια.

Όμως ένα άλλο σημαντικό κεφάλαιο που πρέπει να απασχολήσει την Ευρωπαϊκή Ένωση –και δράττομαι της ευκαιρίας που δίνει η παρουσία του Επιτρόπου να το αναφέρω– είναι το θέμα του Διαδικτύου. Υπάρχουν χώρες στην Ευρωπαϊκή Ένωση που είναι απομονωμένες και νησιώτικές, όπως είναι η Κύπρος, η Μάλτα και πιθανώς και άλλες περιοχές της Ευρωπαϊκής Ένωσης που καταβάλλουν υψηλό κόστος Διαδικτύου. Γίνεται ουσιαστικά εκμετάλλευση από τις τηλεπικοινωνιακές εταιρείες, και πιστεύω και με την παρέμβασή μου να ληφθεί σοβαρά υπόψη και να υπάρξει ρύθμιση, ούτως ώστε να μπορέσει να υπάρξει ανεκτό κόστος για τη χρήση του Διαδικτύου. Η δική μου πρόταση είναι στις μικρές χώρες όπως η Κύπρος, η Μάλτα και σε άλλες νησιώτικές περιοχές να υπάρχει «free wifi zone», ελεύθερη χρήση του Διαδικτύου. Και είναι μια μεγάλη πρόκληση να αρχίσει από τις μικρές χώρες η Ευρωπαϊκή Ένωση, με τη στήριξή της, να εφαρμόζει τη δωρεάν ελεύθερη χρήση του Διαδικτύου. Το Διαδίκτυο είναι ανθρώπινο δικαίωμα, και η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να το παράσχει σε όλες τις χώρες μέλη και σε όλους τους ευρωπαίους πολίτες.

Marc Tarabella (S&D). – Monsieur le Président, nous allons voter un texte important tout à l'heure qui comporte deux volets. Le premier, la suppression des tarifs d'itinérance: nous le voulions même plus tôt, pour le 15 décembre 2015, ce sera le 15 juin 2017. Mais nous ne pouvons que nous en réjouir, dans l'intérêt de tous les consommateurs européens et dans l'optique d'un seul marché, vraiment unique de ce point de vue.

Dienstag, 27. Oktober 2015

L'autre volet, c'est la neutralité du net, bien évidemment, avec la gestion du flux de données, qui pourrait également poser certains problèmes par rapport à la notion de menace d'urgence, laquelle risque naturellement de rouvrir la possibilité d'un internet à deux vitesses. Les pratiques assimilables au taux zéro doivent être bannies. Et à cette fin, je vous propose, pour être clairs et pour éviter qu'un manque de précision ne puisse affaiblir la neutralité du net, de soutenir une série d'amendements: les amendements 2, de 4 à 9 et de 11 à 23, qui pourraient clarifier en tout cas les zones d'ombre et garantir aux citoyens européens la meilleure protection, ce qui est quand même le but de ce texte in globo. Je suppose que nous pourrions y parvenir et voter le texte tout à l'heure.

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ζούμε στην εποχή της πληροφορίας και των επικοινωνιών, σε μια φάση που οι ανθρώπινες ανάγκες εξυπηρετούνται σε μεγάλο βαθμό ηλεκτρονικά. Ταυτόχρονα, η ψηφιακή εποχή δίνει νέες ευκαιρίες στις οικονομίες του κόσμου, αλλά και στις επιχειρήσεις, να αναπτυχθούν και να καταστούν πιο ανταγωνιστικές. Η αύξηση της παραγωγικότητας εξαρτάται πλέον, στον μέγιστο βαθμό, από τις επενδύσεις στις νέες τεχνολογίες. Στο πλαίσιο αυτό, η ενιαία ευρωπαϊκή αγορά ηλεκτρονικών επικοινωνιών διαδραματίζει καθοριστικό ρόλο στο πέρας της Ευρώπης στη νέα ψηφιακή εποχή. Όμως για να γίνει αυτό απαιτείται, πρώτον, ουδετερότητα του δικτύου, που διασφαλίζει την ισότιμη ελεύθερη πρόσβαση για τους καταναλωτές και τις επιχειρήσεις, και, δεύτερον, κατάργηση των τελών περιαγωγής, του roaming, που θα συμβάλει στην ελεύθερη κυκλοφορία προσώπων και υπηρεσιών και στην ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας των μικρομεσαίων επιχειρήσεων.

Για τους λόγους αυτούς, το roaming πρέπει να καταργηθεί άμεσα, εντός του 2015, όπως ήταν ο αρχικός στόχος, και όχι το 2017, γιατί έτσι διατηρούνται τα ηλεκτρονικά τελωνεία. Εδώ λοιπόν και τώρα άμεση κατάργηση του roaming χωρίς όρους και προϋποθέσεις.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, naša će zadaća biti u cijelosti ispunjena kao Europski parlament u onom trenutku kada će internet postati peta europska sloboda. To je način na koji onda građani i svi oni koji su zainteresirani, koji trebaju internet, mogu biti do kraja zadovoljni.

Međutim, ovo je ipak korak u dobrom pravcu. Zato što ćemo 2016. imati slične troškove komunikacije na digitalnom tržištu i zato što ćemo 2017. praktički ukinuti roaming. Možda smo mogli postići više, međutim u ovim odnosima koje imamo s Vijećem i sa zemljama članicama očito nije bilo moguće.

Zato ja na kraju ipak snažno pozdravljam ono što ćemo svi zajedno izglasati već danas i vjerujem da ćemo na kraju pokazati da ova Europa ima snage biti jedinstvenija, biti čvršća zajedno, jer sve ono što s druge strane doživljavamo ide ka razvodnjavanju našeg zajedništva, a mislim da zajedničko digitalno tržište pokazuje i našu zajedničku snagu.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Načela nevtralnosti v odprtem internetu pomeni, da je treba promet obravnavati enako, brez diskriminacije, omejitev ali vmešavanja, neodvisno od pošiljatelja, prejemnika, vrsto, vsebino, napravo, storitev ali aplikacijo.

Vsi, kot slišim danes, smo za nevtralnost interneta, ampak očitno so razlike v razumevanju, ali ta uredba to res zagotavlja, ali bomo s to uredbo res dosegli te cilje.

Ko namreč primerjamo besedilo iz prvega branja, je mogoče ugotoviti, da manjkajo praktično vse določbe, ki se nanašajo na pojem, definicijo in zagotavljanje neodvisnosti in nevtralnosti interneta. In ravno ta ohlapnost jezika, opozarjajo tudi strokovnjaki v Sloveniji, je lahko v Evropi velik problem.

In moram reči, da dober primer prakse zakonodaje, kako je to treba urediti, je primer Slovenije.

Roberta Metsola (PPE). – Sur President, illum hija ġurnata importanti għall-konsumaturi madwar l-Ewropa. Illum ser niehdu deċiżjoni biex fl-aħħar inneħhu darba għal dejjem it-tariffi tal-mobile roaming madwar l-Unjoni Ewropea, u dan b'seħħ mill-2017.

Ser niehdu l-aħħar pass f'proċess legiżlattiv, li frankament diġà kien twil wisq u li ma kellux jitwal daqshekk. It-tnehhija tat-tariffi tar-roaming huma eżempju ieħor konkret tal-benefiċċji ta' unjoni ekonomika b'rabtiet aktar b'saħħithom.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Bid-deċiżjoni tagħna llum, ser inehhu prattiċi antikwati tan-negozju, u ċ-ċittadini tagħna ser jaraw il-benefiċċji reali ta' suq Ewropew diġitali u dan bi prezzijiet orħos. Is-servizzi diġitali ma jistgħux jieqfu mal-fruntieri.

Il-kunċett tal-Ewropa huwa dwar it-tnehhija tal-barrieri u jiena kburiha hafna li llum ser titneħħa barriera oħra. Dan mhuwiex biss dwar ir-roaming imma dwar il-bżonn li jiġu ggarantiti aċċessibilità shiha tal-internet u s-servizz diġitali. Nirringrazzja lill-kollega Pilar de Castillo u l-MEPs l-oħra involuti kif ukoll il-Kummissarju u lill-Kunsill li tant hadmu fuq dan id-dossier.

Silvia Costa (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a differenza della collega Kammerevert, che prima ha parlato a titolo personale, vorrei annunciare il voto favorevole a questo regolamento anche insieme ad altri colleghi S&D della commissione Cultura perché è frutto di un difficile negoziato durato tre mesi e perché, anche se avremmo voluto avere più certezze, per la prima volta dobbiamo dire che in Europa saranno stabilite norme vincolanti in materia di neutralità della rete, che saranno sancite nei 28 ordinamenti giuridici nazionali e obbligheranno i fornitori di servizi Internet nell'Unione europea a un trattamento equo del traffico in rete, senza discriminazioni, interferenze o limiti.

Le autorità regolatorie nazionali dovranno altresì dare piena attuazione alla proposta con poteri aggiuntivi e monitoreranno anche le pratiche discriminatorie, come lo *zero rating*. Saranno inoltre comminate sanzioni, e questo ci sembra un passo avanti molto significativo, insieme naturalmente alla fine delle tariffe aggiuntive per il *roaming* nel giugno 2017. Quindi credo che sia da salutare come un passo in avanti importante.

Pascal Arimont (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Exit für die Roaming-Gebühren in der EU war längst überfällig und kommt rund zwei Jahre später als vom Parlament und der Kommission gefordert.

Dennoch begrüße ich, dass im Sinne der Verbraucher nun endlich ein definitives Datum für die Abschaffung der Roaming-Gebühren festgelegt wurde. Wir haben in Europa einen freien Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr. Bei der Telekommunikation allerdings bestehen weiterhin künstliche Grenzen, das darf ganz einfach nicht sein.

Kritisch sehe ich neben der verspäteten Abschaffung der Roaming-Gebühren jedoch, dass Telekommunikationsanbieter auch nach 2017 immer noch die Möglichkeit haben, Sonderregeln vorzusehen, wenn Nutzer häufiger im EU-Ausland mobil telefonieren als bei gelegentlichen Reisen. Hier müssen wir in Zukunft ganz genau darauf achten, das ist ein Aufruf an die Kommission, dass für die Bevölkerung in einer Grenzregion keine Nachteile entstehen, dass grenzüberschreitende Arbeit dadurch nicht zusätzlich belastet wird.

In Grenzregionen überschreitet man nämlich nicht nur zu Reisezeiten die Grenzen, dort lebt man Europa ganz natürlich jeden Tag. Dafür sollte die Grenzbevölkerung nicht zahlen müssen.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Andrus Ansip, Vice-President of the Commission. – Mr President, first of all I would like to thank the Members for this very fruitful debate this morning.

Parliament has negotiated well and played a leading role for us to get this far. Today we are taking bold steps on both roaming and net neutrality. I must stress that the political understanding should not be reopened with last-minute amendments. Any change now would create a real risk of delays that might not be only months but years. We are not asking any Member State to change existing national rules if these can be interpreted by regulators and courts consistently with the regulation. Our regulators and the Body of European Regulators for Electronic Communications (BEREC) have a long track record in safeguarding open, competitive markets, and I am sure they are up to the task.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Our people have been waiting a long time for common principles of net neutrality and the end of roaming surcharges. If you do not approve of the deal today, there is no date at all. This would be worse. I am sorry to say that we already have in the European Union a generation of people who know how dangerous it is to use your mobile devices in some other countries. If service providers have to tell their customers not to use their services if travelling in some other countries, then we have to say that this is not a sustainable business model. If customers do not care about this advice and they continue use their mobile devices, they could easily start to hate those service providers because of those high bills they have to pay. Now it is up to Members to change this system.

I am also really happy that we were able to find consensus in the common principles of net neutrality: no blocking, no throttling, no pre-paid prioritisation. All traffic has to be treated equally on the internet. This is really important for all of us, not only for Europe, but for the whole world.

Parliament now has the deal, with its very tangible effects for people, in its hands. It is a good deal for Europe and for Europeans. I urge Members again to vote for it.

Pilar del Castillo Vera, ponente. – Señor Presidente, Vicepresidente, Señorías, hoy se van a tomar decisiones trascendentes sobre dos aspectos que me parecen de la máxima relevancia para el futuro digital de la Unión Europea, para el futuro de la economía digital, para el futuro de la sociedad digital; un camino que está en marcha, que es como un tren de alta velocidad sin paradas, y en el que Europa tiene que estar en la locomotora.

En primer lugar, van a desaparecer los costes de itinerancia, los costes de *roaming*, que afectan a millones y millones de ciudadanos en toda la Unión Europea. Los costes de *roaming*, en términos de la libre circulación de personas —un pilar fundamental de la Unión Europea—, suponen una tasa a esa libre circulación. Pues bien, esa aduana digital, esa tasa que hemos estado conociendo, viviendo, a la libre circulación de personas, y también de empresas que generan servicios e intercambian bienes, va a desaparecer, y esto me parece que tiene un enorme valor.

Y, en segundo lugar, internet. Internet es un bien precioso. Internet es un territorio extraordinario que nos ha deparado la tecnología, que hay que cuidar —y yo creo que incluso mimar—, y con este Reglamento se establecen unas condiciones para el acceso a internet con garantías, para que el tráfico sea tratado de manera igual, pero para que, a la vez, los servicios innovadores puedan florecer en el marco de la Unión Europea, para que no se ahogue todo el talento, toda la creatividad.

Es un enorme paso adelante. Es la primera vez que hay un marco regulador de esta naturaleza en el mundo, y es equilibrado. Es una tierra de oportunidades para todos y nadie la debe ahogar. Eso es lo que supone este marco regulador sobre internet que hoy tenemos por delante.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà oggi, martedì 27 ottobre, alle 13.00.

Mi dispiace per alcuni disguidi tecnici e organizzativi che si sono verificati. Lascio la presidenza al Presidente Martin Schulz.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Petras Auštrevičius (ALDE), in writing. – Since our economy is more and more interlinked with a digital dimension, I believe that a genuine single market for electronic communications is an essential part in order to pave the path for sustainable growth in Europe by improving conditions for the existing international businesses and digital industries. In addition, the telecoms single market would vastly benefit consumers who would enjoy fair and competitive prices for the digital devices and services.

Dita Charanzová (ALDE), písemně. – Podporuji předložený návrh, jelikož věřím, že roaming v současné EU nemá své místo a musí být zrušen. Na druhou stranu si umím představit, že by konečný návrh mohl být ještě lepší. Táhnoucí se jednání o zrušení poplatků za roaming je podle mne dobrý příklad špatné praxe, tedy lobbistických schopností telekomunikačních společností. Roaming mohl a měl být zrušen již dříve, volat levněji jsme mohli už z letošní dovolené. I přes tyto průtahy jsem ráda, že jsme se dokázali shodnout na postupných krocích, tedy zastropování cen roamingu a jeho následné zrušení od června 2017. Je to určitě důležitý krok na cestě k jednotnému digitálnímu trhu EU. Na druhou stranu mne mrzí, že se Rada jednoznačně nepostavila za to, že je nutné respektovat síťovou neutralitu. Internet je svého druhu veřejná infrastruktura a není žádoucí, aby si některé subjekty mohly zaplatit za lepší přístup a pohyb v této infrastruktuře na úkor druhých. Jsem proti tolerování jakýchkoliv praktik, které by zabránily tomu, že všechny subjekty využívající internet mají stejná práva a možnosti. Takovou situaci bych považovala za nerovnou konkurenci. Jsem však

Dienstag, 27. Oktober 2015

přesvědčena, že předložený návrh je lepší než žádný návrh. Přesto, že v principu souhlasím s obsahem předložených pozměňovacích návrhů, rozhodla jsem se zdržet se hlasování.

András Gyürk (PPE), írásban. – 2017. június 15-e emblemikus nap lesz Európa számára. Úgy vélem – és nem hiszem, hogy túlzok – hogy a határok átjárhatóvá tétele után ez ismét egy olyan EU-s vívmány, amely minden állampolgárra hatással lesz: végre lehetővé válik az, hogy legkésőbb 2017. június 15-től hazai tarifákon beszélgethessenek az Európai Unió állampolgárai egymással. Az Európai Parlament 2007 óta árplafonok bevezetésével segítette az állampolgárokat és a határon átnyúló üzleti tevékenységet végző vállalkozásokat: az elmúlt évek során fokozatosan csökkent a külföldi telefonhasználat díja. Hangsúlyozom, hogy a Parlament mindent megtett annak érdekében, hogy az extraprofitnak is tekinthető barangolási díjak minél hamarabb eltörlésre kerüljenek.

A dokumentumban a hálózatsemlegesség kérdése is szabályozásra kerül. Ennek keretében a szolgáltatók kötelesek egyenlően kezelni az összes forgalmat, és tilos lesz számukra blokkolni vagy lassítani különböző szolgáltatások átviteli sebességét. Ezenkívül lehetővé válik olyan különleges szolgáltatások értékesítése, melyek garantálják a magas minőségű internet-hozzáférést, de nem az alap internetszolgáltatás rovására. Gratulálok Del Castillo Vera képviselőtársamnak a tárgyalások során tanúsított állhatatos munkájáért, köszönjük ezt a remek teljesítményt.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – Tisztelt Elnök Úr! Elfogadhatatlan számomra az, hogy a tagállami kormányokat tömörítő Tanács két évvel késlelteti a roaming-díjak kivezetését Európában, illetve veszélyezteti az internet szabadságát, annak demokratikus, közösségi jellegét. A Demokratikus Koalíciónak meggyőződése, hogy a határok nélküli Európában mára nincs létjogosultsága a külföldi telefonálást és internetezést megdrágító barangolási díjnak. A roaming-díjakat nem 2017 nyarán fokozatosan, hanem azonnal kell kivezetni. Ennek a döntésnek nincsen alternatívája, a mobilszolgáltatók ne számolhassanak fel többet a külföldi telefonálásért, mint a belföldi hívásokért!

Ugyanakkor olyan javaslatot sem tudok támogatni, amely veszélyezteti az európai internet semlegességet, bármilyen szinten korlátozhatja az európai és magyar emberek szabad internethasználatát. A tagállami kormányok olyan szabályozást akarnak, amely kétbességes internetet eredményez: gyorsabb sáv a gazdagabbaknak, lassabb, rosszabb minőség a szegényebbeknek. A mostani javaslat lehetővé teszi továbbá az egyes internetes szolgáltatások önkényes korlátozását, és azt, hogy egyes, a szolgáltató által meghatározott tartalmak ne számítsanak bele a fogyasztó havi limitjébe. A javaslat kockára teszi az internet szabadságát és káros az innovációra, megfojthatja a magyarországi kezdő vállalkozásokat is. A közelmúltban láttunk már olyan kísérletet, amikor a magyar kormány próbálta megadóztatni, korlátozni az internethasználatot. A DK ezt akkor is elutasította, most európai szinten sem fogjuk támogatni az internet semlegessége elleni törekvéseket.

Claude Rolin (PPE), par écrit. – Enfin la volonté de voir supprimés les frais d'itinérance pour téléphoner, envoyer des sms ou naviguer sur le net depuis un autre pays de l'Union européenne! À la Commission européenne, à présent, de permettre que cette suppression soit effective en réformant le «marché de gros de l'itinérance» d'ici juin 2017. Si l'on est convaincu par le projet européen, comme je le suis et si l'on souhaite défendre la mobilité des Européens, il faut éviter qu'il y ait un prix supplémentaire à payer pour pouvoir communiquer depuis l'étranger.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Zniesienie opłat roamingowych na terenie całej Unii Europejskiej to niewątpliwie ogromny sukces. Jestem przekonany, że ta decyzja wpłynie nie tylko na ułatwienie codziennego życia milionów Europejczyków, ale przede wszystkim da impuls wielu przedsiębiorcom do pełnego korzystania z rewolucji cyfrowej. Ubolewam jednak, iż pełne zniesienie opłat roamingowych nastąpi dopiero 15 czerwca 2017 roku. W tym kontekście cieszy fakt, że od kwietnia 2016 roku zostaną jednak znacząco obniżone obecne limity na opłaty za połączenia zagraniczne. Należy również zauważyć, iż zniesienie roamingu nie jest bezwzględne, gdyż ogranicza je klauzula uczciwego wykorzystania, pozwalająca na doliczanie opłat hurtowych w przypadku nadużycia lub korzystania z telefonu wyłącznie za granicą. Według mnie jednak jak wspólny rynek, to wspólny rynek, dlatego jestem przeciwny temu rozwiązaniu. Inną niezwykle istotną kwestią dla prawidłowego funkcjonowania jednolitego rynku łączności elektronicznej jest neutralność sieci. Mam nadzieję, że przyjęte w rozporządzeniu rozwiązania będą gwarantować, iż każdy użytkownik będzie miał równy dostęp do wszystkich usług w Internecie, a cały ruch w sieci będzie traktowany w jednakowy sposób. Gdyby w praktyce okazało się jednak, że obecne rozstrzygnięcia nie nadążają za dynamicznym rozwojem świata cyfrowego, konieczna będzie ich korekta.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Romana Tomc (PPE), pisno. – Pozdravljam predlog Sveta o ukinitvi plačevanja gostovanja v mobilnih omrežjih, a ne za ceno veliko nižjih standardov na področju nevtralnosti interneta, kot je to predlagal kompromisni tekst Sveta.

Leta 2012 je bila v Sloveniji kljub nasprotovanju levice v Državnem zboru - SD je celo vložila amandmaje, ki so nevtralnost interneta črtali - uzakonjena nevtralnost interneta. Internetna nevtralnost koristi končnim uporabnikom, evropskim državljanom, in je nujna za zagotavljanje poštene konkurence na trgu. Namesto, da dopustimo nastanek „interneta dveh hitrosti“, je potrebno zagotoviti, da bo dostop brez diskriminacije enak za vsakogar ter da ne bo prihajalo do nastajanja monopolov in omejevanja zdrave konkurence.

To je pomembno tako z vidika običajnega uporabnika interneta, kot z vidika izobraževanja ter konkurenčnosti predvsem malih in srednjih podjetij, ki predstavljajo več kot 98 % vseh evropskih podjetij.

Carlos Zorrinho (S&D), por escrito. – O regulamento sobre o mercado único digital para as comunicações eletrónicas é um pilar essencial para a concretização da União Digital. O regulamento votado resulta de um compromisso entre o Parlamento Europeu e o Conselho. É verdade que se poderia ter ido mais longe nalguns pontos, em particular na consolidação do conceito de neutralidade da Internet, mas o acordo conseguido é uma síntese que permite a continuação futura do trabalho no sentido adequado.

Relevo que este acordo vai permitir reduzir as tarifas de *roaming* a partir de 30 de abril de 2016 e abolir estas tarifas em 15 de junho de 2017. O acordo garante também o acesso aberto à Internet e proíbe as práticas de acesso prioritário à rede mediante pagamento. É igualmente reforçado o papel dos reguladores nacionais para garantir a aplicação do regulamento.

Por estas razões, é um regulamento positivo, mas que tem de ser acompanhado em permanência, quer para garantir a sua efetiva aplicação, quer para introduzir melhorias e correções decorrentes da experiência da sua aplicação.

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

3. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 15. Oktober 2015, insbesondere zur Bereitstellung internationaler Finanzmittel, und des Treffens der Staats- und Regierungschefs vom 25. Oktober 2015 zu den Flüchtlingsströmen entlang der westlichen Balkanroute sowie Vorbereitung des Gipfeltreffens in Valetta am 11. und 12. November 2015 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission zu den Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 15. Oktober 2015, insbesondere zur Bereitstellung internationaler Finanzmittel, und des Treffens der Staats- und Regierungschefs vom 25. Oktober 2015 zu den Flüchtlingsströmen entlang der westlichen Balkanroute sowie Vorbereitung des Gipfeltreffens in Valetta am 11. und 12. November 2015 (2015/2841(RSP)).

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Am Sonntag habe ich als Präsident unseres Hauses auf Einladung von Kommissionspräsident Juncker am Treffen der Regierungschefs zu den Flüchtlingsströmen auf der Westbalkanroute in Brüssel teilgenommen.

Wie ich der Konferenz der Präsidenten gegenüber bereits am Donnerstag dargelegt habe, hielt ich es angesichts der Dramatik für angemessen und gerechtfertigt, dass Herr Kommissionspräsident Juncker alle Beteiligten in Brüssel zusammengerufen hat, um gemeinsam dringend benötigte operationelle Entscheidungen zu treffen und praktische Schritte zu beschließen. Präsident Tusk und ich selbst haben der Einladung Folge geleistet und an diesem Treffen teilgenommen.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Aber unbeschadet dieser Treffen müssen auch wir, und gerade im Rahmen der Gemeinschaftsinstitutionen, den Versuch unternehmen, nachhaltige Antworten auf die Flüchtlingskrise zu finden. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass heute umfassend über die Ergebnisse der unterschiedlichen Treffen debattiert wird.

Meine Damen und Herren, am Sonntag wurde – wenn ich das so sagen darf – relativ brutal sichtbar, dass die Lage auf dem Westbalkan extrem besorgniserregend ist, auch politisch.

Zehntausende fliehen über diese Balkanroute in Richtung Westeuropa. Sie haben kein Dach über dem Kopf, sie frieren, sie hungern, harren zum Teil tagelang im Regen aus oder überqueren mitten in der Nacht unsere Außen- und Innengrenzen. Mit dem baldigen Wintereinbruch droht, so hat es Jean-Claude Juncker genannt, eine humanitäre Katastrophe.

Ich glaube deshalb, dass der 17-Punkte-Plan, der vorgestern in den frühen Morgenstunden beschlossen wurde, ein guter Schritt ist, der schnell umgesetzt werden muss und dem viele weitere folgen müssen. Dennoch habe ich wie alle anderen Beteiligten das vorgestrige Treffen tief besorgt verlassen.

Die Atmosphäre auf diesem Treffen war teilweise gespenstisch. Das größte Problem auch nach diesem Treffen bleibt, dass dort Zusagen gemacht werden, die anschließend nicht eingehalten werden. Wenn Regierungen, ob rechte Regierungen oder linke Regierungen, nationale Egoismen für wichtiger halten als gemeinschaftliche Lösungen, dann es gibt zwei Leidtragende: die Flüchtlinge und den Zusammenhalt in der Europäischen Union.

(Beifall)

Donald Tusk, *President of the European Council*. – Mr President, before debriefing on the European Council of 15 October and the next steps ahead, I would like to say the following.

The crisis, or rather challenge, that we, all of us, as a community, as the European Union, are facing now is perhaps the biggest challenge we have seen for decades. I have no doubt that this challenge has the potential to change the European Union we have built. It has the potential even to destroy achievements such as border-free travel between Schengen countries. What is even more dangerous, it has the potential to create tectonic changes in the European political landscape. And these are not changes for the better. These are truly extraordinary times that require extraordinary measures, extraordinary sacrifices and extraordinary solidarity. To me, as President of the European Council, and I believe to most of us, it is paramount to ensure the unity of our Member States and our European institutions. Together, we will handle this crisis. Otherwise, I do not want to think of the alternative.

From the very outset of this crisis, I have underlined the importance of protecting our external borders. We do not yet have an agreement on how to do it in operational terms but at least leaders share the view that our priority must be to protect the EU's external borders. Unfortunately, the situation will get even worse, as I warned this Chamber in my last intervention. I mean, for example, the new wave of refugees from Aleppo and the region of the Russian bombing attacks in Syria: more than 100 000 new refugees in a few days.

During the last European Council, leaders gave a cautious welcome to the work of the Commission on a deal with Turkey on migration. Here, let me personally thank First Vice-President Timmermans who is working hard on the technical details. Let me stress again that a deal with Turkey only makes sense if it helps stem the migratory flows to Europe. This cooperation will not be easy. We should have no illusion that any third country, including Turkey, can replace us in protecting our borders.

Second, leaders took stock of work to make eleven hotspots in Greece and Italy fully operational by the end of November. This deadline is ambitious and requires a significant acceleration of manpower and assets to Frontex, and the European Asylum Support Office. For now, the European agencies have less than half of what they need. When it comes to the role of hotspots, we have started an honest debate on how they should function. This is still work in progress.

Third, we discussed at length how to protect our borders. We must end at once this completely unnecessary argument between the proponents of protecting external borders and the advocates of solidarity and openness. We need both. We need to restore effective external border control to start managing the situation on our borders. This has to include stopping the illegal crossings of our borders, registration of all asylum-seekers, and organisation of appropriate reception facilities. This will not in itself stop the flow, but it will reduce it significantly.

Dienstag, 27. Oktober 2015

In this regard, the European Council agreed that Frontex will be developed beyond its current mandate. It will be able to intervene in border crises faster and more assertively and it will take a lead in the return of irregular migrants. We need Parliament's help to do this as quickly as possible. The aim is to equip Frontex with the tools it needs to fully protect European borders. I would like to commend the impressive work already done by the Members on financing for both Frontex and the European Asylum Support Office.

In parallel, we will need to work on how to develop further our internal solidarity between Member States. A very first step is to provide Frontex and the European Asylum Support Office with all the resources they need, as well as implementing the temporary relocation mechanism to alleviate the burden from those of our Member States most affected.

This crisis does not just concern Syrian refugees. Two weeks from now I will convene a summit of European and African leaders in Valletta. With the help of our African counterparts, it is our goal that this summit will help to forge a real Euro-African partnership on the migration issue.

The European Council decided that we want to achieve concrete operational measures, in a fair and balanced manner, on effective return and readmission, dismantling of criminal networks and prevention of illegal migration, accompanied by real efforts to tackle the root causes and to support African socio-economic development, together with a commitment concerning continued possibilities for legal migration.

We will aim at exploring possibilities for developing safe and sustainable reception capacities in the affected regions and providing lasting prospects and appropriate procedures for refugees and their families, including through access to education and jobs, until return to their country of origin is possible.

Finally, we will ask Member States to further contribute to the efforts made to support UNHCR, the World Food Programme and other agencies, as well as to support the EU's Regional Trust Fund responding to the Syrian crisis and the EU Trust Fund for Africa.

Finally, on Britain: I briefed leaders on the preparatory discussions between my officials and the UK over the last months. We welcomed Prime Minister Cameron's commitment to set out the UK's specific concerns in writing by early November.

Jean-Claude Juncker, *Präsident der Kommission*. – Sehr verehrter Herr Präsident, Herr Präsident des Europäischen Rates, meine Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kollegen!

Last week along the Western Balkans route we saw refugees wading through freezing rivers. We saw them sleeping in the rain and mud. Soon this will be snow and ice. Winter is approaching and every day counts.

Das ist genau die Ursache, Herr Präsident, wieso und weshalb ich im Einvernehmen mit Ratspräsident Tusk für letzten Sonntag einige europäische Mitgliedsstaaten und drei Staaten, die noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind, zu einem Sondertreffen betreffend die Westbalkanroute nach Brüssel eingeladen habe.

Es haben an dieser Sitzung acht Staats- und Regierungschefs, Mitglieder der Europäischen Union, teilgenommen, plus der luxemburgische Migrationsminister, Herr Asselborn, und der niederländische Migrationsminister als Vertreter der zukünftigen Ratspräsidentschaft. Außerdem hatte ich zu dem Treffen eingeladen: Ratspräsident Tusk und auch Parlamentspräsident Schulz, weil es mir darauf ankommt, deutlich zu machen, dass diese Flüchtlingskrise nicht nur die betroffenen Westbalkanstaaten angeht, sondern auch die Europäischen Institutionen inklusive des Europäischen Parlaments, dessen Mithilfe wir ja dringend brauchen, was die budgetären Auswirkungen der getroffenen Vereinbarungen des Europäischen Rates und dieser Westbalkan-Gruppe anbelangt.

Ich möchte hier noch einmal zum Ausdruck bringen, wie dankbar ich bin, dass das Europäische Parlament allen Vorschlägen der Europäischen Kommission in Rekordzeit gefolgt ist und die Europäische Union ermächtigt und befähigt hat, die haushaltspolitischen Beschlüsse tatkräftig umzusetzen.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Außerdem hatte ich den Hochkommissar für Flüchtlingsfragen, meinen Freund António Guterres, plus Frontex und EASO, zu diesem Treffen eingeladen, dazu Albanien, Fyrom und Serbien, weil diese drei Staaten, die sich an der Peripherie der Europäischen Union befinden, in besonderem Maße von den Flüchtlingsbewegungen betroffen sind.

Die Kommission hat diese Initiative ergriffen, mit diesen Westbalkanstaaten und mit einigen Zielländern der Flüchtlingsbewegung, weil die Kommission mit beiden Füßen im operativen Geschäft steht und tagtäglich dafür sorgen muss, dass die Erwartungen, die Wünsche der Mitgliedstaaten und im Übrigen auch der Flüchtlinge möglichst zeitgerecht erfüllt werden können.

Eigentlich hätte es dieses Treffens nicht bedürfen müssen. Eigentlich müsste der Normalfall doch der sein, dass die Westbalkanstaaten, statt übereinander zu reden, miteinander reden. Zum ersten Mal war es möglich, diejenigen, die übereinander reden und nicht miteinander reden, um einen Tisch herum zu versammeln und sie zu bitten – und das habe ich gemacht –, offen und ehrlich die bestehenden Probleme generell, regional und auch bilateral anzusprechen.

Diesem Wunsch wurde in fast übertriebener Form Genüge getan. Was wiederum den Eindruck nach außen hin verschaffen konnte, weil es ja auch dauernd Zwischenmeldungen aus diesen Sitzungen gibt, als ob wir es mit einem Zerwürfnis und einer endgültigen Spaltung der Europäischen Union in zwei und mehrere Teile zu tun hätten.

Der Normalfall ist, dass wir miteinander reden. Es ist nicht einmal ein Ausnahmefall, es ist ein „Nichtfall“, dass Mitgliedstaaten der Europäischen Union untereinander nicht über gemeinsame Probleme reden, und dass es eines Sondertreffens bedurfte, zeigt, dass die Europäische Union in keinem guten Zustand ist, denn das, was wir am Sonntag in die Wege geleitet haben, hätte spontan von den betroffenen Mitgliedsstaaten in die Wege geleitet werden müssen.

Die Aussprache war eine offene, ehrliche – teilweise anstrengende Aussprache – und nicht jedes Gespräch und nicht jede Wortmeldung entspricht der Qualifizierung eines Dialogbeitrags. Aber es ist uns in dieser Runde gelungen deutlich zu machen, in diesem Format – besondere Umstände verlangen besondere Formate – dass wir nur gemeinsam mit dieser Problematik zu Rande kommen. Deshalb bin ich allen Teilnehmern dankbar, dass sie sich insofern zusammengerauft haben, als es wirklich darauf ankam, deutlich zu machen, dass man Europa nicht gegeneinander aufbauen kann, sondern dass man Europa nur miteinander aufbauen kann.

Sunday was not a day for big political statements. It was a day to roll up our sleeves and agree on pragmatic operational measures that can be implemented immediately. Leaders committed to addressing three main challenges.

Point number one: they committed to providing immediate shelter for all arriving refugees so that they are not left outside in sub-zero temperatures. They committed to providing food, healthcare, water, sanitation, including by relying on the EU civil protection mechanism where necessary.

As a very concrete follow-up, yesterday Croatia activated the civil protection mechanism, asking for winter tents, beds, emergency blankets and electric heaters. I would expect Member States to contribute to this European solidarity mechanism to provide Croatia with the necessary assistance for those in need.

Leaders also committed to increasing reception capacities for refugees by 100 000 places overall in Greece and the Western Balkans. I would like to commend Prime Minister Alexis Tsipras for agreeing to create 30 000 places by the end of the year and, with the help of the UNHCR, places for another 20 000 people. I am grateful to António Guterres, who will ensure the UNHCR lends its full support to these efforts to increase reception capacities by a further 50 000 along the Western Balkans route.

Secondly, leaders committed to managing migration flows together. We need to slow down the uncontrolled flow of people. This means registering people when they enter the European Union. This also means informing refugees about the existing routes and the consequences of their refusal to be registered. I have to say: no registration, no rights. It is as simple as that and refugees have to know this because of course refugees have rights, and I will always defend this right, but refugees coming to Europe have obligations too.

Dienstag, 27. Oktober 2015

(Applause)

Managing the migration flows together also means sharing information. Last week we saw countries waving through refugees from one country to the other. We saw fingers being pointed at each other and we saw countries talking about, but not with, each other. That is the politics of panic. It gives the illusion of a solution, while all it does is harm your neighbours and damage European solidarity. We are putting an end to all beggar-thy-neighbour policies. Instead, countries shall help their neighbours by telling each other what they are doing, exchanging information on migration flows and humanitarian capacities available. How many refugees are on their way? Where are they crossing the border? Where are they going? How many tents or blankets are currently being used and how can they be put at the disposal of the neighbour who needs them most?

It is quite astonishing that we had to undertake a huge effort to convince some of our Member States to inform other of our Member States about the refugee flows heading to the borders. For someone who is inspired by basic common sense, it seems surprising that we have to convene a meeting to ask Member States to inform each other about refugee movements. That again shows that the European Union is not in good shape. We need to share the answer to simple questions like those I mentioned. Yesterday, all countries who attended Sunday's meeting appointed national contact points so we can instantly share information. The Commission will monitor the implementation on a weekly basis and will hold the first conference call already this week on Thursday.

Thirdly, leaders agreed to strengthen border management. To protect Schengen we agreed to strengthen the external EU border, in particular between Greece, Serbia, the former Yugoslav Republic of Macedonia (FYROM) and Albania. By the end of this week, 400 additional police officers will be deployed in Slovenia – this week. Frontex will assist Greece in registration of refugees and migrants.

Countries will step up efforts to return migrants who do not need protection. To this end, the Commission stands ready to work on readmission agreements with relevant countries where we do not yet have any in place, while continuing our work to improve the workings of admissions agreements in place, such as the one with Pakistan, for example.

Un autre élément qui m'a beaucoup impressionné, tout en ayant connaissance avant d'entrer en salle, fut la discussion sur le point suivant: pratiquement tous les États membres, sans exception, ont attiré l'attention collective sur l'énorme coût de la politique que les États membres doivent mettre en place pour faire face à la crise des réfugiés. Je les comprends parfaitement. C'est la raison pour laquelle, en date du 15 octobre, la Commission, que j'ai l'honneur de présider, a fait savoir aux États membres que lorsqu'il s'agit de qualifier les dépenses budgétaires qui sont affectées à la crise des réfugiés, nous allons appliquer – lorsqu'il s'agit de l'interprétation du pacte de stabilité et de croissance – les règles révisées, les règles d'application du pacte de stabilité, tel que la Commission, en ajoutant une dose de flexibilité à l'interprétation de ces règles, le prévoit.

Nous sommes en face d'un problème d'une exceptionnelle gravité. Alors, je peux dire – et je peux le dire partout, et je peux le chanter sur tous les toits d'Europe –, le pacte est le pacte. Le pacte n'est pas le pacte au sens ancien du terme, dès lors qu'il s'agit de mettre tous nos efforts au service d'une politique communément agréée. Et donc, en fonction d'une analyse pays par pays, nous allons voir dans quelle mesure il doit être tenu compte, plus qu'auparavant, du coût entraîné par la politique relative aux réfugiés. Nous allons donc appliquer le pacte tel qu'il a été modifié par la Commission, mais nous allons le faire sur la base d'une analyse pays par pays. Il y a des pays, y compris parmi les grands, qui ne font pas un effort suffisant. Si un pays fait un effort extraordinaire, il doit y avoir une interprétation conforme à cet effort extraordinaire. Les pays qui ne font pas d'efforts supplémentaires, qui n'arrivent pas à prouver qu'ils sont gravement affectés par le coût entraîné par la politique dont je parle ne verront pas s'appliquer une interprétation plus flexible du pacte. Qui veut une interprétation plus flexible du pacte doit d'abord montrer qu'il dispose du sens des responsabilités nécessaire.

Et puis, mes chers collègues, il faut savoir que le budget de l'Union européenne est limité. Ses ressources sont limitées, ses possibilités de flexibilité sont limitées, et nous arrivons aux confins extrêmes de nos possibilités budgétaires. La Commission a tout fait pour faire en sorte que tous les moyens budgétaires disponibles soient réunis dans un même élan et un même effort. Mais le budget européen est trop exigu pour pouvoir faire face seul aux problèmes auxquels nous sommes confrontés, et j'inviterais donc les États membres, votre Parlement bien sûr et la Banque européenne d'investissement à réfléchir à des chemins et voies de financement supplémentaires, dont nous avons besoin pour pouvoir faire face à la crise. À situation exceptionnelle, financement exceptionnel, et nous allons travailler au cours des semaines à venir à ce sujet.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Sunday was a day of unity. For the first time, the leaders of the Western Balkans sat together around the table and discussed the problems they are facing. They agreed on a series of concrete and operational actions to better manage the situation. These measures come in addition to those we discussed at the European Council on 15 October. President Tusk has mentioned all the decisions which were taken that day.

On 15 October – and in line with what I have said in this House – I had one objective, namely to lead Member States back to the promises they made on 23 September at the previous European Council. There has not been enough progress and, in some cases, not enough by far. We need progress in two areas in particular. First, we need to speed up – as I mentioned – operational measures to get the hotspots and relocation working. Relocation is not working in the best way possible. Second, we need budgetary support.

I made it clear before this House, and again before the European Council, that Member States need to do more and act faster to keep the promises made on 23 September. This is essential. This is crucially essential if we want the operational decisions to be implemented. At the Council, Member States told me they would stand by their promises, and we have seen updated pledges from some. But the Member States are still moving slowly at a time when they should be running. They are moving slowly. They should start to run.

In September, Member States promised to send experts and reinforce our agencies. We urgently need the experts for the agencies to help register refugees, take fingerprints and help refugees in hotspot areas. The European Asylum Support Office (EASO) asked for 374 experts. As of yesterday, 20 Member States had offered 145 experts, but we still need 229 more. There is also progress on border guards for Frontex. Frontex asked for 775 experts and so far has received offers of 326. This is good, but it is far from being good enough. We need more.

On relocation too, things are moving, but they are not moving fast enough. Member States need to do as they promised: nominate national contact points, send liaison officers to Italy and Greece and notify their reception capacity. 25 Member States out of 26 obliged to do so have now appointed national contact points, eight Member States have appointed liaison officers for Italy, and only three Member States for Greece. Nine Member States have let us know that they can soon relocate at least 700 people. But let us not forget that we have made a decision to relocate 160 000 refugees in need of international protection. The gap between pledges and what is on the table must be reduced, otherwise we will lose all credibility.

(Applause)

Il y a trois semaines, nous avons décidé de mettre à la disposition des politiques en cours et à venir tous les moyens budgétaires dont l'Union européenne dispose. Le budget communautaire a été pleinement utilisé.

Nous allons consacrer dans le budget européen – nous, Commission, mais c'est l'argent des États membres et l'argent des citoyens – 10 milliards d'euros à la résolution de la crise des réfugiés en 2015 et 2016. Nous avons fait passer de 4,2 milliards à 10 milliards les montants que nous allons consacrer à cette politique, à mes yeux, essentielle. Le 23 septembre, les États membres ont promis de combler les lacunes qui existaient, mais il nous manque toujours, en termes de contributions bilatérales nationales, 2,3 milliards d'euros parce que les États membres, jusqu'à ce jour, nous ont fait savoir qu'ils seraient à même de mettre à notre disposition 486 millions. Il y a donc une lacune énorme, pratiquement la même qui existait il y a un mois, de 2,3 milliards d'euros. Nous devons donc faire mieux, parce que nous risquons de ne pas être à la hauteur.

Nous aurons en novembre – Donald Tusk vient d'y faire référence – un sommet avec les pays africains. Nous le voulions parce que nous pensons que le problème des réfugiés n'est pas seulement européen. Il ne faut pas croire que d'un côté, il y aurait le monde et de l'autre, l'Europe. Je considère qu'il y a l'Europe dans le monde, et nous devons donc agir de concert avec nos amis africains. Mais je ne voudrais pas arriver à La Valette avec des promesses non tenues. Comment pouvons-nous engager un dialogue sérieux et responsable avec nos cousins africains si, nous-mêmes, nous ne sommes pas en mesure de répondre convenablement aux promesses que nous leur avons faites? Il s'agit donc, d'ici La Valette, de faire en sorte que nous soyons au rendez-vous les poches remplies non seulement de promesses, mais aussi d'engagements tenus.

Dienstag, 27. Oktober 2015

(Applaudissements)

Herr Präsident! Ich würde gerne – weil ich dabei bin, meine Zeit zu überschreiten, aber das kennen Sie – ein Wort zur Türkei sagen. Wir sind dabei, ein gemeinsames Aktionsprogramm mit der Türkei zu vereinbaren. Die Vorschläge, die die Kommission diesbezüglich vorgelegt hat, wurden vom Europäischen Rat unter Leitung von Donald Tusk nicht nur intensiv studiert, sondern auch positiv begleitet. Der Erste Vizepräsident, Frans Timmermans, hat in direkten, auch nächtlichen Verhandlungen mit der Türkei die Dinge in Bewegung gebracht. Ich möchte ihm sehr herzlich für seine Anstrengungen, für seine inzwischen auch erfolgsgekrönten Anstrengungen, danken. Er macht das sehr gut, wie sich auch der für Flüchtlingsfragen zuständige Kommissar Dimitris Avramopoulos sehr engagiert und sich auch in den betroffenen Ländern für die Lösung dieser Flüchtlingsfragen einsetzt. Deshalb braucht es auch keine feierlichen Appelle aus Bayern und von sonstwo, dass der Kommissionspräsident jetzt endlich die Dinge in die Hand nehmen soll. Ich tue sonst nichts. Wenn andere so aktiv wären bei der Bekämpfung der Flüchtlingskrise, wie die Kommission es in täglichem und nächtlichem Einsatz ist, dann wären wir sehr viel weiter. Die Kommission verdient – ich sage das – keine Kritik in diesem Zusammenhang!

(Beifall)

Wir müssen, sehr verehrte Kollegen, mit der Türkei an der Umsetzung dieses gemeinsamen Aktionsplans arbeiten. Das tun wir, das tut Frans Timmermans, das tut Johannes Hahn, das tut Dimitris Avramopoulos. Aber wir müssen jetzt schnell weiterkommen.

Ich lese und ich teile viele dieser schriftlich niedergelegten Erörterungen, dass es Zweifel gibt, Bedenken gibt, dass es vieles zu hinterfragen gibt im Zusammenhang mit dem Umgang mit der Türkei. Ich sage Ihnen nur Folgendes: Die Türkei beherbergt auf ihrem Territorium 2,5 Millionen Flüchtlinge – mehr als wir und schon längere Zeit als wir. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wir sagen der Türkei: Okay, es gibt zwischen der Europäischen Union, zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und der Türkei ungelöste Fragen in punkto Menschenrechte, in punkto Pressefreiheit, und so weiter und so fort. Das bringt aber im Moment nichts. In unseren Gesprächen mit den türkischen Kollegen – Timmermans, ich selbst, andere – lenken wir die Aufmerksamkeit der türkischen Regierung auf diese Missstände. Aber wir müssen jetzt konkrete Schritte in gemeinsamer Solidarität mit der Türkei einleiten, denn die Türkei ist einverstanden, dafür zu sorgen, dass die Flüchtlinge, die zurzeit in der Türkei untergebracht sind, in der Türkei bleiben. Sie sind einverstanden damit, alles zu tun, damit sich nicht neue Flüchtlingsströme in Richtung Türkei und dann in Richtung Süd- und Nordeuropa in Bewegung setzen. Die Türkei ist einverstanden, den Flüchtlingen soziale Dienstleistungen zugutekommen zu lassen, und sie ist einverstanden, dass die Kinder, die von überall her kommen, in der Türkei zur Schule gehen können. Was hat das für einen Sinn, wenn wir Flüchtlinge in Lagern zusammenbringen und nicht dafür sorgen, dass die Kinder dieser Flüchtlinge eine Lebenschance erhalten dadurch, dass sie zur Schule gehen können und sich ausbilden lassen können?

Insofern: Ob es passt oder nicht passt, ob es gefällt oder nicht gefällt, wir müssen mit der Türkei in gemeinsamer Anstrengung zusammenarbeiten. Die Türkei braucht drei Milliarden Euro, um der Krise Herr zu werden. Im europäischen Haushalt gibt es für 2015 und 2016 jeweils 250 Millionen Euro, den Rest müssen die Mitgliedstaaten aufbringen. Und diese Beträge kommen zu den 2,3 Milliarden Euro hinzu, die uns seit dem September-Rat noch fehlen. Wir müssen mit der Türkei über Visaliberalisierung reden, wir müssen mit der Türkei über die Beitrittsverhandlungen und die Dynamisierung derselben reden, ohne dass wir auf unsere ursprünglichen und immer noch gültigen Grundsatzbeschlüsse verzichten würden. Ich richte einen Appell an dieses Haus, der Kommission dabei zu helfen, dass wir schnell und zügig mit der Türkei zu verbindlichen, ihr und uns helfenden Vereinbarungen kommen. Ansonsten wird die Lage wesentlich schwieriger, als sie es heute schon ist.

Ich füge hinzu, dass ich gern hätte, dass wir uns schnell mit dem Thema gemeinsame Küstenwache beschäftigen. Wir brauchen eine gemeinsame Küstenwache, und wir brauchen einen besseren Schutz der Außengrenzen. Wir brauchen direkte Informationen, die an die Flüchtlinge weiterzureichen sind, und wir brauchen den Hinweis an die Flüchtlinge – nicht an die Asylberechtigten, sondern an die Flüchtlinge –, dass sie wieder in ihre Heimatländer zurückkehren müssen, wenn die kriegesischen Auseinandersetzungen in Syrien – ich träume ein bisschen – und sonstwo zu Ende gebracht worden sind.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ich danke für die Aufmerksamkeit und werde gerne im Laufe der Debatte alle Fragen, die die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion betreffen, mit Ihnen erörtern. Ich möchte nur sagen, dass wir versuchen, zügig weiterzukommen in Sachen Vertiefung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Fünf-Präsidenten-Berichts. Ich bitte alle diejenigen, die sich zu Recht – ich denke zu Unrecht – Sorgen machen um eine genügende Berücksichtigung der Einflussnahme des Europäischen Parlaments, ihre Bedenken zu vergessen. Die Europäische Kommission wird vor allem in punkto Einlagensicherung – das ist ein Ko-Gesetzgebungsverfahren, so ist das von der Kommission angedacht – mit dem Parlament so reden und verhandeln und diskutieren, wie es den exzellenten Beziehungen zwischen beiden Institutionen angemessen ist.

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich mich gestern auf meinen heutigen Redebeitrag vorbereitet habe, hatte ich mir zunächst aufgeschrieben: Ja, wir sind für Hotspots, Ja, wir sind für mehr Entwicklungshilfe, Ja für die Quote, Ja für sichere Herkunftsstaaten. Und irgendwie ist mir beim Vorbereiten der Rede aufgefallen, dass ich diese Rede schon einige Male gehalten habe hier in diesem Haus. Deswegen möchte ich heute nicht mit der Sachbewertung beginnen, sondern mit der politischen Lage. Dass wir eine Europäische Kommission haben, die auch am Sonntag deutlich gemacht hat, dass sie Europa führen will, dass sie zusammenführen will, damit Europa endlich in die Gänge kommt, damit wir vorankommen. Eine Kommission, die wirklich politisch führt, so wie wir uns das immer gewünscht haben. Auch das wurde am Sonntag deutlich. Jean-Claude Juncker hat politisch deutlich gemacht, dass das Durchwinken gestoppt werden muss. Die politischen Aussagen dazu waren richtig gesetzt, die Gesetzestexte der Kommission, von unserem zuständigen Kommissar Avramopoulos, liegen auf dem Tisch – Danke dafür.

Wir im Europäischen Parlament haben Rückendeckung gegeben in vielen Beschlüssen, beim Budget, und ich sichere für meine Fraktion zu, dass wir auch bei den jetzt vorliegenden zwei Gesetzestexten zu den sicheren Drittstaaten und zur permanenten Quote eine *fast track procedure* machen, um deutlich zu machen: Wir sind bereit, die wichtigen politischen Antworten zu geben, um Europa handlungsfähig zu machen.

Und dann, sehr geehrter Herr Ratspräsident, sind wir bei den Mitgliedstaaten – wieder einmal bei den Mitgliedstaaten. Die Zusagen, die gegeben wurden, werden nicht eingehalten. Ich möchte schon heute mal zum Ausdruck bringen: Ich würde mir wünschen, dass, wenn im Europäischen Rat über die Zukunft gesprochen wird, dabei nicht nur allgemein politisch über die Zukunft philosophiert wird, sondern dass möglichst konkret abgefragt wird, was von den Zusagen denn eigentlich von den Staaten eingehalten worden ist. Lieber Donald Tusk, ich denke, dass Sie als Ratspräsident dort eine starke Verantwortung tragen und eine starke Rolle spielen. Für die Zukunft würde ich mir wünschen, dass bei den Mitgliedstaaten ganz konkret abgefragt wird, was denn eigentlich von den Verpflichtungen bisher eingehalten worden ist. Wir brauchen den Druck, den wir dort beim Europäischen Rat machen, um voranzukommen, vor allem vor dem Hintergrund des bevorstehenden Winters.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben ein Stück weit das Scheitern des überzogenen Nationalstaats, des nationalen Egoismus, der hier scheitert. Es ist das Europa von Farage und von Le Pen, das sich dort trifft und das am Ende des Tages dort keine Beschlüsse zustande bringt. Es ist das Europa der Rechten, die in diesem Bereich leider Gottes nicht zu Lösungen kommen, und wir als Europäische Volkspartei haben dazu eine klare Abgrenzung. Wir sagen: Wenn Jordanien und der Libanon helfen, wenn arme Länder helfen, dann muss auch Europa helfen. Wir sagen, dass wir in Europa stolz sind – ich habe das bereits hier einmal gesagt – auf Menschenrechte und nicht nur auf Christenrechte. Wir sind als EVP der Meinung, genauso wie Donald Tusk, dass wir eine klare, starke Kontrolle an der EU-Außengrenze wollen. Es kann nicht jeder, der in Europa anklopft, auch nach Europa herein. Auch das gehört zur Wahrheit mit dazu. Wenn wir dieses Paket miteinander umsetzen, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Es sei mir heute einmal erlaubt, auch eine parteipolitische Bewertung vorzunehmen, weil ich mir in den Debatten auch als EVP oft vorhalten lassen muss, wie Viktor Orbán sich dazu verhält. Wir sind uns einig, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir Viktor Orbán an den humanitären Umgang erinnern müssen. Das sagt auch meine Fraktion, und das wird auch geteilt. Aber ich darf hier schon mal im Plenum auch darauf hinweisen: Als im Europäischen Innenministerrat über die Quote 160 000 beschlossen wurde, war ein EVP-Regierungschef, nämlich Viktor Orbán, dagegen, und es waren drei Sozialdemokraten dagegen, nämlich Rumänien, die Slowakei und die Tschechische Republik – drei Sozialdemokraten dagegen, ein der EVP Zugehöriger dagegen. Ich habe bisher von den Niederlanden und von Dänemark – mit liberalen Regierungschefs – nicht die Aussagen gehört, die ich von Angela Merkel höre, nämlich die, dass sie den Menschen Mut macht und sagt: Wir müssen in der Flüchtlingsfrage auch unserer Verantwortung gerecht werden. Und deswegen bitte ich wirklich: Hören wir auf, zwischen den demokratischen Parteien die schwarzen Peter hin und her zu schieben. Jeder hat seine Aufgaben wahrzunehmen, und wir alle sollten als Europäer zuhause

Dienstag, 27. Oktober 2015

dafür sorgen, dass zuhause die Verantwortung wahrgenommen wird.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Schluss möchte ich nur sagen: Wir haben es mit steigendem Populismus und Extremismus zu tun. Es gibt Kräfte, die den Menschen Angst machen. Wir haben im Europäischen Parlament eine Grundentscheidung gefällt, nämlich, dass die Demokraten, die Pro-Europäer, zusammenarbeiten, und wir wollen verhindern, dass Extremisten auf Gesetzgebung Einfluss bekommen. Das ist das, was wir im letzten Jahr versucht haben, umzusetzen.

Ich hätte die Bitte an die anderen Parteikollegen hier im Haus, dass wir das auf nationaler Ebene auch machen. Ich bin besorgt ob der Entwicklung in Portugal und sage ganz ausdrücklich dazu, dass ich hohen Respekt vor dem Staatspräsidenten habe, der eben jetzt Entscheidungen versucht zu fällen, dass Extremisten, in diesem Fall von der linken Seite, nicht in gesetzgeberische Verantwortung kommen. Wir sollten diesen Konsens aufrechterhalten, dass wir es schaffen, pro-europäische demokratische Kräfte in Europa in Verantwortung zu halten, um in diesen schwierigen Zeiten gemeinsam die Aufgaben zu bewältigen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

István Ujhelyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Elképesztőnek tartom ezt a kettős beszédet! A múlt héten Önök a Néppárt kongresszusán nagy taps mellett egyetértettek azzal és támogatták azt a populista magatartást, amit Orbán Viktor képvisel. Orbán Viktor pártjának egyik képviselőjét a Néppárt alelnökének választották. Ezek után képviselő úr, frakcióvezető úr, ne a szocialisták oldalára tolja át a felelősséget. Mert mindaz, amiről beszélt eddig, mindaz a nemzeti egoizmus, a kormányfők felelőssége az ott keresendő pl. a Néppárt oldalán. Állítsák meg Orbán Viktort és akkor elhiszem Önöknek, hogy jó szándékúak Európával szemben.

Manfred Weber (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Dankeschön schön für die Steilvorlage. Vielleicht hat ja die Übersetzung ins Ungarische nicht funktioniert. Aber ich kann es gern noch einmal wiederholen: Bei der Entscheidung, dass wir 160 000 Flüchtlinge in Europa gerecht fair verteilen, war eine EVP-Regierung dagegen, nämlich die von Viktor Orbán, und drei sozialdemokratische Regierungen waren gegen diese Beschlusslage.

Das möchte ich wiederholen. Viktor Orbán hat deutlich gemacht, dass er den Beschluss zwar nicht gut findet, aber ihn in Ungarn umsetzen wird. Demgegenüber hat Ihr Parteikollege Fico in der Slowakei gesagt, dass er nicht bereit ist, Europarecht umzusetzen.

Wofür ich werbe, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, dass wir in beide Richtungen aufhören, uns parteipolitisch den Schwarzen Peter zuzuschieben, und deutlich machen, dass wir ganz andere Fragen hier auf dem Tisch haben. Nämlich, dass wir bereit sein müssen, in Portugal und überall, die Extremisten auszugrenzen. Das muss unsere gemeinsame Aufgabe sein.

(Beifall)

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Juncker e Presidente Tusk, io non posso nascondere la mia preoccupazione per il crescere delle spinte divisive e disintegratrici dell'Unione europea. Non mi accodo certo ai becchini che si affrettano a dichiarare il funerale dell'Unione, ma mi allarma e ci allarma l'impasto di tutti gli «anti»: *antiglobal*, anti-Islam, anti-Israele, anti-Russia, anti-immigrati, anti-Europa matrigna... tutti gli «anti» insieme.

Questi movimenti potrebbero darsi uno slogan comune, parafrasando il grande Antonio De Curtis (Totò, in arte): «Sono contro a prescindere». Ma penso che la migliore strada per combattere le spinte disgregatrici sia fare le cose. L'Europa l'avrà vinta quando riuscirà, come ha fatto il Presidente Juncker domenica scorsa, ad andare avanti con proposte concrete rispetto alla situazione dei paesi dei Balcani.

Dienstag, 27. Oktober 2015

L'Europa l'avrà vinta quando potrà esibire la prontezza del Parlamento europeo, testimoniata dal Presidente Schulz, di assicurare velocità nelle decisioni che servono a fronteggiare l'emergenza. Ma soprattutto l'Europa l'avrà vinta e saprà dimostrare di essere più forte dei virus del nazionalismo e della paura quando saprà dare risposte coraggiose e convincenti.

Io mi appello a tutte le forze europeiste che siedono in questo Parlamento, a prescindere – lo dico anch'io – dalle loro latitudini. Oggi serve mettere al centro il nostro europeismo, perché oggi la sfida è tra chi vuole distruggere, accumulando macerie, e chi vuole costruire, ridando slancio e linfa al disegno europeista.

Dobbiamo cominciare a realizzare i punti che ha elencato il Presidente Juncker: il meccanismo di ricollocazione dei rifugiati, associato ad un sistema di *hotspot* che renda più solide le frontiere esterne dell'Unione, conferma e difesa di Schengen, difesa dei cittadini europei non attraverso il nazionalismo e il ritorno alle frontiere nazionali, che non è la soluzione, ma uno dei problemi. Occorre un maggior coordinamento tra gli Stati, soprattutto nei Balcani, come deciso nel vertice di domenica scorsa. È inaccettabile che non siano rispettati i diritti dei rifugiati – lo ha ricordato il Presidente Juncker – e che siano trattati come una massa inumana sballottata da una frontiera all'altra.

Non bisogna poi penalizzare finanziariamente gli Stati più esposti. La crisi dei rifugiati rappresenta una circostanza eccezionale ai sensi del patto di stabilità: lo ha detto Juncker, ed io chiedo che la Commissione vada avanti in questa sua indicazione per scomputare dai bilanci nazionali le spese sostenute dagli Stati membri nella gestione delle frontiere esterne.

Sulla Turchia, non possiamo lasciare Ankara a gestire da sola gli effetti della crisi siriana. Si vada quindi avanti con rapidità nell'applicazione dell'*action plan* per la Turchia. Deve essere però chiaro che noi non firmeremo alcun assegno in bianco al governo turco. Non è incompatibile attuare il piano d'azione con la Turchia e avanzare sul terreno del rispetto dei diritti umani, del rispetto della libera informazione, del rispetto delle minoranze.

E infine, come ha detto il Presidente Tusk, ci avviamo verso il *summit* di La Valletta. Per troppo tempo un tacito scambio ha governato i rapporti tra Europa e Africa: l'Europa dà qualche briciola finanziaria ai governi africani, che in cambio rallentano i flussi migratori. Questa logica è morta. Serve un vero partenariato politico, culturale oltre che economico.

L'Unione europea deve investire in una prospettiva di rinascita dell'Africa. Questo vuol dire sostenere le democrazie africane a rafforzare le proprie istituzioni, a lottare contro la corruzione, a investire nell'istruzione e a ridistribuire in modo equo i frutti della crescita.

C'è molto da fare! Tutti gli Stati membri e tutti noi europeisti dobbiamo impegnarci a fare di più. Dobbiamo impegnarci a fare la nostra parte per risolvere questa crisi, prima che sia troppo tardi, e citando un sommo poeta italiano – scusatemi per questa versione nazionalistica – come diceva Dante: «Qui si parrà la nostra nobilitate».

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), ερώτηση με γαλάζια κάρτα. Κύριε Πρόεδρε, δεν υπάρχει καμία αμφιβολία ότι συμφωνούμε ότι τα 2,5 εκατομμύρια προσφύγων πρέπει να παραμείνουν στην Τουρκία, και σε αυτό το ζήτημα πρέπει να επικεντρωθούμε.

Όμως ήθελα να ρωτήσω τον κ. Pittella εάν συμφωνεί ότι το προσφυγικό θέμα είναι ένα ξεκάθαρο προσφυγικό θέμα, άρα και η Τουρκία και όλες οι χώρες οφείλουν να επιδείξουν ευαισθησία και σε καμία περίπτωση να μην καταντά αυτό το ζήτημα στοιχείο εκμετάλλευσης και εκβιασμού προς την Ευρωπαϊκή Ένωση, όπως φαίνεται εκ μέρους της Τουρκίας, για να εξυπηρετήσει άλλους στόχους.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Συμφωνείτε λοιπόν ότι το προσφυγικό για την Τουρκία είναι προσφυγικό αλλά και ότι για ζητήματα που έχουν να κάνουν με την ένταξη, την εφαρμογή αρχών και αξιών, το άνοιγμα κεφαλαίων με σεβασμό του Πρωτοκόλλου της Άγκυρας η Τουρκία πρέπει να εφαρμόσει και να τα υλοποιήσει τις υποχρεώσεις της, χωρίς να υποχρεωθεί η Ευρωπαϊκή Ένωση να υποστεί εκβιασμούς και απειλές εκ μέρους της Τουρκίας, η οποία όφειλε να στηρίξει την Ευρωπαϊκή Ένωση στα θέματα του προσφυγικού; Άλλωστε είναι θέμα ευαισθησίας, είναι θέμα ανθρωπιστικής κρίσης. Η Τουρκία σε καμία περίπτωση δεν έπρεπε να βάζει με ανήθικο τρόπο αυτά τα ζητήματα στην πλάστιγγα.

(Ο πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή.)

Gianni Pittella (S&D), *risposta a una domanda «cartellino blu»*. – On. Christoforou, devo dire che il suo intervento è davvero pleonastico, perché io ho detto chiaramente e limpidamente che non accettiamo di fare un assegno in bianco al governo turco. Vogliamo attuare l'*action plan*, ma contemporaneamente avanzare sul terreno del rispetto dei diritti umani, della libertà di informazione e del rispetto delle minoranze. Quindi noi non rinunciamo assolutamente a difendere i nostri valori, ad attuare il protocollo di Ankara e a volere contemporaneamente aiutare la Turchia, a non lasciarla sola rispetto alla crisi siriana.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, the migration crisis may no longer be the top story on our news programmes, but it is clear from this debate that it has not gone away, and it is not going away any time soon.

Let us be clear. We have got to get away from the well-rehearsed arguments of whether you are pro-European or you are anti-European. Let us get away from the arguments of those who want to do nothing, and those who think that we can do everything. Instead of a stop-start approach, let us be clear about what we need to stop doing and let us be clear about what we need to start doing. Stop sending out a signal that anyone is welcome. Start focusing on helping those genuinely seeking refuge. Stop driving refugees into the arms of the traffickers. Start helping people nearer their homes. Stop individual countries opening their borders to all one day, forcing others to close theirs, and start being clear about what each country can do and is doing to help, because we need to face the reality now.

This is not just a migration crisis. This is not just a refugee crisis. It is in danger of becoming a geo-political crisis. In Syria, a proxy conflict is unfolding. Russia is doing all it can to destabilise the EU's borders to focus our attention away from the Ukraine. The Balkans are in danger of destabilizing, so against this background we have had the Commission 10-point plan, we have the European Council roadmap and now we have the 17-point plan from Sunday's summit. But all these plans are no substitute for action, so to solve the crisis we first have to stabilise it, accepting only the most vulnerable genuine refugees from the camps, as identified by the UNHCR, returning those who seek to bypass that system. But even with such a system in place, we have to take some refugees into our countries. We have a moral obligation, yet some countries are doing far more than others. Some countries are struggling to cope. Some countries are donating huge sums. Some countries are paying huge bucks while others are passing the buck, so all countries need to understand the scale of the situation and help with coordinated action. When I say all countries, I do not just mean all EU countries. I mean all countries. So while we should acknowledge and support the contribution of Turkey, Jordan and Lebanon, we should also be asking when the richer Arab countries and the USA will step up.

Closer to home, EU frontline States and the Balkans need to be helped. Borders need to be strengthened. Money and resources need to go into processing and returns. We need to be fair but firm, helping refugees close to their homes, welcoming some to our countries, but telling economic migrants to apply through existing legal migration channels and not being seen to jump the queue over those who have applied legally. Let us uphold these principles to save lives, rather than encourage people to risk their lives.

Our grandparents confronted the problems of their generation, who had fought two world wars. They allowed our generation to enjoy a longer period of sustained peace and prosperity than any generation ever before. Never take that for granted, for now our world is changing: shifting power from West to East, wars on our doorstep, terrorism at home, living longer but reproducing less. These new challenges will need new solutions, and history has taught us that to face the really big challenges we need to work together as allies but stand up to those who seek to dictate to us. Our grandparents had the vision to meet the challenges of their times. Our children will face a whole new set of challenges, so now it is our turn; our turn to do something for our children and grandchildren: face today's challenges or retreat to the past. So let us stop sending false hope, to the millions thinking of coming here, that they all have a future in the EU. Let us move on from road maps and action plans and get on with helping those in need. Let us stop pointing fingers

Dienstag, 27. Oktober 2015

and setting quotas and start delivering, for the sake of the refugees, for the sake of the citizens of our countries and for the sake of the future stability of this continent.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – When will you and Mr Cameron finally get it into your heads that the only way to control the UK's borders is by leaving the EU? Do you have any other method of doing it than that?

Syed Kamall (ECR), *blue-card answer*. – Well, Mr Coburn, it is great to see that you paid attention to what Mr Schulz was saying about the purpose of these questions. You will have your chance to have your say when the referendum comes. Let us not forget that it was a Conservative government that delivered that referendum, not you guys shouting from the sidelines.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I think that we will have more and more of these small British interruptions on the British referendum.

(Applause from certain quarters)

Applause, applause! Thank you.

So the first thing I want to do is say to Manfred Weber that this refugee crisis is not a contest between Liberals, Socialists or Christian Democrats. It is not a contest. Anyway we always lose against you, Manfred, because if you have on your side Orbán, who is a tough guy, and Merkel who shows compassion, you always win and you are always right. In reality it is not a contest between us; it is a contest between those nationalists and populists who want to abuse this refugee crisis to get rid of Europe and to destroy the European Union – that is the real contest, and not between us.

(Applause)

So let us stop making accusations, saying this government and that government. The problem is all the governments in Europe, because that is what Jean-Claude Juncker has shown – in 25 minutes – and I thank him for doing so in a very detailed way. What he said was a long list of decisions taken at European level have not been implemented by the Member States for months now. When it concerns relocation, not enough has been done. When it concerns the budget, not enough has been done. When it concerns sending civil servants for the external borders, not enough has been done. The problem is not here, between political groups; the problem is that Member States still do not understand that they can only manage this problem at European level. That is what we are facing today.

And there we stand together. There is no reason for a battle between us because this battle is only good for them over there, with their blue cards, to attack the European project because this is an existential crisis; an existential crisis that can only be overcome if – based on the Commission, Mr Tusk – now the Council decides on what is, in my opinion, the first thing to do, that is the European border and coastguard so that we can regain control over our borders.

That does not mean that we have to create a fortress Europe. That means that it is together – in Greece, in Bulgaria – that we have to control the border, register the different refugees who are coming, establishing facilities so that they can live in good circumstances and not as in the images that we have seen in recent days and recent weeks. It is there that we can differentiate between those who are economic migrants and real refugees, and it is there where we can organise the relocation.

So if I have one plea to Mr Tusk then it is this: let us work together, Mr Tusk. I know it is not your fault, it is the Council – at least the December Council – that will decide on this European border and coastguard because the Greek border does not exist, the Bulgarian border does not exist. The Greek border and the Bulgarian border: that is also the German border, the French border, the Dutch border, the Belgian border, it is our common border, so that means it is our common responsibility. And that is what you have to decide because it is there where the Balkan route can be stopped; not in the Western Balkans, but on the Bulgarian border. In Greece, there we have to create this European border and coastguard that has to be multinational and that has to deal with registration and at the same time with relocation.

Dienstag, 27. Oktober 2015

The second point is that in the Council – my proposal to you is not to give your colleagues in the Council a Christmas break if they cannot decide now on this common asylum system that we definitely need and on this common economic migration system that we desperately need, because everybody knows that many people are abusing the asylum system in the end to come into Europe. That is at stake. In December, that is in a few weeks, do not give them a break, do not go on holiday, keep them there in that building, that Eastern European-type building where the Council has its seat for the moment, and make these three crucial decisions.

Finally – and this is my last plea to you, Mr Tusk, and I know that you are in favour – take the decision once and for all to give a mandate to Mrs Mogherini to start initiatives also at her level, at the level of Europe, on the source of this crisis. Nobody talked about it: the source of this crisis is the ongoing conflict in Syria and we have looked away for years from that conflict. It is time that the European Council gave a mandate to Ms Mogherini to start, really, in the name of Europe, to be involved, because I find it a shame, I find it outrageous that in Vienna – you were there, Mrs Mogherini, in Vienna a few days ago – in Vienna there is a meeting – in Vienna, in the middle, in the centre of Europe – there is a meeting about Syria and who is around the table? The US, Russia, Saudi Arabia and Turkey, but No Europeans are around that table.

At least at the Congress of Vienna in 1815 we were around the table. This time, in the 21st Century, we do it in Europe and we are not even present! It is just like the summit in the Azores organised by Mr Barroso on Iraq; No Europeans were around the table there either, and there in the middle of Europe – that is, not the middle but on the outskirts of Europe – something was also decided.

So this time my plea is: let us give a mandate to Mrs Mogherini, and please, Mrs Mogherini, use it fully. Break the door of these meetings open and be present and represent the European point of view.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – This is a definite question, seeking clarification from Mr Verhofstadt.

Mr Verhofstadt, you claim that those of us with the blue cards are terrible people because we try to get this debate going and you list all the things we are against. We are against everything you stand for and you list it all: more immigration, more Europe, more state. Surely, Sir, the truth is that we are not against everything, but those of us on this side who seek to get debate going are actually pro-debate, pro-democracy and pro-freedom, whilst being anti-EU and all of the things that you and your friends seek to push forward? Surely, Sir, that is the truth, and that is why blue cards and debate are so important and you do not like them.

(Applause from certain quarters)

Guy Verhofstadt (ALDE), blue-card answer. – I have nothing against blue cards because they are blue. The colour of my group is blue, so I have nothing against them. Secondly, I have nothing against blue cards as blue is also the colour of the European Union. So every time you wave your blue card, I say: 'yes, we have converted one of these Eurosceptics, he is using a European colour'. So please continue. I like your blue cards!

Pablo Iglesias, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señor Presidente, la primera vez que intervino aquí fue hace quince meses, en representación de este Grupo. Fue un honor hacerlo y fue un honor competir con usted por la presidencia de este Parlamento. Dije entonces que aspirábamos a una Europa diferente, a una Europa que fuera un poco menos dura con los débiles y un poco menos complaciente con los poderosos. Creo que, por desgracia, esa afirmación de hace quince meses sigue siendo y sigue estando vigente hoy.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Recordé, en aquel discurso de hace quince meses, a los combatientes españoles que lucharon contra el fascismo y contra el horror como la mejor contribución de mi patria al progreso de Europa, como la mejor contribución de mi patria a una Europa social, una Europa democrática y una Europa respetuosa de los derechos humanos. Cuando oigo gritos xenófobos en esta Cámara recuerdo que, en mi patria, a aquellos que insultaban, a aquellos que atemorizaban, se les decía «No pasarán». Pero también me molesta escuchar cierta hipocresía en esta Cámara en algunos que lloran lágrimas de cocodrilo y defienden —dicen defender— los derechos humanos.

Señor Weber, ha hablado usted de extremismos para referirse a lo que puede ocurrir en Portugal. Aprendan ustedes a respetar la democracia. Aprendan ustedes que, a veces, los ciudadanos votan cosas distintas a lo que representan ustedes.

(Aplausos)

El señor representante del Grupo liberal —me va a perdonar que, después de quince meses practicando todas las mañanas frente al espejo, siga siendo incapaz de pronunciar su apellido— ha dicho que esto no es un problema de socialdemócratas, de liberales o de populares. Sí, efectivamente. Efectivamente, ustedes han estado de acuerdo en los elementos fundamentales que han implicado una política exterior europea que ahora estamos pagando y que tiene que ver con la situación de miseria y humillación que están viviendo millares de familias a las puertas de Europa.

Hoy hablamos, otra vez, de guerra y de desolación a las puertas de Europa, de familias a las que se está respondiendo con alambradas. Y yo digo que los europeos no podemos olvidar lo que significa una guerra, no podemos olvidar lo que significan el horror y la pobreza y tener que huir del horror y de la pobreza. Y no podemos humillar a esa gente, porque humillar a esa gente es humillar a Europa. Como es humillar a Europa, señor Weber, acabar con el Estado del bienestar. Como es humillar a Europa acabar con los derechos sociales. Es humillar a Europa entregar a los Gobiernos a la arrogancia de los poderes financieros y atacar la soberanía. Es humillar a Europa favorecer el fraude fiscal, como usted, señor Juncker. Como usted, que favoreció —cuando era ministro de Hacienda— negocios secretos, tratos secretos con multinacionales para que tuvieran que pagar impuestos al 1 %, mientras los ciudadanos europeos tienen que pagar impuestos. Y luego hablan ustedes de presupuestos. Y usted se sienta ahí, señor Juncker, porque gente como usted, señor Pittella, ha permitido que el señor Juncker esté sentado ahí; porque ustedes, los socialistas, han mantenido una gran coalición con los populares en esta Cámara.

Así que, menos citar a Dante, señor Pittella, y más ponerse del lado de la gente y acabar de una vez con esta maldita gran coalición.

(Aplausos)

Vuelvo a mi país para que no haya, para que no siga habiendo en España gente como ustedes en el Gobierno, pero quiero pedirles algo antes de marcharme: cambien su política. La crisis de los refugiados no se resuelve con alambradas. La crisis de los refugiados no se resuelve con policía. Se resuelve con una política responsable. Dejen de jugar al ajedrez con los pueblos del Mediterráneo. Trabajen por la paz en lugar de fomentar guerras. Ayuden a las personas que están huyendo del horror. No sigan destruyendo la dignidad de Europa, señor Juncker.

(Aplausos)

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Weber! Wenn Sie wirklich etwas zur konstruktiven Lösung in akuten Situationen beitragen wollen, dann rufen Sie doch einmal Herrn Seehofer an und sagen Sie ihm, er kann noch einfach – statt immer öffentlich loszutrompeten – einmal zum Telefonhörer greifen und mit Herrn Faymann und Frau Merkel telefonieren. Ich glaube, das ist in seiner Position möglich und würde uns allen nutzen.

(Beifall)

Ich möchte als Erstes in dieser Debatte versuchen, eine Sache einzuordnen. Ich glaube nicht, dass wir tatsächlich in allererster Linie über eine tiefe Krise der Europäischen Union diskutieren sollten. Krise und Krieg, das ist etwas, das spielt sich zurzeit außerhalb der Europäischen Union ab. Viele andere Völker haben sehr viel mehr Probleme als die Europäische Union bisher. Wenn wir nicht aufhören, immer wieder zuerst über uns zu reden und unsere Schwierigkeiten, dann werden wir nicht in der Lage sein, dazu beizutragen, dass es in Syrien und der Umgebung, oder südlich der Sahara – oder überhaupt im Süden des Mittelmeers – eine Veränderung gibt.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Für mich ist inzwischen schon fast erschreckend, wie selbstorientiert diese Diskussionen geführt werden. Meiner Meinung nach ist es nämlich auch so, dass dieser ganz große Problemdruck, den wir jetzt empfinden und über den wir reden, eigentlich das Ergebnis einer ja doch sehr auf uns orientierten falschen Flüchtlings- und Migrationspolitik ist, die wir jahrzehntlang betrieben haben.

Die Europäische Union hatte es sich in der Dublin-Verordnung, die auf Abschottung und auf Begrenzung des Problems auf die Grenzländer ausgerichtet war, zu lange bequem gemacht. Wir hatten uns, wenn wir nicht durch Schiffe, die auf dem Mittelmeer untergegangen sind, aufgerüttelt wurden, eigentlich auch in einer Gleichgültigkeit gegenüber den Problemen, gerade auch im Süden des Mittelmeers, eingerichtet.

Es ist jetzt nicht einfach, aus einem solchen Modus der Abschaltung und der Gleichgültigkeit herauszukommen. Aber ich glaube, dass die Europäische Union stark genug ist, das zu leisten, wenn wir aufhören, die Europäische Union in dieser Herausforderung kaputtzureden.

Ich finde richtig, Herr Juncker, dass die Entscheidungen getroffen worden sind, für die bessere Situation der Flüchtlinge in der Türkei und auch in anderen Nachbarländern Syriens mehr zu tun. Aber was ich falsch finde, und das ist ein alter Fehler, ist, dass man, um etwas Richtiges zu tun, sich mit einem Mann wieder neu verbündet, der in seinem Land genau das Falsche tut. Ich rede von Präsident Erdoğan. Während wir hier debattieren, wird eine große Mediengruppe in der Türkei von der Polizei besetzt, sie soll besetzt werden und unter die Verwaltung von AKP-Leuten gestellt werden. Also überlegen Sie sich sehr genau, wie das mit der Türkei weitergehen kann.

Ich finde ausdrücklich richtig, dass der Balkangipfel am letzten Wochenende stattgefunden hat. Ich finde, es ist ein Durchbruch, dass endlich zugegeben wird, dass so wie vorher in Ungarn wir entlang der Balkanroute eine Situation der humanitären Katastrophe erleben und dass die Europäische Union jetzt verantwortlich dafür ist, in dieser Situation besser für die Menschen zu sorgen, die sich zu uns geflüchtet haben und die sich übrigens zu uns flüchten, weil ihre Länder kaputt sind und die Europäische Union ein Raum ist, in dem wir doch zugunsten der Bürgerinnen und Bürger funktionieren.

Ich kann nur noch unterstreichen, dass ich auch glaube, dass wir außer der akuten Situationsbewältigung über langfristige Veränderungen nachdenken müssen. Was tritt an die Stelle von Dublin? Wie sieht die zukünftige Flüchtlings- und Einwanderungspolitik von Europa aus? Wie ordnen wir unsere Grenzen? Wie ordnen wir die Grenzen so, dass eben nicht wieder Abschottung oder Militarisierung, wie zum Teil bei Frontex passiert, sondern Menschenrechte, europäische Werte und internationales Recht und eben auch eine neue Offenheit, eine gerechte Offenheit, maßgeblich sind für die Ausgestaltung dieser neuen europäischen Grenzpolitik.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, as this migrant crisis begins to overwhelm the European Union – and yes, it is an existential crisis – perhaps we should ask ourselves what really is the true nature of this project?

I have heard a lot today about rights. Well what about democratic rights? I think what we are seeing is an increasingly authoritarian European Union that crushes democratic rights and then actually crows about it. Every single time there is a crisis, it is national democracy that loses. Back in 2011, we saw the Italian Prime Minister Berlusconi sounding Eurosceptic, removed and replaced by a puppet prime minister. We saw exactly the same thing happen in Greece in 2011. Mr Papandreou threatened a referendum on euro membership, there was a coup against him and he was replaced by a puppet.

In this migrant crisis we have seen four countries – led, I guess, by the strongest, Hungary – making it clear they want no part of EU migrant quotas, only to find themselves crushed through EU trickery and made to accept the very thing that they had said 'no' to. I never forget seeing the Greek Prime Minister, Mr Tsipras, sitting just over there, having won a general election, and then come to this House to be told the manifesto was unacceptable and it must be ditched.

All of this has reached a new low this week, with Portugal. Virtually unremarked upon by the media, and yet, for those that do not know, there is now, following the general election, a left-wing majority with a socialist plan for Portugal – and yet the President of Portugal, Mr Silva, is refusing them office on the grounds that they represent anti-European forces and is allowing the minority Conservative, pro-EU Prime Minister to stay in place.

Dienstag, 27. Oktober 2015

This is the modern day implementation of the Brezhnev doctrine. This is exactly what happened to states living inside the USSR. What has been made clear here, with Greece and indeed with Portugal, is that a country only has democratic rights if it is in favour of the project. If not, those rights are taken away. Perhaps none of this should surprise us, as Mr Juncker has told us before that there can be no democratic choice against the European Treaties. The German Finance Minister, Mr Schäuble, has said elections change nothing; there are rules. I think for anyone that believes in democracy, Portugal should be the final straw. It should be the warning that this project – to protect itself and all its failings – will destroy the individual rights of people and of nations.

My country has always believed in parliamentary democracy so strongly that twice in the last century it risked everything to fight for parliamentary democracy, not just for Britain but for the rest of Europe too. I actually believe that for all of us who believe in democracy and want to see it re-implemented, the British referendum offers a golden opportunity.

(Applause from certain quarters)

Marju Lauristin (S&D), *blue-card question*. – Mr Farage, you compare the situation in an EU country, Portugal, with the situation in the former USSR. I know you do not have experience of living in the USSR. We have. Can you please give an example of where Brezhnev, or somebody else leading the Soviet Union, was confronting the results of democratic elections in one of the USSR's republics or members?

(Applause from certain quarters)

Nigel Farage (EFDD), *blue-card answer*. – Well, actually, although I have to say that I was not around at the time of the Hungarian Uprising, it did happen and we saw a similar one happening in Czechoslovakia in 1968.

Let me tell you what the Brezhnev Doctrine says (because I am sure you remember it): when forces that are hostile to socialism try to turn the development of a socialist country towards capitalism, it becomes not only a problem for the country concerned, but a common problem and a concern for all socialist countries. I think what you need to do is cross out 'socialist' and put 'European Union' and it fits like a glove.

(Applause from certain quarters)

Marcel de Graaff, *namens de ENF-Fractie*. Mevrouw Merkel, rijkskanselier van de Europese Unie, is afgelopen week op bezoek geweest bij de sultan van Turkije. Ze hebben het lot van de lidstaten bezegeld. Turkije moet versneld toetreden in ruil voor het beperken van de illegale migrantenstromen. Het toont het failliet van de democratie. Duitsland beslist voor alle lidstaten. De EU schaft zich af en wordt ingelijfd bij het nieuwe Ottomaanse Rijk. Buitengrenzen zijn niet honderd procent waterdicht te krijgen, maar het herstellen van de binnengrenzen is onbespreekbaar. Liever levert de Europese elite zich uit aan het beest van Ankara. Mensenrechten doen er niet meer toe als Erdoğan zijn eigen bevolking bombardeert, samenwerkt met Islamitische Staat, de democratie in Turkije afschaft en de vrijheid van meningsuiting smoort in geweld.

Pas in 1913 werden de Turken definitief van de Balkan verdreven en stopte het moorden en verkrachten van de christelijke bevolking. Deze EU haalt de godsdienstoorlogen terug naar Europa. Overal waar islam is, worden kinderen als bruid verkocht, is de vrouw tweederangs handelswaar en worden andersgelovigen gemarteld en vermoord. Als Merkel zegt dat de islam tot Europa behoort, verloochent zij alle christelijke en humanistische waarden van het avondland. Nu al is zij medeschuldig aan de misdrijven in opvangcentra en de omgeving daarvan. Verkrachtingen, geweld tegen christenen, het gebeurt op grote schaal en het gaat gebeuren in elke stad, in elk dorp. Dat is islam: verovering van het Westen. Vandaar mijn oproep: stop de invasie, sluit de binnengrenzen en laat Turkije nooit lid worden van de Europese Unie.

Diane Dodds (NI). – Mr President, in listening to this morning's debate I hope that what we have heard is a more realistic approach to the issues facing European nations in dealing with the flows of refugees and migrants currently heading towards Europe.

Dienstag, 27. Oktober 2015

I understand that many of those coming are fleeing persecution, but I fear that the initial response by some European nations may have consigned even more vulnerable people to trafficking and exploitation by criminal gangs. President Tusk focused this morning on the matter of securing borders, concluding that even though deals with third countries are possible, no third country can replace us in protecting our external borders. President Juncker indicated that we need to slow down the uncontrolled flow of people. If this is a more realistic approach, it is late but welcome. Of course, it is only part of the answer. It requires a dual approach: stability in the region and promoting policies to encourage economic growth.

However, I am perturbed by the tone of some of the leaders' comments in this debate this morning. Let me address Mr Weber's intemperate outburst on behalf of my constituents in the United Kingdom. We are not a nation of extremes but a compassionate people who have mandated our government to give aid to the Syrian refugee crisis. In fact, we are the second largest bilateral donor of aid to the refugee crisis in Syria and one of the few countries working to fulfil our Millennium Development Goals.

Finally, it is disgraceful that while we have heard much from the Presidents of the Council and the Commission this morning about the role of European nations and the need for ever more funding from those European nations, they have ignored the potential contribution of the Gulf States in resolving this very difficult situation. It is time we ensured that these states stepped up to the mark and took on their moral responsibility to deal with this crisis along with the rest of us.

Herbert Reul (PPE). – Meine Herren Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein riesengroßes Problem, die Frage der Flüchtlinge und wie wir damit umgehen. Das ist unstrittig. Was mich persönlich irrsinnig stört, ist, dass ich von morgens bis abends die einen höre, die beschreiben, wie schwierig die Lage ist, wie kompliziert sie ist. Andere beschäftigen sich damit zu sagen, wer daran schuld und dafür verantwortlich ist. Dritte erzählen etwas davon, was wir in der Vergangenheit falsch gemacht haben. Dann trifft sich der Rat, beschließt aufgrund der Kommissionsvorschläge ein paar ganz konkrete Maßnahmen, und dann passiert nichts. Das regt die Leute auf.

Wir haben als Politiker, die Probleme zu lösen – nicht zu besprechen oder uns untereinander zu beschimpfen, sondern wir haben den Job, dies zu lösen. Und ich bin sicher, dass die Menschen mit der Frage der Flüchtlinge ganz anders umgehen, wenn sie merken, dass das, was die Politik sich vorgenommen hat, auch funktioniert und geht. Und dann muss man eigentlich nur das machen, was normal ist: Das was man beschlossen, was man verabredet hat, umsetzen. Ich gebe zu, das ist ein Problem, das die europäische Politik nicht nur an dieser Stelle hat. Das haben wir oft. Manche Probleme hätten wir nicht, wenn wir uns alle an das halten würden, was wir in den jeweiligen Gremien beschlossen haben. Und wir brauchen uns nicht jedes Mal wieder neu darüber aufzuregen. Und deshalb bin ich außerordentlich dankbar, dass die Kommission dieses Treffen am Sonntag gemacht hat, darüber wollen wir ja reden. Ganz konkret hat sie gesagt, jetzt setzen wir uns mal zusammen mit denen, die betroffen sind, tauschen uns aus und legen fest, wer macht was. Natürlich waren da nicht alle dabei, natürlich war das nicht eine Sitzung, die irgendwelchen Kriterien genügt, natürlich waren nicht alle Beschlüsse der Weisheit letzter Schluss oder haben das erbracht, was man erreichen könnte, aber endlich sind mal ganz konkrete Sachen festgelegt worden, die den Menschen helfen, die der Problemlösung helfen. Und ich hab nur eine einzige simple Erwartung, nämlich dass alle Beteiligten, sei es Kommission, sei es Parlament, sei es Rat, – und der Rat hat da im Moment den größten Job zu tun – einfach das machen, was sie zugesagt haben. Geld bezahlen, die Kommission mit Handlungsmöglichkeiten ausstatten und *last but not least*, auch dafür sorgen, dass die Frontex-Truppe arbeitsfähig ist, dass sie ausgestattet wird, dass sie entsprechend funktionieren kann.

Wenn die Mitgliedstaaten das alleine nicht hinkriegen – wir haben doch ein Instrument, dann nutzen wir es doch einfach mal! Also in diesem Sinne herzlichen Dank. Es war ein erster Schritt, und weil es ein erster war, folgt dem auch ein zweiter, und deshalb war es richtig.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Tanja Fajon (S&D). – Bila sem v sprejemnih centrih na slovenskih mejah. In ob koloni na tisoče utrujenih, bolnih beguncev. Poglejte posnetke! To so ljudje!

A kdo so tisti, ki jih ponoči naganjajo v mrzlo reko? Ali Hrvaška ni dolžna spoštovati pravil Evropske unije? Šele včeraj je zaprosila za šotore.

Pred svojim narodom nimam več kredibilnosti, ko govorim o strpnosti in solidarnosti. Moji evropski voditelji mi jo izbijajo. In nenapovedano pošiljanje migrantov na nedoločene lokacije v Sloveniji se nadaljuje.

Samo v zadnjih desetih dneh je v Slovenijo vstopilo 80 tisoč beguncev. Toliko, kot če bi v Nemčijo vstopilo 3,2 milijona!

Nastal bo kaos, če sprejeti ukrepi ne bodo delovali, in uresničile se bodo napovedi nestrpnih ksenofobov.

Ni res, da se ne da! Nekateri nočejo in to je resnica.

Svetovne voditelje pa pozivam, naj prenehajo s hinavščino in lovljenjem dobičkov in na sirskem območju vzpostavijo mir. Sicer pa naj odstopijo in odločanje prepustijo tistim, ki imamo voljo, zdravo pamet in srce.

Ryszard Antoni Legutko (ECR). – Mr President, the numbers do matter, but I am afraid the numbers do not balance. It is said that this year 700 000 migrants have come to Europe, but we have also been told that 800 000 people have come to Germany, and that every day 5 000 people cross the Austrian border. There are also the Balkan countries and the Mediterranean countries. One does not have to be very good at mathematics to know that the first number – 700 000 – is not correct and should be higher.

Chancellor Merkel said in this Chamber that in the coming years about 60 million people will probably leave their homes in turbulent areas in search of a better future elsewhere. President Tusk said that what we have been going through now can be compared to the great migration of peoples from prehistoric times. If at least a third of those 60 million people come to Europe in the coming years, we will have a new medium-sized nation on our territory.

So what conclusions can be drawn from these numbers? First, by avoiding the problem of numbers, I am afraid that the politicians are concealing the gravity of the issue. Second, the instruments that the EU has proposed are certainly not adequate. Third, I have an unpleasant feeling that the instruments are used more to assert the EU's power over nation states than to face what is possibly the greatest challenge that Europe has confronted since the end of the Second World War. So this strategy has failed, but it is hardly any consolation in view of what the future might bring.

Gérard Deprez (ALDE). – Monsieur le Président, Monsieur le Président de la Commission, je voudrais vous féliciter, avant tout, pour l'initiative que vous avez prise et les dix-sept mesures que vous avez fait approuver. Ceux qui, comme vous, ont vu ces images terribles de réfugiés – hommes, femmes, enfants – traversant une rivière glacée ont compris ce qu'était l'urgence humanitaire. Cela dit, deux réflexions.

La frontière extérieure est une frontière commune – vous l'avez rappelé – et ce qui est commun doit être géré en commun. Qu'on ne vienne pas me dire que Frontex, avec son statut actuel, est l'instrument adéquat pour ce faire. Frontex, actuellement, est en réalité un mendiant, un mendiant qui quémante auprès des États membres du matériel, des bateaux, des experts, des garde-côtes. Ce n'est pas un opérateur qui organise. Il faut mettre fin aux faux-semblants! Si la frontière commune doit être gérée en commun, le statut de Frontex doit être fondamentalement revu; il faut un vrai corps de gardes-frontières européens, des procédures européennes communes, sous l'autorité d'un opérateur commun.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Vous avez également rappelé la nécessité de coopérer avec les pays de transit, en particulier avec la Turquie. J'en conviens. Mais négocier avec Erdogan qui, sous prétexte de combattre le terrorisme, bombarde en réalité les Turcs – ce qui fait l'affaire de l'État islamique –, négocier avec Erdogan qui, à l'évidence, ne fait rien contre l'industrie des passeurs qui fleurissent dans la région de Bodrum est un pari risqué. Il y a en tout cas une règle à respecter, Monsieur le Président: pour une aide conjoncturelle de la part de la Turquie, la contrepartie de l'Union européenne ne peut être que conjoncturelle et pas structurelle.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor Presidente, la policía eslovena emplea gases lacrimógenos contra los refugiados y refugiadas; Eslovenia, con gobierno liberal. Hungría —gobierna el Partido Popular— utiliza perros, cañones de agua y gases en las fronteras y en los campos. 16 de octubre: la policía búlgara dispara y mata a una persona de Afganistán en la frontera; Bulgaria: gobierna el Partido Popular. Pero, sin duda, lo que mejor define el trato de la Unión Europea a los refugiados y refugiadas es el Gobierno de la República Checa, marcándolos con números en los brazos, y el Gobierno alemán, utilizando como centro de acogida el campo de concentración de Dachau.

Condenas del Parlamento Europeo a esta vulneración de los derechos humanos: cero. Expulsiones del Partido Socialdemócrata Europeo, del Partido Popular Europeo o del Partido Liberal de sus colegas de Hungría, Bulgaria, Eslovenia o la República Checa: cero. Sanciones de la Unión Europea a estos países: cero. Así que, señor Juncker, señor Pittella, señor Weber, son sus partidos, desde los Gobiernos, los que no solo no practican la solidaridad, sino que vulneran de manera sistemática los derechos humanos.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Alojz Peterle (PPE), vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka. – Moram reagirati na to tendenciozno govorico kolegice v zvezi s Slovenijo.

Sprašujem jo, kako bi ona reagirala, ko bi se razvila konfliktna situacija med begunci samimi, ki jo je bilo treba urediti, da se zadeva ne razširi v večji požar.

Slovenska policija je ravnala odgovorno.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), respuesta de «tarjeta azul». – Yo creo que actuar de manera responsable es respetar los derechos humanos y, desde luego, utilizar gases contra las personas que huyen de la guerra y de la barbarie no puede ser una manera de respetar los derechos humanos.

Ska Keller (Verts/ALE). – Mr President, actually and unusually I am not all that disappointed at what came out on Sunday, unlike Mr Schulz or some other voices here, because finally the Heads of State present have at least realised that we have a humanitarian crisis at hand. It should be obvious that refugees need shelter, food, water – the things you have mentioned, Mr Juncker. But for once, finally, we have it in the conclusions, so let us hope that all of those things are finally going to be delivered.

I am also happy that the Geneva Convention and complying with EU law was highlighted; I am just not sure how you are going to bring that together with sending people back to Afghanistan, because Afghani refugees are recognised as refugees inside the European Union; they almost fulfil the threshold of 75% to be eligible for relocation. Afghanistan certainly is not a safe place and, again, unfortunately the mini-summit on Sunday failed to address the crucial questions of a new and fair distribution system – fair for Member States and for refugees, and the question of legal access. Those are the issues we actually need to address, not some weird Fortress Europe issues.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Rolandas Paksas (EFDD). – Trys pastebėjimai po Viršūnių Tarybos. Pirma, pagaliau pripažinta, kad Europa iki šiol užsispyrusiai nesaugojo savo išorės sienų ir bent sutarta, kad tam tikrų žingsnių bus imtasi. Tai iš tikrųjų yra gerai. Antra, Taryba apie 10 milijardų eurų skirs Azijos ir Afrikos šalims, matyt tikintis nusipirkti ramybę, kad migrantai nebeplūstų į Europą. Manau, kad tai yra naivu. Trečia, kolegos, reikia naujos imigracinės politikos, kurioje aiškiai pasakyta, kad Europa atvira tik tiesiogiai iš karo veiksmų regione besitraukiantiems pabėgėliams, kurios principai paremti nacionalinių vyriausybių turimais ir naujais sprendimais dėl karo pabėgėlių laikino apgyvendinimo ar integracijos politikos, jei bendrijos šalys tam pritaria. Ir dar. Nacionaliniai interesai anaipol nėra nacionalistiniai ir nereikia apsimesti šito nesuprantatiems ir gąsdinti save bei aplinkinius nebūtais dalykais.

Steeve Briois (ENF). – Monsieur le Président, pendant que les sommets s'enchaînent en Europe, les flux migratoires s'amplifient. En France, la maire UMP de Calais, après avoir déclaré que les clandestins étaient une richesse culturelle exceptionnelle, en est désormais réduite à demander à certains habitants de déménager, lorsqu'ils sont en proie à des migrants agressifs et violents.

Voilà la réalité de l'anarchie migratoire, dont sont pleinement responsables l'Union européenne et les gouvernements serviles qui refusent de se réapproprier la maîtrise de leurs frontières. C'est pourquoi le sommet de La Valette ne changera strictement rien, car il insiste, je cite, sur la promotion des voies légales d'immigration et le renforcement des protections des migrants.

À rebours de ces propositions irresponsables, je prône la suspension immédiate des accords de Schengen et le renforcement des contrôles aux frontières nationales, afin de placer les migrants dans des centres de rétention et de les expulser immédiatement vers leur pays d'origine. Voilà un message clair destiné aux migrants: qu'ils ne débarquent pas chez nous!

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι αποφάσεις που έλαβε το Συμβούλιο της Ευρώπης στις 15 Οκτωβρίου είναι αποτέλεσμα του πανικού που έχει καταλάβει τους ηγέτες των χωρών της Ευρώπης από την αθρόα και ξαφνική εισβολή χιλιάδων παράνομων μεταναστών και της ανικανότητας που έχουν να αντιμετωπίσουν την κρίση που προέκυψε από το πρόβλημα αυτό.

Έτσι, το μόνο που κατόρθωσαν ήταν να αναβαθμίσουν τον ρόλο της Τουρκίας, μιας χώρας η οποία ευθύνεται σε μεγάλο βαθμό και για τη δημιουργία αλλά και για την όξυνση του μεταναστευτικού προβλήματος.

Αντί η Ευρωπαϊκή Ένωση να απαιτήσει από την Τουρκία, η οποία σημειωτέον καίτοι δεν πληροί τα κριτήρια της Συνθήκης της Κοπεγχάγης είναι προς ένταξη χώρα, να τηρεί τις υποχρεώσεις της και να μην προωθεί χιλιάδες παρανόμων μεταναστών στην Ελλάδα, την ανέχεται να εκβιάζει την Κύπρο με διχοτόμηση αν δεν υποκύψει στις πιέσεις και τις απαιτήσεις της και παράλληλα, διά στόματος της κ. Μέρκελ, προσφέρει τρία δισ. ευρώ στον κ. Ερντογάν, παρά το γεγονός ότι αυτός αρνείται να τα λάβει και θέλει περισσότερα και ενδεχομένως διπλάσια.

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! Zgadzam się w pełni z diagnozą, którą przedstawił przewodniczący Tusk, że emigracja jest wyzwaniem, które zmienia nie tylko Europę, nie tylko Unię Europejską i układ wewnątrz Unii, ale również wyzwaniem, które wpływa w poszczególnych krajach na układy polityczne. Liczba 710 tys. migrantów, którzy (jeżeli ta liczba jest oczywiście w pełni prawdziwa) wpłynęli do Europy w obecnym czasie, niesie ze sobą szereg problemów o charakterze humanitarnym, egzystencjalnym. Jest to wyzwanie dla wielu krajów, w których znaleźli się ci migranci. Jednak wydaje mi się, że dobrze się stało, iż Unia zgodziła się na to, i że powinniśmy przede wszystkim pomagać tam, gdzie są źródła migracji: w Afryce i na Bliskim Wschodzie. I te decyzje zostały podjęte w ramach szczytu już 23 września. Dobrze, że uznaliśmy wszyscy wspólnie, że priorytetem powinna być ochrona granic. Nie można konsekwentnie pomóc tym, którzy są już w Unii Europejskiej, jeżeli granica będzie przeciekała jak durszlak. To niejako prowokuje do dalszej emigracji, niezależnie od tego, że powstają miejsca, gdzie humanitarny kryzys, jak chociażby w Syrii, będzie w dalszym ciągu wpływał na emigrację. Zdecydowano się na pomoc w wysokości miliarda euro dla uchodźców na Bliskim Wschodzie. Pytanie oczywiście, czy to wystarczy. Przecież żadne pieniądze nie wystarczą, gdy panuje kryzys humanitarny. Ale wydaje mi się, że ważna jest również decyzja o pomocy dla Turcji. Bez tej pomocy Turcja – kraj, w którym jest ponad 2,5 mln uchodźców – nie mogłaby pomóc w zahamowaniu tej presji migracyjnej. Tu muszą się dołożyć państwa członkowskie.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Również pojawia się pewna nadzieja na poprawę sytuacji w Libii. Tu musimy pomóc i wydaje mi się, że wszelkie przejawy pomocy i współpracy międzynarodowej, łącznie z ONZ, są skuteczne dla przeciwdziałania temu wielkiemu kryzysowi humanitarnemu.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 149 ust. 8 Regulaminu))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Tisztelt Képviselő Úr! Ön, bár került a számok, azért egy dologra mégis rákérdeznék, hogy Önnek áll-e rendelkezésére akár konkrét szám, akár egy arányszám, hogy az ide érkező menekülők mekkora hányada az, aki jogos menekült és mekkora hányada az, aki nem jogos menekült, tehát visszafordítandó?

Andrzej Grzyb (PPE), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki.* – Ja nie mówiłem o tym, jakie są grupy wśród tych, którzy przybyli do Europy, ile jest tam rzeczywistych uchodźców politycznych, a ile jest tych, którzy są imigrantami zarobkowymi. To wymaga oceny. Gdyby był normalny system rejestracji w miejscu, gdzie ci uchodźcy się pojawiają, to moglibyśmy to powiedzieć. W chwili obecnej nie wiemy tego. Wiemy, że to jest około siedmiuset tysięcy, ponad siedemset tysięcy do września bieżącego roku. Ale tak naprawdę to rozpoznanie jest dopiero przed nami. Zresztą tutaj, na tej sali, zarówno przewodniczący Rady Europejskiej, jak i przewodniczący Komisji mówili, że to wymaga niestety również pomocy fachowych specjalistów, którzy są w stanie pomóc w rozpoznaniu, jakie jest rzeczywiste umotywowanie przybywających do Europy migrantów.

Knut Fleckenstein (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht noch einmal auf das *Leaders Meeting* eingehen.

Es ist schlimm genug, was wir mittlerweile schon als Erfolg verbuchen müssen – so stehen wir eben da. Aber ich möchte Sie ausdrücklich von der Kommission und Herrn Kommissar Timmermans unterstützen, mit Nachdruck die Verhandlungen mit der Türkei zu führen. Erstens haben sie es verdient, weil sie seit langem mit den syrischen Flüchtlingen zusammen sind, und zweitens verschafft es uns die Luft, die wir brauchen, um Strukturen zu schaffen und zu festigen, um den Menschen besser gerecht zu werden – den Flüchtlingen, und denen, die die Flüchtlinge willkommen heißen.

Dabei dürfen wir natürlich nicht wahllos unsere Überzeugungen und unsere Werte über Bord werfen, das glaubt auch keiner, dass das in diesen Verhandlungen geschieht. Aber wir müssen uns eben auch darüber im Klaren sein, dass wir mit Moral allein das Problem nicht lösen werden.

Ich möchte Sie zweitens bitten, weiterhin alles zu versuchen, um gemeinsam mit den USA, mit Russland, dem Iran und Saudi-Arabien an einer Beendigung des Krieges in Syrien zu arbeiten. Das schaffen wir nur gemeinsam. Auch hier gilt: ohne Pragmatismus werden wir das Leiden der Menschen dort nicht beenden.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, μέσα σε πέντε μέρες την περασμένη εβδομάδα και παρά τη θαλασσοταραχή, τα νησιά του Αιγαίου πλημμύρισαν από 48.000 νέους πρόσφυγες, που ήρθαν να προστεθούν στους 450.000 πρόσφυγες που είχαν ήδη κατακλύσει την Ελλάδα από τις αρχές του χρόνου. Με βάση τη ρήτρα κατανομής προσφύγων σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης, ανάλογα με την έκταση, τον πληθυσμό και το ΑΕΠ κάθε χώρας, όπως αποφάσισε πρόσφατα το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο, η Ελλάδα πρέπει να φιλοξενήσει το πολύ 11.000 πρόσφυγες.

Κι όμως με εργαλείο το μνημόνιο στην προχθεσινή μίνι σύνοδο των Βρυξελλών ουσιαστικά επιβλήθηκε στην Ελλάδα να φιλοξενήσει πενταπλάσιο αριθμό προσφύγων, που θα φτάσουν τις 50.000. Η Ελλάδα δεν μπορεί να μετατραπεί σε μια τεράστια φαβέλα προσφύγων. Ο φτωχοποιημένος από τα μνημόνια ελληνικός λαός δεν μπορεί να φιλοξενήσει άλλους πρόσφυγες, και αυτό πρέπει να το καταλάβετε. Όπως επίσης πρέπει να καταλάβετε ότι η φύλαξη των ελληνικών συνόρων ανήκει στα κυριαρχικά δικαιώματα της Ελλάδας. Ήρθε η ώρα να πάψετε να θωπεύετε την Τουρκία και να την αναγκάσετε να βάλει τέλος στα δουλεμπορικά κυκλώματα που λειτουργούν στην επικράτειά της.

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ivo Vajgl (ALDE). – Spoštovani gospod Juncker! Hvala vam, da ste sklicali v nedeljo sestanek, ki je bil brez dvoma koristen. Manj mi je bil všeč vaš ton kritike, namenjene liderjem iz držav na balkanski poti. Dobro bi bilo, če bi bili kritični tako do vseh, kajti liderji teh držav imajo 100-procenten problem in problem, ki presega njihove kapacitete, zaradi tega so bili nervozni, ampak mislim, da je sestanek marsikaj tukaj popravil.

Moja država, Slovenija, je vsa, ker je majhna, na razvpiti balkanski poti, lahko rečemo tudi na križevi poti desetih tisočev beguncev in migrantov.

Danes si moramo Evropejci priznati, da smo na balkanski smeri vsi. Imamo problem, ki ni nastal sam od sebe, ni ga povzročila narava ali zla usoda. Je posledica katastrofalnih odločitev politikov te generacije, intervencij, vojn in iluzij, da lahko svet urejamo po svojih željah, ambicijah in podobi.

Množica nesrečnih ljudi iz držav, ki jih je naša kratkovidna politika pomagala sesuti, so tu. Prišli so k nam, kot je v zgodovini našega kontinenta prihajalo in odhajalo veliko ljudi, različnih ver, ras in prepričanj.

Toda razlika je : danes je Evropa močnejša in bogatejša, zgrajena na skupnih vrednotah. Na njih morajo počivati tudi konkretni in učinkoviti ukrepi Evropske unije kot celote, vlad in aktivistov humanitarnih organizacij in civilne družbe.

Skupna, usklajena akcija, solidarnost, vizija, strpnost in učinkovitost, politična rešitev problemov Bližnjega vzhoda ob udeležbi vseh prizadetih in vpletenih.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριοι της Επιτροπής και κυρίως του Συμβουλίου, είναι η ώρα από τα λόγια να περάσετε στα έργα και μέχρι τώρα έχουμε καθυστέρηση και αναβολή, ακόμη και στην υλοποίηση αποφάσεων που έχετε πάρει. Χρειάζεται μια βιώσιμη ευρωπαϊκή λύση, ανθρωπιστική, στο πρόβλημα των προσφυγικών ροών. Αν αυτή δεν δοθεί, κινδυνεύει με μια διαλυτική κρίση η ίδια η ευρωπαϊκή ενοποίηση και απειλείται η Ευρώπη με την αναβίωση και την ενίσχυση ξενοφοβικών, ρατσιστικών, φασιστικών απόψεων.

Η χώρα μου, η Ελλάδα, δεν αντέχει να σηκώνει μόνη της το βάρος, και σηκώνει το μεγαλύτερο βάρος: δεν μπορεί να γίνει αποθήκη ψυχών και έρχεται χειμώνας και το Αιγαίο κάθε μέρα γίνεται νεκροταφείο. Πότε θα αλλάξει επιτέλους το «Δουβλίνο II»; Πότε θα πάρετε ειρηνευτικές, ευρωπαϊκές πρωτοβουλίες για τον πόλεμο στη Συρία; Πότε επιτέλους θα εφαρμόσετε με ελαστικότητα το σύμφωνο σταθερότητας στις χώρες που σηκώνουν το βάρος του προσφυγικού;

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist sehr positiv – danke auch an Sie, Herr Kommissionspräsident Juncker –, dass dieses Treffen am Sonntag stattgefunden hat, denn die Zukunft Europas liegt tatsächlich darin, dass sich diejenigen, die zu entscheiden haben, an einen Tisch setzen und nicht gegeneinander Stacheldrahtzäune aufbauen, sondern gemeinsam an einem Tisch gemeinsam über Lösungen verhandeln. Sie haben Recht, Herr Juncker, wenn Sie sagen, das sollte eigentlich der Normalfall sein. Das ist es leider noch nicht.

Es ist notwendig, dass es Unterstützung gibt, auch für die Länder, die noch nicht in der Europäischen Union sind, wie die auf dem Balkan. Es geht um Menschenleben, gerade jetzt, wo der Winter kommt. Es sind Flüchtlinge, die kommen, die vor Bomben flüchten.

Was jedoch fehlt – und das ist wohl auch klar herausgekommen –, ist, dass das, was die Mitgliedstaaten versprochen haben, tatsächlich umgesetzt wird. Geld, aber auch eine faire Verteilung von Flüchtlingen auf alle Mitgliedstaaten. Da liegt es an Ihnen, Herr Ratspräsident Tusk, endlich Druck zu machen auf die Mitglieder des Rates und zu sagen: Ihr müsst das erfüllen. Ein gemeinsames Asylsystem wäre notwendig, und zwar jetzt, damit nicht ...

(Der Präsident unterbricht die Rednerin.)

.... gegeneinander streiten und gegeneinander hier Dinge

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Dienstag, 27. Oktober 2015

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mentre Roma discute, Sagunto brucia. A questo pensavo, accostando la guerra delle frontiere nei Balcani occidentali, il rischio del collasso di Macedonia e Serbia e di Schengen, alle lunghe discussioni e alle insufficienti soluzioni di questi mesi. C'è un fiume di umana disperazione a cui rimangono solo i vestiti e la speranza di sopravvivere alle 100 000 nuove ridistribuzioni a fronte di 260 000 nuovi transiti in un mese in Croazia.

E cosa dicono queste conclusioni? Parlano di una gestione integrata delle frontiere con una nuova Frontex, di una guardia di frontiera unica, dello smantellamento delle reti criminali... Piccoli passi utili, con una grande spada di Damocle: il quando. E ancora: quando un asilo comune europeo con vie legali d'accesso? Quando la redistribuzione promessa e tutt'altro che completata? Quando la revisione di Dublino? Quando un vero cambiamento di rotta nelle nostre politiche in Africa e soprattutto in Siria?

C'è solo una riga, una misera riga, sugli sforzi concreti per affrontare le cause profonde e sostenere lo sviluppo socio-economico africano. Quali siano questi sforzi, nessuno lo sa. Mentre tante altre sono state scritte per salutare Erdoğan e il suo regime come il miglior amico, per ricordare che le donazioni promesse non sono state erogate.

Ha ragione Verhofstadt: il vero problema non è la gara dei gruppi politici che menzionava Weber. Glielo dico io qual è: è l'esistenza di un partito europeo unico, il partito della guerra, dello sfruttamento e dell'incoerenza, del commissariamento delle democrazie. Il partito peggiore di tutti, quello preso. E mentre l'Europa discute, il Mediterraneo e l'Africa bruciano, anzi annegano, davanti alle soglie delle nostre case. Complimenti al Nobel per l'ipocrisia.

Gerolf Annemans (ENF). – Hoever kan het cynisme om zich heen grijpen? Jean-Claude Juncker feliciteert Angela Merkel omdat ze zich niets aantrekt van peilingen waaruit blijkt hoe afkerig de bevolking van haar migratiebeleid is. “Wir schaffen es nicht” lijkt het motto te zijn, maar we trekken er ons niks van aan.

Er is met grote voorsprong geen indringendere, geen diepgaandere en geen efficiëntere manier denkbaar om de burgers van Europa te laten zien dat deze Unie geen rekening houdt met hun mening, dat deze Unie in feite niets meer te maken heeft met democratie, dan de wijze waarop u het vrije verkeer van goederen en personen hebt misbruikt voor de organisatie van een der grootste migratiestromen uit onze geschiedenis.

Ook op sociaal-economisch vlak was de afgelopen jaren al duidelijk geworden dat de Europese Unie in de plaats is getreden van de burgers van Europa. Kijk maar naar de staatsgreep van de Europese Unie in Portugal. Maar van de implosie van democratie in Europa bestaat er werkelijk geen scherper beeld dan uw wanbeleid, uw chantage en uw manipulatie inzake migratie.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, είναι πολύ επικίνδυνες τόσο για τους πρόσφυγες όσο και για τους λαούς συνολικά οι αποφάσεις της συνόδου. Πάει πολύ η ελληνική κυβέρνηση να προσποιείται ότι τάχα τις απέτρεψε, γιατί η Ελλάδα με αυτές μετατρέπεται σε σταθμό καταναγκαστικής συγκέντρωσης σε καταυλισμούς πάνω από 50.000 εγκλωβισμένων προσφύγων, σε μια νέα εκδοχή του Δουβλίνου. Τα δε κέντρα διαλογής θα αποδέχονται τους πρόσφυγες με προσόντα, κατά παραγγελία των μονοπωλίων, και οι υπόλοιποι, οι περισσότεροι, θα ανακατευθύνονται. Πολύ απλά, δηλαδή, θα απελαύνονται πίσω στην κόλαση των πολέμων για τους οποίους ευθύνεται η Ευρωπαϊκή Ένωση, οι Ηνωμένες Πολιτείες και το NATO.

Τα περί κοινών περιπολιών Ελλάδας και Τουρκίας μεθοδεύουν τη συνδιαχείριση στο Αιγαίο, ενώ η ανάθεση στη FRONTEX ρόλου καταστολής σε πρόσφυγες στα ελληνοσκοπιανά και ελληνοαλβανικά σύνορα και με συγκέντρωση δυνάμεων ταχείας επέμβασης, σημαίνει «να φυλά ο λύκος τα πρόβατα», δηλαδή, η Ευρωπαϊκή Ένωση τα σύνορα καταργώντας κάθε έννοια κυριαρχικού δικαιώματος.

Οι λαοί μπορούν να διεκδικήσουν άμεσα μέτρα στήριξης των προσφύγων και να αντιπαλέψουν τις ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις, τους ευρωενωσιακούς μηχανισμούς καταστολής, σηματοδύοντας το ίδιο το καπιταλιστικό σύστημα που γεννά πολέμους, φτώχεια και προσφυγιά.

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή).

Dienstag, 27. Oktober 2015

Alain Lamassoure (PPE). – Monsieur le Président, cela suffit, notre impuissance, nos contradictions, nos hypocrisies, cela suffit! Comprenons les leçons à tirer de l'exode migratoire qui continue de se presser à nos portes.

Première leçon: l'Union est inapte à faire face à des situations de crise, c'est un problème de gouvernance. Nous préparer à arrêter le réchauffement climatique en 2040, nous savons faire. Par contre, sauver, héberger, accompagner des centaines de milliers de réfugiés chez nous, nous ne savons pas. Nous traitons de manière chaotique une crise chaotique.

Deuxième leçon: les problèmes financiers. Là encore, promettre 100 milliards de dollars pour refroidir le climat dans vingt ans, nous sommes les meilleurs, mais renforcer de quelques centaines de personnes nos gardes-frontières, immédiatement l'Union européenne n'en a pas les moyens. Nous allons adopter dans quelques jours un budget communautaire 2016 aux moyens grossièrement insuffisants. L'Europe! Tout le monde est d'accord pour recevoir, mais plus personne ne veut donner, ni les pays riches, ni les pays pauvres, ni les grands pays, ni les petits pays.

Enfin, troisième leçon: l'hypocrisie politique dans tous nos pays, à tous les niveaux et quasiment dans tous nos groupes. Entre nos groupes, c'est une surenchère sur les valeurs: les uns évoquent les racines judéo-chrétiennes, d'autres la philosophie des Lumières et la laïcité, d'autres encore l'union des prolétaires dans tous les pays, et nous tous, la déclaration universelle des droits de l'homme. Mais dans les discours électoraux et dans le silence des bureaux de vote, les défenseurs de ces valeurs universelles laissent, dans l'indifférence, des femmes et des enfants souffrir du froid et de la faim chez nous, tout simplement parce qu'ils sont autres que nous ou qu'ils viennent d'ailleurs.

Il est temps de remettre les esprits en place et l'Europe sur ses pieds. Merci, Monsieur le Président Juncker, de le rappeler par vos paroles et par vos actes.

Președintele. – Avem doi colegi care au cerut *blue cards*. V-aș ruga foarte mult să înțelegeți situația și să mergem mai departe cu dezbateră întrucât suntem în mare întârziere. Acceptați această situație, dle Breton și dle Frunzuliță? Mulțumesc mult. Știu că nu este exact ce trebuie, dar trebuie să facem un compromis.

Birgit Sippel (S&D). – Herr Präsident! Die Europäische Union ist eine freiwillige Gemeinschaft, aber ihre Mitglieder verpflichten sich zu geteilter Souveränität und gemeinsamer Verantwortung.

Aber alte und neue Mitgliedsstaaten sind immer mal wieder geneigt, das zu vergessen, und verfallen in nationale Egoismen. Aber verbesserte Grenzkontrollen müssen Flüchtlingen überall in der Europäischen Union einen legalen Zugang ermöglichen. Wer Rückführungen will, muss zunächst den individuellen Asylanspruch sichern.

Die jetzt geplanten Aufnahmekapazitäten zur Registrierung von Flüchtlingen können nur funktionieren, wenn in kurzer Zeit die Verteilung in alle europäischen Staaten erfolgt, die Integration organisiert wird und wir zugleich die Situation für Flüchtlinge in anderen Staaten verbessern. Übrigens, Steuergerechtigkeit wäre auch ein ganz grundsätzlich wichtiges Thema, mit dem wir uns beschäftigen müssen.

Nationale Egoismen sind keine Lösung. Die Mitgliedsstaaten müssen jetzt handeln als solidarische Gemeinschaft, als Europäische Union.

Helga Stevens (ECR). Het enige resultaat van de minitop is dat er 100 000 extra opvangplaatsen komen langs de Balkanroute. Is dat alles? De exodus richting West-Europa, ook door economische migranten, gaat gewoon door en wordt nu louter beter georganiseerd.

De Commissie wilde praktische afspraken vastleggen voor resultaten op korte termijn. Ik had graag ook een dergelijke oplossing voorgesteld, namelijk pushbacks. Terugdrijvingen zijn absoluut mogelijk conform Europese en internationale rechtsregels en rechtspraak. Onder welke voorwaarden dat kan, werd echter nog nooit ernstig onderzocht.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Via Griekenland kwamen in 2015 alleen al een half miljoen mensen de EU binnen. Turkije gebruikt die asielzoekers nu als pasmunt voor visumliberalisering of zelfs EU-toetreding. Dit in ruil voor een betere bewaking van de EU-kustlijn. En waarom? Omdat de EU haar buitengrenzen niet meer kan of wil bewaken. De EU heeft de morele plicht te stoppen met het aantrekken van gelukzoekers door het de facto gevoerde opengrenzenbeleid.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL). – Senhor Presidente, nas últimas reuniões do Conselho da União Europeia e do Conselho Europeu, a máscara da solidariedade caiu definitivamente. As conclusões desta reunião, todas elas, são na prática um guia sobre como expulsar mais e de forma mais eficaz os migrantes da União Europeia. É dito com todas as palavras que a força do exemplo da repressão deve funcionar contra os indesejáveis, mas a cereja em cima do bolo é quando se diz que todas as medidas devem ser tomadas para assegurar o efetivo retorno dos migrantes irregulares, incluindo a detenção como medida legítima de último recurso — ou seja, tratam-se migrantes da mesma forma que se tratam criminosos. É exatamente isso que a ONU tem criticado na República Checa, e não se percebe em que é que o Conselho se diferencia dessas medidas.

Não sabemos também o que se passa com a missão militar EUNAVFOR MED, mas existem relatos de migrantes cujos barcos foram atacados por forças militares, tendo os migrantes sido alvo de agressões. É necessária uma clarificação urgente sobre papel destas missões militares para se saber o que se passa exatamente no terreno.

Eva Joly (Verts/ALE). – Monsieur le Président de la Commission, Monsieur le Président du Conseil européen, les 11 et 12 novembre, vous vous rendez à La Valette pour un sommet sur la migration. Mais ne nous-y trompons pas, les discussions prévues sur le développement économique ou l'organisation des filières d'immigration légale seront au mieux marginales, au pire l'objet d'indignes marchandages. Incapable d'envisager une approche d'accueil commune, l'Union européenne et, plus particulièrement, certains de ses États membres s'obstinent dans la militarisation de leurs frontières et les accords douteux avec des dirigeants autoritaires.

Ce sommet ne doit pas être un renforcement du processus de Khartoum. L'exploitation et le trafic de migrants ne cesseront pas en sous-traitant nos frontières aux autres ou en lançant des opérations militaires périlleuses contre les passeurs. L'ouverture de voies légales et sûres pour la migration, à la fois pour les migrants et les réfugiés, est une urgence. Pour éviter les drames, nous devons changer nos politiques et miser sur la solidarité.

Petr Mach (EFDD). – Pane předsedající, když slyším závěry Rady a výroky mnohých poslanců zde, tak mě napadá, že velkým problémem Evropy je falešný humanismus. Vy, kteří jste podporovali rozvrat režimu v Sýrii, v Libyi, šlo vám opravdu o blaho těch lidí nebo jste jen chtěli sesadit zlé diktátory a ukázat světu, jak jste sami humánní? Vy, kteří jste otevřeli státní náruč migrantům a poskytujete jim štědrrou podporu, jde vám opravdu o to, aby se ti lidé měli lépe, nebo jenom chcete ukázat světu a sami sobě, jak jste humánní?

Rada teď v závěrech mluví o tom, že chce posílit ochranu vnější hranice, ale byli to právě vaši vládní poslanci, kteří zde před měsícem odhlasovali kritiku hlídání vnější hranice. Takže to mně připadá velmi laciné z pohodlí Evropského parlamentu kritizovat ochranu hranic. Já se obávám, že velkým naším problémem zde je falešný humanismus.

Harald Vilimsky (ENF). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die aktuelle Völkerwanderung vom afrikanischen Kontinent Richtung Europa ist eines der wenigen Beispiele, wo man wirklich eine starke internationale Staatengemeinschaft bräuchte, die erstens einmal sicherstellt, dass eine Befriedung in der Region stattfinden kann. Die zweitens Erstaufnahmestellen garantiert für Menschen, die in der Region Schutz und Hilfe benötigen, und die drittens in der Region sichere Zonen schafft – das wäre Aufgabe einer starken Staatengemeinschaft.

Die Europäische Union macht genau das Gegenteil: man hat den Eindruck, dass die Entscheidungsträger der Europäischen Union fast wie in einem Hühnerhaufen herumgackern und nicht in der Lage sind, hier eine klare Entscheidung zu treffen.

Die zwei, die das ganze Chaos ausgelöst haben, die Bundeskanzlerin Merkel, die gesagt hat, in Richtung Arabien und Afrika, ihr könnt alle kommen, und dann der österreichische Bundeskanzler Faymann, der alle hindurchschleust durch Österreich, sind die Hauptschuldigen.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ich sage, dass diejenigen wirklich gute Politik machen, die anerkennen, dass jeder eine prioritäre Verpflichtung hat, sich um die eigenen Landsleute im eigenen Land zu kümmern und nicht eine Völkerwanderung

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Esteban González Pons (PPE). – Señor Presidente, es desesperante la lentitud con la que estamos afrontando una crisis en la que están en juego vidas humanas. Es desesperante estar ante otra reunión del Consejo hablando otra vez de lo mismo, sin que nada haya cambiado. La crisis de los refugiados se está convirtiendo en una auténtica crisis institucional.

Los Estados miembros no aplican las medidas propuestas por la Comisión. No tenemos, ni estamos trabajando en una política común de inmigración y de asilo. No estamos afrontando el problema de la guerra. En lugar de asegurar las fronteras exteriores, construimos nuevos muros interiores. Esperamos que terceros países resuelvan nuestros problemas con toda urgencia y a cualquier precio, y nos pasamos las reuniones echándonos la culpa los unos a los otros por lo que hacemos o lo que dejamos de hacer.

La pregunta que muchos ciudadanos se están haciendo cuando miran a las instituciones europeas es: ¿Es que no saben?, ¿es que no pueden?, ¿es que no quieren resolver el problema que todos los días vemos en los informativos?

Nuestra lentitud a la hora de afrontar el problema está provocando que tengan razón los antieuropeos, que crezca el nacionalismo, que crezca la separación, que crezca el odio hacia los extranjeros. La crisis de los refugiados empezó siendo un problema humanitario y ahora se está convirtiendo en un auténtico problema político. Las instituciones europeas parece que quieran no recibir más refugiados y, al mismo tiempo, no implicarse en la guerra que los impulsa. O, dicho de otra manera, que otros tengan a los refugiados y que otros se ocupen de la guerra que provoca que los refugiados tengan que escapar.

Hasta que no entendamos que la guerra que impulsa a los refugiados es también una guerra contra la Unión Europea, que la guerra contra los sirios es también una guerra contra los europeos, no empezaremos ni a resolver el problema de los refugiados ni a resolver el problema que tiene Europa. Los refugiados y los europeos tenemos la misma guerra en contra. Es hora de que nos demos cuenta.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Ich bin sehr froh über diese Initiative der Kommission, die jede Unterstützung von uns benötigt. Ich war in diesen Wochen mehrfach auf der Balkanroute unterwegs, in Gevgelija, Preševo und in Passau. Wenn man die Menschen sieht, dann sieht man erschöpfte Menschen, verzweifelte Menschen, man sieht viel Hektik, man sieht ein unheimliches Tempo. Allein in Passau überqueren täglich 7 000 Menschen die Grenze. Das sieht nach Exodus aus. Ich glaube, wir müssen dringend das Tempo beruhigen, wir brauchen eine Beruhigung dieser Entwicklungen. Hier geht es mir vor allem darum, dass wir Hilfe in den Herkunftsländern sofort und großzügig leisten, dass wir die Hotspots an den Außengrenzen effizient und menschenrechtskonform ausgestalten und dass wir dringend an der Balkanroute winterfeste Quartiere schaffen.

Branislav Škripek (ECR) – za jednu z priorit utečeneckej krízy považujem ochranu vonkajších hraníc. Príkladom efektívnej spolupráce v tejto oblasti je spoločné vysielanie policajných síl do Maďarska, ktoré realizujú krajiny V4. Úloha Turecka je pri prilive utečencov do Európy kľúčová. Povedzme si však pravdu, finančná a humanitárna pomoc Turecku mala prísť jednoznačne skôr. Európska únia nesmie ustupovať zo svojich základných hodnôt ani pri formulovaní politickej dohody s Tureckom. Turecko žiada zrýchlenie prístupového procesu, avšak je neprijateľné, aby sme obchodovali s pravidlami, ktoré musel splniť každý z členských štátov. Prečo práve v nedávnej minulosti nemecká kancelárka Angela Merkelová navrhla Turecku tzv. privilegované partnerstvo namiesto reálneho vstupu Turecka do EÚ a dnes pod tlakom a v panike meníme tento postoj. Ponúkame Turecku, čo potrebuje k zastaveniu migračných tokov do Európy, ale nemodifikujeme náš rozumný prístup. Stav ľudských práv či sloboda médií sú dostatočným svedectvom o tom, či krajina chce alebo dokáže plniť prístupové kritériá.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). Κύριε Πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, αναρωτιέμαι για πόσα χρόνια ακόμα θα συζητάνε, Επιτροπή και Συμβούλιο, για το πώς θα αντιμετωπίσουν αυτή τη χωρίς προηγούμενο ανθρωπιστική κρίση. Απέναντι σε αυτή τη σκληρή πραγματικότητα, την τραγική πραγματικότητα, παρακολουθήσαμε τη χθεσινή φάρσα της μίνι συνόδου κορυφής. Τα συμπεράσματα που συζητάμε σήμερα δεν αντέχουν σε καμιά κριτική και αποτελούν ύβρη για τα εκατομμύρια των προσφύγων, για τους χιλιάδες νεκρούς, αλλά φυσικά και για τον ευρωπαϊκό πολιτισμό, και η ανθρωπιστική κρίση αποκάλυψε τη γύμνια της ευρωπαϊκής πολιτικής.

Η Γερμανία απροκάλυπτα θέλει να μετατρέψει τον Νότο, και ειδικά την Ελλάδα, σε ένα απέραντο στρατόπεδο συγκέντρωσης, ενισχύοντας έτσι πολιτικές κλειστών συνόρων μέσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Παράλληλα, παίζει επικίνδυνα παιχνίδια αποσταθεροποίησης με την Τουρκία, σε βάρος τόσο της Ευρωπαϊκής πολιτικής διεύρυνσης όσο και των ελληνικών κυριαρχικών δικαιωμάτων. Μόνο όποιος εθελotuφλεί δεν αντιλαμβάνεται ότι το ευρωπαϊκό οικοδόμημα αποκαλύπτει τα σαθρά θεμέλιά του. Το έχω ξαναπεί, λοιπόν, ότι η ανθρωπιστική κρίση ξεπερνάει κατά πολύ το δίλημμα του ποια Ευρώπη θέλουμε. Αν συνεχίσουμε αυτή την πολιτική, απλά δεν θα υπάρξει Ευρώπη.

Janice Atkinson (ENF). – Mr President, the Left and Mr Pittella today reached a new low in this House by calling us a virus. Then we have Mr Schulz, who seems to think it is wrong to protect national interests. I was actually sent here to protect our national interest, and actually the people of Britain will vote to leave this place, because they recognise that our national interests are not being served in this place.

Mr Juncker: when in doubt, have a summit. Of course, we must have a summit, and the man from Luxembourg comes along, too. Now it is great that the man from Luxembourg comes along to talk about migration – but nobody, not one single migrant, is banging on the door to get into Luxembourg. I go to Calais quite a lot, and now the number of migrants in Calais trying to get into the UK has doubled to 6 000. I said it before: the majority of these people are not refugees. They are economic migrants.

Interjection regarding an apparent lack of French interpretation.

Well it does not matter. I will carry on, because my audience is Britain.

As I said before, these people are not refugees; they are economic migrants. The main concern of the migrants is not safety, but economic gain. In Calais, the majority of people storming the tunnel are aggressive young men. I was on Eurostar yesterday, and when I entered France there were a number of migrants sitting on the tracks on this side. The police did not detain them, they did not deport them, and that is wrong. That is why this place is going to crumble.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io vorrei, da italiana, ricordare che l'Italia è stata poco nominata oggi e un po' troppo dimenticata, e vorrei dire che le nostre sono davvero piccole scaramucce di fronte all'immane problema che ci troviamo ad affrontare.

Io sono profondamente convinta di quanto ha detto il Presidente Juncker, che le nostre risorse non sono illimitate. Ed è solo per questo che anche la nostra solidarietà non può essere illimitata. Anche se è giusto, noi dobbiamo affrontare urgentemente questa urgenza e dobbiamo mettere in campo tutto quello che è stato promesso. Però sia che vinca chi dice confini sigillati, sia che vinca la solidarietà senza limite, noi non affronteremo in modo serio il problema e l'Europa finirà sgretolata, perché questo è soltanto uno *step* di quello che noi dobbiamo fare: l'emergenza immediata.

Ma c'è il problema geopolitico: se guardiamo le rotte, se guardiamo da dove partono, capiamo che dobbiamo stabilizzare e dobbiamo lavorare perché i migranti siano messi nelle condizioni di vivere nei loro luoghi di origine. Dobbiamo assicurare assistenza e stabilità. Dobbiamo impedire lo svuotamento sistematico di intere regioni che sono a rischio desertificazione, non solo per i cambiamenti climatici, ma sono a rischio desertificazione culturale. La cultura è la grande assente.

Allora io la voglio riportare in quest'Aula con le parole di un grande italiano, Pier Paolo Pasolini, che negli anni '60 è stato profeta e ha parlato di «Alì dagli occhi azzurri»: «Alì dagli occhi azzurri scenderà da Algeri su navi a vela e a remi, saranno con lui milioni di uomini, sbarcheranno a Crotone o a Palmi a milioni, vestiti di stracci». Era la visione di un grande uomo italiano negli anni '60, ma sembra la descrizione di quello che avviene oggi. Dobbiamo dare risposte serie, vere, profonde e durature.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Péter Niedermüller (S&D). – A nyugat-balkáni útvonallal kapcsolatos 17 pont azt gondolom, fontos eredmény. Azt bizonyítja ugyanis, hogy az együttműködésre és szolidaritásra épülő közös európai politika minden nehézség ellenére eredményes lehet, míg a kerítésekre, önző bezárkózásra és elutasításra épülő politika kudarca van ítélve. Ugyanakkor mindannyian tudjuk, hogy vasárnap csak az első lépéseket tettük meg – és itt nem elsősorban további határvédelmi akciókra és intézkedésekre gondolok. A következő időszak legnagyobb kihívása ugyanis a bevándorlók és menekültek gyors és hatékony integrációja lesz. Befogadásra, társadalmi integrációra, nem pedig kényszerű kulturális asszimilációra van szükség. Nyelvtanulás, oktatás, képzés, szociális gondoskodás kell. És pénz, sok pénz!

Nem a keresztény Európa védelmét kell hangsúlyozni, nem félelmet kell kelteni, hanem hatékony és jól összehangolt közös integrációs programokra van szükség. Amíg ezt nem érjük el, amíg az Európai Uniónak nincs közös integrációs stratégiája, addig nem fogunk tudni előrelépni.

Kinga Gál (PPE). – Elnök Úr! Kedves Kollégák! A migrációs kérdés, ez a krízishelyzet állandó napirendi pontja plenáris üléseinknek hónapok óta. Mindeközben a migrációs nyomás erősödött, a tanácstalanság nőtt. Én úgy látom a jelenlegi súlyosbodó helyzetben innovatív megoldásokra, felelősségteljes cselekvésre van szükség. Ahhoz, hogy szolidaritásunkat valóban ki tudjuk fejezni, azért, hogy valóban segíteni tudjunk a tényleges rászorulóknak, pontot kell tennünk a nyitott határok, valamint a korlátlan bebocsátás politikájára. Itt az ideje a képmutatás nélküli, egyenes beszédnek. A gyors, egymást követő két tanácsi ülés azt mutatta, hogyha végre nem azonosítjuk be a legégetőbb rövid- és középtávú feladatokat, valamint az ezekre adott azonnal végrehajtható teendőket, akkor a helyzet kezelhetetlenné válik.

Ma a balkáni útvonal adja ennek bizonyítékát, holnap egyre több tagállam szembesül a határain hasonló válsághelyzettel. Végre itt volt az ideje kimondani az augusztus óta a levegőben lógó tényeket, tennivalókat. Amiért még néhány hete a kiközösítés fenyegette pl. a magyar kormányfőt, amikor ki merte mondani: a külső határok védelme elsőbbséget kell élvezzen, különbséget kell tenni a menekültstátuszra jogosult és a gazdasági bevándorló között – és ez utóbbit vissza kell küldeni. Regisztrálni kell a belépőket, nem lehet utaztatni őket egyik határról a másikra. Valamint a migráns sem válóghat, hol veti magát alá eljárásnak. Odáig nem tudjuk megoldani a problémát Európán belül, amíg nem biztosítjuk a határainkat, és nem tudjuk megmondani, hogy kik és mennyien jöhetnek be. Ez a feltétele annak is, hogy megóvjuk a schengeni rendszert, az unió egyik legnagyobb vívmányát.

Ugyanakkor pedig helyben kell segíteni a menekülttáborokat. Ott kell biztosítani az oktatáshoz, a munkához való hozzáférést. Hiszen a valódi menekültek ezekben a táborokban tartózkodnak, várva arra, hogy hazatérhessenek otthonaikba. Felelősségteljes, határozott fellépést várnak a polgáraink, és örülök, hogy a madridi kongresszusa a Néppártnak ezt határozatában mind tartalmazza.

Președintele. – Mulțumim, doamnă Gál. Îmi aduc aminte, aproape de rută, că cineva mi-a spus că această rută a fost folosită și de armatele care au asediat Viena la sfârșitul anilor 1600.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señor Presidente; rápido, urgente, inmediato: no sé qué sentido tienen estas palabras para algunos en esta Cámara. Estamos ya, algunos, cansados de la hipocresía de escuchar aquí hablar de solidaridad a algunos eurodiputados, mientras sus Gobiernos están actuando de forma nefasta en la gestión de esta crisis. Porque fue hace un mes cuando se decidió el reparto de cuotas de los refugiados, y ayer, el Gobierno del señor Rajoy, por poner un ejemplo, anunciaba que mandaba a unos funcionarios para participar en un proyecto piloto y acoger a los cincuenta primeros refugiados.

Si no estuviéramos hablando de una cosa tan seria, pensaría que es una broma. Pero todo tiene su explicación. La imagen del señor Orbán en el congreso del Partido Popular Europeo en Madrid, ovacionado, aplaudido, cuando hacía las declaraciones tan reaccionarias en contra de los refugiados y de la inmigración, tiene un sentido muy claro.

Dejen de engañar, porque nos estamos jugando la vida de cientos de miles de refugiados.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, mene kao Hrvaticu brine situacija kako pomiriti nacionalne egoizme i europsku koheziju o kojoj je govorio gospodin Tusk jutros. Dobro je da je u nedjelju sazvan sastanak na kojem su bili svi čelnici balkanskih zemalja i ne treba čuditi gospodina Junckera, žao mi je što ga nema ovdje, što se čelnici nisu mogli sami naći.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Morate znati da ta situacija u zemljama zapadnog Balkana nadilazi kapacitete tih zemalja i dobro je da su pozvani pod okriljem Europske komisije. Ja se slažem s tim da trebamo umjesto unutarnjih granica čuvati vanjske granice. Slažem se i s gospodinom Gonzálesom koji je rekao da je rat protiv Sirije rat protiv Europske unije, i sve dok ne riješimo probleme na ishodištu, nećemo riješiti problem migracija. Potpuno sam suglasna s tim. Također, podupirem akcijski plan.

Treba pomoći Turskoj, jer ukoliko ne pomognemo Turskoj nećemo, također, moći dalje rješavati situaciju. Može doći do kaosa, dolazi zima, ako ne počnemo provoditi odluke koje je donijelo Europsko vijeće i Europska komisija. Slažem se da države članice moraju provoditi odluke koje su donesene ukoliko ne želimo da dođe do kaosa. A mi kao političari imamo zadatak i građani to od nas očekuju, rješavati probleme. I stoga vas molim da se konačno uozbiljimo i da shvatimo ozbiljnost destabilizacije europskog projekta.

Claude Moraes (S&D). – Mr President, we should indeed understand the gravity of the situation. It is important that, whatever our political views, we do not give up on the European Union for a well-organised and compassionate response. It is the reason why Commissioner Avramopoulos and the Committee on Budgets will meet with us in a few minutes after the votes: we have to do something. We have to take action.

It is right that the Commission convened the West Balkan summit. It did so with a lot of criticism, but the chaos has to be resolved. People are suffering as winter comes. We will see more deaths and this Parliament will call for action. So action has to be taken, and that means that this Parliament must do its work. After all the talk is finished, we will have to do the work, we will have to get the financial instruments and we will have to ensure that the hotspots work.

Commissioner, my interest is to ensure that those hotspots and reception centres work. They would have worked if the asylum conditions had been created over the past years and Member States had done it then. So we have to do it now. We have to get on with it and we have to make it work in the next few weeks.

Μανώλης Κεφαλογιάννης (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, στο Συμβούλιο υπήρξε μια σημαντική συνάντηση. Υπήρξε αύξηση της δυνατότητας υποδοχής προσφύγων σε 100.000, σε όλο το μήκος του βαλκανικού διαδρόμου, από τα ελληνικά σύνορα ως τα σύνορα της Αυστρίας με τη Γερμανία. Μόνο στην Ελλάδα δόθηκε η δυνατότητα, δέχτηκε δηλαδή η Ελλάδα να έχει 50.000 παραπάνω πρόσφυγες και να δημιουργήσει κομβικά σημεία hot spots για το κέντρο καταγραφής και ταυτοποίησης των προσφύγων.

Υποδοχή, λοιπόν, 30.000 προσφύγων και πρόβλεψη για άλλους 20.000 πρόσφυγες, με επιδότηση ενοικίου και την υποστήριξη της Ύπατης Αρμοστείας του Οργανισμού Ηνωμένων Εθνών. Αυτό που έλειπε από τη συνάντηση είναι η Τουρκία, η κοινή δράση, το κοινό πρόγραμμα δράσης με την Τουρκία, μακριά από ανατολίτικα παζάρια, ενόψει μάλιστα εκλογών στην Τουρκία. Έλειπε η συνάντηση με τα αφρικανικά κράτη.

Είναι σημαντικό που ο κ. Tusk και ο κ. Juncker ανακοίνωσαν τη συνάντηση στη Βαλέτα. Νομίζω ότι έχει να προσφέρει πάρα πολλά στην κοινή μας προσπάθεια. Κυρίως όμως λείπουν τα πλούσια αραβικά κράτη, με εξαίρεση τον Λίβανο και την Ιορδανία. Μόνο στη Σαουδική Αραβία, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, υπάρχουν εγκαταστάσεις με τέντες έτοιμες για 3.000.000 πρόσφυγες. Κρινόμαστε όλοι, κρίνεται η Ευρωπαϊκή Ένωση. Κρινόμαστε εάν πράξαμε το χρέος μας ...

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή).

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, Monsieur le Commissaire, l'Europe – dans ce que tout le monde appelle une crise – donne l'impression de subir et non pas de maîtriser une évolution qui est à ses portes.

Qui s'intéresse à la situation en Syrie? Qui redit que si nous faisons face aujourd'hui à un afflux de réfugiés aussi massif, c'est parce qu'en Syrie, l'État islamique progresse? Qui dit que ce n'est pas avec M. al-Assad que nous pourrions trouver une solution? Qui dit que nous ne sommes pas capables de nous mettre d'accord sur la relation de l'Union européenne avec la Russie? Alors, Monsieur le Commissaire, dites au président de la Commission qu'il doit agir car, sinon, il n'y a entre nous que des interdépendances, il n'y a pas de solidarité. Exactement de la même manière que nous avons fait l'union économique et monétaire sans pilier économique, nous avons fait Schengen sans politique d'asile, sans office européen de protection des réfugiés et des demandeurs d'asile, sans politique de migration, sans protection extérieure des frontières.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Je demande au président de la Commission de décloisonner les travaux et de mener une initiative forte, non pas pour pointer du doigt les responsabilités du Conseil, mais pour nous permettre de redonner à l'Europe sa voix dans cette affaire.

Esther de Lange (PPE). – Dit debat houdt ons vooral zelf een spiegel voor. Als wij met z'n allen niet meer in staat zijn om de mens in de mensenmassa te zien, dan zijn we vooral de Europese waarden, waar we ons steeds weer op beroepen, kwijt. Dat mogen we niet laten gebeuren. Maar om barmhartigheid te tonen met die mensen die ons nodig hebben en bescherming behoeven, en solidair te kunnen zijn met de landen die de meeste vluchtelingen opvangen, moet je ook heel erg duidelijk durven zijn. En duidelijkheid is ook in alle eerlijkheid tegen iemand zeggen: "Jij hebt onze bescherming niet nodig" en dan een fatsoenlijke terugkeer regelen. Duidelijkheid is ook zeggen: "Ja, mensen, dit gaat moeite en geld kosten" en niet zoals de lidstaten doen: toezeggingen doen maar vervolgens niet over de brug komen en doen alsof het allemaal vanzelf en vooral gratis en voor niks gaat.

De solidariteit en menselijkheid die we hier in het grootste deel van dit huis horen, komen onder druk als we niet in staat zijn onze grenzen te bewaken. Daarom ben ik blij dat de voorzitter van de Commissie zegt snel met een voorstel voor een Europese kustwacht te komen. Daarom ben ik blij met alle samenwerking die er is met buurlanden, ook op financieel vlak, al betwijfel ik of je bijvoorbeeld het toetredingsproces van Turkije moet koppelen aan de discussie over vluchtelingen. Ik denk het niet. Maar laten we nu vooral aan het werk gaan, de elementen zijn er en doe het in alle eerlijkheid en in alle duidelijkheid.

Miriam Dalli (S&D). – Chair, Sur Kummissarju, fis-summit tal-pajjiżi Balkani dehret bl-aktar mod ċara t-tensjoni li teżisti fl-Unjoni Ewropea, meta suppost dan għandu jkun il-mument fejn l-Unjoni Ewropea tkun magħqda u titkellem b'vuċi wahda.

Il- "Valletta Summit" li se jsir fi ftit jiem ohra huwa opportunità tad-deheb għall-Unjoni Ewropea biex tiftaħ diskussjoni kostruttiva mal-Unjoni Afrikana li tista' twassal għal riżultati konkreti.

L-influssi ta' migrazzjoni huma riżultat tal-gwerer, l-instabilità, il-faqar, il-qgħad u l-ksur tad-drittijiet umani li għadhom rampanti f'ċertu pajjiżi Afrikani u Gharab.

L-Unjoni Ewropea trid taċċerta ruhha li l-għajjnuna li tagħti, twassal biex jinbidlu l-affarijiet. Irridu nkunu sodi meta nitolbu lill-mexxejja ta' dawn il-pajjiżi biex jaraw li l-ewwel u qabel kollox jagħtu prijorità lin-nies tagħhom.

Hemm bżonn li f'dan il-mument, l-Unjoni Ewropea titkellem b'vuċi wahda u b'saħħitha jekk verament irridu nindirizzaw is-sitwazzjoni bis-serjetà u b'mod li nagħmlu differenza.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, a propósito das conclusões do Conselho e, em particular, também desta cimeira que houve agora, no fim de semana, com os países essencialmente ligados aos Balcãs e à receção de refugiados, gostaria que ficassem claros dois princípios. O primeiro é de que isto é uma responsabilidade europeia, e é assim que todos os países da União Europeia devem ver esta questão, o que significa que todos temos a obrigação de receber refugiados e que todos temos a obrigação de participar no esforço financeiro de ajuda aos países de onde saem os refugiados, bem como aos países que são a fronteira que recebe o impacto dos primeiros refugiados. Mas também é certo, e este é o segundo princípio, que esta solidariedade deve ser feita com critério: não devemos confundir os migrantes com os refugiados e, por isso, é preciso fazer essa separação e essa triagem, justamente nos campos de acolhimento e nos *hotspots*, e devemos trabalhar para isso com os países que estão na linha da frente, sejam eles membros da União Europeia ou não. Portanto, esta é uma responsabilidade que nós temos e que devemos deixar também a todos os países da União Europeia.

Queria também dizer que, do nosso ponto de vista, é absolutamente essencial que façamos também algum trabalho de prevenção, designadamente no tocante à África subsariana. Para além dos pontos que são hoje os pontos mais quentes e que merecem uma resposta urgente, nós vamos ter, a prazo, movimentos muito fortes da África subsariana.

Ms. Marlene Mizzi – Sur President, il-migrazzjoni hija s-sintomu u mhux il-kawża, u sakemm mhux se nindirizzaw il-kawża mill-għerq din il-problema se tibqa' u se tizzied.

Dienstag, 27. Oktober 2015

L-instabilità ekonomika, soċjali u politika, gwerer, ksur tad-drittijiet tal-bniedem u attakki terroristiċi huma ftit mir-raġunijiet li jikkawżaw is-sintomi.

L-Istati Membri, l-Unjoni Afrikana, in-Nazzjonijiet Uniti u oħrajn ser ikollhom opportunità unika waqt il-Valletta Summit sabiex jikkolaboraw biex tinstab soluzzjoni internazzjonali u ġenwina għall-kriżi tal-migrazzjoni, li tista' ssehh biss jekk tinżamm l-attenzjoni fuq il-kawża fundamentali tal-migrazzjoni.

Inhegġeġ għalhekk lill-Istati Membri biex l-EU African Summit fil-Belt Valletta, ġo pajjiżi, ġo Malta, jintuza bħala pjattaforma sabiex tiġi żviluppata strateġija li tirreagixxi għall-isfidi umani, soċjali u politiċi li sfortunatament qed jisforzaw in-nies li jaharbu minn djarhom u qed jikkawżaw exodus mill-Afrika għall-Ewropa.

M'hemmx soluzzjoni *one size fits all*. Izda nhegġeġ lill-partecipanti biex jiffokaw kif lil dawn in-nies jaghtuom futur ġo pajjiżhom biex b'hekk ma jkollhomx jitolqu u jipperikolaw hajjithom ifittxu futur dinjituż ġo pajjiżhom.

Sfida kbira u strateġija fit-tul, vera, izda jekk ma nibdewx illum qabel għada, din il-problema se tibqa' magħna għal dejjem u se tikber.

Glenis Willmott (S&D). – Mr President, on behalf of British Labour MEPs, I welcome any cooperation with Turkey and other countries that can help better manage the current crisis. You have heard the cynical voices from some in this House, but they will never seek solutions. Instead, they will only seek to use this tragic situation for political gain.

National leaders who have reached this deal must take on their responsibilities to deliver their own agreement. This crisis is a continuing nightmare for all those families forced to walk mile upon mile to reach shelter and food for their children. These are people just like us: they are human beings. It is not a political game. Talking of which, I note that at the Council meeting there was a short discussion on the terms of the UK's negotiations and referendum, so I will use this opportunity to warn Prime Minister Cameron: there can be no more delay. This is too important. He now needs to join us in securing a future that Britain deserves: a future inside the European Union.

Kati Piri (S&D). – Mr President, let me use this opportunity to thank the European Commission for its commitment to find practical solutions to this huge challenge we are all facing. I welcome the action plan that was developed jointly with Turkey, as Turkey and the EU need each other to share the burden of providing safe havens for so many people fleeing war. So we urgently need to discuss further about financial support, resettlement, the effective return of economic migrants and fighting smugglers.

I nevertheless do reject the linkage of cooperation on refugees to the EU accession process, as these issues are unrelated. Postponing the progress report on Turkey without any explanation gives the impression that the EU is avoiding being critical on the human rights situation ahead of important elections. That gives a totally wrong signal. The EU should not stop expressing its concerns on the freedom of the press or the situation of the Kurdish minority.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io parto dalle parole del Presidente Juncker, che ci ha detto «I problemi degli uni sono i problemi degli altri». È il principio base di ogni unità, di ogni comunità, e penso che questo valga nella vita come nelle istituzioni.

L'Europa starà in piedi solo se si appoggerà su questo fondamento di solidarietà. Non c'è altra via, perché oggi sono i problemi dei rifugiati a dividerci, domani saranno altri, se l'approccio non sarà unitario.

Io vengo da un paese che è stato lasciato troppo a lungo solo, per fare oggi lo stesso errore verso la Slovenia, verso la Grecia, verso altri paesi. E so che la marea di persone che oggi sta nel fango delle rotte di terra dei Balcani è la stessa che è stata per ore, per giorni, sotto il sole bruciante del Mediterraneo.

Chiediamo perciò al Consiglio, Presidente Tusk, chiediamo a lei, nel suo ruolo di guida, e chiediamo alla Commissione che si faccia tutto quello che è necessario, passo dopo passo, azione dopo azione, per fare concretamente, dare concretamente le risposte.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ma dobbiamo anche andare alla radice del problema. Come ha detto il mio capogruppo Pittella, dobbiamo cambiare il paradigma con l'Africa: Unione africana, paesi africani, paesi del Golfo vanno chiamati a una comune responsabilità. Se globale è la destabilizzazione, globale deve essere anche la risposta.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, dolazim iz Hrvatske u koju je u zadnjih mjesec dana ušlo preko 250 000 ljudi. Svima je pružena zdravstvena skrb, hrana i organiziran prijevoz. Sve bez upotrebe sile, paljenja kampova i militarizacije granica. Izjave o namjernom tjeranju izbjeglica u rijeke su potpuno deplasirane. Radi se o očajničkom potezu ljudi kojima nije bilo moguće no da granicu prijeđu preko mosta u Sloveniju.

Nedjeljni dogovor u teoriji je dobar, ali kako će funkcionirati ako prema Europi opet krene dnevno 10 000 ljudi, a jedna zemlja na ruti ograniči prihvata na 2 500. Ova kriza nije nastala na zapadnom Balkanu, niti se tamo može riješiti sve dok vanjska granica Unije s Turskom ne bude pod kontrolom. Pritom registracija treba biti obveza, a ne mogućnost.

Umjesto prozivanja okrenimo se suradnji. Europska unija treba naći održivi zajednički odgovor na problem. U suprotnom ne možemo očekivati od zemalja izloženih krizi da vlastitu sigurnost pretpostave zajedničkoj europskoj politici koje zapravo nema.

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, προχθές μας παρουσιάστηκε η συμφωνία των 19 σημείων, που είναι πάρα πολύ σημαντική, αν τελικά καταφέρει να υλοποιηθεί, γιατί οι δειλές και αργοπορημένες απαντήσεις είναι αυτές που εξέδρεψαν το πρόβλημα στις κοινωνίες υποδοχής και που κάνουν την ξενοφοβία να φουντώνει. Όμως πρέπει πάλι να σας προειδοποιήσουμε: Χωρίς μόνιμο μηχανισμό μετεγκατάστασης, οι πρόσφυγες δεν θα κάτσουν ούτε τρεις μέρες στα κέντρα υποδοχής, αν αυτά μπορεί να γίνουν φυλακές, και χωρίς αιτήσεις ασύλου σε ευρωπαϊκά γραφεία στην Τουρκία και μόνιμους δρόμους, ασφαλείς δρόμους προσέγγισης, δεν θα σταματήσουν οι πνιγμοί στο Αιγαίο.

Υπάρχει μια απάντηση: η Τήλος, ένα μικρό νησί, χαμένο στο Ανατολικό Αιγαίο, ξεχασμένο από Θεό και κυβέρνηση, χωρίς γιατρό και δάσκαλο. Όμως, η Τήλος ζήτησε εκατό οικογένειες Σύρων προσφύγων να εγκατασταθούν μόνιμα στο νησί. Εκεί υπάρχει ηγεσία, εκεί υπάρχει μία κοινοτάρχης η οποία δείχνει το δρόμο της αλληλεγγύης και οι κάτοικοι οργανώνονται και ακολουθούν.

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum *Catch-the-eye-Verfahren*. Ich werde sieben Rednerinnen und Rednern das Wort geben. Wir haben unzählige Anfragen, die wir hier gar nicht alle berücksichtigen können.

Catch-the-eye-Verfahren

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, στη μικρή Σύνοδο Κορυφής στις 25 Οκτωβρίου αποφασίστηκε, μεταξύ άλλων, η φιλοξενία μέχρι τέλος του έτους στην Ελλάδα 30.000 προσφύγων και άλλων 20.000 με επιδότηση ενοικίου από την Ευρωπαϊκή Ένωση.

Σε μια χώρα που βρίσκεται έκτη χρονιά σε οικονομική κρίση με εφιαλτική ανεργία, ούτε τροφή, ούτε ένδυση, ούτε περίθαλψη είναι δυνατό να παρασχεθεί στους ανθρώπους αυτούς, αλλά μόνο προβλήματα με απρόβλεπτες συνέπειες. Η απόφαση αυτή άλλωστε, ακυρώνει στην πράξη το μέτρο της μετεγκατάστασης 64.400 προσφύγων από την Ελλάδα, που ισχύει από τον περασμένο Οκτώβριο. Σοβαρή προσέγγιση του προσφυγικού σημαίνει υπεύθυνη συνεργασία με την Τουρκία, που είναι χώρα διέλευσης, ώστε να τηρηθούν οι συμφωνίες επανεισοδοχής που έχουν υπογραφεί, αλλά κυρίως να ελεγχθούν αποτελεσματικά τα δίκτυα των λαθρεμπόρων που εκμεταλλεύονται τα κύματα των μεταναστών προς την Ευρώπη, διαφορετικά το προσφυγικό θέμα κινδυνεύει να αποδειχθεί μια ωρολογιακή βόμβα στα θεμέλια της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

(χειροκροτήματα)

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ana Gomes (S&D). – Mr President, first of all, let us stop the nonsense about the ‘coup d’état’ in Portugal. I noted that Mr Weber said that he was concerned about the prospect of a fully democratically-based left coalition in my country as a result of the elections. Apparently he does not worry about the prospect of a xenophobic, anti-European extreme right wing government in Poland.

At least in Portugal we are ready to receive refugees. That has been stated by all the authorities and entities involved in the reception. But the fact is that the relocation process is not working at European level. They are not coming. I hope that at least the Valletta Summit will be an opportunity for our leaders to realise what they have been told here in this Parliament, namely that, without opening safe and legal avenues for refugees and migrants, they will continue to feed business into the criminal gangs. Without working strategically to end the conflicts in Syria and Libya and to defeat the terrorists of ISIS in Iraq and Turkey, the EU will not be addressing the root causes of why refugees have to flee, and they will keep coming. This is not a refugee crisis. It is a truly European crisis because we are failing in our duties to protect those in need.

(The President cut off the speaker)

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedniče, pozdravljam dogovor koji je postignut u nedjelju jer će on omogućiti da izbjeglice manje stradaju i pomoći zemljama koje se nalaze na njihovoj ruti, među kojima je i moja zemlja Hrvatska koja je u zadnje vrijeme primila i kroz koju je prošlo više od 200 000 izbjeglica.

No te mjere neće spriječiti dolazak izbjeglica u Europsku uniju jer to nije moguće bez aktivne uporabe sile za koju se, nadam se, Europa neće odlučiti. Trajnije rješenje je dogovor s Turskom koji će svakako biti težak i financijski i politički. A stvarno trajno rješenje je utjecati na izvore rješenja krize na Bliskom istoku i u sjevernoj Africi. Toga rješenja nažalost Europska unija nema još niti u planovima.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, παρακολούθησα όλη τη συζήτηση των τριών περίπου ωρών. Με όλη την ειλικρίνεια, σας λέω ότι, αν ήμουν πρόσφυγας, ένας μετανάστης, και άκουγα αυτή τη συζήτηση, κυριολεκτικά θα προσπαθούσα να βρω το δρόμο προς το Αιγαίο, να πάω να αυτοκτονήσω: από τις ανέξοδες ρητορικές υπεράσπισης των δικαιωμάτων των προσφύγων, μέχρι την ομιλία του κ. Juncker, ο οποίος δεν παρέθεσε καμία ουσιαστική πρόταση άμεσης επίλυσης του προβλήματος.

Θα πω και δυο λέξεις για την Τουρκία: Κατανοώ πλήρως τη διάθεση συνεργασίας, αλλά από τη διάθεση συνεργασίας μέχρι να πάμε να λέμε ότι η Τουρκία είναι ασφαλής χώρα, μετά από τη βομβιστική επίθεση –για να μην αναφέρω τους εκατοντάδες άλλους νεκρούς άλλων βομβιστικών ενεργειών ή επιθέσεων της Τουρκίας ενάντια στους Κούρδους– την εκατόμβη των εκατό νεκρών στην Άγκυρα, να ονομάζουμε αυτή τη χώρα ασφαλή προκειμένου να διώξουμε το πρόβλημα από τη δική μας αυλή, πάει πάρα πολύ.

Ernest Maragall (Verts/ALE). – Señor Presidente, las intervenciones de los presidentes Tusk y Juncker nos explican la verdad: la de la inexistencia de la Unión Europea en términos políticos. Nos escandalizamos de las peleas de frontera entre unos y otros países balcánicos y escuchamos acusaciones entre grupos políticos de esta misma Cámara. Pero el auténtico escándalo no se produce en los Balcanes, sino en la Europa occidental, en los grandes y poderosos miembros de la Unión Europea. Quien está fracasando no es la Europa de los veintiocho, es la Europa de los quince. Si la única coincidencia es la protección de fronteras y el registro de refugiados, nos quedamos en un 5 % del problema.

¿Aún no hemos oído y entendido el mensaje que los refugiados nos envían? Nos dicen alto y fuerte: «It’s Europe, stupid» —Es Europa—. Actuemos, pues, como europeos. Empecemos por un plan de reubicación global. Igual que vamos a proveer guardas de frontera europeos, habilitemos ya campos y servicios básicos europeos en Francia, Alemania, España, Reino Unido, Holanda, Luxemburgo, Suecia. Demos existencia y responsabilidad política a la Unión Europea.

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Aufnahmезentren, Hotspots, gemeinsame Grenzwaсhe, lauter bis dato leere Schlagworte! Tatsache ist, die Union hat sträflich versagt und verschlafen! Kein Schutz der Außengrenzen! Schengen ist gescheitert. Ein Vertrauensverlust bei unseren Bürgern, der katastrophal ist. Die staatliche Souveränität wird zerstört, wenn illegal über 1 Million Flüchtlinge nach Mitteleuropa strömen, und das weitgehend unkontrolliert und unregistriert.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Meine Damen und Herren, das ist eine Invasion, das ist eine Landnahme! Denn 70 %—80 % sind junge Männer, als Vorboten für ihre Familien, auf der Suche nach dem gelobten Land, vorwiegend in Deutschland, Österreich, Schweden et cetera. Und das ist auch kein Wunder bei einer Mindestsicherung, die mehr ausmacht als das durchschnittliche Akademikergehalt in Syrien oder in Afghanistan.

Meine Damen und Herren, das ist eine Lawine, da werden gute Worte, freundliche Worte nicht helfen. Da müssen klare Taten gesetzt werden.

Eduard Kukan (PPE). – Mr President, since the beginning of the migration crisis I have been appealing to EU leaders to include the Western Balkan countries in its solution. These countries are directly affected by a flow of refugees and migrants passing through the Balkan route. In order to solve this crisis we need to find a mode of tighter cooperation with them. We also need to be careful to prevent the creation of other crises in this region.

Financial support has so far been limited and our response came quite late. I am glad that the summit on Sunday tackled these issues. I welcome the basic plan and concrete actions instead of building walls. In order to manage the migration flow we must cooperate closely on border management, fight human trafficking, share information and help in providing the necessary humanitarian assistance. I think managing this crisis together is also a chance to better prepare these countries for future EU membership.

Monika Flašíková Beňová (S&D) – ja by som chcela oceniť postoj Komisie v tejto situácii aj celkovo k pohľadu riešenia utečeneckej krízy. Čo si myslím, že je skôr na zváženie a na kritiku, je postoj niektorých členských štátov, ako neboli pripravené túto krízu riešiť. V neposlednom rade by som ale chcela spomenúť, pán komisár, jednu tému, ktorá sa bezprostredne riešenia utečeneckej krízy dotýka, a to je nárast extrémizmu, radikalizmu a fašizmu v členských štátoch Európskej únie. Začíname byť svedkami nielen masových demonštrácií extrémistov a radikálov, ale aj opakovaných útokov na zariadenia, kde sa utečenci nachádzajú a kde sa im snažíme pomáhať. A preto by som chcela apelovať na členské štáty, nie na nás, na Parlament, nie na Komisiu, ale na členské štáty, aby boli oveľa iniciatívnejšie aj v boji proti nárastu radikalizmu a fašizmu vo svojich krajinách.

Der Präsident. – Meine Damen und Herren! Vielleicht könnten die wenigen verbliebenen Kollegen, die ihre Privatgespräche hier im Plenum fortsetzen, auch ihre Plätze einnehmen. Das wäre sehr höflich.

Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die letzten zehn Redner hier irgendjemandem aufgefallen sind. Eine Parlamentsdebatte besteht darin, dass Kolleginnen und Kollegen ihre Reden vortragen können und die anderen Kolleginnen und Kollegen ihnen zuhören. Das war sicher bei den letzten zehn Rednerinnen und Rednern in diesem Haus nicht der Fall, was ich unfair finde.

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members of Parliament, today President Juncker gave a strong message on the Commission's actions and support in order to address the refugee crisis. We are committed. I noticed here today strong support from almost all of you for our initiatives. We really need this support from the European Parliament, and what we have achieved so far is thanks to this support. We need it also from different States inside and outside the European Union, and we have to help them as well. Sunday's mini-summit, as it was called, is positive, as States along the Balkans route came to the same table, and the dialogue now is open – but several used their own national narrative. I have to admit there is still not a full European spirit of cooperation. More cooperation, more solidarity, more responsibility are needed, and now we need actions – not only commitments.

It is now; implementation is key. This is also the message I got from you here. Implement and do even more on border management, on protection of asylum seekers in an organised way, and on cooperation within countries outside Europe. The role of the Commission has changed with this crisis. Constant monitoring, dialogue and support, and initiatives in a more strategic way and scope, are needed. This is also why the Commission work programme will have to give some answers in relation to borders, Dublin, resettlement, legal migration and relocation already on the table. They are all key, because we cannot afford to fail.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Let us not forget that the refugee crisis is used in multiple ways in internal national debates and public opinion. The only solution is to explain to our citizens: to explain to people the need for a common approach at different levels and to demonstrate the supportive role of the Commission to the Member States and neighbouring countries affected.

I am fully committed and ready to cooperate with Members in the different countries, directly or indirectly involved: European, African and Asian countries, including on our policy on returns. I had planned to go to Pakistan tomorrow, but because of the terrible earthquake I have postponed it until next week. But I will go there and discuss with the Pakistani authorities the readmission policy and their commitments in that.

Members of Parliament, the refugee crisis is a catalyst for more Europe. It is a crash test for Europe. It is a test of credibility of our principles and the capability of our institutions, and this is what the Commission is doing by having put migration at the top of its priorities from the very first day, taking the necessary initiatives like the Balkan Route Summit last Sunday, standing by the Member States in need, in order to give value and substantial content to the principles of solidarity and responsibility, and enhancing the unity of the Union.

Donald Tusk, President of the European Council. – Mr President, of course I share the concerns of this Chamber: the realisation of decisions undertaken during this crisis is not going as quickly as is necessary. This is the time when regular procedures in all the Member States should be replaced by emergency procedures. Awareness of this fact is not dominant, unfortunately, in all the Member States. I am convinced that this will happen and I would like to assure you that the Luxembourg Presidency is ready to support the efforts of the Commission in acquiring human and financial resources indispensable to tackling this crisis.

But let us also be fair. Contributions to the World Food Programme, UNHCR and other agencies exceed what has been pledged so far and this is not the easiest time for governments to spend fresh money today as you can imagine; it is maybe the most difficult one.

Let us remember when it comes to relocation that there are today eight times more places prepared for refugees to be relocated than refugees who want to make use of them. But most importantly, we are still working on the common view when it comes to the methods and the purpose of protecting external borders.

From the beginning of this crisis I have underlined that our clear aim should be a significant containment of the migration tide. But the opinion that it is impossible and that Europe should accept nearly all who want to come here is still being voiced. There have also been comments about refugee treatment in some Member States by the police. We heard accusations that human rights have been violated. I want to state very firmly that human rights are threatened mainly when the law is not enforced. Those people are fleeing countries where there is no police and no administration at all. The condition for respecting human rights is the protection of the legal order and enforcement of rules.

In fact, this general remark refers to all these issues we are discussing here in the context of the migratory crisis.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – Rápido, urgente, inmediato: no sé qué sentido tienen estas palabras para algunos en esta Cámara. Estamos ya, algunos, cansados de la hipocresía de escuchar aquí hablar de solidaridad a algunos diputados, mientras sus Gobiernos están actuando de forma nefasta en la gestión de esta crisis. Hace ya un mes que se decidió el reparto de cuotas de los refugiados, y ayer, el Gobierno del señor Rajoy, por poner un ejemplo, anunció el envío de unos funcionarios para participar en un proyecto piloto y acoger a los cincuenta primeros refugiados. Si no estuviéramos hablando de una cosa tan seria, pensaría que es una broma. Pero todo tiene su explicación. La imagen del señor Orbán en el Congreso del Partido Popular Europeo en Madrid, ovacionado, aplaudido, cuando hacía las declaraciones tan reaccionarias en contra de los refugiados y de la inmigración, tiene un sentido muy claro. Dejen de engañar, porque nos estamos jugando la vida de cientos de miles de refugiados.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. – We roepen de Europese Commissie en de lidstaten op om de krachten te bundelen en tot een echt gemeenschappelijk asielbeleid te komen. Het Europese asielbeleid moet uitgaan van enerzijds solidariteit en het recht op asiel voor wie onze bescherming nodig heeft, en anderzijds een verantwoordelijk terugkeerbeleid voor wie niet op de vlucht is voor oorlog of vervolging. Het is normaal dat we nu echt focussen op degenen die onze hulp het meest nodig hebben. De voorstellen die Jean-Claude Juncker daarvoor op tafel heeft gelegd, zijn concreet en doeltreffend. Het is nu aan de lidstaten om dankzij Europese middelen en gedetacheerd Europees personeel de Europese migratieagenda snel te implementeren, de asielprocedures te versnellen, de bouw van opvangkampen te ondersteunen en een gecoördineerd terugkeerbeleid uit te bouwen. We moeten ook snel werk maken van een gemeenschappelijke Europese kust- en grenswacht om de buitengrenzen te bewaken.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Sur la situation actuelle sur la migration, le Conseil européen invite à faire face à la crise des migrants et des réfugiés dans un «esprit de solidarité». Il veut engager l'Union à plus de coopération avec la Turquie et à un soutien financier accru alors même que le régime d'Erdogan soutient indirectement l'État islamique et ne contrôle en rien ses flux migratoires. Pire, le Conseil encourage à accueillir les réfugiés, à leur trouver un emploi et à leur donner accès à l'éducation jusqu'à «ce que le retour dans leur pays d'origine soit possible», ce qui est une chimère puisque nous savons qu'il n'y aura que peu de retours et que les immigrés installés en Europe y demeureront.

La seule politique en matière d'immigration est d'adopter une attitude ferme, à l'image de l'Australie, et supprimer toutes les pompes aspirantes et les facilités d'accueil qui sont autant de portes ouvertes vers l'Union et ses États membres.

Enfin, sur la Syrie, je dénonce l'attitude du Conseil qui, en voulant lutter contre Bachar al-Assad et l'État islamique, reste dans l'inaction totale alors qu'il serait plus urgent de coopérer avec le régime en place pour stopper Daech.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Rápido, urgente, inmediato: no sé qué sentido tienen estas palabras para algunos en esta Cámara. Estamos ya, algunos, cansados de la hipocresía de escuchar aquí hablar de solidaridad a algunos eurodiputados, mientras sus Gobiernos están actuando de forma nefasta en la gestión de esta crisis. Hace ya un mes que se decidió el reparto de cuotas de los refugiados, y ayer, el Gobierno del señor Rajoy, por poner un ejemplo, anunció el envío de unos funcionarios para participar en un proyecto piloto y acoger a los cincuenta primeros refugiados. Si no estuviéramos hablando de una cosa tan seria, pensaría que es una broma. Pero todo tiene su explicación. La imagen del señor Orbán en el Congreso del Partido Popular Europeo en Madrid, ovacionado, aplaudido, cuando hacía las declaraciones tan reaccionarias en contra de los refugiados y de la inmigración, tiene un sentido muy claro. Dejen de engañar, porque nos estamos jugando la vida de cientos de miles de refugiados.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Vorrei confermare il mio sostegno all'iniziativa della Commissione, in particolare in considerazione delle misure concrete e operative che si sta sforzando di mettere in campo nonostante le ben note difficoltà di dialogo tra gli Stati membri. È importante realizzare concretamente, fin da subito, i 17 punti del piano stilato domenica nella riunione tra i leader degli Stati membri interessati dalla rotta balcanica, provvedere alla creazione di ulteriori punti di crisi e di accoglienza, soprattutto nell'ottica dell'inverno che si avvicina e dunque del rischio, sempre più imminente, di una catastrofe umanitaria, e favorire il collegamento e il passaggio costante di informazioni tra gli Stati. Occorre naturalmente proseguire con la ricollocazione e con un'equa condivisione delle responsabilità, anche finanziarie, all'interno di tutta l'Unione.

Accogliamo con favore il fatto che finalmente si dà un riconoscimento agli sforzi compiuti soprattutto da certi paesi, fra cui l'Italia, per far fronte all'emergenza migratoria, anche nell'ottica di una maggiore flessibilità rispetto ai vincoli posti dal Patto di stabilità. Guardiamo con particolare attenzione al prossimo vertice di La Valletta. Dal dialogo con i capi di Stato e di governo africani possono venire importanti segnali di un approccio finalmente di prospettiva alla questione.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Rápido, urgente, inmediato: no sé qué sentido tienen estas palabras para algunos en esta Cámara. Estamos ya, algunos, cansados de la hipocresía de escuchar aquí hablar de solidaridad a algunos eurodiputados, mientras sus Gobiernos están actuando de forma nefasta en la gestión de esta crisis. Hace ya un mes que se decidió el reparto de cuotas de los refugiados, y ayer, el Gobierno del señor Rajoy, por poner un ejemplo, anunció el envío de unos funcionarios para participar en un proyecto piloto y acoger a los cincuenta primeros refugiados. Si no estuviéramos hablando de una cosa tan seria, pensaría que es una broma. Pero todo tiene su explicación. La imagen del señor Orbán en el Congreso del Partido Popular Europeo en Madrid, ovacionado, aplaudido, cuando hacía las declaraciones tan reaccionarias en contra de los refugiados y de la inmigración, tiene un sentido muy claro. Dejen de engañar, porque nos estamos jugando la vida de cientos de miles de refugiados.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ангел Джамбазки (ЕСР), в писмена форма. – Уважаеми колеги, свиканата от Юнкер извънредна среща на 25 октомври най-накрая взе решения от полза за държавите членки, а именно – план със 17 оперативни мерки.

Една от най-важните е, че се „потвърждава принципът да се отказва вход на граждани от трети страни, които не се съгласяват да кандидатстват за международна закрила“. Всеизвестно е, че мигрантите не се регистрират в периферните държави на ЕС, защото желаят да достигнат до високоразвитите северни държави – членки на Съюза. Надявам се, че тази мярка ще обезкуражи мигрантите и трафикантите и ще намали потока от нелегални мигранти.

Другата много важна мярка, която за съжаление не обвързва Турция, защото тя не беше поканена на срещата, е „да се обезкуражава движението на бежанци и мигранти към границите на други държави или региони без да се информират тези държави“. Всички много добре знаем, че именно Турция е държавата, която масово организира трафика и потока на мигранти към Европейския съюз. Европейският съюз трябва настоятелно да призове турските власти да ограничат максимално дейността на трафикантите, да сътрудничат в борбата срещу тях, както и надлежно да прилагат договора за реадмисия, подписан със Съюза. Само така Турция ще докаже, че заслужава да бъде партньор на Европейския съюз.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – Perante o drama humanitário da crise dos refugiados, perante as centenas de milhar de pessoas que fogem do caos e da guerra nos seus países – caos e guerra, não é demais lembrá-lo, nos quais a UE tem responsabilidades diretas, pelas ações de desestabilização e de agressão que apoiou e nas quais participou. A UE já tinha decidido que a solução era erguer mais alto os muros da «Fortaleza Europa». Agora, o Conselho Europeu decide acrescentar arame farpado a esses muros. As conclusões do Conselho Europeu revelam, em toda a sua crueza, a desumanidade das políticas da UE: expulsar mais migrantes e fazê-lo mais eficazmente. Eis a síntese das orientações decretadas por quem assimila os migrantes a criminosos. Ao mesmo tempo, aproveita-se a crise dos refugiados como pretexto para forçar novos passos no aprofundamento do federalismo, procurando cimentar o papel, alargar as competências e as funções das agências da UE, nos domínios judicial, policial e da «gestão de fronteiras». Novos motivos de preocupação quanto à salvaguarda de direitos, liberdades e garantias. Estas conclusões abrem ainda a porta à introdução de uma espécie de condicionalidade na política de cooperação para o desenvolvimento, uma desabrida chantagem, que procura submeter os seus destinatários à aceitação das diretrizes da desumana política migratória da UE.

Eugen Freund (S&D), schriftlich. – Die Ereignisse der vergangenen Wochen machen es immer deutlicher: Die Flüchtlingskrise verlangt nach einer gesamteuropäischen Lösung. Das Problem von einem Staat auf den nächsten zu schieben, wie das bei Ungarn, Kroatien, Serbien und Slowenien geschehen ist, verschlechtert die Situation nur – sowohl für die Flüchtlinge als auch im Verhältnis der Staaten zueinander. Und auch Bayern oder Österreich werden das Flüchtlingsproblem alleine nicht lösen können. Deshalb verlange ich – ähnlich wie es sie bei der Griechenland-Krise gegeben hat – mehr Verhandlungen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern, mit dem Ziel einer gerechten Aufteilung der Hilfesuchenden. Meine Forderung vom vergangenen April, wonach die Europäische Union alles unternehmen muss, um den Syrienkrieg zu beenden, wird nun immer mehr umgesetzt. Es ist nicht nur begrüßenswert, sondern unabdingbar, dass alle Streitparteien – jene an den Fronten und auch jene, die hinter den Kulissen die Strippen ziehen – in die Verhandlungen miteingebunden werden. Neben der Türkei und Russland muss auch der Iran am kommenden Freitag an den Beratungen, die in Wien stattfinden werden, teilnehmen. Ich unterstütze dabei ausdrücklich die aktive Rolle, die die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini im Namen der Europäischen Union zur Beilegung des Kriegs in der Region spielt.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – Para hacer frente a esta llegada dramática de refugiados a la UE, el Parlamento Europeo ha movilizado todos sus recursos para realizar una gestión eficaz y lo antes posible de la situación. Sin embargo, empezamos a estar cansados y —por qué no decirlo— también frustrados, de ver pasar toda una serie de reuniones del Consejo en los últimos meses con carácter de «urgencia», y de que la puesta en marcha de las decisiones adoptadas se retrase constantemente. Entre ellas la más importante, la contribución financiera por parte de los Estados miembros para ayudar en la gestión de esta crisis. El Parlamento Europeo está cumpliendo con su responsabilidad, ahora les toca a los países cumplir con su parte y aportar los 2 300 millones de euros para refugiados y ayuda humanitaria que prometieron. No podemos permitirnos seguir en este *impasse* por la falta de voluntad de ciertos países; la vida de miles de hombres, mujeres y niños está en juego.

Enrique Guerrero Salom (S&D), por escrito. – Rápido, urgente, inmediato: no sé qué sentido tienen estas palabras para algunos en esta Cámara. Estamos ya, algunos, cansados de la hipocresía de escuchar aquí hablar de solidaridad a algunos eurodiputados, mientras sus Gobiernos están actuando de forma nefasta en la gestión de esta crisis. Hace ya un mes que se decidió el reparto de cuotas de los refugiados, y ayer, el Gobierno del señor Rajoy, por poner un ejemplo, anunció el envío de unos funcionarios para participar en un proyecto piloto y acoger a los cincuenta primeros refugiados. Si no estuviéramos hablando de una cosa tan seria, pensaría que es una broma. Pero todo tiene su explicación. La imagen del señor Orbán en el Congreso del Partido Popular Europeo en Madrid, ovacionado, aplaudido, cuando hacía las declaraciones tan reaccionarias en contra de los refugiados y de la inmigración, tiene un sentido muy claro. Dejen de engañar, porque nos estamos jugando la vida de cientos de miles de refugiados.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), por escrito. – Rápido, urgente, inmediato: no sé qué sentido tienen estas palabras para algunos en esta Cámara. Estamos ya, algunos, cansados de la hipocresía de escuchar aquí hablar de solidaridad a algunos eurodiputados, mientras sus Gobiernos están actuando de forma nefasta en la gestión de esta crisis.

Hace ya un mes que se decidió el reparto de cuotas de los refugiados, y ayer, el Gobierno del señor Rajoy, por poner un ejemplo, anunció el envío de unos funcionarios para participar en un proyecto piloto y acoger a los cincuenta primeros refugiados. Si no estuviéramos hablando de una cosa tan seria, pensaría que es una broma. Pero todo tiene su explicación. La imagen del señor Orbán en el Congreso del Partido Popular Europeo en Madrid, ovacionado, aplaudido, cuando hacía las declaraciones tan reaccionarias en contra de los refugiados y de la inmigración, tiene un sentido muy claro.

Dejen de engañar, porque nos estamos jugando la vida de cientos de miles de refugiados.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Zaključke koje je donijelo Europsko vijeće na sjednici 15. i 16. listopada vezano za tzv. balkansku rutu ulaska migranta u Europsku uniju još je jedno vatrogasno rješenje, a ne cjelovito i dugoročno rješavanje problema. Način na koji pojedine zemlje članice nastupaju i iskazuju opasan nacionalistički egoizam ne rješava problem.

Potrebna je krajnja odgovornost i solidarnost svih sudionika kako bi se dugoročno razriješila migrantska kriza. Balkan je još jednom pokazao koliko je bitno područje za stabilnost i sigurnost cijele Europe i u tom kontekstu treba učiniti sve kako bi zemlje sa zapadnog Balkana ubrzale put ulaska u Europsku uniju.

Afzal Khan (S&D), in writing. – Turkey, as a NATO ally, as a G20 economy and as the most successful Muslim democracy in the world is a partner Europe needs. Today more than ever, the EU cannot deal with the refugee crisis without Turkish help. It is ironic that once again Europe is allowing important foreign policy decisions to be driven by events than long term strategy. To those of my colleagues who say we promised too much in the EU – Turkey Joint Action Plan - I say the question is not whether we work with our ally Turkey but how we can strengthen our existing cooperation. The EU will need Turkey beyond the current refugee crisis. As a democratic Muslim country, Turkey is a role model for the whole Muslim world. As a NATO member, essential for our security. And as the fastest growing economy in Europe, crucial for our economic well-being.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Rápido, urgente, inmediato: no sé qué sentido tienen estas palabras para algunos en esta Cámara. Estamos ya, algunos, cansados de la hipocresía de escuchar aquí hablar de solidaridad a algunos eurodiputados, mientras sus Gobiernos están actuando de forma nefasta en la gestión de esta crisis. Hace ya un mes que se decidió el reparto de cuotas de los refugiados, y ayer, el Gobierno del señor Rajoy, por poner un ejemplo, anunció el envío de unos funcionarios para participar en un proyecto piloto y acoger a los cincuenta primeros refugiados. Si no estuviéramos hablando de una cosa tan seria, pensaría que es una broma. Pero todo tiene su explicación. La imagen del señor Orbán en el Congreso del Partido Popular Europeo en Madrid, ovacionado, aplaudido, cuando hacía las declaraciones tan reaccionarias en contra de los refugiados y de la inmigración, tiene un sentido muy claro. Dejen de engañar, porque nos estamos jugando la vida de cientos de miles de refugiados.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραφτώς*. – Από ένα καθαρά ανθρωπιστικό πρόβλημα όπως το προσφυγικό, προκύπτει ένα μάθημα πολιτικής που αμαυρώνει την ΕΕ. Η Τουρκία ξεκίνησε ενταξιακές διαπραγματεύσεις πριν δέκα χρόνια κάτω από πολιτικές πιέσεις. Χωρίς τα ελάχιστα εγγύα, της παραχωρήθηκε καθεστώς υποψήφιας χώρας με προσδοκία βελτίωσης στο μέλλον. Είμαστε δέκα χρόνια μετά. Η πολιτική απέτυχε με επιδείνωση της κατάστασης: Ο Ερντογάν επιδιώκει επανασύσταση της Οθωμανικής αυτοκρατορίας ως νεοσουλτάνος, καταπιέζει τους λαούς εντός Τουρκίας (Τούρκους, Κούρδους, Αλεβίτες κ.ά.), συνεργάζεται και στηρίζει τη σύγχρονη αιμοσταγή μάστιγα της ανθρωπότητας, το λεγόμενο Ισλαμικό Κράτος, καταδιώκει και φυλακίζει πολιτικούς αντιπάλους και δημοσιογράφους που εκφράζουν απλά την άποψή τους, επιλέγει την αιματοχυσία με τους Κούρδους ενώ χρόνια πριν υποσχόταν ανθρώπινα δικαιώματα μέχρι να εδραιωθεί στην εξουσία, συνεχίζει την παράνομη κατοχή και εποικίζει το ευρωπαϊκό έδαφος της Κυπριακής Δημοκρατίας αρνούμενος αποχώρηση των κατοχικών του στρατευμάτων, περιφρονεί τις αποφάσεις των Ευρωπαϊκών Δικαστηρίων, δεν εφαρμόζει τις υποχρεώσεις του προς την ΕΕ που αφορούν την Κύπρο...

Ο κατάλογος της αντιευρωπαϊκής συμπεριφοράς είναι ανεξάντλητος. Ωστόσο, η ΕΕ σχεδιάζει να ανταμείψει τον Ερντογάν με μερικά δισ. ευρώ, απαλλαγή των Τούρκων υπηκόων από τη βίζα, επίσηυση της ενταξιακής διαδικασίας και άνοιγμα νέων κεφαλαίων, με αντάλλαγμα να μεταχειριστεί ο Ερντογάν ανθρώπινα τους πρόσφυγες. Αυτή η συναλλαγή αμαυρώνει την ίδια την ΕΕ.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A União Europeia atravessa uma crise social, uma crise de valores, que implica um reforço da solidariedade entre Estados-Membros com vista a solucionar a grave crise humanitária que vivemos. Os Estados-Membros devem agir de forma mais rápida e expedita no que respeita a dotar as instituições europeias de financiamento e mecanismos de apoio concretos por forma a ajudar o mais rapidamente possível os refugiados que chegam à Europa.

Este tipo de apoio pode ser tanto ao nível das infraestruturas de apoio, como ao nível dos locais de registo ou do reenaminhamento dos migrantes para outros países. Os países dos Balcãs Ocidentais assim como vários países do Sul da Europa ou da Europa Central têm tentado solucionar o problema das migrações de forma unilateral, entendendo que está na altura de todos cooperarem entre si e desenvolverem mecanismos de entreajuda e apoio mútuo.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Rápido, urgente, inmediato: no sé qué sentido tienen estas palabras para algunos en esta Cámara. Estamos ya, algunos, cansados de la hipocresía de escuchar aquí hablar de solidaridad a algunos eurodiputados, mientras sus Gobiernos están actuando de forma nefasta en la gestión de esta crisis. Hace ya un mes que se decidió el reparto de cuotas de los refugiados, y ayer, el Gobierno del señor Rajoy, por poner un ejemplo, anunció el envío de unos funcionarios para participar en un proyecto piloto y acoger a los cincuenta primeros refugiados. Si no estuviéramos hablando de una cosa tan seria, pensaría que es una broma. Pero todo tiene su explicación. La imagen del señor Orbán en el Congreso del Partido Popular Europeo en Madrid, ovacionado, aplaudido, cuando hacía las declaraciones tan reaccionarias en contra de los refugiados y de la inmigración, tiene un sentido muy claro. Dejen de engañar, porque nos estamos jugando la vida de cientos de miles de refugiados.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – I find it difficult to be optimistic about the prospects of negotiations on Euro-African cooperation regarding migrant movements and related socio-economic give-and-take. Since the heyday of neo-colonialism in Africa, things have not improved much. Through the IMF and other bodies, the West has imposed its neo-liberal model of development on most African countries. Privatisation, the removal of protectionism, and tailor-made forms of project tied aid from supposedly liberalised economies but failed to trigger sufficient growth. They confirmed the pattern of extractive industries and agricultural commodity production where value added was produced by among others, European and Chinese MNCs outside Africa. Urbanisation accelerated, farm communities dwindled and became poorer, jobs failed to materialise in townships.

In this neoliberal context, unsurprisingly corruption and public mismanagement did not abate; they flourished. For hundreds of thousands of Africans, immigration became the only hope. Strictly speaking, in a neo-liberal, globalised context, free movement of labour cannot be excised from a doctrine which preaches the virtues of free movement of goods and services worldwide. Conceptually and politically, Europe is in a weak position to demand a transparent give-and-take from African countries over the mass emigration of their citizens.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – dennodenne prinášajú média správy o problémoch, ktoré sa týkajú utečencov, o tom, ktorý členský štát zatvára hranice, ktorý naopak utečencov preváža autobusmi k hraniciam iného štátu. Členské štáty sa rozhodujú aktuálne podľa danej situácie, nemôžeme im to zazlievať, pretože v rámci EÚ absentujú rýchle a aktuálne rozhodnutia. Vystúpenia pána Tuska aj Junckera vnímam pozitívne, ale ich vystúpenia majú meškanie minimálne jeden rok. Ak by pred rokom sme boli hovorili o dôslednej ochrane hraníc, o rozšírení mandátu Frontexu, o právach, ale aj povinnostiach utečencov, o pomoci odborníkov a expertov v danej utečeneckej kríze, nemuseli dnes tisícky utekajúcich ľudí trpieť hladom, zimou a v nereálnej predstave za cestou do vysnívanej krajiny Nemecka nemuselo zomrieť mnoho ľudí. Oceňujem, že sa začali rokovania s Tureckom o spoločnej pomoci utečencom v záchranných táboroch v tejto krajine, kde by sme pomohli vybudovať a zabezpečiť sociálne, materiálne, hygienické a zdravotné podmienky pre utečencov.

Csaba Sógor (PPE), *írásban*. – Egyre inkább úgy tűnik, hogy az Európába irányuló migráció nem egy időszakos jelenség lesz, hanem tartósan be kell rendezkednünk rá, hogy óriási tömegek szeretnének letelepedni országaink területén. Ez a kihívás próbára teszi társadalmainkat, ellátórendszerünket, határőrizeti rendszereinket és politikai instabilitás előidézője lehet. Eközben azt látom, hogy polgáraink értetlenül állnak a jelenség előtt, mert velük ezt nem beszéltük meg. Nem beszéltünk nekik arról, hogy a világpolitika megérkezhet a városaikba és a falvaikba és mi ezt nem tudjuk vagy nem akarjuk megakadályozni. Ezért most sokan úgy érzik, hogy egyedül maradtak a problémáikkal és a politikai vezetőik nem veszik figyelembe az ő szempontjaikat.

Ezek az emberek meg fogják keresni azokat a pártokat és politikusokat, akik egyszerű válaszokat kínálnak ezekre a problémákra, megoldást ígérnek nekik és ezért cserébe a szavazataikat kérik majd. A következmények pedig sokkal messzebbre mutatnak majd a migrációs válság szempontjain, ezért azt gondolom, hogy most kell józan politikát folytatni és konkrét intézkedéseket tenni a helyzet kezelése érdekében. Ehhez kívánok bölcsességet és bátorságot a tagállamok vezetőinek.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Spolupráca s krajinami Stredomoria a Blízkeho východu je pre riešenie migračnej krízy kľúčová, dotknutým štátom však nemôžeme ponúkať len krátkodobé financie, ale najmä reálne rozvojové projekty, ktoré prinesú dlhodobú stabilitu a hospodársky rast.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Les ambitions du Conseil doivent être suivies de décisions budgétaires. La Commission a proposé une lettre rectificative pour le budget 2016 indiquant des hausses substantielles des financements pour les migrants. Pourtant, ces hausses sont insuffisantes, car, comme l'a dit le président de la Commission, «à situation exceptionnelle, l'Union doit apporter une réponse exceptionnelle».

La prochaine conciliation budgétaire sera l'occasion de tester la sincérité du Conseil. Seuls des financements extraordinaires permettront de faire face à la crise. La Turquie accueille deux millions de réfugiés, et le Conseil du 15 octobre a proposé une hausse de 3 milliards des aides financières pour ce pays. Pourtant, la Commission attend toujours les contributions des États membres au fonds Madad constitué pour les réfugiés de Syrie. La dernière mouture du budget rectificatif prévoit une baisse de 2,3 milliards des contributions des États membres au budget de l'Union.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Face à la responsabilité historique qui est la nôtre, nous devons contraindre le Conseil à revoir sa copie, pour répondre non seulement à la crise des migrants mais aussi aux autres priorités de l'Union, l'investissement pour la relance et l'emploi – et l'emploi des jeunes notamment.

IN THE CHAIR: ILDIKÓ GÁLL-PELCZ*Vice-President*

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Madam President, is it in order to congratulate Mr Donald Tusk in his skilful decision to resign as Prime Minister of Poland last year in order to take up the job of President of the Council, at 5 times the salary [...]

(The President cut off the speaker)

President. – This is not a point of order.

4. Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (eingereichte Entschließungsanträge)**5. Abstimmungsstunde**

President. – The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes)

5.1. Gemeinsame Agrarpolitik: Aufhebung überholter Rechtsakte (A8-0255/2015 - Czesław Adam Siekierski) (Abstimmung)**5.2. Abkommen EU-Schweiz über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (A8-0271/2015 - Jeppe Kofod) (Abstimmung)****5.3. Besteuerung von Zinserträgen: Aufhebung der Zinsbesteuerungsrichtlinie (A8-0299/2015 - Molly Scott Cato) (Abstimmung)****5.4. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Schweden (A8-0304/2015 - Monika Flašíková Beňová) (Abstimmung)****5.5. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Belgien (A8-0303/2015 - Monika Flašíková Beňová) (Abstimmung)****5.6. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Polen (A8-0302/2015 - Monika Flašíková Beňová) (Abstimmung)**

Dienstag, 27. Oktober 2015

5.7. Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen (A8-0297/2015 - Birgit Collin-Langen) (Abstimmung)

5.8. Europäischer Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation (A8-0300/2015 - Pilar del Castillo Vera) (Abstimmung)

— *After the vote:*

Pilar del Castillo Vera, ponente. – Señora Presidenta, yo quiero decir que con la votación de hoy se pone fin al proceso legislativo del mercado único de las telecomunicaciones. Y porque el Parlamento ha mostrado un liderazgo en todo el proceso de comunicación y de negociación con el Consejo extraordinario, hemos conseguido los principales objetivos que nos habíamos marcado.

Primero, el fin de los costes de *roaming*. Podemos decir que se trata, además, de la eliminación de una suerte de tasa sobre la libre circulación de personas en la Unión Europea, y que se eliminan barreras para que las pequeñas empresas, las *start-ups* y todo tipo de organizaciones e instituciones puedan abrirse camino en el mercado único europeo. Es una prueba palpable de lo que supone el valor añadido de la Unión Europea.

Y segundo —un poco de respeto por favor, un poco de respeto, sean tan amables—, y segundo, internet. Internet, no cabe la menor duda de que es una joya. Es un valor precioso que nos ha deparado la tecnología; que está lleno de oportunidades, que está lleno de oportunidades para todos; que tenemos que cuidar con delicadeza y que incluso tenemos que mimar. Esta reglamentación establece las garantías necesarias para que internet facilite un acceso igual para todos, sin discriminaciones, sin interferencias, sin restricciones, de una manera clara y sin ambigüedades.

Y, además, ...

(La intervención de la diputada se ve interrumpida por abucheos en el Pleno)

No, no; voy a continuar y voy a acabar, porque estoy en mi derecho de hablar en este Pleno. Y si hay personas que carecen de respeto ante la intervención de cualquier parlamentario, que esperen y que oigan a quien está en el uso de la palabra. Y tengo que decir...

Con el ruido, Señorías, se hacen poquísimas cosas, nada más que tratar de crear confusión.

Y tengo que decir que, además de crear condiciones de igualdad en el acceso a internet y establecer las garantías de los principios de la neutralidad de la red, esta legislación permite que la creatividad, que el talento, que la innovación para servicios innovadores en internet puedan también florecer. Señorías, estamos...

Gracias, muchas gracias, al esfuerzo de los ponentes alternativos y a todos los que han contribuido a que este momento de hoy sea una realidad.

5.9. Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten (A8-0267/2015 - Marietje Schaake) (Abstimmung)

— *Before the final vote:*

Marietje Schaake, rapporteur. – Madam President, do not worry, I am not going to give a big speech, but just to ask for the final vote to be postponed, and the file referred back to committee so that we can start the trilogue and finish in a first reading agreement.

President. – The matter is referred back to committee in order to start negotiations with the Council.

Dienstag, 27. Oktober 2015

- 5.10. Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung (A8-0306/2015 - Markus Ferber) (Abstimmung)**
- 5.11. Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ARTEMIS (A8-0283/2015 - Ryszard Czarnecki) (Abstimmung)**
- 5.12. Entlastung 2013: Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) (A8-0282/2015 - Ryszard Czarnecki) (Abstimmung)**
- 5.13. Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ENIAC (A8-0285/2015 - Ryszard Czarnecki) (Abstimmung)**
- 5.14. Entlastung 2013: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (A8-0269/2015 - Ryszard Czarnecki) (Abstimmung)**
- 5.15. Die Ebola-Krise: langfristige Lektionen (A8-0281/2015 - Charles Goerens) (Abstimmung)**

–Before the vote:

Charles Goerens, rapporteur. – Madame la Présidente, j'introduis un amendement oral pour un paragraphe 2 bis (nouveau) de la teneur suivante: «considère qu'il n'y a pas lieu de baisser la garde au regard des quelques nouveaux cas d'Ebola, dont le mode de transmission reste encore sujet à interrogation».

(The oral amendment was adopted)

Charles Goerens, rapporteur. – Madame la Présidente, comme la situation en matière de lutte contre le virus Ebola a changé depuis l'adoption de mon rapport en commission du développement, j'ai introduit un amendement oral relatant les chiffres les plus récents disponibles avant le vote en plénière. Il est de la teneur suivante...

«whereas three new confirmed cases of Ebola virus disease were registered in the week to 18 October, all of which in Guinea; whereas the country had reported zero cases for the previous two weeks; whereas Sierra Leone reported zero cases for a fifth consecutive week; whereas the WHO declared Liberia free of Ebola virus transmission in the human population on 3 September; whereas there have been 28 512 confirmed cases, including 11 313 confirmed deaths.»

(The oral amendment was adopted)

- 5.16. Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (B8-1075/2015, B8-1075/2015, B8-1076/2015, B8-1077/2015, B8-1078/2015, B8-1079/2015, B8-1080/2015) (Abstimmung)**

President. – That concludes the vote.

elnök asszony. – Kedves Kollégák! Rátérünk a szavazatindoklásokra. Tájékoztatom Önöket, hogy sok szóbeli szavazatindoklási kérelmet juttattak el hozzánk és az ülést legkésőbb 14 óra 45 perckor meg kell szakítanunk, hogy a szolgálatok elő tudják készíteni a 15 órakor újra kezdődő ülést.

Dienstag, 27. Oktober 2015

6. Stimmerklärungen

elnök asszony. – A kimaradó szavazatindoklásokra ezért holnap, a szavazást követően kerül majd sor. A kimaradó szavazatindoklásokat írásban lehet benyújtani. Remélem kedves kollégák, mindenki hallotta és értette is a bejelentésemet ebben a bábeli zűrzavarban is.

6.1. Gemeinsame Agrarpolitik: Aufhebung überholter Rechtsakte (A8-0255/2015 - Czesław Adam Siekierski)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – Although UKIP does not approve of this Parliament legislating for 500 million people, as this repeals defunct legislation, we abstained.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor porque esta propuesta tiene como objeto derogar ciertos actos adoptados en las últimas décadas que ya no tienen aplicabilidad, ya sea porque su contenido ha sido incorporado en actos sucesivos, o debido a su carácter temporal.

De acuerdo con la propuesta de la Comisión, no está dentro de las facultades de la Comisión el declarar obsoletos actos que fueron adoptados por el Consejo. Los actos que figuran en la propuesta, por lo tanto, deben ser derogados por el Consejo y el Parlamento Europeo siguiendo el procedimiento legislativo ordinario.

El objetivo y el contenido de la propuesta de Reglamento consisten en una derogación pura de la Directiva 76/621/CEE del Consejo y del Reglamento (CE) n.º 320/2006 del Consejo.

En concreto, los dos actos han quedado obsoletos ya que el contenido de la Directiva 76/621/CEE del Consejo ha sido incorporado al Reglamento 1881/2006, posterior, y el Reglamento (CE) n.º 320/2006 del Consejo sólo estableció un régimen temporal, que ya no es aplicable.

Louis Aliot (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce texte qui ne présentait aucun enjeu. Cependant, il était intéressant par le biais de ce vote de réaffirmer notre position quant à la politique européenne dans le secteur de l'agriculture avec en particulier le régime transitoire de la betterave sucrière, un des deux textes concernés par l'abrogation. Celui-ci repose notamment sur la fin des quotas betteraviers ou encore l'ouverture des marchés sucriers dans le cadre d'accords de libre-échange. Ces mesures auront en effet des répercussions désastreuses comme la ruine des petits producteurs, l'effondrement des cours ou encore la concentration oligopolistique du marché autour de grandes structures.

Martina Anderson (GUE/NGL), in writing. – I voted in favour of this purely technical report which repeals two acts that have ceased to serve any legislative function.

The Directives in question are related to the fixing of maximum levels of erucic acid in fats and oils and another establishing a temporary scheme for restructuring the sugar industry. The former is now included in a Regulation in the same format, and the latter is no longer applicable as it only concerned temporary measures.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Le rapport dont il s'agit ici concerne des textes législatifs caducs. L'abrogation d'actes obsolète n'aura aucun impact concret. Toutefois, j'ai profité de ce vote pour m'opposer à la politique menée par l'UE dans le domaine de la betterave sucrière (fin des quotas betteraviers, ouverture des marchés sucriers dans le cadre des accords de libre-échange). L'un des deux textes concernés par l'abrogation porte en effet sur le régime transitoire de la betterave sucrière. Je garde à l'esprit, en outre, que les quotas sucriers seront supprimés en octobre 2017 (à l'instar des quotas laitiers il y a quelques mois). Cela entraînera l'effondrement des cours, la ruine des petits producteurs et une concentration oligopolistique du marché autour de grandes structures (à l'image de Lactis dans le secteur laitier). A l'heure où les agriculteurs sont sous pression, une telle politique est extrêmement nocive.

J'ai donc voté contre ce texte.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I abstained on this motion because there appears to be more to the matter than the simple repealing of an obsolete act.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui va dans le sens d'une simplification de la PAC.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama panaikinti Tarybos direktyvą 76/621/EEB ir Tarybos reglamentą (EB) Nr. 320/2006, nes šie teisės aktai nebėra aktualūs.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Although we do not approve of this Parliament legislating for 500 million people, as this repeals defunct legislation, we abstained.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le vote portait sur des actes obsolètes, c'est-à-dire sur des textes législatifs caducs: il s'agissait donc d'un vote de pure forme, sans impact concret.

Néanmoins, l'un des deux textes concernés par l'abrogation portait sur le régime transitoire de la betterave sucrière, dans la perspective de la suppression des quotas sucriers en octobre 2017, sur le modèle de ce qui vient d'être accompli en mars 2015 avec la fin des quotas laitiers.

Cette nouvelle suppression de quotas aura de graves conséquences, en particulier pour la France, premier pays betteravier d'Europe: effondrement des cours, ruine des petits producteurs et concentration oligopolistique du marché autour de grandes structures qui joueront encore plus à la baisse sur les cours.

C'est donc parce que ce rapport entérine la suppression des quotas sucriers que je m'y suis opposé.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui propose la suppression de certains actes législatifs en matière d'agriculture et de pêche qui ne sont aujourd'hui plus pertinents soit parce que leur contenu a été repris par des textes ultérieurs soit en raison de leur caractère temporaire.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Le vote sur ce rapport est un nouvel exemple des gesticulations d'épouvantail que représentent les institutions européennes. Ce rapport de M. Siekierski portait en effet sur l'abrogation d'actes législatifs obsolètes dans le cadre de la politique agricole commune.

Un vote sans réel enjeu donc, si ce n'est celui de réaffirmer notre opposition à la conduite actuelle par l'UE de la politique agricole qui continue de s'inscrire dans une logique du grand marché roi au détriment des producteurs et des consommateurs; ainsi, dans ce rapport était notamment visée l'abrogation du règlement (CE) n° 320/2006 du Conseil instituant un régime temporaire de restructuration de l'industrie sucrière: un véritable arrêt de mort pour ce secteur qui risque de subir le même sort que les producteurs de lait victimes de la fin des quotas laitiers. L'UE semble donc choisir encore une fois de privilégier le monopole des grandes multinationales au détriment des productions locales et nationales.

Par conséquent, j'ai saisi l'occasion qui m'était donnée par ce texte sans envergure pour renouveler mon soutien à nos agricultures et marquer une nouvelle fois ma ferme opposition à la politique suicidaire de Bruxelles.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione Siekierski è condivisibile ed equilibrata. L'obiettivo del testo è quello di adeguare la normativa sinora vigente alla base giuridica data dal trattato di Lisbona; per questo motivo ho inteso sostenerla col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo que deroga la Directiva 76/621/CEE del Consejo, relativa a la determinación del porcentaje máximo de ácido erúico en los aceites y grasas, y el Reglamento (CE) n° 320/2006 del Consejo, por el que se establece un régimen temporal para la reestructuración del sector del azúcar habida cuenta de que ambos actos se han quedado obsoletos ya que el contenido de la Directiva 76/621/CEE del Consejo ha sido retomado por el posterior Reglamento (CE) n° 1881/2006, mientras que el Reglamento (CE) n° 320/2006 del Consejo se limitaba a establecer un régimen temporal que ya no es aplicable.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria 1976 m Tarybos direktyvos dėl didžiausio eruko rūgšties kiekio nustatymo aliejuose ir riebaluose ir Tarybos reglamento (EB) Nr. 320/2006, nustatančio laikiną cukraus pramonės restruktūrizavimo schemą, panaikinimo. Tam tikri pastaraisiais dešimtmečiais priimti teisės aktai jau nebėra aktualūs, turint omenyje tai, kad jų turinys reglamentuojamas naujesniais aktais, arba atsižvelgiant į laikiną jų pobūdį. Laikantis tarpinstitucinio susitarimo dėl geresnės teisėkūros ES teisės aktai turėtų būti atnaujinami, o jų skaičius sumažintas panaikinant nebetaikomus teisės aktus, tokiu būdu siekiant užtikrinti didesnę skaidrumą ir tikrumą. Komisijos pasiūlyme nurodyta, kad Komisija neturi įgaliojimų nebeaktualiais paskelbti aktus, kuriuos priėmė Taryba. Taigi Taryba ir Europos Parlamentas, laikydamiesi įprastos teisėkūros procedūros, turi tai padaryti.

Franco Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagano poročilo sem podprl, saj je zaradi uskladitve s pravnim redom potrebna razveljavitev dveh pravnih aktov s področja skupne kmetijske politike, uredba in direktive. Dejstvo namreč je, da nekatere pravni akti, sprejeti v zadnjih nekaj deset letih, niso več ustrezni, razlog za to pa je lahko v njihovi začasni naravi ali zato, ker so njihovo vsebino povzeli poznejši akti.

V konkretnem primeru gre za zastaranje direktive o določitvi zgornje meje vrednosti eruka kisline v oljih in masteh, ki je povzeta v Uredbi 1881/2006, ter uredba o ustanovitvičasne sheme za prestrukturiranje industrije sladkorja, ki zaradi svoječasne narave ni več v uporabi.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this purely technical report which repeals two acts that have ceased to serve any legislative function. The Directives in question are related to the fixing of maximum levels of erucic acid in fats and oils and another establishing a temporary scheme for restructuring the sugar industry. The former is now included in a Regulation in the same format and the latter is no longer applicable as it only concerned temporary measures.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che, nel quadro dell'accordo interistituzionale «legiferare meglio», sia importante abrogare tutti quegli atti che, perché ripresi da atti successivi o perché di carattere temporaneo, sono diventati obsoleti. Sia la direttiva 76/621/CEE del Consiglio che il regolamento (CE) n. 320/2006 del Consiglio relativi alla politica agricola comune rientrano in questa categoria e, pertanto, ritengo che debbano essere abrogati.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose d'abroger des textes législatifs déjà obsolètes qui concernent le secteur de la betterave et du sucre. Il s'agit donc ici de se prononcer sur un rapport qui n'aura aucune incidence concrète sur les acteurs du monde agricole.

Nous saisissons néanmoins cette opportunité pour réaffirmer nos positions dans ce domaine. À partir du 1^{er} octobre 2017, les quotas d'isoglucose et le prix minimum de la betterave seront supprimés. En 2018, les producteurs perdront également un tiers de leurs subventions issues de la PAC. Cette politique menace directement la viabilité de ce secteur d'activité, source de créations d'emploi et de revitalisation des zones rurales, qui est déjà confronté à une concurrence féroce à cause des dispositifs commerciaux préférentiels que la Commission européenne a mis en place, notamment dans le cadre des négociations du traité Transatlantique, pour favoriser la baisse des prix.

Ces mesures ruineront les petites exploitations au profit des grosses structures qui bénéficient d'économies d'échelles plus importantes pour faire face à la concurrence sauvage des pays émergents. Nous sommes absolument opposés à cette politique ultra-libérale qui met en péril notre modèle agricole, fondé sur la qualité et sur le respect de l'environnement. J'ai donc voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Politica agricolă comună reprezintă un set de reguli și mecanisme la nivelul Uniunii Europene, care reglementează producerea și comercializarea produselor agricole din spațiul european, acordând atenție dezvoltării rurale.

Uniunea Europeană are dreptul de a asigura faptul că politica agricolă comună funcționează în cele mai bune condiții, astfel încât statele membre să se poată dezvolta și să producă alimente de o calitate superioară, să ajute la combaterea schimbărilor climatice și să mențină diversitatea agricolă.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Am votat în favoarea acestui raport referitor la legislația comunitară care trebuie să fie actualizată prin abrogarea actelor care nu mai sunt aplicate, deoarece este foarte important ca legislația Uniunii privind politica agricolă comună să fie transparentă, clară și să asigure o siguranță tuturor statelor europene.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Semplice questione di allineamento della base giuridica.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che abroga la direttiva 76/621/CEE del Consiglio e il regolamento (CE) n. 320/2006 del Consiglio relativi alla politica agricola comune, i quali hanno esaurito i loro effetti ma sono ancora solo tecnicamente in vigore.

Seguendo il principio del «legiferare meglio», dobbiamo aggiornare il diritto dell'Unione e ridurne il volume abrogando gli atti non più applicati perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi o perché erano di carattere temporaneo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this purely technical report which repeals two acts that have ceased to serve any legislative function.

The Directives in question are related to the fixing of maximum levels of erucic acid in fats and oils and another establishing a temporary scheme for restructuring the sugar industry. The former is now included in a Regulation in the same format, and the latter is no longer applicable as it only concerned temporary measures.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Although we do not approve of this Parliament legislating for 500 million people, as this repeals defunct legislation, we abstained.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it rightly points out the need to improve the existing legislation in line with constantly changing trends in the agricultural sector and new emerging technologies. The Directive needs be updated to allow for greater accuracy.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il rapporto del collega Czesław Adam Siekierski intende abrogare la direttiva 76/621/CEE del Consiglio e il regolamento (CE) n. 320/2006 del Consiglio relativi alla politica agricola comune perché il loro contenuto, a volte provvisorio, è stato ripreso in atti successivi. Siccome occorre aggiornare il diritto dell'Unione europea e ridurne il volume abrogando gli atti non più applicati per migliorarne la trasparenza e la certezza conformemente all'accordo interistituzionale sul «better law-making», ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Η έκθεση αναφέρεται στη πρόταση Κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την κατάργηση της οδηγίας 76/621/ΕΟΚ του Συμβουλίου περί καθορισμού ανωτάτου ορίου περιεκτικότητας ερουκικού οξέως στα έλαια και λίπη και του κανονισμού (ΕΚ) αριθ.320/2006 του Συμβουλίου για τη θέσπιση προσωρινού καθεστώτος αναδιάρθρωσης του κλάδου της ζάχαρης Έχοντας υπόψη τη πρόταση της Επιτροπής προς το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και Συμβούλιο καθώς και της έκθεσης της Επιτροπής Γεωργίας και Ανάπτυξης της Υπαίθρου, ζητείται από την Επιτροπή να υποβάλει εκ νέου την πρόταση εάν προτίθεται να της επιφέρει σημαντικές τροποποιήσεις ή να αντικαταστήσει το κείμενο.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato sì alla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che abroga la direttiva 76/621/CEE del Consiglio relativa alla fissazione del tenore massimo in acido erucico negli oli e nei grassi destinati tali e quali al consumo umano nonché negli alimenti con aggiunta di oli o grassi e il regolamento (CE) n. 320/2006 del Consiglio relativo a un regime temporaneo per la ristrutturazione dell'industria dello zucchero.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il Presidente Juncker, fin dal suo insediamento, ha fatto del «better regulation» il suo cavallo di battaglia. Obiettivo condivisibile, soprattutto per un'Europa che è sempre più percepita come una somma di lacci e laccioli anziché come un'istituzione che si affianca a cittadini e imprese per aiutarli a migliorare le proprie condizioni.

All'interno di questo quadro non si può non concordare con la proposta di eliminare alcuni atti obsoleti, purché non si ricada in una situazione di vuoto normativo o di cancellazione di tutele e diritti. In base a queste considerazioni, ho votato a favore di questa proposta.

Dienstag, 27. Oktober 2015

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Although we do not approve of this Parliament legislating for 500 million people, as this repeals defunct legislation, we abstained.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Although we do not approve of this Parliament legislating for 500 million people, as this repeals defunct legislation, we abstained.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Sono favorevole all'abrogazione della direttiva 76/621/CEE del Consiglio e del regolamento (CE) n. 320/2006 del Consiglio relativi alla politica agricola comune, perché negli ultimi decenni alcuni atti giuridici adottati hanno perso la loro pertinenza. Ciò ha avuto luogo perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi o perché erano di carattere temporaneo.

A questo proposito, conformemente all'accordo interistituzionale «legiferare meglio», sono fermamente convinta che sia necessario aggiornare il diritto dell'Unione e ridurre il volume, abrogando gli atti non più applicati allo scopo di migliorarne la trasparenza e la certezza.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Acts which were adopted over the last decades have exhausted all their effects, but remain technically in force. In the interest of legal certainty, the Commission suggested that the above mentioned acts be repealed by the Council and this Parliament. I voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La proposta intende abrogare la direttiva 76/621/CEE del Consiglio e il regolamento (CE) n. 320/2006 del Consiglio riguardo alla politica agricola comune, basati sull'articolo 43, paragrafo 2, TFUE. Infatti, alcuni atti giuridici adottati hanno perso la loro pertinenza poiché di carattere temporaneo o perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi. La Commissione non può abrogare gli atti elencati nella proposta. Tale facoltà spetta invece al Consiglio e al Parlamento europeo secondo la procedura legislativa ordinaria.

Alla luce della posizione adottata dal Parlamento europeo sull'abrogazione di due atti obsoleti e dell'introduzione della direttiva 76/621/CEE relativa alla fissazione del tenore massimo in acido erucico negli oli e nei grassi, mi esprimo con voto favorevole.

Javier Couso Permuay (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque esta propuesta tiene como objeto derogar ciertos actos adoptados en las últimas décadas que ya no tienen aplicabilidad, ya sea porque su contenido ha sido incorporado en actos sucesivos, o debido a su carácter temporal.

De acuerdo con la propuesta de la Comisión, no está dentro de las facultades de la Comisión el declarar obsoletos actos que fueron adoptados por el Consejo. Los actos que figuran en la propuesta, por lo tanto, deben ser derogados por el Consejo y el Parlamento Europeo siguiendo el procedimiento legislativo ordinario.

El objetivo y el contenido de la propuesta de Reglamento consisten en una derogación pura de la Directiva 76/621/CEE del Consejo y del Reglamento (CE) n.º 320/2006 del Consejo.

En concreto, los dos actos han quedado obsoletos ya que el contenido de la Directiva 76/621/CEE del Consejo ha sido incorporado al Reglamento 1881/2006, posterior, y el Reglamento (CE) n.º 320/2006 del Consejo sólo estableció un régimen temporal, que ya no es aplicable.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A javaslat célja, hogy hatályon kívül helyezze a közös agrárpolitikával kapcsolatos 76/621/EKG tanácsi irányelvet és a 320/2006/EK tanácsi rendeletet. Az elmúlt évtizedben elfogadott bizonyos jogi aktusok ma már nem relevánsak, mert tartalmukat későbbi jogi aktusok átvették, vagy pedig ideiglenes jellegük következtében. A Bizottság nem rendelkezik hatáskörrel a Tanács által elfogadott jogi aktusok elavulttá nyilvánításához, ezért a javaslatban felsorolt jogi aktusok hatályon kívül helyezéséről a Tanácsnak és az Európai Parlamentnek kell – a rendes jogalkotási eljárás lefolytatásával – gondoskodnia, ezért megszavaztam a Parlament egyszerűsített eljárásban készült jelentését, amely az olajok (étolajok) és zsírok (étkezési zsírok), erukasav-tartalma legmagasabb szintjének rögzítéséről szóló 76/621/EGK irányelv elfogadásakor alkalmazott kettős jogalappal (mezőgazdasági és belső piaci politika) való összhang megteremtését igyekszik elérni.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I supported this regulation, which is repealing two obsolete acts that had exhausted all their effects, because their content has been taken up by successive acts in the first case and because of their temporary character in the second case.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Deoarece creșterea transparenței legislației Uniunii este un element esențial al strategiei pentru o mai bună legislație, implementată de instituțiile Uniunii, consider oportună abrogarea acelor acte legislative care au încetat să producă efecte reale.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif vise à abroger des actes sur la PAC obsolètes adoptés par le Conseil en 2006. Il s'agit de la directive 76/621/CEE du Conseil dont le contenu a été repris par le règlement (CE) n° 1881/2006 de la Commission et du règlement (CE) n° 320/2006 du Conseil, dont le régime temporaire était applicable uniquement jusqu'à la campagne de commercialisation 2009/2010. Considérant que pour des raisons de sécurité juridique, il est nécessaire d'abroger ces actes, j'ai soutenu le rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – C'est avec beaucoup de bon sens que la Commission européenne a fait le choix de supprimer les actes législatifs devenus désuets. La directive relative à la fixation du taux maximal d'acide érucique dans les huiles et graisses et le règlement instituant un régime temporaire de restructuration de l'industrie sucrière étant tous deux devenus obsolètes, le Parlement a alors fait le choix de les abroger. Je soutiens toute mesure qui participe à une meilleure clarté de la législation européenne.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Siekierski sur la proposition de règlement abrogeant la directive relative à la fixation du taux maximal d'acide érucique dans les huiles et graisses et le règlement instituant un régime temporaire de restructuration de l'industrie sucrière. Il s'agit d'un texte technique dont l'objet est d'ajouter une référence à l'article 114 du TFUE par souci de cohérence avec la double base juridique (politique agricole et politique du marché intérieur).

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur la proposition de règlement du Parlement européen visait à supprimer la limite maximale de taux d'acide érucique dans les huiles et graisses.

Cependant, en accordant une fois de plus une faveur à l'industrie du sucre au détriment de la santé publique, l'Union européenne continue dans sa politique du «tout betterave sucrière». Au détriment d'une production diversifiée et donc équilibrée.

En instituant une distorsion de concurrence par les faveurs qui sont faites à l'industrie de la betterave sucrière, l'Union européenne va imposer des règles encore plus laxistes à toute l'Europe par le biais de sa politique agricole commune (PAC).

Alors que l'Union européenne devrait favoriser la diversité de production, et rester attentive à la santé publique, c'est tout l'inverse qui se produit. J'ai donc voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ЕКР), *в писмена форма*. – Подкрепям предложението за отмяна на двата въпросни акта. С цел постигане на по-добро законотворчество и по-голяма прозрачност в европейското законодателство, е важно непрекъснато да извършваме преглед на европейското право. Тъй като двете деяния са били взети предвид в нови регламенти на Комисията и Съвета, и поради факта, че предвидената временна схема приключи през 2010 г., тяхното практическо приложение е безполезно. Поради тази причина съм съгласен, че единствената логична следваща стъпка е да ги отменим.

Γεώργιος Επιτήδειος (ΝΙ), *γραφώς*. – Καθώς οι εν λόγω οδηγίες και κανονισμοί του Συμβουλίου έχουν καταστεί παρωχημένες και συνεπώς άνευ αντικειμένου θα πρέπει και να καταργηθούν.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – Although we do not approve of this Parliament legislating for 500 million people, as this repeals defunct legislation, we abstained.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament, a Tanács és a Bizottság a jogalkotás minőségének javításáról szóló intézményközi megállapodásában megállapodott arról, hogy a közösségi jogot aktualizálni kell, valamint a már nem alkalmazott jogi aktusok hatályon kívül helyezése révén terjedelmét csökkenteni kell. A már nem releváns jogi aktusokat el kell távolítani az uniós vívmányok közül, hogy javuljon az uniós jog átláthatósága és biztonsága.

Jelen esetben egy szimplán technikai jellegű módosításról van szó. Az élelmiszerekben előforduló egyes szennyező anyagok felső határértékeinek meghatározásáról szóló 1881/2006/EK bizottsági rendelet teljes mértékben átvette a 76/621/EGK irányelv és a 320/2006/EK rendelet előírásait, ezért ez utóbbi jogszabályok törlésére van szükség.

Dienstag, 27. Oktober 2015

A fentiek okán az európai néppárti irányvonalnak megfelelően támogattam a jelentés elfogadását.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Certos atos legislativos adotados nas últimas décadas já não são hoje pertinentes, seja porque o seu conteúdo foi retomado por atos subsequentes, seja pelo carácter temporário dos mesmos. Por isso, a legislação da União deve ser atualizada e reduzida através da supressão dos atos que deixaram de ser aplicados, a fim de melhorar a transparência e a segurança jurídica.

O relatório em apreço visa a alteração ao aditamento de uma referência ao artigo 114.º do TFUE que «visa assegurar a coerência com a base jurídica dupla (política agrícola e política do mercado interno) utilizada para a adoção da Diretiva 76/621/CEE relativa à fixação do teor máximo de ácido erúico nos óleos e gorduras». Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, parce qu'il va dans le sens de l'abrogation des quotas sucres à laquelle je suis opposé.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta serve para objetar à Diretiva 76/621/CEE do Conselho, relativa à fixação do teor máximo de ácido erúico nos óleos e gorduras, e o Regulamento (CE) n.º 320/2006 do Conselho, que estabelece um regime temporário de reestruturação da indústria açucareira, já que alguns dos atos legais adotados nas últimas décadas deixaram de ter relevância, quer devido ao facto do seu conteúdo ter sido adotado por outros atos legais subsequentes ou devido a algum carácter temporário destes.

Depois do acordo interinstitucional para a simplificação e melhoria da legislação da UE, esta mesma legislação deve ser atualizada e condensada, removendo atos legais que deixaram de ser aplicáveis, de modo a melhorar a transparência e a confiança.

De acordo com a proposta da Comissão, não está nos seus poderes declarar obsoletos atos legais que foram adotados pelo Conselho. Os atos listados na proposta da Comissão devem, por isso, ser revogados por decisão do Parlamento Europeu.

Estes atos delegados tornaram-se obsoletos já que o conteúdo da Diretiva do Conselho 76/621/EEC foi revogada pelo Regulamento 1881/2006 e o Regulamento 320/2006 apenas estabelece um esquema temporário que não é mais aplicável.

A proposta não é problemática e votámo-la favoravelmente.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as it was necessary. Both acts have become obsolete since the content of Council Directive 76/621/EEC has been taken up by the subsequent Regulation 1881/2006, whereas Council Regulation 320/2006 only established a temporary scheme, which is no longer applicable.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa relazione che non presenta complicazioni ed è soltanto una questione di allineamento di base giuridica.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση της Κοινής Αγροτικής Πολιτικής, εφόσον οι εν λόγω κανονισμοί και οδηγίες του Συμβουλίου έχουν καταστεί παρωχημένες και συνεπώς άνευ αντικειμένου, άρα θα πρέπει και να καταργηθούν.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The proposal aims at repealing Council Directive 76/621/EEC and Council Regulation (EC) No 320/2006 related to the common agricultural policy, which are based on Articles 42 and 43(2) of the Treaty on the Functioning of the European Union. Certain legal acts adopted in the last decades no longer have continued relevance, either because their content has been taken up by subsequent acts or due to their temporary character.

In accordance with the inter-institutional agreement on better law-making, European Union law should be updated and condensed by removing acts which are no longer applied, in order to improve transparency and certainty.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht „Gemeinsame Agrarpolitik: Aufhebung überholter Rechtsakte“ gestimmt, weil ich es für wichtig halte, gerade unsere Landwirte und bäuerlichen Familienbetriebe vor unnötiger Bürokratie zu bewahren. Ein guter Ansatz, der auch in anderen Bereichen Schule machen sollte.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Für ein effektives Handeln der Europäischen Union ist es entscheidend, dass bestehende Rechtsakte kontinuierlich überprüft werden. Nur so kann eine den Anforderungen entsprechende Gesetzeslage garantiert werden. Heute hat das Parlament einer Aufhebung überholter Rechtsakte zugestimmt. Somit wird nicht nur die Transparenz der europäischen Gesetzeslage erhöht, sondern auch der Schutz des Endverbrauchers verbessert.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report to repeal two obsolete acts that had exhausted all their effects.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I abstained on this vote, as it was highly technical, and as always with the EU, repealing does not necessarily mean less regulation!

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – La Directiva 76/621/CEE relativa a la determinación del porcentaje máximo de ácido erúico en los aceites y grasas, y el Reglamento (CE) n.º 320/2006 por el que se establece un régimen temporal para la reestructuración del sector del azúcar habían quedado obsoletos y sin aplicación, aunque seguían en vigor. Por razones de seguridad y claridad jurídicas, procede derogar dichos instrumentos jurídicos obsoletos.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la derogación de la Directiva 76/621/CEE, relativa a la determinación del porcentaje máximo de ácido erúico en aceites y grasas, y del Reglamento (CE) n.º 320/2006, que establecía un régimen temporal para la reestructuración del sector del azúcar puesto que los contenidos de estas normas habían quedado desfasados por la nueva regulación de la PAC y, por lo tanto, no tenía sentido que continuaran estando en vigor.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Alongside my colleagues in the S&D group, I voted in favour of this report. The agreement on better law-making between the Council and this Parliament states that EU law should be updated and de-cluttered by repealing acts which are no longer applied. This regulation repeals two obsolete acts that are no longer in effect, but technically remain in force. It is a pure formality and aims at ensuring transparency and legal certainty, making sure that EU law is easier understood.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted for this report because certain legal acts adopted in the last decades have lost their relevance because their content has been taken up by subsequent acts, or due to their temporary nature. I believe that in accordance with the inter-institutional agreement on better law-making, European Union law should be updated and condensed by removing acts which are no longer applied, in order to improve transparency and certainty.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have supported this report because certain legal acts adopted in the last decades no longer have continued relevance, either because their content has been taken up by subsequent acts, or due to their temporary character. In accordance with the interinstitutional agreement on better law making, Union law should be updated and condensed by removing acts which are no longer applied in order to improve transparency and certainty.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Dans la continuité du mouvement engagé par la Commission européenne de simplifier la réglementation européenne et de la rendre plus lisible et compréhensible à ceux qui l'appliquent au quotidien, le Parlement européen a approuvé l'abrogation de deux actes de la politique agricole commune devenus obsolètes.

Il s'agit de considérations techniques sur la fixation du taux maximal d'acide érucique dans les huiles et graisses.

Si ces modifications paraissent obscures pour les non-initiés, elles ont toutefois le mérite d'apporter de la clarté pour les spécialistes de la question. C'est très exactement ce qu'on attend de l'Europe et c'est pourquoi, j'ai soutenu sans hésitation ces abrogations.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o stavljanju izvan snage Direktive Vijeća 76/621/EEZ i Uredbe Vijeća (EZ) br. 320/2006 zbog toga što podržavam činjenicu da treba ukloniti akte koji se više ne primjenjuju radi poboljšanja transparentnosti i sigurnosti zakonodavstva Unije. Stavljanje izvan snage dotičnih zastarjelih akata u skladu je s međuinstitucijskim sporazumom o boljoj izradi zakonodavstva s ciljem ažuriranja i pojednostavljenja zakonodavstva kako bi se uklonili oni akti koji su prestali proizvoditi ikakve praktične efekte.

Smatram da su izvjesnost, dostupnost i jednostavnost prava ključni faktori za korektno i efikasno funkcioniranje zakonodavstva EU-a.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Ce vote porte sur des dispositions législatives caduques. Ce vote n'aura aucun impact concret.

Cependant, l'un des deux textes concernés par l'abrogation porte sur le régime transitoire de la betterave sucrière. En effet, en octobre 2017 est prévue la suppression des quotas sucriers, sur le modèle de ce qui vient d'être accompli en mars 2015 avec la fin des quotas laitiers. Les conséquences nuisibles sont prévisibles: effondrement des cours, ruine des petits producteurs et concentration oligopolistique du marché autour de grandes structures (telles que Lactalis dans le cas du lait), qui joueront encore plus à la baisse sur les cours.

Notre groupe ENL propose donc de profiter de cette opportunité (bien qu'il n'y ait aucun enjeu réel) pour réaffirmer notre opposition à la politique menée par l'UE dans ce secteur, qui implique: fin des quotas betteraviers, ouverture des marchés sucriers dans le cadre d'accords de libre-échange.

J'ai donc voté CONTRE.

Diane James (EFDD), *in writing.* – Although I do not approve of this Parliament legislating for 500 million people, as this repeals defunct legislation, my colleagues and I therefore abstained.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit.* – J'ai voté pour ce rapport dans un souci de simplification de la législation européenne. Pour des raisons de clarté, il était nécessaire d'abroger ces deux textes devenus aujourd'hui obsolètes et relevant de la Politique Agricole Commune (PAC).

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Ich stimme für diesen Bericht, da es um die Aufhebung mittlerweile obsoleter Vorschriften geht. Der Bericht ist rein technischer Natur.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* – I supported the proposal, as I agree that European Union law should be updated and condensed by removing acts which are no longer applied, in order to improve transparency and certainty.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto.* – La seguente proposta ha come fine l'abrogazione di alcuni atti giuridici oramai divenuti obsoleti, in quanto di carattere temporaneo o aventi un contenuto che è stato ripreso in atti successivi. Nello specifico, essa mira ad abrogare la direttiva 76/621/CEE del Consiglio che è stata ripresa nel regolamento (CE) n. 1881/2006, il quale definisce i tenori massimi di alcuni contaminanti nei prodotti alimentari. Inoltre, mira ad abrogare il regolamento (CE) n. 320/2006 del Consiglio, che ha istituito un regime temporaneo, restato in vigore solo fino alla campagna di commercializzazione 2009/2010.

Ho deciso di votare favorevolmente in quanto l'eliminazione dalla legislazione di atti che non producono più effetti reali rappresenta una parte essenziale della strategia della cosiddetta «better regulation», che consente di semplificare il quadro normativo a favore degli operatori di settore e dei cittadini.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit.* – Ce rapport Siekierski envisage d'abroger les actes devenus obsolètes dans le cadre de la Politique agricole commune et notamment la directive 76/621/CEE du conseil relative à la fixation du taux maximal d'acide érucique dans les huiles et graisses et le règlement (CE) n° 320/2006 du Conseil instituant un régime temporaire de restructuration de l'industrie sucrière.

S'il s'agit d'un vote de clarification du droit, et même si l'enjeu de ce vote est relativement faible, j'ai décidé de voter contre ce texte afin de rappeler mon opposition à la politique de l'UE en matière de betterave sucrière.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce n'était qu'un vote de forme, sans impact concret, puisque concernant l'abrogation de textes déjà caducs. Néanmoins, ceux-ci fixaient notamment la politique menée par l'UE sur la betterave sucrière, à laquelle je suis fermement opposé.

J'ai donc voté CONTRE, pour dénoncer la fin — programmée en 2017 — des quotas betteraviers. Comme pour les quotas laitiers, ce nouveau régime imposé par l'UE causera la ruine de nos petits producteurs, et la valorisation de grands groupes qui pourront jouer allègrement à la baisse sur les cours du marché sucrier...

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque esta propuesta tiene como objeto derogar ciertos actos adoptados en las últimas décadas que ya no tienen aplicabilidad, ya sea porque su contenido ha sido incorporado en actos sucesivos, o debido a su carácter temporal.

De acuerdo con la propuesta de la Comisión, no está dentro de las facultades de la Comisión para declarar obsoletos, actos que fueron adoptados por el Consejo. Los actos que figuran en la propuesta por lo tanto, deben derogarse por el Consejo y el Parlamento Europeo siguiendo el procedimiento legislativo ordinario.

El objetivo y el contenido de la propuesta de Reglamento consisten en una derogación pura, de la Directiva 76/621 / CEE del Consejo y el Reglamento (CE) n° 320/2006 del Consejo.

En concreto, los dos actos han quedado obsoletos ya que el contenido de la Directiva 76/621 / CEE del Consejo, ha sido ocupado por el Reglamento 1881/2006 posterior, que el Reglamento 320/2006 del Consejo sólo estableció un régimen temporal, que ya no es aplicable.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El texto aprobado tenía por objeto derogar dos anteriores, uno de la Comisión relativo al porcentaje máximo de ácido erúico en los aceites y grasas, y otro del Consejo, el cual establecía un régimen temporal para la reestructuración del sector del azúcar.

A pesar de que ambos actos jurídicos habían quedado obsoletos, formalmente continuaban en vigor. Siguiendo uno de los principios de la Unión Europea que pretende mejorar la transparencia del Derecho de la Unión y cuyo fin es el de legislar mejor, resulta indispensable derogar aquellos actos jurídicos que ya no surtan verdaderos efectos.

Por ello, me declaro a favor del presente informe.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – U cilju zaštite sigurnosti prava Europske unije, a radi poboljšanja transparentnosti, potrebno je ažurirati i sažeti politike uklanjanjem akata koji se više ne primjenjuju. Svrha izvješća je stavljanje izvan snage Direktive Vijeća 76/621/EEZ i Uredbe Vijeća (EZ) br. 320/2006 u vezi sa zajedničkom poljoprivrednom politikom. Sadržaj Direktive Vijeća 76/621/EEZ uključen je u Uredbu Komisije (EZ) br. 1881/2006 o utvrđivanju najvećih dopuštenih količina određenih kontaminanata u hrani.

Podržala sam izvješće zastupnika Czesława Adama Siekierskog budući da je zbog pravne sigurnosti važno staviti izvan snage pravila koja se ne primjenjuju kako bi se građanima pojednostavilo razumijevanje regulativa i ojačalo povjerenje u sigurnost i pravednost pravnog poretka kao pokretača moderne države.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Eiropas Savienības un to institucionālo priekšgājēju pastāvēšanas laikā tika pieņemts milzīgs skaits dažādu regulu, kuru uzdevums bija vai joprojām ir funkcionēšanas principu noteikšana visvisādu politisko jomu ietvaros. Tas pakāpeniski noveda pie situācijas, kad vairākas regulas vienkārši vairs nav aktuālas, jo to darbības periods esot beidzies vai kādas citas jaunākas regulas aizņēma to vietu atbildības ziņā. Līdz ar to uzskatu par loģiskiem pieņemtus soļus, lai šādas vairs neaktuālas regulas tiktu pakāpeniski likvidētas.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Pilnīgi atbalstu Eiropas Parlamenta, Komisijas un Padomes sadarbību Savienības likumdošanas tālākā standartizēšanā un unificēšanā. Pirms Latvijas Republikas pievienošanās Eiropas Savienībai manā valstī aktīvi darbojās divas cukurfabrikas, kas izmantoja cukurbietes kā galveno resursu. Ekonomiskā un sociālā ziņā tas pozitīvi ietekmēja gan lauksaimniecību, gan vieglo un pārtikas rūpniecību, gan arī darbavietu esamību un ar to saistītos nodokļus. Līdz ar to, kaut gan es atbalstu brīvā tirgus principus, nevaru bez nožēlas neatzīmēt faktu, ka kādreiz manā valstī pastāvēja vesela nozare, kuras ražotspēja jāva eksportēt produkciju uz ārvalstīm, savukārt pašlaik cukuru nākas importēt.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – zrušenie zastaraných a prakticky neúčinných predpisov prispeje k zjednodušeniu a sprehľadneniu právnych predpisov v oblasti spoločnej poľnohospodárskej politiky. Obdobné revízie je nutné robiť o všetkých politikách Únie, právo EÚ sa tak stane aj z pohľadu jeho interpretácie zrozumiteľnejšie a jednoznačnejšie.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφτως*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την κατάργηση της οδηγίας 76/621/ΕΟΚ του Συμβουλίου περί καθορισμού ανώτατου ορίου περιεκτικότητας ερουκικού οξέως στα έλαια και τα λίπη και του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 320/2006 του Συμβουλίου για τη θέσπιση προσωρινού καθεστώτος αναδιάρθρωσης του κλάδου της ζάχαρης, διότι η έκθεση είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Επιπλέον, θα ήθελα να ενημερώσω το Σώμα ότι η τρόικα συνεχίζει την αντικοινωνική της επίθεση κατά του ελληνικού λαού. Με το αγροτικό μνημόνιο διαλύει τον πρωτογενή τομέα, αυξάνει το κόστος παραγωγής, φορολογεί άγρια τη γη και την αγροτική παραγωγή και επιβάλλει αυξημένες ασφαλιστικές εισφορές στους αγρότες. Για το λόγο αυτό ο αγροτικός κόσμος στην πατρίδα μου την Ελλάδα έχει ζεστάνει τα τρακτέρ και προετοιμάζεται για μεγάλες κινητοποιήσεις. Γιατί με την επιβολή των μνημονίων το εισόδημα των αγροτών στην Ελλάδα έχει μειωθεί δραματικά και η φορολογία του αγροτικού κόσμου ανήλθε στα ύψη. Στηρίζω τον αγώνα των Ελλήνων αγροτών και θα σταθώ δίπλα τους στη διεκδίκηση των δίκαιων αιτημάτων τους για παραγωγική ανασυγκρότηση, για ενίσχυση του πρωτογενούς τομέα, για στήριξη της κτηνοτροφίας και για να πετάξουμε την τρόικα έξω από την πατρίδα μας και να ξαναπάρουμε πίσω την Ελλάδα.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Ce texte, qui concerne en particuliers la betterave à sucre, est l'écho d'un autre texte sur la fin des quotas laitiers. Les conséquences seront les mêmes: effondrement des cours, ruines des petits producteurs, fins des quotas, ouvertures des marchés dans le cadre des accords de libre-échanges. Nous nous opposons fermement à cette politique menée par l'UE.

David Martin (S&D), *in writing*. – I welcome this tidying-up proposal. The Commission proposal aims at repealing Council Directive No 76/621/EEC and Council Regulation (EC) No 320/2006, which have exhausted all their practical effects and remain only technically in force.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Sono favorevole al progetto di risoluzione legislativa sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che abroga la direttiva 76/621/CEE del Consiglio relativa alla fissazione del tenore massimo in acido erucico negli oli e nei grassi destinati tali e quali al consumo umano nonché negli alimenti con aggiunta di oli o grassi ed il regolamento n. 320/2006 del Consiglio relativo a un regime temporaneo per la ristrutturazione dell'industria dello zucchero. Migliorare la trasparenza del diritto dell'Unione è parte essenziale della strategia per legiferare meglio. In tale contesto è opportuno eliminare dalla legislazione in vigore gli atti che non producono più effetti reali.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di regolamento volta ad abrogare la direttiva 76/621/CEE e il regolamento (CE) n. 320/2006 del Consiglio, poiché credo che sia auspicabile un avanzamento normativo in tale settore.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Es ergibt Sinn, dass Artikel 114 AEUV der Rechtsgrundlage für die Aufhebung von Rechtsakten hinzugefügt wird. Daher war dieser Bericht zu unterstützen.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted to repeal both Council Directive 76/621/EEC and Council Regulation (EC) No 320/2006, as both acts have become outdated since the content of Council Directive 76/621/EEC was taken up by the subsequent Regulation 1881/2006, while Council Regulation 320/2006 only established a temporary scheme which is no longer valid.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Dans leur accord interinstitutionnel intitulé «Mieux légiférer», le Parlement européen, le Conseil et la Commission sont convenus que la législation communautaire devait être mise à jour et que son volume devait être réduit par l'abrogation des actes qui ne sont plus appliqués. Cela permettrait, notamment, aux citoyens une meilleure compréhension des réglementations européennes. La Commission propose ici d'abroger deux actes relevant de la politique agricole commune, devenus obsolètes bien qu'ils soient toujours formellement en vigueur. Quel exploit! Il s'agit de la Directive 76/621/CEE du Conseil sur les huiles et graisses dont le contenu est repris dans le règlement (CE) n° 1881/2006 de la Commission et du Règlement (CE) n° 320/2006 du Conseil qui instituait un régime temporaire dans l'industrie sucrière pour 2009 et 2010, qui est caduc. Je vote pour ce texte qui vise à simplifier la compréhension de la réglementation européenne.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le vote concerne des textes législatifs caducs: il s'agit donc d'un vote de pure forme, qui n'aura aucun impact concret.

Néanmoins, l'un des deux textes concernés par l'abrogation porte sur le régime transitoire de la betterave sucrière. Il faut savoir, en effet, qu'en octobre 2017 est prévue la suppression des quotas sucriers, sur le modèle de ce qui vient d'être accompli en mars 2015 avec la fin des quotas laitiers. Les conséquences nocives sont connues d'avance: effondrement des cours, ruine des petits producteurs et concentration oligopolistique du marché autour de grandes structures (telles que Lactalis dans le cas du lait), qui joueront encore plus à la baisse sur les cours.

Nous proposons donc de profiter de cette opportunité (bien qu'il n'y ait aucun enjeu réel) pour réaffirmer notre opposition à la politique menée par l'UE dans ce secteur, qui implique: fin des quotas betteraviers, ouverture des marchés sucriers dans le cadre d'accords de libre-échange...

Par conséquent, le député a voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto concordante com o relatório sobre a proposta de regulamento para a revogação de atos obsoletos no âmbito da Política Agrícola Comum.

A proposta da Comissão visa revogar a Diretiva n.º 76/621/CEE do Conselho e o Regulamento (CE) n.º 320/2006 do Conselho, que já não produzem efeitos e permanecem apenas tecnicamente em vigor. A necessidade de segurança e certeza jurídica exige que sejam revogados os atos obsoletos.

Ainda, trata-se de aditar o artigo 114.º do TFUE à base jurídica no que se refere à aproximação das disposições legislativas que tenham por objeto o estabelecimento e o funcionamento do mercado interno.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as legal acts adopted in the last decades may no longer be relevant, as they were replaced by subsequent acts, or due to their temporary character. It is essential that obsolete acts are repealed to condense and update European Union law in order to improve transparency and certainty.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Súhlasím s návrhom o zrušení zastaraných aktov, ktoré majú len formálny charakter a už nie sú v súčasnom pozmenenom kontexte relevantné. Po preskúmaní návrhu Komisiou je Parlament s Radou oprávnený zrušiť akty riadnym legislatívnym postupom. Ide o zrušenie zastaraných smerníc na základe predchádzajúcich zmlúv alebo smerníc ktoré majú dočasný charakter. Cieľom zrušenia zastaraných právnych aktov je väčšia právna transparentnosť a zrozumiteľnosť v rámci politiky Únie. V predmetnej správe sa predkladá návrh zrušenia smernice týkajúcej sa stanovenia maximálneho obsahu kyseliny erukovej v olejoch a tukoch a nariadenie, ktorým sa stanovuje dočasný režim pre reštrukturalizáciu cukrovarníckeho priemyslu. Oba akty sa stali zastaranými vzhľadom na ich prebratie do následného nariadenia.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this regulation which repeals two obsolete acts that had exhausted all their effects, but remain technically in force. They have become obsolete because their content has been taken up by successive acts for the first one or because of their temporary character for the second.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – A vote for bringing clarity to the legal maze of the EU through the abandonment of obsolete and useless legal acts still in force for no good or valid reason.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság európai parlamenti és tanácsi rendelet elfogadására tett javaslatot az olajok (étolajok) és zsírok (étkezési zsírok) erukasav-tartalma legmagasabb szintjének rögzítéséről szóló 76/621/EGK tanácsi irányelv és a cukoripar szerkezetátalakítására szolgáló ideiglenes rendszer megállapításáról szóló 320/2006/EK tanácsi irányelv hatályon kívül helyezése céljából. Az EP Mezőgazdasági és Vidékfejlesztési Bizottsága módosító indítványában mindössze egy technikai jellegű pontosítást javasolt, egyebekben a Bizottság javaslatát elfogadásra ajánlotta a Parlamentnek, az előterjesztést ezért megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – No âmbito da Política Agrícola Comum, a Diretiva n.º 76/621/CEE do Conselho, relativa à fixação do teor máximo de ácido erúico nos óleos e gorduras, e o Regulamento (CE) n.º 320/2006 do Conselho estabelecem um regime temporário de reestruturação da indústria açucareira, tendo esgotado os seus efeitos legais, não correspondendo atualmente às finalidades iniciais para as quais foram criados.

A eliminação de atos obsoletos constitui um elemento da estratégia «Legislar Melhor», colocada em prática pelas instituições europeias, não se justificando a permanência destes atos na ordem legislativa em vigor. O conteúdo da Diretiva n.º 76/621/CEE é reproduzido no Regulamento (CE) n.º 1881/2006 da Comissão, que fixa os teores máximos de certos contaminantes presentes nos géneros alimentícios, e o Regulamento (CE) n.º 320/2006 do Conselho seria aplicável apenas em regime temporário de reestruturação da indústria açucareira, cessando na campanha de comercialização de 2009/2010.

Sou a favor desta proposta, na medida em que deverá ser salvaguardada a segurança e a transparência jurídicas, através da revogação de atos obsoletos que estão apenas formalmente em vigor.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Siekierski envisage d'abroger les actes devenus obsolètes dans le cadre de la Politique agricole commune et notamment la directive 76/621/CEE du conseil relative à la fixation du taux maximal d'acide érucique dans les huiles et graisses et le règlement (CE) n° 320/2006 du Conseil instituant un régime temporaire de restructuration de l'industrie sucrière.

S'il s'agit d'un vote de clarification du droit, et même si l'enjeu de ce vote est relativement faible, j'ai décidé de voter contre ce texte afin de rappeler mon opposition à la politique de l'UE en matière de betterave sucrière.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui autorise l'abrogation de deux actes obsolètes de la politique agricole commune. Il s'agit de la directive 76/621/CEE du Conseil, relative à la fixation du taux maximal d'acide érucique dans les huiles et graisses, dont le contenu a été repris par le règlement (CE) n° 1881/2006 de la Commission et du règlement (CE) n° 320/2006 du Conseil, qui instituait un régime temporaire de restructuration de l'industrie sucrière et dont le régime temporaire était applicable uniquement jusqu'à la campagne de commercialisation des années 2009 et 2010. La seule modification apportée au texte de la Commission est la référence à l'article 114 du TFUE, par souci de cohérence avec la double base juridique (politique agricole et politique du marché intérieur) utilisée pour l'adoption de la directive 76/621/CEE.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report that will repeal Council Directive 76/621/EEC and Council Regulation (EC) No 320/2006 taking into consideration that both acts have become obsolete since the content of Council Directive 76/621/EEC was taken up by the subsequent Regulation (EC) No 1881/2006, while Council Regulation 320/2006 only established a temporary scheme which is no longer applicable.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this purely technical report which repeals two acts that have ceased to serve any legislative function. The Directives in question are related to the fixing of maximum levels of erucic acid in fats and oils and another establishing a temporary scheme for restructuring the sugar industry. The former is now included in a regulation in the same format, and the latter is no longer applicable as it only concerned temporary measures.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für den vorliegenden Bericht ausgesprochen, da sich in den letzten Jahren der bürokratische Aufwand deutlich erhöht hat und zuständige Behörden und Landwirte zunehmend belastet wurden. Durch die Komplexität haben sich auch einige Fehler eingeschlichen, die beseitigt werden müssen. Vorliegend handelt es sich auf den ersten Blick also um einen rein technischen Vorgang – dennoch stellt er für mich auch einen Schritt in Richtung Entbürokratisierung dar.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport vise à établir un règlement abrogeant la directive 76/621/CEE et le règlement (CE) 320/2006 du Conseil pour cause d'obsolescence législative. La première fixait un taux maximal d'acide érucique dans les huiles et graisses, teneur qui a été ensuite réglementée par la directive 1881/2006 de la Commission, qui en reprend le contenu, rendant donc inutile la précédente. Quant au règlement (CE) 320/2006, il fixait un régime temporaire de restructuration de l'industrie sucrière ayant pour échéance la campagne de commercialisation 2009/2010. Cette campagne étant passée, le règlement n'est plus en application. Je soutiens ce rapport qui vise donc à retirer de la législation de l'Union ces actes obsolètes, la clarification et la sécurisation de celle-ci étant nécessaire.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin, kuna tegemist on aegunud õigusaktide kehtetuks tunnistamisega.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą.

Pažymėtina, kad pastaraisiais dešimtmečiais kai kurie priimti teisės aktai tapo nebeaktualūs ir jie nebeturi jokio poveikio.

Todėl labai svarbu panaikinti pasenusius žemės ūkio teisės aktus, kurie neatitinka savo paskirties, ir užtikrinti, kad normos būtų aiškios ir nuspėjamos.

Sumažinus Europos Sąjungos teisės aktų skaičių panaikinant nebetaikomus būtų padidintas skaidrumas. Be to, visiems piliečiams ir visoms valstybėms narėms būtų suteikta daugiau aiškumo, kadangi teisės aktų poveikis tiems, kam jie taikomi, turi būti aiškus ir nuspėjamas.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Although we do not approve of this Parliament legislating for 500 million people, as this repeals defunct legislation, we abstained.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – La garanzia della trasparenza e della certezza della legislazione europea costituisce, a mio parere, uno degli obiettivi dell'Unione, al fine di avvicinarla sempre più ai suoi cittadini.

È per questo che, alla luce del parere della commissione giuridica e trovandomi pienamente d'accordo con essa sull'inclusione dell'articolo 114 TFUE come base giuridica del regolamento in esame, ho deciso di esprimermi favorevolmente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam Izvješće o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o stavljanju izvan snage Direktive Vijeća 76/621/EEZ o utvrđivanju maksimalne razine eruka kiseline u uljima i mastima i Uredbe Vijeća (EZ) br. 320/2006 o utvrđivanju privremenog sustava za restrukturiranje industrije šećera jer su oba akta zastarjela. Uredba 76/621/EEC zamijenjena je novom Uredbom 1881/2006 o utvrđivanju najvećih dopuštenih količina određenih kontaminanata u hrani, a Uredba 320/2006 primjenjivala se do završetka trgovinske godine 2009./2010.

Također želim upozoriti na ukidanje sustava kvota za šećer koje nam slijedi sljedeće godine i pozivam na pravovremenu reakciju Komisije kako sektor šećera ne bi sustigla ista situacija koja se je dogodila u sektoru mlijeka. Imajući negativna iskustva s ukidanjem kvota u sektoru mlijeкарства i nepoštenom trgovačkom praksom te ruskim embargom, kao i ostalim problemima u kojima se danas nalaze proizvođači mlijeka, ponovno koristim priliku i pozivam Komisiju da poduzme potrebne korake na vrijeme, a ne da opet gasi požar kada bude kasno.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le rapport Siekierski envisage d'abroger les actes devenus obsolètes dans le cadre de la Politique agricole commune et notamment la directive 76/621/CEE du conseil relative à la fixation du taux maximal d'acide érucique dans les huiles et graisses et le règlement (CE) n° 320/2006 du Conseil instituant un régime temporaire de restructuration de l'industrie sucrière.

Dienstag, 27. Oktober 2015

S'il s'agit d'un vote de clarification du droit, et même si l'enjeu de ce vote est relativement faible, j'ai décidé de voter contre ce texte afin de rappeler mon opposition à la politique de l'UE en matière de betterave sucrière.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Podržavam sve napore usmjerene ka poboljšanju sigurnosti i transparentnosti prava Unije, što čini temelj za bolju i dosljedniju izradu zakonodavstava, pa tako i ove uredbe o stavljanju izvan snage trenutnih propisa o utvrđivanju maksimalne razine eruka kiseline u uljima i mastima te o utvrđivanju privremenog sustava za restrukturiranje industrije šećera. Nadležna su tijela dostavila dokaze o postojanju i primjerenosti pravne osnove za ove uredbe, a riječ je o članku 43. stavku 2. i članku 114. UFEU-a.

U cijelosti, riječ je o pravnim osnovama i sporazumima s kojima se teži poboljšanju zakonodavstva sažimanjem i ažuriranjem, odnosno uklanjanjem onih akata koji su zastarjeli, koji se više ne primjenjuju, čiji je sadržaj obuhvaćen naknadnim aktima, ili zbog njihovog privremenog karaktera. U ovom slučaju regulative o dopuštenim količinama određenih kontaminata u hrani riječ je o osnovnom zahtjevu da se uklone iz aktivnog zakonodavstva oni akti koji više nemaju stvarni učinak.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Slažem se s izvješćem kolege Czesława Adama Siekierskog o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o stavljanju izvan snage Direktive Vijeća 76/621/EEZ o utvrđivanju maksimalne razine eruka kiseline u uljima i mastima te Uredbe Vijeća o utvrđivanju privremenog sustava za restrukturiranje industrije šećera.

Razlog stavljanja izvan snage je to što neki pravni akti usvojeni zadnjih desetljeća više nisu relevantni jer je njihov sadržaj obuhvaćen naknadnim aktima ili zbog svoje privremene naravi. U skladu s međuinstitucijskim sporazumom o boljoj izradi zakonodavstva i u cilju poboljšanja transparentnosti i sigurnosti, pravo Unije se treba pravodobno ažurirati i sažeti uklanjanjem akata koji se više ne primjenjuju. Akte navedene u prijedlogu bi izvan snage trebali staviti Vijeće i Europski parlament u skladu s redovnim zakonodavnim postupkom, budući Komisija nije nadležna proglašavati zastarjele akte koje je donijelo Vijeće.

Sadržaj Direktive Vijeća 76/621/EEZ uključen je u Uredbu Komisije br. 1881/2006 o utvrđivanju najvećih dopuštenih količina određenih kontaminata u hrani, a privremeni sustav uspostavljen Uredbom Vijeća br. 320/2006 primjenjivao se samo do tržišne godine 2009./2010. te, u skladu s tim, navedeni pravni akti u vezi sa zajedničkom poljoprivrednom politikom su zastarjeli te bi ih radi pravne sigurnosti i jasnoće trebalo staviti izvan snage.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – La strategia «legiferare meglio», attuata dalle istituzioni europee, intende abrogare gli atti legislativi che hanno esaurito i loro effetti ma che sono ancora tecnicamente in vigore. Questi atti sono da considerare obsoleti o perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi, o perché erano di carattere temporaneo.

Premesso ciò, considerando che il contenuto della direttiva 76/621/CEE del Consiglio è stato ripreso nel regolamento (CE) n. 1881/2006, mentre il regolamento (CE) n. 320/2006 del Consiglio era stato istituito solo in via temporanea, sono favorevole alla loro abrogazione, al fine di diminuire il numero delle normative europee.

Stanislav Polčák (PPE), *písemně.* – Podpořil jsem návrh nařízení Evropského parlamentu a Rady o zrušení směrnice, kterou se stanovovalo nejvyšší množství kyseliny erukové v olejích a tucích, a také nařízení Rady, kterým se zavedl dočasný režim restrukturalizace cukrovarnického průmyslu. Mám za to, že oba právní předpisy z oblasti společné zemědělské politiky už nejsou relevantní – ať už z důvodu jejich dočasné platnosti nebo proto, že byly nahrazeny následujícími předpisy. Zrušením směrnic a nařízení, která nejsou již platná a potřebná, zvýšíme transparentnost. Navíc, aktualizace a zestručnění jistě povedou k jasnějšímu přehledu právních předpisů.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – Afin de garantir des normes sanitaires élevées et de toujours mieux harmoniser les pratiques et normes entre les États membres, l'Union modifie et améliore sa législation.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dans ce contexte, le Parlement européen a décidé d'abroger deux actes de la politique agricole commune (PAC) devenus obsolètes: la directive 76/621/CEE fixant un taux maximal d'acide érucique dans les huiles et les graisses, et le règlement (CE) 320/2006 relatif au régime temporaire de restructuration de l'industrie sucrière en vigueur jusqu'en 2009/2010. Je me suis exprimé en faveur de ce texte qui permet de mettre à jour la législation dans le domaine agricole.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por entender que os diplomas que deixaram de produzir efeito devem ser revogados.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Although we do not approve of this Parliament legislating for 500 million people, as this repeals defunct legislation, we abstained.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo que deroga la Directiva 76/621/CEE del Consejo, relativa a la determinación del porcentaje máximo de ácido erúico en los aceites y grasas, y el Reglamento (CE) n.º 320/2006 del Consejo, por el que se establece un régimen temporal para la reestructuración del sector del azúcar habida cuenta de que ambos actos se han quedado obsoletos ya que el contenido de la Directiva 76/621/CEE del Consejo ha sido retomado por el posterior Reglamento (CE) n.º 1881/2006, mientras que el Reglamento (CE) n.º 320/2006 del Consejo se limitaba a establecer un régimen temporal que ya no es aplicable.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a posição do Parlamento Europeu, aprovada em primeira leitura em 27 de outubro de 2015, com vista à adoção de um Regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho que revoga a Diretiva n.º 76/621/CEE do Conselho, relativa à fixação do teor máximo de ácido erúico nos óleos e gorduras, e o Regulamento (CE) n.º 320/2006 do Conselho, que estabelece um regime temporário de reestruturação da indústria açucareira.

Trata-se de uma proposta eminentemente técnica, que visa conferir uma maior transparência e clareza legislativas, através da revogação de diplomas que deixaram de produzir efeitos - como é o caso destes, no domínio da Política Agrícola Comum.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui demande l'abrogation de la directive 76/621/CEE du Conseil relative à la fixation du taux maximal d'acide érucique dans les huiles et graisses et du règlement (CE) n.º 320/2006 du Conseil instituant un régime temporaire de restructuration de l'industrie sucrière.

En effet, certains actes qui ont été adoptés il y a quelques années sont toujours en vigueur malgré le fait qu'ils soient devenus obsolètes.

C'est donc pour des raisons de sécurité juridique que la Commission propose leur abrogation au Parlement européen et au Conseil.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione inerente l'abrogazione della direttiva 76/621/CEE e del regolamento (CE) n. 320/2006 del Consiglio, in quanto sono concorde a considerare questi atti ormai obsoleti e di nessuna utilità pratica e sono favorevole a un aggiornamento della legislazione europea in materia di politica agricola per favorire una maggiore efficienza del settore.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la derogación de la Directiva 76/621/CEE, relativa a la determinación del porcentaje máximo de ácido erúico en aceites y grasas, y del Reglamento (CE) n.º 320/2006, que establecía un régimen temporal para la reestructuración del sector del azúcar puesto que los contenidos de estas normas habían quedado desfasados por la nueva regulación de la PAC y, por lo tanto, no tenía sentido que continuaran estando en vigor.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque esta propuesta tiene como objeto derogar ciertos actos adoptados en las últimas décadas que ya no tienen aplicabilidad, ya sea porque su contenido ha sido incorporado en actos sucesivos, o debido a su carácter temporal.

Dienstag, 27. Oktober 2015

De acuerdo con la propuesta de la Comisión, no está dentro de las facultades de la Comisión el declarar obsoletos actos que fueron adoptados por el Consejo. Los actos que figuran en la propuesta, por lo tanto, deben ser derogados por el Consejo y el Parlamento Europeo siguiendo el procedimiento legislativo ordinario.

El objetivo y el contenido de la propuesta de Reglamento consisten en una derogación pura de la Directiva 76/621/CEE del Consejo y del Reglamento (CE) n.º 320/2006 del Consejo.

En concreto, los dos actos han quedado obsoletos ya que el contenido de la Directiva 76/621/CEE del Consejo ha sido incorporado al Reglamento 1881/2006, posterior, y el Reglamento (CE) n.º 320/2006 del Consejo sólo estableció un régimen temporal, que ya no es aplicable.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Con il voto di oggi il Parlamento abroga la direttiva 76/621/CEE del Consiglio e il regolamento (CE) n. 320/2006. Entrambi questi atti sono divenuti obsoleti in quanto non hanno più alcuna applicazione pratica. Ho deciso pertanto di votare a favore.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – É importante este procedimento por uma questão de clareza jurídica e sem ir mais além do necessário e do estritamente acordado em termos da atual Política Agrícola Comum 2014-2020.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report, as although I do wish to see obsolete acts repealed I do not think this report will achieve what it hopes to do.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Repealing this act shows the EU's ability to become more efficient and do away with unnecessary legislation. While they have effectively exhausted all of their effects, they do remain technically in force and because of subsequent acts, they have been rendered obsolete.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – aby sme zaručili transparentnosť a presnosť európskeho práva, je potrebné pravidelne aktualizovať a zhŕstovať legislatívne akty, ktoré sa stali zastaranými. Súhlasím preto s návrhom Komisie zrušiť tie nariadenia týkajúce sa spoločnej poľnohospodárskej politiky, ktoré sa stali nadbytočnými, keďže sa už v praxi neaplikujú. Zrušíme tak zastaranú smernicu upravujúcu maximálny obsah kyseliny erukovej v olejoch a tukoch, ako aj nariadenie, ktorým sa ustanovil dočasný rámec pre reštrukturalizáciu cukrovarníckeho priemyslu.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – S cieľom zabezpečiť lepšiu tvorbu práva je nevyhnuté, aby sa právo Európskej únie priebežne aktualizovalo a zhŕňovalo. To vieme docieľiť i zrušením aktov, ktoré sa už neuplatňujú. Takto zabezpečíme lepšiu transparentnosť a istotu.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. The proposed regulation is nothing more than a formality and has the aim of ensuring transparency and legal certainty, which are prerequisites of responsible law-making.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Neki pravni akti usvojeni zadnjih desetljeća više nisu relevantni zbog toga što je njihov sadržaj obuhvaćen naknadnim aktima ili zbog svoje privremene naravi.

Cilj ovog prijedloga jest stavljanje izvan snage Direktive Vijeća 76/621/EEZ o utvrđivanju maksimalne razine eruka kiseline u uljima i mastima i Uredbe Vijeća (EZ) br. 320/2006 o utvrđivanju privremenog sustava za restrukturiranje industrije šećera, a koje se temelje na članku 42. i članku 43. stavku 2. Ugovora o funkcioniranju EU-a.

Navedeni pravni akti u vezi sa zajedničkom politikom formalno su još uvijek na snazi, iako su zastarjeli te bi ih radi pravne sigurnosti i jasnoće trebalo staviti izvan snage.

U potpunosti podržavam prijedlog da se navedeni akti uklone iz aktivnog zakonodavstva, s obzirom da više nemaju stvarni učinak i samo tehnički ostaju na snazi.

Dienstag, 27. Oktober 2015

U cilju poboljšanja transparentnosti i sigurnosti pravo Unije treba ažurirati i sažeti uklanjanjem akata koji se više ne primjenjuju. Uklanjanje ovih akata predstavlja ključan element strategije bolje izrade zakonodavstva koju provode institucije.

Richard Sulík (ECR), *pisomne* – vzhľadom na to, že dané právne akty už nemajú praktické využitie, som hlasoval za ich zrušenie. Spoločná poľnohospodárska politika však obsahuje podstatne viac častí, ktoré sú už dávno prekonané, prípadne dokonca nemali zmysel ani pri ich pôvodnom zavádzaní. Ich zrušenie by pomohlo daňovníkom EÚ, ako aj produktívnym poľnohospodárom, ktorí by mohli súťažiť vo férovej konkurencii na trhu, namiesto prostredia pokriveného nerovnakými úrovňami dotácií.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o skupni kmetijski politiki: razveljavitev zastarelih aktov. Potrdila sem tehnične popravke, s katerimi razveljavljamo zastarele akte. Evropska komisija namreč nima pristojnosti za razveljavitev aktov, ki jih je sprejel Svet, zato morata akte, katerih vsebino so povzeli drugi akti oz. niso več aktualni, po rednem zakonodajnem postopku potrditi Svet in Evropski parlament.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτως*. – Εφόσον οι εν λόγω οδηγίες και κανονισμοί του Συμβουλίου έχουν καταστεί παρωχημένες και συνεπώς άνευ αντικειμένου πρέπει και να καταργηθούν.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mely egyes mezőgazdasági termékek előállítására és kereskedelmi forgalmára vonatkozó versenyszabályok végrehajtását érinti, illetve a mezőgazdasági piacok közös szervezésének létrehozását is célozza. A javaslat célja, hogy hatályon kívül helyezze a közös agrárpolitikával kapcsolatos olyan rendelkezéseket, amelyek ma már nem relevánsak. Ezek egy részének tartalmát későbbi jogi aktusok átvették, vagy ideiglenes jellegük következtében érvényüket veszítették, tehát mindez az EU-s joganyag egyszerűsítését és tömörítését jelenti.

A jelentés új javaslatként emeli be a belső piac megteremtésére és működésére vonatkozó jogszabályok egymáshoz közelítésével kapcsolatos az EUMSZ 114. cikkét. Ennek célja, hogy összhangot teremtsen a mezőgazdasági és a belső piaci politika kettős jogalapja között, az olajok (étolajok) és zsírok (étkezési zsírok), erukasav-tartalma, legmagasabb szintjének rögzítése tekintetében. Ennek értelmében, az Európai Parlament és a Tanács rendes jogalkotási eljárás keretében és a Gazdasági és Szociális Bizottsággal folytatott konzultációt követően fogadja el a belső piac megteremtése és működésére vonatkozó intézkedéseket.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Legislația europeană are nevoie de înnoire la anumite perioade de timp. Tratatul de la Lisabona a creat noi mecanisme prin care Parlamentul European poate acționa în vederea aducerii la zi a documentelor europene. În anumite domenii, cercetarea științifică descoperă noi metode și produse, care creează premisele unor schimbări în favoarea consumatorilor europeni. Unul dintre aceste domenii este Politica Agricolă Comună. Elaborată încă din zorii construcției europene, este evident că politica europeană din domeniul agricol trebuie reglementată în conformitate cu imperativele prezentului. Trebuie ținut cont de faptul că o serie de compuși și substanțe chimice ce se regăsesc în produsele agricole pot afecta în mod negativ evoluția indivizilor care le consumă fără a fi conștienți de pericolele la care se expun. Este misiunea specialiștilor în domeniu să ne informeze cu privire la existența unor asemenea pericole. Misiunea noastră este să adoptăm o legislație care să îi protejeze pe cetățenii care ne-au acordat încrederea lor. Din aceste motive, cred că se impune susținerea documentului aici de față.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte. Il ne s'agit là que de corrections au texte existant, une sorte de mise à jour dont je partage les évolutions.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I supported the proposal of the Commission to repeal two legal acts concerning the common agricultural policy which have become obsolete, even though they are formally still in force. The repeal affects Council Directive 76/621/EEC relating to the fixing of the maximum level of erucic acid in oils and fats and to Council Regulation (EC) No 320/2006 establishing a temporary scheme for the restructuring of the sugar industry. This move is in line with better law-making of the EU institutions, which agreed that Community law should be updated and condensed by repealing acts which are no longer applied.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o razveljavitvi Direktive Sveta 76/621/EGS o določitvi zgornje mejne vrednosti eruka kisline v oljih in masteh in Uredbe Sveta (ES) št. 320/2006 o ustanovitvi začasne sheme za prestrukturiranje industrije sladkorja sem podprla, saj menim, da so nekateri pravni akti, ki so bili sprejeti v zadnjih desetletjih, neustrezni, njihova veljavnost je le še formalna in jih je treba zaradi pravne varnosti in jasnosti razveljaviti.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la derogación de la Directiva 76/621/CEE, relativa a la determinación del porcentaje máximo de ácido erúico en aceites y grasas, y del Reglamento (CE) n.º 320/2006, que establecía un régimen temporal para la reestructuración del sector del azúcar puesto que los contenidos de estas normas habían quedado desfasados por la nueva regulación de la PAC y, por lo tanto, no tenía sentido que continuaran estando en vigor.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az agrár bizottság előterjesztését támogattam, melynek célja, hogy az olajok (étolajok) és zsírok (étkezési zsírok), erukasav-tartalma legmagasabb szintjének rögzítéséről szóló 76/621/EGK irányelv elfogadásakor alkalmazzott kettős jogalappal (mezőgazdasági és belső piaci politika) való összhangot megteremtése. Ez a cukoripar szerkezetátalakítására szolgáló ideiglenes rendszer megállapítása miatt fontos.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la derogación de la Directiva 76/621/CEE, relativa a la determinación del porcentaje máximo de ácido erúico en aceites y grasas, y del Reglamento (CE) n.º 320/2006, que establecía un régimen temporal para la reestructuración del sector del azúcar puesto que los contenidos de estas normas habían quedado desfasados por la nueva regulación de la PAC y, por lo tanto, no tenía sentido que continuaran estando en vigor.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe técnico para dotar de mayor seguridad jurídica al marco de la Política Agraria Común.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this legislative resolution relating to the fixing of the maximum level of erucic acid in oils and establishing a temporary scheme for the restructuring of the sugar industry. I agree that improving the transparency of EU law is an essential element of the better law-making strategy that EU institutions are implementing, therefore it was necessary, in order to insure legal certainty and clarity, to repeal those legal acts which no longer have real effect.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de una propuesta de la Comisión Europea al Parlamento y al Consejo para derogar dos actos obsoletos: la Directiva 76/621/CEE del Consejo, cuyo contenido ha sido incorporado al Reglamento (CE) n.º 1881/2006, y el Reglamento (CE) n.º 320/2006 del Consejo sobre el esquema temporal establecido por este Reglamento, que solo fue aplicable durante el período 2009/2010.

Habida cuenta de la tecnicidad de este informe, la Comisión de Agricultura y Desarrollo Rural del Parlamento decidió aprobarlo mediante procedimiento simplificado. Por todo ello, considero necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque esta propuesta tiene como objeto derogar ciertos actos adoptados en las últimas décadas que ya no tienen aplicabilidad, ya sea porque su contenido ha sido incorporado en actos sucesivos, o debido a su carácter temporal.

De acuerdo con la propuesta de la Comisión, no está dentro de las facultades de la Comisión el declarar obsoletos actos que fueron adoptados por el Consejo. Los actos que figuran en la propuesta, por lo tanto, deben ser derogados por el Consejo y el Parlamento Europeo siguiendo el procedimiento legislativo ordinario.

El objetivo y el contenido de la propuesta de Reglamento consisten en una derogación pura de la Directiva 76/621/CEE del Consejo y del Reglamento (CE) n.º 320/2006 del Consejo.

En concreto, los dos actos han quedado obsoletos ya que el contenido de la Directiva 76/621/CEE del Consejo ha sido incorporado al Reglamento 1881/2006, posterior, y el Reglamento (CE) n.º 320/2006 del Consejo sólo estableció un régimen temporal, que ya no es aplicable.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Depois do acordo interinstitucional para a simplificação e melhoria das leis da UE, a legislação deve ser atualizada e condensada, removendo atos legais que deixaram de ser aplicáveis, de modo a melhorar a transparência e a confiança.

Dienstag, 27. Oktober 2015

De acordo com a proposta da Comissão, não está nos poderes da Comissão declarar obsoletos atos legais que foram adotados pelo Conselho. Os atos listados na proposta da Comissão devem, por isso, ser revogados por decisão do Parlamento Europeu, sendo neste caso os atos delegados que estabelecem o teor máximo de ácido erúico nos óleos e gorduras e os que estabelecem um regime temporário de reestruturação da indústria açucareira.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es ergibt Sinn, dass Artikel 114 AEUV der Rechtsgrundlage für die Aufhebung von Rechtsakten hinzugefügt wird. Daher war dieser Bericht zu unterstützen.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Zusammen mit meiner Fraktion, der EKR, habe ich dem Bericht zum Thema „Gemeinsame Agrarpolitik: Aufhebung überholter Rechtsakte“ zugestimmt. Im Rahmen der interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung schlägt die Kommission vor, zwei Rechtsakte, die inzwischen überholt sind, aufzuheben. Diese beiden Rechtsakte sind in Kraft, obwohl sie keine praktische Anwendung mehr haben. Die EKR unterstützt die Maßnahme der Außerkraftsetzung von Gesetzgebungen, die nicht mehr anwendbar sind – und das ist auch meine Meinung. Was nicht gebraucht wird, soll weg – also habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu, ktorá navrhovala zrušenie dvoch právnych predpisov z oblasti spoločnej poľnohospodárskej politiky, a to smernice č. 76/621/EHS a nariadenia (ES) 320/2006 som podporila. Smernica a nariadenie už vzhľadom na zmenené pomery nespĺňali svoj účel. Som rada, že týmto hlasovaním sme prispeli k zjednodušeniu a k aktualizácii právnych predpisov.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A proposta serve para objetar à Diretiva n.º 76/621/CEE do Conselho, relativa à fixação do teor máximo de ácido erúico nos óleos e gorduras, e ao Regulamento (CE) n.º 320/2006 do Conselho, que estabelece um regime temporário de reestruturação da indústria açucareira, já que alguns dos atos legais adotados nas últimas décadas deixaram de ter relevância, quer devido ao facto do seu conteúdo ter sido adotado por outros atos legais subsequentes quer devido ao carácter temporário destes.

De acordo com a proposta da Comissão, não está nos poderes da Comissão declarar obsoletos atos legais que foram adotados pelo Conselho. Os atos listados na proposta da Comissão devem por isso ser revogados por decisão do Parlamento Europeu, sendo neste caso os atos delegados que estabelecem o teor máximo de ácido erúico nos óleos e gorduras e os que estabelecem um regime temporário de reestruturação da indústria açucareira.

Estes tornaram-se obsoletos já que o conteúdo da Diretiva do Conselho n.º 76/621/EEC foi revogada pelo Regulamento 1881/2006 e o Regulamento 320/2006 apenas estabelece um esquema temporário que não é mais aplicável. Votámos a favor.

6.2. Abkommen EU-Schweiz über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (A8-0271/2015 - Jeppe Kofod)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētājs kundze! Izejot vismaz no tīri ģeogrāfiskiem, vēsturiskiem, ekonomiskiem, kultūras un citiem iemesliem, Šveice vienmēr bijusi Eiropas Savienības un to institucionālo priekšteču viena no svarīgākajām partnervalstīm, tāpēc esmu visai apmierināts, ka drīz pēc šīs normatīvās rezolūcijas projekta pieņemšanas un attiecīgi grozītā nolīguma protokola ieviešanas sadarbība ar Alpu republiku kļūst vēl ciešāka. Negribu dalīties ar jūtīgu informāciju, kas varētu kaitēt lielā mērā ar banku konfidencialitāti saistītai valstij ar tādu reputāciju. Un personīgas informācijas drošums ir ļoti svarīgs jebkura cilvēka dzīves aspekts, arī ārpus kredītiestādēm. Tomēr tās nereti noveda pie situācijas, kad daudzi cilvēki ar kontiem Šveices bankās vienkārši nemaksāja nodokļus savās dzimtajās valstīs, tajā skaitā arī Eiropas Savienībā, un informācija par šādiem likuma pārkāpumiem nebija pieejama. Gan tīri cilvēciski, gan kā sociālists pēc saviem uzskatiem es esmu par sociālo taisnīgumu, kurš starp citām lietām jau ir ar taisnīgu likumiem atbilstošu nodokļu nomaksu. Līdz ar to es nobalsoju par. Paldies!

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, our policy toward Switzerland is driven by an unspoken or – indeed, in this Chamber – sometimes a voiced resentment about their stubborn independence. Not just the fact of being outside the European Union, but the fact that they dare to prosper – to be, according to the United Nations, the happiest and wealthiest country in Europe, with a remarkably low tax take. How they do it? How do they supply their peoples with the highest standard of living in the world while taking less than 30% of GDP in combined cantonal and federal spending, when we spend so much and get so little? Do you know what I would say: that is not they who have the problem. Perhaps, instead of trying to push the people of that sturdy mountain republic into joining the European

Dienstag, 27. Oktober 2015

Union, we should instead petition to become cantons of the Helvetic Confederation. We would have to be a lot more democratic, we would have to be a lot more open to referendums, we would have to cut our taxes and be a bit more competitive, and you know what: I can think of worse fates than that.

Monica Macovei (PPE). – Doamnă președintă, sunt multe persoane care încearcă să-și ascundă veniturile pentru care nu au plătit impozite sau nu vor să plătească impozite în viitor. Asta înseamnă evaziune fiscală. Se estimează că, la nivel european, se pierde în acest fel o mie de miliarde de euro.

Conform acordului semnat anul acesta, începând din 2018, Uniunea Europeană și Elveția vor face schimb automat de informații cu privire la conturile financiare ale rezidenților lor. Informațiile care fac obiectul schimbului includ veniturile, dobânzile, dividendele, balanțele conturilor și veniturile din vânzarea activelor financiare.

Acest raport propune măsuri concrete pentru combaterea evaziunii fiscale, în special de către persoane fizice și juridice domiciliat în Uniunea Europeană, cu participarea instituțiilor financiare care au sediul în țări terțe. Raportul sugerează divulgarea obligatorie a numelui întreg și a codului de înregistrare. Acest lucru duce la o transparență absolută și la reducerea riscului comiterii unei fraude sau evaziuni fiscale.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem tuto zprávu podpořil, i když si uvědomuji, že zde existuje jisté napětí mezi otázkou chránit bankovní tajemství, tzn. chránit určité citlivé informace, což je obsahem práva na soukromí. A dále je zde právo státu na to, aby byly řádně placeny daně. Nepochybně je zřejmé, že v uplynulém období Švýcarsko sloužilo právě i těm daňovým rezidentům ze zemí Evropské unie, kteří zde skrývali své příjmy před řádným zdaněním, a to si myslím, že samozřejmě není správné. A hlavně to působí jakousi nekalou soutěž mezi těmito dvěma bloky, blokem EU a Švýcarskem. Jsem proto rád, že i Švýcarská federace přistoupila na znění této dohody, která skutečně od roku 2018 pro daňové rezidenty znesnadní způsob obcházení daňových zákonů, a proto jsem ji podpořil.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, vótáil mé i bhfabhar na tuarascála seo mar is dóigh liom go bhfuilimid ag dul ar an tslí cheart. Dar ndóigh, is léir go n-úsáideann a lán daoine cuntas i mbanc san Eilvéis agus i dtíortha eile chun íocaíochtaí cánach a sheachaint agus níl sé sin féaráilte. Dar ndóigh, freisin, tá gaol an-mhór againn leis an Eilvéis agus tá buntáistí ann do mhuintir na hEilvéise de bharr an ghaoil sin.

Ag an am céanna, tá sé in am dúinn deireadh a chur leis an socrú seo ar mhaithe le saoránaigh nach mian leo a gcuid cheart de chánacha a íoc. Is tosach maith é seo, mar tar éis 2018 beidh malartú eolais airgeadais idir an tAontas agus an Eilvéis. Dar ndóigh, má íocann gach duine a chuid cheart, beidh níos lú le híoc ag na saoránaigh a íocann é gach uile lá. Dá bhrí sin, is dul chun cinn maith é seo.

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP is in favour of tax transparency but not of the Commission being involved in negotiating tax treaties – something which could just as easily be done on a bilateral basis by Member States in their own capacity. For this reason UKIP is against the proposals.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. –

He votado a favor de este acuerdo internacional con Suiza sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en terceros Estados.

De acuerdo con este convenio, a partir de 2018 se establecerá entre la UE y Suiza un sistema de intercambio automático de información sobre las cuentas financieras abiertas por los residentes respectivos.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a suponer una necesaria exigencia de información financiera, implica un posicionamiento en favor del uso de los paraísos fiscales para los europeos. El informe implica una mejora en los sistemas de intercambio de información financiera entre las autoridades competentes de Suiza y de la Unión Europea. Sin embargo, esto no resulta un compromiso suficiente para asegurar que empresas y ciudadanos europeos tributen sus fondos en Europa, puesto que en muchos Estados, pese a disponerse de la información, no se toman medidas. Necesitamos la abolición del uso de paraísos fiscales para los europeos, que deben contribuir a la financiación de los Estados miembros como cualquier ciudadano. Es por esto por lo que me he abstenido en la votación de este informe.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport visant à modifier l'accord entre la Communauté européenne et la Confédération suisse prévoyant des mesures équivalentes à celles prévues dans la directive 2003/48/CE du Conseil en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts. Cette décision permettra en effet de soumettre la Suisse aux mêmes obligations que les membres de l'UE mais également de limiter la possibilité, pour les contribuables, de se soustraire à leurs obligations de déclaration aux autorités fiscales. Le rapport propose en outre l'échange d'informations sur les revenus, les soldes de comptes ainsi que les produits issus de la vente d'actifs financiers. La transparence fiscale et la fin du secret bancaire tant à l'intérieur de l'UE qu'à ses portes est une priorité dans le but de préserver les rentrées fiscales des États.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – While the intentions of this report were positive, it is another unfortunate case of style over substance. This is reflective of the democratic deficit which permeates the EU and means that much of the actions taken are often elaborate PR stunts. In this situation, the Council had decided on this report beforehand and only consulted Parliament after the ratification of the agreement.

By way of background information, this agreement was signed on 27 May 2015 and it relates to the automatic exchange of financial account information and is aimed at improving international tax cooperation and compliance.

The rapporteur did present a number of very good suggestions and tabled some important critiques but the Council refused to take them on board. It was for these reasons that I abstained on the report.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La fin du secret bancaire par l'échange automatique d'information au niveau des pays de l'Union, actée en mars 2014, a dû vaincre les réticences de l'Autriche et du Luxembourg. Une des conditions de l'abandon du secret bancaire par ces pays était l'acceptation par la Suisse de mesures similaires.

Suite à des négociations, un protocole d'accord entre l'UE et la Suisse a abouti et prévoit l'échange d'informations bancaires dans le cadre des normes proposés par l'OCDE au niveau internationale.

Étant contre la fuite des capitaux, j'ai voté en faveur du rapport relatif à ce protocole.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This sought Parliament's approval of an EU-Switzerland agreement on the exchange of tax information. Such matters should be the subject of a bilateral agreement between nations, not dealt with at a European Union level.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération qui vise à rendre plus difficile pour les citoyens de l'UE de cacher l'argent du fisc sur des comptes bancaires suisses.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą dėl ES ir Šveicarijos susitarimo, kuris apribos ES piliečių galimybes slėpti savo finansus Šveicarijos bankuose ir taip vengti mokesčių mokėjimo. Nuo 2018 m. ES ir Šveicarija automatiškai keisis savo piliečių banko sąskaitų duomenimis. Šiuo susitarimu dėl mokesčių skaidrumo prisidedama prie kovos su mokesčių slėpimu ir sukčiavimu. Pagal jį bus keičiamasi ne tik informacija dėl palūkanų ar dividendų, bet ir dėl sąskaitų likučių ar finansinio turto pardavimo.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of tax transparency but not of the Commission being involved in negotiating tax treaties – something which could just as easily be done on a bilateral basis by Member States in their own capacity. For this reason UKIP is against the proposals.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Pour obtenir la fin du secret bancaire par l'échange automatique d'informations au niveau des États membres de l'Union européenne, actée en mars 2014, il a fallu vaincre les réticences de l'Autriche et du Luxembourg. Une des conditions de l'abandon du secret bancaire par ces deux États membres était l'acceptation par la Suisse de mesures similaires, afin de ne pas créer une concurrence déloyale.

Le protocole d'accord, qui est l'objet du rapport Kofod, prévoit que l'Union européenne et la Suisse échangeront automatiquement les informations relatives aux comptes financiers de leurs résidents respectifs à compter du 1^{er} janvier 2018.

Parce que je suis favorable à la transparence fiscale et donc à la fin du secret bancaire, afin surtout de préserver les rentrées fiscales de la France, j'ai logiquement voté pour ce texte: malgré tout le bien que je peux penser par ailleurs de la Confédération helvétique, laquelle défend son identité et sa souveraineté, il est impensable de laisser un pays pratiquer le secret bancaire aux portes de l'UE, sauf à voir se pérenniser une fuite des capitaux.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prône un accord entre l'UE et la Suisse sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers. Cet échange d'information devrait être mis en application en 2018.

Dans le contexte actuel et suite aux affaires Swissleaks, il était essentiel de celer un accord afin d'accroître la coopération fiscale afin de lutter contre l'évasion fiscale.

L'accord prévoit certaines dispositions visant à limiter la possibilité, pour les contribuables, de se soustraire à leurs obligations de déclaration aux autorités fiscales en transférant leurs actifs ou en investissant dans des produits financiers qui ne relèvent pas du champ d'application de l'accord. Les informations qui doivent être échangées concernent non seulement les revenus tels que les intérêts et les dividendes, mais aussi les soldes de comptes et les produits issus de la vente d'actifs financiers.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui portait sur le projet de décision du Conseil relatif à la conclusion, au nom de l'UE, du protocole modifiant l'accord entre la Communauté européenne et la Confédération suisse prévoyant des mesures équivalentes à celles prévues dans la directive 2003/48/CE du Conseil en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts.

Sous ce vocable alambiqué se cache en effet une mesure de bon sens qui garantira aux États-Membres de réduire leurs pertes fiscales: il s'agit d'un accord entre la Suisse et l'UE afin que soit assuré l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers. S'ancre donc ici le principe de la transparence fiscale et la fin du secret bancaire, ce qui devrait nous préserver à l'avenir des affaires Cahuzac en tous genre.

Ainsi, le rapport Kofod prévoit certaines mesures clés telles que le fait de limiter la possibilité pour les contribuables de se soustraire à leurs obligations de déclaration aux autorités fiscales ou encore l'obligation pour les États concernés de communiquer non seulement sur les revenus mais également sur les soldes des comptes et les produits issus de la vente d'actifs financiers.

Il s'agissait donc de voter en faveur de cette fin progressive de l'impunité fiscale.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione Kofod è ben sviluppata e condivisibile. Il rafforzamento dello scambio automatico di informazioni in materia fiscale teso a garantire che la legislazione elvetica sia in linea con la normativa UE, nel rispetto degli standard globali dell'OCSE, deve rappresentare la base dei rapporti che legano UE e Svizzera; per questo ho votato a favore di questo testo.

Dienstag, 27. Oktober 2015

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con Suiza sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en terceros Estados.

De acuerdo con este convenio, a partir de 2018 se establecerá entre la UE y Suiza un sistema de intercambio automático de información sobre las cuentas financieras abiertas por los residentes respectivos.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė ES ir Šveicarijos susitarimo dėl automatinių informacijos apie praneštinias sąskaitas mainų, siekdamas gerinti tarptautinį bendradarbiavimą ir atitiktį mokesčių srityje, sudarymui. Šis susitarimas yra svarbus žingsnis kovojant su mokesčiniu sukčiavimu ir mokesčių slėpimu, juo atnaujinamas 2004 m. susitarimas, kuriuo buvo užtikrinama, kad Šveicarija taikytų priemones, lygiavertės ES Taupymo pajamų apmokestinimo direktyvos priemonėms. Pagal šį susitarimą nuo 2018 m. ES ir Šveicarija automatiškai keisis informacija apie viena kitos gyventojų finansines sąskaitas. Siekiama reaguoti į tuos atvejus, kai mokesčių mokėtojas bando nuslėpti kapitalą, sudarantį pajamas ar turtą, už kuriuos nebuvo sumokėti mokesčiai. Susitarimu taip pat siekiama užtikrinti, kad Šveicarija taikytų griežtesnes priemones, kurios yra lygiavertės ES direktyvai, kuri buvo atnaujinta 2014 m. kovo mėn. ir kad laikytųsi automatinių informacijos apie praneštinias sąskaitas mainų nuostatų, kurios propaguojamos 2014 m. Ekonominio bendradarbiavimo ir plėtros organizacijos (EBPO) pasauliniais standartais.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Kot sem povedal že pri prejšnji točki, je obvezna davčna izmenjava med državami, bodisi gre za države članice EU ali tretje države, ključen korak k zmanjšanju davčnih utaj.

Švica ima eno najvišjih stopenj zaupnosti bančnega sistema in že od 2. svetovne vojne dalje uživa sloves države, v katere bankah se skrivajo ogromne količine finančnih sredstev z vsega sveta, tudi sumljivega izvora. Zato je v boju proti davčnim utajam v EU, ki je v zadnjem letu precej pridobil na dinamiki, treba izboljšati dialog s Švicarsko federacijo in izboljšati mednarodno sodelovanje na davčnem področju.

Sporazum, katerega sem seveda podprl, predstavlja pomemben korak v boju proti davčnim goljufijam in davčni utaji in med drugim predvideva avtomatično izmenjavo podatkov o finančnih računih rezidentov med EU in Švico od l. 2018 dalje. S tem se želi doseči razkritje celotnega premoženja davkoplačevalca, ne glede na to, kje se nahaja njegovo premoženje ali kapital.

Omejujejo se tudi možnosti izogibanja prijavi premoženja davčnim organom s prenosom premoženja na tretje osebe oz. z vlaganjem v produkte, ki jih sporazum ne zajema. Izmenjani podatki se ne bodo nanašali le na dohodek v obliki obresti in dividend, temveč tudi na stanje na računih in iztržke od prodaje finančnih sredstev.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – While the intentions of this report were positive, it is another unfortunate case of style over substance. This is reflective of the democratic deficit which permeates the EU and means that much of the actions taken are often elaborate PR stunts. In this situation, the Council had decided on this report beforehand and only consulted Parliament after the ratification of the agreement.

By way of background information, this agreement was signed on 27 May 2015 and it relates to automatic exchange of financial account information and is aimed at improving international tax cooperation and compliance.

The rapporteur did present a number of very good suggestions and tabled some important critiques but the Council refused to take them on board. It was for these reasons that I abstained on the report.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché sono convinta che l'Accordo UE-Svizzera in materia di scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali rappresenti un netto miglioramento rispetto all'accordo del 2004 e un importante passo nella lotta all'elusione e all'evasione fiscali.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Afin de convaincre les autorités autrichiennes et luxembourgeoises de ratifier l'accord concernant les échanges automatiques d'informations relatives aux comptes financiers, acté en mars 2014, l'Union européenne s'est employée à négocier avec le gouvernement suisse la fin du secret bancaire qui créait une concurrence fiscale déloyale en Europe.

L'accord avec la Suisse qui prendra effet à partir du 1^{er} janvier 2018 prévoit que les États membres de l'Union et le gouvernement helvète procéderont à des échanges automatiques de données concernant les revenus, les soldes de comptes et les plus-values issues de la vente d'actifs financiers. Ces mesures limiteront considérablement la possibilité des Européens d'échapper à l'imposition de leur pays d'origine et permettront aux États membres de récupérer les recettes fiscales qui leurs sont dues.

Nous sommes favorables à cette coopération qui va limiter l'évasion fiscale en Europe. C'est la raison pour laquelle j'ai voté pour ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Acordul UE - Elveția privind schimbul automat de informații referitoare la conturile financiare s-a semnat în 27 mai 2015. Acest acord are un rol foarte important la nivel european, pentru că îmbunătățește cooperarea în domeniul fiscal și duce la îndeplinire normele la nivel internațional.

Acest acord va fi pus în aplicare începând din anul 2018 și se încearcă ca Elveția să aplice măsuri consolidate echivalente directivei UE și să respecte schimbul automat de informații cu privire la conturile financiare promovat de standardele globale ale Organizației pentru Cooperare și Dezvoltare Economică din 2014. Prin acord, administrațiile financiare din statele membre și din Elveția vor putea să identifice corect contribuabilii în cauză și să administreze și să pună în aplicare legile fiscale naționale.

Am votat în favoarea acestui raport deoarece prin acest mecanism se pot combate fraudele și evaziunea fiscală care afectează economia Uniunii Europene și nu numai.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. L'accordo è inteso a garantire che la Svizzera applichi misure rafforzate equivalenti a quelle della direttiva UE, quale aggiornata nel marzo 2014, e che rispetti lo scambio di informazioni relative ai conti finanziari promosso dagli standard OCSE del 2014.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con Suiza sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en terceros Estados.

De acuerdo con este convenio, a partir de 2018 se establecerá entre la UE y Suiza un sistema de intercambio automático de información sobre las cuentas financieras abiertas por los residentes respectivos.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore dell'accordo sullo scambio automatico di informazioni in materia fiscale tra l'UE e la Svizzera, che consentirà finalmente di combattere le frodi e l'evasione fiscali.

Grazie a questo accordo, infatti, a partire dal 2018 l'UE e la Svizzera potranno scambiarsi automaticamente informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti per fronteggiare ogni operazione di occultamento del capitale e le attività oggetto di evasione fiscale. Lo scambio di informazioni riguarderà non soltanto operazioni sui redditi, quali interessi e dividendi, ma anche saldi contabili e proventi delle vendite di attività finanziarie, nel rispetto degli standard globali promossi dall'OCSE nel 2014 per lo scambio automatico di comunicazioni finanziarie a fini fiscali.

Anche se ci sarà bisogno di altri accordi analoghi per definire meglio tempi e modalità dello scambio automatico di informazioni e per garantire la riservatezza e la protezione dei dati personali, il testo prevede strumenti molto efficaci e per questo ho deciso di votare in suo favore.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Matt Carthy (GUE/NGL), in writing. – While the intentions of this report were positive, it is another unfortunate case of style over substance. This is reflective of the democratic deficit which permeates the EU and means that much of the actions taken are often elaborate PR stunts. In this situation, the Council had decided on this report beforehand and only consulted Parliament after the ratification of the agreement.

By way of background information, this agreement was signed on 27 May 2015 and it relates to automatic exchange of financial account information and is aimed at improving international tax cooperation and compliance.

The rapporteur did present a number of very good suggestions and tabled some important critiques but the Council refused to take them on board. It was for these reasons that I abstained on the report.

James Carver (EFDD), in writing. – UKIP is in favour of tax transparency but not of the Commission being involved in negotiating tax treaties – something which could just as easily be done on a bilateral basis by Member States in their own capacity. For this reason UKIP is against the proposals.

David Casa (PPE), in writing. – I voted in favour because changes to the already existing agreement are justified, as improvements are needed in order to be able to deal with the constant changes concerning the exchange of information at international level. The improvements will allow for a more efficient action against tax avoidance and tax evasion by ensuring full tax transparency and greater cross-border cooperation between different national tax administrations.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – L'accordo dovrebbe rappresentare un importante passo avanti negli sforzi per combattere la frode e l'evasione fiscali. L'obiettivo è di far fronte alle situazioni in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale. Nonostante le proposte contenute nel rapporto del collega Kofod apportino un valore aggiunto, ho ritenuto che fosse necessario fare di più su un tema così importante. Oltre a ciò, il nostro voto oggi è solo consultivo. Alla luce di quanto esposto, ho deciso di astenermi.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η Ευρωπαϊκή Ένωση και η Ελβετία υπέγραψαν συμφωνία στις 27 Μαΐου 2015 σχετικά με την αυτόματη ανταλλαγή πληροφοριών περί χρηματοοικονομικών λογαριασμών, η οποία αποσκοπεί στη βελτίωση της διεθνούς φορολογικής συνεργασίας και συμμόρφωσης. Η συμφωνία αντιπροσωπεύει σημαντικό βήμα στις συνεχιζόμενες προσπάθειες για πάταξη της φοροαπάτης και της φοροδιαφυγής και αναβαθμίζει τη συμφωνία του 2004 που εξασφάλιζε ότι η Ελβετία εφαρμόζε μετρά ισοδύναμα προς εκείνα που προέβλεπε οδηγία της ΕΕ σχετικά με τη φορολόγηση των εισοδημάτων από αποταμιεύσεις.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho espresso il mio voto favorevole all'accordo tra l'Unione europea e la Svizzera sullo scambio automatico di informazioni in materia fiscale, firmato il 27 maggio 2015. Tale accordo intende garantire che la Svizzera conformi le proprie pratiche a quelle della direttiva UE sulla cooperazione amministrativa, aggiornata nel marzo 2014, e che rispetti lo scambio automatico di informazioni relative ai conti finanziari promosso dagli standard globali dell'OCSE del 2014.

Ai sensi dell'accordo, l'UE e la Svizzera procederanno ad uno scambio automatico di informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti, a partire dal 2018. L'obiettivo è di far fronte alle situazioni in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale. Lo scambio di informazioni concerne non solo redditi quali interessi e dividendi, ma anche saldi contabili e proventi delle vendite di attività finanziarie. Vi sono altresì disposizioni intese a limitare la possibilità che i contribuenti evitino di essere denunciati alle autorità fiscali trasferendo le attività o investendo in prodotti finanziari che esulano dall'ambito di applicazione dell'accordo.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore di questa proposta perché rappresenta un importante passo avanti negli sforzi per combattere la frode e l'evasione fiscali.

Inoltre, l'accordo è inteso a garantire che la Svizzera applichi misure rafforzate equivalenti a quelle della direttiva UE, quale aggiornata nel marzo 2014 (che modifica la direttiva sulla cooperazione amministrativa, «DAC2»), e che rispetti lo scambio automatico di informazioni concernenti i conti finanziari promossi dagli standard globali dell'OCSE del 2014.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Infine, concordo con il relatore rispetto alle disposizioni intese a limitare la possibilità che i contribuenti evitino di essere denunciati alle autorità fiscali trasferendo le attività o investendo in prodotti finanziari che esulano dall'ambito di applicazione dell'accordo. Lo scambio di informazioni concerne non solo redditi quali interessi e dividendi, ma anche saldi contabili e proventi delle vendite di attività finanziarie.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of tax transparency but not of the Commission being involved in negotiating tax treaties – something which could just as easily be done on a bilateral basis by Member States in their own capacity. For this reason UKIP is against the proposals.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of tax transparency but not of the Commission being involved in negotiating tax treaties – something which could just as easily be done on a bilateral basis by Member States in their own capacity. For this reason UKIP is against the proposals.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – L'accordo sullo scambio automatico di informazioni in materia fiscale firmato da Svizzera e Unione europea rappresenta un importante traguardo in termini di cooperazione in ambito fiscale a livello internazionale.

Ritengo corretto, infatti, che la Svizzera applichi misure rafforzate equivalenti a quelle della direttiva UE e che rispetti lo scambio automatico di informazioni relative ai conti finanziari promosso dagli standard globali dell'OCSE del 2014, al fine di impedire che i contribuenti cerchino di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale.

Pertanto, sono a favore della proposta in questione, un accordo importante che rappresenta un ulteriore passo avanti negli sforzi volti a combattere la frode fiscale e l'evasione.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This proposal asks for Parliament's approval of a new act that updates regulations regarding the exchange of financial information between Swiss and EU officials. The report stresses the importance of taking effective action against fraud and tax avoidance and in particular tax evasion and tax avoidance by natural and legal persons based in the European Union with the involvement of financial institutions based in third countries, thus I voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Trattasi della consultazione del Parlamento sull'accordo siglato tra l'UE e la Svizzera in materia di tassazione dei redditi da risparmio sotto forma di pagamenti di interessi.

L'accordo dovrebbe rappresentare un importante passo avanti negli sforzi per combattere la frode e l'evasione fiscale. L'obiettivo è di far fronte alle situazioni in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale.

Il relatore, in sede di commissione ECON, ha avanzato alcune proposte condivisibili in materia di scambio automatico di informazioni, riservatezza e protezione dei dati personali, arbitrato in casi di contenzioso, allineamento con legislazione vigente e entrata in vigore. Nonostante le proposte apportino un valore aggiunto, ritengo che fosse necessario fare di più.

Credo inoltre che su un tema così importante il Parlamento non debba essere solo consultato. Per questo motivo ho deciso di astenermi.

Javier Couso Permyu (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a suponer una necesaria exigencia de información financiera, implica un posicionamiento en favor del uso de los paraísos fiscales para los europeos. El informe implica una mejora en los sistemas de intercambio de información financiera entre las autoridades competentes de Suiza y de la Unión Europea. Sin embargo, esto no resulta un compromiso suficiente para asegurar que empresas y ciudadanos europeos tributen sus fondos en Europa, puesto que en muchos Estados, pese a disponerse de la información, no se toman medidas. Necesitamos la abolición del uso de paraísos fiscales para los europeos, que deben contribuir a la financiación de los Estados miembros como cualquier ciudadano. Es por esto por lo que me he abstenido en la votación de este informe.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Lo scambio automatico di informazioni finanziarie risulta essere uno strumento chiave per combattere sia l'elusione che l'evasione fiscale. Ho votato in favore della risoluzione che approva la modifica dell'accordo tra UE e Svizzera per allinearla con i recenti sviluppi normativi in materia fiscale. Un quadro normativo chiaro ed efficace a livello europeo, che assicuri sia la piena trasparenza fiscale che la cooperazione tra amministrazioni fiscali, risulta essere di primaria importanza per garantire maggiore chiarezza normativa nonché ridurre i costi e gli oneri amministrativi sia per le amministrazioni fiscali che per gli operatori economici.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió és Svájc 2015. május 27-én megállapodást írt alá a pénzügyi számlainformációk automatikus cseréjéről, amelynek célja a nemzetközi adóügyi együttműködés és a szabályok betartásának javítása. A megállapodás értelmében az EU és Svájc között 2018-tól kezdődően automatikus információcsere jön létre egymás lakosainak pénzügyi számlái tekintetében. A kicserélendő információk nemcsak olyan bevételekre vonatkoznak, mint a kamatok és osztalékok, hanem a számlaegyenlegekre és a pénzügyi eszközök értékesítéséből származó bevételre is kiterjednek.

Ez egy fontos lépés az adócsalás és adókijátszás elleni fellépésben, ezért a jelentést támogattam. A megállapodás célja, hogy Svájc a 2014 márciusában korszerűsített uniós irányelvvel egyenértékű, megerősített intézkedéseket alkalmazzon, és hogy megfeleljen a pénzügyi számlainformációk globális OECD-szabványok által szorgalmazott automatikus cseréjének.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this agreement, which aims at improving international tax cooperation and compliance. The EU and Switzerland signed an agreement on the automatic exchange of financial account information. This agreement represents an important step in addressing situations where taxpayers seek to hide capital representing income or assets for which taxes have not been paid.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose de rendre automatique et obligatoire l'échange d'informations dans le domaine fiscal entre la Suisse et l'Union européenne, dans le but de rendre plus difficile les pratiques de fraudes et d'évasions fiscales. Cet accord, qui entrera en vigueur dès 2018, concerne principalement les informations des comptes bancaires des résidents suisses ou européens. Considérant que la fraude et l'évasion fiscale pénalise les citoyens européens en entamant les moyens d'action de l'État, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cet accord entre l'Union européenne et la Suisse sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers. Le renforcement de notre coopération internationale est indispensable dans la lutte contre la fraude et l'évasion fiscale transfrontières. Il est alors important que cet accord soit aligné sur les derniers développements internationaux mis au point par l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE).

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – La lotta ai paradisi fiscali e alle forme di concorrenza fiscale eccessiva è una delle principali battaglie a cui il Parlamento europeo ha dato voce in questi mesi di legislatura. Grazie al continuo lavoro del Parlamento, si è riusciti a spingere la Commissione verso la conclusione di un accordo con la Svizzera lo scorso maggio. Questo accordo verte principalmente sulle pratiche riguardanti lo scambio automatico di informazioni in materia fiscale, migliorando così la cooperazione e il rispetto degli standard internazionali. In particolare, lo scambio di informazioni riguarda non solo i redditi da lavoro e da capitale, ma anche le vendite di attività finanziarie. In questo modo, si seguono i principi presenti negli standard dell'OCSE del 2014. Per queste ragioni ho votato a favore di questo testo, sottolineando il ruolo del Parlamento europeo quale protagonista delle battaglie europee contro la pianificazione fiscale aggressiva per un'Unione più solidale ed equa, soprattutto in ambito fiscale.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport avait pour objectif de permettre l'échange d'informations sur les revenus financiers des non-résidents entre la Suisse et l'Union européenne.

En approuvant le caractère automatique et obligatoire de la transmission d'informations, ce rapport est une véritable avancée. Trop nombreux sont encore les problèmes d'opacité financière liés à la Suisse.

Il est véritablement nécessaire de permettre aux États-membres d'avoir un suivi précis et automatisé des informations de revenus financiers de leurs ressortissants, sans que ceux-ci puissent utiliser le système Suisse pour s'y soustraire.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Défendant la transparence financière et la souveraineté des États sur leurs ressortissants, j'ai voté pour ce rapport.

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – I am in favour of the Kofod report on the EU-Switzerland agreement on the automatic exchange of financial account information and welcome the fact that the existing savings agreement is made compatible with current EU and OECD global standards. I am in support of standards which will include, for example, a more detailed set of provisions on data protection, provisions on exchange of information upon request according to the OECD model, and a mechanism to adopt amendments to the global standard swiftly on the condition of consent by the other contracting party.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Да направим съществуващото Споразумение за услуги с Швейцария съвместимо с действащото законодателство на ЕС и глобалните стандарти на ОИСР е важна стъпка, която е добре дошла.

Трябва да бъдем много внимателни, когато става въпрос за защита на личните данни, обмена на информация и демократичния контрол, особено когато имаме предвид текущите въпроси, свързани с цифровите инфраструктури и все повече цифровизирани икономики. Трябва да се гарантира, че обменът на информация става по най-сигурния и ефективен възможен начин, като се осигурява прозрачност и правна яснота, особено за гражданите, които разчитат на защитата и запазването на техните лични данни.

Също така, като се има предвид фактът, че Швейцария отдавна е известна със своите строги правила за поверителност с участието на много сложен набор от правила, е необходимо да се коригират съществуващите правила, за да бъдат те съвместими помежду си и за да се избегне неволно създаване на правни вратички.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Τα Κράτη οφείλουν να συνάπτουν διακρατικές συμφωνίες ώστε να είναι σε θέση γρήγορα, αξιόπιστα και πάντα σύμφωνα με τους νόμους να ερευνούν και να αποδίδουν δικαιοσύνη σε περιπτώσεις οικονομικών εγκλημάτων. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να σταθεί αρωγός σε αυτή τη προσπάθεια των Κρατών με τέτοιο τρόπο ώστε να μην παραβιάζονται κυριαρχικά δικαιώματα τους. Δεν συμφωνούμε με τα οριζόμενα στα άρθρα 5 και 6 της έκθεσης, καθώς αυτά παραβιάζουν την αρχή της προστασίας των προσωπικών δεδομένων και δεν επιτρέπουν στα κράτη να συνεργάζονται με την Ελβετία προκειμένου να δοθούν τα στοιχεία των υπηκόων τους και να εξεταστούν οι τραπεζικοί λογαριασμοί τους.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of tax transparency but not of the Commission being involved in negotiating tax treaties – something which could just as easily be done on a bilateral basis by Member States in their own capacity. For this reason UKIP is against the proposals.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Em 27 de maio de 2015, a União Europeia e a Suíça assinaram um acordo sobre a troca automática de informações de contas financeiras, destinado a melhorar a cooperação fiscal e o cumprimento das obrigações fiscais internacionais. Um progresso importante no contexto dos esforços que estão a ser desenvolvidos para combater a fraude e a evasão fiscais.

A partir de 2018, a UE e a Suíça vão proceder à troca automática de informações sobre as contas financeiras dos residentes da outra parte. O objetivo consiste em prevenir as situações em que um contribuinte tenta ocultar os capitais correspondentes a rendimentos ou ativos relativamente aos quais não foram pagos impostos.

Além disso, contém disposições destinadas a limitar as possibilidades de os contribuintes evitarem a comunicação das suas informações às autoridades fiscais, transferindo os ativos ou investindo em produtos que estão fora do âmbito de aplicação do acordo. Votei favoravelmente.

Jonás Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con Suiza sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en estados terceros.

De acuerdo con este convenio, a partir de 2018 se establecerá entre la UE y Suiza un sistema de intercambio automático de información sobre las cuentas financieras abiertas por los residentes respectivos.

Dienstag, 27. Oktober 2015

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Em 2004, o Conselho decidiu concluir o acordo entre a UE e a Confederação Suíça, a fim de garantir a adoção por esta última de medidas equivalentes às que devem ser aplicadas na UE para garantir a efetiva tributação dos rendimentos da poupança sob a forma de juros (Diretiva n.º 2003/48/CE).

O acordo, assinado em 27 de maio de 2015, sobre a troca automática de informações da conta financeira, que visa melhorar a cooperação fiscal internacional, representa um passo importante nos esforços em curso para lutar contra a fraude e a evasão fiscais e atualiza o acordo de 2004.

São, todavia, várias as limitações desta proposta: a não exigência de informações completas e detalhadas sobre os proprietários de contas, em linha com o esforço para alcançar a transparência absoluta e plena divulgação de informações como um requisito obrigatório; o facto do prazo original do intercâmbio automático de informações ser desadequado, sendo necessário apertar o ciclo de relatórios de uma base anual para uma base trimestral; a existência de uma isenção de divulgação de informações, disposição demasiado ampla e ambígua.

O acordo – cujo conteúdo o Parlamento Europeu não pode alterar – fica assim manifestamente aquém do necessário. Daí a nossa abstenção.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained because there is an obvious absence of any real effort at true reform in the agreement.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia a Švajčiarsko uzatvorili 27. mája 2015 dohodu o automatickej výmene informácií o finančných účtoch, ktorej hlavným cieľom je zlepšenie medzinárodnej daňovej spolupráce. Táto dohoda reprezentuje veľmi dôležitý krok v boji proti daňovým podvodom a daňovým únikom. V dôsledku tejto dohody si budú Európska únia a Švajčiarsko automaticky vymieňať informácie o finančných účtoch svojich obyvateľov počnúc rokom 2018.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa relazione per far sì che si rispetti lo scambio automatico di informazioni relative ai conti finanziari promosso dagli standard globali dell'OCSE del 2014 fra l'UE e la Svizzera.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση για τη Συμφωνία ΕΕ-Ελβετίας σχετικά με την την άρση του τραπεζικού απορρήτου των πολιτών της ΕΕ. Σε περίπτωση που υπάρχουν στοιχεία περί χρηματικών λογαριασμών οι οποίοι έχουν αποκτηθεί παράνομα και ως εκ τούτου αποτελούν προϊόν οικονομικού εγκλήματος θα πρέπει να ενημερώνονται οι αρχές για να πράξουν τα δέοντα. Πρόκειται για κάτι που θα καταστήσει δυσκολότερη την απόκρυψη χρηματικών ποσών από τις φορολογικές αρχές.

Πάγια θέση του κινήματός μας είναι η διαφάνεια σε όλες τις συναλλαγές. Ο τερματισμός του τραπεζικού απορρήτου είναι ένα πολύ σημαντικό βήμα στον αγώνα κατά της φοροδιαφυγής ούτως ώστε «οι κλέφτες να πάνε στην φυλακή και τα κλεμμένα να επιστρέφονται στον λαό».

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the agreement signed on 27 May 2015 between the European Union and Switzerland on the automatic exchange of financial account information, which will improve international tax cooperation and compliance. Switzerland is a key player and the agreement is a significant step in our efforts to clamp down on tax fraud and tax evasion.

I believe that the automatic exchange on the financial accounts between the EU and Switzerland, starting from 2018, will address situations where a taxpayer seeks to hide capital representing income or assets for which taxes have not been paid. Also, I think it is very important that the agreement gives the ability to tax administrations in the Member States and in Switzerland to identify correctly the taxpayers concerned, as well as to administer and enforce their tax laws in cross-border situations. At the same time, I hope this will help authorities to better assess the likelihood of tax evasion being committed and, in some cases, stop unnecessary investigations.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con Suiza sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en terceros Estados.

Dienstag, 27. Oktober 2015

De acuerdo con este convenio, a partir de 2018 se establecerá entre la UE y Suiza un sistema de intercambio automático de información sobre las cuentas financieras abiertas por los residentes respectivos.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con Suiza sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en terceros Estados.

De acuerdo con este convenio, a partir de 2018 se establecerá entre la UE y Suiza un sistema de intercambio automático de información sobre las cuentas financieras abiertas por los residentes respectivos.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sull'accordo UE-Svizzera sullo scambio automatico d'informazioni nel settore finanziario, perché dal 2018 permetterà di scambiare automaticamente le informazioni concernenti i conti bancari dei residenti dei paesi UE e della Svizzera e segnerà l'adeguamento della Svizzera alle norme OCSE.

L'accordo è molto importante perché mette definitivamente fine al segreto bancario e ridurrà l'evasione fiscale alimentata nel tempo da quelle società o persone fisiche che dissimulano le loro ricchezze in conti correnti aperti in territorio elvetico con l'obiettivo di evitare di pagare le imposte. Esso permetterà di reprimere le frodi e l'evasione fiscale, poiché lo scambio comprende non solo i profitti, e specificatamente dividendi e interessi, ma anche i saldi dei conti correnti e le attività finanziarie.

Tuttavia, alcuni prodotti finanziari restano al di fuori dell'accordo. Ciò permetterà, anche dopo il 2018, ai contribuenti di evitare di dichiarare alle autorità fiscali taluni trasferimenti di attivi o gli investimenti in alcuni prodotti esclusi dal campo d'applicazione dell'accordo.

Il Parlamento europeo da anni sta portando avanti un'azione in favore di una maggiore trasparenza nel settore fiscale. Auspicio, pertanto, che la sua azione di stimolo nei confronti del Consiglio sia ancora più incisiva in avvenire.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht „Abkommen EU-Schweiz über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten“ gestimmt, weil es ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Steuerflucht ist, der am Ende unseren öffentlichen Haushalten und damit allen redlichen Steuerzahlern zugutekommt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Bestehende Steuerschlupflöcher müssen geschlossen werden. Hierfür benötigen wir eine lückenlose Dokumentierung aller Steuerabgaben. Der heute beschlossene Informationsaustausch zwischen der EU und der Schweiz, welcher 2018 in Kraft tritt, ist hierfür wegweisend. Die jährlichen Verluste aus entgangenen Steuereinnahmen können so verringert werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – This act seeks the approval of the EU Parliament for an agreement to exchange tax details between the EU and Switzerland.

Any arrangement that needs to be made regarding taxation should be made bilaterally, and not via the EU. Once again, more sovereignty salami sliced away.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of approving the agreement between the EU and Switzerland because it is vital, in the global fight against aggressive tax planning and tax evasion, that we work with non-EU countries like Switzerland in order to make sure that no one can dodge taxes simply by hiding their money overseas.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – La lucha contra el fraude y la evasión fiscal es una de las prioridades de C's en Europa, ya que las rentas no declaradas y no gravadas comportan una reducción significativa de los ingresos fiscales nacionales y son una muestra de insolidaridad e irresponsabilidad. Por eso apoyo la celebración del Protocolo para modificar el acuerdo con Suiza por el que se acuerda el intercambio automático de información sobre cuentas financieras.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione concernente l'accordo UE-Svizzera in materia di scambio di informazioni finanziarie a fini fiscali. Questo accordo rappresenta un grande passo avanti per la lotta contro la frode e l'evasione fiscale. Il nostro obiettivo deve essere quello di combattere contro chi cerca di occultare i capitali. La nostra priorità deve essere quella di rafforzare le misure che rispettano lo scambio automatico di informazioni non solo sui redditi ma anche sui proventi delle vendite di attività finanziarie. L'accordo deve essere ulteriormente potenziato. Auspicio che questa strada sia intrapresa anche con altri paesi terzi attraverso analoghi accordi futuri.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este texto, con el que se busca aplicar en la relación con Suiza medidas similares a las que se han aplicado en otros países europeos para favorecer la transparencia y combatir la evasión y elusión fiscales. Sin embargo, el acuerdo es claramente insuficiente y establece demasiadas excepciones que servirán para mantener la condición de paraíso fiscal de la Confederación Helvética. Además, ha sido sometido al Parlamento una vez cerrado con Suiza.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I, alongside my fellow Labour MEPs, voted in favour of approving the Agreement between the EU and Switzerland because it is vital, in the global fight against tax evasion, that we work with non-EU countries and key-players like Switzerland in order to make sure that no one can dodge taxes simply by hiding their money overseas. This agreement represents an important step in ongoing efforts to clamp down on tax fraud and tax evasion.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted for this agreement because it represents an important step in ongoing efforts to clamp down on tax fraud and tax evasion and upgrades the 2004 agreement that ensured that Switzerland applied measures equivalent to those in an EU directive on the taxation of savings. I support the fact that, under this agreement, the EU and Switzerland will automatically exchange information on the financial accounts of each other's residents, starting in 2018. The aim is to address situations where a taxpayer seeks to hide capital representing income or assets for which taxes have not been paid.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con Suiza sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en terceros Estados.

De acuerdo con este convenio, a partir de 2018 se establecerá entre la UE y Suiza un sistema de intercambio automático de información sobre las cuentas financieras abiertas por los residentes respectivos.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report as it is aimed towards improving international tax compliance and stresses the importance of taking effective action against fraud and tax avoidance. In particular it stresses taking effective action against tax evasion and tax avoidance by natural and legal persons based in the European Union with the involvement of financial institutions based in third countries.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Europske unije, Protokola o izmjeni uz Sporazum između Europske zajednice i Švicarske Konfederacije o mjerama istovrijednim onima koje su utvrđene u Direktivi Vijeća 2003/48/EZ o oporezivanju dohotka od kamata na štednju jer se na ovaj način osnažuje suradnja između Unije i Švicarske u području financijskih transakcija. Time se snažno doprinosi smanjenju utaja poreza te situacija skrivanja kapitala koji predstavlja dohodak ili imovinu i za koji porez nije plaćen.

Smatram da sporazum obvezuje Švicarsku primjenjivati mjere ekvivalentne europskom zakonodavstvu u dotičnom sektoru. Držim da je razmjena informacija nužna kako bi se osigurala pravedna i dosljedna porezna politika te stoga podržavam ovo izvješće kojim se prihvaća nacrt odluke Vijeća te odobrava sklapanje sporazuma.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La fin du secret bancaire par l'échange automatique d'information au niveau des pays de l'Union, actée en mars 2014, a dû vaincre les réticences de l'Autriche et du Luxembourg. Une des conditions de l'abandon du secret bancaire par ces pays était l'acceptation par la Suisse de mesures similaires. Suite à des négociations, un protocole d'accord entre l'UE et la Suisse a abouti et prévoit l'échange d'informations bancaires dans le cadre des normes proposés par l'OCDE au niveau internationale. Étant contre la fuite des capitaux, j'ai voté en faveur du rapport relatif à ce protocole.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of tax transparency but not of the Commission being involved in negotiating tax treaties – something which could just as easily be done on a bilateral basis by Member States in their own capacity. For this reason I voted against the proposals.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui entérine un Protocole à l'Accord entre l'UE et la Suisse visant à faciliter et à rendre les échanges d'informations financières automatiques.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραφτως*. – Πρόκειται για μια μεγάλη επιτυχία για την οποία το ΕΚ δούλεψε συστηματικά και αποτελεσματικά. Η ανταλλαγή των σχετικών πληροφοριών είναι εξαιρετικά κρίσιμη για κάθε προσπάθεια ελέγχου του μαύρου χρήματος και αντιμετώπισης παράνομων οικονομικών ενεργειών και της παραοικονομίας.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht stimme ich zu. Er basiert auf dem Abkommen, das vorsieht, dass ab 2018 die EU und die Schweiz automatisch Informationen über die Bankkonten ihrer jeweiligen Kunden austauschen. Diese Maßnahme soll helfen, Steuervermeidung, Steuerumgehung und Betrug durch Schwarzgeldkonten besser zu erfassen. Den nationalen Steuerbehörden soll dadurch geholfen werden, Informationen geregelter, umfangreicher und transparenter zu bekommen und nicht mehr auf rechtliche Grauzonen (wie z. B. Steuer-CDs) angewiesen zu sein.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the proposal as it is vital, in the global fight against aggressive tax planning and tax evasion, that we work with non-EU countries like Switzerland in order to make sure that no one can dodge taxes simply by hiding their money overseas.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – A jelentés célja az adóelkerülés és adócsalás lehetőségeinek szűkítése, ezért természetesen támogattam. Sajnos Svájcban kívül számos más ország, illetve offshore terület nyújt lehetőséget adókijátszásra, tehát az Európai Unió és Svájc között 2015. május 27-én aláírt megállapodás a pénzügyi számlainformációk automatikus cseréjéről nem oldja meg ezt a problémát teljes körűen, de egyértelműen fontos lépésnek számít.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare positivamente questa proposta di decisione del Consiglio. L'Unione europea e la Svizzera hanno firmato, il 27 maggio 2015, un accordo sullo scambio automatico di informazioni in materia fiscale. Questo rappresenta un importante passo avanti negli sforzi in atto per combattere la frode e l'evasione fiscali. Infatti, ai sensi dell'accordo, l'UE e la Svizzera procederanno ad uno scambio automatico di informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti, a partire dal 2018. Ritengo, inoltre, che nella negoziazione dei futuri accordi in materia fiscale con la Svizzera o con i paesi terzi, la Commissione debba seguire le proposte e le linee guida dettate da Parlamento e Consiglio e contenute in questa proposta di decisione.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Kofod concerne le projet de décision du Conseil relative à la conclusion, au nom de l'UE, du protocole modifiant l'accord entre la Communauté européenne et la Confédération suisse prévoyant des mesures équivalentes à celles prévues dans la directive 2003/48/CE du Conseil en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts. Cet accord vise donc à garantir l'échange d'informations sur les revenus financiers des non-résidents.

Même si le texte présente des lacunes sur le niveau des informations transmises ou le caractère automatique et obligatoire des échanges d'information ou encore sur l'évasion fiscale, j'ai voté pour ce texte qui va dans le bon sens.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cet accord avec la Suisse car il garantit l'échange d'informations relatives aux comptes financiers des résidents de la Suisse et de l'Union européenne. Il favorise ainsi la transparence fiscale et permet de freiner la fuite des capitaux en Suisse.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – L'accord, négocié par le Conseil au nom de l'Union européenne, prévoit l'échange automatique d'informations entre la Suisse et l'Union européenne (à partir de 2018) concernant les comptes financiers de leurs résidents respectifs. Cette mesure s'appliquera, par exemple, aux résidents français titulaires d'un compte en Suisse.

L'ensemble des dispositions de ce texte s'inscrit dans une logique de transparence fiscale que je défends. La fin du secret bancaire permettra d'ailleurs d'enrayer la fuite de nos capitaux aux portes de l'Europe, vers un pays qui ne pratique pas cette transparence.

J'ai voté POUR ce rapport.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con Suiza sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en terceros Estados. De acuerdo con este convenio, a partir de 2018 se establecerá entre la UE y Suiza un sistema de intercambio automático de información sobre las cuentas financieras abiertas por los residentes respectivos.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a suponer una necesaria exigencia de información financiera, implica un posicionamiento en favor del uso de los paraísos fiscales para los europeos. El informe implica una mejora en los sistemas de intercambio de información financiera entre las autoridades competentes de Suiza y de la Unión Europea. Sin embargo, esto no resulta un compromiso suficiente para asegurar que empresas y ciudadanos europeos tributen sus fondos en Europa, puesto que en muchos Estados, pese a disponer de la información, no se toman medidas. Necesitamos la abolición del uso de paraísos fiscales para los europeos, que deben contribuir a la financiación de los Estados miembros como cualquier ciudadano. Es por esto por lo que me he abstenido en la votación de este informe.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europska unija i Švicarska potpisale su sporazum o automatskoj razmjeni informacija o financijskim računima u svibnju 2015. kako bi unaprijedili i uskladili međunarodnu poreznu suradnju. Sporazum bi trebao stupiti na snagu 1. siječnja 2017. i važan je korak prema suzbijanju poreznih prijevара i utaja poreza gdje će i Švicarska primjenjivati mjere jednake onima iz EU direktiva.

Dodaje se obveza objavljivanja punog imena i identifikacijskog broja kako bi se postigla apsolutna transparentnost, umjesto jednog izvješća godišnje traži se smanjenje vremenskog okvira na tri mjeseca, zatim se traži bezuvjetna razmjena informacija te da se prostor za dividende, kamate i autorske naknade uskladi s trenutnim europskim zakonodavstvom zbog koherentnosti i konzistentnosti.

Podržala sam izvješće zastupnika Jeppea Kofoda budući da je nužno na vrijeme detektirati sumnjiva ponašanja poreznih obveznika i spriječiti porezne utaje. Sve to nanosi velike štete proračunu EU-a, a kvalitetna međunarodna suradnja može biti ključ uspjeha.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Šīrsnīgi apsveicu vēl vienu soli, kas pietuvinās gan Eiropas Savienību, gan mūsu Šveices partnerus. Aicinu atbildīgās ES amatpersonas strādāt pie tā, lai noslēgtu līdzīgus nolīgumus ar citām partnervalstīm, kuru banku sistēmu specifikas dēļ mūsu dalībvalstu budžeti pilnībā nesaņem tiem pienākošos nodokļus.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – dohoda z mája 2015 uzavretá medzi EÚ a Švajčiarskom nadobudne účinnosť, a teda praktický význam od roku 2018. Švajčiarsko by malo v oblasti finančnej kontroly účtov prijať opatrenia rovnocenné s opatreniami v EÚ. Výmena informácií o finančných účtoch posilní kontrolu a zvýši disciplínu v oblasti daní a zároveň pomôže pri odhaľovaní trestnej činnosti pri daňových podvodoch.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, του τροποποιητικού πρωτοκόλλου της συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και της Ελβετικής Συνομοσπονδίας που προβλέπει μέτρα ισοδύναμα με τα θεσπιζόμενα στην οδηγία 2003/48ΕΚ του Συμβουλίου για τη φορολόγηση των υπό μορφή τόκων εισοδημάτων από αποταμιεύσεις, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 26/10/2015 καθώς και διότι πρωταθλητές έχουν αναδειχθεί οι πολυεθνικές επιχειρήσεις, που μέσα από το σύστημα των ενδοομιλικών συναλλαγών φοροαποφεύγουν. Σύμμαχοί τους οι διάφοροι φορολογικοί παράδεισοι και ορισμένα κράτη μέλη της ευρωζώνης που επιδίδονται σε φορολογικό ντάμπινγκ και σε αθέμιτες πρακτικές, δίνοντας έτσι ζωτικό χώρο στις πολυεθνικές να μην καταβάλλουν φόρους πολλών δισ. ευρώ σε χώρες όπως η Ελλάδα. Το Λουξεμβούργο με τα γνωστά «Lux Leaks» αλλά και η Ολλανδία δίνουν κάλυψη σε γερμανικές και άλλες πολυεθνικές προκειμένου να φοροαποφύγουν. Και όλα αυτά τη στιγμή που ο κ. Dijsselbloem κουνάει το δάκτυλο στην Ελλάδα και απαιτεί νέο φορομπηχτικό ρεσάλτο στις τσέπες των Ελλήνων. Επιπλέον, η τρόικα στην Ελλάδα συγκαλύπτει όλες τις ελλειψικές κυβερνήσεις που αρνούνται να αξιοποιήσουν τη λίστα Λαγκάρντ και να φορολογήσουν τους Έλληνες ολιγάρχες που έχουν παράνομες καταθέσεις στην Ελβετία.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this proposal but regret that no improvements could be made, particularly regarding information provided and the automatic, binding and unrestricted nature of exchanges of information.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – L'accordo UE-Svizzera in materia di scambio automatico di informazioni finanziarie ai fini fiscali può essere considerato un passo fondamentale a favore della giustizia fiscale nella lotta all'evasione fiscale.

L'accordo prevede che l'Unione europea e la Svizzera procedano ad uno scambio automatico di informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti a partire dal gennaio 2018 e stabilisce che la Svizzera applichi misure adeguate che siano equivalenti a quelle dell'Unione europea per contrastare l'evasione fiscale. Per tali motivi, ho espresso il mio voto favorevole.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – L'Unione europea e la Svizzera hanno firmato, lo scorso 27 maggio, un accordo relativo allo scambio automatico di informazioni nel settore fiscale, il cui obiettivo è quello di migliorare le condizioni atte a garantire il rispetto degli obblighi internazionali.

Lo scopo ultimo di tale accordo, che prevede che l'UE e la Svizzera scambino automaticamente informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti, è quello di compiere ulteriori passi in avanti nella lotta alla frode e all'evasione fiscale. Sulla scorta di quanto riportato, ho ritenuto esprimermi a favore della relazione a firma del collega Kofod.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Durch den Bericht bzw. den Vorschlag sollen Situationen erfasst werden, in denen ein Steuerpflichtiger versucht, Kapital in Form von Einkünften oder Vermögenswerten, für die keine Steuern gezahlt wurden, vor dem Fiskus zu verbergen. Der Bericht bringt Änderungen vor, welche dies noch konsequenter ermöglichen. Daher war dem Bericht zuzustimmen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le 27 mai 2015, l'Union européenne et la Suisse ont signé un accord sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, visant à accroître la coopération fiscale et le respect des obligations fiscales au niveau international. L'objectif est de faire face aux cas de figure dans lesquels un contribuable cherche à dissimuler des capitaux qui correspondent à un revenu ou à des actifs sur lesquels l'impôt n'a pas été payé. Mais la proposition ne prévoit pas d'obligation de divulgation des informations complètes et détaillées sur les titulaires de compte, à savoir leurs nom, prénom et numéro d'identification fiscale. En d'autres termes, le secret bancaire est maintenu! La rapporteure valide l'accord, qui n'a de toute façon pas besoin de l'avis du Parlement pour être mis en œuvre, tout en critiquant timidement ce point. Tout cela est une mascarade, je m'abstiens.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável sobre o acordo entre a UE e a Suíça destinado a melhorar a cooperação fiscal e o cumprimento de obrigações fiscais internacionais, com vista à troca automática de informações sobre contas financeiras. É muito importante que sejam tomadas medidas eficazes contra a fraude e a elisão fiscais e, no caso em apreço, no que respeita à prática por pessoas singulares ou coletivas estabelecidas na União com a participação de instituições financeiras em países terceiros. A luta contra a fraude, elisão e evasão fiscais passa não só por uma abordagem comunitária, implicando esforços nacionais, a nível da UE mas também a nível mundial, no qual o Parlamento Europeu desempenha um papel fundamental.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this resolution on the agreement between the EU and Switzerland as it is another step forward in combating tax fraud and tax evasion. The agreement means that as of 2018 the European Union and Switzerland will automatically exchange information on the financial accounts of each other's residents to clamp down on tax evasion.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Vítam správu o dohode medzi EÚ a Švajčiarskom o automatickej výmene informácií o finančných účtoch. Ide o dlho očakávanú dohodu, ktorá od roku 2018 umožní automatickú výmenu informácií medzi EÚ a Švajčiarskom o bankových účtoch svojich občanov. Dohoda je prijatá s cieľom zlepšiť medzinárodnú spoluprácu a dodržiavanie predpisov v oblasti daní, bude slúžiť na obmedzovanie daňových podvodov a únikov. Švajčiarsko bude uplatňovať opatrenia, ktoré sú v súlade so smernicou EÚ. Súhlasím s tým, že Komisia bude naďalej ako záväzný mediátor plniť úlohu kontrolnú a konzultačnú. Domnievam sa, že existuje priestor na ďalšie úpravy dohody, preto navrhujem a vyzývam Komisiu na preskúmanie uplatňovania tejto dohody 18 mesiacov po nadobudnutí platnosti.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I am in favour of the EU-Switzerland agreement on the automatic exchange of financial account information, which aims at improving international tax cooperation and compliance. The agreement represents an important step in ongoing efforts to clamp down on tax fraud and tax evasion. Switzerland is a key player and more transparency is needed.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – A vote adding to the legal architecture of Europe allowing the disciplining of financial transactions and limiting the scope for tax evasion and fraud.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság javaslatot tett a Tanácsnak a megtakarítások adóztatásáról szóló 2003/48/EK tanácsi irányelv hatályon kívül helyezésére (lásd a következő pontot). Az irányelv egy 2004-ben megkötött, külön kétoldalú megállapodás révén alkalmazandó volt az uniós tagállamok és Svájc között is. Másfelől az Európai Unió és Svájc 2015. május 27-én megállapodást írt alá a pénzügyi számlainformációk automatikus cseréjéről, amely az említett 2004-es kétoldalú megállapodást a pénzügyi számlainformációk automatikus cseréjét szorgalmazó 2014. évi globális OECD-szabványoknak megfelelően módosította. A Tanács határozatot kíván hozni e megállapodás ratifikálásáról, az Európai Unió működéséről szóló szerződés értelmében pedig e határozat meghozatala előtt konzultálnia kell az Európai Parlamenttel. A Parlament Gazdasági és Monetáris Bizottsága jelentésében a tanácsi határozattervezet, és ezzel a megállapodás megkötésének jóváhagyását ajánlotta a Parlamentnek. A Tanács határozattervezetét ennek megfelelően támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cet accord entérine la fin du secret bancaire en Suisse à compter du 1^{er} janvier 2018, déjà actée en mars 2014 au niveau de l'UE. Pour ce faire, il a fallu vaincre les réticences de l'Autriche et du Luxembourg. Une des conditions que ces pays ont posées était l'acceptation par la Suisse de mesures similaires, afin de ne pas créer une concurrence déloyale.

La Suisse appliquera des mesures équivalentes à celles prévues dans les textes européens (directive 2003/48/CE revue). Elle respectera ainsi l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, tel que posé par les normes mondiales de l'OCDE en 2014. Les informations qui devront être échangées concerneront en outre non seulement les revenus (intérêts, dividendes), mais aussi les soldes des comptes et les produits issus de la vente d'actifs financiers, ce qui limite considérablement les possibilités restantes d'échapper à l'imposition. Il y a donc lieu de se féliciter de cet accord.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Kofod concerne le projet de décision du Conseil relative à la conclusion, au nom de l'Union européenne, du protocole modifiant l'accord entre la Communauté européenne et la Confédération suisse prévoyant des mesures équivalentes à celles prévues dans la directive 2003/48/CE du Conseil en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts. Cet accord vise donc à garantir l'échange d'informations sur les revenus financiers des non-résidents.

Même si le texte présente des lacunes sur le niveau des informations transmises, le caractère automatique et obligatoire des échanges d'information ou encore l'évasion fiscale, j'ai voté pour ce texte qui va dans le bon sens.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui autorise le Conseil à modifier l'accord entre la Communauté européenne et la Confédération suisse et à prendre des mesures pour améliorer l'échange d'informations en matière de fiscalité des revenus de l'épargne perçus sous forme de paiements d'intérêts. Selon les estimations de la Commission européenne, l'évasion fiscale des personnes physiques et morales établies dans l'Union qui utilisent les institutions financières basées dans des pays tiers représente une perte de revenus de l'ordre de 1 000 milliards d'euros. L'action concertée des États membres dans ce domaine est indispensable pour lutter avec efficacité contre ce fléau, à l'origine de pertes de recettes publiques importantes.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la conclusione dell'accordo tra UE e Svizzera sullo scambio automatico di informazioni, inteso a migliorare la cooperazione e il rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale. Rappresenta, infatti, un importante passo in avanti negli sforzi in atto per combattere frode ed evasione fiscali, migliorando l'accordo del 2004 che garantiva l'applicazione di misure equivalenti a quelle della direttiva UE sulla tassazione dei redditi da risparmio.

Si procederà, quindi, ad uno scambio automatico di informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti a partire dal 2018. Riteniamo fondamentale che la Svizzera applichi misure rafforzate e che rispetti lo scambio automatico di dati relativi ai conti finanziari, promosso dagli standard globali OCSE. Esso riguarderà non solo redditi quali interessi e dividendi, ma anche i saldi contabili e i proventi delle vendite di attività finanziarie.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Condividiamo, però, l'opinione del relatore, che ritiene che ci siano ulteriori margini di miglioramento: purtroppo la procedura adottata non consente emendamenti all'accordo internazionale proposto, quindi ci auguriamo una rapida conclusione a livello bilaterale di futuri accordi con altri paesi terzi.

Chiediamo, infine, che venga rispettata la data prevista per la sua entrata in vigore, il 1° gennaio 2017, così come deciso dalle parti, senza ulteriori, ingiustificati ritardi.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Union and Switzerland signed an agreement on 27 May 2015 on the automatic exchange of financial account information, aimed at improving international tax cooperation and compliance. I voted for this report that will ensure that Switzerland applies strengthened measures that are equivalent to the EU directive as upgraded in March 2014 and that it complies with the automatic exchange of financial account information promoted by the 2014 OECD global standards.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – In order to effectively fight against fraud, tax avoidance and tax evasion, and to correctly limit those who would avoid paying the legal and proper taxes on their income, this report suggests a number of measures that I agree are necessary.

It would extend to Switzerland the strengthened measures to prevent fraudulent activities that are already applied in the EU, and would allow an automatic exchange of financial account information to prevent persons based in the EU from hiding their capital in the financial institutions of Switzerland, exploiting its status as a non-member state. The OECD global standards that apply to this kind of information exchange would be respected in these cases, protecting the privacy of individuals who are adequately complying with Union tax laws.

Additionally, this report provides a framework for preventing the use of non-Member State financial institutions by EU-based persons and companies to avoid paying the appropriate taxes, which will need to be addressed in many countries, not only Switzerland. Again, I reiterate that steps need to be taken to continue to fight tax evasion and tax avoidance, and this report offers viable solutions.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – While the intentions of this report were positive, it is another unfortunate case of style over substance. This is reflective of the democratic deficit which permeates the EU and means that much of the actions taken are often elaborate PR stunts. In this situation, the Council had decided on this report beforehand and only consulted Parliament after the ratification of the agreement.

By way of background information, this agreement was signed on 27 May 2015 and it relates to automatic exchange of financial account information and is aimed at improving international tax cooperation and compliance.

The rapporteur did present a number of very good suggestions and tabled some important critiques but the Council refused to take them on board. It was for these reasons that I abstained on the report.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Im Bericht wird davon gesprochen, dass die Schweiz ab 2018 alle Informationen über Bankkonten automatisch austauschen muss. Diese Maßnahme soll helfen, Steuervermeidung, Umgehung und Betrug durch Schwarzgeldkonten besser zu erfassen. Dem Fiskus soll damit geholfen werden, diese Informationen geregelter, umfangreicher und transparenter zu erhalten. Aufgrund dessen habe ich mich für diesen Bericht ausgesprochen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui est un pas supplémentaire dans la lutte contre la fraude et l'évasion fiscales. Il prévoit l'harmonisation des mesures de l'accord signé le 27 mai 2005 entre l'Union européenne et la Suisse avec celles de la directive 2003/48/CE du Conseil en matière de fiscalité de l'épargne des revenus. Cette harmonisation permettra de relever des informations plus détaillées dans le cadre de l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers. Ce protocole d'harmonisation permet d'améliorer les capacités d'action des administrations fiscales, qui auront plus de moyens d'identifier correctement et sans équivoque les contribuables frauduleux et pourront étendre les législations fiscales nationales aux situations transfrontalières.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Urmars Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. Maksupettuste ja maksudest kõrvalehoidumise tuvastamiseks on oluline, et EL ja Šveits vahetaksid omavahel andmeid ning et Šveits kohaldaks ka ELi nõuetega samaväärseid meetmeid. Lepingus eesmärk on parandada rahvusvahelist maksundusalast koostööd.

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Balsavau už šį pranešimą ir pritariu šio susitarimo sudarymui.

Šis susitarimas yra būtinas siekiant užkirsti kelią mokestiniams sukčiavimams ir mokesčių slėpimui.

Būtina stiprinti ES ir Šveicarijos bendradarbiavimą mokesčių srityje. Šveicarija turi tapti atviresne. Todėl keitimasis informacija apie viena kitos gyventojų finansines sąskaitas yra būtinas. Visų pirma, jis užtikrins visišką mokesčių skaidrumą ir mokesčių administratorių bendradarbiavimą ir užkirs kelią neteisėtai veiklai mokesčių srityje.

Labai svarbu, kad Šveicarija taikytų griežtesnes priemones, kurios numatytos ES teisės aktuose. Teikdamos viena kitai administracinę ir teisminę pagalbą susitariančios šalys gerins abipusį tarptautinį bendradarbiavimą ir atitiktį mokesčių srityje.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Η συμφωνία ΕΕ – Ελβετίας για την ανταλλαγή πληροφοριών περί χρηματοοικονομικών λογαριασμών απέχει πολύ από την ανάγκη διαβίβασης όλων εκείνων των στοιχείων που είναι απαραίτητα για την αποκάλυψη της φοροδιαφυγής, φοροαποφυγής και διακίνησης κεφαλαίων των μεγάλων επιχειρηματικών ομίλων και της πλουτοκρατίας. Εκτός ότι δεν έχει καν ρητά δεσμευτικό χαρακτήρα, δεν προβλέπει ανταλλαγή όλων των λεπτομερών πληροφοριών που να επιτρέπουν τουλάχιστον την ταυτοποίηση. Η ανταλλαγή πληροφοριών γίνεται σε ετήσια βάση, που δίνει μεγάλο χρονικό περιθώριο μεταβολής στοιχείων και αποφυγής συνεπειών. Το κυριότερο: εισάγει μια σειρά όρους και προϋποθέσεις, όπως τη μη παράδοση πληροφοριών από καταγγελίες ή όταν αυτές (ακόμη και αυθαίρετα) κρίνεται ότι είναι αντίθετες με τη «δημόσια τάξη» ή όταν χαρακτηρίζονται «εμπιστευτικές». Με όλους αυτούς τους περιορισμούς στην ουσία αίρεται κάθε δεσμευτικός χαρακτήρας της ανταλλαγής πληροφοριών και αφήνεται το περιθώριο της επιλεκτικής γνωστοποίησης πληροφοριών. Η συμφωνία έτσι γίνεται «για τα μάτια του κόσμου», για να κατευνάσει τη λαϊκή αγανάκτηση από την προκλητική φορολογική ασυλία της πλουτοκρατίας και των μονοπωλιακών ομίλων, την ίδια στιγμή που ΕΕ και αστικές κυβερνήσεις τσακίζουν με κάθε λογής φόρους το λαό. Το συμπέρασμα είναι ότι, όσο κυριαρχούν τα μονοπώλια και η οικονομία της αγοράς, που έχει κριτήριο της το κέρδος, το μεγάλο κεφάλαιο θα βρίσκει τόσο νόμιμους όσο και παράνομους τρόπους να θησαυρίζει.

Margot Parker (EFDD), in writing. – UKIP is in favour of tax transparency but not of the Commission being involved in negotiating tax treaties – something which could just as easily be done on a bilateral basis by Member States in their own capacity. For this reason UKIP is against the proposals.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. – Ritenendo di particolare interesse strategico per l'Unione europea la conclusione di questo accordo con la Svizzera in un'ottica di lotta alla frode e all'evasione fiscali, che purtroppo aggravano ancora di più le condizioni già critiche dell'economia di alcuni Stati membri, e allineandomi con quanto richiesto dal relatore per garantirne l'entrata in vigore entro il 2017, ho deciso di votare a favore.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Podržala sam ovu zakonodavnu rezoluciju u vezi s povijesnim sporazumom između Europske unije i Švicarske o poreznoj transparentnosti kojim se obvezuju na automatsku razmjenu informacija o financijskim računima svojih rezidenata. Predloženom i od Europskog parlamenta podržanom izmjenom trebalo bi se olakšati državama članicama identificiranje utajivača poreza, a također bi trebalo doći do smanjenja sakrivanja prihoda i imovine u inozemstvu kako bi se izbjeglo plaćanje poreza.

Podržavam jasni izričaj ove kratke rezolucije koja naglašava važnost poduzimanja učinkovitih mjera protiv porezne prijevare i utaje poreza, posebno protiv poreznih prijevara i utaja poreza koje počinu fizičke i pravne osobe smještene u Uniji uz sudjelovanje financijskih institucija smještenih u trećim zemljama. Nadam se kako ćemo za 18 mjeseci imati izvješće Europske komisije koje će pokazati svu opravdanost danas poduzetih koraka.

Florian Philippot (ENF), par écrit. – Ce rapport concerne le projet de décision du Conseil relative à la conclusion, au nom de l'Union européenne, du protocole modifiant l'accord entre la Communauté européenne et la Confédération suisse prévoyant des mesures équivalentes à celles prévues dans la directive 2003/48/CE du Conseil en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts. Cet accord vise donc à garantir l'échange d'informations sur les revenus financiers des non-résidents.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Même si le texte présente des lacunes sur le niveau des informations transmises, le caractère automatique et obligatoire des échanges d'information ou encore l'évasion fiscale, j'ai voté pour ce texte qui va dans le bon sens.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam odluku o suradnji i razmjeni informacija o financijskim računima između EU-a i Švicarske kojoj je cilj sprečavanje i razotkrivanje pokušaja porezne prijevare i izbjegavanja poreza, a s ciljem poboljšanja međunarodne porezne suradnje. Riječ je o situacijama u kojima se nastoje sakriti primanja ili sredstva na koja nije plaćen porez, a automatizirana razmjena informacija će obuhvaćati kamate i dividende te sredstva dobivena prodajom financijske imovine.

Ovom odlukom će se omogućiti razmjena informacija s ciljem identifikacije konkretnih poreznih obveznika, primjene poreznih zakona u prekograničnim situacijama, procjene vjerojatnosti izbjegavanja poreza i izbjegavanja daljnjih nepotrebnih istraga. Nadalje, slažem se s izvjestiteljem kako postoji prostor za poboljšanje i daljnje mjere, poput postizanja još veće razine transparentnosti i opsežnije razmjene informacija, češćeg izvještavanja nadležnim vlastima o provedenim akcijama i nadzornim mjerama te ukidanja niza iznimaka i ograničenja na ovu vrstu razmjene.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Europska unija i Švicarska potpisale su sporazum 27. svibnja 2015. o automatskoj razmjeni informacija o financijskim računima, čiji je cilj unapređenje međunarodne porezne suradnje i usklađenosti. Sporazum predstavlja važan korak u naporima suzbijanja porezne prijevare i zataškavanja poreza, te nadogradnju sporazuma od 2004. godine koji osigurava Švicarskoj primjenu mjera jednakih onima u EU Direktivi o oporezivanju dohotka od štednje.

Prema sporazumu, EU i Švicarska će automatski razmjenjivati informacije o financijskim računima stanovnika, počevši od 2018. Cilj je rješavanje situacija u kojima porezni obveznik nastoji sakriti kapital koji predstavlja dohodak ili imovinu za koju porezi nisu plaćeni. Sporazum ima za cilj osigurati da Švicarska primjenjuje mjere koje su ekvivalent direktivi EU-a, te kako bi u skladu s automatskom razmjenom informacija financijskog računa promovirala globalne standarde. Tu su nadalje odredbe namjera za ograničavanje mogućnosti za porezne obveznike kako bi se izbjeglo prijavljivanje poreznim vlastima prebacivanjem imovine ili ulaganjem u proizvode koji su izvan opsega sporazuma.

Porezne uprave u državama članicama i u Švicarskoj će biti u mogućnosti prepoznati ispravne i nedvosmislene porezne obveznike kada je u pitanju upravljanje i provođenje poreznih zakona u prekograničnim situacijama te procjenjivanje vjerojatnosti počinjenih poreznih evazija. Zbog svega navedenog podržavam izvjestitelja Jeppe Kofoda.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – In seguito all'adozione della direttiva 2003/48/CE del Consiglio sulla tassazione dei redditi da risparmio, il 27 maggio 2015 l'UE ha firmato un accordo con la Svizzera concernente lo scambio automatico di informazioni in materia fiscale.

Grazie a questo accordo, a partire dal 2018, l'UE e la Svizzera potranno procedere ad uno scambio automatico di informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti. Lo scambio delle informazioni includerà non solo il reddito derivante da interessi e dividendi, ma anche i saldi e i proventi derivanti dalla cessione di attività finanziarie. L'obiettivo comune è quello di essere in grado di far fronte alle situazioni in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale. Ritengo che questo accordo rappresenti un importante passo avanti nella lotta contro la frode.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport approuvant la conclusion du protocole modifiant l'accord entre la Communauté européenne et la Confédération suisse par rapport à l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers. Cet accord permet de faciliter les échanges d'informations financières entre les deux espaces et de renforcer le contrôle des échanges pour lutter contre la fraude et le blanchiment.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente porque considero crucial garantir a observância das regras sobre a troca automática de informações para melhoria do cumprimento das obrigações fiscais internacionais.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of tax transparency but not of the Commission being involved in negotiating tax treaties – something which could just as easily be done on a bilateral basis by Member States in their own capacity. For this reason UKIP is against the proposals.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce texte qui établit la position de notre Assemblée concernant l'accord entre l'Union européenne et la Suisse sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, qui débutera à compter de 2018.

Qu'apportera concrètement cet accord, signé le 27 mai dernier, une fois en vigueur? Ce dernier représentera une étape notable afin de mettre fin au secret bancaire des citoyens de l'Union européenne en Suisse. Il sera en effet plus difficile pour un contribuable de dissimuler de l'argent sur lequel un impôt doit être payé.

Parmi les nouveaux moyens d'action offerts aux administrations fiscales des États membres se trouvent la possibilité d'identifier correctement et sans équivoque les contribuables concernés, celle d'administrer et de faire appliquer les lois fiscales dans les situations transfrontalières ou encore celle d'évaluer la probabilité d'évasion fiscale perpétrée.

Désormais, l'Union européenne et la Suisse doivent conclure l'accord dans les délais prévus pour permettre une entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2017. Nous serons de nouveau consultés dans ce processus.

L'évasion fiscale constitue une atteinte aux valeurs de solidarité sur lesquelles se fondent nos modèles sociaux. Cet accord est une nouvelle étape, qui se devra d'être prolongée, pour y mettre fin.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con Suiza sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en terceros Estados.

De acuerdo con este convenio, a partir de 2018 se establecerá entre la UE y Suiza un sistema de intercambio automático de información sobre las cuentas financieras abiertas por los residentes respectivos.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu le texte de cette résolution qui vient regretter que le projet de décision du Conseil n'ait apporté aucune amélioration, notamment en ce qui concerne le niveau des informations transmises ou le caractère automatique, obligatoire et sans restrictions des échanges d'informations avec la Suisse. En adoptant cette résolution, le Parlement européen entend rappeler et souligner une nouvelle fois l'importance de prendre des mesures efficaces pour lutter contre la fraude et l'évasion fiscales et demande à la Commission, 18 mois après l'entrée en vigueur de l'accord, de procéder à une évaluation de son application et de ses résultats.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Em 27 de maio último, a União Europeia e a Confederação Suíça assinaram um acordo sobre a troca automática de informações de contas financeiras. Este acordo destina-se a melhorar a cooperação fiscal, o cumprimento das obrigações fiscais internacionais e, simultaneamente, a combater a fraude e a evasão fiscais.

De acordo com o estipulado neste acordo, a União Europeia e a Confederação Suíça procederão à troca automática de informações sobre as contas financeiras dos residentes da outra parte a partir de 2018, bem como dos rendimentos, juros e dividendos, saldos de contas e proveitos da venda de ativos financeiros por parte dos contribuintes.

Tendo em atenção que este acordo, sobre o qual o Parlamento Europeu foi consultado, se destina a prevenir situações em que um contribuinte tenta ocultar os capitais correspondentes a rendimentos ou ativos relativamente aos quais não foram pagos impostos, votei favoravelmente, já que tais medidas contribuirão para o reforço da cooperação e da transparência fiscais, logo de uma maior justiça social.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit les conditions d'échange automatique des informations avec la Suisse en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts. Il s'agit d'approuver la position du Conseil qui se conforme à la norme internationale pour l'échange automatique d'informations financières en matière de fiscalité prévue par l'OCDE.

L'Europe doit prendre des mesures concrètes et efficaces contre la fraude et l'évasion fiscales. Un accord avec la Suisse s'imposait et ce projet va dans le bon sens.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo tra l'Unione europea e la Svizzera sullo scambio automatico di informazioni finanziarie al fine di contrastare il fenomeno dell'evasione fiscale. Infatti, l'accordo prevede che, a partire dal 2018, l'Unione europea e la Svizzera cooperino scambiandosi informazioni sui conti finanziari dei loro residenti.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto il testo mira a una maggiore cooperazione in materia fiscale e amministrativa tra l'Unione europea e la Svizzera.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este texto, con el que se busca aplicar en la relación con Suiza medidas similares a las que se han aplicado en otros países europeos para favorecer la transparencia y combatir la evasión y elusión fiscales. Sin embargo, el acuerdo es claramente insuficiente y establece demasiadas excepciones que servirán para mantener la condición de paraíso fiscal de la Confederación Helvética. Además, ha sido sometido al Parlamento una vez cerrado con Suiza.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a suponer una necesaria exigencia de información financiera, implica un posicionamiento en favor del uso de los paraísos fiscales para los europeos. El informe implica una mejora en los sistemas de intercambio de información financiera entre las autoridades competentes de Suiza y de la Unión Europea. Sin embargo, esto no resulta un compromiso suficiente para asegurar que empresas y ciudadanos europeos tributen sus fondos en Europa, puesto que en muchos Estados, pese a disponerse de la información, no se toman medidas. Necesitamos la abolición del uso de paraísos fiscales para los europeos, que deben contribuir a la financiación de los Estados miembros como cualquier ciudadano. Es por esto por lo que me he abstenido en la votación de este informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – L'UE e la Svizzera hanno firmato, il 27 maggio 2015, un accordo sullo scambio automatico di informazioni in materia fiscale, inteso a migliorare la cooperazione e il rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale. Ho deciso di dare il mio sostegno alla conclusione dell'accordo poiché esso rappresenta un importante passo avanti negli sforzi in atto per combattere la frode e l'evasione fiscali. A partire dal 2018, l'UE e la Svizzera procederanno ad uno scambio automatico di informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti, con l'obiettivo far fronte alle situazioni in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di frode fiscale.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report because such arrangements that need to be made in respect of taxation should be made bilaterally and not via the EU.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The fight against aggressive tax planning and tax evasion is a global fight and my vote in favour of approving this agreement is because I believe that such an arrangement is vital in this battle. We must work with non-EU countries, like Switzerland, in order to make sure that no-one can dodge taxes simply by hiding their money overseas.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Transparentnosť v oblasti finančných a bankových operácií považujem za bezprecedentnú podmienku ich fungovania. Preto som hlasoval za prijatie uznesenia o návrhu uzatvoriť pozmeňujúci protokol k Dohode medzi Európskym spoločenstvom a Švajčiarskou konfederáciou, ktorá upravuje opatrenia rovnocenné s tými, ktoré sú ustanovené v smernici Rady 2003/48/ES o zdaňovaní príjmu z úspor v podobe výplaty úrokov v mene Európskej únie. Tento pozmeňujúci protokol umožní výmenu informácií o bankových účtoch občanov EÚ a Švajčiarska v súvislosti s dlhoročnými snahami mnohých ľudí vyhnúť sa daňovej povinnosti v EÚ pomocou bankových kont v Švajčiarsku.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne – hlasovala som za uznesenie, lebo dohodu považujem za významný krok v rámci úsilia, ktoré sa v súčasnosti vynakladá na obmedzenie daňových podvodov a daňových únikov a dopĺňa dohodu z roku 2004. Verím, že navrhovanými opatreniami sa zlepši nielen automatická výmena informácií o príjme, ale aj o zostatkoch na účtoch a výnosoch z predaja finančných aktív. Rovnako verím, že táto dohoda je krokom k spravodlivejšiemu a transparentnejšiemu zdaneniu v Európe a koncu švajčiarskeho bankového tajomstva pre obyvateľov krajín EÚ. Dohodu medzi EÚ a Švajčiarskom považujem za dôležitú aj preto, že táto dohoda posilňuje politiku EÚ týkajúcu sa automatickej výmeny informácií o finančných účtoch a môže mať pozitívny dosah aj na uzatvorenie dohôd s ďalšími štátmi.

Renato Soru (S&D), per iscritto. – Oggi ho votato a favore della posizione del Parlamento sull'accordo concluso tra l'Unione europea e la Svizzera sulla repressione delle frodi fiscali e dell'evasione fiscale. L'accordo prevede lo scambio automatico, a partire dal 2018, tra le amministrazioni fiscali degli Stati membri e quelle svizzere delle informazioni finanziarie relative ai rispettivi residenti, al fine di limitare le possibilità per i contribuenti di evitare segnalazioni alle autorità fiscali spostando beni o investendo in prodotti in Svizzera.

Determinando di fatto la fine del segreto bancario dei cittadini UE in Svizzera, l'accordo segna una tappa importante nella lotta intrapresa dall'Unione contro la frode e l'evasione fiscale. Poiché la Svizzera resta un attore cruciale in ambito finanziario, dobbiamo cercare di assicurare la massima trasparenza nelle nostre relazioni attraverso una cooperazione fiscale rafforzata a livello internazionale.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Podporujem zvýšenie transparentnosti v komunikácii medzi EÚ a Švajčiarskom. Automatická výmena informácií o finančných účtoch môže zlepšiť ochranu našich občanov a to tým, že táto výmena informácií je účinným opatrením proti podvodu a vyhýbaniu sa daňovým povinnostiam, a najmä proti daňovým únikom.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Značaj automatske razmjene informacija kao sredstva za borbu protiv prekogranične porezne prijevare i prekogranične porezne utaje osiguravanjem potpune porezne transparentnosti i suradnje među poreznim upravama diljem svijeta nedavno je priznat i na međunarodnoj razini. Skupina G20 povjerila je Organizaciji za gospodarsku suradnju i razvoj (OECD) zadaću da razvije jedinstveni globalni standard za automatsku razmjenu informacija o financijskim računima. Izvještaj naglašava važnost poduzimanja učinkovitih mjera protiv porezne prijevare i izbjegavanja poreza s naglaskom na poreznu utaju i izbjegavanje poreza od strane fizičkih i pravnih osoba u Uniji sa sudjelovanjem financijskih institucija u trećim zemljama.

U potpunosti podržavam izvještaj o prijedlogu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Europske unije, Protokola o izmjeni uz Sporazum između Europske zajednice i Švicarske Konfederacije o mjerama istovrijednim onima koje su utvrđene u Direktivi Vijeća 2003/48/EZ o oporezivanju dohotka od kamata na štednju jer se ovom izmjenom osigurava usklađen, dosljedan i sveobuhvatan pristup automatskoj razmjeni informacija o financijskim računima na unutarnjem tržištu na razini Unije.

Richard Sulík (ECR), písomne – keďže tento návrh je primárne formálneho charakteru a reaguje najmä na iné legislatívne zmeny, podporil som ho.

Patricija Šulin (PPE), pisno. – Glasovala sem za sporazum med EU in Švico o avtomatični izmenjavi podatkov o finančnih računih. Dogodki v zvezi z afero Luxleaks so od nas zahtevali hitro in učinkovito ukrepanje. Tako, kot mora med državami članicami potekati avtomatična izmenjava podatkov na področju obdavčenja, mora tudi med EU in tretjimi državami potekati avtomatična izmenjava podatkov o finančnih računih. Cilj je predvsem, da zajezimo davčne utaje ter da lažje identificiramo vse tiste, ki se izogibajo plačevanja davkov.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Τα Κράτη οφείλουν να συνάπτουν διακρατικές συμφωνίες ώστε να είναι σε θέση γρήγορα, αξιόπιστα και πάντα σύμφωνα με τους νόμους να ερευνούν και να αποδίδουν δικαιοσύνη σε περιπτώσεις οικονομικών εγκλημάτων. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να σταθεί αρωγός σε αυτή τη προσπάθεια των Κρατών με τέτοιο τρόπο ώστε να μην παραβιάζονται κυριαρχικά δικαιώματά τους.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam a jelentést, amely a csalással és az adókikerüléssel szembeni hatékony fellépés fontos része. Az adócsalás nem ismer határokat, ezért különösen fontos, hogy az uniós székhelyű természetes és jogi személyek harmadik országban székhellyel rendelkező pénzintézetek részvételével elkövetett adócsalásait a megfelelő megállapodásokkal ellehetlenítsük.

Kiemelten egyetérték a jelentés azon pontjával, hogy a megállapodás hatálybalépése után 18 hónappal a Bizottságnak értékelnie kell annak eredményességét. Csak így bizonyosodhatunk meg arról, hogy valóban sikerült-e megakadályozni, hogy adóalanyok olyan jövedelmet rejtsenek el svájci pénzintézetek nyújtotta lehetőségek használatával, amelyre vonatkozóan az adót még nem fizették meg.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Zaproponowana przez Radę decyzja zmieniająca umowę między Wspólnotą Europejską a Konfederacją Szwajcarii jest kolejnym krokiem mającym na celu zwiększenie efektywności działań podejmowanych przeciwko unikaniu płacenia zobowiązań podatkowych. Kwestia ta jest szczególnie istotna, gdy działania te podejmują osoby fizyczne i prawne z siedzibą w Unii przy pomocy instytucji finansowych mających siedzibę w państwach trzecich.

Parlament Europejski w swoim sprawozdaniu zatwierdza projekt decyzji Rady, wskazując jednocześnie z ubolewaniem na niemożność wprowadzenia pewnych ulepszeń, zwłaszcza jeśli chodzi o zakres wymiany informacji i automatyczny, obowiązkowy i wolny od wszelkich przeszkód charakter tej wymiany. Mimo to zagłosowałem za sprawozdaniem, licząc na to, że zgodnie ze stanowiskiem PE po okresie 18 miesięcy od wejścia w życie umowy dokonana zostanie jej analiza i rozważona zostanie możliwość jej rewizji.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – J'ai voté en faveur du texte. Cet accord marque une étape importante dans les efforts actuels visant à lutter contre la fraude et l'évasion fiscales, et renforce l'accord de 2004 qui garantissait que la Suisse applique des mesures équivalentes à celles prévues dans la directive de l'Union en matière de fiscalité des revenus de l'épargne.

L'accord prévoit que l'Union européenne et la Suisse échangeront automatiquement les informations relatives aux comptes financiers de leurs résidents respectifs à compter de 2018. L'objectif est de faire face aux cas de figure dans lesquels un contribuable cherche à dissimuler des capitaux qui correspondent à un revenu ou à des actifs sur lesquels l'impôt n'a pas été payé.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – This report relates to the Council decision to conclude, on behalf of the European Union, the Amending Protocol to the Agreement between the European Community and the Swiss Confederation providing for measures equivalent to those laid down in Council Directive 2003/48/EC on taxation of savings income in the form of interest payments. I voted in favour of it, as it underlines the importance of taking effective action against fraud and tax avoidance. This is crucial especially in the case of tax evasion and tax avoidance by natural and legal persons that are based in the EU with the involvement of financial institutions based in third countries.

Patrizia Toia (S&D), per iscritto. – L'accordo concluso con la Confederazione svizzera segna l'inizio di una nuova era di trasparenza fiscale e di cooperazione tra gli Stati. È essenziale continuare in questa direzione per limitare ed eliminare l'evasione fiscale e progredire verso una tassazione più equa e uniforme in Europa. La modifica dell'accordo rappresenta un fatto positivo per i cittadini europei ed è un passo importante nella battaglia contro la frode fiscale e in favore della giustizia. Ogni frode fiscale comporta una sottrazione di risorse a settori quali l'istruzione, la sanità, la ricerca e i trasporti. Il sostegno del Parlamento è un primo passo. Ora è importante concludere accordi analoghi con gli altri paradisi fiscali.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Poročilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Evropske unije, Protokola o spremembi k Sporazumu med Evropsko skupnostjo in Švicarsko konfederacijo o ukrepih, enakovrednih tistim iz Direktive Sveta 2003/48/ES o obdavčevanju dohodka od prihrankov v obliki plačil obresti sem podprla, ker je sporazum velik korak v boju proti davčnim goljufijam in davčnim utajam in nadgrajuje sporazum, s katerim je bilo doseženo, da Švica izvaja ukrepe, enakovredne tistim iz direktive EU o obdavčevanju dohodka od prihrankov v obliki plačil obresti.

Davčni organi v državah članicah in v Švici bodo lahko pravilno in nedvoumno identificirali davkoplačevalce, upravljali in uveljavljali nacionalno davčno zakonodajo v čezmejnih situacijah, ocenili verjetnost, ali gre za davčno utajo, in poskrbeli, da ne pride do nepotrebnih nadaljnjih preiskav.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este texto, con el que se busca aplicar en la relación con Suiza medidas similares a las que se han aplicado en otros países europeos para favorecer la transparencia y combatir la evasión y elusión fiscales. Sin embargo, el acuerdo es claramente insuficiente y establece demasiadas excepciones que servirán para mantener la condición de paraíso fiscal de la Confederación Helvética. Además, ha sido sometido al Parlamento una vez cerrado con Suiza.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La fin du secret bancaire par l'échange automatique d'informations au niveau des pays de l'Union, actée en mars 2014, a dû vaincre les réticences de l'Autriche et du Luxembourg. Une des conditions de l'abandon du secret bancaire par ces pays était l'acceptation par la Suisse de mesures similaires, afin de ne pas créer une concurrence déloyale.

Le protocole d'accord objet du rapport Kofod prévoit que l'Union européenne et la Suisse échangeront automatiquement les informations relatives aux comptes financiers de leurs résidents respectifs à compter du 1^{er} janvier 2018.

La Suisse appliquera des mesures équivalentes à celles prévues dans les textes européens. Elle respectera ainsi l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, tel que posé par les normes mondiales de l'OCDE en 2014.

En outre, l'accord prévoit certaines dispositions visant à limiter la possibilité, pour les contribuables, de se soustraire à leurs obligations de déclaration aux autorités fiscales en transférant leurs actifs ou en investissant dans des produits financiers qui ne relèvent pas du champ d'application de l'accord.

J'ai voté POUR l'adoption de ce texte.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Schimbul automat de informații cu privire la conturile financiare reprezintă o măsură extrem de importantă în lupta împotriva evaziunii fiscale, precum și un factor de creștere a transparenței în materie de fiscalitate. În acest sens, din martie 2015, există o propunere ambițioasă de instituire a unui schimb automat de informații privind conturile financiare între toate statele membre ale Uniunii Europene, iar în mai 2015 un acord a fost semnat în acest sens cu Elveția, obiectivul fiind acela de a ameliora cooperarea în domeniul fiscal și respectarea normelor fiscale. Așadar, conform acestui acord aplicabil din 2018, UE și Elveția vor face schimb automat de informații cu privire la conturile financiare ale rezidenților lor pentru a evita situațiile în care contribuabilii încearcă să ascundă un capital pentru care nu au achitat impozite.

Așadar, Raportul Kofod își propune să aducă anumite îmbunătățiri acestui acord pentru a asigura o eficiență maximă a acestui acord. În această perspectivă, raportul propune: un schimb necondiționat de informații, eliminarea condiției privind schimbul de informații bazate pe aprobarea prealabilă a autorităților competente, o frecvență trimestrială a schimburilor.

Prin urmare, am votat în favoarea Raportului Kofod privind schimbul automat de informații cu privire la conturile financiare între UE și Elveția.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió és Svájc 2015. május 27-én megállapodást írt alá a pénzügyi számlainformációk automatikus cseréjéről, amelynek célja a nemzetközi adóügyi együttműködés és a szabályok betartásának javítása. A megállapodás fontos lépést jelent az arra irányuló erőfeszítéseik terén, hogy fellépjenek az adócsalás és adókijátszás ellen, és naprakésszé teszi azon 2004. évi megállapodást, amely biztosítja, hogy Svájc a megtakarításokból származó kamatjövedelem adóztatásáról szóló uniós irányelvvel egyenértékű intézkedéseket alkalmazzon, ezért támogatam a szavazás során.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este texto, con el que se busca aplicar en la relación con Suiza medidas similares a las que se han aplicado en otros países europeos para favorecer la transparencia y combatir la evasión y elusión fiscales. Sin embargo, el acuerdo es claramente insuficiente y establece demasiadas excepciones que servirán para mantener la condición de paraíso fiscal de la Confederación Helvética. Además, ha sido sometido al Parlamento una vez cerrado con Suiza.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour because this agreement between the European Union and Switzerland is a step towards more cooperation on exchange of information between the EU and Switzerland on the financial accounts of residents, which is a positive step towards addressing the issues of tax evasion and tax avoidance.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour on the matter concerning the EU-Switzerland agreement on the automatic exchange of financial account information in order to insure greater transparency and prevention of fraud and tax avoidance. These measures will make it harder for EU citizens to hide cash from tax authorities in Swiss bank accounts and therefore to avoid paying taxes. The regulation of taxation also contributes to insuring that taxes are collected and provided for social rights, for example education and healthcare. This is why I believe that ending bank secrecy is a very important step for tax justice. The information that will be exchanged includes not only income, such as interest and dividends, but also account balances and proceeds from the sale of financial assets.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El informe resalta la importancia de tomar medidas contra el fraude y contra la evasión fiscal. Asimismo, insta a la Comisión a mantener informado al Parlamento en caso de que haya algún cambio de última hora en las conclusiones de este acuerdo y recuerda al Consejo la obligación de consultar al Parlamento una vez más en caso de que el borrador del acuerdo se modifique. Es por ello por lo que, teniendo en cuenta lo anteriormente mencionado, considero necesario votar a favor de dicho informe.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo è stato consultato sull'accordo siglato tra l'UE e la Svizzera in materia di tassazione dei redditi da risparmio sotto forma di pagamenti di interessi. L'accordo dovrebbe rappresentare un importante passo avanti negli sforzi per combattere la frode e l'evasione fiscale. L'obiettivo è di far fronte alle situazioni in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale.

Il relatore Jeppe KOFOD ha avanzato alcune proposte per noi condivisibili. In particolare, ha chiesto che fosse introdotto lo scambio automatico di informazioni, una maggiore trasparenza e una maggiore frequenza nello scambio di informazioni e che fosse rispettata l'entrata in vigore prevista per il 1° gennaio 2017.

Sebbene le proposte apportino un valore aggiunto, riteniamo che fosse necessario fare di più. Secondo noi è di fondamentale importanza che lo scambio di informazioni sia automatico, obbligatorio e soprattutto pubblico. L'accordo siglato tra la Commissione e la Svizzera è ancora debole in questo senso.

È fondamentale che accordi come questi siano basati sulla trasparenza. I passi in avanti fatti finora non sono sufficienti, a nostro avviso. Deploriamo, inoltre, che su un tema così importante il Parlamento sia stato solo consultato. Per questi motivi, ci siamo astenuti durante il voto in Aula.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a suponer una necesaria exigencia de información financiera, implica un posicionamiento en favor del uso de los paraísos fiscales para los europeos. El informe implica una mejora en los sistemas de intercambio de información financiera entre las autoridades competentes de Suiza y de la Unión Europea. Sin embargo, esto no resulta un compromiso suficiente para asegurar que empresas y ciudadanos europeos tributen sus fondos en Europa, puesto que en muchos Estados, pese a disponerse de la información, no se toman medidas. Necesitamos la abolición del uso de paraísos fiscales para los europeos, que deben contribuir a la financiación de los Estados miembros como cualquier ciudadano. Es por esto por lo que me he abstenido en la votación de este informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O regulamento de troca de informações com a Suíça contém vários subterfúgios ao seu cumprimento. Lamentavelmente, não é possível alterar o regulamento. Assim, vamos aprovar um relatório que está já desatualizado face aos compromissos assumidos e face à constatação de que a troca automática de informações, criada há mais de trinta anos, não funciona precisamente por causa de regulamentos como este.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Durch den Bericht bzw. den Vorschlag sollen Situationen erfasst werden, in denen ein Steuerpflichtiger versucht, Kapital in Form von Einkünften oder Vermögenswerten, für die keine Steuern gezahlt wurden, vor dem Fiskus zu verbergen. Der Bericht bringt Änderungen vor, welche dies noch konsequenter ermöglichen. Daher war dem Bericht zuzustimmen.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Attraverso questo accordo l'Unione europea e la Svizzera si impegnano, a partire dal 2018, ad uno scambio di informazioni costante ed automatico sui conti finanziari dei propri residenti. L'obiettivo è quello di contrastare, attraverso una stretta collaborazione, l'occultamento di capitali costituiti da redditi o attività frutto di evasione fiscale. Le autorità fiscali della Svizzera e degli Stati membri potranno quindi accertare in modo chiaro e preciso l'identità dei contribuenti e determinare se siano stati compiuti atti di evasione o elusione fiscale da parte di persone fisiche e giuridiche con il supporto di enti finanziari stabiliti in paesi terzi.

L'accordo tra UE e Svizzera sullo scambio di informazioni finanziarie ha indubbiamente un ruolo di forte rilevanza nella strategia di lotta e contrasto alla frode e all'evasione fiscale. Per tale motivo ho espresso il mio voto favorevole.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – W głosowaniu Parlament Europejski zabierał stanowisko wobec przyjęcia przez Radę decyzji o przyjęciu protokołu zmieniającego porozumienie między Unią Europejską a Konfederacją Szwajcarską w sprawie środków równoważnych rozwiązaniom z dyrektywy 2003/48/WE. Porozumienie ma zostać zaktualizowane w związku ze zmianą stanu prawnego, jaki był podstawą jego zawarcia. Wobec wniosku o uchylenie dyrektywy 2003/48/WE w sprawie opodatkowania dochodów z oszczędności oraz dokonanych zmian w dyrektywie 2014/107/UE w sprawie współpracy administracyjnej, które poszerzały zakres jej stosowania, konieczna stała się modyfikacja treści dotychczasowego porozumienia. Protokół zmieniający wdraża standard OECD z zakresu automatycznej wymiany danych finansowych w sprawach podatkowych. Pozwala to na efektywne zwalczanie unikania opodatkowania, do czego obywatele Unii Europejskiej wykorzystywali instytucje finansowe znajdujące się w państwach trzecich. Z tego względu opowiedziałam się za przyjęciem przez Radę decyzji w sprawie przyjęcia protokołu zmieniającego.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Téma roamingu sa ťahá už niekoľko rokov. V roku 2012 bolo prijaté nariadenie Európskeho parlamentu a Rady, ktoré stanovilo politický cieľ postupne zjednotiť poplatky za mobilnú komunikáciu doma a v zahraničí, čiže zrušiť roamingový príplatok. Podľa tohto nariadenia by roaming mal skončiť 15. júna 2017. Teraz sme v Parlamente prijali nové nariadenie, ktoré zavádza prechodné obdobie medzi súčasným stavom a úplným zákazom roamingových príplatkov. V tomto období sa budú ďalej znižovať maximálne príplatky za roaming v celej EÚ, a to už od apríla 2016. To znamená, že zákazníci nebudú za volanie mobilným telefónom zo zahraničia platiť viac než 5 centov za minútu, pričom cena SMS neprekročí 2 centy a 1 megabyte prenesených dát bude stáť tiež maximálne 5 centov.

Mobilní operátori však budú môcť uplatniť takzvanú „fair user policy“, teda politiku férového používania služieb. Tá by mala zabrániť tomu, aby roaming v tomto prechodnom období využívali napríklad zákazníci, ktorí sa natrvalo odsťahovali do iného členského štátu. V takýchto prípadoch budú môcť operátori účtovať zákazníkovi malý poplatok navyše, ktorý však nebude môcť byť vyšší, než maximálne veľkoobchodné marže medzi operátormi. Limit pre „fair user policy“ bude definovaný Komisiou do 15. decembra 2015.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – La lucha contra la elusión fiscal y la necesidad de una imposición equitativa constituyen una preocupación importante tanto a nivel europeo como mundial. Si bien se han hecho grandes progresos a nivel internacional, sigue siendo importante proceder con cautela a la hora de derogar una Directiva vigente que se ha venido observando durante varios años.

Hay que garantizar un intercambio automático de información entre Suiza y la Unión Europea, evitando una situación de doble comunicación de información y una carga innecesaria para los Estados miembros, o la ralentización de la entrada en vigor de los sistemas de comunicación de información de la Directiva sobre cooperación administrativa; no obstante, hay que ser cautos con la derogación.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo oggi votato la consultazione del Parlamento sull'accordo siglato tra l'UE e la Svizzera in materia di tassazione dei redditi da risparmio sotto forma di pagamenti di interessi. L'accordo dovrebbe rappresentare un importante passo avanti negli sforzi per combattere la frode e l'evasione fiscale. L'obiettivo è di far fronte alle situazioni in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Il relatore, in sede di commissione ECON, ha avanzato alcune proposte condivisibili in materia di scambio automatico di informazioni, riservatezza e protezione dei dati personali, arbitrato in casi di contenzioso, allineamento con la legislazione vigente e la sua entrata in vigore. Tuttavia, sebbene le proposte apportino un valore aggiunto, ritengo che sia necessario fare di più. Deploro, inoltre, che su un tema così importante il Parlamento sia soltanto consultato. Per queste ragioni, mi sono astenuto.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), γραπτώς. – Η συμφωνία ΕΕ – Ελβετίας για την ανταλλαγή πληροφοριών περί χρηματοοικονομικών λογαριασμών απέχει πολύ από την ανάγκη διαβίβασης όλων εκείνων των στοιχείων που είναι απαραίτητα για την αποκάλυψη της φοροδιαφυγής, φοροαποφυγής και διακίνησης κεφαλαίων των μεγάλων επιχειρηματικών ομίλων και της πλουτοκρατίας. Εκτός ότι δεν έχει καν ρητά δεσμευτικό χαρακτήρα, δεν προβλέπει ανταλλαγή όλων των λεπτομερών πληροφοριών που να επιτρέπουν τουλάχιστον την ταυτοποίηση. Η ανταλλαγή πληροφοριών γίνεται σε ετήσια βάση, που δίνει μεγάλο χρονικό περιθώριο μεταβολής στοιχείων και αποφυγής συνεπειών. Το κυριότερο: εισάγει μια σειρά όρους και προϋποθέσεις, όπως τη μη παράδοση πληροφοριών από καταγγελίες ή όταν αυτές (ακόμη και αυθαίρετα) κρίνεται ότι είναι αντίθετες με τη «δημόσια τάξη» ή όταν χαρακτηρίζονται ως «εμπιστευτικές». Με όλους αυτούς τους περιορισμούς στην ουσία αίρεται κάθε δεσμευτικός χαρακτήρας της ανταλλαγής πληροφοριών και αφήνεται το περιθώριο της επιλεκτικής γνωστοποίησης πληροφοριών. Η συμφωνία έτσι γίνεται «για τα μάτια του κόσμου», για να κατευνάσει τη λαϊκή αγανάκτηση από την προκλητική φορολογική ασυλία της πλουτοκρατίας και των μονοπωλιακών ομίλων, την ίδια στιγμή που ΕΕ και αστικές κυβερνήσεις τσακίζουν με κάθε λογής φόρους το λαό. Το συμπέρασμα είναι ότι, όσο κυριαρχούν τα μονοπώλια και η οικονομία της αγοράς, που έχει κριτήριο της το κέρδος, το μεγάλο κεφάλαιο θα βρίσκει τόσο νόμιμους όσο και παράνομους τρόπους να θησαυρίζει.

Tomáš Zdechovský (PPE), písemně. – Rozhodl jsem se podpořit tuto zprávu, protože dohoda představuje dle mého názoru významný krok v pokračujícím úsilí o potírání daňových podvodů a daňových úniků a vylepšuje dohodu z roku 2004. Je nutné učinit efektivní kroky proti tomuto negativnímu jednání, kterého se dopouští jak právnické, tak i fyzické osoby v EU s majetkovou účastí ve finančních institucích třetích zemích.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. – Em 2004, o Conselho decidiu concluir o acordo entre a UE e a Confederação Suíça, a fim de garantir a adoção por esta última de medidas equivalentes à Diretiva n.º 2003/48/CE), que devem ser aplicadas na UE para garantir a efetiva tributação dos rendimentos da poupança sob a forma de juros.

O acordo, assinado em 27 de maio de 2015, sobre a troca automática de informações das contas financeiras, que visa melhorar a cooperação fiscal internacional, representa um passo importante nos esforços em curso para lutar contra a fraude e a evasão fiscais.

Estamos em desacordo com a impossibilidade do Parlamento Europeu propor melhorias a este acordo, o que acontece porque o Parlamento Europeu apenas foi ouvido após a ratificação do mesmo. Abstivemo-nos.

6.3. Besteuerung von Zinserträgen: Aufhebung der Zinsbesteuerungsrichtlinie (A8-0299/2015 - Molly Scott Cato)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētājas kundze! Uzkrājumu nodokļu direktīva stājās spēkā jau 2003. gadā. Tā sastāv no vairākiem atsevišķiem savstarpējiem nolīgumiem starp Eiropas Savienības dalībvalstīm, to aizjūras teritorijām, kā arī Eiropā esošo Andoru, Lihtenšteinu, Monako, Sanmarīno un Šveici. Pašlaik Eiropas Komisija, kā mēs zinām, strādā, lai būtu iespējams pāriet uz Ekonomiskās sadarbības un attīstības organizācijas informācijas automātisko apmaiņu šajos globālajos standartos, īpaši uz nodokļiem attiecībā ar piecām minētajām valstīm. Vēlāk tas pats notiks arī ar Eiropas Savienības dalībvalstīm, un, ja Eiropas Komisijai tiks piešķirtas attiecīgas pilnvaras, arī ar aizjūras teritorijām. Līdz ar to Uzkrājumu nodokļu direktīva drīz lielā mērā zaudēs savu racionalitāti, jo faktiski pastāvēs dubultie standarti un to krustošanās tādējādi krietni palielinās birokrātisko slogu.

Es nobalsoju par.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, there is a difference between a tax haven and a territorial state that simply happens to have low taxes. You can cut your taxes without doing anything improper or illicit. I think for example of the Bailiwick of Guernsey, which as recently as the 1980s had an economy based on tomatoes and tourism but which is now a territory with far higher income per head than anywhere in the EU, because it has managed its affairs properly.

Now when I look at their lack of VAT, their maximum cap on income tax, their lack of inheritance tax and I see that they are providing the same level of public services as anyone else, I do not think it is they who have the problem. Perhaps their advantage is that they were not in the European Union and that they were therefore able to tailor their policies to suit their own conditions and needs.

The rest of us could learn from countries which have proximity to the citizen, small scale of government and efficiency in fiscal matters instead of trying to bully them. Instead of seeing them as a threat, we should see what they can offer us.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, pokud jde o projednávanou zprávu, tzn. příjmy z úspor a jejich zdanění podle bilaterální dohody, kterou uzavřela Evropská unie podle směrnice z roku 2003, kdy vstoupila v platnost, tak já jsem ji samozřejmě podpořil. Jedná se o dobrý způsob, jak opět předcházet nelegálnímu zdaňování v některých členských státech Evropské unie tím, že je posílena společná pozice EU. Samozřejmě toto je třeba přivítat, na druhou stranu si musím povzdechnout nad tím, že co jsou tyto platné dohody proti tomu, když se představitel některé ze členských zemí EU dohodne na tom, že budou dvě sazby. Jedna ta obecná pro všechny a druhá pro různé firmy a podniky, s nimiž si to ta vláda dohodne. Pak jsou takovéto dohody skoro bych řekl k ničemu.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, we have the 2003 directive and the 2014 directive, but they are not entirely compatible in all areas. This results in dual reporting standards in the Union in certain cases. I welcome the recommendation in this report that we must avoid a situation of double reporting so as to avoid unnecessary burdens for Member States.

Nevertheless, while the repeal may be necessary to avoid double reporting, I am in agreement with the rapporteur that the Commission must continue to closely monitor the repeal of the directive so as to avoid the creation of tax loopholes, and it should report back to Parliament on its findings of any such loopholes that may arise.

I commend the call in this report that the Commission should act, if necessary by means of legislative proposals, in order to ensure that such loopholes are closed. This measure would ensure that the risk of loss of tax revenue from my own Member State and other Member States across the Union is reduced.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, when is a repeal not a repeal? When it is a facade. It sounds like a little bit of a joke, does it not? I mean you might expect that I, as somebody who is opposed to British membership of the European Union, would be very much in favour of repeal and, of course, in general I am. But what we have got here is a repeal of a directive which has already been duplicated.

So it is not as if we are going to actually lose anything impractical from the statute book whatsoever, but at the same time when you read through the Scott Cato report, it is quite clear that the amendments which have been inserted into this report under Rule 50 of the committee procedure include things like calling on the Commission to negotiate tax arrangements, and so on. So what we have got, on the one hand, is something which headlines as a repeal but on the other it masquerades as a way of getting more Europe in there, so therefore I voted against.

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP is in favour of repealing EU legislation but the rapporteur on this report has arbitrarily included amendments that not only call on the Commission to produce reports and further legislation, but also encourage it to negotiate tax treaties on behalf of Member States. Repeal of the Directive, as proposed, would reduce disclosure requirements and would thereby undermine tax transparency. For these reasons UKIP is against the proposals.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – La Directiva de fiscalidad de los rendimientos del ahorro de 2003 se diseñó para recabar información sobre los ahorros de los individuos no residentes. Entretanto, en 2011 se aprobó una Directiva de cooperación administrativa que abarcaba el intercambio automático de información fiscal, con carácter general, y que fue revisada en 2014 para adaptarla a los estándares globales de la OCDE. Esta Directiva entra en vigor el primero de enero de 2016.

El resultado es que existe un gran solapamiento entre las dos Directivas, por lo que, para evitar confusión y tener que cumplir con dos sistemas diferentes de información, no me he opuesto a la derogación.

No obstante, el ámbito de ambas Directivas no coincide en su integridad, por lo que, al derogar la Directiva de 2003 quedan fuera de la obligación de informar determinados tipos de depósitos de ahorro de bajo riesgo, así como cualquier «agente pagador» (corredor de bolsa, de seguros, etc.), ya que la Directiva de 2011 impone las obligaciones a las entidades financieras. Asimismo, esta Directiva, más ambiciosa en general, impone menores obligaciones de información sobre fundaciones y trusts. La Comisión debe tomar medidas para corregir estos resquicios, logrando así una cobertura adecuada de todas las cuentas financieras.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone una derogación de la Directiva 2003/48/CE del Consejo orientada a tapar los posibles huecos que la presente legislación tiene en el ámbito de la imposición de las rentas generadas por ahorros. La Directiva actual deja en mano de acuerdos bilaterales nacionales la imposición de los ahorros localizados en cinco países europeos no pertenecientes a la Unión (Suiza, Liechtenstein, San Marino, Mónaco y Andorra), así como los territorios insulares y de ultramar con regímenes fiscales especiales. Esto ha generado numerosas situaciones de competencia fiscal en el ámbito de los ahorros, que es lo que esta derogación trata de corregir. Es por esto por lo que he decidido votar a favor.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report. This report was concerned with the EU Savings Tax Directive which was adopted as a measure to ensure that tax is paid on the interest of savings, and the provisions became applicable in 2005. The Directive applied among EU countries and in separate agreements between EU countries and 12 overseas territories. In parallel, the Commission, on behalf of the European Union, negotiated similar bilateral agreements with five non-EU European countries.

As part of its March 2015 Tax Transparency Package, the Commission proposed to repeal the 2003 Savings Tax Directive so that Member States do not have to apply the provisions in both directives, avoiding the inconvenience of double systems of collecting and reporting of data.

It was decided that this should be fast-tracked under what is referred to as the fast-track procedure according to Rule 50 of the Rules of Procedure i.e. no vote in committee unless more than 10 percent of members object.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. En effet, celui-ci abroge la directive 2003/48 sur la fiscalité de l'épargne qui fait double emploi avec la directive 2014/107 sur l'échange automatique d'informations.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération comme le proposait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuos siekiama panaikinti 2003 m. Taupymo pajamų apmokestinimo direktyvą. Tai daroma siekiant, kad valstybės narės neprivalėtų taikyti tiek Taupymo pajamų apmokestinimo direktyvos, tiek direktyvos dėl administracinio bendradarbiavimo nuostatų ir taip išvengtų dvigubų duomenų rinkimo ir teikimo sistemų kelių nepatogumų.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of repealing EU legislation but the rapporteur on this report has arbitrarily included amendments that not only call on the Commission to produce reports and further legislation, but also encourage it to negotiate tax treaties on behalf of Member States. Repeal of the Directive, as proposed, would reduce disclosure requirements and would thereby undermine tax transparency. For these reasons UKIP is against the proposals.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – J'ai voté en faveur de l'abrogation de la directive 2003/48 dans la mesure où elle fait désormais double emploi avec la directive 2014/107. Il s'agit donc de clarifier la situation.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – Dans le cadre de son paquet «Transparence fiscale» de mars 2015, la Commission a proposé d'abroger la directive sur la fiscalité de l'épargne de 2003 tout en gardant celle de 2008, de façon à ce que les États membres n'aient pas à appliquer les dispositions des deux directives, en évitant ainsi les désagréments causés par la duplicité des systèmes de collecte et de communication des données. Ce rapport, pour lequel j'ai voté pour, appelle à cette suppression tout en mettant en lumière les lacunes de la directive épargne:

— Les accords bilatéraux entre l'Union européenne et les pays tiers continueront d'exister indépendamment de l'abrogation de la directive.

— La Commission n'a pas reçu de mandat pour négocier des accords portant sur un échange automatique d'informations avec les douze territoires d'outre-mer de l'Union européenne.

— Certains produits, pour la plupart des comptes de dépôt à faible risque préconisés à des fins d'épargne, ne feront plus l'objet de communications en vertu de la directive relative à la coopération administrative. Si les risques de fraude fiscale sont faibles, on estime qu'il est important que la Commission continue à surveiller que l'abolition de la directive ne crée pas de lacune.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – J'ai souhaité voter en faveur de ce rapport qui relève d'une mise en conformité juridique logique: il s'agissait en effet de voter l'abrogation de l'ancienne directive 2003/48 qui faisait doublon avec la nouvelle directive 2014/107, laquelle concerne la fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts.

M'étant positionnée pour l'échange automatique d'informations sur les revenus de l'épargne entre les pays de l'Union, il semblait de bon sens d'abroger le précédent acte juridique devenu obsolète en ce qu'il se contentait d'instaurer l'imposition des versements d'intérêts transfrontaliers par des agents payeurs européens.

Une clarification nécessaire, donc, qui se place dans un objectif de transparence, même s'il serait souhaitable que ce nouvel arsenal juridique s'accompagne d'accords bilatéraux séparés avec des États non membres tels que le Liechtenstein, Monaco, ou encore l'Andorre, notamment pour éviter tout vide juridique.

Mara Bizzotto (ENF), per iscritto. – Pur essendo contraria agli attuali meccanismi che regolano la tassazione sul risparmio, ritengo che la proposta della Commissione europea di abrogare la direttiva del 2003 sulla tassazione dei redditi da risparmio per mantenere solo la direttiva relativa alla cooperazione amministrativa, in grado di disciplinare una gamma più ampia di fattispecie, eviterà problemi burocratici e di gestione, e per questo ho inteso sostenerla.

José Blanco López (S&D), por escrito. – La Directiva de fiscalidad de los rendimientos del ahorro de 2003 se diseñó para recabar información sobre los ahorros de los individuos no residentes. Entretanto, en 2011 se aprobó una Directiva de cooperación administrativa que abarcaba el intercambio automático de información fiscal, con carácter general, y que fue revisada en 2014 para adaptarla a los estándares globales de la OCDE. Esta Directiva entra en vigor el primero de enero de 2016.

El resultado es que existe un gran solapamiento entre las dos Directivas, por lo que, para evitar confusión y tener que cumplir con dos sistemas diferentes de información, no me he opuesto a la derogación.

No obstante, el ámbito de ambas Directivas no coincide en su integridad, por lo que, al derogar la Directiva de 2003 quedan fuera de la obligación de informar determinados tipos de depósitos de ahorro de bajo riesgo, así como cualquier «agente pagador» (corredor de bolsa, de seguros, etc.), ya que la Directiva de 2011 impone las obligaciones a las entidades financieras. Asimismo, esta Directiva, más ambiciosa en general, impone menores obligaciones de información sobre fundaciones y trusts. La Comisión debe tomar medidas para corregir estos resquicios, logrando así una cobertura adecuada de todas las cuentas financieras.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Komisijos siūlymui panaikinti ES taupymo pajamų apmokestinimo direktyvą 2003/48/EB. Jos taikymo sritis iš esmės dubliuojasi su 2014 m. direktyva, kurioje taip pat numatyta, kad jeigu taikymo sritys sutampa, viršesnė yra Direktyva 2014/107/ES. Taigi rezultatas yra tas, kad šiuo metu yra dubliuojami informacijos teikimo Sąjungoje standartai. Kartu su 2015 m. kovo mėn. mokesčių skaidrumo teisės aktų rinkiniu, Komisija pasiūlė panaikinti 2003 m. Taupymo pajamų apmokestinimo direktyvą, kad valstybės narės neprivalėtų taikyti abiejų direktyvų nuostatų, išvengdamos dvigubų duomenų rinkimo ir teikimo sistemų keliamų nepatogumų ir Parlamentas šiandien tam pritarė.

Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – I voted in favour of this report. This report was concerned with the EU Savings Tax Directive which was adopted as a measure to ensure that tax is paid on the interest of savings, and the provisions became applicable in 2005. The Directive applied among EU countries and in separate agreements between EU countries and 12 overseas territories. In parallel, the Commission, on behalf of the European Union, negotiated similar bilateral agreements with five non-EU European countries.

As part of its March 2015 Tax Transparency Package, the Commission proposed to repeal the 2003 Savings Tax Directive so that Member States do not have to apply the provisions in both directives, avoiding the inconvenience of double systems of collecting and reporting of data.

It was decided that this should be fast-tracked under what is referred to as the fast-track procedure according to Rule 50 of the Rules of Procedure i.e. no vote in committee unless more than 10 percent of members object.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché, alla luce dell'approvazione ed entrata in vigore della nuova direttiva in materia, quella in parola risulta, in ultima analisi, superflua. È importante, per una questione di certezza del diritto, che non ci siano doppioni nell'ordinamento giuridico, e ciò vale ancor di più in materia fiscale.

Steve Briois (ENF), par écrit. – Ce rapport propose d'abroger, à partir du 1^{er} janvier 2016, la directive 2003/48 qui se superpose à la directive 2014/107, afin d'éviter que deux normes distinctes coexistent. La première visait à taxer le versement d'intérêts transfrontaliers par l'intermédiaire d'agents payeurs européens tandis que la seconde est caractérisée par l'échange automatique entre les États membres de l'Union européenne des données concernant les revenus des avoirs détenus à l'étranger.

Bien qu'il s'agisse ici de donner un avis consultatif au Conseil, nous considérons que cette proposition va dans le bon sens. Nous sommes néanmoins dubitatifs face à la lente avancée des pourparlers concernant l'échange automatique de ces données avec les douze territoires d'outre-mer de l'Union. Enfin, il me paraît essentiel que les accords bilatéraux avec les pays non membres de l'Union soient rapidement conclus pour ne pas créer de vide juridique.

J'ai donc voté pour l'abrogation de la directive 2003/48/CE.

Daniel Buda (PPE), în scris. – Am votat în favoarea raportului care se referă la abrogarea Directivei privind impozitarea veniturilor din economii deoarece consider că trebuie să avem o economie fiscală cât mai transparentă și mai clară.

Se dorește o impozitare echitabilă, atât la nivel european, cât și la nivel internațional. Pentru a ajunge la o economie sănătoasă, avem nevoie de o creștere economică sustenabilă, de diminuarea inflației și a sărăciei, atât la nivel național, cât și la nivel internațional, dar aceste lucruri se pot realiza numai printr-un mecanism simplu, transparent și eficient.

Directiva din 2003 se referă la impozitarea economiilor, impune raportarea venitului sub formă de dobândă din creanțe și se aplică unui număr mare de acorduri bilaterale separate între statele membre ale UE și teritoriile de peste mări. Această directivă a intrat în vigoare în anul 2005. Între timp, Directiva din 2011 privind cooperarea administrativă a fost adoptată în 2014 și urmează să se aplice de la 1 ianuarie 2016, atunci când se va putea aplica și Directiva din 2003. În urma discuțiilor, Comisia a propus să se abroge Directiva din 2003, astfel încât statele membre să evite inconvenientul unor sisteme duble de colectare și raportare a datelor.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Gli Stati membri non saranno tenuti ad applicare le disposizioni di due diverse direttive, evitando il disagio e i costi posti dai duplici sistemi di raccolta e di comunicazione dei dati. Sono peraltro contrario ai meccanismi vigenti circa la tassazione sul risparmio e ritengo utile mantenere in vigore una sola normativa di riferimento.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – La Directiva de fiscalidad de los rendimientos del ahorro de 2003 se diseñó para recabar información sobre los ahorros de los individuos no residentes. Entretanto, en 2011 se aprobó una Directiva de cooperación administrativa que abarcaba el intercambio automático de información fiscal, con carácter general, y que fue revisada en 2014 para adaptarla a los estándares globales de la OCDE. Esta Directiva entra en vigor el primero de enero de 2016.

El resultado es que existe un gran solapamiento entre las dos Directivas, por lo que, para evitar confusión y tener que cumplir con dos sistemas diferentes de información, no me he opuesto a la derogación.

No obstante, el ámbito de ambas Directivas no coincide en su integridad, por lo que, al derogar la Directiva de 2003 quedan fuera de la obligación de informar determinados tipos de depósitos de ahorro de bajo riesgo, así como cualquier «agente pagador» (corredor de bolsa, de seguros, etc.), ya que la Directiva de 2011 impone las obligaciones a las entidades financieras. Asimismo, esta Directiva, más ambiciosa en general, impone menores obligaciones de información sobre fundaciones y trusts. La Comisión debe tomar medidas para corregir estos resquicios, logrando así una cobertura adecuada de todas las cuentas financieras.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of repealing EU legislation but the rapporteur on this report has arbitrarily included amendments that not only call on the Commission to produce reports and further legislation, but also encourage it to negotiate tax treaties on behalf of Member States. Repeal of the Directive, as proposed, would reduce disclosure requirements and would thereby undermine tax transparency. For these reasons UKIP is against the proposals.

David Casa (PPE), *in writing*. – I support the proposal to repeal the Directive as the information needs to be updated in line with the new Administrative Cooperation Directive. This is necessary to avoid dual reporting and loopholes between national tax systems and I therefore voted in favour of this report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione della collega Molly Scott Cato tratta dell'abrogazione della direttiva sulla tassazione dei redditi da risparmio del 2003 per favorire l'entrata in vigore della direttiva relativa allo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali, adottata nel quadro del pacchetto sulla trasparenza fiscale del marzo 2015, che dovrebbe applicarsi a partire dal 1° gennaio 2016. Si tratta dunque di un semplice voto procedurale che non presenta particolari criticità. Tuttavia, ho deciso di astenermi poiché è importante procedere con cautela in caso di abrogazione di una direttiva in vigore da diversi anni.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Αφορά την πρόταση οδηγίας του Συμβουλίου για την κατάργηση της οδηγίας 2003/48/ΕΚ. Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο έχοντας υπόψη την πρόταση της Επιτροπής προς το Συμβούλιο καλεί την Επιτροπή να τροποποιήσει αναλόγως την πρότασή της, σύμφωνα με το άρθρο 293 παράγραφος 2 της Συνθήκης για τη λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'abrogazione della direttiva sulla tassazione dei redditi da risparmio. Nel 2003 è stata adottata la direttiva UE sulla tassazione dei redditi da risparmio quale misura per garantire il pagamento dell'imposta sui redditi da risparmio, e le relative disposizioni sono entrate in vigore nel 2005. La revisione della direttiva è stata adottata definitivamente nel 2014 e dovrebbe applicarsi a partire dal 1° gennaio 2016.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Nel frattempo, la direttiva del 2011 relativa alla cooperazione amministrativa è stata rivista, al fine di allinearla allo standard globale dell'OCSE per lo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali, ed è stata adottata nel 2014. Essa dovrebbe altresì applicarsi a partire dal 1° gennaio 2016. La direttiva sul risparmio del 2003 prevede la comunicazione di dati sugli interessi maturati su crediti e prodotti simili, mentre la direttiva relativa alla cooperazione amministrativa contempla una gamma di prodotti ben più ampia. Nel quadro del pacchetto sulla trasparenza fiscale del marzo 2015, la Commissione ha proposto di abrogare la direttiva del 2003, al fine di evitare l'applicazione di entrambe le direttive in parola, evitando quindi il disagio posto dai duplici sistemi di raccolta e comunicazione dei dati.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di direttiva del relatore Molly Scott Cato sull'abrogazione della direttiva sulla tassazione dei redditi da risparmio. Le preoccupazioni circa questa direttiva sono legate alla lotta all'evasione fiscale e quindi alla necessità di un'equa tassazione sia a livello europeo che mondiale. Tutto questo seguendo un'ottica di progresso sul piano internazionale.

Sono a favore della proposta del relatore, pur essendo ben conscio che è importante che la Commissione continui a monitorare il processo di abrogazione affinché non emergano lacune, dal momento che è rischiosa l'abrogazione di una direttiva ormai in vigore da diversi anni.

Mi complimento con il relatore per il lavoro svolto, per aver esaminato le possibili lacune derivanti dall'abrogazione e per aver chiesto il parere di esperti attraverso analisi dettagliate. Per questi motivi, voto a favore della proposta.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of repealing EU legislation but the rapporteur on this report has arbitrarily included amendments that not only call on the Commission to produce reports and further legislation, but also encourage it to negotiate tax treaties on behalf of Member States. Repeal of the Directive, as proposed, would reduce disclosure requirements and would thereby undermine tax transparency. For these reasons UKIP is against the proposals.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of repealing EU legislation but the rapporteur on this report has arbitrarily included amendments that not only call on the Commission to produce reports and further legislation, but also encourage it to negotiate tax treaties on behalf of Member States. Repeal of the Directive, as proposed, would reduce disclosure requirements and would thereby undermine tax transparency. For these reasons UKIP is against the proposals.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La lotta contro l'evasione fiscale è fonte di grande preoccupazione, sia a livello europeo che mondiale. Per garantire un'equa tassazione nel mercato europeo e globale, l'UE deve essere in grado di firmare accordi che assicurino il rispetto delle normative in materia fiscale e di formulare un sistema di controllo efficace che consenta di combattere l'evasione.

A tale proposito, concordo sull'abrogazione della direttiva del 2003 sulla tassazione dei redditi da risparmio. La direttiva del 2011 relativa alla cooperazione amministrativa, che sostituirà di fatto quella del 2013, è stata infatti rivista ad hoc per rispettare lo standard globale dell'OCSE per lo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali.

Questa modifica delle norme consentirà quindi un maggior allineamento allo standard globale dell'OCSE ed eviterà il disagio posto dai duplici sistemi di raccolta e comunicazione dei dati. Tuttavia, concordo con il relatore che tale abrogazione possa generare potenziali lacune e che, nel caso esse si manifestino, sia compito della Commissione intervenire, se necessario con proposte legislative, al fine di garantire che tali lacune siano colmate.

Javier Couso Permuay (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone una derogación de la Directiva 2003/48/CE del Consejo orientada a tapar los posibles huecos que la presente legislación tiene en el ámbito de la imposición de las rentas generadas por ahorros. La Directiva actual deja en mano de acuerdos bilaterales nacionales la imposición de los ahorros localizados en cinco países europeos no pertenecientes a la Unión (Suiza, Liechtenstein, San Marino, Mónaco y Andorra), así como los territorios insulares y de ultramar con regímenes fiscales especiales. Esto ha generado numerosas situaciones de competencia fiscal en el ámbito de los ahorros, que es lo que esta derogación trata de corregir. Es por esto por lo que he decidido votar a favor.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La risoluzione del Parlamento europeo approva la proposta della Commissione di abrogare le norme sulla tassazione dei redditi da risparmio ricevuti sotto forma di pagamenti di interessi. Ho votato a favore di questa risoluzione perché mira ad evitare che più misure abbiano lo stesso ambito di applicazione, nel rispetto dei principi di una migliore regolamentazione e della certezza giuridica e per ridurre gli oneri burocratico-amministrativi. Inoltre, con questa risoluzione il Parlamento europeo chiede alla Commissione di presentare una relazione sugli effetti dell'abrogazione, in particolare con riferimento a possibili vuoti legislativi.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I consented to repeal the Savings Directive, which was designed to collect data on the savings of non-residential individuals. However, it is extremely important that the Commission reports on the results of the repeal, with reference to any potential loopholes that may arise. It is imperative that the Commission acts to ensure that such loopholes are closed off completely.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Susțin necesitatea ca executivul european să ia măsurile care se impun pentru a respecta perioada necesară pentru revizuirea acordurilor bilaterale dintre UE și cele cinci țări europene care nu fac parte din Uniune (Confederația Elvețiană, Principatul Liechtenstein, Republica San Marino, Principatul Monaco și Principatul Andorra), precum și cu fiecare dintre statele membre și cele 12 teritorii dependente sau asociate pentru a evita apariția unor portite pentru fraudă și evaziunea fiscală transfrontalieră sau alte inadvertențe în procesul de tranziție la standardul nou privind schimbul automat de informații. Consider esențial rolul Parlamentului în efortul de reducere a oricărei pierderi posibile de venituri din impozite ale statelor membre din întreaga Uniune.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose l'abrogation de la directive sur la fiscalité des revenus d'épargne, qui sera remplacée par la directive 2014 sur la coopération administrative, dont le champ d'application s'étend au-delà de la fiscalité des revenus. Se concentrant sur la période de transition vers le nouveau cadre juridique, le rapport formule plusieurs recommandations afin d'assurer la sécurité juridique pour les citoyens. Il rappelle notamment l'importance du rôle de surveillance de la Commission européenne durant la transition. Considérant que ce rapport est équilibré, j'ai voté en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'abrogation de la directive sur la fiscalité de l'épargne. Cette procédure est en effet nécessaire afin de permettre la bonne mise en application de la directive sur la coopération administrative, plus complète que celle sur la fiscalité de l'épargne reçue sous la forme de paiements d'intérêts. Par ce vote, nous nous assurons de la cohérence de la législation européenne.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport, sur la proposition de résolution législative du Parlement européen, avait pour intention d'abroger une directive de 2003 sur la fiscalité de l'épargne.

En effet, celle-ci, faisant double emploi avec une directive de 2014 sur l'échange automatique d'informations, était donc superflue.

Opposée à l'inflation législative, particulièrement dynamique au sein de l'Union européenne, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – I am favour of the Scott Cato report's proposal to repeal the Savings Directive to ensure that only one applicable standard prevails on automatic exchange of financial account information within the EU. My party has also secured wording that the Commission will have no negotiating mandate with associated territories without the explicit consent of the relevant Member State. In short, I support this tax simplification in line with global standards.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – След успешни преговори докладът показва балансиран подход, който смятам, че е от жизненоважно значение за взаимно сътрудничество по въпроси като данъчното облагане. Наличието на един приложим стандарт за автоматичен обмен на информация във финансовата сфера в рамките на ЕС ще гарантира голяма ефективност и прозрачност.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Когато става въпрос за територии извън ЕС, приветствам компромиса, постигнат по отношение на обхвата на мандата за преговори на Комисията. По мое мнение, мандатът трябва да бъде предмет на изрично съгласие от държавите членки. Както и фискалната политика е въпрос на националното управление. Мандат на ЕС в тази сфера би засегнал суверенитета на държавите членки по този ключов въпрос.

Ето защо аз силно приветствам окончателния доклад, тъй като вярвам, че отразява балансиран подход.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Καταψήφισα την έκθεση, καθώς το προτεινόμενο κείμενο παρουσιάζει νομικά κενά.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – UKIP is in favour of repealing EU legislation but the rapporteur on this report has arbitrarily included amendments that not only call on the Commission to produce reports and further legislation, but also encourage it to negotiate tax treaties on behalf of Member States. Repeal of the Directive, as proposed, would reduce disclosure requirements and would thereby undermine tax transparency. For these reasons UKIP is against the proposals.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – Em 2003, foi adotada a Diretiva relativa à tributação da poupança como medida para garantir o pagamento de impostos sobre a poupança sob a forma de juros. Na sequência da avaliação de 2008, a Comissão propôs uma revisão com o objetivo de colmatar certas lacunas, a qual foi definitivamente adotada em 2014 e deve ser aplicada a partir de 1 de janeiro de 2016.

Entretanto, a Diretiva de 2011 relativa à cooperação administrativa foi revista, alinhada pela norma global da OCDE para a troca automática de informações sobre contas financeiras para efeitos fiscais e aprovada em 2014. Deverá ser igualmente aplicada a partir de 1 de janeiro de 2016.

A Comissão propôs, no âmbito do seu Pacote de Medidas sobre a Transparência Fiscal, de março de 2015, a revogação da Diretiva de 2003 relativa à tributação da poupança, para que os Estados-Membros não tenham de aplicar as disposições de ambas as diretivas e possam, assim, evitar as dificuldades causadas por sistemas duplos de recolha e comunicação de informações. Votei favoravelmente.

Jonás Fernández (S&D), por escrito. – La Directiva de fiscalidad de los rendimientos del ahorro de 2003 se diseñó para recabar información sobre los ahorros de los individuos no residentes. Entretanto, en 2011 se aprobó una Directiva de cooperación administrativa que abarcaba el intercambio automático de información fiscal, con carácter general, y que fue revisada en 2014 para adaptarla a los estándares globales de la OCDE. Esta Directiva entra en vigor el primero de enero de 2016.

El resultado es que existe un gran solapamiento entre las dos Directivas, por lo que, para evitar confusión y tener que cumplir con dos sistemas diferentes de información, no me he opuesto a la derogación.

No obstante, el ámbito de ambas Directivas no coincide en su integridad, por lo que, al derogar la Directiva de 2003 quedan fuera de la obligación de informar determinados tipos de depósitos de ahorro de bajo riesgo, así como cualquier «agente pagador» (corredor de bolsa, de seguros, etc.), ya que la Directiva de 2011 impone las obligaciones a las entidades financieras. Asimismo, esta Directiva, más ambiciosa en general, impone menores obligaciones de información sobre fundaciones y trusts. La Comisión debe tomar medidas para corregir estos resquicios, logrando así una cobertura adecuada de todas las cuentas financieras.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – A Diretiva n.º 2003/48/CE é relativa à tributação dos rendimentos de poupança sob a forma de juros gerados por créditos e foi implementada com o objetivo de garantir o pagamento de impostos sobre a poupança sob a forma de juros.

A referida diretiva será revogada para que os Estados-Membros não tenham de aplicar as disposições das diretivas de 2003 e de 2011 (relativas à tributação da poupança e à cooperação administrativa, respetivamente) e possam evitar as dificuldades causadas por sistemas duplos de recolha de comunicação de informações.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Este relatório propõe que a Comissão Europeia elabore um relatório sobre os resultados da revogação. Propõe igualmente que a Comissão Europeia apresente propostas legislativas de modo a garantir que as lacunas eventualmente existentes sejam colmatadas. Além disso, lamenta que não tenha sido feita nenhuma análise de custo-benefício específica de um sistema de dupla comunicação nem de um período de transição entre as duas normas. Nada a opor.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour because overall it reduces any potential loss of tax revenue for ordinary citizens.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – v roku 2003 bola prijatá smernica o zdaňovaní úspor v Európskej únii a nadobudla platnosť v roku 2005. Európska komisia v marci 2015 predstavila balík o daňovej transparentnosti a ako súčasť tohto balíka navrhla zrušenie smernice o daniach z úspor z roku 2003. Týmto opatrením chce Európska komisia odbremeniť členské štáty, aby nemuseli uplatňovať ustanovenia oboch smerníc a aby sa zabránilo dvojitému systému pri zbere informácií a údajov. Zrušenie smernice o zdaňovaní príjmov z úspor je možné v prípade, že Európska komisia bude v prípade potreby konať prostredníctvom legislatívnych návrhov, aby sa zabezpečilo znížovanie rizika straty daňových príjmov pre členské štáty v Európskej únii.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa relazione visto che siamo contrari ai meccanismi vigenti circa la tassazione sul risparmio e condividiamo le preoccupazioni del relatore che giustamente ritiene che sia utile mantenere in vigore una sola normativa di riferimento.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted in favour of the repeal of the Savings Directive. The Commission is right to align the EU's standards with the OECD's so as not to disadvantage Member States. This type of scrutiny of reports and acts is most welcome and can ensure that the EU is competitive in the wider world.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the proposal to repeal the EU Savings Tax Directive 2003/48/EC as we need to make sure that there is only one applicable standard for automatic exchange of information within the EU and to avoid any overlap between the Savings Directive and the Amending Directive on Administrative Cooperation that may result from their different approaches.

Whilst I support the repeal, I remain concerned about the potential for creation of loopholes if the separate bilateral agreements between the European Union and five European countries that are not Member States of the Union (Switzerland, Liechtenstein, San Marino, Monaco and Andorra) are not rapidly concluded. Therefore, I consider it important that the Commission report on the results of the repeal and on any potential loopholes that may arise, ensuring with all means that such loopholes are closed.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – La Directiva de fiscalidad de los rendimientos del ahorro de 2003 se diseñó para recabar información sobre los ahorros de los individuos no residentes. Entretanto, en 2011 se aprobó una Directiva de cooperación administrativa que abarcaba el intercambio automático de información fiscal, con carácter general, y que fue revisada en 2014 para adaptarla a los estándares globales de la OCDE. Esta Directiva entra en vigor el primero de enero de 2016.

El resultado es que existe un gran solapamiento entre las dos Directivas, por lo que, para evitar confusión y tener que cumplir con dos sistemas diferentes de información, no me he opuesto a la derogación.

No obstante, el ámbito de ambas Directivas no coincide en su integridad, por lo que, al derogar la Directiva de 2003 quedan fuera de la obligación de informar determinados tipos de depósitos de ahorro de bajo riesgo, así como cualquier «agente pagador» (corredor de bolsa, de seguros, etc.), ya que la Directiva de 2011 impone las obligaciones a las entidades financieras. Asimismo, esta Directiva, más ambiciosa en general, impone menores obligaciones de información sobre fundaciones y trusts. La Comisión debe tomar medidas para corregir estos resquicios, logrando así una cobertura adecuada de todas las cuentas financieras.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – La Directiva de fiscalidad de los rendimientos del ahorro de 2003 se diseñó para recabar información sobre los ahorros de los individuos no residentes. Entretanto, en 2011 se aprobó una Directiva de cooperación administrativa que abarcaba el intercambio automático de información fiscal, con carácter general, y que fue revisada en 2014 para adaptarla a los estándares globales de la OCDE. Esta Directiva entra en vigor el primero de enero de 2016.

Dienstag, 27. Oktober 2015

El resultado es que existe un gran solapamiento entre las dos Directivas, por lo que, para evitar confusión y tener que cumplir con dos sistemas diferentes de información, no me he opuesto a la derogación.

No obstante, el ámbito de ambas Directivas no coincide en su integridad, por lo que, al derogar la Directiva de 2003 quedan fuera de la obligación de informar determinados tipos de depósitos de ahorro de bajo riesgo, así como cualquier «agente pagador» (corredor de bolsa, de seguros, etc.), ya que la Directiva de 2011 impone las obligaciones a las entidades financieras. Asimismo, esta Directiva, más ambiciosa en general, impone menores obligaciones de información sobre fundaciones y trusts. La Comisión debe tomar medidas para corregir estos resquicios, logrando así una cobertura adecuada de todas las cuentas financieras.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für diesen so technischen wie wichtigen Bericht „Besteuerung von Zinserträgen: Aufhebung der Zinsbesteuerungsrichtlinie“ gestimmt, da ich den Ansatz unterstütze.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Besteuerung von Zinserträgen ist wichtig und muss auch zukünftig bestehen bleiben. Dennoch ist es wichtig, dass dies so effizient wie möglich gestaltet wird und gleichzeitig transparent für Außenstehende ist. Durch die heute beschlossene Aufhebung der Richtlinie aus dem Jahre 2003 soll verhindert werden, dass Staaten durch die Bestimmungen zweier verschiedener Richtlinien zur Besteuerung besonders belastet werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – When is a repeal not a repeal? When the EU is involved. I voted against, as it was supposedly to repeal a directive which has since been duplicated by another one specifically designed to implement OECD common reporting standards.

The rapporteur managed to put in a few calls for the Commission to negotiate tax agreements and make reports to the Parliament. More sovereignty down the EU drain.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of repealing the Savings Tax Directive because it has now been superseded by the Directive on Administrative Cooperation, and it makes no sense to burden businesses with having to report the same information twice. The new Directive on Administrative Cooperation should have a major impact in the fight against aggressive tax avoidance and tax evasion, and Labour MEPs will make sure that it is being implemented properly when it comes into force next year.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – La lucha contra el fraude y la evasión fiscal es una de las prioridades de C's en Europa, ya que las rentas no declaradas y no gravadas comportan una reducción significativa de los ingresos fiscales nacionales y son una muestra de insolidaridad e irresponsabilidad. Para garantizar que exista una sola norma aplicable al intercambio automático de información sobre los rendimientos del ahorro en forma de pago de intereses en la UE y evitar que se produzcan errores, conviene apoyar esta Directiva.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe, favorable a la derogación de la Directiva de 2003 sobre fiscalidad de los rendimientos del ahorro, dado que existe una Directiva más reciente sobre el mismo asunto. La ponente manifestó su preocupación por la posibilidad de que esta derogación abriese algún vacío legal, y por ello ha incluido varias enmiendas en ese sentido que hemos apoyado.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of repealing the Savings Tax Directive because it has now been superseded by the Directive on Administrative Cooperation and it makes no sense to burden businesses with having to report the same information twice. The new Directive on Administrative Cooperation should have a major impact in the fight against aggressive tax avoidance and tax evasion. Labour MEPs will make sure that it is being implemented properly when it comes into force next year and if any loopholes occur we will call on the Commission to take any and all action necessary to make sure they are closed.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Antanas Guoga (ALDE), in writing. – I voted for this report because the scope of financial products covered by the EU Savings Tax Directive and the Directive on Administrative Cooperation, while generally similar, is not exactly identical. Some products, mostly low-risk depository accounts promoted for savings purposes will not be reported anymore under the Directive on Administrative Cooperation. While there are low risks for tax evasion, I believe it is important for the Commission to continue monitoring that the repeal does not create loopholes.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), por escrito. – La Directiva de fiscalidad de los rendimientos del ahorro de 2003 se diseñó para recabar información sobre los ahorros de los individuos no residentes. Entretanto, en 2011 se aprobó una Directiva de cooperación administrativa que abarcaba el intercambio automático de información fiscal, con carácter general, y que fue revisada en 2014 para adaptarla a los estándares globales de la OCDE. Esta Directiva entra en vigor el primero de enero de 2016.

El resultado es que existe un gran solapamiento entre las dos Directivas, por lo que, para evitar confusión y tener que cumplir con dos sistemas diferentes de información, no me he opuesto a la derogación.

No obstante, el ámbito de ambas Directivas no coincide en su integridad, por lo que al derogar la Directiva de 2003 quedan fuera de la obligación de informar determinados tipos de depósitos de ahorro de bajo riesgo, así como cualquier «agente pagador» (corredor de bolsa, de seguros, etc.), ya que la Directiva de 2011 impone las obligaciones a las entidades financieras. Asimismo, esta Directiva, más ambiciosa en general, impone menores obligaciones de información sobre fundaciones y trusts. La Comisión debe tomar medidas para corregir estos resquicios, logrando así una cobertura adecuada de todas las cuentas financieras.

Brian Hayes (PPE), in writing. – I chose to support this report due to the concern regarding the potential to create loopholes and balancing this against the risk of burdensome double reporting. This report helps support the principle of fair taxation and helps tackle tax avoidance.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu direktive Vijeća o stavljanju izvan snage Direktive Vijeća 2003/48/EU, jer će se na taj način izbjeći dupli sistem prikupljanja podataka i izvješćivanja. Smatram da je potrebno pojednostaviti pravo Europske unije, približiti ga građanima te izbjeći prekomjerno administrativno opterećenje u vidu jamčenja jasnog i transparentnog zakonodavstva.

U tom kontekstu, borba protiv utaja poreza i pošteno oporezivanje od ključne su važnosti za europsku i globalnu razinu, te u skladu s tim zakonodavstvo u tom području mora biti što jasnije i učinkovitije. Važno je također naglasiti da se postojeći bilateralni sporazumi između EU-a i trećih zemlja nastavljaju bez obzira na stavljanje izvan snage navedene Direktive. Smatram da se pronašla odgovarajuća ravnoteža između potencijalnih „praznina” u zakonodavstvu i mogućeg preopterećenja duplog izvješćivanja, te stoga podržavam ovo izvješće.

Diane James (EFDD), in writing. – I voted against this report and its proposals. UKIP is in favour of repealing EU legislation but the rapporteur on this report has arbitrarily included amendments that not only call on the Commission to produce reports and further legislation, but also encourage it to negotiate tax treaties on behalf of Member States. Repeal of the Directive, as proposed, would reduce disclosure requirements and would thereby undermine tax transparency.

Philippe Juvin (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport, car il permet de supprimer la directive sur la fiscalité de l'épargne qui a été remplacée en 2014 par une directive plus complète. Dans un souci de simplification et de clarté, il était donc nécessaire d'éviter que deux normes ne s'appliquent parallèlement aux mêmes situations.

Εύα Καϊλή (S&D), γραπτώς. – Η εξέλιξη είναι σημαντική, ωστόσο απαιτείται ακόμη σημαντική δουλειά προκειμένου να επιτευχθεί εσωτερική εναρμόνιση στο ύψος φορολόγησης των εισοδημάτων που προκύπτουν από τους τόκους των καταθέσεων.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme diesem Bericht zu, da die Berichterstatterin in Hinblick auf die Abkommen mit der Schweiz und anderen Steueroasen durchaus korrekt argumentiert. Ihre Forderungen stehen außerdem in einer Linie mit REFIT, dem Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung in der EU. Dadurch kann in weiterer Folge ein klarer, stabiler und vorhersehbarer Rechtsrahmen entstehen, der Wachstum und Beschäftigung fördert.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the repeal. However, we call on the Commission to report on the results of the repeal, with reference to any potential loopholes that may arise.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho votato positivamente la proposta di direttiva del Consiglio che abroga la direttiva 2003/48/CE del Consiglio. L'abrogazione di quest'ultima norma scongiura il rischio per gli Stati membri di una doppia e onerosa comunicazione in materia fiscale e tributaria transnazionale. Nel 2003 è stata adottata la direttiva UE sulla tassazione dei redditi da risparmio quale misura per garantire il pagamento della relativa imposta. Nel frattempo, la direttiva del 2011, relativa alla cooperazione amministrativa, è stata rivista al fine di allinearla allo standard globale dell'OCSE per lo scambio automatico d'informazioni finanziarie a fini fiscali. Entrambe impongono obblighi informativi su analoghe materie. Si ritiene quindi opportuno abrogare la direttiva del 2003, in armonia con la decisione della Commissione, così come modificata e abrogata da questo Parlamento.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Catto concerne la proposition de directive du Conseil abrogeant la directive 2003/48/CE sur la fiscalité de l'épargne. Il s'agit donc d'un vote de clarification puisque la directive visant à être abrogée fait doublon avec la directive 2014/107/CE sur l'échange automatique d'informations. Bien que cette abrogation puisse entraîner certaines lacunes si des accords bilatéraux avec la Suisse, le Liechtenstein, Monaco, l'Andorre et Saint-Marin ne sont pas rapidement conclus, j'ai voté pour ce texte qui permettrait une meilleure transparence fiscale et donc une lutte accrue contre l'évasion fiscale, tout en restant vigilante sur son application.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte, car il abroge une directive de 2003 sur la fiscalité de l'épargne, laquelle faisait double emploi avec une directive de 2014 sur l'échange automatique d'informations.

Javi López (S&D), *por escrito*. – La Directiva de fiscalidad de los rendimientos del ahorro de 2003 se diseñó para recabar información sobre los ahorros de los individuos no residentes. Entretanto, en 2011 se aprobó una Directiva de cooperación administrativa que abarcaba el intercambio automático de información fiscal, con carácter general, y que fue revisada en 2014 para adaptarla a los estándares globales de la OCDE. Esta Directiva entra en vigor el primero de enero de 2016.

El resultado es que existe un gran solapamiento entre las dos Directivas, por lo que, para evitar confusión y tener que cumplir con dos sistemas diferentes de información, no me he opuesto a la derogación.

No obstante, el ámbito de ambas Directivas no coincide en su integridad, por lo que, al derogar la Directiva de 2003 quedan fuera de la obligación de informar determinados tipos de depósitos de ahorro de bajo riesgo, así como cualquier «agente pagador» (corredor de bolsa, de seguros, etc.), ya que la Directiva de 2011 impone las obligaciones a las entidades financieras. Asimismo, esta Directiva, más ambiciosa en general, impone menores obligaciones de información sobre fundaciones y trusts. La Comisión debe tomar medidas para corregir estos resquicios, logrando así una cobertura adecuada de todas las cuentas financieras.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone una derogación de la Directiva 2003/48/CE del Consejo orientada a tapar los posibles huecos que la presente legislación tiene en el ámbito de la imposición de las rentas generadas por ahorros. La Directiva actual deja en mano de acuerdos bilaterales nacionales la imposición de los ahorros localizados en cinco países europeos no pertenecientes a la Unión (Suiza, Liechtenstein, San Marino, Mónaco y Andorra), así como los territorios insulares y de ultramar con regímenes fiscales especiales. Esto ha generado numerosas situaciones de competencia fiscal en el ámbito de los ahorros, que es lo que esta derogación trata de corregir. Es por esto por lo que he decidido votar a favor.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Porezni sustavi moraju biti jednostavni, stabilni, sigurni, predvidljivi i moraju biti dijelom poticajnog okruženja za poduzetnike. Doprinos jednostavnijem sustavu je i stavljanje izvan snage Direktive Vijeća o oporezivanju dohotka od kamate na štednju.

Direktiva Vijeća o oporezivanju dohotka od kamate na štednju bila je temelj za uspostavu razmjene informacija o kamatama na štednju koju isplativatelji sa sjedištem u jednoj državi članici isplaćuju fizičkim osobama s prebivalištem u drugoj državi članici.

Novom direktivom o administrativnoj suradnji na području oporezivanja stvoren je zakonodavni okvir za primjenu OECD-ovih globalnih standarda na području automatske razmjene podataka po pitanju oporezivanja, ona ima veći obuhvat od Direktive o oporezivanju dohotka od kamata na štednju te uvodi drugačije standarde izvještavanja.

Zbog jednostavnosti sustava i izbjegavanja dvostrukih standarda izvještavanja podržala sam stavljanje izvan snage Direktive o oporezivanju dohotka od kamata na štednju.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – pri predkladaní návrhov na zrušenie predpisov musia Rada a Komisia dôkladne zvážiť konkrétne dopady v praxi, zvlášť ak hrozí riziko strát daňových príjmov pre členské štáty Únie.

Preto podporujem návrh spravodajkyne, aby Komisia podala správu o dôsledkoch zrušenia smernice o zdaňovaní príjmu z úspor v súvislosti s preklenovacím obdobím do roku 2017, keď nadobudne účinnosť medzinárodná výmena informácií, a aby prostredníctvom legislatívnych návrhov Komisia zabezpečila vylúčenie prípadných strát.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκδοσης σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Συμβουλίου που αφορά την κατάργηση της οδηγίας 2003/48/EK του Συμβουλίου για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 26/10/2015 καθώς και διότι η φοροδιαφυγή και η φοροαποφυγή αποτελούν τη σύγχρονη μάστιγα των οικονομιών της ευρωζώνης. Πρωταθλητές έχουν αναδειχθεί οι πολυεθνικές επιχειρήσεις, που μέσα από το σύστημα των ενδοομιλικών συναλλαγών αποφεύγουν την καταβολή φόρων πολλών δις. ευρώ. Σύμμαχοί τους οι διάφοροι φορολογικοί παράδεισοι και ορισμένα κράτη μέλη της ευρωζώνης, που επιδίδονται σε φορολογικό ντάμπινγκ και σε αθέμιτες πρακτικές, δίνοντας έτσι ζωτικό χώρο στις πολυεθνικές να μην καταβάλλουν φόρους πολλών δις. ευρώ σε χώρες όπως η Ελλάδα. Το Λουξεμβούργο με τα γνωστά «Lux Leaks» αλλά και η Ολλανδία δίνουν κάλυψη σε γερμανικές και άλλες πολυεθνικές προκειμένου να φοροαποφύγουν. Και όλα αυτά τη στιγμή που ο κ. Dijsselbloem κουνάει το δάκτυλο στην Ελλάδα και απαιτεί νέο φορομπηχτικό ρεσάλτο στις τσέπες του φτωχοποιημένου ελληνικού λαού. Επιπλέον, η τρόικα στην Ελλάδα σφυρίζει αδιάφορα και συγκαλύπτει όλες τις ελληνικές κυβερνήσεις που αρνούνται να αξιοποιήσουν τη λίστα Λαγκάρντ και να φορολογήσουν τους έλληνες ολιγάρχες που έχουν παράνομες καταθέσεις στην Ελβετία.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour l'abrogation de cette directive. Cette directive sur la fiscalité de l'épargne (2003/48/CE) est devenue redondante depuis la mise en place d'une autre directive, la 2014/107. Cette directive met en place l'échange automatique d'informations sur les revenus de l'épargne entre les pays de l'Union européenne. Pour éviter le doublement des compétences, nous reconnaissons la nécessité d'abroger l'ancienne directive.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole circa la relazione sui redditi da risparmio sotto forma di pagamenti di interessi: abrogazione della direttiva sulla tassazione dei redditi da risparmio.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Scopo del regolamento è quello di rispondere alla necessità di accrescere la trasparenza delle operazioni di finanziamento tramite titoli, concluse da tutti i partecipanti al mercato, assicurando pari condizioni di concorrenza. Al fine di garantire l'efficace attuazione della segnalazione delle operazioni di finanziamento tramite titoli, il regolamento fissa norme più rigorose in materia di informativa per le controparti, considerando che l'evasione fiscale e la necessità di equa tassazione sono temi di notevole importanza sia a livello nazionale che europeo.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this report but wish to emphasise that the fight against tax avoidance, and the need for fair taxation, must remain high on the political agenda.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Accolgo con voto favorevole l'abrogazione della direttiva dell'UE sulla tassazione dei redditi da risparmio del 2003. La direttiva del 2003 sull'imposta dei redditi da risparmio prevede la comunicazione di dati su crediti ed interessi maturati, mentre la direttiva relativa alla cooperazione amministrativa si applica a una gamma di prodotti più vasta. La proposta di abrogazione è nata dalla necessità di evitare un disagio per gli Stati membri nell'applicazione delle disposizioni di due direttive e la conseguente difficoltà posta dai duplici sistemi di raccolta e comunicazione dati.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Au titre de la nouvelle directive sur l'échange d'informations — celle qui sera étendue aux rescrits fiscaux par le rapport Ferber voté cette même session -, les informations concernant les revenus de l'épargne, et plus généralement l'ensemble des comptes financiers «déclarables» fiscalement seront désormais automatiquement échangées. Il y a donc redondance avec la directive Épargne de 2003 qui prévoyait exactement la même chose. Son abrogation évitera une double communication de ces informations entre les États membres.

La rapporteure s'est assurée qu'il n'y aurait pas d'angle mort, c'est à dire que toutes les informations qui étaient échangées au titre de la directive Épargne le seraient toujours sous le nouveau cadre. J'ai voté en faveur de ce rapport, qui obéit à la logique la plus élémentaire et qui a recueilli un large consensus.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Berichterstatteerin hat Punkte aufgezeigt, welche bei der Aufhebung der Richtlinie zu beachten sind. Vor allem die geforderte Berichterstattungspflicht der Kommission gegenüber dem Parlament – sollte es durch die Aufhebung zu Schlupflöchern kommen – ist zu begrüßen. Daher habe ich diesen Bericht unterstützt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – En 2003, la directive sur la fiscalité de l'épargne a été adoptée afin de veiller à ce que les taxes sur les intérêts de l'épargne soient payées. Sa version révisée en 2008 et adopté en 2014 s'appliquera à partir du 1^{er} janvier 2016. Entre-temps, la directive de 2011 relative à la coopération administrative a été révisée afin d'être alignée sur la norme mondiale de l'OCDE concernant l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers et a été adoptée en 2014. Elle s'appliquera également à partir du 1^{er} janvier 2016. La commission propose d'abroger la directive sur la fiscalité de l'épargne de 2003, de façon à ce que les États membres n'aient pas à appliquer les dispositions des deux directives, en évitant ainsi les doublons de communication des données. Le rapport valide cette proposition tout en veillant à ce que les accords bilatéraux d'échanges de données mis en place avec les pays tiers (Confédération suisse, la Principauté de Liechtenstein, la République de Saint-Marin, la Principauté de Monaco et la Principauté d'Andorre), dans le cadre de la directive de 2003, soient reconduits. Je vote Pour. Espérons qu'il n'y aura pas de coup fourré dans cet étrange souci de simplification.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório sobre a proposta de diretiva do Conselho que revoga a Diretiva n.º 2003/48/CE do Conselho. Assente em princípios de certeza e segurança jurídicas, é fundamental que os Estados-Membros não tenham que aplicar as disposições de ambas as diretivas, evitando as dificuldades causadas pela aplicação de sistemas duplos.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – This resolution seeks to repeal the Council Directive on taxing savings income, as the Amending Directive on Administrative Cooperation is due to come into effect in 2016. Therefore I chose to support the repeal of the Savings Directive to avoid any loopholes and double reporting that may arise if both directives are in effect.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I gave my consent to the repeal of the 2003 EU Savings Tax Directive (EUSTD1), but on the condition that the Commission will report on the results of the repeal, with reference to any potential loopholes that may arise. The Commission needs to act, if necessary by means of legislative proposals, in order to ensure that such loopholes are closed.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az adózás terén történő közigazgatási együttműködésről szóló, 2011/16/EU tanácsi irányelvet a Tanács a számlainformációk automatikus adóügyi cseréjére vonatkozó globális OECD-standardhoz való igazodás érdekében a 2014/107/EU tanácsi irányelvvel módosította, kiterjesztve az információk automatikus cseréjét a jövedelmek teljes skálájára. Ugyanakkor a megtakarítások adóztatásáról szóló 2003/48/EK tanácsi irányelv 2008-as értékelése nyomán a Bizottság ezen irányelv felülvizsgálatára tett javaslatot, amit a Tanács végül 2014-ben fogadott el. Ha mármost a tagállamok mindkét irányelv rendelkezéseit alkalmazzák, akkor ugyanazon adatokra vonatkozóan kettős adatgyűjtési és -szolgáltatási rendszert kell működtetniük. A Bizottság ennek elkerülésére javaslatot tett a Tanácsnak a 2003/48/EK tanácsi irányelv hatályon kívül helyezésére. Az Európai Unió működéséről szóló szerződés értelmében a Tanácsnak a döntés előtt konzultálnia kell az Európai Parlamenttel. A Parlament Gazdasági és Monetáris Bizottsága jelentésében a javaslatot – módosításokkal – jóváhagyásra ajánlotta a Parlamentnek. Az előterjesztést ennek megfelelően támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici d'abroger la directive 2003/48/CE dans la mesure où elle fait désormais double emploi avec la directive 2014/107/UE. La première instaurait l'imposition des versements d'intérêts transfrontaliers par des agents payeurs européens, la seconde marque l'adoption de l'échange automatique d'informations sur les revenus de l'épargne entre les pays de l'Union, selon le standard OCDE.

Afin d'éviter que deux normes distinctes ne coexistent, il est nécessaire de supprimer la première. Si l'on soutiendra cette abrogation plutôt technique, il est nécessaire que les accords bilatéraux séparés avec les pays non membres de l'Union européenne (Liechtenstein, Saint-Marin, Monaco et Andorre) soient conclus rapidement pour ne pas créer une concurrence déloyale. Il en va de même des 12 territoires d'outre-mer de l'Union européenne (les Îles Anglo-Normandes, l'Île de Man et les territoires dépendants ou associés des Caraïbes).

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O acordo assinado entre a União Europeia e a Suíça, a 27 de maio de 2015, relativo à troca automática de informações de contas financeiras, destinado a melhorar a cooperação fiscal e o cumprimento das obrigações fiscais internacionais, representa um progresso relevante no combate à fraude e à evasão fiscais.

Este acordo estabelece que a União Europeia e a Suíça procederão à troca automática de informações sobre as contas financeiras dos residentes da outra parte, a partir de 2018.

Subscrevo a posição do relator no que respeita às propostas de alteração, nomeadamente na divulgação obrigatória do nome completo e do número de identificação; a periodicidade da troca automática de informações deverá ser alterada; acabar com a obrigação de pedir autorização para utilizarem as informações trocadas com um terceira jurisdição; no pagamento de dividendos, juros e *royalties* entre empresas e nas alterações e cessação do acordo.

Considero importante o cumprimento dos prazos estipulados para a entrada em vigor do acordo a 1 de janeiro de 2017.

Por defender uma maior transparência e partilha da informação fiscal, com o objetivo de reduzirmos a sua fraude e evasão, o presente relatório merece o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Catto concerne la proposition de directive du Conseil abrogeant la directive 2003/48/CE sur la fiscalité de l'épargne. Il s'agit donc d'un vote de clarification, puisque la directive visant à être abrogée fait doublon avec la directive 2014/107/CE sur l'échange automatique d'informations. Bien que cette abrogation puisse entraîner certaines lacunes si des accords bilatéraux avec la Suisse, le Liechtenstein, Monaco, l'Andorre et Saint-Marin ne sont pas rapidement conclus, j'ai voté pour ce texte qui permettrait une meilleure transparence fiscale et donc une lutte accrue contre l'évasion fiscale, tout en restant vigilante sur son application.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui approuve la proposition de la Commission d'abroger la directive de 2003 sur la fiscalité de l'épargne. Cette directive s'appliquait depuis 2005 aux États membres qui ont conclu des accords séparés avec douze territoires d'outre-mer (Anguilla, Bermudes, Îles Vierges britanniques, Îles Caïmans, Îles Falkland, Gibraltar, Montserrat, Îles Pitcairn, Sainte-Hélène, Îles Turks-et-Caïcos) et visait à ce que les taxes sur les intérêts de l'épargne réalisée dans ces territoires soient payées. En 2008, cette directive a été révisée afin de combler certaines lacunes. La nouvelle directive, qui couvre un champ plus large de produits, a été adoptée en 2014 et s'appliquera à partir du 1^{er} janvier 2016. Dans le cadre de son paquet «Transparence fiscale» de mars 2015, la Commission a proposé d'abroger la directive sur la fiscalité de l'épargne de 2003, de façon à ce que les États membres n'aient pas à appliquer les dispositions des deux directives. Il s'agit d'éviter une situation de double communication des données qui entraîne une charge superflue pour les États membres.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – La lotta contro l'evasione fiscale e la necessità di un'equa tassazione sono fonte di grande preoccupazione, a livello sia europeo che mondiale. Sebbene si registrino importanti progressi sul piano internazionale, resta tuttavia importante procedere con grande cautela in caso di abrogazione di una direttiva in vigore che viene ormai rispettata da diversi anni.

È vero che è quanto mai opportuno evitare duplicazioni normative, oneri superflui a carico degli Stati membri o il rallentamento dell'entrata in vigore dei sistemi previsti ai sensi della direttiva relativa alla cooperazione amministrativa. Tuttavia non possiamo non nutrire una serie di forti preoccupazioni in merito all'abrogazione della direttiva del 2003 sulla tassazione dei redditi da risparmio, in quanto i prodotti finanziari oggetto della stessa non sono identici a quelli coperti dalla direttiva relativa alla cooperazione amministrativa.

Accogliamo pertanto con favore questa relazione, chiedendo però alla Commissione di continuare a monitorare il processo di abrogazione affinché non emergano possibili ulteriori lacune, e di riferire al Parlamento una volta che tutti gli Stati membri avranno redatto l'elenco dei conti nazionali a basso rischio. Esortiamo quindi la Commissione ad intervenire, se necessario, con delle appropriate proposte legislative al fine di garantire che tali lacune siano subito colmate.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In 2003 the EU Savings Tax Directive was adopted as a measure to ensure that tax is paid on the interest of savings, and the provisions became applicable in 2005. In the meantime the 2011 Directive on Administrative Cooperation was revised to align it with the OECD's global standard on automatic exchange of financial account information in tax matters and was adopted in 2014. I voted for this report that will repeal the 2003 Savings Tax Directive so that Member States do not have to apply the provisions in both directives, avoiding the inconvenience of double systems of collecting and reporting of data.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – The Directive on Administrative Cooperation that has been proposed by the Commission seeks to update and simplify the taxation procedures that were applied according to the 2003 Savings Directive, a necessary process that has my support. Part of this simplification involves fully repealing the prior legislation, as the contents have been renegotiated. If it is not repealed, there will be a period of double legislation. The Commission should always seek to avoid such unnecessary and repetitive legislation, but in doing so there is a possibility of taxation loopholes opening up for this short period. This report proposes amendments that would ensure that the Commission is closely monitoring the situation and reporting, under deadline, to the Parliament and Council on their findings. Ultimately, I am in favour of legislation that seeks to limit burdensome bureaucracy, and this report does that while also respecting the important democratic role that the Parliament plays in legislative decisions.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report. This report was concerned with the EU Savings Tax Directive which was adopted as a measure to ensure that tax is paid on the interest of savings, and the provisions became applicable in 2005. The Directive applied among EU countries and in separate agreements between EU countries and 12 overseas territories. In parallel, the Commission, on behalf of the European Union, negotiated similar bilateral agreements with five non-EU European countries.

Dienstag, 27. Oktober 2015

As part of its March 2015 Tax Transparency Package, the Commission proposed to repeal the 2003 Savings Tax Directive, so that Member States do not have to apply the provisions in both directives, avoiding the inconvenience of double systems of collecting and reporting of data.

It was decided that this should be fast-tracked under what is referred to as the fast-track procedure according to Rule 50 of the Rules of Procedure i.e. no vote in committee unless more than 10 percent of members object.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen. Die Aufhebung der Zinsbesteuerungsrichtlinie sehe ich dabei in einer Linie im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Maksustamise vältimise vastane võitlus ja vajadus õiglase maksustamise järele on oluline ning peab toimuma selgete reeglite järgi ning mitte põhjustama liigset koormust. Direktiivi kehtetuks tunnistamisega püütakse vältida olukorda, kus liikmesriigid on kohustatud kaks korda aru andma. Oluline on, et ülemineku perioodil siiski ei tekiks seaduselinki.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui.

Labai svarbu, kad būtų pašalintos visos esamos teisinės spragos ir užkirstas kelias mokesčių vengimui ar slėpimui. Be to, ES turi būti taikomas tik vienas standartas automatiniam keitimuisi informacija. Negalima lygiagrečiai taikyti dviejų standartų. Efektyviai funkcionuojanti bendra sistema padės išvengti informacijos teikimo sistemų dubliavimo. Atsižvelgiant į tai, manau, jog yra tikslinga panaikinti Taupymo pajamų apmokestinimo direktyvą. Tokiu būdu būtų tinkamai įgyvendinti geresnio reglamentavimo, taip pat aiškumo bei teisinio tikrumo principai. Be to, naujasis teisinis reguliavimas sumažins galimą papildomą riziką ir užtikrins efektyvias apsaugos priemones bei sumažins administracinę naštą.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of repealing EU legislation but the rapporteur on this report has arbitrarily included amendments that not only call on the Commission to produce reports and further legislation, but also encourage it to negotiate tax treaties on behalf of Member States. Repeal of the Directive, as proposed, would reduce disclosure requirements and would thereby undermine tax transparency. For these reasons UKIP is against the proposals.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ribadisco la convinzione in base alla quale ritengo che l'Unione debba impegnarsi sempre più a fondo nella lotta all'evasione e alla frode fiscale, ed unisco le mie preoccupazioni a quelle del relatore circa le possibili lacune normative che tale abrogazione potrebbe comportare. Appoggio inoltre le tre modifiche proposte al fine di ovviare a tali vuoti normativi.

Per questi motivi ho deciso di esprimermi favorevolmente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Direktiva 2003/48/EU o oporezivanju dohotka od kamata na štednju bila je usmjerena na borbu protiv prekogranične porezne utaje stvaranjem sustava za razmjenu informacija koji je namijenjen poreznim vlastima kako bi im se pomoglo u identificiranju stvarnih korisnika kamata na štednju koje primaju u državi različitoj od države u kojoj su rezidenti.

Izvrješćem o prijedlogu direktive Vijeća o stavljanju izvan snage te Direktive, a koje sam podržala, omogućuje se prijelaz s primjene stare na punu primjenu nove Direktive 2014/107/EU koja dopunjuje Direktivu 2011/16/EU o administrativnoj suradnji u području oporezivanja. U prijelaznom razdoblju nužno je voditi brigu kako ne bi došlo do pravnih praznina u primjeni ovih akata, pogotovo ako bilateralni ugovori sa Švicarskom, Lihtenštajnom, San Marinom, Monakom i Andorom ne budu na vrijeme potpisani.

Upravo zbog toga podržala sam i preporuku da Komisija do srpnja 2016. podnese izvješće o provedbi tranzicije primjene ovih akata te da do listopada 2017. podnese dodatno izvješće s prijedlogom odgovarajućih pravnih akata, ako to bude neophodno.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la proposition de directive du Conseil abrogeant la directive 2003/48/CE sur la fiscalité de l'épargne. Il s'agit d'un vote de clarification puisque la directive qui doit être abrogée fait doublon avec la directive 2014/107/CE sur l'échange automatique d'informations. Bien que cette abrogation puisse entraîner certaines lacunes si des accords bilatéraux avec la Suisse, le Liechtenstein, Monaco, l'Andorre et Saint-Marin ne sont pas rapidement conclus, j'ai voté pour ce texte qui permettrait une meilleure transparence fiscale et donc une lutte accrue contre l'évasion fiscale. Je resterai néanmoins vigilant sur son application.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Budući da se trenutno pregovara s pet europskih država nečlanica o usvajanju OECD-ovih globalnih standarda za automatsku razmjenu informacija u području oporezivanja, javila se potreba opozivanja Direktive o poreznoj uštedi iz 2003. koja time postaje suvišna. Premda bi se stavljanjem dotične Direktive izvan snage potencijalno izbjegao teret dvostrukog izvještavanja, potrebno je tu odluku uzeti sa zadržkom zbog mogućnosti otvaranja dodatnih rupa ili nedostataka pri izvješćivanju koji bi mogli dovesti do prekogranične porezne prijevare i utaje poreza.

Komisija bi u okviru svoje stručnosti trebala preuzeti vođenje pregovora i s 12 pridruženih teritorija u svrhu olakšavanja i promicanja revizije sporazuma država članica. Pravedno oporezivanje te borba protiv izbjegavanja plaćanja poreza ostaje veliki problem na globalnoj razini, te je stoga potrebno postupiti oprezno u opozivanju direktive koja je na snazi bila nekoliko godina. Države članice bi morale utvrditi svoje popise nacionalnih niskorizičnih računa, o čemu bi Komisija trebala obavijestiti Parlament.

Postoji i bojazan zbog mogućnosti otvaranja jednogodišnjeg tranzicijskog perioda do stupanja automatske razmjene informacija na snagu, tijekom kojega razmjena informacija između država članica i trećih država ne bi tekla normalno. Iako pružamo suglasnost za stavljanje stare Direktive izvan snage, treba apelirati na Komisiju da podrobnije prouči rizike u izvještavanju.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Porezna Direktiva je usvojena 2003. godine kako bi se osiguralo da se porez plaća na kamate štednje, a njezine odredbe su postale primjenjive u 2005. Direktiva se primjenjuje između zemalja EU-a te dvanaest prekomorskih teritorija (Anguilla, Aruba, Britanski Djevičanski Otoci, Kajmanski Otoci, Curacao, Guernsey, Otok Man, Jersey, Monserrat, St Martin, Otoci Turks i Caicos).

Paralelno s tim, Europska komisija, u ime Europske unije, pregovara slične bilateralne sporazume s pet europskih zemalja koje nisu članice EU-a - Švicarska, Andora, Lihtenštajn, Monako i San Marino. Najveći napredak je ostvaren sa Švicarskom i Komisija se nada da će postići dogovor s ostale četiri zemlje u mjesecima koji dolaze. Borba protiv izbjegavanja poreza i potreba za sigurnim oporezivanjem je od velike važnosti i na europskoj i na globalnoj razini. Na temelju zabrinutosti oko mogućeg stvaranja rupa i balansiranja od rizika dvostrukog izvješćivanja, potrebno je procijeniti potencijalne štete.

Izvršitelj poziva Komisiju da djeluje ako je potrebno pomoću zakonskih prijedloga kako bi se osiguralo zatvaranje potencijalnih rupa. Upravo će amandmani osigurati da Parlament odigra svoju ulogu u smanjenju potencijalnog gubitka poreznih prihoda u zemljama članicama diljem Unije. Zbog svega navedenog, podržavam izvjestiteljicu Molly Scott Cato.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – Nel 2003 il Consiglio ha adottato una direttiva sulla tassazione dei redditi da risparmio percepiti sotto forma di pagamenti di interessi. A seguito del primo riesame della direttiva sul risparmio, avvenuto nel novembre 2008, la Commissione ha proposto una serie di modifiche intese a colmare le lacune esistenti e a prevenire più efficacemente l'evasione fiscale. Nel frattempo, la direttiva del 2011, relativa alla cooperazione amministrativa, è stata rivista, al fine di allinearla allo standard globale previsto dall'OCSE (Organizzazione per la cooperazione e lo sviluppo economico) in materia di scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali, ed è stata adottata nel 2014. Nel quadro del pacchetto sulla trasparenza fiscale del marzo 2015, la Commissione ha quindi proposto di abrogare la direttiva del 2003.

Voto a favore di questa relazione perché garantisce che allo scambio automatico d'informazioni all'interno dell'UE si applichi un unico standard, evitando in questo modo possibili errori dovuti all'applicazione di duplici sistemi di raccolta e comunicazione dei dati.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – Suite à l'engagement de l'Union et des États membres envers le plan d'action sur l'érosion de la base d'imposition et de transfert de bénéfices au sein de l'OCDE et du G20, l'Union a décidé de mettre à jour les textes juridiques européens. Dans ce contexte, le Parlement a approuvé l'abrogation de la directive sur la fiscalité de l'épargne. En revanche, cette mesure ne pourra être efficace que si les États membres redoublent de vigilance dans l'application des textes et des mesures.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – Votei a favor por considerar que as alterações propostas garantirão ao Parlamento um papel na redução das eventuais perdas de receitas fiscais para os Estados-Membros em toda a União.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of repealing EU legislation but the rapporteur on this report has arbitrarily included amendments that not only call on the Commission to produce reports and further legislation, but also encourage it to negotiate tax treaties on behalf of Member States. Repeal of the Directive, as proposed, would reduce disclosure requirements and would thereby undermine tax transparency. For these reasons UKIP is against the proposals.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La Directiva de fiscalidad de los rendimientos del ahorro de 2003 se diseñó para recabar información sobre los ahorros de los individuos no residentes. Entretanto, en 2011 se aprobó una Directiva de cooperación administrativa que abarcaba el intercambio automático de información fiscal, con carácter general, y que fue revisada en 2014 para adaptarla a los estándares globales de la OCDE. Esta Directiva entra en vigor el primero de enero de 2016.

El resultado es que existe un gran solapamiento entre las dos Directivas, por lo que, para evitar confusión y tener que cumplir con dos sistemas diferentes de información, no me he opuesto a la derogación.

No obstante, el ámbito de ambas Directivas no coincide en su integridad, por lo que, al derogar la Directiva de 2003 quedan fuera de la obligación de informar determinados tipos de depósitos de ahorro de bajo riesgo, así como cualquier «agente pagador» (corredor de bolsa, de seguros, etc.), ya que la Directiva de 2011 impone las obligaciones a las entidades financieras. Asimismo, esta Directiva, más ambiciosa en general, impone menores obligaciones de información sobre fundaciones y trusts. La Comisión debe tomar medidas para corregir estos resquicios, logrando así una cobertura adecuada de todas las cuentas financieras.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur l'abrogation de la directive Fiscalité de l'épargne. Cette directive se devait en effet d'être abrogée, étant donné que les dispositions sur l'échange d'informations ont été élargies dans le cadre de la refonte de la directive sur la coopération administrative, adoptée il y a quelques mois après l'accord au Conseil sur la fiscalité de l'épargne.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A fim de evitar distorções nos movimentos de capitais e permitir uma tributação efetiva dos pagamentos de juros efetuados por agentes pagadores, estabelecidos no território de um Estado-Membro (EM) a pessoas singulares residentes noutro EM, o Conselho adotou em 2003 uma Diretiva relativa à tributação da poupança, sob a forma de juros. Sublinhe-se que esta legislação se aplica a diversos acordos bilaterais distintos entre os EM da UE e territórios ultramarinos, bem como entre a UE e cinco países terceiros.

Com este regime, facilitou-se a tributação deste tipo de pagamento de juros, através do pedido de troca automática de informações.

Com a entrada em vigor da Diretiva n.º 2014/107/UE do Conselho, que vem alterar a Diretiva relativa à cooperação administrativa, como forma de proporcionar aos Estados-Membros uma base jurídica a nível europeu em matéria de troca automática de informações, que abarcam todos os tipos de produtos financeiros, foram introduzidas disposições que prevalecem sobre as da Diretiva relativa à tributação da poupança.

Nesse sentido, tendo o Parlamento sido chamado a emitir o seu parecer e corroborando a proposta da Comissão que constata estarmos perante um caso de sobreposição de duas diretivas, votei favoravelmente esta proposta que corrobora a revogação da Diretiva n.º 2003/48/CE.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui porte sur la proposition de directive du Conseil abrogeant la directive du Conseil 2003/48/CE sur la fiscalité de l'épargne.

Néanmoins, même si je soutiens cette abrogation, des accords bilatéraux séparés avec certains pays doivent être conclus rapidement.

Il est donc important que la Commission veille à ce que l'abrogation de la directive ne crée pas de lacune et qu'en ce sens, des rapports de suivi soient publiés.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della proposta della Commissione di abrogare la direttiva sulla tassazione dei redditi da risparmio al fine di evitare incertezze di applicazione delle disposizioni vigenti in materia fiscale da parte degli Stati membri. Infatti, dal 1° gennaio 2016 entrerà in vigore la direttiva del 2011 relativa alla cooperazione amministrativa, riadattata alle esigenze dei criteri globali dell'OCSE inerenti lo scambio automatico di informazioni finanziarie ai fini fiscali.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto condivido gli obiettivi del testo in un'ottica di semplificazione normativa.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe, favorable a la derogación de la Directiva de 2003 sobre fiscalidad de los rendimientos del ahorro, dado que existe una Directiva más reciente sobre el mismo asunto. La ponente manifestó su preocupación por la posibilidad de que esta derogación abriese algún vacío legal, y por ello ha incluido varias enmiendas en ese sentido que hemos apoyado.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone una derogación de la Directiva 2003/48/CE del Consejo orientada a tapar los posibles huecos que la presente legislación tiene en el ámbito de la imposición de las rentas generadas por ahorros. La Directiva actual deja en mano de acuerdos bilaterales nacionales la imposición de los ahorros localizados en cinco países europeos no pertenecientes a la Unión (Suiza, Liechtenstein, San Marino, Mónaco y Andorra), así como los territorios insulares y de ultramar con regímenes fiscales especiales. Esto ha generado numerosas situaciones de competencia fiscal en el ámbito de los ahorros, que es lo que esta derogación trata de corregir. Es por esto por lo que he decidido votar a favor.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report, as although I do wish to see obsolete acts repealed, I do not think this report will achieve what it hopes to do. It had various amendments in the report added by the rapporteur under committee rule 50 that calls on the Commission to do various things and I do not support the Commission bringing in new legislation.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted in favour of repealing the Savings Tax Directive because the Directive on Administrative Cooperation renders it redundant, and it doesn't make sense to have businesses report on the same information twice. The new Directive on Administrative Cooperation should have a great impact in the fight against tax avoidance/evasion, and I want to make sure that it is being implemented properly when it comes into force next year, and this vote will assist in that.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – boj proti daňovým únikom a potreba spravodlivého zdaňovania je významnou otázkou na európskej, ale aj celosvetovej úrovni. Ešte v roku 2003 bola prijatá smernica o zdaňovaní úspor v EÚ ako opatrenie na zabezpečenie toho, aby sa platila daň z úrokov z úspor. Smernica sa uplatňovala v štátoch EÚ a v samostatných dohodách medzi štátmi EÚ a dvanástimi zámorskými územiami. Súbežne sa dosiahli aj bilaterálne zmluvy s piatimi európskymi krajinami mimo EÚ. Medzičasom bola zrevidovaná smernica o administratívnej spolupráci z roku 2011 s cieľom zladíť ju s globálnym štandardom OECD na automatickú výmenu informácií o finančných účtoch v daňových veciach, ktorá sa bude uplatňovať od 1. januára 2016. Komisia, ako súčasť balíka o daňovej transparentnosti z marca 2015, navrhuje zrušiť smernicu o daniach z úspor, aby členské štáty nemuseli uplatňovať ustanovenia oboch smerníc, aby sa zabránilo zložitosti dvojitych systémov zberu a prenosu údajov. Keďže smernica o administratívnej spolupráci má oveľa širší rozsah pôsobnosti, podporujem zrušenie smernice o zdaňovaní príjmu z úspor.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Podporujem návrhy, ktoré majú za cieľ zabezpečiť spravodlivé zdaňovanie, keďže je to významná otázka na európskej, ako aj na celosvetovej úrovni. Taktiež upozorňujem na to, že je potrebné pokračovať v boji proti daňovým podvodom a daňovým únikom.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of repealing the Savings Tax Directive because it has now been superseded by the Directive on Administrative Cooperation, and it serves no purpose to burden businesses with having to report the same information twice. The new Directive on Administrative Cooperation should have a major impact in the fight against aggressive tax avoidance and tax evasion, and Labour MEPs will make sure that it is being implemented properly when it comes into force next year.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Vijeće je 2003. donijelo Direktivu o oporezivanju dohotka od kamate na štednju (Direktiva o štednji). Ta je Direktiva imala dvije glavne svrhe: izbjegavanje poremećaja u kretanju kapitala i omogućavanje uspješnog oporezivanja dohotka od kamate koji isplativeli osnovani u jednoj državi članici isplaćuju fizičkim osobama koje su rezidenti u drugoj državi članici.

Direktivom o štednji olakšava se oporezivanje te vrste dohotka od kamate u skladu sa zakonima države članice u kojoj ima prebivalište fizička osoba koja prima dohodak od kamate, jer se zahtijeva automatska razmjena informacija o dohotku od kamate koji se isplaćuje tim fizičkim osobama. Podržavam prijedlog za stavljanje izvan snage Direktive Vijeća 2003/48/EZ o oporezivanju dohotka od kamate na štednju, jer smatram da se time osigurava postojanje samo jednog primjenjivog standarda za automatsku razmjenu informacija u EU-u, te se mogu izbjeći situacije u kojima se istovremeno primjenjuju dva standarda.

Također, kako bi se izbjegle praznine u izvještavanju, stavljanje Direktive o štednji izvan snage mora se vremenski uskladiti s primjenom Direktive o izmjeni Direktive o administrativnoj suradnji.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o obdavčenju dohodka od prihrankov v obliki plačil obresti: razveljavitev direktive o prihrankih. Z razveljavitvijo direktive o davkih na prihranke iz leta 2003 bomo državam članicam poenostavili zbiranje informacij ter poročanje o njih. Z novo direktivo bomo razširili področje uporabe. Vsi se strinjamo ter si prizadevamo za okrepitev boja proti davčnim goljufijam ter za pošteno obdavčenje, zato se strinjam s pomislekom poročevalke, da je potrebno biti pri tem zelo previden.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφπώς*. – Το προτεινόμενο κείμενο παρουσιάζει νομικά κενά.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását, mely hozzájárul ahhoz, hogy a tagállamok elkerüljék a kettős adatgyűjtési és -szolgáltatási rendszerek okozta további adminisztrációs terheket.

Döntésemben szerepet játszott az a tény is, hogy a Bizottság javaslatát, miszerint a megtakarítások adóztatásáról szóló 2003. évi irányelvet hatályon kívül kell helyezni, parlamenti képviselőcsoportok, a DG TAXUD adószakértők, illetve független szakértők szóbeli véleményére alapozta.

Ugyanakkor, mint arra a jelentéstevő helyesen felhívta a figyelmet, a megtakarítások adóztatásáról szóló uniós irányelv és a közigazgatási együttműködésről szóló irányelv hatálya általánosságban hasonló ugyan, de nem teljesen azonos. Ezért kiemelten fontosnak tartom, hogy a Bizottság továbbra is ellenőrizze, hogy a hatályon kívül helyezés nyomán nem jönnek-e létre joghézagok, annak érdekében, hogy visszaszorítsuk a tagállamokat érő lehetséges adóbevétel-kieséseket.

Claudia Tapardel (S&D), *in writing*. – The 2003 EU Savings Tax Directive was designed to ensure that tax is paid on the interest of savings. The Directive was applied among EU countries and in separate agreements between EU countries and 12 overseas, and five non-EU European countries (Switzerland, Andorra, Liechtenstein, Monaco and San Marino.) In 2014 the agreement was revised in order to tighten loopholes and align the Directive with the OECD's Global Standard. As part of its March 2015 Tax Transparency Package, the Commission proposed to repeal the 2003 Savings Tax Directive, to enable Member States to avoid the inconvenience of double systems of collecting and reporting of data. Nevertheless, the repealing of an existing directive must take into consideration the need to uphold fair taxation across the EU. The current text gives consent to the proposed repeal, while asking the Commission to monitor possible loopholes, use legislative proposals if needed to address them, and report back to the EP. I believe this report, which I voted in favour of, will address and reduce the risk of potential loss of tax revenue to Member States across the EU.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – La lutte contre l'évasion fiscale ainsi que la nécessité d'une fiscalité équitable sont une cause de préoccupation majeure autant à l'échelon européen qu'à l'échelon mondial. Si de grands progrès sont réalisés à l'échelon international, il n'en reste pas moins important de faire preuve de prudence lorsqu'on abroge une directive en vigueur qui a été respectée pendant plusieurs années.

Le champ des produits financiers couverts par la directive sur la fiscalité de l'épargne et celui de la directive relative à la coopération administrative, quoique similaires, ne sont pas exactement identiques. Certains produits, pour la plupart des comptes de dépôt à faible risque préconisés à des fins d'épargne, ne feront plus l'objet de communications en vertu de la directive relative à la coopération administrative. Si les risques de fraude fiscale sont faibles, la rapporteure estime qu'il est important que la Commission continue à surveiller que l'abolition de la directive ne crée pas de lacune. Elle propose que la Commission fasse rapport au Parlement européen une fois que tous les États membres auront établi leurs listes nationales de comptes à faible risque.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – This report concerns the Commission proposal for a Council directive that repeals Council Directive 2003/48/EC on taxation of savings income in the form of interest payments and I voted in favour of it. However, it should be noted that while Parliament supported the repeal of the Savings Directive, it warned that this may contribute to creating legal loopholes if separate bilateral agreements between the EU and five European countries that are not its Member States (Switzerland, Liechtenstein, San Marino, Monaco and Andorra) are not rapidly concluded. Parliament asked the Commission to continue monitoring the situation.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu direktive Sveta o razveljavitvi Direktive Sveta o prihrankih 2003/48/ES sem podprla, saj v direktivi o prihrankih iz leta 2003 zahtevamo poročanje o dohodkih od obresti na dolžniške terjatve in podobne produkte, medtem ko direktiva o upravnem sodelovanju vključuje veliko več produktov, zato menim, da moramo preprečiti dvojno poročanje in nepotrebno breme za države članice.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe, favorable a la derogación de la Directiva de 2003 sobre fiscalidad de los rendimientos del ahorro, dado que existe una Directiva más reciente sobre el mismo asunto. La ponente manifestó su preocupación por la posibilidad de que esta derogación abriese algún vacío legal, y por ello ha incluido varias enmiendas en ese sentido que hemos apoyado.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici d'abroger la directive 2003/48 dans la mesure où elle fait désormais double emploi avec la directive 2014/107.

La première instaurait l'imposition des versements d'intérêts transfrontaliers par des agents payeurs européens, la seconde marque l'adoption de l'échange automatique d'informations sur les revenus de l'épargne entre les pays de l'Union, selon la norme OCDE. Afin d'éviter que deux normes distinctes coexistent, il est proposé de supprimer la première.

J'ai voté POUR.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az előadónak a joghézagok kialakulásának esélyével kapcsolatos fenti aggályok alapján és a terhet jelentő kettős adatszolgáltatás kockázatát is mérlegelve azt kellett felmérnie, hogy a lehetséges joghézagok mennyire konkrétak lehetnek, illetve hogy a kettős adatszolgáltatás terhe egy éven át többet nyom-e a latban, mint annak biztosítása, hogy ilyen joghézagok ne kialakulhassanak ki.

Az előadó szakértők bevonásával és alapos elemzés révén maradéktalanul megvizsgálta a hatályon kívül helyezéshez kapcsolódó esetleges joghézagokat. Egyetértett a hatályon kívül helyezéssel, ám csak három módosítással, amelyek hangot adnak aggályainak, és kérte a Bizottságot, hogy a hatályon kívül helyezés eredményeiről készítsen jelentést, utalva minden olyan joghézagra, amely kialakulhat. Arra buzdította a Bizottságot, hogy szükség esetén jogalkotási javaslatok formájában tegyen lépéseket annak biztosítására, hogy e joghézagok megszűnjenek. Úgy vélte, hogy e módosítások biztosítani fogják, hogy a Parlament betöltse arra irányuló szerepét, hogy visszaszorítsa a tagállamokat Unió-szerte érő lehetséges adóbevétel-kieséseket. Ezért támogattam a szavazatommal.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe, favorable a la derogación de la Directiva de 2003 sobre fiscalidad de los rendimientos del ahorro, dado que existe una Directiva más reciente sobre el mismo asunto. La ponente manifestó su preocupación por la posibilidad de que esta derogación abriese algún vacío legal, y por ello ha incluido varias enmiendas en ese sentido que hemos apoyado.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this rather technical file, taking into account our rapporteur managed to include in the report a certain number of possible concerns regarding the implementation of the international standard of automatic exchange of tax information.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this legislative resolution and therefore approved the Commission proposal as amended. The text addresses the bilateral agreements between the European Union and five European countries that are not Member States of the European Union (the Swiss Confederation, the Principality of Liechtenstein, the Republic of San Marino, the Principality of Monaco and the Principality of Andorra), as well as between each of the Member States and 12 dependent or associated territories (the Channel Islands, the Isle of Man and the dependent or associated territories in the Caribbean) and it is important that such bilateral agreements are adapted to the new OECD global standard and to Directive 2014/107/EU. It is also crucial that no loopholes or other inadequacies are created in the process of moving from the existing to the new standard. At the same time this allows the Commission to take an active role in facilitating and promoting the revision of the Member State agreements with the 12 dependent or associated territories.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La propuesta pretende derogar la Directiva sobre fiscalidad del ahorro. En este caso, es necesario que se coordine bien la derogación de esta Directiva con la modificación de la Directiva sobre cooperación administrativa. La razón principal para proponer dicha derogación obedece a que la Directiva sobre cooperación administrativa es de naturaleza mucho más englobadora que la Directiva sobre fiscalidad del ahorro. Teniendo en cuenta este hecho, considero necesario votar a favor de dicha propuesta.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone una derogación de la Directiva 2003/48/CE del Consejo orientada a taponar los posibles huecos que la presente legislación tiene en el ámbito de la imposición de las rentas generadas por ahorros. La Directiva actual deja en mano de acuerdos bilaterales nacionales la imposición de los ahorros localizados en cinco países europeos no pertenecientes a la Unión (Suiza, Liechtenstein, San Marino, Mónaco y Andorra), así como los territorios insulares y de ultramar con regímenes fiscales especiales. Esto ha generado numerosas situaciones de competencia fiscal en el ámbito de los ahorros, que es lo que esta derogación trata de corregir. Es por esto por lo que he decidido votar a favor.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A Diretiva n.º 2003/48/CE é relativa à tributação dos rendimentos de poupança sob a forma de juros gerados por créditos e foi implementada com o objetivo de garantir o pagamento de impostos sobre a poupança sob a forma de juros.

A referida diretiva será revogada para que os EM não tenham de aplicar as disposições das diretivas de 2003 e de 2011 (relativas à tributação da poupança e à cooperação administrativa, respetivamente) e possam evitar as dificuldades causadas por sistemas duplos de recolha de comunicação de informações.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Berichterstatterin hat Punkte aufgezeigt, welche bei der Aufhebung der Richtlinie zu beachten sind. Vor allem die geforderte Berichterstattungspflicht der Kommission gegenüber dem Parlament – sollte es durch die Aufhebung zu Schlupflöchern kommen – ist zu begrüßen. Daher habe ich diesen Bericht unterstützt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Nel 2003 è stata approvata una direttiva che regola la tassazione dei redditi da risparmio e che stabilisce l'obbligo di comunicazione delle informazioni riguardanti gli interessi maturati sui crediti o simili. Tale direttiva è applicata a molti accordi bilaterali tra Stati membri dell'UE e paesi terzi. Tuttavia, la Commissione sta rinegoziando una serie di accordi bilaterali sulla stessa materia con molti paesi terzi, tra cui Svizzera, Andorra, Liechtenstein, Monaco e San Marino, con l'obiettivo di rendere più rigoroso il rispetto degli standard globali stabiliti dall'OCSE per lo scambio automatico di informazioni. La Commissione ha perciò proposto di abrogare la direttiva del 2003 sulla tassazione dei redditi da risparmio per evitare il formarsi di un duplice sistema di raccolta e comunicazione dei dati. Per tale motivo ho espresso il mio voto favorevole, tenendo a mente che la Commissione dovrà intervenire, anche con proposte legislative, qualora si presenti il rischio che il sistema sia aggirato.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of repealing the Savings Tax Directive because it has now been superseded by the Directive on Administrative Cooperation, and it makes no sense to burden businesses with having to report the same information twice. The new Directive on Administrative Cooperation should have a major impact in the fight against aggressive tax avoidance and tax evasion, and Labour MEPs will make sure that it is being implemented properly when it comes into force next year.

Fighting and legislating for tax justice is part of our work of building a more social Europe in a fairer global economy. This type of legislation can only be effectively adopted and implemented at a European level.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – W głosowaniu Parlament Europejski wyrażał niewiążącą dla Rady opinię w sprawie uchylecia dyrektywy 2003/48/WE w sprawie opodatkowania dochodów z oszczędności. Jego celem jest wprowadzenie jednolitego standardu wymiany informacji finansowych w sprawach podatkowych. Wobec nowelizacji dyrektywy 2014/107/UE w sprawie współpracy administracyjnej, która od dnia 1 stycznia 2016 r. wprowadzi w Unii Europejskiej globalny standard OECD w zakresie przepływu tych informacji, zaistniała konieczność dostosowania dotychczasowych regulacji do nowego stanu prawnego. Dla uniknięcia równoległego obowiązywania dwóch standardów uważam za konieczne uchylenie dyrektywy 2003/48/WE. Równocześnie, ze względu na ryzyko ewentualnych luk prawnych w relacjach z 12 terytoriami stowarzyszonymi, popieram działania zmierzające do jak najszybszego uzgodnienia odpowiednich umów z podmiotami nieobjętymi regulacją unijną. Ze względu na konieczność zwalczania zachowań zmierzających do unikania opodatkowania, a jednocześnie chcąc uniknąć nakładania na przedsiębiorców zbytecznych obowiązków, zagłosowałam za przyjęciem rezolucji w zaproponowanym kształcie.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – En 2003, el Consejo adoptó una Directiva en materia de fiscalidad de los rendimientos del ahorro en forma de pago de intereses, denominada «Directiva sobre fiscalidad del ahorro». A través de esta Directiva se buscaba evitar distorsiones en el movimiento de capitales y permitir la imposición efectiva de los intereses abonados por los agentes pagadores establecidos en un Estado miembro a personas físicas residentes en otro Estado miembro.

Con el fin de garantizar que exista una sola norma aplicable al intercambio automático de información en la UE, para evitar situaciones de aplicación paralela de dos normas distintas y con el objetivo de evitar cualquier interrupción de la comunicación de información, conviene derogar la Directiva sobre la fiscalidad del ahorro.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – È stata oggi votata l'abrogazione della direttiva sulla tassazione dei redditi da risparmio del 2003 per favorire l'entrata in vigore della direttiva relativa allo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali, adottata nel quadro del pacchetto sulla trasparenza fiscale del marzo 2015, che dovrebbe applicarsi a partire dal 1° gennaio 2016.

Tale abrogazione è stata proposta dalla Commissione in modo che gli Stati membri non siano tenuti ad applicare le disposizioni di entrambe le direttive, evitando quindi eccessivi oneri amministrativi e il disagio posto dai duplici sistemi di raccolta e comunicazione dei dati. Si tratta dunque di un voto procedurale che non presenta particolari criticità. Tuttavia, mi sono astenuto, poiché ritengo importante procedere con estrema cautela in materia di abrogazione di una direttiva in vigore da molti anni.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A Diretiva n.º 2003/48/CE é relativa à tributação dos rendimentos de poupança sob a forma de juros gerados por créditos e foi implementada com o objetivo de garantir o pagamento de impostos sobre a poupança sob a forma de juros.

A referida diretiva será revogada para que os Estados Membros não tenham de aplicar as disposições das diretivas de 2003 e de 2011 (relativas à tributação da poupança e à cooperação administrativa, respetivamente) e possam evitar as dificuldades causadas por sistemas duplos de recolha de comunicação de informações.

O relatório do Parlamento Europeu propõe que a Comissão Europeia elabore um relatório sobre os resultados da revogação e apresente propostas legislativas, de modo a garantir que as lacunas eventualmente existentes sejam colmatadas. O PE lamenta ainda que não tenha sido feita nenhuma análise de custo-benefício específica de um sistema de dupla comunicação nem de um período de transição entre as duas normas. Votámos a favor.

Dienstag, 27. Oktober 2015

6.4. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Schweden (A8-0304/2015 - Monika Flašíková Beňová)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Suecia responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Suecia ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotros siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport visant à permettre l'échange automatisé des données à caractère personnel en Suède. Dans un contexte de terrorisme ambiant ainsi que dans une perspective de lutte contre la criminalité transfrontalière, l'approfondissement de la coopération entre les États doit être une priorité. Les décisions élaborées dans ce rapport vont dans ce sens, en permettant ainsi à la Suède une transmission des données, le Conseil ayant approuvé la mise en œuvre des dispositions générales relatives à la protection des données.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de décision d'exécution du Conseil a pour objet de faciliter la transmission et la réception des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI. Elle permet de renforcer la coopération transfrontalière afin de lutter contre le terrorisme et le grand banditisme.

S'agissant d'une décision qui touche aux libertés individuelles, un strict contrôle de l'utilisation de ces données est indispensable. C'est précisément pour cette raison que l'échange de données personnelles ne peut être mis en œuvre qu'après avoir respecté des dispositions générales relatives à la protection des données. Le 13 juillet 2015 dernier, le Conseil a conclu que la Suède avait mis en œuvre l'intégralité de ces dispositions.

La coopération transfrontalière étant une nécessité dans la lutte contre le terrorisme et le grand banditisme, j'ai voté pour ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The exchange of such information should be a matter for the Member States concerned, not the whole of the European Union.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération visant à approfondir la coopération transfrontalière avec la Suède notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą pritarti Tarybos sprendimui 2008/615/TVR dėl keitimosi asmens duomenimis Švedijoje siekiant gerinti tarpvalstybinį bendradarbiavimą kovojant su terorizmu ir tarpvalstybiniu nusikalstamumu.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Il s'agit là de l'une des trois propositions de décision d'exécution du Conseil visant à autoriser la Suède, la Belgique et la Pologne à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI.

Dans le cadre de cette décision relative à l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, la transmission de données à caractère personnel prévue par la décision ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national sur le territoire des États membres concernés par cette transmission des dispositions générales relatives à la protection des données énoncées dans cette décision.

Sur la base du rapport général d'évaluation qui lui a été présenté, le Conseil a conclu, le 13 juillet 2015, que la Suède, la Belgique et la Pologne avaient pleinement mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données.

Estimant que la Suède remplit les conditions nécessaires, j'ai voté en faveur de ce rapport. Oui, il faut que les États membres coopèrent pour lutter contre la criminalité et le terrorisme transfrontaliers!

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Via le Traité de Prüm conclu en 2007, plusieurs États de l'Union s'engageaient dans un cadre intergouvernemental à intensifier l'échange de données afin d'intensifier la coopération transfrontalière et lutter plus efficacement contre le terrorisme et la criminalité internationale.

Ces échanges de données concernent les empreintes digitales, les numéros d'immatriculation des véhicules et l'ADN.

Avant de participer au système d'échange, chaque pays doit satisfaire à des tests en matière de protection des données personnelles. La Suède ayant réussi ces tests, le Conseil souhaite donc qu'elle puisse recevoir et transmettre des données dactyloscopiques dans le cadre du Traité.

J'ai soutenu ce point, l'échange de données étant un moyen essentiel d'accroître la sécurité au sein de l'Union

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Dans le cadre de la coopération transfrontalière dans la lutte contre le terrorisme et la criminalité, j'ai soutenu ce rapport de Madame Benova qui vise à autoriser la Suède à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel.

Il s'agissait notamment de faciliter cet échange dans le sens où la transmission des données prévue par la décision d'exécution 2008/615/JAI du Conseil ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national des dispositions relatives à la protection des données.

La Suède remplissant ces conditions, aucune raison ne s'opposait à ce que soit entériné cet échange automatisé d'informations.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione della collega Flašíková Beňová è equilibrata e priva di criticità. Se vogliamo combattere efficacemente la criminalità internazionale e il terrorismo, il primo passo è permettere un celere ed efficiente scambio di informazioni fra le forze di polizia degli Stati membri. Per questo motivo ho inteso sostenere col mio voto questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – De conformidad con el artículo 25, apartado 2, de la Decisión 2008/615/JAI, la transmisión de datos de carácter personal en virtud de dicha Decisión solo podrá iniciarse cuando en el territorio de los Estados miembros que participen en dicha transmisión se hayan incorporado al Derecho interno las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de dicha Decisión.

El 13 de julio de 2015, el Consejo concluyó que Suecia ha aplicado plenamente las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de la Decisión 2008/615/JAI. Por consiguiente, a efectos de la consulta automatizada de datos dactiloscópicos, Suecia debe quedar habilitada para recibir y transmitir datos de carácter personal en virtud del artículo 9 de la Decisión 2008/615/JAI.

Por ello, he votado favorablemente este informe necesario para dar la aprobación al intercambio de datos relativos a huellas dactilares con Suecia.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Tarybos sprendimui dėl automatinio keitimosi daktiloskopiniais duomenimis Švedijoje pradžios. Šis sprendimas yra dalis tarpvalstybinio bendradarbiavimo gerinimo, visų pirma kovos su terorizmu ir tarpvalstybiniu nusikalstamumu. Pagal Sprendimą 2008/615/TVR asmens duomenys negali būti teikiami, kaip numatyta tame sprendime, kol tokius duomenis teikiančių valstybių narių teritorijų nacionalinėje teisėje nėra įgyvendintos to sprendimo nustatytos bendrosios nuostatos dėl asmens duomenų apsaugos. Švedija šias nuostatas įgyvendino, todėl netrukus automatinės daktiloskopinių duomenų paieškos tikslais Švedija turės teisę gauti bei teikti asmens duomenis.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Namen predlaganega sklepa, ki sem ga podprl, je dovoliti Švedski, da ta prejema in pošilja osebne podatke v skladu z veljavnimi predpisi o izboljšanju čezmejnega sodelovanja.

To je pomembno zlasti na področju boja proti terorizmu in čezmejnemu kriminalu, še toliko bolj pa je to potrebno v luči trenutne migrantske krize.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour les trois propositions de décision d'exécution du Conseil en vue d'autoriser la Suède à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel.

Cette décision permet notamment de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière par un approfondissement de la coopération transfrontalière.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché la Svezia ha rispettato tutte le condizioni richieste dalla decisione 2008/615/GAI sul potenziamento della cooperazione transfrontaliera, soprattutto nella lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera e sullo scambio automatizzato di dati dattiloscopici e, pertanto, deve essere ammessa al programma.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de décision d'exécution du Conseil vise à faciliter la réception et la transmission des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI. Cette mesure devrait permettre de renforcer la coopération transfrontalière afin de lutter contre le terrorisme et le grand banditisme dont les organisations s'affranchissent des frontières.

Cette transmission de données à caractère personnel ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre des dispositions générales relatives à la protection des données énoncées dans le texte. Or le Conseil a conclu le 13 juillet 2015 que la Suède avait mis en œuvre l'intégralité de ces dispositions.

Considérant que ce type de coopération transfrontalière est une nécessité dans la lutte contre le terrorisme, j'ai voté en faveur de cette proposition.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Am votat în favoarea schimbului autorizat de date în ceea ce privește datele dactiloscopice din Suedia deoarece cooperarea transfrontalieră este foarte benefică pentru statele membre și este benefică de asemenea pentru protejarea legislației naționale și ajută la eradicarea terorismului cât și la întărirea statului de drept.

Prin decizia Comisiei de punere în aplicare a Deciziei 2008/615/ JAI se prevede că schimbul automat de date trebuie să fie desfășurat pe baza unui raport de evaluare bazat pe un test pilot, un chestionar elaborat de grupul de lucru și o vizită de evaluare, aceste lucruri fiind realizate de către audit.

Suedia a parcurs toți pașii necesari, astfel, a aplicat chestionarul cu privire la protecția datelor și chestionarul cu privire la schimbul de date dactiloscopice.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole. Lo scopo è di migliorare la cooperazione transfrontaliera di polizia tra gli Stati membri. Le autorità devono poter scambiare informazioni di polizia in modo rapido ed efficiente per lottare efficacemente contro la criminalità organizzata e il terrorismo.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul progetto di decisione del Consiglio per l'avvio in Svezia dello scambio automatizzato di dati dattiloscopici, ossia le immagini di impronte digitali, palmari, e i modelli di tali immagini che vengono memorizzati e trattati in una banca dati automatizzata. Le disposizioni riguardano, in particolare, lo scambio di informazioni nel quadro di eventi di rilievo e ai fini della lotta al terrorismo, nonché altre forme di cooperazione di polizia transfrontaliera.

Dienstag, 27. Oktober 2015

La Svezia ha completato con successo i questionari sugli scambi automatizzati di dati ed ha anche portato a termine l'esperienza pilota con l'Austria. In tal modo, le disposizioni generali relative alla protezione dei dati, stabilite nella decisione del Consiglio 2008/615/GAI, hanno trovato piena attuazione.

Pertanto, al fine di consentire alla Svezia di ricevere e trasmettere queste tipologie di dati, ho votato a favore del progetto.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report which deals with the stepping up of cross-border cooperation to combat terrorism and cross-border crime. According to a previous decision, personal data may not be supplied until general provisions on data protection have been implemented in national law. The Council now states that Sweden has fully implemented the general provisions on data protection and can begin to receive and supply personal data under Decision 2008/615/JHA.

This report is related to the implementation of the Prüm Decision, which I have consistently opposed, but these particular reports deal with the implementation of the data protection safeguards for fingerprint data exchange to occur. As I have always advocated for the implementation of adequate data protection safeguards for personal data exchange, I abstained.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

David Casa (PPE), *in writing*. – Sweden has managed to implement the relevant data protection provisions and should be included in the exchange of fingerprint data in order to combat international crime and terrorism more effectively. I therefore voted in favour of this report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il dossier riguarda l'autorizzazione della Svezia a ricevere e trasmettere dati personali ai sensi della decisione 2008/615/GAI del Consiglio sul potenziamento della cooperazione transfrontaliera, soprattutto nella lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera. Il Consiglio ha concluso che il paese ha attuato appieno le disposizioni generali relative alla protezione dei dati necessarie e ho quindi votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτως*. – Η έκθεση αναφέρεται στο σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δακτυλосκοπικών δεδομένων στη Σουηδία.

Έχοντας υπόψη το σχέδιο του Συμβουλίου και την έκθεση της Επιτροπής Πολιτικών Ελευθεριών, Δικαιοσύνης και Εσωτερικών Υποθέσεων, εγκρίνουμε το σχέδιο του Συμβουλίου και καλούμε το Συμβούλιο σε περίπτωση που προτίθεται να παρεκκλίνει από το κείμενο που ενέκρινε το Κοινοβούλιο, να το ενημερώσει σχετικά.

Ακόμη ζητεί το Κοινοβούλιο να κληθεί εκ νέου να γνωμοδοτήσει εφόσον το Συμβούλιο προτίθεται να επιφέρει σημαντικές τροποποιήσεις στο κείμενο που ενέκρινε το κοινοβούλιο.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore del provvedimento. La preoccupante proliferazione di gruppi criminali organizzati in grado di operare su base transfrontaliera insieme con il ricorso al terrorismo obbligano le istituzioni europee a potenziare la cooperazione nella lotta a tali fenomeni criminali. Lo scambio di informazioni e dati sensibili tra le autorità e le forze di sicurezza degli Stati membri rappresenta un elemento fondamentale per implementare una efficace strategia di contrasto al crimine. Avendo la Svezia posto in pratica le disposizioni generali sulla protezione dei dati, secondo la decisione 2008/615/GAI, si ritiene doveroso autorizzare la Svezia a ricevere e trasmettere dati di impronte digitali.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del progetto di risoluzione dell'onorevole Monika Flašíková Beňová sullo scambio d'informazioni e dati dattiloscopici con la Svezia poiché reputo molto importante intensificare la cooperazione transfrontaliera, soprattutto nella lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera. Penso che la cooperazione tra i vari stati dell'UE sia fondamentale per prevenire e combattere certi pericoli o problemi cui gli Stati membri possono essere soggetti.

Dienstag, 27. Oktober 2015

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Decisão n.º 2008/615/JAI relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiras procede substantivamente à incorporação do Tratado de Prüm no ordenamento jurídico comunitário, mantendo o objetivo de estimular uma maior cooperação entre as forças de segurança dos Estados-Membros, especialmente através de uma maior troca de informação.

Como já afirmei diversas vezes, esta troca de informações é essencial no domínio da segurança, assim como é requisito de um resultado de maior confiança mútua. Por isso, certos requisitos têm de ser respeitados, nomeadamente os princípios da necessidade e da proporcionalidade e o respeito pelos direitos fundamentais.

Assim, para que se verifique o intercâmbio automatizado de dados datiloscópicos, cada Estado-Membro deve assegurar que são implementadas as normas de proteção de dados. Esta decisão do Conselho vem, corretamente, autorizar o início do intercâmbio automatizado, uma vez que a Suécia procedeu à sua correta implementação.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole alla relazione sullo scambio automatizzato dei dati dattiloscopici per la Svezia, in quanto si propone di rafforzare la cooperazione transfrontaliera in materia di applicazione della legge europea. In particolare, la Svezia ha aderito alla decisione di Prüm sulla cooperazione tra le forze di polizia per combattere il terrorismo e i crimini transfrontalieri.

La Svezia ha dato piena attuazione nel proprio ordinamento giuridico delle disposizioni generali sulla protezione dei dati personali e in ragione di ciò il Consiglio propone l'autorizzazione della Svezia a fornire e ricevere dati personali a scopi investigativi e giudiziari nella lotta al crimine transnazionale.

L'approvazione dello scambio automatizzato dei dati dattiloscopici rientra nel modello europeo di scambio di informazioni (EIXM), un utile strumento legislativo che mira a promuovere la cooperazione in ambito di sicurezza nella tutela dei cittadini europei.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – One aim of the European Union is to provide its citizens with high levels of freedom as well as security and justice for crimes. To do so, Member States must be interconnected, achieved through the creation of a national database for cross-border checks of people from DNA and dactyloscopic data (fingerprinting). This report states that the Member State of Sweden has met the Directive's criteria established for implementation of an automatic data exchange. I voted for this report that will allow the Member State of Sweden to receive and supply such above discussed data to combat terrorism and other such crimes.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La proposta di applicazione della decisione del Consiglio in oggetto mira ad autorizzare la Svezia a ricevere e trasmettere dati personali ai sensi della decisione 2008/615/GAI del Consiglio, a partire dalla data di entrata in vigore della decisione. Ai sensi di quest'ultima, sul potenziamento della cooperazione transfrontaliera, soprattutto nella lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera, la fornitura di dati personali forniti nell'ambito di tale decisione non può aver luogo fino a quando le disposizioni generali in materia di protezione dei dati non sono state attuate nel diritto nazionale dei territori degli Stati membri interessati alla trasmissione.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Sulla base di una relazione generale di valutazione, il Consiglio ha concluso che i tre paesi sopra citati hanno attuato appieno le disposizioni generali relative alla protezione dei dati di cui al capo 6 della decisione 2008/615/GAI del Consiglio. Per questi motivi, ho deciso di votare a favore.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Suecia responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Suecia ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotros siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A Tanács végrehajtási határozatánál az Európai Parlament csupán konzultációs eljárásban van. A Parlament LIBE szakszervezete módosítási javaslat nélkül hagyta jóvá a határozattervezetet, amelyet aztán a Parlament plenáris ülése elé terjesztettek. A szöveget én is megszavaztam. A jelentés célja az automatizált adatcsere bevezetése Svédországban. Az adatcsere csak akkor vezethető be, ha az adott ország teljesíti a feltételeket. Svédország ennek eleget tett, többek közt teljesítette az adatvédelemről szóló és az ujjlenyomat-cseréről szóló kérdőívet. Ennek értelmében Svédország küldhet és fogadhat személyes adatokat a 2008/615/IB határozatnak megfelelően. A tervezet fontos szerepet játszik a terrorizmus és a határokon átnyúló bűnözés elleni küzdelemre irányuló, határokon átnyúló együttműködés megerősítésében.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Council draft. This is a technical consultation procedure on the implementation of the Prüm Decision on exchanging fingerprint data by Sweden. Sweden fully implemented the general provisions on data protection set out in Chapter 6 of this decision.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose de soutenir le projet de décision du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données dactyloscopiques en Suède. La transmission de données à caractère personnel prévue par la législation européenne ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national des dispositions générales relatives à la protection des données. Considérant que la Suède a rempli les conditions pour l'échange de telles données, j'ai voté en faveur du rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte sur l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques en Suède. L'échange de données sur les empreintes digitales entre États membres, dans le respect de la protection des données, est une étape essentielle au renforcement de la lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée au sein de l'Union Européenne.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Що се отнася до борбата с тероризма и организираната престъпност, трансграничното сътрудничество и необходимата база данни са основен елемент за справянето с тях. Приветствам доклада на Съвета, в който се отчита, че Швеция е спазила всички изисквания що се отнася до защитата на личните данни и по-специално дактилоскопичните данни (пръстовите отпечатъци).

Одобрявам присъединяването на Швеция към системата на сътрудничеството и смятам, че това е важна стъпка за сигурността на Съюза, особено в ситуация като сегашната, в която ЕС е изправен пред едно от най-големите предизвикателства пред сигурността си от създаването си до сега.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Η ανταλλαγή δακτυλοσκοπικών δεδομένων σαν μέτρο πρόληψης ποινικών εγκλημάτων αλλά κυρίως πθιανών τρομοκρατικών ενεργειών είναι προς τη σωστή κατεύθυνση. Η ρήτρα που προβλέπεται από τη συνθήκη, σε ότι αφορά στην ευχέρεια (εφόσον ικανοποιούνται τα σχετικά κριτήρια), κάθε κράτους μέλους για την εφαρμογή της ανταλλαγής, αποτελεί θετικό βήμα, κυρίως για την προστασία ευαίσθητων προσωπικών δεδομένων και του ιδιωτικού απορρήτου, όπως προβλέπονται στο Χάρτη Ανθρώπινων Θεμελιωδών Δικαιωμάτων. Η Σουηδία πέτυχε στην αξιολόγηση και η υποβολή του ερωτηματολογίου αξιολόγησης για την προστασία δεδομένων ήταν επιτυχής.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O aprofundamento da cooperação transfronteiras, em particular no domínio da luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiras, é uma das matérias mais importantes para prevenir a existência de atos terroristas contra cidadãos da União Europeia. A troca de informações entre países é um fator crucial para minimizar estes ataques. No entanto, a partilha de dados deve ser feita em consonância e com o acordo dos diferentes países. No relatório em apreço, estes aspetos estão devidamente salvaguardados, merecendo, por isso, a minha aprovação.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution, parce qu'elle va dans le sens de l'efficacité dans la lutte contre la criminalité et le terrorisme, tout en conférant aux États la protection des données personnelles.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – De acordo com a Decisão n.º 2008/615/JAI, relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiriça na luta contra o terrorismo e a criminalidade, o fornecimento de dados pessoais não pode ocorrer até que as disposições gerais em matéria de proteção de dados tenham sido transpostas para o Direito nacional, no território dos Estados-Membros envolvidos.

As propostas do Conselho visam autorizar a Polónia, a Bélgica e a Suécia a receber e a transmitir dados pessoais nos termos da decisão supramencionada.

Estes três relatórios estão relacionados com a Convenção de Prüm que foi assinada em maio de 2005, em Prüm (Alemanha), entre sete Estados-Membros: Áustria, Bélgica, França, Alemanha, Luxemburgo, Espanha e Holanda. Foi criticada por ter sido negociada e adotada de forma muito pouco transparente e sem ter sido sujeita a um controlo democrático efetivo.

O objetivo da Decisão de Prüm consiste na intensificação e na aceleração das trocas de informações entre autoridades, contribuindo para tal a possibilidade de se poder comparar, por exemplo, um determinado perfil de ADN com os perfis registados em bases de dados automatizadas existentes nos Estados-Membros.

A nossa votação é inseparável da consideração mais geral que fazemos acerca da dita luta contra o terrorismo e do papel que nesta vem assumindo a UE.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – The reports are related to the implementation of the Prüm Decision, which I oppose but these particular reports deal with the implementation of the data protection safeguards for fingerprint data exchange to occur, and I advocate for the implementation of adequate data protection safeguards for personal data exchange. Therefore, as a compromise between those two angles, I abstained.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – ide o čisto technickú konzultačnú procedúru pri implementácii takzvaného Prümského rozhodnutia pri výmene daktyloskopických údajov vo Švédsku. Na základe celkovej hodnotiacej správy, ktorá bola Rade predstavená, Rada rozhodla, že Švédsko 13. júla 2015 splnilo všetky podmienky a implementovalo všeobecné ustanovenia na ochranu dát tak, ako boli stanovené v šiestej kapitole rozhodnutia.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa relazione per un migliore scambio di dati e informazioni.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Η ανταλλαγή δακτυλσκοπικών δεδομένων σαν μέτρο πρόληψης ποινικών εγκλημάτων αλλά κυρίως πιθανών τρομοκρατικών ενεργειών, είναι προς τη σωστή κατεύθυνση. Η ρήτρα που προβλέπεται από τη συνθήκη, σε ότι αφορά στην ευχέρεια (εφόσον ικανοποιούνται τα σχετικά κριτήρια) κάθε κράτους μέλους για την εφαρμογή της ανταλλαγής, αποτελεί θετικό βήμα, κυρίως για την προστασία ευαίσθητων προσωπικών δεδομένων και του ιδιωτικού απορρήτου, όπως προβλέπονται στο Χάρτη Ανθρώπινων Θεμελιωδών Δικαιωμάτων. Η Σουηδία πέτυχε στην αξιολόγηση και η υποβολή του ερωτηματολογίου αξιολόγησης για την προστασία δεδομένων ήταν επιτυχής. Για τους παραπάνω λόγους υπερψηφίζω την παρούσα έκθεση.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Considering the need to step up cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime, and to strengthen cross-border law-enforcement cooperation in the EU, I voted in favour of the report.

Kinga Gál (PPE), *in writing*. – With today's vote we approved the draft Council implementing decision on the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Sweden.

The supply of personal data may not take place until the general provisions on data protection have been implemented in the national law of the territories of the Member States involved. The verification that this condition has been met with respect to automated data exchange is done on the basis of an evaluation report based on a questionnaire, an evaluation visit and a pilot run.

Sweden has completed the questionnaire on data protection and the questionnaire on dactyloscopic data exchange. A successful pilot run has been carried out by Sweden with Austria.

On 13 July 2015, the Council concluded that Sweden had fully implemented the general provisions on data protection and therefore, for the purposes of automated searching of dactyloscopic data, Sweden should be entitled to receive and supply personal data pursuant to Article 9 of Decision 2008/615/JHA.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht „Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Schweden“ gestimmt, da ich den Ansatz unterstütze. Um Sicherheit im grenzenlosen Europa zu garantieren, braucht es auch eine effiziente, grenzübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und den funktionierenden Austausch der Daten.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Eine Intensivierung der Zusammenarbeit der EU zum Schutz der Bürger ist erstrebenswert und wichtig. Im Ernstfall können so schneller Daten, welche für eine effiziente Aufklärung von Straftaten notwendig sind, bereitgestellt werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – This involves exchanging fingerprint data. I voted against for obvious reasons.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of this report to increase cross-border cooperation in combating terrorism and cross-border crime. The exchange of dactyloscopic or fingerprint data is important for the purposes of criminal identification, registration, and investigation. Following pilot projects, evaluations have shown no hindrance to EU data protection standards.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté aujourd'hui en faveur de ce rapport dont l'objectif est de favoriser l'échange d'information transfrontalière sur les empreintes digitales depuis la Suède et ainsi d'améliorer la coopération entre les services de polices des États Membres afin de pouvoir mieux lutter contre le terrorisme et le crime organisé, et ce dans le respect des standards européens en matière de protection des données.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido. Desde nuestro Grupo siempre se ha apoyado que existan criterios claros que garanticen la protección de datos personales. En ese sentido, vistos los vínculos que este informe tiene con hechos precedentes y los mínimos de protección en materia de datos personales, se propone la abstención.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I, alongside other S&D MEPs, voted in favour of this report. This report is purely technical and is a simple approval of an evaluation report in which it is concluded that Sweden has fully implemented the general provisions on data protection set out in Chapter 6 of the Prüm Decision.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted for automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Sweden because it will help the stepping up of cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report as it helps the facilitation of exchange of such data for the fight against terrorism and cross-border crimes.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a approuvé à une large majorité la décision relative à l'échange automatisé de données daktyloscopiques en Suède.

Dienstag, 27. Oktober 2015

En somme, il s'agit d'autoriser les autorités suédoises à recevoir et transférer des données à caractère personnel, en l'occurrence les empreintes digitales, à d'autres États membres dans le cadre de la coopération transfrontalière en matière de lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée.

Dans le contexte actuel de fortes menaces terroristes pesant sur les États européens, l'échange d'information entre les autorités compétentes est une mesure nécessaire de prévention de la menace et est une condition essentielle à l'identification d'individus radicalisés et extrémistes.

Aujourd'hui, nous ne pouvons nous passer de ces instruments pour combattre le terrorisme et la criminalité transfrontalière qui sont les nouveaux fléaux du XXI^{ème} siècle.

C'est pourquoi, j'ai soutenu avec résolution cette décision.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu provedbene odluke Vijeća o pokretanju automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Švedskoj, jer se time jača prekogranična suradnja u borbi protiv terorizma i prekograničnog kriminala.

Automatizirana razmjena podataka omogućuje efikasnije sprječavanje i dosljednu istragu kaznenih djela te osnažuje sigurnost unutar same Europske unije. Sinergija država članica u navedenom području pridonosi međunarodnoj borbi protiv terorizma, jačanju prekogranične policijske suradnje i stabilnosti, te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de décision d'exécution du Conseil facilite la transmission et la réception des données personnelles conformément à la décision 2008/615/JAI. Cette décision vise à renforcer la coopération transfrontalière afin de lutter contre le terrorisme et le grand banditisme.

Cet échange de données personnelles ne peut être mis en œuvre qu'après avoir respecté des dispositions générales relatives à la protection des données stipulées dans le texte. Or le Conseil a conclu le 13 juillet 2015 que la Suède avait mis en œuvre l'intégralité de ces dispositions.

La coopération transfrontalière étant une nécessité dans la lutte contre le terrorisme, j'ai voté en faveur de cette proposition.

Diane James (EFDD), *in writing*. – I and my fellow UKIP MEPs reject the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport qui va permettre à la Suède de recevoir et de transmettre des informations personnelles dans le cadre d'une coopération transfrontalière pour lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht stimme ich zu. Ein automatisierter Datenaustausch von daktyloskopischen Daten ist in Bezug auf Kriminalitätsprävention und Terrorismusbekämpfung absolut zu befürworten. Ein solcher Datenaustausch ermöglicht es den nationalen Sicherheitsbehörden, rechtzeitig zu intervenieren und somit das allgemeine Sicherheitsgefühl der Bürger zu erhöhen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it aims to increase cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime. Also, following pilot projects, evaluations have shown no hindrance to EU data protection standards.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'indagine dattiloscopica è un'attività che mira all'identificazione personale e, pur essendo molto complessa, rientra tra le più efficaci nel campo della criminalistica. Lo scopo di questa relazione è potenziare la cooperazione transfrontaliera di polizia e giudiziaria tra i paesi dell'Unione europea. Per queste ragioni, ho deciso di votare favorevolmente il lavoro della collega Beňová sullo scambio automatizzato di dati dattiloscopici in Svezia.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Benova concerne l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques en Suède. Il vise à autoriser ce pays à transmettre et recevoir des données à caractère personnel. En effet, dans le cadre de l'approfondissement de la coopération transfrontalière contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, la transmission de ces données ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national des dispositions relatives à la protection des données. Or, la Suède remplit ces conditions comme le prouvent les conclusions du Conseil. J'ai donc voté pour.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte car il étend à la Suède la coopération en matière de transmission de données personnelles pour lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Suecia responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Suecia ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotros siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Svrha izvješća zastupnice Monike Flaškové Beňove odobrenje je Odluke Vijeća iz srpnja 2015. kojom je Švedska ovlaštena da prima i dostavlja osobne podatke u skladu s Odlukom 2008/615/JHA, a zbog naprednije i poboljšane prekogranične suradnje.

Budući da je daktiloskopija najsuvremenija i najsigurnija metoda utvrđivanja identiteta osobe, a automatizirana razmjena daktiloskopskih podataka korak je naprijed za sigurnije društvo, podržala izvješće s ciljem pokretanja automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Švedskoj.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Sabiedrības drošību veicinošu datu apmaiņa ir visai nepieciešama Eiropas Savienības dalībvalstu ikdienas dzīvei, it īpaši ņemot vērā pēdējo desmitgažu pārrobežu noziedzību un teroristisko darbību lielāku frekvenci pasaules mērogā. Lai mūsu valstu kopienas iedzīvotāji justos drošāk, daktiloskopijas datu apmaiņa ir svarīgs solis šīs drošības tālākā sekmēšanā.

Tajā pašā laikā ir svarīgi atzīmēt, ka, kaut gan acu tīklu, pirkstu nospiedumu un citu līdzīgo datu pielietošana tām pašām biometriskām pasēm un citiem dokumentiem ir arvien biežāka, nekādā gadījumā nedrīkst pieļaut, lai šī informācija nokļūtu noziedznieku rokās, tādējādi apdraudot to drošību, kuru šo datu pielietošanai un arī apmaiņai jāveicina.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – výmena daktyloskopických údajov vo Švédsku posilní medzinárodnú policajnú spoluprácu v oblasti boja proti terorizmu, medzinárodnému zločinu a nedovolenému prisťahovalectvu. Prijatie vykonávacieho nariadenia je naliehavé práve v súčasnom období zložitej bezpečnostnej situácie, keď krajiny Únie podliehajú náporu enormného množstva utečencov a žiadateľov o azyl.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Απέχω από την ψηφοφορία της έκθεσης σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δακτυλосκοπικών δεδομένων στη Σουηδία, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Dominique Martin a voté pour cette proposition. Les données dactyloscopiques sont des données à caractère personnel, et leur échange est prévu entre les États Membres afin de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière. Pour des raisons de sécurité, seuls les États membres ayant des dispositions de protection des données dans leur droit national peuvent faire partie de cet accord. Un rapport d'évaluation prouve que la Suède a bien mise en place ces dispositions générales relatives à la protection des données, l'échange peut donc être mis en place.

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported this proposal on automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Sweden.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul progetto di decisione di esecuzione del Consiglio relativa all'avvio in Svezia dello scambio automatizzato di dati dattiloscopici.

In seguito ad una valutazione generale del Consiglio, la Svezia risulta aver attuato le disposizioni generali sulla protezione dei dati, in base alla decisione 2008/615/GAI sul potenziamento della cooperazione transfrontaliera. Questo garantisce alla Svezia la possibilità di ricevere e trasmettere dati di impronte digitali.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht fördert die Terrorismusbekämpfung und Kriminalitätsprävention. Der automatisierte Austausch führt zu einer Vereinfachung der Verfolgung von Straftätern. Der Bericht wurde daher von mir unterstützt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Il s'agit d'autoriser la Suède à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel (profil ADN, empreintes digitales et immatriculation de véhicules) de ses fichiers de police avec ceux d'autres États-Membres. La législation comporte certes un point sur la protection des données et les limites de son usage mais les failles de ces législations sont connues. La CNIL s'est d'ailleurs inquiétée de cette législation. Et surtout, ce dossier participe d'une tendance générale de fichage aussi bien des délinquants que des citoyens européens ou des migrants. Ces fichiers sont par la suite croisés, contre les dispositions mêmes du droit européen, pour déterminer des profils de chaque citoyen. Un Big Brother soi-disant pour lutter contre le terrorisme, un argument dont Snowden a largement démontré l'inefficacité. C'est surtout un moyen d'accroître les quantités de données sur les citoyens pour les mettre à disposition des États-Unis ou encore plus récemment aux services d'intelligence allemands.

Je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Com vista ao aprofundamento da cooperação transfronteiriça, particularmente no que se refere à luta contra o terrorismo e a criminalidade organizada, apresentei o meu voto concordante ao relatório sobre o projeto de decisão de execução do Conselho relativa ao lançamento do intercâmbio automatizado de dados dactiloscópicos na Suécia. A comparação transfronteiras de dados reflete uma nova dimensão na luta contra a criminalidade. As informações obtidas através da comparação desempenham um papel crucial de apoio às autoridades judiciais e de aplicação da lei dos Estados-Membros.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which allows Sweden to both provide and receive dactyloscopic data for use in criminal investigations as Sweden has fully implemented the general provisions on data protection.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Súhlasím s tým, aby Parlament schválil Návrh vykonávacieho rozhodnutia Rady o začatí automatizovanej výmeny daktyloskopických údajov vo Švédsku, ktorá má za cieľ uľahčiť spoluprácu a riešenie spoločných bezpečnostných výziev. So zreteľom na svoje uznesenie z roku 2015 o európskom programe v oblasti bezpečnosti má Parlament len konzultatívnu úlohu k danej otázke.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I supported the decision on the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Sweden, which is a purely technical consultation procedure on the implementation of the so-called Prüm Decision on exchanging fingerprint data by Sweden.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – A vote adding Sweden to the legal architecture of Europe allowing the fighting of terrorism and organised crime while fully respecting human rights and the rule of law.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. –

A terrorizmus és a határokon átnyúló bűnözés elleni küzdelemre irányuló, határokon átnyúló együttműködés megerősítéséről szóló 2008/615/IB tanácsi határozat értelmében személyes adatok e határozatban előírt szolgáltatására mindaddig nem kerülhet sor, amíg az adatszolgáltatásban érintett tagállamok a területükön hatályos nemzeti joganyagon át nem vezették az általános adatvédelmi rendelkezéseket.

Dienstag, 27. Oktober 2015

A Tanács 2015. július 13-án a hozzá benyújtott jelentés alapján megállapította, hogy a hatályos svéd joganyag minden tekintetben megfelel a 2008/615/IB határozat 6. fejezetében foglalt általános adatvédelmi rendelkezéseknek. A Tanács ezért határozatban kívánja fölhatalmazni Svédországot személyes adatoknak a 2008/615/IB határozat szerinti fogadására és szolgáltatására. A Tanácsnak az Európai Unióról szóló szerződés 39. cikke (1) bekezdésének az Amszterdami Szerződés által módosított formája, valamint az átmeneti rendelkezésekről szóló 36. jegyzőkönyv 9. cikke értelmében a határozat elfogadása előtt konzultálnia kell az Európai Parlamenttel. A Parlament Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottsága jelentésében a Tanács tervezetét jóváhagyásra ajánlotta a Parlamentnek. A Tanács határozattervezetét ennek megfelelően támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Defendo que a eficácia da luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiras depende de uma eficiente e estreita cooperação entre os Estados-Membros.

A transmissão de dados pessoais ao abrigo da Decisão n.º 2008/615/JAI só pode ser efetuada quando as disposições gerais relativas à proteção de dados previstas no Capítulo 6 dessa decisão tenham sido incorporadas na legislação nacional do território dos Estados-Membros que participem nessa transmissão.

A verificação do cumprimento dessa condição relativa ao intercâmbio automatizado de dados deve ser efetuada com base num relatório de avaliação que, por sua vez, se baseie num questionário, numa visita de avaliação e num ensaio-piloto.

Tendo em conta que a Suécia preencheu os requisitos da Decisão n.º 2008/615/JAI e executou com êxito um ensaio-piloto com a Áustria, o presente relatório merece o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Benova concerne l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques en Suède. Il vise à autoriser ce pays à transmettre et recevoir des données à caractère personnel. En effet, dans le cadre de l'approfondissement de la coopération transfrontalière contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, la transmission de ces données ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national des dispositions relatives à la protection des données. Or, la Suède remplit ces conditions comme le prouvent les conclusions du Conseil. J'ai donc voté pour.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which relates to an old Council decision to increase cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime. The exchange of dactyloscopic data refers to the study of fingerprints for the purposes of criminal identification, registration and investigation.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui approuve le projet du Conseil d'autoriser la Suède à recevoir et à transmettre des données dactyloscopiques (empreintes digitales). Il s'agit d'améliorer la lutte contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière dans l'Union européenne en favorisant la coopération entre les États membres. Cette autorisation intervient après vérification par le Conseil que toutes les conditions relatives à la protection des données sont respectées.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report that will implement the Council's decision on the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Sweden.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da er deutliche Fortschritte im Bereich der Kriminalprävention und Terrorismusbekämpfung bringen kann. Im Wesentlichen geht es um den Austausch von Fingerabdrücken. Betrachtet man den gegenwärtigen Flüchtlingsstrom, der ja bereits ganz Europa betrifft, so lassen sich auch im Bereich der Bekämpfung von Asylmissbrauch Fortschritte erwarten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport propose d'approuver la participation de la Suède au dispositif de Prüm. Le traité de Prüm a été signé en 2005 dans le but de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, en permettant aux États signataires d'échanger des données à caractère personnel, génétique ou numérique, sur un individu soupçonné d'intentions homicides. Les directives 2008/615/JAI et 2008/616/JAI du Conseil prévoient que la participation d'un pays à ce dispositif soit conditionnée à la transposition, dans la législation nationale, de mesures traitant de la protection des données personnelles.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Si je suis conscient de l'enjeu et de la nécessité d'une action concrète pour lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, je ne suis pas convaincu qu'un tel mécanisme permette de lutter efficacement en ce sens sans mettre en danger le droit à la vie privée. Je m'abstiens donc.

Urmars Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. Eesmärk on tõhustada võitlust terrorismi ja piiriüleste kuritegude vallas.

Margot Parker (EFDD), in writing. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. – Ho deciso di votare positivamente con fermezza perché sono sensibile al dibattito, particolarmente attuale, sulla protezione e lo scambio di dati in territorio europeo. Con attenzione speciale al caso specifico della Svezia e alle sue esigenze, apprezzo l'impegno profuso delle istituzioni in questo ambito e sono fiducioso nello sviluppo delle loro politiche.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Razmjena daktiloskopskih podataka od presudne je važnosti u jačanju sigurnosti u cijeloj Europskoj uniji. Smatram kako daktiloskopski podatci dostupni u nacionalnim bazama otisaka prstiju trebaju biti dostupni svim državama članicama Europske unije za pregled i pretraživanje te se između država treba vršiti konstantna razmjena daktiloskopskih podataka, jer bi se ovim činom izbjegle dugotrajne istrage i potrage za krivcima za određene zločine.

Ovakva razmjena bi uspješno pomogla pri otkrivanju i sprječavanju organiziranog kriminala koji je sve više i više prisutan u Europi te terorizma koji je nažalost postao globalna prijetnja. Švedska, kao zemlja koja je krajnje odredište mnogih imigranata, trebala bi imati ovu sigurnosnu razmjenu postavljenu na visokom nivou zbog konstantnog priljeva novih osoba iz drugih dijelova Europe, pa i svijeta.

Tim više što statistike pokazuju kako 25 % zločina u Švedskoj čine državljani trećih zemalja, dok dodatnih 20 % zločina u Švedskoj čine članovi obitelji imigranata, a uzevši u obzir nove valove migracija koji će dodatno promijeniti strukturu stanovništva, potrebno je poduzimati preventivne korake za jačanje sigurnosti i sprječavanje organiziranog kriminala poput ovog.

Florian Philippot (ENF), par écrit. – Ce rapport concerne l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques en Suède. Il vise à autoriser ce pays à transmettre et à recevoir des données à caractère personnel. En effet, dans le cadre de l'approfondissement de la coopération transfrontalière contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, la transmission de ces données ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national des dispositions relatives à la protection des données. Or, la Suède remplit ces conditions comme le prouvent les conclusions du Conseil. J'ai donc voté pour.

Tonino Picula (S&D), napisan. – Borba protiv terorizma i prekograničnog kriminala važni su elementi međudržavne suradnje unutar EU-a te smatram da u tom svjetlu treba promatrati razmjenu i dostupnost osobnih podataka, u ovom slučaju daktiloskopskih, dakle otisaka prstiju. Ipak, važan je i zahtjev da se ovakva prekogranična suradnja odvija samo pod uvjetom da nacionalni zakoni uključenih država imaju u potpunosti implementirane propise o zaštiti osobnih podataka. S obzirom da su ovi uvjeti u Švedskoj zadovoljeni, podržavam ovaj nacrt.

Andrej Plenković (PPE), napisan. – Podržavam izvješće Monike Flašíkove Beňovej za pokretanje automatske razmjene podataka s obzirom na daktiloskopske podatke (otisake prstiju) u Švedskoj. U skladu s odlukom za intenziviranjem prekogranične suradnje, posebice u borbi protiv terorizma i prekograničnog kriminala te opskrbi osobnih podataka.

Zaštita je provedena u nacionalnom zakonu teritorija država članica koje sudjeluju u takvim ponudama. Švedska je završila upitnik o zaštiti podataka i upitnik o daktiloskopskoj razmjeni podataka, te je uspješna pilot vožnja provedena od strane Švedske s Austrijom. Na temelju predstavljenog ukupnog evaluacijskog izvješća, 13. srpnja 2015. godine Vijeće je zaključilo da je Švedska u potpunosti provela opće odredbe o zaštiti podataka.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – In uno spazio di libera circolazione delle persone è necessario che gli Stati membri dell'Unione europea rafforzino la loro cooperazione al fine di combattere più efficacemente il terrorismo internazionale, la criminalità transfrontaliera e l'immigrazione irregolare. La Svezia ha completato il questionario sulla protezione dei dati e il questionario sullo scambio di dati dattiloscopici e ha effettuato con successo un'esperienza pilota con l'Austria, così come previsto dalla decisione 2008/615/GAI sul potenziamento della cooperazione transfrontaliera. Pertanto, avendo attuato pienamente le disposizioni generali relative alla protezione dei dati, il Consiglio autorizza la Svezia a ricevere e trasmettere dati di impronte digitali. Il mio voto non può che essere favorevole.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Zgodnie z decyzją 2008/615/JHA w sprawie wzmocnienia współpracy transgranicznej, szczególnie w kwestii zwalczaniu terroryzmu i przestępczości transgranicznej, dostarczanie danych osobowych przewidzianych w niniejszej decyzji nie może się rozpocząć, dopóki przepisy dotyczące ochrony danych nie zostaną wdrożone w prawie krajowym państw członkowskich. Polska, Belgia i Szwecja wypełniły kwestionariusz dotyczący ochrony danych, jak również kwestionariusz dotyczący wymiany danych daktyloskopijnych, i przeprowadziły projekty pilotażowe. Na podstawie przeprowadzonej oceny ogólnej Rada stwierdziła, że państwa te w pełni wdrożyły przepisy ogólne dotyczące ochrony danych.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Jako bývalý ministr spravedlnosti považuji spolupráci v této oblasti za velmi prospěšnou. Neváhal jsem proto s podporou usnesení, jak v tomto případě spolupráce se Švédskem, tak u dalších usnesení, která se týkají Polska a Belgie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a adopté le texte concernant l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques en Suède. J'ai voté en faveur de ce rapport puisqu'il autorise la Suède à recevoir et à transférer des données à caractère personnel, telles que les empreintes digitales, aux autres États membres afin de renforcer la sécurité à l'intérieur de l'Union.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por entender que a cooperação e o intercâmbio de informação são fatores decisivos para o reforço da luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiras.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – De conformidad con el artículo 25, apartado 2, de la Decisión 2008/615/JAI, la transmisión de datos de carácter personal en virtud de dicha Decisión solo podrá iniciarse cuando en el territorio de los Estados miembros que participen en dicha transmisión se hayan incorporado al Derecho interno las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de dicha Decisión.

El 13 de julio de 2015, el Consejo concluyó que Suecia ha aplicado plenamente las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de la Decisión 2008/615/JAI. Por consiguiente, a efectos de la consulta automatizada de datos dactiloscópicos, Suecia debe quedar habilitada para recibir y transmitir datos de carácter personal en virtud del artículo 9 de la Decisión 2008/615/JAI.

Por ello, he votado favorablemente este informe necesario para dar la aprobación al intercambio de datos relativos a huellas dactilares con Suecia.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vient approuver le projet du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données concernant les données dactyloscopiques en Suède. Une telle systématisation des échanges et le renforcement de la coopération transfrontalière seront utiles en matière répressive et de lutte contre le terrorisme.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta de resolução legislativa tem por objetivo o lançamento do intercâmbio automatizado de dados dactiloscópicos (impressões digitais) com a Suécia.

Dienstag, 27. Oktober 2015

No âmbito dos acordos existentes que visam o aprofundamento da cooperação transfronteiriça, em particular a luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiriças, o fornecimento de dados pessoais não pode ocorrer até que as disposições gerais sobre a proteção de dados sejam transpostas para o Direito nacional, no território dos Estados-Membros que participem nestas transmissões.

Tendo em conta que a Suécia cumpriu os critérios necessários para operar o intercâmbio de dados dactiloscópicos e que a experiência piloto efetuada com a Áustria neste âmbito foi bem sucedida, a avaliação global do Conselho concluiu que este país cumpria integralmente as disposições gerais em matéria de proteção de dados, estabelecidas no Capítulo 6 da Decisão n.º 2008/615/JAI, pelo que considere não existirem razões que inviabilizassem a aprovação deste relatório, eminentemente técnico, da colega Monika Flašíková Beňová que votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport sur le projet de décision d'exécution du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques en Suède. La proposition de décision d'exécution du Conseil a pour objectif d'autoriser la Suède à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI relative à l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione inerente lo scambio automatizzato di dati dattiloscopici in Svezia in quanto ritengo che per combattere le attività terroristiche e la criminalità organizzata transfrontaliera sia di fondamentale importanza che le autorità degli Stati membri preposte alla sicurezza internazionale cooperino tra di loro attraverso uno scambio di informazione sempre più tempestivo ed esaustivo.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto una maggiore cooperazione tra gli Stati membri dell'Unione europea permette di lottare più efficacemente contro la criminalità internazionale e il terrorismo. Pertanto, le autorità competenti devono poter scambiare informazioni in modo rapido ed efficiente.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido. Desde nuestro Grupo siempre se ha apoyado que existan criterios claros que garanticen la protección de datos personales. En ese sentido, vistos los vínculos que este informe tiene con hechos precedentes y los mínimos de protección en materia de datos personales, se propone la abstención.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Suecia responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Suecia ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotros siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this because I do not wish to see UK citizens' fingerprint data shared with foreign nations.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – This is a purely technical consultation procedure and concerns the implementation of the so-called 'Prüm Decision on exchanging fingerprint data' by Sweden. It's well formed and I voted in favour of it, alongside my S&D colleagues.

Branislav Škripek (ECR), *pisomne*. – Podporujem boj proti terorizmu a cezhraničnej kriminalite. Ako dôležitý krok v tomto boji je aj spolupráca pri výmene informácií týkajúcich sa daktyloskopických údajov so Švédskom.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Monika Smolková (S&D), *pisomne* – v súvislosti so zintenzívnením cezhraničnej spolupráce, najmä čo sa týka boja proti terorizmu a cezhraničnej trestnej činnosti, som rada, že sa vo Švédsku podarilo otestovať a spustiť systém, ktorý umožní automatickú výmenu daktyloskopických údajov. Hlasovala som za tento návrh Rady, pretože sa domnievam, že pre európsku vnútornú bezpečnosť je nevyhnutné, aby v prvom rade spolupracovali orgány jednotlivých krajín. Prijatím tohto legislatívneho uznesenia bude Švédsko povinné sprostredkovávať osobné údaje, ak si ich bezpečnostné zložky inej krajiny vyžadujú.

Podobne je to aj v Belgicku a v Poľsku.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report regarding cross-border exchange of dactyloscopic data (the study of fingerprints for the purposes of criminal identification, registration and investigation) in an attempt to combat terrorism and cross-border crime. Following pilot projects, evaluations have shown no hindrance to EU data protection standards.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Cilj ovog nacrtu provedbene odluke Vijeća je pokretanje automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Švedskoj. Međunarodna razmjena daktiloskopskih podataka je ključ borbe protiv prekograničnog kriminala.

Odluke iz članka 25. stavka 2. Odluke 2008/615/PUP donose se na osnovi izvješća o ocjeni koje se temelji na upitniku. Upitnik koji sastavlja odgovarajuća radna skupina Vijeća odnosi se na svaku automatiziranu razmjenu podataka i država članica ga mora popuniti, čime smatra da ispunjava preduvjete za dijeljenje podataka u odgovarajućoj kategoriji podataka.

U potpunosti podržavam ovaj nacrt Vijeća s ciljem pokretanja automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Švedskoj, jer smatram da će to pridonijeti produbljivanju prekogranične suradnje, posebno u suzbijanju terorizma i prekograničnog kriminala. Konačni cilj je pružiti podršku Švedskoj u borbi protiv prekograničnog kriminala i pojačati suradnju u provođenju zakona u EU-u.

Richard Sulík (ECR), *pisomne* – návrh som podporil, keďže jeho cieľom je prehĺbenie spolupráce medzi členskými krajinami v oblasti kriminalistiky a boja proti terorizmu.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. – As the United Kingdom did not participate in the original Council Decision with regard to automated exchange of dactyloscopic data, and is therefore not taking part in the adoption of this Decision, I abstained on this report.

While I support the objectives of the Decision, which are to have more Member States cooperating in the fight against serious crime and terrorism, the provisions on the exchange of DNA and fingerprint material relate closely to many of the elements of Prüm Treaty which the UK has not yet implemented.

Under the Prüm Treaty, a Member State can ask another state to check key personal data (and car registrations) against their database as part of a criminal investigation. I have significant concerns regarding certain civil liberties and data protection elements, and the cost implications related to its implementation.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Η ανταλλαγή δακτυλοσκοπικών δεδομένων σαν μέτρο πρόληψης ποινικών εγκλημάτων αλλά κυρίως πιθανών τρομοκρατικών ενεργειών, είναι προς τη σωστή κατεύθυνση. Η ρήτρα που προβλέπεται από τη συνθήκη, σε ότι αφορά στην ευχέρεια (εφόσον ικανοποιούνται τα σχετικά κριτήρια), κάθε κράτους μέλους για την εφαρμογή της ανταλλαγής, αποτελεί θετικό βήμα, κυρίως για την προστασία ευαίσθητων προσωπικών δεδομένων και του ιδιωτικού απορρήτου, όπως προβλέπονται στο Χάρτη Ανθρώπινων Θεμελιωδών Δικαιωμάτων. Η Σουηδία πέτυχε στην αξιολόγηση και η υποβολή του ερωτηματολογίου αξιολόγησης για την προστασία δεδομένων ήταν επιτυχής.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Asigurarea securității cetățenilor europeni reprezintă una din datoriile esențiale ale instituțiilor europene. În vederea realizării acestui deziderat se impune luarea tuturor măsurilor necesare pentru a evita riscurile presupuse de libera circulație a persoanelor în spațiul unic european, consacrată de Convenția Schengen. În același timp, însă, măsurile respective nu trebuie să ducă la o limitare a drepturilor și libertăților indivizilor, ci trebuie să fie implementate în deplin respect al valorilor europene. Amprentarea persoanelor care intră în spațiul european este una dintre aceste măsuri de prevenție necesare asigurării securității europene. Deși aplicarea sa implică proceduri caracteristice mai degrabă prevenirii infracționalității naționale și transfrontaliere, rezultatele sale concrete sunt de natură să consolideze baza de date necesară prevenirii accesului persoanelor periculoase, de exemplu al teroriștilor, în spațiul european. Bineînțeles, acest lucru nu exclude pătrunderea unor indivizi care nu se regăsesc în baza de date existentă, dar este un prim pas în activitatea de prevenție. Suedia este una dintre țările vizate de fenomenul migrației extra-europene care s-a intensificat în ultimele luni. În acest context, se impune o colaborare mai strânsă cu celelalte state membre, pentru a evita pătrunderea unor elemente ostile valorilor europene și cu potențial de natură teroristă.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté sur le projet de décision d'exécution du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques, suivant ainsi l'avis éclairé du groupe politique.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report which aims to launch automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Sweden. The proposed Council implementing decision seeks to authorise Sweden to receive and supply personal data. This act follows Council Decision 2008/615/JHA, which incorporates the substance of the so-called 'Prüm Treaty'. The initiative between Belgium, Bulgaria, Germany, Spain, France, Luxembourg, the Netherlands, Austria, Slovenia, Slovakia, Italy, Finland, Portugal, Romania and Sweden focuses on the stepping up of cross-border cooperation, particularly in combating terrorism, cross-border crime and illegal migration. In order to strengthen freedom, security and justice, it recommends making full use of new technologies and enabling reciprocal access to national databases.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o začetku avtomatizirane izmenjave daktiloskopskih podatkov na Švedskem sem podprla, ker bo izvedbeni sklep Sveta dovolil Švedski prejemati in pošiljati podatke o poglobitvi čezmejnega sodelovanja, zlasti na področju boja proti terorizmu in čezmejnemu kriminalu, kar bo zagotovilo večjo varnost državljanov EU.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido. Desde nuestro Grupo siempre se ha apoyado que existan criterios claros que garanticen la protección de datos personales. En ese sentido, vistos los vínculos que este informe tiene con hechos precedentes y los mínimos de protección en materia de datos personales, se propone la abstención.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de décision d'exécution du Conseil vise à autoriser la Suède à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel.

Dans le cadre de cette décision relative à l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, la transmission de données à caractère personnel prévue ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre, dans le droit national sur le territoire des États membres concernés par cette transmission, des dispositions générales relatives à la protection des données énoncées dans cette décision.

Sur la base du rapport général d'évaluation qui lui a été présenté, le Conseil a conclu, le 13 juillet 2015, que la Suède avait pleinement mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données. J'ai voté pour ce texte.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A terrorizmus és a határokon átnyúló bűnözés elleni küzdelem, illetve a határokon átnyúló együttműködések megerősítése érdekében támogattam a jelentést.

Traian Ungureanu (PPE), *în scris*. – Rezoluția legislativă a Parlamentului European face referire la proiectul de decizie de punere în aplicare a Consiliului privind lansarea schimbului automatizat de date în ceea ce privește datele dactiloscopice în Suedia.

Accesul automatizat la datele dactiloscopice (amprente palmare, amprente digitale latente etc.) este reglementat în Decizia 2008/615/JAI a Consiliului privind intensificarea cooperării transfrontaliere, în special în domeniul combaterii terorismului și a criminalității transfrontaliere. Scopul acestei decizii este accelerarea cooperării polițienești și judiciare transfrontaliere dintre țările Uniunii Europene în materie penală, prin îmbunătățirea schimburilor de informații între autoritățile cu atribuții de prevenire și cercetare a infracțiunilor.

Lansarea schimbului automatizat de date în ceea ce privește datele dactiloscopice nu se poate face decât după implementarea în legislația națională a statelor membre a dispozițiilor generale privitoare la protecția datelor personale. Verificarea îndeplinirii acestei condiții se face pe baza unui raport de evaluare bazat pe un chestionar, o vizită de evaluare și un test pilot. Aceste criterii au fost îndeplinite cu succes de către Suedia, prin urmare, Consiliul a dat un aviz favorabil acestei țări de a primi și furniza date cu caracter personal în scopul căutării automatizate a datelor dactiloscopice.

Prin intermediul rezoluției legislative, Parlamentul a aprobat această decizie a Consiliului.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido. Desde nuestro Grupo siempre se ha apoyado que existan criterios claros que garanticen la protección de datos personales. En ese sentido, vistos los vínculos que este informe tiene con hechos precedentes y los mínimos de protección en materia de datos personales, se propone la abstención.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the three reports on automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Sweden, Poland and Belgium. This time, Parliament has at last been properly consulted on the automated exchange of dactyloscopic data. The Green Group had insisted already in 2008 on the inclusion of data-protection standards in the decision and proper consultation with Parliament. Now we can formally agree to automated data exchange.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Sweden because I believe it is important to strengthen cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime, and to work on strengthening cross-border law-enforcement cooperation in the EU. It has also been established that Sweden has fully implemented the general provisions on data protection of Chapter 6 of Decision 2008/615/JHA, therefore I supported this resolution.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – De conformidad con la Decisión 2008/615/JAI sobre la intensificación de la cooperación transfronteriza, en particular en lo relacionado con la lucha contra el terrorismo y el crimen organizado, el suministro de datos personales (incluyendo las huellas dactilares) no debe llevarse a cabo hasta que las disposiciones generales sobre protección de datos no hayan sido implementadas en la legislación de los Estados Miembros correspondientes.

Basándose en un informe de evaluación general presentado al Consejo, este concluyó que el Estado Miembro había implementado las disposiciones generales sobre la protección de datos y por lo tanto le autoriza a recibir y facilitar huellas dactilares de conformidad con esta Decisión. Por todo lo expuesto, considero necesario votar a favor de dicho informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Suecia responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Suecia ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotras siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Em dezembro de 2008, a Comissão Europeia apresentou uma proposta para a criação do sistema «Eurodac» de comparação de impressões digitais para efeitos da aplicação efetiva da Convenção de Dublin. Esta proposta faz atualmente parte do pacote «Asilo».

Eurodac é um processamento comum de dados pessoais, utilizado desde 15 de janeiro de 2003, e inclui um sistema automático de reconhecimento de impressões digitais. O objetivo deste tratamento é determinar o Estado-Membro que, ao abrigo da Convenção de Dublin, é responsável pela análise de um pedido de asilo apresentado num dos Estados da UE. Este projeto de decisão de execução do Conselho relativa ao lançamento do intercâmbio automatizado de dados dactiloscópicos insere-se nesta lógica.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht fördert die Terrorismusbekämpfung und Kriminalitätsprävention. Der automatisierte Austausch führt zu einer Vereinfachung der Verfolgung von Straftätern. Der Bericht wurde daher von mir unterstützt.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore del progetto di decisione di esecuzione del Consiglio relativa all'avvio in Svezia dello scambio automatizzato di dati dattiloscopici per due motivi. Primo: credo che la cooperazione transfrontaliera sia fondamentale per rafforzare l'Unione europea. Secondo: sono convinto che il terrorismo e la criminalità organizzata si possano sconfiggere solo con un'azione comune. Ovviamente, il Parlamento europeo e la sua commissione LIBE controlleranno che questo scambio avvenga nel pieno rispetto dei diritti e delle libertà fondamentali. Infatti, non si può violare il diritto alla protezione dei propri dati personali nel nome della sicurezza.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Zusammen mit meiner Fraktion, der EKR, habe ich für diesen Bericht gestimmt. Die EKR unterstützt den Beitritt von Schweden, Polen, und Belgien zu dem automatisierten Austauschsystem daktyloskopischer Daten.

Polen, Belgien und Schweden haben den Fragebogen zum Datenschutz und daktyloskopischen (d. h. Fingerabdruck) Datenaustausch abgeschlossen und erfolgreiche Pilotprojekte durchgeführt. Auf der Grundlage eines umfassenden Evaluierungsberichtes beschloss der Rat am 13. Juli 2015, dass diese Mitgliedstaaten die allgemeinen Datenschutzbestimmungen vollständig umgesetzt haben.

Ich unterstütze die Position meiner Fraktion zu diesem Thema und habe dementsprechend diesem Bericht zugestimmt.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Všetky tri správy týkajúce sa automatizovanej výmeny daktyloskopických údajov vo Švédsku, v Belgicku a Poľsku som podporila. Ide o súčasť systému, ktorý uľahčuje cezhraničnú spoluprácu medzi krajinami, najmä v oblasti boja proti terorizmu a cezhraničnej trestnej činnosti, ktorý nadobúda stále väčší význam. A verím, že práve výmena osobných údajov je dôležitou súčasťou boja proti tomuto rozširujúcemu sa fenoménu. Zároveň podporujem aj princíp, na akom je pripojenie sa jednotlivých krajín do tohto systému založené. Na to, aby krajiny mohli disponovať osobnými údajmi, ktoré sú citlivé a potenciálne zneužíteľné, je potrebné, aby krajiny splnili presne stanovené podmienky a tým dokázali svoju schopnosť sa na systéme automatizovanej výmeny plne podieľať.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – De acordo com a Decisão n.º 2008/615/JAI relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiriça, da luta contra o terrorismo e contra a criminalidade, o fornecimento de dados pessoais previsto no âmbito dessa decisão não pode ocorrer até que as disposições gerais em matéria de proteção de dados tenham sido transpostas para o Direito nacional.

A proposta do Conselho visa autorizar a Suécia a receber e a transmitir dados pessoais nos termos da Decisão n.º 2008/615/JAI do Conselho a partir da data de entrada em vigor da mesma.

Estes três relatórios estão relacionados com a Convenção de Prüm que foi assinada em 27 de maio de 2005, em Prüm (Alemanha), entre sete Estados-Membros - Áustria, Bélgica, França, Alemanha, Luxemburgo, Espanha, e Holanda. O objetivo da Decisão de Prüm consiste, assim, na intensificação e na aceleração das trocas de informações entre autoridades, contribuindo para tal a possibilidade de se poder comparar, por exemplo, um determinado perfil de ADN com os perfis registados em bases de dados automatizadas existentes nos Estados-Membros.

Sabemos que, a pretexto do combate ao terrorismo e ao crime, a UE tem vindo a montar um sistema de vigilância que cerceia as liberdades e garantias dos indivíduos. Esta medida vai em lógica semelhante pelo que votámos contra.

6.5. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Belgien (A8-0303/2015 - Monika Flašíková Beňová)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Bélgica responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Bélgica ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotros siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o para un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport visant à permettre l'échange automatisé des données à caractère personnel en Belgique. Dans un contexte de terrorisme ambiant ainsi que dans une perspective de lutte contre la criminalité transfrontalière, l'approfondissement de la coopération entre les États doit être une priorité. Les décisions élaborées dans ce rapport vont dans ce sens, en permettant ainsi à la Belgique une transmission des données, le Conseil ayant approuvé la mise en œuvre des dispositions générales relatives à la protection des données.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de décision d'exécution du Conseil a pour objet de faciliter la transmission et la réception des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI. Elle permet de renforcer la coopération transfrontalière afin de lutter contre le terrorisme et le grand banditisme.

S'agissant d'une décision qui touche aux libertés individuelles, un strict contrôle de l'utilisation de ces données est indispensable. C'est précisément pour cette raison que l'échange de données personnelles ne peut être mis en œuvre qu'après que l'État membre donne la garantie qu'il respectera les dispositions générales relatives à la protection des données contenues dans les textes européens. Le 13 juillet 2015 dernier, le Conseil a conclu que la Belgique avait mis en œuvre l'intégralité de ces dispositions.

La coopération transfrontalière étant une nécessité dans la lutte contre le terrorisme et le grand banditisme, j'ai voté pour ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The exchange of such information should be a matter for the Member States concerned, not the whole of the European Union.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération visant à approfondir la coopération transfrontalière avec la Belgique notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą pritarti Tarybos sprendimui 2008/615/TVR dėl keitimosi asmens duomenimis Lenkijoje siekiant gerinti tarpvalstybinį bendradarbiavimą kovoje su terorizmu ir tarpvalstybiniu nusikalstamumu.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Il s'agit là de l'une des trois propositions de décision d'exécution du Conseil visant à autoriser la Suède, la Belgique et la Pologne à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI.

Dans le cadre de cette décision relative à l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, la transmission de données à caractère personnel prévue par la décision ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national sur le territoire des États membres concernés par cette transmission des dispositions générales relatives à la protection des données énoncées dans cette décision.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Sur la base du rapport général d'évaluation qui lui a été présenté, le Conseil a conclu, le 13 juillet 2015, que la Suède, la Belgique et la Pologne avaient pleinement mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données.

Estimant que la Belgique remplit les conditions nécessaires, j'ai voté en faveur de ce rapport. Oui, il faut que les États membres coopèrent pour lutter contre la criminalité et le terrorisme transfrontaliers !

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Via le traité de Prüm conclu en 2007, plusieurs États de l'Union s'engageaient dans un cadre intergouvernemental à intensifier l'échange de données afin d'intensifier la coopération transfrontalière et lutter plus efficacement contre le terrorisme et la criminalité internationale.

Ces échanges de données concernent les empreintes digitales, les numéros d'immatriculation des véhicules et l'ADN.

Avant de participer au système d'échange, chaque pays doit satisfaire à des tests en matière de protection des données personnelles. La Belgique ayant réussi ces tests, le Conseil souhaite donc qu'elle puisse recevoir et transmettre des données dactyloscopiques dans le cadre du Traité.

J'ai soutenu ce point, l'échange de données étant un moyen essentiel d'accroître la sécurité au sein de l'Union.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de décision d'exécution du Conseil vise à autoriser la Belgique à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI. Cette transmission de données à caractère personnel ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national sur le territoire des États membres concernés par cette transmission des dispositions générales relatives à la protection des données énoncées dans cette décision. Le Conseil a conclu que la Belgique avait pleinement mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données. J'ai donc voté pour.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione dell'on Flašíková Beňová è equilibrata e condivisibile. Se l'UE vuole contrastare in modo incisivo la criminalità internazionale e il terrorismo, il primo passo è quello di agevolare lo scambio di informazioni fra le forze di polizia degli Stati membri. Per questo motivo ho inteso sostenere col mio voto questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – De conformidad con el artículo 25, apartado 2, de la Decisión 2008/615/JAI, la transmisión de datos de carácter personal en virtud de dicha Decisión solo podrá iniciarse cuando en el territorio de los Estados miembros que participen en dicha transmisión se hayan incorporado al Derecho interno las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de dicha Decisión.

El 13 de julio de 2015, el Consejo concluyó que Bélgica ha aplicado plenamente las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de la Decisión 2008/615/JAI. Por consiguiente, a efectos de la consulta automatizada de datos dactiloscópicos, Bélgica debe quedar habilitada para recibir y transmitir datos de carácter personal en virtud del artículo 9 de la Decisión 2008/615/JAI.

Por ello, he votado favorablemente este informe necesario para dar la aprobación al intercambio de datos relativos a huellas dactilares con Bélgica.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Tarybos sprendimui dėl automatinio keitimosi daktiloskopiniais duomenimis Belgijoje pradžios. Šis sprendimas yra dalis tarpvalstybinio bendradarbiavimo gerinimo, visų pirma kovos su terorizmu ir tarpvalstybiniu nusikalstamumu. Pagal Sprendimą 2008/615/TVR asmens duomenys negali būti teikiami, kaip numatyta tame sprendime, kol tokius duomenis teikiančių valstybių narių teritorijų nacionalinėje teisėje nėra įgyvendintos to sprendimo nustatytos bendrosios nuostatos dėl asmens duomenų apsaugos. Belgija šias nuostatas įgyvendino, todėl netrukus automatinės daktiloskopinių duomenų paieškos tikslais Belgija turės teisę gauti bei teikti asmens duomenis.

Franč Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagani sklep dovoljuje Belgiji, da ta prejema in pošilja osebne podatke v skladu s predpisi o izboljšanju čezmejnega sodelovanja.

Dienstag, 27. Oktober 2015

To je pomembno zlasti na področju boja proti terorizmu in čezmejnemu kriminalu, še toliko bolj pa je to potrebno v luči trenutne migrantske krize.

Sklep sem z veseljem podprl.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour les trois propositions de décision d'exécution du Conseil en vue d'autoriser la Belgique à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel.

Cette décision permet notamment de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière par un approfondissement de la coopération transfrontalière.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché il Belgio ha rispettato tutte le condizioni richieste dalla decisione 2008/615/GAI sul potenziamento della cooperazione transfrontaliera, soprattutto nella lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera e sullo scambio automatizzato di dati dattiloscopici e, pertanto, deve essere ammesso al programma.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de décision d'exécution du Conseil vise à faciliter la réception et la transmission des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI. Cette mesure devrait permettre de renforcer la coopération transfrontalière afin de lutter contre le terrorisme et le grand banditisme dont les organisations s'affranchissent des frontières.

Cette transmission de données à caractère personnel ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre des dispositions générales relatives à la protection des données énoncées dans le texte. Or, le Conseil a conclu le 13 juillet 2015 que la Belgique avait mis en œuvre l'intégralité de ces dispositions.

Considérant que ce type de coopération transfrontalière est une nécessité dans la lutte contre le terrorisme, j'ai voté en faveur de cette proposition.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Am votat în favoarea schimbului autorizat de date în ceea ce privește datele dactiloscopice din Belgia deoarece cooperarea transfrontalieră este foarte benefică pentru protejarea legislației naționale și ajută atât la eradicarea terorismului, cât și la întărirea statului de drept.

Prin decizia Comisiei de punere în aplicare a Deciziei 2008/615/JAI se prevede faptul că schimbul automat de date trebuie să fie desfășurat pe baza unui raport de evaluare bazat pe un test pilot, un chestionar elaborat de grupul de lucru și o vizită de evaluare, aceste lucruri fiind realizate de către audit.

Belgia a parcurs toți pașii necesari; astfel, a aplicat chestionarul cu privire la protecția datelor și chestionarul cu privire la schimbul de date dactiloscopice și a efectuat împreună cu Franța și Luxemburg un test pilot care a fost concludent.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole. Lo scopo è di migliorare la cooperazione transfrontaliera di polizia tra gli Stati membri. Le autorità devono poter scambiare informazioni di polizia in modo rapido ed efficiente per lottare efficacemente contro la criminalità organizzata e il terrorismo.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul progetto di decisione di esecuzione del Consiglio per l'avvio in Belgio dello scambio automatizzato di dati dattiloscopici. Parliamo delle immagini di impronte digitali, palmari, e dei modelli di tali immagini che vengono memorizzati e trattati in una banca dati automatizzata.

Con il voto di oggi ci impegniamo a rafforzare la cooperazione transfrontaliera tra la polizia e le autorità giudiziarie dei paesi dell'Unione europea, con l'obiettivo di combattere il terrorismo e la criminalità transfrontaliera in modo più efficace.

Il Belgio ha completato con successo i questionari sugli scambi automatizzati di dati, effettuando anche un'esperienza pilota con la Francia e il Lussemburgo e attuando appieno le disposizioni generali relative alla protezione dei dati stabilite nella decisione del Consiglio 2008/615/GAI.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Pertanto, al fine di inserire anche il Belgio nel sistema di ricezione e trasmissione di tali informazioni e dati, ho votato a favore del progetto.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report which deals with the stepping up of cross-border cooperation to combat terrorism and cross-border crime. According to a previous decision personal data may not be supplied until general provisions on data protection have been implemented in national law. The Council now states that Belgium has fully implemented the general provisions on data protection and can begin to receive and supply personal data under Decision 2008/615/JHA.

This report is related to the implementation of the Prüm Decision, which I have consistently opposed, but these particular reports deal with the implementation of the data protection safeguards for fingerprint data exchange to occur. As I have always advocated for the implementation of adequate data protection safeguards for personal data exchange, I abstained.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

David Casa (PPE), *in writing*. – Given the changes in the data protection provisions that have been introduced recently in Belgium, the national authorities should be allowed the exchange of dactyloscopic data with the relevant international authorities. I therefore voted in favour of this report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il Belgio presenta una normativa sulla protezione dei dati personali giudicata atta a far sì che al paese possano essere applicate le disposizioni della decisione 2008/615/GAI del Consiglio sul potenziamento della cooperazione transfrontaliera. Queste sono importanti soprattutto nella lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera e ho quindi votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Η έκθεση αναφέρεται στο σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δακτυλσκοπικών δεδομένων στο Βέλγιο.

Έχοντας υπόψη το σχέδιο του Συμβουλίου και την έκθεση της Επιτροπής Πολιτικών Ελευθεριών, Δικαιοσύνης και Εσωτερικών Υποθέσεων, εγκρίνουμε το σχέδιο του Συμβουλίου και καλούμε το Συμβούλιο σε περίπτωση που προτίθεται να παρεκκλίνει από το κείμενο που ενέκρινε το Κοινοβούλιο, να το ενημερώσει σχετικά.

Ακόμη ζητεί το Κοινοβούλιο να κληθεί εκ νέου να γνωμοδοτήσει εφόσον το Συμβούλιο προτίθεται να επιφέρει σημαντικές τροποποιήσεις στο κείμενο που ενέκρινε το κοινοβούλιο.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore del provvedimento. La preoccupante proliferazione di gruppi criminali organizzati in grado di operare su base transfrontaliera insieme con il ricorso al terrorismo obbligano le istituzioni europee a potenziare la cooperazione nella lotta a tali fenomeni criminali. Lo scambio di informazioni e dati sensibili tra le autorità e le forze di sicurezza degli Stati membri rappresenta un elemento fondamentale per implementare una efficace strategia di contrasto al crimine. Avendo il Belgio posto in pratica le disposizioni generali sulla protezione dei dati, secondo la decisione 2008/615/GAI, si ritiene doveroso autorizzare il Belgio a ricevere e trasmettere dati di impronte digitali.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione dell'onorevole Monika Flašíková Benová sul progetto di automatizzazione dello scambio di dati dattiloscopici in Belgio. Ritengo importante tenere fede a quello che vuole essere il modello europeo di scambio di informazioni nel gruppo degli Stati membri (EIXM) e penso sia basilare l'attuazione della decisione di Prüm sul rafforzamento della cooperazione transfrontaliera.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Decisão n.º 2008/615/JAI relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiras procede substantivamente à incorporação do Tratado de Prüm no ordenamento jurídico comunitário, mantendo o objetivo de estimular uma maior cooperação entre as forças de segurança dos Estados-Membros, especialmente através de uma maior troca de informação.

Como já afirmei diversas vezes, esta troca de informações é essencial no domínio da segurança, assim como é requisito de um resultado de maior confiança mútua. Por isso, certos requisitos têm de ser respeitados, nomeadamente os princípios da necessidade e da proporcionalidade e o respeito pelos direitos fundamentais.

Assim, para que se verifique o intercâmbio automatizado de dados dactiloscópicos, cada Estado-Membro deve assegurar que são implementadas as normas de proteção de dados. Esta decisão do Conselho vem, corretamente, autorizar o início do intercâmbio automatizado, uma vez que a Bélgica procedeu à sua correta implementação.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Lo scambio dei dati personali allo scopo di combattere il terrorismo e i crimini transfrontalieri è tra gli obiettivi dell'Unione europea. Il Belgio ha implementato le disposizioni generali sulla protezione dei dati personali nell'ordinamento nazionale rientrando tra i paesi firmatari della decisione di Prüm riguardante la cooperazione tra le forze di polizia e lo scambio di informazioni sulle impronte digitali. È necessario dare piena attuazione quanto prima a tale atto legislativo, in modo da facilitare e rendere più rapide le procedure per l'invio e la ricezione di dati tra gli Stati membri.

La relazione si inserisce nel quadro del modello europeo di scambio di informazioni (EIXM) che prevede la cooperazione transfrontaliera delle forze di polizia e di investigazione, tutelando al contempo i diritti fondamentali dei cittadini europei. Concordo con l'approvazione della relazione, al fine di potenziare efficacemente la cooperazione transfrontaliera.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – One aim of the European Union is to provide its citizens with high levels of freedom as well as security and justice for crimes. To do so Member States must be interconnected, achieved through the creation of a national database for cross-border checks on people from DNA and dactyloscopic data (fingerprinting). This report states that the Member State of Belgium has met the Directive's criteria established for implementation of automatic data exchange. I voted for this report that will allow the Member State of Belgium to receive and supply such above discussed data to fight terrorism and other such crimes.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La proposta di applicazione della decisione del Consiglio in oggetto mira ad autorizzare il Belgio a ricevere e trasmettere dati personali ai sensi della decisione 2008/615/GAI del Consiglio, a partire dalla data di entrata in vigore della decisione. Ai sensi di quest'ultima, sul potenziamento della cooperazione transfrontaliera, soprattutto nella lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera, la fornitura di dati personali nell'ambito di tale decisione non può aver luogo fino a quando le disposizioni generali in materia di protezione dei dati non sono state attuate nel diritto nazionale dei territori degli Stati membri interessati alla trasmissione.

Sulla base di una relazione generale di valutazione, il Consiglio ha concluso che i tre paesi sopra citati hanno attuato appieno le disposizioni generali relative alla protezione dei dati di cui al capo 6 della decisione 2008/615/GAI del Consiglio. Per questi motivi, ho deciso di votare a favore.

Javier Couso Permyu (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Bélgica responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Bélgica ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotros siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o para un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Pál Csáky (PPE), írásban. – A Tanács végrehajtási határozatánál az Európai Parlament csupán konzultációs eljárásban van. A Parlament LIBE szakbizottsága módosítási javaslat nélkül hagyta jóvá a határozattervezetet, amelyet aztán a Parlament plenáris ülése elé terjesztettek. A szöveget én is megszavaztam. A jelentés célja az automatizált adatcsere bevezetése Belgiumban. Az adatcsere csak akkor vezethető be, ha az adott ország teljesíti a feltételeket. Belgium ennek eleget tett, többek közt teljesítette az adatvédelemről szóló és az újjelenyomatcseréről szóló kérdőívet. Ennek értelmében Belgium küldhet és fogadhat személyes adatokat a 2008/615/IB határozatnak megfelelően. A tervezet fontos szerepet játszik a terrorizmus és a határokon átnyúló bűnözés elleni küzdelemre irányuló, határokon átnyúló együttműködés megerősítésében.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I voted in favour of the Council draft. This is a technical consultation procedure on the implementation of the Prüm Decision on exchanging fingerprints data by Belgium. Belgium had fully implemented the general provisions on data protection set out in Chapter 6 of this decision.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport propose de soutenir le projet de décision du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données dactyloscopiques en Belgique. La transmission de données à caractère personnel prévue par la législation européenne ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national des dispositions générales relatives à la protection des données. Considérant que la Belgique a rempli les conditions pour l'échange de telles données, j'ai voté en faveur du rapport.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – J'ai soutenu ce texte sur l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques en Belgique. Faciliter cet échange de données relatif aux données dactyloscopiques, c'est-à-dire les empreintes digitales, dans le plein respect des règles de protection des données, permet de renforcer la sécurité des citoyens européens.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Що се отнася до борбата с тероризма и организираната престъпност, трансграничното сътрудничество и необходимата база данни са основен елемент за справянето с тях. Приветствам доклада на Съвета, в който се отчита, че Белгия е спазила всички изисквания, що се отнася до защитата на личните данни и по-специално дактилоскопичните данни (пръстовите отпечатыци).

Одобрявам присъединяването на Белгия към системата на сътрудничеството и смятам, че това е важна стъпка за сигурността на Съюза, особено в ситуация като сегашната, в която ЕС е изправен пред едно от най-големите предизвикателства пред сигурността си от създаването си до сега.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Η ανταλλαγή δακτυλοσκοπικών δεδομένων σαν μέτρο πρόληψης ποινικών εγκλημάτων αλλά κυρίως πιθανών τρομοκρατικών ενεργειών, είναι προς τη σωστή κατεύθυνση. Η ρήτρα που προβλέπεται από τη συνθήκη, σε ότι αφορά στην ευχέρεια (εφόσον ικανοποιούνται τα σχετικά κριτήρια), κάθε κράτους μέλους για την εφαρμογή της ανταλλαγής, αποτελεί θετικό βήμα, κυρίως για την προστασία ευαίσθητων προσωπικών δεδομένων και του ιδιωτικού απορρήτου, όπως προβλέπονται στο Χάρτη Ανθρώπινων Θεμελιωδών Δικαιωμάτων. Το Βέλγιο πέτυχε στην αξιολόγηση και η υποβολή του ερωτηματολογίου αξιολόγησης για την προστασία δεδομένων ήταν επιτυχής.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – O aprofundamento da cooperação transfronteiras, em particular no domínio da luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiras, é uma das matérias mais importantes para prevenir a existência de atos terroristas contra cidadãos da União Europeia. A troca de informações entre países é um fator crucial para minimizar estes ataques. No entanto, a partilha de dados deve ser feita em consonância e com o acordo dos diferentes países. No relatório em apreço, estes aspetos estão devidamente salvaguardados, merecendo, por isso, a minha aprovação.

Edouard Ferrand (ENF), par écrit. – J'ai voté pour cette résolution, parce qu'elle va dans le sens de l'efficacité dans la lutte contre la criminalité et le terrorisme, tout en conférant aux États la protection des données personnelles.

Dienstag, 27. Oktober 2015

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – De acordo com a Decisão n.º 2008/615/JAI, relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiriça na luta contra o terrorismo e a criminalidade, o fornecimento de dados pessoais não pode ocorrer até que as disposições gerais em matéria de proteção de dados tenham sido transpostas para o Direito nacional, no território dos Estados-Membros envolvidos.

As propostas do Conselho visam autorizar a Polónia, a Bélgica e a Suécia a receber e a transmitir dados pessoais nos termos da decisão supramencionada.

Estes três relatórios estão relacionados com a Convenção de Prüm que foi assinada em maio de 2005, em Prüm (Alemanha), entre sete Estados-Membros: Áustria, Bélgica, França, Alemanha, Luxemburgo, Espanha e Holanda. Foi criticada por ter sido negociada e adotada de forma muito pouco transparente e sem ter sido sujeita a um controlo democrático efetivo.

O objetivo da Decisão de Prüm consiste na intensificação e na aceleração das trocas de informações entre autoridades, contribuindo para tal a possibilidade de se poder comparar, por exemplo, um determinado perfil de ADN com os perfis registados em bases de dados automatizadas existentes nos Estados-Membros.

A nossa votação é inseparável da consideração mais geral que fazemos acerca da dita luta contra o terrorismo e do papel que nesta vem assumindo a UE.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – As a compromise between the two angles, I again abstained.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – ide o čisto technickú konzultačnú procedúru pri implementácii takzvaného Prümského rozhodnutia pri výmene daktyloskopických údajov v Belgicku. Na základe celkovej hodnotiacej správy, ktorá bola Rade predstavená, Rada rozhodla, že Belgicko 13. júla 2015 splnilo všetky podmienky a implementovalo všeobecné ustanovenia na ochranu dát tak, ako boli stanovené v šiestej kapitole rozhodnutia.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa relazione per un migliore scambio di dati e informazioni.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Η ανταλλαγή δακτυλοσκοπικών δεδομένων σαν μέτρο πρόληψης ποινικών εγκλημάτων αλλά κυρίως πιθανών τρομοκρατικών ενεργειών, είναι προς τη σωστή κατεύθυνση. Η ρήτρα που προβλέπεται από τη συνθήκη, σε ότι αφορά στην ευχέρεια (εφόσον ικανοποιούνται τα σχετικά κριτήρια) κάθε κράτους μέλους για την εφαρμογή της ανταλλαγής, αποτελεί θετικό βήμα, κυρίως για την προστασία ευαίσθητων προσωπικών δεδομένων και του ιδιωτικού απορρήτου, όπως προβλέπονται στο Χάρτη Ανθρώπινων Θεμελιωδών Δικαιωμάτων. Το Βέλγιο πέτυχε στην αξιολόγηση και η υποβολή του ερωτηματολογίου αξιολόγησης για την προστασία δεδομένων ήταν επιτυχής. Για τους παραπάνω λόγους υπερψηφίζω την παρούσα έκθεση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Considering the need to step up cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime, and to strengthen cross-border law-enforcement cooperation in the EU, I voted in favour of the report.

Kinga Gál (PPE), *in writing*. – With today's vote we approved the draft Council implementing decision on the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Belgium.

The supply of personal data may not take place until the general provisions on data protection have been implemented in the national law of the territories of the Member States involved. The verification that this condition has been met with respect to automated data exchange is done on the basis of an evaluation report based on a questionnaire, an evaluation visit and a pilot run.

Belgium has completed the questionnaire on data protection and the questionnaire on dactyloscopic data exchange. A successful pilot run has been carried out by Belgium with Austria.

On 13 July 2015, the Council concluded that Belgium had fully implemented the general provisions on data protection and therefore, for the purposes of automated searching of dactyloscopic data, Belgium should be entitled to receive and supply personal data pursuant to Article 9 of Decision 2008/615/JHA.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht „Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Belgien“ gestimmt, da ich den Ansatz unterstütze. Um Sicherheit im grenzenlosen Europa zu garantieren, braucht es auch eine effiziente, grenzübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und den funktionierenden Austausch der Daten.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Eine Intensivierung der Zusammenarbeit der EU zum Schutz der Bürger ist erstrebenswert und wichtig. Im Ernstfall können so schneller Daten, welche für eine effiziente Aufklärung von Straftaten notwendig sind, bereitgestellt werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – This involves exchanging fingerprint data. I voted against for obvious reasons.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of this report to increase cross-border cooperation in combating terrorism and cross-border crime. The exchange of dactyloscopic or fingerprint data is important for the purposes of criminal identification, registration, and investigation. Following pilot projects, evaluations have shown no hindrance to EU data protection standards.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté aujourd'hui en faveur de ce rapport dont l'objectif est de favoriser l'échange d'information transfrontalière sur les empreintes digitales depuis la Belgique et ainsi d'améliorer la coopération entre les services de polices des États membres afin de pouvoir mieux lutter contre le terrorisme et le crime organisé, et ce dans le respect des standards européens en matière de protection des données.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido. Desde nuestro Grupo siempre se ha apoyado que existan criterios claros que garanticen la protección de datos personales. En ese sentido, dados los vínculos que este informe tiene con hechos precedentes y los mínimos de protección en materia de datos personales, se propone la abstención.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I, alongside other S&D MEPs, voted in favour of this report. This report is purely technical and is a simple approval of an evaluation report in which it is concluded that Belgium has fully implemented the general provisions on data protection set out in Chapter 6 of the Prüm Decision.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted for the Automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Belgium because I believe it will help step up cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report as it helps the facilitation of exchange of such data for the fight against terrorism and cross-border crimes.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a approuvé à une large majorité la décision relative à l'échange automatisé de données daktyloscopiques en Belgique.

En somme, il s'agit d'autoriser les autorités belges à recevoir et transférer des données à caractère personnel, en l'occurrence les empreintes digitales, à d'autres États membres dans le cadre de la coopération transfrontalière en matière de lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée.

Dans le contexte actuel de fortes menaces terroristes pesant sur les États européens, l'échange d'information entre les autorités compétentes est une mesure nécessaire de prévention de la menace et est une condition essentielle à l'identification d'individus radicalisés et extrémistes.

Aujourd'hui, nous ne pouvons pas nous passer de ces instruments pour combattre le terrorisme et la criminalité transfrontalière qui sont les nouveaux fléaux du XXI^e siècle.

C'est pourquoi j'ai résolument soutenu cette décision.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Подкрепям предложението за решение на Съвета по отношение на въвеждането на автоматизиран обмен на дактилоскопични данни в Швеция, Белгия и Полша, тъй като по този начин ще бъде постигната по-добра синергия по отношение на обмена на информация.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Убедена съм в това, защото смятам, че обменът на информация и сътрудничеството са точно толкова важни, колкото и събирането на данни, и възможните мерки за подобряване на обмена на данни трябва да бъдат подкрепени при пълно зачитане на съществуващите разпоредби и съдебна практика по отношение на защитата на личните данни.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu provedbene odluke Vijeća o pokretanju automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Belgiji, zbog toga što takva vrsta razmjena potiče efikasnije sprječavanje i dosljednu istragu kaznenih djela, dok se samim time osnažuje unutarnja i međunarodna sigurnost.

Iznimno je važno što se time unaprjeđuje prekogranična suradnja u borbi protiv terorizma i prekograničnog kriminala. Kada je riječ o ozbiljnijim i većim problemima na EU razini, jedinstvo i sinergija među državama članicama su ključni kako bi se osigurala sigurnost i stabilnost, te radi toga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Cette proposition de décision d'exécution du Conseil facilite la transmission et la réception des données personnelles conformément à la décision 2008/615/JAI. Cette décision vise à renforcer la coopération transfrontalière afin de lutter contre le terrorisme et le grand banditisme.

Cet échange de données personnelles ne peut être mis en œuvre qu'après avoir respecté des dispositions générales relatives à la protection des données stipulées dans le texte. Or le Conseil a conclu le 13 juillet 2015 que la Belgique avait mis en œuvre l'intégralité de ces dispositions.

La coopération transfrontalière étant une nécessité dans la lutte contre le terrorisme, j'ai voté en faveur de cette proposition.

Diane James (EFDD), *in writing.* – I and my fellow UKIP MEPs reject the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de ce rapport qui va permettre à la Belgique de recevoir et de transmettre des informations personnelles dans le cadre d'une coopération transfrontalière pour lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Diesem Bericht stimme ich zu. Ein automatisierter Datenaustausch von daktyloskopischen Daten ist in Bezug auf Kriminalitätsprävention und Terrorismusbekämpfung absolut zu befürworten. Ein solcher Datenaustausch ermöglicht es den nationalen Sicherheitsbehörden, rechtzeitig zu intervenieren und somit das allgemeine Sicherheitsgefühl der Bürger zu erhöhen.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* – I voted in favour of the report as it aims to increase cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime. Also, following pilot projects, evaluations have shown no hindrance to EU data protection standards.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto.* – Ho votato favorevolmente il lavoro della collega Beňová sullo scambio automatizzato di dati dattiloscopici in Belgio. L'indagine dattiloscopica è un'attività il cui fine concerne l'identificazione personale ed è possibile annoverarla tra gli strumenti più efficaci nel campo della criminalistica. Questa relazione intende dunque rafforzare la cooperazione transfrontaliera tra polizia e settore giudiziario degli Stati membri.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit.* – Comme pour le cas de la Suède, il s'agit d'autoriser la Belgique à recevoir et transmettre des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI. La Belgique remplissant les conditions nécessaires selon le Conseil, j'ai voté en faveur de ce texte.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit.* – J'ai voté pour ce texte car il étend à la Belgique la coopération en matière de transmission de données personnelles pour lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Bélgica responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Bélgica ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotros siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o para un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Cilj izvješća je pokretanje automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Belgiji. Zbog naprednije i poboljšane prekogranične suradnje, posebice radi razotkrivanja terorizma i prekograničnog kriminaliteta, Vijeće je u srpnju 2015. ovlastilo Belgiju da prima i dostavlja osobne podatke u skladu s Odlukom 2008/615/JHA.

Podržala sam izvješće zastupnice Monike Flaškové Beňove budući da je daktiloskopija najsuvremenija i najsigurnija metoda utvrđivanja identiteta osobe te je automatizirana razmjena daktiloskopskih podataka uvjet za sigurnije društvo. Daktiloskopija je u Hrvatskoj za potrebe identifikacije osoba uvedena 1904. u Zagrebu.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Šī ziņojuma izskatīšanas un attiecīgās balsošanas laikā Pilsoņu brīvību, tieslietu un iekšlietu komitejā es nobalsoju par. To pašu izdarīju arī šodien, jo uzskatu, ka daktiloskopijas datu apmaiņa ir svarīgs eiropiešu drošību veicinošs pasākums.

Pārrobežu sadarbības pastiprināšana starp Eiropas Savienības un to dalībvalstu tiesībaizsardzības iestādēm ir absolūti nepieciešama, it īpaši pašlaik, kad pastāv iespējamība, ka kopā ar īstiem bēgļiem no Tuvajiem Austrumiem Eiropas Savienības teritorijā var iekļūt arī radikālisma un teroristisku metožu piekritēji. Tā kā Beļģija ir viens no populārākajiem neregulāro migrantu galapunktu virzieniem, šāda bīstamība nevar tikt ignorēta.

Lai gan mums noteikti jāpalīdz cietējiem, pirmkārt jādomā tieši par mūsu kopējās mājas drošību, jo citādāk tā vairs nebūs droša nedz mūsu valstu iedzīvotājiem, nedz arī tiem pašiem patvēruma meklētājiem.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – výmena daktyloskopických údajov v Belgicku posilní medzinárodnú policajnú spoluprácu v oblasti boja proti terorizmu, medzinárodnému zločinu a nedovolenému prisťahovalectvu. Prijatie vykonávacieho nariadenia je naliehavé práve v súčasnom období zložitej bezpečnostnej situácie, kedy krajiny Únie podliehajú náporu enormného množstva utečencov a žiadateľov o azyl.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτός*. – Απέχω από την ψηφοφορία για την έκθεση σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου σχετικά με την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δακτυλοσκοπικών δεδομένων στο Βέλγιο, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Dominique Martin a voté pour cette proposition. Comme dans le cas précédent, celui de la Suède, un rapport d'évaluation prouve que la Belgique a bien mis en place les dispositions générales relatives à la protection des données. Nous acceptons donc que l'échange soit mis en place.

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported this report on automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Belgium.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La decisione 2008/615/GAI mira a rafforzare la cooperazione transfrontaliera tra la polizia e le autorità giudiziarie dei paesi dell'Unione europea per combattere il terrorismo e la criminalità transfrontaliera in modo più efficace, con particolare riferimento allo scambio automatizzato di informazioni, nel quadro di eventi di rilievo e ai fini della lotta al terrorismo, nonché altre forme di cooperazione di polizia transfrontaliera. Il Belgio ha pienamente attuato le disposizioni sulla protezione dei dati cui tale decisione fa riferimento. Per tali ragioni, sono favorevole alla relazione della mia collega.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht fördert die Terrorismusbekämpfung und Kriminalitätsprävention. Der automatisierte Austausch führt zu einer Vereinfachung der Verfolgung von Straftätern. Der Bericht wurde daher von mir unterstützt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Il s'agit d'autoriser la Belgique à recevoir et transmettre des données à caractère personnel (profil ADN, empreintes digitales et immatriculation de véhicules) de ses fichiers de police avec ceux d'autres États membres. La législation comporte certes un point sur la protection des données et les limites de son usage mais les failles de ces législations sont connues. La CNIL s'est d'ailleurs inquiétée de cette législation. Et surtout, ce dossier participe d'une tendance générale de fichage aussi bien des délinquants que des citoyens européens ou des migrants. Ces fichiers sont par la suite croisés, contre les dispositions mêmes du droit européen, pour déterminer des profils de chaque citoyen. Un *big brother* soi-disant pour lutter contre le terrorisme, un argument dont Snowden a largement démontré l'inefficacité. C'est surtout un moyen d'accroître les quantités de données sur les citoyens pour les mettre à disposition des États-Unis ou encore plus récemment aux services d'intelligence allemands.

Je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Com vista ao aprofundamento da cooperação transfronteiriça, particularmente no que se refere à luta contra o terrorismo e a criminalidade organizada, apresentei o meu voto concordante ao relatório sobre o projeto de decisão de execução do Conselho relativa ao lançamento do intercâmbio automatizado de dados dactiloscópicos na Bélgica. A comparação transfronteiras de dados reflete uma nova dimensão na luta contra a criminalidade. As informações obtidas através da comparação de dados desempenham um papel crucial de apoio às autoridades judiciais e de aplicação da lei dos Estados-Membros.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which allows Belgium to both provide and receive dactyloscopic data for use in criminal investigations, as Belgium has fully implemented the general provisions on data protection.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Parlament s Radou riadne konzultoval správu o výmene daktyloskopických údajov v Belgicku a so zreteľom na svoje uznesenie z roku 2013 o posilnení cezhraničnej spolupráce v rámci presadzovania práva v EÚ aj návrh schválil. Z uvedených dôvodov podporujem prijatie návrhu a pripájam sa k výzve Rady, aby Parlamentu oznámila, ak má v úmysle odchyliť sa od schváleného textu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I supported the decision on the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Belgium, which is a purely technical consultation procedure on the implementation of the so-called Prüm Decision on exchanging fingerprint data by Belgium.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – A vote adding Belgium to the legal architecture of Europe allowing the fighting of terrorism and organised crime while fully respecting human rights and the rule of law.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. –

A terrorizmus és a határokon átnyúló bűnözés elleni küzdelemre irányuló, határokon átnyúló együttműködés megerősítéséről szóló 2008/615/IB tanácsi határozat értelmében személyes adatok e határozatban előírt szolgáltatására mindaddig nem kerülhet sor, amíg az adatszolgáltatásban érintett tagállamok a területükön hatályos nemzeti joganyagon át nem vezették az általános adatvédelmi rendelkezéseket.

A Tanács 2015. július 13-án a hozzá benyújtott jelentés alapján megállapította, hogy a hatályos belga joganyag minden tekintetben megfelel a 2008/615/IB határozat 6. fejezetében foglalt általános adatvédelmi rendelkezéseknek. A Tanács ezért határozatban kívánja fölhatalmazni Belgiumot személyes adatoknak a 2008/615/IB határozat szerinti fogadására és szolgáltatására. A Tanácsnak az Európai Unióról szóló szerződés 39. cikke (1) bekezdésének az Amszterdami Szerződés által módosított formája, valamint az átmeneti rendelkezésekről szóló 36. jegyzőkönyv 9. cikke értelmében a határozat elfogadása előtt konzultálnia kell az Európai Parlamenttel. A Parlament Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottsága jelentésében a Tanács tervezetét jóváhagyásra ajánlotta a Parlamentnek. A Tanács határozattervezetét ennek megfelelően támogattam.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Defendo que a eficácia da luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiras depende de uma eficiente e estreita cooperação entre os Estados-Membros.

A transmissão de dados pessoais ao abrigo da Decisão n.º 2008/615/JAI só pode ser efetuada quando as disposições gerais relativas à proteção de dados previstas no Capítulo 6 dessa decisão tenham sido incorporadas na legislação nacional do território dos Estados-Membros que participem nessa transmissão.

A verificação do cumprimento dessa condição relativa ao intercâmbio automatizado de dados deve ser efetuada com base num relatório de avaliação que, por sua vez, se baseie num questionário, numa visita de avaliação e num ensaio-piloto.

Tendo em conta que a Bélgica preencheu os requisitos da Decisão n.º 2008/615/JAI e executou com êxito um ensaio-piloto com a França e o Luxemburgo, o presente relatório merece o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Comme pour le cas de la Suède, il s'agit d'autoriser la Belgique à recevoir et transmettre des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI. La Belgique remplissant les conditions nécessaires selon le Conseil, j'ai voté en faveur de ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which relates to an old Council decision to increase cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime. The exchange of dactyloscopic data refers to the study of fingerprints for the purposes of criminal identification, registration and investigation.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui approuve le projet du Conseil d'autoriser la Belgique à recevoir et à transmettre des données dactyloscopiques (empreintes digitales). Il s'agit d'améliorer la lutte contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière dans l'Union européenne en favorisant la coopération entre les États membres. Cette autorisation intervient après vérification par le Conseil que toutes les conditions relatives à la protection des données sont respectées.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report that will implement the Council's decision on the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Belgium.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da er deutliche Fortschritte im Bereich der Kriminalprävention und Terrorismusbekämpfung bringen kann. Im Wesentlichen geht es um den Austausch von Fingerabdrücken. Betrachtet man den gegenwärtigen Flüchtlingsstrom, der ja bereits ganz Europa betrifft, so lassen sich auch im Bereich der Bekämpfung von Asylmissbrauch Fortschritte erwarten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport propose d'approuver la participation de la Belgique au dispositif de Prüm. Le traité de Prüm a été signé en 2005 dans le but de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, permettant aux États signataires d'échanger des données à caractère personnel, génétique ou digital, sur un individu soupçonné d'intentions homicides. Les directives 2008/615/JAI et 2008/616/JAI du Conseil prévoient que la participation d'un pays à ce dispositif soit conditionnée par une transposition dans la législation nationale de mesures traitant de la protection des données personnelles. Si je suis conscient de l'enjeu et de la nécessité d'une action concrète pour lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, je ne suis pas convaincu qu'un tel mécanisme permette de lutter efficacement en ce sens sans mettre en danger le droit à la vie privée, je m'abstiens donc.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Eesmärk on tõhustada võitlust terrorismi ja piiriüleste kuritegude vallas.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – In Belgio la minaccia terroristica ha manifestato la sua presenza fisica sul territorio quando, l'inverno scorso, l'azione di una cellula jihadista è stata bloccata dalle forze dell'ordine.

La regolarizzazione dello scambio di dati dattiloscopici è palesemente prioritaria e per questo non esito a votare positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Razmjenu daktiloskopskih podataka držim presudno važnom u jačanju sigurnosti u cijeloj Europskoj uniji. Smatram kako daktiloskopski podatci dostupni u nacionalnim bazama otisaka prstiju trebaju biti dostupni svim državama članicama Europske unije za pregled i pretraživanje, te se između država treba provoditi stalna razmjena daktiloskopskih podataka. Na taj bi se način moglo izbjeći dugotrajne istrage i potrage za počiniteljima određenih zločina.

Ovakva razmjena svakako može doprinijeti uspješnom otkrivanju i sprječavanju organiziranog kriminala koji je sve više i više prisutan u Europi te terorizma koji je nažalost danas postao globalna prijetnja. Kraljevina Belgija kao članica Europske unije vidi korisnim ovu sigurnosnu razmjenu podataka te smatra da je treba imati organiziranu na potrebnoj visokoj razini zbog učinkovitog jačanja sigurnosti i sprječavanja organiziranog kriminala. Zbog svega navedenoga, podržavam ovu Odluku.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Comme pour le cas de la Suède, il s'agit d'autoriser la Belgique à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI. La Belgique remplissant les conditions nécessaires selon le Conseil, j'ai voté en faveur de ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Borba protiv terorizma i prekograničnog kriminala važni su elementi međudržavne suradnje unutar EU-a te smatram da u tom svjetlu treba promatrati razmjenu i dostupnost osobnih podataka, u ovom slučaju daktiloskopskih, dakle otisaka prstiju. Ipak, važan je i zahtjev da se ovakva prekogranična suradnja odvija samo pod uvjetom da nacionalni zakoni uključenih država imaju u potpunosti implementirane propise o zaštiti osobnih podataka. S obzirom da su ovi uvjeti u Belgiji zadovoljeni, podržavam ovaj nacrt.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće za pokretanje automatske razmjene podataka s obzirom na daktiloskopske podatke (otiske prstiju) u Belgiji, u skladu s odlukom za intenziviranjem prekogranične suradnje, posebice u borbi protiv terorizma i prekograničnog kriminala te opskrbe osobnih podataka predviđenih u toj odluci. Cilj je učinkovita međunarodna suradnja u području borbe protiv terorizma i prekograničnog kriminala, što je od temeljne važnosti kako bi se precizne informacije zamijenile brzo i učinkovito.

Nadalje, u cilju je uvesti postupke za promicanje brzog, učinkovitog i jeftinog načina razmjene podataka. Za zajedničko korištenje podataka ti postupci trebaju biti predmet odgovornosti te odgovarajuće jamstvo u pogledu točnosti i sigurnosti podataka tijekom prijenosa i pohrane, kao i postupaka za snimanje i razmjenu podataka ograničenja za korištenje informacija.

Belgija je završila upitnik o zaštiti podataka i upitnik o daktiloskopskoj razmjeni podataka. Uspješna pilot vožnja je provedena od strane Belgije s Francuskom i Luksemburgom. Na temelju ukupnog evaluacijskog izvješća, 13. srpnja 2015. godine Vijeće je zaključilo da su u Belgiji u potpunosti provedene opće odredbe o zaštiti podataka.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Con lo scambio automatizzato di dati dattiloscopici si intende intensificare lo scambio di informazioni tra Stati membri dell'Unione europea relativo alle impronte digitali e ai dati genetici (DNA). L'obiettivo che si vuole raggiungere è quello di consentire il confronto del profilo DNA di un individuo con i profili presenti nei database automatizzati degli Stati membri, effettuando collegamenti fra questi dati personali mediante punti di contatto nazionali usati nell'azione di contrasto del terrorismo interno e internazionale. Voto favorevolmente in merito alla decisione del Consiglio di autorizzare il Belgio a procedere allo scambio automatizzato di dati dattiloscopici, volto a prevenire i reati di terrorismo, criminalità e immigrazione clandestina.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Afin d'améliorer la lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée à l'intérieur de l'Union, j'ai voté en faveur du rapport concernant l'échange de données relatif aux données dactyloscopiques en Belgique. Ce texte est important car il permet de faciliter le transfert de données parfois clés pour assurer une plus grande protection des citoyens européens.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por entender que a cooperação e o intercâmbio de informação são fatores decisivos para o reforço da luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiras.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – De conformidad con el artículo 25, apartado 2, de la Decisión 2008/615/JAI, la transmisión de datos de carácter personal en virtud de dicha Decisión solo podrá iniciarse cuando en el territorio de los Estados miembros que participen en dicha transmisión se hayan incorporado al Derecho interno las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de dicha Decisión.

El 13 de julio de 2015, el Consejo concluyó que Bélgica ha aplicado plenamente las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de la Decisión 2008/615/JAI. Por consiguiente, a efectos de la consulta automatizada de datos dactiloscópicos, Bélgica debe quedar habilitada para recibir y transmitir datos de carácter personal en virtud del artículo 9 de la Decisión 2008/615/JAI.

Por ello, he votado favorablemente este informe necesario para dar la aprobación al intercambio de datos relativos a huellas dactilares con Bélgica.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vient approuver le projet du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données concernant les données dactyloscopiques en Belgique. Une telle systématisation des échanges et le renforcement de la coopération transfrontalière seront utiles en matière répressive et de lutte contre le terrorisme.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Tendo presente os acordos existentes em matéria de cooperação transfronteiriça, de luta contra o terrorismo, da criminalidade transfronteiras e em matéria de aplicação da lei na UE – dos quais a execução da «Decisão Prüm» e o Modelo Europeu de Intercâmbio de Informações são bons exemplos - surge esta proposta de resolução legislativa com o objetivo de promover o intercâmbio automatizado de dados datiloscópicos (impressões digitais) com a Bélgica.

À semelhança do relatório referente à Suécia e à Polónia sobre a mesma matéria, verificou-se que a Bélgica respondeu positivamente aos questionários sobre proteção de dados e sobre intercâmbio de dados datiloscópicos, tendo igualmente concluído com êxito a experiência piloto com a França e o Luxemburgo relativa a este intercâmbio, pelo que não subsistem razões que inviabilizem a aprovação deste relatório, de carácter eminentemente técnico, pelo que o votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport sur le projet de décision d'exécution du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques en Belgique. La proposition de décision d'exécution du Conseil a pour objectif d'autoriser la Belgique à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI relative à l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della decisione del Consiglio europeo di autorizzare il Belgio a ricevere e trasmettere dati riguardanti le impronte digitali al fine di contrastare il sorgere di cellule e di attività terroristiche sul territorio nazionale. Uno dei compiti fondamentali dell'Unione europea è quello di garantire la sicurezza dei cittadini europei.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido. Desde nuestro Grupo siempre se ha apoyado que existan criterios claros que garanticen la protección de datos personales. En ese sentido, dados los vínculos que este informe tiene con hechos precedentes y los mínimos de protección en materia de datos personales, se propone la abstención.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Bélgica responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Bélgica ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotros siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o para un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this because I do not wish to see UK citizens' fingerprint data shared with foreign nations.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Belgium has fully implemented the general provisions on data protection set out in Chapter 6 of the Prüm decision, and so I voted in favour of this principally technical consultation procedure on the exchange of fingerprint data by Belgium.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Dôležitým krokom v boji proti terorizmu a cezhraničnej kriminalite je aj spolupráca pri výmene informácií týkajúcich sa daktyloskopických údajov. Belgicko plne implementovalo všeobecné podmienky o ochrane údajov, a preto je možné začleniť ho do výmeny daktyloskopických údajov.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, regarding cross-border exchange of dactyloscopic data (the study of fingerprints for the purposes of criminal identification, registration and investigation) in an attempt to combat terrorism and cross-border crime. Following pilot projects, evaluations have shown no hindrance to EU data protection standards.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Međunarodna razmjena daktiloskopskih podataka je ključ borbe protiv prekograničnog kriminala. Cilj ovog nacrtu provedbene odluke Vijeća je pokretanje automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Belgiji. Konačni cilj je pružiti podršku Belgiji u borbi protiv prekograničnog kriminala i pojačati suradnju u provođenju zakona u EU-u.

Odluke iz članka 25. stavka 2. Odluke 2008/615/PUP donose se na osnovi izvješća o ocjeni koje se temelji na upitniku. Upitnik koji sastavlja odgovarajuća radna skupina Vijeća odnosi se na svaku automatiziranu razmjenu podataka i država članica ga mora popuniti, čime smatra da ispunjava preduvjete za dijeljenje podataka u odgovarajućoj kategoriji podataka.

Uzimajući također u obzir primjenu Odluke iz Prüma i europskog modela razmjene informacija, podržavam ovaj nacrt Vijeća s ciljem pokretanja automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Belgiji. Smatram da pokretanje automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Belgiji može značajno pridonijeti produbljivanju prekogranične suradnje, posebno u suzbijanju terorizma i prekograničnog kriminala.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. – As the United Kingdom did not participate in the original Council Decision with regard to automated exchange of dactyloscopic data, and is therefore not taking part in the adoption of this Decision, I abstained on this report.

Dienstag, 27. Oktober 2015

While I support the objectives of the Decision, which are to have more Member States cooperating in the fight against serious crime and terrorism, the provisions on the exchange of DNA and fingerprint material relate closely to many of the elements of the Prüm Treaty which the UK has not yet implemented.

Under the Prüm Treaty, a Member State can ask another state to check key personal data (and car registrations) against their database as part of a criminal investigation. I have significant concerns regarding certain civil liberties and data protection elements, and the cost implications related to its implementation.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η ανταλλαγή δακτυλосκοπικών δεδομένων σαν μέτρο πρόληψης ποινικών εγκλημάτων αλλά κυρίως πιθανών τρομοκρατικών ενεργειών, είναι προς τη σωστή κατεύθυνση. Η ρήτρα που προβλέπεται από τη συνθήκη, σε ότι αφορά στην ευχέρεια (εφόσον ικανοποιούνται τα σχετικά κριτήρια), κάθε κράτους μέλους για την εφαρμογή της ανταλλαγής, αποτελεί θετικό βήμα, κυρίως για την προστασία ευαίσθητων προσωπικών δεδομένων και του ιδιωτικού απορρήτου, όπως προβλέπονται στο Χάρτη Ανθρώπινων Θεμελιωδών Δικαιωμάτων. Το Βέλγιο πέτυχε στην αξιολόγηση και η υποβολή του ερωτηματολογίου αξιολόγησης για την προστασία δεδομένων.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Adoptarea Convenției Schengen a constituit una dintre principalele realizări ale procesului de integrare europeană. Asigurarea liberei circulații la nivelul Uniunii Europene, inclusiv în ceea ce privește cetățenii statelor membre, este un câștig cert. Cu toate acestea, aplicarea prevederilor Convenției în privința circulației persoanelor, inclusiv a cetățenilor unor state terțe, poate pune o serie de probleme asigurării securității europene. De aceea se impune luarea unor măsuri de prevenție, printre care și amprentarea și schimbul de date de acest tip între statele membre. Aplicarea măsurii respective trebuie să respecte drepturile și libertățile cetățenești care stau la baza construcției europene. Acceptarea Belgiei în rândul statelor membre care au adoptat aceste măsuri este de natură să contribuie la consolidarea securității europene. Acest lucru, cu atât mai mult cu cât Belgia găzduiește principalele instituții europene, contribuind în mod esențial la buna desfășurare a activității noastre, în calitate de membri ai Parlamentului European. Din aceste motive, consider că adoptarea actualului document este imperativ necesară și constituie un pas înainte în vederea întăririi securității europene.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté sur le projet de décision d'exécution du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques, suivant ainsi l'avis éclairé du groupe politique.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – As in the case of Sweden, I also supported this report on the launching of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Belgium, authorising it to receive and supply personal data. This act follows Council Decision 2008/615/JHA, which incorporates the substance of the so called 'Prüm Treaty'. The initiative between Belgium, Bulgaria, Germany, Spain, France, Luxembourg, the Netherlands, Austria, Slovenia, Slovakia, Italy, Finland, Portugal, Romania and Sweden focuses on stepping up cross-border cooperation, particularly in combating terrorism, cross-border crime and illegal migration. In order to strengthen freedom, security and justice, it recommends making full use of new technologies and enabling reciprocal access to national databases.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o začetku avtomatizirane izmenjave daktiloskopskih podatkov v Belgiji sem podprla, ker bomo tako dovolili Belgiji prejemanje in pošiljati podatke o poglobitvi čezmejnega sodelovanja, zlasti na področju boja proti terorizmu in čezmejnemu kriminalu, kar bo zagotovilo večjo varnost državljanov EU.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido. Desde nuestro Grupo siempre se ha apoyado que existan criterios claros que garanticen la protección de datos personales. En ese sentido, dados los vínculos que este informe tiene con hechos precedentes y los mínimos de protección en materia de datos personales, se propone la abstención.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de décision d'exécution du Conseil vise à autoriser la Belgique à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel. Dans le cadre de cette décision relative à l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, la transmission de données à caractère personnel prévue par la décision ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national sur le territoire des États membres concernés par cette transmission des dispositions générales relatives à la protection des données énoncées dans cette décision. Sur la base du rapport général d'évaluation qui lui a été présenté, le Conseil a conclu, le 13 juillet 2015, que la Belgique avait pleinement mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données. J'ai voté pour ce texte.

Dienstag, 27. Oktober 2015

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A terrorizmus és a határokon átnyúló bűnözés elleni küzdelem, illetve a határokon átnyúló együttműködések megerősítése érdekében támogattam a jelentést.

Traian Ungureanu (PPE), *în scris*. – Rezoluția legislativă a Parlamentului European face referire la proiectul de decizie de punere în aplicare a Consiliului privind lansarea schimbului automatizat de date în ceea ce privește datele dactiloscopice în Belgia.

Accesul automatizat la datele dactiloscopice (amprente palmare, amprente digitale latente etc.) este reglementat în Decizia 2008/615/JAI a Consiliului privind intensificarea cooperării transfrontaliere, în special în domeniul combaterii terorismului și a criminalității transfrontaliere. Scopul acestei decizii este accelerarea cooperării polițienești și judiciare transfrontaliere dintre țările Uniunii Europene în materie penală, prin îmbunătățirea schimburilor de informații între autoritățile cu atribuții de prevenire și cercetare a infracțiunilor.

Lansarea schimbului automatizat de date în ceea ce privește datele dactiloscopice nu se poate face decât după implementarea în legislația națională a statelor membre a dispozițiilor generale privitoare la protecția datelor personale. Verificarea îndeplinirii acestei condiții se face pe baza unui raport de evaluare bazat pe un chestionar, o vizită de evaluare și un test pilot. Aceste criterii au fost îndeplinite cu succes de către Belgia, prin urmare, Consiliul a dat un aviz favorabil acestei țări de a primi și furniza date cu caracter personal în scopul căutării automatizate a datelor dactiloscopice.

Prin intermediul rezoluției legislative, Parlamentul a aprobat această decizie a Consiliului.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido. Desde nuestro Grupo siempre se ha apoyado que existan criterios claros que garanticen la protección de datos personales. En ese sentido, dados los vínculos que este informe tiene con hechos precedentes y los mínimos de protección en materia de datos personales, se propone la abstención.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the three reports on automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Sweden, Poland and Belgium. This time, Parliament is at last being properly consulted on the automated exchange of dactyloscopic data. The Green Group had insisted already in 2008 on the inclusion of data protection standards in the decision and proper consultation with Parliament. Now we can formally agree to automated data exchange.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Belgium because I believe it is important to strengthen cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime, and to work on strengthening cross-border law enforcement cooperation in the EU.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – De conformidad con la Decisión 2008/615/JAI sobre la intensificación de la cooperación transfronteriza, en particular en lo relacionado con la lucha contra el terrorismo y el crimen organizado, el suministro de datos personales (incluyendo las huellas dactilares) no debe llevarse a cabo hasta que las disposiciones generales sobre protección de datos no hayan sido implementadas en la legislación de los Estados Miembros correspondientes.

Basándose en un informe de evaluación general presentado al Consejo, este concluyó que el Estado Miembro había implementado las disposiciones generales sobre la protección de datos y por lo tanto le autoriza a recibir y facilitar huellas dactilares de conformidad con esta Decisión. Por todo lo expuesto, considero necesario votar a favor de dicho informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Bélgica responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Bélgica ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotros siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o para un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Em dezembro de 2008, a Comissão Europeia apresentou uma proposta para a criação do sistema «Eurodac» de comparação de impressões digitais para efeitos da aplicação efetiva da Convenção de Dublin. Esta proposta faz atualmente parte do pacote «Asilo».

Eurodac é um processamento comum de dados pessoais, utilizado desde 15 de janeiro de 2003, e inclui um sistema automático de reconhecimento de impressões digitais. O objetivo deste tratamento é determinar o Estado-Membro que, ao abrigo da Convenção de Dublin, é responsável pela análise de um pedido de asilo apresentado num dos Estados da UE. Este projeto de decisão de execução do Conselho relativa ao lançamento do intercâmbio automatizado de dados dactiloscópicos insere-se nesta lógica.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht fördert die Terrorismusbekämpfung und Kriminalitätsprävention. Der automatisierte Austausch führt zu einer Vereinfachung der Verfolgung von Straftätern. Der Bericht wurde daher von mir unterstützt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ribadisco di aver votato a favore del progetto di decisione di esecuzione del Consiglio relativa all'avvio, questa volta in Belgio, dello scambio automatizzato di dati dattiloscopici, perché sono convinto della necessità di un'azione comune nella lotta al terrorismo e alla criminalità organizzata, che operano a livello europeo. Sottolineo ancora che, tuttavia, lo scambio dei dati deve avvenire nel pieno rispetto dei diritti e delle libertà fondamentali.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Zusammen mit meiner Fraktion, der EKR, habe ich für diesen Bericht gestimmt. Die EKR unterstützt den Beitritt von Schweden, Polen, und Belgien zu dem automatisierten Austauschsystem daktyloskopischer Daten.

Polen, Belgien und Schweden haben den Fragebogen zum Datenschutz und daktyloskopischen (d. h. Fingerabdruck) Datenaustausch abgeschlossen und erfolgreiche Pilotprojekte durchgeführt. Auf der Grundlage eines umfassenden Evaluierungsberichtes beschloss der Rat am 13. Juli 2015, dass diese Mitgliedstaaten die allgemeinen Datenschutzbestimmungen vollständig umgesetzt haben.

Ich unterstütze die Position meiner Fraktion zu diesem Thema und habe dementsprechend diesem Bericht zugestimmt.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – De acordo com a Decisão n.º 2008/615 / JAI relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiriça, da luta contra o terrorismo e contra a criminalidade, o fornecimento de dados pessoais previsto no âmbito dessa decisão não pode ocorrer até que as disposições gerais em matéria de proteção de dados tenham sido transpostas para o Direito nacional.

A proposta do Conselho visa autorizar a Bélgica a receber e a transmitir dados pessoais nos termos da Decisão n.º 2008/615 / JAI do Conselho a partir da data de entrada em vigor da mesma.

Estes três relatórios estão relacionados com a Convenção de Prüm, que foi assinada em 27 de maio de 2005, em Prüm (Alemanha), entre sete Estados-Membros - Áustria, Bélgica, França, Alemanha, Luxemburgo, Espanha e Holanda. O objetivo da Decisão de Prüm consiste, assim, na intensificação e na aceleração das trocas de informações entre autoridades, contribuindo para tal a possibilidade de se poder comparar, por exemplo, um determinado perfil de ADN com os perfis registados em bases de dados automatizadas existentes nos Estados-Membros.

Sabemos que, a pretexto do combate ao terrorismo e ao crime, a UE tem vindo a montar um sistema de vigilância que cerceia as liberdades e garantias dos indivíduos. Esta medida vai em lógica semelhante pelo que votámos contra.

6.6. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Polen (A8-0302/2015 - Monika Flašíková Beňová)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

Dienstag, 27. Oktober 2015

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Polonia responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Polonia ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotros siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o para un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport visant à permettre l'échange automatisé des données à caractère personnel en Pologne. Dans un contexte de terrorisme ambiant ainsi que dans une perspective de lutte contre la criminalité transfrontalière, l'approfondissement de la coopération entre les États doit être une priorité. Les décisions élaborées dans ce rapport vont dans ce sens, en permettant ainsi à la Suède une transmission des données, le Conseil ayant approuvé la mise en œuvre des dispositions générales relatives à la protection des données.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de décision d'exécution du Conseil a pour objet de faciliter la transmission et la réception des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI. Elle permet de renforcer la coopération transfrontalière afin de lutter contre le terrorisme et le grand banditisme.

S'agissant d'une décision qui touche aux libertés individuelles, un strict contrôle de l'utilisation de ces données est indispensable. C'est précisément pour cette raison que l'échange de données personnelles ne peut être mis en œuvre qu'après que l'État membre donne la garantie qu'il respectera les dispositions générales relatives à la protection des données contenues dans les textes européens. Le 13 juillet 2015 dernier, le Conseil a conclu que la Pologne avait mis en œuvre l'intégralité de ces dispositions.

La coopération transfrontalière étant une nécessité dans la lutte contre le terrorisme et le grand banditisme, j'ai voté pour ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The exchange of such information should be a matter for the Member States concerned, not the whole of the European Union.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération visant à approfondir la coopération transfrontalière avec la Pologne notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą pritarti Tarybos sprendimui 2008/615/TVR dėl keitimosi asmens duomenimis Lenkijoje siekiant gerinti tarpvalstybinį bendradarbiavimą kovoje su terorizmu ir tarpvalstybiniu nusikalstamumu.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Il s'agit là de l'une des trois propositions de décision d'exécution du Conseil visant à autoriser la Suède, la Belgique et la Pologne à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dans le cadre de cette décision relative à l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, la transmission de données à caractère personnel prévue par la décision ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national sur le territoire des États membres concernés par cette transmission des dispositions générales relatives à la protection des données énoncées dans cette décision.

Sur la base du rapport général d'évaluation qui lui a été présenté, le Conseil a conclu, le 13 juillet 2015, que la Suède, la Belgique et la Pologne avaient pleinement mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données.

Estimant que la Pologne remplit les conditions nécessaires, j'ai voté en faveur de ce rapport. Oui, il faut que les États membres coopèrent pour lutter contre la criminalité et le terrorisme transfrontaliers!

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Via le traité de Prüm conclu en 2007, plusieurs États de l'Union s'engageaient dans un cadre intergouvernemental à intensifier l'échange de données afin d'intensifier la coopération transfrontalière et de lutter plus efficacement contre le terrorisme et la criminalité internationale.

Ces échanges de données concernent les empreintes digitales, les numéros d'immatriculation des véhicules et l'ADN.

Avant de participer au système d'échange, chaque pays doit satisfaire à des tests en matière de protection des données personnelles. La Pologne ayant réussi ces tests, le Conseil souhaite donc qu'elle puisse recevoir et transmettre des données dactyloscopiques dans le cadre du traité.

J'ai soutenu ce point, l'échange de données étant un moyen essentiel d'accroître la sécurité au sein de l'Union,

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – À l'image de la Suède, la Pologne remplissait toutes les conditions pour pouvoir transmettre et recevoir des données à caractère personnel afin de coopérer étroitement avec les autres États membres à la lutte contre le terrorisme et la criminalité.

La Pologne rentrant donc dans le cadre légal porté par la décision d'exécution du Conseil 2008/615/JAI, il me semblait tout à fait légitime de voter en faveur de ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione dell'on. Flašíková Beňová è equilibrata e condivisibile. Se l'UE vuole contrastare in modo incisivo la criminalità internazionale e il terrorismo, il primo passo è quello di agevolare lo scambio di informazioni fra le forze di polizia degli Stati membri. Per questo motivo ho inteso sostenere col mio voto questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – De conformidad con el artículo 25, apartado 2, de la Decisión 2008/615/JAI, la transmisión de datos de carácter personal en virtud de dicha Decisión solo podrá iniciarse cuando en el territorio de los Estados miembros que participan en dicha transmisión se hayan incorporado al Derecho interno las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de dicha Decisión.

El 13 de julio de 2015, el Consejo concluyó que Polonia ha aplicado plenamente las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de la Decisión 2008/615/JAI. Por consiguiente, a efectos de la consulta automatizada de datos dactiloscópicos, Polonia debe quedar habilitada para recibir y transmitir datos de carácter personal en virtud del artículo 9 de la Decisión 2008/615/JAI.

Por ello, he votado favorablemente este informe necesario para dar la aprobación al intercambio de datos relativos a huellas dactilares con Polonia.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Tarybos sprendimui dėl automatinio keitimosi daktiloskopiniais duomenimis Lenkijoje pradžios. Šis sprendimas yra dalis tarpvalstybinio bendradarbiavimo gerinimo, visų pirma kovos su terorizmu ir tarpvalstybinio nusikalstamumu. Pagal Sprendimą 2008/615/TVR asmens duomenys negali būti teikiami, kaip numatyta tame sprendime, kol tokius duomenis teikiančių valstybių narių teritorijų nacionalinėje teisėje nėra įgyvendintos to sprendimo nustatytos bendrosios nuostatos dėl asmens duomenų apsaugos. Lenkija šias nuostatas įgyvendino, todėl netrukus automatinės daktiloskopinių duomenų paieškos tikslais Lenkija turės teisę gauti bei teikti asmens duomenis.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Namen predlaganega sklepa je dovoliti Poljski, da ta prejema in pošilja osebne podatke v skladu s predpisi o izboljšanju čezmejnega sodelovanja.

To je pomembno zlasti na področju boja proti terorizmu in čezmejnemu kriminalu, še toliko bolj pa je to potrebno v luči trenutne migrantske krize.

Ker menim, da mora biti varnost državljanov zagotovljena v čim večji meri, sem predlagani sklep podprl.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – J'ai voté pour les trois propositions de décision d'exécution du Conseil en vue d'autoriser la Pologne à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel.

Cette décision permet notamment de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière par un approfondissement de la coopération transfrontalière.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questo documento perché la Polonia ha rispettato tutte le condizioni richieste dalla decisione 2008/615/GAI sul potenziamento della cooperazione transfrontaliera, soprattutto nella lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera e sullo scambio automatizzato di dati dattiloscopici e, pertanto, deve essere ammessa al programma.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Cette proposition de décision d'exécution du Conseil vise à faciliter la réception et la transmission des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI. Cette mesure devrait permettre de renforcer la coopération transfrontalière afin de lutter contre le terrorisme et le grand banditisme dont les organisations s'affranchissent des frontières.

Cette transmission de données à caractère personnel ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre des dispositions générales relatives à la protection des données énoncées dans le texte. Or le Conseil a conclu le 13 juillet 2015 que la Pologne avait mis en œuvre l'intégralité de ces dispositions.

Considérant que ce type de coopération transfrontalière est une nécessité dans la lutte contre le terrorisme, j'ai voté en faveur de cette proposition.

Daniel Buda (PPE), în scris. – Am votat în favoarea schimbului autorizat de date în ceea ce privește datele dactiloscopice din Polonia, deoarece consider că la nivel transfrontalier sunt stipulate aspecte precum cooperarea pentru protejarea statelor membre ale Uniunii Europene, pentru protejarea statului de drept, dar și pentru eradicarea terorismului și a criminalității transnaționale din statele membre.

Prin decizia Comisiei de punere în aplicare a Deciziei 2008/615/JAI, se prevede că schimbul automat de date trebuie să fie desfășurat pe baza unui raport de evaluare bazat pe un test pilot, un chestionar elaborat de grupul de lucru și o vizită de evaluare, aceste lucruri fiind realizate de către audit.

Polonia a parcurs toți pașii necesari; astfel, a aplicat chestionarul cu privire la protecția datelor și chestionarul cu privire la schimbul de date dactiloscopice și a efectuat împreună cu Austria un test pilot care a fost concludent.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole. Lo scopo è di migliorare la cooperazione transfrontaliera di polizia tra gli Stati membri. Le autorità devono poter scambiare informazioni di polizia in modo rapido ed efficiente per lottare efficacemente contro la criminalità organizzata e il terrorismo.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul progetto di decisione di esecuzione del Consiglio per l'avvio dello scambio automatizzato di dati dattiloscopici in Polonia, come le immagini di impronte digitali, palmari, e i modelli di tali immagini che vengono memorizzati e trattati in una banca dati automatizzata.

Lo scambio automatizzato di informazioni tra gli organismi ispettivi e giudiziari degli Stati europei appare fondamentale per rafforzare la cooperazione transfrontaliera tra la polizia e le autorità giudiziarie dei paesi dell'Unione europea e quindi per combattere il terrorismo e la criminalità transfrontaliera in modo più efficace.

La Polonia ha completato con successo i questionari sugli scambi automatizzati di dati, effettuando anche un'esperienza pilota con l'Austria, attuando appieno le disposizioni generali relative alla protezione dei dati stabilite nella decisione del Consiglio 2008/615/GAI.

Pertanto, al fine di inserire anche la Polonia nel sistema di ricezione e trasmissione di tali informazioni e dati, ho votato a favore del progetto.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report which deals with the stepping up of cross-border cooperation to combat terrorism and cross-border crime. According to a previous decision, personal data may not be supplied until general provisions on data protection have been implemented in national law. The Council now states that Poland has fully implemented the general provisions on data protection and can begin to receive and supply personal data under Decision 2008/615/JHA.

This report is related to the implementation of the Prüm Decision, which I have consistently opposed, but these particular reports deal with the implementation of the data protection safeguards for fingerprint data exchange to occur. As I have always advocated for the implementation of adequate data protection safeguards for personal data exchange, I abstained.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

David Casa (PPE), *in writing*. – As Poland has successfully incorporated the general provisions on data protection into its national law, its authorities should be permitted to exchange dactyloscopic data internationally in order to combat terrorism and cross-border crime more successfully. I therefore voted in favour of this report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Anche la legislazione della Polonia, come quella di Svezia e Belgio, è stata ritenuta idonea per l'applicazione delle disposizioni della decisione 2008/615/GAI del Consiglio che potenzia la cooperazione transfrontaliera in merito allo scambio automatizzato di dati dattiloscopici. Si tratta di una misura di cooperazione importante soprattutto ai fini della lotta alla criminalità transfrontaliera ed al terrorismo. Ho quindi votato sicuramente a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Η έκθεση αναφέρεται στο σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δακτυλосκοπικών δεδομένων στην Πολωνία.

Έχοντας υπόψη το σχέδιο του Συμβουλίου και την έκθεση της Επιτροπής Πολιτικών Ελευθεριών, Δικαιοσύνης και Εσωτερικών Υποθέσεων, εγκρίνουμε το σχέδιο του Συμβουλίου και καλούμε το Συμβούλιο σε περίπτωση που προτίθεται να παρεκκλίνει από το κείμενο που ενέκρινε το Κοινοβούλιο, να το ενημερώσει σχετικά.

Ακόμη ζητεί το Κοινοβούλιο να κληθεί εκ νέου να γνωμοδοτήσει εφόσον το Συμβούλιο προτίθεται να επιφέρει σημαντικές τροποποιήσεις στο κείμενο που ενέκρινε το κοινοβούλιο.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore del provvedimento. La preoccupante proliferazione di gruppi criminali organizzati in grado di operare su base transfrontaliera insieme con il ricorso al terrorismo obbligano le istituzioni europee a potenziare la cooperazione nella lotta a tali fenomeni criminali. Lo scambio di informazioni e dati sensibili tra le autorità e le forze di sicurezza degli Stati membri rappresenta un elemento fondamentale per implementare una efficace strategia di contrasto al crimine. Avendo la Polonia posto in pratica le disposizioni generali sulla protezione dei dati, secondo la decisione 2008/615/GAI, si ritiene doveroso autorizzare la Polonia a ricevere e trasmettere dati di impronte digitali.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione dell'onorevole Monika Flašíková Beňová sull'autorizzazione allo scambio di dati dattiloscopici in Polonia perché credo molto nella cooperazione all'interno dell'UE e tra gli Stati membri. Solo con un continuo aggiornamento sui particolari relativi a ogni Stato si può promuovere una crescita sana e pulita dell'intera Unione europea. Per questo motivo, e anche per la lotta a azioni di terrorismo e altre frodi, penso sia importante lo scambio di dati.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU states have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that INTERPOL and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Decisão n.º 2008/615/JAI relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiras procede substantivamente à incorporação do Tratado de Prüm no ordenamento jurídico comunitário, mantendo o objetivo de estimular uma maior cooperação entre as forças de segurança dos Estados-Membros, especialmente através de uma maior troca de informação.

Como já afirmei diversas vezes, esta troca de informações é essencial no domínio da segurança, assim como é requisito de um resultado de maior confiança mútua. Por isso, certos requisitos têm de ser respeitados, nomeadamente os princípios da necessidade e da proporcionalidade e o respeito pelos direitos fundamentais.

Assim, para que se verifique o intercâmbio automatizado de dados dattiloscópicos, cada Estado-Membro deve assegurar que são implementadas as normas de proteção de dados. Esta decisão do Conselho vem, corretamente, autorizar o início do intercâmbio automatizado, uma vez que a Polónia procedeu à sua correta implementação.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU states have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that INTERPOL and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Accolgo con favore la relazione concernente l'avvio dello scambio automatizzato dei dati dattiloscopici in Polonia. L'invio e la ricezione di dati tra Stati membri allo scopo di contrastare i crimini di terrorismo e i reati transfrontalieri devono essere potenziati, in modo da favorire uno scambio di informazioni rapido ed efficace.

La Polonia ha implementato nell'ordinamento nazionale le disposizioni in materia di protezione dei dati personali e pertanto il Consiglio propone di autorizzare la Polonia a inviare e ricevere dati, promuovendo la cooperazione tra le forze di polizia e investigative dei paesi dell'Unione. Questa azione si colloca nel quadro del modello europeo di scambio di informazioni (EIXM), il cui obiettivo è la promozione della cooperazione in materia di sicurezza e tutela dei cittadini dell'Unione europea.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – One aim of the European Union is to provide its citizens with high levels of freedom as well as security and justice for crimes. To do this, Member States must be interconnected, [and this may be] achieved through the creation of a national database for cross-border checks of people from DNA and dactyloscopic data (fingerprinting). This report states that the Member State of Poland has met the directive's criteria established for implementation of an automatic data exchange. I have voted for this report that will allow the Member State of Poland to receive and supply such above discussed data to fight against terrorism and other such crimes.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La proposta di applicazione della decisione del Consiglio in oggetto mira ad autorizzare la Polonia a ricevere e trasmettere dati personali ai sensi della decisione 2008/615/GAI del Consiglio, a partire dalla data di entrata in vigore della decisione. Ai sensi di quest'ultima, sul potenziamento della cooperazione transfrontaliera, soprattutto nella lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera, la fornitura di dati personali nell'ambito di tale decisione non può aver luogo fino a quando le disposizioni generali in materia di protezione dei dati non sono state attuate nel diritto nazionale dei territori degli Stati membri interessati alla trasmissione.

Sulla base di una relazione generale di valutazione, il Consiglio ha concluso che i tre paesi sopra citati hanno attuato appieno le disposizioni generali relative alla protezione dei dati di cui al capo 6 della decisione 2008/615/GAI del Consiglio. Per questi motivi, ho deciso di votare a favore.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Polonia responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Polonia ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotros siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o para un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A Tanács végrehajtási határozatánál az Európai Parlament csupán konzultációs eljárásban van. A Parlament LIBE szakbizottsága módosítási javaslat nélkül hagyta jóvá a határozattervezetet, amelyet aztán a Parlament plenáris ülése elé terjesztettek. A szöveget én is megszavaztam. A jelentés célja az automatizált adatcsere bevezetése Lengyelországban. Az adatcsere csak akkor vezethető be, ha az adott ország teljesíti a feltételeket. Lengyelország ennek eleget tett, többek közt teljesítette az adatvédelemről szóló és az ujjlenyomatcseréről szóló kérdőívet. Ennek értelmében Lengyelország küldhet és fogadhat személyes adatokat a 2008/615/IB határozatnak megfelelően. A tervezet fontos szerepet játszik a terrorizmus és a határokon átnyúló bűnözés elleni küzdelemre irányuló, határokon átnyúló együttműködés megerősítésében.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Council draft. This is a technical consultation procedure on the implementation of the Prüm Decision on exchanging fingerprints data by Poland. Poland had fully implemented the general provisions on data protection set out in Chapter 6 of this decision.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose de soutenir le projet de décision du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données dactyloscopiques en Pologne. La transmission de données à caractère personnel prévue par la législation européenne ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national des dispositions générales relatives à la protection des données. Considérant que la Pologne a rempli les conditions pour l'échange de telles données, j'ai voté en faveur du rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – L'adoption de ce texte permet le lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques, c'est-à-dire les empreintes digitales, en Pologne. L'échange, de manière sécurisée, de ces données en Europe est un des outils nécessaires à la lutte contre le terrorisme en Europe. C'est pourquoi, j'ai voté en faveur de ce texte.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Що се отнася до борбата с тероризма и организираната престъпност, трансграничното сътрудничество и необходимата база данни са основен елемент за справянето с тях. Приветствам доклада на Съвета, в който се отчита, че Полша е спазила всички изисквания, що се отнася до защитата на личните данни и по-специално дактилоскопичните данни (пръстовите отпечатъци).

Одобрявам присъединяването на Полша към системата на сътрудничеството и смятам, че това е важна стъпка за сигурността на Съюза, особено в ситуация като сегашната, в която ЕС е изправен пред едно от най-големите предизвикателства пред сигурността си от създаването си до сега.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Η ανταλλαγή δακτυλосκοπικών δεδομένων σαν μέτρο πρόληψης ποινικών εγκλημάτων αλλά κυρίως πιθανών τρομοκρατικών ενεργειών, είναι προς τη σωστή κατεύθυνση. Η ρήτρα που προβλέπεται από τη συνθήκη, σε ότι αφορά στην ευχέρεια (εφόσον ικανοποιούνται τα σχετικά κριτήρια), κάθε κράτους μέλους για την εφαρμογή της ανταλλαγής, αποτελεί θετικό βήμα, κυρίως για την προστασία ευαίσθητων προσωπικών δεδομένων και του ιδιωτικού απορρήτου, όπως προβλέπονται στο Χάρτη Ανθρώπινων Θεμελιωδών Δικαιωμάτων. Η Πολωνία πέτυχε στην αξιολόγηση και η υποβολή του ερωτηματολογίου αξιολόγησης για την προστασία δεδομένων ήταν επιτυχής.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O aprofundamento da cooperação transfronteiras, em particular no domínio da luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiras, é uma das matérias mais importantes para prevenir a existência de atos terroristas contra cidadãos da União Europeia. A troca de informações entre países é um fator crucial para minimizar estes ataques. No entanto, a partilha de dados deve ser feita em consonância e com o acordo dos diferentes países. No relatório em apreço, estes aspetos estão devidamente salvaguardados, merecendo, por isso, a minha aprovação.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution, parce qu'elle va dans le sens de l'efficacité dans la lutte contre la criminalité et le terrorisme, tout en conférant aux États la protection des données personnelles.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – De acordo com a Decisão n.º 2008/615/JAI, relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiriça na luta contra o terrorismo e a criminalidade, o fornecimento de dados pessoais não pode ocorrer até que as disposições gerais em matéria de proteção de dados tenham sido transpostas para o Direito nacional, no território dos Estados-Membros envolvidos.

As propostas do Conselho visam autorizar a Polónia, a Bélgica e a Suécia a receber e a transmitir dados pessoais nos termos da decisão supramencionada.

Estes três relatórios estão relacionados com a Convenção de Prüm que foi assinada em maio de 2005, em Prüm (Alemanha), entre sete Estados-Membros: Áustria, Bélgica, França, Alemanha, Luxemburgo, Espanha e Holanda. Foi criticada por ter sido negociada e adotada de forma muito pouco transparente e sem ter sido sujeita a um controlo democrático efetivo.

O objetivo da Decisão de Prüm consiste na intensificação e na aceleração das trocas de informações entre autoridades, contribuindo para tal a possibilidade de se poder comparar, por exemplo, um determinado perfil de ADN com os perfis registados em bases de dados automatizadas existentes nos Estados-Membros.

A nossa votação é inseparável da consideração mais geral que fazemos acerca da dita luta contra o terrorismo e do papel que nesta vem assumindo a UE.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – As a compromise between the two angles, I again abstained.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – ide o čisto technickú konzultačnú procedúru pri implementácii takzvaného Prümškého rozhodnutia pri výmene daktyloskopických údajov v Poľsku. Na základe celkovej hodnotiacej správy, ktorá bola Rade predstavená, Rada rozhodla, že Poľsko 13. júla 2015 splnilo všetky podmienky a implementovalo všeobecné ustanovenia na ochranu dát tak, ako boli stanovené v šiestej kapitole rozhodnutia.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa relazione per un migliore scambio di dati e informazioni.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Η ανταλλαγή δακτυλσκοπικών δεδομένων σαν μέτρο πρόληψης ποινικών εγκλημάτων αλλά κυρίως πιθανών τρομοκρατικών ενεργειών, είναι προς τη σωστή κατεύθυνση. Η ρήτρα που προβλέπεται από τη συνθήκη, σε ότι αφορά στην ευχέρεια (εφόσον ικανοποιούνται τα σχετικά κριτήρια) κάθε κράτους μέλους για την εφαρμογή της ανταλλαγής, αποτελεί θετικό βήμα, κυρίως για την προστασία ευαίσθητων προσωπικών δεδομένων και του ιδιωτικού απορρήτου, όπως προβλέπονται στο Χάρτη Ανθρώπινων Θεμελιωδών Δικαιωμάτων. Η Πολωνία πέτυχε στην αξιολόγηση και η υποβολή του ερωτηματολογίου αξιολόγησης για την προστασία δεδομένων ήταν επιτυχής. Για τους παραπάνω λόγους υπερψηφίζω την παρούσα έκθεση.

Doru-Claudian Frunzuliță (S&D), *in writing*. – Considering the need to step up cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime, and to strengthen cross-border law-enforcement cooperation in the EU, I voted in favour of the report.

Kinga Gál (PPE), *in writing*. – With today's vote we approved the draft Council implementing decision on the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Poland.

The supply of personal data may not take place until the general provisions on data protection have been implemented in the national law of the territories of the Member States involved. The verification that this condition has been met with respect to automated data exchange is done on the basis of an evaluation report based on a questionnaire, an evaluation visit and a pilot run.

Poland has completed the questionnaire on data protection and the questionnaire on dactyloscopic data exchange. A successful pilot run has been carried out by Poland with Austria.

On 13 July 2015, the Council concluded that Poland had fully implemented the general provisions on data protection and therefore, for the purposes of automated searching of dactyloscopic data, Poland should be entitled to receive and supply personal data pursuant to Article 9 of Decision 2008/615/JHA.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht „Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Polen“ gestimmt, da ich den Ansatz unterstütze. Um Sicherheit im grenzenlosen Europa zu garantieren, braucht es auch eine effiziente, grenzübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und den funktionierenden Austausch der Daten.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Eine Intensivierung der Zusammenarbeit der EU zum Schutz der Bürger ist erstrebenswert und wichtig. Im Ernstfall können so schneller Daten, welche für eine effiziente Aufklärung von Straftaten notwendig sind, bereitgestellt werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – This involves exchanging fingerprint data. I voted against for obvious reasons.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of this report to increase cross-border cooperation in combating terrorism and cross-border crime. The exchange of dactyloscopic or fingerprint data is important for the purposes of criminal identification, registration, and investigation. Following pilot projects, evaluations have shown no hindrance to EU data protection standards.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté aujourd'hui en faveur de ce rapport dont l'objectif est de favoriser l'échange d'information transfrontalière sur les empreintes digitales depuis la Pologne et ainsi d'améliorer la coopération entre les services de polices des États Membres afin de pouvoir mieux lutter contre le terrorisme et le crime organisé, et ce dans le respect des standards européens en matière de protection des données.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido. Desde nuestro Grupo siempre se ha apoyado que existan criterios claros que garanticen la protección de datos personales. En ese sentido, dados los vínculos que este informe tiene con hechos precedentes y los mínimos de protección en materia de datos personales, se propone la abstención.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I, alongside other S&D MEPs, voted in favour of this report. This report is purely technical and is a simple approval of an evaluation report in which it is concluded that Poland has fully implemented the general provisions on data protection set out in Chapter 6 of the Prüm Decision.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted for the report on the draft Council implementing decision on the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Poland because I believe it will help step up cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report as it helps the facilitation of exchange of such data for the fight against terrorism and cross-border crimes.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a approuvé à une large majorité la décision relative à l'échange automatisé de données dactyloscopiques en Pologne.

En somme, il s'agit d'autoriser les autorités polonaises à recevoir et transférer des données à caractère personnel, en l'occurrence les empreintes digitales, à d'autres États membres dans le cadre de la coopération transfrontalière en matière de lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée.

Dans le contexte actuel de fortes menaces terroristes pesant sur les États européens, l'échange d'information entre les autorités compétentes est une mesure nécessaire de prévention de la menace et est une condition essentielle à l'identification d'individus radicalisés et extrémistes.

Aujourd'hui, nous ne pouvons nous passer de ces instruments pour combattre le terrorisme et la criminalité transfrontalière qui sont les nouveaux fléaux du XXI^{ème} siècle.

C'est pourquoi, j'ai soutenu avec résolution cette décision.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu provedbene odluke Vijeća o pokretanju automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Poljskoj, zbog toga što sinergija država članica u navedenom području pridonosi međunarodnoj borbi protiv terorizma, jačanju prekogranične policijske suradnje i stabilnosti.

Povrh toga, potiče se suradnja u borbi protiv prekograničnog kriminala, te osnažuje unutarnja i međunarodna sigurnost. Jedinstvo i sinergija među državama članicama potrebni su kako bi se takvo što ostvarilo u korist svih građana Unije, te stoga držim da je ova vrsta automatizirane razmjene posebno važna za nacionalna tijela i tijela EU-a koja djeluju u dotičnom području.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de décision d'exécution du Conseil facilite la transmission et la réception des données personnelles conformément à la décision 2008/615/JAI. Cette décision vise à renforcer la coopération transfrontalière afin de lutter contre le terrorisme et le grand banditisme.

Cet échange de données personnelles ne peut être mis en œuvre qu'après avoir respecté des dispositions générales relatives à la protection des données stipulées dans le texte. Or le Conseil a conclu le 13 juillet 2015 que la Pologne avait mis en œuvre l'intégralité de ces dispositions.

La coopération transfrontalière étant une nécessité dans la lutte contre le terrorisme, j'ai voté en faveur de cette proposition.

Diane James (EFDD), *in writing*. – I and my fellow UKIP MEPs reject the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui va permettre à la Pologne de recevoir et de transmettre des informations personnelles dans le cadre d'une coopération transfrontalière pour lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht stimme ich zu. Ein automatisierter Datenaustausch von daktyloskopischen Daten ist in Bezug auf Kriminalitätsprävention und Terrorismusbekämpfung absolut zu befürworten. Ein solcher Datenaustausch ermöglicht es den nationalen Sicherheitsbehörden, rechtzeitig zu intervenieren und somit das allgemeine Sicherheitsgefühl der Bürger zu erhöhen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it aims to increase cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime. Also, following pilot projects, evaluations have shown no hindrance to EU data protection standards.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente il lavoro della collega Beňová sullo scambio automatizzato di dati dattiloscopici in Polonia. Tale relazione si aggiunge a quelle approvate oggi relative a Belgio e Svezia e consentirà certamente di realizzare performance migliori in tema di identificazione personale dei criminali, al fine di rafforzare la cooperazione transfrontaliera di polizia e giudiziaria tra i paesi dell'Unione europea.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Comme pour la Suède et la Belgique, ce rapport Benova vise à autoriser la Pologne à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel. Il se trouve que selon le Conseil, la Pologne remplit les conditions pour permettre cette autorisation. J'ai donc voté pour.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte car il étend à la Pologne la coopération en matière de transmission de données personnelles pour lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Polonia responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Polonia ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotros siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o para un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Podržala sam izvješće zastupnice Monike Flašíkove Beňove koji za cilj ima pokretanje automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Poljskoj. Daktiloskopija je najsuvremenija i najsigurnija metoda utvrđivanja identiteta osobe, a automatizirana razmjena daktiloskopskih podataka još je jedan korak prema sigurnijem društvu.

Zbog naprednije i poboljšane prekogranične suradnje, posebice radi razotkrivanja terorizma i prekograničnog kriminaliteta, Vijeće je u srpnju 2015. ovlastilo Poljsku da prima i dostavlja osobne podatke u skladu s Odlukom 2008/615/JHA.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – 2015. gada jūlijā Padome pieņēma lēmumu, ka Polija pilnībā atbilst datu aizsardzības prasībām, kuru ievērošana ir nepieciešama šajā ziņojumā skartās daktiloskopijas datu automātiskas apmaiņas ieviešanas principiem. Es sirsnīgi apsveicu šo spriedumu gan tāpēc, ka tas attiecas uz valsti, kas paralēli Latvijas Republikai pievienojās Eiropas Savienībai, tādējādi pierādot, ka “jaunās” dalībvalstis var un arī atbilst augstajām šajā Savienībā izvirzītajām prasībām attiecībā uz drošības veicināšanu, gan arī tāpēc, ka Polija ģeogrāfiski atrodas pie Eiropas Savienības ārējās robežas.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Polijas iekļaušana daktiloskopisko datu automātiskas apmaiņas sistēmā ir svarīgs visu eiropiešu augstākas drošības sekmes faktors. Tas pats attiecas arī uz produktīvu savstarpējo attiecību attīstību dažādās jomās ar mūsu kaimiņiem — gan tuviem, gan arī tāliem. Ja mūsu partneri redz, ka mēs darām visu nepieciešamo, lai veicinātu mūsu pašu iedzīvotāju drošību, ar lielu iespējamību var rasties “pāriešanas efekts”, tātad — jo augstāka ir drošības sajūta pie mums, jo augstāka tā var būt arī mūsu partnervalstu iedzīvotājiem.

Šajā ziņā būtu vērts piezīmēt ES-ASV Transatlantiskās tirdzniecības un investīciju partnerības līgumu (TTIP), kura ietvaros var notikt personīgo datu apmaiņa. Kamēr ASV neapšaubāmi ir viens no svarīgākajiem Eiropas Savienības partneriem, nedrīkst pieļaut, lai jebkurš no šajā līgumā iekļautiem punktiem jebkurā veidā apdraudētu eiropiešu drošību. Jebkurai datu apmaiņai jābūt pilnīgi legītimai un pamatotai, kā arī abpusējai šādas apmaiņas nepieciešamības gadījumos.

Vladimír Maňka (S&D), *pisomne* – výmena daktyloskopických údajov v Poľsku posilní medzinárodnú policajnú spoluprácu v oblasti boja proti terorizmu, medzinárodnému zločinu a nedovolenému prisťahovalectvu. Prijatie vykonávacieho nariadenia je naliehavé práve v súčasnom období zložitej bezpečnostnej situácie, kedy krajiny Únie podliehajú náporu enormného množstva utečencov a žiadateľov o azyl.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφτως*. – Απέχω από την ψηφοφορία για την έκδοση σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου σχετικά με την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δακτυλοσκοπικών δεδομένων στην Πολωνία, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Dominique Martin a voté pour cette proposition. Comme dans les cas précédents, de la Suède et de la Belgique, un rapport d'évaluation prouve que la Pologne a bien mise en place les dispositions générales relatives à la protection des données. Nous acceptons donc que l'échange soit mis en place.

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported this proposal on automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Poland.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Sono favorevole alla relazione sullo scambio di dati dattiloscopici in Polonia. Tale Stato, infatti, come valutato dal Consiglio, ha pienamente attuato le disposizioni generali sulla protezione dei dati enunciate nella decisione 2008/615/GAI. Scopo di tale decisione è quello di potenziare la cooperazione transfrontaliera di polizia e giudiziaria tra i paesi dell'Unione europea, in materia penale, stabilendo che la fornitura di dati personali non può avvenire se le disposizioni generali sulla protezione dei dati non sono state attuate nella legislazione nazionale dei territori degli Stati membri interessati alla trasmissione.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht fördert die Terrorismusbekämpfung und Kriminalitätsprävention. Der automatisierte Austausch führt zu einer Vereinfachung der Verfolgung von Straftätern. Der Bericht wurde daher von mir unterstützt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Il s'agit d'autoriser la Pologne à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel (profil ADN, empreintes digitales et immatriculation de véhicules) de ses fichiers de police avec ceux d'autres États-Membres. La législation comporte certes un point sur la protection des données et les limites de son usage mais les failles de ces législations sont connues. La CNIL s'est d'ailleurs inquiétée de cette législation. Et surtout, ce dossier participe d'une tendance générale de fichage aussi bien des délinquants que des citoyens européens ou des migrants. Ces fichiers sont par la suite croisés, contre les dispositions mêmes du droit européen, pour déterminer des profils de chaque citoyen. Un Big Brother soi-disant pour lutter contre le terrorisme, un argument dont Snowden a largement démontré l'inefficacité. C'est surtout un moyen d'accroître les quantités de données sur les citoyens pour les mettre à disposition des États-Unis ou encore plus récemment aux services d'intelligence allemands.

Je vote contre.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Com vista ao aprofundamento da cooperação transfronteiriça, particularmente no que se refere à luta contra o terrorismo e a criminalidade organizada, apresentei o meu voto concordante ao relatório sobre o projeto de decisão de execução do Conselho relativa ao lançamento do intercâmbio automatizado de dados dactiloscópicos na Polónia. A comparação transfronteiras de dados reflete uma nova dimensão na luta contra a criminalidade. As informações obtidas através da comparação de dados desempenham um papel crucial de apoio às autoridades judiciais e de aplicação da lei dos Estados-Membros.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which allows Poland to both provide and receive dactyloscopic data for use in criminal investigations, as Poland has fully implemented the general provisions on data protection.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Keďže sa s Európskym parlamentom ohľadom otázky automatizovanej výmeny daktyloskopických údajov v Poľsku riadne konzultovalo a všetky právne náležitosti právneho aktu sú splnené, hlasujem v prospech predloženého textu, ktorý ma za cieľ zintenzívniť cezhraničnú spoluprácu a potrebnú výmenu informácií.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I supported the decision on the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Poland, which is a purely technical consultation procedure on the implementation of the so-called Prüm Decision on exchanging fingerprint data by Poland.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – A vote for adding Poland to the legal architecture of Europe allowing the fighting of terrorism and organised crime while fully respecting human rights and the rule of law.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A terrorizmus és a határokon átnyúló bűnözés elleni küzdelemre irányuló, határokon átnyúló együttműködés megerősítéséről szóló 2008/615/IB tanácsi határozat értelmében személyes adatok e határozatban előírt szolgáltatására mindaddig nem kerülhet sor, amíg az adatszolgáltatásban érintett tagállamok a területükön hatályos nemzeti joganyagon át nem vezették az általános adatvédelmi rendelkezéseket.

A Tanács 2015. július 13-án a hozzá benyújtott jelentés alapján megállapította, hogy a hatályos lengyel joganyag minden tekintetben megfelel a 2008/615/IB határozat 6. fejezetében foglalt általános adatvédelmi rendelkezéseknek. A Tanács ezért határozatban kívánja fölhatalmazni Lengyelországot személyes adatoknak a 2008/615/IB határozat szerinti fogaadására és szolgáltatására. A Tanácsnak az Európai Unióról szóló szerződés 39. cikke (1) bekezdésének az Amszterdami Szerződés által módosított formája, valamint az átmeneti rendelkezésekről szóló 36. jegyzőkönyv 9. cikke értelmében a határozat elfogadása előtt konzultálnia kell az Európai Parlamenttel. A Parlament Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottsága jelentésében a Tanács tervezetét jóváhagyásra ajánlotta a Parlamentnek. A Tanács határozattervezetét ennek megfelelően támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Defendo que a eficácia da luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiras depende de uma eficiente e estreita cooperação entre os Estados-Membros.

A transmissão de dados pessoais ao abrigo da Decisão n.º 2008/615/JAI só pode ser efetuada quando as disposições gerais relativas à proteção de dados previstas no Capítulo 6 dessa decisão tenham sido incorporadas na legislação nacional do território dos Estados-Membros que participem nessa transmissão.

A verificação do cumprimento dessa condição relativa ao intercâmbio automatizado de dados deve ser efetuada com base num relatório de avaliação que, por sua vez, se baseie num questionário, numa visita de avaliação e num ensaio-piloto.

Tendo em conta que a Polónia preencheu os requisitos da Decisão n.º 2008/615/JAI e executou com êxito um ensaio-piloto com a Áustria, o presente relatório merece o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Comme pour la Suède et la Belgique, ce rapport Benova vise à autoriser la Pologne à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel. Il se trouve que, selon le Conseil, la Pologne remplit les conditions pour permettre cette autorisation. J'ai donc voté pour.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which relates to an old Council Decision to increase cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime. The exchange of dactyloscopic data refers to the study of fingerprints for the purposes of criminal identification, registration and investigation.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui approuve le projet du Conseil d'autoriser la Pologne à recevoir et à transmettre des données dactyloscopiques (empreintes digitales). Il s'agit d'améliorer la lutte contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière dans l'Union européenne en favorisant la coopération entre les États membres. Cette autorisation intervient après vérification par le Conseil que toutes les conditions relatives à la protection des données sont respectées.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report that will implement the Council's Decision on the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Poland.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da er deutliche Fortschritte im Bereich der Kriminalprävention und Terrorismusbekämpfung bringen kann. Im Wesentlichen geht es um den Austausch von Fingerabdrücken. Betrachtet man den gegenwärtigen Flüchtlingsstrom, der ja bereits ganz Europa betrifft, so lassen sich auch im Bereich der Bekämpfung von Asylmissbrauch Fortschritte erwarten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport vise à approuver la participation de la Pologne au dispositif de Prüm. Le traité de Prüm a été signé en 2005 dans le but de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, permettant aux États signataires d'échanger des données à caractère personnel, génétique ou digital, sur un individu soupçonné d'intentions homicides. Les directives 2008/615/JAI et 2008/616/JAI du Conseil prévoient que la participation d'un pays à ce dispositif soit conditionnée par une transposition dans la législation nationale de mesures traitant de la protection des données personnelles.

Par ce rapport, le Parlement est invité à approuver la participation de la Pologne à ce dispositif. Si je suis conscient de l'enjeu et de la nécessité d'une action concrète pour lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, je ne suis pas convaincu qu'un tel mécanisme permette de lutter efficacement en ce sens sans mettre en danger le droit à la vie privée, je m'abstiens donc.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Eesmärk on tõhustada võitlust terrorismi ja piiriüleste kuritegude vallas.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Cogliendo l'occasione per esprimere il mio coinvolgimento e la mia partecipazione riguardo allo svolgimento e ai risultati delle elezioni nazionali in Polonia di questi giorni, ribadisco la mia sensibilità in materia di sicurezza in Europa e, nel caso specifico, nei paesi dell'est, che si trovano ad affrontare tutte le problematiche della crisi migratoria con forte impatto.

Ecco perché voto positivamente in relazione allo scambio automatizzato di dati dattiloscopici.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam odluku kojom se i Poljska uključuje u automatiziranu razmjenu daktiloskopskih podataka. Razmjenu daktiloskopskih podataka držim presudno važnom u jačanju sigurnosti u cijeloj Europskoj uniji. Ti podaci iz nacionalnih baza otisaka prstiju trebaju biti dostupni svim državama članicama Europske unije za pregled i pretraživanje te se između država treba provoditi stalna razmjena daktiloskopskih podataka.

Na taj bi se način mogle izbjeći dugotrajne istrage i potrage za počiniteljima određenih zločina. Ovakva razmjena svakako može doprinijeti uspješnom otkrivanju i sprječavanju organiziranog kriminala koji je sve više i više prisutan u Europi te terorizma koji je nažalost danas postao globalna prijetnja.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Poljska kao članica Europske unije vidi korisnim ovu sigurnosnu razmjenu podataka te smatra da je treba imati organiziranu na potrebnoj visokoj razini zbog učinkovitog jačanja sigurnosti i sprječavanja organiziranog kriminala. Zbog svega navedenoga, podržavam ovu odluku.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Comme pour la Suède et la Belgique, ce rapport vise à autoriser la Pologne à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel. Il se trouve que, selon le Conseil, la Pologne remplit les conditions pour permettre cette autorisation. J'ai donc voté pour.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Borba protiv terorizma i prekograničnog kriminala važni su elementi međudržavne suradnje unutar EU-a te smatram da u tom svjetlu treba promatrati razmjenu i dostupnost osobnih podataka, u ovom slučaju daktiloskopskih, dakle otisaka prstiju. Ipak, važan je i zahtjev da se ovakva prekogranična suradnja odvija samo pod uvjetom da nacionalni zakoni uključenih država imaju u potpunosti implementirane propise o zaštiti osobnih podataka. S obzirom da su ovi uvjeti u Poljskoj zadovoljeni, podržavam ovaj nacrt.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće kolegice Monike Flaškové Beňove o pokretanju automatske razmjene podataka s obzirom na daktiloskopske podatke (otisake prstiju) u Poljskoj. Cilj je borba protiv terorizma i prekograničnih zločina te olakšavanje i jačanje prekogranične suradnje kroz razmjenu informacija između agencija odgovornih za sprječavanje i istragu kaznenih djela.

Jedan od ciljeva Europske unije je da se građanima pruži visok stupanj sigurnosti na područjima slobode, sigurnosti i pravde kroz razvoj zajedničkih postupaka među državama članicama u području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim stvarima. Ističe se važnost preciznih informacija za učinkovitu međunarodnu suradnju u državama članicama te promicanje brzog, učinkovitog i jeftinog načina razmjene podataka. Izvješće je u skladu s odlukom za intenziviranjem prekogranične suradnje, posebice u borbi protiv terorizma i prekograničnog kriminala, opskrbu osobnih podataka predviđenih u toj odluci kako bi se održale opće odredbe o podacima.

Poljska je završila upitnik o zaštiti podataka i upitnik o daktiloskopskoj razmjeni podataka. Nadalje, uspješna pilot vožnja je provedena od strane Poljske s Austrijom te je na temelju ukupnog evaluacijskog izvješća, 13. srpnja 2015. godine Vijeće zaključilo da je Poljska u potpunosti provela opće odredbe o zaštiti podataka navedenih u Poglavlju 6. Odluke 2008/615/PUP.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Per lottare contro la criminalità internazionale e il terrorismo le autorità competenti devono poter scambiare informazioni di polizia in modo rapido ed efficiente, in particolare i profili del DNA e le impronte digitali. Tale scambio permette di accertare rapidamente se nelle banche dati degli Stati membri sono registrate informazioni su una determinata persona. L'avvio in Polonia delle procedure volte ad assicurare lo scambio automatizzato di dati dattiloscopici aumenta l'efficacia della cooperazione transfrontaliera tra le forze di polizia europee nell'ambito del contrasto ai reati terroristici e alla migrazione illegale. Per questi motivi, il mio voto è favorevole.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Afin de renforcer l'action européenne en matière de lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée, le Parlement européen a adopté le texte autorisant l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques en Pologne.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por entender que a cooperação e o intercâmbio de informação são fatores decisivos para o reforço da luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiras.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP rejects the notion that greater EU integration will help detect and prevent crimes. We note that a number of serious criminals from EU Member States have entered Britain and committed serious crimes, with the UK powerless to stop them. We note that Interpol and other organisations are better experienced and more appropriate forums for criminal cooperation than any EU scheme.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – De conformidad con el artículo 25, apartado 2, de la Decisión 2008/615/JAI, la transmisión de datos de carácter personal en virtud de dicha Decisión solo podrá iniciarse cuando en el territorio de los Estados miembros que participen en dicha transmisión se hayan incorporado al Derecho interno las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de dicha Decisión.

El 13 de julio de 2015, el Consejo concluyó que Polonia ha aplicado plenamente las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de la Decisión 2008/615/JAI. Por consiguiente, a efectos de la consulta automatizada de datos dactiloscópicos, Polonia debe quedar habilitada para recibir y transmitir datos de carácter personal en virtud del artículo 9 de la Decisión 2008/615/JAI.

Por ello, he votado favorablemente este informe necesario para dar la aprobación al intercambio de datos relativos a huellas dactilares con Polonia.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vient approuver le projet du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données concernant les données dactyloscopiques en Pologne. Une telle systématisation des échanges et le renforcement de la coopération transfrontalière seront utiles en matière répressive et de lutte contre le terrorisme.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta de resolução legislativa tem por objetivo o lançamento do intercâmbio automatizado de dados dactiloscópicos (impressões digitais) com a Polónia, visando autorizar este país a receber e a transmitir dados pessoais nos termos da Decisão n.º 2008/615/JAI do Conselho. O objetivo principal desta medida é aprofundar a cooperação transfronteiriça, em matéria de luta contra o terrorismo e a criminalidade organizada.

Após a avaliação do Conselho e à semelhança dos outros dois relatórios sobre esta mesma questão (referentes à Suécia e à Bélgica), verificou-se que a Polónia preenche os critérios necessários para operar o intercâmbio de dados dactiloscópicos, visto estarem igualmente cumpridas as disposições gerais em matéria de proteção de dados estabelecidas no Capítulo 6 da Decisão 2008/615/JAI e ter concluído com êxito a experiência piloto com a Áustria sobre esta matéria (tal como a Suécia), pelo que atribuí o meu voto favorável a este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport sur le projet de décision d'exécution du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques en Pologne. La proposition de décision d'exécution du Conseil a pour objectif d'autoriser la Pologne à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel conformément à la décision 2008/615/JAI relative à l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Sono concorde con la volontà dell'Unione europea di potenziare la cooperazione transfrontaliera tra gli Stati membri al fine di combattere la criminalità organizzata ed è per questo che esprimo il mio voto a favore della scelta del Consiglio europeo di autorizzare la Polonia a ricevere e fornire dati inerenti le impronte digitali. Ritengo che lo scambio di informazioni sia un valido strumento che permetta alle autorità di controllo e di polizia di tutelare e di garantire la sicurezza di ogni cittadino europeo.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido. Desde nuestro Grupo siempre se ha apoyado que existan criterios claros que garanticen la protección de datos personales. En ese sentido, dados los vínculos que este informe tiene con hechos precedentes y los mínimos de protección en materia de datos personales, se propone la abstención.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Polonia responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Polonia ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotros siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o para un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this because I do not wish to see UK citizens' fingerprint data shared with foreign nations.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Like the previous two countries we voted on for this automated data exchange, I voted in favour of this Council draft and support the further cooperation of the Polish Republic in these matters.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Podpora boja proti terorizmu a cezhraničnej kriminalite vyžaduje napĺňanie určitých krokov. Jedným z dôležitých krokov v tomto boji je aj spolupráca pri výmene informácií týkajúcich sa daktyloskopických údajov s Poľskom.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report regarding cross-border exchange of dactyloscopic data (the study of fingerprints for the purposes of criminal identification, registration and investigation) in an attempt to combat terrorism and cross-border crime. Following pilot projects, evaluations have shown no hindrance to EU data protection standards.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Cilj ovog nacрта provedbene odluke Vijeća je pokretanje automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Poljskoj. Međunarodna razmjena daktiloskopskih podataka je ključ borbe protiv prekograničnog kriminala. Konačni cilj je pružiti podršku Poljskoj u borbi protiv prekograničnog kriminala i pojačati suradnju u provođenju zakona u EU-u.

Odluke iz članka 25. stavka 2. Odluke 2008/615/PUP donose se na osnovi izvješća o ocjeni koje se temelji na upitniku. Upitnik koji sastavlja odgovarajuća radna skupina Vijeća odnosi se na svaku automatiziranu razmjenu podataka i država članica ga mora popuniti, čime smatra da ispunjava preduvjete za dijeljenje podataka u odgovarajućoj kategoriji podataka.

Uzimajući također u obzir primjenu Odluke iz Prüma i europskog modela razmjene informacija, podržavam ovaj nacrt Vijeća s ciljem pokretanja automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Poljskoj. Smatram da pokretanje automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Poljskoj može značajno pridonijeti produbljivanju prekogranične suradnje, posebno u suzbijanju terorizma i prekograničnog kriminala.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. – As the United Kingdom did not participate in the original Council Decision with regard to automated exchange of dactyloscopic data, and is therefore not taking part in the adoption of this Decision, I abstained on this report.

While I support the objectives of the Decision, which are to have more Member States cooperating in the fight against serious crime and terrorism, the provisions on the exchange of DNA and fingerprint material relate closely to many of the elements of Prüm Treaty which the UK has not yet implemented.

Under the Prüm Treaty, a Member State can ask another state to check key personal data (and car registrations) against their database as part of a criminal investigation. I have significant concerns regarding certain civil liberties and data protection elements, and the cost implications related to its implementation.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ανταλλαγή δακτυλосκοπικών δεδομένων σαν μέτρο πρόληψης ποινικών εγκλημάτων αλλά κυρίως πιθανών τρομοκρατικών ενεργειών, είναι προς τη σωστή κατεύθυνση. Η ρήτρα που προβλέπεται από τη συνθήκη, σε ότι αφορά στην ευχέρεια (εφόσον ικανοποιούνται τα σχετικά κριτήρια), κάθε κράτους μέλους για την εφαρμογή της ανταλλαγής, αποτελεί θετικό βήμα, κυρίως για την προστασία ευαίσθητων προσωπικών δεδομένων και του ιδιωτικού απορρήτου, όπως προβλέπονται στο Χάρτη Ανθρώπινων Θεμελιωδών Δικαιωμάτων. Η Πολωνία πέτυχε στην αξιολόγηση και η υποβολή του ερωτηματολογίου αξιολόγησης για την προστασία δεδομένων ήταν επιτυχής.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Extinderea Convenției Schengen la statele membre din Europa Centrală și de Est a constituit un moment important pentru consolidarea construcției europene. Realizarea liberei circulații pe teritoriul Uniunii Europene reprezintă unul dintre câștigurile esențiale ale procesului de integrare europeană. Libera circulație a persoanelor a permis cetățenilor noștri să se deplaseze fără restricții în afara granițelor propriilor țări și fără a fi opriți de granițele țărilor membre. Această libertate, însă, implică și o serie de riscuri în ceea ce privește circulația cetățenilor statelor terțe sau a imigranților din țările vecine, așa cum a devenit evident în ultimul timp. Din aceste motive, realizarea unei baze de date dactiloscopice, cuprinzând amprentele celor care intră în spațiul european, a devenit o măsură imperativ necesară. Aderarea Poloniei la grupul statelor membre care aplică deja aceste măsuri este un pas important, care extinde spațiul de securitate europeană asupra unei părți semnificative a Europei Centrale. În consecință, aprobarea documentului de față este necesară pentru prevenirea pătrunderii în spațiul european a unor indivizi ce se pot dovedi reale amenințări la adresa cetățenilor noștri.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté sur le projet de décision d'exécution du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques, suivant ainsi l'avis éclairé du groupe politique.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – As in the case of Sweden and Belgium, I also voted in favour of launching an automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Poland, authorising it to receive and supply personal data. This act follows Council Decision 2008/615/JHA, which incorporates the substance of the so called 'Prüm Treaty'. The initiative between Belgium, Bulgaria, Germany, Spain, France, Luxembourg, the Netherlands, Austria, Slovenia, Slovakia, Italy, Finland, Portugal, Romania and Sweden focuses on stepping up cross-border cooperation, particularly in combating terrorism, cross-border crime and illegal migration. In order to strengthen freedom, security and justice, it recommends making full use of new technologies and enabling reciprocal access to national databases.

Romana Tomc (PPE), *pismo*. – Poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o začetku avtomatizirane izmenjave dakti-lo-skopskih podatkov na Poljskem sem podprla, ker bomo tako dovolili Poljski prejemati in pošiljati podatke o poglobitvi čezmejnega sodelovanja, zlasti na področju boja proti terorizmu in čezmejnemu kriminalu, kar bo zagotovilo večjo varnost državljanov EU.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido. Desde nuestro Grupo siempre se ha apoyado que existan criterios claros que garanticen la protección de datos personales. En ese sentido, dados los vínculos que este informe tiene con hechos precedentes y los mínimos de protección en materia de datos personales, se propone la abstención.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de décision d'exécution du Conseil vise à autoriser la Pologne à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel. Dans le cadre de cette décision relative à l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, la transmission de données à caractère personnel prévue par la décision ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national sur le territoire des États membres concernés par cette transmission des dispositions générales relatives à la protection des données énoncées dans cette décision. Sur la base du rapport général d'évaluation qui lui a été présenté, le Conseil a conclu, le 13 juillet 2015, que la Pologne avait pleinement mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données. J'ai voté POUR ce texte

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A terrorizmus és a határokon átnyúló bűnözés elleni küzdelem, illetve a határokon átnyúló együttműködések megerősítése érdekében támogattam a jelentést.

Traian Ungureanu (PPE), *în scris*. – Rezoluția legislativă a Parlamentului European face referire la proiectul de decizie de punere în aplicare a Consiliului privind lansarea schimbului automatizat de date în ceea ce privește datele dactiloscopice în Polonia.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Accesul automatizat la datele dactiloscopice (amprente palmare, amprente digitale latente etc.) este reglementat în Decizia 2008/615/JAI a Consiliului privind intensificarea cooperării transfrontaliere, în special în domeniul combaterii terorismului și a criminalității transfrontaliere. Scopul acestei decizii este accelerarea cooperării polițienești și judiciare transfrontaliere dintre țările Uniunii Europene în materie penală, prin îmbunătățirea schimburilor de informații între autoritățile cu atribuții de prevenire și cercetare a infracțiunilor.

Lansarea schimbului automatizat de date în ceea ce privește datele dactiloscopice nu se poate face decât după implementarea în legislația națională a statelor membre a dispozițiilor generale privitoare la protecția datelor personale. Verificarea îndeplinirii acestei condiții se face pe baza unui raport de evaluare bazat pe un chestionar, o vizită de evaluare și un test pilot. Aceste criterii au fost îndeplinite cu succes de către Polonia, prin urmare Consiliul a dat un aviz favorabil acestei țări de a primi și furniza date cu caracter personal în scopul căutării automatizate a datelor dactiloscopice.

Prin intermediul rezoluției legislative, Parlamentul a aprobat această decizie a Consiliului.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido. Desde nuestro Grupo siempre se ha apoyado que existan criterios claros que garanticen la protección de datos personales. En ese sentido, dados los vínculos que este informe tiene con hechos precedentes y los mínimos de protección en materia de datos personales, se propone la abstención.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I have voted in favour of the three reports on automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Sweden, Poland and Belgium. This time, Parliament is at last being properly consulted on the automated exchange of dactyloscopic data. The Green group had insisted already in 2008 on the inclusion of data protection standards into the Decision and proper consultation with the Parliament. Now we can formally agree to automated data exchange.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Poland because I believe it is important to strengthen cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime, and to work on strengthening cross-border law-enforcement cooperation in the EU.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – De conformidad con la Decisión 2008/615/JAI sobre la intensificación de la cooperación transfronteriza, en particular en lo relacionado con la lucha contra el terrorismo y el crimen organizado, el suministro de datos personales (incluyendo las huellas dactilares) no debe llevarse a cabo hasta que las disposiciones generales sobre protección de datos no hayan sido implementadas en la legislación de los Estados Miembros correspondientes.

Basándose en un informe de evaluación general presentado al Consejo, este concluyó que el Estado Miembro había implementado las disposiciones generales sobre la protección de datos y por lo tanto le autoriza a recibir y facilitar huellas dactilares de conformidad con esta Decisión. Por todo lo expuesto, considero necesario votar a favor de dicho informe.

.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre el intercambio de datos dactiloscópicos en Polonia responde a la Decisión 2008/615/JAI, según la cual el intercambio de datos para combatir el crimen y el terrorismo transfronterizos debe estar supeditado al cumplimiento en la legislación estatal de las disposiciones europeas relativas a la protección de datos. En este caso, Polonia ha cumplido todos los requisitos pertinentes. Nosotros siempre nos hemos opuesto a la citada Decisión sobre la cooperación policial transfronteriza, pues entendemos que no garantiza una protección efectiva sino que puede ser utilizada para la criminalización de migrantes o para un almacenamiento descontrolado de datos de carácter personal. Sin embargo, este informe concreto hace referencia al cumplimiento de unos requisitos de protección de datos con los que sí estamos de acuerdo. Por tanto, nos hemos abstenido en la votación.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Em dezembro de 2008, a Comissão Europeia apresentou uma proposta para a criação do sistema «Eurodac» de comparação de impressões digitais para efeitos da aplicação efetiva da Convenção de Dublin. Esta proposta faz atualmente parte do pacote «Asilo».

Dienstag, 27. Oktober 2015

Eurodac é um processamento comum de dados pessoais, utilizado desde 15 de janeiro de 2003, e inclui um sistema automático de reconhecimento de impressões digitais. O objetivo deste tratamento é determinar o Estado-Membro que, ao abrigo da Convenção de Dublin, é responsável pela análise de um pedido de asilo apresentado num dos Estados da UE. Este projeto de decisão de execução do Conselho relativa ao lançamento do intercâmbio automatizado de dados dactiloscópicos insere-se nesta lógica.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht fördert die Terrorismusbekämpfung und Kriminalitätsprävention. Der automatisierte Austausch führt zu einer Vereinfachung der Verfolgung von Straftätern. Der Bericht wurde daher von mir unterstützt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ribadisco di aver votato a favore del progetto di decisione di esecuzione del Consiglio relativa all'avvio, questa volta in Polonia, dello scambio automatizzato di dati dattiloscopici perché, come ho già detto nel caso di Svezia e Belgio, sono convinto della necessità di un'azione comune nella lotta al terrorismo e alla criminalità organizzata, che operano a livello europeo. Tutto ciò, però, non può prescindere dal pieno rispetto dei diritti e delle libertà fondamentali.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Zusammen mit meiner Fraktion, der EKR, habe ich für diesen Bericht gestimmt. Die EKR unterstützt den Beitritt von Schweden, Polen, und Belgien zu dem automatisierten Austauschsystem daktyloskopischer Daten.

Polen, Belgien und Schweden haben den Fragebogen zum Datenschutz und daktyloskopischen (d. h. Fingerabdruck) Datenaustausch abgeschlossen und erfolgreiche Pilotprojekte durchgeführt. Auf der Grundlage eines umfassenden Evaluierungsberichtes beschloss der Rat am 13. Juli 2015, dass diese Mitgliedstaaten die allgemeinen Datenschutzbestimmungen vollständig umgesetzt haben.

Ich unterstütze die Position meiner Fraktion zu diesem Thema und habe dementsprechend diesem Bericht zugestimmt.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – W głosowaniu poparłem decyzję w sprawie rozpoczęcia w Polsce zautomatyzowanej wymiany danych w odniesieniu do danych daktyloskopijnych. Jest to jeden z pragmatycznych kroków, które mają poprawić współpracę w Unii Europejskiej w skutecznym zwalczaniu terroryzmu i przestępczości międzynarodowej. Polska przystosowała już swoje przepisy prawne do rozwiązań unijnych w zakresie ochrony wrażliwych danych i wymiany danych daktyloskopijnych. Ponadto, co bardzo ważne, potwierdzono to w praktyce, przeprowadzając skuteczną operację pilotażową z Austrią. Oznacza to, że Polska będzie uprawniona i przygotowana do przekazywania danych osobowych organom innych państw unijnych, jak również będzie sama otrzymywała podobne informacje. Bez wątpienia jest to korzystne w walce z przestępczością.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – De acordo com a Decisão n.º 2008/615/JAI relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiriça, da luta contra o terrorismo e contra a criminalidade, o fornecimento de dados pessoais previsto no âmbito dessa decisão não pode ocorrer até que as disposições gerais em matéria de proteção de dados tenham sido transpostas para o Direito nacional.

A proposta do Conselho visa autorizar a Polónia a receber e a transmitir dados pessoais nos termos da Decisão n.º 2008/615/JAI do Conselho a partir da data de entrada em vigor da mesma.

Estes três relatórios estão relacionados com a Convenção de Prüm que foi assinada em 27 de maio de 2005, em Prüm (Alemanha), entre sete Estados-Membros - Áustria, Bélgica, França, Alemanha, Luxemburgo, Espanha e Holanda. O objetivo da Decisão de Prüm consiste, assim, na intensificação e na aceleração das trocas de informações entre autoridades, contribuindo para tal a possibilidade de se poder comparar, por exemplo, um determinado perfil de ADN com os perfis registados em bases de dados automatizadas existentes nos Estados Membros.

Sabemos que, a pretexto do combate ao terrorismo e ao crime, a UE tem vindo a montar um sistema de vigilância que cerceia as liberdades e garantias dos indivíduos. Esta medida vai em lógica semelhante pelo que votámos contra.

Dienstag, 27. Oktober 2015

6.7. Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen (A8-0297/2015 - Birgit Collin-Langen)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētājas kundze! Apstākļi, par kuriem ir runāts šajā normatīvās rezolūcijas projektā, ir pilnībā attiecināmi uz jebkuru citu mūsu ikdienas dzīves jomu. Gan ceļojumu pakalpojumu sniedzēji, gan pārtikas ražotāji, gan dažādu līgumu sastādītāji un vairākas citas iestādes nereti nesniedz visu nepieciešamo informāciju, lai patērētājs varētu izdarīt pilnībā apjēgtu izvēli.

Vairāk par to pat, ja kaut kas ir iekļauts ar komercpraksi nodarbinātu kompāniju darbības noteikumos un to klientu brīvi pieejamā tiesību sarakstā, tās var atteikties izpildīt savas saistības. Tas nav pareizi — pret to ir jācīnās un konkrēti ceļojumu pakalpojumu sniedzēju gadījumā to klientiem skaidri jāsaprot, cik tas maksā, kā arī pastāv vai nepastāv jebkuri papildpakalpojumi, par kuriem kāda nepārprotama iemesla dēļ viņiem nāktos maksāt vēlāk. Tāpēc es atbalstu šo dokumentu. Paldies!

Marijana Petir (PPE). – (*početak govora je nerazumljiv*) na direktivu koja je napisana u vrijeme kad je kupovanje bilo mnogo jednostavnije i kad se nije moglo sve obavljati preko interneta. Ljudi su postali sve zainteresiraniji za samostalno odabiranje paketa putovanja, raznih pogodnosti, te je bitno osigurati zaštitu njihovih prava, stoga je izmjena ova Direktive bila nužna.

No, želim također istaknuti da treba voditi računa i o zaštiti poduzetnika u turizmu kako naše odluke ne bi imale dalekosežne posljedice na konkurentnost i profitabilnost hotelske industrije. Dobro je da su poslušana upozorenja struke kako bi se izbjegli mogući problemi koji bi doveli do opterećenja novim davanjima, koja bi potom povećala cijenu proizvoda i usluga, a mnogi hoteli ne bi bili u mogućnosti platiti ta nova davanja te bi prestali nuditi specifične proizvode, po kojima je primjerice i Hrvatska već sada prepoznatljiva turistička destinacija.

Nadam se također da ovaj prijedlog direktive neće dovesti do drugačijeg obračuna PDV-a nekih hotelskih proizvoda, na štetu hotelijera, ali i na štetu naravno krajnjih korisnika, turista. Stoga pozivam da se otvori ozbiljna rasprava o turizmu u Europskom parlamentu jer je riječ o gospodarskoj grani koja je nepravredno zanemarena.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I support this report as well, particularly as currently two-thirds of package travel sales take place online. This is a huge increase in recent years, so an updated directive suitable for the digital age is much needed. This proposal meets the challenges of both the modern environment and traditional sales. Package travel is becoming increasingly popular, and this directive protects both the consumer and businesses by setting clear standards for liability, cancellation, reimbursement and a limit for post-contractual price increase. If a package travel service goes bankrupt, measures in place mean that payments already made by customers are secured through clear insolvency provisions.

Dá bhrí sin, vótáil mé i bhfabhar na tuarascála seo mar cabhróidh sé le suas le 120 milliún duine a bhíonn ag taisteal gach uile bhliain agus a cheannaíonn ticéid agus mar sin de ar an idirlíon. Tabharfaidh sé cosaint dóibh agus cabhróidh sé leo gan EUR 430 milliún a chailliúint gach uile bhliain.

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP has voted in favour of rejecting the Council position at second reading. Whilst we are great advocates of increasing consumer rights, we are against the full harmonisation that this Directive requires. In 2014 a UK government report had stated that this proposal was 'far from perfect'. UKIP believes that if national governments had the opportunity to update their own consumer protection laws they would be able to pass legislation that is the best fit for their consumers.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – He votado a favor de esta Directiva porque, dados los cambios en el mercado turístico y la creciente tendencia de los consumidores a reservar sus vacaciones en línea, era necesario modernizar y adaptar la legislación a la era digital.

Con la aprobación de dicha Directiva, se refuerzan los derechos de los consumidores: en primer lugar, al cubrir nuevos modelos de reserva - páginas enlazadas - , los viajes combinados formados por varios servicios de viaje (vuelo, hotel o alquiler de vehículo) y comprados en línea contarán con la misma protección que los paquetes contratados en agencias de viajes, ya que dichas ofertas enlazadas en las que el nombre del cliente, los detalles de pago y la dirección de correo electrónico se transfieran de un proveedor a otro y se concluya un segundo contrato en menos de 24 horas después de la adquisición del servicio, se considerarán viaje combinado a efectos de la legislación.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Y, en segundo lugar, al recibir información detallada sobre sus derechos, los viajeros tendrán más opciones para cancelar el contrato, y deberán contar por anticipado con información clara sobre quién es el responsable en caso de problemas. También gozarán de mayor protección en caso de insolvencia de los empresarios.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe forma parte del proceso de adopción de la Directiva del Parlamento Europeo y del Consejo relativa a los viajes combinados y los servicios asistidos de viaje, por la que se modifican el Reglamento (CE) n° 2006/2004 y la Directiva 2011/83/UE del Parlamento Europeo y del Consejo y por la que se deroga la Directiva 90/314/CEE del Consejo. La propuesta del Consejo recoge las preocupaciones del Parlamento en el sentido de una armonización al alza de los derechos del consumidor en el ámbito de esta regulación turística.

Por todo ello, nuestra posición es favorable.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rejet de l'amendement sur les voyages à forfait et prestations de voyage assistées. Ce texte, qui vise à favoriser au maximum les prestations de voyages à «portée de clic» dans le but de stimuler le marché, a comme conséquence de fausser la concurrence du marché et de centraliser l'offre au détriment des PME. De plus, je regrette que l'harmonisation des législations, la mise en œuvre du marché unique, ainsi que la distorsion de la concurrence au bénéfice des acteurs économiques puissants soient des thèmes absents de ce texte.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report which primarily dealt with the scope of protection for travellers when purchasing combinations of travel services.

My reasons for abstaining were threefold. First, the scope provided for full harmonisation such that the rights of travellers and business competitiveness received equal protection. It is my belief that consumers' rights cannot be best served when business competitiveness needs to be served as well through full harmonisation. Second, the consequence of price change in the report is such that in case of a change in the cost of fuel, a traveller may be asked to pay more money. There was however no provision in the text that allowed the alternate to benefit the traveller in case the price of fuel decreased.

Finally, in Ireland the tourism industry consists mostly of SMEs. According to this report, these SMEs would have to take out insolvency protection on behalf of larger providers than themselves when they come to be classified as a package travel provider, or, a Linked Travel Arrangement.

This report does not adequately protect a tourism industry dominated by SMEs and for this reason, I abstained.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτιώς*. – Ψήφισα υπέρ του να υιοθετηθεί το αποτέλεσμα της συμφωνίας μεταξύ Συμβουλίου και Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, καθώς με τη συγκεκριμένη πρόταση αναθεωρείται μετά από 25 χρόνια η νομοθεσία σχετικά με τα οργανωμένα ταξίδια, ενισχύοντας τα δικαιώματα των καταναλωτών, επικαιροποιώντας τις διατάξεις βάσει της νομολογίας, της εμπειρίας, αλλά και των τεχνολογικών εξελίξεων των τελευταίων 25 χρόνων.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose de rejeter la position du Conseil qui a pour objectif d'harmoniser les législations nationales relatives aux voyages à forfait et aux prestations de voyage assistées ou liées. Cela se fera bien évidemment dans le cadre de la création d'un marché unique du numérique. Ces voyages à forfait comprennent un ensemble de prestations proposées au client à un prix fixe par un tour opérateur. Le rapport préconise de favoriser cette activité sur internet afin de stimuler le marché.

Toutefois, une telle centralisation de l'offre de prestations liées risque de fausser la concurrence au détriment des TPE/PME qui ne pourront rivaliser avec les gros groupes.

J'ai donc voté pour l'amendement de rejet de la position du Conseil.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I note that the British government has described these changes as being 'far from perfect'. I also note that the legislation explicitly calls for maximum harmonisation of this directive. I therefore supported the rejection amendment.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį pasiūlymą, kurio tikslas – suteikti daugiau teisių organizuotas keliones išsityjantiems keliautojams. Prekyba internetu bei pigių avialinijų siūlomos paslaugos pakeitė kelionių pirkimo įpročius, todėl šiuo metu daugelis organizuotų kelionių nepatenka į ES taisyklių, galiojančių nuo 1990 m., apimtį. Siekiant užtikrinti deramą keliautojų apsaugą, atnaujintos taisyklės patikslins organizuotų kelionių, kurias sudaro kartu išsitytos skirtingos paslaugos (skrydžiai, nakvynė ir automobilio nuoma), nuostatas. Svarbu, kad nepriklausomai nuo to, ar organizuota kelionė išsityjama biure ar internetu, keliautojams būtų suteikta vienoda vartotojų apsauga. Taip pat kelionių organizatoriai savo klientams turės pateikti išsamią informaciją dėl būsimos kelionės ir aiškiai įvardinti, kas bus atsakingas už tinkamą kelionės paketo vykdymą.

Gerard Batten (EFDD), in writing. – UKIP has voted in favour of rejecting the Council position at second reading. Whilst we are great advocates of increasing consumer rights, we are against the full harmonisation that this Directive requires. In 2014 a UK government report had stated that this proposal was 'far from perfect'. UKIP believes that if national governments had the opportunity to update their own consumer protection laws they would be able to pass legislation that is the best fit for their consumers.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – Que ceux qui consultent VoteWatch ne s'y trompent pas: j'ai voté pour l'amendement déposé par le groupe EFDD qui demandait le rejet de cette directive qui risque une fois de plus de favoriser les poids lourds du secteur au détriment des petites et moyennes entreprises.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai soutenu ce rapport qui permet de mieux protéger les citoyens européens qui achètent des voyages à forfait en ligne. Cela leur permettra notamment d'éviter les désagréments liés à une augmentation de prix non justifiable, à la faillite de son opérateur, à des changements horaires exagérés ou en cas d'imprévus.

Ivo Belet (PPE), schriftelijk. – Het akkoord over de pakketreizen is een stap in de goede richting, maar is nog niet perfect. We hadden eigenlijk graag een veel betere consumentenbescherming gezien voor doorklikboekingen, waarbij consumenten bijvoorbeeld via de website van de luchtvaartmaatschappij ook een overnachting bijboeken.

We moeten ook goed opletten dat de vele kmo's in de sector niet in het gedrang komen. De nieuwe regelgeving moet daarom snel en grondig geëvalueerd en, indien nodig, bijgestuurd worden door de Europese Commissie.

Nu moeten we echter vooruit kijken. Het akkoord tilt de bescherming voor reizigers naar een hoger niveau en beschermt hen ook bij onlinereservaties. Het is nu aan de lidstaten om dit akkoord zo verstandig mogelijk om te zetten in de nationale wetgeving.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Ce texte propose une harmonisation des législations relatives aux voyages à forfait et aux prestations de voyage «assistées» ou «liées». C'est une mise en œuvre supplémentaire du marché unique numérique. On veut ainsi favoriser facilement les prestations de voyages en ligne. Si l'intention est bonne, ce système peut entraîner des abus notamment par une centralisation de l'offre qui nuirait aux TPE/PME au détriment des gros groupes (cf. Google qui s'est rendu coupable de favoriser ses partenaires ou filiales et donc de fausser la concurrence).

Les associations ont alerté aussi sur les pressions exercées par les lobbies du secteur du transport puisque vouloir améliorer entraîne en réalité une harmonisation supplémentaire du marché intérieur. J'ai donc voté pour la recommandation de vote sur l'amendement de rejet de l'EFDD afin d'éviter une harmonisation des législations et afin d'éviter les risques d'abus de position dominante et de concurrence faussée au profit de grands groupes.

Mara Bizzotto (ENF), per iscritto. – Ho votato a favore della reiezione della relazione Collin-Langen su «pacchetti turistici e servizi turistici collegati». Si tratta di un testo confuso e poco chiaro soprattutto per quanto riguarda la definizione di «servizi collegati». Gli effetti disastrosi di normative europee votate con troppa leggerezza, come la direttiva Servizi, sono purtroppo sotto gli occhi di tutti. Per questo motivo non ho sostenuto questo provvedimento i cui effetti verso categorie professionali quali le guide turistiche, le guide alpine o i maestri di sci sono poco chiari e potenzialmente dannosi.

Dienstag, 27. Oktober 2015

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Se hacía necesario revisar el marco jurídico que regula los contratos de viajes combinados. Esta propuesta pretende clarificar y modernizar el alcance de la protección y la información de los viajeros en la compra de estos servicios, mejorando sus derechos conforme a los cambios provocados por internet. Las nuevas normas aumentarán la transparencia y fortalecerán la protección de los consumidores sobre los servicios de viaje *online*.

La Eurocámara ha sido capaz de garantizar que la protección de los viajeros frente a la insolvencia del empresario cubra todos los gastos razonablemente previsibles y todos los pagos realizados por el viajero en relación con el paquete. Se han clarificado los derechos de los viajeros, en particular sobre la reducción de los precios, la compensación (incluyendo los daños no materiales) y la mala ejecución del contrato. La carga de la prueba ha sido desplazada a los organizadores. Además, el plazo para presentar una queja se ha prolongado dos años. En 2018 se verificará si es necesario un ajuste de la definición de «paquete de viaje».

Por todo esto, entre otras cuestiones, he votado a favor de este informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė naujai Europos Parlamento ir Tarybos direktyvai dėl kelionės paslaugų paketų ir susijusių kelionės paslaugų rinkinių. Nuo šiol, nesvarbu, ar organizuota kelionė įsigyjama biure, ar internetu, keliautojams bus suteikta vienoda apsauga. Turistai turės daugiau galimybių nemokamai atšaukti kelionę, o kelionių organizatoriai turės pateikti išsamesnę informaciją apie būsimą kelionę ir už ją atsakingus asmenis. Parlamentas taip pat įtraukė nuostatą, kuria remiantis organizuota kelionė laikomos kartu įsigytos skirtingos paslaugos, pavyzdžiui, skrydžiai, nakvynė ir automobilio nuoma. Net jei skirtingos kelionės paslaugos įsigijamos vienu mokėjimu – nesvarbu, internete, biure ar telefonu, tokiam užsakymui galios tos pačios keliautojų teisės kaip ir organizuotiems keliautojams.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. –

Az internetes értékesítés jelentősen megváltoztatta a foglalási szokásokat, így mára számos önállóan szervezett út nem tartozik a kilencvenes évekből származó uniós szabályok hatálya alá, vagy nem egyértelműen fogalmazza meg az utasok jogait. Ezen oknál fogva szavazatommal támogattam az utazásokra vonatkozó uniós fogyasztóvédelmi szabályok módosítását, hiszen ezzel a jövőben ugyanazok az előírások lesznek érvényesek a repülőjáratot, szállodafoglalást vagy autóbérlést is tartalmazó, interneten foglalt szervezett utazásokra, mint amelyeket utazási irodában vásárolnak. A módosított szabályok értelmében mielőtt a nyaralók aláírják a szerződést, az utazásszervezőknek vagy az utazás értékesítőinek egyértelműen el kell magyarázniuk, hogy csomagról van szó. Emellett az utast tájékoztatni kell jogairól és arról, hogy ki viseli az anyagi felelősséget abban az esetben, ha valami probléma merül fel. Üdvözlendő, hogy az EP azt is bevetette az új szabályok közé, hogy az utazásszervezőknek kötelező előre tájékoztatni az utast a tervezett indulási és érkezési időpontról és az esetlegesen felmerülő további költségekről.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Veseli me, da je bilo predlagana direktiva sprejeta, saj bo po mojem mnenju pripomoglo k kvalitetnejši turistični ponudbi v EU.

Turizem je ena izmed najpomembnejših gospodarskih panog v EU. Področja ponudbe turističnih paketov, ki jih zajema direktiva, predstavljajo znaten del trga potovanj, ki se je od sprejetja trenutno veljavne direktive o paketnih potovanjih izjemno spremenil. Današnji dan potovalne storitve niso le kombinacija tradicionalnih turističnih paketov, ampak se prilagajajo posamezniku. Današnji potnik je tudi bistveno bolj zahteven kot nekdanj, zato se mu mora trg ustrezno prilagajati.

Pomembno vlogo pri ponudbi turističnih aranžmajev danes igra tudi splet, kjer se trg tovrstnih produktov izjemno hitro spreminja. Zato mora zakonodaja slediti razvoju paketnih potovanj, predvsem spletnih, še intenzivneje ščititi potnike oz. potrošnike ter zmanjševati administrativna bremena za ponudnike tovrstnih storitev, predvsem mala in srednja podjetja.

Prepričan sem, da sprejeta direktiva nedvomno izpolnjuje te kriterije in predstavlja kvalitetno podlago za nadaljevanje rasti evropskega turizma!

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Čak 35 posto putovanja kupujemo online podrazumijevajući da smo zaštićeni. Međutim, istina je drugačija. Građani koji su kupovali putovanja nisu bili zaštićeni, i naknade za otkazivanja ili promjene u rezervaciji su im u pravilu oko 3 puta skuplje nego onima koji kupuju putovanja u agencijama. Kupci tako izgube oko milijardu eura godišnje.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Sugrađani mi se nerijetko žale da neke internetske stranice na kojima rezerviraju hotele ili kupuju prijevozne karte naplaćuju veću proviziju u Hrvatskoj nego u drugim državama članicama. To je problem na koji konstantno upozoravam. Nova direktiva će omogućiti kupcu da vidi sastavnice konačne cijene i učiniti cijeli proces transparentnijim. Također, trgovac je obavezan dati kontakte za hitne i nepredviđene situacije što će smanjiti prevare.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour l'amendement de rejet de ce texte car prétendre améliorer les législations relatives aux voyages à forfait et prestations de voyages assistées est un faux prétexte pour harmoniser davantage le marché intérieur alors que le secteur du tourisme est déjà très protecteur du consommateur.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – On the Collin-Langen (IMCO) 'Package travel and linked travel arrangement', I abstained. Whilst I acknowledge that there were positive aspects to this report, especially regarding improving and protecting consumer rights, there were lingering concerns, particularly on the level of harmonisation involved for implementation, as it is based on the assumption that it is suitable for all 28 Member States.

Also, at the European Council of Ministers during the summer Ireland withdrew its support, citing that it risks hindering innovation and competition. There are also data protection concerns, and the degree of compensation for consumers around cancellations of packages by a travel organiser was not adequately addressed.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Dans le cadre de la création d'un marché unique numérique, cette proposition vise à harmoniser les législations nationales relatives aux voyages à forfait et aux prestations de voyage assistées ou liées. Ce type de voyage regroupe un ensemble de prestations proposées au client à un prix fixe par un tour opérateur. Le texte propose notamment de favoriser cette activité sur internet afin de stimuler le marché.

Seulement ce rapport ne prête pas suffisamment d'importance aux dérives que pourraient entraîner l'application de cette mesure. La centralisation de l'offre de prestations liées risque de fausser la concurrence au détriment des TPE/PME qui n'auront pas les moyens suffisants pour rivaliser avec les acteurs économiques les plus puissants. Par ailleurs, ils prétendent améliorer la protection des consommateurs pour mieux accélérer la convergence des législations nationales.

C'est pourquoi j'ai voté pour le rejet de cette résolution.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Eforturile considerabile depuse de-a lungul anilor în Uniune cu scopul de a consolida dreptul la informare al cetățenilor săi sunt demersuri care trebuie susținute prin legiferare în toate domeniile care oferă servicii. Cu atât mai mult trebuie să vorbim de transparență și corectă informare în ceea ce privește furnizarea de servicii de către particulari spre alți particulari, deoarece în această ecuație cei care au nevoie de protecție sunt beneficiarii de servicii, iar Uniunea trebuie să le asigure un cadru optim în care să-și poată exercita dreptul la libera circulație, garantat prin tratatele UE.

Susțin poziția Comisiei asupra modului în care acest cadru de desfășurare a serviciilor de călătorie va fi asigurat și aliniat la normele democratice, pentru a-i proteja pe cei care utilizează serviciile.

Am votat în favoarea instituirii unor practici comerciale loiale prin crearea unui cadru legal în care entitățile care își comercializează serviciile online să nu ofere servicii suplimentare într-o manieră ascunsă, neclară sau ambiguă, cum ar fi aceea de ascundere a opțiunii de a nu rezerva alte servicii suplimentare. Consider că doar în această manieră putem vorbi de un drept la informare efectiv și de o transparență reală în furnizarea de servicii.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore del ritiro della proposta. Il testo è fortemente sfavorevole alle guide turistiche e ad altre categorie collegate come le guide alpine e i maestri di sci.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Susțin proiectul de rezoluție legislativă a PE referitoare la poziția în primă lectură a Consiliului în vederea adoptării unei directive a Parlamentului European și a Consiliului privind pachetele de servicii de călătorie și serviciile de călătorie asociate, de modificare a Regulamentului (CE) nr. 2006/2004 și a Directivei 2011/83/UE a Parlamentului European și a Consiliului și de abrogare a Directivei 90/314/CEE a Consiliului (09173/3/2015 – C8-0281/2015 – 2013/0246(COD)).

Modificarea regulamentului vizează modernizarea normelor privind pachetele de servicii de călătorie, includerea combinațiilor personalizate de servicii de călătorie, în special a celor achiziționate online, cu scopul de spori în același timp siguranța juridică și transparența atât pentru călători, cât și pentru întreprinderi. Un alt beneficiu este reducerea prejudiciilor aduse consumatorilor prin acordarea unor drepturi suplimentare pentru rezilierea unui contract și stabilirea unor norme mai stricte în ceea ce privește creșterea prețurilor și, totodată, să asigure o concurență mai loială între întreprinderile de turism.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Directiva porque, dados los cambios en el mercado turístico y la creciente tendencia de los consumidores a reservar sus vacaciones en línea, era necesario modernizar y adaptar la legislación a la era digital.

Con la aprobación de dicha Directiva se refuerzan los derechos de los consumidores: en primer lugar, al cubrir nuevos modelos de reserva - páginas enlazadas -, los viajes combinados formados por varios servicios de viaje (vuelo, hotel o alquiler de vehículo) y comprados en línea contarán con la misma protección que los paquetes contratados en agencias de viajes, ya que dichas ofertas enlazadas en las que el nombre del cliente, los detalles de pago y la dirección de correo electrónico se transfieran de un proveedor a otro y se concluya un segundo contrato en menos de 24 horas después de la adquisición del servicio, se considerarán viaje combinado a efectos de la legislación.

Y, en segundo lugar, al recibir información detallada sobre sus derechos, los viajeros tendrán más opciones para cancelar el contrato, y deberán contar por anticipado con información clara sobre quién es el responsable en caso de problemas. También gozarán de mayor protección en caso de insolvencia de los empresarios.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della raccomandazione per la seconda lettura relativa alla posizione del Consiglio in prima lettura in vista dell'adozione della direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio relativa ai pacchetti turistici e ai servizi turistici collegati.

Il turismo svolge un ruolo preponderante nelle economie dell'Unione e i viaggi, le vacanze e i pacchetti turistici rappresentano una porzione significativa del mercato del turismo. Il mercato ha però subito profondi cambiamenti negli ultimi anni, poiché ai canali di distribuzione tradizionali si è aggiunto Internet, che ha modificato l'offerta dei servizi turistici, rendendoli sempre più personalizzati. Molte di queste combinazioni non sono ricomprese nella disciplina prevista dalla direttiva 90/314/CEE ed è fondamentale aggiornarla. La nuova direttiva non solo estende la tutela a tutti i recenti sviluppi del settore, ma aumenta considerevolmente la trasparenza e rafforza la certezza giuridica per viaggiatori e professionisti. Pertanto, ho deciso di approvare il presente testo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report which primarily dealt with the scope of protection for travellers when purchasing combinations of travel services.

My reasons for abstaining were threefold. First, the scope provided for full harmonisation such that the rights of travellers and business competitiveness received equal protection. It is my belief that consumers' rights cannot be best served when business competitiveness needs to be served as well through full harmonisation. Second, the consequence of price change in the report is such that in case of a change in the cost of fuel, a traveller may be asked to pay more money. There was however no provision in the text that allowed the alternate to benefit the traveller in case the price of fuel decreased.

Finally, in Ireland the tourism industry consists mostly of SMEs. According to this report, these SMEs would have to take out insolvency protection on behalf of larger providers than themselves when they come to be classified as a package travel provider, or, a Linked Travel Arrangement.

Dienstag, 27. Oktober 2015

This report does not adequately protect a tourism industry dominated by SMEs and for this reason, I abstained.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP has voted in favour of rejecting the Council position at second reading. Whilst we are great advocates of increasing consumer rights, we are against the full harmonisation that this directive requires. In 2014 a UK government report had stated that this proposal was ‘far from perfect’. UKIP believes that if national governments had the opportunity to update their own consumer protection laws they would be able to pass legislation that is the best fit for their consumers.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of rejecting the Council position in this Report as I believe that this proposal does not sufficiently cover the concerns of the whole spectrum of the tourist industry and might go against the actual competitiveness of the tourism sector.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione europea ha avviato nel 2010 un’iniziativa denominata «L’Europa, prima destinazione turistica mondiale» per dare nuovo slancio al turismo. Da maggio 2013, tuttavia, la Commissione ha interrotto la redazione dei piani di implementazione e diviene dunque difficile valutare ora i progressi effettuati. Ho pertanto votato a favore di questa relazione nella quale si richiede un rapporto di implementazione per la verifica delle azioni intraprese, incluso l’uso delle risorse finanziarie. Uno dei problemi principali della legislazione europea in materia di turismo risiede proprio nel fatto che le risorse ad esso allocate sono davvero irrisorie e che la maggior parte delle azioni intraprese necessitano di fondi in differenti programmi di finanziamento non integrati tra di loro.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I am glad we have adopted this second reading agreement and am proud that I had a part in making sure it was good for both consumers and businesses. I can only repeat my regret that it will not come into force sooner. My thanks to the Latvian Presidency and our Rapporteur.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Είναι σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έγκρισης της οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τα οργανωμένα ταξίδια και τους συνδεδεμένους ταξιδιωτικούς διακανονισμούς, η οποία τροποποιεί τον κανονισμό (ΕΚ) αριθ. 2006/2004 και την οδηγία 2011/83/ΕΕ του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και Συμβουλίου που καταργεί την οδηγία 90/314/ΕΟΚ του συμβουλίου.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro la proposta del gruppo EFDD di reiezione del provvedimento in esame. Rappresentando i servizi turistici la categoria più popolare di prodotti acquistati online, il legislatore europeo è intervenuto per adeguare la tutela dei viaggiatori alle sfide poste dalle nuove tecnologie. La Commissione europea ha a tal fine proposto un regolamento che modifica le direttive 2006/2004/CE e 2011/83/UE e che sostituisce la direttiva 90/314/CEE. La relazione chiarisce che si tratta di una direttiva di completa armonizzazione nell’interesse di consumatori e prestatori di servizi. Le nuove disposizioni si applicano al settore online e offline per i viaggi d’affari e modificano sostanzialmente il meccanismo di protezione da insolvenza. È inoltre offerta ai viaggiatori la possibilità di sostituire il proprio con un pacchetto equivalente qualora l’organizzatore alterasse unilateralmente un elemento principale del contratto di viaggio. La proposta stabilisce sanzioni e chiarisce l’ambito della tutela dei viaggiatori per l’acquisto di combinazioni di servizi di viaggio includendo nella definizione diverse forme di pacchetti on-line e viaggi organizzati. Si ampliano le deroghe in materia di contratti accessori per allargarli ai servizi ausiliari forniti come elemento legato al pacchetto, e si chiarisce il concetto di «organizzazione assistita di viaggio», rinominata «organizzazione collegata di viaggio».

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta perché penso che, per tutelare al meglio l’importantissimo settore del turismo in Europa, sia molto importante bloccare quelle pratiche attraverso le quali i servizi turistici, che offrono pacchetti online, offrono servizi aggiuntivi in modo nascosto, oscuro o ambiguo.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Mi espongo sempre contro qualsiasi tipo di frode per avere un'Europa più seria, trasparente e pulita possibile, soprattutto in un settore come quello turistico dove l'Europa ha un serio vantaggio competitivo e non può perderlo a causa della mancanza di fiducia. È una questione di tutela delle imprese che sul territorio, quotidianamente, si ingegnano per offrire servizi ai turisti, ma è il più grande baluardo di difesa delle nostre terre, così ricche di storia e cultura, ma spesso depauperate da pratiche commerciali scorrette.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP has voted in favour of rejecting the Council position at second reading. Whilst we are great advocates of increasing consumer rights, we are against the full harmonisation that this directive requires. In 2014 a UK government report had stated that this proposal was 'far from perfect'. UKIP believes that if national governments had the opportunity to update their own consumer protection laws they would be able to pass legislation that is the best fit for their consumers.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – As regras atuais que regulam os pacotes de viagens organizadas são manifestamente obsoletas face às novas realidades da era digital e à mudança de paradigma no mercado das viagens.

Os consumidores europeus encontravam-se menos protegidos, na medida em que as normas existentes não preveem estas situações ou abrangem-nas de forma pouco clara pois foram concebidas apenas para as viagens organizadas tradicionais.

O *status quo* atual, de não aplicação às viagens feitas *online* e de legislação dispersa dos Estados-Membros para a sua regulação, gera incerteza entre os consumidores quanto aos direitos que lhes assistem, criando também dúvidas entre os operadores quanto às suas responsabilidades e fragmentando o Mercado Interno.

Apoio o Relatório Collin-Langen por considerar urgente a reforma da Diretiva Viagens organizadas, tendo-se alcançado um acordo entre o PE e o Conselho que coloca em equilíbrio um elevado nível de defesa do consumidor e a promoção de um espaço livre para a circulação de mercadorias e serviços além fronteiras.

Os consumidores têm que estar no centro do Mercado Interno, sendo agora reconhecida, por um lado, uma maior transparência e o reforço da proteção dos consumidores e, por outro lado, a harmonização desejada que propicia equidade às empresas.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP has voted in favour of rejecting the Council position at second reading. Whilst we are great advocates of increasing consumer rights, we are against the full harmonisation that this directive requires. In 2014 a UK government report stated that this proposal was 'far from perfect'. UKIP believes that if national governments had the opportunity to update their own consumer protection laws they would be able to pass legislation that is the best fit for their consumers.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo regolamento perché condiviso le modifiche che si intendono apportare nel settore dei pacchetti e servizi turistici. In primo luogo, la modernizzazione digitale è essenziale nella nostra era per rendere i servizi più competitivi. Di particolare importanza è la modifica del meccanismo di insolvenza che assicura una maggiore tutela per i viaggiatori. Inoltre, anche l'aver chiarito il concetto di «viaggio assistito» che diventa «viaggio collegato» consente la possibilità per i viaggiatori di prendere un pacchetto equivalente quando l'organizzatore modifica unilateralmente un elemento principale del contratto di viaggi. Questa nuova modifica legislativa consentirà di aumentare la protezione dei consumatori e di rendere i servizi turistici più moderni e competitivi.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Malta, along with other Member States, has expressed serious concerns on this proposal during all stages of the discussions of this file. In this regard a common statement was co-signed by Belgium, Estonia, Ireland, Malta, the Netherlands and Slovakia when the vote for a political agreement during the Competitiveness Council was taken. The aspects of this proposal are at odds with the aims of the Digital Single Market Strategy which seeks to overcome barriers to the full utilisation of the internet and digital technologies for the benefit of consumers and businesses alike. The proposal risks stifling innovation and hindering the competitiveness of our tourism sector, ultimately creating higher prices and less choice for consumers.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Javier Couso Permy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe forma parte del proceso de adopción de la Directiva del Parlamento Europeo y del Consejo relativa a los viajes combinados y los servicios asistidos de viaje, por la que se modifican el Reglamento (CE) n° 2006/2004 y la Directiva 2011/83/UE del Parlamento Europeo y del Consejo y por la que se deroga la Directiva 90/314/CEE del Consejo. La propuesta del Consejo recoge las preocupaciones del Parlamento en el sentido de una armonización al alza de los derechos del consumidor en el ámbito de esta regulación turística.

Por todo ello, nuestra posición es favorable

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La straordinaria ricchezza del patrimonio artistico e paesaggistico europeo rende l'industria turistica un importante elemento per la crescita in Europa. Tuttavia, questa industria deve rimanere competitiva, anche attraverso una maggiore tutela dei viaggiatori. La risoluzione del Parlamento europeo, che giunge dopo un lungo iter legislativo, garantisce una maggiore armonizzazione e trasparenza delle regole in materia di pacchetti turistici e servizi turistici collegati e una maggiore tutela per i viaggiatori, rafforzando in questo modo il mercato del turismo europeo. Per questo motivo ho votato in favore della risoluzione.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A digitális világ térnyerése, az internetes értékesítés megnövekedése jelentősen megváltoztatta a foglalási szokásokat, így mára számos önállóan szervezett út nem tartozik a kilencvenes évekből származó uniós szabályok hatálya alá, vagy nem egyértelműen fogalmazza meg az utasok jogait. Ezen oknál fogva szavazatommal támogattam az utazásokra vonatkozó uniós fogyasztóvédelmi szabályok módosítását, hiszen ezzel az utazók védelme erősödik. A jövőben ugyanazok az előírások lesznek érvényesek a repülőjáratot, szállodafoglalást vagy autóbérlést is tartalmazó, interneten foglalt szervezett utazásokra, mint amelyeket utazási irodában vásárolnak.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of rejecting the Council position because I have serious concerns on the proposal as it stands. While I acknowledge that the old package travel directive is in need of revision due to enormous changes in the travel market, and while I support the improvement of consumer protection and insolvency protection I could not support this report due to the inclusion of practices that can harm the Maltese touristic industry. A regulation needs to be smart and self-explanatory and must be enforceable, however I have doubts whether this is the case with this proposal. The main concern is that the new Directive might lead to burden and bureaucracy for SMEs in Malta, advantage third countries, and create a high degree of legal uncertainty especially due to the broad and ambitious definitions on what constitutes a package. Therefore also after reviewing the position of the main interested parties I voted against this directive.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Într-o Europă a liberei circulații a cetățenilor, garantarea dreptului acestora de a fi bine informați în legătură cu serviciile de care pot beneficia pe parcursul călătoriilor în Europa și în afara ei este necesar și benefic pentru toate părțile.

În plus, călătorii trebuie să aibă acces la mijloace adecvate pentru a putea face recurs în cazul apariției unor probleme în perioada în care beneficiază de serviciile respective, fie că vorbim de călătoria ca atare sau de un sejur, mai ales în cazul prestațiilor achiziționate pe internet.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – L'approvazione dell'accordo raggiunto con il Consiglio in materia di pacchetti turistici e servizi turistici assistiti aggiorna e rende più efficace la normativa europea che regola il settore degli acquisti di pacchetti viaggio, ancora fermo alla direttiva 314 del 1990, quando Internet e gli acquisti online non erano diffusi.

Ritengo positivo che la direttiva abbia rafforzato il livello di protezione dei consumatori, comparando l'acquisto di pacchetti viaggio e di servizi turistici tradizionali a quelli online. In particolare, le norme che sono state approvate oggi consentiranno a 120 milioni di viaggiatori di acquistare pacchetti personalizzati, godendo degli stessi diritti e tutele di coloro che comprano pacchetti preconfezionati o servizi turistici assistiti.

Il cambiamento e l'evoluzione delle esigenze dei consumatori e delle imprese nel mercato dei viaggi, dovuto all'avvento dell'era digitale, rendevano necessario un nuovo intervento normativo da parte delle istituzioni europee. Con l'approvazione della nuova direttiva, da adesso verrà garantita ai consumatori una maggiore tutela e informazione dei propri diritti.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose une série de mesures afin d'offrir aux acheteurs en ligne de «voyages à forfait» (réservation d'un voyage tout-en-un), le même degré de protection légale que les voyageurs qui passent par une agence de voyages. Les organisateurs de voyages auront désormais l'obligation de communiquer les heures approximatives de départ et de retour et une indication de la nature des éventuels frais supplémentaires. Les voyageurs pourront annuler un contrat et récupérer leur argent si le prix augmente de plus de 8% ou si des événements «inévitables» comme des catastrophes naturelles ou des attaques terroristes frappent le lieu de destination. Ils pourront également obtenir des informations claires à l'avance sur le responsable en dernier ressort en cas de problème. Considérant que ce rapport renforce la protection des consommateurs lors de leurs achats sur internet, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Par l'adoption de ce texte, le Parlement a souhaité garantir aux consommateurs européens un niveau de protection élevé lorsqu'il s'agit de contrats de voyages à forfait et des prestations de voyages assistés. Des règles harmonisées au niveau européen participent au renforcement de la confiance des consommateurs et favorisent le tourisme, secteur d'importance majeure pour les économies européennes. Il me semblait notamment important de combler les lacunes juridiques concernant les forfaits et prestations de voyage vendus en ligne.

Philippe De Backer (ALDE), *schriftelijk*. – Steeds meer vakantiegangers boeken online een gecombineerd vakantiepakket. Naast een vliegtuigticket reserveren zij ineens een huurauto en boeken ze een hotelovernachting. Met de goedkeuring van de richtlijn worden de 120 miljoen Europese reizigers die online pakketreizen boeken, beter beschermd. De nieuwe rechten zullen de schade voor reizigers in de Europese Unie jaarlijks met 430 miljoen euro verminderen. Reizigers zullen onder andere meer mogelijkheden hebben om hun reis kosteloos te annuleren bij een onaangekondigde hogere kostprijs of bij een natuurramp of terroristische aanval.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az internetes értékesítés jelentősen megváltoztatta a foglalási szokásokat, így mára számos önállóan szervezett út nem tartozik a kilencvenes évekből származó uniós szabályok hatálya alá, vagy nem egyértelműen fogalmazza meg az utasok jogait. Ezen oknál fogva, szavazatommal támogattam az utazásokra vonatkozó uniós fogyasztóvédelmi szabályok módosítását, hiszen ezzel a jövőben ugyanazok az előírások lesznek érvényesek a repülőjáratot, szállodafoglalást vagy autóbérlést is tartalmazó, interneten foglalt szervezett utazásokra, mint amelyeket utazási irodában vásárolnak. A módosított szabályok értelmében mielőtt a nyaralók aláírják a szerződést, az utazásszervezőknek vagy az utazás értékesítőinek egyértelműen el kell magyarázniuk, hogy csomagról van szó. Emellett az utast tájékoztatni kell jogairól és arról, hogy ki viseli az anyagi felelősséget abban az esetben, ha valami probléma merül fel. Üdvözlendő, hogy az EP azt is bevetette az új szabályok közé, hogy az utazásszervezőknek kötelező előre tájékoztatni az utast a tervezett indulási és érkezési időpontról és az esetlegesen felmerülő további költségek jellegéről.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Cette proposition visait à favoriser les voyages «tout inclus», par internet. En harmonisant les législations européennes afin de permettre un développement accru de cette méthode de vente de voyages, ce texte tente de stimuler l'économie touristique.

S'il est bénéfique que les prestataires de voyages voient leurs démarches facilitées, permettant d'être plus efficaces sur le marché, il faut néanmoins prendre garde à ce que ces pratiques n'induisent pas un clientélisme à un abus de position dominante vis-à-vis des acteurs locaux.

Il ne faut pas non plus que ce développement se fasse uniquement par le numérique, sans aucune présence physique. Or aucun de ces arguments n'a été développé dans ce texte. C'est pourquoi je voterai pour l'amendement de rejet de ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Определено подкрепям този доклад. Тази реформа изяснява и подобрява положението на потребителите, като в същото време намалява пречките за туристическите оператори в предоставянето на информация и предлага подобрения на националните схеми за защита на несъстоятелността.

Това, което не съществуваше до момента в директивата за пакетните туристически пътувания и трябваше да бъде пригледено към развитието и промените на пазара, е липсата на защита на потребителите при купуването на „пакетна услуга“. Когато тази пакетна услуга бива купувана онлайн, някои защити, като например репатриране в случай на несъстоятелност на туроператор, не бяха налице до момента.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο απορρίπτει τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση, συνεπώς και εμείς συντασσόμαστε με τη θέση αυτή του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Πιο συγκεκριμένα πρέπει να εμποδίσουμε αθέμιτες εμπορικές πρακτικές ορισμένων εταιρειών που παρέχουν ταξιδιωτικές υπηρεσίες και κατά τη διάρκεια της παροχής αυτής των υπηρεσιών τους διαδικτυακά παρέχουν ταυτοχρόνως και άλλες υπηρεσίες με τρόπο ασαφή, διφορούμενο και συγκεκριμένο. Για τους παραπάνω λόγους καταψήφισα τη σύσταση για δεύτερη ανάγνωση.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Az internetes értékesítés jelentősen megváltoztatta a foglalási szokásokat, így mára számos önállóan szervezett út nem tartozik a kilencvenes évekből származó uniós szabályok hatálya alá, vagy nem egyértelműen fogalmazza meg az utasok jogait. Ezen oknál fogva szavazatommal támogattam az utazásokra vonatkozó uniós fogyasztóvédelmi szabályok módosítását, hiszen ezzel a jövőben ugyanazok az előírások lesznek érvényesek a repülőjáratot, szállodafoglalást vagy autóbérlést is tartalmazó, interneten foglalt szervezett utazásokra, mint amelyeket utazási irodában vásárolnak. A módosított szabályok értelmében mielőtt a nyaralók aláírják a szerződést, az utazásszervezőknek vagy az utazás értékesítőinek egyértelműen el kell magyarázniuk, hogy csomagról van szó. Emellett az utast tájékoztatni kell jogairól és arról, hogy ki viseli az anyagi felelősséget abban az esetben, ha valami probléma merül fel. Üdvözlendő, hogy az EP azt is bevetette az új szabályok közé, hogy az utazásszervezőknek kötelező előre tájékoztatni az utast a tervezett indulási és érkezési időpontról és az esetlegesen felmerülő további költségek jellegéről.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), por escrito. – La nueva normativa sobre paquetes de vacaciones se aplicará a dos tipos de contrato: los combinados ofrecidos por los operadores o diseñados por el viajero y un nuevo método de reserva, denominado «viajes enlazados», en el que el comprador es guiado, por ejemplo tras reservar un billete de avión, para contratar un nuevo servicio, como un coche alquilado, a través de un enlace.

Esta mejor regulación de los viajes combinados permitirá que los viajeros tengan más opciones de cancelación, y deberán contar por anticipado con información clara sobre quién es el responsable en caso de problemas.

Antes de que el viajero adquiera ninguna responsabilidad contractual, el vendedor debe dejar claro que está contratando un paquete e informar al usuario de sus derechos y de cuál es la entidad responsable en caso de que algo vaya mal. Además, los consumidores podrán cancelar su viaje combinado y recuperar su dinero si el precio total sube más del 8 % o por circunstancias excepcionales e inevitables en el lugar de destino.

Con las nuevas normas, los derechos de los consumidores se ven reforzados, al cubrir nuevos modelos de reserva y recibir información detallada sobre sus derechos, sin olvidar los intereses de la industria.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – UKIP has voted in favour of rejecting the Council position at second reading. Whilst we are great advocates of increasing consumer rights, we are against the full harmonisation that this directive requires. In 2014 a UK government report had stated that this proposal was 'far from perfect'. UKIP believes that if national governments had the opportunity to update their own consumer protection laws they would be able to pass legislation that is the best fit for their consumers.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – A diretiva sobre as viagens organizadas tem data de 1990 e está elaborada tendo em conta o facto de a grande maioria dos europeus reservar as suas férias através de agências de viagens e não pela internet. Ora, era importante haver uma atualização, adaptando a diretiva à era digital, e reforçar os direitos dos consumidores, como o de rescindir o contrato se o aumento de preço for superior a 8%, de ser repatriado no caso de o operador turístico abrir falência e de receber assistência se algo correr mal durante as férias.

As viagens personalizadas não são abrangidas pelas normas em vigor ou são-no de forma ambígua, fazendo com que os consumidores não estejam seguros dos seus direitos e os operadores não saibam quais são exatamente as suas obrigações. Esta atualização significa que passarão a estar também protegidos mais 120 milhões de consumidores que compram estas fórmulas de viagem personalizadas, de acordo com dados da Comissão Europeia.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'amendement de rejet sur ce texte, parce que la résolution ne protège pas le consommateur et les acteurs contre les abus de position dominante.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A proposta de diretiva enuncia o objetivo de clarificar e modernizar o âmbito da proteção dos viajantes relativamente à compra de viagens organizadas e aos serviços de viagens conexos.

A Comissão Europeia propõe que o operador tenha o direito de aumentar o preço em função dos custos de combustível, dos impostos e das flutuações das taxas de câmbio, o que claramente coloca o consumidor numa situação de fragilidade. Por outro lado, o organizador/retalhista está obrigado a fornecer proteção em caso de insolvência, a fim de garantir o repatriamento dos viajantes e o reembolso dos pagamentos efetuados. Porém, esta obrigação só prevalece para os organizadores de viagens organizadas e os retalhistas que proponham a aquisição de serviços combinados de viagem.

Apesar de tudo isto, esta proposta resolve alguns problemas atualmente existentes, uma vez que a diretiva se encontra obsoleta, tendo em conta o aparecimento de operadores digitais, o que cria condições de desvantagem para inúmeras PME do sector, razão pela qual, mesmo não sendo esta proposta totalmente positiva, na sua versão atual que merece o acordo do Conselho e da Comissão Europeia, votámos contra a proposta do grupo EFDD de rejeitar, pura e simplesmente, a alteração da diretiva, o que inviabilizaria qualquer melhoria face à situação atualmente existente.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour, however with many reservations for consumer protection.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – v posledných 25 rokoch sa uskutočnili veľké zmeny v oblasti cestovných služieb, najmä online predaj, a preto je dôležitá dôkladná revízia právneho rámca, ktorý upravuje zmluvy o balíku cestovných služieb. Táto revízia bude prospešná pre spotrebiteľov, ale aj pre poskytovateľov služieb. Revízia prinesie efektívnejšie pravidlá pri ochrane cestujúcich pri insolvenčii poskytovateľa služby, prísnejšie pravidlá pre obchodníkov, pokiaľ balík cestovnej služby nebude zodpovedať požiadavkám spotrebiteľov, a v neposlednom rade zlepšenie ochrany cestujúcich v prípade znemožnenia návratu v dôsledku nepredvídateľných skutočností a okolností.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Il turismo è un settore vitale e fondamentale per l'Italia e per il Veneto, la mia regione. Voto per chiedere il ritiro della proposta che, come troppo spesso accade, è contro i nostri cittadini.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο απορρίπτει τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση, συνεπώς και εγώ συντάσσομαι με τη θέση αυτή του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Πιο συγκεκριμένα, πρέπει να εμποδίσουμε αθέμιτες εμπορικές πρακτικές ορισμένων εταιρειών που παρέχουν ταξιδιωτικές υπηρεσίες οι οποίες κατά τη διάρκεια της παροχής αυτής των υπηρεσιών τους διαδικτυακά παρέχουν ταυτοχρόνως και άλλες υπηρεσίες με τρόπο ασαφή, διφορούμενο και συγκαλυμμένο. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω τη σύσταση για δεύτερη ανάγνωση.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted in favour of this report as it aims to protect consumers. Planning travel online is something millions of my constituents do every year and I am glad that they are now better protected. This recognition of digital provision for travel has been long overdue and I welcome its implementation.

Eugen Freund (S&D), *schriftlich*. – Mit der Überarbeitung der Pauschalreiserichtline haben wir eine dringend notwendige Novellierung der 25 Jahre alten Gesetzgebung auf diesem Gebiet. Zu oft werden im Internet Flüge, Hotels und Mietwagen mit einem einzigen Klick erworben, und wenn eine der Leistungen ausfällt, berufen sich Verkäufer gerne darauf, dass sie lediglich Vermittler waren. Das darf nicht sein. Unsere Bürgerinnen und Bürger verdienen einen besseren Schutz, wenn sie verschiedene Reiseleistungen bei einem Anbieter buchen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen wir es, Reiseanbieter in die Verantwortung zu nehmen, wenn Teile des bei ihnen erworbenen Pakets nicht erbracht werden. Für mich steht der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher an erster Stelle, und darum stimme ich der Richtlinie in vollem Umfang zu.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The package travel proposal represents a positive solution for consumers and businesses. I strongly support more effective rules on insolvency protection for travellers in case of the trader's insolvency; stricter liability of traders in case of underperformance of the package; improved pre-contractual information requirements and termination rights; and better protection in cases where the traveller's return is impossible because of unavoidable and extraordinary circumstances.

Dienstag, 27. Oktober 2015

I believe that the compromise reached after a difficult negotiation regarding definitions of linked travel arrangements and travel packages represents a satisfactory result. It is very important that the definition of linked travel arrangements has been widened in order to ensure adequate protection for travellers. Moreover, I welcome the obtaining by the European Parliament of an appropriate review process by 2018 of these definitions by the European Commission, accompanied if necessary by legislative proposals, in order to verify 'whether an adjustment or broadening of the definition of travel packages is appropriate'.

Kinga Gál (PPE), írásban. – Az internetes értékesítés jelentősen megváltoztatta a foglalási szokásokat, így mára számos önállóan szervezett út nem tartozik a kilencvenes évekből származó uniós szabályok hatálya alá, vagy nem egyértelműen fogalmazza meg az utasok jogait. Ezen oknál fogva, szavazatommal támogattam az utazásokra vonatkozó uniós fogyasztóvédelmi szabályok módosítását, hiszen ezzel a jövőben ugyanazok az előírások lesznek érvényesek a repülőjáratot, szállodafoglalást vagy autóbérlést is tartalmazó, interneten foglalt szervezett utazásokra, mint amelyeket utazási irodában vásárolnak. A módosított szabályok értelmében mielőtt a nyaralók aláírják a szerződést, az utazásszervezőknek vagy az utazás értékesítőinek egyértelműen el kell magyarázniuk, hogy csomagról van szó. Emellett az utast tájékoztatni kell jogairól és arról, hogy ki viseli az anyagi felelősséget abban az esetben, ha valami probléma merül fel. Üdvözlendő, hogy az EP azt is bevetette az új szabályok közé, hogy az utazásszervezőknek kötelező előre tájékoztatni az utast a tervezett indulási és érkezési időpontról és az esetlegesen felmerülő további költségek jellegéről.

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. – He votado a favor de esta Directiva porque, dados los cambios en el mercado turístico y la creciente tendencia de los consumidores a reservar sus vacaciones en línea, era necesario modernizar y adaptar la legislación a la era digital.

Con la aprobación de dicha Directiva se refuerzan los derechos de los consumidores: en primer lugar, al cubrir nuevos modelos de reserva - páginas enlazadas - , los viajes combinados formados por varios servicios de viaje (vuelo, hotel o alquiler de vehículo) y comprados en línea contarán con la misma protección que los paquetes contratados en agencias de viajes, ya que dichas ofertas enlazadas en las que el nombre del cliente, los detalles de pago y la dirección de correo electrónico se transfieren de un proveedor a otro y se concluya un segundo contrato en menos de 24 horas después de la adquisición del servicio, se considerarán viaje combinado a efectos de la legislación.

Y, en segundo lugar, al recibir información detallada sobre sus derechos, los viajeros tendrán más opciones para cancelar el contrato, y deberán contar por anticipado con información clara sobre quién es el responsable en caso de problemas. También gozarán de mayor protección en caso de insolvencia de los empresarios.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – He votado a favor de esta Directiva sobre viajes combinados y servicios de viaje vinculados porque era necesario modernizar y adaptar la legislación a la era digital.

Con la aprobación de dicha Directiva, se refuerzan los derechos de los consumidores. En primer lugar, los nuevos modelos de reserva de páginas enlazadas y los viajes combinados formados por varios servicios de viaje (vuelo, hotel o alquiler de vehículo) y comprados en línea, contarán con la misma protección que los paquetes contratados en agencias de viajes; se considerarán viaje combinado a efectos de la legislación dichas ofertas enlazadas en las que el nombre del cliente, los detalles de pago y la dirección de correo electrónico se transfieren de un proveedor a otro y se concluya un segundo contrato en menos de 24 horas después de la adquisición del servicio.

Y, en segundo lugar, los consumidores recibirán información detallada sobre sus derechos: tendrán más opciones para cancelar el contrato y deberán contar por anticipado con información clara sobre quién es el responsable en caso de problemas. También gozarán de mayor protección en caso de insolvencia de los empresarios.

Elena Gentile (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della raccomandazione del Parlamento europeo per la seconda lettura del Consiglio concernente la direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio relativa ai pacchetti turistici e ai servizi turistici collegati perché credo che l'evoluzione del mercato dei servizi turistici offerti in rete richieda un adeguamento della legislazione vigente.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ritengo essenziale infatti che l'UE metta in campo una legislazione forte che tuteli i diritti dei consumatori-viaggiatori, combatta le pratiche commerciali sleali e i falsi annunci commerciali e garantisca anche le autorità pubbliche. Più trasparenza e maggiori controlli, dunque, per i pacchetti turistici acquistati on line. Si tratta di un tema complesso per via delle diverse nozioni di «pacchetto turistico» nei diversi paesi. Perciò è importante la spinta del Parlamento europeo per una maggiore uniformità della normativa.

Importanti sono le previsioni relative all'insolvenza dell'operatore turistico, ai diritti dei viaggiatori in tema di riduzione dei prezzi, compensazione dei danni immateriali, estensione del termine per presentare reclami e mancato rispetto del contratto. Sollecito quindi il Consiglio a una rapida e definitiva approvazione del pacchetto in seconda lettura, per mettere nero su bianco queste garanzie a tutela di tutti i cittadini europei e delle stesse imprese turistiche.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen den Bericht „Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen“ gestimmt, da mir der Ansatz der Berichterstatteerin und der Standpunkt des Rates nicht weit genug gehen, um die Verbraucher besser vor unlauteren Praktiken in diesem Bereich zu bewahren.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich habe mich für den Schutz der Bürger bei der Buchung von Reisen über das Internet eingesetzt. Ein immer größerer Teil der Reisen wird heute online gebucht. Auch dort ist es wichtig, dass der Schutz der Bürger gewährleistet ist. Beispielsweise muss die unbewusste Buchung von zusätzlichen Reiseoptionen unterbunden werden. Hierzu braucht es einheitliche Standards und Regeln. Gleichzeitig darf dies nicht zu Überregulierung bei kleinen und mittleren Tourismusbetrieben führen.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – This was our Group's (EFDD) motion, which I supported. The legislation aims to update consumer rights in the package travel sector.

Last year, HMG's report called these changes 'far from perfect', and the legislation specifically calls for the MAXIMUM harmonisation of this directive.

I and my party reject this.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of the travel package proposal which guarantees more effective rules on insolvency protection for travellers in case of the trader's insolvency; stricter liability of traders in case of underperformance of the package; improved pre-contractual information requirements and termination rights, and better protection in cases where the traveller's return is impossible because of unavoidable and extraordinary circumstances.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – La Directiva que regula los viajes combinados era de 1990. Era hora de actualizar la legislación europea para tener en cuenta el creciente papel que internet juega en la configuración de los viajes de los ciudadanos, que ya no acuden tanto a una agencia de viajes sino que prefieren personalizar sus viajes contratando el transporte y el alojamiento en distintas webs. La nueva Directiva que aprobamos hoy aclara y moderniza el ámbito de protección de los viajeros que adquieren combinaciones de servicios de viajes para el mismo viaje o vacación, garantizando que estén mejor informados sobre los servicios que adquieren y ofreciéndoles soluciones más claras si algo va mal.

Julie Girling (ECR), *in writing*. – I fully support this report, a report that significantly updates and subsequently reaffirms basic protection for consumers when booking a series of travel services.

In an increasingly digital age, it is imperative that we address the imbalance in protections and regulatory requirements between online and more traditional modes of transaction. Only once this is achieved can we move towards an increased single market in this sector and facilitate greater and more efficient levels of cross-border selling and buying.

Improvements to the rules applying to national schemes of insolvency protection are also a welcome development in addition to the proposed deregulation in respect of business-to-business sales.

When combined, this report will contribute to a more clearly defined and further-reaching package travel directive. It is for these reasons that I voted in favour of the Council's position.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour l'amendement qui rejette en bloc cette proposition relative aux voyages à forfait et aux prestations de voyage liées.

Le texte présenté, qui s'inscrit dans le cadre du marché unique numérique, vise à harmoniser les législations dans le domaine des prestataires de services de voyage qui commercialisent leurs services en ligne.

Il s'agit principalement de combattre les services additionnels cachés, peu claires ou ambigus, qui visent par exemple à cacher aux consommateurs qu'il est possible de ne pas réserver certains services.

Toutefois, le texte présenté passe à côté du principal problème. Il ne s'oppose pas aux abus de position dominante qui ont été progressivement instaurés par les opérateurs numériques les plus puissants.

Ces abus prennent la forme suivante: le consommateur qui recherche sur internet une prestation de voyage se voit proposer des choix «fléchés», c'est-à-dire que les moteurs de recherche lui donnent comme réponses des entreprises qui sont liées contractuellement avec eux. Parfois, les entreprises qui sont ainsi promues font elles-mêmes partie du même groupe de sociétés que le moteur de recherche.

Le résultat, c'est que les acteurs économiques les plus importants sont évidemment favorisés au détriment des petites et moyennes entreprises.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de la enmienda de UKIP, que impedía que esta resolución legislativa pasara a segunda lectura. Al no pasar esta enmienda, y teniendo en cuenta el procedimiento legislativo, no hubo votación del informe, sino que pasa automáticamente a segunda lectura. Esta Resolución contiene aspectos positivos como la protección al consumidor, mayor información y soluciones en lo que se refiere a la contratación de paquetes de viajes y vacacionales. Sin embargo, hay aspectos que deben mejorarse, y que a través de la Comisión de IMCO, como ampliar el alcance de esta legislación, resolver ambigüedades en los casos de cambio de tarifas, compensaciones económicas, etc.

Karoline Graswander-Hainz (S&D), *schriftlich*. – Mit der Überarbeitung der Pauschalreise-Richtlinie haben wir eine dringend notwendige Novellierung der 25 Jahre alten Gesetzgebung auf diesem Gebiet. Zu oft werden im Internet Flüge, Hotels und Mietwagen mit einem einzigen Klick erworben, und wenn eine der Leistungen ausfällt, berufen sich Verkäufer gerne darauf, dass sie lediglich Vermittler waren. Das darf nicht sein. Unsere Bürgerinnen und Bürger verdienen einen besseren Schutz, wenn sie verschiedene Reiseleistungen bei einem Anbieter buchen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen wir es, Reiseanbieter in die Verantwortung zu nehmen, wenn Teile des bei ihnen erworbenen Pakets nicht erbracht werden. Für mich steht der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher an erster Stelle und darum stimme ich der Richtlinie in vollem Umfang zu.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – My fellow Labour MEPs and I have voted in favour of this report. This report, 'Package travel and assisted travel arrangements', will guarantee more effective rules on insolvency protection for travellers in case of the trader's insolvency; stricter liability of traders in case of underperformance of the package; improved pre-contractual information requirements and termination rights; and better protection in cases where the traveller's return is impossible because of unavoidable and extraordinary circumstances. This represents a positive solution for consumers and businesses, ensuring better protection for both.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted against because I do not support the recommendation approval for second reading on the Council position at first reading with a view to the adoption of a directive of the European Parliament and of the Council on package travel and linked travel arrangements, amending Regulation (EC) No 2006/2004 and Directive 2011/83/EU of the European Parliament and of the Council and repealing Council Directive 90/314/EEC.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Directiva porque, dados los cambios en el mercado turístico y la creciente tendencia de los consumidores a reservar sus vacaciones en línea, era necesario modernizar y adaptar la legislación a la era digital.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Con la aprobación de dicha Directiva se refuerzan los derechos de los consumidores: en primer lugar, al cubrir nuevos modelos de reserva - páginas enlazadas -, los viajes combinados formados por varios servicios de viaje (vuelo, hotel o alquiler de vehículo) y comprados en línea contarán con la misma protección que los paquetes contratados en agencias de viajes, ya que dichas ofertas enlazadas en las que el nombre del cliente, los detalles de pago y la dirección de correo electrónico se transfieran de un proveedor a otro y se concluya un segundo contrato en menos de 24 horas después de la adquisición del servicio, se considerarán viaje combinado a efectos de la legislación.

Y, en segundo lugar, al recibir información detallada sobre sus derechos, los viajeros tendrán más opciones para cancelar el contrato, y deberán contar por anticipado con información clara sobre quién es el responsable en caso de problemas. También gozarán de mayor protección en caso de insolvencia de los empresarios.

András Gyürk (PPE), írásban. – Az internetes értékesítés jelentősen megváltoztatta a foglalási szokásokat, így mára számos önállóan szervezett út nem tartozik a kilencvenes években lefektetett uniós szabályok hatálya alá, vagy nem egyértelműen fogalmazza meg az utasok jogait.

Ezen oknál fogva szavazatommal támogattam az utazásokra vonatkozó uniós fogyasztóvédelmi szabályok módosítását, hiszen ezzel a jövőben ugyanazok az előírások lesznek érvényesek a repülőjáratot, szállodafoglalást vagy autóbérlést is tartalmazó, interneten foglalt szervezett utazásokra, mint amelyeket utazási irodában vásárolnak.

A módosított szabályok értelmében mielőtt a nyaralók aláírják a szerződést, az utazásszervezőknek vagy az utazás értékesítőinek egyértelműen el kell magyarázniuk, hogy milyen csomagról van szó. Emellett az utast tájékoztatni kell jogairól és arról, hogy ki viseli az anyagi felelősséget abban az esetben, ha valami probléma merül fel. Üdvözlendő, hogy az EP azt is bevette az új szabályok közé, hogy az utazásszervezőknek kötelező előre tájékoztatni az utast a tervezett indulási és érkezési időpontról és az esetlegesen felmerülő további költségek jellegéről.

Marian Harkin (ALDE), in writing. – I supported this proposal for a directive on package travel and assisted travel arrangements. I accidentally supported the amendment to reject the Council position at first reading and have since corrected my vote. It has become necessary to adapt the legislative framework established by the 1990 directive to online market developments, remove ambiguities and close legislative gaps given the evolution of the travel market and the ever increasing role played by the internet in how consumers research, organise and purchase travel products. This directive will increase consumer rights with stricter controls on price surcharges, a requirement to pass price reductions and compensation for non-material damages, etc., as well as covering business travellers under the directive so that SMEs and independent workers can also benefit from its protection.

Brian Hayes (PPE), in writing. – I decided to support this report as such a level of harmonisation is in the best interests of EU consumers. The report strengthens travellers' insolvency protection and also gives travellers the possibility of taking up an equivalent package when the organiser alters a main component of the package travel contract unilaterally. This considerably strengthens consumer rights and protection.

György Hölvényi (PPE), írásban. – Az internetes értékesítés jelentősen megváltoztatta a foglalási szokásokat. Mára számos önállóan szervezett út nem tartozik a kilencvenes évekből származó uniós szabályok hatálya alá, vagy nem egyértelműen fogalmazza meg az utasok jogait. Ezen oknál fogva szavazatommal támogattam az utazásokra vonatkozó uniós fogyasztóvédelmi szabályok módosítását. Így a jövőben ugyanazok az előírások lesznek érvényesek a repülőjáratot, szállodafoglalást vagy autóbérlést is tartalmazó, interneten foglalt szervezett utazásokra, mint amelyeket utazási irodában vásárolnak. A módosított szabályok értelmében, mielőtt a nyaralók aláírják a szerződést, az utazásszervezőknek vagy az utazás értékesítőinek egyértelműen el kell magyarázniuk, ha árukapcsolt csomagról van szó. Emellett az utast tájékoztatni kell jogairól és arról, hogy ki viseli az anyagi felelősséget abban az esetben, ha valami probléma merül fel. Üdvözlendő, hogy az EP azt is bevette az új szabályok közé, hogy az utazásszervezőknek kötelező előre tájékoztatni az utast a tervezett indulási és érkezési időpontról és az esetlegesen felmerülő további költségek jellegéről.

Mary Honeyball (S&D), in writing. – The travel market has changed dramatically in recent years with the move towards online booking. A revision to the legislation is therefore necessary to strengthen the rights of travellers in Europe and bring new booking models within the scope of the rules.

Dienstag, 27. Oktober 2015

This is a positive proposal for consumers and businesses. It will guarantee more effective rules on insolvency protection for travellers in cases of trader's insolvency and well as stricter liability for traders in case of underperformance. Importantly, travellers will have the right to cancel the contract and get a refund if the price increases by more than 8% or if unavoidable events strike the place of destination.

Филиз Хюсменова (ALDE), в писмена форма. – Уважаеми г-н Председател, от приемането на Директивата относно пакетните туристически пътувания през 1990 г. до днес пазарът на туристическите услуги се разви внушително в следствие на възможностите, предоставени на потребителите от широката употреба на интернет. Независимо от това, много от предоставяните туристически услуги се оказаха в „сивата зона“.

Видна е необходимостта от преразглеждане на законодателството в тази сфера. Вярвам, че предложението за актуализиране на действащите правила на Европейския съюз относно ваканционните пакети среща нуждите и на потребителите, и на бизнеса в този бързо развиващ се сектор, като адаптира настоящата регламентация към съвременните специфики на пазара и отстранява законодателните непълноти.

От потребителска гледна точка, предложението за изменение осигурява по-ясна закрила за правата на европейските потребители. Освен това, предложението за изменение установява равни възможности за операторите, като отстранява пречките за осъществяване на трансгранична търговия.

Ето защо подкрепям изменението на Директивата относно пакетните туристически пътувания и смятам, че тя ще подобри нашата икономика, като позволи на туристическия бизнес да разшири своя обхват, подобрявайки същевременно защитеността на потребителите чрез по-ясни и хармонизирани правила.

Peter Jahr (PPE), schriftlich. – In Europas Wirtschaft spielt der Tourismus eine immer zentralere Rolle und auch Pauschalreisen erfreuen sich zunehmend an Beliebtheit. Dass diese Art von Reisen über das Internet gebucht wird, zeigt ein hohes Kundenvertrauen in Online-Dienste. Neue Märkte, das bedeutet vor allem auch neue Herausforderungen. Beispielsweise entwickelte sich die Untugend, bei sogenannten Pauschalreisen anfallende Zusatzkosten nicht sichtbar auszuweisen. Hier schafft die Richtlinie Rechtsklarheit. Alle mit einer Pauschalreise verbundenen Zusatzkosten sowie die Option, diese Zusatzkosten abzuwählen, müssen für den Verbraucher eindeutig sichtbar sein. Zugleich zielt die Richtlinie auf das Funktionieren eines einheitlichen Binnenmarkts ab und steht als hervorragendes Beispiel dafür, dass die Europäische Union nicht nur wirtschaftliche Ziele verfolgt, sondern auch im Sinne des europäischen Verbrauchers handelt.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća u prvom čitanju radi donošenja direktiva Parlamenta i Vijeća o putovanjima u paket aranžmanima i povezanim putnim aranžmanima, o izmjeni Uredbe (EZ) br. 2006/2004 i Direktive 2011/83/EU te o stavljanju izvan snage Direktive Vijeća 90/314/EEZ, jer se time prihvaća stajalište Vijeća u prvom čitanju.

Turizam ima ključnu ulogu u europskom gospodarstvu te je važan pokretač rasta u svim zemljama članicama. Držim da je potrebno podignuti razinu sigurnosti među trgovcima i potrošačima te unaprijediti funkcioniranje unutarnjeg tržišta u navedenom području. Potrebno je također osigurati ravnopravne uvjete i ukloniti pravne prepreke kako bi se sektor mogao razviti u skladu s ostalim politikama i ciljevima Europske unije, te stoga podržavam ovu preporuku.

Jean-François Jalkh (ENF), par écrit. – Cette proposition tend à harmoniser les législations nationales relatives aux voyages à forfait et aux prestations de voyage assistées ou liées, ce dans le cadre de la création d'un marché unique numérique. Ces voyages à forfait comprennent un ensemble de prestations proposées au client à un prix fixe par un tour opérateur. La proposition propose notamment de favoriser cette activité sur internet afin de stimuler le marché.

Toutefois, ce rapport une telle centralisation de l'offre de prestations liées risque de fausser la concurrence au détriment des TPE/PME qui ne pourront rivaliser avec les gros groupes.

J'ai donc voté en faveur de l'amendement de rejet.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Diane James (EFDD), *in writing*. – I and my fellow MEPs have voted in favour of rejecting the Council position at second reading. Whilst we are great advocates of increasing consumer rights we are against the full harmonisation that this directive requires. In 2014 a UK government report stated that this proposal was 'far from perfect'. I believe that if national governments had the opportunity to update their own consumer protection laws they would be able to pass legislation that is the best fit for their consumers.

Karin Kadenbach (S&D), *schriftlich*. – Mit der Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie haben wir eine dringend notwendige Novellierung der 25 Jahre alten Gesetzgebung auf diesem Gebiet. Zu oft werden im Internet Flüge, Hotels und Mietwagen mit einem einzigen Klick erworben, und wenn eine der Leistungen ausfällt, berufen sich Verkäufer gerne darauf, dass sie lediglich Vermittler waren. Das darf nicht sein. Unsere Bürgerinnen und Bürger verdienen einen besseren Schutz, wenn sie verschiedene Reiseleistungen bei einem Anbieter buchen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen wir es, Reiseanbieter in die Verantwortung zu nehmen, wenn Teile des bei Ihnen erworbenen Pakets nicht erbracht werden. Für mich steht der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher an erster Stelle und darum stimme ich der Richtlinie in vollem Umfang zu.

Othmar Karas (PPE), *schriftlich*. – Die ÖVP-Delegation hat im EP den EFDD-Änderungsantrag abgelehnt, weil wir Verbesserungen für den Mittelstand erreicht und Verbraucher mehr Schutz erhalten haben. Ich war mir der Probleme der Gastronomie und Hotellerie bewusst und habe durch ständigen Austausch mit Berichterstatterin Collin-Langen, der WKÖ, Verbraucherschützern sowie Stakeholdern den Anliegen der Branche Gehör verschafft. Als Präsident der KMU-Intergruppe habe ich mit HOTREC eine Veranstaltung organisiert, um die Sorgen der heimischen Gastronomie und Hotellerie offen zu diskutieren.

Die gesamte Last für eine ausbalancierte, praktikable Richtlinie lag beim EP, weil die österreichische Bundesregierung keine gemeinsame Verhandlungsposition hatte und daher im Entscheidungsprozess ausfiel. Dagegen zu sein ist zu wenig. Das EP konnte erreichen, dass erst eine Pauschalreise begründet wird, wenn die touristische Dienstleistung mindestens 25 % der gesamten Pauschalreise ausmacht. Auch die Klarstellung, was nicht unter touristische Dienstleistung fällt, ist ein Erfolg. Die EK wird nach drei Jahren überprüfen, wie die Richtlinie und insbesondere die „Click-through“-Bestimmung umgesetzt wurden und ob Änderungen notwendig sind.

Der Richtlinie wurden einige Giftzähne gezogen, trotzdem bleiben Unsicherheiten mangels klarer Definition und zu geringem Prozentsatz für touristische Dienstleistungen. Politische Handlungsspielräume müssen nun bestmöglich genutzt werden, um eine praktikable Umsetzung für Gastronomie und Hotellerie in Österreich zu gewährleisten.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Viena no daudzajām Eiropas Savienības priekšrocībām un mērķiem ir neierobežota cilvēku, preču un pakalpojumu kustība pāri dalībvalstu robežām. Iedzīvotāji arvien biežāk izmanto digitālās pasaules piedāvātās plašās iespējas, un tas attiecas arī uz ceļojumu iegādi internetā. Tomēr šādus pirkumus veicot, iedzīvotājiem ļoti svarīgi ir zināt viņu tiesības un iespējas. Tāpēc Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā es atbalstīju priekšlikumu Eiropas Parlamenta un Padomes direktīvai, kas pastiprina un paplašina ceļotāju tiesības un uzliek pienākumu katru ceļotāju pārskatāmā un saprotamā veidā informēt par viņa tiesībām, tādējādi stiprinot patērētāju tiesību aizsardzību. Šis priekšlikums paredz skaidru informācijas nodrošināšanu pirms ceļotājs slēdz līgumu un iegādājas ceļojuma pakotni, tādējādi, sarežģījumu gadījumā, ceļotājs skaidri zina, kurš būs atbildīgs un kādas tiesības viņam tiek piemērotas. Tiek paplašinātas arī ceļotāju tiesības lauzt attiecīgos līgumus. Šis ir lielisks ieguvums ES ceļotājiem un arī tūrisma industrijai, jo novecojušais regulējums tiek mainīts uz pārredzamiem, vienotiem noteikumiem, kas veicinās uzticību un līdz ar to arī tirdzniecību.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I stood behind the Travel Package because it seeks to protect consumers as well as businesses by improving pre-contractual information requirements and termination rights, increasing the effectiveness of insolvency protection for travellers in the case of trader's insolvency. Trader liability will be reinforced in the case of underperformance of the package and consumers will be better protected in the case of impossible return due to unavoidable and extraordinary circumstances.

Elisabeth Köstinger (PPE), *schriftlich*. – Die Ablehnung des EFDD-Änderungsantrags von mir beruht auf den notwendigen Verbesserungen für den Mittelstand und den Schutz der Verbraucher.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Mir sind die Probleme für Hotellerie und Gastronomie bekannt und ich nehme sie sehr ernst: Um die Interessen dieser Branchen zu berücksichtigen, war ich in engem Kontakt mit Berichterstatte­rin Collin-Langen. Zusätzlich diskutierte ich mit zahlreichen Interessenvertretern von WKO, Verbraucherschutz sowie Vertretern der betroffenen Branchen.

Da auf nationaler Regierungsebene keine gemeinsame Position erreicht werden konnte, lag die Verantwortung allein beim Europäischen Parlament. Wir konnten nun erreichen, dass eine Pauschalreise erst vorliegt, sobald die touristische Dienstleistung mindestens 25 % der gesamten Pauschalreise ausmacht.

Außerdem sind nun erfreulicherweise auch die Ausnahmen der touristischen Dienstleistung genau definiert und klar geregelt. Wir befinden uns somit auf dem richtigen Weg!

Die Überprüfung der EK nach drei Jahren wird zeigen, wie die Richtlinie tatsächlich umgesetzt wurde und ob weitere Anpassungen nötig sein werden. Im politischen Diskurs werde ich mich jedenfalls weiterhin für eine Umsetzung im Sinne der Gastronomie und Hotellerie einsetzen, insbesondere hinsichtlich der Erhöhung des Prozentanteils der touristischen Dienstleistung an der gesamten Pauschalreise.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report proposes a review of the existing regulation in order to strengthen the control of torture tools. The main points of this report are: the prohibition of online and offline marketing, to set up a regular reporting, to review the system by the European Commission and to consider that EU exports to third countries do not contribute to inhuman practices. Last but not least, the European Union will also have to update its lists with goods and substances which are banned for exports. I voted in favour of this report, since it improves the Commission's proposal.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – Ha valamely szolgáltatási szektorban indokolt európai szintű szabályozás bevezetése, fenntartása, úgy a turizmus és az ehhez kapcsolódó ágazatok esetében ez feltétlenül igaz. Az EFDD által benyújtott módosítás a szabályozás elutasítását javasolja, ami számomra elfogadhatatlan, mert ellentétes a fogyasztóvédelmi elvekkel. A turizmus – mint határokon átnyúló gazdasági és népjóléti szektor – szabályozása értelemszerűen csak nemzetközi szinten lehetséges.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di dare voto contrario a questa raccomandazione. Le nuove disposizioni prevedono l'applicazione di norme di armonizzazione, sia al settore online che offline, per i viaggi d'affari nell'interesse dei consumatori e delle imprese. Per quanto sia apprezzabile lo sforzo di voler rendere ancora più coerenti le norme in questo settore, ritengo che la disciplina di tutela del consumatore e degli operatori turistici sia già efficace e non necessiti di modifiche che ne altererebbero l'attuale buon funzionamento.

Gabrielius Landsbergis (PPE), *in writing*. – I am in favour of this text. This is a case of the EU responding and adapting to the changing and ever-modernising environment, where packaged sales and linked travel arrangements are becoming more and more popular. The new directive provides better consumer protection by setting clear standards on cancellation terms that limit post-contractual price increase to 8% (and establishing the right to cancel the arrangement free of charge in case of higher increases in price), ensuring the return of payments to customers in case of bankruptcy of a service provider through insolvency provisions, and so on. These new rules will protect the 120 million Europeans that use combined travel arrangements. The Commission estimates that the implementation of the new rules will reduce damages to consumers by about €430 million annually.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Le Conseil envisage d'harmoniser les législations relatives aux voyages à forfait et aux prestations de voyage « assistées » ou « liées » afin de faciliter les prestations de voyages en ligne. Il s'agit donc d'une mise en œuvre accrue du marché unique numérique. Si on peut de prime abord saluer une telle initiative, ce système est susceptible de déboucher sur un certain nombre d'abus et d'externalités négatives notamment pour les TPE/PME qui devront faire face à une centralisation accrue de l'offre qui soutiendrait les grands groupes (Google favorise de manière notoire ses partenaires et ses filiales).

Les associations sont d'ailleurs critiques notamment sur la pression exercée par les lobbies du secteur des transports. Cependant, le vote en l'espèce concerne un amendement de rejet de la proposition du Conseil afin d'éviter les abus de position dominante et de concurrence faussée au profit des grands groupes.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le vote portait ici sur un amendement de rejet du texte.

Ce rapport tend à harmoniser les législations relatives aux voyages à forfait et aux prestations de voyage «assistées» ou «liées». Si ces offres de voyage tout-en-un, facilement accessibles, sont pratiques pour tout le monde, elles faussent la concurrence sur le marché des prestataires de vacances. En effet, ce texte cherche à faciliter l'orientation de nos choix dans nos recherches numériques, et à focaliser l'attention du consommateur sur des partenaires prédéfinis, mis en avant par des sites tels que Google... Tout ceci se fait au profit de grands groupes, et logiquement au détriment des PME, qui ne peuvent s'aligner sur une telle centralisation de l'offre.

Deux facteurs, éludés des débats, ont motivé mon vote: la mise en oeuvre du marché unique numérique, que ce rapport renforcerait, et la situation de position dominante et de distorsion de la concurrence au détriment des plus petites entreprises, qu'il développerait.

Pour ces deux raisons, j'ai voté pour l'amendement de rejet, et donc CONTRE le texte en lui-même.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Directiva porque, dados los cambios en el mercado turístico y la creciente tendencia de los consumidores a reservar sus vacaciones en línea, era necesario modernizar y adaptar la legislación a la era digital.

Con la aprobación de dicha Directiva se refuerzan los derechos de los consumidores: en primer lugar, al cubrir nuevos modelos de reserva - páginas enlazadas - , los viajes combinados formados por varios servicios de viaje (vuelo, hotel o alquiler de vehículo) y comprados en línea contarán con la misma protección que los paquetes contratados en agencias de viajes, ya que dichas ofertas enlazadas en las que el nombre del cliente, los detalles de pago y la dirección de correo electrónico se transfieren de un proveedor a otro y se concluya un segundo contrato en menos de 24 horas después de la adquisición del servicio, se considerarán viaje combinado a efectos de la legislación.

Y, en segundo lugar, al recibir información detallada sobre sus derechos, los viajeros tendrán más opciones para cancelar el contrato, y deberán contar por anticipado con información clara sobre quién es el responsable en caso de problemas. También gozarán de mayor protección en caso de insolvencia de los empresarios.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe forma parte del proceso de adopción de la Directiva del Parlamento Europeo y del Consejo relativa a los viajes combinados y los servicios asistidos de viaje, por la que se modifican el Reglamento (CE) n° 2006/2004 y la Directiva 2011/83/UE del Parlamento Europeo y del Consejo y por la que se deroga la Directiva 90/314/CEE del Consejo. La propuesta del Consejo recoge las preocupaciones del Parlamento en el sentido de una armonización al alza de los derechos del consumidor en el ámbito de esta regulación turística.

Por todo ello, nuestra posición es favorable.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El texto presentado para adaptar los viajes combinados - aquellos que cuentan con varios elementos, como vuelo y alquiler de vehículo - y servicios asistidos de viaje a la era digital ha contado con un gran respaldo por parte de mi grupo político por varios motivos.

En primer lugar, la legislación actual data de 1990, cuando el mercado turístico ha cambiado enormemente con Internet y las reservas online. La nueva normativa garantizará a los viajeros la misma protección que si hubiesen comprado sus viajes combinados en una agencia de viajes. Además, los consumidores se verán beneficiados por la cobertura de nuevos modelos de reserva, contarán con mayor información sobre sus derechos y podrán modificar o cancelar sus viajes por causas excepcionales en el lugar de destino tales como desastres naturales, y aun así recuperar el dinero.

Se estima que hasta 120 millones de turistas compradores de viajes combinados se verán beneficiados por la nueva normativa y que sus pérdidas se verán reducidas hasta 430 millones de euros al año.

Considero, por lo tanto, que esta recomendación cumple plenamente con el objetivo de modernizar a la Directiva anterior y así he votado a su favor.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Turizam ima središnju ulogu u europskom gospodarstvu s 1,8 milijuna uglavnom malih i srednjih poduzeća, koja zapošljavaju 5,2 posto ukupne radne snage. Europska komisija je predložila modernizaciju Direktive u svrhu bolje zaštite putnika pri kupnji paket aranžmana i povezanih putnih aranžmana. Time bi se osiguralo i bolje funkcioniranje unutarnjeg tržišta.

Potrebno je, između ostalog, regulirati odredbe o sadržaju i predavljanju paketa te izdavanju njihovih potvrda i odrediti mogućnosti promjene cijena aranžmana. Podržala sam izvješće zastupnice Birgit Collin-Langen zbog važnosti podizanja zaštite putnika i jačanja povjerenja u organizirana putovanja.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Noteikti vēl būtu loģiski, lai šāda tipa “ķeksīši” — kas atzīmē jebkurus maksas pakalpojumus kompāniju tiešsaistē — netiktu automātiski izvēlēti. Ja patērētājs gribēs kaut ko tādu izvēlēties, viņš vai viņa to izdarīs paši.

Kamēr uz brīva tirgus balstītā, kā arī jebkurā citā ekonomiskā sistēmā, viens no galvenajiem ar komercpraksi nodarbināto kompāniju pastāvēšanas principiem ir peļņas gūšana, tai jānotiek likumiem un taisnīguma principiem atbilstošos apstākļos. Citādāk cietīs gan šādu kompāniju reputācija, gan arī to peļņa, jo klienti vismaz vienkārša principa dēļ centīsies sākt izmantot konkurentu pakalpojumus, pat ja tie maksā vairāk un negodīgi kompānijai pieder monopola statusus.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – navrhovaná smernica Rady posilňuje práva spotrebiteľov v oblasti balíka cestovných služieb pri online rezerváciách, keď si môžu spotrebiteľia vyskladať požadované služby.

Zintenzivējūj sa požiadvky a podmienky na predchádzajúcu informovanosť spotrebiteľa, zvyšuje sa zodpovednosť obchodníkov a ochrana spotrebiteľov pred platobnou neschopnosťou organizátorov a poskytovateľov služieb. V konečnom dôsledku sa zaručí transparentnosť poskytovania služieb v oblasti cestovného ruchu, eliminujú nekalé obchodné praktiky poskytovateľov služieb a zvýši právna ochrana spotrebiteľa.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς.* – Στην από 26/10/2015 ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, διατύπωσα συγκεκριμένες επιφυλάξεις σε σχέση με την εν λόγω σύσταση για δεύτερη ανάγνωση.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – Nous avons voté contre cet amendement de rejet. Si cet amendement était passé la position du Conseil européen aurait été invalidée et la procédure interrompue. Ce texte propose une harmonisation des législations relatives aux voyages à forfait et aux prestations de voyages «liées». L'on entend par «liées» ces prestations vers lesquelles nous sommes orientés lors des réservations de voyages. Dans le cadre du développement du marché unique numérique, ce texte permettrait de faciliter au maximum les prestations de voyage à «portée de clic». Bien que partant de bonnes intentions, ce texte fait malheureusement l'impasse sur les risques d'abus: en effet cette stratégie de prestations «liées» permet aux prestataires de favoriser leurs propres partenaires et leurs filiales, faussant ainsi la concurrence. Nous nous opposons à cette dérive.

David Martin (S&D), *in writing.* – I welcome the fact that as a result of this vote, package holidays, consisting of a flight, hotel or car-hire and purchased online for an all-in price or through linked webpages, will get the same protection as packages bought in travel agencies.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně.* – Od přijetí příslušené směrnice v roce 2004 se odvětví cestovního ruchu značně změnilo. Zejména proto, že čím dále více spotřebitelů dává přednost nákupům zájezdů prostřednictvím internetu, kde je prodejce schopen sestavit zájezd přesně „šitý na míru“ každému jednotlivému zákazníkovi, což s sebou ovšem přináší i řadu rizik v podobě nejasných, zavádějících nebo neúplných informací poskytovaných prodejci nabízených produktů. Cílem novely směrnice musí být zvýšení transparentnosti a v konečném důsledku tak zvýšení ochrany klienta, tedy spotřebitele. Směrnice tedy nově zavádí např. povinnost upozornit cestující ještě před provedením platby na to, zda si vybrali soubornou cestovní službu nebo spojené cestovní služby, a na to, jaká je v tom případě úroveň jejich ochrany. S velkou většinou prvků obsažených v novelizovaném textu souhlasím, např. s tím, že klíčové informace, například o zásadních náležitostech cestovních služeb nebo cenách, uváděné v inzertních materiálech, na internetových stránkách pořadatele nebo v katalogích v rámci poskytování informací před uzavřením smlouvy by měly být závazné, pokud si pořadatel nevyhradí právo tyto prvky změnit a zřetelně to nesdělí cestujícímu ještě před uzavřením smlouvy. Dále je třeba jasně formulovat právo cestujícího od smlouvy odstoupit. Text jsem podpořil.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Con il mio voto contrario all'emendamento presentato dal gruppo politico EFDD, che proponeva di bocciare la proposta del Consiglio, intendo mostrare la mia volontà all'avanzamento dell'iter legislativo della relazione del collega Collin-Langen.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht verbessert zwar die Rechtsstellung von Urlaubern, dies geschieht aber auf Kosten von unverhältnismäßig hohen Mehrbelastungen, insbesondere von kleinen und mittelständischen Reisedienstleistern.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Il s'agit de réviser la directive de 1990 sur les offres de voyages globales (comprenant transport, hébergement et autres services) considérant le développement des offres en ligne et la complexité de ces offres. La législation proposée oscille entre une volonté de protection des consommateurs et une harmonisation visant à limiter les coûts de mise en conformité «inutiles» pour les entreprises.

Au final elle permet de mieux informer les voyageurs, notamment sur les recours et compensations en cas de problème. Mais de nombreux cas de figure ne sont pas couverts par la directive, par exemple quand l'offre transport plus hébergement est proposée par un transporteur (comme c'est le cas pour la SNCF). De plus de nombreuses failles persistent: le prix de l'offre globale peut être révisé à la hausse si le prix du carburant augmente. Une offre peut être résiliée à la dernière minute et sans indemnisation si le nombre minimum de participants n'est pas atteint...

En bref, la directive permet aux entreprises de continuer à mettre les détails importants de leur offre en petits caractères, tout en bas du contrat. Je m'abstiens pour ne pas m'opposer aux maigres avancées contenues dans ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O Parlamento Europeu aprovou a revisão da diretiva sobre as viagens organizadas (criada em 1990). Esta atualização legislativa é de grande relevância numa era cada vez mais digital, em que os consumidores reservam cada vez mais viagens pela internet. É fundamental que haja uma adequação e vigilância reforçada dos direitos dos consumidores num equilíbrio com a proteção da liberdade de circulação.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Keďže cestovný ruch zohráva v hospodárstvach Únie dôležitú úlohu, pričom na jej hrubom domácom produkte sa spolu s príbuznými odvetvami podieľa približne 10 percentami, vítam, že predložená pozícia Rady k prijatiu smernice o balíkoch cestovných služieb a dohodách o spojených cestovných službách odráža politickú dohodu, ku ktorej dospeli Európsky parlament a Rada v záujme úspešného a promptného prijatia smernice. Súčasné pravidlá týkajúce sa tejto problematiky totiž pochádzajú z roku 1990, keď neexistoval internet, letecké spoločnosti neboli liberalizované a na trhu v oblasti cestovného ruchu sa ponúkali najmä hotové dovolenky. Dnes si však podľa štatistík takmer štvrtina dovolenkárov kupuje dovolenky upravené na mieru, pričom 35 percent z celého predaja cestovných služieb sa uskutočňuje online. Považujem preto za veľmi potrebné, aby 120 miliónov dovolenkárov kupujúcich dovolenky upravené na mieru malo tie isté práva, ako dovolenkári, ktorí sa rozhodnú pre hotové balíky, čo prijatie smernice zabezpečí. Zavedie sa ňou zároveň aj veľmi potrebná právna zrozumiteľnosť a istota pre podnikateľské subjekty, a to v rámci trhu celej Únie. Ochrana poskytovaná podľa predpisov členských štátov tak bude porovnateľnejšia, čím sa posilní základ pre vzájomné uznávanie.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I support the improvement of consumer protection in the field of dynamic packages and the revision of the Package Travel Directive, but in my opinion the final text of the Directive voted on 27 October would lead to extra burden and bureaucracy for SMEs in Malta and create a high degree of legal uncertainty, especially due to the broad and ambitious definitions on what constitutes a package instead of improving the situation for consumers and SMEs. I therefore voted against the results of the second reading agreement of the revision of the Package Travel Directive.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A turizmus központi szerepet játszik napjaink európai gazdaságában. Az európai idegenforgalmi ágazat a maga 1,8 millió (többnyire kis- és közép-) vállalkozásával, a munkaerő 5,2%-ának foglalkoztatásával az Unión belüli növekedés egyik motorja. Az európai utazási és idegenforgalmi ágazat a kapcsolódó területeket is beleértve az Unió GDP-jének mintegy 10%-át állítja elő. Az idegenforgalmi piac ugyanakkor jelentős fejlődésen ment keresztül a 90/314/EGK irányelv elfogadása óta.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Az utazási szolgáltatások fölkinálásában az internet egyre növekvő fontosságú közvetítő közeg lett. Számos így fölkinált szolgáltatás a jog szürke zónájába tartozik, vagy egyszerűen kívül esik a 90/314/EGK irányelv hatókörén. Szükségessé vált emiatt a 90/314/EGK irányelv korszerűsítése, hogy a jogi kereteket hozzáigazítsuk a piac fejlődéséhez, kiszűrjük a kétértelmű rendelkezéseket és bezárjuk a jogi kiskapukat. A Bizottság mindennek érdekében európai parlamenti és tanácsi irányelv elfogadására tett javaslatot. Az Európai Parlament e javaslattal kapcsolatban első olvasatban kialakította álláspontját. Erre való tekintettel a Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság azt javasolta, hogy az EP második olvasatban támogassa a Tanács első olvasatban elfogadott álláspontját. A tervezetről ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), por escrito. – Foi hoje aprovada a revisão da Diretiva sobre as viagens organizadas e serviços de viagens conexos, que datava de 1990. Esta recomendação para segunda leitura referente à posição do Conselho em primeira leitura adapta esta diretiva à era digital e ao facto que 60% dos consumidores reserva e compra as suas férias pela Internet.

Os viajantes que utilizam a Internet estarão agora mais protegidos quanto ao respetivo contrato e também devem ter ao dispor um número de telefone de emergência ou um ponto de contacto com o organizador ou a agência de viagens. O reforço dos seus direitos de consumidores abrange também as questões de receber assistência se algo correr mal durante as férias, de ser repatriado no caso de o operador turístico abrir falência e de rescindir o contrato se o aumento de preço for superior a 8%.

Votei favoravelmente esta proposta que os Estados-Membros devem transpor em dois anos para a legislação nacional, passando as novas regras a ser aplicáveis seis meses depois.

Sophie Montel (ENF), par écrit. – Le Conseil envisage d'harmoniser les législations relatives aux voyages à forfait et aux prestations de voyage «assistées» ou «liées» afin de faciliter les prestations de voyages en ligne. Il s'agit donc d'une mise en œuvre accrue du marché unique numérique. Si on peut de prime abord saluer une telle initiative, ce système est susceptible de déboucher sur un certain nombre d'abus et d'externalités négatives notamment pour les TPE/PME qui devront faire face à une centralisation accrue de l'offre qui soutiendrait les grands groupes (Google favorise de manière notoire ses partenaires et ses filiales).

Les associations sont d'ailleurs critiques notamment sur la pression exercée par les lobbies du secteur des transports. Cependant, le vote en l'espèce concerne un amendement de rejet de la proposition du Conseil afin d'éviter les abus de position dominante et de concurrence faussée au profit des grands groupes.

Claude Moraes (S&D), in writing. – The travel package proposal represents a positive solution for consumers and businesses. It will guarantee more effective rules on insolvency protection for travellers in case of the trader's insolvency; stricter liability of traders in case of underperformance of the package; improved pre-contractual information requirements and termination rights; and better protection in cases where the traveller's return is impossible because of unavoidable and extraordinary circumstances.

Nadine Morano (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif aux voyages à forfait et aux prestations de voyage assistées. Les évolutions sur le marché du voyage et notamment la tendance croissante des réservations en ligne appellent l'adaptation de la directive qui datait de 1990. La nouvelle directive élargit la définition du voyage à forfait pour y faire figurer la plupart des réservations de voyages comprenant différents éléments (vol, réservation d'hôtel, location de voiture...).

Elle y inclut les «prestations reliées», pour lesquelles les données de l'internaute sont automatiquement reprises entre les différentes étapes de la réservation, par une ou plusieurs entreprises entretenant des liens commerciaux. Les dispositions votées permettront aux voyageurs qui achètent des vacances à forfait en ligne de bénéficier de la même protection que des prestations achetées dans une agence de voyages.

De plus, il sera possible d'annuler gratuitement un voyage à forfait si son prix augmente de plus de 8% ou si des événements «inévitables» comme des catastrophes naturelles ou des attaques terroristes frappent le lieu de destination. Trois nuitées devront en outre être offertes au vacancier quand des circonstances exceptionnelles et inévitables empêchent son rapatriement.

Dienstag, 27. Oktober 2015

József Nagy (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm ezt a jelentést, hiszen újra egy olyan témában hoz az EU fogyasztóbarát szabályozást, mely polgárok millióit érinti.

Felgyorsult világunkban egyre gyakrabban döntünk úgy egy utazás mellett, hogy az internetet böngészve választjuk ki az úti célt, a szállást, a repülőt vagy egyéb járművet, illetve a szabadsághoz hozzákapszolódó egyéb szolgáltatásokat. Ezt már a szolgáltatók is felismerték, s egyre több csomag-ajánlattal találkozhat az ember, sokszor bizony jóval kedvezőbb áron, mint azt a hagyományos utazási irodák kínálják. Ráadásul mindezt az ember otthon a fotelből eléri – jóval nagyobb választási lehetőségek figyelembevételével, mint ha beballag egy hagyományos irodába.

Legfőbb ideje viszont a fogyasztóvédelem megerősítésének e téren is. Éppen ezért rendkívül fontosnak tartom, hogy az új szabályozás értelmében a szolgáltatók kötelesek részletesen és átláthatóan tájékoztatni a fogyasztót a szerződés minden feltételéről, hiszen az internetes kattintgatásokkal meglepő végösszegeket lehet azért könnyen összehozni, illetve hogy a vásárló visszaléphet a szerződéstől, ha a csomag-szolgáltatás árát 8 %-kal megemelné a szolgáltató. Ráadásul az előre nem látható körülményekre felkészülve, ilyen foglalások esetében is jogosult lesz az ember 3 plusz napos szállásbiztosításra.

Úgy gondolom, az Európai Parlament jó munkát végzett ezzel a jelentéssel, hiszen az eredeti bizottsági javaslatot sokkal fogyasztóbarátabbá sikerült módosítanunk a tárgyalások során.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this recommendation that will revise the Commission staff working document entitled 'Guidance on the implementation/application of Directive 2005/29/EC on unfair commercial practices'. The Commission will inform Parliament on how its views have been taken into account when the revised Guidance is adopted.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this package as I believe it is in the interests of all Europeans to have a streamlined, modern and secure legislation on travel packages and arrangements. Tourism is one of the most stable and important sectors of the economy in all of the EU. Tourist numbers are only increasing across the board and revenues made from this industry are helping to keep tens of thousands of families financed. As more and more packages are trans-border, as more intra-Union and external travellers want to see more, to travel more, we need to have a full set of regulations that allow agencies, travel operators, transport companies and the tourists themselves a full range of options and modern terminology, protect their rights, ensure compensation and security and boost this sector of the economy. I believe this document makes an important step in this direction so I voted in its favour!

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Vítám, že cestovatelé, kteří si svou dovolenou sestavují sami a kupují třeba ubytování nebo letenku skrze propojené weby, budou mít v Evropské unii stejné právo na ochranu jako klienti cestovních kanceláří. Nová pravidla zohledňují nárůst počtu lidí, kteří si dovolenou sestavují podle svých potřeb přes internet u navzájem provázaných poskytovatelů služeb. Případy, kdy jsou cestující například po rezervaci letu vedeni pomocí webového odkazu k rezervaci doplňkových služeb, třeba pronájmu auta, se budou považovat za soubornou smlouvu. Pořadatelé a prodejci budou muset dát cestujícím jasně najevo, že jde o souborné služby, a informovat je o tom, kdo nese odpovědnost v případě komplikací.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – On the Collin-Langen (IMCO) 'Package travel and linked travel arrangement', I abstained. Whilst I acknowledge that there were positive aspects to this report, especially regarding improving and protecting consumer rights, there were lingering concerns, particularly on the level of harmonisation involved for implementation as it is based on the assumption that it is suitable for all 28 Member States.

Also, at the European Council of Ministers during the summer Ireland withdrew its support, citing that it risks hindering innovation and competition. There are also data protection concerns, and the degree of compensation for consumers around cancellations of packages by a travel organiser was not adequately addressed.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen. Der Bericht verbessert zwar die Rechtsstellung von Urlaubern, jedoch nur auf Kosten von unverhältnismäßig hohen Mehrbelastungen insbesondere von kleinen und mittleren Reisedienstleistern.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Urmās Paet (ALDE), *kirjalikult.* – Toetasin. Reisijad, kes broneerivad pakettreisei interneti teel, on edaspidi õiguslikult sama kaitstud kui reisibüroos broneeringu tegijad. See on vajalik samm olukorras, kus internet on saanud niivõrd tava-päraseks reise ostmise võimaluseks.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu.* – Pritariu pateiktam pranešimui.

Atkreiptinas dēmesys ī tai, kad vis dažnīu īsigyjant internetu šiuo metu galiojānācio teisinio reguliavimo sritis pasidarē neaiški ir nebeaktuali. Todēl būtinās naujos taisyklēs, kad keleiviams ES taptų paprastesnis ir saugesnis. Keliautojams turi būti taikoma vienoda apsauga neatsižvelgiant į tai, ar kelionē īsigyjama biure, ar internetu, keliautojams bus suteikta vienoda apsauga.

ES turi būti taikomos suderintos bendros privalomos keliautojų apsaugos taisyklēs. Būtina aukšto lygio vartotojų apsauga. Ypatingas dēmesys turi būti skiriamas tais atvejais, kai kelionēs organizatoriai arba paslaugų teikėjai tampa nemokūs.

Pažymėtina, jog siekiant gerinti konkurenciją šioje rinkoje, kelionių sektoriaus įmonėms reikia sudaryti vienodas sąlygas. Be to, įmonėms turėtų būti sumažinama finansinė ir administracinė našta ir pašalinamos teisinės tarpvalstybinės prekybos kliūtys.

Margot Parker (EFDD), *in writing.* – UKIP has voted in favour of rejecting the Council position at second reading. Whilst we are great advocates of increasing consumer rights, we are against the full harmonisation that this directive requires. In 2014 a UK government report had stated that this proposal was 'far from perfect'. UKIP believes that if national governments had the opportunity to update their own consumer protection laws they would be able to pass legislation that is the best fit for their consumers.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto.* – Ringraziando il relatore per il lavoro svolto, ribadisco tuttavia la necessità di garantire meglio la tutela dei consumatori che acquistano servizi turistici on-line. Pertanto ho votato negativamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Svatko se od nas barem jednom našao u situaciji odbijanja kreditne kartice ili nemoćnosti da riješi smještaj na mjestu dolaska na neku destinaciju, a zbog nepredviđenih okolnosti. Možda Vam se dogodilo da Vam rent-a-car naplati osiguranje veće od najma automobila bez posebnog obrazloženja ili uz obrazloženje da niste shvatili prodavača usluga koji nije ista kompanija od koje iznajmljujete auto, a koji vam je prešutio kako trebate pročitati mala slova na internetskoj stranici na koju nema poveznice.

Takva su iskustva traumatična ako ste nekoliko tisuća kilometara od svoga doma u zemlji u kojoj možda imate i jezičnu barijeru. Iako mi Hrvati nemamo novaca za česta putovanja svijetom, smatram kako doživljaj i usluga koju nudimo u Hrvatskoj mora biti odlična za naše goste, a ne traumatična zbog neodgovornog ponašanja turističkih agencija. Zato pozdravljam ovu novu direktivu i poboljšanja koja donosi prema potrošačima.

Nažalost, ona ne rješava pitanja zaštite prava hotelijera prilikom otkazivanja turističkih aranžmana u posljednji čas niti u potpunosti štiti interese tog sektora koji je perjanica hrvatskog turizma, zbog toga smatram da je nužno provesti detaljnu raspravu o turizmu u Europskom parlamentu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – Le Conseil envisage d'harmoniser les législations relatives aux voyages à forfait et aux prestations de voyage «assistées» ou «liées» afin de faciliter les prestations de voyages en ligne. Il s'agit donc d'une mise en œuvre accrue du marché unique numérique. Si on peut de prime abord saluer une telle initiative, ce système est susceptible de déboucher sur un certain nombre d'abus et d'externalités négatives notamment pour les TPE/PME qui devront faire face à un centralisation accrue de l'offre qui soutiendrait les grands groupes (Google favorise de manière notoire ses partenaires et ses filiales).

Les associations sont d'ailleurs critiques notamment sur la pression exercée par les lobbies du secteur des transports. Cependant, le vote en l'espèce concerne un amendement de rejet de la proposition du Conseil afin d'éviter les abus de position dominante et de concurrence faussée au profit des grands groupes.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Podržavam nacrt direktive stoga što teži uspostavljanju jasnijih, modernijih i učinkovitijih smjernica za zaštitu putnika i za pružanje informacija potrebnih potencijalnim kupcima putnih paket aranžmana. Najznačajnije odredbe su pritom mogućnost zaštite za putnike od eventualne nesolventnosti organizatora u slučaju nepredviđenih okolnosti, koja bi pokrila sve razumne predviđene troškove i uplate putnika vezane uz paket, te veća prava putnika i veća odgovornost organizatora putovanja u slučajevima nepravilne provedbe ugovora, nagle promjene cijena te potrebe za odštetom u slučaju materijalne i nematerijalne štete.

U slučaju nepravilne provedbe ugovora, teret dokazivanja je na organizatoru putovanja, kao i obveza da putniku ponude prikladan alternativni aranžman, ili mu unutar dva tjedna omogući kompenzaciju u slučaju da takav alternativni aranžman nije u mogućnosti ponuditi. Prijedlog direktive predviđa i jasnije određenje predugovornih informacija i informacija o pravima raskidanja ugovora koje se trebaju pružiti kupcima.

Usvajanjem ovakve direktive omogućili bismo našim građanima priliku da bezbrižno i manje stresno uživaju u pravima koja im pripadaju u sklopu zajedničkog unutarnjeg tržišta Europske unije, da se slobodno kreću i zaslužno provode svoje slobodne dane putujući i upoznavajući nove zemlje i kulture.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Turizam danas igra središnju ulogu u europskom gospodarstvu. Kod 1,8 milijuna tvrtki, uglavnom malih i srednjih poduzeća, koje zapošljavaju 5,2 % od ukupne radne snage, Europska turistička industrija je ključna za rast EU-a, s obzirom da ukupan doprinos europskog putovanja i turizma, uključujući i srodne sektore, čini oko 10 % BDP-a EU-a. Internet postaje sve važniji medij za ponudu turističkih usluga, stoga je potrebno prilagoditi zakonodavni okvir na tržištu, ukloniti nejasnoće i zatvoriti zakonske praznine.

Predložena direktiva nastoji razjasniti i modernizirati opseg zaštite putnika pri kupnji kombinacije turističkih usluga za isto putovanje ili odmor dovođenjem svog djelokruga različitih oblika online paketa i putnih aranžmana. Izvješće želi osigurati da su putnici bolje informirani o uslugama koje kupuju te im pružiti jasnu pomoć u slučaju poteškoća. Također, regulira mogućnost i posljedice promjene cijena, sadrži dodatne obveze za prava za putnika te potrebne potpore putnika, regulira odgovornost organizatora i obveze pružanja pomoći putnicima.

Podržavam ovo izvješće za poboljšanje funkcioniranja unutarnjeg tržišta i postizanje visoke razine zaštite potrošača kroz usklađivanje zemalja članica zakonodavnim, regulatornim i upravnim propisima o paketima i drugim kombinacijama turističkih usluga.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – La direttiva 90/314/CEE del Consiglio garantisce il diritto dei consumatori a ricevere le informazioni essenziali prima e dopo la firma di un contratto per l'acquisto di un pacchetto viaggio. Oramai i viaggiatori sono sempre più interessati a scegliere personalmente tutti gli elementi del loro pacchetto turistico ma le norme in vigore non coprono adeguatamente gli acquisti on-line. Per questo motivo, la Commissione europea ha proposto un regolamento che modifica le direttive 2006/2004 e 2011/83/UE e sostituisce la direttiva 90/314 /CEE. La proposta della Commissione stabilisce sanzioni precise e chiarisce l'ambito di applicazione della tutela dei viaggiatori per l'acquisto di combinazioni di servizi di viaggio (per lo stesso viaggio o pacchetto) includendo diverse forme di pacchetti on-line e viaggi organizzati. Le nuove norme copriranno gli ulteriori 120 milioni di consumatori che preferiscono prenotare on-line i loro pacchetti turistici. Ritengo necessario adattare il quadro legislativo vigente agli sviluppi del settore turistico al fine di eliminare le zone grigie e colmare le lacune normative. In questo modo l'UE sarà in grado di rispondere al meglio alle richieste dei propri cittadini connesse all'utilizzo di Internet nel settore turistico. Per queste ragioni ho votato a favore di questa proposta.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie zawiera wnioski z negocjacji między instytucjami towarzyszącymi drugiemu czytaniu na temat zmiany dyrektywy w sprawie zorganizowanych podróży, wakacji i wycieczek. Dyrektywa ta obowiązuje od ponad dwudziestu lat i jest postrzegana jako skuteczne i przydatne narzędzie ochrony konsumentów w branży podróży i turystyki. Nowelizacja dyrektywy ma na celu dostosowanie ustawodawstwa do nowych praktyk w branży turystycznej, m.in. odchodzenia od kompleksowych pakietów wakacyjnych na rzecz wakacji organizowanych samodzielnie za pośrednictwem Internetu. Takie rezerwacje nie są objęte ochroną przewidzianą na mocy dyrektywy, na przykład w przypadku powrotu konsumenta do kraju w razie bankructwa firmy świadczącej usługi podróży. Celem dyrektywy jest rozwiązanie tego konfliktu przy jednoczesnym utrzymaniu zdolności podmiotów świadczących usługi turystyczne online do innowacji i proponowania konsumentom najlepszych ofert. Dlatego poparłem nowelizację, która przyczyni się do wyjaśnienia i poprawy sytuacji konsumentów, a jednocześnie zmniejszy obciążenia spoczywające na organizatorach imprez turystycznych.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem předložený návrh reformy cestovního balíčku. Jeho hlavním obsahem bylo jeho přizpůsobení současné digitální éře, což považuji za vhodné opatření v rámci jednotného evropského trhu. Řada občanů mé země využívá pravidelně cestovní služby zejména z okolních zemí, a i proto považuji lepší ochranu spotřebitelů v této oblasti za potřebnou.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Du fait du développement des NTIC et de l'apparition de nouvelles applications mobiles, les pratiques de production, distribution et réservation de voyages à forfait et de voyages assistés se sont modifiées. Dans ce contexte, la Commission a proposé une nouvelle directive afin d'adapter le texte européen initial aux nouvelles pratiques du marché. J'ai approuvé ces modifications qui offriront un cadre législatif rénové pour ce type de services.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Votei a favor por entender que é importante harmonizar os direitos e as obrigações decorrentes dos contratos de viagens organizadas e dos serviços de viagem conexos, a fim de criar um verdadeiro mercado interno dos consumidores nesse domínio.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Mit der Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie haben wir eine längst überfällige Überarbeitung der 25 Jahre alten Gesetzgebung. Immer öfter werden im Internet Flüge, Hotels und Mietwagen mit einem einzigen Klick erworben, und wenn eine der Leistungen ausfällt, berufen sich Verkäufer gerne darauf, dass sie lediglich Vermittler waren. Das darf nicht sein. Unsere Bürgerinnen und Bürger verdienen einen besseren Schutz, wenn sie verschiedene Reiseleistungen bei einem Anbieter buchen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen wir es, Reiseanbieter in die Verantwortung zu nehmen, wenn Teile des bei ihnen erworbenen Pakets nicht erbracht werden. Für mich steht der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher an erster Stelle, und darum stimme ich der Richtlinie in vollem Umfang zu.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP has voted in favour of rejecting the Council position at second reading. Whilst we are great advocates of increasing consumer rights, we are against the full harmonisation that this directive requires. In 2014 a UK government report had stated that this proposal was 'far from perfect'. UKIP believes that if national governments had the opportunity to update their own consumer protection laws they would be able to pass legislation that is the best fit for their consumers.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Ce mardi, le Parlement européen a voté une directive qui va permettre aux 120 millions de citoyens européens qui réservent leurs voyages combinés en ligne d'avoir la même protection que ceux qui réservent dans une agence de voyage.

Les règles étaient jusqu'alors inscrites dans une loi de 1990, une époque révolue où internet n'était même pas né! La nouvelle législation prend désormais en compte la nouvelle façon dont les voyageurs planifient leurs voyages combinés à l'aide des nouveaux outils technologiques et efface cette injustice apparue dans le traitement des consommateurs.

Grace à ces nouvelles règles, le voyageur va bénéficier de toute une série de droits en cas de problème: rapatriement et remboursement en cas de faillite du tour-opérateur, prise en charge par l'organisateur de 3 nuits en cas d'évènement inévitable et imprévisible comme une catastrophe naturelle ou un attentat terroriste qui empêcherait le voyageur de repartir chez lui dans les délais prévus. Le voyageur aura également le droit d'annuler son voyage sans supporter des frais supplémentaires si son prix augmente de plus de 8% ou en cas de changements significatifs des caractéristiques principales du voyage telles que la date du voyage, l'horaire du vol ou la catégorie touristique d'hébergement.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – Alors que les voyages à forfait connaissent une envolée en Europe depuis plus d'une décennie, il convenait de remettre à jour la législation européenne sur cette pratique qui consiste à proposer plusieurs prestations de services, comprenant entre autres le transport et l'hébergement, vendues par package.

J'ai ainsi voté pour cette directive qui souhaite renforcer les droits des consommateurs des voyages à forfait en proposant une plus grande souplesse dans l'annulation des voyages, notamment quand le prix du forfait augmente de plus de 8 %, et l'obligation pour les organisateurs de voyages de fournir plus d'informations sur les droits et les responsabilités des voyageurs.

Il est indéniable que ces mesures permettront de dynamiser le tourisme en Europe et c'est pourquoi je me félicite de l'adoption de ce texte.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté contre la proposition de rejet de la position du Conseil sur les voyages à forfait et les prestations de voyage assistées.

J'ai au contraire souhaité que notre Assemblée puisse donner son feu vert à ce texte, qui modernise utilement une directive de 1990, pour l'adapter aux nouveaux modes d'achat des voyages et à la tendance croissante des achats individuels en ligne.

C'est ainsi que d'ici deux ans et demi, des droits très concrets vont s'appliquer aux consommateurs qui réservent eux-mêmes un vol, une voiture ou un séjour en «package» sans passer par une agence de voyage classique.

Sont notamment prévus davantage d'informations sur les droits en amont du processus de réservation, plus de protection contre les cas de faillite, la possibilité de prise en compte comme condition d'annulation de circonstances exceptionnelles, comme des catastrophes naturelles ou des attaques terroristes, ou encore le droit d'annulation en cas d'augmentation injustifiée de prix (de plus de 8 %). Par ailleurs, les intérêts économiques des opérateurs, agences de voyages et hôtels a été prise en compte, avec la réduction de certaines charges administratives et l'intérêt d'établir des règles uniformes dans l'Union.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Se hacía necesario revisar el marco jurídico que regula los contratos de viajes combinados. Esta propuesta pretende clarificar y modernizar el alcance de la protección y la información de los viajeros en la compra de estos servicios, mejorando sus derechos conforme a los cambios provocados por internet. Las nuevas normas aumentarán la transparencia y fortalecerán la protección de los consumidores sobre los servicios de viaje *online*.

La Eurocámara ha sido capaz de garantizar que la protección de los viajeros frente a la insolvencia del empresario cubra todos los gastos razonablemente previsibles y todos los pagos realizados por el viajero en relación con el paquete. Se han clarificado los derechos de los viajeros, en particular sobre la reducción de los precios, la compensación (incluyendo los daños no materiales) y la mala ejecución del contrato. La carga de la prueba ha sido desplazada a los organizadores. Además, el plazo para presentar una queja se ha prolongado dos años. En 2018 se verificará si es necesario un ajuste de la definición de «paquete de viaje».

Por todo esto, entre otras cuestiones, he votado a favor de este informe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Désormais, les consommateurs qui achètent en ligne un billet d'avion ou des prestations de voyages bénéficieront, à l'avenir, du même niveau de protection que ceux qui recourent à une agence de voyage.

Nous avons aujourd'hui approuvé définitivement l'adaptation de la directive concernant les voyages à forfait et les prestations de voyage assistées. Avec cette législation révisée, les droits des voyageurs en Europe sont globalement renforcés. De nouveaux modèles de réservation sont désormais inclus dans son champ d'application et les voyageurs sont informés en détail de leurs droits.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Entre autres innovations, cette législation prévoit: — le droit du consommateur à l'annulation d'un voyage à forfait dont le prix aurait augmenté de plus de 8 % sans justification; — le droit du consommateur de bénéficier de trois nuits d'hébergement prises en charge par l'organisateur si le consommateur est empêché, pour une raison imprévisible, de rentrer chez lui; — la protection du consommateur contre la faillite des organisations de voyages à forfait; — la possibilité offerte au voyageur d'annuler sans frais un contrat en cas de circonstances exceptionnelles.

Les États membres auront deux ans pour transposer en droit interne cette directive qui répond au besoin urgent de moderniser l'ancienne directive datant de 1990.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Turismo e, muito concretamente, as viagens, incluindo os sectores conexos, representam cerca de 10% do Produto Interno Bruto da União Europeia. A adoção em 1990 da Diretiva n.º 90/314/CEE relativa às viagens organizadas reconheceu a importância dos direitos dos viajantes europeus, sempre que adquirissem férias organizadas, tipicamente constituídas por transporte e alojamento.

Contudo, estamos em 2015 — na era digital e com uma estrutura do mercado de transportes diferente e muito mais complexa do que em 1990, quando a Internet praticamente não existia. Com a generalização do seu uso e a liberalização dos transportes aéreos, tornou-se fundamental rever a diretiva, conferindo maior clareza e amplitude ao seu conteúdo e âmbito de aplicação, bem como maior proteção aos consumidores europeus no que respeita a este segmento de viagens organizadas e serviços de viagens conexos.

Em termos concretos, sublinho a necessidade das medidas de adaptação à era digital, os direitos de assistência e repatriação em caso de falência, a rescisão do contrato em caso de aumento injustificado do preço, pelo que subscrevo este relatório que, além de sustentar uma revisão urgente da diretiva, promove ainda a harmonização do mercado interno em termos regulatórios e garante a defesa e proteção dos consumidores e empresas.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport concernant les voyages à forfait et les prestations de voyage assistées.

Les vacances à forfait peuvent concerner un vol, une réservation d'hôtel ou une location de voitures achetés en ligne par un voyageur lui-même. Désormais, grâce à cette directive, ces voyageurs vont pouvoir bénéficier de la même protection que lorsqu'ils ont recours à une agence de voyages.

Étant donné la tendance croissante des achats en ligne, nous devons travailler à la modernisation de l'ancienne directive datant de 1990.

Le nouveau texte, adapté à notre époque, permettra de renforcer les droits des voyageurs ainsi que leur accès à une information complète, tout en prenant en compte les intérêts économiques des agences de voyage, hôtels et opérateurs.

Ce rapport représente la finalisation d'un accord en deuxième lecture; les États vont désormais avoir deux ans pour transposer ces règles en droit national.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto contrario alla proposta da parte della Commissione europea di introdurre un nuovo regolamento volto a sostituire la direttiva 90/314/CEE e a modificare le direttive 2006/2004/CE e 2011/83/UE in quanto ritengo che tale regolamento sia poco efficace ed esaustivo.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de la enmienda de UKIP, que impedía que esta resolución legislativa pasara a segunda lectura. Al no pasar esta enmienda, y teniendo en cuenta el procedimiento legislativo, no hubo votación del informe, sino que pasa automáticamente a segunda lectura. Esta Resolución contiene aspectos positivos como la protección al consumidor, mayor información y soluciones en lo que se refiere a la contratación de paquetes de viajes y vacacionales. Sin embargo, hay aspectos que deben mejorarse, y que a través de la Comisión de IMCO, como ampliar el alcance de esta legislación, resolver ambigüedades en los casos de cambio de tarifas, compensaciones económicas, etc.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Podpořila jsem výsledný text směrnice o souborných cestovních službách, protože je nezbytné uzpůsobit pravidla stávajícím trendům většího využívání internetu jako nástroje pro pořizování dovolené, od cesty, přes ubytování až po dodatkové služby, jako je například nájem automobilu v místě pobytu. Spotřebitelé, kteří si objednávají cestovní služby prostřednictvím cestovních balíčků a přes internet, budou využívat stejné úrovně ochrany podobně jako ti, kteří využívají služeb klasických cestovních kanceláří. Za důležitá ustanovení, která se podařilo prosadit Evropskému parlamentu, považuji zejména poskytnutí přehledných a jasných informací o cestovní nabídce a odpovědnosti v případě komplikací, možnost odstoupit od smlouvy v případě podstatné změny obchodních podmínek, či vyšší míru ochrany cestujících v případě znemožnění návratu kvůli nevyhnutelným a neočekávatelným situacím.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe forma parte del proceso de adopción de la Directiva del Parlamento Europeo y del Consejo relativa a los viajes combinados y los servicios asistidos de viaje, por la que se modifican el Reglamento (CE) n° 2006/2004 y la Directiva 2011/83/UE del Parlamento Europeo y del Consejo y por la que se deroga la Directiva 90/314/CEE del Consejo. La propuesta del Consejo recoge las preocupaciones del Parlamento en el sentido de una armonización al alza de los derechos del consumidor en el ámbito de esta regulación turística.

Por todo ello, nuestra posición es favorable.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Nel corso degli ultimi anni, il ruolo delle agenzie viaggio è stato ridimensionato in seguito alla crescita dell'offerta di voli economici e delle vendite di pacchetti turistici on line. La precedente direttiva del 1990 che riguardava i pacchetti turistici assistiti è considerata un esempio di successo e utilità della protezione dei consumatori per i viaggi «tutto compreso». Dal momento che da allora il modo in cui i viaggiatori pianificano e acquistano i loro viaggi è cambiato sostanzialmente, era necessaria una revisione della normativa al fine di ampliare la definizione di «pacchetti turistici» e includervi i servizi turistici prenotati autonomamente in rete. Pertanto, ho votato a favore di questa riforma che garantirà sicuramente ai consumatori e ai viaggiatori una tutela maggiore prevedendo anche la possibilità di recedere dal contratto in condizioni eccezionali ed inevitabili, opportunità che fino ad ora non era prevista.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of the EFDD amendment, which was a proposal to reject the Council position. As this was a second reading there was no final vote.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the travel package proposals because they represent a positive solution for both businesses and, very importantly, consumers. It will mean that there will be more effective rules on insolvency problems and guarantee stricter liability of traders in the cases of underperformance of the package.

Branislav Škripek (ECR), *písemne*. – Smernica o cestovných službách predstavuje užitočnú legislatívu na ochranu spotrebiteľov. Z dôvodu nárastu využívania internetového obchodu v tejto oblasti je potrebná jej revízia. Preto som hlasoval za odmietnutie pozmeňovacieho návrhu, ktorý požadoval, aby Európsky parlament zamietol pozíciu Rady v prvom čítaní a pozastavil celý proces revízie.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Ključni zadatak Europske unije je stvoriti regulatorni okvir kojim bi se potrošačima osigurala dovoljna zaštita da mogu pouzdano putovati bilo gdje u Uniji. Istovremeno, treba osigurati ravnopravne uvjete poduzećima koja se bave putovanjima kako bi se ostvarila što veća tržišna konkurentnost.

Komisija je predložila reviziju koja se uglavnom sastoji od razjašnjenja opsega i definicije paketnih aranžmana i „potpomognutih aranžmana putovanja”, informacije o obavezama prema potrošačima i sadržajima ugovora, pravila za zaštitu potrošača protiv nelikvidnosti poslodavaca, pravila u slučaju izmjene ugovora i dr.

Obzirom kako je ključna točka mog Kluba zastupnika doseći visoke standarde zaštite potrošača, te u isto vrijeme izbjeći složene odredbe koje ugrožavaju situaciju malih trgovaca u sektoru putničkih agencija, na plenarnoj sjednici glasao sam protiv prijedloga o ukidanju amandmana 1. od strane Vijeća. Smatram kako smo s tim sporazumom u mogućnosti postići ravnotežu između prava potrošača i potrebe očuvanja malih trgovaca te bismo mogli ukloniti tradiciju nepoštene poslovne prakse „velikih” poslodavaca.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Monika Smolková (S&D), *písomne* – cestovný ruch zohráva v hospodárstvach Únie veľmi dôležitú úlohu, o čom svedčí skutočnosť, že v ňom pôsobí približne 1,8 milióna najmä malých a stredných podnikov a tieto zamestnávajú asi 5,2 % celkového počtu pracovných síl. Za nemenej dôležité považujem aj to, že cestovný ruch a jeho súvisiace odvetvia predstavujú okolo 10 % HDP EÚ.

Som rada, že aj vďaka smernici o balíku cestovných služieb a dohodám spojených s cestovnými službami sa v poslednom období podarilo zvýšiť kvalitu služieb cestovného ruchu. Žiaľ, sme naďalej svedkami toho, že sa ešte stále objavujú poskytovatelia služieb cestovného ruchu, ktorí vďaka nekalým obchodným praktikám zneužívajú spotrebiteľov. Podporila som uznesenie, lebo som presvedčená, že v záujme ochrany spotrebiteľov v celej EÚ je potrebné prijať také opatrenia, ktoré zabránia poskytovateľom služieb cestovného ruchu uvádzať na trh také služby, ktoré ponúkajú skrytým, nejasným alebo nejednoznačným spôsobom. Verím, že vyššou kvalitou poskytovaných služieb cestovného ruchu sa zvýši dôvera cestujúcich a dopyt v rámci EÚ aj mimo nej, a súčasne sa zväčší istota, pružnosť a možnosť výberu. Rovnako očakávam, že sa postupne odstránia nejednoznačnosti a medzery v právnych predpisoch cestovného ruchu, a tým potvrdíme, že EÚ je poprednou svetovou destináciou cestovného ruchu.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – S spremembo direktive o paketnih potovanjih in pomoči pri organizaciji potovanja smo dosegli, da bodo potrošniki bolje obveščeni o storitvi, ki jo kupijo.

Potrošnikom direktiva zagotavlja pridobitev vseh ključnih informacije pred in po podpisu pogodbe o paketnem potovanju. Zagotovi se jim večjo zaščito v primeru, da se cena paketnega potovanja brez upravičenih razlogov zviša, ali če pride do kakršnih koli drugih sprememb, kot je na primer čas odhoda in prihoda potovanja.

Potrošniki so zaščiteni tudi v primeru, če se cena celotnega paketa zviša za več kot osem odstotkov, saj se takrat lahko odločijo, da na potovanje ne gredo, denar pa se jim vrne. Potrošniki so zaščiteni tudi v primeru, ko pride do insolventnosti organizatorja potovanja.

Glede na vse napisano menim, da je revizija uredbe dobra, in sem vesel, da smo skupaj s Svetom in Komisijo po trdih pogajanjih uspeli doseči kompromis in pripraviti dober tekst uredbe, ki bo služila tako potrošnikom kot tudi podjetjem.

Zaradi navedenih razlogov podpiram uredbo in sem glasoval proti amandmaju, ki ga je vložila skupina EFDD, katerega namen je bilo zavrniti pozicijo Evropskega sveta in s tem posledično tudi novo uredbo.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Mi sono espresso in modo favorevole sulla relazione riguardante i pacchetti turistici e i servizi turistici collegati, che adegua una direttiva europea a protezione dei viaggiatori datata 1990 ai cambiamenti nel mercato dei viaggi, con particolare riferimento alla prenotazione di viaggi online.

La revisione della legislazione che abbiamo approvato determina un notevole rafforzamento dei diritti dei viaggiatori che comprano servizi turistici online. Infatti, coloro che acquistano un pacchetto turistico su internet con la formula «tutto compreso» o tramite pagine web collegate, riceveranno la stessa protezione di chi acquista un pacchetto turistico presso le agenzie di viaggio.

Inoltre, ai viaggiatori saranno fornite più opzioni per annullare un contratto, attraverso una maggiore informazione sui propri diritti e su chi sia responsabile in caso di problemi, come l'insolvenza del fornitore di servizi. Ritengo particolarmente apprezzabile l'approccio della relatrice che ha saputo coniugare protezione dei consumatori e interessi economici dell'industria, quali operatori turistici, agenzie di viaggio e strutture alberghiere.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Pakketreizen zijn aangeboden vakanties waarbij verschillende elementen, zoals transport, accommodatie en activiteiten, zijn inbegrepen in de prijs. Er bestaat al een Europese richtlijn die deze kwestie behandelt, maar die dateert van 1990 en is niet meer actueel aangezien bepaalde marktstructuren, zoals het gebruik van internet, niet zijn opgenomen in de tekst. De nieuwe richtlijn moet ervoor zorgen dat er een gezonde balans is tussen consumentenbescherming en de noodzaak om kleinhandelaren in deze sector te beschermen. Na een tweede lezing door het Parlement wordt er in de tekst een duidelijke omschrijving gegeven van deze pakketreizen en van de verschillen met gekoppelde reisarrangementen. Dit zorgt voor een overzichtelijke afbakening van de verschillende sectoren waardoor consumenten op een transparantere wijze geïnformeerd worden.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Voor mij was het belangrijk dat de consument beschermd bleef, terwijl tegelijkertijd ook moet worden voorkomen dat kleinhandelaren, die vaak betere en duurzame reisarrangementen aanbieden, overrompeld worden door grote bedrijven die de markt volledig overnemen. Omdat deze balans in de tekst is opgenomen, steun ik deze richtlijn. Noodzakelijk is wel dat dit alles een goede follow-up krijgt opdat deze maatregelen geen lege doos blijven en goed toegepast worden.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Reagujeme na rozmach digitálneho podnikania a s tým spojené nové druhy služieb. Zákazníci už nebudú diskriminovaní na základe toho, či si službu objednávajú bežnou cestou alebo prostredníctvom internetu. Vnímam to ako dôležitý krok k dokončeniu jednotného trhu.

Richard Sulík (ECR), *písomne* – hlasovania o návrhu som sa zdržal. Vítam síce opatrenia zacielené na zníženie administratívnej záťaže, no nesúhlasím so zavádzaním nových regulácií, ktoré majú „chrániť“ zákazníka. Najlepšou ochranou zákazníka je konkurencia na trhu. Zvyšovanie regulačnej záťaže však zvyšuje bariéry pre vstup na trh, a tak v konečnom dôsledku konkurenciu poškodzuje. Akúkoľvek „ochranu“ si navyše zákazníci v konečnom dôsledku aj tak platia sami, či už vo forme vyšších cien alebo vo forme menej kvalitných služieb.

Patricija Šulin (PPE), *písno*. – Glasovala sem proti priporochu za drugo obravnavo o paketnem potovanju in pomoč pri organizaciji potovanja. Dandanes, v dobi informatizacije, imamo številne modele rezervacij potovanj preko spleta, ki jih obstoječa direktiva iz leta 1990 ne zajema. Zato potrebujemo novo direktivo, ki bo zajela vse nove in dodatne elemente. Vendar pri tem priporochu smo se premalo posvetili nepoštenim poslovnim praksam in preganjanju le teh. Na spletu se namreč soočamo s ponudniki, ki svoje storitve ponujajo na dvoumen in nejasen način, s tem pa zavajajo potnike. Temu bi morali nameniti večjo pozornost, predvsem glede odkrivanja in preprečevanja.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο απορρίπτει τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση. Πιο συγκεκριμένα πρέπει να εμποδίσουμε αθέμιτες εμπορικές πρακτικές ορισμένων εταιρειών που παρέχουν ταξιδιωτικές υπηρεσίες και κατά τη διάρκεια της παροχής αυτής των υπηρεσιών τους διαδικτυακά παρέχουν ταυτοχρόνως και άλλες υπηρεσίες με τρόπο ασαφή, διφορούμενο και συγκαλυμμένο.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Przemysł turystyczny, niestety zwykle niedoceniany, w większości państw jest bardzo często generatorem wzrostu gospodarczego i ma znaczący wpływ na poziom PKB. Unia Europejska powinna zatem działać na rzecz rozwoju tego sektora. Jednym z ważniejszych elementów powinno być po pierwsze wspieranie, głównie w dostępie do zewnętrznych źródeł finansowania, zwłaszcza tych małych i średnich przedsiębiorców. Z drugiej strony, konieczne jest podejmowanie kroków w celu deregulacji sektora turystycznego. Trzeba jednocześnie pamiętać o konsumentach usług turystycznych, którzy, ze względu na specyfikę sektora, wymagają szczególnej ochrony. Jak wiemy, połączenie tych wszystkich elementów i odpowiednie wyważenie oraz utrzymanie symetrii w relacji przedsiębiorca-klient w branży turystycznej jest niebywale trudne.

Uważam, że stanowisko Rady w pierwszym czytaniu w sprawie imprez turystycznych i powiązanych usług turystycznych nie było właściwe, dlatego zdecydowałem się zagłosować przeciwko zaleceniom do drugiego czytania Parlamentu Europejskiego i wierzę, że w przyszłości uda się znaleźć taki kompromis, który weźmie pod uwagę interes zarówno dostawców, jak i odbiorców usług turystycznych.

Charles Tannock (ECR), *in writing*. – In the 20 years since these regulations were introduced, the travel industry has greatly changed. Gone are the days when holidaymakers would visit their local travel agency and place faith in the comprehensive travel insurance on offer. Today people are using the internet to find the best deals, often doing so by booking many months in advance – it is a great example of the free market providing choice and competition. Consumers should, however, feel confident that they are protected in cases where a product that is sold fails to conform to what is ultimately provided, and against company bankruptcy. The measures outlined in this report deliver those protections and so I am pleased to vote in favour.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Il était temps de dépoussiérer la législation européenne. Nous avons voulu faire en sorte que les vacanciers combinant leurs propres «forfaits» vacances à partir de services de voyage vendus en ligne soient mieux protégés car ils ne bénéficient pas de la même couverture que ceux qui passent par des agences de voyage traditionnelles. C'est un pas dans la direction d'une meilleure protection des droits du consommateur européen

Dienstag, 27. Oktober 2015

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I endorsed this report, because I appreciate its contribution to the better protection of citizens who buy their holidays online. The aim of the report is to adopt a directive on package travel and linked travel arrangements, amending Regulation (EC) No 2006/2004 and Directive 2011/83/EU of the European Parliament and of the Council and repealing Council Directive 90/314/EEC. The revised laws improve consumer rights, by putting in place stricter controls on price surcharges, a requirement to pass on price reductions to customers, compensation for non-material damages and refunds of all payments in case providers go bankrupt.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Nel corso di questi 25 anni molto è cambiato, anche nel settore del turismo. Per questa ragione ho votato a favore della relazione della collega Collin-Langen. I consumatori, grazie anche al rapido sviluppo delle tecnologie digitali, sono sempre alla ricerca di combinazioni personalizzate e di prodotti adatti alle loro esigenze e aspettative. Per questo è necessaria una modernizzazione delle norme europee, perché tutti i consumatori siano tutelati e possano decidere liberamente che tipo di contratto di viaggio sottoscrivere, senza temere di incorrere in clausole ambigue o non chiare. I miglioramenti al testo, apportati dal Parlamento, sono molto significativi per quanto riguarda le informazioni contrattuali e precontrattuali, poste al centro del provvedimento. Dobbiamo garantire a persone e utenti di conoscere cosa stanno acquistando e quali siano i diritti acquisiti.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Priporočila za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Direktive Evropskega parlamenta in Sveta o paketnih potovanjih in pomoči pri organizaciji potovanja, spremembi Uredbe (ES) št. 2006/2004 in Direktive 2011/83/EU Evropskega parlamenta in Sveta ter razveljavitvi Direktive Sveta 90/314/EGS nisem podprla, ker vsebuje določene postavke, s katerimi bi lahko določeni ponudniki potovalnih storitev, ki svoje storitve tržijo na spletu, ponudili dodatne storitve na prikrit, nejasen ali dvoumen način, kot je skrivanje možnosti, da se dodatne storitve ne izberejo.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de la enmienda de UKIP, que impedía que esta resolución legislativa pasara a segunda lectura. Al no pasar esta enmienda, y teniendo en cuenta el procedimiento legislativo, no hubo votación del informe, sino que pasa automáticamente a segunda lectura. Esta Resolución contiene aspectos positivos como la protección al consumidor, mayor información y soluciones en lo que se refiere a la contratación de paquetes de viajes y vacacionales. Sin embargo, hay aspectos que deben mejorarse, y que a través de la Comisión de IMCO, como ampliar el alcance de esta legislación, resolver ambigüedades en los casos de cambio de tarifas, compensaciones económicas, etc.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Deux axes ne satisfont pas nos positions et sont rédhibitoires à une approbation du texte:

— l'harmonisation des législations et la mise en œuvre du marché unique, notamment par le biais du numérique;

— les risques d'abus de position dominante et de distorsion de la concurrence au bénéfice des acteurs économiques puissants. Le texte n'aborde aucun de ces sujets.

J'ai voté pour l'amendement de rejet du texte.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Mivel egyetérték a tanácsi állásfoglalásról szóló javaslattal, ezért az azt elutasítani szándékozó EFPD-javaslatot nem támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de la enmienda de UKIP, que impedía que esta resolución legislativa pasara a segunda lectura. Al no pasar esta enmienda, y teniendo en cuenta el procedimiento legislativo, no hubo votación del informe, sino que pasa automáticamente a segunda lectura. Esta Resolución contiene aspectos positivos como la protección al consumidor, mayor información y soluciones en lo que se refiere a la contratación de paquetes de viajes y vacacionales. Sin embargo, hay aspectos que deben mejorarse, y que a través de la Comisión de IMCO, como ampliar el alcance de esta legislación, resolver ambigüedades en los casos de cambio de tarifas, compensaciones económicas, etc.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Inese Vaidere (PPE), rakstiski. – Ņemot vērā, ka tūrisma jomā ir notikušas ievērojamas pārmaiņas, jo sevišķi ar interneta lietotāju skaita pieaugumu, skaidrs, ka līdzšinējā likumdošana par kompleksajiem ceļojumiem no 1990. gada neatbilst šī brīža situācijai.

Mūsdienu patērētāji aizvien vairāk ir ieinteresēti paši izvēlēties dažādus komplekso ceļojumu elementus, bieži no vairākiem saistītu ceļojumu pakalpojumu tirgotājiem, darot to tiešsaistē. Tādējādi rodas t.s. “pelēkās zonas”, kad patērētājiem nav skaidrības par to, kāda aizsardzība viņiem pienākas, ja rodas problēmas, bet tirgotājiem nav skaidrības par saviem pienākumiem.

Arī Latvijā diemžēl ir bijuši gadījumi, kad ceļotājam ierodoties galamērķī, atklājas, ka solītā viesnīca vai pakalpojums ne tuvu neatbilst tam, kas tika solīts. Savukārt, sazinoties ar tūrisma aģentūru, jo sevišķi, ja brauciens iegādāts internetā, atklājas, ka tā ir bankrotējusi vai nav sasniedzama.

Tādēļ esmu gandarīta, ka atjaunotā likumdošana aizsargās vēl vairāk Eiropas ceļotāju, aptverot tos, kuri savas brīvdienas rezervē, izmantojot digitālos plašsaziņas līdzekļus. Šie ceļotāji ne tikai labāk tiks informēti par savām tiesībām, bet arī aizsargāti gadījumos, kad pirms ceļojuma vai tā gaitā rodas kādas neparedzētas problēmas. Atjaunotie noteikumi paredz, ka pirms ceļotājs slēgs līgumu, organizētājiem un tirgotājiem būs skaidri jānorāda, kas ietilpst ceļojuma komplektā, jāinformē par tiesībām un arī jānorāda, kurš būs atbildīgs dažādos sarežģījumos.

Ivo Vajgl (ALDE), in writing. – I voted in favour of this text concerning package travel and linked travel arrangements, as it brings regulation up to date with the developments in the travel market. The new rules will extend the protection of the 1990 EU Package Travel Directive to cover not only traditional package holidays, but also to give clear protection to 120 million consumers who book other forms of combined travel, e.g. a self-chosen combination on a website of a flight plus hotel or car rental, which is something very common nowadays. There will always be protection in cases where travel services are advertised as a package or when they are offered at a total or inclusive price. These provisions bring benefits to consumers, as they are expected to reduce damages to consumers by about €430 million a year due to the reinforced rights. At the same time, these provisions bring benefits to the businesses too, as they will reduce administrative burdens and bring down compliance costs for traders from €11 to €8 per package sold.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – Este informe forma parte del proceso de adopción de la Directiva del Parlamento Europeo y del Consejo relativa a los viajes combinados y los servicios asistidos de viaje, por la que se modifican el Reglamento (CE) nº 2006/2004 y la Directiva 2011/83/UE del Parlamento Europeo y del Consejo y por la que se deroga la Directiva 90/314/CEE del Consejo. La propuesta del Consejo recoge las preocupaciones del Parlamento en el sentido de una armonización al alza de los derechos del consumidor en el ámbito de esta regulación turística.

Por todo ello, nuestra posición es favorable.

Derek Vaughan (S&D), in writing. – I welcomed this move, as it highlights the need for a European tourism sector that is sustainable, responsible and accessible across Europe. Tourism is a vital cornerstone of the Welsh economy, bringing in UKP 1 billion in Cardiff alone. It is crucial that consumer concerns in this area are recognised. Labour will continue to work with consumer groups, safety organisations and industry representatives to prevent rare but devastating cases where inadequate health and safety rules have led to tragedies, including deaths from carbon monoxide poisoning. We need to work hard together to ensure rigorous safety standards across Europe, so that all holiday makers can have the peace of mind that their dream holiday is not going to turn into a nightmare.

Hilde Vautmans (ALDE), schriftelijk. – Er bestaat al geruime tijd Europese wetgeving rond bescherming van burgers die pakketreizen of reisarrangementen bestellen. Deze bescherming bestond echter nog niet voor mensen die reizen, transport, hotels, enz. los van elkaar boekten, bijvoorbeeld via het internet. Daarom stemde ik voor deze aanbeveling.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – O objetivo é assegurar que o viajante, quando compra serviços de viagem conexos, esteja protegido em caso de insolvência do operador que fornece o serviço de viagem conexo. Por conseguinte, o viajante terá o direito de ser repatriado se a insolvência do operador responsável pelo transporte de passageiros fizer com que o viajante fique preso no seu destino.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Por outro lado, antes de concluir o contrato que dá origem ao serviço conexo, o operador tem que informar o viajante, através de formulários normalizados, de que não beneficiará dos direitos garantidos pela diretiva, exceto da proteção contra a insolvência.

São elementos positivos mas que não tocam no verdadeiro problema dos monopólios privados na área de transporte que vieram ocupar o serviço público e se transformaram num sorvedor de recursos públicos em detrimento da qualidade e universalidade do serviço.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht verbessert zwar die Rechtsstellung von Urlaubern, dies geschieht aber auf Kosten von unverhältnismäßig hohen Mehrbelastungen, insbesondere von kleinen und mittelständischen Reisedienstleistern.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo testo perché credo fermamente nell'importanza di Internet per la promozione del turismo. Per sviluppare questo settore è necessario tutelare i consumatori di servizi turistici comprati on-line. Abbiamo chiarito quali sono i diritti dei viaggiatori nei casi di riduzione del prezzo, compensazione dei danni materiali e non e altro ancora. È un importante passo avanti nella definizione dei diritti dei turisti nell'era del digitale.

Josef Weidenholzer (S&D), *schriftlich*. – Mit der Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie haben wir eine dringend notwendige Novellierung der 25 Jahre alten Gesetzgebung auf diesem Gebiet. Zu oft werden im Internet Flüge, Hotels und Mietwagen mit einem einzigen Klick erworben, und wenn eine der Leistungen ausfällt, berufen sich Verkäufer gerne darauf, dass sie lediglich Vermittler waren. Das darf nicht sein. Unsere Bürgerinnen und Bürger verdienen einen besseren Schutz, wenn sie verschiedene Reiseleistungen bei einem Anbieter buchen. Als Sozialdemokrat unterstütze ich es, Reiseanbieter in die Verantwortung zu nehmen, wenn Teile des bei ihnen erworbenen Pakets nicht erbracht werden. Für mich steht der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher an erster Stelle, und darum stimme ich der Richtlinie in vollem Umfang zu.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Estoy de acuerdo con este informe, ya que, efectivamente, Internet es una herramienta que tiene un gran impacto hoy en día y que ha originado que muchas áreas de negocio hayan tenido que reestructurar su oferta e incluso sus actividades, para amoldarse a esta nueva era digital. Concretamente, en el sector de los viajes se aprecia este impacto, pues cada vez son más las personas que organizan y reservan sus viajes a través de esta herramienta.

Con ello, el tipo de viaje también ha variado, pues Internet ofrece la posibilidad de contemplar un abanico muy superior de posibilidades de viaje, que se traduce en paquetes totalmente personalizados. El problema es que hasta ahora no existían leyes que cubriesen por completo a este perfil de clientes y ello les situaba en una situación delicada. Por ello, me parece muy positivo que la UE haya decidido actualizar su legislación, ya que será muy positiva para los ciudadanos europeos porque les beneficia y les aporta seguridad.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Rozhodl jsem se hlasovat pro tuto směrnici posilující práva spotřebitelů-cestovatelů při sjednávání a absolvování zájezdů. Při sjednávání a především absolvování zájezdů se cestovatel vydává zcela do rukou cestovní kanceláře, ať už se jedná o dopravu, ubytování či stravu. Jsem přesvědčen, že jasná definice toho, co se rozumí zájezdem, zlepšení ochrany v případě insolvence poskytovatele zájezdu či vyjasnění rozsahu poskytovaných informací před uzavřením smlouvy povede nejen ke spokojenosti cestovatelů, ale v důsledku toho i ke zvýšení objemu zájezdů.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Roberts Zīle (ECR), rakstiski. – Es atbalstīju Parlamenta un Padomes panākto vienošanos par jaunu regulējumu kompleksiem ceļojumiem, jo jaunā direktīva pielāgo vecos, 1990. gadā pieņemtos noteikumus šodienas digitālā tirgus iespējām, kad daudzi patērētāji ceļojuma pakalpojumus iegādājas internetā. Mūsdienā digitālajā laikmetā ir svarīgi, lai patērētāji, kas iegādājas ceļojumus internetā, ir tikpat labi aizsargāti kā tie, kuri tos pērk no ceļojumu aģentūrām. Tagad patērētāju tiesību aizsardzība attieksies ne tikai uz ceļojumu paketēm, ko pērk no ceļojumu aģentūrām, kā tas bijis līdz šim, bet arī uz t. s. "kompleksajiem ceļojumiem", ko patērētājs iegādājas internetā, galvenokārt caur vietnēm, kuras piedāvā dažādus ceļojuma pakalpojumus, piemēram, aviobiļetes, viesnīcas rezervāciju un mašīnas īri. Tas pats attieksies uz pakalpojumiem, ko tirgotājs reklamē un pārdod klientam pēc tam, kad viņš jau iegādājies no viņa pamatpakalpojumu (piemēram, piedāvājums īrēt automašīnu, kas parādās aviosabiedrības mājas lapā pēc lidmašīnas biļetes iegādes). Jaunie noteikumi skar tādas jomas kā ceļotāju tiesības lauzt līgumu un saņemt izsmēlošu informāciju par to, kam jāuzņemas atbildība sarežģījumu situācijās. Līdz šim dažādās problemātiskās situācijās nebija skaidrs, no kura operatora prasīt atbildību un kā ceļotājs ir aizsargāts, un jaunā direktīva ievieš vairāk skaidrības.

Дамиано Дзофоли (S&D), per iscritto. – Mi rallegro del voto odierno che permette di fare un passo ulteriore per aggiornare le norme europee vigenti, risalenti al 1990, sui pacchetti turistici. Molti prodotti oggi disponibili non sono contemplati dalla direttiva del 1990 e in altri casi rimangono in una zona grigia dal punto di vista legale. Vista quindi la crescita dell'offerta di voli economici e di vendite online, che hanno cambiato il modo con cui i viaggiatori acquistano i loro viaggi, è fondamentale una nuova legislazione che vada a tutelare i clienti che acquistano pacchetti turistici online, in modo che abbiano le stesse garanzie di chi passa dalle agenzie di viaggio convenzionali. Tra le tutele che garantiranno l'effettiva protezione del consumatore, è importante sottolineare la disponibilità di tutte le informazioni specifiche prima di sottoscrivere un contratto e la possibilità di annullare un pacchetto nel caso in cui, prima della partenza, il suo prezzo dovesse aumentare di oltre l'8%. Grazie alla nuova direttiva, poi, si potrà ampliare la definizione di pacchetto turistico, includendovi tanti servizi che oggi si possono prenotare online ma che non erano inclusi nella normativa del 1990.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. – A proposta de diretiva da Comissão expressa o objetivo de clarificar e modernizar o âmbito da proteção dos viajantes quando compra serviços de viagens conexos. A Comissão Europeia propõe que o operador tenha o direito de aumentar o preço em função dos custos de combustível, dos impostos e das flutuações das taxas de câmbio, o que claramente coloca o consumidor numa situação muito frágil. Por outro lado, o organizador/retalhista está obrigado a fornecer proteção em caso de insolvência, a fim de garantir o repatriamento dos viajantes e o reembolso dos pagamentos efetuados. Porém, esta obrigação só prevalece para os organizadores de viagens organizadas e os retalhistas que proponham a aquisição de serviços combinados de viagem. Embora a proposta que está em cima da mesa, por parte do Conselho Europeu e da Comissão Europeia, não seja totalmente positiva, nomeadamente para quem compra viagens, votámos contra a proposta do grupo EFDD de rejeitar a alteração da diretiva, uma diretiva que está obsoleta – tendo em conta o aparecimento de operadores digitais – e que coloca em desvantagem as PME do sector.

Marco Zullo (EFDD), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione perché introduce importanti novità per chi confeziona da sé il proprio pacchetto turistico personalizzato, offrendo una garanzia maggiore all'utente e definendo le responsabilità del venditore. Tra le migliori troviamo la cancellazione della vacanza senza penali se il costo del pacchetto aumenta dell'8%, un massimo di tre pernottamenti addizionali gratuiti se il viaggio di ritorno subisce ritardi dovuti a condizioni atmosferiche particolarmente avverse, il rimpatrio e il rimborso totale nel caso di insolvenza del venditore.

La direttiva sui pacchetti viaggio era necessaria perché la normativa in vigore risale al 1990, quando gli unici pacchetti esistenti erano quelli creati dai tour operator. Oggi, grazie a Internet, il consumatore può invece personalizzare il pacchetto offerto, scegliendo trasporti, hotel e altri servizi, come il noleggio auto, con la conseguente difficoltà di individuare il responsabile per i singoli servizi all'interno del pacchetto.

La nuova direttiva copre quindi i pacchetti organizzati confezionati dal tour operator, i pacchetti personalizzati assemblati dal consumatore e acquistati da un solo operatore e l'organizzazione assistita, ovvero la combinazione di servizi venduti da un unico intermediario ma come servizi separati, ai quali vengono estesi anche i principi stabiliti nella direttiva di venticinque anni fa.

Dienstag, 27. Oktober 2015

6.8. Europäischer Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation (A8-0300/2015 - Pilar del Castillo Vera)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Afzal Khan (S&D). – Madam President, I have just voted to ban mobile phone roaming charges. The new law will see a decrease in charges from next April by 75%, with a complete ban on extra charges in June 2017. This is great news for all of us and means that soon, when we travel within the EU, we can use our phone just the same as if we were at home.

Recent research by uSwitch shows that currently one in six people holidaying in Europe came back to a phone bill that was GBP 100 higher than normal. So this change will make a big difference to all our lives. Labour MPs have been at the forefront of the drive to end this roaming rip-off. Soon all of us will be able to post holiday photos on Facebook, Twitter, and Instagram without worrying about a huge bill. This is just one of the ways in which we in Britain are winning a better deal thanks to European action and highlights once again why we are better off in the EU.

Jens Rohde (ALDE). – Fru formand! Da vi havde debatten i morges, var der en række kolleger, der i forbindelse med telekompakken mente, at aftalen ikke er tilstrækkelig. Aftalen for slutdatoen for roaming kom alt for sent i 2017, og det er da også rigtigt – Parlamentet foreslog i sin tid december 2015 — og afsnittet om netneutralitet var på ingen måde nok. Man hævdede, at aftalen endda ville udvande den nuværende netneutralitet. Med det argument brugte de aftalen til at fremsætte en række ændringsforslag. Der er bare det at sige til det, at hvis alle de ændringsforslag – eller rettere, hvis bare ét af ændringsforslagene var gået igennem – så var aftalen faldet, og så havde vi haft ingenting. Vi havde intet haft om roaming, ingen slutdato og ikke ét eneste ord i europæisk lovgivning om netneutralitet. Og derfor valgte jeg at stemme imod de ændringsforslag, trods ...

Marian Harkin (ALDE). – Madam President, I co-signed and voted in favour of the amendments that would have guaranteed net neutrality across the EU. This was a unique opportunity for the European Parliament to make its power and its presence felt. It is important to say that there were some good outcomes from today's vote: we will be putting an end to roaming charges, and I agree with my colleague, Jens Rohde, that we had to take a decision here in Parliament, but I am disappointed because I believe we could have gone further. We should have taken this opportunity to define net neutrality as the principle by which all internet traffic is treated equally without discrimination, restriction or interference, independent of its sender, recipient, type, content, device, service or application. Finally, it is important to say that Member States like the Netherlands can adopt regulations and enshrine net neutrality in their own domestic law.

Krisztina Morvai (NI). – Természetesen egyetérték azzal és üdvözlöm, hogy megszűnnek a roamingdíjak 2017-től, és hogy erről döntött az Európai Parlament. A legkeményvonalasabb EU-szkeptikusok is nyilvánvalóan örülnek ennek, és ők is egyetértenek abban, hogy természetesen vannak olyan döntések, amelyeket európai szinten kell meghozni azért, hogy az európai emberek élete könnyebb és jobb legyen. Amiben nem értünk egyet, az az, amit a riportőr kommentárként mondott, hogy lám milyen csodálatos az Európai Unió, mert ez kellett ahhoz, hogy megszüntethessék a roamingdíjakat. Nem gondoljuk, hogy az egyre diktatórikusabb, egyre központosítóbb, és a nemzetállamoktól egyre több szuverenitást elvonó Európai Unió lenne szükséges ahhoz, hogy a roamingdíjakat megszüntessék. Miért ne lehetne ezt egy sokkal lazább kötelékben vagy együttműködési formában is ezt és számos más hasonló döntést meghozni.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, která upravuje otázku jednotného evropského trhu elektronických komunikací. My často vedeme debatu ve svých národních státech o tom, jaký přínos má pro občany Evropská unie, jaký konkrétní přínos jim přináší. Toto je přesně příklad toho, kdy vytváření jednotného trhu v rámci Evropské unie, v tomto případě elektronického trhu, je přínosem pro jednotlivé občany. Občané nebudou muset od poloviny roku 2017 platit roamingové poplatky. Ty poplatky se už dosti výrazně snížily, nebudou žádné, a toto je důkazem toho, že jednotný vnitřní trh občanům, spotřebitelům přináší pozitivní výhody. Mimo jiné studie ukazují, že ve chvíli, kdy občan v cizím státě využívá internet, využívá mobil, pak tyto služby využívá mnohem méně právě díky roamingovým poplatkům. Takže zrušení poplatků povede také k většímu využívání mobilních sítí.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, já považuji také za velmi důležité, že jsme dnes ve druhém čtení rozhodli o přijetí nařízení o otevřeném internetu a právech uživatelů služeb elektronických komunikací. Je to důležité především z pohledu spotřebitelů, konečně tak, jak zde již bylo řečeno, bude platit dohoda o zrušení roamingových poplatků, sice se zpožděním, ale bude platit. Je to jistá daň za kompromis, který zde musel být vybudován. Je to důležité proto, abychom byli schopni budovat jednotný digitální evropský trh a aby Evropská unie byla konkurenceschopná. Jsem také ráda, že euroskeptici uznávají, že přece jen bez této dohody by byl velmi ochuzen také spotřebitel v Evropě a že snad Evropská unie v tom má důležitou roli. Nehlasovala jsem pro návrhy, které jsem ovšem považovala za důležité, a to je např. definice internetové neutrality. Myslím, že do budoucna je zde prostor samozřejmě pro sledování dopadu a vylepšení tohoto nařízení.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētājas kundze! Šajā normatīvajā rezolūcijā skartie jaunievedumi bez šaubām ir vieni no visgaidītākajiem Eiropas Savienības iedzīvotāju vidū. Kamēr sākotnēji, protams, bija plānots atcelt viesabonēšanas papildmaksu jau līdz šī gada beigām, pašlaik 2017. gada jūnijs darbojas kā galīgais ieviešanas termiņš.

2016. gada aprīlī cenas uz zvaniem, īsziņām un interneta datu plūsmu samazināsies vēl vairāk. Viesabonēšanas maksa veidos ne vairāk kā ceturtdaļu no pašreizējā tarifu maksimuma. Un tas ir labi, un tas ir apsveicami! Bet kopienas teritorijā ceļotājiem no Eiropas Savienības dalībvalstīm tad vairs nevajadzēs maksāt vairāk nekā mājās. Protams, turpinās pastāvēt brīvās konkurences princips, un jebkurš lietotājs varēs izvēlēties jebkuru viņam vai viņai patīkamu pakalpojumu sniedzēju, bet, visticamāk, krietni samazināsies to cilvēku skaits, kuri pirms lietošanai dažādas SIM kartes. Protams, paliek vairāki jautājumi sakarā ar šo plānu, bet šī iniciatīva ir neapšaubāmi apsveicama. Paldies!

José Blanco López (S&D). – Señora Presidenta, el acuerdo que he votado y que acabamos de aprobar consagra una idea de Europa, la Europa que elimina barreras de comunicaciones entre los ciudadanos, la Europa unida.

Gracias a este acuerdo diremos adiós al *roaming*. Esto beneficiará a los ciudadanos en sus viajes por Europa, pero también abre puertas a nuestras empresas para el desarrollo de aplicaciones y servicios. Este acuerdo, además, consagra la neutralidad de la red.

Me hubiera gustado que el concepto se hubiera recogido. Sin embargo, si hay que escoger entre palabras y principios, yo escojo consagrar el principio de neutralidad de la red, de trato igual y no discriminatorio, que es precisamente lo que recoge el informe. Por lo tanto, estamos ante un paso adelante en una apuesta por el liderazgo digital de la Unión Europea.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, this is my last contribution right now. So I think it is a good one because this is a day of celebration – celebration for the European Union, because we have shown very clearly that, when we work together, we can do so for the benefit of all citizens of Europe – and indeed all businesses – and particularly, as has been said, we are saying goodbye to roaming. This is something we have fought long and hard for, and it shows also the power of the European Parliament and the European Union that it can take on big businesses and defeat them for the benefit of consumers, because the roaming charges, which were excessive, are now going to end in 2017. That is certainly something to celebrate.

Also, as my colleague and rapporteur Pilar del Castillo said, it guarantees open internet, equal access and protects consumers. People have different views on net neutrality, but that is also enshrined in it from our point of view and I think most people agree with that.

Nathan Gill (EFDD). – Madam President, since 1999 when UKIP MEPs first arrived at the European Parliament, we have never voted in favour of EU legislation, in favour of giving powers to Brussels. Regarding roaming charges, may I just say that, contrary to the belief that only the EU can achieve this, it simply is not true. I use Three for my mobile phone. During the summer I went to the USA and was able to use every feature on my phone at no extra cost. I travelled to five different states, yet despite the fact that America is not in the EU, Three was able to get a roaming-free deal across America. Why do we need the EU to legislate on this? There are always unintended consequences to legislation. Being forced to lose a lucrative revenue stream, the telecoms companies will recoup these costs from those who do not have the privilege of a jet-set lifestyle.

Dienstag, 27. Oktober 2015

David Coburn (EFDD). – Madam President, depending on your phone company, there may be no roaming charges at all – and that includes places like Australia – but that very much depends which company you are using. That, for the socialists among you, is the free market in action.

Market forces, not state intervention, better regulate the market. If the state – or indeed a socialist superstate, this one in particular – regulates the jet-setters' phone calls, the lost profits may well be transferred elsewhere, namely, to the poor soul on the Clapham omnibus or the Edinburgh tram. Ill thought-out consequences come from interfering in the free market. UKIP is utterly opposed to interfering in the free market.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, what do Australia, Indonesia, Hong Kong, the USA, Israel, Switzerland, Macau, New Zealand and Sri Lanka have in common? I can call back to the UK from any of those countries free of charge from my mobile phone already. In fact, there are more non-EU than EU countries on the list of countries where I can do that. It is based on consumer demand; it is based on the free market; it responds to the needs of consumers. I can do the same from Italy, France and Spain, within the European Union. Why? Because they are countries where the consumer demand exists. But I cannot do that from Brussels. I cannot do that from Belgium, because frankly the needs of the MEPs are not quite enough to sway that with consumer demand just yet. By legislating on this, what we end up doing is we force companies to do something where there is not the demand, which is uncompetitive. When you force companies to do something which is uncompetitive, you put prices up for everybody. That is not right, it is not fair for the average person on the street, and yet Labour still use that as example of why they think the EU is a good thing.

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – We in UKIP voted against the EU Commission proposal to create an EU legislative framework on the European digital market as we believe our national representatives would do a much better job deciding whether to implement such legislation for the UK. We believe in the importance of maintaining the freedom we currently enjoy on the internet. We believe that all internet traffic should be treated equally, without discrimination, restriction or interference. For this reason, we object to the creation of new EU regulation on net neutrality and roaming. With regard to roaming, we believe that this proposal is deeply regressive, favouring well-heeled frequent travellers and disadvantaging typical users. Some telecom operators have in fact admitted that the loss in revenue will be pushed onto domestic users. Non-roaming customers will be subsidising frequently roaming customers and this will increase costs for the majority.

Lars Adaktusson (PPE), skriftlig. – Europaparlamentet röstade i dag om en ny EU-lag som förbjuder extra *roaming*-avgifter för mobilanvändning i andra EU-länder. Det är ett välkommet besked för Europas medborgare som nu inte kommer att drabbas av skyhöga räkningar bara för att de råkar korsa gränsen mellan två medlemsländer.

Det nya telekompaketet innehåller också regler om tillgång till snabbt internet samt s.k. nätneutralitet (öppet internet). Lagen ser till att vi inte kommer att få internet i två hastigheter (att blockera eller sakta ner internet för ett visst innehåll förbjuds) och tvingar således internetleverantörer att behandla trafik på lika villkor. Jag röstade för paketet i sin helhet, eftersom det tar hänsyn till medborgarnas rätt till ett öppet och fritt internet, samtidigt som man bevarar möjligheten för vissa tjänster (exempelvis larmtjänster) att få företräde så länge dessa inte tillhandahålls på bekostnad av kvaliteten på det öppna nätet.

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – La proposta legislativa «European single market for electronic communications», è stata venduta ai cittadini come un grande passo in avanti, come la fine dei costi di roaming e come la tanto sospirata neutralità di internet.

La realtà non è così: innanzitutto non c'è alcuna motivazione per rinviare tutto al 2017, se non quella di prendere ancora tempo. Il roaming cambia abito, sarà permesso infatti alle compagnie di «spalmarlo» su tutti gli utenti e nel caso si superi la permanenza all'estero dell'appositamente creato «utente medio» diventerà addebitabile al singolo utente.

La net-neutrality non esiste più, ci saranno pochi fortunati (i Big della rete) che potranno godere di una banda veloce, mentre gli altri dovranno solo rassegnarsi. A questo consegue la possibilità da parte del gestore di «censurare» qualsiasi pagina degradandola a proprio insindacabile «piacimento» alla banda più lenta.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Gli emendamenti votati miravano soprattutto ad affermare la neutralità di internet e ad eliminare eccezioni ambigue o dichiaratamente negative.

Il mio voto a questi emendamenti è stato positivo ma purtroppo sono stati tutti respinti.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – El presente Reglamento reviste una importancia máxima porque es la expresión inequívoca de los beneficios del proyecto europeo.

El Grupo S&D lleva años reclamando la supresión de los sobrecostes de itinerancia. Con este acuerdo, que he apoyado, ese deseo se hará realidad el 15 de junio de 2017.

Es cierto que no se ha logrado la supresión a finales de este año, pero hemos logrado doblegar la resistencia de algunos Estados miembros que no querían la supresión del *roaming* antes de 2018 ni una reducción significativa de los precios para el período transitorio, como se ha logrado a partir de abril de 2016. De todo ello se beneficiarán los ciudadanos en sus viajes por la Unión, pero también las empresas, especialmente las pymes.

Pero además, este acuerdo consagra el principio de la neutralidad de la red por primera vez en los 28 Estados miembros. Habríamos deseado que el Consejo no hubiera imposibilitado incluir el concepto en el acuerdo. Pero se ha consagrado la definición aprobada por el Parlamento para garantizar un trato igual y no discriminatorio de todo el tráfico en internet.

El acuerdo es un paso, pero queda mucho trabajo por hacer para avanzar hacia el mercado único digital.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe supone la aprobación definitiva en primera lectura de la posición del Consejo sobre el mercado único europeo de las comunicaciones electrónicas. Esta propuesta autoriza la aprobación definitiva de un acto que tendrá un importante impacto en los Estados miembros de la Unión puesto que armoniza las regulaciones sobre comunicaciones electrónicas. Sin embargo, esta armonización se realiza sin garantías suficientes para permitir la neutralidad de la red y permitiendo abusos de los operadores, como las tarifas de *roaming*. Es por esto por lo que nuestra posición es contraria a esta aprobación.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This vote was broken into two parts. The first part was a vote to reject the Council's position and the second part consisted of 12 Amendments, which I co-signed, to reinstall crucial definitions and references to the principle of net neutrality throughout the text. I voted in favour of all parts.

My reasons for rejecting the Council's position were that during the course of negotiations, the text of this report was significantly watered down. The abolition of roaming charges initially foreseen for December 2015 was postponed until June 2017. On top of this, all references to net neutrality were deleted from the text, leaving the door completely open to a two-speed internet, an internet that would allow ISPs to discriminate between internet traffic to the detriment of smaller companies, newspapers and blogs. As the Council's position was completely inadequate in terms of protecting net neutrality and respecting the need to abolish roaming charges as early as possible, I voted to reject it.

Max Andersson (Verts/ALE), *skriftlig*. – Jag har röstat för de ändringsförslag som värnar om nätneutraliteten och mot förslaget därför att jag är orolig för att nätneutraliteten riskerar att undergrävas med detta beslut. Jag värnar för ett öppet internet där företag och människor behandlas lika.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le rapport dont il est ici question est une recommandation du Parlement européen concernant le règlement sur la régulation des activités des fournisseurs d'accès à Internet et la fin des frais d'itinérance au sein de l'Union.

Dans cette recommandation, le Parlement revient sur la position du Conseil.

Deux aspects sont à souligner:

Dienstag, 27. Oktober 2015

1. une partie du texte vise à supprimer les frais d'itinérance («roaming»), surcoûts qui sont imposés aux consommateurs lorsqu'ils passent des communications depuis l'étranger. J'ai voté en faveur de leur suppression à partir de 2017, étant bien entendu que les consommateurs ne pourront en abuser en souscrivant des abonnements dans un État membre où ils ne sont pas domiciliés et où ces abonnements sont moins coûteux. Ainsi, la suppression des frais d'itinérance est assortie d'exceptions qui permettront aux opérateurs de limiter cet usage afin qu'ils ne soient pas pénalisés;

2. une autre partie du texte est censée défendre la «neutralité du net». Toutefois, à bien des égards, celle-ci n'est pas respectée. Les fournisseurs d'accès pourront exercer des discriminations entre les fichiers cryptés et non cryptés, entre la télévision en ligne et les autres plateformes vidéo, etc.

J'ai donc voté en faveur des amendements qui garantissent la neutralité du net.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération car elle vise à interdire les droits d'itinérance des télécommunications mobiles et un accès équitable à l'internet.

Je me félicite du vote de cette mesure qui est demandée depuis de nombreuses années par les citoyens européens. Enfin!

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą, kurio tikslas - panaikinti tarptinklinio ryšio mokesčių. Atnaujintos taisyklės numato, kad nuo 2017 m. birželio mėn. ES bus panaikintas tarptinklinio ryšio mokestis. Jose taip pat siūloma apriboti interneto prieigos paslaugų teikėjų galimybę blokuoti arba sulėtinti konkurentų programų veiklą. Nuo 2017 m. birželio 15 d. mobiliojo ryšio operatoriai negalės taikyti padidinto tarifo už mobiliųjų telefonų skambučius, teksto žinutes ir duomenų perdavimą išvykus į kitą ES valstybę. Savo ruožtu jau nuo 2016 m. balandžio 30 d. didžiausia leistina priemoka už skambučio minutę užsienyje negalės viršyti 0,05 €, už žinutę - 0,02 €, o už perduotų duomenų megabaitą - 0,05 €. Naujosios taisyklės kartu įpareigos prieigos prie interneto paslaugų teikėjus valdyti visus srautus vienodai, t. y. neblokuoti arba sulėtinti tam tikrų siuntėjų ar gavėjų, ar jų naudojamų programų veiklos, nebent tai būtina vykstant teismo sprendimus, išlaikant tinklo saugumą ir kovojant su kibernetinėmis atakomis.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We in UKIP voted against the EU Commission proposal to create an EU legislative framework on the European digital market as we believe our national representatives would do a much better job deciding whether to implement such legislation for the UK. We believe in the importance of maintaining the freedom we currently enjoy on the internet. We believe that all internet traffic should be treated equally, without discrimination, restriction or interference. For this reason, we object to the creation of new EU regulation on net neutrality and roaming. With regard to roaming, we believe that this proposal is deeply regressive, favouring well-heeled frequent travellers and disadvantaging typical users. Some telecom operators have in fact admitted that the loss in revenue will be pushed onto domestic users. Non-roaming customers will be subsidising frequently roaming customers and this will increase costs for the majority.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – S'agissant d'une seconde lecture, il n'y avait pas de vote final sur le texte lui-même, mais seulement sur les amendements. Rappelons tout de même l'objectif global: une révision du règlement sur la régulation des activités des fournisseurs d'accès à internet et, plus particulièrement, la fin des frais d'itinérance de l'internet mobile dans l'Union, ce qui est a priori une bonne chose.

Cependant, le premier aspect du règlement est à juste titre contesté par de nombreuses associations de consommateurs. En effet, il permet aux fournisseurs d'accès d'accorder des flux privilégiés – payants – aux entreprises. Or les régulateurs nationaux auront très peu de marge de manœuvre contre cette pratique. Ceci remet donc en cause le principe de «neutralité du net» qui veut que tous les flux et la vitesse d'accès à tous les sites soient traités sans discrimination.

J'ai donc voté en faveur de tous les amendements qui visaient à garantir cette neutralité, qui ont finalement été rejetés par les voix des députés PPE et S&D, c'est-à-dire par l'UMPS européen...

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Malgré quelques faiblesses, je soutiens l'accord obtenu avec le Conseil sur le marché unique des communications électroniques car il apporte de belles avancées en perspective pour le consommateur.

Dienstag, 27. Oktober 2015

En effet, nous avons obtenu de mettre fin aux frais de roaming pour les appels, SMS et données dans l'Union pour juillet 2017. Nous avons également dans cet accord garanti la neutralité du net en assurant un internet ouvert non-discriminatoire, transparent, et avec des droits clairs pour les utilisateurs finaux. En vertu de l'accord, le blocage, la dégradation ou la discrimination du contenu en ligne seront interdits et les exceptions à ce principe général seront bien définies, par exemple, pour contrer une cyber-attaque et prévenir la congestion du trafic.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Le règlement proposé vise à mettre en place des règles harmonisées destinées à garantir l'accès à un internet ouvert, à protéger les droits des utilisateurs et à supprimer les frais d'itinérance supplémentaires.

J'ai notamment voté en faveur des nombreux amendements visant à renforcer la neutralité du net.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Mi sono espressa con un voto di astensione nei confronti di questo testo. Certamente è un passo avanti rispetto alle attuali spese che i cittadini europei devono sostenere quando si trovano ad usare i propri operatori in *roaming*, ma rimane il fatto che i costi di *roaming* non verranno eliminati totalmente dato che permarrà la clausola di sostenibilità che permetterà ad ogni operatore di applicare un sovrapprezzo nella misura necessaria per recuperare i costi della fornitura di servizi.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El presente Reglamento reviste una importancia máxima porque es la expresión inequívoca de los beneficios del proyecto europeo.

El Grupo S&D lleva años reclamando la supresión de los sobrecostes de itinerancia. Con este acuerdo, que he apoyado, ese deseo se hará realidad el 15 de junio de 2017.

Es cierto que no se ha logrado la supresión a finales de este año, pero hemos logrado doblegar la resistencia de algunos Estados miembros que no querían la supresión del *roaming* antes de 2018 ni una reducción significativa de los precios para el período transitorio, como se ha logrado a partir de abril de 2016. De todo ello se beneficiarán los ciudadanos en sus viajes por la Unión, pero también las empresas, especialmente las pymes.

Pero además, este acuerdo consagra el principio de la neutralidad de la red por primera vez en los 28 Estados miembros. Habríamos deseado que el Consejo no hubiera imposibilitado incluir el concepto en el acuerdo. Pero se ha consagrado la definición aprobada por el Parlamento para garantizar un trato igual y no discriminatorio de todo el tráfico en internet.

El acuerdo es un paso, pero queda mucho trabajo por hacer para avanzar hacia el mercado único digital.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. –

A roaming-díjak az elmúlt években a személyek szabad mozgásának adójaként, amolyan extraprofitként működtek, ezért az Európai Parlament már évek óta szorgalmazta azok eltörlését. Az Európai Parlament 2007 óta árplafonok bevezetésével segítette az állampolgárokat és a határon átnyúló üzleti tevékenységet végző vállalkozásokat, most pedig végre lehetővé válik az, hogy legkésőbb 2017. június 15-től hazai tarifákon beszélgethessenek az Európai Unió állampolgárai egymással. A roaming-díjak felszámolása az emberek szabad mozgását akadályozó adó lebontása, a közös Európa megvalósulásának első lépése!

A Parlament mai döntésével a hálózatsemlegesség kérdése is szabályozásra került. Ennek keretében a szolgáltatók kötelesek egyenlően kezelni az összes forgalmat, és tilos lesz számukra blokkolni vagy lassítani különböző szolgáltatások átviteli sebességét. Ezenkívül lehetővé válik különleges szolgáltatások értékesítése, amely garantálja a magas minőségű internethozzáférést, de nem az alap internetszolgáltatás rovására. Az internethozzáférés egyenlő esélyeket ad a kkv-k számára az egész EU-ban.

A magyar néppárti delegáció tagjaként megszavaztam az első olvasatban tárgyalt tanácsi álláspontot, amelynek eredményeként sor kerülhet a roaming-díjak eltörlésére.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Že pred časom sem se zavzel za internetno liberalizacijo, zato sem glasoval PROTI predlaganemu priporočilu o potrditvi stališča Sveta in s tem ZA zagotovitev internetne nevtralnosti.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Odločitev, ki jo je žal sprejela večina, po mojem mnenju nasprotuje načelom prostega trga ter potencialno tudi svobodnemu dostopu do informacij, dvema načeloma, na katerem stoji današnja Evropska skupnost. Ta mora težiti k enotnemu in ne k razdrobljenemu telekomunikacijskemu trgu. Poleg tega sprejeta odločitev pomeni tudi nižji standard, ki je trenutno v veljavi v Sloveniji, kjer je nevtralnost interneta predpisana z zakonom.

Na podlagi sprejete odločitve se tako daje možnost ponudnikom internetnega dostopa, da ti selektivno nadzorujejo internetni promet do končnega uporabnika, pri čemer lahko v ospredje postavljajo komercialne storitve, ki jih sami tržijo.

Neprimerno se mi zdi tudi dejstvo, da se je v istem dokumentu znašla tudi Uredba o gostovanju v javnih komunikacijskih omrežjih v Evropski uniji, s katero se l. 2017 dokončno odpravlja t.i. roaming v EU, kar seveda močno podpiram.

A tovrstna ureditev področja mobilne telefonije ne bi smela biti izgovor za hkratno sprejetje nedodelane in škodljive direktive s področja nadzora elektronskih komunikacijskih omrežij.

Zato sem podprl amandmaje, ki zavračajo stališče Sveta oz. nedvoumno zagotavljajo internetno nevtralnost.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – La proposta riguardante il mercato unico delle comunicazioni elettroniche, cui do il mio deciso appoggio, nel corso del suo lungo iter iniziato nel 2013 ha visto il Parlamento europeo dare prova di una grande determinazione della quale oggi raccogliamo finalmente i frutti.

L'abolizione delle tariffe di roaming e le garanzie di accesso alla rete, previste all'interno del documento, sono risultati i cui effetti positivi ricadono diffusamente su consumatori, piccole e medie imprese, start-up e organizzazioni diverse.

L'abolizione delle tariffe di roaming seguirà un percorso graduale che porterà al loro definitivo annullamento previsto per la metà del 2017 (15 giugno 2017). Dopo questa data, infatti, tutti i consumatori europei vedranno applicarsi il medesimo prezzo, che siano nel loro paese di origine o in viaggio per l'Europa, per chiamate, SMS e dati mobili. Con il sostegno alla votazione di oggi si concretizza un importante passo verso la realizzazione della strategia per il mercato unico digitale.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Parlament je stavljen u poziciju gdje su morali odlučiti hoće li prihvatiti roaming i nejasno određenu mrežnu neutralnost ili neće prihvatiti ništa, pa će cijeli proces potrajati još nekoliko godina. Roaming je veliki projekt kojim će potrošači ostvariti velike uštede. Komisija je procijenila da će se smanjenje profita koje će doživjeti teleoperateri zapravo prebiti činjenicom da će velik broj potrošača tek sada početi koristiti roaming.

Zbog neugodnih iznenađenja koja su nas sve znala dočekati na računu po povratku s putovanja, većina nas se oslanjala na bežični internet u kafićima i hotelima. Izmjena je od velike važnosti za projekt zajedničkog digitalnog tržišta i zato sam ipak podržala prijedlog.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de règlement vise à mettre en place notamment des règles harmonisées destinées à garantir l'accès à un internet ouvert, la protection des droits des utilisateurs et la suppression les frais supplémentaires d'itinérances.

J'ai voté en faveur de nombreux amendements visant à renforcer la neutralité du net.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – This vote was broken into two parts. The first part was a vote to reject the Council's position and the second part consisted of 12 Amendments, which I co-signed, to reinstall crucial definitions and references to the principle of net neutrality throughout the text. I voted in favour of all parts.

Dienstag, 27. Oktober 2015

My reasons for rejecting the Council's position were that during the course of negotiations, the text of this report was significantly watered down. The abolition of roaming charges initially foreseen for December 2015 was postponed until June 2017. On top of this, all references to net neutrality were deleted from the text, leaving the door completely open to a two-speed internet, an internet that would allow ISPs to discriminate between internet traffic to the detriment of smaller companies, newspapers and blogs. As the Council's position was completely inadequate in terms of protecting net neutrality and respecting the need to abolish roaming charges as early as possible, I voted to reject it.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'approvazione di questo documento perché ritengo che l'introduzione di questo regolamento sia un passo fondamentale verso il completamento del mercato unico che permetterà di salvaguardare l'accesso a un Internet aperto, di tutelare i diritti degli utenti e di porre fine ai sovrapprezzi del roaming.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Finalmente, dopo l'esito positivo del lavoro della commissione ITRE e dei lunghi negoziati interistituzionali, è possibile armonizzare le norme volte a salvaguardare l'accesso libero ad Internet, tutelare i diritti degli utenti e porre fine agli ingiusti sovrapprezzi del roaming internazionale.

Grazie a questa votazione l'UE, per la prima volta, può avere una normativa che stabilisca la neutralità della rete e la limitazione dei rischi di *blocking* o di *throttling* arbitrari sulle connessioni private dei cittadini europei. Sebbene la piena tutela della definitiva neutralità della rete e della completa parità di trattamento delle connessioni private siano ancora da ottenere nella loro interezza, il provvedimento rappresenta un importante traguardo e uno stimolo al maggiore impegno sulla via del rispetto della cittadinanza digitale e della *net neutrality* in Europa.

Steve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objet la révision du règlement sur la régulation des activités de fournisseurs d'accès à internet et la fin des frais d'itinérance de l'internet mobile dans l'Union. Le texte va donner la possibilité aux fournisseurs d'accorder aux sociétés un accès à internet plus performant. Cette proposition remet donc en cause le principe de «neutralité du net» selon lequel tous les flux et la vitesse d'accès doivent être traités sans discrimination.

Même si le rapporteur préconise de supprimer les frais d'itinérance, il est essentiel de comprendre que cette proposition s'inscrit dans le cadre du paquet sur l'économie de la donnée qui va introduire un régulateur unique européen à la place de l'ORECE. Cela aboutira à une concentration horizontale du marché avec, à la clé, une diminution du nombre d'acteurs au détriment du pouvoir d'achat des consommateurs.

J'ai donc voté contre le rejet de la proposition du Conseil.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Domeniul comunicațiilor a constituit pentru Uniunea Europeană o provocare în demersurile făcute pentru a crea un spațiu comun de comerț și a oferi cetățenilor săi egalitate în drepturi ca și consumatori și beneficiari de servicii. Este de neconceput în acest secol ca reglementările europene să nu cuprindă și politici de uniformizare privind serviciile de telefonie și furnizare de internet, acestea constituind chiar cele mai utilizate mijloace de comunicare între cetățenii Uniunii.

Susțin aceste politici care prevăd asigurarea accesului tuturor cetățenilor la internetul deschis și eliminarea tuturor tarifelor roaming în rețelele publice de comunicații mobile. De asemenea, susțin cadrul legal în care se vor realiza aceste politici, fiind necesare reglementări treptate, care să nu ducă la un dezechilibru economic în sectoarele furnizorilor acestor servicii, dar care să susțină pas cu pas finalitatea înlăturării tuturor obstacolelor financiare de comunicare pe teritoriul UE.

Am votat în favoarea atingerii unor asemenea obiective, considerând că este nevoie de crearea unui cadru de tranzit, fapt ce se realizează tocmai prin introducerea de norme armonizate care să garanteze accesul la internet deschis, protecția drepturilor utilizatorilor și eliminarea suprataxelor pentru serviciile de roaming.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Non c'è votazione finale in seconda lettura. Il regolamento elimina il *roaming* dal 15 giugno 2017 salvo clausola di sostenibilità. In ogni caso il costo totale non potrà superare 0,19 centesimi per chiamate effettuate, 0,60 centesimi per SMS e 0,20 centesimi per i dati.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Ținând cont de importanța implementării pieței unice europene pentru dezvoltarea profundă a tuturor statelor membre, consider că realizarea unei piețe unice europene a comunicațiilor electronice se înscrie în principiile Uniunii. Conform articolului 3 al Tratatului Uniunii Europene, Uniunea instituie o piață internă. Aceasta acționează pentru dezvoltarea durabilă a Europei, întemeiată pe o creștere economică echilibrată și pe stabilitatea prețurilor, pe o economie socială de piață cu grad ridicat de competitivitate, care tinde spre ocuparea deplină a forței de muncă și spre progres social, precum și pe un nivel înalt de protecție și de îmbunătățire a calității mediului. Unul dintre lucrurile esențiale prevăzute de acest articol este promovarea progresului științific și tehnic.

Consider că această promovare se poate realiza numai în contextul unui serviciu universal în cadrul UE care să ofere aceleași drepturi utilizatorilor telefoniei de comunicație și internetului. Prin urmare, susțin a doua lectură a raportului privind piața unică europeană a comunicațiilor electronice.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – El presente Reglamento reviste una importancia máxima porque es la expresión inequívoca de los beneficios del proyecto europeo.

El Grupo S&D lleva años reclamando la supresión de los sobrecostes de itinerancia. Con este acuerdo, que he apoyado, ese deseo se hará realidad el 15 de junio de 2017.

Es cierto que no se ha logrado la supresión a finales de este año, pero hemos logrado doblegar la resistencia de algunos Estados miembros que no querían la supresión del *roaming* antes de 2018 ni una reducción significativa de los precios para el período transitorio, como se ha logrado a partir de abril de 2016. De todo ello se beneficiarán los ciudadanos en sus viajes por la Unión, pero también las empresas, especialmente las pymes.

Pero además, este acuerdo consagra el principio de la neutralidad de la red por primera vez en los 28 Estados miembros. Habríamos deseado que el Consejo no hubiera imposibilitado incluir el concepto en el acuerdo. Pero se ha consagrado la definición aprobada por el Parlamento para garantizar un trato igual y no discriminatorio de todo el tráfico en internet.

El acuerdo es un paso, pero queda mucho trabajo por hacer para avanzar hacia el mercado único digital.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur la création d'un marché unique européen des communications électroniques.

Ce texte permettra l'élimination totale des frais d'itinérance à partir de 2017. Le coût des communications téléphoniques d'un État membre à un autre sera alors similaire au coût des communications nationales.

C'est le Parlement européen qui, lors des négociations avec les États membres, a insisté sur cette élimination des frais d'itinérance. Ce règlement bénéficie directement aux citoyens européens et constitue une avancée considérable dans la mise en place d'un marché unique cohérent et efficace.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione e discussione in Aula, ho votato a favore della raccomandazione per la seconda lettura relativa alla posizione del Consiglio in prima lettura in vista dell'adozione del regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che stabilisce misure riguardanti l'accesso a un'Internet aperta.

Sono convinto infatti che ottenere «norme armonizzate per salvaguardare l'accesso a un'Internet aperta, per tutelare i diritti degli utenti e porre fine ai sovrapprezzi del roaming», significa attribuire il giusto peso alla libertà di espressione e garantire basi solide per uno «spazio sociale europeo», ora basato sulla mobilità delle persone e sulla mobilità delle loro comunicazioni, che devono avvenire in un contesto di *net neutrality*.

Non sfugge in ogni caso il cammino tortuoso: il roaming internazionale ha infatti ottenuto una regolamentazione per mezzo di un percorso differente, cauto e progressivo rispetto agli altri ambiti delle ITC. Ha necessitato del supporto proveniente dal parallelo sviluppo di una «coscienza europea», orientata al favorire, con ogni mezzo, flussi di dati digitali.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Per una legislazione europea che sia protettiva e che esalti la crescita, sono quindi imperativi la trasparenza dei processi, la chiarezza giuridica, un'applicazione uniforme del quadro legislativo, le pari condizioni operative e – nella specie – la *net neutrality*.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This vote was broken into two parts. The first part was a vote to reject the Council's position and the second part consisted of 12 Amendments, which I co-signed, to reinstall crucial definitions and references to the principle of net neutrality throughout the text. I voted in favour of all parts.

My reasons for rejecting the Council's position were that during the course of negotiations, the text of this report was significantly watered down. The abolition of roaming charges initially foreseen for December 2015 was postponed until June 2017. On top of this, all references to net neutrality were deleted from the text, leaving the door completely open to a two-speed internet, an internet that would allow ISPs to discriminate between internet traffic to the detriment of smaller companies, newspapers and blogs. As the Council's position was completely inadequate in terms of protecting net neutrality and respecting the need to abolish roaming charges as early as possible, I voted to reject it.

James Carver (EFDD), *in writing*. – We in UKIP voted against the EU Commission proposal to create an EU legislative framework on the European digital market as we believe our national representatives would do a much better job deciding whether to implement such legislation for the UK. We believe in the importance of maintaining the freedom we currently enjoy on the internet. We believe that all internet traffic should be treated equally, without discrimination, restriction or interference. For this reason, we object to the creation of new EU regulation on net neutrality and roaming. With regard to roaming, we believe that this proposal is deeply regressive, favouring well-heeled frequent travellers and disadvantaging typical users. Some telecom operators have in fact admitted that the loss in revenue will be pushed onto domestic users. Non-roaming customers will be subsidising frequently roaming customers and this will increase costs for the majority.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report as it outlines provisions such as the abolition of the roaming charges, greater protection of consumer rights and higher quality digital services which bring us closer to full implementation of the Digital Single Market strategy.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – I contenuti fondamentali della relazione sono il roaming e la neutralità di Internet. Per quest'ultimo aspetto, il testo evita di affrontare direttamente l'essenziale questione della neutralità della rete; la sostituisce invece con un ambiguo e indefinito concetto di «open access», farcito di eccezioni, che non offre ai cittadini europei le garanzie necessarie di trattamento identico di tutti i servizi che circolano sulla rete.

Aprire quindi la possibilità di rinforzare le posizioni già predominanti dei grandi operatori e fornitori di servizi, e di oscurare comparativamente, con un trattamento di svantaggio, determinati fornitori di contenuti. Si crea, di fatto, la possibilità di offrire «corsie privilegiate» in Internet, con l'unico fondamento dello sfruttamento mercantile della rete: ci si discosta dal carattere di servizio pubblico, offerto in uguali condizioni a tutti i fornitori di servizi e contenuti, che dovrebbe contraddistinguere Internet. Perciò abbiamo votato a favore di tutti gli emendamenti presentati in plenaria, perché si concentrano soprattutto sull'affermazione della neutralità di Internet e sull'eliminazione di eccezioni ambigue o dichiaratamente negative.

Jean-Marie Cavada (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'adoption en deuxième lecture du projet de règlement sur le marché unique des communications électroniques. Ce texte constitue selon moi une réforme ambitieuse des communications électroniques.

Parmi les dispositions incluses dans ce texte, je me félicite de l'abolition des surcoûts téléphoniques pour les appels en Europe. La fin du roaming va changer considérablement nos habitudes de communication et faciliter un peu plus la libre circulation des citoyens dans notre espace commun.

Concernant la neutralité du net, le texte me paraît atteindre un équilibre satisfaisant, puisqu'il permet le développement de services innovants tout en introduisant un principe contraignant pour les opérateurs et des règles de gestion de trafic bien encadrées.

Dienstag, 27. Oktober 2015

De façon générale, cette réforme ne sera pleinement satisfaisante qu'une fois suivie de mesures visant à déployer le haut débit dans l'Union et surtout à repenser le régime de responsabilité des plateformes numériques. Seul un tel encadrement permettra d'assurer une concurrence équitable entre tous les acteurs du marché numérique.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – President, I supported the proposal because I made a promise to my voters that we would end roaming in Europe, and today we did just that. Could the law have been better? Yes. I regret that the Council did not accept to make it 100% clear that net neutrality must be respected in Europe and by all companies. But I believe the overall package is better than no package at all which would have happened if we had adopted the amendments. This is why, while I agree with the ideas included in the amendments tabled, I had to abstain during the votes. But rest assured the fight for better protection of the consumers on the internet is not over.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – I would have liked to vote for a stronger regulation reform today, but this was the only possible compromise on the table to get EU wide progress. That is why I chose not to block the compromise struck between the institutions.

Conservatives in Parliament tend to raise the banner of freedom to do business without hindrance across the EU's national borders, but drag their feet when the profits of big providers are at stake, even when they make no more economic or legal sense. It has taken the S&D group many years of persuasion to introduce progressive roaming caps in successive EU regulation reviews for us to finally have a deadline to scrap roaming, including a final reduction between 2016 and June 2017. Still, we had to accept fair-use caveats and special circumstances where companies may need to be able to recover costs, as EU governments insisted. We managed to impose equal internet traffic treatment across all 28 EU countries. National regulators will be empowered to ban the advantage given to certain, select apps when mobile operators charge consumers no cost for their data use.

I am confident we will be able to evaluate, build upon and strengthen this reform soon, as innovation in the sector is only bound to accelerate.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. –

Επικροτώ και επιβραβεύω τη πρωτοβουλία της Επιτροπής και του Ευρωκοινοβουλίου να προχωρήσει στην κατάργηση των τελών περιαγωγής

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro la proposta del gruppo EFDD di reiezione del provvedimento in esame. Il regolamento in esame contribuisce a valorizzare il ruolo delle TIC, responsabili del 50% dell'incremento di produttività negli ultimi anni in tutti i settori e della creazione di cinque posti di lavoro per ogni due persi, quale elemento decisivo per una crescita intelligente, sostenibile e inclusiva.

Al fine di arrivare a un mercato unico delle comunicazioni elettroniche, i cittadini e le imprese devono avere accesso a servizi di comunicazione elettronica ovunque essi siano erogati nell'Unione, senza restrizioni transfrontaliere o costi aggiuntivi ingiustificati. Le imprese che forniscono reti e servizi di comunicazione elettronica possono operare e fornire i loro prodotti e servizi, a prescindere dal loro luogo di stabilimento o da quello dei loro clienti nell'UE.

Il regolamento promuove l'armonizzazione di norme volte a salvaguardare l'accesso a un'internet aperta, ponendo fine all'inconveniente causato dal sovrapprezzo del roaming. Un mercato unico delle comunicazioni elettroniche può stimolare la concorrenza, gli investimenti e l'innovazione, accrescendo in tal modo la competitività a livello di qualità dell'infrastruttura e dei prezzi.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta perché pensa in grande, come questa Europa ha bisogno di fare. Al di là dei titoli dei giornali, concentrati solo sulla neutralità della rete e sull'abolizione del roaming, la proposta affronta in maniera dettagliata uno dei grandi temi relativi al mercato interno: la creazione di attori paneuropei nel mercato delle telecomunicazioni. Su questo comparto ci giochiamo una grossa fetta del nostro futuro, e non possiamo spaccare ulteriormente il mercato in piccoli pezzi, ma abbiamo bisogno di imprese grandi, solide e pronte a investire. La banda larga è un'autostrada che deve essere costruita, e l'e-commerce che ne potrà derivare è la più grande possibilità per le nostre aziende eccellenti. Mi congratulo infine con il lavoro svolto dall'onorevole Pilar del Castillo Vera.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – This proposal aims to adopt measures concerning open internet access. It also aims to amend Directive 2002/22/EC on universal service and users' rights relating to electronic communications networks and services and Regulation (EU) No 531/2012 on roaming on public mobile communications networks within the Union. The regulation seeks to create unified rules to protect open internet access, with the aim of ceasing roaming surcharges. The protection of users' rights whilst they make use of the internet is of growing importance in Europe and elsewhere. The safeguarding of open internet access is crucial for the functioning of the European Single Market and protects electronic communications throughout the Member States.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – We in UKIP voted against the EU Commission proposal to create an EU legislative framework on the European digital market as we believe our national representatives would do a much better job deciding whether to implement such legislation for the UK. We believe in the importance of maintaining the freedom we currently enjoy on the internet. We believe that all internet traffic should be treated equally, without discrimination, restriction or interference. For this reason, we object to the creation of new EU regulation on net neutrality and roaming. With regard to roaming, we believe that this proposal is deeply regressive, favouring well-heeled frequent travellers and disadvantaging typical users. Some telecom operators have in fact admitted that the loss in revenue will be pushed onto domestic users. Non-roaming customers will be subsidising frequently roaming customers and this will increase costs for the majority.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Partilho o desapontamento de tantos que teriam preferido uma redação mais clara no que diz respeito à neutralidade da Net.

Ainda assim, o disposto no artigo 3.º, n.º 3, sobre o tratamento do tráfego determina princípios de igualdade e não discriminação que subscrevo.

Recusar o compromisso que foi conseguido entre o Parlamento e o Conselho significaria três coisas:

1. Regressar ao ponto «0» e esperar mais alguns anos por uma nova diretiva;
2. Inexistência de qualquer norma europeia entretanto (com o mercado fragmentado em 28 ordens jurídicas nacionais... Ora, o Mercado Interno Digital reclama certeza jurídica e harmonização das normas);
3. Recusar outros pontos positivos que constam do mesmo ato legal, como o fim do *roaming*, que, a ser recusada a diretiva, continuaria por vários anos.

É preferível assim uma regulamentação europeia, ainda que não perfeita, do que 28 diferentes.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – We in UKIP voted against the EU Commission proposal to create an EU legislative framework on the European digital market as we believe our national representatives would do a much better job deciding whether to implement such legislation for the UK. We believe in the importance of maintaining the freedom we currently enjoy on the internet. We believe that all internet traffic should be treated equally, without discrimination, restriction or interference. For this reason, we object to the creation of new EU regulation on net neutrality and roaming. With regard to roaming, we believe that this proposal is deeply regressive, favouring well-heeled frequent travellers and disadvantaging typical users. Some telecom operators have in fact admitted that the loss in revenue will be pushed onto domestic users. Non-roaming customers will be subsidising frequently roaming customers and this will increase costs for the majority.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo regolamento che rappresenta un vero passo in avanti a tutela di consumatori e imprese, soprattutto start-up e PMI.

Finalmente, da giugno 2017, sarà operativo il divieto di applicare le tariffe roaming, nell'utilizzo dei telefoni cellulari in tutta l'UE. Già dal 2016, però, si avrà un abbattimento dei costi in via transitoria, sotto il controllo di autorità nazionali di regolamentazione. Ci saranno, inoltre, norme più chiare e soprattutto armonizzate tra i vari Stati membri per l'utilizzo di Internet, che ne ampliano l'accesso tutelando, nel contempo, i diritti degli utenti.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This agreement is one of the first steps towards the idea of a Digital Single Market within the Union. The treatment of traffic which should be equal and non-discriminatory in the provision of internet access service and also in the safeguarding of related end-users' rights. In reality the end users shall have the right to access and distribute information and content; the providers of internet access service should treat all traffic equally without discrimination; and traffic should not be based on commercial considerations but rather on the technical quality of the service.

However, at the same time, the text agreed has also explicitly allowed the telecom operators and content providers to agree on dedicated 'quality of service' levels to provide the so-called 'necessary services'. This provision was very important for the final agreement.

Javier Couso Permuay (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe supone la aprobación definitiva en primera lectura de la posición del Consejo sobre el mercado único europeo de las comunicaciones electrónicas. Esta propuesta autoriza la aprobación definitiva de un acto que tendrá un importante impacto en los Estados miembros de la Unión puesto que armoniza las regulaciones sobre comunicaciones electrónicas. Sin embargo, esta armonización se realiza sin garantías suficientes para permitir la neutralidad de la red y permitiendo abusos de los operadores, como las tarifas de *roaming*. Es por esto por lo que nuestra posición es contraria a esta aprobación

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il mercato unico delle comunicazioni elettroniche è al centro dell'economia digitale ed è di fondamentale importanza per la crescita e l'occupazione. La risoluzione del Parlamento europeo è finalizzata ad armonizzare norme per la salvaguardia dell'accesso a un'Internet aperta, a tutelare i diritti degli utenti e a porre fine ai sovrapprezzi del roaming. Ho votato a favore di tale risoluzione perché promuove il ruolo delle comunicazioni elettroniche come elemento per l'innovazione e la connettività in tutti i settori dell'economia, oltre a favorire la protezione degli utenti.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A roaming-díjak eltörlése az Európai Unió egyik nagy hozadéka, amely minden állampolgárt kedvezően érint majd. Az Európai Parlament 2007 óta árplafonok bevezetésével segítette az állampolgárokat és a határon átnyúló üzleti tevékenységet végző vállalkozásokat, most pedig végre lehetővé válik, hogy legkésőbb 2017. június 15-től hazai tarifákon beszélgethessenek az Európai Unió állampolgárai egymással.

Hogy sima legyen az átmenet a rendeletek közt, ezért átmeneti időszakot határoztunk meg – ez az átmeneti időszak 2016. április 30-án kezdődik. Ezalatt az időszak alatt a szolgáltató a hazai díjakhoz hozzátehet egy pótdíjat, de ez nem lehet magasabb, mint a korábbi roaming-díj. A Parlament mai döntésével a hálózatszemlegesség kérdése is szabályozásra került. Ennek keretében a szolgáltatók kötelesek egyenlően kezelni az összes forgalmat, és tilos lesz számukra blokkolni vagy lassítani különböző szolgáltatások átviteli sebességét. Az első olvasatban kitárgyalt tanácsi álláspontot megszavaztam, amelynek eredményeként sor kerülhet a roaming-díjak eltörlésére.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted to ensure that roaming for calls, SMS and data within the EU will be abolished by 15 June 2017. With this legislation, for the first time ever, the net neutrality principle will be enshrined in all the 28 national legal systems and will be obliging internet service providers across Europe to treat all internet traffic equally without discrimination, restriction or interference, irrespective of the sender and the receiver, the content, the application or services used. The proposal guarantees also that blocking, throttling, degradation or discrimination of online content, applications and services by internet service providers will be prohibited. This is the final stage to ending EU roaming charges and to guaranteeing net neutrality by ensuring a strong open internet with non-discriminatory traffic, transparency and clear end-user rights.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – Il testo legislativo votato non affronta le grandi divisioni all'interno del mercato europeo delle telecomunicazioni, protegge molto debolmente gli utenti e mantiene i privilegi dei grandi operatori. Di fatto con lo schema proposto, gli operatori possono diminuire i propri costi di roaming e si rischia che i cittadini finiscano addirittura a sovvenzionare i costi di tale operazione immagine. Ovviamente il M5S non poteva essere d'accordo con questa impostazione.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Inoltre, circa la *net neutrality* ci si scosta del carattere di servizio pubblico e democratico che a giudizio del M5S dovrebbe contraddistinguere internet. Siamo in disaccordo inoltre con il «baratto» complessivo che si compie nel testo, dove si scambia la neutralità della rete con la «finta fine» del roaming. Sono questioni con un impatto politico completamente diverso: la rete influenza la vita di tutti mentre il roaming influenza unicamente i brevi spostamenti all'interno dell'Unione di una minoranza di cittadini. La proposta esplicita della delegazione era stata di separare entrambe le questioni, legiferando adesso su una vera fine del roaming e aprendo una discussione più partecipata e informata sulla neutralità della rete.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif propose d'interdire les frais d'itinérance liés à l'utilisation des téléphones mobiles à l'étranger (appels vocaux, SMS/MMS ou données) à partir de juin 2017.

Une période transitoire a été convenue d'avril 2016 à juin 2017, durant laquelle les frais ne pourront pas dépasser 0,05 € par minute pour les appels vocaux, 0,02 € pour les SMS (messages textes) et 0,05 € par mégaoctet pour l'utilisation de l'internet mobile.

Le rapport clarifie également les règles sur le droit d'accès à l'internet, en interdisant aux fournisseurs de bloquer ou de ralentir l'accès aux contenus, aux applications ou aux services internet, sauf si une décision judiciaire le permet ou si cette décision vise à empêcher la congestion des réseaux ou à lutter contre les cyberattaques.

Considérant que le marché unique des télécommunications électroniques est une avancée essentielle en vue d'achever la construction du marché intérieur et de faciliter le quotidien et la mobilité des citoyens en Europe, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – L'adoption de ce texte par le Parlement européen achève une première étape importante vers un marché unique européen des communications électroniques.

J'ai soutenu ce texte qui illustre l'Europe des grands projets, celle que nous soutenons et que nous encourageons. La fin du roaming, les frais d'itinérance, à partir du 15 juin 2017 est une des mesures phares de cette législation.

Cette mesure profitera alors directement aux citoyens européens en leur permettant d'utiliser sans frais supplémentaires leurs téléphones portables lorsqu'ils circulent dans d'autres États membres de l'Union européenne.

Philippe De Backer (ALDE), *schriftelijk*. – Ik heb voor deze aanbeveling gestemd omdat ik ervan overtuigd ben dat een eengemaakte markt voor telefonie- en internetdiensten zowel bedrijven als consumenten ten goede komt. Het is ook een groot pluspunt dat een van de belangrijkste liberale eisen – het afschaffen van roaming – eindelijk werkelijkheid wordt. Verder is het netneutraliteitsbeginsel sterk verankerd, wat belangrijk is voor een open internet dat innovatie en nieuwe starters alle kansen moet geven.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Il regolamento TMS introdurrà un sistema di norme armonizzate volte a salvaguardare un accesso libero a Internet, a tutelare i diritti degli utenti e a porre fine ai sovrapprezzi del roaming. Ho votato a favore di questa raccomandazione poiché ritengo sia importante che la Commissione approvi la posizione del Consiglio senza ulteriori modifiche, al fine di garantire la neutralità della rete eliminando definitivamente quei «confini artificiali» creati dai sovrapprezzi del roaming.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Il est essentiel que l'Union progresse vers l'accomplissement d'un véritable marché unique des télécommunications.

Les frais d'itinérance («roaming») et les difficultés d'accès aux contenus sur l'internet d'un État membre à un autre sont des obstacles auxquels font face chaque jour les citoyens européens qui voyagent dans l'Union. Cela porte également préjudice aux échanges entre les États membres.

L'accord conclu entre le Parlement européen et le Conseil constitue un bon compromis. Les frais d'itinérance prendront fin en 2017 et le principe de neutralité du net est inscrit dans le texte du compromis.

Dienstag, 27. Oktober 2015

L'Union européenne devra veiller à la bonne application de ce règlement par les États membres, mais devra aussi aller plus loin dans la création d'un «continent connecté».

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport Del Castillo sur le marché unique européen des communications électroniques (MUT).

En effet, cet accord prévoit la fin du roaming pour le 15 juin 2017. Le coût des appels à l'étranger correspondra donc à partir de cette date aux tarifs d'un appel national. Que nous soyons professionnels, étudiants ou simples voyageurs, nous en avons fini avec les factures téléphoniques exorbitantes après un séjour dans un pays voisin européen!

C'est une victoire pour le Parlement européen, puisque le Conseil, au début des négociations en mars 2015, ne proposait qu'un paquet de roaming gratuit pendant 7 jours, avec chaque jour 5 mégabytes, 5 minutes d'appels reçus, 5 minutes d'appels passés et 5 SMS.

Toujours dans le cadre de ce rapport, l'accord crée les premières règles paneuropéennes pour garantir la neutralité du net (ou internet ouvert). Cet accord garantit ainsi un accès égal pour tous sans discrimination et interdit tout blocage, ralentissement ou dégradation du débit. De même, nous avons encadré très strictement les fournisseurs d'accès à internet, qui devront garantir le respect de la vie privée des utilisateurs et la protection des données à caractère personnelle.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A roaming-díjak az elmúlt években a személyek szabad mozgásának adójaként, amolyan extraprofitként működtek, ezért az Európai Parlament már évek óta szorgalmazta azok eltörlését. Az Európai Parlament 2007 óta árplafonok bevezetésével segítette az állampolgárokat és a határon átnyúló üzleti tevékenységet végző vállalkozásokat, most pedig végre lehetővé válik az, hogy legkésőbb 2017. június 15-től hazai tarifákon beszélgethessenek az Európai Unió állampolgárai egymással.

A Parlament mai döntésével a hálózatsemlegesség kérdése is szabályozásra került. Ennek keretében a szolgáltatók kötelesek egyenlően kezelni az összes forgalmat, és tilos lesz számukra blokkolni vagy lassítani különböző szolgáltatások átviteli sebességét. Ezenkívül lehetővé válik különleges szolgáltatások értékesítése, amely garantálja a magas minőségű internethozzáférést, de nem az alap internetszolgáltatás rovására. A magyar néppárti delegáció tagjaként megszavaztam az első olvasatban kitárgyalt tanácsi álláspontot, amelynek eredményeként sor kerülhet a roaming-díjak eltörlésére.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du nouveau paquet relatif aux télécommunications.

L'abolition des frais d'itinérance (roaming) était attendue depuis longtemps par tous les citoyens européens, mais aussi par les start-ups et les PME. Grâce au vote du paquet télécoms, cette suppression sera effective à partir du 15 juin 2017 et les citoyens européens pourront enfin se déplacer librement sans encourir de frais supplémentaires pour la téléphonie mobile et l'accès au réseau (appels, SMS, data) dans tout l'espace européen.

Je me réjouis du vote intervenu, même si j'aurais souhaité qu'il y ait un accord plus ambitieux et plus clair sur l'autre enjeu majeur de cette législation: la neutralité du net. Bien sûr, le texte adopté apporte la garantie juridique d'un internet ouvert en Europe, ce qui devrait éviter le risque d'avoir un internet à deux vitesses, mais je considère que la position initiale du Parlement sur le principe de neutralité du net était plus ambitieuse, plus claire et plus précise.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A roaming-díjak az elmúlt években a személyek szabad mozgásának adójaként, amolyan extraprofitként működtek, ezért az Európai Parlament már évek óta szorgalmazta azok eltörlését. Az Európai Parlament 2007 óta árplafonok bevezetésével segítette az állampolgárokat és a határon átnyúló üzleti tevékenységet végző vállalkozásokat, most pedig végre lehetővé válik az, hogy legkésőbb 2017. június 15-től hazai tarifákon beszélgethessenek az Európai Unió állampolgárai egymással.

A Parlament mai döntésével a hálózatsemlegesség kérdése is szabályozásra került. Ennek keretében a szolgáltatók kötelesek egyenlően kezelni az összes forgalmat, és tilos lesz számukra blokkolni vagy lassítani különböző szolgáltatások átviteli sebességét. Ezenkívül lehetővé válik különleges szolgáltatások értékesítése, amely garantálja a magas minőségű internethozzáférést, de nem az alap internetszolgáltatás rovására.

Dienstag, 27. Oktober 2015

A magyar néppárti delegáció tagjaként megszavaztam az első olvasatban kitárgyalt tanácsi álláspontot, amelynek eredményeként sor kerülhet a roaming-díjak eltörlésére.

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – Castillo Vera - European single market for electronic communications: I am in support of this report to end roaming charges, as a way of allowing consumers to freely replicate their domestic usage patterns when periodically travelling in the EU. These new open internet rules will preserve net neutrality, help drive innovation and, of course, should please British holidaymakers.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Край на роуминга от юни 2017! Време беше! Подкрепям това предложение, но по-важното е междувременно да се наблюдават цените на международните разговори при различните оператори, дали пък те няма да се увеличат, за да се компенсира?

Смятам, че това е тема, която ще продължи да бъде дискутирана. Докладът включваше и част за дебата за „Отворен интернет“ Новите правила гарантират, че когато доставчиците на услуги управляват трафика в нета, това се извършва на неконкурентен принцип, за да се гарантира отвореността на интернет.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Συμφωνούμε με το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο να απορρίψει τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση. Δεν πρέπει να επιτρέψουμε τις ρυθμιστικές αρχές να αποφασίζουν για το μέλλον του διαδικτύου στην Ευρώπη. Η έκθεση δεν ικανοποιεί τη διασφάλιση της πρόσβασης στο διαδίκτυο και την προστασία των δικαιωμάτων των ευρωπαίων πολιτών. Το παρόν κείμενο είναι ασαφές και μπορεί να επιτρέψει ερμηνείες που μπορούν να οδηγήσουν σε διακρίσεις στο διαδίκτυο, καταργώντας την ελευθέρια της έκφρασης την οικονομική ανάπτυξη και την καινοτομία. Τέλος, δεν διασφαλίζει και δεν προωθεί άμεσα την κατάργηση των τελών περιαγωγής.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A roaming-díjak az elmúlt években a személyek szabad mozgásának adójaként, amolyan extraprofitként működtek, ezért az Európai Parlament már évek óta szorgalmazta azok eltörlését. Az Európai Parlament 2007 óta árplafonok bevezetésével segítette az állampolgárokat és a határon átnyúló üzleti tevékenységet végző vállalkozásokat, most pedig végre lehetővé válik az, hogy legkésőbb 2017. június 15-től hazai tarifákon beszélgethessenek az Európai Unió állampolgárai egymással.

A Parlament mai döntésével a hálózatsemlegesség kérdése is szabályozásra került. Ennek keretében a szolgáltatók kötelesek egyenlően kezelni az összes forgalmat, és tilos lesz számukra blokkolni vagy lassítani különböző szolgáltatások átviteli sebességét. Ezenkívül lehetővé válik különleges szolgáltatások értékesítése, amely garantálja a magas minőségű internethozzáférést, de nem az alap internetszolgáltatás rovására.

A magyar néppárti delegáció tagjaként megszavaztam az első olvasatban kitárgyalt tanácsi álláspontot, amelynek eredményeként sor kerülhet a roaming-díjak eltörlésére.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – We in UKIP voted against the EU Commission proposal to create an EU legislative framework on the European digital market as we believe our national representatives would do a much better job deciding whether to implement such legislation for the UK. We believe in the importance of maintaining the freedom we currently enjoy on the internet. We believe that all internet traffic should be treated equally, without discrimination, restriction or interference. For this reason, we object to the creation of new EU regulation on net neutrality and roaming. With regard to roaming, we believe that this proposal is deeply regressive, favouring well-heeled frequent travellers and disadvantaging typical users. Some telecom operators have in fact admitted that the loss in revenue will be pushed onto domestic users. Non-roaming customers will be subsidising frequently roaming customers and this will increase costs for the majority.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the regulation to safeguard open internet access and end roaming surcharges. It is in the interests of Welsh consumers and small businesses in Wales to ensure that internet access remains a free and equal playing field.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Il M5S è contrario al testo interistituzionale negoziato dal trilatero, il quale protegge molto debolmente gli utenti e mantiene i privilegi dei grandi operatori.

Dienstag, 27. Oktober 2015

La questione della *net neutrality* non viene affrontata, anzi, viene sostituita dal concetto vago di «open access», che si scosta del carattere di servizio pubblico, offerto a parità di condizioni a tutti i fornitori di servizi e contenuti, che a giudizio del M5S dovrebbe contraddistinguere Internet.

Siamo in disaccordo inoltre con il «baratto» complessivo che si è compiuto nel testo, dove si scambia la neutralità della rete contro la «finta fine» del roaming.

Sono questioni con un impatto politico e cittadino completamente diverso: la rete influenza, sempre di più, la vita di tutti; mentre il roaming influenza unicamente i relativamente brevi spostamenti all'interno dell'Unione di una minoranza di cittadini. Abbiamo provato, in sede di trilogio, a separare le questioni, legiferando adesso su una vera fine del roaming e aprendo una discussione più partecipata e informata sulla neutralità della rete, ma invano.

In plenaria, dove non vi è voto sulla seconda lettura, il M5S ha sostenuto gli emendamenti volti ad affermare la necessità della neutralità di Internet, come richiesto da migliaia di cittadini.

José Inácio Faria (ALDE), *por escrito*. – Votei a favor do texto acordado pelo Parlamento Europeu e pelo Conselho da União Europeia nos trilogos de junho passado por considerar que o fim das taxas de *roaming* constitui uma grande vitória do projeto europeu e também uma grande vitória para os cidadãos que vivem em regiões fronteiriças ou que têm de se deslocar frequentemente a outros Estados-Membros da União.

Além da redução das tarifas de itinerância em 2016 e a sua abolição em 2017, um importantíssimo aspeto para o mercado interno é o estabelecimento do acesso aberto à Internet em todo o território da UE, sem bloqueio ou abrandamento da qualidade do sinal em virtude da localização ou do tipo de dados que estão a ser trocados pelo utilizador, algo que certamente se reveste de uma grande importância para os europeus.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Jag röstade för denna överenskommelse med medlemsländerna i rådet. Det är glädjande att vi äntligen har lyckats avskaffa roamingavgifterna inom EU, även om det sker senare än vad jag hade velat. Jag hade också gärna sett mycket starkare skrivningar om nätneutralitet, en fråga som jag, många kolleger i ALDE-gruppen samt mina företrädare som Centerpartiets parlamentariker kämpat för i förhandlingarna. Jag beklagar att vi, trots hårt tryck, inte lyckades pressa medlemsländerna längre. Jag tycker inte att det vore ansvarsfullt att rösta för de ändringsförslag som lades till omröstningen i plenum på det området, eftersom det riskerade att fälla hela förslaget. Då hade vi varit tillbaka på ruta ett, och jag tror inte länderna hade gett efter mer i nya förhandlingar.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O novo regulamento sobre o mercado das telecomunicações inclui as primeiras disposições a nível europeu para salvaguardar o acesso aberto à Internet, requerendo que os operadores tratem de forma equitativa todo o tráfego ao disponibilizarem serviços *online*. As sobretaxas de itinerância cobradas quando uma pessoa utiliza o seu telemóvel noutro país da UE para fazer chamadas, enviar SMS ou aceder à Internet serão abolidas em 15 de junho de 2017. No entanto, quando a itinerância ultrapassar os limites da utilização razoável, poderá ser cobrada uma pequena taxa. Esta taxa não pode ser superior ao limite máximo das tarifas grossistas que os operadores pagam pela utilização das redes de outros países da UE.

A redução das tarifas de *roaming* ocorrerá em 30 de abril de 2016. O nível máximo de sobretaxas será de 0,05 euros por minuto nas chamadas, 0,02 euros por SMS e 0,05 por *megabyte* de dados. Estes montantes correspondem ao limite máximo das tarifas grossistas. Os operadores terão de tratar de forma equitativa todo o tráfego ao disponibilizarem serviços de acesso à Internet, de acordo com as regras relativas à neutralidade da rede. Estas normas visam proibir os fornecedores de serviços de acesso à Internet de bloquear ou abrandar conteúdos, aplicações ou serviços dos seus concorrentes.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Oggi si vota in seconda lettura un testo sul mercato unico europeo per le comunicazioni elettroniche, che viene fuori da un trilogio, di cui non abbiamo condiviso le conclusioni.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ci troviamo di fronte ad un testo che rappresenta un lampante esempio di propaganda istituzionale che non corrisponde alla realtà. Il testo rinvia in modo ingiustificato l'entrata in vigore delle misure adottate fino al 2017; le misure adottate non determineranno la fine del roaming in sé, poiché i grossisti continueranno a pagarlo, quindi ripercuotendo sotto diversa veste questi costi all'utente finale; ed infine il pacchetto normativo è sottoposto a condizioni ed eccezioni che lo indeboliscono ulteriormente.

Come se non bastasse viene fortemente minata la neutralità della rete. Viene introdotto un ambiguo e indefinito concetto di «open access», pieno zeppo di eccezioni, che non offre ai cittadini europei le garanzie necessarie di trattamento identico di tutti i servizi che circolano sulla rete. Si creano i presupposti per il rafforzamento di posizioni dominanti e si ignora il carattere di servizio pubblico che secondo noi dovrebbe contraddistinguere Internet.

Per queste ragioni abbiamo votato emendamenti che mirano a ribaltare l'esito di un trilogò che non condividiamo affatto.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Deitando por terra as ilusões de alguns aquando do voto em primeira leitura, em resultado das negociações são agora ainda mais nítidas as reais intenções deste regulamento.

Vale a pena relembra os motivos que, logo na primeira leitura, justificaram o nosso voto contra. Estamos perante um passo de gigante no aprofundamento do processo de liberalização do sector, que favorece as grandes potências e as suas multinacionais à custa de postos de trabalho e dos direitos dos trabalhadores.

Redefine-se agora mais claramente a tentativa de apropriação da Internet pelos colossos do sector (à medida dos interesses dos quais está feita esta proposta legislativa), pondo irremediavelmente em causa, ao contrário do que é afirmado pela relatora e demais defensores desta proposta, a sua neutralidade. Só por si, isto já justificava o nosso voto contra.

Mas outras razões existem para a rejeição desta proposta, que, mais uma vez, direita e social-democracia apoiaram conjuntamente. Veja-se o caso do tão propalado fim das taxas de *roaming* – previsivelmente feito à custa das populações dos países com maiores afluxos turísticos, como Portugal, que pagarão com o aumento das respetivas tarifas os custos do fim do *roaming*. Para isto mesmo vieram alertar os chamados reguladores, sem que da Comissão Europeia se tenha, até à data, visto resposta satisfatória.

Santiago Fisas Aixelà (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la instauración de un mercado único europeo de las comunicaciones electrónicas porque, en un contexto de globalización digital como el que vivimos, es necesario instar a la armonización legislativa y avanzar hacia la supresión progresiva de «aduanas digitales».

La reducción de los gastos por itinerancia demostrará en un primer tiempo la eficacia de estas medidas. Una vez se supere el periodo de transición, que concluirá en junio de 2017, el objetivo es la supresión completa de estos gastos de itinerancia, para eliminar las diferencias existentes entre los Estados miembros y proporcionar una mayor fluidez al mercado digital europeo.

Por otra parte, es esencial proteger a los consumidores en este proceso, asegurando en primer lugar el principio del tratamiento equitativo y no discriminatorio y en segundo lugar la protección de la información personal de los usuarios finales.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – po dlhých rokovaníach v rámci trialógu dospeli 30. júna 2015 zástupcovia Európskeho parlamentu k dohode s členskými štátmi v oblasti regulácií pre jednotný trh s elektronickými komunikáciami. Pre spotrebiteľov v Európskej únii to bude znamenať zrušenie vysokých poplatkov za SMS, hovory a dáta od 15. júna 2017. Od apríla 2016 do júna 2017 budú môcť mobilní operátori znížiť ceny až štvornásobne oproti realite, s ktorou sa spotrebiteľia stretávajú dnes. Súčasťou jednotného trhu s elektronickými komunikáciami bude aj sieťová neutralita, ktorá bude po prvý raz premietnutá do právnych poriadkov členských štátov a zaviazá všetkých poskytovateľov internetových služieb v Európe pristupovať rovnako ku všetkým internetovým pásmam a prevádzkam.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Συμφωνώ με το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο να απορρίψει τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση. Δεν πρέπει να επιτρέψουμε στις ρυθμιστικές αρχές να αποφασίζουν για το μέλλον του διαδικτύου στην Ευρώπη. Η έκθεση δεν ικανοποιεί τη διασφάλιση της πρόσβασης στο διαδίκτυο και την προστασία των δικαιωμάτων των Ευρωπαίων πολιτών. Το παρόν κείμενο είναι ασαφές και μπορεί να επιτρέψει ερμηνείες που μπορούν να οδηγήσουν σε διακρίσεις στο διαδίκτυο πνίγοντας την ελευθέρια της έκφρασης, την οικονομική ανάπτυξη και την καινοτομία. Τέλος, δεν διασφαλίζει και δεν προωθεί άμεσα την κατάργηση των τελών περιαγωγής.

Eugen Freund (S&D), schriftlich. – Konnte das Parlament zwar in den Verhandlungen zur ersten Lesung noch weitgehende Verbesserungen erreichen, und zusätzlich zur Abschaffung von Roaming sogar eine gesetzliche Verankerung von Netzneutralität durchsetzen, so enthält der jetzige Bericht diese Verbesserungen nicht mehr. Die Endfassung sieht jetzt wieder vor, dass sowohl eine Art „Roaming“ erhalten bleibt und im „offenen Internet“ sogenannte Spezialdienste zugelassen werden. Es wurde zwar mit aufgenommen, dass die Qualität der regulären Internetverbindung in Bandbreite und Geschwindigkeit durch diese nicht leiden darf, die Spezialdienste dürfen aber als „Pay-for-Priority“-Dienste gegen Bezahlung prioritär durchs Netz geleitet werden. Die Netzneutralität, also die Gleichbehandlung aller Datenpakete und Inhalte im Netz, wird damit zwar nicht abgeschafft, dennoch wird eine Art von Zwei-Klassen-Internet geschaffen. Der vorliegende Bericht erfüllt damit die Position, die das Parlament auch in diversen Resolutionen zur Netzneutralität schon mehrmals beschlossen hat, nicht. Gleichzeitig sorgt die Verordnung auch nicht für mehr Rechtssicherheit, sondern wirft mehr (rechtliche) Fragen auf, als sie gesetzlich löst.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – I strongly support the long awaited abolition of roaming surcharges and the safeguards for net neutrality in EU law. This agreement will finally allow European customers to replicate their average mobile domestic consumption while periodically travelling in the Union.

This is the end of a long battle that we started many years ago to end EU roaming charges, to break the logic of artificial borders for mobile communications inside the European Union, and to guarantee net neutrality by ensuring a strong open internet with non-discriminatory traffic, transparency and clear end-user rights.

The result of our commitment is that mobile phone retail roaming surcharges for calls, SMS and data within the EU will be abolished by 15 June 2017, provided that the wholesale prices review will be applicable on this date, and that the freedom and the right of European citizens to access or distribute internet content will no longer depend on the rules of the country in which they live.

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. – El presente Reglamento reviste una importancia máxima porque es la expresión inequívoca de los beneficios del proyecto europeo.

El Grupo S&D lleva años reclamando la supresión de los sobrecostes de itinerancia. Con este acuerdo, que he apoyado, ese deseo se hará realidad el 15 de junio de 2017.

Es cierto que no se ha logrado la supresión a finales de este año, pero hemos logrado doblegar la resistencia de algunos Estados miembros que no querían la supresión del *roaming* antes de 2018 ni una reducción significativa de los precios para el período transitorio, como se ha logrado a partir de abril de 2016. De todo ello se beneficiarán los ciudadanos en sus viajes por la Unión, pero también las empresas, especialmente las pymes.

Pero además, este acuerdo consagra el principio de la neutralidad de la red por primera vez en los 28 Estados miembros. Habríamos deseado que el Consejo no hubiera imposibilitado incluir el concepto en el acuerdo. Pero se ha consagrado la definición aprobada por el Parlamento para garantizar un trato igual y no discriminatorio de todo el tráfico en internet.

El acuerdo es un paso, pero queda mucho trabajo por hacer para avanzar hacia el mercado único digital.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – El presente Reglamento reviste una importancia máxima porque es la expresión inequívoca de los beneficios del proyecto europeo.

El Grupo S&D lleva años reclamando la supresión de los sobrecostes de itinerancia. Con este acuerdo, que he apoyado, ese deseo se hará realidad el 15 de junio de 2017.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Es cierto que no se ha logrado la supresión a finales de este año, pero hemos logrado doblegar la resistencia de algunos Estados miembros que no querían la supresión del *roaming* antes de 2018 ni una reducción significativa de los precios para el período transitorio, como se ha logrado a partir de abril de 2016. De todo ello se beneficiarán los ciudadanos en sus viajes por la Unión, pero también las empresas, especialmente las pymes.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Con il provvedimento votato oggi abbiamo finalmente eliminato gli odiosi costi di roaming per 500 milioni di cittadini europei. In questo modo abbiamo reso ancora più forte la libertà di circolazione dei cittadini europei, eliminando quello che ancora si frapponeva come un muro invisibile, obbligando turisti e lavoratori transfrontalieri a insopportabili costi aggiuntivi assolutamente ingiustificati. Allo stesso tempo siamo stati la prima regione al mondo a creare una regolamentazione in grado di tutelare l'accesso libero e senza discriminazioni a Internet.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Mi compiaccio di questo importante voto che fa fare un importante passo in avanti all'integrazione piena del mercato interno nelle telecomunicazioni. Il risultato più simbolico, finalmente, è l'abolizione del roaming, una misura attesa da tempo e che rappresenta il miglior biglietto da visita di un'Europa concreta e attenta alle esigenze dei cittadini.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo con il Consiglio relativo al regolamento sul mercato unico digitale, perché il regolamento, che entrerà in vigore prossimamente, rappresenterà un importante passo in avanti a favore dell'eliminazione delle strozzature, ancora esistenti, che ostacolano lo sviluppo del mercato unico digitale (abolizione delle tariffe di roaming, introduzione di norme europee alla neutralità della rete).

Sin dal 2013, con la proposta di regolamento della Commissione, era evidente che si sarebbe optato per un approccio regolamentare pragmatico, scegliendo di eliminare gradualmente gli ostacoli al mercato unico digitale, in materia d'introduzione di un'autorizzazione unica per i fornitori transfrontalieri, coordinamento nell'assegnazione dello spettro, armonizzazione dei prodotti d'accesso necessari per fornire le comunicazioni elettroniche, e in materia di protezione degli utenti finali.

Per quanto possa essere un accordo non totalmente soddisfacente, esso rappresenta senza dubbio il migliore accordo possibile nell'interesse degli utenti finali, particolarmente per la parte che riguarda l'abolizione del roaming. Nondimeno, ci si rammarica del fatto che l'abolizione completa del roaming sarà effettiva solo dalla metà del 2017.

Infine, saluto favorevolmente l'introduzione ex novo di una legislazione specifica europea in materia di accesso senza discriminazioni alla rete, che continuerà a fare di Internet una piattaforma aperta all'innovazione.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen die Änderungsanträge der anderen Fraktionen zum Bericht „Europäischer Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation“ gestimmt, da ich die Position des Rates teile. Europa braucht mehr Sicherheit, mehr eigene Infrastruktur, wenn es um den grenzübergreifenden Nutzen elektronischer Kommunikation geht. Das ist gut für unsere Bürger.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Cieszy mnie wynik dzisiejszego głosowania Parlamentu Europejskiego nad ostateczną formą rozporządzenia PE i Rady dotyczącego europejskiego jednolitego rynku łączności elektronicznej. Tym samym zakończyliśmy ostatni etap prac legislacyjnych nad wprowadzeniem rozporządzeń, które zapewnią neutralność internetu i zniesienie opłat roamingowych na terenie całej Wspólnoty.

Kwestie te wymagały uregulowania już od dawna. Ostatecznie zniesienie opłat roamingowych na terenie UE przewidziane jest na czerwiec 2017 roku. Rozporządzenie jest owocem długotrwałych negocjacji Parlamentu i starań o poprawę praw konsumenta na terenie UE. W 2014 roku Komisja przedstawiła wyniki badania, z którego wynikało, że 94% Europejczyków ogranicza korzystanie z usług internetowych w trakcie podróży zagranicznych – właśnie ze względu na koszty.

Unia Europejska powinna dokładać ciągłych starań w trosce o dobro swoich obywateli. Omawiane rozporządzenia zniosą przestarzałe praktyki biznesowe na rynku telekomunikacji i usuną bariery, które uniemożliwiały dotąd swobodne korzystanie z usług cyfrowych.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dostęp do internetu to jedno z praw człowieka, a przyszłość cyfrowa to jeden z filarów nowoczesnej i silnej Europy. Ujednolicenie zasad dotyczących sieci i połączeń roamingowych to kwestia szczególnie ważna, ponieważ dotyczy milionów obywateli UE i wpłynie znacząco na ich życie.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Gerade für uns in der deutsch-niederländischen Grenzregion ist die Abschaffung der Roaming-Gebühren ein großer Erfolg. Aber auch im Urlaub in anderen EU-Mitgliedstaaten können Sie bald schon zu Inlandskosten nach Deutschland telefonieren. Ein hervorragendes Beispiel, das deutlich macht, welche Vorteile Europa für jeden einzelnen Bürger haben kann.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of this historic deal to end roaming charges across Europe. From 15 June 2017, people travelling in the EU will not have to pay additional roaming charges. The end of roaming charges will be a huge benefit to holidaymakers and business travellers across the EU.

The deal also ensures that, for the first time, the net neutrality principle will be enshrined into 28 national legal systems and will oblige internet service providers across Europe to treat all internet traffic equally without discrimination, restriction or interference and irrespective of the sender and receiver, the content, the applications or services used.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – I supported this regulation that will put an end to roaming charges in the EU as of June 2017, allowing European Union citizens to travel across the EU without paying extra communication surcharges. The Parliament has fought for it and we will have it. This is an example of how the European Union can bring concrete benefits to its citizens.

Julie Girling (ECR), *in writing*. – I strongly believe that the internet must remain open and neutral. With this in mind, the end of roaming is a welcome and celebrated step for consumers. Indeed, successive reductions in roaming prices have consistently proven to be one of the most tangible positive news stories of EU intervention, and the latest agreement was also welcomed by the Prime Minister.

As a member of the Conservative party, I am naturally sceptical towards market intervention but I remain both satisfied that regulatory intervention is necessary in this instance as well as reassured that appropriate safeguards have been put in place to prevent mandated losses to operators and also an increase in domestic tariffs.

Furthermore, in view of the growth of internet traffic, the new rules ensure that when providers manage traffic it is on a non-competitive basis to guarantee the openness of the internet. It is for these reasons that I voted in favour of the Council's position.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la proposición para expulsar la propuesta de la Comisión. Por tanto, estamos en contra del Informe de Pilar del Castillo puesto que, a pesar de que pone fin al *roaming* dentro de la UE (cosa deseable), el Parlamento Europeo también ha votado sobre un tema mucho más preocupante aunque menos público: la neutralidad de la red dentro de las fronteras comunitarias. En este sentido, y tras el proyecto de acuerdo inicial que la Comisión publicó en junio del presente año, el Parlamento Europeo ha votado en contra de todas las enmiendas a un proyecto de ley que precisamente venía a asegurar un mercado único que garantice las comunicaciones electrónicas y, sobre todo, para impedir que las operadoras pudiesen priorizar el tráfico según sus propios términos, dando al traste con la red igualitaria y libre que conocemos ahora.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za zaleceniem do drugiego czytania dotyczącym stanowiska Rady przyjętego w pierwszym czytaniu w celu przyjęcia rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady ustanawiającego środki dotyczące otwartego dostępu do internetu oraz zmieniającego dyrektywę 2002/22/WE w sprawie usługi powszechnej i związanych z sieciami i usługami łączności elektronicznej praw użytkowników i rozporządzenia (UE) nr 531/2012 w sprawie roamingu w publicznych sieciach łączności ruchomej wewnątrz Unii. Uważam, że wynegocjowane porozumienie jest korzystne dla obywateli Unii Europejskiej, ponieważ dzięki niemu konsumenci nie będą obciążani opłatami roamingowymi od czerwca 2017 r. Wypracowany kompromis zawiera również zasady zabezpieczające otwarty internet zgodne z zasadą neutralności sieci.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Karoline Graswander-Hainz (S&D), *schriftlich*. – Konnte das Parlament zwar in den Verhandlungen zur ersten Lesung noch weitgehende Verbesserungen erreichen, und zusätzlich zur Abschaffung von Roaming sogar eine gesetzliche Verankerung von Netzneutralität durchsetzen, so enthält der jetzige Bericht diese Verbesserungen nicht mehr. Die Endfassung sieht jetzt wieder vor, dass sowohl eine Art „Roaming“ erhalten bleibt und im „offenen Internet“ sogenannte Spezialdienste zugelassen werden. Es wurde zwar mitaufgenommen, dass die Qualität der regulären Internetverbindung in Bandbreite und Geschwindigkeit durch diese nicht leiden darf, die Spezialdienste dürfen aber als „Pay-for-Priority“-Dienste gegen Bezahlung prioritär durchs Netz geleitet werden. Die Netzneutralität, also die Gleichbehandlung aller Datenpakete und Inhalte im Netz, wird damit zwar nicht abgeschafft, dennoch wird eine Art von zwei Klassen Internet geschaffen. Der vorliegende Bericht erfüllt damit die Position, die das Parlament auch in diversen Resolutionen zur Netzneutralität schon mehrmals beschlossen hat, nicht. Gleichzeitig sorgt die Verordnung auch nicht für mehr Rechtssicherheit, sondern wirft mehr (rechtliche) Fragen auf als sie gesetzlich löst.

Nathalie Griesbeck (ALDE), *par écrit*. – Alors que chaque citoyen peut se déplacer dans un autre État membre, qu'il peut s'y rendre pour des raisons personnelles ou professionnelles, il est inadmissible qu'au sein du marché unique européen, il soit obligé de payer des frais d'itinérance lorsqu'il franchit une frontière et se retrouve de fait sur un nouveau réseau mobile! Désormais, c'est acté! L'abolition définitive du roaming au 15 juin 2017! Après 10 ans de négociation, quatre législations européennes successives et de longs mois de négociations acharnées!

Concernant la neutralité du net: le texte pose pour la première fois, dans une législation européenne, le principe de neutralité du net et le droit de chaque européen à accéder aux contenus web sans faire l'objet de discriminations, conservant ainsi la caractéristique de plateforme ouverte que présente l'internet. Soyons clairs, si le texte ne va pas aussi loin que je l'aurais souhaité, c'est une véritable victoire si nous regardons quelques années en arrière, où il était inenvisageable d'évoquer simplement cette question. Nous continuerons notre combat en ce sens.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I, along with Labour Party colleagues, voted in favour of this Report which marks the end of a long battle to end EU roaming charges and to break down artificial borders for mobile communications inside the EU.

The introduction of a Single Market for Telecoms in Europe will mean all European countries will have to incorporate rules on net neutrality, which will oblige internet service providers across Europe to treat all internet traffic equally without discrimination, restriction or interference and irrespective of the sender and receiver, the content, the applications or services used.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte. Voilà une bonne nouvelle pour tous nos concitoyens qui doutaient encore de l'utilité de l'Europe: l'accord prévoit la fin des frais d'itinérance à partir du 15 juin 2017. Le coût des appels à l'étranger correspondra donc à partir de cette date aux tarifs d'un appel national!

C'est une victoire du Parlement européen qui répond à une préoccupation concrète de tous les concitoyens et je m'en réjouis. L'accord crée également les premières règles paneuropéennes pour garantir la neutralité du net. Il garantit à ce titre un accès égal pour tous sans discrimination.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui apporte des avancées majeures pour les utilisateurs de téléphonie mobile et d'internet: l'interdiction des frais d'itinérance et la neutralité du net.

La réduction puis l'interdiction des frais d'itinérance d'ici à 2017 (les frais supplémentaires payés aux opérateurs téléphoniques lorsque l'on franchit les frontières) est une véritable victoire pour le pouvoir d'achat des citoyens et la mobilité européenne.

La neutralité du net ensuite (s'assurer que tous les flux de données bénéficient du même traitement sur internet) garantit qu'internet reste un espace public. Jusqu'ici il n'existait aucune règle européenne contraignante en la matière. Ce rapport consacre désormais la neutralité du net dans les 28 systèmes juridiques de l'Union.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Alors que la droite européenne était prête à accepter un concept faible de la neutralité, les socialistes et démocrates ont obtenu une définition la plus claire possible. Nous avons également obtenu quatre garde-fous pour empêcher les «services spécialisés» de devenir une porte de contournement de la neutralité.

Enfin, bien que nous souhaitions que ce texte interdise clairement la pratique du «zero rating» (ce point a été exclu des négociations), il donnera des armes pour contester certaines pratiques techniques en découlant.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted against the Recommendation for second reading on the Council position at first reading with a view to the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council laying down measures concerning open internet access and amending Directive 2002/22/EC on universal service and users' rights relating to electronic communications networks and services and Regulation (EU) No 531/2012 on roaming on public mobile communications networks within the Union. Due to the fact that the Parliament had to give in on a very complicated mechanism to ensure the sustainability of certain operators, even though the principle of this safeguard clause was shared, the design is very complicated.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – El presente Reglamento reviste una importancia máxima porque es la expresión inequívoca de los beneficios del proyecto europeo.

El Grupo S&D lleva años reclamando la supresión de los sobrecostos de itinerancia. Con este acuerdo, que he apoyado, ese deseo se hará realidad el 15 de junio de 2017.

Es cierto que no se ha logrado la supresión a finales de este año, pero hemos logrado doblegar la resistencia de algunos Estados miembros que no querían la supresión del *roaming* antes de 2018 ni una reducción significativa de los precios para el período transitorio, como se ha logrado a partir de abril de 2016. De todo ello se beneficiarán los ciudadanos en sus viajes por la Unión, pero también las empresas, especialmente las pymes.

Pero además, este acuerdo consagra el principio de la neutralidad de la red por primera vez en los 28 Estados miembros. Habríamos deseado que el Consejo no hubiera imposibilitado incluir el concepto en el acuerdo. Pero se ha consagrado la definición aprobada por el Parlamento para garantizar un trato igual y no discriminatorio de todo el tráfico en internet.

El acuerdo es un paso, pero queda mucho trabajo por hacer para avanzar hacia el mercado único digital.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A roaming-díjak az elmúlt években a személyek szabad mozgásának adójaként, amolyan extraprofitként működtek, ezért az Európai Parlament már évek óta szorgalmazta azok eltörlését. Az Európai Parlament 2007 óta árplafonok bevezetésével segítette az állampolgárokat és a határon átnyúló üzleti tevékenységet végző vállalkozásokat, most pedig végre lehetővé válik az, hogy legkésőbb 2017. június 15-től hazai tarifákon beszélgethessenek az Európai Unió állampolgárai egymással.

A Parlament mai döntésével a hálózatsemlegesség kérdése is szabályozásra került. Ennek keretében a szolgáltatók kötelesek egyenlően kezelni az összes forgalmat, és tilos lesz számukra blokkolni vagy lassítani különböző szolgáltatások átviteli sebességét. Ezen kívül lehetővé válik különleges szolgáltatások értékesítése, amely garantálja a magas minőségű internethozzáférést, de nem az alap internetszolgáltatás rovására.

A magyar néppárti delegáció tagjaként megszavaztam az első olvasatban tárgyalt tanácsi álláspontot, amelynek eredményeként sor kerülhet a roaming-díjak eltörlésére.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – This hugely important proposal on the 'Telecoms Single Market' contained a number of items including an end to rip-off roaming charges by June 2017 and huge savings by April 2016. It also contained some references and guarantees on net neutrality but crucially not enough to ensure it was guaranteed in all situations. I, along with other MEPs co-sponsored 11 amendments to guarantee net neutrality.

Dienstag, 27. Oktober 2015

I firstly voted against an amendment from the EFDD which called for the European Parliament to reject the entire package. If this amendment had gone through, roaming charges would have continued which would have been a field day for telecom companies and the rip-off of consumers would have continued. Furthermore, the limited steps towards net neutrality would also have gone with absolutely no deal.

We then voted on all 11 amendments regarding net neutrality which I supported. Unfortunately they were defeated by a large majority. The outcome now is an end to roaming charges and limited provisions on net neutrality. The battle continues on net neutrality but it is important to note that Member States can ensure this principle as the Netherlands has done, so this is an issue for both Member States and the EU.

Brian Hayes (PPE), in writing. – I chose to support this report as it is of significant importance to establish a successful and functioning European Digital Single Market. Ultimately, we should aim to create an integrated and secure digital market in which digital giants are unable to abuse their dominant positions. Free competition on the internet will boost innovation, which will in turn boost growth and job creation. I believe this report encourages these key principles.

Hans-Olaf Henkel (ECR), schriftlich. – Die stufenweise Senkung der Roaming-Gebühren bei der Nutzung von Mobiltelefonen im europäischen Ausland ist begrüßenswert. Sind bis Mitte 2017 noch geringfügige Aufschläge verglichen mit den Preisen im Heimatmarkt erlaubt, fallen diese nach diesem Stichtag gänzlich weg und ermöglichen so grenzüberschreitende mobile Kommunikation ohne Zusatzkosten. Die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität ist zwingende Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb in der digitalen Wirtschaft. Angesichts des Bedeutungsverlusts der europäischen IT-Industrie ist es höchste Zeit, einen auf gemeinsamen Standards beruhenden digitalen Binnenmarkt zu schaffen, der europäischen Unternehmen ähnliche Wachstumsraten ermöglicht wie ihren ausländischen Konkurrenten. Dabei sind sowohl der freie Zugriff aller Bürger auf sämtliche Inhalte des Internets als auch die Gleichbehandlung aller Datenpakete ohne bezahlte Priorisierung sicherzustellen. Eine Priorisierung kann ggf. aus technischen – nicht kommerziellen – Gründen nötig sein, jedoch nur verhältnismäßig, nichtdiskriminierend und zeitlich begrenzt. Verantwortlich für die Einhaltung des fairen Wettbewerbs bleiben die nationalen Aufsichtsbehörden. Trotz bestehender Kritikpunkte habe ich für den relevanten Kompromissvorschlag gestimmt, um die zeitnahe Schaffung eines digitalen Binnenmarktes und die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Digitalisierung sicherzustellen.

Im Übrigen – und das ist mein *ceterum censeo* – bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

György Hölvényi (PPE), írásban. – A roaming-díjak az elmúlt években a személyek szabad mozgásának adójaként, extraprofitként működtek. Ezért az Európai Parlament már évek óta szorgalmazta azok eltörlését. Az EP 2007 óta árplafonok bevezetésével segítette az állampolgárokat és a határon átnyúló üzleti tevékenységet végző vállalkozásokat. Most pedig végre lehetővé válik az, hogy legkésőbb 2017. június 15-től hazai tarifákon beszélgethessenek az Európai Unió állampolgárai egymással.

A Parlament mai döntésével a hálózatsemlegesség kérdése is szabályozásra került. Ennek keretében a szolgáltatók kötelesek egyenlően kezelni az összes forgalmat, és tilos lesz számukra blokkolni vagy lassítani különböző szolgáltatások átviteli sebességét. Ezen kívül lehetővé válik különleges szolgáltatások értékesítése, amely garantálja a magas minőségű internethozzáférést. Ez azonban nem történhet az alap internetszolgáltatás rovására.

A magyar néppárti delegáció tagjaként megszavaztam az első olvasatban létrejött tanácsi álláspontot, amelynek eredményeként sor kerülhet a roaming-díjak eltörlésére.

Brice Hortefeux (PPE), par écrit. – Je me félicite de l'adoption du rapport sur le marché unique européen des communications électroniques, qui est un gain majeur pour les consommateurs européens. En effet, l'abolition des frais d'itinérance dits «roaming» est confirmée pour le 15 juin 2017 et la neutralité du net est précisée.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ainsi, dans un premier temps, à partir du 30 avril 2016 jusqu'au 15 juin 2017, les voyageurs en déplacement dans un autre pays de l'Union européenne paieront une surcharge de 0,05 € (contre 0,19 € actuellement) par minute pour leurs appels de l'étranger. Ils devront payer 0,02 € (contre 0,06 €) pour les SMS et 0,05 € (contre 0,20 € actuellement) par MB de données. Ce délai transitoire permettra aux opérateurs de se préparer progressivement à la deuxième et dernière phase, à savoir la suppression complète des frais d'itinérance à partir du 15 juin 2017.

C'est une grande victoire pour le Parlement européen, qui a réussi à faire fléchir les États membres, fortement récalcitrants, au bénéfice des consommateurs.

Voici enfin une réalisation concrète de ce que l'Europe peut apporter à ses citoyens. Davantage de liberté, davantage de modernité, davantage de mobilité.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – I am disappointed that Parliament has failed to uphold the concept of net neutrality. EU legislation on roaming charges has largely been positive and is an area where the EU has a genuine positive impact on the lives of ordinary citizens. It is reckless to undermine this good work by abandoning the principle of net neutrality.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Podržao sam nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća u prvom čitanju s ciljem donošenja uredbe Parlamenta i Vijeća o utvrđivanju mjera u vezi s pristupom otvorenom internetu te o izmjeni Direktive 2002/22/EZ i Uredbe (EU) br. 531/2012, jer snažno podržavam stvaranje jedinstvenog tržišta za elektroničke komunikacije koje je neophodno.

U tom kontekstu, ukidanje roaming naknade od ključne je važnosti kako bi se zaista osiguralo zajedničko tržište, dosljednost i ukinuli neopravdani dodatni troškovi, isto kao i princip neutralnosti interneta. Smatram da je potrebno zaštititi potrošače i osigurati da se operateri drže propisanih pravila. Stoga, podržavam ovu preporuku kojom se prihvaća stajalište Vijeća u prvom čitanju.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte est une recommandation du Parlement européen concernant le règlement sur la régulation des activités des fournisseurs d'accès à l'internet (FAI) et la fin des frais d'itinérance au sein de l'UE.

Le Parlement revient sur la position du Conseil, et deux points sont à souligner:

1. une partie des dispositions du rapport vise à supprimer les frais d'itinérance («roaming»), surcoûts qui sont imposés aux consommateurs lorsqu'ils passent des communications depuis l'étranger. J'ai voté en faveur de leur suppression à partir de l'année 2017, étant bien entendu que les consommateurs ne pourront en abuser en souscrivant des abonnements à l'étranger, dans des États membres où ils sont moins onéreux. Ainsi, la suppression des frais d'itinérance est assortie d'exceptions qui permettent aux opérateurs de limiter cet usage;

2. une autre partie des dispositions du rapport est censée défendre la «neutralité du net». Cependant, à bien des égards, celle-ci n'est pas respectée. Les FAI pourront exercer une discrimination entre les fichiers cryptés et non cryptés, entre la télévision en ligne et les autres plateformes vidéo, etc.

Par conséquent, j'ai voté pour les amendements qui garantissent la neutralité de l'internet.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My MEP colleagues and I in UKIP voted against the EU Commission proposal to create an EU legislative framework on the European digital market as we believe our national representatives would do a much better job deciding whether to implement such legislation for the UK. We believe in the importance of maintaining the freedom we currently enjoy on the internet. We believe that all internet traffic should be treated equally, without discrimination, restriction or interference. For this reason, we object to the creation of new EU regulation on net neutrality and roaming. With regard to roaming, we believe that this proposal is deeply regressive, favouring well-heeled frequent travellers and disadvantaging typical users. Some telecom operators have in fact admitted that the loss in revenue will be pushed onto domestic users. Non-roaming customers will be subsidising frequently roaming customers and this will increase costs for the majority.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta aceptada en 2014 por el PE establecía que el *roaming* desaparecería el 15/12/2015. Lamentablemente, la legislación no se decide en el Parlamento, sino en los llamados «trílogos» (negociaciones entre el Consejo, la Comisión y el Parlamento). En este caso, los grandes partidos han dado la oportunidad al Consejo y a las grandes empresas para que el final del *roaming* se retrase hasta junio de 2017. Además, las compañías podrán seguir cobrando cargos en casos en principio excepcionales, dejando así *de facto* algunas puertas abiertas al *roaming*.

Por otro lado, en cuanto al principio de neutralidad de la red, la situación es similar: muchas lagunas y puertas abiertas para que, por ejemplo, las grandes empresas/proveedores mantengan cierto margen de decisión según sus intereses, incluso para alterar la velocidad de internet.

EH Bildu ha intentado hoy que el acuerdo en el trílogo no fuera aceptado, de modo que el *roaming* desapareciera en 2015 tal y como la ciudadanía europea exige desde hace tiempo y fue aprobado en la Cámara. El intento del Grupo Verts/ALE no ha prosperado, de ahí que hayamos votado 12 enmiendas más para tratar de mejorar la propuesta del Consejo.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui représente une avancée majeure pour le marché unique numérique. En effet, il abolit les frais d'itinérance ou «roaming» entre les États membres et garantit un internet neutre et plus ouvert.

Karin Kadenbach (S&D), *schriftlich*. – Konnte das Parlament zwar in den Verhandlungen zur ersten Lesung noch weitgehende Verbesserungen erreichen, und zusätzlich zur Abschaffung von Roaming sogar eine gesetzliche Verankerung von Netzneutralität durchsetzen, so enthält der jetzige Bericht diese Verbesserungen nicht mehr. Die Endfassung sieht jetzt wieder vor, dass sowohl eine Art „Roaming“ erhalten bleibt und im „offenen Internet“ sogenannte Spezialdienste zugelassen werden. Es wurde zwar mit aufgenommen, dass die Qualität der regulären Internetverbindung in Bandbreite und Geschwindigkeit durch diese nicht leiden darf, die Spezialdienste dürfen aber als „Pay-for-Priority“-Dienste gegen Bezahlung prioritär durchs Netz geleitet werden. Die Netzneutralität, also die Gleichbehandlung aller Datenpakete und Inhalte im Netz, wird damit zwar nicht abgeschafft, dennoch wird eine Art von Zwei-Klassen-Internet geschaffen. Der vorliegende Bericht erfüllt damit die Position, die das Parlament auch in diversen Resolutionen zur Netzneutralität schon mehrmals beschlossen hat, nicht. Gleichzeitig sorgt die Verordnung auch nicht für mehr Rechtssicherheit, sondern wirft mehr (rechtliche) Fragen auf als sie gesetzlich löst.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – The vote in this particular item is one of the most important when it comes to the discussion about the digital future of Europe.

It is true that we were more ambitious than the final text reflects, but the S&D group managed, through fierce negotiations lasting for months, to secure that the forthcoming Digital Single Market strategy will be based on a solid foundation.

We have managed, on behalf of the European citizens, to abolish roaming charges across Europe, starting from 15 June 2017. Additionally, the non-discriminatory basis of our internet and digital activities is secured via the provisions included in the text regarding net neutrality.

It goes without saying that we had been aiming to higher standards, but this text, though not perfectly reflective of the S&D group's perception, is a solid concrete step in the right direction, towards which S&D is leading the way.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Netzneutralität soll sicherstellen, dass der gesamte Internetverkehr ohne Diskriminierung, Einschränkung oder Beeinträchtigung und unabhängig von Absender, Empfänger, Art, Inhalt, Gerät, Dienst oder Anwendung gleich behandelt wird. Das Grundprinzip der Netzneutralität ist insbesondere für Konsumenten und Start-ups als unverzichtbar zu betrachten. Dienstleistungen, Innovation, Forschung und Entwicklung sind unmittelbar von einer solchen Netzneutralität abhängig. Diesem Prinzip ist zuzustimmen, wie auch diesem Bericht.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Krišjānis Kariņš (PPE), rakstiski. – Viens no galvenajiem un primārajiem Eiropas Savienības mērķiem un izaicinājumiem vienmēr ir bijis patiesi vienots tirgus, kur gan cilvēki, gan preces, gan pakalpojumi var brīvi plūst pāri Eiropas Savienības iekšējām robežām, tādējādi nodrošinot gan industriju ilgtspējību un konkurenci, gan iespēju nodrošināt iedzīvotājiem pēc iespējas plašāku izvēli un zemākas cenas. Diemžēl, neskatoties uz pūliņiem, šis tirgus atšķirīgās jomās vēl arvien ir fragmentēts, un pastāv dažādi ierobežojumi un šķēršļi, kas liedz vienotajam tirgum darboties efektīvi. Tā tas arī ir telekomunikāciju tirgū.

Pieņemtā regula, pirmkārt, paredz no 2017. gada viesabonēšanas piemaksu atcelšanu ES, no kā iegūs patērētāji, jo nebūs jāpārmaksā par sarunām, atrodoties kādā no ES valstīm. Ļoti svarīgi, ka šī regula arī paredz viesabonēšanas vairumtirdzniecības cenu pārskatu līdz nākamā gada vidum, jo bez tā būtu grūti nodrošināt, ka cenas vietējos māju tirgos nebūs jāceļ, turklāt šis pārskats būs solis tuvāk lielākai konverģencei telekomunikāciju tirgū ES. Otrkārt, šī regula arī paredz noteikumus tīkla neitralitātes principam, kas paredz, ka interneta pieslēguma nodrošinātājiem ir vienlīdzīgi jāizturas pret visu veidu saturu bez diskriminācijas un bloķēšanas komerciālos nolūkos, kā arī stimulēs drošu vidi pakalpojumu sniedzējiem investēt nākotnē.

Nemot vērā visus šos argumentus, Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā es atbalstīju regulu, kas paredz viesabonēšanas piemaksu atcelšanu un tīkla neitralitāti ES.

Rikke Karlsson (ECR), par écrit. – Après avoir promis l'abolition des frais d'itinérance pour 2014, puis 2015, voilà une nouvelle promesse pour... l'été 2017. Cet accord ne tient pas les engagements pris devant les citoyens en 2011.

L'Europe aurait pu être un continent vraiment interconnecté et cet accord aurait pu être vraiment historique. Il aurait fallu qu'il prévoie une abolition immédiate, totale et inconditionnelle des coûts d'itinérance ainsi qu'une bonne définition de la neutralité de l'internet. Ce n'est pas le cas, hélas.

Les fournisseurs d'accès gagnent encore du temps, changent déjà leurs grilles tarifaires pour provisionner sur le manque à gagner, notamment par des forfaits imposés tout compris. Dès lors, tous les utilisateurs d'internet sont mis à contribution, alors que la plupart ne voyagent jamais à l'étranger et ne savent même pas ce que sont les frais d'itinérance. En cédant devant les opérateurs privés, l'Union oublie que l'internet n'appartient pas aux fournisseurs d'accès, mais au patrimoine commun immatériel de l'humanité.

Tunne Kelam (PPE), in writing. – I voted in favour of this report. It opens the door to the European single market for electronic communications. Abolishing roaming fees is overdue, but now it shall be accomplished by July 2017. It will make travelling and working in the EU easier and cheaper. In a way it is a symbolic act of truly open Europe, a victory that benefits all European citizens and fosters equal opportunities for European enterprises.

Net neutrality as presented in the report, seems to be sufficient to protect the interests of an open and non-discriminatory internet. I echo the concern of various representatives of the internet community. Risks will always remain, as net neutrality could be implemented in different ways and on different ethical levels. Nevertheless, I remain optimistic and trust that all the stakeholders, especially the European Parliament, have taken such risks into account.

In order to go on with the European digital market and related legislative acts that will soon be proposed by the Commission, we need to have regulated the European electronic single market. If we had started bargaining again, it would have jeopardized possibly the whole process, delaying the whole European digitalisation process.

Jan Keller (S&D), písemně. – Kompromis dosažený ve zprávě o jednotném trhu elektronických komunikací samozřejmě vítám. Po průtazích způsobných Radou se evropská veřejnost konečně dočká dlouho slibovaného zrušení poplatků za roaming. Je chvályhodné, že hlavní zpravodaj i jeho stínový kolegové měli tento cíl za společnou prioritu. Co se týče síťové neutrality, podpořil jsem některé pozměňovací návrhy předložené skupinami Zelených a GUE/NGL, protože podle mého názoru jasněji formulují definici síťové neutrality a zároveň umožňují členským státům posílit navrhovaná opatření. Je důležité, aby Evropa vytyčila spravedlivé mantinely týkající se síťového přenosu.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which marks the end of a long battle to end EU roaming charges and to break down artificial borders for mobile communications inside the EU.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der vorliegende Kompromissvorschlag aus dem Trilog-Verfahren regelt einerseits die schrittweise Abschaffung der Roaming-Gebühren innerhalb der EU sowie andererseits EU-weit einheitliche Standards für ein offenes Internet.

Die stufenweise Senkung der Roaming-Gebühren bei der Nutzung von Mobiltelefonen im europäischen Ausland ist zu begrüßen. Sind bis Mitte 2017 noch geringfügige Aufschläge verglichen mit den Preisen im Heimatmarkt erlaubt, fallen diese nach diesem Stichtag gänzlich weg und ermöglichen so grenzüberschreitende mobile Kommunikation ohne Zusatzkosten.

Die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität ist zwingende Voraussetzung für einen gerechten Wettbewerb in der digitalen Wirtschaft. Angesichts des Bedeutungsverlusts der europäischen IT-Industrie ist es höchste Zeit, einen auf gemeinsamen Standards beruhenden digitalen Binnenmarkt zu schaffen, der europäischen Unternehmen ähnliche Wachstumsraten ermöglicht wie ihren ausländischen Konkurrenten. Dabei sind sowohl der freie Zugriff aller Bürger auf sämtliche Inhalte des Internets als auch die Gleichbehandlung aller Datenpakete ohne bezahlte Priorisierung sicherzustellen. Eine Priorisierung kann ggf. aus technischen – nicht kommerziellen – Gründen nötig sein, jedoch nur verhältnismäßig, nicht diskriminierend und zeitlich begrenzt. Verantwortlich für die Einhaltung des fairen Wettbewerbs bleiben die nationalen Aufsichtsbehörden.

Trotz bestehender Kritikpunkte wie des nicht eindeutig enthaltenen Verbots des Zero-Ratings habe ich für den relevanten Kompromissvorschlag gestimmt, um die zeitnahe Schaffung eines digitalen Binnenmarktes und die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Digitalisierung sicherzustellen.

Στέλιος Κούλογλου (GUE/NGL), *in writing*. – The main point of this report is to create a single market for electronic communications in order to have access to electronic services without cross-border restrictions or costs. One key aspect is 'net neutrality', which means that all internet traffic must be equally treated. The 'net neutrality' aspect is an important improvement, for consumers' rights in order to open internet access. The abolition of roaming charges is also a positive change. This is why I voted in favour of this report.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Popieram zapisy zawarte w zaleceniu do drugiego czytania dokumentu ustanawiającego środki do stanowiska Rady Europejskiej na temat rozporządzenia UE w sprawie roamingu w publicznych sieciach łączności ruchomej wewnątrz Unii oraz jednolitego rynku łączności elektronicznej. Wśród wielu pozytywnych decyzji podjętych w dokumentach będących przedmiotem tego zalecenia najważniejsza jest ta dotycząca zniesienia opłat za roaming w UE już od lipca 2017r. Jednocześnie od kwietnia 2016 r. po raz kolejny zostaną obniżone obecne opłaty – i tak już znacząco niskie w porównaniu z krajami pozaeuropejskimi. W dobie bardzo intensywnej komunikacji elektronicznej, praktycznie nieustannego wykorzystywania telefonu głównie do przesyłu danych przez Internet, ta decyzja ma ogromne znaczenie i jest – obok możliwości podróżowania bez paszportu – jednym z kluczowych symboli wspólnoty i integracji w Unii Europejskiej.

Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – Con questo voto abbiamo finalmente stabilito che il divieto di applicare tariffe di roaming quando si usa il telefono cellulare all'interno dell'Unione europea entrerà in vigore da giugno 2017. Già dal 30 aprile 2016 le maggiorazioni del roaming saranno limitate e permetteranno ai cittadini di avere tariffe inferiori rispetto a quelle applicate. Questo voto è importante perché apre nuove e significative opportunità per i consumatori e gli operatori di telefonia mobile.

Inoltre, garantendo l'applicazione del principio della *net neutrality* in tutti i 28 paesi dell'Unione europea abbiamo posto una barriera dinanzi a chi vuole, spinto da interessi economici, Internet a due velocità. In tal modo abbiamo dimostrato la volontà di tutelare l'uguaglianza di trattamento dei cittadini anche in rete.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Il voto di oggi rappresenta una grande conquista del Parlamento e delle istituzioni europee, a vantaggio dei cittadini.

Dienstag, 27. Oktober 2015

In un mondo sempre più globalizzato ed interconnesso, la comunicazione digitale è lo strumento essenziale per lo sviluppo della vita quotidiana. Abbiamo oggi ufficialmente siglato un accordo che avrà conseguenze immediate e dirette sulla vita dei cittadini europei, poiché già dall'aprile 2016 gli sms, le chiamate ed i dati per l'utilizzo di Internet tramite dispositivi mobili in roaming in Europa costeranno molto meno. Inoltre, dal giugno 2017, verranno eliminati del tutto e potremmo chiamare e navigare in tutta Europa al costo previsto dal nostro operatore nazionale. E ciò rappresenta una vittoria importante che ci consente di realizzare un vero mercato comune delle comunicazioni elettroniche.

Gabrielius Landsbergis (PPE), *in writing*. – I voted in favour of a very important piece of EU legislation. This new law, when implemented, will have a positive impact that citizens of the EU will be able to experience themselves in their day-to-day life. This law will put an end to roaming charges as of 15 June 2017. A barrier that has been a hindrance in our single EU market, where people could move between countries freely but could not use electronic communications as they would do at home, will be abolished. People will be able to pay the price they pay at home for texts, calls and mobile data everywhere in the EU.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – La neutralité du net est un des principes fondateurs de l'internet selon lequel les données échangées sur celui-ci, tout comme les utilisateurs, doivent être traités à égalité. Concrètement, un fournisseur d'accès internet ne peut restreindre l'accès à certains sites ou en favoriser d'autres en modulant les vitesses de connexions. La même logique vaut pour les clients de ceux-ci.

Le texte proposé crée des failles dans ce principe qui ne peut supporter aucune ambiguïté. Il propose trois cas dans lesquels un fournisseur d'accès pouvait contourner ce principe: l'arrêt d'un tribunal, la défense contre les cyber-attaques, et la gestion du trafic. On ne saurait évidemment contester le bien-fondé d'une décision de justice, mais les deux autres critères laissent une large place à l'interprétation et peuvent permettre aux opérateurs de proposer des offres préférentielles aux utilisateurs ainsi qu'aux entreprises, contournant ainsi le principe de neutralité du net.

L'internet doit au contraire être vu comme un service universel, comme la poste, tant il est nécessaire aujourd'hui pour des tâches de tous les jours, comme les démarches administratives ou citoyennes. C'est pourquoi j'ai soutenu tous les amendements qui cherchaient à réintroduire la force de ce principe.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Le règlement proposé par cette recommandation incluse dans le rapport Castillo a pour objet la mise en œuvre de dispositions harmonisées afin de garantir l'accès à un internet ouvert, de protéger les droits des utilisateurs et de supprimer les frais d'itinérance supplémentaires. J'ai donc voté en faveur des multiples amendements visant à renforcer la neutralité du net.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je suis hostile à la décision du Parlement d'adopter la position du Conseil, car elle ne garantit pas la neutralité du net, c'est-à-dire l'égalité d'accès à l'internet à laquelle je suis très attaché.

Je suis scandalisé que le Parlement ait rejeté les amendements qui auraient permis de l'assurer. Une fois de plus, de puissants lobbies l'ont emporté sur les aspirations des peuples.

Javi López (S&D), *por escrito*. – El presente Reglamento reviste una importancia máxima porque es la expresión inequívoca de los beneficios del proyecto europeo.

El Grupo S&D lleva años reclamando la supresión de los sobrecostes de itinerancia. Con este acuerdo, que he apoyado, ese deseo se hará realidad el 15 de junio de 2017.

Es cierto que no se ha logrado la supresión a finales de este año, pero hemos logrado doblegar la resistencia de algunos Estados miembros que no querían la supresión del *roaming* antes de 2018 ni una reducción significativa de los precios para el período transitorio, como se ha logrado a partir de abril de 2016. De todo ello se beneficiarán los ciudadanos en sus viajes por la Unión, pero también las empresas, especialmente las pymes.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Pero además, este acuerdo consagra el principio de la neutralidad de la red por primera vez en los 28 Estados miembros. Habríamos deseado que el Consejo no hubiera imposibilitado incluir el concepto en el acuerdo. Pero se ha consagrado la definición aprobada por el Parlamento para garantizar un trato igual y no discriminatorio de todo el tráfico en internet.

El acuerdo es un paso, pero queda mucho trabajo por hacer para avanzar hacia el mercado único digital.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. – Este informe supone la aprobación definitiva en primera lectura de la posición del Consejo sobre el mercado único europeo de las comunicaciones electrónicas. Esta propuesta autoriza la aprobación definitiva de un acto que tendrá un importante impacto en los Estados miembros de la Unión puesto que armoniza las regulaciones sobre comunicaciones electrónicas. Sin embargo, esta armonización se realiza sin garantías suficientes para permitir la neutralidad de la red y permitiendo abusos de los operadores, como las tarifas de *roaming*. Es por esto por lo que nuestra posición es contraria a esta aprobación

Antonio López-Istúriz White (PPE), por escrito. – El informe aprobado tiene por objeto introducir una normativa armonizada que garantizará un acceso libre a Internet, la protección de los derechos de los usuarios y acabar con los sobrecostes de recargos adicionales o *roaming*.

Sobre el primer punto, el acceso a internet deberá ser equitativo y no discriminatorio para todos los usuarios. Asimismo, el tráfico no podrá basarse en consideraciones comerciales sino que deberá estar sujeto a la calidad técnica del servicio.

Por otro lado, el Reglamento aborda la protección de los consumidores únicamente respecto de dicho acceso libre y de las provisiones de *roaming* y costes adicionales. A partir de ahora, se avisará a los consumidores de que pueden estar siendo víctimas de estos costes al mandar un mensaje y/o realizar o recibir llamadas.

Finalmente, se ha acordado eliminar definitivamente los sobrecostes de *roaming* antes del 15 de junio de 2017 aunque se ha introducido un período de transición que facilite el paso de una fase a la otra. Una vez más, estamos ante uno de esos pasos de gigante de la Unión Europea para hacerla más cercana a sus ciudadanos.

Por todo lo expuesto anteriormente y los beneficios que reportará el acuerdo, me declaro a favor.

Bernd Lucke (ECR), schriftlich. – Der vorliegende Kompromissvorschlag aus dem Trilogverfahren regelt einerseits die schrittweise Abschaffung der Roaming-Gebühren innerhalb der EU sowie andererseits EU-weit einheitliche Standards für ein offenes Internet.

Die stufenweise Senkung der Roaming-Gebühren bei der Nutzung von Mobiltelefonen im europäischen Ausland ist zu begrüßen. Sind bis Mitte 2017 noch geringfügige Aufschläge verglichen mit den Preisen im Heimatmarkt erlaubt, fallen diese nach diesem Stichtag gänzlich weg und ermöglichen so grenzüberschreitende mobile Kommunikation ohne Zusatzkosten.

Die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität ist zwingende Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb in der digitalen Wirtschaft. Angesichts des Bedeutungsverlusts der europäischen IT-Industrie ist es höchste Zeit, einen auf gemeinsamen Standards beruhenden digitalen Binnenmarkt zu schaffen, der europäischen Unternehmen ähnliche Wachstumsraten ermöglicht wie ihren ausländischen Konkurrenten. Dabei sind sowohl der freie Zugriff aller Bürger auf sämtliche Inhalte des Internets als auch die Gleichbehandlung aller Datenpakete ohne bezahlte Priorisierung sicherzustellen. Eine Priorisierung kann ggf. aus technischen – nicht kommerziellen – Gründen nötig sein, jedoch nur verhältnismäßig, nicht-diskriminierend und zeitlich begrenzt. Verantwortlich für die Einhaltung des fairen Wettbewerbs bleiben die nationalen Aufsichtsbehörden.

Da im Rahmen des Trilogverfahrens ursprüngliche Beschränkungen aus dem Text entfernt wurden, ist der abgestimmte Kompromiss nicht als eine Gefährdung der Netzneutralität zu sehen. Aus diesem Grunde habe ich für den Bericht gestimmt.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Ovom uredbom uvode se usklađena pravila za zaštitu otvorenog pristupa internetu kako bi se štitila prava korisnika i ukinuo dodatni trošak za roaming. Parlament je svoj stav istaknuo nakon prvog čitanja 3. travnja 2014., a 2. rujna 2014. Odbor ITRE otvorio je međuinstitucionalne pregovore.

Pregovarački timovi Parlamenta i Vijeća su, uz sudjelovanje Komisije, postigli neformalni dogovor. Tekst dogovora je predstavljen na ITRE odboru te je odobren s velikom većinom. Podržala sam preporuku zastupnice Pilar del Castillo Vere, zbog zaštite neutralnosti interneta kako bi svaki građanin mogao pristupati sadržaju na internetu bez diskriminacije.

Smatram velikim postignućem ukidanje naplate roaminga u potpunosti, što će građani Hrvatske izravno osjetiti tijekom svog boravka izvan države.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма.* – С колегите ми от Европейския парламент одобрихме с огромно мнозинство законодателния пакет, включващ окончателното премахване на роуминг таксите и гарантирането на мрежовата неутралност. Убеден съм, че това е важна стъпка към свалянето на ограниченията пред единния цифров пазар и една по-свързана Европа.

Работата по поэтапното намаляване на цените за разговор, съобщения и мобилен интернет започна през 2007 г. От април 2016 г. цените ще бъдат намалени с близо 75%, а от 15 юни 2017 г. роуминг в Съюза вече няма да има.

С решения като тези се илюстрира непосредствената полза от добре обмислените наднационални европейски решения, които имат реалния потенциал да улеснят и подобрят ежедневието на милиони европейски граждани. Не на последно място, това е Съюзът в най-добрата му светлина.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – podporujem schválenie dohody o telekomunikačnom balíku, ktorý umožní zavedenie zrozumiteľnejších a transparentnejších pravidiel o prístupe na internet, sprehľadní práva a povinnosti užívateľov elektronických služieb a povedie k zrušeniu roamingových poplatkov od júna 2017. Odstraňovanie doterajších prekážok v oblasti elektronických služieb pomôže k budovaniu funkčného jednotného digitálneho trhu v Únii, kde občania, podniky a poskytovatelia služieb môžu využívať a poskytovať elektronické služby bez cezhraničných obmedzení a neopodstatnených nákladov a administratívnej záťaže.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφπτώς.* – Ψηφίζω υπέρ της σύστασης για δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου και σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη θέσπιση μέτρων σχετικά με την πρόσβαση στο ανοιχτό διαδίκτυο και την τροποποίηση της οδηγίας 2002/22/EK για την καθολική υπηρεσία και τα δικαιώματα των χρηστών όσον αφορά δίκτυα και υπηρεσίες ηλεκτρονικών επικοινωνιών και του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 531/2012 για την περιαγωγή σε δημόσια δίκτυα κινητών επικοινωνιών εντός της Ένωσης, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 26/10/2015, καθώς και διότι η εν λόγω σύσταση για δεύτερη ανάγνωση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – Il s'agissait ici d'un texte en «deuxième lecture», aussi n'y a-t-il pas eu de vote final. J'ai toutefois soutenu les amendements déposés par nos collègues de l'EFDD, de la GUE et des Verts, qui visent à protéger la neutralité du web, neutralité remise en cause par les dispositions du texte.

Il ne faut toutefois pas oublier que ce texte fait partie d'un ensemble plus large, visant à concentrer le marché dans quelques majors, qui pourront ensuite aisément s'allier aux États-Unis, via le TTIP.

Edouard Martin (S&D), *par écrit.* – À partir du 15 juin 2017, ces frais d'itinérance au détail seront interdits. C'est une avancée considérable pour le pouvoir d'achat des Européens et un encouragement à la mobilité européenne.

Jusqu'à présent, il n'y avait pas de règles paneuropéennes contraignantes sur la neutralité du net: seuls deux États européens (les Pays-Bas et la Slovaquie) disposaient d'une législation. Avec ce règlement, le principe sera consacré dans 28 systèmes juridiques nationaux: c'est une avancée majeure pour tous les Européens.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Le texte repose sur un principe exigeant d'égalité de traitement du trafic conforme à la position forte que le Parlement avait défendue en première lecture.

Plusieurs garde-fous ont été introduits afin que les «services spécialisés» ne permettent pas de contourner ou de cannibaliser l'accès Internet «neutre».

Parce que l'adoption d'un seul amendement risquait de faire tomber l'accord et nous aurait emmenés dans le meilleur des cas dans une nouvelle négociation périlleuse, au pire dans une impasse dans l'hypothèse où le Conseil refuserait de prolonger la procédure, j'ai fait un choix de responsabilité: engranger maintenant un résultat solide, même s'il n'est pas parfait, plutôt que de faire miroiter un résultat idéal qui, en l'état actuel des rapports de force, n'est pas atteignable.

David Martin (S&D), *in writing*. – I am pleased that we were able at first reading to reach agreement for the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council laying down measures concerning open internet access and amending Directive 2002/22/EC on universal service and users' rights relating to electronic communications networks and services and Regulation (EU) No 531/2012 on roaming on public mobile communications networks within the Union.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Již od začátku podporuji zrušení poplatků za roaming. Nicméně výsledek, kterého bylo dosaženo v Radě, nemá podle mého v zásadě nic společného s původními ambiciózními cíli, které si Evropský parlament vytyčil v roce 2011. Výsledný text stále nechává prostor pro poplatky, jen s jiným názvem. Zároveň je pro mě zcela zásadní bojovat o zavedení principu tzv. síťové neutrality, což zjednodušeně znamená princip rovnoprávnosti dat přenášených po internetu, tedy poskytovatelé internetu musí s provozem na svých sítích zacházet stejně, tzn. nemohou nabízet uživatelům internetové služby od některých firem rychleji a nechat si za to od těchto firem platit. Internetová neutralita znamená, že všechna data přenášená po této lince jsou posílána se stejnou prioritou. Nemůže tedy dojít k situaci, kdy např. jeden datový balíček dostane přednost před jiným na základě obsahu, původu, nebo typu služby. Opakem síťové neutrality by byla situace, kdy by si firma mohla předplatit výsadní právo pro své služby na úkor služeb ostatních firem. To by vedlo ke zpomalení konkurence, která by si nemohla zaplacení poplatku dovolit. Při jednání s Radou se ukázalo, že ta není ochotna akceptovat do návrhu jednoznačnou definici tohoto pojmu. Z tohoto důvodu jsem nemohl text ve stávající podobě podpořit.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – La riduzione dei costi extra già dal 2016 e lo stop dell'Unione europea al roaming internazionale dal giugno 2017 segnano quella che sarà l'evoluzione della comunicazione per tutti i cittadini europei. Ho accolto con voto favorevole un principio che andava assolutamente riconosciuto, quello della neutralità della rete.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Del Castillo Vera car il est synonyme de deux avancées considérables dans le domaine des communications électroniques: la fin des frais d'itinérance et la consécration du principe de «neutralité du net».

Avec le vote de ce rapport par le Parlement européen, les frais de «roaming» seront sévèrement limités à partir du 30 avril 2016, puis purement et simplement supprimés au 15 juin 2017. En bref, les appels vocaux et les envois de SMS effectués depuis un autre pays de l'Union européenne cesseront très prochainement d'être surfacturés. Je me satisfais de cette réalisation car il s'agit là d'un exemple simple et concret de ce que l'Union européenne peut et doit faire pour faire avancer, de manière palpable, les droits et le pouvoir d'achat des Européens.

Enfin, le rapport Del Castillo Vera consacre le principe de «neutralité du net» dans les législations nationales des Vingt-Huit. A travers ce principe, c'est en fait l'égalité de traitement de tous les flux de données qui est assurée sur internet: aucun opérateur ne pourra restreindre ou limiter l'accès des consommateurs européens au service ou à l'application de leur choix. J'approuve cette évolution.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Das Internet ist mittlerweile ein durch und durch kommerzialisierter Raum, in dem Konkurrenzkampf und Besitzstandswahrung gegenüber Kollaboration und Innovation dominiert. Die Entscheidung des EU-Parlaments, das Prinzip der Netzneutralität weiter aufzuweichen, unterstützt daher diese meines Erachtens negative Entwicklung. Mit dieser Entscheidung schwächt man nicht nur die kleinen Start-ups, die mit den großen finanzkräftigen Besitzern wichtiger Infrastrukturen nicht mehr mithalten können, sondern vor allem die europäischen Start-ups an sich, die nicht über jenes Risikokapital verfügen wie es z. B. in den USA bereitgestellt wird.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Emma McClarkin (ECR), *in writing*. – Whilst I voted today in favour of the Telecommunications package, and I welcome the ending of mobile roaming, I am disappointed with the lack of appreciation for the role of network parental controls under these net neutrality rules.

Although there is a window in which national legislation can be put in place to avoid an EU blanket prohibition on these tools, it is disappointing to see that the EU has once again overreached and put itself at odds with a tool that parents desperately need in today's digital world to protect their children online.

Fifty-four percent of UK parents operate such controls, and the EU has once more sent a message that they know what is best for their children.

We must enable families and parents to monitor and safeguard their children from dangers online. Parents should retain the right to choose what appropriate content is through parental controls. We must not cast parents as the threat, but rather embrace these tools as a potential solution to online dangers. This is a reasonable and flexible security mechanism.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I support the rapporteur as I believe it is a fair and balanced outcome following long discussions between the EU institutions that will ensure equal treatment of internet traffic and allow innovation to flourish.

The principle of net neutrality will be preserved. Internet service providers will be required to treat all traffic equally when providing internet access services, without discrimination, restriction or interference, irrespective of the sender and receiver, the content accessed or distributed, or the applications or services used. Certain provisions are made for services requiring a specific level of quality, but this is on the condition that they do not interfere with the open internet and are not to the detriment of the availability or general quality of internet access services for end users. Some traffic management is necessary in order to allow information to flow freely, rather on the technical quality of the service.

Providers of internet access services should inform end-users in a clear manner on how the traffic management practices may influence the quality of the internet access service, end-users' privacy and the protection of personal data. Additionally providers should inform end users of the speed normally available and the remedies in case of non-compliance.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. –

Ce rapport vise à définir le cadre du futur marché unique pour les communications électroniques dans lequel les citoyens et les entreprises pourraient accéder à des services de communications électroniques partout où ils sont fournis dans l'Union, sans restriction transfrontalière et sans coût supplémentaire, et où les réseaux et services de communications électroniques pourraient fonctionner sans restriction territoriale.

Outil essentiel de la libéralisation du secteur, ce règlement aurait néanmoins pu affirmer le principe de «neutralité du net», c'est à dire garantir que les opérateurs télécoms ne discriminent pas les communications de leurs utilisateurs, mais demeurent de simples transmetteurs d'information. Mais le terme a été soigneusement évité.

Ce règlement aurait aussi pu enfin mettre en place la fin des frais d'itinérance (ou «roaming») mais, au contraire, il repousse son application à juin 2017 (contre décembre 2015 comme initialement prévu). En définitive, le texte dérégle tout ce qui peut l'être, laissant libres les opérateurs d'agir à leur guise dans ce nouveau marché. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. –

Le rapport dont il est ici question est une recommandation du Parlement européen concernant le règlement sur la régulation des activités des fournisseurs d'accès à Internet et la fin des frais d'itinérance au sein de l'Union.

Dans cette recommandation, le Parlement revient sur la position du Conseil. Deux aspects sont à souligner:

Dienstag, 27. Oktober 2015

1. une partie du texte vise à supprimer les frais d'itinérance («roaming»), surcoûts qui sont imposés aux consommateurs lorsqu'ils passent des communications depuis l'étranger. Le député a voté en faveur de leur suppression à partir de 2017, étant bien entendu que les consommateurs ne pourront en abuser en souscrivant des abonnements à l'étranger, dans des États membres où ils sont moins coûteux. Ainsi, la suppression des frais d'itinérance est assortie d'exceptions qui permettent aux opérateurs de limiter cet usage;

2. une autre partie du texte est censée défendre la «neutralité du net». Toutefois, à bien des égards, celle-ci n'est pas respectée. Les fournisseurs d'accès pourront exercer une discrimination entre les fichiers cryptés et non cryptés, entre la télévision en ligne et les autres plateformes vidéo, etc.

J'ai donc voté en faveur des amendements qui garantissent la neutralité du net.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O presente relatório significa a abolição das tarifas de *roaming* em junho de 2017, a redução das tarifas já em 2016 e ainda um acesso aberto à Internet, em que os operadores serão obrigados a tratar de forma igual todo o tráfego. Num esforço de conciliação muito importante feito pela relatora Pilar del Castillo, assegura-se que o mercado aberto cumprirá a sua função de mercado livre sem fronteiras, onde a imposição de um sistema de tarifas de *roaming* não é justificada.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it proposes to eliminate all roaming charges by June 2017 which is a key point for European consumers and an important step towards achieving a true single digital market.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Legislatívne uznesenie Európskeho parlamentu, ktorým sa ustanovujú pravidlá pre jednotný európsky trh s elektronickými komunikáciami, má za cieľ zosúladiť pravidlá v záujme zabezpečenia prístupu k otvorenému internetu, na ochranu práv koncových používateľov a rušenie roamingových príplatkov. Veľmi ma teší, že sa nám konečne podarilo schváliť zákaz roamingových poplatkov v EÚ od júna 2017, ktoré dlhodobo bránili prehĺbeniu vnútorného trhu s telekomunikáciami a ktoré predovšetkým zťažovali bežných občanov a malé podniky. Verím, že slobodný a rýchly internet dostupný pre každého občana EÚ prispeje k rozvoju inovácií a konkurencieschopnosti na vnútornom trhu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The result of Telecoms Single Market Package is one of the most impactful achievements of the EU in improving the life of its citizens. This is the end of a very long battle for the European Parliament that started many years ago. This is the end of roaming charges and the beginning of EU-wide rules on net neutrality whilst strengthening consumer rights in the Telecoms Single Market. I voted in favour of banning roaming charges in Europe as from 15 June 2017.

Angelika Mlinar (ALDE), *schriftlich*. – Ich habe heute für die Änderungsanträge meiner ALDE-Fraktionskollegin Marietje Schaake zu Netzneutralität gestimmt. Diese Anträge, die ich auch mitunterschrieben habe, hatten zum Ziel, die starke Position des Parlaments in der ersten Lesung wiederherstellen.

In seiner ursprünglichen Position plante das Parlament, stärkere Bestimmungen zu Netzneutralität auf europäischer Ebene einzuführen. Leider war der Widerstand der Mitgliedstaaten zu groß und wir konnten unsere Position in den Trilogverhandlungen nicht durchsetzen. Auch in der heutigen Abstimmung sind die Anträge leider nicht angenommen worden – der Grund dafür ist allerdings nicht die fehlende Motivation der Parlamentarier, sondern deren Wissen, dass eine solche Position niemals zu einer Einigung mit den Mitgliedstaaten führen würde.

Obwohl das Europäische Parlament in den Verhandlungen nicht alle Forderungen geltend machen konnte, bringen uns die erzielten Ergebnisse einen großen Schritt weiter in Richtung vollendeter Telekommunikations-Binnenmarkt. Der größte Erfolg ist dabei die Abschaffung aller Roaming-Gebühren ab 15. Juni 2017 für Reisende in der EU, egal ob für Anrufe, Texte oder mobile Daten. Auch diese Errungenschaft war von erheblichem Widerstand der Mitgliedstaaten begleitet und konnte vor allem dank einer starken Kampagne der Liberalen im Europäischen Parlament durchgesetzt werden.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – I voted for a piece of legislation that will finally put an end to roaming charges and promote the principle of net neutrality in the rules that guide the management of internet traffic. It is a significant package that brings more freedom to European citizens. Firstly, starting from 15 June 2017 we will be free to use our mobile phone anywhere in Europe just as much as we do in our home country. Secondly, it is about freedom to access legal internet content without discrimination and therefore keeping our internet open. This is an important step forward for our Digital Union.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság európai parlamenti és tanácsi rendelet elfogadására tett javaslatot a nyílt internethozzáférés biztosítása, a felhasználók jogainak védelme és a barangolási díjak megszüntetése érdekében bevezetendő harmonizált szabályokra vonatkozóan. A Parlament és a Tanács első olvasatban kialakított álláspontja jelentős mértékben eltért egymástól, ezért 2015. március 23-ától kezdődően háromoldalú egyeztetésre került sor. Az ennek során 2015. június 30-án kialakult nem hivatalos megállapodás, amelyet az Ipari, Kutatási és Energiaügyi Bizottság 2015. július 22-én jóváhagyott, számomra elfogadhatatlan.

Pártom, a Demokratikus Koalíció álláspontja és személyes meggyőződésem szerint is a digitális fejlődésnek, az internetnek a munkahelyteremtést, a gazdaság fejlesztését és az esélyek bővülését kell szolgálnia. A tagállami kormányokat tömörítő Európai Tanács viszont ezzel a javaslatával veszélyezteti az internet közösségi, demokratikus jellegét és két évvel késlelteti a külföldi telefonálást és internetezést megdrágító roaming-díjak megszüntetését. A javaslat lehetővé teszi, hogy az internetszolgáltatók egyes szolgáltatásokat önkényesen korlátozzanak, az előfizetők között különbséget tegyenek. Veszélyezteti az internet demokratizmusát és káros lehet az innovációra. Éppen ezért a javaslat ellen szavaztam, és így fogok tenni a jövőben is, amennyiben egy indítvány a digitális fejlődés és az internet demokratikus jellege ellen irányul.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Ao longo dos últimos meses, as Instituições Europeias têm estado em profundas negociações com vista a chegar a um acordo no que diz respeito ao futuro do mercado das telecomunicações, encontrando-se agora o Parlamento Europeu em condições de votar o pacote final acordado.

Voto, assim, favoravelmente o presente acordo que visa introduzir regras harmonizadas para garantir o acesso aberto à Internet, proteger os direitos dos utilizadores e terminar com as sobretaxas existentes.

Gostaria ainda de salvaguardar o facto de estar consagrado o princípio da neutralidade da Internet, permitindo assim um acesso igualitário de todos à informação, sem quaisquer interferências no tráfego *online*. Importa ainda referir o fim do *roaming* em junho de 2017, que após tantos obstáculos e negociações está assim em condições de acabar, facilitando as comunicações entre cidadãos ou empresas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le règlement proposé par cette recommandation incluse dans le rapport Castillo a pour objet la mise en œuvre de dispositions harmonisées afin de garantir l'accès à un internet ouvert, de protéger les droits des utilisateurs et de supprimer les frais d'itinérance supplémentaires. J'ai donc voté en faveur des multiples amendements visant à renforcer la neutralité du net.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I, along with Labour Party colleagues, voted in favour of this report which marks the end of a long battle to end EU roaming charges and to break down artificial borders for mobile communications inside the EU.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui permet d'introduire dans la législation européenne l'encadrement de la neutralité du net et l'abolition du «roaming».

À partir du 15 juin 2017, les appels, les SMS et la navigation sur Internet effectués sur des téléphones mobiles ou des tablettes lors de voyages dans l'Union ne seront plus surfacturés. J'ai soutenu cette mesure dès le début du processus législatif, car elle redonnera du pouvoir d'achat aux ménages européens. Dès le 30 avril 2016, les frais d'itinérance ne pourront pas dépasser 5 centimes d'euros par minute pour les appels vocaux, 2 centimes pour les SMS et 5 centimes par mégaoctet pour l'usage de l'internet mobile.

Dienstag, 27. Oktober 2015

En ce qui concerne la neutralité du net, la nouvelle législation garantit l'égalité de traitement des internautes. Cependant, des exceptions sont prévues lorsqu'il s'agira de répondre à des décisions judiciaires, de lutter contre les cyberattaques ou encore d'empêcher la congestion des réseaux. Un opérateur pourra continuer de proposer une amélioration de la qualité de l'internet pour certains services, à condition que cela n'ait pas de conséquence sur la qualité générale de l'internet.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accolgo con favore questa raccomandazione relativa al servizio universale ed ai diritti in materia di reti e di servizi di comunicazione elettronica. L'innovazione della normativa vigente, infatti, garantirà una maggiore tutela del consumatore in termini di neutralità della rete e di abbattimento dei costi del *roaming*.

Il nuovo regolamento, riducendo i sovrapprezzi su SMS, pacchetti dati e chiamate applicati ai consumatori in viaggio attraverso l'UE, favorirà un'ulteriore armonizzazione e unificazione dei mercati delle telecomunicazioni europee, oltre a garantire, naturalmente, una maggiore protezione del consumatore.

La relazione è il frutto di tre mesi di intense e difficili negoziazioni triangolari con Commissione europea e Consiglio. Per questo motivo, nel tentativo di scongiurare un ulteriore allungamento dei tempi, sostengo pienamente il regolamento senza appoggiare alcun altro emendamento. Infatti la proposta legislativa, pur rappresentando solo un primo passo verso l'istituzione di un reale mercato unico delle telecomunicazioni, è un ottimo compromesso e permetterà ai cittadini di godere direttamente di questi benefici.

Per quanto concerne la neutralità della rete, il progetto legislativo, garantendo un uguale trattamento ed impedendo ogni tipo di discriminazione all'accesso e alla velocità di navigazione in rete, assicurerà una maggiore equità del servizio per tutti i cittadini europei.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il permet de mettre fin aux frais d'itinérance. C'est une victoire du Parlement au bénéfice des consommateurs.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Úgy gondolom, ez a jelentés ismét a jó irányt mutatja. A jó irányt, mely felé az EU alapvető értékei alapján elkötelezték vagyunk, melyet azonban sajnos pillanatnyi gazdasági, üzleti érdekek miatt bizony megsértünk. Tagállami és uniós viszonylatban is. Lakossági fórumokon például gyakran felmerül, hogy kap az EU béke Nobel díjat, amikor tagországai intenzív fegyverkereskedelmet folytatnak harmadik országok diktatúráival. Kiállításunk a halálbüntetés, a kínzás, embertelen bánásmód tilalma mellett rendkívül fontos. Visszás ugyanakkor, ha a halálos fecskendőkbe való mérgek az uniós területéről származnak. Ugyanúgy, ha a technikai segítség is innen érkezik. Fontos tehát ez a jelentés, mert összehangolja politikai meggyőződésünket az üzleti életben megengedhető szabályokkal. Gratulálok a jelentéstevőknek!

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this recommendation that will introduce harmonised rules to safeguard open internet access, to protect users' rights and to end roaming charges.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru adoptarea unui regulament cu privire la reglementarea pieței unice Telecom. Acest acord reprezintă sfârșitul unei bătălii lungi pentru a pune capăt tarifelor UE de roaming, pentru a rupe logica frontierelor artificiale pentru comunicațiile mobile în interiorul Uniunii Europene și pentru a garanta neutralitatea rețelei prin asigurarea unui internet deschis, puternic, cu trafic non-discriminatoriu, transparență și drepturi clare pentru utilizatorii finali.

Suprataxarea pentru apeluri, SMS-uri și a datelor în roaming, în interiorul UE, va fi eliminată până la 15 iunie 2017, după o perioadă de tranziție din aprilie 2016 până în iunie 2017.

În calitate de coordonator S&D pentru Comisia ITRE susțin adoptarea acestui regulament care este în beneficiul cetățenilor europeni.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this text, despite the fact that it is far from perfect. Yet I believe that the key provisions contained in here are not something we can afford to postpone for much longer. It is true that the successive negotiations on this have managed to both water down some of the important proposals concerning consumer protection and digital rights as well as to lessen the accuracy of the text. At the same time, even in its current state, the Council position does indeed respect the key issue of a free Internet, data roaming and the creation of a true European single digital and telecommunications market.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu, která přináší zrušení roamingových poplatků k 14. červnu 2017. Od postupného ukončení roamingových poplatků si slibuji nárůst využívání mobilních služeb při cestách do zahraničí. Statistiky ukazují, že polovina lidí při pobytu v zahraničí nepoužívá datové služby v mobilu a místo toho se přihlašují k internetu jinak než přes svůj mobilní telefon. K této nucené změně spotřebitelského chování již nebude důvod, protože spotřebitelé nebudou odrazováni vyššími cenami za telefonní služby při pobytu v zahraničí. Konec roamingových poplatků mohl přijít dříve, ale v situaci komplikovaného vyjednávání s členskými státy se jedná o kompromis, který považuji za úspěšný výsledek. Posílením práv spotřebitele je i povinnost poskytovatele připojení informovat jej před podpisem smlouvy o minimální a maximální rychlosti přenosu dat, kterou může očekávat. Pokud to pak poskytovatel připojení nedodrží, bude to důvod pro odstoupení od smlouvy.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – This vote was broken into two parts. The first part was a vote to reject the Council's position and the second part consisted of 12 Amendments, which I co-signed, to reinstall crucial definitions and references to the principle of net neutrality throughout the text. I voted in favour of all parts.

My reasons for rejecting the Council's position were that during the course of negotiations, the text of this report was significantly watered down. The abolition of roaming charges initially foreseen for December 2015 was postponed until June 2017. On top of this, all references to net neutrality were deleted from the text, leaving the door completely open to a two-speed internet, an internet that would allow ISPs to discriminate between internet traffic to the detriment of smaller companies, newspapers and blogs. As the Council's position was completely inadequate in terms of protecting net neutrality and respecting the need to abolish roaming charges as early as possible, I voted to reject it.

Maria Noichl (S&D), *schriftlich*. – In der Abstimmung am 27.10.2015 in Straßburg zum Europäischen Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation habe ich mich für alle Änderungsanträge ausgesprochen und somit gegen das Trilogergebnis gestimmt. Die Netzneutralität sehe ich als Basis eines gerechten demokratischen Internets.

Ich konnte dem vorliegenden Text aus zwei Gründen nicht zustimmen:

1. Zunächst halte ich die Verknüpfung der Roaming-Gebühren mit der Netzneutralität, wie in diesem Gesetzentwurf geschehen, für ein undemokratisches Vorgehen. Diese fragwürdige Verknüpfung zweier unterschiedlicher Themen führte dazu, dass wir, im Namen der Abschaffung der Roaming-Gebühren, gegen eine klar definierte und gesicherte Netzneutralität hätten stimmen sollen.

2. Zwar macht der vorgelegte Text deutlich, dass der gesamte Datenverkehr gleich zu behandeln ist. Eine eindeutige Definition von Netzneutralität sucht man jedoch vergebens. Ein Internet der zwei Geschwindigkeiten, das Daten nicht mehr gleich behandelt, ist wettbewerbsverzerrend und diskriminiert die Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen. Informations- und Kommunikationsfreiheit sowie die Sicherung der Vielfalt im Internet stehen durch diesen Text auf dem Spiel.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich bei dieser Abstimmung klar für die Netzneutralität ausgesprochen und dafür gestimmt. Ich bin für ein offenes Internet. Des Weiteren muss sichergestellt werden, dass der gesamte Datenverkehr ohne Diskriminierung, Einschränkungen oder Beeinträchtigungen und unabhängig von Absender und Empfänger bzw. Art, Inhalt oder Anwendung gleich behandelt werden muss.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Lisaks rändlustasude keelustamisele alates 2017. aasta juunist, on teiseks oluliseks arenguks ELi-üleste selgete põhimõtete kehtestamine internetile ligipääsule. See tagab, et ei toimuks diskrimineerimist internetiteenuste vahel.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – El acuerdo que hemos aprobado tras duras negociaciones supone un paso importante en la construcción del mercado único digital. Los ciudadanos por fin dejarán de pagar más en las comunicaciones móviles en itinerancia. Además, y pese a la oposición inicial del Consejo, el Parlamento Europeo ha conseguido que se incluya por primera vez una mención al principio de neutralidad de la red.

Pese a todo ello, desde UPYD consideramos que el retraso de dos años en el calendario para eliminar el *roaming* es injusto e intolerable. Vivimos en una Unión sin fronteras físicas y económicas por lo que no se entiende que los intereses económicos de las operadoras estén por encima de los intereses de los ciudadanos y de la idea misma de construcción europea. En cuanto a la mención sobre neutralidad, es un avance aunque insuficiente si lo que queremos es garantizar la plena protección de los derechos y libertades en la red. Seguiremos defendiendo en el Parlamento Europeo internet como un bien público mundial que debe gestionarse atendiendo al interés común y trabajaremos, por tanto, para una mejor y completa definición de la neutralidad de la red.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Siekiant bendros skaitmeninės rinkos, ES neturi būti taikomas tarptinklinio ryšio mokestis. ES turi būti sudarytos galimybės naudotis atviru internetu ir tinkamai įgyvendintas tinklo neutralumo principas. Visam interneto duomenų srautui turi būti taikomos vienodos sąlygos. Be to, būtinas efektyviai funkcionuojantis atviro interneto apsaugos mechanizmas. Šiam tikslui pasiekti turi būti taikomos bendros elektroninių ryšių taisyklės. Naujasis teisinis reguliavimas padės užtikrinti interneto atvirumą ir kartu bus išvengta vidaus rinkos suskaidymo dėl atskirų valstybių narių patvirtintų priemonių.

Interneto tiekėjai neturėtų blokuoti arba lėtinti konkurentų programų veiklos. Todėl reikia užtikrinti, kad paslaugų teikėjai visus srautus valdytų vienodai. Visi interneto srautai turėtų būti vertinami vienodai. Ypatingas dėmesys turėtų būti skiriamas vartotojų teisei į prieigą prie pasirinkto turinio ir teisei jį skleisti internete principų įgyvendinimui.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραφτώς*. – Το ΚΚΕ καταψήφισε τον κανονισμό που έχει στόχο να διαμορφώσει την ενιαία καπιταλιστική αγορά της ΕΕ στα δίκτυα και τις υπηρεσίες ηλεκτρονικών επικοινωνιών. Με τον κανονισμό προωθείται η ακόμη μεγαλύτερη κυριαρχία των μεγάλων μονοπωλιακών ομίλων του κλάδου στο διαδίκτυο, γεγονός που θα σημάνει συγκέντρωση και μονοπώληση σχετικών υπηρεσιών, με αποτέλεσμα την επιβολή νέων και αύξηση των υπαρχόντων οικονομικών επιβαρύνσεων των χρηστών, αλλά και τον έλεγχο του δικτύου και των παρεχόμενων υπηρεσιών. Η αντιδραστική ουσία του κανονισμού γίνεται προσπάθεια να κρυφτεί πίσω από την κατάργηση των τελών περιαγωγής, που προβάλλεται και σαν επικοινωνιακό πυροτέχνημα εξωραϊσμού της ΕΕ και της αντιλαϊκής πολιτικής της. Το ΚΚΕ απαιτεί την άμεση κατάργηση των τελών περιαγωγής, χωρίς καμία άλλη επιβάρυνση των χρηστών. Υπάρχουν όλες οι τεχνολογικές προϋποθέσεις για την άμεση κατάργηση των τελών, η οποία κατ' απαίτηση των επιχειρηματικών ομίλων παρατάθηκε για τον Ιούνιο του 2017 και βλέπουμε, με το αζημίωτο βέβαια για τους επιχειρηματικούς ομίλους, που θα αναπληρώσουν και με το παραπάνω την απώλεια εισπραχής τους από την αύξηση της χρήσης της κινητής τηλεφωνίας και των εφαρμογών της στο εξωτερικό. Προϋπόθεση για να απολαύσει ο λαός τα τεράστια επιτεύγματα της τεχνολογικής και επιστημονικής προόδου είναι να πάρει στα χέρια του την εξουσία και τα μέσα παραγωγής.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We in UKIP voted against the EU Commission proposal to create an EU legislative framework on the European digital market as we believe our national representatives would do a much better job deciding whether to implement such legislation for the UK. We believe in the importance of maintaining the freedom we currently enjoy on the internet. We believe that all internet traffic should be treated equally, without discrimination, restriction or interference. For this reason, we object to the creation of new EU regulation on net neutrality and roaming. With regard to roaming, we believe that this proposal is deeply regressive, favouring well-heeled frequent travellers and disadvantaging typical users. Some telecom operators have in fact admitted that the loss in revenue will be pushed onto domestic users. Non-roaming customers will be subsidising frequently roaming customers and this will increase costs for the majority.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ringraziando il relatore per il lavoro svolto, ho deciso di esprimere il mio voto negativo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Europski parlament želi osigurati jedinstveno Europsko tržište za elektroničke komunikacije te potrošačima i pružateljima usluga olakšati korištenje i pružanje tih usluga. Ustavom jedinstvenog tržišta omogućava se ukidanje roaminga što znači i ukidanje bespotrebnog troška za naše građane. Kada je posrijedi zaštita potrošača, podupirem obvezu dostupnosti svih potrebnih informacija prije sklapanja ugovora, kao i mogućnost raskida ugovora bez dodatnih troškova nakon isteka 6 mjeseci od potpisivanja ugovora te svakako podupirem olakšavanje promjene pružatelja usluge.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Također, za građane Europske unije, a pogotovo Hrvatske, u kojoj tri kompanije tretiraju svoje korisnike na način nezamisliv onima u Njemačkoj ili Belgiji, a pogotovo kad je u pitanju prijevremeno raskidanje ugovora koji traje najmanje po 2 godine ili promjene operatera koja pak zbog monopola na DTK mrežu jednog od njih traje nedopustivo dugo, uređenje ovog područja doista je nužno.

Osim građanima, olakšano djelovanje bi bilo omogućeno i pružateljima usluga, što također smatram korisnim za hrvatske građane. Veća konkurencija sprječava mogućnost kartelskog udruživanja i dogovornog određivanja cijena usluga na što građani Hrvatske bez posebnih dokaza osim visokih cijena mjesečnih računa počesto sumnjaju. Zalažem se za konkurenciju od više operatera jer su usluge tada uvijek bolje i s većom ponudom različitih opcija, cijene istih jeftinije, a korisnici zadovoljniji.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le règlement proposé par cette recommandation incluse dans le rapport Castillo a pour objet la mise en œuvre de dispositions harmonisées afin de garantir l'accès à un internet ouvert, de protéger les droits des utilisateurs et de supprimer les frais d'itinérance supplémentaires. J'ai donc voté en faveur des multiples amendements visant à renforcer la neutralité du net.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – U zadnjih godinu dana veliki su pomaci učinjeni u području zaštite slobode elektroničke komunikacije, a naponi Parlamenta i Vijeća da osiguraju otvoreni pristup internetu i ukinu roaming naknade kruna su tog procesa. U potpunosti podržavam harmoniziranje pravila u ovom području na razini EU-a.

U lipnju 2017. godine sve roaming naknade za pozive, SMS-ove i podatkovni promet na mobilnim uređajima u EU-u bit će ukinute, što je uvelike postignuće upravo grupe Socijalista i demokrata koji su otvorili ovaj problem i tijekom godina dosljedno inzistirali na njegovom rješavanju. Nadalje, podržavam regulativu kojom bi se osigurala otvorenost interneta, odnosno njegova neutralnost te kojom bi se prisililo pružatelje internetskih usluga da sav mrežni promet tretiraju jednako.

Osim toga, svi oblici blokiranja, degradiranja i diskriminacije online usluga, sadržaja i aplikacija bit će strogo zabranjeni ovim prijedlogom, što je značajan napredak u području u kojem ovakve prakse često prolaze nesmetano i nekažnjeno, uz izostanak harmonizirane regulative na razini Unije.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'importanza della proposta presentata dalla Commissione europea, la quale mira a realizzare un mercato unico delle comunicazioni elettroniche, risiede principalmente nel fatto che i cittadini e le imprese avranno il diritto di avere accesso ai servizi di comunicazione elettronica ovunque essi si trovino all'interno dell'UE, senza restrizioni transfrontaliere o costi aggiuntivi ingiustificati.

In particolare, ritengo sia di grande importanza la decisione di porre fine ai sovrapprezzi del roaming telefonico. Dal 15 giugno 2017 saranno, infatti, vietate le tariffe di roaming nell'UE per le chiamate, l'invio di messaggi di testo e per l'utilizzo di Internet tramite dispositivi mobili. Accolgo con favore questo genere di iniziative, le quali hanno un impatto positivo diretto sulla vita quotidiana di milioni di cittadini europei. Inoltre, esse sono molto importanti al fine di promuovere la concorrenza, stimolare gli investimenti nella banda larga e incrementare la realizzazione di infrastrutture tecnologiche di nuova generazione. Per questo motivo ho deciso di votare a favore.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Tekst porozumienia zawartego w drugim czytaniu ustanawia przepisy dotyczące zniesienia opłat roamingowych podczas podróży w obrębie UE od czerwca 2017 r. oraz wprowadzenia zasad zabezpieczenia otwartego Internetu w UE, zgodnie z zasadą „neutralności sieci”.

Od czerwca 2017 r. opłaty za telefony komórkowe podczas podróży w UE będą takie same, jak w domu – w przypadku posiadania miesięcznego abonamentu na połączenia telefoniczne, SMS-y lub transmisję danych do wolnego wykorzystania za granicą w ramach UE opłata będzie taka sama, jak w domu, bez naliczania żadnych dodatkowych opłat. Zasady te zapobiegną nadużyciom, jak np. w sytuacji, gdy klient kupuje kartę SIM w innym kraju UE, gdzie ceny są niższe, aby używać go w domu. Rozporządzenie wprowadza również istotne środki ochrony konsumentów, w szczególności zapewnienie dostępu do informacji o swoich prawach w roamingu i wykorzystaniu środków oraz uprawnienie do wykrywania ewentualnych naruszeń zasad otwartego Internetu. W związku z powyższym popieram sprawozdanie.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – L'Union garantit aujourd'hui une mobilité élevée des échanges de personnes, de biens et de services dans une certaine mesure. Dans ce contexte, et afin d'accroître les performances du marché unique, l'Union a décidé de renforcer l'ouverture des communications électroniques.

Le Parlement européen a adopté le rapport relatif au marché unique européen des communications électroniques. Ce texte prévoit notamment d'abolir les frais d'itinérance («roaming») et de renforcer le cadre européen garantissant la neutralité du net.

J'ai voté en faveur de ce texte car il est aujourd'hui primordial d'ouvrir ce secteur tout en s'assurant un cadre de contrôle européen protégeant les libertés sans compromettre l'essor des entreprises européennes.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Votei a favor por considerar importante a abolição do *roaming* como mais um fator de estímulo à livre circulação de pessoas .

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Konnte das Parlament zwar in den Verhandlungen zur ersten Lesung noch weitgehende Verbesserungen erreichen, und zusätzlich zur Abschaffung von Roaming sogar eine gesetzliche Verankerung von Netzneutralität durchsetzen, so enthält der jetzige Bericht diese Verbesserungen nicht mehr. Die Endfassung sieht jetzt wieder vor, dass sowohl eine Art „Roaming“ erhalten bleibt und im „offenen Internet“ sogenannte Spezialdienste zugelassen werden. Es wurde zwar mitaufgenommen, dass die Qualität der regulären Internetverbindung in Bandbreite und Geschwindigkeit durch diese nicht leiden darf, die Spezialdienste dürfen aber als „Pay-for-Priority“-Dienste gegen Bezahlung prioritär durchs Netz geleitet werden. Die Netzneutralität, also die Gleichbehandlung aller Datenpakete und Inhalte im Netz, wird damit zwar nicht abgeschafft, dennoch wird eine Art von zwei Klassen Internet geschaffen. Der vorliegende Bericht erfüllt damit die Position, die das Parlament auch in diversen Resolutionen zur Netzneutralität schon mehrmals beschlossen hat, nicht. Gleichzeitig sorgt die Verordnung auch nicht für mehr Rechtssicherheit, sondern wirft mehr (rechtliche) Fragen auf als sie gesetzlich löst.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We in UKIP voted against the EU Commission proposal to create an EU legislative framework on the European digital market as we believe our national representatives would do a much better job deciding whether to implement such legislation for the UK. We believe in the importance of maintaining the freedom we currently enjoy on the internet. We believe that all internet traffic should be treated equally, without discrimination, restriction or interference. For this reason, we object to the creation of new EU regulation on net neutrality and roaming. With regard to roaming, we believe that this proposal is deeply regressive, favouring well-heeled frequent travellers and disadvantaging typical users. Some telecom operators have in fact admitted that the loss in revenue will be pushed onto domestic users. Non-roaming customers will be subsidising frequently roaming customers and this will increase costs for the majority.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Ce mardi, le Parlement a approuvé le texte sur le marché unique européen des communications électroniques. C'est le genre de législation qui a un impact concret sur la vie des citoyens européens.

Ce texte va permettre, à terme, l'interdiction totale des frais d'itinérance pour l'utilisation des téléphones mobiles à l'étranger dans l'Union pour juin 2017. Cela signifie qu'appeler vers l'étranger ou naviguer sur internet via son smartphone dans un autre État membre n'engendrera plus de surcoût. Un premier plafond de transition sera effectif dès avril 2016 et diminuera les surcoûts actuels qui sont de 0,19 € par minute pour les appels vocaux sortants, 0,06 € pour les SMS et 0,20 € par mégaoctet pour l'utilisation de l'internet mobile.

Cette initiative avait été introduite par l'ancienne commissaire libérale Neelie Kroes, dès 2010. C'est donc une étape importante franchie par le Parlement.

Moins ambitieux, le volet sur «l'internet ouvert» demande aux fournisseurs d'accès à internet d'assurer l'égalité de traitement des flux de données sur le net. Sur cette partie toute aussi importante, je regrette que les négociations aient débouché sur un accord ambigu et équivoque, qui ne soit pas à la hauteur de ce qui était espéré pour le marché unique des télécommunications de l'Union.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – Après de longues négociations avec le Conseil et une intense mobilisation du groupe ALDE au sein du Parlement, je me réjouis de l'adoption du règlement sur la neutralité de l'internet et la fin des frais d'itinérance par le Parlement européen.

L'une des mesures de ce texte vise à supprimer les frais de «roaming» entre les États membres à partir du 15 juin 2017. L'abolition de ces frais qui concernent spécifiquement les échanges de SMS, d'appels et l'utilisation de l'internet mobile à partir d'un autre État membre est une étape supplémentaire dans l'aboutissement du marché unique.

L'introduction du principe de neutralité de l'internet permettrait quant à elle de placer tous les utilisateurs sur un pied d'égalité quant à la gestion du trafic.

Cette nouvelle directive bénéficiera aux entreprises, aux travailleurs transfrontaliers mais aussi aux citoyens européens qui n'auront plus à se soucier des surtaxes liées aux frais d'itinérance chaque fois qu'ils voyageront dans l'un des 28 pays de l'Union.

De plus, en imposant l'obligation aux fournisseurs d'accès à l'internet d'apporter des informations claires et précises sur le niveau et la qualité des débits, ce règlement répond aux exigences de transparence des citoyens.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), *par écrit*. – Le nouveau paquet télécom est présenté comme une victoire pour les consommateurs alors que c'est tout simplement l'inverse. Ce paquet représente une réelle menace pour la neutralité du net, principe fondateur de la liberté d'expression et d'information sur l'internet.

Si le Parlement européen s'était initialement prononcé pour inscrire ce principe dans la législation, le compromis final négocié avec le Conseil de l'Union a produit un tout autre résultat. Non seulement la neutralité du net n'est plus mentionnée, mais pire, l'accord autorise les fournisseurs de services internet à introduire des «services spéciaux» et à mettre en place une gestion du trafic sur l'internet, menaçant de facto la neutralité du net.

Les pourfendeurs du paquet télécom annoncent par ailleurs la soi-disant «fin des frais d'itinérance». Pur mensonge. En effet, si les frais d'itinérance seront abolis plus tôt que prévu, des failles et exceptions dans la législation vont permettre aux opérateurs de récupérer leur manque à gagner par d'autres moyens, au détriment des consommateurs. Les autorités nationales auront la responsabilité de vérifier et d'interpréter l'application des règles, ce qui risque de conduire à une myriade d'exceptions nationales.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – Comme 499 de mes collègues, j'ai voté contre la demande de rejet du paquet législatif relatif aux télécommunications.

Il ne fallait pas rejeter cet accord, obtenu après de longues et intenses négociations et comportant beaucoup de points essentiels. En premier lieu, la fin des frais d'itinérance pour les appels, les textos ou l'utilisation de l'internet mobile dans un autre État membre de l'Union (ou un pays de l'EEE) à partir de juin 2017. Avant cela, des plafonds ont déjà pu y être fixés et ils constitueront déjà un progrès sensible dès avril prochain. Même si la «fin du roaming» arrivera un peu plus tard qu'espéré, elle était très attendue et constitue sans conteste une grande victoire pour les consommateurs-utilisateurs.

Sur le point plus délicat de l'internet ouvert et de la neutralité du net, l'on peut voir le verre à demi plein ou le verre à demi vide, comme souvent. J'ai tranché, et je salue le fait que nous ayons pu faire inscrire juridiquement le principe de l'internet ouvert et de la neutralité du net, directement applicable dans tous les États membres.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El presente Reglamento reviste una importancia máxima porque es la expresión inequívoca de los beneficios del proyecto europeo.

El Grupo S&D lleva años reclamando la supresión de los sobrecostes de itinerancia. Con este acuerdo, que he apoyado, ese deseo se hará realidad el 15 de junio de 2017.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Es cierto que no se ha logrado la supresión a finales de este año, pero hemos logrado doblegar la resistencia de algunos Estados miembros que no querían la supresión del *roaming* antes de 2018 ni una reducción significativa de los precios para el período transitorio, como se ha logrado a partir de abril de 2016. De todo ello se beneficiarán los ciudadanos en sus viajes por la Unión, pero también las empresas, especialmente las pymes.

Pero además, este acuerdo consagra el principio de la neutralidad de la red por primera vez en los 28 Estados miembros. Habríamos deseado que el Consejo no hubiera imposibilitado incluir el concepto en el acuerdo. Pero se ha consagrado la definición aprobada por el Parlamento para garantizar un trato igual y no discriminatorio de todo el tráfico en internet.

El acuerdo es un paso, pero queda mucho trabajo por hacer para avanzar hacia el mercado único digital.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Mon vote en faveur du «paquet télécom» est notamment motivé par la volonté de voir supprimés les frais d'itinérance pour téléphoner, envoyer des sms ou naviguer sur le net depuis un autre pays de l'Union européenne.

Il revient à présent à la Commission de permettre que cette suppression soit effective en réformant le «marché de gros de l'itinérance» d'ici juin 2017. Si l'on est convaincu par le projet européen, comme je le suis, et si l'on souhaite défendre la mobilité des européens, il faut éviter qu'il y ait un prix supplémentaire à payer pour pouvoir communiquer depuis l'étranger.

Par ailleurs, la neutralité du net doit être consacrée, afin que le traitement de toutes les formes de trafic internet par les entreprises fournissant un accès à l'internet soit identique. Aucun régime d'exception – en regard des conditions reprises dans le règlement – ne peut être vecteur de discrimination, au risque de créer un internet à deux vitesses.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O reinício das negociações no sector das telecomunicações ganhou um novo élan com a Presidência Letã, em abril deste ano.

Contudo, o mandato atribuído pelo Conselho limitou-se às questões relativas ao *roaming*, neutralidade da Internet, acesso e direitos dos consumidores, deixando de fora, por exemplo, a reforma do organismo dos reguladores europeus das comunicações eletrónicas.

Do compromisso alcançado entre o Parlamento e o Conselho, destaco a harmonização jurídica relativa ao mercado único digital, o fim do *roaming* a partir de junho de 2017 e a redução das tarifas já em 2016 (passando as mesmas a ter como limite máximo as tarifas grossistas de 0,05€ por minuto nas chamadas, 0,02€ por SMS e 0,05€ por *megabyte* de dados).

Ao nível do acesso aberto à Internet, saliento a igualdade de tratamento que os operadores devem providenciar a todos os consumidores de conteúdos e aplicações eletrónicas, impedindo-os de bloquear ou condicionar serviços, salvo em situações excecionais, que, julgo, poderiam ter sido melhor especificadas.

Face ao acima exposto, considero que, não sendo a regulamentação ideal, é sempre preferível uma harmonização das normas do mercado europeu das comunicações eletrónicas do que uma miríade aleatória de legislação nacional díspar, pelo que decidi votar a favor deste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui pose les premières pierres d'un véritable marché unique européen des télécommunications. Les appels téléphoniques, l'envoi de SMS et l'utilisation de l'internet mobile à l'étranger, au sein de l'Union européenne, ne seront plus surtaxés à compter du 15 juin 2017. La fin des frais d'itinérance à la mi-juin 2017 est une véritable avancée qui permettra de rapprocher et de connecter les citoyens européens. C'est une grande victoire du Parlement, engagé dans les négociations depuis 2013, afin de garantir aux consommateurs, aux entreprises et aux PME de meilleures conditions de communication.

En parallèle, des mesures liées à la neutralité du net seront également mises en place. Il s'agit de veiller à ce qu'aucun contenu ou débit ne soit discriminé ou dégradé volontairement par les fournisseurs d'accès à l'internet. Le texte adopté permet le blocage de contenus uniquement pour des raisons judiciaires, de sécurité ou de congestion du réseau.

Dienstag, 27. Oktober 2015

L'abolition des frais d'itinérance et la réglementation au niveau européen d'un internet ouvert sont des avancées considérables afin de faire entrer l'Europe dans l'ère des communications numériques du XXI^e siècle et de faciliter la connexion entre citoyens européens. Les consommateurs européens pourront en tirer les plus grands bénéfices.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione riguardante il mercato unico europeo delle comunicazioni elettroniche in quanto il nuovo regolamento toglierà i sovrapprezzi per il roaming entro la metà del 2017 e garantirà l'accesso a un'Internet aperta.

Nello specifico l'ordinamento prevede: la completa abolizione dei costi di sovrapprezzo dell'utilizzo del telefonino all'estero, sia per le telefonate, gli SMS o la navigazione Internet; che il trattamento del traffico sia uguale e non discriminatorio, riconoscendo però la qualità del servizio per i così detti «servizi necessari»; la creazione di un servizio che informerà dei costi del roaming fino a quando non sarà completamente abolito; una maggiore protezione dei dati e una migliore qualità dell'accesso ai servizi.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la proposición para expulsar la propuesta de la Comisión. Por tanto, estamos en contra del Informe de Pilar del Castillo puesto que, a pesar de que pone fin al *roaming* dentro de la UE (cosa deseable), el Parlamento Europeo también ha votado sobre un tema mucho más preocupante aunque menos público: la neutralidad de la red dentro de las fronteras comunitarias. En este sentido, y tras el proyecto de acuerdo inicial que la Comisión publicó en junio del presente año, el Parlamento Europeo ha votado en contra de todas las enmiendas a un proyecto de ley que precisamente venía a asegurar un mercado único que garantice las comunicaciones electrónicas y, sobre todo, para impedir que las operadoras pudiesen priorizar el tráfico según sus propios términos, dando al traste con la red igualitaria y libre que conocemos ahora.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Podpořila jsem výslednou podobu tzv. telekomunikačního balíčku, protože spotřebitelům přinese dvě zásadní výhody. Jedná se o poslední krok v dlouhotrvajícím úsilí skupiny sociálních demokratů v Evropském parlamentu o ukončení poplatků za roamingu a prolomení nelogických umělých hranic pro mobilní komunikaci v rámci EU. Neméně důležitým je i ustanovení týkající se zajištění síťové neutrality prostřednictvím otevřeného internetu založeného na nediskriminaci, transparentnosti a jasných právech koncových spotřebitelů. Vůbec poprvé se tak v evropské legislativě objeví pravidlo, že poskytovatelé služeb přístupu k internetu musí zacházet s veškerým provozem stejně.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe supone la aprobación definitiva en primera lectura de la posición del Consejo sobre el mercado único europeo de las comunicaciones electrónicas. Esta propuesta autoriza la aprobación definitiva de un acto que tendrá un importante impacto en los Estados miembros de la Unión puesto que armoniza las regulaciones sobre comunicaciones electrónicas. Sin embargo, esta armonización se realiza sin garantías suficientes para permitir la neutralidad de la red y permitiendo abusos de los operadores, como las tarifas de *roaming*. Es por esto por lo que nuestra posición es contraria a esta aprobación

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Grazie alla votazione di oggi, a partire dal mese di giugno 2017 saranno finalmente vietate le maggiorazioni dovute al roaming nell'utilizzo dei telefoni cellulari e saranno stabilite norme più chiare sul diritto di accesso a Internet.

Per la prima volta vi sarà inoltre una legislazione specifica dell'Unione europea intesa a tutelare il diritto di ogni cittadino europeo di accedere ai contenuti su Internet senza discriminazione. I fornitori dei servizi Internet dovranno considerare la maniera migliore di soddisfare la domanda e non potranno bloccare o rallentare la ricezione di contenuti, applicazioni o servizi offerti da aziende specifiche, se non per evitare una congestione della rete o attacchi informatici.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – My Labour colleagues and I voted in favour of this report, which finally marks an end to this long, long battle to see the end of roaming charges in the EU and to break down these unnecessary and artificial borders for mobile communications inside the EU. The introduction of a Single Market for Telecoms in Europe will mean all European countries will have to incorporate rules on net neutrality, which is a victory for civil liberties for European citizens. ISPs must treat all internet traffic equally and without discrimination, restriction or interference ... irrespective of the sender and receiver, the content, the application or service used.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Branislav Škripek (ECR), písomne. – Podporujem toto uznesenie, ktoré stanovuje pravidlá na ukončenie roamingových poplatkov pri cestovaní v rámci EÚ v júni 2017 a ktoré zároveň určuje pravidlá na zabezpečenie otvoreného internetu „Open Internet“ v EÚ v súlade s princípmi sieťovej neutrality „Net Neutrality“.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Pozitívno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazložjenje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne – návrh nariadenia, ktorý sa podarilo Parlamentu po dvoch rokoch vyrokovať, som podporila, pretože sa konečne stanovil dátum, keď v EÚ prestanú platiť roamingové poplatky. Už od apríla 2016 sa začne uplatňovať prechodné obdobie, keď budú musieť operátori znížiť poplatky až štvornásobne, a od 15. júna 2017 sa zrušia úplne. Medzitým bude potrebné dohliadnuť na to, aby Komisia včas uzavrela reformu veľkoobchodných roamingových poplatkov. Kompromis, ktorý sa s Radou dosiahol, je nevyhnutným krokom k tomu, aby operátori hľadali spôsoby, ako poskytnúť občanom členských krajín také služby, ktoré by im umožnili voľnejší pohyb po EÚ.

Popritom sme sa dohodli na nutnosti zachovať otvorený internet stanovením pravidiel sieťovej neutrality. Mnohé štáty EÚ doteraz nemali žiadnu legislatívnu úpravu internetu, čo môže brániť tomu, aby mali všetci užívatelia rovnaký prístup k obsahom zdieľaným na internete. Od poskytovateľov internetových služieb budeme žiadať, aby ku každému obsahu pristupovali nediskriminačne, aby určitý obsah nebol nepatrične blokovaný. Akákoľvek regulácia prenášaných dát musí byť transparentná a nesmie byť otázkou obchodných záujmov. Je nepripustné, aby boli internetové stránky malých firiem znevýhodňované, pretože si nejaká korporácia zaplatí prioritný prenos dát. S internetovými stránkami a platformami by sa malo zaobchádzať rovnako, každý obsah, ktorý je na internete zdieľaný, by mal byť rovnocenný.

Igor Šoltes (Verts/ALE), písno. – Kot poslanec skupine Zelenih/ESZ se zavzemam za nevtrálnost interneta in sem proti monopolnemu obnašanju v telekomunikacijah. Menim tudi, da dodatno zaračunavanje prenosa podatkov v tujini ni potrebno.

Tekst, ki ga je potrdil Parlament po svojem prvem branju, je predvideval popolno odstranitev doplačila za prenos podatkov do leta 2015. Po pogajanju s Svetom smo dosegli kompromis, da se bo to lahko storilo šele leta 2017, s tem da se je dodala klavzula o pregledu veleprodajnih taríf.

Namen direktive je bil odstraniti doplačila za prenos podatkov, trenutno besedilo pa to ne omogoča in celo dodaja dodatno regulativno breme. Poleg tega menim, da je v direktivi slabo definirano področje nevtrálnosti interneta.

V izogib nejasnostim smo Zeleni/ESZ skupaj z GUE podali amandmaje, ki so podali rešitev in jasno definirali nevtrálnost interneta, njegovo uporabo in katere storitve v okviru tega so sploh dovoljene.

Menim, da potrebujemo pravilno in natančno definicijo nevtrálnosti interneta ter jasna pravila o uporabi le-tega, zato sem podprl amandmaje, ki so bili vloženi s strani skupine Zelenih/ESZ in GUE.

Renato Soru (S&D), per iscritto. – Oggi ho votato a favore del nuovo regolamento sul mercato europeo delle telecomunicazioni, con il quale il Parlamento approva la fine dei costi di roaming nell'UE a partire dal 15 giugno 2017, sulla base di un difficile accordo con gli Stati membri.

Inoltre, il regolamento introduce una disciplina comune sul diritto di accesso a Internet, nello spirito di condivisione e libero scambio che ha animato sin dalla nascita l'ecosistema globale della rete. Questo spirito, incarnato nel principio della *net neutrality*, ha consentito l'evoluzione del web fino a farlo divenire, secondo Tim Berners-Lee, «un'infrastruttura centrale del nostro tempo che pervade ogni settore, dall'economia alla vita privata degli individui».

Perciò, pur condividendo gli importanti obiettivi raggiunti dal testo finale, ho scelto di sottolineare ulteriormente la mia posizione a favore della *net neutrality* votando un emendamento che chiede norme comuni ancora più definite affinché Internet continui ad essere una piattaforma aperta e orizzontale, capace di promuovere il diritto di tutti di accedere e distribuire informazioni, o di esercitare la libera scelta nell'utilizzo di applicazioni e servizi, evitando la frammentazione dovuta alle diverse regolamentazioni nazionali. Solo potenziando ulteriormente la libertà e l'apertura della rete, l'Europa potrà affermarsi come una società competitiva, prospera e giusta.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Bart Staes (Verts/ALE), schriftelijk. – Het vandaag in stemming gebrachte pakket was nog een uitloper van de voorstellen van Neelie Kroes om de telecommunicatiemarkt te liberaliseren en te harmoniseren. Alleen bleef er van het voorgestelde pakket weinig over en gingen de onderhandelingen tussen de Raad, het EP en de Commissie vooral over roaming en netneutraliteit. Vandaag werden onze amendementen betreffende netneutraliteit door een meerderheid van het EP weggestemd. Daardoor komt de vrijheid en innovatie op het internet in het gedrang en worden consumenten en kleine startende onlinebedrijven de dupe van koehandel. Zo ontstaat een internet van twee snelheden, met geprivilegieerde toegang voor wie het kan betalen. Dat betekent dus klassendiscriminatie op internet, waarbij nieuwe online start-upbedrijven worden tegengewerkt.

Daar staat tegenover dat directe roamingtarieven vanaf 15 juni 2017 worden afgeschaft, maar daar hangen bepalingen aan vast die dit ondermijnen, zoals de definitie van “redelijk gebruik”. Die zal immers bepalen hoeveel consumenten toch nog moeten bijbetalen als ze daarboven zitten. Ook kan een provider, wanneer hij in bijzondere omstandigheden er niet in slaagt de gemaakte roamingkosten te dekken, alsnog kosten doorrekenen aan de consumenten.

Aangezien onze groene amendementen rond netneutraliteit het niet haalden en ik me niet kan vinden in dit pakket, stemde ik tegen.

Joachim Starbatty (ECR), schriftlich. – Der vorliegende Kompromissvorschlag aus dem Trilogverfahren regelt einerseits die schrittweise Abschaffung der Roaming-Gebühren innerhalb der EU sowie andererseits EU-weit einheitliche Standards für ein offenes Internet.

Die stufenweise Senkung der Roaming-Gebühren bei der Nutzung von Mobiltelefonen im europäischen Ausland ist zu begrüßen. Sind bis Mitte 2017 noch geringfügige Aufschläge verglichen mit den Preisen im Heimatmarkt erlaubt, fallen diese nach diesem Stichtag gänzlich weg und ermöglichen so grenzüberschreitende mobile Kommunikation ohne Zusatzkosten.

Die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität ist zwingende Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb in der digitalen Wirtschaft. Angesichts des Bedeutungsverlusts der europäischen IT-Industrie ist es höchste Zeit, einen auf gemeinsamen Standards beruhenden digitalen Binnenmarkt zu schaffen, der europäischen Unternehmen ähnliche Wachstumsraten ermöglicht wie ihren ausländischen Konkurrenten. Dabei sind sowohl der freie Zugriff aller Bürger auf sämtliche Inhalte des Internets als auch die Gleichbehandlung aller Datenpakete ohne bezahlte Priorisierung sicherzustellen. Eine Priorisierung kann ggf. aus technischen – nicht kommerziellen – Gründen nötig sein, jedoch nur verhältnismäßig, nicht-diskriminierend und zeitlich begrenzt. Verantwortlich für die Einhaltung des fairen Wettbewerbs bleiben die nationalen Aufsichtsbehörden.

Trotz bestehender Kritikpunkte wie des nicht eindeutig enthaltenen Verbots des Zero-Ratings habe ich für den relevanten Kompromissvorschlag gestimmt, um die zeitnahe Schaffung eines digitalen Binnenmarktes und die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Digitalisierung sicherzustellen.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Slobodný a rýchly internet by mal byť dostupný pre každého občana EÚ. Vďaka dnešnému rozhodnutiu už nebude možné, aby prevádzkovateľ bezdôvodne blokoval niektoré služby, alebo zavádzal spotrebiteľa o rýchlosti jeho pripojenia. Definitívne odbúranie roamingu zas prinesie ďalšie úspory pre občanov aj podnikateľov.

Jutta Steinruck (S&D), schriftlich. – Ich habe mich gegen die unsinnige Verknüpfung von Roaming und Netzneutralität ausgesprochen. Die Netzneutralität ist in den Verhandlungen nicht nur zu kurz gekommen, sondern auch in dem vorliegenden Bericht nicht ausreichend definiert worden. Die Gefahr besteht, dass Tür und Tor für ein Internet der zwei Geschwindigkeiten geöffnet werden und wir damit das Grundprinzip des freien Internets untergraben. Die Änderungsanträge, die für eine klare Definition von Netzneutralität gesorgt hätten, hatten leider keinen Erfolg. Deshalb habe ich dem Entwurf gestern nicht zugestimmt. Die Europäische Kommission hat versucht, mit einer Paketlösung zwei Gesetze zu verbinden. Um der Abschaffung der Roaminggebühren zustimmen zu können, hätten wir die Netzneutralität opfern müssen. Das finde ich undemokratisch. Ich möchten keine Überholspuren im Internet. Der gesamte Datenverkehr muss grundsätzlich gleich behandelt werden. Deshalb dürfen wir die Neutralität und Offenheit des Netzes auch nicht den Kräften des Marktes überlassen.

Catherine Stihler (S&D), in writing. – I, along with Labour Party colleagues, voted in favour of this report which marks the end of a long battle to end EU roaming charges and to break down artificial borders for mobile communications within the EU. The introduction of a Single Market for Telecoms in Europe will mean all European countries will have to incorporate rules on net neutrality, which will oblige internet service providers to treat all internal traffic equally without discrimination, restriction or interference and irrespective of the sender and receiver, the content, the applications or services used.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Novim mogućnostima rasta i ekonomijama razmjera može se poboljšati povrat ulaganja u brze mreže te se istovremeno može poticati tržišno natjecanje i globalna konkurentnost. Međutim, operateri u EU-u ne mogu ih dovoljno iskoristiti. Zbog rascjepkanih nacionalnih tržišta korisnicima je sužen izbor, nisu im dostupne inovativne usluge i oni još uvijek plaćaju visoku cijenu za pozive preko državnih granica ili za roaming unutar EU-a.

Potrebno je zajamčiti zajedničke visoke razine zaštite potrošača diljem Unije te u tom smislu zajedničke trgovinske uvjete, uključujući mjere postupnog ukidanja dodatnih naknada za pozive u roamingu i mjere zaštite pristupa otvorenom internetu. Opći je cilj ovog prijedloga napredovanje ka jedinstvenom tržištu elektroničkih komunikacija na kojem građani i poduzeća mogu elektroničkim komunikacijskim uslugama pristupiti s bilo kojeg mjesta u Uniji, bez prekograničnih ograničenja ili neopravdanih dodatnih troškova.

Jedinstvenim tržištem elektroničkih komunikacija promicalo bi se tržišno natjecanje, ulaganje i inovacije u području mreža i usluga poticanjem tržišne integracije i prekograničnog ulaganja u mreže i pružanje usluga. U drugom čitanju nije bilo konačnog glasanja, ali sam glasala protiv prijedloga da se odbije pozicija Vijeća te protiv amandmana na prijedlog Vijeća.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem proti priporočilu za drugo obravnavo o evropskem enotnem trgu elektronskih komunikacij. Proti sem glasovala zaradi neprimerne opredelitve nevtralnosti interneta. Podpiram odprtost in nevtralnost interneta. V Sloveniji imamo v Zakonu o elektronskih komunikacijah visoke standarde na področju nevtralnosti interneta. Nasprotujem nižanju doseženih standardov ter podpiram prosti trg na področju interneta ter prosti dostop do informacij. Končni uporabnik mora imeti možnost izbire, zato morata biti dostop in razširjanje informacij dostopna vsem.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Podpořil jsem dnešní legislativní usnesení Evropského parlamentu o jednotném evropském trhu elektronických komunikací, jelikož především představuje dlouho očekávaný a potřebný krok ke zrušení poplatků za roaming. Lituji, že se do schváleného kompromisu nedostala výslovná definice síťové neutrality, tento princip byl ale promítnut do konkrétních ustanovení kompromisu a zrušení poplatků za roaming v celé Evropské unii považují za důležitý příklad toho, jakou přidanou hodnotu může Evropská unie přinést. Zrušení poplatků za roaming se týká volání, sms i datových služeb a nastane počínaje 15. červnem 2017. Dnešní hlasování tak představuje důležitý moment v procesu budování jednotného evropského digitálního trhu. Do budoucna je však důležité, aby Evropská komise důsledně dohlížela na řádnou implementaci těchto pravidel tak, aby bylo skutečně dosaženo požadovaného účinku.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Δυστυχώς το νομικό πλαίσιο που προτείνεται είναι σε αρκετά σημεία ασαφές και έχει νομικά κενά. Όσον αφορά τα τέλη περιαγωγής, ενώ η όλη συζήτηση είχε αρχίσει με αίτημα για πλήρη κατάργηση, στο κείμενο που εν τέλει έχει καταθέσει το Συμβούλιο γίνεται λόγος για κατάργηση των τελών μονάχα για συγκεκριμένο όγκο «εύλογης χρήσης», ο οποίος θα καθοριστεί από την Κομισιόν. Το πιο προβληματικό και επικίνδυνο όμως είναι πως δίνεται η δυνατότητα στις εταιρείες να έρθουν εκ των υστέρων και να χρεώσουν τους πελάτες τους με επιπρόσθετα τέλη λόγω μη κάλυψης του συνολικού τους κόστους.

Επίσης ιδιαίτερα αρνητική εξέλιξη είναι η απουσία αναφοράς στην ανάγκη διασφάλισης της ουδετερότητας του διαδικτύου, γεγονός που συνεπάγεται πως κινδυνεύει ο δημόσιος χαρακτήρας του. Για εμάς οι τηλεπικοινωνίες και το διαδίκτυο αποτελούν δημόσια κοινωνικά αγαθά στα οποία πρέπει όλοι να έχουμε ισότιμη πρόσβαση. Δεν μπορούμε λοιπόν να στηρίζουμε να καταστούν εργαλεία για ενίσχυση των μεγάλων εταιρειών και των κερδών τους.

Στην πραγματικότητα στόχος του νέου κανονισμού είναι η ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας της Ένωσης. Κερδισμένοι από τη φιλελευθεροποίηση της αγοράς των τηλεπικοινωνιών θα είναι οι μεγάλες εταιρείες. Τέλος αρνητική εξέλιξη είναι πως με το νέο κανονισμό θα δοθούν αρμοδιότητες που έχουν σήμερα τα κράτη μέλη στην Κομισιόν.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η έκθεση δεν ικανοποιεί τη διασφάλιση της πρόσβασης στο διαδίκτυο και την προστασία των δικαιωμάτων των ευρωπαίων πολιτών. Το παρόν κείμενο είναι ασαφές και μπορεί να επιτρέψει ερμηνείες που μπορούν να οδηγήσουν σε διακρίσεις στο διαδίκτυο καταργώντας τοιούτοτρόπως έμμεσα, την ελευθέρια της έκφρασης, την οικονομική ανάπτυξη και την καινοτομία.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentés azon módosító javaslatait, melyek egyértelműen hozzájárultak a netsemlegesség kompromisszumok nélküli biztosításához, mivel ez az alapvető érdeke minden európai állampolgárnak. Minden olyan döntés, amely ezzel szembe megy, a digitális fejlődést, így az európai versenyképességet veszélyezteti. Éppen ezért, az ezzel az elvvel szembe menő javaslatokat, elképzeléseket nem tudom támogatni.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Questo regolamento dice che tutto il traffico su Internet deve essere trattato nello stesso modo ma permette di fare il contrario, poiché stabilisce una vasta serie di eccezioni alla regola, concedendo la possibilità di gestire il traffico dei dati e/o di istituire corsie preferenziali veloci. Esse verranno presumibilmente percorse solo dal traffico diretto verso siti in grado di pagare per rendere più rapido e più facile l'accesso degli utenti.

Ho votato per rigettare il regolamento nel suo insieme, dato che esso uccide la neutralità della rete nell'UE. Ho votato a favore degli emendamenti che miravano ad impedire tutte queste eccezioni. Sono stati bocciati.

Senza la neutralità della rete, Google e Facebook non sarebbero riusciti a muovere i primi, difficili passi verso la popolarità: dato che ora la neutralità della rete viene meno, l'UE impedisce di fatto la nascita di piattaforme innovative europee in grado di fare concorrenza ai colossi statunitensi.

L'abolizione del roaming contenuta nel regolamento è inoltre limitata: condizionata, e subordinata agli interessi delle società che operano nel campo delle telecomunicazioni. È il secondo motivo per il quale ho votato no: l'abolizione incondizionata del roaming sarebbe invece un atto dovuto per rendere l'Europa un continente connesso.

Charles Tannock (ECR), *in writing*. – This report relates to many areas of legislation that are of great importance, net neutrality among them, but for me, and for many I suspect, the stand out point is an end to mobile phone roaming charges from June 2017 across the entire EU. This is exactly the type of legislation that the EU should be about – helping consumers, removing barriers, and furthering the single market. Some in this House have sought to paint the changes as a market intervention that will provide cut-cost international roaming to a jet-set elite whilst leaving poorer, domestic customers to pick up the costs as service providers increase the price of basic tariffs to offset losses. This is complete nonsense. This was a legitimate concern during negotiations and so the legislation has been crafted with sufficient safeguards to prevent this from happening. This is a good news EU story and I am pleased to have voted in favour.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Les eurodéputés devront se prononcer ce mardi sur un texte au centre de bien des convoitises: l'abolition des frais téléphoniques d'itinérance (*roaming*) mais aussi l'instauration de principes européens sur la neutralité du net: de belles avancées en perspective pour le consommateur. Seulement, certains gouvernements européens (Conseil), obéissant aux opérateurs télécom, ont affaibli la proposition législative pour limiter le manque à gagner de ces grandes entreprises. Le dernier round de ce combat se jouera mardi pour proposer aux consommateurs la meilleure législation possible.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The European Parliament decided to approve the agreement reached with the Council on so-called Telecoms package today. One of the main issues of this agreement was the end of roaming charges by mid-2017. Roaming has been one of my priorities for a long time, therefore I decided to support this agreement. The result is great news for the European public, and is a key element of our future digital single market.

However I still have some provisions towards the agreement. I am still convinced that the end-date of the roaming should be earlier than mid-2017. The text has been diluted on issues like net neutrality, so I decided to co-sponsor amendments tabled on this matter. However support of tabled amendments would entail annulment of the agreement, which would greatly delay the entire process. Furthermore there would be no guarantee to obtain a better deal with Council. Therefore I decided not to vote in favour of any of the amendments tabled in a second reading.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Le rapport del Castillo Vera est le symbole de l'attachement du Parlement européen aux libertés numériques. Alors que le Conseil avait défiguré ce texte en première lecture avec la complicité du rapporteur PPE, nous avons porté un compromis alternatif qui défend clairement la neutralité du net et mettra fin aux surcoûts de l'itinérance des données.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Après avoir vu baisser progressivement les coûts de l'itinérance des données entre 2016 et 2017, les consommateurs ne se verront plus surfacturer par les opérateurs mobiles à compter de 2017 et paieront leurs communications dans l'Union européenne au prix d'un appel local.

Tandis qu'il faisait l'objet de 28 réglementations différentes, le principe de neutralité du net est enfin reconnu au niveau communautaire. Dorénavant, les fournisseurs d'accès à l'internet devront traiter l'ensemble du trafic de manière égale.

Bien que le texte reste perfectible sur la question des services spécialisés ou du «zero-rating», c'est à dire l'exclusion de certains services de la consommation de flux internet, il pose des garde-fous avec un contrôle accru de ces pratiques et l'impossibilité d'un «mini-internet». J'ai fait le choix de soutenir ce rapport, sans amendement, afin d'acter ces avancées obtenues de haute lutte face au Conseil, pour nos concitoyens.

László Tőkés (PPE), írásban. – A roaming-díjak az elmúlt években a személyek szabad mozgásának adójaként, amolyan extraprofitként működtek, ezért az Európai Parlament már évek óta szorgalmazta azok eltörlését. Az Európai Parlament 2007 óta árplafonok bevezetésével segítette az állampolgárokat és a határon átnyúló üzleti tevékenységet végző vállalkozásokat, most pedig végre lehetővé válik az, hogy legkésőbb 2017. június 15-től hazai tarifákon beszélgethessenek az Európai Unió állampolgárai egymással.

A parlament mai döntésével a hálózatsemlegesség kérdése is szabályozásra került. Ennek keretében a szolgáltatók kötelesek egyenlően kezelni az összes forgalmat, és tilos lesz számukra blokkolni vagy lassítani különböző szolgáltatások átviteli sebességét. Ezenkívül lehetővé válik különleges szolgáltatások értékesítése, amely garantálja a magas minőségű internethozzáférést, de nem az alap internetszolgáltatás rovására.

A magyar néppárti delegáció tagjaként megszavaztam az első olvasatban kitárgyalt tanácsi álláspontot, amelynek eredményeként sor kerülhet a roaming-díjak eltörlésére.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Priporočila za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o določitvi ukrepov v zvezi z dostopom do odprtega interneta in spremembi Direktive 2002/22/ES o univerzalni storitvi in pravicah uporabnikov v zvezi z elektronskimi komunikacijskimi omrežji in storitvami ter Uredbe (EU) št. 531/2012 o gostovanju v javnih mobilnih komunikacijskih omrežjih v Uniji ne podpiram, ker predlog ne vsebuje točne definicije, kaj pomeni in zajema pojem „nevtralnost interneta“.

Yana Toom (ALDE), kirjalikult. – Rändlustasude kaotamist on oodatud kaua. Ühisturg Euroopas eksisteerib aastaid ning on ebamõistlik jätkata piiride säilitamisega seal, kus elu ise on nende vajaduse tühistanud. Piirangute kadumine teistes riikides telefoniga rääkimisel on vajalik ettevõtete toimimiseks ühisel turul ning sellest võidavad otseselt kõik tarbijad. Seetõttu toetan seda algatust. Pooldan samuti interneti neutraalsuse printsiibi ülevõtmist rakendamist, kuna hetkel on seda praktikas ellu viinud vaid mõned ELi liikmesriigid.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de la proposición para expulsar la propuesta de la Comisión. Por tanto, estamos en contra del Informe de Pilar del Castillo puesto que, a pesar de que pone fin al *roaming* dentro de la UE (cosa deseable), el Parlamento Europeo también ha votado sobre un tema mucho más preocupante aunque menos público: la neutralidad de la red dentro de las fronteras comunitarias. En este sentido, y tras el proyecto de acuerdo inicial que la Comisión publicó en junio del presente año, el Parlamento Europeo ha votado en contra de todas las enmiendas a un proyecto de ley que precisamente venía a asegurar un mercado único que garantice las comunicaciones electrónicas y, sobre todo, para impedir que las operadoras pudiesen priorizar el tráfico según sus propios términos, dando al traste con la red igualitaria y libre que conocemos ahora.

Ulrike Trebesius (ECR), schriftlich. – Der vorliegende Kompromissvorschlag aus dem Trilogverfahren regelt einerseits die schrittweise Abschaffung der Roaming-Gebühren innerhalb der EU sowie andererseits EU-weit einheitliche Standards für ein offenes Internet.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Die stufenweise Senkung der Roaming-Gebühren bei der Nutzung von Mobiltelefonen im europäischen Ausland ist zu begrüßen. Sind bis Mitte 2017 noch geringfügige Aufschläge verglichen mit den Preisen im Heimatmarkt erlaubt, fallen diese nach diesem Stichtag gänzlich weg und ermöglichen so grenzüberschreitende mobile Kommunikation ohne Zusatzkosten.

Die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität ist zwingende Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb in der digitalen Wirtschaft. Angesichts des Bedeutungsverlusts der europäischen IT-Industrie ist es höchste Zeit, einen auf gemeinsamen Standards beruhenden digitalen Binnenmarkt zu schaffen, der europäischen Unternehmen ähnliche Wachstumsraten ermöglicht wie ihren ausländischen Konkurrenten. Dabei sind sowohl der freie Zugriff aller Bürger auf sämtliche Inhalte des Internets als auch die Gleichbehandlung aller Datenpakete ohne bezahlte Priorisierung sicherzustellen. Eine Priorisierung kann ggf. aus technischen – nicht kommerziellen – Gründen nötig sein, jedoch nur verhältnismäßig, nicht-diskriminierend und zeitlich begrenzt. Verantwortlich für die Einhaltung des fairen Wettbewerbs bleiben die nationalen Aufsichtsbehörden.

Trotz bestehender Kritikpunkte wie des nicht eindeutig enthaltenen Verbots des Zero-Ratings habe ich für den relevanten Kompromissvorschlag gestimmt, um die zeitnahe Schaffung eines digitalen Binnenmarktes und die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Digitalisierung sicherzustellen.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Ha jelentősen megkésve, az eredeti javaslattal szemben elcsúsztatva, ráadásul bizonyos kiskapukat meghagyva is, de mindenképpen célt ért az a korábban megfogalmazott szándék, hogy az európai fogyasztók indokolatlan roaming-terhei mielőbb csökkenjenek. Ezért támogattam magam is az elfogadását. A roaming-díj kivezetésével közös csomagban tárgyalt internetsemlegesség kérdése kapcsán viszont nem támogattam a benyújtott jogszabálytervezetet, mivel álláspontom szerint korlátozza a nyílt és szabad nethasználatot, egyúttal csökkentheti a magyar start-up vállalkozások kibontakozásának lehetőségeit is.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de la proposición para expulsar la propuesta de la Comisión. Por tanto, estamos en contra del Informe de Pilar del Castillo puesto que, a pesar de que pone fin al *roaming* dentro de la UE (cosa deseable), el Parlamento Europeo también ha votado sobre un tema mucho más preocupante aunque menos público: la neutralidad de la red dentro de las fronteras comunitarias. En este sentido, y tras el proyecto de acuerdo inicial que la Comisión publicó en junio del presente año, el Parlamento Europeo ha votado en contra de todas las enmiendas a un proyecto de ley que precisamente venía a asegurar un mercado único que garantice las comunicaciones electrónicas y, sobre todo, para impedir que las operadoras pudiesen priorizar el tráfico según sus propios términos, dando al traste con la red igualitaria y libre que conocemos ahora.

Владимир Уручев (PPE), в писмена форма. – С изключително задоволство гласувах за приемането на доклада на колегата Пилар дел Кастийо и постигнатия исторически компромис със Съвета за премахването на таксите за роуминг на територията на Европейския съюз от средата на 2017 г.

Макар и със закъснение, доколкото се планираше това да се случи още от тази година, най-после гражданите на ЕС ще се отърват от една дискриминационна практика и ще могат да използват своите мобилни телефони в други държави членки, както в своите собствени страни, без да се страхуват от непомерни сметки от мобилните оператори. Още от април следващата година ще можем да разговаряме от чужбина за не повече от 10 стотинки, да изпращаме СМС-и за не повече от 4 стотинки и да обменяме данни за не-повече от 10 стотинки за мегабайт.

Мрежовата неутралност, загубата на която пораждаше големи тревоги сред много граждани и бизнеси, е регламентирана по един съвсем приемлив начин чрез запължаването на доставчиците на услуги да третират еднакво целия интернет трафик.

Премахването на роуминг таксите е също така решителна стъпка към създаването на единния цифров пазар, който е един от грандиозните проекти на ЕС, наред със създаването на европейски енергиен съюз. Именно такива проекти са необходими за поддържането на единството и привлекателността на Европа и за нейния просперитет.

Inese Vaidere (PPE), rakstiski. – Viesabonēšanas tarifu atcelšanu Eiropas Savienības iedzīvotāji tika gaidījuši jau labu laiku. Gandarījums, ka Latvijas prezidentūrai Eiropas Padomē izdevās panākt vienošanos, tādējādi šo jautājumu novedot līdz galam.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Lai arī ES jau iepriekš ir ierobežojusi viesabonēšanas tarifu griestus, tie tomēr joprojām bija gana augsti, jo sevišķi datu pakalpojumu izmantošana. Tādēļ vairākums ceļotāju līdz šim ir izvēlējušies nelietot vai minimāli lietot tālruni, atrodoties ārpus savas valsts.

Ieguvumi no viesabonēšanas tarifu pārtraukšanas būs ievērojami — tas stiprinās ES konkurētspēju, nodrošinās patērētājiem zemākas cenas un pavērs jaunas iespējas uzņēmējiem. Tiek lēsts, ka no sakārtotas telekomunikāciju jomas ieguvums varētu būt ap 520 miljardiem eiro.

No patērētāju viedokļa svarīgi, ka tālruņa izmantošana, atrodoties ceļojumā vai darba darīšanās citās ES valstīs, vairs nesagādās papildus izmaksas, jo tarifi būs tieši tādi paši kā mājās.

Nozīmīgs ir arī tīkla neitralitātes princips, ko ietver jaunais likums. Tas nodrošinās, ka interneta ātrumu nedrīkstēs pielāgot tam, kurš pieslēguma nodrošinātājam maksā vairāk, jo visu veidu interneta saturam, programmām un pakalpojumiem būs jānodrošina vienāds datplūsmas ātrums.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – Este informe supone la aprobación definitiva en primera lectura de la posición del Consejo sobre el mercado único europeo de las comunicaciones electrónicas. Esta propuesta autoriza la aprobación definitiva de un acto que tendrá un importante impacto en los Estados miembros de la Unión puesto que armoniza las regulaciones sobre comunicaciones electrónicas. Sin embargo, esta armonización se realiza sin garantías suficientes para permitir la neutralidad de la red y permitiendo abusos de los operadores, como las tarifas de *roaming*. Es por esto por lo que nuestra posición es contraria a esta aprobación

Anneleen Van Bossuyt (ECR), schriftelijk. – Voor de N-VA heeft de EU een grote meerwaarde voor de verwezenlijking van een digitale interne markt. Deze zal bijdragen aan het verhogen van het concurrentievermogen en het scheppen van groei en werkgelegenheid, met stevige garanties inzake privacy en gegevensbescherming.

De roamingkosten vallen dan wel weg vanaf 2017, maar dit wil niet zeggen dat de nationale en internationale operatoren kosteloos verbonden worden. Deze kosten zullen op een andere manier doorgerekend worden aan de consument. Dit wordt helaas te weinig belicht. Het totale plaatje is positief en past binnen de realisatie van de interne markt. Toch mogen we niet vergeten dat de consumenten die niet of nauwelijks reizen, de kosten zullen betalen voor de mensen die meermaals per jaar naar het buitenland trekken.

De N-VA is tevreden dat netneutraliteit steeds duidelijker afgebakend wordt. Wij streven hierbij naar mogelijkheden voor operatoren om nieuwe (gespecialiseerde) diensten met gegarandeerde kwaliteit aan te bieden, voor zover ze garanderen dat het reguliere internet van afdoende kwaliteit blijft.

Derek Vaughan (S&D), in writing. – I, along with Labour Party colleagues, voted in favour of this report which marks the end of a long battle to end EU roaming charges and to break down artificial borders for mobile communications inside the EU, that have hampered cross border communication and mobility for too long.

The introduction of a Single Market for Telecoms in Europe will mean all European countries will have to incorporate rules on net neutrality, which will oblige internet service providers across Europe to treat all internet traffic equally without discrimination, restriction or interference and irrespective of the sender and receiver, the content, the applications or services used. This is an important victory for all users of the internet in Europe, and I am proud to have backed this report.

Hilde Vautmans (ALDE), schriftelijk. – Niet alleen werd het tijd dat de Europese burgers op het grondgebied van de EU zonder extra kosten met elkaar kunnen communiceren per mobiele telefoon, ook werd het nodig dat we aandacht schonken aan de zogenaamde netneutraliteit. Ik stemde voor deze aanbeveling.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – O atual documento é um passo em frente no aprofundamento do mercado único das comunicações eletrónicas, visando a sua completa liberalização.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Favorece as grandes potências e aguça o interesse das multinacionais pela obtenção do monopólio das comunicações eletrónicas, rumo que se fará destruindo mais postos de trabalho e em detrimento do interesse dos trabalhadores que serão sujeitos a maiores pressões para a redução de salários e outros direitos.

Por outro lado, o princípio da neutralidade sofreu uma significativa machadada. Com efeito, com esta proposta, a partir de maio de 2016, os provedores de Internet podem realmente dar prioridade a serviços especializados, alegando exceções tais como os períodos de tráfego intenso (picos), mas não só. Por outro lado, prevê a polémica taxa zero (*zero rating*). Está, assim, aberta a possibilidade de abuso potencial de todas estas exceções.

Harald Vilimsky (ENF), schriftlich. – Das Internet ist mittlerweile ein durch und durch kommerzialisierter Raum, in dem Konkurrenzkampf und Besitzstandswahrung gegenüber Kollaboration und Innovation dominiert. Die Entscheidung des EU-Parlaments, das Prinzip der Netzneutralität weiter aufzuweichen, unterstützt daher diese meines Erachtens negative Entwicklung. Mit dieser Entscheidung schwächt man nicht nur die kleinen Start-ups, die mit den großen finanzkräftigen Besitzern wichtiger Infrastrukturen nicht mehr mithalten können, sondern vor allem die europäischen Start-ups an sich, die nicht über jenes Risikokapital verfügen wie es z. B. in den USA bereitgestellt wird.

Daniele Viotti (S&D), per iscritto. – Mi sono astenuto nel voto sulla relazione concernente il mercato unico digitale perché, nonostante l'indicazione del gruppo, si tratta di una questione fondamentale e che è arrivata a una conclusione non soddisfacente. Questa relazione è frutto di lunghe conciliazioni che partono dalla precedente legislatura.

Ritengo che il mio lavoro debba cominciare qui, monitorando la situazione in vista della revisione della relazione e promuovendo una diversa consapevolezza della «cultura digitale» a partire dalla posizione degli Stati membri. Gli Stati che formano l'Unione europea non possono lasciare la barra di comando sulle vere infrastrutture del futuro agli Stati Uniti. Dobbiamo fare di più, a cominciare da oggi.

Julie Ward (S&D), in writing. – I, along with Labour Party colleagues, voted in favour of this report which is the outcome of a long battle on important issues like net neutrality and abolishing roaming charges.

The introduction of a single market for electronic communications in Europe means all European countries will have to incorporate rules on net neutrality, which will oblige internet service providers to treat all internet traffic equally without discrimination, restriction or interference and irrespective of the sender and receiver, the content, the applications or services used.

A free and fair internet is crucial today as it is for the world of tomorrow. Freedom of expression, social empowerment, education, and inclusion depend on it. It is now up to national governments and regulators to push standards upwards from the European norm, and for civil society to remain active and vigilant on the subject.

Josef Weidenholzer (S&D), schriftlich. – Konnte das Parlament zwar in den Verhandlungen zur ersten Lesung noch weitgehende Verbesserungen erreichen und zusätzlich zur Abschaffung von Roaming sogar eine gesetzliche Verankerung von Netzneutralität durchsetzen, so enthält der jetzige Bericht diese Verbesserungen nicht mehr. Die Endfassung sieht jetzt wieder vor, dass sowohl eine Art „Roaming“ erhalten bleibt und im „offenen Internet“ sogenannte Spezialdienste zugelassen werden. Es wurde zwar mitaufgenommen, dass die Qualität der regulären Internetverbindung in Bandbreite und Geschwindigkeit durch diese nicht leiden darf, die Spezialdienste dürfen aber als „Pay-for-Priority“-Dienste gegen Bezahlung prioritär durchs Netz geleitet werden. Die Netzneutralität, also die Gleichbehandlung aller Datenpakete und Inhalte im Netz, wird damit zwar nicht abgeschafft, dennoch wird eine Art von Zwei-Klassen-Internet geschaffen. Der vorliegende Bericht erfüllt damit die Position, die das Parlament auch in diversen Resolutionen zur Netzneutralität schon mehrmals beschlossen hat, nicht. Gleichzeitig sorgt die Verordnung auch nicht für mehr Rechtssicherheit, sondern wirft mehr (rechtliche) Fragen auf als sie gesetzlich löst.

Kerstin Westphal (S&D), schriftlich. – Beim Telekom-Paket geht es einerseits um das Ende des Roamings. Für mich als Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz war es von Anfang an ein großes Anliegen, überbezahlte Handy-Tarife abzuschaffen. Gleichzeitig geht es auch um das Thema Netzneutralität – eine Verknüpfung zweier unabhängiger Themen, die ich sehr bedauere. Ich bin gegen jede Diskriminierung im Internet – alle Datenpakete müssen gleich behandelt werden, und alle müssen den gleichen Zugang zum Internet haben. Leider ist die Netzneutralität im Telekom-Paket nicht deutlich formuliert. In dem Wissen, dass jeder (angenommene) Änderungsantrag zur Netzneutralität das ganze Paket gekippt hätte, gehöre ich dennoch zu der Gruppe von Abgeordneten, die in der Plenarabstimmung für die entsprechenden Änderungsanträge gestimmt hat. Wir wollten eine klare und europaweite Festschreibung der Netzneutralität. Leider

Dienstag, 27. Oktober 2015

hat eine (konservative) Mehrheit im Haus gegen diese Änderungen gestimmt.

Der Kampf für die Netzneutralität wird unterdessen weitergehen - schon bei der Diskussion über den „Digitalen Binnenmarkt“ werden wir das Thema wieder aufgreifen. Dort werde ich wieder dafür kämpfen, dass der Begriff der Netzneutralität in Europa schärfer gefasst wird.

Anna Záborská (PPE), písomne. – Podporila som stanovisko Parlamentu k dohode, ktorá od roku 2018 umožní automatickú výmenu informácií medzi EÚ a Švajčiarskom o bankových účtoch svojich občanov. Znamená to, že ukrývanie hotovosti na švajčiarskych kontách s cieľom vyhnúť sa platbe daní v Európskej únii bude pre občanov EÚ zložitejšie. Daňové podvody budú ťažšie, čo prinesie do štátnych rozpočtov viac peňazí napríklad na školstvo alebo zdravotníctvo. Dohodu zameranú na boj proti daňovým podvodom a daňovým únikom podpísala Európska únia a Švajčiarsko dňa 27. mája 2015. Informácie, ktoré sú predmetom dohody, sa netýkajú len príjmov občanov, napríklad vo forme úrokov a dividend, ale aj zostatkov na účtoch a výnosov z predaja finančných aktív. Švajčiarsko bude na základe dohody uplatňovať prísnejšie opatrenia týkajúce sa výmeny údajov. Daňové správy v členských štátoch a vo Švajčiarsku budú môcť lepšie identifikovať daňových poplatníkov, presadzovať svoje daňové zákony v cezhraničných situáciách a preskúmať podozrenia z daňových únikov.

Po súhlase Parlamentu musia dohodu jednomyselne schváliť členské štáty EÚ aj švajčiarsky parlament.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), por escrito. – En primer lugar, he de decir que me alegra la aprobación del informe. En un mundo regido por la globalización, o lo que es lo mismo, por la integración de las diversas sociedades internacionales en un único mercado mundial, era necesario que la Unión Europea se actualizase para identificarse con este concepto. Hasta ahora existían notables barreras entre los Estados miembros en referencia al mercado en línea, que dificultaban y entorpecían mucho las actividades comerciales *online*. Por ello, que creo que la creación de un mercado digital único en la UE será un gran progreso para su evolución, pues no sólo facilitará la compraventa de bienes y servicios en línea, sino que también producirá importantes beneficios y, con ello, nuevos puestos de trabajo.

Flavio Zanonato (S&D), per iscritto. – Accolgo con favore l'accordo interistituzionale tra Parlamento e Consiglio espresso oggi in Aula. Trovo che questo accordo porterà benefici tangibili per le nostre imprese e per i nostri consumatori e mi compiaccio che una battaglia combattuta a lungo dal mio gruppo politico, la fine del regime di roaming, abbia finalmente trovato esito positivo.

Abbiamo approvato oggi un regolamento equilibrato che abbatte confini e barriere nazionali artificiali, compiendo così un passo importante verso la creazione di un mercato completamente unificato delle telecomunicazioni. Trovo l'accordo particolarmente soddisfacente in quanto, oltre alla già citata fine dei costi di roaming per i cittadini europei, il nuovo regolamento telecomunicazioni garantirà inoltre un Internet aperto e non discriminatorio in base al principio della neutralità della rete.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), γραπτώς. – Το ΚΚΕ καταψήφισε τον κανονισμό που έχει στόχο να διαμορφώσει την ενιαία καπιταλιστική αγορά της ΕΕ στα δίκτυα και τις υπηρεσίες ηλεκτρονικών επικοινωνιών. Με τον κανονισμό προωθείται η ακόμη μεγαλύτερη κυριαρχία των μεγάλων μονοπωλιακών ομίλων του κλάδου στο διαδίκτυο, γεγονός που θα σημάνει συγκέντρωση και μονοπώληση σχετικών υπηρεσιών, με αποτέλεσμα την επιβολή νέων και αύξηση των υπαρχόντων οικονομικών επιβαρύνσεων των χρηστών, αλλά και τον έλεγχο του δικτύου και των παρεχόμενων υπηρεσιών. Η αντιδραστική ουσία του κανονισμού γίνεται προσπάθεια να κρυφτεί πίσω από την κατάργηση των τελών περιαγωγής, που προβάλλεται και σαν επικοινωνιακό πυροτέχνημα εξωραϊσμού της ΕΕ και της αντιλαϊκής πολιτικής της. Το ΚΚΕ απαιτεί την άμεση κατάργηση των τελών περιαγωγής, χωρίς καμία άλλη επιβάρυνση των χρηστών. Υπάρχουν όλες οι τεχνολογικές προϋποθέσεις για την άμεση κατάργηση των τελών, η οποία κατ' απαίτηση των επιχειρηματικών ομίλων παρατάθηκε για τον Ιούνιο του 2017 και βλέπουμε, με το αζημίωτο βέβαιο για τους επιχειρηματικούς ομίλους, που θα αναπληρώσουν και με το παραπάνω την απώλεια εισπραχής τους από την αύξηση της χρήσης της κινητής τηλεφωνίας και των εφαρμογών της στο εξωτερικό. Προϋπόθεση για να απολαύσει ο λαός τα τεράστια επιτεύγματα της τεχνολογικής και επιστημονικής προόδου είναι να πάρει στα χέρια του την εξουσία και τα μέσα παραγωγής.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Již během své volební kampaně jsem prosazoval zrušení roamingu a jsem rád, že touto schválenou zprávou jsme mu zase o krok blíže. Dále považuji za důležité, aby EU nadále pracovala na rozvoji digitálních technologií a zůstala v tomto oboru na světové špičce. Schválený kompromis považuji za dobrý začátek.

Roberts Zīle (ECR), *rakstiski*. – Pozitīvi, ka pēc smagām Latvijas prezidentūras pūlēm izdevās panākt Padomes un Parlamenta vienošanos par jauno telekomunikāciju tiesību aktu paketi par viesabonēšanas piemaksu atcelšanu un pirmajiem atvērta interneta noteikumiem ES. Tā paredz, ka jau no 2016. gada 30. aprīļa viesabonēšanas maksas Eiropas Savienībā tiks būtiski samazinātas, bet no 2017. gada 15. jūnija šīs maksas tiks pilnīgi atceltas: tāpat patērētājs atrodoties citās ES valstīs, varēs lietot mobilo sakaru pakalpojumus par to pašu samaksu kā mājās. Šis pakāpeniskais maksu samazinājums ir īpaši būtisks arī tādēļ, lai telekomunikāciju operatori nepārliktu šīs maksas uz vietējo mobilo sarunu cenām. Otrs svarīgs elements ir atvērta interneta noteikumi, kas pieprasa operatoriem, sniedzot interneta piekļuves pakalpojumus, aprūpēt visu datu plūsmu vienlīdzīgi, pieļaujot datu plūsmas bloķēšanu vai paātrināšanu tikai izņēmumā gadījumos (piemēram, kad nepieciešams novērst kiberuzbrukumus vai datu plūsmas sastrēgumus). Lai gan jaunajā regulējumā varēja vēlēties redzēt spēcīgākus atvērta interneta un tīkla neitralitātes principus, lai visa interneta datplūsma tiktu apstrādāta vienlīdzīgi, neatkarīgi no sūtītāja, saņēmēja, veida, satura, ierīces, pakalpojuma vai lietojumprogrammas, tomēr tagad balsot par papildus labojumiem nozīmētu grozīt un faktiski noraidīt Padomes un Parlamenta grūti panākto vienošanos, kas savukārt nozīmētu pārvilkt svītru arī paredzētajai viesabonēšanas maksu atcelšanai, kas atvieglos dzīvi daudziem Eiropas un arī Latvijas patērētājiem.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu som podporila. Už od začiatku plne podporujem zrušenie roamingových poplatkov, ktorých dátum sa v tejto správe ustálil na jún 2017, s ich postupným znižovaním už od apríla 2016. V súčasnej dobe, keď vďaka voľnému pohybu osôb v rámci Európskej únie veľké množstvo ľudí žije a pracuje v inom členskom štáte, je len logickým krokom, že vysoké roamingové poplatky za hovory, správy či dáta by mali byť zrušené. Zároveň verím, že zrušenie roamingových poplatkov je dôležitým krokom k postupnému vytvoreniu jednotného digitálneho trhu.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Zniesienie opłat roamingowych w Unii Europejskiej staje się faktem. Nie jest to decyzja wchodząca w życie natychmiast, ponieważ w pełni będzie obowiązywać od czerwca 2017 roku, ale już od 1 kwietnia 2016 roku klienci odczują wyraźną obniżkę cen. Ta decyzja i korzyści, jakie odniosą z tego tytułu obywatele UE, pokazuje, jak wiele dobrego można zrobić, kiedy wysiłek instytucji unijnych jest skierowany na rozwiązanie konkretnego problemu, który naprawdę utrudnia życie obywatelom państw członkowskich. Sytuacja, w której swobodne podróżowanie jest związane z kosztami, jakie trzeba ponieść na absurdalnie wysokie opłaty roamingowe, szczególnie, jeśli chodzi o transmisję danych, nie przystawała do wymogów epoki cyfrowej. Na szczęście udało się przełamać opór firm telekomunikacyjnych i doprowadzić do uregulowania tej kwestii. Proponowane rozwiązania nie mają jednak charakteru bezwzględnego i zawierają szereg zabezpieczeń chroniących rynek przez tzw. turystyką zakupową. Rozwiązanie to wychodzi naprzeciw konkretnym potrzebom osób podróżujących na terytorium Unii Europejskiej, nie ma natomiast na celu wprowadzenia mechanizmu konkurencji między operatorami telekomunikacyjnymi działającymi w państwach członkowskich. Kierując się korzyściami, jakie z tytułu tych zmian odniosą obywatele Unii Europejskiej, głosowałem za przyjęciem tego rozwiązania. Wierzę, że jest to dobra prognoza na przyszłość i zapowiedź korzystnych zmian, jakie przyniosą prace nad jednolitym rynkiem cyfrowym w UE.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Este documento trata da recomendação para segunda leitura sobre a posição do Conselho em primeira leitura, tendo em vista a adoção de um Regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho que altera a Diretiva n.º 2002/22/CE e o Regulamento (UE) n.º 531/2012, no quadro do «mercado único das comunicações eletrónicas».

Este relatório visa aprofundar o mercado único das comunicações eletrónicas na UE. Segundo os seus defensores, as empresas de comunicações eletrónicas poderão operar e fornecer o serviço onde quer que se encontrem estabelecidos os seus clientes.

No entanto, este é fundamentalmente um passo de gigante no aprofundamento do processo de liberalização do sector que favorece as grandes potências e aguça o interesse das multinacionais pela obtenção do monopólio das comunicações eletrónicas. O regulamento tem aspetos positivos relacionados com a abolição da tarifa de *roaming* e a neutralidade da Internet. Os aspetos positivos não apagam, porém, um rumo de liberalização cujas consequências os superarão em grande medida. Votámos contra.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – Il testo condiviso, emerso dalle negoziazioni tra Parlamento e Consiglio appare insoddisfacente.

Da un lato, si posticipa la fine del roaming al 2017, dall'altro le norme sono concepite in modo da permettere agli operatori telefonici di spalmare i guadagni perduti su altre tariffe, a danno dei consumatori. Non vengono scardinate così le posizioni di privilegio acquisite nel corso degli anni dalle compagnie telefoniche e manca il coraggio di difendere in modo efficace gli interessi della collettività.

Inoltre, si accetta di buttare all'aria la possibilità di sancire in modo chiaro e netto la neutralità della rete, elemento fondamentale se si vuole costituire un mercato davvero libero, competitivo, votato a innovazione e trasparenza. Il concetto di neutralità della rete viene sostituito con un'ambigua definizione di «open access» che non pone tutti i cittadini europei sullo stesso piano al momento dell'accesso ai servizi e ai contenuti disponibili in rete. Questa situazione rende possibile il rafforzamento delle posizioni dominanti dei grandi operatori e fornitori di servizi, oscurando con un trattamento svantaggioso i fornitori indipendenti.

Ho pertanto votato a favore degli emendamenti, al fine di ripristinare una chiara definizione di «net neutrality» che sia una vera garanzia di libertà e uguaglianza di tutti i cittadini.

6.9. Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten (A8-0267/2015 - Marietje Schaake)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Krisztina Morvai (NI). – Ne szállíthassanak az Európai Unió tagállamok olyan dolgokat, olyan árukat külső országokban, amelyekkel azok halálbüntetést hajthatnak végre, illetőleg kínzást, embertelen, kegyetlen bánásmódot valósíthatnak meg. Nagyon tetszetős ez a jelentés és ennek az üzenete. Pláne, hogyha úgy gondolkodunk úgy, hogy a halálbüntetés az élethez való jogot sérti, a kínzás az emberi méltósághoz való jogot sérti. De ugyanezeket az alapvető jogokat sértik a háborúk, és különösen azok az igazságtalan, proxy háborúk, amihez az európai polgároknak semmi közük nincsen, illetőleg nem lenne. És amelyben úgy halomra ölnek embereket, civileket, nőket, gyerekeket stb. Kíváncsi vagyok, hogy e vonatkozásban miért nem állítanak fel tilalmakat, illetőleg miért nem tisztázzák, hogy milyen feltételekkel és milyen szigorúan szabályozott esetekben lehet fegyvert, illetve más, a háborúkat segítő eszközöket exportálni az Európai Unió tagállamokból.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já podporuji tuto zprávu. Minule jsme zde debatovali o zákazu trestu smrti všude ve světě. My jako Evropané, kteří chrání lidská práva, bojujeme proti trestu smrti, proti mučení a ponižování lidí. Pokud nechceme zůstat pouze u slov a vyslovovat se proti trestu smrti a kritizovat Čínu, Írán či Saudskou Arábii za obrovské množství trestů smrti, musíme také něco konkrétního dělat. A tato zpráva právě vede k tomu, že jsme schopni sami omezovat export, omezovat vývoz zboží nebo dokonce zakazovat vývoz zboží, které k mučení či k trestu smrti může být užito, tzn. naše ekonomické zájmy zde jdou trošku stranou, a primárně hájíme lidská práva, život a důstojné zacházení s člověkem. Já s tím souhlasím a zprávu podporuju.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētājas kundze! Šī oktobra pirmajā plenārsēdē Strasbūrā jau tika apspriests mutisks jautājums tieši par nāvessodu, kuru Ārlietu komitejas vārdā Ministru padomei uzdeva mana kolēģe Leina Valenciano.

Es gribētu vēlreiz atkārtot pirms pāris nedēļām teikto. Mūsdienā pasaulē, it īpaši ņemot vērā vienmēr pastāvošu nāvessoda piespriešanas iespējāmību cilvēkiem, kuriem var vispār nebūt nekā kopīga ar viņiem piespriestiem noziegumiem, ir nepiedienīga prakse, no kuras jāatsakās. Nāvessods ir nepiedienīga prakse, un ik gadu simtiem, pat tūkstošiem, cilvēku Eiropas Savienībā zaudē savu dzīvību, un, kamēr daudzi no viņiem patiešām ir izdarījuši visai asiņainus noziegumus, nāvessodam nevajag būt vienīgajam sodīšanas variantam. Bieži vien mūža ieslodzījums var būt daudz efektīvāka sodīšanas metode. Paldies!

Marijana Petir (PPE). – Gospodo predsjednice, osobno se zalažem za poštivanje ljudskog života i protivim se smrtnoj kazni te sam podržala usvajanje ove Uredbe koja je ujedno i odraz opredjeljenja Europske unije protiv smrtno kazne. Predmetnu Uredbu o trgovini određenom robom koja bi se mogla koristiti za izvršenje smrtno kazne, mučenje ili drugo okrutno, nečovječno ili ponižavajuće postupanje ili kažnjavanje doživljavam kao civilizacijski doseg i značajan primjer dosljednosti kojim Europska unija nastoji spriječiti i otežati trgovinu spomenutom robom. Izmjena ove Uredbe odgovara izazovima vremena te donosi novu listu zabranjenih proizvoda.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Nažalost, još uvijek u svijetu svjedočimo brojnim izvršenjima smrtnih kazni, njihov broj iz godine u godinu raste i ja osobno svaku smrtnu kaznu smatram nehumanom. Jasno je da donošenje ove Uredba neće ukinuti smrtnu kaznu, no nadam se da će utjecati da njeno izvršenje učini manje mogućim.

Podržavam ovu izmjenu te se i nadalje zalažem za nastavak europske politike zagovaranja ukidanja smrtno kazne na globalnom planu.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Madam President, the EU is not just a marketplace. It should, and does, defend international human rights standards. We reject the use of torture and the death penalty. Indeed, the vast majority of MEPs voted for its abolition last month in this Chamber. The way we trade with the rest of the world must reflect these fundamental values. The changes proposed by the Commission and amended by MEPs today and in the Trade Committee in which I sit will improve existing EU legislation. This text will ensure that No EU company can profit from torture by oppressive regimes, and that No EU company trading in execution or torture equipment can access the EU market. I supported the report tabled and I support EU action in this field, because I support a European Union which puts its principles into action.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, I take a very dim view of torture and anything which could be used for torture around the world, and I recognize the difficulties which this report is trying to prevent and protect against in that respect. With the issue of capital punishment, my views are also fairly well known: I am no fan of the death penalty per se. But, at the same time, I believe that it is the sovereign right of other countries across the world to make their own decisions as to whether or not they should or should not have the death penalty. I do not believe it is for us to impose a particular worldview upon those other nations. I also have concerns that, for example, America can no longer get particular chemicals used in executions, and now they are using methods which have actually ended up being more painful rather than less, so I have a concern about unintended consequences. Overall, therefore, I felt it best to abstain on this report.

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – Capital punishment is something different nations can have differing views on. However, it is not for the EU to weaponise and politicise its trade policies to try and force countries which disagree with it on the practise to stop capital punishment. We note the way the EU has materially interfered on the side of criminals in capital cases in other countries. We feel that trade should be about trade only, and not a drum on which the EU can politically beat out its political agenda.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – El objetivo de este informe es el de incorporar la posición del Parlamento a la propuesta de la Comisión sobre comercio de productos que pueden utilizarse para aplicar la pena de muerte o infligir tortura u otros tratos o penas crueles, inhumanos o degradantes.

La posición del Parlamento refuerza la prohibición de este tipo de comercio, incluyendo en lo que respecta a las reglas de tránsito y exportación y a los servicios asociados a este tipo de comercio. Por ello, he votado a favor.

Louis Aliot (ENF), par écrit. – Je me suis abstenu sur la proposition de règlement sur le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradant.

Cette proposition vise en effet à modifier le règlement n° 1236/2005 de juin 2005 qui avait pour objectif de prévenir et d'interdire toute exportation de ce type de matériel, en élargissant l'interdiction aux services de courtage et au transit.

Opposé à toute forme de torture, j'étais favorable à l'actuelle législation. Je pense néanmoins qu'un durcissement de celle-ci n'était pas nécessaire.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Με τη συγκεκριμένη έκθεση καθορίστηκε η θέση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου για τις διαπραγματεύσεις με το Συμβούλιο σχετικά με τους κανόνες που πρέπει να διέπει το εμπόριο προϊόντων που μπορεί να χρησιμοποιηθούν για την τέλεση θανατικής ποινής.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Η Ομάδα των Σοσιαλιστών και Δημοκρατών, σε συμμαχία με άλλες πολιτικές ομάδες, κατάφερε να εισαγάγει διάταξη στον κανονισμό η οποία θα επιτρέπει στις τελωνιακές αρχές να κατάσχουν όλα τα αντικείμενα τα οποία μπορεί και να μην περιλαμβάνονται στον κανονισμό αλλά υπάρχουν βάσιμες υποψίες ότι μπορεί να χρησιμοποιηθούν για την τέλεση θανατικής ποινής ή βασανιστηρίων.

Gια τους λόγους αυτούς ψήφισα υπέρ της έκθεσης και των τροπολογιών, όπως αυτές είχαν καθοριστεί στην Επιτροπή Διεθνούς Εμπορίου.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – En juin 2005, l'Union européenne a interdit toute exportation de matériel dont la finalité est la torture ou l'application de la peine capitale. Depuis lors, la commercialisation de tels biens est soumise à des restrictions et à un régime d'autorisation par les autorités nationales compétentes.

Ce rapport dont il est ici question veut durcir la législation et l'étendre aux services de courtage et de transit. Par ailleurs, le texte inclut dans la définition de la torture le surpeuplement carcéral, le manque de soins médicaux ou l'interdiction de tout contact avec l'extérieur.

Bien qu'opposée à la torture, le durcissement du dispositif en vigueur n'est pas pertinent.

Je me suis donc abstenue sur la proposition de la Commission.

Jean Arthuis (ALDE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à condamner l'usage de la torture et de la peine capitale et le commerce des biens qui ont pour but d'infliger des traitements cruels. Ce commerce est contraire aux valeurs pronées par l'Union européenne.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį pasiūlymą, kurio tikslas - toliau stiprinti ES, kaip pagrindinės ir atsakingos pasaulio veikėjos, kovojančios su mirties bausmės ir kankinimų panaikinimu, vaidmenį. Juo siekiama sugriežtinti nuostatas dėl papildomų paslaugų, susijusių su prekių pervežimu, taip pat dėl tranzito, techninės pagalbos ir komercinės rinkodaros. Valstybės narės turėtų galėti uždrausti ar sustabdyti perdavimą su saugumu susijusių prekių, kurios akivaizdžiai negali būti naudojamos jokiui kitu, kaip tik mirties bausmės vykdymo, kankinimo ar kitokio netinkamo elgesio tikslu. Taip pat pritarti pasiūlymui įsteigti įrangos koordinavimo grupę, nustatyti periodinės peržiūros mechanizmą, sistemingesnę keitimąsi informacija ir ataskaitų teikimą siekiant pagerinti priežiūrą ir veiksmingą šio reglamento įgyvendinimą.

Gerard Batten (EFDD), in writing. – Capital punishment is something different nations can have differing views on. However, it is not for the EU to weaponise and politicise its trade policies to try and force countries which disagree with it on the practise to stop capital punishment. We note the way the EU has materially interfered on the side of criminals in capital cases in other countries. We feel that trade should be about trade only, and not a drum on which the EU can politically beat out its political agenda.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – Je me suis abstenu sur ce texte qui procède d'un angélisme naïf, notamment en étendant le concept de «torture» de façon excessive: surpeuplement carcéral, manque de soins médicaux, interdiction de tout contact avec l'extérieur, etc.

Madame Schaake prétendra-t-elle bientôt que la privation de liberté est une insoutenable torture exercée à l'encontre des criminels détenus dans les prisons?

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai évidemment soutenu la proposition telle qu'amendée par la commission des affaires internationales et visant à renforcer le cadre juridique sur la prévention de la torture, et plus particulièrement à empêcher l'exportation de biens et de substances susceptibles d'être utilisés pour l'exécution de tels actes.

L'interdiction de l'Union en vigueur sur le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants verrait donc son champ d'application élargi. L'Union maintient une opposition de principe ferme à l'égard de la torture, dont l'abolition s'inscrit parmi les grandes priorités de la politique des droits de l'homme de l'Union.

Dienstag, 27. Oktober 2015

La torture est un acte cruel et inhumain. Trente ans après l'adoption historique de la convention contre la torture, et malgré la condamnation quasi universelle de cette pratique, la torture reste un fléau mondial. Il est donc urgent d'agir pour inverser cette tendance et de renforcer tous les moyens allant dans ce sens.

Tiziana Beghin (EFDD), *per iscritto*. – Il mio voto su questo testo è positivo. Visto come sia complicato e delicato il controllo del commercio delle merci in questione, soprattutto quelle aventi un duplice uso, ritengo sia importante farlo nel modo più preciso possibile e senza oneri superflui che limitino gli scambi di merci aventi utilizzi finali legittimi. Questi controlli devono anche essere flessibili e adattarsi all'evoluzione tecnologica e agli sviluppi a livello mondiale.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur ce rapport issu de la commission du commerce international et qui concerne le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels.

S'il est en effet louable de chercher à interdire le transit de biens frappés d'interdiction d'exportation et d'importation afin d'empêcher le transfert d'éléments permettant d'infliger des traitements inhumains, le rapport de Madame Schaake ne pose pas de limites claires quant à la notion de torture, ici élargie à l'infini au risque de se heurter, dans son application, aux limites posées par le principe de réalité.

Par ailleurs, je redoute la tentation d'une uniformisation européenne des législations en matière pénale au détriment de la souveraineté des États Membres.

Du fait de ces interrogations quant à l'applicabilité du texte dans sa forme actuel, j'ai donc préféré m'abstenir.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Mi sono astenuta dal voto, in quanto ritengo che un'eccessiva estensione del campo di applicazione della proposta legislativa rischi di far ricadere sulle imprese i costi della pur positiva azione di opposizione ai paesi terzi che applicano la tortura.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – En 2006 fue aprobado el Reglamento que prohíbe exportar una serie de productos que no tienen otro uso práctico más que el de aplicar la pena de muerte, tortura u otro tipo de maltrato, e impone una autorización previa para la exportación de otra lista de productos, en principio lícitos, pero que podrían también utilizarse en destino con fines indeseados.

Sin embargo, debido a la aparición de nuevos productos de riesgo, como anestésicos empleados en terceros países para la inyección letal, y a los rápidos cambios tecnológicos acontecidos, es necesario mejorar su eficacia e incluir instrumentos que pudieran llegar a usarse en destino como instrumentos de tortura y pena de muerte, aunque no hubieran sido originariamente fabricados o comercializados en la UE con ese objetivo. Los socialistas hemos conseguido además que la propuesta prohíba los servicios de asistencia técnica y de intermediación comercial y se incluya una cláusula de carácter genérico, que permita a los Estados miembros impedir la exportación de otros bienes, no previstos en el Reglamento, sobre los que exista sospecha fundada de que podrían ser utilizados para tortura o pena capital en el país de destino. Por todo ello, he votado favorablemente a esta propuesta.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išreiškė savo poziciją dėl prekybos tam tikromis prekėmis, kurios galėtų būti naudojamos mirties bausmei vykdyti, kankinimui ar kitokiam žiauriam, nežmoniškam ar žeminančiam elgesiui ir baudimui. ES eksporto kontrolė yra išorės prekybos politikos priemonė, pasitaraujanti įvairiems svarbesniems politikos tikslams. Kovos su kankinimu reglamentas yra unikali priemonė, kuria prisidedama prie žmogaus teisių apsaugos, kontroliuojant prekes ir veiclą, kuri naudojama arba galėtų būti netinkamai panaudota mirties bausmės vykdymui, kankinimams arba kitokiam žiauriam, nežmoniškam ar žeminančiam elgesiui ir baudimui. Kovos su kankinimu reglamentu prisidedama prie ilgalaikės ES politikos, kuria siekiama visame pasaulyje panaikinti mirties bausmę ir užkirsti kelią kankinimams.

Franč Bogovič (PPE), *pisno*. – Mučenje in fizično kaznovanje posameznikov, pa naj to počnejo teroristi ali to predpisuje zakonodajna posameznih držav, ne sodi v 21. stoletje.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Kljub temu, da je človeštvo skozi zgodovino napravilo ogromen napredek pri izkoreninjanju tovrstnih dejanj, smo še danes vsakodnevno soočeni z grozljivimi primeri mučenja ali fizičnega kaznovanja. Če že tovrstna dejanja pričakujemo od družb, ki nimajo enakega vrednostnega sistema kot zahodna, del katere smo, nikakor ne smemo tolerirati, da se to dogaja pri nas.

Zato pozdravljam napore po prenovitvi nadzora nad trgovino z opremo za mučenje v EU ter da se prepove proizvodnja tovrstne opreme. Ključen je tudi nadzor EU nad izvozom, vključno s seznami z vojaško opremo, blagom z dvojno rabo, strelnim orožjem in opremo za mučenje, in to na način, da je nadzor čim učinkovitejši.

Menim, da se z ukrepi, kot so uvedba prepovedi storitev posredovanja za prepovedano blago in jasnejšim nadzorom nad uporabo medicinskih proizvodov za usmrnitev z vbrizgom ter večjo izmenjavo informacij med državami glede transakcij o trgovini s tovrstnim blagom, krepi nadzor do ustrezno visokega nivoja.

Mučenja in fizičnega kaznovanja ne moremo izkoreniniti, lahko pa ga lahko omejimo. Zato podpiram vse ukrepe, ki peljejo v to smer. Eden izmed ukrepov je tudi predlagana direktiva.

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Podržavam ovo izvješće koje za cilj ima doprinijeti ukidanju smrtno kazne u cijelom svijetu. Potezi poput zabrane trgovine predmetima koji se mogu koristiti kao sredstva mučenja od strane raznih režima, kao i kontrola smrtonosnih lijekova, u najmanju ruku će otežati posao istima u nabavi potrebnih predmeta. Ono što je još važnije, poslat će se jasna poruka kako se zemlje članice EU-a oštro protive smrtnoj kazni u svijetu.

Renata Briano (S&D), *per iscritto.* – Il «regolamento contro la tortura» (regolamento (CE) n. 1236/2005) è lo strumento unico che contribuisce alla protezione dei diritti umani attraverso il controllo di merci e attività che sono utilizzate (o potrebbero essere impropriamente utilizzate) per praticare la pena di morte o infliggere torture o altri trattamenti o pene crudeli, inumani o degradanti.

Oggi dobbiamo aggiornare sia l'elenco delle sostanze e degli oggetti commerciabili sia quello dei paesi in cui è possibile commerciare. L'Unione europea deve continuare ad essere attiva nella difesa della dignità e del valore della vita umana e nella lotta per l'abolizione della pena di morte nel mondo. Un atto utile in questo senso, oltre che moralmente coerente e doveroso, è impedire il transito e/o la commercializzazione di oggetti e sostanze utilizzabili per torturare o applicare la pena di morte verso paesi che non rispettano i diritti umani o in cui la pena di morte è ancora prevista dall'ordinamento giudiziario vigente.

Il ruolo leader dell'UE nel mondo per la protezione dei diritti umani e per il miglioramento della qualità della giustizia globale passa oggi anche da quest'Aula.

Steeve Briois (ENF), *par écrit.* – Depuis juin 2005, la législation européenne interdit toute exportation de matériel dont l'unique finalité est la torture ou l'application de la peine de mort. La commercialisation de biens susceptibles d'être utilisés pour infliger la peine de mort ou pour la torture est soumise à certaines restrictions. C'est à l'autorité compétente nationale de délivrer l'autorisation. Ce rapport préconise de durcir la législation et de l'étendre aux services de courtage et de transit. Par ailleurs, le texte inclut dans la définition de la torture le surpeuplement carcéral, le manque de soins médicaux ou l'interdiction de tout contact avec l'extérieur.

Nous sommes absolument opposés au recours de la torture. C'est la raison pour laquelle nous étions en adéquation avec l'actuelle législation qui encadrait les outils utilisés à cette fin. Néanmoins nous considérons qu'il n'était pas nécessaire de la durcir.

C'est pourquoi je me suis abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* – Dreptul la integritatea fizică și psihică este garantat eficient fiecărui cetățean al Uniunii, însă pentru a fi consecvenți și a continua în mod real lupta împotriva torturii și a altor pedepse și tratamente inumane în întreaga lume, trebuie să ne asigurăm că și statele cu care Uniunea colaborează respectă aceste principii democratice.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Aceasta modificare a regulamentului asigură consecvența noastră, ca instituții ale acestei Uniuni, și dorința de a continua lupta, prin instituirea unor controale la frontierele externe ale UE, tocmai pentru a preveni exportul unor posibile elementele cu utilizări potențial letale și inumane.

Am votat în favoarea raportului privind atât interzicerea comerțului cu bunuri și asistență tehnică conexă „de unică folosință” destinate torturii și execuției, cât și un sistem de autorizare pentru bunuri „multifuncționale” care ar putea fi utilizate pentru tortură și execuții prin injecții letale. Am convingerea că va exista în continuare o colaborare cât mai strânsă între toate comisiile implicate în consolidarea Regulamentului (CE) nr 1236/2005, astfel încât obiectivele UE de protejare a demnității umane și a vieții, cuprinse și în Tratatul de la Lisabona și în Carta drepturilor fundamentale a Uniunii Europene, să fie atinse și respectate și în afara granițelor sale.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Pur condividendo gli obiettivi della proposta legislativa, ritengo opportuno che la sua approvazione non comporti oneri eccessivi per le imprese che commerciano determinati prodotti con scopi legittimi e non legati a tortura o pena di morte.

Mi sono astenuto riguardo a un testo non equilibrato, ma di cui condivido le finalità.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Selon la Charte européenne des droits fondamentaux, la peine de mort et la torture doivent être abolies. Dans les États membres de l'Union, ces deux pratiques sont formellement interdites. Un des devoirs de l'Union est de diffuser ces principes au reste du monde. Il est donc important de réguler le commerce de biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine de mort ou la torture. Par cette législation nous garantissons des échanges commerciaux avec les pays tiers respectueux des valeurs européennes. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio recante modifica del regolamento (CE) n. 1236/2005 del Consiglio relativo al commercio di determinate merci che potrebbero essere utilizzate per la pena di morte, per la tortura o per altri trattamenti o pene crudeli, inumani o degradanti, perché è necessario vietare nel modo più deciso tutte le esportazioni o importazioni di merci utilizzabili per infliggere pene crudeli, ed aumentare il monitoraggio sulle autorizzazioni per le esportazioni di merci che potrebbero essere utilizzate a tali scopi.

L'Europa è uno spazio libero dalla pena di morte sin dal 1997 e deve essere anche uno spazio libero da torture e pratiche inumane e degradanti. Gli Stati membri non devono in alcun modo essere complici anche indirettamente di chi, nel mondo, ancora infligge questo tipo di pene.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which strengthens the existing Anti-Torture Regulation, imposing EU-wide export controls on items that can be used for torture and execution such as drugs used in lethal injections.

In particular, I voted in favour of the establishment of an Anti-Torture Coordination Group which is a reviewing and reporting body with representatives from all EU Member States, but without any new powers or transfer of powers away from the Member States.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Capital punishment is something different nations can have differing views on. However, it is not for the EU to weaponise and politicise its trade policies to try and force countries which disagree with it on the practise to stop capital punishment. We note the way the EU has materially interfered on the side of criminals in capital cases in other countries. We feel that trade should be about trade only, and not a drum on which the EU can politically beat out its political agenda.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I welcome the Commission's proposal to extend restrictions on certain goods that could be used to torture or punish inhumanely. Sale of such goods should be monitored by relevant authorities in order to prevent any illegal practices.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il «regolamento contro la tortura» è uno strumento unico che contribuisce alla protezione dei diritti umani attraverso il controllo di merci e attività che sono utilizzate, o potrebbero essere impropriamente utilizzate, per praticare la pena di morte o infliggere tortura o altri trattamenti o pene crudeli, inumani o degradanti

Dienstag, 27. Oktober 2015

La relazione che si è votata in plenaria è favorevole a un approccio che preveda controlli necessari e proporzionati senza oneri superflui che limitino gli scambi di merci aventi utilizzi finali legittimi. A tale riguardo è essenziale un approccio su scala UE che garantisca parità di condizioni. Al tempo stesso la relazione ricorda la necessità di far sì che i regimi di controllo delle esportazioni abbiano validità a lungo termine e siano flessibili per potersi adattare rapidamente all'evoluzione tecnologica e agli sviluppi nel mondo.

Trovandomi in accordo con quanto espresso nel testo ed essendo stati accolti alcuni emendamenti importanti presentati dal nostro gruppo, tra i quali l'esigenza di avere un obbligo d'informazione anche nelle fiere destinate alla vendita di tali prodotti, ho espresso voto favorevole.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour because I oppose capital punishment. While I do not wish to force any country to change its laws, I do not think we should supply them with the tools to carry out those laws.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Il dibattito di ieri ci ha consentito ancora una volta di vedere sottolineato un aspetto fondante della cultura dell'Unione europea: il rispetto dei diritti umani.

Pur riconoscendo l'importanza delle transazioni commerciali internazionali, soprattutto quelle di beni medici o parafarmaceutici, l'Unione non può anteporre le esigenze del commercio a quelle della protezione dei diritti fondamentali, e deve quindi fare tutto quanto in proprio potere per impedire di agevolare violazioni di tali diritti attraverso il commercio di beni a ciò funzionali.

Il contributo dell'Unione è forte della convinzione che ogni singolo sforzo per abolire la pena capitale in tutto il mondo risulta fondamentale per contribuire ad un mondo più giusto, basato sul rispetto della vita e della dignità della persona. Allo stesso modo occorre rifiutare la tortura, espressamente proibita dall'articolo 3 della Convenzione europea sui diritti umani, che da 65 anni è un punto di riferimento per tutti noi.

L'Unione, in tutto il suo operato, si batte per l'abolizione della pena di morte e la proposta in discussione segue il solco segnato da anni di battaglie per i diritti dell'uomo. Per questo ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Μέσα από την έκθεση τονίζεται ότι οι εξαγωγές σε επίπεδο ΕΕ αποτελούν εργαλεία της πολιτικής στον τομέα του εξωτερικού εμπορίου και εξυπηρετούν μια σειρά ευρύτερων στόχων πολιτικής. Ο κανονισμός (ΕΚ) αριθ. 1236/2005 κατά των βασανιστηρίων αποτελεί ένα μοναδικό μέσο το οποίο συμβάλλει στην προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων μέσω ελέγχων των ειδών και των δραστηριοτήτων που χρησιμοποιούνται ή που θα μπορούσαν να χρησιμοποιηθούν καταχρηστικά για θανατική ποινή, βασανιστήρια ή άλλη σκληρή, απάνθρωπη ή ταπεινωτική μεταχείριση ή τιμωρία.

Ο κανονισμός κατά των βασανιστηρίων συμβάλλει στην πάγια πολιτική της ΕΕ για παγκόσμια εξάλειψη της θανατικής ποινής και της αποτροπής των βασανιστηρίων.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – La relazione in oggetto prende avvio da una proposta di regolamento della Commissione europea sulla necessità di vietare o limitare il commercio di merci che potrebbero essere utilizzate per infliggere la pena di morte. Nel corso delle negoziazioni tra gruppi all'interno della commissione INTA, competente per merito, ho più volte sottolineato la necessità di garantire regole uniformi per ciò che attiene alle esportazioni di tali prodotti dall'UE. Allo stesso modo, però, ho più volte posto l'accento sulla necessità di prendere in considerazione le istanze di tutte le parti coinvolte affinché non si renda pregiudizievole l'attività di quelle imprese europee che producono e commercializzano merci lecite, evitando la previsione normativa di limiti superflui. Al termine di un'approfondita analisi del testo in commissione e nel corso di incontri a livello di gruppo, il testo così come negoziato mi è apparso molto equilibrato, motivo per cui ho deciso di votare a favore della relazione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta perché costituisce uno strumento unico per la protezione dei diritti umani attraverso il controllo di merci e attività che sono o potrebbero essere impropriamente utilizzate per praticare la pena di morte o infliggere tortura o altri trattamenti o pene crudeli, inumani e degradanti.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Penso sia importante garantire la giusta combinazione di misure legislative, amministrative, giudiziarie ed esterne all'UE per impedire e vietare la produzione, il commercio e l'uso di merci a fini di tortura e per controllare efficacemente gli articoli con potenziali utilizzi letali. A questo proposito è essenziale garantire uniformità nei controlli delle esportazioni.

La relatrice è favorevole a un approccio che preveda controlli necessari e proporzionati senza oneri superflui che limitino gli scambi di merci aventi utilizzi finali legittimi.

Penso che questi punti siano importanti per provare a porre fine a certe pratiche inumane, che non dovrebbero aver nulla a che vedere con la società attuale.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – This proposal is crucial for the continued respect that the European Union demonstrates for universal human rights. In limiting the access to goods and substances used to torture and commit capital punishment, these regulations ensure the lives and wellbeing of all are protected. This regulation recognises the importance of impeding entities profiting from the violation of human rights by inter alia selling equipment intended to facilitate capital punishment. Updating the list of death-penalty 'safe states' is an important step in encouraging countries to continue treating human rights with due care and respect. The new rules avoid excessive regulation or bureaucratic burdens for legitimate medicine use. The proposal previously only regulated medicinal products for capital punishment but now also regulates for products used for torture or for other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Capital punishment is something different nations can have differing views on. However, it is not for the EU to weaponise and politicise its trade policies to try and force countries which disagree with it on the practise to stop capital punishment. We note the way the EU has materially interfered on the side of criminals in capital cases in other countries. We feel that trade should be about trade only, and not a drum on which the EU can politically beat out its political agenda.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Regulamento (CE) n.º 1236/2005 é um instrumento único que contribui para a proteção dos direitos humanos através do controlo de produtos e atividades que são utilizados, ou podem ser utilizados, abusivamente para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outros tratamentos ou penas cruéis, desumanos ou degradantes, sendo a sua revisão um passo importante no objetivo de continuar a reforçar o papel da UE como principal interveniente na luta contra a pena de morte e na erradicação da tortura.

Apoio o Relatório Schaake por considerar necessária a atualização das listas de controlo, garantindo uma combinação adequada de medidas legislativas, administrativas, judiciais e externas da EU, com o intuito de impedir a produção, o comércio e a utilização de mercadorias destinadas à tortura ou produtos usados para fins letais, desumanos ou degradantes.

Tais controlos devem, no entanto, ser proporcionais, não criando encargos supérfluos que restrinjam o comércio que tem uma finalidade legítima, devendo ter em conta os acórdãos de tribunais internacionais, as deliberações dos órgãos competentes da ONU ou os relatórios do Comité Europeu para a Prevenção da Tortura, Penas ou Tratamentos Degradantes, et.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Capital punishment is something different nations can have differing views on. However, it is not for the EU to weaponise and politicise its trade policies to try and force countries which disagree with it on the practise to stop capital punishment. We note the way the EU has materially interfered on the side of criminals in capital cases in other countries. We feel that trade should be about trade only, and not a drum on which the EU can politically beat out its political agenda.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Con la crescente complessità che caratterizza il commercio estero è necessario potenziare gli strumenti dell'Unione europea per l'azione esterna, modificando i controlli sulle esportazioni, che dovranno essere più flessibili e in grado di adattarsi rapidamente all'evoluzione tecnologica e agli sviluppi mondiali.

È necessario promuovere misure legislative, amministrative e giudiziarie volte a impedire e vietare la produzione e il commercio di merci a fini di tortura e di articoli potenzialmente impiegabili per utilizzi letali e inumani. Pertanto approvo il riesame del regolamento in oggetto, in quanto mira a rafforzare ulteriormente il ruolo dell'Unione europea in quanto *leader* mondiale nella lotta contro la pratica della pena di morte e a eliminare i trattamenti inumani e degradanti che utilizzano la tortura. Le autorità nazionali sono tenute ad effettuare controlli e verifiche sulle merci e a scambiare informazioni riguardo alle esportazioni dei prodotti oggetto del regolamento in esame.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Con la modifica di tale regolamento sarebbe auspicabile raggiungere un giusto equilibrio tra gli interessi legittimi delle compagnie produttrici e gli usi potenziali di certi articoli ai fini di tortura e pena capitale. I controlli sulle esportazioni dovrebbero essere necessari e proporzionati, senza presentare oneri superflui che limitino gli scambi di merci aventi utilizzi finali legittimi.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This proposal is meant to amend the Anti-torture Goods Regulation of previous that the Parliament implemented to stem the trade of certain goods that have no other practical use except for capital punishment, torture or other inhuman cruel acts. It is important to control the export of goods which are used for the death penalty and torture. However, the requests arising from some EU companies for not hindering legitimate trade are also well-founded. A careful balance has to be found between legitimate interests of companies and possible use of certain products for capital punishment.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il «regolamento contro la tortura» contribuisce alla protezione dei diritti umani attraverso il controllo di merci e attività che sono utilizzate o che potrebbero essere impropriamente utilizzate per praticare la pena di morte o infliggere tortura ed altre pene crudeli, inumane o degradanti. La relazione prevede regimi di controllo che abbiano una validità a lungo termine, che devono essere flessibili per poter essere adattati all'evoluzione tecnologica nel mondo. Per garantirne l'osservanza, è stato anche redatto un elenco che specifica gli articoli vietati dando dunque una maggiore chiarezza a esportatori e importatori. È stato anche richiesto, ove possibile, di controllare i servizi online di *marketing* che potrebbero contribuire alla diffusione di merci utilizzabili per la tortura.

Voto favorevolmente, considerata la natura stessa del provvedimento in quanto contribuisce a eliminare la pena di morte in tutto il mondo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de este informe es el de incorporar la posición del Parlamento a la propuesta de la Comisión sobre comercio de productos que pueden utilizarse para aplicar la pena de muerte o infligir tortura u otros tratos o penas crueles, inhumanos o degradantes.

La posición del Parlamento refuerza la prohibición de este tipo de comercio, incluyendo en lo que respecta a las reglas de tránsito y exportación y a los servicios asociados a este tipo de comercio. Por ello, he votado a favor.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A jelentés a kínzóeszközök kereskedelmének tilalmáról szóló 1236/2005/EK rendelet módosítására vonatkozik. Az Európai Bizottság a törvényalkotási javaslatával megerősítette a Parlament korábbi, 2010-ben elfogadott határozatát.

Az Európai Néppárt üdvözlí a módosító javaslatot, hiszen fontos, hogy a kínzáson és más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmódon vagy büntetésen kívül másra nem használt áruk tilalma mellett szabályozzuk és feltételekhez kössük az olyan áruk kereskedelmét, melyek ilyen célokra alkalmazhatók. A vámhatóságoknak lehetővé kell tenni, hogy hatékonyan léphessenek fel a szabályozást megszegő piaci szereplőkkel szemben.

Ugyanakkor arra is figyelemmel kell lennünk, hogy ezek a korlátozások az ilyen, „kettős alkalmazási körű” áruk esetében a legális kereskedelmet ne akadályozzák. Nagyon fontos, hogy megtaláljuk az egyensúlyt az érintett piaci szereplők jogos érdekei és a javaslatban foglalt korlátozások tekintetében.

Szavazatommal támogattam a jelentést.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The revision of this regulation aims to contribute to the elimination of the death penalty worldwide and prevent torture through EU-wide controls on exports of torture goods and drugs used for lethal injection. This revision includes adding export licencing controls for lethal drugs and prohibiting trade in new items which have become regularly used for torture by certain regimes such as spiked batons, electric shock sleeves and cuffs, for example. I am totally against capital punishment and as these restrictions might help in deterring such executions I gave it my full support in plenary.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – În contextul unei piețe unice la nivel european și a mondializării tranzacțiilor comerciale, care devin din ce în ce mai complexe, controalele UE privind comerțul cu instrumente de tortură se dovedesc a fi extrem de importante. Pe de altă parte, eforturile depuse de Parlamentul European în direcția prevenirii torturii contribuie în primul rând la protejarea drepturilor omului. Rolul statelor membre este de asemenea vital, fiind necesară o monitorizare a punerii în aplicare a angajamentelor statelor membre și a obligației lor de raportare și schimb de informații. Consider că, este necesar să se asigure coerența controalelor la export ale UE, astfel încât produsele să nu suferă o dublare a controalelor, însă verificările și eventual sancțiunile, trebuie respectate efectiv.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – L'8 ottobre 2015 il Parlamento europeo ha approvato una risoluzione contro la pena di morte, riaffermando i principi di difesa del diritto alla vita e del divieto di condanna a morte enunciati all'articolo 2 della Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea.

Nel quadro più ampio della lotta alla completa abolizione di questa pratica, l'Unione europea deve continuare ad impegnarsi attivamente nel proibire il commercio di merci che potrebbero essere utilizzate per la pena di morte, come i medicinali utilizzati per le iniezioni letali in paesi terzi. Allo stesso modo, deve continuare ad opporsi duramente al commercio di strumenti utilizzati per la tortura e per infliggere trattamenti inumani o degradanti.

La revisione di questo regolamento appare quanto mai opportuna in quanto, a distanza di 10 anni, permette l'aggiornamento della copertura merceologica e l'inserimento di una clausola onnicomprensiva assieme al divieto di transito nell'UE di tali merci, a dimostrazione della volontà forte di raggiungere gli obiettivi del regolamento.

Ho votato convintamente a favore della revisione del presente regolamento, poiché credo fermamente che l'Unione europea debba continuare ad avere un ruolo guida nella difesa attiva dei diritti umani, attuando e aggiornando tutti gli strumenti a sua disposizione a tale scopo.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose de réviser le régime d'interdiction des exportations et des importations de biens destinés à la torture et aux exécutions et le régime d'autorisation pour les biens susceptibles d'être détournés pour servir à la torture. L'objectif est d'empêcher que des biens contrôlés puissent être utilisés pour infliger la peine capitale par injection létale d'une part. Nous sommes intervenus au groupe PPE pour éviter que des contraintes supplémentaires soient imposées aux exportateurs européens de certains biens concernés par la proposition, mais dont le commerce est licite. Considérant que ce rapport est équilibré, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Je suis favorable à la modification du règlement concernant le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants. Il est en effet indispensable que l'exportation de biens pouvant servir à infliger la peine capitale ou à la torture soient strictement contrôlés. Par ce vote, nous avons alors donné une position forte du Parlement pour la poursuite des négociations.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione poiché ritengo sia essenziale sostenere la politica dell'Unione volta a eliminare la pena di morte e a impedire la tortura. In sede di revisione della normativa ritengo sia opportuno prevedere l'aggiornamento degli elenchi delle merci soggette a controlli.

È fondamentale vietare il commercio di strumenti di tortura e controllare efficacemente gli articoli con potenziali utilizzi letali, evitando l'introduzione di oneri superflui che rischierebbero di limitare gli scambi di merci aventi utilizzi legittimi. A tale riguardo condivido l'esigenza di un approccio volto a garantire uniformità e flessibilità nei controlli, senza sottoporre i prodotti a doppie ispezioni e assicurando una rapida capacità di adattamento all'evoluzione tecnologica.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Ce règlement met à jour la liste de 2005 des biens et substances interdits à l'exportation ou devant faire l'objet d'un dédouanement car susceptibles d'être utilisés à des fins de torture ou de peine de mort. La liste a été élargie à de nouveaux produits mais aussi aux services liés, comme par exemple les catalogues en ligne de diffusion de ces biens. Le transit de ces biens par le territoire de l'Union européenne ne sera pas non plus autorisé. Enfin, certaines substances ne pourront être exportées vers les pays n'ayant pas ratifié la Convention internationale sur l'abolition de la peine de mort qu'après autorisation.

Il reviendra à chaque État membre de l'UE de mettre en œuvre le règlement et donc d'octroyer les permis d'exportation pour les biens contrôlés, de mener les contrôles aux frontières et de décider des sanctions en cas de violation. C'est pourquoi la Commission européenne doit veiller, sans entraîner d'excessives charges bureaucratiques ou des restrictions sur l'utilisation légitime de médicaments, à ce que les règles soient équitables partout en Europe.

Dienstag, 27. Oktober 2015

En adoptant ce rapport, le Parlement européen réaffirme l'importance que l'Union européenne doit accorder au respect et à la promotion des droits de l'homme dans le monde.

Andor Deli (PPE), írásban. – Az Európai Bizottság a jelen törvényalkotási javaslatával megerősítette a Parlament korábbi, 2010. június 17. napján kelt határozatát, mely az „Anti Torture good regulation” EC/1236/2005 módosítására vonatkozik.

Az Európai Néppárt üdvözli a módosító javaslatot, hiszen fontos, hogy szabályozzuk és feltételekhez kössük az olyan áruk kereskedelmét, melyek kínzáshoz és halálbüntetés végrehajtásához alkalmazhatók. A vámhatóságoknak lehetővé kell tenni, hogy hatékonyan léphessenek fel a szabályozást megszegő piaci szereplőkkel szemben.

Ugyanakkor arra is figyelemmel kell lennünk, hogy ezek a korlátozások az ilyen, „kettős alkalmazási körű” áruk esetében a legális kereskedelmet ne akadályozzák. Nagyon fontos, hogy megtaláljuk az egyensúlyt az érintett piaci szereplők jogos érdekei és a javaslatban foglalt korlátozások tekintetében.

Gérard Deprez (ALDE), par écrit. – L'Europe a un rôle important à jouer en matière de lutte contre la torture et d'abolition de la peine de mort. Le règlement anti-torture de 2005 met déjà en place un système de contrôle des exportations pour les produits qui sont ou peuvent être utilisés dans des cas de peines capitales ou de torture. Une interdiction d'exportation est notamment imposée en direction des pays qui n'ont pas encore aboli la peine de mort. Le règlement en vigueur comprend pendant un bon nombre de lacunes auxquelles il est grand temps de répondre.

J'ai donc voté en faveur de cette proposition car les mises à jour techniques proposées par la Commission sont essentielles et visent à assurer des contrôles plus stricts. L'idée est notamment d'élargir l'interdiction actuelle de l'UE pour inclure les services, la finance, le transport et l'assurance. L'objectif est également d'interdire le transit des marchandises interdites par l'UE et dont le règlement de 2005 établit la liste. Par ailleurs, nous avons révisé l'annexe qui liste des pays sûrs vers lesquels les exportations de substances médicales contrôlées ne nécessitent pas d'autorisation.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – Az Európai Bizottság a jelen törvényalkotási javaslatával megerősítette a Parlament korábbi, 2010. június 17. napján kelt határozatát, mely az egyes, a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható áruk kereskedelméről szóló 1236/2005/EK tanácsi rendelet módosítására vonatkozik.

Az Európai Néppárt üdvözli a módosító javaslatot, hiszen fontos, hogy szabályozzuk és feltételekhez kössük az olyan áruk kereskedelmét, melyek kínzáshoz és halálbüntetés végrehajtásához alkalmazhatók. A vámhatóságoknak lehetővé kell tenni, hogy hatékonyan léphessenek fel a szabályozást megszegő piaci szereplőkkel szemben.

Ugyanakkor arra is figyelemmel kell lennünk, hogy ezek a korlátozások az ilyen, „kettős alkalmazási körű” áruk esetében a legális kereskedelmet ne akadályozzák. Nagyon fontos, hogy megtaláljuk az egyensúlyt az érintett piaci szereplők jogos érdekei, és a javaslatban foglalt korlátozások tekintetében.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Cette proposition de règlement concernait le commerce de biens susceptibles d'être utilisés pour infliger la peine capitale ou la torture. En souhaitant interdire ces biens dans l'Union, l'Europe se sert de cette occasion pour étendre la notion de torture de manière disproportionnée.

En considérant l'isolement, le manque de soins et le surpeuplement carcéral comme de la torture, l'Europe va trop loin. Ainsi, en s'éloignant de la définition originelle, elle pourra condamner à tort et à travers des États-membres, qui luttent pourtant pour améliorer les conditions de détentions.

Les États doivent garder leur libre exercice de la souveraineté. Cette proposition étant contradictoire et comportant de nombreux amendements trop généraux, je me suis abstenue lors du vote.

Ian Duncan (ECR), in writing. – I voted in favour of the Schaake report in order to strengthen EU-wide controls in the trade in equipment that could be used for capital punishment or to abuse human rights, whilst also enabling simplified procedures for legitimate trade. The input of the UK delegations has amended this report in order enable the use of certain drugs usable in lethal execution, subject to EU export controls.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψήφισα την έκθεση στο σύνολό της, καθώς χρειάζεται τροποποιήσεις που θα εξασφαλίζουν την απαγόρευση της πωλήσεως αντικειμένων που είναι δυνατόν να χρησιμοποιηθούν για την θανάτωση, τον βασανισμό και την ταπεινωτική μεταχείριση ή τιμωρία.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Bizottság a jelen törvényalkotási javaslatával megerősítette a Parlament korábbi, 2010. június 17-én kelt határozatát, mely az 1236/2005/EK „Anti Torture good regulation” módosítására vonatkozik.

Az Európai Néppárt üdvözli a módosító javaslatot, hiszen fontos, hogy szabályozzuk és feltételekhez kössük az olyan áruk kereskedelmét, melyek kínzáshoz és halálbüntetés végrehajtásához alkalmazhatók. A vámhatóságok számára lehetővé kell tenni, hogy hatékonyan léphessenek fel a szabályozást megszegő piaci szereplőkkel szemben.

Ugyanakkor arra is figyelemmel kell lennünk, hogy ezek a korlátozások az ilyen „kettős alkalmazási körű” áruk esetében a legális kereskedelmet ne akadályozzák.

Nagyon fontos, hogy megtaláljuk az egyensúlyt az érintett piaci szereplők jogos érdekei és a javaslatban foglalt korlátozások tekintetében.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – Capital punishment is something different nations can have differing views on. However, it is not for the EU to weaponise and politicise its trade policies to try and force countries which disagree with it on the practise to stop capital punishment. We note the way the EU has materially interfered on the side of criminals in capital cases in other countries. We feel that trade should be about trade only, and not a drum on which the EU can politically beat out its political agenda.

José Inácio Faria (ALDE), *por escrito*. – Neste relatório, o meu voto foi naturalmente de encontro à salvaguarda dos Direitos Humanos, do direito à vida e do direito dos cidadãos a não serem expostos a tratamentos cruéis ou desumanos. O MPT é um partido humanista e, como tal, estará sempre do lado dos que se opõem à pena de morte e à tortura. Como presidente do MPT e como eurodeputado liberal, votei contra o comércio livre deste tipo de substâncias, utilizadas para práticas que já não deveriam ter lugar no século XXI.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Regulamento de luta contra a tortura é um instrumento único que contribui para a proteção dos direitos humanos através do controlo de produtos e atividades que são utilizados, ou podem ser utilizados, abusivamente para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outros tratamentos ou penas cruéis, desumanos ou degradantes.

Estabelece, ainda, uma proibição do comércio de produtos de «utilização única» destinados à tortura e às execuções e da respetiva assistência técnica, bem como um sistema de autorização de produtos versáteis, suscetíveis de serem utilizados de forma abusiva para infligir tortura e realizar execuções por injeção letal.

Concordo ser importante garantir uma combinação adequada de medidas legislativas, administrativas, judiciais e externas da UE, a fim de impedir e proibir a produção, o comércio e a utilização de mercadorias destinadas à tortura, e controlar eficazmente os produtos suscetíveis de serem utilizados para fins letais ou desumanos.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O Regulamento (CE) n.º 1236/2005, que visa a luta contra a tortura, é um instrumento que contribui para a proteção dos direitos humanos através do controlo de produtos e atividades que são utilizados, ou podem ser utilizados, abusivamente para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outros tratamentos ou penas cruéis, desumanos ou degradantes. Pretende contribuir para alcançar o objetivo de eliminar a pena de morte em todo o mundo e prevenir a tortura, combinando proibições com requisitos de licenciamento para o comércio dos produtos enumerados.

O regulamento estabelece uma proibição do comércio de produtos de «utilização única» destinados à tortura e às execuções, bem como um sistema de autorização de produtos versáteis, suscetíveis de serem utilizados de forma abusiva para infligir tortura e realizar execuções por injeção letal.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Num contexto em que as operações de comércio externo são cada vez mais complexas, é fundamental a aplicação eficaz dos controlos, das verificações, das sanções, das orientações e das ações de sensibilização realizadas pelas autoridades nacionais. A relatora recorda a necessidade de acompanhar adequadamente a execução dos compromissos dos Estados-Membros, incluindo a sua obrigação de apresentar e trocar informações através de um sistema seguro e encriptado em matéria de autorizações recusadas e de notificações.

Votámos favoravelmente.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), in writing. – I voted in favour because it attempts to tackle the issue of torture.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne – hlavným cieľom revízie predmetného nariadenia je eliminácia trestu smrti a prevencia mučenia prostredníctvom dôslednejšej kontroly pri dovoze tovaru, ktorý slúži na mučenie, a drog, ktoré sa používajú pri smrtiaciach injekciách. Táto revízia pridáva licenčné kontroly na smrteľné drogy a zamedzuje obchodovanie s takými novými položkami, ktoré sa preukázateľne používajú na mučenie rôznymi vládnymi režimami.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Καταψηφίζω την παρούσα έκθεση καθώς δεν είμαι ικανοποιημένος ως προς το κείμενο που προτείνει η Επιτροπή. Θεωρώ πως θα μπορούσαν να υιοθετηθούν πιο δραστικά μέσα σχετικά με το εμπόριο ορισμένων αντικειμένων δυναμένων να χρησιμοποιηθούν για θανατική ποινή, για βασανιστήρια ή άλλη σκληρή, απάνθρωπη ή ταπεινωτική μεταχείριση ή τιμωρία.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – I fully support the revision of this regulation which aims to contribute to the elimination of the death penalty worldwide and prevent torture through EU-wide controls on exports of torture goods and drugs used for lethal injection. The revision includes adding export licencing controls for lethal drugs and prohibiting trade in new items which have become regularly used for torture by certain regimes such as spiked batons, electric shock sleeves and cuffs for example. The so call 'catch all clause' will make it boundary for customs authorities to seize any good, whether listed in the regulation annexes or not, if there are reasonable grounds to believe that its final use will be for the purpose of torture. Finally, I welcome the establishment of a Union General Export Authorisation for countries that have undertaken firm international commitments and the use of urgency procedure to amend the lists of banned/controlled items, which will allow the EU to react more quickly to emerging trends and human rights crackdowns in the future.

Kinga Gál (PPE), írásban. – Az Európai Bizottság a jelen törvényalkotási javaslatával megerősítette a Parlament korábbi, 2010. június 17. napján kelt határozatát, mely az egyes, a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható áruk kereskedelméről szóló 1236/2005/EK tanácsi rendelet módosítására vonatkozik.

Az Európai Néppárt üdvözlí a módosító javaslatot, hiszen fontos, hogy szabályozzuk és feltételekhez kössük az olyan áruk kereskedelmét, melyek kínzáshoz és halálbüntetés végrehajtásához alkalmazhatók. A vámhatóságoknak lehetővé kell tenni, hogy hatékonyan léphessenek fel a szabályozást megszegő piaci szereplőkkel szemben.

Ugyanakkor arra is figyelemmel kell lennünk, hogy ezek a korlátozások az ilyen, „kettős alkalmazási körű” áruk esetében a legális kereskedelmet ne akadályozzák. Nagyon fontos, hogy megtaláljuk az egyensúlyt az érintett piaci szereplők jogos érdekei és a javaslatban foglalt korlátozások tekintetében.

Enrico Gasbarra (S&D), per iscritto. – L'Europa, garante della dignità e dei diritti delle persone, deve salvaguardare e rispettare innanzitutto la vita e il benessere dei cittadini, utilizzando ogni misura a sua disposizione – amministrativa, giudiziaria e legislativa – affinché vengano scongiurati commerci e usi impropri di merci e strumenti a fini di tortura, maltrattamenti, azioni mortificanti o crudeli verso l'essere umano. Condivido pertanto pienamente e offro il mio pieno sostegno alla proposta della Commissione per una revisione, maggiormente stringente, del regolamento (CE) n. 1236/2005 contro la tortura.

Elena Gentile (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della posizione del PE sulla proposta di revisione del regolamento (CE) n. 1236/2005 del Consiglio, meglio conosciuto come «regolamento contro la tortura» e relativo al commercio di determinate merci che potrebbero essere utilizzate per la pena di morte, per la tortura o per altri trattamenti o pene crudeli, inumani o degradanti.

Dienstag, 27. Oktober 2015

La normativa è un tassello importante perché contribuisce alla protezione dei diritti umani; la sua revisione è attesa da molto tempo, e l'aggiornamento degli elenchi delle merci soggette ai controlli è un passo nella giusta direzione. L'UE deve, pertanto, continuare sulla strada di contrasto alla pena di morte e alla tortura attraverso politiche che combinino divieti e requisiti di autorizzazione al commercio delle suddette armi.

Considerando la complessità del commercio estero in un mondo globalizzato, è opportuno, pertanto, combinare misure legislative giudiziarie ed esterne dell'UE e sanzioni amministrative, ma anche attività di sensibilizzazione contro la commercializzazione di tali merci e, in generale, contro la pena di morte e la tortura.

Auspico, infine, un accordo in tempi stretti con il Consiglio e che il PE possa fino in fondo difendere questa posizione.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht „Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten“ und die Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses gestimmt, da ich die Position teile, dass in einer Weltregion, die die Todesstrafe verbietet, auch kein Markt ist für Produkte, die dafür Verwendung finden.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – In der Europäischen Union gibt es zu Recht keine Todesstrafe. Es ist daher konsequent, Exporte von Gütern, die zur Vollstreckung von Todesstrafen eingesetzt werden, zu unterbinden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I do not condone capital punishment, but I do not think it is the job of pious MEPs to preach to other nations about what they can and cannot do.

An unintended consequence of banning materials that may be used for capital punishment is that, in the USA, there have been some gruesome scenes as a swift execution has been impossible, causing needless suffering and distress.

What next? Banning rope?

In the end, the rapporteur asked for the vote to be cancelled so it could go back to the committee.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I welcome the strengthening of this legislation designed to ensure the EU is not complicit in torture, and to fulfil the EU's commitment to standing against the death penalty and torture throughout the world. Updates to this legislation will ensure EU companies do not profit from torture in oppressive regimes, and send a strong signal that those who trade in execution and torture goods, including technical assistance and supplier services, that they cannot access the EU market. In particular, I welcome new measures to improve the speed and efficiency of reacting to suspected transactions and strongly stand behind the EU ban on trading drugs intended for the death penalty.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – El Reglamento (CE) n.º 1236/2005 establece un régimen de control de las exportaciones cuyo objetivo es evitar que los productos exportados de la UE sean utilizados para infligir torturas u otros tratos o penas crueles, inhumanos o degradantes. Para aportar claridad sobre la finalidad y las modalidades de estos controles, procede insertar un capítulo específico sobre los controles a la exportación que deberían aplicarse para evitar que los productos controlados sean utilizados para aplicar la pena de muerte. Además, votamos a favor de extender este régimen de control a los productos en tránsito. Mejoramos así un Reglamento que es coherente con los valores de la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del informe pues consideramos de sentido común que no permitamos a nuestras empresas comerciar en terceros países con materiales que en Europa hemos prohibido por estar relacionados con prácticas inhumanas o de tortura. En este informe, el Parlamento Europeo llama a la prohibición de la venta, máquetin y publicidad (incluido en sus variantes online) de dichos bienes, así como a la prohibición del tránsito de estos bienes por el territorio de la Unión.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I, alongside my fellow Labour MEPs, have voted in favour of this report. As Labour MEPs we welcome the strengthening of this legislation designed to ensure the EU is not complicit in torture, and to fulfil the EU's commitment to standing against the death penalty and torture throughout the world. Updates to this legislation will ensure EU companies do not profit from torture in oppressive regimes and sends a strong signal to those who trade in execution and torture goods that they cannot access the EU market. In particular we welcome new measures to improve the speed and efficiency of reacting to suspected transactions. We strongly stand behind the EU ban on trading drugs intended for the death penalty which Labour MEPs and the European Union stand firmly against.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the report on trade in certain goods which could be used for capital punishment, torture or other treatment or punishment because I condemn the death penalty and torture wherever it occurs. With this vote I support vital technical updates that ensure tighter controls and a level playing field in Europe, without creating excessive bureaucratic burdens or restrictions on legitimate medicine use. This regulation is one piece of the bigger legislative puzzle that should ensure Europe is a strong global player that leads in terms of values such as respect for universal human rights.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Bizottság jelen törvényalkotási javaslatával megerősítette a Parlament korábbi, 2010. június 17. napján kelt határozatát, mely a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható áruk kereskedelméről szóló 1236/2005/EK rendeletet módosítására vonatkozik.

Az Európai Néppárt üdvözli a módosító javaslatot, hiszen fontos, hogy szabályozzuk és feltételekhez kössük az olyan áruk kereskedelmét, melyek kínzáshoz és halálbüntetés végrehajtásához felhasználhatók. A vámhatóságok munkáját segíteni kell annak érdekében, hogy hatékonyan léphessenek fel a szabályozást megszegő piaci szereplőkkel szemben.

Ugyanakkor arra is figyelemmel kell lennünk, hogy ezek a korlátozások a „kettős alkalmazási körű” áruk esetében a legális kereskedelmet ne akadályozzák. Nagyon fontos, hogy megtaláljuk az egyensúlyt az érintett piaci szereplők jogos érdekei és a javaslatban foglalt korlátozások között.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I was very happy to support the updating of this important regulation which aims to eradicate the involvement of EU-based companies in the trade of goods which could be used for capital punishment or torture. The EU is committed to eliminating both torture and the death penalty globally but regrettably both practices still occur with trade in torture tools booming. Although the Commission has twice updated the lists of products covered by the regulation, loopholes still exist. This latest proposed update was strengthened by amendments from the Parliament which I supported which aim to widen the current EU ban to include services, finance, transport and insurance and also ban transit of prohibited goods via the EU. The introduction of a 'catch all clause' which allows additional authorisation requirements to be imposed swiftly for goods not covered by the regulation ensures that additional safeguards against risks are in place and allows the regulation sufficient flexibility to react to changing technologies. An important qualification of the clause is that medicinal products not be covered even where they could be used for the purpose of capital punishment to prevent the restriction of legitimate use of medicinal products.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report as it positively contributes to the long-standing EU policy of eliminating the death penalty worldwide and the prevention of torture. The report helps achieve these aims by combining the prohibitions with licensing requirements for trade in listed goods. It governs a ban of trade in 'single use' torture and execution items and related technical assistance and an authorisation system for 'multi-purpose' items that could be misused for torture and executions by lethal injections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The Anti-torture Regulation controls the items that are used or misused for capital punishment, torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment. Annex II governs the ban in trade of 'single-use' execution and torture items and remains unchanged, and Annex III deals with an export authorisation system for 'multi-purpose' items that could be misused (such as restraint chairs, beds fitted with straps and acoustic devices for the purpose of crowd/riot control). In order to avoid superfluous burdens restricting trade of products which have legitimate use, a Union General Export Authorisation for countries that have taken international commitments is established. The European Parliament has removed the following countries from the text proposed by the Commission, as they still retain the death penalty in their legislation: Benin, Liberia, Madagascar, Mongolia, São Tomé and Príncipe. It has also added Gabon because it ratified the Second Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights. A specific list of items provides clarity and eases compliance, and Parliament's proposal to include an urgency procedure providing for immediate application of the Commission act will ensure that the annexes are updated

Dienstag, 27. Oktober 2015

swiftly with new products and technologies. This proposal was very likely to pass and I supported it.

György Hölvényi (PPE), írásban. – Az Európai Néppárt képviselőjeként üdvözlöm a jelentést. Fontos, hogy szabályozzuk és feltételekhez kössük az olyan áruk kereskedelmét, melyek kínzáshoz és halálbüntetés végrehajtásához alkalmazhatók. A vámhatóságoknak lehetővé kell tenni, hogy hatékonyan léphessenek fel a szabályozást megszegő piaci szereplőkkel szemben.

Ugyanakkor arra is figyelemmel kell lennünk, hogy ezek a korlátozások a „kettős alkalmazási körű” áruk esetében ne akadályozzák a legális kereskedelmet. Nagyon fontos, hogy megtaláljuk az egyensúlyt az érintett piaci szereplők jogos érdekei és a javaslatban foglalt korlátozások között.

Mary Honeyball (S&D), in writing. – We very much welcome the strengthening of this legislation, which will ensure the EU is not complicit in torture. It will also fulfil our commitment to standing against the death penalty and torture, throughout the world. We must do everything we can to ensure EU companies are not profiting from torture in oppressive regimes. In particular, we welcome new measures which will improve the speed of reacting to suspected transactions involving goods used for execution and torture. Labour MEPs strongly support the EU ban on the trade of drugs intended for use in executions.

Richard Howitt (S&D), in writing. – It is outrageous that unscrupulous dealers have been able to find loopholes in EU trade rules to allow the export of goods used in torture or for the death penalty. This has allowed European brokers to sell the equipment, the open promotion of previously prohibited equipment such as body-worn shock devices, the marketing of security equipment to police - such as electro-shock stun guns, shock batons and shock shields, and the Introduction of new technologies and devices on to the market even if these items could be used in the death penalty, torture or other ill-treatment. I am proud to have supported Amnesty International's 'Grasping the Nettle' report and 'Stop Torture' campaign to strengthen the EU's controls and today to have voted to support proposals which will now combat the European Union's complicity in what is a violation of human rights. I am proud that our Human Rights Sub-Committee has played a key role in bringing this forward and I urge the Commission and Council to come to quick agreement with Parliament to enact today's vote.

Ian Hudghton (Verts/ALE), in writing. – I welcome this report, which closes a number of loopholes in the existing law. The EU is founded upon the respect for human rights regardless of what UK Tories may argue to the contrary. It is therefore essential that we restrict the trade in goods which could be used in torture.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Podržao sam nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe Vijeća (EZ) br. 1236/2005 o trgovini određenom robom koja bi se mogla koristiti za izvršenje smrtno kazne, mučenje ili drugo okrutno, nečovječno ili ponižavajuće postupanje ili kažnjavanje, zbog toga što podržavam temeljnu vrijednost i politiku Europske unije o protivljenju svakom obliku mučenja.

Ključno je osigurati zakonodavne, administrativne, pravosudne i vanjske mjere kojima će se spriječiti i zabraniti proizvodnja, trgovina i korištenje roba koje se mogu koristiti u svrhu mučenja te kontrolirati one koje imaju potencijalnu nehumanu uporabu. Povrh toga, potrebno se prilagoditi rastućim tehnološkim promjenama te pokrenuti razmjenu informacija i snažnu sinergiju među uključenim akterima. Smatram, međutim, da je nužno provesti razmjerne kontrole u vidu onemogućavanja prekomjernog opterećenja koje bi ograničilo legitimnu trgovinu.

Jean-François Jalkh (ENF), par écrit. – Depuis juin 2005, l'Union européenne interdit toute exportation de matériel dont la finalité est la torture ou l'application de la peine capitale.

La commercialisation de tels biens est soumise à des restrictions, et à un régime d'autorisation par l'autorité nationale compétente.

Ce rapport préconise un durcissement de la législation et de l'étendre aux services de courtage et de transit. Par ailleurs, le texte inclue dans la définition de la torture, le surpeuplement carcéral, le manque de soins médicaux ou l'interdiction de tout contact avec l'extérieur.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Nous combattons toute forme de torture. Toutefois, le durcissement du dispositif en vigueur, par les dispositions proposées, est non nécessaire.

Je me suis donc abstenu.

Diane James (EFDD), *in writing*. – Capital punishment is something different nations can have differing views on. However, it is not for the EU to weaponise and politicise its trade policies to try and force countries which disagree with it on the practise to stop capital punishment. We note the way the EU has materially interfered on the side of criminals in capital cases in other countries. We feel that trade should be about trade only, and not a drum on which the EU can politically beat out its political agenda.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il va permettre de restreindre l'exportation à des pays tiers de biens européens qui pourraient être utilisés pour infliger la peine capitale, la torture ou d'autres traitements inhumains. Lutter contre de tels actes est fondamental et fait partie de mes engagements en tant qu'élu européen.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht ist abzulehnen. Er führt zu einer überproportionalen Ausdehnung des Geltungsbereichs der Vorschrift. Zugleich belastet er übermäßig die Hersteller und Exporteure und erhöht übermäßig den Kontrollaufwand seitens der Behörden.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I strongly supported this report due to the importance of its subject matter: preventing the supply and trade of instruments of torture and cruel punishment in the EU. We are committed to standing against acts of torture, and thus will do all that is necessary to prevent such cruel and inhumane acts from taking place. An urgency procedure to allow immediate bans of such products has been introduced, as well as a 'catch-all procedure' so as to stop any export where there is reasonable concern that the goods in question would be used for torture.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Die Anti-Folter-Verordnung bezieht sich auf Produkte und Güter, die für Folter, die Vollstreckung der Todesstrafe oder anderer grausamer, unmenschlicher erniedrigender Behandlung bzw. Strafe missbraucht werden können. Anhang II regelt das Verbot des Handels von „Single-Use“-Gütern und bleibt unverändert und Anhang III befasst sich mit einem Autorisierungssystem für die Ausfuhr von „Mehrzweck“-Einzelteilen, die missbraucht werden könnten. Um überflüssige Handelsbelastungen, die den Handel von Produkten beschränken könnten, zu vermeiden, autorisiert die Europäische Kommission die Ausfuhr dieser Güter in Länder, die sich an internationale Vereinbarungen und Verpflichtungen halten. Länder, die immer noch die Todesstrafe vollziehen und sich an diese Vereinbarungen und Verpflichtungen nicht halten, werden nicht autorisiert, u.a. Benin, Liberia, Madagaskar, die Mongolei und São Tomé und Príncipe. Eine spezifische Liste an Produkten und Gütern schafft Klarheit und erleichtert die Einhaltung. Dieser Vorschlag wurde angenommen, und ich habe dafür gestimmt.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report proposes a review of the existing regulation in order to strengthen the control of torture tools. The main points of this report are: the prohibition of online and offline marketing, to set up a regular reporting, to review the system by the European Commission and to consider that the EU exports to third countries do not contribute to inhuman practices. Last but not least, the European Union will also have to update it lists with goods and substances which are banned for exports. I voted in favour of this report, since it improves the Commission's proposal.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione della collega Schaake. Questa proposta è volta a modificare il regolamento (CE) n. 1236/2005 del Consiglio relativo al commercio di determinate merci che potrebbero essere impropriamente utilizzate per la pena di morte, per la tortura o per altri trattamenti o pene crudeli, inumani o degradanti. Il «regolamento contro la tortura» si inserisce nel quadro della politica da lungo perseguita dall'UE, volta a eliminare la pena di morte in tutto il mondo e a impedire la tortura. Ritengo, quindi, che questa proposta sia in linea con i miei principi di rispetto della dignità della persona umana e dei diritti umani.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Le rapport Schaake concerne la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil modifiant le règlement (CE) n° 1236/2005 concernant le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitement cruels, inhumains ou dégradants.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Il envisage d'interdire le transit de biens frappés d'interdiction d'exportation et d'importation afin d'empêcher le transfert d'éléments permettant l'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines et traitements cruels. Le texte précise qu'aucune dérogation ne pourrait être accordée s'il existe de bonnes raisons de penser que les biens suscités pourraient être utilisés à des fins de torture ou de peine de mort.

Cependant, si on ne peut que souscrire à cette volonté de ne pas participer, même indirectement, aux pratiques s'apparentant à de la torture par la fourniture de moyens létaux, il me semble que l'extension de la notion de torture est beaucoup trop grande, ce qui posera des problèmes lors de son application. Pour montrer mes doutes, j'ai décidé de m'abstenir lors du vote de ce texte.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. – W pełni popieram to sprawozdanie, które ma na celu przyczynienie się do zniesienia kary śmierci na całym świecie i zapobiegania torturom poprzez unijną kontrolę eksportu towarów stosowanych do tortur i leków używanych do podawania śmiertelnych zastrzyków. Z zadowoleniem przyjąłem szczególnie wprowadzenie klauzuli umożliwiającej służbom celnym zatrzymanie każdego towaru, ujętego w załącznikach lub nie, co do którego istnieje uzasadnione podejrzenie, że zostanie użyty do tortur.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de este informe es el de incorporar la posición del Parlamento a la propuesta de la Comisión sobre comercio de productos que pueden utilizarse para aplicar la pena de muerte o infligir tortura u otros tratos o penas crueles, inhumanos o degradantes.

La posición del Parlamento refuerza la prohibición de este tipo de comercio, incluyendo en lo que respecta a las reglas de tránsito y exportación y a los servicios asociados a este tipo de comercio. Por ello, he votado a favor.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Die Anti-Folter-Verordnung regelt die Produkte und Güter, die für Folter, die Vollstreckung der Todesstrafe oder anderer grausamer, unmenschlicher erniedrigender Behandlung bzw. Strafe missbraucht werden können. Anhang II regelt das Verbot des Handels von „Single-Use“-Gütern und bleibt unverändert und Anhang III befasst sich mit einem Autorisierungssystem für die Ausfuhr von „Mehrzweck“-Einzelteilen, die missbraucht werden könnten. Um überflüssige Handelsbelastungen, die den Handel von Produkten beschränken könnten, zu vermeiden, autorisiert die Europäische Kommission die Ausfuhr dieser Güter in Länder, die sich an internationale Vereinbarungen und Verpflichtungen halten. Länder, die immer noch die Todesstrafe vollziehen und sich an diese Vereinbarungen und Verpflichtungen nicht halten, werden nicht autorisiert, u.a. Benin, Liberia, Madagaskar, die Mongolei und São Tomé und Príncipe. Eine spezifische Liste an Produkten und Gütern schafft Klarheit und erleichtert die Einhaltung. Dieser Vorschlag wurde angenommen, und ich habe dafür gestimmt.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Uredba br. 1236/2005 jedinstveni je instrument koji pridonosi zaštiti ljudskih prava kontrolirajući predmete i aktivnosti koji se mogu koristiti za izvršenje smrtne kazne, mučenje ili drugo okrutno, nečovječno ili ponižavajuće postupanje ili kažnjavanje. Važno je pravilno uskladiti zakonodavne, upravne i sudske mjere koje će učinkovito kontrolirati robu s potencijalnom smrtonosnom ili nehumanom namjerom.

Podržala sam izvješće zastupnice Marietje Schaake zbog nužnosti borbe protiv smrtne kazne, mučenja ili drugog okrutnog, nečovječnog ili ponižavajućeg postupanja ili kažnjavanja, jer je pravo na život urođeno pravo svakog pojedinca, što je u Hrvatskoj utvrđeno Božićnim ustavom 1990.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Európska únia sa hlási k hodnotám a ochrane všeobecných ľudských práv, súčasťou ktorých je aj odmietnutie trestu smrti a mučenia ako neľudského a ponižujúceho trestu. V záujme tohto cieľa je nutné, aby Únia posilnila kontrolu a vývoz tovaru a látok, ktoré môžu slúžiť práve na tieto nehumánne spôsoby výkonu trestu. Zavedenie kontroly a zákazu obchodovania s takýmto tovarom a službami pri dôvodnom podozrení z ich zneužívania a zavedenie všeobecného vývozného povolenia Únie v krajinách, ktoré prijali záväzky Európskeho dohovoru o ľudských právach a Medzinárodného paktu o občianskych a politických právach, posilnia postavenie a ciele Únie v oblasti zrušenia trestu smrti a zákazu mučenia.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφικώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με τη πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1236/2005 του Συμβουλίου σχετικά με το εμπόριο ορισμένων αντικειμένων δυναμένων να χρησιμοποιηθούν για τη θανατική ποινή, για βασανιστήρια ή άλλη σκληρή, απάνθρωπη ή ταπεινωτική μεταχείριση ή τιμωρία, διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 26/10/2015.

Dienstag, 27. Oktober 2015

David Martin (S&D), *in writing*. – I warmly welcome this report. The ‘Anti-torture Regulation’ contributes to the long standing EU policy of eliminating death penalty worldwide, and of preventing torture. It helps achieve these goals by combining prohibitions with licensing requirements for trade in listed goods. It governs a ban of trade in ‘single-use’ torture and execution items and related technical assistance and an authorisation system for ‘multi-purpose’ items that could be misused for torture and executions by lethal injections.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme projednávali zprávu, která má za cíl přispět k ochraně lidských práv na základě kontroly zboží nebo činností, které jsou používány nebo by mohly být zneužity k provedení trestu smrti, k mučení nebo k jinému krutému, nelidskému či ponižujícímu zacházení nebo trestání. EU dlouhodobě prosazuje politiku zaměřenou na ukončení vykonávání trestu smrti na celém světě a na zabránění mučení. Těchto cílů se snaží dosáhnout na základě zákazů spojených s licenčními požadavky na obchodování se zbožím uvedeným na seznámech. Řídí se jím zákaz obchodování se zbožím „jednoho užití“, které je určeno k mučení a vykonávání trestu smrti, a s ním spojená technická pomoc (příloha II) a systém schvalování zboží „dvojitěho užití“, které by mohlo být zneužito k mučení a vykonávání trestu smrti pomocí smrtících injekcí (příloha III). Jsem přesvědčen, že přepracování celounijních kontrol obchodování s mučícími nástroji se mělo provést už dávno a jde o krok správným směrem, proto jsem zprávu v konečném hlasování podpořil.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – À travers le rapport Schaake, le Parlement européen a été amené à se prononcer sur l’actualisation d’une réglementation européenne «anti-torture», initialement mise en œuvre en 2005, qui liste les biens et les substances dont l’exportation vers les pays tiers est soit interdite (chaises électriques, etc.), soit sévèrement contrôlée (certains produits chimiques, notamment). Du fait des récentes évolutions technologiques, une remise à niveau des textes était indispensable pour inclure de nouveaux produits susceptibles d’être utilisés pour infliger la peine capitale comme, par exemple, les bâtons destinés à administrer des décharges électriques.

Le rapport Schaake, incontestablement ambitieux, va au-delà de la rédaction d’une liste limitative. En introduisant des clauses «attrape-tout» et de «destination finale», le texte permet à l’Union européenne d’interdire l’exportation de tous les biens raisonnablement soupçonnés d’être utilisés pour infliger des traitements cruels, inhumains ou dégradants dans des pays tiers. De tels produits seront non seulement interdits d’exportation, mais également de transit au sein de l’Union. Dans la lignée de mon soutien à ce texte en commission INTA, et car je suis convaincu que notre politique commerciale peut contribuer à l’élimination mondiale de la peine de mort, j’ai voté en faveur de ce texte.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Folter bzw. Foltermethoden sowie Güter, die dafür benutzt werden, lehne ich strikt ab und verurteile jedwede Anwendung dieser. Dennoch geht der Bericht viel zu weit, da er der Kommission noch weitere Befugnisse einräumt und Exporteure sowie Zollbehörden zusätzlich belastet.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La législation européenne interdit la vente de biens destinés à la torture ou à des exécutions et prévoit un régime d’autorisation et de contrôle pour les biens «à usage multiple» susceptibles d’être détournés pour cet usage.

Depuis 2011, les États contrôlent également les ventes de médicaments pouvant être utilisés par injection létale pour la peine de mort, comme aux États-Unis. Le Parlement est venu apporter des modifications importantes à cette législation, comme l’interdiction de la publicité de ces biens, mais également de leur transit à travers l’Union. Pour répondre aux évolutions technologiques particulièrement rapides en la matière, l’échange d’informations entre États pourra permettre d’ajouter de nouveaux éléments à la liste des biens interdits de vente.

Je me félicite de ce texte qui défend l’exigence universelle d’abolition de la peine de mort. Je vote pour. Je dénonce néanmoins le fait que l’Union, qui prétend défendre particulièrement ce principe dans ses accords commerciaux et internationaux, n’en fasse pas grand cas quand il s’agit des États-Unis d’Amérique et du TAFTA.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável ao relatório sobre o comércio de determinadas mercadorias suscetíveis de serem utilizadas para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outras penas ou tratamentos cruéis, desumanos ou degradantes.

Dienstag, 27. Oktober 2015

É importante que exista uma abordagem clara e sistemática do instrumento, que combina proibições com requisitos de licenciamento para o comércio de determinados produtos. O mecanismo de controlo das exportações está e deve estar ao serviço de um conjunto de objetivos mais amplos, tal como enuncia a relatora.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this report to push forward the negotiations with the Council in order to reach a first reading agreement and once again show the Union's commitment to a moratorium and eventual end to the death penalty internationally.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Spoločnosti pôsobiace na území Európskej únie stále obchodujú so širokou škálou vybavenia, ktoré možno použiť na mučenie alebo iné zlé zaobchádzanie s ľuďmi, preto vítam správu o nariadení Európskeho parlamentu a Rady, ktoré mení doteraz platné ustanovenia o obchodovaní s určitým tovarom, ktorý možno použiť na vykonanie trestu smrti, mučenie alebo iné kruté, neľudské alebo ponižujúce zaobchádzanie či trestanie. Považujem ho za ďalší krok k realizácii dlhodobej politiky Únie zameranej na zrušenie trestu smrti na celom svete a na zabránenie mučeniu. Ak má však toto úsilie znieť dôveryhodne, musí EÚ začať od seba a zabrániť tomu, aby spoločnosti na jej území zarábali na ľudskom utrpení. Doteraz známe štatistiky totiž hovoria o najmenej 2 466 osobách v 55 krajinách, ktoré boli v roku 2014 odsúdené na smrť, pričom v tomto roku počet trestov smrti a popráv naďalej rastie. V tejto situácii nemôžeme byť iba divákom. O to viac apelujem, aby sa kombináciou legislatívnych, správnych, súdnych a vonkajších opatrení EÚ prispelo k zákazu výroby a obchodovania s takýmto tovarom.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of revision of the Regulation on Trade in certain goods which could be used for capital punishment, torture or other treatment or punishment. I fully support the main elements of the legislative revision aimed at contributing to the elimination of the death penalty worldwide and prevention of torture through EU-wide controls on exports of torture goods and drugs used for lethal injection. I am in favour of adding export licencing controls for lethal drugs and prohibiting trade in new items which have become regularly used for torture by certain regimes such as spiked batons, electric shock sleeves and cuffs for example.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – I welcome the revision of the EU 'Anti-torture Regulation' which will make it more effective in preventing export of goods which could be used for torture, death penalty and other inhuman treatments. I support the extension of the scope of the regulation so as to include services related to the export of 'torture goods' such as marketing, transport, insurance and financial services; the ban of transit of 'torture-goods' via the EU and the introduction of a 'catch-all' clause which would impose authorisation requirements for other goods not included in the relevant Annexes to the Regulation but whose use could be suspicious. A more effective Anti-torture Regulation will not only better reflect the EU values as embedded in the EU Charter of Fundamental Rights but will also enable us to more coherently export such values to the rest of the world.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság európai parlamenti és tanácsi rendelet elfogadására tett javaslatot az egyes, a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható áruk kereskedelméről szóló 1236/2005/EK tanácsi rendelet módosítása céljából. Az 1236/2005/EK kínzás elleni rendelet azáltal járul hozzá a halálbüntetés és a kínzás globális felszámolásához, hogy tilalmat vezet be a kizárólag kínzásra és halálbüntetés végrehajtására használható eszközökre és az azokkal kapcsolatos technikai segítségnyújtásra, illetve engedélyezési rendszert hoz létre azon termékek vonatkozásában, amelyek visszaélészerű használat esetén alkalmasak kínzásra és kivégzésekre. A kínzóeszközök kereskedelme felett gyakorolt uniós ellenőrzés felülvizsgálata régóta időszerű. A Bizottság most a kínzásra alkalmas eszközök ellenőrzésének megerősítését javasolja. Az indítvány céljaival teljes mértékben egyetértek, ezért azt szavazatommal támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Regulamento (CE) n.º 1236/2005 do Conselho institui o controlo do comércio de determinadas mercadorias suscetíveis de serem utilizadas para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outras penas ou tratamentos cruéis, desumanos ou degradantes.

O reforço do papel da União Europeia em lutar pelo princípio da dignidade humana é necessário, através da revisão deste regulamento e das suas disposições, respeitando, assim, a base dos valores europeus, previstos no Tratado da União Europeia e na Carta dos Direitos Fundamentais.

Dienstag, 27. Oktober 2015

As alterações propostas pretendem incidir no âmbito das condições em que são executadas as transferências de mercadorias, a assistência técnica e a comercialização. No domínio das operações de comércio externo, os Estados-Membros devem reforçar a capacidade de suspender ou proibir a transferência de produtos que sejam utilizados para fins letais ou desumanos. Deverão ser criadas condições legislativas que proporcionem um regulamento eficaz deste tipo de comércio.

Voto a favor da proposta apresentada, na medida em que esta visa reforçar a proteção contra violações de direitos humanos e pretende assegurar condições equilibradas e controladas do comércio internacional, respeitando os interesses legítimos das empresas e a possível utilização desses produtos.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le rapport Schaake concerne la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil modifiant le règlement (CE) n° 1236/2005 concernant le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitement cruels, inhumains ou dégradants. Il envisage d'interdire le transit de biens frappés d'interdiction d'exportation et d'importation afin d'empêcher le transfert d'éléments permettant l'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines et traitements cruels. Le texte précise qu'aucune dérogation ne pourrait être accordée s'il existe de bonnes raisons de penser que les biens suscités pourraient être utilisés à des fins de torture ou de peine de mort.

Cependant, si on ne peut que souscrire à cette volonté de ne pas participer, même indirectement, aux pratiques s'apparentant à de la torture par la fourniture de moyens létaux, il me semble que l'extension de la notion de torture est beaucoup trop grande, ce qui posera des problèmes lors de son application. Pour montrer mes doutes, j'ai décidé de m'abstenir lors du vote de ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I welcome the strengthening of this legislation designed to ensure the EU is not complicit in torture, and to fulfil the EU's commitment to standing against the death penalty and torture throughout the world. Updates to this legislation will ensure EU companies do not profit from torture in oppressive regimes, and send a strong signal that those who trade in execution and torture goods, including technical assistance and supplier services, that they cannot access the EU market. In particular we welcome new measures to improve the speed and efficiency of reacting to suspected transactions. I strongly stand behind the EU ban on trading drugs intended for the death penalty, which Labour MEPs and the European Union stand firmly against.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif au commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants. Ce texte vise à veiller au respect de l'interdiction d'importer ou d'exporter de tels biens en renforçant les contrôles nécessaires. Il s'agit d'assurer le respect de la dignité humaine, une valeur fondamentale inscrite dans le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accolgo con favore la decisione di non procedere al voto in plenaria, al fine di favorire l'immediato avvio dei negoziati nel trilogio.

Questa proposta della Commissione ha lo scopo di identificare i beni che possono essere utilizzati al fine di torturare ed infliggere la pena capitale. La proposta rispecchia, infatti, i valori fondamentali dell'Unione europea in merito ai diritti umani. L'argomento rientra nel più ampio progetto d'incremento della coerenza fra i principi dell'Unione europea e la sua azione esterna. In nome del commercio, l'Unione europea non può, infatti, rischiare che lo scambio di beni prodotti nel suo territorio arrechi un pregiudizio alle sue norme etiche.

Nel dettaglio, sono particolarmente favorevole all'inclusione di un allegato che meglio specifichi i beni che dovranno essere oggetto di un approfondito controllo e, quindi, di un eventuale bando. Accolgo con ottimismo anche l'istituzione di un'autorizzazione generale a livello di Unione che regoli le esportazioni verso quei paesi la cui irrepressibilità in materia è dibattuta.

Colgo infine l'occasione per chiedere con forza alla Commissione di non fermarsi all'innovazione di questo regolamento ma, al contrario, di proseguire, presso tutte le sedi necessarie, per evitare che nel resto del mondo vengano accettate, ancor prima che perpetrate, punizioni corporali e torture.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Úgy gondolom, ez a jelentés ismét a jó irányt mutatja. A jó irányt, mely felé az EU alapvető értékei alapján elkötelezték magunk, melyet azonban sajnos pillanatnyi gazdasági, üzleti érdekek miatt bizony megsértünk. Tagállami és uniós viszonylatban is. Lakossági fórumokon például gyakran felmerül, hogy kap az EU béke Nobel díjat, amikor tagországai intenzív fegyverkereskedelmet folytatnak harmadik országok diktatúráival. Kiállításunk a halálbüntetés, a kínzás, embertelen bánásmód tilalma mellett rendkívül fontos. Visszas ugyanakkor, ha a halálos fecskendőkbe való mérgek az unió területéről származnak. Ugyanúgy, ha a technikai segítség is innen érkezik. Fontos tehát ez a jelentés, mert összehangolja politikai meggyőződésünket az üzleti életben megengedhető szabályokkal. Gratulálok a

Dienstag, 27. Oktober 2015

jelentéstevőnek!

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report, which will contribute to the long-standing EU policy of eliminating the death penalty worldwide and of preventing torture. It will achieve these goals by combining prohibitions with licensing requirements for trade in listed goods.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this text and I believe Ms Schaake did a very good job in her work on this Council Regulation. It is absolutely unacceptable to contemplate that third countries are importing from EU countries technologies, substances and even ITC solutions which they then use to violate basic human rights, infringe personal freedoms, survey and harass politicians, civil society activists and, worst of all, conduct torture and implement capital punishment. Member States obviously don't do enough in this area and allow their companies to sell such goods and we simply cannot justify making a profit on the violation of all we hold dear in Europe!

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zpřísnění pravidel obchodování s některým zbožím, které by mohlo být použito pro trest smrti, mučení nebo jiné zacházení nebo trestání. Považuji je za součást účinného boje proti porušování lidských práv ve světě. Očekávám, že zefektivnění politiky EU v této oblasti přinese například zřízení koordinační skupiny proti mučení pod předsednictvím Komise, jejíž náplní bude přímá spolupráce a výměna informací, konzultace s vývozci, zprostředkovateli a ostatními příslušnými zúčastněnými stranami a předkládání písemné výroční zprávy Evropskému parlamentu.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht bezüglich des Handels mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderen Behandlungen oder Strafen verwendet werden könnten, erschwert zwar einerseits das Inverkehrbringen von Gütern, mit denen Menschen Leid zugefügt werden kann. Er birgt aber andererseits auch eine deutliche Zunahme von Bürokratie und enthält für die Praxis nur schwer umsetzbare Anforderungen. Ich habe mich meiner Stimme enthalten, da die Diskrepanz zwischen einem besseren Umgang mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe verwendet werden können, und der praktischen Umsetzbarkeit sowie der Zunahmen der Bürokratie in diesem Bericht zu groß ist.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin muudatusettepanekuid, mis on suunatud eelnõu tugevdamiseks. Oluline on tugevdada ELi võitlust surmanuhtluse vastu ja piinamise kaotamise eest maailmas. Määrus aitab kaasa inimõiguste kaitsele selliste kaupade kontrolliga, mida võidakse kasutada surmanuhtluse täideviimiseks või piinamiseks. Loodetavasti annab triloog soovitud tulemuse.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Manau, kad prekyba prekėmis, kurios galėtų būti naudojamos mirties bausmei vykdyti, kankinimui ar kitokiam žiauriam, nežmoniškam ar žeminančiam elgesiui ir baudimui, turėtų būti draudžiama. Visų pirma, į reglamento taikymo sritį turi būti įtraukiami medicininiai produktai, kurie naudojami mirties bausmės vykdymui naudojant mirtinas injekcijas.

Be to, labai svarbu, kad būtų uždraustos tarpininkavimo paslaugos, susijusios su prekėmis, kurias draudžiama eksportuoti ir importuoti. Taipogi neturėtų būti išduodami leidimai tokių prekių tranzitui. Muitinės, keičiantis atitinkama informacija, turėtų pasinaudoti ankstyvojo perspėjimo sistema.

Pažymėtina, kad ES be techninės paramos ir tarpininkavimo paslaugų, taip pat turėtų stengtis kontroliuoti kitas paslaugas, susijusias su minėtomis prekėmis.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Capital punishment is something different nations can have differing views on. However, it is not for the EU to weaponise and politicise its trade policies to try and force countries which disagree with it on the practise to stop capital punishment. We note the way the EU has materially interfered on the side of criminals in capital cases in other countries. We feel that trade should be about trade only, and not a drum on which the EU can politically beat out its political agenda.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Unisco il mio personale impegno a quello dell'Unione intera nelle campagne intraprese per eliminare la pena di morte nel mondo ed impedire gli atti di tortura, e mi trovo particolarmente in accordo con la proposta della relatrice circa la necessità di controlli sempre più accurati tra gli Stati membri alla luce della crescente complessità delle interazioni commerciali internazionali. Auspicando tempestivi progressi e plaudendo agli sforzi che l'Unione europea profonde in tale ambito, voto positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Unatoč zabrani, tvrtke još uvijek prodaju proizvode koji mogu biti korišteni za smrtnu kaznu ili mučenje. Zato je Komisija napravila prijedlog koji je trenutno na pregledu kod Parlamenta. No, da bi se dogodile neke promjene koje bi vodile poboljšanju, nedostaci iz prvotne regulative bi trebali biti riješeni. Regulativom se traži da se spriječi trgovanje ili razmjena proizvoda koji bi se mogli koristiti za provođenje smrtne kazne, mučenja ili nekih drugih ponižavajućih tretmana ili kažnjavanja.

Smatram kako je to dobra odluka jer treba postojati nadzor nad uvozom i izvozom takvih proizvoda. Europska unija ne podržava smrtnu kaznu i mučenja te neće ni sudjelovati u provođenju takve kazne ni na koji način, a to znači da neće ni isporučiti takve proizvode zemljama u kojima se još provodi smrtna kazna i gdje se još događaju razna mučenja. Kako bi se spriječio izvršenje smrtne kazne, mora se spriječiti i dotok proizvoda koji to izvršenje omogućavaju. Ovom regulativom, koja donosi i listu zabranjenih proizvoda, doprinosi se tom cilju.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le rapport Schaake concerne la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil modifiant le règlement (CE) n° 1236/2005 concernant le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants. Il envisage d'interdire le transit de biens frappés d'interdiction d'exportation et d'importation afin d'empêcher le transfert d'éléments permettant l'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines et traitements cruels. Le texte précise qu'aucune dérogation ne pourrait être accordée s'il existe de bonnes raisons de penser que les biens suscités pourraient être utilisés à des fins de torture ou de peine de mort.

Cependant, si on ne peut que souscrire à cette volonté de ne pas participer, même indirectement, aux pratiques s'apparentant à de la torture par la fourniture de moyens létaux, il me semble que l'extension de la notion de torture est beaucoup trop grande, ce qui posera des problèmes lors de son application. Pour montrer mes doutes, j'ai décidé de m'abstenir lors du vote de ce texte.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La modifica al regolamento (CE) n. 1236/2005 mira a rafforzare il ruolo dell'UE nella lotta contro la pena di morte e nell'eliminazione della tortura. Questa modifica vuole introdurre clausole mirate per garantire l'uso finale di alcune merci, in particolare medicinali, le quali potrebbero essere utilizzate nella pratica a fini di somministrazione della pena capitale, delle pratiche di tortura o altro genere di maltrattamenti. All'interno del testo sono previste delle sanzioni per gli operatori economici che non ottemperano a determinati obblighi. Inoltre, l'UE si impegna a eseguire i relativi controlli in maniera proporzionata e senza oneri superflui che possano limitare gli scambi commerciali. Pertanto, ho deciso di votare favorevolmente in merito all'approvazione di questa proposta di risoluzione, spinto anche dalla mia totale contrarietà a qualsiasi forma di pena di morte.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Afin de mieux contrôler les exportations et de garantir une protection élevée des droits de l'homme, le Parlement européen a adopté un texte ayant pour objectif de modifier le règlement actuel régulant le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels. J'ai voté en faveur de ce texte car il est important de prévenir de telles pratiques commerciales.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Considero crucial proibir o comércio das mercadorias suscetíveis de serem utilizadas para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outras penas ou tratamentos cruéis, desumanos ou degradantes.

Votei favoravelmente por considerar o texto justo e equilibrado.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Capital punishment is something different nations can have differing views on. However, it is not for the EU to weaponise and politicise its trade policies to try and force countries which disagree with it on the practise to stop capital punishment. We note the way the EU has materially interfered on the side of criminals in capital cases in other countries. We feel that trade should be about trade only, and not a drum on which the EU can politically beat out its political agenda.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – En 2006 fue aprobado el Reglamento que prohíbe exportar una serie de productos que no tienen otro uso práctico más que el de aplicar la pena de muerte, tortura u otro tipo de maltrato, e impone una autorización previa para la exportación de otra lista de productos, en principio lícitos, pero que podrían también utilizarse en destino con fines indeseados.

Sin embargo, debido a la aparición de nuevos productos de riesgo, como anestésicos empleados en terceros países para la inyección, letal, y a los rápidos cambios tecnológicos acontecidos, es necesario mejorar su eficacia e incluir instrumentos que pudieran llegar a usarse en destino como instrumentos de tortura y pena de muerte, aunque no hubieran sido originariamente fabricados o comercializados en la UE con ese objetivo. Los socialistas hemos conseguido además que la propuesta prohíba los servicios de asistencia técnica y de intermediación comercial y se incluya una cláusula de carácter genérico, que permita a los Estados miembros impedir la exportación de otros bienes, no previstos en el Reglamento, sobre los que exista sospecha fundada de que podrían ser utilizados para tortura o pena capital en el país de destino. Por todo ello, he votado favorablemente a esta propuesta.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – À la suite de la résolution du Parlement du 17 juin 2010, la Commission a publié une proposition afin de modifier le «règlement contre les biens destinés à la torture» (règlement (CE) n° 1236/2005 concernant le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants).

J'ai bien entendu soutenu ce texte au Parlement qui propose, en plus de l'actuel régime d'interdiction des exportations et importations de biens destinés à la torture et aux exécutions (annexe II) et du régime d'autorisation pour les biens susceptibles d'être détournés pour servir à la torture (annexe III), d'étendre ces restrictions à la totalité des biens susceptibles de servir à la peine capitale et à la torture.

En particulier, la prestation de services de courtage et la fourniture d'une assistance technique pour l'un des biens énumérés devraient être interdites dès lors que le courtier ou le fournisseur de l'assistance technique sait que les biens concernés sont ou peuvent être destinés à infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants, lorsque des contrôles sont effectués pour prévenir une telle utilisation.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Apoio este relatório, que pretende alterar o Regulamento (CE) n.º 1236/2005 relativo ao comércio de determinadas mercadorias suscetíveis de serem utilizadas para aplicar a pena de morte, infligir tortura, outras penas ou tratamentos cruéis, desumanos ou degradantes.

O Parlamento Europeu sublinhou, nos últimos cinco anos de vigência deste Regulamento, que seria necessário adaptá-lo à realidade atual, dada a existência de fortes indícios de utilização de medicamentos exportados pela UE para a prática da pena de morte em países terceiros.

Como tal, saúdo a alteração dos anexos II e III do Regulamento, respeitante às listas de mercadorias proibidas e regulamentadas, bem como a revisão do próprio Regulamento, destacando, como aspetos positivos, o controlo de exportações utilizadas para fins ilícitos, a proibição de prestação de serviços de corretagem relacionados com bens cuja comercialização implique a prática da pena de morte, tortura ou outros tratamentos cruéis e o intercâmbio de informações entre as autoridades aduaneiras.

Não obstante estarmos perante alterações que não são consensuais e que implicam contestação do mundo empresarial, que reclama o comércio legítimo, julgo ser fundamental encontrar um cuidadoso equilíbrio entre este interesse empresarial e a garantia cabal de um controlo efetivo da utilização de certos produtos para fins ilegítimos.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui s'inscrit dans la continuité de la résolution du Parlement du 17 juin 2010. Dans ce texte, les députés européens appelaient la Commission à modifier le règlement de 2005 concernant le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants.

Ce texte porte sur la nouvelle proposition de la Commission et plusieurs points sont modernisés: la liste des substances et biens susceptibles d'être interdits à l'exportation est modifiée; certains services sont concernés comme le marketing, les services financiers ou les services de transport, qui peuvent contribuer à la diffusion de ces biens; et le transit de ce type de produits dans l'Union est interdit.

Le texte demande également la mise en place d'un «groupe de coordination contre la torture» qui permettrait de coordonner les décisions des États membres et d'échanger des informations.

Au final, il s'agit d'un juste équilibre qui garantit le respect des valeurs défendues par l'Union tout en évitant des contraintes superflues pour les exportateurs; notons également qu'une clause permettra au règlement d'être adapté selon les évolutions technologiques et géopolitiques dans le monde.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione inerente il commercio di determinate merci che potrebbero essere utilizzate per la pena di morte, per la tortura o per altri trattamenti o pene perché sono contrario a qualsiasi atto di tortura e pena capitale. Gli Stati membri dell'Unione europea devono garantire controlli sempre più scrupolosi per i prodotti medici che potrebbero essere utilizzati per torturare o per uccidere esseri umani. Sono favorevole alla decisione della Commissione di inserire un nuovo allegato che indichi quali prodotti necessitano di un maggior controllo prima di essere messi in commercio.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Mi sono astenuto perché, pur condividendo gli scopi della proposta legislativa, ritengo opportuno che la sua approvazione non comporti oneri eccessivi per le imprese che commerciano determinati prodotti con scopi legittimi e assolutamente non legati a tortura o pena di morte.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del informe pues consideramos de sentido común que no permitamos a nuestras empresas comerciar en terceros países con materiales que en Europa hemos prohibido por estar relacionados con prácticas inhumanas o de tortura. En este informe, el Parlamento Europeo llama a la prohibición de la venta, máquetin y publicidad (incluido en sus variantes online) de dichos bienes, así como a la prohibición del tránsito de estos bienes por el territorio de la Unión.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de este informe es el de incorporar la posición del Parlamento a la propuesta de la Comisión sobre comercio de productos que pueden utilizarse para aplicar la pena de muerte o infligir tortura u otros tratos o penas crueles, inhumanos o degradantes.

La posición del Parlamento refuerza la prohibición de este tipo de comercio, incluyendo en lo que respecta a las reglas de tránsito y exportación y a los servicios asociados a este tipo de comercio. Por ello, he votado a favor.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta perché ritengo che sia importante garantire misure legislative, giudiziarie ed amministrative per vietare la produzione, il commercio e l'uso di merci che potrebbero essere utilizzate per la pena di morte o per altri trattamenti e pene crudeli, inumani o degradanti a fini di tortura.

Il «regolamento contro la tortura», stabilendo divieti e requisiti di autorizzazione per il commercio di determinati articoli destinati a più usi, si inserisce nel quadro della politica europea volta a eliminare la pena di morte e a impedire la tortura in tutto il mondo.

Penso che questo regolamento rappresenti un valido strumento per il raggiungimento del più ampio obiettivo strategico di protezione dei diritti umani.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – A revisão deste regulamento no sentido de tornar a exportação de mercadorias suscetíveis de serem utilizadas para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outras penas ou tratamentos cruéis, desumanos ou degradantes procede a uma evolução necessária do quadro legislativo em vigor.

Procura, sem, contudo, criar barreiras burocráticas excessivas, o que poderia dificultar a exportação de mercadorias passíveis de utilizações diversas, uma solução de equilíbrio. Faz, por isso, incidir a proibição no fim que é dado às mercadorias, garantindo, por esta via, uma utilização conforme com a proteção dos direitos humanos. É um caminho que convoca e envolve as empresas europeias e os seus parceiros além-fronteiras para um compromisso de defesa dos direitos humanos. Acarreta uma dimensão ética fundamental: a responsabilidade pelas transações deste tipo de mercadoria não se esgota no momento da entrega da mercadoria, acompanha-a até à utilização.

Este regulamento constituiu também uma demonstração de que a União Europeia assume o seu papel de defensora dos direitos humanos para além das suas fronteiras. É, por conseguinte, mais um passo no reforço do papel da UE como principal interveniente responsável a nível mundial na luta contra a pena de morte e na erradicação da tortura.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report. Capital punishment is something free nations can have differing views on. However it is not for the EU to weaponise and politicise its trade policies to try and force countries which disagree with it on the practise to stop capital punishment. We note the way the EU has materially interfered on the side of criminals in capital cases in other countries.

Pedro Silva Pereira (S&D), *por escrito*. – Votei a favor deste relatório do Parlamento Europeu, que reforça o controlo das exportações de mercadorias suscetíveis de serem utilizadas para aplicar a pena de morte ou infligir tortura, porque é importante a mobilização da política comercial numa batalha decisiva da União Europeia e da cultura humanista.

Esta proposta de regulamento merece o apoio político claro do Parlamento Europeu, nomeadamente a ideia de criar uma Autorização Geral de Exportação da União para países que assumam compromissos internacionais firmes e a introdução de um procedimento de urgência que permita uma atualização rápida das listas de controlo.

O relatório do Parlamento melhora ainda o sistema, na medida em que amplia o número de produtos controlados, permitindo que o comércio de mercadorias, inclusive as que não estão explicitamente listadas no regulamento, possa ser interrompido pelas autoridades aduaneiras se houver motivos razoáveis para crer que os produtos serão usados para aplicar a pena de morte, infligir tortura ou outros maus tratos.

Apoiei, portanto, este contributo do Parlamento Europeu, porque torna a política comercial da UE mais fiel ao compromisso europeu em matéria de direitos humanos e assegura que as empresas europeias não sejam cúmplices de práticas desumanas.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I welcome the strengthening of this legislation. I have been a long-time opponent to the death penalty and so too in the EU. I voted in favour of this legislation because it will ensure to a greater extent that the EU is not complicit in torture or capital punishment. EU companies must not be able to profit from torture, whether knowingly or unknowingly. The new measures in this legislation will improve the speed and efficiency of reacting to suspected transactions.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – podľa hodnotenia medzinárodných organizácií občianskej spoločnosti mučenie a zlé zaobchádzanie ešte stále existuje v 131 krajinách sveta a v 58 krajinách sa stále praktizuje trest smrti. Mrzí ma, že pod tento nepriaznivý stav sa podstatnou mierou podpisuje aj obchodovanie s určitým tovarom, ktorý je možné použiť na vykonanie trestu smrti, mučenie alebo iné zaobchádzanie alebo trestanie. Podporila som uznesenie, lebo si myslím, že správa je správnym krokom a verím, že správnou kombináciou legislatívnych, správnych, súdnych a vonkajších opatrení EÚ je možné predísť obchodovaniu s tovarom, ktorý je možné použiť na mučenie alebo vykonanie trestu smrti. Očakávam však, že na základe tejto správy sa prijímú také opatrenia, ktoré prispejú nielen k ochrane ľudských práv, ale vytvoria aj dostatočné podmienky na účinné vykonávanie kontrol a uplatňovanie sankcií, ktoré realizujú vnútroštátne orgány. Rovnako verím, že v záujme posilnenia európskych hodnôt sa zakáže sprostredkovateľom v Únii poskytovanie

Dienstag, 27. Oktober 2015

sprostredkovateľských služieb v súvislosti s tovarmi, ktorých vývoz a dovoz je zakázaný.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Uredba za preprečevanje mučenja (ES) št. 1236/2005 je edinstven instrument, ki prispeva k zaščiti človekovih pravic preko nadzora nad blagom in dejavnostmi, ki se uporabljajo ali bi lahko bili zlorabljeni za namene izvajanja smrtne kazni, mučenja ali drugega krutega, nečloveškega ali ponižujočega ravnanja.

Preko združevanja prepovedi z zahtevami za pridobitev dovoljenja za trgovanje, ki je uvrščeno na seznam, uredba prispeva k dolgoletni politiki EU glede odprave smrtne kazni po vsem svetu in preprečevanju mučenja.

Poročilo opozarja na potrebo po posodobitvi zakonodaje na tem področju. Pri tem omenja predvsem posodobitev kontrolnih seznamov, skladnost nadzora EU nad izvozom (vključno s seznammi za vojaško opremo, blagom z dvojno rabo, strelnim orožjem in opremo za mučenje, ne da bi se nadzor podvajal) ter okrepitev nadzora nad opremo za mučenje (vstavitev posebne Priloge IIIa, uvedba prepovedi storitev posredovanja za prepovedano blago, razširitev prepovedi posredniških storitev in tehnične pomoči za nadzorovano blago).

Strinjam se s pristopom potrebnega in sorazmernega nadzora brez nepotrebnih bremen, ki bi omejevala trgovino z blagom in legitimno končno rabo, na katerem temeljijo posodobitve zakonodaje.

Ker transakcije zunanje trgovine postajajo vse kompleksnejše in je nujno potrebno učinkovito izvajanje nadzora, preverjanja kazni, usmerjanja in osveščanja, sem glasoval za sprejetje poročila s strani Evropskega parlamenta.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Supporto pienamente la revisione del regolamento che contribuisce a eliminare la pena di morte nel mondo attraverso un controllo più serrato sul commercio di determinate merci che potrebbero essere utilizzate per pratiche riconducibili alla pena capitale o alla tortura. Il nuovo regolamento introduce infatti un controllo sulle licenze all'esportazione di determinati medicinali destinati per esempio alle iniezioni letali e altri oggetti utilizzati regolarmente da certi regimi autoritari a fini di tortura e trattamenti degradanti nei confronti di prigionieri.

Grazie all'ampia maggioranza che si è formata in Parlamento sulla proposta della Commissione, abbiamo esteso la portata del regolamento fino a includere una clausola ai sensi della quale le autorità doganali dovranno sequestrare tutte le merci che diano luogo a un ragionevole motivo di credere a un loro uso a fini di tortura. Poiché tentativi precedenti di introdurre tali controlli all'esportazione non sono andati a buon fine, ritengo che si tratti di una misura importante per la difesa dei valori dell'Unione europea nel mondo a tutela della vita umana contro la pratica purtroppo ancora troppo diffusa della pena capitale. Per tali ragioni ho espresso il mio voto favorevole.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Die Anti-Folter-Verordnung regelt die Produkte und Güter, die für Folter, die Vollstreckung der Todesstrafe oder anderer grausamer, unmenschlicher erniedrigender Behandlung bzw. Strafe missbraucht werden können. Anhang II regelt das Verbot des Handels von „Single-Use“-Gütern und bleibt unverändert und Anhang III befasst sich mit einem Autorisierungssystem für die Ausfuhr von „Mehrzweck“-Einzelteilen, die missbraucht werden könnten. Um überflüssige Handelsbelastungen, die den Handel von Produkten beschränken könnten, zu vermeiden, autorisiert die Europäische Kommission die Ausfuhr dieser Güter in Länder, die sich an internationale Vereinbarungen und Verpflichtungen halten. Länder, die immer noch die Todesstrafe vollziehen und sich an diese Vereinbarungen und Verpflichtungen nicht halten, werden nicht autorisiert, u.a. Benin, Liberia, Madagaskar, die Mongolei und São Tomé und Príncipe. Eine spezifische Liste an Produkten und Gütern schafft Klarheit und erleichtert die Einhaltung. Dieser Vorschlag wurde angenommen und ich habe dafür gestimmt.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. I welcome the strengthening of this legislation designed to ensure the EU is not complicit in torture, and to fulfil the EU's commitment to standing against the death penalty and torture throughout the world. In particular, I welcome new measures to improve the speed and efficiency of reacting to suspected transactions. I strongly support the EU ban on trading drugs intended for the death penalty, which Labour MEPs and the European Union stand firmly against.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Uredbom (EZ) br. 1236/2005 uvodi se zabrana izvoza robe koja nema nikakve praktične upotrebe osim za izvršenje smrtne kazne, mučenje ili drugo okrutno, nečovječno ili ponižavajuće postupanje ili kažnjavanje, i kontrole izvoza određene robe koja se može koristiti za te potrebe.

Uz trenutne zabrane uvoza i izvoza predmeta koji bi se mogli koristiti za mučenje ili izvršenje smrtne kazne (Prilog II.) te sustava dozvole za predmete koji bi se mogli koristiti za mučenje (Prilog III.), Komisija predlaže umetanje Priloga III.a, kako bi se spriječilo da kontrolirana roba bude korištena za izvršenje smrtne kazne ubrizgavanjem smrtonosne injekcije, povećanje ograničenja za posredovanje i tehničku pomoć te uvođenje mogućnosti hitnog postupka izmjene priloga I., II. i III.a.

Uzimajući u obzir temeljna prava i načela priznata u Povelji Europske unije o temeljnim pravima, osobito poštovanje i zaštita ljudskog dostojanstva, pravo na život i zabrana mučenja i nečovječnog ili ponižavajućeg postupanja ili kažnjavanja, glasala sam za odgodu konačnog glasovanja o prijedlogu te za vraćanje izvješća matičnom odboru.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o trgovini z določenim blagom, ki bi se lahko uporabilo za izvršitev smrtne kazni, mučenje ali drugo okrutno, nečloveško ali poniževalno ravnanje ali kaznovanje. Podpiram pre-poved proizvodnje in uporabo blaga za mučenje ter trgovino z njim, zato potrebujemo prenovitev nadzora EU nad omenjeno trgovino. EU je potrebno dati vse instrumente za hiter in učinkovit nadzor. Potreben je enoten in skupinski pristop.

Kay Swinburne (ECR), *in writing.* – I am firmly opposed to capital punishment. However, I do not believe that trade policy is the best instrument for expressing this opposition. We must ensure that trade in pharmaceutical products for legitimate and lifesaving purposes is not impeded due to their misuse by some countries for this abhorrent practice.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτιώς.* – Η έκθεση στο σύνολό της χρειάζεται τροποποιήσεις. Για αυτό το λόγο, στη χθεσινή συνεδρίαση αποφασίστηκε να επανεισαχθεί το σύνολο των προτεινόμενων τροποποιήσεων στην αντίστοιχη κοινοβουλευτική επιτροπή για διαβούλευση με το Συμβούλιο.

József Szájer (PPE), *írásban.* – Az Európai Bizottság a jelen törvényalkotási javaslatával megerősítette a Parlament korábbi, 2010. június 17. napján kelt határozatát, mely az „Anti Torture good regulation” EC/1236/2005 módosítására vonatkozik. Az Európai Néppárt üdvözlöi a módosító javaslatot, hiszen fontos, hogy szabályozzuk és feltételekhez kössük az olyan áruk kereskedelmét, melyek kínzáshoz és halálbüntetés végrehajtásához alkalmazhatók. A válmhatóságoknak lehetővé kell tenni, hogy hatékonyan léphessenek fel a szabályozást megszegő piaci szereplőkkel szemben. Ugyanakkor arra is figyelemmel kell lennünk, hogy ezek a korlátozások az ilyen, „kettős alkalmazási körű” áruk esetében a legális kereskedelmet ne akadályozzák. Nagyon fontos, hogy megtaláljuk az egyensúlyt az érintett piaci szereplők jogos érdekei és a javaslatban foglalt korlátozások tekintetében.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a határozatot, amely többéves előkészítés nyomán, az Európai Parlament korábban is kinyilvánított szándékának megfelelően lehetővé teszi a közel tízéves szabályozás korszerűsítését. A bizottsági javaslat fontos konkrétumának tartom, hogy a kizárólagos célú (csak kínzásra vagy kivégzésre felhasználható) tiltott cikkeket tartalmazó mellékleten kívül aktualizálja a kettős célú árucikkek felsorolását és forgalmának engedélyezését tartalmazó mellékletet, figyelemmel az új gyógyszerészeti eszközökre és anyagokra is. Hasonlóképpen fontos ellenőrzési eszköz a célzott végfelhasználói záradék szerepeltetése.

Általánosságban is megnyugtatónak tartom, hogy a jogszabályi korszerűsítés megfelelő súlyt helyez a hatékony ellenőrzés, az árulisták és eljárások rendszeres felülvizsgálata, valamint a hatékonyabb információcsere szempontjaira, mind ezt a rendes kereskedelmi árfolyam felesleges megzavarása, vagy akadályozása nélkül. Összességében úgy vélem, szavazatommal, illetve az Európai Parlament ezen határozatával is hozzájárultunk ahhoz, hogy az Európai Unió megőrizze nemzetközi iránymutató szerepét a halálbüntetés visszaszorítását és a kínzás gyakorlatának felszámolását célzó globális erőfeszítések terén.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Unia Europejska jest wiodącym i odpowiedzialnym podmiotem działającym w wymiarze globalnym na rzecz zwalczania kary śmierci i wyeliminowania tortur. Sprawozdanie Parlamentu Europejskiego zmierza do zaostrzenia obecnych przepisów dotyczących tzw. usług pomocniczych związanych z transferem towarów, jak również tranzytu, wsparcia technicznego i wprowadzania w celach handlowych towarów, które mogłyby być użyte do wykonywania kary śmierci.

Wprowadzone w sprawozdaniu poprawki, które zakładają stworzenie mechanizmu przeglądu okresowego oraz bardziej systematycznej wymiany informacji i sprawozdawczości w celu wzmocnienia nadzoru i skutecznego wdrożenia rozporządzenia, wydają się zdecydowanie słusznymi zmianami do propozycji Komisji.

W mojej opinii wszelkie starania mające na celu eliminację kary śmierci i przeciwdziałanie torturom powinny być wprowadzane i promowane we wszystkich dziedzinach polityki unijnej – szczególnie w polityce handlowej, dlatego też zdecydowałem się zgłosić za sprawozdaniem Parlamentu.

Claudia Tapardel (S&D), *in writing*. – This report is asking to revise the current regulation, aiming to contribute to the efforts to eliminate death penalty worldwide and prevent torture through EU-wide controls on exports of torture goods and drugs, which are used for lethal injection.

This revision includes adding export licencing controls for lethal drugs and prohibiting trade in new items which have become regularly used for torture by certain regimes, such as: spiked batons, electric shock sleeves and cuffs, to name a few examples.

I welcome the enlarged scope of the report that expands the list of medical products from being used for capital punishment by lethal injection.

I also welcome the establishment of a Union General Export Authorisation for countries that have undertaken an urgency procedure to amend the lists of banned, or controlled items, which will allow the EU to react more quickly to emerging trends and human rights crackdowns in the future.

The EU has been advocating the elimination of the death penalty around the world for many years. This report, which I voted in favour of, represents a very positive step in our efforts to achieve this goal.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte. Les contrôles des exportations, applicables dans toute l'Union, sont des instruments de la politique commerciale extérieure qui concourent à la réalisation d'un faisceau d'objectifs stratégiques plus vastes. Le règlement (CE) n° 1236/2005 «contre la torture» constitue un moyen privilégié de renforcer la protection des droits de l'homme en soumettant à des contrôles les biens et activités employés, ou susceptibles d'être détournés, pour infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants.

Il contribue ainsi à la politique prônée de longue date par l'Union européenne d'abolition de la peine de mort dans le monde et de lutte contre la torture. Alliant interdictions et obligations d'autorisation pour le commerce de biens énumérés dans ses annexes, il concourt à la réalisation de ces objectifs. Il institue un régime d'interdiction des échanges de biens spécialement destinés à la torture et aux exécutions et de l'assistance technique s'y rapportant (annexe II) et un régime d'autorisation pour les biens «à usage multiple» susceptibles d'être détournés pour servir à la torture et aux exécutions par injections d'agents chimiques mortels.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which aims at strengthening the controls of torture tools. The report seeks to amend Council Regulation (EC) No 1236/2005 concerning trade in certain goods which could be used for capital punishment, torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment, known as the 'Anti-torture Regulation'. The 'Anti-torture Regulation' contributes to the EU policy of eliminating death penalty worldwide, and of preventing torture. It helps achieve these goals by combining prohibitions with licensing requirements for trade in listed goods. It governs a ban of trade in 'single-use' torture and execution items and related technical assistance and an authorisation system for 'multi-purpose' items that could be misused for torture and executions by lethal injections.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Al fine di eliminare la pena di morte in tutto il mondo e impedire la tortura, nel rispetto dei diritti umani, l'Unione europea deve garantire la giusta combinazione di misure legislative, amministrative e giudiziarie per impedire e vietare la produzione, il commercio e l'uso di merci a fini di tortura e per controllare efficacemente gli articoli con potenziali utilizzi letali e inumani.

Per questa ragione ho votato a favore della relazione della collega Schaake: ritengo essenziale promuovere un approccio a livello UE che garantisca uniformità nei controlli delle esportazioni; tali regimi devono avere validità a lungo termine ed essere flessibili per potersi adattare rapidamente all'evoluzione tecnologica e agli sviluppi tecnologici in atto nel mondo.

Per facilitare questi controlli è necessario che a livello UE vengano creati elenchi di articoli specifici al fine di fornire maggiore chiarezza a esportatori e importatori e limitare la pericolosità della vendita di alcuni articoli.

Inoltre è di fondamentale importanza l'attuazione da parte delle autorità locali di controlli, verifiche, sanzioni, orientamenti e azioni di sensibilizzazione.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe Sveta (ES) št. 1236/2005 o trgovini z določenim blagom, ki bi se lahko uporabilo za izvršitev smrtne kazni, mučenje ali drugo okrutno, nečloveško ali poniževalno ravnanje ali kaznovanje, sem podprla, ker je potrebno zagotoviti nadzor nad tovrstnim blagom, s tem poskusiti preprečiti njegovo uporabo in tako prispevati k zaščiti državljanov EU in človekovih pravic.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del informe pues consideramos de sentido común que no permitamos a nuestras empresas comerciar en terceros países con materiales que en Europa hemos prohibido por estar relacionados con prácticas inhumanas o de tortura. En este informe, el Parlamento Europeo llama a la prohibición de la venta, máquetin y publicidad (incluido en sus variantes online) de dichos bienes, así como a la prohibición del tránsito de estos bienes por el territorio de la Unión.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az egész EU-ra vonatkozó exportellenőrzés egy olyan külkereskedelmi szakpolitikai eszköz, amely szélesebb körű politikai célokat szolgál. Az 1236/2005/EK kínzás elleni rendelet egy egyedülálló eszköz, amely a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható termékek és tevékenységek ellenőrzése révén hozzájárul az emberi jogok védelméhez. A kínzás elleni rendelet hozzájárul a halálbüntetés és a kínzás globális felszámolásához, ami az EU régi törekvése. Segíti e célok elérését azzal, hogy a listán szereplő termékek kereskedelmének engedélyezési követelményeivel kombinálja a tilalmakat. Tilalmat vezet be a kizárólag kínzásra és halálbüntetés végrehajtására használható eszközökre és az azokkal kapcsolatos technikai segítségnyújtásra, illetve engedélyezési rendszert hoz létre azon termékek vonatkozásában, amelyek visszaélészerű használat esetén alkalmasak kínzásra és halálos injekciók általi kivégzésekre. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Traian Ungureanu (PPE), *în scris*. – Abolirea pedepsei cu moartea și a tratamentelor inumane și degradante se numără printre prioritățile politicii UE în domeniul drepturilor omului.

Regulamentul (CE) nr. 1236/2005 stabilește normele comunitare care reglementează comerțul cu țările terțe cu bunuri care pot fi utilizate pentru a impune pedeapsa capitală, tortura și celelalte pedepse și tratamente inumane sau degradante, precum și asistența tehnică pentru folosirea acestor bunuri.

Revizuirea controalelor UE pentru comerțul cu instrumente de tortură se impunea de multa vreme, actualizările listelor de control constituind pași în direcția cea bună.

Raportul Parlamentului European sprijină revizuirea Regulamentului (CE) nr. 1236/2005, subliniind importanța unor controale cât mai stricte ale acelor bunuri și produse care ar putea fi utilizate pentru tortură sau pentru pedeapsa capitală. Această revizuire ne va permite să ne asigurăm că va exista o protecție a dreptului la viață și o preîntâmpinare a torturii. În același timp, vom avea posibilitatea să știm dacă produsele sunt utilizate în scopuri legitime sau în alte scopuri, cum ar fi cele medicale.

Am votat în favoarea acestei rezoluții.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del informe pues consideramos de sentido común que no permitamos a nuestras empresas comerciar en terceros países con materiales que en Europa hemos prohibido por estar relacionados con prácticas inhumanas o de tortura. En este informe, el Parlamento Europeo llama a la prohibición de la venta, máquetin y publicidad (incluido en sus variantes online) de dichos bienes, así como a la prohibición del tránsito de estos bienes por el territorio de la Unión.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because it contributes to the protection of human rights through the control of items and activities that are used for or could be misused for capital punishment, torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment. As the protection of human rights is one of the core values of the EU, it is important to ensure a right combination of EU legislative, administrative, judicial and external measures to prevent and prohibit the production, trade and use of torture goods and effectively control items with potential lethal and inhumane uses. These trade instruments are elements of a comprehensive approach which uses all of the EU's instruments for external action, but it is essential at the same time to ensure the coherence of the EU's export controls to overcome the absence of multilateral export control regimes in the field of torture goods. I believe these measure contribute to the long-standing EU policy of preventing torture and abolishing the death penalty world-wide.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La Unión Europea, a través de este Reglamento, reafirma su política tendente a la eliminación de la pena de muerte en el mundo. Hablamos de una de las prioridades de la UE en la política de derechos humanos. Tanto mi persona como el Partido Popular Europeo, hemos manifestado en reiteradas ocasiones una posición contraria a la pena de muerte y de cualquier tipo de tortura, siendo asimismo partidarios de defender la importancia de controlar las exportaciones de productos que puedan servir para estos fines. Por ello, considero necesario votar a favor de dicho informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de este informe es el de incorporar la posición del Parlamento a la propuesta de la Comisión sobre comercio de productos que pueden utilizarse para aplicar la pena de muerte o infligir tortura u otros tratos o penas crueles, inhumanos o degradantes.

La posición del Parlamento refuerza la prohibición de este tipo de comercio, incluyendo en lo que respecta a las reglas de tránsito y exportación y a los servicios asociados a este tipo de comercio. Por ello, he votado a favor.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I am happy to vote in favour of this report. It is important that we make sure that we strengthen EU protections against the trade in certain goods that can be used in torture and capital punishment. These activities go against the ideals of the European Union and while we cannot force non-member states to reject them, we can do all we can to ensure that Europe is not aiding and abetting states that which to carry out these acts. Furthermore, European companies must be prevented from profiteering on the back of the policies of these states and in particular I welcome the new measures that will improve the speed and efficiency of our reactions to any such transactions. I stand by my belief that the death penalty is wrong and this is a step towards ensuring that this practice is phased out globally.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Folter bzw. Foltermethoden sowie Güter, die dafür benutzt werden, lehne ich strikt ab und verurteile jedwede Anwendung dieser. Dennoch geht der Bericht viel zu weit, da er der Kommission noch weitere Befugnisse einräumt und Exporteure sowie Zollbehörden zusätzlich belastet.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato in modo favorevole alla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che modifica il regolamento relativo al commercio di determinate merci che potrebbero essere utilizzate per la pena di morte, per la tortura o per altri trattamenti o pene crudeli, inumani o degradanti.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Con la revisione del regolamento, l'Unione europea rafforza i controlli sulle esportazioni, in particolare quelle di medicinali che possono essere usati per iniezioni letali, vieta i servizi di intermediazione per i beni vietati e facilita le esportazioni verso i paesi che hanno assunto e attuato rigorosi impegni internazionali. Sono convinto che l'Unione europea debba svolgere un ruolo di guida e di esempio mondiale nella lotta contro la pena di morte e la tortura, e la revisione di questo regolamento è un altro passo avanti importante, oltre che un chiaro segnale rivolto a tutti i nostri partner internazionali.

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. – Zusammen mit meiner Fraktion habe ich für den Bericht zum Thema „Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten“ gestimmt. Die Anti-Folter-Verordnung trägt zum Schutz der Menschenrechte bei. Durch die Kontrolle von Instrumenten und Maßnahmen, die zum Foltern oder anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen benutzt werden könnten, setzt sich die Verordnung klar für den Schutz der Menschenrechte ein. Es wird auf die besondere Bedeutung von dem rechtmäßigen Zugang zu Medikamenten und Arzneimitteln hingewiesen.

Ein System der regelmäßigen Berichterstattung und Überprüfung wird eingesetzt, um die Umsetzung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten angemessen zu überwachen. Das Prärogativ dieser Verordnung ist der Schutz der Menschenrechte – und dem stimme ich klar zu.

Julie Ward (S&D), in writing. – As a human rights campaigner, I welcome the strengthening of this legislation designed to ensure the EU is not complicit in torture, and to fulfil the EU's commitment to standing against the death penalty and torture throughout the world.

Updates to this legislation will ensure EU companies do not profit from torture in oppressive regimes, and send a strong signal that those who trade in execution and torture goods, including technical assistance and supplier services, that they cannot access the EU market. In particular we welcome new measures to improve the speed and efficiency of reacting to suspected transactions. I also strongly stand behind the EU ban on trading drugs intended for the death penalty, which Labour MEPs and the European Union stand firmly against.

This legislation is a key example of the EU using its trading power for humanity.

Josef Weidenholzer (S&D), schriftlich. – Seit langem setzt sich die Europäische Union für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ein. Um dieses Ziel zu erreichen ist es auch notwendig, jegliche unterstützenden Maßnahmen, die ein Fortbestehen der Todesstrafe bedeuten, zu unterbinden. Als Verfechter der Menschenrechte unterstütze ich aus vollster Überzeugung den vorliegenden Vorschlag. Es braucht stärkere Kontrollen beim Export von Waren, die möglicherweise als Folter- oder Tötungsmittel bei Todesstrafen eingesetzt werden könnten. Kein Mitgliedsstaat darf Medikamente exportieren, die in Drittländern zur Durchführung der Todesstrafe verwendet werden können. Genauso wenig darf sich ein Mitgliedsstaat an der Vermittlung von technischen Hilfsmitteln zur Folter oder Tötung beteiligen. Die Ausarbeitung eines Aktionsplans, um schnellstmöglich auf aktuelle Entwicklungen im Bereich der verwendeten Mittel reagieren zu können, ist unbedingt notwendig.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), por escrito. –

Quiero expresar mi agradecimiento a la señora Schaake y a todos los ponentes de este informe.

La propuesta de la Comisión es totalmente pertinente, no podemos permitir que empresas europeas exporten bienes que puedan llegar a ser usados para aplicar la pena capital o torturar, pero no pueden pagar justos por pecadores; por eso, considero que el sistema de autorización global permitirá garantizar que esto no ocurre. Otorgar a las empresas europeas un sello de calidad anual agilizará los trámites administrativos a los que son sometidas, al tiempo que controlará la exportación de bienes susceptibles de ser utilizados para aplicar la pena de muerte o infligir torturas o tratos inhumanos. Es muy importante controlar las exportaciones de bienes que puedan llegar a ser utilizados para estos fines; pero también lo es no poner trabas y obstáculos a las empresas europeas exportadoras, hay que buscar un justo equilibrio. Por eso, apoyo esta propuesta.

Jana Žitňanská (ECR), písomne. – Hoci bolo hlasovanie o legislatívnom uznesení odložené, návrh Komisie, ako aj pozmeňovacie návrhy výboru pre medzinárodný obchod som podporila. Myslím si, že tento návrh potvrdil jasný odsudzujúci postoj Európskej únie voči trestu smrti, krutému, neľudskému alebo ponižujúcemu zaobchádzaniu alebo trestaniu. Okrem samotného zákazu obchodovania s tovarom vymedzeným v návrhu som podporila aj zákaz tranzitu, poskytovania technickej pomoci a podpory, ako aj marketingových služieb a v neposlednom rade som hlasovala aj za ustanovenie, ktoré dáva členským štátom možnosť zakázať obchodovanie a tranzit tovaru, ktorý síce nie je vyslovene v návrhu uvedený, ale ktorý na takéto účely slúžiť v konečnom dôsledku môže.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O Regulamento n.º 1236/2005, que visa a luta contra a tortura, é um instrumento que contribui para a proteção dos direitos humanos através do controlo de produtos e atividades que são utilizados, ou podem ser utilizados, abusivamente para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outros tratamentos ou penas cruéis, desumanos ou degradantes. Pretende contribuir para alcançar o objetivo de eliminar a pena de morte e prevenir a tortura, combinando proibições com requisitos de licenciamento para o comércio dos produtos enumerados.

O regulamento estabelece uma proibição do comércio de produtos de «utilização única» destinados à tortura e às execuções e da respetiva assistência técnica e um sistema de autorização de produtos versáteis suscetíveis de serem utilizados de forma abusiva para infligir tortura e realizar execuções por injeção letal.

Num contexto em que as operações de comércio externo são cada vez mais complexas, é fundamental a aplicação eficaz dos controlos, das verificações, das sanções, das orientações e das ações de sensibilização realizadas pelas autoridades nacionais.

A relatora recorda a necessidade de acompanhar adequadamente a execução dos compromissos dos Estados-Membros, incluindo a sua obrigação de apresentar e trocar informações através de um sistema seguro e encriptado em matéria de autorizações recusadas e de notificações. Votámos favoravelmente.

6.10. Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung (A8-0306/2015 - Markus Ferber)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of tax transparency as a means to prevent secret tax deals being done between large multi-national corporations and countries like Luxembourg. However, the report includes amendments that would force Member States to provide the information to the EU Commission (rather than simply making it public) and would have retroactive effect – for these reasons UKIP abstained.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que fija la posición del Parlamento Europeo respecto de la propuesta de modificación de la Directiva 2011/16/UE sobre cooperación administrativa, la cual tiene por finalidad incluir en su ámbito el intercambio automático de información sobre los acuerdos tributarios secretos.

El texto aprobado contiene los siguientes elementos principales:

- a) No se limita el intercambio automático de información a las resoluciones consideradas «transfronterizas».
- b) Plena retroactividad con los pactos opacos todavía en vigor, con independencia de cuándo se firmaron.
- c) Posibilidad de sancionar a los Estados en caso de incumplimiento.
- d) Almacenamiento de todas las resoluciones en una base de datos a la que tenga acceso pleno la Comisión.
- e) Otorgamiento de publicidad a resúmenes de las principales resoluciones fiscales.

Espero que el Consejo lo tenga en cuenta.

Asimismo, es importante ampliar y revisar aquellos aspectos de la Directiva no relacionados con los llamados «tax rulings» que se han quedado desfasados (excepciones injustificadas para no dar la información, consideración de «secreto oficial» para lo que no debe ser más que información confidencial de acuerdo con la normativa de protección de datos, etc.)

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone una mejora objetiva de las obligaciones de intercambio de información en el campo impositivo. Pese a que este informe continúa permitiendo el recurso a los paraísos fiscales por parte de los evasores europeos, supone una innegable mejora. El informe reconoce el perjuicio generado a las pymes por parte de las grandes empresas que localizan sus beneficios en este tipo de paraísos. Desde nuestro punto de vista el intercambio de información es una condición necesaria pero no suficiente en la corrección de los abusos fiscales que se producen en Europa. Sin embargo, reconocemos el valor de este pequeño paso adelante y es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Martina Anderson (GUE/NGL), in writing. – I voted in favour of this report, which contained a number of important, progressive provisions. This report emerged from the Luxleaks scandal. The aim is to ensure the mandatory automatic exchange of information between tax administrations regarding advance cross-border rulings and advance pricing arrangements and to strengthen existing EU legislation. Furthermore, the GUE/NGL rapporteur managed to further strengthen the Commission proposal in a number of key areas including strengthening reporting requirements – i.e. immediate exchange of information.

My Group tabled an alternative compromise stating that all rulings should be publicly available and not only stored somewhere in a central Commission database in an aggregated form. The Greens and EFDD supported GUE/NGL on this issue, but unfortunately it was rejected in committee.

Nevertheless, given that the report was still an improvement compared to the Commission proposal and especially compared to the Council position which was adopted even before the ECON vote took place, I voted in favour of this report.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Ψήφισα υπέρ της συγκεκριμένης έκδοσης καθώς θεωρώ πως η υποχρεωτική αυτόματη ανταλλαγή πληροφοριών στον τομέα της φορολογίας θα βοηθήσει σημαντικά στην ενίσχυση της διαφάνειας των χρηματοοικονομικών συναλλαγών και θα εμποδίσει την ύπαρξη φορολογικών παραδείσων που δημιουργούνται από εταιρείες ελπίψει διαφάνειας και γνώσης φορολογικών κανονισμών που ισχύουν στο κάθε κράτος μέλος.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – L'idée de ce rapport est d'obtenir une transparence sur des pratiques qui ont abouti à des scandales tels que les Luxleaks. Cela passe par l'instauration d'un échange automatique entre les administrations des États membres, afin que les grandes entreprises soient découragées d'avoir recours à des pratiques souvent légales mais peu éthiques («dumping fiscal»).

Le rapport Ferber renforce certains éléments du texte de la Commission.

J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Jean Arthuis (ALDE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport visant à lutter contre la fraude fiscale.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį pasiūlymą, kurio tikslas- automatinis apsikeitimas informacija apie mokestinius sprendimus ES valstybėse. Pagal naujas taisykles ES valstybės privalės keistis informacija dėl mokestinių sprendimų ir lengvatų, suteikiamų tarptautinėms bendrovėms. Šis pasiūlymas pateiktas reaguojant į 2014 m. „Luxleaks“ skandalą, kuomet tiriamosios žurnalistikos pagalba buvo atskleista Liuksemburgo mokestinių lengvatų suteikimo tarptautinėms korporacijoms praktika. Manau, kad naująsias taisykles reikėtų taikyti ne tik tarpvalstybiniais sprendimams, nes ir nacionaliniai mokestiniai sprendimai gali turėti įtakos kitoms ES valstybėms.

Gerard Batten (EFDD), in writing. – UKIP is in favour of tax transparency as a means to prevent secret tax deals being done between large multi-national corporations and countries like Luxembourg. However, the report includes amendments that would force Member States to provide the information to the EU Commission (rather than simply making it public) and would have retroactive effect – for these reasons UKIP abstained.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui, pour l'essentiel, demande aux États membres de communiquer à leurs partenaires européens les changements dans leurs réglementations fiscales. Cet échange d'informations participe de la logique collaboration entre pays voisins et alliés.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'étais, pour le groupe socialiste, responsable de ce dossier qui va organiser l'échange automatique d'informations en matière de fiscalité. L'objectif est de garantir un échange automatique d'informations sur les décisions fiscales anticipées prises à l'égard de montages fiscaux, les «tax rulings».

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ce rapport appelle à élargir le champ d'application et les conditions de l'échange automatique et obligatoire d'informations, mais il stipule également que toutes les décisions fiscales anticipées, même avant l'entrée en vigueur de cette directive, doivent être dévoilées, et aussi qu'en cas d'omission et de refus d'échange d'informations, des sanctions sont mises en place.

J'ai également appelé à la mise en place d'une identification fiscale harmonisée au niveau européen, c'est-à-dire faire en sorte que chaque entreprise ait un numéro fiscal européen afin que l'on puisse la retrouver plus facilement.

J'espère que nous parviendrons à convaincre les États de l'importance de s'attaquer à l'évasion fiscale des multinationales. En effet, dans ce système, hormis quelques pays et les multinationales elles-mêmes, personne n'est gagnant et les États membres perdent des moyens publics considérables, et la redistribution des richesses ne peut donc avoir lieu.

Je souhaite ardemment que la Commission, qui enquête sur les multinationales, puisse continuer à mener ses enquêtes sur des pratiques qui ne doivent plus exister.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Je me suis positionnée en faveur de ce texte qui vise à renforcer la proposition de directive sur l'échange automatique entre administrations des rescrits fiscaux ou mesures assimilées des États membres.

Après le scandale des LuxLeaks, en effet, la commission ECON du Parlement européen souhaitait aller plus loin dans la transparence pour lutter contre le dumping fiscal. Le rapport Ferber propose notamment que l'échange se fasse de manière rétroactive, jusqu'à dix ans en arrière pour les rescrits.

Malheureusement, l'avis du Parlement n'a ici que peu de poids face au Conseil Ecofin qui, réuni le 6 octobre dernier, a pris une orientation beaucoup plus légère en termes de contraintes sur ce sujet. Les ministres de l'économie et des finances des États membres ont ainsi enterré ce principe de rétroactivité, laissant la possibilité aux États ayant les pratiques les plus opaques dans ce domaine, comme le Luxembourg, de faire le ménage.

Quoi qu'il en soit, ce rapport a le mérite de chercher à assainir la compétition fiscale au sein de l'Union et c'est pourquoi j'ai voté pour.

Mara Bizzotto (ENF), per iscritto. – Nonostante questa direttiva non ponga fine al problema dell'evasione fiscale all'interno dell'Unione europea, la considero un contributo positivo nella direzione di un più proficuo scambio di informazioni tra i paesi membri. Per questo ho votato a favore.

Malin Björk (GUE/NGL), skriftlig. – Jag har röstat ja till betänkandet.

I en tidigare uträkning som kommissionen låtit göra bedömdes de årliga förlusterna i skatteflykt i EU:s medlemsländer att uppgå till 9 000 miljarder kronor. Det är i synnerhet storföretag som står för merparten av skatteflykten. 9 000 miljarder är att jämföra med EU-ländernas samlade budgetunderskott år 2012 på cirka 4 600 miljarder kronor, alltså bara hälften av vad skattesvinnet kostar.

Det är därför bra att kommissionen avser att skärpa lagstiftningen och det obligatoriska automatiska utbytet av upplysningar i frågor om beskattning. EU-landet Luxemburg har under flera år utmärkt sig särskilt med att ha organiserat sin skattelagstiftning så att den ska hjälpa storföretagen att smita undan skatt i andra EU-länder.

Jag noterar att Luxemburgs premiärminister, under den tid landet skraddarsydde skatteflyktslagar åt storföretagen, hette Jean-Claude Juncker. I dag är han EU-kommissionens ordförande och ska således agera mot just sådant agerande som han själv sysslade med för några år sedan. Det blir därför viktigt att hålla ett vakande öga på kommissionen.

Jag har i omröstningen om betänkandet röstat för förslag som innebär att medlemsstaterna ska sända information till kommissionen och andra medlemsländer om nya egna lagförslag gällande beskattning. Syftet med detta informationsutbyte ska vara ett enda; att försvåra, och helst omöjliggöra, storföretagens skatteflykt.

Dienstag, 27. Oktober 2015

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que fija la posición del Parlamento Europeo respecto de la propuesta de modificación de la Directiva 2011/16/UE sobre cooperación administrativa, la cual tiene por finalidad incluir en su ámbito el intercambio automático de información sobre los acuerdos tributarios secretos.

El texto aprobado contiene los siguientes elementos principales:

- a) No se limita el intercambio automático de información a las resoluciones consideradas «transfronterizas».
- b) Plena retroactividad con los pactos opacos todavía en vigor, con independencia de cuándo se firmaron.
- c) Posibilidad de sancionar a los Estados en caso de incumplimiento.
- d) Almacenamiento de todas las resoluciones en una base de datos a la que tenga acceso pleno la Comisión.
- e) Otorgamiento de publicidad a resúmenes de las principales resoluciones fiscales.

Espero que el Consejo lo tenga en cuenta.

Asimismo, es importante ampliar y revisar aquellos aspectos de la Directiva no relacionados con los llamados «tax rulings» que se han quedado desfasados (excepciones injustificadas para no dar la información, consideración de «secreto oficial» para lo que no debe ser más que información confidencial de acuerdo con la normativa de protección de datos, etc.)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pateikė savo poziciją, kuria iš dalies keičia Tarybos direktyvą dėl privalomų automatinių apmokestinimo srities informacijos mainų. Tarpvalstybinio masto mokesčių vengimo, agresyvaus mokesčių planavimo ir žalingos mokesčių konkurencijos keliama problema labai išaugo ir kelia didelį susirūpinimą Sąjungoje ir pasauliniu lygmeniu. Taikant šiuo metu galiojančias teisės normas - Direktyvą 2011/16/ES dėl administracinio bendradarbiavimo - valstybės narės labai menkai tarpusavyje dalijasi informacija apie savo sprendimus dėl mokesčių. Tuo, kad trūksta skaidrumo sprendimų dėl mokesčių srityje, tam tikros bendrovės naudojasi, kad dirbtinai sumažintų savo mokestines įmokas.

Franz Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagano poročilo o obvezni izmenjavi podatkov na področju obdavčenja sem podprl, saj ocenjujem, da so ukrepi na tem področju dobrodošli in potrebni.

Avtomatična izmenjava podatkov med državami članicami mora postati obvezna, saj je agresivne davčne optimizacije, katere se poslužujejo predvsem največje multinacionalke, čedalje več.

Afera Lux-leaks je razgalila številne anomalije v nadzornih mehanizmih držav članic na področju obdavčenja in brutalne prakse, ki se jih pri izogibanju plačila davkov poslužujejo multinacionalke. Zato so potrebni ukrepi za izboljšanje medsebojne izmenjave podatkov, ki bodo pripomogli k zmanjšanju davčnih utaj ter večji preglednosti transakcij, ki nastajajo pri poslovanju podjetij.

Izogibanje plačilom davkov namreč povzroča širšo družbeno škodo in negativno vpliva na blaginjo ljudi, saj številne države zaradi izpada prihodkov iz naslova davčnih utaj ne morejo zagotavljati javnih storitev v takšni meri, kot bi jih lahko. Pri čemer si na drugi strani velika podjetja tudi na račun tovrstnih nečednih ravnanj povečujejo dobičke in nagrajujejo lastnike. S tem seveda ni nič narobe, v kolikor je to doseženo na pošten in pravičen način.

Seveda s sprejetjem tega poročila ne bomo čudežno rešili vseh težav na področju izogibanja davkov. Je pa to poročilo dobra popotnica za nadaljnje delo, cilj katerega mora biti popolna odprava davčnih utaj.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Chiarezza e trasparenza sono due importanti principi che devono guidare la disciplina fiscale a livello europeo. A distanza di un anno dallo scandalo Luxleaks è un segnale positivo che si voti un atto legislativo concreto che affronti questo tema. La relazione, che sostengo, prevede l'estensione di questi principi attraverso un allargamento dello scambio d'informazioni. Vengono tenuti in considerazione tutti i *ruling* fiscali validi, si richiede che lo scambio di informazioni avvenga immediatamente e non con cadenza trimestrale e, in ultimo, che possano essere richieste informazioni supplementari da parte degli Stati. Queste disposizioni sono indice di un impegno reale e nella giusta direzione per assicurare una maggiore limpidezza, che va a beneficio degli Stati membri come dei cittadini europei.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which contained a number of important, progressive provisions. This report emerged from the Luxleaks scandal. The aim is to ensure the mandatory automatic exchange of information between tax administrations regarding advance cross-border rulings and advance pricing arrangements and to strengthen existing EU legislation. Furthermore, the GUE/NGL rapporteur managed to further strengthen the Commission proposal in a number of key areas including strengthening reporting requirements – i.e. immediate exchange of information.

My Group tabled an alternative compromise stating that all rulings should be publicly available and not only stored somewhere in a central Commission database in an aggregated form. The Greens and EFDD supported GUE/NGL on this issue, but unfortunately it was rejected in committee.

Nevertheless, given that the report was still an improvement compared to the Commission proposal and especially compared to the Council position which was adopted even before the ECON vote took place, I voted in favour of this report.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché sono fermamente convinta che l'introduzione dell'obbligo di scambio automatico di informazioni nel settore fiscale rappresenti un passo importante nella lotta all'evasione ed all'elusione fiscali aumentando il coordinamento tra le amministrazioni dei vari Stati membri.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le scandale du LuxLeaks a révélé que de nombreuses multinationales ont bénéficié d'accords fiscaux ultra-avantageux au Luxembourg par l'intermédiaire de cabinets d'audit, grassement rémunérés. Le dumping fiscal auquel ont recours notamment le Luxembourg, la Suisse ou encore l'Irlande a privé de nombreux États membres de recettes fiscales non négligeables. C'est pourquoi la Commission a introduit une proposition de directive qui vise à instaurer l'échange automatique d'informations entre les administrations fiscales nationales. Cette proposition a pour but de décourager les grands groupes d'avoir recours à ces procédés.

Ce texte va une nouvelle fois dans le bon sens. Néanmoins, nous regrettons que le Conseil Ecofin ait abandonné l'idée de la rétroactivité dans les échanges de données. Par ailleurs l'entrée en vigueur de ce texte a été repoussée, donnant ainsi la possibilité aux services juridiques des firmes multinationales d'adapter leurs méthodes d'optimisation fiscale à la nouvelle législation européenne. Pour finir, bien qu'elle contribue à intensifier les échanges d'informations entre les États membres, cette directive n'encadre pas mieux les pratiques fiscales de ces entreprises sans scrupules.

J'ai voté en faveur de ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Proiectul de rezoluție legislativă a Parlamentului European referitor la schimbul automat obligatoriu de informații în domeniul fiscal are în vedere stabilirea domeniului de aplicare și a condițiilor pentru schimbul automat obligatoriu de informații cu privire la deciziile fiscale transfrontaliere.

Problema fraudei și a evaziunii fiscale a reprezentat întotdeauna o provocare pentru Uniunea Europeană, fiind necesare acțiuni conjugate orientate spre comunicarea eficientă a statelor membre în legătură cu deciziile lor fiscale. În momentul actual, cooperarea administrativă în domeniul fiscal este una deficitară, statele membre neglijând responsabilitatea transmiterii deciziilor fiscale, acest lucru având un impact negativ asupra luptei Uniunii împotriva fraudei fiscale.

Consider că transparența la nivelul deciziilor fiscale asumate de statele membre ar trebui să ghideze lupta împotriva evaziunii fiscale, fiind necesar un schimb permanent, prompt și transparent de informații între statele membre, motiv pentru care m-am exprimat în favoarea proiectului de rezoluție legislativă referitor la schimbul automat obligatoriu de informații în domeniul fiscal, considerându-l unul oportun având în vedere provocările actuale.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Il provvedimento nasce dal cosiddetto scandalo Luxleaks e tra i suoi scopi vi è quello di combattere gli effetti della frode e dell'evasione, nonché il proliferare di paradisi fiscali anche all'interno della UE. Ho scelto di promuovere lo scambio di informazioni tra gli Stati membri.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que fija la posición del Parlamento Europeo respecto de la propuesta de modificación de la Directiva 2011/16/UE sobre cooperación administrativa, la cual tiene por finalidad incluir en su ámbito el intercambio automático de información sobre los acuerdos tributarios secretos.

El texto aprobado contiene los siguientes elementos principales:

- a) No se limita el intercambio automático de información a las resoluciones consideradas «transfronterizas».
- b) Plena retroactividad con los pactos opacos todavía en vigor, con independencia de cuándo se firmaron.
- c) Posibilidad de sancionar a los Estados en caso de incumplimiento.
- d) Almacenamiento de todas las resoluciones en una base de datos a la que tenga acceso pleno la Comisión.
- e) Otorgamiento de publicidad a resúmenes de las principales resoluciones fiscales.

Espero que el Consejo lo tenga en cuenta.

Asimismo, es importante ampliar y revisar aquellos aspectos de la Directiva no relacionados con los llamados «tax rulings» que se han quedado desfasados (excepciones injustificadas para no dar la información, consideración de «secreto oficial» para lo que no debe ser más que información confidencial de acuerdo con la normativa de protección de datos, etc.)

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Les récents scandales fiscaux en Europe ont révélé de nombreuses failles dans la fiscalité européenne. Le manque de transparence dans le domaine a conduit à de la concurrence déloyale et constitue un frein à l'achèvement d'un marché unique efficace. Les premières victimes sont les citoyens européens et les PME.

Il était temps d'œuvrer vers davantage de coopération et de transparence en matière fiscale. L'échange obligatoire et automatique d'informations sur les rescrits fiscaux transfrontaliers constitue en ce sens une première étape. Grâce à cet accord, les États membres seront moins enclins à pratiquer de la concurrence déloyale dans le domaine fiscal.

Il faudra bien entendu être particulièrement vigilant quant au respect de cette législation par les États membres. J'ai voté en faveur de ce texte.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di direttiva del Consiglio recante modifica della direttiva 2011/16/UE per quanto riguarda lo scambio automatico obbligatorio di informazioni nel settore fiscale.

La globalizzazione e la crescente mobilità dei contribuenti possono rendere difficile il corretto accertamento della base imponibile di privati e imprese da parte degli Stati membri, favorendo pratiche di elusione ed evasione fiscali e compromettendo così il funzionamento del mercato interno.

Questo problema potrà essere affrontato efficacemente soltanto se gli Stati membri decideranno di agire di concerto, prevedendo un efficace sistema di cooperazione tra le amministrazioni fiscali nazionali. La direttiva 2011/16/UE del Consiglio è stata adottata per rispondere alla necessità degli Stati membri di potenziare la cooperazione amministrativa nel settore della fiscalità. La proposta di modifica vuole rendere questo dialogo tra agenzie fiscali ancora più efficace ed esaustivo, mediante l'istituzione di uno scambio automatico obbligatorio di informazioni sui *ruling* preventivi transfrontalieri e sugli accordi preventivi sui prezzi di trasferimento.

Ad oggi, questo scambio di informazioni rimane ancora molto limitato e pertanto, anche al fine di potenziarlo, ho deciso di votare a favore del testo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which contained a number of important, progressive provisions. This report emerged from the Luxleaks scandal. The aim is to ensure the mandatory automatic exchange of information between tax administrations regarding advance cross-border rulings and advance pricing arrangements and to strengthen existing EU legislation. Furthermore, the GUE/NGL rapporteur managed to further strengthen the Commission proposal in a number of key areas including strengthening reporting requirements – i.e. immediate exchange of information.

Dienstag, 27. Oktober 2015

My Group tabled an alternative compromise stating that all rulings should be publicly available and not only stored somewhere in a central Commission database in an aggregated form. The Greens and EFDD supported GUE/NGL on this issue, but unfortunately it was rejected in committee.

Nevertheless, given that the report was still an improvement compared to the Commission proposal and especially compared to the Council position which was adopted even before the ECON vote took place, I voted in favour of this report.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of tax transparency as a means to prevent secret tax deals being done between large multi-national corporations and countries like Luxembourg. However, the report includes amendments that would force Member States to provide the information to the EU Commission (rather than simply making it public) and would have retroactive effect – for these reasons UKIP abstained.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution because I support the exchange of information between different tax administrations in order to ensure transparency and eliminate tax avoidance. Greater cross-border cooperation will help us tackle such problems more efficiently and with better results.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – In commissione ECON abbiamo sostenuto diversi compromessi che andavano nella direzione di migliorare uno scambio automatico, rapido ed efficace di informazioni in questo ambito. Purtroppo avremmo gradito una maggiore trasparenza, garantita dal fatto di avere un registro pubblico accessibile a tutti, nel quale fossero obbligatoriamente inseriti i dati relativi agli accordi fiscali sottoscritti. Avevamo proposto quindi un compromesso alternativo ma è stato bocciato. Il voto della delegazione M5S oggi è quindi negativo, pur ammettendo alcuni miglioramenti apportati rispetto alla situazione attuale.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτως*. – Σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Συμβουλίου που αφορά την τροποποίηση της οδηγίας 2011/16/ΕΕ όσον αφορά την υποχρεωτική αυτόματη ανταλλαγή πληροφοριών στον τομέα της φορολογίας, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο έχοντας υπόψη την Έκθεση της Επιτροπής Οικονομικής και Νομισματικής Πολιτικής και τη Γνωμοδότηση της Επιτροπής Νομικών Θεμάτων εγκρίνει την πρόταση της Επιτροπής όπως τροποποιήθηκε.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto di votare a favore della modifica alla direttiva 2011/16/UE, attuata dalla direttiva 2014/107/UE. La precedente disciplina, che definiva il quadro giuridico relativo alla cooperazione amministrativa in merito allo scambio di informazioni, imponeva lo scambio di una quantità estremamente ridotta di informazioni sui *ruling* fiscali.

La direttiva 2014/107/UE si ispira ai principi della risoluzione del 21 maggio 2013, con cui il Parlamento ha sottolineato il ruolo guida che l'UE dovrebbe assumere nella lotta contro le pratiche fiscali scorrette. Introduce un nuovo articolo, definendo il campo di applicazione e le condizioni per lo scambio automatico obbligatorio di informazioni sui tipi di *ruling* fiscali transfrontalieri e di accordi sui prezzi di trasferimento. Tale obbligo è esteso ai *ruling* emanati nei dieci anni precedenti la data in cui prende effetto la direttiva proposta e che sono ancora validi alla data dell'entrata in vigore della direttiva. La direttiva proposta prevede anche la possibilità da parte della Commissione di istituire un repertorio centrale sicuro in cui è possibile registrare le informazioni comunicate nel quadro della direttiva.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – In paesi come l'Italia, la pressione fiscale ha raggiunto livelli insopportabili. Non è tanto questione di quanto si paghi in rapporto al reddito, ma di ciò che si riceve in cambio: servizi spesso di scarsa qualità, un'amministrazione pubblica generalmente inefficiente, una zavorra per le imprese invece che un sostegno. Tuttavia, l'evasione e l'elusione non sono una soluzione: per far funzionare meglio ciò che c'è bisogno fare degli investimenti, e per questo servono risorse. Ho votato a favore di questa direttiva perché ritengo che tutti debbano partecipare, entro limiti ragionevoli, a risanare le finanze del proprio paese e che i tentativi per arginare la cosiddetta «ottimizzazione fiscale» siano legittimi.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of tax transparency as a means to prevent secret tax deals being done between large multi-national corporations and countries like Luxembourg. However, the report includes amendments that would force Member States to provide the information to the EU Commission (rather than simply making it public) and would have retroactive effect – for these reasons UKIP abstained.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of tax transparency as a means to prevent secret tax deals being done between large multi-national corporations and countries like Luxembourg. However, the report includes amendments that would force Member States to provide the information to the EU Commission (rather than simply making it public) and would have retroactive effect – for these reasons UKIP abstained.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – I fenomeni di elusione fiscale transfrontaliera, di pianificazione fiscale aggressiva e concorrenza fiscale dannosa rappresentano una grave problematica europea e globale. La relazione propone una modifica della direttiva 2011/16/UE sullo scambio automatico obbligatorio di informazioni nel settore fiscale allo scopo di promuovere la condivisione di dati rilevanti attraverso la cooperazione amministrativa tra gli Stati membri.

Ho votato a favore della relazione perché credo sia necessario rafforzare gli strumenti e i meccanismi stabiliti dalla direttiva, definendo le condizioni e il campo di applicazione per lo scambio automatico obbligatorio di informazioni riguardo ad alcuni tipi di *ruling* fiscali transfrontalieri e agli accordi sui prezzi di trasferimento.

L'obiettivo della modifica della direttiva è quello di garantire una maggior trasparenza in materia fiscale e conferire più chiarezza ed efficacia alle procedure dei trasferimenti fiscali.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La direttiva 2011/16/UE del Consiglio, adottata in sostituzione di una direttiva precedente (77/779/CEE), aveva l'obiettivo di rispondere alla necessità degli Stati membri di potenziare la cooperazione amministrativa nel settore della fiscalità attraverso uno scambio automatico obbligatorio di informazioni sui *ruling* preventivi (transfrontalieri) e sugli accordi preventivi sui prezzi di riferimento.

L'obiettivo del Parlamento europeo era di eliminare qualsiasi riferimento contenuto nella direttiva riguardo alla dimensione transfrontaliera dei *ruling* per ridurre i tempi di comunicazione. Nella direttiva non è stata inclusa l'adozione di un registro pubblico accessibile a tutti nel quale fossero inseriti tutti i dati relativi agli accordi sottoscritti, che avrebbe garantito una maggiore trasparenza.

Per tali ragioni, voto negativamente riguardo alla linea prevalsa finora e ritengo che se venissero adottate misure trasparenti e venissero applicate in maniera corretta si potrebbe effettivamente risolvere il problema dell'elusione e dell'evasione fiscale.

Javier Couso Permy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone una mejora objetiva de las obligaciones de intercambio de información en el campo impositivo. Pese a que este informe continúa permitiendo el recurso a los paraísos fiscales por parte de los evasores europeos, supone una innegable mejora. El informe reconoce el perjuicio generado a las pymes por parte de las grandes empresas que localizan sus beneficios en este tipo de paraísos. Desde nuestro punto de vista el intercambio de información es una condición necesaria pero no suficiente en la corrección de los abusos fiscales que se producen en Europa. Sin embargo, reconocemos el valor de este pequeño paso adelante y es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Lo scambio automatico obbligatorio di informazioni nel settore fiscale tra autorità fiscali nazionali migliora la trasparenza amministrativa, riduce le pratiche dannose per la concorrenza e trasmette una certezza giuridica sia ai contribuenti che agli attori economici. Ho votato in favore della risoluzione del Parlamento che accoglie positivamente la proposta della Commissione e ne aumenta l'ambizione estendendo il campo di applicazione anche alle decisioni fiscali nazionali.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Commission proposal and the legislative resolution to have automatic exchange of information. Transparency on taxation matters is important. I voted against two amendments which call for public disclosure of advance rulings and advance pricing arrangements in an online public central directory.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Susțin propunerea raportorului privind un schimb eficient de informații și prelucrarea eficientă a informațiilor fiscale între statele membre, dar există încă o serie de dificultăți practice importante, cum ar fi marja de apreciere de care dispune statul membru emitent pentru a decide care alte state membre ar trebui informate.

Dienstag, 27. Oktober 2015

În plus, sistemul de monitorizare nu este suficient de eficient, motiv pentru care se îngreunează sarcina Comisiei de a identifica orice încălcare a cerinței privind schimbul de informații privind deciziile transfrontaliere în avans și acordurile de preț în avans.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose l'avis défavorable du Parlement européen à la décision du Conseil des ministres de maintenir un faible niveau de transparence en matière fiscale. Cette décision s'applique notamment au rescrit fiscal, qui est une procédure permettant aux citoyens et aux entreprises d'obtenir de l'administration leur situation au regard du droit fiscal.

Le Conseil des ministres restreint le champ d'application du texte aux rescrits transfrontaliers et limite le pouvoir de contrôle de la Commission européenne. Le Parlement souhaite au contraire rendre automatique et obligatoire l'échange d'informations sur les «rescrits fiscaux transfrontaliers» qu'ils délivrent aux entreprises multinationales.

Considérant que cette décision est une occasion manquée de renforcer la lutte contre l'évasion fiscale entre le États membres, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui vise à garantir un échange automatique d'informations sur les décisions fiscales anticipées prises à l'égard de montages fiscaux. Il est important que l'Union européenne prenne des mesures fortes pour renforcer sa lutte contre la fraude et l'évasion fiscale. Je suis notamment favorable à ce que la Commission européenne puisse mettre en place des sanctions en cas de non-respect de cette législation.

Philippe De Backer (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as part of the response to the Luxleaks scandal and my determination not to tolerate tax fraud and illegal tax avoidance. I am an advocate for a fair distribution of the tax burden between citizens and companies. I am happy to see a swift implementation of the information exchange. Another important point is that the Commission will develop a secure central directory so that sensitive data can be protected. The Commission should publish to the public a summary of the main tax rulings agreed in the previous year, based on information contained in the secure central directory but in compliance with the confidentiality provisions.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport cherchait à permettre l'instauration d'un échange automatique de données fiscales entre administrations des États membres. En incitant, par cette transparence, les États à ne pas utiliser abusivement des procédures créant un écart de compétitivité fiscale, ce rapport va dans le bon sens.

Bien qu'une version plus édulcorée primera sûrement (ce rapport du Parlement ne valant que pour avis), il est important de lutter contre toutes les formes de fraude fiscale ou para-légale, et ce rapport en est un bon exemple.

Attachée à une plus grande honnêteté des contribuables et des entreprises, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – I voted against this report as although I am in favour of aiding tax authorities in quickly identifying tax illegalities, I cannot support the extension of the scope of the EP to all rulings that does not take into account the rules governing data protection and commercially-sensitive information.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – В качеството си на докладчик по становището на комисията по правни въпроси по това досие, с колегите положихме усилия да ограничим обхвата на директивата, за да не създадем една система за обмен на информация, която вместо да улесни държавните администрации, да ги затрупа с документация за обработване.

За съжаление, приетите от нас изменения не намериха своето отражение в приетия доклад на колегите от комисията по икономически и парични въпроси. Поради тази причина и поради факта, че не смятам, че финалният компромисен вариант ще постигне заложените цели, гласувах против доклада.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Το συγκεκριμένο σχέδιο μέσα σε τέσσερα χρόνια θα κοστίσει στους ευρωπαίους φορολογούμενους 2,1 δισεκατομμύρια ευρώ. Τα αποτελέσματα όμως δεν είναι εγγυημένα.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of tax transparency as a means to prevent secret tax deals being done between large multi-national corporations and countries like Luxembourg. However, the report includes amendments that would force Member States to provide the information to the EU Commission (rather than simply making it public) and would have retroactive effect – for these reasons UKIP abstained.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A proposta, que obriga os Estados-Membros à troca automática de informações sobre decisões fiscais antecipadas transfronteiras, faz parte de uma série de iniciativas destinadas a prevenir a elisão fiscal por parte das empresas.

As novas regras deverão ser aplicadas a partir de 1 de janeiro de 2017. A verdade é que os Estados-Membros partilham muito pouca informação entre si sobre os seus acordos fiscais, ficando ao seu critério decidir se um acordo fiscal pode ser relevante para outro país da UE. A falta de transparência sobre os acordos fiscais é explorada por certas empresas para reduzirem artificialmente a sua contribuição fiscal.

No entanto, poderia ter ido mais longe, nomeadamente no aumento da transparência. A diretiva exige que os Estados-Membros procedam à troca automática de informações sobre as decisões fiscais antecipadas «transfronteiras», deixando de fora as puramente nacionais.

Jonás Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que fija la posición del Parlamento Europeo respecto de la propuesta de modificación de la Directiva de 2011 sobre cooperación administrativa, la cual tiene por finalidad incluir en su ámbito el intercambio automático de información sobre los acuerdos tributarios secretos.

El texto aprobado contiene los siguientes elementos principales:

- a) No se limita el intercambio automático de información a las resoluciones consideradas «transfronterizas».
- b) Plena retroactividad para con los pactos opacos todavía en vigor, con independencia de cuando se firmaron.
- c) Posibilidad de sancionar a los Estados en caso de incumplimiento.
- d) Almacenamiento de todas las resoluciones en una base de datos a la que tenga acceso pleno la Comisión.
- e) Otorgamiento de publicidad a resúmenes de las principales resoluciones fiscales.

Espero que el Consejo lo tenga en cuenta.

Asimismo, es importante revisar aquellos aspectos de la Directiva no relacionados con los llamados *tax rulings* que se han quedado desfasados (excepciones injustificadas para no dar la información, consideración de «secreto oficial» para lo que no debe ser más que información confidencial de acuerdo con la normativa de protección de datos, etc.).

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O objetivo da alteração da diretiva 2011/16/UE é que a mesma contemple a troca automática de informações no campo da fiscalidade. Neste sentido, pretende-se que fique estabelecida uma cooperação administrativa entre as autoridades tributárias (AT) dos Estados-Membros, no que à obrigatoriedade da troca automática de informações em matéria de acordos fiscais prévios transfronteiras e de acordos prévios de preços de transferência diz respeito.

A proposta prevê ainda que os Estados-Membros que recebem informações possam requerer informações suplementares mais pormenorizadas.

Importa referir que os acordos prévios entre as AT e as empresas – como os que estão na base do escândalo conhecido no Luxemburgo («Luxleaks»), no qual o atual presidente da Comissão Europeia esteve diretamente implicado – são uma prática generalizada, a par de fenómenos de erosão da base tributável e da transferência de lucros.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Esta proposta pode colocar alguns grãos numa engrenagem que priva Estados soberanos e os seus povos de largos milhões de euros de recursos que lhes eram devidos pelas multinacionais, na hora do pagamento de impostos sobre lucros. Recursos que são esbulhados aos trabalhadores e suas famílias através de uma insuportável carga fiscal.

Ficam por abordar questões candentes, como a dos paraísos fiscais, esses autênticos sumidoiros de recursos públicos, autênticos paraísos do crime e do branqueamento de capitais.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – As usual when it comes to anything to do with finance, this doesn't go as far as I'd like to see it go. I would have preferred more transparency, that all rulings should be available to the public, not buried somewhere in a central Commission database in an aggregated form. Nevertheless, it is a major improvement on the existing situation, making mandatory and automatic what had been optional, the exchange of information on tax matters, notably with regard to advance tax rulings for companies.

Doors that previously had been wide open aren't being slammed shut, as they should be, but at least they are gradually being closed. I voted in favour for what is now a much improved situation.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Európska únia by mala mať vedúcu úlohu v globálnych rokovaníach o boji proti daňovým podvodom, vyhýbaniu sa daňovým povinnostiam a daňovým rajom, a to najmä v súvislosti s podporou výmeny informácií. Členské štáty si svoje daňové stanoviská nevymieňajú dostatočne a často nevedia o cezhraničných daňových stanoviskách vydaných v inom štáte Európskej únie, ktoré by mohli mať vplyv na ich vlastné daňové základy. Nedostatok transparentnosti v daňových otázkach je následne využívaný niektorými spoločnosťami s cieľom umelo znížiť svoje daňové príspevky. Európska komisia chce preto zaviesť nový článok do existujúcej smernice vymedzujúci rozsah a podmienky povinnej automatickej výmeny informácií o cezhraničných daňových stanoviskách a dohodách o transferovom oceňovaní. Táto povinnosť sa rozširuje na stanoviská vydané počas desiatich rokov pred dátumom nadobudnutia účinnosti navrhovanej smernice, ktoré sú v deň nadobudnutia účinnosti smernice ešte stále platné.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa relazione. Il testo dell'Ecofin è una discreta base di partenza, sebbene come nota critica devo sottolineare il ritardo mastodontico.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφικώς*. – Καταψηφίζω το συγκεκριμένο σχέδιο, διότι μέσα σε τέσσερα χρόνια θα κοστίσει στους ευρωπαίους φορολογούμενους 2,1 δισεκατομμύρια ευρώ και τα αποτελέσματα δεν είναι εγγυημένα.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted against the Mandatory automatic exchange of information on cross-border tax rulings as this strays too far into Member States' competency in tax matters. Whilst it is right to take action against tax avoidance and aggressive tax planning it is the remit of the Member States to legislate. Once more, the Commission and Parliament call for more Europe when it is not necessary.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I would like to congratulate the rapporteur on the proposal for a Council directive amending Directive 2011/16/EU as regards mandatory automatic exchange of information in the field of taxation. The challenges posed by cross-border tax avoidance, aggressive tax planning and harmful tax competition should be indeed one of the EUs concerns.

Therefore, I strongly support the call to increase transparency and to fight against all the earlier mentioned challenges by extending the scope of the Directive to all tax rulings and not just to the cross border ones. In order to increase effectiveness, the Commission shall develop a secure central directory where information to be communicated in the framework of this Directive must be recorded in order to satisfy the automatic and mandatory exchange of information. In case of Member States non-compliance, I welcome the proposal to introduce sanctions and establish penalties for refusal or omission of information exchange. Also, in order to increase the Directive's efficiency, I believe that the publication of a summary containing the main tax rulings exchanged is necessary.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que fija la posición del Parlamento Europeo respecto de la propuesta de modificación de la Directiva 2011/16/UE sobre cooperación administrativa, la cual tiene por finalidad incluir en su ámbito el intercambio automático de información sobre los acuerdos tributarios secretos.

Dienstag, 27. Oktober 2015

El texto aprobado contiene los siguientes elementos principales:

- a) No se limita el intercambio automático de información a las resoluciones consideradas «transfronterizas».
- b) Plena retroactividad con los pactos opacos todavía en vigor, con independencia de cuándo se firmaron.
- c) Posibilidad de sancionar a los Estados en caso de incumplimiento.
- d) Almacenamiento de todas las resoluciones en una base de datos a la que tenga acceso pleno la Comisión.
- e) Otorgamiento de publicidad a resúmenes de las principales resoluciones fiscales.

Espero que el Consejo lo tenga en cuenta.

Asimismo, es importante ampliar y revisar aquellos aspectos de la Directiva no relacionados con los llamados «*tax rulings*» que se han quedado desfasados (excepciones injustificadas para no dar la información, consideración de «secreto oficial» para lo que no debe ser más que información confidencial de acuerdo con la normativa de protección de datos, etc.)

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe que fija la posición del Parlamento Europeo respecto de la propuesta de modificación de la Directiva 2011/16/UE sobre cooperación administrativa, la cual tiene por finalidad incluir en su ámbito el intercambio automático de información sobre los acuerdos tributarios secretos.

El texto aprobado contiene los siguientes elementos principales:

- a) No se limita el intercambio automático de información a las resoluciones consideradas «transfronterizas».
- b) Plena retroactividad con los pactos opacos todavía en vigor, con independencia de cuándo se firmaron.
- c) Posibilidad de sancionar a los Estados en caso de incumplimiento.
- d) Almacenamiento de todas las resoluciones en una base de datos a la que tenga acceso pleno la Comisión.
- e) Otorgamiento de publicidad a resúmenes de las principales resoluciones fiscales.

Espero que el Consejo lo tenga en cuenta.

Asimismo, es importante ampliar y revisar aquellos aspectos de la Directiva no relacionados con los llamados «*tax rulings*» que se han quedado desfasados (excepciones injustificadas para no dar la información, consideración de «secreto oficial» para lo que no debe ser más que información confidencial de acuerdo con la normativa de protección de datos, etc.)

Elena Gentile (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della risoluzione del PE concernente la proposta di direttiva del Consiglio che modifica l'attuale direttiva sullo scambio automatico obbligatorio d'informazioni nel settore fiscale, perché condiviso pienamente il segnale di chiarezza e di trasparenza che il PE ha inviato al Consiglio nel campo della concorrenza fiscale.

Ritengo, inoltre, di rilevante importanza che questa risoluzione sia approvata in coincidenza di un altro importante segnale che giunge dalla Commissione parlamentare speciale TAXE sui regimi fiscali (*tax ruling*).

Dienstag, 27. Oktober 2015

La revisione è importante, poiché, fra l'altro, impone agli Stati membri di collaborare, imponendo la comunicazione immediata di tutti gli accordi fiscali fra gli Stati membri e le multinazionali. Nondimeno, sarebbe stato opportuno attribuire alla CE la gestione di una piattaforma concepita per la raccolta centralizzata delle informazioni.

Auspicio, inoltre, che si vada oltre i *ruling* transfrontalieri, che l'evasione e l'elusione fiscale diventino una lotta concreta all'interno degli Stati membri e che si metta fine alla concorrenza fiscale distorsiva fra Stati membri dell'UE.

In tempi in cui ai cittadini europei è stato chiesto di fare grandi sacrifici, è una questione di giustizia sociale che le multinazionali paghino le tasse laddove si producono i profitti e non nei paesi che praticano *dumping* fiscale.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht „Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung“ gestimmt, da es im Sinne unserer Familien, Bürger, Steuerzahler und des Mittelstandes ist, wenn wir den milliardenschweren Steuertricks multinationaler Konzerne in Europa ein Ende bereiten. Das geht nur bei entsprechendem Austausch der Daten. Weiter so!

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Jährlich geht der EU durch undurchsichtige Unternehmensstrukturen, die sich auf gleich mehrere Länder erstrecken, ein erheblicher Anteil an Steuern verloren. Deshalb ist es wichtig, die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu intensivieren.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – Here we go again: more assaults on the Member States, and making us all act as a United States of Europe.

In this case, making Member States pass taxation code changes past the Commission in advance.

It is a strange sovereign nation that must ask permission first.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of automatic exchange of information on tax rulings because transparency is key when it comes to cracking down on aggressive tax avoidance and tax evasion. For far too long, governments have been able to make secret agreements with companies about how much tax they'll pay, with no scrutiny from other Member States or the public as a whole. That needs to change, and while the Commission's proposals are welcome, we in the Parliament believe they can and should go further. Now the onus is on the Council – and the UK government – to show that they are serious when they say they want to stamp out these practices once and for all.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – La lucha contra el fraude y la evasión fiscal es una de las prioridades de C's en Europa, ya que las rentas no declaradas y no gravadas comportan una reducción significativa de los ingresos fiscales nacionales y son una muestra de insolidaridad e irresponsabilidad. Por eso apoyo una Resolución que urge a una mayor transparencia y un mayor intercambio de información en el ámbito de la fiscalidad, de conformidad con las normas de la OCDE, y en la que el Parlamento Europeo expresa su firme determinación de no tolerar el fraude fiscal y la evasión fiscal y de abogar por una distribución equitativa de la carga contributiva entre los ciudadanos y las empresas.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla relazione sulla proposta di scambio automatico obbligatorio d'informazioni nel settore fiscale. Il Parlamento europeo già da tempo ha assunto un ruolo guida nel dibattito sul contrasto alla frode e all'elusione fiscale. Stiamo richiedendo maggiore trasparenza in materia di *ruling* fiscali, ma attenzione all'ambito di applicazione. I *ruling* fiscali e gli accordi sulla definizione dei prezzi possono avere una dimensione transfrontaliera, anche se riguardano operazioni puramente nazionali.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe y de la Resolución legislativa en cuestión, que es uno de los resultados de los Luxleaks (filtraciones que dejaron al descubierto los acuerdos entre el Estado de Luxemburgo y multinacionales que facilitaban la elusión fiscal). Con él se establece la obligatoriedad para los Estados de transmitir los acuerdos que alcancen con multinacionales respecto a impuestos a la Comisión. Hubiéramos querido que los acuerdos fueran hechos públicos y no solo transmitidos a la Comisión, pero esto fue rechazado por los grupos mayoritarios.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Along with other MEPs in the S&D group, I voted in favour of automatic exchange of information on tax rulings because transparency is absolutely vital when it comes to cracking down on tax avoidance and tax evasion. For far too long governments have been able to make secret agreements with companies about how much tax they will pay with no scrutiny from other Member States or the public as a whole. This needs to change. While the Commission's proposals are welcome, as Labour MEPs in the Parliament, we believe they can and should go further. It is over to David Cameron and the rest of the Council now to show that they are serious when they say they want to stamp out these practices once and for all.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que fija la posición del Parlamento Europeo respecto de la propuesta de modificación de la Directiva 2011/16/UE sobre cooperación administrativa, la cual tiene por finalidad incluir en su ámbito el intercambio automático de información sobre los acuerdos tributarios secretos.

El texto aprobado contiene los siguientes elementos principales:

- a) No se limita el intercambio automático de información a las resoluciones consideradas «transfronterizas».
- b) Plena retroactividad con los pactos opacos todavía en vigor, con independencia de cuándo se firmaron.
- c) Posibilidad de sancionar a los Estados en caso de incumplimiento.
- d) Almacenamiento de todas las resoluciones en una base de datos a la que tenga acceso pleno la Comisión.
- e) Otorgamiento de publicidad a resúmenes de las principales resoluciones fiscales.

Espero que el Consejo lo tenga en cuenta.

Asimismo, es importante ampliar y revisar aquellos aspectos de la Directiva no relacionados con los llamados «*tax rulings*» que se han quedado desfasados (excepciones injustificadas para no dar la información, consideración de «secreto oficial» para lo que no debe ser más que información confidencial de acuerdo con la normativa de protección de datos, etc.)

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the report on mandatory automatic exchange of information in the field of taxation because that would help to fight the cross-border tax avoidance, aggressive tax planning and harmful tax competition. Tax base erosion is considerably reducing national tax revenues, which hinders Member States in applying growth-friendly tax policies, causes distortions of competition to the detriment of undertakings – particularly SMEs – which pay the correct amounts of tax and shifts taxation towards less mobile factors such as labour and consumption.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que fija la posición del Parlamento Europeo respecto de la propuesta de modificación de la Directiva 2011/16/UE sobre cooperación administrativa, la cual tiene por finalidad incluir en su ámbito el intercambio automático de información sobre los acuerdos tributarios secretos.

El texto aprobado contiene los siguientes elementos principales:

- a) No se limita el intercambio automático de información a las resoluciones consideradas «transfronterizas».
- b) Plena retroactividad con los pactos opacos todavía en vigor, con independencia de cuándo se firmaron.
- c) Posibilidad de sancionar a los Estados en caso de incumplimiento.
- d) Almacenamiento de todas las resoluciones en una base de datos a la que tenga acceso pleno la Comisión.

Dienstag, 27. Oktober 2015

e) Otorgamiento de publicidad a resúmenes de las principales resoluciones fiscales.

Espero que el Consejo lo tenga en cuenta.

Asimismo, es importante ampliar y revisar aquellos aspectos de la Directiva no relacionados con los llamados «tax rulings» que se han quedado desfasados (excepciones injustificadas para no dar la información, consideración de «secreto oficial» para lo que no debe ser más que información confidencial de acuerdo con la normativa de protección de datos, etc.)

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I support the thrust of this report and believe we need to ensure mandatory automatic exchange of information regarding cross border rulings and advance pricing arrangements, right now Member States can exchange information on tax rulings in a spontaneous way and therefore the majority of Member States do not exchange any information. This proposal will ensure quicker exchange of information and there will be a secure central directory containing this information – all steps in the right direction because citizens and SMEs need to see real action on behalf of the EU when it comes to multinationals paying their fair share of taxes.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I decided to support this report as it a positive step towards increased transparency within the EU. The report is a step in the right direction in order to tackle the challenge posed by cross-border tax avoidance, aggressive tax planning and harmful tax competition.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Im Bericht wird der Austausch von zwischenstaatlich relevanten Steuervorbescheiden zwischen den Verwaltungen der Mitgliedstaaten behandelt. Diese Informationen sollen in Zukunft automatisch, umfassender und schneller ausgetauscht werden.

ALFA ist für einen transparenten und damit ehrlichen Wettbewerb, sowohl zwischen Unternehmen als auch zwischen Staaten. Die im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen sind geeignet, die Transparenz im europäischen Steuerwettbewerb zu erhöhen und Verzerrungen in der Besteuerung unterschiedlicher Unternehmensgattungen abzubauen. Die Informationsweitergabe an die Kommission ist notwendig, damit sie ihrer Rolle als Hüterin des zwischenstaatlichen Wettbewerbs gerecht werden kann. Diese Anliegen unterstütze ich ausdrücklich und habe deshalb für den Bericht gestimmt.

Im Übrigen – und das ist mein ceterum censeo – bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu direktive Vijeća o izmjeni Direktive 2011/16/EU u pogledu obvezne automatske razmjene informacija u području oporezivanja, jer smatram da je u navedenom području potrebna veća transparentnost, jasnoća i učinkovitost.

Stoga, nužna je prekogranična razmjena informacija o oporezivanju, odnosno administrativna suradnja među državama članicama kako bi se osigurao efikasan unutarnji porezni sustav, ali i onaj na razini Unije. Držim da Europska unija treba preuzeti vodeću ulogu na svjetskoj razini kada je riječ o borbi protiv utaje poreza, izbjegavanja plaćanja poreza i poreznih utočišta, te stoga podržavam ovo izvješće.

Diane James (EFDD), *in writing*. – I abstained on this as UKIP is in favour of tax transparency as a means to prevent secret tax deals being done between large multi-national corporations and countries like Luxembourg. However, the report includes amendments that would force Member States to provide the information to the EU Commission (rather than simply making it public) and would have retroactive effect.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport dans un souci de transparence et d'efficacité. En effet, ce texte va permettre de mettre en place un échange automatique d'informations entre les États concernant les décisions fiscales anticipées envers des montages fiscaux qui permettent notamment d'être faiblement taxés.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Εύα Καϊλή (S&D), γραπτώς. – Υπήρξε αίτημα των σοσιαλδημοκρατών για πολλά χρόνια να υπάρχει αυτόματη ανταλλαγή πληροφοριών κυρίως στον τομέα των θεμάτων που σχετίζονται με τα tax rulings και τη state aid. Υπάρχει μεγάλη απόσταση ακόμα μέχρι το Συμβούλιο να δείξει την ίδια ευαισθησία στο ζήτημα και να κινηθεί προς την κατεύθυνση που προτείνει το ΕΚ. Ωστόσο η απόφαση του ΕΚ είναι προς τη σωστή κατεύθυνση καθώς το ζήτημα της φορολογικής διαφάνειας είναι κρίσιμο μέρος σε οποιαδήποτε προσπάθεια δημοσιονομικής ενοποίησης και εξομάλυνσης των δυσαρμονιών εσωτερικού ανταγωνισμού.

Barbara Kappel (ENF), schriftlich. – Eine Einigung zum automatischen Informationsaustausch von Steuervorbescheiden bedeutet einen großen Schritt vorwärts zur Vermeidung aggressiver Steuerplanung und unfairen Steuerwettbewerbs. Dies führt zu mehr Transparenz, mit dem Ergebnis, dass Gewinne letztlich dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Dieser Ansatz geht in die richtige Richtung und daher stimme ich ihm zu.

Krišjānis Kariņš (PPE), rakstiski. – Nodokļu joma Eiropas Savienībā ir bijusi ļoti aktuāls jautājums pēdējos gados un būs arī turpmāk. Tieši nodokļu sfēras sarežģītība, nozīme un 28 dalībvalstu nacionālās nodokļu politikas atšķirības ir iemesls, kādēļ šis jautājums ir kļuvis par vienu no lielākajiem ES izaicinājumiem. Es atbalstu lielāku ES dalībvalstu koordināciju nodokļu nolēmumu jautājumā, tāpēc es balsoju par šo konsultatīvā rakstura ziņojumu priekšlikumam par obligāto automatisko informācijas apmaiņu nodokļu jomā.

Tomēr uzskatu, ka ļoti svarīgi ir saglabāt dalībvalstu nodokļu likumdošanu kā ekskluzīvu nacionālo kompetenci. Tāpēc ES ir nepieciešama lielāka pārredzamība un sadarbība starp dalībvalstīm attiecībā uz nodokļu nolēmumiem ES. Nodokļu sarežģītība un dažādie nacionālie likumi rada iespēju gan starptautiskajām korporācijām, gan mazākiem uzņēmumiem veiksmīgi izstrādāt shēmas kā maksimāli apiet nodokļu nomaksu pilnā apmērā, līdz ar to kropļojot konkurenci un veicinot nevienlīdzīgus spēles noteikumus starp dalībvalstīm. Lielāka pārredzamība un koordinācija varētu novērst to, ka vienas valsts nodokļu ieņēmumi netiek netaisnīgi samazināti citas dalībvalsts pielietotās nodokļu politikas rezultātā.

Afzal Khan (S&D), in writing. – I supported the resolution as it calls to increase transparency and fight against aggressive tax planning.

Bernd Kölmel (ECR), schriftlich. – Im Bericht wird der Austausch von zwischenstaatlich relevanten Steuervorbescheiden zwischen den Verwaltungen der Mitgliedstaaten behandelt. Diese Informationen sollen in Zukunft automatisch, umfassender und schneller ausgetauscht werden. Auch die Kommission soll zukünftig Zugriff auf diese Daten erhalten und ein zentrales Register aufbauen.

Steuervorbescheide werden verwendet um Unternehmen über die steuerliche Behandlung bestimmter unternehmerischer Aktivitäten zu informieren. Ein Steuervorbescheid ist, soweit er einem Unternehmen Planungssicherheit ermöglicht, ein sinnvolles Instrument. Allerdings wurde durch die Luxleaks-Enthüllungen deutlich, dass Steuervorbescheide auch missbräuchlich verwendet werden können. Im Ergebnis wurden in einigen Fällen mit Hilfe von Steuervorbescheiden international tätigen Unternehmen selektive Steuervorteile eingeräumt. Ausschließlich lokal und national agierende KMU erfahren dadurch einen bedeutsamen Wettbewerbsnachteil.

ALFA ist für einen transparenten und damit ehrlichen Wettbewerb, sowohl zwischen Unternehmen als auch zwischen Staaten. Die im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen sind geeignet, die Transparenz im europäischen Steuerwettbewerb zu erhöhen und Verzerrungen in der Besteuerung unterschiedlicher Unternehmensgattungen abzubauen. Die Maßnahmen sind ferner geeignet, dem grundsätzlich wünschenswerten Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten einen transparenteren Rahmen zu geben und ihn damit zu stärken. Die Informationsweitergabe an die Kommission ist notwendig, damit sie ihrer Rolle als Hüterin des zwischenstaatlichen Wettbewerbs gerecht werden kann. Diese Anliegen unterstütze ich ausdrücklich und habe für den Bericht gestimmt.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), in writing. – This report is to ensure the mandatory automatic exchange of information between Member States in tax matters, after the LuxLeaks scandal. This report is an improvement in the following areas: deletion of the 'cross-border' element, immediate exchange of information and an improvement regarding the Council's position. This is why I voted in favour of this report.

Béla Kovács (NI), írásban. – A LuxLeaks botrányt követően, az adott jelentés révén is kifejezi eltökélttségét az Európai Parlament, hogy nem tűri meg az adócsalást és az adókikerülést, és kiáll az adóterheknek a polgárok és vállalatok közötti méltányos elosztása mellett, amivel teljes mértékben egyetérték. Korábbi állásfoglalásában az Európai Parlament hangsúlyozta, hogy az Uniónak vezető szerepet kell vállalnia az adócsalás, az adókikerülés és az adóparadicsomok elleni küzdelemben. Ennek egyik leghatékonyabb módja az információcsere javítása, különösen a tagállamok feltételes adó-megállapítási határozataival kapcsolatban.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Zdzisław Krasnodębski (ECR), *na piśmie*. – Zaproponowane przez sprawozdawcę raportu rozszerzenie zakresu automatycznej wymiany informacji z interpretacji transgranicznych na wszystkie interpretacje podatkowe oraz sugestia wprowadzenia natychmiastowego trybu wymiany informacji w miejsce trybu okresowego będą wymagały od narodowych służb podatkowych większej pracy. Jestem świadom też, że zwiększenie się liczby wymienianych informacji będzie potrzebowało także wprowadzenia szeregu zmian w krajowych wymogach sprawozdawczych. Jednakże, jeżeli stawką jest ukrócenie procederu oszustw podatkowych czy korzystania przez niektóre podmioty – zwłaszcza duże koncerny, mające silne zaplecze w postaci globalnych firm prawniczych – z istniejących luk w systemach prawnych w celu unikania płacenia podatków w miejscu prowadzenia rzeczywistej działalności biznesowej, to jestem pewien, że uzasadnione jest oczekiwanie od administracji państwowej dostosowania swych procedur do wymogów sytuacji. Istniejące rozwiązania technologiczne i postępująca cyfryzacja pracy administracji stwarzają warunki, kiedy można i należy wymagać od urzędów państwowych znacznie bardziej operatywnej działalności niż dotychczas.

Sprawozdanie Parlamentu Europejskiego ma charakter konsultatywny wobec rozwiązań uzgodnionych już w łonie Rady. Jednakże nawet w tej sytuacji ważne jest wysłanie przez przedstawicieli społeczeństw europejskich silnego sygnału, domagającego się od Brukseli i władz narodowych bardziej zaawansowanych rozwiązań w dziedzinie walki z agresywnym unikaniem opodatkowania przez wielki kapitał.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di dare parere positivo alla relazione del collega Ferber. Ritengo che l'Unione europea debba fare da capofila nella lotta all'evasione fiscale e per questo è necessario potenziare il *framework* normativo europeo in materia. A tal fine, questa proposta intende modificare la direttiva 2011/16/UE, così da obbligare le autorità tributarie nazionali a scambiarsi informazioni sui rispettivi aggiornamenti normativi interni in termini di trasparenza fiscale con cadenza trimestrale.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Le rapport Ferber est relatif à la proposition de directive du Conseil modifiant la directive 2011/16/UE en ce qui concerne l'échange automatique et obligatoire d'informations dans le domaine fiscal.

Ce texte fait suite au scandale LuxLeaks sur l'évitement fiscal des grandes entreprises au Luxembourg avec l'aval des autorités luxembourgeoises (rappelons d'ailleurs que M. Juncker, actuel président de la Commission, fut ministre des finances et Premier ministre de ce pays pendant plus de 25 ans). Il vise à ce que la directive, et donc l'échange obligatoire d'informations, s'applique à l'ensemble des décisions fiscales anticipées (*rulings*), alors que la Commission se contente des décisions anticipées en matière transfrontalière et aux accords préalables en matière de transfert de prix.

De même, la Commission (qui, rappelons-le, a à sa tête une personne dont on a toutes les raisons de penser qu'elle était au courant de la situation luxembourgeoise...) propose que cet échange obligatoire ne soit pas rétroactif, quand le Parlement veut l'appliquer à tous les accords et *rulings* encore valables à ce jour.

Ce texte est un pas en avant face à la position moins-disante de la Commission et fait écho à celle de l'OCDE sur l'évasion fiscale. J'ai donc décidé de voter pour.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il instaure un échange automatique d'informations en matière fiscale. Il marque ainsi un progrès dans la lutte contre le dumping fiscal pratiqué par certains États européens, notamment le Luxembourg.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que fija la posición del Parlamento Europeo respecto de la propuesta de modificación de la Directiva 2011/16/UE sobre cooperación administrativa, la cual tiene por finalidad incluir en su ámbito el intercambio automático de información sobre los acuerdos tributarios secretos.

El texto aprobado contiene los siguientes elementos principales:

- a) No se limita el intercambio automático de información a las resoluciones consideradas «transfronterizas».
- b) Plena retroactividad con los pactos opacos todavía en vigor, con independencia de cuándo se firmaron.

Dienstag, 27. Oktober 2015

- c) Posibilidad de sancionar a los Estados en caso de incumplimiento.
- d) Almacenamiento de todas las resoluciones en una base de datos a la que tenga acceso pleno la Comisión.
- e) Otorgamiento de publicidad a resúmenes de las principales resoluciones fiscales.

Espero que el Consejo lo tenga en cuenta.

Asimismo, es importante ampliar y revisar aquellos aspectos de la Directiva no relacionados con los llamados «*tax rulings*» que se han quedado desfasados (excepciones injustificadas para no dar la información, consideración de «secreto oficial» para lo que no debe ser más que información confidencial de acuerdo con la normativa de protección de datos, etc.)

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que fija la posición del Parlamento Europeo respecto de la propuesta de modificación de la Directiva 2011/16/UE sobre cooperación administrativa, la cual tiene por finalidad incluir en su ámbito el intercambio automático de información sobre los acuerdos tributarios secretos.

El texto aprobado contiene los siguientes elementos principales:

- a) No se limita el intercambio automático de información a las resoluciones consideradas «transfronterizas».
- b) Plena retroactividad con los pactos opacos todavía en vigor, con independencia de cuándo se firmaron.
- c) Posibilidad de sancionar a los Estados en caso de incumplimiento.
- d) Almacenamiento de todas las resoluciones en una base de datos a la que tenga acceso pleno la Comisión.
- e) Otorgamiento de publicidad a resúmenes de las principales resoluciones fiscales.

Espero que el Consejo lo tenga en cuenta.

Asimismo, es importante ampliar y revisar aquellos aspectos de la Directiva no relacionados con los llamados «*tax rulings*» que se han quedado desfasados (excepciones injustificadas para no dar la información, consideración de «secreto oficial» para lo que no debe ser más que información confidencial de acuerdo con la normativa de protección de datos, etc.)

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone una mejora objetiva de las obligaciones de intercambio de información en el campo impositivo. Pese a que este informe continúa permitiendo el recurso a los paraísos fiscales por parte de los evasores europeos, supone una innegable mejora. El informe reconoce el perjuicio generado a las pymes por parte de las grandes empresas que localizan sus beneficios en este tipo de paraísos. Desde nuestro punto de vista el intercambio de información es una condición necesaria pero no suficiente en la corrección de los abusos fiscales que se producen en Europa. Sin embargo, reconocemos el valor de este pequeño paso adelante y es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Im Bericht wird der Austausch von zwischenstaatlich relevanten Steuervorbescheiden zwischen den Verwaltungen der Mitgliedstaaten behandelt. Diese Informationen sollen in Zukunft automatisch, umfassender und schneller ausgetauscht werden. Auch die Kommission soll zukünftig Zugriff auf diese Daten erhalten und ein zentrales Register aufbauen.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Steuervorbescheide werden verwendet, um Unternehmen über die steuerliche Behandlung bestimmter unternehmerischer Aktivitäten zu informieren. Ein Steuervorbescheid ist, soweit er einem Unternehmen Planungssicherheit ermöglicht, ein sinnvolles Instrument. Allerdings wurde durch die Luxleaks-Enthüllungen deutlich, dass Steuervorbescheide auch missbräuchlich verwendet werden können. Im Ergebnis wurden in einigen Fällen mit Hilfe von Steuervorbescheiden international tätigen Unternehmen selektive Steuervorteile eingeräumt. Ausschließlich lokal und national agierende KMU erfahren dadurch einen bedeutsamen Wettbewerbsnachteil.

ALFA ist für einen transparenten und damit ehrlichen Wettbewerb, sowohl zwischen Unternehmen als auch zwischen Staaten. Die im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen sind geeignet die Transparenz im europäischen Steuerwettbewerb zu erhöhen und Verzerrungen in der Besteuerung unterschiedlicher Unternehmensgattungen abzubauen. Die Maßnahmen sind ferner geeignet dem grundsätzlich wünschenswerten Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten einen transparenteren Rahmen zu geben und ihn damit zu stärken. Die Informationsweitergabe an die Kommission ist notwendig, damit sie ihrer Rolle als Hüterin des zwischenstaatlichen Wettbewerbs gerecht werden kann. Diese Anliegen unterstütze ich ausdrücklich und habe für den Bericht gestimmt.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Agresivno porezno planiranje, porezne prijevare, izbjegavanja plaćanja poreza te privilegirani porezni tretmani s prekograničnim efektom godišnje oštećuju Europsku uniju u iznosu od 1000 milijardi eura. Gubitkom ovih sredstava države članice nisu u mogućnosti usmjeriti dodatna sredstva u pokretače rasta. Pritom se dodatno opterećuje rad i proizvodnja te usporava gospodarski rast, razvoj i novo zapošljavanje.

Zakonodavni prijedlog Europske komisije o automatskoj razmjeni informacija između država članica u području oporezivanja važan je korak ka suzbijanju nepoštenih poreznih praksi te poticanju poštenog i transparentnog poreznog natjecanja u Europskoj uniji. Prijedlog Europskog parlamenta, odnosno ovo izvješće, znatno je unaprijedilo originalni prijedlog Komisije.

Podržala sam izvješće Europskog parlamenta o obveznoj automatskoj razmjeni informacija na području oporezivanja.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Európsky parlament sa zasadzuje o boj proti daňovým podvodom, vyhýbaniu sa plneniu daňových povinností a presadzuje spravodlivé rozdelenie daňovej záťaže na všetkých občanov a podnikateľov. Významný podiel daňových únikov pritom predstavuje schovávanie finančných aktív vo finančných inštitúciách sídlacích najmä v daňových rajoch, kde je spolu s netransparentným finančným prostredím zaručená anonymita vlastníctva firiem a peňazí na účtoch. Veľké finančné kauzy spojené s daňovými únikmi sa však týkajú aj inštitúcií sídlacích v EÚ, príkladom je najväčšia švajčiarska banka Credit Suisse Wegelin, ktorá v dôsledku vysokej pokuty nakoniec zanikla. V boji s daňovými podvodmi však vlády krajín EÚ stále ťahajú za kratší koniec. To v konečnom dôsledku poškodzuje ekonomiku a hospodárstvo členských štátov a aj samotnej Únie. Navrhovaná Smernica Rady si dáva za cieľ prostredníctvom výmeny informácií v oblasti daní zintenzívniť boj proti daňovým podvodom a zaviesť transparentnejšie daňové pravidlá, ktoré posilnia právnu istotu daňovníkov a zároveň prispievajú k zvýšeniu balíka prostriedkov na rast investícií a zamestnanosti.

Νότης Μαριιάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση οδηγίας τους Συμβουλίου που αφορά την τροποποίηση της οδηγίας 2011/16/ΕΕ όσον αφορά την υποχρεωτική ανταλλαγή πληροφοριών στον τομέα της φορολογίας, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 26/10/2015 καθώς και διότι η φοροδιαφυγή και η φοροαποφυγή αποτελούν τη σύγχρονη μάστιγα των οικονομιών της ευρωζώνης. Πρωταθλητές έχουν αναδειχθεί οι πολυεθνικές επιχειρήσεις, που μέσα από το σύστημα των ενδοομιλικών συναλλαγών αποφεύγουν την καταβολή φόρων πολλών δισ. ευρώ. Σύμμαχοί τους οι διάφοροι φορολογικοί παράδεισοι και ορισμένα κράτη μέλη της ευρωζώνης που επιδίδονται σε φορολογικό ντάμπινγκ και σε αθέμιτες πρακτικές, δίνοντας έτσι ζωτικό χώρο στις πολυεθνικές να μην καταβάλλουν φόρους πολλών δισ. ευρώ σε χώρες όπως η Ελλάδα. Το Λουξεμβούργο με τα γνωστά «Lux Leaks» αλλά και η Ολλανδία δίνουν κάλυψη σε γερμανικές και άλλες πολυεθνικές προκειμένου να φοροαποφύγουν. Και όλα αυτά τη στιγμή που ο κ. Dijsselbloem κουνάει το δάκτυλο στην Ελλάδα και απαιτεί νέο φορομνηστικό ρεσάλτο στις τσέπες του φτωχοποιημένου ελληνικού λαού. Επιπλέον, η τρόικα στην Ελλάδα σφυριχίζει αδιάφορα και συγκαλύπτει όλες τις ελληνικές κυβερνήσεις που αρνούνται να αξιοποιήσουν τη λίστα Λαγκάρντ και να φορολογήσουν τους Έλληνες ολιγάρχες που έχουν παράνομες καταθέσεις στην Ελβετία.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. Il vise à mettre en place une transparence totale sur les rescrits fiscaux et mesures assimilées. Cela permettra de décourager les États et les entreprises qui y ont recours de manière excessive. L'entrée en vigueur de cette directive a été repoussée, ce qui laissera le temps à certains États (Luxembourg, Irlande, Pays-Bas) de mettre fin aux accords les plus «contestables». À terme, l'on espère que la compétition se fera de manière plus franche, sur les taux seuls.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione concernente lo scambio automatico obbligatorio di informazioni nel settore fiscale.

L'obiettivo della relazione è l'estensione dello scambio automatico di informazioni a livello sia dell'Unione che mondiale.

Lo scambio di informazioni nel settore fiscale è uno degli strumenti per il rafforzamento della lotta alla frode ed evasione fiscale.

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported this proposal on mandatory automatic exchange of information in the field of taxation.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Zejména po skandálu LuxLeaks je Evropský parlament pevně odhodlán netolerovat daňové podvody a obcházení daňových povinností a bude se zasazovat o to, aby daňové břemeno bylo mezi občany a společnostmi spravedlivě rozděleno. Problémy způsobené přeshraničním vyhýbáním se daňové povinnosti, agresivním daňovým plánováním a škodlivou daňovou soutěží výrazně narůstají a dostávají se tak do středu pozornosti EU. Vyhýbání se daňovým povinnostem snižuje příjmy členských států a narušuje rovněž hospodářskou soutěž na úkor zejména malých a středních podniků. Dnes jsme projednávali zprávu, která zakotvuje povinnou automatickou výměnu informací v daňové oblasti jako jeden z možných nástrojů, jak proti vyhýbání se daňové povinnosti bojovat. Protože byl zároveň přijat i můj pozměňovací návrh, který zaručuje, že nebude docházet k harmonizaci daňových sazeb – jsem totiž přesvědčen, že tato problematika by rozhodně měla zůstat v kompetenci jednotlivých členských států – hlasoval jsem pro přijetí zprávy.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Siamo innanzi ad una direttiva che porterà verso una maggiore trasparenza e chiarezza fiscale. Essa introduce un nuovo articolo alla direttiva esistente, definendo le condizioni e il campo di applicazione per lo scambio automatico e obbligatorio di informazioni su alcuni tipi di *ruling* fiscali.

Ho espresso quindi il mio voto favorevole, affinché questi obiettivi vengano raggiunti con l'urgenza necessaria.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – En 2015, le regain de volontarisme fiscal gagne enfin les institutions européennes: en février, la commission spéciale TAXE débute ses travaux; en mars, la Commission présente une première proposition législative; en juin, une seconde, et dans le même temps, la révision de plusieurs directives phares est en cours.

Concernant l'élément central de LuxLeaks, les «rescrits fiscaux», les États n'étaient – jusqu'à présent — tenus de s'échanger ces décisions anticipées que si elles relevaient d'un pouvoir discrétionnaire. Dans les faits, les administrations ne s'échangeaient presque aucun rescrit, ce à quoi le rapport Ferber vise à mettre fin en introduisant un échange automatique d'informations fiscales.

Le Parlement est parvenu aux compromis les plus ambitieux sur ce texte, ce qui est capital face au Conseil dont les marges d'ambition sont amputées par l'unanimité. Le Parlement a donc réitéré son appel à la coopération la plus large: échange de tous les rescrits encore en vigueur. En outre, la Commission doit impérativement avoir accès à ces textes échangés pour mener des enquêtes s'il y a lieu. Soucieux de porter ces revendications que nous partageons au sein de la commission TAXE, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Einrichtung eines öffentlichen Verzeichnisses, in dem alle Informationen von allen EU-Bürgern abrufbar sind, ist strikt abzulehnen. Daher fand dieser Bericht nicht meine Zustimmung.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Les décisions fiscales anticipées sont des informations que les autorités fiscales donnent aux contribuables concernant les modalités qui seront appliquées au calcul de leurs impôts. Ces décisions sont rendues pour apporter une sécurité juridique aux contribuables, en confirmant souvent le traitement fiscal d'une opération commerciale de grande ampleur ou complexe.

C'est le manque de transparence sur ces décisions fiscales «au cas par cas» qui permet aux grandes entreprises de réduire artificiellement leur imposition, comme on l'a vu dans l'affaire LuxLeaks. Le texte propose d'y remédier en rendant obligatoire la communication de ces décisions via un rapport trimestriel à la Commission contenant des informations précises. Je déplore que ces rapports ne soient pas rendus publics et restent dans les mains de la Commission. Néanmoins cela va dans le sens d'un plus grand contrôle fiscal et je vote pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável à proposta que obriga os Estados-Membros à troca automática de informações sobre decisões fiscais antecipadas transfronteiriças, com o objetivo de prevenir a elisão fiscal por parte das empresas.

Trata-se de uma proposta de diretiva muito importante, quando se estima que a elisão fiscal das empresas priva os orçamentos públicos dos Estados-Membros da UE de vários milhares de milhões de euros por ano.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as the automatic exchange of information will increase the level of transparency and combat cross-border tax avoidance, aggressive tax planning and harmful tax competition.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Považujem za prirodzené, aby spoločnosti platili dane v krajinách, kde vytvárajú zisk, a rešpektovali zákony štátu, kde operujú. Celouinný systematický a povinný postup, akým je automatická výmena informácií v oblasti daní, má za cieľ bojovať proti daňovým podvodom a úľavám, proti daňovým rajom a má zabezpečiť vyššiu transparentnosť v tejto oblasti v celej EÚ. Komisia navrhla stanoviť harmonogram informovania o daňových stanoviskách, členské štáty by mali vydávať štvrťročné správy týkajúce sa daňových stanovísk a transferového oceňovania. Takisto navrhla vytvoriť bezpečný centrálny register, kde by sa zaznamenávali informácie. Európsky parlament predstavil mnohé pozmeňujúce návrhy, ktoré mohli tento návrh ešte viac zefektívniť a zaviesť viac transparentnosti do zdaňovania.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – After the Luxleaks scandal, it was obvious that lack of transparency on tax rulings is being exploited by certain companies in order to artificially reduce their tax contribution in Member states where they operate. Exchange of information of cross-border tax rulings is very limited, not mandatory and does not live up to the needs today to gather tools to create a more transparent and responsible tax regime in Europe. Therefore, with some small reservations and vote against certain amendments, I voted in favour of the mandatory automatic exchange of information on types of cross-border tax rulings and transfer pricing arrangements. In my opinion this will increase transparency and fight against aggressive tax planning.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – Yet another vote completing the legal architecture of Europe allowing the disciplining of financial transactions and limiting the scope for tax evasion and fraud.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság javaslatot intézett a Tanácshoz a közigazgatási együttműködésről szóló, a 2014/107/EU irányelvvel módosított 2011/16/EU irányelvnek az adózás területére vonatkozó kötelező automatikus információcsere tekintetében történő módosítására. A javaslat egy új cikkel egészítené ki a jelenlegi irányelvet, amely a bizonyos típusú határokon átnyúló vonatkozású feltételes adó-megállapítási határozatokra és transzferár-megállapodásokra vonatkozó információk kötelező automatikus megosztásának alkalmazási körét és feltételeit határozza meg. Ezt a kötelezettséget kiterjeszti a javasolt irányelv hatálybalépését megelőző tíz évben kiadott, az irányelv hatálybalépésekor még hatályos határozatokra is. A Tanácsnak a döntés előtt az Európai Unió működéséről szóló szerződés értelmében konzultálnia kell az Európai Parlamenttel. A Parlament Gazdasági és Monetáris Bizottsága jelentésében a Bizottság javaslatának számos módosítással történő jóváhagyását ajánlja a Parlamentnek. Az előterjesztést ennek megfelelően támogattam.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Bernard Monot (ENF), par écrit. – Le scandale des Luxleaks a donné lieu à une proposition de directive visant à instaurer l'échange automatique entre administrations des États membres des rescrits fiscaux ou mesures assimilées (validation de prix de transferts, de montages divers). L'idée est d'avoir une transparence sur ces pratiques, afin de décourager les États et les entreprises d'y avoir recours de manière excessive (dumping fiscal).

Saisi pour avis, le Parlement a renforcé certains aspects du texte. L'échange se ferait de manière rétroactive, jusqu'à 10 ans en arrière pour les rescrits, et leur accès aurait été étendu. Le conseil Ecofin, réuni le 6 octobre dernier, a pris une position nettement moins-disante. C'est sa version qui primera, le Parlement n'émettant qu'un avis consultatif.

Les États ont ainsi renoncé à la rétroactivité et ont en outre repoussé l'entrée en vigueur de la directive, laissant aux membres les plus compromis (Luxembourg, Irlande, Pays-Bas) le temps de mettre fin aux accords les plus contestables et de présenter une image policée. L'échange reste un progrès dans ces pratiques souvent opaques. Il faut donc soutenir ce rapport en déplorant que l'Ecofin s'en soit à ce point écarté.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), por escrito. – O Parlamento Europeu destacou, na sua Resolução de 21 de maio de 2013, que a União Europeia deve assumir um papel de liderança nos debates a nível mundial sobre a luta contra a fraude fiscal, a evasão fiscal e os paraísos fiscais, especialmente no que se refere à promoção da troca de informações.

Atualmente, com a vigência da Diretiva 2011/16/UE relativa à cooperação administrativa, os Estados-Membros partilham muito pouca informação entre si sobre os seus acordos fiscais.

A proposta de alteração, com a redação que lhe foi dada pela Diretiva 2014/107/EU, introduz um novo artigo na diretiva, que define o âmbito de aplicação e as condições da troca automática e obrigatória de informações sobre acordos fiscais transfronteiras e acordos de preços de transferência. Esta obrigação é alargada aos acordos estabelecidos nos 10 anos anteriores à data em que a diretiva proposta produz efeitos e que ainda sejam válidos à data da entrada em vigor da diretiva.

Defendo que esta proposta da Comissão será um passo importante para aumentarmos a transparência fiscal e para continuarmos o combate à elisão fiscal transfronteiras.

Sophie Montel (ENF), par écrit. – Le rapport Ferber est relatif à la proposition de directive du Conseil modifiant la directive 2011/16/UE en ce qui concerne l'échange automatique et obligatoire d'informations dans le domaine fiscal.

Ce texte fait suite au scandale LuxLeaks sur l'évitement fiscal des grandes entreprises au Luxembourg avec l'aval des autorités luxembourgeoises (rappelons d'ailleurs que M. Juncker, actuel président de la Commission, fut ministre des finances et Premier ministre de ce pays pendant plus de 25 ans). Il vise à ce que la directive, et donc l'échange obligatoire d'informations, s'applique à l'ensemble des décisions fiscales anticipées (rulings), alors que la Commission se contente des décisions anticipées en matière transfrontalière et aux accords préalables en matière de transfert de prix. De même, la Commission (qui, rappelons-le, a à sa tête une personne dont on a toutes les raisons de penser qu'elle était au courant de la situation luxembourgeoise...) propose que cet échange obligatoire ne soit pas rétroactif, quand le Parlement veut l'appliquer à tous les accords et rulings encore valables à ce jour.

Ce texte est un pas en avant face à la position moins-disante de la Commission et fait écho à celle de l'OCDE sur l'évasion fiscale. J'ai donc décidé de voter pour.

Claude Moraes (S&D), in writing. – I voted in favour of automatic exchange of information on tax rulings because transparency is absolutely vital when it comes to cracking down on aggressive tax avoidance and tax evasion. For far too long, governments have been able to make secret agreements with companies about how much tax they will pay, with no scrutiny from other Member States or the public as a whole. That needs to change, and while the Commission's proposals are welcome, we in the Parliament believe they can and should go further. It is over to David Cameron and the rest of the Council now to show that they are serious when they say they want to stamp out these practices once and for all.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Approviamo questa relazione perché l'elusione fiscale transfrontaliera, la pianificazione fiscale aggressiva e la concorrenza fiscale dannosa hanno raggiunto proporzioni considerevoli.

Siamo convinti che l'UE debba assumere un ruolo guida nel dibattito mondiale sul contrasto della frode, dell'elusione e dei paradisi fiscali, in particolare per quanto concerne la promozione della prassi di uno scambio costante di informazioni e di dati sensibili. Purtroppo dobbiamo constatare che, nell'attuale quadro normativo, gli Stati membri non provvedono a scambiarsi spontaneamente i rispettivi dati fiscali. La proposta della Commissione intende definire il campo di applicazione, nonché le condizioni per uno scambio automatico.

La posizione adottata in commissione ECON va addirittura al di là, risulta ancora più ambiziosa, in quanto chiediamo che il campo di applicazione sia esteso a tutte le decisioni, non solo alle cosiddette questioni transfrontaliere; esprimiamo contrarietà ad ogni periodo di retroattività; siamo convinti della necessità di introdurre possibili sanzioni in caso di non conformità alle norme.

Tutte le decisioni fiscali dovranno essere catalogate in un repertorio centrale, a cui la Commissione avrà accesso completo ed incondizionato. Infine, una sintesi delle principali decisioni fiscali scambiate dovrebbe essere oggetto di pubblicazione. Ci auguriamo di avere anche in plenaria il sostegno di tutti i gruppi politici.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The challenge posed by cross-border tax avoidance, aggressive tax planning and harmful tax competition has increased considerably and has become a major focus of concern within the Union and at global level. I have voted for this report that will introduce a new Article into the existing Directive, setting out the scope and conditions for the mandatory automatic exchange of information on types of cross-border tax rulings and transfer pricing arrangements.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – To combat tax evasion and tax avoidance, in light of the fact that legal personalities can take advantage of differences in tax rates and tax bases in different Member States, it is necessary that the Member States work together and share information. The Commission has proposed that any rulings that relate to cross-border transactions must be securely shared among the Member States, so that exploitation or other negative effects can be more easily discovered and prevented. Cross-border rulings that have occurred in the last 10 years should also be shared, so that any recent indiscretions can be duly handled. This proposal is an excellent start to limiting the manipulation of tax laws, and takes great strides to improve transparency and communication between member-states. Though there are further strides still to be taken in the fight against fraud and tax evasion, this is a definite step in the right direction for the European Union, a step that will benefit the tax revenue of each individual Member State.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which contained a number of important, progressive provisions. This report emerged from the Luxleaks scandal. The aim is to ensure the mandatory automatic exchange of information between tax administrations regarding advance cross-border rulings and advance pricing arrangements and to strengthen existing EU legislation. Furthermore, the GUE/NGL rapporteur managed to further strengthen the Commission proposal in a number of key areas including strengthening reporting requirements – i.e. immediate exchange of information.

My Group tabled an alternative compromise stating that all rulings should be publicly available and not only stored somewhere in a central Commission database in an aggregated form. The Greens and EFDD supported GUE/NGL on this issue, but unfortunately it was rejected in committee.

Nevertheless, given that the report was still an improvement compared to the Commission proposal and especially compared to the Council position which was adopted even before the ECON vote took place, I voted in favour of this report.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da dieser Bericht zu weit geht und der Kommission noch weitere Befugnisse eröffnet. Des Weiteren werden Exporteure und Zollbehörden zusätzlich belastet. Auch ein öffentliches Verzeichnis soll errichtet werden, in dem alle Informationen aller Bürger jederzeit abrufbar sind. Meiner Meinung nach geht dieser Bericht viel zu weit und ist für mich in dieser Form nicht tragbar.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Je vote en faveur de ce rapport qui acte une avancée notable dans la lutte contre l'évasion fiscale, la fraude et les paradis fiscaux. Il propose en effet d'approuver la modification de la directive 2011/16/UE du Conseil portant sur l'échange automatique et obligatoire d'informations dans le domaine fiscal.

La nouvelle directive permettra de rendre systématique l'échange d'informations concernant les déclarations fiscales anticipées, élaborées par chaque État membre, qui peuvent avoir une conséquence directe ou indirecte sur les assiettes fiscales d'autres pays membres. Ainsi, les modifications obligeront les États membres à donner, chaque trimestre, des informations précises concernant ces déclarations, comprenant notamment la description des critères utilisés pour fixer les prix de transfert en matière fiscale ou une identification claire des États susceptibles d'être concernés.

Urmars Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Maksupettused ja maksudest kõrvalehoidumine on nii ELis kui ka kogu maailmas suur probleem. Selle lahendamiseks on vaja suurendada teabevahetust riikide vahel. Vastav direktiiv püüabki seda küsimust adresseerida ning sätestab piiriüleste maksuotsuste kohustusliku teabevahetuse ulatuse ja tingimused. Samas tuleks kohustuslikku teabevahetust laiendada kõikidele maksuotsustele, mitte tingimata ainult piiriülese mõjuga maksuotsustele. Oluline on ka, et vastav teabevahetus oleks kiire ja toimuks turvalises keskkonnas.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραφτώς*. – Η οδηγία για την ανταλλαγή πληροφοριών μεταξύ των κρατών μελών σχετικά με τις ευνοϊκές φορολογικές αποφάσεις για τις επιχειρήσεις δεν πρόκειται να περιορίσει τα προκλητικά φορολογικά προνόμια των διεθνικών επιχειρηματικών ομίλων και την ασυλία των μονοπωλίων. Το τελικό κείμενο περιορίζει το, έτσι κι αλλιώς αρχικά περιορισμένο, πεδίο εφαρμογής της, μόνο σε υποθέσεις με διασυνورياκό χαρακτήρα, επεκτείνει το χρόνο στον οποίο ανταλλάσσονται οι πληροφορίες και μειώνει σε διάστημα μιας πενταετίας πριν την υποχρέωση των φορολογικών αρχών για γνωστοποίηση των σχετικών αποφάσεών τους. Όπως μάλιστα αναγνωρίζει και η ίδια η οδηγία, οι αποφάσεις των εθνικών φορολογικών αρχών που παρέχουν κάθε είδους φορολογικά προνόμια και φοροαπαλλαγές στους μεγάλους ομίλους είναι «νόμιμες», σύμφωνα με την εθνική τους νομοθεσία. Υπέρτατος νόμος κάθε καπιταλιστικού κράτους και κάθε αστικής κυβέρνησης είναι να προστατεύει με τη νομοθεσία του την καπιταλιστική ιδιοκτησία και τα κέρδη του κεφαλαίου. Η ίδια η φύση της ΕΕ, που στηρίζεται πάνω στην ελευθερία κίνησης του κεφαλαίου, νομιμοποιεί και υπηρετεί την φοροασυλία των επιχειρηματικών ομίλων, για την οποία υποκριτικά και προκλητικά χύνουν κροκοδείλια δάκρυα τα όργανα της ΕΕ. Οι λαοί μπορούν ζήσουν χωρίς μονοπώλια και χωρίς εκμετάλλευση, όταν αποφασίσουν να βάλουν τέλος στην εξουσία τους, παίρνοντας εκείνοι στα χέρια τους τον πλούτο που παράγουν.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP is in favour of tax transparency as a means to prevent secret tax deals being done between large multi-national corporations and countries like Luxembourg. However, the report includes amendments that would force Member States to provide the information to the EU Commission (rather than simply making it public) and would have retroactive effect – for these reasons UKIP abstained.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Come sapete, il problema dell'elusione fiscale transfrontaliera mi sta a cuore e ritengo che una maggiore trasparenza in materia di *ruling* fiscali sia necessaria al fine di risolvere questo problema che tutti gli Stati membri in seno all'Unione si trovano ad affrontare. Per tale ragione ho deciso di votare favorevolmente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala samo ovo izvješće jer smatram kako je sustav razmjene informacija između poreznih uprava država članica važan instrument za sprječavanje utaje poreza i borbu protiv prijevара. Bankovna tajna i zaštita osobnih podataka smatra se preprekom za njegovu potpunu primjenu. Gubici u državama članicama zbog utaje poreza dosežu godišnje i tisuću milijardi eura.

U vremenu kada plaće radnika padaju, tvrtke se zatvaraju, a radnici otpuštaju, u vremenu u kojem se mirovine i socijalna davanja također smanjuju, smatram nužnim omogućiti naplatu poreza, pri tome ne uvodeći nove poreze i ne povećavajući postojeće. Razmjena informacija, iskustava i znanja između poreznih uprava država je važna, a provoditi će se u svrhu jačanja u borbi protiv izbjegavanja plaćanja poreza.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le rapport Ferber est relatif à la proposition de directive du Conseil modifiant la directive 2011/16/UE en ce qui concerne l'échange automatique et obligatoire d'informations dans le domaine fiscal.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ce texte fait suite au scandale LuxLeaks sur l'évitement fiscal des grandes entreprises au Luxembourg avec l'aval des autorités luxembourgeoises (rappelons d'ailleurs que M. Juncker, actuel président de la Commission, fut ministre des finances et Premier ministre de ce pays pendant plus de 25 ans). Il vise à ce que la directive, et donc l'échange obligatoire d'informations, s'applique à l'ensemble des décisions fiscales anticipées (rulings), alors que la Commission se contente des décisions anticipées en matière transfrontalière et aux accords préalables en matière de transfert de prix. De même, la Commission (qui, rappelons-le, a à sa tête une personne dont on a toutes les raisons de penser qu'elle était au courant de la situation luxembourgeoise...) propose que cet échange obligatoire ne soit pas rétroactif, quand le Parlement veut l'appliquer à tous les accords et rulings encore valables à ce jour.

Ce texte est un pas en avant face à la position moins-disante de la Commission et fait écho à celle de l'OCDE sur l'évasion fiscale. J'ai donc décidé de voter pour.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Slažem se s izvješćem kolege Markusa Ferbera o obaveznoj automatskoj razmjeni informacija u području oporezivanja. U svojoj rezoluciji od 21. svibnja 2013. godine, Europski parlament je istaknuo da EU treba preuzeti vodeću ulogu u globalnim raspravama o borbi protiv poreznih prijevара i izbjegavanja poreza te promicati razmjenu informacija.

Države članice uglavnom ne dijele svoja porezna rješenja s drugim državama, zbog čega su često nesvjesne poreznih rješenja u susjednim državama koje bi mogle utjecati na njihove sustave. Nedostatak transparentnosti u tom području rezultira prijevarama tvrtki koje žele smanjiti svoja porezna davanja. Zbog toga je potrebno povećanje transparentnosti, kroz uvođenje novog članka u postojeću Direktivu koji navodi opseg i uvjete za obaveznu automatsku razmjenu podataka o poreznim rješenjima.

Korisno rješenje je i uvođenje strogih rokova, po kojima bi sve države članice svaka tri mjeseca trebale ostalima slati podatke o prekograničnim poreznim rješenjima. Trebalo bi nastaviti s razradom plana stvaranja središnje baze podataka od strane Komisije, gdje će biti spremljene sve informacije.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – Il contrasto della frode, dell'elusione fiscale e dei paradisi fiscali è una delle principali sfide dell'UE. Vincere questa sfida significherebbe garantire maggiore equità e tutela dei cittadini onesti. Allo stato attuale gli Stati membri si scambiano una quantità estremamente ridotta di informazioni sui *ruling* fiscali. In questo modo le autorità competenti di ciascuno Stato membro spesso non vengono a conoscenza dei *ruling* fiscali avvenuti in un altro Stato o dei *ruling* fiscali transfrontalieri. Tutto ciò viene sfruttato da alcune società per ridurre artificialmente il loro apporto tributario.

Il mio voto alla proposta di modifica della direttiva 2011/16/UE è favorevole perché questa proposta mira a realizzare una maggiore trasparenza in materia fiscale, definendo con precisione il campo di applicazione e le condizioni per lo scambio automatico obbligatorio di informazioni su alcuni tipi di *ruling* fiscali.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – À la suite de l'engagement de l'Union et des États membres pour le plan d'action sur l'érosion de la base d'imposition et de transfert de bénéfices au sein de l'OCDE et du G20, l'Union a décidé de mettre à jour les textes juridiques européens.

Dans ce contexte, le Parlement a adopté le texte modifiant la directive 2011/16/UE relative à l'échange automatique et obligatoire d'informations dans le domaine fiscal. J'ai voté en faveur de cette décision car j'estime qu'il est aujourd'hui primordial de mieux réguler ces échanges d'informations sensibles, à la fois dans l'intérêt des citoyens et des entreprises.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – Votei a favor por entender que é necessário aumentar a transparência e o intercâmbio de informação em matéria fiscal para evitar, entre outras consequências, a distorção da concorrência.

Julia Reid (EFDD), *in writing.* – UKIP is in favour of tax transparency as a means to prevent secret tax deals being done between large multi-national corporations and countries like Luxembourg. However, the report includes amendments that would force Member States to provide the information to the EU Commission (rather than simply making it public) and would have retroactive effect – for these reasons UKIP abstained.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – Les écarts de fiscalité entre les États membres de l'Union européenne ont, avec la libre circulation des capitaux et des personnes, favorisé le recours à l'optimisation et à la fraude fiscale par certaines firmes multinationales. Ces pratiques sont néfastes pour les finances publiques des pays de l'Union et affectent profondément la cohésion entre les États membres. Il suffit de se rappeler du scandale du «LuxLeaks» où un État de l'Union s'est vu accuser de dumping fiscal par les autres États membres, pour avoir bénéficié de ces optimisations, en mettant en place une fiscalité avantageuse.

Si ces pratiques ne sont pas toujours illégales, elles n'en restent pas moins intolérables au regard des valeurs que prône l'Union européenne et de l'esprit de coopération qui en découle.

C'est pour cette raison que je me suis prononcé en faveur d'une directive sur les rescrits fiscaux visant à rendre automatique et obligatoire l'échange d'informations dans ce domaine entre les pays de l'Union européenne. Cette mesure devrait permettre de restaurer la transparence et de renforcer la compétitivité des PME, en taxant la valeur ajoutée de chaque acteur là où elle est créée.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que fija la posición del Parlamento Europeo respecto de la propuesta de modificación de la Directiva 2011/16/UE sobre cooperación administrativa, la cual tiene por finalidad incluir en su ámbito el intercambio automático de información sobre los acuerdos tributarios secretos.

El texto aprobado contiene los siguientes elementos principales:

- a) No se limita el intercambio automático de información a las resoluciones consideradas «transfronterizas».
- b) Plena retroactividad con los pactos opacos todavía en vigor, con independencia de cuándo se firmaron.
- c) Posibilidad de sancionar a los Estados en caso de incumplimiento.
- d) Almacenamiento de todas las resoluciones en una base de datos a la que tenga acceso pleno la Comisión.
- e) Otorgamiento de publicidad a resúmenes de las principales resoluciones fiscales.

Espero que el Consejo lo tenga en cuenta.

Asimismo, es importante ampliar y revisar aquellos aspectos de la Directiva no relacionados con los llamados «tax rulings» que se han quedado desfasados (excepciones injustificadas para no dar la información, consideración de «secreto oficial» para lo que no debe ser más que información confidencial de acuerdo con la normativa de protección de datos, etc.)

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dans la foulée du scandale LuxLeaks, ce rapport — que j'ai bien sûr soutenu — fut l'occasion, pour le Parlement européen, d'exprimer sa profonde détermination à ne pas tolérer la fraude et l'évasion fiscales ainsi qu'à prôner une répartition équitable de la charge fiscale entre les citoyens et les entreprises.

Le défi posé par le contournement de l'impôt au niveau transfrontière et la concurrence fiscale dommageable a pris une ampleur nouvelle et est devenu une source de préoccupation majeure au sein de l'Union et au niveau mondial. C'est ce que le Parlement européen soulignait déjà dans sa résolution du 21 mai 2013.

Il est aujourd'hui urgent de poursuivre les efforts et de renforcer la transparence. Pour y parvenir, il est notamment nécessaire de renforcer les outils et mécanismes créés par la directive 2011/16/UE du Conseil sur la coopération administrative, enjeu du rapport adopté.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O desafio representado pela elisão fiscal transfronteiriça, pelo planeamento fiscal agressivo e pela concorrência fiscal prejudicial aumentou consideravelmente e representa um motivo de preocupação para os Governos a nível europeu e mundial.

Dienstag, 27. Oktober 2015

O Parlamento Europeu sempre sublinhou a necessidade de a UE assumir uma posição de líder contra a fraude, a evasão e os paraísos fiscais e, nessa medida, assume particular relevância uma maior cooperação administrativa e transparência ao nível dos acordos fiscais transfronteiriços, que permitam a troca de informações entre os Estados-Membros, evitando potenciais efeitos negativos nas respetivas bases tributárias, reduzindo ainda os impactos da elisão fiscal.

Sou favorável à aprovação deste relatório referente a um processo legislativo especial de consulta, que versa sobre a proposta de Diretiva do Conselho, que altera a Diretiva 2011/16/UE no que respeita à troca automática de informações obrigatória no domínio da fiscalidade.

Realço como aspeto positivo a introdução de um novo artigo sobre o âmbito de aplicação e as condições da troca automática e obrigatória de informações sobre acordos fiscais transfronteiriços e acordos de preços de transferência entre os Estados-Membros, destacando, como ponto negativo, a oportunidade desperdiçada de incluir também neste âmbito os acordos puramente nacionais e os acordos prévios de preços de transferência.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui donne la position du Parlement européen sur l'échange automatique et obligatoire d'informations dans le domaine fiscal.

La fraude et l'évasion fiscale demeurent des phénomènes intolérables et une répartition équitable de la charge fiscale entre les citoyens et les entreprises doit être trouvée.

Malheureusement, le Conseil n'a pas attendu le Parlement européen pour se prononcer étant donné qu'un accord est déjà intervenu au Conseil début octobre; notons d'ailleurs que cet accord est moins ambitieux que la position adoptée par le Parlement européen.

À titre d'exemple, le Parlement européen souhaitait que le champ d'application de la directive s'applique à l'ensemble des rescrits fiscaux et pas uniquement aux rescrits fiscaux transfrontaliers.

Au final, le texte souligne l'importance d'échanger immédiatement les informations et appelle à améliorer la transparence vis-à-vis des citoyens en demandant à la Commission de publier une fois par an un rapport synthétisant les principaux dossiers.

Nous devons poursuivre ces efforts en matière de transparence fiscale.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione inerente lo scambio automatico obbligatorio di informazioni nel settore fiscale in quanto ritengo che siano necessarie una maggiore cooperazione e una maggiore armonizzazione tra Stati membri in materia fiscale.

La concorrenza fiscale deve diventare uno strumento per lo sviluppo e per la crescita globale e l'Unione europea deve adoperarsi costantemente per prevenire e contrastare l'evasione fiscale. La proposta di direttiva 2014/107/UE andrebbe a modificare la direttiva 2011/16/UE sulla cooperazione amministrativa e assicurerebbe agli Stati membri uno scambio automatico ed obbligatorio di informazioni sui ruling fiscali transfrontalieri e sugli accordi sui prezzi di trasferimento.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore perché il provvedimento ha tra i suoi scopi quello di combattere gli effetti della frode e dell'evasione, nonché il proliferare di paradisi fiscali anche all'interno dell'Unione.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe y de la Resolución legislativa en cuestión, que es uno de los resultados de los Luxleaks (filtraciones que dejaron al descubierto los acuerdos entre el Estado de Luxemburgo y multinacionales que facilitaban la elusión fiscal). Con él se establece la obligatoriedad para los Estados de transmitir los acuerdos que alcancen con multinacionales respecto a impuestos a la Comisión. Hubiéramos querido que los acuerdos fueran hechos públicos y no solo transmitidos a la Comisión, pero esto fue rechazado por los grupos mayoritarios.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone una mejora objetiva de las obligaciones de intercambio de información en el campo impositivo. Pese a que este informe continúa permitiendo el recurso a los paraísos fiscales por parte de los evasores europeos, supone una innegable mejora. El informe reconoce el perjuicio generado a las pymes por parte de las grandes empresas que localizan sus beneficios en este tipo de paraísos. Desde nuestro punto de vista el intercambio de información es una condición necesaria pero no suficiente en la corrección de los abusos fiscales que se producen en Europa. Sin embargo, reconocemos el valor de este pequeño paso adelante y es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – É importante que possa prever-se a melhor forma para a partilha eficaz de informação entre as autoridades fiscais e contribuir para reforçar um comportamento fiscal íntegro por parte das grandes empresas.

A fuga fiscal produz perdas importantes, que fazem inevitavelmente sentir-se sobre os orçamentos nacionais e resultam numa sobrecarga de impostos sobre os outros agentes económicos e, nomeadamente, sobre os trabalhadores.

Este texto contribui para impedir as perdas orçamentais decorrentes do abuso fiscal por parte das grandes empresas e, assim, para fomentar uma maior margem de conforto dos orçamentos nacionais, atualmente já sob pressão.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report as although I believe nation states should be open and transparent about taxation I do not wish to see the Commission involved in how the UK manages its corporation tax.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of automatic exchange of information on tax rulings because transparency is absolutely vital when it comes to cracking down on aggressive tax avoidance and tax evasion. For far too long, governments have been able to make secret agreements with companies about how much tax they'll pay, with no scrutiny from other Member States or the public as a whole. That needs to change, and while the Commission's proposals are welcome, we in Parliament believe they can and should go further. It's over to David Cameron and the rest of the Council now to show that they are serious when they say they want to stamp out these practices once and for all.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – V prípade legislatívneho uznesenia Európskeho parlamentu o návrhu smernice Rady, ktorou sa mení smernica 2011/16/EÚ, pokiaľ ide o povinnú automatickú výmenu informácií v oblasti daní, som sa pri hlasovaní zdržal, pretože uznesenie v sebe skrýva viacero rozporuplných návrhov. Jasne odsudzujem daňové podvody a zhon za mamonou nekalými daňovými praktikami. Na druhej strane boj proti podvodom nesmie byť zámenkou na neoprávnené zasahovanie EÚ do daňovej politiky Slovenska. To je otázka subsidiarity. Každá krajina EÚ musí mať možnosť si sama určovať podmienky pre zahraničných investorov.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – už pri prerokovaní výročnej správy o daniach v marci 2015 som v tomto parlamente hovorila o tom, že je potrebné harmonizovať daňovú politiku a odstrániť nesúlad medzi vnútroštátnymi predpismi. Môžem zodpovedne prehlásiť, že som naďalej tvrdým odporcom daňových únikov, daňových podvodov a vyhýbania sa daňovým povinnostiam. Hlasovala som za uznesenie, lebo som presvedčená, že aj na základe týchto návrhov a opatrení je možné dosiahnuť účinnú výmenu a spracovanie daňových informácií, ktoré budú mať silný odradzujúci účinok proti zavádzaniu škodlivých daňových praktík. Verím, že prijatím týchto opatrení nadvižeme na závery Európskej rady z 18. decembra 2014 a pokročíme v úsilí zameranom na boj proti vyhýbaniu sa daňovým povinnostiam a agresívnemu daňovému plánovaniu na globálnej a európskej úrovni. Od členských štátov očakávam, že v záujme efektívneho monitorovania uplatňovania automatickej výmeny informácií prijmú dostatočné opatrenia, ktoré pomôžu odstrániť akékoľvek prekážky brzdiace povinnú automatickú výmenu informácií o záväzných stanoviskách k stanoveniu metódy ocenenia.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *písno*. – Število davčnih goljufij in utaj v zadnjih letih narašča in ima resne posledice za davčne prihodke držav članic. Te zaradi tega izgubijo več milijard evrov letno in so prisiljene zviševati davke.

Nedavno smo bili priča razkritju več sto primerov izkoriščanja razlik v davčnih sistemih. Komisija je pred dnevi pravilno ugotovila, da je šlo v primeru družb Starbucks in Fiat za selektivne davčne ugodnosti in posledično za nezakonito državno pomoč. EU mora po tem zgledu še naprej prevzemati vodilno vlogo v boju proti davčnim goljufijam in utajam. Te so ne le nezakonite, temveč tudi nemoralno početje, ki zelo slabo vpliva na delovanje notranjega trga.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Na koncu so mala in srednja podjetja tista, ki plačajo najvišjo ceno, saj so primorana poslovati v davčnih sistemih, ki niso pošteni in v katerih multinacionalke z manipulacijo pridobivajo neupravičeno konkurenčno prednost.

Pozdravljam predlog Komisije, saj pomeni korak v smeri večje preglednosti. Prepričan sem, da bi medsebojni nadzor držav, ki ga izpostavlja tudi poročilo, lahko imel močan odvračilni učinek pri izvajanju izkoriščevalskih davčnih praks, zato sem poročilo pri glasovanju podprl.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso oggi voto favorevole sul parere del Parlamento relativo alla proposta di direttiva per la condivisione automatica di informazioni fiscali tra Stati membri, proposta avanzata dalla Commissione in seguito al caso Lux Leaks per assicurare un coordinamento e una coordinazione maggiori tra gli Stati membri in materia fiscale.

Con questo testo, abbiamo criticato come Parlamento l'accordo raggiunto dal Consiglio «Economia e finanza» il 6 ottobre scorso, che riteniamo un'occasione mancata verso una vera giustizia fiscale per i cittadini europei. La posizione del Consiglio restringe, infatti, sia la portata del progetto di direttiva sullo scambio automatico, limitandolo ai soli regimi fiscali transfrontalieri, sia l'accesso della Commissione a queste informazioni, sia l'irretroattività della direttiva sui regimi fiscali già operativi.

Di fronte a una posizione così poco ambiziosa, riteniamo che le proposte avanzate dalla Commissione e dal Parlamento debbano essere prese seriamente in considerazione per garantire la massima trasparenza possibile a favore dei cittadini e delle autorità fiscali nazionali.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Férová hospodárska súťaž nie je možná bez transparentných informácií o daňovom zatažení. Komisia, ako neutrálny orgán, by mala mať právo zasiahnuť v prípade podozrení zo zvýhodňovania jedného investora pred druhým. Zároveň je potrebné zachovať princíp daňovej suverenity na národnej úrovni.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of automatic exchange of tax rulings because transparency is absolutely vital when it comes to cracking down on aggressive tax avoidance and tax evasion. For far too long, governments have been able to make secret agreements with companies about how much tax they'll pay, with no scrutiny from other Member States or from the public as a whole. That needs to change, and while the Commission's proposals are welcome, we in the Parliament believe they can and should go further. It's over to David Cameron and the rest of the Council now to show that they are serious when they say they want to stamp out these practices once and for all.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Nacrt direktive predlaže izmjenu Direktive 2011/16/EU o administrativnoj suradnji, kako bi se osigurala obvezna automatska razmjena informacija u području oporezivanja u pogledu prekograničnog učinka i prethodnih sporazuma o transfernim cijenama. Izazov uzrokovan prekograničnim izbjegavanjem poreza, agresivnim poreznim planiranjem te štetnim poreznim natjecanjem, posljednjih se godina znatno povećao te se smatra ozbiljnim problemom, kako u Uniji tako i na svjetskoj razini.

Konkretno, odluke o porezno motiviranim strukturama dovode do niske razine oporezivanja umjetno visokih iznosa dohotka u državi koja je izdala prethodno mišljenje, te mogu dovesti do umjetnog smanjenja iznosa oporezivog dohotka u drugim uključenim državama. Ovo izvješće u potpunosti podržavam jer predviđa povećanje transparentnosti, te bi državama članicama i Komisiji omogućilo pristup svim relevantnim informacijama kako bi mogle poduzeti mjere protiv daljnjih nezakonitih praksi u području porezne politike.

Richard Sulík (ECR), *písomne* – návrh som nepodporil, keďže neodôvodnene zahŕňa aj rozhodnutia súdov v oblasti daní, ktoré sa žiadnym spôsobom netýkajú cezhraničných transakcií. Návrh tak zbytočne zvyšuje administratívnu záťaž a navyše predstavuje zásadné riziká v oblasti ochrany osobných údajov.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo glede obvezne avtomatične izmenjave podatkov na področju obdavčenja. Prvič po aferi Luxleaks smo na plenarnem zasedanju razpravljali o konkretni zakonodaji na področju davkov. Kot ena izmed institucij EU moramo poslati jasen signal, da se zavzemamo za jasno, pregledno in pravično davčno zakonodajo. Pozdravljam predlog Komisije, da morajo biti davčna stališča, ki imajo čezmejni pomen, avtomatsko posredovana ustreznim državam članicam. Pri tem bi pa rada opozorila, da je potrebno striktno nadzorovati, da ne bi države članice davčnega prava zavestno uporabljale proti drugim državam članicam.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. – While I support the Commission's swift response to the challenges posed by cross-border tax avoidance, aggressive tax planning and harmful tax competition by the exchange of information for cross-border tax rulings and would like to aid tax authorities in quickly identify tax illegalities. I cannot support the EP's change of scope to include a public exchange of all rulings through a central register. This does not take into account rules governing data protection and commercially sensitive information.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását, amely hozzájárul az adózás területére vonatkozó kötelező automatikus információcsere rendszerének gördülékeny és folyamatos biztosításához.

Örömmel vettem a jelentés azon módosítóját, mely lefekteti, hogy az Európai Parlament nem tűri az adócsalást és az adókikerülést, és kiáll az adóteher polgárok és vállalatok közötti méltányos elosztása mellett.

Ugyancsak egyetértek azzal a kiegészítéssel, mely szerint célravezető és hatékony szankciókat kell kidolgozni arra az esetre, ha a tagállamok elmulasztják a feltételes adómegállapítási határozatok és az előzetes árképzési megállapodásokra vonatkozó határozatok, illetve megállapodások megosztását. Csak így érhető el a transzparencia biztosítása, mely alapfeltétel a jogbiztonság és az adóigazságosság növeléséhez, és ösztönzőleg hat a kis- és középvállalkozások fejlődésére, a beruházásokra és az innovációra.

A LuxLeaks botrány bebizonyította: a transzparencia hiánya komoly károkat okoz a tagállamoknak és igazságtalan adóterheket ró a tisztességes adófizetőkre, ideértve azon vállalatokat is, amelyek nem részesültek különleges bánásmódban. Azt várjuk a feltételes adómegállapításokra vonatkozó információk EU-n belüli automatikus cseréjéről, hogy véget vet az egyes tagállamok illegitim eljárásainak és hozzájárul egy stabil adórendszer kialakításához.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Uczciwa konkurencja jest motorem rozwoju, ale aby tak było, muszą być zachowane wszystkie zasady równej rywalizacji biznesu na globalnym rynku. Jednym z kluczowych elementów jest uczciwe realizowanie obowiązku podatkowego. Współpraca państw w tym zakresie jest zatem ważna i potrzebna. Zaproponowane przez Komisję poprawki do dyrektywy 2011/16/UE w zakresie obowiązkowej wymiany informacji w dziedzinie opodatkowania są słusznym krokiem w kierunku polepszenia obecnego prawa. Zdecydowałem się zgłosić za sprawozdaniem i wierzę, że Rada podejmie w jak najszybszym czasie właściwe decyzje, co przyniesie korzyści państwom członkowskim, ale w efekcie – i samym przedsięwzięciu.

Claudia Tapardel (S&D), *in writing*. – Increasing transparency and fighting against aggressive tax planning is one of the issues the Parliament has taken the lead on.

The current legal framework (Directive 2011/16/EU), gives Member States the discretion to decide whether a tax ruling might be relevant to another EU country.

This creates a situation where a Member State can issue tax rulings without being aware to other tax rulings issued elsewhere in the EU, which may impact their own tax bases. Moreover, as the information exchanged between the Member States is very limited and not mandatory, we are falling short from creating a more transparent and responsible tax regime.

Amending this current legal framework will increase required transparency.

The current report supports the Commission's proposal, which sets the scope and conditions for mandatory automatic exchange of information on types of cross-border tax rulings and transfer pricing arrangements.

Dienstag, 27. Oktober 2015

The Parliament calls to extend the scope of the Directive to all rulings, exchange all valid tax rulings already before the entry into force of the Directive, and introduce sanctions in case of non-compliance.

The adoption of this report will prevent companies from exploiting loop holes to artificially reduce their tax contribution, therefore I voted in favour of it.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte et je salue mon collègue, Hugues Bayet, pour son analyse pointue. La balle est maintenant clairement dans le camp des États membres dont les dernières propositions, le 6 octobre dernier, manquaient d'ambition. Et cela, alors que nous savons avec la décision de la Commission européenne que certains accords fiscaux sont non seulement immoraux mais également illégaux. Il s'agit d'aides d'État illégales qui mènent à une concurrence déloyale.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report because an increase in transparency concerning tax rulings is needed. The report seeks to amend Directive 2011/16/EU on administrative cooperation, as regards mandatory automatic exchange of information in the field of taxation. The reason is that currently, Member States share very little information with one another about their tax rulings. As a result, they do not spontaneously exchange their tax rulings and are often unaware of cross-border tax rulings issued elsewhere in the EU which may impact their own tax bases. To bring more transparency, the mechanisms established by Council Directive 2011/16/EU need to be enhanced. Regarding some of the European Parliament's amendments to the Commission proposal, it agreed that the Directive should apply to all tax rulings and not just cross border rulings and advance pricing arrangements, since purely national transactions can also have cross-border effects.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – À la suite du scandale LuxLeaks, Pierre Moscovici a proposé un premier paquet de mesures pour lutter contre le dumping fiscal. La principale consiste à rendre obligatoire l'échange d'informations sur les rescrits fiscaux – comprendre les cadeaux fiscaux – entre les États membres et la Commission, avec une rétroactivité de 10 ans.

Le Conseil, en première lecture, a choisi de réduire la rétroactivité à 5 ans et a refusé que la Commission accède à ces informations, la privant, de fait, de toute capacité à enquêter.

Le Parlement européen a réagi: nous proposons dans ce rapport que l'ensemble des rescrits fiscaux en vigueur soient obligatoirement et automatiquement placés sur une plateforme accessible à la Commission, sans critère de rétroactivité.

Je soutiens fermement ce rapport, car la lutte contre le dumping fiscal est pour moi une priorité. Les faveurs octroyées aux multinationales mettent en péril les finances publiques et nos standards sociaux. Mais nous devons aller plus loin en adoptant une taxe européenne sur les multinationales, seul instrument capable de mettre fin à la course au moins-disant fiscal en Europe.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu direktive Sveta o spremembi Direktive 2011/16/EU glede obvezne avtomatične izmenjave podatkov na področju obdavčenja sem podprla, ker kljub temu, da je močno okrnjeno od prvotnega predloga Komisije, prinaša izboljšanje orodja in mehanizmov za povečanje preglednosti nad izogibanju davkom, agresivnim davčnim načrtovanjem in škodljivim davčnim konkurencom, s tem podjetja ne bodo več mogla izkoristiti sistema in umetno zmanjševati svojo davčno obveznost.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe y de la Resolución legislativa en cuestión, que es uno de los resultados de los Luxleaks (filtraciones que dejaron al descubierto los acuerdos entre el Estado de Luxemburgo y multinacionales que facilitaban la elusión fiscal). Con él se establece la obligatoriedad para los Estados de transmitir los acuerdos que alcancen con multinacionales respecto a impuestos a la Comisión. Hubiéramos querido que los acuerdos fueran hechos públicos y no solo transmitidos a la Comisión, pero esto fue rechazado por los grupos mayoritarios.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Im Bericht wird der Austausch von zwischenstaatlich relevanten Steuervorbescheiden zwischen den Verwaltungen der Mitgliedstaaten behandelt. Diese Informationen sollen in Zukunft automatisch, umfassender und schneller ausgetauscht werden. Auch die Kommission soll zukünftig Zugriff auf diese Daten erhalten und ein zentrales Register aufbauen.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Steuervorbescheide werden verwendet, um Unternehmen über die steuerliche Behandlung bestimmter unternehmerischer Aktivitäten zu informieren. Ein Steuervorbescheid ist, soweit er einem Unternehmen Planungssicherheit ermöglicht, ein sinnvolles Instrument. Allerdings wurde durch die Luxleaks-Enthüllungen deutlich, dass Steuervorbescheide auch missbräuchlich verwendet werden können. Im Ergebnis wurden in einigen Fällen mit Hilfe von Steuervorbescheiden international tätigen Unternehmen selektive Steuervorteile eingeräumt. Ausschließlich lokal und national agierende KMU erfahren dadurch einen bedeutsamen Wettbewerbsnachteil.

ALFA ist für einen transparenten und damit ehrlichen Wettbewerb, sowohl zwischen Unternehmen als auch zwischen Staaten. Die im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen sind geeignet die Transparenz im europäischen Steuerwettbewerb zu erhöhen und Verzerrungen in der Besteuerung unterschiedlicher Unternehmensgattungen abzubauen. Die Maßnahmen sind ferner geeignet dem grundsätzlich wünschenswerten Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten einen transparenteren Rahmen zu geben und ihn damit zu stärken. Die Informationsweitergabe an die Kommission ist notwendig, damit sie ihrer Rolle als Hüterin des zwischenstaatlichen Wettbewerbs gerecht werden kann. Diese Anliegen unterstütze ich ausdrücklich und habe für den Bericht gestimmt.

Mylène Troszczynski (ENF), par écrit. – Le scandale des LuxLeaks a donné lieu à une proposition de directive, présentée au printemps par le commissaire Moscovici, visant à instaurer l'échange automatique d'informations, entre administrations des États membres, sur les rescrits fiscaux ou mesures assimilées qu'elles accordent (validation de prix de transferts ou de montages divers).

L'idée est d'avoir une transparence sur ces pratiques, certes le plus souvent légales, afin de décourager les États et les entreprises d'y avoir recours de manière excessive (dumping fiscal). J'ai voté pour l'adoption de ce texte.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – A határokon átnyúló adókikerülés, az agresszív adótervezés és a káros adóverseny problémája az elmúlt években egyre súlyosabb kihívásként merült fel, és az Európai Unióban és világszerte előtérbe került. 2013. május 21-i állásfoglalásában az Európai Parlament hangsúlyozta, hogy az Uniónak vezető szerepet kell vállalnia az adócsalás, az adókikerülés és az adóparadicsomok elleni küzdelemtől folyó, globális szintű megbeszéléseken, mindenekelőtt az információcsere előmozdításával kapcsolatban. A jelenlegi jogi keretek között a tagállamok feltételes adómegállapítási határozataikkal kapcsolatban nagyon kevés információt osztanak meg egymással. Az irányelvtervezet új cikkel egészíti ki a jelenlegi irányelvet, amely a bizonyos típusú határokon átnyúló vonatkozású feltételes adómegállapítási határozatokra és transzferár-megállapodásokra vonatkozó információk kötelező automatikus megosztásának alkalmazási körét és feltételeit határozza meg. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Traian Ungureanu (PPE), în scris. – Propunerea de Directivă a Consiliului de modificare a Directivei 2011/16/UE în ceea ce privește schimbul automat obligatoriu de informații în domeniul fiscal prevede ca toate deciziile fiscale prealabile ale unui stat membru care au o dimensiune transfrontalieră să fie puse la dispoziția celorlalte state membre printr-un schimb automat de informații.

Raportul Parlamentului European sprijină propunerea Comisiei, aducând o serie de îmbunătățiri în ceea ce privește domeniul de aplicare al schimbului obligatoriu de informații, modalitățile de comunicare a deciziilor și transparența față de cetățeni.

Prin votul acordat, Parlamentul dorește să transmită un mesaj clar în favoarea transparenței, a clarității și a unei concurențe fiscale echitabile în Uniunea Europeană.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de este informe y de la Resolución legislativa en cuestión, que es uno de los resultados de los Luxleaks (filtraciones que dejaron al descubierto los acuerdos entre el Estado de Luxemburgo y multinacionales que facilitaban la elusión fiscal). Con él se establece la obligatoriedad para los Estados de transmitir los acuerdos que alcancen con multinacionales respecto a impuestos a la Comisión. Hubiéramos querido que los acuerdos fueran hechos públicos y no solo transmitidos a la Comisión, pero esto fue rechazado por los grupos mayoritarios.

Ivo Vajgl (ALDE), in writing. – I voted in favour of this text in order to express my strong determination not to tolerate tax fraud and tax avoidance, as well as to advocate for a fair distribution of the tax burden between citizens and companies. Considering that there are different national administrative practices, I believe that advanced tax rulings facilitate the consistent and transparent application of the law and an efficient exchange and processing of tax information. Additionally, the resulting peer pressure would have a strong deterrent effect against the introduction of harmful tax practices and would allow Member States and the Commission to have all the relevant information at their disposal in order to take action against such practices. These measures definitely contribute to greater transparency and to the prevention of tax frauds.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de una directiva que modifica la Directiva 2011/16/UE sobre la cooperación administrativa para asegurar un obligatorio intercambio automático de información tendente a luchar contra el reto de la evasión fiscal transfronteriza o la competencia fiscal desleal, asuntos estos de gran importancia para la Europa estos días. Por todo ello, considero necesario votar a favor de dicho informe.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro questa relazione attraverso cui il Parlamento ha espresso la sua posizione sulla revisione della direttiva sullo scambio automatico obbligatorio di informazioni nel settore fiscale, resa necessaria per rispondere in modo più efficace alle sfide poste dal fenomeno dell'elusione fiscale delle multinazionali esploso con lo scandalo LuxLeaks.

Pur proponendo alcuni passi in avanti, questa relazione rinuncia infatti a puntare sull'unica arma disponibile veramente efficace per contrastare le pratiche di elusione fiscale aggressive, ovvero la piena trasparenza delle informazioni relative ai *tax rulings*, gli accordi in ambito fiscale tra multinazionali e governi che si sono sviluppati proprio grazie alla segretezza.

Noi ci siamo battuti per la creazione di un registro pubblico facilmente accessibile di tutte le informazioni e dati relativi ai *tax rulings*, uno strumento di semplice attuazione, fortemente sostenuto dalla società civile, ma che non ha trovato il consenso di quella parte del Parlamento più sensibile agli interessi delle multinazionali e dei poteri forti. Per questo ho votato contro questa relazione.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone una mejora objetiva de las obligaciones de intercambio de información en el campo impositivo. Pese a que este informe continúa permitiendo el recurso a los paraísos fiscales por parte de los evasores europeos, supone una innegable mejora. El informe reconoce el perjuicio generado a las pymes por parte de las grandes empresas que localizan sus beneficios en este tipo de paraísos. Desde nuestro punto de vista el intercambio de información es una condición necesaria pero no suficiente en la corrección de los abusos fiscales que se producen en Europa. Sin embargo, reconocemos el valor de este pequeño paso adelante y es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Na sequência dos escândalos fiscais *Offshoreleaks*, *Luxleaks* e *Swissleak*, as instituições europeias parecem estar empenhadas nesta batalha contra a fraude e a evasão fiscal.

Contudo, temos de garantir que todas as medidas e propostas em curso não sejam um mero adorno legislativo, mantendo-se tudo na mesma.

Senão vejamos:

A proposta do conselho sobre a troca automática de informações representa um claro recuo face às expectativas iniciais;

— O regulamento de troca de informações com a Suíça conta vários subterfúgios ao seu cumprimento;

— O trabalho da Comissão TAXE foi sempre dificultado. Treze governos, entre os quais os da Holanda, do Luxemburgo e do Reino Unido, negaram o acesso aos documentos do grupo «Código de conduta»;

— As reservas em tornar públicos os acordos fiscais e as declarações por países das multinacionais são evidentes.

São indícios que nos levam a duvidar da real vontade política em atacar o problema. Até porque quanto mais avançamos, mais claro fica o comprometimento das principais figuras e dos partidos que apoiam as instituições da UE, a começar pelos presidentes da Comissão Europeia e do Eurogrupo.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Einrichtung eines öffentlichen Verzeichnisses, in dem alle Informationen von allen EU-Bürgern abrufbar sind, ist strikt abzulehnen. Daher fand dieser Bericht nicht meine Zustimmung.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die hier besprochene Richtlinie ist eine von mehreren Initiativen, vorgeblich zur Verhinderung der Steuerumgehung. Aber Unternehmen sind nur ihren Eigentümern und dem Finanzamt gegenüber verantwortlich, nicht jedoch den EU-Behörden. Nun soll der Steuerwettbewerb durch die europäische Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen abgeschafft und das „gläserne Unternehmen“ geschaffen werden. Beides lehne ich strikt ab und stimme deswegen gegen diese EntschlieÙung. Den Anspruch der Öffentlichkeit auf Informationen über steuerliche Angelegenheiten von Firmen verneine ich unter Verweis auf einen simplen Umstand: es handelt sich nicht um öffentliche, sondern private Einrichtungen. Börsennotierte Unternehmen müssen börsenrelevante Informationen veröf-

Dienstag, 27. Oktober 2015

fentlichen. Das reicht. Diese Entschließung des EP ist jedoch ein weiterer Schritt zur Kontrolle des Unternehmertums und zur Abschaffung des Steuerwettbewerbs zwischen den Mitgliedstaaten. Die Harmonisierung der Bemessungsgrundlage ist dabei nur der erste Schritt. Unternehmerische Freiheit wird überwacht, beispielsweise durch die geplante Errichtung eines unionsweiten Registers für wirtschaftliche Eigentümer, um mögliche Fälle von Steuervermeidung und Gewinnverlagerungen aufzuspüren. Das strategische Ziel hinter der politisch auch so korrekten Forderung nach steuerlicher Transparenz von Unternehmen ist nicht nur das „gläserne Unternehmen“, sondern der „gläserne Bürger“.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), na piśmie. – Poddany pod głosowanie dokument jest niewiążącym dla Rady stanowiskiem w odniesieniu do projektu przedstawionego przez Komisję Europejską. Dążąc do efektywnego rozwiązania transgranicznego problemu unikania opodatkowania, agresywnego planowania podatkowania oraz szkodliwej konkurencji podatkowej, Komisja złożyła propozycje nowelizacji dyrektywy 2011/16/UE w sprawie współpracy administracyjnej, co ma zwiększyć przejrzystość współpracy administracyjnej w dziedzinie opodatkowania. W odpowiedzi Parlament Europejski zaproponował objęcie zakresem dyrektywy 2011/16/UE wszystkich interpretacji podatkowych, nie ograniczając się przy tym wyłącznie do tych interpretacji, które mogą mieć skutek transgraniczny. Istnieje tym samym obawa, że znaczący wzrost obiegu informacji wymusi zmianę krajowych wymogów sprawozdawczych. Ponadto Parlament zaproponował stworzenie centralnej bazy danych gromadzącej składane sprawozdania roczne. Wobec nadmiernej skali nakładanych na państwa członkowskie obowiązków w zakresie sprawozdawczości, a także obaw dotyczących zachowania tajnego charakteru danych ujawnianych w sprawozdaniach rocznych, opowiedziałam się przeciwko stanowisku Parlamentu w tej sprawie.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), por escrito. – La lucha contra la elusión fiscal y la planificación fiscal abusiva es una de las prioridades de la Unión Europea, tal como confirmaban las Conclusiones del Consejo Europeo de diciembre de 2014. Se trata, además, de una cuestión importante respecto de la cual se han de buscar soluciones a escala mundial.

Es esencial garantizar la obligación para las autoridades fiscales nacionales de la UE de intercambiar de manera automática información sobre los acuerdos tributarios transfronterizos y los acuerdos previos sobre precios de transferencia que formulen a las empresas; el objetivo tiene que ser aumentar la transparencia de dichos acuerdos.

Marco Zanni (EFDD), per iscritto. – La direttiva 2011/16/UE del Consiglio era stata adottata in sostituzione di una precedente direttiva sull'assistenza reciproca tra gli Stati membri (direttiva 77/799/CEE del Consiglio), per rispondere alla necessità degli Stati membri di potenziare la cooperazione amministrativa nel settore della fiscalità. Scopo della proposta 2011/16/UE era quello di rafforzare una cooperazione amministrativa efficace ed esaustiva tra le amministrazioni fiscali, istituendo uno scambio automatico obbligatorio di informazioni sui *ruling* preventivi (transfrontalieri) e sugli accordi preventivi sui prezzi di trasferimento.

Il Parlamento europeo ha avuto come principale obiettivo, attraverso questa relazione, quello di eliminare qualsiasi riferimento in questa direttiva alla dimensione transfrontaliera dei *ruling*, allargandone cioè la portata, e migliorando al contempo la tempistica di comunicazione degli stessi, anche se avrei preferito un periodo di valutazione retroattiva più ampio. Avrei gradito inoltre una maggiore trasparenza, garantita dal fatto di avere un registro pubblico accessibile a tutti, nel quale fossero obbligatoriamente inseriti i dati relativi agli accordi fiscali sottoscritti. Per questo motivo il mio voto finale è stato negativo, pur ammettendo alcuni miglioramenti apportati rispetto alla situazione attuale.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), γραπτώς. – Η οδηγία για την ανταλλαγή πληροφοριών μεταξύ των κρατών μελών σχετικά με τις ευνοϊκές φορολογικές αποφάσεις για τις επιχειρήσεις δεν πρόκειται να περιορίσει τα προκλητικά φορολογικά προνόμια των διεθνικών επιχειρηματικών ομίλων και την ασυλία των μονοπωλίων. Το τελικό κείμενο περιορίζει το, έτσι κι αλλιώς αρχικά περιορισμένο, πεδίο εφαρμογής της, μόνο σε υποθέσεις με διασυννοριακό χαρακτήρα, επεκτείνει το χρόνο στον οποίο ανταλλάσσονται οι πληροφορίες και μειώνει σε διάστημα μιας πενταετίας πριν την υποχρέωση των φορολογικών αρχών για γνωστοποίηση των σχετικών αποφάσεών τους. Όπως μάλιστα αναγνωρίζει και η ίδια η οδηγία, οι αποφάσεις των εθνικών φορολογικών αρχών που παρέχουν κάθε είδους φορολογικά προνόμια και φοροαπαλλαγές στους μεγάλους ομίλους είναι «νόμιμες», σύμφωνα με την εθνική τους νομοθεσία. Υπέρτατος νόμος κάθε καπιταλιστικού κράτους και κάθε αστικής κυβέρνησης είναι να προστατεύει με τη νομοθεσία του την καπιταλιστική ιδιοκτησία και τα κέρδη του κεφαλαίου. Η ίδια η φύση της ΕΕ, που στηρίζεται πάνω στην ελευθερία κίνησης του κεφαλαίου νομιμοποιεί και υπηρετεί την φοροασυλία των επιχειρηματικών ομίλων, για την οποία υποκριτικά και προκλητικά χύνουν κροκοδείλια δάκρυα τα όργανα της ΕΕ. Οι λαοί μπορούν ζήσουν χωρίς μονοπώλια και χωρίς εκμετάλλευση, όταν αποφασίσουν να βάλουν τέλος στην εξουσία τους, παίρνοντας εκείνοι στα χέρια τους τον πλούτο που παράγουν.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O objetivo da alteração da diretiva 2011/16/UE é que a mesma contemple a troca automática de informações no campo da fiscalidade. Neste sentido, pretende-se que fique estabelecida uma cooperação administrativa entre as Autoridades Tributárias dos Estados-Membros no que à obrigatoriedade da troca automática de informações em matéria de acordos fiscais prévios transfronteiras e de acordos prévios de preços de transferência diz respeito.

Não estamos de acordo com a justificação de que a necessidade da obrigatoriedade da troca automática é essencialmente justificada para promover o bom funcionamento do mercado único. Não obstante, consideramos o objetivo positivo, pelo que votámos a favor.

6.11. Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ARTEMIS (A8-0283/2015 - Ryszard Czarnecki)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Artemis was set up in 2007 for a period of 10 years, the total funding over 10 years is worth EUR 2.5 billion. The purpose of this project is to set up embedded computer systems across different areas of application with the intention to strengthen EU competitiveness and sustainability across Member States.

There is a call for the contributions from the Member States to be at least 1.8 times of the contributions that the Union make. The Union contribution for 2013 equates to EUR 181 454 844 and the Member States contribution amounts to EUR 341 842 261. We cannot support this given that there is pressure on the Member States to support this programme, and that competitiveness should be left to the markets.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de aprobar la gestión de la ejecución del presupuesto de la Empresa Común Artemis para el ejercicio 2013 puesto que no hay ninguna irregularidad significativa en la evaluación.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre l'octroi de la décharge sur l'exécution du budget de l'entreprise commune ARTEMIS pour l'exercice 2013.

En effet, cette entreprise commune créée en 2007 dans le but de définir et de mettre en œuvre un programme de recherche pour le développement des technologies essentielles pour les systèmes informatiques a été sujette à certaines critiques, notamment celles de la Cour des comptes européenne qui a émis des doutes quant à la transparence de son financement.

Si, depuis le premier rapport, des points ont été améliorés, d'autres persistent. La Cour européenne s'interroge en particulier sur la légalité et la régularité de ces opérations. En outre, nous avons pu constater un rythme très ralenti des paiements avec un taux d'exécution des crédits de paiement après rectificatif budgétaire de 69 %.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce vote concerne l'Electronic Components and Systems for European Leadership (ECSEL), anciennement connue sous le nom d'Artemis, financée en partie par l'Union, par des États membres et par des industriels.

L'objet du vote était triple:

1. «donner décharge au directeur exécutif de l'entreprise commune ECSEL sur l'exécution du budget de l'entreprise commune Artemis pour l'exercice 2013»;
2. approuver et valider les comptes de l'entreprise;
3. présenter des observations quant à la gestion et la stratégie de l'entreprise.

L'entreprise finance des projets de recherche dans le domaine des nouvelles technologies.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Depuis le premier rapport de décharge, plusieurs aspects ont été corrigés ou améliorés. Néanmoins, deux éléments posent encore un vrai problème: d'une part, le rythme des paiements et d'autre part, le fait que la Cour des comptes s'interroge sur la légalité et la régularité des opérations. Je me suis donc opposée à l'octroi de la décharge ainsi qu'à la proposition de résolution du Parlement, qui manque de fermeté.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against discharge as I fundamentally disagree with the way that the money has been spent.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour, comme le préconisait la commission compétente au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Remiantis ECSEL patikinimu, bendroji įmonė padarė nemažą pažangą įgyvendinant veiksmų planą, kuriuo siekiama ištaisyti Audito Rūmų nustatytus trūkumus. Kartu su nacionalinėmis finansavimo institucijomis buvo gerinama įmonės ex post audito strategija, įdiegta speciali audito ataskaitų teikimo forma bei atliktas sistemingesnis šių auditų kokybės vertinimas. Kartu buvo keičiamasi informacija apie finansinių programų reikalavimus bei geriausios praktikos pavyzdžiais. Taip pat patobulinta interesų konfliktų valdymo ir prevencijos politika, bei sukurta išsami duomenų bazė, apimanti visą informaciją, susijusią su interesų konfliktais bei veiksmais, kurių imtasi juos sprendžiant. Kadangi ARTEMIS ir ENIAC nebeegzistuoja atskirai, bet kokias rekomendacijas, susijusias su audito procedūrų tobulinimais turės įgyvendinti jau nauja bendra įmonė ECSEL, todėl svarbu jai duoti laiko ir suteikti biudžeto įvykdymo patvirtinimą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Artemis was set up in 2007 for a period of 10 years, the total funding over 10 years is worth EUR 2.5 billion. The purpose of this project is to set up embedded computer systems across different areas of application with the intention to strengthen EU competitiveness and sustainability across Member States.

There is a call for the contributions from the Member States to be at least 1.8 times of the contributions that the Union make. The Union contribution for 2013 equates to EUR 181 454 844 and the Member States contribution amounts to EUR 341 842 261. We cannot support this given that there is pressure on the Member States to support this programme, and that competitiveness should be left to the markets

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen avait reporté, le 29 avril, sa décision d'accorder la décharge au directeur de l'entreprise commune Artemis pour l'année financière 2013 et avait appelé à prendre des mesures pour redresser les erreurs recensées. En particulier, le Parlement européen avait noté qu'Artemis n'avait pas respecté les recommandations 2014 de l'autorité de décharge et n'avait pas adopté une politique claire pour la prévention et la gestion des conflits d'intérêts.

Sur la base du rapport que le directeur d'Artemis a fourni le 25 juin 2015, la commission du contrôle budgétaire a décidé que les améliorations avaient été faites, par exemple, les audits ex post et les stratégies d'audit, ou les progrès dans la gestion des assurances fournies par les autorités nationales de financement.

J'ai donc voté en faveur de la décharge.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport de Monsieur Czarnecki vise à octroyer la décharge au directeur exécutif de l'entreprise commune ECSEL sur l'exécution du budget de l'entreprise commune Artemis. Créée en 2007, ARTEMIS est une entreprise commune – c'est-à-dire un projet qui bénéficie d'un financement de l'UE et d'apports financiers du secteur privé – dont le but est la définition et la mise en œuvre d'un programme de recherche pour le développement des technologies essentielles pour les systèmes informatiques embarqués dans plusieurs domaines d'application.

Cependant, beaucoup d'interrogations se posent quant au fonctionnement de cette entreprise: non seulement, le rythme d'exécution des crédits de paiement, et ce, après le rectificatif budgétaire, n'est que de 69 %, mais en outre, tout comme ENIAC, autre entreprise commune avec laquelle ARTEMIS a fusionné en 2014, des irrégularités ont déjà été constatées par la Cour des comptes, notamment en termes de transparence, particulièrement en ce qui concerne les stratégies d'audit des autorités financières nationales.

Dienstag, 27. Oktober 2015

C'est pourquoi, compte tenu de ces fortes présomptions, il m'était impossible de voter en faveur de cette décharge et je m'y suis donc opposée.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non concordo con le posizioni sostenute nella relazione Czarnecki. Ho quindi deciso di non votare a favore del discarico dell'impresa comune ARTEMIS.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Tras no lograr la aprobación de la gestión de sus cuentas en el mes de abril, la empresa Artemis lo ha logrado en este Pleno tras la nueva información aportada y la comparecencia de su director ante la Comisión de Control Presupuestario. En esta ocasión, sin embargo, tal y como constata el informe aprobado en el Parlamento, al que he dado mi apoyo, el Tribunal de Cuentas estipuló que las cuentas anuales de 2013 de la Empresa Común presentan fielmente su situación financiera a 31 de diciembre de 2013 y los resultados de sus operaciones y flujos de tesorería a fin de año. Consta, igualmente, mejoras en los sistemas de auditoría, recibiendo el Tribunal directamente información adicional procedente de las autoridades financieras nacionales de las que procede el 95 % de las subvenciones concedidas a la empresa, así como progresos en la aplicación del plan de acción encaminado a resolver las deficiencias constatadas por el Tribunal. Destaca asimismo que la empresa desarrolló una nueva metodología para el cálculo del porcentaje de error residual, similar al utilizado por los servicios de la Comisión encargados de la financiación gestionada conjuntamente, situándose el porcentaje de error residual por debajo del 1 %.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas patvirtina 2013 m. biudžeto įvykdymą bendrajai įmonei ARTEMIS. 2007 m. dešimties metų laikotarpiui buvo įsteigta bendroji įmonė ARTEMIS, kurios paskirtis – apibrėžti ir įgyvendinti pagrindinių technologijų, susijusių su įterptosiomis kompiuterinėmis sistemomis įvairiose taikymo srityse, vystymo mokslinių tyrimų darbotvarkę siekiant skatinti Sąjungos konkurencingumą ir tvarumą ir sudaryti sąlygas naujų rinkų atsiradimui bei visuomenei naudingam technologijų taikymui.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést, a szakbizottság az ARTEMIS Közös Vállalkozás mentesítésének megadásáról döntött. A Közös Vállalkozás ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, az összeférhetetlenségi szabályok alkalmazását és az átláthatóságot megerősítette, belső ellenőrző rendszereit felülvizsgálta. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az ARTEMIS Közös Vállalkozás mentesítésének megadását támogattam.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podelitev razrešnice glede izvrševanja proračuna je normalen postopek, tako v zasebnih podjetjih kot v javnih institucijah, kjer to nalogo opravijo izvoljeni funkcionarji.

Poročevalec je ugotovil, da so tako v skupnem podjetju ARTEMIS upoštevali predlagane popravke, s čemer so sledili priporočilom Evropskega parlamenta, ki podeljuje razrešnico.

Skupno podjetje ARTEMIS je bilo ustanovljeno decembra 2007 za obdobje 10 let z namenom opredelitve in izvedbe raziskovalnega programa za razvoj ključnih tehnologij za vgrajene računalniške sisteme na različnih področjih uporabe, s ciljem izboljšanja evropske konkurenčnosti in vzdržnosti na področju oblikovanja novih trgov in družbenih aplikacij.

Na podlagi ugotovitev Računskega sodišča EU, ki je pozitivno ocenilo finančno poslovanje podjetja ARTEMIS, je bilo pripravljeno poročilo, ki sem ga z veseljem podprl.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo che l'impresa comune ARTEMIS abbia utilizzato i fondi stanziati per il suo funzionamento, per l'anno 2013, in maniera conforme a quanto previsto e nel rispetto delle regole di bilancio.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – L'entreprise commune Artémis, comme l'ensemble des initiatives conjointes, est un projet qui a été financé à la fois par le secteur privé et par l'Union européenne. Créée en 2007, Artémis devait mettre au point un programme de recherche pour le développement de nouvelles technologies concernant les systèmes informatiques afin d'accroître la compétitivité des États membres de l'Union.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Le Parlement européen avait déjà reporté la décharge pour l'exercice 2013 en raison des irrégularités que la Cour des comptes avait constatées. Ce rapport affirme que l'entreprise commune avait fait le nécessaire pour régulariser leur situation. Or la Cour des comptes émet des réserves et n'est pas en mesure de statuer sur la légalité des opérations réalisées. C'est la raison pour laquelle la Commission procédera à l'évaluation des activités d'Artémis depuis sa création dans le cadre de la décharge 2014.

Dans ce contexte, l'intérêt de financer ce projet avec l'argent des contribuables européens m'apparaît bien mince. J'ai donc voté contre l'octroi de la décharge.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Raportul bugetar privind exercițiul financiar 2013 al întreprinderii comune ARTEMIS prezintă într-un mod exhaustiv situația financiară a acesteia până în data de 31 decembrie 2013, fiind prezentate atât rezultatele operațiunilor sale, precum și fluxurile de numerar, în conformitate cu dispozițiile normelor sale financiare.

Totuși, nu se poate să nu mă preocupe rezervele Curții de Conturi cu privire la legalitatea și regularitatea operațiunilor subsidiare conturilor anuale, având în vedere că întreprinderea comună nu a reușit să aprecieze dacă strategia de audit ex post este un instrument îndeajuns de valid prin care se poate asigura legalitatea și regularitatea operațiunilor subiacente.

Ca răspuns la rezervele Curții de Conturi, întreprinderea comună a prezentat un plan de acțiune prin care prezintă măsuri pentru remedierea deficiențelor identificate, motiv pentru care m-am exprimat în favoarea raportului referitor la descărcarea de gestiune pentru execuția bugetului întreprinderii comune ARTEMIS aferent exercițiului financiar 2013, având credința că aceste inadvertențe vor fi soluționate în urma planului de acțiune.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto a sfavore della concessione del discarico per ARTEMIS.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ARTEMIS per l'esercizio 2013.

Questa società è stata istituita per rafforzare la competitività dell'Unione attraverso un'agenda di ricerca sullo sviluppo di tecnologie essenziali per i sistemi informatici incorporati in vari settori d'applicazione. Successivamente, ARTEMIS si è fusa con ENIAC per dare vita all'iniziativa tecnologica congiunta «Componenti e sistemi elettronici per la leadership europea» (ITC ECSEL), che ha avviato la sua attività nel giugno 2014 per il prossimo decennio.

I conti annuali dell'impresa comune per l'esercizio 2013 sembrano frutto di una gestione finanziaria e di bilancio improntata alla correttezza. Anche i sistemi di controllo interno hanno ottenuto esiti efficaci. Per questo motivo ho deciso di votare a favore del discarico per l'esecuzione del bilancio.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This discharge was a second report in respect of the implementation of the budget of the ARTEMIS Joint Undertaking for the financial year 2013. I voted in favour of this procedure as it was a mere formality and no significant irregularity had been detected.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Artemis was set up in 2007 for a period of 10 years, the total funding over 10 years is worth EUR 2.5 billion. The purpose of this project is to set up embedded computer systems across different areas of application with the intention to strengthen EU competitiveness and sustainability across Member States.

There is a call for the contributions from the Member States to be at least 1.8 times of the contributions that the Union make. The Union contribution for 2013 equates to EUR 181 454 844 and the Member States contribution amounts to EUR 341 842 261. We cannot support this given that there is pressure on the Member States to support this programme, and that competitiveness should be left to the markets.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I was concerned with the budgetary and financial management as well as the internal audit which were not carried out according to the expected standard.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho ritenuto opportuno votare contro la concessione del discarico perché, sebbene ARTEMIS abbia cercato di migliorare la propria situazione, sono contrario al proliferare di imprese comuni.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφικώς*. – Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, έχοντας υπόψιν τους οριστικούς ετήσιους λογαριασμούς της κοινής επιχείρησης ARTEMIS για το οικονομικό έτος 2013, έχοντας υπόψιν τη δεύτερη έκθεση της Επιτροπής Ελέγχου του Προϋπολογισμού, χορηγεί απαλλαγή στον εκτελεστικό διευθυντή της κοινής επιχείρησης ECSEL όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της κοινής επιχείρησης ARTEMIS για το οικονομικό έτος 2013.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di decisione con cui il Parlamento approva la chiusura dei conti dell'impresa comune ARTEMIS per l'esercizio 2013 e concede il discarico al direttore esecutivo dell'impresa comune ECSEL per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ARTEMIS per l'esercizio 2013.

Per ciò che attiene alla gestione finanziaria e di tesoreria e al sistema di controllo, la Corte dei conti non ha ravvisato aspetti problematici. L'impresa comune adotta come prescritto la disciplina sulla prevenzione e gestione dei conflitti di interesse e sulla trasparenza. Si evidenzia un'elevata produttività dei risultati di ricerca insieme con il rispetto della disciplina sulla protezione e sul trasferimento dei risultati della ricerca.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione dell'on. Ryszard Czarnecki sul discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ARTEMIS.

Questa impresa è stata istituita nel dicembre 2007 per un periodo di 10 anni al fine di definire e attuare una «agenda di ricerca» per lo sviluppo di tecnologie essenziali per i sistemi informatici; il fine è quello di rafforzare la competitività dell'Unione e la sostenibilità e permettere l'emergere di nuovi mercati e nuove applicazioni sociali.

Seguendo la linea del gruppo ho appoggiato la relazione del collega che, visti i conti annuali definitivi, richiede di chiudere i conti dell'impresa.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Artemis was set up in 2007 for a period of 10 years, the total funding over 10 years is worth EUR 2.5 billion. The purpose of this project is to set up embedded computer systems across different areas of application with the intention to strengthen EU competitiveness and sustainability across Member States.

There is a call for the contributions from the Member States to be at least 1.8 times of the contributions that the Union make. The Union contribution for 2013 equates to EUR 181 454 844 and the Member States contribution amounts to EUR 341 842 261. We cannot support this given that there is pressure on the Member States to support this programme, and that competitiveness should be left to the markets.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Artemis was set up in 2007 for a period of 10 years, the total funding over 10 years is worth EUR 2.5 billion. The purpose of this project is to set up embedded computer systems across different areas of application with the intention to strengthen EU competitiveness and sustainability across Member States.

There is a call for the contributions from the Member States to be at least 1.8 times of the contributions that the Union make. The Union contribution for 2013 equates to EUR 181 454 844 and the Member States contribution amounts to EUR 341 842 261. We cannot support this given that there is pressure on the Member States to support this programme, and that competitiveness should be left to the markets.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – L'impresa comune ARTEMIS è stata istituita nel dicembre 2007 con l'obiettivo di definire e attuare una «agenda di ricerca» per lo sviluppo di tecnologie essenziali per i sistemi informatici incorporati in vari settori d'applicazione, al fine di rafforzare la competitività dell'Unione e la sostenibilità e permettere l'emergere di nuovi mercati e di nuove applicazioni sociali.

Dienstag, 27. Oktober 2015

I conti annuali dell'impresa comune per l'esercizio 2013 presentano fedelmente, sotto tutti gli aspetti rilevanti, la posizione finanziaria della stessa al 31 dicembre 2013, nonché i risultati delle sue operazioni e i flussi di cassa per l'esercizio chiuso in tale data, conformemente alle disposizioni del regolamento finanziario dell'impresa comune stessa.

Pertanto voto a favore di tale proposta, che prevede la concessione del discharge per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ARTEMIS per l'esercizio 2013.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha proposto, in prima istanza, di rinviare la concessione del discharge del bilancio dell'impresa comune ARTEMIS. Ora si tratta quindi di votare per la definitiva concessione o meno del discharge.

Il discharge non era stato concesso perché la Corte dei conti, nella sua relazione sui conti annuali dell'impresa comune ARTEMIS per l'esercizio 2013, aveva emesso un giudizio con riserva. ARTEMIS ha quindi compiuto progressi per quanto riguarda l'attuazione del piano d'azione inteso a ovviare alle carenze riscontrate dalla Corte mettendo in atto le modalità pratiche per gli audit ex post in relazione agli accordi amministrativi firmati con le autorità di finanziamento nazionali (AFN). Inoltre, in ragione della fusione con l'impresa comune ENIAC, la politica generale di prevenzione e gestione dei conflitti d'interesse dell'ENIAC si applica ormai anche all'impresa comune ed è stato approvato il piano di ripristino in caso di disastro per l'infrastruttura informatica condivisa dell'impresa comune. La relazione invita quindi il Parlamento a votare a favore della concessione del discharge.

Sebbene ARTEMIS abbia cercato di migliorare la sua situazione, per mostrare il dissenso al proliferare di imprese comuni, ritengo opportuno votare contrariamente alla concessione del discharge.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de aprobar la gestión de la ejecución del presupuesto de la Empresa Común Artemis para el ejercicio 2013 puesto que no hay ninguna irregularidad significativa en la evaluación.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az ARTEMIS Közös Vállalkozás az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a költségvetési ellenőrzési szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, az összeférhetetlenségi szabályok alkalmazását és az átláthatóságot megerősítette, belső ellenőrző rendszereit felülvizsgálta. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Ezért támogattam az ARTEMIS Közös Vállalkozás mentesítésének megadását.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of granting discharge to ARTEMIS because based on a report provided to CONT which showed that improvements have been made including in the ex-post audits and audit strategies, the progress in managing the assurances provided by National Funding Authorities as well as on development of new methodology for residual error rate estimation. I fully support such accountability measures and I feel confident in giving my support to this discharge now that the requested changes have taken place.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative propose l'octroi de la décharge pour l'exercice budgétaire de l'année 2013 à l'entreprise commune Artémis, à la suite d'un premier refus du Parlement européen lors de la session d'avril 2015. Ce refus était fondé sur des réserves de la Cour des comptes, qui avait constaté que l'entreprise Artémis n'avait pas respecté les recommandations formulées par l'autorité de décharge en 2014 et n'avait pas adopté de politique globale de prévention et de gestion des conflits d'intérêts.

L'entreprise commune a présenté en juin 2015 un nouveau rapport au Parlement européen sur les progrès réalisés. Après examen, le Parlement considère que les progrès dans la gestion des assurances fournies par les autorités de financement nationales et dans l'élaboration d'une nouvelle méthode d'estimation du taux d'erreur résiduel sont satisfaisants.

Soutenant les conclusions de ce rapport, j'ai voté pour l'octroi de la décharge 2013.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'octroi de la décharge au directeur exécutif de l'entreprise commune ECSEL sur l'exécution du budget de l'entreprise commune Artemis pour l'exercice 2013. La Cour des comptes a en effet estimé que la situation financière de l'entreprise commune Artemis était fidèlement représentée dans ses comptes annuels pour l'exercice 2013.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést, a szakbizottság az ARTEMIS Közös Vállalkozás mentesítésének megadásáról döntött. A Közös Vállalkozás ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, az összeférhetetlenségi szabályok alkalmazását és az átláthatóságot megerősítette, belső ellenőrző rendszereit felülvizsgálta. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az ARTEMIS Közös Vállalkozás mentesítésének megadását támogattam.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce deuxième rapport concernait la décharge sur l'exécution du budget de l'entreprise, ou initiative conjointe Artemis, créée en 2007 et développant des systèmes électroniques embarqués.

Alors que l'autre initiative avec laquelle elle a fusionné, Eniac, est déjà mise en cause dans des problèmes de transparence dans son fonctionnement budgétaire interne, il apparaît nécessaire de remettre en perspective la pertinence de ce financement au vu de sa faible valeur ajoutée.

Soucieuse d'une utilisation raisonnée des financements publics en général, particulièrement lorsque ceux-ci ne semblent pas pertinents, j'ai voté contre ce rapport.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Όσον αφορά την εκτέλεση του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2013, οι πληροφορίες που παρέχονται σχετικά με τα οικονομικά μεγέθη δεν δικαιολογούν την απαλλαγή της κοινής Επιχείρησης ARTEMIS.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést, a szakbizottság az ARTEMIS Közös Vállalkozás mentesítésének megadásáról döntött. A Közös Vállalkozás ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, az összeférhetetlenségi szabályok alkalmazását és az átláthatóságot megerősítette, belső ellenőrző rendszereit felülvizsgálta. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az ARTEMIS Közös Vállalkozás mentesítésének megadását támogattam.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – Artemis was set up in 2007 for a period of 10 years, the total funding over 10 years is worth EUR 2.5 billion. The purpose of this project is to set up embedded computer systems across different areas of application with the intention to strengthen EU competitiveness and sustainability across Member States.

There is a call for the contributions from the Member States to be at least 1.8 times of the contributions that the Union make. The Union contribution for 2013 equates to EUR 181 454 844 and the Member States contribution amounts to EUR 341 842 261. We cannot support this given that there is pressure on the Member States to support this programme, and that competitiveness should be left to the markets.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Empresa Comum ARTEMIS foi criada em dezembro de 2007 para um período de 10 anos com o objetivo de definir e executar um «programa de investigação» para o desenvolvimento de tecnologias essenciais no domínio dos sistemas informáticos incorporados em diferentes áreas de aplicação, a fim de reforçar a competitividade e a sustentabilidade da União e permitir a emergência de novos mercados e aplicações sociais.

As contribuições a favor da Empresa foram de 181 454 844 EUR por parte da União e de 341 842 261 EUR por parte dos Estados-Membros, o que corresponde a um nível de 1,88.

As 23 entidades financiadoras nacionais que partilharam informação sobre as suas estratégias de auditoria representam 95% da totalidade das subvenções concedidas. As garantias fornecidas pelos sistemas nacionais foram objeto de uma avaliação positiva nos países que representam 54 % das subvenções concedidas, enquanto as avaliações relativas a outros países se encontram numa fase avançada de execução, do que resultará uma cobertura das subvenções de 84 %.

Dienstag, 27. Oktober 2015

A Empresa desenvolveu uma nova metodologia para o cálculo da taxa de erro residual, tendo a primeira avaliação baseada nas 157 operações auditadas dado um resultado de 0,73%, enquanto uma atualização recentemente efetuada com base em 331 operações deu um resultado de 0,66 %, abaixo do limiar de materialidade de 2%. Aprovei o relatório.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A Empresa Comum ARTEMIS foi criada em Dezembro de 2007 para um período de 10 anos com o objetivo de definir e executar um «programa de investigação» para o desenvolvimento de tecnologias essenciais no domínio dos sistemas informáticos incorporados em diferentes áreas de aplicação, «a fim de reforçar a competitividade e a sustentabilidade da UE e permitir a emergência de novos mercados e aplicações sociais».

Tendo as Empresas Comuns ENIAC e ARTEMIS sido fundidas e entrado em atividade em junho de 2014, criaram a iniciativa tecnológica conjunta no domínio dos «Componentes e sistemas eletrónicos para uma liderança europeia» (ECSEL) , que funcionará durante dez anos.

O Tribunal de Contas declarou que as contas anuais da Empresa Comum relativas a 2013 refletiam fielmente a sua situação financeira em 31 de dezembro de 2013, bem como os resultados das suas operações e fluxos de tesouraria relativos ao exercício encerrado nessa data, em conformidade com as disposições do seu regulamento financeiro. Razão pela qual acompanhamos o parecer positivo do relator quanto à quitação.

A Comissão realizará uma avaliação da atividade da Empresa Comum ARTEMIS até à data da criação da iniciativa tecnológica conjunta ECSEL, tal como previsto no Regulamento (CE) n.º 74/2008 do Conselho relativo à constituição da Empresa Comum ARTEMIS.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – The replies provided by the Executive Director of the ECSEL Joint Undertaking (formerly the ENIAC Joint Undertaking) were considered to be satisfactory so I voted in favour.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – v tejto správe ide o udelenie absolutória za rok 2013 pre spoločnosť ARTEMIS.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro la relazione per la concessione del discarico.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Καταψηφίζω την πρόταση όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της κοινής επιχείρησης Artemis για το οικονομικό έτος 2013.

Oι πληροφορίες που παρέχονται σχετικά με τα οικονομικά μεγέθη δεν δικαιολογούν την απαλλαγή της κοινής Επιχείρησης ARTEMIS και δεν καλύπτουν τα κενά που εντοπίστηκαν στην αντίστοιχη προηγούμενη που είχε έρδει προς ψήφιση στην Ολομέλεια στις 31 Μαρτίου 2015.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the discharge of the ARTEMIS Joint Undertaking for the financial year 2013. Following a consensual compromise between the political groups, the agreement was voted by a large majority.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Die Gemeinsame Technologieinitiative ARTEMIS (Advanced Research and Technology for Embedded Intelligence and Systems) unterstützt die Forschung zum Themengebiet des „unsichtbaren Computers“. Dies umfasst sogenannte „eingebettete“ Computersysteme, mit deren Hilfe andere Maschinen betrieben werden. Ich habe gegen die Entlastung gestimmt, da ich der Meinung bin, dass die Industrie selbst solche Projekte finanzieren kann. Dafür braucht es kein „Gemeinsames EU-Unternehmen“, finanziert aus Steuergeldern.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich habe der Entlastung des Gemeinsamen Unternehmens ARTEMIS für das Jahr 2013 zugestimmt.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this call for more money to be wasted on more failing IT projects.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I have voted to grant discharge for the EU's Joint Undertakings ENIAC and ARTEMIS, which merged in June 2014 to create the Electronic Components and Systems for European Leadership (ECSEL) joint technology initiative. The organisations have taken measures to show that EU funds are spent in a correct and transparent manner. The second report on discharge for 2013 indicates that sufficient steps have been taken to address the main issues raised by the Court of Auditors, including, importantly, the introduction of new ex-post audit mechanisms in order to verify the agreements with the national funding authorities.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of granting the discharge to ARTEMIS today as this report recently submitted to the CONT Committee, shows that shortcomings from previous years have been addressed and that EU funds have been spent in a transparent manner. Therefore, it had my support today.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este segundo informe se refiere a la aprobación de la gestión del presupuesto de la UE para 2013 de la Empresa Común Artemis, que lleva a cabo un programa de investigación para el desarrollo de tecnologías de computación clave y se fusionó recientemente con ENIAC. La evaluación es positiva, aunque apenas empleó el 69% de los recursos previstos, pero la implementación técnica no se vio afectada significativamente. La Empresa Común ha tenido resultados positivos en términos de creación de empleo y producción de patentes. Al no haber irregularidades reseñables en el lado de la rendición de cuentas, siendo un procedimiento de rutina, hemos votado a favor.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I have voted, alongside my colleagues in the EPLP, to grant discharge for the EU's Joint Undertakings ENIAC and ARTEMIS, which merged in June 2014 to create the Electronic Components and Systems for European Leadership (ECSEL) joint technology initiative. The organisations have taken measures to show that EU funds are spent in a correct and transparent manner. The second report on discharge for 2013 indicates that sufficient steps have been taken to address the main issues raised by the Court of Auditors including, importantly, the introduction of new ex post audit mechanisms in order to verify the agreements with the national funding authorities.

Antanas Guoga (ALDE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl bendrosios įmonės ARTEMIS 2013 finansinių metų biudžeto įvykdymo patvirtinimo, nes juo Parlamentas patvirtina 2013 m. biudžeto įvykdymą bendrajai įmonei ARTEMIS. Mano nuomone, šios įmonės paskirtis yra svarbi – apibrėžti ir įgyvendinti pagrindinių technologijų, susijusių su įterptomis kompiuterinėmis sistemomis įvairiose taikymo srityse, vystymo mokslinių tyrimų darbotvarkę siekiant skatinti Sąjungos konkurencingumą ir tvarumą ir sudaryti sąlygas naujų rinkų atsiradimui bei visuomenei naudingam technologijų taikymui.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést. A szakbizottság az ARTEMIS Közös Vállalkozás mentesítésének megadásáról döntött. A Közös Vállalkozás ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, az összeférhetlenségi szabályok alkalmazását és az átláthatóságot megerősítette, belső ellenőrző rendszereit felülvizsgálta. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, és a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az ARTEMIS Közös Vállalkozás mentesítésének megadását támogattam.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report granting the discharge as the ARTEMIS Joint Undertaking assists in the crucial development of key technologies for embedded computing systems across different application areas in order to strengthen EU competitiveness and sustainability and to allow for the emergence of new markets and societal applications.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést. A szakbizottság az ARTEMIS Közös Vállalkozás mentesítésének megadásáról döntött. A Közös Vállalkozás ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, az összeférhetlenségi szabályok alkalmazását és az átláthatóságot megerősítette, belső ellenőrző rendszereit felülvizsgálta. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az ARTEMIS Közös Vállalkozás mentesítésének megadását támogattam.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za drugo izvješće o razrješnici za izvršenje proračuna Zajedničkog poduzeća ARTEMIS za financijsku godinu 2013., jer je godišnja računovodstvena dokumentacija uredna i u skladu s financijskim pravilima, dok su osnovne transakcije zakonite i pravilne.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Utvrđen je također napredak u provođenju akcijskog plana te je izrađena nova metodologija za procjenu stope preostalih pogrešaka. Smatram da je od značajne važnosti uspostavljanje Odjela za unutarnju reviziju koji doprinosi korektnom proračunskom poslovanju. Povrh toga, unaprijeđeni su postupci u slučajevima sukoba interesa i načelo transparentnosti, te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de la décharge sur l'exécution du budget 2013 de l'entreprise Artemis, financée par le budget de l'Union, le secteur privé et les États membres.

Des améliorations sont souhaitables, notamment concernant le rythme des paiements. De plus, la Cour des comptes s'interroge sur la légalité et la régularité des opérations de cette entreprise.

J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – Artemis was set up in 2007 for a period of 10 years, the total funding over 10 years is worth EUR 2.5 billion. The purpose of this project is to set up embedded computer systems across different areas of application with the intention to strengthen EU competitiveness and sustainability across Member States.

There is a call for the contributions from the Member States to be at least 1.8 times of the contributions that the Union make. The Union contribution for 2013 equates to EUR 181 454 844 and the Member States contribution amounts to EUR 341 842 261. I and my fellow UKIP MEP's cannot support this given that there is pressure on the Member States to support this programme, and that competitiveness should be left to the markets.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – L'entreprise Artémis a suivi les recommandations formulées par le Parlement européen et la Cour des comptes visant à améliorer l'audit et à éviter les conflits d'intérêts dans cette entreprise. J'ai donc voté en faveur de ce rapport lui octroyant la décharge.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen diesen Bericht. Die Resolutionen legen zwar die Probleme recht klar dar, nichtsdestotrotz ist die Entscheidung, die auf der Basis der Probleme getroffen wurde, nicht nachvollziehbar. Eine positive Verabschiedung ist daher meinerseits nicht möglich.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted to grant the discharge, as the organisation has taken measures to show that EU funds are spent in a correct and transparent manner.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'impresa comune ARTEMIS è stata creata al fine di rafforzare la competitività dell'Unione e la sostenibilità e permettere l'emergere di nuovi mercati e di nuove applicazioni sociali.

Ho deciso di votare a favore del discarico di ARTEMIS in quanto la Corte dei conti ha dichiarato che i conti annuali dell'impresa comune per l'esercizio 2013 presentano fedelmente la posizione finanziaria della stessa al 31 dicembre 2013. Inoltre, a seguito della fusione delle imprese comuni ARTEMIS ed ENIAC, condivido la decisione della Commissione di procedere ad una valutazione dell'attività dell'impresa comune ARTEMIS sino alla data della creazione dell'ITC ECSEL.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Czarnecki vise à octroyer la décharge au directeur exécutif de l'entreprise commune ECSEL sur l'exécution du budget de l'entreprise commune Artemis (qui est une entreprise de développement des systèmes informatiques) pour l'exercice 2013.

Cependant, si depuis la première décharge, certains points litigieux ont été améliorés, d'autres problèmes persistent tels que la légalité et la régularité des opérations, comme le relève la Cour des comptes ou encore le rythme très lent des paiements. J'ai donc décidé de voter contre ce rapport qui me semble bien trop clément.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA kan geen groen licht geven voor de kwijting van afzonderlijke onderdelen van de Europese begroting vooraleer de volledige boekhouding door de Europese Rekenkamer is goedgekeurd.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de aprobar la gestión de la ejecución del presupuesto de la Empresa Común Artemis para el ejercicio 2013 puesto que no hay ninguna irregularidad significativa en la evaluación.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Zajedničko poduzeće ARTEMIS osnovano je u prosincu 2007. na razdoblje od 10 godina radi utvrđivanja i provedbe programa istraživanja razvoja ključnih tehnologija ugrađenih u računalne sustave. Krajnji cilj je povećanje konkurentnosti i održivost Unije te kreiranje novih tržišta.

Podržala sam razrješnicu za izvršenje proračuna ARTEMIS-a za financijsku godinu 2013. budući da je odluka Europskog parlamenta o odobravanju razrješnice donesena temeljem odluke Revizorskog suda. Revizorski sud potvrdio je napredak u provođenju akcijskog plana od strane ARTEMIS-a, osobito u području sustava unutarnjeg nadzora, praćenja i izvješćivanja o zaštiti, širenju i prijenosu rezultata istraživanja te sprječavanju sukoba interesa.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφικώς*. – Καταψηφίζω τη Δεύτερη Έκθεση σχετικά με την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της κοινής επιχείρησης ARTEMIS για το οικονομικό έτος 2013, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cet octroi de décharge. Créée en 2007, Artémis doit définir et mettre en œuvre un programme de recherche pour le développement des technologies nécessaires aux systèmes informatiques embarqués dans divers domaines d'application.

La décharge d'Artémis avait déjà été reportée par le Parlement européen lors du précédent vote à cause de diverses irrégularités notées par la Cour des comptes, en matière de transparence, de garanties et de méthodes d'estimations des erreurs. Artémis avait promis de corriger ces erreurs. Cependant la Cour des comptes exprime toujours des doutes sur la régularité et la légalité des opérations sous-jacentes aux comptes annuels. Elle note également un rythme très ralenti des paiements.

Dans ces conditions, nous nous opposons à l'octroi de cette décharge.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted to grant the Executive Director of the ECSEL Joint Undertaking discharge in respect of the implementation of the ARTEMIS Joint Undertaking's budget for the financial year 2013.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Considerando i conti annuali definitivi dell'impresa comune ARTEMIS relativi all'esercizio 2013 e vista la relazione della Corte dei conti sui conti annuali dell'impresa comune ARTEMIS relativi all'esercizio 2013, corredata delle risposte dell'impresa comune, il Parlamento ha approvato la chiusura dei conti dell'impresa ARTEMIS per l'esercizio 2013 concedendo il discarico al direttore esecutivo dell'impresa ECSEL per l'esecuzione del bilancio dell'impresa ARTEMIS per l'esercizio 2013.

Per tali ragioni ho votato a favore del discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa ARTEMIS per l'esercizio 2013.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – La Corte dei conti, nella dichiarazione presentata per l'esercizio 2013, ha attestato la legittimità e la regolarità delle operazioni dell'impresa comune ARTEMIS. Tenuto conto delle precedenti valutazioni e dichiarazioni attestanti l'affidabilità dell'impresa, ho sostenuto con voto favorevole la relazione che concede il discarico al direttore esecutivo dell'impresa comune ECSEL per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ARTEMIS per l'esercizio 2013.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht schildert die Probleme gut, jedoch geht nicht hervor, welche Entscheidung auf Grundlage dieser Schilderung getroffen werden sollte. Daher habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le pouvoir de décharge budgétaire du Parlement devrait lui permettre de faire respecter par l'ensemble des institutions et agences européennes les engagements budgétaires pris. Or la Commission comme le Conseil ne tiennent quasiment aucun compte des votes du Parlement, y compris quand il refuse la décharge. C'est un symptôme de l'impuissance démocratique du Parlement dans l'Union.

Dienstag, 27. Oktober 2015

La décharge sur l'entreprise commune ARTEMIS avait été ajournée en avril dernier en raison de manquements concernant la procédure de prévention des conflits d'intérêts. L'entreprise a désormais apporté des assurances sur ce point. Mais le budget 2013 ayant encore une fois été exécuté de manière particulièrement chaotique, toute décharge donnée pour cet exercice pose problème.

En effet, cette année-là, la Commission et le Conseil ont réussi à mettre en réserve et à reporter 1 milliard d'excédents alors que l'Union avait accumulé 20 milliards d'impayés. Cette application sauvage de l'austérité est inadmissible et absurde. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il est question de la décharge sur l'exécution du budget 2013 de l'entreprise Artemis, financée par le budget de l'Union, le secteur privé et les États membres. Des points importants restent à améliorer, notamment concernant le rythme des paiements. De plus, la Cour des comptes s'interroge sur la légalité et la régularité des opérations de cette entreprise. Par conséquent, je vote contre l'octroi de la décharge. Concernant la proposition de résolution, je vote contre, considérant le rapport trop clément.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report and the rapporteur's conclusions to support the discharge, as progress has been made in implementing the action plan aimed at remedying the deficiencies identified by the Court of Auditors.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Správou o absolutóriu Európsky parlament udeľuje absolutórium výkonnému riaditeľovi súčasného spoločného podniku ECSEL, zriadeného v roku 2014, za plnenie rozpočtu bývalého spoločného podniku ARTEMIS, založeného v roku 2007 na desať rokov, za rozpočtový rok 2013. Jedná sa o výskum v oblasti vývoja kľúčových technológií pre zabudované počítačové systémy na posilnenie konkurencieschopnosti Únie. Po schválení účtovných uzáverok Dvorom audítorov a po splnení podmienok spolufinancovania podniku vnútroštátnymi orgánmi Parlament konštatuje, že bola poskytnutá dostatočná istota o zákonnosti a správnosti podnikom vykonaných operácií.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of granting discharge for 2013 to the ARTEMIS Joint Undertaking.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az EU költségvetése számos szakpolitika és program végrehajtását támogatja. Az Európai Parlament és Tanács által a többéves pénzügyi keretben rögzített prioritásokkal összhangban a Bizottság meghatározott programok, tevékenységek és projektek végrehajtásához nyújt technikai támogatást ezekre szakosodott ügynökségeknek.

A brüsszeli székhelyű ARTEMIS közös vállalkozást a 74/2008/EK tanácsi rendelkezés 2007-ben hozta létre, tízéves időszakra. Fő célja a beágyazott számítástechnikai rendszerekre irányuló közös technológiai kezdeményezés megvalósítása.

Az ARTEMIS közös vállalkozás benyújtotta a 2013-as pénzügyi évre vonatkozó végleges éves beszámolóját. Az Európai Számvevőszék a 2013-as pénzügyi évre vonatkozóan nyilatkozatban igazolta az elszámolás megbízhatóságát, valamint az alapjául szolgáló ügyletek jogszerűségét és szabályszerűségét. A Tanács 2015. február 17-i ajánlásában a közös vállalkozás számára adandó mentesítés mellett foglalt állást a 2013-as pénzügyi évre szóló költségvetés végrehajtására vonatkozóan. A Parlament Költségvetési Ellenőrzési Bizottsága az ARTEMIS közös vállalkozás 2013-as pénzügyi évre szóló költségvetésének végrehajtására vonatkozó mentesítés megadását ajánlotta a parlamentnek. Az előterjesztést ennek megfelelően támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A ARTEMIS foi criada em dezembro de 2007 para um período de 10 anos com o objetivo de definir e executar um «programa de investigação» para o desenvolvimento de tecnologias essenciais no domínio dos sistemas informáticos incorporados em diferentes áreas de aplicação, a fim de reforçar a competitividade e a sustentabilidade da União e permitir a emergência de novos mercados e aplicações sociais.

Em junho de 2014, a ENIAC e ARTEMIS foram fundidas para criar a iniciativa tecnológica conjunta no domínio dos «Componentes e sistemas eletrónicos para uma liderança europeia» (ECSEL) com o período de funcionamento de dez anos.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Atendendo a que o Tribunal de Contas declarou que as contas anuais da Artemis relativas a 2013 refletem exatamente, em todos os aspetos materialmente relevantes, a sua situação financeira em 31 de dezembro de 2013, bem como os resultados das suas operações e fluxos de tesouraria relativos ao exercício encerrado nessa data, em conformidade com o seu regulamento financeiro, o presente relatório merece o meu voto favorável.

Defendo que todas as instituições da União Europeia devem ser transparentes e plenamente responsáveis perante os cidadãos relativamente aos fundos que lhes são concedidos enquanto instituições da União.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Czarnecki vise à octroyer la décharge au directeur exécutif de l'entreprise commune ECSEL sur l'exécution du budget de l'entreprise commune Artemis (qui est une entreprise de développement des systèmes informatiques) pour l'exercice 2013. Cependant, si depuis la première décharge, certains points litigieux ont été améliorés, d'autres problèmes persistent, tels que la légalité et la régularité des opérations, comme le relève la Cour des comptes, ou encore le rythme très lent des paiements. J'ai donc décidé de voter contre ce rapport qui me semble bien trop clément.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I have voted to grant discharge for the EU's Joint Undertakings ENIAC and ARTEMIS, which merged in June 2014 to create the Electronic Components and Systems for European Leadership (ECSEL) joint technology initiative. The organisations have taken measures to show that EU funds are spent in a correct and transparent manner. The second report on discharge for 2013 indicates that sufficient steps have been taken to address the main issues raised by the Court of Auditors, including, importantly, the introduction of new ex post audit mechanisms in order to verify the agreements with the national funding authorities.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui autorise la décharge budgétaire 2013 pour l'entreprise commune Artemis. En avril dernier, cette décharge avait été ajournée car la Cour des comptes n'avait pas obtenu d'assurance raisonnable quant à la légalité et à la régularité des opérations sous-jacentes aux comptes annuels de cette entreprise.

Le rapport remis en septembre pour faire état des mesures prises pour une meilleure mise en œuvre du budget d'Artemis a donné satisfaction aux autorités de décharge. En conséquence, la commission du contrôle budgétaire a recommandé d'accorder cette décharge.

La décharge budgétaire, qui peut être accordée, ajournée ou refusée par le Parlement européen, constitue le contrôle final du budget annuel. Ce processus représente le volet politique du contrôle de l'exécution budgétaire. Il prend appui sur les rapports de la Cour des Comptes et sur les précisions apportées par les organismes concernés. La décision de décharge peut s'accompagner de recommandations pour améliorer certains aspects de l'exécution budgétaire.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for his report that will further support ARTEMIS Joint Undertaking ('the Joint Undertaking') which was initially set up in December 2007 for a period of 10 years to define and implement a 'Research Agenda' for the development of key technologies for embedded computing systems across different application areas in order to strengthen Union competitiveness and sustainability and to allow for the emergence of new markets and societal applications.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Întreprinderea comună ARTEMIS a fost înființată în 2007 pentru o perioadă de 10 ani, pentru a defini și a pune în aplicare o „agendă de cercetare” în vederea dezvoltării de tehnologii-cheie pentru sistemele informatice integrate din diferite sectoare de aplicare. Scopul ARTEMIS este de a consolida competitivitatea și sustenabilitatea în cadrul Uniunii și a facilita apariția unor noi piețe și aplicații în societate.

În 2014, ARTEMIS și întreprinderea comună ENIAC au fuzionat în vederea creării inițiativei tehnologice comune „Componente și sisteme electronice pentru o poziție de lider a Europei” (ECSEL), a cărei activitate va continua timp de 10 ani.

Contribuțiile financiare totale din partea statelor membre ale ARTEMIS ar trebui să fie de cel puțin 1,8 ori mai mari decât contribuția financiară a Uniunii, iar contribuția în natură a organizațiilor de cercetare și dezvoltare care participă la proiecte pe durata întreprinderii comune sunt egale sau superioare contribuției autorităților publice.

Dienstag, 27. Oktober 2015

În calitate de vice-președinte al Comisiei pentru control bugetar și în calitate de coordonator S&D pentru Comisia pentru industrie, cercetare și energie, susțin acordarea descărcării de gestiune pentru execuția bugetului întreprinderii comune ARTEMIS aferent exercițiului financiar 2013.

Andrey Novakov (PPE), *in writing*. – The two dossiers (ENIAC and ARTEMIS) for discharge 2013 were considered jointly in the Committee on Budgetary control since in 2014 ARTEMIS and ENIAC have been merged into one agency-ECSEL JU. However, the Court of Auditors (CoA) has risen up particular shortcomings of the two. First of all, the CoA issued a qualified opinion for the third consecutive year questioning the ex post audit strategy with respect to the legality and regularity of the transactions of the ENIAC JU.

Furthermore, it criticized ARTEMIS JU on failing to respect the 2014 recommendations of the discharge authority and did not adopt a comprehensive policy for the prevention and management of conflicts of interests.

Considering all that, the European Parliament postponed the grant of discharge 2013 of the agencies on the 29th April 2015 and required a new more detailed report. After measuring the progress in the latter, including the new methodology for residual error rate estimation, a discharge was finally given.

However, in my opinion, we need to finance fewer but bigger priorities keeping in mind efficiency and results. Europe does not like useless projects. This should be taken into account by MS, but by institutions as well.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht und der damit verbundenen Entlastung habe ich mich meiner Stimme enthalten, da die Probleme des Unternehmens zwar recht klar darlegt werden. Jedoch sind die weiteren Schritte nicht klar nachvollziehbar, es mangelt also an überzeugenden Ideen zur Problembeseitigung.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Tegemist on eelarve täitmise heakskiitmisega.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Artemis was set up in 2007 for a period of 10 years, the total funding over 10 years is worth EUR 2.5 billion. The purpose of this project is to set up embedded computer systems across different areas of application with the intention to strengthen EU competitiveness and sustainability across Member States.

There is a call for the contributions from the Member States to be at least 1.8 times the contributions that the Union makes. The Union contribution for 2013 equates to EUR 181 454 844 and the Member States' contribution amounts to EUR 341 842 261. We cannot support this given that there is pressure on the Member States to support this programme, and that competitiveness should be left to the markets.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ringraziando il relatore per il lavoro svolto, ho deciso di esprimere il mio voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Budući da je utvrđeno da godišnja računovodstvena dokumentacija Zajedničkog poduzeća ARTEMIS za 2013. godinu odgovara realnom poslovanju poduzeća za 2013. te financijskom stanju poduzeća na kraju financijske godine 2013., a s obzirom na važnost ovoga poduzeća za istraživanje i razvoj tehnoloških inicijativa, podržavam razrješnicu za 2013. godinu za Zajedničko poduzeće ARTEMIS.

Pozdravljam u tom smislu izvješće Revizorskog suda o upravljanju proračunom i financijama za Zajedničko poduzeće ARTEMIS, ocjenjujem pozitivnim napore koje je Zajedničko poduzeće ARTEMIS poduzelo nakon prvotnog uvjetnog mišljenja Suda s ciljem poboljšanja nedostataka koje je Sud uočio, a koji su se očitovali kao napredak u provođenju akcijskog plana, kao i novu metodologiju za procjenu stope pogrešaka koju je poduzeće razvilo kako bi suzbilo pogreške pri reviziji financija.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Pozdravljam uspostavljanje Odbora za unutarnju reviziju, kao i baze podataka kojom su obuhvaćeni svi podatci koji bi eventulano mogli biti povezani sa sukobima interesa. Uzevši u obzir donesenu odluku o spajanju Zajedničkog poduzeća ARTEMIS sa Zajedničkim poduzećem ENIAC u zajedničku tehnološku inicijativu za elektroničke komponente i sustave za vodeći položaj Europe, smatram kako je od iznimne važnosti da je poslovanje poduzeća u razdoblju koje je prethodilo spajanju transparentno, pogotovo u financijskom smislu te da ne postoje sumnje u sukob interesa.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Czarnecki vise à octroyer la décharge au directeur exécutif de l'entreprise commune ECSEL sur l'exécution du budget de l'entreprise commune Artemis (qui est une entreprise de développement des systèmes informatiques) pour l'exercice 2013. Cependant, si depuis la première décharge, certains points litigieux ont été améliorés, d'autres problèmes persistent, tels que la légalité et la régularité des opérations, comme le relève la Cour des comptes, ou encore le rythme très lent des paiements.

J'ai donc décidé de voter contre ce rapport qui me semble bien trop clément.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Zajedničko poduzeće ARTEMIS osnovano je u prosincu 2007. radi utvrđivanja i provedbe programa istraživanja za razvoj ključnih tehnologija za ugrađene računalne sustave u raznim područjima primjene, a sa samostalnim je radom započelo u listopadu 2009. godine. Zajedničko poduzeće ARTEMIS i zajedničko poduzeće ENIAC spojeni su naknadno s ciljem stvaranja zajedničke tehnološke inicijative za elektroničke komponente i sustave za vodeći položaj Europe (ECSEL).

Zajedničko je poduzeće ostvarilo napredak u provođenju akcijskog plana kojim se nastoje ispraviti nedostaci koje je Revizorski sud utvrdio u svome uvjetnome mišljenju, pri čemu su jamstva nacionalnih sustava pozitivno ocijenjena za zemlje koje predstavljaju 54 % dodijeljenih bespovratnih sredstava, a posebice je vidljiv napredak u pogledu ex post i revizijskih strategija, suradnje s nacionalnim tijelima za financiranje te razvoja nove metodologije za procjenu stope preostalih pogrešaka.

Obećana je i primjena sveobuhvatne politike sprječavanja sukoba interesa. Prosječno od 211,5 publikacija i 16,6 patentata na svakih 10 000 000 eura bespovratnih sredstava Unije, pokazuje se visoka produktivnost rezultata istraživanja zajedničkog poduzeća te njegovo poštivanje svih zahtjeva koje su dosad iskazali koordinatori Sedmog okvirnog programa, zbog čega podržavam dodjelu razrješnice.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće zastupnika Ryszarda Czarneckog o razrješnici za izvršenje proračuna Zajedničkog poduzeća ARTEMIS za financijsku godinu 2013., budući je Revizorski sud u svojem izvješću o godišnjoj računovodstvenoj dokumentaciji spomenute agencije za financijsku godinu 2013. izjavio da financijska dokumentacija za 2013. predstavlja njegovo financijsko stanje na dan 31.12.2013., te da su rezultati njegovih operacija i novčanih tokova za okončanu godinu u skladu s odredbama njegovih financijskih pravila.

Na temelju zaključaka revizije, potvrđeno je da su uspostavljeni praktični mehanizmi za ex post revizije u vezi s administrativnim sporazumima koje je ono potpisalo s nacionalnim tijelima za financiranje. Ujedno, pozdravljam činjenicu da je Revizorski sud, upravo kako bi dopunio informacije koje je pribavilo Zajedničko poduzeće, surađivao s nacionalnim tijelima za financiranje, kako bi iskazao svoje mišljenje o zakonitosti i pravilnosti transakcija na kojima se temelji računovodstvena dokumentacija.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Evropský parlament v dubnu tohoto roku navrhl odložení rozpočtového absolutoria pro společný podnik ARTEMIS z důvodu nedostatečných opatření pro audity *ex post*. Dodatečné udělení absolutoria podmínil zavedením řady opatření, včetně opatření pro audity *ex post* týkající se administrativních dohod podepsaných s vnitrostátními financujícími orgány, která zahrnují zavedení zvláštního formuláře pro podávání zpráv a jsou doplněna hodnocením vnitrostátních systémů záruk ze strany společného podniku a návštěvami Účetního dvora ve vnitrostátních financujících orgánech. Účetní dvůr dále obdržel ověřené informace přímo z participujících členských států. Společný podnik dále vytvořil novou metodiku pro odhadování zbytkové míry chyb, přičemž zjištěná chybovost cca 0,7 % je hluboko pod obecně tolerovanou mírou 2 %. V průběhu roku 2014 došlo ke sloučení společného podniku ARTEMIS s dalším společným podnikem EU ENIAC, které tak vytvořily společnou technologickou iniciativu pro elektronické součásti a systémy pro vedoucí postavení Evropy (ECSEL). Jakožto stínový zpravodaj pro absolutorium společných podniků pro rok 2014 proto průběžně sledují vývoj v obou podnicích (ARTEMIS i nastupující ECSEL). V rámci Výboru pro rozpočtovou kontrolu jsem v souvislosti s realizovanými změnami hlasoval pro udělení absolutoria, stejně jako jsem jej podpořil na říjnovém plenárním zasedání.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'impresa comune ARTEMIS ha compiuto i progressi richiesti per ovviare alle carenze riscontrate dalla Corte dei conti. La procedura è stata chiusa in seguito alla dichiarazione attestante l'affidabilità, la legittimità e la regolarità delle relative operazioni, presentata dalla Corte dei conti, in merito al bilancio annuale dell'impresa comune ARTEMIS relativo all'esercizio 2013. Voto a favore della concessione del discarico per l'esercizio 2013.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – À la suite de la publication du nouveau rapport de la Cour des comptes concernant l'entreprise commune Artemis, j'ai voté en faveur de la décharge relative à l'exécution du budget pour l'exercice 2013. Le récent rapport apporte des preuves suffisantes de la légalité et de la régularité des comptes d'Artemis.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Ao dar quitação a uma instituição ou agência, o Parlamento Europeu aprova a boa utilização do erário público na execução orçamental, alcançada no respeito pela regulamentação.

Após recomendação do Conselho, os deputados ao Parlamento Europeu são chamados a exercer controlo sobre a gestão das dotações, decidindo sobre a quitação com base nos relatórios do Tribunal de Contas.

Assim, e avaliados os relatórios do Tribunal de Contas e da Comissão Parlamentar do Controlo Orçamental, votei a favor da presente decisão, que dá quitação ao Diretor Executivo da Empresa Comum ECSEL pela execução do orçamento da Empresa Comum ARTEMIS para o exercício de 2013.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Artemis was set up in 2007 for a period of 10 years, the total funding over 10 years is worth EUR 2.5 billion. The purpose of this project is to set up embedded computer systems across different areas of application with the intention to strengthen EU competitiveness and sustainability across Member States.

There is a call for the contributions from the Member States to be at least 1.8 times the contributions that the Union makes. The Union contribution for 2013 equates to EUR 181 454 844 and the Member States contribution amounts to EUR 341 842 261. We cannot support this given that there is pressure on the Member States to support this programme, and that competitiveness should be left to the markets.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Tras no lograr la aprobación de la gestión de sus cuentas en el mes de abril, la empresa Artemis lo ha logrado en este Pleno tras la nueva información aportada y la comparecencia de su director ante la Comisión de Control Presupuestario. En esta ocasión, sin embargo, tal y como constata el informe aprobado en el Parlamento, al que he dado mi apoyo, el Tribunal de Cuentas estipuló que las cuentas anuales de 2013 de la Empresa Común presentan fielmente su situación financiera a 31 de diciembre de 2013 y los resultados de sus operaciones y flujos de tesorería a fin de año. Constata, igualmente, mejoras en los sistemas de auditoría, recibiendo el Tribunal directamente información adicional procedente de las autoridades financieras nacionales de las que procede el 95 % de las subvenciones concedidas a la empresa, así como progresos en la aplicación del plan de acción encaminado a resolver las deficiencias constatadas por el Tribunal. Destaca asimismo que la empresa desarrolló una nueva metodología para el cálculo del porcentaje de error residual, similar al utilizado por los servicios de la Comisión encargados de la financiación gestionada conjuntamente, situándose el porcentaje de error residual por debajo del 1 %.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Après analyse des comptes, je note que le taux d'exécution des crédits de paiement après le rectificatif budgétaire de fin d'année était de 69 %. Selon l'entreprise commune, une partie de l'explication vient des retards observés dans la délivrance de certificats de paiement par les autorités de financement nationales.

Je souhaite également rappeler le rapport de la Cour des comptes qui stipule que les comptes annuels de l'entreprise commune pour l'exercice 2013 présentaient fidèlement, dans tous leurs aspects significatifs, la situation financière de celle-ci au 31 décembre 2013. Il en va de même pour les résultats de ses opérations et les flux de trésorerie pour l'exercice clos à cette date.

Pour toutes ces raisons, j'ai décidé de voter en faveur du 2e rapport Czarnecki et de donner décharge au directeur exécutif de l'entreprise commune ECSEL sur l'exécution du budget de l'entreprise commune Artemis pour l'exercice 2013.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui propose d'accorder la décharge à l'entreprise commune Artemis pour l'exercice 2013.

En avril dernier, l'entreprise commune Artemis s'était vu refuser l'octroi de la décharge pour l'année 2013 du fait de l'absence de politique globale de prévention et de gestion des conflits d'intérêts. Depuis, Artemis a remis un rapport au Parlement faisant état des progrès réalisés. Au regard de la décision d'Artemis de s'engager vers des réformes dans sa politique de prévention et de gestion des conflits d'intérêts, j'ai voté en faveur de l'octroi de la décharge.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione in quanto sono concorde con il Parlamento europeo nell'approvare la chiusura dei conti dell'impresa comune ARTEMIS e concedere il discarico al direttore esecutivo dell'impresa comune ECSEL per l'esecuzione del bilancio dell'impresa ARTEMIS per l'anno 2013.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Este segundo informe se refiere a la aprobación de la gestión del presupuesto de la UE para 2013 de la Empresa Común Artemis, que lleva a cabo un programa de investigación para el desarrollo de tecnologías de computación clave y se fusionó recientemente con ENIAC. La evaluación es positiva, aunque apenas empleó el 69% de los recursos previstos, pero la implementación técnica no se vio afectada significativamente. La Empresa Común ha tenido resultados positivos en términos de creación de empleo y producción de patentes. Al no haber irregularidades reseñables en el lado de la rendición de cuentas, siendo un procedimiento de rutina, hemos votado a favor.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de aprobar la gestión de la ejecución del presupuesto de la Empresa Común Artemis para el ejercicio 2013 puesto que no hay ninguna irregularidad significativa en la evaluación.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as it is spending vast amounts of UK taxpayers' money, and this should be decided in the UK Parliament.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I have voted to grant discharge for the EU's Joint Undertakings; this one, ARTEMIS, has taken measures to show that EU funds are spent in a correct and transparent manner.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som v súlade s princípom, že udelenie absolutória pre akúkoľvek časť z rozpočtu EÚ má nasledovať až po tom, čo rozpočet EÚ ako celok získa kladné stanovisko od Európskeho súdu audítorov.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitívno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – podporila som návrh uznesenia Európskeho parlamentu, ktorým sa udelilo absolutórium za rok 2013 pre spoločný podnik ARTEMIS. Tento podnik bol zriadený v decembri 2007 na obdobie desiatich rokov s cieľom vymedziť a realizovať plán výskumu v oblasti vývoja kľúčových technológií pre zabudované počítačové systémy v rôznych oblastiach použitia, aby sa posilnila konkurencieschopnosť a udržateľnosť Únie a umožnil vznik nových trhov a spoločenských aplikácií. Spoločný podnik začal samostatne fungovať v októbri 2009. Celkový finančný príspevok členských štátov spoločného podniku ARTEMIS mal predstavovať minimálne 1,8 násobok finančného príspevku Únie a nepeňažný príspevok organizácií v oblasti výskumu a vývoja, ktoré sa zúčastňujú na projektoch, ktoré bude počas trvania spoločného podniku rovnaký, alebo väčší ako príspevok verejných orgánov. Dvor audítorov uviedol, že ročná účtovná závierka spoločného podniku za rok 2013 verne vyjadruje zo všetkých významných hľadísk jeho

Dienstag, 27. Oktober 2015

finančnú situáciu k 31. 12. 2013 a výsledky jeho operácii a tok hotovosti je v súlade s ustanoveniami jeho nariadenia o rozpočtových pravidlách.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropski parlament vsako leto v postopku razrešnice proračuna obravnava zakonitost, pravilnost in uspešnost izvajanja proračuna evropskih institucij, agencij, skupnih podjetij in drugih služb EU.

Odbor CONT in nato še poslanci na aprilskem plenarnem zasedanju smo za skupno podjetje ENIAC preložili podelitev razrešnice glede proračuna za leto 2013, saj je Računsko sodišče že tretje leto zapored (torej za 2011, 2012 in 2013) izdalo mnenje s pridržkom o zakonitosti in pravilnosti transakcij.

V vmesnem času je Parlament prejel nove informacije o izboljšavah v tem skupnem podjetju, ki je že leta 2014, potem ko se je združilo s podjetjem ENIAC v skupno podjetje ECSLE, aktivno začelo izvajati svoj akcijski načrt za odpravo pomanjkljivosti, ki sta jih v preteklih letih ugotovila Računsko sodišče in Parlament, ter novo strategijo naknadnih revizij in izboljššan sistem javnega naročanja.

To je zagotovo razlog, da sem poročilo o razrešnici za skupno podjetje ARTEMIS pri glasovanju podprl, obenem pa naj poudarjam, da si mora podjetje še naprej močno prizadevati za izboljšanje ugotovljenih pomanjkljivosti. Ni dovolj, da je izvajanje proračuna zgolj zakonito in pravilno, vse bolj je pomembno tudi, da s preudarno porabo dosežemo dolgoročne pozitivne učinke na gospodarstvo, družbo in okolje.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne*. – Podporujem vytváranie takých podnikov, ktoré majú za cieľ výskum v oblasti vývoja kľúčových technológií. Takéto spoločné podniky nám pomôžu posilniť konkurencieschopnosť a udržateľnosť Únie a umožniť prienik na nové trhy a vytvorenie nových spoločenských aplikácií.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in support of granting discharge for the EU's Joint Undertakings ENIAC and ARTEMIS, which merged in June 2014 to create the Electronic Components and Systems for European Leadership (ECSEL) joint technology initiative. The organisations have taken measures to show that EU funds are spent in a correct and transparent manner. The second report on discharge for 2013 indicates that sufficient steps have been taken to address the main issues raised by the Court of Auditors, including, importantly, the introduction of new ex-post audit mechanisms in order to verify the agreements with the national funding authorities.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Uzimajući u obzir, između ostalog, preporuku Vijeća od 17. veljače 2015. o razrješnici koju treba dobiti Zajedničko poduzeće ARTEMIS za izvršenje proračuna za financijsku godinu 2013. te vlastitu Odluku od 29. travnja 2015. godine o odgodi Odluke o razrješnici za financijsku godinu 2013., kao i odgovore izvršnog direktora Zajedničkog poduzeća ECSEL (bivšeg Zajedničkog poduzeća ARTEMIS), Europski Parlament u svom izvješću daje razrješnicu izvršnom direktoru Zajedničkog poduzeća ECSEL za izvršenje proračuna Zajedničkog poduzeća ARTEMIS za financijsku godinu 2013. te odobrava zaključenje poslovnih knjiga Zajedničkog poduzeća ARTEMIS za istu financijsku godinu.

Nadalje, Europski parlament prima na znanje da će Komisija provesti evaluaciju kako bi ocijenila aktivnost ARTEMIS-a do datuma osnivanja zajedničkog poduzeća ECSEL. Ovo izvješće u potpunosti podržavam.

Richard Sulík (ECR), *pisomne* – vzhľadom na to, že rozpočet Európskej únie rok za rokom obsahuje neakceptovateľné množstvo chýb, v dôsledku čoho nemohol jeho efektívne využívanie potvrdiť ani Európsky dvor audítorov, pri tomto absolútoriu som hlasoval proti.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za razrešnico za leto 2013 za skupno podjetje ARTEMIS. Poročilo Računskega sodišča je pokazalo, da je podjetje ustrezno prikazalo njegovo finančno stanje, vključno z rezultati poslovanja ter vsemi denarnimi tokovi v letu 2013. Prav tako pozdravljam, da se je skupno podjetje Artemis zavezalo, da bo odpravilo pomanjkljivosti, ki jih je Računsko sodišče opredelilo v svojem mnenju s pridržkom, ter da bo Računsko sodišče dopolnilo informacije, ki jih je podalo skupno podjetje, s strani nacionalnih organov financiranja.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. – I abstained on this discharge and will not vote in favour of the discharges for any part of the EU budget until the budget as a whole receives a positive statement of assurance from the Court of Auditors. However the ARTEMIS joint undertaking is a beneficial programme for scientists across the EU and should continue to be funded at an EU level.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Όσον αφορά στην εκτέλεση του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2013, οι πληροφορίες που παρέχονται σχετικά με τα οικονομικά μεγέθη δεν δικαιολογούν την απαλλαγή της κοινής Επιχείρησης ARTEMIS.

Claudia Tapardel (S&D), *in writing*. – This report recommends granting discharge to the Director of the ARTEMIS Joint Undertaking for the financial year 2013.

With this text, the Parliament recognizes that the ARTEMIS JU has taken the necessary steps requested to redress the shortcomings the Parliament Committee on Budgetary Control (CONT) identified, particular, the fact that ARTEMIS JU failed to respect the 2014 recommendations of the discharge authority, by not adopting a comprehensive policy for the prevention and management of conflict of interests.

However, following the revised report submitted by the Director of ARTEMIS to CONT, on June 2015, the committee decided that improvements have been made, i.e. in the ex post audits and audit strategies, the progress in managing the assurances provided by National Funding Authorities as well as on development of new methodology for residual error rate estimation.

I agree with the Committee's decision to grant discharge to ARTEMIS, and therefore I voted in favour of the report in plenary.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte de décharge. Fruit d'un compromis consensuel entre les groupes politiques, l'accord a été voté à une large majorité.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report, regarding an analysis of the accounts of the Artemis Joint Undertaking and comprising two decisions and a resolution on it. The first decision seeks to grant discharge to the Executive Director of the ECSEL Joint Undertaking in respect of the implementation of the budget of the Artemis Joint Undertaking for the financial year 2013. The second aims at the approval of the closure of Artemis's accounts. Thirdly, with respect to the implementation of the budget, the resolution provides observations on budgetary and financial management, internal control systems, prevention and management of conflicts of interests and transparency and monitoring and reporting of research results.

The ARTEMIS Joint Undertaking was set up in December 2007 for a period of 10 years to define and implement a 'Research Agenda' for the development of key technologies for embedded computing systems across different application areas in order to strengthen EU competitiveness and sustainability.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Drugo poročilo o razrešnici glede izvrševanja proračuna skupnega podjetja Artemis za proračunsko leto 2013 sem podprla, ker je skupno podjetje po mnenju Računskega sodišča ustrezno prikazovalo svoje finančno stanje, rezultate poslovanja in denarne tokove na dan 31. decembra 2013.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este segundo informe se refiere a la aprobación de la gestión del presupuesto de la UE para 2013 de la Empresa Común Artemis, que lleva a cabo un programa de investigación para el desarrollo de tecnologías de computación clave y se fusionó recientemente con ENIAC. La evaluación es positiva, aunque apenas empleó el 69% de los recursos previstos, pero la implementación técnica no se vio afectada significativamente. La Empresa Común ha tenido resultados positivos en términos de creación de empleo y producción de patentes. Al no haber irregularidades reseñables en el lado de la rendición de cuentas, siendo un procedimiento de rutina, hemos votado a favor.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Számvevőszék véleménye szerint a közös vállalkozás 2013-as éves beszámolója minden lényeges szempontból híven és a közös vállalkozás pénzügyi szabályzatának előírásaival összhangban tükrözi a 2013. december 31-i pénzügyi helyzetet, illetve az év végéig lezajlott gazdasági és pénzforgalmi események eredményét. Ezért is támogattam a jelentést.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este segundo informe se refiere a la aprobación de la gestión del presupuesto de la UE para 2013 de la Empresa Común Artemis, que lleva a cabo un programa de investigación para el desarrollo de tecnologías de computación clave y se fusionó recientemente con ENIAC. La evaluación es positiva, aunque apenas empleó el 69% de los recursos previstos, pero la implementación técnica no se vio afectada significativamente. La Empresa Común ha tenido resultados positivos en términos de creación de empleo y producción de patentes. Al no haber irregularidades reseñables en el lado de la rendición de cuentas, siendo un procedimiento de rutina, hemos votado a favor.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the European Parliament decision of 27 October 2015 on the discharge in respect of the implementation of the budget of the ARTEMIS Joint Undertaking for the financial year 2013. The resolution addresses the Budgetary and Financial Management, internal control systems, prevention and management of conflicts of interests and transparency and monitoring and reporting of research results. These decisions are necessary to provide adequate monitoring and transparency of the work and its outcomes.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un asunto que fue pospuesto durante el plenario del pasado mes de abril al observar el Parlamento que la Empresa Común Artemis no había conseguido seguir ciertas recomendaciones de 2014 de la autoridad responsable de aprobar la gestión y no había adoptado una política global en relación a la gestión y prevención de conflictos de intereses. En junio se depositó un informe sobre los avances realizados desde el primer informe. En base a ello, el ponente expone en su informe que los progresos realizados han sido positivos por lo que está a favor de aprobar la gestión de Artemis. Por ello, considero necesario votar a favor.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro la decisione che chiede di concedere il discarico all'impresa comune ARTEMIS: la Corte dei conti, nella sua relazione sui conti annuali dell'impresa, aveva emesso un giudizio con riserva. La Corte non era infatti in grado di valutare se gli *audit ex post* fornissero garanzie sufficienti riguardo alla legittimità e alla regolarità delle operazioni sottostanti, ovvero le informazioni disponibili sull'applicazione della strategia di *audit ex post* dell'impresa comune non erano sufficienti perché la Corte potesse stabilire se questo controllo chiave funzionasse efficacemente.

Anche in questo caso ci troviamo di fronte a sistemi di controllo inefficienti e, per quanto la nuova impresa comune ECSEL-JU in cui ARTEMIS è confluita abbia migliorato i sistemi di controllo, ritengo opportuno con il mio voto sottolineare come sia necessario che i controlli non siano in alcun modo inficiati da sospetti. La spesa dei soldi pubblici deve assolutamente essere limpida e trasparente: se vi sono dubbi, allora lì dobbiamo vigilare in modo più assiduo e rigoroso.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de aprobar la gestión de la ejecución del presupuesto de la Empresa Común ARTEMIS para el ejercicio 2013 puesto que no hay ninguna irregularidad significativa en la evaluación.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A Empresa Comum ARTEMIS (a seguir designada «a Empresa Comum») foi criada em dezembro de 2007 para um período de 10 anos com o objetivo de definir e executar um «programa de investigação» para o desenvolvimento de tecnologias essenciais no domínio dos sistemas informáticos incorporados em diferentes áreas de aplicação, a fim de reforçar a competitividade e a sustentabilidade da União e permitir a emergência de novos mercados e aplicações sociais, tendo iniciado o seu funcionamento autónomo em outubro de 2009.

Segundo a Empresa Comum, e em conformidade com o Estatuto dos Funcionários e as suas normas de execução, os CV e as declarações de interesses do diretor executivo e dos gestores da Empresa Comum foram publicados no seu sítio *Web*.

Foi igualmente criada uma base de dados que reúne toda a informação identificada em matéria de conflitos de interesses e as medidas adotadas neste contexto, a qual é objeto de uma manutenção regular.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht schildert die Probleme gut, jedoch geht nicht hervor, welche Entscheidung auf Grundlage dieser Schilderung getroffen werden sollte. Daher habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – L'impresa comune ARTEMIS, creata nel 2007, ha l'obiettivo di potenziare e rafforzare la competitività dell'Unione nel campo della sostenibilità e della tecnologia e ha svolto un ruolo deciso nello sviluppo di tecnologie essenziali per i sistemi informatici incorporati in vari settori d'applicazione.

Un ulteriore passo in avanti è stato fatto con la fusione di ARTEMIS ed ENIAC per costituire l'iniziativa tecnologica congiunta «Componenti e sistemi elettronici per la leadership europea» (ITC ECSEL), la cui attività è stata avviata nel 2014.

Supportare l'azione delle due imprese comuni è fondamentale per supportare l'attività di ricerca e sviluppo dell'Unione europea oltre che per fornire gli strumenti necessari a garantire l'emergere di nuovi mercati e di nuove applicazioni sociali.

Per tale motivo ho espresso il mio voto favorevole.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu der Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans des Gemeinsamen Unternehmens Artemis für das Haushaltsjahr 2013 habe ich nicht zugestimmt.

Da das Budget noch keine positive Zusicherung vom Rechnungshof erhalten hat, lehne ich diesen Berichtsentwurf ab. Eines der Hauptprobleme war die rückwirkende Überprüfung hinsichtlich der Verwaltungsabsprachen und der verbleibenden Fehlerquote.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A Empresa Comum ARTEMIS foi criada em dezembro de 2007 para um período de 10 anos com o objetivo de definir e executar um «programa de investigação» para o desenvolvimento de tecnologias essenciais no domínio dos sistemas informáticos incorporados em diferentes áreas de aplicação.

Tendo as Empresas Comuns ENIAC e ARTEMIS sido fundidas e entrado em atividade em junho de 2014, criaram a iniciativa tecnológica conjunta no domínio dos «Componentes e sistemas eletrónicos para uma liderança europeia» (ECSEL), que funcionará durante dez anos.

O Tribunal de Contas declarou que as contas anuais da Empresa Comum relativas a 2013 refletiam fielmente a sua situação financeira em 31 de dezembro de 2013, bem como os resultados das suas operações e fluxos de tesouraria relativos ao exercício encerrado nessa data, em conformidade com as disposições do seu regulamento financeiro.

Votámos a favor da quitação.

6.12. Entlastung 2013: Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) (A8-0282/2015 - Ryszard Czarnecki)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – There is a call to increase staff and financial resources to meet EU political objectives in relation to budget and financial management. Strengthening middle management levels is also a concern in relation to the increase of cost.

An initial community budget contribution of EUR 308.7 million has helped launch and will continue to support the EIT for the 2008-2013 periods. We cannot support this due to the fact that it is linked with other innovation EU projects that pursue EU political aims and objectives.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del año 2013 del Instituto de Innovación y Tecnología. No obstante, quiero señalar que es necesario no pasar por alto ciertos aspectos mejorables a mi juicio, que tienen que ver principalmente con la calidad de los certificados emitidos, o con una serie de retrasos en la entrega de documentación demandada por el Parlamento. Deseamos, pues, que en la evaluación de futuros presupuestos, estas pequeñas anomalías sean corregidas.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre l'octroi de la décharge sur l'exécution du budget de l'Institut européen d'innovation et de technologie pour l'exercice 2013. Si l'institut a, selon le rapport, fait des progrès en matière de formation des employés, d'amélioration de ses procédures de planification et de suivi de l'exécution budgétaire ainsi qu'au niveau des procédures de marchés publics, la Cour des comptes déclare pour la deuxième année consécutive n'avoir obtenu aucune assurance raisonnable quant à la légalité et la régularité des opérations de subvention. Nous pouvons également noter la faiblesse du taux d'exécution budgétaire liée à la très forte rotation de personnel. En outre, la question des résultats et de la valeur ajoutée de cet institut peut se poser.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce vote donne décharge sur l'exécution du budget 2013 de l'Institut européen d'innovation et de technologie, qui est censé soutenir l'innovation technologique dans le domaine de la recherche, de l'enseignement et de l'économie, et donc promouvoir la croissance économique et favoriser la compétitivité. Or, dans ce domaine, comme dans tant d'autres, l'Union européenne a échoué: délocalisations, chômage de masse, désindustrialisation, etc.

D'autres points importants restent également à corriger, notamment la faiblesse du taux d'exécution budgétaire liée à la très forte rotation de personnel. De plus, la Cour des comptes s'interroge sur la légalité et la régularité des opérations de cet institut.

Je me suis donc opposée à l'octroi de la décharge et j'ai voté contre le rapport du Parlement.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against discharge as I fundamentally disagree with the way that the money has been spent.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą, kuriuo siekiama patvirtinti Europos inovacijos ir technologijos instituto 2013 m. biudžeto įvykdymą. Kadangi institutas patobulino auditoriams teikiamas instrukcijas ir 2013 m. birželio mėn. pateikė atnaujintas instrukcijas žinių ir inovacijos bendrijoms, instituto dotacijų gavėjoms bei pagerino savo viešųjų pirkimų procedūras ir parengė viešųjų pirkimų vadovą, pritariu jo biudžeto įvykdymo patvirtinimui.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – There is a call to increase staff and financial resources to meet EU political objectives in relation to budget and financial management. Strengthening middle management levels is also a concern in relation to the increase of cost.

An initial community budget contribution of EUR 308.7 million has helped launch and will continue to support the EIT for the 2008-2013 periods. We cannot support this due to the fact that it is linked with other innovation EU projects that pursue EU political aims and objectives.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen avait reporté, le 29 avril, sa décision d'accorder la décharge au directeur de l'entreprise commune Artemis pour l'année financière 2013 et avait appelé à prendre des mesures pour redresser les erreurs recensées notamment en matière de subventions et de marchés publics.

Le rapporteur souligne que l'institut a sensiblement amélioré ses procédures de marchés publics depuis 2013 et qu'aucune erreur n'a été constatée en 2014. Il note que l'EIT a pris des mesures pour diminuer la forte rotation du personnel et que le service d'audit interne de la Commission a noté une série d'améliorations en ce qui concerne la gestion des subventions. J'ai dès lors soutenu l'octroi de la décharge pour l'exercice 2013.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis opposée à l'octroi de la décharge pour l'exercice budgétaire 2013 concernant l'Institut européen d'innovation et de technologie.

Dans le premier rapport ayant pour objet cet institut, lequel est censé soutenir l'innovation technologique dans le domaine de la recherche, de l'enseignement et de l'économie, avait déjà été signalée l'opacité des opérations de subvention menées par cette entreprise.

Si le rapporteur affirme qu'il y a eu des progrès en matière de formation des employés ou encore dans les procédures de planification et de suivi de l'exécution budgétaire, la Cour des comptes reste inquiète, n'ayant en effet reçu aucune assurance ou preuve raisonnable s'agissant de la légalité et de la régularité des opérations de subvention. En effet, il faut savoir que les certificats d'audit sont délivrés à l'heure actuelle par des cabinets engagés par les bénéficiaires directs de ces subventions, ce qui concernerait au moins 87 % des dépenses de subvention.

Ces pratiques inquiétantes empêchaient donc tout vote en faveur de l'octroi de décharge.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Considerando che per il secondo anno consecutivo la Corte dei conti ritiene compromessa la qualità della certificazione dell'Istituto europeo di innovazione e tecnologia, poiché essa è stata rilasciata da società di *audit* scelte dagli stessi beneficiari delle sovvenzioni, non ho inteso avallare col mio voto il discarico all'EIT.

Dienstag, 27. Oktober 2015

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Tras no lograr la aprobación de la gestión de sus cuentas en el mes de abril, el Instituto Europeo de Innovación y Tecnología ha logrado el descargo en este Pleno tras la nueva información aportada y la comparecencia de su director ante la Comisión de Control Presupuestario. En esta ocasión, sin embargo, tal y como recoge el informe aprobado en el Parlamento, al que he dado mi apoyo, el Parlamento constata que se han producido mejoras en los sistemas de verificación *ex post* de auditoría, al igual que en los procedimientos de contratación pública, y que se ha adoptado una actitud proactiva tras la detección de errores por parte del Tribunal de Cuentas. También se destaca la adopción de una metodología para los convenios de subvención igual al del resto de los programas del programa marco Horizonte 2020, motivos, entre otros, por los que se otorga la aprobación.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas patvirtina 2013 m. biudžeto įvykdymą Europos inovacijos ir technologijos institutui. Kartu išdėstytose pastabose Parlamentas pažymi, kad patobulintų instrukcijos padėjo pagerinti audito sertifikatų, gautų dėl 2013 m. dotacijų operacijų, dėl kurių mokėjimai buvo atlikti 2014 m., kokybę. Parlamentas, remdamasis Instituto suteikta informacija konstatuoja, kad nuo 2013 m. Institutas patobulino savo viešųjų pirkimų procedūras ir ėmėsi aktyviai reaguoti, kai Audito Rūmai nustatė klaidų.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést, a szakbizottság az Európai Innovációs és Technológiai Intézet mentesítésének megadásáról döntött. Az uniós ügynökség ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, közbeszerzési eljárásait felülvizsgálta, a 25 pontos cselekvési tervből 18-at már megvalósított. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az EIT mentesítésének megadását támogattam.

Franč Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem tudi razrešnico proračuna Evropskega inštituta za inovacije in tehnologijo za l. 2013.

V zvezi s finančnim poslovanjem inštituta je sicer Računsko sodišče EU v preteklosti ugotovilo določena neskladja pri transakcijah z nepovratnimi sredstvi, ki pa so bila kasneje odpravljena. Inštitut je poskrbel za boljšo kakovost revizijskih poročil, ustreznejše metode certificiranja in naknadna preverjanja za transakcije nepovratnih sredstev z namenom zagotavljanja zakonitosti in pravilnosti transakcij.

Poleg tega je inštitut poskrbel tudi za izboljšanje postopkov javnega naročanja in opravi revizijo svojih notranjih postopkov v skladu s pravili o javnih naročilih. Ustrezno skladje s predpisi oz. upoštevanje njenih priporočil je inštitutu podala tudi služba za notranjo revizijo Evropske komisije.

Iz navedenega izhaja, da se je inštitut ustrezno odzival na pripombe nadzornih institucij, zato je podelitev razrešnice edina pravilna rešitev.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo che l'Istituto europeo di innovazione e tecnologia (EIT) abbia utilizzato i fondi stanziati per il suo funzionamento, per l'anno 2013, in maniera conforme a quanto previsto e nel rispetto delle regole di bilancio.

Steeve Brisois (ENF), *par écrit*. – L'Institut européen d'innovation et de technologie est censé favoriser la compétitivité des États membres de l'Union en soutenant l'innovation et la recherche. Malgré les sérieuses améliorations dans la formation des salariés et dans le respect des procédures de marchés publics, la Cour des comptes affirme pour la deuxième année consécutive qu'elle n'est pas en mesure de statuer sur la légalité et la régularité des opérations qui concernent 87 % des dépenses de subventions. Or, les certificats d'audit sont délivrés par des cabinets indépendants.

Dans ce contexte, l'intérêt de financer ce projet avec l'argent des contribuables européennes m'apparaît bien mince. J'ai donc voté contre l'octroi de la décharge.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Raportul bugetar privind exercițiul financiar 2013 al Institutului European de Inovare și Tehnologie (EIT) prezintă într-un mod cuprinzător situația financiară a acestuia până în data de 31 decembrie 2013, fiind prezentate atât rezultatele operațiunilor sale, cât și fluxurile de numerar, în conformitate cu dispozițiile normelor sale financiare. În urma raportului Curții de Conturi, au fost obținute asigurări rezonabile cu privire la fiabilitatea conturilor anuale ale Institutului, însă, similar cu situația întreprinderii comune ARTEMIS, nu s-au putut obține suficiente probe de audit cu privire la legalitatea și regularitatea operațiunilor subiacente.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Totuși, Institutul European de Inovare și Tehnologie a furnizat instrucțiuni îmbunătățite auditorilor responsabili de certificare în iunie 2013, comunicând, de asemenea, instrucțiuni comunităților de cunoaștere și inovare, beneficiarii granturilor Institutului. Drept urmare se observă o ameliorare în ceea ce privește nivelul de asigurare obținut.

Conchid prin a sublinia că eforturile Institutului în cursul exercițiului financiar 2013 au generat o rată de execuție bugetară de 96,97 % și că rata de execuție a plăților în raport cu creditele de plată a fost de 96,86 %, motiv pentru care am votat în favoarea raportului referitor la descărcarea de gestiune pentru execuția bugetului Institutului European de Inovare și Tehnologie aferent exercițiului financiar 2013.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto a sfavore del provvedimento che concede il discarico per l'EIT: la stessa Corte dei conti ritiene compromessa la qualità della certificazione in quanto rilasciata da società di *audit* indipendenti incaricate dai beneficiari delle sovvenzioni.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul discarico per l'esecuzione del bilancio dell'Istituto europeo di innovazione e tecnologia per l'esercizio 2013, in quanto la Corte dei conti ha attestato con la sua dichiarazione l'affidabilità, la legittimità e la regolarità delle operazioni di rendicontazione effettuate dall'Istituto.

Infatti, a partire dagli accordi di sovvenzione 2014, l'Istituto utilizza la stessa metodologia di certificazione di *audit* di tutti gli altri programmi coperti dal programma quadro Orizzonte 2020. Inoltre, l'Ente ha introdotto verifiche ex post complementari per le operazioni di sovvenzione, quale secondo livello di garanzia della legalità e regolarità delle stesse, effettuando *audit* «sul campo» su circa il 40% delle erogazioni previste dagli accordi 2013.

Sulla base della corretta gestione finanziaria tenuta dall'Istituto europeo di innovazione e tecnologia, ho deciso di votare a favore del discarico per l'esecuzione del suo bilancio.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This Discharge was a second report in respect of the implementation of the budget of the European Institute of Innovation and Technology for the financial year 2013. I voted in favour this procedure as it is a mere formality and no significant irregularity has been detected.

James Carver (EFDD), *in writing*. – There is a call to increase staff and financial resources to meet EU political objectives in relation to budget and financial management. Strengthening middle management levels is also a concern in relation to the increase of cost.

An initial community budget contribution of EUR 308.7 million has helped launch and will continue to support the EIT for the 2008-2013 periods. We cannot support this due to the fact that it is linked with other innovation EU projects that pursue EU political aims and objectives.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I agree with granting discharge in respect of the implementation of the budget of the European Institute of Innovation and Technology for the financial year 2013. The European Institute of Innovation and Technology has managed successfully to present its accounts clearly as well as improve many of its procedures relating to monitoring and planning of budget implementation procedures.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho ritenuto opportuno votare contro la concessione del discarico perché, sebbene l'EIT abbia cercato di migliorare la propria situazione, sono contrario al proliferare di imprese comuni.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, έχοντας υπόψη τους οριστικούς ετήσιους λογαριασμούς του Ευρωπαϊκού Ινστιτούτου Καινοτομίας και Τεχνολογίας για το οικονομικό έτος 2013 και έχοντας υπόψη την έκθεση της Επιτροπής Ελέγχου του Προϋπολογισμού, χορηγεί απαλλαγή στον διευθυντή του EIT όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού του Ινστιτούτου για το οικονομικό έτος 2013.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole alla proposta di decisione con cui il Parlamento approva la chiusura dei conti dell'Istituto europeo di innovazione e tecnologia per l'esercizio 2013 e concede il discharge al direttore dell'Istituto europeo di innovazione e tecnologia per l'esecuzione del bilancio dell'Istituto per l'esercizio 2013. Si rilevano progressi nel sistema di verifiche ex-post, nelle procedure di appalto e nella gestione finanziaria e monetaria; progressi tali da indurre a tralasciare talune carenze evidenziate dalla Corte dei conti nella sua relazione sull'esercizio 2013.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione dell'on. Czarnecki sul discharge per l'esecuzione del bilancio dell'Istituto europeo d'innovazione e tecnologia per l'esercizio 2013.

L'Istituto dal 2013 ha migliorato le proprie procedure d'appalto, nel 2010 ha annullato i due contratti quadro; inoltre ha rivisto le procedure, i circuiti e i modelli interni per adeguarsi completamente alle pertinenti norme in materia di appalti pubblici, rivolgendo particolare attenzione a una sana pianificazione e valutazione delle esigenze. In ultima analisi l'Istituto ha assunto un funzionamento supplementare per gli appalti nel 2015 e ha svolto una serie di formazioni in materia per il suo personale.

Questi punti mi portano, in linea con il mio gruppo, a votare a favore del discharge 2013 dell'EIT.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – There is a call to increase staff and financial resources to meet EU political objectives in relation to budget and financial management. Strengthening middle management levels is also a concern in relation to the increase of cost.

An initial community budget contribution of EUR 308.7 million has helped launch and will continue to support the EIT for the 2008-2013 periods. We cannot support this due to the fact that it is linked with other innovation EU projects that pursue EU political aims and objectives.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – There is a call to increase staff and financial resources to meet EU political objectives in relation to budget and financial management. Strengthening middle management levels is also a concern in relation to the increase of cost.

An initial community budget contribution of EUR 308.7 million has helped launch and will continue to support the EIT for the 2008-2013 periods. We cannot support this due to the fact that it is linked with other innovation EU projects that pursue EU political aims and objectives.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Dalla relazione della Corte dei conti sui bilanci annuali dell'Istituto europeo di innovazione e tecnologia (EIT) per l'esercizio 2013 emerge l'incapacità di ottenere per il secondo anno consecutivo garanzia ragionevole sulla legittimità e regolarità delle operazioni di sovvenzione.

Tuttavia, i recenti miglioramenti dell'EIT in termini di pianificazione e controllo per l'esecuzione del bilancio mi portano a votare a favore di questa proposta, che prevede la concessione del discharge per l'esecuzione del bilancio dell'Istituto europeo di innovazione e tecnologia per l'esercizio 2013.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha proposto, in prima istanza, di rinviare la concessione del discharge del bilancio dell'Istituto europeo di innovazione e tecnologia. Ora si tratta quindi di votare per la definitiva concessione o meno del discharge.

Il discharge non era stato concesso perché la Corte dei conti, nella sua relazione sui conti annuali dell'Istituto europeo di innovazione e tecnologia per l'esercizio 2013, aveva rilevato di non aver ottenuto per il secondo anno consecutivo garanzia ragionevole sulla legittimità e regolarità delle operazioni di sovvenzione. Inoltre la Corte riteneva compromessa la qualità della certificazione in quanto questa, relativa a circa l'87% della spesa per sovvenzioni, era stata rilasciata da società di *audit* indipendenti incaricate dagli stessi beneficiari delle sovvenzioni.

Dienstag, 27. Oktober 2015

L'Istituto ha introdotto verifiche ex post complementari per le operazioni di sovvenzione, quale secondo livello di garanzia della legalità e regolarità delle operazioni di sovvenzione, e ha effettuato *audit* «sul campo» a copertura di circa il 40% delle sovvenzioni erogate in base agli accordi di sovvenzione 2013. La relazione invita quindi il Parlamento a votare a favore della concessione del discarico.

Preferisco votare a sfavore per mostrare il mio dissenso al proliferare di agenzie.

Javier Couso Permu (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del año 2013 del Instituto de Innovación y Tecnología. No obstante, quiero señalar que es necesario no pasar por alto ciertos aspectos mejorables a mi juicio, que tienen que ver principalmente con la calidad de los certificados emitidos, o con una serie de retrasos en la entrega de documentación demandada por el Parlamento. Deseamos, pues, que en la evaluación de futuros presupuestos estas pequeñas anomalías sean corregidas.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést, a szakbizottság a budapesti székhelyű Európai Innovációs és Technológiai Intézet (EIT) mentesítésének megadásáról döntött. Az uniós ügynökség az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, közbeszerzési eljárásait felülvizsgálta, a 25 pontos cselekvési tervből 18-at már megvalósított. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén támogattam az EIT mentesítésének megadását.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The EIT has a vital importance in terms of delivering the goals of EU's policies to promote Technology and Innovation. EIT management has shown the clear improvement in their shortcomings including the inclusion of complementary ex-ante verifications for grant expenditure and also improvements in the vacancy management. Considering that the required amendments were made and the identified shortcomings were addressed I voted in favour of the discharge for the European Institute for Innovation and Technology.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative propose l'octroi de la décharge au directeur de l'Institut européen d'innovation et de technologie pour l'exercice budgétaire de l'année 2013, à la suite d'un premier refus du Parlement européen lors de la session d'avril 2015. Le Parlement avait en effet pointé un taux d'erreur concernant les dépenses supérieur au seuil acceptable, résultant de problèmes d'audit et d'erreurs significatives affectant des marchés publics. La qualité des vérifications ex ante et ex post était également jugée insuffisante.

L'Institut européen d'innovation et de technologie a présenté, en juin 2015, un nouveau rapport au Parlement sur les progrès réalisés. Après examen, le Parlement considère que les progrès en matières de vérifications ex-ante et ex post, de procédures de passation de marchés publics et d'obtention de certificats d'audits sont satisfaisants.

Soutenant les conclusions de ce rapport, j'ai voté en faveur de l'octroi de la décharge 2013.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'octroi de la décharge au directeur de l'Institut européen d'innovation et de technologie sur l'exécution du budget de l'Institut pour l'exercice 2013. Cette décision a notamment été justifiée par l'amélioration des procédures de planification et de suivi de l'exécution budgétaire.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést, a szakbizottság az Európai Innovációs és Technológiai Intézet mentesítésének megadásáról döntött. Az uniós ügynökség ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, közbeszerzési eljárásait felülvizsgálta, a 25 pontos cselekvési tervből 18-at már megvalósított. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az EIT mentesítésének megadását támogattam.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concernait la décharge sur l'exécution du budget de l'Institut européen d'innovation et de technologie, censé promouvoir la croissance et favoriser la compétitivité.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Cette initiative conjointe qui, pour la deuxième année consécutive, s'est vu refuser la confiance de la Cour des comptes vis-à-vis de la régularité des opérations de subventions, pose la question de la pertinence de ce financement.

Soucieuse d'une utilisation raisonnée des financements publics en général, particulièrement lorsque ceux-ci sont ont été explicitement remis en cause par la Cour des comptes, j'ai voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Моята принципна позиция, свързана с освобождаването от отговорност на която и да е част от бюджета, се покрива и с тази на моята група ECR, а именно, че такава не би трябвало да бъде дадено, докато бюджетът като цяло не получи положителна оценка от Сметната палата.

В този случай Сметната палата, в своя доклад относно годишните отчети на Европейския институт за иновации и технологии за финансовата 2013 година, откри за втора поредна година недостатъчна увереност относно законосъобразността и редовността на операциите, свързани с безвъзмездни средства.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Όσον αφορά την εκτέλεση του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2013, οι πληροφορίες που παρέχονται σχετικά με τα οικονομικά μεγέθη δεν δικαιολογούν την απαλλαγή του Ευρωπαϊκού Ινστιτούτου Καινοτομίας και Τεχνολογίας.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést, a szakbizottság az Európai Innovációs és Technológiai Intézet mentesítésének megadásáról döntött. Az uniós ügynökség ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, közbeszerzési eljárásait felülvizsgálta, a 25 pontos cselekvési tervből 18-at már megvalósított. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az EIT mentesítésének megadását támogattam.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – There is a call to increase staff and financial resources to meet EU political objectives in relation to budget and financial management. Strengthening middle management levels is also a concern in relation to the increase of cost.

An initial community budget contribution of EUR 308.7 million has helped launch and will continue to support the EIT for the 2008-2013 periods. We cannot support this due to the fact that it is linked with other innovation EU projects that pursue EU political aims and objectives.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – O Tribunal de Contas, no seu relatório sobre as contas anuais do Instituto Europeu de Inovação e Tecnologia relativas ao exercício de 2013, considerou, pelo segundo ano consecutivo, que não dispunha de garantias suficientes quanto à legalidade e à regularidade das operações relativas às subvenções e acrescentou que a qualidade dos certificados, que cobrem cerca de 87 % das despesas com subvenções, ficou comprometida pelo facto de terem sido emitidos por empresas de auditoria independentes contratadas pelos beneficiários das subvenções.

No entanto, também é verdade que o Instituto efetuou auditorias no local que abrangem cerca de 40 % das subvenções pagas a título das convenções de subvenção de 2013, sendo que destas auditorias resultou uma recuperação de 263 239 EUR, num montante total auditado de 29 163 272 EUR.

O Instituto melhorou os seus procedimentos de adjudicação de contratos desde 2013 e adotou uma abordagem proativa após a deteção de erros pelo Tribunal.

Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – O Tribunal de Contas, no seu relatório sobre as contas anuais do Instituto Europeu de Inovação e Tecnologia relativas ao exercício de 2013, considerou, pelo segundo ano consecutivo, que não dispunha de garantias suficientes quanto à legalidade e à regularidade das operações relativas às subvenções.

Segundo o Tribunal, a qualidade dos certificados, que cobrem cerca de 87% das despesas com subvenções, ficou comprometida pelo facto de terem sido emitidos por empresas de auditoria independentes contratadas pelos beneficiários das subvenções; recorda, além disso, que, a fim de colmatar as lacunas relacionadas com a qualidade dos certificados de auditoria, o Instituto melhorou as instruções fornecidas aos auditores responsáveis pela certificação e transmitiu as instruções atualizadas às «Comunidades de Conhecimento e Inovação» (CCI), beneficiárias das subvenções do Instituto, em junho de 2013.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Segundo as informações do Instituto, este melhorou os seus procedimentos de adjudicação de contratos desde 2013 e adotou uma abordagem proativa após a deteção de erros pelo Tribunal, nomeadamente rescindindo os dois contratos-quadro celebrados em 2010 e 2012, no âmbito dos quais o recurso ao procedimento por negociação foi considerado irregular, procedendo a uma revisão dos seus procedimentos, circuitos e modelos internos.

Acompanhámos a proposta do relator.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as no significant irregularity has been detected.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – v tejto správe ide o udelenie absolútoría za rok 2013 pre Európsky inovačný a technologický inštitút.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro la relazione per la concessione del discarico.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Καταψηφίζω την παρούσα έκθεση, καθώς είναι ελλιπής όσον αφορά την εκτέλεση του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2013. Οι πληροφορίες που παρέχονται σχετικά με τα οικονομικά μεγέθη δεν δικαιολογούν την απαλλαγή του Ευρωπαϊκού Ινστιτούτου Καινοτομίας και Τεχνολογίας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The European Institute of Innovation and Technology (EIT) has a vital importance in terms of delivering the goals of the EU's policies to promote technology and innovation. EIT management has shown a clear improvement in their shortcomings.

This report aims at redressing the identified shortcomings in the discharge to the Director of the EIT for the financial year 2013.

I welcome the many improvements of the EIT'S report that make it possible for us to endorse the discharge, such as the newly introduced complementary ex-ante verifications for grant expenditure, which added a second layer of assurance on the legality and regularity of grant transactions; the redesigned procurement procedures since 2013 with a proactive approach towards the detection of errors; the obtainment of the audit certificates on the costs of EIT's beneficiaries; and the review of the portfolio of beneficiaries' complementary activities.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen den Bericht „Entlastung 2013: Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT)“ gestimmt, da ich die hierfür aufgewendeten Steuergelder für zu hoch halte und eine stärkere Beteiligung der Industrie über Drittmittel fordere. Zudem schlage ich vor, das Institut zusammen mit einer Europäischen Hochschule in den Gebäuden des Europäischen Parlaments in Brüssel unterzubringen, sobald das Parlament sich für den einzig sinnvollen und vertraglich tragbaren „single seat“ Straßburg entschieden hat.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich habe der Entlastung des Europäischen Innovations- und Technologieinstitut für das Jahr 2013 zugestimmt.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against a call for more staff and more money for a bureaucracy that wants more powers over our nation.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I have voted to grant EIT discharge as it has shown significant progress including a comprehensive revision of the internal procedures and rules to fully comply with public procurement legislation, increased capacity and more staff training. It has also put in place a staff appraisal and re-classification system to provide a better career perspective to EIT staff and reduce turnover.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – The granting of the discharge to the European Institute of Innovation and Technology (EIT) was today approved by a large majority. I supported the discharge as improvements to identified shortcomings were made, for example, a revision of internal procedures and extra employee training.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul discarico per l'esecuzione del bilancio 2013 dell'Istituto europeo d'innovazione e tecnologia. I risultati sono incoraggianti: l'Istituto europeo d'innovazione e tecnologia è stato in grado, attraverso l'*audit*, di migliorare le istruzioni fornite ai revisori, così come la qualità dei certificati di *audit*. L'Istituto ha condotto *audit* sul campo recuperando 263 239 EUR e ha migliorato le proprie procedure di appalto.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe se ocupa de la aprobación de la gestión del Instituto Europeo de Innovación y Tecnología para el ejercicio 2013. Se apoya la aprobación sin dejar de mencionar algunas observaciones. Estas se refieren a la calidad de los certificados emitidos; a una serie de retrasos en la presentación de informes; también se observó una alta rotación laboral debida a la precariedad laboral, aunque este mal indicador se ha moderado recientemente.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I have voted with my colleagues in the EPLP to grant EIT discharge as it has shown significant progress, including a comprehensive revision of the internal procedures and rules to fully comply with public procurement legislation, increased capacity and more staff training. It has also put in place a staff appraisal and re-classification system to provide a better career perspective to EIT staff and reduce turnover.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the second report on discharge in respect of the implementation of the budget of the European Institute of Innovation and Technology for the financial year 2013. The Institute, among others, implemented the following actions: developing a vade mecum on procurement which includes checklists for different procurement procedures and specific contracts under framework contracts, and requiring the procurement function to verify all requests for service before requesting an offer, which provides an additional layer of control.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést. A szakbizottság az Európai Innovációs és Technológiai Intézet mentesítésének megadásáról döntött. Az uniós ügynökség ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, közbeszerzési eljárásait felülvizsgálta, a 25 pontos cselekvési tervből pedig 18-at már megvalósított. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, valamint a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az EIT mentesítésének megadását támogattam.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to support this report in order to help address the shortcomings related to the quality of audit certificates which were previously compromised as they were issued by independent audit firms contracted by the grant beneficiaries. This report will also help correct previous problems identified by the analysis of staff exit interviews which highlighted a lack of clear career perspective, a difficult working environment and an unattractive salary package which led to a high turnover of staff. This will help strengthen middle management.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést. A szakbizottság az Európai Innovációs és Technológiai Intézet mentesítésének megadásáról döntött. Az uniós ügynökség ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, közbeszerzési eljárásait felülvizsgálta, a 25 pontos cselekvési tervből 18-at már megvalósított. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az EIT mentesítésének megadását támogattam.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za drugo izvješće o razrješnici za izvršenje proračuna Europskog instituta za inovacije i tehnologiju za financijsku godinu 2013., jer su unaprijeđeni postupci planiranja i nadgledavanja provedbe proračuna. U skladu s tim, poboljšani su postupci javne nabave i nisu ustanovljene nepravilnosti te je provedena temeljna revizija unutarnjih postupaka.

Povećana je, također, kvaliteta dobivenih revizijskih potvrda za one transakcije koje se tiču bespovratnih sredstava u 2013. godini, a za koja su završna plaćanja provedena u 2014. Proračunsko i financijsko upravljanje Instituta je zakonito i pravilno odrađeno, te smatram da će razrješnica omogućiti neometan nastavak rada.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de la décharge sur l'exécution du budget 2013 de l'Institut européen d'innovation et de technologie, censé soutenir l'innovation technologique dans le domaine de la recherche, de l'enseignement et de l'économie.

Des améliorations sont souhaitables, notamment en ce qui concerne la faiblesse du taux d'exécution budgétaire liée à la très forte rotation de personnel. De plus, la Cour des comptes s'interroge sur la légalité et la régularité des opérations de cet institut.

Dienstag, 27. Oktober 2015

J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – There is a call to increase staff and financial resources to meet EU political objectives in relation to budget and financial management. Strengthening middle management levels is also a concern in relation to the increase of cost.

An initial community budget contribution of EUR 308.7 million has helped launch and will continue to support the EIT for the 2008-2013 periods. I and fellow MEPs are unable to support this due to the fact that it is linked with other innovation EU projects that pursue EU political aims and objectives.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car l'EIT avait déjà fait l'objet d'un report de décharge par le Parlement européen. Ce rapport accorde la décharge à la suite d'importantes améliorations apportées par l'Institut concernant son budget et ses procédures.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen diesen Bericht. Die Resolutionen legen zwar die Probleme recht klar dar, nichtsdestotrotz ist die Entscheidung, die auf der Basis der Probleme getroffen wurde, nicht nachvollziehbar. Eine positive Verabschiedung ist daher meinerseits nicht möglich.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted to grant EIT discharge as it has shown significant progress including a comprehensive revision of the internal procedures and rules to fully comply with public procurement legislation, increased capacity and more staff training.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – A jelentés kihangsúlyozza, hogy a 2014. évi támogatási szerződésekkel kezdődően az Intézet ugyanazt a könyvvizsgálói igazolási módszertant használja, mint a Horizont 2020 keretprogram összes többi programja. A részletesebb és következetesebb igazolási módszertan használata tovább javította az előzetes ellenőrzések során elért színvonalat. A jelentés elfogadható, tekintettel a Számvevőszéknek a 2013-as pénzügyi évre vonatkozóan az elszámolás megbízhatóságát, valamint az annak alapjául szolgáló ügyletek jogszerűségét és szabályszerűségét igazoló nyilatkozatára.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – A seguito della relazione della Corte dei conti, la quale sottolineava di non aver ottenuto, per il secondo anno consecutivo, garanzie ragionevoli sulla legittimità e regolarità delle operazioni di sovvenzione per l'esercizio 2013, l'Istituto europeo di innovazione e tecnologia (EIT) ha dimostrato di aver apportato dei miglioramenti con riferimento alle procedure di pianificazione e controllo connesse all'esecuzione di bilancio. Inoltre è stato rafforzato il collegamento tra attività pianificate e assegnazione delle risorse, connettendo il programma di lavoro annuale con il bilancio annuale. Gli sforzi compiuti dall'Istituto mi portano dunque a sostenere la relazione.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Czarnecki a pour objet l'octroi de la décharge pour l'exercice budgétaire 2013 concernant l'Institut européen d'innovation et de technologie, censé soutenir l'innovation technologique dans les domaines de la recherche, de l'enseignement et de l'économie.

Comme pour l'entreprise commune Artemis, certains points ont connu une amélioration. Cependant, d'autres, comme la faiblesse du taux d'exécution budgétaire liée à la très forte rotation du personnel, persistent. Par ailleurs, les réticences de la Cour des comptes sur la question de la légalité et la régularité de certaines opérations ont motivé mon opposition à ce texte.

J'ai donc voté contre.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA kan geen groen licht geven voor de kwijting van afzonderlijke onderdelen van de Europese begroting vooraleer de volledige boekhouding door de Europese Rekenkamer is goedgekeurd.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del año 2013 del Instituto de Innovación y Tecnología. No obstante, quiero señalar que es necesario no pasar por alto ciertos aspectos mejorables a mi juicio, que tienen que ver principalmente con la calidad de los certificados emitidos, o con una serie de retrasos en la entrega de documentación demandada por el Parlamento. Deseamos, pues, que en la evaluación de futuros presupuestos estas pequeñas anomalías sean corregidas.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente texto recoge y aprueba la gestión 2013 del Instituto Europeo de Innovación y Tecnología. En él se reconoce una mejora en los certificados de auditoría al emplear una metodología de certificación más detallada y coherente, la cual ha aumentado la fiabilidad de los resultados obtenidos, que ahora se adecúan a la misma metodología que el resto de programas del programa Horizonte 2020.

Se observa una mejoría en la planificación y control relacionados con la ejecución del presupuesto así como de la capacidad de absorción de la primera serie de comunidades de conocimiento e innovación (CCI) para el período 2010-2014. Asimismo, se aprecia un esfuerzo por parte del Instituto para aliviar la elevada rotación de efectivos y se reconoce la visita de investigación realizada por el Servicio de Auditoría Interna (SAI) de la Comisión en diciembre de 2014 para investigar los progresos realizados en la aplicación de las recomendaciones abiertas.

Por todos estos motivos, me declaro a favor de la presente Resolución.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europski parlament odobrio je izvršenje proračuna Europskog instituta za inovacije i tehnologiju za financijsku godinu 2013. temeljem izvješća Revizorskog suda.

Europski institut za inovacije i tehnologiju (EIT) podržava tehnološke inovacije u području istraživanja, obrazovanja i poslovanja s ciljem promicanja održivog gospodarskog razvoja i konkurentnosti u Europi.

Iako je Revizorski sud utvrdio nedostatnu kvalitetu revizijskih potvrda podržala, sam izvršenje proračuna EIT-a za financijsku godinu 2013. zbog poboljšavanja procesa od strane Instituta. Između ostaloga, unaprijeđena je javna nabava i unutarnja revizija, uvedene bolje provjere transakcija, provedena revizija portfelja Instituta te se poboljšao postupak planiranja i nadgledanja provedbe proračuna.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφικώς*. – Ψηφίζω υπέρ της Δεύτερης Έκθεσης σχετικά με την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού του Ευρωπαϊκού Ινστιτούτου Καινοτομίας και Τεχνολογίας για το οικονομικό έτος 2013, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre. Cet Institut est censé soutenir l'innovation technologique dans le domaine de la recherche, de l'enseignement et de l'économie.

Son objectif est de promouvoir la croissance économique et de favoriser la compétitivité. Sa décharge avait été reportée par le Parlement européen lors du précédent vote et, d'après le rapport, l'Institut aurait fait des progrès en matière de formation des employés, au niveau des procédures de marchés publics et au niveau de ses procédures de planifications et de suivi de l'exécution budgétaire.

Cependant, pour la deuxième année consécutive, la Cour des comptes déclare ne pas avoir obtenu d'assurance raisonnable quant à la légalité et la régularité des opérations de subvention. Dans ces conditions, nous nous opposons à l'octroi de cette décharge.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of granting the Director of the European Institute of Innovation and Technology discharge in respect of the implementation of the Institute's budget for the financial year 2013.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Considerando la dichiarazione attestante l'affidabilità dei conti nonché la legittimità e la regolarità delle relative operazioni presentata dalla Corte dei conti per l'esercizio 2013, a norma dell'articolo 287 del trattato sul funzionamento dell'Unione europea, e vista la relazione della Corte dei conti sui conti annuali dell'Istituto europeo di innovazione e tecnologia relativi all'esercizio 2013, corredata delle risposte dell'Istituto, ho ritenuto opportuno votare a favore della chiusura dei conti dell'Istituto europeo per l'esercizio 2013 concedendo il discarico al direttore dell'Istituto europeo di innovazione e tecnologia per l'esecuzione del bilancio per l'esercizio 2013.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – In ragione della positiva valutazione espressa dalla Corte dei conti nella sua relazione sull'utilizzo del bilancio destinato all'Istituto europeo di innovazione e tecnologia per l'esercizio 2013, ho espresso il mio voto favorevole alla relazione.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht schildert die Probleme gut, jedoch geht nicht hervor, welche Entscheidung auf Grundlage dieser Schilderung getroffen werden sollte. Daher habe ich mich meiner Stimme enthalten

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le pouvoir de décharge budgétaire du Parlement devrait lui permettre de faire respecter par l'ensemble des institutions et agences européennes les engagements budgétaires pris. Or, la Commission comme le Conseil ne tiennent quasiment aucun compte des votes du Parlement, y compris quand il refuse la décharge. C'est un symptôme de l'impuissance démocratique du Parlement dans l'UE.

La décharge sur l'entreprise commune Institut européen d'innovation et de technologie (EIT) avait été ajournée en avril dernier du fait de l'absence d'assurance raisonnable quant à la légalité et la régularité des opérations de subvention de l'Institut. L'entreprise a désormais répondu à ces exigences, mais le budget 2013 ayant encore une fois été exécuté de manière particulièrement chaotique, toute décharge donnée pour cet exercice pose problème. En effet, cette année-là, la Commission et le Conseil ont réussi à mettre en réserve et à reporter 1 milliard d'excédents alors que l'UE avait accumulé 20 milliards d'impayés. Cette application sauvage de l'austérité est inadmissible et absurde. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il est question de la décharge sur l'exécution du budget 2013 de l'Institut européen d'innovation et de technologie, censé soutenir l'innovation technologique dans le domaine de la recherche, de l'enseignement et de l'économie. Des points importants restent à améliorer, notamment la faiblesse du taux d'exécution budgétaire liée à la très forte rotation de personnel. De plus, la Cour des comptes s'interroge sur la légalité et la régularité des opérations de cet institut. Par conséquent, le député vote contre l'octroi de la décharge. Concernant la proposition de résolution, le député vote contre, considérant le rapport trop clément.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support the granting of a discharge as the rapporteur and Committee on Budgetary Control concluded that enough progress has been made by the European Institute of Innovation and Technology to address Parliament's concerns regarding audit issues and material procurement errors.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Európsky parlament udeľuje na základe správy absolutórium riaditeľovi EIT za plnenie rozpočtu inštitútu za rozpočtový rok 2013, pred postúpením rozhodnutia však Parlament uviedol svoje poznámky v uznesení. EIT v roku 2013 druhý rok po sebe neosvedčilo pred Dvorom audítorov správu o zákonnosti a správnosti grantových operácií inštitútu. Teší ma preto, že kvalita audítorských osvedčení inštitútu sa zvýšila po roku 2014 na základe pokynov Dvoru audítorov. EIT zlepšil postupy v súvislosti s plnením rozpočtu a zaviedol doplňujúce kontroly pre grantové operácie na zaistenie vyššieho stupňa istoty o zákonnosti a správnosti. Na základe splnenia podmienok a pokynov vydaných Dvorom audítorov Parlament schválil účtovnú závierku EIT za rozpočtový rok 2013 a absolutórium udelil.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The EIT has a vital importance in terms of delivering the goals of EU's policies to promote technology and innovation. EIT management has shown a clear improvement in their shortcomings. Therefore, I voted in favour of granting discharge for 2013 to European Institute of Innovation and Technology (EIT).

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az EU költségvetése számos szakpolitika és program végrehajtását támogatja. Az Európai Parlament és Tanács által a többéves pénzügyi keretben rögzített prioritásokkal összhangban a Bizottság meghatározott programok, tevékenységek és projektek végrehajtásához nyújt technikai támogatást ezekre szakosodott ügynökségeknek.

A budapesti székhelyű EIT-t az Európai Parlament és Tanács 294/2008 számú rendelkezése hozta létre. Az Intézet célja, hogy a tagállamok és az EU innovációs kapacitásának növelésével hozzájáruljon a fenntartható európai gazdasági növekedéshez és az európai versenyképesség javításához.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Az EIT benyújtotta a 2013-as pénzügyi évre vonatkozó végleges éves beszámolóját. Az Európai Számvevőszék a 2013-as pénzügyi évre vonatkozóan nyilatkozatban igazolta az elszámolás megbízhatóságát, valamint az alapjául szolgáló ügyletek jogszerűségét és szabályszerűségét. A Tanács 2015. február 17-i ajánlásában az intézet számára adandó mentesítés mellett foglalt állást a 2013-as pénzügyi évre szóló költségvetés végrehajtására vonatkozóan. A Parlament Költségvetési Ellenőrzési Bizottsága az EIT 2013-as pénzügyi évre szóló költségvetésének végrehajtására vonatkozó mentesítés megadását ajánlotta a parlamentnek. Az előterjesztést ennek megfelelően támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Não obstante o Tribunal de Contas, no seu relatório sobre as contas anuais do Instituto Europeu de Inovação e Tecnologia relativas ao exercício de 2013, ter considerado, pelo segundo ano consecutivo, que não dispunha de garantias suficientes quanto à legalidade e à regularidade das operações relativas às subvenções, o presente relatório elenca as recomendações e os procedimentos acatados pelo Instituto Europeu de Inovação e Tecnologia para cumprir os procedimentos relacionados com a execução orçamental.

Defendo que todas as instituições da União Europeia devem ser transparentes e plenamente responsáveis perante os cidadãos da União relativamente aos fundos que lhes são concedidos enquanto instituições da União.

Pelo exposto no relatório, aprovo o encerramento das contas do exercício de 2013 do Instituto Europeu de Inovação e Tecnologia.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Czarnecki a pour objet l'octroi de la décharge pour l'exercice budgétaire 2013 concernant l'Institut européen d'innovation et de technologie, censé soutenir l'innovation technologique dans les domaines de la recherche, de l'enseignement et de l'économie. Comme pour l'entreprise commune Artemis, certains points ont connu une amélioration. Cependant, d'autres, comme la faiblesse du taux d'exécution budgétaire liée à la très forte rotation du personnel, persistent. Par ailleurs, les réticences de la Cour des comptes sur la question de la légalité et la régularité de certaines opérations ont motivé mon opposition à ce texte. J'ai donc voté contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I have voted to grant EIT discharge as it has shown significant progress including a comprehensive revision of the internal procedures and rules to fully comply with public procurement legislation, increased capacity and more staff training. It has also put in place a staff appraisal and re-classification system to provide a better career perspective to EIT staff and reduce turnover.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui autorise la décharge budgétaire 2013 pour l'Institut européen d'innovation et de technologie (EIT). En avril dernier, cette décharge avait été ajournée car, pour la deuxième année consécutive, la Cour des comptes n'avait pas obtenu d'assurance raisonnable quant à la légalité et la régularité des opérations de subvention de cet institut. Le rapport soulignait également des irrégularités dans les procédures de passation des marchés. L'EIT a présenté, depuis l'ajournement de la décharge, une nouvelle stratégie et montré une réelle volonté de dialogue avec le Parlement européen.

Le rapport qu'il a remis pour faire état des mesures prises pour une meilleure mise en œuvre de son budget a donné satisfaction aux autorités de décharge. En conséquence, la commission du contrôle budgétaire a recommandé d'accorder la clôture des comptes. La décharge budgétaire, qui peut être accordée, ajournée ou refusée par le Parlement européen, constitue le contrôle final du budget annuel. Ce processus représente le volet politique du contrôle de l'exécution budgétaire. Il prend appui sur les rapports de la Cour des comptes et sur les précisions apportées par les organismes concernés. La décision de décharge peut s'accompagner de recommandations pour améliorer certains aspects de l'exécution budgétaire.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report on the 2013 discharge of the European Institute of Innovation and Technology that starting from 2014 uses the same audit certificate methodology as all other programmes under the Horizon 2020 framework programme.

Andrey Novakov (PPE), *in writing*. – On the 29 April, the European Parliament decided to postpone his grant for discharge for the European Institute of Innovation and Technology (EIT) for the year 2013 due to numerous shortcomings in the reporting and fulfilment of budget obligations.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Among the most serious shortcomings the rapporteur highlights the combined error rate regarding the audit issues and material procurement errors (between 2% and 3% of total 2013 expenditure, which is above the materiality threshold of 2%), the insufficient quality of ex- ante and ex-post verifications, irregular public procurement procedures etc.

Consequently, the European Parliament required a more detailed report considering the problematic issues. The latter was provided to the Committee on Budgetary control (CONT) on the 29th June. The newly introduced complementary report already included serious progress on the ex-ante verifications for grant expenditure, redesigned procurement procedures since 2013 with a proactive approach towards the detection of errors etc.

The collaboration of the EIT agency and willingness to improve were taken into account by CONT and the second report already supported the grant of discharge. This is a clear sign how work between institutions should be simplified and intensified. Europe should use its budget focusing on results, integrity and producing higher returns.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht und der damit verbundenen Entlastung habe ich mich meiner Stimme enthalten, da das Institut zwar positive Ergebnisse für die europäische Wissenschaftslandschaft hervorbringt. Gleichzeitig wird zu unkritisch mit auch hier vorkommender Verschwendung von Geldmitteln umgegangen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Kuigi resolutsiooni ettepanekus juhitakse tähelepanu mitmele puudusele EIT raamatupidamisaruandluses, sh auditi teemal, nenditakse, et üldiselt on arvesse võetud varasemaid soovitusi ning olukord on paranenud, näiteks on tehtud järelauditeid ja vaadatud üle sisemisi meetmeid.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – There is a call to increase staff and financial resources to meet EU political objectives in relation to budget and financial management. Strengthening middle management levels is also a concern in relation to the increase of cost.

An initial community budget contribution of EUR 308.7 million has helped launch and will continue to support the EIT for the 2008-2013 periods. We cannot support this due to the fact that it is linked with other innovation EU projects that pursue EU political aims and objectives.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Prendo atto della situazione finanziaria e dello stato dei conti annuali dell'Istituto europeo di innovazione e tecnologia e mi compiaccio dei miglioramenti registrati.

Voto positivamente senza esitare.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Kako je utvrđeno da godišnja računovodstvena dokumentacija za 2013. godinu odgovara realnom poslovanju Instituta za 2013. te financijskom stanju Instituta na kraju financijske godine 2013., a s obzirom na važnost ovoga poduzeća za istraživanje i razvoj tehnoloških inicijativa, podržavam razrješnicu za 2013. godinu za Europski institut za inovacije i tehnologiju.

Pozdravljam u tom smislu izvješće Revizorskog suda o upravljanju proračunom i financijama za Europski institut za inovacije i tehnologiju te ocjenjujem pozitivnim napore koje je poduzeo Europski institut za inovacije i tehnologiju kako bi održao kvalitetu u istraživanju i realizirao zadane ciljeve. Također, smatram da Europski institut za inovacije i tehnologiju treba biti lider u inovacijama i novim tehnologijama, kako bi EU mogla biti konkurentna u svim područjima zbog sve većih izazova koji se javljaju i u Europi i u svijetu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Czarnecki a pour objet l'octroi de la décharge pour l'exercice budgétaire 2013 concernant l'Institut européen d'innovation et de technologie, censé soutenir l'innovation technologique dans les domaines de la recherche, de l'enseignement et de l'économie. Comme pour l'entreprise commune Artemis, certains points ont connu une amélioration, mais d'autres, comme la faiblesse du taux d'exécution budgétaire liée à la très forte rotation du personnel, persistent. Par ailleurs, les réticences de la Cour des comptes sur la question de la légalité et la régularité de certaines opérations ont motivé mon opposition à ce texte. J'ai donc voté contre.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Europski institut za inovacije i tehnologiju jedno je od najvažnijih tijela Europske unije u području ostvarenja ciljeva promoviranja tehnologije i inovacija, stoga je iznimno važno što je primjetan značajan napredak u njihovom poslovanju s obzirom na izvješće Revizorskog suda iz 2013.

Nakon utvrđene nedostatne kvalitete revizijskih potvrda, upute Suda Institutu rezultirale su znatnim porastom kvalitete dobivenih revizijskih potvrda za transakcije povezane s bespovratnim sredstvima u 2013. godini, uvedena je detaljnija i dosljednija metodologija za revizijske potvrde, a u svrhu dodatnog jamstva o zakonitosti i pravilnosti transakcija bespovratnih sredstava, Institut je uveo dodatne ex post provjere tih transakcija.

Institut je uz to proveo podrobnu reviziju svojih unutarnjih postupaka i predložaka te poboljšao postupke planiranja i nadgledanja provedbe proračuna, ublažio veliku fluktuaciju osoblja i uspostavio sustav ocjenjivanja i reklasifikacije. Služba Komisije za unutarnju reviziju potvrdila je dodatna poboljšanja u postupcima javne nabave te u godišnjem postupku dodjele bespovratnih sredstava u Institutu, nakon čega je utvrđeno da je provedeno 18 od 25 mjera iz akcijskog plana.

Provedba preostalih sedam mjera još uvijek traje te će, po svemu sudeći, biti uspješna, zbog čega podržavam izdavanje razrješnice.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Podržavam odluku Europskog parlamenta o davanju razrješnice za izvršenje proračuna Europskog instituta za inovacije i tehnologiju za financijsku godinu 2013. Budući da je Revizorski sud u svom izvješću o godišnjoj računovodstvenoj dokumentaciji spomenutog Instituta utvrdio nedostatnu kvalitetu revizijskih potvrda za oko 87 % rashoda za bespovratna sredstva, Institut je uveo dodatne ex post provjere transakcija bespovratnih sredstava kako bi se dobilo dodatno jamstvo u pogledu zakonitosti i pravilnosti tih transakcija.

Kako bi riješio nedostatke u pogledu kvalitete revizorskih potvrda, Institut je poboljšao upute revizorima koji izdaju potvrde što je rezultiralo znatnim porastom kvalitete dobivenih revizijskih potvrda za transakcije povezane s bespovratnim sredstvima. Također, Institut je poboljšao svoje postupke javne nabave te usvojio aktivniji pristup. Na temelju tako provedenih postupaka javne nabave, nisu uočene nikakve nepravilnosti u 2014. godini. Istovremeno, poboljšana je i postupak planiranja i nadgledanja provedbe proračuna, kojima se propisuje stroža provjera svih predloženih mjera.

Miroslav Poche (S&D), *pisemně.* – Podpořil jsem tuto zprávu, pro kterou jsem hlasoval již v rámci Výboru pro rozpočtovou kontrolu. Evropský inovační a technologický institut prošel v minulých letech složitým obdobím a v jeho hospodaření byla nalezena řada závažných chyb, proto Evropský parlament v dubnu letošního roku rozhodl o odložení absolutoria s tím, že se očekávaly návrhy konkrétních zlepšení v identifikovaných oblastech. Tento odklad byl učiněn za vědomí toho, že v průběhu roku 2014 došlo k řadě výrazných zlepšení, především v otázce postupů u veřejných zakázek, k zásadním změnám v metodikách sledování a kontroly hospodaření, tedy aktuální situace v hospodaření byla již v dubnu výrazně lepší, než co ukazovaly analýzy z roku 2013. Evropský parlament se proto, po zvážení doplňujících informací a analýze reálné situace v institutu, rozhodl udělit absolutorium s tím, že jeho součástí je i seznam podmínek a opatření, která vedla ke zlepšení v roce 2014 a v jejichž duchu i nadále pokračuje činnost institutu.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – L'Istituto europeo d'innovazione e tecnologia (EIT) ha raggiunto nelle proprie operazioni di bilancio gli obiettivi di legalità, esattezza e solidità, necessari al fine di ricevere il discarico per l'esercizio 2013. La Corte dei conti dell'UE ha presentato, in conformità all'articolo 287 TFUE, una relazione dettagliata sui conti dell'EIT. Tale relazione annuale non riscontra alcuna irregolarità degna di nota. Per questo motivo approvo la concessione del discarico per l'esercizio del bilancio 2013 dell'Istituto europeo di innovazione e tecnologia.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – En avril 2015, la Cour des comptes avait émis des doutes concernant la légalité et la régularité des opérations de subvention de l'EIT, notamment par rapport aux procédures de passation des marchés. Cependant, l'EIT a mis en place une nouvelle stratégie prévoyant une application plus régulière et rigoureuse du budget. Dans ce nouveau contexte, le Parlement européen a approuvé la décharge relative à l'exécution du budget pour l'exercice 2013.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Ao dar quitação a uma instituição ou agência, o Parlamento Europeu aprova a boa utilização do erário público na execução orçamental, alcançada no respeito pela regulamentação.

Após recomendação do Conselho, os deputados ao Parlamento Europeu são chamados a exercer controlo sobre a gestão das dotações, decidindo sobre a quitação com base nos relatórios do Tribunal de Contas.

Assim, e avaliados os relatórios do Tribunal de Contas e da Comissão Parlamentar do Controlo Orçamental, votei a favor da presente decisão, que dá quitação ao Diretor do Instituto Europeu de Inovação e Tecnologia pela execução do orçamento do Instituto para o exercício de 2013.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – There is a call to increase staff and financial resources to meet EU political objectives in relation to budget and financial management. Strengthening middle management levels is also a concern in relation to the increase of cost. An initial community budget contribution of EUR 308.7 million has helped launch and will continue to support the EIT for the 2008-2013 periods. We cannot support this due to the fact that it is linked with other innovation EU projects that pursue EU political aims and objectives.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – Un des pouvoirs fondateurs de notre Parlement est son pouvoir budgétaire. Nous approuvons le budget et nous nous assurons de la bonne utilisation des fonds publics, notamment par l'intermédiaire de la décharge budgétaire.

En avril dernier, nous avons ajourné l'approbation des dépenses de l'Institut européen d'innovation et de technologie (EIT) pour l'année 2013, du fait de certaines interrogations sur la pertinence des audits. L'EIT se devait de démontrer que la vérification de ses paiements et de ses procédures de marchés publics avait été améliorée. Des éléments sur la légalité et la régularité des opérations de subvention ainsi que sur l'amélioration des procédures de planification et de suivi de l'exécution budgétaire nous ont été fournis. C'est pourquoi, j'ai voté en faveur de ce texte qui accorde la décharge budgétaire pour les comptes de l'EIT en 2013.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Tras no lograr la aprobación de la gestión de sus cuentas en el mes de abril, el Instituto Europeo de Innovación y Tecnología ha logrado el descargo en este Pleno tras la nueva información aportada y la comparecencia de su director ante la Comisión de Control Presupuestario. En esta ocasión, sin embargo, tal y como recoge el informe aprobado en el Parlamento, al que he dado mi apoyo, el Parlamento constata que se han producido mejoras en los sistemas de verificación ex post de auditoría, al igual que en los procedimientos de contratación pública, y que se ha adoptado una actitud proactiva tras la detección de errores por parte del Tribunal de Cuentas. También se destaca la adopción de una metodología para los convenios de subvención igual al del resto de los programas del programa marco Horizonte 2020, motivos, entre otros, por los que se otorga la aprobación.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – S'il est vrai que la Cour des comptes a déclaré pour la deuxième année consécutive dans son rapport qu'elle n'avait pas obtenu d'assurance raisonnable quant à la légalité et à la régularité des opérations de subvention, il faut souligner que l'Institut d'innovation et de technologie (EIT) a instauré des vérifications ex post complémentaires des opérations de subvention. De plus, nous avons également reçu de la part de l'EIT des informations qui tendent à prouver que les procédures de passation des marchés publics s'améliorent depuis 2013. Il semble également que l'EIT ait adopté une approche plus proactive des suites de la détection d'erreurs par la Cour. Enfin, force est de constater que les procédures de planification et de suivi de l'exécution budgétaire de l'EIT sont meilleures.

Pour toutes ces raisons, j'ai décidé de voter pour le second rapport Czarnecki, octroyant ainsi la décharge au directeur de l'EIT sur l'exécution du budget pour l'exercice 2013. À noter tout de même que je soutiens les observations faites sur les audits internes.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – No seguimento da decisão de 29 de abril de 2015 do Parlamento, através da qual foi adiada a decisão de dar quitação ao Instituto Europeu de Inovação e Tecnologia pela execução do exercício de 2013, verificamos que, após esta data, a qualidade e a observância dos princípios legislativos orçamentais e regulamentares melhorou substancialmente neste Instituto.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Para isto muito contribuiu a ação do atual Diretor, bem como o processo de consultoria realizada pelo serviço de auditoria interna, que trouxe uma melhoria de procedimentos que se reflete na aprovação do encerramento das contas deste Instituto (relativas ao exercício de 2013) pelo Parlamento Europeu, que contou com o meu voto favorável.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Le 29 avril dernier, le Parlement européen avait décidé de reporter sa décision d'octroi de la décharge au directeur de l'Institut européen d'innovation et de technologie (EIT) pour l'exercice 2013. Le Parlement avait notamment décelé certaines insuffisances concernant des problèmes liés aux audits et certaines erreurs affectant les marchés publics.

À la suite de ces défaillances, l'EIT a fourni au Parlement le 29 juin un nouveau rapport apportant de nouveaux éléments et certaines explications. Ainsi, de nouvelles vérifications ont eu lieu, les procédures de passation des marchés publics ont été révisées et certaines améliorations dans la gestion des vacances de poste ont notamment été apportées.

Compte tenu de ces nouveaux éléments, j'ai soutenu ce rapport qui accorde la décharge 2013 à l'Institut européen d'innovation et de technologie.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione inerente il discarico 2013 dell'Istituto europeo di innovazione e tecnologia in quanto sostengo la decisione del Parlamento europeo di approvare la chiusura dei conti dell'Istituto e di concedere il discarico al direttore dell'EIT per l'esecuzione del bilancio per l'esercizio 2013.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe se ocupa de la aprobación de la gestión del Instituto Europeo de Innovación y Tecnología para el ejercicio 2013. Se apoya la aprobación sin dejar de mencionar algunas observaciones. Estas se refieren a la calidad de los certificados emitidos; a una serie de retrasos en la presentación de informes; también se observó una alta rotación laboral debida a la precariedad laboral, aunque este mal indicador se ha moderado recientemente.

Este procedimiento es una mera formalidad y no se ha detectado ninguna irregularidad significativa en el lado contable, que es lo que se dirime aquí, por lo que no hay razón para votar en contra. Se ha votado a favor.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del año 2013 del Instituto de Innovación y Tecnología. No obstante, quiero señalar que es necesario no pasar por alto ciertos aspectos mejorables a mi juicio, que tienen que ver principalmente con la calidad de los certificados emitidos, o con una serie de retrasos en la entrega de documentación demandada por el Parlamento. Deseamos, pues, que en la evaluación de futuros presupuestos estas pequeñas anomalías sean corregidas.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as it is spending vast amounts of UK taxpayers' money, and this should be decided in the UK Parliament.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I have voted to grant EIT discharge as it has shown significant progress, including a comprehensive revision of the internal procedures and rules to comply fully with public procurement legislation, increased capacity and more staff training. I has also put in place a staff appraisal and re-classification system to provide a better career perspective to EIT staff and reduce turnover.

Branislav Škripek (ECR), *pisomne*. – Hlasoval som v súlade s princípom, že udelenie absolútoría pre akúkoľvek časť z rozpočtu EÚ má nasledovať až po tom, čo rozpočet EÚ ako celok získa kladné stanovisko od Európskeho súdu audítorov.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Monika Smolková (S&D), *písomne* – dvor audítorov vo svojej správe o overení ročnej účtovnej závierky Európskeho inovačného a technologického inštitútu za rozpočtový rok 2013 nekonštatoval už druhý rok po sebe primeranú istotu o zákonnosti a správnosti grantových operácií inštitútu. Podľa Dvora audítorov je kvalita osvedčených postupov spochybnená, keďže ich vydali nezávislé auditorské spoločnosti, ktoré najali samotní príjemcovia grantov a ktoré pokrývajú približne 87 % výdavkov na granty. Preto je dobré, že inštitút zaviedol dopĺňujúce kontroly ex post pre grantové operácie ako druhý stupeň istoty o zákonnosti a správnosti grantových operácií. Taktiež inštitút vykonal audity „na mieste“, ktoré sa týkali približne 40 % grantov vyplatených v rámci dohôd o grante z roku 2013. Inštitút od roku 2013 zlepšil svoje postupy obstarávania a zaujal proaktívny prístup po zistení chýb dvorom audítorov. Inštitút zlepšil postupy plánovania a monitorovania v súvislosti s plnením rozpočtu a urobil ďalšie nevyhnutné opatrenia pre celkové zlepšenie svojho hospodárenia. Aj preto som hlasovala za absolútorium za rok 2013 pre uvedený inštitút.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Víтам aktivity Európskeho inovačného a technologického inštitútu, pretože inovácie a technológie sú dôležitou súčasťou našej ekonomiky a len vďaka nim môže naša ekonomika napredovať a konkurovať iným svetovým veľmociam.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I have voted to grant EIT discharge as it has shown significant progress including a comprehensive revision of the internal procedures and rules to fully comply with public procurement legislation, increased capacity and more staff training. It has also put in place a staff appraisal and re-classification system to provide a better career perspective to EIT staff and reduce turnover.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Uzimajući u obzir konačne godišnje finansijske izvještaje Evropskog instituta za inovacije i tehnologiju za finansijsku godinu 2013. te izvješće Revizorskog suda o godišnjim finansijskim izvještajima Evropskog instituta za inovacije i tehnologiju za finansijsku godinu 2013., zajedno s odgovorima Instituta, Europski parlament daje razrješnicu direktoru Evropskog instituta za inovacije i tehnologiju za izvršenje proračuna Instituta za finansijsku godinu 2013. te odobrava zatvaranje računa Evropskog instituta za inovacije i tehnologiju za finansijsku godinu 2013. Ovo izvješće u potpunosti podržavam.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za razrešnico za leto 2013 za Evropski inštitut za inovacije in tehnologijo (EIT). Kljub nekaterim pripombam o zakonitosti in pravilnosti transakcij s strani Računskega sodišča, v mislih imam predvsem zakonitost in pravilnost transakcij, povezanih z nepovratnimi sredstvi, lahko opazimo, da se je upravljanje proračuna in finančno upravljanje izboljšalo v primerjavi s prejšnjim letom. Kot je namreč ugotovilo Sodišče, je inštitut izboljšal načrtovanje in spremljanje postopkov v zvezi z izvrševanjem proračuna, saj ti postopki zdaj vključujejo natančnejšo oceno vseh predlaganih dejavnosti s proračunskim vplivom.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. – I abstained on this discharge and will not vote in favour of the discharges for any part of the EU budget until the budget as a whole receives a positive statement of assurance from the Court of Auditors. However, I fully support the work of the European Institute for Innovation and Technology and consider it to be a hugely beneficial programme for helping scientists get their research into the market place.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφπώς*. – Όσον αφορά στην εκτέλεση του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2013, οι πληροφορίες που παρέχονται σχετικά με τα οικονομικά μεγέθη δεν δικαιολογούν την απαλλαγή του Ευρωπαϊκού Ινστιτούτου Καινοτομίας και Τεχνολογίας.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Támogattam a jelentés elfogadását, illetve a 2013. évi mentesítés megadását, annak reményében, hogy az Európa jövőbeni gazdasági és tudományos fejlődésében fontos szerepet játszó (magyarországi, budapesti székhelyű) Európai Innovációs és Technológiai Intézet a továbbiakban költségvetési-gazdálkodási szempontból is átlátható, hatékony körülmények között, zavartalanul folytathatja működését. Figyelembe vettem, hogy a beszámoló szerint az EIT vezetése ténylegesen orvosolta az Európai Számvevőszék által korábban észrevételezett hiányosságokat, s a korrekciók révén az elmúlt évben javult a gazdálkodás és az adminisztratív ügyvezetés hatékonysága és átláthatósága. A jelentés szerint ezen belül jelentős mértékben javult az Intézet beszerzési politikája, szigorodott a pénzügyi menedzsment, s a céltudatosabb személyügyi és létszámgazdálkodás csökkentette a túlzott személyi fluktuációt. Így, figyelemmel a belső ellenőrzés megerősítésére is, okkal remélhető, hogy az EIT gazdálkodásával szemben fent jelzett elvárások a folyó költségvetési esztendőre áthúzódó hatással is teljesülnek.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Claudia Tapardel (S&D), *in writing*. – This report recommends granting discharge to the Director of the European Institute of Innovation and Technology (EIT) for the financial year 2013.

With this text, the Parliament recognises that the EIT has taken the necessary steps requested to redress the shortcomings the Parliament Committee on Budgetary Control (CONT) identified related to the combined error rate on the audit issues and material procurement errors between 2% and 3% of total 2013 expenditure, which is above the materiality threshold of 2%, the insufficient quality of ex ante and ex post verifications as well as irregular public procurement procedures.

However, following the progress report published by the EIT on 29 July, 2015, the Committee decided that improvements have been made, i.e. newly introduced complementary ex-ante verifications for grant expenditure, redesigned procurement procedures since 2013 with a proactive approach towards the detection of errors; improved the planning and monitoring procedures related to the budget implementation which include a more rigorous assessment of activities, increased absorption capacity of the first-wave beneficiaries and introduction of additional second wave beneficiaries.

The EIT management has shown the clear improvement in the shortcomings identified by CONT, therefore I voted in line with CONT's decision to grant discharge to EIT for 2013.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte de décharge. Fruit d'un compromis consensuel entre les groupes politiques, l'accord a été voté à une large majorité.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of two decisions and a resolution regarding the European Institute of Innovation and Technology (EIT) 2013 discharge. The first decision grants the Director of the EIT discharge in respect of the implementation of the Institute's budget for the financial year 2013. The second approves the closure of EIT's accounts for the financial year 2013. The resolution provides comments on legality and regularity of EIT's transactions, on budget and financial management and on internal audit.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Drugo poročilo o razrešnici glede izvrševanja proračuna Evropskega inštituta za inovacije in tehnologijo za proračunsko leto 2013 sem podprla, saj je inštitut po mnenju Računskega sodišča ustrezno prikazoval finančno stanje, delo opravljal v skladu z zakoni in navodili ter je izboljšal načrtovanje in spremljanje postopkov v zvezi z izvrševanjem proračuna.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe se ocupa de la aprobación de la gestión del Instituto Europeo de Innovación y Tecnología para el ejercicio 2013. Se apoya la aprobación sin dejar de mencionar algunas observaciones. Estas se refieren a la calidad de los certificados emitidos; a una serie de retrasos en la presentación de informes; también se observó una alta rotación laboral debida a la precariedad laboral, aunque este mal indicador se ha moderado recientemente.

Este procedimiento es una mera formalidad y no se ha detectado ninguna irregularidad significativa en el lado contable, que es lo que se dirime aquí, por lo que no hay razón para votar en contra. Se ha votado a favor.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Tekintettel a 2013-as pénzügyi évre szóló költségvetés végrehajtása tekintetében az Európai Innovációs és Technológiai Intézet számára adandó mentesítésről szóló tanácsi ajánlásra, valamint az Európai Innovációs és Technológiai Intézet igazgatójának válaszaire, támogattam a jelentést.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe se ocupa de la aprobación de la gestión del Instituto Europeo de Innovación y Tecnología para el ejercicio 2013. Se apoya la aprobación sin dejar de mencionar algunas observaciones. Estas se refieren a la calidad de los certificados emitidos; a una serie de retrasos en la presentación de informes; también se observó una alta rotación laboral debida a la precariedad laboral, aunque este mal indicador se ha moderado recientemente.

Este procedimiento es una mera formalidad y no se ha detectado ninguna irregularidad significativa en el lado contable, que es lo que se dirime aquí, por lo que no hay razón para votar en contra. Se ha votado a favor.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the decision on the discharge in respect of the implementation of the budget of the European Institute of Innovation and Technology for the financial year 2013, and on the decision of the closure of the accounts of the European Institute of Innovation and Technology for the financial year 2013 because the Court of Auditors, in its report on the annual accounts of the European Institute of Innovation and Technology for the financial year 2013, found for the second consecutive year no reasonable assurance on the legality and regularity of the grant transactions and noted that the quality of the certificates was compromised as they were issued by independent audit firms contracted by the grant beneficiaries.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – En abril de 2015, el Parlamento pospuso la decisión de aprobar la gestión del director del Instituto Europeo de Innovación y Tecnología (EIT) para el ejercicio financiero 2013, pidiendo asimismo un informe que clarificara varios puntos sobre este asunto. En junio de 2015, el Parlamento Europeo recibió un informe sobre los progresos realizados por el EIT desde el primer informe. Tras el estudio de este informe, la comisión de Control Presupuestario decidió aprobar por amplia mayoría la gestión. Teniendo en cuenta esta decisión, considero necesario votar a favor de este asunto.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro la decisione che chiede di concedere il discarico all'Istituto europeo di innovazione e tecnologia per l'esercizio 2013: in prima istanza il discarico non era stato concesso perché la Corte dei conti, nella sua relazione sui conti annuali dell'EIT, aveva rilevato di non aver ottenuto per il secondo anno consecutivo garanzia ragionevole sulla legittimità e regolarità delle operazioni di sovvenzione. In altre parole la Corte riteneva compromessa la qualità della certificazione in quanto questa, relativa a circa l'87% della spesa per sovvenzioni, era stata rilasciata da società di *audit* indipendenti incaricate dagli stessi beneficiari delle sovvenzioni. Ci troviamo di fronte a una pratica purtroppo troppo diffusa in seno a quest'Unione: i controllori sono alla diretta dipendenza dei controllati, e nonostante l'EIT stia cercando di porre rimedio alla situazione, ritengo che il mio voto contrario alla concessione del discarico debba essere interpretato come un segnale forte contro tutte le gestioni oscure che costellano gli organi europei.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del año 2013 del Instituto de Innovación y Tecnología. No obstante, quiero señalar que es necesario no pasar por alto ciertos aspectos mejorables a mi juicio, que tienen que ver principalmente con la calidad de los certificados emitidos, o con una serie de retrasos en la entrega de documentación demandada por el Parlamento. Deseamos, pues, que en la evaluación de futuros presupuestos estas pequeñas anomalías sean corregidas.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O financiamento atribuído pelo Instituto às CCI no período de 2010-2014 não ultrapassou o limite máximo de 25 %, tal como estabelecido nos acordos-quadro de parceria entre as CCI e o Instituto, sendo que o Instituto melhorou o planeamento e o acompanhamento dos procedimentos relacionados com a execução orçamental.

Em junho de 2014, o Serviço de Auditoria Interna da Comissão (SAI) publicou um relatório de auditoria de acompanhamento sobre o estado de execução do plano de ação resultante do «Exame restrito à gestão de subvenções – Preparação das convenções de subvenção anuais». O SAI encerrou duas das seis recomendações originais e outra recomendação foi reclassificada, passando de «crítica» a «muito importante».

Em dezembro de 2014, a fim de analisar os progressos efetuados na aplicação das recomendações em aberto, o SAI reconheceu que foram efetuadas novas melhorias no processo de atribuição da subvenção anual e que todas as ações detalhadas apresentadas ao SAI durante a visita, quer concluídas, quer em curso ou planeadas, abordam adequadamente os riscos destacados no exame restrito do SAI.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht schildert die Probleme gut, jedoch geht nicht hervor, welche Entscheidung auf Grundlage dieser Schilderung getroffen werden sollte. Daher habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – L'Istituto europeo di innovazione tecnologica ha implementato le procedure di supervisione e programmazione del bilancio.

Si valuta positivamente la decisione dell'Istituto di considerare in modo più rigoroso tutte le attività le cui spese superano i 50 000 euro.

Dienstag, 27. Oktober 2015

L'EIT ha dimostrato la volontà di mettere in atto una seria pianificazione del fabbisogno di risorse umane e finanziarie in modo da programmare in maniera precisa e trasparente tutte le proprie attività.

Altro elemento rilevante è il sempre più stretto collegamento tra attività programmate e assegnazione di risorse nonché una connessione sempre più forte tra programma di lavoro e bilancio.

Visti gli evidenti miglioramenti per quanto riguarda la gestione finanziaria e del bilancio ho espresso il mio voto favorevole.

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. – Dem Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments über die Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts für das Haushaltsjahr 2013 habe ich nicht zugestimmt.

Solange der Rechnungshof das Budget nicht überprüft hat, stimme ich gegen die Entlastung. Es konnte für das zweite Jahr in Folge keine vernünftige Versicherung von Legalität und Regelmäßigkeit der Unternehmungen gefunden werden.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. – O Tribunal de Contas, no seu relatório sobre as contas anuais do Instituto Europeu de Inovação e Tecnologia relativas ao exercício de 2013, considerou, pelo segundo ano consecutivo, que não dispunha de garantias suficientes quanto à legalidade e à regularidade das operações relativas às subvenções.

Segundo o Tribunal, a qualidade dos certificados, que cobrem cerca de 87 % das despesas com subvenções, ficou comprometida pelo facto de terem sido emitidos por empresas de auditoria independentes contratadas pelos beneficiários das subvenções; recorda, além disso, que, a fim de colmatar as lacunas relacionadas com a qualidade dos certificados de auditoria, o Instituto melhorou as instruções fornecidas aos auditores responsáveis pela certificação.

Em junho de 2014, o Serviço de Auditoria Interna da Comissão (SAI) publicou um relatório de auditoria de acompanhamento sobre o estado de execução do plano de ação resultante do «Exame restrito à gestão de subvenções – Preparação das convenções de subvenção anuais». O SAI encerrou duas das seis recomendações originais e uma outra recomendação foi reclassificada, passando de «crítica» a «muito importante».

Em dezembro de 2014, a fim de analisar os progressos efetuados na aplicação das recomendações em aberto, o SAI reconheceu que foram efetuadas novas melhorias no processo de atribuição da subvenção anual.

Votámos a favor.

6.13. Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ENIAC (A8-0285/2015 - Ryszard Czarnecki)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – There is a call for private investors to contribute to this programme as well as Member States. Lower contributions from Member States were more than compensated by private investment; this is not welcome from our perspective due to the fact that we are concerned that our public and private sectors are not intertwined with EU political aims and objectives.

The project will end in 2017 and by that time it is estimated that EUR 3 billion will be spent on R&D projects.

The Association for European Nanoelectronics Activities (AENEAS) is also involved in a joint undertaking to contribute EUR 30 million. Member States are expected to make a contribution of 1.8 times that of the EU contribution. We cannot support such programmes that clearly put pressure on Member States at a time of severe financial difficulty with other priorities that are far more essential for the citizens of Europe.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta vez he votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del año 2013 de la Empresa Común ENIAC, aprobación que se postpuso el pasado 29 de abril.

En esta ocasión, el Parlamento paralizó la aprobación de la gestión en la ejecución del presupuesto puesto que la Comisión CONT pidió a la Empresa ENIAC que presentara más elementos sobre sus cuentas y sobre la regularidad de diversas transacciones.

Esta información extra fue considerada satisfactoria por la Comisión CONT, por lo que he votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto para el año 2013 de la Empresa Común ENIAC.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre l'octroi de la décharge sur l'exécution du budget de l'entreprise commune ENIAC pour l'exercice 2013. En effet, cette entreprise commune créée en 2007 dans le but de rassembler la recherche européenne en matière de nanoélectronique a été sujette à certaines critiques, notamment celles de la Cour des comptes européennes qui a émis des doutes quant à la transparence de son financement.

Si depuis le premier rapport des points ont été améliorés, d'autres persistent. La Cour européenne s'interroge en particulier sur la légalité et la régularité de ces opérations. En outre, nous pensons qu'une évaluation des activités de l'entreprise depuis 2007 est nécessaire. Celle-ci n'interviendra que dans le cadre de la décharge 2014. Nous pouvons donc nous poser la question des résultats et de la valeur ajoutée de cette initiative conjointe et de l'intérêt de son financement par le budget européen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce vote donne une décharge sur l'exécution du budget 2013 de l'entreprise commune ENIAC, financée par le budget de l'UE, des États membres et des acteurs du secteur privé. Cette entreprise commune a pour objet de favoriser le développement de systèmes nano-électriques.

L'objet du vote était triple :

1. «donne décharge au directeur exécutif de l'entreprise commune ECSEL sur l'exécution du budget de l'entreprise commune ENIAC pour l'exercice 2013»;
2. approuver et valider les comptes de l'entreprise;
3. présenter des observations quant à la gestion et la stratégie de l'entreprise.

J'estime nécessaire l'évaluation des activités de l'ENIAC depuis 2007. Par conséquent, j'ai voté contre l'octroi de la décharge et contre le rapport qui ne va pas assez au fond des choses.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against discharge as I fundamentally disagree with the way that the money has been spent.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour, comme le préconisait la commission compétente au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Remiantis ECSEL patikinimu, bendroji įmonė padarė nemažą pažangą įgyvendinant veiksmų planą, kuriuo siekiama ištaisyti Audito Rūmų nustatytus trūkumus. Kartu su nacionalinėmis finansavimo institucijomis buvo gerinama įmonės *ex post* audito strategija, įdiegta speciali audito ataskaitų teikimo forma bei atliktas sistemingesnis šių auditų kokybės vertinimas. Kartu buvo keičiamasi informacija apie finansinių programų reikalavimus bei geriausios praktikos pavyzdžiais. Taip pat patobulinta interesų konfliktų valdymo ir prevencijos politika, bei sukurta išsami duomenų bazė, apimanti visą informaciją, susijusią su interesų konfliktais bei veiksmiais, kurių imtasi juos sprendžiant. Kadangi ARTEMIS ir ENIAC nebeegzistuoja atskirai, bet kokias rekomendacijas, susijusias su audito procedūrų tobulinimais turės įgyvendinti jau nauja bendra įmonė ECSEL, todėl svarbu jai duoti laiko ir suteikti biudžeto įvykdymo patvirtinimą.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – There is a call for private investors to contribute to this programme as well as Member States. Lower contributions from Member States were more than compensated by private investment; this is not welcome from our perspective due to the fact that we are concerned that our public and private sectors are not intertwined with EU political aims and objectives.

The project will end in 2017 and by that time it is estimated that EUR 3 billion will be spent on R&D projects.

The Association for European Nanoelectronics Activities (AENEAS) is also involved in a joint undertaking to contribute EUR 30 million. Member States are expected to make a contribution of 1.8 times that of the EU contribution. We cannot support such programmes that clearly put pressure on Member States at a time of severe financial difficulty with other priorities that are far more essential for the citizens of Europe.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen avait reporté, le 29 avril, sa décision d'accorder la décharge au directeur de l'entreprise commune Artemis pour l'année financière 2013 et l'avait appelé à prendre des mesures pour redresser les erreurs recensées. Sur la base du rapport fourni à la commission du contrôle budgétaire, le 25 juin 2015, des améliorations ont pu être constatées, notamment dans la prévention et la gestion des conflits d'intérêts ainsi que le suivi et la communication des résultats de recherche.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Tout comme sa consœur ARTEMIS, l'entreprise commune ENIAC souffre d'une forte opacité concernant ses stratégies d'audit. ENIAC, qui a pour but depuis sa création en 2007 de rassembler la recherche européenne en matière nanoélectronique, bénéficie à 65 % d'apports financiers du secteur privé, tandis que l'apport des États membres ne doit pas dépasser 1,8 %.

Rappelons qu'en avril dernier, le Parlement avait déjà reporté la décharge pour ENIAC du fait des inquiétudes soulevées par la Cour des comptes, notamment concernant les irrégularités qui touchent aux méthodes d'estimation du taux d'erreur, mais aussi, et surtout, au sujet des doutes qui portent sur la régularité et la légalité des opérations sous-jacentes aux comptes annuels.

Il est également révélateur que la Commission souhaite procéder à une évaluation des activités de l'ENIAC, même si celle-ci n'interviendra pas avant la décharge 2014.

Quoi qu'il en soit, ces incertitudes concernant cette entreprise commune, qu'elles soient des incertitudes liées à sa valeur ajoutée et/ou à sa gestion, m'ont poussée à rejeter l'octroi de cette décharge.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non ho inteso avallare il discarico all'impresa comune ENIAC a causa delle riserve espresse dalla Corte dei conti sulla legittimità e sulla regolarità delle operazioni sottostanti i conti annuali.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Tras no lograr la aprobación de la gestión de sus cuentas en el mes de abril, la Empresa Común ENIAC lo ha logrado en este Pleno tras la nueva información aportada y la comparecencia de su director ante la Comisión de Control Presupuestario. En esta ocasión, sin embargo, tal y como constata el informe aprobado en el Parlamento, al que he dado mi apoyo, se estima que las actuaciones llevadas a cabo por la empresa han reforzado la independencia de los controles de auditoría, se han instaurado controles adicionales realizados por la propia empresa *a posteriori* y se ha establecido un plan de acción para poner fin a las deficiencias constatadas por el Tribunal de Cuentas, por lo que se le otorga la aprobación.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas patvirtina 2013 m. biudžeto įvykdymą bendrajai įmonei ENIAC. 2007 m. dešimties metų laikotarpiui buvo įsteigta bendroji įmonė ENIAC, kurios paskirtis – apibrėžti ir įgyvendinti mokslinių tyrimų darbotvarkę, skirtą pagrindinėms nanoelektronikos technologijoms plėtoti įvairiose taikymo srityse. Pridėtos pastabose pažymima, kad bendrosios įmonės ARTEMIS ir ENIAC 2014 m. buvo sujungtos tam, kad siekiant Europos lyderystės būtų sukurta Elektroninių komponentų ir sistemų jungtinė technologijų iniciatyva (ECSEL JTI), kuri bus tęsiama 10 metų. Pastabose taip pat pažymima, kad Europos Audito Rūmai nurodė, kad Bendrosios įmonės 2013 m. metinėse finansinėse ataskaitose visais esminiais aspektais teisingai pateikta Bendrosios įmonės finansinė padėtis 2013 m. gruodžio 31 d. ir operacijų rezultatai bei jos pinigų srautai metų pabaigoje, vadovaujantis jos finansinių taisyklių nuostatomis ir Komisijos apskaitos pareigūno priimtomis apskaitos taisyklėmis.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést, a szakbizottság az ENIAC Közös Vállalkozás mentesítésének megadásáról döntött. A Közös Vállalkozás ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, az összeférhetlenségi szabályok alkalmazását megerősítette. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az ENIAC Közös Vállalkozás mentesítésének megadását támogattam.

Franč Bogovič (PPE), pisno. – Kot sem izpostavil že pri prejšnji obrazložitvi, je podelitev razrešnice glede izvrševanja proračuna normalen postopek, tako v zasebnih podjetjih kot v javnih institucijah, kjer to nalogo opravi izvoljeni funkcionarji.

Poročevalec je tudi pri poročilu o razrešnici v skupnem podjetju ENIAC za l. 2013 ugotovil skladnost s pravili, kar je predhodno ugotovilo že Računsko sodišče EU. Podjetje je tudi ustrezno upoštevalo predloge nadzornih institucij in tako izpolnilo pogoje za razrešnico proračuna.

Skupno podjetje ENIAC je bilo ustanovljeno l. 2007 za obdobje desetih let. Namen podjetja je bila opredelitev in izvedba raziskovalnega programa za razvoj ključnih kompetenc za nanoelektroniko na različnih področjih uporabe.

Podjetje ENIAC se je maja 2014 združilo s podjetjem ARTEMIS v novo nastalo tehnološko platformo ECSEL, ki prav tako posluje v skladu s pravili.

Na podlagi ugotovitev Računskega sodišča EU, ki je pozitivno ocenilo finančno poslovanje podjetja ENIAC v l. 2013, je bilo pripravljeno poročilo, ki sem ga prav tako z veseljem podprl.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo che l'impresa comune ENIAC abbia utilizzato i fondi stanziati per il suo funzionamento, per l'anno 2013, in maniera conforme a quanto previsto e nel rispetto delle regole di bilancio.

Steve Briois (ENF), par écrit. – L'entreprise commune ENIAC, comme l'ensemble des initiatives conjointes, est un projet qui a été financé à la fois par le secteur privé, par l'Union européenne et par les États membres (1,8% c'est à dire la limite légale autorisée). Créée en 2007, ENIAC avait vocation d'être à la pointe de la recherche dans le domaine nanoélectronique.

Le Parlement européen avait déjà reporté la décharge pour l'exercice 2013 en avril en raison des irrégularités que la Cour des comptes avait constatées. Ce rapport affirme que l'entreprise commune avait fait le nécessaire pour régulariser leur situation. Or la Cour des comptes émet des réserves et n'est pas en mesure de statuer sur la légalité des opérations réalisées. C'est la raison pour laquelle la Commission procédera à l'évaluation des activités de l'ENIAC depuis sa création dans le cadre de la décharge 2014.

Dans ce contexte, l'intérêt de financer ce projet avec l'argent des contribuables européennes m'apparaît bien mince. J'ai donc voté contre l'octroi de décharge.

Daniel Buda (PPE), în scris. – Am votat în favoarea acestui Raport privind descărcarea de gestiune 2013: Întreprinderea comună ENIAC pentru că acest raport a dus la consolidarea conturilor Uniunii Europene pentru exercițiul financiar 2013, ajutând astfel statele membre să gestioneze și să facă dezvoltări în domeniul nanoelectronicii.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Raportul este bazat pe conturile consolidate ale Uniunii Europene pentru exercițiul financiar 2013, document întocmit în baza informațiilor furnizate de către instituțiile, organele și agențiile UE, în conformitate cu articolul 129, alineatul (2) din Regulamentul financiar aplicabil bugetului general al Uniunii, inclusiv de întreprinderea comună ENIAC.

De asemenea, bugetul UE este finanțatorul unei game largi de politici și programe implementate în întreaga UE, în conformitate cu prioritățile Parlamentului European și ale Consiliului în cadrul financiar multianual, Comisia desfășurând programe, activități specifice și proiecte în domeniu cu sprijinul tehnic al agențiilor specializate și, de asemenea, al anumitor societăți mixte.

Sarcinile comune ale ENIAC își propun să stabilească o agendă de cercetare de comun acord în domeniul nanoelectronicii, în vederea studiilor viitoare în domeniu, pentru adoptarea și dezvoltarea unor competențe-cheie în această arie.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto a sfavore della concessione del discarico. Le procedure di *audit*, a detta della stessa Corte di conti, non sarebbero affidabili e veritiere.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ENIAC per l'esercizio 2013.

Questa società è stata istituita nel 2007 per definire e attuare una «agenda di ricerca» per lo sviluppo di competenze essenziali per la nanoelettronica in vari settori d'applicazione. Successivamente, ARTEMIS si è fusa con ENIAC per dare vita all'iniziativa tecnologica congiunta «Componenti e sistemi elettronici per la *leadership* europea» (ITC ECSEL), che ha avviato la sua attività nel giugno 2014 per il prossimo decennio.

I conti annuali dell'impresa comune per l'esercizio 2013 sembrano frutto di una gestione finanziaria e di bilancio improntata alla correttezza. Anche i sistemi di controllo interno hanno ottenuto esiti efficaci.

Per questo motivo ho deciso di votare a favore del discarico per l'esecuzione del bilancio.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the closure of the ENIAC's accounts for 2013 and in favour of the resolution. This was a second report in respect of the implementation of the budget of the ENIAC Joint Undertaking for the financial year 2013.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the approval for the closure of ENIAC's accounts. Their financial report was presented in a clear manner. Additionally, amongst others the Joint Undertaking managed to fulfil the requirements regarding public and private contributions as outlined in its statute.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho ritenuto opportuno votare contro la concessione del discarico perché, sebbene ENIAC abbia cercato di migliorare la propria situazione, sono contrario al proliferare di imprese comuni.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, έχοντας υπόψη τους οριστικούς ετήσιους λογαριασμούς της κοινής επιχείρησης ENIAC για το οικονομικό έτος 2013 και έχοντας υπόψη και τη δεύτερη έκθεση της Επιτροπής Ελέγχου του Προϋπολογισμού, χορηγεί απαλλαγή στον διευθυντή της κοινής επιχείρησης ECSEL όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της κοινής επιχείρησης ENIAC για το οικονομικό έτος 2013, κάτι που θεωρούμε ορθό και ψηφίζουμε θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho scelto di votare a favore del provvedimento che approva la chiusura dei conti dell'impresa comune ENIAC per l'esercizio 2013 e concede il discarico al direttore esecutivo dell'impresa comune ECSEL per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ENIAC per l'esercizio 2013.

La gestione finanziaria e di tesoreria non evidenzia problematicità. Si riconoscono progressi nell'implementazione di un piano volto a rimediare alle carenze del sistema dei controlli evidenziate dalla Corte dei conti nel suo parere con riserva. Si plaude all'elevata produttività dei risultati di ricerca nonché al rispetto della disciplina sulla protezione e sul trasferimento dei risultati della ricerca.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di discarico all'impresa comune ENIAC contenuta nella relazione dell'on. Ryszard Czarnecki.

Questa impresa comune si è fusa nel 2014 con ARTEMIS per dare vita all'iniziativa tecnologica congiunta «Componenti e sistemi elettronici per la leadership europea» che sarà operativa per un decennio.

Come gruppo si è scelto di sostenere il discarico di questa impresa e per questo motivo voto a favore della relazione.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – There is a call for private investors to contribute to this programme as well as Member States. Lower contributions from Member States were more than compensated by private investment; this is not welcome from our perspective due to the fact that we are concerned that our public and private sectors are not intertwined with EU political aims and objectives.

The project will end in 2017 and by that time it is estimated that EUR 3 billion will be spent on R&D projects.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – L'impresa comune ENIAC è stata costituita il 20 dicembre 2007 con l'obiettivo di definire e attuare una «agenda di ricerca» per lo sviluppo di competenze essenziali per la nanoelettronica in vari settori d'applicazione.

Secondo la Corte dei conti, i conti annuali dell'impresa comune per l'esercizio 2013 presentano fedelmente, sotto tutti gli aspetti rilevanti, la sua posizione finanziaria al 31 dicembre 2013, nonché i risultati delle sue operazioni e i flussi di cassa per l'esercizio chiuso in tale data, conformemente alle disposizioni del regolamento finanziario dell'impresa comune e alle norme contabili adottate dal contabile della Commissione.

Pertanto voto a favore di tale proposta, che prevede la concessione del discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ENIAC per l'esercizio 2013, con l'unica raccomandazione di adottare misure efficaci per il controllo delle movimentazioni di tale impresa, in seguito all'accordo di fusione con l'impresa comune ARTEMIS.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha proposto, in prima istanza, di rinviare la concessione del discarico del bilancio dell'impresa comune ENIAC. Ora si tratta quindi di votare per la definitiva concessione o meno del discarico.

Il discarico non era stato concesso perché la Corte dei conti, nella sua relazione sui conti annuali dell'impresa comune ENIAC per l'esercizio 2013, aveva espresso un giudizio con riserva sulla legittimità e sulla regolarità delle operazioni sottostanti i conti annuali a causa dell'incapacità di valutare se la strategia di *audit ex post*, che fa ampio affidamento sulle autorità di finanziamento nazionali (AFN) per l'*audit* delle dichiarazioni di spesa dei progetti, fornisse o meno una garanzia sufficiente in merito alla legittimità e alla regolarità delle operazioni sottostanti.

L'impresa comune ha compiuto progressi per quanto riguarda l'attuazione del piano d'azione inteso a ovviare alle carenze riscontrate dalla Corte nel suo giudizio con riserva: la relazione invita quindi il Parlamento a votare a favore della concessione del discarico.

Nonostante ENIAC abbia cercato di migliorare la sua situazione, per mostrare il dissenso al proliferare di imprese comuni, ritengo opportuno votare contro la concessione del discarico.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta vez he votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del año 2013 de la Empresa Común ENIAC, aprobación que se postpuso el pasado 29 de abril.

En esta ocasión, el Parlamento paralizó la aprobación de la gestión en la ejecución del presupuesto puesto que la Comisión CONT pidió a la Empresa ENIAC que presentara más elementos sobre sus cuentas y sobre la regularidad de diversas transacciones.

Esta información extra fue considerada satisfactoria por la Comisión CONT, por lo que he votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto para el año 2013 de la Empresa Común ENIAC.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az ENIAC Közös Vállalkozás az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a költségvetési ellenőrzési szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, az összeférhetetlenségi szabályok alkalmazását megerősítette. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Ezért támogattam az ENIAC Közös Vállalkozás mentesítésének megadását.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of granting discharge to ENIAC following the improvements that ENIAC made including improvements in the ex post audits and audit strategies, the progress in managing the assurances provided by the National Funding Authorities as well as the development of new methodology for residual error rate estimation.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative propose l'octroi de la décharge pour l'exercice budgétaire de l'année 2013 à l'entreprise commune ENIAC, suite à un premier refus du Parlement européen lors de la session d'avril 2015. Cette décision était fondée sur l'avis de la Cour des comptes qui avait émis, pour la troisième année consécutive, une réserve remettant en cause la stratégie d'audit ex post relative à la légalité et la régularité des opérations de l'entreprise commune ENIAC. Celle-ci a présenté en juin 2015 un rapport au Parlement sur les progrès réalisés. Après examen, le rapporteur considère que la révision du cadre des audits et des stratégies d'audit ex-post est satisfaisante. Soutenant les conclusions de ce rapport, j'ai voté pour l'octroi de la décharge 2013.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'octroi de la décharge au directeur exécutif de l'entreprise commune ECSEL sur l'exécution du budget de l'entreprise commune ENIAC pour l'exercice 2013. Des efforts ont en effet été produits suite à la dernière décision du Parlement européen d'ajourner cette décharge. L'entreprise commune ENIAC a en effet travaillé à la mise en place d'un plan d'action pour répondre aux insuffisances qui avaient été mises en lumière par la Cour des comptes.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést, a szakbizottság az ENIAC Közös Vállalkozás mentesítésének megadásáról döntött. A Közös Vállalkozás ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, az összeférhetetlenségi szabályok alkalmazását megerősítette. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az ENIAC Közös Vállalkozás mentesítésének megadását támogattam.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce deuxième rapport concernait la décharge sur l'exécution du budget de l'entreprise, ou initiative conjointe ENIAC, créée en 2007, dans le secteur de la nanoélectronique.

Alors que l'initiative collective avec laquelle elle a fusionné, Artemis, est déjà mise en cause dans des problèmes de transparence dans son fonctionnement budgétaire interne, il apparaît nécessaire de remettre en perspective la pertinence de ce financement au vu de sa faible valeur ajoutée.

Soucieuse d'une utilisation raisonnée des financements publics en général, particulièrement lorsque ceux-ci ne me semblent pas pertinents, j'ai voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Тук също гласувах против освобождаването от отговорност на съвместно предприятие ENIAC. Моята принципа позиция, свързана с освобождаването от отговорност на която и да е част от бюджета, се покрива и с тази на моята група ECR, а именно, че такова не би трябвало да бъде дадено, докато бюджетът като цяло не получи положителна оценка от Сметната палата.

В предния доклад на Сметната палата са налични възможности за конфликт на интереси и те трябва да бъдат изчистени.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Όσον αφορά την εκτέλεση του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2013, οι πληροφορίες που παρέχονται σχετικά με τα οικονομικά μεγέθη δεν δικαιολογούν την απαλλαγή της Κοινής Επιχείρησης ENIAC.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést, a szakbizottság az ENIAC Közös Vállalkozás mentesítésének megadásáról döntött. A Közös Vállalkozás ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, az összeférhetetlenségi szabályok alkalmazását megerősítette. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az ENIAC Közös Vállalkozás mentesítésének megadását támogattam.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – There is a call for private investors to contribute to this programme as well as Member States. Lower contributions from Member States were more than compensated by private investment; this is not welcome from our perspective due to the fact that we are concerned that our public and private sectors are not intertwined with EU political aims and objectives.

The project will end in 2017 and by that time it is estimated that EUR 3 billion will be spent on R&D projects.

The Association for European Nanoelectronics Activities (AENEAS) is also involved in a joint undertaking to contribute EUR 30 million. Member States are expected to make a contribution of 1.8 times that of the EU contribution. We cannot support such programmes that clearly put pressure on Member States at a time of severe financial difficulty with other priorities that are far more essential for the citizens of Europe.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A ENIAC foi constituída em 20 de dezembro de 2007, por um período de 10 anos, com o objetivo de definir e executar uma «agenda de investigação» para o desenvolvimento de competências essenciais no domínio da nanoeletrónica, transversais às diferentes áreas de aplicação, tendo como contribuição máxima para o período de 10 anos, atribuída pela União à Empresa Comum, 450 000 000 EUR provenientes do orçamento do Sétimo Programa-Quadro de Investigação.

As Empresas Comuns ENIAC e ARTEMIS foram fundidas para criar a iniciativa tecnológica conjunta no domínio dos «Componentes e sistemas eletrónicos para uma liderança europeia», havendo 23 entidades financiadoras nacionais que partilharam informação sobre as suas estratégias de auditoria, o que representa 95 % da totalidade das subvenções concedidas.

A Empresa Comum foi realizando progressos na execução do plano de ação destinado a corrigir as deficiências identificadas pelo Tribunal, sendo que as garantias fornecidas pelos sistemas nacionais foram objeto de uma avaliação positiva nos países que representam 54 % das subvenções concedidas, enquanto as avaliações relativas a outros países se encontram numa fase avançada de execução, do que resultará uma cobertura das subvenções de 84 %.

Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A Empresa Comum ENIAC foi constituída em 20 de dezembro de 2007, por um período de 10 anos, com o objetivo de definir e executar uma «agenda de investigação» para o desenvolvimento de competências essenciais no domínio da nanoeletrónica, transversais às diferentes áreas de aplicação, adquirindo autonomia financeira em Julho de 2010.

Na opinião do Tribunal de Contas, as contas anuais da Empresa Comum relativas ao exercício de 2013 refletem fielmente, em todos os aspetos materialmente relevantes, a sua situação financeira no final de 2013, bem como os resultados das suas operações e dos fluxos de tesouraria relativos ao exercício encerrado nessa data, em conformidade com as disposições da sua regulamentação financeira e com as regras contabilísticas adotadas pelo Contabilista da Comissão.

Foi organizado um seminário sobre garantias, que reuniu representantes do Tribunal, a Comissão e o Serviço de Auditoria Interna da Comissão, bem como representantes das entidades financiadoras nacionais que operam na Empresa Comum, pondo em destaque os requisitos dos programas europeus, e permitiu o intercâmbio de informações e de boas práticas com as entidades financiadoras nacionais.

Sublinhe-se a criação de uma base de dados que reúne toda a informação identificada em matéria de conflitos de interesses e as medidas adotadas neste contexto.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Acompanhámos a proposta do relator.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as no significant irregularity in accountability has been detected in the recent evaluation.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – v tejto správe ide o udelenie absolútoría za rok 2013 pre Spoločný podnik ENIAC.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro la relazione per la concessione del discarico.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Καταψηφίζω την απαλλαγή 2013 της κοινής επιχείρησης ENIAC, καθώς η παρούσα έκθεση είναι ελλιπής. Τα στοιχεία και οι πληροφορίες που παρουσιάζονται αναφορικά με τα οικονομικά μεγέθη δεν δικαιολογούν την απαλλαγή.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted against this discharge as the 2013 budget still has not been granted approval from the Court of Auditors.

I cannot pass this budget because an ever increasing bill for my constituents is not acceptable. We should be looking for cost-saving measures and not just accept the budget if the Auditors cannot.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the discharge of ENIAC Joint Undertaking for the financial year 2013. Following a consensual compromise between the political groups, the agreement was voted by a large majority.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen den Bericht „Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ENIAC“ gestimmt, da ich meine, dass wir trotz des Ansatzes einer public private partnership noch immer zu viel Steuergelder in die Europäische Forschungsplattform für Nanoelektronik investieren. Hier erwarte ich deutlich mehr finanzielles Engagement der Industrie und die Anwerbung weiterer Drittmittel.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich habe der Entlastung des Unternehmens ENIAC für das Jahr 2013 zugestimmt.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – Here we go again, EUR 3 billion to be spent on R&D projects that the private sector should be doing, not government. Socialism failed, continues to fail, and yet we have a bunch of MEPs here who think it is the utopia.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I have voted to grant discharge for the EU's Joint Undertakings ENIAC and ARTEMIS, which merged in June 2014 to create the Electronic Components and Systems for European Leadership (ECSEL) joint technology initiative. The organisations have taken measures to show that EU funds are spent in a correct and transparent manner. The second report on discharge for 2013 indicates that sufficient steps have been taken to address the main issues raised by the Court of Auditors, including, importantly, the introduction of new ex post audit mechanisms in order to verify the agreements with the national funding authorities.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – As with ARTEMIS, today I also supported granting the discharge to ENIAC. ENIAC and ARTEMIS merged to create the Electronic Components and Systems for European Leadership joint technology initiative. These organisations have taken measures to demonstrate that EU funding is properly spent and in a transparent manner.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ENIAC. È vero che la Corte dei conti in precedenza ha espresso un giudizio con riserva sui conti annuali, tuttavia l'impresa comune ha registrato notevoli progressi per quanto riguarda l'attuazione del piano d'azione per bilanciare le carenze riscontrate. È vero anche che dobbiamo ringraziare il settore privato che ha contribuito con una massiccia dose di finanziamenti a favore dell'impresa comune, finanziamenti che hanno più che compensato il calo di contributi erogati dagli Stati membri.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – La recomendación de la Comisión CONT es aprobar la gestión de la Empresa Común ENIAC para el año 2013, tras su aplazamiento el pasado 29 de Abril. Se solicitó a la Empresa Común ENIAC que proporcionara más elementos a la Comisión CONT sobre la fiabilidad de las cuentas y la legalidad y regularidad de su gestión. Las respuestas facilitadas por el Director Ejecutivo de la Empresa Común ECSEL (anteriormente la Empresa Común ENIAC) se han considerado satisfactorias. Hemos votado a favor del cierre de ENIAC de las cuentas de 2013 y en favor de la Resolución.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I have voted, alongside my colleagues in the EPLP, to grant discharge for the EU's Joint Undertakings ENIAC and ARTEMIS, which merged in June 2014 to create the Electronic Components and Systems for European Leadership (ECSEL) joint technology initiative. The organisations have taken measures to show that EU funds are spent in a correct and transparent manner. The second report on discharge for 2013 indicates that sufficient steps have been taken to address the main issues raised by the Court of Auditors including, importantly, the introduction of new ex-post audit mechanisms in order to verify the agreements with the national funding authorities.

Antanas Guoga (ALDE), *raštu*. – Aš balsavau už pranešimą dėl bendrosios įmonės ENIAC 2013 finansinių metų biudžeto įvykdymo patvirtinimo, nes juo pritariama bendrosios įmonės ENIAC 2013 finansinių metų sąskaitų uždarymui bei pavedama Pirmininkui perduoti šį sprendimą bendrosios įmonės ECSEL vykdomajam direktoriui, Tarybai, Komisijai ir Audito Rūmams.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést. A szakbizottság az ENIAC Közös Vállalkozás mentesítésének megadásáról döntött. A Közös Vállalkozás ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, az összeférhetlenségi szabályok alkalmazását megerősítette. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, valamint a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az ENIAC Közös Vállalkozás mentesítésének megadását támogattam.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report granting the discharge as the ARTEMIS Joint Undertaking assists in the crucial development of key technologies for embedded computing systems across different application areas in order to strengthen EU competitiveness and sustainability and to allow for the emergence of new markets and societal applications.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – There is a call for private investors to contribute to this programme as well as Member States. Lower contributions from Member States were more than compensated by private investment; this is not welcome from our perspective due to the fact that we are concerned that our public and private sectors are not intertwined with EU political aims and objectives.

The project will end in 2017 and by that time it is estimated that EUR 3 billion will be spent on R&D projects.

The Association for European Nanoelectronics Activities (AENEAS) is also involved in a joint undertaking to contribute EUR 30 million. Member States are expected to make a contribution of 1.8 times that of the EU contribution. We cannot support such programmes that clearly put pressure on Member States at a time of severe financial difficulty with other priorities that are far more essential for the citizens of Europe.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést. A szakbizottság az ENIAC Közös Vállalkozás mentesítésének megadásáról döntött. A Közös Vállalkozás ugyanis az első mentesítési jelentésben feltárt problémákat a szakbizottság értékelése szerint érdemben kezelte, az összeférhetlenségi szabályok alkalmazását megerősítette. Ennek köszönhetően a szakbizottság a mentesítés megadásáról, a számlák lezárásáról döntött. Az Európai Parlament plenáris ülésén is az ENIAC Közös Vállalkozás mentesítésének megadását támogattam.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za drugo izvješće o razrješnici za izvršenje proračuna zajedničkog poduzeća ENIAC za financijsku godinu 2013., zbog toga što je ustanovljeno da je proračunsko i financijsko upravljanje poduzeća zakonito i pravilno odrađeno. Nadalje, operacije i novčani tokovi za 2013. godinu u skladu su s financijskim i računovodstvenim pravilima poduzeća.

Uspostavljeni su također mehanizmi za ex post revizije kada je riječ o administrativnim sporazumima koje je poduzeće sklopilo s nacionalnim tijelima za financiranje. Smatram, međutim, da je od posebne važnosti činjenica da je poduzeće unaprijedilo sustav sprječavanja sukoba interesa te povećalo transparentnost.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de la décharge sur l'exécution du budget 2013 de l'entreprise commune ENIAC, financée par le budget de l'UE, le secteur privé et les États membres. Je considère qu'une évaluation des activités de l'ENIAC depuis 2007 est nécessaire, celle-ci n'interviendra que dans le cadre de la décharge 2014. De plus, la Cour des comptes s'interroge sur la légalité et la régularité des opérations de cette entreprise.

J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. – There is a call for private investors to contribute to this programme as well as Member States. Lower contributions from Member States were more than compensated by private investment; this is not welcome from our perspective due to the fact that we are concerned that our public and private sectors are not intertwined with EU political aims and objectives.

The project will end in 2017 and by that time it is estimated that EUR 3 billion will be spent on R&D projects.

The Association for European Nanoelectronics Activities (AENEAS) is also involved in a joint undertaking to contribute EUR 30 million. Member States are expected to make a contribution of 1.8 times that of the EU contribution. Fellow MEPs and I cannot support such programmes that clearly put pressure on Member States at a time of severe financial difficulty with other priorities that are far more essential for the citizens of Europe.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car les entreprises communes ENIAC, après avoir fait l'objet d'un ajournement de décharge par le Parlement européen, ont apporté d'importantes améliorations concernant son budget et ses procédures.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen diesen Bericht. Die Resolutionen legen zwar die Probleme recht klar dar, nichtsdestotrotz ist die Entscheidung, die auf der Basis der Probleme getroffen wurde, nicht nachvollziehbar. Eine positive Verabschiedung ist daher meinerseits nicht möglich.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted to grant the discharge, as the organisation has taken measures to show that EU funds are spent in a correct and transparent manner.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'impresa ENIAC è stata costituita il 20 dicembre 2007 per un periodo di dieci anni con l'obiettivo di definire e attuare una «agenda di ricerca» per lo sviluppo di competenze essenziali per la nanoelettronica in vari settori d'applicazione. Ho deciso di votare per il discarico del bilancio 2013 in quanto è stato appurato che i conti annuali dell'impresa comune per l'esercizio 2013 sono conformi alle disposizioni del regolamento finanziario dell'impresa comune. In accordo con la Corte dei conti, ritengo che siano necessarie ulteriori valutazioni dei sistemi di garanzia nazionali in seguito alla fusione delle imprese comuni ENIAC e ARTEMIS.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Czarnecki vise à octroyer la décharge pour l'exercice budgétaire 2013 à l'entreprise commune ENIAC qui assure le développement des systèmes nanoélectroniques. Comme pour les précédentes décharges, il y a des améliorations sur certains points, mais l'évaluation des activités de l'ENIAC depuis 2007 n'aura lieu que dans la décharge 2014. Je ne peux donc que voter contre ce texte en l'absence d'évaluation des activités de cette entreprise commune pour laquelle la Cour des comptes fait part de ses réticences sur la légalité et la régularité de certaines opérations.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA kan geen groen licht geven voor de kwijting van afzonderlijke onderdelen van de Europese begroting vooraleer de volledige boekhouding door de Europese Rekenkamer is goedgekeurd.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta vez he votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del año 2013 de la Empresa Común ENIAC, aprobación que se postpuso el pasado 29 de abril.

En esta ocasión, el Parlamento paralizó la aprobación de la gestión en la ejecución del presupuesto puesto que la Comisión CONT pidió a la Empresa ENIAC que presentara más elementos sobre sus cuentas y sobre la regularidad de diversas transacciones.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Esta información extra fue considerada satisfactoria por la Comisión CONT, por lo que he votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto para el año 2013 de la Empresa Común ENIAC.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Zajedničko poduzeće ENIAC osnovano je 2007. na razdoblje od 10 godina, a glavna svrha mu je utvrđivanje i provedba programa istraživanja za razvoj ključnih znanja u nanoelektronici. Financijsku neovisnost ENIAC dobio je 2010.

Europski parlament odobrio je izvršenje proračuna zajedničkog poduzeća ENIAC za financijsku godinu 2013. temeljem odluke Revizorskog suda o pouzdanosti računovodstvene dokumentacije. Budući da je Revizorski sud potvrdio i napredak ENIAC-a u provođenju akcijskog plana s ciljem ispravljanja pogrešaka koje je Sud naveo u svom uvjetnom mišljenju, podržala sam razrješnicu za izvršavanje proračuna.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφιώς.* – Απέχω από την ψηφοφορία για δεύτερη ανάγνωση σχετικά με την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της κοινής επιχείρησης ENIAC για το οικονομικό έτος 2013, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – Dominique Martin a voté contre l'octroi de cette décharge. L'entreprise commune ENIAC a pour but de servir de plateforme pour la recherche en matière de nanotechnologie. Ce projet, sur 10 ans, doit définir et mettre en œuvre un programme de recherche sur le développement de compétences essentielles pour la nanotechnologie. Comme pour Artémis, la décharge de l'ENIAC avait déjà été reportée par le Parlement européen lors du précédent vote à cause de diverses irrégularités notées par la Cour des comptes, en matière de transparence, de garanties et de méthodes d'estimations des erreurs. L'ENIAC avait promis de corriger ces erreurs. Cependant la Cour des comptes exprime toujours des doutes sur la régularité et les légalités des opérations sous-jacentes aux comptes annuels. Dans ces conditions nous nous opposons à l'octroi de cette décharge.

David Martin (S&D), *in writing.* – I voted to Grant the Executive Director of the ECSEL Joint Undertaking discharge in respect of the implementation of the ENIAC Joint Undertaking's budget for the financial year 2013.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto.* – Visti i conti annuali definitivi dell'impresa comune ENIAC relativi all'esercizio 2013, e vista la relazione della Corte dei conti sui conti annuali dell'impresa comune ENIAC relativi all'esercizio 2013, ho votato a favore per approvare la chiusura dei conti dell'impresa ENIAC per l'esercizio 2013 e concedere il discarico al direttore esecutivo dell'impresa comune ECSEL per l'esecuzione del bilancio per l'esercizio 2013.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto.* – Ho espresso il mio voto a favore della relazione che concede il discarico al direttore esecutivo dell'impresa comune ECSEL per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ENIAC per l'esercizio 2013, vista la relazione positiva presentata dalla Corte dei conti sui conti annuali, corredata delle risposte dell'impresa comune.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich.* – Da der Berichterstatter dem Unternehmen eine sachgerechte Mittelverwendung attestiert, kann ich der Entlastung des Unternehmens nur zustimmen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit.* – Le pouvoir de décharge budgétaire du Parlement devrait lui permettre de faire respecter par l'ensemble des institutions et agences européennes les engagements budgétaires pris. Or la Commission comme le Conseil ne tiennent quasiment aucun compte des votes du Parlement, y compris quand il refuse la décharge. C'est un symptôme de l'impuissance démocratique du Parlement dans l'UE.

La décharge 2013 avait été refusée à l'entreprise commune ENIAC en avril dernier du fait des réserves de la cour des comptes sur la légalité et la régularité des opérations sous-jacentes aux comptes de l'entreprise commune. Des garanties ont été apportées par l'entreprise mais le budget 2013 ayant encore une fois été exécuté de manière particulièrement chaotique, toute décharge donnée pour cet exercice pose problème. En effet, cette année-là, la Commission et le Conseil ont réussi à mettre en réserve et reporter 1 milliard d'excédents alors que l'UE avait accumulé 20 milliards d'impayés. - Cette application sauvage de l'austérité est inadmissible et absurde. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit.* – Il est question de la décharge sur l'exécution du budget 2013 de l'entreprise commune ENIAC, financée par le budget de l'UE, le secteur privé et les États membres. Le député considère qu'une évaluation des activités de l'ENIAC depuis 2007 est nécessaire, celle-ci n'interviendra que dans le cadre de la décharge 2014. De plus, la Cour des comptes s'interroge sur la légalité et la régularité des opérations de cette entreprise. Par conséquent, le député vote contre l'octroi de la décharge. Concernant la proposition de résolution, le député vote contre, considérant le rapport trop clément.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report to grant the discharge as the rapporteur highlights the progress that ENIAC and ARTEMIS joint undertakings have made in tackling the audit strategies and other concerns raised by the Court of Auditors.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Absolutórium bolo udelené výkonnému riaditeľovi ECSEL za plnenie rozpočtu spoločného podniku ENIAC za rozpočtový rok 2013 na základe rozhodnutia Dvora audítorov o správnosti ročnej účtovnej závierky. Treba však pripomenúť, že Dvor audítorov vydal výrok s výhradou k zákonitosti a správnosti operácií, a spoločný podnik zaviedol praktické opatrenia pre audity *ex post* na získanie dostatočnej istoty. Teší ma, že podnik uskutočnil seminár o uistení za prítomnosti zástupcov Dvora audítorov, Komisie a ostatných aktívnych zástupcov vnútroštátnych orgánov financovania. Považujem za dôležité skonštatovať, že príspevky členských štátov boli pod úrovňou 1,8-násobku príspevku Únie a že nižšie príspevky boli vykompenzované vyššími príspevkami súkromného sektora. Komisia vykoná hodnotenie činností podniku ENIAC až do dátumu založenia STI ECSEL.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I followed the Committee's decision and voted in favour of granting discharge for 2013 to ENIAC Joint Undertaking.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az EU költségvetése számos szakpolitika és program végrehajtását támogatja. Az Európai Parlament és Tanács által a többéves pénzügyi keretben rögzített prioritásokkal összhangban a Bizottság meghatározott programok, tevékenységek és projektek végrehajtásához nyújt technikai támogatást ezekre szakosodott ügynökségeknek.

A brüsszeli székhelyű ENIAC közös vállalkozást a 72/2008/EK tanácsi rendelet hozta létre, tízéves időszakra. Fő célja, egy általánosan elfogadott kutatási terv megalkotása és végrehajtása a nanoelektronika területén. Ennek érdekében forrásokat gyűjt a köz- és a magánszféra területéről, amiből K&F projekteket támogat.

Az ENIAC közös vállalkozás benyújtotta a 2013-as pénzügyi évre vonatkozó végleges éves beszámolóját. Az Európai Számvevőszék a 2013-as pénzügyi évre vonatkozóan nyilatkozatban igazolta az elszámolás megbízhatóságát, valamint az alapjául szolgáló ügyletek jogszerűségét és szabályszerűségét. A Tanács 2015. február 17-i ajánlásában a közös vállalkozás számára adandó mentesítés mellett foglalt állást a 2013-as pénzügyi évre szóló költségvetés végrehajtására vonatkozóan. A Parlament Költségvetési Ellenőrzési Bizottsága az ENIAC közös vállalkozás 2013-as pénzügyi évre szóló költségvetésének végrehajtására vonatkozó mentesítés megadását ajánlotta a parlamentnek. Az előterjesztést ennek megfelelően támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Empresa Comum ENIAC foi criada a 20 de dezembro de 2007 para um período de 10 anos com o objetivo de definir e executar uma «agenda de investigação» para o desenvolvimento de competências essenciais no domínio da nanoeletrónica, transversais às diferentes áreas de aplicação.

Em julho de 2010, a ENIAC adquiriu autonomia financeira.

Em junho de 2014, as Empresas Comuns ENIAC e ARTEMIS foram fundidas para criar a iniciativa tecnológica conjunta no domínio dos «Componentes e sistemas eletrónicos para uma liderança europeia» (ECSEL) com o período de funcionamento de dez anos.

Atendendo a que o Tribunal de Contas declarou que as contas anuais da ENIAC relativas a 2013 refletem exatamente, em todos os aspetos materialmente relevantes, a sua situação financeira em 31 de dezembro de 2013, bem como os resultados das suas operações e fluxos de tesouraria relativos ao exercício encerrado nessa data, em conformidade com as disposições do seu regulamento financeiro, o presente relatório referente ao encerramento das contas da ENIAC relativas ao exercício de 2013 merece o meu voto favorável.

Defendo que as instituições da União Europeia devem ser transparentes e plenamente responsáveis perante os cidadãos relativamente aos fundos que lhes são concedidos enquanto instituições da União.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Czarnecki vise à octroyer la décharge pour l'exercice budgétaire 2013 à l'entreprise commune ENIAC qui assure le développement des systèmes nanoélectroniques. Comme pour les précédentes décharges, il y a des améliorations sur certains points, mais l'évaluation des activités de l'ENIAC depuis 2007 n'aura lieu que dans la décharge 2014. Je ne peux donc que voter contre ce texte en l'absence d'évaluation des activités de cette entreprise commune pour laquelle la Cour des comptes fait part de ses réticences sur la légalité et la régularité de certaines opérations.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui autorise la décharge budgétaire 2013 pour l'entreprise commune ENIAC. En avril dernier, cette décharge avait été ajournée car cette entreprise avait présenté des assurances insuffisantes sur la légalité et la régularité des opérations sous-jacentes à ses comptes annuels, entraînant un avis réservé de la Cour des comptes. Le rapport remis en septembre pour faire état des mesures prises pour une meilleure mise en œuvre du budget d'ENIAC a donné satisfaction aux autorités de décharge. En conséquence, la commission du contrôle budgétaire a recommandé d'accorder cette décharge. La décharge budgétaire, qui peut être accordée, ajournée ou refusée par le Parlement européen, constitue le contrôle final du budget annuel. Ce processus représente le volet politique du contrôle de l'exécution budgétaire. Il prend appui sur les rapports de la Cour des comptes et sur les précisions apportées par les organismes concernés. La décision de décharge peut s'accompagner de recommandations pour améliorer certains aspects de l'exécution budgétaire.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The ENIAC Joint Undertaking (JU) is a public-private partnership focusing on nanoelectronics that brings together ENIAC Member/Associated States, the European Commission, and AENEAS (an association representing European R&D actors in this field). I have voted for this report on the 2013 discharge of the ENIAC Joint Undertaking.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – În calitate de vicepreședinte al Comisiei pentru control bugetar și în calitate de coordonator S&D pentru Comisia de industrie, cercetare și energie, susțin acordarea descărcării de gestiune pentru execuția bugetului întreprinderii comune ENIAC aferent exercițiului financiar 2013.

ENIAC a fost înființată în 2007 pentru o perioadă de 10 ani cu scopul de a defini și de a pune în aplicare o „agendă de cercetare” în vederea dezvoltării de competențe-cheie pentru nanoelectronică în diferite sectoare de aplicare.

ENIAC a realizat progrese în punerea în aplicare a planului de acțiune pentru remedierea deficiențelor identificate de Curte în opinia sa cu rezerve. Pe baza informațiilor furnizate de Întreprinderea comună, constatăm că un nivel de 211,5 publicații și 16,6 patente pentru fiecare 10 000 000 EUR acordați de Uniune sub formă de granturi demonstrează o productivitate ridicată a rezultatelor activităților sale de cercetare și că nivelul respectiv corespunde tuturor cerințelor exprimate până în prezent de către coordonatorii celui de Al șaptelea program-cadru (PC7).

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Die Resolution zur Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ENIAC stellt die Problematik der gemeinsamen Unternehmen gut dar und macht die Missstände deutlich. Einzig und allein die Entscheidungen, die aufgrund dieser Resolution getroffen wurden, sind leider nicht nachvollziehbar. Dennoch habe ich für die Resolution gestimmt, da ich ihren kritischen und aufdeckenden Charakter begrüße.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Kontrollikoja hinnangul kajastab raamatupidamisaruanne korrektselt ENIACi finantsolukorda.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Mi ritengo soddisfatto dell'azione dell'impresa ENIAC e di come i suoi strumenti finanziari sono stati utilizzati, non solo in quanto cittadino europeo, ma anche in qualità di cittadino di uno dei paesi fondatori. Apprezzo che i contributi degli Stati abbiano rispettato la soglia imposta dalle regole in vigore.

Confermo di voler votare positivamente.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Uzevši u obzir da je Revizorski sud utvrdio kako godišnja računovodstvena dokumentacija zajedničkog poduzeća ENIAC za financijsku godinu 2013. u svim značajnim aspektima odgovara stanju poduzeća na dan 31. prosinca 2013. te budući da su podatci o financijskim interesima računovodstva poduzeća u međuvremenu prikupljeni te dani na uvid javnosti, podržavam razrješnicu za 2013. godinu za zajedničko poduzeće ENIAC.

Pozdravljam pritom odluku Suda o poduzimanju dodatnih koraka kako bi se dobila dostatna jamstva o revizijama, smatrajući kako transparentnost poslovanja zajedničkog poduzeća mora biti, ne samo njegov primarni interes i cilj, već i vodilja u svakom aspektu poslovanja poduzeća. Uzevši u obzir odluku o spajanju zajedničkog poduzeća ENIAC sa zajedničkim poduzećem ARTEMIS u zajedničku tehnološku inicijativu za elektroničke komponente i sustave za vodeći položaj Europe, smatram kako je od iznimne važnosti da je poslovanje poduzeća u razdoblju koje je prethodilo spajanju transparentno, pogotovo u financijskom smislu te da ne postoje sumnje u sukob interesa.

Budući da je izvješće Suda pokazalo pravilnosti u izvršenim transakcijama, dostatne su revizije provedene u nacionalnim tijelima država članica te se Pravilnik o osoblju i provdenim pravilima ispoštovao u smislu transparentne objave i dostupnosti informacija o financijskim interesima rukovodstva zajedničkog poduzeća, uvjeti za davanje razrješnice su ostvareni.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – Ce rapport Czarnecki vise à octroyer la décharge pour l'exercice budgétaire 2013 à l'entreprise commune ENIAC qui assure le développement des systèmes nanoélectroniques. Comme pour les précédentes décharges, il y a des améliorations sur certains points, mais l'évaluation des activités de l'ENIAC depuis 2007 n'aura lieu que dans la décharge 2014. Je ne peux donc que voter contre ce texte en l'absence d'évaluation des activités de cette entreprise commune pour laquelle la Cour des comptes fait part de ses réticences sur la légalité et la régularité de certaines opérations.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Zajedničko poduzeće ENIAC osnovano je 2007. na razdoblje od 10 godina radi utvrđivanja i provedbe „programa istraživanja” za razvoj ključnih znanja u nanoelektronici za razna područja primjene. Nakon što je Revizorski sud iznio uvjetno mišljenje o zakonitosti i pravilnosti osnovnih transakcija, zajedničko je poduzeće uspostavilo praktične mehanizme za ex post revizije u suradnji s nacionalnim tijelima za financiranje, a jamstva nacionalnih sustava pozitivno su ocijenjena za zemlje koje predstavljaju 54 % dodijeljenih bespovratnih sredstava.

Također je utvrđeno da je doprinos država članica ENIAC-a bio ispod razine od 1,8 % kako se zahtijeva statutom zajedničkog poduzeća, pri čemu su te niže doprinose država članica više nego nadoknadili povećani doprinosi iz privatnog sektora koji su pokrili 65 % ukupnih troškova. Postignut je i napredak u razvoju metodologije za procjenu stope preostalih pogrešaka.

Zbog svega navedenoga, zajedničkom poduzeću ENIAC daje se razrješnica za izvršenje proračuna. Poduzeće je pokazalo da poštuje sve zahtjeve koje su dosad iskazali koordinatori Sedmog okvirnog programa, zbog čega podržavam izdavanje razrješnice.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – U skladu s iskazanim činjenicama i nalazima Revizorskog suda, koji potvrđuju da su rezultati operacija i novčanih tokova za okončanu godinu zajedničkog poduzeća ENIAC u skladu s odredbama njegovih financijskih i računovodstvenih pravila koja je usvojio Komisijin računovodstveni službenik, podržavam ovo izvješće.

Unatoč uvjetnom mišljenju Suda o dostatnom jamstvu zakonitosti i pravilnosti osnovnih transakcija prikazanih u godišnjim financijskim izvještajima, zajedničko poduzeće je uspostavilo praktične mehanizme za ex post reviziju u svezi s administrativnim sporazumima koje je sklopilo s nacionalnim tijelima za financiranje, koje uključuje i uvođenje posebnog obrasca za izvještavanje i procjenu nacionalnih sustava osiguranja.

Istovremeno, postigao se i napredak u provođenju akcijskog plana, a organizirana je i radionica o jamstvima kako bi se razmijenile informacije i najbolje prakse s nacionalnim tijelima za informiranje na kojoj su se susreli i predstavnici Suda, Komisije i Službe za unutarnju reviziju. Vidljivo je da je poduzet veliki broj mjera u radu otklanjanu problema zajedničkog poduzeća i vjerujem da će poduzete mjere donijeti dodatni napredak.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – ENIAC patří mezi tzv. společné podniky EU, do kterých jsou zapojeni i další partneři (v tomto případě členské státy EU), má finanční autonomii, ale podléhá rozpočtovému absolutoriu EU. Udělení rozpočtového absolutoria za rok 2013 společnému podniku ENIAC bylo v dubnu letošního roku odloženo. Důvodem pro odložení byla především opakovaná obava Evropského účetního dvora ohledně strategie auditu *ex post*, která výrazně spoléhá na výkazy projektových nákladů vnitrostátních financujících orgánů, a tím neposkytuje dostatečnou jistotu, pokud jde o legalitu a správnost uskutečněných operací. Podnik ENIAC přijal v mezidobí významná opatření pro zlepšení situace, která pro zvýšení této jistoty mj. zavádějí zvláštní formulář pro podávání zpráv a jsou doplněna hodnocením vnitrostátních systémů záruk ze strany společného podniku a návštěvami Účetního dvora ve vnitrostátních financujících orgánech. Výbor pro rozpočtovou kontrolu, jehož jsem členem, vyhodnotil dodatečné informace jako dostačující pro udělení absolutoria. Proto jsem hlasoval jak ve výboru, tak na plenárním zasedání pro udělení absolutoria. Situaci ohledně společných podniků EU průběžně intenzivně monitoruji ze své pozice stínového zpravodaje pro absolutorium společných podniků EU za rok 2014.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Ogni anno il Parlamento valuta l'esecuzione del bilancio al fine di concedere il discarico. Vista la relazione della Corte dei conti sul raggiungimento degli obiettivi da parte dell'impresa comune ECSEL (ex impresa comune ENIAC), la quale ha presentato la sua posizione finanziaria al 31 dicembre 2013, nonché i risultati delle sue operazioni e i flussi di cassa per l'esercizio chiuso in tale data, ho deciso di votare a favore della concessione del discarico.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Suite à la publication du nouveau rapport de la Cour des comptes concernant l'entreprise commune ENIAC (devenue ECSEL en 2014 après avoir fusionné avec ARTEMIS), j'ai voté en faveur de la décharge relative à l'exécution du budget pour l'exercice 2013. Le récent rapport apporte des preuves suffisantes de la légalité et de la régularité des comptes d'ENIAC.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Ao dar quitação a uma instituição ou agência, o Parlamento Europeu aprova a boa utilização do erário público na execução orçamental, alcançada no respeito pela regulamentação.

Após recomendação do Conselho, os deputados ao Parlamento Europeu são chamados a exercer controlo sobre a gestão das dotações, decidindo sobre a quitação com base nos relatórios do Tribunal de Contas.

Assim, e avaliados os relatórios do Tribunal de Contas e da Comissão Parlamentar do Controlo Orçamental, votei a favor da presente decisão, que dá quitação ao Diretor Executivo da Empresa Comum ECSEL pela execução do orçamento da Empresa Comum ENIAC para o exercício de 2013.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – There is a call for private investors to contribute to this programme as well as Member States. Lower contributions from Member States were more than compensated by private investment; this is not welcome from our perspective due to the fact that we are concerned that our public and private sectors are not intertwined with EU political aims and objectives.

The project will end in 2017 and by that time it is estimated that EUR 3 billion will be spent on R&D projects.

The Association for European Nanoelectronics Activities (AENEAS) is also involved in a joint undertaking to contribute EUR 30 million. Member States are expected to make a contribution of 1.8 times that of the EU contribution. We cannot support such programmes that clearly put pressure on Member States at a time of severe financial difficulty with other priorities that are far more essential for the citizens of Europe.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Tras no lograr la aprobación de la gestión de sus cuentas en el mes de abril, la Empresa Común ENIAC lo ha logrado en este Pleno tras la nueva información aportada y la comparecencia de su director ante la Comisión de Control Presupuestario. En esta ocasión, sin embargo, tal y como constata el informe aprobado en el Parlamento, al que he dado mi apoyo, se estima que las actuaciones llevadas a cabo por la empresa han reforzado la independencia de los controles de auditoría, se han instaurado controles adicionales realizados por la propia empresa *a posteriori* y se ha establecido un plan de acción para poner fin a las deficiencias constatadas por el Tribunal de Cuentas, por lo que se le otorga la aprobación.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Ce jour, j'ai décidé de voter en faveur du rapport Czarnecki octroyant la décharge au directeur exécutif de l'entreprise commune ECSEL sur l'exécution du budget de l'entreprise commune ENIAC pour l'exercice 2013. Ce vote, je le motive par trois raisons.

Tout d'abord, la Cour des comptes a estimé que les comptes annuels de l'entreprise commune pour l'exercice 2013 présentaient fidèlement la situation financière de celle-ci au 31 décembre 2013. Il en va de même pour les résultats de ses opérations et les flux de trésorerie pour l'exercice clos à cette date.

Ensuite, concernant la remarque de la Cour de comptes au sujet de la légalité et de la régularité des opérations sous-jacentes aux comptes annuels, l'entreprise commune a déclaré qu'elle allait entreprendre des démarches pour obtenir des assurances suffisantes quant aux audits effectués par lesdites autorités nationales.

Enfin, l'entreprise a progressé au sujet de la mise en œuvre d'un plan d'action visant à corriger les insuffisances identifiées par la Cour des comptes.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Le vote sur ce texte fait suite à la décision du Parlement européen d'ajourner l'octroi de la décharge 2013 à l'entreprise commune ENIAC.

En effet, la stratégie d'audit ex-post concernant la légalité et la régularité des opérations de l'entreprise commune ENIAC avait été remise en cause.

À la suite de l'identification de ce problème, l'entreprise commune ENIAC a présenté un rapport sur les progrès accomplis et les modifications apportées.

Étant donné les améliorations apportées en matière des audits et stratégies d'audit ex-post et la mise en place d'une nouvelle méthode d'estimation du taux d'erreur résiduel, j'ai voté en faveur de l'octroi de la décharge 2013 à l'entreprise commune ENIAC.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di dare il mio voto a favore dell'approvazione della chiusura dei conti dell'impresa ENIAC per l'esercizio 2013 e sostengo la decisione del Parlamento europeo di concedere il discarico al direttore esecutivo dell'impresa ECSEL per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ENIAC per l'esercizio 2013.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – La recomendación de la Comisión CONT es aprobar la gestión de la Empresa Común ENIAC para el año 2013, tras su aplazamiento el pasado 29 de Abril. Se solicitó a la Empresa Común ENIAC que proporcionara más elementos a la Comisión CONT sobre la fiabilidad de las cuentas y la legalidad y regularidad de su gestión. Las respuestas facilitadas por el Director Ejecutivo de la Empresa Común ECSEL (anteriormente la Empresa Común ENIAC) se han considerado satisfactorias. Hemos votado a favor del cierre de ENIAC de las cuentas de 2013 y en favor de la Resolución.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta vez he votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del año 2013 de la Empresa Común ENIAC, aprobación que se postpuso el pasado 29 de abril.

En esta ocasión, el Parlamento paralizó la aprobación de la gestión en la ejecución del presupuesto puesto que la Comisión CONT pidió a la Empresa ENIAC que presentara más elementos sobre sus cuentas y sobre la regularidad de diversas transacciones.

Esta información extra fue considerada satisfactoria por la Comisión CONT, por lo que he votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto para el año 2013 de la Empresa Común ENIAC.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as it is spending vast amounts of UK taxpayers' money, and this should be decided in the UK Parliament.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – ENIAC and ARTEMIS merged to create the Electronic Components and Systems for European Leadership joint technology initiative. I have voted to grant discharge, as I did with ARTEMIS, to this end and hope that they will continue to show that EU funds are spent in a correct and transparent manner.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som v súlade s princípom, že udelenie absolútoría pre akúkoľvek časť z rozpočtu EÚ má nasledovať až po tom, čo rozpočet EÚ ako celok získa kladné stanovisko od Európskeho súdu audítorov.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitívno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazložjenje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – spoločný podnik ENIAC bol zriadený 20. decembra 2007 na obdobie 10 rokov s cieľom vymedziť a realizovať plán výskumu pre rozvoj kľúčových kompetencií pre nanoelektroniku v rôznych oblastiach použitia. Finančnú samostatnosť získal spoločný podnik v júli 2010. Dvor audítorov skonštatoval, že ročná účtovná závierka spoločného podniku za rok 2013 vyjadruje verne zo všetkých významných hľadísk jeho finančnú situáciu k 31. decembru 2013 a výsledky jeho operácií a peňažné toky na konci roka sú v súlade s ustanoveniami jeho rozpočtových pravidiel a s účtovnými pravidlami, ktoré schválil účtovník Komisie. Spoločný podnik si stanovil praktické opatrenia pre audit ex post, pokiaľ ide o administratívne dohody podpísané s vnútroštátnymi orgánmi financovania. Tieto praktické opatrenia zahŕňajú zavedenie osobitného výkazu a sú doplnené hodnotením národných systémov uistenia spoločným podnikom a návštevami vnútroštátnych orgánov financovania Dvorom audítorov. Návrh uznesenia týkajúci sa absolútoría za rok 2013 pre spoločný podnik ENIAC som podporila.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *písno*. – Evropski parlament vsako leto v postopku razrešnice proračuna obravnava zakonitost, pravilnost in uspešnost izvajanja proračuna evropskih institucij, agencij, skupnih podjetij in drugih služb EU.

Odbor CONT in nato še poslanci na aprilskem plenarnem zasedanju smo za skupno podjetje ENIAC preložili podelitev razrešnice za leto 2013, saj je Računsko sodišče že tretje leto zapored (torej za 2011, 2012 in 2013) izdalo mnenje s pridržkom o zakonitosti in pravilnosti transakcij.

V vmesnem času je Parlament prejel nove informacije o izboljšavah v tem skupnem podjetju, ki je že leta 2014, potem ko se je združilo s podjetjem ARTEMIS v skupno podjetje ECSLE, aktivno začelo izvajati svoj akcijski načrt za odpravo pomanjkljivosti, ki sta jih v preteklih letih ugotovila Računsko sodišče in Parlament, ter novo strategijo naknadnih revizij in izboljšan sistem javnega naročanja.

To je zagotovo razlog, da sem poročilo o razrešnici za skupno podjetje ENIAC pri glasovanju podprl, obenem pa poudarjam, da si mora podjetje še naprej močno prizadevati za izboljšanje ugotovljenih pomanjkljivosti. Ni dovolj, da je izvajanje proračuna zgolj zakonito in pravilno, vse bolj je pomembno tudi, da s preudarno porabo dosežemo dolgoročne pozitivne učinke na gospodarstvo, družbo in okolje.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Rozvoj a podpora spoločných podnikov majú význam, ak chceme, aby sa Európska únia zaradila medzi technologickú špičku sveta. Preto podporujem vytvorenie takéhoto spoločného podniku, ktorý sa sústreďuje na rozvoj kľúčových kompetencií pre nanoelektroniku.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in support of granting discharge for the EU's Joint Undertakings ENIAC and ARTEMIS, which merged in June 2014 to create the Electronic Components and Systems for European Leadership (ECSEL) joint technology initiative. The organisations have taken measures to show that EU funds are spent in a correct and transparent manner. The second report on discharge for 2013 indicates that sufficient steps have been taken to address the main issues raised by the Court of Auditors, including, importantly, the introduction of new ex-post audit mechanisms in order to verify the agreements with the national funding authorities.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Uzimajući u obzir, između ostalog, konačnu godišnju računovodstvenu dokumentaciju zajedničkog poduzeća ENIAC za financijsku godinu 2013., kao i izvješće Revizorskog suda o godišnjoj računovodstvenoj dokumentaciji zajedničkog poduzeća ENIAC za financijsku godinu 2013. zajedno s odgovorima zajedničkog poduzeća, Europski parlament daje razrješnicu izvršnom direktoru zajedničkog poduzeća ECSEL za izvršenje proračuna zajedničkog poduzeća ENIAC za financijsku godinu 2013. te odobrava zaključenje poslovnih knjiga zajedničkog poduzeća ENIAC za financijsku godinu 2013.

Ovo izvješće podržavam.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sam za razrješnicu za leto 2013 za skupno podjetje ENIAC. Računsko sodišče je v svojem poročilu ugotovilo, da je skupno podjetje leto 2013 končalo v skladu z določbami njegovih finančnih pravil in računovodskimi pravili. Pozdravljam, da je, po opredelitvi Sodišča, skupno podjetje vzpostavilo praktične ureditve za naknadne revizije glede upravnih sporazumov, podpisanih z nacionalnimi organi financiranja, ter vpeljalo poseben obrazec za poročanje.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώ.* – Όσον αφορά στην εκτέλεση του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2013, οι πληροφορίες που παρέχονται σχετικά με τα οικονομικά μεγέθη δεν δικαιολογούν την απαλλαγή της Κοινής Επιχείρησης ENIAC.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* – J'ai voté en faveur du texte de décharge. Fruit d'un compromis consensuel entre les groupes politiques, l'accord a été voté à une large majorité.

Pavel Telička (ALDE), *in writing.* – As in the case of Artemis Joint Undertaking and EIT, I also endorsed the two decisions and a resolution regarding the ENIAC Joint Undertaking. The first decision grants the Executive Director of the ECSEL Joint Undertaking discharge in respect of the implementation of the ENIAC Joint Undertaking's budget for the financial year 2013. The second decision approves the closure of the accounts of the ENIAC Joint Undertaking for the financial year 2013. The resolution summarises ENIAC's budgetary and financial management and prevention and management of conflicts of interests and transparency.

The ENIAC Joint Undertaking was set up on 20 December 2007 for a period of 10 years to define and implement a 'research agenda' for the development of key competences for nanoelectronics across different application areas.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Drugo poročilo o razrešnici glede izvrševanja proračuna skupnega podjetja ENIAC za proračunsko leto 2013 sem podprla, ker so bili po mnenju Računskega sodišča letni računovodski izkazi, poslovni izidi in denarni tokovi v vseh pogledih pošteno predstavljeni, skupno podjetje ENIAC pa je tudi vzpostavilo praktične ureditve za naknadne revizije.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – La recomendación de la Comisión CONT es aprobar la gestión de la Empresa Común ENIAC para el año 2013, tras su aplazamiento el pasado 29 de Abril. Se solicitó a la Empresa Común ENIAC que proporcionara más elementos a la Comisión CONT sobre la fiabilidad de las cuentas y la legalidad y regularidad de su gestión. Las respuestas facilitadas por el Director Ejecutivo de la Empresa Común ECSEL (anteriormente la Empresa Común ENIAC) se han considerado satisfactorias. Hemos votado a favor del cierre de ENIAC de las cuentas de 2013 y en favor de la Resolución.

István Ujhelyi (S&D), *írásban.* – A Számvevőszék véleménye szerint a közös vállalkozás 2013-as éves beszámolója minden lényeges szempontból híven és a közös vállalkozás pénzügyi szabályzatának előírásaival és a Bizottság számvitelért felelős tisztviselője által elfogadott számviteli szabályokkal összhangban tükrözi a 2013. december 31-i pénzügyi helyzetet, illetve az év végéig lezajlott gazdasági és pénzforgalmi események eredményét. Ezért támogattam a jelentést.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito.* – La recomendación de la Comisión CONT es aprobar la gestión de la Empresa Común ENIAC para el año 2013, tras su aplazamiento el pasado 29 de Abril. Se solicitó a la Empresa Común ENIAC que proporcionara más elementos a la Comisión CONT sobre la fiabilidad de las cuentas y la legalidad y regularidad de su gestión. Las respuestas facilitadas por el Director Ejecutivo de la Empresa Común ECSEL (anteriormente la Empresa Común ENIAC) se han considerado satisfactorias. Hemos votado a favor del cierre de ENIAC de las cuentas de 2013 y en favor de la Resolución.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the discharge in respect of the implementation of the budget of the ENIAC Joint Undertaking for the financial year 2013, on the closure of the accounts of the ENIAC Joint Undertaking for the financial year 2013 and in favour of the resolution with observations forming an integral part of the decision on discharge in respect of the implementation of the budget of the ENIAC Joint Undertaking for the financial year 2013, because I believe it is important to acknowledge the role of the ENIAC Joint Undertaking and because I agree that the statement concerning the 2013 annual accounts of the Joint Undertaking was presented fairly in all material respects. Also, its financial position as of 31 December 2013 and the results of its operations and its cash flows for the year-end are in accordance with the provisions of its Financial Rules.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un asunto que fue pospuesto durante el plenario del pasado mes de abril al observar el Parlamento que el Tribunal de Cuentas, por tercer año consecutivo, emitió una opinión calificada cuestionando ciertos aspectos de la Empresa Común ENIAC.

En junio se depositó un informe sobre los avances realizados desde que se dispuso del primer informe. En base a ello, el ponente expone que los progresos realizados han sido positivos, por lo que está a favor de aprobar la gestión de ENIAC. Por ello creo oportuno votar a favor.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro la decisione che chiede di concedere il discarico all'impresa comune ENIAC: la Corte dei conti, nella sua relazione sui conti annuali dell'impresa, ha dichiarato infatti che l'ENIAC aveva svolto un esame limitato sulle dichiarazioni di spesa, e quindi la Corte non era in grado di concludere se il controllo chiave dell'audit ex post funzionasse in maniera efficace. Questo esame limitato non era quindi di per sé sufficiente per fornire una garanzia sul tasso di errore indicato dall'impresa comune. Per questo motivo il Parlamento non aveva concesso in prima istanza il discarico: sebbene l'ECSEL-JU in cui l'ENIAC è confluita abbia rassicurato il Parlamento di aver intrapreso azioni correttive, ritengo che sia stato necessario dare un voto negativo per evidenziare come la necessità di controlli efficaci sia alla base della fiducia tra i cittadini contribuenti e l'amministrazione pubblica, in ogni suo aspetto. Non devono esserci i minimi sospetti su come i fondi sono stati spesi, e la mancanza di un sistema efficace di controllo mi impedisce di accordare fiducia all'ENIAC.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta vez he votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del año 2013 de la Empresa Común ENIAC, aprobación que se postpuso el pasado 29 de abril.

En esta ocasión, el Parlamento paralizó la aprobación de la gestión en la ejecución del presupuesto puesto que la Comisión CONT pidió a la Empresa ENIAC que presentara más elementos sobre sus cuentas y sobre la regularidad de diversas transacciones.

Esta información extra fue considerada satisfactoria por la Comisión CONT, por lo que he votado a favor de aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto para el año 2013 de la Empresa Común ENIAC.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A Empresa Comum ENIAC foi constituída em 20 de dezembro de 2007, por um período de 10 anos, com o objetivo de definir e executar uma «agenda de investigação» para o desenvolvimento de competências essenciais no domínio da nanoeletrónica, transversais às diferentes áreas de aplicação, adquirindo autonomia financeira em julho de 2010.

Na opinião do Tribunal de Contas, as contas anuais da Empresa Comum relativas ao exercício de 2013 refletem fielmente, em todos os aspetos materialmente relevantes, a sua situação financeira em 31 de dezembro de 2013, bem como os resultados das suas operações e dos fluxos de tesouraria relativos ao exercício encerrado nessa data, em conformidade com as disposições da sua regulamentação financeira e com as regras contabilísticas adotadas pelo Contabilista da Comissão.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Da der Berichterstatter dem Unternehmen eine sachgerechte Mittelverwendung attestiert, kann ich der Entlastung des Unternehmens nur zustimmen.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – La recente fusione delle imprese comuni ARTEMIS ed ENIAC ha portato alla nascita dell'iniziativa tecnologica congiunta «Componenti e sistemi elettronici per la leadership europea» (ITC ECSEL), che avrà durata decennale. L'ENIAC ha avuto, e a maggior ragione avrà dopo la fusione, un ruolo decisivo nello sviluppo della ricerca tecnologica sul territorio europeo.

Le risorse destinate a tale impresa rappresentano un sostegno imprescindibile allo sviluppo di tecnologie europee avanzate e ad un settore su cui l'Europa non può non investire se vuole restare competitiva nel mercato finanziario globale.

Negli ultimi anni sono stati compiuti, inoltre, sforzi e progressi non irrilevanti sia per quanto riguarda la gestione finanziaria e di bilancio sia per quanto riguarda il rispetto di criteri di trasparenza.

Per tale motivo ho espresso il mio voto favorevole.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Thema Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans des Gemeinsamen Unternehmens ENIAC für das Haushaltsjahr 2013 habe ich nicht zugestimmt.

Bevor das Budget nicht mit positivem Ergebnis vom Rechnungshof geprüft ist, kann ich den Bericht nicht unterstützen. Veröffentlicht wurde eine qualifizierte Meinung zu Legalität und Regelmäßigkeit der Transaktionen, die die Jahresabrechnung hervorhebt. Dies liegt daran, dass man unfähig ist herauszufinden, ob die rückwirkende Überprüfung ausreichende Versicherung für diese Transaktionen bietet. Hinzu kommen eine verbleibende Fehlerquote und das Risiko möglicher Interessenkonflikte.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A Empresa Comum ENIAC foi constituída em 20 de dezembro de 2007, por um período de 10 anos, com o objetivo de definir e executar uma «agenda de investigação» para o desenvolvimento de competências essenciais no domínio da nanoeletrónica, transversais às diferentes áreas de aplicação, adquirindo autonomia financeira em Julho de 2010.

As Empresas Comuns ENIAC e ARTEMIS foram fundidas para criar a iniciativa tecnológica conjunta no domínio dos «Componentes e sistemas eletrónicos para uma liderança europeia» (ECSEL) que entrou em atividade em junho de 2014 e funcionará durante dez anos.

Na opinião do Tribunal de Contas, as contas anuais da Empresa Comum relativas ao exercício de 2013 refletem fielmente, em todos os aspetos materialmente relevantes, a sua situação financeira em 31 de dezembro de 2013, bem como os resultados das suas operações e dos fluxos de tesouraria relativos ao exercício encerrado nessa data, em conformidade com as disposições da sua regulamentação financeira e com as regras contabilísticas adotadas pelo Contabilista da Comissão Europeia.

Votámos a favor da quitação.

6.14. Entlastung 2013: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (A8-0269/2015 - Ryszard Czarnecki)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We will be voting against this discharge due to the fact that it is a resource that enables the EU to function and push its wider EU message to promote political objectives. Any form of 'more EU' will be confronted by us and certainly will be questioned in relation to funding and finance. There are calls to have updates relating to administrative modernisation and ascertain information on building projects. The EU is seeking to update the rules on granting discharge in the Treaty on the Functioning of the European Union, and expects Parliament to meet the criteria of the rules before discharge is granted

Dienstag, 27. Oktober 2015

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de no aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del Consejo y del Consejo Europeo para el año 2013. No es la primera vez que esto ocurre, puesto que el Consejo rechaza presentar al Parlamento Europeo aquellos elementos necesarios para que podamos ejercitar nuestro derecho a escrutinio. Debido a esta falta de cooperación que atenta contra el principio de transparencia, he dado mi voto a favor de la postura del Parlamento, para no aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del Consejo y del Consejo Europeo para el ejercicio 2013.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport qui appelle à refuser l'octroi de décharge au Conseil. En effet, ce dernier refuse une fois de plus de coopérer et de fournir des informations concernant l'utilisation de son budget. Le Parlement déplore cette pratique qui place le Parlement européen, seule institution élue au suffrage direct et bénéficiant d'un pouvoir budgétaire notamment en matière d'octroi de décharge, en position inférieure. Le rapport souligne le fait que toutes les institutions devraient être transparentes et responsables et sont tenues de rendre des comptes concernant l'exécution de leurs budgets.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce vote a pour objet de refuser une décharge sur l'exécution du budget de l'UE pour l'exercice 2013. J'ai voté pour ce refus. En effet, le Conseil ne coopère pas pleinement avec le Parlement et ne lui fournit pas des informations détaillées sur l'utilisation des crédits. Les compétences du Parlement en matière budgétaire sont remises en cause par cette attitude. Dans son rapport, le Parlement souligne que les dépenses doivent être contrôlées au même titre que les autres institutions. J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I supported the proposal to refuse discharge, due to the various failings of the Council, which are well known. I opposed the granting of discharge for the same reason.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, comme le préconisait la commission compétente au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriuo EP nepatvirtina EVT ir Tarybos 2013 m. biudžeto įvykdymo. Iki šiol vykdančiam biudžeto įvykdymo patvirtinimo procedūras jau eilę metų kyla sunkumų dėl Tarybos bendradarbiavimo. Siekiant vykdyti veiksmingą biudžeto kontrolę būtinas Parlamento ir Tarybos bendradarbiavimas, tačiau Taryba ir toliau atsisako pateikti atsakymus į Parlamento klausimus. Tarybos išlaidos būtų tikrinamos taip pat kruopščiai, kaip kitų institucijų išlaidos. Tarybai nepateikiant Parlamento reikalaujamų dokumentų visų pirma pažeidžiama Sąjungos piliečių teisė į informaciją ir skaidrumą.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés röviden arról szól, hogy a Tanács mentesítési kérelmét a 2013-as évre vonatkoztatva nem adja meg a Parlament. A Tanács 2009 óta minden évben költségvetési mentesítési kérelemmel fordul a Parlamenthez, amit 2009 óta folyamatosan megtagad tőle a Parlament. Ennek oka, hogy a Parlament nincs meggyőződve arról, hogy átlátható módon gazdálkodik a Tanács, számos kérdésre nem adott választ, pl. ingatlanvásárlásokkal, ingatlanfejlesztésekkel kapcsolatban. Egyetértettem a mentesítési kérelem elutasításával, ezért igennel szavaztam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We will be voting against this discharge due to the fact that it is a resource that enables the EU to function and push its wider EU message to promote political objectives. Any form of 'more EU' will be confronted by us and certainly will be questioned in relation to funding and finance. There are calls to have updates relating to administrative modernisation and ascertain information on building projects. The EU is seeking to update the rules on granting discharge in the Treaty on the Functioning of the European Union, and expects Parliament to meet the criteria of the rules before discharge is granted

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Après la décision du Parlement du 29 avril 2015, la commission du contrôle budgétaire a décidé de refuser la décharge au Conseil en raison d'un manque de transparence dans les finances et du refus de fournir les informations qu'elle demandait. La décharge avait été refusée pour les exercices 2009, 2010, 2011 et 2012.

Le rapporteur rappelle qu'il a invité le Conseil à lui communiquer des rapports sur l'avancement des projets de construction ainsi que la ventilation détaillée des dépenses engagées jusqu'à présent. Des informations ont également été demandées sur la modernisation administrative en cours.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Le rapporteur n'ayant pas reçu les informations demandées et le Conseil devant se plier au contrôle budgétaire comme toute autre institution, j'ai voté contre l'octroi de la décharge.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport de bon sens qui rappelle au Conseil ses devoirs en matière de transparence budgétaire.

Le texte appelle en effet à refuser l'octroi de décharge au Conseil et ce, à juste titre: malgré la légitimité démocratique dont dispose le Parlement — seule institution européenne à être élue au suffrage universel direct — le Conseil s'obstine dans son opacité et refuse de coopérer avec les élus européens en leur fournissant des informations essentielles concernant ses dépenses.

Je félicite donc le rapporteur pour ce texte courageux qui rappelle que toutes les institutions européennes, notamment du fait de l'impact qu'elles ont sur la vie de millions de citoyens, se doivent d'être responsables et transparentes quand il s'agit de l'exécution de leur budget.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Considerando la perdurante mancanza di cooperazione da parte di Consiglio e Consiglio europeo col Parlamento sulla questione del bilancio e considerando che fra le questioni ancora in sospeso vi sono sia gli affari immobiliari di queste istituzioni sia il processo di ammodernamento amministrativo, ho votato per la non concessione del discarico.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe y, por tanto, en contra de otorgar la aprobación de la gestión al Consejo Europeo y al Consejo dado que, como pone de manifiesto una vez más el informe de la Comisión de Control Presupuestario, el Parlamento no dispone de la información necesaria para hacerlo.

Hay que lamentar las continuas dificultades que han surgido en los procedimientos de aprobación de la gestión hasta la fecha, debidas a una falta de cooperación por parte del Consejo. Cabe recordar a este respecto que el Parlamento se negó a aprobar la gestión del Secretario General del Consejo en la ejecución de los presupuestos de 2009, 2010, 2011 y 2012.

El gasto del Consejo se ha de controlar de la misma manera que el de las demás instituciones, en cuanto prerrogativa del Parlamento, de conformidad con los artículos 316, 317 y 319 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea.

La falta de presentación de los documentos solicitados al Parlamento afecta en primer lugar al derecho a la información y a la transparencia de los ciudadanos europeos y, tal como señala el informe, constituye un síntoma preocupante de una cierta falta de democracia en las instituciones de la Unión.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas Tarybos generaliniam sekretoriui nepatvirtina, kad Europos Vadovų Tarybos ir Tarybos 2013 finansinių metų biudžetas įvykdytas. Pridedamose pastabose Parlamentas primena savo raginimą Tarybai pateikti statybų projektų pažangos ataskaitas ir išsamų iki šiol patirtų išlaidų paskirstymą. Taip pat primygtinai ragina Tarybą pateikti nuodugnę raštišką paaiškinimą ir jame išsamiai nurodyti bendrą asignavimų, panaudotų pastatui „Residence Palace“ pirkti, sumą, biudžeto punktus, pagal kuriuos šie asignavimai buvo panaudoti, įmokas, kurios iki šiol sumokėtos, ir įmokas, kurias dar reikia sumokėti. Galiausiai Parlamentas dar kartą paragino Tarybą pateikti informaciją apie jos administracinio modernizavimo procesą, visų pirma informaciją apie konkrečias to proceso įgyvendinimo priemones ir apie numatomą poveikį Tarybos biudžetui.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést. A szakbizottság a Tanács mentesítésének elutasításáról döntött, az Európai Tanács ugyanis évek óta nem működik együtt az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottságával a mentesítési eljárás során. Nem ad betekintést a Parlamentnek bizonyos, a zárszámadás lefolytatásához szükséges dokumentumokba, az elküldött kérdésekre nem ad választ. Emiatt a plenáris szavazáson, a szakbizottság javaslatát jóváhagyva a tanácsi mentesítés megadásának elutasítása mellett szavaztam.

Franč Bogovič (PPE), *pisno*. – Za razliko od zglednega ravnanja preostalih porabnikov proračuna EU, ki smo jim podelili razrešnico, je razrešnica za Svet povsem druga zgodba.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jasno in glasno je treba povedati, da si Svet razrešnice nikakor ne zasluži. Ignoriranje pozivov Evropskega parlamenta k ustreznemu poročanju in spoštovanju pravil ustreznega finančnega poslovanja s strani Sveta je namreč nesprejemljivo.

Nedosledno, če ne celo hinavsko je, da države članice od svojih državljanov in podjetij zahtevajo spoštovanje pravil, ki zadevajo porabo proračunskih sredstev ali spoštovanje davčne zakonodaje, medtem ko same v okviru Sveta takšna pravila sistematično kršijo. Svet ni prejel razrešnice že od l. 2009 dalje, kar kaže na podcenjujoč odnos do Parlamenta in s tem tudi do evropskih državljanov, ki jim je kršena pravica do obveščenosti in preglednosti.

Parlament tako že vrsto let čaka na zadovoljive informacije glede napredka nepremičninskih projektov, porabe materiala in upravne posodobitve. A teh podatkov ni in ni.

Predlagano resolucijo o zavrnitvi proračunske razrešnice Svetu EU in Evropskemu svetu sem zato podprl, v prihodnje pa upam, da bo Svet pokazal večje spoštovanje do Parlamenta in s tem do evropskih državljanov, ki jih v tem Parlamentu zastopamo.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché il Consiglio non ha fornito alcuna spiegazione in merito al crescente livello di stanziamenti sottoutilizzati e di impegni riportati nel suo bilancio 2013, nonostante il Parlamento ne avesse fatto espressa richiesta. Pertanto ritengo che non debba essere concesso, al Consiglio europeo ed al Consiglio, il discarico del bilancio dell'anno 2013.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Pourtant financé par les impôts des contribuables européens, le Conseil européen récidive en refusant de fournir le détail des dépenses qu'il réalise. Son comportement est inadmissible aux yeux des peuples européens à qui l'Union européenne a imposé des cures d'austérité d'une violence inouïe, avec à la clé une baisse massive des dépenses publiques ainsi qu'une hausse vertigineuse de la fiscalité, jetant ainsi une part considérable de nos concitoyens dans la pauvreté. Il n'est pas étonnant de voir les Européens s'éloigner des institutions européennes lorsqu'on constate qu'elles agissent avec ce sentiment d'impunité total, comme si ces technocrates non élus au suffrage universel n'avaient pas de compte à rendre. Ce manque de transparence est un véritable scandale. C'est pourquoi je me prononce en faveur de ce rapport qui propose de refuser l'octroi de décharge au Conseil.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione che rifiuta il discarico. Tra le questioni in sospeso: gli affari immobiliari, il processo di ammodernamento amministrativo, la perdurante mancanza di cooperazione con il Parlamento.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul discarico per l'esecuzione del bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2013, sezione II – Consiglio europeo e Consiglio.

Il Parlamento è l'unica istituzione dell'Unione ad essere eletta direttamente ed anche per questo è responsabile della concessione del discarico per l'esecuzione del bilancio generale dell'Unione europea. Tutte le istituzioni dell'Unione dovrebbero essere trasparenti e rendere pienamente conto ai cittadini circa il modo in cui sono spesi i fondi a loro disposizione, e in tal senso anche le voci di spesa del Consiglio devono essere sottoposte a controllo.

Eppure il Consiglio persiste nel negare al Parlamento la consegna dei documenti richiesti ogni anno, compromettendo innanzitutto il diritto di informazione e trasparenza nei confronti dei cittadini dell'Unione, oltre a costituire un sintomo preoccupante di un certo deficit democratico in seno alle istituzioni dell'Unione che non rende il Parlamento in grado di adottare una decisione informata sulla concessione del discarico.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of refusing discharge to the Council and in favour of the accompanying resolution. The Council continues to refuse to answer any questions from the European Parliament, nor does it submit all relevant papers. The Council upholds its position that the so-called 'Gentlemen's Agreement' between Council and Parliament from 1970 means that Council and Parliament will not scrutinise the implementation of their respective sections of the budget. In practice this means that the Council will not answer any questions or submit all the relevant papers. In addition to this, the Council argues that it is granted discharge for its budget *qua* the decision to grant the Commission discharge. This is in stark contrast to the current interpretation of the TFEU and subsequent practice where each heading of the budget is granted discharge individually in order to maintain transparency and democratic accountability. Furthermore, the Commission has (politely) rejected to take responsibility for the Council's budget. This lack of transparency in the use of taxpayers' money is unacceptable.

Dienstag, 27. Oktober 2015

For this reason I voted in favour of the report, which postpones the decision to grant discharge.

James Carver (EFDD), *in writing*. – We will be voting against this discharge due to the fact that it is a resource that enables the EU to function and push its wider EU message to promote political objectives. Any form of 'more EU' will be confronted by us and certainly will be questioned in relation to funding and finance. There are calls to have updates relating to administrative modernisation and ascertain information on building projects. The EU is seeking to update the rules on granting discharge in the Treaty on the Functioning of the European Union, and expects Parliament to meet the criteria of the rules before discharge is granted

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this Report as the Council failed to reply to the questions and requests regarding the discharge exercise. The level of transparency was not satisfying and the Council failed to provide sufficient explanations.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Per il settimo anno consecutivo il Parlamento europeo ha proposto di rinviare la concessione del discarico del bilancio del Consiglio, ovvero bisogna votare per la concessione o meno definitiva del discarico. Questa relazione conferma che il Parlamento non è in grado di adottare una decisione informata sulla concessione del discarico e chiede quindi che non venga concesso il discarico al Consiglio.

Ritenendo che il diritto dei cittadini europei a una trasparente informazione venga prima di tutto, ho votato a favore della relazione. Sottolineo che il mio voto favorevole alla relazione, in questo caso, implica il rifiuto al discarico.

Tengo infine a ricordare che il Parlamento è l'unica istituzione europea direttamente eletta dai cittadini e il perdurante rifiuto del Consiglio di fornire i documenti necessari al Parlamento è un rifiuto ai cittadini a vegliare sulla corretta amministrazione dei fondi europei e pone un problema serio di democrazia.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, έχοντας υπόψη τον Γενικό Προϋπολογισμό της ΕΕ για το οικονομικό έτος 2013 καθώς και τους ενοποιημένους ετήσιους λογαριασμούς της ΕΕ για το οικονομικό έτος 2013, όπως και τη δεύτερη έκθεση της Επιτροπής Ελέγχου Προϋπολογισμού, δεν χορηγεί απαλλαγή στον Γενικό Γραμματέα του Συμβουλίου όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου και του Συμβουλίου για το οικονομικό έτος 2013.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento di rifiuto del discarico al Segretario generale del Consiglio per l'esecuzione del bilancio del Consiglio europeo e del Consiglio per l'esercizio 2013. Ritengo che la mancata presentazione da parte del Consiglio al Parlamento dei documenti richiesti leda in modo preoccupante il diritto all'informazione e alla trasparenza dei cittadini europei. Ritengo che tale pratica contribuisca ad aggravare la perdita di sensibilità dei cittadini nei confronti dell'istituzione dell'UE.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione dell'on. Ryszard Czarnecki riguardante il discarico 2013 del bilancio del Consiglio europeo e del Consiglio.

Nella relazione si sottolinea che le istituzioni sono responsabili a titolo individuale dell'esecuzione dei loro bilanci ma il relatore insiste sul fatto che la spesa del Consiglio deve essere controllata al pari di quella delle istituzioni e comunicata in ogni particolare a chi può aver interesse a esserne informato.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – We will be voting against this discharge due to the fact that it is a resource that enables the EU to function and push its wider EU message to promote political objectives. Any form of 'more EU' will be confronted by us and certainly will be questioned in relation to funding and finance. There are calls to have updates relating to administrative modernisation and ascertain information on building projects. The EU is seeking to update the rules on granting discharge in the Treaty on the Functioning of the European Union, and expects Parliament to meet the criteria of the rules before discharge is granted

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – We will be voting against this discharge due to the fact that it is a resource that enables the EU to function and push its wider EU message to promote political objectives. Any form of 'more EU' will be confronted by us and certainly will be questioned in relation to funding and finance. There are calls to have updates relating to administrative modernisation and ascertain information on building projects. The EU is seeking to update the rules on granting discharge in the Treaty on the Functioning of the European Union, and expects Parliament to meet the criteria of the rules before discharge is granted.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Nonostante le istituzioni dell'Unione europea siano dotate di autonomia amministrativa, tali soggetti hanno il compito di cooperare e agire in modo trasparente al fine di rendere pienamente conto della gestione dei fondi affidati loro dai cittadini dell'Unione.

Pertanto ritengo opportuno rigettare il discharge per l'esecuzione del bilancio del Consiglio europeo e del Consiglio per l'esercizio 2013.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Per il settimo anno consecutivo il Parlamento europeo ha proposto, in prima istanza, di rinviare la concessione del discharge del bilancio del Consiglio. Ora si tratta quindi di votare per la definitiva concessione o meno del discharge.

La relazione conferma che il Parlamento non è in grado di adottare una decisione informata sulla concessione del discharge e chiede quindi che non venga concesso il discharge al Consiglio.

L'articolo 335 del trattato sul funzionamento dell'Unione europea riconosce che le istituzioni dell'Unione godono di una certa autonomia amministrativa per le questioni legate al loro funzionamento: tale autonomia implica un grado equivalente di responsabilità e di obbligo di rendere conto al Parlamento, il quale è l'unico organo direttamente eletto dai cittadini ed uno dei suoi compiti consiste appunto nella concessione del discharge.

Il perdurante rifiuto del Consiglio di fornire i documenti necessari al Parlamento è un rifiuto ai cittadini a vegliare sulla corretta amministrazione dei fondi europei e pone un problema serio di democrazia. Il Consiglio sembra voler condurre una lotta di potere per mantenere la sua supremazia sul Parlamento, senza curarsi del diritto dei cittadini europei a una trasparente informazione.

Per i motivi elencati sopra voto a favore, rifiutando quindi di concedere il discharge al Consiglio.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de no aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del Consejo y del Consejo Europeo para el año 2013. No es la primera vez que esto ocurre, puesto que el Consejo rechaza presentar al Parlamento Europeo aquellos elementos necesarios para que podamos ejercitar nuestro derecho a escrutinio. Debido a esta falta de cooperación que atenta contra el principio de transparencia, he dado mi voto a favor de la postura del Parlamento, para no aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del Consejo y del Consejo Europeo para el ejercicio 2013.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted against granting discharge to the Council due to lack of transparency in the finances and continued refusal to provide information in response to the Parliament's questions. Discharge was already refused for the financial years 2009, 2010, 2011 and 2012. It is regretful that the Council did not provide any explanation on the increasing underspending and carry-overs of commitments in its 2013 budget when all institutions should cooperate to ensure the smooth functioning of the discharge procedure.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative propose de refuser l'octroi de la décharge pour l'exercice budgétaire de l'année 2013 au Conseil européen et au Conseil, suite à un premier refus par le Parlement européen, à une large majorité et pour la septième année consécutive, lors de la session d'avril 2015. N'ayant reçu aucune réponse aux questions et demandes formulées pendant cet exercice de décharge et les précédents par le Conseil européen et le Conseil, le Parlement propose une fois de plus de refuser l'octroi de la décharge.

Face à cette situation répétitive et ubuesque, il convient d'envisager diverses options de mise à jour des règles d'octroi de la décharge au Conseil, autorité budgétaire, inscrites dans le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne. Soutenant les conclusions de ce rapport, j'ai voté contre l'octroi de la décharge pour l'exercice budgétaire de l'année 2013.

Γεώργιος Επιτηδείο (NI), *γραφτώς*. – Δεν έχουν ολοκληρωθεί όλες οι απαιτούμενες ενέργειες για το κλείσιμο του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2013, τμήμα II – Ευρωπαϊκό Συμβούλιο και Συμβούλιο.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – We will be voting against this discharge due to the fact that it is a resource that enables the EU to function and push its wider EU message to promote political objectives. Any form of 'more EU' will be confronted by us and certainly will be questioned in relation to funding and finance. There are calls to have updates relating to administrative modernisation and ascertain information on building projects. The EU is seeking to update the rules on granting discharge in the Treaty on the Functioning of the European Union, and expects Parliament to meet the criteria of the rules before discharge is granted.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Par ce vote, le Parlement européen a refusé la décharge au secrétaire général du Conseil sur l'exécution du budget du Conseil européen et du Conseil pour l'exercice 2013. Il est en effet primordial que le Conseil européen et le Conseil fassent preuve de davantage de transparence concernant l'utilisation des fonds alloués. Nous appelons à une meilleure coopération du Conseil dans l'optique de l'octroi de cette décharge.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport, visant à refuser l'octroi de décharge au Conseil de l'Europe, a pour but de mettre un terme aux agissements budgétaires d'un organe qui n'est pas élu.

Seul organe possédant une véritable légitimité, le Parlement européen est pourtant placé en simple donneur d'avis en matière d'octroi de ces décharges.

Au souvenir de l'expression selon laquelle il ne peut y avoir de taxation sans représentation, il m'apparaît comme déplacé qu'un tel mode de fonctionnement puisse encore exister dans une Europe qui se pose en chantre de la démocratie. J'ai voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Предложението на докладчика да не бъде освободен от отговорност Европейския съвет и Съвета във връзка с изпълнението на бюджета за 2015 година беше подкрепено от мен. Моята принципна позиция, свързана с освобождаването от отговорност на която и да е част от бюджета, се покрива и с тази на моята група ECR, а именно, че такова не би трябвало да бъде дадено, докато бюджетът като цяло не получи положителна оценка от Сметната палата.

Тук обаче наблюдаваме и допълнителни усложнения: Съветът не е сътрудничил с Парламента и не е провел необходимия диалог.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést, a szakbizottság a Tanács mentesítésének elutasításáról döntött. Az Európai Tanács ugyanis évek óta nem működik együtt az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottságával a mentesítési eljárás során. Nem ad betekintést a Parlamentnek bizonyos, a zárszámadás lefolytatásához szükséges dokumentumokba, az elküldött kérdésekre nem ad választ. Emiatt a plenáris szavazáson, a szakbizottság javaslatát jóváhagyva a tanácsi mentesítés megadásának elutasítása mellett szavaztam.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As instituições da União devem ser transparentes e plenamente responsáveis perante os cidadãos da União relativamente aos fundos que lhes são confiados enquanto instituições da União, e tanto o Conselho Europeu como o Conselho devem estar sujeitos à responsabilidade democrática de prestar contas perante os cidadãos da União, visto que são beneficiários do orçamento geral da União Europeia.

O Parlamento solicitou ao Conselho a apresentação de relatórios sobre o estado de adiantamento dos projetos imobiliários e de uma repartição detalhada dos custos registados até à data, bem como a prestação de informações sobre o seu processo de modernização administrativa, em particular sobre as medidas concretas tomadas para o efeito e sobre o impacto previsto no orçamento do Conselho.

Lamenta-se ainda que o Conselho não tenha fornecido qualquer explicação para o nível crescente de dotações subutilizadas e autorizações transitadas no seu orçamento de 2013.

Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Como vem sendo hábito, o Parlamento, mais uma vez, recusa dar quitação ao Secretário-Geral do Conselho pela execução do orçamento do Conselho Europeu e do Conselho, mantendo-se as razões.

Muito se fala de «transparência» e muito se exige nesta matéria (a alguns) dos Estados-Membros.

Contudo, o Conselho, órgão de decisão supranacional da UE que integra representantes dos governos dos diferentes Estados-Membros, parece estar imune a tais «exigências», já que desde de 2010 não responde às perguntas e exigências de esclarecimento, quer acerca do nível crescente de dotações subutilizadas e autorizações transitadas no seu orçamento de 2013, quer sobre o estado de adiantamento dos projetos imobiliários e de uma repartição detalhada dos custos registados até à data.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Mais uma vez, ficam as despesas do Conselho sem serem examinadas, pela única instituição eleita por sufrágio direto, responsável pela decisão de quitação pela execução do orçamento geral da UE, segundo o Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia.

Reconhece o relator algum do défice democrático, que sempre denunciámos, refletido nesta atitude do Conselho de não apresentação dos documentos solicitados, tornando-se motivo de preocupação.

Votámos favoravelmente.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of supporting this report in order to NOT grant discharge to the Council.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – v tejto správe ide o udelenie absolútoría za rok 2013 pre Európsku radu a Radu.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro la relazione per la concessione del discarico.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτικώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση της επιτροπής του Γενικού προϋπολογισμού, καθώς το Συμβούλιο δεν έχει ακόμη υποβάλει στο Κοινοβούλιο τα έγγραφα που έχουν ζητηθεί, με αποτέλεσμα να τίθεται σε κίνδυνο το δικαίωμα πολιτών της Ένωσης στην πληροφόρηση και τη διαφάνεια. Για τον λόγο αυτό δεν έχουν ολοκληρωθεί όλες οι απαιτούμενες ενέργειες για το κλείσιμο του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2013, τμήμα II – Ευρωπαϊκό Συμβούλιο και Συμβούλιο.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the discharge of the EU general budget – European Council and Council for the financial year 2013. Following a consensual compromise between the political groups, the agreement was adopted by a large majority.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht „Entlastung 2013: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat“ gestimmt, da der Bericht – auch dank erfolgreicher Einwände meiner EKR-Fraktion – trotz der Zustimmung den Finger in die Wunden legt, die Jahr für Jahr in der Finanzierung der EU aus Steuermitteln unserer Bürger klaffen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich habe der Entlastung des Gesamthaushalts der EU zugestimmt.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – Another call for More EU! And more money! I voted against this for obvious reasons.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – Today I joined many colleagues in voting against granting the 2013 European Council and Council discharge due to a lack of transparency, namely given that the Council has refused since 2009 to give information regarding its finances.

The best example of good practices have to be set at institutional level in order to earn citizens' trust and confidence. Moreover, we need to see a more open dialogue between Parliament and the Council, which this report also urges.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos decidido votar a favor de no aprobar la gestión del Consejo y del Consejo de la UE.

El Consejo se niega a proporcionar los elementos necesarios para poder examinar apropiadamente los gastos del Consejo.

Ha habido dificultades sistemáticas encontradas en el procedimiento de aprobación del Consejo hasta la fecha, por falta de cooperación; el Parlamento se negó a aprobar la gestión en los ejercicios 2009, 2010, 2011 y 2012, y se pospuso en el ejercicio 2013. Sin información fiel, el PE es incapaz de tomar una decisión informada para aprobar las cuentas.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I regret that the Council has again refused to provide any explanation on the increasing underspend and carry-overs of commitments in their 2013 budget. We agree with the Commission that all EU institutions should be subject to the Parliament's discharge exercise. As Labour MEPs we insist that the expenditure of the Council must be scrutinised in the same way as that of other institutions.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the report on Discharge 2013: EU general budget – European Council and Council because it reminds the Council of Parliament's call for progress reports on building projects and a detailed breakdown of the costs incurred to date and urges the Council to provide a thorough written explanation detailing the total amount of appropriations used in the purchase of the 'Residence Palace' building, the budget items from which those appropriations were drawn, the instalments that have been paid thus far and the instalments that remain to be paid.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést. A szakbizottság a Tanács mentesítésének elutasításáról döntött, az Európai Tanács ugyanis évek óta nem működik együtt az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottságával a mentesítési eljárás során. Nem ad betekintést a Parlamentnek bizonyos, a zárszámadás lefolytatásához szükséges dokumentumokba, az elküldött kérdésekre nem ad választ. Emiatt a plenáris szavazáson, a szakbizottság javaslatát jóváhagyva a tanácsi mentesítés megadásának elutasítása mellett szavaztam.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I decided to support this report, which proposes to refuse the discharge as it is necessary to consider different possibilities to update the rules on granting discharge laid down in the TFEU.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága 2015. szeptember 22-én szavazott azon intézmények második mentesítési jelentéséről, melyek a rendes zárszámadási eljárás során nem kapták meg a mentesítést. A szakbizottság a Tanács mentesítésének elutasításáról döntött. Az Európai Tanács ugyanis évek óta nem működik együtt az Európai Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottságával a mentesítési eljárás során. Nem ad betekintést a Parlamentnek bizonyos, a zárszámadás lefolytatásához szükséges dokumentumokba, az elküldött kérdésekre nem ad választ. Emiatt a plenáris szavazáson, a szakbizottság javaslatát jóváhagyva a tanácsi mentesítés megadásának elutasítása mellett szavaztam.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za drugo izvješće o razrješnici za izvršenje općeg proračuna Europske unije za financijsku godinu 2013., dio II. – Europsko vijeće i Vijeće jer se time odbija dati razrješnicu glavnom tajniku Vijeća za izvršenje proračuna.

Smatram da je potrebna veća suradnja Vijeća s Europskim parlamentom, pogotovo u dostavljanju traženih informacija radi povećanja transparentnosti i demokratskih procesa. U pojedinim postupanjima Vijeće ugrožava pravo građana EU-a na dostupnost informacija te smatram stoga da je potrebna veća otvorenost i jasnoća u postupcima koji se odvijaju između institucija EU-a.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il est question de la décharge sur l'exécution du budget général de l'UE pour l'exercice 2013. Une fois de plus le Conseil refuse de coopérer avec le Parlement et de lui fournir des explications sur l'utilisation des crédits. Ainsi, les compétences du Parlement en matière budgétaire sont mises en cause par le Conseil. La décharge est donc refusée, j'ai donc voté pour.

Le rapport, critique, souligne que les dépenses doivent être contrôlées au même titre que les autres institutions.

J'ai voté pour.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Diane James (EFDD), *in writing*. – I and fellow MEP's will be voting against this discharge due to the fact that it is a resource that enables the EU to function and push its wider EU message to promote political objectives. Any form of 'more EU' will be confronted by us and certainly will be questioned in relation to funding and finance. There are calls to have updates relating to administrative modernisation and ascertain information on building projects. The EU is seeking to update the rules on granting discharge in the Treaty on the Functioning of the European Union, and expects Parliament to meet the criteria of the rules before discharge is granted.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui proposait de refuser la décharge au Conseil européen et au Conseil. En effet, ces deux institutions ne fournissent aucune explication sur l'utilisation de leurs budgets. Or, en tant qu'institutions de l'Union, elles doivent faire l'objet d'un contrôle démocratique comme toutes les autres institutions et agences européennes.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Die Resolution legt die Probleme einer Entlastung für den Rat klar dar. Der Rat muss demokratischer werden und offener im Umgang mit seinen Ausgaben und vor allem der Praxis entsagen, immer weniger Budget zu veranschlagen, um es dann im Nachhinein für diverse Projekte wieder massiv zu erhöhen. Die Resolution ist daher zu begrüßen und dementsprechend stimme ich ihr zu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the proposal to refuse discharge. I regret that again the Council has refused to provide any explanation on the increasing underspending and carryovers of commitments in their 2013 budget. We insist that the expenditure of the Council must be scrutinised in the same way as that of other institutions.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Come è noto, il trattato sul funzionamento dell'Unione europea conferisce al Parlamento un ruolo di rilievo per quanto concerne il discarico del bilancio. Sebbene ciascun organo abbia autonomia amministrativa per le questioni connesse al funzionamento della rispettiva istituzione, giudico necessario un maggiore grado di cooperazione e trasparenza tra Parlamento, Consiglio europeo e Consiglio. Sulla base di ciò, ho deciso di votare a favore della relazione, convinto che il dialogo tra le istituzioni costituisce un segnale positivo da trasmettere ai cittadini dell'Unione.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Czarnecki vise à refuser la décharge au Conseil européen et au Conseil des ministres pour l'exercice budgétaire 2013, ce qui me paraît parfaitement légitime étant donné que le Conseil refuse de coopérer et de fournir au Parlement européen des informations concernant l'utilisation des crédits. Ceci place le Parlement européen dans une situation d'infériorité et le Conseil dans une position différente de celle des autres institutions, qui ne se justifie pas. J'ai donc voté en faveur de ce texte critique et qui met toutes les institutions sur le même pied d'égalité en matière de contrôle des dépenses.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA kan geen groen licht geven voor de kwijting van afzonderlijke onderdelen van de Europese begroting vooraleer de volledige boekhouding door de Europese Rekenkamer is goedgekeurd. Dit betekent dat de ECR voor het ontwerpverslag zal stemmen, waarin wordt geweigerd om kwijting te verlenen.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de no aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del Consejo y del Consejo Europeo para el año 2013. No es la primera vez que esto ocurre, puesto que el Consejo rechaza presentar al Parlamento Europeo aquellos elementos necesarios para que podamos ejercitar nuestro derecho a escrutinio. Debido a esta falta de cooperación que atenta contra el principio de transparencia, he dado mi voto a favor de la postura del Parlamento, para no aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del Consejo y del Consejo Europeo para el ejercicio 2013.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europski parlament odbio je dati razrješnicu za izvršenje općeg proračuna za financijsku godinu 2013. EU-a, točnije Europskog vijeća i Vijeća. Glavna kritika je financijska netransparentnost i izostanak odgovarajućih objašnjenja od strane institucija.

Otvorena pitanja odnose se i na izvješća vezana za građevinske projekte, za postupak osuvremenjivanja vlastite uprave i njegove implikacije na proračun te u pogledu povećanja neiskorištenih sredstava i prijenosa izvršenih u proračunu Vijeća za 2013.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Podržala sam odbijanje razrješnice za izvršenje proračuna Europskog vijeća i Vijeća buduću da smatram da su transparentnost i odgovornost prema građanima važne karakteristike i vrijednosti Europske unije, osobito financijska transparentnost.

Νότης Μαρτιάς (ECR), γραπτώς. – Ψηφίζω την εν λόγω υπ. αριθ. Α8-0269/2015 δεύτερη έκθεση του συναδέλφου κ. Czarnecki, με την οποία δεν χορηγεί απαλλαγή στο Ευρωπαϊκό Συμβούλιο όσον αφορά την εκτέλεση του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2013, γιατί η έκθεση του συναδέλφου κ. Czarnecki είναι πλήρης και τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 26/10/2015.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this report which insists that the expenditure of the Council must be scrutinised in the same way as that of other institutions and that the fundamental elements of such scrutiny have been laid down in its discharge resolutions of the past years.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce refus d'octroyer la décharge. Une fois n'est pas coutume, ce rapport appelle à refuser l'octroi de la décharge. Nous soutenons cette décision car le Conseil, concerné par cette décharge, refuse depuis des années de coopérer et de fournir des informations concernant ses dépenses. Il est du devoir de toute institution de l'Union européenne que d'être totalement transparente. Cette attitude laisse planer le doute quant à la légalité et à la légitimité des opérations du Conseil!

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Al fine di garantire la trasparenza e la responsabilità democratica nei confronti dei contribuenti dell'Unione, ho espresso il mio voto a favore della relazione che rifiuta di concedere il discarico al Segretario generale del Consiglio per l'esecuzione del bilancio del Consiglio europeo e del Consiglio per l'esercizio 2013.

Siamo innanzi a un preoccupante deficit democratico in seno alle istituzioni dell'Unione.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Resolution legt die Probleme einer Entlastung für den Rat klar dar: Er muss demokratischer werden und offener im Umgang mit seinen Ausgaben, und vor allem der Praxis entsagen, immer wieder weniger Budget zu wollen, um es dann im Nachhinein für diverse Projekte wieder massiv zu erhöhen. Daher findet der Bericht meine Zustimmung.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Un des rares pouvoirs exclusifs du Parlement en matière budgétaire est de donner décharge aux institutions européennes, une fois leurs budgets exécutés. En avril dernier, le Parlement avait mollement décidé d'ajourner sa décision sur la décharge du Conseil pour son budget 2013. Il espérait ainsi des améliorations qui ne sont jamais venues. Le Conseil continue de ne donner aucune explication sur l'utilisation ou la non-utilisation d'une partie de son budget. Alors même qu'il est le premier à exiger toujours plus de rigueur dans l'exécution du budget européen. Par exemple, un large flou entoure depuis 10 ans le chantier du futur bâtiment somptuaire du Conseil, dont le coût dépasserait les 300 millions d'euros. Ce rapport décide donc de refuser d'accorder au Conseil toute décharge pour le budget 2013, comme ce fut le cas de tous ses budgets depuis 2009. En l'état actuel des pouvoirs fictifs du Parlement, ce refus de décharge n'a aucun impact. Le rapporteur suggère donc légitimement de changer les règles d'octroi des décharges. Un vœu pieu parmi d'autres. Je vote néanmoins pour ce refus de décharge pour encourager ce début de résistance parlementaire.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il est question de la décharge sur l'exécution du budget général de l'UE pour l'exercice 2013. Une fois de plus, le Conseil refuse de coopérer avec le Parlement et de lui fournir des explications sur l'utilisation des crédits. Ainsi, les compétences du Parlement en matière budgétaire sont remises en cause par le Conseil. La décharge est donc refusée et le député vote pour. Le rapport, critique, souligne que les dépenses doivent être contrôlées au même titre que les autres institutions. Par conséquent, le député vote pour.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported the rapporteur's opinion to refuse the granting of the discharge as the Council has yet to address questions posed by the Parliament in the current and the previous discharge exercises.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Návrh rozhodnutia Európskeho parlamentu o neudelení absolutória generálnemu tajníkovi Rady za plnenie rozpočtu Európskej rady a Rady za rozpočtový rok 2013 je založené na nepostačujúcej transparentnosti projektov v oblasti nehnuteľností. Všetky inštitúcie Únie majú demokratickú zodpovednosť voči občanom Únie a vlastnú zodpovednosť nad plnením svojho vlastného rozpočtu. Vyjadrujem poľutovanie, že Rada doposiaľ nepredložila Parlamentu požadované dokumenty vzhľadom na potrebu dobrej spolupráce medzi inštitúciami a demokratického dohľadu, ktorý Parlament zabezpečuje. Považujem preto za potrebné odložiť rozhodnutie o udelení absolutória, nakoľko Parlament nemôže prijať kvalifikované rozhodnutie. Pripájam sa k výzve adresovanej Rade, aby predložila dôkladné písomné vysvetlenie.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted to refuse discharge again to the Council due to lack of transparency in the finances and continued refusal to provide information in response to the Committee's questions in the way in which other institutions and bodies regularly do. Discharge was already refused for the financial years 2009, 2010, 2011 and 2012.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Európai Unió 2013-as pénzügyi évre vonatkozó összevont éves beszámolójával kapcsolatban az Európai Számvevőszék benyújtotta a 2013-as pénzügyi év költségvetésének végrehajtásáról szóló éves jelentését továbbá nyilatkozatban igazolta a 2013-as pénzügyi évre vonatkozóan az elszámolás megbízhatóságát, valamint az alapjául szolgáló ügyletek jogszerűségét és szabályszerűségét. A Parlament Költségvetési Ellenőrzési Bizottsága második jelentésében azt javasolta, hogy a Parlament tagadja meg a mentesítést a Tanács főtitkárától az Európai Tanács és a Tanács 2013-as pénzügyi évre szóló költségvetése végrehajtására vonatkozóan. Ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório, relativo à quitação pela execução do orçamento geral da UE para o exercício de 2013, é elucidativo da falta de cooperação e comunicação entre o Conselho e o Parlamento, nomeadamente no não fornecimento, por parte do Conselho, de qualquer explicação para o nível crescente de dotações subutilizadas e autorizações transitadas no seu orçamento de 2013.

É importante salientar que a não apresentação, pelo Conselho, dos documentos solicitados ao Parlamento prejudica essencialmente o direito dos cidadãos da União à informação e à transparência.

Defendo que as instituições da União devem ser transparentes e plenamente responsáveis perante os cidadãos da União relativamente aos fundos que lhes são confiados enquanto instituições da União. O Conselho Europeu e o Conselho, enquanto instituições da União, devem estar sujeitos à responsabilidade democrática de prestar contas perante os cidadãos da União, visto que são beneficiários do orçamento geral da UE.

Considero fundamental a existência de uma maior cooperação entre o Parlamento e o Conselho, com o objetivo de alcançarmos um controlo orçamental eficaz.

Subscrevo a posição do relatório, na medida em que não é possível ao Parlamento tomar uma decisão devidamente fundamentada sobre a concessão de quitação.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Czarnecki vise à refuser la décharge au Conseil européen et au Conseil des ministres pour l'exercice budgétaire 2013, ce qui me paraît parfaitement légitime étant donné que le Conseil refuse de coopérer et de fournir au Parlement européen des informations concernant l'utilisation des crédits. Ceci place le Parlement européen dans une situation d'infériorité et le Conseil dans une position différente de celle des autres institutions, qui ne se justifie pas. J'ai donc voté en faveur de ce texte critique et qui met toutes les institutions sur le même pied d'égalité en matière de contrôle des dépenses.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I regret that again the Council has refused to provide any explanation on the increasing underspending and carryovers of commitments in their 2013 budget. We agree with the Commission that all EU institutions should be subject to the Parliament's discharge exercise. We insist that the expenditure of the Council must be scrutinised in the same way as that of other institutions.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui refuse la décharge budgétaire au Conseil européen et au Conseil pour l'exercice 2013. La décharge budgétaire, qui peut être accordée, ajournée ou refusée par le Parlement européen, constitue le contrôle final du budget annuel. Ce processus représente le volet politique du contrôle de l'exécution budgétaire. Il prend appui sur les rapports de la Cour des comptes et sur les précisions apportées par les organismes concernés. La décision de décharge peut s'accompagner de recommandations pour améliorer certains aspects de l'exécution budgétaire. En ce qui concerne le Conseil européen et le Conseil, une large majorité au sein de la commission du contrôle budgétaire a estimé que l'absence de réponses aux questions formulées par le Parlement européen justifiait le refus de l'octroi de cette décharge. J'ai voté conformément à l'avis de cette commission.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report on the 2013 discharge of the European Union's general budget.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Andrey Novakov (PPE), *in writing*. – For the seventh year the European Parliament postpones its decision for grating discharge for the Council. For the seventh year same questions have been raised and again more detailed information has been required.

Many questions are left unanswered. With the Lisbon treaty, the European Parliament gained co-decision budget power and the other institutions should refer to that.

My appeal is that rules should be applicable to everyone. We, the institutions should be an example for the MS. How can we expect integrity, accountability and fast reactions from them, if we don't fulfil the criteria ourselves?

Our role is not only to talk the talk but to walk the walk to a better EU budget and results for the people in Europe.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Gesamthaushaltsplan des Rats für 2013 beinhaltete zahlreiche Posten, die meiner Meinung nach unnötig sind und schon damals Zeichen eines allzu sorglosen Umgangs mit finanziellen Mitteln waren. Dies kommt letztlich nicht den Bürgern der Union zu Gute, sondern erfolgt auf ihre Kosten und ist so nicht tragbar. Ich habe mich gegen den Haushaltsplan ausgesprochen, da die Verwendung des Budgets an vielen Stellen nicht im Sinne der Bürger erfolgte.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. ELi institutsioonide tegevus peab olema läbipaistev ja nad on ELi kodanike ees vastutavad ELi rahaliste vahendite kasutamise eest. Institutsioonid peavad omavahel eelarve täitmisele heakskiidu andmise menetluses koostööd tegema, seni on see nõukogu osas puudulik.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We will be voting against this discharge due to the fact that it is a resource that enables the EU to function and push its wider EU message to promote political objectives. Any form of 'more EU' will be confronted by us and certainly will be questioned in relation to funding and finance. There are calls to have updates relating to administrative modernisation and ascertain information on building projects. The EU is seeking to update the rules on granting discharge in the Treaty on the Functioning of the European Union, and expects Parliament to meet the criteria of the rules before discharge is granted.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Mi sta molto a cuore, in questa sede, sottolineare la necessità di trasparenza da parte non solo del Consiglio, ma di tutte le istituzioni europee per quanto riguarda le loro spese. Allo stesso modo, ritengo che il livello di controllo l'una sull'altra e di cooperazione in materia di informazione dei cittadini debba essere elevato.

Fermo sulle mie posizioni, voto positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Uzevši u obzir Odluku Europskog parlamenta od 29. travnja 2015. o razrješnici za izvršenje općeg proračuna Europske unije za financijsku godinu 2013. te Rezoluciju s primjedbama koje su sastavni dio navedene Odluke, a sukladno tome i odluci Europskog parlamenta o odgodi glasovanja o davanju razrješnice za 2013., slažem se da Vijeće mora uložiti isti trud u godišnju proceduru davanja razrješnice, jednako kao i ostale institucije.

Također, smatram vrlo važnim odvojenost proračuna Vijeća i Europskog vijeća, jer to svakako može doprinijeti boljoj transparentnosti, a također i povećanju odgovornosti obje institucije. Upravo zbog navedenih razloga podržala sam ovu odluku kojom se odbija razrješnica za izvršenje općeg proračuna Europske unije za financijsku godinu 2013., dio II. – Europsko vijeće i Vijeće te prateću rezoluciju kojom se objašnjava razlog odbijanja razrješnice. Nadam se da će poslana poruka Europskog parlamenta potaknuti Vijeće i Europsko vijeće na rješavanje otvorenih pitanja na kojima Europski parlament ustraje.

Podsjećam kako članak 15. stavak 3. podstavak 3. UFEU-a utvrđuje da svaka institucija, tijelo, ured ili agencija osigurava transparentnost svojih postupanja. Parlament traži samo da se rashodi Vijeća nadziru na isti način kao i oni ostalih institucija, a da su ključni elementi tog nadzora utvrđeni tijekom proteklih godina.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Czarnecki vise à refuser la décharge au Conseil européen et au Conseil des ministres pour l'exercice budgétaire 2013. Ceci me paraît parfaitement légitime étant donné que le Conseil refuse de coopérer et de fournir au Parlement européen des informations concernant l'utilisation des crédits. Ceci place le Parlement européen dans une situation d'infériorité et le Conseil dans une position différente de celle des autres institutions, qui ne se justifie pas. J'ai donc voté en faveur de ce texte critique et qui met toutes les institutions sur le même pied d'égalité en matière de contrôle des dépenses.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam odbijanje Europskog parlamenta da dodijeli razrješnicu glavnom tajniku Vijeća za izvršenje proračuna Europskog vijeća i Vijeća, ponajprije zbog ustrajanja u netransparentnosti u financijama te u odbijanju dostavljanja relevantnih informacija Odboru za proračun. Vijeće nije podastrlo nikakvo objašnjenje za povećanja neiskorištenih sredstava te prijenosa izvršenih u proračunu Vijeća za 2013. godinu, a svojim odbijanjem da Parlamentu dostavi tražene dokumente ugrožava pravo građana Unije na informacije i transparentnost.

Vijeće bi trebalo pružiti iscrpno pisano objašnjenje u kojem se navodi ukupan iznos odobrenih sredstava iskorištenih za kupnju zgrade „Résidence Palace” te proračunske stavke iz kojih su prenesena ta sredstva, te bi trebalo objaviti informacije o postupku osuvremenjivanja vlastite uprave te o očekivanom učinku na svoj proračun. Potrošnja Vijeća mora biti nadzirana na isti način kao i potrošnja drugih institucija, što je određeno u rezolucijama o razrješnicama iz prethodnih godina.

Budući da je Parlament jedino od strane građana izravno birano tijelo u Uniji te je odgovorno za davanje razrješnice u vezi s izvršenjem općeg proračuna Europske unije, potrebno je da u skladu sa svojim zaduženjima i djeluje kako bi se održala transparentnost i demokratska odgovornost spram građana Europske unije, njenih poreznih obveznika.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Rozhodl jsem se nepodpořit udělení rozpočtového absolutoria Evropské radě a Radě za rok 2013. Tyto dvě instituce již poněkoličké porušily zásady transparentnosti a nepodaly vysvětlení týkající se řady závažných skutečností. Rada tak například odmítla informovat Evropský parlament o minulých a budoucích nákladech a výdajích týkajících se budov, a zejména pak nákladného projektu budovy *Residence Palace*. Dále dosud nevysvětlila rostoucí míru nevyčerpaných peněžních prostředků, přenosů závazků a stav modernizace správy v těchto orgánech. Evropský parlament je instituce, která má výhradní právo udělovat absolutorium. Pokud se Rada chystá ignorovat tuto skutečnost, je to jako by podkopávala demokratické principy, na kterých je Evropská unie založena. V případě, že Evropský parlament nebude mít k dispozici dostatečné množství informací, nebude moci tuto svou pravomoc vykonávat. Je nepředstavitelné, aby se v době, kdy je evropský rozpočet napínán do poslední nitky a kdy se většina daňových poplatníků nachází v nelehké finanční situaci, zástupci členských států chovali tak nezodpovědně. Evropská rada a Rada musí podléhat stejné kontrole, které jsou vystaveny i všechny ostatní evropské instituce. Pevně doufám, že toto odmítnutí udělení absolutoria Evropskou radu i Radu přiměje k vstřícnějšímu postoji ke sdílení informací o plnění souhrnného rozpočtu a že co nejdříve bude znovu nastolen potřebný formální dialog.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di rifiuto del discarico per l'esecuzione del bilancio generale dell'Unione europea, per l'esercizio 2013, riguardante il Consiglio europeo e il Consiglio. Considerando che tutte le istituzioni dell'Unione dovrebbero essere quanto più trasparenti possibile e rendere pienamente conto ai cittadini in merito alla gestione dei fondi che vengono a esse affidati; tenendo conto dei vari accordi tra Parlamento europeo e Consiglio e preso atto delle osservazioni mosse in merito dalla Corte dei conti, relative all'esercizio 2013, concernenti i dubbi sullo stato di avanzamento di alcuni progetti immobiliari, condivido le richieste della Corte dei conti e del Parlamento europeo. Questi ultimi ritengono doveroso, prima di concedere il discarico, risolvere alcune questioni in sospeso che, ad oggi, non hanno ancora ricevuto una risposta adeguata. Ritengo preoccupante la mancata presentazione al Parlamento, da parte del Consiglio, dei documenti richiesti. Questo comportamento non in linea con i principi di leale cooperazione interistituzionale compromette innanzitutto il diritto di informazione e trasparenza dei cittadini.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Stejně jako v několika předchozích letech Parlament opět neudělil absolutorium Radě. Považuji tento moment za znepokojivý a domnívám se, že je třeba, aby na tomto poli došlo ke změnám, které minimálně pro příští rok přinesou narovnání tohoto neuspokojivého stavu.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le Conseil et le Conseil européen n'ont pas encore répondu à l'ensemble des questions du Parlement européen concernant l'exécution du budget général de l'UE pour l'exercice 2013. Dans ce contexte, le Parlement européen a décidé de refuser la décharge. J'ai voté pour cette décision et j'attends du Conseil et du Conseil européen qu'ils collaborent davantage avec le Parlement.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Ao dar quitação a uma instituição ou agência, o Parlamento Europeu aprova a boa utilização do erário público na execução orçamental, alcançada no respeito pela regulamentação.

Após recomendação do Conselho, os deputados ao Parlamento Europeu são chamados a exercer controlo sobre a gestão das dotações, decidindo sobre a quitação com base nos relatórios do Tribunal de Contas.

Assim, e avaliados os relatórios do Tribunal de Contas e da Comissão Parlamentar do Controlo Orçamental, votei a favor da presente decisão, que dá quitação ao Secretário-Geral do Conselho pela execução do orçamento do Conselho Europeu e do Conselho para o exercício de 2013.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We will be voting against this discharge due to the fact that it is a resource that enables the EU to function and push its wider EU message to promote political objectives. Any form of 'more EU' will be confronted by us and certainly will be questioned in relation to funding and finance. There are calls to have updates relating to administrative modernisation and ascertain information on building projects. The EU is seeking to update the rules on granting discharge in the Treaty on the Functioning of the European Union, and expects Parliament to meet the criteria of the rules before discharge is granted.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui refuse la décharge sur l'exécution du budget du Conseil européen et du Conseil pour l'année 2013.

Notre assemblée dispose d'un droit de contrôle budgétaire qu'elle exerce par l'intermédiaire de la décharge, procédure par laquelle nous clôturons l'exercice budgétaire de l'Union pour une année donnée. Elle vise à s'assurer que les fonds publics européens sont utilisés correctement par les institutions et organes de l'Union.

Or, nous rencontrons des difficultés systématiques au cours des procédures de décharge du Conseil, du fait d'un manque de coopération de la part de ce dernier notamment en matière de transmission des informations et des explications demandées. Ainsi, nous avons refusé de donner décharge au Conseil pour les exercices 2009, 2010, 2011, 2012 et désormais 2013.

Une telle attitude du Conseil est regrettable d'autant qu'elle constitue une atteinte au droit de l'information et à la transparence vis-à-vis des citoyens de l'Union.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe y, por tanto, en contra de otorgar la aprobación de la gestión al Consejo Europeo y al Consejo dado que, como pone de manifiesto una vez más el informe de la Comisión de Control Presupuestario, el Parlamento no dispone de la información necesaria para hacerlo.

Hay que lamentar las continuas dificultades que han surgido en los procedimientos de aprobación de la gestión hasta la fecha, debidas a una falta de cooperación por parte del Consejo. Cabe recordar a este respecto que el Parlamento se negó a aprobar la gestión del Secretario General del Consejo en la ejecución de los presupuestos de 2009, 2010, 2011 y 2012.

El gasto del Consejo se ha de controlar de la misma manera que el de las demás instituciones, en cuanto prerrogativa del Parlamento, de conformidad con los artículos 316, 317 y 319 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea.

La falta de presentación de los documentos solicitados al Parlamento afecta en primer lugar al derecho a la información y a la transparencia de los ciudadanos europeos y, tal como señala el informe, constituye un síntoma preocupante de una cierta falta de democracia en las instituciones de la Unión.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Comme une grande majorité de mes collègues, j'ai décidé de voter en faveur du rapport Czarnecki et, dès lors, de refuser l'octroi de la décharge au secrétaire général du Conseil sur l'exécution du budget du Conseil européen et du Conseil pour l'exercice 2013. J'ai voté en faveur du refus de l'octroi de cette décharge car j'estime qu'il est du devoir du Conseil de faire preuve de la plus grande transparence au sujet des fonds qui lui sont confiés.

De plus, je constate que le Conseil n'a fourni aucune explication sur la progression de la sous-utilisation des crédits et des reports d'engagements dans son budget 2013.

Enfin, je ne peux que déplorer les difficultés systématiques rencontrées au cours des procédures de décharge. En effet, dois-je rappeler que le Parlement a refusé d'octroyer décharge au secrétaire général du Conseil pour les exercices 2009, 2010, 2011 et 2012.

Compte tenu de tous ces éléments, il ne m'était pas possible de voter en faveur de l'octroi de la décharge au secrétaire général du Conseil.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui refuse, une nouvelle fois, l'octroi de la décharge au Conseil européen et au Conseil.

Ce texte rappelle qu'il est nécessaire d'envisager différentes options de modification des règles d'octroi de la décharge inscrites dans le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne. En effet, j'ai soutenu ce texte car il est nécessaire de mettre à jour ces règles. De plus, il est regrettable qu'alors que le Parlement a déjà invité le Conseil européen et le Conseil à entamer un dialogue ouvert et formel avec les autres institutions, le Conseil n'ait donné aucune réponse aux demandes formulées.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione inerente il bilancio generale dell'Unione europea – Consiglio europeo e Consiglio in quanto sostengo la decisione del Parlamento europeo di rifiutare il discarico al Segretario generale del Consiglio per l'esecuzione del bilancio del Consiglio europeo e del Consiglio per l'esercizio 2013.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos decidido votar a favor de no aprobar la gestión del Consejo y del Consejo de la UE.

El Consejo se niega a proporcionar los elementos necesarios para poder examinar apropiadamente los gastos del Consejo.

Ha habido dificultades sistemáticas encontradas en el procedimiento de aprobación del Consejo hasta la fecha, por falta de cooperación; el Parlamento se negó a aprobar la gestión en los ejercicios 2009, 2010, 2011 y 2012, y se pospuso en el ejercicio 2013. Sin información fiel, el PE es incapaz de tomar una decisión informada para aprobar las cuentas.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de no aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del Consejo y del Consejo Europeo para el año 2013. No es la primera vez que esto ocurre, puesto que el Consejo rechaza presentar al Parlamento Europeo aquellos elementos necesarios para que podamos ejercitar nuestro derecho a escrutinio. Debido a esta falta de cooperación que atenta contra el principio de transparencia, he dado mi voto a favor de la postura del Parlamento, para no aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del Consejo y del Consejo Europeo para el ejercicio 2013.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as it is spending vast amounts of UK taxpayers' money, and this should be decided in the UK Parliament.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Pri postupoch o udelení absolutória sa opakovanie objavovali ťažkosti. Európska rada nespolupracovala s Európskym parlamentom a nevstúpila do vhodného dialógu. Aj z tohto dôvodu som hlasoval za neudelenie absolutória.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Monika Smolková (S&D), *písomne* – podporila som návrh uznesenia Európskeho parlamentu na udelenie absolutória za rok 2013 všeobecného rozpočtu za rok 2013 pre Európsku radu a Radu aj s upozornením na doposiaľ nevyriešené otázky. V uznesení vyzývame Radu, aby predložila správy o pokroku projektov v oblasti nehnuteľností a podrobný rozpis vzniknutých nákladov. Tiež sme vyzvali Radu, aby predložila dôkladné písomné vysvetlenie, v ktorom podrobne uvedie celkovú výšku rozpočtových prostriedkov použitých na nákup budovy Residence palace, rozpočtové riadky, z ktorých sa čerpali prostriedky a splátky, ktoré boli doposiaľ uhradené a ktoré sa majú ešte uhradiť. Rada má informovať o svojom postupe administratívnej modernizácie, najmä pokiaľ ide o konkrétne vykonávacie opatrenia týkajúce sa tohto procesu a o predpokladaný vplyv na rozpočet Rady. V uznesení sme vyjadrili poľutovanie nad problémami, ktoré sa opakovaním vyskytujú v postupoch udeľovania absolutória a ktoré vznikli v dôsledku nedostatku spolupráce zo strany Rady.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *písno*. – Evropa se sooča s kompleksnimi izzivi na področju zunanjih zadev, migracij in varnosti. In Svet zaradi tega v svojem delovanju postaja vse bolj operativen, to pa ima posledice tudi za njegov proračun. Za leto 2016, kljub splošnemu nižanju postavk v evropskem proračunu, prav Svetu namenjamo več sredstev za njegovo delovanje.

Šest mesecev je minilo, odkar je Parlament preložil podelitev razrešnice Svetu. Žal še vedno nismo prejeli nikakršnih informacij, ki bi nam omogočile kompetentno presojo izvajanja njegovega proračuna. Poleg tega se ponovno vrtimo okrog interpretacije prijateljskega sporazuma iz leta 1970. Skrajni čas je, da prekinemo to birokratsko igro. Tega sporazuma ne moremo kar v nedogled podaljševati. V zadnjih 45 letih se je Evropa močno spremenila. Državljaní danes bolj kot kadar koli prej pričakujejo transparentnost porabe in prevzemanje odgovornosti.

Poročilo Parlamenta dokončno zavrača podelitev razrešnice Svetu in prepričan sem, da je to edina prava poteza, zato sem ga pri glasovanju podprl. Ker ni dovolj, da reagiramo samo za nazaj, ta problem moramo ustrezno sankcionirati v proračunu za leto 2016.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted against this report. I regret that again the Council has refused to provide any explanation on the increased underspending and carryovers of commitments in their 2013 budget. We agree with the Commission that all EU institutions should be subject to Parliament's discharge exercise. We insist that the expenditure of the Council must be scrutinised in the same way as that of other institutions.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Sedmu godinu zaredom travanjska plenarna sjednica odgodila je razrešnicu za Europsko vijeće i Vijeće čije se ponovno odbijanje traži ovim izvješćem. Izvjestitelj smatra da je potrebno razmotriti alternativne mogućnosti kojima bi se ažuriralo odobravanje razrešnice utvrđene Ugovorom o funkcioniranju Europske unije (UFEU). Nadalje, smatra se kako bi otvoreni i formalni dijalog između Parlamenta i Vijeća poslao pozitivnu poruku građanima Unije. Ne dovodeći u pitanje, izvjestitelj žali što Vijeće u međuvremenu nije ponudilo odgovore na pitanja i zahtjeve iz ovog i prijašnjih postupaka davanja razrešnice.

Ovo izvješće u potpunosti podržavam.

Patricija Šulin (PPE), *písno*. – Glasovala sem za razrešnico za leto 2013 za splošni proračun EU - Evropski svet in Svet. Podpiram razrešnico za leto 2013, sem pa zaskrbljena zaradi nekaterih nerešenih vprašanj. Soočamo se s pomanjkanjem zaupanja državljanov v Evropsko unijo ter v njene institucije, zato je potrebno biti pri vseh ravnanjih zelo pazljiv in pozoren. Strinjam se s stališčem iz poročila, da neizročitev zahtevanih dokumentov Parlamentu s strani Sveta spodkopava zlasti pravico državljanov Unije do obveščenosti in preglednosti ter postaja razlog za skrb, saj priča o določenem demokratičnem primanjkljaju v institucijah Unije.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Δεν έχουν ολοκληρωθεί όλες οι απαιτούμενες ενέργειες για το κλείσιμο του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2013, τμήμα II – Ευρωπαϊκό Συμβούλιο και Συμβούλιο

Claudia Tapardel (S&D), *in writing*. – The discharge report of the European Council and Council in the financial year 2013 repeats similar trends from past years, regarding the budgetary transparency of the Council.

Since 2009, the Council refused to provide information on its dealing with finances, particularly on its increasing underspending and carry-overs of commitments in their 2013 budget.

Dienstag, 27. Oktober 2015

The current report reminds the Council that all institutions are fully part of the follow-up process to the observations made by Parliament in the discharge exercise, and that all EU Institutions should cooperate to ensure the smooth functioning of the discharge procedure.

It further emphasises the Parliament's prerogative to grant discharge to each heading of the budget individually in order to maintain transparency and democratic accountability towards taxpayers.

Lastly, the report insists that the expenditure of the Council must be scrutinised in the same way as that of other institutions and that the fundamental elements of such scrutiny have been laid down in its discharge resolutions of the past years.

I believe it is unacceptable for the Council to conduct itself in such matter, particularly in the post Lisbon Treaty, when the Parliament's powers have increased. This is why I voted against granting discharge to the Council in 2013.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte de décharge. Fruit d'un compromis consensuel entre les groupes politiques, l'accord a été voté à une large majorité.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the decision and a resolution pertaining to the EU general budget. As a result of the decision, the Secretary-General of the Council is refused the grant of discharge in respect of the implementation of the budget of the European Council and of the Council for the financial year 2013. The resolution insists that an effective budgetary control exercise requires cooperation between Parliament and the Council and make several calls to the Council. It asks for a thorough written explanation detailing the total amount of appropriations used in the purchase of the 'Residence Palace' building and for information on Council's process of administrative modernisation.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Drugo poročilo o razrešnici glede izvrševanja splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2013, oddelek II – Evropski svet in Svet, sem podprla.

Odločitev Parlamenta, da ne podeli razrešnice generalnemu sekretarju Sveta glede izvrševanja proračuna Evropskega sveta in Sveta za proračunsko leto 2013, je korektna, saj menim, da bi Svet moral posredovati zahtevane dokumente Parlamentu in s tem, ko tega ni naredil, spodkopava zlasti pravico državljanov Unije do obveščenosti in preglednosti ter postaja razlog za skrb, saj priča o demokratičnem primanjkljaju v institucijah EU.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos decidido votar a favor de no aprobar la gestión del Consejo y del Consejo de la UE.

El Consejo se niega a proporcionar los elementos necesarios para poder examinar apropiadamente los gastos del Consejo.

Ha habido dificultades sistemáticas encontradas en el procedimiento de aprobación del Consejo hasta la fecha, por falta de cooperación; el Parlamento se negó a aprobar la gestión en los ejercicios 2009, 2010, 2011 y 2012, y se pospuso en el ejercicio 2013. Sin información fiel, el PE es incapaz de tomar una decisión informada para aprobar las cuentas.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Mivel az Unió minden intézményének átláthatónak és az európai polgárok előtt elszámoltathatónak kell lennie az uniós intézményként rábízott pénzeszközök tekintetében, ezért az ezzel kapcsolatban megfogalmazott ajánlásokkal is egyetértve, támogattam a jelentést.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos decidido votar a favor de no aprobar la gestión del Consejo y del Consejo de la UE.

El Consejo se niega a proporcionar los elementos necesarios para poder examinar apropiadamente los gastos del Consejo.

Ha habido dificultades sistemáticas encontradas en el procedimiento de aprobación del Consejo hasta la fecha, por falta de cooperación; el Parlamento se negó a aprobar la gestión en los ejercicios 2009, 2010, 2011 y 2012, y se pospuso en el ejercicio 2013. Sin información fiel, el PE es incapaz de tomar una decisión informada para aprobar las cuentas.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the decision on the discharge in respect of the implementation of the general budget of the European Union for the financial year 2013, Section II, and on the resolution with observations forming an integral part of the decision on discharge in respect of the implementation of the general budget of the European Union for the financial year 2013, Section II.

The text acknowledges that all Union institutions ought to be transparent and fully accountable to the citizens of the Union for the funds entrusted to them as Union institutions and that, whereas Parliament is the sole directly elected body among the Union institutions, it has responsibility to grant discharge in respect of the implementation of the general budget of the European Union. At the same time I believe it is necessary to stress that the Council continues to fail to provide answers to Parliament's questions and this needs to be improved.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Por séptimo año consecutivo, el plenario de abril pospuso la aprobación de la gestión. En el informe, el ponente propone denegar de nuevo la aprobación de la gestión del Consejo Europeo y del Consejo en la ejecución del presupuesto, al no haber tenido respuesta este Parlamento a las preguntas realizadas al Consejo tanto en este como en ejercicios previos. Es por lo tanto necesario votar a favor de este informe que motivadamente rechaza la aprobación de la gestión.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della decisione che chiede di non concedere il discarico al Consiglio: questo è il settimo anno consecutivo che il Parlamento europeo decide di inviare questo segnale politicamente forte nei confronti della decisione del Consiglio di non riconoscere il ruolo del Parlamento nella procedura di discarico. Il Consiglio si rifiuta in sostanza di rispondere alle domande che il Parlamento invia a tutte le istituzioni e a tutti gli organi dell'Unione europea sulla rendicontazione delle spese. In tal modo il Consiglio nega l'accesso dei cittadini europei ai dati riguardanti la sua spesa amministrativa, escludendo, di fatto, la possibilità di un controllo democratico sull'impiego dei soldi dei cittadini europei. Il Parlamento è l'unico organo direttamente eletto e uno dei suoi compiti consiste appunto nella concessione del discarico dopo aver verificato la correttezza delle spese. Non riconoscere il suo ruolo significa sminuire tutti i cittadini europei nel loro ruolo democratico di elettori.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de no aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del Consejo y del Consejo Europeo para el año 2013. No es la primera vez que esto ocurre, puesto que el Consejo rechaza presentar al Parlamento Europeo aquellos elementos necesarios para que podamos ejercitar nuestro derecho a escrutinio. Debido a esta falta de cooperación que atenta contra el principio de transparencia, he dado mi voto a favor de la postura del Parlamento, para no aprobar la gestión en la ejecución del presupuesto del Consejo y del Consejo Europeo para el ejercicio 2013.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Parlamento, mais uma vez, recusa dar quitação ao Secretário-Geral do Conselho pela execução do orçamento do Conselho Europeu e do Conselho, pelas mesmas razões de sempre.

Muito se fala de «transparência» e muito se exige nesta matéria (a alguns) dos Estados-Membros, nomeadamente no plano da política orçamental e económica.

Contudo, o Conselho, órgão de decisão supranacional da UE que envolve representantes dos governos dos diferentes Estados-Membros, parece estar imune a tais «exigências», já que, desde de 2010, não responde às perguntas e exigências de esclarecimento, quer acerca do nível crescente de dotações subutilizadas e autorizações transitadas no seu orçamento de 2013, quer sobre o estado de adiantamento dos projetos imobiliários e de uma repartição detalhada dos custos registados até à data.

Mais uma vez, ficam as despesas do Conselho sem serem examinadas, pela única instituição eleita por sufrágio direto, responsável pela decisão de quitação pela execução do orçamento geral da UE, segundo o tratado de funcionamento da União Europeia.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Resolution legt die Probleme einer Entlastung für den Rat klar dar: Er muss demokratischer werden und offener im Umgang mit seinen Ausgaben, und vor allem der Praxis entsagen, immer wieder weniger Budget zu wollen um es dann im Nachhinein für diverse Projekte wieder massiv zu erhöhen. Daher findet der Bericht meine Zustimmung.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché il Consiglio non garantisce la dovuta trasparenza nel fornire informazioni finanziarie e rendicontare le spese, come invece fanno le altre istituzioni.

Il Parlamento ha richiesto al Consiglio di fornire informazioni dettagliate per quanto riguarda lo stato di avanzamento dei progetti immobiliari e la gestione delle spese finora sostenute, ma non ha ricevuto risposta. La trasparenza, in questi casi, è un valore imprescindibile.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments über die Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2013, Einzelplan II – Europäischer Rat und Rat habe ich zugestimmt.

Wie der Bericht lehne ich jegliche Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans ab. Wiederholt begegnet man in diesem Verfahren Schwierigkeiten. Weder kooperiert der Rat mit dem Parlament, noch tritt er mit ihm in Dialog. Das Parlament hat es abgelehnt, den Secretary-General zu entlasten.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Per il settimo anno consecutivo il Parlamento europeo ha proposto, in prima istanza, di rinviare la concessione del discarico del bilancio del Consiglio. La relazione conferma che il Parlamento non è in grado di adottare una decisione informata sulla concessione del discarico e chiede quindi che non venga concesso il discarico al Consiglio.

La diatriba, giuridicamente ancora «oscura», verte principalmente sul fatto che il Consiglio non riconosce il ruolo del Parlamento come referente ultimo per il discarico e si rifiuta quindi di rispondere al questionario del Parlamento sulla rendicontazione delle spese.

La relazione prende l'avvio sottolineando come il Consiglio non abbia fornito alcuna spiegazione in merito al crescente livello di stanziamenti sottoutilizzati e di impegni riportati nel suo bilancio 2013. Oltre a sollevare il problema della trasparenza amministrativa, si richiama inoltre l'attenzione del Consiglio sulla necessità di rendere trasparenti i costi per gli edifici «Europa» e «Residence Palace».

È per questo che ritengo doveroso negare la concessione al discarico al Consiglio.

Tomáš Zdechovský (PPE), *in writing*. – I have decided to support the refusal to grant the discharge for the year 2013 to the European Council and the Council. The institutions have not been granted the discharge for several years now and rightly so. I consider it unacceptable that one of the main European Institutions, whose decisions influence millions of people in Europe, does not act in a clear and transparent manner, lacks integrity and considers itself to be above the Union's rules. The Council and the European Council have repeatedly refused to cooperate with the discharge authority, they ignore the questions posed by the authority with regard to regularity of their budget implementation, they are unwilling to reveal the expenses related to their building projects and they were not able to adopt the internal whistleblowing rules. Therefore, I voted against the discharge for the Council and the European Council and I urge the institution to take this matter rather seriously.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Como vem sendo quase um hábito, o Parlamento vem, mais uma vez, recusar dar quitação ao Secretário-Geral do Conselho pela execução do orçamento do Conselho Europeu e do Conselho, mantendo-se as razões anteriormente invocadas.

Muito se fala de «transparência», nomeadamente no plano da política orçamental e económica.

Contudo, o Conselho, órgão de decisão supranacional da UE que integra representantes dos governos dos diferentes Estados-Membros parece estar imune a tais «exigências», já que, desde 2010, não responde às perguntas e exigências de esclarecimento, quer acerca do nível crescente de dotações subutilizadas e autorizações transitadas no seu orçamento de 2013, quer sobre o estado de adiantamento dos projetos imobiliários e uma repartição detalhada dos custos registados até à data.

Votámos a favor da recusa em dar a quitação.

Dienstag, 27. Oktober 2015

6.15. Die Ebola-Krise: langfristige Lektionen (A8-0281/2015 - Charles Goerens)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – The substance of this report is something we could primarily agree on: that long term lessons should be to prevent more crises like the Ebola outbreak from happening again. But UKIP firmly believes that this should not be dealt with by the EU. Instead this should be dealt with by the appropriate NGOs and other international organisations. For this reason we abstained on this vote.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Analizzando la recente epidemia di Ebola scoppiata in Sierra Leone, Guinea e Liberia, un plauso va alle ONG internazionali, che fin da subito si sono rese conto della gravità della situazione schierandosi in prima linea per combattere il virus che si propagava.

Il resto del mondo è rimasto a guardare, probabilmente sperando che i focolai si spegnessero da soli. L'intervento tardivo ha causato migliaia di morti e, come possiamo ben ricordare, un rischio di infezione che andava oltre i confini africani.

Al momento gli interventi imposti da FMI e Banca mondiale non fanno altro che peggiorare una situazione già tragica in quanto, di fatto, richiedono tagli al bilancio nel settore pubblico, ad esempio nella sanità.

Le spese per affrontare le emergenze umanitarie sono ben superiori agli investimenti che possono invece evitarle. La relazione invita a trarre insegnamento da questa esperienza del virus Ebola e denuncia l'ingiustificabile silenzio internazionale.

Per questo il mio voto è stato positivo.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución sobre el impacto del ébola en los países empobrecidos ya que nos parece que introduce una serie de elementos que permiten situar la causa de la problemática y la manera de evitar que en el futuro se produzcan este tipo de tragedias. En primer lugar, valora positivamente el trabajo de las organizaciones no gubernamentales y negativamente la respuesta de los Gobiernos e instituciones internacionales. En segundo lugar, se reconoce el efecto de los planes de ajuste del Fondo Monetario Internacional y las deudas ilegítimas a los países del sur sobre sus sistemas de salud. También se condena el monopolio de las grandes empresas farmacéuticas sobre las patentes que impiden un acceso universal a las medicinas y la importancia del acceso universal a la sanidad, llamando a un nuevo modelo de investigación y desarrollo basado en principios de igualdad y solidaridad. Por todo esto, hemos apoyado una Resolución que incluye el derecho a la sanidad pública y la necesidad de un comercio justo que ponga el acceso a los medicamentos al alcance de todos.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport visant à établir un plan d'action post-Ebola en renforçant les systèmes de santé des pays en développement. Le texte souligne également la nécessité pour l'UE de promouvoir un financement efficace et équitable dans la recherche médicale et dans l'innovation, et préconise de porter une attention particulière aux femmes souvent plus vulnérables au virus à travers leur activité professionnelle.

Ce rapport va donc dans le bon sens car il préconise le développement des infrastructures locales pour permettre de prévenir les épidémies et développer ainsi un système de santé plus efficace. Il vise également à redynamiser les économies de ces pays pour leur permettre davantage d'autonomie en matière de gestion des crises sanitaires.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This is a very good report criticising the slow response from national governments and the WHO to the Ebola crisis last year and proposing measures to ensure developing countries are equipped to deal with a similar scenario in future. It identifies the structural adjustment programmes imposed on third-world countries, and their resulting debt and reduced investment in public services, as a key contributing factor to the crisis, and calls for increased investment in national and global health systems. It also welcomes the creation of an effective vaccine this year and calls for it to be affordable and accessible to every person in Sierra Leone, Guinea and Liberia.

Dienstag, 27. Oktober 2015

I therefore voted in favour of this report.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Ψήφισα υπέρ, διότι θεωρώ ότι η κρίση του ιού Έμπολα πρέπει να αποτελέσει ένα μάθημα για όλη την Ευρώπη ώστε να προωθήσει τις επενδύσεις στην υγεία των τρίτων χωρών και να βοηθήσει τις τρίτες χώρες όπως η Σιέρα Λεόνε, η Λιβερία και η Γουινέα να ενισχύσουν τις οικονομίες τους και να προωθήσουν οι ίδιες την ανάπτυξη στις χώρες τους. Παρότι ο Έμπολα μπορεί να απουσιάζει πλέον από τους ειδησεογραφικούς τίτλους, πρέπει όλοι οι εμπλεκόμενοι να αναλάβουν τις ευθύνες τους στη μετα-Έμπολα εποχή.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à tirer les leçons de la crise d’Ebola. Il insiste notamment pour que les infrastructures de santé en Afrique de l’Ouest soient développées et modernisées. Pour cette raison, j’ai voté pour cette résolution bien que je regrette la tendance de ce texte à trop dramatiser la crise d’Ebola, comme si les problèmes de santé auxquels sont confrontés les pays africains étaient nouveaux.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J’ai voté en faveur de ce rapport qui réclame de garantir d’urgence l’accès au nouveau vaccin, qui s’est révélé être efficace à 100 % en Guinée, au Libéria et en Sierra Leone. La prudence est toujours de mise. La maladie n’est pas complètement éradiquée en raison de la nature complexe du virus.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – Esta resolução aborda e defende muitos dos princípios que tenho vindo a advogar no âmbito da política externa da União Europeia. Como ator mais importante a nível mundial, relativamente a matérias de desenvolvimento e ajuda humanitária, tem uma responsabilidade especial na promoção do direito de acesso universal aos cuidados de saúde, exigindo-se que esteja um passo à frente de todos os outros intervenientes.

Considero extremamente importante que, neste contexto, a União Europeia procure agir em duas frentes: por um lado, a nível da ajuda ao desenvolvimento, que inclui investimentos essenciais no domínio da saúde, e, por outro, a nível da indispensável assistência à retoma económica dos países mais afetados pela epidemia de Ébola.

Devido a ver estes e outros aspetos vertidos neste texto, irei votar favoravelmente e espero que o mesmo seja aprovado.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą dėl Ebolos viruso. Nuo 2014 m. kovo mėn. Sierra Leone, Libija ir Gvinėja tapo didžiausiomis Ebolos epidemijos, kokią tik yra mačiusi žmonija, aukomis. Dabartinė Ebolos viruso sukelta krizė iškėlė aikštėn struktūrinius trūkumus keletą šalių ir kartu priminė atsakingiems Europos Sąjungos asmenims, kad būtina tvirtai laikytis pasiryžimo bent 20 proc. savo viešosios pagalbos skirti pagrindinių socialinių sektorių, visų pirma sveikatos, vystymui.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés elemzi, hogy az érintett három nyugat-afrikai országban, ahol az ebolavírus súlyos humanitárius válságot idézett elő, mik voltak a járvány előzményei és következményei. Fontos támogatni nemzetközi és világszinten is a három ország egészségügyi rendszerének reformját és szerkezeti kialakítását. Nem gondolom, hogy az Európai Uniónak egyedül kellene megoldania ezt a problémát úgy, hogy a közös költségvetésből különítene el nagyobb összeget ezen országok egészségügyi infrastruktúrájának, személyzeti felkészítésének és kiképzésének, továbbá fizetésének finanszírozására.

Ugyanakkor fontos rámutatni az IMF és a Világbank súlyos felelősségére, hiszen ezeknek az országoknak a megsegítését célzó hitelkihelyezéseknek fontos feltétele volt, hogy az egészségügyi kiadásokat, strukturális fejlesztéseket minimális szintre kell csökkenteni. Itt az ideje, hogy az említett szervezetek az egészségügyi rendszerek kiépüléséhez valódi támogatást nyújtsanak. Az elfogadott módosításokra is tekintettel a jelentés elfogadását támogattam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – The substance of this report is something we could primarily agree on: that long term lessons should be to prevent more crises like the Ebola outbreak from happening again. But UKIP firmly believes that this should not be dealt with by the EU. Instead this should be dealt with by the appropriate NGOs and other international organisations. For this reason we abstained on this vote.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je ne me suis pas opposé à ce rapport bien qu'il s'appuie sur de nombreux principes erronés, en l'occurrence ceux de son rapporteur, le libéral luxembourgeois Charles Goerens.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette résolution qui souligne la nécessité de déployer des moyens supplémentaires pour aider les pays les plus touchés et particulièrement la Sierra Leone, le Liberia et la Guinée.

Même si l'épidémie semble arriver à sa fin, les événements des derniers mois doivent rappeler à l'Union et à ses États membres la nécessité d'aider au développement des services sociaux et médicaux dans ces pays, qui ne peuvent faire face seuls à une épidémie du virus Ebola.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis positionnée en faveur de ce rapport qui va dans le bon sens en ce qui concerne la gestion de la crise du virus Ebola, c'est-à-dire vers la préconisation de solutions à long terme dans un objectif de développement.

Le texte a en effet pour objectif d'établir un plan d'action après l'épidémie en s'appuyant notamment sur le renforcement des systèmes de santé des pays en développement, particulièrement en ce qui concerne les pays qui ont le plus été touchés par ce virus, c'est-à-dire la Sierra Leone, le Liberia et la Guinée. Pour ce faire, les investissements doivent d'abord se concentrer sur la mise en place de systèmes de sécurité sociale et de santé publique tout en insistant sur l'étoffement de la nécessaire formation médicale et des infrastructures de soin. Par ailleurs, un véritable effort d'investissement dans la recherche et l'innovation est indispensable au développement de ces pays.

Lucide, le rapporteur Charles Goerens rappelle la mauvaise gestion par la Commission de cette crise, qui n'a pris la mesure des choses que trop tardivement.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – A seguito dell'epidemia di ebola che ha colpito duramente Sierra Leone, Liberia e Guinea, sostegno la relazione del collega Goerens, che invita l'Unione europea ad aiutare i paesi africani con misure di sostegno allo sviluppo e alla ripresa economica per scongiurare il ripetersi di catastrofi umanitarie quali, ad esempio, l'ebola. Perciò ho votato a favore.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La crisis del ébola afecta principalmente a países que viven en una situación de extrema pobreza y vulnerabilidad, con sistemas sanitarios casi inexistentes. La Unión Europea, como líder mundial en desarrollo, tiene la responsabilidad y el deber de promover el derecho a la asistencia sanitaria universal. Los pilares fundamentales de esta cooperación se basan en asegurar el apoyo financiero de la OMS, fomentar una financiación eficaz y justa en I+D y que estos costes se disocien del precio final de los medicamentos, reforzar los sistemas de salud nacionales y facilitar el acceso universal a la salud y a los medicamentos, así como apoyar la creación de un centro regional de investigación sobre enfermedades infecciosas en África occidental.

Debemos subrayar la vital importancia para los países más afectados por esta crisis —Sierra Leona, Liberia y Guinea— de recibir ayuda con el fin de poner en marcha sus economías. Finalmente, este informe hace un llamamiento para atajar la falta de financiación para la acción humanitaria, especialmente en las inversiones en el sector sanitario, y fomentar así la capacidad de recuperación de los países afectados.

Por todo ello, he apoyado este informe.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas siekia įvertinti Ebolos viruso sukeltą krizę ir suvokti ilgalaikės pamokos ir nustatyti būdus sustiprinti sveikatos apsaugos sistemas besivystančiose šalyse, kad būtų užkirstas kelias ateities krizėms. Taigi pranešime Parlamentas kritiškai vertina lėtą tarptautinį reagavimą į krizę per pirmuosius jos mėnesius, vis dėlto atkreipia dėmesį į ES ir jos valstybių narių veiksmus ir įsipareigojimus, vykdytus nuo 2014 m. kovo mėn., siekiant padėti sustabdyti Ebolos viruso plitimą. Parlamentas palankiai įvertino tai, kad per rekordiškai trumpą laiką buvo sukurta nauja vakcina, kurios 100 proc. veiksmingumas patvirtintas skiepijant asmenis Gvinėjoje nuo 2015 m. kovo 23 d., ir ragina skubiai užtikrinti galimybę visiems asmenims Liberijoje ir Siera Leonėje naudotis šia vakcina už prieinamą kainą. Galiausiai Parlamentas paragino visas atitinkamas šalis, ypač besivystančių šalių vyriausybes, Europos institucijas bei tarptautines organizacijas, pasimokyti iš šios krizės, taip pat atsižvelgti į neigiamą TVF ir Pasaulio banko struktūrinės pertvarkos programų poveikį sveikatos sektoriui besivystančiose šalyse, ir parengti veiksmingas tarptautinių sveikatos krizių valdymo priemones.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – Sebbene l'attenzione mediatica rispetto alla crisi dell'Ebola e l'epidemia stiano scemando, non possiamo abbassare la guardia di fronte a un virus che continua a mietere vittime e dalla cui gestione, soprattutto, dobbiamo trarre numerosi insegnamenti.

La gestione dell'epidemia ad opera dei servizi sanitari locali e delle istituzioni internazionali ci ha mostrato quanto ancora ci sia da lavorare per realizzare dei sistemi sanitari efficaci nei paesi maggiormente toccati dalla malattia, quanto sia necessario colmare le carenze strutturali esistenti in materia di prevenzione, di standard igienici, di infrastrutture e attrezzature mediche, di personale sanitario sufficiente e adeguatamente formato, nonché di accesso ai medicinali e all'assistenza sanitaria di base.

L'UE è in prima linea da tempo nell'impegno a favore di una copertura sanitaria universale e la relazione che abbiamo votato prosegue in questa direzione, ribadendo la volontà di destinare almeno il 20% dell'aiuto allo sviluppo ai servizi sociali di base, tra cui in via prioritaria la sanità.

Naturalmente, è anche fondamentale che la Commissione e la comunità internazionale si impegnino a coordinare e a rafforzare parallelamente gli sforzi nella ricerca e la produzione di medicinali e vaccini efficaci non soltanto contro l'Ebola, ma anche contro altre malattie infettive potenzialmente letali e suscettibili di evolversi in ulteriori epidemie.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Epidemija ebole u zapadnoj Africi 2014. je najveća i najsloženija epidemija te virusne bolesti u povijesti te je pogodila mnoge zemlje i rezultirala tisućama oboljelih i umrlih. Pogodeno je više od 20 000 ljudi, ponajprije u Gvineji, Liberiji i Sierra Leoneu te se bolest iz Afrike proširila na još dva kontinenta gdje su zabilježeni izolirani slučajevi.

Eskalacija epidemije nije uzrokovala samo zdravstvenu krizu koja je odnijela tisuće života, nego i socijalni i gospodarski pritisak te političku nestabilnost u pogođenim zemljama i široj regiji. Pozivam sve sudionike, posebno vlade zemalja u razvoju, europske institucije i međunarodne organizacije da izvuku pouku iz te krize, te da razviju učinkovite metode za borbu protiv zdravstvenih kriza međunarodnih razmjera.

Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – This is a very good report criticising the slow response from national governments and the WHO to the Ebola crisis last year and proposing measures to ensure developing countries are equipped to deal with a similar scenario in future. It identifies the structural adjustment programmes imposed on third-world countries, and their resulting debt and reduced investment in public services, as a key contributing factor to the crisis, and calls for increased investment in national and global health systems. It also welcomes the creation of an effective vaccine this year and calls for it to be affordable and accessible to every person in Sierra Leone, Guinea and Liberia.

I therefore voted in favour of this report.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questa relazione perché sono convinta che la crisi dell'Ebola, sebbene sia stata affrontata, in ultima analisi, in maniera adeguata, soprattutto per ciò che concerne il contenimento dell'epidemia al solo continente africano, abbia portato alla luce, comunque, le lacune della risposta internazionale. È importante, pertanto, che noi traiamo i giusti insegnamenti per migliorare la nostra capacità di risposta per evitare che si ripetano catastrofi di questo tipo in futuro.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La Sierra Leone, la Liberia e la Guinea sono vittime da marzo 2014 della più grave epidemia di Ebola della storia recente. La carenza di infrastrutture igienico-sanitarie, di informazione corretta e di controllo frontaliero ha favorito la diffusione del virus nell'area.

Non possiamo ignorare che tutti e tre i paesi coinvolti sono caratterizzati da una grave povertà, rilevata sia dal basso indice di sviluppo umano dell'UNDP che dall'aspettativa di vita media inferiore ai 60 anni. Il disagio sociale e la povertà riguardano oltre l'80% della popolazione e la scolarità raramente supera i 3 anni di percorso. L'estrema vulnerabilità all'epidemia delle popolazioni di Sierra Leone, Liberia e Guinea è dovuta quindi alla gravità della condizione dei loro paesi.

È quindi chiaro che essi non possono uscire dalla crisi da soli. L'Unione europea non ha solo il dovere morale di sostenerli ma ha anche l'interesse di impegnarsi per fermare epidemie che, se trascurate, si diffonderebbero al di fuori delle aree di origine in maniera incontrollata con ovvi costi supplementari umani ed economici.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à mettre en œuvre un plan d'action post-Ebola afin de renforcer le système de santé des pays les moins avancés, notamment ceux qui ont été les plus touchés par cette épidémie comme la Sierra Léone, le Libéria ou la Guinée, dans lesquels cet objectif doit devenir la priorité budgétaire des autorités nationales.

Le rapporteur met l'accent sur deux points en particulier, à savoir la formation d'un personnel qualifié et la construction d'infrastructures de qualité. Par ailleurs il préconise d'aider ces États à financer la recherche médicale et d'accompagner les administrations dans leur rôle d'appui et de soutien aux populations locales, en particulier les femmes qui sont plus vulnérables à ce type d'endémie.

Nous considérons qu'il est de notre devoir d'aider les pays africains à surmonter les crises sanitaires dont ils sont victimes notamment dans le but de fixer les populations sur place. Pour cela, il est indispensable de les accompagner sur le terrain afin que les fonds octroyés bénéficient directement aux habitants des régions concernées. J'ai donc voté pour ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Epidemia de Ebola a apărut prima dată pe teritoriul statelor Sierra Leone, Liberia și Guineea, acestea fiind cele mai afectate state, unde speranța medie de viață nu depășește 60 ani, școlarizarea rareori durează mai mult de trei ani, iar aproximativ 80 % dintre cetățenii acestor state trăiesc într-o sărăcie extremă. Acești indicatori arată vulnerabilitatea populațiilor din aceste state care nu pot trece singure prin această criză. Parlamentul European are misiunea de a supraveghea puterea executivă, de a-și asuma rolul de legiuitor și de a da impulsuri politice ca lider mondial în domeniul dezvoltării. De asemenea, are o responsabilitate specială în a promova dreptul de acces universal la asistența medicală.

Actuala criză a virusului Ebola a relevat deficiențele structurale care mai persistă în unele state, dar în același timp subliniază nevoia ca liderii UE să își respecte obiectivele privind alocarea a cel puțin 20 % din ajutorul public dezvoltării sectoarelor sociale de bază, acordând prioritate, în special, sănătății.

Tocmai de aceea, am votat în favoarea raportului, dorind să fiu solidar cu statele afectate de acest virus nimitor.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Nella relazione si esorta la Commissione ad aiutare i paesi colpiti a sviluppare i propri sistemi sanitari pubblici affinché siano in grado di rispondere alle esigenze sanitarie di base e di dotarsi delle infrastrutture necessarie a garantire che tutti i loro cittadini abbiano accesso alla sanità pubblica.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla crisi dell'Ebola, contenente gli insegnamenti a lungo termine per impedire crisi future e per favorire l'elaborazione di una strategia di lungo respiro per aiutare i paesi più duramente colpiti a programmare un meccanismo efficace e rapido di reazione alle emergenze sanitarie.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Il rafforzamento dei sistemi sanitari nazionali è la sola realistica ed efficace strategia in grado di prevenire gli effetti inattesi di contagi, come quello dell'Ebola, e l'insorgere di simili emergenze nel futuro. La crisi dell'Ebola, con il suo enorme carico di morte e sofferenza, ha messo in luce le lacune strutturali che sussistono in molti paesi e ricordato le responsabilità anche dell'Unione europea, che si è resa conto della gravità della situazione troppo tardi.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which criticises the slow response from national governments and the WHO to the Ebola crisis last year, proposing measures to ensure developing countries are equipped to deal with a similar scenario in the future.

This report identifies the structural adjustment programmes imposed on third-world countries, and their resulting debt and reduced investment in public services, as a key contributing factor to the crisis, and calls for increased investment in national and global health systems. It also welcomes the creation of an effective vaccine this year and calls for it to be affordable and accessible to every person in Sierra Leone, Guinea and Liberia.

James Carver (EFDD), *in writing*. – The substance of this report is something we could primarily agree on: that long term lessons should be to prevent more crises like the Ebola outbreak from happening again. But UKIP firmly believes that this should not be dealt with by the EU. Instead this should be dealt with by the appropriate NGOs and other international organisations. For this reason we abstained on this vote.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report because it provides lessons learned on the Ebola crisis and ways on how to improve our help to developing countries in order to strengthen their healthcare systems. The latest epidemic also showed us how little we know about the virus and that we need to focus more on research in this area.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione ha come obiettivo di considerare l'esperienza del virus Ebola come una lezione, al fine di poter di fornire in futuro risposte pronte in casi simili. Se infatti, nel caso di specie, le ONG internazionali – tra le quali Emergency – hanno dimostrato grande reattività, non si può certamente dire la stessa cosa per quanto riguarda l'Unione e, in generale, la comunità internazionale. La lentezza è infatti all'origine di molte migliaia di morti.

Ho votato convintamente a favore della relazione.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – I welcome today's adoption of the resolution on the Ebola crisis. Now that we are starting to see the end of this epidemic, we need to take on responsibilities to help the countries that have been affected by this tragic disease. By implementing development aid measures we can support the social and healthcare systems, particularly in Sierra Leone, Liberia and Guinea.

These countries are ones recorded to be at the bottom of the United Nations Development Programme human development index. Their health and education systems are severely disrupted and the Ebola crisis has left the population in seriously vulnerable conditions.

Even though the news are not reporting about the situation on the ground as often as it used to, it does not mean that the problems are resolved, far from it. The Ebola crisis has set these countries back economically at least 5 to 10 years.

The repercussions of non-functioning health and education systems will lead to further poverty, deprivation and a continued threat to global public health. This will no doubt have a knock-on effect on migration towards other African and EU countries.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Η έκθεση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου τονίζει ότι είναι πολύ πιθανό να επακολουθήσει επισιτιστική κρίση μετά από αυτή την επιδημία του Έμπολα. Έτσι ζητά από τα κράτη-μέλη, την Επιτροπή και τη διεθνή κοινότητα να επενδύσουν στη μακροπρόθεσμη ανάπτυξη, ώστε να εξασφαλίσουν ότι θα σταματήσουν να απειλούνται τα αγροτικά νοικοκυριά και η μελλοντική επισιτιστική ασφάλεια της Δυτικής Αφρικής.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ζητείται ακόμη έντονα και επιταμμένα από όλα τα ενδιαφερόμενα μέρη να προωθήσουν την κατάρτιση των πολιτών σε θέματα υγείας, εστιάζοντας στο ζήτημα των παραδοσιακών εθίμων που δεν συνάδουν με την καταπολέμηση της εξάπλωσης της επιδημίας στον πληθυσμό.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto di esprimermi favorevolmente in merito alla relazione sulla crisi causata dall'Ebola. Dal marzo 2014, la Sierra Leone, la Liberia e la Guinea sono vittime della maggiore epidemia d'Ebola che l'umanità abbia mai conosciuto e che ad oggi ha fatto più di 11 000 vittime. I tre paesi in questione si classificano agli ultimi posti in base all'indice di sviluppo umano dell'UNDP.

Di fronte a tali deficit strutturali, la comunità internazionale ha mostrato inescusabili carenze a livello di *governance* globale, impiegando troppo tempo per reagire. Soltanto nel settembre 2014, con il conferimento del mandato di coordinatore dell'UE in materia di Ebola a Christos Stylianides, il nuovo commissario per gli aiuti umanitari, il Consiglio europeo ha mostrato la forte volontà politica di venire a capo della difficile situazione. Il relatore sottolinea come le ONG umanitarie, con il loro livello indiscutibile di *know-how*, siano stati gli attori più efficaci nei primi mesi di lotta contro il virus, dimostrandosi meglio preparate degli attori istituzionali ad affrontare l'emergenza.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta perché sono d'accordo con la fotografia scattata dal relatore. È evidente che Sierra Leone, Guinea e Liberia non possono farcela da soli. La complessità del problema costituisce una sfida pressoché impossibile per questi Stati che, in materia sanitaria, hanno gravi carenze strutturali. Il commissario Stylianides è stato incaricato di affrontare il problema dell'Ebola sotto l'aspetto della ricerca, dell'innovazione, della gestione della crisi e dell'invio di personale medico sul territorio.

Stabilita la divisione dei compiti, penso sia opportuno, come UE, valutare già sin d'ora il post-Ebola; l'Unione europea dovrà situarsi su due piani: in primo luogo su quello dell'aiuto allo sviluppo e in secondo luogo sul piano dell'aiuto alla ripresa economica dei paesi in oggetto.

Penso che in generale la crisi nella crisi causata dall'epidemia abbia portato alla luce lacune anche dell'Unione europea sotto il profilo degli aiuti umanitari; sotto questo aspetto penso sia importantissimo migliorare per far uscire la forza dell'UE fuori dai confini europei.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – This report takes into account that children and young women have become seriously marginalised as a result of the Ebola crisis and that it has seriously threatened women's engagement in the work force. Many orphaned children face barriers to education as a result of the crisis. They also face a regression in access to health care due to stigmatisation. The report notes the insufficient amount of healthcare staff in areas such as Guinea, Liberia and Sierra Leone, and the deaths of almost 500 healthcare professionals as a result of the disease. For going forward it is imperative to provide more information and education on preventative measures. Education should also be used as a tool to break the barriers of stigmatisation faced by so many recovering patients, and/or children of those patients. The report calls on the international community to provide help in disseminating information that could lead to a greater awareness and prevent future outbreaks of the disease.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – The substance of this report is something we could primarily agree on: that long term lessons should be to prevent more crises like the Ebola outbreak from happening again. But UKIP firmly believes that this should not be dealt with by the EU. Instead this should be dealt with by the appropriate NGOs and other international organisations. For this reason we abstained on this vote.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Desde março de 2014, a Serra Leoa, a Libéria e a Guiné têm sido vítimas do mais grave surto de Ébola até hoje conhecido.

A nível local, regional, nacional e global, a crise do Ébola é sistémica.

Todavia, a comunidade internacional tardou a compreender a gravidade da situação e a reagir, tendo as ONG sido intervenientes mais eficazes, mais bem informados e mais aptos para estar na linha da frente no combate ao Ébola.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Apoio o presente relatório, pois considero fundamental que, tendo por base esta experiência, devemos começar a preparar desde já o período pós-Ébola. Neste sentido, a União Europeia deverá agir em duas frentes: por um lado, ao nível da ajuda ao desenvolvimento, que inclui investimentos essenciais no domínio da saúde, e, por outro, ao nível da indispensável assistência à retoma económica dos três países.

O programa do Fundo Europeu de Desenvolvimento (FED) a favor destes três países deverá ser reavaliado à luz dos múltiplos desafios criados pela crise do Ébola.

Saúdo a vontade da UE de consagrar pelo menos 20 % da ajuda pública ao desenvolvimento dos sectores sociais de base, atribuindo prioridade à saúde.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – The substance of this report is something we could primarily agree on: that long term lessons should be to prevent more crises like the Ebola outbreak from happening again. But UKIP firmly believes that this should not be dealt with by the EU. Instead this should be dealt with by the appropriate NGOs and other international organisations. For this reason we abstained on this vote.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – L'epidemia dell'Ebola ha sconvolto in questi ultimi due anni l'intera regione africana e in particolar modo la Sierra Leone, la Liberia e la Guinea. La comunità internazionale è intervenuta in ritardo, probabilmente sottovalutando inizialmente la reale gravità della crisi. Oggi abbiamo capito che non si può più improvvisare ma che è necessario colmare alcune e importanti lacune strutturali.

Innanzitutto, è opportuno riflettere su come utilizzare al meglio le capacità degli attori umanitari in futuro, riesaminare la programmazione del FES come anche il CFP al fine di finanziare adeguatamente le azioni umanitarie dell'UE, ma soprattutto finanziare, come è stato fatto negli ultimi due anni, i progetti di ricerca volti a combattere l'Ebola mediante lo sviluppo di vaccini, test diagnostici rapidi e sperimentazioni cliniche. Non si deve inoltre dimenticare che per debellare l'Ebola non è sufficiente soltanto il miglioramento dei sistemi sanitari, ma è altresì necessario un supporto concreto da parte di tutta la comunità internazionale per affrontare le minacce all'economia e alla stabilità politica e sociale che colpiscono i paesi coinvolti.

Detto ciò, ho ritenuto opportuno votare favorevolmente.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione sottolinea l'importante ruolo svolto nei primi mesi della crisi dell'Ebola dalle varie ONG umanitarie (tra le quali MSF, Croce Rossa, Emergency ed altre) che hanno dimostrato non solo la capacità di interpretare la grave situazione, ma sono anche state gli attori più efficaci ed esperti in termini operativi, affrontando in prima linea la lotta contro l'Ebola.

Se da un lato le ONG hanno dimostrato di essere reattive e tempestive, dall'altro le istituzioni e le organizzazioni internazionali hanno dimostrato inefficacia, inadeguatezza e lentezza nella mobilitazione degli aiuti. Inoltre l'assenza dell'OMS e la mancanza di ricerca e sviluppo in materia di farmaci, diagnosi e vaccini hanno causato milioni di morti.

La relazione ha l'obiettivo di considerare l'esperienza del virus Ebola come una lezione che permetta di fornire in futuro risposte immediate da parte dell'UE; avvalersi della preparazione e dell'esperienza sul campo delle varie ONG può essere proficuo. La relazione sostiene inoltre che rafforzare i sistemi sanitari nazionali e regionali è parte integrante della *governance* della salute globale. Per tutti questi motivi voto a favore.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución sobre el impacto del ébola en los países empobrecidos ya que nos parece que introduce una serie de elementos que permiten situar la causa de la problemática y la manera de evitar que en el futuro se produzcan este tipo de tragedias. En primer lugar, valora positivamente el trabajo de las organizaciones no gubernamentales y negativamente la respuesta de los Gobiernos e instituciones internacionales. En segundo lugar, se reconoce el efecto de los planes de ajuste del Fondo Monetario Internacional y las deudas ilegítimas a los países del sur sobre sus sistemas de salud. También se condena el monopolio de las grandes empresas farmacéuticas sobre las patentes que impiden un acceso universal a las medicinas y la importancia del acceso universal a la sanidad, llamando a un nuevo modelo de investigación y desarrollo basado en principios de igualdad y solidaridad. Por todo esto, hemos apoyado una Resolución que incluye el derecho a la sanidad pública y la necesidad de un comercio justo que ponga el acceso a los medicamentos al alcance de todos.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A parlamenti jelentés a 2014-ben kitört afrikai ebolaválság tanulságait vonja le. A 2014 márciusában Sierra Leone, Libéria és Guinea területén kitört ebolaválság az eddigi legnagyobb ilyen jellegű válság volt, amely kihívást jelentett az érintett afrikai régió, de a nemzetközi közösség és a válság kezelésében részt vevő európai országok számára is.

A jelentés a jövőbe tekint a nagy emberélet-veszteséggel járó járványok megelőzése és a gyors segítségnyújtás érdekében. E célból az EU-nak a jövőben az egészségügyi rendszerek javítására kell törekednie. Le kell fektetni egy olyan állandó európai rendszernek a feltételeit, amely megfelelő tárgyi és személyi eszközökkel rendelkezik az azonnali reagáláshoz.

Az egészségügyi befektetések elősegítik a gazdasági fejlődést, ezáltal fontos tényezővé válna a szegénység felszámolásában. A jelentés többek között kéri a tagállamokat, hogy járuljanak hozzá az Általános Egészségügyi Alap (UHC) megalapításához, valamint bízik abban, hogy az Európai Fejlesztési Alap a törekény infrastruktúrájú országok egészségügyi rendszerét is támogatja a befektetéseivel. A jelentés céljaival egyetértve, a néppárti vonalat követve támogattam a jelentés elfogadását.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which deals with Ebola and what Europe needs to do in the post-Ebola period. The post-Ebola stage will have been reached once there have been no more new cases for 42 days. Once this happens, the EU's response will need to be twofold: first, development aid will need to include investment in health, and second, it will be vital for the three countries which were mostly affected to receive aid with a view to kick-starting their economies. I believe that all those involved must demonstrate the vision they need to enable them to assume their responsibilities in the period that follows.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative engage une réflexion sur la période post-Ebola sur la base des leçons apprises durant la crise du virus Ebola. Depuis mars 2014, la Sierra Leone, le Liberia et la Guinée sont victimes de la plus forte épidémie d'Ebola jamais connue. Cette épidémie constitue un vrai défi pour les trois États dont les lacunes en matière de santé et d'éducation sont structurelles. Le rapport formule une série de recommandations visant à améliorer la réponse de la communauté internationale et de l'Union européenne en matière d'aide d'urgence. Considérant qu'un soutien sur le long terme, par le biais d'un plan d'aide au développement centré sur les investissements dans le domaine de la santé est par ailleurs nécessaire, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui traite des leçons à tirer de la crise du virus Ebola. Le Parlement critique à juste titre les lenteurs prises par la communauté internationale pour faire face à cette épidémie, ainsi que les fragilités de sa réponse. Je soutiens notamment qu'au-delà de l'aide d'urgence, l'Union européenne doit apporter une aide au développement allouée au secteur de la santé dans les pays touchés par l'épidémie.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – La crise du virus Ebola a durement frappé l'Afrique de l'Ouest. L'épidémie a fait plus de 9 000 morts et l'Organisation mondiale de la santé (OMS) vient d'enregistrer de nouveaux cas en Guinée. Face à cette crise, la réponse de la communauté internationale a été trop lente. Nous devons en tirer des leçons.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Nous devons mettre en place, au niveau européen, un mécanisme permanent d'intervention rapide pour répondre immédiatement aux crises sanitaires. Ce mécanisme devra pouvoir mobiliser, dans de brefs délais, des experts et du personnel médical avec des moyens logistiques et des équipes mobiles d'actions rapides.

Aujourd'hui, des pays comme la Sierra Leone, le Libéria ou la Guinée n'ont pas de système de santé adéquat pour faire face à une pandémie d'une telle envergure et sont tributaires de la solidarité internationale. C'est donc la responsabilité de l'Union européenne d'apporter son aide aux populations touchées.

Nous devons aussi mettre l'accent sur la prévention. De nombreuses contaminations auraient pu être évitées en respectant des règles d'hygiène de base. Cela passe par des campagnes d'information et de sensibilisation sur l'ensemble des territoires touchés et les territoires voisins.

Andor Deli (PPE), írásban. – 2014 márciusában Sierra Leone, Libéria és Guinea területén kitört az eddigi legnagyobb ebolaválság. Ez a jelentés a válság alatt szerzett tapasztalatokra épül. Az ebolaválság nagy kihívást jelentett a fent említett három ország számára, hiszen az egészségügyi és oktatási rendszerük hiányosságaiból adódóan nem voltak felkészülve a helyzet kezelésére. Mindez óriási megmérettetést jelentett a nemzetközi közösség és azon európaiak számára, amelyek részt vettek a válság kezelésében.

A jelentés szerint nincs szükség további vészhelyzeti segítségre, azonban az EU-nak a jövőben az egészségügyi rendszerek szervezetének és rugalmasságának javítására kell törekednie. Le kell fektetni egy olyan állandó európai rendszernek a feltételeit, amely gyors reagáláshoz a megfelelő tárgyi és személyi eszközökkel rendelkezik.

A jelentés felhívja a figyelmet arra, hogy az egészségügyi befektetések elősegítik a gazdasági fejlődést, ezzel fontos tényezővé válva a szegénység felszámolásában. A jelentés kéri a tagállamokat, hogy járuljanak hozzá az az UHC (Általános Egészségügyi Alap) megalapításához, és támogassák a Marshall Tervet, amely erőteljes lendületet adhat a rászoruló országok fejlődésének. A jelentés emellett bízik abban, hogy az Európai Fejlesztési Alap a törekény infrastruktúrájú országok egészségügyi rendszerét is támogatja a befektetéseivel. A fenti célokkal egyetértve, a néppárti vonalat követve, szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Gérard Deprez (ALDE), par écrit. – J'ai voté en faveur de cette résolution car je considère qu'il est impérieux d'améliorer la gouvernance internationale en matière de gestion des crises sanitaires et ce d'autant plus qu'il est de plus en plus probable qu'une crise alimentaire survienne à la suite de cette épidémie (épidémie qui a eu des effets dévastateurs sur les petits exploitants agricoles). Cette crise a servi de rappel aux dirigeants de l'UE sur la nécessité pour eux de rester fidèles à leur objectif d'affecter au moins 20 % de l'aide publique au développement des services sociaux de base, en donnant la priorité aux soins de santé. Elle a également permis de mettre en lumière les problèmes structurels encore bien présents dans un certain nombre de pays. Un élément important selon moi est l'accès aux médicaments car à l'heure actuelle deux milliards de personnes dans le monde n'ont pas accès aux vaccins ou aux traitements dont ils ont besoin pour rester en vie et en bonne santé. Je considère que l'accès aux médicaments ainsi que la recherche et le développement en la matière doivent répondre en priorité aux besoins des malades, qu'ils vivent chez nous ou dans les pays en développement.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – 2014 márciusában Sierra Leone, Libéria és Guinea területén kitört az eddigi legnagyobb ebolaválság. Ez a jelentés a válság alatt szerzett tapasztalatokra épül. Az ebolaválság nagy kihívást jelentett a fent említett három ország számára, hiszen egészségügyi és oktatási rendszerük hiányosságaiból adódóan nem voltak felkészülve a helyzet kezelésére. Mindez óriási megmérettetést jelentett a nemzetközi közösség és azon európai országok számára, amelyek részt vettek a válság kezelésében.

A jelentés szerint nincs szükség további vészhelyzeti segítségre, azonban az EU-nak a jövőben az egészségügyi rendszerek szervezetének és rugalmasságának javítására kell törekednie. Le kell fektetni egy olyan állandó európai rendszernek a feltételeit, amely gyors reagáláshoz a megfelelő tárgyi és személyi eszközökkel rendelkezik.

Dienstag, 27. Oktober 2015

A jelentés felhívja a figyelmet arra, hogy az egészségügyi befektetések elősegítik a gazdasági fejlődést, ezáltal fontos tényezővé válva a szegénység felszámolásában. A jelentés kéri a tagállamokat, hogy járuljanak hozzá az UHC (Általános Egészségügyi Alap) megalapításához, és támogassák a Marshall-tervet, amely erőteljes lendületet adhat a rászoruló országok fejlődésének. A jelentés emellett bízik abban, hogy az Európai Fejlesztési Alap a törekény infrastruktúrájú országok egészségügyi rendszerét is támogatja befektetéseivel. A fenti célokkal egyetértve, a néppárti vonalat követve, szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ian Duncan (ECR), in writing. – I voted in favour of this report in order to amend and increase the response rate of the EU during international crises, in particular in light of the recent Ebola crisis. As an international partner we need to continue to provide critical support to help staff treatment centres and labs, and help rebuild economies affected by this crisis.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Напълно съм съгласен с докладчика, че международният отговор на хуманитарната криза беше неефективен и прекалено бавен. ЕС трябва да засили ролята си на важен участник за развитие не само по хуманитарни причини, но и защото това е проблем и на Европейската политика за съседство.

Продължителното състояние на недостатъчно структурно финансиране и липсата на инвестиции в общественото здравеопазване е в ущърб не само на местното общество, но и на обществото и икономиките като цяло. Тъй като не се отговори адекватно на един така наречен „местен проблем“, международните участници подкопават не само хуманитарните принципи, но и са причина за допълнителни проблеми.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Καταψήφισα την παρούσα έκθεση, καθώς οι περισσότερες προσαρμογές και ρυθμίσεις και γενικότερα πολιτικές οι οποίες εφαρμόστηκαν στο παρελθόν από την Ευρωπαϊκή Ένωση είχαν σαν αποτέλεσμα τη συμβολή σε αναποτελεσματικά συστήματα υγείας καθώς επίσης και σε μη ορθή διαχείριση χρηματικών πόρων, μιας και κατέληγαν σε αναξιόπιστες ΜΚΟ, με αποτέλεσμα την άσκοπη σπατάλη πόρων οι οποίοι εάν είχαν διατεθεί σωστά και με ορθό τρόπο θα οδηγούσαν σε απτά αποτελέσματα για την καταπολέμηση ασθενειών όπως ο Έμπολα. Λόγω λοιπόν του ότι δεν υπάρχει καμία διαφανής διαδικασία που να εξασφαλίζει ότι τα χρήματα που λαμβάνουν συγκεκριμένες ΜΚΟ διατίθενται σωστά, είμαστε υποχρεωμένοι να καταψηφίσουμε την έκθεση. Αυτό που είναι αναγκαίο να γίνει για τη σωστή αντιμετώπιση ασθενειών όπως ο Έμπολα είναι ο καλύτερος συντονισμός και η ενίσχυση των συστημάτων υγείας των κρατών μελών.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – 2014 márciusában Sierra Leone, Libéria és Guinea területén kitört az eddigi legnagyobb ebolaválság. Ez a jelentés a válság alatt szerzett tapasztalatokra épül. Az ebolaválság nagy kihívást jelentett a fent említett három ország számára, hiszen az egészségügyi és oktatási rendszerük hiányosságaiból adódóan nem voltak felkészülve a helyzet kezelésére. Mindez óriási megmérettetést jelentett a nemzetközi közösség és azon európaiak számára, amelyek részt vettek a válság kezelésében.

A jelentés szerint nincs szükség további vészhelyzeti segítségre, azonban az EU-nak a jövőben az egészségügyi rendszerek szervezetének és rugalmasságának javítására kell törekednie. Le kell fektetni egy olyan állandó európai rendszernek a feltételeit, amely gyors reagáláshoz a megfelelő tárgyi és személyi eszközökkel rendelkezik.

A jelentés felhívja a figyelmet arra, hogy az egészségügyi befektetések elősegítik a gazdasági fejlődést, ezzel fontos tényezővé válva a szegénység felszámolásában. A jelentés kéri a tagállamokat, hogy járuljanak hozzá az az UHC (Általános Egészségügyi Alap) megalapításához, és támogassák a Marshall Tervet, amely erőteljes lendületet adhat a rászoruló országok fejlődésének. A jelentés emellett bízik abban, hogy az Európai Fejlesztési Alap a törekény infrastruktúrájú országok egészségügyi rendszerét is támogatja a befektetéseivel. A fenti célokkal egyetértve, a néppárti vonalat követve, szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – The substance of this report is something we could primarily agree on: that long term lessons should be to prevent more crises like the Ebola outbreak from happening again. But UKIP firmly believes that this should not be dealt with by the EU. Instead this should be dealt with by the appropriate NGOs and other international organisations. For this reason we abstained on this vote.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – Desde março de 2014, a Serra Leoa, a Libéria e a Guiné têm sido vítimas do mais grave surto de Ébola da história da humanidade. A permeabilidade das fronteiras favoreceu a passagem do vírus de um país para o outro. Os três países em causa estão entre os últimos da classificação do PNUD no que se refere ao índice de desenvolvimento humano. A sua esperança de vida média não ultrapassa os 60 anos, a escolarização raramente excede os três anos e cerca de 80% dos seus cidadãos vivem em situação de pobreza extrema.

Dienstag, 27. Oktober 2015

É, pois, evidente que estes três países não poderão resolver o problema por si próprios.

O Parlamento Europeu mantém-se fiel à sua tradição e recorda que a sua missão consiste em controlar o poder executivo, exercer as suas prerrogativas de legislador e dar impulsos políticos.

Em matéria de luta contra o Ébola, a União Europeia deve, por conseguinte, dar resposta aos desafios que se preconizam. Concorde que a atual crise do Ébola revela as lacunas estruturais que ainda existem em muitos países e, por outro, recorda aos responsáveis da União Europeia a necessidade de perseverar na sua vontade de consagrar pelo menos 20 % da ajuda pública ao desenvolvimento dos setores sociais de base, atribuindo prioridade à saúde.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório analisa a crise do Ébola na Libéria, na Serra Leoa e na Guiné-Conacri, e procura extrair lições da mesma.

O relatório é contraditório, incluindo aspetos manifestamente positivos, outros nem tanto, e também alguns aspetos negativos.

É importante que, pela primeira vez, se reconheçam os efeitos desastrosos das intervenções do FMI e do Banco Mundial na deterioração dos sistemas de saúde e de educação destes e de outros países mais vulneráveis.

São dirigidas recomendações positivas relativamente ao incremento da ajuda ao desenvolvimento por parte da UE e dos seus Estados-Membros, à necessidade de reorientação das prioridades do Fundo Europeu de Desenvolvimento, adequando-as às reais prioridades destes países (serviços públicos, em especial de saúde, apoio à pequena produção, agricultura familiar, entre outras), e ao acesso aos medicamentos, apontando o problema da «ditadura das patentes».

Mas o relatório nem sempre é coerente na defesa de um acesso universal e gratuito aos serviços de saúde. Se nalguns parágrafos esta necessidade é explicitada, noutros opta-se por formulações mais ambíguas, como serviços «abrangentes».

Por outro lado, o modelo das parcerias público-privadas, defendido para a área dos medicamentos, sobrepõe-se à desejável preponderância de uma forte capacidade pública nesta área.

No reconhecimento dos esforços de países e organizações para combater a epidemia, falta uma imprescindível referência a Cuba.

Santiago Fisas Ayxelà (PPE), *por escrito*. – La crisis del virus del Ébola ha demostrado la necesidad de reforzar la cooperación con los países en vías de desarrollo, más allá de la ayuda de emergencia que se pueda aportar en los momentos más álgidos de las crisis sanitarias que sufren estos países.

Así, la acción de la Unión Europea debe situarse en el plano de la cooperación al desarrollo, para reforzar los sistemas sanitarios locales, condición necesaria por otra parte para contribuir a la disminución de la pobreza.

Por lo tanto, he votado a favor del informe, convencido de que es necesario sentar las bases de una cooperación a largo plazo capaz de prevenir futuras crisis, poniendo el acento en el fortalecimiento de los sistemas de sanidad locales, para ayudar a dotar a estos países de un mayor grado de autonomía en la gestión de tales crisis.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour because it welcomes international efforts to alleviate the international debt burden of the countries affected by Ebola.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – už od marca 2014 zápasí Sierra Leone, Libéria a Guinea s najhoršou krízou výskytu Eboly v histórii. Je viac ako zrejmé, že tieto tri krajiny nezvládnu boj s touto epidémiou vlastnými silami a obyvatelia predmetných krajín sa dostali do extrémne zraniteľnej situácie. Európska únia ako svetový líder v oblasti rozvoja nesie špeciálnu zodpovednosť pri zavádzaní a zlepšovaní systému zdravotnej starostlivosti v predmetných krajinách. Ak sa aj podarí úspešne bojovať s epidémiou Eboly, je veľmi dôležité, aby sme mysleli aj na rozvoj v oblasti zdravotníctva, investície do zdravotníctva a rozvoj ekonomiky v dotknutých krajinách. Spolupráca medzi Európskou úniou a predmetnými africkými krajinami môže byť úspešná iba vtedy, ak v nich príde k rapidnému rozvoju ekonomiky a zdravotnej starostlivosti.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa relazione, che prevede delle misure per aiutare la Sierra Leone, la Liberia e la Guinea che sono vittime della maggiore epidemia d'Ebola mai vissuta.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Καταψηφίζω την παρούσα έκθεση, καθώς οι περισσότερες προσαρμογές και ρυθμίσεις και γενικότερα πολιτικές οι οποίες εφαρμόστηκαν στο παρελθόν από την Ευρωπαϊκή Ένωση είχαν σαν αποτέλεσμα τη συμβολή σε αναποτελεσματικά συστήματα υγείας καθώς επίσης και σε μη ορθή διαχείριση χρηματικών πόρων, μιας και κατέληγαν σε αναξιόπιστες ΜΚΟ, με αποτέλεσμα την άσκοπη σπατάλη πόρων οι οποίοι εάν είχαν διατεθεί σωστά και με ορθό τρόπο θα οδηγούσαν σε απτά αποτελέσματα για την καταπολέμηση ασθενειών όπως ο Έμπολα. Λόγω λοιπόν του ότι δεν υπάρχει καμία διαφανής διαδικασία που να εξασφαλίζει ότι τα χρήματα που λαμβάνουν συγκεκριμένες ΜΚΟ πηγαίνουν προς τη σωστή κατεύθυνση και όχι στις τσέπες κάποιων επιτήδειων, είμαι υποχρεωμένος να καταψηφίσω την έκθεση. Αυτό που είναι αναγκαίο να γίνει για τη σωστή αντιμετώπιση ασθενειών όπως ο Έμπολα είναι ο καλύτερος συντονισμός και η ενίσχυση των συστημάτων υγείας των κρατών μελών.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – Mr President, I voted in favour of the report on the lessons from the Ebola crisis in the hope that institutions can be better prepared in future.

In times of cross-border crises an international response is needed to facilitate help in conjunction with Member States. Therefore, we must build upon our reaction to Ebola in order to save more lives in the future.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Ebola crisis was possible due to shortcomings in the health systems of the affected countries, and has therefore both highlighted the structural problems that are still to be found in a number of countries and served as a reminder to EU leaders of the need for them to stay true to their goal of allocating at least 20% of official assistance to the development of basic social services, giving priority to healthcare.

In the future, we must make sure that our investments are carefully planned and are targeting the real needs. We need to start discussing the ways in which the best use can be made of the humanitarian organisations' capabilities in the future. Moreover, it will be vital for the three countries to receive aid with a view to kick-starting their economies.

All actors involved must demonstrate the vision and assume their responsibilities in the next months, even though Ebola faded from the news headlines a long while ago.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – 2014 márciusában Sierra Leone, Libéria és Guinea területén kitört az eddigi legnagyobb ebolaválság. Ez a jelentés a válság alatt szerzett tapasztalatokra épül. Az ebolaválság nagy kihívást jelentett a fent említett három ország számára, hiszen egészségügyi és oktatási rendszerük hiányosságaiból adódóan nem voltak felkészülve a helyzet kezelésére. Mindez óriási megmérettetést jelentett a nemzetközi közösség és azon európai országok számára, amelyek részt vettek a válság kezelésében.

A jelentés szerint nincs szükség további vészhelyzeti segítségre, azonban az EU-nak a jövőben az egészségügyi rendszerek szervezetének és rugalmasságának javítására kell törekednie. Le kell fektetni egy olyan állandó európai rendszernek a feltételeit, amely gyors reagáláshoz a megfelelő tárgyi és személyi eszközökkel rendelkezik.

A jelentés felhívja a figyelmet arra, hogy az egészségügyi befektetések elősegítik a gazdasági fejlődést, ezáltal fontos tényezővé válva a szegénység felszámolásában. A jelentés kéri a tagállamokat, hogy járuljanak hozzá az UHC (Általános Egészségügyi Alap) megalapításához, és támogassák a Marshall-tervet, amely erőteljes lendületet adhat a rászoruló országok fejlődésének. A jelentés emellett bízik abban, hogy az Európai Fejlesztési Alap a törekény infrastruktúrájú országok egészségügyi rendszerét is támogatja befektetéseivel. A fenti célokkal egyetértve, a néppárti vonalat követve, szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – A nemmeno due anni dallo scoppio della devastante epidemia che ha colpito drammaticamente l'Africa occidentale, è il momento di una profonda riflessione sulle azioni socioeconomiche che l'Europa può intraprendere per agevolare una ripresa socioeconomica post-emergenziale nei territori più colpiti e sulla necessità dello sviluppo di un piano d'azione sanitario pronto e di lungo termine capace di far fronte a qualunque allarme dovesse presentarsi nei prossimi anni nei paesi UE o in quelli terzi.

Dienstag, 27. Oktober 2015

La nomina del coordinatore UE per l'Ebola ha rappresentato un forte segnale dell'impegno europeo nelle azioni di assistenza sanitaria internazionale, ma ora l'Europa deve essere lungimirante e concreta, investendo in piani di sviluppo post-Ebola per i territori più investiti dal virus – Guinea, Sierra Leone e Liberia – prevedendo appositamente una riprogrammazione speciale nel Fondo europeo di sviluppo.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione del collega Goerens sulla crisi dell'Ebola: gli insegnamenti a lungo termine e come potenziare i sistemi sanitari nei paesi in via di sviluppo per impedire crisi future.

L'epidemia di Ebola ha dimostrato che i sistemi sanitari di alcuni paesi africani, tra cui in particolare Sierra Leone, Liberia e Guinea, sono completamente incapaci di rispondere in maniera adeguata a qualsiasi tipo di emergenza sanitaria e appare chiaro che non è possibile garantire alla popolazione neanche un livello minimo adeguato di cure mediche.

Nonostante i forti ritardi nel comprendere la gravità dell'emergenza da parte degli organismi internazionali, la mobilitazione e l'impegno dell'Unione europea hanno fatto sì che l'epidemia fosse debellata quasi del tutto e che non avesse conseguenze ancora più gravi nel resto del mondo.

Superata la fase di emergenza, ritengo sia di fondamentale importanza aprire una fase di riflessione a livello internazionale, che prenda in considerazione aiuti allo sviluppo indirizzati al settore della salute e all'organizzazione dei sistemi sanitari nei paesi africani più colpiti da epidemie.

Ribadisco, infine, la necessità di investire nella ricerca scientifica sulle malattie rare e trascurate e di garantire l'accesso ai farmaci indipendentemente dal reddito oltre che ad una copertura sanitaria universale.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht „Die Ebola-Krise: langfristige Lektionen und Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern zur Vorbeugung zukünftiger Krisen“ gestimmt, da ich den Ansatz einer detaillierten Aufarbeitung der Erfahrungen begrüße. Als Verfasser eines ähnlichen Berichts in der AKP-Delegation fordere ich unter anderem den Stopp des medizinischen Braindrains aus Entwicklungsländern, deutlich mehr Engagement der EU im Aufbau flächendeckender Medizinversorgung in den betroffenen Ländern sowie die Einrichtung von „emergency centers“ rund um den Globus, um ein schnelleres Eingreifen zu garantieren.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Ebola-Krise hat deutlich gemacht, wie schnell sich Krankheiten aus der entfernten Gebieten bis nach Europa ausbreiten können. Auch hat sich gezeigt, dass es nach wie vor Krankheiten gibt, die noch nicht ausreichend bekämpft werden können. Hier ist eine aktive Unterstützung durch die Europäische Union nötig.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – It is time that we learn a few things, one, that we need to support those people on the ground immediately: to act, and act quick. And two, that it is the poorest nations on the planet that suffer the most from these kinds of crises. Disastrous trade deals and fishing policies have made them even poorer and more prone to such disasters.

Let us be compassionate, let us be civilised and let us let them trade out of their poverty.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which shows investment in basic healthcare is a vital pillar of development. The Ebola crisis has exposed this dramatically in West Africa, with a terrible toll on their societies. The countries need investment to build their own healthcare systems. I support the call for Universal Health Coverage, which is achievable as part of the new Sustainable Development Goals adopted by world leaders in New York in September.

The framework has been set and now we need the action to achieve the right to health for all.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – Today I voted in favour of this report on the Ebola crisis. Without doubt, the Ebola outbreak presented an enormous challenge to medical authorities in affected countries. I am pleased to see that a vital aspect of the report is quick access to proven vaccines. The populations of Liberia and Sierra Leone should be guaranteed access to new vaccines which have proven to be completely effective in Guinea. In order to minimise and even prevent further outbreaks in developing countries, we simply must strengthen their health systems and learn from the mistakes of the past.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del informe pues recoge elementos fundamentales para entender la epidemia del ébola de los años 2014 y 2015, que ha dejado cerca de 12 000 muertes en todo el mundo. El informe, por ejemplo, subraya la importancia de sistemas de salud públicos robustos para hacer frente a este tipo de epidemias, denuncia la austeridad en Sanidad que siguieron los países de África por mandato de los programas de ajuste del Banco Mundial y el Fondo Monetario Internacional en los años 80 y 90 y hace un llamamiento para explorar alternativas al actual modelo de investigación y desarrollo de medicamentos para hacer que supere la lógica de la búsqueda del beneficio y responda a las exigencias de la salud global como derecho humano fundamental.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – As Labour MEPs we believe that investment in basic healthcare is a vital pillar of development. The Ebola crisis has exposed this dramatically in West Africa, with a terrible toll on their societies. The countries affected by this crisis need investment to build their own healthcare systems. The Ebola crisis has both highlighted the structural problems that are still to be found in a number of countries and served as a reminder to EU leaders of the need to provide assistance in the development of basic social services, with the priority going to healthcare. Labour MEPs are fully behind the call for universal health coverage, which is achievable as part of the new Sustainable Development Goals adopted by world leaders in New York in September. The framework has been set and now we need the action to achieve the right to health care for all.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the report on the Ebola crisis: the long-term lessons and how to strengthen health systems in developing countries to prevent future crises. I believe that the European Parliament, as always, has made it clear that its task here is to scrutinise the executive, to take on its role as legislator, and lastly to provide a political impetus. I strongly believe that we can insist that the EU should press ahead with its efforts, so that others can follow its example. The EU's voice must be heard, particularly in this, the year of development.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – 2014 márciusában Sierra Leone, Libéria és Guinea területén kitört az eddigi legnagyobb ebolaválság. A jelentés a válság alatt szerzett tapasztalatokra épül. Az ebolaválság nagy kihívást jelentett a fent említett három ország számára, hiszen egészségügyi és oktatási rendszerük hiányosságaiból adódóan nem voltak felkészülve a helyzet kezelésére. Mindez óriási megmérettetést jelentett a nemzetközi közösség és azon európaiak számára, akik részt vettek a válság kezelésében.

A jelentés szerint nincs szükség további vészhelyzeti készségekre, azonban az EU-nak a jövőben az egészségügyi rendszerek szervezetének és rugalmasságának javítására kell törekednie. Egy olyan állandó európai rendszer feltételeit kell lefektetni, amely gyors reakció szükségessége esetén megfelelő tárgyi és személyi eszközökkel rendelkezik.

A jelentés felhívja a figyelmet arra, hogy az egészségügyi befektetések elősegítik a gazdasági fejlődést, ezzel fontos szerepet töltenek be a szegénység felszámolásában. A jelentés kéri a tagállamokat, hogy járuljanak hozzá az UHC (Általános Egészségügyi Alap) megalapításához, és támogassák a Marshall-tervet, amely erőteljes lendületet adhat a rászoruló országoknak. A jelentés emellett bízik abban, hogy az Európai Fejlesztési Alap a törekény infrastruktúrájú országok egészségügyi rendszerét is támogatja befektetéseivel. A fenti célokkal egyetértve, a néppárti vonalat követve, szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report as it is very important to learn from the scale and complexities of the Ebola crisis. It is an opportunity to reflect on the post-Ebola period and develop strategies in order to strengthen health and education systems in developing countries. The international community, in areas of research, innovation and crisis management, should learn from the Ebola outbreak in order to better prepare for potential future epidemics.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Richard Howitt (S&D), *in writing*. – As the former EU Chief Observer for elections in Sierra Leone, it was with deep sadness that I saw the people of that country which has suffered so much endure yet more suffering through the explosion of the Ebola crisis. Already there was not a single operating theatre in the country if any of the election observers for whom I was responsible, needed urgent hospital treatment. For the people of Sierra Leone themselves, their country was simply unprepared for the crisis that Ebola created. Therefore, I very much welcome today's resolution on the long-term lessons to be learned from the crisis and to make recommendations to strengthen health systems across African developing countries. I call on the European Commission to help Sierra Leone and the other two countries most affected to develop their own health systems in order for them to be able to meet basic healthcare needs and to build up the infrastructure required to ensure that all their citizens have access to healthcare. If the debate which followed the Ebola crisis promotes this objective, perhaps something good can have come from something which was so terrible for all affected.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – The Ebola crisis in parts of Africa has been quite frightening and lessons must be learned from these horrific circumstances. Access to medicine should be based on need, not financial resources. I welcome this report.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – 2014 márciusában Sierra Leone, Libéria és Guinea területén kitört az eddigi legnagyobb ebola-válság. Ez a jelentés a válság alatt szerzett tapasztalatokra épül. Az ebola-válság nagy kihívást jelentett a fent említett három ország számára, hiszen az egészségügyi és oktatási rendszerük hiányosságaiból adódóan nem voltak felkészülve a helyzet kezelésére. Mindez óriási megmérettetést jelentett a nemzetközi közösség és azon európaiak számára, akik részt vettek a válság kezelésében.

A dokumentum szerint nincs szükség további vészhelyzeti segítségre, azonban az EU-nak a jövőben az egészségügyi rendszerek szervezetének és rugalmasságának javítására kell törekednie. Le kell fektetni egy olyan állandó európai rendszernek a feltételeit, amely rendelkezik a gyors reagáláshoz szükséges tárgyi és személyi eszközökkel.

A jelentés felhívja a figyelmet arra, hogy az egészségügyi befektetések elősegítik a gazdasági fejlődést, ezzel fontos tényezővé válhatnak a szegénység felszámolásában. A dokumentum kéri a tagállamokat, hogy járuljanak hozzá az ún. Általános Egészségügyi Alap megalapításához, és támogassák a Marshall Tervet, amely erőteljes lendületet adhat a rászoruló országok fejlődésének. A fenti célokkal egyetértve, a néppárti vonalat követve, szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o krizi uzrokovanoj ebolom: dugoročne pouke i rješenja za jačanje zdravstvenih sustava u zemljama u razvoju s ciljem sprječavanja budućih kriza zbog toga što je ebola prijetnja koja može ugroziti međunarodnu zajednicu na nacionalnoj, regionalnoj i lokalnoj razini. Činjenica je da su Sjeverna Leone, Liberija i Gvineja pretrpjele ogromne poteškoće uzrokovane ebolom te da su gospodarske aktivnosti u tim zemljama znatno potresene, odnosno da se zemlje nalaze u recesiji.

Smatram stoga da je potrebna ciljana, učinkovita i sistematska pomoć međunarodne zajednice kako bi se pripomoglo ovim zemljama i u konačnici doprinijelo ublažavanju krize. U tom kontekstu Europska unija igra ključnu ulogu kao globalni razvojni lider te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à tirer les leçons de la crise d'Ebola. Il insiste notamment pour que les infrastructures de santé en Afrique de l'Ouest soient développées et modernisées.

J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. – I and fellow MEPs abstained on this vote. The substance of this report is something we could primarily agree on: that long term lessons should be to prevent more crises like the Ebola outbreak from happening again. But UKIP firmly believes that this should not be dealt with by the EU. Instead this should be dealt with by the appropriate NGOs and other international organisations.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – In light of the recent Ebola epidemic in Western Africa, I welcomed this report which provides clear directions for the measures the European Union should take to prevent a future crisis of such an extent. The EU, WHO and other stakeholders must develop capacities in the least developed countries which could promptly respond to epidemics at the initial stage.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse un constat pertinent sur cette violente épidémie du virus Ebola. Il demande notamment à l'Union de mettre en place des outils sur le long terme pour répondre à ce type de crise par la prévention, l'aide au développement et la création d'une équipe d'action rapide.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dem Berichterstatter zufolge sind die von der Ebola-Krise betroffenen Länder (Liberia, Sierra Leone und Guinea) wirtschaftlich in einer fortlaufenden Rezession. Dies war vor Ausbruch der Krise anders, da damals ein Wirtschaftswachstum von 5 % vorzuweisen war. Nun wird argumentiert, diesen Ländern koordinierter zu helfen, um den Ausstieg aus der Rezession zu bewerkstelligen. Dieser Bericht ist positiv zu beurteilen, in Anbetracht der Tatsache, dass die EU gemeinsam mit ihren Mitgliedstaaten weltweit der größte Geber von Entwicklungshilfe ist und mehr als 1,39 Mrd. EUR an Finanzhilfe bereitgestellt hat, um bei der Eindämmung der Ebola-Viruserkrankung in Westafrika zu helfen. Je eher die drei vorgenannten Volkswirtschaften wieder imstande sind, ausreichende Finanzmittel zu generieren, desto leichter wird es sein, den Bedarf im Bereich der Gesundheit decken. Daher stimme ich diesem Bericht zu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I fully support the call for Universal Health Coverage in West Africa. The devastation caused by the Ebola Crisis has brought the realisation that the aforementioned region desperately needs to develop its healthcare system. The objective is to prevent similar outbreaks in the future.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – Támogattam a jelentést, melynek legfontosabb elemei a nemzetközi közösség nem megfelelő reakciója, a határlezárás és a lakosság számára előírt korlátozások megrázó hatásai, a felügyeleti és riasztási mechanizmusok eredménytelensége, a támogatás végső mobilizálását követő lassú és nem megfelelő reagálás, a WHO vezető szerepének teljes hiánya, valamint a gyógyszerekre, a diagnosztizálásra és az oltóanyagokra irányuló kutatás és fejlesztés részleges hiánya. Sokunk benyomása, hogy csak a Gondviselésnek köszönhető, hogy egyelőre nem lett világjárvány belőle.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Hspresso voto favorevole alla relazione Goerens. L'epidemia di Ebola scoppiata in Africa occidentale nel 2014 è la più estesa della storia di tale virus. L'impatto dei tassi di mortalità nei paesi colpiti è stato ulteriormente aggravato dalla mancanza di strutture sanitarie adeguate. L'Unione europea ha stanziato oltre 1,39 miliardi di euro per sconfiggere il virus e aiutare a contenere l'epidemia. Concordo con quanto indicato nella relazione circa l'importanza di dare luogo ad un' azione coordinata ed efficace da parte dei maggiori attori internazionali, volta a rafforzare la ricerca medica e la produzione di medicinali e vaccini efficaci contro l'Ebola.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Goerens est relatif à la crise du virus Ebola et vise à en tirer les leçons à long terme et à déterminer les manières de renforcer les systèmes de santé des pays en développement afin de prévenir les crises à l'avenir. Il critique les lenteurs prises au niveau international pour répondre à cette crise et demande à tous les acteurs de tirer les conclusions de la crise et notamment du rôle néfaste du FMI et de la Banque mondiale sur la question. Il rappelle en outre la déficience des systèmes de santé dans les pays en développement.

J'ai décidé de voter en faveur de ce texte puisqu'il est relativement consensuel et met bien en avant le rôle délétère du FMI dans ces pays.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour. Ce rapport vise à établir un plan d'action post-Ebola en renforçant les systèmes de santé des pays en développement (et notamment certains États africains particulièrement touchés par le virus).

Ce texte insiste sur l'autonomisation des États en matière de santé. D'un point de vue budgétaire, il encourage les pays concernés à ériger en priorité la mise en place de systèmes de sécurité sociale et de santé publique, la formation médicale et la construction d'infrastructures hospitalières modernes. Sur le plan économique, il propose d'offrir une assistance technique à ces pays quant à leur administration, leurs capacités de financement et la redistribution équitable des aides octroyées. Enfin, sur le plan social, il met l'accent sur une protection particulière accordée aux femmes, plus exposées à ce type de virus pour des raisons professionnelles comme culturelles (elles ont souvent la charge d'organiser et de conduire les rites funéraires).

Dienstag, 27. Oktober 2015

Loin de l'assistanat financier souvent constaté en matière d'aide humanitaire, voilà un rapport qui œuvre dans le bon sens. Il encourage en effet le développement, l'autonomisation économique et administrative de ces pays touchés par de graves crises sanitaires.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de esta Resolución sobre el impacto del ébola en los países empobrecidos ya que nos parece que introduce una serie de elementos que permiten situar la causa de la problemática y la manera de evitar que en el futuro se produzcan este tipo de tragedias. En primer lugar, valora positivamente el trabajo de las organizaciones no gubernamentales y negativamente la respuesta de los Gobiernos e instituciones internacionales. En segundo lugar, se reconoce el efecto de los planes de ajuste del Fondo Monetario Internacional y las deudas ilegítimas a los países del sur sobre sus sistemas de salud. También se condena el monopolio de las grandes empresas farmacéuticas sobre las patentes que impiden un acceso universal a las medicinas y la importancia del acceso universal a la sanidad, llamando a un nuevo modelo de investigación y desarrollo basado en principios de igualdad y solidaridad. Por todo esto, hemos apoyado una Resolución que incluye el derecho a la sanidad pública y la necesidad de un comercio justo que ponga el acceso a los medicamentos al alcance de todos.

Antonio López-Istúriz White (PPE), por escrito. – El texto presentado se congratula de la nueva vacuna probada con una efectividad del 100% en Guinea en marzo de este año, y urge facilitar el acceso de la misma a Liberia y Sierra Leona. Aun así, no se deberá bajar la guardia respecto de algunos casos nuevos que han aparecido y su modo de transmisión, aún no aclarado.

El informe insta a la comunidad internacional a desarrollar campañas educativas e informativas en los países afectados. Es importante recalcar y apoyar la reforma anunciada por la OMS en mayo de este año por la que se pretende establecer un nuevo programa de emergencias que contará con un nuevo fondo de reservas de 100 millones de dólares y un número de reservistas a nivel mundial para ser desplegados sobre el terreno.

Asimismo, es muy importante trabajar en la prevención de conflictos, pues estos incrementan la fragilidad y vulnerabilidad de los sistemas de salud, y luchar contra la estigmatización social de los enfermos y su entorno de cara al futuro y posibles nuevas crisis. La respuesta a la crisis del ébola fue lenta en los primeros meses, por lo que todo lo que se pueda aprender de ella merecerá mi respaldo.

Ivana Maletić (PPE), napisan. – Zdravstveni sustav Liberije, Sjevera Leonea i Gvineje obilježen je brojnim nedostacima. Prije izbijanja epidemije spomenute države bile su pri dnu indeksa ljudskog razvoja sastavljenog u okviru programa UN-a za razvoj.

Kriza ebole ostavlja posljedice i na međunarodnoj razini, a njeno proširenje se može pripisati političkim propustima pogođenih zemalja, izostanku vodstva Svjetske zdravstvene organizacije te nedostatku istraživanja i razvijanja lijekova. Zbog velikih i teških posljedica ebole, postoji potreba za objedinjenjem epidemiologije, javnog zdravlja i društvenih znanosti kako bi se izvukle pouke iz propusta.

Pozivaju se svi sudionici da razviju učinkovite metode borbe protiv zdravstvenih kriza međunarodnih razmjera. Posebno se ističe kreiranje programa za izvanredne situacije, organizacije pričuvnog osoblja spremnog za izlazak na teren u najkraćem roku i stavljanje na raspolaganje novog pričuvnog fonda od 100 milijuna američkih dolara za hitne slučajeve. Traži se također osnivanje stalne europske službe za brzo djelovanje u slučaju ovakvih epidemija.

Podržala sam izvješće zastupnika Charlesa Goerensa budući da je ebola ozbiljna i često smrtonosna bolest. Poučeni epidemijom iz 2014., moramo raditi prvenstveno na prevenciji, ali i biti spremni na brzo djelovanje pri čemu je najvažniji korak jačanje zdravstvenih sustava u zemljama u razvoju.

Vladimír Maňka (S&D), písomne – súčasný rozsah epidémie infekčnej choroby eboly v krajinách Afriky – Sierra Leone, Libéria a Guinea – preukazuje, že tieto krajiny vzhľadom na svoju hospodársku a ekonomickú situáciu a hlavne s ohľadom na stav sociálnych a zdravotníckych služieb bez pomoci iných krajín nie sú schopné situáciu zvládnuť. Preto je namieste prehodnotiť a nasmerovať finančnú pomoc zo strany EÚ do rozvojových krajín tak, aby poskytnuté prostriedky cielene riešili problémy danej krajiny a neboli zneužívané na iné nežiaduce ciele. K tomu je potrebné prijať také opatrenia, ktoré zvýšia kontrolu nakladania s poskytnutou pomocou a umožnia včas zasiahnuť.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την κρίση του Έμπολα: διδάγματα σε βάθος χρόνου και τρόποι ενίσχυσης των συστημάτων υγείας στις αναπτυσσόμενες χώρες προκειμένου να προληφθούν μελλοντικές κρίσεις, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 26/10/2015, καθώς και διότι από το 2014, η Σιέρα Λεόνε, η Γουινέα και η Λιβερία πλήττονται από τον ιό του Έμπολα, Ωστόσο οι χώρες αυτές δεν βιώνουν μόνο την κρίση του ιού Έμπολα αλλά γενικότερα μια συστημική κρίση, αφού το 80% του πληθυσμού ζει σε συνθήκες ακραίας φτώχειας. Βέβαια, η αντίδραση της Ευρωπαϊκής Ένωσης για περιορισμό του Έμπολα δεν ήταν άμεση και ιδιαίτερα αποτελεσματική, όπως ήταν οι Γιατροί Χωρίς Σύνορα και ο Ερυθρός Σταυρός, που αποδείχτηκαν περισσότερο προετοιμασμένοι για να βοηθήσουν τους πληθυσμούς της Αφρικής. Είναι αναγκαίο να αξιοποιηθούν καλύτερα οι δυνατότητες των ανθρωπιστικών αυτών οργανώσεων εκ μέρους της Ε.Ε. και επίσης να ενισχυθεί η ιατρική έρευνα, για να παραχθούν φάρμακα και εμβόλια για τον Έμπολα. Επιπλέον, είναι απαραίτητο να διαγραφεί το χρέος των αφρικανικών χωρών που έχουν πληγεί από τον ιό, ώστε να μπορέσουν να επενδύσουν περισσότερα στα συστήματα υγείας τους, τα οποία έχουν διαλυθεί κυριολεκτικά από το ΔΝΤ και τους διεθνείς τοκογλύφους δανειστές.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Dominique Martin a voté pour ce rapport. Ce rapport, censé, prévoit de renforcer les systèmes de santé dans les pays en développement, en particuliers dans ceux les plus touchés par le virus Ebola (Sierra Leone, Liberia, Guinée). Intelligemment, ce rapport donne la priorité budgétaire à la mise en place de systèmes de sécurité sociale et de santé publique, et à la formation de médecins. Ce texte propose la mise en place d'un «Plan Marshall» pour aider à relancer les économies de ces pays et le développement des infrastructures locales pour permettre de prévenir les futures épidémies.

David Martin (S&D), *in writing*. – The Ebola crisis, which is massively challenging in itself has also resulted in another problem – something which, in one of its appeals, Médecins Sans Frontières has referred to as ‘a crisis within a crisis’. Many people with conditions other than Ebola are not going to hospital for fear that they will be infected with the virus. The EU must try to find a solution to this problem, in close cooperation with our African partners.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La relazione intitolata «Crisi dell’Ebola: gli insegnamenti a lungo termine e come potenziare i sistemi sanitari nei paesi in via di sviluppo per impedire crisi future» mi trova favorevole.

L’epidemia di Ebola, una delle più letali mai scoppiate fino ad oggi nel mondo, ha ucciso più di 11 000 persone e purtroppo continua a far registrare sempre nuovi casi. La maggior parte delle vittime è stata registrata in Sierra Leone, Liberia e Guinea.

È necessario un intervento per garantire lo sviluppo di solidi sistemi pubblici nel campo della sicurezza sociale e della sanità, la costruzione di un numero sufficiente di infrastrutture sanitarie sostenibili e adeguatamente attrezzate, un adeguato numero di operatori sanitari opportunamente formati, l’accesso a forniture mediche sufficienti e solidi sistemi d’informazione sanitaria. Occorre un approccio globale che abbracci diversi ambiti, come l’istruzione e la formazione, l’igiene e la sicurezza alimentare.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme projednávali zprávu, které přikládám mimořádnou důležitost už kvůli své lékařské profesi. Vypuknutí epidemie eboly v Africe v loňském roce ukázalo, že systémy zdravotnictví v nejpostiženějších zemích vykazují obrovské mezery. Nejpostiženější země, v nichž žije přibližně 80 % občanů v extrémní chudobě, patřily už před vypuknutím epidemie podle údajů z průzkumu Rozvojového programu OSN mezi země s nejnižším indexem lidského rozvoje a zaznamenaly nejvyšší míru úmrtnosti na světě u předčasně narozených dětí, dospělých a dětí do pěti let, zejména u léčitelných nemocí. Jsem přesvědčen, že je nutné řešit sociální nerovnost s cílem vybudovat pevný udržitelný systém veřejného zdravotnictví, v tomto smyslu vítám myšlenku zavedení všeobecné zdravotní péče financované z veřejných prostředků, která by byla poskytována v daném místě zdarma, a připojuji se k naléhavé žádosti na Komisi, aby spolu s partnerskými zeměmi a dalšími dárci co nejdříve představila program zavádění všeobecného zdravotního pojištění, které by zaručovalo rozložení zdravotních rizik. Tato krize se projevila i jako systémová, a to z pohledu jejího celosvětového zvládnutí. Mezinárodnímu společenství totiž trvalo dlouho, než pochopilo závažnost situace a zareagovalo na ni. Nezbyvá nám, než se z uplynulé krize poučit a přijmout taková opatření, která by zabránila jejímu opakování. Hlasoval jsem pro zprávu.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – L'entità e la complessità dell'attuale epidemia di Ebola costituiscono un'autentica sfida per le popolazioni di Sierra Leone, Liberia e Guinea.

L'Unione europea deve rispondere alla crisi dei tre Stati, facendosi carico della responsabilità di promuovere il diritto all'assistenza sanitaria universale.

D'accordo con quanto esposto nella relazione, credo che la crisi si debba sconfiggere non solo con investimenti da realizzare nel campo sanitario, ma anche contribuendo successivamente alla ripresa economica dei tre paesi.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Berichtsteller führt an, dass die betroffenen Länder (Liberia, Sierra Leone und Guinea) vor Ausbruch von Ebola ein Wirtschaftswachstum von 5 % hätten vorweisen können, mittlerweile jedoch in einer Rezession ausharren. Damit diese Länder wieder wachsen können und in weiterer Folge eigene Forschungseinrichtungen aufbauen können, ist dieser Bericht zu unterstützen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le texte revient sur la gestion internationale de la crise «Ebola» depuis son apparition au Libéria, en Sierra Leone et en Guinée, en mars 2014. Le texte critique les lenteurs de la réaction internationale. Il note que «les systèmes de santé et d'éducation se sont détériorés du fait des programmes d'ajustement structurels imposés par le FMI et la Banque mondiale» et il demande que «le vaccin soit mis à disposition de manière urgente et certaine, à un prix abordable pour tous». Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à tirer les leçons de la crise d'Ébola. Il insiste notamment pour que les infrastructures de santé en Afrique de l'Ouest soient développées et modernisées. Pour cette raison, la députée a voté pour cette résolution, bien que ce texte ait trop tendance à dramatiser la crise d'Ebola, comme si les problèmes de santé auxquels sont confrontés les pays africains étaient nouveaux.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Continua a haver pouco conhecimento sobre a transmissão e o potencial de mutação do vírus Ébola.

Deve ser lembrado o empenho demonstrado pela União Europeia para conter a propagação do vírus Ébola e a ajuda ao desenvolvimento da logística e da investigação para dar resposta à crise, mas não devem ser esquecidos os ensinamentos que retiramos da necessidade do reforço dos sistemas de saúde nos países em desenvolvimento. Este tipo de epidemias requer uma cooperação transnacional para avaliação e gestão do surto.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is crucial that we examine the lessons learnt. The EU is pushing for quicker mobilisation of health workers and aid, through a WHO reserve fund. The resolution also suggests that the focus should change to development and economic assistance to repair damage caused by the crisis once the situation stabilises.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – V marci 2014 Sierra Leone, Libériu a Guineu zasiahla najhoršia epidémia eboly v histórii, preto vítam uznesenie o tejto kríze a považujem za dôležité prijať ponaučenie do budúcnosti. Keďže kľúčovú rolu hrá čas, je potrebné už teraz pomenovať nedostatky v systéme tamojšej zdravotnej starostlivosti. Ak si Európsky parlament uvedomuje, že ženy boli v týchto krajinách postihnuté vírusom eboly viac, keďže tvorili 55 až 75 % obetí, riešme to, čo k tomu viedlo. Práve ony totiž tvoria väčšiu časť zdravotníckeho personálu, no v systéme tam chýbajú základné zdravotné a ochranné pomôcky. Čo je však horšie, aj v oblastiach nepostihnutých ebolou, strach z nákazy spôsobil, že ľudia odmietali chodiť aj na bežné ošetrenia. Ženy dokonca prestali rodiť v nemocniciach. Výsledkom toho bol zvyšujúci sa počet úmrtí žien a detí nesúvisiacich s ebolou. Preto vyzývam Európu prispieť k tomu, aby mohli uvedené krajiny vyvinúť vlastné verejné systémy zdravotníctva a infraštruktúru, ktorá by dokázala zabezpečiť prístup k nim všetkým občanom. Nepodmieňujme však ani časť poskytnutých financií smerovaním na sexuálne a reprodukčné práva, ako to uznesenie spomína, najmä ak sú chápané len ako prístup k antikoncepcii a potratom.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Since the beginning of the year, the Ebola virus has claimed thousands of lives in Liberia, Sierra Leone and Guinea, Nigeria and Senegal. Although the European Commission has strengthened its immediate support to tackle the crisis, local and international efforts turned out to be inadequate in the containment of this deadly disease for which there is no vaccine.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Even though Ebola faded from the news headlines a long while ago, we should not stop fighting this deadly disease. All those involved must demonstrate the vision they need to enable them to assume their responsibilities in the period that follows. The Ebola crisis has highlighted the structural problems that are still to be found in a number of countries. Therefore, I voted in favour of this non-legislative resolution to provide recommendations for Europe's response on the development of basic social services, giving priority to healthcare, so that we can avoid future crises like this one.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – A Fejlesztési Bizottság jelentése a világtörténelem eddigi legsúlyosabb, 2014 márciusa óta Sierra Leonében, Libériában és Guineában pusztító ebolajárványával kapcsolatos tanulságokat összegzi. Leszögezi, hogy az Európai Unió a fejlesztés tekintetében a világ legjelentősebb szereplőjeként különleges felelősséget visel az egészségügyi ellátáshoz való hozzáférés univerzális jogának előmozdítása terén. Elvárja az Uniótól, hogy a többi szereplőnél energikusabban lépjen fel. Állást foglal amellett, hogy az Uniónak élen kell járnia a kutatás, az innováció, a sürgősségi feladatok kereteinek megteremtése, az orvosi személyzet terepre küldése, egy evakuálási rendszer kiépítése, valamint a fejlesztési együttműködés vonatkozásában hosszabb távon kifejtendő erőfeszítések területén. Úgy véli, a járvány utáni időszakra az Uniónak két területre kell összpontosítania erőfeszítéseit: a fejlesztési segélyekre, többek között az egészségügyi infrastruktúrába való befektetés révén, illetve a három ország gazdasági talpra állásának támogatására. A jelentés elfogadását támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), por escrito. – O vírus do Ébola criou uma situação de emergência de saúde pública à escala internacional em que países como a Serra Leoa, a Libéria e a Guiné têm sido vítimas do mais grave surto de Ébola da história da Humanidade. O alcance desta catástrofe deve-se a fatores políticos, transfronteiriços, vigilância, diagnóstico, investigação, entre outros. A União Europeia deve assumir um papel preponderante nesta matéria, auxiliando no progresso de um sistema nacional de saúde coerente para cada um destes países.

O desenvolvimento dos sistemas de saúde a nível mundial, com especial incidência nos países em desenvolvimento, deverá consistir em novos investimentos em termos de infraestruturas, sistemas de vigilância e informação, aprovisionamento de medicamentos, recursos humanos, bem como na gestão dos próprios serviços de saúde. O papel atribuído às ONG é fulcral, sendo de extrema importância valorizar ainda mais as suas competências no futuro.

Estou a favor do presente relatório, sublinhando a necessidade de desenvolvimento dos sistemas locais de saúde com o apoio da União Europeia, bem como a implementação de condições eficazes de informação e comunicação, como forma de prevenção.

Sophie Montel (ENF), par écrit. – Ce rapport Goerens est relatif à la crise du virus Ebola et vise à en tirer les leçons à long terme et à déterminer les manières de renforcer les systèmes de santé des pays en développement afin de prévenir les crises à l'avenir. Il critique les lenteurs prises au niveau international pour répondre à cette crise et demande à tous les acteurs de tirer les conclusions de la crise et notamment du rôle néfaste du FMI et de la Banque mondiale sur la question. Il rappelle en outre la déficience des systèmes de santé dans les pays en développement.

J'ai décidé de voter en faveur de ce texte puisqu'il est relativement consensuel et met bien en avant le rôle délétère du FMI dans ces pays.

Claude Moraes (S&D), in writing. – Investment in basic healthcare is a vital pillar of development. The Ebola crisis has exposed this dramatically in West Africa, with a terrible toll on their societies. The countries need investment to build their own healthcare systems. Labour MEPs are fully behind the call for Universal Health Coverage, which is achievable as part of the new Sustainable Development Goals adopted by world leaders in New York in September. The framework has been set and now we need the action to achieve the right to health for all.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'épidémie d'Ebola qui a frappé la Sierra Leone, le Libéria et la Guinée. Ce texte insiste sur l'ampleur et la complexité de cette crise en Afrique de l'Ouest, qui constitue un véritable défi non seulement pour ces trois États, mais aussi pour la communauté internationale et l'Union européenne. Il rappelle que d'importants moyens ont été mobilisés en urgence dans les domaines de la recherche, de l'innovation et de la gestion des crises. Il recommande également le renforcement des systèmes de santé et de la bonne gouvernance dans les pays en développement à travers l'aide publique accordée par les pays donateurs afin de prévenir les crises futures.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm a jelentést. Az Európai Uniónak mindent meg kell tennie annak érdekében, hogy a jövőben ilyen méretű nagy epidemiológiai katasztrófa ne fordulhasson elő. Tanulni kell az ebolajárványból – nagyon fontos effektívebbé tenni a nemzetközi válságkezelési fellépést. A gyors reakció tehát elengedhetetlen, hiszen életet nyer, ki időt nyer. Az ebolajárvány a több ezer emberi életen kívül egyéb hosszabb távú következményekkel is jár. Ilyen például az árvaság megnövekedése – óriási az olyan gyerekek száma, akik elvesztették szüleiket, rokonaik viszont félnek őket befogadni az esetleges fertőzés lehetősége miatt. Az érintett gyerekek legtöbbször elutasításra találnak az iskolákban is, ami az oktatásuk teljes megszakadását jelentheti náluk.

A fejlődő országokban pedig mindennél fontosabb az oktatás. A sürgősségi segélynyújtás után sem fordíthatunk hátat. Olyan országokról beszélünk, ahol a lakosság az alapvető higiéniai gyakorlatokban szenved hiányt. A megfelelő vízellátás és szennyvízelvezetés bevezetése nélkül nem lehet megelőzni a vírusos betegségek továbbterjedését. A Marshall-terv segítségével olyan egészségügyi és oktatási rendszer alakulhat ki, ami lehetővé teszi az alapvető szükségletek ellátását. Nem szabad elfeledkezni azokról az intézkedésekről sem, amiket itt, Európában tudunk megvalósítani. Ilyenek lehetnek a kutatások és fejlesztések, hiszen minél több információval rendelkezünk az eboláról és hozzá hasonló vírusos megbetegedésekről, annál közelebb kerülünk az ellenanyagok kifejlesztéséhez.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Since March 2014, Sierra Leone, Liberia and Guinea have been in the grip of the worst ever Ebola crisis. I have voted for this report that will press ahead with its efforts to stop the development of this epidemic.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – This is a very good report criticising the slow response from national governments and the WHO to the Ebola crisis last year and proposing measures to ensure developing countries are equipped to deal with a similar scenario in future. It identifies the structural adjustment programmes imposed on third-world countries, and their resulting debt and reduced investment in public services, as a key contributing factor to the crisis, and calls for increased investment in national and global health systems. It also welcomes the creation of an effective vaccine this year and calls for it to be affordable and accessible to every person in Sierra Leone, Guinea and Liberia.

I therefore voted in favour of this report.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthielt Vorschläge für das künftige Vorgehen gegen die Epidemie, wie auch gegen bestimmte andere, bakterielle Krankheiten. Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da jährlich etwa 700 000 Menschen weltweit aufgrund von Infektionen mit multiresistenten Bakterien sterben. Des Weiteren konnte man vor Ausbruch von Ebola in der betroffenen Region ein 5 %iges Wirtschaftswachstum vorweisen, welches infolge der Krankheit dramatisch einbrach. Neben den furchtbaren persönlichen Schicksalen lässt sich dem Kampf gegen Ebola also auch eine nationalökonomische Sichtweise abgewinnen. In diesem Bereich ist, wie im Bericht formuliert, die Forschung besonders wichtig und für mich daher auch unterstützenswert.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Je soutiens ce rapport qui invite à renforcer les politiques occidentales d'aide d'urgence aux pays faisant face à des situations sanitaires désastreuses. Il s'agit de reconnaître les leçons à retenir et les stratégies d'action à long terme que l'Union européenne doit tirer de la gestion de la crise du virus Ebola ayant particulièrement ravagé le Libéria, la Sierra Leone et la Guinée. Le rapporteur remet en cause les politiques budgétaires, mises en place par le FMI et la Banque mondiale, qui ont endetté ces économies. Aussi, le rapport relève, entre autres, la nécessité d'une action plus concrète et plus rapide en termes de renforcement des systèmes de santé nationaux et des systèmes d'aides internationales pour la sécurité alimentaire et les infrastructures de santé.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Urmars Paet (ALDE), *kirjalikult.* – Toetasin. Oluline on parandada koostööd humanitaarabiorganisatsioonidega, et erinevates kriiskolletes võimalikult hästi reageerida. Tihti on just neil parem ülevaade vastavast riigist ning nad on operatiivsemalt valmis kriisiipiirkonnas toimetama. Samuti tuleb suurendada arenguabi kolmandatele riikidele; ELi kõikide riikide panus on oluline. ELi arenguabi kolmandates riikides peab aga olema sihipärane ja piisava järelevalvega, et tagada ELi arenguabirahade otstarbekas kasutamine.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu.* – Ebolos viruso protrūkis yra didžiausias ir sudėtingiausias istorijoje. Ebolos viruso krizė atskleidė daugumos sveikatos sistemų neveiksmingumą.

Pažymėtina, kad praeityje vykdyti koregavimai ir reformos bei šališka vystymosi politika paskatino sveikatos sistemų neveiksmingumą. Todėl labai svarbu pasimokyti iš šios krizės ir parengti veiksmingas tarptautinių sveikatos krizių valdymo priemonės ir geriau koordinuoti ir sustiprinti sveikatos apsaugos sistemas valstybėse narėse. Be to, reikia savikriatiškai įvertinti pernelyg vėlyvą atsaką į šią krizę, kuris nebuvo ryžtingas ir neatitiko tikrojo krizės masto.

Pritariu pasiūlymui sukurti nuolatinę Europos greitojo reagavimo grupę, kurią būtų galima perkelti per kuo trumpesnį laiką. Ateityje sprendžiant tokius sudėtingus iššūkius negalima daryti klaidų, kadangi pasekmės yra labai skaudžios. Būtina visiškai panaikinti šią ligą.

Margot Parker (EFDD), *in writing.* – The substance of this report is something we could primarily agree on: that long term lessons should be to prevent more crises like the Ebola outbreak from happening again. But UKIP firmly believes that this should not be dealt with by the EU. Instead this should be dealt with by the appropriate NGOs and other international organisations. For this reason we abstained on this vote.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto.* – Partecipo con sentito trasporto alla votazione di questo documento. Personalmente, infatti, dedico molte delle mie energie, in qualità di rappresentante dei cittadini, alle politiche sanitarie poiché credo fermamente nel ruolo determinante dell'UE nel migliorare le condizioni di salute degli europei.

In particolare, come ho recentemente segnalato alla Commissione con una proposta di risoluzione, la crisi epidemica dell'ebola sembra continuare a minacciare l'Europa e qualsiasi azione finalizzata a minimizzare il rischio non solo sul nostro territorio, ma anche in modo mirato nei paesi in via di sviluppo e di origine del virus, è ben accolta e necessaria.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Pozdravljam i podržavam ton i sadržaj rezolucije o krizi uzrokovanoj ebolom. Smatram važnim da se po okončanju svake krize analiziraju uzroci, posljedice i tijek upravljanja krizom kako bi se u sljedećem navratu spremnije suočili s izazovima. Nažalost pouke prethodne epidemije iz 2001. godine očito nisu bile dovoljno shvaćene ozbiljno.

Tijekom posljednje krize, a prema podacima Svjetske zdravstvene organizacije za rujan 2015., oboljelo je oko 28 515 ljudi, a umrlo oko 11 313 ljudi. Pozdravljam kritiku presporog odgovora međunarodne zajednice u prvim mjesecima od pojave krize, međutim, pozdravljam mobilizaciju i zalaganje EU-a i njenih država članica u pomoći obuzdavanja širenja virusa ebola, uključujući preuzimanje većih finansijskih obveza Europske unije i država članica na području humanitarne i razvojne pomoći, logistike i istraživanja kao odgovor na krizu.

Posebno pozdravljam napore znanstvenika na hitnom pronalasku cjepiva ebola koje se pokazalo maksimalno učinkovitim na području Gvineje. Smatram da to cjepivo treba biti dostupno na ugroženim područjima Liberije i Sierra Leonea. Nadalje, uspješnu prevenciju budućih kriza moguće je ostvariti samo organizacijom sustava odgovarajuće zdravstvene skrbi te pozdravljam sve napore koje Europska unija i države članice putem svojih institucija u suradnji s nevladinim sektorom ostvaruju na tom planu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – Le rapport Goerens est relatif à la crise du virus Ebola et vise à tirer les leçons à long terme et les manières de renforcer les systèmes de santé des pays en développement afin de prévenir les crises à l'avenir. Il critique la lenteur de la communauté internationale pour répondre à cette crise et demande à tous les acteurs de tirer les conclusions de la crise et notamment du rôle néfaste du FMI et de la Banque mondiale sur la question. Il rappelle en outre la déficience des systèmes de santé dans les pays en développement. J'ai décidé de voter en faveur de ce texte puisqu'il est relativement consensuel et met bien en avant le rôle délétère du FMI dans ces pays.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Brojne europske i globalne krize koje su se u međuvremenu pojavile stavile su problem ebole u drugi plan kad je u pitanju praćenje javnosti. No, problem još uvijek postoji zbog čega mi je posebno drago da raspravljamo o ovoj temi i izvješću kojeg podržavam.

Budući da je epidemija ebole koja je pogodila zapadnu Afriku najveća i najkompleksnija u povijesti te bolesti, da je gotovo 500 zdravstvenih radnika umrlo od ebole u Gvineji, a točan broj žrtava epidemije je gotovo nemoguće procijeniti, te da su brojni preživjeli predmet stigmatizacije u društvu iz kojeg dolaze, potrebno je da reagiramo.

Pozdravljam stoga da se u sljedeće dvije godine proračun Svjetske zdravstvene organizacije poveća za 10 % da bi dosegao iznos od 4,5 milijarde USD kao i reformu koju je 18. svibnja 2015. najavila direktorica Svjetske zdravstvene organizacije, a posebno izradu novog programa za izvanredne situacije i organizaciju pričuvnog osoblja na svjetskoj razini koje se može poslati na teren u najkraćem roku te stavljanje na raspolaganje novog pričuvnog fonda od 100 milijuna USD za hitne slučajeve.

I Europska unija treba dati svoj doprinos, kako financijski tako i obrazovanjem stručnjaka da se ovakve tragedije u budućnosti pravovremeno zaustave.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Slažem se s izvješćem kolege Charlesa Goerensa o krizi uzrokovanoj ebolom. Epidemija ebole u zapadnoj Africi uputila je na činjenicu da lokalni i nacionalni zdravstveni sustavi u zemljama s niskim prihodima nemaju sredstava za borbu protiv te bolesti, a upravo je epidemija ebole na tom području najveća i najkompleksnija u povijesti te bolesti.

Premda međunarodna zajednica nije bila pripremljena na tu krizu, pozdravlja se razvoj novog cjepiva u rekordnom roku te naglašava nužnost dostupnosti cjepiva svima u Liberiji i Sjevernoj Leoneu. Potrebno je izvući pouke iz te krize te razviti učinkovite metode za borbu protiv zdravstvenih kriza međunarodnih razmjera. Naglasio bih i važnost preventivnih i informativnih kampanja u upravljanju krizom, posebno radi ograničavanja kontaminacije i suzbijanja širenja bolesti.

U tom kontekstu, plan razvojne pomoći EU-a trebao bi obuhvaćati promicanje otpornosti, praćenje zdravstvenog stanja, sustav opskrbe lijekovima, te pomoć oživljavanju gospodarstava pogođenih zemalja. Ulaganja u zdravstveni sektor nužna su za zemlje u razvoju te predstavljaju važan čimbenik u pokretanju gospodarskog razvoja. Da bi se izradili sveobuhvatni zdravstveni sustavi, potrebno je dugoročno planiranje i podupirati uvođenje besplatnog univerzalnog zdravstvenog osiguranja. Podsjeća se na važnost jačanja istraživačkih kapaciteta i pružanja pristupa cjepivima, a dostupnost lijekova ne bi trebala ovisiti o kupovnoj moći pacijenta.

Miroslav Poche (S&D), *pisemne.* – Vítám, že Evropský parlament dnes schválil legislativu ve prospěch další podpory států zasažených humanitární krizí způsobenou historicky nejhorší epidemií viru Ebola. Jde především o Sierra Leone, Libérii a Guineu. Další pomoc by měla být zaměřena vedle samotného boje s nemocí především na posílení zdravotnických a vzdělávacích systémů v postižených zemích. Evropská unie od propuknutí krize investovala do potírání Eboly už 1,2 miliardy EUR. Jak se ale ukázalo, konkrétní kroky přišly příliš pozdě. Epidemie si vybrala a vybírá obrovskou daň nejen na pacientech, ale i na jejich rodinách. I proto je potřeba se z vývoje co nejvíce poučit a přijmout konkrétní opatření do budoucna, jak by se v podobných situacích měla EU zachovat. Nyní je nutno zaměřit se na dostatečnou podporu výzkumu a prevence Eboly i jiných podobně nebezpečných onemocnění.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – I tre paesi maggiormente colpiti dal virus Ebola – Sierra Leone, Liberia e Guinea – si classificano agli ultimi posti in base all'indice di sviluppo umano dell'UNDP (*United Nations Development Programme*). Per questo motivo l'Unione europea dovrebbe impegnarsi maggiormente sia sul piano dell'aiuto allo sviluppo, includendo gli investimenti da realizzare in campo sanitario, sia sul piano dell'indispensabile aiuto alla ripresa economica.

A distanza di quasi due anni dall'inizio dell'epidemia, che dal marzo 2014 ha provocato più di 11 000 vittime, reputo indispensabile trarre gli insegnamenti necessari in merito alla gestione di questa crisi. Questa triste esperienza servirà in futuro per migliorare le risposte di quei settori impegnati a far fronte a simili emergenze sanitarie.

Per questo motivo ho deciso di sostenere questa relazione, attraverso il mio voto favorevole, perché ritengo ci sia ancora tanto da fare per aiutare i paesi interessati a contenere e debellare l'epidemia di Ebola.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdawca krytykuje reakcję społeczności międzynarodowej w pierwszych miesiącach kryzysu i podkreśla znaczenie szybkiego reagowania oraz rolę UE jako głównego dostawcy pomocy rozwojowej na świecie. Społeczność międzynarodowa już dziś powinna zacząć myśleć o okresie, który nadejdzie po zażegnaniu epidemii. Reakcja UE będzie musiała skupić się na dwóch obszarach pomocy rozwojowej obejmującej inwestycje w dziedzinie opieki zdrowotnej, jak i pomoc niezbędną do odbudowy gospodarczej krajów, które padły ofiarą epidemii gorączki Ebola (Sierra Leone, Liberia, Gwinea). W związku z powyższym poparłem sprawozdanie.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Stává se občas, že zde hlasujeme o usneseních, u nichž si člověk říká, že nejsou úplně nutná. Zcela opačným případem je ovšem otázka posouzení toho, jak se světu povedlo zvládnout či naopak nezvládnout krizi vyvolanou virem Ebola. Svět se musí poučit, protože bohužel platí, že tato epidemie nebyla poslední a podobným výzvám budeme čelit i v budoucnu. I z tohoto důvodu jsem usnesení podpořil.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Depuis mars 2014, trois pays d'Afrique, la Sierra Leone, le Liberia et la Guinée, ont violemment été touchés par le virus Ebola. L'épidémie est toujours virulente malgré les actions européennes et internationales mises en place pour aider ces pays et leurs populations.

Dans ce contexte, le Parlement européen a souhaité rappeler le rôle crucial de l'Union, premier acteur de développement au niveau mondial, dans la gestion de cette crise et aidé au mieux ces pays et les régions environnantes. Si l'Union peut aider pour gérer la crise, son rôle est aussi de limiter en amont les facteurs propices au développement du virus. En analysant au mieux le rôle de l'Union avant et pendant la crise Ebola, l'Union pourra mieux définir son rôle futur en matière d'aide au développement dans cette région.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The substance of this report is something we could primarily agree on: that long term lessons should be to prevent more crises like the Ebola outbreak from happening again. But UKIP firmly believes that this should not be dealt with by the EU. Instead this should be dealt with by the appropriate NGOs and other international organisations. For this reason we abstained on this vote.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La crisis del ébola afecta principalmente a países que viven en una situación de extrema pobreza y vulnerabilidad, con sistemas sanitarios casi inexistentes. La Unión Europea, como líder mundial en desarrollo, tiene la responsabilidad y el deber de promover el derecho a la asistencia sanitaria universal. Los pilares fundamentales de esta cooperación se basan en asegurar el apoyo financiero de la OMS, fomentar una financiación eficaz y justa en I+D y que estos costes se disocien del precio final de los medicamentos, reforzar los sistemas de salud nacionales y facilitar el acceso universal a la salud y a los medicamentos, así como apoyar la creación de un centro regional de investigación sobre enfermedades infecciosas en África occidental.

Debemos subrayar la vital importancia para los países más afectados por esta crisis —Sierra Leona, Liberia y Guinea— de recibir ayuda con el fin de poner en marcha sus economías. Finalmente, este informe hace un llamamiento para atajar la falta de financiación para la acción humanitaria, especialmente en las inversiones en el sector sanitario, y fomentar así la capacidad de recuperación de los países afectados.

Por todo ello, he apoyado este informe.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Depuis mars 2014, la Sierra Leone, le Liberia et la Guinée sont victimes de la plus forte épidémie d'Ebola jamais connue. L'ampleur et la complexité de l'actuelle épidémie ont constitué un véritable défi pour ces trois États dont les lacunes en matière de santé et d'éducation sont structurelles. Cependant, l'épidémie a également été un vrai test pour la communauté internationale. Ce rapport estime donc notamment que la réponse à long terme de l'UE au-delà de l'aide d'urgence devra se situer d'abord sur le plan de l'aide au développement, qui devra inclure des investissements dans le domaine de la santé destinés à promouvoir la résilience, en particulier dans l'organisation et la gestion des systèmes de santé. Le texte adopté demande en outre la mise en place d'une équipe européenne d'action rapide permanente comprenant des experts, des équipes de soutien en laboratoire, des épidémiologistes et une infrastructure logistique, y compris des laboratoires mobiles, qui puisse être déployée dans les plus brefs délais. J'ai bien entendu soutenu toutes ces mesures.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A crise do Ébola demonstrou que, apesar de alguns atrasos iniciais na resposta internacional, houve uma reação enérgica por parte da União Europeia e dos Estados-Membros no combate à propagação do vírus, bem como um forte empenho nos domínios da ajuda humanitária e da ajuda ao desenvolvimento.

Na verdade, esta grave crise acabou por ser um verdadeiro teste para a comunidade internacional, já que o Ébola provou ser uma epidemia sistémica capaz de assumir uma dimensão transnacional.

Por essa razão, o(s) plano(s) de contingência requereu/requereram uma cooperação internacional consistente e responsável, congregadora de esforços nas áreas da investigação, inovação e gestão de crises, mas também investimentos de longo prazo para o reforço dos sistemas de saúde e da governança – principalmente em termos de saúde pública, nos países em desenvolvimento.

Subscrevo, por isso, a necessidade urgente de estes países investirem no sector da saúde, dotando-o de especialistas nas diversas áreas, bem como de instalações de logística, que possam garantir cuidados médicos de qualidade e, paralelamente, a importância de rever a programação do 11.º Fundo Europeu de Desenvolvimento, com vista a garantir que os investimentos em saúde e boa governança se tornem áreas prioritárias para todos os países com infraestruturas públicas consideradas frágeis.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui appelle à la création d'un mécanisme permanent d'intervention rapide.

Ce texte tire les leçons de la gestion de la crise du virus Ebola et amène une réflexion sur le long terme pour une assistance aux pays touchés par les crises sanitaires. Il est primordial de mettre en place un tel mécanisme afin de remédier à la lenteur de la réaction internationale et de répondre de façon immédiate aux crises sanitaires similaires à l'épidémie d'Ebola.

Ce rapport insiste également sur la facilitation de l'accès aux vaccins et sur la mise en place de points de contrôle dans les pays en développement afin de surveiller l'émergence de maladies infectieuses. Ce mécanisme constitue une réelle avancée pour la prévention de développement des pandémies, c'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce texte.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – L'epidemia causata dal virus dell'Ebola in Sierra Leone, Liberia e Guinea ha ucciso più di 11 000 persone e ha evidenziato in questi paesi forti lacune strutturali a livello sanitario. È compito dell'Unione europea aiutare questi Stati africani a sviluppare un sistema sanitario pubblico in grado di garantire il diritto all'assistenza sanitaria ad ogni persona che necessita di cure. Esprimendo solidarietà nei confronti delle persone che hanno contratto il virus dell'Ebola e auspicando di trovare misure adeguate a livello sanitario per debellare questa epidemia, esprimo il mio voto a favore della relazione.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore perché la relazione esorta la Commissione ad aiutare i paesi colpiti dall'Ebola a sviluppare i propri sistemi sanitari pubblici affinché siano in grado di rispondere alle esigenze sanitarie di base e di dotarsi delle infrastrutture necessarie per garantire che tutti i loro cittadini abbiano accesso alla sanità pubblica.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del informe pues recoge elementos fundamentales para entender la epidemia del ébola de los años 2014 y 2015, que ha dejado cerca de 12 000 muertes en todo el mundo. El informe, por ejemplo, subraya la importancia de sistemas de salud públicos robustos para hacer frente a este tipo de epidemias, denuncia la austeridad en Sanidad que siguieron los países de África por mandato de los programas de ajuste del Banco Mundial y el Fondo Monetario Internacional en los años 80 y 90 y hace un llamamiento para explorar alternativas al actual modelo de investigación y desarrollo de medicamentos para hacer que supere la lógica de la búsqueda del beneficio y responda a las exigencias de la salud global como derecho humano fundamental.

Dienstag, 27. Oktober 2015

György Schöpflin (PPE), *írásban*. – 2014 márciusában Sierra Leone, Libéria és Guinea területén kitört az eddigi legnagyobb ebolaválság. Ez a jelentés a válság alatt szerzett tapasztalatokra épül. Az ebolaválság nagy kihívást jelentett a fent említett három ország számára, hiszen az egészségügyi és oktatási rendszerük hiányosságaiból adódóan nem voltak felkészülve a helyzet kezelésére. Mindez óriási megmérettetést jelentett a nemzetközi közösség és azon európaiak számára, amelyek részt vettek a válság kezelésében.

A jelentés szerint nincs szükség további vészhelyzeti segítségre, azonban az EU-nak a jövőben az egészségügyi rendszerek szervezetének és rugalmasságának javítására kell törekednie. Le kell fektetni egy olyan állandó európai rendszernek a feltételeit, amely gyors reagáláshoz a megfelelő tárgyi és személyi eszközökkel rendelkezik.

A jelentés felhívja a figyelmet arra, hogy az egészségügyi befektetések elősegítik a gazdasági fejlődést, ezzel fontos tényezővé válva a szegénység felszámolásában. A jelentés kéri a tagállamokat, hogy járuljanak hozzá az az UHC (Általános Egészségügyi Alap) megalapításához, és támogassák a Marshall Tervet, amely erőteljes lendületet adhat a rászoruló országok fejlődésének. A jelentés emellett bízik abban, hogy az Európai Fejlesztési Alap a törekény infrastruktúrájú országok egészségügyi rendszerét is támogatja a befektetéseivel. A fenti célokkal egyetértve, a néppárti vonalat követve, szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución sobre el impacto del ébola en los países empobrecidos ya que nos parece que introduce una serie de elementos que permiten situar la causa de la problemática y la manera de evitar que en el futuro se produzcan este tipo de tragedias. En primer lugar, valora positivamente el trabajo de las organizaciones no gubernamentales y negativamente la respuesta de los Gobiernos e instituciones internacionales. En segundo lugar, se reconoce el efecto de los planes de ajuste del Fondo Monetario Internacional y las deudas ilegítimas a los países del sur sobre sus sistemas de salud. También se condena el monopolio de las grandes empresas farmacéuticas sobre las patentes que impiden un acceso universal a las medicinas y la importancia del acceso universal a la sanidad, llamando a un nuevo modelo de investigación y desarrollo basado en principios de igualdad y solidaridad. Por todo esto, hemos apoyado una Resolución que incluye el derecho a la sanidad pública y la necesidad de un comercio justo que ponga el acceso a los medicamentos al alcance de todos.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – L'epidemia d'Ebola che affligge dal 2014 la Sierra Leone, la Liberia e la Guinea ha messo drammaticamente in evidenza le gravi carenze strutturali in materia di sanità di questi tre Stati e ha ricordato la necessità di intensificare l'impegno finanziario internazionale nel settore degli aiuti umanitari e allo sviluppo. Ho votato a favore, in quanto la relazione approvata oggi ha il merito di richiamare l'attenzione sulle sfide del periodo post-Ebola e sull'importanza di fornire un adeguato sostegno alle economie dei paesi colpiti dalla crisi.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report as I do not wish to see the EU getting involved in issues that do not concern it. However I welcome national government efforts to prevent this type of disease outbreak in the future.

Pedro Silva Pereira (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório sobre a crise do Ébola, porque o Parlamento Europeu faz recomendações muito importantes com o objetivo de reforçar os sistemas de saúde nos países em desenvolvimento e evitar futuras epidemias (Ébola e outras doenças).

O relatório recorda que o atual surto na África Ocidental revela as graves lacunas existentes em muitos países em todos os serviços essenciais e apela a que se retirem os devidos ensinamentos desta crise.

O relatório recomenda e insiste nos seguintes pontos: o reforço da ajuda da UE aos países em desenvolvimento no domínio da saúde e noutros setores sociais de base (educação e formação, saneamento, segurança alimentar e água potável); a assistência da UE à retoma económica dos três países mais afetados pelo Ébola (Serra Leoa, Libéria e Guiné); a criação de uma equipa europeia permanente de ação rápida; por último, a criação de uma rede de pontos de monitorização nos países em desenvolvimento para detetar, o mais cedo possível, novos casos de doenças infecciosas que possam tornar-se pandémicas.

O relatório é um contributo importante para as futuras respostas da União em termos de prevenção e gestão de crises sanitárias e, por isso, mereceu o meu voto favorável.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The Ebola crisis has highlighted both the structural problems that we still find in a number of countries and served as a reminder to EU leaders of the need for them to stay true to their goal of allocating at least 20% of official assistance on the development of basic social services, giving healthcare priority. I and other Labour MEPs are fully behind the call for Universal Health Coverage, which is achievable as part of the new Sustainable Development Goals adopted by world leaders in New York in September.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – súčasná epidémia Eboly už zabila viac ľudí, ako všetky ostatné v histórii a predpokladám, že zasiahnuté krajiny sa z nej budú spamätávať ešte dlho po tom, čo odznie. Vychádzajúc z čísiel, ktoré uvádza správa, nákaza postihla viac ako 20 000 ľudí najmä z Guinei, Sierra Leone a Libérie a z Afriky sa už rozšírila aj na ďalšie dva kontinenty, kde boli zaznamenané ojedinelé prípady. Aj keď sa v rámci boja proti epidémii Eboly dosiahol určitý pokrok a na potlačenie nákazy sa z úrovne EÚ vynaložilo nemalé úsilie, mám taký pocit, že v tejto oblasti sa dalo urobiť omnoho viac. Podporila som uznesenie, lebo verím, že opatrenia s ktorými prichádza správa môžu pomôcť vyriešiť zásadné nedostatky a zlepšiť dôslednejšie riadenie a koordináciu v oblasti boja proti šíreniu vírusu Ebola. S potešením som prijala aj informáciu, že v rekordnom čase sa podarilo vyvinúť novú očkovaciu látku, ktorá sa ukázala ako účinná na 100 %. Napriek tomu očakávam, že členské štáty, Komisia a medzinárodné spoločenstvo sa budú aktívnejšie zaoberať lekársym výskumom a výrobou účinných liekov a očkovacích látok proti vírusu Eboly a iným objavujúcim sa chorobám.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Liberija, Sierra Leone in Gvineja so na zadnjih mestih po indeksu človekovega razvoja, prav tako pa so bile na prvih mestih na svetu po stopnjah predčasne umrljivosti odraslih in otrok do petega leta starosti, pretežno zaradi obolenj, ki jih je sicer mogoče zdraviti.

Leta 2014 je te države zajel virus ebola katastrofalnih razsežnosti. Temu je dodatno botrovala še vsesplošna zmeda in razširjeno nerazumevanje vzrokov in posledic bolezni virusa ebola. Gre za največji in najkompleksnejši izbruh v zgodovini te bolezni, pri kateri je bil v prvih mesecih izbruha mednarodni odziv izjemno počasen.

Izbruh ebola je pokazal, da lokalni in nacionalni zdravstveni sistemi v državah z nizkimi dohodki nimajo dovolj sredstev in niso dovolj vzdržljivi, da bi se lahko odzvali na izbruh nalezljive bolezni, kot je ebola. Krepitev globalnih zdravstvenih sistemov je postal sestavni del globalnega upravljanja na področju zdravja.

Menim, da bi morale vse zainteresirane strani, zlasti vlade držav v razvoju, evropske institucije in mednarodne organizacije iz te krize potegniti ustrezne nauke in razviti učinkovita sredstva za obvladovanje mednarodnih zdravstvenih kriz.

Strinjam se, da so naložbe v zdravstveni sektor pomembno gonilo gospodarskega razvoja in prispevajo k zmanjšanju revščine v državah v razvoju, zaradi česar sem glasoval za sprejetje poročila.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. Investment in basic healthcare is essential if development is to be ensured. This has been exposed dramatically in West Africa by the Ebola crisis. There must be investment in order to allow these countries to expand and develop their own healthcare systems. I, along with the other Labour MEPs, am fully behind the call for Universal Health Coverage: the framework has been set and now we need action in order to achieve the right to health for all.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Od ožujka 2014. godine Sierra Leone, Liberija i Gvineja suočavaju se s najgorom krizom ebola ikad. Ovo izvješće nadovezuje se na iskustva stečena tijekom te krize.

Raspon i kompleksnost trenutne epidemije ebola predstavljaju pravi izazov za tri spomenute zemlje čiji su zdravstveni i obrazovni sustavi prepuni strukturnih nedostataka. Kriza ebola pokazala se sistemskim problemom na lokalnoj, regionalnoj i nacionalnoj razini. Nadalje, ona također predstavlja test za međunarodnu zajednicu i za sve one koji su uključeni u europske napore istraživanja, inovacije i upravljanja tijekom krize, kao i napore jačanja zdravstvenih sustava te vlasti u zemljama u razvoju.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ovo izvješće podržavam jer vjerujem kako će nam pomoći u borbi s ovim i sličnim krizama te smatram kako je vrijednost informacija dobivenih iskustvom s ovom epidemijom neprocjenjiva za borbu sa sličnim situacijama u budućnosti.

Richard Sulík (ECR), *pisomne* – vzhľadom na to, že epidémie ako ebola sú prakticky nevyhnutne problémom, ktorý presahuje hranice jednotlivých krajín EÚ, podporujem spoločný postup pri prevencii a zabránení šírenia podobných ochorení na úrovni Európskej únie.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o krizi zaradi ebole: dolgoročne izkušnje. Kot poročilo pravilno ugotavlja, je izbruh ebole v zahodni Afriki pokazal, da se države z nizkimi dohodki zelo težko spopadajo z izbruhom takih bolezni, kot je ebola. Podpiram poziv k širšemu dostopu ter k cenovni ugodnosti cepiva, ki se je izkazalo za 100-odstotno učinkovito v boju proti eboli. Ključno pri vsem tem je, da vsi iz te krize potegnemo ustrezne zaključke, da se bomo v prihodnje znali učinkoviteje spopasti s podobnimi zdravstvenimi krizami.

Pavel Svoboda (PPE), *pisemně*. – Podpořil jsem dnešní zprávu Evropského parlamentu o krizi v souvislosti s virem Ebola. Domnívám se, že její podtitul „poučení do budoucna a jak zlepšit systémy zdravotní péče v rozvojových zemích s cílem předejít budoucím krizím“ dobře shrnuje záměr Evropského parlamentu vyhodnotit tuto zkušenost a zaměřit úsilí v rámci rozvojové pomoci na pomoc se stabilizací křehkého zdravotnického systému nejen epidemií dotčených afrických zemí. Toto úsilí o zvýšenou pomoc zdravotnickému sektoru musí být doprovázeno bojem proti chudobě a podporou efektivní a nezkorumpované státní správy. Jde o záchranu životů, ale jde také o minimalizaci komplikací, které jakákoli podobná epidemie vyvolá i v členských státech v oblasti cestovního ruchu, dopravy obecně, při mobilizaci institucí veřejného zdraví a bezpečnosti apod. Nejde tedy jen o podmínky v místech vzniku epidemie a odstraňování příčin, ale také o připravenost kompetentních orgánů jednotlivých členských států a jejich dostatečnou koordinaci v rámci EU v případě propuknutí epidemie.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Οι περισσότερες προσαρμογές και ρυθμίσεις και γενικότερα πολιτικές οι οποίες εφαρμόστηκαν στο παρελθόν από την Ευρωπαϊκή Ένωση είχαν σαν αποτέλεσμα τη συμβολή σε αναποτελεσματικά συστήματα υγείας καθώς επίσης και σε μη ορθή διαχείριση χρηματικών πόρων, μιας και κατέληγαν σε αναξιόπιστες ΜΚΟ, με αποτέλεσμα την άσκοπη σπατάλη πόρων οι οποίοι εάν είχαν διατεθεί σωστά και με ορθό τρόπο θα οδηγούσαν σε απτά αποτελέσματα για την καταπολέμηση ασθενειών όπως ο Έμπολα. Αυτό που είναι αναγκαίο να γίνει για τη σωστή αντιμετώπιση ασθενειών όπως ο Έμπολα είναι ο καλύτερος συντονισμός και η ενίσχυση των συστημάτων υγείας των κρατών μελών.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Od momentu wybuchu epidemii w zeszłym roku wirus Ebola zebrał śmiertelne żniwo w postaci ponad 11 tys. istnień ludzkich, głównie w Sierra Leone, Liberii i Gwinei. Dlatego tak ważna jest profilaktyka, czyli zapobieganie podobnym epidemiom – i to na całym świecie, a nie tylko w Afryce. Sprawozdanie PE we właściwy sposób zarysowuje wnioski na przyszłość i działanie, jakie UE powinna podjąć zarówno w ramach własnego kontynentu, jak i w swoich relacjach z krajami, w których epidemia miała miejsce.

Warto również pamiętać o tym, iż tragedia krajów dotkniętych epidemią nie kończy się na tysiącach ofiar śmiertelnych. Wirus Ebola doprowadził do wyniszczenia i zahamowania procesów rozwoju społeczno-gospodarczego Sierra Leone, Liberii i Gwinei. Według ostatnich szacunków epidemia kosztowała gospodarki tylko zachodniej Afryki ponad 2,2 mld dolarów. Potrzebne jest zatem wielokierunkowe wsparcie dla tych państw.

Charles Tannock (ECR), *in writing*. – This is a much welcomed own initiative report concerning the lessons that can be learned from this particular outbreak and how we can prevent disease spread and further loss of life in any future outbreaks. 11 314 people died from the 2014 Ebola outbreak. In total over 15 000 cases were confirmed, three of which were within the EU itself as the UK, Spain and Italy each registered a case. I am pleased to note that, at least in these three cases, there were no fatalities.

Dienstag, 27. Oktober 2015

As a former medical doctor, I welcome the call for the establishment of a permanent European rapid response capability, comprising experts and laboratory support staff, epidemiologists and logistic facilities. This is an area where expertise and best practice can be best achieved by working together across the EU, in cases where we are fighting mutual threats. The reports highlighting the need to politically and economically support Sierra Leone, Liberia and Guinea is also to be welcomed. These three countries have been most affected by the outbreak and rebuilding their economies is vital.

Claudia Tapardel (S&D), in writing. – It is estimated that the latest Ebola outbreak claimed the lives of at least 11 312 people and infected over 28 457 persons. Liberia, Sierra Leone and Guinea suffered the most from the crisis. But that, unfortunately, is not surprising. These three countries are at the bottom of the UNDP human development index. Moreover, they are home to some of the worst-funded education and healthcare systems in the world, making the scale of the Ebola epidemic a real challenge.

The current report highlights the role of the EU, as a world leader on development, when it comes to promoting the right to universal healthcare. It emphasizes the EU's leading role in providing development aid to these countries, in order to help revive their economy and support the development of basic social services - with healthcare as a priority.

Although Ebola faded from the news headlines a long while ago, this current report, which I voted in favour of, highlights the structural problems that are still found in a number of countries and the responsibilities that still need to be fulfilled in the post-Ebola period.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Depuis mars 2014, la Sierra Leone, le Liberia et la Guinée sont victimes de la plus forte épidémie d'Ebola que l'humanité ait jamais connue. La perméabilité des frontières a favorisé le passage du virus d'un pays à l'autre. Les trois pays en question se retrouvent parmi les derniers dans le classement du PNUD pour ce qui est de l'indice du développement humain. Leur espérance de vie moyenne est soit égale soit inférieure à 60 ans, la scolarité y excède rarement trois ans et environ 80 % de leurs citoyens vivent dans l'extrême pauvreté.

Par cette résolution, nous avons voulu rappeler que l'actuelle crise d'Ebola est à la fois un révélateur des lacunes structurelles qui subsistent dans nombre de pays et un rappel aux responsables de l'Union européenne afin qu'ils persévèrent dans leur volonté de consacrer au moins 20 % de leur aide publique au développement des secteurs sociaux de base, dont prioritairement la santé.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – I supported adoption of this report that follows up on the Ebola crisis that broke out in Sierra Leone, Liberia and Guinea in March 2014. The report argues that health and education systems of these countries suffer from structural shortcomings and the Ebola crisis is therefore systemic. Regarding the long-term response, the report recommends that the EU should focus first on development assistance, which would need to include investment in the health sector to promote resilience, particularly as regards the organisation and management of health systems, health monitoring and information, medicine supply systems, domestic governance and state-building.

Patrizia Toia (S&D), per iscritto. – La crisi dell'Ebola è stata una delle più grandi catastrofi degli ultimi anni. Sotto gli occhi di tutti vi sono state l'inadeguatezza e la lentezza della risposta internazionale nei primi mesi della crisi. Occorre valutare con attenzione quanto fatto e analizzare ogni singolo aspetto delle attività promosse. Il collega Goerens ha valutato con attenzione l'operato della Commissione e degli attori internazionali, per questo accolgo con favore la sua relazione, ma vorrei ugualmente rimarcare la necessità di promuovere risposte mediche e di sostegno sociale adatte alle esigenze specifiche e differenziate di donne, uomini e famiglie.

L'indebolimento dei sistemi sanitari dovuto all'epidemia ha amplificato la mortalità materna e ridotto le cure prenatali e neonatali. I divari di genere nell'istruzione, già elevati, si sono acuiti a causa delle chiusure delle scuole.

Servono iniziative di sensibilizzazione riguardo alla malattia e di confronto sulla prevenzione e la sconfitta della stessa. I programmi di prevenzione devono essere innanzitutto rivolti alle donne che, per il ruolo che ricoprono nei paesi colpiti, sono state l'avanguardia della lotta all'Ebola. Occorre inoltre creare meccanismi di protezione sociale rivolti alle donne nonché un programma rivolto ai numerosi orfani dell'Ebola.

Dienstag, 27. Oktober 2015

László Tőkés (PPE), írásban. – 2014 márciusában Sierra Leone, Libéria és Guinea területén kitört az eddigi legnagyobb ebolaválság. Ez a jelentés a válság alatt szerzett tapasztalatokra épül. Az ebolaválság nagy kihívást jelentett az említett három ország számára, hiszen az egészségügyi és oktatási rendszerük hiányosságaiból adódóan nem voltak felkészülve a helyzet kezelésére. Mindez óriási megmérettetést jelentett a nemzetközi közösség és azon európaiak számára, amelyek részt vettek a válság kezelésében.

A jelentés szerint nincs szükség további vészhelyzeti segítségre, azonban az EU-nak a jövőben az egészségügyi rendszerek szervezetének és rugalmasságának javítására kell törekednie. Le kell fektetni egy olyan állandó európai rendszernek a feltételeit, amely gyors reagáláshoz a megfelelő tárgyi és személyi eszközökkel rendelkezik.

A jelentés felhívja a figyelmet arra, hogy az egészségügyi befektetések elősegítik a gazdasági fejlődést, ezzel fontos tényezővé válva a szegénység felszámolásában. A jelentés kéri a tagállamokat, hogy járuljanak hozzá az az UHC (Általános Egészségügyi Alap) megalapításához, és támogassák a Marshall Tervet, amely erőteljes lendületet adhat a rászoruló országok fejlődésének. A jelentés emellett bízik abban, hogy az Európai Fejlesztési Alap a törekény infrastruktúrájú országok egészségügyi rendszerét is támogatja a befektetéseivel. A néppárti vonalat követve, a fenti célokkal egyetértve szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Poročilo o krizi zaradi ebrole: dolgočno izkušnje in načini krepitve zdravstvenih sistemov v državah v razvoju, da bi preprečili prihodnje krize, sem podprla, ker menim, da je prav, da pomagamo trem revnim državam, Sierra Leone, Liberiji in Gvineji, za katere je jasno, da težav ne bodo mogle prebroditi same.

Te države imajo veliko pomanjkljivosti na področju zdravstva in izobraževanja in EU se mora v boju proti eboli odzvati na izzive, s katerimi se te tri države srečujejo vsakodnevno.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor del informe pues recoge elementos fundamentales para entender la epidemia del ébola de los años 2014 y 2015, que ha dejado cerca de 12 000 muertes en todo el mundo. El informe, por ejemplo, subraya la importancia de sistemas de salud públicos robustos para hacer frente a este tipo de epidemias, denuncia la austeridad en Sanidad que siguieron los países de África por mandato de los programas de ajuste del Banco Mundial y el Fondo Monetario Internacional en los años 80 y 90 y hace un llamamiento para explorar alternativas al actual modelo de investigación y desarrollo de medicamentos para hacer que supere la lógica de la búsqueda del beneficio y responda a las exigencias de la salud global como derecho humano fundamental.

Mihai Țurcanu (PPE), în scris. – În 2014, Africa de Vest a cunoscut cea mai mare epidemie din istoria bolii Ebola afectând peste 20 000 de persoane în special în Guinea, Liberia și Sierra Leone, răspândindu-se apoi și pe alte continente, unde s-au înregistrat cazuri izolate. Această criză a virusului Ebola a evidențiat tocmai deficiențele sistemelor de sănătate, în special în aceste țări, care nu dispun de resurse suficiente pentru a avea un sistem de sănătate solid și eficient. Mai mult, această criză a condus la creșterea instabilității politice și la apariția unor tensiuni sociale și economice în țările afectate.

Eforturile UE și ale celorlalți actori internaționali implicați în această criză au condus la progrese la nivel european și internațional, însă nu au fost suficiente pentru eradicarea definitivă a epidemiei Ebola. În acest sens, este nevoie de dezvoltarea unei strategii europene cu scopul de a ameliora coordonarea și colaborarea între statele UE în lupta împotriva acestei epidemii, de a crește gradul de protecție la nivel european, dar și de a sprijini țările în curs de dezvoltare în eforturile lor de creare a unor sisteme de sănătate performante.

Prin urmare am votat în favoarea Raportului Goerens referitor la criza Ebola și la lecțiile pe termen lung.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – 2014 márciusa óta Sierra Leonét, Libériát és Guineát a világtörténelem eddigi legsúlyosabb ebolajárványa sújtja. A határok átjárhatósága miatt a vírus könnyebben terjedhetett át az egyik országból a másikba. A három szóban forgó ország a humán fejlettségi mutató tekintetében az utolsók között szerepel az UNDP-listán. A lakosok átlagos várható élettartama legfeljebb 60 év, az iskoláztatás ritkán haladja meg a három évet, és a polgárok mintegy 80%-a mélyszegénységben él.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Az Európai Unió és a válságba került terület közötti partnerségek csak akkor lehetnek hatékonyak, ha Libéria, Guinea és Sierra Leone a lehető legrövidebb időn belül képessé válnak arra, hogy a saját kezükbe vegyék fejlődésük ügyét. Az ebolaválság által támasztott számos kihívás miatt a jövőben felül kell vizsgálni az Európai Fejlesztési Alap (EFA) e három országra vonatkozó programozását. Emellett már most jelezni kell, hogy a többéves pénzügyi keret féléves felülvizsgálata során az Európai Unió humanitárius fellépéseivel kapcsolatban többé nem hagyható figyelmen kívül a strukturális alulfinanszírozottság kockázata. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del informe pues recoge elementos fundamentales para entender la epidemia del ébola de los años 2014 y 2015, que ha dejado cerca de 12 000 muertes en todo el mundo. El informe, por ejemplo, subraya la importancia de sistemas de salud públicos robustos para hacer frente a este tipo de epidemias, denuncia la austeridad en Sanidad que siguieron los países de África por mandato de los programas de ajuste del Banco Mundial y el Fondo Monetario Internacional en los años 80 y 90 y hace un llamamiento para explorar alternativas al actual modelo de investigación y desarrollo de medicamentos para hacer que supere la lógica de la búsqueda del beneficio y responda a las exigencias de la salud global como derecho humano fundamental.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because the EU has a special responsibility when it comes to promoting the right to universal healthcare. The Ebola epidemic which affected West Africa is the largest and most complex outbreak in the history of the disease. Sierra Leone, Liberia and Guinea have been in the grip of the worst ever Ebola crisis. Diseases do not stop at borders, and so the Ebola virus spread very quickly from one country to another.

The text addresses Member States, the Commission, researchers, global organisations and institutions, humanitarian aid workers and medical staff on the ground and all relevant committees, acknowledging the achievements but at the same time emphasising that much more needs to be done in order to prevent future disasters.

The EU should step up its efforts, so that others can follow its example. The EU's voice must be heard, particularly this year, the year of development, under the slogan 'Our world, our dignity, our future'.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un informe que se nutre de las lecciones aprendidas sobre la crisis del ébola que aconteció en Sierra Leona, Liberia y Guinea. El informe solicita el establecimiento de un mecanismo de respuesta europea rápido que incluya expertos en el área que puedan ser desplegados rápidamente. Asimismo resalta la importancia de invertir en el sector de la salud para el desarrollo económico y la reducción de la pobreza en países en desarrollo y pide la revisión del Fondo Europeo de Desarrollo para que las inversiones en salud y buena gobernanza se conviertan en áreas prioritarias para todos los países con una infraestructura pública frágil. Hablamos, por lo tanto, de un informe positivo por lo que opino que es necesario votar a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución sobre el impacto del ébola en los países empobrecidos ya que nos parece que introduce una serie de elementos que permiten situar la causa de la problemática y la manera de evitar que en el futuro se produzcan este tipo de tragedias. En primer lugar, valora positivamente el trabajo de las organizaciones no gubernamentales y negativamente la respuesta de los Gobiernos e instituciones internacionales. En segundo lugar, se reconoce el efecto de los planes de ajuste del Fondo Monetario Internacional y las deudas ilegítimas a los países del sur sobre sus sistemas de salud. También se condena el monopolio de las grandes empresas farmacéuticas sobre las patentes que impiden un acceso universal a las medicinas y la importancia del acceso universal a la sanidad, llamando a un nuevo modelo de investigación y desarrollo basado en principios de igualdad y solidaridad. Por todo esto, hemos apoyado una Resolución que incluye el derecho a la sanidad pública y la necesidad de un comercio justo que ponga el acceso a los medicamentos al alcance de todos.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Temos de reconhecer que os programas do FMI e do Banco Mundial arrasaram a frágil infraestrutura de saúde nestes países, arrasaram serviços públicos de saúde, e não só, criando uma situação de incapacidade para fazer frente à progressão da epidemia.

Dienstag, 27. Oktober 2015

É, portanto, fundamental inverter este processo e apoiar a construção de sistemas públicos de saúde, universais e gratuitos; a formação de pessoal de saúde especializado. Temos de combater a hegemonia das farmacêuticas no desenvolvimento de novos fármacos, a ditadura das patentes; apoiar o desenvolvimento de serviços públicos essenciais, como no domínio da água e do saneamento; anular a dívida externa destes países.

Saudamos, contudo, e agradecemos toda a ajuda internacional, que continua a ser necessária, e vale a pena aqui lembrar o gigante exemplo de um pequeno país – Cuba – que, sozinho, enviou mais médicos e enfermeiros para os países afetados que o conjunto de todos os demais países ocidentais.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Berichterstatter führt an, dass die betroffenen Länder (Liberia, Sierra Leone und Guinea) vor Ausbruch von Ebola ein Wirtschaftswachstum von 5 % hätten vorweisen können, mittlerweile jedoch in einer Rezession ausharren. Damit diese Länder wieder wachsen können und in weiterer Folge eigene Forschungseinrichtungen aufbauen können, ist dieser Bericht zu unterstützen.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Dal 2014 la Sierra Leone, la Liberia e la Guinea sono state vittime della più grande epidemia di ebola della storia dell'umanità. La vulnerabilità di questi paesi e la permeabilità delle frontiere hanno facilitato la propagazione del virus, con conseguenti effetti drammatici.

La risposta della comunità internazionale è stata lenta e tardiva, ma efficace.

L'UE, attraverso la nomina di un commissario per gli aiuti umanitari, ha inviato un segnale forte e rafforzato il suo ruolo di primaria importanza strategica nella gestione delle situazioni di crisi. Il ruolo delle istituzioni europee nel soffocare l'epidemia è stato fondamentale e decisivo, tuttavia non si può prescindere da una seria analisi di quanto accaduto.

Importante per tale analisi è il contesto post-ebola: è evidente come sia necessario riprogrammare il Fondo europeo di sviluppo per questi tre paesi e scongiurare un rischio di sottofinanziamento generale e strutturale delle azioni umanitarie dell'Unione europea.

L'Europa ha una responsabilità nei confronti di questi paesi e della comunità internazionale e deve mettere a disposizione le risorse necessarie per l'attività di supporto nella cooperazione di cui si fa promotrice.

Per tali ragioni ho espresso il mio voto favorevole.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zur Ebola-Krise – langfristige Lektionen und Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern zur Vorbeugung zukünftiger Krisen habe ich zugestimmt.

In der Post-Ebola-Phase sollten sich die Hilfen darauf konzentrieren, das Gesundheitswesen und die Wirtschaft wieder aufzubauen. Das Programm des Europäischen Entwicklungsfonds für Sierra Leone, Liberia und Guinea muss überdacht werden, um den durch die Ebola-Krise herbeigeführten Herausforderungen zu begegnen. Es ist gut, dass das Geld der EU hier sinnvoll ausgegeben wird – das kommt selten genug vor. Soweit die EU humanitär tätig wird, sollte es kein Risiko der Unterfinanzierung geben. Der Haushalt ist wirklich ausreichend groß dafür.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Investment in basic healthcare is a vital pillar of development. The Ebola crisis has exposed this dramatically in West Africa, with a terrible toll on their societies. The affected countries need investment to build their own healthcare systems. Labour MEPs are fully behind the call for Universal Health Coverage, which is achievable as part of the new Sustainable Development Goals adopted by world leaders in New York in September.

The framework has been set and now we need the action to achieve the right to health for all.

I have been particularly concerned with the impact of the crisis on women and children, who are disproportionately affected when health services are overstretched. In my work on the FEMM Committee and ACP Delegation, I highlight the gender aspects of humanitarian aid and support, and would like to raise these here too.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowanie dotyczyło rezolucji, nad którą pracę Parlament podjął z własnej inicjatywy. Sprawozdawca wyraża w niej ubolewanie nad powolną reakcją społeczności międzynarodowej w pierwszych miesiącach kryzysu spowodowanego wirusem Ebola w Sierra Leone, Liberii oraz Gwinei. Podkreśla, że Unia Europejska, jako główny podmiot udzielający pomocy rozwojowej, powinna reagować w sposób zdecydowany. Jej pomoc będzie niezbędna szczególnie w dwóch obszarach: odbudowy opieki zdrowotnej oraz gospodarek krajów dotkniętych kryzysem. Popieram zaproponowane przez sprawozdawcę rozwiązania ukierunkowane na poprawę sytuacji w zagrożonych regionach: utworzenie europejskiego zespołu szybkiego reagowania o charakterze eksperckim oraz rewizji programowania Europejskiego Funduszu Rozwoju w sposób uwzględniający nowe potrzeby tych państw. Unia Europejska nie może bagatelizować tego kryzysu humanitarnego. Z powyższych względów zagłosowałam za przyjęciem rezolucji.

Anna Záborská (PPE), *pisomne*. – Osobne sa stotožňujem s názorom predkladateľa správy pána poslanca Goerensa, že prístup k liekom by nemal byť podmienený len kúpnu silou pacientov. Práve na nedávnej epidémii eboly sme videli, že ak necháme rozhodovanie o tom, aké lieky sa majú vyrobiť, na ekonomike a trhu, je to akoby sme išli spať s granátom pod vankúšom. V globalizovanom svete je len otázkou času, kým niekto niekde vytiahne poistku. No podľa mňa by rovnaké pravidlo malo platiť aj v európskom zdravotníctve, vrátane toho slovenského.

Samozrejme, medicínsky výskum je drahý. Náklady na samotný vývoj lieku sú znásobené obrovskými investíciami do výchovy špičkových odborníkov, bez ktorých by nové lieky neexistovali. Tieto náklady však nemôžeme vyúčtovať tým, ktorí žijú v chudobe.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – La epidemia del ébola 2014-2015 ha sido el mayor brote epidémico de la enfermedad hasta la fecha. Fue originado en diciembre de 2013 en Guinea y extendido posteriormente a varios países, entre ellos algunos de la UE. Aunque finalmente haya podido ser controlado, ha causado un período de gran inquietud entre la población de la UE, un considerable número de contagios e incluso fallecimientos. Por ello, creo que no necesitamos más pruebas para asegurar que es necesaria una inversión en el desarrollo de programas de asistencia y prevención de crisis sanitarias, que permita a la UE actuar con rapidez y eficacia ante cualquier nuevo caso que se produzca en el futuro. Con ello, se crearía un escenario de cooperación entre los Estados miembros, mediante el cual se agilizarían todos los procesos. Muchas gracias Señor Presidente.

Tomáš Zdechovský (PPE), *pisemně*. – Podporuji tuto zprávu, jejímž cílem je shrnout poznatky a poučení získané během epidemie nemoci ebola v Africe. Je důležité umět se poučit z nedostatků v minulosti proto, abychom dokázali podobné epidemii čelit v budoucnu. Souhlasím s tím, aby EU při poskytování rozvojové pomoci dbala na strukturální změny ve zdravotnickém systému umožňující účinnější reakci v případě epidemie a aby vytvořila akční týmy rychlé reakce na obdobná zdravotní rizika. Jsem též zastáncem myšlenky obdoby Marshallova plánu pro nastartování ekonomik rozvojových zemí, jelikož pouze silné ekonomiky si mohou dovolit zvýšené výdaje na zdravotnictví.

Jana Žitňanská (ECR), *pisomne*. – Správu týkajúcu sa spoločnej európskej stratégie pre región Jadranského a Iónskeho mora som podporila. Jednotlivé krajiny týchto regiónov majú spoločné kultúrne črty, ako aj spoločnú históriu a preto je dôležité, aby medzi sebou spolupracovali vo všetkých oblastiach, či už ide o oblasť územnej, ekonomickej alebo politickej spolupráce. Správa identifikuje medzery a prípadné ťažkosti, ktoré môžu vyústiť do omeškaní plnenia záväzkov týkajúcich sa jednotného trhu a oblasti životného prostredia. Správa sa zaoberala aj podporou tzv. modrého rastu – čiže odvetví súvisiacich s morom vrátane udržateľného rybárstva, rekreačných aktivít a výskumu.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório analisa a crise do ébola na Libéria, na Serra Leoa e na Guiné.

Em traços gerais, o relator considera que a magnitude da catástrofe se pode atribuir a vários fatores: a incapacidade política dos países afetados de fazerem soar o alarme, a resposta inadequada da comunidade internacional, os efeitos devastadores do encerramento das fronteiras e das restrições impostas às pessoas, a ineficácia dos mecanismos de vigilância e de alerta, a resposta lenta e pouco adaptada quando o auxílio foi mobilizado, a ausência gritante de liderança por parte da OMS e a ausência de investigação e de desenvolvimento em matéria de medicamentos, diagnósticos e de vacinas.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Como aspetos mais negativos do relatório, podemos salientar o tom pouco crítico em relação à lentidão da resposta internacional, nomeadamente à da UE, e o apelo para que a Comissão Europeia lance uma ampla Parceria Público-Privada, com vista a «reforçar os sistemas nacionais de saúde e a facilitar as transferências de resultados para a população», abordagem que é contraditória com os objetivos que se propõe lograr.

Abstivemo-nos.

6.16. Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (B8-1075/2015, B8-1075/2015, B8-1076/2015, B8-1077/2015, B8-1078/2015, B8-1079/2015, B8-1080/2015)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the EU resolution on Emission measurements in the automotive sector. We believe that targets should be set at the national level by democratically accountable governments. We do not want new EU regulation in this field and we fear that the unelected EU Commission will want to reform EU emissions testing with a new regulatory framework whilst strengthening the implementation and enforcement of existing EU law.

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Resolutionen om testmetoder för fordon har föranletts av det systematiska fusk med avgasvärden som Volkswagen-koncernen bedrivit. Jag valde vid flera tillfällen att rösta mot min egen grupp EPP, bland annat i fråga om öppenhet och tillgång till information för allmänheten kring testmetoderna. Jag röstade också för yrkanden om att de företag som fuskat ska åläggas att betala tillbaka eventuella subventioner och stöd som erhållits på grund av påstådd miljöprestanda. Dessa pengar är att betrakta som skattebetalarnas, och det fusk som förekommit har dessutom snedvridit konkurrensen. Jag röstade för att källkoder ska tillgängliggöras för kommissionen och medlemsstaternas myndigheter, i syfte att upptäcka eventuella manipulationsanordningar. Detta måste naturligtvis omgärdas av strikt sekretess för att undvika läckor och industrispionage. Jag röstade emot etablering av en federal europeisk kontrollmyndighet, eftersom enskilda nationella myndigheters brister inte kan tas som intäkt för att den nationella kontrollen överlag inte fungerar.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione sulle misurazioni delle emissioni nel settore automobilistico concentra la propria attenzione esclusivamente sugli ossidi di azoto e sui test di prova che vengono riconosciuti come poco rispondenti alle condizioni reali di guida.

Qualcosa quindi si è finalmente mosso, tuttavia il problema del testo è ciò che non dice, ciò che è stato omissso, come ad esempio la questione dei fondi pubblici (aiuti alla ricerca, aiuti di Stato, sussidi vari) utilizzati dai fabbricanti che hanno commesso infrazioni. Il testo non affronta neppure il possibile mancato introito degli Stati (in quanto concedevano vantaggi fiscali alle vetture teoricamente «virtuose»). Non è affrontata la questione della protezione dei consumatori e si omette anche il riferimento a una *infringement procedure* da aprire nei confronti dei fabbricanti che abbiano falsato i loro test.

Il testo evita palesemente di attaccare le industrie automobilistiche. Qualcosa andava fatto subito, servivano regole chiare da rispettare per evitare ulteriori battaglie, nelle quali gli unici a perderci sarebbero stati come sempre i cittadini.

Il testo rappresenta un buon punto di partenza, e per questo motivo il mio voto è stato positivo.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución sobre la medición de las emisiones en el sector del automóvil porque condena firmemente el fraude cometido por Volkswagen, que instaló dispositivos de desactivación en al menos once millones de vehículos diésel para burlar la legislación medio ambiental de la UE.

Como socialista, lamento que millones de consumidores hayan sido engañados mediante informaciones falsas relativas a las emisiones de sus vehículos, emisiones que causan perjuicios a la salud humana y daños medioambientales, y he exigido en esta Resolución que los trabajadores no tengan que pagar el precio de las manipulaciones, teniendo en cuenta al mismo tiempo que la industria del automóvil es uno de los sectores que más contribuye al crecimiento, a la innovación y al empleo.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Pedimos cambios legislativos para mejorar la medición de las emisiones en el sector del automóvil a través de la introducción de los test en condiciones reales de conducción y que se considere la creación de una autoridad de control a nivel de la UE encargada de detectar incumplimientos de los límites de emisiones, para evitar que esta situación se repita.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la presente Resolución debido a que condena a la compañía multinacional Volkswagen por el escándalo de las emisiones, exigiendo garantías en las medidas a tomar para corregir la situación producida por ella. La Resolución llama a proteger los empleos del sector automovilístico, que bajo ningún concepto pueden estar en riesgo por las prácticas de una directiva falsificadora. Además, llama la atención sobre el papel desempeñado por la Comisión Europea, que disponía de información sobre el problema desde 2011. Pese a no tratarse de la mejor Resolución posible, he decidido votar a favor porque supone un toque de atención a la multinacional y a las autoridades implicadas en el escándalo.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution commune sur la mesure des émissions dans le secteur automobile car ce texte relève en réalité davantage de la stratégie industrielle européenne que d'une question se restreignant à l'environnement ou à la santé publique. Cette affaire sert en effet de levier pour renforcer la législation de l'Union et l'emprise de la Commission sur un pan essentiel de l'industrie européenne.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Ψήφισα υπέρ του εν λόγω ψηφίσματος, καθώς θεωρώ πως η ηθελημένη εγκληματική συμπεριφορά οποιασδήποτε εταιρείας δεν θα πρέπει να γίνεται ανεκτή, διότι υπονομεύει την ποιότητα των ευρωπαϊκών προϊόντων και απειλεί την υγεία των πολιτών της Ευρώπης. Σε κάθε περίπτωση, θα πρέπει να δημιουργηθεί ένας κεντρικός μηχανισμός ελέγχου σε όλη την ΕΕ, ώστε να μην προστατεύει το κάθε κράτος τις βιομηχανίες του που παρανομούν.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution, rédigée à la hâte par les principaux groupes européens (PPE, S&D, ALDE et Verts/ALE), est la réponse du Parlement européen à l'affaire Volkswagen. Il est heureux que l'amendement proposé par les Verts et la gauche radicale demandant la création d'une commission d'enquête ait été rejeté. Autre point positif: s'agissant des émissions d'oxyde d'azote, les seuils de pollution à ne pas dépasser, totalement irréalistes, ont été relevés passant de 80 mg/km à 168 mg...

Mais, ce texte contient plusieurs éléments qui vont à l'encontre des intérêts de l'industrie automobile européenne, laquelle est déjà confrontée à une concurrence mondiale accrue.

Le ton de la proposition est moralisateur. Les émissions de CO₂ sont constamment dénoncées alors que leur rôle dans le réchauffement climatique (réchauffement largement surestimé) est loin d'être prouvé scientifiquement.

Enfin, les caractéristiques techniques à respecter par les constructeurs sont décidées dans l'intérêt de la puissance qui les définit. Il serait donc normal que les normes restent du ressort des États membres plutôt que de la Commission. En définitive, cette proposition renforce les pouvoirs de l'Union et exagère les impacts négatifs sur l'environnement des moteurs diésels. J'ai donc voté contre.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à condamner les fraudes commises par les constructeurs automobiles. Je déplore que des millions de consommateurs aient été trompés ou induits en erreur par de fausses informations concernant les émissions de leurs véhicules. Je salue les enquêtes en cours dans plusieurs États membres et dans le monde, et j'appuie l'appel de la Commission aux autorités nationales de surveillance visant à les inciter à mener des contrôles poussés sur une grande variété de marques et de véhicules.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą, kurio tikslas - pakeisti automobilių taršos testavimą. Europos Parlamentas jau seniai ragino keisti automobilių taršos kontrolės sistemą ir siekti testavimo realiomis sąlygomis, o ne tik laboratorijose, nes oficialiai deklaruojami taršos ir kuro sunaudojimo indikatoriai neatitiktų realių sąlygų. „Volkswagen“ skandalas tik sustiprino EP nuogastavimus. Šis skandalas gali paminti pasitikėjimą visa automobilių pramone, todėl būtina paspartinti naujo variklių taršos testavimo metodo diegimą.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az állásfoglalási indítványra igennel szavaztam, mivel világosan és érthetően körüljárja a VW kibocsátásmérési csalásával kapcsolatos kérdéseket. A szövegben hangsúlyos szerepet kap a fogyasztók védelme, a fogyasztói jogok érvényesítése. A hatályos tagállami gépjárműadózási jogszabályokból a csalás okán a fogyasztókat hátrányosan érintő plusz állami követelések a gyártókra és ne a fogyasztókra legyenek terhelve. Fontos kitétel, hogy az új valós körülmények között végzett kibocsátásmérések a Bizottság javaslatával szemben ne csak a NO_x-ra vonatkozzanak, hanem az összes légszennyező anyagra.

Több esetben a tagállamok felügyeleti szerveit éri kritika, ugyanakkor a Bizottság kutatóintézete már 2011-13 között a Bizottság rendelkezésére nyújtott, a Parlament által nem ismert dokumentumokat, amelyek igazolják, hogy a botrány kirobbanása előtt már ismert volt a Bizottság számára a csalás ténye, de erről nem értesítette a tagállamokat és azok felügyeleti szerveit.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the EU resolution on Emission measurements in the automotive sector. We believe that targets should be set at the national level by democratically accountable governments. We do not want new EU regulation in this field and we fear that the unelected EU Commission will want to reform EU emissions testing with a new regulatory framework whilst strengthening the implementation and enforcement of existing EU law.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte qui considère sous un angle purement écologiste une question industrielle stratégique dans un contexte de guerre commerciale à l'échelle mondiale.

L'infraction – bien réelle – de Volkswagen concerne l'émission d'un polluant, le dioxyde d'azote (NO_x), tandis que les moteurs diesel de ce géant allemand de l'automobile ont bel et bien permis une baisse des émissions de monoxyde de carbone, particule qui s'oxyde rapidement dans l'atmosphère pour produire du dioxyde de carbone.

Le texte indique l'importance de choisir un produit «en s'appuyant sur les caractéristiques techniques exhaustives et impartiales qui lui sont fournies», alors que lesdites caractéristiques sont généralement décidées dans l'intérêt de la puissance qui les définit. Ces caractéristiques font ainsi partie de ces barrières non tarifaires qui sont au cœur des négociations du PTCL, et il se trouve que les États-Unis ont justement réduit les droits d'émission de CO₂ pour nuire aux moteurs diesel.

À n'en pas douter, ce scandale, qui est parti des États-Unis, sert les intérêts de nos «partenaires américains», au détriment des industriels européens, en pointe dans les moteurs diesel.

Enfin, cette affaire sert de levier pour renforcer la législation de l'Union et l'emprise de la Commission sur un pan essentiel de l'industrie européenne.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Au lendemain des récentes révélations sur la tricherie de Volkswagen, les dirigeants européens doivent impérativement saisir cette opportunité de renforcer les contrôles dans le secteur automobile. Il est impératif de renforcer le cadre législatif et de combler les lacunes, notamment vis-à-vis des méthodes de tests, afin de protéger la santé publique et les consommateurs.

L'Agence européenne de l'environnement dénombrerait pas moins de 430 000 décès prématurés liés à la mauvaise qualité de l'air rien qu'en 2011. L'impact des véhicules diesel dans l'achèvement des objectifs de l'Union en termes d'émission de gaz à effet de serre conjugué à l'importance du secteur automobile en général témoigne de la nécessité d'agir. C'est pourquoi j'apporte mon soutien à la proposition de résolution du Parlement, qui invite la Commission et les États membres à œuvrer contre le contournement des exigences en matière d'émissions et de faire respecter les droits des consommateurs.

Tiziana Beghin (EFDD), *per iscritto*. – Il mio voto sulla risoluzione in generale è positivo, dato che i contenuti nel suo complesso sono accettabili. Ma si evidenzia un grande numero di omissioni di tematiche chiave che dovrebbero essere considerate a difesa dell'ambiente, della legalità, dei consumatori, dell'industria e dei lavoratori. Alcuni esempi, tra vari altri, sono: il bisogno di stabilimento di un'autorità europea per quanto riguarda le prove automobilistiche; l'investigazione dettagliata del caso, accertando perché i diversi segnali non sono stati ascoltati; un'esaustiva analisi dell'adequazione dell'utilizzo dei fondi pubblici da parte dei fabbricanti responsabili della frode, per applicare le corrispondenti sanzioni.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Encore une proposition de résolution née d'un scandale politico-médiatique et qui, de ce fait, passe à côté de l'enjeu stratégique pour l'industrie automobile.

À la suite du scandale de Volkswagen, la résolution part, en effet, d'un postulat erroné: certes, les moteurs diesel concernés par l'infraction ont émis plus de dioxyde d'azote que permis; cependant, le texte argue d'une mise en danger de la santé publique sans considérer que les voitures concernées ont, d'un autre côté, émis moins de monoxyde de carbone, gaz beaucoup plus nocif.

Par ailleurs, la résolution se trompe d'ennemi lorsqu'elle fustige les choix de l'industrie automobile européenne et affirme la nécessité de s'appuyer sur des caractéristiques techniques «impartiales»: il convient en effet de rappeler que ces caractéristiques techniques constituent de véritables barrières non tarifaires, lesquelles sont actuellement menacées par les États-Unis qui, à travers le TTIP, souhaitent imposer ses propres normes au détriment de ses concurrents européens.

Puisque cette résolution souhaite agir dans l'émotion et non dans l'intérêt de notre industrie, j'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur essendo un testo in parte condivisibile, permangono parti che ritengo faziose e volutamente pilotate verso una non soluzione, come la proposta della Commissione che chiede di rendere i test preliminari più aderenti alle condizioni di guida, ma non definisce quali valori di riferimento vi siano nel periodo post immatricolazione del veicolo. Per tutti questi motivi mi sono espressa con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución sobre la medición de las emisiones en el sector del automóvil porque condena firmemente el fraude cometido por Volkswagen, que instaló dispositivos de desactivación en al menos once millones de vehículos diésel para burlar la legislación medio ambiental de la UE.

Como socialista, lamento que millones de consumidores hayan sido engañados mediante informaciones falsas relativas a las emisiones de sus vehículos, emisiones que causan perjuicios a la salud humana y daños medioambientales, y he exigido en esta Resolución que los trabajadores no tengan que pagar el precio de las manipulaciones, teniendo en cuenta al mismo tiempo que la industria del automóvil es uno de los sectores que más contribuye al crecimiento, a la innovación y al empleo.

Pedimos cambios legislativos para mejorar la medición de las emisiones en el sector del automóvil a través de la introducción de los test en condiciones reales de conducción y que se considere la creación de una autoridad de control a nivel de la UE encargada de detectar incumplimientos de los límites de emisiones, para evitar que esta situación se repita.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, nes ja Parlamentas sureagavo į neseniai įvykusį Volkswagen įmonės skandalą dėl suklastotų automobilių taršos bandymų rezultatų. Parlamentas paragino išsamiai ištirti automobilių taršos bandymų rezultatų klastojimą ir nubauti kaltuosius. Rezoliucijoje siūloma reformuoti ES automobilių taršos kontrolės sistemą, įvesti taršos testavimą realiomis sąlygomis, taip pat suteikti galimybę valstybių institucijoms atšaukti leidimą naudoti transporto priemonės, kurios viršija ES nustatytas teršalų ribas. Parlamentas griežtai pasmerkė išaiškėjusį automobilių gamintojų sukčiavimą ir apgailestauja, kad buvo nuvilti milijonai vartotojų, taip pat toliau teršiama aplinka ir kenkiama žmonių sveikatai. Parlamentas taip pat nuogaštauja, kad šis skandalas gali pakenkti viso ES automobilių sektoriaus, kuris prisideda prie augimo, inovacijų ir darbo vietų kūrimo, konkurencingumui.

Franz Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagano resolucijo sem podprl.

Prepričan sem, da nam novi standardi na področju porabe goriva in emisij prav nič ne bodo pomagali, če ne upoštevamo obstoječih. Ti se morajo upoštevati, ne pa izigravati, kot se je zgodilo v škandaloznem primeru koncerna Volkswagen.

Takšno obnašanje je nedopustno in meče zelo slabo luč na celotno evropsko avtomobilsko industrijo. Če želimo od drugih držav zunaj EU zahtevati spoštovanje naše zakonodaje, so ravno evropska podjetja tista, ki bi se morala tega najbolj držati.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Evropska komisija se je v zvezi s tem škandalom že odzvala in tudi ostro obsodila navedene nepravilnosti ter pozvala države članice EU k sprožitvi nacionalnih preiskav, ali vozila spoštujejo evropska pravila.

Omeniti velja tudi strategijo EU za omejitev porabe goriva in emisij CO₂ težkih tovornih vozil (velja tudi za avtobuse), ki predstavlja pot v nizkoogljično družbo in načrt za preobrazbo EU v nizkoogljično gospodarstvo do l. 2050.

Nedvomno pa si morajo tako Komisija kot države članice še bolj prizadevati, da bodo nepravilnosti odpravljene, nadzor ostrejši in učinkovitejši ter da bodo potrošniki, ki so med največjimi žrtvami tovrstnih kršitev, ustrezno obveščeni.

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Skandal s namještanjem testova ispušnih plinova je zapravo napad na zdravlje i potrošačka prava građana te ekonomiju Europske unije i država članica. „Štelalo“ se ispuštanje dušičnih oksida koji su posebno štetni za jetru, pluća i krvnu sliku građana. Varalo ih se s prodajom skupljih automobila koji su navodno bili manje štetni za okoliš.

Ako se ustanovi da skandal nije ograničen samo na Volkswagenova vozila, posljedice za europsku autoindustriju bi mogle biti nesagledive. Gotovo da nema države članice koja ne proizvodi nešto što se ugrađuje u automobile. U Hrvatskoj, državi koja ne proizvodi aute, preko 9000 ljudi radi u autoindustriji. Povjerenje potrošača se gradi godinama, a gubi preko noći. Zato je potrebno temeljito i transparentno istražiti cijeli slučaj te uspostaviti novi sustav koji će ispušne plinove mjeriti u vožnji.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto.* – Ho votato a favore di questa risoluzione perché, dopo lo scandalo che ha colpito Volkswagen riguardante le misurazioni delle emissioni di gas di scarico delle automobili, è necessario che le istituzioni dell'Unione europea si adoperino per punire coloro che hanno violato le regole e per prevenire future violazioni. Non possiamo permettere che la fiducia di milioni di consumatori venga tradita in questo modo.

Renata Briano (S&D), *per iscritto.* – Non vi può essere tolleranza davanti all'inquinamento ambientale causato dal settore automobilistico. Ogni frode commessa dai costruttori di automobili è da condannare fermamente: è necessario indagare e punire tutti i responsabili degli impianti di manipolazione dati, le autorità degli Stati che non hanno vigilato a sufficienza e i promotori della frode che ha rischiato di compromettere l'intero settore automobilistico, con conseguenti ricadute negative sull'innovazione, l'occupazione, la crescita e i risparmi di milioni di cittadini oltre a danni per la salute e l'ambiente provocati dalle eccessive emissioni inquinanti.

La Commissione deve riferire al Parlamento il risultato delle indagini al più presto e applicare le appropriate sanzioni. I test delle emissioni inquinanti devono inoltre essere rafforzati e riprogettati, agendo su strada oltretutto in laboratorio, e garantiti da un'autorità di vigilanza UE. Un campione di modelli di auto scelti casualmente deve, ogni anno, essere monitorato nella normale attività d'uso e nei test di laboratorio devono essere impediti pratiche falsificatorie quali il gonfiamento eccessivo degli pneumatici, la rimozione degli specchietti retrovisori esterni, la copertura degli spazi tra i pannelli della carrozzeria per ridurre la resistenza aerodinamica, la rimozione di apparecchiature quali l'impianto stereo e l'esecuzione di prove alla massima temperatura ambientale autorizzata.

Steeve Briois (ENF), *par écrit.* – Le scandale Volkswagen a révélé que l'entreprise allemande avait configuré ses moteurs diesel de sorte à échapper aux contrôles d'émission de dioxyde d'azote. Cette proposition de résolution aborde cette infraction uniquement sous un angle environnemental alors qu'il s'agit ici d'une question stratégique entre deux puissances commerciales à savoir l'Allemagne et les États-Unis. Par ailleurs, ce texte ne relève pas que cette infraction limite l'émission de monoxyde de carbone, gaz extrêmement nocif à l'environnement. Enfin, il est indispensable de comprendre que les limites d'émission de polluants constituent des barrières douanières non tarifaires car elles sont biaisées par les décisions arbitraires des autorités nationales qui ne peuvent se montrer impartiales dans ce secteur stratégique.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Bien que je n'aie aucune empathie pour les grands groupes qui tentent de déjouer en permanence les législations nationales, j'estime qu'il n'est absolument pas judicieux de délaisser l'aspect commercial dans cette affaire. De plus, le rapporteur profite du contexte pour renforcer la législation de l'Union au détriment des États membres, qui perdront en autonomie dans un secteur d'activité hautement stratégique en termes d'emplois. J'ai donc voté contre ce texte.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución sobre la medición de las emisiones en el sector del automóvil porque condena firmemente el fraude cometido por Volkswagen, que instaló dispositivos de desactivación en al menos once millones de vehículos diésel para burlar la legislación medio ambiental de la UE.

Como socialista, lamento que millones de consumidores hayan sido engañados mediante informaciones falsas relativas a las emisiones de sus vehículos, emisiones que causan perjuicios a la salud humana y daños medioambientales, y he exigido en esta Resolución que los trabajadores no tengan que pagar el precio de las manipulaciones, teniendo en cuenta al mismo tiempo que la industria del automóvil es uno de los sectores que más contribuye al crecimiento, a la innovación y al empleo.

Pedimos cambios legislativos para mejorar la medición de las emisiones en el sector del automóvil a través de la introducción de los test en condiciones reales de conducción y que se considere la creación de una autoridad de control a nivel de la UE encargada de detectar incumplimientos de los límites de emisiones, para evitar que esta situación se repita.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sulle misurazioni delle emissioni nel settore automobilistico.

Con questa risoluzione, il Parlamento ha condannato con forza qualsiasi frode commessa dai costruttori di automobili ed ha esortato le società ad assumersi la piena responsabilità delle proprie azioni e a cooperare incondizionatamente con le autorità nelle indagini.

Inoltre, ha chiesto che le frodi nei test sulle emissioni vengano verificate approfonditamente, sottolineando che il sistema di test di emissioni dell'UE dovrebbe essere rafforzato per garantire che siano rispettati i limiti e che siano individuati rapidamente i veicoli che li superano.

Considerando che le emissioni in eccesso comportano effetti nocivi, anche molto gravi, per la salute umana e danni ambientali, ho votato a favore della relazione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which dealt with the so-called Volkswagen case. The immediate and strong common reaction to this scandal should be to restore consumers' trust and to stop these horrendous environmentally hazardous activities in Europe.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the EU resolution on Emission measurements in the automotive sector. We believe that targets should be set at the national level by democratically accountable governments. We do not want new EU regulation in this field and we fear that the unelected EU Commission will want to reform EU emissions testing with a new regulatory framework whilst strengthening the implementation and enforcement of existing EU law.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution as I am concerned about the recent breach of EU market regulations by European companies discovered by the relevant American authorities. I believe that we need to reassess our control measures, standards and goals when it comes to the automotive industry and make them more realistic.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione presenta alcune gravi omissioni che hanno come obiettivo evidente la preservazione dello statu quo politico-industriale. Tuttavia i suoi contenuti complessivi sono accettabili e pertanto ho espresso voto favorevole.

Voglio però porre l'accento sulle omissioni, e quindi sulle azioni aggiuntive che devono essere intraprese a difesa dell'ambiente, della legalità, dei consumatori, dell'industria (specialmente PMI dell'indotto auto) e dei lavoratori.

Jean-Marie Cavada (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile qui, selon moi, peut ouvrir la voie à des enquêtes approfondies pour que toute la lumière soit faite sur l'affaire Volkswagen.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Je souscris sans réserve à la demande de renforcement du système européen de contrôle des émissions et à l'application des tests de conduite en conditions réelles, indispensables pour mesurer tous les polluants et urgents pour tous ceux qui, comme moi, défendent une industrie européenne innovante et responsable.

La mise en place d'une autorité de surveillance européenne qui superviserait l'homologation des véhicules menée par les autorités nationales est également nécessaire pour se prémunir de façon indépendante contre toute tentative d'infraction.

Enfin, je salue la volonté du Parlement européen de ne pas condamner pour autant les technologies diesel de façon péremptoire. Il était important de mêler l'ambition au réalisme, à l'heure où l'Europe possède une avance technologique en matière de diesel propre et où de nombreux citoyens européens aux revenus modestes possèdent des véhicules diesel.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the joint resolution because I believe that we need to assure our citizens that we do care about the interests of consumers, car owners, but also all of us who are exposed to air pollution. The resolution calls on the Commission and other stakeholders involved, notably in the Member States, to adopt measures and take concrete actions which will quickly restore the confidence of consumers, which I consider is currently of utmost importance. Also, we have to bear in mind that this cannot be done while putting too much pressure on the car manufacturers, as they are part of the solution.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – Through the Socialist and Democrats Group for years we have been crying out and pushing for realistic testing that assesses real, on-road conditions. It was well known that the current ones and, by extension, the Euro 6 standards, were a joke on everyone who can breathe. Only this week, the first peer-reviewed academic study came out, estimating that 60 premature deaths can be attributed to Volkswagen cars in the US alone. When the European automobile industry knows they can dictate policy whenever their bottom line is at stake, championed by the Union's most powerful country, is it any wonder that they believe themselves free to act like they are above the law?

Ultimately, postponing necessary measures serves only to generate short-term savings for private interests that come at a huge cost to society as a whole. Those who think themselves pragmatic by protecting the industry and the European economy by doing so are seriously deluded. They are postponing the roll-out of clean innovation solutions that are the future of the car industry and others, subsidising the dirtiest kinds of fossil fuels, like diesel, in all sorts of visible and invisible ways. They are lying to themselves and to the public and, in the process, condemning many of us to a premature death.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Il recente scandalo di una nota industria automobilistica tedesca non ha solo compromesso la fiducia dei consumatori europei, ma ha rivelato le numerose lacune del sistema di misurazione delle emissioni di CO₂ dei veicoli. È stata minata in qualche misura anche l'efficacia della politica dell'UE e la credibilità dei limiti ambiziosi di riduzione imposti al settore. È un fatto grave, che dovrà aprire il dibattito politico sulla possibilità di delegare ad un organismo indipendente la supervisione dei test per verificare la congruità delle emissioni con i limiti stabiliti dalla normativa dell'UE.

Nel caso in cui si decidesse di mettere al bando i motori diesel, il futuro dell'industria automobilistica sarebbe seriamente a rischio. Il mio pensiero non può che essere rivolto a tutti quei lavoratori che operano in questo settore. Ecco perché si deve regolamentare senza ulteriori indugi il nuovo ciclo di prova di guida reale (Real Driving Emissions test) delle emissioni, per garantire che siano rispettati gli obiettivi obbligatori previsti per l'industria automobilistica e dare ai consumatori europei la sicurezza di acquistare prodotti che rispettino i valori dichiarati.

Ci attendiamo trasparenza nella gestione del caso da parte della Commissione europea e ci aspettiamo che riferisca sulle indagini che condurrà per fare chiarezza sull'accaduto.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Μέσα από την έκθεση ζητείται από την Επιτροπή να διασφαλίσει ότι οι πληροφορίες που παρέχονται στους καταναλωτές βάσει της οδηγίας σχετικά με τη σήμανση των αυτοκινήτων στην Ε.Ε. είναι ακριβείς, συναφείς και συγκρίσιμες. Πιστεύουμε ότι οι ετικέτες θα πρέπει να βασίζονται στις τιμές εκπομπών και κατανάλωσης καυσίμου που αντιστοιχούν σε πραγματικές συνθήκες οδήγησης.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Εκφράζουμε την ανησυχία μας για την απόκλιση μεταξύ των εκπομπών CO₂ που δηλώνονται στα επίσημα αποτελέσματα των δοκιμών και εκείνων που μετρούνται σε πραγματικές συνθήκες οδήγησης. Ζητούμε ταυτόχρονα να επιτευχθεί ταχεία συμφωνία όσον αφορά τη συσχέτιση με το πρότυπο WLTP για τους στόχους μέσου όρου εκπομπών CO₂ για το σύνολο του στόλου.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della risoluzione comune del PE sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico. L'inquinamento atmosferico provoca oltre 400 mila morti all'anno in Europa, con un costo stimato di 940 miliardi di EUR l'anno. L'industria automobilistica rappresenta uno dei maggiori fattori di crescita e innovazione e contribuisce all'occupazione in molti Stati membri dell'UE. L'UE ha fissato rigidi limiti per le emissioni di NO_x con le norme Euro 5 (valore limite 180mg/km) ed Euro 6 (valore limite 80mg/km).

Con la presente risoluzione il Parlamento condanna fermamente qualsiasi frode commessa dai costruttori di automobili, esprime preoccupazione per il forte ritardo con cui la Commissione e gli Stati membri hanno reagito al grave e persistente superamento dei limiti di emissione e chiede alla Commissione di pubblicare i risultati delle indagini in atto negli Stati membri entro il 31 marzo 2016. Infine, si chiede alla Commissione di accelerare l'introduzione del cosiddetto «real driving emissions» test, ovvero i test su strada.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta di risoluzione. L'industria automobilistica ha un enorme impatto occupazionale, e tradizionalmente lo ha avuto soprattutto nella mia regione di provenienza. Tuttavia, salvo che non siano intraprese azioni decisive, l'attuale scandalo rischia di compromettere la reputazione e la competitività dell'intero comparto.

Inoltre pongo l'accento sul fatto che l'inquinamento atmosferico provoca oltre 430 000 morti premature all'anno nell'UE e ha un costo stimato, in termini d'impatto sulla salute, fino a 940 miliardi di euro l'anno; l'NO_x è uno dei principali agenti inquinanti atmosferici responsabile, fra l'altro, di causare cancro ai polmoni, asma e numerose malattie respiratorie, oltre a forme di degrado ambientale quali l'eutrofizzazione e l'acidificazione.

Infine ritengo indispensabile che la Commissione e gli Stati membri ripristinino rapidamente la fiducia dei consumatori attraverso iniziative concrete e compiano ogni sforzo possibile per disinnescare la situazione.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – Air pollution by emission is becoming a serious threat to EU citizens' health, causing 430 000 premature deaths every year. The report notes that transport continues to contribute to poor air quality in urban areas and 20 Member States are currently not meeting the EU air quality limits. An investigation into vehicle emissions test manipulation is welcomed and extensive checks should be conducted by the relevant national authorities. The Commission should put in place a new Real Driving Emissions test cycle as soon as practicable. These measures will strive to protect the wellbeing of EU citizens who are currently at risk of contracting diseases due to overexposure. This measure will also work to create additional protection for the environment, aiming to regulate emissions.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the EU resolution on Emission measurements in the automotive sector. We believe that targets should be set at the national level by democratically accountable governments. We do not want new EU regulation in this field and we fear that the unelected EU Commission will want to reform EU emissions testing with a new regulatory framework whilst strengthening the implementation and enforcement of existing EU law.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A 18 de setembro de 2015, a Agência de Proteção do Ambiente dos Estados Unidos (EPA) e o California Air Resources Board (CARB) emitiram um aviso de violação das normas de poluição por parte dos veículos a gasóleo do grupo Volkswagen, tendo posteriormente o grupo admitido ter instalado um *software* que detetava quando o carro estava a ser submetido a testes, reduzindo a quantidade de emissões.

Apoio esta Resolução em que o Parlamento Europeu condena toda e qualquer fraude perpetrada pelos construtores de automóveis, exortando as empresas a assumirem todas as suas responsabilidades e a cooperarem com as autoridades nas investigações.

Dienstag, 27. Oktober 2015

A Comissão Europeia deverá repensar o atual regime de homologações para garantir que as homologações e os certificados das autoridades nacionais competentes possam ser verificados de forma independente.

A Comissão Europeia e as autoridades competentes de todos os Estados-Membros deverão ter o direito de reavaliar a homologação e o certificado de conformidades, bem como exigir a retirada e pôr termo à colocação no mercado de veículos, quando tiverem provas do incumprimento dos valores-limite de emissões da UE.

A Comissão deverá adotar e aplicar imediatamente o novo ciclo de ensaios de emissões em condições reais de condução.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the EU resolution on Emission measurements in the automotive sector. We believe that targets should be set at the national level by democratically accountable governments. We do not want new EU regulation in this field and we fear that the unelected EU Commission will want to reform EU emissions testing with a new regulatory framework whilst strengthening the implementation and enforcement of existing EU law.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Subito dopo lo scandalo Volkswagen, il Parlamento europeo ha discusso una proposta di risoluzione presentata da diversi gruppi politici, che doveva rappresentare il manifesto politico di impegno ad interrompere al più presto la truffa sulle emissioni messa in atto dalle aziende automobilistiche. Il testo giunto in Aula era già stato frutto di duri negoziati tra i gruppi politici e conteneva delle indicazioni condivisibili per ciò che riguarda tutto ciò che ci si aspetta avvenga nel prossimo futuro, a partire da misurazioni delle emissioni su strada per l'omologazione dei veicoli. Per questa ragione ho votato a favore della sua approvazione.

Al contempo però abbiamo voluto consentire ai cittadini di conoscere i nomi di chi nel Parlamento continua a coprire gli interessi industriali. Per questa ragione abbiamo presentato in Aula gli emendamenti che i grandi gruppi politici avevano stralciato dal testo iniziale e che prevedevano, tra l'altro, l'estensione dell'indagine a tutte le marche e l'obbligo di restituzione degli incentivi fiscali di cui avessero beneficiato le case automobilistiche di cui si fosse accertata la frode. Il nome di chi non ha voluto la restituzione di soldi pubblici erogati per favorire l'acquisto di vetture meno inquinanti è così disponibile per chiunque lo voglia conoscere.

Javier Couso Permy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la presente Resolución debido a que condena a la compañía multinacional Volkswagen por el escándalo de las emisiones, exigiendo garantías en las medidas a tomar para corregir la situación producida por ella. La Resolución llama a proteger los empleos del sector automovilístico, que bajo ningún concepto pueden estar en riesgo por las prácticas de una directiva falsificadora. Además, llama la atención sobre el papel desempeñado por la Comisión Europea, que disponía de información sobre el problema desde 2011. Pese a no tratarse de la mejor Resolución posible, he decidido votar a favor porque supone un toque de atención a la multinacional y a las autoridades implicadas en el escándalo.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Támogattam az állásfoglalási indítványt, amely az autók szennyezőanyag-kibocsátását mérő tesztek során elkövetett csalások kivizsgálását sürgeti. Közös európai fellépésre, és egy olyan kibocsátás-tesztelés kidolgozására van szükség, amely valós, nem pedig laboratóriumi adatokon alapul. Nem nézhetjük tétlenül sem az emberek egészségét érintő szennyezőanyag-kibocsátásokkal történő csalást, sem az európai autóipart érintő negatív eseményeket. Mindezen az segíthet, ha javul az ellenőrzési és engedélyeztetési rendszer.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The resolution stresses the need of real driving emissions test to ensure that new cars on EU roads finally meet the Euro 6 limits agreed almost 10 years ago. It also mentions the need to establish an independent EU wide Type Approval Authority that would oversee testing and be truly independent. Finally it also stresses that workers should not pay for the mistakes of the executives and every precautionary measure should be taken to guarantee that no jobs will be lost while the scandal should be seen as an opportunity for the European car industry to invest into more targeted R&D. These are all points which I have brought up in my various recent interventions in the role of S&D spokesperson on the issues of vehicle emissions, hence I have supported this resolution with my vote.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Susțin propunerea raportorului privind prezentarea de către Comisie a unei concepții noi a regimului de omologare de tip actual pentru a garanta, pe de o parte, că omologările de tip și certificatele de conformitate emise de autoritățile naționale competente pot fi verificate în mod independent și reevaluate de către Comisie, dacă este cazul, cu scopul de a asigura condiții de concurență echitabile la nivelul UE, și, pe de altă parte, că reglementările UE sunt puse în aplicare în mod eficace, iar deficiențele măsurilor de punere în aplicare sunt corectate fără creșterea necesară a sarcinii administrative.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – La risoluzione comune che ho sostenuto riassume la posizione del Parlamento europeo sul recente scandalo delle emissioni, che ha coinvolto la casa automobilistica Volkswagen e ha avuto serie ripercussioni sulla reputazione di tutto il settore produttivo europeo.

La gravità dei fatti sinora accertati impone che le istituzioni europee, insieme agli Stati membri, intervengano con urgenza e radicalità. Per questo, ritengo necessario definire standard comuni più elevati e rafforzare a livello europeo l'affidabilità dei test sulle emissioni, in modo da assicurare che venga applicato senza ulteriori ritardi un sistema effettivo di misurazione in condizioni di guida reali (*Real Drive Emission*). Ritengo inoltre opportuno che siano definiti sistemi di controllo più trasparenti e attenti, prevedendo misure quali la creazione di un'autorità indipendente di omologazione europea. L'Unione europea non può permettere che comportamenti sleali operati da singoli produttori mettano in discussione la credibilità dell'intera manifattura europea.

È per questo necessario rafforzare il sistema europeo di vigilanza e controllo sui beni di consumo e ripristinare quanto prima la piena fiducia dei consumatori sulla qualità dei prodotti «made in Europe».

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif révisé les plafonds nationaux d'émission de certains polluants afin d'améliorer la qualité de l'air et la santé humaine. Le texte introduit de nouvelles valeurs limites (dioxyde de soufre, particules ultrafines ou méthane par exemple) à partir de 2020 et 2030. Il propose également un objectif intermédiaire contraignant en 2025 pour tous les polluants, excepté l'ammoniac. D'autres mesures concernent l'accès aux financements pour l'amélioration de la qualité de l'air et des programmes de contrôle des émissions. Les oppositions ont été nombreuses, tant sur le niveau d'ambition des objectifs de réduction pour 2020, 2025 et 2030, que sur l'ajout de nouveaux polluants. Considérant que nous ne disposons pas à l'heure actuelle de moyen technique ou technologique efficace pour réduire les émissions de méthane entérique (rejet des animaux d'élevage), j'ai cosigné un amendement, dont le contenu a été repris par la plénière visant à exclure ces émissions de la directive, pour ne pas pénaliser le secteur agricole. Je regrette cependant que mes amendements visant à protéger les petites exploitations et à exclure l'ammoniac n'aient pas été adoptés. Soutenant néanmoins les objectifs principaux de ce rapport, j'ai voté en faveur de l'ouverture des négociations entre le Parlement européen et le Conseil.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Suite au scandale de l'affaire Volkswagen, ce texte adopté à une grande majorité au Parlement européen sur les mesures des émissions dans le secteur de l'automobile condamne les fraudes commises par les constructeurs automobiles. Je soutiens qu'il est nécessaire de restaurer rapidement la confiance des consommateurs et qu'une enquête approfondie doit être menée sur les cas de fraude aux tests d'émissions automobiles. Il ne nous appartient toutefois pas de mettre à mal l'ensemble du secteur de l'automobile, essentiel à l'économie européenne, ni de condamner définitivement l'utilisation du diesel.

Philippe De Backer (ALDE), *schriftelijk*. – In de nadagen van het Volkswagen-schandaal is het duidelijk geworden dat de methoden die we momenteel gebruiken om de emissiewaarden van auto's te meten, niet accuraat genoeg zijn. Daarom heb ik voor deze resolutie gestemd, omdat we hierin onder andere oproepen om zo snel mogelijk een emissietest in reële rijomstandigheden in te voeren. Dit moet de consument een betere kijk geven op het echte verbruik en de echte emissies van zijn wagen.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Il y a quelques semaines, l'Agence fédérale américaine de protection de l'environnement (EPA) a révélé une fraude de grande ampleur organisée par le groupe Volkswagen. Le constructeur allemand aurait doté certaines de ses voitures d'un logiciel permettant de dissimuler le niveau réel des émissions de gaz polluants en cas de contrôle.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Au-delà de la condamnation de ces fraudes, la Commission européenne devra veiller à renforcer les tests et les contrôles et ainsi mieux protéger les consommateurs. Plus encore, je souhaiterais qu'une commission d'enquête soit ouverte pour faire la lumière sur ce qui s'est passé afin que cela ne se reproduise plus.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution. L'industrie automobile apporte une contribution immense à toute l'économie européenne, ainsi le secteur ne doit pas être victime de la fraude organisée par quelques-uns. La fraude aux tests d'émissions automobiles doit faire l'objet d'une enquête approfondie et les sanctions appropriées doivent être appliquées mais cela ne doit pas être l'occasion de mettre de côté, de manière idéologique, le diesel. Alors que nombre de nos concitoyens aux revenus modestes roulent avec des véhicules diesel, alors que l'Europe possède une réelle avance technologique en matière de diesel «propre». Nous devons donc de manière urgente rapprocher les conditions des tests d'homologation des conditions de conduite réelles. La Commission devrait également procéder à une refonte du système de réception des véhicules et garantir que la réception et les certificats délivrés par les autorités nationales compétentes puissent être vérifiés de manière indépendante et éventuellement réévalués par la Commission et les États membres.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – Chaque jour, de nouvelles révélations font surface au sujet du scandale de la fraude aux tests d'émissions automobiles. J'ai apporté mon soutien à cette résolution parce que je condamne cette fraude organisée qui a grugé des millions de personnes et parce qu'il m'apparaît indispensable qu'une enquête approfondie soit menée et que les sanctions appropriées soient prises. Nous connaissons les ravages causés par la pollution atmosphérique. Nous venons de fixer de nouveaux plafonds pour certains polluants clés et, le mois prochain, se tiendra la grande conférence sur le climat. Les émissions excédentaires de polluants ont beaucoup d'effets nocifs pour la santé humaine et sont à l'origine de décès prématurés. Elles produisent également des dommages environnementaux. Le scandale VW a en outre un impact significatif sur la réputation et la compétitivité du secteur automobile. Or, ce secteur est l'un des principaux facteurs de croissance et d'innovation et contribue à l'emploi dans un nombre important d'États membres.

Pour ces raisons, je considère que tout le système européen de contrôle des émissions doit être renforcé sans plus tarder, que la Commission doit être associée aux enquêtes en cours dans plusieurs États membres et qu'une autorité de surveillance devrait être installée au niveau européen.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах против тази резолюция, защото скандалът с Фолксваген засяга най-вече Германия и трябва да бъде разследван на национално равнище. Съгласен съм, че системното използване на незаконни устройства оказва сериозно влияние върху икономиката и вътрешния пазар. Също така категорично подкрепям, че трябва да има разследвания по въпроса и Фолксваген трябва да понесе отговорност за случилото се.

Въпреки това, не считам за редно Европейската комисия да провежда това разследване, въпреки нарушенията на европейските директиви относно максималните емисии от автомобили. Разследване директно от страна на Европейската комисия ще погази националния суверенитет и ще се намеси в скандал, попадащ в националната юрисдикция на държавите.

Правилният и най-ефикасният начин за справяне с този проблем в автомобилната индустрия са разследвания и програми за сътрудничество на национално ниво.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Υπερψήφισα την πρόταση ψηφίσματος στο σύνολο της για τα νέα μέτρα στον τομέα της αυτοκινητοβιομηχανίας και συμφωνούμε με την επιβολή κυρώσεων και προστίμων στην εταιρεία VW. Η απάτη της εν λόγω εταιρείας, με υπεύθυνους τα διευθυντικά στελέχη της, ανέδειξε την αδυναμία των διαδικασιών ελέγχου που εφαρμόζονται από τις ευρωπαϊκές αρχές. Πρέπει να ληφθούν άμεσα διορθωτικά μέτρα χωρίς να επηρεαστούν με οποιοδήποτε τρόπο οι καταναλωτές, πρέπει δε η επιτροπή να διεξαγάγει επείγουσα έρευνα για την υπόθεση αυτή. Επίσης, πρέπει να οριστικοποιηθεί άμεσα η νέα πρόταση για της εκπομπές οχημάτων κατηγορίας Euro6 υπό πραγματικές συνθήκες οδήγησης. Τέλος, συμφωνούμε ότι τα νομοθετικά μέτρα που θα ληφθούν δεν θα πρέπει να επιβαρύνουν αδικαιολόγητα την ευρωπαϊκή βιομηχανία.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the EU resolution on Emission measurements in the automotive sector. We believe that targets should be set at the national level by democratically accountable governments. We do not want new EU regulation in this field and we fear that the unelected EU Commission will want to reform EU emissions testing with a new regulatory framework whilst strengthening the implementation and enforcement of existing EU law.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Sull'onda dello scandalo Volkswagen, il Parlamento europeo ha discusso una proposta di risoluzione presentata da diversi gruppi politici, che doveva rappresentare il manifesto politico di impegno ad interrompere al più presto la truffa sulle emissioni messa in atto dalle aziende automobilistiche.

Il testo giunto in Aula era già stato frutto di aspri negoziati tra i gruppi politici e conteneva delle indicazioni condivisibili per quanto riguarda tutto ciò che ci si aspetta avvenga nel prossimo futuro a partire dalle misurazioni delle emissioni su strada per l'omologazione dei veicoli. Per questa ragione ho votato a favore della sua approvazione.

Al contempo però abbiamo voluto consentire ai cittadini la possibilità di conoscere i nomi di chi nel Parlamento continua a coprire gli interessi industriali. Per questa ragione abbiamo presentato in Aula gli emendamenti che i grandi gruppi politici avevano stralciato dal testo iniziale e che prevedevano, tra l'altro, l'estensione dell'indagine a tutte le marche e l'obbligo di restituzione degli incentivi fiscali di cui avessero beneficiato le case automobilistiche di cui si fosse accertata la frode. Il nome di chi non ha voluto la restituzione di soldi pubblici erogati per favorire l'acquisto di vetture meno inquinanti è così disponibile per chiunque lo voglia conoscere.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Jag tycker att det är bra och viktigt att parlamentet tydligt markerar mot medvetet miljöfusk och mot alltför dåliga testmetoder för bilutsläpp. Europeiska konsumenter måste kunna lita på att bilen de köper i verkligheten lever upp till de utsläppsnivåer som utlovas. Jag har därför röstat för förslaget.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Os deputados sempre defenderam a introdução de medidas para melhorar e harmonizar os ensaios de emissões, de modo a refletir melhor as condições reais de utilização dos veículos a motor. Recorde-se que a poluição atmosférica provoca anualmente mais de 430 000 mortes prematuras na UE e tem um custo avaliado em 940 mil milhões de EUR devido aos seus efeitos na saúde.

A indústria automóvel é um dos principais motores do crescimento e da inovação, contribuindo para o emprego num importante número de Estados-Membros, e, na ausência de medidas firmes, o atual escândalo poderá comprometer a reputação e a competitividade de todo o setor, já que atingiu milhões de consumidores que foram enganados e induzidos em erro.

Condeno qualquer fraude perpetrada pelos construtores de automóveis, devendo as empresas assumir todas as suas responsabilidades pelas suas ações e cooperar plenamente com as autoridades nas investigações, sendo imprescindível que a Comissão e os Estados-Membros restaurem rapidamente a confiança dos consumidores através de medidas concretas, envidando todos os esforços possíveis para desanuviar a situação.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos perante mais um escândalo denunciador da verdadeira essência do capitalismo.

Este caso – de que ainda não conhecemos todos os contornos, nem tampouco as implicações que comporta em toda a sua plenitude – denota bem o consabido domínio do poder económico sobre o poder político.

Em 18 de setembro de 2015, a Agência de Proteção Ambiental dos Estados Unidos (EPA) e o Conselho de Recursos Atmosféricos da Califórnia (CARB) emitiram um aviso de violação das normas em matéria de poluição aplicáveis à Volkswagen AG, à Audi AG e à Volkswagen Group of America.

Sabendo que estas são práticas de anos, poder-se-á perguntar porquê agora a revelação – pergunta cuja resposta não estará desligada das guerras comerciais entre os dois maiores colossos da indústria automóvel.

Dienstag, 27. Oktober 2015

A Comissão Europeia foi alertada, em 2013, através de um relatório do Centro Comum de Investigação, para a potencial existência de *software* ilegal em veículos a gasóleo do Grupo Volkswagen. Apesar disto, não advertiu as autoridades nacionais competentes dos Estados-Membros sobre o impacto dos dispositivos manipuladores na fiabilidade da medição das emissões de automóveis a gasóleo. Basicamente, nada fez, assim demonstrando como, pese embora toda a retórica associada às questões ambientais, está manietada pelos interesses das grandes empresas multinacionais, que mandam efetivamente na União Europeia.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as much mere transparency is needed I this area. How could anyone disagree at this stage.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – po prevalení emisného škandálu spoločnosti Volkswagen musí Európska komisia veľmi dôkladne vyšetriť akúkoľvek potenciálnu manipuláciu schvaľovacieho procesu a testov zo strany spoločnosti Volkswagen, ako aj iných automobilových spoločností. Európska komisia je povinná prijať všetky potrebné kroky na to, aby zdokonalila a zharmonizovala proces testovania emisií, aby lepšie zohľadňovali podmienky reálneho sveta, ktoré sa často krát veľmi líšia od prostredia laboratória, kde sa testy uskutočňujú. Je veľmi dôležité, aby sme naďalej pracovali na zlepšovaní a zdokonaľovaní implementácie a presadzovaní európskej legislatívy a eliminovali tak prípadné nedostatky, ktoré má. Úmyselné kriminálne správanie zo strany akokoľvek veľkej a dôležitej spoločnosti nesmie byť tolerované, nakoľko ohrozuje životy obyvateľov členských štátov, ale aj podrýva ich dôveru.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Questa relazione non è oggettivamente bilanciata. Non si concentra sul vero problema all'ordine del giorno. Siamo tutti consapevoli che i parametri fissati dall'UE erano irrealistici e non realizzabili. Per non parlare delle norme sugli Euro 5 ed Euro 6, che avrebbero dovuto salvare i nostri polmoni ma di cui si è vista l'inefficacia. In quest'ottica il problema Volkswagen è perciò grave ma relativo. La risoluzione non coglie nel segno e dovrò astenermi.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος στο σύνολο της για τα νέα μέτρα στον τομέα της αυτοκινητοβιομηχανίας και συμφωνώ με την επιβολή κυρώσεων και προστίμων στην εταιρεία VW. Η απάτη της εν λόγω εταιρείας, με υπεύθυνους τα διευθυντικά στελέχη της, ανέδειξε την αδυναμία των διαδικασιών ελέγχου που εφαρμόζονται από τις ευρωπαϊκές αρχές. Πρέπει να εφαρμοστούν άμεσα διορθωτικά μέτρα και έλεγχος εάν η τακτική της VW έχει υιοθετηθεί και από άλλες ευρωπαϊκές αυτοκινητοβιομηχανίες, χωρίς να επηρεαστούν με οποιοδήποτε τρόπο οι καταναλωτές, πρέπει δε η επιτροπή να διεξαγάγει επείγουσα έρευνα για την υπόθεση αυτή. Επίσης, πρέπει να οριστικοποιηθεί άμεσα η νέα πρόταση για της εκπομπές οχημάτων κατηγορίας Euro6 υπό πραγματικές συνθήκες οδήγησης. Τέλος, συμφωνώ ότι τα νομοθετικά μέτρα που θα ληφθούν δεν θα πρέπει να επιβαρύνουν αδικαιολόγητα την ευρωπαϊκή βιομηχανία.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Such frauds as the one exposed by the Volkswagen scandal are truly unacceptable: an action against health and the environment that can neither be tolerated nor forgiven.

While we were investing a huge amount of money in technological development for a low carbon footprint we were neither improving nor harmonising our emissions testing adequately to safeguard us from being fooled by these cheaters.

It is absolutely necessary for the Commission to investigate any kind of manipulation in this sector, to standardise emission testing at the level of the 28 Member States, to cooperate with nation states to improve their monitoring capacity, and to make all possible efforts to avoid this kind of situation in the future.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución sobre la medición de las emisiones en el sector del automóvil porque condena firmemente el fraude cometido por Volkswagen, que instaló dispositivos de desactivación en al menos once millones de vehículos diésel para burlar la legislación medio ambiental de la UE.

Como socialista, lamento que millones de consumidores hayan sido engañados mediante informaciones falsas relativas a las emisiones de sus vehículos, emisiones que causan perjuicios a la salud humana y daños medioambientales, y he exigido en esta Resolución que los trabajadores no tengan que pagar el precio de las manipulaciones, teniendo en cuenta al mismo tiempo que la industria del automóvil es uno de los sectores que más contribuye al crecimiento, a la innovación y al empleo.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Pedimos cambios legislativos para mejorar la medición de las emisiones en el sector del automóvil a través de la introducción de los test en condiciones reales de conducción y que se considere la creación de una autoridad de control a nivel de la UE encargada de detectar incumplimientos de los límites de emisiones, para evitar que esta situación se repita.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución porque condena firmemente el fraude en la medición de las emisiones contaminantes en los coches, fraude cometido por Volkswagen al haber instalado dispositivos de desactivación en al menos once millones de vehículos diésel para burlar la legislación medioambiental de la UE.

Como socialista, lamento que millones de consumidores hayan sido engañados mediante informaciones falsas relativas a las emisiones de sus vehículos; emisiones que causan perjuicios a la salud humana y daños medioambientales, y he exigido en esta Resolución que no sean los trabajadores quienes paguen el precio de las manipulaciones, teniendo en cuenta al mismo tiempo que la industria del automóvil es uno de los sectores que más contribuye al crecimiento, a la innovación y al empleo.

Pedimos cambios legislativos para mejorar la medición de las emisiones a través de la introducción de los test en condiciones reales de conducción y que se considere la creación de una autoridad de control a nivel de la UE encargada de detectar incumplimientos de los límites de emisiones, para evitar que esta situación se repita.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Il recente caso Volkswagen ha inevitabilmente sollevato nell'Unione e nel mondo una serie di allarmi e riflessioni cui è nostro dovere dare voce e risposta, per aiutarci a reinserire i piani di sviluppo e crescita UE in un quadro di mercato che sia non solo economicamente competitivo, ma anche garante della sicurezza per la nostra salute e per l'ambiente. La sfida per l'UE, e per i suoi prodotti e attività, è quella di poter assicurare per il futuro una scommessa commerciale che sia anche concretamente sostenibile.

Per questo condivido la proposta di adottare una serie di misure affinché i recenti fatti appurati nel caso Volkswagen non si ripetano e i consumatori possano ritrovare la fiducia, consolidando la scelta di prodotti UE come garanzia di un mercato sano e controllato.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico perché ritengo che il Parlamento unito debba mandare un segnale forte rispetto a un tema così importante quale quello delle emissioni di sostanze inquinanti da parte delle autovetture.

Lo scandalo VW ha evidenziato le lacune del sistema europeo: una normativa non adeguata che ha permesso il ricorso a tecnologie e stratagemmi per aggirare gli obblighi normativi, scarsi controlli, assenza di un organismo di vigilanza unico, influenza delle *lobby*.

L'ambiente è un bene comune, così come la qualità dell'aria, da cui la necessità di regole dell'UE chiare e rigorose, che non lascino spazi a discrezionalità, e soprattutto di nuove autorità di vigilanza europee.

Condivido le richieste concernenti nuovi controlli effettuati in condizioni di guida reale, un nuovo processo di omologazione a livello UE con un'autorità unica responsabile, una nuova legislazione in tema di emissioni e una rapida implementazione dei motori Euro6.

Chiediamo soprattutto che i lavoratori non paghino con i licenziamenti le scelte sbagliate del *management*, che l'azienda finanzia il rispetto della normativa ambientale con i propri utili piuttosto che tagliando i costi e che la salvaguardia dei dipendenti sia assicurata a tutti i livelli, anche europeo.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht „Emissionsmessungen in der Automobilindustrie“ gestimmt, da ich – auch in Folge des VW-Skandals – eine neue, aktualisierte und bessere Kontrollmethode für wichtig halte. Ich verurteile ausdrücklich Versuche einzelner Abgeordneter, im Laufe dieses Gesetzgebungsprozesses Änderungsanträge einzubringen, die offensichtlich und nachprüfbar von der Automobilindustrie verfasst wurden.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Adam Gierek (S&D), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem tej rezolucji, choć niestety nie ujmuje ona wszystkich aspektów problemu emisji spalin w motoryzacji. Jest ona ostra, sugerująca bardziej ambitne traktowanie daleko idących ograniczeń emisyjnych nowych pojazdów nie tylko na standach badawczych, lecz także podczas ruchowej eksploatacji napędzających je silników diesla.

W rezolucji pominięto szkody (ekologiczne oraz zdrowotne) dla środowiska i ludzi dokonane i które nadal dokonywane są przez starsze silniki. Jest bowiem niemal pewne, że np. normy Euro 4 i Euro 5, podobnie jak Euro 6, nie były w praktyce przestrzegane.

Brak w tej rezolucji wezwania do przyjęcia przez wszystkie państwa członkowskie klauzuli napraw, a przecież może ona usprawnić na całym motoryzacyjnym rynku europejskim utrzymanie niskoemisyjnych standardów eksploatacyjnych.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Nicht nur vor dem Hintergrund des Klimawandels, sondern auch mit dem Ziel der Gewährleistung einer optimalen Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden ist es wichtig, dass wir von Automobilen abgegebene Emissionen verlässlich evaluieren können. Hierfür brauchen wir ein Kontrollsystem, das realitätsnah ist und auf Ergebnissen aus der Praxis beruht.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – The EU decided that diesel was clean, and would save the planet for us all!! And so pushed Member States to push diesel. They then decided that SO_x and NO_x was going to kill us all, so made those car companies that were now selling shed loads of diesels to reduce the emissions that diesels emit. Good luck with that one.

The result... Fiddling, on a mighty scale. How long has the EU known? And how long has our UK Government known? This is a can of worms that must be dealt with, but shows that ill thought out, knee-jerk legislation is the worst kind. And Europe is pretty good at that.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because we cannot tolerate intentional criminal behaviour from the side of any company, no matter the size. It not only breaks public trust and undermines the quality of European products, but it also causes significant health damage to the European population. That is why I call for the introduction of a real driving emissions test to be implemented by 2017 for all vehicles to ensure that new cars on EU roads finally meet the Euro 6 limits and the establishment of an independent EU Type Approval Authority that would oversee testing. Furthermore, workers should not pay for the mistakes of the executives and every precautionary measure should be taken to guarantee that no jobs will be lost. The scandal should be seen as an opportunity for the European car industry to invest into more targeted R&D so as to move faster towards our next step which is the electrification of the European car fleet.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – Following the research of an NGO, Volkswagen admitted to having installed illegal software to cheat emission tests in the laboratory in at least 11 million vehicles worldwide, thus admitting a fraud affecting millions of consumers.

The same test results were also made available to the EU and national authorities, but no action was taken at the time. A further revelation showed that a 2011 report by the Joint Research Centre, a body of the EU, already pointed out discrepancies between emissions measured in the laboratory and on-road performance. It suggested that this gap could be due to the inadequacy of the test procedure in the EU and to the use of defeat devices.

In the light of such fraud, I welcome this resolution that condemns this fraud, asks for transparency and appropriate sanctions to be taken and urges the Commission to implement Real Driving Emission tests. I also voted in favour of the establishment of a European Parliament Committee of Inquiry in order to conduct an investigation on the responsibility of the Commission and of Member States in the lack of implementation and enforcement of the EU law.

Julie Girling (ECR), *in writing*. – The ECR is deeply concerned about practices by automotive manufacturers which have deliberately set out to cheat emissions standards. This is to the detriment of consumers and the environment, and unfairly damages the reputation of the workers and suppliers linked to those companies.

Dienstag, 27. Oktober 2015

As noted in its own resolution, the ECR is a strong supporter of carrying out investigations in the Member States into possible manipulation of the testing regime. We believe that once those investigations have been concluded, the Commission will be in the possession of facts and analysis that will help shape a reformed type approval system. Until those investigations are complete we do not believe we have all of the facts, and as such we cannot support a resolution which purports to know all of the answers.

Regrettably the joint text adopted today puts forward unsubstantiated allegations of Member State and Commission complicity, and prejudices the outcome of those investigations by calling for the establishment of an EU-level type approval regime, wholly out of step with the need for a measured policy based on evidence.

The ECR has therefore voted against the text, and commends its own resolution to the Parliament for a more considered view.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la Resolución dado que, según el centro de investigación dependiente de la Comisión Europea, en 2013 los test de detección de emisiones de los automóviles presentaban problemas porque podían habilitar el uso de dispositivos trucados que activen o modifiquen los sistemas de control de dichas emisiones con el objetivo de mejorar la efectividad de los mismos durante la realización de los controles. El escándalo de Volkswagen es la punta del iceberg de un sistema fraudulento pero NO es un caso aislado; han trucado los motores de millones de coches diésel en todo el mundo, llegando a contaminar hasta 40 veces más de lo permitido, y consideramos vital se modifiquen los mecanismos de control de emisiones para realizarse en circunstancias reales de conducción y que esta situación no se repita. Por otra parte, esta Resolución recalca la importancia de que no sean los empleados los que en última instancia paguen las consecuencias de los incumplimientos en los que haya incurrido la empresa.

Nathalie Griesbeck (ALDE), *par écrit*. – Le Parlement européen s'est prononcé, cette semaine, sur une résolution forte faisant suite aux révélations du «scandale Volkswagen».

Premièrement, la fraude aux tests d'émissions automobiles doit faire l'objet d'une enquête approfondie et des sanctions appropriées doivent être appliquées.

Deuxièmement, compte tenu de l'ampleur de cette crise, l'Europe doit nécessairement instaurer des tests d'émissions en situation de conduite réelle, qui respectent les limites d'émissions légales et qui soient pleinement mis en œuvre.

Troisièmement, le Parlement souhaite être pleinement informés des travaux en cours à la Commission européenne et au comité technique pour les véhicules à moteur (CTVM).

Enfin, je regrette personnellement que notre demande d'instaurer une commission d'enquête n'ait pas obtenue la majorité. Cela aurait été l'occasion de marquer le coup, et surtout de mettre entre les mains d'un organe autre que la Commission européenne cette responsabilité de tirer les choses au clair.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution. L'industrie automobile apporte une contribution immense à toute l'économie européenne, tout le secteur ne doit donc pas être victime de la fraude organisée par quelques-uns dans certaines entreprises. La fraude aux tests d'émissions automobiles doit faire l'objet d'une enquête approfondie et les sanctions appropriées doivent être appliquées mais cela ne peut pas être l'occasion de mettre de côté, de manière idéologique, le diesel. Alors que nombre de nos concitoyens aux revenus modestes roulent avec des véhicules diesels, alors que l'Europe possède une réelle avance technologique en matière de diesel «propre», ce serait une grave erreur! Nous devons donc de manière urgente rapprocher les conditions des tests d'homologation des conditions de conduite réelles. La Commission devrait également procéder à une refonte du système de réception des véhicules, afin de garantir, d'une part, que la réception et les certificats délivrés par les autorités nationales compétentes puissent être vérifiés de manière indépendante et éventuellement réévalués par la Commission et les États membres.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución sobre la medición de las emisiones en el sector del automóvil porque condena firmemente el fraude cometido por Volkswagen, que instaló dispositivos de desactivación en al menos once millones de vehículos diésel para burlar la legislación medio ambiental de la UE.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Como socialista, lamento que millones de consumidores hayan sido engañados mediante informaciones falsas relativas a las emisiones de sus vehículos, emisiones que causan perjuicios a la salud humana y daños medioambientales, y he exigido en esta Resolución que los trabajadores no tengan que pagar el precio de las manipulaciones, teniendo en cuenta al mismo tiempo que la industria del automóvil es uno de los sectores que más contribuye al crecimiento, a la innovación y al empleo.

Pedimos cambios legislativos para mejorar la medición de las emisiones en el sector del automóvil a través de la introducción de los test en condiciones reales de conducción y que se considere la creación de una autoridad de control a nivel de la UE encargada de detectar incumplimientos de los límites de emisiones, para evitar que esta situación se repita.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcée en faveur de cette résolution importante pour les consommateurs européens. Elle condamne fermement les fraudes aux tests d'émission par les constructeurs automobiles et ouvre la voie à des enquêtes approfondies. Tout cela va dans le bon sens pour faire toute la lumière sur l'affaire Volkswagen. Elle demande en outre la révision des tests d'émission afin que ceux-ci soient effectués en conditions réelles de conduite d'ici à 2017, et non plus en laboratoire, et qu'ils soient élargis à tous les polluants. Enfin, elle suggère d'envisager la création d'une autorité de surveillance au niveau européen.

Bien que l'importance de ne pas faire peser les conséquences de ces fraudes sur les employés soit soulignée (ceux-ci ne sauraient être tenus responsables des agissements des instances dirigeantes), mes collègues socialistes et moi aurions souhaité que le texte aille plus loin. Je regrette ainsi qu'un amendement sur la protection des travailleurs et des sous-traitants du secteur de l'automobile ait été rejeté.

Je regrette également l'adoption d'un amendement favorable au diesel. Il s'agit là d'une occasion manquée de renverser la tendance et de soutenir la transition vers des carburants alternatifs.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for this resolution on Emission measurements in the automotive sector because the European Parliament considers it regrettable that these excess emissions have caused unnecessary premature deaths, harmful effects on human health, and environmental damage, deplores the serious lack of enforcement of EU internal market regulation and calls on the sector of the automobile industry having engaged in unfair practices to finance and support updates of independent rankings of road vehicles on the basis of environmental performance, among other actions.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución sobre la medición de las emisiones en el sector del automóvil porque condena firmemente el fraude cometido por Volkswagen, que instaló dispositivos de desactivación en al menos once millones de vehículos diésel para burlar la legislación medio ambiental de la UE.

Como socialista, lamento que millones de consumidores hayan sido engañados mediante informaciones falsas relativas a las emisiones de sus vehículos, emisiones que causan perjuicios a la salud humana y daños medioambientales, y he exigido en esta Resolución que los trabajadores no tengan que pagar el precio de las manipulaciones, teniendo en cuenta al mismo tiempo que la industria del automóvil es uno de los sectores que más contribuye al crecimiento, a la innovación y al empleo.

Pedimos cambios legislativos para mejorar la medición de las emisiones en el sector del automóvil a través de la introducción de los test en condiciones reales de conducción y que se considere la creación de una autoridad de control a nivel de la UE encargada de detectar incumplimientos de los límites de emisiones, para evitar que esta situación se repita.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this report but was disappointed that an amendment to ensure reimbursement of subsidies and tax benefits received on the basis of claimed environmental performance where a defeat device was found was narrowly defeated. This sends the wrong messages to Member States and to companies. EU subsidies must be conditional on a genuine and documented effort to earn them – otherwise the penalties for non-compliance are meaningless. Surely fraud has to be punished at all levels. Secondly there is the thorny question of who is to blame, and if we are to call for enquiries/investigations etc. we cannot prejudge the outcomes. We accepted the need for these enquiries, so saying someone was to blame or not to blame at this point in time is redundant. The time for that debate is when we see the outcome of investigations and not before.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to support this report because although the automotive industry is one of the key contributors to growth, employment and innovation, decisive action must be taken against the current scandals which risk undermining the reputation and competitiveness of the entire sector. Air pollution causes over 430 000 premature deaths in the EU yearly and costs up to an estimated EUR 940 billion annually as result of the health impacts. Up to a third of the EU's urban population continues to be exposed to levels above the limits or targets values set by the EU and transport continues to be a main contributor to these poor air quality levels.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Trotz mehrerer Versuche der ALFA-Delegation, einen ausgewogenen Text hervorzubringen, beinhaltet die durch den VW-Skandal entstandene Entschließung unbegründete Vorwürfe der Komplizenschaft der Mitgliedstaaten und Kommission im Emissionsskandal. Der Antrag präjudiziert die Ergebnisse der laufenden Untersuchungen durch den Aufruf für mehr EU-Aufsicht und neue Kontrollrechte für die Kommission im Hinblick auf Genehmigungsverfahren. Manche Fraktionen haben den VW-Skandal dafür genutzt, eigene ideologische Steckenpferde, wie z.B. die Aussetzung der TTIP-Verhandlungen, in diesem Entschließungsantrag unterzubringen. Wir brauchen eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission auf einheitliche Standards für die künftigen Prüfverfahren. Jedoch sind wir gegen weitere Zentralisierung. Die Mitgliedstaaten und ihre zuständigen Behörden müssen das Recht behalten, Genehmigungsverfahren zu überdenken, und falls erforderlich Rückrufe von Produkten zu fordern, sofern sie Belege für die Nichteinhaltung der EU-Emissionswerte nachweisen können. Wichtig ist auch, effektiv und sachorientiert Skandale dieser Dimension zu verhindern. Die Manipulation durch VW hat mit der mangelnden Repräsentanz der derzeitigen Tests nichts zu tun. Man sollte vielmehr die Diskrepanz zwischen Testergebnissen und realen Fahrbedingungen minimieren. Deshalb haben wir diese Punkte in der Entschließung unterstützt, aber den Text im Ganzen abgelehnt.

Richard Howitt (S&D), *in writing*. – We are right to address the global scandal about Volkswagen. I am proud to have campaigned successfully for the EU Non-Financial Reporting Directive – which requires companies to report and thus act on their environmental and other societal impacts. I am quite happy to say that I used Volkswagen who are members of a forum called 'econsense', which is the environmental interest group within the German employers group, to lobby internally to help win German support for the EU Directive. And they did do it. So, yes, Volkswagen's corporate governance failed badly. But we should also ask ourselves: why are diesel emission standards so much tougher in America than in Europe? Four years ago the World Health Organisation changed its rating for diesel exhaust from 'probably carcinogenic to humans', to 'carcinogenic to humans.' So I will not use today's debate just to have a cheap hit at a car company, but instead to say we must learn from the failure of markets and of the European regulatory system, to recognise the science and adapt accordingly.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Rezoluciju Europskog parlamenta o mjerenjima emisija u automobils-kom sektoru, s obzirom na to da je onečišćenje zraka svake godine uzrok za preko 430 000 slučajeva preuranjene smrti u EU-u te da se troškovi njegova utjecaja na zdravlje procjenjuju na 940 milijardi eura godišnje te s obzirom na to da je ovaj dokument u direktnoj vezi s nedavno otkrivenim kršenjem važećih propisa SAD-a o onečišćenju za Volkswagen AG, Audi AG i Američku volkswagen grupu.

Ovime se osuđuje sve oblike prijevara proizvođača automobila; traži se preuzimanje odgovornosti; žali zbog prevarenih potrošača te se naglašava problem ponovnog stjecanja povjerenja potrošača; pozdravljaju se i druge istrage pokrenute u nekoliko država članica; poziva se Komisiju da bez odgode donese i provede novi ciklus ispitivanja u stvarnim uvjetima vožnje te da zajamči njegovo stupanje na snagu za regulatorne potrebe.

Posebice se ističe zahtjev da Komisija uvede ispitivanje emisija u stvarnim uvjetima vožnje za sva vozila koja su prošla homologaciju tipa ili su registrirana 2015. kako bi se zajamčila učinkovitost sustava kontrole emisija. Između ostalog poziva se Komisiju da zajamči da su informacije koje se potrošačima pružaju u skladu s Direktivom EU-a o označavanju vozila (1999/94/EC) točne, relevantne i usporedive.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution, soumise en toute hâte par les principaux groupes européens (PPE, S&D, ALDE et Verts/ALE), n'est autre que la réponse du Parlement européen à l'affaire Volkswagen. Il est certes louable que l'amendement proposé par les Verts et la gauche radicale, demandant la création d'une commission d'enquête, ait été rejeté. On peut se réjouir également que, s'agissant des émissions d'oxyde d'azote, les seuils de pollution à ne pas dépasser, totalement irréalistes, aient été relevés passant de 80 mg/km à 168 mg.

Toutefois, ce texte à travers certaines de ces dispositions contrevient aux intérêts de l'industrie automobile européenne, laquelle est déjà confrontée à une concurrence mondiale redoutable.

La rhétorique de la proposition est moralisatrice. Les émissions de CO₂ sont constamment dénoncées alors que leur rôle dans le réchauffement climatique (réchauffement largement surestimé) est loin d'être prouvé scientifiquement.

Enfin, les caractéristiques techniques à respecter par les constructeurs sont décidées dans l'intérêt de la puissance qui les définit. Il serait donc normal que les normes restent du ressort des États membres plutôt que de la Commission.

Subséquentement, cette proposition renforce les pouvoirs de l'UE et exagère les effets environnementaux des moteurs diesel.

J'ai donc voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – Today my MEP colleagues and I voted against the EU resolution on Emission measurements in the automotive sector. We believe that targets should be set at the national level by democratically accountable governments. We do not want new EU regulation in this field and we fear that the unelected EU Commission will want to reform EU emissions testing with a new regulatory framework whilst strengthening the implementation and enforcement of existing EU law.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution car, suite au scandale de l'affaire Volkswagen, il était nécessaire que le Parlement européen rappelle aux États membres et à la Commission européenne leurs obligations en matière de contrôle de la pollution et souligne la nécessité de revoir le système actuel de contrôle des voitures en Europe.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Eine Zustimmung ist hier nicht möglich, obwohl es sich grundsätzlich um eine ausgewogene Entschließung mit einigen guten Vorschlägen handelt, welche das Prüfverfahren von Emissionen unabhängiger und transparenter machen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the resolution. Intentional criminal behaviour will not be tolerated as it not only breaks public trust and undermines the quality of European products but it also causes significant health damage to the European population.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Trotz mehrerer Versuche der ALFA-Delegation, einen ausgewogenen Text hervorzu-bringen, beinhaltet die durch den VW-Skandal entstandene Entschließung unbegründete Vorwürfe der Komplizenschaft der Mitgliedstaaten und der Kommission im Emissionsskandal. Der Antrag präjudiziert die Ergebnisse der laufenden Untersuchungen durch den Aufruf zu mehr EU-Aufsicht und neuen Kontrollrechten für die Kommission im Hinblick auf Genehmigungsverfahren. Manche Fraktionen haben den VW-Skandal dafür genutzt, eigene ideologische Steckn-pferde wie z. B. die Aussetzung der TTIP-Verhandlungen in diesem Entschließungsantrag unterzubringen. Wir brauchen eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission auf einheitliche Standards für die künftigen Prüf-verfahren. Jedoch sind wir gegen weitere Zentralisierung. Die Mitgliedstaaten und ihre zuständigen Behörden müssen das Recht behalten, Genehmigungsverfahren zu überdenken und falls erforderlich Rückrufe von Produkten zu fordern, sofern sie Belege für die Nichteinhaltung der EU-Emissionswerte nachweisen können. Wichtig ist auch, effektiv und sachorientiert Skandale dieser Dimension zu verhindern. Die Manipulation durch VW hat mit der mangelnden Repräsentanz der derzeitigen Tests nichts zu tun. Man sollte vielmehr die Diskrepanz zwischen Testergebnissen und realen Fahrbedingungen minimieren. Deshalb habe ich diese Punkte in der Entschließung unterstützt, aber dennoch den Text im Ganzen abgelehnt.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Béla Kovács (NI), írásban. – Statisztikák szerint a légszennyezés évente több mint 430 ezer idő előtti halálesetet okoz az EU-ban, ezért az állásfoglalási indítvány támogatása nem lehet kétséges. Köztudott, hogy a dízelautók által kibocsátott nitrogén-oxid a legfőbb szennyezőanyagok egyike, amely többek között tüdőrákot, asztmát és számos légúti betegséget okoz. Az EU városi lakosságának egyharmada ki van téve az egészségét súlyosan veszélyeztető szennyezettségi szinteknek, a közlekedés továbbra is a rossz levegőminőség és az azzal összefüggő egészségügyi következmények fő okozója a városokban. Két kérdés merül fel bennem: az évtizedek óta ismert veszélyeik ellenére egyes államok miért támogatják adókedvezményekkel ezeket az autókat, illetve miért vásárolják gondolkodó emberek tömegei a maguk, szeretteik és a vélen járókelők egészségének rovására? A most felmerült VW-botrány csak a jéghegy csúcsa.

Zdzisław Krasnodębski (ECR), na piśmie. – W następstwie skandalu spowodowanego oszustwami firmy Volkswagen dotyczącymi sfałszowanych kontroli emisji spalin Parlament Europejski przyjął w dniu 27 października rezolucję w tej sprawie.

Poparłem projekt rezolucji, a wcześniej wygłosiłem na forum Parlamentu przemówienie, w którym krytykowałem inercję regulacyjną UE w sprawie tego typu nadużyć. Zwróciłem ponadto uwagę na hipokryzję unijnej polityki klimatycznej, „patrzącej przez palce na zanieczyszczenia samochodowe”.

W rezolucji w sprawie pomiarów emisji w sektorze motoryzacyjnym Parlament domaga się między innymi działań, o których wspomniałem w swoim wystąpieniu: zaostrzonych wymogów testowych, pomiaru emisji spalin w rzeczywistych warunkach, kompleksowej kontroli rynku motoryzacyjnego. Ponadto Parlament wzywa do wszczęcia pilnego dochodzenia w sprawie oszustw koncernu samochodowego, kontroli innych firm motoryzacyjnych oraz zbadania roli organów unijnych i krajowych w nieuczciwym procederze.

Kashetu Kyenge (S&D), per iscritto. – Ho sostenuto con convinzione la proposta di risoluzione comune sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico, che esprime la preoccupazione del Parlamento europeo per il recente scandalo che ha coinvolto la casa automobilistica Volkswagen.

Ritengo grave che i consumatori siano stati ingannati e che siano state ripetutamente violate le normative europee di controllo sulle emissioni dei veicoli a motore diesel. In particolare, non è ammissibile che siano state fornite false informazioni riguardanti i veicoli, che hanno messo a repentaglio la salute dei cittadini come pure l'ambiente in cui viviamo.

Credo fermamente che i cittadini debbano continuare ad avere fiducia nelle regole e nei controlli previsti dalla normativa europea ed è per questo che occorrerà procedere con indagini più severe sui risultati dei test di emissione, anche per il futuro. Inoltre credo sia indispensabile un miglioramento della vigilanza sull'attuazione della normativa dell'Unione in materia di ambiente ed è di fondamentale importanza l'istituzione di un organo specifico.

L'Unione e i suoi cittadini hanno bisogno di un sistema normativo e di controlli armonizzati a livello europeo, che puntino sul rafforzamento e l'affidabilità dei test sulle emissioni.

Merja Kyllönen (GUE/NGL), kirjallinen. – Vaikka nyt hyväksytyssä päätöslauselmassa ei ollut mukana kaikkia ryhmämme kannattamia näkökohtia, halusin äänestää päätöslauselman hyväksymisen puolesta, sillä pidän tärkeänä välittömiä unionin laajuisia toimenpiteitä vastaavien tapauksien estämiseksi. Sen taakse tarvitaan parlamentin yhtenäistä rinta-
maa.

Volkswagenin päästöhuijaus on paljastanut vakavia ongelmia sekä autoteollisuuden sisällä että valvovien viranomaistahojen luotettavuudessa. Nyt on välttämätöntä ottaa kovat otteet käyttöön kuluttajien luottamuksen palauttamiseksi sekä sen varmistamiseksi että liikennepoliittiset päätökset perustuvat totuudenmukaiseen kuvaan autoilun ympäristökuormituksesta.

Päästöhuijaus paljastui Volkswagenia koskevana tapauksena Amerikan markkinoilla, mutta ajan kuluessa se on levinnyt koko autoteollisuuden ja sitä valvovien viranomaistahojen uskottavuuden vieväksi Euroopan laajuisiksi vyyhdyiksi. Äänestyksen alla Financial Times kirjoitti EU:n komission saaneen vihiä systemaattisista päästöhuijauksista jo vuonna 2013, mutta jättäneen asian täysin huomiotta. Transport&Environment -järjestön raportti kertoo myös, että testituloksissa esiintyvä harha on paljon tyypipäästötestejä laajempi ilmiö.

Autoteollisuuden on nyt aika kantaa vastuunsa. Pidän kuitenkin tärkeänä sitä, että seuraamuksia ei säilytetä työntekijä-portaalle.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Илхан Ключюк (ALDE), *в писмена форма*. – Гласувах за резолюцията, защото Европейският съюз е гарант за високи екологични стандарти и ако не се предприемат решителни действия, настоящият скандал рискува да накърни репутацията и конкурентоспособността на целия сектор.

Автомобилната промишленост е един от ключовите фактори за растеж и иновации в Европа и Комисията и държавите членки трябва да възстановят бързо доверието на потребителите чрез конкретни действия. Необходимо е да се преразгледа настоящият режим и да се предложат нови мерки, които да гарантират, че прилагането на регламентите на ЕС може да се извършва ефективно.

Jean Lambert (Verts/ALE), *in writing*. – It is with some regrets that I voted against this resolution, as it contains many strong points criticising the industry. I did not vote against because I think it is acceptable for car manufacturers to effectively perpetrate fraud not only with regard to those who buy their products thinking they are doing something to reduce harmful emissions, but to society as a whole, which bears the costs of those emissions. I voted against because I think it entirely wrong that the majority of this House chose to endorse the PPE amendment supporting diesel technology. Ironical indeed, when we will vote on air quality standards tomorrow – knowing that diesel fuel has adverse health effects and that we need to move away this fuel. How can I tell the Mayor of London to clean up our air and then support diesel cars as a way forward? We don't solve one pollution problem by fuelling another.

Gabrielius Landsbergis (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this text. Fraudulent behaviour by automobile manufacturers cannot be tolerated and wrong-doers must be held accountable in order not to damage the reputation of the whole European automotive industry. Excess emissions of particulate matter and ozone concentrations causing well over 400 000 premature deaths annually must be kept down. To do so, the Parliament calls for consideration to be given to an independent EU-level surveillance authority that would oversee the testing and urges the Commission to adopt and implement a new Real Driving Emissions test cycle, as well as implementing them to measure not only the NO_x emissions, but also use it to measure all pollutants.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Dans cette résolution sur le trucage des tests d'émissions de carbone par Volkswagen, j'ai soutenu la création d'une commission d'enquête parlementaire. Ni celle-ci, ni les amendements contre la publicité mensongère n'ont été retenus.

À l'inverse, un amendement soutenant que le diesel est un moyen d'atteindre nos objectifs de réduction des émissions de carbone a été adopté. Ces votes ne peuvent s'expliquer que par le lobbying intense des constructeurs allemands de grosses cylindrées.

Quelques jours après, le comité technique pour les véhicules à moteur révisait ses lignes directrices pour les tests en autorisant le dépassement de ses propres seuils de pollution. Avec cette mesure, la création d'une autorité européenne chargée de s'assurer que les procédures de tests respectent les normes européennes, que j'avais également soutenue, devenait caduque.

Il faut d'urgence une refonte complète de nos systèmes d'homologation ainsi qu'une enquête indépendante sur les tromperies réalisées.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Dopo il caso Volkswagen abbiamo avuto la certezza che sono state commesse delle frodi nei test di omologazione delle autovetture, in quanto i limiti delle emissioni di monossido di azoto sono stati deliberatamente superati per lunghi anni da una delle più grandi e potenti case produttrici di automobili.

All'indomani dello scandalo, abbiamo chiesto alla Commissione europea di procedere urgentemente con le necessarie investigazioni e soprattutto di tenere il Parlamento costantemente informato sui risultati delle indagini. A tale proposito, in commissione ENVI abbiamo avuto un confronto con il Commissario europeo Bieńkowska, e ritengo sia quanto mai necessaria una collaborazione tra tutte le istituzioni, al fine di trovare una soluzione il prima possibile. Ma dovremmo anche chiedere agli Stati membri, responsabili dei controlli, com'è possibile che queste automobili abbiano superato i test di omologazione.

È nostro compito garantire, alle generazioni future, un ambiente quanto più pulito e poco inquinato, e per questo lavoreremo a 360 gradi, di concerto con le altre istituzioni europee e con gli Stati membri, per il raggiungimento di questo obiettivo.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution car elle instrumentalise le scandale Volkswagen pour renforcer l'emprise de la Commission de Bruxelles sur l'industrie automobile.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution déposée par les groupes PPE, S&D, ADLE et les Verts fait suite au scandale de l'entreprise allemande Volkswagen, accusée d'avoir truqué ses moteurs pour fausser les tests antipollution. Alors que la concurrence internationale et la guerre économique font rage, notamment contre les États-Unis, qui se sont habilement servis de ce scandale pour peser sur la production automobile européenne, cette résolution ne trouve rien de mieux que de contraindre l'industrie automobile en renforçant la législation de l'Union et l'emprise de la Commission sous couvert de bons sentiments environnementalistes dont ne s'embarrassent pas les États-Unis. Il est évident qu'un tel texte resurgira sur la situation des ouvriers et des PME sous-traitantes de Volkswagen.

Comment par ailleurs peut-on donner plus de pouvoir à la Commission alors qu'il est maintenant acquis qu'elle était au courant de la supercherie?

J'ai donc décidé de voter contre ce texte qui porterait atteinte à l'industrie automobile européenne et qui fait le jeu de l'industrie américaine.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. – Umyślne zachowania przestępcze ze strony każdej firmy, bez względu na jej rozmiar, nie będą tolerowane, gdyż nie tylko powodują utratę zaufania publicznego i podważają jakość produktów europejskich, ale również powodują znaczne szkody dla zdrowia Europejczyków.

Aby zapobiec podobnym sytuacjom, należy wprowadzić do 2017 roku testy realnych emisji spalin podczas jazdy, które będą gwarancją, że nowe samochody spełniają normy emisji spalin Euro 6, oraz ustanowić niezależną europejską instytucję odpowiedzialną za przeprowadzanie testów emisji spalin. Musimy przede wszystkim zapobiec negatywnym skutkom tego skandalu dla pracowników – decyzje zarządzających nie mogą skutkować redukcją miejsc pracy.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Dans le contexte électrique du scandale Volkswagen, cette proposition de résolution veut apporter une réponse purement environnementale à un problème industriel stratégique.

Des normes d'émission de polluants non impartiales, décidées dans l'intérêt de la puissance qui les définit, une emprise toujours plus inquiétante de la Commission sur un secteur industriel vital pour l'Europe, une législation communautaire toujours plus intrusive dans nos entreprises... Toutes les raisons étaient réunies pour que je vote contre ce texte inique et cynique.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución sobre la medición de las emisiones en el sector del automóvil porque condena firmemente el fraude cometido por Volkswagen, que instaló dispositivos de desactivación en al menos once millones de vehículos diésel para burlar la legislación medio ambiental de la UE.

Como socialista, lamento que millones de consumidores hayan sido engañados mediante informaciones falsas relativas a las emisiones de sus vehículos, emisiones que causan perjuicios a la salud humana y daños medioambientales, y he exigido en esta Resolución que los trabajadores no tengan que pagar el precio de las manipulaciones, teniendo en cuenta al mismo tiempo que la industria del automóvil es uno de los sectores que más contribuye al crecimiento, a la innovación y al empleo.

Pedimos cambios legislativos para mejorar la medición de las emisiones en el sector del automóvil a través de la introducción de los test en condiciones reales de conducción y que se considere la creación de una autoridad de control a nivel de la UE encargada de detectar incumplimientos de los límites de emisiones, para evitar que esta situación se repita.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de la presente Resolución debido a que condena a la compañía multinacional Volkswagen por el escándalo de las emisiones, exigiendo garantías en las medidas a tomar para corregir la situación producida por ella. La Resolución llama a proteger los empleos del sector automovilístico, que bajo ningún concepto pueden estar en riesgo por las prácticas de una directiva falsificadora. Además, llama la atención sobre el papel desempeñado por la Comisión Europea, que disponía de información sobre el problema desde 2011. Pese a no tratarse de la mejor Resolución posible, he decidido votar a favor porque supone un toque de atención a la multinacional y a las autoridades implicadas en el escándalo.

Antonio López-Istúriz White (PPE), por escrito. – Las cifras de la contaminación atmosférica son alarmantes y el sector automovilístico tiene mucho que ver en ello. En la Unión Europea mueren cada año de manera prematura hasta 430 000 personas por los efectos de dicha contaminación. Los costes de los efectos en la salud de los ciudadanos llegan hasta los 940 000 millones de euros. Se estima que hasta un tercio de la población urbana en la UE está expuesta a unos niveles que superan los valores límite y a los objetivos fijados por la UE.

Estas cifras son más que ilustrativas para indicar que es necesario hacer algo al respecto, más si cabe después del escándalo que hemos conocido por parte de la firma Volkswagen, que ha violado las normas en materia de contaminación. El informe presentado, por tanto, busca avanzar hacia un sistema cada vez más sostenible y eficiente en el uso de los recursos para el transporte terrestre y otros.

Además, es absolutamente necesario investigar de manera exhaustiva las manipulaciones que se han llevado a cabo en varios Estados miembros y otros países del mundo sobre los resultados de los ensayos sobre emisiones. Por todo ello, he apoyado este informe.

Bernd Lucke (ECR), schriftlich. – Trotz mehrerer Versuche der ALFA-Delegation, einen ausgewogenen Text hervorzu-bringen, beinhaltet die durch den VW-Skandal entstandene Entschließung unbegründete Vorwürfe der Komplizenschaft der Mitgliedstaaten und der Kommission im Emissionsskandal. Der Antrag präjudiziert die Ergebnisse der laufenden Untersuchungen durch den Aufruf für mehr EU-Aufsicht und neuen Kontrollrechten für die Kommission im Hinblick auf Genehmigungsverfahren. Manche Fraktionen haben den VW-Skandal dafür genutzt, eigene ideologische Steckpferde, wie z. B. die Aussetzung der TTIP-Verhandlungen, in diesem Entschließungsantrag unterzubringen. Wir brauchen eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission auf einheitliche Standards für die künftigen Prüfverfahren. Jedoch sind wir gegen weitere Zentralisierung. Die Mitgliedstaaten und ihre zuständigen Behörden müssen das Recht behalten, Genehmigungsverfahren zu überdenken und falls erforderlich Rückrufe von Produkten zu fordern, sofern sie Belege für die Nichteinhaltung der EU-Emissionswerte nachweisen können. Wichtig ist auch, effektiv und sachorientiert Skandale dieser Dimension zu verhindern. Die Manipulation durch VW hat mit der mangelnden Repräsentanz der derzeitigen Tests nichts zu tun. Man sollte vielmehr die Diskrepanz zwischen Testergebnissen und realen Fahrbedingungen minimieren. Deshalb habe ich diese Punkte in der Entschließung unterstützt, aber dennoch den Text im Ganzen abgelehnt.

Ivana Maletić (PPE), napisan. – Ispušni plinovi dizelskih vozila glavni su izvor dušikovih oksida za kojeg su neovisne analize provedene prošle godine pokazale sedam puta veću koncentraciju od ograničenja utvrđenih u okviru norme Euro 6. S druge strane, automobilska industrija daje ključan doprinos rastu i inovacijama te zapošljava veliki broj radnika.

Bitno je nastaviti s istragama kako bi se spriječile manipulacije rezultatima ispitivanja emisija ispušnih plinova i osigurala transparentnost istraga. Poziva se Komisija da provede nova ispitivanja u stvarnim uvjetima vožnje, a nacionalna tijela da primjenjuju nultu razinu tolerancije prema tzv. „optimiranju prilikom ispitivanja vozila“. Potrebno je i poboljšanje trenutnog sustava za homologaciju u EU-u i cestovnog nadzora kako bi se postiglo usklađivanje s pravom EU-a.

Podržala sam rezoluciju zbog zaštite zdravlja ljudi i ekosustava od štetnih utjecaja onečišćenja zraka budući da i Hrvatska u pojedinim urbanim područjima ima drugu i treću kategoriju kvalitete zraka, što je umjereno i prekomjerno onečišćen zrak.

Vladimír Maňka (S&D), písomne – škandály s meraním emisií v najväčších automobilových podnikoch v EÚ majú dôsledky nielen na ekonomiku týchto firiem, ale aj na ekonomiku, hospodárstvo a zamestnanosť vo všetkých dotknutých členských štátoch. Klamanie spotrebiteľov, ohrozovanie života a životného prostredia znižujú dôveru občanov a zvyšujú pochybnosti o dostatočne jasných, kontrolovaných a kontrolovateľných predpisoch Únie. Podporujem prijatie uznesení tak, aby Komisia vyvodila z tohto nežiaduceho stavu dôsledky v podobe opatrení, ktoré znemožnia klamanie a zneužívanie dôvery spotrebiteľa, stanovia jednoznačné pravidlá a tvrdé postihy za zistené nedodržanie tak, aby sa zamedzilo vzniku obdobných javov.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Ψηφίζω υπέρ της κοινής πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τις μετρήσεις των εκπομπών στον τομέα της αυτοκινητοβιομηχανίας, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre. Cette proposition de résolution s'est faite en réaction, trop hâtive, au scandale Volkswagen. Pour rappel, l'infraction de Volkswagen vient de l'excès d'émission d'un polluant, le dioxyde d'azote (NO_x) par les moteurs diesel de ses modèles. Cette résolution s'attaque à une question industrielle stratégique importante en l'abordant comme un problème environnemental. Sous couvert de protéger l'environnement, elle prévoit l'obligation de choisir un produit «en s'appuyant sur les caractéristiques techniques exhaustives et impartiales qui lui sont fournies», alors même que les caractéristiques techniques sont tout sauf impartiales! Il s'agit là de barrières non-tarifaires, dont les États-Unis savent savamment se servir pour éliminer leurs concurrents.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this resolution, which 'Strongly condemns any fraud by automobile manufacturers and urges companies to take full responsibility for their actions and to cooperate fully with the authorities in any investigations; deplores the fact that millions of consumers have been deceived and misled by false information regarding emissions from their vehicles'.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o společném návrhu usnesení o měření emisí v automobilovém odvětví. Domnívám se, že na tento fenomén je třeba pohlížet z několika úhlů pohledu. V každém případě je třeba odsoudit a důkladně vyšetřit jakékoli podvody s emisními limity. Dále je třeba mít na paměti ochranu spotřebitelů, kteří musí mít zachováno právo vybrat si produkt dle vlastní volby v závislosti na komplexních technických vlastnostech, jež mu jsou sděleny. Rovněž si musíme uvědomit, že v automobilovém průmyslu převažují velké nadnárodní firmy, nejde tedy jen o problém EU. Je také třeba vzít v potaz, že automobilový průmysl v některých členských státech zásadním způsobem přispívá k podpoře zaměstnanosti a růstu inovací. V automobilovém dodavatelském průmyslu převažují malé a střední podniky. Ekonomická síla mnoha regionů Evropy se zakládá na automobilovém průmyslu a automobilovém dodavatelském průmyslu. Hrozí, že současný skandál vážně poškodí reputaci celého odvětví. Musíme se zasadit o nápravu tohoto stavu, ale pokud možno přístupem vyrovnaným, který nepoškodí automobilový sektor ještě více. Protože se domnívám, že dnes předložený text v tomto směru není vyvážený, a některé cíle v něm obsažené nejsou realizovatelné, v konečném hlasování o usnesení jsem se zdržel.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Grundsätzlich eine ausgewogene Entschließung mit einigen guten Vorschlägen, um das Prüfverfahren unabhängiger und transparenter zu machen. Leider wird das aber wieder dazu benützt, um der EU-Kommission mehr Rechte einzuräumen, weshalb eine Zustimmung nicht möglich ist.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I supported this report which calls for the establishment of common European car emission tests which resemble real driving conditions as much as possible, instead of the lab-based test currently in use in the European Union. This will help prevent fraud and restore trust in the automotive industry.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution condamne la triche aux émissions pratiquée par Volkswagen. Elle demande en conséquence que «les autorités des États membres exigent des constructeurs qu'ils remboursent toutes subventions, avantages fiscaux ou autres incitations fiscales». Le texte insiste également sur le fait «qu'avant d'envisager des licenciements, les constructeurs doivent utiliser leurs propres ressources financières, notamment en s'abstenant de distribuer des dividendes, pour couvrir dans toute la mesure du possible les coûts résultant de la violation de la législation applicable».

Je vote pour ce texte en regrettant qu'il ne demande pas (comme le faisait la résolution de mon groupe) l'arrêt des négociations en cours sur le grand marché transatlantique qui repose sur l'harmonisation de ces différents systèmes de contrôle par la «reconnaissance mutuelle» et qui pourrait augmenter le niveau de risque pour ce qui est des émissions des véhicules particuliers.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution, rédigée à la hâte par les principaux groupes européens (PPE, S&D, ALDE et Verts/ALE), est la réponse du Parlement européen à l'affaire Volkswagen. Heureusement, l'amendement proposé par les Verts et la gauche radicale, demandant la création d'une commission d'enquête, a été rejeté. Autre point positif: s'agissant des émissions d'oxyde d'azote, les seuils de pollution à ne pas dépasser, totalement irréalistes, ont été relevés passant de 80 mg/km à 168 mg.

Mais, ce texte contient cependant plusieurs éléments qui vont à l'encontre des intérêts de l'industrie automobile européenne, laquelle est déjà confrontée à une concurrence mondiale accrue.

Le ton de la proposition est moralisateur. Les émissions de CO₂ sont constamment dénoncées alors que leur rôle dans le réchauffement climatique (réchauffement largement surestimé) est loin d'être prouvé scientifiquement.

Enfin, les caractéristiques techniques à respecter par les constructeurs sont décidées dans l'intérêt de la puissance qui les définit. Il serait donc normal que les normes restent du ressort des États membres plutôt que de la Commission.

Ainsi, cette proposition renforce les pouvoirs de l'Union et exagère les effets environnementaux des moteurs diesel.

Le député a donc voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Após o recente escândalo no setor automóvel, e considerando que a indústria automóvel é um dos principais motores de crescimento e inovação, criador de emprego para a maioria dos Estados-Membros, a falta de uma abordagem clara e de introdução de medidas firmes poderá comprometer a reputação e a consequente competitividade deste importante setor.

A fraude perpetrada deve ser condenada, as responsabilidades apuradas, mas a União Europeia não deve deixar de retirar conclusões, assentes na implementação de uma estratégia firme que não comprometa a importância do setor.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – This cross-party resolution calls on the Commission to take the recent news regarding automotive manufacturers into account when formulating new policies in the field of sustainable transport. It also stresses the need to ensure that vehicle emissions tests are accurate and that the European automotive industry remains at the forefront of innovation. I therefore supported this resolution.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Whilst the Volkswagen emissions-rigging scandal continues to grow leaving everyone perplexed and asking themselves what went wrong, drawing comparisons between the US and EU test systems and their differences and failings, we need to fully understand that what is at stake here is citizens' health and what is important is to win back consumer trust and confidence in the standards and type-approval mechanism used in Europe.

Cars in Europe must be as clean and efficient on the road as they are in the laboratory. The Volkswagen scandal has opened our eyes to the massive loopholes and existing abuses in the current system, therefore I voted in favour of Parliament's resolution on emission measurements in the automotive sector, calling on car makers and on the European Commission and Member States to provide answers and take quick action to restore trust and repair consumer detriment and to ensure that consumers do not suffer from misleading commercial statements.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – I fully supported a resolution that denounces an outright breach of EU environmental regulations and the manipulation of millions of consumers. The Volkswagen scandal signals the need for a tighter approach to implementing car emissions regulations in Europe. Such fraudulent behaviour puts at risk global confidence in the product of an industry that provides Europe with countless jobs in times of still-sluggish economic growth. The answer for more competitiveness must lie in more innovation, not in deceiving consumers.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A témában hat politikai csoport: a Verts/ALE, a PPE, az ECR, az S&D, a GUE/NGL és az ALDE nyújtott be állásfoglalásra irányuló indítványt. Közülük a Verts/ALE, a PPE, az S&D, és az ALDE megállapodásra jutott, az általuk benyújtott kompromisszumos javaslatot támogattam.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution déposée par les groupes PPE, S&D, ADLE et les Verts fait suite au scandale de l'entreprise allemande Volkswagen, accusée d'avoir truqué ses moteurs pour fausser les tests antipollution. Alors que la concurrence internationale et la guerre économique font rage, notamment contre les États-Unis, qui se sont habilement servis de ce scandale pour peser sur la production automobile européenne, cette résolution ne trouve rien de mieux que de contraindre l'industrie automobile en renforçant la législation de l'Union et l'emprise de la Commission sous couvert de bons sentiments environnementalistes dont ne s'embarrassent pas les États-Unis. Il est évident qu'un tel texte resurgira sur la situation des ouvriers et des PME sous-traitantes de Volkswagen.

Comment, par ailleurs, peut-on donner plus de pouvoir à la Commission alors qu'il est maintenant acquis qu'elle était au courant de la supercherie?

J'ai donc décidé de voter contre ce texte qui porterait atteinte à l'industrie automobile européenne et qui fait le jeu de l'industrie américaine.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur les mesures des émissions de gaz polluants dans le secteur automobile. Ce texte, rédigé en réaction au scandale créé par la révélation d'une fraude aux tests antipollution par l'entreprise Volkswagen, est équilibré et vise à rétablir la confiance des automobilistes dans l'utilisation des moteurs diesel. Afin d'atteindre cet objectif, la résolution appelle à élargir la mise en place de tests en condition réelle de conduite, déjà prévue par une réglementation adoptée en 2007 et élargie en 2013 à tous les polluants, et non plus seulement à l'oxyde d'azote. Il est également demandé que soit envisagée la création d'une autorité de surveillance au niveau de l'UE.

Comme le précise un amendement PPE pour lequel j'ai voté, je considère que la technologie diesel reste un moyen important pour permettre aux constructeurs d'atteindre les objectifs d'émissions moyennes de CO₂ pour la flotte en circulation dans l'Union en 2021. Il est essentiel de soutenir ce système de motorisation moins polluant que celui fonctionnant à l'essence et qui permet à de nombreux européens de gagner en pouvoir d'achat en payant moins cher leur carburant.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Na sequência dos acontecimentos recentes relativos à violação das regras de poluição pelo Grupo Volkswagen, em que se descobriu que foram manipulados milhares de veículos para reduzir artificialmente a quantidade de emissões poluentes para a atmosfera, foi proposta, no Parlamento Europeu, uma série de medidas com o intuito de prevenir situações fraudulentas e que coloquem em causa a saúde pública e o ambiente.

As emissões de gases poluentes acima dos critérios permitidos acarretam diversos problemas. Daí a necessidade de serem criadas condições que proporcionem sistemas eficazes de controlo de emissão de poluentes, reforçando os sistemas de vigilância, visto que o setor dos transportes é um grande contribuidor para os níveis de poluição existentes na atmosfera, bem como para o impacto que tal contribuição tem para a saúde. Para um controlo eficaz, as autoridades europeias e nacionais devem reforçar a fiscalização do setor automóvel, averiguando possíveis situações de fraude que possam surgir.

Sou a favor desta proposta de resolução, pois este é um assunto de extrema relevância, que exige uma resposta efetiva por parte da União Europeia, visto que estão em causa questões sociais e ambientais que carecem de respostas e soluções de prevenção.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accolgo con favore la proposta di risoluzione. Il Parlamento, forte del mandato democratico diretto, ha l'imperativo di far sentire la propria voce di fronte alle violazioni delle norme ambientali e a protezione dei consumatori perpetrate dal gruppo Volkswagen.

Oltre ad arrecare un pregiudizio all'interesse e alla tutela dei consumatori, infatti, l'eventuale dolo potrebbe aver deteriorato la salute dei cittadini. Sono quindi favorevole all'invito, alla Commissione europea e alle autorità nazionali competenti, ad avviare un'indagine sulla manipolazione dei dispositivi preposti alla misurazione delle emissioni di CO₂.

Una volta chiarite la responsabilità e la portata dell'eventuale frode, sarà necessario ristabilire la fiducia dei consumatori riconoscendo loro un equo risarcimento. Il costo dello stesso non dovrà, però, ricadere in alcun modo sui lavoratori direttamente e indirettamente coinvolti nella catena di produzione della Volkswagen.

Dienstag, 27. Oktober 2015

La condanna esplicitata nella risoluzione dovrà, attraverso un'innovazione dell'attuale normativa, garantire il non ripetersi del fatto in futuro. Sono, quindi, d'accordo sull'introduzione dell'obbligatorietà dei test su strada durante i processi di omologazione e certificazione degli autoveicoli. A questo scopo, sostengo l'istituzione di un'autorità realmente indipendente e unica a livello europeo, preposta alla verifica e all'applicazione dei regolamenti vigenti, che garantisca una maggiore omogeneità e unitarietà in materia.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this resolution that will establish a committee of inquiry to investigate the respective responsibility of the Commission and of Member State authorities for the failure to ensure the proper implementation and enforcement of the relevant EU law on emission measurements in the automotive sector.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Industria autovehiculelor este unul dintre principalii actori din domeniul creșterii și inovării și contribuie la ocuparea forței de muncă într-un număr semnificativ de state membre. Dacă nu se iau măsuri decisive, acest scandal riscă să submineze reputația și competitivitatea întregului sector auto din UE.

Solicităm Comisiei și statelor membre să deschidă imediat o anchetă privind utilizarea dispozitivelor de manipulare (în legătură atât cu valorile-limită ale emisiilor poluante, cât și cu nivelul de CO₂ în g/km dat publicității) pentru o gamă largă de mărci și modele de vehicule.

Ancheta ar trebui realizată pe baza datelor colectate și transmise de către autoritățile de omologare ale statelor membre pentru vehicule aflate pe piață, utilizând teste de condus în condiții reale. Statele membre și Comisia trebuie să restabilească rapid încrederea consumatorilor prin măsuri concrete. De aceea, solicităm Comisiei să prezinte o propunere legislativă pentru un mecanism de acțiune colectivă la nivelul întregii UE, astfel încât consumatorii să poată recurge la acțiuni colective.

Îndemnăm întreprinderile să își asume în totalitate responsabilitatea pentru acțiunile lor, subliniind faptul că angajații nu trebuie să plătească prețul manipulărilor la nivelul dispozitivelor de măsurare a emisiilor.

În calitate de coordonator S&D pentru Comisia de industrie, cercetare și energie, am votat pentru rezoluția referitoare la măsurarea emisiilor în sectorul autovehiculelor.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem usnesení o měření emisí v automobilovém průmyslu, protože se počítám k těm, kteří požadují, aby z probíhajícího emisního skandálu označovaného jako *dieselgate* byly vyvozeny náležité závěry a nalezeny jasné cesty ke zlepšení stavu. Je proto správné, že jsme vyzvali Komisi, aby bezodkladně přijala a zavedla nový zkušební cyklus založený na měření emisí za skutečného provozu. V tomto ohledu mě však nemile překvapila právě oznámená dohoda mezi členskými státy a Komisí o nastavení poměrně měkkých podmínek u nově zaváděných emisních testů u aut (jde o vazbu testů odpovídajících provozu a testů laboratorních). Nejsem si jist, že toto je správná cesta k obnovení důvěry spotřebitelů k dieselovým motorům a k automobilovému průmyslu vůbec a k zajištění kvality ovzduší, které lze dosáhnout při dnešním stavu moderních technologií.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da ich für eine Richtlinie bin, welche die nationalen Höchstgrenzen für Luftschadstoffe festlegt. Aufgrund der zahlreichen durch Luftverschmutzung ausgelösten Krankheits- und gar Todesfälle pro Jahr muss die Umwelt geschont werden. Des Weiteren wird im Bericht auch davon gesprochen, dass bis 2030 die Gesamtkosten der Luftverschmutzung um 40 Milliarden Euro gesenkt werden sollen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Miljonite tarbijate petmine ja eksitamine Volkswageni poolt sõidukite heitkoguste osas on ülimalt kahetsusväärne. Samuti on kahetsusväärne see, et EL ei tunnistanud rikkumiste olemasolu, ning see, et ELi siseturgu reguleerivaid õigusakte puudulikult jõustatakse. Praeguses olukorras on äärmiselt oluline, et nii Euroopa Komisjon kui ka liikmesriigid teeksid kõik, et taastada tarbijate usaldus, võttes vastu selleks vajalikke meetmeid.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktai rezoliucijai.

Visų pirma, Komisija kuo skubiau turėtų ištirti įmonės „Volkswagen“ sukčiavimo išmetamų teršalų matavimų srityje atvejį ir išplėsti šį tyrimą, atliekant jį visų automobilių gamintojų atžvilgiu.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Atsižvelgiant į visiško skaidrumo principą, reikia atlikti išsamų tyrimą dėl Komisijos ir valstybių narių valdžios institucijų vaidmens ir atsakomybės. Reikia nustatyti kaltus asmenis, kurie turi atsakyti už sukeltą žalą. Darbuotojai neturi ir negali būti tie asmenys, kurie padengs manipuliavimo sąnaudas.

Gamintojai, kurie pažeidė teisės aktų reikalavimus, turėtų kompensuoti visas subsidijas, mokesčių lengvatas ar kitas finansines paskatas, gautas remiantis aplinkosauginio veiksmingumo tvirtinimais.

Siekiant atkurti vartotojų pasitikėjimą, Komisija turėtų suteikti visuomenei prieigą prie išsamaus Jungtinių tyrimų centro tyrimo duomenų, įskaitant slaptus duomenis. Pritariu pasiūlymui, jog būtų įsteigta nepriklausoma ES tipo patvirtinimo institucija.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the EU resolution on Emission measurements in the automotive sector. We believe that targets should be set at the national level by democratically accountable governments. We do not want new EU regulation in this field and we fear that the unelected EU Commission will want to reform EU emissions testing with a new regulatory framework whilst strengthening the implementation and enforcement of existing EU law.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ringraziando il relatore per il lavoro svolto, del quale ho preso visione, confermo il mio voto positivo.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Rezolucijo sem podprl, ker ostro obsojam vsakršno goljufanje proizvajalcev avtomobilov, saj presežene emisije vplivajo na slabše zdravje ljudi in povzročajo okoljsko škodo.

Bistveno je, da Komisija in države članice, predvsem pa proizvajalci avtomobilov s konkretnimi ukrepi hitro obnovijo zaupanje potrošnikov. Zato naj Komisija čim prej sprejme nov preskusni cikel, ki bo temeljil na emisijah ob dejanski vožnji, obenem pa naj se tak test uveljavi tudi za druga onesnaževala, kar bo omogočilo potrošnikovo odločanje na podlagi celovitih in nepristranskih tehničnih lastnosti.

Potrebno je okrepiti veljavno ureditev homologacije vozil v EZ, vključno s povečanjem nadzora organov v državah članicah, Komisija pa naj sprejme tudi nadaljnje ukrepe za krepitev strategije EZ za trajnostni promet, ki bodo vodili k dejanskemu zmanjšanju dejanskih emisij prometa in izboljšanju mobilnosti v mestih.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution déposée par les groupes PPE, S&D, ADLE et les Verts fait suite au scandale de l'entreprise allemande Volkswagen accusée d'avoir truqué ses moteurs pour fausser les tests antipollution. Alors que la concurrence internationale et la guerre économique font rage, notamment contre les États-Unis, qui se sont habilement servis de ce scandale pour peser sur la production automobile européenne, cette résolution ne trouve rien de mieux que de contraindre l'industrie automobile en renforçant la législation de l'Union et l'emprise de la Commission sous couvert de bons sentiments environnementalistes dont ne s'embarrassent pas les États-Unis. Il est évident qu'un tel texte resurgira sur la situation des ouvriers et des PME sous-traitantes de Volkswagen.

Comment par ailleurs peut-on donner plus de pouvoir à la Commission alors qu'il est maintenant acquis qu'elle était au courant de la supercherie?

J'ai donc décidé de voter contre ce texte qui porterait atteinte à l'industrie automobile européenne et qui fait le jeu de l'industrie américaine.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Bez prejudiciranja konačnog ishoda istraživanja, mislim da je naša dužnost tražiti transparentnu istragu cijelog sustava mjerenja emisija proizvoda kao i njihove energetske učinkovitosti neovisno o konkretnom slučaju. Posebno treba ispitati indicije da su pojedini predstavnici institucija bili upoznati s manjkavosti sustava mjerenja, ali je pravodobna i pravovremena reakcija izostala.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Žalosno je da je ozbiljno nepoštovanje propisa unutarnjeg tržišta EU-a razotkriveno zahvaljujući djelovanju vlasti SAD-a. Osobe odgovorne za manipuliranje mjerenjima emisija moraju biti pozvane na odgovornost, ali radnici koji rade za proizvođače auta i njihove dobavljače, od kojih veliki dio čine mala i srednja poduzeća, ne bi trebali biti ti koji će u konačnici platiti cijenu te manipulacije, te je posebno zabrinut zbog mogućeg negativnog utjecaja na opskrbi lanac u automobilskom sektoru.

Osim transparentnog informiranja potrošača o proizvodima koje kupuju, moramo se pobrinuti da skandal povezan s manipulacijom ne rezultira gubitkom radnih mjesta.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – U nekoliko članica EU-a, kao i drugim državama, otvorena je istraga u vezi emisije vozila i manipulacije ispitnih rezultata. Nacionalni nadzor vlasti bi trebao nastaviti s velikim provjerama raznih marki i modela vozila, te bi Povjerenstvo trebalo nadgledati istragu i inzistirati da se istraga provodi u punoj transparentnosti i uz javni pristup podacima.

Iako dizelski automobili imaju niže emisije CO₂ po kilometru od ekvivalentnih benzinskih vozila, proizvođači moraju koristiti dostupnu čistu tehnologiju za smanjenje raznih zagađivača. Potrebno je naglasiti kako su europski automobilske dobavljači vodeći u svijetu u razvoju dizel tehnologije, kombinirajući učinkovitost goriva s niskim emisijama CO₂ i vrlo je bitno da ova tehnologija bude podržana u budućnosti.

Ključan je veći nadzor EU-a, posebice što se tiče nadzora tržišta, koordinacije i praćenja režima za vozila prodana u Uniji. Podržavam ovo izvješće s obzirom na činjenicu da automobilske sektor značajno pridonosi europskom gospodarskom oporavku, te se stoga trenutni incident mora istražiti i razjasniti, naći odgovorne i postupiti prikladno.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem dnešní usnesení Evropského parlamentu o kauze *dieselgate*, které jasně odsuzuje lživé informace a podvody na zákazníky, kterých se dopustila automobilka Volkswagen. Manipulace s informacemi o emisích jejich vozů má zásadní vliv na životní prostředí a zdraví občanů a je třeba si uvědomit, že limity zde nejsou, aby zatížily výrobce, ale aby chránily životní prostředí nás všech. Celá kauza se samozřejmě neobejde bez znatelných ekonomických dopadů nejen na zmíněnou automobilku, ale možná i na celé odvětví, dodavatele a zaměstnance. Zejména dopad na propouštění zaměstnanců považuji za nepřijatelný. Vyšetření celého případu proto musí být řádně provedeno a potrestání skuteční viníci. Chtěl bych zde znovu zdůraznit, že v této kauze nejde a priori o zastrašování či trestání, ale o uvědomění si toho, že jakýmkoliv podváděním podvádíme především sami sebe. EU před nadcházejícím klimatickým summitem v Paříži, kde se chystá přesvědčovat ostatní země pro další ekologické závazky, musí vyslat jasný signál, že je schopna své vlastní závazky dodržovat nejen na papíře, ale i ve skutečnosti.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Non potevo certamente esimermi dall'approvare questa proposta di risoluzione comune presentata a seguito dello scandalo delle emissioni di ossido di azoto prodotte da alcuni veicoli diesel. Ritengo che da parte della Commissione europea ci sia stato un notevole ritardo nel reagire davanti alla pubblicazione delle prove relative ai gravi superamenti dei valori limite previsti per le emissioni. Per questo motivo bisogna chiedere con fermezza che vengano effettuati maggiori controlli sulle emissioni e che, entro il 2017, venga introdotto un test sulle emissioni generate dalla guida in condizioni reali per tutti i veicoli omologati o registrati a decorrere dal 2015. È importante adottare e attuare, il prima possibile, i nuovi cicli di prova per misurare le emissioni generate dalla guida in condizioni reali prevedendo un controllo maggiore da parte della Commissione, in particolare per quanto riguarda la vigilanza del mercato, il coordinamento e il sistema di *follow-up* per i veicoli venduti nell'Unione.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Usnesení v souvislosti s automobilovým průmyslem jsem jako Čech samozřejmě sledoval velmi pozorně, protože má země je velmi silně hospodářsky orientována právě na výrobu automobilů. Osobně jsem přesvědčen, že je třeba oddělovat konkrétní aktuální případ a dlouhodobé nastavení pravidel na tomto poli. V Evropě se rovněž musíme vyvarovat přílišných emocí, které by se mohly obrátit proti evropskému průmyslu a v důsledku poškodit evropská pracovní místa. Usnesení jsem nakonec podpořil, protože se podařilo z něj při hlasování o pozměňovacích návrzích odstranit ta ustanovení, která by směřovala otevřeně proti racionálním zájmům evropského průmyslu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Suite à la découverte du scandale Volkswagen et aux opérations de fraude commises par l'entreprise allemande, le Parlement européen a adopté un texte condamnant toute tentative de fraude commise par les constructeurs automobiles et portant atteinte aux droits des consommateurs européens. De plus, ce texte invite la Commission à mettre en place des tests d'émissions en condition réelle afin de mieux contrôler l'impact environnemental des nouvelles voitures mises sur le marché. Je me suis exprimé en faveur de ce texte et j'estime que l'Union se doit de prendre les mesures adéquates et rapides face à cette vaste opération de piratage organisé.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Entendo que é importante que sejam adotadas medidas suplementares no sentido de reforçar a estratégia da UE a favor de sistemas de transportes sustentáveis e eficientes. Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the EU resolution on emission measurements in the automotive sector. We believe that targets should be set at the national level by democratically accountable governments. We do not want new EU regulation in this field and we fear that the unelected EU Commission will want to reform EU emissions testing with a new regulatory framework whilst strengthening the implementation and enforcement of existing EU law.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Le 27 octobre 2015, les députés européens ont adopté une résolution pour appeler la Commission à prendre toutes les mesures nécessaires afin de répondre au scandale Volkswagen et au trucage des tests anti-pollution. J'ai voté en faveur de cette résolution, qui va dans le bon sens, pour ouvrir la voie à des enquêtes approfondies et réviser les procédures des tests afin qu'ils soient effectués en conditions réelles.

Les députés demandent que ces nouveaux tests, qui permettront de s'assurer du respect des normes, entrent en vigueur en 2017. Cependant, je regrette que les députés n'aient pas saisi cette occasion, en vue de la COP21, pour soutenir la transition vers des carburants alternatifs, en remettant en cause la place prépondérante des énergies fossiles. Aussi, il aurait fallu intégrer un paragraphe spécifique en faveur de politiques de sortie du diesel, qui est à l'origine du problème de la pollution atmosphérique causant de graves problèmes de santé publique partout en Europe.

Enfin, je regrette que le Parlement européen n'ait pas adopté, à 4 voix près, un amendement visant à soutenir les travailleurs et les sous-traitants, qui ne doivent pas pâtir des conséquences de cette fraude, lesquelles doivent être assumées par les dirigeants.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – Après avoir interpellé Elzbieta Bienkowska, commissaire européenne au marché intérieur, à l'industrie, à l'entrepreneuriat et aux PME, lors d'un débat sur la mesure des émissions dans le secteur automobile, je me suis exprimé en faveur d'une proposition de résolution visant à améliorer l'efficacité et la fiabilité des contrôles de ces émissions.

La proposition prône la fin des tests en laboratoire, dont les résultats peuvent être biaisés par le recours aux pratiques d'optimisation tels que le surgonflage des pneus ou encore l'utilisation de lubrifiant spécifique, et la mise en place des tests en conditions de circulation réelles.

La résolution préconise en outre la création d'une autorité de surveillance qui s'établira à l'échelle européenne afin de renforcer le contrôle de la législation européenne en la matière.

Enfin, pour ne pas pénaliser excessivement les salariés, le texte propose d'imposer aux constructeurs fraudeurs, le recours prioritaire à leurs fonds propres pour payer les dommages et intérêts liés aux poursuites juridiques plutôt que la mise en place de licenciements massifs.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur la mesure des émissions dans le secteur automobile, qui fait suite aux révélations fracassantes sur la fraude de Volkswagen.

La tricherie est inacceptable, d'autant qu'il y va ici de la santé des citoyens, du modèle environnemental que nous souhaitons bâtir et de la confiance des consommateurs dans un secteur industriel européen majeur. C'est pourquoi, nous condamnons avec fermeté toute fraude commise par les constructeurs automobiles, encourageons les enquêtes menées par certains États membres et invitons les autorités nationales à mener des contrôles plus poussés. Une enquête approfondie doit être menée. Il est d'ailleurs regrettable que la proposition d'une commission d'enquête parlementaire ait été rejetée.

Le système européen de réception des véhicules doit, lui, être refondé. Par exemple, le nouveau cycle d'essai pour la mesure des émissions doit être instauré le plus rapidement possible afin de permettre aux tests d'évaluer les conditions réelles de conduite. Enfin, la création d'une autorité de surveillance européenne doit être envisagée.

Les lois doivent être respectées et la confiance des consommateurs doit être restaurée. La compétitivité du secteur automobile européen et les emplois qui y sont liés en dépendent.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución sobre la medición de las emisiones en el sector del automóvil porque condena firmemente el fraude cometido por Volkswagen, que instaló dispositivos de desactivación en al menos once millones de vehículos diésel para burlar la legislación medio ambiental de la UE.

Como socialista, lamento que millones de consumidores hayan sido engañados mediante informaciones falsas relativas a las emisiones de sus vehículos, emisiones que causan perjuicios a la salud humana y daños medioambientales, y he exigido en esta Resolución que los trabajadores no tengan que pagar el precio de las manipulaciones, teniendo en cuenta al mismo tiempo que la industria del automóvil es uno de los sectores que más contribuye al crecimiento, a la innovación y al empleo.

Pedimos cambios legislativos para mejorar la medición de las emisiones en el sector del automóvil a través de la introducción de los test en condiciones reales de conducción y que se considere la creación de una autoridad de control a nivel de la UE encargada de detectar incumplimientos de los límites de emisiones, para evitar que esta situación se repita.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'ouverture d'une commission d'enquête, en soutenant l'amendement 17 à la proposition de résolution commune relative aux mesures des émissions dans le secteur de l'automobile, et regrette que cette proposition n'ait pas été retenue. J'estime en effet qu'il est nécessaire de faire toute la lumière sur la tricherie de l'entreprise Volkswagen, qui a trafiqué ses véhicules à moteur diesel pour tromper les inspections d'émissions américaines, et sur toute implication d'autorités européennes, quelles qu'elles soient.

Cette affaire détériore non seulement l'image de l'industrie automobile, mais elle est aussi un triste symbole de la non-Europe en matière d'industrie. Je plaide pour que des règles strictes encadrent les pratiques et pour que des sanctions exemplaires soient prises, afin que la confiance soit rétablie. Enfin, l'emploi des travailleurs du secteur, qui déplorent ces actes malveillant tout autant que moi, doit être protégé.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei a favor desta proposta de resolução comum sobre a medição das emissões no setor automóvel, por considerar merecerem uma veemente condenação quaisquer fraudes levadas a cabo pelos construtores de automóveis (esta proposta de resolução comum juntou diferentes resoluções provenientes de 4 distintos Grupos Parlamentares – PPE, S&D, Verdes e ALDE –, ficando fora deste entendimento comum os Grupos Parlamentares do ECR e do GUE/NGL, que mantiveram as suas propostas iniciais), com o intuito de induzir em erro os consumidores relativamente às emissões dos seus veículos, sobretudo quando sabemos que as emissões excedentárias são causa de morte prematura e têm efeitos nefastos na saúde humana e no ambiente (e obviamente também nos Governos e nas empresas, embora para estes existam outras razões que acrescem às expostas, relativas a fuga fiscal por razões ambientais ou mesmo eventual burla).

Por essa razão, considero fundamental que a Comissão e os Estados-Membros envidem todos os esforços para repor a confiança dos consumidores, sendo necessário para tal um trabalho de investigação, controlo e fiscalização dos valores-limite de emissões, de diálogo e colaboração com a indústria automóvel e o estrito cumprimento da legislação europeia nesta matéria.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sulle misurazioni delle emissioni nel settore automobilistico poiché ritengo che il Parlamento abbia l'obbligo di esprimersi su una faccenda così delicata. Ritengo però doveroso, allo stesso tempo, sottolineare l'importanza della differenza (poco evidenziata nel testo) tra i limiti di emissioni che possono creare le sostanze inquinanti ed il rispetto delle regole già esistenti in Europa. Il caso da cui è scaturita la decisione di scrivere una risoluzione nasce dal mancato rispetto delle norme europee già attente al rispetto della salute dei cittadini e dell'ambiente.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la Resolución dado que, según el centro de investigación dependiente de la Comisión Europea, en 2013 los test de detección de emisiones de los automóviles presentaban problemas porque podían habilitar el uso de dispositivos trucados que activen o modifiquen los sistemas de control de dichas emisiones con el objetivo de mejorar la efectividad de los mismos durante la realización de los controles. El escándalo de Volkswagen es la punta del iceberg de un sistema fraudulento pero NO es un caso aislado; han trucado los motores de millones de coches diésel en todo el mundo, llegando a contaminar hasta 40 veces más de lo permitido, y consideramos vital se modifiquen los mecanismos de control de emisiones para realizarse en circunstancias reales de conducción y que esta situación no se repita. Por otra parte, esta Resolución recalca la importancia de que no sean los empleados los que en última instancia paguen las consecuencias de los incumplimientos en los que haya recaído la empresa.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – The deliberate cheating of tests and sale of vast numbers of vehicles making false claims about their performance has left consumers' confidence in the car industry badly damaged. The Commission should look seriously at a robust, centralised test procedure which creates a level playing field for car manufacturers, ensures proper implementation of pollution laws, and restores consumers' confidence in this industry.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Die EU setzt sich für ambitionierte CO₂— und Emissionsreduktionen ein. Die Vorgaben für 2020 lassen sich aber nur mit moderner Dieseltechnologie und weiterer Elektrifizierung der Fahrzeuge erreichen. Ohne Diesel werden wir diese Ziele nicht schaffen, denn ein Dieselmotor stößt im Schnitt bis zu 20% weniger CO₂ aus als ein vergleichbarer Benzinmotor.

Wir dürfen diese Technologie nicht generell verteufeln. Die Dieseltechnologie ist ausgereift, verbrauchsarm, und die Emissionen sind beherrschbar!

Was bei Volkswagen geschehen ist, ist Betrug durch Einzelne gewesen. Dieser muss selbstverständlich entsprechend aufgeklärt und bestraft werden. Aber weder die Technologie im Einzelnen noch die Automobilindustrie generell und ihre Belegschaften in Gänze dürfen einem Generalverdacht ausgesetzt werden.

Zur Schließung der Lücke zwischen Realverbrauch und den Emissionen arbeitet die EU an einem neuen Prüfzyklus und an einem Emissionstest, der reale Fahrsituationen besser wiedergibt.

Jordi Sebastià (Verts/ALE), *por escrito*. – Hemos votado en contra de esta Resolución porque se ha introducido una enmienda en la que se dice textualmente que «los vehículos a gasoil contribuyen a reducir la contaminación atmosférica», algo absolutamente absurdo que los científicos —que son los que deben hablar sobre esto, y no los políticos— nos dicen claramente que es mentira.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Podpořila jsem společný návrh usnesení Evropského parlamentu o měření emisí v automobilovém odvětví, protože reaguje odpovídajícím způsobem na nepřijatelné jednání, kterého se dopustili někteří výrobci automobilů. Prohlášení v první řadě vyzývá společnosti, aby přijaly plnou odpovědnost za své kroky a plně spolupracovaly s orgány při veškerém vyšetřování, a odsuzuje skutečnost, že mnozí spotřebitelé byli mystifikováni nepravdivými informacemi o emisích produkováných jejich vozidly. Osobně jsem požadovala vložit jednoznačná ustanovení, která poukážou na značné obavy možných dopadů emisní kauzy na celý dodavatelský řetězec a řadové zaměstnance, vítám proto, že se výsledný text jednoznačně vyjadřuje i k těmto otázkám. Nepodpořila jsem naopak několik ustanovení, která z mého pohledu nejsou založena na doložitelných faktech.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la presente Resolución debido a que condena a la compañía multinacional Volkswagen por el escándalo de las emisiones, exigiendo garantías en las medidas a tomar para corregir la situación producida por ella. La Resolución llama a proteger los empleos del sector automovilístico, que bajo ningún concepto pueden estar en riesgo por las prácticas de una directiva falsificadora. Además, llama la atención sobre el papel desempeñado por la Comisión Europea, que disponía de información sobre el problema desde 2011. Pese a no tratarse de la mejor Resolución posible, he decidido votar a favor porque supone un toque de atención a la multinacional y a las autoridades implicadas en el escándalo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this proposal as I do not want new EU regulatory frameworks relating to emission testing. However I believe that if VW is guilty as charged they should face appropriate penalties. I believe that the root cause of this is because of poorly written and over-complicated EU Commission legislation.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The effect on society of poor air quality is tremendous. Almost half a million premature deaths can be attributed to poor air quality, as well as costing the economy up to nearly €1 trillion every year. Measures to address these dangerous pollutants – covering all sectors – are needed urgently and this legislative report seeks to address this need.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Istraživanjem EPA-e te CARB-a uspostavilo se kako je VW grupa povrijedila pravila o zagađenju lažirajući nalaze emisija štetnih plinova. Čak 11 milijuna dizel vozila s neispravnim uređajima je prodano od 2009. godine, od čega čak 9 milijuna pripada europskom tržištu. Stoga je nužno prikupiti informacije kako bi se ocijenilo je li se na isti način manipuliralo europskim sustavima testiranja.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Glasovanjem nisam podržao rezoluciju o mjeranju emisija u automobilskom sektoru. Potrebno je poduzeti detaljne korake kako bi se ojačala strategija EU-a za održive sustave, u okviru kojih se na učinkovit način iskorištavaju resursi, a koji su namijenjeni korištenju u cestovnom prometu i svim ostalim vrstama prijevoza. Vozila Volkswagen grupacije najprodavanija su u Hrvatskoj, a samo je Vlada RH-a tijekom prošle godine nabavila 1500 vozila od kojih je 1423 bilo grupe Volkswagen.

Hrvatska je preko javne nabave naručila sporna vozila te je neminovno oštećena zbog lažnih informacija pri odabiru vozila i količine ispuštenih emisija. Državni proračun svakodnevno trpi neizmjernu štetu, čiji razmjor trenutno nije moguće ni procijeniti jer trošarine koje se uplaćuju u proračun predstavljaju višestruko manji iznos od stvarnog stanja emisija vozila.

Monika Smolková (S&D), písomne – porušovanie pravidiel týkajúcich sa emisií dieselových vozidiel Volkswagen, ktoré bolo odhalené Agentúrou Spojených štátov na ochranu životného prostredia, vrhá tiež aj na kontrolné mechanizmy krajín EÚ. Povešť automobilového priemyslu je ohrozená nekalými praktikami, ktorým by bolo možné predísť, keby sa dôsledne uplatňovali emisné limity na autá. Každý zákazník má právo vybrať si svoj produkt s tým, že mu budú poskytnuté komplexné a neskreslené technické parametre. Firmy ako Volkswagen však neohrozujú len koncového zákazníka, ale aj mnohých malých a stredných podnikateľov, ktorí na odbyte vozidiel závisia.

Preto sa domnievam, že by v dnešnej situácii malo dôjsť k zhode, že súčasné skúšobné postupy používané v EÚ nie sú dostatočné. Akékoľvek rušiace zariadenia alebo skúšky, ktoré nekopírujú bežné jazdné podmienky, zavádzajú spotrebiteľa a znižujú konkurencieschopnosť celého priemyslu. Praktiky zlepšujúce výsledky emisných testov, ako nadmerné nafúkanie pneumatík, odstránenie bočných zrkadiel, či použitie osobitných mazív, by orgány zodpovedné za kontrolu nemali tolerovať. Z toho dôvodu by stál za zváženie návrh volajúci po zriadení nezávislého schvaľovacieho orgánu, keďže na testovaciu činnosť vnútroštátnych orgánov nikto nedohliada. Postupy testovania sa budú musieť zmeniť tak, aby zodpovedali skutočným podmienkam jazdy, a aby sa používali na meranie všetkých typov znečisťujúcich látok.

Csaba Sógor (PPE), in writing. – The recent emissions scandal not only highlights the need for robust rules on competition among car manufacturers but, more importantly, it makes the case for the EU to update its testing procedures.

Tests carried out by the EU's Joint Research Centre (JRC) and other independent NGOs clearly point to weaknesses in the current procedures. According to the JRC, real-world nitrogen oxides (NO_x) emissions of diesel passenger cars exceed two to five times the regulatory standards. Considerable discrepancies exist between type-approval and on-road CO₂ emissions as well.

This gap is due to the current EU test procedures, which do not use normal driving conditions and allow for undue 'testing optimisation' – a form of cheating all manufacturers resort to.

If we do not urgently adopt a real-life emissions test cycle for all major pollutants, not only will we keep denying our citizens their right to be adequately informed, but we will also work against our goals on the protection of public health and the environment.

Igor Šoltes (Verts/ALE), písno. – Med proizvajalci avtomobilov je pomen poštene konkurence bistven, saj se le-tako lahko potrošnik odloča na podlagi navedenih celovitih in nepristranskih tehničnih lastnosti. Proizvajalci morajo na podlagi uredbe o standardih Euro 5 in Euro 6 zagotoviti, da vozila med normalno uporabo izpolnjujejo zahteve v zvezi z emisijami. Uredba prav tako vsebuje izrecno prepoved uporabe odklopnih naprav in poziva Komisijo, da uvede preizkuse in sprejemne ukrepe za uporabo odklopnih mehanizmov.

Strinjam se z zahtevo, naj Komisija za vsa homologirana ali po letu 2015 registrirana vozila uvede preizkuse dejanskih emisij, ki nastajajo med vožnjo, in tako zagotovi učinkovitost sistemov za uravnavanje emisij. Prav tako se mi zdi pomemben v poročilu zapisan poudarek okrepitev veljavnega sistema homologacij v EU, tudi z več nadzora EU (zlasti nadzor trga, usklajevanja in spremljanja vozil, ki se prodajajo v Uniji).

Na resolucijo je bil s strani politične skupine EPP podan amandma, ki podpira uporabo dizelskih motorjev v avtomobilih in obenem tudi navaja, da imajo dizelski motorji manj izpušnih plinov kot ostala ekvivalentna vozila, ki uporabljajo bencin.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ker je bil omenjeni amandma na zasedanju sprejet in ker je le-ta za skupino Zelenih nesprijemljiv, sem glasoval proti omenjeni resoluciji.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla risoluzione sulle misurazioni delle emissioni nel settore automobilistico, con la quale il Parlamento prende una posizione chiara in favore della trasparenza e della tutela della salute umana. Con questa risoluzione, sosteniamo l'invito della Commissione europea alle autorità nazionali ad effettuare verifiche approfondite su vari tipi di veicoli per individuare eventuali frodi nei test sulle emissioni e sanzionare i responsabili in modo appropriato. Inoltre, chiediamo alla Commissione di adottare e attuare quanto prima un nuovo sistema di test di emissioni generate dalla guida in condizioni reali, estendendo la verifica dalle sole emissioni di ossidi d'azoto (NO_x) anche alle altre sostanze inquinanti. A tal fine, la risoluzione propone di istituire un'autorità di vigilanza a livello europeo per condurre i test in piena indipendenza e trasparenza.

Si tratta di misure necessarie per rimediare a una situazione che rischia di mettere a repentaglio non solo l'intero settore automobilistico europeo, ma anche la politica UE in materia di tutela della qualità dell'aria finalizzata a tutelare la salute dei cittadini europei.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Trotz mehrerer Versuche der ALFA-Delegation, einen ausgewogenen Text hervorzubringen, beinhaltet die durch den VW-Skandal entstandene Entschließung unbegründete Vorwürfe der Komplizenschaft der Mitgliedstaaten und der Kommission im Emissionsskandal. Der Antrag präjudiziert die Ergebnisse der laufenden Untersuchungen durch den Aufruf zu mehr EU-Aufsicht und neuen Kontrollrechten für die Kommission im Hinblick auf Genehmigungsverfahren. Manche Fraktionen haben den VW-Skandal dafür genutzt, eigene ideologische Steckenpferde, wie z. B. die Aussetzung der TTIP-Verhandlungen, in diesem Entschließungsantrag unterzubringen. Wir brauchen eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission auf einheitliche Standards für die künftigen Prüfverfahren. Jedoch sind wir gegen weitere Zentralisierung. Die Mitgliedstaaten und ihre zuständigen Behörden müssen das Recht behalten, Genehmigungsverfahren zu überdenken und falls erforderlich, Rückrufe von Produkten zu fordern, sofern sie Belege für die Nichteinhaltung der EU-Emissionswerte nachweisen können. Wichtig ist auch, effektiv und sachorientiert Skandale dieser Dimension zu verhindern. Die Manipulation durch VW hat mit der mangelnden Repräsentanz der derzeitigen Tests nichts zu tun. Man sollte vielmehr die Diskrepanz zwischen Testergebnissen und realen Fahrbedingungen minimieren. Deshalb habe ich diese Punkte in der Entschließung unterstützt, aber dennoch den Text im Ganzen abgelehnt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Škandál s emisiami podkopáva dôveru v celý európsky automobilový priemysel. Aby sme sa v budúcnosti mohli podobných problémov vyvarovať, testy musia byť dôveryhodné a prebiehať v podmienkach reálnej prevádzky.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted against this resolution. This report suggested that diesel cars have lower carbon dioxide emissions per kilometre than equivalent petrol powered vehicles. I am technology neutral when it comes to emissions reductions and I believe that this sends the wrong signal in light of current uncertainties surrounding vehicle emission tests.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Dana 18. rujna 2015. godine, Savezna su agencija za zaštitu okoliša SAD-a (EPA) i Kalifornijski odbor za zaštitu zraka (CARB) izdali obavijest o kršenju važećih propisa o onečišćenju za Volkswagen AG, Audi AG i Američku volkswagen grupu (poznati pod zajedničkim nazivom „VW”) što je rezultiralo istragom koja je slijedila istraživanja o emisijama dušikovih oksida (NO_x) iz dizelskih vozila provedenih od strane jedne nevladine udruge u suradnji s istraživačima sa sveučilišta.

Europski parlament oštro osuđuje sve oblike prijave proizvođača automobila i poziva poduzeća da preuzmu potpunu odgovornost za svoje djelovanje te da u okviru istraga u potpunosti surađuju s nadležnim tijelima te žali zbog činjenice da su milijuni potrošača prevareni i obmanuti lažnim informacijama o emisijama svojih vozila. Stoga poziva Komisiju da bez odgode donese i provede novi ciklus ispitivanja emisija u stvarnim uvjetima vožnje te da zajamči njegovo stupanje na snagu za regulatorne potrebe.

Podržavam ovo izvješće jer smatram da je potrebna kvalitetnija regulacija emisija čime će se bolje zaštititi kako prava potrošača, tako i sam okoliš.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Patricija Šulin (PPE), pisno. – Glasovala sem za skupni predlog resolucije o merjenju emisij v avtomobilskem sektorju. Evropska komisija mora preveriti in po potrebi izboljšati kakovost in zanesljivost procesov, povezanih s testiranjem in certificiranjem izpustov v Evropski uniji. Škandal Volkswagen bolj kot zahtevnost evropskih standardov v primerjavi z ameriškim izpostavlja (ne)zanesljivost sistemov in postopkov, ki se uporabljajo za preverjanje, ali so izpusti skladni s predpisi. Avtomobilska industrija v Evropski uniji je zelo pomembna tako z vidika njenega doprinosa k zniževanju plinov in boju proti klimatskim spremembam kakor tudi z vidika zaposlovanja. Tudi v Sloveniji imamo podjetja, ki kot dobavitelji velikih avtomobilskih koncernov zaposlujejo veliko ljudi. Zato je pomembno, da povrnemo zaupanje kupcev, ki je s tem škandalom ogroženo.

Pavel Svoboda (PPE), písemně. – Hlasoval jsem pro usnesení Evropského parlamentu o emisích v automobilovém odvětví. Jsem přesvědčen, že do budoucna by mělo být zabráněno takovým praktikám, jako je manipulování se softwarem za účelem obcházení emisních limitů. Domnívám se, že je nezbytné zavést nové testovací procedury. Proces zavádění nových procedur však musí vycházet z reálného harmonogramu přechodu ze stávajících měřicích metod na nové, a to nejen z hlediska legislativního, ale i s ohledem na odpovídající vybavení schvalovacích a homologačních institucí. Je nutné zavést nový testovací zkušební cyklus založený na měření emisí za skutečného provozu. Tato opatření mají především zajistit rovné podmínky pro všechny subjekty pohybující se na vnitřím trhu.

Kay Swinburne (ECR), in writing. – I believe that it is crucial that testing programmes get under way as quickly as possible in order to ascertain what the situation is for VW and the implications for other car types.

I support EU wide action to ensure potential manipulations are investigated throughout the automobile sector and to assess to what extent independence and accountability of the national type approval and testing authorities can be improved. I also believe that coordinating approaches across Member States will improve consistency and enable testing of the widest range of vehicles. It is important that the resolution addresses the introduction of the Real Driving Emission (RDE) testing procedure, which would reflect real-world emissions and allow authorities to detect the use of defeat devices. The RDE procedure must be introduced as soon as possible to allow for new tests which eliminate conformity factors (the multiple by which engines can exceed current emission limits) and ensure that Euro 6 limits are finally met.

However, I voted against this report as it made unsubstantiated allegations against both the Commission and Member States regarding their complicity in the actions of VW and prejudices the outcome of ongoing investigations by calling for increased EU oversight and new Commission controls over the type approval regime.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Τα νέα μέτρα στον τομέα της αυτοκινητοβιομηχανίας είναι προς τη σωστή κατεύθυνση. Συμφωνούμε δε με την επιβολή κυρώσεων και προστίμων στην εταιρεία VW. Η απάτη της εν λόγω εταιρείας, με υπεύθυνους τα διευθυντικά στελέχη της, ανέδειξε την αδυναμία των διαδικασιών ελέγχου που εφαρμόζονται από τις ευρωπαϊκές αρχές. Πρέπει να ληφθούν άμεσα διορθωτικά μέτρα χωρίς να επηρεαστούν με οποιοδήποτε τρόπο οι καταναλωτές, πρέπει δε η επιτροπή να διεξαγάγει επείγουσα έρευνα για την υπόθεση αυτή. Επίσης, πρέπει να οριστικοποιηθεί άμεσα η νέα πρόταση για της εκπομπές οχημάτων κατηγορίας Euro6 υπό πραγματικές συνθήκες οδήγησης. Τέλος, συμφωνούμε ότι τα νομοθετικά μέτρα που θα ληφθούν δεν θα πρέπει να επιβαρύνουν αδικαιολόγητα την ευρωπαϊκή βιομηχανία.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam a javaslatot, mivel úgy vélem, hogy le kell vonnunk a következményeket az autópár kipufogógáz-kibocsátási vizsgálatával kapcsolatban. A jelenlegi rendszer nem méri az autó kibocsátását való vezetési körülmények között, ezért egyetérték a javaslattal abban, hogy meg kell erősíteni ezen vizsgálati protokollt. A nem megfelelő gyakorlat hozzájárulhat a levegő károsanyagszintjének növeléshez, a magas károsanyagszint pedig a becslések szerint évente mintegy 400 ezer korai halálesetért felel az EU-ban.

A jelenlegi kibocsátás teszt úgy működik, hogy a gyártó cég mesterséges körülmények között méri a jármű kibocsátási adatait, amely gyakorlat visszaélésekre ad lehetőséget. Megjegyzem, a botrány során az nem lett igazolva, hogy hány cég torzította tudatosan az eredményeket. A helyzet megoldása érdekében a javaslat kezdeményezi – és ezen belül a Szocialisták és Demokraták képviselői is -, hogy 2017-től való vezetési körülmények közötti teszt-eljárás (Real Driving Emissions – RDE) lépjen életbe. Ezzel úgy vélem, hogy ki lehet kerülni a kiskapukat.

Dienstag, 27. Oktober 2015

A környezetvédelmi- és egészségügyi aspektus mellett azonban fontosnak tartom, hogy biztosítsuk, hogy ne kelljen munkásokat elbocsátani egy-egy hibás vezetői döntés miatt. Úgy vélem, hogy a botrány talán alapot teremthet arra, hogy a cégek több forrást fektessenek például az elektromos autók fejlesztésébe.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione ma credo che essa sia ampiamente carente in materia di trasparenza e di responsabilità della Commissione, che non ha fatto nulla pur conoscendo le «discrepanze» tra le emissioni di alcuni veicoli durante i test di laboratorio e quelle effettive.

Chi inquina paga, ma anche chi truffa deve pagare. Siamo di fronte ad una truffa ai danni degli Stati che per anni hanno erogato, a spese dei contribuenti, incentivi all'acquisto di auto «più ecologiche». Noi ci batteremo per punizioni esemplari: e non esclusivamente monetarie.

Occorre denunciare chi sta coprendo le attività di un settore industriale colmo di falle ed in particolar modo le attività di frode che sono state portate avanti nel corso degli ultimi anni da parte di VW.

La risoluzione che abbiamo votato è nata come una forte critica a quanto è accaduto e per sottolineare la necessità di individuare le responsabilità. Nel corso della negoziazione che ha portato alla proposta di risoluzione comune, però, è scomparso dal testo il nome della Volkswagen e sono sopravvissuti solo i concetti che guardano al futuro, senza più l'impegno ad individuare le responsabilità per ciò che è accaduto.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Dieselgate-ul, debutat la începutul lunii octombrie, ne obligă să discutăm o problemă demult aflată pe agenda publică însă ignorată.

Am votat pentru rezoluția Parlamentului European ca urmare a dezbaterii avute pe subiectul falsificării testelor auto privind emisiile de către un constructor de autovehicule. Deși problema apare numai la un actor de pe această piață, încrederea consumatorului a fost puternic afectată și se răsfărânge asupra întregii industrii.

Tehnologii, cum este dieselul, se află acum sub scrutinul opiniei publice, deși problema ține de practici de business lipsite de etică.

Parlamentul solicită în mod urgent implementarea unui nou protocol de testare, așa-numitul WLTP, în 2017. WLTP este un pas necesar pentru a ne asigura că cifrele de consum și de emisii produse sunt reprezentative pentru o anumită categorie de autovehicule.

În aceeași măsură, controalele de conformitate trebuie operate de organisme independente. În cazul în care ele diferă de cele ale autorităților de certificare din statele membre, constructorii de automobile trebuie determinați să își modifice cifrele declarate.

Dar, cel mai important, trebuie să avem o Autoritate Europeană de Certificare. În acest fel ne asigurăm că procedurile și standardele de certificare sunt aplicate în același mod în toate statele membre.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. J'ai aussi demandé officiellement aux autorités européennes de prendre des sanctions et de pousser les États membres et les régions à porter plainte contre l'entreprise allemande. Intenter une action en dommages-intérêts ne serait que justice; en effet, les incitations fiscales octroyées par les pouvoirs publics aux particuliers dans le cadre d'achats de véhicules respectant l'environnement reposent sur un mensonge de Volkswagen. D'autre part, demander aux entreprises de s'autocontrôler, c'est comme demander aux chauffards de s'infliger des amendes!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I endorsed this resolution which strongly condemns the fraud by Volkswagen, in which the company admitted to having installed defeat devices in at least 11 million of the diesel vehicles it has sold worldwide. The resolution urges the company to take responsibility and fully cooperate with the authorities in the investigations. It expresses disappointment that it was the USA who first found out and that the EU lacks enforcement of its internal market regulation. The resolution calls on the Commission to launch immediately an investigation into the use of defeat devices as regards both the pollutant limit values and advertised CO₂ g/km. Furthermore, it urges the Commission to adopt and implement the new Real Driving Emissions test cycle for all pollutants without any further delay and to bring it into force for regulatory purposes within six months. Seeking to restore the confidence of consumers, it calls for the establishment of EU-level surveillance.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Skupni predlog resolucije o merjenju emisij v avtomobilskem sektorju sem podprla, saj menim, da onesnažen zrak v EU letno povzroči preveč negativnih učinkov na zdravje in življenje državljanov EU, strošek zaradi učinkov onesnaženja na zdravje prebivalcev pa letno doseže tudi več kot 900 milijard EUR.

Poleg mnogih bolezni in visokih stroškov pa onesnaževala vplivajo tudi na degradacijo okolja. Tretjina mestnega prebivalstva EU je še vedno izpostavljena onesnaženosti, kar 20 držav članic pa še vedno ne izpolnjuje mejnih vrednosti EU za kakovost zraka.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la Resolución dado que, según el centro de investigación dependiente de la Comisión Europea, en 2013 los test de detección de emisiones de los automóviles presentaban problemas porque podían habilitar el uso de dispositivos trucados que activen o modifiquen los sistemas de control de dichas emisiones con el objetivo de mejorar la efectividad de los mismos durante la realización de los controles. El escándalo de Volkswagen es la punta del iceberg de un sistema fraudulento pero NO es un caso aislado; han trucado los motores de millones de coches diésel en todo el mundo, llegando a contaminar hasta 40 veces más de lo permitido, y consideramos vital se modifiquen los mecanismos de control de emisiones para realizarse en circunstancias reales de conducción y que esta situación no se repita. Por otra parte, esta Resolución recalca la importancia de que no sean los empleados los que en última instancia paguen las consecuencias de los incumplimientos en los que haya incurrido la empresa.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution fait suite au scandale Volkswagen. Elle considère sous un angle étroit et très exagéré de l'environnement une question industrielle stratégique dans un contexte de guerre commerciale à l'échelle mondiale. De plus, ce «scandale» sert de levier pour renforcer la législation de l'Union et l'emprise de la Commission sur un pan essentiel de l'industrie européenne.

Je m'oppose donc à ce texte.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Sajnálatos az uniós belső piaci szabályozás érvényesítésének súlyos hiánya, amely az amerikai hatóságok fellépésének köszönhetően került napvilágra. Az S&D frakció állásfoglalásra irányuló indítványa sürgeti a Bizottságot és a tagállamokat, hogy hozzanak megelőző intézkedéseket és haladéktalanul indítsanak vizsgálatot az Unióban forgalmazott járművek esetében használt manipulációs eszközök, valamint a járművek rendes használati teljesítményét jellemző szennyezési határértékek és a hirdetésekben feltüntetett szén-dioxid-értékek (g/km) ügyében. Szavazatommal az S&D-frakció indítványát támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la Resolución dado que, según el centro de investigación dependiente de la Comisión Europea, en 2013 los test de detección de emisiones de los automóviles presentaban problemas porque podían habilitar el uso de dispositivos trucados que activen o modifiquen los sistemas de control de dichas emisiones con el objetivo de mejorar la efectividad de los mismos durante la realización de los controles. El escándalo de Volkswagen es la punta del iceberg de un sistema fraudulento pero NO es un caso aislado; han trucado los motores de millones de coches diésel en todo el mundo, llegando a contaminar hasta 40 veces más de lo permitido, y consideramos vital se modifiquen los mecanismos de control de emisiones para realizarse en circunstancias reales de conducción y que esta situación no se repita. Por otra parte, esta Resolución recalca la importancia de que no sean los empleados los que en última instancia paguen las consecuencias de los incumplimientos en los que haya incurrido la empresa.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because I believe that the emissions testing fraud should be investigated thoroughly and those responsible should face appropriate sanctions. I agree that EU emissions testing system should be strengthened to ensure that EU emission limits are respected and that vehicles exceeding these limits are discovered quickly. I strongly condemn any fraud by automobile manufacturers and deplore the fact that millions of consumers have been deceived, and regret the damage to human health and the environment from excessive emissions.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Le azioni future e le considerazioni esposte nel testo della risoluzione sono senz'altro condivisibili. È necessario, infatti, che qualsiasi frode commessa dai costruttori di automobili sia fortemente condannata, soprattutto per le morti premature che l'eccesso di emissioni comporta. Vorrei anche esprimere preoccupazione per le relative conseguenze lungo la catena di approvvigionamento, in particolare per le PMI, che si trovano dinanzi a enormi difficoltà a causa della frode avvenuta.

Tuttavia, nonostante il mio voto favorevole alla risoluzione, vorrei manifestare il mio rammarico in merito alla bocciatura delle nostre proposte che richiama azioni di altrettanta importanza, quali l'estensione a tutti gli Stati membri e a tutte le case automobilistiche dell'obbligo di verifiche accurate delle emissioni dei veicoli prodotti, la restituzione in caso d'irregolarità di eventuali incentivi fiscali, qualora presenti, l'esigenza d'informazioni dettagliate, accessibili e trasparenti sulle verifiche effettuate e l'istituzione di una commissione d'inchiesta da parte del Parlamento europeo a seguito di quanto accaduto.

Pertanto, nonostante la bontà del testo proposto, a mio avviso era possibile implementare maggiormente alcuni punti di fondamentale rilevanza.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la presente Resolución debido a que condena a la compañía multinacional Volkswagen por el escándalo de las emisiones, exigiendo garantías en las medidas a tomar para corregir la situación producida por ella. La Resolución llama a proteger los empleos del sector automovilístico, que bajo ningún concepto pueden estar en riesgo por las prácticas de una directiva falsificadora. Además, llama la atención sobre el papel desempeñado por la Comisión Europea, que disponía de información sobre el problema desde 2011. Pese a no tratarse de la mejor Resolución posible, he decidido votar a favor porque supone un toque de atención a la multinacional y a las autoridades implicadas en el escándalo.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – The recent scandals over potential false readings of carbon emissions in certain vehicles have highlighted the importance of continued vigilance in this sphere. The threat that carbon emissions oppose to our way of society by inducing large scale climate change is a problem we must face up to very quickly.

Yet this is not the only chemical being poured into our atmosphere that could irreversible change our planet. I was therefore perturbed to see that Member States have recently agreed to allow the further pumping of nitrous oxide from diesel cars at double the Euro 6 levels agreed in 2007. Therefore I backed this motion and hope that the Commission and the Member States can work with us in the Parliament to get real on automotive emissions of all kinds instead of making a Faustian pact that could compromise all of our futures.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Em 18 de setembro de 2015, a Agência de Proteção Ambiental dos Estados Unidos (EPA) e o Conselho de Recursos Atmosféricos da Califórnia (CARB) emitiram um aviso de violação das normas em matéria de poluição aplicáveis à Volkswagen AG, à Audi AG e à Volkswagen Group of America.

Lamentavelmente, a Comissão foi alertada, em 2013, através de um relatório do Centro Comum de Investigação, para a potencial existência de *software* ilegal em veículos a gasóleo do Grupo Volkswagen. Apesar disto, não advertiu as autoridades nacionais competentes dos Estados-Membros do impacto dos dispositivos manipuladores na fiabilidade da medição das emissões de automóveis a gasóleo.

Ou seja, estamos mais uma vez perante o habitual domínio do poder económico sobre o poder político. Estamos mais uma vez confrontados com uma Comissão Europeia manietada pelos interesses das grandes empresas multinacionais, que mandam efetivamente na União Europeia.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Grundsätzlich eine ausgewogene EntschlieÙung mit einigen guten Vorschlägen, um das Prüfverfahren unabhängiger und transparenter zu machen. Leider wird das aber wieder dazu benützt, um der EU-Kommission mehr Rechte einzuräumen, weshalb eine Zustimmung nicht möglich ist.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione comune sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico perché è inaccettabile che il consumatore europeo sia tratto in inganno sul reale valore delle emissioni inquinanti dei veicoli. Emissioni che, tra l'altro, hanno effetti dannosi sulla salute e sull'ambiente.

Dienstag, 27. Oktober 2015

La Commissione deve intervenire con le dovute indagini e deve impegnarsi per un'autorità europea che sorvegli l'attuazione della legislazione in vigore. Infine, dobbiamo essere sicuri che gli effetti delle decisioni errate dei *top-manager* non ricadano sui lavoratori.

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. – Betrug ist Betrug und muss bestraft werden. Mit Volkswagen ging es los. Noch umhüllen Schweigen und politisch korrektes Desinteresse die anderen Autohersteller. Es ist jedoch nur eine Frage der Zeit und eines mutigen Whistleblowers, bis Unregelmäßigkeiten auch bei anderen Herstellern festgestellt werden. Was dann? Warum wird Europas größter Autohersteller (ein deutsches Unternehmen) jetzt aufgrund von zufälligen Prüfungen in den USA derart demontiert? Geht es um Betrug oder um die massive Schädigung der deutschen Industrie? Autofahrer jedweder Marke wissen doch, dass Verbrauchsangaben des Herstellers und Lebenswirklichkeit auf der Straße kaum übereinstimmen. Das EU-Parlament lässt sich die Gelegenheit natürlich nicht entgehen und nimmt zu dem Ereignis voreilig Stellung. Es fordert sogleich die Einführung einer neuen Aufsichtsbehörde auf EU-Ebene, dem Staat (nicht ihren Eigentümern) rechenschaftspflichtige „gläserne Unternehmen“, neue Zuständigkeiten für die EU und eine Verschärfung der offensichtlich ohnehin nicht einhaltbaren EU-Emissionsgrenzwerte. Die bisher farb- und ideenlose EU-Kommissarin für Industrie, Elżbieta Bienkowska, stimmt heute in den Chor ein, wittert ihre Chance und fordert die Kontrolle aller nationalen Kfz-Zulassungsbehörden durch die EU-Kommission. Das lehne ich ab. Der „europäische Binnenmarkt“ ist kein Argument dafür, dass sich die nationalen Entscheidungsstrukturen aus der Verantwortung ziehen, vor allem die Landesregierung Niedersachsen und das Bundesverkehrsministerium. Diese Instanzen sollten erst einmal in ihrem Verantwortungsbereich aufräumen, bevor sich das EU-Parlament äußert.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), na piśmie. – W związku z opublikowanymi w dniu 18 września br. doniesieniami Agencji Ochrony Środowiska Stanów Zjednoczonych (EPA) oraz Kalifornijskiej Rady ds. Zasobów Powietrza (CARB) o urządzeniach zakłócających pomiar emisyjności, jakie montował w produkowanych przez siebie samochodach koncern Volkswagen, Parlament Europejski zdecydował się zabrać stanowisko w sprawie poprzez wydanie rezolucji. Wzywa w niej Komisję Europejską do zapewnienia pełnej oceny manipulacji, do jakich mogło dochodzić w sektorze motoryzacyjnym, a także oceny możliwości wzmocnienia udziału krajowych władz w procedurze homologacji. Proponowane jest także pilne wprowadzenie procedur kontroli rzeczywistych poziomów emisji (Real Driving Emissions – RDE), co miałyby nastąpić w 2017 r. Uważam, że ujawnienie danych o fałszowaniu pomiarów stanowi dowód kompromitacji nie tylko koncernu VW, ale i całej Unii Europejskiej. Nie zgadzam się jednak z postawioną w rezolucji tezą, że w celu zapewnienia egzekwowalności istniejących przepisów konieczne byłoby utworzenie na szczeblu unijnym specjalnego organu nadzoru. Stoi to w sprzeczności z apelami o unikanie zbędnych obciążeń administracyjnych, a przede wszystkim z zasadą pomocniczości. Z tego względu nie mogłam zagłosować za przyjęciem przedłożonego aktu.

Flavio Zanonato (S&D), per iscritto. – Mi sono impegnato in prima persona affinché il Parlamento approvasse una risoluzione sulle misurazioni delle emissioni nel settore automobilistico. È in gioco oggi la credibilità delle nostre istituzioni e delle nostre industrie a livello internazionale; è più che mai opportuno chiedere che le frodi nei test sulle emissioni siano verificate approfonditamente e ribadire che i responsabili devono essere sanzionati in maniera appropriata. Trovo opportuna e misurata la risoluzione, in particolare lì dove esige che il sistema di test di emissioni dell'UE venga rafforzato. Ricordo, concludendo, che sebbene i responsabili di comportamenti fraudolenti vadano senza dubbio sanzionati, questo non deve in alcun modo danneggiare i lavoratori delle industrie coinvolte, che non devono assolutamente pagare per errori commessi a livello manageriale.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. – Em 18 de setembro de 2015, a Agência de Proteção Ambiental dos Estados Unidos (EPA) e o Conselho de Recursos Atmosféricos da Califórnia (CARB) emitiram um aviso de violação das normas em matéria de poluição aplicáveis à Volkswagen AG, à Audi AG e à Volkswagen Group of America.

Lamentavelmente, a Comissão Europeia foi alertada, em 2013, através de um relatório do Centro Comum de Investigação, para a potencial existência de *software* ilegal em veículos a gasóleo.

Estamos, mais uma vez, confrontados com uma Comissão Europeia manietada pelos interesses das grandes empresas multinacionais, que mandam efetivamente na União Europeia.

Abstivemo-nos neste relatório, desde logo porque esta crítica não está implícita.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Marco Zullo (EFDD), per iscritto. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione perché rappresenta un piccolo tassello nella direzione della trasparenza al fine di accertare le responsabilità del mancato rispetto degli standard di protezione ambientale e dei consumatori, e di punire i trasgressori.

Il testo, pur con dei limiti, chiede che venga istituita un'*authority* europea imparziale nell'ambito delle prove automobilistiche, che si investighi sul caso accertando le colpe anche di chi ha taciuto, che si pretenda la restituzione dei fondi europei usati e che si applichino le sanzioni del caso.

A mio avviso, si può fare di più per migliorare la *governance* europea del settore automobilistico e aprire una procedura di infrazione nei confronti dei fabbricanti che abbiano falsato i loro test.

La frode non deve venire minimizzata e ridotta a una semplice questione di test falsati ma è necessario limitare il potere dell'industria automobilistica per quel che attiene all'autoregolamentazione e all'autocertificazione non sottoposta a controlli indipendenti.

Bisogna, inoltre, chiedere conto alla Commissione europea per la sua inazione alla luce delle relazioni interne preparate dai centri di ricerca che dimostrano che le scorrettezze fossero note almeno da quattro anni.

elnök asszony. – Ezzel lezárom a szavazáshoz fűzött indokolásokat.

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(A 14.50 órákor megszakított ülést 15.00 órákor folytatják.)

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

9. Arbeitsprogramm der Kommission für 2016 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zum Arbeitsprogramm der Kommission für 2016 (2015/2853(RSP)).

Ich weise darauf hin, dass es bei dieser Aussprache kein *Catch-the-eye*-Verfahren gibt und auch das *Blue card*-Verfahren keine Anwendung findet.

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, the motto of our Work Programme this year is 'no time for business as usual' and anybody in this room or around Europe who has followed this morning's debate will agree with me that this is no time for business as usual. That is why the Commission today commits to making bold, focused and pragmatic proposals to allow us to overcome our common challenges and emerge stronger in the spirit of European solidarity and responsibility.

President Juncker's ten priorities, which are both our mission statement and the basis on which we were appointed to office by you, remain the right ones. Last year we said we would do different things and do things differently. We are concentrating on the big things. We have set out our vision and the concrete measures necessary in various areas: investment plan, digital single market, energy union, European Agenda on Security, European Agenda on Migration, capital markets union, action plan for fair and efficient corporate taxation, new trade strategy, deepened and strengthened economic and monetary union. Tomorrow we will present the single market strategy.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Still this year, we will complete the picture with our plans for a sustainable circular economy, labour mobility and better management of our external borders.

The Work Programme the Commission adopted today and its 23 key initiatives is focused on implementing these strategies. It represents a substantive legislative agenda. There will be a lot of work on the table for this Parliament.

Members have all received a copy of the Work Programme hot-off-the-press so I assume not all of them will have read it. That is why I would like to point to five important issues which I would like to stress in particular.

First, we will continue to prioritise the refugee and migration challenge. The European Agenda on Migration provides a comprehensive response. Immediate actions have been taken and I am very grateful to this House and its President for the speed with which you have acted and for the leadership you have consistently shown. We now propose new measures to improve migration management both to overhaul the Dublin system for asylum and to set out a new approach to legal migration. This will complement the strengthened border management proposals we will table by the end of the year, including a European border and coastguard.

Secondly, we have to keep our sights firmly on creating jobs, growth and investment. The Investment Fund is now operational, thanks again to the commitments of this House and the speed with which it has worked, and is delivering high quality investments to further boost the European economy, including in research. We now will focus on improving the investment environment and deepening the single market so that it delivers better outcomes, fewer barriers and the right environment for innovation, especially among SMEs and start-ups. We will present a range of concrete proposals to implement the digital single market strategy. We will also present sectoral strategies on space and defence.

Thirdly, the EU being a lead player in the Paris climate talks, we will follow up with three important packages under the energy union. We will deliver a circular economy package to maximise resource efficiency throughout the whole value chain. We will set out a new approach to ensure Europe's economic, social and environmental sustainability, taking into account the Europe 2020 review and the United Nation's sustainable development goals.

Fourthly, we want to make 2016 a year of real social progress. We will present a new skills agenda aimed at helping people get quality jobs, in particular in the digital era. We will set out legislative and non-legislative action to give a new start to work/life balance for parents, including to support women in the workplace. The labour mobility proposals we will present still this year will help people use the opportunities of free movement whilst addressing abuses in the benefits system and social dumping. Free movement should not be a threat to social protection.

The 2016 European Semester will put a stronger focus on the economic and fiscal situation in the euro area as a whole and on Member States' employment and social performance. This will be complemented by the development of a European pillar of social rights which will modernise and address the gaps in existing social protection legislation and identify social benchmarks built on national best practices with a view to upwards convergence, in particular of course in the euro area.

Fifthly, the Commission will also press for further progress towards fair, efficient and growth-friendly corporate taxation, based on the principle that companies should pay taxes in the country where profits are generated. We will present a set of measures to enhance transparency of the corporate tax system and fight tax avoidance. We will also present an action plan for a more efficient and fraud-proof VAT regime.

I wanted to stress these five points to you today as I cannot list everything here. The Commission will, of course, also continue to implement the European security agenda to tackle terrorism and organised crime and follow up on the trade and investment strategy as well as the Five Presidents' report for a more resilient and prosperous economic and monetary union.

Given all these challenges, it is essential to make the best use of all our resources. The EU budget must be geared to results and the mid-term review of the multiannual financial framework will look at how to make sure that we target our funding better on priorities such as the refugee crisis while also putting a stronger focus on achieving results.

Dienstag, 27. Oktober 2015

The challenges such as migration, access to energy and other resources, and climate change also show the need for an effective external dimension to deliver on major internal policy objectives. Today more than ever before you can no longer distinguish between internal and external – I just want to point to the sustainable development goals, they can no longer distinguish between the two elements.

The Commission will make a substantive contribution to the new global strategy on foreign and security policy – also, here, internal and external go hand in hand.

Two final points. One: this Commission also said we would do things differently. All the actions we propose are underpinned by our new better regulation agenda. We remain committed to making sure that when the EU intervenes it does so in a way that will deliver results and make a positive difference on the ground.

Our Work Programme includes our plans to review key areas of existing legislation such as health and safety at the workplace, to ensure that they are fit for purpose and continue to deliver on our ambitious policy objectives.

We also propose a number of withdrawals of initiatives which have become obsolete or watered down and have no chance to be adopted. The list is considerably shorter than last year which was a moment of political discontinuity. In line with our commitment under the Framework Agreement we will only enact the withdrawals once we have heard your views.

My second concluding point is that the Work Programme cannot deliver results without sufficient ownership of the co-legislators. Again, here, it takes, strangely enough, three to tango. The Commission's Work Programme reflects the Commission's right of initiative and we take full responsibility for the choices we make. But for the EU to be strong it needs to be able to demonstrate that all our institutions are ready to set Europe's agenda together and can work together swiftly and in agreement to reach our goals.

In preparing our Work Programme we have taken account of the views you have expressed, including in your resolution and I think there is a very broad degree of convergence. I think everyone will agree that our joint working methods for this years' dialogue were much improved, for instance with the new cluster format in the College-Conference of Committee Chairs (CCC) discussions, and I am grateful for all the input we have received from the committees and their Chairs, as well as the Groups and the Group leaders. I want to thank all the Group leaders for their leadership in this. I want to thank President Schulz for having taken this so seriously and helped us to organise the work better. I also want to thank President Buzek for taking the responsibility for doing the same with the CCC.

I hope this will help us reach a common understanding of the pending and future proposals on which we hope the co-legislators will commit to proceed quickly. I am looking forward to working closely with you in 2016 as well and I am glad that we were able to improve our working methods to the satisfaction, I hope, of both our institutions.

József Szájer, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, after a very long two months' negotiations in September we have agreed among several parties in this Chamber, and it was a very wide foundation for the Commission Work Programme, which we have been communicating to the Commission. Maybe it is because of the agreement that there is not much excitement in the House or in the press outside about this; if it were voted down or there were no agreement, there would be much more excitement. But it is very important that Parliament and the Commission work together on this because this Parliament, or most of this Parliament, was elected so that the message of how the European Institutions work should be changed considerably; they should be more effective.

Dienstag, 27. Oktober 2015

I can shortlist why the EPP or in what areas the European People's Party can support the Commission's line, especially in methodology. We welcome the concentration on the 10 priorities of the Juncker plan. Also in the methodology, the key issues should be in line with subsidiarity and proportionality. We have seen very long Commission work programmes in the past not fulfilled, so implementation and checking red tape impact assessment and all the legislation throughout the process is an important issue which we should do all the time. Still on a methodology line, we asked the Commission to align the legislation to the delegated and implementing act provisions, which is my personal issue, although it is much more important than my single person. This is something which we are still in debt after long years after the Lisbon Treaty. The Commission should focus on the implementation of the existing legislation and a simplification in the area when we are speaking about the common agricultural or cohesion policy.

There are two priorities in this area which the EPP found very important: firstly, the mobility and the flexibility of the labour market has to be improved and youth employment skills have to be developed to keep our *savoir faire* and to develop innovation. Also, the completion of the internal market is a key priority on the energy field and on the digital area. The competitiveness of the EU industry, especially in the area of small and medium-sized enterprises, remains a top priority to creating and saving jobs in Europe.

However, everyone is overwhelmed with the urgency of the refugee crisis. The EPP believes in a European approach to secure the European external borders and to help those who are in danger, but we must ensure the security of our citizens as our first priority. In this area there is much legislation and Parliament has already demonstrated its readiness to cooperate and act swiftly in this area. I welcome the Commission's proposal for the Work Programme 2016.

Maria João Rodrigues, on behalf of the S&D Group. – Mr President, we agree with the First Vice-President that this is not the time for business as usual. In our opinion, the ten priorities remain valid but they need to be articulated in a completely different way. We can see that our most important challenge now is to address the refugee crisis and to prevent a humanitarian crisis on this front in such a way that we are also able to protect the Schengen Area. We know that this requires a real asylum system in Europe, a real European border and a real immigration policy.

So we will support the Commission in building up these new instruments. But at the same time we need to turn Europe into a real space for prosperity. We believe that this year should be the time for this Commission to deliver a real update of the Europe 2020 Strategy. This is not only about energy transition, but about a circular economy to better manage our resources. This is not only about research and development, but about providing new digital solutions and innovation, again to create quality jobs. We need to make the best of our investment plan, and of the revision of the budgetary instrument, to deliver much better on this strategy.

But at the same time we are concerned with something which is happening now in Europe, namely a race to the bottom. There is a risk of a race to the bottom and of Member States competing with each other by downgrading their social standards. That is why we believe that this is the time for a strong pillar of social rights, this is the time for a mobility package to come, but this is also the time to tackle tax evasion in such a way that taxes are paid where profits are made.

We really consider these a top priority and we think that the ambition to complete economic and monetary union should be driven by a central goal. The central goal is upward convergence. We consider that, if we want to deliver this upward convergence, we also need to complete the banking union and to build up a real fiscal capacity in the euro area.

But then we say that none of these ambitions are effective if we are not supported by a more ambitious external action. Yes, Mr First Vice-President, we agree with you. We need to have an updated global strategy and the first test for this would be for Europe to lead the next Paris conference, for Europe to lead in the implementation of the sustainable development goals, and let me also address the importance of bringing about a real partnership with Africa as our neighbour continent.

So these are our expectations for the year to come. This Parliament was very active in delivering a resolution and you can count on us to be very active in pushing in the right direction.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Vicky Ford, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, we need to focus on the economy, boosting competitiveness, innovation and trade, both across the single market and beyond, in traditional sectors and in the digital age. There is much in the work programme that I can agree with.

I have said that every EU initiative should face that simple test: will it make it easier or harder for businesses to thrive? The Commission has cut back on new legislation; you are making sure that existing laws work, and you have promised to remove more bureaucracy. You have taken 70 proposals off the table. Commissioner, thank you for listening to the ECR.

However, Parliament's resolution on the Work Programme called for a deeper political union, including European standards on welfare, health care and education. I disagree – these are matters that are better left to our national governments, and I know that many colleagues across this Parliament felt the same. The Single Market is meant to help economic opportunity that delivers growth and jobs. You have said that this is no time for 'business as usual'. Let us not be hoodwinked by the Left into proposals that could leave Europe no place for business as usual.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, It is not 'business as usual', because the Vice-President of the Commission has achieved one thing that is pretty revolutionary, and that is keeping the Work Programme confidential until today. That is a real achievement for which I congratulate him.

So I have not really had time to read it in great detail, but going through it I note a lot of very positive things for which the Vice-President will get the support of my group. These are the border and coastguard proposal and the proposal to revitalise the 'blue card' in the chapter on migration and asylum. I also note the proposal on the work-life balance. I suppose that is new eurospeak for maternity leave, which will at least be in there. I also note a proposal for the external representation of the euro, the common currency. We all welcome that, and I am sure there is a lot more in there that the Vice-President will get our support for.

There are also a couple of things missing, and a couple of question marks. Regarding the security and counter-terrorism chapter, one of the things that we have urgently needed for many years – and which has been requested by this House – is a thorough, detailed evaluation of security and counter-terrorism measures already in place and their effectiveness. That is part of better law-making. Another thing we need – I do not know if it is in there – is a reference to somehow unblocking the horizontal anti-discrimination directive and the transparency regulation. I will come back to that.

Then there is something that this House has been calling for – and I will have the honour and pleasure to elaborate on this – a mechanism for the enforcement of fundamental rights, the rule of law and democratic governance. Finally, on the digital agenda, I very much welcome the Vice-President's words but wonder how I should then interpret the words of Mr Oettinger, who said that instead of creating an open worldwide web we are going to put a fence around the European cloud and the European internet. I hope the Vice-President does not share his views.

One final remark, because we are talking a lot about political topics here: better law-making is not about the outcome of political debates, it is about the process itself. There the Commission could and should do a lot more. I have already mentioned transparency. We need to make some leaps forward because we are still in the era of diplomats and civil servants meeting behind closed doors.

We also need to look at enforcement. I only need to mention 'safe harbour' and 'dieselgate'. We also need to look at the quality of legislation and look at ourselves in a more critical manner, because I am sick and tired of passing legislation that we know is legally unsound and will end up before the European Court of Justice sooner or later.

There is a whole lot more that can be said about the process, but I would like to see more emphasis on the process, because the final outcome is a matter of political choice, political preference. There are no objective criteria, but how we manage the process is something that we all share in.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Martina Michels, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – Herr Präsident! Kommissionspräsident Juncker hat heute Morgen im Parlament berührende und deutliche Worte gegenüber der verfehlten Flüchtlingspolitik gefunden. „Gut gebrüllt“, meinen wir. Doch was sind nun eigentlich die mutigen Konsequenzen? Das Festhalten an einer kleingeistigen Wettbewerbsideologie, eine fragwürdige Privatisierung von Investitionen wie mit dem Investitionsprogramm von Herrn Juncker? Nein, soziale Ungleichheiten sind oftmals ein Nährboden für die Ablehnung europäischer Lösungen, im schlimmsten Fall für Rassismus.

Gute Vorhaben für Beschäftigungs- und Regionalpolitik, für soziale und kulturelle Integration oder für Verbraucher- und Datenschutz bleiben in Ihrem Programm am Ende lediglich Reparaturprogramme. Denn ohne die Beseitigung der grundlegenden Webfehler der Europäischen Union nützen die besten Ideen nichts, bleiben die europäischen Werte von Freiheit, Gleichheit und Solidarität nur schöne Füllwörter in Präambeln und in Sonntagsreden. Sie hätten die Chance gehabt, liebe Kommissionsmitglieder, Sie haben sie aus unserer Sicht leider nicht genutzt.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE.* – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président, j'ai observé, au cours de l'année 2014 et surtout 2015, la Commission, et en particulier sur le front du défi que nous présente l'afflux de réfugiés en Europe, agir avec promptitude, avec sens de l'urgence et avec ambition. Alors bien sûr, certains diront que ce n'est jamais assez, mais il n'empêche que vous avez été prompts à réagir et, en tout cas, n'avez pas hésité à enfoncer des portes qui étaient fermées. Je voudrais vraiment vous voir faire la même chose sur les sujets qui préoccupent les Européens. Parce que j'ai bien entendu votre catalogue de propositions à venir, dont la densité, me semble-t-il, n'a d'égal que la densité de la présence des députés dans cette salle.

Je voudrais commencer par la question du dumping social. Vous avez fait la campagne de 2014. Vous avez senti, comme tout le monde ici, à quel point ce sujet est un sujet absolument crucial pour les Européens. La Commission a été installée fin 2014 — bon, disons à l'automne 2014 –, on est donc un an plus tard. Jusqu'ici, là-dessus, rien. En fait, ce n'est pas vrai qu'il n'y a rien. Parce qu'entretemps, les recommandations par pays, dans le cadre du Semestre européen, continuent à aller vers plus de flexibilisation du marché du travail et plus d'affaiblissement de la négociation collective, autrement dit, à aggraver le dumping social entre les États membres. Donc, non seulement vous ne l'arrêtez pas, mais on attend toujours la première proposition pour rebrousser chemin.

Concurrence fiscale: il y a un an, on avait LuxLeaks. Depuis, une petite mesure: l'échange automatique d'informations sur les décisions fiscales, mesure affaiblie par le Conseil — qui brille par son absence ici –, et donc tout le reste est à venir. Donc nous devons vous croire sur parole que oui oui, *mañana!* Demain viendra la solution. Mais en attendant, je ne sens ni sens de l'urgence ni ambition. J'ajoute que sur le dumping social, fiscal et environnemental, ce que vous voulez faire avec le TTIP et ce que vous voulez faire avec le programme pour une meilleure réglementation va plutôt dans le sens contraire de ce qu'il faudrait faire.

Sur la zone euro: vous le savez, il y a blocage au Conseil. Mais qu'attendez-vous pour mettre sur la table les propositions qui dérangent et mettre les États et ce Parlement devant leurs responsabilités? Que ce soit le fonds de garantie des dépôts, les stabilisateurs automatiques, le budget de la zone euro et consort, vous avez le droit d'initiative. Mais saisissez-le!

Enfin, je voudrais terminer sur le cas Volkswagen. Là-dessus, je vous attendais vraiment. C'est un scandale en matière de santé publique, en matière d'environnement, en matière de respect de la loi, en matière de distorsion de marché, bref rien que des sujets pour lesquels la Commission est compétente, et que nous dit la commissaire Bienkowska? «Oh, écoutez, que les États membres fassent leur boulot, nous observons, mais ne comptez pas sur nous pour prendre une initiative». Savez-vous, en fait, ce qu'il se passe? L'industrie automobile est un tabou, et on sait que c'est en Allemagne qu'elle est le plus puissamment établie, et donc, on n'y touche pas. De grâce, s'il vous plaît, sens de l'urgence et ambition! Prouvez-nous dans un an que vous avez vraiment pris la mesure des défis.

David Borrelli, *a nome del gruppo EFDD.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi la Commissione europea che si è riunita qui a Strasburgo ha voluto dare un segnale forte sull'adozione del programma di lavoro 2016, affermando che non è più l'ora per una gestione convenzionale. E dunque vorrei sottolineare alcuni temi trasversali e strategici che sicuramente richiederanno «misure non convenzionali».

Dienstag, 27. Oktober 2015

Qualunque sia la configurazione pratica del *Work Programme* 2016, è comunque importante fare tesoro di alcune lezioni che l'Unione europea ha avuto nel 2015. Anzitutto la lezione greca: occorre prevenire le dinamiche che hanno portato una nazione dell'Unione europea a vivere oggi una povertà diffusa e penetrante; in questo settore ci aspettiamo implementazioni legislative incisive.

La lezione libico-siriana: l'incapacità di agire in modo strategico ci ha messo di fronte a situazioni pericolose e urgenti; serve una capacità d'iniziativa efficace nel generare azioni di moderazione delle crisi.

La lezione Volkswagen: occorre che i grandi gruppi vengano meglio controllati e che vengano monitorati anche i controllori, che in questo caso hanno fallito. Cosa sarebbe successo se la truffa avesse riguardato prodotti alimentari o farmaceutici? Ci aspettiamo un'iniziativa legislativa adeguata.

Una riflessione a parte meritano tre temi di carattere economico che ci accompagneranno per tutto il 2016: il TTIP, il MES a favore della Cina e l'uso del FEIS. Noi chiediamo che sulle politiche macro-economiche e sugli accordi commerciali di portata maggiore vi sia una valutazione d'impatto «non convenzionale». Troppe volte Bruxelles ha dato prova di miopia per aver voluto concentrare nelle sue mani le analisi d'impatto. Si sta facendo lo stesso errore nel caso del MES Cina. Chiediamo che siano gli Stati, ciascuno per le proprie competenze, a produrre le valutazioni dell'impatto atteso sulla propria economia. Alla Commissione spetterà il compito di fare la sintesi e fornire alle altre istituzioni europee la mappa dei paesi su cui brillerà il sole e di quelli sui quali invece si addenseranno le nubi. E vogliamo che passi il principio secondo cui se anche un solo paese – uno solo – dovesse finire nella tempesta, questo non va bene per l'insieme dell'Europa.

Infine, vorrei ricordare un dato che su tutti esprime la condizione attuale dell'Europa. Gli ultimi dati Eurostat indicano che un cittadino europeo su quattro si trova in condizione di povertà. Noi crediamo che misure come il reddito di cittadinanza ed il microcredito non siano solo promotrici di sviluppo economico, ma siano oggi strumento fondamentale per dare il segnale di un'Europa che ritrova la sua identità e i suoi valori più autentici di solidarietà. E su questo chiediamo che la Commissione concentri i propri sforzi nel 2016.

Infine, il modello di *better regulation* deve assumere la sfida di riuscire a coinvolgere il livello locale, e non solo gli addetti ai lavori. Ha davanti la sfida di interpretare le diversità geografiche in termini di impatto economico delle politiche legislative, e questo è possibile soltanto decentralizzando il procedimento della consultazione pubblica e aggregando i dati per macroregioni.

Matteo Salvini, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il deserto di quest'Aula ci dice come la Commissione dell'Unione sovietica europea viva su un altro pianeta.

L'immigrazione è un disastro. Stamattina il Presidente Juncker ci ha detto che, dopo mesi di chiacchiere e di trionfi, il bel risultato raggiunto è che solo nove paesi hanno dato la disponibilità ad accogliere 700 immigrati – ne mancano alcune centinaia di migliaia. E qualcuno pensa di far entrare la Turchia in Europa. No: la Turchia non è mai stata, non è, né mai sarà Europa, e nessuno si permetta di usare l'immigrazione come merce di scambio e di ricatto per svendere i diritti dei cittadini europei.

Non si sente niente relativamente ai venti di guerra che ci sono. Cosa intendono fare questa Commissione e questo Parlamento per sterminare l'ISIS, che sta facendo scappare centinaia di migliaia di persone? Intendiamo andare avanti con le folli sanzioni economiche contro la Russia, che quest'anno solo per l'Italia hanno causato 2 miliardi di euro di danni? I diritti umani in Ucraina valgono forse di più rispetto ai diritti umani siriani calpestati dall'ISIS, finanziati da chi agevola questa invasione clandestina? Secondo me è vergognoso che questa Europa che ha chiesto all'Italia e a tutti gli altri paesi sacrifici per le pensioni e per il lavoro ritrovi la flessibilità solo quando ci sono di mezzo gli immigrati.

Niente sulla Cina economia di mercato, che qualcuno in questo palazzo vorrebbe portare per esportare i suoi macchinari e che produrrebbe altre centinaia di migliaia di disoccupati. Niente sulla tutela del «made in» e sull'etichettatura obbligatoria dei prodotti, che tutelerebbe i consumatori e i produttori e che solo per l'Italia eviterebbe 60 miliardi di euro di danni.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Togliamo ulteriori protezioni alle nostre persone. Quest'anno arrivano 80 000 tonnellate di riso dal Vietnam senza controlli, 35 000 tonnellate di olio d'oliva dalla Tunisia senza controlli, ci sono più disoccupati in Europa e più gente che sbarca in Europa: c'è qualcosa che non funziona.

Fortunatamente quando la gente vota, sceglie: ha scelto a Vienna, ha scelto in Polonia, l'anno prossimo sceglierà al referendum in Gran Bretagna. Spero possa scegliere anche in Italia, e poi sarà evidente che questa Europa è una gabbia da cui prima usciamo, meglio sarà per tutti.

Krisztina Morvai (NI). – Az itt jelenlévő Frans Timmermans úrtól, az Európai Bizottság elnökhelyettesétől szeretném megkérdezni a következőt. Egyetért-e velem abban, hogy ami itt most folyik, a Bizottság 2016-os munkaprogramjának a megvitatása a Parlament ugye hétszázötvenvalahány tagjából húsz jelenlévő és a Bizottság között, ez kb. az az Európai Unió szintjén, mint a nemzetállamokban a kormányprogramnak a vitája. Gondolom, hogy ez elfogadható ez az állítás. Kérdezem, hogy milyen magyarázatot tud arra adni, hogy az Önök által szeretett vezérünk, Juncker úr és Ön által vezetett Bizottság az ő programját, kvázi kormányprogramját – ami ugye 500 millió Európai Unió polgár életének számos területét határozza meg nagy mértékben – nos, ezt a programot negyed órával a vita kezdete előtt juttatta el a választott képviselőknek. 14.45-kor e-mail-ben kaptuk meg az Önök kormányprogramját, három órákor kezdődött a vita.

Kérem, hogy adjon valami magyarázatot az 500 millió európai polgárnak arra, hogy ezt mégis hogy gondolják. Nem gondolják-e, hogy ez megalázó? És kérem Martin Schulz urat is, hogy az Európai Parlament elnökeként is nyilatkozzon ugyanebben a kérdésben. Elvben a migrációs politikáról szerettem volna beszélni, amelyik egyik fejezete ennek a szedett-vedett programnak. Gondolom, hogy most még ebédszünetben volt egy kis idejük leírni, hogy mégis mire kötelesek majd a tagállamok az elindult és vadonatúj jelenségeként létező népvándorlással összefüggésben. Mi magyarok többségünkben úgy gondoljuk, hogy ez a magyar népnek a joga, hogy eldöntsük, hogy mit fogunk tenni és mit nem fogunk tenni a népvándorlással összefüggésben – tekintettel arra, hogy nem mondtunk le a szuverenitásunkról ezen a területen.

Ez egy vadonatúj jelenség, az Európai Unió csak olyan területen szabályozhat, amelyekről kifejezetten lemondtak a nemzetállamok a szerződésekben, illetőleg az EU-ba való belépésről. A migráció nem tartozik ide, ez a szintű migráció, tehát a népvándorlás. Köszönöm szépen, várom válaszukat.

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, the best news today is that Ms Morvai called President Juncker her beloved leader. This is something I will cherish and take back to the Commission.

Secondly, perhaps I should explain very briefly, this is just a presentation of the Commission Work Programme; nothing more nothing less. We will have ample opportunity in time to discuss all the elements of the Commission Work Programme. I count on Parliament not to make statements about something else or to make big grandstanding gestures on certain political issues, but to take us to the task of looking precisely at the precise proposals the Commission makes, and come to common conclusions on that.

This is extremely important, and sometimes this Commission takes this Parliament more seriously than some of the Members of this Parliament on the extremes of these benches do. This Commission will engage fully with Parliament to make sure that what we do is in line with both your priorities and ours and that we take common decisions that are highly needed. I was just reading a report from the Bertelsmann Foundation, let me quote it directly: 'today in Europe 26 million children and young people are threatened by poverty and social exclusion'. This is what should be driving our work. This is what we should be doing, in concrete measures.

Do you know how much unemployment there is among young people in so many of our Member States? That is why we want structural reform, that is why we have the EFSI, that is why we want to create opportunities in the digital single market and in the internal market. That is why we need to make sure that people no longer see freedom of movement as a threat to their social position but as an opportunity to perform better and to create careers. That is why we need to put proposals on the table that will lead to better social protection for European citizens, as long as the European Union is competent in these areas.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Yes, there are always elements where we could do better, that is why we are here to listen to you, so that we can do better. But in the process, let me end on this. We are now talking intensively with your institution, the European Parliament, represented by Guy Verhofstadt, and the Council to make sure that we do better in the way we legislate together. I hope we can come to a conclusion between the three institutions that shows clearly that we have understood the message from our constituents and our citizens. The message is that we need to do better in the way we prepare legislation so as to avoid making mistakes, and to avoid what Ms in 't Veld was pointing to: that we sometimes adopt decisions knowing full well that they are good because they represent a compromise, but are not good because once you apply them in the Member States businesses suffer and citizens suffer and the Court will have to correct them. Let us try and prevent this from happening by having full and detailed impact assessments before we take a decision, so that we can avoid creating more and more red tape for our businesses and that we can start cutting red tape, instead of the other way around.

This is where this Commission stands, and action is highly needed. I think this is one of the few moments in our common history that the project itself is being challenged in an existential way. Everything has come together like a perfect storm: the economic crisis, the financial crisis, the refugee crisis, international threats, the climate crisis, the environmental crisis and the sustainability crisis. Everything has come together and threatens the very livelihood of Europeans.

The European project should be an answer to that. This modest Commission Work Programme is part of a bigger answer we need to give to this challenge. But without this Commission Work Programme, the way we do business between the three institutions would not be as efficient. Let me reiterate that this Commission stands ready to work closely with the European Parliament to make sure that we deliver results for European citizens.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Dan Nica (S&D), în scris. – Salut adoptarea programului de lucru al Comisiei și așteptăm propunerile concrete pentru implementarea strategiei privind piața unică digitală, astfel încât aceasta să devină complet funcțională. Privind domeniul energiei, subliniez că Uniunea Energetică trebuie să aibă ca element central o piață internă a energiei eficientă și funcțională, care să asigure creștere economică, locuri de muncă, prețuri accesibile și competitive pentru consumatorii individuali și pentru consumatorii industriali, precum și protejarea consumatorilor vulnerabili. Comisia Europeană și Consiliul vor stabili cadrul de guvernare după 2020 și trebuie să se asigure ca toate propunerile legislative care fac parte din Uniunea Energetică să urmeze procedura legislativă ordinară, astfel implicând pe deplin Parlamentul European. Comisia ar trebui să prezinte anual un raport privind punerea în aplicare a Uniunii Energetice, inclusiv detalii cu privire la punerea în aplicare a legislației privind energia. Regret faptul că, până acum, Comisia nu a venit cu nicio propunere privind o schemă armonizată de compensare pentru emisiile indirecte de carbon, care acum este lăsată la latitudinea statelor membre. De asemenea, ar fi important să avem un plan de acțiune european privind sărăcia energetică.

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Komission uusi työohjelma tukee hyvinvointia parantavia innovaatioita. Olen erityisen tyytyväinen komission digitaalisten sisämarkkinoiden kehittämistä sekä kiertotaloutta koskeviin linjauksiin. Digitaalisten palvelujen kehittyminen luo uusia liiketoimintamahdollisuuksia ja sitä kautta uusia työpaikkoja. Komission laskelman mukaan digitaaliset sisämarkkinat voivat tuoda jopa 250 miljardin euron lisäkasvun. Entistä nopeammat ja kattavammat tietoverkot yhdessä uusien innovaatioiden kanssa parantavat myös hyvinvointiamme ja elämänlaatuamme merkittävästi. Esimerkiksi e-terveyteen liittyvät sovellukset antavat mahdollisuuden seurata terveydentilaa kotona tarvitsematta aina matkustaa terveyskeskukseen saakka. Järjestelmät mahdollistavat näin aiempaa paremman terveydentilan seurannan. Komission työohjelmassa esiteltiin tärkeimpiin uusiin aloitteisiin kuuluu myös kiertotalouspaketti, jonka tavoitteena on luonnonvarojen tehokkaampi käyttö ja näin syntyvän jätteen määrän vähentäminen.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Evropska komisija je na oktobrskem plenarnem zasedanju predstavila svoj delovni program za leto 2016, v katerem državljanom sporoča, da je čas za drugačen pristop. V ospredju je deset prednostnih nalog, h katerim se je Komisija zavezala že v svojih političnih usmeritvah, in njihovo uresničevanje. Komisija se bo v letu 2016 osredotočila predvsem na ukrepe za obvladovanje begunske krize, ustvarjanje delovnih mest, krepitev rasti in enotnega trga, zagotavljanje davčne pravičnosti ter spodbujanje ekonomske, socialne in okoljske trajnosti. Tudi sam sem prepričan, da mora Komisija odločno prekiniti trenutno stagniranje EU. Usmeritve, ki so veljale do danes, žal temeljijo na prioritetah predkrizne Evrope in ohranjajo toge ekonomske politike, ki so pravzaprav privedle do te krize. Komisija naj se v svojem prihodnjem delovanju predvsem močneje zaveže k ustreznemu medinstitucionalnemu posve-

Dienstag, 27. Oktober 2015

tovanju in v okviru programa ustreznosti in uspešnosti predpisov pripravi seznam zakonodaje, ki bi jo bilo treba revidirati. Opozoril pa bi rad, da naj se program ne uporablja kot izgovor za nižanje ambicij, za deregulacijo ali nižanje socialnih in okoljskih standardov. Pomembna je kakovost, ne količina.

Indrek Tarand (Verts/ALE), in writing. – The Commission's Work Programme for 2016 impressed me, yet I must make a tiny comment related to certain aspects of this year's preliminary activities. We often hear complaints that the rules and procedures to make EU funds available for SMEs are too complicated, slow and even controversial. The Commission has rightly begun to look for ways to ease them and cut out red tape.

However, it is more than unpleasantly surprising that the responsibility for the high level working group on this topic has been given to the person who is actually responsible for all the complexity, obscurity, non-transparency and other problems within the existing system. Indeed, that person spent 10 years in the Barroso Commissions complicating everything! Yet Mr Juncker and the College of Commissioners have allowed him to preside over the U-turn in policy.

The appointment of former Commissioner Mr Siim Kallas to such a position is like getting a wolf to guard the sheep. Or even an attempt to put a square peg in a round hole! It is indisputably a misuse of European tax-payers' money.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – O plano Juncker representa um pilar principal da estratégia da atual Comissão Europeia. Em vez de pôr o Banco Central a financiar o investimento ou de alterar as regras de contabilização dos défices, de modo a relançar o investimento público e atrair o investimento privado, a Comissão Europeia apresenta-nos um exercício de engenharia financeira que nem sequer é novo, pois já foi experimentado no passado, e sem sucesso.

Este fundo não vai resolver nada. Primeiro, porque não terá o impacto esperado, dadas as premissas totalmente irrealistas. Ainda que venha a ser realizado algum capital, este irá financiar projetos com base em critérios de rentabilidade financeira. No regulamento, e apesar das nossas sugestões, não existe qualquer critério de distribuição geográfica ou de coesão regional. O fundo é totalmente gerido por tecnocratas, e as linhas de orientação estratégica serão definidas por uma administração onde os votos são proporcionais ao volume do capital investido.

Isto é a antítese do que defendemos para a Europa. Este é mais um plano destinado a alimentar parcerias público-privadas, e serão, mais uma vez, os países ricos a ficar com a parte de leão.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

10. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 — alle Einzelpläne (Aussprache)

President. – The next item is the report by José Manuel Fernandes and Gérard Deprez, on behalf of the Committee on Budgets, on the draft general budget of the European Union for the financial year 2016 — all sections [11706/2015 — C8-0274/2015 – 2015/2132(BUD)] (A8-0298/2015).

José Manuel Fernandes, relator. – Senhora Presidente, queria saudar a Comissão, o Senhor Comissário e a Presidência do Conselho, bem como todas e todos os colegas.

Este é um orçamento que considero realista, responsável e credível — falo da proposta que aqui apresentamos. A União Europeia tem de estar à altura dos desafios que enfrenta; a União Europeia tem de dizer sim aos acordos que firmou: como tenho dito várias vezes, *pacta sunt servanda*, os compromissos são para cumprir. Refiro-me ao quadro financeiro plurianual; refiro-me, por exemplo, ao plano de pagamentos; refiro-me às expectativas que foram criadas nos cidadãos e nos beneficiários relativamente a estas questões.

Dienstag, 27. Oktober 2015

É evidente que temos de respeitar a estratégia Europa 2020 e de executar o quadro financeiro plurianual. Para tal, para os montantes que propomos, nós fazemo-lo tendo em conta a capacidade de absorção das linhas, o interesse dos programas e as políticas que estão definidas, e queremos que se utilize ao máximo a flexibilidade que temos disponível no quadro financeiro plurianual. O emprego é a grande prioridade, a competitividade da União Europeia não pode ser esquecida e todos os programas que temos para a reforçar devem ser colocados em marcha.

Nós queremos reforçar os programas Horizonte 2020 e COSME. O desemprego dos jovens regista ainda valores elevadíssimos e, por isso, a iniciativa «Emprego para o emprego dos jovens» deve continuar. Propomos que, em 2016, ao contrário do que a Comissão Europeia fez, haja dotações de autorização para que esta iniciativa continue. Nós defendemos os três «E» — o emprego, as empresas (nomeadamente, as pequenas e médias empresas) e o empreendedorismo — para reforçarmos a competitividade da União Europeia.

Não nos esquecemos do problema dos refugiados, da crise de refugiados, e já o tínhamos dito nas várias resoluções que aqui apresentámos. Nesse âmbito, defendemos um pacote para este problema que tem em conta a dimensão interna e a dimensão externa, e, por isso, não compreendemos, como aqui já o referi, no último plenário, os cortes do Conselho relativamente a instrumentos que contribuem para a cooperação e desenvolvimento, como é o caso do instrumento para a cooperação e do instrumento de pré—adesão, ou os cortes no combate à pobreza no Mediterrâneo. Neste pacote para a crise dos refugiados, para combatê-la, queremos reforçar os meios que devem dar a dignidade e as boas-vindas aos refugiados, bem como a solidariedade interna, mas também esta solidariedade externa, utilizando todos os meios e todos os instrumentos financeiros que temos à nossa disposição, assim como as agências. Exige-se uma política comum para este objetivo; exige-se uma coordenação e também uma articulação. Os refugiados não são os culpados — os refugiados são vítimas — e, para esta situação extraordinária, temos também de ter meios adicionais, meios extraordinários.

Seria inaceitável que o Conselho não quisesse fazer nenhum esforço adicional nesta matéria e quisesse fazer reafetações. Se tal não acontecesse, estaríamos perante palavras bonitas por parte do Conselho, mas palavras que nunca se concretizam na prática. A solidariedade, como já disse várias vezes, pratica-se, não se apregoa.

Gérard Deprez, *rapporteur*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, Monsieur le Président du Conseil, chers collègues, j'ai donc comme vous venez de le dire, Madame, la responsabilité de présenter nos propositions budgétaires en ce qui concerne ce que l'on appelle les autres institutions.

Parmi ces autres institutions, je commencerais d'abord par celles qui, à nos yeux, ont présenté le moins de problèmes entre nous, en commission des budgets, et qui, d'après mes informations, en poseront moins avec l'autre branche de l'autorité budgétaire. Je veux parler de la Cour des comptes, du Comité économique et social, du Médiateur, du Contrôleur européen de la protection des données et du Service européen pour l'action extérieure, pour lesquels nous avons repris, à notre compte, les propositions qui avaient été formulées initialement par la Commission, parce que nous les avons trouvées, après examen, parfaitement justifiées.

De légères exceptions toutefois: l'une – très limitée – en faveur du Comité des régions de quelques dizaines de milliers d'euros et l'autre, de plus grande ampleur, au bénéfice de la Cour de justice de l'Union européenne, dont la capacité à juger dans des délais raisonnables serait à nos yeux hypothéquée par l'application aveugle de coupes dans le personnel d'appui et de traduction.

J'en viens maintenant au budget proprement dit du Parlement européen. Et même si je sais qu'un certain nombre de collègues auront des difficultés à me croire sur ce point, je considère que c'est un budget de rigueur et de réforme que nous avons l'honneur de proposer au Parlement.

Depuis le début de ses travaux, la commission des budgets a accepté, sur ma proposition, de constituer une enveloppe exceptionnelle de 15 000 euros. Cette enveloppe a pour objectif exclusif de financer les mesures urgentes et nécessaires en matière de sécurité: sécurité des bâtiments d'abord, tant il est vrai que les accès aux bâtiments, à Bruxelles essentiellement, ont fait la démonstration de leur déficience; sécurité informatique, ensuite, pour adapter nos systèmes informatiques aux progrès technologiques et les mettre à l'abri d'éventuelles attaques, de plus en plus variées et sophistiquées.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Mise à part cette enveloppe exceptionnelle, le budget du Parlement européen n'augmentera globalement que de 1,6 % en 2016 par rapport à 2015, c'est-à-dire un niveau proche de l'inflation prévisible. Cet accroissement limité est d'autant plus significatif qu'il nous a fallu tenir compte très récemment de la création d'un nouveau groupe politique, ce qui a entraîné des demandes d'emplois temporaires supplémentaires et une hausse sensible des dépenses, qui ont été compensées par ailleurs.

À ceux qui seraient tentés de croire – et je sais qu'il y en a – que cette augmentation est encore trop élevée dans le contexte actuel de restrictions budgétaires, je veux rappeler deux réalités: la première est qu'avant de présenter le budget du Parlement européen devant la plénière, la commission des budgets se doit d'arriver à un accord avec le Bureau du Parlement européen, instance au sein de laquelle la préoccupation budgétaire n'est pas nécessairement prioritaire.

La deuxième réalité est que malgré cette contrainte, la commission des budgets est parvenue à réduire de plus de 18 millions d'euros les demandes approuvées initialement par le Bureau. J'ajoute, et ce n'est pas sans importance, qu'à l'instigation de la commission des budgets – et c'est un point sur lequel votre rapporteur s'est fortement investi –, le Bureau a marqué son accord hier soir sur une réforme importante en ce qui concerne les assistants personnels des députés, ce qui était budgétairement connu sous le nom d'indemnité de secrétariat – libellé d'ailleurs inadéquat et que nous proposons de modifier.

Dans l'ancien système, un député pouvait consacrer toute cette indemnité au paiement des assistants locaux. Certains, d'ailleurs, en avaient engagé un nombre impressionnant et n'engageaient aucun assistant accrédité. J'avais estimé – je n'étais pas le seul – et j'estime toujours que pour effectuer pleinement son travail de législateur et de contrôle de l'action de l'exécutif, un député doit disposer d'au moins un et, de préférence, de plusieurs assistants accrédités, c'est-à-dire exerçant leurs activités là où le Parlement travaille effectivement.

Je pensais que j'avais six minutes. Ou est-ce que ce ne sont que quatre minutes?

(...)

Le Bureau, dans la décision qu'il a prise hier, tient compte dans une large mesure de cette préoccupation en affectant 25 % au moins de la somme mise à la disposition de chaque député à la rémunération des assistants accrédités. Cela signifie concrètement que cette somme de 25 % sera gelée et non disponible si aucun assistant accrédité n'est engagé.

D'autres dispositions, que je n'ai pas le temps de détailler ici, ont été approuvées; elles vont toutes dans le sens d'une plus grande transparence et d'une lutte plus efficace contre les abus. Ainsi, des modifications apportées à l'article 34 proposent l'application de seuils de référence aux salaires et aux honoraires des assistants locaux afin de limiter le risque d'une rémunération qui s'écarterait excessivement de la moyenne des rémunérations dans l'État membre concerné. Par ailleurs, et dans un souci de meilleure gestion des frais de fonctionnement, des propositions de modification sont en cours de discussion en ce qui concerne les questions parlementaires. Cela peut sembler quelque peu marginal, mais ce ne l'est pas si l'on sait que depuis le début de la législature, nos collègues ont déjà posé plus de 16 000 questions écrites et que chaque question écrite coûte au Parlement et à la Commission 780 euros au total.

Chers collègues, je n'ignore pas que certaines dispositions de ce budget font l'objet de solides controverses. Je n'ignore pas non plus que les négociations qui vont bientôt s'ouvrir avec le Conseil seront serrées, notamment sur le tableau des effectifs. Mais c'est avec conviction et détermination que je défendrai avec toute la délégation du Parlement européen les choix que vous ferez demain en votant le budget des autres institutions.

Pierre Gramegna, *président en exercice du Conseil*. – Madame la Présidente, honorables membres du Parlement européen, Madame la Vice-Présidente de la Commission, c'est un honneur pour moi d'être ici aujourd'hui pour ce débat qui s'inscrit dans un point de départ relativement favorable, puisque nous avons bien progressé jusqu'à présent. Nous avons réussi à adopter sept budgets rectificatifs très rapidement et un huitième est sur le point de l'être. Nous avons un plan de paiement pour résorber les arriérés, nous avons donc un point de départ serein, ce qui distingue la situation de cette année de celle de l'année dernière.

Dienstag, 27. Oktober 2015

S'agissant de l'approche politique des amendements que le Parlement européen a l'intention d'adopter, je dois néanmoins insister sur le fait que le Conseil constate qu'il y a une augmentation sensible dans le projet de budget présenté par le Parlement européen et que ses propositions augmenteraient de plus de 4,15 milliards d'euros les crédits d'engagement et de 4,34 milliards les crédits de paiement.

Certes, depuis la proposition du 4 septembre du Conseil, il y a eu la lettre rectificative n° 2 de la Commission qui est arrivée le 14 octobre et qui est tout à fait la bienvenue, puisqu'elle a pour objectif de renforcer les rubriques 3 et 4 du cadre financier pluriannuel pour répondre à la crise des réfugiés. Mais même par rapport à cette révision apportée par la lettre rectificative de la Commission, qui est d'ailleurs très ambitieuse, les amendements du Parlement s'écartent encore de 2 milliards d'euros en paiements et de 2,5 milliards d'euros en engagements.

Par ailleurs, les augmentations de crédit substantielles que propose le Parlement européen entraîneraient des dépassements des plafonds du cadre pluriannuel par une marge négative de -1,5 milliard en engagements et de —1,3 milliard d'euros en paiements. Si nous suivions les amendements du Parlement européen, les marges des rubriques 1a, 1b et 3 seraient négatives et celles de la rubrique 4 seraient intégralement épuisées. Il me semble à cet égard que l'approche choisie par le Parlement européen est maximaliste ou ambitieuse à l'extrême, et les instruments spéciaux que le Parlement européen voudrait utiliser ne suffiraient même pas à couvrir les dépassements de crédit proposés pour 2016.

Nous pouvons certes convenir, en tant que Conseil, qu'il est important de relever les défis politiques et historiques qui se posent à nous, notamment dans le domaine des réfugiés, mais il est quand même fondamental de réaliser qu'il y a aussi d'autres priorités. La Commission a tenté de répondre à ce défi par la lettre rectificative n° 2, qui propose de renforcer considérablement les rubriques 3 et 4. Lors de la procédure de conciliation, nous aurons l'occasion de discuter ensemble de l'ampleur de la structure que propose la Commission.

Le Parlement européen n'a pas suffisamment appliqué les règles nécessaires pour établir des priorités: tous les projets, tous les programmes ne peuvent pas être des priorités en même temps. Le Conseil, de son côté, a respecté, dans toutes les rubriques et dans toutes les sous-rubriques, les plafonds, et c'est ainsi qu'il a pu se donner les marges de manœuvre nécessaires et suffisantes. Cela est bon non seulement pour assurer la discipline budgétaire mais également pour répondre aux défis et aux urgences qui nous attendent en 2016.

Très rapidement sur la rubrique 1a, le Parlement européen a décidé de faire marche arrière sur l'accord qui avait été scellé au milieu de l'année pour rendre possible la réalisation du Fonds européen pour les investissements stratégiques, et c'est regrettable. Sur le point 1b, le Parlement propose d'augmenter les dotations alors que la Commission a trouvé le moyen d'augmenter les crédits nécessaires pour la Grèce sur des dotations existantes en 2015 et 2016: ce n'est pas très logique. Sur la rubrique de l'initiative pour l'emploi des jeunes, il y avait un accord pour se limiter à 2014 et 2015, et si nous voulions prévoir quelque chose pour 2016, il faudrait le faire après avoir effectué une évaluation.

Pour les dépenses agricoles, le Parlement propose une augmentation de 500 millions, alors que là aussi, la Commission, dans sa lettre rectificative agricole, a trouvé des moyens différents et en fait même prévu une baisse de 477 millions en engagements et en paiements.

En conclusion, je tiens à souligner l'importance que le Conseil attache au respect de la réduction des effectifs du personnel de toutes les institutions, organes et agences, comme cela figure dans l'accord qui a été conclu et selon les tableaux des effectifs du 1^{er} janvier 2013. Cette réduction devrait être effectuée sans exception et sans dérogation particulière ou unilatérale, il y va en effet de la crédibilité de nos institutions.

Madame la Présidente, chers membres du Parlement européen, vous pouvez compter sur la volonté de la présidence luxembourgeoise du Conseil de parvenir à un accord équilibré et satisfaisant sur le budget 2016, avec l'intention aussi de le faire dans les délais impartis par les traités.

Kristalina Georgieva, Vice-President of the Commission. – Madam President, we are here today to discuss how to make best use of the EU budget to respond to the significant challenges the EU is facing.

Dienstag, 27. Oktober 2015

For the draft budget 2016 we have prioritised three objectives: to boost our economies, fill the investment gap and enhance economic recovery. For this we will leverage our budget instruments. I am very happy to report what we have done together. The European Fund for Strategic Investments (EFSI) is now operational, and we expect that it will trigger EUR 50 billion in additional investments – public and private – by the end of this year, 2015. For 2016 we expect an acceleration of delivery for our economies. Our second objective is to address the exceptional migratory pressures faced by the EU, and our draft budget proposal makes maximum use of the flexibility allowed. We will therefore more than double funding over this and next year to address the refugee crisis. Our third objective remains very important. It is to phase out the abnormal backlog of unpaid bills from the 2007-2013 programming period by the end of 2016. So in our draft proposal we believe we have put forward a sound basis on which to achieve these three objectives.

Let me first address commitment appropriations, including Amending Letter 2. We welcome the amendments proposed by the Committee on Budgets to restore the cuts made by Council. Life has shown that we need to move forward in 2016, especially given the dramatic impact of the refugee crisis. We need to provide room for collective EU-level action, in Heading 4 especially. We also take note of a number of amendments that increase commitment appropriations above the draft budget proposal made by the Parliament. We will fully employ the maximum flexibility test that is allowed by the current financial framework to respond to the challenges, and we want to do this in a prudent manner.

We all agree that migration should now be given highest priority. This should guide us through the choices that have to be made and the choices we will have to make. We have to be sure that budget 2016 is done in a way that allows us to face what is unfortunately a more uncertain future.

I want to stress that for many in this House there has been concern about the Youth Employment Initiative. As a result of the major frontloading that we have done in 2014 and 2015 — and which will continue and even accelerate in 2016 — we expect to see progress on the ground in terms of jobs for our young people. We will make a first assessment of this experience at the end of this year, and that will allow us to have more informed actions in 2016.

Let me now turn to payment appropriations. Here there is a large gap of EUR 4.3 billion between the Council's and the Parliament's reading. The level of payment appropriations proposed in draft budget 2016, as revised by Amending Letter number 2 (with more than EUR 914 million in payments) allows the proper implementation of programmes and enables us to meet our third objective, the phasing out of the abnormal backlog in line with the agreed payment plan. This will only happen if Parliament and Council agree on the payments requested by the Commission for 2016.

Again I want to turn to the Parliament's Committee on Budgets and thank it for the restoration of most of the appropriations that we have put forward. It is now time for us in the Commission to take a very good look at the Council and Parliament proposals and carefully review each and every one of the amendments in detail. We will then send our reaction in writing, prior to the opening of the conciliation, so that the three institutions can negotiate with full knowledge of the choices we are making and the implications of these choices.

I will conclude by saying that I am confident that we will have successful negotiations. We all recognise how important it is for Europe that we send a clear signal of commitment to serve our people and to meet the challenges that we face.

Ildikó Gáll-Pelcz, A Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság véleményének előadója. – Először is az IMCO szakbizottság raportőreként köszönetet szeretnék mondani Fernandes úrnak, aki nagyszerű munkát végez és végzett eddig is. Mindannyian tudjuk, hogy nagyon hosszú volt az az út, amíg eljutottunk ahhoz, hogy a mai napon egy jól strukturált, hatékony és várhatóan jól funkcionáló költségvetésről tudunk beszélni. Sokszor hallottuk, hogy az FC miatt bizonyos vágásokat kell tenni, és voltak is területek, ahol vágások voltak. Vannak azonban olyan területek, ahol ezeket a vágásokat nem lehet eszközölni. Ilyen az uniós fogyasztóvédelemnek a területe is. Az Európai Unió polgárai nap mint nap újabb kihívásokkal és információk tömkelegével találják szembe magukat.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Éppen ezért nagyon fontos, hogy megfelelő fogyasztóvédelem tudjon érvényesülni uniós szinten – ehhez megfelelő források kellenek. Éppen ezért egy olyan projektet nyújtottunk be, amit nagy többséggel támogatott is a Bizottság. Ami arról szól, hogy ezt a támogatást meg tudjuk tenni ezen a szinten. Szeretném kérni képviselőtársaimat, hogy majd a költségvetés szavazásakor ezt a projektet kiemelten támogassák.

Danuta Maria Hübner, *rapporteur for the opinion of the Committee on Constitutional Affairs*. – Madam President, I support the budget for growth and jobs, and the budget to handle the refugee crisis, but we also need a budget for democracy. Europe needs the trust and confidence of its citizens, and this can come with a more generous participation by citizens in European decision-making; this can come with more democracy.

Democracy is an indispensable element to achieving economic success and that is why one of the priorities for the Committee on Constitutional Affairs (AFCO) is the 'Europe for citizens' programme. Its financial sufficiency is crucial to building more efficient communication with European Union citizens and regaining their trust. Equally important is improving the efficiency of the European Citizens' Initiative as a tool for participatory European democracy and that is why we ask for an adequate budget for these issues and I truly hope that they will find their place in the final outcome of the 2016 budgetary procedure.

Peter Simon, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Währung*. – Frau Präsidentin! Herzlichen Dank zunächst an den Haushaltsausschuss, dass unsere zentralen Forderungen übernommen wurden.

Unsere zentralen Forderungen beziehen sich insbesondere auf die drei Aufsichtsbehörden, die wir uns in der Finanzkrise geschaffen haben: um den Euro, um die Europäische Union sicherer zu machen, um den Bereich Wertpapiere, Banken und Versicherungen hier auf klarere, eindeutiger geregelte, bessere Füße zu stellen.

Wenn wir jetzt allerdings von den drei Aufsichtsbehörden vernehmen, dass die Ressourcen, die sie zur Verfügung haben, teilweise nicht ausreichen um auch nur grundlegende Aufgaben wahrzunehmen, dann war das für uns schockierend zu hören. Wir haben hier Erhöhungen in einzelnen Bereichen gefordert. Wir sind dankbar, dass diese vom Haushaltsausschuss aufgenommen wurden.

Wir mahnen allerdings für die Zukunft auch, dass dem hier bei künftigen Haushaltsplanerstellungen noch deutlich stärker Rechnung getragen wird, denn die beste Kontrolle auf dem Papier nutzt in der Praxis nichts, wenn sie nicht entsprechend unterfüttert wird, und insbesondere im Bereich Personal haben wir hier deutlichen Nachholbedarf.

Tomáš Zdechovský, *navrhovatel Výboru pro rozpočtovou kontrolu*. – Paní předsedající, jsem potěšen, že návrh rozpočtu respektuje potřebu navýšení finančních prostředků na adekvátní reakce na imigrační krizi, která má nesmírný dopad na státy uvnitř i vně Evropské unie. Některé evropské agentury již vykonávají klíčovou úlohu v této oblasti, budou mít více takových prostředků na výkon své práce. Nicméně i za současné situace je třeba zajistit správnou rozpočtovou implementaci a využívat fondů dle zásady účinnosti a efektivity. Evropská komise musí pravidelně kontrolovat a monitorovat užití finančních prostředků v této oblasti a zajistit, aby veškeré prostředky byly užity transparentně a přehledně, aby se zabránilo zvýšené míře chybovosti. Komise musí také pravidelně dodávat hodnocení dopadů působení v oblasti migrace a azylu. Členské státy musí dodávat relevantní data a Komise musí přísně sankcionovat chybné či nepravdivé informace daných členských států.

Alain Cadec, *rapporteur pour avis de la commission de la pêche*. – Madame la Présidente, la commission des budgets a adopté un projet pilote, proposé par la commission de la pêche. Ce projet pilote permet une supervision des garde-côtes au niveau européen. Je remercie mes collègues José Manuel Fernandes et Jean Arthuis pour leur soutien.

En effet, l'Union européenne est désarmée face au drame des naufrages des migrants. Nous sommes face à une contradiction terrible: le problème est véritablement européen, mais les moyens de surveillance et d'intervention en mer relèvent des États et la coordination entre eux est minimaliste.

Ce projet pilote propose donc de créer un mécanisme européen de supervision pour coordonner l'action des garde-côtes nationaux ainsi que celle des agences européennes: Frontex, l'Agence de contrôle des pêches et l'Agence pour la sécurité maritime. Cette proposition s'accompagne d'un budget de 750 000 euros pour mutualiser les capacités et les moyens, partager les informations et réaliser une planification coordonnée des opérations en mer. Il s'agit donc d'une avancée considérable pour renforcer l'espace Schengen et mieux coordonner l'action des États membres aux frontières.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Péter Niedermüller, *rapporteur for the opinion of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs*. – Madam President, we in the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) fully support the broad political message being sent by the Commission with its significant proposal for increasing the 2016 budget in the area of migration, asylum and even border control, as the LIBE Committee proposed earlier. But of course we have some questions on details. These are matters of tremendous political importance that we need to debate. I will just mention very shortly two points.

First I welcome the increase suggested for the European Asylum Support Office (EASO). I think that we need to support EASO in order that people arriving can have their asylum application properly proceed. I also wonder why Europol should receive the same increase in funding and staff as EASO.

The second point is that we have to change the nomenclature of the AMIF budget lines because putting integration and return together in one budget line is just avoiding being clear on where the money is being spent. These two small examples show that we need some more debate on the most important political issues of the budget.

Massimiliano Salini, *relatore per parere della commissione per i trasporti e il turismo*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, la commissione Trasporti ha vissuto con molta apprensione la costruzione di questo bilancio, perché come sappiamo affrontiamo grandi sfide, le nuove sfide costituite innanzitutto dal piano Juncker.

Dall'altro lato abbiamo corso il rischio che il sostegno a questa nuova grande possibilità per l'Europa si trasformasse in uno strumento anche per drenare risorse da altri strumenti che già funzionano, come il CEF e Horizon 2020. Abbiamo ottenuto, e di questo ringrazio i relatori per aver presidiato con attenzione a questo riguardo, un equo bilanciamento tra le due esigenze: nuovi strumenti di finanziamento per investimenti di cui l'Europa ha bisogno e il sostegno a strumenti che già funzionano.

Perché l'Europa tiene e le imprese europee tengono – soprattutto le più piccole, le piccole e medie imprese – se abbiamo una grande rete di collegamenti per le persone, per le merci e per i dati. Abbiamo oggi votato una relazione per la circolazione dei dati. Abbiamo la necessità di infrastrutture anche a quel riguardo perché l'Europa sostenga tutti coloro che possono generare valore.

Jean-Paul Denanot, *rapporteur pour avis de la commission de l'agriculture et du développement rural*. – Madame la Présidente, l'Europe affronte de multiples crises qui nécessiteraient effectivement aujourd'hui de plus en plus de moyens communautaires pour les gérer.

Le Conseil et les États membres doivent entendre ce que dit le Parlement: il y a urgence à s'engager résolument dans une nouvelle voie budgétaire où l'Union serait dotée de ressources propres, provenant par exemple des transactions financières. Il y a urgence à se donner les marges de manœuvre financières en rapport avec les enjeux du moment: le changement climatique, la transition énergétique, l'avènement de la société du numérique, la relance industrielle, l'emploi des jeunes, la crise des réfugiés, l'instabilité géopolitique au Moyen-Orient et, bien sûr, l'agriculture, dossier pour lequel j'ai été rapporteur du budget.

L'Europe peut beaucoup; ce projet politique a fait ses preuves; aujourd'hui, il est en panne, car il est soumis, effectivement, à des vents contraires. Comment peut-on imaginer, d'un côté, une rigueur budgétaire et proposer, de l'autre, beaucoup d'investissements? Je crois qu'il y a là une contradiction, il faut que l'Europe lève cette contradiction, il faut donner de l'air au budget européen.

Reimer Böge, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für internationalen Handel*. – Frau Präsidentin! Für den Ausschuss für internationalen Handel geht es darum, angemessene Stellenpläne in den Kommissionsdienststellen zu haben, damit die große Anzahl der aktuell verhandelten Abkommen angemessen und seriös verhandelt und auch anschließend einer vernünftigen Bewertung unterzogen werden kann. Wir brauchen eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit. Wir möchten auch an dem Projekt *Aid for Trade* weiter festhalten, und wir fordern auch eine Studie ein zur Rolle der NGOs.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Aber lassen Sie mich eines sagen zu der Debatte jetzt mit der Ratspräsidentschaft: Ich mache in diesem Haus schon relativ lange Haushaltsverfahren. Wir brauchen uns vom Rat nichts sagen zu lassen zu Logik und Seriosität im Haushaltsverfahren. Sie machen es sich zu einfach. Das, was man mit früheren Ratspräsidentschaften vereinbart hat, sei es bei den Zahlungsrückständen, sei es bei der Frage der Flexibilität, sei es bei der Frage des *Front—* und *Backloading* oder auch bei den Nebenbedingungen zu den EFSI-Vereinbarungen, das wischen Sie immer ganz schnell wieder beiseite. Ich sage Ihnen eines: Ihre Seriosität, auch im Haushaltsverfahren 2016, wird dadurch im hohen Maße mit beantwortet, ob Sie zum Zeitpunkt der Verhandlung den Beweis antreten, dass die Mitgliedstaaten sich nicht weiter wie bisher den angemessenen Zahlungen für den Madad-Fonds und für den Fonds für Afrika verweigern. Gerade mal 20 Millionen sind bisher zugesagt für jeden dieser Fonds. Die Kommission erwartet 501,8 Milliarden weitere Zusagen. Wenn Sie dieses nicht tun, dann sind Sie mitverantwortlich dafür, einschließlich der nicht angemessenen Ausstattung der Arbeiten der Vereinten Nationen, dass sich weitere Flüchtlinge auf den Weg nach Europa machen. Daran entscheidet sich Ihre Seriosität!

Μαρία Σπυράκη, Κυρία Πρόεδρε, αντιπρόεδρε Georgieva, σε αυτό τον προϋπολογισμό του 2016 έχουμε να αντιμετωπίσουμε τρεις σημαντικές προκλήσεις από την πλευρά της επιτροπής REGI:

Η πρώτη είναι η αποκλιμάκωση των εκκρεμουσών πληρωμών· σύμφωνα με την τελευταία ενημέρωση που μας έκανε η Επιτροπή, οι ανεξόφλητες πληρωμές τον Σεπτέμβριο ανήλθαν σε 8,4 δισ. ευρώ, ενώ συνολικά υπάρχουν αιτήματα για 15 δισ. ευρώ. Παραμένει λοιπόν ένα κενό.

Η δεύτερη πρόκληση που έχουμε να αντιμετωπίσουμε είναι η παρακολούθηση της απορροφητικότητας αλλά και της απόδοσης σε δουλειές και ανάπτυξη των χρημάτων που επενδύουν οι ευρωπαίοι φορολογούμενοι. Θεωρώ θετικό το γεγονός ότι έχουμε ορίσει ειδικό ευρωβουλευτή rapporteur για την Ελλάδα, πιστεύω όμως ότι η Ελλάδα δεν θα πρέπει να είναι η εξαίρεση, αλλά η παρακολούθηση της πορείας της εφαρμογής του κοινοτικού πλαισίου πρέπει να γίνει κανόνας για το Ευρωκοινοβούλιο.

Το τρίτο αφορά την αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης. Εκεί είναι ιδιαίτερα θετικό το γεγονός ότι χώρες όπως η Ελλάδα μπορούν να χρησιμοποιήσουν κονδύλια από τα διαρθρωτικά ταμεία και τη συνοχή για να αντιμετωπίσουν την κρίση καθώς και το ανοιχτό παράθυρο που άφησε ο Πρόεδρος Junker για την εξαίρεση αυτών των δαπανών από το Σύμφωνο Σταθερότητας.

Cristian Dan Preda, *rapporteur pour avis de la commission des affaires étrangères*. – Madame la Présidente, je tiens tout d'abord à remercier les rapporteurs, M. Fernandes et M. Deprez, d'avoir pris en compte l'avis exprimé par la commission des affaires étrangères sur le budget 2016 dans la formulation de la réponse à la position du Conseil sur le budget.

Je tiens ensuite à attirer l'attention sur le fait que, de toutes les sections du budget, le Conseil a choisi de couper le plus drastiquement dans celle qui concerne les activités extérieures de l'Union européenne. Du point de vue de la capacité de l'Union à mener une politique extérieure cohérente, et implicitement à peser sur la scène internationale, j'estime que ces réductions budgétaires sont extrêmement inquiétantes. Ces réductions concernent l'instrument européen pour le voisinage, l'instrument de préadhésion, mais aussi l'instrument de coopération au développement, qui sert entre autres à financer l'action européenne en matière d'immigration.

Face aux multiples crises que rencontrent les pays de notre voisinage, face au défi posé par le grand nombre de réfugiés qui cherchent à s'enfuir des pays en conflit, se désinvestir est, je pense, la pire stratégie que nous pourrions suivre. C'est pour cette raison qu'il est impératif de restaurer et de renforcer les crédits de paiement et les crédits d'engagement.

Arne Lietz, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Entwicklungsausschusses*. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Dieser Haushaltsentwurf ist für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit wichtig, weil er auf die neuen internationalen Herausforderungen eingeht.

Wir müssen die aktuellen Konflikte in Afrika, in Syrien und im Irak und die damit verbunden Flüchtlingsströme auf humanitärer, entwicklungspolitischer und außenpolitischer Ebene europäisch angehen. Die EU muss bei der Bewältigung der katastrophalen humanitären Situationen stärker reagieren.

Ich habe mich für die S&D-Fraktion dafür eingesetzt, dass mindestens 26 Millionen Euro für die Bildung von Jungen – und hervorzuheben auch Mädchen – in den Flüchtlingslagern fließen. Damit wollen wir einer sogenannten verlorenen Generation vorbeugen.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dass das nicht reicht, zeigen die vielen zusätzlichen Fonds, die derzeit von der EU aufgelegt werden beziehungsweise auch kofinanziert werden. Es ist wichtig, dass die Mitgliedsstaaten endlich ihre Anteile klar benennen und ohne Verzug auch einzahlen. Dazu gehören der neue Afrika-Fonds der Kommission zur Bekämpfung der Fluchtursachen mit einem Volumen von 1,8 Milliarden Euro, sowie der Madad-Fonds für die Bewältigung der syrischen Flüchtlingskrise, der auf 1 Milliarde aufgestockt werden soll.

Bogdan Andrzej Zdrojewski, *autor projektu opinii Komisji Kultury i Edukacji*. – Budżety powinny być oczywiście dla obywateli, a nie ministrów finansów. To wiemy, zdajemy sobie z tego sprawę. Ale czy ten budżet taki jest? W pewnym sensie jest, a w pewnym sensie nie, ponieważ klarowności mu bez wątpienia brakuje. Ale można powiedzieć bez żadnych wątpliwości, że jest to budżet odpowiedzialności – niezwykle trudny, w niezwykle trudnych czasach.

Chciałbym podkreślić przede wszystkim konieczność solidarności zarówno w zdobywaniu środków w tym budżecie, jak i solidarnego wydatkowania środków finansowych, które w tym budżecie koniec końców się znalazły. Reprezentując Komisję Kultury, Edukacji i Sportu chciałbym podkreślić cztery najistotniejsze rzeczy: po pierwsze, zgodnie z oczekiwaniami całej Komisji, powiększono programy Erasmus plus, Kreatywna Europa i Europa dla obywateli. To bardzo ważne i za to chcę bardzo serdecznie podziękować. Druga rzecz niezwykle istotna: schodzimy z zobowiązań starych, co jest też niezwykle istotne, czyli redukujemy te zobowiązania, na które czekają obywatele. I ostatnia rzecz, trochę krytyczna: brakuje środków jeszcze na programy pilotażowe i tylko o to chciałbym się dopomnieć.

Paul Rübig, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich möchte mich auch recht herzlich für den Vorschlag der Kommission bedanken. Es ist ganz einfach wichtig, dass wir diese Aussprache auf gleicher Ebene führen. Der Rat muss sich in Zukunft auf der politischen Ebene besser akkordieren, damit, wenn die Verhandlungen beginnen, ein Mandat besteht, dass auch seriös mit dem Parlament dementsprechend verhandelt werden kann.

Das Europäische Parlament legt natürlich auch großen Wert darauf, dass die Frage der Wirtschaft und der Beschäftigung gerade bei den Programmen für die kleinen und mittleren Betriebe, beim COSME-Programm, absolute Priorität haben muss. Wir brauchen hier die 16,5 Millionen an neuen *commitments*, auch für die Beschäftigungsinitiative, insbesondere auch für die Arbeitslosen, aber auch für die Flüchtlinge, damit hier neue Initiativen Platz greifen können und damit die duale Ausbildung mit Lehrlingen in den Mittelpunkt gestellt wird. Europa muss hier Vorbild sein, wir müssen hier aktiv werden. Es ist sehr klar, dass wir in diesem Bereich, natürlich auch in der Flüchtlingspolitik, neue Standards setzen müssen. Wir müssen durch alle Haushaltslinien gehen und sehen, wie wir hier unterstützen können, wie wir hier Stabilität erreichen können, und wie wir hier den rechtsstabilen Raum in Europa schützen können.

Zum Parlamentsbudget möchte ich nur sagen, dass natürlich jetzt der Eintritt der neuen Fraktion mit über 40 Dienstposten und 3,5 Millionen Euro den europäischen Steuerzahler mehr belasten würde. Faktum ist, dass wir derzeit enorme Einsparungsmaßnahmen unternommen haben, um hier zu keiner Erhöhung des Budgets zu kommen, dass wir die 20 % sogar noch unterschreiten, die uns normalerweise zustehen, und dass wir es trotz zusätzlicher Wünsche der neuen Fraktion, die den Steuerzahler belasten, geschafft haben, hier ein vernünftiges und langfristiges Budget zur Verfügung zu stellen. Im Zusammenhang mit der Mitarbeiterentlohnung, die wir haben, und den Missbrauchsgrenzen, die es hier gibt, sollten die Kollegen, die ihre Möglichkeiten nicht ausnützen wollen, in der Öffentlichkeit bekanntgeben, welche Mitarbeiter sie nicht brauchen. Denn wenn sie nicht viel anwesend sind und nicht viel arbeiten, dann brauchen sie natürlich auch keine Mitarbeiter. Das würde zu enormen Einsparungspotenzialen führen.

Dienstag, 27. Oktober 2015

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

Jens Geier, *im Namen der S&D-Fraktion.* – Herr Präsident, werter Herr Minister Gramegna, liebe Frau Vizepräsidentin Georgieva, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst mal meinen Dank an unseren Generalberichterstatler für eine ganz ausgezeichnete Zusammenarbeit im Vorverfahren dieser Debatte und unserer morgigen Beschlussbildung. Ich muss seine Darstellung nicht wiederholen, sie wird von den sozialistischen und demokratischen Abgeordneten meiner Fraktion uneingeschränkt geteilt.

Der Rat muss jetzt Farbe bekennen. Heute Morgen haben viele Fraktionsvorsitzende dieses Hauses völlig zu Recht kritisiert, dass der Rat in der einen Formation sich unter größtmöglichen Verletzungen auf etwas politisch einigt und derselbe Rat in seiner Finanzformation anschließend diese Einigung nicht finanziert. Die Finanzminister haben jetzt die Chance, das zu heilen. Aber im Trilog am vergangenen Montagnachmittag hat es noch geheißen: Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist zwar wichtig, aber Haushaltsdisziplin ist es auch. Und das, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister, kann nicht Ihr letztes Wort sein, und zwar aus humanitären Gründen nicht, und auch aus haushälterischen Gründen nicht. Ich glaube wirklich, dass Menschenleben wichtiger sind als Haushaltsdisziplin.

Und zweitens, wenn es um die haushälterischen Gründe geht: Der Ansatz des Rates und der des Parlaments sind jetzt mal gerade 4,3 Milliarden Euro auseinander. Der Änderungshaushalt Nummer 8 der Kommission führt Einnahmen in den EU-Haushalt auf aus Eigenmitteln und Strafzahlungen, die bereits einen großen Teil dieses Geldes abdecken würden. Derselbe Änderungshaushalt führt zusätzliche Einsparungen für die Mitgliedstaaten aus dem Bruttonationaleinkommen auf, sodass wir einen Nettoeffekt von 8 Milliarden Euro vorfinden. Also: Geld ist da. Alles, was einem wichtigen Beitrag der EU zur Linderung der Flüchtlingskrise entgegensteht, ist der Dogmatismus der Mitgliedstaaten in Haushaltsfragen.

Mein Problem, wenn ich den Rat an der Stelle über Einsparungen und über Haushaltsdisziplin reden höre, ist, dass er, wenn es um seine eigenen Interessen geht, das nicht ganz so ernst nimmt. Ich habe ein großes Problem damit, wenn wir in diesem Haus über Einsparungen reden, der Rat aber gleichzeitig nicht in der Lage ist, sich bei der Neubenennung von Richterstellen im Europäischen Gerichtshof zu einigen, sodass wir statt zwölf zusätzlicher Richter achtundzwanzig bekommen, weil die Mitgliedstaaten nicht in der Lage sind, sich anders zu einigen, als dass jeder Mitgliedstaat eine zweite Richterstelle am Europäischen Gerichtshof bekommt. Meine Damen und Herren, die kommen ja nicht zu Fuß, die haben Fahrer, die haben Sekretariatskräfte, die haben Mitarbeiter. Also die Seriosität – Kollege Böge hat es schon angesprochen – an der Stelle des Rates, wenn es um Einsparungen geht, ist ein bisschen beschädigt.

Verehrter Herr Minister Gramegna! Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass sich der Rat positiv zum Abänderungsschreiben Nummer 2 der Kommission verhält, und kommen Sie mit einer anderen, veränderten, besseren Ratsposition in die Schlichtung!

Richard Ashworth, *on behalf of the ECR Group.* – Mr President, I welcome Commissioner Georgieva's proposals. She is, as usual, disciplined, controlled and sensible and for that she has my thanks and my full support. She spoke of building a budget on principles. May I suggest too, first, European added value. That means a budget which focuses its resources on those areas where it can help the Member States most. For example: of course we must respond positively and urgently to the refugee crisis and of course we can and must help the farming sector through a very difficult period, but at the same time it is important that we neither get deflected from nor lose sight of the single most important thing the EU budget could be doing for Europe's citizens, and that is creating jobs and growth. The European Fund for Strategic Investments (EFSI) is our flagship policy here and it is vital that it delivers this year.

Dienstag, 27. Oktober 2015

The second policy principle is value for money. We do not have limited resources for the budget, but that does not justify Parliament's call for an ever bigger budget. The size of the budget was agreed under the terms of the multiannual financial framework (MFF) and this is not the time to be going back to the Member States asking for more money. Rather, this is the time for us to see more focus and greater prioritisation in our spending. That means taking the tough decisions. It does mean discipline and it means that we have to do more to ensure effective, efficient delivery.

Jean Arthuis, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, Madame la Vice-Présidente, mes chers collègues, le projet de budget 2016 tel qu'il a été ajusté par la commission des budgets – et je veux, à cet égard, saluer le travail tout à fait remarquable accompli par le rapporteur général, José Manuel Fernandes, et par le rapporteur pour les autres sections, Gérard Deprez – est un budget corseté par le cadre financier pluriannuel 2014-2020, supposé répondre au problème de l'époque où il a été conçu et adopté; autrement dit, en dépit de nos efforts, ce budget est largement le miroir du passé.

Face aux crises, celle de l'euro et du surendettement de la Grèce, puis celle des migrations, l'Union européenne, privée de moyens budgétaires et de flexibilité, se condamne à donner en spectacle ses faiblesses, voire son impuissance. Au-delà de nos votes, l'impression qui domine est que l'Union européenne ne pourra juguler les flux migratoires qu'à la condition de lutter efficacement contre les causes des migrations, aussi bien en mettant fin aux violences au Moyen-Orient et dans la Corne de l'Afrique qu'en engageant une véritable politique de développement dans l'Afrique subsaharienne. Or, il est manifeste que le budget 2016 ne dispose pas des crédits requis pour agir à la racine des mouvements de population qui convergent vers notre continent.

Et pourtant, Jean-Claude Juncker nous l'a rappelé ici même ce matin, à situation exceptionnelle, budget exceptionnel. Belles paroles en attente d'actes. Première illustration de notre indigence: la création de corps de garde-côtes et de gardes-frontières aux frontières extérieures de l'Union européenne est proposée par les chefs d'État ou de gouvernement. En supposant que soient réglées les modalités du commandement de ces garde-côtes et gardes-frontières, où sont les crédits nécessaires? S'agissant des camps de réfugiés aux frontières de la Syrie, en Turquie, au Liban, en Jordanie, M^{me} Merkel et Jean-Claude Juncker, ce matin encore, s'accordent à juger qu'une enveloppe de trois milliards est requise. Où sont les crédits correspondants?

À ce stade, compte tenu de la situation financière de la plupart des États membres, nous devons être conscients des difficultés qui vont jaloner la conciliation qui s'ouvre, Monsieur le Ministre. Le vote du Parlement va donner force aux négociateurs qui feront tout pour convaincre le Conseil du bien-fondé de nos options budgétaires. Cela étant, je gage que la conciliation sera une rude épreuve, quelle qu'en soit la conclusion. Elle nous donnera des arguments décisifs pour engager sans délai la révision du cadre financier pluriannuel. Ce sera l'épreuve de vérité pour la Commission de la dernière chance et la responsabilité historique du Conseil d'y répondre.

Liadh Ní Riada, *thar ceann an Ghrúpa GUE/NGL*. – A Uachtaráin, cuirim fáilte roimh chuid de na feabhsúcháin ón gCoiste um Buiséid maidir le seasamh na Comhairle agus an Choimisiúin ar Bhuiséad 2016, ach fós tá sé i bhfad ó cad atá ag teastáil uainn chun aghaidh a thabhairt ar na deacrachtaí.

Cuireann sé béim ar an bpráinn atá le hathbhreithniú a dhéanamh ar an gCreat Airgeadais Ilbhliantúil. Is rud maith é ar ndóigh an méadú EUR 500 milliún mar fhreagairt don ghéarchéim déirí agus cuirim fáilte roimh an méadú do COSME mar atá molta ag an bParlaimint, go háirithe tar éis laghdú uafásach ón gComhairle.

Ní mór dúinn a bheith meabhrach agus sinn ag obair le EUR 6 bhiliún níos lú ná mar a bhí againn i 2007-2013. Tá fadhbanna ollmhóra airgeadais os ár gcomhair amach agus tá sé seo ann de bharr an easnamh a bhí againn arís i 2007-2014. Níl sé ceart agus tá sé meargánta nach bhfuil na Ballstáit ag déanamh aon rud faoi na billí nach bhfuil íoctha. Táimid ag cur an bhuiséid ar ghaineamh súraic agus sinn ag ciceáil an fhadhb síos an bóthar. Caithfidh an tAontas Eorpach a bheith réadúil faoi seo, mar cinnte, in 2017 beidh torthaí na bhfadhbanna airgeadais seo ró-shoiléir ar fad.

Indrek Tarand, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for her draft proposal, which is a good basis for us to work on, and I would like to thank the rapporteurs for their determination and tenacity.

Dienstag, 27. Oktober 2015

I have four quick remarks. As for EFSI, we stand firmly behind the rapporteur to achieve full actual restoring, i.e. heeding, of the promises to undo EFSI-related cuts, in particular with regard to Horizon 2020 and CEF. Regarding migration, while we support the approach, we still believe, as stated in the resolution on DAB 7 a couple of weeks ago, that in particular the European Asylum Support Office needs to be boosted further. We welcome the wisdom of the Budget Committee to fight for the end of bullfighting subsidies and very much hope that Plenary does not fall back behind that. It was only one vote which decided the whole thing.

Allow me a short comment on ITER. We regret that the excellent amendments made by Mr Berger were withdrawn. They reflected well the current concerns with the bad management and rising costs of ITER, as confirmed recently by the German Government. We hence hope that the plenary rejects the ITER position and supports our own amendments which, while not coordinated with Mr Berger, could have been his. We found a good compromise on the EU-EP budget, but we believe it is crucial to identify further saving areas for years to come, and I would promise to come up with some radical ideas in the committee.

Let me finish by encouraging the rapporteurs to continue being tenacious until the very end of our upcoming conciliation process.

Marco Zanni, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei partire ringraziando i due relatori e il Commissario per il difficile lavoro che hanno svolto in questi mesi.

Il Parlamento europeo ha espresso nella sua posizione alcune priorità che sono anche le nostre, a partire da un impegno maggiore dell'Europa per affrontare la questione relativa all'immigrazione. È da quando ho iniziato la mia esperienza in quest'Aula che insisto per sottolineare come questa tematica debba essere al centro dei nostri sforzi e dei nostri impegni. Alcuni colleghi che oggi sono qui in Aula erano con me in Sicilia a luglio ed hanno visto quanto sia difficile la gestione di questa emergenza che l'Italia e gli altri paesi di frontiera non sono in grado di sostenere da soli.

Il bilancio europeo non è fatto, tuttavia, solo di priorità da sostenere ma vi si annidano sprechi e privilegi che non possono essere tollerati. Qual è la necessità di incrementare ogni anno i fondi pubblici ai partiti e alle fondazioni politiche europee? Qual è inoltre la necessità di aumentare nuovamente le spese per gli assistenti parlamentari o i gruppi politici di questo Parlamento? Vi chiedo inoltre quale sia il valore aggiunto di istituzioni come il Comitato economico e sociale e il Comitato delle regioni, che non hanno alcuna funzione legislativa ma bruciano ogni anno centinaia di milioni di euro di soldi pubblici.

Dobbiamo essere noi per primi a dare l'esempio ai cittadini cui chiediamo continui sacrifici. Non è certo aumentando i costi della politica e della burocrazia europea che possiamo essere credibili. Su questo credo ci sia ancora molta strada da fare.

Auke Zijlstra, *namens de ENF-Fractie*. – We hebben het vandaag over de begroting, over het geld dat Brussel afneemt van de burgers. Terwijl het naheffingen regent, moet er telkens meer geld bij. Met al die miljarden is er geen oplossing voor de financiële crisis gekocht en evenmin een oplossing voor de migratiecrisis gevonden. Maar critici daarvan worden wel bedreigd met stopzetting van subsidies. Dat is ondemocratisch en onverantwoord en laat de onvolwassenheid van dit nepparlement zien.

Waar is dat geld dan allemaal heengegaan? Onder andere naar een vliegveld in Spanje waar nooit iemand is geland, of naar een geluidsscherm in Polen, ergens waar niemand woont. Bovendien wordt het geld ook niet volgens de regels besteed. Ieder jaar opnieuw wordt dat door de Rekenkamer vastgesteld. Kortom, de budgetten worden ondoeltreffend en foutief besteed en ook de asielcrisis zal met geld niet opgelost worden. Mijn partij zal dus tegen deze voorstellen stemmen en pleit voor een enorme verlaging van de begroting. Laat de EU ophouden met deze nutteloze en kostbare spilzucht.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, μελετώντας τον προϋπολογισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το 2016, έχω την εντύπωση ότι εθελουφλούμε. Πίσω από τις όμορφα γραμμένες επικεφαλίδες κρύβεται ένας εντελώς διαφορετικός κόσμος.

Πώς είναι δυνατόν 15,5 εκατ. νέοι ηλικίας 15-24 ετών να επωφελούνται από τον προϋπολογισμό αλλά η ανεργία σε ηλικίες κάτω των 25 ετών να αγγίζει το 21%;

Dienstag, 27. Oktober 2015

Δεν είναι δυνατόν να προβλέπεται μείωση των δαπανών στην αγροτική ανάπτυξη, όταν λόγω του εμπάργκο της Ρωσίας στα αγροτικά προϊόντα από τον Αύγουστο του 2014 σημειώθηκαν απώλειες στα αγροτικά εισοδήματα ύψους 3,6 δισ. ευρώ.

Ή μήπως οι διαδηλώσεις και τα επεισόδια των αγροτών στα κράτη μέλη είναι για να μας ευχαριστήσουν για τα μέτρα που λαμβάνουμε;

Δεν είναι δυνατόν να προϋπολογίζετε 1,9 δισ. ευρώ για το άσυλο και τη μετανάστευση, όταν μέχρι στιγμής έχουν εισέλθει στην Ένωση περίπου 710.000 μετανάστες. Δηλαδή για το 2016 προϋπολογίζετε περίπου 2700 ευρώ ανά μετανάστη, τη στιγμή που στη χώρα μου πάνω από το 44% του πληθυσμού είχε το 2013 εισόδημα κάτω από το σταθερό όριο φτώχειας. Τέτοιοι προϋπολογισμοί είναι για να μένουν στη θεωρία και να δίνουν στους πολίτες της Ευρωπαϊκής Ένωσης την εντύπωση ότι τους βοληδάμε. Αυτό είναι ένα μεγάλο ψέμα.

Giovanni La Via, *relatore per parere della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare*. – Signor Presidente, signor Ministro, signor Commissario, onorevoli colleghi, in questi anni ci siamo battuti perché si potessero implementare tutte le politiche europee e ogni anno il bilancio è stato un continuo confronto perché tutti i progetti politici e le politiche potessero essere implementati.

A nome della commissione per i bilanci vorrei semplicemente sottolineare alcune necessità che evidenziamo sulle linee di nostra competenza. Da un lato, quelle relative alla ricerca sul clima, sul cambiamento climatico, sulla salute. Però c'è soprattutto un tema che ci sta a cuore e che vorremmo vedere soddisfatto in bilancio. È evidente che alcune delle agenzie – e faccio riferimento all'agenzia europea per i medicinali e all'ECHA – non riescono più a espletare le loro funzioni, anche se le risorse per l'espletamento delle funzioni vengono dall'esterno, semplicemente perché non hanno più a disposizione le risorse di personale necessarie. Il lavoro aumenta, i compiti che affidiamo sono sempre di più, ma dobbiamo adeguare l'*action plan* delle agenzie, altrimenti non daranno i servizi richiesti.

Jan Olbrycht (PPE). – Panie Przewodniczący! Rok 2016, zarówno w sensie wielkości budżetu, jak i jego wykonania, będzie miał ogromny wpływ na debatę na temat przeglądu wieloletnich perspektyw finansowych, jak również na temat kolejnych lat teź perspektywy. Trzeba sobie zdawać sprawę z tego, że pierwsze lata perspektywy wyprzedzające rok 2016 to już jest okres wykorzystywania w dużym stopniu mechanizmów elastyczności, to już jest wykorzystanie w dużym stopniu dostępnych marginesów. W związku z czym widać bardzo wyraźnie, że rok 2016 jest już efektem pewnych działań, które zostały wykonane w latach 2014 i 2015. W związku z czym wielkość budżetu, jego struktura wyraźnie wskazuje na to, że pułapy, które są uzgodnione na lata 2014–2020, są za niskie. One są za niskie i w związku z tym pewnych rzeczy nie da się zrealizować, a nowe wydatki, które pojawiają się, jeszcze tę sytuację pogarszają. Zwracam na to uwagę, ponieważ będzie to rzutowało na naszą debatę dotyczącą przeglądu.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Danke, Herr Präsident Tajani! Ich hätte eine Frage in Bezug auf den Europäischen Innovationsfonds.

Dort schlägt ja das Parlament die Erhöhung der Mittel um 5 Millionen Euro zur Deckung der Gesamtkosten der Implementierung des neuen KMU-Fensters vor, die Mittel für die kleinen und mittleren Projekte sollten also im EFSE-Fonds, im Juncker-Fonds, dementsprechend schnell und effizient zur Verfügung stehen.

Glauben Sie, dass das wirklich auch die Priorität des Rates sein kann, dass wir gerade in den kleinen und mittleren Betrieben neue Jobs schaffen?

Jan Olbrycht (PPE), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. Absolutnie zgadzam się z panem posłem i uważam, że rok 2016 będzie jakby sprawdzeniem pewnej woli politycznej, wyrażonej funduszem Junckera. Jeżeli tak wiele zostało powiedziane na temat tego, jakie pieniądze powinny być przeznaczone na małe i średnie przedsiębiorstwa, nie tylko w Horyzoncie 2020, nie tylko w polityce spójności, ale również w tak zwanym funduszu Junckera, uważam, że rzeczywiście sugestia dotycząca działań w tym zakresie jest absolutnie słuszna.

Vladimír Maňka (S&D) – napriek novým, nepredvídaným nákladom sme našli cestu a riešenia, aby sme rozpočet Európskeho parlamentu nemuseli navyšovať oproti číslam, ktoré sme odsúhlasili na jar.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Potrebujeme sa teraz sústrediť na spoločné riešenia pre vyššiu rast a zamestnanosť, kvalitnejší život ľudí. Ale aj na riešenie vízie, v ktorej život postupne prináša v podobe finančnej a hospodárskej krízy, migračnej krízy, konfliktu na Ukrajine, gréckej dlhovej krízy. Nemali by sme si pritom stavať do cesty sami prekážky. V Komisii a v Európskom parlamente je dnes 104 ľudí plne vyťažených len odpoveďami na otázky, ktoré poslanci Komisie predkladajú. Stojí to milióny eur ročne. Keby sa každý poslanec správal tak ako tí, ktorí sú na čele štatistik, potrebovali by sme ročne ďalších viac ako 200 miliónov Eur len na odpovede Komisie na otázky poslancov. Množstvo otázok sa nám podarilo obmedziť, ale finálne riešenia v boji s byrokraciou nás ešte čakajú. Ak chceme naštartovať Európu, potrebujeme Junckerov investičný plán. Európske financie musia ísť do projektov s najvyššou pridanou hodnotou. Implementácia eurofondov nemôže meškať. Európska únia musí platiť svoje záväzky načas. Potrebujeme rozbehnúť digitálny trh, energetickú úniu, reformovať finančný sektor. Polovica svetových finančných operácií nemôže tiecť cez daňové raje. Nemôžeme si dovoliť chyby. V mori nemusí najprv zahynúť 1700 migrantov, až potom Rada navýši financie pre agentúru Frontex, ktoré sme v rozpočte žiadali roky predtým.

Aj Junckerov investičný plán má riziká. Rizikom bol spôsob výberu generálneho riaditeľa Európskeho fondu pre strategické investície. Ten, kto za výsledky nesie zodpovednosť si mal najprv manažérskymi a psychologickými testami overiť schopnosti kandidátov. Doterajšie skúsenosti ukazujú, že financovanie európskeho rozpočtu nemôže závisieť od politickej či ekonomickej situácie v jednotlivých štátoch. O rok vyvrcholia diskusie o vlastných zdrojoch. To je šanca vyriešiť problémy spojené s financovaním európskeho rozpočtu.

Nedzhmi Ali (ALDE). – Mr President, the budget for 2016 has been discussed several times regarding its priorities and the need to increase financing in key areas, and all in the context of the existing economic situation of an unprecedented migration and refugee crisis.

Unfortunately, the Council decision to make some cuts both in commitment and payment appropriations does not correspond to the political priorities nor to the unfavourable environment. That is why we are reversing the cuts made by the Council. Furthermore we propose that commitment and payment appropriations be raised in several key areas, supporting the full use of all flexibility tools available in the Multiannual Financial Framework 2014-2020.

In order to provide an initial response to the immigration crisis we need to increase by almost EUR 1.2 billion the commitments under the headings Security and citizenship and Global Europe, in comparison with the Commission's original proposal.

In order to overcome the weakness of the EU's economy almost EUR 1.9 billion in commitment appropriations are envisaged for the Smart and inclusive growth heading. This financing supports continuation of the Youth Employment Initiative, restores the original pre-EFSI profile of Horizon 2020 and the Connecting Europe Facility in line with the commitment the Committee on Budgets made during the EFSI negotiations, as well as additional allocations to small and medium-enterprises.

In relation to the ongoing crisis affecting European farmers and in order to support the dairy sector, we have proposed increasing funding by EUR 500 million under the heading Sustainable growth: natural resources, in line with the measures announced by the Council and the Commission in September, thus supporting the main goals of the budget – to boost innovation, create jobs, deal more effectively with migration and strengthening the global role of the European Union.

We should not forget the commitments in the implementation of the payment plan agreed by Parliament, the Council and the Commission back in May 2015.

Younous Omarjee (GUE/NGL). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, nous discutons d'un budget limité par les cadres restrictifs du CFP, avec des marges de manœuvre fort étroites. Vous connaissez notre appréciation sur ce cadre, qui sacralise l'austérité et la discipline budgétaire comme horizon indépassable et prive surtout l'Union des moyens suffisants pour répondre aux défis multiples d'un monde chaotique, d'un monde en crise, d'un monde mouvant et d'une Europe confrontée à de nombreuses difficultés.

J'espère que nous aurons ce débat au moment de la rediscussion du CFP, et la question des ressources propres se posera inévitablement, pour donner à l'Union les moyens de faire face à ces défis.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Nous le voyons bien d'ailleurs avec la crise migratoire: la proposition du Parlement européen va dans le bon sens, mais elle demeurera insuffisante pour répondre à l'ampleur du défi qui est devant nous.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, we tried to find ways of cutting the European Union budget, of understanding that, at a time such as this, taxpayers actually cannot support more and more money going from the people to the European Union. And so we, the EFDD, put in 142 amendments to the EU budget and we watched as every single one of those 142 attempts to save money for the taxpayer of the UK and the taxpayers in all of the Member States of the European Union was voted down. Not that we should be particularly surprised – just like the last 55 times the UK tried to oppose a measure in the Council of Ministers, when we were voted down 55 out of 55 times.

We put forward measures on issues like the coordination, surveillance of and communication on the EMU, including the euro. Do we really need to be spending more money on a propaganda campaign on the euro? A tenfold increase in the cost of the European Chemicals Agency – again, something we do not believe is needed. We believe that money could be cut from the European Union special representatives. The European Council, with this whole gentleman's agreement that supposedly exists and yet, as we have seen even today as we have talked about the 2013 discharge, the Council just is not even answering Parliament's questions. Well if they are not recognising a gentleman's agreement then we should certainly not. The Committee of the Regions: again, a body which is getting far too much taxpayers' money. And then we look at our own House. We should put our own house in order, see what we are spending that we do not need to be: cost of meetings and activities of former members, EUR 210 000 that, frankly, does not actually make a difference to anything whatsoever.

In the vast majority of these areas, we have talked about cutting rather than abolishing budget lines altogether. We have said we want to cut them – and some of them, personally, I would abolish altogether – but we see every single one voted down. That is what we get in this place. Sadly, that is how things work in this place, in the European Union.

Barbara Matera, *relatrice per parere della commissione per i diritti della donna e l'uguaglianza di genere.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio l'onorevole Fernandes per il lavoro che sta conducendo con dedizione e cognizione.

Il testo del parere di cui io sono relatrice per la commissione per i diritti della donna e l'uguaglianza di genere ribadisce proprio la necessità di impiegare coerentemente parte della spesa dell'UE a beneficio di iniziative orientate a garantire la parità di genere in tutti i settori. Nello specifico, io e le mie colleghe chiediamo di insistere sull'importanza di destinare finanziamenti a programmi di supporto dell'imprenditorialità femminile principalmente attraverso il COSME, il Fondo sociale europeo e l'iniziativa per l'occupazione giovanile.

Chiedo inoltre, alla luce dei tantissimi femminicidi e atti di violenza subiti dalle donne quotidianamente, di ampliare la spesa destinata a supportare campagne di sensibilizzazione e di consapevolezza contro gli stereotipi di genere e al bisogno di conservare l'indipendenza del programma Daphne, proprio il programma che è in seno al programma diritti, uguaglianza e cittadinanza.

Infine ho insistito affinché fosse introdotto all'interno del documento un accenno all'esigenza di istituire un Centro di monitoraggio europeo sulla violenza di genere. Ho terminato i minuti a mia disposizione.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Domnule președinte, 2016 este al treilea an din CFM 2014-2020. Experiența din anii trecuți ne arată că bugetul se negociază cu multe eforturi și apoi nu se implementează. Mă întreb cât din bugetele 2014 și 2015 s-a cheltuit ca alocare din CFM 2014-2020? Cred că foarte puțin.

Consiliul folosește această situație pentru a propune micșorarea bugetului 2016. Este o atitudine de guvern național, nu de Consiliu European! Este incorect ce se întâmplă. Miniștrii care ar trebui, în cadrul guvernelor lor, să adopte măsurile necesare pentru implementarea politicilor europene, dar nu o fac, decid micșora bugetul european pentru că nu este cheltuit. Consiliul trebuie să ceară statelor membre să aplice politicile europene.

Comisia trebuie să intervină și să urgenteze procedurile necesare pentru implementarea bugetului. Comisia trebuie să adopte o poziție proactivă; nu trebuie să aștepte acțiunile statelor membre.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Vor urma negocieri. Cred că poziția Parlamentului European trebuie să fie în favoarea utilizării la maxim a resurselor bugetare pentru politicile de investiții în toate programele europene. Trebuie să susținem, în același timp, alocarea de resurse din afara bugetului pentru situațiile de criză. Cred că trebuie să fim extrem de fermi, să luăm în considerare chiar și neaprobarea bugetului în cazul în care Consiliul menține poziția actuală.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señor Presidente, señora vicepresidenta, señor ministro, desde que la Comisión nos presentó su propuesta de presupuestos, hemos estado trabajando en este Parlamento para ver si las prioridades de la Unión Europea cuadraban con los recursos de la Unión, y creo que a nadie le sorprenderá que le digamos que no nos parecen recursos suficientes. Por eso, lo que implica nuestra propuesta es un aumento de 3 600 millones de euros para 2016, que, a priori, puede parecer una cifra importante, pero que, si lo miramos con el presupuesto, es tan solo un 2,34 % de incremento.

Un pequeño incremento, un pequeño gesto, pero que permitiría tener un gran impacto. Porque con estos 3 600 millones de euros extra podríamos compensar, por ejemplo, los recortes que nos vimos obligados a hacer por el plan Juncker, y así, poder cumplir los objetivos de investigación y de infraestructuras que nos marcamos. O podríamos, también, renovar el compromiso contra el desempleo juvenil, financiando un año más la Garantía Juvenil. O podríamos compensar a nuestros agricultores y ganaderos, que están siendo afectados por el veto ruso o por la crisis de la leche. Y también, sí, con estos 3 600 millones podríamos financiar medidas para atender en condiciones mínimas de dignidad a esas miles de personas que han tenido que abandonar sus hogares.

Pero, señora comisaria y señor ministro, hoy, más allá de este debate coyuntural sobre si hace falta más dinero aquí o allí, hay que ir un paso más allá. Porque no es serio que cada vez que surja una iniciativa, una nueva necesidad, una crisis o una urgencia, el presupuesto no sea ágil. No es serio que un proyecto político como el de la Unión Europea tenga una capacidad presupuestaria ridícula y, desde luego, no es serio que los recursos de la Unión dependan de la buena voluntad de los Estados miembros.

Europa no puede vivir de la caridad de los Estados, sino del compromiso de ellos. Y por eso, es responsabilidad mía, de mi Grupo y de este Parlamento, exigirlo. Jean Monnet dijo que Europa se forjaría en las crisis y que sería la suma de las soluciones que se encuentran a dichas crisis. Últimamente, más que sumas estamos viendo restas, así que, a ver si en los próximos días podemos cambiar esa ecuación y, desde luego, podemos construir una Europa de la que nos sintamos orgullosos.

Urmas Paet (ALDE). – Järgmise aasta eelarvega on Euroopa Liidul võimalus parandada mõned olulised senised tegetajätmised, mis puudutavad ulatuslikku põgenikekriisi. Nii on hädavajalik lõpuks suurendada rahaeraldist Süüria põgenikelaagritele Türgis, Jordaanias ja Liibanonis, aga ka teiste konfliktipiirkondade põgenikelaagritele. Elamistingimuste parandamine neis keskustes võimaldaks põgenikel vältida ohtlikku teekonda Euroopasse, sest osa põgenike Euroopasse liikumise põhjustest on ju olnud põgenikelaagrite katastroofilise alarahastatus. Jah, see on kallis, tagada neis keskustes olevatele inimestele elementaarsed elamistingimused, kuid veelgi keerulisem on näha neid inimesi võtmas ette ohtlikku teed Euroopasse.

Teiseks tuleb oluliselt suurendada panust Kreekas ja Itaalias põgenike vastuvõtukeskuste loomiseks ja adekvaatseks ülalpidamiseks. See võimaldaks piiri panna põgenike traagilisele ja juhitamatule liikumisele mööda Euroopat. Samuti tuleb tõsiselt suurendada panust läbimõeldud arengu toetamiseks nii Euroopa Liidu lõuna- kui ka idanaabruses, sealhulgas Ukrainas.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor Presidente, Señorías, estos presupuestos siguen representando una apuesta por la Europa de la austeridad, esa Europa insolidaria con sus compromisos en ayuda humanitaria, cooperación para el desarrollo y lucha contra los grandes riesgos climáticos, como el cambio climático; una Europa que trata a países como Grecia, Turquía o Marruecos como Estados tapón para impedir la movilidad de cientos de miles de personas desplazadas, en muchos casos, debido a las propias políticas de la Unión Europea.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Unos presupuestos que fomentan un modelo de desarrollo productivo caduco y lesivo para los derechos laborales, basado en megaproyectos energéticos y de transporte sucios, inseguros y que alejan cada vez más a la ciudadanía de la toma de decisión sobre cuestiones que la afectan en lo cotidiano, sobre el acceso a bienes públicos esenciales, como el agua, la energía, la alimentación, la sanidad o la educación.

En suma, estos presupuestos no responden a las necesidades de la ciudadanía europea, sino a la de las grandes transnacionales y lobbies. Decidan ustedes, cuando voten, para quiénes legislan y cuáles son sus lealtades y con quién están. Las nuestras las tenemos claras: están con la ciudadanía y los trabajadores de Europa.

Alain Lamassoure (PPE). – Monsieur le Président, le président Juncker l'a reconnu ce matin, le budget européen n'est plus au niveau des responsabilités que les États membres confient à l'Union.

Il en a tiré une première conclusion: à circonstances exceptionnelles, recettes exceptionnelles. Certes! Mais j'ajouterai un amendement: le vingt-et-unième siècle sera lui-même exceptionnel. Avant les réfugiés, il y a eu le terrorisme, il y a eu le plan d'investissement – dit «plan Juncker» –, il y a eu le programme exceptionnel sur l'emploi des jeunes; dans quelques semaines, il y aura le climat et l'énergie, l'an prochain, la stratégie numérique, etc.

La vraie conclusion à tirer est que nous devons préparer dès maintenant la révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel. À cette fin, je suggère à la Commission européenne d'engager un travail préparatoire qui est politiquement nécessaire. Il s'agit d'évaluer, secteur par secteur, les économies budgétaires globales qui sont ou seront rendues possibles par le transfert d'une compétence au niveau européen. Un corps européen de gardes-frontières sera évidemment plus efficace et moins coûteux que vingt-huit polices nationales des frontières. Le ciel unique – un seul contrôle aérien – coûtera moins que vingt-huit contrôles nationaux et améliorera la sécurité aérienne.

Les remarquables commissaires chargés de la concurrence obtiennent chaque année de la part des multinationales des milliards d'euros d'amende hors de portée de nos autorités nationales. À la limite, un euro de plus dépensé à Bruxelles peut permettre d'économiser vingt-huit euros dans les États membres, c'est la simple traduction budgétaire du principe de subsidiarité.

Isabelle Thomas (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Vice-Présidente, Monsieur le Ministre, je sais que vous partagez le principe selon lequel toutes les décisions politiques comportant des mesures budgétaires doivent être honorées par des paiements. Cela peut paraître une évidence, mais cela ne l'est pas, puisque la prévision des factures impayées fin 2015 s'élève à 17,5 milliards d'euros. C'est en vertu de ce principe que le Parlement, en responsabilité, propose d'augmenter le volume des paiements 2016 de 2,9 milliards d'euros.

Si nous saluons la responsabilité de la Commission dans sa deuxième lettre rectificative, nous ne pouvons ni nous en contenter, ni accepter les réductions budgétaires incessantes du Conseil, comme les 450 millions d'euros d'aide extérieure, pourtant au cœur de la question migratoire.

Mesdames, Messieurs, les paroles s'envolent et les budgets restent. Alors, si nous voulons faire face aux grands enjeux – l'accueil des migrants, le chômage des jeunes, la relance par l'investissement –, le budget doit suivre, d'abord en utilisant toutes les marges de flexibilité existantes. Mais, Monsieur le Ministre, il est surtout temps de trouver une autre solution que ces redéploiements systématiques qui courent d'une priorité à l'autre au gré des urgences, déshabillant Pierre pour habiller Paul, car aujourd'hui, le budget de la recherche est en péril.

M. Juncker disait ce matin que les ressources budgétaires étaient limitées et qu'il fallait tenir compte de la situation exceptionnelle. Alors, chiche! La commission TAXE du Parlement a montré que les multinationales, contrairement aux citoyens européens, contrairement aux PME européennes, échappent à l'impôt en jouant avec la concurrence fiscale entre États. Alors, chiche! Osons les ressources propres, en commençant par ce potentiel d'un impôt sur les multinationales à l'échelle européenne. Ainsi, nous n'ajouterions pas de crise budgétaire aux autres crises européennes.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, este orçamento é o reflexo do atual estado desta União Europeia: um projeto que está encalhado num mar de incerteza e de falta de confiança mútua, que retrai os países de contribuírem para o seu orçamento. Este orçamento, curto para tanta ambição, irá apenas alimentar a desilusão daqueles que ainda acreditam neste projeto europeu.

Registamos positivamente os esforços para construir o melhor orçamento possível dentro dos limites estreitos determinados pela recusa dos principais países em contribuírem para reforçá-lo. Não alimentamos, contudo, nenhuma ilusão num projeto que aposta tudo em medidas do lado da oferta e acredita que o investimento há de cair do céu através de um fundo de investimento estratégico sem credibilidade, que irá apenas reforçar as parcerias público-privadas e a concentração do investimento nas regiões mais ricas.

Importa também lembrar que muitas das questões mais quentes discutidas a propósito deste orçamento, como é o caso do apoio aos agricultores e aos refugiados, decorrem de políticas erradas, que caracterizam esta União Europeia em crise de valores.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, πιστεύω ότι σήμερα δίκαια και αντικειμενικά αποδίδεται από όλους έπαινος στους δύο συναδέλφους εισηγητές, στον José Manuel Fernandes και στον Gérard Deprez, γιατί πραγματικά επιτέλεσαν ένα σπουδαίο και σημαντικό έργο με μια εξαιρετική δουλειά, προσπαθώντας να εξυπηρετήσουν τους στόχους της Ευρωπαϊκής Ένωσης · τους στόχους των χωρών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης των πολιτών, της κοινωνίας, της οικονομίας και των επιχειρήσεων. Αγωνίστηκαν με σθένος και προσπάθησαν με πολλή μα πάρα πολλή επιμονή να ξεπεράσουν όλα τα εμπόδια, έχοντας μάλιστα απέναντί τους κάποιους που αναμέναμε ότι θα ήταν σύμμαχοι σε αυτήν την προσπάθεια, οι οποίοι μας συνήθισαν να είναι πλούσιοι και γενναιόδωροι στα μεγάλα λόγια. Είναι το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο, που αποδείχθηκε τελικά πολύ φτωχό στις πράξεις, αποδείχθηκε πολύ φτωχό στην ευαισθησία για να εξυπηρετήσει τους στόχους της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Θεωρώ πραγματικά απίστευτο να προσπαθούμε μέσα από τον προϋπολογισμό να εξυπηρετήσουμε την προσφυγική κρίση, τη δημιουργία νέων θέσεων εργασίας, την ανταγωνιστικότητα, την ενίσχυση των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, τη δημιουργία ανάπτυξης, προόδου και προοπτικής, και το Συμβούλιο να βρίσκεται απέναντί μας. Θεωρώ απίστευτο πραγματικά να προσπαθούμε να βγάλουμε την Ευρωπαϊκή Ένωση από την κρίση και σε αυτήν την προσπάθεια να μην είμαστε όλοι ενωμένοι και να μη δίνουμε όλοι τη μάχη.

Και κάτι πολύ σημαντικό: Αν έχουμε σήμερα κάτι άλλο να αντιμετωπίσουμε μέσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση, είναι η γραφειοκρατία. Εκμεταλλεύομαι την παρουσία της κ. Αντιπροέδρου, για να της πω ότι η γραφειοκρατία, που κοστίζει δεκάδες εκατομμύρια, πρέπει να παταχθεί, και πρέπει να γνωρίζουμε ότι αυτά που ψηφίζουμε σήμερα δεν φτάνουν όλα στις επιχειρήσεις και στους πολίτες, γιατί πολλά από αυτά πάνε στη γραφειοκρατία, και θα είμαι ο ευτυχέστερος των ευρωβουλευτών αν του χρόνου έρθουμε εδώ και έχουμε πετύχει περισσότερες θέσεις εργασίας, περισσότερες μικρομεσαίες επιχειρήσεις να ανοίγουν και λιγότερη γραφειοκρατία. Αυτοί είναι οι στόχοι μας και αυτούς τους στόχους εξυπνήτησαν και εξυπηρετούν και οι δύο αγαπητοί εισηγητές.

Siegfried Muresan (PPE). – Mr President, last year when we were adopting the budget of the Union for 2015 we believed that we had a budget which addressed the priorities of the Union for this year and the challenges we believed we would face. Arguably we could not anticipate the dimension of the refugee crisis, but this year has proved to us that the budget as we had configured it for 2015 was not suitable to tackle these challenges, as proved by the two draft amending budgets in this field alone.

Therefore, the Council has to understand that insufficient funding of the Union in certain areas poses risks to the Union and leaves it exposed, as was shown in the summer of this year. This is why we cannot understand and should not accept that on the one hand the Council calls for more action in order to tackle the refugee crisis and its causes, while on the other proposing cuts of EUR 50 million for action to reduce poverty in the Mediterranean countries.

Dienstag, 27. Oktober 2015

The Council will tell us that the appropriations in this heading are higher than last year's budget, but the demand for action and funding is also much higher because conditions have worsened in the Union's neighbourhood over the past year. These are the double standards which the Council has been imposing in recent years and which have led to a huge payment backlog which has even affected highly successful EU programmes like Erasmus. We at Parliament are committed to playing our role with responsibility in tomorrow's vote and ensuring that the Union receives a budget which enables it to tackle the current challenges and those of next year.

Clare Moody (S&D). – Mr President, here we are again. This is only my second year of dealing with the annual budget, but already it feels alarmingly familiar. However, while the dance moves are the same, the music has changed considerably. In the last year we have seen the establishment of the investment plan, a welcome recognition of the fact that to build growth in our economies we need to invest. Unfortunately, the Commission chose to finance this plan for growth from the part of the budget that is dedicated to building growth. It demonstrated clearly that the straightjacket of the MFF as it stands is not fit for the challenges that we now face. Nowhere is this more obvious than with the refugee crisis. Both of these dramatic developments in the last year are areas where we are clearly stronger when we work together. But they also show the MFF severely limits effective action.

I therefore ask for work to be done on areas not just for the 2016 budget but also for an imaginative and ambitious agenda for the MFF mid-term review.

Patricija Šulin (PPE). – Svet je pred tednom dni pozval Evropski parlament k realizmu pri sprejemanju proračuna Evropske unije za leto 2016.

Predlagani amandmaji so zelo realističen odziv na probleme, s katerimi se soočamo v Evropski uniji, kot so begunci, brezposelnost in naraščajoče razlike med članicami. Da bodo države članice vzdolž balkanske poti lahko sodelovale in zaščitile eno temeljnih pridobitev Evropske unije, Schengen in prost pretok ljudi, potrebujejo zato sredstva.

Res pa je, da je pri porabi sredstev dosti manevrskega prostora za njihovo bolj učinkovito in uspešno porabo.

Jutri bo v tej dvorani potekala razprava o dostopu majhnih in srednjih podjetij do financ. Poročilo Evropske komisije o poslovanju malih in srednjih podjetij ugotavlja, da je dostop do financ še zmeraj glavna ovira za mala in srednja podjetja in to kljub številnim aktivnostim in pobudam za izboljšanje.

Na takih in podobnih točkah se zgublja javni denar, ki ga krvavo potrebujemo in zaradi česar so proračunske debate vedno znova bitka. Stvari, ki ne delujejo, je potrebno spremeniti in tako bodo sproščena prepotrebna sredstva. Zato sem vesela, da bo Komisija namenila večjo pozornost ocenam učinka in vrednotenjem zakonodaje. No, vsaj tako je napovedala v svoji majski agendi za boljše pravno urejanje.

Inese Vaidere (PPE). – Godātie kolēgi!

Vispirms paldies Fernandesa un Deprē kungiem par ieguldīto lielo darbu budžeta projekta izstrādē. Tas kopumā ir vērsti uz attīstību un nodarbinātības veicināšanu, tāpēc gandrīz pusi no finansējuma paredzēts atvēlēt investīcijām un darbvietu radīšanai. Esmu gandarīta arī, ka kompensācijām piena ražotājiem atvēlēti 500 miljoni.

Migrācijas problēmas prasa lielu papildu finansējumu. Tomēr nav pieļaujams, ka tās tiktu finansētas uz esošo programmu rēķina.

Krievijas karadarbība Ukrainā, ielašanās Baltijas valstu un Somijas gaisa telpā, masveida bēgļu un migrantu ieplūšana caur Vidusjūru liek izprast, cik svarīgas ir labi aizsargātas ārējās robežas. Tādēļ visām dalībvalstīm jānostiprina tās kopīgi, budžetā paredzot atbilstošus līdzekļus.

Apsveicama ir līdzekļu palielināšana ārpolitikai, kuri jāizmanto, lai risinātu migrācijas cēloņus — konfliktus trešajās valstīs.

Kohēzijas politikas ietvaros ir būtiski turpināt finansēt projektus zinātnei, pētniecībai, jauniešu bezdarba mazināšanai un uzņēmējdarbības attīstīšanai vismaz esošajā apmērā.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Vienlaikus jādomā arī par līdzekļu taupīšanu nākotnē.

Pirmkārt, samazinot birokrātijas izmaksas Eiropas institūcijās, bet, otrkārt, beidzot panākot vienošanos par vienu Eiropas Parlamenta mītnes vietu. Paldies!

Petri Sarvamaa (PPE). – Mr President, with the EU budget we cannot change the way the world turns. We cannot change that. We can, however, give a signal and do some political steering, and we are giving those signals. Our priorities are there: job creation, SMEs, reinforcing competitiveness, innovation, more money for Horizon 2020 and COSME and we want to keep the youth employment initiative. For me it is also very important that we do not forget those who put the bread in our mouths. And I mean literally put the bread in our mouths.

The EUR 500 million to alleviate suffering in the farm sector as a result of the Russian counter-sanctions is not performance-based budgeting, it is necessity-based budgeting. But the world actually did turn around. In respect of the wave of migration, we cannot accept Member States fiddling with the way they are supposed to deal with the matter. We need internal solidarity and we need external solidarity.

Procedura «catch-the-eye»

Андрей Новаков (PPE). – Нашата роля като институции трябва да бъде следната: да превърнем тези 150 милиарда бюджет не просто в отчетени счетоводни баланси, а във видими и конкретни инвестиции.

Сравнявайки този проект на бюджет с някои предишни, трябва да кажа, че е значително по-добър по няколко причини. Една от тях е, че имаме по-малко на брой приоритети, но по-големи. Втората е, че базираме бюджета не на никакви въображаеми постижения, а на конкретни резултати, така че да имаме какво да покажем на хората отвън.

Накрая, но не на последно място, трябва ни много силна комуникация с хората отвън, така че те да разберат, че сме се събрали тук не просто, за да показваме едни или други числа, а да отчитаме колкото се може повече проекти с колкото се може повече видими резултати.

Victor Negrescu (S&D). – Domnule președinte, în primul rând vreau să îi felicit pe colegii mei din Comisia pentru bugete pentru acest proiect, care răspunde priorităților cetățenilor europeni. Vorbim de fonduri pentru crearea de locuri de muncă pentru tineri, vorbim de fonduri pentru IMM-uri, fonduri pentru agricultori, fonduri pentru politica de coeziune sau chiar fonduri pentru o acțiune de politică externă coerentă. Din păcate Consiliul pare să lupte împotriva acestor proiecte pentru cetățeni. Critic, astfel, poziția publică exprimată de Consiliul, care s-a antepunat și încă nu înțelege faptul că doar împreună putem să luptăm împotriva provocărilor cu care ne confruntăm.

Inițiativele europarlamentarilor sunt inițiativele cetățenilor și subliniez din nou aici, spre exemplu, rolul important al proiectelor pilot și al acțiunilor pregătitoare inițiate de Parlamentul European. Sunt mândru, spre exemplu, de cele cinci proiecte pilot propuse anul acesta, în valoare de 5,3 milioane de euro, care ajută industria și sectorul digital din Europa, și care vor genera taxe și impozite care vor ajuta cetățenii europeni și, culmea, chiar și Consiliul.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident! Viele wichtige Projekte wurden hier heute erwähnt.

Aber wenn wir heute über den Haushalt 2016 sprechen, dann auch über den Haushalt des Europäischen Parlaments. Ein Punkt dabei: die Kosten für unseren Wanderzirkus und den teuren zweiten Arbeitsort in Brüssel. Ja, Sie hören richtig: Brüssel kommt uns teuer zu stehen, nicht Straßburg. Ich plädiere deshalb für einen *single seat* in Straßburg. Ich plädiere für einen sofortigen Stopp des Welle-Plans für die millionenschwere Sanierung des baufälligen PHS-Gebäudes. Wir reden von einer Bauzeit von drei Jahren. Wir reden von Investitionen bis 400 Millionen Euro. Wir reden davon, 700 Büros in Brüssel für den Zeitraum anzumieten. Wir reden vom Irrsinn eines provisorischen Plenarsaals. Ich weiß nicht, wer im Haus sich solche irren Pläne überlegt.

Aber ganz ehrlich: Investitionen bis zu 1 Milliarde Euro, um in den nächsten vier Jahren zwei nach zwanzig Jahren schon komplett marode Gebäude zu sanieren. Das können Sie keinem Bürger, keinem Steuerzahler, erklären. Wir haben ein gutes funktionsfähiges Gebäude in Straßburg. Wir haben ein Haus mit europäischem Geist und Seele. Entscheiden wir uns jetzt für den *single seat* Straßburg.

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, kada sam prije godinu dana, kada smo govorili o povjerenju Komisiji i onome što Komisija treba učiniti, bio sam apsolutno za to i čvrsto uvjeren da su jedino oporavak europskog gospodarstva, velika ulaganja u srednja i mala poduzeća, Junckerov fond i sve ono što čini rješavanje nezaposlenosti ono što će odrediti budućnost Komisije i odrediti budućnost i uspjeh našega saziva Parlamenta. Međutim, izbila je migrantska kriza i zato želim biti potpuno jasan. Danas migrantska kriza dovodi u pitanje Europu. To je rekao i slovenski premijer koji je duboko europski usmjeren, ali je svjestan činjenice da građani Europe vrlo različito reagiraju na migrantsku krizu.

Zato molim Europsku komisiju da najozbiljnije uzme u obzir potrebu financiranja svega onog što se dešava oko migranta, kako u zemljama članicama, tako i u zemljama nečlanicama, odnosno zemljama zapadnog Balkana.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Sestava proračuna je vedno zelo zahteven projekt, ki nikoli vseh ne more zadovoljiti. In tudi ko prebiram ta predlog proračuna in seveda zopet neko tendenco k zmanjševanju sredstev, zlasti na nekaterih področjih, tudi na Horizontu 2020, in ko vidim, da smo še vedno kar na različnih bregovih med Svetom in Parlamentom glede višine posameznih sredstev, se seveda potem vprašam, kdo v resnici določa prioritete finančnega razreza.

Bi pa seveda se dotaknil še nečesa, to kar je kolega Jakovčić tudi opozoril. Seveda je zdaj glavna prioriteta, kako rešiti vprašanje begunske krize, in mislim, da to je glavna prioriteta Evropske komisije, in torej tudi kako ukrepati, kako pomagati državam članicam, ki so pri tem najbolj prizadete, kako usmeriti sredstva tja, da se pravzaprav zajezijo ti tokovi, da sploh pridejo do Evrope.

In še nekaj: če tega ne bomo storili danes, bo cena v prihodnosti mnogo, mnogo višja.

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, στο ίδιο έργο θεατές για άλλη μια φορά. Διότι και πέρυσι είδαμε έναν προϋπολογισμό ο οποίος ήταν προϋπολογισμός λιτότητας και φέτος διατίθενται ψίχουλα για την Ευρωπαϊκή Ένωση και τον προϋπολογισμό της, 153 δις. ευρώ μόνο. Πότε; Τη στιγμή που διατίθενται 1,1 τρισεκατομμύρια ευρώ από την πλευρά του κ. Draghi για την περίφημη ποσοτική χαλάρωση.

Μα με αυτά τα ψίχουλα είναι δυνατόν να αντιμετωπίσει τις μεγάλες προκλήσεις η Ευρωπαϊκή Ένωση; Είναι δυνατόν να προβλέπονται μόνο 500 εκατ. ευρώ για να αποζημιωθούν όλοι οι αγρότες της Ευρωπαϊκής Ένωσης για τις ζημιές που έχουν υποστεί από το ρωσικό εμπάργκο;

Μόνο οι ζημιές των Ελλήνων αγροτών δεν φτάνουν για την κάλυψη αυτού του ποσού.

Με αυτά τα μικρά ποσά είναι δυνατόν να αντιμετωπίσουμε την πρόκληση της απασχόλησης; Χρειαζόμαστε επενδύσεις με δημιουργία θέσεων εργασίας για τους ίδιους τους νέους μας, σε μια φάση που υπάρχει τεράστια ανεργία, σε μια φάση που χρειαζόμαστε κονδύλια και για το προσφυγικό.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, I support the greater transparency in the general expenditure allowance and the roadmap towards a single seat for Parliament. I also support the fact that the Commission's draft budget has mostly been restored, thus rejecting the cuts by the Council with some adjustments to take into account the specific needs of the institutions.

We must also take into consideration that the migration crisis has proved that the European Union does not have the necessary crisis management tools. The inadequate response of the European Union showed us that we also have to build its hard power of the European Union. The budget must contain sufficient funds to set up security structures to improve the capacity of the European Union to respond to such crises.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Kristalina Georgieva, Vice-President of the Commission. – Mr President, I would like to thank Mr Fernández and Mr Deprez for the work they have done and will continue to do. In closing, I would like to make four short remarks.

Dienstag, 27. Oktober 2015

One: the debate today has shown that there is indeed a lot of demand for the European budget and there is pressure on the European budget to deliver on multiple objectives. Many of you have said that what this means is that we have to work together, the three institutions, to prioritise and make sure that funding goes where it is most needed. From the perspective of the Commission, we have been working over the last year to execute our budget best to manage the money we have in the best possible way and then, when we hit a wall – when we run out of money – to look for any possible flexibility we have to meet a demand.

We have always been guided by what you, the Parliament, the Council, and our citizens, are saying – what they expect from us. They expect us to help our economy. They expect from us to deal with crisis when it hits, and let us remember that we now have the refugee crisis, before that it was the Greek crisis, and before that we had nature hitting us very hard, as some of you have mentioned. To deal with long-term development for the Union, and at the same time be agile, be able to respond, is what we have tried to get better at.

That takes me to my second point, because we will need it. I do not know what the next crisis is going to be, but I know it will hit us because the world we live in is a fast moving world, and it is shock-prone. Shocks that come for economic reasons and shocks that come because of climate change and conflict. External problems then turn into internal ones and we have to have space in our budget to be able to respond.

My third point is on the significance, as we work on this annual budget, of also looking ahead. Looking ahead brings the very important subject of own resources. We will have a report coming; it will be in 2016, when there will be a debate on this topic, and will fit into our next multiannual financial perspective and will be part of our discussion on the mid-term review.

This is my fourth and last point: many of you brought up the mid-term review. Yes, it will be a moment in time when we can seriously address the new challenges in front of us, what we collectively can do, but we will be faced with questions of the kind 'what is to give', because when we are faced with new challenges we have to recognise that the resources we have are never going to be unlimited. At the point in time of the mid-term review, we have to be guided by how we can get the best value for the money our citizens are trusting us with, in a changing world where new priorities also have to be integrated. We have our work cut out for us, and I am very much looking forward to the days and nights that are coming ahead for Parliament, the Council and the Commission to come up with the best possible judgement, the best possible budget for 2016.

Pierre Gramegna, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, je voudrais tout d'abord dire que j'ai écouté avec beaucoup d'attention toutes les interventions et que je rapporterai, bien sûr, l'essence de vos débats ici au Parlement européen à mes collègues du Conseil.

Je pense que nous avons en fait trois points d'ancrage autour desquels nous pouvons travailler. Le premier, c'est la position du Conseil, le deuxième, c'est la position du Parlement européen, et le troisième, c'est bien sûr la lettre rectificative n° 2 de la Commission, qui tient compte des renforcements nécessaires de crédits pour la question des réfugiés.

C'est autour de ces trois axes que nous devons trouver un compromis. J'ai bon espoir que nous puissions y parvenir grâce à trois principes – et je rejoins là la commissaire Georgieva. Le premier, c'est que nous devons définir des priorités. Tout ne peut pas être prioritaire en même temps et au même degré. Avec une priorisation, nous trouverons une solution.

Le deuxième, la Commission nous l'a bien montré dans sa lettre rectificative, c'est qu'il faut faire des redéploiements et utiliser au mieux les flexibilités que nous avons. Cela nous permettra effectivement de trouver des compromis.

Troisième et dernier point, nous devons garder une certaine marge de manœuvre pour les événements imprévus de l'année prochaine. Nous ne pouvons pas utiliser toutes les ressources disponibles dans le compromis que nous allons, espérons-le, trouver ensemble. Je voudrais pour ma part remercier les deux rapporteurs, José Manuel Fernandes et Gérard Deprez, ainsi que le président Jean Arthuis, avec lesquels j'ai pu construire une relation de confiance au cours des dernières semaines et des derniers mois. Je les félicite pour leur enthousiasme et je me réjouis de travailler avec eux dans un esprit de loyale coopération que nous avons entamé et qui nous sera certainement utile.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Je me réjouis et je félicite M^{me} Georgieva pour ce qu'elle a déjà fait, et nous allons effectivement passer des journées et des nuits ensemble, et je puis vous assurer que la présidence luxembourgeoise le fera avec enthousiasme et rigueur.

José Manuel Fernandes, relator. – Senhor Presidente, permita-me que agradeça a todos os relatores que comigo trabalharam neste orçamento, um abraço especial para Gérard Deprez, a todos os coordenadores, também a todas as conselheiras, ao secretariado.

Dar algumas informações à Presidência do Conselho. Primeiro, quando nós aprovámos este orçamento, a carta retificativa da Comissão ainda não estava aprovada e não era conhecida. Segundo, mesmo depois de aprovarmos o orçamento e de termos conhecimento da carta retificativa n.º 2, ficámos a saber que ela vem de encontro às nossas pretensões no domínio da crise de refugiados, mas também no domínio do apoio aos agricultores e de encontro aos quinhentos milhões de euros com que nós pretendemos reforçar esse apoio aos agricultores, ao contrário do que disse a Presidência do Conselho.

Uma outra informação que é um reavivar de memória: quando aprovámos o EFSI, quando aprovámos o Plano Juncker, sempre dissemos que o financiamento para a garantia era temporária no que diz respeito a retirar-se dinheiro do Horizonte 2020 e do mecanismo europeu Interligar a Europa. Não confunda, não fizemos marcha atrás, nós defendemos o Plano Juncker (eu próprio fui relator do Plano Juncker). O que também defendemos é que os compromissos que foram assumidos com os beneficiários, no âmbito do Quadro Financeiro Plurianual, no que respeita ao Horizonte 2020, sejam respeitados.

Resumir as nossas prioridades que estão bem claras, menos para a Presidência do Conselho. Emprego, mas para isso é preciso competitividade da União Europeia, mas para isso é preciso apoiar as pequenas e médias empresas, reduzir a burocracia e, já agora, tirei uma conclusão. Nem a Comissão, nem o Conselho estão disponíveis para colocar um euro no próximo orçamento de 2016 para que a Iniciativa para o Emprego dos Jovens possa prosseguir. É um péssimo sinal que dão aos jovens da União Europeia, que precisam que esta iniciativa, ainda que reformulada, continue e em 2016 nós vamos continuar a bater-nos por termos dotações para autorizações para esse objetivo. Da nossa parte, haverá toda a disposição para continuar a ter o emprego e a crise de refugiados como prioridades. Congratulo-me com aquilo que foi dito, hoje, pelo Presidente da nossa Comissão Europeia, que temos escrito em várias resoluções: para situações extraordinárias, precisamos de dinheiro extraordinário. Aquilo a que chamam *redployment*, a que chamam reafetações, significa cortar prioridades e nós não podemos aceitar que os refugiados sejam utilizados para se cortarem políticas que são importantes, nem lhes podemos colocar essa responsabilidade. E, como eu sempre disse, os refugiados são vítimas, não são culpados e, portanto, para eles são necessários meios suficientes e montantes excecionais e adicionais para esse objetivo.

Gérard Deprez, rapporteur. – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, Madame la Commissaire, permettez-moi tout d'abord, parce que je n'ai pas eu le temps de le faire dans ma première intervention, de remercier tous ceux qui nous ont aidés, qui m'ont aidé à faire ce rapport et à présenter le budget pour les autres institutions: mon collègue José Fernandes, mes collaborateurs, les collaborateurs de mon groupe et le secrétariat de la commission des budgets, qui a fait un travail remarquable.

Pour le reste, sur la base du débat que nous avons eu, je tire la conclusion, sans doute prématurée, peut-être optimiste, que les propositions que j'ai formulées en ce qui concerne le budget du Parlement et les autres institutions ne susciteront pas d'opposition. Je suis donc optimiste pour le vote de demain.

Cela étant, s'il n'y a pas d'opposition de ce côté-là, nous pourrions consacrer toute notre énergie à ce qui est essentiel, c'est-à-dire à ce que vient de rappeler notre collègue José Fernandes: la crise des réfugiés, bien sûr, que nous devons traiter à la fois avec lucidité et humanisme, mais aussi leur redéploiement économique et la relance de la croissance. Moins nous avons de croissance, moins nos entreprises seront créatives, plus nos petites et moyennes entreprises seront entravées, moins nous aurons de moyens pour les affecter à certaines de nos priorités, dont la crise des réfugiés. Moins de croissance signifie que les charges seront plus lourdes demain.

Monsieur le Président du Conseil, ne croyez pas que certaines des priorités que nous avons fixées dans ce budget sont des priorités pour la forme: nous les défendrons avec une énergie totale.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dienstag, 27. Oktober 2015

La votazione si svolgerà mercoledì 28 ottobre, alle 12.00.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Nous allons voter le budget de l'Union pour 2016 qui donne à l'Union européenne les moyens d'agir. Pour cela, nous avons rehaussé les objectifs initialement proposés par la Commission dans différents domaines. Ainsi, 1,16 milliard d'euros supplémentaires ont été ajoutés pour répondre aux besoins des États membres qui gèrent les plus grands afflux de réfugiés ou encore un demi-milliard pour les contrats relevant de nouveaux programmes visant à aider les jeunes chômeurs. D'autres secteurs ont fait l'objet d'une attention particulière: l'agriculture est particulièrement aidée à la suite de l'impact de l'embargo russe sur le prix du lait, tout comme le programme de recherche européen Horizon 2020.

Il faut maintenant que les États membres ne bloquent pas la volonté de travailler ensemble. J'ai cependant voté contre le paragraphe 77 de ce texte qui avait pour seul but de supprimer le siège du Parlement européen à Strasbourg.

11. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

12. Lage in Israel und Palästina (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulla situazione in Israele e Palestina.

Federica Mogherini, *VPC/HR*. – Mr President, I apologise for being a little late but I was sharing our common work with the Chairs of the delegations; here is one, I was faster than him.

The last time we met here in this chamber to discuss our common work on the Middle East Peace Process and Israel and Palestine was only six weeks ago. Back then we all agreed on something: that the stalemate in the peace process – indeed the lack of a peace process – could only lead to more violence, and this is what we are seeing today. It has happened time and again and it has been happening in dramatic ways in recent weeks. The new wave of violence and terror is affecting innocent Israelis and Palestinians. There is not, and there cannot be, any excuse for terror. Incitement and violence must end. The response of security forces needs to be proportionate and consistent, regardless of who is the perpetrator.

It is now mostly up to the political leaders on the two sides to get out of the current impasse and to show leadership, most of all to show leadership. Showing leadership is much more difficult when the situation gets more difficult, but this is also when it is most needed. Both leaderships have a responsibility to contain the violence and to promote calm. They have an interest in doing this for their own people and they have a general responsibility towards the region and the rest of the world to make sure that the situation does not inflame on the religious level and spread across the globe.

Last week I met with Prime Minister Netanyahu. I met President Abbas in Brussels just yesterday evening to pass on exactly the same message. You need to take leadership, strong positions and first and foremost to try to calm the situation on the ground. And the international community is and will be with you in this respect. They acknowledged that they need to work together in partnership to end the current unrest. And this is something relevant, but also something that needs to be tested for real.

Obviously our thoughts today and in these days are with all the victims, with all the families, with all the people that are suffering on the ground. But as we try to de-escalate the crisis we must not lose sight of the underlying causes of tensions, the frustrations, the sense of insecurity, the lack of hope and the lack of a political horizon. Without that political horizon any de-escalation that we might even achieve – as difficult as that may be – will only last for a limited time, and we will go back again and again to the cycle of violence. We said this last year at the end of the conflict in Gaza. We are here one year later saying the same thing.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Our first priority must be to build the conditions for final status talks based on mutual steps. For this to happen we need significant policy shifts on the ground. We need this policy shift to happen in line with previous agreements that need to start being implemented. We have to find an entry point to the process for it to start again. By this we mean not only restarting the political process, restarting the talks, restarting negotiations. We, the Israelis and the Palestinian people all know very well that talks for the sake of talks, negotiations for the sake of negotiations, would not bring anything real on the ground unless we create real conditions for the people, firstly, to live and, secondly, to live better, their respective lives.

When we talk about this we mean concrete steps in the context of a political process: de-escalating the security aspect, ending violence, implementing concrete steps on the ground in line with prior agreements and creating the conditions for the political horizon. These are three elements we need to work on in parallel with the support of the international community. We mean measures that help the Palestinians take control over their lives and uphold Israel's security, not just negotiating, not just for the sake of doing something, but to reach concrete results. These goals must be pursued in parallel: de-escalation on the ground, concrete steps to implement agreements that have already been signed and keeping the perspective of the political horizon of the final settlement. These three elements must go together, this is more urgent than ever.

In New York last month and in Vienna last Friday the Quartet's principles articulated this message loud and clear. It was the European Union's choice to use the Quartet as a format for the international backing of these efforts. From this recent round of meetings, including with Secretary of State Kerry in Berlin, I retain the commitment of Prime Minister Netanyahu to guarantee the status quo in the holy sites and the desire of all parties to de-escalate the situation on the ground. I also welcome and support Secretary of State Kerry's initiative to address the situation in the holy sites highlighting the role of Jordan in this, which is key.

In the next few weeks the Quartet envoys will engage directly with the parties. It is now up to the Israeli and the Palestinian leadership to demonstrate, with acts, that their commitment to the two-state solution is real and not fake, not just a slogan. If Prime Minister Netanyahu and President Abbas now fail to work together, if they do not cooperate to stop the violence, if they do not rebuild a credible political process, the situation will only get worse for their own people. The regional context is as tense as it could be, even if this is a sentence we should never say because it could always turn worse.

We do not want to see an old conflict such as this one mix with a newer crisis in the neighbouring countries. The conditions around Israel and Palestine are today much, much more dangerous than they were decades ago. This is a risky time, for the people in Israel and in Palestine alike. And if the leaderships do not understand that now is not 'business as usual' in terms of managing this long-established conflict in the way we are all used to – although we never have never got used to a conflict that brings so much death and suffering – and realise that now it more urgent than ever to solve it, then there would be little that the international community could do to support a process. And the mix of old and new, of history and religious elements, at this moment in the region would be explosive, not only for the people involved but for all of us.

Peace between the Israelis and the Palestinians is in the interest of all of us, in the region and beyond. It is for this reason that we invited – again on a European initiative – key Arab countries to join our Quartet meetings. Think of how relevant Egypt can be for Gaza and Jordan for the holy places – something we are seeing every day – and Saudi Arabia for relaunching the Arab peace initiative and adapting it to today's world.

Only in a renewed regional framework is peace possible. The Arab partners have stressed to me their readiness to work with the Quartet in the coming months. We have already started to work together with them but, like us, they need to see determined leadership by the parties. We can build all the international and regional support imaginable, but they first have to take responsibility for showing leadership in their own societies and communities.

Recent events should serve as a warning. If anyone still believes that we can just manage the current crisis, contain it a little bit and wait for the next one, they are wrong. This is not going to continue like this. Every cycle of violence is going to be worse than the previous one, and this will destroy the Middle East.

Dienstag, 27. Oktober 2015

So now is decision time. Israeli and Palestinian leaders will have to take a courageous, difficult choice, but this is the only path they have towards peace. They can either move forward or watch cowards prevail in their own societies. This is the message we have been passing on – I have been passing on personally – to the two leaders together with my Quartet colleagues and with my Arab friends. This is the line on which we are all committed to work. I have asked both Prime Minister Netanyahu and President Abbas to receive the Quartet envoys in the coming days – not weeks – to start working together on concrete steps that can immediately be taken on the ground to de-escalate on one side and to improve the living conditions of the people.

We have to find this entry point because in respect of talks, the big horizon today, I do not see the conditions internally in the two societies to allow the leaderships to invest credibly in this at a time when the security situation as it is and while confidence still needs to be built. First and foremost we need to find this entry point, making sure that at the end of the process the two-state solution is preserved and not pre-judged. We have to help them start implementing issues on the ground that can deliver for the ordinary people on both sides who today are seeing their children dying, albeit in different numbers, so that they can start having a future in their lands.

Mariya Gabriel, *au nom du groupe PPE*. Monsieur le Président, Madame la Haute Représentante, je tiens tout d'abord à vous féliciter pour votre engagement personnel dans ce dossier. Vos messages aujourd'hui sont très clairs, même si on aimerait avoir plus de bonnes nouvelles.

Cela dit, la force de vos messages, c'est le pragmatisme et le réalisme. Comme vous l'avez souligné, les actes de violence et les tensions qui ont resurgi récemment, il faudrait les voir sous un autre angle, et peut-être ne pas seulement dire que cela empêche la reprise des négociations, mais y voir au contraire une possibilité d'engager davantage les deux parties en faveur du peuple. De même, les divisions internes et les opinions extrémistes dans les deux camps ne peuvent pas être invoquées comme des obstacles à des avancées concrètes.

Mais je pense qu'aujourd'hui, il est tout aussi important de souligner que les leaders de chaque partie doivent faire preuve de leur volonté de paix, non seulement face à la communauté internationale, mais aussi dans leurs discours internes en engageant les citoyens vers une solution pacifique à deux États.

Par ailleurs, vous nous avez mis en garde, si le contexte national israélien ou interne palestinien ne semble pas favorable, on doit regarder avec beaucoup de prudence ce qui se passe dans le contexte régional. Mais de nouveau, il y a peut-être des opportunités ici. D'une part, nous avons l'engagement des pays arabes en faveur de la lutte contre le terrorisme, d'autre part, nous avons eu récemment l'accord nucléaire avec l'Iran.

Il faudrait peut-être se demander s'il existe des leviers possibles pour la relance des négociations de paix. Qui plus est, le Quartet a souligné récemment le rôle de la Jordanie, vous l'avez dit aussi. Mais pensons également à l'initiative de paix arabe, lancée en 2002, et à ce qui pourrait en découler.

Je voudrais donc, une fois encore, vous remercier et, en conclusion, vous affirmer que vous pouvez être assurée du soutien plein et entier de cette Assemblée pour toute votre action dans ce dossier.

PUHETTA JOHTI ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

varapuhemies

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, purtroppo il conflitto tra Israele e Palestina brucia, brucia ancora e tanto. E finché non si troverà una soluzione, il Medio Oriente sarà come un albero storto, minato alla radice dal conflitto israelo-palestinese. Le violenze di queste settimane ci parlano di una generazione palestinese perduta, nata dopo Oslo, che non ha mai conosciuto la speranza della pace. Il ruolo dell'Unione è quello di far rinascere questa speranza. E non serve quindi la retorica: servono fatti.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Noi condividiamo la sua strategia, signora Mogherini. Lei sta facendo un lavoro oculato e prezioso. È giusto, come sta facendo lei, concentrarsi su due obiettivi. Primo: la de-escalation sul campo. Secondo: la ripresa dell'iniziativa politica. Certo, l'accordo di queste ore sulla conservazione dello status quo sulla spianata delle moschee a Gerusalemme è un passo positivo. Noi non possiamo perdere Gerusalemme.

Indico poi due capisaldi per la ripresa dell'iniziativa politica. Primo: Europa, Israele e Palestina hanno oggi un nemico comune, la violenza estremistica. Che, attenzione, non coincide solo con l'Isis, ma anche con le pratiche di odio delle ali più estreme, palestinesi e israeliane. Secondo: servono due Stati, uno Stato israeliano e una Palestina sovrana che si incontrino lungo i confini del 1967 con scambi di terre e con Gerusalemme capitale di tutti e due gli Stati.

Ma se vogliamo salvare Israele e Palestina dalla guerra, dobbiamo innanzitutto salvarli da loro stessi, o meglio dalle loro forze peggiori, da coloro che lavorano come lavorava nella mitica Odissea Penelope, la moglie di Ulisse, che per evitare nuove nozze, attendendo il marito, disfaceva la tela che costruiva durante il giorno. Ci sono forze, in Israele e in Palestina, che distruggono ciò che si costruisce faticosamente, e quando sembra quasi di toccare il risultato, il *goal* della pace, quelle forze riemergono e impediscono il raggiungimento dell'obiettivo.

Israele e Unione europea nel 2000 hanno concluso un accordo di associazione, che non riguarda soltanto aspetti materiali, ma in cui entrambe le parti si sono impegnate a rispettare i diritti umani e la democrazia. L'Unione europea deve essere garante di questo impegno e ricordare a tutte le parti il loro compito storico: trasformare il nemico in sodale, il fanatico in moderato, il vendicatore in amico.

(Il relatore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162,

paragrafo 8, del regolamento))

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – It may have been an error of translation but it appeared to come through my earphones that just then you made a comparison between Israel and ISIS. It appeared that you compared a beacon of democracy in the Middle East, which is under constant attack, to a barbaric terrorist organisation. If you did not do that could you please clarify, because I am sure you would not want to compare two things which are totally different?

Gianni Pittella (S&D), risposta a una domanda «cartellino blu». – Non ho nessuna difficoltà, caro collega, rileggo la parte che ho scritto, quindi non ci può essere nessun fraintendimento. Europa, Israele e Palestina hanno oggi un nemico comune: l'ISIS, e non solo l'ISIS, ma anche le frange più estreme, sia palestinesi che israeliane. Quindi Israele è una cosa e ISIS è nemico di Israele, nemico della Palestina e nemico di tutti noi.

Anna Elżbieta Fotyga, w imieniu grupy ECR. – Wzrost radykalizmu w świecie islamu stanowi zagrożenie dla nas, ale tym bardziej dla mieszkańców takich miast jak Hebron czy Jerozolim. Porozumienie z Iranem – nuklearne porozumienie – było dla Izraela tym, czym dla mojego regionu kiedyś reset stosunków z Rosją. Pomimo tego, dostrzegając konieczność rozwiązania konfliktu izraelsko-palestyńskiego, zarówno społeczność międzynarodowa (kwartet), jak i premier Netanjahu dokonują licznych gestów. Potrzeba, by to porozumienie również spotkało się z przychylnością ze strony Palestyny – prezydenta Abbasa. Potrzebne jest doprowadzenie obu stron do wspólnego stołu i zrozumienie, że w tak trudnej sytuacji wzrostu zagrożenia porozumienie może być możliwe dla dobra społeczności międzynarodowej i obydwóch państw.

Hilde Vautmans, namens de ALDE-Fractie. Mevrouw de hoge vertegenwoordiger, laat mij starten met u van harte te danken voor uw weer uitstekende inzet en uw drijfveer in dit dossier. Sinds we elkaar in september zagen, is de situatie alleen maar uitzichtlozer geworden. We keuren het geweld van alle kanten af maar begrijpen zeer goed waar de laatste uitbarstingen vandaan komen. De religieuze afspraken op de Tempelberg moeten opnieuw gerespecteerd worden.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Waar staat de Europese Unie eigenlijk? We weten dat u actief met de leiders praat, dat er punten van stabiliteit zijn gevonden. U zat samen met de leden van het Kwartet en het verheugt mij te zien dat er overeenstemming is tussen de Europese Unie en de andere landen. Maar ALDE gelooft dat het tijd is dat u meer initiatief neemt voor beide gebruikelijke bilaterale contacten. Daarom hebben we u, samen met een aantal collega's en ook onze fractieleider, een brief geschreven waarin we u oproepen om een echt vredesinitiatief te ontwikkelen.

Wat wij als liberalen zouden willen zien is dat u de leden van het Kwartet aanspoort om mee hun schouders onder dat Europese vredesinitiatief te zetten. Wij willen dat u de partijen samenbrengt en dat u verder gaat dan de gebruikelijke pendeldiplomatie waarbij niemand zich gehouden voelt om echte toegevingen te doen. Als president Abbas stelt dat de Oslo-akkoorden dood zijn, blaas ze dan nieuw leven in en til ze naar een hoger niveau. Palestijnse en Israëlische burgers willen niets liever dan een perspectief op vrede, met kansen voor hun kinderen.

Het Europees Parlement, mevrouw de hoge vertegenwoordiger, staat achter u. Dat hebben we met de resolutie aange-toond. Gebruik uw invloed, gebruik het krediet dat u op korte termijn hebt opgebouwd, om na de Oslo-akkoorden een "Mogherini-deal" te versieren. Onze steun hebt u alvast.

Martina Anderson, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, whilst I welcome any initiative to try to bring peace and stability to the region, the recent joint Israeli and Jordanian proposal will not solve the underlying issues. Nor will it result in a lowering of the tension on the ground. Placing recording devices around the Al-Aqsa Mosque will not assist in creating a shared peaceful Jerusalem, neither will they address the incredible rise in settlers' violence or the ongoing occupation of the West Bank in the seas of Gaza.

We must not allow Israel to divert attention away from its ongoing breaches of international humanitarian law by turning this into a religious conflict. That is what restricting access to the Al-Aqsa Mosque is designed to do. Placing Palestine under international protection is a necessary first step towards lowering tension and ultimately peace.

Ms Mogherini, the international community must also demonstrate our commitment with action, because talk with talk is simply a lot of waffle, and it will help neither the Palestinian people nor the Israelis.

Margrete Auken, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I would like to address the High Representative. I am sure that this conflict is in your core address and you have issued a lot of statements again but, again as I heard it now, you are treating the two partners as they are equal. You do not mention the word occupation with one single word. If we do not address the occupation, nothing will happen and the credibility of this House and the EU Institutions will vanish. Since you have been appointed the situation on the ground has gone from very bad to worse, and it can get even worse.

I do not hold you responsible for the decade-long violence on the ground, but I do hold you accountable for not taking the tangible and meaningful steps within your reach. Why have you further delayed the publication of the EU guidelines on the labelling of products for the settlers? Why have you not taken any visible actions in response to the destruction of EU and Member State-funded projects in Area C? Which steps have you taken to create a blacklist of violent settlers and ban their entry – a measure that has been raised by many Member States many times in recent years? Why have we not heard any public statement from your side regarding Israel's blacklisting of an entire institution, this Parliament, for granting access to the poor people in Gaza? There is a whole range of actions that could be taken by Brussels and yourself immediately and independently from ongoing negotiations. I urge you to now address this occupation.

Let me, last but not least, mention a strong and efficient step to take within EU existing legislation: a consequent differentiation between Israel and the illegal settlements where we cut all collaboration with settlers and settlements. This differentiation is not a boycott; it is a legal means which could boost real credible negotiations.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Fabio Massimo Castaldo, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, terza *intifada* o durissima *escalation*: poco cambia in una realtà fatta di morte e di sangue nelle strade. Una realtà in cui il dialogo e il processo negoziale spariscono dal tavolo, sopraffatti dalla retorica estremista di Hamas, da un lato, e dal sionismo di Netanyahu, dall'altro, pronto a misure straordinarie, condannate anche da Ban Ki-Moon, contro la popolazione di Gerusalemme est.

Forse è il punto di non ritorno in una situazione già difficilmente recuperabile. Chi predica il ritorno allo status quo, come Kerry, forse non si rende conto che sta confondendo una soluzione improbabile con la causa certa del problema, perché tra gennaio e settembre già 26 palestinesi sono morti. Lo ha detto anche lei prima, Alto rappresentante, «no more business as usual». Io sono convinto che lei non stia lesinando sforzi nel faticoso lavoro della diplomazia silenziosa, ma sono altrettanto convinto che sia tempo di assumere una posizione pubblica con voce forte e chiara, anche meno equidistante, quando necessario.

Siamo il primo partner commerciale per Israele, potenza occupante con grandi responsabilità. Siamo anche il principale donatore per la Palestina: possiamo, anzi dobbiamo, fare la differenza. Prendiamo l'iniziativa come Unione europea con una missione di pace e di protezione dei civili nei territori occupati, autorizzata dall'ONU e a comando europeo. Tutti coloro che credono nella pace ce ne renderanno merito. Il Movimento 5 Stelle ve lo propone; non sarà una strada facile, ma sarà forse l'inizio della strada giusta.

Mario Borghesio, a nome del gruppo ENF. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, credo anch'io che sia necessaria un'azione molto più incisiva e anche sotto certi aspetti spettacolare da parte di questa Unione europea che – non me ne voglia l'Alto rappresentante – porta a casa dei risultati direi poco visibili, poco concreti. Un esempio su tutti: sotteso a questa *intifada* delle coltellate, c'è un incredibile odio religioso da entrambe le parti: e cosa si è fatto per coinvolgere i capi religiosi?

La storia ci insegna che la convivenza in Palestina fra ebrei e musulmani nei luoghi santi è stata possibile per secoli, e allora è proprio da lì che bisogna partire. Io ho l'impressione che non seguiamo le strade giuste, che non facciamo intervenire coloro che possono imporre a queste persone disperate delle scelte diverse. Continuate a parlare della soluzione dei due Stati, ma siete veramente convinti o è la vostra ipocrisia che vi fa credere che i due leader credano veramente nella soluzione dei due Stati?

Io credo che si debbano trovare delle vie molto più incisive e molto più risolutive. Stiamo dimostrando ancora una volta che l'Europa non vede la realtà, e la realtà è molto pericolosa e apre la strada a soluzioni estreme e pericolose per tutti e quindi anche per noi.

Diane Dodds (NI). – Madam President, it has been my long-held belief that we must respect Israel's sovereign right to defend its borders and people from terrorism. It is also essential that we are mindful of the pain and suffering felt by those in Gaza. As a consequence, we must do all that we can to help bring stability and a lasting peace to the region.

Yet what we have seen in recent weeks has been an upsurge in the number of senseless knife attacks carried out indiscriminately by Palestinians. That some as young as 16 years of age are involved in such attacks is deeply worrying for the future of the region. While we must remain an independent arbiter in this conflict, it is essential that the quest for balance does not equate with appeasement or inaction. We must stand with those committed to democratic principles and tackle the inherent incitement to violence so engrained in the region.

Next week marks 20 years since the assassination of former Prime Minister Yitzhak Rabin, who notably once said 'Yes to peace, no to violence'. Two decades on, his words ring more true than ever. Let us stand with those who want peace, and let us ensure that our actions give neither credence nor comfort to those engaged in violence.

Cristian Dan Preda (PPE). Madame la Présidente, Madame la Haute Représentante, il y a moins de deux mois, nous avons débattu ici et adopté un texte approfondi sur le rôle de l'Union dans le processus de paix du Proche-Orient et, aujourd'hui, nous revenons à ce débat et nous y revenons pour une raison très simple: parce qu'il y a cette vague de violences.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Il faut dire que dans le contexte actuel du Proche-Orient, traversé par des tensions croissantes et des conflits dans le voisinage d'Israël, ces violences récentes ne font qu'accroître l'instabilité de la région. C'est pour cette raison que j'invite les dirigeants palestiniens à cesser cette incitation à la violence et à s'opposer publiquement à l'extrémisme et aux différents actes qui sont perpétrés contre la partie israélienne; autrement, nous ne sortirons pas du cercle vicieux de la haine et des divisions.

J'ajouterais aussi que la reprise du dialogue direct est essentielle, parce qu'il faut une solution politique et qu'on ne peut pas accepter ce que Mahmoud Abbas dit depuis des mois et des mois: qu'il est trop fatigué pour entrer dans ce dialogue. Il doit être établi très clairement que la solution est politique.

Victor Boştinaru (S&D). – Madam President, last time when discussing the perspective of the peace process and the role of the EU we were showing full, unconditional support for your action. Now, when discussing the crisis, the two sides in Israel are only numbering the deaths and wounded people in their camps.

We are, of course, highly concerned about the new wave of escalation somehow precipitated between the Israelis and Palestinians over the past weeks. The criminal actions and the retaliations not only bring additional affliction to the population, but they are endangering the peace process. The only conclusion to the stabbings, car rammings and shooting attacks is that the reality on the ground is not viable today. Violence always leads to more violence. Only positive steps, cooperation and concrete engagement on the ground could bring security improvements and reassurance for the population on both sides.

Therefore I welcome your recent efforts, including cooperation with the US Secretary of State, John Kerry, and the role of some EU foreign ministers and a very united and effective Quartet Principles' meeting in Vienna, which shows the need to speak united, to speak in a single voice, in order to be relevant for the two sides. And equally we reiterate, together with you, that the two leaders have to show responsibility, to show restraint in leadership, to contain the rhetoric that could easily inflame the situation not only on the ground, but also in the whole region. The security situation on the ground is different today, and it is much more dangerous than ever before if the conflict will still remain unaddressed, unresolved.

We continue to support a two-state solution that must guarantee full respect for the dignity of the individuals on both sides and the rights of ethnic and religious minorities as equal citizens in their countries in both states. Without negotiations there is no solution; without solution there will be no peace and the violations will only continue.

One final call on the Palestinian friends: please stop your divisions and please start building your legitimate leadership to be our interlocutor. For peace and talks and negotiations we need interlocutors on both sides.

Charles Tannock (ECR). – Madam President, let us be clear here that the lone-wolf attacks being committed by Palestinians against Israeli soldiers and civilians are terrorist attacks. We must uphold the right of Israel to defend itself against such attacks and the rights of Israel in respect of the fact that the perpetrators are responsible for them, and not in any way able to claim this is a legitimate attack on innocent civilians. They are jihadi extremists espousing an ideology that is inspiring the actions of more, unfortunately.

As US Secretary Kerry speaks of the possibility of a third Intifada now and with the increasing exchange of rocket attacks within Israel and the West Bank, the situation is looking ever more fragile. De-escalating tensions is vital and the international community must reassert the need for a return to peace talks, particularly the Arab peace initiative put forward in 2002, as the best item on the table as we speak. So I commend the High Representative's idea of inviting all sides to talks under the Middle East Quartet mandate. Furthermore, concluding the Middle East peace process with a viable two-state solution would be a huge step in defeating the poisonous ideology espoused by ISIS that is also ravaging the region.

Javier Nart (ALDE). – Señora Presidenta; señora Mogherini, abruma pensar que están ustedes pensando que el problema es la violencia. La violencia solamente es el síntoma, el problema es la ocupación. Cincuenta años de ocupación no es una situación normal. Es humillación, es explotación, es una vida imposible para personas que han crecido, nacido y siguen creciendo y naciendo en la ocupación. Tras ello, se crea el camino de Oslo, que es el camino a ninguna parte. El plan de Oslo tiene ya casi veinticuatro años de vida y no lleva a ninguna conclusión, porque significa la imposible ecuación de que el carcelero está negociando con su prisionero.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Si usted contempla el mapa de Palestina del 47, del 67, el actual y después de Oslo, verá que Palestina va convirtiéndose progresivamente en nada. Y ante ello, pensar que la solución es la negociación entre las partes es no darse cuenta de que, tras Oslo, la colonización se ha duplicado en los territorios. Esta es la realidad, no la política ni las palabras.

En consecuencia, frente a una negociación bilateral imposible, que los años han demostrado que es imposible, lo que tiene que hacer la comunidad internacional es tomar su responsabilidad y establecer un plan definitivo sobre dos Estados que signifique el fin de la ocupación, con fronteras reconocidas y seguras, sobre los parámetros del 67, teniendo en cuenta que la comunidad internacional tendrá que aceptar la violación de la Cuarta Convención de Ginebra, esto es, la colonización, y establecer un cambio de territorios aparentemente equivalente, esto es, legalizar lo que ya significa una violación de la legalidad internacional. Pero esto es el realismo.

Mientras no establezcamos una sólida acción por parte de la comunidad internacional y de la Unión Europea, que es el principal socio de los dos, seguiremos hablando todos los días de violencia, que es hablar de nada.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Ön említett ötven évvel ezelőtti okokat. Nyilván vannak a teremben, akik még akár 100, 200, 500, akár 1000 évre visszamenő okokat is tudnak sorolni. De miért gondolja, vagy miből gondolja azt, hogy ezekért a történelmi okokért pont a főképviselő lenne a felelős? Én azt gondolom – és remélem egyet is ért velem, és ez a kérdésem is, vajon egyetért-e velem –, hogy most kell elkezdeni és most kell tárgyalóasztalhoz ülni, és nem pedig azzal, hogy bármelyik fél egy egyoldalú lépéssel indítson bármilyen irányba.

Javier Nart (ALDE), respuesta de «tarjeta azul». – La historia me apasiona, pero me apasiona mucho más la vida del presente. Y la vida del presente significa que cualquier persona que imagine que vivir bajo la ocupación es una situación normal es que piensa que la vida normal significa la vida bajo la opresión.

Tras cincuenta años de ocupación y veintitantos años de vía de Oslo, que es el camino a ninguna parte, cualquier persona con alguna experiencia se dará cuenta de que la solución no reside en negociaciones imposibles entre las partes, sino en que la comunidad internacional determine el fin de la ocupación, que es el fin de la humillación. Y esta palabra, «humillación-ocupación», la dijo Barack Obama en la conferencia que dio en El Cairo hace cuatro o cinco años.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – Madame la Présidente, Madame la Haute Représentante, il n'y a aucune issue sérieuse pour les peuples palestinien et israélien sans respect du droit international. Et ce droit international ne sera respecté que si l'Union européenne agit de concert avec les États-Unis et un certain nombre de pays arabes.

Il faut d'ailleurs cesser de faire de fausses symétries. De quelle violence parle-t-on ici? Il y a là-bas un colonisateur et un colonisé. Il y a là-bas un peuple qui a son État: le peuple israélien. À l'autre, on refuse un État, on lui vole les terres et l'eau, on l'humilie, on lui démolit ses maisons, on l'emprisonne, on lui construit un mur, on le bombarde comme à Gaza. Il n'y aura donc pas de paix si on ne s'attaque pas à l'occupation des colonisations israéliennes.

L'Union européenne doit le dire et agir en conséquence, c'est-à-dire suspendre l'accord d'association et les programmes associant des sociétés israéliennes, souvent militaires d'ailleurs. Par ailleurs, vous pouvez, Madame la Haute Représentante, dans l'intérêt des deux peuples, agir pour créer une force de protection internationale pour le peuple palestinien, sous l'égide de l'ONU, qui du même coup constituera une sécurité pour les populations israéliennes.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement.))

Dienstag, 27. Oktober 2015

James Carver (EFDD), blue-card question. – You raised a point calling for international action to be taken by the United States, by the European Union and by Arab states. Bearing in mind that many of those Arab states do not actually recognise the State of Israel, and you speak of security and confidence for the Israeli people as well, how can such action genuinely offer security and safety for the Israeli people? It is a huge contradiction.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), réponse «carton bleu». – Madame la Présidente, de toute façon, quand on ne veut pas régler une question, on utilise les arguments que vous êtes en train d'utiliser en ce moment.

Il suffit de réunir le Conseil de sécurité des Nations unies et de suivre l'immense majorité des pays qui, désormais, ont décidé de reconnaître l'État palestinien. Par ailleurs, ce que nous demandons, et l'Union européenne comme les États-Unis ont la clé de ce problème en associant un certain nombre de pays arabes – ils l'ont fait dans le passé, c'est le cas notamment de l'Égypte –, c'est de nous mettre autour d'une table, de protéger le peuple palestinien, de reconnaître l'État de Palestine et de commencer la décolonisation. C'est la condition de la paix.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement.))

Javier Nart (ALDE), pregunta de «tarjeta azul». – Señor Le Hyaric, quería preguntarle si conoce la iniciativa saudí de hace unos años, y otra más antigua, que es la iniciativa de la Liga Árabe, en la que se propuso a Israel el pleno y absoluto reconocimiento, la normalización absoluta de todas las relaciones culturales, comerciales, fronteras abiertas, como cualquier otro país, sencillamente si cumplían algo tan básico, que estamos todos pidiendo, como es la retirada de los territorios ocupados.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), réponse «carton bleu». – Madame la Présidente, j'ai bien entendu parler de ces différentes initiatives, je les soutiens. Tout ce qui contribuera à reconnaître l'État de Palestine et contribuera à la sécurité des deux peuples, à la création de l'État de Palestine dans les frontières de 1967, avec la reconnaissance de Jérusalem-Est comme capitale, et non pas ce qui se fait aujourd'hui, c'est-à-dire créer les conditions pour sortir Jérusalem du futur État palestinien, toutes ces initiatives, nous les soutenons bien évidemment.

Pascal Durand (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Madame la Haute Représentante, vous avez condamné les violences sur les civils, d'où qu'elles viennent, et vous avez eu raison de le faire et nous vous soutenons totalement. Simplement, ces violences ont une cause, et une cause première, et vous en avez appelé à la responsabilité des deux parties et vous avez également eu parfaitement raison de le faire. Mais ne nous dédouanons pas de notre propre responsabilité.

En l'état, la cause première, c'est celle de l'occupation d'un territoire et de la négation des droits fondamentaux d'un peuple. C'est cela, la cause première des violences. Et l'Union européenne a un accord privilégié d'association avec l'État d'Israël. Pour aucun pays sur la planète, l'Union européenne n'accepterait que ses financements servent à coloniser des territoires occupés ou à de la recherche sur des armes ou des drones.

Alors, je vous le demande solennellement, Madame la Haute Représentante: quand l'Union européenne va-t-elle enfin accepter de réviser cet accord de coopération avec l'État d'Israël pour qu'on mette un terme à cette occupation et à ce développement des colonies dans les territoires occupés?

Marcel de Graaff (ENF). – De haat en de moordlust van Palestijnen tegen het joodse volk is de afgelopen weken opnieuw tot uitbarsting gekomen. Terecht wees premier Netanyahu op de historische continuïteit hiervan. Deze golf van moordlust heeft niets te maken met de betwiste gebieden, niets met nederzettingenbeleid en niets met de glorieuze rol van de Tempelberg voor het joodse volk. De premier wees terecht op de kwalijke ideologie van de terroristische Moslimbroederschap en van de moefiti van Jeruzalem, al-Husseini. Deze laatste nam actief deel aan de Armeense genocide, organiseerde pogroms in Jeruzalem en pleitte er in 1941 bij Adolf Hitler voor om alle joden in Europa uit te roeien.

Het antisemitisme behoort tot de kernwaarden van de islam. De bescheiden reactie van Israël toont aan dat het een baken van humaniteit is in de beestachtige wereld van de islam. Daarom moet de EU elke financiële steun aan Palestijnen stoppen. Israël verdient onze onvoorwaardelijke steun.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora Presidenta, este mes vivimos un preocupante recrudecimiento de la violencia y de la tensión en Jerusalén, que, además de un trágico balance de muertos, aumenta la pérdida de confianza entre las partes. El proceso de paz está en grave peligro, totalmente paralizado. La comunidad internacional, de nuevo, se ha movilizado. Estos días han proliferado las reuniones, incluidas las del Consejo de Seguridad, la del Cuarteto en Viena, las protagonizadas por el secretario de Estado Kerry; y usted, señora Mogherini, se ha reunido recientemente, o muy recientemente, con Netanyahu y Mahmud Abás.

Yo celebro sus esfuerzos para tratar de restablecer la calma, como nos ha dicho, y la seguridad sobre el terreno, así como de gradualmente poner en marcha un nuevo proceso político. Desde luego, no cabe alternativa al diálogo dirigido a una solución política negociada entre las partes. La parálisis o el bloqueo no es una opción. Se trata no de gestionar, sino, a ser posible, de solucionar el conflicto, y las partes deben evitar toda acción que lo haga imposible.

Pero, por otra parte, la experiencia de estos años nos muestra que las partes, por sí solas, son incapaces de alcanzar ese objetivo. Necesitan impulsos de la comunidad internacional y necesitaremos que esa negociación bilateral vaya acompañada de una arquitectura internacional en la que estén implicados no solo el consenso de la comunidad internacional, sino también los principales actores de la región. Y, en este sentido, el formato del Cuarteto ampliado será la fórmula más adecuada para acompañar esa negociación que haga posible un acuerdo definitivo y el fin del conflicto.

Pero, desde luego, en primer lugar —y usted lo ha dicho—, se necesita voluntad política; en primer lugar, de las partes, que tienen que percatarse de que la situación actual de bloqueo a nadie beneficia y de que, en fin, hay que evitar más frustración, más violencia, en una región en la que lo que sobran son conflictos y terror.

Richard Howitt (S&D). – Madam President, the High Representative has the Socialist and Democratic Group's support when she calls for talks in days not months, and says that this is decision time and that there must be no fake commitment to a two-state solution.

On the religious layer to the conflict, it seems that the preservation of the status quo may have been saved. But is this not a further example of us diffusing yet another additional aspect to the conflict – new provocations, temporary solutions – making us part of the cycle of violence rather than our contributing to solving its underlying causes?

On the violence itself, Ms Mogherini is right to recognise that the different sides experience different numbers of deaths, but as I listen in my own despair to the despair which fuels the violence, when I hear the rapidity with which commentators talk about a third Intifada, I want to note today that this is not yet organised violence and if the international community puts the same rapidity into seeking solutions as to predictions of a third Intifada, perhaps that would do best to avert it.

Ms Mogherini, you were right to talk to us about Palestinians and Israelis respecting and implementing past agreements, but that has to go for Europeans too and I join with colleagues in welcoming the commitment you gave to the Committee on Foreign Affairs to finally publish the guidelines on labelling of produce from illegal settlements. Tonight I ask you to set a deadline for this to be completed. My group believes that refraining from doing so does not advance the prospects of talks, but doing so shows that the failure to advance the peace process has consequences from us too.

Last week I talked with Muslim community representatives in my own region in the towns of Cambridge, Harlow and Luton and they told me once again what we should understand: the grievances are not only felt in Israel and Palestine. Deradicalisation within Europe is connected to deradicalisation for Palestinians and makes European action for de-escalation more urgent.

Finally, I join with those who remember with sorrow the assassination of Yitzhak Rabin on the twentieth anniversary this week of that bloody act. His daughter said in a speech at Mr Rabin's graveside yesterday: 'there is no peace process'. There is no peace process. Let us hear and agree with her words and let us create one.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Geoffrey Van Orden (ECR). – Madam President, with so much conflict in the Middle East, at least we could take some comfort from the fact that, for some time, Israel was not being blamed for the conflicts that were going on. Now we see this new ingredient of Israel and Palestine being dropped into the inferno yet again. I have to say that this is not by accident: I see the hand of Hamas and others at work here, throwing petrol on the fire.

Ms Mogherini, you will know from your conversations that Mr Netanyahu has repeatedly said that he is willing to engage in negotiations and the peace process without conditions. I wonder, when you saw Mahmoud Abbas on Monday, did you actually put this to him? Did you condemn the Palestinian violence, which has brought about the murder of a number of Israelis? Did you remind him, by the way, of the extent to which his Palestinian Authority is reliant on EU funding? Did you urge him to immediately take up the Israeli offer of an unconditional resumption of negotiations?

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Margrete Auken (Verts/ALE), blue-card question. – Two questions. I was a little bit surprised – do you think it is Hamas who has caused us to talk about and mention the occupation? And calling for the occupation to be part of the solution, because if we do not do that, I think that it is the whole of international society, including the US, recognising that this is an occupation. Secondly, when you talk about ‘unconditional’, do you say when we, the international society, ask Israel to stop the illegal settlement building, is that unfair when we call for a true negotiation?

Geoffrey Van Orden (ECR), blue-card answer. – Look, we can go on and go round and round in circles all the time on these issues. The fact is, there is an offer on the table to re-open negotiations. Let us resume those negotiations. And you say: is the hand of Hamas there? Of course it is, because these people, they only live off the violence that exists amongst the Palestinians. The Palestinian people want to live in peace and prosperity. They have been let down by their leaders over many, many decades now and it is time to get over this particular problem. Israel and Palestine together, they could create a really vibrant successful two-state solution in that part of the world. Think of all the benefits that would flow from that. But you have got to stop the terrorism, stop the extremism and get back to the negotiating table.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, I wonder how much this debate differs from the last one that we had, or from the one before that. I am afraid that the next debate will be a repetition. One time it will be about rockets, then terrorist attacks and then new settlements. Each of us will have his or her own perception of what is going on. I say to Ms Mogherini that I very much appreciate what she said in terms of the responsibility of Prime Minister Netanyahu and President Abbas. We need to see delivery from both of them. I wonder also, in this respect, when finally President Abbas will be able to administrate Gaza.

Having said this, in terms of evaluation of what is going on, I very much agree with you. I also very much appreciate what you said in terms of the three elements and the entry point. My only question is: if one, the other or both fails on delivery, do we have the courage, the ability and, the unity to provide the right reaction? I believe we have the means and that we should have the other elements as well. I very much trust in your leadership in that, together with the Quartet, we will manage to get these two sides to enter direct negotiations. One has already declared readiness, the second one should do so soon as possible. Unless they deliver, we should have another proper answer.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, πρέπει να δούμε κατάματα το πολιτικό αδιέξοδο. Είκοσι ένα χρόνια μετά, η αίσθηση είναι πως το Όσλο έχει πεθάνει. Η κατοχή συνεχίζεται και εδραιώνεται επί του εδάφους. Πώς μπορείτε να κάνετε δηλώσεις ισών αποστάσεων όταν ο πάνοπλος ισραηλινός στρατός, οι έποικοι και οι ακροδεξιοί Ισραηλινοί καλύπτονται μέχρι και από την κυβέρνηση Νετανιάχου; Όταν σκοτώνουν ένα παιδί στα Ιεροσόλυμα επειδή έριξε μια πέτρα ή ένα κορίτσι στη Χεβρώνα, στον δρόμο για το μάθημα των Αγγλικών, ή ένα γιατρό που προστάτευε τους συμπατριώτες στη Χεβρώνα; Όταν εκατό χιλιάδες παλαιστίνιοι κάτοικοι των Ιεροσολύμων κινδυνεύουν να απολέσουν τα δικαιώματά τους μένοντας εκτός του τείχους της ντροπής;

Αλήθεια, πώς θα αντιδρούσε ο κόσμος στα κράτη μέλη της Ένωσης, αν τον απόκλειαν από τα ιστορικά του μνημεία, τους χώρους λατρείας, του έκλεβαν τη σοδειά, τον ταπεινωναν καθημερινά; Η Ευρωπαϊκή Ένωση και η διεθνής κοινότητα να αναλάβει τις ευθύνες της πριν είναι αργά. Χωρίς άρση της κατοχής δεν υπάρχει ειρήνευση. Θα υπάρξει και τρίτη και τέταρτη Ιντιφάντα, όσο υπάρχει κατοχή.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Κυρία Mogherini, θέλετε ειρήνη; Πρέπει να πιέσετε το Ισραήλ, να παγοποιήσετε τη συμφωνία σύνδεσης, να σταματήσετε τη χρηματοδότηση ισραηλινών επιχειρήσεων από το πρόγραμμα «Ορίζοντας 2020», να απαγορεύσετε άμεσα το εμπόριο όπλων με το Ισραήλ. Φτάνει πια η ατιμωρησία! Φτάνει η σιωπή και η συνενοχή σας!

(χειροκρότημα)

Lars Adaktusson (PPE). – Madam President, the High Representative has been addressing the issue of the stabbings in Israel by saying it is vital that Prime Minister Netanyahu and President Abbas show leadership and promote calm. With all due respect, when innocent Israeli civilians are being killed in repeated terror attacks, the High Representative of the European Union needs to do better.

Recent statements by the Palestinian President emphasise the importance of speaking out. President Abbas has claimed, and I quote, ‘The Al-Aqsa mosque is ours [...] we bless every drop of blood that has been spilled for Jerusalem.’

Two questions must be raised. When will the High Representative loudly and clearly condemn the Palestinian stabbings of Israeli civilians? When will the Commission deal with the hateful propaganda and anti-Semitism of the Palestinian leadership?

Ioan Mircea Pașcu (S&D). – Madam President, in the context of the current Sunni-Shia conflict, the old Arab-Israeli conflict, which until recently dominated the scene, has become only one component – and not even the main one – in a much more complex situation.

Absolutely, if unattended, this conflict has the potential to make things even worse in that troubled area, but to continue to focus exclusively on it, ignoring the larger picture, is a recipe for failure. I agree that without any prospects, the new generation of Palestinians living in camps, with parents who moved in decades ago, get angrier and angrier. But equally we should reject categorically the current wave of stabbings and violence against the Jewish population.

Unfortunately, sometimes some of us, convinced that the Palestinians are always right, no matter what, forget to equally condemn sincerely such violence, creating an increasingly strong impression that the EU is biased against Israel, whom we might need tomorrow more than we think today – as we did with Turkey. Credible even-handedness is key to the success of our commendable efforts to push the parties into a final deal.

Branislav Škripek (ECR). – Madam President, in debates on this issue I often hear a lot of criticism toward Israel, but only a little towards Palestine. This surprises me. How come that a democratically-elected government gets nothing but criticism and an authority with a president who was officially chosen until 2009 and still is in function gets all kind of support? Unfortunately, I notice as well that what Mr Abbas says abroad is quite contrary to his domestic statements.

Publicly, Mr Abbas is urging a renewal of the peace process. Domestically, he awarded this week a cartoonist who promotes hate and violence. Publicly, Mr Abbas said this week that the current situation is extremely serious and grave and that the young people have no hope. Domestically, he promotes hate in the press and makes no effort to stop this violence or to give anyone hope. We need to unmask these lies from the Palestinian Authority.

Ms Mogherini, Will you force the authorities to stop the hatred against Jews in the Palestinian media, and the militant preachers who really stir up hate amongst the youth and the people of Palestine? We need to stop this.

Martina Michels (GUE/NGL). – Frau Präsidentin, Frau Mogherini, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Konflikt zwischen Israel und Palästina scheint immer mehr politisch außer Kontrolle zu geraten. Leidtragender von Gewaltausbrüchen ist wie immer vor allem die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten. Sowohl Abbas Ankündigung, sich nicht mehr an das Abkommen von Oslo gebunden zu fühlen, als auch Netanjahus jüngste Aussagen in völliger historischer Verklärung erschweren unseren Einsatz für eine faire Zweistaatenlösung und unseren konsequenten Kampf gegen jede Form von Antisemitismus.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Frau Mogherini, Sie fordern zu Recht, dass Netanjahu und Abbas *Leadership* an den Tag legen und bei der Deeskalation der Gewaltspirale vorangehen. Sie wollen, wie Sie sagten, einen Eintrittspunkt finden für die Wiederaufnahme von Verhandlungen. Dann folgen Sie doch zum Beispiel der neuesten Initiative von israelischen Schriftstellern und arabischen Intellektuellen unter dem Motto „Israel braucht kulturelle Brücken statt Boykotte“. Und bitte schön: Wenden Sie dieses Denken bitte gleichermaßen auf alle Nachbarn Israels an. Denn wenn Hass und Vernichtungsphantasien unwidersprochen mit Annäherung oder wirtschaftlicher Zusammenarbeit belohnt werden, rückt eine Konfliktlösung keinesfalls näher. Aber das, liebe Frau Mogherini, braucht eben konkrete Schritte statt Aufrufe und Appelle.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

James Carver (EFDD), *blue-card question*. – Thank you for taking the blue card. Would you not accept that Israel is taking such steps to build cultural bridges, as demonstrated with regard to the agreement that has been agreed through Jordan with regard to the Temple Mount and the Western Wall?

Martina Michels (GUE/NGL), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Kollege, wenn Sie zugehört hätten, dann hätten Sie feststellen können, dass das genau mein Petitum ist, auch kulturelle Werte in die Debatte miteinzubeziehen.

Der jüngste Aufruf von Schriftstellern und Intellektuellen, das ist zum Beispiel ein ganz konkreter Weg, der dazu führen kann, dass Brücken gebaut statt Konflikte geschürt werden.

Gilles Pargneaux (S&D). Madame la Présidente, Madame la Haute Représentante, comme vous l'avez rappelé excellemment avec beaucoup d'humanité dans votre propos liminaire, rarement l'espoir n'a été aussi faible dans ce conflit israélo-palestinien et, pourtant, il faut garder le cap vers la paix, et vous le faites. Il faut aussi donner une chance à la paix, trouver une solution à deux États, et je crois que votre détermination est totale, Madame la Haute Représentante.

Pour gagner notre combat, votre combat pour la paix, il faut non seulement que les deux parties fassent preuve de leadership, comme vous l'avez rappelé, mais aussi que nous-mêmes bien sûr aidions à la compréhension mutuelle des parties, que nous puissions accompagner la réconciliation palestinienne et définir collectivement les compensations dont chaque partie aura besoin pour signer un accord de paix.

Le Quartet tout autant que le leadership américain ont atteint leurs limites, il était temps de trouver d'autres solutions, et le fait d'associer nos partenaires arabes est sans conteste un atout indéniable.

Pour conclure, au sein du Quartet et avec nos partenaires arabes, je pense que vous êtes, Madame la Haute Représentante, le point d'équilibre, le centre de l'Union pour faire gagner la paix, et nous vous soutenons.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Myślę, że można się zgodzić z wszystkimi, którzy na tej sali mówią, że bardzo wiele, a może nawet najwięcej zależy od polityki Izraela i otwarcia perspektyw na przyszłość dla Palestyńczyków. Ale jak wiemy do pokoju potrzeba obu stron i ataki nożowników na osoby cywilne powinny zostać przez nas ostro potępione, a tutaj niektórzy koledzy zachowują się w tej sprawie bardzo powściągliwie i zamiast tego słyszymy, czy mamy do czynienia z idealizacją strony palestyńskiej. Wydaje mi się także, że Unia powinna powstrzymać pomoc dla tych organizacji palestyńskich, które odrzucają normalizację stosunków z Izraelem. Przypomnę, że Palestinian NGOs Code of Conduct obliguje palestyńskie organizacje pozarządowe do tego, by nie wspierały działalności na rzecz normalizacji ani na płaszczyźnie polityki bezpieczeństwa, ani na płaszczyźnie polityki kulturowej i rozwojowej. Mimo to otrzymują one fundusze z Unii. Myślę, że czas zmienić tę politykę i skończyć z polityką fałszywych symetrii.

Afzal Khan (S&D). – Madam President, the latest developments in the escalation of Israeli-Palestinian violence will not bring about peace. Israeli and Palestinian leaders need to use their authority to curb, rather than incite, the current wave of violence. There is no sense of future with Israel systematically eating away at Palestinian land. There is a feeling among Palestinians that no one cares. The two-state solution is at risk of being lost; it must not remain a dream.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Violence only brings about more violence. The great danger is that it will turn into a religious conflict. There is a lack of attention from the international community. We, the EU, cannot turn our backs on this. People are crying out for a solution: we must give them hope. It is the right of every human being to live with dignity, peace and security: two States living side by side in peace and security.

Ms Mogherini, as my colleague, Mr Carver, asked: when do you plan to adopt and publish the EU guidelines on the labelling of settlement products?

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση θα πρέπει να λάβει σοβαρές πρωτοβουλίες για την εμπέδωση της ειρήνης στη Μέση Ανατολή. Ο εμφύλιος πόλεμος στη Συρία και οι συγκρούσεις στο Ιράκ έχουν δημιουργήσει τις τεράστιες προσφυγικές εισροές προς την Ευρώπη. Όμως δεν πρόκειται να υπάρξει βιώσιμη λύση στη Μέση Ανατολή χωρίς την επίλυση του Παλαιστινιακού σύμφωνα με τις αποφάσεις του ΟΗΕ. Γιατί μόνο έτσι θα μπορέσουν να συμβιώσουν ειρηνικά οι Ισραηλινοί και οι Παλαιστίνιοι. Όμως η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν έχει ανταποκριθεί στις σύγχρονες αυτές προκλήσεις. Εν πρώτοις, τα ποσά χρηματοδότησης που περιλαμβάνει ο προϋπολογισμός της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το 2015, δεν επαρκούν για τις ανάγκες του τοπικού πληθυσμού και ιδίως για την αντιμετώπιση της ανθρωπιστικής κρίσης στη Γάζα. Δεν υπάρχουν επίσης τα ευρωπαϊκά κονδύλια για την τόνωση της ανάπτυξης στην περιοχή, την αύξηση των επενδύσεων, τη δημιουργία θέσεων εργασίας, το χτύπημα της φτώχειας, που αποτελεί λίπασμα για την ενίσχυση των τζιχαντιστών. Επομένως, κυρία Mogherini, πρέπει να εντείνετε τις προσπάθειές σας προκειμένου να φέρετε γύρω από το τραπέζι τις ενδιαφερόμενες πλευρές, προκειμένου να υπάρξει λύση στην περιοχή. Διότι η ένταση και η βία ενισχύει μόνο τους τζιχαντιστές και το ΝΤΑΕΣ.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, Madame Mogherini, merci pour les mots que vous avez prononcés, et aussi pour votre engagement dans ce dossier.

Alors, le sentiment de désespoir qui prévaut aujourd'hui ne peut pas être une fatalité, vous l'avez dit. Ces derniers jours, vous avez multiplié les efforts dans les différentes rencontres que vous avez faites, mais vous avez dit aujourd'hui aussi que, concrètement, nous devons faire plus. Nous devons faire plus pour soutenir la relance du processus politique palestinien, mais nous devons aussi faire plus pour arrêter immédiatement les colonisations illégales de la part des Israéliens.

Alors, ce sont deux conditions minimums et nécessaires pour la reprise du dialogue. Ce sont aussi deux conditions au sujet desquelles l'Union européenne a le pouvoir d'en faire davantage. Nous avons évoqué tout à l'heure les lignes directrices concernant les produits des colonies. Je pense que c'est quelque chose que nous devrions activer au plus vite pour pouvoir avancer dans ce dossier.

Arne Lietz (S&D). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Hohe Beauftragte! Die Situation in Israel und Palästina ist im höchsten Maße besorgniserregend.

Ich unterstütze mit Nachdruck den Aufruf unserer EU-Außenbeauftragten Frau Mogherini zu einer Deeskalation an beide Seiten – Israelis und Palästinenser. Ich danke Ihnen sehr für die skizzierten Schritte, die Sie vorhin aufgezählt haben, wie diese Verhandlungen jetzt weiter voranschreiten müssen. Es ist gut, dass Sie, Frau Mogherini, zusammen mit US-Außenminister Kerry und Außenminister Frank-Walter Steinmeier in der letzten Woche intensive Gespräche mit allen Beteiligten geführt haben.

Ich bin froh, dass die Einigung auf eine Kameraüberwachung auf dem Jerusalemer Tempelberg ein erster Schritt zur Beruhigung der Lage gewesen ist. Eine nachhaltige Deeskalation kann jedoch nur gelingen, wenn beide Seiten auch in ihrer Rhetorik abrüsten. Ich habe es daher sehr bedauert, dass der israelische Premier vor seinem Deutschlandbesuch letzte Woche den Großmufti von Jerusalem als Hauptverantwortlichen für die Ermordung der Juden in Europa bezeichnet hat.

Als Historiker ist es mir besonders wichtig, dass die Verantwortung der Deutschen am Holocaust nicht relativiert wird. Ich bitte Sie darüber hinaus, sich bei den Verhandlungen dafür einzusetzen, dass die EU-Parlamentarier Zugang zum Gazastreifen bekommen. Die EU ist es, die UNRWA stark unterstützt, und es ist sehr wichtig, dass wir selber einen Eindruck gewinnen, wie unsere humanitäre Unterstützung vor Ort tatsächlich entwickelt wird beziehungsweise welche Erfolge sie erzielt hat und wie wir sie verbessern können.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Milan Zver (PPE). – Zastoj v mirovnem procesu med Izraelom in Palestino je odprl vrata novemu valu nasilja, ki so ga sprožile radikalne palestinske skupine. To se sicer dogaja v senci sirске vojne, a ga nikakor ne smemo podcenjevati, saj lahko doseže velike razsežnosti.

Nasilje rodi nasilje, obe strani nosita odgovornost, ki pa ni enaka. To, da Hamas podpira zadnje teroristične napade na Izrael, da spodbuja načrte terorističnih napadov na zahodne banke, da noče priznati Izraela, vse to ne spodbuja miru in stabilnosti. Izrael ima pravico do samoobrambe.

Nujno se morata obe strani vrniti k mirovnim pogajanjem na podlagi koncepta dveh držav. Izrael je že nešteto krat izrazil pripravljenost tudi za neposredna pogajanja, brez postavljanja vnaprejšnjih pogojev, a ga predsednik Abas odklanja.

Vse bolj se kaže potreba, da EU redefinira svoj donos do reševanja tega vprašanja in da pogojuje svojo pomoč palestinski strani z njeno vrnitvijo za pogajalsko mizo.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nelle ultime settimane stiamo assistendo con preoccupazione all'esplosione di un nuovo ciclo di violenze in Israele e Palestina, e qualcuno l'ha già definita la nuova *Intifada*. Ci auguriamo di no. Ci auguriamo di non trovarci di fronte ad un nuovo, sanguinoso conflitto in quella terra già martoriata. Intanto dall'inizio di ottobre sono già decine le vittime, e la cosa più preoccupante è la natura quasi inedita di questa nuova *escalation* di violenza, sintomo di una frattura ormai profondissima che rende ancora più arduo il cammino verso una pacificazione tra le due etnie che si contendono la Terra Santa.

La risoluzione del conflitto arabo-israeliano deve essere una priorità dell'Unione. Gli sforzi importanti e costanti dell'Alto rappresentante Mogherini per individuare punti di mediazione stanno iniziando a dispiegare i loro effetti. Ma non siamo ancora riusciti a sviluppare una politica efficace ed autonoma nel processo di pace. L'Unione europea non può, infatti, che svolgere un ruolo centrale per il raggiungimento di una pace globale, basata su una visione di una regione in cui due Stati democratici, Israele e Palestina, vivono fianco a fianco in un clima di riconciliazione e con confini sicuri e riconosciuti.

Arne Gericke (ECR). – Frau Präsidentin! Seit September beobachten wir eine neue Welle der Attacken von palästinensischen Terroristen gegen die israelische Zivilbevölkerung. Gleichzeitig erleben wir wieder eine richtige Kampagne, in der Lügen aufgebaut werden und einfach richtige Mythen erzählt werden, die sich gar nicht an der Wahrheit orientieren. Ich denke, wir sollten sehr genau darauf achten, was wirklich passiert. Ich denke, Israel hat seine Politik gegenüber dem Tempelberg nicht verändert. 2014 sind Millionen auf den Tempelberg gegangen und haben den besucht. 3,5 Millionen waren Muslime, 200 000 waren Christen, 12 000 waren Juden. Und nur Muslimen ist es erlaubt, dort zu beten. Ich denke, Israel leistet hier vieles, um die Heiligtümer aller Glaubensrichtungen zu verteidigen. Es gibt kaum ein Land, das drei Feiertage hat: Freitag Samstag, Sonntag. Dabei möchte ich es erst einmal belassen.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señora Presidenta, señora Alta Representante, estamos viviendo otro capítulo terrible de la ocupación, que ya dura demasiado tiempo. A un lado, tenemos individualidades que cometen actos terribles, pero producto de una desesperación profunda, tras sesenta y ocho años de ocupación. Al otro lado, tenemos una respuesta que aviva el fuego. Hemos visto ejecuciones extrajudiciales, permitir linchamientos. Hemos visto cómo se vejaba a heridos, e incluso a asesinados, y hemos visto cómo se ponían incluso cuchillos a personas contra las que se había disparado. ¿Es esta una reacción ponderada, discriminada, proporcionada?

Yo le concedo a usted, señora Mogherini, que tiene interés en solucionar este problema. Pero la UE tiene capacidad para presionar a su socio. Hacen falta medidas concretas, porque hay un ocupante y hay un ocupado. Y hay Resoluciones de la ONU, como la 242, que dicen simplemente que se deje de ocupar los territorios y se permita un país en Palestina.

Ernest Maragall (Verts/ALE). – Señora Presidenta, señora Mogherini, usted ha dicho, y estoy de acuerdo, «*it's no business as usual*». Es verdad, reconocemos su tenacidad y su correcta apelación a la recuperación del diálogo. Pero estará usted de acuerdo en que corremos el riesgo de quedarnos en la expresión de buenas intenciones.

Dienstag, 27. Oktober 2015

La cuestión no es lo que la Unión Europea pida o solicite a Israel y a Palestina. La cuestión es cómo la Unión Europea actúa, cómo interviene, con o sin Cuarteto, qué decisiones toma para influir y condicionar el proceso. Por eso, aquí seguimos hablando en términos de práctica corresponsabilidad de ambas partes, como si Palestina no fuera una sociedad ahogada, limitada en sus movimientos y reducida a la pura subsistencia.

Por eso le hago algunas preguntas para añadir a las que ya se le han hecho sobre etiquetas, sobre territorios del área C o sobre demoliciones de proyectos europeos. Primera, ¿cómo piensa gestionar la relación con la comunidad árabe en Israel? ¿Cuándo piensa reunirse con entidades como, por ejemplo, el Mossawa Center?

Segunda, ¿cree usted que sería adecuado incluir a Iehava y otros grupos de colonos violentos en la lista de prohibición de visados europeos? ¿Cómo va a impedir la atribución de fondos Horizonte 2020 a las fábricas de armas y material militar en Israel?

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η θηριωδία του ισραηλινού κράτους, τοπικού χωροφύλακα του ιμπεριαλισμού, με δεκάδες δολοφονημένους Παλαιστίνιους στα τελευταία γεγονότα στηρίζεται από τις Ηνωμένες Πολιτείες και την Ευρωπαϊκή Ένωση. Υποκριτικά ψελλίζουν ευχές, όμως στην πράξη τηρώντας ίσες αποστάσεις από θύτη και θύμα, όπως και τα ψηφίσματα του Ευρωκοινοβουλίου, υπονομεύουν κάθε προοπτική για βιώσιμο κυρίαρχο παλαιστινιακό κράτος. Εκπροσωπώντας επιχειρηματικά συμφέροντα στην περιοχή των πετρελαίων, όπου οι ανταγωνισμοί οργιάζουν, σπέρνουν πολέμους, εξαθλίωση, προσφυγιά, εμπλέκουν σε επικίνδυνες καταστάσεις όλους τους λαούς της περιοχής σε συνεργασία με κυβερνήσεις, όπως η ελληνική, που, αντί να αναγνωρίσει το παλαιστινιακό κράτος, αναβαθμίζει τη στρατιωτική και οικονομική συνεργασία με το Ισραήλ.

Η προοπτική για τερματισμό της ισραηλινής κατοχής –γιατί αυτή είναι το πρόβλημα–, για κυρίαρχο βιώσιμο παλαιστινιακό κράτος στα σύνορα του 67, με πρωτεύουσα την Ανατολική Ιερουσαλήμ, διάλυση των εποικισμών, επιστροφή των προσφύγων, απελευθέρωση των πολιτικών κρατουμένων, θα δικαιωθεί με την πάλη του παλαιστινιακού λαού στην πατρίδα του, αλλά και τη διεθνή αλληλεγγύη των λαών. Σε αυτή την αλληλεγγύη καλεί και πρωτοστατεί το Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, I am deeply concerned about developments in Israel and Palestine, which are threatening to make a two-state solution impossible. Stabbings, car ramblings and shooting attacks are making it clear that the situation is becoming more and more unstable and difficult. Both sides need to explore together ways to stop violence: to calm the situation down, to show leadership and to make sure that there is no further loss of life.

Our objective must remain a two-state solution with a democratic and viable Palestinian state living side-by-side with Israel in peace and security. For this it must receive all necessary guarantees from its other neighbours concerning its security and stability. If an agreement to finally end the conflict is reached, the door would be open for development and cooperation in the area. At the same time, everybody is speaking about two sides: I think, Ms Mogherini, that we must encourage the Palestinians to form a common side, and by this I refer to the Fatah and Hamas movements. They have to find a bridge and come to the negotiations as a united side.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κυρία Mogherini, τι το διαφορετικό ή τι το καινούργιο μας παρουσιάσατε στη σημερινή συζήτηση; Μήπως το Ισραήλ σταμάτησε τις ανθρώπινες εκκαθαρίσεις, τους εποικισμούς, τις παράνομες φυλακίσεις, το απαρτχάιντ, την κατοχή στη Γάζα; Όχι φυσικά, το αντίθετο συμβαίνει.

Καθημερινά η κατάσταση στη Μέση Ανατολή επιβεβαιώνει με τον τραγικότερο τρόπο την παταγώδη αποτυχία και το αδιέξοδο της πολιτικής σας για ειρήνευση στην περιοχή. Τη στιγμή που ο κ. Νετανιάχου επαίσχυντα δηλώνει ότι ο Χίτλερ παρασύρθηκε από ένα παλαιστίνιο μωφτή για τα εγκλήματα που διέπραξε, εσείς μιλάτε γενικά για ανασυγκρότηση και ηπιότερη ρητορική.

Επιτέλους, είναι ύβρις προς τους χιλιάδες νεκρούς να συνεχίσουμε να συζητάμε με αυτό το περιεχόμενο, χωρίς να κάνουμε τίποτα. Εφαρμόστε τουλάχιστον τις ρήτρες των συμφωνιών και τις αποφάσεις που ήδη έχετε πάρει. Αναστείλετε άμεσα τη συμφωνία σύνδεσης και σταματήστε να χρηματοδοτείτε την ισραηλινή πολεμική βιομηχανία από τα κοινοτικά προγράμματα. Ίσως τότε να έχει νόημα οποιαδήποτε συζήτηση, αλλιώς το κράτος τρομοκράτης της περιοχής θα συνεχίσει τη δολοφονική πολιτική του και θα σας περιφρονεί.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o que os palestinianos querem é muito simples: o fim da ocupação, um Estado livre, independente e viável, com as fronteiras de 1967 e com Jerusalém Leste como sua capital.

O Governo de Israel mantém há décadas a promoção do terrorismo de Estado, mantém uma gigantesca ação de sequestro de todos os recursos palestinianos, através de colonatos, expropriação de terras, controlo da água, comprometendo assim qualquer possibilidade de criação de um Estado palestiniano. Ao mesmo tempo, mantém a pressão através de uma sucessão ininterrupta de ações provocatórias, com *checkpoints*, detenções arbitrárias, assassinatos seletivos. A situação em Gaza é intolerável.

O papel desta assembleia só pode ser o de pugnar pela legalidade internacional e pelo respeito pelos direitos humanos. O Parlamento Europeu deve condenar, de forma inequívoca, a construção de colonatos na Cisjordânia. O Parlamento Europeu deve suspender todos os acordos de cooperação com Israel até que parem as atrocidades. O Parlamento Europeu deve usar toda a sua influência e todas as suas prerrogativas para contribuir para uma solução política e pacífica do problema.

(Pöynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.

– Madam President, as one speaker said during this debate, we always have the same debate. And let me say very frankly, as I always tend to be, when we say this is not time for business as usual, that is also for us. Because here we see again and again, even within political families and within the groups, the same split. Some of you ask me to speak with a stronger voice when we condemn acts of terror, which we do, and some of you ask me to have a stronger voice when we call for the end of occupation, which we do. We do both.

Please have a look – a serious one – not only at my statements, but also at the most recent statement of the Quartet of just a few days ago, which means that these are common positions, not only of the whole European Union united, but also of the international community through the Quartet. This is a common position that we have built. Let me say that the common position of the European Union and of the international community through the Quartet is much more united than Members are able to manage within their own political groups.

This is not the time for us only to call for something or to condemn something. Do we realise that we are in a serious, dramatic situation which could be the end of the Oslo framework? So, if I hear readiness from both sides to work together, to restart talks and to work together in implementing some measures on the ground, I ask you in this room what you think our role as the European Union is: to condemn and to call for something or to try to bring them to do it?

I believe our role is the second one, partly because I do not see many actors pushing to play this role at this moment. There are plenty of other crises competing with this one, and we Europeans are one of the few still focusing very much on this. But we have to do it with the right approach: trying to help them to get out of this bubble. I am also a historian through my studies and I love history, but the problem we have here is that there is too much history. If someone does not help the parties and the people – the Israelis and the Palestinians – and not only them, but the whole region, to get out of the bubble of history and try to look at how to manage the common future they have committed to, nobody else will do it.

So I believe our role is a diplomatic one, which is not a nice exercise in good intentions. It is very hard. It is very tough. It is not naïve. It is a reality check that we have to make here. We risk losing the Oslo framework. Someone said at the beginning of the debate – I think it was Gianni Pittella – that we are losing generations. There are generations in Israel and in Palestine who do not believe in those two states anymore. On both sides, there are young people who believe either in no state at all or in one state only. I believe that the Oslo framework is still a valid perspective for both, with all that goes with it.

But we are at the edge. It is not going to continue like this. So this is what I am trying to do: passing the message to the leadership – and hopefully also to the people, but that is not only my job – that if you say you want two states, either you do something now or it is gone. We do not have the safety net of a plan B. We will have to reinvent it if we leave the Oslo framework. It is no longer about what we call for or what we condemn. If it is done, it is a totally different story. The world does not need another complication in the region. That is why, of all the conflicts we have, to me this is one of the most urgent because its global ramifications go everywhere in the world and the presence of the holy sites makes it even more serious. It is, paradoxically, also a conflict that, if there is enough political will, can be resolved, because they have been discussing for decades how it should look in the end, and there is – as someone rightly pointed out – an Arab peace initiative that can provide a regional framework for security and for peace.

Dienstag, 27. Oktober 2015

I would invite you to go back to the spirit with which you discussed this issue in September, which was a constructive and useful one that gave us strength last month to gather the international community behind our proposals and our positions and to bring the parties to start looking at whether we can do something together. There are moments where violence is higher, like this one, that could also be the turning point in a crisis because the parties realise that they are risking too much internally. Violence in Israel also comes from the inside. The situation inside the West Bank means that, in my view, both leaderships realise that it is in their interests to tackle this seriously. I might be wrong; it could be that this does not lead anywhere, and then we will need to see, together with our friends in the rest of the international community, what we do about that.

But my role at the moment – and I will ask you, as Europeans, to be united on this – is to try to see if there is one chance for the two sides to start doing

something useful on the ground instead of having their people killing each other, and to facilitate this to happen because we are not going to have many chances in the future. I feel a sense of urgency and that a dramatic moment has come. I do not think that this is just another chapter of a long story. The situation is different today.

We can come back in another month or another month and a half and discuss our statements, our options, our condemning, whatever. In the meantime, we need to try to bring them together again, together with Arab friends and together with the international community. But this is our work and I am sure that this Parliament will support this effort. This is a crisis where the European Union has a lot to spend in terms of political capacity. I said this exactly one year ago in the hearing in the Committee on Foreign Affairs. This is the crisis where we are the biggest player if we want to transform the money we have spent and the economic, political and cultural relations we have with both sites into political capital. This is what we are strongly building. Obviously this is not completely in our hands because peace cannot be imposed from the outside, but what can be done from the outside is the facilitation and the push for a serious shift of policy to happen. I think that in these dramatic conditions the parties all have interests in doing this for real.

(Applause)

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Kirjalliset lausumat (työjärjestyksen 162 artikla)

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Szanowni Państwo! Eskalacja arabsko-izraelskiego konfliktu w ostatnich dniach, nazywanego już „trzecią intifadą” i istotnie przybierającego wymiary wojny religijnej, jest z wielkim niepokojem i troską obserwowana również w Polsce, w kraju, któremu nigdy nie były obojętne losy Ziemi Świętej. Rozumiejąc, że winnych znaleźć można zawsze po obu stronach konfliktu, chcemy jednak docenić fakt, że to strona izraelska deklaruje obecnie gotowość do rozmów bez warunków wstępnych. Wciąż z nadzieją czekamy na podobną gotowość władz Palestyny, chociażby w postaci zgody na stały monitoring Wzgórza Świątynnego. Doceniając zaangażowanie międzynarodowe w ramach kwartetu bliskowschodniego, chciałbym zaapelować, by działania te ograniczały się raczej do stworzenia pozytywnego środowiska do wznowienia rozmów pokojowych, bez narzucania stronom gotowych rozwiązań. Zaufajmy premierowi Netanjahu, który jest w stanie działać skutecznie również bez rad ministra Ławrowa. Na koniec, w imieniu narodu polskiego, pragnę złożyć wyrazy współczucia rodzinom żołnierzy i ofiar cywilnych zamordowanych w ostatnich atakach nożowniczych i oczekuję, że władze autonomii palestyńskiej w sposób zdecydowany potępia tę formę przemocy.

13. Lage im Südsudan (Aussprache)

President. – The debate is closed.

The next item is the debate on the statement by the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy on the situation in South Sudan.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Federica Mogherini, VPC/HR. – Madam President, let me apologize if sometimes I am a little bit too passionate in my statements. Normally it happens at the end of the debates, not at the beginning, so I will try to go back to my normal tone of voice. I would like to start by thanking Parliament for keeping a focus on South Sudan and for organising this debate. I think it is very important that we keep focused on that.

This is a country where huge hopes faded in the space of just a few years. It is a country that could be rich if it fully used its natural resources but, on the contrary, we have a humanitarian situation that is dire. We have some 30 000 people currently risking death by starvation and thousands more that are on the brink of famine, according to UN data. A million people are internally displaced. Over 700 000 have fled the country. It is one of the biggest refugee crises today, and I would like us to focus on the refugee crises that are happening in the world even when they are happening outside our own borders or regions. Innocent civilians continue to suffer human rights abuses. At least 80 civilians were reportedly killed over the last three weeks and a further 150 civilians have reportedly been killed since Friday 23 October in Unity State alone. Meanwhile, humanitarian organisations still have no access to this area. Sexual violence against women and children has reached shocking levels and these crimes go against the commitments made by all parties in South Sudan: commitments to protect its citizens and put an end to the human rights violations.

The people of South Sudan cannot wait. Justice and reconciliation must be central to our efforts to lay the foundation for sustainable peace. For this reason we welcomed the African Union's decision to publish the Commission of Inquiry's report and to move ahead with the establishment of the court. The recent peace agreement offers a really unique opportunity, one that cannot be missed. It is an opportunity for South Sudan to move towards a transparent, accountable government: a government that places the interests of the citizen above all else. And, if properly implemented, the agreement will end the fighting. It will install transitional institutions to rebuild the country.

The government's decision to increase the number of federal states in the country goes against the spirit and the letter of the agreement. The same goes for the reluctance of the opposition to commit to the implementation of the security arrangements. The recent clashes in Unity State and the worrying signs of growing crackdown on civil societies are all very worrying events. Just yesterday in Addis, the parties took a first step to move beyond the current deadlock. This gives us hope that the discussion can get to the next stage. But let me say that a positive conclusion of the dialogue is still not in sight. Only timely implementation of the agreement will lead to real peace, end the suffering of the people of South Sudan and stop the humanitarian tragedy. Spoilers on all sides must understand that there are consequences for their actions, and there will be. There are a number of steps that must be taken now: first, a ceasefire must come into place as a matter of urgency, and second, all obstacles to full and unconditional humanitarian access must be removed immediately. With statehood comes responsibility. Hard work begins now with the implementation of the agreement.

South Sudan cannot afford this agreement to follow the same path of all past broken ceasefire agreements. For that, we need to sustain international pressure and cohesion. We all have welcomed the continued efforts of the International Authority on Development (IGAD) and the African Union in reaching this deal and the constructive engagement of Sudan, Uganda, Ethiopia and Kenya. I met exactly one week ago in Addis with the African Union's Chairperson, Dr Zuma, and with the Ethiopian Prime Minister. We agreed to keep working together to help South Sudan. In the implementation phase regional unity is essential and plays a key role. With regard to the regional challenges, I recall the conclusions adopted yesterday by the Council of the EU/Horn of Africa Regional Action Plan 2015-2020 which outlines the European Union's comprehensive approach to address the key issues in the region. It will also need a strong monitoring body representing the South Sudanese civil society together with regional and international players. In this context, the appointment of President Mogae as chair of the joint monitoring body is good news. His leadership will be essential to guide the implementation phase. The EU will continue to stand by the South Sudanese people during the transitional process. We have done so since the outbreak of fighting in December 2013. We worked to bring an end to the fighting and initiate a political transition and we provided massive humanitarian assistance.

Dienstag, 27. Oktober 2015

In 2014, the Commission's humanitarian support exceeded EUR 116 million. This year our aid has already reached EUR 107 million. The United Nations calculated that the European Union as a whole, including Member States, funded almost 41% of all humanitarian donations to people in need in South Sudan this year, and in total over 3.1 million vulnerable people benefitted from life-saving assistance in South Sudan this year. But we know very well that humanitarian assistance alone cannot substitute for sound development programmes.

Not only is the EU contributing to humanitarian assistance, it also supports the implementation of the peace agreement across its five pillars. The support will originate mainly from the EDF national programme, but for pillars one and two, namely governance and security, the support will originate from the instrument contributing to stability and peace and the African Peace facility, respectively.

We are now ready to work with a transitional government of national unity. We can help establish the transitional institutions and develop sound policies for rebuilding the country. This will include responsible, transparent and equitable management of South Sudan's vast resources. It is time that these resources are used for the benefit of the population as a whole. Ratifying the Cotonou Agreement would be a sign of South Sudan's will to announce its relation with the European Union, but right now it is urgent that all South Sudanese parties commit to implementing the agreement. This is the key step we need now, and this is what we have discussed with the regional players last week as our common horizon to work on this together.

I thank Members very much for their attention and I look forward to hearing their views in this debate, which I consider extremely helpful and useful in our common work.

Bogdan Brunon Wenta, *w imieniu grupy PPE*. – Konflikt w Sudanie Południowym i proces pokojowy w tym kraju są kwestiami, które odgrywają ważną rolę w polityce mojej grupy politycznej wobec krajów afrykańskich. Porozumienie pokojowe z sierpnia kończące ponad dwudziestomiesięczną wojnę domową nie stało się remedium na wszelkie problemy tego kraju, który wciąż pozostaje w głębokim kryzysie humanitarnym oraz polityczno-gospodarczym. To porozumienie to jedynie pierwszy, aczkolwiek znaczący krok w kierunku stabilizacji oraz powrotu na drogę rozwoju. Należy z zadowoleniem przyjąć oświadczenie przywódców Sudanu Południowego o utworzeniu hybrydowego trybunału i osądzenie osób odpowiedzialnych za przemoc i nadużycia. Jest to ważne w kontekście ostatnich informacji dotyczących przypadków uprowadzeń i zniewolenia kobiet oraz dzieci jako formy wynagrodzenia dla żołnierzy-bojówkarzy. Zjawisko to jest naruszeniem podstawowych praw człowieka, jak prawo do życia, oraz zakazu trzymania w niewolnictwie lub poddaństwie. Rząd Sudanu Południowego powinien przyjąć wszelkie kroki, aby przeciwdziałać temu procederowi. Chcemy również zwrócić uwagę na złą sytuację humanitarną, jaka panuje w tej chwili w tym kraju. Szacuje się, że w trakcie konfliktu ponad 2 mln mieszkańców opuściło swoje domy, brakuje dostępu do wody pitnej, opieki medycznej, rozprzestrzeniają się choroby. Tylko szybkie i stanowcze działania społeczności międzynarodowej pomogą zapobiec klęsce głodu oraz kolejnej fali uchodźców.

Naszym obowiązkiem jest wspieranie procesu pokojowego w Sudanie Południowym oraz udzielenie wszelkiej możliwej pomocy społeczeństwu tego kraju na ich drodze do pokoju.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Enrique Guerrero Salom, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, a causa de la crisis de refugiados que estamos viviendo en Europa, este es el momento de Siria y el momento de Irak, pero como ha señalado la Alta Representante, no podemos olvidar que hay dos crisis de nivel equivalente y de larga duración en África: República Centroafricana y Sudán del Sur; un país con treinta años de guerra, que solo tiene cuatro años de existencia y que en estos momentos tiene dos millones de refugiados.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Todos estos casos son crisis humanitarias causadas por el hombre, por las guerras. Y por esa razón, la principal acción que tenemos que afrontar es justamente dejar atrás la guerra en Sudán del Sur, contribuir como Unión Europea, en conexión con la Unión Africana, con autoridades regionales, con la comunidad internacional, para estabilizar el acuerdo de paz alcanzado el pasado mes de agosto.

En segundo lugar, hay que poner los medios para afrontar las consecuencias de esta crisis. Solamente la mitad de lo que Naciones Unidas pidió para afrontar la situación en Sudán del Sur ha sido aportada por los diferentes donantes.

En tercer lugar, hay que afrontar seriamente la crisis alimentaria. De acuerdo con el *ranking* de Naciones Unidas, estamos en la crisis de nivel 3, es decir, de catástrofe. Por tanto, trabajar por la paz, poner más dinero, atender la crisis alimentaria y tener acceso a los actores humanitarios.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, since achieving independence in 2011, South Sudan has been in the headlines for all the wrong reasons. As an early proponent myself of the benefits of Sudan's splitting into two separate states, I am greatly saddened by the internal conflict that has since ensued.

Thousands have died and millions are now internally displaced, with the situation only worsening since December 2013. Following a series of failed ceasefires, it was announced yesterday that the parties from all sides had finally reached agreement as to the details regarding the implementation of measures agreed in August of this year. Reports suggest that these talks are a significant step forward as to resolving some tensions, but we must remain cautious with our optimism. The EU and Member State governments must now support the work of IGAD, the regional body that is mediating the talks along with the African Union. The UN also has announced the deployment of a mission to South Sudan that will investigate human rights abuses against civilians since December 2013, which my group, the ECR, welcomes. But to be absolutely frank, we all miss the late John Garang's strong leadership. Sadly, he is no longer in the region. He is no longer with us.

Petr Ježek, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, there are not many places in the world where the situation is worse than in South Sudan, where people suffer so much. Therefore, I also welcome the agreement on the resolution of the conflict signed in mid-August. It is an ambitious agreement which seeks to secure a permanent ceasefire and to put an end to impunity but also to manage better the country's oil revenues. However, although the content is good, we all know that the worrying part is that commitment to this deal it is extremely weak and the fighting continues. Political leaders in South Sudan clearly do not care much about their own population but rather, I am afraid, about their villas and bank accounts outside the country.

I believe that a sustainable deal on ceasefire and other elements will only be achieved if we use the threat of targeted sanctions against the political leaders who do not stick to the agreement. The EU should reconsider imposing the arms embargo as well. On the positive side, I am glad that the African Union has released today the report of its Commission of inquiry on South Sudan. My questions to you, Vice President/High Representative, are what is the EU strategy to make sure South Sudan's warring parties stick to the agreement, and not only to the ceasefire agreement but also to the other provisions regarding impunity and oil management? Also, you mentioned civil society, but does the EU plan to work closely with local grass-roots organisations to monitor the effective implementation of the agreement? And again, what is the strategy here?

Javier Couso Permyu, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, señora Mogherini, otra vez hablamos de datos terribles: más de 50 000 muertos, más de dos millones de refugiados, y no, no es una catástrofe natural.

Los antecedentes son importantes y no puedo olvidar que la secesión fue alentada por Estados Unidos e Israel. Es curioso cómo se juega al caos creativo según convenga. Detrás, como siempre, no estaban los derechos humanos, sino el control de los principales yacimientos de petróleo, para evitar que China pudiera acceder a ellos. O también la balcanización de la zona, lo que me recuerda al plan Yinon.

Las atrocidades cometidas han obligado o han impulsado un embargo de la ONU, que hasta Estados Unidos está observando. Por el contrario, Israel lo sigue violando reiteradamente.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Señora Mogherini, creo que la Unión Europea debe emplearse a fondo para que se obligue a cumplir este embargo de armas o el paso de mercenarios; apoyar, por supuesto, la misión de la ONU que acaba de empezar en la zona; apoyar ese diálogo regional del que usted hablaba y, sobre todo, tratar de garantizar que no haya expolio de los recursos energéticos, que es lo que está detrás de esta terrible situación.

Jordi Sebastià, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor Presidente; muchas gracias, señora Alta Representante, por estar aquí, en este Parlamento Europeo. La veo bastante a menudo y eso quiere decir que nos tiene en cuenta, y nosotros se lo agradecemos ampliamente.

Ha habido un acuerdo de paz en Sudán del Sur, firmado en agosto de este mismo año, pero todos sabemos que no funciona. Siguen los combates. Cincuenta y siete muertos solo a principios del mes de octubre, la mayoría de ellos niños. Como miembro de la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género de este Parlamento, no dejo de sentirme absolutamente aterrado por las atrocidades que vamos descubriendo, cómo las mujeres son utilizadas como arma de guerra, sistemáticamente violadas. Mujeres y niñas.

El silencio de Europa no es tolerable en esta cuestión, porque eso nos haría cómplices. Le pedimos implicación. Le pedimos implicación profunda, le pedimos una voluntad muy fuerte por el embargo de armas, denunciando a aquellos países, como Israel, que, como ha comentado mi colega, no lo están respetando. No sanciones con la ayuda humanitaria, puesto que de ella dependen los ciudadanos de aquel país, pero sí una implicación segura y fuerte, para exigir que se apliquen los acuerdos de paz, que se establezca esa Corte híbrida de Justicia que debe juzgar los crímenes de Derecho universal, y también para que se establezca esa Comisión de Verdad, Reconciliación y Reparación.

Si se implica con toda esa fuerza, si Europa está presente allí, sepa, señora Alta Representante, que nos tiene a su lado.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, bearing in mind the rampant desire within this place to move towards a common foreign policy, I would be interested to hear whether the High Representative places any real confidence in the South Sudan leadership – both governmental and opposition – to deliver the agreement in good faith. After all, these are the same leaders who were responsible for downing UN helicopters in 2012 and 2014 and the 2013 attacks on both a UN convoy and the UNMISS camp at Akobo. Then there are the continuing arrests and detentions of IGAD monitoring staff whilst UN staff and contractors continue to be abducted. Is there any evidence, Commissioner, of the Lord's Resistance Army working inside South Sudan in tandem, or whether former Vice-President, Riek Machar, enjoys military support from them, as rumours indicate?

Finally, given the excellent work undertaken by IGAD, could she comment on the EU's engagement with IGAD on Southern Sudan, and more widely in the Horn of Africa? Does she feel that such EU engagement further complicates their operation on the ground and raises possible duplication of work?

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, Madame la Haute Représentante, le Soudan est une des plus jeunes nations du monde et à ce titre, c'est l'un des derniers pays chrétiens d'Afrique.

Après deux millions de morts et plus de quatre millions de réfugiés, le Soudan vit peut-être aujourd'hui ses derniers moments. Certes, cet accord est plutôt bienvenu, mais je compte sur vous pour faire de ce pays un État viable.

Nous devons néanmoins demeurer vigilants, car cet accord nous appelle à deux réflexions. D'abord, il ne faut pas oublier la barbarie historique de Khartoum, barbarie qui sévit toujours aujourd'hui, notamment par son ingérence militaire. Ensuite, le Soudan du Sud ne peut pas être livré au mondialisme économique du fait des richesses de son sous-sol.

À travers ces deux constats, il faut justement veiller à ce que les ingérences extérieures, qu'elles soient politiques ou économiques, ne soient pas aujourd'hui les derniers espaces de vie pour le Soudan.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Mariya Gabriel (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Haute Représentante, oui, les derniers mois montrent que la vigilance et une mobilisation constante de la communauté internationale s'imposent pour de réels progrès vers la paix au Soudan du Sud. J'aimerais insister sur quatre éléments.

Premièrement, l'engagement réel des parties au conflit est nécessaire, aussi bien dans le cadre de l'accord de paix du 26 août que dans celui du document signé lundi sous l'égide de l'Union africaine. Pour le volet sécuritaire, les deux parties doivent s'abstenir de prendre des mesures contradictoires à l'esprit du processus de paix.

Deuxièmement, le rôle des partenaires régionaux du Soudan du Sud et de la communauté internationale reste clé. D'une part, pour l'IGAD et l'Union africaine, afin de suivre de près la mise en œuvre de l'accord, et d'autre part, pour faire face à l'horreur humanitaire. La communauté internationale doit continuer son aide aux personnes déplacées et menacées par la famine. La protection des enfants doit aussi rester une priorité de l'aide internationale pour ce pays aujourd'hui et demain.

Troisièmement, la lutte contre l'impunité. C'est un élément déterminant pour la construction du Soudan du Sud, y compris dans la démobilisation des forces armées et la création d'une armée unique. Les auteurs de graves violations des droits de l'homme ne doivent pouvoir ni réintégrer l'armée ni faire partie d'un gouvernement de transition, notamment quand on sait l'ampleur des violences sexuelles dans ce conflit.

Enfin, l'Union doit continuer de garder ouverte la possibilité pour le Soudan du Sud de ratifier l'accord de Cotonou, qui constituera un outil de plus pour la construction démocratique de cet État.

Linda McAvan (S&D). – Mr President, I would like to say to the Vice-President of the Commission/High Representative that she ended the last debate by apologising for being passionate. I do not think you should apologise, Madam, because passion shows you care, and when you care you will get things done. I hope very much that by raising the issue of South Sudan tonight we are showing that we care and are asking you to help us do something about what has become one of the world's forgotten crises.

You mentioned some of the difficulties. NGOs on the ground have written to MEPs talking about thousands of civilians killed, thousands of women raped and children abducted. This weekend the UN agencies – the World Food Programme, the Food and Agriculture Organization and UNICEF – warned of imminent famine. So we have got to do something. You are trying to up the diplomacy, putting pressure on the warring factions to come back to the table and to respect the ceasefire.

But what do we do if they will not agree? What can we do about it? How can we get tough? Colleagues spoke about arms embargoes, sanctions, and sanctions against the right people; not at the low level, but the most senior representatives. Can we have sanctions and will they bite? Have they been discussed with our partners, like the United States, and also can we have projects to give women a voice in this country? If they had a voice, I think some of the policies could change.

Finally, just to say, as I said at beginning, we need a sense of urgency about this because it is a forgotten crisis but if we do not act soon that forgotten crisis will soon be on our television screens in the form of starving children, in the form of more women being raped. It is a very familiar scene from Africa, but it is one we could avoid if we act now.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Po wielu miesiącach krwawych walk prezydent Salva Kiir podpisał porozumienie pokojowe, któremu towarzyszyły jednak liczne naruszenia zawieszenia broni. Doceniam inicjatywę społeczności międzynarodowej, presję, którą wywierała, negocjacje, inicjatywę IGAD+, graczy regionalnych. Doceniam pracę w Radzie Bezpieczeństwa na rzecz dostosowania mandatu Narodów Zjednoczonych dla misji pokojowej i również chęć zaangażowania narodowego kontyngentu Wielkiej Brytanii. Sądzę jednak, że potrzebna jest zgoda Rady Bezpieczeństwa na ukierunkowane sankcje, ponieważ działania – podział administracyjny kraju – podjęte przez władze Południowego Sudanu świadczą o tym, że nadal brak jest dobrej woli do realizacji porozumienia.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Commissaire, pour Ebola, nous nous sommes mobilisés. 11 000 personnes, et là nous parlons de 100, 200 fois plus de morts. La situation du Soudan du Sud n'est malheureusement qu'un cas d'école du chaos que la politique européenne – en fait la politique occidentale sous le leadership des Américains – laisse sur son passage.

Dans un ensemble tribal complexe entre Dinka et Arabes, amplifié par les divisions religieuses internes, divisions religieuses internes également au Soudan du Sud, il fallait maintenir à tout prix l'unité du Soudan. Cependant, quand il s'agit d'appuyer la politique américaine, la remise en question des frontières et la partition de pays sont possibles et soutenues par l'Union. On a donc toujours un double langage. En l'occurrence, je ne change pas, je suis toujours pour l'unité nationale. Le Soudan du Sud pourrait désormais, on pourrait même se diriger vers une partition dans la partition.

C'est sous l'égide de l'ONU et de l'Union africaine qu'une solution au conflit sera trouvée. Soutenons le gouvernement transitoire d'union nationale, mais la division du Soudan fut une erreur.

Andrej Plenković (PPE). – Gospodine predsjedniče, poštovana visoka predstavnice Mogherini, prije svega pozdravljam potpisivanje mirovnog sporazuma u Jubi iz kolovoza između snaga vlade Južnoga Sudana i pobunjeničkih skupina čime se trebao okončati dvadesetomjesečni oružani sukob u ovoj najmlađoj afričkoj zemlji.

Međutim, sigurnosne tenzije nakon potpisivanja sporazuma diljem zemlje, uključujući glavni grad, su i dalje zabrinjavajuće i dovode u pitanje distribuciju humanitarne pomoći. Tome nije pridonijela niti odluka predsjednika Kiira o novoj teritorijalnoj podjeli jer je suprotna tekstu i smislu sporazuma. Odluke o ustrojstvu države mogu se donijeti jedino političkim dijalogom suprotstavljenih strana.

U mjesecima koji dolaze pred Južnim Sudanom ključne su zadaće obnova, tranzicija, unapređenje demokratskih institucija, a trenutni prioritet očuvanje mira, rješavanje vrlo teške humanitarne situacije te adekvatno suočavanje s ostalim izazovima ovog postkonfliktnog društva. Potrebno je uspostaviti učinkovit sustav procesuiranja najtežih ratnih zločina, suzbijanja organiziranog kriminala te pružanja pomoći žrtvama seksualnog nasilja te vojnog iskorištavanja djece.

Unija u tom kontekstu mora podržati punu provedbu mirovnoga sporazuma te strateški pridonijeti izgradnji ove slabe države po svim međunarodnim kriterijima. 300 milijuna eura humanitarne pomoći je bitno kroz 2015., a budući da ima još 4 milijuna pothranjenih ljudi, 2 milijuna koji su morali napustiti svoje domove, a dvije trećine stanovništva ovisi o humanitarnoj pomoći, mislim da zajedno s Afrikom unijom i drugim organizacijama moramo dati dodatni doprinos međunarodnoj humanitarnoj katastrofi u Južnome Sudanu.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, a catástrofe humanitária no Sudão do Sul é resultado de um conflito não sanado, em parte instigado do exterior, na própria região, representada no IGAD. Não vale a pena fingir que não é assim.

A comunidade internacional não pode continuar a silenciar o grau de destruição, de atrocidades e de perda de vidas humanas, como tem feito a União Africana, designadamente demorando o relatório sobre as atrocidades a que se referiu Federica Mogherini.

Os países europeus que apoiaram a cisão do Sudão em 2011 não podem agora assobiar para o ar, não podem não fazer todos os seus esforços para que haja paz, segurança, para que a União Africana e as Nações Unidas consigam um cessar-fogo, mecanismos de reconciliação nacional, justiça de transição. E isso implica sanções direcionadas e um rigoroso embargo de armas.

É urgente assegurar o acesso humanitário imediato a todas as zonas para resgatar e salvar feridos, mutilados, pessoas em risco de serem chacinadas na violência indiscriminada ou dizimadas pela fome. Não podemos fechar os olhos às atrocidades que acontecem enquanto falamos: mulheres a serem usadas como arma de guerra, crianças a serem forçadas a combater e depois violadas, castradas, postas dentro de edifícios a arder. Já chega do infame silêncio.

A União Europeia deve estar na primeira linha a exigir que o Conselho de Segurança aja para pôr fim à barbárie que envergonha toda a Humanidade. Gostava de acreditar, como Federica Mogherini, que a IGAD pode resolver este problema, tal como o processo de Cartum pode funcionar para nos ajudar a resolver a outra crise de refugiados que temos à nossa porta, mas infelizmente não acredito.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Mark Demesmaeker (ECR). – Zuid-Sudan is zowat de jongste staat ter wereld, maar in 2011 werd het eigenlijk geen staat. Het werd een gewelddadige kleptocratie, gevangen in een kluwen van regionale belangen en allianties van en tussen buurstaten en allerlei rebellengroepen. De bevolking heeft alleen nog maar gruwel en straffeloosheid gezien.

Er is nu een vredesakkoord. De strijdende partijen hebben toezeggingen gedaan om deel te nemen aan een overgangsproces. Vergeef me mijn scepsis, maar zonder sterk internationaal engagement blijft het ook deze keer een papieren vrede. Zijn wij met onze partners in de regio klaar voor zo'n engagement om erop toe te zien dat wapenhandel en plunderingen van natuurlijke rijkdommen ophouden, dat de gestolen goederen worden bevroren en teruggegeven, en dat wie zich te buiten is gegaan aan misdaden ook verantwoording aflegt en gestraft wordt? De Unie kan niet anders dan een actieve rol opnemen. Het moet meer zijn dan *business as usual*. Er is behoefte aan sterke bemiddeling, gerichte ontwikkelingssamenwerking en, indien nodig, financiële en andere sancties tegen de hoofdrolspelers. De EU moet niet altijd lief zijn. Lief is een woord dat ik in verband met Zuid-Sudan nog niet ben tegengekomen.

Joachim Zeller (PPE). – Herr Präsident, Hohe Vertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal eine Debatte im Parlament über die Lage im Südsudan. Die wievielte eigentlich? Das Positive daran ist sicherlich, dass wir unsere Augen nicht von dem Schicksal der Menschen in diesem Land abwenden. Ende August kam es nun wieder zu einem Friedensabkommen zwischen den Führern der verfeindeten Gruppen, dem Präsidenten Salva Kiir und dem ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar. Nur, das wievielte Friedensabkommen war es denn bereits seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges? Trotzdem – und die hohe Vertreterin hat darauf hingewiesen – geht das Töten weiter. Anscheinend ist das Morden dort bei vielen bereits zum Selbstzweck geworden. Und wenn man gesehen hat, dass bereits Kinder nichts anderes mehr kennen, dass eine ganze Generation nur in Krieg und Gewalt herangewachsen ist, dann sieht man, dass es dort auch eine humanitäre Katastrophe ist. Auf den Hungertod von Zehntausenden, auch durch die Dürre hervorgerufen, die jetzt dort herrscht, ist bereits hingewiesen worden.

Das jüngste Friedensabkommen zwischen den Konfliktparteien wurde nur durch starken außenpolitischen Druck erzeugt. Aber Präsident Kiir sprach noch am Tag der Unterzeichnung des Abkommens von einem erzwungenen Friedensabkommen – kein gutes Zeichen. Deshalb darf der Druck auf die Machthaber im Südsudan nicht nachlassen, und die EU und auch ihre Mitgliedstaaten sollten sich an die Seite der USA stellen und Sanktionen gegen die führenden Leute im Südsudan nicht mehr ausschließen, wenn sie dieses Friedensabkommen nicht umsetzen und ihren Bürgern nicht endlich Frieden geben.

Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, riconosciamo gli sforzi compiuti dall'Unione Africana e dall'IGAD nel promuovere l'accordo di pace in Sud Sudan. Un accordo tuttavia minacciato dalle diffidenze di governo e ribelli e dalle violenze che continuano in questo Stato. Milioni di sud sudanesi soffrono ormai da troppo tempo, mentre alla guerra rischia di aggiungersi una gravissima carestia. Dobbiamo garantire un accesso sicuro alle organizzazioni umanitarie che operano nell'area, fornendo così l'aiuto necessario alla popolazione.

Pace, signor Presidente: questa è la speranza che ha accompagnato la nascita del Sud Sudan, un paese nato dalle macerie di una guerra civile senza fine. Pace non solo per il popolo sud sudanese, che soffre da decenni, ma per l'intera regione dell'Africa orientale. Non ci può essere tuttavia pace senza giustizia. Per questo è fondamentale in questo contesto l'istituzione di una Corte ibrida che faccia luce sui crimini commessi e dissolva lo spettro dell'impunità, che rischia di accompagnare questo conflitto. Infine vorrei ringraziare l'Alto rappresentante Federica Mogherini per il lavoro svolto sul tema della pace.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, I would like to thank Ms Mogherini sincerely for her passionately positive message in reminding us of our constructive role and of the need for a reality check to help heal conflicts abroad.

The same applies, of course, for South Sudan because the refugee crisis we are facing in Europe should not prevent us paying attention to the similar tragedy that South Sudan is facing. True, it is still unclear if there is enough political goodwill to implement a ceasefire but I welcome the EU's willingness to step up our engagement. Our absolute priority is to secure a credible peace and implementation of the Cotonou Agreements: without that, even humanitarian aid will not reach those in need, and South Sudan will face hunger.

Dienstag, 27. Oktober 2015

We hope to do our utmost to enable this war-torn country to move towards stability, security and national reconciliation.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, four years after the independence referendum, the army still conducts military operations in the disputed areas and the tragic consequences of these operations affect the civilian population. The EU must continue with the increased development assistance to meet South Sudan's needs, ensuring that the safety of the people is the first and foremost consideration. It is vital to make sure that the support gets to where it is needed most.

It is unfortunately true that the current conflict was easy to predict – so why is it that we could not avoid it? Why do we have to repeat the same patterns in different parts of the world? Why is it that, first, comes the desire for freedom, and later it is defeated by bloody greed. This lesson has still not been learned, and we have to remember that.

Pytania z sali

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in quest'Aula abbiamo parlato più volte della difficile situazione del Sudan, un paese che fa registrare violazioni diffuse e sistematiche dei diritti umani, il cui governo continua a reprimere le libertà fondamentali, anche attraverso la pratica di arresti arbitrari di giornalisti e *leader* di partiti politici. Negli ultimi giorni sono stati uccisi in una sola contea, nello Stato di Unity, 80 civili, e tra questi 57 bambini. Nel Sud Sudan, secondo la denuncia degli organismi dell'ONU (FAO, UNICEF e World Food Programme), oltre 30 000 persone rischiano di morire di fame e altre decine di migliaia sono a rischio carestia.

Dall'inizio del conflitto nel Sud Sudan, quasi due anni fa, è la prima volta che il cosiddetto modello integrato per la classificazione del rischio dell'emergenza alimentare dell'ONU registra il livello 5, quello della catastrofe, il più alto nella scala da uno a cinque, per tutte le fasce della popolazione. Se non si vuole che la situazione precipiti ulteriormente, è necessario che l'Europa e la comunità internazionale si mobilitino anche in collaborazione con l'Unione Africana per favorire la riconciliazione nazionale e per sostenere un processo di ricostruzione politica e istituzionale del paese.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το Νότιο Σουδάν, παρότι έχει πολλές πλουτοπαραγωγικές πηγές, εν τούτοις ο πληθυσμός του ζει κάτω απ' τα όρια της φτώχειας. Ταυτόχρονα, απ' το 2013 βρίσκεται σε εμφύλιο πόλεμο μεταξύ των φυλών Νούερ και Ντίγκα. Επιπλέον, σύμφωνα με τον ΟΗΕ, στο Νότιο Σουδάν το μεγαλύτερο μέρος του πληθυσμού βρίσκεται σε κίνδυνο λιμού· αυτή τη στιγμή υποσιτίζεται.

Επιπλέον, 2,2 εκατομμύρια άνθρωποι έχουν εκτοπιστεί εντός και εκτός της χώρας και έχουν πέσει, μεγάλος αριθμός από αυτούς, θύματα των νοτιοσουδανών στρατιωτών.

Τη στιγμή λοιπόν που ο ΟΗΕ κάνει έκκληση για ανθρωπιστική βοήθεια στην περιοχή, η Ευρωπαϊκή Ένωση θα πρέπει να συμβάλει στην οικοδόμηση του νέου Νότιου Σουδάν. Παράλληλα, θα πρέπει να υποστηρίξει τη δράση των ανθρωπιστικών οργανώσεων, δίνοντας χρηματοδότηση για να παρέχουν τρόφιμα και υγειονομική περίθαλψη στον πληθυσμό. Τέλος πρέπει να εφαρμοστεί η ειρηνευτική συμφωνία που υπογράφηκε στην Αντίς Αμπέμπα τον Μάιο του 2014 για μόνιμη κατάπαυση του πυρός.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodo Visoka povjerenice, imate našu potpunu podršku za ono što činite, ali zaista vas iskreno pozivam da se usmjerite na dva ključna momenta. Jedan je kažnjavanje svih zločinaca.

Iz područja Europe gdje je nedavno bio rat prije samo nešto više od 20 godina, odakle ja dolazim, znam što znači kažnjavanje zločinaca, istjerivanje pravde, jer oni koji su zloupotrebljavali žene, oni koji su zloupotrebljavali djecu i oni koji su činili ratne zločine, njih zaista treba izvesti pred lice pravde.

I drugo je ono što ionako činimo, ali očito moramo uložiti dodatne napore. Pitanje je, je li 300 milijuna eura dovoljno, očito nije. Humanitarna pomoć je zaista ono ključno što u ovom trenutku očekujemo da učinite kako bi ona došla zaista do svake osobe koja u Južnom Sudanu tu humanitarnu pomoć i te kako iščekuje.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a situação do Sudão do Sul representa ainda um resquício do período colonial onde a tática, ainda atual, consistia em dividir para reinar.

A criação, em 2011, do Sudão do Sul é indissociável da presença de importantes reservas petrolíferas. Só desta forma conseguimos perceber como nascem os conflitos fratricidas, travestidos de guerras religiosas. As armas não caem do céu, são fornecidas às facções em guerra por interesses poderosos, cuja origem nem sequer é difícil descortinar. Provavelmente não é por acaso que a Glencore International, gigante das matérias-primas, conhecida pelo seu desprezo pelos direitos humanos, domina hoje a produção de petróleo naquele país. Esta empresa, sediada na Suíça, está implicada numa sucessão de escândalos relacionados com fraude e evasão fiscais, tráfico de armas, etc...

A solução para este conflito só pode residir no respeito pela soberania do povo do Sudão do Sul, no seu direito a dispor dos seus recursos. Implica, por isso, cessar de forma imediata todo o fornecimento de armas, sendo esta uma condição absolutamente necessária para qualquer processo de reconciliação minimamente consistente.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, un raccolto annuale molto scarso, 30 000 persone a rischio di morte per fame, un terzo della popolazione sull'orlo di una catastrofe umanitaria, migliaia di bambini soldato, massacri etnici, uso sistematico di torture e violenza sessuale, l'arma più ignobile per destabilizzare il nemico, come ci insegna Denis Mukwege. Nella guerra violentissima tra i Dinka di Kiir e i Nuer di Machar non ci sono buoni e cattivi, ma solo una lotta di potere senza limiti e centinaia di migliaia di vittime innocenti, in un paese che ha già avuto 2,5 milioni di morti e centinaia di migliaia di orfani e profughi nella precedente guerra civile con il Sudan.

La notizia della nuova firma per proseguire l'implementazione degli accordi di pace a Giuba è un barlume di speranza, ma lo spettro dell'odio etnico e di una frammentazione ancora maggiore degli interessi legati all'estrazione dei ricchi giacimenti di idrocarburi e allo sfruttamento dell'acqua, oggetto del desiderio – tra i tanti – degli appetiti cinesi, bastano e avanzano a metterci in guardia.

La più giovane nazione del mondo ha bisogno non delle armi e delle grandi multinazionali, ma dell'esperienza e del sostegno, anche economico, della vecchia Europa per sostenere l'accordo di pace, per costringere le parti a cooperare e per imparare a camminare sulla via della democrazia, e questo passa anche dalla lotta all'impunità. Non permettiamo a cinesi, arabi e tanto meno a noi stessi di farne una colonia da sfruttare. Quel cattivo esempio, l'abbiamo già dato per secoli. Se non possiamo riparare agli errori del passato possiamo almeno impedire quelli del futuro.

(Koniec pytań z sali)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, I promise I will be less passionate, but not because I care less – on the contrary, because one has to be reasonable enough not to overstate the case, and also because I really appreciate the debate we have had here this evening. I have found it helpful in relation to the work we have to do.

On the one hand – conscious of the fact that we have a role to play in this crisis, but that our role is very much in support of and in coordination with the regional players, starting with the African Union – I completely agree with all of you who mentioned the work with regional and international players as the strong point of our action in this crisis. There are two sides to the task. Firstly, the humanitarian side needs to remain the focus of our work: we have a responsibility, as by far the leading humanitarian contributor in the crisis, and again I would underline the need to keep our attention focused on humanitarian refugee crises that are apparently far away from our borders. Moreover, this is not only a matter of moral responsibility and human responsibility, it is also a matter of investment in stability and in the future for a large part of the world's population.

Secondly, on the political track, with regard to the implementation of the agreement, I would point out that this is an agreement signed under difficult circumstances, in a very fragile situation. As I said in my opening statement, the international community must continue, and we must continue, to support the people of South Sudan as the implementation of the peace process begins.

Dienstag, 27. Oktober 2015

More than anything, the leaders of the country have to exercise full responsibility. On both sides – as many of you mentioned – there are spoilers. There are interests opposing the agreement, and they must be told loud and clear that if they do not implement the agreement they will be held responsible for the consequences of their actions. That message has to come clearly and in unison from all of us. Only a concerted effort by political leaders will bring an end to the suffering of the people in South Sudan and enable them to live in peace.

I believe the signing of the agreement offers space and an opportunity for that, but implementation is, as we can see, extremely difficult. Our work with our African partners is pushing in this direction.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

14. EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer - Kohäsionspolitik und Überprüfung der Strategie Europa 2020 — Die europäischen Struktur- und Investitionsfonds und die ordnungsgemäße wirtschaftspolitische Steuerung - Ausrichtung der Kohäsionspolitik 2014-2020 auf Vereinfachung und Leistung (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest wspólna debata nad:

— sprawozdaniem sporządzonym przez Ivana Jakovčiča w imieniu Komisji Rozwoju Regionalnego w sprawie strategii UE dla regionu adriatycko-jońskiego (2014/2214(INI)) (A8-0279/2015) oraz

— sprawozdaniem sporządzonym przez Fernando Ruasa w imieniu Komisji Rozwoju w sprawie polityki spójności i przeglądu strategii „Europa 2020” (2014/2246(INI)) (A8-0277/2015) oraz

— sprawozdaniem sporządzonym przez José Blanco Lópeza w imieniu Komisji Rozwoju Regionalnego w sprawie europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych a należytego zarządzania gospodarczego; wytyczne dotyczące stosowania art. 23 rozporządzenia w sprawie wspólnych przepisów (2015/2052(INI)) (A8-0268/2015) oraz

— pytaniem wymagającym odpowiedzi ustnej skierowanym do Komisji przez Iskrę Mihaylovą w imieniu Komisji Rozwoju Regionalnego w sprawie uproszczenia polityki spójności na lata 2014-2020 i ukierunkowania jej na wyniki (O-000127/2015 - B8-1103/2015).

Ivan Jakovčič, izvijestitelj. – Gospodine predsjedniče, 30. 6. 2006. godine u Puli, Pola, u Istri, Hrvatskoj osnovali smo Jadransku euroregiju. 27 regija koje su na Jadranu i na Jonskom moru zajednički odlučile surađivati jer su vidjele zajedničku budućnost upravo u suradnji na Jadranu i Jonskom moru. 2010. godine te iste regije ponudile su u Odboru regija strategiju Europske unije koju smo po uzoru na Baltičku strategiju i kasnije na Dunavsku strategiju htjeli imati na Jadranu. 2015. godine, znači desetak godina poslije toga, talijansko predsjedništvo lansiralo je strategiju za Jadransko i Jonsko more i danas imamo ovu strategiju o kojoj raspravljamo.

Imamo četiri zemlje članice koje su dio te strategije, Italija, Slovenija, Hrvatska i Grčka, i imamo četiri zemlje koje su zemlje kandidatkinje. To su Srbija, Crna Gora i Albanija i zemlja potencijalni kandidat Bosna i Hercegovina. To samo pokazuje koliko je ova strategija važna i koliko je s druge strane djelomično i komplicirana jer naravno da je to i jedna vrsta laboratorija za zemlje koje nisu članice Europske unije i za njihov ulazak u Europsku uniju.

Međutim, ova strategija poznaje četiri stupa. Poznaje stup infrastrukture, kao jedan od ključnih stupova kojega koordiniraju Italija i Srbija i tu želim posebno naglasiti iznimnu važnost koju pridajem povezivanju regije. Naime, nedvojbeno je da nam trebaju koridori kao što je Jadransko-jonski koridor, kako onaj na zapadnom dijelu, dakle praktički u Italiji i onaj koji je u istočnom dijelu, onaj koji ide na neki način od Trsta do Igumenice, pa dalje do Atene. Treba nam također i povezivanje koje ide sa zapada prema istoku i istoka prema zapadu, od Iberijskog poluotoka koji se spaja na Apeninski i onda na Balkanski poluotok.

Drugi važni stup je turizam i tu želim istaknuti problem kratke sezonalnosti našeg turizma gdje upravo kultura, poljoprivreda i mnogi drugi novi proizvodi mogu razriješiti ovu sezonalnost o čemu govorimo u našoj strategiji.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Plavi rast, brodogradnja je gotovo zaboravljena. Vratimo se brodogradnji. Brodogradnja je dobra europska industrija i mislim da o tome moramo razgovarati. Naravno i akvakultura kao nešto što dobro poznajemo na Jadranskom i Jonskom moru.

Četvrti stup je zaštita okoliša. Svi smo jako senzibilni na okoliš. Svima nam je stalo da naš Jadran i naše Jonsko more bude čisto more i da ga zaštitimo što je moguće više od pogotovo eksploatacija koje u ovom trenutku možemo na neki način predvidjeti. U budućnosti moramo učiniti sve kako bismo zaštitili naš Jadran.

Ono što želim posebno istaknuti u ovom trenutku je činjenica da je upravo područje o kojemu govori ova strategija Europske unije područje u kojemu se susrećemo sa problemom migranata i izbjeglica. I želim se na neki način zahvaliti svima onima pojedincima, običnim građanima koji nam pomažu da prevladamo ovu veliku krizu, ovu tešku situaciju. Naravno u ovom kontekstu sve zemlje koje sudjeluju u tome su iznimno važne i iznimno bitne i dobro je da je Juncker sazvao ovaj svoj sastanak u Bruxellesu jer je bilo važno da se i na tom nivou govori o problemu izbjeglica. Ponavljam, zapadni Balkan i ovom prilikom pokazuje koliko je važan za Europsku uniju i zato plediram da svi zajedno i te kako ozbiljno razmislimo o tome kako ćemo zapadni Balkan i sve zemlje koje još nisu članice prigrbiti u naše društvo koje se zove Europska unija.

Na kraju se želim zahvaliti svim kolegicama i kolegama s kojima sam surađivao na ovoj strategiji, na ovom izvješću i nadam se uskoro nastavku naše suradnje .

Fernando Ruas, relator. – Senhor Presidente, Senhora Comissária, Caras e caros Colegas, foi com entusiasmo que assumi este relatório de iniciativa. Fui presidente de câmara durante 24 anos e também presidente da Associação Nacional de Municípios Portugueses durante 12 anos. Nessas funções, e também, fundamentalmente, como cidadão de um Estado-Membro da coesão, aprendi a respeitar e a aplicar, consequentemente, os Fundos Estruturais e de Investimento no meu país.

A política de coesão, alinhada neste quadro financeiro plurianual com os objetivos da Estratégia Europa 2020, tem sido o principal instrumento de desenvolvimento da União Europeia. De facto, os seus objetivos de redução das disparidades entre regiões europeias e de promoção da convergência têm contribuído para um desenvolvimento mais harmonioso da nossa União, devendo mesmo sublinhar que, no anterior quadro comunitário, a política de coesão foi, em muitos dos nossos Estados-Membros, praticamente a única fonte de investimento no território. É por isso que, em boa hora, e num esforço de antecipação do diálogo e da reflexão interinstitucional que hoje mesmo iniciamos com a Comissão sobre a revisão da Estratégia Europa 2020, a Comissão REGI decidiu, desde já, dar a conhecer a sua posição sobre a matéria. Senhora Comissária, espero que esta posição passe, a partir de amanhã, a ser também a posição do Parlamento Europeu sobre a política de coesão e a revisão da Estratégia Europa 2020.

Assim, de uma forma resumida, sublinhamos que gostaríamos de ter uma revisão equilibrada e inteligente da estratégia, centrada numa maior interligação entre os seus cinco objetivos e as suas iniciativas emblemáticas, bem como a possibilidade de metas regionais diferenciadas voluntárias para a estratégia, discutidas a nível regional, uma maior precisão nos indicadores de progresso fornecidos pelo Eurostat a nível das NUTS 2 e das NUTS 3 e uma forte aposta na governação multinível e na importância da apropriação e da implementação, no terreno, da estratégia por parte de todos os seus intervenientes.

Neste âmbito, aliás, afigura-se-nos importante a realização de um pacto entre as autoridades regionais e as instituições europeias para assegurar a apropriação e a participação destes importantes agentes administrativos na estratégia, assim como a adoção de um código de conduta, na linha, aliás, do já adotado no âmbito da política de coesão, e o envolvimento atempado do Parlamento Europeu em todas as discussões relevantes, visando a conceção das políticas cobertas pela estratégia, a sua implementação e também a sua avaliação. A revisão da estratégia deve ainda promover uma maior articulação e o reforço das sinergias entre a política de coesão e os fundos Horizonte 2020, com vista à prossecução das metas e dos objetivos da própria estratégia, bem como o reconhecimento do importante papel das cidades e das zonas urbanas de pequena, média ou grande dimensão e, muito concretamente, da gente urbana para o futuro da Estratégia Europa 2020.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Importa sublinhar a pertinência do novo instrumento de investimento da União Europeia, o Fundo Europeu de Investimentos Estratégicos, conhecido por Plano Juncker, que mobilizará já um montante máximo de 315 mil milhões de euros em investimentos, com o objetivo de reduzir o défice de investimento na União Europeia e também de maximizar o impacto da despesa pública, mas relevando que o mesmo deverá ser sempre complementar e adicional aos Fundos Europeus Estruturais e de Investimento.

Para concluir, espero e desejo que não se verifiquem os lamentáveis atrasos no arranque da implementação da política de coesão registados no início do quadro financeiro atual. Assim, quer a política de coesão, quer a próxima estratégia a longo prazo da União Europeia deverão ser elaboradas antes do final do atual mandato da Comissão Europeia. Sobre esta questão, lembro ainda que também existirão eleições para o Parlamento Europeu em 2019, o que colocará restrições temporárias significativas, não só aos legisladores — por exemplo, no que respeita ao calendário das negociações — como ainda à próxima Comissão e mesmo aos Estados-Membros, no que concerne à preparação e aprovação dos novos acordos e das parcerias de programas operacionais, o que naturalmente se espera que venha a acontecer antes do início do próximo quadro comunitário.

José Blanco López, ponente. – Señor Presidente, durante la pasada legislatura uno de los aspectos más controvertidos del proceso de negociación del Reglamento sobre disposiciones comunes de los Fondos Estructurales y de Inversión fue la denominada «condicionalidad macroeconómica» del artículo 23. Quiero comenzar agradeciendo a todos los ponentes alternativos y a sus grupos políticos su disponibilidad y colaboración a lo largo del amplio proceso de negociación, que ha posibilitado el acuerdo contenido en este informe.

A todos nos preocupan las implicaciones prácticas de las reprogramaciones y suspensiones de fondos a las que puede dar lugar la macrocondicionalidad. Considerando un momento de crisis como el actual, que ha provocado una fuerte caída de la inversión, la política de cohesión es clave a la hora de mantener el nivel de inversión de los Estados miembros y sus regiones, en particular, para la mejora del empleo.

Entendemos, por ello, que la condicionalidad macroeconómica debe ser considerada como último recurso que responda al único objetivo de contribuir a una ejecución más eficaz de los fondos. Esto es, toda decisión en virtud del artículo 23 cabe únicamente en contextos excepcionales, debiendo estar bien ponderada y exhaustivamente justificada, a fin de garantizar su transparencia, verificación y revisión. Y así queda reflejado en este informe.

Tal y como se consagra en el mismo, la consecución de los objetivos de los Fondos Estructurales y de Inversión no debe verse obstaculizada por los mecanismos de gobernanza económica, lo que impide reconocer la importancia de estos a la hora de contribuir a un entorno macroeconómico estable y a una política de cohesión eficiente y orientada a los resultados. Y, además, en este informe quise destacar algo que no fue objeto de la Comunicación de la Comisión: el papel que tenía que tener el Parlamento para democratizar mucho más esta decisión. Y, por lo tanto, una buena coordinación institucional es esencial para garantizar la complementariedad en la interacción entre cohesión y buena gobernanza económica.

En este sentido, he concedido una particular atención a la participación del Parlamento Europeo en caso de la activación de la macrocondicionalidad, lamentando las directrices de la Comisión, que no contienen ninguna referencia a la misma. Comisión, Consejo y Parlamento debemos entablar un diálogo estructurado, a escala interinstitucional, que garantice una colaboración constante y clara y un flujo adecuado de información durante todo el proceso.

El Parlamento deberá ser informado, de manera inmediata, sobre cualquier solicitud de reprogramación y suspensión de pagos, a fin de que pueda expresar su posición en tiempo y forma y de que esta sea tomada en consideración por parte de la Comisión, de quien exigiremos rendición de cuentas. Y solicitamos, además, un enfoque de alerta temprana a los Estados miembros afectados por una reprogramación, al tiempo que pedimos que la Comisión lleve a cabo, en estrecha colaboración con el Estado miembro afectado, un análisis exhaustivo de todas las opciones distintas a la aplicación del artículo 23, que solo se tiene que aplicar como caso excepcional y en el último momento.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Estos son algunos de los principios y aspectos y reivindicaciones que quiero resaltar en esta primera intervención. Se trata, pues, de un informe que creo equilibrado y, además, que va encaminado —y me empeñé especialmente en esto— a una aplicación lo más justa y lo más democrática posible de lo contenido en el artículo 23.

Yo estaba en contra del artículo 23. Ahora no es el momento de esa discusión. Ahora la discusión es cómo se puede aplicar el artículo 23 para que su aplicación sea lo más justa y lo más democrática posible.

Younous Omarjee, auteur. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, c'est au nom de la commission REGI que je m'exprime pour présenter la question de la simplification et de l'efficacité de la politique de cohésion pour 2014-2020. Je laisserai à mes collègues le soin de donner le sentiment au nom de notre groupe.

Avec le nouveau cadre financier pluriannuel initié le 1^{er} janvier 2014, c'est une nouvelle période qui a débuté pour la politique de cohésion. Beaucoup a été fait, nous le savons tous, mais ce n'est pas parce que des progrès certains – il est vrai – ont été accomplis que nous devons dès lors considérer que notre travail est terminé. Notre travail législatif, au contraire, ne fait que se renforcer avec la mise en place de la nouvelle période de planification de la politique de cohésion et, avec elle, un certain nombre d'inquiétudes sont apparues.

Depuis maintenant presque deux ans que la politique de cohésion est en place, les bénéficiaires nous ont fait part des difficultés qu'ils éprouvent au quotidien. Nous voilà donc confrontés, en tant que législateurs, à notre rôle d'observation et de suivi de la mise en place de cette politique dans l'ensemble des régions européennes. Nous comptons jouer pleinement ce rôle, Madame la Commissaire, et c'est pourquoi nous avons multiplié les auditions, les échanges de vues ainsi que les missions sur le terrain. Nous devons le faire non seulement pour soutenir les bénéficiaires, mais aussi pour savoir quelles erreurs il faut éviter à l'avenir et ce que nous pourrions corriger soit lors de la révision à mi-parcours, soit pour la nouvelle période de programmation qu'il faudra bien préparer.

Il y a environ deux semaines, la commission du développement régional a organisé une audition sur la simplification, et le constat est toujours le même: il est toujours très difficile de s'y retrouver dans le labyrinthe des méandres administratifs. Nous devons reconnaître, Madame la Commissaire, que la Commission fait preuve de bonne volonté pour résoudre ce problème, et la création du groupe d'experts indépendants en est la preuve. La première réunion de ce groupe a eu lieu – vous le savez – il y a sept jours et a identifié trois défis principaux pour l'année à venir. C'est le signe que certains obstacles sont connus de nous depuis fort longtemps et aussi que les travaux progressent très vite. J'ai aussi plutôt tendance à croire que nous, parlementaires européens, connaissons ces problèmes depuis effectivement très longtemps, et ces obstacles sur le chemin d'une mise en œuvre efficace de la politique de cohésion sur le terrain sont encore, il faut bien le reconnaître, très nombreux. C'est vrai pour la gestion des fonds au niveau européen, mais c'est aussi vrai au niveau des États membres, au niveau régional et au niveau local.

Je voudrais juste, si vous le permettez, citer une phrase entendue lors de notre récente audition. Il a été dit qu'il faut, pour chaque nouveau texte, chaque nouveau groupe, toujours plus d'explications et toujours plus d'expertise pour s'y retrouver. En réalité, très souvent, personne ne s'y retrouve puisqu'il y a une tendance à la complexité plus qu'à la simplification.

Le credo de la Commission Juncker est de légiférer moins et de légiférer mieux, ce qui revient à une réglementation plus simple et efficace. Sur ce plan, le Parlement européen, dans son rôle de colégislateur, devra aussi évaluer là où nous-mêmes, nous avons complexifié des règles qui sont déjà complexes et ajouté des couches parfois superflues.

Nous savons aussi qu'il y a une contradiction entre l'objectif que nous proclamons tous et la tendance toujours plus grande à renforcer les contrôles, à privilégier la discipline, à surveiller et à punir. Moins la confiance règne entre les institutions européennes et les bénéficiaires, plus la paperasserie augmente.

Nous devons aussi essayer de faire en sorte que le principe de proportionnalité soit respecté. Plus les sommes engagées ou dépensées sont importantes, plus les procédures peuvent être complexes, ne serait-ce que pour garantir l'usage approprié des fonds et éviter tout risque d'irrégularité.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Et je terminerai, Madame la Commissaire, en vous disant à quel point nous sommes attachés à l'établissement d'un dialogue structuré avec notre commission, évidemment, mais aussi avec l'ensemble des acteurs, et en particulier le Comité des régions.

Corina Crețu, Membră a Comisiei. – Domnule Președinte, doamnelor și domnilor deputați, vă mulțumesc, este o plăcere pentru mine să fiu în această seară aici. Aș dori să le mulțumesc și raportorului, domnului Ruas, domnului Blanco López și domnului Jakovčić pentru cele trei rapoarte importante pe care le discutăm astăzi. Mulțumesc și domnului Omarjee în legătură cu comentariile sale privind simplificarea.

După cum știți, această Comisie a fost desemnată cu un mandat clar, acela de a lucra pentru un nou început pentru Europa, în baza a zece priorități politice majore și, bineînțeles, fondurile europene structurale și de investiții contribuie în mod activ la multe dintre aceste priorități, așa cum se reflectă și în cele trei rapoarte pe care le discutăm astăzi: revizuirea strategiei Europa 2020, buna guvernare economică și situația actuală a strategiei UE pentru regiunea Mării Adriatice și a Mării Ionice. Permiteți-mi să încep prin a vorbi pe scurt despre aceste rapoarte, după care mă voi referi și la procesul de simplificare actual.

În primul rând, raportul domnului Ruas, Strategia UE 2020; strategia vizează cinci obiective specifice în următoarele domenii: ocuparea forței de muncă, inovarea, schimbările climatice și sustenabilitatea energetică, educația, precum și combaterea sărăciei și a excluziunii sociale. Din păcate, consecințele crizei economice, precum creșterea șomajului și redresarea economică foarte lentă, au reprezentat un obstacol real în îndeplinirea acestor obiective. În acest context, Comisia a început un proces de reflecție asupra viitorului acestei strategii. Anul trecut am lansat o consultare publică care a arătat că Strategia Europa 2020 și obiectivele sale sunt încă foarte relevante, dar și faptul că mai avem multe de făcut pentru a ne atinge obiectivele propuse. Doresc să salut sugestiile domnului Ruas, domnului raportor, privind îmbunătățirea cunoștințelor și necesitatea asumării responsabilității pentru Strategia 2020 de către autoritățile locale și regionale, statele membre și toate părțile interesate și vă îndemn, sigur, împreună, să continuăm să mobilizăm și parlamentele naționale în acest sens.

În legătură cu raportul domnului Blanco López privind guvernarea economică sigură, aș dori să reafirm angajamentul deplin al Comisiei Europene de a acționa strict în cadrul prevăzut de articolul 23 al Regulamentului privind dispozițiile comune ale acestor fonduri. Aceste prevederi au fost stabilite cu scopul de a spori eficiența fondurilor europene și, în acest context, acordurile de parteneriat și programele operaționale au fost deja gândite în conformitate cu recomandările specifice fiecărei țări. Așadar, Comisia Europeană va folosi competențele sale de reprogramare doar atunci când acest lucru poate avea un impact real asupra implementării recomandărilor specifice pentru fiecare țară. În aceeași ordine de idei, aș dori să vă reamintesc faptul că săptămâna trecută a fost adoptată comunicarea Comisiei privind pașii de urmat pentru finalizarea uniunii economice și monetare a Europei. Așa cum am mai spus în această sală, în cazul în care se îndeplinește una dintre condițiile pentru o eventuală suspendare a fondurilor structurale și de investiții, Comisia Europeană va informa imediat Parlamentul, și sunt total de acord cu domnul Blanco López din acest punct de vedere.

În legătură cu strategia macro-regională adriatico-ionică, mă bucur să spun că aceasta este a treia strategie macro-regională a Uniunii Europene. Exact aproape cu un an în urmă am fost prezentă la Milano pentru lansarea acestei strategii. A fost adoptată anul trecut. Ea urmărește să promoveze prosperitatea economică și socială durabilă în regiune și să contribuie la integrarea în Uniunea Europeană a țărilor din Balcanii de Vest și salut raportul dumneavoastră, domnule Jakovčić, care include mai multe recomandări valoroase prezentate în detaliu.

Aș dori să profit de această ocazie pentru a reaminti faptul că noi, Comisia Europeană, suntem gata să ajutăm la punerea în aplicare a strategiei, dar, pentru a i se asigura succesul, sunt necesare câteva condiții. În primul rând, țările participante să își asume responsabilitatea și angajamentul ferm în sprijinul acestei strategii, alocând resurse suficiente, resurse administrative. În al doilea rând, politicile naționale și regionale, planurile de investiții și fondurile alocate trebuie să fie în acord cu obiectivele strategiei și, în al treilea rând, societatea civilă trebuie să fie implicată în mod eficient în procesul de implementare a strategiei, precum și parlamentele naționale și regionale.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ați ridicat și posibilitatea ca aceste macroregiuni să contribuie mai mult la rezolvarea și atenuarea consecințelor crizei refugiaților. Vreau să vă spun că, într-adevăr, cred că putem exploata mai mult măsura în care aceste macroregiuni pot contribui la această chestiune. Aș vrea doar să vă informez în legătură cu acest subiect că, împreună cu auditorii, am făcut o listă cu posibilități din fondurile de dezvoltare regională, ce fel de proiecte pot fi făcute din fondurile de dezvoltare regională pentru acomodarea refugiaților, pentru spitale mobile, facilități sanitare, de aducere a apei, pe termen mediu și lung, și vreau să vă reafirm că luăm în considerare orice propunere venită din partea statelor membre, dar este, într-adevăr, obligația statelor membre să ne transmită în ce măsură cred că este nevoie să se schimbe alocările financiare pentru acest scop. Până la ora actuală, nu am primit decât o solicitare din partea Italiei și, deja, 220 de milioane de euro au fost redirectionate din Fondul de dezvoltare regională pentru finanțarea centrelor de cazare pentru migranți și a patrulilor de coastă. În orice caz, am transmis săptămâna trecută o scrisoare către toți miniștrii fondurilor europene, informându-i despre aceste posibilități.

În legătură cu simplificarea, aș dori să vă asigur pe toți și, în special, pe domnul Omarjee, care a ridicat această problemă, de faptul că este o preocupare comună a noastră, a Parlamentului European și a Comisiei Europene, ne dorim, la fel ca și dumneavoastră, să asigurăm o gestionare eficientă și eficientă a fondurilor europene. Simplificarea fondurilor reprezintă unul dintre obiectivele Comisiei pentru o mai bună reglementare și un buget al Uniunii Europene axat pe rezultate.

Grupul la nivel înalt privind simplificarea a fost creat, după cum ați spus și dumneavoastră, exact cu acest scop, a început să lucreze și să facă recomandări pentru acțiuni concrete care pot maximiza potențialul de simplificare în perioada actuală de programare. După cum dumneavoastră ați menționat în întrebarea cu solicitare de răspuns oral, pot să vă confirm faptul că grupul la nivel înalt va analiza e-coeziunea, accesul la finanțare pentru întreprinderile mici și mijlocii, care cred că este un subiect foarte important, simplificarea costurilor și reglementarea excesivă, ceea ce noi numim fenomenul *goldplating* la nivel național. Știți foarte bine că există proiecte unde sunt necesare 20-30 de semnături, dar aceasta nu este o solicitare a Comisiei Europene. Dar cred că o simplificare de succes depinde în egală măsură și de angajamentul statelor membre de a simplifica propriile reguli impuse la nivel național. Îmi doresc să continuăm colaborarea cu Parlamentul European. După cum știți, Comisia REGI a fost reprezentată la prima întâlnire a grupului la nivel înalt printr-un vicepreședinte și bineînțeles că vom informa Parlamentul asupra activității grupului la nivel înalt în mod constant.

De asemenea, aș vrea să mă folosesc de acest prilej pentru a vă lansa invitația ca, împreună, din perioada următoare, să ne gândim la reforma acestei politici de coeziune, reforma post 2020. Eu cred că această dezbatere trebuie să înceapă încă de anul viitor. Vă mulțumesc pentru atenție și aștept cu nerăbdare dezbaterile și comentariile dumneavoastră.

Dubravka Šuica, izjavitelj za mišljenje Odbora AFET. – Gospodine predsjedniče, na početku se želim zahvaliti gospodinu Jakovčiću na ovako dobrom izvješću, s kojim sam imali priliku surađivati još od 2006. kad smo osnivali Jadransku euroregiju. Tada smo bili na sasvim drugim funkcijama, u lokalnoj, regionalnoj samoupravi.

Ova strategija za Jadransko-jonsku makroregiju ima za cilj omogućiti 70 milijuna stanovnika ove regije da iskoriste prednost uže suradnje u područjima kao što su promicanje pomorskog gospodarstva, očuvanje morskog okoliša, dovršenje prometnih i energetskih mreža te poticanje održivog turizma.

Vrijedi danas istaknuti da je ovo prva makroekonomska strategija Europske unije s tolikim udjelom država koje nisu članice Europske unije kao što su Srbija, Crna Gora, Albanija, koje su kandidatkinje, te Bosna i Hercegovina kao potencijalna kandidatkinja, a koje surađuju s državama članicama kao što su Hrvatska, Grčka, Italija i Slovenija. Ostaje nedefinirano pitanje bivše jugoslavenske Republike Makedonije i Kosova.

Poseban naglasak u mišljenju za koje sam bila zadužena u ime vanjskopolitičkog odbora stavila sam na prometnu povezanost država uključenih u projekte izgradnje cestovne i željezničke infrastrukture, uključujući jadransko-jonski koridor, a samim time i Pelješki most na jugu Hrvatske s ciljem smanjivanja razlika i nedostataka u infrastrukturi ovih država.

I samo završno, očekujem da će strategija što prije zaživjeti, vjerujem, s obzirom na to da je gospođa Cretu u ime Komisije izrazila volju da se ova strategija čim prije može primijeniti.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Sergio Gutiérrez Prieto, *ponente de opinión de la Comisión de Empleo y Asuntos Sociales*. – Señor Presidente; comisaria Crețu, la macrocondicionalidad, es decir, la posibilidad de implantar sanciones por incumplimientos de objetivos de déficit o de deuda, está introducida en el Pacto de Estabilidad y Crecimiento desde su firma, pero trasladarlo a la política de cohesión es el mayor esperpento y el mayor error que ha cometido la Comisión Europea en sus políticas de crisis en estos últimos años.

Primero, porque la política social y de cohesión es la única política de solidaridad fuerte de reparto, de redistribución de la renta que tiene la Unión Europea. Establecer, como digo, la macrocondicionalidad en la política de cohesión no solo es un esperpento, sino que es un error por inaplicable. Ustedes mismos lo han demostrado con las últimas decisiones que se han tomado en el caso de Grecia.

Segundo, porque retirar fondos supone ir en contra de la cohesión social, supone perjudicar aún más la convergencia territorial y supone también cargarse un elemento contracíclico de impulso al crecimiento económico por parte de la Unión Europea a los Estados miembros que peor lo están pasando.

Por lo tanto, nosotros, desde la Comisión de Empleo, compartimos totalmente el informe del señor Blanco, le agradecemos su trabajo y estamos completamente seguros de que ese objetivo de mitigar los efectos del artículo 23 es el camino correcto para una mejor Unión Europea, una mejor unión social.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Bill Etheridge (EFDD), *blue-card question*. – Am I to understand from your speech that you see this report as the key to socialist redistribution of wealth on a grand scale across the EU? Would you say that this is the key reason for this report: a socialist design for redistribution?

Sergio Gutiérrez Prieto, *respuesta de «tarjeta azul»*. – Es verdad que la redistribución es una de las señas de identidad del proyecto socialista, pero también es una de las señas de identidad del modelo social. Yo entiendo que usted no lo comprenda, precisamente por el Grupo al que pertenece, porque no entienden ni la redistribución ni las señas, el ADN del proyecto europeo. Lo que sí le digo es que sí: que una política de cohesión bien diseñada favorece la redistribución y la reducción de las divergencias territoriales en el conjunto de la Unión Europea, cosa que yo me siento muy orgulloso de defender desde el Grupo socialista.

Marco Affronte, *relatore per parere della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, intervengo sulla relazione sulla strategia Adriatico-Ionio di cui, appunto, sono stato relatore per parere per la commissione ENVI. Riconosciamo l'importanza della strategia e dei suoi quattro pilastri, in particolare visto che insistono su ambienti ricchi di biodiversità e di ecosistemi tanto importanti quanto delicati e già sottoposti a molti impatti antropici.

Nella relazione finale, che pure ha molti spunti interessanti e positivi, non troviamo alcune delle raccomandazioni importanti che abbiamo ritenuto di fare in commissione Ambiente, come ad esempio quella dell'obiettivo minimo del 10% della superficie dei mari Adriatico e Ionio coperta da aree marine protette entro il 2020, come indicato da impegni internazionali e dalla direttiva quadro sulla strategia per l'ambiente marino.

Ribadiamo che la promozione della prosperità economica e sociale della regione non deve essere perseguita a scapito dell'equilibrio ecologico, della biodiversità e delle risorse naturali. Alcuni dei punti inseriti nella relazione sembrano andare contro questa impostazione e ci preoccupano. Si parla di rigassificatori, di grandi opere, di autostrade del mare e di TEN-T. Accogliamo con favore, invece, l'accoglimento dell'emendamento sulla preoccupazione per le possibili trivellazioni future in Adriatico.

Franc Bogovič, *v imenu skupine PPE*. – Kot poročevalec v senci za jadransko-jonsko strategijo se želim najprej zahvaliti kolegu Jakovčiču za odlično sodelovanje in pa kvalitetno pripravljen dokument.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Govorimo o tretji makroregiji, ki obsega zelo pestro območje: štiri države, ki so članice Evropske unije, štiri države, ki to želijo biti. 70 milijonov ljudi živi na tem območju, območju z zelo veliki razlikami znotraj regije, znotraj posamezne države, in zato smo si postavili te ključne cilje, da se znotraj makroregije vzpostavi dobro sodelovanje, dobre razvojne možnosti in da se pripravijo dobre priložnosti za življenje vseh, predvsem mladih na tem območju.

Štirje stebri te makroregije so osnovni: modra rast, se pravi spodbujanje gospodarske rasti, povezane z morjem, povezane z ostalim gospodarstvom. Povezovanje v regiji, tako kar se tiče transportnih koridorjev, železniških, cestnih, morskih koridorjev, priložnosti severnojadranskih luk na tem območju.

Govorili smo o energetskih povezavah, govorili smo tudi o okolju kot ključnem parametru za dobro življenjsko okolje in pa seveda o trajnostnem turizmu.

Značilnosti tega območja so, da so ga prizadele vse tegobe današnjega dne, tako izredna gospodarska kriza, kakor tudi begunsko-migrantska kriza. Kar je zelo problematično, pa je to, da je danes na tem območju, pokazalo se je pri begunski krizi, slabo sodelovanje teh držav, celo Komisija je morala poklicati voditelje s teh območij, da so se začeli resno pogovarjati.

Zato upam in želim, da bo ta strategija, izvajanje te strategije s pomočjo Komisije dalo pravo osnovo, da bodo ljudje na tem območju začeli resnično sodelovati med sabo in naredili gospodarski razvoj.

V Sloveniji imamo pregovor, da prijatelja spoznaš v stiski, in na tem območju naj najprej države postanejo prijatelji med sabo, v Evropi pa najdejo tistega prijatelja, ki bo pomagal pri boljšem razvoju tega območja.

Constanze Krehl, im Namen der S&D-Fraktion. – Vielen Dank Herr Präsident, vielen Dank Frau Kommissarin! Ich möchte mich als erstes bedanken beim Berichterstatter Fernando Ruas.

Er hat einen hervorragenden Bericht zur Kohäsionspolitik und zur Überprüfung der Europa-2020-Strategie vorgelegt. Das ist auf der einen Seite eine wichtige Bestandsaufnahme, was in den letzten Jahren schon im Rahmen der Strukturpolitik und dieser Strategie passiert ist. Auf der anderen Seite ist es bereits der Beginn einer Debatte um eine zukünftige Kohäsionspolitik, und die müssen wir in der Tat jetzt schon beginnen.

Wir sehen mit der neuen Förderperiode sehr deutlich, dass Investitionen in Infrastrukturprojekte, auch in Telekommunikationsprojekte, Investitionen in Forschung und Technologie, die Unterstützung von KMU, die nachhaltige Entwicklung, die in Investitionen in den Arbeitsmarkt und auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wichtige Bestandteile genau dieser Kohäsionspolitik sind, um nur einige Themen herauszugreifen.

Solche Investitionen brauchen wir auch zukünftig, um die Regionen, Städte und Gemeinden zu unterstützen. Dies kann eben nicht nur durch einen Investitionsplan gemacht werden, wie ihn Herr Juncker vorgelegt hat. Dazu bedarf es in der Tat der Beteiligung der Menschen vor Ort in den Regionen und des direkten Ansprechens der Bürgerinnen und Bürger in den Regionen. Das kann eben nur Kohäsionspolitik leisten.

Und auch die Tatsache, dass alle Regionen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit daran teilnehmen können, ist wichtiger Bestandteil einer solchen solidarischen Kohäsionspolitik, die wir auch in Zukunft brauchen. Unsere Bemühungen in der alten Legislaturperiode, in der neuen Förderperiode auch eine Vereinfachung der Verfahren zu erreichen, scheint allerdings nur partiell gelungen zu sein, die Klagen kommen sowohl von den Verwaltungsstellen als auch von den Antragstellern. Das lässt sich nicht überhören, vor allen Dingen, wenn man bedenkt, das wir sagen, wir haben im Europäischen Regionalfonds die Verwaltungskosten pauschalisiert.

Wenn uns dann im Hearing nachgewiesen wird, dass wir jetzt ein dickes Buch brauchen, um zu erklären, was eigentlich die Verwaltungskosten sind, dann ist das am Thema vorbei. Deswegen begrüße ich die Einrichtung dieser High-level-Arbeitsgruppen in der Kommission zur Vereinfachung. Ich wünsche mir sehr, sehr schnell wirklich sehr konkrete Vorschläge zum tatsächlichen Vereinfachen.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Andrew Lewer, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, 'Off Target: the case for bringing EU regional policy back home' by Open Europe, is, I believe, the best policy document on this subject that there is. It could form the blueprint for radical change without decreasing the funding going to newer Member States.

I have called on the UK Government to include these Open Europe proposals in its reform and renegotiation discussions. After all, we are talking about a third of the EU's total budget. If the possibility of Brexit does not mean that it is time to push for big changes, then when is? At the moment, the policy brings to mind *Punch* magazine of 1895 and George du Maurier's curate's egg: 'I am afraid you have got a bad egg, Mr Jones' – 'Oh no, my Lord, I assure you that some parts of it are excellent!'

Thus, the ECR Group welcomes Mr Ruas's report, but it should be just the start. Ultimately, I want regional development that is time-limited, not permanent, so that the cohesion money is used rightly, as an investment and not as a way of life.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt képviselő úr! Lírai felszólalását hallgatva szeretném Öntől megkérdezni, hogy konkrétan milyen reformokra gondol? És értem persze nagy ívű felajánlását is, ami az angol kormány szorgalmazását illeti, viszont tényleg, mindig mondjuk, hogy reform, reform, de konkrétan milyen reformokat vár el Ön? Mert például az én hazámban, Magyarországon a kohéziós erőfeszítések ellenére jelenleg a lakosság 40%-a minimálbér alatt él, és a lakosság 5%-a éheznek.

Andrew Lewer (ECR), *blue-card answer*. – That is quite difficult to explain briefly, but it is about not shuffling money around from one country to another, and not particularly that large-scale recipient countries give money to the Commission that the Commission then gives them back and tells them what to do. Rather, it is focusing on countries like yours, in situations like yours, so that cohesion achieves sustainable economic growth and lifts people out of that situation for the benefit of everybody within the EU – on a limited basis, not forever.

Δημήτριος Παπαδημούλης, – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να πω ότι οι τρεις εκθέσεις μας δίνουν τη δυνατότητα να κάνουμε μια ουσιαστική συζήτηση για την πολιτική συνοχής.

Η πολιτική μου ομάδα κι εγώ προσωπικά εργαστήκαμε πολύ, με εποικοδομητικές προτάσεις. Κάποιες από τις εκθέσεις θα τις υπερψηφίσουμε, σε κάποιες άλλες δεν θα δώσουμε αρνητική ψήφο, αλλά είναι ευκαιρία να δούμε την ουσία, και η ουσία είναι ότι στα χρόνια που πέρασαν, αυξήθηκαν οι ανισότητες, αυξήθηκε η ανεργία, αυξήθηκε η φτώχεια, μειώθηκαν οι επενδύσεις, αυξήθηκαν οι περιφερειακές ανισότητες, ο κοινωνικός αποκλεισμός. Άρα η πολιτική συνοχής αποδείχθηκε, και από την έκθεση που ετοίμασαν οι υπηρεσίες της Επιτροπής, ανεπαρκής. Χρειάζεται ενίσχυση και όχι αποδυνάμωση, και το ερώτημα είναι: Η Επιτροπή και οι προτάσεις της ενισχύουν την πολιτική συνοχής;

Οι στόχοι που έχετε θέσει δεν πιάνονται, ούτε στα θέματα της έρευνας, ούτε στα θέματα της ανάπτυξης, ούτε στο να μη φεύγουν τα παιδιά των φτωχών οικογενειών από τα σχολεία, και αυτό το παράλογο άρθρο 23 της μακροοικονομικής αιρεσιμότητας, το οποίο απέρριψε το Κοινοβούλιο όταν συζητιόταν στην προηγούμενη θητεία, επιβάλλει ανισότητες σε βάρος των χωρών που έχουν περισσότερο ανάγκη τις πολιτικές συνοχής.

Άρα περιμένω από σας, στην απάντησή σας, να μας πείτε τι θα κάνετε για να ενισχυθεί η πολιτική συνοχής υπέρ των αδύνατων περιφερειών και κοινωνικών στρωμάτων.

Dienstag, 27. Oktober 2015

PRÉSIDENCE DE MME SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

Davor Škrlec, u ime kluba Verts/ALE. – Gospodo predsjednice, pozdravljam i čestitam kolegi Jakovčiću na iscrpnom izvješću i kvalitetnim rezultatima u pregovorima. Europski pristup koji se temelji na makroregionalnoj suradnji isplativiji je i djelotvorniji od 28 nacionalnih pristupa i upravo je ovo izvješće od velikog značenja, jer prepoznaje i ističe važnost makroregionalnih strategija, koje su alat za europsku integraciju te primjer prekogranične suradnje s ciljem teritorijalne kohezije područja koja dijele zajedničke izazove.

Kako bismo ostvarili održivu i stabilnu Jadransko-jonsku makroregiju ključno je potencirati održivu prekograničnu suradnju i kvalitetno upravljanje makroregijom. Za maksimalno iskorištavanje potencijala potrebno je ostvariti suradnju između makroregija. Jedino tako ćemo optimalno ostvariti ispunjavanje temeljnih ciljeva svake makroregionalne strategije.

Optimalno iskorištavanje potencijala obnovljivih izvora energije i prometna povezanost unutar same makroregije doprinose spomenutim ciljevima. Nužno je osigurati intermodalnu infrastrukturu kako bi se povezale države i razviti energetsku, ali pritom

trebamo voditi računa o zaštiti okoliša i održivosti pojedinih projekata. Izuzetno sam zadovoljan postignutim kompromisom gdje je uvažen moj amandman u vezi istraživanja i eksploatacije nafte i plina u Jadranu, pogotovo u područjima od visokog rizika za okoliš.

Zaključno, Jadransko-jonska makroregija ima visok potencijal za razvoj gospodarstva cijele makroregije, potencijal za stvaranje novih zelenih radnih mjesta koja su ključna u borbi protiv nezaposlenosti.

Rosa D'Amato, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, domani voteremo due relazioni importanti: innanzitutto la relazione del collega Blanco López, che ripropone un tema controverso della politica di coesione, il meccanismo che prevede uno stop all'erogazione dei fondi regionali se i governi non rispettano le raccomandazioni economiche di Bruxelles. Mi sarei aspettata una relazione più coraggiosa, che affrontasse la ratio stessa della macro-condizionalità.

Abbiamo la possibilità di migliorare il testo con un emendamento proposto dal Movimento 5 Stelle e dal GUE, in cui si invita alla revisione della clausola degli investimenti al fine di permettere che gli stessi, sia regionali che nazionali, cofinanziati attraverso i fondi SIE, siano esclusi dal calcolo del deficit. Il Movimento 5 stelle, il GUE e persino i popolari spagnoli e i socialisti francesi hanno proposto questo emendamento anche in commissione REGI, ma è stato cassato dai compromessi. È tutto agli atti, è tutto dimostrabile.

La revisione della clausola non è una battaglia di destra né di sinistra, ma di buon senso, invocata dalle regioni e sottolineata finanche dal PPE in una risoluzione dell'ottobre 2013. Per motivi a noi ignoti alcuni colleghi, anche italiani, hanno ritirato le proprie firme. L'emendamento è dunque in pericolo. Mi appello ai colleghi, agli italiani soprattutto, in quanto è possibile riprendere le firme sino a domani. Questo è il momento di passare dalle parole dei discorsi fatti in plenaria, in commissione, ai fatti.

Domani voteremo anche la reazione Jakovčić, che ha moltissimi spunti positivi, ma contiene delle criticità. Criticità relative a riferimenti e a progetti del piano Juncker e quindi progetti che vanno dal *revamping* dell'Ilva ai rigassificatori e alla Tav. Ci sono riferimenti a gasdotti, facilmente individuabili nel TAP. Questi gasdotti comportano, dinanzi ad un visibile vantaggio economico e strategico, un notevole impatto ambientale. Solo se questi riferimenti saranno cassati domani voteremo a favore della relazione.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η πολιτική συνοχής αποτελεί την κύρια επενδυτική πολιτική της Ευρωπαϊκής Ενώσεως προκειμένου να υπάρξει ανάπτυξη και να υλοποιηθούν οι στόχοι της στρατηγικής «Ευρώπη 2020». Προβλέπει επίσης μια ανάπτυξη χωρίς αποκλεισμούς και μείωση των ανισοτήτων μεταξύ των περιφερειών της Ευρώπης· λόγια μεγάλα και πομπώδη, τα οποία αυτοί που τα εκστομίζουν ούτε θέλουν ούτε ξέρουν αλλά ούτε και μπορούν να τα υλοποιήσουν. Χαρακτηριστικό παράδειγμα αυτής της αερολογίας είναι η Ελλάδα. Καταστρέφουμε την οικονομία μιας χώρας, της χορηγούμε δάνειο με τοκογλυφικούς όρους, το δάνειο αυτό το δίνουμε σε δόσεις και έχουμε την ψευδαίσθηση ότι θα υπάρξει ανάπτυξη.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ισχυριζόμαστε ότι η πολιτική συνοχής θα δημιουργήσει θέσεις εργασίας και θα περιορίσει την ανεργία. Πώς είναι όμως δυνατόν να γίνει αυτό, όταν στις χιλιάδες ανέργους, κυρίως της πολύπαθης Ελλάδος, προστίθενται και χιλιάδες άνεργοι παράνομοι μετανάστες που φθάνουν στην Ευρώπη; Ισχυριζόμαστε ότι θα δημιουργήσουμε εξειδικευμένες θέσεις εργασίας, ο κ. Γιούνκερ μάλιστα ανησυχεί για το πώς θα βρουν εργασία οι ταλαντούχοι νέοι που έρχονται από τις τρίτες χώρες και αδιαφορεί για τους...

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl nejprve poděkovat panu zpravodaji Lópezovi za opravdu velmi výborně odvedenou práci, protože se snažil zohlednit společná východiska všech frakcí napříč Parlamentem.

Tolik nezbytné poděkování a chtěl bych k věci samé uvést, že pokud jde o zprávu pana Lópeze, tak smyslem této zprávy bylo stanovit pokyny pro aplikaci článku 23 nařízení o společných ustanoveních, jehož stávající znění ponechává Evropské komisi poměrně značný prostor pro výklad. To je samo o sobě vzhledem k možným důsledkům pro aktéry v rámci politiky soudržnosti velmi nešťastné. Jenom připomínám, že Evropský parlament si toho byl dobře vědom již při přijímání obecného nařízení v minulém období, a podoba článku 23 byla tehdy přijata kriticky z Evropského parlamentu a Komise dala příslib, že vydá právě následující pokyny.

Naši společnou snahou při vytváření zprávy k těmto pokynům bylo vytyčit prostor, ve kterém se Evropská komise může při aplikaci článku 23 pohybovat, zejména pojmenovat rizika, která se objevují, a jak na ně reagovat. Klíčový je požadavek, aby Komise při aplikaci tohoto ustanovení postupovala nejvýše uvážlivě a aby k přeprogramování docházelo jen ve skutečně nejnutnějších případech. Vždy by měl být dán prostor i pro vyjádření místním a regionálním samosprávám. V návrhu zprávy rovněž hovoříme o tom, že k rozhodování podle článku 23 by měla být příslušná Rada ve speciálním složení pro politiku soudržnosti. V neposlední řadě by do uplatňování článku 23 měl být ve formě výkonu dohledu vtažen i Evropský parlament, což je určitě podnět pro budoucí období.

Michela Giuffrida (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, voglio ringraziare prima di tutto il relatore per il lavoro che ha svolto sulla strategia per la macroregione adriatico-ionica. Io credo che il varo di questa strategia rappresenti un momento di svolta molto importante per la politica di coesione, ancorata ai principi e alle regole stabiliti per le strategie macroregionali precedenti, ma inevitabilmente proiettata al futuro e soprattutto ai contesti delle regioni coinvolte.

La macroregione ha in sé, già nei territori che comprende, molti caratteri di innovazione: paesi membri dell'Unione europea e paesi che con l'Unione confinano, e che all'Europa guardano seduti intorno a un tavolo a programmare, a progettare, a coordinare la crescita e lo sviluppo nel pieno rispetto delle risorse che possiedono, la maggior parte delle quali provengono da quel bacino adriatico-ionico che questa strategia pone al centro delle attività produttive.

La sfida adesso consiste nell'integrazione della strategia con i Fondi strutturali dell'agenda 2014-2020. Gli Stati membri e le regioni devono allineare le politiche e i relativi fondi e devono incorporare la strategia EUSAIR nei programmi dell'UE. È necessaria insomma quella proficua interazione *multilevel* che già nella stesura di questa strategia si è evidenziata e che è stata davvero proficua.

Ringrazio la Commissaria Crețu e plaudo naturalmente alla recente approvazione del programma ADRION che contribuisce con 118 milioni di euro alla realizzazione dei progetti nella macroregione adriatico-ionica e, cosa ancora più importante, è una testimonianza che evidenzia appunto che strategia non vuol dire, in questo caso, soltanto teoria.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, αφού ευχαριστήσω τον εισηγητή κ. Jakovčič θα ήθελα να επισημάνω ότι η μακροπεριφέρεια Αδριατικής - Ιονίου Πελάγους αποτελεί μια κατάκτηση των λαών της περιοχής και των τοπικών αρχών. Συνενώνει περιοχές οκτώ χωρών, όπου η ανεργία και η υπερχρέωση είναι σε υψηλά επίπεδα, περιοχές που υφίστανται μια βίαιη δημοσιονομική προσαρμογή, και αυτό ισχύει κυρίως για το ελληνικό Ιόνιο.

Ποια μπορεί να είναι η απάντηση; Μα φυσικά η ανάπτυξη, μια ανάπτυξη με δημιουργία θέσεων εργασίας, και ειδικότερα, η γαλάζια ανάπτυξη που επικεντρώνεται στη θαλάσσια αλιεία, τις υδατοκαλλιέργειες, τις γαλάζιες τεχνολογίες, τη ναυτιλιακή διακυβέρνηση. Πρέπει να ενισχυθούν οι μακροπεριφερειακοί συνεργατικοί σχηματισμοί, να γίνει σύνδεση τουρισμού και αλιείας και να υπάρξει η κατασκευή υποδομών και κυρίως λιμένων. Τον Ιούλιο επισκέφθηκα τη Ζάκυνθο και είχα την ευκαιρία να μιλήσω στο περιφερειακό Συμβούλιο Ιονίων Νήσων για τις νέες ευκαιρίες που διαμορφώνονται για τη γαλάζια ανάπτυξη και τη μακροπεριφέρεια Αδριατικής - Ιονίου. Προς αυτή την κατεύθυνση θα σταθώ αρωγός.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Martina Anderson (GUE/NGL). – Madam President, Article 23 of the Common Provisions Regulation is a destructive mechanism that further entrenches austerity policies and threatens to undermine the goals of cohesion policy. Both Sinn Féin and GUE/NGL Group are fundamentally opposed to this mechanism on a number of fronts.

The provision is fundamentally undemocratic and was imposed despite strong opposition from this Parliament. Despite a few token concessions in negotiation, the Commission and Council have further diluted the powers of the European Parliament in imposing this mechanism. We do not accept that the purpose of Article 23 is to achieve a more sustainable and efficient cohesion policy: it is about imposing antisocial diktats to strengthen and deepen a failing monetary union. By linking investment co-financing through European structural and investment funds to national deficits, it imposes austerity policies on local and regional authorities for budgetary issues beyond their control.

Forced re-programming and suspension of funds under the provision will cause significant harm, particularly to vulnerable regions and Member States still suffering from the economic and social crisis. My resolution demands that the Commission should not use Article 23 and that it should immediately move for its review. It should be replaced by a democratic mechanism involving Parliament and the effective communities and partners.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Pranešimą dėl makroekonominio sąlygiškumo mechanizmo vertinu kaip svarbų ir gerai parengtą, o rengėją – kaip konstruktyvų ir į visas nuomones įsiklausantį politiką.

Atkreipiu dėmesį, jog makroekonominio sąlygiškumo mechanizmas yra itin kontraversiška ES ekonominio valdymo priemonė. Keistai atrodo principas, pagal kurį už valstybių narių ekonomikos valdymo klaidas bus baudžiama mažinant jų sanglaudos politikos įgyvendinimo galimybes. Dar keisčiau tai atrodo žinant, kad realybėje už nacionalinės vyriausybės klaidas visų pirma kentės sanglaudos politiką tiesiogiai įgyvendinančios ir arčiausiai kiekvieno piliečio esančios vietos ir regionų valdžios.

Mūsų siekiu buvo sąlygiškumo mechanizmo taikymo galimybių siaurinimas. Jei nebegalime atmesti šio mechanizmo, tai bent turime užtikrinti, kad jo taikymas kiek galima mažiau pakenktų svarbiam Sąjungos tikslui – sanglaudos politikai.

Bill Etheridge (EFDD). – Madam President, regional development and cohesion policies are exactly about preparing the ground for the United States of Europe. We spend meeting after meeting redistributing taxpayers' money to facilitate this state-building. The EU wants to use the Europe 2020 programme to create jobs, innovation, combat climate change, encourage sustainable energy and fight poverty. These are all functions of the nation-state. The EU is not a nation-state.

These measures are simply the EU superstate rearing its ugly head. It wants socialist wealth redistribution on a grand scale across the Union. It wants to set the priorities of all of Europe in a United States of Europe. We say: no, no, no.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η συγκρότηση των λεγόμενων μακροπεριφερειών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όπως αυτή της Αδριατικής-Ιονίου, στοχεύει στη διαμόρφωση αρένας προνομιακής κερδοφορίας για τα μονοπώλια εν μέσω οξύτατων ανταγωνισμών ανάμεσα στις αστικές τάξεις των χωρών της περιοχής. Δημιουργούνται ευνοϊκότεροι όροι για μεγαλύτερη διείσδυση των ομίλων σε νέους χρυσοφόρους τομείς όπως της γαλάζιας οικονομίας, των δικτύων ενέργειας, των συνδεδεμένων μεταφορών.

Προϋπόθεση για αυτά τα σχέδια αποτελεί η πλήρης παράδοση στο μεγάλο κεφάλαιο των ελληνικών λιμανιών, των σιδηροδρόμων και άλλων ζωτικών υποδομών που προωθεί η ελληνική κυβέρνηση. Κι όλα αυτά με κονδύλια της λεγόμενης πολιτικής συνοχής της Ευρωπαϊκής Ένωσης, για τα οποία διορίστηκε επιτηρητής του Ευρωκοινοβουλίου προκειμένου να παρακολουθεί αν αυτά στην Ελλάδα κατευθύνονται, όπως λέει, σωστά, δηλαδή στους επιχειρηματικούς ομίλους, την ίδια ώρα που τσακίζονται όσα εργατικά λαϊκά δικαιώματα έχουν μείνει όρθια για να αυγαταίνουν τα κέρδη των επιχειρηματικών ομίλων. Ο λαός όμως μπορεί να τους χαλάσει τα σχέδια, αποφασίζοντας να συγκρουστεί με την Ευρωπαϊκή Ένωση, τα μονοπώλια και την εξουσία τους, για να γίνει αυτός ιδιοκτήτης του πλούτου που παράγει.

Lambert van Nistelrooij (PPE). – Ik heb een wat ander verhaal dan de laatste twee sprekers want de verslagen van rapporteurs Ruas, Blanco López en Jakovčić tonen aan dat de afgesproken EU 2020-doelstellingen en de Europese structuur- en investeringsfondsen hand in hand gaan. Met de 360 miljard euro investeren we in het hart van de EU 2020-doelen en binnen de afspraken van het stabiliteits- en groeipact. Daarbij gaat het, zoals ook door mevrouw Crețu is aangegeven, om kennis, innovatie, digitale economie, midden- en kleinbedrijf, koolstofarme en blauwe economie, energie en sociale inclusie, ook voor de vluchtelingen. Daarmee zijn we eigenlijk klaar met dit debat voor 2016 en de bijstellingen van het meerjarig financieel kader en de EU 2020-afspraken. Begin 2016 liggen er meer cijfers op tafel.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Maar tegelijkertijd zien we ook dat er problemen zijn met de uitvoering. Procedures voor aanvragen zijn te zwaar geworden. Ook neemt de controledichtheid toe. De controles stapelen zich op. Daarom mijn vraag aan commissaris Crețu: wilt u ook al binnenkort, waar nodig, voorstellen voor vereenvoudiging doen? De Werkgroep op hoog niveau onder leiding van vicevoorzitter en commissaris Siim Kallas kan hier behulpzaam zijn. Het EP heeft zich al uitgesproken voor tussentijdse technische aanpassingen in de verordeningen. We hebben al een resolutie voorbereid, met dank aan collega Andrej Novakov, waarover na nadere verdieping nog dit jaar kan worden gestemd.

Andrea Cozzolino (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io considero innanzitutto molto positivo l'annuncio che il Commissario Crețu ci ha fatto stasera, qui in Aula, sull'utilizzo delle risorse dell'UE e della politica di coesione a servizio della crisi dei rifugiati. Era una sollecitazione che era venuta anche dal Parlamento. Io spero che si possa fare qualcosa in più, soprattutto per quei paesi che fanno fatica a chiudere il programma UE di politica di coesione e a utilizzare una parte di quelle risorse a favore degli immigrati e della soluzione che nei singoli paesi si adotterà.

La seconda questione riguarda la macrocondizionalità. Io credo che l'on. Blanco López abbia fatto tutto il possibile per portare una buona relazione. Però diciamoci la verità, tra di noi, almeno tra quelli che hanno una conoscenza di questa materia: è una discussione vecchia, già superata dai fatti, dalle decisioni che abbiamo preso solo recentemente sulla Grecia e dal modo in cui la stessa Commissione sta adottando la clausola di flessibilità sugli investimenti. Noi dobbiamo lavorare e spingere perché sempre di più la politica di coesione aiuti l'Europa a rilanciare una politica di investimenti pubblici e privati per il lavoro e l'occupazione.

Infine, sulla semplificazione sono state dette cose molto importanti in questa discussione e io credo che noi dobbiamo insistere, perché la politica di coesione resta la politica più sorvegliata d'Europa. Non c'è nessuna politica pubblica europea sorvegliata come la politica di coesione. Noi dobbiamo renderla più semplice, più capace di costruire rapporti con gli interlocutori, ma anche per questo più monitorata.

Edward Czesak (ECR). – Pani Przewodnicząca! Mając na uwadze, że strategia „Europa 2020” jest nadrzędną, długoterminową strategią Unii Europejskiej na rzecz wzrostu i zatrudnienia opartą na znanych nam pięciu celach, oraz po przeanalizowaniu stosownych dokumentów nasuwają się następujące pytania: kiedy Parlament Europejski otrzyma informację Komisji na temat ukierunkowania na wyniki, jak i konkretnego wkładu polityki spójności w realizację celów strategii „Europa 2020” w okresie programowania 2007-2013? Wypracowane wnioski mogłyby być przydatne podczas bieżącej realizacji strategii oraz jej potencjalnej ewaluacji. Czy określono zakres odpowiedzialności merytorycznej oraz plan pracy w perspektywie krótko- i średnioterminowej zespołu ds. lepszego wdrażania funduszy Unii Europejskiej? Jak został przeprowadzony proces doboru członków zespołu pod względem merytorycznym? Czy określono plan pracy zarówno w perspektywie krótko-, jak i długookresowej służby wsparcia reformy strukturalnej, która oficjalnie rozpoczęła pracę w dniu 1 lipca 2015 r. i będzie udzielać państwom członkowskim pomocy technicznej z myślą o skutecznym wdrażaniu reform strukturalnych i zaleceń dla poszczególnych krajów? Jakże wyżej wymienione działania podjęła służba w okresie lipiec–październik, tj. do chwili obecnej?

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señora Presidenta, los informes Ruas y Blanco López buscan reforzar la política de cohesión, y eso es positivo. Y me gusta que se fijen en las regiones más desfavorecidas y golpeadas por la crisis, pero no me gusta que el informe Ruas ligue la eficacia de los Fondos Estructurales y de Inversión a la gobernanza económica, según el Semestre Europeo. Eso implica más austeridad y menos servicios públicos.

Reconozco la búsqueda de equilibrio del señor Blanco al intentar limitar la aplicación de la condicionalidad macroeconómica, pero, sea o no el momento de discutir sobre ello, se termina por institucionalizar ese artículo 23, y eso no me gusta porque, entre otras cosas, puede terminar penalizando a las instituciones locales y regionales, las más cercanas a la ciudadanía.

Debemos salvaguardar las inversiones de la política regional de las decisiones y, quizás, de los errores de los Estados, y también de las recomendaciones de austeridad del Semestre Europeo.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Андрей Новаков (PPE). – Г-жо Председател, аз винаги съм вярвал, че човек трябва да говори тогава, когато има какво да каже. Ето защо инициирах този устен въпрос още през юни и се радвам, че днес го дебатираме.

Попитайте всеки един инженер отвън и той ще ви каже, че колкото по-просто е едно нещо, толкова по-добре работи то. Ето защо искам по-прости правила за европейските фондове, по-прости правила за управление и контрол на европейските проекти.

Сигурен съм, че това искат и бизнесът, и хората отвън. Искам да повярвам, че докладите, резолюциите и въпросите, които приемаме в тази зала, имат реален ефект върху хората в Европа, върху бизнеса в Европа.

Искам да поздравя комисаря Крецу за усилията, които полага за намаляване на административната тежест, за намаляване на бюрокрацията. За съжаление обаче ни трябва резултати колкото се може по-бързо, а не в края на програмния период. Нека да приемем стандартизирани обществени поръчки в целия Европейски съюз! Нека да приложим електронната кохезия, за да намалим чакането на опашки, за да намалим бюрокрацията, за да искаме по-малко документи! Можем да го свършим.

Нека да приемем по-прости процедури за трансгранично сътрудничество, така че Шенген да не пречи на държавите членки. Европа има нужда от това. Ние имаме нужда от това. Повече Европа не означава повече бюрокрация.

Victor Boștinăru (S&D). – Madam President, on many occasions this House has stressed that, considering the fundamental relevance of the objectives of the cohesion policy, beneficiaries should not suffer the consequences of bad economic governance at national level. Cohesion policy is, by definition, a policy aimed at reducing development gaps between regions and is based on a programme, which should be a long-term programme when it comes to the most important projects.

It is evident that the application of macroeconomic conditionality goes exactly in the opposite direction. It risks widening development gaps and also undermining the predictability which the beneficiaries strongly need. The provisions of Article 23 of Common Provision Regulation must therefore be used only as a last resort, when it can be demonstrated that such measures are not detrimental for the objectives of the policy, but are in fact beneficial.

Joachim Zeller (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ein klarer Befürworter der Kohäsions- und Strukturpolitik, unter einer Bedingung: dass die Kohäsionspolitik auch Regionalpolitik bleibt. Das heißt, dass die Regionen, Städte und Gemeinden Europas sowie die zivilgesellschaftlichen Gruppen teilhaben müssen an den Möglichkeiten, die dieses Politikfeld bietet. Teilhabe heißt hier nicht nur, Zugriff auf die finanziellen Quellen zu haben, sondern dass man auch mitwirken kann an der Programmgestaltung und an der Programmdurchführung. Und da haben wir derzeit unsere Probleme. Ich höre viele Beschwerden, dass gerade bei der Programmgestaltung wenig Flexibilität herrschte, enge Vorgaben gemacht wurden, dass hier oftmals die nationalen Belange Vorrang hatten vor dem, was die Regionen wollten, dass aber auch bei der Programmverwaltung für die einzelnen Fondsbereiche unterschiedliche Regeln gelten, die eine Verknüpfung – was wir ja eigentlich wollten – von unterschiedlichen Fonds fast unmöglich macht, und dass der bürokratische Aufwand zur Projektdurchführung größer und nicht kleiner geworden ist.

Wir sind jetzt bereits am Ende des zweiten Jahres der neuen Programmperiode, viele Programme sind aber bisher noch gar nicht wirksam geworden. Wenn es uns nicht gelingt, die angesprochenen Probleme relativ schnell zu lösen – und dazu dient ja unsere Anfrage heute –, dann sehe ich schwierige Zeiten kommen für eine Fortführung der Kohäsions-, Struktur- und Regionalpolitik über das Jahr 2020 hinaus.

Mercedes Bresso (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vorrei fare alcune osservazioni, la prima sulla strategia macroregionale adriatico-ionica. Credo che questa sarà l'occasione per dimostrare e realizzare sul campo il principio della coesione territoriale che secondo me, dopo esser stato introdotto a Lisbona, sta trovando concreta realizzazione in questo campo.

Dienstag, 27. Oktober 2015

La seconda osservazione che voglio fare riguarda la questione della semplificazione. Intanto la semplificazione deve essere diretta, signora Commissaria, a privilegiare l'attenzione verso contenuti e risultati rispetto alla forma esasperata. Un'altra osservazione è che il principio di proporzionalità non può però far dimenticare l'attenzione a una spesa di qualità che vale per tutti, anche per i piccoli progetti.

La terza osservazione è che la semplificazione deve essere innanzitutto uno strumento di sostegno alle autorità di gestione. Un istante sui Fondi strutturali, sulla condizionalità macroeconomica: vorrei ricordare che è il principale strumento.....

(La Presidente interrompe l'oratrice).

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Polityka spójności jest bez wątpienia jedną z najbardziej prorozwojowych i proinwestycyjnych polityk unijnych. Jestem jednak przekonany, że dzięki uproszczeniu tej polityki moglibyśmy zwiększyć jej efektywność i osiągnąć jeszcze lepsze rezultaty. W zeszłym roku odnotowano ponad 1,5 tysiąca nieprawidłowości w ramach projektów polityki spójności. Należałoby jednak pamiętać, że ogromna liczba tych nieprawidłowości nie jest wynikiem złej woli beneficjentów, ale niezrozumienia wytycznych i przepisów. Uproszczenie języka, jak również jaśniejsze formułowanie oczekiwań wobec beneficjentów z pewnością miałyby pozytywne odzwierciedlenie w późniejszych audytach. Komisja powinna również unikać wprowadzania zmian zasad w trakcie trwania projektów. Praktyka taka nakłada na beneficjentów nie tylko dodatkowe koszty, ale również wiąże się z nakładem pracy, co z kolei nie pozwala skoncentrować się na projekcie. Frustrację budzi również kwestia braku odpowiedniej analizy skutków finansowych wprowadzanych przepisów oraz długotrwałe procedury. Nie może być bowiem tak, że koszty proceduralne są niewspółmierne do działań w ramach projektu, zaś czas trwania procedur niweluje jego zasadność. Opowiadam się także za zwiększeniem elastyczności polityki spójności opartej na wzajemnym zaufaniu pomiędzy Komisją Europejską a państwami członkowskimi. Dzisiaj niestety tego zaufania jest za mało.

Tonino Picula (S&D). – Gospođo Visoka povjerenice, priznavajući važnost svih raspravljanih izvješća, ipak posebno ističem kreiranje treće europske makroregije. Jadransko-jonska strategija obuhvaća četiri zemlje članice i četiri zemlje aspirantice na punopravno članstvo u Europskoj uniji. Njima ovakav projekt može i treba pomoći na eurointegracijskom putu.

Makrofinancijske razlike u ekonomskoj razvijenosti između članica i nečlanica Europske unije su velike. Prometna infrastruktura ovih drugih je slabo razvijena. Zasad projekt Jadransko-jonske autoceste ostvaruje samo Hrvatska. Nadam se da će uskoro i Europska unija stimulirati projekt, jer uz političko povezivanje treba razvijati i prometne pravce kao i energetske koridore.

Zato se zajednički energetske projekti, poput jadransko-jonskog plinovoda, trebaju naći među prioritetima. Implementacija strategije valja uključiti sve zainteresirane na transparentan i obuhvatan način kako bi se potaknula socijalna kohezija, ekonomski razvoj i ekološka održivost. Ako u tome uspije, Jadransko-jonska strategija će pridonijeti daljnjoj integraciji unutarnjeg tržišta i stabilnosti ovog područja, a što predstavlja interes svih članica Europske unije.

Marc Joulaud (PPE). – Madame la Présidente, je voudrais simplement vous interpellier, Madame la Commissaire, sur la simplification des Fonds européens. C'est un sujet qui préoccupe beaucoup de pays, beaucoup de territoires, c'est un sujet éminemment politique. Trop de petits porteurs de projets sont aujourd'hui découragés par le nombre de pièces, par les procédures qu'on leur demande de payer, par le coût de gestion ou les délais de paiement, et il me semble important de réfléchir à cette simplification des Fonds européens si on souhaite que, demain, l'Europe soit mieux comprise.

Certains qui devraient légitimement bénéficier de Fonds européens préfèrent aujourd'hui recourir aux banques. Il faut bien sûr des contrôles – c'est le rôle de notre institution –, mais il n'y pas que le contrôle, il faut aussi que nous ayons la volonté de distribuer l'argent européen.

Je voudrais que vous ayez une réponse simplement sur le groupe de travail qui a été institué par la Commission sur ce sujet. Il semble qu'il existe un groupe de travail de haut niveau. Pouvez-vous nous préciser ce point?

Dienstag, 27. Oktober 2015

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, Caros Colegas, o artigo 23.º do Regulamento sobre Disposições Comuns tem um carácter penalizador que contraria, claramente, o espírito da política de coesão. A macrocondicionalidade económica foi incorporada no referido regulamento, tornando os fundos europeus reféns de circunstâncias, muitas vezes criadas pela própria União Europeia e outras instituições. É o caso da conhecida troica.

É bom lembrar que, desde 2008, as assimetrias entre as regiões europeias aumentaram. Todos concordamos com a boa governação e todos defendemos a transparência e a responsabilidade, o que nem todos queremos é uma dupla penalização de países e de regiões que precisam dos Fundos Estruturais para garantir o seu crescimento económico, a criação de emprego e a inclusão social. Em alguns casos temos a tripla penalização, como é o caso das regiões ultra periféricas.

De facto, o artigo 23.º, em si mesmo, é uma política de austeridade.

Tamás Deutsch (PPE). – Tisztelt Elnök Asszony, kedves Kollégák! A 2014-2020-as kohéziós politika kereteinek megalításakor egyik vezérelvünk az volt, hogy hatékonyabb, eredményesebb legyen az uniós kohéziós politika. Történt is előrelépés az egyszerűsítés irányába, azonban a kohéziós politika végkedvezményezettjeit sújtó adminisztratív terhek még mindig elfogadhatatlanul magasak. Különösen igaz ez a közbeszerzésre. Nem véletlenül ez az a terület, ahol a hibák aránya kiugróan magas, és ez sokszor az előírások bonyolultságából, nem egyértelmű értelmezéséből fakad.

A jelenlegi szóbeli kérdésben megfogalmazott javaslatok közül most az egyszerűsítés és az elszámoltathatóság közötti optimális egyensúly megtalálásának szükségességére szeretném felhívni a figyelmet. Fontos, hogy a kohéziós politika potenciális kedvezményezettjei minden olyan adatot és információt benyújtsanak a jelentkezési folyamat során, amely igazolja, hogy jogosultak az uniós támogatásra, adott esetben – például a közbeszerzéseknél – eleget tesznek az összeférhetlenséggel kapcsolatos követelményeknek, ugyanakkor ne várjuk el olyan információk szolgáltatását, amelyek kizárólag bonyolítják a folyamatot és nehezítik a megvalósítást, tehát végső soron az eredményesség gátjait jelentik.

Massimo Paolucci (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le macroregioni rappresentano un'importante innovazione istituzionale, uno strumento concreto per diminuire la distanza tra Europa e cittadini. La macroregione ionico-adriatica è una concreta opportunità di sviluppo: comprende un'area di grandissimo pregio culturale ed ambientale, uno straordinario distretto turistico, un ponte Est-Ovest/Nord-Sud, un ponte di pace e cooperazione dalle grandissime potenzialità commerciali.

Non esiste sviluppo sostenibile della macroregione senza un'adeguata rete infrastrutturale di trasporto, una rete bidirezionale Sud-Nord/Est-Ovest. Ecco perché, insieme a 90 colleghi, ho presentato un emendamento, che vi invito a sostenere, per il completamento della autostrada adriatico-ionica verso Sud andando oltre Ravenna.

Concludo ricordando la mia interrogazione sulle trivellazioni. A mio avviso sono in violazione di precise disposizioni europee e sono inconciliabili con lo sviluppo della macroregione.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, προτείνω πέντε απλές σκέψεις που θα βοηθήσουν στην αύξηση της απορροφητικότητας, ειδικά τώρα που αντιμετωπίζουμε τη γραφειοκρατία. Καταρχήν να προχωρήσει γρήγορα η σύγκλιση των διαδικασιών σε όλη την πολιτική συνοχής, προκειμένου να έχουμε ένα ενιαίο πλαίσιο διαχείρισης και να μην προκαλείται έτσι σύγχυση ούτε στους δικαιούχους ούτε στις διαχειριστικές αρχές.

Μετά, να αποφεύγονται οι πολλαπλοί έλεγχοι, οι οποίοι έχουν και αμφίβολα αποτελέσματα για την αντιμετώπιση της απάτης και παράλληλα όμως και ταυτόχρονα να έχουμε άμεση και παραδειγματική αντιμετώπιση της μεθοδευμένης απάτης. Να έχουμε μηδενική ανοχή στη διαφθορά, να χρησιμοποιούμε όλα τα μέσα για την πάταξη της διαφθοράς σε όλα τα επίπεδα της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Να προχωρήσουμε άμεσα στην εφαρμογή του «e-Cohesion», που θα συμβάλει και στη μείωση του διαχειριστικού βάρους αλλά θα επιτρέπει και την ηλεκτρονική ανταλλαγή δεδομένων μεταξύ δικαιούχων και διαχειριστικών αρχών.

Τέλος, να εξετάσουμε το ενδεχόμενο να προχωρήσουμε άμεσα στη σύσταση μητρώου δικαιούχων και μακροπρόθεσμα ακόμη και μητρώου αναδόχων, προκειμένου να μειώσουμε τη γραφειοκρατία της υποβολής των προγραμμάτων στην Ευρωπαϊκή Ένωση και της παρακολούθησης των χρηματοδοτούμενων έργων. Με αυτό τον τρόπο θα μπορέσουμε να διευκολύνουμε την απορρόφηση αλλά κυρίως θα μπορέσουμε να διευκολύνουμε την επίτευξη του στόχου, που δεν είναι άλλος από την ανάπτυξη και τις δουλειές.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Werner Kuhn (PPE). – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Adriatisch-Ionische Region steht zurzeit ja total im Fokus, auch der Flüchtlingskrise. Und ich denke, dieser Initiativbericht ist wirklich dazu angetan, dass wir uns prinzipiell überlegen, wie wir wirtschaftlich die Länder, die davon am meisten betroffen sind – ob das Slowenien, Italien im südlichen Bereich, oder auch Griechenland ist –, unterstützen können. Und da sind die Strukturfonds, die von der Europäischen Union angelegt sind, diesbezüglich natürlich exzellent zu gebrauchen.

Wir haben 147 Milliarden Euro Budget. Davon gehen über 50 Milliarden in die Länder, die unter 75 % des Bruttosozialprodukts in ihrer wirtschaftlichen Leistung liegen. Es ist sehr wichtig, dass wir hier diese Investitionsinitiativen genau dahin fokussieren. Ob das nun die EFRE-Mittel sind, die Verkehrsinfrastruktur – Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung – bringen, kleine oder mittelständische Unternehmen dort angesiedelt werden können und zusätzliche Investitionshilfen erhalten. Auch die Umschulung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die dort im ESF-Fonds finanziell gefördert werden kann. Die Menschen müssen dort auch eine Zukunft haben, im touristischen Bereich – ich bin Mitglied im Fischereiausschuss. Wir müssen investieren in Fischereihäfen. Wir müssen investieren in die kleinen handwerklichen Betriebe, die dort eine Chance haben. Nur Tourismus und Fischerei zusammen sind dort sozusagen die einzigen Erwerbsträger, die hier gefördert werden können.

Ich glaube, es ist wahnsinnig wichtig, dass wir Vertrauen für Europa zurückgewinnen. Vertrauen zurückgewinnen, mit mehr Wachstum, mehr Jobs und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodo predsjedavajuća, pozdravljam povjerenicu i zahvaljujem svim kolegama na izvrsnim izvješćima i porukama o važnosti kohezijske politike za svakodnevni život naših građana. Uz investicije i razvoj, kohezijska politika ima još brojne dodatne vrijednosti koje pomažu jačanju Europske unije. Kohezijska politika spaja europske i nacionalne politike, usmjerava nas na provedbu reformi, jačanje jedinstvenog tržišta, partnerstvo, suradnju, modernizaciju, na transparentnu državnu upravu i dobro ekonomsko upravljanje.

Zbog toga imamo obvezu svi zajedno dati sve od sebe da kohezijska politika funkcionira u praksi i ispunjava svoje ciljeve. Moramo učiniti sve da nema decommitmenta i da uspješno i brzo realiziramo projekte. Stotine stranica uputa, previše različitih pravila za svaki od programa udaljavaju kohezijsku politiku od naših građana, mladih, poduzetnika, neprofitnih organizacija, znanstvenika. Pitaju me, pitaju sve nas, je li vaš cilj da mi koristimo ta sredstva i realiziramo ideje, zašto su uvjeti EU natječaja najkompliciraniji i najmanje prilagođeni našim potrebama?

Zato, pozivam Komisiju i sve nas da ubrzamo pojednostavljivanje, da pomognemo više svim državama u osiguravanju nacionalnog financiranja, da razmislimo kako postići veću razinu koordinacije i povezanosti kohezijske politike sa svim EU politikama i isto tako pomognemo realizaciji makroregionalnih strategija.

Interventions à la demande

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, fruto da crise económica e financeira que alguns Estados atravessam, os fundos que dão corpo à política de coesão e que se destinam a financiar projetos que visam a sua promoção têm assumido uma importância determinante. Têm garantido capacidade de investimento para o relançamento da economia dos países com desequilíbrios macroeconómicos. As recomendações de governação económica devem ter isso em conta e zelar para que as regiões fiquem salvaguardadas como recetoras destes fundos.

Nesta revisão intercalar da Europa 2020, o impacto desigual da crise deve ser tido em conta. As diferentes características territoriais e sociais determinaram a capacidade de resiliência diferenciada, atenda-se ao desemprego jovem nas regiões ultraperiféricas.

Os mecanismos de governação multinível devem reconhecer às autoridades regionais e locais capacidades para intervir. Termina com um alerta. Apesar dos programas operacionais estarem acordados, a sua implementação é ainda incipiente e tem gerado dificuldades.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, θέλω να δηλώσω εξ αρχής ότι απορρίπτω κατηγορηματικά κάθε διασύνδεση της πολιτικής συνοχής με την οικονομική διακυβέρνηση και εναντιώνομαι στη μακροοικονομική αιρεσιμότητα. Εκπέμπω σήμα κινδύνου για τα αρνητικά της αποτελέσματα, σε συνθήκες μάλιστα έντονης οικονομικής κρίσης. Η εφαρμογή της παραβιάζει τις θεμελιώδεις αρχές της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την ανάπτυξη και την ευημερία των πολιτών, πλήττει τον πυρήνα της πολιτικής συνοχής που προσβέει την ανακατανομή του πλούτου και την αλληλεγγύη, είναι εμπόδιο στην ίση μεταχείριση των κρατών, υπονομεύει την ισότιμη εφαρμογή της πολιτικής συνοχής, είναι τροχοπέδη στην αιρετικότητα και την πολυεπίπεδη διακυβέρνηση, επιφέρει διπλή και άδικη κύρωση στο πλαίσιο της δημοσιονομικής εξυγίανσης και τέλος ενισχύει την εργαλειοθήκη των σκληρών μνημονιακών μέτρων.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Κύριοι συνάδελφοι, η μακροοικονομική αιρεσιμότητα δεν είναι απλώς μια λανθασμένη αλλά μια επικίνδυνη επιλογή. Αποδυναμώνει την αναπτυξιακή προσπάθεια και μετατρέπει την πολιτική συνοχής σε πειραματόζωο με πλήρη υποταγή σε έναν παντοδύναμο νεοφιλελεύθερο καταναγκασμό. Σας καλώ έστω και τώρα να ανατρέψουμε άμεσα την εφαρμογή της.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señora Presidenta, el señor Pepe Blanco se ha negado a que le hiciera una pregunta sobre su informe de cohesión social. Me parece de muy poca calidad democrática que se niegue usted a debatir en esta Cámara sobre un informe crucial para el futuro de España.

Le iba a decir, señor Blanco, que la política de cohesión no son solo grandes proyectos. Debe ser una herramienta solidaria de inversión en las regiones más necesitadas. Por eso, presentamos una enmienda para que la cohesión social se haga cargo de las necesidades de estas regiones y no suponga una amenaza austeritaria para las autoridades locales y regionales. Para que el informe final se oponga a las sanciones y a la lógica general de la gobernanza económica.

¿Votará usted, señor Blanco, a favor de una enmienda que garantice que se revisen las cláusulas de inversión para permitir que las inversiones regionales, a través de los Fondos Estructurales y de Inversión, no computen en el cálculo de los déficits regionales?

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora, Presidente, concordamos com os objetivos estratégicos da política de coesão. O que não conseguimos compreender é porque é que os países e as regiões mais pobres continuam a divergir da média europeia. Tal é o caso de Portugal que, desde que entrou em funcionamento o euro, não parou de divergir da média da União Europeia em termos de PIB *per capita*.

Algo está, portanto, errado. Não há coesão. As políticas não funcionam, porque o enquadramento macroeconómico não é consistente com políticas de desenvolvimento regional, ou seja, as políticas de austeridade, de contenção da despesa pública, seja ela boa ou má, não permitem o estabelecimento de dinâmicas virtuosas de desenvolvimento local ou regional.

Posso dar-vos exemplos de projetos que não saem do papel porque não há financiamento, porque a banca prefere especular. Podemos ver fundos que não foram aproveitados em Portugal por causa das imposições da troica e do ajustamento necessário, visando a chamada consolidação das finanças públicas.

E o resultado está à vista. Passados quase 30 anos de integração, Portugal está mais pobre, dependente e endividado.

(Fin des interventions à la demande)

Corina Crețu, Membră a Comisiei. – Am ascultat cu mare atenție comentariile și întrebările dumneavoastră și aș vrea să mă refer pe scurt la rapoarte.

Raportul domnului Ruas, Strategia UE 2020 și discuțiile asupra Strategiei Europa 2020 și asupra unei viziuni pe termen lung a acesteia sunt în curs de desfășurare. Luna trecută, Comisia Europeană a organizat o dezbatere de orientare în cadrul colegiului și, în prezent, este în proces de colectare a contribuțiilor din partea părților interesate și, bineînțeles, raportul reprezintă o contribuție importantă în acest sens. Vreau să vă asigur, referitor la întrebarea dumneavoastră dacă veți primi răspunsurile până în 2020 că, sigur, este o glumă. Le veți primi cât de curând posibil.

În legătură cu raportul domnului Blanco López, așa cum am menționat mai devreme în cadrul prezentării mele, doresc să reconfirm faptul că vom aplica competențele comisiei de reprogramare doar în cadrul regulamentului actual; știți foarte bine că acest lucru a fost votat de Parlamentul European și de Consiliu, în calitate de colegislatori, și bineînțeles că vom fi în permanent contact, în calitate de Comisie Europeană, cu Parlamentul European.

În legătură cu raportul domnului Jakovčić cu privire la strategia pentru regiunea adriatico-ionică, aș dori să subliniez, în special, un aspect care a fost abordat de domnul Jakovčić: dacă dorim să avem rezultate în cadrul obiectivelor propuse de strategie, atunci este absolut necesar angajamentul ferm și responsabilitatea tuturor părților interesate.

Aș vrea să mai fac câteva comentarii, pentru că au fost foarte multe discuții și apreciez într-adevăr toate contribuțiile. Aș vrea să îi spun domnului Bogovič că, în legătură cu Slovenia, suntem conștienți de provocarea enormă asupra statelor membre. Cred că Slovenia face față remarcabil situației actuale, iar summitul de duminică a fost într-adevăr un exercițiu de solidaritate între țările care se confruntă cu această situație unică și aș vrea să felicit și eu autoritățile naționale, locale, populația, pentru acest efort. Comisia Europeană este la dispoziția tuturor statelor membre pentru a ajuta și pentru a vedea în ce măsură putem contribui la a avea sinergii între Fondul de dezvoltare regională, lucrăm îndeaproape cu

Dienstag, 27. Oktober 2015

doamna Thyssen, cu Fondul social și, de asemenea, cu domnul Avramopoulos, care este responsabil cu Fondul de azil și migrație. Am vrut în mod special să fac această precizare pentru că Slovenia este o țară mică care, din fericire, se descurcă

remarcabil cu această problemă.

Foarte mulți dintre vorbitori, dintre colegi, au ridicat problema birocrăției. Este, într-adevăr, o mare problemă. Aș vrea ca toți care își pot aduce contribuția să vină cu propuneri. Așa cum spuneam la început, cred că va trebui să discutăm despre modul în care va arăta politica de coeziune după anul 2020, pentru că acum avem acest Regulament, care uneori este foarte complicat, dar trebuie să facem tot ce putem și, pentru această perioadă de programare, să maximizăm impactul fondurilor europene. Nu sunt de acord cu cei care vorbesc despre faptul că politica de coeziune ar fi un transfer sau un act de caritate, este un exercițiu de solidaritate, care se traduce prin foarte multe lucruri vizibile și sute de locuri de muncă și m-aș lega aici de exemplul Greciei pe care l-au ridicat mai mulți vorbitori, domnul Papadimoulis. Grecia este țara unde, practic, putem vedea această contribuție a politicii de coeziune. M-a întrebat domnul Epitideios cum poate politica de coeziune să creeze locuri de muncă. Vreau să vă spun că politica de coeziune a creat sute de mii de locuri de muncă în Grecia din 1981, de când Grecia este membră a Uniunii Europene și puteți vedea în oricare dintre regiunile Greciei autostrăzi făcute pe bani europeni. Am făcut mai mult de o mie de kilometri în cinci regiuni din Grecia, nici măcar un singur kilometru nu era făcut fără fonduri europene: autostrăzi, drumuri, școli, poduri, cum este cel care leagă Peloponez de Grecia continentală. Deci sunt vizibile rezultatele politicii de coeziune în Grecia și, după cum știți, am venit personal în Comisia REGI pentru a adopta măsurile excepționale. Eu cred că acum, având această 100 % cofinanțare pentru Grecia, nu mai există nicio scuză pentru a debloca proiectele majore cum sunt metroul din Salonic sau proiectele de management al deșeurilor, pentru că, după cum știți, după ce dumneavoastră ați aprobat în Parlamentul European aceste măsuri excepționale și au fost aprobate și de către Consiliu, Grecia a primit această injecție de lichidități, deci vă felicit încă o dată pentru toate rapoartele.

I would just like to add that I am very grateful for the European Parliament's support and contribution to the simplification agenda and I would like to assure Members that the Commission will continue its dialogue with Parliament, the Committee of the Regions and other stakeholders because in fact it is a common goal and our common goal is to have effective implementation. This is the most important thing. We have done all the regulation but implementation in many cases – in most of the cases – is 100% the responsibility of Member States.

Ivan Jakovčić, izvijestitelj. – Poštovana gospođo povjerenice, želim Vam odmah na početku reći da su velika očekivanja od Vas. Vi ste žena koja poznaje dobro ovu makroregiju i znam da naša dosadašnja suradnja je išla upravo u pravcu koji je povoljan za tu makroregiju i želim Vam se zahvaliti i na prvim sredstvima koja su preko programa ADRION, 118 milijuna eura, već predviđena za razvoj makroregionalne suradnje i za realizaciju Jadransko-jonske strategije.

Vjerujem da je to dobar početak. Međutim, naša su očekivanja daleko veća. Naša su čekivanja kada govorimo o strukturnim, odnosno kohezijskoj politici, iznimno velika, sami ste spominjali Grčku u ovom trenutku, ali i druge zemlje imaju potrebu za onime što Vi možete učiniti za te zemlje i za čitavu makroregiju. Također, želim istaknuti i to da je možda ključni osnovni problem kojeg ja vidim u budućnosti tko će biti vlasnik (*owner*), kako ćemo riješiti *ownership* ove makroregionalne strategije i inače makroregionalnih strategija.

To je ključni problem, jer nakon što ćemo usvojiti ovaj izvještaj, nakon svega što smo svi zajedno radili, kako ćemo dalje upravljati procesima. U tom kontekstu mislim da moramo vrlo vrlo precizno odlučiti, jer prepustiti sve državama. Prepustiti na neki način samo Komisiji ili samo Parlamentu, Parlamentu najvjerovatnije ne, ali prepustanjem samo državama neće se riješiti problem. Vidjeli smo to sada kada govorimo o izbjegličkoj krizi.

Dakle, usmjeravam vas da dobro razmislimo svi zajedno kako ćemo u budućnosti voditi ovaj proces kako bi ova makroregionalna strategija, i naravno sve ostale, imale svoj uspjeh na kraju čitavog ovog političkog procesa.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Fernando Ruas, relator. – Senhora Presidente, apenas para aproveitar a oportunidade, para agradecer a todas e todos os colegas que intervieram para apoiar o relatório de que sou o relator, julgando eu que, apesar dele ser coerente e afirmativo, naturalmente que inclui diversas ideias e orientações que foram provenientes de outros grupos políticos, que considerei pertinentes e que vieram enriquecer o documento inicial. Por isso, o meu muito obrigado, também aos *shadow rapporteurs* e a todos os colegas que decidiram introduzir alterações e foram 191 alterações.

Obrigado também à Sra. Comissária pelas suas palavras e queria, desde já, agradecer-lhe pela clareza de análise e pela hombridade também em reconhecer que os cinco objetivos da estratégia estão muito longe de ser alcançados. Queria agradecer também pelas palavras e pelo facto de ter assumido muitas das minhas preocupações que estão vertidas no relatório, principalmente aquelas que são relativas ao reforço do sentimento da coapropriação da estratégia por parte dos agentes no terreno, muito principalmente das autoridades locais e regionais, mas também dos parlamentos nacionais e regionais. Queremos, aliás, como a Sra. Comissária bem afirmou, que o reforço da governação multinível, além de aumentar o sentimento de coapropriação da estratégia, melhore grandemente a sua eficácia e, consequentemente, também os seus resultados.

Finalmente, queria concluir com a certeza de este debate ter contribuído, segundo a nossa opinião, de uma forma abrangente em termos político-partidários e territoriais, por um lado, mas também de uma forma positiva e consequente, por outro, para o diálogo e a reflexão interinstitucionais conjuntos que, hoje mesmo, iniciámos neste plenário sobre a revisão da estratégia da Europa 2020, após o processo de consulta pública levada a efeito durante o ano de 2014.

José Blanco López, ponente. – Señora Presidenta, muchas gracias a todos por sus reflexiones. Se trata, reitero, de un informe equilibrado y encaminado a una aplicación justa y equilibrada del posible mecanismo del artículo 23.

A lo largo de toda mi vida política, si por algo he trabajado, ha sido por la cohesión social y territorial, por la cohesión de personas y de territorios, y este informe precisamente avanza en esa dirección. Y precisamente avanza con un amplio consenso, ya que incluso aquellos grupos que, como la GUE/NGL, han presentado alguna enmienda al propio informe, se han abstenido en comisión, lo que demuestra que este informe es un informe bastante equilibrado, bastante justo y bastante avanzado.

Además, quiero decirles, desde mi perspectiva, y así se refleja en el documento, que el artículo 23 no puede servir para excluir de los fondos —el señor Juaristi se refería a ello—, en deterioro de su situación, a aquellos que no pueden invertir o captar inversiones. Esto es, quienes afrontan dificultades socioeconómicas y cuentan con los fondos como parte significativa de su inversión, no deberán sufrir perjuicios adicionales.

Rechazo, pues, y lo quiero decir con toda claridad, que las regiones o entes locales —así como los propios ciudadanos beneficiarios de los fondos— puedan verse paralizadas como consecuencia del incumplimiento macroeconómico correspondiente a un nivel central de la Administración.

Por eso, Señorías, no cabe duda de que una reprogramación frecuente sería contraproducente. Debe, por tanto, evitarse para no perturbar la gestión de los fondos, ni socavar la estabilidad y previsibilidad de la estrategia de inversión plurianual, al tiempo que para evitar todo efecto negativo en cuanto a la absorción de los fondos.

Debe asimismo hacerse hincapié en la naturaleza penalizadora de cualquier suspensión de pagos y solicitar de la Comisión que utilice su poder discrecional con la máxima precaución, tras haber considerado todos los elementos derivados del diálogo estructurado y las opiniones expresadas en el mismo.

Acabo; me congratulo de la intención expresada por la Comisión de restringir al máximo las reprogramaciones y suspensiones, innecesarias en el medio plazo, por cuanto que los programas y acuerdos de colaboración adoptados en el actual periodo toman en cuenta la recomendación específica por país y las recomendaciones pertinentes del Consejo.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mercredi, le 28 octobre, à 12 heures.

Dienstag, 27. Oktober 2015

La résolution de la commission du développement régional sera mise aux voix lors d'une prochaine période de session.

Declarations écrites (article 162)

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Az EUSAIR a harmadik uniós makro-regionális stratégia, mely építeni tud a balti-tengeri és a Duna-régióra vonatkozó stratégiák tapasztalataira. Az adriai- és jón-tengeri régió több mint 70 millió embernek ad otthont, és nyolc országot fed le, melyek közül négy uniós tagállam (Horvátország, Görögország, Olaszország, Szlovénia), három tagjelölt ország (Albánia, Montenegró, Szerbia), Bosznia-Hercegovina pedig potenciális tagjelölt ország.

Véleményem szerint a jelentéstervezet megalapozott, mivel az EUSAIR jó lehetőséget teremt a régió országai számára a fenntartható fejlődés serkentésére. A Stratégia pillérei („kék növekedés”, a régió infrastrukturális kapcsolatainak fejlesztése, környezetvédelem, fenntartható, versenyképes turizmus) illetve egyéb prioritásai (a nyugat-balkáni országok uniós integrációja, koherencia biztosítása a három uniós makro-regionális stratégia valamint a nemzeti stratégiai projektek között) elősegítik a gazdasági fejlődést, a munkahelyteremtést. Fontosnak tartom azonban hangsúlyozni, hogy minden makro-regionális stratégia esetében az eredmények átfogó értékelésére van szükség. Biztosítani kell, hogy a stratégiák valóban európai hozzáadott értéket képviseljenek, és valós, kézzelfogható pozitív hatásokkal járjanak az érintett régióban.

Andor Deli (PPE), írásban. – Az adriai- és jón-tengeri térségre vonatkozó uniós stratégia, egy új európai makrorégiót szabályoz, amely 8 országot foglal magában, EU-tagállamokat (Olaszország, Szlovénia, Horvátország és Görögország) és tagjelölt országokat egyaránt (Szerbia, Montenegró, Albánia és Bosznia és Hercegovina). Nagyon jelentős lépés ez, hiszen lehetőséget nyújt a régiónak a gyorsabb fejlődésre, gazdasági fellendülésre, az összeköttetés fejlesztésére és elsősorban a jó kapcsolatok megőrzése érdekében a szorosabb együttműködésre. A jelentéshez beadott módosítóimmal fontosnak tartottam kihangsúlyozni, hogy természeti csapások esetén ezen országoknak gyors és megfelelő segítséget kell nyújtannunk, hogy minél hamarabb helyreállítsák az elszenvedett károk következményeit. Közlekedési szempontból és a jobb összeköttetés érdekében nélkülözhetetlen, hogy ezen országok sikeresen be legyenek kapcsolva a TEN-T közlekedési hálózatba, valamint hogy a stratégia által még szorosabb együttműködés jöjjön létre a régió országai között.

Момчил Неков (S&D), в писмена форма. – Преразглеждането на стратегията „Европа 2020“ се случва в ключов момент за Европа. Последните няколко години бяха белязани от политики на строга икономическа дисциплина заради финансовата и икономическа криза, от която ЕС все още се опитва да се възстанови.

За съжаление, в периоди на криза националните правителства правят икономии, като орязват бюджета за образование и култура. Истината е, че инвестициите в образование често се възприемат като допълнителен товар, а не като дългосрочна инвестиция в човешки капитал. От това пък са засегнати в най-голяма степен младите хора, сред които нивата на безработица са най-високи.

Все още сме много далеч от постигането на набелязаните цели в Стратегията. Постигането на интелигентен, устойчив и приобщаващ растеж минава през ясен ангажимент за инвестиране в качествено и достъпно образование за всички, както и през осигуряване на възможности за реализация на младите хора в Европа. Това е единственият начин да предотвратим процеса на „изтичане на мозъци“.

Ева Паунова (PPE), в писмена форма. – Политиката на сближаване на ЕС и стратегията „Европа 2020“ доскоро бяха основните инструменти за постигането на интелигентен, устойчив и приобщаващ растеж на страните в Съюза.

Днес обаче имаме още един силен помощник в това начинание – Европейският фонд за стратегически инвестиции. Радвам се, че ролята на ЕФСИ е отразена в доклада на колегата Руас.

Бих искала да обора притесненията на някои от колегите, че разликите между европейските структурни и инвестиционни фондове и ЕФСИ могат да възпрепятстват политиката на сближаване.

Напротив – ЕФСИ допълва тези фондове чрез създаване на по-висока степен на полезно взаимодействие и добавена стойност. Също така, именно според предложението на Европейския парламент, сред индикаторите за измерване на успеха на ЕФСИ е постигането на целите за икономическо и социално сближаване.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Бих искала да насърча всички компетентни европейски и национални органи да поставят взаимодействието между европейските структурни и инвестиционни фондове и ЕФСИ в основата на бъдещата политика на сближаване.

Remo Sernagiotto (ECR), per iscritto. – Quando parliamo di Regione adriatica e ionica, parliamo di un'area che interessa otto paesi e che coinvolge oltre 70 milioni di abitanti. Bastano forse questi due dati per farci comprendere la necessità e l'importanza di far fronte comune per rispondere alle sfide attuali che incidono in maniera considerevole sullo sviluppo economico e sociale di questa macroregione. Lo sfruttamento sostenibile delle risorse ittiche, la salvaguardia dell'ecosistema marittimo, il miglioramento della connettività nel settore dei trasporti e dell'energia non possono tradursi in volani per la crescita senza una progettualità ambiziosa. La strategia europea può, infatti, rappresentare una notevole opportunità di sviluppo solo se alla volontà politica di stringere legami di cooperazione seguirà l'impegno operativo da parte sia dei governi che delle autorità regionali e locali. Mi auguro che il nuovo programma di cooperazione transnazionale ADRION dia un primo importante impulso in tal senso. È il momento della concretezza e dell'azione. Lavorare di concerto tra tutti i paesi dell'area è la migliore strategia anche per rilanciare l'economia del settore ittico e dare sostegno a chi lavora nella pesca. Vorrei far presente che l'acquacoltura e la maricoltura rappresentano un potenziale di *business* che aspetta solo di essere sfruttato in maniera efficace e sostenibile.

Milan Zver (PPE), pisno. – Kohezijska politika je eno najpomembnejših investicijskih orodij, ki prispevajo k doseganju ciljev strategije Evropa 2020.

V novi perspektivi 2014-2020 je kohezijska politika s t.i. tematsko pogojenostjo in partnerskimi sporazumi, ki določajo cilje naložb, še posebej osredotočena na doseganje ciljev Evropa 2020.

Strinjam se s kolegom Ruasom, ki je pripravil odločno poročilo, da je za doseganje teh ciljev še posebej pomembna okrepitev upravljanja na več ravneh. V prihodnje pa bo pomembna tudi uporaba resnično ozemeljskih pristopov k strategiji Evropa 2020, da bi javne ukrepe in naložbe prilagodili različnim ozemeljskim značilnostim in posebnim potrebam.

In končno, tudi t.i. Junckerjev naložbeni načrt (EFSI) bi moral biti jasno povezan s strategijo Evropa 2020 ter pri tem prevzeti dopolnilno vlogo evropskim strukturnim in investicijskim skladom (ESI), saj bi z izborom uresničljivih in trajnostnih projektov lahko pomembno prispeval k izvajanju strategije.

A o tej sinergiji bomo najbrž razmišljali tudi pri snovanju prihodnje kohezijske politike.

15. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

16. Reform des Wahlrechts der EU (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Maria Hübner et Jo Leinen, au nom de la commission des affaires constitutionnelles, sur le rapport sur la réforme de la loi électorale de l'Union européenne (2015/2035(INL)) (A8-0286/2015)

Danuta Maria Hübner, rapporteur. — Madam President, we are here because we decided to amend the European Union electoral law. This law dates back to 1976 and, in the meantime, as we all know, Europe has been through major and unimaginable changes, in terms of both the scope and the substance of EU integration. The European Parliament has also changed dramatically, in size and in relation to its competences, especially as a co-legislator, with its decisions having huge impact on people's lives.

It should not come as a surprise that we want to adjust the Electoral Act of 1976 to the new reality. This report highlights the right of the European Parliament to decide on its own electoral procedure. We all have similar experience, as European parliamentarians, of elections to the European Parliament, which continue to be extremely national. No European issues are discussed during the electoral campaign and the European dimension of this democratic process is not sufficiently visible. That is why we have proposed a change to the European Electoral Act of 1976.

Dienstag, 27. Oktober 2015

In the proposal, we give the European Parliament the right to decide on the date of the election. We ask Member States to ensure that all citizens working or living outside the European Union are granted the right to vote and enabled to do. We also propose machinery to avoid double voting. We are asking Member States to create the conditions for voting by electronic means, via the internet or by post. People with reduced mobility will certainly benefit.

I know that some colleagues worry about internet voting, but it can be made safe. We have the example of Estonia which started internet voting in 2005, when 2% of Estonians decided to use this tool. This year, 30% of Estonians voted via the internet.

We also want to see more gender equality in the lists, so we are proposing the alignment of deadlines for some elements of the electoral process, such as the establishment of lists. Let me also mention the possibility for national parties of informing voters, via the ballot paper, of their affiliation with European political parties. Citizens should have this information.

Through these and other measures we hope to contribute to making elections to the European Parliament truly European, and to increasing citizens' interest in participating in this important element of European decision making. Let me conclude by saying that people's impact on Europe starts with their informed participation in the European elections.

Jo Leinen, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Europäische Parlament ist einzigartig auf der Welt. Nirgendwo sonst haben die Menschen die Möglichkeit, in 28 Ländern eine gemeinsame Bürgerkammer zu wählen. Ja, das gibt es sonst nirgends, sondern nur in der Europäischen Union.

Wir wissen allerdings, dass diese Wahlen über 28 Länder hinweg etliche Probleme bereiten. Obwohl wir schon achtmal Europawahlen hatten, ist nicht viel getan worden, um die Defizite dieser europäischen Wahl zu beheben. Deshalb machen wir jetzt einen neuen Versuch, Vorschläge zu unterbreiten für die nächsten europäischen Wahlen 2019, um sie transparenter und demokratischer zu gestalten und – man muss es sagen – sie auch europäischer zu gestalten.

Frau Kollegin Hübner hat schon darauf hingewiesen, dass wir Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richten und auch den Wahlakt von 1976 verändern wollen. Bei den Empfehlungen geht es darum, den Zugang zu den Europawahlen zu verbreitern. Wir meinen, dass die junge Generation eingeladen werden soll, an diesen Wahlen teilzunehmen. Viele junge Menschen könnten zum ersten Mal im Alter von 16 Jahren zu den Europawahlen gehen. So eine Wahlbeteiligung markiert vielleicht für lange Zeit ihr Leben. Wir meinen also, die Staaten sollten prüfen, wie das Österreich schon getan hat, das Wahlalter auf 16 Jahre zu reduzieren. Ich glaube auch, dass die junge Generation die Internet-Generation ist, die lieber mit einem Klick einen Wahlakt macht, als in das Rathaus oder in ein Schulgebäude zu gehen. Auch das kann man prüfen, in die Zukunft hinein. Die Briefwahl ist auch in vielen Ländern nicht erlaubt. Nicht jeder ist am Sonntag oder am Wahltag zuhause. Die Briefwahl hat in vielen Ländern geholfen.

Die seriöse Vorbereitung der Europawahl ist ein anderes Thema. Wir haben festgestellt, dass in einigen Ländern die Wahllisten erst 17 Tage vor der Wahl fertiggestellt werden. Ich weiß nicht, wie man da Wahlkampf machen kann – 17 Tage vor der Wahl. Wir sagen jetzt: mindestens zwölf Wochen. Man kann dann schon mal drei Monate Wahlkampf machen in den doch recht großen Wahlkreisen, die wir alle repräsentieren.

Und dann wollen wir vor allen Dingen den europäischen Charakter der Europawahlen herausstellen. Wir haben oft nationale Debatten, nationale Auseinandersetzungen, und die europäische Dimension geht total verloren. Das muss man sichtbar machen, in TV-Spots, auf den Wahlkampfmaterialien, auf den Wahlzetteln, und wenn es national so ist, dass die Namen der Parteien dort erscheinen, sollen auch die europäischen Parteifamilien erscheinen. Vor allen Dingen sollten die europäischen Parteien ihre Top-Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten auch rechtzeitig – mindestens zwölf Wochen – vor der Wahl bestimmen.

Ein Riesenfortschritt wäre die Gleichheit der Geschlechter; wir denken, dass *fifty-fifty* erreicht werden kann. Viele Parteien, viele Länder machen das schon, warum nicht andere auch? Da ist vielleicht 2019 ein bisschen früh. Wir denken, dass es 2024 erreicht sein kann.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Wir wollen auch die Gleichheit der Wahlchancen überall erreichen. 26 Länder haben Mindestschwellen von 3 Prozent – warum nicht auch die anderen zwei Länder? Wir schlagen vor, mindestens 3 Prozent, höchstens aber 5 Prozent. Einige wollten viel weiter gehen: transnationale Listen. Ich bin da sehr dafür. Aber wir haben uns entschieden, das in einem nächsten Schritt zu machen. Das soll in dem Bericht, den der AFCO-Ausschuss ausarbeiten wird, verankert werden, weil dieses Parlament schon mehrfach daran gescheitert ist. Das braucht eine tiefere Debatte.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich hoffe, dass Sie diesen pragmatischen Vorschlägen zustimmen können.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Arne Gericke (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Leinen, kennen Sie diese beiden Analysen – beide zum europäischen Wahlrecht?

Alt genug sind Sie. Sie müssten weitsichtig genug sein, um sie zu erkennen: eine vom Februar, eine vom September. Eine von dem mit dem anerkannten Wahlrechtsexperten und Exkollegen Andrew Duff, eine ohne ihn. Eine mit einem klaren Nein zur EU-weiten Sperrklausel, eine mit einem Ja.

Finden Sie es nicht sonderbar, dass wir uns zwei teure Studien innerhalb eines halben Jahres mit zwei komplett unterschiedlichen Ergebnissen leisten, und ich meine, dass

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Jo Leinen (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Lieber Kollege! Wir haben das im AFCO-Ausschuss mehrfach beraten. Wir sind der Meinung, dass in allen 28 Ländern Gleichheit der Wahlchancen herrschen.

Wir haben heute die Situation, dass man in ein, zwei Ländern mit 0,6 Prozent der Stimmen ein Mandat erringen kann, während man in anderen Ländern mindestens 3 Prozent braucht. Das hat keine Balance, 3 Prozent für alle war unser Vorschlag, und das ist die neueste politische Linie, die die Mehrheit im AFCO-Ausschuss entschieden hat.

Corina Crețu, *Member of the Commission*. – Madam President, democracy as a founding value of the Union means that the EU institutions must exercise their powers according to the highest standards of representativeness and accountability. The Commission and the European Parliament share the same objectives of strengthening the democratic legitimacy of the European Union.

I congratulate Parliament on the proposal under discussion today for amending the rules for electing its Members. The report adopted in the Committee on Constitutional Affairs, on the basis of the proposal by Ms Hübner and Mr Leinen, has the potential to become a milestone in the democratic evolution of the European project, which – as we all have to recognise – has been a remarkable, though also a long and painful, process.

Ahead of the most recent European elections, the Commission – mindful of the strengths of the European Parliament and of its role in the appointment of the President of the Commission under the Lisbon Treaty, and echoing long-standing calls from Parliament – had prompted European political parties to nominate lead candidates for the function of President of the Commission. The European political families did so for the first time, and Jean-Claude Juncker, a candidate able to command a majority in the newly formed European Parliament, was nominated by the European Council and elected by Parliament as President of the Commission. This key novelty of the 2014 elections connected the election of the Commission President more directly to the voters' choice. Consolidating these new elements for future elections will reinforce the democratic legitimacy of the European decision-making process and will be a significant step forward, fostering the emergence of a genuinely European political sphere.

The Commission supports the proposed reform which will further strengthen our political accountability, as European parties will have to nominate their lead candidates at the latest 12 weeks ahead of the elections. The reforms can also help bridge the divide between political processes at national and at EU level. Showcasing the affiliation between national and European political parties, on ballot papers and in political broadcasts during the electoral campaign, will make the links between the main players more visible to voters and will improve their trust in the process. Here, I think, we have all been victims of the lack of discussion and debate about European issues, which is so very important.

Dienstag, 27. Oktober 2015

National political parties and authorities have also a decisive role to play in helping to increase transparency and to make citizens more aware of the European repercussions of votes cast for national parties. Having further common principles in the organisation of the European Parliament elections, such as a minimum threshold in all Member States for the allocation of seats, will also contribute to strengthening the European dimension of these elections. In substance, the establishment of such a minimum threshold will make the functioning of the European Parliament more efficient by decreasing the risk of fragmentation and by facilitating stable majorities.

We have been talking about a crisis of representative democracy, and of disillusionment with politics. Promoting participation is essential for the progress of the European project. That is why I warmly welcome the proposals for extending the right to vote to EU citizens living in third countries; for putting in place more flexible and inclusive ways of casting votes; and for fostering women's political participation in Union decision making and in European elections. Using electoral lists that ensure gender balance, as proposed in the report, is another important step in the right direction.

By the way, I was here, though in another capacity, when we proposed such gender quotas many times in the past. On the basis of experience in the country I know best, I would also advocate action at national level because, as I have said, this aspect is catastrophic in many countries, both at local level and in national parliaments. At least here we have this principle, and that is very important.

Fair and objective media coverage during European election campaigns is, of course, another key element and I wish to stress it, since it is an essential condition for free and fair elections.

I take note of the proposal to establish a European electoral authority where information about elections to the European Parliament would be centralised. Before any further commitment, this would need to be carefully examined and, in particular, we need to examine the timeliness and feasibility of such a proposal, including in relation to the responsibilities of such an authority, possible arrangements for establishing it, and the institutional, legal, budgetary and staffing requirements for its functioning.

The Commission, as I said, fully supports Parliament's efforts to adopt these timely and ambitious proposals. Congratulations.

György Schöpflin, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, there is nothing untoward in the European Parliament looking to establish a common system of elections for itself. Every parliament in the world does so, and it adds to transparency and predictability if the systems by which citizens choose their representatives in the EU are broadly similar – similar if not identical, given that there are 28 different political traditions involved.

The sensitive issue here is that of a threshold. Should there be a minimum percentage of votes that a party list has to attract before it acquires representation? In some Member States there is no support for this, but in the great majority it is accepted practice. The threshold helps to weed out frivolous contestants whose sole interest is in attracting attention. There is a counter-argument that the institution of the threshold restricts the political marketplace by creating too high a barrier to entry.

The answer is a balance between the two: to have a threshold but not to set it too high. That is what this report tries to attain – setting a threshold but not making that threshold insurmountable. From every standpoint, this is the sensible, rational solution.

Mercedes Bresso, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, intanto anch'io voglio ringraziare i relatori per il lavoro complesso svolto, e anche la Commissaria per il sostegno che ha dato alla nostra iniziativa.

Questo è un tema delicato, perché è uno dei due casi in cui il Parlamento ha iniziativa legislativa. Noi proponiamo delle modifiche, sia pure limitate, alla legislazione. Vorrei ricordare che è dal '76 che il Consiglio rifiuta di modificare il testo della legge elettorale e quindi di rendere le elezioni più europee, come ha già ricordato il collega Schöpflin.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Le proposte sono quindi delle proposte contenute, ma che mirano ad andare nella direzione di avere una più omogenea legislazione elettorale. Ne ricorderò alcune: intanto quella che mira a dare visibilità ai partiti politici europei, e quindi a dare senso europeo alle elezioni, a stabilizzare la nomina del candidato per la Commissione europea e a permetterne la conoscenza da parte degli elettori attraverso un numero adeguato di settimane durante le quali i nomi saranno noti; il bilanciamento di genere, che è, io credo, indispensabile; il tema delle liste transnazionali, che potrebbe rientrare attraverso almeno un considerando, e quindi una piccola nota.

Spero che riusciremo a costruire, per la prima volta, una legge elettorale in questo Parlamento.

Kazimierz Michał Ujazdowski, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Grupa Europejskich Konserwatystów i Reformatorów dobrze ocenia obecnie obowiązującą ordynację do Parlamentu Europejskiego i nie widzimy potrzeby jej zmiany, a na pewno nie widzimy potrzeby zmiany w kierunku centralizacji, ujednolicania prawa wyborczego. Tu są dwie ważne rzeczy, na które trzeba zwrócić uwagę: po pierwsze, przekonanie, że jeśli zachęcimy do obniżenia wieku wyborczego do 16. roku życia, albo zachęcimy do głosowania lekkiego, w formie internetowej, to frekwencja do Parlamentu Europejskiego bardzo się podniesie. Nie jesteśmy przekonani do tych środków. Akt wyborczy ma swoją rangę, swoją powagę. Nie należy uciekać się do form internetowych jako form powszechnych.

Ale istotniejszy jest zamysł scentralizowania prawa wyborczego, łącznie z takimi pomysłami, jak obowiązek stosowania logo partii europejskiej przy logo partii krajowych. Nie widzimy takiej konieczności, to nie powinien być obowiązek. Są nowe partie polityczne w życiu naszych państw, które mogą dokonać tego wyboru później, zasiadając dopiero w Parlamencie Europejskim. Dlaczego zmuszać ich do tego w trakcie kampanii wyborczej?

Ale nade wszystko legitymacja Parlamentu Europejskiego powinna być oparta na szacunku dla tradycji krajowych, dla tradycji konstytucyjnych, dla suwerenności narodów. Im bliżej kontekstu narodowego, tym bliżej obywateli. Im bardziej ordynacja będzie scentralizowana, ujednolicana, tym bardziej Parlament Europejski będzie się oddalał od realnych problemów obywateli. Dlatego będziemy głosować przeciwko temu projektowi.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora Presidenta, a pocas horas de este debate se ha decidido —creo que con buen criterio— retrasar la votación para que dé tiempo a poder analizar algunos de los aspectos que definen el informe y que puedan completarlo.

La reforma, en nuestra opinión, ha sido poco ambiciosa hasta el día de hoy. Es, seguramente, el ejemplo de una utilización insuficiente o excesivamente prudente, de una gran oportunidad y necesidad, porque vivimos un momento de crisis y descrédito de nuestras instituciones europeas. En las elecciones europeas apenas participa una de cada cuatro personas con derecho a voto, de media. Y las elecciones, efectivamente, se entienden en clave nacional, porque las opiniones públicas están definidas así. Porque los Gobiernos juegan a ello, también. Los grandes partidos, además, están escindidos entre lo que dicen en este Parlamento y lo que hacen en el resto de instituciones, especialmente cuando gobiernan.

No hemos establecido en el informe recomendaciones que permitan fomentar realmente la conciencia que se invoca desde el punto de vista europeo. Las elecciones pueden ser —las elecciones europeas— algo más que una evaluación de política nacional, por supuesto, y pueden acercar la institución del Parlamento a los ciudadanos. Y los parlamentarios, sus representantes, debemos someternos a la rendición de cuentas de forma permanente. Debemos preguntarnos si este informe realmente consigue estos objetivos en sus recomendaciones.

Nosotros, más bien pensamos que hay cambios que son positivos, algunos que son cosméticos y algunos que favorecen a quienes tienen más implantación territorial y social. La reforma tiene mejoras como, por ejemplo, la que se refiere a la igualdad de género o el voto en los terceros países, pero no se puede defender con seriedad que suponga un gran avance poner los símbolos de los partidos políticos europeos en las papeletas electorales, aunque no está mal.

Pero el informe se queda corto. Los cambios son menores y el cambio sustancial, que es el establecimiento de un umbral obligatorio, nos parece que no refuerza una mayor posibilidad de integridad ni de igualdad de oportunidades para el pluralismo político.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Danke Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Nach der Wahl ist vor der Wahl und die Weiterentwicklung des europäischen Wahlrechts steht deshalb meiner Ansicht nach zu Recht auf unserer Agenda.

Sie kann politisch viel bewerkstelligen, muss sich aber an der Frage bemessen, wem sie am Ende dient. Hilft es, den öffentlichen Raum in Europa zu stärken, die seit Jahren anhaltende Sprachlosigkeit zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik in Europa zu überwinden? Und liefert es ein Mehr an aktiver und passiver politischer Beteiligung bis heute Ausgeschlossener, auch an Parität der Geschlechter?

Das große Manko des Berichts, liebe Ko-Berichterstatterinnen und Ko-Berichterstatter, bei allen guten Absichten – auch heute noch einmal unterstrichen –, besteht darin, dass er einfach nicht mutig an die Reform herangeht, sondern sich in der Vorwegnahme politischer Konstellationen im Rat verheddert und sich damit am Ende eher selbst genügt.

Der Bericht folgt nicht dem Ansinnen, politische Räume und erweiterte Möglichkeiten für Teilhabe zu schaffen, sondern versucht eher, technisch zu managen, was nicht zu steuern ist: die Eigendynamik des politischen Lebens und entsprechender Diskurse in den Gesellschaften der Mitgliedsstaaten.

Demokratische Veränderungen sind für mich nicht in Übereinstimmung zu bringen mit der im Bericht unterstellten Identität zwischen den Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas und denen der deutschen großen Koalition in Berlin. Eine große deutsche bürgerliche Zeitung hat den Vorgang der Einführung einer Sperrklausel klar charakterisiert: eine Provokation gegen das deutsche Bundesverfassungsgericht. Warum sollen wir diesen Weg gehen?

Josep-Maria Terricabras, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, the reform of the electoral law of the European Union is a very important issue. The fact that it had two rapporteurs was a first signal of alliance in the leadership, and was not necessarily bad in itself. However, it was also soon complemented with a certain amount of lack of flexibility when the debate came to the point of accepting, or not, some of the many suggestions and proposals brought up by other groups.

In this sense, I very much regret to have to say that this is a weak reform which has not been capable of encompassing the sense of history. Among many other things, the report should have insisted on proposals reinforcing the confidence of European citizens in their institutions, but it has not done so, at least in the following four areas.

Firstly, the report establishes something new, namely an obligatory threshold declared unacceptable by the German Constitutional Court and now introduced as obligatory for all countries in Europe. This measure clearly goes against the spirit of diversity and protection of minorities. Secondly, transnational lists were just mentioned in passing, almost by chance, transformed into a mere recital. Thirdly, surprisingly enough, even the introduction of gender equality has been postponed until the European elections in 2024. Finally, we have not established the minimum age of voters at 16.

Diane James, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, I listened to the opening statements outlining the goals proposed and attempting to justify them. Quite frankly, I was aghast to hear some of what I heard.

There is a famous author called George Orwell who would have been proud of what was outlined this evening. The feelings of those who are frightened by the contents of his book would have been substantiated. More control of the electoral outcome seems to be the goal: even less democracy, despite the calls for it. Just look at what happened recently in Portugal in terms of the election outcome there!

Is the goal in what I have heard this evening, and what is being outlined, to ignore the will of the people and ignore a democratic electoral outcome? I have heard no account thus far of the scale of global cyber-attacks or personal ID theft, and yet we have this whole focus on electronic voting and suchlike.

I am going to finish by saying that electoral law is a matter for sovereign nations, not for this Chamber – to which it is alien.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Gerolf Annemans, namens de ENF-Fractie. – De oude verkiezingsakte van 1976 voldoet tot op vandaag om op een ordentelijke manier democratische verkiezingen te houden en in goede banen te leiden in de lidstaten. Het Europees Parlement wil nu een nieuwe verkiezingswet uitvaardigen die het Europese electoraat massaler naar de stembus moet leiden, maar vooral wil men de kiezers ook in dezen EU-eenheidsworst opdringen en de lidstaten meer en meer buitenspel zetten. De op stapel staande Europese verkiezingswet bepaalt dat de verkozenen geen vertegenwoordigers meer zullen zijn van hun respectievelijke lidstaat, maar wel zogenaamde vertegenwoordigers van alle burgers van de Unie. De EU zal zich zelfs bemoeien met de manier waarop de politieke partijen hun verkiezingslijsten zullen opstellen. Ook zal overal een verplichte kiesdrempel worden ingevoerd, zogenaamd om verdere versnippering te voorkomen, maar lees maar om nieuwe, kleine en vaak EU-kritische partijen te weren. Voor ons moeten lidstaten autonoom zijn en blijven om de verkiezingsvoorwaarden en -procedures zelf te kunnen bepalen voor hun burgers.

(De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag)

Mercedes Bresso (S&D), domanda «cartellino blu». – Sarò fulminante: le ricordo che già in base agli attuali trattati – non so se li ha letti – noi rappresentiamo tutta l’Unione e non i nostri Stati. Volevo sapere se ne è cosciente.

Gerolf Annemans (ENF), “blauwe kaart”-antwoord. – Mevrouw, ik ben hier niet verkozen voor wat er in die verdragen staat. U ziet hier al die vlaggetjes van mijn collega’s staan en ik hoop dat er steeds meer van die vlaggetjes zullen komen. Wij vertegenwoordigen hier de kiezers die voor ons kiezen en we hebben het recht om dat te doen. Men heeft ook het recht om te doen alsof men heel Europa vertegenwoordigt, maar dat is niet zo. Wij vertegenwoordigen hier onze kiezers, ons volk en dan pas Europa.

Pavel Svoboda (PPE). – Paní předsedající, Smlouva o fungování Evropské unie dává Evropskému parlamentu možnost iniciovat reformu pravidel, podle kterých jsou konány volby do Evropského parlamentu v celé Unii, a jsem rád, že díky úsilí zejména kolegů z výboru AFKO tuto možnost nyní využíváme. Domnívám se, že záměr, který stojí za jednotlivými částmi předložené zprávy, je třeba podpořit. Posílení demokratických principů evropských voleb je základním předpokladem pro pozitivní vnímání evropských voleb, které, doufejme, povede i k větší volební účasti a pozitivnímu vnímání Unie jako celku. Evropský parlament má jako shromáždění přímo zvolených zástupců občanů velké možnosti k rozvoji evropanství a pozitivnímu vnímání Unie a jistě je zájemem nás všech nezklamat očekávání našich voličů. Podporuji tedy takovou harmonizaci volebních pravidel, která tuto evropskou dimenzi zvýrazní.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhora Presidente, normalmente dedicamos mais tempo a lamentar o velho problema do défice democrático do que a debater medidas para melhorar a nossa democracia. Não é esse o caso de hoje e, por isso, quero saudar os nossos colegas Jo Leinen e Danuta Hübner pelo seu excelente relatório, que propõe uma reforma muito importante, mas realista, da lei eleitoral para as eleições europeias.

Esta é uma das poucas matérias em que o Parlamento tem direito de iniciativa legislativa, mas temos o dever, não apenas o direito, de fazer mais para fortalecer a dimensão europeia da democracia. Já demos um passo importante ao associar às eleições europeias as candidaturas a Presidente da Comissão, e devemos agora ir mais longe. Com esta reforma, os boletins de voto e os materiais de campanha passarão a dar visibilidade também aos partidos europeus. Teremos em toda a Europa o mesmo princípio da igualdade de género, os mesmos prazos para apresentação de listas e candidatos, o mesmo horário de fecho das urnas, a mesma possibilidade de voto eletrónico e por correspondência, e teremos ainda uma cláusula-barreira exigindo um mínimo de 3 a 5 % dos votos para eleger deputados nos Estados que elegem mais de 26 parlamentares. Regras mais harmonizadas e mais transparência para que os cidadãos saibam em quem votam e para quê. A democracia europeia ficará melhor com esta reforma eleitoral.

Beatrix von Storch (ECR). – Frau Präsidentin! Das Bundesverfassungsgericht hat die Fünf-Prozent-Hürde zur EU-Wahl in Deutschland für verfassungswidrig erklärt. So kamen auch kleine Parteien hier ins Haus und haben natürlich auf Kosten der Pfründe der anderen ihre Mandate erworben. Deswegen wollen SPD und Union und auch Grüne die Sperrlausel wieder einführen. Sie hatten bislang vorgeschoben, dass die Arbeit hier im Haus durch die kleinen Parteien gestört wird. Diese Argumentation ist tot. Das Bundesverfassungsgericht hat es in seinem Urteil 2014 eindeutig erklärt, und das mit Recht. Graf Lambsdorff von der FDP oder auch Herr Sonneborn von der Spaßpartei stören doch hier im Haus wohl niemanden.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Meine Damen und Herren von der SPD und von der Union: Seien Sie bitte ehrlich! Sie haben Ihre tote Argumentation nun einfach ausgetauscht und wollen mit einem Trick nun weiter den Wettbewerb unterbinden und Pfründe sichern, indem sie eine verpflichtende Hürde im Europarecht einbauen wollen, um das Verfassungsgericht auszuschalten. Das ist nicht demokratisch, Herr Leinen, das ist durchsichtig, und das ist schäbig!

Ulrike Müller (ALDE). – Frau Präsidentin! Hier soll mit einer großen Mehrheit im Parlament die Reform des europäischen Wahlrechts angegangen werden, und das, obwohl die Einhaltung des Subsidiarität bisher immer im Mittelpunkt stand. Für mich gibt es keinen Grund eine Sperrklausel von 3 % einzuführen, da es im Besonderen nur 2 von 28 Ländern betrifft, nämlich Spanien und Deutschland. Auch die Argumente, die kleinen Parteien bringen sich nicht in den Fraktionen ein und würden die Funktionsfähigkeit des Parlaments gefährden, können leicht widerlegt werden.

Wir haben in Deutschland zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts gegen Sperrklauseln, diese sollen hiermit umgangen werden. Die Folge wäre, 8 Millionen Wählerstimmen blieben künftig unberücksichtigt. Dies ist demokratieschädlich und fördert Politikverdrossenheit.

Ich kann für mich feststellen, dass ich hier die Abgeordnete bin, die die meisten Stimmen – 428 800 – erhalten hat. Das sind in meinem Land nur 1,6 %, jedoch mehr, als Malta Einwohner hat. Und deswegen habe ich auch die Legitimation dafür!

Klaus Buchner (Verts/ALE). – Vielen Dank, Frau Präsidentin! Die Einführung einer 3— oder 5-Prozent-Hürde betrifft – wie schon gesagt worden ist – nur Deutschland und Spanien, denn das sind die einzigen Länder, die einerseits mehr als 26 Abgeordnete haben, andererseits zur Zeit keine Sperrklausel.

Was würde das nun bedeuten, wenn wir eine Sperrklausel einführen? Von der Gerechtigkeit gegenüber kleineren Ländern, von denen Sie, Herr Leinen, sprechen, kann keine Rede sein. Schauen wir uns doch die Zahlen an. 3 Prozent in Luxemburg bedeuten ungefähr 12 000 Wählerstimmen. 3 Prozent in Deutschland bedeuten das Zehnfache davon. Wenn man es auf die Abgeordneten nimmt, weil Deutschland in dieser Proportionalität benachteiligt ist, dann sind es 30 mal so viele. Ist das Demokratie?

Ich möchte noch bemerken, dass die Wählerstimmen ja von den kleineren Parteien den großen zugeordnet werden, das heißt, die großen haben ein genuines Interesse, jetzt Stimmen zu bekommen, die die Wähler

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Vicky Maeijer (ENF). – Vandaag zijn we getuige van de zoveelste poging van Brussel om de soevereiniteit van de natiestaten uit te hollen. De verkiezingen voor het Europees Parlement moeten meer Europees worden en minder nationaal, zogenaamd omdat u zich druk maakt over het democratisch tekort in Brussel, over de alsmaar dalende opkomstcijfers, over het feit dat niemand weet wie de voorzitter van de Europese Commissie is. Dat democratisch tekort los je niet op door democratie in de lidstaten te gaan bestrijden met een verbod op exitpolls, met de verplichting om mannen en vrouwen om en om op de kieslijst te zetten, met kiesdrempels. U kunt zich beter druk maken over de vraag waarom het niemand iets kan schelen, waarom slechts 42 procent van de kiesgerechtigden zich geroepen voelt om te gaan stemmen. Misschien heeft het iets te maken met de wereldvreemde houding van de meerderheid van de zogenaamde volksvertegenwoordigers die hier in het Parlement gehuisvest zijn.

Verkiezingen voor het Europees Parlement zijn verkiezingen van nationale vertegenwoordigers die in mijn geval de Nederlandse bevolking zouden moeten vertegenwoordigen. Deze verkiezingen worden in Nederland gehouden en door de Nederlandse kieswet geregeld. Bemoeit u zich daar alstublieft niet mee.

Cristian Dan Preda (PPE). – În primul rând, îi felicit pe Danuta Hübner și Jo Leinen

pentru raport. De când sunt în Parlamentul European, este a doua încercare de reformare a legislației electorale a Uniunii. Precedentul exercițiu ne-a arătat că nu e ușor să găsești un echilibru între îndrăzneală și realism politic, or cred că propunerile de acum ating acest obiectiv.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dacă ne dorim ca alegerile europene să fie nu doar suma a 28 de legislații naționale sau un rezultat al 28 de scrutine desfășurate în paralel, trebuie să susținem propunerile conținute în raportul Hübner - Leinen, păstrând pe cât se poate liniile de forță ale reformei adoptate în Comisia pentru afaceri constituționale, pentru că esența reformei este tocmai europeanizarea alegerilor pentru Parlamentul European.

Fixând standarde minimale, legitimitatea democratică a procesului de luare a deciziilor va fi întărită și menționez aici trei puncte care mi se par esențiale și pe care le-am susținut constant: amenajarea posibilității de a vota de la 16 ani, respectarea unor proceduri democratice în desemnarea candidaților pentru alegeri și introducerea votului electronic. Cred că aceste mecanisme simple sunt de natură să sporească participarea la vot și, astfel, caracterul democratic al alegerilor pentru Parlamentul European. În fine, sper că numărul ridicat de amendamente depuse nu va altera raportul adoptat în AFCO, ce constituie o bună bază de negociere cu Consiliul.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señora Presidenta, Señorías, primera pregunta que les querría hacer: ¿No les parece a ustedes que cuarenta años después hace falta cambiar la ley electoral? La ley es del año 1976, han pasado cuarenta años. ¿Ha cambiado Europa en estos cuarenta años? ¿Ya lo creo!

Segunda pregunta: ¿No creen ustedes que los que aquí estamos debemos tener las mismas reglas, los mismos derechos, que tenemos que tener un sistema armonizado de ley electoral para que se nos elija?

Tercera pregunta: ¿No creen ustedes que es imprescindible que haya una representación de los partidos europeos, no de los partidos nacionales agregados, sino que quienes aquí estamos representando la soberanía europea —la soberanía europea, repito—, tenemos que tener al mismo tiempo unas mismas reglas para estar aquí, conformando inclusive unas listas transnacionales que permitieran que el cabeza de lista de cada grupo político encabezara la lista del partido que pretende gobernar Europa? ¿No es esa la regla lógica de la democracia?

Y, por último, una petición a mis compañeros del Grupo de los Verdes y del Grupo de la GUE/NGL: por favor, no se sumen ustedes a quienes están en contra de Europa con el «no» a una ley que no es perfecta, que es una ley que nos gustaría que fuera mejor, pero que no es una ley que merezca un «no».

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Gilles Lebreton (ENF), question «carton bleu». – Monsieur le Président, merci beaucoup de m'accorder ce carton bleu. J'ai été frappé en vous écoutant de voir que vous ne concevez plus que nous représentions ici des peuples. Vous voulez désormais que dans le cadre de cette réforme électorale, nous représentions des partis européens. Et moi, personnellement, je pense que c'est une erreur. Je pense que la dernière chance qu'il vous reste de sauver l'Union européenne, c'est de la réconcilier avec les peuples.

Moi, personnellement – c'est un conseil que je vous donne – je suis partisan d'abattre cette Union européenne. Mais si vous voulez la sauver, je pense que vous devez la réconcilier avec les peuples. Qu'en pensez-vous? N'est-ce pas la dernière chance qu'il vous reste?

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), respuesta de «tarjeta azul». – Pero los pueblos son Europa. Los pueblos, siendo pueblos, son también Europa. Yo sí quiero más partidos políticos europeos. No quiero una agregación de partidos nacionales; quiero partidos europeos que representen la soberanía europea, sí. Por eso creo que le faltan a esta ley más listas transnacionales y más partidos europeos, ciertamente. Pero damos un paso en esa dirección.

Arne Gericke (ECR). – Frau Präsidentin! Ich verurteile, dass SPD, CDU und CSU federführend ihren Bericht missbrauchen, um die Wiedereinführung einer Drei-Prozent-Hürde durchzusetzen, unter völliger Ignoranz der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

Ich behaupte, Sie haben Angst vor der Courage der Kleinen. Eine CSU-Kollegin meinte erst kürzlich: „Wir beobachten Sie jetzt.“ Das zeigt mir, Sie haben uns unterschätzt. Die Wähler dagegen, wissen uns mehr und mehr zu schätzen. Ich nenne es das Asterix-Prinzip: klein, aber oho. Eine Gefahr für die Demokratie soll ich sein? Warum? Weil ich jetzt schon mehr Berichte betreut habe als so mancher Kollege in zehn Jahren? Weil ich zu den fünf aktivsten deutschen Europaabgeordneten gehöre? Weil ich die Sorgen der Bürger im großen Wahlkreis Deutschland ernst nehme? Weil ich laut die Stimme für die Familien erhebe?

Dienstag, 27. Oktober 2015

Ganz ehrlich: Wenn Sie Ihren Job hier so ernst nehmen wie ich es tue, dann wagen Sie den fairen Wettbewerb mit uns Asterixen! Aber hören Sie auf, das Bundesverfassungsgericht zu ignorieren! Hören Sie auf, unsere kleineren Parteien mit Füßen zu treten und bis zu 8 Millionen Wählerstimmen in Deutschland

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Interventions à la demande

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem tady pozorně poslouchal celou debatu, souhlasím s návrhem, který předložili zpravodajové, ten návrh má celou řadu pozitivních věcí, jako je třeba elektronické hlasování. Obecně však chci varovat před trendem posilování evropského rozměru voleb jako takových. Ty volby by dále měly probíhat na národní, chcete-li státní úrovni, a to z jednoho prostého důvodu. Pokud zrušíme jednotlivé volby v jednotlivých národních státech, pak rozbouráme vazbu mezi politikem, poslancem a jeho voliči. To je strašně důležité z pohledu legitimacy. Volič by měl znát svého poslance, měl by vidět, co v Evropském parlamentu dělá, měl by rozumět jeho řeči a měl by vědět, o koho se jedná. Ve chvíli, kdy zbouráme tento princip a vytvoříme celoevropské volební obvody, pak se domnívám, že se legitimita výrazně sníží, voliči nebudou znát svého poslance a bude klesat účast v evropských volbách.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, με την έκθεση για την αναθεώρηση της εκλογικής διαδικασίας επιχειρείται από το παράθυρο να κατασκευαστεί ο περιφημος ευρωπαϊκός δήμος «European Demos». Έτσι, με την τροπολογία 1 καθορίζεται ότι τα μέλη του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου εκλέγονται ως αντιπρόσωποι των πολιτών της Ένωσης, και όχι ως εκπρόσωποι των λαών των κρατών μελών της Ένωσης.

Όμως οι ευρωπαϊκοί λαοί δεν μπορούν να καταργηθούν με νόμους, και αυτό πρέπει να το καταλάβουν όλοι. Επιπλέον, με τον νέο εκλογικό νόμο επιβάλλεται κατώτατο όριο 3% για την κατανομή των εδρών, με στόχο να αποκλειστούν από την επόμενη σύνθεση της Ευρωβουλής διάφορα κινήματα και ενοχλητικές φωνές κατά της γερμανικής Ευρώπης. Επίσης, με τον νέο εκλογικό νόμο ενισχύεται η Ευρωπαϊκή κοινοκρατία σε βάρος των κινήματων και των πολιτών. Ταυτόχρονα, υπονομεύονται οι λαοί ως πηγή δημοκρατικής νομιμοποίησης, ενώ το παζλ του ευρωπαϊκού melting pot συμπληρώνει η παράγραφος 21 της έκθεσης, που αμφισβητεί τις επίσημες γλώσσες των κρατών μελών της Ένωσης και ζητά εκπροσώπηση μειονοτικών γλωσσών στις ευρωπαϊκές εκλογές.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señora Presidenta, esta reforma no va a fortalecer la dimensión democrática de las elecciones europeas, ni tampoco la legitimidad democrática del proceso decisorio de la Unión; mucho menos acercar o seducir a la ciudadanía.

La reforma alude al principio de subsidiariedad y da consejos a los partidos políticos regionales —en nuestro caso, a partidos o coaliciones de una nación aún sin Estado, Euskal Herria—, pero, a continuación, fuerza la introducción de un umbral obligatorio que va en contra de las minorías y busca alejar o expulsar a millones de ciudadanos y ciudadanas del juego político europeo.

Eso no confiere más legitimidad democrática, ni más eficacia —en mi opinión—, como se ha dicho aquí. Si quieren más legitimidad en mi país, más legitimidad europea, sedúzcanos, por ejemplo, con la posibilidad de contar con una circunscripción única.

Julia Reda (Verts/ALE). – Vielen Dank Frau Präsidentin! Ich denke, dieser Vorschlag ist definitiv eine vertane Chance.

Wenn man sich anschaut, dass er in der jetzigen Situation wahrscheinlich so ziemlich alle deutschen Abgeordneten bereit wären, jedem Vorschlag für ein europäisches Wahlrecht zuzustimmen, um nur ihre geliebte Sperrklausel wiederzubekommen, dann muss ich den Berichterstatte(r)n sagen: Ja dann nutzen Sie die Chance doch, machen Sie einen ambitionierten Vorschlag und führen Sie tatsächlich transnationale Listen ein!

Man erhöht die europäische Dimension der Europawahl nicht dadurch, dass man auf den Wahlzettel das Logo einer europäischen Partei aufdruckt oder dass man kleine Parteien aus dem Parlament ausschließt. Man erhöht die europäische Dimension dadurch, dass man die Abgeordneten aus verschiedenen Ländern tatsächlich dazu bewegt, miteinander zusammenzuarbeiten und gemeinsame politische Positionen zu finden.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Das würden transnationale Listen erreichen. Aber so ist dieser Vorschlag einfach unambitioniert und ein sehr offensichtlicher Weg, zu versuchen, deutsche kleine Parteien aus dem Parlament zu entfernen.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem byl tou diskusí poměrně překvapen, protože se zde často zmiňuje otázka zejména volebního prahu. Příklad Německa, kdy německý Ústavní soud seznal, že pětiprocentní práh je nepřijatelný, já naprosto respektuji. Chci však říci, že v České republice také rozhodoval Ústavní soud o té pětiprocentní hranici a rozhodl tak, že ji ponechal, že ji považuje za odpovídající ústavě. Je zde příklad v tuto chvíli dvou zcela rozdílných rozhodnutí dvou ústavních soudů ze dvou členských států. A já si myslím, že to přesně ilustruje ten problém, ve kterém se nacházíme. Představa, že do ústavních práv jednotlivých národních států budou implementována naprosto podrobná detailní pravidla pro volbu, je podle mého názoru lichá a myslím si, že zvyšuje napětí, které není záhodné. Já nejsem příznivcem vytváření absolutních společných pravidel, proto bych byl jaksi opatrný k této zprávě.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, olhemos para os anos mais recentes: aprovação de tratados nas costas dos cidadãos, fugindo ao seu escrutínio democrático, fugindo aos referendos ou afrontando e desrespeitando o seu resultado quando este é inconveniente. Quando nem assim conseguem aprovar tratados, subvertem-se as regras em vigor e aprovam-se tratados à margem do ordenamento jurídico vigente, como sucedeu com o tratado orçamental, o tal que a senhora Merkel justificou dizendo «precisamos de algo que nos garanta que, mesmo que mudem os governos, não mudem as políticas». Interfere-se direta e abertamente, de forma ilegítima, nas decisões soberanas dos povos. Determinam-se governos, impõem-se políticas e submetem-se órgãos democraticamente eleitos, como os parlamentos nacionais.

Não há disfarce possível para a natureza antidemocrática desta União Europeia. O edifício é estruturalmente antidemocrático, não há tinta que lhe procurem aplicar nas paredes que lhe mude essa natureza. Este relatório contém aspetos da maior gravidade, pelo que significam uma escalada antidemocrática e ...

(A Presidente retira a palavra ao orador)

(Fin des interventions à la demande)

Corina Crețu, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank Members for all their comments and for this very interesting debate.

I wish to conclude by reiterating that the Commission fully supports Parliament's efforts to adopt this timely and very ambitious proposal. In our opinion, to deliver a Union of democratic change we need to build on the concept of lead candidates. The success of Europe as a political project requires an efficient democratic system in which its citizens are fully engaged. Strengthening the link between the elections for representatives of the citizens and the selection and election process of the head of the European executive is a tangible demonstration of the impact of citizens' democratic participation on the EU decision-making process. As I said at the beginning, it is very important to highlight the importance of a quota or gender balance, to which I gave my full support as a Member of the European Parliament.

This proposal is a concrete way to create a new sense of engagement in the construction of Europe and stimulate citizens to play a more active role in European democracy. As I said at the beginning, at the present time it is really crucial to build and contribute to trust between citizens and European institutions.

Danuta Maria Hübner, rapporteur. – Madam President, I would like to thank both those who were saying that we lack ambition and those who were saying that we are too ambitious, because basically those were the two groups we heard here in the Chamber.

To those who consider that we lack ambition with this report, I would say that sometimes in our work, and you all experience this, we want to bring more people on board for the ideas we consider important for European citizens – then, of course, our level of ambition falls to that of the common ambition. To a certain extent, that is why we could not do certain things. Another reason, however, has to do with the procedure involving the Council: we have to go with this proposal to the Council, and the Council, under the Treaty, can completely ignore our proposal. That is why we are trying to build something that will get through the whole system and take us a step forward in the evolution of the European Parliament's right to decide on the procedure for its own electoral process. These points may constitute an explanation in response to the first group of comments.

Dienstag, 27. Oktober 2015

To all those who consider we are going too far, I have to say that I totally disagree with you. In response to those who say we are moving too far in the sense of taking responsibility for issues that should be addressed at national level, as matters for national sovereignty, I would say that this proposal brings Members of the European Parliament closer to the voters, and also brings European citizens closer to Europe. So through this proposal I believe we are addressing what is today the biggest weakness of the European Union, namely the huge distance between the citizens and the Union.

I hope that, as a result of all our discussions, at committee level, here and subsequently in the Council, we will achieve something which, though it may not be milestone, as the Commissioner nicely put it, will certainly take us forward in terms of the European Parliament's right to decide on its own electoral procedures. As György Schöpflin was saying, we are probably the only parliament in the world that is not currently able to decide for itself about its electoral procedures.

Lastly, with regard to the threshold and the recent ruling by the German Federal Constitutional Court, I hope Jo Leinen will explain it but, if I remember correctly, one of the points the Court made was that if there were a European law on the threshold it would be a different story. That is why we are proposing a European law: so that we can avoid all the problems we are having at national level, with differing interpretations by different constitutional courts.

In any case, thank you, colleagues, very much. I hope that you will still have time to rethink how you are going to vote.

(Applause)

Jo Leinen, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Ich bedanke mich auch bei allen, die sich an der Debatte beteiligt haben. Herr Kollege Schöpflin hat in der Tat gesagt, eine Mindestschwelle ist okay, aber sie soll nicht zu hoch sein. Nun, was haben wir gemacht? Wir haben geschaut, was es in 26 Mitgliedsländern gibt. Es gibt überall per Gesetz oder de facto eine Mindestschwelle von drei Prozent, und die haben wir jetzt für zwei weitere Länder, in denen es das nicht gibt, vorgeschlagen. Das ist nicht zu hoch, sondern das ist die Norm in den meisten unserer Länder, und dort ist es auch irgendwie eingeübt und existiert und wird auch akzeptiert.

In der Tat, liebe Kolleginnen und Kollegen, unser deutsches Verfassungsgericht hat dieses Urteil gesprochen. Es hat aber auch die Tür für eine Mindestschwelle geöffnet. Es hat gesagt: Solange es kein europäisches Recht gibt, urteilen wir für unser Land so, wie wir es getan haben. Und es hat auch gesagt, man muss die Entwicklung des Europaparlaments beobachten. Bei den neuen Kompetenzen, bei den neuen Aufgaben, eine europäische Exekutive zu wählen – was wir ja mit der Wahl des Kommissionspräsidenten gemacht haben –, würden sie ihr Urteil zu der Null-Prozent-Klausel auch verändern. Also, ich glaube, da wird zu einseitig argumentiert. Das verstehe ich zwar von der Seite der ganz kleinen Parteien, aber es ist auch nicht richtig, es so einseitig hier darzustellen.

Ich bin auch ermutigt durch die Kollegen, die gesagt haben, wir hätten eigentlich sehr viel weiter gehen sollen. Wir haben aber gemeint, aus den Erfahrungen der letzten Periode, dass wir ein Zwei-Stufen-Konzept vertreten. Die erste Stufe, die möglich ist, jetzt, und dann kommen wir nochmal mit weiteren Vorschlägen, die sehr wahrscheinlich auch in einem Konvent in einer größeren Beratung mit nationalen Parlamenten und den nationalen Regierungen beschlossen werden müssen. Denn machen wir uns nichts vor: Europäische Listen erfordern auch die Änderung bestehender Beschlüsse. Das ist hier nicht zu haben, das hat uns die letzte Periode ja gezeigt.

Ich will nur sagen: Das ist ein Meilenstein, wie Kommissarin Crețu gesagt hat, gemessen an den Jahrzehnten, in denen nichts passiert ist. Es ist ja hier benannt worden, was wir alles vorschlagen. Das ist ein großer Schritt nach vorne, und diese Chance sollten wir nicht verpassen. Denn wenn wir sie verpassen, wird es in dieser Periode keine Reform des Wahlrechts geben, und wir tapen dann 2019 nochmal in den alten Pfaden, die sich als sehr defizitär erwiesen haben.

Ich will als Letztes sagen: Diejenigen, die hier nicht akzeptieren, dass wir zwar zuhause in unseren Mitgliedstaaten gewählt werden, aber in dem Moment, wo wir hier im Parlament sind, die ganze EU vertreten und nicht nur unsere Mitgliedstaaten, denen ist halt eben nicht zu helfen. Wir wissen ja, dass es die Euroskeptiker und Europagegner gibt. Da können wir Vorschläge machen, wie wir wollen, die werden immer dagegen sein. Die sind halt eben auch eine Mehrheit, und das sollen sie bleiben.

Dienstag, 27. Oktober 2015

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mercredi, le 28 octobre, à 12 heures.

Declarations écrites (article 162)

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση της Επιτροπής Συνταγματικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου σχετικά με την αναθεώρηση της νομοθεσίας για την εκλογή των ευρωβουλευτών προτείνει μια σειρά τροποποιήσεων στην Εκλογική Πράξη του 1976. Η σημαντικότερη από αυτές τις τροποποιήσεις είναι η εισαγωγή υποχρεωτικού ορίου μεταξύ 3% και 5% για την κατανομή των εδρών σε ορισμένα τουλάχιστον από τα κράτη-μέλη. Η πρόταση αυτή είναι προβληματική από την οπτική γωνία της δημοκρατικής αρχής που κατοχυρώνεται στο άρθρο 2 της Συνθήκης της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Ειδικά μάλιστα όταν το «κατώφλι» αυτό υπερβαίνει το 3% και φθάνει στο 5%, προκύπτει ένας υπέρμετρος περιορισμός της πολυφωνίας, ο οποίος δεν είναι αναγκαίος για τη διασφάλιση της λειτουργικότητας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Επίσης, η θέσπιση ηλεκτρονικής-διαδικτυακής ψήφου χωρίς να συνοδεύεται από επαρκείς διευκρινίσεις και εγγυήσεις εγείρει ερωτήματα ως προς την ασφάλεια της ψήφου. Υπενθυμίζω την εξαιρετική αρνητική εμπειρία των προεδρικών εκλογών του 2000 στις ΗΠΑ, όταν το αποτέλεσμα κρίθηκε λόγω της αδυναμίας μερικών εκατοντάδων ψηφοφόρων στην πολιτεία της Φλόριδα να ανταποκριθούν στις περίπλοκες για αυτούς απαιτήσεις της σχετικής διαδικασίας. Συνεπώς η έκθεση πρέπει να αναμορφωθεί, διαφορετικά δεν μπορεί να γίνει αποδεκτή.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Az Európai Unió választási jogszabályainak reformjáról szóló jelentés az 1979 óta, az első közvetlen EP-választások megrendezése óta alkalmazott keretszabályok módosítását szorgalmazza. Az uniós szerződések jogot adnak a Parlamentnek arra, hogy saját választási eljárásának reformját kezdeményezze abból a célból, hogy valamennyi tagállamban egységesen alkalmazandó vagy közös elveken alapuló eljárást dolgozzon ki. A reform egyben az uniós döntéshozatali folyamat demokratikus legitimitásának erősítését célozza.

A választási jogszabályok elfogadása óta számos politikai és társadalmi változásnak lehetünk tanúi. Az uniós polgárok politikában való részvételének megváltozott formáit, illetve a pártok láthatóbbá tételét kiemelt helyen kezeli a jelentés, amely egyben az Európai Parlament munkáját kívánja legitímabbá tenni. Fontosnak tartom a választásokon való részvétel különböző lehetőségeinek tagállami megteremtését. Saját tagállamom, Szlovákia jogszabályi rendelkezései egyelőre csak a hagyományos módon történő részvételt teszik lehetővé, kizárva számos polgárt az EP-választásokból. Mindez hozzájárult ahhoz, hogy az utolsó EP-választásokon a legalacsonyabb részvételi arány született a tagállamban.

Üdvözlendő, hogy a jelentés bátorítja a tagállamokat, hogy tegyenek intézkedéseket az etnikai, nyelvi és más kisebbségek európai választásokon való megfelelő képviseletének előmozdítására. A Parlament munkáját és magukat a parlamenti képviselőket is közelebb hozhatja választóikhoz a tervezett reform.

Ian Hughton (Verts/ALE), in writing. – Many of the ideas floated in this report are unacceptable. Many of the tabled amendments are even more unpalatable. The rapporteurs, a 'grand coalition' of EPP and Socialist groups, refer to their perceived need to avoid 'further fragmentation' of the European Parliament. That statement exemplifies the traditional approach of the two larger groups in this Parliament – they would use any opportunity to place obstacles, such as mandatory thresholds, in the way of parties and groups other than their own.

The diversity of views represented in this Parliament is, in my view, a considerable asset and a direct result of a democratic election process rather than an obstacle to it. I have not seen any beneficial effect arising from the notion of lead candidates, supposedly gathering votes from across the entire EU. The amendments which propose a 25-strong Transnational List of candidates at European Elections are not likely to lead to any greater level of voter interest in future European Parliament elections. In my view, transnational lists simply are another mechanism which would mainly benefit the two largest groups in this parliament. I will be voting against all of the amendments which are supportive of the principle of transnational lists.

Dienstag, 27. Oktober 2015

17. Gerichtshof der Europäischen Union: Anzahl der Richter am Gericht (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la recommandation pour la deuxième lecture de la commission des affaires juridiques relative à la position du Conseil en première lecture en vue de l'adoption du règlement du Parlement européen et du Conseil modifiant le protocole n° 3 sur le statut de la Cour de justice de l'Union européenne (09375/1/2015–C–0166/2015–2011/0901B(COD)) (Rapporteur: António Marinho e Pinto) (A8-0296/2015)

António Marinho e Pinto, relator. – Senhora Presidente, o Tribunal de Justiça da União Europeia desencadeou, em 2011, uma iniciativa legislativa para alterar o seu estatuto, a fim de permitir a nomeação de mais 12 juízes para o Tribunal Geral. Em abril de 2014, essa pretensão mereceu o acordo do Parlamento, em primeira leitura. No entanto, o Conselho nunca nomeou qualquer desses 12 juízes por os Estados-Membros não lograrem um entendimento na escolha dos juízes, já que cada Estado queria nomear o seu juiz e o número de juízes a nomear, 12, não coincidia com o número dos Estados nomeantes, 28.

Assim, em outubro de 2014, o Tribunal veio pedir mais 28 juízes, o dobro dos existentes, bem como a abolição do Tribunal da função pública. Ou seja, em abril de 2014, bastavam mais 12 juízes para resolver os alegados problemas do Tribunal, mas, em outubro desse mesmo ano, afinal, já são precisos mais 28 juízes, bem como a extinção de um tribunal.

É óbvio que não se trata de resolver nenhum problema do Tribunal, mas sim de resolver um problema do Conselho, que não é capaz de nomear membros que não coincidam com os seus membros. Por outro lado, a proposta agora em discussão não é uma mera alteração à proposta legislativa inicial, mas sim uma nova proposta, pois já não se trata apenas da nomeação de mais 12 juízes, mas sim de mais 28 e da extinção de um tribunal especializado, previsto nos tratados de Nice e de Lisboa.

Ora, tratando-se, como se trata, de uma nova proposta legislativa, a Comissão deveria obrigatoriamente pronunciar-se sobre o seu conteúdo, o que não aconteceu, pois apenas se pronunciou sobre a nomeação de mais 12 juízes e não de mais 28, e nunca emitiu qualquer parecer sobre a extinção do Tribunal da função pública. O tratado prevê a criação de tribunais especializados e não a sua supressão.

A extinção do Tribunal da Função Pública significaria o abandono do sistema de tribunais especializados, previsto nos tratados de Nice e de Lisboa, quando é genericamente consabido que a justiça especializada é uma justiça de melhor qualidade e, por isso, deveria encarar-se a possibilidade de se criarem novos tribunais especializados, nomeadamente para as marcas e patentes, em vez de se tentar extinguir o único existente, e cujo sucesso é reconhecido por todos.

Uma reforma desta natureza deveria ser precedida de um estudo de impacto, que elucidasse os legisladores – Conselho e Parlamento – sobre a sua necessidade, a sua amplitude, os seus custos e outras consequências. Porém, esse estudo nunca foi efetuado.

Devido à irracionalidade da proposta do Conselho, propus no meu relatório a reconstituição da posição aprovada pelo Parlamento na sua primeira leitura, em abril de 2014, pois passar de 12 juízes para 28 juízes não será bem compreendido pela opinião pública europeia, já que se traduz num aumento da despesa estrutural da União de mais de 20 milhões de euros anuais, apenas porque o Conselho não foi capaz de nomear os juízes aprovados.

Numa altura em que muitos países estão submetidos a rigorosas medidas de austeridade e a União Europeia propõe a redução de funcionários e cortes nas despesas públicas, aumentar assim a despesa pública estrutural da União seria um mau exemplo para toda a Europa. Mas o Conselho não foi permeável a esta posição, e manteve a sua posição, cabendo, agora, ao Parlamento aceitar essa pretensão ou recusá-la, em nome dos contribuintes europeus que representamos.

No meu relatório, propus também o respeito absoluto pela paridade de género no recrutamento dos juízes, mas essa regra foi também recusada pelo Conselho, com a alegação de que os tratados não permitem a sua adoção, substituindo-a por uma mera declaração nos considerandos, sem qualquer valor jurídico.

Se a posição do Conselho vier a ser aceite pelo Parlamento, teremos então de assumir que, na União Europeia, a efetiva igualdade de género não passa de uma proclamação retórica, sem conteúdo normativo nem força jurídica vinculativa. Teremos de assumir, então, que o Direito constitucional da União não permite a realização de um direito fundamental que é, aliás, um dos valores fundacionais da própria União Europeia. Também por isso, peço a rejeição da posição do Conselho e o retorno à primeira leitura deste Parlamento.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Corina Crețu, *Member of the Commission*. – Madam President, the Commission supports the compromise agreed in principle between the Parliament and the Council. This compromise is the result of long negotiations. It strikes a balanced solution which allows us to move forward on a file which has been blocked for too long. We should also keep in mind that this compromise is directly based on ideas submitted by the Court of Justice itself. A quick finalisation of this reform is considered very important by the Commission.

The situation within the General Court remains a source of concern. This reform will allow the Court to reduce its backlog of pending cases and to speed up the treatment of cases. Effective judicial review is a fundamental right guaranteed by the Charter. However, judicial review is only effective if it is also timely. We therefore owe it to citizens and economic operators to reinforce the capacity of the Court to hear their cases quickly. Rapid settlement of disputes and clarification of legal issues is also in the interests of the Commission and of the Union as a whole. The Commission also welcomes the solution found to promote gender balance within the Court, which is an objective fully shared by the Commission.

Accordingly, let me again stress the full support of the Commission for the compromise found and its confidence that, if the amendments negotiated with the Council are approved, the Commission will be in a position to deliver a positive opinion on these amendments.

Tadeusz Zwiefka, *w imieniu grupy PPE*. – Pani Przewodnicząca! Sprawnie funkcjonujący wymiar sprawiedliwości jest jednym z najważniejszych filarów demokratycznego państwa. Unia Europejska jest rodziną państw demokratycznych, a zatem sprawnie funkcjonujący europejski wymiar sprawiedliwości powinien nam wszystkim leżeć głęboko na sercu. Dlatego w imieniu grupy PPE chciałbym z wielkim zadowoleniem stwierdzić, że ten trudny, bardzo żmudny proces negocjacji dochodzenia do ostatecznego kompromisu wreszcie dobiega końca. Przed nami jutro głosowanie kompromisu, który został wynegocjowany pomiędzy Parlamentem Europejskim i Radą w ubiegłym tygodniu. Ten kompromis zasada się na uznaniu konieczności zwiększenia liczby sędziów w Trybunale. Nikt nie ma wątpliwości co do tego, że Trybunał musi mieć więcej sędziów po to, by sprawnie funkcjonować, byśmy nie ponosili finansowych kar za przedłużające się terminy rozpraw. Ale chcę wyrazić także głęboką wdzięczność za to, że udało się Parlamentowi Europejskiemu wprowadzić dwa ważne elementy: po pierwsze, klauzulę przeglądową, która pozwoli nam, tuż po zakończeniu reformy w 2019 roku, przyrzec się, w jaki sposób wpłynęła ona na funkcjonowanie Trybunału, i czy rzeczywiście jest tak skuteczna, jak to dzisiaj widzimy.

I druga rzecz, to przyjęcie wspólnie z Radą rezolucji Parlamentu Europejskiego mówiącej o konieczności równości płci w Trybunale Sprawiedliwości. Ale chcę powiedzieć, że to jest tylko początek drogi i że ta równość płci powinna objawiać się wszędzie. Nie można więc ustanawiać jej dla jednej instytucji nie patrząc na inne instytucje. To jest początek drogi, którą będziemy dalej zmierzać. Jutro grupa PPE wesprze swoimi głosami porozumienie, które zostało zawarte z Radą.

Mady Delvaux, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, la justice est un principe fondamental, un droit et une obligation dans une démocratie, et la justice de l'Union européenne, la nôtre, est aujourd'hui en difficulté. En tant que représentants des citoyens, nous nous devons de la défendre et de la protéger en lui accordant les moyens dont elle a besoin pour accomplir sa tâche.

Les chiffres ne mentent pas. Le besoin d'augmenter le nombre des juges du tribunal est indéniable. Le nombre d'affaires pendantes augmente d'année en année sur l'autel de l'inaction et cinq recours pour non-respect du délai raisonnable ont déjà été introduits, le montant total réclamé s'élevant à près de 27 millions, ce qui est plus que le coût de la réforme. Le compromis trouvé nous permet aussi une avancée sans précédent vers l'égalité hommes-femmes, et c'est tout à l'honneur du Parlement européen. Ne laissons pas passer cette chance d'atteindre concrètement un objectif maintes fois revendiqué dans des déclarations symboliques.

C'est pourquoi j'appelle tous les démocrates à voter pour la proposition, pour le compromis, pour plus de justice et d'égalité dans l'Union européenne.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jiří Pospíšil (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Chtěl bych se paní poslankyně zeptat, jestli si nemyslí, že ten problém rostoucího náporu na tuto justiční instituci by nevyřešilo to, kdyby se zvedl počet právních asistentů. My s tím třeba máme z České republiky velmi dobrou zkušenost.

Mady Delvaux (S&D), *réponse «carton bleu»*. – Madame la Présidente, nous sommes arrivés à la conclusion qu'avoir trop de référendaires par juge implique une déresponsabilisation des juges et qu'il est important de leur donner les moyens, mais en augmentant plutôt le nombre de juges.

Sajjad Karim, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, in over 20 years of elected public office service this must be amongst the most gerrymandered of political processes I have witnessed to date.

I do not make these comments lightly. I have been involved in the Legal Affairs Committee in trying to work with colleagues, including the rapporteur, on trying to reach a proper solution to the problem that was presented to us. But yet again, though there is a genuine case for reform we have made a choice to actually surrender that genuine opportunity and sacrifice it on the altar of political expediency, to arrive at a solution which is actually a non-solution. When our citizens from right across the European Union are demanding genuine reforms that reflect actual service to them, we have chosen to come forward once again with a compromise solution that actually adds to the burdens of those citizens but does nothing about providing a solution to the problem that was presented to us.

We are about to spend EUR 20 million a year extra where there was absolutely no need for us to add even one single euro cent to the burden for European taxpayers. We are failing each of our citizens by pushing this through and that is why I have taken the step, without any small measure of burden being attached, of moving an amendment to the resolution that rejects the Council position. I call upon colleagues – and I know many of them have stated to me in private how they know and they recognise that in years to come we will come to regret this decision – to support my move.

Jean-Marie Cavada, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, chers collègues, le projet de réforme que nous examinons maintenant et qui a été négocié en quadrilogue va nous permettre d'exercer un contrôle budgétaire accru sur les besoins réels de la Cour, mais aussi de consolider une fonction absolument indispensable et de haute démocratie qui s'appelle la justice et qui est réclamée par les citoyens.

Depuis la publication de la proposition de réforme de 2012, le nombre de cas traités par la Cour a augmenté de 43 % en 2014. Cinq recours ont déjà été déposés pour excès de durée, sans que la justice ait été rendue, comme l'a souligné M^{me} Delvaux, ce qui coûte 27 millions en dommages-intérêts. Et on voit bien là que c'est un gâchis énorme par lenteur.

La réforme de la Cour, évolutive et structurelle, telle que je la soutiens, nous permet d'avoir trois étapes. Et au bout de chaque étape, une évaluation est réalisée afin de voir si oui ou non, il faut aller plus loin. Par conséquent, je n'ai aucune crainte quant à l'argument du gâchis financier; à mon avis, il est démagogique.

Et enfin, je voudrais dire une chose. Ne sous-estimons pas la fonction démocratique absolument indispensable, car si l'Europe ressemble à quelque chose du point de vue des peuples, c'est un exécutif, c'est un législatif qui doit aller vers les peuples, et c'est un judiciaire qui doit avoir les moyens de fonctionner.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, we are in the second reading of this issue, and since 2011 the Council could not – and, according to my estimation, never will – modify its request for 28 new judges.

But for those who question this, I want to underline that this reform is not just about the number of judges and the dispute that has arisen about that. This is about ensuring the operating conditions of the EU court system, and the task and role of the General Court is crucial for the judicial protection of the citizens. The Court of Justice of the European Union is the court that constantly fosters the rule of law, transparency and fundamental rights. The quality and efficiency of the EU court system should be our highest priority. In the trilogues, Parliament has also achieved something historical: this is the very first time that the EU co-legislators are including a clause on gender parity into a regulation that governs an EU institution. The gender parity provision in the regulation is pushed as far as the Treaties enable. This is a step; it is a legal innovation that is bound to be only the beginning of a development towards more gender parity in the EU institutions. The Court and the Member States are committing themselves to gender parity, and it is our task to hold them accountable.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Laura Ferrara, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, diciamocelo francamente: questa riforma del tribunale di primo grado è davvero uno scandalo. Nella migliore delle ipotesi, ci troviamo di fronte alla palese incapacità del Consiglio, avallata da Popolari, Socialisti e Verdi, di superare la logica nazionalista e anticomunitaria che ha ancora la riforma al principio «uno Stato, un giudice», con buona pace di qualsiasi studio di impatto sulla reale necessità di raddoppiare il numero dei giudici. Nella peggiore delle ipotesi, ci troviamo di fronte a interessi inconfessabili che stanno dietro ad una mera spartizione di poltrone.

Il Parlamento da domani dovrà spiegare ai suoi cittadini perché l'Europa può imporre loro significativi sacrifici economici, che in Italia ad esempio hanno causato anche il dimezzamento del numero dei tribunali, mentre poi la stessa Europa decide di raddoppiare il numero dei giudici del suo tribunale.

Noi crediamo nella giustizia ed è per questo che siamo contrari a questa riforma che Consiglio e Parlamento stanno portando a termine con un'insolita fretta. Mi spiace per i colleghi Verdi e per i Socialisti, ma nemmeno la foglia di fico della parità di genere potrà giustificare questa scandalosa riforma.

Gilles Lebreton, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, cette réforme est un scandale, en premier lieu parce qu'elle est inutile. Les juges que nous avons auditionnés au sein de la commission des affaires juridiques nous l'ont dit, y compris M. Jaeger, qui est tout de même le président du Tribunal. Nous allons donc voter une réforme qui va nous coûter une vingtaine de millions d'euros par an pour rien.

En deuxième lieu, cette réforme a occasionné de multiples violations de la procédure parlementaire: violation de notre règlement sur la règle de la double lecture, violation des règles les plus élémentaires du droit parlementaire lors du vote précipité qui a eu lieu contre la volonté du rapporteur, M. Pinto, le 8 octobre — ce jour-là a été un simulacre de démocratie, c'est à peine si nous avons eu le temps de débattre. Enfin, audition des juges qui s'est déroulée dans des conditions rocambolesques, puisqu'il a quasiment fallu que j'entre de force dans ma propre commission, qui prétendait m'interdire l'entrée.

En troisième lieu, violation du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, puisque cette réforme implique la suppression du Tribunal de la fonction publique – au passage, bonjour pour le respect des fonctionnaires et des employés de l'Union européenne –, au mépris de ce traité qui permet de créer des tribunaux mais qui ne permet en aucun cas d'en supprimer (article 257, pour ceux qui voudraient vérifier).

En définitive, tout cela montre le poids des lobbys et des intérêts privés dans l'Union européenne, ce qui ne saurait nous surprendre. On en a déjà eu de multiples exemples, en voilà un de plus. Le fond de cette affaire, c'est qu'il y a 28 places de juges bien payées à distribuer. C'est la raison pour laquelle j'avais déposé en commission des affaires juridiques un amendement qui interdisait aux parlementaires européens de devenir juges. Cela aurait au moins eu le mérite de rappeler une grande règle qui est la séparation des pouvoirs et d'effacer tout risque de conflit d'intérêts. Cet amendement a été rejeté. Force est d'en arriver à ma conclusion...

(La Présidente retire la parole à l'orateur)

Therese Comodini Cachia (PPE). – Sistema effiċjenti ta' ġustizzja tridha dejjem. Nemmen li għandna ninvestu dejjem aktar fis-sistema ġudizzjarja Ewropea għaliex iċ-ċittadini jixirqilhom l-aħjar sistema, waħda effiċjenti u effettiva. X'jiswa li nagħtu liċ-ċittadini Ewropej dritt għal aċċess quddiem il-qorti, imbagħad jistennew snin sabiex jieħdu deċiżjoni minn dik il-qorti?

Il-ġustizzja li jixirqilhom iċ-ċittadini fuq livell Ewropew, hija waħda li ma tghakkishomx fl-istennija għaliha, iżda li tindirizza d-diffikultà legali tagħhom fl-aqsar żmien possibbli tramite qrati armati b'Imħallfin retti, u li jafu l-liġi u li għandhom il-faċilitajiet iwettqu l-ġustizzja. Dak hu li nippretendi mill-qrati Ewropej, hekk kif nippretendih mis-sistema ġudizzjarja nazzjonali.

Għalhekk iva, hemm il-bżonn li ninvestu aktar fil-Qorti tal-Ġustizzja Ewropea li dejjem qieghda tiffaċċja zieda fil-każijiet li jitressqu quddiemha u mhux dejjem qed issib il-faċilità biex tindirizzahom b'mod effiċjenti.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Dan però jfisser ukoll li dik il-qorti li fiha qeghdin ninvestu, ghandha tkun vigílanti fuq kif qieghda tuża r-rizorsi taghha, ghandha tkun *accountable*, u ghandha tassigura li l-ġustizzja twettaqha b'mod effiċjenti.

Il-proposta biex jiżiedu l-Imhallfin fil-Qorti Ewropea jixirqilha l-approvazzjoni ghaliex tinvesti f'ġustizzja effiċjenti għaċ-ċittadini Ewropej, u fl-istess hin tqieghed miżura ta' kontabilità fuq il-Qorti.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Kommissarin, was kostet es, keine funktionierende, tadellose Gerichtsbarkeit zu haben? Der Europäische Gerichtshof fällt immer wieder Urteile gegen sehr große, sehr mächtige Unternehmen. Ein Beispiel ist das Max-Schrems-Urteil zum Datenschutz in letzter Zeit.

Wir brauchen daher eine Gerichtsbarkeit auf europäischer Ebene, die schnell reagiert und qualitativ gute, hervorragende Urteile trifft. Das Europäische Parlament versucht hier, einen vermurksten Ratsbeschluss zu retten. Ja, wir brauchen mehr Richter, das wissen wir im Europäischen Parlament. Aber ob es gleich 28 mehr sein sollen? Das soll in der Revisionsklausel, die wir ja klar und deutlich einfordern, entsprechend bald überprüft werden.

Und ich möchte an das Beispiel der Geschlechterparität erinnern. Hier kann der Europäische Gerichtshof eine Vorreiterrolle spielen. Es gibt so viele hervorragende, ausgezeichnete Richterinnen, und hier könnte das wirklich ein positives Beispiel gegenüber allen Europäischen Institutionen sein.

Diane James (EFDD). – Madam President, when even the rapporteur is highly critical of his proposal, then – to use a parody – ‘Houston, we have a problem’. Well, fellow MEPs, we have a serious problem. Even the rapporteur cannot sell this proposal to us. Just consider a selection of his comments: ‘it shows a deep contempt for taxpayers’ money’; ‘no sense for the European Union to increase spending so frivolously’; ‘this legislative initiative clearly lacks transparency, both internally and externally’; ‘there has not even been a cost-benefit analysis or any impact assessment’. He ends by calling for rejection of the proposal. The rapporteur’s comments are robust, justified, and should be followed. Rejection is the only course of action and this Chamber should follow his recommendations, otherwise why in the hell do we have rapporteurs?

Daniel Buda (PPE). – Doamnă Președintă, William Gladstone spunea că justiția târzie este o justiție nulă. Tocmai de aceea, salut propunerea Consiliului privind creșterea numărului de judecători la Curtea de Justiție a Uniunii Europene. Statul trebuie să fie garantul independenței, imparțialității și autorității instanței, dar, în același timp, este obligat să creeze mecanisme care să permită un acces real la justiție.

Uniunea Europeană trebuie să fie preocupată mereu de imaginea justiției pe termen lung. Este nevoie de o apreciere corectă a evoluțiilor, pentru a permite adaptarea organizării mijloacelor și modalităților de funcționare a instanțelor. Acestea trebuie să facă față provocărilor date nu doar de creșterea numărului de state membre, dar și de o sporire considerabilă a volumului cauzelor în ultimii ani, ceea ce a dus la o creștere inacceptabilă a duratei de soluționare a acestora. Apreciam, astfel, că actul de justiție trebuie să fie obligatoriu înfăptuit într-un termen rezonabil, deoarece o justiție ineficace poate să determine efecte economice negative pe termen lung.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! Det råder inget tvivel om att det behövs fler domare i EU-domstolen. Antalet mål som tribunalen klarade att avgöra är långt färre än de som kommer in, vilket leder till både förseningar och rättsosäkerhet samt i förlängningen också till fördröjning. Låt mig dock vara tydlig: Det sätt som rådet väljer att göra det på är givetvis barnsligt. Förmodligen är det att förolämpa barn att kalla det för barnsligt, eftersom de säkert skulle hitta en bättre modell.

Vi står dock nu här i ett läge där vi måste komma vidare med detta ärende om vi vill ta ansvar för rätts säkerheten. Därför ser parlamentet inget annat val än att gå vidare, men i utbyte måste vi se till att kräva vårt, kräva en jämställd domstol. I dag ser vi att andelen kvinnor i tribunalen bara är 21 procent och i EU-domstolen endast 18 procent. Det är illa mot alla de kompetenta kvinnor som skulle göra ett bra jobb i domstolen.

Dienstag, 27. Oktober 2015

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem se přihlásil k tomuto bodu, protože jsem pět let byl ministrem spravedlnosti České republiky a zabýval jsem se odborně zatížeností soudů, a musím říci, že tento návrh považuji za zcela absurdní. Paní komisařko, znásobit počet soudců na dvojnásobek bez seriózní analýzy náporu a nárůstu náporu na Tribunal mi připadá velmi nezodpovědné a беру to pouze jako politické rozhodnutí, nikoliv rozhodnutí věcné. Já jsem si propočítal nápor na Tribunal, o kterém se bavíme, ten nárůst tam je, nicméně byl by objektivně zvládnutelný, pokud bychom navýšili počet soudců o jednotlivé soudce maximálně do desíti. Navýšit počet soudců na dvojnásobek je opravdu rozhodnutí politické, nikoliv věcné, a měli bychom to takto férově říci a neklamat naše voliče. Pokud nejsme schopni dosáhnout seriózního nárůstu počtu soudců, pak je lepší, podle mého názoru, navýšit počet administrativního personálu a právních asistentů.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – La Unión Europea, señora Presidenta, es una unión de Derecho. Y la garantía del Derecho reside en el Tribunal de Justicia, sobre todo la garantía de los derechos de los ciudadanos, como ha puesto de manifiesto la reciente sentencia sobre el *safe harbour*.

Y, precisamente por eso, cabe hacerse algunas preguntas: ¿Una justicia lenta es una justicia denegada? Sí. ¿Una justicia ineficiente equivale a la negación de justicia? Sí. ¿Puede este Parlamento permanecer indefinidamente indiferente a los problemas de funcionamiento del Tribunal de Justicia? No.

Llevamos cuatro años discutiendo. Hace falta un compromiso para ayudar al Tribunal de Justicia a ser más eficiente. ¿Que había otras soluciones? Sí. Seguramente, incrementar el número de los abogados generales o incluso el número de jueces, sin necesidad de duplicarlos; era una opción considerable, pero el único compromiso posible ha sido este que ha sido alcanzado.

Lo mejor, en este caso, no puede ser enemigo de lo bueno y de lo prácticamente posible. Si, además, tenemos garantía de igualdad de género, por primera vez en un acuerdo institucional y, en segundo lugar, una cláusula de revisión, es un acuerdo que merece la pena ser votado.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, βασική αρχή της ευρωπαϊκής συνεργασίας είναι η τήρηση του δικαίου. Έτσι η Ευρωπαϊκή Κοινότητα οικοδομήθηκε καταρχάς ως κοινότητα δικαίου. Μια κοινότητα στην οποία η ερμηνεία και η τήρηση του δικαίου της ανατέθηκε στο Δικαστήριο της, το οποίο με αποφάσεις κράτησε ζωντανό το ευρωπαϊκό εγχείρημα και άνοιξε νέους δρόμους για την ευρωπαϊκή πορεία. Τόσο εγώ όσο και άλλοι καθηγητές θεσμών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, διδάσκοντας στους φοιτητές μας στα πανεπιστήμια, είχαμε την ευκαιρία να εξάρουμε τον ρόλο του Δικαστηρίου στην προστασία των δικαιωμάτων των πολιτών. Υποστηρίζω την πρόταση για ενίσχυση του Γενικού Δικαστηρίου με την αύξηση του αριθμού των δικαστών σε 28, ένας δικαστής δηλαδή ανά κάθε κράτος μέλος, προκειμένου να ενισχυθεί έτσι η νομιμοποίηση του Δικαστηρίου ενώπιον των λαών της Ένωσης, να εκπροσωπούνται εκεί ισότιμα όλα τα νομικά συστήματα των κρατών μελών και να καταστεί αποτελεσματική και ταχεία η απονομή της δικαιοσύνης.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem byl překvapen příspěvky některých kolegů, protože posuzovat justici podle konkrétních rozsudků, zda-li je tedy dobrá nebo nedobrá, to nevím, jestli je dobrý způsob, jak respektovat zásadu nestranného a nezávislého soudnictví. Myslím si, že ta navrhovaná reforma, respektive ten kompromis, ke kterému došel Parlament v jednání s Radou, nebude ani odpovědí na vymezení toho tématu, které nám poskytli soudci Evropského soudního dvora. A já se přiznám, že jsem velmi skeptický ohledně svého zítřejšího hlasování, protože si neumím představit, že bych tuto reformu tak, jak je prosazována zde, podpořil, neboť ani soudci Soudního dvora z toho určitě nebudou mít radost.

(Fin des interventions à la demande)

Corina Crețu, Member of the Commission. – Madam President, I wish to thank Members very much for their comments. The European Commission will support the compromise between the European Parliament and the Council on the number of judges in the General Court, and I think that the capacity of the Court to hear the cases of citizens quickly and ensure a rapid settlement of disputes and clarification of legal issues is crucial. It is also linked to the previous debate we had here on the reform of electoral systems: it is about trust between the citizens, the population and European institutions. Anyhow, needless to say, the Commission welcomes the solution found to promote gender balance within the Court, as we recognise gender balance as an important value within the European Union.

Dienstag, 27. Oktober 2015

António Marinho e Pinto, relator. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, em nome da verdade, não são necessários mais de 28 juízes para resolver qualquer problema no Tribunal Geral. Esses 28 juízes são apenas o resultado da incapacidade do Conselho em nomear os 12 juízes necessários, segundo o próprio tribunal, para resolver os seus problemas. De abril de 2014 a outubro de 2014, passou-se de mais 12 juízes para mais 28 juízes. Isto é uma ofensa à inteligência dos deputados e é uma ofensa à inteligência e aos interesses dos cidadãos da União Europeia.

Em nome da verdade, digo a este Parlamento, aqui e agora, que os atrasos existentes não são devidos à falta de juízes, mas à falta de funcionários. Senhora Comissária, só um processo esteve mais de um ano à espera de ser traduzido, mais de um ano à espera de ser traduzido. Em 2014, nomearam-se mais 9 referendários e isso permitiu a resolução de mais de 100 processos num ano.

O que este Parlamento está a fazer é capitular incondicionalmente perante um *diktat* do Conselho, porque o Conselho não é capaz de nomear juízes, um número de juízes diferente do número de Estados-Membros, e por isso, em vez de nomear 12, quer mais 28 para que cada Estado fique com mais 12 juízes.

Em nome da verdade, isto é uma ofensa aos interesses dos cidadãos da União Europeia, é uma ofensa aos contribuintes e é uma ofensa à função deste Parlamento de zelar pelos interesses genuínos dos contribuintes europeus - não gastar o que não é necessário e esta verba não é necessária. A pretensa existência de pedidos de indemnização de mais de 27 milhões de euros precisa de ser demonstrada como válida. O Tribunal dos Direitos Humanos exige mais de cinco anos e nenhum processo dura há mais de três anos.

E mais ainda, Senhora Comissária, a aprovar esta reforma, todos os anos o Parlamento, a União Europeia, vai gastar mais de vinte milhões de euros, ou seja, todos os anos vai pagar aquilo que, mesmo que o número de processos fosse verdadeiro, só pagaria uma vez.

Em nome da verdade, isto não pode acontecer numa União Europeia democrática que respeite os genuínos interesses dos cidadãos.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mercredi, le 28 octobre, 12 heures.

Déclarations écrites (article 162)

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), na piśmie. – Reforma Trybunału Sprawiedliwości Unii Europejskiej jest podyktowana wciąż rosnącą liczbą spraw do rozpatrzenia. W 2010 r. było ich niespełna 600, w 2014 r. – 912, a do marca 2015 r. padł rekord – 1393. Czas oczekiwania na orzeczenie wynosi obecnie 4–5 lat. Należy pamiętać, że prawo do otrzymania wyroku w rozsądnym terminie zapewnia art. 47 karty praw podstawowych, a dostęp do wymiaru sprawiedliwości jest podstawą demokracji. W tym kontekście konieczne jest wzmocnienie Sądu większą liczbą sędziów tak, aby mógł on orzekać efektywnie. Pod koniec przewidzianej reformy, będzie się on składał z 56 sędziów, po dwóch z każdego państwa członkowskiego. Ponadto, biorąc pod uwagę, że dążenie do równości kobiet i mężczyzn jest jednym z celów Unii, cieszę się, że udało nam się wprowadzić też poprawkę mówiącą o tym, iż rządy państw członkowskich powinny w ramach możliwości zapewnić równy udział obu płci w procesie doboru przyszłych sędziów. Dobre funkcjonowanie sądownictwa wymaga nakładów. Zwiększenie obsady o 28 sędziów będzie kosztować ok. 13,5 mln EUR rocznie, ale w porównaniu np. z kwotą 26,8 mln EUR, żadaną jako odszkodowanie za opóźnienia w kilku obecnie toczących się sprawach, nie jest to wygórowaną ceną. Osiągnięty kompromis z Radą uważam za zadowalający.

18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

19. Schluss der Sitzung

(La séance est levée à 23 h 45)

Mittwoch, 28. Oktober 2015

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 28. OKTOBER 2015

(2023/C 326/03)

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	682
2. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	682
3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	682
4. Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel (Aussprache)	682
5. Neuartige Lebensmittel (Aussprache)	701
6. Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (Aussprache)	711
7. Abstimmungsstunde	726
7.1. Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für 2016 — alle Einzelpläne (Abstimmung)	727
7.2. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 — alle Einzelpläne (A8-0298/2015 - José Manuel Fernandes, Gérard Deprez) (Abstimmung)	728
7.3. Gerichtshof der Europäischen Union: Anzahl der Richter am Gericht (A8-0296/2015 - António Marinho e Pinto) (Abstimmung)	729
7.4. Vorschriften für die Fischerei im Übereinkommensgebiet der GFCM (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer) (A8-0295/2015 - Gabriel Mato) (Abstimmung)	730
7.5. Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel (A8-0305/2015 - Giovanni La Via) (Abstimmung)	730
7.6. Neuartige Lebensmittel (A8-0046/2014 - James Nicholson) (Abstimmung)	731
7.7. Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (A8-0249/2015 - Julie Girling) (Abstimmung)	731
7.8. Europäische Bürgerinitiative (A8-0284/2015 - György Schöpflin) (Abstimmung)	731
7.9. EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer (A8-0279/2015 - Ivan Jakovčić) (Abstimmung)	731
7.10. Kohäsionspolitik und Überprüfung der Strategie Europa 2020 (A8-0277/2015 - Fernando Ruas) (Abstimmung)	731
7.11. Die europäischen Struktur- und Investitionsfonds und die ordnungsgemäße wirtschaftspolitische Steuerung (A8-0268/2015 - José Blanco López) (Abstimmung)	732
8. Erklärungen zur Abstimmung	732
8.1. Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für 2016 — alle Einzelpläne	732

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Inhalt	Seite
8.2. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 — alle Einzelpläne (A8-0298/2015 - José Manuel Fernandes, Gérard Deprez)	751
8.3. Gerichtshof der Europäischen Union: Anzahl der Richter am Gericht (A8-0296/2015 - António Marinho e Pinto)	781
8.4. Vorschriften für die Fischerei im Übereinkommensgebiet der GFCM (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer) (A8-0295/2015 - Gabriel Mato)	809
8.5. Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel (A8-0305/2015 - Giovanni La Via)	829
8.6. Neuartige Lebensmittel (A8-0046/2014 - James Nicholson)	866
8.7. Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (A8-0249/2015 - Julie Girling)	900
8.8. Europäische Bürgerinitiative (A8-0284/2015 - György Schöpflin)	935
8.9. EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer (A8-0279/2015 - Ivan Jakovčić)	971
8.10. Kohäsionspolitik und Überprüfung der Strategie Europa 2020 (A8-0277/2015 - Fernando Ruas)	1001
8.11. Die europäischen Struktur- und Investitionsfonds und die ordnungsgemäße wirtschaftspolitische Steuerung (A8-0268/2015 - José Blanco López)	1032
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	1064
10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung	1064
11. Intelligente Grenzen (Aussprache)	1065
12. EU-Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) (Aussprache)	1077
13. Weiterbehandlung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur elektronischen Massenüberwachung der Unionsbürger (Aussprache)	1084
14. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2015 — Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion (Aussprache)	1097
15. Empfehlung des Rates zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt (Aussprache)	1122
16. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll	1134
17. Strategie Europa 2020: Perspektiven und Bilanz (Aussprache)	1134
18. Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften (Aussprache)	1142
19. Zugang von KMU zu Finanzmitteln (Aussprache)	1149

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Inhalt	Seite
20. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	1158
21. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	1158
22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	1158
23. Schluss der Sitzung	1158

Mittwoch, 28. Oktober 2015

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 28. OKTOBER 2015

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 8.30)

2. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

4. Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Giovanni La Via, a nome della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare, sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che modifica il regolamento (CE) n. 1829/2003 per quanto concerne la possibilità per gli Stati membri di limitare o vietare l'uso di alimenti e mangimi geneticamente modificati sul loro territorio (COM(2015)0177 - C8-0107/2015 - 2015/0093(COD)) (A8-0305/2015).

Giovanni La Via, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario Andriukaitis, il tema degli OGM suscita sempre un acceso dibattito nell'opinione pubblica, principalmente sulle possibili conseguenze per la salute umana. Ad oggi non ci sono prove sufficienti per dimostrare che il consumo di cibi OGM possa avere delle conseguenze sulla salute umana e per l'ambiente. L'EFSA esprime la sua posizione, ma come lei ben sa in Europa applichiamo il principio di precauzione e quindi ovviamente abbiamo una posizione estremamente attenta sul tema.

Prima di entrare nel merito della proposta, però, mi consenta di ringraziare i colleghi che hanno lavorato con me per quanto fatto fino ad oggi.

Il 22 aprile la Commissione europea ha presentato la sua proposta di modifica del regolamento relativo agli alimenti e ai mangimi geneticamente modificati, che prevede la possibilità per gli Stati membri di adottare decisioni nazionali dirette a limitare o vietare l'uso di OGM negli alimenti o nei mangimi, una volta che tale uso sia stato autorizzato a livello dell'Unione, il cosiddetto «opt-out».

La Commissione ENVI si è espressa a gran voce contro la proposta, seppur con diverse motivazioni alla base del rigetto. La maggioranza comunque è stata ampia, con 47 voti a favore.

Nel corso di questi mesi sono state espresse serie preoccupazioni per quanto concerne la mancanza di una valutazione d'impatto, la compatibilità delle misure adottate dagli Stati membri con il mercato interno, nonché la praticabilità della proposta.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

La proposta, infatti, non è stata preceduta da una valutazione di tutte le possibili conseguenze e delle opzioni alternative disponibili. Non abbiamo quindi strumenti per giudicare con certezza le conseguenze che la proposta potrebbe comportare per il funzionamento del mercato interno degli alimenti e dei mangimi e per la competitività del settore agricolo dell'Unione.

Credo infatti che la proposta possa danneggiare gravemente la produzione zootecnica e anche incidere negativamente sull'agricoltura nell'Unione europea, posto che l'Unione europea è tuttora fortemente dipendente dall'approvvigionamento di proteine provenienti da fonti geneticamente modificate, e considerando che la proposta è suscettibile di provocare un effetto negativo indiretto sulle importazioni.

Ho inoltre seri dubbi, già espressi in più occasioni di confronto con la Commissione, sull'implementabilità della proposta, vista l'assenza di controlli alle frontiere dell'Unione europea. La reintroduzione di tali controlli interni, con barriere fra gli Stati membri, equivarrebbe a cancellare le conquiste economiche dell'Unione doganale europea e del mercato unico. E non possiamo pensare di avere un mercato interno a macchia di leopardo, dopo tutti gli sforzi che ci hanno consentito negli anni di eliminare le barriere interne, le frontiere interne dell'UE.

Non è chiaro, inoltre, in che modo gli Stati membri che si avvalgono della deroga («opt-out») possano garantire a livello pratico il rispetto delle misure nel loro territorio.

Oggi quindi ci troviamo in plenaria per prendere una decisione in questo Parlamento e la richiesta del relatore ai colleghi è quella di rigettare la proposta. Avremo anche da votare alcuni emendamenti alla risoluzione legislativa: alcuni richiedono la formulazione di una nuova proposta da parte della Commissione e altri chiedono una moratoria fino a quando non ci sarà una nuova proposta. Come relatore chiedo di votare anche contro questi emendamenti, perché credo che la legislazione vigente sia una buona legislazione, ma gli Stati membri devono avere il coraggio di applicarla. Gli Stati membri devono ovviamente prendersi la loro responsabilità.

Con il voto di oggi diamo quindi un grande segnale alla Commissione e spero che nel corso del dibattito i colleghi possano manifestare ampiamente le ragioni della nostra contrarietà.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members of Parliament, I am pleased to have this opportunity to set out the aims and substance of the Commission's proposal to amend the Regulation on genetically modified food and feed prior to the vote later today. Let me recall that this proposal derives directly from the set of political guidelines on the basis of which this Commission was appointed, especially under the heading of a Union of democratic change – this is very important, a Union of democratic change.

We are in a very paradoxical situation and our proposal aims to solve it. On the one hand, European Union citizens seem to be sceptical about GMOs in many Member States, and yet GMOs are authorised in the European Union only after a comprehensive risk assessment which confirms a high level of safety. But part of European Union society is still against GMOs and this creates a democratic deficit in the European Union. On the other hand, EU livestock protein producers are extremely dependent on imports of protein crops, which are mostly genetically modified soya. These GMOs are widely used to feed animals, even in the Member States who vote against GMO products, and European Union livestock producers need a legally sound authorisation mechanism.

Let me recall that before the Commission takes its decision on GMO authorisation it consults Member States, first in a Standing Committee and then, if there is no clear opinion from the Standing Committee, in the Appeal Committee. In this way the Member States twice have the possibility to express their views. Under comitology rules, if Member States reach a qualified majority in favour of a draft Commission authorisation, the Commission adopts it. If the Member States reach a qualified majority against the draft, the Commission cannot adopt its draft authorisation. In case of no opinion, GMO and comitology legislation requires the Commission to adopt a decision alone.

In the specific case of GMOs, Member States have never reached a qualified majority either in favour or against the draft authorisation proposed by the Commission. The result has been a 'no opinion' for the 67 GM food and feed authorisations granted. Most of the Member States who voted against or abstained did not challenge the risk assessment, but instead openly invoked national political reasons. Therefore, by failing to draw the line between yes and no, Member States leave the final decision solely to the Commission.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

This situation is indeed unique because thousands of other decisions are adopted without difficulty under the comitology procedure in other sectors. This situation creates tensions and deepens a democratic deficit in the European Union. It is highly unsatisfactory as it contributes to a climate of distrust against the European Union and its institutions.

Mr President, honourable Members, the time has come for everyone to step up and take their full responsibilities. The Commission's proposal sets out a pragmatic and legally-sound way forward, consistent with the subsidiarity principle. Member States are already using the Directive on GMO cultivation – thanks to this House, because the directive was adopted here – and it shows that this model provides a workable framework to give the possibility to Member States to better take account of national circumstances. Today's proposal follows the same logic. The legislative proposal on GM food and feed would give clear roles to the Commission and Member States. The Commission would retain responsibility for granting European marketing authorisations for safe GMOs, while Member States would hold full responsibility for deciding whether or not to use them on their territory in respect of their national political reasons.

I am not aware of an alternative approach that could properly address the challenge at stake and respect at the same time the European Union institutional framework. For example, changing the Comitology Regulation just for GMOs would clearly pose a problem of equal treatment compared with other systems of pre-authorisation. This would also run the risk of not allowing the Commission to take a decision, be it an approval or a rejection, on an application. Changing the voting rules would also be problematic. These rules are set out in the Treaty to ensure the democratic balance between the respective weights of the 28 Member States.

Some suggested that what is needed is not to change the system of authorisation but to improve the risk assessment of GMOs. Let me recall that continuous efforts are made by the Commission and EFSA to ensure that GMO risk assessments are based on the very highest standards of science and independence. The most recent development was the adoption two years ago of a regulation reinforcing and clarifying the requirements of GM food and feed applications. It was supported by a qualified majority of Member States, but this adoption had no influence on the voting behaviour of the same Member States which continue to invoke political reasons.

Mr President, honourable Members, I am well aware of the questions this House has raised regarding this proposal, and that Members are considering the adoption of a resolution to reject it. I would regret that very much. I believe an open and serious debate would be beneficial to our institutions and would bring the European Union closer to its citizens and solve problems of democratic deficit.

Should you choose to reject this proposal, the Commission will continue to apply the legislation which was adopted by the European Parliament and by the Council. The Member States will still not take a clear position, they will remain led by national political considerations and, without challenging the European Union risk assessment or demonstrating that GMOs are unsafe, they will not give a clear vote but leave full responsibility for this decision only to the Commission.

Farmers will continue using GMOs to feed their livestock, willingly or unwillingly, and European citizens will be sceptical about GMOs in many Member States.

This would be a last opportunity to give a concrete answer to genuine and legitimate concerns of European citizens, which undermine not just the GMO authorisation system but also confidence in the European Union itself.

I therefore urge you to reflect again very carefully on the full consequences of your decision before proceeding to vote. We are proposing an additional democratic mechanism to reinforce the legitimacy of the European Union decisions on GMOs.

Albert Deß, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Landwirtschaftsausschusses*. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kommission hat vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten für den Import von Lebens- und Futtermitteln bei gentechnischen Veränderungen zuständig sein sollen.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Herr Kommissar, einem solchen Vorschlag können wir nicht zustimmen. Ich war 1957 bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge zehn Jahre alt. Eine der großen Errungenschaften der Europäischen Union ist ein freier Binnenmarkt. Wenn wir hier wieder nationale Zulassung zulassen würden, dann würden in Europa im Grunde genommen wieder Grenzkontrollen notwendig. Es reicht schon die andere Diskussion über Grenzkontrollen in Europa. Wir brauchen nicht noch Grenzkontrollen beim Import von Futtermitteln.

Der Agrarausschuss hat mit großer Mehrheit diesen Vorschlag abgelehnt. Ich bin dafür, dass die EVP-Fraktion, für die ich hier auch spreche, in aller Deutlichkeit sagt, dass wir diesen Kommissionsvorschlag ablehnen, weil wir nicht wollen, dass die Produktion aus Europa in andere Länder, in andere Erdteile verlagert wird. Wir sind auf Importe von Futtermitteln angewiesen. Wir haben bei Eiweißfuttermitteln nur 30 % Selbstversorgung. Ihr Vorschlag würde die Tierhaltung in Europa gefährden, deshalb bin ich dafür, dass wir diesen Vorschlag ablehnen.

Peter Liese, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Glückwunsch, Giovanni La Via!

Natürlich unterstützt die EVP-Fraktion den Bericht, und wir unterstützen ihn so, wie ihn ENVI und AGRI beschlossen haben, das heißt, ohne Änderungsanträge. Der Vorschlag der Kommission geht gegen alle Prinzipien, die sich diese Kommission und die wir uns in der Europäischen Union selbst gegeben haben. Er hat kein *impact assessment*, er ist auch nicht durchführbar.

Ich unterstütze das, was Albert Deß gesagt hat: Wir wollen auch keine neuen Grenzkontrollen einführen. Aber ohne Grenzkontrollen wäre der Vorschlag nicht durchführbar. Wir werden riesige Probleme mit Drittstaaten bekommen. Oder, diese Frage steht natürlich auch im Raum, ist der Vorschlag am Ende gar nicht ernst gemeint? Sind die Begrenzungen für die Mitgliedsstaaten, die auch enthalten sind, so streng, dass es am Ende keiner machen könnte? Dann wäre es aber auch nicht seriös. Deswegen werden wir ihn ablehnen.

Ich finde es besonders absurd, dass die Kommission immer noch an diesem Vorschlag festhält und uns andererseits erzählt, beim Klonen von Tieren seien die Forderungen des Europäischen Parlaments undurchführbar. Sie weigern sich, eine Regelung für re-produktives Material, Samen und Embryonen zu akzeptieren. Sie weigern sich sogar, eine Kennzeichnung für die erste Generation zu akzeptieren, weil Sie sagen, das ist nicht umsetzbar.

Das ist ein Kinderspiel im Vergleich zu dem Vorschlag, den wir heute Morgen diskutieren. Natürlich kennen die Züchter das reproduktive Material und sie können auch sagen, ob das von geklonten Tieren ist oder nicht. Sonst würden sie ja nicht dafür bezahlen, wenn sie nicht wüssten, dass das besonders gutes Material ist.

Also, liebe Kommission, ziehen Sie diesen GVO-Vorschlag zurück und gehen Sie bei anderen Vorschlägen auf das Parlament zu, dann sind Sie auf dem richtigen Weg!

Guillaume Balas, au nom du groupe S&D. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, il y a – vous le voyez bien – une unanimité aujourd'hui qui va se faire contre votre proposition. En tout cas, nous nous dirigeons dans ce sens. Alors évidemment, cela indique deux choses: d'une part, qu'il faut que la Commission retravaille ce sujet, qu'elle ne peut pas s'arrêter là. D'autre part, s'il y a unanimité, c'est aussi que les raisons peuvent être différentes selon les différents groupes pour rejeter cette proposition. Mais il est vrai qu'aujourd'hui, renationaliser des politiques commerciales au sein de l'Union dans un contexte plus général où l'on voit bien qu'il y a une menace, une fragilité sur la question de la libre circulation, que ce soit celle des êtres humains ou celle des marchandises, ne correspond pas à l'idée que nous nous faisons, nous en tout cas sociaux-démocrates, de ce que doit être l'Union européenne.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Et j'avoue que j'ai été quelque peu stupéfait tout à l'heure quand, en appui de votre argumentation, vous avez évoqué la question démocratique. Car si nous en sommes aujourd'hui, au niveau européen, à considérer qu'on ne peut pas établir des règles démocratiques pour faire des choix, notamment sur des éléments aussi importants que les OGM et leur commercialisation, et faire en sorte que ces choix puissent être compris par les peuples, et que pour cette raison, nous devrions renationaliser nos politiques, Monsieur le Commissaire, nous nous engouffrons là dans une voie qui est promue par beaucoup ici, en tout cas en face de moi, mais pas de ce côté-ci de l'hémicycle, et qui n'est pas la tradition européenne dans laquelle nous, nous nous inscrivons. C'est bien au niveau, justement, de l'Union européenne et de la Commission qu'il faut savoir aujourd'hui construire les choix démocratiques pour qu'ils puissent être affirmés.

En ce sens, la proposition que vous faites aujourd'hui ne peut pas être acceptée, mais on ne peut pas non plus en rester là, et c'est pour cette raison, Monsieur le Commissaire, que nous, les sociaux-démocrates – et sans doute d'autres ici –, vous demanderons instamment qu'une nouvelle proposition soit préparée à partir, évidemment, de ce qui a déjà été fait, à partir des travaux du Parlement; mais on ne peut pas rester en l'état.

Je termine en disant que la question du modèle agricole est quand même posée. Il ne s'agit pas de rêver à une autosuffisance complète, par exemple en ce qui concerne les aliments pour animaux. Néanmoins, on le voit bien, on ne peut pas être aujourd'hui dans un système agricole qui pousse à la production, et donc à l'importation massive d'OGM, sans même que les populations ne soient au courant. C'est le cas, par exemple, dans le pays que je connais le mieux, la France. Je crois que bien des citoyens seraient surpris de savoir que les animaux qu'ils mangent mangent eux-mêmes des OGM; je ne suis pas sûr qu'ils soient au courant.

Ainsi donc, et pour conclure, Monsieur le Commissaire, nous vous demandons non pas de vous arrêter, aujourd'hui, en cours, mais au contraire de continuer le travail. Et prenez donc notre position plutôt comme, j'allais dire, un encouragement à approfondir le travail avec nous, pour qu'une nouvelle proposition puisse être faite rapidement sur ce sujet de la commercialisation des OGM.

Zbigniew Kuźmiuk, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Zabierając głos w debacie dotyczącej umożliwienia państwom członkowskim ograniczenia lub zakazu stosowania genetycznie modyfikowanej żywności i paszy na swoim terytorium, chciałbym zwrócić uwagę, że grupa ECR będzie głosowała za odrzuceniem wniosku Komisji Europejskiej w tej sprawie. Uważamy jednak, że w zakresie genetycznie modyfikowanej żywności i pasz należy wprowadzić podobne rozwiązania jak w zakresie upraw genetycznie modyfikowanych roślin. Dyrektywa dotycząca upraw GMO, uzgodniona przecież przez wszystkie unijne instytucje, daje właśnie państwom członkowskim możliwość zakazania lub ograniczenia upraw na ich terytorium pod warunkiem spełnienia pewnych wymogów opisanych w dyrektywie.

Jeżeli chcemy stosować zasadę pomocniczości – tak przecież znaną w Unii Europejskiej – to podobne rozwiązania należy zastosować w odniesieniu do żywności i pasz GMO. Mam nadzieję, że Komisja w krótkim czasie przedstawi odpowiednie rozwiązania w tym zakresie.

Gesine Meissner, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Vielen Dank, Herr Präsident! Herr Kommissar, ich weiß, das ist keine leichte Sache, die Sie jetzt mit diesem Vorschlag eben gemacht haben.

Sie haben versucht, eine Situation zu lösen, die anscheinend sehr schwierig ist. Wenn es um gentechnische Verfahren geht, ist es im Moment so, dass grundsätzlich die EFSA im Auftrag der Kommission eine Lösung herbeiführen und wissenschaftlich prüfen muss, ob etwas unbedenklich ist oder nicht. Das ist im Moment so geregelt. Dann müssen die Mitgliedsstaaten sagen, ob sie dem Rat folgen wollen. Und genau, Sie haben es angesprochen, im Ständigen Ausschuss gibt es nie eine qualifizierte Mehrheit. Es ist meistens so: ein Drittel ist dafür, ein Drittel ist dagegen und ein Drittel enthält sich.

Das ist ein Problem für Sie, weil Sie dann Lösungen finden und halt eine Entscheidung treffen müssen. Sie haben selbst gesagt, das ist für die Kommission unbefriedigend, das ist auch einzigartig – gerade nur bei gentechnisch veränderten Organismen –, und Sie wollen eine Lösung haben.

Nun hat Präsident Juncker uns, dem Parlament, versprochen, er wird versuchen, das Abstimmungsverhalten im ständigen Ausschuss zu verändern. Das genau ist aber hierbei nicht passiert. Wenn man da eine bessere Lösung hätte, dann kann es sein, dass wir jetzt schon weiter wären. Und das ist eben genau in diesem Fall nicht gegeben. Sie haben gesagt, es ist problematisch, das Prozedere bzw. das Abstimmungsverhalten zu verändern. Es ist aber so, dass man sich im Moment weiter im Kreis dreht, und es geht, fast darum, wer den Schwarzen Peter haben soll. Die Kommission möchte nicht den Schwarzen Peter haben, wir es auf Deutsch sagen. Aber sie muss eine Lösung finden.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

So liegt es wieder bei den Mitgliedsstaaten oder bei uns, beim Parlament. Wir sind der Meinung, der Vorschlag, den Sie gemacht haben, bringt uns nicht weiter. Aber auch die Situation, die wir Moment haben, ist nicht gut. Es ist eine ziemlich festgefahrene Geschichte. Darum denke ich wirklich, Sie sollten noch einmal darüber nachdenken, ob Sie nicht einen neuen, besseren Vorschlag machen können, der tatsächlich keine Grenzkontrollen mehr erfordert, der den Binnenmarkt zulässt und der auch die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die die Kommission ja befördern will, durchaus mit in den Raum stellt, damit man es umsetzen kann.

Ich weiß, es ist eine schwierige Aufgabe für Sie. Aber ich glaube nicht, dass sie unlösbar ist. Deswegen werde ich für meine Fraktion dafür eintreten, dass wir Sie um einen neuen Vorschlag bitten. Einfach deswegen, weil wir denken, dieser Vorschlag ist kein richtiger Lösungsweg, den man gehen kann.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Képviselő asszonyhoz fordulnék. Egyetértünk abban, hogy ezen a javaslaton még tovább kell dolgozni, viszont én jobb szeretném, hogyha adnánk is egy irányt a Bizottságnak mi mint Parlament. Egy irányt, amelyik megmutatja, hogy milyen módokat keressen. Én az Ön felszólalásából nem igazán vettem ki, hogy Ön most tiltaná vagy engedélyezné a genetikailag módosított anyagokat?

Gesine Meissner (ALDE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Es geht nicht darum, GVO zu verbieten oder zu gestatten. Es geht hier darum, eben wirklich eine Umsetzung der Entscheidungen hinzubekommen, die jetzt von der Kommission vorgeschlagen werden. Das genau ist nicht der Weg. Ich habe gesagt, wir brauchen vor allen Dingen eben das, was Juncker versprochen hat: ein Abstimmungsverfahren für den ständigen Ausschuss, das wirklich zielführend ist. Das haben wir im Moment nicht. Es geht also nicht darum, Gentechnik zu verbieten oder zu erlauben. Das genau ist ja auch der Punkt, der uns jetzt hier spaltet – das weiß ich –, der auch die Mitgliedstaaten spaltet. Es geht darum, ein Verfahren zu haben, das dem Binnenmarkt tatsächlich gerecht wird.

Lynn Boylan, on behalf of the GUE/NGL Group. – Mr President, in July 2014 the then candidate for the Commission Presidency, Jean-Claude Juncker, promised Parliament that he was going to address the democratic deficit in relation to EU GM authorisations, and he stated that he would not want the Commission to take a decision where the majority of Member States had not encouraged it to do so.

Here we are – fast forward one year – and the promise to tackle the issue has been well and truly fudged. I welcome the votes by the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety and the Committee on Agriculture and Rural Development to reject this half-baked proposal, and I call on all MEPs now to do the same.

However, I urge colleagues not to allow the Commission off the hook on this issue. It must go back to the drawing board and come up with a new proposal which is fit for purpose. Citizens and environmental groups have genuine concerns surrounding GM foods, including about their environmental impact and their implications for food sovereignty, and these are clearly reflected in the decision by 19 Member States to opt out of GM cultivation. With this weak proposal the Commission has missed a good opportunity to address one of the weak spots – namely in relation to the authorisation procedure and the European Food Safety Authority's risk assessment procedure, which must be reformed.

Parliament itself, in its resolution on GM product 1507, called for a freeze on any new authorisations until the risk assessment procedure had been improved. It is a rarity when biotech companies and environmental NGOs are in agreement.

This proposal has more legal loopholes than a string vest, and I believe that the only people willing it to pass are the lawyers who will be cleaning up in the aftermath.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Mittwoch, 28. Oktober 2015

John Stuart Agnew (EFDD), blue-card question. – You are obviously from Ireland. I would like to ask you whether you would like to ban the use of GM protein for Irish livestock, bearing in mind that your country is very heavily dependent on livestock for its own livelihood? Most of your cows are fed GM protein, as are all your pigs and most of your poultry. Is it your wish to stop that happening?

Lynn Boylan (GUE/NGL), blue-card answer. – Our wish, certainly in my party, is that the risk assessment for approving these products stands up to scrutiny. I do not believe it does that at the moment. This is about Member States' ability to choose whether or not they want that feed coming into their country or not.

Bart Staes, namens de Verts/ALE-Fractie. – Commissaris, net zoals mevrouw Boylan wil ik met u eventjes 15 maanden terug in de tijd, toen kandidaat-commissievoorzitter Juncker hier plechtig beloofde dat hij het besluitvormingsproces rond ggo's zou democratiseren. Later zijn daar de politieke richtlijnen op gevolgd. Ik lees ze eventjes voor: "It is simply not right that under the current rules the Commission is legally forced to authorise new organisms for import and processing even though a clear majority of member states is against."

Commissaris, het voorliggende voorstel voldoet niet aan die belofte. Uw voorstel vormt gewoon een renationalisering van beleid. Dat is geen democratisering van het besluitvormingsproces. Bovendien is uw voorstel gewoonweg niet toepasbaar. Stel u eens voor: een boot met 55 000 ton soja komt de haven van Antwerpen binnen. Een vrachtwagen wordt volgeladen. Frankrijk heeft gekozen voor een opt-out. Hoe gaat u dan verhinderen dat die vrachtwagen vanuit Antwerpen Frankrijk binnenrijdt?

Ik heb geprobeerd uw redenering te verstaan. Ik heb een beroep gedaan op de Wet van openbaarheid van bestuur, heb alle documenten opgevraagd die uw diensten hebben gebruikt, en ben nagegaan welke ontmoetingen ze allemaal hebben gehad om te begrijpen wat uw redenering was. Twaalf opties lagen op tafel. Ik heb dit pak papier gekregen. Maar in deze documenten is alles gewoonweg zwart gemaakt. Je ziet niet eens wat de voorstellen zijn. Dit is belachelijk, dit is geen openbaarheid van bestuur. Ik vraag u uw voorstel in te trekken. Ik vraag u de discussie opnieuw te starten en samen met het Europees Parlement te bekijken wat die twaalf opties waren en wat een goede oplossing zou zijn, om zo de voorstellen waar te maken die mijnheer Juncker heeft gedaan om tot een democratisering van de besluitvorming te komen.

Eleonora Evi, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anch'io mi associo agli appelli che sono stati fatti dai colleghi Boylan e Staes. Commissario Andriukaitis, il Presidente Juncker l'anno scorso si è impegnato per rendere più democratico il processo di autorizzazione degli OGM. Questa proposta non sta in piedi, manca l'*impact assessment*. È mancata quindi una volontà politica di impegnarsi seriamente per risolvere questa situazione.

Il Parlamento si sta esprimendo nel suo testo. Abbiamo cercato di proporre degli emendamenti per dare dei suggerimenti su come risolvere questa situazione, alimentare un dibattito. Noi, come Movimento 5 stelle, crediamo che eventualmente la gestione del rischio potrebbe essere demandata nuovamente agli Stati membri, in modo tale che possano essere liberi di gestire il rischio sanitario eventualmente dovuto all'immissione nell'ambiente di questi organismi geneticamente modificati. Oppure potremmo accogliere la proposta dei Verdi di modificare le regole di comitologia tramite il regolamento (UE) n. 182/2011.

Quindi vi sono delle possibilità e delle soluzioni da poter mettere in piedi, che noi chiediamo con forza alla Commissione di ascoltare per poter arrivare finalmente ad una proposta il più possibile democratica che consenta agli Stati membri e a chi vuole ottenere e commercializzare OGM di avere OGM sul proprio mercato, e a chi non li vuole di avere finalmente una certezza del diritto.

Jean-François Jalkh, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, chers collègues, le processus d'autorisation de la culture des OGM piétine, et c'est tant mieux! Mais nous ne faisons que gagner du temps contre une logique implacable: celle du droit à vendre et à produire sans limite et surtout sans précaution. Le rapport de force est encore favorable au parti de la prudence, parce qu'il s'appuie sur l'opinion publique.

Il n'empêche que les soutiens à l'agriculture comme au commerce des OGM sont d'une importance redoutable, que leur influence dans les lieux de décision et chez les faiseurs d'opinion s'accroît. Rappelons-nous le chercheur Gilles-Eric Séralini, qui, en 2012, démontrait la nocivité des OGM après avoir nourri des rats pendant plusieurs semaines; une polémique animée par les grands groupes industriels l'avait désavoué. Ce n'était pas pour des raisons scientifiques mais pour des raisons d'intérêt commercial, et les interrogations de santé publique n'ont pas trouvé d'autres réponses que celles des industriels.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Il n'y aura donc pas de statu quo, ni de juste milieu. Nous devons exiger l'interdiction des OGM – commerce comme culture – sous peine de les voir bientôt déversés et cultivés dans toute l'Europe. La Commission avance plus lentement, mais dans le même sens que les grands vendeurs d'OGM: ce qui est favorable au commerce mondialisé trouve fatalement une tendresse et une faveur coupables dans cette institution.

Soyons donc clairvoyants et regardons où nous allons. L'enjeu est le contrôle absolu de la production alimentaire et de la chaîne du vivant. Que plus un fruit ou un légume ne soit produit par la nature, plus une graine, plus un pain sans redevance à l'industrie: voilà l'enjeu. Le but est d'en finir avec la gratuité de la culture qui produit des récoltes sans la chimie, la génétique et la banque. Voilà le projet OGM: une colonisation mondiale par les détenteurs de brevets et les propriétaires du vivant contre l'intérêt des peuples!

Zoltán Balczó (NI). – A génmódosított élelmiszerek és takarmányok tagállami tiltására benyújtott bizottsági javaslatot a GMO-pártiak elutasítják. Ők a nagyüzemi mezőgazdaság, állattenyésztés képviselői. Számukra a gazdasági teljesítmény, a profit az elsődleges. A GMO-takarmányok korlátozásával ők a versenyképességük csökkenésétől tartanak. A másik oldal, ahová én is tartozom, elkötelezett a minőségi, GMO-mentes európai mezőgazdaság, élelmiszerek mellett.

A Bizottság javaslata nem adja meg a valódi tiltás lehetőségét. A tiltás nem sérthet nemzetközi szerződést, például WTO-t, vagy ne adj'isten TTIP-et – ha megkötik –, és tudományos bizonyítékok is kevesek a tagállami indokláshoz. Kényszerítő erejű, nyomós indokok kellenek! Ez egy gumi jogszabály! Valódi tagállami tiltásra lenne szükség, hogy a tagállamok élhessenek a lehetőséggel. Ez a megoldás ezt nem elégíti ki.

Françoise Grossetête (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la question des OGM revient, une nouvelle fois, sur la table. C'est un sujet particulièrement important qui inquiète nos concitoyens et divise totalement les États membres.

Je tiens à soutenir fermement la position de mon groupe et celle de notre rapporteur – notre collègue La Via –, c'est-à-dire le rejet de la proposition de la Commission, parce que nous ne sommes pas satisfaits. Après l'instauration d'un système à deux vitesses pour les autorisations de culture qui menace de créer une réelle distorsion de concurrence entre nos agriculteurs, voilà que la Commission récidive avec les autorisations de commercialisation. Nous voyons pourtant les résultats: un nombre impressionnant d'États membres ont déjà demandé l'interdiction des cultures OGM sur leur territoire. La Commission veut définitivement renvoyer la patate chaude aux gouvernements nationaux, afin de sortir de l'impasse.

Mais nous faisons fausse route. Pour fuir un débat difficile, nous allons mettre en place un système hybride illisible, dans lequel des produits OGM, même jugés sûrs par l'EFSA, pourraient être commercialisés dans un État membre, mais pas dans un autre. Cela pose, à mes yeux, un problème majeur de sécurité juridique. Il y a une cinquantaine de produits OGM importés qui sont commercialisés dans l'Union européenne. Nous portons ainsi atteinte à la cohésion du marché unique, alors qu'en réalité, nous aurions besoin de mener un débat serein et de sortir du piège du débat passionné, prisonnier d'un principe de précaution souvent inadapté qui nous empêche d'avancer.

Ce qui est important, c'est que l'évaluation des risques, confiée à l'Autorité européenne de sécurité des aliments, reste basée sur la science et continue d'être conduite au niveau européen pour assurer une protection harmonisée des consommateurs. C'est en somme l'intérêt du marché unique, de la protection des consommateurs et de la recherche qui nécessite que nous ayons des règles communes, en tout cas certainement pas la renationalisation. Monsieur le Commissaire, il va falloir une nouvelle proposition.

(L'oratrice accepte de répondre à deux questions «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Bronis Ropė (Verts/ALE), *pakėlus melynąją kortelę pateiktas klausimas.* – Gerbiamos kolegės norėčiau paklausti: kokia būtų Jūsų nuomonė dėl privalomo ženklinimo visos produkcijos, užaugintos naudojant genetiškai modifikuotus pašarus?

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Gesine Meissner (ALDE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Liebe Kollegin Grossetête! Es ist schon gesagt worden, wir wissen das auch: Die Mitgliedstaaten sind gespalten. Es ist ja nicht die Mehrheit, die etwa gegen GVO wäre, dann hätten wir ja eine klare Mehrheit. Es ist ja wirklich sehr unentschieden.

Sie haben gerade davon gesprochen, dass die EFSA ja wissenschaftlich entscheidet. Danach sind ja auch schon GVO mit berücksichtigt, bei Futtermitteln zum Beispiel, das hat der Kollege Deß vorhin gesagt. Nun wurde vorgeschlagen, ein Moratorium zu machen, bis eben ein neuer Vorschlag da ist. Was glauben Sie, was das für Auswirkungen hätte?

Françoise Grossetête (PPE), *réponse «carton bleu»*. – Monsieur le Président, on voit bien combien ce débat sur les OGM est extrêmement sensible, et les questions de mes collègues en sont la preuve.

Sur la première question relative à l'étiquetage, nous souhaitons bien sûr la transparence. Le consommateur doit être informé, c'est fondamental qu'il y ait un étiquetage. Nous avons, d'ailleurs, déjà une réglementation qui concerne les OGM sur ce sujet.

En ce qui concerne la deuxième question, je n'en ai pas tout à fait compris la teneur, j'aurais donc un peu de mal à y répondre. Je me contenterai de rappeler que sur cette question des OGM, je pense qu'il est important que nous ayons une réflexion approfondie fondée sur la science, parce que l'idéologie ne peut pas mener à des réponses intéressantes et pragmatiques. Basons-nous donc sur la science, faisons confiance à l'Autorité européenne de sécurité des aliments, afin d'avancer sur cette question des OGM. Mais ce qui est important aujourd'hui, comme nous parlons du marché unique, c'est de dire que nous sommes véritablement en présence d'une atteinte à ce marché unique.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, a proposta de atribuir aos Estados-Membros a possibilidade de limitarem ou proibirem a utilização de organismos geneticamente modificados, autorizados pela União Europeia, em géneros alimentícios ou alimentos para animais no seu território é um grave erro e um retrocesso político e, por isso, deve ser rejeitada.

Esta proposta exemplifica bem um exemplo onde o princípio da subsidiariedade não é aplicável, dada a impossibilidade prática de delimitar fronteiras territoriais num quadro de mercado único, em que a livre circulação de pessoas e bens constitui um princípio basilar. E essa impossibilidade de delimitar fronteiras, mesmo que fossem desenvolvidos onerosos sistemas de controlo, conduziria a uma quebra de transparência e de certeza que, em última análise, prejudicaria gravemente a competitividade do setor agrícola na União Europeia e enfraqueceria a confiança dos consumidores, quer no espaço europeu, quer fora dele.

A política europeia em relação a organismos geneticamente modificados deve ser isso mesmo, uma política europeia, e nesse sentido a Comissão deverá apresentar uma proposta que reveja a política europeia de autorização destes organismos e não é neste domínio de desresponsabilização que precisamos. Precisamos de mais Europa e de todo o conhecimento disponível para proteger o nosso setor agrícola e os consumidores.

Richard Ashworth (ECR). – Mr President, providing food for a growing world population is going to be a big challenge, and it is clear that new technology, including GM, will have to be a significant part of the solution.

But I am not persuaded by the Commission's proposal as it stands. Commissioner, if you allow approval or rejection to be based at individual Member State level you will create two problems. First, we would be allowing food policy to be based on emotion, not on sound, evidence-based science. Second, we would expose some sectors – and I am thinking particularly of the livestock sector here – to exclusion to much of the single market. Those two points of principle must prevail: the Single Market and sound evidence-based policymaking. I therefore support Mr La Via and his rejection of the Commission proposal.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card question*. – I welcome Mr Ashworth's decision to reject this proposal but, as a fellow British MEP, I would like to draw his attention to the fact that it was actually a British ruse to break the Single Market and to allow GMOs to be registered in particular Member States and rejected in other Member States, in the case of feed, that led us to exactly this problem.

We have heard from Mr Andriukaitis that this proposal will bring us closer to the citizens, but many speakers have rejected that and have said that, in fact, it is an anti-democratic move and part of an attempt to steamroll us into accepting GMOs when we do not wish to do so. So I would like to ask Mr Ashworth whether his rejection of the Commission proposal is consistent with the position the British Government has taken on GMOs and whether this is driven more by a desire to feed the world's poor or a by a Eurosceptic approach to European policy-making.

Richard Ashworth (ECR), *blue-card answer*. – I repeat comments which I made earlier: that decision-making must be sound, scientific and evidence-based. Contrary to your comments, it has nothing to do with my political views or thoughts of the European Union. My thoughts, particularly as a farmer myself, are the challenge of feeding a growing world. Science, technology and GM have to be part of that solution.

Jan Huitema (ALDE). – In de EU hebben we een interne markt met vrij verkeer van goederen. Ook ggo-producten vallen daaronder. Het nieuwe voorstel van de Commissie zou het vrije verkeer van ggo-producten aan banden leggen. Dat zou bijvoorbeeld kunnen betekenen dat er weer grenscontroles moeten worden ingevoerd en dat vrachtauto's sommige lidstaten zouden moeten omzeilen.

Nog veel te vaak zien we dat dossiers worden lamgelegd om juridische of procedurele redenen, waardoor bedrijven en eindgebruikers hinder ondervinden. Ik denk hierbij aan de nieuwe plantveredelings technieken, bijvoorbeeld cisgenese. Daarbij wordt in tegenstelling tot ggo-technieken alleen gebruik gemaakt van soorteigen genen. Dit werkt eigenlijk hetzelfde als klassieke veredeling, alleen vele malen sneller. Voordelige gewassenmerken zoals ziekte- en droogteresistentie kunnen daardoor sneller en beter ingekruist worden. Hierdoor kan het gebruik van gewasbeschermingsmiddelen flink worden teruggedrongen. In 2012 concludeerde de Europese voedselwaakhond EFSA al dat cisgenese even veilig is als klassieke veredeling en dat wanneer alleen soorteigen genen bij de veredeling worden gebruikt, er geen sprake is van ggo. Toch valt cisgenese helaas nog steeds onder de strenge ggo-wetgeving, waardoor deze veelbelovende techniek nog steeds niet toegepast kan worden.

Terug naar het voorstel dat ter tafel ligt. De consequenties van het nieuwe voorstel voor de import van ggo's zijn zeer schadelijk. Het zou goed zijn als zowel de Commissie als de lidstaten hun verantwoordelijkheid nemen en het huidige systeem werkbaar maken. Ik ben ervan overtuigd dat het Europees Parlement zijn verantwoordelijkheid zal nemen door het voorstel te verwerpen.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, I found it interesting that MEP Ashworth does not think emotion is important in this debate. Well, when it comes to marketing and selling your food around the world, emotion is important, especially when you are trying to sell your products as clean and green and to use the fact that people are concerned about that. That is done. In Ireland, if we cannot live up to that image – if we are using GM food to feed our cattle, etc. – that damages it.

An interesting point was made by the UKIP MEP, Mr Agnew: would we want to stop it, in the morning? Do we want to stop farmers feeding this in Ireland? I would like to see that happen. Obviously it cannot happen overnight, but I think we should have that goal and that target. We talk about democracy in here, but democracy is about listening to the people, and the people of Europe have consistently expressed the opinion that they do not want GM foods. Please do not tell me you want to feed the world: GM companies want to feed their fat bosses with *foie gras* and champagne. They do not give a damn about feeding the world; they care about feeding their bloody pockets.

José Bové (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je ne vais pas revenir sur les raisons du refus puisqu'aujourd'hui, tous les groupes refusent. Cela peut paraître étonnant, mais c'est ainsi, aujourd'hui, nous sommes face à cette réalité. Donc, tournons-nous de suite vers l'avenir. Demain, il faut proposer une nouvelle législation. Cette nouvelle législation doit se baser sur trois éléments.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Premier élément, la remise à plat de l'évaluation: évaluation scientifique, évaluation par rapport à la santé, évaluation par rapport aux risques environnementaux, évaluation socioéconomique. Ce n'est que cette évaluation globale qui a un sens.

Deuxième élément, le changement des règles au niveau européen. Il faut une majorité simple pour refuser les OGM au niveau européen, et pas cette complexité d'une majorité qualifiée.

Troisièmement, l'étiquetage obligatoire de tous les produits animaux, les œufs et les produits laitiers issus d'animaux qui ont consommé des OGM.

En attendant, je vous demande solennellement d'interdire tout renouvellement d'anciens OGM, ainsi que toute adoption de nouvelles autorisations. Il n'est pas possible de continuer comme si de rien n'était, comme si ce Parlement n'allait pas voter contre la proposition de la Communauté européenne.

Julia Reid (EFDD). – Mr President, we support the proposal for a revision of current EU regulation on the authorisation system of GMOs in Europe. However, we reject the rapporteur's view on GMOs as we believe that each Member State should have the power to opt out and decide if it wishes to restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed in its own country.

We do not agree with the restrictions put in place by the Commission with respect to the right of opting out. In particular, we think that each Member State should have the right to ban a product if its representatives believe that the product could be a danger to human and animal health or to the environment. Similarly, we do not consider that a prior decision in this instance from the European Food Safety Authority (EFSA) is sufficient, due to the inexcusable lack of transparency and the impossibility of accessing data for independent research and, to be honest, the dubious test method used both for GM and feed. In short, we believe that the prior risk assessment method used by EFSA is too short and risky. All documents used for the prior evaluation should be available for independent research, and each Member State should be able to take such crucial decisions without interference by unelected bureaucrats in Brussels.

Mara Bizzotto (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, con le sue folli decisioni l'Europa ci sta togliendo tutto, anche il diritto di scegliere cosa mangiare e cosa mettere nel piatto.

L'Europa ascolta le grandi multinazionali che dettano le regole del mercato alimentare e che pensano ai loro interessi, non certo alla nostra salute, quelle multinazionali che non vogliono l'etichettatura d'origine obbligatoria, quanto mai fondamentale ora che la carne rossa e la carne lavorata sono sotto accusa. Ben vengano iniziative come questa, ma non è abbastanza, visto che l'Europa con il TTIP e gli accordi commerciali spalanca le porte all'invasione dei prodotti contraffatti e di scarsa qualità.

L'Europa deve scegliere, voi dovete scegliere, cari colleghi, se stare dalla parte del consumatore, e quindi dell'agroalimentare di qualità, oppure dalla parte dei grandi interessi economici. Io ho scelto: io dico «no» agli OGM. L'Europa deve dire «no» agli OGM in modo chiaro e non lasciare agli Stati membri la possibilità di produrre e vendere prodotti geneticamente modificati. Questo vogliono i cittadini europei, l'ha detto anche lei, Commissario, e io starò sempre dalla parte dei cittadini.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, κατ' αρχάς, με την ευκαιρία της σημερινής ιστορικής εθνικής επετείου για την 28η Οκτωβρίου 1940, θα ήθελα να ευχηθώ σε όλους τους Έλληνες στην Ελλάδα αλλά και σε ολόκληρο τον κόσμο. Τότε οι Έλληνες είπαν όχι στον ξένο εισβολέα. Τότε όμως το όχι το είπε ένας μεγάλος πολιτικός άνδρας και ακολούθησε ο ελληνικός λαός. Σήμερα το όχι το λέει ο λαός, αλλά οι πολιτικοί το ξεπουλάνε, το εκλαμβάνουν σαν να και υπογράφουν νέα μνημόνια που υποδηλώνουν τον ελληνικό λαό στους οικονομικούς εισβολείς.

Όσον αφορά το θέμα της συζήτησης, γινόμαστε μάρτυρες εδώ και μερικούς μήνες μιας προσπάθειας της Επιτροπής να περάσει στην κυριολεξία με πλάγιο τρόπο την απελευθέρωση της εκτροφής και της καλλιέργειας γενετικώς τροποποιημένων οργανισμών στην Ένωση. Αδιαφορεί για τις επιπτώσεις τόσο στο περιβάλλον όσο και στην υγεία των ευρωπαίων πολιτών. Αδιαφορεί επίσης για την άποψή τους, η οποία είναι σταθερά αντίθετη ως προς τα μεταλλαγμένα τρόφιμα. Και τέλος, αδιαφορεί ακόμη και για το δικαίωμα των κρατών να προστατεύουν τους πολίτες τους και να απαγορεύουν τρόφιμα πιθανώς επιβλαβή.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Αναρωτιέμαι λοιπόν ποια συμφέροντα εξυπηρετεί η Επιτροπή και δρα κατά αυτό τον τρόπο; Ποιες μεγάλες πολυεθνικές εταιρείες έχουν κέρδος από αυτή τη στάση και κυρίως για ποιο λόγο οι εταιρείες αυτές έχουν προτεραιότητα απέναντι στους ευρωπαίους πολίτες; Πολύ θα ήθελα όλα αυτά να οφείλονται απλώς σε ανικανότητα ή επιπολαιότητα, αλλά δυστυχώς πολύ αμφιβάλλω. Δεν είναι άλλωστε μικρός ο αριθμός των αντιπροσώπων των γεωργικών εταιρειών που κατοικοεδρεύουν στις Βρυξέλλες. Πάγια θέση του κινήματος μας είναι η πλήρης απαγόρευση κάθε είδους γενετικής τροποποιημένου ή κλωνοποιημένου οργανισμού. Το μέλλον και η υγεία των παιδιών μας είναι σημαντικότερα από κάθε άλλο οικονομικό ή μη συμφέρον. Ως εκ τούτου, συμφωνώ απολύτως με την απόρριψη της πρότασης της Επιτροπής.

Pilar Ayuso (PPE). – Señor Presidente, señor comisario, usted tiene razón en lo que ha dicho en su discurso, pero independientemente de los sentimientos que suscitan los OMG, ajenos, por supuesto, a argumentos científicos sólidos, es lógico que la propuesta de la Comisión sea rechazada por el simple hecho de que es contraria a los principios del mercado único.

Quiero poner de manifiesto la actitud contradictoria de muchos países que, al mismo tiempo que prohíben a sus agricultores cultivar plantas modificadas genéticamente, permiten a sus ganaderos que alimenten a sus ganados con proteínas importadas y modificadas genéticamente de terceros países.

Todo esto distorsiona el debate, y es comprensible, en cierto modo, que la Comisión pretenda delegar en los Estados miembros su responsabilidad. Sin embargo, la solución que aporta la Comisión no es la más apropiada, pues dejaría la autorización del cultivo a merced de políticas nacionales ajenas a consideraciones científicas y de seguridad alimentaria la mayor parte de las veces.

La Unión Europea ya ha perdido el tren de la biotecnología y ha dejado la vanguardia a terceros países que nos venden su producción para nuestro consumo. La nueva propuesta de renacionalizar los cultivos de OMG podría, además de romper el mercado único, tener como efecto indeseado acentuar la escasez de piensos y aumentar el elevado precio que ya pagan nuestros ganaderos por tener que importar estos productos que no podemos cultivar dentro de la Unión Europea.

La autorización de los OMG no es una cuestión de democracia; es una cuestión de seguridad alimentaria y de ciencia, pero de ciencia independiente, como la que hace la Agencia de Seguridad Alimentaria Europea.

Paolo De Castro (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, oggi ci apprestiamo a rigettare la proposta di lasciare agli Stati membri la possibilità di utilizzare o meno gli OGM, una proposta che non ha convinto un'ampia maggioranza di questo Parlamento. Dunque non ripeterò le numerose ragioni che portano anche il mio gruppo politico a questo rifiuto, incentrate principalmente sul rischio di compromettere il mercato unico europeo, mettendo in ginocchio la zootecnia in molti paesi.

Questo rigetto però deve essere un'occasione per aprire un dibattito più ampio e andare oltre un semplice confronto tra pro e contro OGM. Andare oltre significa innanzitutto spiegare ai nostri cittadini cosa sono le biotecnologie, specie quelle di nuova generazione, significa prendere atto che attualmente il grande fabbisogno europeo di proteine vegetali viene soddisfatto largamente da importazioni di soia geneticamente modificata, ma significa soprattutto non far perdere all'Europa il treno dell'innovazione. Solo con un maggiore impegno nella ricerca potremo scoprire come le biotecnologie di nuova generazione consentono di superare i limiti etici di quelle attuali, che soprattutto tanto preoccupano i consumatori europei.

Beata Gosiewska (ECR). – Polska jest znana w Europie i na świecie z tego, że produkuje zdrową, bezpieczną i wysokojakościową żywność. Polskie społeczeństwo, jak i społeczeństwa wielu innych krajów Unii Europejskiej, nie życzy sobie GMO. Występując tutaj w Parlamencie w imieniu obywateli Unii Europejskiej, powinniśmy podejmować decyzje zgodne z wolą obywateli Unii. Przedłożony przez Komisję Europejską wniosek wymaga poprawy, jednak w żadnym wypadku nie zgadzam się na jego odrzucenie przez Parlament Europejski. Jeśli państwu członkowskiemu umożliwiono już wprowadzenie ograniczenia lub zakazu upraw organizmów zmodyfikowanych genetycznie na swoim terytorium, to konsekwencją tej decyzji powinno być również zezwolenie im na zakaz wprowadzania do obrotu genetycznie zmodyfikowanej żywności i paszy.

Frédérique Ries (ALDE). – Monsieur le Président, que fait-on maintenant? Parce que c'est cela la question, et José Bové a raison. Je fais partie des quarante députés qui ont signé l'amendement 2, lequel vous demande, Monsieur le Commissaire, de revenir, de nous revenir, avec une proposition solide, cette fois, sur la question des importations des OGM. C'est ce que l'on attend de vous. Et en tant que rapporteure sur la législation concernant la possibilité de refus de la culture des OGM, que nous avons négociée avec vous il y a dix mois à peine, j'estime, nous estimons avoir été floués. Légiférer de la même façon, ici, sur les importations que nous l'avons fait sur la culture, c'est un non-sens. Je ne vais pas

Mittwoch, 28. Oktober 2015

revenir là sur tout ce qui a été dit. À tous les égards, c'est un non-sens.

Monsieur le Commissaire, l'affaire des six variétés de maïs Syngenta autorisés sans avoir reçu l'aval de l'EFSA met en lumière la faillite – il n'y a pas d'autre terme – du processus actuel d'autorisation. L'exercice est difficile, nous le savons tous, mais il est urgent maintenant de tenir la promesse dite et répétée du candidat Juncker, et de revoir de A à Z un processus qui, finalement, ne satisfait plus personne.

Martin Häusling (Verts/ALE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Kommission spielt an dem Punkt einfach falsch.

Wie kann man denn annehmen, dass man mit so einem Gesetzentwurf hier die Mehrheit überzeugen kann? Ich glaube, die Kommission wollte sich mit diesem Gesetzentwurf einfach dieses Themas entledigen. Der ist nicht annehmbar, der Gesetzentwurf. Man fragt sich natürlich, wie eine Kommission, die ja eigentlich in den letzten Jahren eine ganz andere Linie gefahren hat, die ein gentechnisch verändertes Futtermittel nach dem anderen in die Europäische Union lässt, nun plötzlich ihre Haltung gegenüber der Gentechnik ändern soll.

Aber es gibt das Versprechen des Kommissionspräsidenten. Der hat uns hier gesagt, dem Mehrheitswillen der Bürger und dem Mehrheitswillen der Staaten muss Rechnung getragen werden. Und dann so ein miserabler Gesetzentwurf. Also, damit kommen Sie nicht durch. Sie müssen einen neuen Gesetzentwurf auf den Tisch legen. Und wir brauchen auf jeden Fall auch eine neue Risikobewertung bei der EFSA. Die EFSA steht immer im Verdacht, dass sie alles durchwinkt, was Gentechnik betrifft, ohne eine Risikoanalyse zu machen, die wirklich den Herausforderungen gerecht wird.

Wir brauchen eine europäische Eiweiß-Strategie. Wir können Eiweiß auch in Europa erzeugen. Wir müssen nicht alles an Soja aus Übersee importieren. Wir brauchen, das ist auch ganz klar, eine Kennzeichnung von Lebensmitteln, die mit gentechnisch erzeugten Futtermitteln hergestellt werden, bei Fleisch und bei Milch. Auch das würde das Verbrauchervertrauen stärken.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), blue-card question. – Do you not think that the Commission proposal is unacceptable, especially considering the non-existence of an impact assessment, the compatibility of Member States' opt-out measures with the internal market of the World Trade Organisation rules, the failure to ensure legal certainty and the weak chances that this proposal can actually be implemented?

Martin Häusling (Verts/ALE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Kollege! Ich hatte es ja gesagt: Ich halte es einfach für eine stümperhafte Arbeit. Man fragt sich, wie die Kommission so etwas überhaupt auf den Tisch legen kann, ohne eine Risikoabschätzung, ohne den WTO-Bedenken Rechnung zu tragen. Es ist schlechte Arbeit, mehr kann ich dazu nicht sagen. Wenn die Kommission hier solide Arbeit abgeliefert hätte, hätten wir über einen Gesetzentwurf reden können, der wirklich auch dem, was hier gesagt wurde, und dem Mehrheitswillen Rechnung trägt. Wir wollen weniger Importe von Gentechnik.

Ivo Belet (PPE). – Ik denk dat velen onder ons het erover eens zijn dat we wel degelijk duidelijke regels voor ggo's nodig hebben, want het gaat hier uiteraard in eerste instantie over de volksgezondheid. Maar het voorstel dat nu op tafel ligt, kunnen we helaas niet steunen. Hiermee dreigt immers een situatie te ontstaan waarbij we binnen de Europese interne markt tot een lappendeken van nationale opt-outs komen. Daardoor zal de in- en uitvoer van voedsel en uiteraard ook van voeder met ggo-bestanddelen onmogelijk worden.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Bovendien, en dat is mijn tweede punt, is het absoluut niet duidelijk hoe dit voorstel in de praktijk zal werken. Welke argumenten kunnen de lidstaten bijvoorbeeld aanvoeren voor die opt-out? De regels mogen immers niet in strijd zijn met de regels van de Europese interne markt of met die van de Wereldhandelsorganisatie en bovendien moeten ze ook nog rijmen met de bevindingen van het Europees voedselagentschap. Het is dus absoluut niet duidelijk welke argumenten zij dan nog kunnen inroepen. Ook het ontbreken van een effectbeoordeling is in onze ogen in strijd met de voornemens van de Europese Commissie voor een betere regelgeving. We zouden dus graag een nieuw voorstel zien en ik neem aan dat u van plan bent daar ook voor te zorgen.

Susanne Melior (S&D). – Herr Präsident, sehr verehrter Herr Kommissar! Sie haben darauf hingewiesen, dass wir hier im Parlament ja eine Opt-out-Regelung für den Anbau gentechnisch veränderter Organismen beschlossen und auf den Weg gebracht haben. Ich will Ihnen sagen: Es klingt erstmal plausibel, dass man das jetzt auch für die Anwendung und Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen macht. Dennoch kann es gar nicht funktionieren. Die Kolleginnen und Kollegen haben schon darauf hingewiesen, dass die Fragen des Binnenmarktes dem klar entgegenstehen. Man müsste nicht nur jede Grenze, sondern jeden einzelnen Lkw kontrollieren. Das kann niemand wollen.

Wir reden hier – das haben Sie auch schon gesagt – vor allem über Futtermittel, gentechnisch veränderte Futtermittel wie Soja und Mais, die in der Tiermast in der EU eingesetzt werden. Die EU ist komplett abhängig davon. 30 Millionen Tonnen verfütterten Sojas führen wir ein, und wir produzieren in der EU lediglich 2 Millionen Tonnen, alles andere kommt aus Drittstaaten, die zum Teil bis zu 95 % gentechnisch verändertes Soja anbauen.

Ich erwarte einen neuen Vorschlag von Ihnen, und ich erwarte – das hat Herr Häusling eben auch gesagt –, dass wir die Eiweiß-Futtermittelproduktion in Europa klar fördern: Lupinen, Erbsen, Bohnen – das wächst auch in Europa!

Esther Herranz García (PPE). – Señor Presidente, el debate sobre organismos modificados genéticamente suscita desde hace años una gran polémica y, personalmente, creo que los detractores no han aportado aún razones científicas sólidas que justifiquen cualquier prohibición, ya sea tanto sobre el cultivo como sobre la comercialización de estos productos para alimentación, al tiempo que, sorpresivamente, los OMG son plenamente aceptados en la industria farmacéutica sin problema, y desde hace años, para tratamientos como la diabetes o el cáncer.

A día de hoy, hay cincuenta y ocho OMG que han sido autorizados por la Unión Europea, después de haber sido sometidos a rigurosísimos controles sanitarios y de calidad. Detrás de esos cincuenta y ocho OMG hay, desde luego, años y años de investigación y de avances que permiten, por ejemplo, suministrar alimentos para el ganado y compensar así la escasez de producción de piensos que hay en la Unión Europea. Esta Unión Europea que hoy mismo necesita importar soja transgénica de países terceros para cubrir esa escasez de alimentación del ganado. Y esto es un hecho que no puede negar nadie, ni siquiera aquellos países que están prohibiendo el cultivo de OMG en su territorio, porque están incurriendo, al mismo tiempo, en una incoherencia al permitir la entrada de transgénicos en ese mismo territorio.

Así que, por encima de todo, yo creo que hoy nos debemos olvidar de los juicios de valor sobre los OMG y que nuestro objetivo debe ser legislar con coherencia. Si queremos un mercado que favorezca el libre tránsito de personas, de mercancías y de capitales, y en coherencia con esa política, creo que debemos rechazar esta propuesta de la Comisión, porque supone una ruptura del mercado único. Por todo esto, quiero manifestar mi absoluto, total apoyo al ponente, señor La Via, a favor de rechazar esta propuesta de la Comisión Europea.

Damiano Zoffoli (S&D). – Signor presidente, onorevoli colleghi, sulla questione molto complessa e non nuova degli OGM ritengo serva un approccio meno ideologico, più equilibrato e anche con più trasparenza e un maggior coinvolgimento da parte della scienza e dei cittadini. È infatti fondamentale incoraggiare una ricerca libera e responsabile per capire quali siano gli effettivi rischi e benefici.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

La proposta di regolamento in discussione è da respingere: non interviene sul vero tema, che è la contestata procedura attraverso la quale l'Unione europea autorizza gli OGM, ma concede facoltà agli Stati membri di vietarne o meno l'utilizzo sul proprio territorio, peraltro in mancanza di una vera valutazione di impatto seria e completa, con il conseguente rischio di creare più problemi che soluzioni.

La proposta del resto è impraticabile, perché porterebbe alla reintroduzione dei controlli alle frontiere, a cancellare le conquiste del mercato unico. È poi importante considerare l'impatto negativo che questa proposta avrebbe sul settore dell'allevamento dell'Unione. Se l'ambizione è di fare regole valide per tutti gli europei, serve una nuova e ben diversa proposta.

Paul Brannen (S&D). – Mr President, regulating GMOs is a question of both reason and responsibility. Reason should dictate whether we decide to use GMOs in the first place. Some GMOs are known for their potential to contribute to tackling the challenge of global food security and can deliver positive agricultural and health impacts.

On the other hand, some GMOs can encourage farmers to use even more chemicals that cause considerable damage to biodiversity, the environment and, especially, cause climate change. Responsibility must therefore be our guiding principle with regards to EU GMO policy. The heart of our policy must be an independent, thorough, case-by-case assessment of each new GM trait by the European Food Safety Authority. In this way, incentives for further scientific research are preserved and the centralisation of the process ensures the integrity of the Single Market.

The Commission's proposal, alas, fails on both counts and therefore should be rejected. Let our GMO policy be guided by reason and responsibility within a common European approach.

Procedura catch-the-eye

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, I say to the Commission: thanks; you are getting a lot of abuse this morning, but you have done justice to this debate by having it. It is important that we hear all these voices on the issue of GMO.

It is wrong to say that European citizens are against GM technology. In the medical sector they welcome it with open arms. In the food sector there is scepticism, but not 99% of people are sceptical, despite the tone of this debate and the realities that have been spelled out. The European livestock sector uses GM protein for their livestock feed. One country grows GM.

I welcome the debate because it allows the facts to elevate above some of the emotion. Some of the comments here I would utterly disagree with, because I approve and accept the authorisation procedures that are in place. I am also aware that young scientists, including young Irish scientists, are leaving the European Union because there is not a welcoming environment for research in this area. I would like to compliment the former Chair of the Agriculture Commission, Paolo De Castro, and support his comments. We need a sound debate on this, not a politicised one.

Maria Grapini (S&D). – Domnule Președinte, domnule comisar, trebuie să declar de la început, pentru că așa cred că este sincer, că nu susțin cultivarea și utilizarea organismelor modificate genetic. Nu știu ce părere aveți dumneavoastră ca medic, pentru că nu s-a desprins din punctul de vedere pe care l-ați prezentat aici. Pe mine, ca inginer, mă puteți convinge doar dacă ne prezentați aici studii științifice de impact asupra sănătății. Asta doresc și mulți cetățeni europeni. Ce mă surprinde este că domnul Juncker, abil, pasează cartoful fierbinte atunci când nu-i convine.

Uniunea Europeană și Comisia nu sunt doar pentru a împărți niște bani, nu sunt niște contabili aici. Sper că avem specialiști care să analizeze toate lucrurile importante și să le tratăm cu responsabilitate. Eu cred că sănătatea este un lucru important și, de aceea, ne trebuie o politică europeană.

Din punctul meu de vedere, trebuie să nu uităm și să nu neglijăm nici, sigur, crescătorii de animale, faptul că de zeci de ani se importă furaje cu organisme modificate genetic din alte țări. Ce faceți? Nu ne-ați spus ce puteți să faceți pentru a nu se mai importa în piața internă? Nu putem să demolăm nici industria alimentară europeană și nici crescătorii de animale.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

De aceea, eu cred că trebuie să aveți o analiză responsabilă și să reveniți în fața Parlamentului cu propuneri concrete care să echilibreze situația din toate punctele de vedere.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, συμφωνώ με την απόρριψη της πρότασης της Επιτροπής και με τις παρατηρήσεις του συναδέλφου José Boné, ο οποίος έθεσε πάρα πολλά θέματα που δεν αφορούν μόνο την υγεία των καταναλωτών αλλά και την περιβαλλοντική προστασία και το μέλλον της ίδιας της γεωργίας. Οι ευρωπαίοι καταναλωτές έχουν εκφράσει την πλήρη αντίθεσή τους στα γενετικώς τροποποιημένα τρόφιμα και οργανισμούς. Με την πρόταση της Επιτροπής, επέρχεται επανεθνικοποίηση της Κοινής Αγροτικής Πολιτικής, με αποτέλεσμα να οδηγούμαστε σε προβληματικές ατραπούς. Τα τρόφιμα όμως είναι καθοριστικής σημασίας για την υγεία των καταναλωτών και δεν μπορεί το θέμα αυτό να αφεθεί στις εθνικές αρχές, γιατί έχουμε εμπειρία από διατροφικά σκάνδαλα για τα οποία υπεύθυνα είναι συγκεκριμένα κράτη μέλη.

Η Επιτροπή στην ουσία αρνείται να κρατήσει σθεναρή στάση απέναντι στα μεταλλαγμένα και πετάει το μπαλάκι στα κράτη μέλη και το κάνει αυτό εν όψει της TTIP, η οποία, εάν εφαρμοστεί, θα αποτελέσει σοβαρό κίνδυνο για την υγεία των καταναλωτών, αφού επιτρέπει την ελεύθερη κυκλοφορία των ΓΤΟ.

Hilde Vautmans (ALDE). – We hebben hier vandaag met niet zoveel leden gedebatteerd. Daarbij valt mij op dat de grote lijn duidelijk is. We vinden het absoluut geen goed idee dat de regelgeving weer genationaliseerd zou worden, omdat dat gewoon niet uitvoerbaar zou zijn. Als we weer grenscontroles zouden moeten invoeren om het vervoer van diervoeder te controleren, dan lijkt me dat helemaal tegen de interne markt in te druisen.

Bovendien, mijnheer de commissaris, zou ik u willen vragen om met een evenwichtig voorstel te komen. De ALDE-collega's hebben u daar al toe opgeroepen. Het is absoluut belangrijk dat we ook rekening houden met de leefbaarheid van onze veeteelt. Die sector is immers al heel erg getroffen. Ik vraag u dus: doe een evenwichtig voorstel dat uitvoerbaar is en dat rekening houdt met de interne markt, zodanig dat we geen 28 verschillende regelgevingen hebben.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Señor Presidente, señor comisario, usted ha dicho que la sociedad se resiste a los OMG. Entonces, ¿por qué imponerlos si no los necesitamos?

Segundo, ha dicho también que los ganaderos dependen de piensos importados. Esto es una imposición, una imposición que podría romperse, porque podrían importarse piensos convencionales, libres de OMG; o, mejor aún, Europa podría y debería romper la dependencia de la ganadería de las importaciones de proteína vegetal. Tenemos tierras, tenemos semillas no transgénicas y tenemos conocimientos para producir alimentación animal libre de transgénicos. Entonces, señor comisario, ¿qué es lo que impide poner esto en marcha?

Tercera cuestión: Europa no está llamada a alimentar al mundo. Por ética, por responsabilidad y por solidaridad, Europa debería apoyar para que cada país ejerza el derecho a alimentarse a sí mismo. No perdamos más tiempo. Dediquen su tiempo a cambiar las políticas, para responder a las necesidades reales de la sociedad y no al lobby de los transgénicos y de la alimentación animal.

Claude Turmes (Verts/ALE). – Herr Präsident! Der Kommissionspräsident, Herr Juncker, hatte im Wahlkampf versprochen: Bei Gentechnik Demokratisierung und Transparenz!

Statt Transparenz haben wir *black box*, und statt Demokratisierung haben wir Renationalisierung. Dieser Vorschlag ist eine gigantische Mogelpackung. Es ist in der Praxis nicht umsetzbar, und die Kommission weiß selbst, dass er nicht WTO-kompatibel ist. Wahrscheinlich war diese Nebelbombe sehr eng mit den TTIP-Verhandlungen verknüpft, um während der TTIP-Verhandlungen die Gentechnik vom Verhandlungstisch fernzuhalten.

Lieber Jean-Claude Juncker, jetzt ist genug gespielt! Die Gentechnik ist für die Bürger eine wichtige Sache. Jetzt brauchen wir einen ernsthaften Vorschlag. Wir als Grüne haben die Linie vorgegeben: Evaluation in Europa, Futtermittel anbauen, und ein klares *Labelling* auch für Futtermittel.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Popieram, tak jak większość koleżanek i kolegów, stanowisko sprawozdawcy, posła La Vii, wzywające do odrzucenia wniosku Komisji Europejskiej w sprawie ograniczenia bądź zakazania stosowania i sprzedaży na swoim terytorium paszy i żywności genetycznie zmodyfikowanej. Uważam, że przyjęcie tego wniosku mogłoby naruszyć zasady funkcjonowania wewnętrznego rynku żywności i pasz oraz mogłoby prowadzić, tak jak przed chwilą powiedział mój kolega, do renacjonalizacji polityki rolnej. Dodatkowo wyegzekwowanie takiego ograniczenia byłoby albo niemożliwe do realizacji, albo przynajmniej niezwykle kosztowne, co z kolei nie pozostałoby bez wpływu na globalną konkurencyjność europejskiego rolnictwa.

Zdaję sobie sprawę, że kwestia GMO jest sprawą trudną, co do której brak jest jednomyślności po stronie państw członkowskich. Uważam jednak, że wniosek Komisji nie byłby rozwiązaniem tej kwestii, a jedynie utrudnieniem dla obecnych, dobrze działających mechanizmów.

Biljana Borzan (S&D). – Gospodine predsjedniče, današnje glasanje riješit će jedan problem, a to je loš i neprovediv prijedlog regulative o GMO hrani koji bi izazvao kaos na unutranjem tržištu. Osnovna svrha da države članice imaju mogućnost zbrane prodaje GMO hrane ne bi bila ispunjena i zato je dobro što će velika većina u Parlamentu biti protiv.

No, problem nepravednog sustava odobrenja GMO hrane ostaje. Države članice očito ne mogu postići dogovor oko ove teme i Komisija će zato i dalje imati ovlasti sama davati odobrenja za prodaju i upotrebu. Zaključno, želim poručiti Europskoj komisiji da ih odbacivanje ovog prijedloga ne odrješuje od obveze demokratiziranja procesa odobrenja.

To je bilo jedno od obećanja predsjednika Junckera i zato želimo da Komisija izradi novi, bolji prijedlog. Radi se o temi koja je izrazito bitna našim građanima i o obećanju koje je ključno za demokratski legitimitet Europske unije.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Mr President, of course I have followed very closely this controversial debate and I have taken due note of all the comments and views that the honourable Members, have expressed.

I would like to reply to some of these. Regarding the claims that the Commission proposal is not in line with the European Union single market rules, I will simply respond that this is incorrect. According to the European Union Treaties, Member States may derogate from the freedom-of-movement rule on the basis of overriding reasons related to the public interest. That is enshrined in the Treaties. This is not against the Single Market: it is about the right of Member States to see such overriding reasons. We must follow the rule of law; we must follow the Treaties; we cannot act without a legal basis – and the proposal fully respects that principle. I am in favour of supporting the single European market. I am in favour of supporting science-based assessment, because that is the only way. I believe in science – independent science.

As regards the accusation that an impact assessment was not carried out, I would say this: it is meaningless for the Commission to carry out an ex-ante impact assessment on a proposal which merely gives the Member States a legal basis on which to act. In relation to cultivation proposals, the same logic applies. The proposal does not have an impact in itself: it will be up to Member States to evaluate the possible impact of their own decisions – about which you have raised many, many questions. It is in the hands of Member States to use the opt-out mechanism if they are ready to do so. They must follow the impact assessment procedure because this is a very serious and complex matter.

I fear from the unwilling tone of the discussions that there is a real possibility of Parliament rejecting the proposal. Allow me to repeat my view: it would be preferable to continue to discuss this frankly and openly under the ordinary legislative procedure rather than to seek to close down the dialogue. I would repeat once again Jean-Claude Juncker's promise: the Commission should be in a position to give the majority view of democratically-elected governments at least the same weight as scientific advice. It is about the Member State governments' view, not about the scope for Treaty changes to change the voting mechanism, because that is enshrined in the Treaties.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Secondly, I would not want the Commission to be able to take a decision when the majority of Member States had not encouraged it to do so. That is our proposal: please, if Member States have reasonable opinions, that is one thing, but you cannot destroy the single market, you cannot destroy our common European agricultural policy, and you cannot act against the European Food Safety Authority (EFSA) assessment because we need a centralised EFSA opinion.

On the subject of EFSA, this risk assessment of GM food and feed is carried out by EFSA in accordance with the highest and the most up-to-date scientific standards. We have mentioned independence and scientific evidence, and I am ready to discuss all these arguments about EFSA's transparency. We must create trust in EFSA because otherwise we will have no scientifically based instruments. We must do our job in the best way to preserve trust in EFSA. Commission Implementing Regulation No 503/2013 on applications for authorisation of genetically modified food and feed reinforces the authorisation process by clarifying the studies to be conducted by applicants and defining the protocols to be followed. It was adopted by a qualified majority of Member States.

Furthermore, EFSA carries out risk assessment in close cooperation with Member States: with all 28 Member States, with all the scientists involved. Of course, we must debate and see how to improve EFSA's capacity but we need science.

I call on you once again, honourable Members, to reflect on the consequences of this discussion before proceeding to the vote. We need to reinforce the legitimacy of European Union decisions on GMOs.

I would like to say that I have heard some excellent proposals: to continue our debates on biotechnologies, on science, on examining ways of supporting European Union researchers, including biotechnologists, more effectively. I cannot imagine the European Union without scientific progress – that would be against logic. I am a cardiac surgeon and I know what a scientific approach to all the issues means.

I am ready to continue those debates. Maybe next year it would be good to organise debates together with the European Parliament, inviting representatives of non-governmental organisations and prominent scientists and to challenge some of our understanding of the issues.

Lastly, I would like to confirm that the Commission believes this proposal is the right way of addressing the challenges in relation to the decision-making process on GMOs at European Union level. The Commission will not withdraw its proposal.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I just want to record my displeasure at not being called under catch-the-eye. I just want to say that I was in here at 8.25, before any of you arrived. I asked with the white paper to speak under catch-the-eye at the very outset and I was not called. I do not understand why; I do not need an explanation; it has happened before and it will probably happen again. It will not deter me from my work. In fact I will be here tonight around midnight as the last speaker on behalf of my group on financing for SMEs. So thank you for allowing me to make my point.

Presidente. – Per quanto riguarda il «catch-the-eye», ovviamente quando ci sono venti e più richieste io cerco sempre di tenere conto dell'equilibrio dei gruppi, di genere e di nazionalità. Quindi non posso mio malgrado dare la parola a tutti coloro che la richiedono.

On. Kelly, lei spesso ha ricevuto la parola da me quando aveva chiesto di partecipare al «catch-the-eye», quindi non c'è nessuna intenzione da parte mia di discriminarla. È soltanto una questione di equilibrio all'interno del «catch-the-eye».

Giovanni La Via, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie in primo luogo a tutti i colleghi per il contributo che hanno dato a questo dibattito, e al Commissario Andriukaitis per aver difeso la posizione della Commissione.

Lei oggi ha detto: «con una certa probabilità questo Parlamento oggi respingerà la proposta della Commissione». Dopo aver sentito questo dibattito credo che abbia un convincimento profondo del fatto che, per ragioni diverse, c'è un punto che accomuna quasi tutti i gruppi politici, che è la reiezione della proposta della Commissione. Dicevo, per ragioni diverse: perché da un lato vengono addotti motivi sull'incongruenza tra una proposta di *better regulation* avanzata dalla Commissione e la mancanza di un *impact assessment*, che lei ci spiega che probabilmente non sarebbe necessario, perché saranno gli Stati membri a dover fare l'*opt-out*. Ma è la Commissione che si deve porre il problema di come possa funzionare un mercato a macchia di leopardo, con paesi che scelgono una posizione e paesi che ne scelgono un'altra.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Abbiamo visto, evidentemente, come lei ci ha indicato, la possibilità di una deroga al mercato unico. Certo, ma mi sembra che in questa Aula, oggi, questa deroga al mercato unico non la si voglia. Si vuole qualcos'altro e in quest'Aula abbiamo sentito anche delle proposte chiaramente positive, che lei ha accolto, ma che io vorrei sottolineare. Abbiamo bisogno di un grande dibattito, di un dibattito europeo sulle nuove tecnologie, perché l'Europa deve essere capace di conciliare la tradizione della sua grande produzione agroalimentare con la necessità impellente, non più rinviabile, di avere una produzione di qualità, di qualità adeguata a soddisfare i consumi alimentari dei cittadini europei e di quelli del mondo. E allora in questa direzione la invito anch'io a promuovere questo dibattito sulle nuove tecnologie, perché solo attraverso la conoscenza potremo sfatare alcune ombre che ci sono sulle nuove tecnologie e potremo quindi procedere nella direzione che vogliono poi i governi e i cittadini di quest'Europa.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà mercoledì 28 ottobre, alle 12.00.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Nors iš pirmo žvilgsnio, Komisijos siūlymas lyg ir buvo patrauklus valstybėms narėms, vis dėlto atidžiau susipažinus su dokumentu paaiškėjo, kad valstybių pasirinkimo sąlygos yra labai apsunkintos, teisės rinktis būtų beveik neįmanoma įgyvendinti. Ir kaip užtikrinti sienų kontrolę, kokie pašarai ar maistas vežami į šalį iš kaimyninės valstybės? Nuo 2015 metų balandžio mėnesio šalims narėms galima uždrausti auginti GM kultūras. Tačiau GMO maisto ir pašarų importo bei prekybos jais valstybės narės kol kas neturi galimybių uždrausti. Europos Komisijos pasiūlymo esmė ir buvo išplėsti valstybių galimybes, tačiau neužtikrino valstybių teisės tinkamai pasinaudoti galimybėmis apriboti arba drausti naudoti genetiškai modifikuotą maistą ir pašarus savo teritorijoje. Dokumentą teks tobulinti ir atsižvelgti į Europos Parlamento poziciją.

Jarosław Kalinowski (PPE), na piśmie. – Projekt rozporządzenia 2015/0093 zaproponowany przez Komisję Europejską miał umożliwić państwom członkowskim ograniczenie lub zakazanie stosowania genetycznie zmodyfikowanej żywności i paszy na swoim terytorium. Jest to szlachetna idea kierująca się swobodą obywatelską, jednak pozostaje niemożliwa do zrealizowania w obecnie obowiązujących strukturach europejskich. W projekcie Komisji nie przedstawiono żadnych wytycznych postępowania, nie zaproponowano także kryteriów, które mogłyby usystematyzować podejmowane działania. Oznacza to, że każde z państw członkowskich miałoby „wolną rękę” we wprowadzaniu ograniczeń importu i dystrybucji, co przy braku kontroli granicznych wewnątrz Unii Europejskiej nieuchronnie spowodowałoby chaos wywołany niekontrolowanym przepływem produktów. Brak jednorodnego i usystematyzowanego planu działania doprowadziłby również do powstania napięć pomiędzy krajami popierającymi i sprzeciwiającymi się GMO.

Należy także pamiętać, że żywność modyfikowana genetycznie jest tematem stosunkowo nowym i do tej pory nie ma naukowych podstaw do stwierdzenia, że produkty takie są szkodliwe dla zdrowia lub życia człowieka. Reasumując, Unia Europejska potrzebuje w tej kwestii jednolitych przepisów zapobiegającym wewnętrznym podziałom i zapewniającym bezpieczeństwo rynkom wewnętrznym.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), în scris. – Propunerea Comisiei nu este deloc clară și astfel pune în pericol buna funcționare a pieței interne. Comisia trebuie să prezinte o nouă propunere care să permită statelor membre să restricționeze pe teritoriul lor utilizarea de produse alimentare și de furaje modificate genetic.

Propunerea actuală nu numai că nu are la bază un studiu de impact, dar nici nu respectă angajamentul inițial al domnului Juncker de a revizui normele de procedură existente pentru autorizarea OMG-urilor în așa fel încât Comisia să nu mai fie în măsură să autorizeze OMG-uri atunci când o majoritate clară se opune. Comisia trebuie să propună revizuirea normelor de autorizare a OMG-urilor în Europa pentru a reflecta poziția cetățenilor UE.

Ar trebui să nu mai fie posibilă autorizarea de noi OMG-uri pentru cultivarea sau importul în Uniune până când această promisiune nu este respectată.

Владимир Уручев (PPE), в писмена форма. – Европейският парламент последователно отхвърля предложението на ЕК за нови норми, даващи възможност на държавите членки да ограничават или забраняват на своята територия употребата на ГМ храни и фуражи, за които има разрешение на ЕК. Така Парламентът защитава обществения интерес на всички европейски граждани, включително българския интерес.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Действащите норми дават възможност на държавите членки да забраняват отглеждането на своя територия на разрешени ГМО. Но при употреба (търговия) на ГМО се излиза извън националните граници заради свободното движение на стоки. Въвеждането на забрана за ГМО в отделна страна означава въвеждане на граничен контрол на вноса на храни и фуражи, което е в разрез с правилата на европейския пазар. Следователно няма гаранции, че предложението ще работи в единна Европа, която се стреми да премахва ограниченията и бариерите в търговията.

Очевидно националният подход за ограничаване на ГМО не дава решения, които да избягват негативните последици за единния пазар и за конкурентоспособността на селскостопанските производители. Застъпвам мнението, че е необходим един цялостен нов европейски подход за управление на ГМО от процеса на даване на разрешения за отглеждане до крайната им употреба, който да се базира на обширна оценка на всички въздействия и да отчита рестриктивната политика, която много от страните (вкл. България) водят спрямо ГМО.

5. Neuartige Lebensmittel (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di James Nicholson, a nome della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare, sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativo ai nuovi prodotti alimentari (COM(2013)0894 - C7-0487/2013 - 2013/0435(COD)) (A8-0046/2014).

James Nicholson, rapporteur. – Mr President, let me make very clear what is at stake here today. Rejecting the delegate deal with the Council and Commission would risk extending the shelf life of an old regulation that is no longer fit for purpose and that is slow to respond to market needs and safety concerns.

Our agri-food sector is constantly changing, constantly adapting and improving. We must always be prepared for change. We need a legislative framework in place to keep up with the technological developments of the past 20 years. For example, with regard to nanotechnology and cell tissue cultures, the new innovations must have a proper legal framework securing food safety standards. A new, single and centralised procedure for the authorisation of novel foods and more robust data protection will provide applicants with greater legal certainty, reduce the administrative burden for SMEs and therefore encourage further innovation in the agri-food sector across Europe.

It will not compromise our safety standards, which are the highest in the world, and we are rightly proud of them. On the contrary, the enhanced role for the European Food Safety Authority and increased transparency in the process can only improve these standards.

The Novel Foods Regulation has had a long and arduous history. I want us to make a breakthrough today. During the negotiations on novel foods we have managed to come much further than Parliament had done in the past. I am pleased with the substantial progress that has been made on a number of issues, and I would like to thank the shadow rapporteurs, the Commission and all who worked on this to bring it thus far.

On nanomaterials, the definition has been moved to this regulation to reflect the safety concerns of this House, and it will be updated, by means of a delegated act, to reflect scientific progress: in other words, Parliament is being given a say on how the definition is updated. The wording on the test methods for nanomaterials has been strengthened, while taking into account environmental and consumer protection.

On the environment, this regulation should take into account a high level of protection and improvement in the quality of the environment. On animal welfare, the regulation has been strengthened in terms of animal-welfare measures, urging that testing on animals should be replaced, reduced or refined.

The transparency of the process has been significantly strengthened: by obliging the Commission to publish the summary of every application and through the fact that the list of rejected applications should be publicly available. Food consisting of, isolated from, or produced from cell or tissue cultures derived from animals, plants, micro-organisms, fungi or algae is now explicitly mentioned in the scope of the regulation. The precautionary principle is explicitly mentioned in the articles as a main factor for the Commission in deciding whether to propose to authorise a novel food. A provision has also been added to align time periods with regard to data protection under the Novel Foods and Health Claims Regulations, which will act as a stimulant to innovation.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

The regulation also makes it easier for traditional food from one or more third countries to be placed on the internal market. This is particularly welcome for developing countries attempting to export their traditional products. Nevertheless, and quite rightly, any food imported from these third countries must meet our high quality standards.

Let me also comment on two other issues. Cloning no longer belongs in this proposal. After the collapse of 2011, the Commission rightly separated out the cloning issue to different files. If you disagree with the Commission proposals, then the right place to have the debate is in relation to those files. Insisting on tackling the cloning issue here benefits no one, whatever side of the debate you are on: clearly the Council will not move on novel foods unless it moves on other files. But if the Council moves on other files it is no longer necessary to do anything on novel foods.

Some did want novel food to be authorised by delegated acts, but there is a confusion here. If we are a Parliament representing the people of Europe, we have to act as a Parliament: it is up to us to set the legal framework, not to implement it. We are the legislature, not the executive branch of government. The concept of Parliament deciding on authorisations for companies seems to me a very strange one.

To sum up, I want the European food sector to continue to lead rather than follow. We need legislation that can keep pace with new technologies, otherwise I greatly fear that we will be left behind.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, first let me thank the rapporteur, James Nicholson, and the shadow rapporteurs, Pilar Ayuso, Pavel Poc, Marit Paulsen, Lynn Boylan, Bart Staes and Eleonora Evi, for the compromise text on novel foods we have in front of us today. I very much appreciate their hard work and commitment which has led to a good outcome.

The right balance has been reached in ensuring that only safe foods may be placed on the market, while allowing for innovation in the agri-food sector. The current regulation on novel foods dates back to 1997. Over the last 18 years, scientific innovation in the food sector has progressed, giving rise to the creation of new types of food products. In parallel, consumption patterns among citizens have also changed. The Commission considers it necessary to adopt and improve an up-to-date legislative framework on novel foods to ensure food safety and to protect human health, while also facilitating the functioning of the internal market. This approach will ensure that innovation in the food sector can lead to the placing on the market of new scientifically-assessed safe foods.

With a view to updating the current rules, the Commission proposes to streamline the authorisation procedure, through a centralised procedure at Commission level, by granting general authorisation and by ensuring a centralised safety assessment by the European Food Safety Authority. To improve efficiency, deadlines would be established for the evaluation and authorisation procedure, thus reducing the overall time spent on approvals.

To improve transparency, the Commission would also make available on its website a summary of applications, as well as a list of applications that did not result in authorisation. This is in line with a request from this House. The safety of novel foods remains the main criterion for authorisation. The European Food Safety Authority will be systematically consulted on all questions relating to the safety of novel foods. In conclusion, innovation will be facilitated without compromising on food safety.

Over the years, third countries have criticised our current rules, claiming that some foods that are traditional in their diets are considered to be novel foods in the European Union. This agreement will help us to simplify the authorisation procedure of so-called traditional foods from third countries with a history of safe use, and facilitate their placing on the market. At the same time, safety must not be compromised. To this end, if safety concerns are raised, we will ask the opinion of the European Food Safety Authority.

The proposed new regulation on novel foods would contribute to innovation and facilitate market access on the agri-food sector by bringing clarity to the authorisation procedure. It would allow support for true innovators through its data protection provisions. Applicants who are able to present safety studies based on their own protected data would benefit from an individual authorisation for five years.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Let me finish by again expressing my satisfaction regarding the compromise that Parliament and the Council have reached on this proposal, to which the Commission can offer its full support.

Jude Kirton-Darling, *rapporteur for the opinion of the Committee on International Trade*. – Mr President, the EU has a proud track record of protecting consumers' rights and making sure that the food that ends up on our plates is safe to eat, while keeping pace with innovation.

In the Committee on International Trade (INTA) of the European Parliament, we safeguarded the precautionary principle when dealing with foodstuffs that are new to us, but have traditionally been consumed safely in other countries. We called for Parliament to retain the power to veto any decision to update the list of new foods authorised to access the EU market. Without these elements, we risk losing the careful balance that we hold dear in the EU between innovation and safety.

I urge colleagues from all political groups to pursue legislation that helps the EU to keep us and our food safe. We need a clear, transparent and secure framework for dealing with the new foodstuffs.

Daciana Octavia Sârbu, *Raportoare pentru aviz Comisia pentru agricultură și dezvoltare rurală*. – Domnule Președinte, în primul rând aș dori să îi felicit pe raportor și raportorii din umbră pentru eforturile depuse pentru ajungerea la un acord privind alimentele noi.

Salut simplificarea și îmbunătățirile aduse actualului text, prin autorizarea generică, scurtarea perioadei de autorizare cât și facilitarea adăugării la lista alimentelor noi a produselor considerate tradiționale în statele terțe. Dar, totodată, doresc să reiterez faptul că inovația în domeniul alimentar trebuie încurajată, însă nu în defavoarea siguranței și sănătății. De asemenea, mă bucur că acest dosar a fost tratat separat de cel privind clonarea, însă sper că, în același timp, Comisia și Consiliul vor găsi o cale pentru soluționarea cererilor Parlamentului privind reglementarea corespunzătoare a alimentelor provenite de la animale clonate. Nu-mi doresc ca acest acord privind alimentele noi să ducă la tergiversarea și chiar renunțarea la reglementarea specifică a alimentelor provenite din animale clonate.

Pilar Ayuso, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, lo primero es dar las gracias al señor Nicholson, a los ponentes alternativos y, también, a la Comisión y el Consejo, por el ejercicio de flexibilidad que hemos hecho todos para llegar a este acuerdo, después de muchas horas de trabajo.

Este Reglamento es necesario, como ha dicho el comisario, porque desde 1997 la tecnología alimentaria ha avanzado tanto que no podemos seguir, dieciocho años después, sin modificar una legislación anticuada. Ya abortamos desde este Parlamento, en 2011, un acuerdo. Y hoy todo el sector agroalimentario está pendiente de que seamos responsables y apoyemos este acuerdo, que es bueno y equilibrado. Hay que dejar muy claro que este no es un reglamento sobre clonación de animales ni sobre nanotecnología. Es una legislación que solo dicta normas para clasificar, evaluar científicamente y autorizar nuevos alimentos que cumplan estrictamente los requisitos de seguridad alimentaria. Precisamente por eso, va a ser la EFSA la encargada de evaluarlos científicamente, y todo con una transparencia absoluta.

Las enmiendas que se presentan —que, por cierto, están sacadas del acuerdo con algunos añadidos—, aparentemente solo pretenden boicotear un acuerdo que, repito, es muy bueno y equilibrado. En nombre de mi Grupo, y en el mío, por supuesto, pido a la Cámara que apoye lo acordado en los diálogos tripartitos, haciendo un gesto de responsabilidad y de apoyo a tantas pymes que están pendientes de nosotros.

Pavel Poc, *za skupinu S&D*. – Pane předsedo, já bych podepsal všechno, co řekl pan zpravodaj, kdybychom byli po hlasování ve Výboru pro životní prostředí. Zpravodaj i stínoví zpravodajové připravili návrh, který respektoval požadavky evropských spotřebitelů na bezpečnost potravin, řešil pochybnosti týkající se použití nanomateriálů v potravinách. Návrh, který respektoval právo spotřebitelů na informace o tom, co jedí, a proto definoval přechodné, přechodné opatření týkající se označování potravin pocházejících z klonovaných zvířat nebo jejich potomků. Takto jednoduché to prosím pěkně je, bezpečnost potravin a právo spotřebitelů na informace.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Reakce evropských spotřebitelských organizací jasně a jednoznačně říkájí, že spotřebitelé obojí chtějí. A co se stalo potom? V průběhu trialogu se ztratil požadavek, aby nebyly povolovány potraviny vyrobené s použitím nanotechnologií, dokud nebudou k dispozici metody, které posoudí jejich bezpečnost, a ty metody k dispozici nejsou. A dokonce zmizel i práh pro obsah nanosložek navržených Evropskou agenturou pro bezpečnost potravin. Nevím, jestli chce Evropská komise tímto způsobem vždycky respektovat názory EFSA.

Ergo, kompromisní návrh nezaručuje bezpečnost nových potravin pro spotřebitele. V průběhu trialogu se ztratil taky návrh na označování potravin pocházejících z klonů nebo jejich potomků. Ergo, tento návrh pošlapává, podle mého názoru, právo spotřebitelů vědět, co vlastně jedí. Jistěže v žádném vyjednávání nikdo nemůže dosáhnout všeho. Jistěže je nutné dosahovat kompromisů mezi Evropskou radou, Komisí a Parlamentem, ale bezpečnost potravin a právo spotřebitelů na informace předmětem kompromisů být jednoduše nesmí. Jestliže Evropská komise a Rada chtějí dělat takové kompromisy, Evropský parlament by je dělat neměl, proto v rámci plenárního hlasování opět navrhuje osm klíčových pozměňovacích návrhů, které řeší nedostatky kompromisu vzniklého v trialozích v oblasti použití nanomateriálů a informovanosti o původu potravin z klonovaných zvířat. Uvědomme si, prosím, že evropští spotřebitelé mají právo na bezpečné potraviny, mají právo na informace, a my jako Parlament jsme povinni jim umožnit toto právo realizovat.

Bolesław G. Piecha, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Jest to drugie podejście Unii Europejskiej, Parlamentu Europejskiego do kwestii nowej żywności. Poprzednie skończyło się odrzuceniem wniosku w 2011 r. W tym wniosku, który jest niewątpliwie lepszy, tak potrzebne regulacje jednak wzbudziły kontrowersje w trzech aspektach. Po pierwsze – nanotechnologia i nanomateriały. Wydaje mi się, że w sprawozdaniu pana Nicholsona ten problem został rozwiązany poprzez odpowiednie definicje. Druga sprawa – podejście do żywności z klonów, a zwłaszcza potomstwa klonów zwierząt. Tu również udało się wypracować kompromis, bo ta kwestia będzie rozwiązywana w innym wniosku ustawodawczym. Wzywam Komisję, by ten wniosek jak najszybciej przedstawiła. I trzecia sprawa – kwestia aktów delegowanych czy wykonawczych. My, Europejczycy Konserwatyści i Reformatorzy, opowiadamy się za aktami wykonawczymi.

Najważniejszą cechą jest bezpieczeństwo żywności i w tym wypadku powinna obowiązywać zasada ostrożności, ale i przejrzystości stosowania procedur, i wydaje się, że ten wniosek ustawodawczy te postulaty wprowadza w życie.

Jasenکو Selimovic, för ALDE-gruppen. – Herr talman! Dagens omröstning är ett resultat av arbete och förhandlingar, som har krävt mycket tid och väldigt många möten. Jag vill därför tacka James Nicholson för hans stora insats i arbetet, särskilt med tanke på att frågan om nya livsmedel framkallar så mycket rädslor och känslor.

Under arbetets gång kunde vi höra vad man skulle drabbas av om vi accepterar ny mat. Vi skulle få i oss kilovis med kött från klonade djur, vi skulle få äta levande insekter, vi skulle förgiftas av nanomaterial osv. osv. Därför känns det ganska skönt att kunna konstatera det självklara, nämligen: nej, det kommer inte att hända. Om ni trycker på JA-knappen kommer väldigt få saker att hända, väldigt få obehagliga saker. Ni kommer inte att äta klonade djur, ni kommer inte att äta livsmedel som inte är godkända och testade och inte heller kommer er tunga att falla av om ni smakar på någon ny exotisk frukt.

Jag lovar er att solen kommer att gå upp även i morgon och att vi även i morgon kommer att ha folk där ute som tycker att politiker inte kan någonting om saken – det kan jag garantera. Det som kommer att ändras är att experter i morgon kommer att avgöra enhetligt över hela EU huruvida nya livsmedel är godkända och säkra. Det kommer att avgöras med hjälp av vetenskap och inte med hjälp av känslor. Vi kommer att få ett förutsägbart EU-system som minskar tiden och proceduren för godkännande.

En sak till: Några av oss kommer till och med att prova på en ny exotisk frukt, men det är alltså inte obligatoriskt, utan det kan man avstå från.

Jag skulle vilja avsluta med att tacka alla som kommer att trycka på JA-knappen. Tack för att ni bemästrar rädslan, tack för att ni behandlar ny mat på samma sätt som nya mediciner och tack för att ni visar att ni inte är rädda. Vi i ALDE-gruppen vill gärna se oss själva som sådana människor, och därför kommer vi att stödja förslaget.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Lynn Boylan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur for his work, and it is regrettable that I will vote against the novel foods legislation. The report that came from the Environment, Public Health and Food Safety Committee was good, but while this legislation is an improvement on the Council's position, it still fails to address key concerns with the legislating of novel foods.

It is imperative that the precautionary principle is front and centre in nanotechnology. We already know that these particles take on different characteristics to their bulk counterparts. There may well be benefits to the technology, but we cannot simply railroad through legislation without developing a fit-for-purpose safety risk assessment. We must have longitudinal studies on the impact of this technology on the environment and human health. I also find it worrying that if EFSA requires or requests more information from industry as part of an application and they fail to provide it, this does not warrant the automatic halting of the procedure.

We are sending out a signal to industry that withholding information is OK. Surely if industries are confident in their product they would make all information available. Furthermore, giving industry the responsibility of deciding whether a food is novel is also troubling. Who will police this, and with what resources? Consumer protection must always come first, and I do not believe that this legislation does that.

Bart Staes, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Dit is een moeilijk dossier, dat al lang op onze tafels ligt. Ik was erbij in de periode 2008-2011, toen het dossier op de klippen liep in de bemiddelingsprocedure. Ik dank de schaduwrapporteurs en de rapporteur voor de samenwerking, maar als groene groep zijn wij toch niet helemaal blij met wat voor ons op tafel ligt. We hebben samen met de S&D, de GUE en de leden van de 5-Sterrenbeweging een 25-tal amendementen ingediend die hoofdzakelijk rond twee thema's draaien.

Het eerste thema betreft voedseltoepassingen inzake nanotechnologie. Wij vinden dat dit soort voedseltoepassingen als nieuwe voedingsmiddelen bestempeld moeten worden. Wij willen strenge tests vooraleer dit soort voedsel op de markt komt. Wij hebben een definitie van technisch vervaardigd nanomateriaal nodig alsook goede testmethodes.

Het tweede thema betreft vlees van gekloonde dieren. In september hebben we de voorstellen van de Commissie hieromtrent van tafel geveegd. Er is nu een juridische leegte. Wij zouden willen dat de verordening betreffende nieuwe voedingsmiddelen die juridische leegte opvult zodanig dat we de consumenten een geïnformeerde keuze kunnen laten maken over de aankopen die ze doen, en kunnen voorkomen dat ze vlees van gekloonde dieren en hun afstammelingen kunnen kopen. Daarom hebben we deze amendementen ingediend. Ik vraag de leden ter rechterzijde van dit Parlement, de 25 amendementen van de vier fracties te ondersteunen.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nel testo finale gli elementi qualificanti che erano stati introdotti dalla commissione Ambiente sono purtroppo scomparsi, ed erano gli elementi per i quali noi, come Movimento 5 stelle, avevamo dato il nostro appoggio all'apertura del negoziato con il Consiglio. Abbiamo quindi ripresentato questi emendamenti, come è stato detto, e quindi chiaramente il nostro voto sarà in base all'esito finale della ripresentazione di questi emendamenti.

Abbiamo un fortissimo dubbio, una fortissima preoccupazione riguardante l'applicazione del principio di precauzione, che è già stato citato anche dai colleghi. In questo caso, vediamo che il principio di precauzione è stato ignorato per favorire, purtroppo, gli interessi commerciali delle grandi aziende dell'alimentare e del *food*. Ed è un esempio di cui purtroppo noi siamo consapevoli e che dimostra l'interpretazione che viene data a questo principio di precauzione, soprattutto per quanto riguarda i nanomateriali, per i quali l'EFTA ci dà una posizione. Quando dobbiamo seguire l'EFTA, la Commissione ci redarguisce sul caso degli OGM. In questo caso non abbiamo seguito quello che ci viene chiesto dall'EFTA e quindi l'incertezza purtroppo rimane.

Joëlle Mélin, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, les projets qui nous sont soumis pour réglementer les nouveaux aliments sont diamétralement opposés. D'un côté, la position des élus, qui appellent à la prudence et à l'information du consommateur. Et de l'autre, celle du Conseil, qui semble avoir été phagocyté par l'appât du gain de certaines industries agroalimentaires et chimiques.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

L'innovation technologique est un des moteurs des économies européennes. Elle doit désormais entamer une nouvelle révolution et s'accompagner de la sécurité des consommateurs. Les nanomatériaux peuvent évidemment être très utiles dans certaines industries, mais de trop lourds soupçons pèsent sur leur toxicité. Avec les nanomatériaux, nous risquons des scandales sanitaires considérables. Le *French Paradox* nous est envié dans le monde entier, cette alliance de la gastronomie et de la santé ne doit pas être attaquée par une course à la technologie. La sécurité des citoyens et la protection de l'environnement devraient guider toutes nos décisions.

Je propose donc d'interdire les nanoparticules dans l'alimentation ou, a minima, d'informer les consommateurs par un étiquetage adapté. De la même façon, tout ce qui concerne l'alimentation des enfants devrait faire l'objet d'une réglementation beaucoup plus stricte avec interdiction ferme des nanomatériaux.

Diane Dodds (NI). – Mr President, first let me congratulate the rapporteur in this report, my colleague Jim Nicholson. This was indeed a technically difficult and politically sensitive report and it is quite a challenge to get the balance right on this one. It is an important report, reflecting the need to find a resolution which informs and protects consumers across the EU. I believe that the compromise text goes some way to providing this, and I would encourage this House to look carefully at the text before voting later on the report.

In relation to cloning, I believe that this issue should be addressed outside the remit of the report and that ongoing discussions should be based on clear scientific evidence. Products should be clearly labelled and ensure that food safety is of paramount importance. It is also important that the text of this report is reviewed regularly to take into account scientific and technical developments within the industry. This will ensure that the regulation is fit for purpose and delivers for both consumers and processors.

Elnökváltás: GÁLL-PELCZ ILDIKÓ

alelnök asszony

Giovanni La Via (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, da presidente della commissione Ambiente ho guidato la delegazione del Parlamento al trilogio. È stato un percorso lungo, complesso, che ha visto posizioni diverse anche all'interno della delegazione del Parlamento. Ed è ai colleghi del Parlamento che mi voglio rivolgere oggi, perché l'accordo che abbiamo raggiunto in sede di trilogio era probabilmente il miglior accordo possibile, e quando si negozia non si può essere sempre certi di portare nel testo finale quelle che sono le proprie rivendicazioni, quelle della propria parte politica, e le proprie volontà. Nel negoziato bisogna cedere qualche cosa, e lo abbiamo fatto in totale apertura, col confronto interno, e su ogni passaggio il gruppo parlamentare, i vari relatori e relatori ombra si sono confrontati sino ad arrivare all'approvazione di un testo che è quello che oggi viene chiamato al voto.

Io capisco che qualcuno voglia ritornare sulle proprie posizioni. Ognuno è libero di farlo, il percorso legislativo lo consente. Però di una cosa dobbiamo essere consapevoli: c'è bisogno di una nuova normativa sui nuovi alimenti, ed essendocene bisogno abbiamo la necessità di fare tutti gli sforzi per avere questa normativa. Oggi siamo vicini a un accordo e invito tutti i colleghi, tutti quelli che sono stati ai triloghi, ma anche tutti i colleghi che indirettamente hanno partecipato al processo, a votare questo accordo, così come è venuto. Non sarà il migliore, ma era il migliore ottenibile.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Zabierając głos w debacie dotyczącej nowej żywności chciałbym wyrazić zadowolenie, że procedura wprowadzania nowych przepisów prawnych w tym zakresie – rozpoczęta przez Komisję Europejską jeszcze w 2008 r. i kontynuowana w nowym wniosku z 2013 r. – powoli dobiega końca. Skoro z wniosku Komisji usunięto najbardziej kontrowersyjne kwestie, m.in. stosowanie nanomateriałów wykorzystywanych w żywności czy żywności uzyskiwanej ze zwierząt klonowanych, i przeniesiono je do innych norm prawnych, to pozostała do rozstrzygnięcia tylko sprawa udzielania zezwoleń na nową żywność. Grupa ECR opowiada się za rozwiązaniem, aby były one udzielane przez Komisję poprzez akty wykonawcze, a nie akty delegowane.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Na koniec chciałbym wyrazić nadzieję, że główną zasadą, jaką będzie kierowała się Komisja Europejska przy udzielaniu zezwoleń na nową żywność, będzie zasada ostrożności. Bowiem bezpieczeństwo konsumentów powinno być priorytetem dla wszystkich unijnych instytucji.

Anja Hazekamp (GUE/NGL). – Europa maakt een potje van het voedselbeleid. Dit 'novel food'-voorstel is er vooral op gericht de voedingsindustrie zo snel en zo eenvoudig mogelijk futuristisch voedsel op de Europese markt te laten brengen. Kloonvlees, nanovoedsel, insectenburgers, allemaal zaken waar grof geld mee kan worden verdiend. Zijdelings worden nog wel pogingen ondernomen om het welzijn van dieren, de voedselveiligheid en het milieu te beschermen, maar deze maatregelen zijn tegenstrijdig, ze zijn versnipperd en worden vaak ingehaald door de realiteit. Neem bijvoorbeeld kloonvlees. De meerderheid van de Europese burgers en het Europees Parlement is tegen het kloneren van dieren. Maar terwijl er nog aan een verbod gewerkt wordt, kan met dit 'novel food'-voorstel doodleuk worden begonnen met de toelating ervan.

Zonder duidelijke visie en zonder duidelijke prioriteiten krijg je geen consistent beleid. Dan kunnen het welzijn van dieren, het milieu en de voedselveiligheid niet worden gegarandeerd en dat zijn toch belangrijke Europese waarden. We laten de euro toch niet de enige Europese gedeelde waarde zijn? Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouw-subsidies moeten worden afgeschaft.

José Bové (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, nous sommes confrontés, en Europe, à une situation invraisemblable. Plus de quatre-vingt produits contiennent des nanoparticules sans que les consommateurs ne le sachent. Aucune indication, à part le petit logo E 171. C'est tout. C'est un problème!

Dans le même temps, la plus grande entreprise américaine de donuts, Dunkin' Donuts, vient de retirer les nanoparticules de ses produits parce qu'il existe un risque pour la santé. Est-ce que l'Europe va continuer dans cette situation, alors que l'EFSA reconnaît elle-même qu'elle n'a pas aujourd'hui des moyens d'analyse assez élaborés pour étudier les conséquences réelles des nanoparticules, dont on sait déjà qu'elles traversent la paroi des cellules et qu'elles créent un certain nombre de problèmes, notamment chez les jeunes? Et donc, nous avons un véritable problème.

Ce que je vous demande aujourd'hui, c'est que face à ce risque de santé publique et à ce risque environnemental, la Commission ait le courage d'interdire l'utilisation des nanoparticules. Je ne voudrais pas que demain, nous ayons le scandale de l'amiante et que votre nom soit lié à ce scandale sanitaire.

Julia Reid (EFDD). – Madam President, the people of Britain are tired of absurd EU laws and this EU regulation on novel foods is another perfect example of the Commission obstructing the free market system economy in Europe. It is no secret that this new EU regulation on novel foods is complex, expensive and time-consuming. It is a burden for the applicants and disadvantageous to the economies of Member States, and we believe that the extremely complex EU bureaucracy is interfering in decisions that should be made in our national parliament. Why should Britain support this authorisation procedure? This proposal, which authorises the Commission to decide on the entire authorisation procedure in addition to the removal of old food categories, will compromise consumers' confidence while causing legal uncertainty for operators. In UKIP we give absolute priority to our citizens' health and safety and believe that Member States alone should make the initial safety assessment.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Vandaag spreken we over de verordening betreffende nieuwe voedingsmiddelen. In dat verband is het belangrijk de deur open te houden voor nieuwe technologische ontwikkelingen. Die gaan we hard nodig hebben als we de wereldbevolking willen blijven voeden, zeker in de toekomst. De Europese markt is de afgelopen jaren steeds meer een eenheid geworden en ik ben dan ook blij dat de nieuwe procedure de toelating van nieuwe middelen op de markt vergemakkelijkt. Het wordt hierdoor makkelijker om nieuwe voedingsmiddelen zoals nanotechnologische producten en insecten op de markt te brengen.

Hoe willen we onze bevolking op een duurzame manier voeden als we niet nadenken over nieuwe manieren en hoe we die kunnen bereiken? Ontwikkelingen in de techniek moeten uiteraard veilig zijn, maar we mogen niet op voorhand alles uitsluiten. We moeten de ontwikkelingen die ik ken vanuit Nederland, onder andere aan de Universiteit in Twente en Brabant, juist een kans geven en zich laten bewijzen. Door alleen maar angst te hebben komen we hier gewoon nergens. Als mensen zich door angst laten leiden, nemen ze de verkeerde beslissingen. De discussie moet gebaseerd zijn op feiten en niet op emoties en daarvoor hebben we gezond verstand nodig. Ik nodig de critici graag naar Nederland uit om ter plekke te komen kijken wat de stand van zaken op het gebied van nanotechnologie is.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'attuale regolamento sui *novel food* è macchinoso e rende l'approvazione e la commercializzazione di nuovi prodotti alimentari troppo lenta: basti pensare che negli ultimi tredici anni sono state concesse solo 50 autorizzazioni.

Il settore agroalimentare, invece, è un settore in continua evoluzione, che necessita di un quadro normativo aggiornato per tenere il passo con gli sviluppi tecnologici degli ultimi vent'anni, per esempio per quanto riguarda la nanotecnologia. Il testo che ci apprestiamo a votare oggi è un passo in avanti importante in questo senso, che dovrebbe favorire l'innovazione dell'industria alimentare attraverso un vero e proprio sistema di tutela dei dati ed allo stesso tempo portare alla riduzione dell'onere amministrativo ed alla semplificazione delle procedure.

Tuttavia nel semplificare le attuali procedure di autorizzazione dei *novel food* occorre anche garantire un elevato livello di tutela della salute umana e degli interessi dei consumatori mediante una sistematica valutazione dei rischi centralizzata ed effettuata dall'EFTA ed un'applicazione rigida del principio di precauzione. Servono quindi requisiti specifici supplementari in materia di etichettatura per salvaguardare i consumatori.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođo predsjedavajuća, najprije se želim zahvaliti izvjestitelju i svima onima koji su sudjelovali u trijalogu, Vijeću, Komisiji i Odboru za zaštitu okoliša i sigurnost hrane. U svakom slučaju, nakon 18 godina bila su potrebna nova pravila i to je svakome jasno. Tehnologija je napredovala. Danas jednostavno moramo uvesti nova pravila.

Naravno da ima nekih dvojbi, međutim dvojbe nećemo nikad otkloniti, ali zato smo uključili znanost. I zato se zalažem da Agencija za sigurnost hrane bude maksimalno uključena. Po meni je puno bolje da je centralizirana za dobivanje autorizacije iz razloga što bi svaka zemlja vjerojatno imala svoja pravila. Cijelo vrijeme težimo da 28 zakonodavstava nekako ujedinitimo, da imamo ista pravila i da imamo zajedničko tržište i ja se zalažem da ovu prvu točku. Također, pojednostavljenje dobivanja evaluacije, ali isto tako i ubrzanje. Spominje se jedan mjesec od trenutka kad se preda zahtjev za autorizaciju i smatram da je to dobar prijedlog.

Isto tako, definicija nanomaterijala unesena je u ovaj prijedlog, ali isto tako podložna je dodatnim amandmanima. Kako bude znanost napredovala, tako treba dodatno obrazlagati o čemu se radi. Ja jednostavno, i obzirom da sam članica ENVI Odbora gdje smo jednoglasno podržali ovaj prijedlog, želim podržati ovaj prijedlog u nadi da ćemo i tradicionalnim tržištima, odnosno tradicionalnim proizvodima omogućiti da dođu na naše europsko tržište.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru Formand! Larver, insekter, svampe og alger. Det er alt sammen noget, vi i fremtiden skal spise meget mere af i Europa af hensyn til Jordens ressourcer. Nye fødevarer bliver de kaldt. Forbrugerne har krav på, at fødevarer, der sælges på EU's indre marked, er sikre og mærket tydeligt, også selvom de er nye. Det er alt sammen tanken bag det nye forslag, vi stemmer om i dag. Vi stemmer også om en forenklet godkendelsesprocedure, så for eksempel insekter kan blive godkendt som ny kilde til protein. Alt sammen rigtig godt. Problemet er, at vi også opererer med nye teknologier i forhold til vores fødevarer. Her er vi desværre ikke nået helt i mål. Reglerne for eksempel nanoteknologi bliver ikke i tilstrækkelig høj grad taget ordentlig med i denne lovgivning. Det er lidt ærgerligt, vi ikke gør arbejdet helt færdig, når vi nu er i gang. Fødevarer sikkerhed har førsteprioritet for os socialdemokrater.

Elisabeth Köstinger (PPE). – Frau Präsidentin, geschätzter Kommissar! Lebensmittelsicherheit hat oberste Priorität. Wenn neuartige Lebensmittel auf den Markt kommen, müssen wir wirklich zu 100 % sicher sein können, dass sie keinesfalls ein Risiko darstellen. Mit strengeren Kriterien und umfassenden Sicherheitsprüfungen schaffen wir hierbei ein hohes Maß an Schutz für Konsumentinnen und Konsumenten. Ein nationaler Flickenteppich – das möchte ich wirklich auch noch einmal herausstreichen – bei Zulassungen hat auch zukünftig keinen Sinn, weil wir in einem Binnenmarkt leben und hier für Österreicher eben auch der gleiche Schutz gelten muss wie für Bürgerinnen und Bürger in Bulgarien und den anderen Ländern der Europäischen Union.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Gleichzeitig brauchen wir aber auch Rechtssicherheit, vor allem für innovative heimische Betriebe. Besonders wichtig ist die Regelung für den Bereich der Prozessinnovationen. Wenn es darum geht, Energie einzusparen und Umweltschutzziele zu erreichen, oder wenn es um effizienten und sorgsamen Umgang mit unseren Rohstoffen geht, dann gilt es eben auch, die gesamten Prozesse weiterzudenken. Innovationen in der Lebensmittelproduktion werden zukünftig auch helfen, die Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Wir müssen das eben auch immer im Kontext der wachsenden Weltbevölkerung sehen.

Biljana Borzan (S&D). – Gospodo predsjedavajuća, regulativa o novoj hrani je važan zakon kojim bi se trebalo urediti proces odobrenja i kontrole nove hrane na tržištu Europske unije. Njome bi se trebala podići razina sigurnosti potrošača i urediti funkcioniranje unutarnjeg tržišta. Ukratko, ako naši građani žele jesti skakavce ili egzotične bobice, ti proizvodi moraju biti zdravstveno ispravni i sigurni, ali i odobreni po ujednačenoj proceduri.

Može se reći da su ti ciljevi ispunjeni, no u konačni dokument nisu ušli propisi o mesu kloniranih životinja i definicije nano-hrane kojima bi se zatvorile potencijalne pravne rupe. To se još može ispraviti poslijepodne na glasanju, no ostaje vidjeti kako će se postaviti većina u Parlamentu. Imamo priliku donijeti dobar zakon koji će ići na korist našim građanima i poduzetnicima, i zato bi bilo šteta propustiti ovu priliku.

„Cath the eye”

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Na wstępie chciałbym zaznaczyć, iż z satysfakcją przyjąłem wznowienie debaty nad nową żywnością. Innowacyjność na rynku spożywczym może być źródłem wzrostu i nowych miejsc pracy. Cele te doskonale wpisują się w założenia strategii „Europa 2020”. Należy jednak przy tym pamiętać, iż działania w tym zakresie niosą za sobą nie tylko szanse, ale i wyzwania.

Jestem zdania, że szczególnie istotne jest usprawnienie procedury wydawania zezwoleń na wprowadzenie na rynek nowej żywności oraz zapewnienie spójności tych przepisów z pozostałymi obszarami unijnej polityki. Warto podkreślić także znaczenie rzetelnych informacji dostarczanych przez państwa członkowskie oraz podmioty działające na rynku spożywczym. Pamiętajmy, że stawką w tej grze jest zdrowie konsumentów. Należy zatem dołożyć wszelkich starań, aby żywność, którą wprowadzamy na rynek, była całkowicie bezpieczna i spełniała kryteria określone w unijnych regulacjach.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora Presidenta, quería, en primer lugar, felicitar al señor Nicholson, el ponente, y a los ponentes alternativos por un gran trabajo realizado. La legislación actual es del año 1997, como se ha mencionado, casi diecinueve años. Sin duda se han producido cambios tecnológicos que hay que tener en cuenta y adaptar, por tanto, nuestra normativa para reforzar a nuestros sectores alimentarios. Rechazar, Señorías, este acuerdo pone en peligro el establecimiento de un marco jurídico adecuado para nuestros sectores agrarios en Europa.

Es un Reglamento este, como ya han dicho anteriormente otros colegas, muy demandado. Hoy estamos aquí en la etapa final, tras un comienzo muy controvertido en el año 2011, y hasta ahora; y quiero mostrar mi apoyo explícito a estos compromisos recogidos en el acuerdo. Confío en los sistemas de garantía europeos y creo que no se debe poner en riesgo la aprobación de este más que razonable acuerdo.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, όπως υποστήριξα και στην προηγούμενη συζήτηση, είμαι κάθετα αντίθετος στην οποιαδήποτε χρήση γενετικά μεταλλαγμένων οργανισμών. Για τον λόγο αυτό υποστηρίζω την πλήρη απαγόρευση των γενετικά μεταλλαγμένων τροφίμων, των κλωνοποιημένων ζώων, των μεταλλαγμένων ζωοτροφών αλλά και των πρωτεϊνών από γενετικά τροποποιημένες πηγές. Στηρίζω λοιπόν την ετικετοποίηση παντού, προκειμένου οι καταναλωτές να έχουν γνώση του τι τρώνε. Αυτές οι αρχές ισχύουν και για τα νέα τρόφιμα, που δεν μπορούν να αποτελέσουν την Κερκόπορτα για να μπουν στη ζωή μας τα μεταλλαγμένα. Η αρχή της προφύλαξης πρέπει να εφαρμόζεται αυστηρά και για τα νέα τρόφιμα και για τα ναούλικά και για τα ναοσωματίδια και τα έντομα.

Πρέπει επίσης να σταθούμε αντίθετοι προς την TTIP, γιατί ανοίγει τον δρόμο στα μεταλλαγμένα, καθώς οι Ηνωμένες Πολιτείες δεν έχουν υπογράψει τις σημαντικότερες διεθνείς συμβάσεις για την απαγόρευση των μεταλλαγμένων. Επομένως, ναι στην επιστημονική καινοτομία, στα νέα τρόφιμα, υπό τον όρο της διασφάλισης της υγείας των καταναλωτών καθώς και της πλήρους απαγόρευσης των μεταλλαγμένων. Και αυτά δεν τα εγγυάται ο παρών κανονισμός.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, ključno pitanje ove rasprave nije da li će netko uživati u insektima, u algama, da li će jesti proizvode proizvedene nanotehnologijom, nego da li će ti proizvodi biti sigurni i drugo, još važnije, da li će potrošači znati što jedu? Ja osobno nisam za to da jedemo meso od kloniranih životinja. Vrlo sam skeptičan prema GMO hrani i svemu onome što ima veze s GMO-om i kloniranjem životinja, ali nisam protiv istraživanja, kao što ni u ovom slučaju nisam protiv istraživanja, ali jesam za to, i to mora biti naša obveza, da mi potrošačima kažemo na što će naići kad kupe neki proizvod. Koji je to proizvod? Što taj proizvod ima u sebi? Što sadrži proizvod i koje reakcije mogu biti za organizam kada se koristi takav proizvod? Tu je ključ ove rasprave.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospođo predsjednice, slažem se kako je ključno modernizirati postojeću uredbu o novoj hrani na način da oslikava tehnološke i znanstvene napretke s ciljem adekvatnije zaštite zdravlja građana. No ovaj prijedlog uredbe sadrži nekoliko pozitivnih promjena među kojima bih posebno istaknuo centralizirani postupak autorizacije kojim će se smanjiti administrativna opterećenja i nepotrebni dodatni troškovi.

Međutim, kako je primarni cilj revidiranja ove Uredbe jamčenje sigurnosti hrane, zbog načela predostrožnosti ne mogu podržati njezino donošenje. Uključivanje hrane koja se sastoji od proizvedenih nanomaterijala je neprihvatljivo jer trenutna saznanja o istima ne dozvoljavaju procijeniti rizik za ljudsko zdravlje te ne postoji jasna definicija na europskoj razini.

Zaključno, kako bismo očuvali zdravlje građana Europske unije, trebamo snažnije podržavati tradicionalnu proizvodnju hrane, ali na održiv način, a ne svjesno dozvoljavati konzumiranje proizvoda upitne kvalitete s rizikom za potrošače.

Tibor Szanyi (S&D). – Honfitársamnak is igazán nagyon szépen köszönöm a lehetőséget. Elnök Asszony! Ennek a vitának az összegzése azt hiszem, hogy nagyjából az, hogy a Parlament szeretné támogatni ezt az egész kezdeményezést, bár én azért úgy érzem, hogy nagyon sokunkban rengeteg fenntartás van. Ezek közül szeretnék néhányat említeni.

Európa gazdag. Európa nagyon sok erőforrást áldoz kutatásra, fejlesztésre, keresi a jövőt. Ezzel együtt ne felejtjük el, hogy ha a hagyományos élelmiszerek szintjén gondolkodunk, Európának 1/5-e ugyanakkor éheznek. Én nem vagyok abban biztos, hogy akár a Parlamentnek, akár más európai intézményeknek ennyi energiát kell fordítaniuk olyan ügyekre, amelyek valójában csak egy nagyon szűk rétegnek az érdekeit szolgálják Európa-szerte. Én azt gondolom, hogy legalább ennyit érdemes lenne foglalkozni azokkal az éhezőkkel, nem utolsósorban gyermekekkel, akik Európának talán inkább a keleti felén vannak.

„Cath the eye vége”

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. — Madam President, you have heard my explanations setting out the Commission's views on this proposed new regulation on novel food. I have also listened to the views of this House with great interest. I was a little bit surprised to hear comments from some Members on the issues of cloning. I think that two issues are now clearly distinct. The Commission has proposed separate legislation on the specific issue of cloning and Members commented on it last September. This legislation is only about novel foods and does not affect cloning at all. The right of information for consumers, as was mentioned, already exists in the Regulation on food information to consumers. The new nanotechnology definition will be based on science. There will be an obligation to label the presence of nanotechnologies. Therefore, only safe nanotechnologies will be allowed. The EFSA opinion will be labelled in all cases.

It is important to reach an agreement on these new rules in order to contribute to innovation in the agri-food sector without compromising on food safety. I believe that the text in front of us fully achieves these goals and I therefore fully support it.

James Nicholson, rapporteur. – Madam President, can I add my thanks to all those who took part in this debate. It has been very useful and I would again like to thank all the shadow rapporteurs. This was a particularly delicate file to try to move forward and it was not easy at times. We had tremendous difficulties and it was tough, but during that tough time we acted in a very professional way and I pay tribute to them. Can I also pay a special tribute to Mr La Via, the Chair of the Committee, for his sterling work and his role in finding a way forward.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

It is time to move forward. We simply cannot risk extending the shelf life of an existing out-of-date regulation, so it is time, in my opinion, to move forward. I know there are many concerns about cloning but that is the responsibility of others; that is the responsibility of another file. Quite clearly, on nanomaterials, the definition has been moved to reflect safety concerns of Parliament and will be updated to reflect a scientific process through a delegated act. That is the reality.

Can I say that I appreciate the concern on labelling but in the regulation, in the relevant article, it is clear. The words used are that it should be 'appropriately labelled for the final consumer'. What more safety do we want in labelling for the final consumer?

So I think we have brought forward a good report with tremendous difficulty, highly technical, something that Europe needs and requires. To those who say it is over-regulation, I am afraid on this occasion this is good regulation that will allow the industry, the small industry, to move forward. I would say to UKIP, as a parting stance, that as the small and medium-sized enterprises in the UK need this probably more than any other part of Europe, I hope they may change their mind or whatever they may want to do.

elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra 2015. október 28-án, szerdán kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Laurențiu Rebega (ENF), în scris. – Consider că este absolut necesară o legislație transparentă și clară în ceea ce privește alimentele noi. Libera circulație a unor produse alimentare noi care sunt sigure din punct de vedere al sănătății consumatorilor reprezintă un aspect esențial al progresului pieței europene. Nu sunt împotriva alimentelor noi care au capacitatea de a asigura un nivel ridicat de protecție a sănătății populației, mai ales în rândul copiilor, dar țin să precizez necesitatea punerii în aplicare a unei legislații UE referitoare la aceste alimentele care trebuie, în opinia mea, să respecte reguli mai stricte decât alimentele clasice sau tradiționale. Consider binevenită legislația UE în ceea ce privește alimentele noi sau alimentele produse prin utilizarea de noi tehnologii și procese de producție. UE are obligația morală și juridică de a stabili reguli clare de informare prin care producătorii alimentelor să informeze cât mai temeinic consumatorii cu privire la tehnologiile folosite și proveniența materiilor prime folosite pentru obținerea acestor alimente noi.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Pono Nicholsono ataskaita iškelia svarbų klausimą dėl teisinio reguliavimo taip vadinamojo naujo maisto – maisto ir kitų produktų, kurie pirmą kartą pateikiami rinkai. Europos Tarybos reglamento peržiūra šiuo atveju yra ypač protingas žingsnis ir be abejonų būtinas aukšto sveikatos apsaugos ir vartotojų interesų lygio išlaikymui. Pastarųjų metų mokslinis – technologinis progresas parodė, kad dabartinės maisto ingredientų sąvokos yra pasenusios. Būtent todėl svarbu, kad naujos nuostatos visų pirma atsižvelgtų į produktų saugumo aspektus, kad įvedant juos į rinką jokios naujos maisto priemonės neturėtų kenksmingo poveikio vartotojui. Reiktų taip pat nepamiršti informacijos, ar maisto molekulinė struktūra yra ar nėra kokių nors būdu modifikuota. Tokiu būdu išvengsime neaiškumų dėl GMO produktų, kurie mano įsitikinimu privalo būti eliminuoti iš Europos maisto rinkos. Jokiu atveju nauji įstatymai ir naujos sąvokos negali tapti priemonėmis, skirtomis jų legalizavimui. Dar vienas dalykas, apie kurį turime atsiminti – nauji įstatymai negali būti įvesti be išankstinių konsultacijų su vietiniais gamintojais, ekspertais ir kitais šioje srityje veikiančiais subjektais, kad galima būtų išvengti veiksmų, kurie kokių nors būdu pakenktų Europos ūkininkų interesams, nes esame ypač įsipareigoję juos apsaugoti.

6. Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (Aussprache)

elnök asszony. – A következő napirendi pont a Julie Girling által a Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság nevében készített, az egyes légköri szennyezőanyagok kibocsátásaira irányuló javaslatról szóló jelentésről folytatott vita (COM(2013)0920 – C7-0004/2014 – 2013/0443(COD)) (A8-0249/2015).

Julie Girling, rapporteur. – Madam President, Europe needs to take action to clean up its air. That is the key message of the review of the NEC Directive that will be voting on in a couple of hours. We need to set ambitious targets on key pollutants taking us forward to 2030 and beyond.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

The reason why is obvious, but let me spell it out: air pollution is the number one environmental cause of death in the EU. Over 400 000 of our citizens die prematurely each year and millions more suffer debilitating illness, medication and hospitalisation. This has an enormous human and economic cost: tens of billions of euros in days lost at work, and even more spent on health care bills. Air pollution also hits the natural environment through eutrophication and acid deposition.

So, in December 2013, the Commission published its clean air package, which includes the NEC Directive. The central plank of the proposal is the setting of emissions reductions targets in all Member States for 2030, for six pollutants. This proposal was accompanied by a 352-page impact assessment. This file has had a difficult passage through the process. Parliament agreed to commission an additional impact assessment of our own, which was finally published in October 2014, after the European elections. At the same time, the Commission's Work Programme suggested that they were considering withdrawing the whole proposal, and a lot of time and effort went into ensuring that this did not happen. I still feel strongly, as your rapporteur, that this is a key issue that is best tackled at EU level. Air pollution does not stop at Member State borders. I passionately believe that better regulation and good air quality are not mutually exclusive, and this is why I fought so hard to keep this proposal alive. This is a very important point for me because, having invested so much time and political capital into making sure the proposal stayed on the table, it really is imperative that we vote responsibly today, finding a consensus that garners broad support on all the key issues. That means not supporting the Environment Committee's position on lower ceilings across all pollutants, and supporting amendments on ammonia. There will be very many people here who will say that this is not ambitious enough, that we need to push further, but I would like them to take another look at the facts.

The proposal I am supporting delivers a 52% improvement in health outcomes. It rejects the Commission's proposed flexibility for shipping, has added mandatory targets for 2025 on all pollutants, offers vastly improved access to justice for citizens affected by poor air quality, as well as improvements on national air pollution control programs and reporting. This will help all levels of government in Member States, including the regional and sub-regional authorities that have engaged so vigorously in the lobbying process.

Frankly, this is the first time that I have ever experienced this so starkly with regional authorities: a real bottom-up demand for action. My report pushes the Commission to ensure that the RDE legislation is agreed as soon as possible. We all agree that NO_x must be dealt with urgently. The public are demanding action in this area following the recent revelations from the car industry.

What about agriculture? Across Europe farmers are concerned about demands to decrease output of ammonia. If they are going to achieve this, they will need help, both technically and financially. That is why I have proposed an amendment asking for a review of ammonia targets by 2022 in line with scientific evidence and a new article on access to funding, calling on the Commission to support farmers through its mid-term review of CAP greening. So, to those of you who are thinking of voting for even tougher targets, let me just say: think very carefully. We do not currently have a position from Council on this file. We do know that many Member States, including some of the biggest, have not yet presented their positions. They are waiting for this plenary vote to see where Parliament will go, so let us not signal intransigence. Let us not choose political grandstanding. Let us not play to the gallery. The EP should be ambitious, but also pragmatic. Let us strike the right balance and get this dossier moving quickly towards dialogue.

I do not want to be responsible for any more delay – let us give our citizens a rapid route to improved air quality. It is what they demand, and it is what they deserve.

Finally, can I just say a big thank you to all the shadow rapporteurs, thank you for your help, and a special mention for Kateřina Konečná from the GUE/NGL Group who cannot be with us today as she delivered her baby boy a few days ago. I am sure we all wish to send her our congratulations.

(Applause)

elnök asszony. – Köszönjük képviselő asszony és gratulálunk az újszülöttnék! Isten hozta közöttünk!

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Madam President, even though air pollution in the European Union has significantly decreased over the recent decades, we still have a very long way to go. As Julie Girling has already pointed out, more than 400 000 people die prematurely every year because of poor air quality, not to mention the increasing number of chronic respiratory diseases.

The severe air pollution episodes in north-west Europe in the spring once again demonstrated that pure air is as much an environmental as a health concern. We breathe polluted air even if we cannot often see or smell it. The situation is unacceptable. However, it is avoidable. This is why I am so keen for us to make progress in the negotiations on the Directive on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants.

This proposal is a key part of the Commission's clean air policy package and an important deliverable for the 7th Environment Action Programme. Every month that passes we are delaying the implementation of policies that could save lives, that could reduce respiratory problems and that could reduce the cost of health care and absenteeism from work. That is why I very much hope that we – meaning Parliament, the Council and the Commission – can come to a viable agreement during a possible first reading.

I will take this opportunity to thank and congratulate the rapporteur, Julie Girling, and her colleagues from the Environment Committee for their commitment and for their hard work on the proposal. I would also like to acknowledge the opinions of the Committee on Industry, Research and Energy and Committee on Agriculture and Rural Development.

To maintain their chances of first reading agreement, it will be very important that the positions of the co-legislators do not diverge too much. The Commission proposal is a well-balanced package and represents a major reduction in health impacts of 52% by the year 2030. These figures are supported by a solid and a substantial impact assessment, by scientific evidence and by cost-benefit analysis. To give the best prospects of early resolution I would ask Parliament, as I have already asked the Council in June, to support the level of ambition in the Commission's proposal. To achieve this, efforts are needed from all sectors.

The cost of current legislation falls almost entirely on industry, transport and households. Only 2% of these large costs fall on agriculture. To move forward, sectors that have so far contributed little will need to do more. Agricultural emissions make the largest relative contribution to PM_{2.5} in Europe through ammonia emissions. For instance, the major air pollution problem in Paris in the spring of 2014 was predominantly caused by agricultural pollution.

It is important to counter some claims being made on the impact of agriculture. There is no need to change to structure of the agriculture sector. No action is needed from small farms, and there is no need to push for intensification or to reduce animal numbers. We focus on applying good practice and existing technology in large industrial farms, while providing support for implementation under the rural development programme.

With regards to methane, where some Members have concerns, this is increasingly driving background concentration of ground-level ozone in the EU, and has a strong climate impact. The proposed reductions will help us argue for similar reductions across the hemisphere.

To conclude, the Commission proposal represents a balanced and a cost-effective distribution of effort. The implementation costs are far outweighed by the benefits to society, including reduced healthcare costs, increased productivity and opportunities for new jobs in a developing green economy. Together we can deliver a major improvement to the health of the European Union citizen. So I would like to invite Members to support the proposal before them.

Adam Gierek, *autor projektu opinii Komisji Przemysłu, Badań Naukowych i Energii*. – Naszym celem są: czyste, wolne od trucizn powietrze, innowacje ekologiczne, ochrona kapitału naturalnego, nowe, proekologiczne technologie. Rozszerzanie ograniczeń o nietrujące gazy cieplarniane to nieporozumienie. Limitowanie emisji metanu zakłóci funkcjonowanie sektora rolnego. Ograniczenia winny dotyczyć jedynie trujących emisji, np. amoniaku, ale wyłącznie na terenach o zwartej zabudowie. Trucizny emitowane do atmosfery działają lokalnie i ich uśrednianie przez włączanie terytoriów zamorskich, tj. tzw. elastyczność w naliczaniu, to ewidentny przekręt.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Istotne jest aktualizowanie limitów emisji tlenków azotu na rynku używanych samochodów z silnikiem Diesla, zwłaszcza w krajach Europy Środkowo-Wschodniej.

W projekcie pominięto emisje niezwykle zatruwające lokalną atmosferę, tj. „niską emisję”, a także groźne dla zdrowia nanocząsteczki. Pominięto także taką gazową truciznę jak siarkowodór.

Jan Huitema, *Rapporteur voor advies van de Commissie landbouw en plattelandsontwikkeling*. – De Europese luchtkwaliteit wordt beïnvloed door de methaanemissies in derde landen. Daarom heeft de Europese Commissie ervoor gekozen methaan op te nemen in de NEC- richtlijn om te laten zien aan de rest van de wereld dat de EU een duidelijke methaandoelstelling heeft.

Toch ben ik van mening dat dit niet het juiste instrument is. Voor mij zijn de volgende argumenten reden genoeg om methaan uit het voorstel te stemmen. Nummer één: methaan is vooral een broeikasgas en wordt dus al gereguleerd via de klimaatdoelstellingen. Twee: de uitstoot van methaan is in Europa al met bijna een derde gereduceerd. Drie: via het voer kunnen we de uitstoot van methaan door herkauwers zoals koeien en schapen terugbrengen, maar de enige manier om methaan daadwerkelijk af te vangen is door dieren weer op stal te zetten en dat terwijl juist de maatschappij vraagt om de dieren buiten te laten. Vier: met name biologisch gehouden dieren stoten meer methaan uit omdat zij een ander rantsoen krijgen. Vijf: juist de landbouw kan een heel belangrijke rol vervullen in het terugdringen van broeikasgassen, ondanks de uitstoot van methaan. Via organische stof zorgt de landbouw er namelijk voor dat CO₂ in de bodem wordt opgenomen. Dus we bereiken juist wat we willen als we de agrarische ondernemers de ruimte en flexibiliteit geven om de realistische doelstelling te halen.

Jens Gieseke, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Schattenberichterstatte der EVP-Fraktion möchte ich mich herzlich bei der Berichterstatteerin Julie Girling und allen Schattenberichterstattern für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Ich denke, bei der grundsätzlichen Zielsetzung sind wir uns einig: Wir müssen die Luftqualität in Europa verbessern, um die Gesundheit unserer Bürger zu schützen. In den schwierigen, teilweise sehr technischen Verhandlungen konnten wir eine ganze Reihe Kompromisse finden, die von fast allen Fraktionen unterstützt werden. Es gibt aber einige wesentliche Punkte, bei denen aus EVP-Sicht Verbesserungsbedarf besteht. Die aus der Abstimmung im Umweltausschuss resultierende Verschärfung der ohnehin schon ambitionierten Reduktionsziele ist nicht akzeptabel.

Die Stellungnahmen des Agrarausschusses und des Industrieausschusses sind nicht ausreichend berücksichtigt worden. Beide Ausschüsse fordern die Herausnahme von Methan aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie, da Methan auch über die Klimapolitik geregelt werden sollte. Das hat der Kollege Huitema gerade zutreffend dargestellt.

Die sehr ambitionierten Reduktionsziele für Ammoniak sind weiterhin nicht akzeptabel und werden zu erheblichen Nachteilen für die europäische Landwirtschaft führen. Wir fordern daher, dass die Kommission dies überprüft und erreichbare angemessene Ziele für einen ausgewogenen Ansatz zwischen besserer Luftqualität und dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft fordert.

Nicht, dass wir von einigen Kollegen missverstanden werden: Die EVP ist nicht prinzipiell gegen die Aufnahme von Quecksilber in den Geltungsbereich der Richtlinie. Aber unsere Politik sollte auf einer soliden Folgenabschätzung beruhen, und diese fordern wir auch für die Aufnahme von Quecksilber.

Ziele müssen realistisch und erreichbar sein. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir einen ausgewogenen Ansatz finden und dann zügig die Verhandlungen mit dem Rat aufnehmen können.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karten“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Peter Jahr (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Kollege Gieseke! Ich habe noch eine Nachfrage zur Methanreduzierung. Viele Zuschriften aus dem Berufsstand haben uns erreicht. Meine Frage ist: Kann man eigentlich das eine Ziel Methanreduzierung mit dem anderen Ziel Steigerung des Tierwohls in Einklang bringen? Wie ist Ihre Auffassung dazu?

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jens Gieseke (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. Vielen Dank, Herr Kollege Jahr! Eine gute Frage. Ich glaube, es ist sehr schwierig, im Bereich Methan zu reduzieren. Es müssten Ställe mit Abluftanlagen gebaut werden. Man kann möglicherweise in die Tierbestände eingreifen und einfach den Tierbestand reduzieren. Ich glaube, das ist nicht im Sinne des Tierwohls.

Seb Dance, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I would like to thank the rapporteur for her work on this issue, and also the shadow rapporteurs. Although we have not always agreed on everything, the spirit in which we conducted our conversations has been amicable and productive. I would like to thank the S&D secretariat, and Emily Iona in particular for all her work, as well as my fantastic, wonderful office, and Alex Keynes in particular for his superlative work on this issue.

This is an issue that has never been higher on the public agenda or in terms of public awareness. It is not 400 000 but closer to 700 000 Europeans who are dying every year from the effects of the poisonous air that we are breathing. If you think about that over a decade, that is some 7 million people. That is the population of Bulgaria. The human cost in terms of lost loved ones and the loss of human life is obvious, but the economic cost is also there. It runs into hundreds of billions of euros. Quite simply, the cost of doing nothing far outweighs the cost of getting to grips with this issue.

That is why we are here today, supporting strong, binding and – crucially – linear targets to reduce the harmful emittents; legal tools to hold governments that do not comply to account; extra powers for local authorities; additional standards on vehicle testing; and – here is the vital point – a principle that every contributing sector must play its part in reducing harmful emissions. This is a good directive and it deserves the support of the whole House.

We are an amazing, adaptive species. We have conquered diseases, we have extended our life expectancy and we have even landed on the moon. I refuse to believe that it is beyond our wit to grow our economies, travel the world and farm our land without poisoning the air. If we set ourselves this ambition, there is no limit to what we can achieve. Let us do the right thing today and combine comprehensive ambition with comprehensive action.

(Applause)

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Mam zastrzeżenia do sprawozdania. Proponowane limity są nie do przyjęcia. Najważniejsze zastrzeżenie dotyczy metanu. Przypominam, że jest on objęty pakietem klimatycznym. Dodatkowa regulacja wprowadzi zbyt duże obciążenia dla sektora rolniczego. Redukcja pogłowia bydła mięsnego, mlecznego, trzody chlewnej nie tylko w moim kraju – w Polsce, ale także w innych krajach Unii przybierze bardzo dużą skalę. Szacuje się, że w Polsce redukcja pogłowia bydła mięsnego może sięgać nawet 42%, a mlecznego – do 24%. W ostatnich latach spadek hodowli bydła w Polsce był znaczny i pogłębianie tego zjawiska będzie bardzo niekorzystne dla polskich, jak i europejskich rolników. Zatem należy wyłączyć metan z dyrektywy. Złożyłam poprawki wykreślające metan i bardzo proszę Państwa o poparcie dla moich poprawek.

Catherine Bearder, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, this is a serious issue so let us all take a deep breath. But the air in here is not what all our citizens have to breathe on a daily basis. When we think about air pollution, we think of the short-term episodes in big cities like Paris and London. The reality, however, is much, much worse.

Air pollution across Europe kills 10 times more people than all road traffic accidents. More people die from poor air quality than from smoking. Poor air circulates around us all and is as likely in the countryside as it is in the cities. In my own country, the UK, it is estimated that 55 000 people are dying from poor air quality every year. Ninety percent of all Europeans living in cities are exposed to levels of air pollution deemed damaging to human health.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

I supported a high level of ambition during the committee stage and will continue to do so today. This is based on robust evidence commissioned by this House, which showed that we can prevent more people dying prematurely. Governments must step up their efforts to comply with better air pollution measures, and the 2025 targets mean Member States can start planning now. This is not just an issue with the motor trade, but VW has highlighted to the public what is happening to the air we all breathe. So it is important that every part of our economies take action to share the load to make the air cleaner and safer in Europe by 2030. Ammonia emissions must be addressed. Delaying action on this simply causes more pollution.

This is not designed to target any one sector unfairly, and that includes agriculture. We must all play our part. We also need the quick introduction of emissions tests under real driving conditions across the whole of Europe. The Volkswagen scandal has shown that Europeans do care deeply about air quality, and we here must help them all breathe much more easily.

Merja Kyllönen, GUE/NGL-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, hyvät kollegat, kiitoksia kaikille hyvästä yhteistyöstä. Ilmanlaatu Euroopassa ei ole saavuttanut sille asetettuja tavoitteita, vaikka huonon ilmanlaadun terveyttä ja ympäristön tilaa heikentävät vaikutukset on tunnettu jo pitkään. Uusia tutkimustuloksia, jotka ennestään huolestuttavat, julkaistaan jatkuvasti. Täytyy tietysti vielä muistaa, että tämänhetkinen diesel-gate ei auta asiaa yhtään.

Eikö nyt, hyvät kollegat, ole aika tehdä konkreettisia päästövähennyspäätöksiä. Eurooppalaisten ihmisten terveys ja meidän ympäristömme tarvitsevat nyt apuamme. Asetetaan sitovat päästövähennystavoitteet vuodelle 2025. Otetaan mukaan tavanomaisten rikkidioksidin ja typen oksidien lisäksi ammoniakki, metaani ja elohopea. Mutta myös pienhiukkas, jotka lisääntyneiden tutkimustulosten perusteella ovat haitallisempia kuin joskus ennen ajateltiin. EU-kansalaiset ansaitsevat nykyistä parempaa. Tehdään se ihmisten vuoksi.

Bas Eickhout, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, first of all I would like to thank the rapporteur, Julie Girling, for the very good cooperation we enjoyed. We might disagree on some issues in relation to air quality policies, but Ms Girling was a fair negotiator and a fair rapporteur, and we were able to reach a good position in the Committee on Environment, Public Health and Food Safety. That is the position we will defend here in the plenary vote.

What the Environment Committee has produced is balanced, ambitious and pragmatic, and that is very important. We are here to fight to keep up that stance in order to open negotiations with the Member States.

I would like to mention two issues. The first is the higher ambition level. We have a European Parliament impact assessment available showing that, with the same cost effectiveness, we can reduce our emissions more, and deliver more on public health. That finding has been reached with an impact assessment. People are always complaining that we just come up with numbers and put them where we like: well, this has been done on the basis of research. I think that is a very good thing, and we support the higher ambition level based on research.

On the second point, agriculture, it is fascinating to hear that everyone is talking about air quality and the fact that we need source policies and that all sectors need to contribute, so for the first time we are addressing agriculture – and immediately there is a major lobby out there to get rid of any action in relation to agriculture. I have a major problem with that: every sector needs to contribute, and certainly also agriculture.

We are looking forward to the negotiations after this vote.

Piernicola Pedicini, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio i colleghi della commissione Ambiente per le modifiche migliorative applicate al testo, considerato che stiamo decidendo se nei prossimi anni decine e decine di migliaia di cittadini europei devono vivere oppure morire. Una formalità, insomma. Eppure, come al solito arrivano in plenaria una miriade di emendamenti finalizzati ad annacquare la posizione della commissione Ambiente, perché i governi chiedono obiettivi irrealistici e irraggiungibili. Guardate che la mancanza di volontà di affrontare con decisione il problema della qualità dell'aria e quindi i cambiamenti climatici indebolirà anche un possibile accordo ambizioso della prossima conferenza sul clima di Parigi.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

L'Unione europea deve decidere se vuole continuare a favorire gli affari di pochi, oppure se vuole tutelare la salute di centinaia di milioni di cittadini. L'Unione europea deve decidere se vuole avere delle norme comunitarie peggiori di quelle cinesi, oppure no. Questa non è una lotta tra affaristi e ambientalisti, tra industriali e agricoltori. Questa è una questione di civiltà che riguarda lo stato del pianeta che lasceremo ai nostri figli.

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, l'amélioration de la qualité de l'air est certes un objectif très ambitieux. Il existe d'ailleurs des outils efficaces pour réduire l'émission de certains polluants atmosphériques, et c'est tout le sens de cette directive. Aussi je remercie la rapporteure, Julie Girling, pour son travail et son esprit de conciliation. Le cadre d'évaluation de la mise en œuvre est construit sur les États membres mêmes, et non uniquement sur l'ensemble du territoire de l'Union, et de manière homogène. J'insiste donc pour que cette flexibilité soit maintenue.

Néanmoins, les objectifs de réduction de la pollution ne doivent pas écraser nos intérêts économiques. L'inclusion du méthane dans ce texte me paraît, à ce titre, très contestable. C'est la raison pour laquelle notre groupe a déposé des amendements contre l'alourdissement de cette réglementation avec le méthane, qui pèsera sur notre secteur agricole et ajoutera un boulet au pied de nos agriculteurs. Cette question du méthane devrait être traitée à part. De manière générale, je pense que nous devrions nous méfier des textes qui couvrent trop de domaines.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich haben wir ein Riesenproblem mit der Luftqualität. Und wenn uns wissenschaftliche Studien sagen, dass über 400 000 Menschen jährlich vorzeitig sterben, weil unsere Luft nicht sauber ist, dann müssen wir etwas tun. Deswegen waren wir ja gemeinsam stolz, dass wir es geschafft haben, diesen Vorschlag am Leben zu halten. Vor einem Jahr war die Kommission mehrheitlich entschlossen, ihn zurückzuziehen, und wir haben es geschafft, dass er auf dem Tisch bleibt. Ich glaube, daran sollten wir zurückdenken, wenn wir heute Mittag abstimmen. Denn wir als EVP sehen die Gefahr, dass wir durch die Verschärfung, die die Mehrheit im Umweltausschuss eingebracht hat, wieder in eine Situation kommen, wo wir am Ende gar nichts erreichen, wo die Kräfte, die die Regelung nicht wollen, Oberhand gewinnen, weil sie sagen, das Parlament übertreibt. Und ich denke, an einigen Stellen geht das Parlament sogar zu weit. Wenn ich mir den Vorschlag für Ammoniak anschau: 2025 für mein Land, das ich am besten kenne, Deutschland, 46 % Reduktion. Umweltexperten, die wirklich sehr grün sind, sagen, 33 % könne man realistischer Weise erreichen. Also, da schießt der Ausschuss übers Ziel hinaus.

Deswegen bitte ich die Kolleginnen und Kollegen, sich im Wesentlichen am Kommissionsvorschlag zu orientieren. Das ist auch die rote Linie für die EVP. Wenn da Verschärfungen hineineinkommen, können wir leider nicht mehr mitmachen, aus vielen Gründen. Wir sind bereit, bei Quecksilber etwas zu machen, aber nur, wenn eine Folgenabschätzung erfolgt ist. Ich hoffe, dass wir gleich eine große Mehrheit für einen Text bekommen, der nahe am Kommissionsvorschlag ist und der die unrealistischen Forderungen des Umweltausschusses zurückweist. Herzlichen Dank!

Matthias Groote (S&D). – Vielen Dank, Frau Präsidentin! Luftverschmutzung ist ein Riesenproblem. Ich erinnere uns nur noch daran, dass vor ein paar Tagen alle in Sachen Abgasskandal gesagt haben: Es müssen stärkere Vorschriften her, es muss an der Stelle etwas getan werden. Jetzt, bevor wir mit dem Rat überhaupt in die Verhandlungen einsteigen, sind einige hier im Parlament schon auf dem Bremspedal. Das, muss man sagen, verwundert mich doch sehr.

Alle erkennen an, dass wir 400 000 vorzeitige Sterbefälle in der Europäischen Union haben. Der Unterschied zwischen der Kommission und dem Europäischen Parlament, das sind 43 000 Sterbefälle, mit dem, was der Umweltausschuss besprochen und dann auch beschlossen hat. Darum sollten wir dieses Niveau halten und dafür in den Verhandlungen kämpfen.

Sicherlich müssen wir kompromissbereit sein. Das ist, glaube ich, hier jede Fraktion. Aber wir sollten nicht schon vorher in Sack und Asche gehen und sämtliche Ambitionsniveaus über Bord schmeißen.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Was das Thema Quecksilber angeht, ist meine herzliche Bitte, dass wir heute einen vernünftigen Beschluss fassen. Die Kommission hat zehn Jahre Zeit. Die Zeit hat sich die Kommission ja auch bei den *real driving emissions* genommen. Insofern habe ich dann doch große Hoffnung, dass dann auch in zehn Jahren umgesetzt werden kann, dass wir zu Quecksilber ganz klare Regeln bekommen, wie schon bei den Industrieemissionen. Aber es muss auch Kontrolle geben: Was nutzen uns denn die schönsten Beschlüsse auf dem Papier, wenn am Ende des Tages keine Kontrollen stattfinden und dass alles nur ein Papiertiger ist? Darum eine herzliche Bitte: Quecksilber mit aufnehmen!

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieses Haus begeht immer wieder den gleichen Fehler: Es verpflichtet sich zu Zielen, die dann nicht erreicht werden, weil sie nicht erreicht werden können. Die S&D-Fraktion hat schon beim Bericht Pargneaux dafür gesorgt, dass die vereinbarten Ziele für Energieeffizienz plötzlich von 27 % auf 40 % erhöht wurden. Heute reden wir über den Bericht Girling. Und was passiert? Grüne und Sozis haben einige Grenzwerte wieder einmal auf völlig unrealistische Werte angehoben. Sie nehmen bewusst in Kauf, dass es keine Einigung gibt, meine Damen und Herren, und bei Emissionen braucht man eine Einigung. Das gilt übrigens auch für das Treffen jetzt in Paris. Das Parlament gefährdet den Gesetzgebungsvorgang – darauf möchte ich hinweisen.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, jetzt kommt mein *ceterum censeo*, bin ich der Meinung, dass der Einheits-Euro in Europa zu Zwist und Zwietracht führt und deshalb abgeschafft werden muss.

(Heiterkeit)

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL). – Señora Presidenta, debemos ser tajantes contra las emisiones de gases de efecto invernadero. Además, si la Unión Europea quiere ser creíble en la cumbre de París, tiene que regular cuanto antes las emisiones de metano, que causan enfermedades respiratorias y cardiovasculares y dañan de manera importante los campos de cultivo en los países del Mediterráneo. Lo que está en peligro es la salud del planeta, de las personas y, también, no lo olviden, el pan de muchos agricultores y pescadores.

No es suficiente que se apruebe este informe, tampoco. Debe vigilarse su cumplimiento. Por tanto, exijo a la Comisión Europea que cumpla sus funciones, no como hizo con el caso Volkswagen. Porque, además, tampoco va a servir de nada que Gobiernos como el del PP vengán aquí, a Bruselas, a decirle que pase olímpicamente de los compromisos adquiridos para que los diésel puedan contaminar un 43 % más.

Así que, por tanto, vamos a dejar de darnos palmaditas en la espalda. Seamos exigentes con la rendición de cuentas y que paguen responsabilidades, sea quien sea y caiga quien caiga. Lo que está en futuro es la salud de nuestro planeta, que es el único hogar que tenemos.

Roger Helmer (EFDD). – Madam President, I would like to congratulate Ms Girling for the hard work that she has done on this report. We, in my party, share her concern about SO_x and NO_x and particulates, because unlike CO₂ they are indeed genuine pollutants that damage human health. However, unlike Ms Girling, we take the view that these decisions and these targets should be taken and set by democratically elected parliaments at the national level, and not by unrepresentative, unaccountable bureaucratic institutions in foreign countries.

In December we have the UN Climate Conference in Paris. Even the IPCC has recognised the importance of inviting proposals from independent countries rather than imposing them top down. This EU plan has different targets for different pollutants in different countries. What more evidence do we need that this should be done at the national level and should not be done at the European level? We in my country know that we shall not have the right to make those decisions until Britain leaves the European Union.

Olaf Stuger (ENF). – Ik ben een kalm en optimistisch mens. Maar als de Europese Commissie zich met cijfers gaat bemoeien, en in dit geval met de controle op en de normering van emissies, dan breekt bij mij het klamme angstzweet uit. Want het is juist deze Commissie die aantoonbaar al twintig jaar rommelt en sjoemelt met cijfers. Immers, hoe serieus kun je een instelling nemen die in de afgelopen twintig jaar nog niet eenmaal goedkeuring van haar uitgaven heeft gekregen van haar eigen Rekenkamer?

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Het is hetzelfde alsof we Robert Mugabe zouden vragen om de olifantenstand in Afrika te controleren. Volstrekt kansloos. En ook dit voorstel is kansloos.

Andrzej Grzyb (PPE). – Będziemy za chwilę głosować projekt tej ważnej dyrektywy o ochronie powietrza – dyrektywy, która ma ustalić górne pułapy emisji niektórych zanieczyszczeń dla państw członkowskich. To jeden z naszych celów, priorytetów, ale tak jak zawsze ambicje, które chcemy przyjąć w nowych regulacjach, powinny być możliwe do spełnienia przez gospodarkę. Nie powinny być nadmiernymi obciążeniami, w szczególności jeżeli chodzi o koszty. Sam byłem sprawozdawcą przyjętej niedawno dyrektywy z tego samego pakietu czystego powietrza, która dotyczyła średnich ośrodków spalania energetycznego. W pracach nad tamtą dyrektywą udało się wyważyć ambitne cele środowiskowe i możliwości gospodarcze. Najbardziej kontrowersyjne zapisy w proponowanej dyrektywie dotyczą ograniczeń w emisjach metanu. Redukcje te przeprowadzone w nieprzemysłany sposób mogą zagrozić produkcji rolnej. Mówiła o tym również poseł Wiśniewska i poseł Gieseke. Metan jest bowiem wydalany do atmosfery w produkcji zwierzęcej. To może uderzyć akurat w sektor produkcji zwierzęcej nie tylko w Polsce, ale w wielu krajach członkowskich. Emisję metanu są też objęte legislacją dotyczącą klimatu. Moja grupa polityczna złożyła tutaj poprawki. Chciałem również zwrócić uwagę na jeden aspekt: dyrektywa ogranicza emisję tlenków azotu i pyłów, a ważnym źródłem obydwu zanieczyszczeń jest transport, głównie samochody, w tym również samochody z silnikami Diesla, o których mówiliśmy na poprzedniej sesji. Zatem musimy mieć tutaj realną ocenę rzeczywistości, proponowanych rozwiązań, aby one mogły być spełnione i przez państwa członkowskie, i możliwe do spełnienia przez gospodarkę.

Gilles Pargneaux (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, malgré ce que j'entends, ce que nous entendons de la droite extrême et de l'extrême droite de notre hémicycle, oui, il y a urgence, ce sont sept millions d'êtres humains qui meurent par an à cause de la pollution de l'air, ce sont 600 000 êtres humains en Europe qui meurent chaque année à cause de la pollution de l'air. Par conséquent, cette révision est non seulement la bienvenue pour des raisons sanitaires mais aussi pour des raisons climatiques. Elle est, je crois, la bienvenue à quelques semaines de la COP 21 que nous organisons à Paris.

Mettre des limites à nos émissions polluantes, tout comme réduire nos émissions de CO₂ sont les jalons de cette nouvelle société que nous voulons construire. Changer notre société, changer la façon dont nous organisons notre agriculture, la façon dont nous réutilisons nos déchets pour organiser une économie circulaire: voilà comment nous obtiendrons la société bas carbone que nous voulons.

Peter van Dalen (ECR). – Schone lucht is letterlijk van levensbelang. Luchtvervuiling is echt een gevaarlijke sluipmoordenaar en we weten dat in Europa jaarlijks duizenden mensen vroegtijdig sterven door fijnstof. Het is dus belangrijk dat we strengere normen vaststellen, vooral voor fijnstof.

Tegelijkertijd mogen we niet in de valkuil vallen van onnodige regelzucht. Stoffen als methaan worden al geregeld in het klimaatpakket en dubbele regelgeving vind ik onwenselijk. Laten we vooral bestaande regels handhaven. Dat is echt cruciaal. Tegelijk moeten we nog puzzelen over waar de grenzen moeten liggen en ons afvragen of die echt haalbaar zijn. Het mag niet zo zijn dat Nederlandse koeien straks niet meer in de wei kunnen staan, omdat Europa een ondoordachte regel heeft ingevoerd. Koeien moeten in de wei kunnen staan en vers gras kunnen eten in plaats van dat ze binnen op stal staan en geïmporteerde soja staan te kauwen. Schone lucht moet, maar geen onnodige regelzucht.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, kaiken tämän keskustelun keskellä on hyvä muistaa, että Euroopan ilmanlaatu on viimeisten vuosikymmenien aikana parantunut merkittävästi. Mutta silti meillä on olemassa suuria ongelmia: monissa kaupungeissa ilmanlaatu on pahoin saastunut ja ihmiset kärsivät pienhiukkaspäästöistä. Se on siis merkitävä ongelma Euroopassa.

Me voimme tehdä paljon sekä energian, liikenteen, maatalouden ja kaupunkisuunnittelun saralla. Tämä on sekä kaupunkien että jäsenvaltioiden vastuulla, mutta tiedämme, että tarvitaan myös eurooppalaisia ja kansainvälisiä toimia, koska ilmansaasteet eivät tunne rajoja. Niiden toimenpiteiden, joita tehdään, täytyy kuitenkin olla mahdollisimman vaikuttavia ja kustannustehokkaita.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Tässä esityksessä on neljä epäkohtaa, jotka haluan nostaa esiin ja joista monet on täällä jo mainittu. Yksi näistä on metaani. Vaarana on, että syntyy päällekkäistä säätelyä, byrokratiaa, koska metaania kohdellaan myös kasvihuonepäästönä. Sen johdosta päällekkäistä säätelyä tulisi välttää. Toinen epäkohta liittyy ammoniakkiin. Sen osalta säädökset ovat aivan liian korkeat ja tältä osin epärealistiset.

Kolmantena nostan esiin elohopean, jonka parlamentti on tähän lisännyt. Elohopea on varmasti ongelma ilmansaasteiden ja ilmanlaadun kannalta, mutta ei ole hyvää lainsäädäntöä lisätä tähän esitykseen elohopeaa ilman kunnollista vaikutustenarviointia. Meidän täytyy toimia mahdollisimman tehokkaasti ja vaikuttavasti. Lisäksi nostan esiin vielä parlamentin lisäyksen sitovasta tavoitteesta 2025. Realistista olisi pitää 2025 tällaisena tarkastelujaksona ja tähdätä vuoteen 2030.

Miriam Dalli (S&D). – Fil-fatt qabel ma ġejna għal dan id-dibattitu hafna minna analizzaw il-kwalità tal-arja fit-toroq tagħna, u r-riżultati kienu xokkanti imma ċertament mhux sorprendenti. L-arja ta' madwarna m'hijiex nadifa, u l-karozzi fit-toroq tagħna jikkontribwixxu bil-kbir għal dan.

Ċertament ma nistgħux naghżlu fejn niehdu nifs, imma nistgħu naghmlu l-almu kollu tagħna biex nillimitaw il-ħsara li ssir. It-teknoloġija biex ikollna karozzi aktar nodfa teżisti u tiswa f'tit mijiet ta' euro, madwar tliet mitt euro biex inkun preċiżi. Dan ċertament li huwa prezz baxx ikkumparat mal-kważi disa' mitt biljun euro li jintefqu f'kura għas-saħħa u f'telf ta' produttività madwar l-Unjoni Ewropea. U dan minbarra li rridu testijiet li jikkalkulaw b'mod reali kemm il-karozzi jniġġsu fit-toroq tagħna.

Iċ-ċittadini jixirqilhom u għandhom dritt għal arja nadifa, huma fejn huma, f'liema pajjiż u f'liema belt jgħixu. Imma biex naghmlu din id-differenza fil-ħajja taċ-ċittadini tagħna, irridu nkunu ambizzjużi u naġixxu proprju issa.

Richard Sulík (ECR) – Na jednej strane Európska komisia bojuje proti amoniaku, proti metánu, jemným, tuhým časticiam a na druhej strane podporuje poľnohospodárstvo, ktoré práve tieto emisie produkuje, sumou 60 miliárd Eur ročne. Európska komisia bojuje proti niečomu, čo zároveň podporuje. To je výborný príklad nekonceptnosti a nesystémovosti Európskej komisie. Navyše Európska únia sa opäť raz snaží zachrániť celý svet. Chce byť globálnym lídrom v environmentálnych cieľoch, chce zachraňovať všetkých migrantov, ktorí idú okolo, roky už zachraňuje Grécko, zároveň chce, aby ekonomika rástla a dlhy klesali. Toto je nezlučiteľné. Toto môžu chcieť len euroromantici odtrhnúť od reality. Áno, chráňme životné prostredie, ale Európska únia nemusí byť na prvom mieste, kým má také množstvo iných problémov.

Karl-Heinz Florenz (PPE). – Frau Präsidentin! Ja, lieber Kollege, war ja ganz nett gewesen, wenn Sie mal ein paar Beiträge geleistet hätten, wie wir denn die Luftqualität in Europa regulieren können.

Genau das hat die Kommission gemacht. Das hat die Kollegin Girling sehr ordentlich gemacht und ich glaube, zwischen beiden Vorschlägen liegt der vernünftige Weg, den wir in Europa gehen müssen.

Man soll die Gesundheitspolitik nicht immer so abwertig behandeln. Viele Menschen leiden darunter. In meinem Land, lieber Herr Kollege von der ECR, werden jeden Tag zusätzlich 8 000 Autos zugelassen – zusätzlich! Dass wir uns da über die Luft unterhalten müssen, dürfte doch wohl ziemlich klar sein, ohne dass man sich gleich als Weltretter aufspielt. Ich glaube, es ist ganz normale realistische Politik, indem man sich bewegen muss.

Die Industrie wird in vielen anderen Bereichen schon stark engagiert. Ich glaube, in diesem Falle müssen wir zu dem Grundsatz kommen: wir brauchen mehr Schultern. Zu diesen mehr Schultern gehört auch die Landwirtschaft, die wir nicht vollkommen herauslassen sollten, sondern sie muss eine machbare Regelung bekommen, die die landwirtschaftlichen Betriebe tragen können. Dafür würde ich mich gerne einsetzen. Das muss auch über Strukturfonds gehen.

95 % des Ammoniaks kommen nun mal aus der Landwirtschaft. Ich bin selbst Landwirt und weiß, dass das keine angenehme Aufgabe ist. Aber daran arbeiten müssen wir; fair und realistisch. Dazu würde ich mich gerne bereiterklären und würde den Hauptkorridor zwischen Kommission und Frau Girling gerne mittragen.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! Detta är som många har poängterat såväl en klimatreform som en hälsoreform. Kolleger, låt oss inte glömma att det just är en hälsoreform. Varje år – vilket många har poängterat – dör hundratusentals personer i förtid inom EU, och i Sverige dör femtusen personer i förtid på grund av luftföroreningar. Vi lägger stora miljardbelopp inom hälso- och sjukvården för att försöka rädda liv när det ibland då är för sent. Det är alltså viktigt att vi arbetar preventivt för att rädda liv i framtiden.

Detta är också en klimatreform – även det har många nämnt. Metan är faktiskt en av de farligaste växthusgaserna. Om vi menar allvar med att vi vill vara en union som tar ansvar för klimatpolitiken, då måste vi också reglera metan på ett vettigt sätt. Här har vi nu chansen att göra det – låt oss inte tappa den.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Dit voorstel raakt onze productieve sectoren als industrie, transport en landbouw in het hart. De opname van methaan in het voorstel vormt een ernstige beperking om broeikasgassen te verminderen. Er is sprake van overregulering en hiermee dreigt het einde van vele boerengezinsbedrijven in Europa.

Sinds 1990 is de ammoniakuitstoot in Europa met 30 % afgenomen en in Nederland zelfs met 66 %. Dat is vooral het gevolg van zware inspanningen van boerengezinsbedrijven, die zwaar geleden hebben onder de milieumaatregelen. Het kan niet zo zijn dat de nullijn van 2005 zonder enig onderscheid gehanteerd gaat worden. Bij de toekomstige luchtkwaliteit moeten de inspanningen van de lidstaten worden erkend. Dat is noodzakelijk voor een gelijk Europees speelveld. Schone lucht mag iets kosten maar laat niet steeds dezelfde sectoren betalen.

Een van de oplossingen moet bestaan uit mestbewerking en -verwerking en de benutting van fosfaat als waardevolle toekomstige schaarse grondstof. Mestverwerking weghalen uit de afvalstoffenwet en onderbrengen bij de meststoffenwet, dat zal de doorslag geven voor schoon water en dito bodem en lucht en zo krijgt de boer een eerlijke kans.

Ik vraag de commissaris dan ook hiermee aan de slag te gaan. Ik ben daar als bestuurder in politiek en landbouw al twintig jaar mee aan de gang. Zo weten de boeren waar ze aan toe zijn en kunnen ze gaan investeren. En dat is een heel belangrijk punt bij de schone lucht in dit debat.

„Catch the eye”

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE). Senhora Presidente, ouvi aqui, por várias vezes, os colegas que referiram esta questão importante da poluição atmosférica e dos vários níveis de qualidade de ar que, obviamente, afetam a saúde humana e o ambiente. É julgo que estamos todos de acordo em encontrar uma resposta clara, abrangente e célere aos vários níveis institucionais, mas permitam-me deixar aqui uma nota referente à presente proposta da Comissão. Julgo que ela fica um pouco aquém daquilo que era esperado, sobretudo no que diz respeito aos regimes de exceção para as regiões ultraperiféricas. É por este facto que julgo que é importante relembrar o artigo 349.º do Tratado de Lisboa que diferencia as regiões ultraperiféricas de outras regiões da União. Diferencia-as pela condição distinta social e economicamente, diferencia-as pela pequena dimensão, diferencia-as pela insularidade. E as regiões ultraperiféricas devem e têm de ser salvaguardadas através das medidas específicas nas políticas comuns da União. Contudo, saúdo a presente proposta porque ...

(A Presidente retira a palavra à oradora)

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, estamos perante um texto legislativo que abraça um dos maiores desafios dos nossos dias. Este desafio traduz-se em transformar o paradigma de arranque da era da industrialização, que atingiu uma dimensão que não zela pelo mundo como o conhecemos hoje. Este desafio significa reavaliar as nossas noções de progresso e crescimento económico e integrar critérios como a urgência de preservar os nossos recursos que não são infinitos. Esta legislação constitui um incentivo à inovação tecnológica e deve ser implementada em harmonia e coordenação com outras políticas no domínio da investigação e do desenvolvimento, da proteção da biodiversidade e das alterações climáticas. Tal deverá fazer-se na perspetiva de uma volição paralela a todos estes níveis ou, de contrário, comprometeremos a transição para uma economia hipocarbónica, a resiliência dos nossos recursos e a qualidade de vida das futuras gerações.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η ρύπανση της ατμόσφαιρας αποτελεί σημαντικό πρόβλημα με διαστάσεις που άπτονται του τομέα της υγείας, του περιβάλλοντος, της κοινωνίας και της οικονομίας. Η ατμοσφαιρική ρύπανση προκαλείται πέραν των άλλων και από τα πετρελαιοκίνητα οχήματα. Μετά το σκάνδαλο της Φολκσβάγκεν, η Ευρωπαϊκή Ένωση και τα κράτη μέλη πρέπει να προχωρήσουν στη λήψη μέτρων κατά των πετρελαιοκινήτρων, μια και η πλειοψηφία των ερευνών συνδέουν τη ρύπανση από τους πετρελαιοκινήτρες με πρόωρους θανάτους.

Μετά λοιπόν το «ντίζελγκεϊτ», το οποίο βεβαίως αποκαλύφθηκε από τις Ηνωμένες Πολιτείες στο πλαίσιο της ανταγωνιστικής προσπάθειάς τους να κοντύνουν την οικονομική και πολιτική επιρροή της Γερμανίας, το τοπίο στην Ευρωπαϊκή Ένωση είναι εντελώς διαφορετικό και επιτάσσει τη λήψη αποφασιστικών μέτρων για τους ελέγχους εκπομπών οξειδίων του αζώτου. Είναι λοιπόν σαφές ότι η ευρωπαϊκή βιομηχανία πετρελαιοκινήτρων και οχημάτων πρέπει να τεθεί υπό το μικροσκόπιο της Επιτροπής και των κρατών μελών, γιατί αυτό που προέχει είναι η δημόσια υγεία, η προστασία του περιβάλλοντος και όχι τα υπερκέρδη της Φολκσβάγκεν, ...

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Hilde Vautmans (ALDE). – Uiteraard willen we allemaal langer leven. Uiteraard willen we allemaal schonere lucht en een schone omgeving. Maar dit voorstel, waarin methaan is opgenomen, is daarvoor niet het juiste instrument. Zoals collega Huitema heeft aangegeven: dit is al geregeld in het klimaatpakket en er is geen manier om de methaanuitstoot door de veeteelt te verminderen, tenzij door de afbouw van de veestapel of door alle koeien weer op stal te zetten. Dat is voor mij als boerendochter niet de juiste weg. We moeten opletten dat we niet overdrijven met de regelgeving. Laten we alsjeblieft nog mogen leven en mogen ondernemen.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodo predsjednice, zdravlje, utjecaj i okoliš i sociodruštveni utjecaj trebaju biti glavni kriteriji za evaluaciju implementacije i uspjeha ove Direktive. Činjenica koju ne smijemo zanemariti je kako zdravstveni troškovi u Europskoj uniji zbog zagađenja iznose nekoliko stotina milijardi eura godišnje.

Države članice često u svojim izračunima zaboravljaju spomenuti činjenicu i indirektno troškove koji nastaju zbog zagađenja zraka. Sitne čestice predstavljaju veliki problem jer su većinom uzrokovane emisijama iz transporta i energetike, a procjena je kako su sitne čestice koncentracije ozona odgovorne za preveliki broj desetaka tisuća preranih smrti u Europskoj uniji.

Države članice imaju dovoljno alata koje mogu koristiti u smanjenju emisija koje im osiguravaju europski fondovi i podržavam prijedlog da Komisija uspostavi Fond za čisti zrak koji treba osigurati da su postupci financiranja jednostavni, transparentni i dostupni različitim razinama upravljanja, a sve za svrhu koju mogu iskoristiti za poboljšanje kvalitete zraka.

Franco Bogovič (PPE). – Varovanje zdravja, varovanje okolja sta dve stvari, ki imata v Evropi zelo velik poudarek, zato mislim, da Evropa v teh primerih lahko in je zgled tudi ostalim deželam po svetu.

Koraki so bili že narejeni v preteklosti, pri naslednjih korakih, sledim temu, kar je tudi stališče Evropske ljudske stranke, da moramo biti v teh korakih zmerni in hkrati upoštevati tako na eni strani pričakovanja in zagotovo potrebe po varovanju okolja, na drugi strani pa dati tudi tistim, ki se ukvarjajo tako z industrijo kakor tudi s kmetovanjem, priložnost, da prilagodijo svoje tehnike tem novim zahtevam.

Neupravičene in pa previsoko postavljene zahteve bi bile kontraproduktivne, kajti takšne ali ne bi bile sprejete ali pa ne bi bile spoštovane. Zato moramo biti v tem primeru precizni in delovati tako v skladu z zahtevami po boljšem zdravem okolju, kakor tudi po okolju.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, una migliore qualità dell'aria deve essere un obiettivo prioritario per le istituzioni europee e gli Stati membri. Oggi abbiamo la possibilità di fare la nostra parte, votando un testo in grado di ridurre in maniera significativa l'inquinamento atmosferico, di migliorare la qualità dell'aria e di salvare vite umane. E ho parlato di salvare la vita delle persone, perché l'inquinamento in Europa provoca centinaia di migliaia di morti, incidendo negativamente sul PIL degli Stati membri, con costi altissimi collegati alla salute.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Dopo lo scandalo Volkswagen, con il voto di oggi il Parlamento europeo ha la possibilità di mostrare la sua volontà di fissare traguardi ambiziosi a livello ambientale e la sua sensibilità verso la salute dei cittadini. Ma il Parlamento da solo non può cambiare le cose. Ogni settore deve dare il suo contributo, compreso quello agricolo, che però non deve essere colpito in maniera sproporzionata. Ecco perché ritengo che il solo metano enterico, per intenderci quello proveniente dall'allevamento attraverso i processi digestivi dei ruminanti, dovrebbe essere escluso dal campo di applicazione della direttiva con uno sforzo condiviso da parte di tutti, sia a livello di salute pubblica che a livello economico. Un'aria più pulita può determinare maggiori benefici.

Ulrike Müller (ALDE). – Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen! Die Abstimmung heute entscheidet über den Fortbestand der nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft mit Tierhaltung in der Europäischen Union. Land- und Forstwirtschaft mit dem vor- und nachgelagerten Sektor ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Europa. Hier werden hochwertigste Nahrungsmittel und Lebensmittel produziert, und es werden jede Menge Arbeitsplätze gesichert. Dies alles mit überzogenen Reduzierungsmaßnahmen bei Ammoniak und Methan zu gefährden, ist nicht sinnvoll.

Natürlich sind wir für erreichbare Ziele mit wissenschaftlicher Begleitung, und Sie können versichert sein, den Landwirten steht nichts mehr als die Zukunft des Planeten im Vordergrund. Aber, geschätzte Kollegen, diese Abstimmung wird zur Schlüsselabstimmung für die Landwirtschaft. Da wird Tierwohl contra Umweltschutz stehen und mit falschen Zielvorgaben werden die landwirtschaftlichen Familienbetriebe mit Tierhaltung zu den großen Verlierern gehören. Ich bitte Sie, dies bei Ihrer Abstimmung zu berücksichtigen.

Arne Gericke (ECR). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Kühe produzieren Methan – klingt komisch, ist aber so, ganz natürlich und schwer vermeidbar. Es sei denn, Sie schlachten die Kuh oder aber Sie holen die Tiere von der Weide, packen sie in einen engen Stall, bauen eine Filteranlage drüber und gut ist es. Eigentlich witzig, dass es ausgerechnet Umweltschützer und Grüne sind, die unseren Landwirten, den bauerlichen Familienbetrieben, einen solchen Unsinn verordnen wollen.

Machen wir uns nicht lächerlich! Nehmen wir Methan aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie heraus, stoppen wir diesen europäischen Luftangriff auf die Weidekuh! Gemeinsam mit meinen polnischen Fraktionskollegen habe ich acht Änderungsanträge eingebracht, die Methan ausnehmen und die Grenzwerte für Ammoniak realistisch gestalten. Lasst die Kühe auf der Weide und nehmt die Hände vom Methanverbot! Bitte unterstützen Sie die Änderungsanträge, stellen Sie sich an die Seite unserer bauerlichen Landwirtschaft und zeigen Sie sich auch als Tierfreund! Ich will nicht, dass wir mit solchen Entscheidungen heute Tierschutzbemühungen der letzten zwanzig Jahre über den Haufen werfen und die Kühe zurück in die Ställe pressen.

„Catch the eye vége”

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Madam President, I would like also to thank the honourable Members for their valid comments and for their valid arguments. We keep reminding each other that we need to be more realistic and that we need to look more at reality, and I could not agree more. That is exactly what we should be doing and the biggest reality is that we have almost half a million European citizens dying every year from poor air quality, plus a bigger number with chronic respiratory diseases. The reality is that we need to stop this.

As several of you have stressed in your statements, our citizens increasingly demand action to address the health impacts of air pollution. Efforts are needed from all sectors, including agri-industry. It is important to keep the level of ambition for ammonia in line with the overall objective and to retain methane in the proposal. This will not have any negative effect on animal welfare and will not require keeping them inside, as some of Members have tried to suggest.

On the overall ambition, I share the rapporteur's concern that if the position of this House is too far from that of the Council, this will jeopardise the chances of agreement. I would therefore encourage your support for a plenary position close to the original proposal of the Commission for all pollutants. It was also encouraging to note that we all agree on the objectives and it would be a big pity not to agree on how we can achieve these same objectives.

A number of Members referred to the supplementary impact assessment done by the European Parliament's own services. While this shows that with the climate and energy package we can deliver greater air pollution reduction for broadly the same cost, it also shows that we can deliver the same reduction at a lower cost. Given that the assessment does not fully reflect the latest state of play, I feel the latter message should carry more weight. With regard to a number of other proposed amendments, many improve the original proposal. However, I would make two last comments.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

On the interim targets for 2025, it is important to ensure steady progress towards the 2030 reductions. But if the interim targets become binding, this could in some cases lead to disproportionate costs. Hence I would support a solution based around the original Commission proposal. With regard to reduction commitments for mercury, as emissions from all major sources are regulated under the Industrial Emissions Directive, reduction commitments under the NEC directive would not further reduce emissions. Furthermore exposure of EU citizens to mercury is largely due to emissions from third countries. The Commission is preparing the ratification of the Minamata Convention on Mercury which is expected to curb those emissions and thereby reduce exposure of EU citizens to this toxic substance.

As I said earlier on, every month that passes delays the implementation of policies that could alleviate the problems with bad air quality. I call on your support today to pave the way for a viable agreement between the co-legislators during the first reading.

Let me conclude by making some final remarks. First, this is not just about a better environment, it is about avoiding and reducing further deaths as a result of our non-action. Polluted air kills; non-action does the same. EU citizens deserve, expect and have a right to action. We all acknowledge that we have a serious, lethal problem, so let us all come together towards a much-needed responsible solution.

Finally, let me assure everyone here that we are not after less agriculture, we are not after less economic growth, what we are after is better and healthier agriculture, what we are after is better economic growth that will contribute to better living and not to premature deaths.

Julie Girling, rapporteur. – Madam President, I want to just make the point that what we agree on in this directive is far more significant than what we disagree on. But that does not mean that those areas of disagreement are not significant. They are.

So I would like to ask those in this Chamber who are considering voting for targets which, we have heard, many of us believe are unattainable and will lead to considerable delays in coming to an agreement with the Commission, to please think again before they vote today. There is no disagreement on health impacts. Nobody can lecture me on health impacts. I understand them completely. That is what we want to get to, but we want to get to it quickly. We do not want any more delay. Please do not be responsible for delay.

elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra 2015. október 28-án, szerdán kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Pilar Ayuso (PPE), por escrito. – Esta propuesta es un paso más para reducir las emisiones contaminantes y evitar su difusión transfronteriza. Como en toda propuesta, hay que buscar una óptima relación coste-beneficio y procurar el mejor resultado posible. Es coherente la exclusión de las zonas ultraperiféricas y las salvaguardias que contiene el texto para las explotaciones ganaderas en cuanto al amoníaco de los purines y el metano. No podemos ni debemos permitirnos el lujo de menoscabar nuestra agricultura. Deben quedar fuera el metano y el mercurio hasta que tengamos una evaluación de impacto. Es necesario procurar que los métodos de ensayo de los vehículos sean homologables a las condiciones de conducción real, porque los coches son el mayor contaminante urbano. Tampoco son necesarios objetivos para 2025, ya que la propuesta ya los contempla para 2020 y 2030.

Michel Dantin (PPE), par écrit. — Nous avons besoin de normes ambitieuses en matière de lutte contre la pollution de l'air, dont la mauvaise qualité cause plus de 48 000 décès prématurés par an en France. Cette directive est donc un instrument législatif crucial pour le contrôle du respect des objectifs de qualité de l'air au niveau européen.

Mais je tiens à rappeler l'importance d'une législation réaliste. Je vous invite donc, mes chers collègues, à voter pour l'exclusion du méthane et de l'ammoniac de cette directive, dont les limites d'émissions irréalistes pénaliseraient injustement le secteur agricole, en premier lieu les petites exploitations. J'attire votre attention sur notre amendement visant à exclure le méthane entérique, issu du rejet des animaux, puisque nous ne disposons pas à l'heure actuelle de moyen technique ou technologique efficace pour réduire ces émissions naturelles. Nous devons nous interroger sur le modèle agricole que nous souhaitons: des animaux parqués à l'intérieur en vue de réduire les émissions entériques ou des animaux élevés en plein air ? On ne peut plaider d'un côté en faveur du bien-être animal dans le secteur agricole et imposer d'un autre côté des contraintes déraisonnables à nos éleveurs!

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jørn Dohrmann (ECR), *skriftlig*. – Luftforurening er et problem i Europa, som skal tages seriøst. Det bekymrer mig dog, hvordan vi kommer problemet til livs. Landbrugssektoren bliver gevaldigt udfordret af denne luftpakke. Jeg driver selv landbrug, og derfor ved jeg også, hvordan det danske landbrug konstant bliver presset af ny lovgivning. Det sker på trods af, at den danske landbrugssektor har været umådelig dygtig til at gøre sit for at skåne miljøet. Alligevel bliver sektoren straffet. Der sker en skævvridning af konkurrencen, hvis det danske landbrug forpligtes til nogle overambitiøse mål for ammoniakreduktion, når de eksempelvis i Tyskland, der ligger lige ved siden af, ikke har samme forpligtelser. Det betyder, at luften stadig forurenes i Danmark, samtidig med at vi må kæmpe med ulige konkurrenceforhold. Det er ikke rimeligt. Alle må slæbe i flok. Det nytter ikke noget, at et lille land som Danmark skal tage det tunge slæb. Hverken miljø- eller konkurrencemæssigt. Samtidig truer metanreduktionsmål også landbruget med dobbeltregulering, da sådanne mål allerede findes og på ny skal genforhandles inden for rammerne af klimapolitikken. Det er ligeledes en skævvridning, som for mig at se skader mere, end den gavner. Vi kan ikke ofre hårdtarbejdende menneskers liv og forretninger til fordel for symbolpolitik.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Tisztelt Képviselőtársak! A levegőminőségi irányelv módosításáról szóló parlamenti állásponttervezet számos tekintetben aggályos. Egyrészt a javasolt metánkibocsátási határértékek pusztító hatással lennének a magyar állattenyésztésre. A magyar kormány mindent megtesz azért, hogy a hazai szarvasmarha- és sertésállomány növelését ösztönözze, amelynek eredményeként szerencsére mindkét állatállomány létszáma növekedésnek indult. A javasolt határérték – amely szakértői számítások szerint a jelenlegi kibocsátásból 30%-os csökkentést követelne meg! – derékba törné a magyar agrárkormányzat egyik legfontosabb céljának, az állatállomány növelésének a célkitűzését. A metánkibocsátás csökkentése egyébként már szabályozva van, az üvegházhatású gázok csökkentésére vonatkozó közösségi kötelezettségvállalás vonatkozik rá. Az ammóniakibocsátási határértékeknél is komoly problémák vannak. A 2030-as és 2020-as határértékek már életszerűtlenek, de a javasolt 2025-ös köztes határérték pedig egyenesen felháborító. Magyarország számára ez majdnem 40%-os csökkentést írna elő! Továbbá itt felesleges jogszabályalkotásra is sor kerülne, hiszen a trágyázási módszereket már a Kölcsönös Megfeleltetés rendszerében szereplő előírások és más környezetvédelmi szabályok – különösen a Nitrát Irányelv már szabályozzák. Ez bonyolítaná a gazdálkodók helyzetét és végrehajthatatlan előírásokat eredményezne. Ezért követelem, hogy a metánkibocsátás-csökkentési határértékeket töröljék a tervezetből, az ammóniakibocsátási határértékeket pedig csökkentsék ésszerű mértékre, különben nem fogom tudni támogatni a javaslatot.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Nikt z nas nie ma wątpliwości, że powinniśmy podejmować działania w celu ochrony środowiska. Ale negocjowane porozumienie i postawione przez nas w nim cele nie mogą być oderwane od rzeczywistości. Nie możemy zapominać o tym, że hodowcy bydła zmagają się z jednym z najpoważniejszych kryzysów w ciągu ostatnich lat. Jako posłanka z Polski nie poprę rozwiązań, które są szkodliwe dla naszych hodowców. Apeluję do wszystkich kolegów o poparcie poprawek złożonych przez polską delegację Europejskich Konserwatystów i Reformatorów, które usuwają zobowiązanie dotyczące metanu. Pragnę podkreślić, że kwestie dotyczące emisji tego związku są już objęte przepisami klimatycznymi i nie ma potrzeby ich dublowania. Uważam również, że narzucone zobowiązania redukcyjne są zbyt ambitne i kosztowne. Przypominam, że Polska jest w kręgu państw, które wypełniają swoje pułapy emisyjne, a w latach 2011-13 wielkość emisji była niższa od limitu wynikającego z traktatu o przystąpieniu Polski do UE. W projekcie zmian do dyrektywy konieczna jest większa elastyczność, tak aby każde państwo miało możliwość określenia swojej ścieżki do poziomów wskazanych na rok 2030.

Benedek Jávor (Verts/ALE), *írásban*. – Tegnap egyetértettünk abban, hogy sürgősen ki kell vizsgálni az autók kibocsátásmanipulációjának ügyét és haladéktalanul be kell vezetni a valós vezetési feltételekre épülő járműtesztet. Azt üzentük az európai állampolgároknak, hogy többé nem lehet az egészségüket és a környezetüket megóvni hivatott szabályokat büntetlenül áthágni. Ma tehát az egyetlen logikus következő lépés a légszennyező anyagok kibocsátását korlátozó jogszabály módosítása, a Környezetvédelmi Bizottság jelentése alapján.

Amennyiben ezt tesszük, Európa-szerte évente több mint 74 000 embert menthetünk meg az idő előtti haláltól a legújabb szakértői számítások szerint (<http://www.eeb.org/?LinkServID=9168DFDD-5056-B741-DBA5B64C92B81F9D&showMeta=0&aa>). A légszennyezés által okozott betegségeknek jelentős gazdasági költségei vannak az egészségügyi szektorban, valamint a kieső munkaidő miatt. Ennek megelőzése érdekében kötelező érvényű célkitűzéseket kell elfogadni Európában 2020-ra, 2025-re, valamint 2030-ra is. Az ammóniára, a metánra és a higanyra is kötelező határértékek szükségesek a direktívában.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

A hét elején, Budapest központjában levegőminőségi méréseket végeztem a Levegő Munkacsoporttal közösen. Az eredmények alátámasztották, hogy a légszennyezés haladéktalan csökkentésére van szükség: a normál városi szint tizen-négyszeresére nőtt a szennyező anyagok mennyisége, amikor dízelautó haladt el mellettünk.

A Környezetvédelmi Bizottság hatásvizsgálata („Interactions between EU air quality policy and climate and energy policy” (Oct 2014) – http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2014/528802/EPRS_STU%282014%29528802_REV1_EN.pdf) megmutatta, hogy az Európai Bizottság eredeti javaslatánál szigorúbb célkitűzések elérése nem kerülne többé, miközben tízezrek életét mentené meg.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Vorschlag des Europäischen Parlaments, neue nationale Emissionshöchstmengen für die wichtigsten Luftschadstoffe festzulegen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass in Hinblick auf die Emissionen eine bessere Rechtssetzung und auf lokaler Ebene eine bessere Überwachung durch optimierte Messverfahren dringend erforderlich ist. Ebenso müssen saisonale Schwankungen, wie etwa Heizperioden, stärker bei der Regelung berücksichtigt werden. Emissionen machen auch vor Staatsgrenzen nicht halt, weshalb überseeische Länder und der See- und Luftverkehr auch in die Pflicht genommen werden müssen. Einzelne Staaten sollten zudem nicht die Möglichkeit einer Flexibilitätsregelung bei der Bilanzierung ihrer Emissionen haben, da die meisten der Mitgliedstaaten gewisse Zielwerte, allen voran für NOX-Emissionen, im vorgegebenen Zeitraum nicht erreichen werden. Für den Wirtschaftsstandort Europa ergeben sich daraus Schwierigkeiten, da gewisse Grenzwerte in der Realität nicht so erreicht werden können wie es die Kommission vorsieht. Den Ländern, die diese Grenzwerte verpassen, drohen zudem Vertragsverletzungsverfahren – was, wie es aussieht, den meisten Mitgliedstaaten blühen wird.

Kathleen Van Brempt (S&D), *schriftelijk*. – Met onze stemming over het Commissievoorstel voor de aanscherping van de nationale uitstootplafonds voor vervuilende stoffen doen we de lucht boven Europa een flink stuk opklaren. Dat is ook nodig. Luchtverontreiniging ligt aan de basis van minstens 400 000 vroegtijdige overlijdens in de Unie als gevolg van luchtwegeninfecties, hartaanvallen en kankers. Vooral inwoners van steden zijn het slachtoffer.

Toch kunnen we met deze uitslag moeilijk helemaal tevreden zijn. De striktere doelstellingen die de sociaaldemocraten hadden voorgesteld, haalden het in de definitieve stemming niet. Als onze voorstellen, die in de Commissie milieubeheer nog een nipte meerderheid behaalden, ook in de plenaire vergadering zouden zijn goedgekeurd, dan konden we in Europa elk jaar meer dan 42 000 vroegtijdige overlijdens extra voorkomen.

Gelukkig slaagden de conservatieven er niet in om de uitstootbeperkingen voor ammoniak en methaan weg te stemmen. Deze door de intensieve veeteelt uitgestoten pollutanten zorgen voor heel wat fijn stof en ozonvervuiling. Om die vervuiling aan te pakken moet ook de landbouwsector zijn duit in het zakje doen. Blij zijn we ook met de bindende emissieplafonds voor 2025, de extra mogelijkheden voor lokale besturen om luchtverontreiniging aan te pakken, een grotere inspraak voor burgers en vlottere toegang tot de rechtbank als overheden onvoldoende maatregelen nemen.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Presidente. - L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

7. Abstimmungsstunde

— *Prima della votazione:*

Jens Geier (S&D). – Danke, Herr Präsident! Ich habe nur einen Hinweis für meine Fraktion, dass es in unserer Abstimmungsliste auf der Seite 15 einen Fehler gibt.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Dies betrifft Änderungsantrag 20 der Grünen zu Ziffer 28 der politischen Resolution. Der Änderungsantrag ist in unserer Liste mit einem Minus gekennzeichnet, dem wollen wir aber zustimmen, deswegen muss da ein Plus stehen.

Presidente. – Vi informo, onorevoli colleghi, che data la durata delle votazioni, che oggi come sapete saranno molto lunghe, la Conferenza dei presidenti ha deciso che oggi non saranno prese in considerazione le dichiarazioni di voto al termine delle votazioni.

Le dichiarazioni di voto sui punti votati oggi potranno essere rese domani dopo le votazioni.

Vi ricordo inoltre che le dichiarazioni di voto possono anche essere presentate per iscritto.

Danuta Maria Hübner, rapporteur. – Mr President, I would like, on behalf of the EPP Group and also in agreement with my colleague and co-rapporteur representing the Socialists and Democrats, Jo Leinen, to request that the vote on the European electoral law be postponed to the November I part-session.

Jo Leinen, rapporteur. – Mr President, European electoral law is one of the two cases where this Parliament has a right of initiative, so it is very important that we debate this thoroughly. I think it is wise to have two more weeks to reflect in the political groups and delegations about how we handle this very important dossier for our House. So I agree with Ms Hübner that we should postpone it to the part-session in two weeks' time.

Presidente. – On. Leinen, siccome c'era un problema di interpretazione, la prego di riformulare la sua richiesta all'Aula.

Chiedo a tutti i servizi del Parlamento la massima concentrazione, perché sono votazioni molto lunghe e anche molto complicate.

Jo Leinen, Berichterstatter. – Danke, Herr Präsident! Die Reform des europäischen Wahlrechts ist einer der zwei der Fälle, in denen dieses Parlament ein Initiativrecht hat.

Deswegen sollten wir sehr sorgfältig mit diesem Dossier umgehen, das für die nächsten Europawahlen sehr wichtig ist. Ich stimme deshalb der Kollegin Hübner zu, dass wir noch einmal zwei Wochen Zeit haben, um in den Fraktionen und den Delegationen über den Vorschlag des AFKO-Ausschusses nachzudenken. Ich bin für die Verschiebung um zwei Wochen.

Gerolf Annemans (ENF). – Onze fractie wil liefst dat er geen Europese kieswetgeving komt. We zouden het dus liever uitstellen naar 2063, en daarom ben ik tegen het voorstel van mevrouw Hübner, dat wat te beperkt is volgens ons.

Presidente. – La proposta di rinviare la votazione sulla riforma della legge elettorale dell'Unione europea è accolta.

7.1. Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für 2016 — alle Einzelpläne (Abstimmung)

— Prima della votazione:

José Manuel Fernandes, rapporteur. – Monsieur le Président, je suis obligé, comme toutes les années, de faire une déclaration technique. Du fait de la complexité de la procédure, il y a certains ajustements techniques qui doivent être mis aux voix avant le vote sur le budget 2016.

Commentaires budgétaires, ligne 04 02 64, «Initiative pour l'emploi des jeunes»: l'amendement 1 435 inclura les remarques supplémentaires, approuvées par la commission des budgets, sur l'égalité des genres, l'éducation et la formation.

Chiffres, ligne 11 06 62 01, «Avis et connaissances scientifiques», amendement 478: les paiements seront ajustés à 14 064 771.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Nouvelles lignes 18 04 01 01, «L'Europe pour les citoyens»: conforter la mémoire et renforcer la capacité de participation civique au niveau de l'Union, et 18 04 01 02, «Initiatives citoyennes européennes», amendement 1366: les paiements seront ajustés à 18 650 000 euros au niveau du projet de budget sur la première ligne et à 500 000 euros sur la deuxième ligne.

Ligne 19 02 01, «Réponse aux situations de crise et de crise émergente», amendement 995: les paiements seront ajustés à 156 914 703 euros.

Ligne 21 02 07 04, «Sécurité alimentaire et nutritionnelle et agriculture durable», amendement 1 373: les paiements seront ajustés à 89 783 000 euros.

Ligne 21 02 07 05, «Migration et asile», amendement 1 374: les paiements seront ajustés à 28 114 291 euros.

Ligne 24 01 07, «Office européen de lutte antifraude (OLAF)», amendement 1 389: restaure le niveau du projet de budget et doit être ajusté à 53 149 500 euros pour prendre en compte le montant mis en réserve.

Presidente. – Le modifiche proposte dal relatore sono accolte e saranno integrate nel testo.

James Carver (EFDD). – Mr President, this is a point of order because, after 20 years in this place, the accounts still have not been signed off. So, as we come to vote on this year's budget, could I make a request, on behalf of all Members of the European Parliament, that maybe the auditors can get their job done properly, and after 20 years we can see proper accounts?

Pierre Gramegna, président en exercice du Conseil. – Monsieur le Président, j'ai assisté au vote pour prouver l'attention avec laquelle la présidence luxembourgeoise suit l'évolution du débat autour du budget de l'Union européenne. Le Parlement vient d'adopter toute une série d'amendements, et je ne manquerai pas bien sûr d'en tenir compte et de le rapporter au Conseil des ministres. Nous prenons donc note des différences qui existent entre la position sur le budget telle qu'elle a été arrêtée par le Conseil et les amendements que vous avez adoptés aujourd'hui.

C'est pourquoi, conformément à l'article 314, paragraphe 4, point c), du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, je marque mon accord à la convocation du comité de conciliation par le président du Parlement européen. Ce comité de conciliation se réunira pour la première fois le 9 novembre et la présidence luxembourgeoise, avec la Commission et le Parlement, fera tout pour que nous puissions arriver à une conclusion à la fin de la semaine, à savoir le 13 novembre de cette année.

7.2. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 — alle Einzelpläne (A8-0298/2015 - José Manuel Fernandes, Gérard Deprez) (Abstimmung)

— *Prima della votazione sul paragrafo 77:*

Ashley Fox (ECR). – Mr President, so we come to Paragraph 77, which states: 'Stresses that Parliament and the Council must address the need for a roadmap to a single seat, as requested by a large majority in this Parliament in several resolutions, in order to create long term savings in the Union budget'.

I propose an oral amendment to add the following: 'notes the Conference of Presidents' decision of 11 February 2015 to consider this issue as part of an ongoing report in the Committee on Constitutional Affairs (AFCO); urges the rapporteur Guy Verhofstadt to bring forward his proposals within the next six months'.

(L'emendamento orale non è accolto)

Gérard Deprez, rapporteur. – Monsieur le Président, l'amendement 90 fait suite à une demande que nous avons formulée lors de notre vote de juillet et qui invitait le Bureau à élaborer une nouvelle réglementation pour un meilleur équilibre entre les assistants parlementaires accrédités et les assistants locaux.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Le texte que nous vous demandions de voter déplore que le Bureau ne se soit pas encore prononcé sur ce point; or, ce n'est pas exact, puisque le Bureau a pris une décision lundi dernier. Je vous propose donc de supprimer toute la dernière partie du texte initial qui vous est soumis, et à partir de «communiquer au Bureau une proposition allant dans ce sens», de supprimer le texte et de le remplacer par: «prend acte de l'accord intervenu au sein du Bureau en ce qu'il répond pour l'essentiel à la demande formulée par le Parlement européen, et salue la décision de mise en œuvre immédiate de cet accord».

(L'emendamento orale è accolto)

7.3. Gerichtshof der Europäischen Union: Anzahl der Richter am Gericht (A8-0296/2015 - António Marinho e Pinto) (Abstimmung)

— *Prima della votazione:*

António Marinho e Pinto, relator. – Uma pequena explicação sobre o que está em votação neste momento. Em abril de 2014, o Conselho, a União Europeia, o Tribunal de Justiça e o Parlamento acordaram em aumentar o número de juízes do Tribunal Geral em mais 12 juízes. Em outubro desse mesmo ano, seis meses depois, o Conselho propõe um aumento de mais 28 juízes porque os membros do Conselho não chegavam a acordo para nomear 12 juízes. Os membros são 28 e os juízes a nomear eram 12.

No meu relatório, proponho o regresso à primeira leitura, ou seja, que se aprovem novamente os 12 juízes, porque é esse o número que resolve os alegados problemas existentes no tribunal e não 28 juízes, que resolvem um problema do Conselho e não do Tribunal Geral.

Há, portanto, duas questões em votação: ou a posição do Conselho, que foi maioritária na Comissão JURI, ou a do relator, que subscrevi no meu relatório, que é voltar à proposta inicial, à primeira leitura e aprovar apenas 12 juízes, que foi aquilo que o tribunal pediu inicialmente e que era necessário para resolver os problemas do tribunal.

Félix Braz, président en exercice du Conseil. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés européens, la Cour de justice de l'Union européenne joue un rôle fondamental dans l'application et l'interprétation de nos règles de droit et ce faisant, dans le processus d'intégration européenne.

La réforme de son statut ira de pair avec un renforcement des valeurs et des principes de droit qui unissent nos États et nos citoyens. Sans réforme, par contre, l'arriéré judiciaire devant le Tribunal et la durée moyenne des procédures, qui sont en augmentation, sapent progressivement, mais sûrement, l'efficacité de notre système juridictionnel. Cette réforme résoudra, pour aujourd'hui et pour demain, les problèmes auxquels le Tribunal fait face, ce à quoi nos citoyens et nos entreprises sont en droit de s'attendre au sein d'une Union fondée sur l'état de droit.

Mesdames et Messieurs, ce texte de compromis contient aussi des éléments importants, des efforts sérieux pour aboutir à un meilleur équilibre entre hommes et femmes dans la composition du Tribunal. À la fin des trois phases de la réforme, le Tribunal de l'Union sera composé de deux juges par État membre. Voilà pourquoi, en vue d'atteindre l'égalité hommes-femmes, qui est un objectif de l'Union européenne en vertu de l'article 3 du traité sur l'Union européenne, les gouvernements des États membres devraient, dans toute la mesure du possible, dans le processus de désignation des candidats et des candidates à la fonction de juge au Tribunal de l'Union, conformément à l'article 254 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, assurer une présence égale d'hommes et de femmes.

— *Dopo la votazione:*

António Marinho e Pinto, relator. – Senhor Presidente, Caros Colegas, é só para dizer que quero retirar o meu nome deste relatório porque não é o relatório que eu fiz. Quem fez este relatório que o subscreva, que não eu.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

7.4. Vorschriften für die Fischerei im Übereinkommensgebiet der GFCM (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer) (A8-0295/2015 - Gabriel Mato) (Abstimmung)

Commission's Statements

Transitional national measures

The Commission takes note of the decision of the European Parliament and the Council to allow Member States to keep existing derogations related to red coral harvesting without any time limit, and to provide for new derogations to be granted during a transitional period again without clear cut-off date.

The Commission considers that, by their nature, derogations and/or transitional measures can only be temporary and that the unlimited exceptional regimes agreed between the co-legislators may put the Union in a position where it is not able to ensure that its international obligations towards the GFCM are fully respected.

In the event that the above mentioned risks should materialize, the Commission will submit proposals for appropriate measures in accordance with the relevant provisions of the Treaty.

In any event, the Commission emphasises that any decision in this case will not prejudice the Commission position in relation to other rules on derogations and/or transitional regimes.

Final date for use of ROVs (Remotely Operated underwater Vehicles)

With regards to the final date of 31/12/2015, agreed by the European Parliament and the Council for authorised use of ROVs for observation and prospection of red coral, the Commission takes note of the decision of the co-legislators to interpret the words 'until 2015' in paragraph 3a) of recommendation GFCM/35/2011/2, as 'until 31 December 2015', thus deviating substantially from the Commission's proposal to consider only the time period before 2015, until 31 December 2014.

Having already stressed that, by their nature, derogations can only be temporary, the Commission recalls that also the FAO Legal Service had expressed the view that only the time limit before 2015 should be considered. In the light of this, the Commission will assess if appropriate initiatives need to be taken in order to clarify the Union's position on the issue of ROVs within the GFCM.

7.5. Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel (A8-0305/2015 - Giovanni La Via) (Abstimmung)

— *Prima della votazione:*

Giovanni La Via, relatore. – Signor Presidente, dopo la decisione della plenaria di respingere la proposta della Commissione bisognerà vedere se la Commissione intende ritirare la proposta oppure mantenerla, e quindi ovviamente prendere le nostre determinazioni.

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, the Commission regrets the decision of the European Parliament to reject the Commission's proposal, which is aimed at giving more freedom to Member States to decide on the use of EU-authorised GM food and feed. The Commission maintains its original proposal which, if adopted, would enable Member States to address at national level considerations which are not covered by the EU decision-making process. The Commission believes that the proposal is the right way of addressing the challenges in relation to the decision-making process on GMOs at EU level. The Commission will continue the discussions with the Council.

Giovanni La Via, relatore. – Signor Presidente, alla luce della volontà della Commissione di non ritirare la proposta, visto il dibattito che si è tenuto questa mattina in Aula con una larga convergenza di tutti i gruppi politici verso il respingimento della proposta, considerata anche la larga maggioranza che c'è stata in commissione Ambiente sul tema, io chiedo alla plenaria di esprimersi oggi con la risoluzione legislativa e quindi di procedere e continuare con i voti sulla risoluzione legislativa.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

7.6. Neuartige Lebensmittel (A8-0046/2014 - James Nicholson) (Abstimmung)**7.7. Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (A8-0249/2015 - Julie Girling) (Abstimmung)**

— *Prima della votazione sull'emendamento 33:*

Eric Andrieu (S&D). – Monsieur le Président, il s'agit de la question de la limite des émissions annuelles de méthane.

À la suite de la phrase disant «les États membres doivent au minimum limiter leur émissions anthropiques annuelles de méthane», je propose de rajouter la phrase: «excepté les émissions de méthane entériques produites par les ruminants», ce qui nous permettrait, Monsieur le Président, d'éviter d'être ridicules aux yeux de l'Europe entière. Car, au risque de vous décevoir, Monsieur le Président, le Parlement européen n'a pas encore le pouvoir d'empêcher les vaches ni de péter ni de roter.

(L'emendamento orale è accolto)

Stefan Eck (GUE/NGL). – Herr Präsident! Gegen diesen mündlichen Antrag spricht doch einiges. Es geht doch nicht darum, ob jetzt Kühe Methangas emittieren oder nicht. Das können wir natürlich nicht abstellen. Aber es geht darum, dass wir ein Zeichen setzen, dass es uns ernst ist mit einer Klimaschutzpolitik. Und deshalb müssen wir die Methanemissionen auch mit einbeziehen!

— *Prima della votazione finale:*

Julie Girling, rapporteur. – Mr President, a short speech: I would like to postpone the final vote, please, to enter negotiations in trilogue.

(Il Parlamento approva la proposta)

7.8. Europäische Bürgerinitiative (A8-0284/2015 - György Schöpflin) (Abstimmung)**7.9. EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer (A8-0279/2015 - Ivan Jakovčić) (Abstimmung)**

— *Prima della votazione sul paragrafo 32:*

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Mr President, I notice that Ms Le Pen is not here. I would like you to kindly check what is happening with her vote and her neighbour.

— *Prima della votazione sull'emendamento 2:*

Ivan Jakovčić, izvijestitelj. – Gospodine predsjedniče, *(zastupnik je započeo govor na talijanskom)* paragraf broj 58 molim da se samo uključi: „including the southern extension of the Adriatic-Ionian dorsal”. To je dogovoreno zajedno sa S&D-om, EPP-om i s ostalima.

(Predsjednik se obratio na talijanskom)

Dobro, onda ću ponoviti. Molim Vas da prihvatite ovaj oralni amandman na paragraf broj 58 koji ide za tim da se uključi južna ekstenzija na jadransko-jonskom dorsalu. Molim da to prihvatite.

(L'emendamento orale non è accolto)

7.10. Kohäsionspolitik und Überprüfung der Strategie Europa 2020 (A8-0277/2015 - Fernando Ruas) (Abstimmung)

Mittwoch, 28. Oktober 2015

7.11. Die europäischen Struktur- und Investitionsfonds und die ordnungsgemäße wirtschaftspolitische Steuerung (A8-0268/2015 - José Blanco López) (Abstimmung)

Marc Tarabella (S&D). – Signor Presidente, non voglio parlare del regolamento però, con più di due ore di votazioni, volevo congratularmi per il modo in cui ha condotto il voto. Grazie Presidente!

Presidente. – Con questo si conclude il turno di votazioni.

8. Erklärungen zur Abstimmung

8.1. Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für 2016 — alle Einzelpläne

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – Nuestra posición sobre el presupuesto de la Unión Europea para 2016 ha sido la de incrementar el gasto en todas aquellas partidas presupuestarias orientadas a una mejora del funcionamiento de la Unión Europea. Nos hemos negado a financiar programas europeos que repercutan en interés de la industria militar o que apoyen instituciones como FRONTEX, suponiendo escasas ganancias para los ciudadanos europeos. Asimismo, hemos propuesto y apoyado programas de ayuda a los países sometidos por la Troika, a territorios ocupados de Palestina y diferentes programas orientados a la generación de empleo y el apoyo a diferentes sectores, y hemos tratado de evitar recortes en las partidas más importantes para la economía europea. Consideramos que el presupuesto de la Unión debe evitar las políticas de austeridad para impulsar la economía y hemos votado en este sentido.

Martina Anderson (GUE/NGL), in writing. – I voted in favour of this Report which contained a number of important provisions. Specifically, it highlighted that the European Union is currently facing a number of serious emergencies, notably the unprecedented migration and refugee crisis. This report called for financial resources to be deployed in the EU budget, in order to match the political challenges and therefore enable the EU to deliver and effectively respond to these crises, as a matter of utmost urgency and priority.

Whilst of course the refugee and migration crisis cannot be solved by financial resources alone, in these extraordinary times, extraordinary measures are required and a strong political commitment is needed to secure fresh appropriations for this purpose. It was for these reasons, amongst others, that I voted in favour of this report.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Avec mes collègues du Front national, nous nous opposons à la mainmise de Bruxelles sur les peuples européens. Nous croyons en une Europe fondée sur des nations et des peuples libres, nous croyons en une Europe fière de ses valeurs chrétiennes et de son héritage antique gréco-latin. En revanche, nous déplorons la construction européenne telle qu'elle est menée depuis quarante ans. Nous ne voulons pas de cette Union européenne destructrice des identités et fossoyeuse des souverainetés.

Or, cette construction technocratique artificielle, pour s'imposer sur les peuples européens, dispose d'un budget colossal. Ainsi, le budget prévu pour 2016 s'élèvera à plus de 150 milliards d'euros. Je trouve absolument scandaleux de ponctionner les peuples européens alors même qu'il est devenu évident que cette Europe a complètement failli: immigration de masse, chômage de masse, crise morale et spirituelle, etc.

C'est pourquoi, j'ai voté contre le projet de budget général de l'Union européenne pour 2016.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – The priority must always be to ensure value for money, that not a penny of taxpayers' money is spent for the wrong reasons or wasted. The money does not belong to the European Union, but to citizens. I therefore voted against the budget, and in favour of those amendments which sought to improve the accountability of the EU institutions, which cut the costs for the taxpayer, and which would have shown us taking a lead in reducing our expenditure here in Parliament. Sadly, these good amendments were voted down.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la lecture du PE pour le projet de budget 2016. Quatre milliards séparent la position du Conseil et celle du Parlement. Je gage que le résultat final sera éloigné des attentes exprimées par les parlementaires. S'ouvre à présent une période de conciliation entre les 2 branches de l'autorité budgétaire. Je regrette qu'en matière de migration, notre budget manque de moyens, de flexibilité et de réactivité. À cet égard, il est urgent de réviser le cadre financier pluriannuel. Je regrette que le Parlement européen n'ait pas fait preuve de plus de rigueur dans l'adoption de son propre budget. La crédibilité et l'autorité du PE dans les discussions avec le Conseil en dépendent.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Europos Sąjungos 2016 finansinių metų bendrojo biudžeto projektą. 2016 m. ES biudžeto išipareigojimui sudarys 157,4 mlrd. eurų. Pagrindinis kitų metų biudžeto prioritetas – užimtumo skatinimas. Šio tikslo įgyvendinimui iš viso skiriama apie 50 mlrd. eurų. Biudžeto lėšomis bus remiami tarptautiniai studentų, dėstytojų ir kito personalo mainai („Erasmus+“) bei mažos ir vidutinės įmonės („Cosme“), taip pat investuojama į mokslinius tyrimus („Horizontas 2020“), infrastruktūrą ir strateginius projektus (Europos infrastruktūros tinklų priemonė, Europos strateginių investicijų fondas). Kitas biudžeto prioritetas – pabėgėlių priėmimo gerinimas, įskaitant infrastruktūros gerinimą, greitesnį paraiškų nagrinėjimą, kalbų kursų organizavimą. Pritariu siūlymui stiprinti ES išorės politiką siekiant kovoti su krizės priežastimis trečiojoje šalyje.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport immigrationniste qui préconise notamment d'augmenter le financement d'aide aux «migrants» à hauteur d'1,1 million d'euros, une somme qui viendra s'ajouter aux financements déjà votés pour le budget 2015 et à toutes les aides débloquées ces derniers mois pour le résultat que l'on connaît: une submersion migratoire accrue.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Une nouvelle fois, les parlementaires ont été appelés à amender le projet de budget 2016 soumis par la Commission européenne. Certes, il faut reconnaître que l'évolution des dépenses de l'UE entre 2015 et 2016 est quasiment nulle et que, par ailleurs, certains amendements allaient même dans le sens d'une réduction des dépenses pharaoniques des institutions de l'UE.

Cependant, le rapport dans son ensemble répond à une logique d'augmentation des dépenses via un accroissement des contributions des États membres: une perspective indécente quand on pense au rôle de gendarme de l'austérité endossé par Bruxelles depuis plusieurs années vis à vis des États membres!

C'est pourquoi, le bon sens voulait que je rejette la majorité des amendements visant à rétablir les plafonds des crédits qui avaient été abaissés dans le projet de budget initial.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Considerato che ad oggi poco è stato fatto per ridurre i costi delle istituzioni europee, mentre i nostri amministratori locali faticano a garantire ai cittadini buoni servizi date le scarsissime risorse a loro disposizione, ho espresso voto contrario.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Nacrt prijedloga budžeta koji je došao iz nadležnog odbora naglašava i uvažava dva ključna problema: migrantsku krizu i potrebu povećanja konkurentnosti EU-a. Kao izvjestiteljica za budžet u Odboru za ravnopravnost spolova, podržavam ovaj prijedlog.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this Report which contained a number of important provisions. Specifically, it highlighted that the European Union is currently facing a number of serious emergencies, notably the unprecedented migration and refugee crisis. This report called for financial resources to be deployed in the EU budget, in order to match the political challenges and therefore enable the EU to deliver and effectively respond to these crises, as a matter of utmost urgency and priority.

Whilst of course the refugee and migration crisis cannot be solved by financial resources alone, in these extraordinary times, extraordinary measures are required and a strong political commitment is needed to secure fresh appropriations for this purpose. It was for these reasons, amongst others, that I voted in favour of this report.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2016 prend déjà en compte de manière inconsidérée le financement des infrastructures destinées à l'accueil des migrants clandestins. Pourtant le rapporteur préconise d'accroître ce budget de 1,161 milliard d'euros afin de répondre à cette crise migratoire inédite.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Leur prétendue solidarité tourne au ridicule à l'heure où des millions d'Européens souffrent du chômage de masse et de la pauvreté. Leur préférence étrangère est tout simplement indigne de la part de responsables politiques dont l'unique objectif devrait être de défendre l'intérêt de leur peuple. Ces dépenses supplémentaires sont réalisées au détriment de la politique de cohésion qui permet pourtant de réduire les disparités régionales au sein de l'Union européenne et de favoriser la compétitivité structurelle de nos économies. Ce budget ne propose par ailleurs aucune solution durable pour garantir la réduction des arriérés des factures impayées en ce qui concerne la mise en œuvre des programmes pour la période 2014-2020. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce budget.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Bugetul general UE pentru exercițiul financiar 2016 constă în propunerea reducerii cuantumului sumelor care urmează a fi redistribuite de la o serie de linii bugetare aferente programului Orizont 2020 și Mecanismului pentru conectarea Europei. Rezultatul va fi creșterea cu 153 de milioane EUR a creditelor de angajament pentru Orizont 2020 și cu 150 de milioane EUR a creditelor aferente Mecanismului pentru interconectarea Europei.

În contextul actual trebuie să se țină seama de un efort financiar pentru a aborda deficiențele economiei Uniunii Europene, dar și de provocările pe care le confruntă: migrația și criza refugiaților, acțiunile care trebuie întreprinse cu privire la criza fermierilor, creșterea locurilor de muncă, rolul-cheie jucat de microîntreprinderi și IMM-uri, dar și angajamentul de a reduce întârzierile de plată restante pentru perioada 2007-2013 a programelor de coeziune la aproximativ 2 miliarde de euro până la sfârșitul anului 2016.

Am votat în favoarea acestei propuneri deoarece duce la creșterea fondurilor pe linii precum: Migrație și Azil, Erasmus Plus, creșterea inovării pentru IMM-uri, frontierele inteligente externe ale UE, programe care pun bazele unei Uniuni Europene prospere și cu o rată a șomajului cât mai mică.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore delle sole disposizioni riguardanti le piccole e medie imprese e l'agricoltura.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo relativa alla posizione del Consiglio sul progetto di bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2016, in quanto molte priorità politiche, quali la gestione efficace della crisi migratoria e dei rifugiati, la promozione della competitività attraverso la creazione di posti di lavoro e lo sviluppo delle imprese e dell'imprenditorialità nell'Unione, sono tutte sostenute con un adeguato stanziamento di risorse finanziarie.

In particolare, nel bilancio 2016 il Parlamento ha focalizzato la propria attenzione su migrazioni e rifugiati, considerando tali fenomeni come il punto di incrocio della solidarietà interna ed esterna, mobilitando gli strumenti di finanziamento opportuni, nell'ambito di un approccio integrato, al fine di affrontare alla radice le cause dei problemi cui è confrontata l'Unione.

Il bilancio prevede inoltre molti strumenti per stimolare la competitività, la crescita e l'occupazione di qualità nel mercato unico, contribuendo dunque nell'affrontare efficacemente le cause profonde delle crisi cui l'Unione è attualmente confrontata e per questo ho deciso di votare a favore del testo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this Report which contained a number of important provisions. Specifically, it highlighted that the European Union is currently facing a number of serious emergencies, notably the unprecedented migration and refugee crisis. This report called for financial resources to be deployed in the EU budget, in order to match the political challenges and therefore enable the EU to deliver and effectively respond to these crises, as a matter of utmost urgency and priority.

Whilst of course the refugee and migration crisis cannot be solved by financial resources alone, in these extraordinary times, extraordinary measures are required and a strong political commitment is needed to secure fresh appropriations for this purpose. It was for these reasons, amongst others, that I voted in favour of this report.

James Carver (EFDD), *in writing*. – The budget now looks to be restored to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 146.5 billion for payments; this is due to the opposition relating to the proposed cuts.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

There is major support for all EU programmes such as strengthening the European Neighbourhood Instrument plus Social and Territorial Cohesion. In addition to this there is added pressure to increase the budget to deal with the on-going refugee and migration crisis relating to the mismanagement of the disaster in the Mediterranean.

A further EUR 1.6 billion is directed to the Asylum Migration and Integration Fund; this includes Global Europe Security & Citizenship.

We cannot support programmes that have already been badly managed and expect the taxpayer to fund initiatives that are not valid or reliable in relation to meeting objectives of the citizens of Europe. These EU programmes do not serve the people of Europe but promote 'more Europe' and meet the political agenda of the Commission.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo votato oggi sul progetto del bilancio 2016. Su tutti gli emendamenti proposti, evidenzio che abbiamo deciso di allocare 473 milioni di aiuto per i giovani disoccupati alla ricerca di lavoro e un aiuto di 500 milioni di euro per gli agricoltori toccati dall'embargo sulla Russia.

Dita Charanzová (ALDE), *písemně*. – Podpořila jsem návrh rozpočtu Unie pro rok 2016, jelikož realistickým způsobem odráží aktuální priority EU. Jsem také velmi ráda, že v rámci unijního rozpočtu byl schválen také tzv. pilotní projekt, který jsem spolupředkládala. Projekt se bude zabývat posilováním pozice a vzdělávání spotřebitelů ohledně bezpečnosti produktů a tržního dohledu v rámci jednotného digitálního trhu a bude financován ve výši 325 000 EUR. Jeho cílem je přispět k tomu, že spotřebitelé si uvědomí rizika spojená s elektronickým obchodováním a v maximální míře se jim vyhnou.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del progetto poiché mi trovo pienamente d'accordo con la necessità che il Parlamento e il Consiglio, per conseguire risparmi a lungo termine nel bilancio dell'Unione, affrontino la questione dell'esigenza di una tabella di marcia per la creazione di un'unica sede, come richiesto a larga maggioranza dal Parlamento in varie risoluzioni. Inoltre, a causa dell'abolizione delle quote latte, ritengo necessarie misure preparatorie per evitare squilibri di mercato. Anche il settore dello zucchero merita altrettanta attenzione in vista della scadenza di settembre 2017. Infine mi trovo contrario ai finanziamenti dell'Unione alle corride poiché gli animali sono vita e la corrida rappresenta la morte, mentre l'Europa dovrebbe essere più coscienziosa nei confronti di chi, ad esempio, è rimasto senza lavoro e non delle corride.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Sono a favore del progetto di bilancio generale dell'UE per l'esercizio 2016, trovandomi pienamente d'accordo con la necessità di procedere quanto prima con la risoluzione della questione relativa alla creazione di un'unica sede del Parlamento europeo, al fine di poter risparmiare denaro che potrebbe contribuire a finanziare politiche a vantaggio dei cittadini europei. Altresì, mi compiaccio per il particolare rilievo dato nel progetto di bilancio alla necessità di imprimere un nuovo slancio all'occupazione, alla crescita, agli investimenti e al rilancio della competitività.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *in writing*. – I welcome the adoption of the paragraph on a roadmap for a single seat for the European Parliament, and the fact that Parliament has reiterated its call for a single seat. We need to be able to decide when and where to meet. This is an important step towards a more efficient Parliament.

I am the chair of the Single Seat Steering Group because I am committed to creating a more effective Parliament. European citizens are asking for this. They do not understand why, or accept that, we waste EUR 114 million and 19 000 tons of CO₂ every year on commuting between Brussels and Strasbourg. A majority of this Parliament has repeatedly voted in favour of the savings of a single seat. This is a vote in favour of a more cost-efficient Parliament.

We stand ready to pursue a constructive dialogue with all those who want to find viable solutions for all the European institutions' seats. I therefore encourage Guy Verhofstadt to bring this forward in his ongoing report in the Committee on Constitutional Affairs, in line with the decision of the Conference of Presidents of 11 February 2015. The deadlock must be broken. Now it is time for the Member States to take shared responsibility and to act.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Si tratta della risoluzione relativa all'approvazione del Bilancio dell'UE per l'anno 2016. La Commissione, nella sua proposta di giugno, proponeva uno stanziamento globale di 153,8 miliardi di euro in impegni e 143,5 miliardi in pagamenti; il Consiglio nella sua lettura di luglio ha applicato, come d'abitudine, alcune riduzioni, soprattutto per quanto riguarda i pagamenti, portati a 142,1 miliardi di euro. Il Parlamento europeo, attraverso il voto di fine settembre nella commissione per i bilanci, ha respinto in toto i tagli del Consiglio e ha inoltre proposto significativi incrementi rispetto anche alla proposta iniziale della Commissione europea. L'esito finale è stato quindi un aumento a 157,5 miliardi in impegni e 146,5 miliardi in pagamenti, con gli incrementi maggiori concentrati nella Rubrica III (Sicurezza e Cittadinanza), con un focus particolare per i fondi legati all'emergenza immigrazione. Sebbene le priorità sostenute dalla commissione per i bilanci siano in buona parte condivisibili, voto sfavorevole poiché critico l'impostazione generale poiché, per quanto riguarda ad esempio le spese amministrative, non c'è il minimo accenno a una loro riduzione e ogni anno si assiste a un loro continuo incremento, per nulla sostenibile in un periodo in cui è la stessa UE che chiede restrizioni agli Stati membri.

Javier Couso Permyu (GUE/NGL), *por escrito*. – Nuestra posición sobre el presupuesto de la Unión Europea para 2016 ha sido la de incrementar el gasto en todas aquellas partidas presupuestarias orientadas a una mejora del funcionamiento de la Unión Europea. Nos hemos negado a financiar programas europeos que repercutan en interés de la industria militar o que apoyen instituciones como FRONTEX, suponiendo escasas ganancias para los ciudadanos europeos. Asimismo, hemos propuesto y apoyado programas de ayuda a los países sometidos por la Troika, a territorios ocupados de Palestina y diferentes programas orientados a la generación de empleo y el apoyo a diferentes sectores, y hemos tratado de evitar recortes en las partidas más importantes para la economía europea. Consideramos que el presupuesto de la Unión debe evitar las políticas de austeridad para impulsar la economía y hemos votado en este sentido.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'approvazione del progetto di bilancio ha rappresentato la nostra sfida alle rigidità del Consiglio. Il nostro obiettivo è salvaguardare le risorse per crescita e occupazione. Rispetto al progetto di bilancio 2016 della Commissione abbiamo introdotto aumenti di 3,6 miliardi di impegni, e di 2,9 miliardi in pagamenti. Tra le altre cose, ci siamo concentrati sulla coesione economica, sociale e territoriale, aumentando di 473 milioni di euro lo stanziamento relativo all'occupazione giovanile e prevedendo risorse extra per fronteggiare il flusso di immigrati e la sfida dell'accoglienza. Le sfide che abbiamo di fronte si risolvono indovinando e proponendo soluzioni coraggiose e innovative, che, tuttavia, non vanno vanificate, e per questo come Parlamento faremo di tutto per preservare livelli di risorse adeguati e tali da permettere all'Europa di svolgere fino in fondo il suo ruolo di attore globale.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Megszavaztam a jövő évi uniós költségvetést. A 2016-os költségvetés része voltak olyan projekttervezetek is, amelyek megvalósítására jövőre támogatás hívható le az Európai Bizottságtól. A jóváhagyott projektek között szerepel Gál Kingával közösen beadott „Sokszínű Európa” c. közös projektünk is.

A megszavazott költségvetési jelentés értelmében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebbségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére az uniós forrásokból. A javaslat lényege, hogy többnyelvű, kulturális, oktatási és képzési céllal létrejövő programok kapjanak támogatást olyan európai régiókban, ahol a nemzeti kisebbségek jogai máig a háttérbe szorulnak. A programok a különböző népcsoportok együttélési feltételeit hivatottak javítani, elősegítve a kisebbségben élő nemzetek kulturális és nyelvi identitásának megőrzését. A projekt értelmében önkormányzatok, civil és ifjúsági szervezetek, iskolák, illetve a magánszektor képviselői pályázhatnak különböző események, rendezvények megszervezésére, amelyek célja helyi és regionális szinten a sokszínűség fenntartása és a diszkrimináció felszámolása.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the draft general budget of the European Union for 2016. It covers the administrative budgets of the EU institutions including the European Parliament (EP) but excluding the European Commission. I supported Parliament's approach as, while it protects the interests of Parliament and the Commission as functional bodies, it also safeguards employees while facilitating essential bodies like EEAS especially in the current international political situation.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport était la position du Parlement sur le budget de l'Union 2016. Il recommande d'annuler les coupes faites par le Conseil à la proposition initiale de la Commission et d'ajouter des fonds pour financer les mesures liées à la migration à l'intérieur et à l'extérieur de l'Union européenne, afin d'aider les jeunes au chômage à trouver un emploi. Il vise également à rétablir le financement de la recherche et des programmes de transport, réduit plus tôt cette année afin de financer le plan Juncker. Le Parlement a fixé le niveau global des crédits d'engagement (financement disponible pour les contrats) à 157,42 milliards d'euros et des crédits de paiement (argent disponible pour payer les factures) à 146,46 milliards d'euros.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах против доклада на г-н Фернандес и г-н Дьопре относно общия бюджет на Европейския съюз за финансовата 2016 г. — всички раздели. В този доклад бюджетната комисия на Европейския парламент измени предложения бюджет от Съвета и прие увеличения с 4159 млрд. евро за кредити за поети задължения и 4,34 млрд евро за бюджетни кредити за плащания. С това свое решение, бюджетната комисия се противопостави на предложените от Съвета намаления на бюджета и именно затова съм против предложението.

Да, трябва да се заделят повече средства за справяне с потока нелегални имигранти, да, трябва повече инвестиции за развиване на частния сектор и създаване на работни места. Но също така трябва и да се намерят начини да се спестят пари и то най-вече от огромната, многолюдна и неефективна администрация на Европейските институции и агенции, а не постоянно да се увеличава бюджета за сметка на бюджетите на държавите членки.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt irányvonalának megfelelően szavazatommal támogattam a 2016-os uniós költségvetésről szóló parlamenti álláspont elfogadását. A plenáris ülésen az EP a magyar érdekekkel összhangban megvédte a mezőgazdasági forrásokat a Tanács által indítványozott csökkentéstől. Az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése, így minden akadály elhárulhat az elől, hogy a magyar tejtermelők a beharangozott 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkapják.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – EU:s budget för år 2016 måste användas på bästa möjliga sätt. Ett exempel på detta är att avsätta så mycket som möjligt, givetvis inom ramen för flerårsbudgetens tak, till ett effektivt mottagande av flyktingar och migranter i medlemsländerna. Det är tråkigt att rådet inte delar denna uppfattning. EU:s budget måste vara modern och tydligt fokuserad på forskning, företagande och viktiga framtidsfrågor som klimat och miljö, om vi ska klara morgondagens utmaningar. Detta är inte per automatik liktydigt med en ökad budget. Tvärtom finns det utrymme för stora besparingar och omprioriteringar, även inom Europaparlamentet. Jag har därför röstat för en översyn av den s. k. ledamotsstadgan. Jag delar dock inte uppfattningen att vi Europaparlamentariker ska besluta om våra egna löner, arvoden och ersättningar.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Ao longo dos últimos meses, apresentámos um total de 128 propostas de alteração ao projeto de orçamento para 2016 apresentado pela Comissão Europeia e modificado pelo Conselho. De entre estas, reapresentámos em plenário 13 alterações, subscritas, cada uma delas, por pelo menos 40 deputados:

- A criação de um programa de apoio a uma saída negociada do Euro;
- A criação de um programa de apoio aos países intervencionados pela troica;
- O reforço de apoios às pequenas e médias empresas;
- O reforço da «Iniciativa para o Emprego dos Jovens», condicionando-a à criação de postos de trabalho permanentes com direitos;
- O reforço dos regimes de distribuição de fruta (66%) e leite nas escolas (100%);
- O reforço do Programa para o Ambiente e a Ação Climática LIFE – subprograma para o ambiente;
- O reforço das despesas com a tradução e a interpretação nas instituições da UE;
- O reforço do orçamento do Instituto Europeu para a Igualdade de Género (EIGE);
- O reforço do apoio ao processo de paz e da assistência financeira à Palestina.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

De conteúdo e alcance diversificados, estas propostas fundam-se num firme propósito de defesa dos interesses nacionais e na necessidade de afirmação de outras políticas e de um outro rumo para a Europa.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the fact that the level of the budget's increase is the same as the level of the estimates approved in spring 2015: reinforcements in the appropriations due to the creation of a new political group (ENL) and those necessary to ensure stable employment of contract staff in all political groups have been fully compensated by decreases in the EP administrative budget.

I support the enhanced transparency of the General Expenditure Allowance and the roadmap to a Single Seat, as well as the fact that the Commission's draft budget has been mostly restored – thus rejecting the cuts by the Council – with some adjustments to take into account the specific needs of the institutions.

My congratulations for the efforts made in order to restore the Draft Budget for the European External Action Service.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del presupuesto de la Unión convencido de la necesidad de que este sirva para consolidar la recuperación económica en la UE y para apoyar las políticas sociales y de integración de los ciudadanos de la Unión, mediante una correcta y eficaz aplicación de los fondos de la UE en los Estados, pero siempre teniendo en cuenta el principio de subsidiariedad y la necesidad que los fondos europeos puedan ser aplicados a nivel regional. Del mismo modo, deben consignarse los recursos financieros necesarios en el presupuesto de la Unión, para responder a los retos políticos y permitir a la Unión actuar y responder a las crisis de forma prioritaria y con la máxima urgencia.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich begrüße grundsätzlich den Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für 2016, da ich einen ernsthaften Sparwillen erkenne. Nicht akzeptieren kann ich allerdings die ab kommendem Jahr geplanten Millionen-Investitionen des „Welle-Plans“ in die Renovierung der baufälligen Brüsseler Parlamentsgebäude sowie die verschwenderische Errichtung von Neubauten, die letztlich 30-50 Prozent über dem Durchschnittspreis Brüsseler Bürobauten liegen. Das Parlament sollte - wie von mir und der „Groupe Kammerzell“ vorgeschlagen, die Gebäude in Brüssel veräußern und eine Roadmap für den Komplettumzug nach Straßburg vorlegen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Bericht zum Gesamthaushaltsplan für das Jahr 2016 zugestimmt. In dem vorgelegten Haushaltsplan werden die Bewältigung der Flüchtlingskrise, sowie eine Integration der Schutzsuchenden in Europa, priorisiert. Weiterhin ist zu begrüßen, dass andere hilfsbedürftige Sektoren, wie beispielsweise die Milch-wirtschaft, verstärkt Unterstützung erfahren.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted against the Draft general budget of the European Union for 2016. Breaking the MFF ceilings is not a fiscally responsible proposition. The focus of spending should be on tackling the major challenges we are faced with today: creating jobs and growth, supporting sustainable development and innovation, and managing the refugee crisis in a responsible and humane way.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – In this report I followed my political group line in almost every area, except in such articles referring to the implementation of austerity plans. For in these articles I therefore abstained, as the debate cannot be reduced to a 'pro' or 'contra' one.

Moreover, I did not support any increase in parliamentary assistance allowances, or funding to political parties and foundations, as I believe that the funding today is more than enough, and should not be increased any more.

In the case of the free vote on using CAP funding for bull fighting, I voted along my personal conviction, which is in favour, however I accept that it is a divisive and emotive issue for many.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este documento que determina la posición negociadora del Parlamento ante la Comisión y el Consejo. En primer lugar, porque el presupuesto es ligeramente mejor que en años anteriores (ligerísimo incremento), con sus luces (crecimiento del gasto humanitario en materia de refugiados, mejora de aspectos educativos, de investigación, Iniciativa de Empleo Juvenil y apoyo a las pymes) y sus sombras (desvío de recursos a un modelo de inversión insuficiente y problemático - el FEIE - y un porcentaje importante de recursos adicionales para la Europa-fortaleza y una mayor «competitividad»). En segundo lugar, y principalmente, porque se trata de contrarrestar la regresiva propuesta del Consejo, que resultaría muchísimo peor. La

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Resolución es crítica con los planteamientos del Consejo e incluye varias llamadas a la necesidad de medidas extraordinarias, la revisión del marco financiero plurianual para obtener más flexibilidad o la promoción del empleo de calidad.

Dado que los presupuestos resultantes presumiblemente contribuirán a perseverar en una UE neoliberal, con un presupuesto irrisorio y no redistributivo, más adelante votaremos en contra.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson och Jens Nilsson (S&D), skriftlig. – Vi svenska socialdemokrater valde att avstå i omröstningen om paketuppgörelsen för rubrik 1a (konkurrenskraft för jobb och tillväxt).

För vår del har flera poster i denna del av budgeten mycket hög prioritet. Här finns välfungerande verksamheter med tydliga europeiska mervärden. Investeringarna i forskning inom Horisont 2020 och infrastruktur inom *Connecting Europe Facility* hör till det bästa som görs i EU-samarbetet.

Vi ser gärna de starka satsningar på dessa program som budgetutskottet – och nu hela parlamentet – förespråkar. Den generella inriktningen är ju att programmen bör drabbas så lite som möjligt av etableringen av investeringsfonden Efsi.

Samtidigt är vi tveksamma till hur denna fråga har hanterats i budgetprocessen. Satsningarna borde ha kompenserats genom lämpliga besparingar i lågprioriterade delar av EU-budgeten. Eftersom så inte riktigt har skett – och detta bl.a. bidrar till att parlamentet hamnar ovanför MFF-taken för budgeten som helhet – kan vi inte helt och hållet ställa oss bakom lösningen för rubrik 1a.

András Gyürk (PPE), írásban. – A magyar néppárti képviselők szavazataikkal biztosították, hogy Magyarország legyen a 2016-os uniós költségvetés egyik nyertese. A szavazás során megvédtük a Magyarországnak járó kohéziós forrásokat, ugyanis a plenáris ülés megerősítette azt az álláspontot, amelynek megfelelően már a Költségvetési Bizottságban is nagy többséggel leszavazták azokat a törekvéseket, amelyek az Európai Regionális Fejlesztési Alap kereteit 20%-kal csökkentették volna azon országok esetében (köztük Magyarország esetében), amelyek ellenezték az Európai Bizottságnak a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótáit.

Prioritás volt az Előcsatlakozási Alap Tanács által javasolt csökkentésének visszafordítása. Ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A néppárti magyar delegáció javaslatainak köszönhetően több tízmillió eurós emelést sikerült elérni. A plenáris ülés a magyar érdekekkel összhangban megvédte a mezőgazdasági forrásokat a Tanács csökkentéseitől. Az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése, így a magyar tejtermelők a beharangozott 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkaphatják.

Marian Harkin (ALDE), in writing. – I was pleased to see in the EU's draft general budget 2016 measures which prioritise growth and jobs such as restoring the original levels of Horizon 2020 and Connecting Europe Facility before the cuts related to EFSI and crucially the continuation of the Youth Employment Initiative which reverts to the original annual instalment format for 2016 following the frontloading of payments for 2014 and 2015 with a commitment of almost EUR 500 million.

I was also very pleased that a proposal for a pilot project, regarding the reduction of youth unemployment and the setup of co-operatives as a measure to enhance working opportunities in the EU from myself and ALDE colleagues was approved. The main objective is to contribute to reducing youth unemployment by establishing best practice in the area of worker co-operatives for the whole of Europe. Worker co-operatives act as an economically feasible way to start entrepreneurship, and due to their communality as well as shared opportunities and obligations, they are a low risk way for participants to both work and own part of the company simultaneously.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam za nacrt općeg proračuna Europske unije za 2016. - svi dijelovi jer je dotičan nacrt u skladu s izazovima s kojima se Europska unija suočava, prvenstveno s izbjegličkom i migrantskom krizom. Godina koja je pred nama bit će posebno zahtjevna zbog gorućih problema za koje Unija treba čim prije pronaći adekvatna rješenja, a osim izbjegličke, podsjećam da je poljoprivredna kriza isto tako veliki izazov.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Stoga, važno je osigurati fleksibilnost proračuna kako bi se na što brži i učinkovitiji način krenulo rješavati spomenute situacije, ali i kako bi se jamčila spremnost za one nepredviđene. Važno je naglasiti da se financiranje glavnih politika i prioriteta Unije ne obustavlja te da je izgrađen adekvatan okvir kako bi se pokrenuo rast, zapošljavanje te financiranje malih i srednjih poduzeća, iako su pojedini programi i aktivnosti dijelom zanemareni. Međutim, iako s pojedinim nedostacima i manjkavostima, ovaj nacrt predstavlja balansiran i dosljedan proračunski plan kojeg podržavam.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Avec mes collègues du Front national, nous nous opposons à l'emprise excessive de Bruxelles sur les peuples européens. Nous croyons en une Europe fondée sur des nations et des peuples libres, nous croyons en une Europe fière de ses valeurs chrétiennes et de son héritage antique gréco-latin. En revanche, nous déplorons la construction européenne telle qu'elle est menée depuis quarante ans. Nous ne voulons pas de cette Union européenne fossoyeuse des souverainetés et destructrice des identités.

Or, cette construction technocratique artificielle, pour s'imposer sur les peuples européens, dispose d'un budget colossal. Ainsi, le budget prévu pour 2016, s'élèvera à plus de 150 milliard d'euros. C'est scandaleux de ponctionner les peuples européens alors même qu'il est devenu évident que cette Europe a complètement failli: immigration de masse, chômage de masse, crise morale et spirituelle, etc.

J'ai donc voté contre le projet général de l'Union européenne pour 2016.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mes collègues José Manuel Fernandes et Gérard Deprez sur les amendements au budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2016. Ces amendements visent à soutenir les politiques essentielles en faveur des citoyens européens pour faire face aux défis actuels de l'Union européenne et non à diminuer le budget comme le prévoit la proposition du Conseil. Le Parlement met ainsi la priorité sur l'emploi, la compétitivité, la crise agricole et la crise des réfugiés. Ainsi, près d'1,16 milliard d'euros ont été affectés au traitement de la crise des réfugiés, 473 millions d'euros aux programmes en faveur de l'emploi des jeunes, 500 millions d'euros en faveur des agriculteurs touchés par l'embargo russe et 1,3 milliard au programme de recherche Horizon 2020.

Cette position a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht ist abzulehnen, da im Grunde Mittel für Zwecke, für welche die Union kein Mandat besitzt, fließen sollen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted against a number of measures which would have seen the overall EU budget increase and against proposed rises for agricultural subsidies, including bullfighting subsidies, and administration. I voted instead to focus the EU budget more heavily upon investment for growth and jobs and voted for regional funding that goes directly to communities that are best able to determine how to deliver for people locally. I want to see a real budget reform in the EU, with areas that do not bring any real benefits to our constituents cut.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Das Parlament hat für den EU-Haushalt 2016 Verpflichtungsermächtigungen von 157,4 Milliarden Euro sowie Zahlungsermächtigungen in Höhe von 146,5 Milliarden Euro und damit einen Nettozuwachs von 4,159 bzw. 4,34 Milliarden Euro beantragt. Damit sollen nahezu sämtliche Kürzungen des Rates aufgehoben und die im mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 zwischen den EU-Mitgliedstaaten vereinbarten Obergrenzen ignoriert werden.

Neben sinnvollen Budgeterhöhungen wie der Beantragung von zusätzlichen 1,161 Milliarden Euro zur Bewältigung der aktuellen Migrationskrise sowie 473,2 Millionen Euro für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gibt es zahlreiche Haushaltslinien, welche die Parlamentsmehrheit weitgehend ungeprüft mit gleichen oder höheren Mitteln ausstatten möchte. So machen alleine die Bereiche Struktur- und Kohäsionspolitik sowie Landwirtschaft/Umwelt mehr als zwei Drittel des EU-Budgets aus, obschon die Umsetzung von Programmen und Aktivitäten gerade bei der Kohäsionspolitik oftmals mangelhaft ist. Nichtsdestotrotz sollen diese Bereiche unabhängig von erzielten Leistungen unangetastet bleiben. Dem stehen Kürzungen in den sehr wichtigen Bereichen Forschung (Horizont 2020) und Infrastruktur (Connecting Europe Facility CEF) gegenüber.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Unsere Forderungen nach einem nachhaltigen, ausgeglichenen und transparenten Haushalt, welcher auf einer effizienten, subsidiären und Zusatznutzen auf europäischer Ebene schaffenden Budgetpolitik gründet, wurden im vorliegenden Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt. Deshalb habe ich gegen den Haushaltsentwurf 2016 des Parlaments gestimmt.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je suis opposée au projet de budget 2016, car le budget reflète par définition les choix politiques de la Commission européenne, et ceux-ci sont désastreux. Les députés du Front National ont soutenu la grande majorité des amendements visant à réduire le budget, mais ceux-ci n'ont malheureusement pas été retenus.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Valoración general satisfactoria por el resultado alcanzado en comisión que refleja el acuerdo global para el presupuesto 2016 entre S&D, PPE y ALDE, y que en su mayoría ha sido también seguido por los Verdes. La posición adoptada por la Comisión de Presupuestos: repone todos los recortes propuestos por el Consejo respecto del proyecto de presupuesto presentado por la Comisión para el año 2016 en relación con los créditos de compromiso; propone un aumento considerable sobre el proyecto de presupuesto de la Comisión para prioridades políticas, concretamente. Con ello, la propuesta del PE asciende actualmente a 157 427 547 086 EUR en créditos de compromiso, es decir, 2 520 millones de euros por encima del proyecto de presupuesto (+ 1,63 %). Específicamente quisiera destacar mi voto individual a favor de la enmienda que prohíbe dedicar recursos del Presupuesto europeo a actividades taurinas, que fue aprobada. Por todas estas razones, voté a favor del informe.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Nuestra posición sobre el presupuesto de la Unión Europea para 2016 ha sido la de incrementar el gasto en todas aquellas partidas presupuestarias orientadas a una mejora del funcionamiento de la Unión Europea. Nos hemos negado a financiar programas europeos que repercutan en interés de la industria militar o que apoyen instituciones como FRONTEX, suponiendo escasas ganancias para los ciudadanos europeos. Asimismo, hemos propuesto y apoyado programas de ayuda a los países sometidos por la Troika, a territorios ocupados de Palestina y diferentes programas orientados a la generación de empleo y el apoyo a diferentes sectores, y hemos tratado de evitar recortes en las partidas más importantes para la economía europea. Consideramos que el presupuesto de la Unión debe evitar las políticas de austeridad para impulsar la economía y hemos votado en este sentido.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Das Parlament hat für den EU-Haushalt 2016 Verpflichtungsermächtigungen von 157,4 Milliarden Euro sowie Zahlungsermächtigungen in Höhe von 146,5 Milliarden Euro und damit einen Nettozuwachs von 4,159 bzw. 4,34 Milliarden Euro beantragt. Damit sollen nahezu sämtliche Kürzungen des Rates aufgehoben und die im Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 zwischen den EU-Mitgliedstaaten vereinbarten Obergrenzen ignoriert werden.

Neben sinnvollen Budgeterhöhungen wie der Beantragung von zusätzlichen 1,161 Milliarden Euro zur Bewältigung der aktuellen Migrationskrise gibt es zahlreiche Haushaltslinien, welche die Parlamentsmehrheit weitgehend ungeprüft mit gleichen oder höheren Mitteln ausstatten möchte. So machen alleine die Bereiche Struktur- und Kohäsionspolitik sowie Landwirtschaft/Umwelt mehr als zwei Drittel des EU-Budgets aus, obschon die Umsetzung von Programmen und Aktivitäten gerade bei der Kohäsionspolitik oftmals mangelhaft ist. Nichtsdestotrotz sollen diese Bereiche unabhängig von erzielten Leistungen unangetastet bleiben. Dem stehen Kürzungen in den sehr wichtigen Bereichen Forschung (Horizont 2020) und Infrastruktur (Connecting Europe Facility CEF) gegenüber.

Unsere Forderungen nach einem nachhaltigen, ausgeglichenen und transparenten Haushalt, welcher auf einer effizienten, subsidiären und Zusatznutzen auf europäischer Ebene schaffenden Budgetpolitik gründet, wurden im vorliegenden Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt. Deshalb habe ich gegen den Haushaltsentwurf 2016 des Parlaments gestimmt.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Nacrt proračuna Europske unije za 2016. donesen je imajući u vidu prioritete stvaranja novih radnih mjesta, gospodarski rast, investicije te novu migracijsku politiku. Njime je predviđeno povećanje na 157,4 milijarde eura u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza odnosno 146,4 milijarde eura u odobrenim sredstvima za plaćanje.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Podržala sam prijedlog Parlamenta budući da je ovo povećanje važno kako bi se omogućilo dodatno financiranje razvojnih projekata na području kvalitetnog zapošljavanja, poticanja poduzetništva i razvoja malog i srednjeg poduzetništva, ali isto tako kako bi se osnažili postojeći instrumenti kao odgovor na aktualnu migracijsku krizu.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Καταψηφίζω το σχέδιο του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016, διότι δεν είναι πλήρες και τεκμηριωμένο.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted against an increase in the EU Budget today, which goes beyond the Multiannual Financial Framework (MFF), the EU's seven-year framework regulating its annual budget.

I have voted to reprioritise the budget towards spending on growth, jobs and innovation – in particular the Youth Employment Initiative, which should be an EU priority.

I have also backed increased funding for refugees to help countries cope with the current humanitarian crisis.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Il progetto di bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2016 mi trova favorevole. La proposta di bilancio dell'Unione europea per il 2016 è incentrata sulla crescita, occupazione e migrazione. Il suddetto progetto prevede stanziamenti di pagamento per supportare la ripresa dell'economia europea. I fondi serviranno a finanziare investimenti volti a sostenere e promuovere l'innovazione, creare nuovi posti di lavoro e favorire la convergenza tra gli Stati membri e tra le regioni.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Es ist nicht einzusehen, dass noch mehr Geld aufgewendet werden soll. Oftmals für Zwecke, für welche die Union nicht einmal ein Mandat besitzt. Der Bericht ist daher abzulehnen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Voici le premier avis formel du Parlement sur le budget européen pour 2016, avant le vote final en décembre. D'emblée, on peut constater qu'aucune des recommandations formulées en juillet par le même rapporteur Fernandes n'a été suivie d'effet. Le rapporteur constate que le Conseil multiplie les obstacles à la résorption des impayés, alors qu'il appelait à les résorber «sans délais» en juillet. Un volontarisme de façade est toujours affiché pour 2016. Et le rapport exprime une salubre mise en garde contre les annonces factices comme celles du fond d'investissement Juncker conduisant à déshabiller des programmes existants. Tout en affirmant la nécessité de dégager un milliard supplémentaire pour affronter la crise des migrants, le rapport préconise un montant d'engagements pour 2016 inférieur de près de 4 milliards au budget pour 2015 ! Ce rapport prétend ainsi qu'on pourra faire plus avec moins, alors même que le budget 2015 s'est déjà avéré insuffisant ! C'est une raison suffisante pour voter contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La députée a voté contre le projet de budget de l'Union européenne pour 2016. Au Front national, nous nous opposons à la mainmise de Bruxelles sur les peuples européens. Nous croyons en une Europe fondée sur des nations et des peuples libres, nous croyons en une Europe fière de ses valeurs. En revanche, nous déplorons la construction européenne telle qu'elle est menée depuis quarante ans. Nous ne voulons pas de cette Union européenne destructrice des identités et fossoyeuse des souverainetés.

Or, cette construction technocratique artificielle, pour s'imposer sur les peuples européens, dispose d'un budget colossal. Ainsi, le budget prévu pour 2016, s'élèvera à plus de 150 milliards d'euros. C'est scandaleux de ponctionner les peuples européens, alors même qu'il est devenu évident que cette Europe a complètement failli: immigration de masse, chômage de masse, crise morale, etc.

C'est pourquoi la députée a voté contre le projet général de l'Union européenne pour 2016.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support Parliament's efforts to use the 2016 general budget to increase levels of youth employment across the Union, enhance the EU's competitiveness and to keep the necessary funds available to tackle the migration crisis.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the General budget of the European Union for 2016 — all sections. I supported the reinforcement of the budgetary lines of some political key priorities for growth, competitiveness and employment, in particular compensations for the cuts on the two important programmes Horizon 2020 and Connecting Europe Facility and the increase in the Youth Employment Initiative. I have also voted in favour of increase for the school fruit scheme and the school milk. Last but not least I voted against the subsidies for the breeding of bulls used for bullfighting.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Orçamento de 2016 espelha inteiramente as prioridades políticas, especificamente a solidariedade interna e externa, assim como o aumento da competitividade através da criação de emprego digno e de qualidade e do desenvolvimento das empresas e do empreendedorismo em toda a União.

Subscrevo a posição do relator relativamente à crise migratória e de refugiados, para a qual deverão ser mobilizados, no orçamento da União, os recursos financeiros necessários para estar à altura dos desafios políticos e permitir que a União obtenha resultados e responda eficazmente a estas crises, com carácter prioritário e de elevada urgência.

Considero fundamental haver um maior esforço para colmatar as lacunas da economia da União, através do aumento da competitividade, do crescimento e do emprego de qualidade, assim como defendo a continuação da Iniciativa para o Emprego dos Jovens, pelo papel elementar deste programa na luta contra o desemprego.

Louvo o trabalho do Deputado José Manuel Fernandes pela complexidade, pela explanação e pelo consenso que reuniu.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce vote concerne l'adoption de plusieurs amendements au projet de budget 2016 soumis par la Commission européenne. Il faut cependant rappeler que pour une fois, les États membres ont fait preuve de mesure puisque l'évolution en volume des dépenses de l'UE est quasiment nulle entre ce projet de budget 2016 et l'année 2015. Plusieurs amendements étaient à saluer, visant notamment à réduire les dépenses somptuaires des différentes institutions de l'UE. Mais la dynamique globale est à plus de dépenses et donc à plus de contribution demandée aux États membres. M'opposant à un budget de l'UE toujours plus élevé alors qu'on impose dans le même temps des mesures d'austérité inouïes aux États membre, j'ai voté contre la plupart des amendements visant à rétablir les plafonds des crédits qui avaient été abaissés dans le projet de budget initial.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accolgo con favore la relazione Fernandes–Deprez sul progetto di bilancio generale dell'UE per il 2016, in quanto riprende molti emendamenti proposti dal nostro gruppo S&D e quasi tutte le nostre richieste finanziarie. Il progetto corrisponde alle stime di bilancio approvate nella primavera del 2015. Purtroppo, a causa della recente crisi dei rifugiati, la Commissione europea ha dovuto proporre due lettere rettificative per stabilire una nuova linea di ben due miliardi che dovranno essere tolti da alcuni programmi già previsti. Accolgo, con altrettanto favore, la previsione di un piano di azione da seguire per l'ottenimento di una sede unica del Parlamento, il che, infatti, garantirebbe un'enorme ottimizzazione dei costi a beneficio dei contribuenti e del bilancio europeo. Anche il bilancio previsto per le altre istituzioni, fondamentalmente ripreso dalla bozza scritta dalla Commissione europea, mi pare equo e proporzionato alle nuove necessità istituzionali.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the draft general budget of the European Union for 2016.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat pentru proiectul de buget al UE referitor la exercițiul financiar 2016, deoarece consider că acesta asigură, pe de o parte, finanțarea pentru proiectele demarate și aflate în desfășurare, iar pe de altă parte, acordă o atenție suplimentară inovării, tinerilor și femeilor, ceea ce constituie un aspect esențial. Dintre proiectele pilot cuprinse în bugetul pentru anul 2015 aș dori să scot în evidență trei, pe care le consider foarte importante pentru România: proiectul pilot privind reducerea șomajului în rândul tinerilor; cel privind promovarea spiritului antreprenorial, prin educarea și încurajarea tinerilor să urmeze o carieră antreprenorială; și cel de-al treilea, cel privind îmbunătățirea accesului la finanțarea de risc pentru investiții în cercetare și inovare, cu precădere în rândul femeilor. Aceste trei subiecte, printre multe alte proiecte ce urmează să fie finanțate și care, după părerea mea, vor avea un impact pozitiv mare asupra cetățenilor, abordează principalele probleme din UE, în general, și din România, în mod special: lipsa de locurilor de muncă pentru tineri, lipsa investițiilor de orice fel, inclusiv private, în cercetare și inovare și slaba încurajare a tinerilor și a femeilor, în special în activitatea de antreprenariat.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this Report which contained a number of important provisions. Specifically, it highlighted that the European Union is currently facing a number of serious emergencies, notably the unprecedented migration and refugee crisis. This report called for financial resources to be deployed in the EU budget, in order to match the political challenges and therefore enable the EU to deliver and effectively respond to these crises, as a matter of utmost urgency and priority.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Whilst of course the refugee and migration crisis cannot be solved by financial resources alone, in these extraordinary times, extraordinary measures are required and a strong political commitment is needed to secure fresh appropriations for this purpose. It was for these reasons, amongst others, that I voted in favour of this report.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 fordert an vielen Stellen mehr finanzielle Mittel, für die die Europäische Union gar kein Mandat besitzt. Außerdem beinhaltet der Bericht weitere Bestrebungen in Richtung Transferunion mit dem Ziel, mehr in den Nachbarländern zu investieren. Ich sehe es eher als notwendig an, dass die finanziellen Mittel für die Unterstützung unserer eigenen Bürger verwendet werden, und habe somit gegen den Bericht gestimmt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Järgmise aasta eelarvega on ELil võimalus parandada mõned olulised senised tegematajätmissed, mis puudutavad ulatuslikku põgenikekriisi. Nii on hädavajalik suurendada lõpuks rahaeraldise Süüria põgenikelaagritele Türgis, Jordaania ja Liibanonis, aga ka teiste konfliktipiirkondade põgenikelaagritele.

Elamistingimuste parandamine neis keskustes võimaldaks põgenikel vältida ohtlikku teekonda Euroopasse. Oluliselt tuleb suurendada panust Kreekas ja Itaalias põgenike vastuvõtukeskuste loomiseks ja adekvaatseks ülalpidamiseks. See võimaldaks panna piiri põgenike traagilisele juhitud liikumisele mööda Euroopat. Samuti tuleb tõsiselt suurendada panust läbimõeldud arengu toetamiseks nii ELi lõuna- kui ka idanaabruses.

2016. aasta eelarve peab võimaldama aidata kaasa tegelike muutuste tegemisele Ukraina majandussüsteemis ning olla toeks ka teistele riikidele, kes liiguvad täieliku turumajanduse suunas ja kinnistavad õigusriigi põhimõtteid. Ukraina, Moldova ja Gruusia suunal saab EL teha senisest enam ka eelarveliselt.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte car nous nous sommes entendus sur un budget de crise qui restaure toutes les coupes opérées par le Conseil. Mieux, toutes les coupes opérées lors de l'accord EFSI – le bras armé du plan de relance des investissements – ont été supprimées pour maintenir les budgets de recherche et des transports, qui sont eux-mêmes des budgets d'investissement efficaces. Des ressources additionnelles également ont été inscrites pour la lutte contre le chômage des jeunes ainsi que pour l'aide aux réfugiés.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Nacrt proračuna za 2016. godinu je prvi EU proračun pripremljen u svjetlu političkih smjernica predsjednika Komisije Junckera koji predstavlja novi plan za Europu za razvoj radnih mjesta, razvoja, pravde i demokratskih promjena, posebice kroz Europski fond za strateško ulaganje (EFSI). Proračun za 2016. podupire solidarnost među državama članicama i ostalima iz regije kroz Europski strukturni i investicijski fond te pomaže mladima u edukaciji i pronalasku posla preko Inicijative za zapošljavanje mladih.

Nadalje, sredstva su predviđena i za smirivanje krize u susjedstvu Europe (Sirija i Ukrajina). Nacrt proračuna Komisije za 2016. odražava 10 političkih prioriteta Junckerovog plana. Ukupni rashodi u nacrtu za 2016. iznose 153 529,5 milijuna eura, što odgovara 1,04 % BND-a, a što iznosi 8413,3 milijuna eura, odnosno smanjenje rashoda od 5,2 % u odnosu na 2015. Sredstva plaćanja (uključujući posebne instrumente) iznose 143 541,5 milijuna eura, što odgovara 0,98 % BND-a.

To predstavlja umjereno povećanje od 1,6 % u odnosu na razinu plaćanja sredstava u proračunu za 2015. Treba dodati da će već četvrtu godinu za redom, Komisija smanjiti broj zaposlenika za 1 % u 2016.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce vote concerne l'adoption de plusieurs amendements au projet de budget 2016 soumis par la Commission européenne. Il faut cependant rappeler que pour une fois, les États membres ont fait preuve de mesure puisque l'évolution en volume des dépenses de l'UE est quasiment nulle entre ce projet de budget 2016 et l'année 2015. Plusieurs amendements étaient à saluer, visant notamment à réduire les dépenses somptuaires des différentes institutions de l'UE. Mais la dynamique globale est à plus de dépenses et donc à plus de contribution demandée aux États membres. M'opposant à un budget de l'UE toujours plus élevé alors qu'on impose dans le même temps des mesures d'austérité inouïes aux États membre, j'ai voté contre la plupart des amendements visant à rétablir les plafonds des crédits qui avaient été abaissés dans le projet de budget initial.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Podržavam ovogodišnji balansirani nacrt proračuna za sljedeću godinu kojim se nastoji regulirati i izjednačiti omjer prihoda i rashoda, kao i predvidjeti sredstva zaostalih potraživanja koja nisu plaćena. Obzirom da dolazim iz Hrvatske, jedne od zemalja na migrantskoj ruti koja se aktivno i odgovorno odnosi prema izbjegličkoj krizi, posebno pozdravljam sredstva dodijeljena isključivo za ovu namjenu, za Grčku, Europski fond za strateška ulaganja te financiranje Inicijative zapošljavanja mladih.

Suradnjom skupina S&D-a i EPP-a ostvarena je dodjela sredstava u iznosu od 1326 milijuna za dva važna programa: Obzor 2020. i Instrument za povezivanje Europe, kao i za niz drugih programa koji smjeraju poticanje rasta, konkurentnosti i zapošljavanja. U području ekonomske, socijalne i teritorijalne kohezije posebno je hvalevrijedno usvajanje amandmana za povećanje sredstava Inicijative zapošljavanja mladih u iznosu od 473 milijuna eura, a u sferi održivog razvoja i prirodnih resursa odobren je paket hitne podrške za proizvođače mliječnih proizvoda.

S ponosom ističem da je grupa S&D uspjela osigurati povećanje u odnosu na nacrt Komisije za vanjsku razvojnu politiku, humanitarnu pomoć, Europski instrument za demokraciju i ljudska prava i druge važne razvojne programe.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – Les anti-corridas ont beau s'agiter en criant à la fin des subventions européennes pour les éleveurs de taureaux de combat, ils sont pour autant dans l'ignorance la plus complète. Que les choses soient claires, la PAC ne finance pas la tauromachie. La PAC subventionne les élevages de bœufs et de veaux, sans aucune discrimination. Ensuite, si les États, comme l'Espagne et la France, veulent orienter une partie du budget de la PAC et du FEADER vers les élevages de taureaux de combat, c'est leur droit le plus strict, rien ne le leur interdit. La Commission européenne a d'ailleurs une position limpide sur ce sujet depuis de nombreuses années. Ces amendements, même votés, sont juridiquement bancals et mal préparés. Ils n'ont par conséquent aucune valeur.

Seule la droite européenne dans sa grande majorité a voté contre, et ainsi respecté le principe de subsidiarité et les libertés culturelles. Les autres familles politiques se sont dispersées, gauche, centristes, extrémistes. En ne prenant pas de position claire, elles ont bafoué nos traditions!

Les Verts et les anti-corridas ont allumé un feu de paille, cette année il a pris, mais, par définition, il s'éteindra de lui-même. Je leur donne rendez-vous à la fin des négociations budgétaires.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – Votei a favor do projeto de orçamento geral para o exercício de 2016, por considerar que a posição do Parlamento reflete adequadamente as prioridades políticas europeias, procurando mobilizar os recursos necessários para que a UE possa responder aos importantes desafios que enfrenta, nomeadamente no que respeita à crise migratória e dos refugiados, à criação de emprego e ao desenvolvimento das empresas e do empreendedorismo.

Neste sentido, cumpre, desde logo, saudar o abrangente pacote de alterações apresentado com vista a proporcionar uma resposta à crise migratória, tanto na sua vertente interna como externa.

Permito-me ainda destacar as propostas avançadas no sentido de reforçar o programa COSME e o programa Horizonte 2020 e de assegurar a continuidade da Iniciativa para o Emprego dos Jovens.

Do mesmo modo, importa salientar a importância do pacote de apoio de emergência de 500 milhões de euros de ajuda aos produtores de leite, bem como a relevância do plano de pagamento comum para 2015-2016, acordado entre o Parlamento, o Conselho e a Comissão, de forma a reduzir o volume de pagamentos em atraso relativos aos programas de coesão do período 2007-2013.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit.* – Le budget de l'Union européenne pour l'année 2016 voté par le Parlement se veut ambitieux et réaliste au regard des défis qui nous attendent et des faibles ressources dont nous disposons. C'est la raison pour laquelle j'ai voté en faveur de ce texte.

En annulant les coupes de 4 milliards d'euros voulues par le Conseil, les députés européens ont réaffirmé leur volonté de répondre à la crise des réfugiés, dont la solution ne peut qu'être européenne, mais aussi leur détermination à soutenir l'économie de l'Union européenne qui reste encore fragilisée par le manque de confiance des investisseurs, en mettant notamment l'accent sur l'innovation et les PME comme relais de croissance.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Concernant les transports et les investissements de long terme, je me réjouis que des fonds supplémentaires aient été alloués au mécanisme pour l'interconnexion en Europe, afin d'intensifier les investissements durables dans les infrastructures de l'énergie, des télécommunications et des transports. Je me félicite aussi de l'adoption de cinq postes supplémentaires par l'Agence ferroviaire européenne par rapport à ce qu'avait proposé la Commission. Comme pour l'immigration, cessons de demander toujours plus à l'Europe sans lui donner les moyens d'action correspondants.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui prévoit notamment, et ce afin de répondre aux besoins des États membres qui gèrent les plus grands afflux de réfugiés et de migrants ainsi que ceux des pays hors UE qui en hébergent encore davantage, 1,16 milliard d'euros de plus pour des mesures de gestion de la migration que la Commission européenne a proposé initialement.

En matière d'emploi, le Parlement a ajouté 473 millions d'euros pour les contrats de nouveaux programmes visant à aider les jeunes chômeurs à trouver de l'emploi. Les agriculteurs touchés par l'embargo russe sur les importations de produits alimentaires provenant de l'UE et par les bas prix du lait recevront également 500 millions d'euros supplémentaires.

Le Parlement a, enfin, ajouté 1,3 milliard d'euros pour le programme de recherche européen Horizon 2020 et le mécanisme pour l'interconnexion (des infrastructures) de l'Europe, pour restituer les fonds empruntés à ceux-ci afin de lancer le plan d'investissement Juncker. En revanche, j'ai voté contre toute augmentation des frais et des dépenses liés à l'activité de député européen.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este documento que determina la posición negociadora del Parlamento ante la Comisión y el Consejo. En primer lugar, porque el presupuesto es ligeramente mejor que en años anteriores (ligerísimo incremento), con sus luces (crecimiento del gasto humanitario en materia de refugiados, mejora de aspectos educativos, de investigación, Iniciativa de Empleo Juvenil y apoyo a las pymes) y sus sombras (desvío de recursos a un modelo de inversión insuficiente y problemático - el FEIE - y un porcentaje importante de recursos adicionales para la Europa-fortaleza y una mayor «competitividad»). En segundo lugar, y principalmente, porque se trata de contrarrestar la regresiva propuesta del Consejo, que resultaría muchísimo peor. La Resolución es crítica con los planteamientos del Consejo e incluye varias llamadas a la necesidad de medidas extraordinarias, la revisión del marco financiero plurianual para obtener más flexibilidad o la promoción del empleo de calidad.

Dado que los presupuestos resultantes presumiblemente contribuirán a perseverar en una UE neoliberal, con un presupuesto irrisorio y no redistributivo, más adelante votaremos en contra.

Jasenko Selimovic (ALDE), *skriftlig*. – EU:s budget måste vara modern och tydligt fokuserad på forskning, företagande och viktiga framtidsfrågor som klimat och miljö, om vi ska klara morgondagens utmaningar. Detta är inte per automatik liktydigt med en höjd budget. Tvärtom finns det utrymme för stora besparingar och omprioriteringar, även inom Europaparlamentet. Jag har därför röstat för en översyn av den s.k. ledamotsstadgan. Jag delar dock inte uppfattningen att vi Europaparlamentariker ska besluta om våra egna löner, arvoden och ersättningar.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nuestra posición sobre el presupuesto de la Unión Europea para 2016 ha sido la de incrementar el gasto en todas aquellas partidas presupuestarias orientadas a una mejora del funcionamiento de la Unión Europea. Nos hemos negado a financiar programas europeos que repercutan en interés de la industria militar o que apoyen instituciones como FRONTEX, suponiendo escasas ganancias para los ciudadanos europeos. Asimismo, hemos propuesto y apoyado programas de ayuda a los países sometidos por la Troika, a territorios ocupados de Palestina y diferentes programas orientados a la generación de empleo y el apoyo a diferentes sectores, y hemos tratado de evitar recortes en las partidas más importantes para la economía europea. Consideramos que el presupuesto de la Unión debe evitar las políticas de austeridad para impulsar la economía y hemos votado en este sentido.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – A minha oposição às corridas de touros de morte e a outras touradas de sangue é pública, tendo subscrito um abaixo-assinado sobre a matéria.

Abstive-me nesta votação relativamente às alterações 22 e 435, porque a proposta em causa é incoerente, uma vez que não há financiamento europeu para corridas de touros de morte.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Como tal, entendo que, enquanto deputado ao Parlamento Europeu, apesar da reconhecida boa-intenção que está por detrás da proposta, esta parte de um pressuposto falso, tratando-se, a meu ver, de um não assunto no âmbito do orçamento da UE e de um diversivo que, sendo expandido a outras questões relacionadas com o bem-estar animal, que aliás defendo em pleno, acaba por criar sérios problemas de ruído com matérias fora de contexto, curtas de pormenor e deficientemente formalizadas.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this draft budget due to the huge spending increases. I am against the EU wasting taxpayers' money in this way.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted against the Parliament's negotiating position for the budget of the European Union because I do not believe that breaking the MFF ceilings is a fiscally responsible proposition at this time. As my colleague has said, more of the EU Budget needs to be spent on creating growth and more flexibility is needed to reprioritise the budget and direct it towards priority areas, such as the current humanitarian crisis and greater investment for growth. I could not agree more.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Proračun EU-a je u prvom redu investicijski proračun koji služi kao katalizator rasta, konkurentnosti i radnih mjesta diljem Unije. Udruživanjem resursa i ekonomija olakšava provedbu programa i projekata koje bi inače bilo teško, ili čak nemoguće, provesti te jamči strateška ulaganja u projekte s europskom dodatnom vrijednošću.

Najveći udio u investicijskim rashodima proračuna EU-a čine europski strukturni i investicijski fondovi koji su ključni za stvaranje radnih mjesta, povećanje rasta i poboljšanja konkurentnosti i inovacija. Predloženi plan ulaganja i proračun EU-a međusobno su povezani kroz Europski semestar te se nadopunjuju, a zajedno su usmjereni na oživljavanje gospodarstva i poticanje stvaranja radnih mjesta.

Ipak, na plenarnoj sjednici izjasnio sam se kao suzdržan. Iako pozdravljam plan ulaganja koji je iznijela Komisija kojim se može omogućiti mobilizacija 315 milijardi eura za ulaganje u infrastrukturu, obrazovanje i istraživanja te u mala i srednja poduzeća i srednje kapitalizirana poduzeća kako bi se smanjio deficit javnih i privatnih ulaganja uzrokovan gospodarskom i financijskom krizom, nejednakosti u razvoju različitih regija EU-a su sve veće.

Stoga se prije svega treba pokazati opravdanost, pravednost i vjerodostojnost ciljeva proračuna te se treba usmjeriti na rješavanje problema nastalih do 2014. godine, kako bismo mogli zajedno, čistih računa nastaviti planirati dalje.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho votato oggi a favore della proposta del Parlamento sul bilancio generale dell'Unione europea per il 2016, che verrà usata come base per arrivare a un accordo con il Consiglio. La nostra proposta di allocazione delle risorse finanziarie dell'Unione riflette la necessità di affrontare le priorità di azione emerse di recente. Innanzitutto, la crisi migratoria e dei rifugiati, per la quale proponiamo lo stanziamento di fondi adeguati in linea con quanto proposto dalla Commissione e contro i tagli proposti dal Consiglio, per un totale di circa un miliardo di euro. Puntiamo poi a lottare contro la disoccupazione giovanile, con 473 milioni di euro per nuovi programmi di supporto alla ricerca di lavoro per giovani disoccupati, e a promuovere la crescita, aumentando il finanziamento a Horizon 2020, Cosme e Erasmus+, ma anche prevedendo delle compensazioni per gli agricoltori colpiti dall'embargo russo sulle importazioni dei prodotti alimentari europei (circa 500 milioni di euro). Un'attenzione particolare è stata data alla ricerca e innovazione, veri motori di competitività, per consolidare gli sforzi nella costruzione di infrastrutture digitali tecnologicamente avanzate tramite Horizon 2020 e il Meccanismo per collegare l'Europa. Si tratta quindi di un bilancio orientato verso il futuro e basato su un'idea di sviluppo inclusivo e sostenibile.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržao sam ovo izvješće iz razloga što smatram da proračun odražava političke prioritete koje je usvojila većina u prethodno donesenim rezolucijama. Smatram da su prioriteti unutarnja i vanjska solidarnost, posebno učinkovito rješavanje migracijske i izbjegličke krize, kao i povećanje konkurentnosti stvaranjem dostojanstvenih i kvalitetnih poslova te razvojem poduzeća i poduzetništva u Uniji.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Unija se suočava s nizom ozbiljnih kriza kao što su migracijska i izbjeglička kriza, te je nužno predvidjeti potrebna financijska sredstva za rješavanje aktualnih izazova s kojima bi se Uniji omogućilo da hitno pronade rješenja i učinkovito odgovori na te krize, što treba biti njezin prioritet. Naravno podrazumijeva se da migracijska i izbjeglička kriza ne mogu biti riješene isključivo financijskim sredstvima.

Podržavam i odluku da se poduzmu mjere za rješavanje aktualne krize u sektoru poljoprivrede, osobito u mliječnom sektoru te da će već u svom stajalištu o proračunu za 2016. uključiti mjere podrške u hitnim slučajevima u iznosu od 500 milijuna EUR koje je najavila Komisija. Također podržavam odluku da se sredstva namijenjena za krizne slučajeve u 2015. prenesu u proračun za 2016. godinu te da će ta neiskorištena sredstva biti iskorištena za povrat sredstava korisnicima izravnih plaćanja, kao što je predviđeno u Uredbi (EU) br. 1306/2013.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o splošnem proračunu Evropske unije za proračunsko leto 2016. Svet je pred tednom dni pozval Evropski parlament k realizmu pri sprejemanju EU proračuna 2016. Predlagani amandmaji so zelo realističen odziv na probleme, s katerimi se soočamo v EU, kot so begunci, brezposelnost in naraščajoče razlike med članicami. Da bodo države vzdolž balkanske poti lahko sodelovale in zaščitile eno temeljnih pridobitev EU, Schengen in prost pretok ljudi, potrebujejo sredstva. Res pa je, da je pri porabi EU sredstev dosti maneverskega prostora za njihovo bolj učinkovito in uspešno porabo.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Πρόκειται για την έκθεση που θα δώσει την εντολή στη διαπραγματευτική ομάδα του Κοινοβουλίου για τον τριμερή διάλογο που θα ακολουθήσει για τον προϋπολογισμό του 2016. Η συγκεκριμένη διαδικασία γίνεται πάντοτε για τον προϋπολογισμό και οι αποφάσεις που λαμβάνονται κατά τον τριμερή διάλογο δεν επιστρέφουν στο Κοινοβούλιο για τελική έγκριση. Αυτός είναι και ο λόγος που τις πλείστες φορές το Συμβούλιο περνά όλες του τις θέσεις και τα κονδύλια των προϋπολογισμών κόβονται περισσότερο ακόμα και από τις προτάσεις της Επιτροπής. Φυσικά όλη η διαδικασία και το μέγεθος των κονδυλίων των προϋπολογισμών καθορίζεται από το Πολυετές Δημοσιονομικό Πλαίσιο 2014-2020.

Με αυτή του την έκθεση το Κοινοβούλιο επαναφέρει όλα τα κονδύλια στα επίπεδα που προτείνει η Επιτροπή στη δική της πρόταση, επαναφέροντας τις δεσμεύσεις στα 157 δισ. 427,5 εκ. και τις πληρωμές στα 146 δισ. 459,5 εκ. Σε σχέση με την προηγούμενη χρονιά προχώρησε σε αποκοπές ύψους 3,5 δισ. σε δεσμεύσεις και 2,9 δισ. σε πληρωμές.

Καταψηφίσαμε την εν λόγω έκθεση, καθώς η θέση μας για τον προϋπολογισμό είναι πάγια και δεν χωράει καμιά αμφιβολία ότι και ο προϋπολογισμός 2016 είναι ένας ακόμη προϋπολογισμός λιτότητας. Δυστυχώς τις ίδιες τάσεις ακολουθεί και το Πολυετές Δημοσιονομικό Πλαίσιο, αλλά και οι κυρίαρχες νεοφιλελεύθερες δυνάμεις στο Συμβούλιο, την Επιτροπή και το Κοινοβούλιο.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Το σχέδιο προϋπολογισμού του 2016 μετατοπίζει το κέντρο βάρους της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην ενίσχυση με συνολικό ποσό 26 εκατομμυρίων ευρώ στους εξαρτημένους οργανισμούς με καθήκοντα που σχετίζονται με τη μετανάστευση, με την Ευρωπαϊκή Υπηρεσία Υποστήριξης για το Άσυλο (EASO) να λαμβάνει τη μεγαλύτερη αύξηση ύψους 12 εκατομμυρίων ευρώ πάνω από το ποσό του σχεδίου προϋπολογισμού, του ταμείου TAME, παρά προς τους ίδιους τους πολίτες της και τις ανάγκες τους. Υπάρχουν κράτη μέλη της Ένωσης που μαστίζονται από την κρίση, και όμως είναι οι πρώτες χώρες που χαρακτηρίζονται ως χώρες περισυλλογής μεταναστών και οφείλουν σύμφωνα με τους κανόνες της ΕΕ να τους φροντίσουν καθόλη την παραμονή τους εκεί. Χώρες όπως είναι η Ελλάδα αδυνατεί να φροντίσει τους ίδιους τους πολίτες της.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du projet de budget de l'UE pour 2016, en totale adéquation avec la ligne politique de mon groupe, à l'exception de la ligne sur les corridas où j'ai refusé l'amendement.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The report on the draft general budget of the EU for the financial year 2016 sets it at EUR 146 billion in payment appropriations, which is an increase of EUR 4 billion compared with the Council position. The increase in appropriations reflects two key political priorities of the EU – tackling the migration and refugee crisis and boosting competitiveness. Apart from expenditures on asylum and immigration, it will finance for example the COSME program for small and middle size enterprises, the research programme Horizon 2020 and mechanisms for the interconnection of Europe. In my opinion, these objectives are well justified, and the dedication of more resources is crucial if we want to implement sustainable solutions to the migration crisis. I therefore voted in favour of it.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2016 sem podprla, ker zagotavlja potrebna finančna sredstva za vse politične izzive Unije.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este documento que determina la posición negociadora del Parlamento ante la Comisión y el Consejo. En primer lugar, porque el presupuesto es ligeramente mejor que en años anteriores (ligerísimo incremento), con sus luces (crecimiento del gasto humanitario en materia de refugiados, mejora de aspectos educativos, de investigación, Iniciativa de Empleo Juvenil y apoyo a las pymes) y sus sombras (desvío de recursos a un modelo de inversión insuficiente y problemático - el FEIE - y un porcentaje importante de recursos adicionales para la Europa-fortaleza y una mayor «competitividad»). En segundo lugar, y principalmente, porque se trata de contrarrestar la regresiva propuesta del Consejo, que resultaría muchísimo peor. La Resolución es crítica con los planteamientos del Consejo e incluye varias llamadas a la necesidad de medidas extraordinarias, la revisión del marco financiero plurianual para obtener más flexibilidad o la promoción del empleo de calidad.

Dado que los presupuestos resultantes presumiblemente contribuirán a perseverar en una UE neoliberal, con un presupuesto irrisorio y no redistributivo, más adelante votaremos en contra.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento plantea una propuesta de presupuesto para confrontar con las iniciales de la Comisión y la subsiguiente del Consejo. No se vota el presupuesto de la UE, sino la propuesta del Parlamento para la siguiente fase de negociación.

Aunque las cuentas y la Resolución no entran dentro de nuestro discurso, de manera táctica conviene abstenerse en este momento. Primero, porque el presupuesto es ligeramente mejor que en años anteriores, obviamente con sus luces (crecimiento, gasto humanitario en materia de refugiados, mejora de aspectos educativos, de investigación, iniciativa de empleo juvenil y apoyo a las pymes) y sus sombras (desvío de recursos a un modelo de inversión insuficiente y problemático - el FEIE - y un porcentaje importante de recursos adicionales para la Europa-fortaleza y una mayor «competitividad»). En segundo lugar, porque se trata de llevar una posición fuerte que contrarreste la muy regresiva propuesta del Consejo. A este respecto, la Resolución es crítica con los planteamientos del Consejo e incluye varias llamadas a la necesidad de medidas extraordinarias y la revisión del marco financiero plurianual.

Por ello, en tanto que los presupuestos resultantes serán presumiblemente inaceptables, con un presupuesto irrisorio y no redistributivo, más adelante votaremos en contra.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – Me he abstenido porque no comparto las líneas generales del presupuesto pero entiendo que se debe reforzar la posición negociadora del Parlamento en el triálogo y las reuniones del Comité de Conciliación.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the general budget of the European Union for 2016. The resolution highlights that the Union is currently facing a number of serious emergencies, notably the unprecedented migration and refugee crisis, on which there is substantial focus in the 2016 budget. The main areas of the budget are: Competitiveness for growth and jobs; Economic, social and territorial cohesion; Sustainable growth: Natural resources; Security and Citizenship; Global Europe and Administrative and research support expenditure. Parliament's estimates for 2016 were set at EUR 1 823 648 600, which corresponds to a 1.6% increase over the 2015 budget; in addition, EUR 15 million have been earmarked for urgent investments in security and cyber security, setting the overall level of its 2016 budget at EUR 1 838 648 600.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – Nuestra posición sobre el presupuesto de la Unión Europea para 2016 ha sido la de incrementar el gasto en todas aquellas partidas presupuestarias orientadas a una mejora del funcionamiento de la Unión Europea. Nos hemos negado a financiar programas europeos que repercutan en interés de la industria militar o que apoyen instituciones como FRONTEX, suponiendo escasas ganancias para los ciudadanos europeos. Asimismo, hemos propuesto y apoyado programas de ayuda a los países sometidos por la Troika, a territorios ocupados de Palestina y diferentes programas orientados a la generación de empleo y el apoyo a diferentes sectores, y hemos tratado de evitar recortes en las partidas más importantes para la economía europea. Consideramos que el presupuesto de la Unión debe evitar las políticas de austeridad para impulsar la economía y hemos votado en este sentido.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – Este orçamento é o reflexo do atual momento desta união europeia. Um projeto que está enalhado num mar de incerteza de falta de confiança mútua e que desincentiva os países a contribuir para o orçamento. Este orçamento, curto para tanta ambição, apenas irá alimentar a desilusão daqueles que ainda acreditam neste projeto europeu.

Registámos positivamente os esforços para construir o melhor orçamento possível dentro dos limites estreitos determinados pela recusa dos principais países em contribuir para reforçar o orçamento, sem o qual não são possíveis políticas de coesão social e territorial.

Não alimentamos nenhuma ilusão num projeto que aposta tudo em medidas do lado da oferta e acredita que o investimento há de cair do céu, através de um fundo de investimento estratégico sem credibilidade e que irá apenas reforçar as parcerias público-privadas e a concentração do investimento nas regiões mais ricas.

Importa também lembrar que muitas das questões mais quentes discutidas a propósito deste orçamento, como é o caso dos apoios aos agricultores e aos refugiados, decorrem de políticas erradas, tomadas nos últimos anos, e que decorrem da matriz neoliberal e neocolonial que caracteriza esta União Europeia, hoje em plena crise de valores.

Harald Vilimsky (ENF), schriftlich. – Es ist nicht einzusehen, dass noch mehr Geld aufgewendet werden soll. Oftmals für Zwecke, für welche die Union nicht einmal ein Mandat besitzt. Der Bericht ist daher abzulehnen.

Daniele Viotti (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della proposta di bilancio del Parlamento, che verrà usata come base per arrivare a un accordo con il Consiglio. La Commissione europea ha compreso la drammaticità dell'emergenza migranti – che non è più un'emergenza ma una questione strutturale – stanziando fondi adeguati mentre noi parlamentari abbiamo lavorato per compensare i tagli più miopi proposti dal Consiglio. Anche quest'anno abbiamo puntato a salvare crescita e occupazione, aumentando il finanziamento a Horizon 2020, Cosme e Erasmus+. Vogliamo un bilancio che punti su ricerca e innovazione, concentrato sulle infrastrutture digitali e telematiche, capace di guardare al futuro e non arroccato su un'idea di sviluppo leggermente fuori dalla storia. Abbiamo fatto molti passi avanti sul tema della *sharing economy*. Un mio progetto pilota è stato inserito fra quelli meritevoli di finanziamento. Potrò dirvi di più nei prossimi mesi ma spero che contribuisca, nel suo piccolo, a supportare chi investe nelle economie più innovative e sostenibili. Inoltre il Parlamento ridistribuirà alcuni capitoli di spesa risparmiando circa 12 milioni di euro. Un impegno serio, non piccola contabilità fatta di scontrini e populismo.

Tomáš Zdechovský (PPE), písomně. – Jsem rád, že jsme schválili rozpočet EU pro rok 2016 v takové podobě. Při hlasování jsem podpořil pozměňovací návrh, který žádá Evropskou komisi, aby se začala zabývat jednotným sídlem Evropského parlamentu a představila *road map* k této iniciativě. Domnívám se, že stěhování Parlamentu dvanáctkrát za rok je naprosto nesmyslné a finančně neefektivní.

Jana Žitňanská (ECR), písomne. – V rámci návrhu na všeobecný rozpočet na rok 2016 bolo podaných mnoho pozměňovacích návrhov, ktoré volali po úsporných opatreniach, a najmä po nezvyšovaní výdavkov v Európskom parlamente týkajúcich sa okrem iného budov, služobných ciest či poslaneckých asistentov. Hoci myšlienku týchto návrhov podporujem a je potrebné, aby v súčasnej ekonomickej situácii boli stanovené priority a eliminované každoročné navyšovanie výdavkov na neprioritné oblasti, nie všetky návrhy som mohla podporiť. Návrhy podané politickými skupinami, ktorých politický program je pre mňa absolútne neakceptovateľný, som preto aj napriek ich obsahu nepodporila.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

8.2. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 — alle Einzelpläne (A8-0298/2015 - José Manuel Fernandes, Gérard Deprez)

Dichiarazioni di voto scritte

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del presupuesto general de la UE para 2016 porque propone un aumento para la financiación de nuestras prioridades políticas, y más concretamente compensar los recortes del acuerdo sobre el Fondo Europeo de Inversiones Estratégicas (FEIE) para cumplir los objetivos de I+D+i y de infraestructuras que nos hemos fijado, asegurar los recursos adicionales necesarios para la dimensión interna y externa de la crisis de los refugiados, renovar nuestro compromiso en contra del desempleo juvenil mediante la financiación un año más de la Iniciativa de Empleo Juvenil y compensar a nuestros agricultores y ganaderos, que están siendo afectados por el veto ruso o por la crisis de la leche.

Nuestra propuesta asciende a 157 427 547 086 EUR en créditos de compromiso, un aumento de 3 600 millones de euros para 2016 que en realidad tan solo representa un 2,34 % de incremento. Con ello queremos mandar una señal política fuerte sobre cuáles son las prioridades del PE, resaltar la falta de financiación para los programas clave de la UE, y establecer una sólida posición de partida para las negociaciones con el Consejo y la Comisión durante el procedimiento de conciliación.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor de la presente Resolución sobre el presupuesto de la Unión Europea debido a que no reconoce la importancia política de este instrumento para impulsar la economía de los 28 Estados miembros. La Resolución contiene puntos positivos; de hecho es una posición bastante mejor que la del Consejo, por ejemplo condena los recortes producidos por la reasignación de fondos que ha producido la constitución del FEIE. Sin embargo, no consideramos que recoja todas las necesidades de la Unión en el ámbito presupuestario, que necesita una herramienta de política económica que incremente el gasto público en ausencia de mejora alguna de la economía internacional. Es por esto por lo que no he podido votar a favor de la presente Resolución.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objet d'amender le projet de budget général prévu par le Conseil. C'est un rapport profondément nocif. Il est ainsi demandé que 900 millions d'euros supplémentaires soient attribués à la politique d'immigration, ce qui portera à 2,1 milliards d'euros le budget total consacré à la crise migratoire qui frappe actuellement le continent européen. Ces fonds sont destinés à «répartir» les réfugiés entre les pays européens, à moderniser les centres d'accueil, à payer des formations linguistiques aux demandeurs d'asile ou encore à renforcer les opérations de sauvetage en mer Méditerranée. En aucun cas, il ne s'agit de donner les moyens d'une politique ferme qui aurait pour objectif de renforcer le contrôle aux frontières et de refouler les immigrés clandestins vers leurs pays d'origine.

J'ai naturellement voté contre ce rapport inique qui se satisfait de l'immigration de masse malgré les hauts taux de chômage et de pauvreté dans les États membres de l'UE, malgré aussi les différences culturelles énormes entre les populations autochtones et l'immense majorité des immigrés.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The priority must always be to ensure value for money, that not a penny of taxpayers' money is spent for the wrong reasons or wasted. The money does not belong to the European Union, but to citizens. I therefore voted against the budget report, and in favour of those amendments which sought to improve the accountability of the EU institutions, which cut the costs for the taxpayer, and which would have shown us taking a lead in reducing our expenditure here in the Parliament. Sadly, these good amendments were voted down.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la lecture du PE pour le projet de Budget 2016. 4 milliards séparent la position du Conseil et celle du Parlement, je gage que le résultat final sera éloigné des attentes exprimées par les parlementaires. S'ouvre à présent une période de conciliation entre les 2 branches de l'autorité budgétaire. Je regrette qu'en matière de migration, notre budget manque de moyens, de flexibilité et de réactivité. A cet égard, il est urgent de réviser le cadre financier pluriannuel. Je regrette que le parlement européen n'ai pas fait preuve de plus de rigueur dans l'adoption de son propre budget. la crédibilité et l'autorité du PE dans les discussions avec le Conseil en dépendent.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Europos Sąjungos 2016 finansinių metų bendrojo biudžeto projektą. 2016 m. ES biudžeto išipareigojimai sudarys 157,4 mlrd. eurų. Pagrindinis kitų metų biudžeto prioritetas – užimtumo skatinimas. Šio tikslo įgyvendinimui iš viso skiriama apie 50 mlrd. eurų. Biudžeto lėšomis bus remiami tarptautiniai studentų, dėstytojų ir kito personalo mainai („Erasmus+“) bei mažos ir vidutinės įmonės („Cosme“), taip pat investuojama į mokslinius tyrimus („Horizontas 2020“), infrastruktūrą ir strateginius projektus (Europos infrastruktūros tinklų priemonė, Europos strateginių investicijų fondas). Kitas biudžeto prioritetas – pabėgėlių priėmimo gerinimas, įskaitant infrastruktūros gerinimą, greitesnį paraiškų nagrinėjimą, kalbų kursų organizavimą. Pritariu siūlymui stiprinti ES išorės politiką siekiant kovoti su krizės priežastimis trečiojoje šalyje.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – The budget now looks to be restored to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 146.5 billion for payments; this is due to the opposition relating to the proposed cuts.

There is major support for all EU programmes such as strengthening the European Neighbourhood Instrument plus Social and Territorial Cohesion. In addition to this there is added pressure to increase the budget to deal with the on-going refugee and migration crisis relating to the mismanagement of the disaster in the Mediterranean.

A further EUR 1.6 billion is directed to the Asylum Migration and Integration Fund; this includes Global Europe Security & Citizenship.

We cannot support programmes that have already been badly managed and expect the taxpayer to fund initiatives that are not valid or reliable in relation to meeting objectives of the citizens of Europe. These EU programmes do not serve the people of Europe but promote ‘more Europe’ and meet the political agenda of the Commission.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J’ai voté contre ce rapport immigrationniste qui préconise notamment d’augmenter le financement d’aide aux migrants à hauteur d’1,1 million d’euros, une somme qui viendra s’ajouter aux financements déjà votés pour le budget 2015.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J’ai voté en faveur du projet de budget 2016 proposé par le Parlement car, contrairement aux coupes opérées par le Conseil, ce projet prévoit des ressources intéressantes pour aborder les principaux défis de l’Union. La relance économique et la création d’emplois bien entendu – même s’il s’agit ici avant tout de choix et de volonté politiques – mais également la recherche et le développement, la crise migratoire pour laquelle 800 millions d’euros sont prévus, l’encadrement de la surveillance bancaire ou encore le développement des infrastructures transfrontalières.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est une nouvelle preuve de l’outrecuidance dont font preuve les institutions de l’Union européenne: non content d’imposer une austérité toujours plus asphyxiante aux États membres, ce rapport n’a pas peur de préconiser une augmentation à 146,5 milliards d’euros des crédits d’engagements pour le budget 2016 (ce qui s’élève à 4,4 milliards d’euros de plus que ce que proposait la Commission elle-même et dépasse même les plafonds de 144,7 milliards d’euros décidés par l’UE pour l’année).

Non contente de se jouer des citoyens des États membres sur le plan économique et budgétaire, cette augmentation est par ailleurs orientée vers le financement de l’immigration de masse puisque 1,2 milliard d’euros sont consacrés à cette submersion.

Mais rien de tout cela n’atteint le niveau de dépenses que la Commission va consacrer à la propagande eurobéate: 26 millions d’euros seront ainsi utilisés au service du mirage «UE».

C’est dans ses rapports budgétaires que l’UE révèle tout son cynisme, et je ne pouvais que voter contre un tel scandale.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Considerati gli enormi costi delle istituzioni dell’Unione, mentre per i servizi ai cittadini sono destinate pochissime risorse, ho espresso il mio parere negativo.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat nej till budgetbetänkandet.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Budgeten är alltför stor och omfattande. Det borde ske omfattande nedskärningar.

Jordbrukspolitiken resulterar i överproduktion och negativa effekter för miljön, klimatet och djurhållningen. Ett annat exempel är de oöverskådliga regional- och strukturfonderna, där det pågår omfattande bedrägerier.

Jag motsätter mig satsningarna på Frontex, som innebär fortsatt byggande av Fästning Europa, vilket tvingar människor på flykt från krig och förtryck, att riskera sina liv för att ta sig till en fristad. Initiativ för ökad militarisering av EU är helt fel väg för en union som hävdar att den försvarar mänskliga rättigheter och är ett fredsprojekt.

Jag motsätter mig att EU-institutionerna har så höga budgetkonton. Det krävs åtgärder som innefattar sänkning av överdrivet höga löner, ersättningar och liknande.

Jag har däremot röstat ja till textförslag och budgetposter som t.ex. skarpt kritiserar EU:s makroekonomiska åtstramningspolitik som fördjupar krisen inom unionen samt förslag som syftar till insatser för jämställdhet mellan könen, aktioner mot rasism och främlingsfientlighet, och stöd till livräddande och humanitära insatser för att hjälpa flyktingar och asylsökande.

Principiellt anser jag det vara fel att Europaparlamentet har makt över budgeten. Medlemsländerna som betalar EU:s budget borde ha full beslutanderätt över unionens utgifter.

José Blanco López (S&D), por escrito. – He votado a favor del presupuesto general de la UE para 2016 porque propone un aumento para la financiación de nuestras prioridades políticas, y más concretamente compensar los recortes del acuerdo sobre el Fondo Europeo de Inversiones Estratégicas (FEIE) para cumplir los objetivos de I+D+i y de infraestructuras que nos hemos fijado, asegurar los recursos adicionales necesarios para la dimensión interna y externa de la crisis de los refugiados, renovar nuestro compromiso en contra del desempleo juvenil mediante la financiación un año más de la Iniciativa de Empleo Juvenil y compensar a nuestros agricultores y ganaderos, que están siendo afectados por el veto ruso o por la crisis de la leche.

Nuestra propuesta asciende a 157 427 547 086 EUR en créditos de compromiso, un aumento de 3 600 millones de euros para 2016 que en realidad tan solo representa un 2,34 % de incremento. Con ello queremos mandar una señal política fuerte sobre cuáles son las prioridades del PE, resaltar la falta de financiación para los programas clave de la UE, y establecer una sólida posición de partida para las negociaciones con el Consejo y la Comisión durante el procedimiento de conciliación.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – A szavazás során megerősítésre kerültek a Magyarországnak járó kohéziós források, ugyanis a plenáris ülés megerősítette azt az álláspontot, amelynek megfelelően már a Költségvetési Bizottságban is nagy többséggel leszavazták azokat a törekvéseket, amelyek az Európai Regionális Fejlesztési Alap kereteit 20%-kal csökkentették volna azon országoknál (köztük Magyarország esetében), amelyek ellenezték az Európai Bizottságnak a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótáit.

Prioritás volt az Előcsatlakozási Alap Tanács által javasolt csökkentésének visszafordítása. Ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A fideszes delegáció javaslatainak köszönhetően több tízmillió eurós emelést sikerült elérni.

A plenáris ülés a magyar érdekekkel összhangban megvédte a mezőgazdasági forrásokat a Tanács csökkentéseitől. Az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése, így a magyar tejtermelők a beharangozott 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkaphatják. A magyar néppárti képviselők szavazataikkal biztosították, hogy Magyarország legyen a 2016-os uniós költségvetés egyik nyertese. Az elfogadott javaslatok között szerepel a „Sokszínű Európa” c. közös projekt. Ennek keretében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebb-ségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére az uniós forrásokból.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which contained a number of important provisions. Specifically, it highlighted that the European Union is currently facing a number of serious emergencies, notably the unprecedented migration and refugee crisis. This report called for financial resources to be deployed in the EU budget, in order to match the political challenges and therefore enable the EU to deliver and effectively respond to these crises, as a matter of utmost urgency and priority.

Whilst of course the refugee and migration crisis cannot be solved by financial resources alone, in these extraordinary times, extraordinary measures are required and a strong political commitment is needed to secure fresh appropriations for this purpose. It was for these reasons, amongst others, that I voted in favour of this report.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché condivido, in buona sostanza, le priorità di bilancio che essa individua per l'anno 2016. In particolare sono convinta che l'aumento delle risorse dedicate ad affrontare la crisi migratoria sia un segnale importante.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2016 prend déjà en compte de manière inconsiderée le financement des infrastructures destinées à l'accueil des migrants clandestins. Pourtant le rapporteur préconise d'accroître ce budget de 1,161 milliard d'euros afin de répondre à cette crise migratoire inédite. Leur prétendue solidarité tourne au ridicule à l'heure où des millions d'Européens souffrent du chômage de masse et de la pauvreté. Leur préférence étrangère est tout simplement indigne de la part de responsables politiques dont l'unique objectif devrait être de défendre l'intérêt de leur peuple.

Ces dépenses supplémentaires sont réalisées au détriment de la politique de cohésion qui permet pourtant de réduire les disparités régionales au sein de l'Union européenne et de favoriser la compétitivité structurelle de nos économies. Ce budget ne propose par ailleurs aucune solution durable pour garantir la réduction des arriérés des factures impayées en ce qui concerne la mise en œuvre des programmes pour la période 2014-2020.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce budget.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto finale chiaramente negativo nei confronti della relazione d'iniziativa che accompagna il bilancio 2016 delle istituzioni europee.

Le mie motivazioni sono in primo luogo politiche, ma ho anche obiezioni di merito. Molto di più potrebbe e dovrebbe essere fatto per ridurre i costi delle istituzioni UE. Lo dobbiamo, in primo luogo, ai nostri amministratori locali che hanno responsabilità importanti, ma scarsissime risorse da utilizzare per fornire servizi efficienti ai cittadini.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del presupuesto general de la UE para 2016 porque propone un aumento para la financiación de nuestras prioridades políticas, y más concretamente compensar los recortes del acuerdo sobre el Fondo Europeo de Inversiones Estratégicas (FEIE) para cumplir los objetivos de I+D+i y de infraestructuras que nos hemos fijado, asegurar los recursos adicionales necesarios para la dimensión interna y externa de la crisis de los refugiados, renovar nuestro compromiso en contra del desempleo juvenil mediante la financiación un año más de la Iniciativa de Empleo Juvenil y compensar a nuestros agricultores y ganaderos, que están siendo afectados por el veto ruso o por la crisis de la leche.

Nuestra propuesta asciende a 157 427 547 086 EUR en créditos de compromiso, un aumento de 3 600 millones de euros para 2016 que en realidad tan solo representa un 2,34 % de incremento. Con ello queremos mandar una señal política fuerte sobre cuáles son las prioridades del PE, resaltar la falta de financiación para los programas clave de la UE, y establecer una sólida posición de partida para las negociaciones con el Consejo y la Comisión durante el procedimiento de conciliación.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a voté sa position sur le budget de l'Union pour l'année 2016. Les priorités sont l'emploi, la compétitivité, la gestion de la crise des réfugiés et de la crise agricole. Il est important de construire un budget de l'Union solide et efficace afin de faire face aux différents défis qui nous attendent en 2016. Je souhaite que le Parlement européen fasse entendre sa voix lors des négociations avec le Conseil.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

La position du Parlement européen est à la fois réaliste et ambitieuse. Il y aura une augmentation des budgets pour les programmes d'aide à la recherche d'emploi chez les jeunes ainsi que pour les programmes COSME, Horizon 2020 et Erasmus +. 500 millions d'euros supplémentaires seront également mobilisés en faveur des agriculteurs laitiers touchés par l'embargo russe. Le Parlement entend faire concorder le budget de l'Union avec le programme politique que l'Europe ambitionne. Je suis particulièrement sensible au financement du projet pilote relatif à la création de garde-côtes européens que j'ai proposé et qui a été repris par la Commission européenne.

J'ai voté en faveur du projet de budget général de l'Union européenne pour l'année 2016.

David Casa (PPE), *in writing*. – Regarding both internal and external issues that the EU is facing, I agree with the rapporteur that the Union needs a rise in its budget in order to tackle them. The report aims to alleviate the migration and refugee situation and also improve competitiveness through employment, entrepreneurship and innovation. I therefore voted in favour of this report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Le priorità portate al voto oggi sono in buona parte condivisibili, ma critico l'impostazione generale che riguarda lo squilibrio tra impegni e pagamenti (che difficilmente si risolve aumentando ogni anno il divario tra le due voci). Ho sostenuto gli emendamenti che riguardano una sede unica del Parlamento europeo, il finanziamento di un progetto pilota per metodi alternativi a test su animali e quello che mira ad impedire che gli allevatori di tori da corride ricevano finanziamenti europei. Per quanto poi riguarda le spese amministrative, non c'è il minimo accenno a una loro riduzione e ogni anno si assiste al loro incremento, per nulla sostenibile in un periodo in cui è la stessa UE che chiede restrizioni agli Stati membri. Insieme alla delegazione M5S Europa, ho votato contro.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché concordo con l'aumento degli stanziamenti d'impegno e di pagamento rispetto all'esercizio precedente, che dovrebbero fornire all'Unione europea gli strumenti necessari per sostenere e promuovere i propri valori e interessi e contribuire alla tutela dei propri cittadini nell'ambito delle sue relazioni con il resto del mondo. In particolare rilievo l'importanza del considerevole incremento dei pagamenti, che contribuiranno a far fronte al ritardo accumulato negli ultimi anni. Inoltre vorrei far notare che il numero di profughi e sfollati interni nel mondo ha raggiunto il livello senza precedenti di 60 milioni e che, conseguentemente, è aumentata la necessità di aiuti umanitari. A ciò devono essere aggiunti nuovi fondi da utilizzare per l'istruzione nei campi profughi e nelle situazioni di emergenza e di crisi, poiché ciò può fornire competenze fondamentali per salvare vite, aiutare i bambini a costruirsi un futuro e proteggerli dalla radicalizzazione. Infine vorrei ricordare che un elevato livello di tutela dell'ambiente e della salute nell'Unione è una condizione indispensabile per la prosperità economica e che la sicurezza di alimenti e mangimi nonché i meccanismi che contribuiscono alla protezione dalle catastrofi naturali e provocate dall'uomo rivestono un'importanza fondamentale per tutti i cittadini europei e, di conseguenza, per il Parlamento europeo.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – The budget now looks to be restored to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 146.5 billion for payments; this is due to the opposition relating to the proposed cuts.

There is major support for all EU programmes such as strengthening the European Neighbourhood Instrument plus Social and Territorial Cohesion. In addition to this there is added pressure to increase the budget to deal with the ongoing refugee and migration crisis relating to the mismanagement of the disaster in the Mediterranean.

A further EUR 1.6 billion is directed to the Asylum Migration and Integration Fund; this includes Global Europe Security & Citizenship.

We cannot support programmes that have already been badly managed and expect the taxpayer to fund initiatives that are not valid or reliable in relation to meeting objectives of the citizens of Europe. These EU programmes do not serve the people of Europe but promote 'more Europe' and meet the political agenda of the Commission.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Votei contra a alteração Indrek Tarand, tal como fiz no ano passado, porque ela resulta de um equívoco.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

1. Se o orçamento comunitário tivesse alguma provisão para financiar as touradas, faria sentido votar contra. Não cabe à União Europeia intervir nestas questões. Elas recaem exclusivamente na jurisdição nacional.

2. A verdade é que o orçamento comunitário, e em concreto a PAC (Política Agrícola Comum), não financia nem as touradas nem os touros de lide. Isso é claro na lei e foi reiterado ao Parlamento Europeu pelo Diretor-Geral da Agricultura e do Desenvolvimento Rural.

3. Os apoios da PAC, desde há vários anos, traduzem-se em ajudas diretas aos agricultores que, nas suas terras, têm autonomia para, em função das condições objetivas (solo, clima, água, dimensão, etc.) e do mercado, desenvolverem as atividades agrícolas mais adequadas, e isso inclui a produção animal e o gado bovino.

4. A utilidade desta proposta parece incidir na sensibilização do Parlamento Europeu para a luta contra as touradas, mas o expediente usado não é o adequado e viola o princípio da subsidiariedade, uma vez que não se trata de competência comunitária.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), in writing. – The budget now looks to be restored to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 146.5 billion for payments; this is due to the opposition relating to the proposed cuts.

There is major support for all EU programmes such as strengthening the European Neighbourhood Instrument plus Social and Territorial Cohesion. In addition to this there is added pressure to increase the budget to deal with the ongoing refugee and migration crisis relating to the mismanagement of the disaster in the Mediterranean.

A further EUR 1.6 billion is directed to the Asylum Migration and Integration Fund; this includes Global Europe Security & Citizenship.

We cannot support programmes that have already been badly managed and expect the taxpayer to fund initiatives that are not valid or reliable in relation to meeting objectives of the citizens of Europe. These EU programmes do not serve the people of Europe but promote 'more Europe' and meet the political agenda of the Commission.

Lara Comi (PPE), per iscritto. – Il bilancio rappresenta ogni anno un terreno di scontro e di confronto tra nuove esigenze e progetti politici, tuttavia è necessario trovare un giusto equilibrio per continuare a sostenere tutti quei programmi di finanziamento che già funzionano e investire su nuovi strumenti, definendo con chiarezza e trasparenza le priorità politiche e gli obiettivi da raggiungere. A mio avviso due tra le maggiori priorità sono sicuramente l'occupazione, soprattutto giovanile, nonché la necessità di sostenere adeguatamente le PMI per quanto riguarda l'accesso ai mercati e ai finanziamenti.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), por escrito. – No he podido votar a favor de la presente Resolución sobre el presupuesto de la Unión Europea debido a que no reconoce la importancia política de este instrumento para impulsar la economía de los 28 Estados miembros. La Resolución contiene puntos positivos; de hecho es una posición bastante mejor que la del Consejo, por ejemplo condena los recortes producidos por la reasignación de fondos que ha producido la constitución del FEIE. Sin embargo, no consideramos que recoja todas las necesidades de la Unión en el ámbito presupuestario, que necesita una herramienta de política económica que incremente el gasto público en ausencia de mejora alguna de la economía internacional. Es por esto por lo que no he podido votar a favor de la presente Resolución.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I voted in favour of the report on the general budget of the European Union for 2016. It covers the administrative budgets of the EU institutions including the European Parliament (EP) but excluding the European Commission. I voted in favour of a roadmap to a single seat. I agree with the S&D's work to ensure transparency of the General Expenditure allowance. I abstained on the Greens' Amendment 26 since whilst I agree with further transparency and accountability the amendment was loaded with other issues which required further clarification.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Susțin propunerea executivului european privind găsirea de soluții pentru criza persistentă care afectează agricultorii europeni, în special în sectorul produselor lactate și, mai ales, propunerea de a integra deja în poziția sa privind bugetul pe 2016 suma de 500 de milioane de euro pentru sprijinirea măsurilor de urgență anunțate de Comisie.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport fixe la position du Parlement sur le budget de l'Union 2016. Il recommande d'annuler les coupes faites par le Conseil dans la proposition de la Commission européenne et d'ajouter des fonds pour financer les mesures liées à la migration à l'intérieur et à l'extérieur de l'Union européenne. J'estime qu'il est également essentiel d'apporter des réponses aux défis de l'emploi des jeunes face au chômage et au financement de la recherche et des programmes de transport, réduits plus tôt cette année dans le but de financer le plan Juncker. Considérant que les migrations et l'emploi des jeunes sont deux sujets prioritaires sur lesquels l'Union européenne doit apporter des réponses rapides et efficaces, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – The budget now looks to be restored to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 146.5 billion for payments; this is due to the opposition relating to the proposed cuts.

There is major support for all EU programmes such as strengthening the European Neighbourhood Instrument plus Social and Territorial Cohesion. In addition to this there is added pressure to increase the budget to deal with the on-going refugee and migration crisis relating to the mismanagement of the disaster in the Mediterranean.

A further EUR 1.6 billion is directed to the Asylum Migration and Integration Fund; this includes Global Europe Security & Citizenship.

We cannot support programmes that have already been badly managed and expect the taxpayer to fund initiatives that are not valid or reliable in relation to meeting objectives of the citizens of Europe. These EU programmes do not serve the people of Europe but promote 'more Europe' and meet the political agenda of the Commission.

Philippe De Backer (ALDE), *schriftelijk*. – Ik heb voor dit verslag gestemd omdat dit tegemoet komt aan een aantal belangrijke problemen waar we momenteel als EU voor staan. Een eerste is alleszins de huidige migratiecrisis, waarvoor meer middelen moeten worden vrijgemaakt. Een tweede is het ondersteunen van het concurrentievermogen van onze bedrijven. Het is belangrijk dat we in voldoende financiering voorzien voor start-ups en bedrijven die aan het door-groeien zijn. Speciale aandacht moet daarbij uitgaan naar kmo's, zoals we nu doen door COSME te versterken.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté la proposition de budget 2016 du Parlement européen qui annule toutes les coupes budgétaires entamées par le Conseil et met l'accent sur le traitement de la crise des réfugiés, de la crise agricole, l'emploi, la compétitivité et les programmes qui me sont chers tels que Horizon 2020 et Erasmus+. Nous avons ainsi voté un total d'1,16 milliard d'euros pour faire face à la crise des réfugiés tant dans sa dimension interne qu'externe. Ce budget entend poursuivre le financement de l'initiative pour l'emploi des jeunes en 2016 et ajoute 473 millions d'euros pour les programmes visant à aider les jeunes à trouver un emploi. Le Parlement a également ajouté 1,3 milliard d'euros au programme de recherche Horizon 2020 et au mécanisme pour l'interconnexion afin de compenser les fonds empruntés à ces lignes budgétaires pour le financement de la garantie du Plan Juncker. Ce budget propose en outre de mobiliser 500 millions d'euros supplémentaires en faveur des agriculteurs laitiers touchés par l'embargo russe. Enfin, durant le vote, un amendement sur le siège unique a été déposé auquel je me suis opposée. Je suis très attachée au Parlement de Strasbourg, symbole de la construction européenne.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A magyar néppárti képviselők szavazataikkal biztosították, hogy Magyarország legyen a 2016-os uniós költségvetés egyik nyertese. A szavazás során megvédtük a Magyarországnak járó kohéziós forrásokat, ugyanis a plenáris ülés megerősítette azt az álláspontot, amelynek megfelelően már a Költségvetési Bizottságban is nagy többséggel leszavazták azokat a törekvéseket, amelyek az Európai Regionális Fejlesztési Alap kereteit 20%-kal csökkentették volna azon országoknál (köztük Magyarország esetében), amelyek elleneztek az Európai Bizottságnak a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótáit.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Prioritás volt az Előcsatlakozási Alap Tanács által javasolt csökkentésének visszafordítása. Ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A fideszes delegáció javaslatainak köszönhetően több tízmillió eurós emelést sikerült elérni.

A plenáris ülés a magyar érdekekkel összhangban megvédte a mezőgazdasági forrásokat a Tanács csökkentéseitől. Az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése, így a magyar tejtermelők a beharangozott 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkaphatják. Az elfogadott javaslatok között szerepel Csáky Pál (MKP) és Gál Kinga (FIDESZ) „Sokszínű Európa” c. közös projektje. Ennek keretében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebbségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére az uniós forrásokból.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – A magyar néppárti képviselők szavazataikkal biztosították, hogy Magyarország legyen a 2016-os uniós költségvetés egyik nyertese. A szavazás során megvédtük a Magyarországnak járó kohéziós forrásokat, ugyanis a plenáris ülés megerősítette azt az álláspontot, amelynek megfelelően már a Költségvetési Bizottságban is nagy többséggel leszavazták azokat a törekvéseket, amelyek az Európai Regionális Fejlesztési Alap keretei 20%-kal csökkentették volna azon országoknál (köztük Magyarország esetében), amelyek ellenezték az Európai Bizottságnak a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótáit.

Prioritás volt az Előcsatlakozási Alap Tanács által javasolt csökkentésének visszafordítása. Ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A fideszes delegáció javaslatainak köszönhetően több tízmillió eurós emelést sikerült elérni.

A plenáris ülés a magyar érdekekkel összhangban megvédte a mezőgazdasági forrásokat a Tanács csökkentéseitől. Az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése, így a magyar tejtermelők a beharangozott 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkaphatják. Az elfogadott javaslatok között szerepel Csáky Pál (MKP) és Gál Kinga (FIDESZ) „Sokszínű Európa” c. közös projektje. Ennek keretében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebbségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére az uniós forrásokból.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Ce rapport concernait le budget général de l'Union européenne pour 2016.

Empli d'une démagogie de réduction de frais de fonctionnement inhérents à toute institution, alors que dans le même temps plus d'un million d'euros est encore alloué pour le financement de l'invasion migratoire, ce rapport est contradictoire.

Alors que les frais de déplacement et autres indemnités utilisés par les députés leur servent à exercer correctement le mandat que leur a confié le peuple, l'on croit faire des économies conséquentes en s'attaquant à ce sujet, qui ne pèse en rien dans le budget de l'Union.

Que l'Europe cesse plutôt de détruire l'identité et l'économie européenne, là où les coûts se chiffrent en milliards voire en coûts inestimables pour notre patrimoine, plutôt que de faire de la démagogie sans résoudre les vrais problèmes de son budget. C'est pourquoi j'ai voté contre ce rapport.

Ian Duncan (ECR), in writing. – I voted against this report and thus against an EU spending increase. If this report were enacted the amendments would exhaust several margins and the expenditure agreed as part of the multinational financial framework (MFF) for years 2014-20. We should not forget our key aims in relation to the creation of jobs, promoting growth and competitiveness in the EU.

Linnéa Engström (Verts/ALE), skriftlig. – Jag stöder innehållet i ändringsförslaget som vill minska ledamöternas arvoden. Jag lade dock ner min röst, eftersom det inte är möjligt att ändra detta i budgeten, utan det måste ändras i ledamötsstadgan enligt vilken ledamöternas lön ska vara 38,5 % av grundlönen för en domare vid EU-domstolen.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Το σχέδιο προϋπολογισμού του 2016 μετατοπίζει το κέντρο βάρους της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην ενίσχυση με συνολικό ποσό 26 εκατομμυρίων ευρώ στους εξαρτημένους οργανισμούς με καθήκοντα που σχετίζονται με τη μετανάστευση, με την Ευρωπαϊκή Υπηρεσία Υποστήριξης για το Άσυλο (EASO) να λαμβάνει τη μεγαλύτερη αύξηση ύψους 12 εκατομμυρίων ευρώ πάνω από το ποσό του σχεδίου προϋπολογισμού, του ταμείου TAME, παρά προς τους ίδιους τους πολίτες της και τις ανάγκες τους. Υπάρχουν κράτη μέλη της Ένωσης που μαστίζονται από την κρίση, και όμως είναι οι πρώτες χώρες που χαρακτηρίζονται ως χώρες περισυλλογής μεταναστών και οφείλουν σύμφωνα με τους κανόνες της ΕΕ να τους φροντίσουν καθόλη την παραμονή τους εκεί. Χώρες όπως είναι η Ελλάδα αδυνατούν να φροντίσουν τους ίδιους τους πολίτες τους.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt irányvonalának megfelelően szavazatommal támogattam a 2016-os uniós költségvetésről szóló parlamenti álláspontra elfogadását.

A plenáris ülésen az EP a magyar érdekekkel összhangban megvédte a mezőgazdasági forrásokat a Tanács által indítványozott csökkentéstől. Az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése, így minden akadály elhárulhat az elől, hogy a magyar tejtermelők a beharangozott 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkapják.

Peter Eriksson (Verts/ALE), *skriftlig*. – Vi stödjer innehållet i ändringsförslag 9 om punkt 97, som vill minska ledamöternas arvoden men lade ner vår röst, eftersom det inte är möjligt att ändra detta i budgeten, utan det måste ändras i ledamöternas statut som säger att ledamöternas lön ska vara 38,5 % av grundlönen för en domare vid EU-domstolen.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – The budget now looks to be restored to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 146.5 billion for payments; this is due to the opposition relating to the proposed cuts.

There is major support for all EU programmes such as strengthening the European Neighbourhood Instrument plus Social and Territorial Cohesion. In addition to this there is added pressure to increase the budget to deal with the ongoing refugee and migration crisis relating to the mismanagement of the disaster in the Mediterranean.

A further EUR 1.6 billion is directed to the Asylum Migration and Integration Fund; this includes Global Europe Security & Citizenship.

We cannot support programmes that have already been badly managed and expect the taxpayer to fund initiatives that are not valid or reliable in relation to meeting objectives of the citizens of Europe. These EU programmes do not serve the people of Europe but promote 'more Europe' and meet the political agenda of the Commission.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – Included in this budgetary resolution I voted to cut EU subsidies for bullfighting in Spain. Many of my constituents in Wales had contacted me about this issue and I believe it was the right thing to do for the sake of animal rights.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Il mio voto finale sul bilancio dell'Unione Europea per l'anno 2016 è stato contrario. Tuttavia, ci tengo a precisare che ho votato a favore di alcuni importanti emendamenti, i quali richiedevano: di far diventare la disoccupazione e la lotta alla povertà le priorità dell'UE; la riduzione cospicua delle spese di indennità generale dei deputati; un aumento dei finanziamenti al programma «frutta nelle scuole»; una «Single Seat» per una sede unica del Parlamento europeo; l'incremento dei fondi da devolvere alla lotta al cambiamento climatico; il finanziamento di un progetto pilota per metodi alternativi a test su animali.

Ho anche votato a favore dell'emendamento che chiedeva di non utilizzare gli stanziamenti a titolo della PAC per finanziare corride letali, ascoltando la voce di migliaia di cittadini che, come me, ritengono questa pratica inaccettabile, oltre che una palese violazione della convenzione europea sulla protezione degli animali negli allevamenti (direttiva 98/58/CE del Consiglio).

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – EU:s budget för år 2016 måste användas på bästa möjliga sätt. Ett exempel på detta är att avsätta så mycket som möjligt, givetvis inom ramen för flerårsbudgetens tak, till ett effektivt mottagande av flyktingar och migranter i medlemsländerna. Det är tråkigt att rådet inte delar denna uppfattning. EU:s budget måste vara modern och tydligt fokuserad på forskning, företagande och viktiga framtidsfrågor som klimat och miljö, om vi ska klara morgondagens utmaningar. Detta är inte per automatik liktydigt med en ökad budget. Tvärtom finns det utrymme för stora besparingar och omprioriteringar, även inom Europaparlamentet. Jag har därför röstat för en översyn av den s. k. ledamotsstadgan. Jag delar dock inte uppfattningen att vi Europaparlamentariker ska besluta om våra egna löner, arvoden och ersättningar.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Esta proposta orçamental é realista, responsável e credível. A União Europeia tem de garantir uma maior competitividade e um maior crescimento económico, e tem de responder à crise dos refugiados.

O orçamento prevê 157,4 mil milhões de euros em autorizações e 146,5 mil milhões de euros em pagamentos, dos quais 94% são para investimento, sendo apenas 6% para despesas administrativas.

A criação de emprego é a prioridade central desta proposta de orçamento geral da União Europeia para 2016. Por isso, proponho que a iniciativa Emprego Jovem prossiga e proponho medidas de apoio ao desenvolvimento económico – com especial incidência no reforço da competitividade da economia através do que se designa por 3 E(s) – Emprego, Empresas, Empreendedorismo.

Assim, reforçamos o programa de investigação e inovação «Horizonte 2020», o Mecanismo Interligar a Europa, o programa Cosme, o programa Erasmus + e o programa para o emprego e a inovação social.

Reforçamos ainda em 500 milhões de euros o apoio aos agricultores para fazerem face à crise do leite.

A questão dos refugiados tem de ser vista numa perspetiva interna e externa. Por um lado temos a obrigação de acolher e integrar, mas em simultâneo temos de resolver o problema na origem. A nossa solidariedade interna e externa é uma obrigação. Para tal, propomos um montante adicional de 1200 milhões de euros.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Com esta resolução, o Parlamento Europeu adota a sua posição relativamente à proposta de Orçamento da UE para 2016.

A resolução dá o seu acordo à proposta da Comissão, posteriormente alterada pelo Conselho e com as alterações entretanto introduzidas pelo Parlamento.

A nossa discordância face ao projeto de orçamento é uma discordância de fundo.

Obviamente que, por essa razão, não podemos senão votar contra este relatório.

Não ignoramos o «pecado original» deste orçamento: o grande envelope financeiro que o determina – o Quadro Financeiro Plurianual 2014-2020, o mais baixo da história da UE – está muito longe de poder efetivar qualquer função redistributiva relevante, suscetível de efetivar o tão propalado princípio da coesão económica e social. Mas, mesmo tendo em conta este constrangimento, nada desprezável, era possível um outro orçamento.

As propostas de alteração que apresentámos demonstram-no. São propostas que mostram ser possível reforçar programas existentes, destinados à coesão e às áreas sociais e ambientais, cortando ao mesmo tempo noutras áreas, como o intervencionismo externo da UE, o militarismo e a propaganda institucional. Consubstanciam um outro rumo para a Europa. Um rumo de recusa do Tratado Orçamental, que coloca na ordem do dia a necessidade da reestruturação das dívidas, a par da dissolução da UEM e da recuperação da soberania monetária e orçamental.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained because I feel the report could have gone further.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Το σχέδιο προϋπολογισμού του 2016 μετατοπίζει το κέντρο βάρους της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην ενίσχυση με συνολικό ποσό 26 εκατομμυρίων ευρώ για τους εξαρτημένους οργανισμούς με καθήκοντα που σχετίζονται με τη μετανάστευση, με την Ευρωπαϊκή Υπηρεσία Υποστήριξης για το Άσυλο (EASO) να λαμβάνει τη μεγαλύτερη αύξηση, ύψους 12 εκατομμυρίων ευρώ πάνω από το ποσό του σχεδίου προϋπολογισμού, του ταμείου TAME, παρά προς τους ίδιους τους πολίτες της και τις ανάγκες τους. Υπάρχουν κράτη μέλη της Ένωσης που μαστίζονται από την κρίση, κι όμως είναι οι πρώτες χώρες που χαρακτηρίζονται ως χώρες περισυλλογής μεταναστών και οφείλουν σύμφωνα με τους κανόνες της ΕΕ να τους φροντίσουν καθόλη την παραμονή τους εκεί. Χώρες όπως είναι η Ελλάδα αδυνατούν να φροντίσουν τους ίδιους τους πολίτες τους. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω τον Γενικό Προϋπολογισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016 για όλα τα τμήματα.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the fact that the level of the budget's increase is the same as the level of the estimates approved in spring 2015: reinforcements in the appropriations due to the creation of a new political group (ENL) and those necessary to ensure stable employment of contract staff in all political groups have been fully compensated by decreases in the EP administrative budget.

I support the enhanced transparency of the General Expenditure Allowance and the roadmap to a Single Seat, as well as the fact that the Commission's draft budget has been mostly restored – thus rejecting the cuts by the Council – with some adjustments to take into account the specific needs of the institutions.

My congratulations for the efforts made in order to restore the Draft Budget for the European External Action Service.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del presupuesto general de la UE para 2016 porque propone un aumento para la financiación de nuestras prioridades políticas, y más concretamente compensar los recortes del acuerdo sobre el Fondo Europeo de Inversiones Estratégicas (FEIE) para cumplir los objetivos de I+D+i y de infraestructuras que nos hemos fijado, asegurar los recursos adicionales necesarios para la dimensión interna y externa de la crisis de los refugiados, renovar nuestro compromiso en contra del desempleo juvenil mediante la financiación un año más de la Iniciativa de Empleo Juvenil y compensar a nuestros agricultores y ganaderos, que están siendo afectados por el veto ruso o por la crisis de la leche.

Nuestra propuesta asciende a 157 427 547 086 EUR en créditos de compromiso, un aumento de 3 600 millones de euros para 2016 que en realidad tan solo representa un 2,34 % de incremento. Con ello queremos mandar una señal política fuerte sobre cuáles son las prioridades del PE, resaltar la falta de financiación para los programas clave de la UE, y establecer una sólida posición de partida para las negociaciones con el Consejo y la Comisión durante el procedimiento de conciliación.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del presupuesto general de la UE para 2016 porque propone un aumento para la financiación de nuestras prioridades políticas, y más concretamente compensar los recortes del acuerdo sobre el Fondo Europeo de Inversiones Estratégicas (FEIE) para cumplir los objetivos de I+D+i y de infraestructuras que nos hemos fijado, asegurar los recursos adicionales necesarios para la dimensión interna y externa de la crisis de los refugiados, renovar nuestro compromiso en contra del desempleo juvenil mediante la financiación un año más de la Iniciativa de Empleo Juvenil y compensar a nuestros agricultores y ganaderos, que están siendo afectados por el veto ruso o por la crisis de la leche.

Nuestra propuesta asciende a 157 427 547 086 EUR en créditos de compromiso, un aumento de 3 600 millones de euros para 2016 que en realidad tan solo representa un 2,34 % de incremento. Con ello queremos mandar una señal política fuerte sobre cuáles son las prioridades del PE, resaltar la falta de financiación para los programas clave de la UE, y establecer una sólida posición de partida para las negociaciones con el Consejo y la Comisión durante el procedimiento de conciliación.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla relazione sul bilancio per il 2016 dell'Unione europea. Voglio sottolineare in particolare l'importante stanziamento, grazie alle richieste e modifiche del Parlamento, a favore dei programmi destinati alla crescita e alla coesione sociale. Mi pare poi molto significativo l'aver sancito in modo solenne, ancora una volta, la richiesta per un seggio unico del Parlamento europeo, per porre fini allo spreco di risorse e per razionalizzare il lavoro politico e parlamentare di noi rappresentanti dei cittadini europei.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich begrüße grundsätzlich den Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für 2016, da ich einen ernsthaften Sparwillen erkenne. Nicht akzeptieren kann ich allerdings die ab kommendem Jahr geplanten Millionen-Investitionen des „Welle-Plans“ in die Renovierung der baufälligen Brüsseler Parlamentsgebäude sowie die verschwenderische Errichtung von Neubauten, die letztlich 30-50 Prozent über dem Durchschnittspreis Brüsseler Bürobauten liegen. Das Parlament sollte - wie von mir und der „Groupe Kammerzell“ vorgeschlagen, die Gebäude in Brüssel veräußern und eine Roadmap für den Komplettumzug nach Straßburg vorlegen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted against the Report on the Council position on the draft general budget of the European Union for the financial year 2016. Breaking the MFF ceilings is not a fiscally responsible proposition.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Julie Girling (ECR), *in writing*. – The ECR Group has consistently argued for fiscal discipline and a reduced EU budget, one in which the same budgetary rigour applied to national spending is applied to EU spending. True, the migration and refugee crisis present significant challenges that should not be ignored, however we should not forget our key aims in relation to the creation of jobs, promoting growth and competitiveness in the EU. Each one of these is crucial for the stability and future success of the Union and therefore should not be compromised by inflation-busting EU budget increases.

I subsequently support the alternative budget motion presented by the ECR Group which outlines a series of ideas for a less burdensome yet more targeted EU budget.

It is for these reasons that I voted against.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este documento que determina la posición negociadora del Parlamento ante la Comisión y el Consejo. En primer lugar, porque el presupuesto es ligeramente mejor que en años anteriores (ligerísimo incremento), con sus luces (crecimiento del gasto humanitario en materia de refugiados, mejora de aspectos educativos, de investigación, Iniciativa de Empleo Juvenil y apoyo a las pymes) y sus sombras (desvío de recursos a un modelo de inversión insuficiente y problemático - el FEIE - y un porcentaje importante de recursos adicionales para la Europa-fortaleza y una mayor «competitividad»). En segundo lugar, y principalmente, porque se trata de contrarrestar la regresiva propuesta del Consejo, que resultaría muchísimo peor. La Resolución es crítica con los planteamientos del Consejo e incluye varias llamadas a la necesidad de medidas extraordinarias, la revisión del marco financiero plurianual para obtener más flexibilidad o la promoción del empleo de calidad.

Dado que los presupuestos resultantes presumiblemente contribuirán a perseverar en una UE neoliberal, con un presupuesto irrisorio y no redistributivo, más adelante votaremos en contra.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Le budget européen constitue la pierre angulaire de nos actions et politiques. En 2016, plus que jamais, ce budget doit nous permettre de relever de nombreux défis, parmi lesquels figurent la crise grecque, l'initiative pour l'emploi des jeunes, l'accueil des migrants ou encore la crise laitière.

Afin que nos choix politiques puissent se traduire de façon concrète, dans le quotidien de nos citoyens, nous avons besoin de moyens budgétaires renforcés, c'est pourquoi j'ai soutenu une augmentation de 800 millions d'euros du budget européen. Nous devons à présent nous assurer que le Conseil ne remettra pas en cause ces montants qui visent avant tout à soutenir des politiques de long terme, et certainement pas se limiter à gérer l'urgence des crises que nous traversons.

C'est pourquoi, avec mes collègues S&D, nous avons renforcé, à l'inverse du Conseil, des financements stratégiques pour la relance de la croissance, dont Horizon 2020 et «Connecting Europe Facility» qui finance des projets d'infrastructures transfrontaliers. Des négociations vont à présent s'engager avec le Conseil. La bataille ne fait donc que commencer entre nos institutions, sur des positions diamétralement opposées.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del presupuesto general de la UE para 2016 porque propone un aumento para la financiación de nuestras prioridades políticas, y más concretamente compensar los recortes del acuerdo sobre el Fondo Europeo de Inversiones Estratégicas (FEIE) para cumplir los objetivos de I+D+i y de infraestructuras que nos hemos fijado, asegurar los recursos adicionales necesarios para la dimensión interna y externa de la crisis de los refugiados, renovar nuestro compromiso en contra del desempleo juvenil mediante la financiación un año más de la Iniciativa de Empleo Juvenil y compensar a nuestros agricultores y ganaderos, que están siendo afectados por el veto ruso o por la crisis de la leche.

Nuestra propuesta asciende a 157 427 547 086 EUR en créditos de compromiso, un aumento de 3 600 millones de euros para 2016 que en realidad tan solo representa un 2,34 % de incremento. Con ello queremos mandar una señal política fuerte sobre cuáles son las prioridades del PE, resaltar la falta de financiación para los programas clave de la UE, y establecer una sólida posición de partida para las negociaciones con el Consejo y la Comisión durante el procedimiento de conciliación.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

András Gyürk (PPE), írásban. – A magyar néppárti képviselők szavazataikkal biztosították, hogy Magyarország legyen a 2016-os uniós költségvetés egyik nyertese. A szavazás során megvédtük a Magyarországnak járó kohéziós forrásokat, ugyanis a plenáris ülés megerősítette azt az álláspontot, amelynek megfelelően már a Költségvetési Bizottságban is nagy többséggel leszavazták azokat a törekvéseket, amelyek az Európai Regionális Fejlesztési Alap kereteit 20%-kal csökkentették volna azon országok esetében (köztük Magyarország esetében), amelyek ellenezték az Európai Bizottságnak a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótáit.

Prioritás volt az Előcsatlakozási Alap Tanács által javasolt csökkentésének visszafordítása. Ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A fideszes delegáció javaslatainak köszönhetően több tízmillió eurós emelést sikerült elérni.

A plenáris ülés a magyar érdekekkel összhangban megvédte a mezőgazdasági forrásokat a Tanács csökkentéseitől. Az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése, így a magyar tejtermelők a beharangozott 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkaphatják. Az elfogadott javaslatok között szerepel Csáky Pál (MKP) és Gál Kinga (FIDESZ) „Sokszínű Európa” c. közös projektje, melynek keretében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebbségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére az uniós forrásokból.

Brian Hayes (PPE), in writing. – I supported this report as it will put in place a sound package of budgetary measures for 2016.

Roger Helmer (EFDD), in writing. – The budget now looks to be restored to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 146.5 billion for payments; this is due to the opposition relating to the proposed cuts.

There is major support for all EU programmes such as strengthening the European Neighbourhood Instrument plus Social and Territorial Cohesion. In addition to this there is added pressure to increase the budget to deal with the ongoing refugee and migration crisis relating to the mismanagement of the disaster in the Mediterranean.

A further EUR 1.6 billion is directed to the Asylum Migration and Integration Fund; this includes Global Europe Security & Citizenship.

We cannot support programmes that have already been badly managed and expect the taxpayer to fund initiatives that are not valid or reliable in relation to meeting objectives of the citizens of Europe. These EU programmes do not serve the people of Europe but promote ‘more Europe’ and meet the political agenda of the Commission.

Hans-Olaf Henkel (ECR), schriftlich. – Das Parlament hat für den EU-Haushalt 2016 Verpflichtungsermächtigungen von 157,4 Milliarden Euro sowie Zahlungsermächtigungen in Höhe von 146,5 Milliarden Euro und damit einen Nettozuwachs von 4,159 bzw. 4,34 Milliarden Euro beantragt. Damit sollen nahezu sämtliche Kürzungen des Rates aufgehoben und die im mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 zwischen den Mitgliedstaaten vereinbarten Obergrenzen ignoriert werden.

Neben sinnvollen Budgeterhöhungen wie der Beantragung von zusätzlichen 1,161 Milliarden Euro zur Bewältigung der aktuellen Migrationskrise sowie 473,2 Millionen Euro für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gibt es zahlreiche Haushaltslinien, welche die Parlamentsmehrheit weitgehend ungeprüft mit gleichen oder höheren Mitteln ausstatten möchte. So machen alleine die Bereiche Struktur- und Kohäsionspolitik sowie Landwirtschaft/Umwelt mehr als zwei Drittel des EU-Budgets aus, obschon die Umsetzung von Programmen und Aktivitäten gerade bei der Kohäsionspolitik oftmals mangelhaft ist. Nichtsdestotrotz sollen diese Bereiche unabhängig von erzielten Leistungen unangetastet bleiben. Dem stehen Kürzungen in den sehr wichtigen Bereichen Forschung (Horizont 2020) und Infrastruktur (Connecting Europe Facility CEF) gegenüber.

Unsere Forderungen nach einem nachhaltigen, ausgeglichenen und transparenten Haushalt wurden im vorliegenden Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt. Deshalb habe ich gegen den Haushaltsentwurf 2016 des Parlaments gestimmt.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Im Übrigen – und das ist mein *ceterum censeo* – bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – La crise migratoire que subit l'Europe nous conduit à redéfinir nos priorités. Cela se répercute naturellement sur le budget communautaire. Ainsi, je me félicite de la décision du Parlement européen d'augmenter les fonds pour les migrations de 1,16 milliard d'euros. C'est une urgence et une nécessité. Je pose cependant la condition que cet argent soit dépensé pour des actions et mesures pertinentes qui permettent de restaurer la maîtrise des flux migratoires.

Je regrette par ailleurs le vote d'une majorité de députés contre le siège du Parlement à Strasbourg. C'est une tendance récurrente depuis plusieurs années qui traduit la lassitude de ces transhumances mensuelles pour une majorité de députés bien installés à Bruxelles.

Cependant, si je conçois la pertinence d'un siège unique, je pense que celui-ci doit être à Strasbourg. N'est-ce pas le cœur de la construction européenne, le symbole de l'amitié franco-allemande qui reste à ce jour le véritable moteur de l'Europe?

En abandonnant Strasbourg, nous abandonnons le sens de ce formidable mouvement de solidarité et de coopération que nos Pères fondateurs avaient souhaité mettre en place, nous perdons la mémoire de cette histoire tragique qui les avait conduits à fonder un socle commun et indéfectible de valeurs.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća o nacrtu općeg proračuna Europske unije za financijsku godinu 2016., zbog toga što smatram da je navedeni proračun u skladu s političkim prioritetima Unije. Jedan od ključnih aspekata proračuna za narednu godinu je naravno migracijska i izbjeglička kriza te se stoga u potpunosti slažem s povećanjem sredstava u ovu svrhu, jer iznimne prilike zahtijevaju iznimne mjere.

U skladu s tim, podržavam i hitne mjere podrške koje su namijenjene krizi koja je pogodila europske poljoprivrednike i koja ima značajan utjecaj na cjelokupno gospodarstvo EU-a. Međutim, potrebno je osigurati implementaciju postojećih politika Unija te poštovati plan plaćanja za razdoblje 2015. - 2016. Financiranje malih i srednjih poduzeća mora zauzeti važno mjesto u proračunu obzirom da su ista pokretač rasta, te im se treba pružiti potpora u pristupu tržištima.

Nadalje, obzirom da će provedba programa u području kohezijske politike vjerojatno kasniti, potrebno je pokušati kašnjenje svesti na minimum jer je dotična politika posebno važna za uravnotežen rast Unije. Povrh toga, držim da bi proračun Unije trebao biti fleksibilniji kako bi ista bila u mogućnosti pravovremeno i na učinkovit način reagirati na vanjske i unutarnje krize koje su sve prisutnije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il est question d'amender le projet de budget général prévu par le Conseil.

900 millions d'euros supplémentaires sont demandés aux contribuables européens afin de les attribuer à la politique d'immigration, ce qui portera à 2,1 milliards d'euros le budget total consacré à la crise migratoire qui frappe actuellement le continent européen. Ces fonds sont destinés à «répartir» les réfugiés entre les pays européens, à moderniser les centres d'accueil, à payer des formations linguistiques aux demandeurs d'asile, ou encore à renforcer les opérations de sauvetage en mer méditerranée. En aucun cas, il ne s'agit de donner les moyens d'une politique ferme qui aurait pour objectif de renforcer le contrôle aux frontières et de refouler les immigrés clandestins vers leurs pays d'origine.

Ce rapport est inique et se satisfait de l'immigration de masse malgré les hauts taux de chômage et de pauvreté, malgré aussi les différences culturelles énormes entre les populations autochtones et l'immense majorité des immigrés.

J'ai voté contre ce rapport.

Diane James (EFDD), *in writing*. – The budget now looks to be restored to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 146.5 billion for payments; this is due to the opposition relating to the proposed cuts.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

There is major support for all EU programmes such as strengthening the European Neighbourhood Instrument plus Social and Territorial Cohesion. In addition to this there is added pressure to increase the budget to deal with the on-going refugee and migration crisis relating to the mismanagement of the disaster in the Mediterranean.

A further EUR 1.6 billion is directed to the Asylum Migration and Integration Fund; this includes Global Europe Security & Citizenship.

We cannot support programmes that have already been badly managed and expect the taxpayer to fund initiatives that are not valid or reliable in relation to meeting objectives of the citizens of Europe. These EU programmes do not serve the people of Europe but promote 'more Europe' and meet the political agenda of the Commission.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – It is important that the EU budget for next year is sufficient to deal with issues such as the migration crisis. As the ALDE draftsperson on the LIBE opinion to the budget, I pushed for more funding in order to better secure the EU's borders and to address security concerns. I am pleased that Parliament as a whole backed the increase to the FRONTEX budget as well as for the European Agenda on Security. This is a step towards better managing the current crisis.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mes collègues José Manuel Fernandes et Gérard Deprez sur la résolution politique du budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2016. Cette résolution appelle ainsi à l'augmentation du budget des programmes-clés, tels que Erasmus+ ou des aides aux petites et moyennes entreprises, nécessaire pour lutter contre des enjeux tels que le chômage de masse dans l'Union européenne et la crise des réfugiés. Cette position, à l'opposé de la proposition du Conseil, était essentielle pour que l'Union puisse mener à bien ses politiques.

La résolution du Parlement a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht ist abzulehnen, da im Grunde Mittel für Zwecke, für welche die Union kein Mandat besitzt, fließen sollen.

Rikke Karlsson (ECR), *par écrit*. – Avec le groupe ECR, nous avons travaillé depuis plusieurs semaines à une résolution alternative à la proposition Fernandez-Deprez sur le projet de budget pour 2016. J'ai votée avec mon groupe, considérant en particulier les efforts que nous demandons à la Commission en faveur de l'emploi des jeunes. Pour le reste, j'ai été vigilante sur certaines lignes budgétaires spécifiques. Il faut par exemple soutenir, à travers le programme Daphné, le maintien du financement de la ligne d'urgence (116000) d'alerte pour les enfants disparus. Je me suis également prononcée en faveur d'une feuille de route pour un siège unique du Parlement européen, source d'économies substantielles. Je me suis encore exprimée contre les millions d'euros d'argent public versés pour des spectacles cruels au cours desquels des blessures et mises à mort volontaires sont infligés à des animaux: l'Europe en crise a certainement mieux à faire de l'argent que les contribuables lui confient!

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted against a number of measures which would have seen the overall EU budget increase and against proposed rises for agricultural subsidies, including bullfighting subsidies, and administration. I voted instead to focus the EU budget more heavily upon investment for growth and jobs and voted for regional funding that goes directly to communities that are best able to determine how to deliver for people locally. I want to see a real budget reform in the EU, with areas that do not bring any real benefits to our constituents cut.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur la position du Conseil sur le projet de budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2016. Comme les autres députés du Front national et du groupe Europe des Nations et des Libertés, j'ai soutenu la grande majorité des amendements visant à réduire le budget, mais ceux-ci n'ont pas été retenus. En outre, le paragraphe 77 du rapport met en cause la position de Strasbourg comme siège du Parlement européen, prévue par le traité. Il est scandaleux de trouver de telles revendications dans un rapport sur le budget.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il augmente de plus d'un million d'euros l'aide aux migrants, pourtant déjà considérable. Il cède aux bons sentiments immigrationnistes au lieu de défendre les peuples européens.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Met deze resolutie geeft het Europees Parlement aan de EU-begroting in 2016 met meer dan vier miljard euro te willen verhogen. De N-VA-delegatie deelt dit standpunt niet. Niet alleen de lidstaten moeten bezuinigen, maar ook de EU moet de tering naar de nering zetten.

De N-VA steunt de extra uitgaven naar aanleiding van de migratiecrisis of ter compensatie van de EFSI-bezuinigingen op Horizon 2020 en de Connecting Europe Facility, maar is van oordeel dat in eerste instantie binnen bestaande budgetten geschoven moet worden vooraleer sprake kan zijn van een verhoging van de begroting.

Er zijn nog zeer veel efficiëntiewinsten te boeken binnen de huidige begroting, bijvoorbeeld in de begrotingslijnen met een zwakke implementatiegraad of binnen budgetten die geen toegevoegde EU-waarde bieden.

De N-VA-delegatie stemde dus tegen de gezamenlijke resolutie en steunt in plaats daarvan de aanbevelingen die gedaan worden in de alternatieve ECR-resolutie.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor de la presente Resolución sobre el presupuesto de la Unión Europea debido a que no reconoce la importancia política de este instrumento para impulsar la economía de los 28 Estados miembros. La Resolución contiene puntos positivos; de hecho es una posición bastante mejor que la del Consejo, por ejemplo condena los recortes producidos por la reasignación de fondos que ha producido la constitución del FEIE. Sin embargo, no consideramos que recoja todas las necesidades de la Unión en el ámbito presupuestario, que necesita una herramienta de política económica que incremente el gasto público en ausencia de mejora alguna de la economía internacional. Es por esto por lo que no he podido votar a favor de la presente Resolución.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Nacrt proračuna za 2016. pripremljen je polazeći od ključnih prioriteta definiranih na razini EU-a: stvaranja novih radnih mjesta, gospodarskog rasta, investicija te novih migracijskih politika. U nacrtu proračuna za 2016. Komisija predlaže ukupno 153,5 milijardi eura za preuzimanje obveza i 143,5 milijardi eura za plaćanja, što predstavlja povećanja od 2,4 posto za preuzimanje obveza i 1,6 posto za plaćanja u odnosu na 2015.

Parlament je predložio povećanje na 157,4 milijardi eura za preuzimanje obveza odnosno 146,4 milijardi eura za plaćanje. Podržala sam prijedlog Parlamenta budući da je ovo povećanje važno kako bi se omogućilo dodatno financiranje razvojnih projekata na području kvalitetnog zapošljavanja, poticanja poduzetništva i razvoja malog i srednjeg poduzetništva, ali isto tako osnažili postojeći instrumenti kao odgovor na aktualnu migracijsku krizu.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφικώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου όσον αφορά το σχέδιο του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 27/10/2015 καθώς και διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

David Martin (S&D), *in writing*. – More of the EU Budget needs to be spent on creating growth and more flexibility is needed to reprioritise the budget and direct it towards priority areas like the current humanitarian crisis and greater investment for growth.

Over the last year we have seen a major humanitarian crisis unfold on our doorstep and the MFF, as it is structured right now, is not suitably flexible enough to reprioritise the budget.

We have also all acknowledged that greater investment is needed with President Juncker's Investment Plan – but the money for this came from budget lines already targeted at growing the economy and creating jobs.

The money for this should have come from less productive areas of the EU Budget

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2016, che rappresenta le priorità e le necessità dell'Europa. Il bilancio dell'Unione europea viene speso in quei settori dove vi è l'esigenza di risorse per ottenere risultati a favore dell'Europa. Obiettivo del bilancio è sostenere l'occupazione, la crescita, aiutare le regioni sottosviluppate dell'Unione europea, migliorare la competitività delle imprese europee e finanziare programmi volti alla ricerca e innovazione a favore dell'occupazione giovanile.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Es ist nicht einzusehen, dass noch mehr Geld aufgewendet werden soll. Oftmals für Zwecke, für welche die Union nicht einmal ein Mandat besitzt. Der Bericht ist daher abzulehnen.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I supported the 2016 Budget which sets out the Parliament's main priorities for the coming year: more resources to tackle the migration crisis, restoring cuts to the Horizon 2020 programme and Connecting Europe Facility, and continuing the Youth Employment Initiative.

I did not support Amendment 22 as there are no coupled payments for bullfighting within the CAP.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Voici le premier avis formel du Parlement sur le budget européen pour 2016, avant le vote final en décembre. D'emblée, on peut constater qu'aucune des recommandations formulées en juillet par le même rapporteur Fernandes n'a été suivie d'effet. Le rapporteur constate que le Conseil multiplie les obstacles à la résorption des impayés, alors qu'il appelait à les résorber «sans délais» en juillet. Un volontarisme de façade est toujours affiché pour 2016. Et le rapport exprime une salutaire mise en garde contre les annonces factices comme celles du fond d'investissement Juncker conduisant à déshabiller des programmes existants. Tout en affirmant la nécessité de dégager un milliard supplémentaire pour affronter la crise des migrants, le rapport préconise un montant d'engagements pour 2016 inférieur de près de 4 milliards au budget pour 2015! Ce rapport prétend ainsi qu'on pourra faire plus avec moins, alors même que le budget 2015 s'est déjà avéré insuffisant! C'est une raison suffisante pour voter contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objet d'amender le projet de budget général prévu par le Conseil. C'est un rapport profondément nocif. Il est ainsi demandé que 900 millions d'euros supplémentaires soient attribués à la politique d'immigration, ce qui portera à 2,1 milliards d'euros le budget total consacré à la crise migratoire qui frappe actuellement le continent européen. Ces fonds sont destinés à «répartir» les réfugiés entre les pays européens, à moderniser les centres d'accueil, à payer des formations linguistiques aux demandeurs d'asile, ou encore à renforcer les opérations de sauvetage en mer Méditerranée. En aucun cas, il ne s'agit de donner les moyens d'une politique ferme qui aurait pour objectif de renforcer le contrôle aux frontières et de refouler les immigrés clandestins vers leurs pays d'origine.

Le député a voté contre ce rapport inique qui se satisfait de l'immigration de masse malgré les hauts taux de chômage et de pauvreté, malgré aussi les différences culturelles énormes entre les populations autochtones et l'immense majorité des immigrés.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável ao relatório sobre o projeto de orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2016.

Felicitó o relator pelo trabalho desempenhado e pelos acordos alcançados: a proposta do Parlamento reforçará a proposta da Comissão em 2,8 mil milhões de euros. Tendo em conta as anteriores taxas de execução, bem como as futuras capacidades previsíveis de absorção, estes são montantes realistas que possibilitarão uma apropriada execução das políticas e permitirão que a UE assegure um financiamento adequado das suas áreas prioritárias.

No âmbito do financiamento da tauromaquia, sublinho que a PAC não financia as atividades conexas com a tauromaquia.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it proposes additional increases in the 2016 budget for the Asylum, Migration and Integration Fund (AMIF) which is essential if the Union is to handle the crisis in a way fitting to our standards and values.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Nous avons décidé d'être ambitieux en prévoyant des fonds supplémentaires (4,1 milliards d'euros de plus que la position du Conseil en engagement et 4,3 milliards d'euros de plus que la position du Conseil en paiement/ordonnancement) dans le budget 2016 de l'UE pour faire face aux différentes crises auxquelles l'Europe est confrontée.

Il s'agit de répondre aux besoins découlant de l'afflux sans précédent de réfugiés à l'intérieur et à l'extérieur de l'UE, de financer l'aide à la création d'emplois pour les jeunes, d'améliorer la compétitivité de l'UE, etc. Dès lors nous proposons un budget de 157,4 milliards d'euros en engagements et 146,4 milliards en paiements. Le dernier mot n'est pas dit. S'enclenche maintenant une procédure de conciliation avec le conseil qui devrait se terminer par un accord, qui sera entériné au Conseil ECOFIN du 23 novembre prochain. En outre, nous avons demandé de pouvoir bénéficier de tous les instruments de flexibilité pour répondre aux imprévus et donc de recourir si nécessaire à la réserve pour imprévu.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – V súčasnosti čelí Únia mnohým vážnym výzvam v mnohých oblastiach zároveň, čo je potrebné zohľadniť vo všeobecnom rozpočte EÚ na budúci rok, ktorý by mal zostať rozpočtom investičným a prorastovým. Som sklamaný, že práve oblasť konkurencieschopnosti pre rast a zamestnanosť bola opäť postihnutá ráznymi škrtmi zo strany Rady so znížením o 140,9 milióna EUR v záväzkoch a 435,4 milióna EUR v platbách. Nesúhlasím ani so škrtmi v oblasti hospodárskej, sociálnej a územnej súdržnosti, pretože ide o hlavnú investičnú politiku Únie zameranú na znižovanie často markantných rozdielov medzi európskymi regiónmi. Štrukturálne fondy EÚ významne pomáhajú regiónom pri konvergencii a pri vytváraní kvalitných pracovných miest. Ich dostatočné financovanie musí zostať prioritou Únie.

Na záver by som chcel vyjadriť podporu rozhodnutiu Parlamentu o zvýšení finančných prostriedkov vo výške 473,2 milióna EUR na rok 2016 pre iniciatívu na podporu zamestnanosti mladých ľudí a zdôrazňujem potrebu vykonávania programov na boj proti nezamestnanosti.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution, which is a political document explaining Parliament's position on the general budget of the European Union for 2016 — all sections. The resolution needs to be consistent with the vote on the figures. Therefore, as in the budgetary lines, I supported the reinforcement of some political key priorities for growth, competitiveness and employment, in particular compensation for the cuts in the two important programmes Horizon 2020 and the Connecting Europe Facility, and the increase in the Youth Employment Initiative. I also voted against subsidies for the breeding of bulls for bullfighting. Last but not least, I voted in favour of more transparency for the general expenditure allowance but taking into account that this should happen without creating an extra administrative or financial burden.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság 2015. június 24-én elfogadta az Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésének tervezetét. A Tanács 2015. szeptember 4-én kialakította a tervszöveggel kapcsolatos álláspontját, és azt 2015. szeptember 17-én továbbította a Parlamentnek. A Parlament Költségvetési Bizottságának jelentése számos pontos túlmutat a Tanács álláspontján, illetve szembe helyezkedik azzal. Mindenekelőtt azt javasolja, hogy a Parlament a migrációs válságra adandó első válaszlépésként tegyen javaslatot a költségvetési tervezet 1161 millió euróval történő növelésére egy átfogó módosítási csomag keretében. 2016-ra új kötelezettségvállalásokra tesz javaslatot az ifjúsági foglalkoztatási kezdeményezés folytatása érdekében, 473,2 millió euróval növelve a 2016. évi előirányzatokat. A Stratégiai Beruházási Alap elindítása a Horizont2020-tól és a Hálózatfinanszírozási Eszköztől elvonott összegeket teljes mértékben (1326 millió euró összegben) ellentételezni javasolja a 2016-os költségvetésben. Visszaállítani javasolja végül a költségvetési tervezet Tanács által javasolt minden csökkentését (563,6 millió euró kötelezettségvállalási előirányzat és 1421,8 millió euró kifizetési előirányzat). Mindezek érdekében azt javasolja, hogy a Parlament a 2016. évi előirányzatok átfogó szintjét 157 427,5 millió euró kötelezettségvállalási előirányzatban és 146 459,5 millió euró kifizetési előirányzatban határozza meg. A Költségvetési Bizottság álláspontjával egyetértek, ezért az előterjesztést megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Orçamento de 2016 está enquadrado no Quadro Financeiro Plurianual 2014-2020, podendo ser ajustado conforme as prioridades definidas pela Comissão, pelo Parlamento e pelo Conselho para o ano vindouro.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Voto a favor do presente relatório sobre o Orçamento de 2016, que tem como prioridade o apoio aos refugiados e o reforço da competitividade europeia através do eixo Emprego, Empresas e Empreendedorismo.

O Emprego tem efetivamente de ser a grande prioridade do próximo ano, e apenas o reforço da competitividade das empresas e uma maior dotação dos Fundos Europeus do Horizonte 2020 e do Programa Cosme permitirá que isso se suceda.

Entendo como sendo extremamente positivo o reforço de 1,3 mil milhões de euros ao nível do Horizonte 2020 e do Mecanismo Interligar a Europa, que foram usados na constituição da garantia do plano Juncker, e adicionar 473 milhões de euros para permitir a continuidade da Iniciativa Emprego Jovem.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Sans surprise, ce rapport sur le budget 2016 est une preuve de plus de l'indécente arrogance de l'UE qui met en coupe réglée les budgets de ses États membres.

Il est scandaleux que ce rapport augmente les crédits d'engagement (à 146,5 milliards d'euros) de 4,4 milliards d'euros au-dessus de la proposition de la Commission et au-dessus des plafonds décidés par l'UE (144,7 milliards d'euros) pour l'année.

Il fait la part belle au financement de la folie migratoire puisqu'il accorde 1,2 milliard pour épancher les conséquences migratoires de sa politique étrangère irresponsable et atlantiste.

La Commission européenne envisage de dépenser 26 millions d'euros en 2016 en campagne publicitaire pour faire le service après-vente de l'UE, croyant ainsi que c'est en faisant payer au contribuable des mesures de propagande que l'on convaincra le peuple du bienfait de l'UE. Que dire enfin du train de vie sardanapalesque du Président du parlement qui a besoin de 35 collaborateurs ainsi que de 2 limousines pour satisfaire à ses obligations, si ce n'est qu'il révèle une déconnexion totale des institutions européennes vis-à-vis des peuples.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted against an increase in the EU Budget today, which goes beyond the Multiannual Financial Framework (MFF), the EU's seven-year framework regulating its annual budget. Labour MEPs have voted to re-prioritise the budget towards spending on growth, jobs and innovation – in particular the Youth Employment Initiative, which should be an EU priority. They have also backed increased funding for refugees to help countries cope with the current humanitarian crisis.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du projet de budget général de l'Union européenne pour 2016. Ce texte insiste sur le renforcement de la réponse à donner à la crise des réfugiés, à la crise agricole et aux questions d'emploi et de compétitivité. J'ai notamment approuvé la poursuite du financement de l'initiative pour l'emploi des jeunes et l'attribution de 473 millions d'euros pour les programmes qui visent à les aider à s'insérer sur le marché du travail. Le vote du Parlement a permis de demander l'attribution de 1,3 milliard d'euros au programme de recherche Horizon 2020 et au mécanisme pour l'interconnexion afin de compenser les fonds qui leur avaient été retirés pour le financement de la garantie du plan Juncker. Ce texte appelle également au soutien de programmes en faveur de la formation de la jeunesse tels que COSME et Erasmus +.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – Con l'approvazione della risoluzione relativa al bilancio generale dell'UE, il Parlamento delinea le priorità politiche da attuare attraverso l'implementazione dei programmi della Commissione europea. Negli ambiti della cultura e dell'istruzione, viene confermato il chiaro sostegno dell'Unione a Erasmus+, sicuramente il programma più conosciuto dai nostri concittadini. L'auspicio – e i segnali in tal senso sono positivi – è che quest'anno non ci siano mancati pagamenti che si traducono in difficoltà finanziarie per i ragazzi in scambio e le loro famiglie. Di converso, negli ambiti di cultura e cittadinanza, si deve rilevare come il Consiglio diminuisca gli ammontare rispetto alle proposte della Commissione sia per Europa Creativa, che Europa dei Cittadini; e così anche i margini per progetti pilota e azioni preparatorie sono stati diminuiti. Pur a fronte delle emergenze che ben conosciamo, a partire dalla crisi dei rifugiati, non va sottovalutato come la cultura costruisca cittadinanza e inclusione sociale. Mentre in Europa dilagano euroscetticismo e sfiducia, e crescono i populismi alle ali estreme dello spettro politico, si tagliano quei programmi che riavvicinano cittadini e istituzioni. Sono anche questi problemi concreti, come pure l'accumularsi di fatture non pagate dalla Commissione per mancanza di fondi, a nutrire pulsioni disgreganti del progetto europeo.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report on the general budget of the European Union for 2016, which will increase the commitment and payment appropriations under Heading 4, Global Europe.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 fordert an vielen Stellen mehr finanzielle Mittel, für die die Europäische Union gar kein Mandat besitzt. Außerdem beinhaltet der Bericht weitere Bestrebungen in Richtung Transferunion mit dem Ziel, mehr in den Nachbarländern zu investieren. Ich sehe es eher als notwendig an, dass die finanziellen Mittel für die Unterstützung unserer eigenen Bürger verwendet werden, und habe somit gegen den Bericht gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – La résolution sur le budget général de l'UE pour 2016 confirme la nécessité pour le Parlement de rétablir les lignes budgétaires là où le Conseil, obnubilé par l'austérité généralisée, ne veut voir que des coupes. Il est ainsi proposé, et à juste titre, de renforcer les budgets alloués à des programmes clés tels que l'initiative pour la jeunesse, Horizon 2020 ou encore les fonds pour le développement ou ceux attribués au soutien des réfugiés.

Cependant, la proposition du Parlement est malheureusement beaucoup trop faible et n'arrivera pas à faire le poids ni face aux urgences du moment, telles que la crise des migrants, ni même face au Conseil qui cherchera à amputer le budget européen des programmes qui sont plus que nécessaires. Malgré les limitations qui nous sont imposées par le cadre financier pluriannuel, le Parlement devrait avoir l'audace d'une proposition plus ambitieuse qu'un semblant de statu quo. Pour ces raisons je me suis abstenu sur le vote de cette résolution.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Järgmise aasta eelarvega on ELil võimalus parandada mõned olulised senised tegematajätmised, mis puudutavad ulatuslikku põgenikekriisi. Nii on hädavajalik suurendada lõpuks rahaeraldise Süüria põgenikelaagritele Türgis, Jordaanias ja Liibanonis, aga ka teiste konfliktipiirkondade põgenikelaagritele.

Elamistingimuste parandamine neis keskustes võimaldaks põgenikel vältida ohtlikku teekonda Euroopasse. Oluliselt tuleb suurendada panust Kreekas ja Itaalias põgenike vastuvõtukeskuste loomiseks ja adekvaatseks ülalpidamiseks. See võimaldaks panna piiri põgenike traagilisele juhitamatule liikumisele mööda Euroopat. Samuti tuleb tõsiselt suurendada panust läbimõeldud arengu toetamiseks nii ELi lõuna- kui ka idanaabruses.

2016. aasta eelarve peab võimaldama aidata kaasa tegelike muutuste tegemisele Ukraina majandussüsteemis ning olla toeks ka teistele riikidele, kes liiguvad täieliku turumajanduse suunas ja kinnistavad õigusriigi põhimõtteid. Ukraina, Moldova ja Gruusia suunal saab EL teha senisest enam ka eelarveliselt.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Reikia dėti daugiau pastangų norint įveikti Sąjungos ekonomikos trūkumus. Sąjungos biudžetas turėtų būti orientuotas į ekonominės ir socialinės sanglaudos tikslą. Biudžetas turi padėti žmonėms išsikrapštyti iš skurdo. Todėl reikia numatyti pakankami lėšų visuomenės poreikiams. Būtina sumažinti ekonominės ir socialinės krizės sukeltą neigiamą poveikį. Sąjungos biudžetas turėtų būti naudojamas darbo užmokesčiui didinimui ir investicijoms, kuriančioms darbo vietas. Ypatingas dėmesys turi būti skiriamas socialinei pažangai ir kiekvienos valstybės potencialo išsaugojimui, skatinimui, taip pat darbo vietų kūrimui, tvariam gamtos išteklių naudojimui ir aplinkos apsaugai. Reikia kompensuoti programos „Horizontas 2020“ ir Europos infrastruktūros tinklų priemonės finansavimo sumažinimus. Be to, turi būti parengtas planas, siekiant pereiti prie vienos būstinės.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – The budget now looks to be restored to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 146.5 billion for payments: this is due to opposition to the proposed cuts.

There is major support for all EU programmes, such as strengthening the European Neighbourhood Instrument and social and territorial cohesion. In addition to this, there is added pressure to increase the budget to deal with the ongoing refugee and migration crisis as a result of mismanagement of the disaster in the Mediterranean. A further EUR 1.6 billion is being directed to the Asylum Migration and Integration Fund and this includes Global Europe Security and Citizenship.

We cannot support programmes that have already been badly managed and expect the taxpayer to fund initiatives that are not valid or reliable in relation to meeting the objectives of Europe's citizens. These EU programmes do not serve the people of Europe but rather promote 'more Europe' and serve the political agenda of the Commission.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Pur apprezzando la suddivisione dei fondi tra le diverse voci di bilancio presentata, ribadisco in questa sede la posizione della commissione ENVI, di cui faccio parte, con particolare riferimento alla richiesta di ulteriori fondi e finanziamenti a favore di progetti di ricerca ed innovazione in ambito ambientale, al fine di realizzare gli obiettivi posti da Horizon 2020 per un'economia e una società efficienti sotto il profilo delle risorse e capaci di affrontare i cambiamenti climatici.

Per tali motivi, mi esprimo favorevolmente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Uzevši u obzir da je ključni prioritet za prijedlog proračuna u 2016. godini u svjetlu Junckerovog plana, strategija koja bi osigurala nova radna mjesta, razvoj i ulaganja, predloženo veće izdvajanje sredstava iz proračuna je opravdano, ali i nužno kako bi se ubrzao tempo investicija. Okosnicu tog plana ulaganja predstavlja stavljanje na raspolaganje jamstvenog fonda u iznosu od 8 milijardi EUR za preuzimanje obveza i plaćanja za opremanje Europskog fonda za strateška ulaganja.

Proračun EU-a je sredstvo za poticanje unutarnje solidarnosti jer se njime podupire gospodarska, socijalna i teritorijalna kohezija, ali i sredstvo vanjske solidarnosti koji služi za pružanje hitne pomoći tijekom humanitarnih i civilnih kriza. Osobno sam podržala amandmane koji su se odnosili na provođenje pilot projekta za uspostavu Europske nagrade za seosku ženu, osnivanje fonda za restrukturiranje industrije šećera, utvrđivanje jednog mjesta zasjedanja za Parlament te povećano ulaganje u traganje za nestalom djecom.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Sans surprise, ce rapport sur le budget 2016 est une preuve de plus de l'indécente arrogance de l'UE qui met en coupe réglée les budgets de ses États membres.

Il est scandaleux que ce rapport augmente les crédits d'engagements (à 146,5 milliards d'euros) de 4,4 milliards d'euros au-dessus de la proposition de la Commission et au-dessus des plafonds décidés par l'UE (144,7 milliards d'euros) pour l'année.

Il fait la part belle au financement de la folie migratoire puisqu'il accorde 1,2 milliard pour épancher les conséquences migratoires de sa politique étrangère irresponsable et atlantiste.

La Commission européenne envisage de dépenser 26 millions d'euros en 2016 en campagne publicitaire pour faire le service après-vente de l'UE, croyant ainsi que c'est en en faisant payer au contribuable des mesures de propagande que l'on convaincra le peuple du bienfait de l'UE. Que dire enfin du train de vie sardanapalesque du Président du parlement qui a besoin de 35 collaborateurs ainsi que de 2 limousines pour satisfaire à ses obligations, si ce n'est qu'il révèle une déconnexion totale des institutions européennes vis à vis des peuples.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Kao što je vidljivo iz izvještaja Odbora za proračun, pohvalni su uspjesi Europskog parlamenta u suprotstavljanju prijedlozima Vijeća kad je riječ o oštrim rezovima i nedovoljnom izdvajanju sredstava za financiranje ključnih programa EU-a. Pritom su posebno važne dogovorene obveze u dodjeljivanju sredstava za izbjegličku krizu, za Grčku, Europski fond za strateška ulaganja te financiranje Inicijative zapošljavanja mladih.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Suradnjom skupina S&D-a i EPP-a ostvarena je dodjela sredstava u iznosu od 1326 milijuna za dva važna programa: Obzor 2020 i Instrument za povezivanje Europe, kao i za niz drugih programa koji smjeraju poticanju rasta, konkurentnosti i zapošljavanja. U području ekonomske, socijalne i teritorijalne kohezije, posebno je hvalevrijedno usvajanje amandmana za povećanje sredstava Inicijative zapošljavanja mladih u iznosu od 473 milijuna eura, a u sferi održivog razvoja i prirodnih resursa odobren je paket hitne podrške za proizvođače mliječnih proizvoda.

Ukupno 89 pilot projekata i pripremnih aktivnosti je odobreno, kao i povećanje iznosa subvencije za Europski globalizacijski fond. S ponosom ističem da je grupa S&D uspjela osigurati povećanje u odnosu na nacrt Komisije za vanjsku razvojnu politiku, humanitarnu pomoć, Europski instrument za demokraciju i ljudska prava i druge važne razvojne programe.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Unija se trenutno suočava s nizom izazova koji traže brza i učinkovita rješenja. To se posebice odnosi na izbjegličku i migracijsku krizu zbog čega je financijske resurse potrebno rasporediti na način koji će omogućiti adekvatan i fleksibilan odgovor na krizu. Potrebno je i uložiti dodatne napore u rješavanje nedostataka u europskom gospodarstvu, jačanje konkurentnosti, te podizanje broja i kvalitete radnih mjesta, posebno za mlade.

U tom smislu neprocjenjiva je uloga mikro, malih i srednjih poduzeća. Predviđenih 50 milijardi eura ulaganja javnih i privatnih investitora kroz Europski fond za strateške investicije trebalo bi dati značajan doprinos kao generator gospodarskog oporavka. Potrebno je kompenzirati uštede u području istraživanja i razvoja - Horizon 2020., poticanju srednje velikog poduzetništva - COSME te studentske mobilnosti - Erasmus +.

Proračun od 157,4 milijarde eura mora se voditi ciljevima Strategije Europa 2020. te biti usklađen s višegodišnjim financijskim okvirom Europske unije za razdoblje 2014. – 2020. U vremenu neizvjesnosti najvažniji europski financijski instrument mora osigurati stabilnost te ulaganje u daljnji razvoj.

Pavel Poc (S&D), *pisemně*. – Přiměřený evropský rozpočet je podmínkou toho, aby evropské programy byly implementovány správně a kontinuálně. Proto jsem hlasoval pro návrh usnesení Evropského parlamentu o postoji Rady k rozpočtu na příští rok. Není nadále možné, aby zástupci členských států i přes sliby, které v minulosti daly Evropskému parlamentu, ohrožovali plynulou implementaci programů, z nichž těží jejich vlastní občané. Podpořil jsem tedy navýšení prostředků pro Horizont 2020 a Nástroj pro propojení Evropy, programy, které byly negativně poznamenány vznikem Evropského fondu pro strategické investice, tak aby mohly být naplněny dohodnuté cíle. Ačkoliv byla v minulosti učiněna rozhodnutí, která se v tehdejší kontextu zdála racionální, Unie si již nemůže dovolit nadále zbytečně utrácet prostředky, které by mohly být jinde investovány lépe. Proto jsem podpořil i návrh sestavit časový plán pro zavedení jednoho sídla Parlamentu. Hlasoval jsem proti použití evropského rozpočtu pro financování býčích zápasů, při nichž jsou zabíjena zvířata, jelikož tyto brutální aktivity již nemají v novodobé Evropě místo. Podpořil jsem zvýšení prostředků pro programy pro zdraví a životní prostředí, protože jejich důležitost byla Radou opět ignorována. Nepodpořil jsem výzvu Komisi, aby přijala rozpočtové opatření zabezpečující vyváženější solidaritu členských zemí v uprchlické krizi, protože tento podnět jde proti všem demokratickým zásadám i samotnému principu solidarity.

Miroslav Poche (S&D), *pisemně*. – Hlasování o rozpočtu EU patří mezi nejdůležitější úkoly Evropského parlamentu, neboť Parlament má, co se týká rozpočtu EU, finální slovo. Schválený návrh nyní bude předmětem dohádovacího řízení s Evropskou radou a následovat bude konečné schválení kompromisního návrhu na listopadovém plenárním zasedání. Podpořil jsem všechny rozumné návrhy, které vedly k zamezení plýtvání finančních prostředků, jako např. v otázce jednotného sídla EP v Bruselu, čímž se ušetří miliony EUR placených za permanentní stěhování mezi Bruselem a Štrasburkem. Naopak je nutno přidat tam, kde jsou peníze potřeba, aktuálně zejména do řešení migrační krize, ale také do podpory zaměstnanosti v EU, především mladých lidí. Do podpory zvládnutí migrace tak Parlament nasměroval o 1,16 miliardy EUR více, než bylo v původním návrhu Komise. Sankce EU proti Rusku pomáhají naplňovat strategické cíle EU, nicméně považuji za důležité, aby EU byla schopna řešit dopady těchto sankcí na vlastní nejvíce postižené sektory. Podpořil jsem proto návrh navýšení rozpočtové kapitoly určené farmářům, jejichž existence je ohrožena recipročním zákazem importu potravin do Ruska. V neposlední řadě jako člen výboru ITRE mám radost z navýšení rozpočtu programu Horizont 2020, neboť jsme na výboru svedli tuhý boj, aby tento program nepřišel o důležité finanční toky kvůli financování Junckerova investičního plánu.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del progetto di bilancio generale dell'Unione europea per il 2016. La Commissione lo ha reso pubblico il 24 giugno 2015. Il progetto di bilancio fissa il livello complessivo degli stanziamenti per il 2016 a 157.427,5 milioni di EUR in impegni e a 146.459,5 milioni di EUR in pagamenti. Ritengo che il bilancio sia stato concepito secondo criteri di valutazione corretti ed esaustivi e che intercetti efficacemente i bisogni dell'Unione europea e dei suoi cittadini. In ogni caso ritengo che per il futuro la Commissione debba tenere conto degli sforzi di risanamento economico che gli Stati membri stanno compiendo a livello nazionale per rilanciare la propria economia. Bisogna evitare di gravare eccessivamente sulle finanze pubbliche degli Stati membri con obblighi e vincoli non necessari. In tal senso occorre trovare il giusto equilibrio tra rigore e sviluppo, per giungere a una ripartizione efficace delle risorse disponibili. Dobbiamo salvaguardare le iniziative per l'occupazione giovanile, lo sviluppo delle imprese e dell'imprenditorialità nell'Unione e non ridurre ulteriormente gli impegni proposti in questa rubrica.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Les anti-corridas ont beau s'agiter en criant à la fin des subventions européennes pour les éleveurs de taureaux de combat, ils sont pour autant dans l'ignorance la plus complète. Que les choses soient claires, la PAC ne finance pas la tauromachie. La PAC subventionne les élevages de bœufs et de veaux, sans aucune discrimination. Ensuite, si les États, comme l'Espagne et la France, veulent orienter une partie du budget de la PAC et du FEADER vers les élevages de taureaux de combat, c'est leur droit le plus strict, rien ne le leur interdit. La Commission européenne a d'ailleurs une position limpide sur ce sujet depuis de nombreuses années. Ces amendements, même votés, sont juridiquement bancals et mal préparés. Ils n'ont par conséquent aucune valeur.

Seule la droite européenne dans sa grande majorité a voté contre, et ainsi respecté le principe de subsidiarité et les libertés culturelles. Les autres familles politiques se sont dispersées, gauche, centristes, extrémistes. En ne prenant pas de position claire, elles ont bafoué nos traditions!

Les Verts et les anti-corridas ont allumé un feu de paille, cette année il a pris, mais, par définition, il s'éteindra de lui-même. Je leur donne rendez-vous à la fin des négociations budgétaires.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A posição do Parlamento sobre o orçamento de 2016 reflete adequadamente as prioridades políticas europeias, nomeadamente no que respeita à crise migratória e dos refugiados, à criação de emprego e ao desenvolvimento das empresas e do empreendedorismo.

Trata-se de uma proposta responsável, que contém importantes medidas, como sejam: o pacote de alterações apresentado com vista a proporcionar uma resposta à crise migratória, tanto na sua vertente interna como externa; o reforço do programa COSME e do programa Horizonte 2020; a continuidade da Iniciativa para o Emprego dos Jovens; e o pacote de apoio de emergência de 500 milhões de euros de ajuda aos produtores de leite.

Para que a UE possa responder aos importantes desafios políticos que enfrenta e honrar os respetivos compromissos, designadamente no que se refere à redução do volume de pagamentos em atraso relativos aos programas de coesão do período 2007-2013, é necessário que sejam mobilizados os recursos financeiros para tal necessários.

Neste sentido, não podemos alinhar num conjunto de cortes propostos pelo Conselho, importando, além do mais, deixar aqui um apelo para que seja alcançado um acordo quanto à utilização de todos os mecanismos de flexibilidade disponíveis no Regulamento do Quadro Financeiro Plurianual, incluindo a plena mobilização do Instrumento de Flexibilidade.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The budget now looks to be restored to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 146.5 billion for payments: this is due to opposition to the proposed cuts.

There is major support for all EU programmes, such as strengthening the European Neighbourhood Instrument and social and territorial cohesion. In addition to this, there is added pressure to increase the budget to deal with the ongoing refugee and migration crisis as a result of mismanagement of the disaster in the Mediterranean. A further EUR 1.6 billion is being directed to the Asylum Migration and Integration Fund and this includes Global Europe Security and Citizenship.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

We cannot support programmes that have already been badly managed and expect the taxpayer to fund initiatives that are not valid or reliable in relation to meeting the objectives of Europe's citizens. These EU programmes do not serve the people of Europe but rather promote 'more Europe' and serve the political agenda of the Commission.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del presupuesto general de la UE para 2016 porque propone un aumento para la financiación de nuestras prioridades políticas, y más concretamente compensar los recortes del acuerdo sobre el Fondo Europeo de Inversiones Estratégicas (FEIE) para cumplir los objetivos de I+D+i y de infraestructuras que nos hemos fijado, asegurar los recursos adicionales necesarios para la dimensión interna y externa de la crisis de los refugiados, renovar nuestro compromiso en contra del desempleo juvenil mediante la financiación un año más de la Iniciativa de Empleo Juvenil y compensar a nuestros agricultores y ganaderos, que están siendo afectados por el veto ruso o por la crisis de la leche.

Nuestra propuesta asciende a 157 427 547 086 EUR en créditos de compromiso, un aumento de 3 600 millones de euros para 2016 que en realidad tan solo representa un 2,34 % de incremento. Con ello queremos mandar una señal política fuerte sobre cuáles son las prioridades del PE, resaltar la falta de financiación para los programas clave de la UE, y establecer una sólida posición de partida para las negociaciones con el Consejo y la Comisión durante el procedimiento de conciliación.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui prévoit notamment, et ce afin de répondre aux besoins des États membres qui gèrent les plus grands afflux de réfugiés et de migrants ainsi que ceux des pays hors UE qui en hébergent encore davantage, 1,16 milliard d'euros de plus pour des mesures de gestion de la migration par rapport à ce que la Commission européenne a proposé initialement.

En matière d'emploi, le Parlement a ajouté 473 millions d'euros pour les contrats de nouveaux programmes visant à aider les jeunes chômeurs à trouver de l'emploi. Les agriculteurs touchés par l'embargo russe sur les importations de produits alimentaires provenant de l'UE et par les bas prix du lait recevront également 500 millions d'euros supplémentaires.

Le Parlement a, enfin, ajouté 1,3 milliard d'euros pour le programme de recherche européen Horizon 2020 et le mécanisme pour l'interconnexion (des infrastructures) de l'Europe, pour restituer les fonds empruntés à ceux-ci afin de lancer le plan d'investissement Juncker. J'ai par contre voté contre toute augmentation des frais et des dépenses liées à l'activité de député européen.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la proposition de budget 2016 qui annule toutes les coupes budgétaires entamées par le Conseil et apporte des réponses aux événements récents tout en maintenant les priorités à poursuivre.

Le texte que nous avons voté prévoit notamment 1,16 milliard d'euros pour le traitement de la crise des réfugiés, tant dans sa dimension interne qu'externe. L'Union disposera ainsi d'une plus grande capacité budgétaire pour mettre en œuvre les dispositions adoptées ces derniers mois telles que la création des hotspots, le mécanisme de relocalisation des réfugiés ou encore la supervision européenne des gardes-côtes; mais également afin d'endiguer les causes profondes de cette crise avec 250 millions d'euros supplémentaires pour le voisinage, la coopération au développement ou encore l'aide humanitaire.

Le texte poursuit également les efforts de l'Union pour favoriser l'emploi, la compétitivité avec l'augmentation des financements des programmes Horizon 2020 (1,3 milliard supplémentaire), Erasmus+ ou encore l'initiative pour l'emploi des jeunes. Cette proposition de budget n'oublie pas de répondre à la crise agricole et demande de mobiliser 500 millions d'euros supplémentaires en faveur des agriculteurs laitiers touchés par l'embargo russe.

Ce budget répond aux défis auxquels nous faisons face et s'engage pour la croissance et l'emploi, c'est pourquoi j'ai voté en faveur.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore del bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2016 in quanto ritengo che la relazione sia in linea con le nuove sfide costituite innanzitutto dal piano Juncker. Non bisogna correre il rischio che il sostegno per l'Europa si trasformi in uno strumento anche per drenare risorse da altri strumenti che già funzionano, come il CEF e Horizon 2020. Questa è la posizione che ho seguito in quanto relatore del bilancio dei trasporti e del turismo, nonché quella votata dal Parlamento europeo sperando che, in sede di triloghi, quanto da noi richiesto non venga snaturato.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato contro in quanto ritengo che molto di più potrebbe e dovrebbe essere fatto per ridurre i costi delle istituzioni UE.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este documento que determina la posición negociadora del Parlamento ante la Comisión y el Consejo. En primer lugar, porque el presupuesto es ligeramente mejor que en años anteriores (ligerísimo incremento), con sus luces (crecimiento del gasto humanitario en materia de refugiados, mejora de aspectos educativos, de investigación, Iniciativa de Empleo Juvenil y apoyo a las pymes) y sus sombras (desvío de recursos a un modelo de inversión insuficiente y problemático - el FEIE - y un porcentaje importante de recursos adicionales para la Europa-fortaleza y una mayor «competitividad»). En segundo lugar, y principalmente, porque se trata de contrarrestar la regresiva propuesta del Consejo, que resultaría muchísimo peor. La Resolución es crítica con los planteamientos del Consejo e incluye varias llamadas a la necesidad de medidas extraordinarias, la revisión del marco financiero plurianual para obtener más flexibilidad o la promoción del empleo de calidad.

Dado que los presupuestos resultantes presumiblemente contribuirán a perseverar en una UE neoliberal, con un presupuesto irrisorio y no redistributivo, más adelante votaremos en contra.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor de la presente Resolución sobre el presupuesto de la Unión Europea debido a que no reconoce la importancia política de este instrumento para impulsar la economía de los 28 Estados miembros. La Resolución contiene puntos positivos; de hecho es una posición bastante mejor que la del Consejo, por ejemplo condena los recortes producidos por la reasignación de fondos que ha producido la constitución del FEIE. Sin embargo, no consideramos que recoja todas las necesidades de la Unión en el ámbito presupuestario, que necesita una herramienta de política económica que incremente el gasto público en ausencia de mejora alguna de la economía internacional. Es por esto por lo que no he podido votar a favor de la presente Resolución.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – A minha oposição às corridas de touros de morte e a outras touradas de sangue é pública, tendo subscrito um abaixo-assinado sobre a matéria.

Abstive-me nesta votação relativamente às alterações 22 e 435, porque a proposta em causa é incoerente, uma vez que não há financiamento europeu para corridas de touros de morte.

Como tal, entendo que, enquanto deputado ao Parlamento Europeu, apesar da reconhecida boa-intenção que está por detrás da proposta, esta parte de um pressuposto fals, tratando-se, a meu ver, de um não assunto no âmbito do orçamento da UE e um diversivo que, sendo expandido a outras questões relacionadas com o bem-estar animal, que aliás defendo em pleno, acaba por criar sérios problemas de ruído com matérias fora de contexto, curtas de pormenor e deficientemente formalizadas.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this budget report due to the fact there is vast support for EU programmes and political aims and objectives.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Tudi tokrat, kot že tolikokrat prej, smo priča splošnemu nižanju proračunskih postavk. Letos kar za slabi 2 milijardi evrov, od tega 1,4 milijarde na strani plačil. V predlogu Sveta me še posebej skrbi dejstvo, da bodo rezi znatno prizadeli razdelek Konkurenčnost za rast in delovna mesta, kjer Svet predlaga zmanjšanje za dobre pol milijarde evrov.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Kar polovica teh rezov bo močno prizadela program Obzorje 2020. In naj poudarim, tu govorimo o dodatnem zmanjšanju, po tem ko je bil del sredstev tega programa že prerazporejen v sklad EFSI. Svet navaja, da predlagani zneski odražajo dejansko stopnjo izvrševanja proračuna v preteklih letih in so v skladu z realno oceno prihodnjih zmožnosti črpanja.

Ob tem se sprašujem, ali morda ne bi ravnali odgovornejše, če bi izboljšali obseg črpanja sredstev, namesto da tem nezadovoljivim razmeram prilagajamo proračunske postavke. Močno upam, da bomo v končnem proračunu za leto 2016 uspeli uskladiti stališča vseh treh institucij, vključenih v proračunski postopek.

Komisija, Svet in Parlament imamo kot gonilo Evropske unije dolžnost, da dosežemo cilje, h katerim smo se zavezali v okviru strategije Evropa 2020, in krčenje proračuna k temu vsekakor ne bo pripomoglo. Poročilo Parlamenta upravičeno odpravlja vse reze v predlogu Sveta, zato sem ga pri glasovanju podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Das Parlament hat für den EU-Haushalt 2016 Verpflichtungsermächtigungen von 157,4 Milliarden Euro sowie Zahlungsermächtigungen in Höhe von 146,5 Milliarden Euro und damit einen Nettozuwachs von 4,159 bzw. 4,34 Milliarden Euro beantragt. Damit sollen nahezu sämtliche Kürzungen des Rates aufgehoben und die im mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 zwischen den EU-Mitgliedstaaten vereinbarten Obergrenzen ignoriert werden.

Neben sinnvollen Budgeterhöhungen wie der Beantragung von zusätzlichen 1,161 Milliarden Euro zur Bewältigung der aktuellen Migrationskrise sowie 473,2 Millionen Euro für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gibt es zahlreiche Haushaltslinien, welche die Parlamentsmehrheit weitgehend ungeprüft mit gleichen oder höheren Mitteln ausstatten möchte. So machen alleine die Bereiche Struktur- und Kohäsionspolitik sowie Landwirtschaft/Umwelt mehr als zwei Drittel des EU-Budgets aus, obschon die Umsetzung von Programmen und Aktivitäten gerade bei der Kohäsionspolitik oftmals mangelhaft ist. Nichtsdestotrotz sollen diese Bereiche unabhängig von erzielten Leistungen unangetastet bleiben. Dem stehen Kürzungen in den sehr wichtigen Bereichen Forschung (Horizont 2020) und Infrastruktur (Connecting Europe Facility CEF) gegenüber.

Unsere Forderungen nach einem nachhaltigen, ausgeglichenen und transparenten Haushalt, welcher auf einer effizienten, subsidiären und Zusatznutzen auf europäischer Ebene schaffenden Budgetpolitik gründet, wurden im vorliegenden Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt. Deshalb habe ich gegen den Haushaltsentwurf 2016 des Parlaments gestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne* – Rozpočet EÚ by mal odzrkadľovať politické priority EÚ. Preto je dôležité alokovať viac finančných zdrojov na riešenie migračnej a utečeneckej krízy. Netreba však zabudnúť na priority EÚ, a to zvyšovanie konkurencieschopnosti a rastu prostredníctvom tvorby pracovných miest, rozvoj podnikov a podnikania v celej Únii.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržao sam ovo izvješće jer smatram da proračun odražava političke prioritete koje je usvojila većina u prethodno donesenim rezolucijama. Smatram da su prioritete unutarnja i vanjska solidarnost, posebno učinkovito rješavanje migracijske i izbjegličke krize kao i povećanje konkurentnosti stvaranjem kvalitetnih poslova te razvojem poduzeća i poduzetništva u Uniji.

Napominjem da se Unija suočava s nizom kriza kao što su migracijska i izbjeglička kriza te da je nužno predvidjeti potrebna financijska sredstva za rješavanje aktualnih izazova, a s kojima bi se Uniji omogućilo da hitno pronađe rješenja i učinkovito odgovori na te krize. Podrazumijeva se da migracijska i izbjeglička kriza ne mogu biti riješene isključivo samo financijskim sredstvima. Podržavam i odluku da se poduzmu mjere za rješavanje aktualne krize u sektoru poljoprivrede, osobito u mliječnom sektoru.

Također, podržavam odluku da se sredstva namijenjena za krizne slučajeve u 2015. prenesu u proračun za 2016. godinu te da će ta neiskorištena sredstva biti iskorištena za povrat sredstava korisnicima izravnih plaćanja, kao što je predviđeno u Uredbi (EU) br. 1306/2013.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted against this report. The report proposed that EUR 1.3 billion be allocated to competitiveness for growth and jobs, EUR 467 million to economic, social and territorial cohesion and EUR 931 million to security and citizenship, breaking the Multiannual Financial Framework (MFF) commitment ceilings. I believe that, in the current economic climate, breaking the MFF budget is not fiscally responsible.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Rezolucije od 11. ožujka 2015. o općim smjernicama i od 8. srpnja 2015. o davanju ovlasti za trijalog svjedoče o političkim prioritetima proračuna Europske unije za 2016. godinu. Prioriteti su usmjereni na unutarnju i vanjsku solidarnost, pogotovo po pitanju učinkovitog rješavanja izbjegličke i migrantske krize, kao i pojačanja konkurentnosti stvaranjem radnih mjesta, što bi dovelo do razvoja poduzetništva diljem cijele Unije.

Parlament stoga zaključuje kako se za adekvatno financiranje ove vrste hitnih potreba, a uzimajući pritom u obzir stroge gornje granice Višegodišnjeg financijskog okvira (VFO) za 2016. godinu, moraju uvesti sva sredstva dostupna u Uredbi o VFO-u. Stoga postavlja ukupnu razinu odobrenih sredstava za 2016. godinu na 157 427,5 milijuna eura za odobrena sredstva za obveze, odnosno na 146 459,5 milijuna eura za odobrena sredstva za plaćanje.

Ovo izvješće u potpunosti podržavam jer u obzir uzima kako dobrobit ugroženih pojedinaca izvan granica Europske unije, tako i dobrobit europskih poduzetnika, što će doprinijeti boljitku cijele Unije.

Richard Sulík (ECR), *pisomne*. – Návrh som nepodporil, keďže s ním zásadne nesúhlasím. Predstavený návrh totiž prináša výrazné navýšenie rozpočtu Európskej únie, čo je podľa môjho názoru absolútne neopodstatnené. Rozpočtu EÚ by naopak pomohli zásadne škrtý, najmä v oblasti eurofondov a platieb poľnohospodárom. Vďaka tomu by mohli daňovníci využiť viac peňazí podľa vlastného uváženia, čo by v konečnom dôsledku prispelo aj k udržateľnému rastu a znižovaniu nezamestnanosti.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o splošnem proračunu Evropske unije za proračunsko leto 2016. Svet je pred tednom dni pozval Evropski parlament k realizmu pri sprejemanju EU proračuna 2016. Predlagani amandmaji so zelo realističen odziv na probleme, s katerimi se soočamo v EU, kot so begunci, brezposelnost in narasčajoče razlike med članicami.

Da bodo države vzdolž balkanske poti lahko sodelovale in zaščitile eno temeljnih pridobitev EU, Schengen in prost pretok ljudi, potrebujejo sredstva. Res pa je, da je pri porabi EU sredstev dosti manevrskega prostora za njihovo bolj učinkovito in uspešno porabo.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Το σχέδιο προϋπολογισμού του 2016 μετατοπίζει το κέντρο βάρους της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην ενίσχυση με συνολικό ποσό 26 εκατομμυρίων ευρώ για τους εξαρτημένους οργανισμούς με καθήκοντα που σχετίζονται με τη μετανάστευση, με την Ευρωπαϊκή Υπηρεσία Υποστήριξης για το Άσυλο (EASO) να λαμβάνει τη μεγαλύτερη αύξηση, ύψους 12 εκατομμυρίων ευρώ πάνω από το ποσό του σχεδίου προϋπολογισμού, του ταμείου TAME, παρά προς τους ίδιους τους πολίτες της και τις ανάγκες τους. Υπάρχουν κράτη μέλη της Ένωσης που μαστίζονται από την κρίση, κι όμως είναι οι πρώτες χώρες που χαρακτηρίζονται ως χώρες περισυλλογής μεταναστών και οφείλουν σύμφωνα με τους κανόνες της ΕΕ να τους φροντίσουν καθόλη την παραμονή τους εκεί. Χώρες όπως είναι η Ελλάδα αδυνατούν να φροντίσουν τους ίδιους τους πολίτες τους.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A magyar néppárti képviselők szavazataikkal biztosították, hogy Magyarország legyen a 2016-os uniós költségvetés egyik nyertese. A szavazás során megvédtük a Magyarországnak járó kohéziós forrásokat, ugyanis a plenáris ülés megerősítette azt az álláspontot, amelynek megfelelően már a Költségvetési Bizottságban is nagy többséggel leszavazták azokat a törekvéseket, amelyek az Európai Regionális Fejlesztési Alap kereteit 20%-kal csökkentették volna azon országoknál (köztük Magyarország esetében), amelyek ellenezték az Európai Bizottságnak a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótáit.

Prioritás volt az Előcsatlakozási Alap Tanács által javasolt csökkentésének visszafordítása. Ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A fideszes delegáció javaslatainak köszönhetően több tízmillió eurós emelést sikerült elérni.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

A plenáris ülés a magyar érdekekkel összhangban megvédte a mezőgazdasági forrásokat a Tanács csökkentéseitől. Az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése, így a magyar tejtermelők a beharangozott 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkaphatják. Az elfogadott javaslatok között szerepel Csáky Pál (MKP) és Gál Kinga (FIDESZ) „Sokszínű Európa” c. közös projektje. Ennek keretében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebbségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére az uniós forrásokból.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatomat az Európai Unió 2016. évi költségvetési előirányzatát tartalmazó előterjesztés elfogadására adtam, mert úgy ítélem, hogy a tervezet egészében és legtöbb fejezetében is alkalmas arra, hogy az Unió megfeleljen a következő időszakban előtte álló kihívásoknak és feladatoknak. A költségvetési tervezet az elvárható rugalmasságot tanúsítva 800 millió euró összegű átcsoportosítással biztosítja az EU hatékony fellépéséhez szükséges forrást a menekültválság kezelésében. Emellett az ehhez kapcsolódó más nemzetközi és humanitárius feladatokra is megfelelő összegeket irányoz elő, miközben arányaiban nem téveszti szem elől a gazdasági fejlesztés és modernizáció ösztönzését, mint elsődleges közösségi kihívást.

Összességében szavazatommal azt kívántam elismerni, hogy a 2016. pénzügyi évre vonatkozó költségvetési tervezet kellően transzparens, s arányaiban és céljaiban is kielégítően tükrözi a pártom és frakcióm által képviselt társadalmi és Európa-politikai prioritásokat és alkalmas az azokból adódó közösségi tevékenység megfelelő finanszírozására.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Utrzymanie trzech siedzib Parlamentu Europejskiego, w trzech różnych krajach i miastach, tj. w Brukseli, Strasburgu i Luksemburgu, jest niezwykle kosztowne i trudne do zrozumienia dla Europejczyków, a szczególnie dla obywateli tych państw członkowskich, pod adresem których instytucje Unii Europejskiej kierują apele o ograniczenie wydatków publicznych. W pełni racjonalny wydaje się zatem wybór jednego miasta na siedzibę Parlamentu Europejskiego, najprawdopodobniej Brukseli, gdzie zlokalizowane zostały także inne instytucje UE.

Oczywiście doskonale rozumiem symboliczne znaczenia miasta Strasburga dla pojednania francusko-niemieckiego po II wojnie światowej. Nie należy jednak zapominać, iż miasto to jest siedzibą innych niezwykle ważnych instytucji europejskich, choćby Rady Europy i Europejskiego Trybunału Praw Człowieka. Dlatego w moim przekonaniu należy po raz kolejny pochylić się nad kwestią jednej siedziby Parlamentu Europejskiego, co bardziej odpowiadałoby zarówno naszym potrzebom, jak i możliwościom.

Dario Tamburrano (EFDD), per iscritto. – Saluto con gioia l'approvazione dell'emendamento volto ad impedire che anche gli allevatori di tori da corride ricevano i finanziamenti europei destinati all'agricoltura spagnola. Finalmente! È una vittoria di civiltà alla quale sono lieto di avere contribuito con il mio voto. È contemporaneamente un passo in avanti verso una gestione meno crudele dell'allevamento degli animali, anche se il traguardo complessivo è purtroppo ancora lontano. Da un punto di vista generale, tuttavia, il nostro giudizio sulla relazione che accompagna il bilancio UE è negativa, dal momento che non risolve lo squilibrio tra impegni e pagamenti e non si adopera per la chiusura di alcune linee di spesa assolutamente inutili: esse anzi risultano ulteriormente incrementate. Un fatto vergognoso, dato oltretutto che l'UE costringe gli Stati membri a tagli e a politiche di austerità.

Charles Tannock (ECR), in writing. – Since the 2008 financial crisis, Member State Governments have been forced to impose austerity budgets in order to balance their books and mend their economies. The UK has been foremost among those, and the Government has had to make some very difficult decisions in the past several years. I am pleased to note that the UK is now benefiting from those measures – it remains the fastest growing G7 economy – but austerity packages have been painful for those having to readjust, including many of my own constituents in London.

The Council recognises this context and understands that it is unacceptable for Member States to cut their budgets at home, only to increase the budget of the EU. Sadly, the motion before the plenary today suggests, however, that a majority in the European Parliament has yet to comprehend this. Calling for increases of EUR 4.1 billion and committing to a further EUR 4.3 billion in payment appropriations is unacceptable, and for this reason I voted against the motion.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du budget de l'Union européenne pour l'exercice 2016, en totale adéquation avec la ligne politique de mon groupe, à l'exception de la ligne sur les corridas, où j'ai refusé l'amendement.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o stališču Sveta o predlogu splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2016 sem podprla, ker v predlogu Svet zagotavlja potrebna finančna sredstva za vse politične izzive Unije – predvideva potrebna finančna sredstva za migracijsko in begunsko krizo, sprejema ukrepe za trenutno krizo evropskih kmetov, si prizadeva za odpravo pomanjkljivosti v gospodarstvu Unije, poudarja ključno vlogo malih, srednjih in socialnih podjetij, spodbuja zaposlovanje mladih in ohranja sredstva za obstoječe programe politik Unije.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Das Parlament hat für den EU-Haushalt 2016 Verpflichtungsermächtigungen von 157,4 Milliarden Euro sowie Zahlungsermächtigungen in Höhe von 146,5 Milliarden Euro und damit einen Nettozuwachs von 4,159 bzw. 4,34 Milliarden Euro beantragt. Damit sollen nahezu sämtliche Kürzungen des Rates aufgehoben und die im mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 zwischen den EU-Mitgliedstaaten vereinbarten Obergrenzen ignoriert werden.

Neben sinnvollen Budgeterhöhungen wie der Beantragung von zusätzlichen 1,161 Milliarden Euro zur Bewältigung der aktuellen Migrationskrise gibt es zahlreiche Haushaltslinien, welche die Parlamentsmehrheit weitgehend ungeprüft mit gleichen oder höheren Mitteln ausstatten möchte. So machen alleine die Bereiche Struktur- und Kohäsionspolitik sowie Landwirtschaft/Umwelt mehr als zwei Drittel des EU-Budgets aus, obschon die Umsetzung von Programmen und Aktivitäten gerade bei der Kohäsionspolitik oftmals mangelhaft ist. Nichtsdestotrotz sollen diese Bereiche unabhängig von erzielten Leistungen unangetastet bleiben. Dem stehen Kürzungen in den sehr wichtigen Bereichen Forschung (Horizont 2020) und Infrastruktur (Connecting Europe Facility CEF) gegenüber.

Unsere Forderungen nach einem nachhaltigen, ausgeglichenen und transparenten Haushalt, welcher auf einer effizienten, subsidiären und Zusatznutzen auf europäischer Ebene schaffenden Budgetpolitik gründet, wurden im vorliegenden Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt. Deshalb habe ich gegen den Haushaltsentwurf 2016 des Parlaments gestimmt.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Tekintettel a Költségvetési Bizottság jelentésére és a többi érintett bizottság véleményére, valamint arra hogy a 2016-os költségvetés parlamenti olvasata teljes mértékben tükrözi az általános iránymutatásokról szóló 2015. március 11-i, valamint a háromoldalú egyeztetésre vonatkozó megbízatásról szóló 2015. július 8-i, fent említett állásfoglalásokban elsöprő többséggel elfogadott politikai prioritásokat, ezért támogattam a jelentést.

Bodil Valero (Verts/ALE), *skriftlig*. – Vi stöder innehållet i ändringsförslag 9 till punkt 96, som vill minska ledamöternas arvoden, men lade ner vår röst, eftersom det inte är möjligt att ändra detta i budgeten, utan det måste ändras i ledamöternas statut som säger att ledamöternas lön ska vara 38,5 % av grundlönen för en domare vid EU-domstolen.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Nonostante alcune priorità della commissione per i bilanci siano condivisibili, non ho supportato la risoluzione per due principali motivi: innanzitutto gli impegni continuano a essere troppo distanti rispetto alle reali risorse budgetarie che saranno messe a disposizione, creando un divario sempre più ampio tra impegni e pagamenti e diminuendo quindi la possibilità di mantenere fede negli anni successivi a quanto viene promesso; in seconda istanza, anche quest'anno non viene considerato alcun taglio significativo in merito alle spese amministrative ma, anzi, vengono nuovamente incrementate.

Le nostre proposte richiavano l'attenzione sulla necessità di non aumentare alcuna voce di bilancio, soprattutto quelle relative ai salari e alle indennità degli eurodeputati e quelle legate ai finanziamenti ai partiti politici e alle fondazioni. Abbiamo proposto, inoltre, di rivedere tutte quelle spese superflue di alcuni organismi, quali il Comitato economico e sociale e il Comitato delle regioni, ma la nostra linea è stata respinta sia in commissione che in plenaria. Esprimo pertanto il mio rammarico in quanto, in un momento di grave crisi economica durante il quale la stessa Unione europea chiede restrizioni agli Stati membri, credo fermamente sia necessario utilizzare in maniera avveduta e accorta le risorse di bilancio già esistenti.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor de la presente Resolución sobre el presupuesto de la Unión Europea debido a que no reconoce la importancia política de este instrumento para impulsar la economía de los 28 Estados miembros. La Resolución contiene puntos positivos; de hecho es una posición bastante mejor que la del Consejo, por ejemplo condena los recortes producidos por la reasignación de fondos que ha producido la constitución del FEIE. Sin embargo, no consideramos que recoja todas las necesidades de la Unión en el ámbito presupuestario, que necesita una herramienta de política económica que incremente el gasto público en ausencia de mejora alguna de la economía internacional. Es por esto por lo que no he podido votar a favor de la presente Resolución.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted against Parliament's negotiating position going into the budget negotiations because the current budgetary framework is unsuitable in a world where the EU needs to be able to shift funds rapidly to meet crises, such as the one in the Mediterranean at the moment. Furthermore, I feel that expanding the Multiannual Financial Framework is not the way forward at this time, as citizens are looking to the EU to be a careful guardian of its resources. It was also wrong for the money for Juncker's investment plan to come from funds already targeted at increasing productivity and growth: it was a self-defeating method of trying to improve growth – giving with one hand while taking with the other.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este orçamento é o reflexo do atual momento desta união europeia. Um projeto que está encalhado num mar de incerteza de falta de confiança mútua e que retrai os países a contribuir para o orçamento. Este orçamento, curto para tanta ambição, apenas irá alimentar a desilusão daqueles que ainda acreditam neste projeto europeu.

Registámos positivamente os esforços para construir o melhor orçamento possível dentro dos limites estreitos determinados pela recusa dos principais países em contribuir para reforçar o orçamento sem o qual não são possíveis políticas de coesão social e territorial.

Não alimentamos nenhuma ilusão num projeto que aposta tudo em medidas do lado da oferta e acredita que o investimento há de cair do céu, através de um fundo de investimento estratégico sem credibilidade e que irá apenas reforçar as parcerias público privadas e a concentração do investimento nas regiões mais ricas.

Importa também lembrar que muitas das questões mais quentes discutidas a propósito deste orçamento como é o caso dos apoios aos agricultores e aos refugiados, decorrem de políticas erradas tomadas nos últimos anos e que decorrem da matriz neoliberal e neocolonial que caracteriza esta União Europeia, hoje em plena crise de valores.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es ist nicht einzusehen, dass noch mehr Geld aufgewendet werden soll. Oftmals für Zwecke, für welche die Union nicht einmal ein Mandat besitzt. Der Bericht ist daher abzulehnen.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di bilancio del Parlamento, che verrà usata come base per arrivare a un accordo con il Consiglio. La Commissione europea ha compreso la drammaticità dell'emergenza migranti – che non è più un'emergenza ma una questione strutturale – stanziando fondi adeguati mentre noi parlamentari abbiamo lavorato per compensare i tagli più miopi proposti dal Consiglio. Anche quest'anno abbiamo puntato a salvare crescita e occupazione (abbiamo aumentato il finanziamento a Horizon 2020, Cosme e Erasmus+). Il bilancio deve infatti puntare su ricerca, innovazione, infrastrutture digitali e telematiche e nuove economia. Infine, grazie a tagli interni il Parlamento ridistribuirà 12 milioni di euro su altri capitoli di spesa.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – La proposta di bilancio della Commissione proponeva uno stanziamento globale di 153,8 miliardi di euro in impegni e 143,5 miliardi in pagamenti; il Consiglio, ha applicato, come d'abitudine, alcune riduzioni, soprattutto per quanto riguarda i pagamenti, portati a 142,1 miliardi di euro. Il Parlamento europeo, attraverso il voto di fine settembre in commissione per i bilanci, ha rigettato in toto i tagli del Consiglio e ha proposto significativi incrementi rispetto alla proposta iniziale della Commissione. L'esito finale è stato quindi un aumento a 157,5 miliardi in impegni e 146,5 miliardi in pagamenti, con gli incrementi maggiori concentrati nella rubrica III, con un focus particolare per i fondi all'emergenza immigrazione. Le priorità sostenute dalla commissione per i bilanci sono in buona parte condivisibili, ma la mia è una critica all'impostazione generale per quanto riguarda lo squilibrio tra impegni e pagamenti e inoltre, a mio avviso, ci sono alcune linee totalmente inutili all'interno del bilancio sulle quali si dovrebbe intervenire in maniera coraggiosa. Per quanto riguarda le spese amministrative, non c'è il minimo accenno a una loro riduzione e ogni anno si assiste a un loro continuo incremento, per nulla sostenibile in un periodo in cui è la stessa UE che chiede restrizioni agli Stati membri.

Flavio Zanonato (S&D), *per iscritto*. – Ho votato oggi a favore della lettura del bilancio dell'Unione europea per il 2016. Trovo importante che il Parlamento europeo si opponga con fermezza ai tagli paventati dal Consiglio e mi auguro che questo nostro voto sia d'impulso perché in sede di conciliazione si possa trovare un accordo più bilanciato. Trovo il testo particolarmente appropriato lì dove chiede che siano stanziati 800 milioni di euro per l'accoglienza dei rifugiati in tutta l'UE. Garantire che siano garantite le risorse necessarie per far fronte alla crisi dei rifugiati è una priorità per il gruppo S&D e sono estremamente soddisfatto che questo paragrafo sia stato incluso nella lettura.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Neste projeto de orçamento para o ano de 2016 é nítida a intenção do reforço da Europa Fortaleza, agora com o argumento de resposta rápida à crise dos refugiados. Assim como a intenção de reforçar a UE da «competitividade» entre os grandes grupos económicos com o pretexto do combate ao desemprego e do reforço das pequenas e médias empresas às quais estes financiamentos não chegam.

Mais uma vez verificamos que não se dota o orçamento com recursos suficientes para poder corresponder à necessidade de relançamento da economia bem como aos objetivos de coesão social e territorial. O orçamento teria um papel determinante na mitigação e mesmo na reversão da contínua dinâmica de divergência e de acentuação de desigualdades entre Estados-Membros. Porém nunca cumpriu esse papel devido à sua exiguidade. A UE necessita não de um orçamento restritivo. É lamentável que este pacote orçamental mais uma vez não sirva os interesses de desenvolvimento de cada Estado-Membro, revelando a enorme hipocrisia de quem insiste nas mesmas velhas orientações, recusando qualquer tipo de solidariedade entre Estados-Membros. Votámos contra.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – Anche quest'anno non ho riscontrato il minimo accenno alla riduzione delle spese amministrative, ma anzi si assiste a un loro progressivo incremento, per questo motivo ho dato parere contrario alla relazione. Ciononostante mi compiaccio del fatto che la Plenaria abbia finalmente sposato l'istanza del M5S contro il sostegno economico – attraverso fondi europei – dell'allevamento di tori destinati agli spettacoli delle corride. Questi fondi, invece che finanziare gli agricoltori per anni, sono serviti a sostenere, anche con 129 milioni l'anno, gli allevamenti per spettacoli indegni basati sul martirio di bestie innocenti. Oggi, con l'approvazione di due emendamenti promossi dal M5S, il Parlamento europeo ha chiesto agli Stati e alla Commissione di smettere di finanziare questo settore. Con il primo abbiamo chiesto di escludere dal bilancio del prossimo anno i finanziamenti erogati all'interno della PAC per gli allevamenti di tori da combattimento. Con il secondo, invece, abbiamo sollecitato la Commissione a escludere per sempre tale finanziamento, perché ciò rappresenta una chiara violazione della convenzione europea.

8.3. Gerichtshof der Europäischen Union: Anzahl der Richter am Gericht (A8-0296/2015 - António Marinho e Pinto)

Dichiarazioni di voto scritte

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque, pese a sus limitaciones, responde a la necesidad imperiosa de agilizar el funcionamiento de la Justicia europea. Doblar el número de jueces en el Tribunal General no era la primera opción del Grupo S&D ni del conjunto del Parlamento; sin embargo, peor que no alcanzar nuestro programa de máximos sería permitir que la situación permanezca como está.

Los retrasos que actualmente sufren los procesos judiciales perjudican a la ciudadanía y encarecen injustificadamente el conjunto del sistema. Los costes económicos de esas dilaciones exceden con mucho el coste de la reforma propuesta; por otra parte, sus costes en confianza y legitimidad son incalculables. No es casual que esta reforma tenga su origen en una petición del propio Tribunal de Justicia de la UE.

Esta reforma abre la puerta, además, a la paridad de género en el ámbito de la justicia europea, donde hasta ahora estaba dolorosamente ausente. Es una conquista que no debemos minusvalorar, porque supone el primer paso para cumplir un compromiso de igualdad largamente esperado en este ámbito.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El Tribunal de Justicia de la Unión Europea solicitó en 2011 una iniciativa legislativa para modificar su Estatuto con el objetivo de permitir el aumento del número de jueces para el Tribunal General, sobre la base de un aumento de su volumen de trabajo. Su número ha ido variando, no tanto por ese motivo sino porque los Estados miembros han mantenido el criterio de designar a su propio juez. En 2014 el TJ propuso duplicar, en tres fases, el número de jueces (28 jueces más), hasta llegar a dos jueces por Estado miembro en 2019, así como suprimir el Tribunal de la Función Pública, propuesta apoyada por el Consejo.

Ahora bien, considero que la solicitud del TJ de duplicar el número de jueces no es adecuada, puesto que los datos facilitados sobre la acumulación de asuntos pendientes y la duración de los procedimientos no concuerdan. En su propuesta tampoco se promueve la transparencia en la designación de los jueces. Por ello, dado que el TJ solicita un aumento drástico de su presupuesto sin ninguna justificación, y que tampoco justifica adecuadamente su petición de suprimir el TFP, he votado en contra de esta propuesta de Reglamento en segunda lectura.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which contained a number of important, progressive provisions. The report emerged from the LuxLeaks scandal. The aim is to ensure the mandatory automatic exchange of information between tax administrations regarding advance cross-border rulings and advance pricing arrangements and to strengthen existing EU legislation. The GUE/NGL rapporteur managed to further strengthen the Commission proposal in a number of key areas including strengthening reporting requirements, i.e. the immediate exchange of information.

My Group tabled an alternative compromise stating that all rulings should be publicly available and not only stored somewhere in a central Commission database in an aggregated form. The Greens and EFDD supported the GUE/NGL Group on this issue but unfortunately it was rejected in committee.

Nevertheless, given that the report was still an improvement compared to the Commission proposal, and especially compared to the Council position which was adopted even before the vote in the Committee on Economic and Monetary Affairs, I voted in favour of it.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette recommandation préconise de doubler le nombre de juges au Tribunal pour arriver à 56 juges sous prétexte d'une plus grande célérité de la justice européenne.

Je suis opposée à toute augmentation du nombre de juges. Mes collègues en commission JURI ont proposé d'augmenter le nombre de référendaires et de traducteurs. Ils ont également déposé un amendement afin d'empêcher, au nom de la séparation des pouvoirs, qu'un ancien député européen ou fonctionnaire de l'Union ne puisse devenir juge à la Cour de justice de l'Union européenne (premier amendement au vote, rejeté sans débat) pour éviter tout conflit d'intérêt.

Je considère cette réforme comme une insulte vis-à-vis du contribuable européen car l'Union augmente ses dépenses avec une grande légèreté en pleine période de crise économique.

Également, la légalité procédurale du processus est viciée puisque la demande initiale de la CJUE ne fait pas, jusqu'à preuve du contraire, office de proposition législative.

Notre groupe ENL a donc déposé un amendement unique rejetant le rapport pour lequel j'ai logiquement voté pour.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – It should come as no surprise to anyone to learn that I do not believe British courts should be subservient to European courts.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – La réforme de la Cour de justice est une urgence face à la montée du contentieux, notamment de la concurrence. Je déplore les égoïsmes nationaux qui ont poussé le Conseil à doubler le nombre de juges (28) afin que chaque État membre ait «son juge». La Cour proposait un renfort de 12 juges, ses préconisations n'ont pas été suivies par le Conseil. Pour éviter le blocage institutionnel et l'empilement d'affaires, le Parlement a entériné cet accord maximaliste.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Nuo Bendrojo Teismo įsteigimo laipsniškai išplėtus jo jurisdikciją, jam pateikiamų bylų skaičius metams bėgant išaugo, todėl ilgainiui išaugo ir tame teisme nagrinėjamų bylų skaičius. Jei nebūs imtasi reikiamų procedūrinių ir organizacinių priemonių, įskaitant šio Teismo teisėjų skaičiaus padidinimą, tai gali turėti įtakos proceso trukmei. Pritariau Tarybos pozicijai padidinti teisėjų skaičių iki 56, tai reiškia skiriant du teisėjus kiekvienos valstybės narės pasiūlymu.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – The resolution as a whole and various amendments call for the number of European Court of Justice judges to be increased from 28 to 40 or 56, to which we are opposed in principle.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Augmenter ou non le nombre de juges à la Cour de justice européenne n'est pas un sujet anodin quand on sait que sa jurisprudence a autant fait pour l'intégration communautaire que les multiples réformes des traités européens.

Aujourd'hui, le nombre d'affaires réglées par le Tribunal est depuis plusieurs années inférieur au nombre d'affaires introduites et en croissance constante (plus de 65 % entre 2000 et 2010). Tout cela entraîne bien évidemment des coûts et un allongement des délais de procédures.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

L'augmentation du nombre de juges est la solution structurelle qui a été retenue par le Conseil, la Commission et le Parlement. J'ai proposé avec ma collègue italienne Laura Ferrara des amendements tendant à une augmentation de 12 juges supplémentaires pour la Cour, 7 d'entre eux étant les juges du Tribunal de la fonction publique qui, lui, a vocation à disparaître. Un total de 40 juges au lieu des 28 actuels semble être une réponse appropriée et moins coûteuse qu'un doublement à 56 juges tel qu'envisagé.

La réforme de la Cour de justice européenne est en discussion depuis maintenant près de 5 ans. Il est grand temps aujourd'hui de sortir de ce qui est devenu une usine à gaz.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Le but est donc de doubler le nombre de juges au Tribunal pour arriver à 56 juges alors que la demande initiale de la Cour était de nommer 12 juges. Les arguments retenus pour cette réforme sont l'augmentation du nombre d'affaires alors que les chiffres et les déclarations des juges sont contradictoires, ou encore la durée de jugement trop longue, qui est encore un faux argument car c'est acceptable au regard de la CEDH, au vu du délai incompressible dû à la traduction et à la complexité des affaires en matière de concurrence notamment. En commission, les élus ENL ont proposé d'augmenter le nombre de référendaires et de traducteurs et non le nombre de juges.

Cette réforme augmente les dépenses de l'UE avec beaucoup de légèreté au moment où les populations souffrent de l'austérité. De plus, la légalité procédurale de l'ensemble du processus est entachée puisqu'aussi, en réalité, le sujet qui est maintenant à l'examen n'est pas la nomination de 12 juges supplémentaires, mais celle de 28 juges supplémentaires et la suppression d'un tribunal spécialisé (TFP). J'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), per iscritto. – Nonostante sia contraria alle ipotesi di ampliamento dell'organico delle istituzioni dell'UE, in particolar modo di quello riguardante i giudici della Corte di giustizia, supporto la relazione nella parte in cui si chiede di garantire uguale rappresentanza degli Stati membri e si limiti il numero delle nomine, previa verifica del funzionamento della Corte stessa. Per questi motivi mi sono espressa a favore del testo oggetto di voto.

José Blanco López (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe porque, pese a sus limitaciones, responde a la necesidad imperiosa de agilizar el funcionamiento de la Justicia europea. Doblar el número de jueces en el Tribunal General no era la primera opción del Grupo S&D ni del conjunto del Parlamento; sin embargo, peor que no alcanzar nuestro programa de máximos sería permitir que la situación permanezca como está.

Los retrasos que actualmente sufren los procesos judiciales perjudican a la ciudadanía y encarecen injustificadamente el conjunto del sistema. Los costes económicos de esas dilaciones exceden con mucho el coste de la reforma propuesta; por otra parte, sus costes en confianza y legitimidad son incalculables. No es casual que esta reforma tenga su origen en una petición del propio Tribunal de Justicia de la UE.

Esta reforma abre la puerta, además, a la paridad de género en el ámbito de la justicia europea, donde hasta ahora estaba dolorosamente ausente. Es una conquista que no debemos minusvalorar, porque supone el primer paso para cumplir un compromiso de igualdad largamente esperado en este ámbito.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Osiguranje funkcionalnog pravosuđa je ključno za europsku budućnost. S obzirom da se zemlje članice nisu mogle dogovoriti oko jednostavnih kriterija, štiteći u svakom pogledu svoje nacionalne interese, cijena za građane je dosta visoka.

Ipak, zaključak je kako bi disfunkcionalno pravosuđe imalo još puno veću cijenu za građane Europske unije, pa podržavam ovo izvješće. Ono na što se konačno treba obratiti pozornost jest rodna uravnoteženost, tako da bi konačno oba spola trebala biti jednako zastupljena na europskim sudovima.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – La réforme proposée est le doublement du nombre de juges au Tribunal de l'Union européen (de 28 à 56) alors que la demande initiale de la Cour était la nomination de 12 juges supplémentaires. Il est à noter que les deux tribunaux directement touchés par la proposition (Tribunal et Tribunal de la fonction publique) et le personnel concerné n'ont même pas été consultés. Les raisons avancées (augmentation du nombre d'affaires et allongement de la durée de jugement) sont dénuées de fondements et en contradiction avec les chiffres disponibles, les déclarations de juges du Tribunal et la jurisprudence de la CEDH.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Nous avons proposé, Gilles Lebreton et moi-même, l'augmentation du nombre de référendaires et de traducteurs et non le nombre de juges. À l'heure où l'Union européenne impose des mesures d'austérité d'une violence inouïes, celle-ci propose une réforme coûteuse et non nécessaire. De plus, il est proposé la suppression du Tribunal de la fonction publique ce qui est illégal au regard du traité. J'ai donc voté contre cette réforme.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – This report called for a doubling of the current number of judges in the EU General Court from 28 now to 56 in 2022. Whilst in principle this appears inoffensive, there are budgetary issues to take into account and the proposal represents an unacceptable increase in the budget at a time when the EU is forcing Member States to apply harsh austerity policies. It was for this reason that I voted against the report.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – L'objectif de cette réforme est de doubler le nombre de juges au Tribunal, pour arriver à 56 juges, alors que la demande initiale de la Cour de justice de l'Union était de nommer 12 juges supplémentaires. Ces nominations doivent permettre d'alléger leur charge de travail qui n'aurait cessé de croître en raison d'une forte augmentation du nombre d'affaires, ce qui est inexact. En réalité, le Conseil a proposé de doubler le nombre de juges pour satisfaire les autorités nationales des États membres qui ne parvenaient pas à s'entendre sur la nationalité des juges à nommer sans se soucier de l'intérêt des contribuables européens qui souffrent déjà des cures d'austérité qu'on leur impose.

Par ailleurs, au nom de la séparation des pouvoirs, le groupe, Europe des Nations et des Libertés, a déposé un amendement afin qu'aucun député ou fonctionnaire européen ayant travaillé dans le processus décisionnel ou législatif ne puisse devenir juge. J'ai donc voté pour l'amendement unique de rejet, déposé par notre groupe.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Non c'è voto finale in seconda lettura. In assenza di un'analisi dettagliata sul funzionamento della Corte sono contrario a qualsiasi ipotesi di ampliamento di organico, specie di quello relativo ai giudici; ho supportato comunque gli emendamenti che assicurino uguale rappresentanza degli Stati membri e limitino il numero delle nomine, possibilmente effettuabili solo a seguito di analisi sul funzionamento della Corte.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque, pese a sus limitaciones, responde a la necesidad imperiosa de agilizar el funcionamiento de la Justicia europea. Doblar el número de jueces en el Tribunal General no era la primera opción del Grupo S&D ni del conjunto del Parlamento; sin embargo, peor que no alcanzar nuestro programa de máximos sería permitir que la situación permanezca como está.

Los retrasos que actualmente sufren los procesos judiciales perjudican a la ciudadanía y encarecen injustificadamente el conjunto del sistema. Los costes económicos de esas dilaciones exceden con mucho el coste de la reforma propuesta; por otra parte, sus costes en confianza y legitimidad son incalculables. No es casual que esta reforma tenga su origen en una petición del propio Tribunal de Justicia de la UE.

Esta reforma abre la puerta, además, a la paridad de género en el ámbito de la justicia europea, donde hasta ahora estaba dolorosamente ausente. Es una conquista que no debemos minusvalorar, porque supone el primer paso para cumplir un compromiso de igualdad largamente esperado en este ámbito.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore del progetto di risoluzione legislativa del Parlamento europeo relativa alla posizione del Consiglio in prima lettura in vista dell'adozione del regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio recante modifica del protocollo n. 3 sullo statuto della Corte di giustizia dell'Unione europea. Nell'ottobre 2014, la Corte di giustizia ha proposto di raddoppiare il numero dei giudici del tribunale (ventotto unità in più). Il Consiglio ha espresso immediatamente il proprio consenso alle nuove proposte. Tuttavia, non si comprende come nel 2013 nove giudici fossero sufficienti per risolvere i problemi del tribunale mentre nel 2014 ne servono altri ventotto. La relazione ha sottolineato la mancanza di buona fede di una simile variazione del numero, legandola alla decisione del Consiglio, che si è espresso in favore in quanto la proposta comporta la possibilità che ogni Stato membro nomini il «suo» giudice.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ho quindi votato per respingere la posizione del Consiglio perché essa segnala un profondo disprezzo per il denaro dei contribuenti europei, visto che ogni gabinetto dei giudici costa più di un milione di euro all'anno e che le retribuzioni di tutti comporterebbero un incremento della spesa strutturale dell'UE pari a oltre venti milioni di euro all'anno.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This report called for a doubling of the current number of judges in the EU General Court from 28 now to 56 in 2022. Whilst in principle this appears inoffensive, there are budgetary issues to take into account and the proposal represents an unacceptable increase in the budget at a time when the EU is forcing Member States to apply harsh austerity policies. It was for this reason that I voted against the report.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report which calls for an increase in the number of judges in the European Court of Justice to 56, since there is an increase in the number of cases before the Court. I also support the idea of gender parity rules and the enforcement of a review clause after five years of the provisions' entry in force, in order to focus on the efficiency of the General Court in implementing the increase in the number of the judges and the establishment of specialised chambers.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Corte di giustizia dell'UE ha proposto una revisione legislativa per nominare 12 nuovi giudici, a causa dell'aumento del carico di lavoro. Il PE si è espresso a favore in prima lettura ma il Consiglio non è riuscito a nominare nessun giudice, perciò la Corte ha proposto di raddoppiare il numero di giudici da 28 a 56. Oltre a questa incongruità, credo che l'Unione europea non debba nominare i giudici nel modo in cui nomina commissari politici. I giudici non sono commissari degli Stati membri e non dovrebbero essere nominati come tali. I giudici devono essere scelti per la loro esperienza tecnica e giuridica e per la loro indipendenza. Solo così si può garantire la qualità del processo decisionale, l'onestà, l'imparzialità e la resistenza a eventuali pressioni a cui possono essere sottoposti. Ho votato contro.

Jean-Marie Cavada (ALDE), *par écrit*. – Je me félicite de l'adoption de la réforme de la Cour de justice de l'Union européenne.

Depuis 2012, le nombre de cas traités par la Cour a augmenté de 43 %. Le motif principal de ce dysfonctionnement: un manque cruel de capacité de jugement. Ses conséquences: une atteinte au droit des citoyens européens à être entendus dans un délai raisonnable, et une entrave au fonctionnement du marché unique.

Dans ce contexte critique, le Parlement européen a pris ses responsabilités en demandant la nomination de 12 nouveaux juges en 2015 (déjà prévue dans le budget de l'Union de 2015), suivie du transfert des 7 juges du Tribunal de la fonction publique et de son personnel, puis de la nomination des 9 derniers juges en 2019.

Surtout, je me réjouis de l'inclusion dans cette réforme de deux rapports d'évaluation préalables aux deuxième et troisième phases, rapports que j'ai appelés de mes vœux lors des négociations, et dont le but est d'évaluer les besoins budgétaires réels de la Cour tout au long de la réforme. Ces rapports doivent permettre d'aider la Cour dans ses tâches tout en respectant l'exemplarité budgétaire à laquelle les institutions européennes sont tenues.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Συνιστάται η δημιουργία μιας κοινής επιτροπής εμπειρογνομόνων από το Κοινοβούλιο και το Συμβούλιο για να αναλύσει τη συνολική λειτουργία της δικαιοσύνης στην ΕΕ και να υποβάλει προτάσεις για βελτίωση της.

Συνιστάται, ακόμη, να υπόκεινται πλέον όλα τα δικαστήρια της ΕΕ σε έλεγχο από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή για την αποτελεσματικότητα της δικαιοσύνης υπό τους ίδιους με τα δικαστήρια των κρατών μελών του Συμβουλίου της Ευρώπης.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο αποφάνθηκε σήμερα σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης κανονισμού για την τροποποίηση του πρωτοκόλλου αριθ. 3 περί του Οργανισμού του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η πρόταση του Συμβουλίου περιλαμβάνει διπλασιασμό των δικαστών του Γενικού Δικαστηρίου και κατάργηση του Δικαστηρίου Δημόσιας Διοίκησης.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Όμως το πραγματικό πρόβλημα δεν είναι ο αριθμός των δικαστών αλλά η εκ βάθρων αλλαγή του τρόπου εκλογής τους. Η εκλογή των δικαστών του Ευρωπαϊκού Δικαστηρίου Δικαιωμάτων του Ανθρώπου δίνει το παράδειγμα προς τούτο. Της υποβολής από κάθε κράτος μέλος τριών υποψηφίων έπεται η αξιολόγηση - ψήφος από την Κοινοβουλευτική Συνέλευση του Συμβουλίου της Ευρώπης. Η διάρθρωση της διαδικασίας σε δύο στάδια (πρώτα η εθνική πρόταση και έπειτα η ψήφος των αντιπροσώπων των κρατών), σε συνδυασμό με τη μη δυνατότητα επανεκλογής των δικαστών, παρέχει μεγαλύτερες εγγυήσεις διαφάνειας και αμεροληψίας στην επιλογή των δικαστών.

Αυτό που χρειάζεται συνεπώς και η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι μια εκ βάθρων αλλαγή του τρόπου εκλογής των δικαστών της, η οποία να βαίνει πολύ πέραν της αύξησης ή μείωσης του αριθμού τους και να δίνει έμφαση στην αξιοκρατία, τη διαφάνεια και την ισόρροπη εκλογή ανδρών και γυναικών στις θέσεις των ευρωπαϊών δικαστικών λειτουργιών.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione, poiché ritengo che il Parlamento europeo dovrebbe respingere la posizione del Consiglio per vari motivi: in primo luogo perché essa segnala un profondo disprezzo per il denaro dei contribuenti europei; in secondo luogo anche per ragioni attinenti alla dignità della giustizia stessa, in realtà l'EU non dovrebbe nominare i giudici come si nominano commissari politici. Inoltre ritengo che la proposta della Corte di giustizia, ove attuata, potrebbe avere pesanti ripercussioni a lungo termine per il sistema giudiziario dell'Unione. Di fatto molti elementi della proposta esigerebbero un'analisi e una valutazione d'impatto seria e imparziale. Peraltro non è stata compiuta, né è stata realizzata un'analisi costi / benefici. Concordo pure sulle proposte di perfezionamento per analizzare il funzionamento complessivo della giustizia dell'Unione come l'assunzione dei giudici tramite un concorso aperto tra docenti di giurisprudenza di merito riconosciuto e tra magistrati di corti superiori dei singoli Stati membri, la nomina di ogni giudice unicamente per un mandato di nove anni, con esclusione di rinnovo o proroga e rispetto assoluto della parità di genere nell'assunzione dei giudici.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Il progressivo ampliamento delle competenze della Corte di giustizia dell'Unione europea dalla sua istituzione ad oggi e la crescente affermazione del diritto europeo negli ordinamenti nazionali ha comportato il costante aumento per il Tribunale nel numero di procedimenti giuridici da espletare. La mancata introduzione di misure di natura procedurale e organizzativa per migliorare la gestione del carico delle questioni sottoposte alla Corte ha prodotto un impatto negativo sulla durata dei processi. Pertanto accolgo con favore la proposta di aumentare il numero dei membri della suprema Corte europea, così da favorire il lavoro dei giudici rendendolo più rapido ed efficace, ma allo stesso tempo accurato e attento, permettendo inoltre ai cittadini europei di ricevere risposte e tutele dei loro diritti in tempi ragionevoli.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Nel 2011, la Corte di giustizia dell'UE ha lanciato un'iniziativa legislativa per modificare il suo statuto e consentire la nomina di ulteriori 12 giudici presso il Tribunale giustificata sulla base di un aumento del carico di lavoro e la conseguente necessità di ridurre il carico per giudice e la durata. Nella precedente legislatura, il PE aveva approvato una posizione in prima lettura in cui confermava la richiesta della Corte. Tuttavia, il Consiglio non ha nominato nessuno di questi 12 giudici poiché gli Stati membri non hanno raggiunto un accordo sulla scelta dei giudici. Pertanto, nel mese di ottobre 2014, la Corte ha proposto di raddoppiare il numero dei giudici dagli attuali 28 a 56 in tre fasi, compresa l'abolizione del Tribunale della funzione pubblica. Il Consiglio ha subito accettato queste nuove proposte. La proposta raddoppierebbe inoltre i relativi referendari e assistenti di oltre 100 e in un momento in cui l'UE impone misure di austerità severe per equilibrare i bilanci degli Stati membri, questo risulta assolutamente ingiustificato. Per i motivi elencati sopra voto sfavorevole.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Bírósága bírái számának növelése több éve napirenden van a folyamatosan növekedő ügyszám hatékonyabb kezelése érdekében. Jelen javaslat a Bíróságon belük a Törvényszék bíraira vonatkozik.

A 2014-es európai parlamenti választásokig nem született a kérdésben az Európai Tanáccsal kompromisszum, az Európai Parlament 2014-ben saját álláspontot fogadott el a kérdésben. 2014 szeptemberében a Tanácsban a soros olasz elnökség újabb javaslattervezetet kért a Bíróságtól, mert a tagállamok nem tudtak megállapodni a bírók kiválasztásának rendszerében, a javasolt 12 bírót nem lehetett volna igazságosan, nemzeti alapon jelölni. Az újabb javaslat eredményeképpen a Tanácsban megállapodás született a tagállamok között, melyet a Parlament szakbizottsága, a Jogi Bizottság el tudott fogadni. E szerint a bírók számát fokozatosan összesen 56-ra emelik és emellett figyelemmel lesznek a nemek és nemzetek közötti egyensúlyra. Ez a javaslat került a plenáris elé. A határozat tartalmaz egy felülvizsgálati záradékot, miszerint 5 év elteltével hatásvizsgálatot kell készíteni arról, hogy a javasolt megoldás beváltja-e a hozzá fűzött reményeket, vagyis az ügyszám feldolgozását a kiegyensúlyozott, gyors és szakszerű törvénykezés érdekében. A leírtak értelmében szavazatommal támogattam a javaslatot.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Javier Couso Permyu (GUE/NGL), *por escrito*. – El Tribunal de Justicia de la Unión Europea solicitó en 2011 una iniciativa legislativa para modificar su Estatuto con el objetivo de permitir el aumento del número de jueces para el Tribunal General, sobre la base de un aumento de su volumen de trabajo. Su número ha ido variando, no tanto por ese motivo sino porque los Estados miembros han mantenido el criterio de designar a su propio juez. En 2014 el TJ propuso duplicar, en tres fases, el número de jueces (28 jueces más), hasta llegar a dos jueces por Estado miembro en 2019, así como suprimir el Tribunal de la Función Pública, propuesta apoyada por el Consejo.

Ahora bien, considero que la solicitud del TJ de duplicar el número de jueces no es adecuada, puesto que los datos facilitados sobre la acumulación de asuntos pendientes y la duración de los procedimientos no concuerdan. En su propuesta tampoco se promueve la transparencia en la designación de los jueces. Por ello, dado que el TJ solicita un aumento drástico de su presupuesto sin ninguna justificación, y que tampoco justifica adecuadamente su petición de suprimir el TFP, he votado en contra de esta propuesta de Reglamento en segunda lectura.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – In this report we voted in favour of adding 28 judges to the Court of Justice of the European Union, phased in over the coming years. A particular clause for gender balance was included. I believe that we need to ensure the functioning of the European judiciary as not doing so comes at a higher price for citizens. However, we also insisted on overcoming discrimination: It is also about time that both genders will be equally represented in European Courts.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif propose d'augmenter l'effectif de la Cour de justice de l'Union européenne de douze nouveaux juges, portant le nombre total de juges à cinquante-six. Faisant suite à une demande de la Cour justifiée par l'accroissement des affaires à traiter et la longueur des délais d'instruction des affaires, le rapport introduit le principe d'équilibre des sexes dans le cadre de cette nomination et propose une clause de révision au bout de cinq ans afin d'évaluer l'efficacité de la Cour à cinquante-six juges et l'utilisation des ressources. Considérant que la Cour de justice joue un rôle clé en faveur de la stabilité et la sécurité juridique indispensable aux citoyens et au secteur économique, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – The resolution as a whole and various amendments call for the number of European Court of Justice judges to be increased from 28 to 40 or 56, to which we are opposed in principle.

Philippe De Backer (ALDE), *schriftelijk*. – Dit is een zeer belangrijk dossier. Het gaat erom ervoor te zorgen dat het Europees Hof van Justitie zijn taken ten volle kan uitoefenen en daarvoor ook de nodige rechters toegewezen krijgt. Daarom betreft het hier een aanzienlijke verhoging. Ik betreur evenwel de verhoging met 28 rechters, terwijl het EHvJ zelf amper 12 extra rechters had gevraagd. Dit getal is zeer arbitrair en niet gebaseerd op een correcte werklasmeting zoals het zou moeten zijn.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Depuis 2012, les affaires traitées à la Cour de justice de l'Union européenne ont augmenté de 43 %. La Cour ne parvient pas à les traiter dans les temps et accumule un retard important, ce qui porte atteinte à la qualité des jugements rendus. Ce dysfonctionnement ne peut pas perdurer.

C'est pourquoi il est essentiel d'améliorer le fonctionnement de la Cour par une réforme structurelle. Des mesures de réorganisation interne au sein de l'institution devraient garantir une utilisation efficace des ressources humaines existantes. De même, le Tribunal de la fonction publique sera supprimé et ses moyens et son personnel transférés à la Cour.

Il faut également doter la Cour des moyens de mieux fonctionner. Cela passe par une augmentation évolutive et paritaire du nombre de juges.

Des rapports d'étapes permettront d'évaluer les besoins budgétaires réels ainsi que les progrès réalisés dans le traitement des affaires dans le cadre de la réforme.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A bírók számának növelése az Európai Unió Bíróságán már több éve napirenden van. A Bíróság 2011-ben állt elő először erre vonatkozó javaslattal, hiszen a megnövekedett ügyszámot nem tudták kellő hatékonysággal kezelni. Mivel a 2014-es európai parlamenti választásokig nem született a kérdésben az Európai Tanáccsal kompromisszum, az Európai Parlament 2014. április 15-én, első olvasatban elfogadta a saját álláspontját.

2014 szeptemberében az olasz elnökség újabb javaslattervezetet kért a Bíróságtól, mert a Tanácsban a tagállamok nem tudtak megállapodni a bírók kiválasztásának rendszerében, hiszen a javasolt, összesen 12 bírót nem lehetett igazságosan, nemzeti alapon jelölni.

Az újabb javaslat eredményeképpen az Európai Tanácsban végül megállapodás született a tagállamok között, melyet az Európai Parlament e dossziéért felelős, JURI szakbizottsága ún. második olvasatban el tudott fogadni. E szerint a bírók számát fokozatosan, összesen 56-ra emelik és figyelemmel lesznek a nemek és nemzetek közötti egyensúlyra.

A határozat tartalmaz továbbá egy felülvizsgálati záradékot, mely szerint 5 év elteltével hatásvizsgálatot kell készíteni, mely alapján megállapítható lesz, hogy a javasolt megoldás beváltja-e a hozzá fűzött reményeket, nevezetesen az ügyhátalék feldolgozását a kiegyensúlyozott, gyors és szakszerű törvénykezés érdekében. Szavazatommal ezért támogattam a javaslatot.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – À l'heure actuelle, la Cour de justice de l'Union européenne est composée de 28 juges, un par État membre. Cependant, l'augmentation du nombre d'affaires à traiter a entraîné une surcharge de travail pour la Cour et une incapacité à répondre aux affaires dans un délai raisonnable. Une augmentation de 28 juges est donc proposée pour un meilleur fonctionnement.

J'ai voté en faveur de ce doublement du nombre de juges en 3 phases (12 juges en 2015, transfert des 7 juges du Tribunal de la fonction publique en 2016, 9 juges supplémentaires en 2019) car suite au quadrilogue (Parlement, Conseil, Commission et Cour de justice) notre groupe a obtenu gain de cause sur deux éléments essentiels selon moi, à savoir: une analyse des besoins réels de la Cour préalablement à la mise en œuvre des phases 2 et 3 de la réforme ainsi que le respect de la parité femme-homme dans la désignation des nouveaux juges.

Il va cependant de soi que cette augmentation du nombre de juges doit être suivie d'une augmentation du personnel de la Cour et notamment des services de traduction, actuellement en sous-effectif. Ces mesures sont nécessaires au bon fonctionnement de l'activité juridictionnelle de la Cour.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Cette réforme concernait le changement de l'organisation de la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE). Alors que la première version avait pour seul objectif avoué de nommer douze juges supplémentaires, cette deuxième lecture fait apparaître un projet bien plus important.

En passant de la simple nomination de quelques juges à l'augmentation à cinquante-six juges ainsi qu'à la suppression du Tribunal de la fonction publique, c'est un véritable cheval de Troie qui se révèle aujourd'hui.

En incluant cette nouvelle proposition législative en cours de route, la Commission s'affranchit des règles formelles élémentaires inhérentes à l'élaboration législative au sein du Parlement.

Notre groupe avait au contraire proposé, afin de réduire les délais, non pas la nomination de personnes cooptées, mais plutôt l'augmentation du nombre de traducteurs et de référendaires; c'est en effet là que se situe la véritable origine du délai de jugement trop important. Cet amendement a été rejeté sans aucun débat. Je me suis opposée à ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Не смятам, че е необходимо да се увеличава броят на съдиите в Общия съд. Вярно е, че броят на делата, с които Съдът трябва да се справя, се увеличава, но смятам, че назначаването на повече съдии не е решението. Освен това, доколкото ми е известно, липсва и оценка на предложението за това как реформата би се отразила и какви биха били последствията от нея.

Още повече, че тяхното назначаване би означавало минус в европейския бюджет, равняващ се на приблизително 20 милиона евро годишно. А в сегашната трудна ситуация, пред която Европейският съюз е изправен, смятам, тези средства биха били по-полezni, инвестирани другаде.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Όπως προκύπτει και από την αιτιολογική έκθεση το πραγματικό πρόβλημα που προκύπτει δεν είναι η έλλειψη δικαστών και εισαγγελέων στο γενικό δικαστήριο αλλά η αδυναμία του ίδιου του Συμβουλίου να προβεί στον διορισμό ενός ορθού αριθμού δικαστικών λειτουργών, και αυτό διότι το κάθε κράτος μέλος επιθυμεί να διορίσει τον «δικό του» δικαστή. Οι δικαστές και οι εισαγγελείς όμως δεν είναι Επίτροποι για να διορίζονται με όρους πολιτικούς από κάθε κράτος μέλος. Πρέπει λοιπόν να απορριφθεί η πρόταση για τον διπλασιασμό του αριθμού των δικαστών στο ΓΔ όπως επίσης και η πρόταση για κατάργηση του ΔΔΔ. Τέλος, ένας επίσης σημαντικότερος λόγος είναι και η περιφρόνηση στα χρήματα των φορολογουμένων ευρωπαίων πολιτών. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζουμε τη σύσταση για δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης του κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του πρωτοκόλλου αριθ. 3 περί του Οργανισμού του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), por escrito. – En la actualidad en el Tribunal General hay 28 jueces, uno por Estado miembro. Además hay 7 jueces que trabajan para el Tribunal de la Función Pública. La realidad es que el Tribunal General está absolutamente saturado. El tiempo actual para dictar sentencia en casos sensibles es de cuatro a cinco años y existe riesgo de una demanda por responsabilidad extracontractual contra la Unión por dilaciones indebidas de carácter millonario.

En junio de este año, el Consejo informó al Parlamento de que ya había adoptado su Posición en primera lectura al respecto, incluyendo las modificaciones al Estatuto que permitiera el aumento de los 28 jueces en tres fases diferenciadas: 12 jueces en 2015, 7 jueces el 1 de septiembre de 2016 y 9 jueces el 1 de septiembre de 2019.

Con la aprobación de este informe por parte del Parlamento y del mandato de negociación, apoyamos la Posición del Consejo de aumentar un juez por Estado miembro. Es un asunto que lleva demasiado tiempo atascado. La situación actual exige ser prácticos y actuar rápido para mejorar el trabajo del Tribunal General.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – The resolution as a whole and various amendments call for the number of European Court of Justice judges to be increased from 28 to 40 or 56, to which we are opposed in principle.

Eleonora Evi (EFDD), per iscritto. – Quando nel 2011 la Corte di giustizia dell'UE ha proposto una revisione legislativa per nominare dodici nuovi giudici, motivandola con l'aumento del carico di lavoro, il PE si è espresso a favore in prima lettura approvando così la richiesta della corte. Tuttavia, il Consiglio, non è riuscito a nominare nessun giudice in quanto non è stato raggiunto nessun accordo fra gli Stati membri. Di conseguenza la Corte ha proposto di raddoppiare il numero di giudici da 28 a 56 in tre fasi, proposta subito accettata dal Consiglio. Il Parlamento deve ora ratificare questa nuova proposta. Da parte nostra, e in linea con la posizione del relatore, abbiamo presentato emendamenti per ribadire la posizione iniziale, ovvero un aumento di dodici giudici. L'aumento della spesa che comporterebbe l'assunzione di un numero così alto di giudici, richiederebbe un aumento della spesa di oltre venti milioni di euro – si dovrebbero assumere più di cento collaboratori per affiancare i giudici. Infine, ci tengo a precisare che i giudici di un organo indipendente come la Corte di giustizia, non devono essere scelti alla stregua di nomine politiche, ma devono essere valutati per la loro esperienza e indipendenza, garantendo in tal modo un processo decisionale imparziale, indipendente e trasparente, tutte cose che mancano a questa iniziativa legislativa. Ho votato contro.

José Inácio Faria (ALDE), por escrito. – Afigura-se premente uma reforma do Tribunal de Justiça da União Europeia em virtude do excesso de trabalho que este tem vindo a enfrentar. O Tribunal apontou para a necessidade de 12 juízes, além dos que já possui – 28, um por Estado-Membro.

No entanto, os Estados-Membros no Conselho não se conseguiram entender a respeito de quais os países que teriam direito a um juiz suplementar. Assim, decidiram duplicar o número de juízes (até 56), num número claramente superior ao que havia sido apontado pelo próprio Tribunal, o que se traduz num gasto faraónico e desnecessário para o erário público europeu.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Votei a favor de um aumento em conformidade com o que havia sido recomendado pelas necessidades reais de funcionamento do Tribunal - até 40 juízes - observando o justificado aumento do número de juízes e evitando uma decisão inútil e megalómana. É necessário que a União Europeia tome decisões, não de acordo com os egocentrismos nacionais que impedem uma decisão eficiente, mas sim em razão das reais necessidades administrativas da União.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Jag röstade för den här överenskommelsen. Jag är dock medveten om att den är långt ifrån perfekt: 28 nya domare är fler än vad som behövs, men det visade sig omöjligt att få med medlemsstaterna i rådet på en annan lösning. För rättsäkerhetens skull måste vi därför komma vidare – medborgare och företag drabbas när domstolen inte hanterar ärenden i tid – och jag stödde kompromissen.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution, parce qu'elle vise à accroître le pouvoir des juges au sein de l'Union européenne.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – L'Europa impone all'Italia di chiudere i piccoli tribunali, poi però raddoppia i suoi giudici. È questo quello che emerge dal voto ipocrita con il quale il Parlamento europeo, piegandosi al volere del Consiglio, ha riformato il Tribunale di primo grado dell'UE portando i suoi membri da 28 a 56. Ogni nuovo giudice, con il suo ufficio, costerà ai contribuenti un milione di euro l'anno. La riforma, che nasce dalla richiesta della Corte di giustizia di aumentare il proprio organico per far fronte all'eccessivo carico di lavoro e ai conseguenti ritardi, si è trasformata in una opportunità per gli Stati membri per aumentare le poltrone. I giudici, però, non dovrebbero essere «commissari» degli Stati membri e non dovrebbero essere nominati come tali. Per velocizzare la giustizia non servono più giudici ma una più efficace organizzazione dei Tribunali affiancandoli, magari, ai tribunali specializzati già previsti dai trattati. Al contrario, questa riforma, prelude all'abolizione del Tribunale della Funzione Pubblica: il Tribunale che si era contraddistinto con le prime sentenze europee in materia di mobbing e molestie all'interno degli uffici pubblici. Non ci sono più parole ... ma solo il voto contrario a questa scandalosa riforma.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório constitui uma segunda leitura da proposta de regulamento sobre a reforma do estatuto do Tribunal de Justiça.

O Conselho propôs duas alterações à organização do Tribunal Geral: (1) que o número de juízes do Tribunal Geral deverá ser fixado em 56 no final de um processo em três etapas; (2) que o Tribunal da Função Pública, que tem a competência para decidir em primeira instância em processo das funções públicas da União Europeia, deve ser encerrado e os juízes transferidos para o Tribunal Geral.

O Parlamento não recusou totalmente as propostas do Conselho, tendo apenas alterado a proposta de calendário relativa ao aumento do número de juízes, através da introdução de mais passos e tendo acrescentado a necessidade de equilíbrio entre os sexos na nomeação dos juízes.

Pela nossa parte, não estamos de acordo com a proposta. Consideramos negativo o encerramento do Tribunal da Função Pública, uma vez que, nos termos do artigo 270.º do TFUE, o Tribunal é competente para conhecer dos litígios entre a UE e os cerca de 35 000 funcionários. Consideramos também que o simples aumento do número de juízes não resolverá o problema da sobrecarga de processos com que se debate o Tribunal Geral, para além da discordância quanto ao método de escolha proposto.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against the report because transparency has not been guaranteed.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Όπως προκύπτει και από την αιτιολογική έκθεση το πραγματικό πρόβλημα που προκύπτει δεν είναι η έλλειψη δικαστών και εισαγγελέων στο γενικό δικαστήριο αλλά η αδυναμία του ίδιου του Συμβουλίου να προβεί στον διορισμό ενός ορθού αριθμού δικαστικών λειτουργών, και αυτό διότι το κάθε κράτος μέλος επιθυμεί να διορίσει τον «δικό του» δικαστή. Οι δικαστές και οι εισαγγελείς όμως δεν είναι Επιτροπικοί για να διορίζονται με όρους πολιτικούς από κάθε κράτος μέλος. Πρέπει λοιπόν να απορριφθεί η πρόταση για τον διπλασιασμό του αριθμού των δικαστών στο ΓΔ όπως επίσης και η πρόταση για κατάργηση του ΔΔΔ. Τέλος, ένας επίσης σημαντικότερος λόγος είναι και η περιφρόνηση στα χρήματα των φορολογουμένων ευρωπαίων πολιτών. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω τη σύσταση για δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης του κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του πρωτοκόλλου αριθ. 3 περί του Οργανισμού του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I support the introduction of the review clause and of gender balance, and the increase in the number of judges in the General Court to 28.

It is absolutely necessary to ensure the functioning of the European judiciary. Member States could not agree on criteria as simple as merit: they insisted on their national interests. This comes at a high price for citizens, but the price for a dysfunctional judiciary would even be higher. Therefore we should accept their agreement, but insist on overcoming discrimination: it is about time that both genders were equally represented in European courts.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A Parlamentnek számos okból el kell utasítania a Tanács javaslatát. Először is azért, mert az teljes mértékben figyelmen kívül hagyja az adófizetők érdekeit. Egy olyan időszakban, amikor az EU a tagállami költségvetések kiegyensúlyozása érdekében komoly megszorító intézkedéseket rendel el, és arra kéri e tagállamokat, hogy csökkentsék közkiadásait, értelmetlen és az európaiak számára nehezen elfogadható egy ilyen könnyelmű költségemelés. A bírák számának megduplázása a jogi referensek és asszisztensek számának emelkedésével is járna, így több mint száz főre duzzadna a létszám. Tekintettel arra, hogy az egyes hivatalok működtetése évente több mint egymillió euróba kerül, az összes javadalmazás évente több mint 20 millió euróval növelné az EU strukturális kiadásait.

A másik ok, amiért a Parlament elutasítja az EUB javaslatát, maga az igazságszolgáltatás méltósága, vagyis a bírói hivatalok illető hírnév és tisztelet. Az Unió bíróságát nem nevezhet ki úgy, ahogy politikai biztosokat kinevez. A bíróságot szakmai tapasztalatuk és jogi szaktudásuk alapján kell kiválasztani a döntéshozatal minőségének garantálása érdekében, ugyanakkor a megfelelő jellem is a kiválasztás alapja, amely biztosítja a tisztességet, becsületességet, és pártatlanságot.

Továbbá a kinevezések szakaszában is különös hangsúlyt kell helyezni a nemek közötti egyenlőségre. Érthetetlen, hogy az Unióban az igazságszolgáltatás elsősorban a férfiak kezében van. Az uniós bíróságokon a férfi és nő bírák arányának szigorúan meg kellene egyeznie.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor teniendo presente que el Tribunal de Justicia de la Unión Europea solicitó en 2011 una iniciativa legislativa con miras a modificar su Estatuto a fin de permitir el nombramiento de doce jueces adicionales para el Tribunal General, alegando la necesidad de reducir, en el Tribunal General, tanto el número de asuntos por juez como la duración de cada uno de los asuntos.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque, pese a sus limitaciones, responde a la necesidad imperiosa de agilizar el funcionamiento de la Justicia europea. Doblar el número de jueces en el Tribunal General no era la primera opción del Grupo S&D ni del conjunto del Parlamento; sin embargo, peor que no alcanzar nuestro programa de máximos sería permitir que la situación permanezca como está.

Los retrasos que actualmente sufren los procesos judiciales perjudican a la ciudadanía y encarecen injustificadamente el conjunto del sistema. Los costes económicos de esas dilaciones exceden con mucho el coste de la reforma propuesta; por otra parte, sus costes en confianza y legitimidad son incalculables. No es casual que esta reforma tenga su origen en una petición del propio Tribunal de Justicia de la UE.

Esta reforma abre la puerta, además, a la paridad de género en el ámbito de la justicia europea, donde hasta ahora estaba dolorosamente ausente. Es una conquista que no debemos minusvalorar, porque supone el primer paso para cumplir un compromiso de igualdad largamente esperado en este ámbito.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque, pese a sus limitaciones, responde a la necesidad imperiosa de agilizar el funcionamiento de la Justicia europea. Doblar el número de jueces en el Tribunal General no era la primera opción del Grupo S&D ni del conjunto del Parlamento; sin embargo, peor que no alcanzar nuestro programa de máximos sería permitir que la situación permanezca como está.

Los retrasos que actualmente sufren los procesos judiciales perjudican a la ciudadanía y encarecen injustificadamente el conjunto del sistema. Los costes económicos de esas dilaciones exceden con mucho el coste de la reforma propuesta; por otra parte, sus costes en confianza y legitimidad son incalculables. No es casual que esta reforma tenga su origen en una petición del propio Tribunal de Justicia de la UE.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Esta reforma abre la puerta, además, a la paridad de género en el ámbito de la justicia europea, donde hasta ahora estaba dolorosamente ausente. Es una conquista que no debemos minusvalorar, porque supone el primer paso para cumplir un compromiso de igualdad largamente esperado en este ámbito.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Vorschlag einer Zurückweisung des Ratsvorschlages zum Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Protokolls Nr. 3 über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union gestimmt, da ich eine Erhöhung der Zahl der Richter für eine absolute Verschwendung von Steuergeldern halte, die ich so nicht mittrage.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – Debido al retraso a la hora de resolver los juicios y la acumulación de procedimientos pendientes, el TJUE pidió en 2011 que se incorporarán doce nuevos jueces. Esta es la ampliación que yo he apoyado hoy con mi voto. Además, he apoyado que esos doce nuevos jueces sean elegidos según sus conocimientos y experiencia. Lo que no he podido ha sido votar a favor de la Posición del Consejo, que, incapaz de ponerse de acuerdo en cómo elegir a esos doce jueces —ya que entonces habría cuarenta jueces en total y los 28 Estados miembros no estarían representados en el Tribunal por el mismo número de jueces—, propone incorporar más jueces de los que pedía el propio Tribunal, con el consiguiente cargo para las arcas públicas europeas. Tampoco he apoyado la propuesta de no añadir ningún juez adicional, pues el TJUE tiene una función esencial —garantizar el cumplimiento homogéneo de la legislación europea en los Estados miembros— y debe estar provisto de los recursos necesarios para cumplirla sin retrasos ni demoras.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore. Non possiamo negare che il Tribunale, nel corso degli anni, ha visto aumentare esponenzialmente il numero di cause presentate. Questo carico di lavoro ha allungato la durata dei procedimenti e il numero di cause pendenti rendendo tale organo molto meno efficiente rispetto alle richieste e alle attese. L'incremento del numero dei giudici è diventato ormai una necessità, le competenze comunitarie sono aumentate, dobbiamo rispondere a tali numeri.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Non seulement parce qu'il a été adopté en commission dans des conditions parfaitement anti-démocratiques, comme mon collègue Lebreton l'a rappelé hier lors des débats. Non seulement parce que ce texte viole les traités. Mais surtout parce qu'il est parfaitement inutile, coûteusement inutile.

Même les juges de la Cour, semble-t-il, sont de cet avis. Certes, ils demandaient un peu plus de moyens, mais pas le doublement de leur nombre ! Il faut dire que la boulimie réglementaire de l'Union européenne ne peut qu'entraîner une multiplication des contentieux et des demandes préjudicielles. Car contrairement à ce que la Commission nous serine tous les ans, l'Europe de Bruxelles ne légifère pas mieux et plus clairement: elle réglemente et contraint tous azimuts, avec des textes touffus et obscurs, comme le règlement REACH en train de tuer l'industrie chimique française, ou comme les milliers de pages de la législation bancaire et financière, auxquelles s'ajoutent les milliers de pages des actes délégués connexes.... Avant de songer à augmenter le nombre de juges, il faudrait penser à endiguer cette marée législative en train de submerger les entreprises et les citoyens européens.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de gran parte del articulado sobre el número de jueces. El incremento de los tiempos en los procesos judiciales generales que se dan a gran escala en la Unión requiere de un aumento en el número de jueces. El dossier incluye una serie de enmiendas importantes como el balance de género y la insistencia en sistemas de oposición transparentes. Entendemos que, sin estas medidas, el dossier no tendría sentido y el aumento de jueces supondría una mera creación de más espacios de poder dentro de un sistema que, ya de por sí, es lejano a los ciudadanos de la Unión. Son este tipo de mejoras las que permiten que el Tribunal de Justicia inicie su acercamiento a la ciudadanía europea.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted for the recommendation for second reading on the Council position at first reading with a view to the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council amending Protocol No 3 on the Statute of the Court of Justice of the European Union, because in recent years there has been a permanent increase in the number of cases pending at the General Court, reflecting the increased number of admissible classes of action, litigation as a result of the 2004 and 2007 accessions, greater European integration, regulatory acts and trademark applications. Because there are not enough judges the duration of proceedings has increased significantly.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque, pese a sus limitaciones, responde a la necesidad imperiosa de agilizar el funcionamiento de la Justicia europea. Doblar el número de jueces en el Tribunal General no era la primera opción del Grupo S&D ni del conjunto del Parlamento; sin embargo, peor que no alcanzar nuestro programa de máximos sería permitir que la situación permanezca como está.

Los retrasos que actualmente sufren los procesos judiciales perjudican a la ciudadanía y encarecen injustificadamente el conjunto del sistema. Los costes económicos de esas dilaciones exceden con mucho el coste de la reforma propuesta; por otra parte, sus costes en confianza y legitimidad son incalculables. No es casual que esta reforma tenga su origen en una petición del propio Tribunal de Justicia de la UE.

Esta reforma abre la puerta, además, a la paridad de género en el ámbito de la justicia europea, donde hasta ahora estaba dolorosamente ausente. Es una conquista que no debemos minusvalorar, porque supone el primer paso para cumplir un compromiso de igualdad largamente esperado en este ámbito.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A bírák számának növelése az Európai Unió Bíróságán már több éve napirenden van. A Bíróság 2011-ben állt elő először erre vonatkozó javaslattal, hiszen a megnövekedett ügyszámot nem tudták kellő hatékonysággal kezelni. Mivel a 2014-es európai parlamenti választásokig nem született a kérdésben az Európai Tanáccsal kompromisszum, az Európai Parlament 2014. április 15-én, első olvasatban elfogadta a saját álláspontját.

2014 szeptemberében az olasz elnökség újabb javaslattervezetet kért a Bíróságtól, mert a Tanácsban a tagállamok nem tudtak megállapodni a bírók kiválasztásának rendszerében, mert a javasolt, összesen 12 bírót nem lehetett igazságosan, nemzeti alapon jelölni.

Az újabb javaslat eredményeként az Európai Tanácsban végül megállapodás született a tagállamok között, melyet az Európai Parlament e dossziéért felelős (JURI) szakszervezetének ügynevezett második olvasatban el tudott fogadni. E szerint a bírók számát fokozatosan, összesen 56-ra emelik és figyelemmel lesznek a nemek és nemzetek közötti egyensúlyra.

A határozat tartalmaz továbbá egy felülvizsgálati záradékot, mely szerint 5 év elteltével hatásvizsgálatot kell készíteni, mely alapján megállapítható lesz, hogy a javasolt megoldás beváltja-e a hozzá fűzött reményeket, nevezetesen az ügyhálalék feldolgozását a kiegyensúlyozott, gyors és szakszerű törvénykezés érdekében.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I did not support the agreement between the Council and the Parliament to reform the General Court by multiplying by two the current number of judges.

I believe that reform of the court is necessary due to its increasingly heavy case burden and the ever-increasing duration of proceedings, as outlined by the General Court in its original request when it sought an increase of just 12 judges. Due to the Member States' indecision and wrangling over the nationalities of judges we now have an increase of an additional 28 judges (including seven from the merger with the Civil Service Tribunal) without any assessment of whether such a high number can be justified. Making such a decision on the basis of Member State interests rather than the actual requirements of the Court is irresponsible and undermines the credibility of EU institutions in the eyes of citizens.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I decided to support this report as it will increase the number of judges which will help to cope with the increasing number of cases at the court. I am also in agreement that the selection process should be based on merit and there should be no selection system based on nationality.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam PROTIV nacrtu zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o Stajalištu Vijeća u prvom čitanju s ciljem donošenja uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Protokola br. 3 o Statutu Suda Europske unije, zbog toga što smatram da se izmjene Statuta jedne tako važne EU institucije trebaju provesti na temelju konkretnih i ustanovljenih potreba koje su u skladu s pravnim tekstovima i s temeljnim ugovorima.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Stoga, podržavam odbijanje zahtjeva o povećanju broja sudaca zbog toga što je potrebno da Sud detaljno obrazloži razlog i potrebu navedenog povećanja. Nastavno tome, slažem se i s odbijanjem zahtjeva za ukidanje Službeničkog suda zbog nedostatka pravne osnove u ugovorima. Međutim, podržavam povećanje broja osoblja u tajništvu i u jezičnim službama radi veće učinkovitosti i spremnosti sudaca te samoga Suda.

Povrh toga, podupirem osnivanje zajedničkog odbora stručnjaka Parlamenta i Vijeća radi analiziranja pravosudnog sistema u EU-u, odnosno radi njegovog poboljšanja.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette recommandation vise à doubler le nombre de juges au Tribunal pour arriver à 56 juges sous prétexte d'une meilleure célérité de la justice européenne.

Nous sommes opposés à toute augmentation du nombre de juges, mais nous avons proposé d'augmenter le nombre de référendaires et de traducteurs. Nous avons également déposé un amendement, afin d'empêcher, au nom de la séparation des pouvoirs, qu'un ancien eurodéputé ou fonctionnaire européen ne puissent devenir juges à la Cour de justice de l'Union européenne (premier amendement au vote, rejeté sans débat).

Cette réforme révèle un profond mépris vis-à-vis du contribuable européen car l'Union augmente ses dépenses avec une grande légèreté au moment où les populations souffrent de l'austérité.

Également, la légalité procédurale de l'ensemble du processus est viciée puisque la demande initiale de la CJUE ne fait pas, jusqu'à preuve du contraire, office de proposition législative.

Notre groupe ENL a donc déposé un amendement unique de rejet de cette réforme.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I decided to vote against the Council decision to increase the number of judges in the Court of Justice of the European Union, as this measure would imply more cost to the EU budget than benefit to the efficiency of the court.

Agnes Jongerius (S&D), *schriftelijk*. – Bij de stemming over de uitbreiding van het Europees Hof van Justitie hebben wij ervoor gekozen ons te onthouden bij alle amendementen die betrekking hadden op het aantal rechters.

Het is belangrijk dat het Gerecht goed functioneert, waarvoor de uitbreiding ook nodig is. Het oorspronkelijke wetsvoorstel ging daarom uit van een uitbreiding met 12 extra rechters, bovenop de bestaande 28 (1 per lidstaat). Helaas is tijdens de onderhandelingen tussen de lidstaten gebleken dat het nationale belang dusdanig belangrijk werd geacht, dat is gekozen voor een uitbreiding met 28 extra rechters, dus in totaal twee per lidstaat.

Andere amendementen op het voorstel – zoals aandacht voor gendergelijkheid, een efficiënte organisatie en een herzieningsclausule – steunen wij wel. Daarom wilden we de compromistekst niet in gevaar brengen, aangezien onze S&D-Fractie hard heeft moeten onderhandelen om deze punten erin te krijgen. Maar vanwege het grote aantal rechters, de extra kosten die dat met zich meebrengt en de vraag of deze verdubbeling wel proportioneel is, hebben we er dus voor gekozen ons op die specifieke punten van stemming te onthouden.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue António Marinho i Pinto sur le statut de la Cour de justice de l'UE. L'objectif de ce texte est de répondre à une demande de la Cour pour augmenter le nombre de juges, actuellement fixé à 28, pour faire face à l'augmentation des affaires en attente devant la Cour. Le nombre de juges sera ainsi doublé et sera accompagné d'un critère d'équilibre hommes-femmes ainsi que d'une clause de révision.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation car la Cour de Justice de l'Union Européenne (CJUE) fait face à de plus en plus d'affaires suite à l'élargissement de ses compétences ainsi qu'aux nouveaux membres ayant rejoint l'UE. Il était donc nécessaire de faire évoluer le statut de la Cour en doublant le nombre de ses juges pour accélérer les procédures pendantes devant la CJUE ainsi qu'à introduire un critère d'équilibre hommes-femmes dans la désignation des juges.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht ist abzulehnen, da er nur auf die Erhöhung der Anzahl der Richter abzielt.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi ho deciso di dare il mio parere favorevole a questa proposta. Data la sempre crescente importanza e incisività delle norme di diritto europeo all'interno degli ordinamenti nazionali, di pari passo è aumentata la mole di questioni sottoposte alla Corte di giustizia europea e ai suoi giudici. Ritengo che un aumento del numero dei componenti della suprema Corte europea possa contribuire a rendere il lavoro degli stessi ancora più spedito, accurato ed efficiente, a vantaggio delle ragioni di giustizia espresse dai cittadini europei, al fine di ottenere risposte e tutele accurate in tempi più rapidi.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Le groupe Europe des Nations et des Libertés a déposé une motion alternative visant à remplacer la recommandation de la commission des affaires juridiques sur le nombre de juges à la Cour de justice européenne. Le but de la réforme soutenue par la commission est de doubler le nombre de juges au Tribunal pour arriver à 56 juges, alors que la demande initiale de la Cour était de nommer 12 juges. En commission, le groupe avait voté contre toute augmentation du nombre de juges, mais il avait proposé en revanche d'augmenter le nombre de référendaires et de traducteurs. Ces amendements n'ont pas été adoptés. Il s'agit d'un profond mépris vis-à-vis des contribuables européens car l'Union augmente ses dépenses avec beaucoup de légèreté au moment où les populations souffrent de l'austérité. L'analyse approfondie (structure juridictionnelle, incidence financière) dudit projet, bien que promise depuis 2011 par la Cour de justice, n'a jamais été réalisée. Aucune étude d'impact n'a été réalisée ni d'alternatives envisagées.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il multiplie par deux le nombre de juges de la Cour alors qu'il n'y avait aucune nécessité de le faire.

Je me suis battu de toutes mes forces, avec l'aide du rapporteur M. Marinho e Pinto qui s'est désolidarisé de sa propre majorité, contre cette ignominie dictée par des appétits privés. Cela va nous coûter plus de vingt millions d'euros par an qui vont engraisser des caciques, alors qu'ils auraient pu être utilisés pour soulager la misère de certains peuples européens.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque, pese a sus limitaciones, responde a la necesidad imperiosa de agilizar el funcionamiento de la Justicia europea. Doblar el número de jueces en el Tribunal General no era la primera opción del Grupo S&D ni del conjunto del Parlamento; sin embargo, peor que no alcanzar nuestro programa de máximos sería permitir que la situación permanezca como está.

Los retrasos que actualmente sufren los procesos judiciales perjudican a la ciudadanía y encarecen injustificadamente el conjunto del sistema. Los costes económicos de esas dilaciones exceden con mucho el coste de la reforma propuesta; por otra parte, sus costes en confianza y legitimidad son incalculables. No es casual que esta reforma tenga su origen en una petición del propio Tribunal de Justicia de la UE.

Esta reforma abre la puerta, además, a la paridad de género en el ámbito de la justicia europea, donde hasta ahora estaba dolorosamente ausente. Es una conquista que no debemos minusvalorar, porque supone el primer paso para cumplir un compromiso de igualdad largamente esperado en este ámbito.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El Tribunal de Justicia de la Unión Europea solicitó en 2011 una iniciativa legislativa para modificar su Estatuto con el objetivo de permitir el aumento del número de jueces para el Tribunal General, sobre la base de un aumento de su volumen de trabajo. Su número ha ido variando, no tanto por ese motivo sino porque los Estados miembros han mantenido el criterio de designar a su propio juez. En 2014 el TJ propuso duplicar, en tres fases, el número de jueces (28 jueces más), hasta llegar a dos jueces por Estado miembro en 2019, así como suprimir el Tribunal de la Función Pública, propuesta apoyada por el Consejo.

Ahora bien, considero que la solicitud del TJ de duplicar el número de jueces no es adecuada, puesto que los datos facilitados sobre la acumulación de asuntos pendientes y la duración de los procedimientos no concuerdan. En su propuesta tampoco se promueve la transparencia en la designación de los jueces. Por ello, dado que el TJ solicita un aumento drástico de su presupuesto sin ninguna justificación, y que tampoco justifica adecuadamente su petición de suprimir el TFP, he votado en contra de esta propuesta de Reglamento en segunda lectura.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Monica Macovei (ECR), *în scris*. – Am votat împotriva dublării numărului de judecători la Tribunalul Uniunii Europene pentru ca, în realitate, această măsură nu este necesară, părând a fi dorința unor state membre.

Dorim cu adevărat ca procesele să fie judecate mai rapid și eficient? Soluția este angajarea mai multor referendari și secretari în cabinetele judecătorilor, pentru că ei sunt cei care fac cercetare și documentare pentru deciziile judecătorilor.

Cifrele nu mint. Angajarea mai multor secretari în 2014 a înjumătățit perioada de prelucrare a unui caz. De ce trebuie, atunci, să dublăm numărul judecătorilor și nu angajăm mai mulți secretari?

De altfel, în decembrie 2014, Președintele Tribunalului a cerut Consiliului mai mult personal auxiliar.

Solicit să se verifice acuzațiile privind o posibilă corespondență secretă dintre Președintele Parlamentului și Președintele Curții de Justiție și celelalte acuzații menționate în scrisoarea primită de către toți europarlamentarii de la un grup de profesori universitari.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Sud Europske unije pokrenuo je 2011. zakonodavnu inicijativu za promjenu svog statusa u svrhu omogućavanja imenovanja još 12 sudaca Općeg suda zbog potreba smanjenja broj predmeta po suci i njihovog trajanja. Međutim, suci nisu imenovani jer nije postignut sporazum između država članica. Zbog visokih troškova traži se odbijanje prijedloga i predlaže imenovanje 19 novih tajnika koji bi pomogli u bržem rješavanju slučajeva.

Podržala sam preporuku zastupnika Antónia Marinha e Pinta jer svaki novi ured košta više od milijun eura godišnje, a ukupna godišnja naknada bi iznosila više od 20 milijuna eura. Dodatni visoki izdaci u vrijeme gospodarske krize nisu primjereni, pa smatram da je ispravan korak imenovanje novih tajnika, jer se zapošljavanje samo njih 9 u 2014. pokazalo uspješnim budući da je riješeno 100 slučajeva više.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Súdny dvor EÚ poukazuje na zvyšujúcu sa priemernú dĺžku konaní na Všeobecnom súde. Tvrdí, že súčasný počet sudcov 28 (jeden sudca za každú krajinu menovaný dohodou vlády na šesť rokov) nie je postačujúci. Rada preto navrhla zvýšiť počet sudcov na 56, po dvoch za každý členský štát. Táto požiadavka prišla v čase, keď sa inštitúcie EÚ dohodli na znížení počtu svojich zamestnancov o 5 % a znížení výdavkov o 0,5 %.

V tejto veci nebol predložený riadny legislatívny návrh, k návrhu sa nevyjadril žiadny konzultačný orgán, neboli vykonané žiadne analýzy a posúdenia vplyvu. Neboli preukázané dostatočne relevantné a nespochybniteľné dôvody na zvýšenie počtu sudcov. Od roku 2013 do roku 2014 došlo k zlepšeniu produktivity Všeobecného súdu, pričom počet sudcov sa nemenil.

Bude potrebné pravidelne sledovať štatistiky tejto inštitúcie a vyhodnocovať produktivitu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της σύστασης για τη δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του πρωτοκόλλου αριθ. 3 περί του οργανισμού του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 27/10/2015.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette réforme! Ce processus, à la limite de la légalité, se fait dans le plus grand mépris de la démocratie et des citoyens: là où la Cour de Justice demandait la nomination de 12 juges supplémentaires, c'est maintenant 28 nouveaux juges qu'il faudrait nommer, avec en plus la suppression d'un tribunal spécialisé. Tout le processus législatif «normal» a été ignoré et se solde par une décision qui coûtera une fortune aux citoyens européens, sans qu'aucune analyse d'impact ou évaluation n'ait été réalisée!

David Martin (S&D), *in writing*. – Justice delayed is often justice denied. The Court of Justice must become a more efficient and speedy organisation.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – La Corte di giustizia dell'Unione europea ha presentato una richiesta (02074/2011) al Parlamento europeo e al Consiglio recante una modifica del protocollo n. 3 al proprio statuto, relativa all'aumento dei giudici presso la stessa Corte. Voto favorevolmente all'accoglimento di tale richiesta poiché circostanze quali l'aumento del numero di cause dinanzi al Tribunale, l'ampliamento delle sue competenze, la diversificazione degli atti giuridici delle istituzioni, se non accompagnate da altrettante misure di natura procedurale e organizzativa potrebbero avere un impatto negativo sullo svolgimento e sulla durata dei procedimenti.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die freiheitliche Delegation spricht sich klar gegen eine Erhöhung der Richternzahl wie auch gegen eine verpflichtende Genderbesetzung aus.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I supported the increase in the number of judges by 28 to cope with the increasing number of cases at the court. This increase will be phased in over the next three years.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'UE propose une augmentation du budget de sa Cour de Justice. Bien sûr, cette Cour traite de cas importants, par exemple en matière de législation environnementale. Mais l'engorgement qui justifie cette réforme est surtout le fait de contentieux de l'UE contre les aides d'État et sur les récents développements de l'Union bancaire et la Politique étrangère de sécurité commune. Je m'oppose donc à toute augmentation du poids de cette cour dans ces conditions.

Le rapport propose de nommer les juges en respectant la parité. Mais la question est aussi d'assurer la transparence de ces nominations pour éviter les écueils actuels où le juge nommé par la France est un ancien membre de cabinet d'affaires européennes. Je m'oppose à ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável à adoção do regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho com vista à alteração do Protocolo relativo ao Estatuto do Tribunal de Justiça da União Europeia para aumentar o número de juizes do Tribunal Geral. O Parlamento reconheceu que, ao longo dos anos, o número de processos iniciados tem vindo a aumentar, o que tem como consequência o aumento significativo dos processos pendentes e o não desejável alongamento da respetiva tramitação.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support the increase in the number of judges at the General Court from 21 to 56 by 2019 as it will decrease the backlog of cases. If the EU is to retain its credentials as a fair and operational single market we need to ensure that the body mandated to deal with competition, state aid and trademark cases brought by companies can function correctly.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Entre la crise de l'euro et celle des réfugiés, ce dossier peut paraître secondaire. Il est en réalité symbolique. L'Europe n'apparaît pas sous son meilleur jour. La Cour de justice avait proposé de créer 12 nouveaux postes de juges. Face à la difficulté des États membres à se mettre d'accord, elle a décidé de porter le nombre de juges supplémentaires à 28 alors que les retards judiciaires avaient entre-temps diminué et que la juridiction concernée ne demandait pas ces juges. Ce changement majeur a été effectué sans consultation extérieure, sans consultation des parlements nationaux, sans étude d'impact. Les États membres, qui veulent toujours réduire le budget européen, ont fermé les yeux sur ces dépenses inutiles. C'est le triomphe de la technocratie «particratique» sur la démocratie. Le Parlement aurait dû refuser cette dépense manifestement excessive. Partout en Europe, les services publics, notamment la justice, doivent comprimer leurs effectifs. En votant cette réforme portant le nombre de juges à 56, les parlementaires qui y sont favorables ne pourront s'étonner demain que l'Union apparaisse comme un cercle de privilégiés. Je regrette le vote de cette réforme qui non seulement supprime le Tribunal de la fonction publique mais fait aussi le jeu des euro-sceptiques.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Javí sa, že rýchlosť súdneho konania pred Súdnym dvorom EÚ sa v dôsledku postupného rozširovania právomocí a počtu podaných vecí znižuje a narastá počet neskončených vecí. Prv než sa však začne uvažovať o otvorení veľmi komplexnej otázky zvyšovania počtov sudcov na súde či dokonca o zdvojnásobovaní ich počtu, je potrebné zamyslieť sa nad primeranými a účinnými opatreniami po procedurálnej aj organizačnej stránke. Podporujem preto návrh na zriadenie spoločného výboru odborníkov, ktorý bude skúmať všeobecné fungovanie súdnictva Únie a predkladať návrhy na jeho zlepšenie.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Court of Justice of the European Union: number of judges at the General Court, because in my opinion Europe needs to ensure the proper functioning of the European judicial system. A dysfunctional judiciary would not be in interests of European citizens. Therefore, I voted in favour of this agreement but only on condition that the amendments relating to gender parity and the review clause feature in the final text of the agreement.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió Bírósága (EUB) 2011-ben kezdeményezte további 12 bíró kinevezését a Törvényszékbe. A Parlament első olvasatban elfogadta a 12 további bíróra vonatkozó kérelmet, a Tanács viszont egyet sem nevezett ki e 12 bíró közül, mivel a kinevezhető bírák száma jelentősen elmaradt a tagállamok számától, márpedig mindegyik tagállam a „saját” bíróját akarta kinevezni. Ezért 2014 októberében az EUB a törvényszéki bírák számának megduplázását javasolta. A Tanács a javaslatot jóváhagyta, a Parlament Jogi Bizottsága viszont jelentésében a javaslat elutasítása mellett érvel.

Rámutat, hogy ez a javaslat nem a bírák leterheltségéből fakadó tényleges igényeket, hanem a Tanácsnak a tagállamok önzéséből adódó megállapodás-képtelenségét tükrözi. Az elutasító javaslatot egyfelől költségvetési szempontokkal (miközben a többi intézmény 5%-os létszám- és mintegy 0,5%-os költségvetési csökkentésben állapodott meg, az EUB költségvetése évente több mint 20 millió euróval nőne), másrészt az igazságszolgáltatás méltóságával, a bírói hivatalt illető hírnévvel és tisztelettel indokolja. Az utóbbi vonatkozásban leszögezi, hogy a bírákat szakmai tapasztalatuk és jogi szaktudásuk, nem pedig nemzeti hovatartozásuk alapján kell kiválasztani. A Jogi Bizottság érvelését megalapozottnak találtam, ezért az előterjesztést támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O orçamento de 2016 espelha inteiramente as prioridades políticas, especificamente a solidariedade interna e externa, assim como o aumento da competitividade através da criação de emprego digno e de qualidade e do desenvolvimento das empresas e do empreendedorismo em toda a União.

Subscrevo a posição do relator relativamente à crise migratória e de refugiados, à qual deverão ser mobilizados, no orçamento da União, os recursos financeiros necessários para estar à altura dos desafios políticos e permitir que a União obtenha resultados e responda eficazmente a estas crises, com caráter prioritário e de elevada urgência.

Considero fundamental haver um maior esforço para colmatar as lacunas da economia da União, através do aumento da competitividade, do crescimento e do emprego de qualidade, assim como, defendo a continuação da Iniciativa para o Emprego dos Jovens, pelo papel elementar deste programa na luta contra o desemprego.

Louvo o trabalho de José Manuel Fernandes, pela complexidade, pela explanação e pelo consenso que reuniu.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette recommandation vise à multiplier par deux le nombre de juges au Tribunal de l'Union européenne pour atteindre 56 alors que la CJUE demandait initialement la nomination de 12 juges supplémentaires sous prétexte que le nombre d'affaires aurait augmenté (alors que les données et les déclarations des juges sont contradictoires), mais aussi que la durée pour rendre un jugement serait trop longue (alors que la CEDH n'a pas constaté de délai déraisonnable compte tenu de la traduction et de la complexité des affaires en matière de concurrence notamment). C'est pourquoi le groupe ENL avait proposé d'augmenter le nombre de référendaires et de traducteurs et non le nombre de juges. Au final, cette réforme augmente les dépenses de l'Union européenne de manière indécente quand par ailleurs on impose une austérité insupportable aux peuples. De plus, la procédure est entachée d'irrégularités grossières puisqu'aussi, en réalité, le sujet qui est maintenant à l'examen, n'est pas la nomination de 12 juges supplémentaires, mais celle de 28 juges supplémentaires et la suppression d'un tribunal spécialisé (TFP). J'ai donc voté contre.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif au nombre de juges à la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE). En 2011, une initiative avait été déposée par la Cour afin d'augmenter de 12 le nombre de juges pour faire face à l'augmentation des affaires judiciaires en attente. Ce texte proposait de soutenir la position du Conseil, favorable au renforcement du nombre des juges. À la demande du Parlement européen, un critère d'équilibre hommes-femmes a été introduit, ainsi qu'une clause de révision des dépenses administratives au cours des deuxième et troisième phases de l'élargissement du tribunal.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – La relazione che oggi abbiamo approvato parte dalla considerazione del progressivo ampliamento delle competenze della Corte di giustizia europea: negli ultimi anni, infatti, il numero delle cause presentate dinanzi al tribunale comunitario è notevolmente aumentato, comportando, anche, un maggior numero di cause pendenti e di lungaggini burocratiche. In mancanza di una riforma che punti a rinnovare le misure procedurali e organizzative, ivi compreso un incremento del numero di giudici presso il tribunale stesso, la durata dei procedimenti rischierebbe solo di aumentare. Al fine di garantire giudizi equi e veloci, accettiamo, quindi, l'aumento graduale di ulteriori ventotto giudici, uno per ogni Stato membro, nonostante i maggiori costi che certamente deriveranno dall'adozione di questo criterio di rappresentanza nazionale. Abbiamo bisogno di un sistema giuridico efficiente e per questo motivo possiamo anche accettare l'abolizione del Tribunale per la Funzione Pubblica. Siamo soddisfatti, infine, per

Mittwoch, 28. Oktober 2015

l'inserimento di un criterio di equa rappresentanza di genere e di una clausola di revisione che permetterà di valutare l'impatto di questa riforma sulla gestione del lavoro della Corte, che resta custode e faro dei valori e dell'integrità europea.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In 2011, the Court of Justice of the European Union (CJEU) launched a legislative initiative to change its status to allow the appointment of 12 more judges to the General Court. I voted for this proposal, which will increase the number of judges at the CJEU.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat împotriva acestui raport, chiar dacă coordonatorul acestui dosar este un coleg din grupul ALDE și din Comisia pentru pescuit, deoarece nu consider necesară creșterea numărului de judecători din cadrul Curții de Justiție a UE. Justificarea dată, aceea a responsabilităților crescute și, deci, a volumului crescut de muncă pentru judecători, nu a fost una rezonabilă din punctul meu de vedere, având în vedere că fiecare judecător are sub 60 de dosare pe an de judecat. În plus, fondurile alocate anual fiecărui judecător pentru activitățile acestuia se ridică la aproximativ 1 milion de euro, ceea ce înseamnă că această creștere a numărului de judecători va implica o creștere substanțială a cheltuielilor instituției. În aceste condiții, eu sunt de părere că ar fi trebuit crescut numărul personalului auxiliar, deoarece aceștia sunt cei care vor avea realmente un volum de muncă crescut.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Nepodpořil jsem navýšení soudců Tribunálu o 28, tedy na dvojnásobek, protože jsem na základě dostupných statistických údajů přesvědčen, že takové navýšení značně přesahuje skutečné potřeby Tribunálu. Nezpochybnuji potřebu reformy Tribunálu jako takovou, ale odmítám zdvojnásobení počtu soudců jenom proto, že se členské státy nebyly schopny dohodnout na rotačním mechanismu při navýšení o realistických a nárůstu agendy odpovídajících 12 soudců. Obecně nepodporuji řešení, která jsou nehospodárná, a toto je bohužel jedno z nich a není ani dobré z hlediska důvěry občanů v Unii.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – This report called for a doubling of the current number of judges in the EU General Court from 28 now to 56 in 2022. Whilst in principle this appears inoffensive, there are budgetary issues to take into account and the proposal represents an unacceptable increase in the budget at a time when the EU is forcing Member States to apply harsh austerity policies. It was for this reason that I voted against the report.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht fordert eine Verdopplung der Anzahl der Richter am Europäischen Gerichtshof. Aufgekommen ist dieses Bestreben, da 2011 die Richter mit der Bearbeitung ihrer Verfahren nicht hinterherkamen. Mittlerweile konnten die Richter ihren Rückstand wieder aufarbeiten, wodurch es meiner Meinung nach keinen Grund mehr gibt, die Zahl der Richter zu erhöhen. Deswegen habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Olen nõus, et kohtumenetluste kiirendamiseks on vaja kohtunike arvu suurendada, ent see kasv ei pea olema kahekordne. Seetõttu ei toetanud ettepanekuid kohtunike arvu kahekordistamiseks. Tuleks lähtuda juba kokku lepitud kohtunike arvu suurendamisest üheksa võrra ja lahendada riikide esindatuse probleem näiteks rotatsioonisüsteemi kehtestamisega.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – El Parlamento Europeo ya votó por mayoría hace dos años una propuesta de ampliación a 40 jueces, con el fin de solucionar el tapón que hay en la jurisdicción europea. El Consejo, sin embargo, no consiguió poner de acuerdo a los Estados miembros, que siempre miran por sus propios intereses y, a pesar de que el tiempo apremiaba, dejó pasar esta oportunidad.

Ahora, dos años más tarde, han hecho una propuesta deprisa y corriendo de 56 jueces, mal formulada (no prevé, por ejemplo, la contratación extra de secretarios judiciales adicionales) y que se alarga en el tiempo, mientras metían prisa al Parlamento para que la aprobase. Los grandes grupos, como siempre, han sido cómplices de esta chapuza y han votado a favor, olvidándose de la Posición antes expuesta del Parlamento.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ritengo necessaria una riforma dello statuto della Corte di giustizia dell'Unione europea alla luce dell'attuale impossibilità della stessa a garantire le condizioni per il rispetto del diritto ad una ragionevole durata dei processi sancito dall'articolo 6 CEDU e dall'articolo 47 della Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea, impossibilità dovuta a un sovraccarico delle cause di cui la Corte è investita soprattutto in materia di concorrenza e aiuti di Stato. Ho, per questo motivo, deciso di votare a favore.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Smatram kako je nužno povećati broj sudaca Općeg suda Europske unije. Trend povećanja broja iznesenih slučajeva pred sud je dobar i loš pokazatelj. Dobar u smislu da građani polako postaju svjesni mogućnosti izbora i zaštite - opcije da mogu štititi svoja prava, ne samo na nacionalnoj, nego i na višoj, europskoj instanci.

Također, Sud svojim radom i odlukama posredno utječe na nacionalno pravosuđe država članica te istovremeno pospješuje unifikaciju i harmonizaciju prava. Podržavam odluku o broju povećanja sudaca jer se time jamči poštivanje temeljnog načela, prava na pravično suđenje u razumnom roku. Povećanje broja sudaca bi uvelike pridonijelo kvaliteti suđenja te omogućilo strankama da na najbolji način zaštite sva prava koja im pripadaju.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Cette recommandation vise à multiplier par deux le nombre de juges au Tribunal de l'Union européenne pour atteindre 56 alors que la CJUE demandait initialement la nomination de 12 juges supplémentaires sous prétexte que le nombre d'affaires aurait augmenté (alors que les données et les déclarations des juges sont contradictoires), mais aussi que la durée pour rendre un jugement serait trop longue (alors que la CEDH n'a pas constaté de délai déraisonnable compte tenu de la traduction et de la complexité des affaires en matière de concurrence notamment). C'est pourquoi le groupe ENL avait proposé d'augmenter le nombre de référendaires et de traducteurs et non le nombre de juges. Au final, cette réforme augmente les dépenses de l'Union européenne de manière indécente quand, par ailleurs, on impose une austérité insupportable aux peuples. De plus, la procédure est entachée d'irrégularités grossières puisqu'aussi, en réalité, le sujet qui est maintenant à l'examen n'est pas la nomination de 12 juges supplémentaires, mais celle de 28 juges supplémentaires et la suppression d'un tribunal spécialisé (TFP). J'ai donc voté contre.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Zbog postupnog proširenja nadležnosti Općeg suda od njegova osnivanja, broj predmeta pred Općim sudom već godinama raste, što je s vremenom dovelo do povećanja broja predmeta koji su u tijeku pred tim sudom. Ako se ne poduzmu odgovarajuće mjere proceduralne i organizacijske prirode, što podrazumijeva i povećanje broja sudaca tog suda, moguće je da će to utjecati na trajanje postupaka.

S ciljem racionalizacije trajanja i procesuiranja postupka, podržavam usvajanje stajališta Vijeća u prvom čitanju s ciljem donošenja uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Protokola br. 3 o Statutu Suda Europske unije kojim je predviđeno povećanje broja sudaca Općeg suda.

Kati Piri (S&D), *schriftelijk*. – Bij de stemming over de uitbreiding van het Europees Hof van Justitie hebben wij ervoor gekozen ons te onthouden bij alle amendementen die betrekking hadden op het aantal rechters.

Het is belangrijk dat het Gerecht goed functioneert, waarvoor de uitbreiding ook nodig is. Het oorspronkelijke wetsvoorstel ging daarom uit van een uitbreiding met 12 extra rechters, bovenop de bestaande 28 (1 per lidstaat). Helaas is tijdens de onderhandelingen tussen de lidstaten gebleken dat het nationale belang dusdanig belangrijk werd geacht, dat is gekozen voor een uitbreiding met 28 extra rechters, dus in totaal twee per lidstaat.

Andere amendementen op het voorstel – zoals aandacht voor gendergelijkheid, een efficiënte organisatie en een herzieningsclausule – steunen wij wel. Daarom wilden we de compromistekst niet in gevaar brengen, aangezien onze S&D-Fractie hard heeft moeten onderhandelen om deze punten erin te krijgen. Maar vanwege het grote aantal rechters, de extra kosten die dat met zich meebrengt en de vraag of deze verdubbeling wel proportioneel is, hebben we er dus voor gekozen ons op die specifieke punten van stemming te onthouden.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – U 2011. godini Sud Europske unije (CJEU) pokrenuo je inicijativu za promjenu zakonodavnog statusa kako bi se omogućilo imenovanje više od 12 sudaca na Općem sudu (GC). U 2013., Sud Europske unije smanjio je svoj zahtjev na devet sudaca, što je dogovoreno od strane Vijeća Europske unije, Europske komisije (EK) i Europskog parlamenta (EP).

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ipak, u prethodnoj sjednici, EP je odobrio 12 dodatnih sudaca na prvom čitanju. Međutim, Vijeće nije imenovalo tih 12 sudaca, jer države članice nisu postigle sporazum o izboru sudaca te je svaka država željela imenovati „svog” suca. Dakle, u listopadu 2014., CJEU je predložio udvostručenje broja GC sudaca (28) u tri faze, te se ovaj izvještaj bavi novim prijedlogom.

Zaključci i preporuke su sljedeći: Sud pravde treba opravdati točan broj sudaca koji je uistinu potreban, također suci koji su već imenovani trebaju odmah položiti prisegu, a odbor stručnjaka treba biti izrađen kako bi analizirao prednosti i nedostatke stvaranja novog suda specijaliziranog za žigove, patente i intelektualno vlasništvo.

Nadalje, preporučeno je povećanje osoblja tajništva i usluge prevođenja te analiza ukupnog djelovanja pravde u EU-u, i prijedloge poboljšanja aspekata u vezi zapošljavanja sudaca i imenovanja svakog suca. Zbog svega navedenog, podržavam izvješće izvjestitelja Pinta.

Stanislav Polčák (PPE), *pisemně*. – Hlasoval jsem pro změnu statusu Soudního dvora Evropské unie. Díky této změně bude mít každá členská země druhého soudce. Navýšením počtu soudců budeme schopni snížit převis případů na každého soudce, a tím se také poměrně zkrátí délka řízení, která v současnosti dosahuje i pěti let. Takto bude moci Evropská unie snížit náklady spojené např. s vyplácením odškodného stranám za nepřiměřeně dlouhé vedení sporu. Česká republika se zasazuje o zavedení principu rovného zastoupení zemí v institucích Evropského parlamentu. Díky této změně bude Tribunál schopný lépe pokrýt různé právní kultury, které se napříč členskými státy Unie vyskytují. Navýšení počtu soudců zefektivní práci Tribunálu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Face à la charge de travail très importante à laquelle sont confrontés les juges de la Cour de justice de l'Union, une initiative en 2011 avait proposé de rajouter 12 juges aux 28 juges actuels. Cette mesure aurait permis de traiter davantage d'affaires et de raccourcir les délais d'attente. Finalement, face à l'absence de consensus entre les États membres, le Conseil s'est accordé sur un doublement du nombre de juges.

Le Parlement européen a adopté cette recommandation ayant pour objectif de modifier le protocole n° 3 sur le Statut de la CJUE. Le texte sera ensuite débattu en deuxième lecture. J'ai voté en faveur de ce rapport. L'augmentation du nombre de juges permettrait d'augmenter l'efficacité de la CJUE.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O presente relatório versa sobre a alteração do Protocolo n.º 3 do Estatuto do TJUE. Em causa está uma iniciativa legislativa desencadeada pelo TJUE em 2011 para nomeação de 12 juizes suplementares para o TG. Em primeira leitura, o Parlamento Europeu aprovou tal pedido, mas o processo ficou bloqueado ao nível do Conselho. Em Outubro de 2014, o TJUE veio, assim, propor a nomeação, em três etapas, de mais 28 juizes para o TG e a abolição do Tribunal da Função Pública. O Conselho aceitou, em primeira leitura, estas propostas, sobre as quais compete agora ao Parlamento pronunciar-se em segunda leitura.

A necessidade e o impacto destas propostas não parecem estar suficientemente documentados. O melhor seria, por isso, rejeitar a posição do Conselho. No entanto e dado que as emendas apresentadas para o efeito não passaram, entendi que devia ter uma posição construtiva, sufragando o aumento proposto de juizes. Isto sem prejuízo de a situação poder ser reavaliada na segunda e terceira fases de alargamento do TG e de o TJUE dever apresentar, no prazo de 5 anos, um relatório sobre o funcionamento do TG, para aferir designadamente da necessidade e eficácia do aumento do número de juizes.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The resolution as a whole and various amendments call for the number of European Court of Justice judges to be increased from 28 to 40 or 56, to which we are opposed in principle.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – En votant pour le rapport sur le statut de la Cour de justice de l'Union européenne, je me suis prononcé contre les propositions du Conseil, qui souhaite augmenter de 28 le nombre de juges à la Cour de justice de l'Union européenne et supprimer le Tribunal de la fonction publique.

S'il est concevable que la Cour de justice de l'Union européenne ait besoin d'augmenter ses effectifs pour répondre à l'élargissement progressif de ses compétences, la solution ne réside pas dans un recrutement désordonné de juges, mais doit se placer dans le cadre d'une réorganisation rationnelle.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Je suis alors favorable à la proposition initiale de la Cour de justice de l'Union européenne, à savoir un recrutement de 12 nouveaux juges, ainsi qu'à l'établissement d'un rapport visant à analyser les besoins réels de la Cour de justice de l'Union européenne. En effet, le recrutement de personnels de greffe ou de référendaires serait plus adapté à la situation compte tenu des exigences budgétaires auxquelles doit faire face cette institution. Il apparaîtrait alors inacceptable que le choix du nombre de juges à recruter réponde moins à un besoin de la Cour qu'à un arrangement entre États membres.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque, pese a sus limitaciones, responde a la necesidad imperiosa de agilizar el funcionamiento de la Justicia europea. Doblar el número de jueces en el Tribunal General no era la primera opción del Grupo S&D ni del conjunto del Parlamento; sin embargo, peor que no alcanzar nuestro programa de máximos sería permitir que la situación permanezca como está.

Los retrasos que actualmente sufren los procesos judiciales perjudican a la ciudadanía y encarecen injustificadamente el conjunto del sistema. Los costes económicos de esas dilaciones exceden con mucho el coste de la reforma propuesta; por otra parte, sus costes en confianza y legitimidad son incalculables. No es casual que esta reforma tenga su origen en una petición del propio Tribunal de Justicia de la UE.

Esta reforma abre la puerta, además, a la paridad de género en el ámbito de la justicia europea, donde hasta ahora estaba dolorosamente ausente. Es una conquista que no debemos minusvalorar, porque supone el primer paso para cumplir un compromiso de igualdad largamente esperado en este ámbito.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – La Cour de justice de l'Union européenne (CJCE) a lancé en 2011 une initiative législative pour modifier son statut afin de permettre la nomination de 12 juges supplémentaires pour le Tribunal. Elle a invoqué la nécessité de réduire tant le nombre d'affaires par juge, que la durée de celles-ci, au Tribunal. En 2013, la Cour de justice a réduit cette demande à 9 juges, un chiffre qui a été accepté par le Conseil de l'Union européenne, la Commission européenne et le Parlement européen. Cependant, alors qu'au cours de la précédente législature, en première lecture du Parlement, le nombre de 12 juges supplémentaires avait été approuvé, le Conseil n'a désigné aucun de ces 12 juges, les États membres n'étant pas parvenus à un accord sur le choix des juges. En octobre 2014, la Cour de justice a donc proposé de doubler, en 3 étapes, le nombre de juges du Tribunal et de supprimer le Tribunal de la fonction publique. Le Conseil a immédiatement accepté ces nouvelles propositions qui sont précisément l'objet du présent rapport et ont fait l'objet d'un compromis global entre les différents groupes politiques.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Ce rapport prévoit le doublement du nombre de juges au sein de la Cour de Justice de l'Union européenne (CJUE). Compte tenu de l'accroissement constant du nombre de recours déposés devant la CJUE, il est nécessaire de donner davantage de moyens à cette institution.

Ce texte prévoit donc plusieurs mesures: porter le nombre de juges à 56 (soit 2 juges par État membre), l'introduction de règles garantissant la parité, la nécessité de mener une étude d'impact pour évaluer l'efficacité d'une telle mesure, et une révision de cette disposition dans 5 ans.

Je tiens à souligner le rôle primordial de la juridiction européenne et la nécessité de lui donner les moyens de mener à bien sa mission; c'est pourquoi j'en ai voté en faveur de ce rapport.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ritengo adeguata la richiesta di accrescere il numero dei giudici della Corte di giustizia dell'Unione europea. L'aumento dell'organico contribuirà ad accorciare i tempi delle procedure e a rendere più efficiente il Tribunale. Queste migliorie andranno a beneficio di tutti i cittadini europei e per tale motivo ho votato a favore della relazione.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de gran parte del articulado sobre el número de jueces. El incremento de los tiempos en los procesos judiciales generales que se dan a gran escala en la Unión requiere de un aumento en el número de jueces. El dossier incluye una serie de enmiendas importantes como el balance de género y la insistencia en sistemas de oposición transparentes. Entendemos que, sin estas medidas, el dossier no tendría sentido y el aumento de jueces supondría una mera creación de más espacios de poder dentro de un sistema que, ya de por sí, es lejano a los ciudadanos de la Unión. Son este tipo de mejoras las que permiten que el Tribunal de Justicia inicie su acercamiento a la ciudadanía europea.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El Tribunal de Justicia de la Unión Europea solicitó en 2011 una iniciativa legislativa para modificar su Estatuto con el objetivo de permitir el aumento del número de jueces para el Tribunal General, sobre la base de un aumento de su volumen de trabajo. Su número ha ido variando, no tanto por ese motivo sino porque los Estados miembros han mantenido el criterio de designar a su propio juez. En 2014 el TJ propuso duplicar, en tres fases, el número de jueces (28 jueces más), hasta llegar a dos jueces por Estado miembro en 2019, así como suprimir el Tribunal de la Función Pública, propuesta apoyada por el Consejo.

Ahora bien, considero que la solicitud del TJ de duplicar el número de jueces no es adecuada, puesto que los datos facilitados sobre la acumulación de asuntos pendientes y la duración de los procedimientos no concuerdan. En su propuesta tampoco se promueve la transparencia en la designación de los jueces. Por ello, dado que el TJ solicita un aumento drástico de su presupuesto sin ninguna justificación, y que tampoco justifica adecuadamente su petición de suprimir el TFP, he votado en contra de esta propuesta de Reglamento en segunda lectura.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as I do not wish to see more ECJ judges or more money spent on the ECJ.

Pedro Silva Pereira (S&D), *por escrito*. – Declaro que votei favoravelmente as emendas apresentadas pelo deputado Marinho e Pinto ao relatório sobre o número de juizes do Tribunal Geral do Tribunal de Justiça da União Europeia, por considerar que não se encontra devidamente fundamentada a necessidade de se proceder a um aumento para o dobro do número atual de juizes, sobretudo numa altura em que o Parlamento e demais instituições europeias promovem medidas de contenção da despesa.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Leta 2011 je Sodišče Evropske unije sprožilo zakonodajno pobudo za spremembo svojega statuta, ki bi omogočil imenovanje 12 dodatnih sodnikov Splošnega sodišča. Sodišče je takrat navedlo potrebo po zmanjšanju števila zadev na sodnika in trajanja njihovega mandata na Splošnem sodišču. Leta 2013 je Sodišče svojo zahtevo zmanjšalo na 9 sodnikov, vendar pa je pred tem Evropski parlament že odobril dodatnih 12 sodnikov. Ker število imenovanih sodnikov ni ustrezalo številu držav članic in je zaradi tega prihajalo do nesporazumov, je Sodišče oktobra 2014 predlagalo podvojitev števila sodnikov Splošnega sodišča na končno število 56. Strinjam se, da je reforma Sodišča Evropske unije zelo potrebna, saj je zagotovitev pravne varnosti in sojenja v razumnem roku ena izmed temeljnih pravic državljanov EU. Splošno sodišče se spopada z ogromnim številom vloženih vlog in pritožb, rešitev katerih nato terja veliko časa. Čeprav menim, da je število novih sodnikov, tj. 28, nekoliko pretirano, pa zelo podpiram določbo o enakosti med spoloma pri imenovanju novih sodnikov ter določbo o obveznem poročilu Sodišča o tem. Ker podpiram priporočilo za drugo obravnavo z namenom sprejetja uredbe, sem na plenarnem zasedanju podprl amandmaje, ki odražajo izid pogajanj med Evropskim parlamentom in Evropskim svetom.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržao sam ovo izvješće jer se povećanjem broja sudaca na 56 poboljšava generalno stanje i mogućnost rada Suda. Povećanjem broja sudaca omogućuje se smanjenje trajanja sudskih slučajeva te se povećava učinkovitost samog Suda. Cilj ovog povećanja je implementirati rodnu jednakost te povećati djelotvornost i uspješnost Općeg suda. Povećanje broja na 56 sudaca će također poboljšati i efektivnost resursa, kao i težnju za stvaranjem više specijaliziranih vijeća.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted against this report on an increase in the number of judges in the General Court. Whilst I recognise the benefits of an increase in judicial staff, an increase in the number of judges means an increase in costs. I do not believe that such action can be objectively justified in the current economic climate.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Podržavam prijedlog povećanja broja sudaca i izmjenu Protokola br. 3 o Statutu Suda Europske unije. Nadležnost Općeg suda od njegova osnivanja se postupno proširivala te broj predmeta pred Općim sudom već godinama raste. Podržavam stav da se moraju poduzeti odgovarajuće proceduralne mjere te poduzeti bolja organizacija, što podrazumijeva i povećanje broja sudaca. Moramo pomoći u nastojanju da se skрати trajanje postupaka te da Opći sud bude kvalitetniji i efikasniji.

Želim istaknuti da bi se imenovanje dodatnih sudaca trebalo zasnivati na njihovoj neovisnosti, nepristranosti i stručnosti, imajući pritom u vidu njihovu profesionalnu i osobnu prikladnost i poznavanje pravnih sustava Europske unije i država članica, a uz to bi trebalo i zajamčiti spolnu ravnopravnost u ukupnom sastavu Suda.

Richard Sulík (ECR), *písomne.* – Nesúhlasím s predstaveným navýšením počtu sudcov Všeobecného súdu, a preto som návrh nepodporil. Navrhované navýšenie počtu sudcov je výlučne politickou záležitosťou a nemá racionálne odôvodnenie a navyše zvyšuje výdavky o 20 mil. eur ročne, namiesto snahy o dosiahnutie rozpočtovej neutrálnosti.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za priporočilo za drugo obravnavo. Pobuda za imenovanje dodatnih sodnikov se je začela že leta 2011 in v vseh teh letih smo prišli do kompromisa med Evropsko komisijo, Svetom in Evropskim parlamentom. Delujoče sodstvo je eden izmed najpomembnejših stebrov pravne države. Potrebujemo dobro delujoč evropski pravosodni sistem. Podpiram dosežen kompromis za imenovanje dodatnih 28 sodnikov. Prepričana sem, da bomo s tem pomembno zmanjšali zamude, do katerih prihaja. Čez nekaj let pa bomo z revizijsko klavzulo preverili, ali so bile spremembe tako učinkovite, kot vsi skupaj pričakujemo.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Návrh nařízení pozměňujícího statut Soudního dvora ve vztahu k Tribunálu jsem nemohl podpořit jak z důvodů politických, tak i z důvodů právních, které zde neuvádím.

Mírné posílení Tribunálu je zapotřebí, protože došlo k jistému nárůstu nápadu, a to v rozsahu postoje Rady v 1. čtení, s nímž souhlasil i Evropský parlament v roce 2014, tedy posílení o 12 soudců. 28 soudců je příliš, 1 soudce ročně stojí evropské daňové poplatníky něco méně než 1 miliardu EUR. Jediný důvod pro zvýšení počtu soudců Tribunálu o 28 a ne o 12 spočívá v tom, že členské státy v Radě se nebyly schopny shodnout na mechanismu rotace. Takový mechanismus rotace však bylo možno nalézt u 11 generálních advokátů Soudního dvora. Jde tedy o selhání Rady, které mají zaplatit daňoví poplatníci.

Návrh obsahuje v bodu 8a preambule podporu myšlenky cíle genderové rovnováhy mezi soudci, kterýžto cíl znamená, že konkrétní kandidáti budou předmětem diskriminace na základě pohlaví, a proto s ním nemohu souhlasit. Navíc takovýto cíl způsobí potíže zejména v menších členských státech. Potřebujeme pro Evropu co nejkvalitnější soudce bez ohledu na jejich pohlaví. Smyslem reformy mělo být zajistit správné fungování soudu za změněných okolností. Argumenty pro navýšení počtu soudců o dalších 16 oproti původnímu požadavku Soudu však chybí.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Όπως προκύπτει και από την αιτιολογική έκθεση το πραγματικό πρόβλημα που προκύπτει δεν είναι η έλλειψη δικαστών και εισαγγελέων στο γενικό δικαστήριο αλλά η αδυναμία του ίδιου του Συμβουλίου να προβεί στον διορισμό ενός ορθού αριθμού δικαστικών λειτουργών, και αυτό διότι το κάθε κράτος μέλος επιθυμεί να διορίσει τον «δικό του» δικαστή. Οι δικαστές και οι εισαγγελείς όμως δεν είναι Επιτροπικοί για να διορίζονται με όρους πολιτικούς από κάθε κράτος μέλος. Πρέπει λοιπόν να απορριφθεί η πρόταση για τον διπλασιασμό του αριθμού των δικαστών στο ΓΔ όπως επίσης και η πρόταση για κατάργηση του ΔΔΔ. Τέλος, ένας επίσης σημαντικότερος λόγος είναι και η περιφρόνηση στα χρήματα των φορολογουμένων ευρωπαίων πολιτών.

József Szájer (PPE), *írásban.* – A bírók számának növelése az Európai Unió Bíróságán már több éve napirenden van. A Bíróság 2011-ben állt elő először erre vonatkozó javaslattal, hiszen a megnövekedett ügyszámot nem tudták kellő hatékonysággal kezelni. Mivel a 2014-es európai parlamenti választásokig nem született a kérdésben az Európai Tanáccsal kompromisszum, az Európai Parlament 2014. április 15-én első olvasatban elfogadta a saját álláspontját.

2014 szeptemberében az olasz elnökség újabb javaslattervezetet kért a Bíróságtól, mert a Tanácsban a tagállamok nem tudtak megállapodni a bírók kiválasztásának rendszerében, hiszen a javasolt, összesen 12 bírót nem lehetett igazságosan, nemzeti alapon jelölni.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Az újabb javaslat eredményeképpen az Európai Tanácsban végül megállapodás született a tagállamok között, melyet az Európai Parlament e dossziéért felelős, JURI szakbizottsága ún. második olvasatban el tudott fogadni. E szerint a bírók számát fokozatosan, összesen 56-ra emelik és figyelemmel lesznek a nemek és nemzetek közötti egyensúlyra.

A határozat tartalmaz továbbá egy felülvizsgálati záradékot, mely szerint 5 év elteltével hatásvizsgálatot kell készíteni, mely alapján megállapítható lesz, hogy a javasolt megoldás beváltja-e a hozzá fűzött reményeket, nevezetesen az ügyhatalék feldolgozását a kiegyensúlyozott, gyors és szakszerű törvénykezés érdekében. Szavazatommal ezért támogattam a javaslatot.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Fontosnak tartom aláhúzni, hogy a második olvasat keretében tárgyalta ajánlás kapcsán több helyen magam is támogattam módosító indítványok elfogadását, azaz egyben azt is, hogy a kérdéssel kapcsolatos tárgyalást jelen fázisban ne zárjuk le.

Aggályaim közül most csak egyet kívánok kiemelni. Azt gondolom ugyanis, hogy az eljárások időtartama, elsősorban a peres felek szempontjából nem elfogadható, különösen az Európai Unió Alapjogi Chartájának 47. cikkében és az emberi jogok és alapvető szabadságok védelméről szóló európai egyezmény 6. cikkében meghatározott követelmények fényében. Szervezeti, strukturális és eljárási jellegű intézkedésekre van szükség e helyzet orvoslására, beleértve ebbe a bírók számának kellően és megfelelő módon megindokolt növelését is.

Tekintettel erre és más, a második olvasati eljárás keretében elének terjesztett ajánlásban szereplő kérdést érintő aggályaimra is, fontosnak tartom, hogy a kérdést az Európai Parlament jelen formájában nem zárta le.

Paul Tang (S&D), schriftelijk. – Bij de stemming over de uitbreiding van het Europees Hof van Justitie hebben wij ervoor gekozen ons te onthouden bij alle amendementen die betrekking hadden op het aantal rechters.

Het is belangrijk dat het Gerecht goed functioneert, waarvoor de uitbreiding ook nodig is. Het oorspronkelijke wetsvoorstel ging daarom uit van een uitbreiding met 12 extra rechters, bovenop de bestaande 28 (1 per lidstaat). Helaas is tijdens de onderhandelingen tussen de lidstaten gebleken dat het nationale belang dusdanig belangrijk werd geacht, dat is gekozen voor een uitbreiding met 28 extra rechters, dus in totaal twee per lidstaat.

Andere amendementen op het voorstel – zoals aandacht voor gendergelijkheid, een efficiënte organisatie en een herziensclausule – steunen wij wel. Daarom wilden we de compromistekst niet in gevaar brengen, aangezien onze S&D-Fractie hard heeft moeten onderhandelen om deze punten erin te krijgen. Maar vanwege het grote aantal rechters, de extra kosten die dat met zich meebrengt en de vraag of deze verdubbeling wel proportioneel is, hebben we er dus voor gekozen ons op die specifieke punten van stemming te onthouden.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Je me suis prononcé pour qu'on revienne à la proposition précédente du texte et suis donc en désaccord avec celle présentée aujourd'hui. Il s'agit d'une question de cohérence entre les deux votes sur ses nominations. J'ai néanmoins, dans le présent texte, voté pour les amendements prônant l'égalité des genres.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – Parliament has approved a reform of the EU General Court, doubling the current number of its judges. Reforming the court, which is part of the European Court of Justice, is necessary in order to respond better to the permanent increase in the number of cases. However, the increase in the number of judges by 28 was motivated by EU Member States' interests in wishing to have as many judges as other countries. Taking this into consideration, I opposed the increase for budgetary reasons and because the proposal makes no provision for a proper impact assessment.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Protokola (št. 3) o Statutu Sodišča Evropske unije sem podprla, saj menim, da je Evropski parlament z razlogom zavrnil stališče Sveta.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

V času, ko EU nalaga ostre varčevalne ukrepe, bi bilo nespoštljivo do evropskih davkoplačevalcev, da bi nepremišljeno večala porabo javnih sredstev. Tu ne gre samo za podvojitev števila sodnikov, hkrati bi morali povečati tudi število strokovnih sodelavcev in pomočnikov. Z ukinitvijo Sodišča za uslužbence pa bi opustili specializirana sodišča, za katera je znano, da pomenijo kakovostnejše razsojanje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de gran parte del articulado sobre el número de jueces. El incremento de los tiempos en los procesos judiciales generales que se dan a gran escala en la Unión requiere de un aumento en el número de jueces. El dossier incluye una serie de enmiendas importantes como el balance de género y la insistencia en sistemas de oposición transparentes. Entendemos que, sin estas medidas, el dossier no tendría sentido y el aumento de jueces supondría una mera creación de más espacios de poder dentro de un sistema que, ya de por sí, es lejano a los ciudadanos de la Unión. Son este tipo de mejoras las que permiten que el Tribunal de Justicia inicie su acercamiento a la ciudadanía europea.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce texte témoigne d'un profond mépris vis-à-vis de l'argent des contribuables européens car l'Union augmente ses dépenses avec beaucoup de légèreté au moment où les populations souffrent de l'austérité.

Par ailleurs, la légalité procédurale de l'ensemble du processus est mise en cause. Il s'agit de la nomination de 28 juges supplémentaires (au lieu des 12 réclamés par la Cour) ainsi que de la suppression d'un tribunal spécialisé.

L'analyse approfondie (structure juridictionnelle, incidence financière) dudit projet, bien que promise depuis 2011 par la Cour de justice, n'a jamais été réalisée. D'autre part, aucune étude d'impact n'a été réalisée ni d'autres solutions envisagées.

Je vote donc CONTRE ce texte.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió Bírósága (EUB) 2011-ben alapokmányának megváltoztatására irányuló jogalkotási kezdeményezést indított azzal a céllal, hogy lehetővé tegye további 12 bíró kinevezését a Törvényszékbe. Azzal érvelt, hogy csökkenteni kell a Törvényszéken mind az egy bíróra eső eljárások számát, mind pedig azok időtartamát. A jelentéstevő szerint a Parlamentnek számos okból el kell utasítania a Tanács javaslatát. Először is azért, mert az teljes mértékben figyelmen kívül hagyja az adófizetők pénzét. Megfontolva az érveket, támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de gran parte del articulado sobre el número de jueces. El incremento de los tiempos en los procesos judiciales generales que se dan a gran escala en la Unión requiere de un aumento en el número de jueces. El dossier incluye una serie de enmiendas importantes como el balance de género y la insistencia en sistemas de oposición transparentes. Entendemos que, sin estas medidas, el dossier no tendría sentido y el aumento de jueces supondría una mera creación de más espacios de poder dentro de un sistema que, ya de por sí, es lejano a los ciudadanos de la Unión. Son este tipo de mejoras las que permiten que el Tribunal de Justicia inicie su acercamiento a la ciudadanía europea.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this recommendation because I think there is a need for reform in the Court of Justice. The reform involves increasing the number of judges in the General Court to 47 as from 1 September 2016 and to two judges per Member State as from 1 September 2019.

As a follow-up to the reform of the General Court, yearly figures on its judicial activity should be presented and, if necessary, appropriate measures suggested. At the second and third stages of the enlargement of the General Court, an assessment of the situation will take place which, if necessary, could lead to certain adjustments, notably in terms of the court's administrative expenditure.

It is also highly important to ensure gender balance within the General Court. In order to achieve that objective, partial replacements in that court should be organised in such a way that the Governments of Member States gradually begin to nominate two judges for the same partial replacement with the aim of choosing one woman and one man, provided that the conditions and procedures laid down by the Treaty are respected.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Habida cuenta de la situación del Tribunal de Justicia de la Unión Europea y la necesidad de dotar de un mayor número de jueces a dicho Tribunal para su correcto funcionamiento, considero necesario votar a favor de este asunto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El Tribunal de Justicia de la Unión Europea solicitó en 2011 una iniciativa legislativa para modificar su Estatuto con el objetivo de permitir el aumento del número de jueces para el Tribunal General, sobre la base de un aumento de su volumen de trabajo. Su número ha ido variando, no tanto por ese motivo sino porque los Estados miembros han mantenido el criterio de designar a su propio juez. En 2014 el TJ propuso duplicar, en tres fases, el número de jueces (28 jueces más), hasta llegar a dos jueces por Estado miembro en 2019, así como suprimir el Tribunal de la Función Pública, propuesta apoyada por el Consejo.

Ahora bien, considero que la solicitud del TJ de duplicar el número de jueces no es adecuada, puesto que los datos facilitados sobre la acumulación de asuntos pendientes y la duración de los procedimientos no concuerdan. En su propuesta tampoco se promueve la transparencia en la designación de los jueces. Por ello, dado que el TJ solicita un aumento drástico de su presupuesto sin ninguna justificación, y que tampoco justifica adecuadamente su petición de suprimir el TFP, he votado en contra de esta propuesta de Reglamento en segunda lectura.

Anneleen Van Bossuyt (ECR), *schriftelijk*. – Om de gerechtelijke achterstand tegen te gaan vroeg het Europees Hof van Justitie in 2011 twaalf nieuwe rechters voor zijn Gerecht, een aantal dat het later reduceerde tot negen. De Raad van Ministers van Justitie raakte het echter niet eens over welke van de 28 EU-lidstaten een extra rechter zouden mogen leveren. Daarom besloot hij het aantal rechters eenvoudigweg te verdubbelen, ondanks het gegeven dat de genoemde achterstand, voornamelijk door interne reorganisatie, grotendeels werd weggewerkt tot $\pm 10\%$.

Met een kostprijs voor de belastingbetaler van ruim 20 miljoen euro per jaar is dit het Europese voorbeeld bij uitstek van onvervalste wafelijzerpolitiek, en werkelijk wraakroepend in tijden van rigide besparingen. Bovendien zal de geplande afschaffing van het 7 rechters tellende Gerecht voor ambtenarenzaken de kosten slechts gedeeltelijk compenseren. Zonder dat er een ernstige effectbeoordeling werd verricht, werd dit voorstel geruisloos door het Europees Parlement geloodst. De N-VA-delegatie stemde daarom resoluut tegen.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Het Hof van Justitie had, vanwege zijn hoge werklast, om 12 extra rechters gevraagd. Omdat de lidstaten niet tot een akkoord kwamen, besloot de Raad het aantal rechters te verhogen met één per lidstaat, namelijk 28. De achterstand was ondertussen al verminderd en de werklast vroeg geen 28 extra rechters.

Ik stemde dan ook voor een verhoging met slechts 12 in plaats van 28 extra rechters om wel de werklast te verminderen maar geen middelen en personeel te verspillen. De verhoging tot 56 rechters is geen goede zaak voor het Europese project en zal eurosceptici alleen maar in de kaart spelen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O que está em causa nesta proposta é fixar o número de juízes do Tribunal Geral em 56 através de processo em três etapas: primeira etapa: 40 juízes; segunda, 47, a partir de 1 de Setembro e, terceira etapa, dois por Estado-Membro em 2019. Por outro lado o Tribunal da Função Pública, que tem a competência para decidir em primeira instância em processo da função pública da União, deve ser encerrado e os juízes transferidos para o Tribunal Geral, com base num futuro pedido legislativo a apresentar pelo Tribunal de Justiça.

Note-se que o simples aumento do número de juízes não resolverá o problema da sobrecarga de processos - será necessário aumentar o número de assistentes dos juízes, pois são eles que executam a maior parte do trabalho.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die freiheitliche Delegation spricht sich klar gegen eine Erhöhung der Richteranzahl wie auch gegen eine verpflichtende Genderbesetzung aus.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Visto il numero crescente di casi che la Corte di giustizia dell'Unione europea si è trovata ad affrontare negli ultimi anni, e considerata l'evidente necessità di aumentare il numero di giudici per garantire il corretto funzionamento del tribunale, ho espresso il mio voto favorevole. Tuttavia è inevitabile constatare come la scelta dei giudici da parte degli Stati membri sia stata guidata dall'interesse nazionale più che da standard di merito. La Corte di Giustizia rappresenta uno strumento importantissimo per la tutela dei diritti cittadini europei e ritengo sia fondamentale avere dei criteri di scelta comuni che si basino sul principio di meritocrazia e non discriminazione.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Zusammen mit meiner Fraktion, der EKR, habe ich gegen den Bericht „Gerichtshof der Europäischen Union: Anzahl der Richter am Gericht“ gestimmt. Der Bericht widerspricht dem Grundsatz der Subsidiarität. Die Ernennung der Richter des Gerichtshofs der Europäischen Union ist ein Thema, das von den Mitgliedstaaten behandelt werden sollte. Der Bericht fordert die Einführung von vielen Maßnahmen, einschließlich der Einführung von Geschlechterquoten, und das lehne ich kategorisch ab. Aus diesen Gründen habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Josef Weidenholzer (S&D), *schriftlich*. – Der Europäische Gerichtshof ist die wichtigste Institution zum rechtlichen Schutz der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Seine Entscheidungen sind richtungsweisend für die Entwicklung der gesamten Europäischen Union. Deshalb ist es notwendig die benötigten Mittel zur Bearbeitung der großen Fallzahl zur Verfügung zu stellen, um qualitativ hochwertige Entscheidungen zu gewährleisten.

Es braucht eindeutig mehr Richterinnen und Richter. Gleichzeitig dürfen wir in Zeiten knapper Kassen aber auch keine unnötigen Ausgaben tätigen. Der Vorschlag, die Richterzahl zu verdoppeln, ist ein Kompromiss. Daher ist es notwendig und klug, nach fünf Jahren eine Evaluation durchzuführen und die Richterzahl gegebenenfalls anzupassen.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wir uns stets für die Gleichstellung der Geschlechter ein. Deshalb bestehen wir auch darauf, dass die Besetzung der neuen Posten durch die Mitgliedstaaten paritätisch mit einer Frau und einem Mann pro Land geschieht.

Im Moment dauert ein Verfahren am EuGH zwischen 2 und 5 Jahren. Das ist eindeutig zu lange. Viel zu oft sieht sich der EuGH aufgrund der zu langen Bearbeitungszeit mit Schadenersatzklagen bedroht, was enorme Kosten verursacht. Das Beibehalten des Status quo bedeutet demnach, genau wie die Aufstockung der Richterzahl, auch eine starke finanzielle Belastung.

Das Funktionieren des europäischen Justizsystems muss aber oberste Priorität haben.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Nel 2011, la Corte di giustizia dell'UE ha lanciato un'iniziativa legislativa per modificare il suo statuto e consentire la nomina di ulteriori 12 giudici presso il Tribunale. Nella precedente legislatura, il Parlamento aveva approvato una posizione in cui confermava la richiesta della Corte. Tuttavia, il Consiglio non ha nominato nessuno di questi 12 giudici, pertanto, la Corte ha proposto di raddoppiare il numero dei giudici a 56 e il Consiglio ha subito accettato. Il Parlamento è stato oggi chiamato a ratificare questa decisione che personalmente ho respinto. In primo luogo in considerazione delle importanti implicazioni sul bilancio, in un momento in cui l'UE impone misure di austerità severe per gli Stati membri. Infatti, la proposta di raddoppio dei giudici aumenterebbe i relativi referendari e assistenti di oltre 100 per un aumento della spesa strutturale di oltre 20 milioni di euro l'anno. Il secondo motivo ha a che fare con la dignità del braccio giudiziario in sé; l'UE non deve nominare i giudici nel modo in cui nomina commissari politici, essi devono essere scelti per la loro esperienza tecnica e giuridica e per la loro indipendenza. Solo così si può garantire la qualità del processo decisionale, l'onestà e l'imparzialità.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Nehlasoval jsem pro navýšení počtu soudců Tribunálu o 12 tak, jak je v této zprávě navrženo. Domnívám se totiž, že toto navýšení není nutné, nevedlo by ani k větší efektivitě a ani k rychlejšímu zpracování případů. To, že se členské státy nejsou schopny dohodnout na fungujícím systému rotace, nemůže přeci být důvodem k tomu, aby Tribunál měl 28 soudců.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jana Žitňanská (ECR), písomne. – Správu týkajúcu sa žiadosti Európskeho súdneho dvora o zvýšenie počtu sudcov pre všeobecný súd som nepodporila. Aj keď dôvody, ktoré pre svoju žiadosť Európsky súdny dvor mal, a to zníženie zataženia jednotlivých sudcov množstvom prípadov, a tým aj zrýchlenie konania, sú pochopiteľné, nestotožňujem sa s myšlienkou podpory návrhu, ktorého dôsledky doteraz neboli preskúmané. Nebola vypracovaná žiadna nezávislá štúdia hodnotiaca potrebnosť požadovanej zmeny. Podľa môjho názoru by štúdia o vplyve mala byť základom pre akékoľvek objektívne rozhodovanie o návrhoch.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. – Este relatório constitui uma segunda leitura da proposta de regulamento sobre a reforma do estatuto do Tribunal de Justiça. O Conselho propôs duas alterações à organização do Tribunal Geral: (1) que o número de juízes do Tribunal Geral deverá ser fixado em 56 no final de um processo em três etapas; (2) que o Tribunal da Função Pública, que tem a competência para decidir em primeira instância em processo das função pública da União Europeia, deve ser encerrado e os juízes transferidos para o Tribunal Geral.

O Parlamento não recusou totalmente as propostas do Conselho Europeu, tendo apenas alterado a proposta de calendário relativa ao aumento do número de juizes através da introdução de mais passos e tendo acrescentado a necessidade de equilíbrio entre os sexos na nomeação dos juizes. Votámos contra o relatório uma vez que nos posicionamos quer contra a proposta do Conselho Europeu, quer contra a proposta do Parlamento Europeu: consideramos negativo o encerramento do Tribunal da Função Pública, uma vez que, nos termos do artigo 270.º do TFUE, o Tribunal é competente para conhecer dos litígios entre a UE e os cerca de 35 000 funcionários. Consideramos também que o simples aumento do número de juizes não resolverá o problema da sobrecarga de processos.

8.4. Vorschriften für die Fischerei im Übereinkommensgebiet der GFCM (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer) (A8-0295/2015 - Gabriel Mato)

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – Esta Recomendación del Parlamento Europeo para la segunda lectura sobre la Posición del Consejo relativa a la modificación del Reglamento sobre las disposiciones aplicables a la pesca en la zona del Acuerdo CGPM (Comisión General de Pesca del Mediterráneo) ha sido aprobada sin votación por parte del Parlamento. Sin embargo, hay ciertas modificaciones que conviene destacar.

La Posición del Consejo es menos ambiciosa que la propuesta inicial, especialmente debido a una insuficiente ponderación de los criterios de conservación de recursos. Permite la concesión de excepciones a los Estados miembros en el marco de las propuestas de la CGPM, siempre que tengan un marco de gestión nacional adecuado con un esquema de permisos de pesca bien definido y medidas de cierres espaciotemporales adecuados para el uso limitado de algunas colonias de coral rojo. Tales exenciones podrán ser corregidas por la Comisión si los supuestos no se confirman.

También se establece una profundidad mínima de captura, se definen dimensiones mínimas para ellas y se prohíben el uso de vehículos teledirigidos —excepto en circunstancias muy particulares— y la pesca de arrastre en zonas costeras, aunque también permitiendo excepciones a los Estados miembros.

Martina Anderson (GUE/NGL), in writing. – The legislative resolution on the General Fisheries Commission for the Mediterranean (GFCM) will give a green light to the Council position at first reading, without making any changes. Some recommendations from the GFCM have been taken over in part by the Council. They concern the environmental protection of red coral, and tackling incidental catches of seabirds, sharks and seals. The restrictions remain in place on paper, but the Council has demanded that Member States themselves can grant derogations to their fishermen.

Remotely operated underwater vehicles (ROVs) will be prohibited from harvesting red coral, environmental protection will be stepped up for certain species, and Member States will be at liberty to grant derogations for fishermen.

While I support the aforementioned proposals, approval of the Council position had already been given by the Committee on Fisheries, and consequently the plenary did not vote on this matter.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte souhaite mettre en place des règles techniques qui permettront à la fois de préserver les ressources halieutiques et de veiller aux intérêts des pêcheurs.

Le premier point soulevé par ce projet était la demande des États membres côtiers de la mer Noire de pouvoir continuer à utiliser des chaluts et filets maillants. Cette demande a fait l'objet d'un compromis: il est permis, à titre exceptionnel, d'utiliser des chaluts le long des côtes de la mer Noire, mais cette dérogation ne peut constituer un précédent juridique.

Le second point fut soulevé par plusieurs États dont l'Espagne, qui demandait des dérogations pour continuer à récolter du corail rouge, espèce protégée. Cela fit également l'objet d'un compromis: les États qui ont établi ou qui établiront, dans les trois ans à venir, un cadre de gestion national, pourront continuer à exploiter le corail rouge, mais, en cas de danger concernant cette espèce, la Commission interviendra. Ces dérogations expireront à la fin de cette année 2015.

Ces mesures permettent de garder un équilibre sain entre la protection de l'environnement et donnent la possibilité aux États membres d'obtenir des dérogations. J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Approval of this took place without a vote, but for the usual reasons I would not have supported this.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération car elle vise simplement à transposer des dispositions pertinentes de la CGPM pour veiller à ce que ces dernières soient appliquées de façon uniforme et efficace dans l'ensemble de l'Union européenne.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio siūlymo dėl galimybės nukrypti nuo draudimo naudoti tam tikrus įrankius Juodosios jūros pakrančių vandenyse. Kalbama apie žvejybą tralais ir žiauniniais tinklais Juodojoje jūroje, taip pat mažiausią leistiną bazinį raudonųjų koralų kolonijų skersmenį, jų rinkimą bei tam naudojamus įrankius ir prietaisus. Tačiau svarbu pabrėžti, kad tokia galimybė yra išimtinio pobūdžio.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce texte doit définir des mesures techniques qui permettront de préserver les ressources halieutiques dans un contexte «difficile» en Méditerranée (surpêche + pollution notamment), tout en ménageant l'intérêt des pêcheurs. Le souci premier est donc qu'il est permis, à titre exceptionnel, d'utiliser ces engins dans la zone côtière de la mer Noire mais ces dérogations ne pouvaient constituer un précédent dans tout acte juridique futur. Le second souci est que certains États, dont l'Espagne, ont demandé des dérogations pour continuer à récolter du corail rouge, espèce menacée, mais le pays doit présenter, dans un délai de trois ans, des recommandations communes, accompagnées d'un cadre de gestion national. J'ai voté pour ce texte car l'idée étant, comme souvent, de trouver un équilibre entre protection de l'environnement marin et intérêt des pêcheurs, cela va dans le bon sens.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione Mato circa le disposizioni per la pesca nella zona di applicazione dell'accordo CGPM (Commissione generale per la pesca nel Mediterraneo) è condivisibile e non pone particolari criticità, ho quindi inteso sostenerla col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Se actualiza el Reglamento (UE) n.º 1343/2011 sobre determinadas disposiciones aplicables a la pesca en la zona del Acuerdo CGPM, incorporando al Derecho de la Unión las obligaciones que se derivan de las medidas de conservación y control adoptadas por la Comisión General de Pesca del Mediterráneo (CGPM) entre 2011 y 2014.

Cabe destacar que se ha tramitado con un alto grado de consenso dado que, al establecer su Posición, el Consejo ha tenido plenamente en cuenta la propuesta de la Comisión y la Posición del Parlamento Europeo en primera lectura, reflejándose los acuerdos alcanzados en las enmiendas de transacción en el proyecto de Recomendación que se sometió a examen en la pasada Comisión de Pesca de 23 de septiembre y se ha sometido ahora a aprobación plenaria.

Por tanto, ha recibido mi voto favorable.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria leidimui laikinai nukrypti nuo draudimo naudoti tam tikrus įrankius Juodosios jūros pakrančių vandenyse. Prie pranešimo pridėjau rezoliucijoje priedė Parlamentą pažymėti, kad ši nuostata yra išskirtinai išimtinio pobūdžio. Jomis atsižvelgiama į regione vyraujančią padėtį valstybėms narėms ėmus taikyti priemones, siekiant leisti naudoti reikiamus įrankius, kaip nustatyta atitinkamose BVJŽK rekomendacijose. Dėl šių priežasčių Parlamentą, atsižvelgdamas į dabartinį kontekstą, sutiko, kad būtų taikomas susitarimas, pagal kurį susijusioms valstybėms narėms būtų leidžiama taikyti reikiamas nukrypti leidžiančias nuostatas. Visgi Parlamentą dar kartą pabrėžė, kad šios nuostatos neturėtų būti laikomos precedentu ar naudojamos kaip precedentas rengiant būsimus teisės aktus.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Franč Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagano priporočilo sem podprl, saj se z njegovim sprejetjem potrjuje stališče Sveta EU glede Uredbe o nekaterih določbah za ribolov na območju Sporazuma generalne komisije za ribištvo v Sredozemlju (Sporazum GFCM).

S predlaganimi spremembami se v evropski pravni red prenaša več priporočil navedene komisije, s čemer se zagotavlja ustrezen okvir za večstransko sodelovanje za spodbujanje razvoja, ohranjanja, smotrnega upravljanja in najboljšega izkoriščanja živih morskih virov v Sredozemlju in Črnem morju.

Veseli me, da sta sozakonodajalca dosegla soglasje glede najprimernejših mehanizmov za odobritev odstopanj. Načini ribolova v Črnem morju in v Sredozemlju se zaradi različnih območij in pogojev precej razlikujejo. Tako se s sprejetim priporočilom dovoljujejo določena odstopanja od prepovedi obalnega ribolova z vlečno mrežo v Črnem morju, pri čemer bodo države članice upravljalce z odstopanji, Komisiji pa se daje pravica do nadzora.

Konkretno to pomeni odobritev omejenega števila plovil, ki bodo lahko na obalnem območju Črnega morja izjemoma uporabljala vlečne mreže. Poleg tega se določajo tudi določena odstopanja pri opazovanju kolonij rdeče korale, kot na primer nadaljnja možnost uporabe daljinsko vodenih podvodnih naprav za opazovanje in iskanje rdeče korale, če naprave ne vsebujejo pripomočkov za rezanje in nabiranje.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovu preporuku. Radi se o kompromisnom rješenju Odredbe za ribolov koja je usvojena velikom većinom, a Komisija je zadržala pravo djelovanja ukoliko se pojavi bilo kakav rizik u provođenju iste. Ono na što uvijek moramo obraćati pažnju jest da, uz ribarenje i ostvarivanje prijeko potrebne zarade za život, moramo voditi računa i o očuvanju flore i faune za sve buduće generacije koje dolaze.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte qui va dans le bon sens étant donné que l'idée est de trouver un équilibre entre protection de l'environnement marin et intérêt des pêcheurs. Ce rapport n'a cependant pas été voté en plénière.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – The legislative resolution on the General Fisheries Commission for the Mediterranean (GFCM) will give a green light to the Council position at first reading, without making any changes. Some recommendations from the GFCM have been taken over in part by the Council. They concern the environmental protection of red coral, and tackling incidental catches of seabirds, sharks and seals. The restrictions remain in place on paper, but the Council has demanded that Member States themselves can grant derogations to their fishermen.

Remotely operated underwater vehicles (ROVs) will be prohibited from harvesting red coral, environmental protection will be stepped up for certain species, and Member States will be at liberty to grant derogations for fishermen.

While I support the aforementioned proposals, approval of the Council position had already been given by the Committee on Fisheries, and consequently the plenary did not vote on this matter.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Questo dossier tiene conto dell'interesse dell'Unione europea nello sviluppo e nel corretto sfruttamento delle risorse marine vive del Mediterraneo e del Mar Nero. Infatti, la conservazione e lo sfruttamento sostenibile delle risorse marine vive nella zona di applicazione nonché la protezione degli ecosistemi marini in cui tali risorse sono presenti svolgono un ruolo di rilievo nel contesto della crescita «blu» e dello sviluppo sostenibile. Per questo motivo sono soddisfatta dell'approvazione delle disposizioni per la pesca nella zona di applicazione dell'accordo CGPM.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – L'objet de ce rapport est de définir des mesures techniques qui permettront de préserver les ressources halieutiques tout en ménageant l'intérêt des pêcheurs. Ainsi, il a été proposé une dérogation exceptionnelle, sur la demande des États membres, pour que les pêcheurs puissent continuer d'utiliser des chaluts et des filets maillants en mer Noire.

Par ailleurs, ce rapport introduit une autre dérogation qui autorise les pêcheurs à récolter du corail rouge, une espèce menacée. Les États membres en question devront présenter des recommandations communes, accompagnées d'un cadre de gestion national, dans un délai de trois ans. Enfin, l'utilisation de véhicules sous-marins télécommandés pour l'observation du corail rouge reste autorisée à la seule condition que ces engins ne soient pas équipés de bras permettant la découpe du corail.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ces dérogations, qui expirent au plus tard le 31 décembre 2015, constituent un compromis en faveur de la protection de l'environnement et de la sauvegarde de nos marins pêcheurs. C'est pourquoi j'ai voté pour ces dispositions.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – În vederea unui cadru legislativ cât mai cuprinzător în domeniul pescuitului, Parlamentul European și Consiliul au convenit asupra transpunerii în dreptul Uniunii a unei serii de recomandări făcute de către Comisia Generală pentru Pescuit în Marea Mediterană (Acordul CGPM). Acest acord are în vedere un cadru adecvat pentru cooperarea multilaterală în vederea promovării dezvoltării, conservării, gestionării raționale și utilizării optime a resurselor marine vii din Marea Mediterană și din Marea Neagră, la niveluri considerate ca fiind durabile și având un risc scăzut de epuizare.

Recomandările CGPM prevăd o serie de măsuri în vederea îmbunătățirii cadrului existent, printre acestea aflându-se măsuri în privința exploatații durabile a coralului roșu în zona de competență a Comisiei, măsuri de reducere a capturilor accidentale de păsări marine, țestoase marine, foci-călugăr și cetacee în cadrul activităților de pescuit din zona Acordului CGPM, dar și măsuri în vederea unui nivel ridicat de protecție împotriva activităților de pescuit pentru rechini și pentru pisicile de mare.

Am votat în favoarea recomandării referitoare la modificarea Regulamentului (UE) nr.1343/2011 privind unele dispoziții referitoare la pescuitul în zona Acordului CGPM deoarece aceste reglementări vin să asigure domeniului pescuitului un cadru normativ consolidat orientat către toate sectoarele de activitate.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Approvazione senza voto finale. Il Parlamento europeo dichiara che le disposizioni di cui all'articolo 15 bis da inserire nel regolamento (UE) n. 1343/2011, riguardanti le deroghe al divieto di utilizzo di determinati attrezzi nelle acque costiere del Mar Nero, sono di carattere eccezionale. Esse tengono conto della situazione vigente nella regione, ove gli Stati membri hanno posto in essere misure volte a permettere l'impiego degli attrezzi in questione conformemente alle raccomandazioni pertinenti della CGPM. Il Parlamento accetta, nel presente contesto, la disposizione che autorizza gli Stati membri interessati a concedere tali deroghe. Esso sottolinea, tuttavia, che tali disposizioni non sono da considerare né da utilizzare come un precedente in alcun atto legislativo futuro.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le rapport de Gabriel Mato transpose dans le droit de l'Union des mesures adoptées par la Commission générale des pêches pour la Méditerranée (CGPM) lors de ses sessions annuelles de 2011, 2012 et 2013.

La CGPM est une organisation régionale de gestion des pêches établie conformément à l'article XIV de l'acte constitutif de la FAO. Ses principaux objectifs sont de promouvoir le développement, la conservation, la gestion rationnelle et l'utilisation optimale des ressources marines vivantes, ainsi que le développement durable de l'aquaculture en Méditerranée, dans la mer Noire et les eaux intermédiaires. La CGPM a autorité pour adopter des décisions contraignantes («recommandations») dans son domaine de compétence.

La transposition prévoit des mesures techniques pour l'exploitation durable du corail rouge, la réduction des captures accidentelles d'oiseaux marins, de tortues marines et de cétagés, et la conservation des phoques moines, requins et raies dans la zone couverte par l'accord CGPM. Le rapport met également en œuvre dans le droit de l'Union certaines mesures concernant la pêche de stocks de petits pélagiques dans la mer Adriatique.

Je soutiens l'accord trouvé en trilogue entre le Parlement et le Conseil le 26 mars 2015.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della raccomandazione per la seconda lettura relativa alla posizione del Consiglio in prima lettura in vista dell'adozione del regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che modifica il regolamento (UE) n. 1343/2011 relativo a talune disposizioni per la pesca nella zona di applicazione dall'accordo CGPM. In particolare, per tutelare lo sviluppo, la conservazione, la gestione razionale e il migliore utilizzo delle risorse marine viventi nel Mediterraneo e nel Mar Nero a livelli considerati sostenibili e a basso rischio di esaurimento, era necessario chiedere agli Stati membri di accordare deroghe per l'uso di reti da traino e da imbrotto e al divieto di pesca a strascico costiera nel Mar Nero. Il Parlamento ha accettato la procedura differenziata, che prevede la gestione a livello nazionale, con diritto di controllo della Commissione, giustificabile dalla profonda diversità col bacino del Mediterraneo. Oltretutto, la Commissione autorizzerà le navi solo dopo aver controllato se sono soddisfatte le condizioni previste dalla raccomandazione CGPM. Gli Stati membri potranno quindi mantenere i rispettivi quadri nazionali, se conformi alle condizioni statuite dal regolamento in esame, e ho quindi votato a favore del testo.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Matt Carthy (GUE/NGL), in writing. – The legislative resolution on the General Fisheries Commission for the Mediterranean (GFCM) will give a green light to the Council position at first reading, without making any changes. Some recommendations from the GFCM have been taken over in part by the Council. They concern the environmental protection of red coral, and tackling incidental catches of seabirds, sharks and seals. The restrictions remain in place on paper, but the Council has demanded that Member States themselves can grant derogations to their fishermen.

Remotely operated underwater vehicles (ROVs) will be prohibited from harvesting red coral, environmental protection will be stepped up for certain species, and Member States will be at liberty to grant derogations for fishermen.

While I support the aforementioned proposals, approval of the Council position had already been given by the Committee on Fisheries, and consequently the plenary did not vote on this matter.

David Casa (PPE), in writing. – I voted in favour of the report because I agree that the recommendations of the General Fisheries Commission for the Mediterranean (GFCM) should be implemented before any measures are adopted, and the GFCM aims to provide protection to species covered by the Habitats Directive while also improving development in the Mediterranean, the Black Sea and connecting waters.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Ho votato a favore di questo accordo sulla trasposizione nel diritto dell'Unione di numerose raccomandazioni formulate dalla Commissione generale per la pesca nel Mediterraneo cui il Parlamento europeo e il Consiglio sono giunti. Il mio voto favorevole è dovuto al fatto che l'accordo in questione garantisce un quadro adeguato per la cooperazione multilaterale finalizzata a promuovere lo sviluppo, la conservazione, la gestione razionale e il migliore utilizzo delle risorse marine viventi nel Mediterraneo e nel Mar Nero a livelli considerati sostenibili e a basso rischio di esaurimento. Sono inoltre previste misure per lo sfruttamento del corallo rosso e per limitare le catture accidentali di talune specie marine come tartarughe e cetacei ed è contenuto, infine, un quadro coerente sui dati relativi alle catture da segnalare alla CGPM (Commissione generale per la pesca nel Mediterraneo).

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Σχετικά με τις παρεκκλίσεις από την απαγόρευση της παράκτιας αλιείας με τράτα στον Εύξεινο Πόντο, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο δέχτηκε ότι πρέπει να ρυθμίζονται σε επίπεδο κρατών μελών με δικαίωμα εμπειρισματομένου ελέγχου από την Επιτροπή. Αυτή η προσέγγιση είναι διαφοροποιημένη ως προς εκείνη που ισχύει για τη Μεσόγειο, καθώς πρόκειται για διαφορετικές λεκάνες και ακόμη και στην περίπτωση που αφορά χορήγηση παρεκκλίσεων, όπως στη Μεσόγειο, οι προϋποθέσεις που προβλέπονται στη σύσταση της ΓΕΑΜ για τη χορήγηση παρεκκλίσεων στον Εύξεινο Πόντο είναι πολύ λιγότερο αυστηρές.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della raccomandazione, poiché la Commissione generale per la pesca nel Mediterraneo (CGPM) che copre il Mediterraneo, il Mar Nero e le acque intermedie, ha adottato una serie di misure miranti ad assicurare lo sfruttamento sostenibile del corallo rosso, la mitigazione delle catture accidentali di uccelli marini, tartarughe marine, foche monache e cetacei nelle attività di pesca e lo sviluppo sostenibile dei piccoli stock pelagici nel Mar Adriatico. Inoltre mi trovo in accordo con il relatore, il quale ritiene che le raccomandazioni della CGPM rappresentino un livello sufficiente di protezione regolamentare e che deve essere attuata prima di adottare eventuali nuove misure. L'accordo tiene cioè conto delle misure già in atto a livello nazionale, con gli Stati membri che hanno già compreso molte di queste raccomandazioni. Infine sono molto ottimista, poiché è stato raggiunto un accordo politico finale durante il secondo trilaterale alla fine di marzo. Gli obiettivi del Parlamento europeo sono stati raggiunti, quindi la voce dei cittadini è stata rispettata.

Lara Comi (PPE), per iscritto. – L'accordo CGPM garantisce un quadro adeguato per la cooperazione multilaterale finalizzata a promuovere lo sviluppo, la conservazione, la gestione razionale e il migliore utilizzo delle risorse marine viventi nel Mediterraneo e nel Mar Nero a livelli considerati sostenibili e a basso rischio di esaurimento. Concordo pienamente con la gestione a livello nazionale delle deroghe relative al divieto di pesca a strascico o della raccolta del corallo rosso, tenendo però sempre presente il diritto di controllo della Commissione.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo CGPM garantisce una cooperazione finalizzata a promuovere lo sviluppo, la conservazione, la gestione razionale delle risorse marine viventi nel Mediterraneo e nel Mar Nero, ma mira ad adottare misure per lo sfruttamento del corallo rosso e limitare la cattura di alcune specie come le tartarughe marine e cetacei. Alla luce dei continui sfruttamenti delle risorse marine e di uno scarso controllo delle coste del Mediterraneo, non posso che votare favorevolmente sull'adozione di tale accordo.

Javier Couso Permyu (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta Recomendación del Parlamento Europeo para la segunda lectura sobre la Posición del Consejo relativa a la modificación del Reglamento sobre las disposiciones aplicables a la pesca en la zona del Acuerdo CGPM (Comisión General de Pesca del Mediterráneo) ha sido aprobada sin votación por parte del Parlamento. Sin embargo, hay ciertas modificaciones que conviene destacar.

La Posición del Consejo es menos ambiciosa que la propuesta inicial, especialmente debido a una insuficiente ponderación de los criterios de conservación de recursos. Permite la concesión de excepciones a los Estados miembros en el marco de las propuestas de la CGPM, siempre que tengan un marco de gestión nacional adecuado con un esquema de permisos de pesca bien definido y medidas de cierres espaciotemporales adecuados para el uso limitado de algunas colonias de coral rojo. Tales exenciones podrán ser corregidas por la Comisión si los supuestos no se confirman.

También se establece una profundidad mínima de captura, se definen dimensiones mínimas para ellas y se prohíben el uso de vehículos teledirigidos —excepto en circunstancias muy particulares— y la pesca de arrastre en zonas costeras, aunque también permitiendo excepciones a los Estados miembros.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report deals with the measures adopted by the General Fisheries Commission for the Mediterranean (GFCM) in its Annual Sessions in 2011 and 2012. I voted in favour of the inclusion of measures that deal with the sustainable exploitation of red coral and for the mitigation of incidental captures of seabirds, sea turtles, monk seals and cetaceans, for the protection of sharks and rays amongst others.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif vise à intégrer les recommandations de la Commission générale des pêches pour la Méditerranée (CGPM) dans la législation européenne relative à la pêche. Créée en 1949, la CGPM couvre la Méditerranée, la mer Noire et les eaux adjacentes et comprend aussi bien des pays de l'Union européenne, que des pays d'Europe orientale et du pourtour Méditerranéen. Ses missions principales consistent à promouvoir le développement, la conservation et la gestion rationnelle des stocks de ressources aquatiques vivantes et à promouvoir des projets en coopération dans le domaine de la formation. La CGPM a adopté une série de mesures visant à garantir une exploitation durable des ressources halieutiques, notamment en ce qui concerne le corail rouge, les oiseaux marins, les tortues marines ou les requins. Considérant que ces objectifs sont déjà prévus par la législation européenne, j'ai soutenu ce rapport.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport souhaitait définir des mesures techniques pour préserver les ressources halieutiques en Méditerranée. Le problème résidait dans la conciliation nécessaire entre les problèmes de surpêche, de pollution et l'intérêt économique des pêcheurs.

Il est ici proposé un dialogue cohérent entre les différents intérêts en présence. C'est-à-dire en limitant la pollution, en faisant attention à la surpêche et au renouvellement des ressources marines et enfin en accordant des dérogations aux pêcheurs.

Constatant un compromis équilibré dans une conjoncture de difficultés économiques pour les pêcheurs en Europe, j'ai voté pour ce rapport.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση, καθώς η προστασία της θαλάσσιας πανίδας απαιτεί την εφαρμογή των ευρωπαϊκών διατάξεων, κυρίως για τη συλλογή των κόκκινων κοραλλιών με τα απαραίτητα μέσα και σε ορισμένες περιοχές.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt irányvonalának megfelelően szavazatommal támogattam a Földközi-tengeri Általános Halászati Bizottság ajánlásait beépítő jogszabály-módosítás elfogadását.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Az ajánlásokból is világosan látható, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. A fenntartásuk érdekében tett indokolt lépések következtében folyamatosan és jelentősen csökken a kihalászott tengerihal-mennyiség. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre.

A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt nem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások. Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni. Továbbá ezt a területet meg kell szabadítani az indokolatlanul szigorú és felesleges fenntarthatósági előírásoktól, amelyek csak a tengeri halászat esetében indokoltak.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Parlamento Europeu e o Conselho acordaram a transposição para o direito da União de várias recomendações formuladas pela Comissão Geral das Pescas do Mediterrâneo que prevê um quadro adequado para a cooperação multilateral a fim de promover o desenvolvimento, a conservação, a gestão racional e a melhor utilização dos recursos marinhos vivos no Mediterrâneo e no Mar Negro, a níveis considerados sustentáveis e com baixo risco de rutura.

Relativamente às derrogações à proibição da pesca com redes de arrasto em águas costeiras do Mar Negro, o Parlamento aceitou que as mesmas devam ser geridas ao nível dos Estados-Membros, dispondo a Comissão do direito de supervisão. Trata-se de autorizar um número limitado de navios a utilizar excepcionalmente redes de arrasto na zona costeira do Mar Negro.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution, parce qu'elle présente un certain équilibre entre protection de l'environnement et intérêt des pêcheurs.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Rejeitámos o relatório em primeira leitura, voto no qual pesou, fundamentalmente, uma insuficiente ponderação dos critérios de conservação de recursos.

Como então afirmámos, a proposta do Conselho recua face à proposta da GFCM.

Vale a pena assinalar que a proposta possibilita derrogações aos Estados-Membros, dentro do âmbito das propostas da GFCM, desde que tenham um enquadramento de gestão nacional adequado, com um esquema de autorizações de pesca bem definido e medidas de defeso espaço-temporais adequadas à exploração limitada de algumas colónias de coral vermelho. Estas derrogações podem ser corrigidas pela Comissão se as premissas não se verificarem.

É definida uma profundidade mínima para captura, a captura passa a ser permitida apenas com martelo em mergulho autónomo (o que a 50 metros de profundidade condiciona bastante), definem-se dimensões mínimas de captura, proíbe-se o uso de «rovs» exceto em circunstâncias muito particulares, nomeadamente investigação.

Proíbe-se a pesca de arrasto nas imediações costeiras mas permite-se derrogações aos Estados-Membros na mesma lógica da anterior.

Os impactos sobre aves, cetáceos, tartarugas, focas e tubarões são razoavelmente abordados, com medidas aparentemente adequadas.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európsky parlament a Rada sa dohodli, že do práva Európskej Únie sa transponuje niekoľko odporúčaní Všeobecnej rybárskej komisie pre Stredozemné more, v ktorých sa stanovuje vhodný rámec pre viacstrannú spoluprácu v záujme podpory rozvoja, ochrany, racionálneho obhospodarovania a najlepšieho využívania živých morských zdrojov v Stredozemnom a Čiernom mori na úrovniach, ktoré sa považujú za udržateľné a pri ktorých je nízke riziko vyčerpania. Pokiaľ ide o otázku, ako udeliť výnimky týkajúce sa zberu a minimálneho spodného priemeru kolónií koralu červeného, Európskemu parlamentu sa podarilo navrhnúť kompromisné znenie, ktoré hovorí o tom, že členské štáty predložia v lehote 3 rokov spoločné odporúčania, ku ktorým pripoja podrobné informácie o vnútroštátnom rámci riadenia.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Υπερψηφίζω την παρούσα σύσταση με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 1343/2011 σχετικά με ορισμένες διατάξεις περί αλιείας στην περιοχή της συμφωνίας της ΓΕΑΜ (Γενική Επιτροπή Αλιείας για τη Μεσόγειο), διότι η προστασία της θαλάσσιας πανίδας απαιτεί την εφαρμογή των ευρωπαϊκών διατάξεων, κυρίως για τη συλλογή των κόκκινων κοραλλιών με τα απαραίτητα μέσα και σε ορισμένες περιοχές.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Regulation (EU) No 1343/2011 had to be amended to incorporate conservation and control measures adopted by the General Fisheries Commission for the Mediterranean (GFCM). Measures include provisions for the sustainable exploitation of red coral, the mitigation of incidental captures of seabirds, sea turtles, monk seals and cetaceans, the protection of sharks and rays, and the extension of some technical measures to the Black Sea as well as management measures for fisheries exploiting small pelagic stocks in the Adriatic Sea.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Üdvözlendőnek tartom, hogy az Európai Parlament és a Tanács megállapodott egymással abban, hogy átülteti az uniók jogba a Földközi-tengeri Általános Halászati Bizottság létrehozásáról szóló megállapodás ajánlását, amely megállapodás megfelelő keretet nyújt a Földközi-tenger és a Fekete-tenger élő tengeri erőforrásainak fenntartható és az összeomlás alacsony kockázatával járó fejlesztését, védelmét, ésszerű kezelését és lehető legjobb felhasználását előmozdító többoldalú együttműködéshez.

Fontosnak tartom kiemelni, hogy a vörös nemeskorall begyűjtéséhez használt halászfelszerelések és halászeszközök tárgyában a társjogalkotók egyetértenek abban, hogy a víz alatti távirányítású járművek használata a vörös nemeskorall megfigyelésére és felkutatására továbbra is megengedett maradjon a tagállamok fennhatósága alá tartozó vizeken azzal a feltétellel, hogy az ilyen járműveket nem szabad felszerelni sem mozgatható karokkal, sem a vörös nemeskorall levágására és begyűjtésére alkalmas bármely más tartozékka.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor considerando que el Parlamento Europeo y el Consejo llegaron a un acuerdo sobre la incorporación al Derecho de la Unión de varias recomendaciones formuladas por la Comisión General de Pesca del Mediterráneo («Acuerdo CGPM»), que establece un marco adecuado para la cooperación multilateral con el fin de promover el desarrollo, la conservación, la gestión racional y el mejor aprovechamiento de los recursos marinos vivos en el Mediterráneo y en el mar Negro, en niveles considerados sostenibles y que presenten un bajo riesgo de agotamiento.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione per la seconda lettura relativa alla posizione del Consiglio in vista dell'adozione del regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativo a talune disposizioni per la pesca nella zona di applicazione dall'accordo CGPM perché ritengo importante che le raccomandazioni e i suggerimenti della CGPM vengano incorporate nel diritto comunitario. La Commissione generale per la pesca nel Mediterraneo ha un ruolo importante nella cooperazione tra paesi ai fini dello sviluppo, conservazione, gestione utilizzo sostenibile delle risorse marine del Mediterraneo e del Mar Nero. Tali raccomandazioni riguardano temi importanti, come la pesca sostenibile del corallo rosso, la cattura incidentale di tartarughe, uccelli marini, foche e cetacei, e lo sfruttamento dei piccoli stock pelagici. Condivido l'impostazione avuta dal relatore durante il negoziato con le altre istituzioni rispetto al carattere eccezionale delle deroghe concesse, che non costituiscono precedenti legislativi e potranno essere modificare al manifestarsi di determinati rischi. Tali deroghe, qualora concesse dai singoli Stati, saranno infatti strettamente monitorate dalla Commissione europea e dal Parlamento.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich begrüße die Annahme des Berichts „Vorschriften für die Fischerei im Übereinkommensgebiet der GFCM (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer)“, da er eine wichtige Grundlage für Teile der *blue economy* in dieser Region bildet.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Im Rahmen neuer Vorschriften für die Fischerei gilt es auch für die Zukunft, eine sorgsame und nachhaltige Bewirtschaftung unserer Meere zu gewährleisten. Nur so können kommende Generationen vom Reichtum der Meere leben und profitieren. Ein wichtiger Bestandteil zum Erreichen dieses Ziels ist der Einsatz ordnungsgemäßer Fangnetze. Gleichzeitig muss die Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Fischer gewährleistet bleiben.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report given Regulation (EU) No 1343/2011 is to be amended to incorporate conservation and control measures adopted by the General Fisheries Commission for the Mediterranean. Measures include provisions for the sustainable exploitation of red coral, the mitigation of incidental captures of seabirds, sea turtles, monk seals and cetaceans, the protection of sharks and rays, as well as the extension of some technical measures to the Black Sea and management measures for fisheries exploiting small pelagic stocks in the Adriatic Sea.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – The aim of this regulation is to transfer into EU law a number of recommendations adopted by the General Fisheries Commission for the Mediterranean Agreement area. These measures include the sustainable exploitation of red coral, the reduction of incidental catches (seabirds, sea turtles and seals), encouragement of a high level of protection from fishing activities for sharks and rays. These measures can only be viewed as a positive step and therefore I welcome this agreement.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore delle disposizioni per la pesca nella zona di applicazione dell'accordo CGPM. Tali disposizioni garantiscono un quadro adeguato per la cooperazione multilaterale per promuovere lo sviluppo, la conservazione, la gestione e il migliore utilizzo delle risorse marine nel Mediterraneo e nel Mar Nero. È necessario concedere le deroghe, che vorrei sottolineare sono di carattere eccezionale, per l'uso di reti da traino e reti da imbroglio nel Mar Nero. Auspico che gli Stati membri che hanno non dispongono di un quadro nazionale possano avviarne uno conforme alle condizioni del regolamento esaminato.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Ce projet a pour objet de définir des mesures techniques qui permettront de préserver les ressources halieutiques tout en ménageant les intérêts légitimes des pêcheurs.

Le premier problème soulevé par ce projet était la demande des États membres riverains de la mer Noire de pouvoir continuer à utiliser des chaluts et filets maillants. Cette demande a fait l'objet d'un compromis: il sera donc permis, à titre exceptionnel, d'utiliser ces engins dans la zone côtière de la mer Noire.

Le second problème était soulevé par certains États, dont l'Espagne, qui demandaient des dérogations pour continuer à récolter du corail rouge, espèce menacée. Là encore, un compromis a été trouvé puisque les États qui ont établi ou établiront, dans les trois ans à venir, un cadre de gestion national, pourront continuer à exploiter le corail rouge. En cas de danger concernant cette espèce, la Commission interviendra pour demander des modifications de ces cadres nationaux de gestion. De même, l'utilisation des véhicules sous-marins télécommandés (ROV) pour l'observation et la prospection de corail rouge peut continuer, sous réserve qu'ils ne servent pas à le découper ou à le récolter. Ces dérogations expireront le 31 décembre 2015.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe porque no estamos de acuerdo con introducir excepciones al Acuerdo CGPM, orientadas a permitir la pesca de arrastre en el mar Negro. A pesar de existir limitaciones expresas en el Acuerdo para el conjunto del Mediterráneo, esta concesión a los Estados miembros de la ribera del mar Negro supone un grave perjuicio para los ecosistemas de los fondos marinos y creemos que, desde las instituciones europeas, deberíamos esforzarnos por protegerlos en lugar de facilitar a terceros su deterioro.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I, alongside my colleagues in the S&D Group, voted in favour of this report. Although the UK is not directly affected by this proposal the agreement contains a number of good conservation measures for the Mediterranean particularly aimed at reducing unintended catches, as well as the extension of some technical measures to the Black Sea and management measures for fisheries exploiting stocks in the Adriatic Sea, thus reducing overfishing.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted for these provisions for fishing in the GFCM (General Fisheries Commission for the Mediterranean) Agreement area because the provisions in Article 15a, to be inserted in Regulation (EU) No 1343/2011, regarding derogations from the prohibition on the use of certain gear in the coastal waters of the Black Sea, are of an exceptional nature. We have to take into account the prevailing situation in the region, where Member States have put in place measures to allow for the use of the gear concerned in accordance with relevant recommendations from the GFCM.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to support this report as it promotes responsible conservation measures in regard to the seas and its inhabitants. The report aims to ensure the mitigation of incidental catches of seabirds, sea turtles, monk seals and cetaceans in fishing activities and also ensures a high level of protection from fishing activities with regard to sharks and rays, and in particular to the shark and ray species listed as endangered or threatened. It also helps assist in the sustainable exploitation of red coral and the sustainable development of small pelagic stocks in the Adriatic Sea.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća u prvom čitanju radi donošenja uredbe Parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EU) br. 1343/2011 o određenim odredbama za ribolov u području Sporazuma o GFCM-u, zbog toga što smatram da su iznimke pravilima u pojedinim i ograničenim slučajevima potrebne i prihvatljive radi tehničkih i prirodnih razloga, kao što je to u slučaju obalnog koćarenja u Crnom Moru i izlova koralja.

Podržavam stoga da iznimke o zabrani koćarenja u Crnom Moru budu u nadležnosti država članica uz nadzor Komisije. Međutim, svaka iznimka, kao sve ostale aktivnosti, mora biti u skladu s principima promicanja razvoja, očuvanja, racionalnog upravljanja i zaštite morskih resursa te ekosustava.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte a pour projet la définition de mesures techniques qui permettront à la fois de préserver les ressources halieutiques et de veiller aux intérêts des pêcheurs.

Le premier point soulevé par ce projet fut la demande des États membres côtiers de la mer Noire de pouvoir continuer à utiliser des chaluts et filets maillants. Cette demande fait l'objet d'un compromis: il sera donc permis, à titre exceptionnel, d'utiliser ces chaluts le long des côtes de la mer Noire.

Le second point fut soulevé par plusieurs États dont l'Espagne, qui demandait des dérogations pour continuer à récolter du corail rouge, une espèce protégée. Cette demande fait également l'objet d'un compromis: les États qui ont établi ou qui établiront, dans les trois ans à venir, un cadre de gestion national, pourront continuer à exploiter le corail rouge. En cas de danger menaçant cette espèce, la Commission interviendra alors pour demander des modifications de ces cadres nationaux de gestion. Aussi, l'utilisation des véhicules sous-marins télécommandés pour la prospection du corail rouge pourra continuer, sous réserve qu'ils ne servent pas à le découper et à le récolter. Ces dérogations expireront à la fin de cette année 2015.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Gabriel Mato, qui vise à transposer dans le droit européen les mesures adoptées depuis 2011 par la Commission générale des pêches pour la Méditerranée. L'objectif de cette organisation régionale est de promouvoir la gestion rationnelle des ressources marines et elle a adopté des mesures contraignantes, non couvertes jusqu'ici par le droit européen, pour réduire les captures accidentelles et protéger certaines espèces.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the agreement, as it contains a number of preferable conservation measures for the Mediterranean, particularly aimed at reducing unintended catches, and thus reducing overfishing.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di dare parere favorevole a questo progetto di risoluzione. La concessione di deroga sulle modalità di pesca ai paesi che si affacciano sul Mar Nero è giustificata dalla diversità del suo bacino rispetto al Mediterraneo, che scoraggia tecniche di pesca diverse dal traino nelle zone costiere. In particolare, il progetto di risoluzione in questione mira ad autorizzare un numero limitato di navi a utilizzare in via eccezionale reti da traino entro la zona costiera del Mar Nero. In questa sede mi pare opportuno segnalare gli sforzi di questo Parlamento per la salvaguardia del corallo rosso, nelle zone costiere del Mar Nero, fatti inserire, tramite compromesso, in questo provvedimento.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je suis, comme les autres députés du Front National, globalement en faveur des dispositions relatives à la pêche dans la zone couverte par l'accord de la Commission générale des pêches pour la Méditerranée. Ces mesures techniques résultent d'un compromis entre les institutions européennes et les États membres. L'idée étant comme souvent de trouver un équilibre entre la protection de l'environnement marin et l'intérêt des pêcheurs.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Se actualiza el Reglamento (UE) n.º 1343/2011 sobre determinadas disposiciones aplicables a la pesca en la zona del Acuerdo CGPM, incorporando al Derecho de la Unión las obligaciones que se derivan de las medidas de conservación y control adoptadas por la Comisión General de Pesca del Mediterráneo (CGPM) entre 2011 y 2014.

Es por tanto un dossier legislativo de procedimiento ordinario, del que cabe destacar que se ha tramitado con un alto grado de consenso dado que, al establecer su Posición, el Consejo ha tenido plenamente en cuenta la propuesta de la Comisión y la Posición del Parlamento Europeo en primera lectura, reflejándose los acuerdos alcanzados en las enmiendas de transacción en el proyecto de Recomendación que se sometió a examen en la pasada Comisión de Pesca de 23 de septiembre y se ha sometido ahora a aprobación plenaria.

Por estas razones, he votado a favor del informe.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta Recomendación del Parlamento Europeo para la segunda lectura sobre la Posición del Consejo relativa a la modificación del Reglamento sobre las disposiciones aplicables a la pesca en la zona del Acuerdo CGPM (Comisión General de Pesca del Mediterráneo) ha sido aprobada sin votación por parte del Parlamento. Sin embargo, hay ciertas modificaciones que conviene destacar.

La Posición del Consejo es menos ambiciosa que la propuesta inicial, especialmente debido a una insuficiente ponderación de los criterios de conservación de recursos. Permite la concesión de excepciones a los Estados miembros en el marco de las propuestas de la CGPM, siempre que tengan un marco de gestión nacional adecuado con un esquema de permisos de pesca bien definido y medidas de cierres espaciotemporales adecuados para el uso limitado de algunas colonias de coral rojo. Tales exenciones podrán ser corregidas por la Comisión si los supuestos no se confirman.

También se establece una profundidad mínima de captura, se definen dimensiones mínimas para ellas y se prohíben el uso de vehículos teledirigidos —excepto en circunstancias muy particulares— y la pesca de arrastre en zonas costeras, aunque también permitiendo excepciones a los Estados miembros.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En el presente informe se pretende llegar a un acuerdo entre el PE, el Consejo y la Comisión General de Pesca del Mediterráneo sobre las materias que se tratan a continuación.

En cuanto a la prohibición de pesca costera de arrastre en el mar Negro, el Parlamento aceptó que este asunto fuese gestionado a escala de los Estados miembros, manteniendo el derecho de control de la Comisión. Se trata de autorizar que un número limitado de buques utilicen de forma excepcional redes de arrastre en las aguas costeras del mar Negro.

Por otro lado, a partir del 31 de diciembre de 2015 expirarán las autorizaciones concedidas a los Estados miembros para utilizar vehículos submarinos teledirigidos con fines de observación y prospección de coral rojo, salvo que los Estados miembros demuestren a través de estudios científicos que la utilización de dichos vehículos no tendrá consecuencias negativas para la explotación sostenible del coral rojo.

Considero este informe de gran utilidad para generar una cooperación multilateral que promueva el desarrollo, la conservación, la gestión racional y el mejor aprovechamiento de los recursos marinos vivos en el Mediterráneo y en el mar Negro.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Parlament i Vijeće dogovorili su mjere u svrhu osiguravanja odgovarajućeg okvira za multilateralnu suradnju u području promicanja razvoja, očuvanja, racionalnog upravljanja i najboljeg iskorištavanja prirodne flore i faune u Sredozemnom i Crnom moru. Glavna prepreka javlja se kod izbora pravnih mehanizama koji bi dopuštali određena odstupanja državama članicama, osobito po pitanju crvenog koralja.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Podržala sam preporuku zastupnika Gabriela Matoa jer, između ostalog, naglašava potrebu za dodatnom kontrolom i regulacijom zbog opasnosti od ugrožavanja dragocjenog koralja, kojeg se godišnje iz Sredozemnog mora izvadi do 20 tona, ali i zbog drugih ugroženih bogatstava. U Hrvatskoj je za vađenje crvenog koralja potrebna dozvola, odnosno koncesija koju Ministarstvo zaštite okoliša više ne izdaje.

Andrejs Mamikins (S&D), rakstiski. – Zvejniecība un ar to saistītas darbības ir vienas no visvecākajām un tradicionālākajām nodarbēm gan Eiropā, gan visā pasaulē, kur vien ir vai ir bijusi izeja pie pasaules okeāna. Ņemot vērā, ka mūsdienās vairākas jūras dzīvnieku sugas ir apdraudētas, tajā skaitā arī Vidusjūrā un Melnajā jūrā, savukārt absolūts eiropiešu vairākums regulāri tā vai citādi patērē no jūrām savāktas bagātības, ir pilnīgi skaidrs un loģiski, ka jāpastāv un efektīvi jāfunkcionē skaidri konstruētai likumdošanas sistēmai, kura, ņemot vērā atsevišķo dalībvalstu vēsturiskās, kulturālās un citas īpašības, regulētu jūras resursu pielietojumu.

Lai garantētu iedzīvotāju piekļuvi jūras resursiem, var periodiski piešķirt dalībvalstīm dažāda veida atkāpes, kur tas, protams, ir ekonomiski un morāli pieļaujams. Galvenais, lai paralēli būtu pilnībā iespējams garantēt arī efektīvu apdraudēto jūras dzīvnieku sugu aizsargāšanu, ievērojot šajās atkāpēs iekļautos principus to īstenošanas ietvaros.

Gribētu vēl paust savu pozitīvo attieksmi pret šajā normatīvās rezolūcijas projektā izteikto uzsvērumu, ka tur izklāstītus “noteikumus nedrīkst uzskatīt vai izmantot par precedentu turpmākos tiesību aktos”. Ņemot vērā diezgan specifisko un nereti trauslo jūras resursu situāciju dažādu Eiropas reģionu gadījumos, nebūtu visai saprātīgi pielietot šos noteikumus kā precedentu — šajā jomā līdzīgu jūras resursu ieguves specifiku būtu nepieciešams apskatīt, izejot no katra konkrēta gadījuma. Iemesls ir diezgan vienkāršs — ja mēs paši nerūpēsimies par dabu, kas tad to darīs mūsu vietā?

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Απέχω από την ψηφοφορία σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 1343/2011 σχετικά με ορισμένες διατάξεις περί αλιείας στην περιοχή της συμφωνίας της ΓΕΑΜ (Γενική Επιτροπή Αλιείας για τη Μεσόγειο), διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

David Martin (S&D), in writing. – As Council's first reading position is in conformity with the agreement reached in the trilogues, I voted to accept it without further amendments.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – J'ai voté pour ce texte. Ce texte, issu des négociations entre les institutions européennes, qui souhaitent protéger l'environnement, et les États membres, qui souhaitent défendre les intérêts de leurs pêcheurs, définit des mesures techniques qui permettront de préserver les ressources halieutiques en Méditerranée.

Georg Mayer (ENF), schriftlich. – Die FPÖ sieht sich der Förderung der Entwicklung, Erhaltung, rationellen Bewirtschaftung und optimalen Nutzung der lebenden Meeresschätze im Mittelmeer und im Schwarzen Meer in einem Umfang, der als nachhaltig gilt und bei dem ein geringes Risiko eines Bestandszusammenbruches besteht, verpflichtet.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. – En première lecture le Parlement avait adopté un texte ambitieux visant à durcir les conditions de pêche de corail rouge et des petits pélagiques en vue de leur préservation. Et aussi à prévenir la capture accidentelle d'oiseaux marins, de tortues marines, de phoques, de cétacés et des raies et requins protégés. Mais, suite au trilogue, le Conseil a fortement affaibli le texte. Par exemple, la récolte du corail rouge à plus de 50 mètres de fond, théoriquement interdite, est désormais autorisée par de nombreuses dérogations. Je vote contre ce texte qui détricote consciencieusement toute avancée écologique.

Nuno Melo (PPE), por escrito. – Apresentei o meu voto favorável à recomendação do Parlamento para a adoção de um regulamento que altere o Regulamento (UE) n.º 1343/2001 relativo a determinadas disposições aplicáveis à pesca na zona do Acordo da Comissão Geral de Pescas do Mediterrâneo. Trata-se de um quadro adequado para a cooperação entre as partes, de modo a promover a conservação e gestão racional dos recursos marinhos vivos no Mediterrâneo e Mar Negro.

Tal como indica o relator, determinados Estados-Membros que tenham quadro nacionais definidos, poderão mantê-los, mas, sempre que a Comissão considere que determinado quadro nacional não cumpre as condições previstas no regulamento, poderá solicitar a alteração do mesmo.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as the General Fisheries Commission for the Mediterranean recommendations offer increased levels of regulatory protection without burdening the fishing industries of the countries involved – many of the measures already being in place at national level.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of amending Regulation (EU) No 1343/2011 to incorporate conservation and control measures adopted by the General Fisheries Commission for the Mediterranean (GFCM). Measures include provisions for the sustainable exploitation of red coral, the mitigation of incidental captures of sea-birds, sea turtles, monk seals and cetaceans, the protection of sharks and rays, and the extension of some technical measures to the Black Sea, as well as management measures for fisheries exploiting small pelagic stocks in the Adriatic Sea.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Comissão Geral das Pescas do Mediterrâneo (CGPM) pretende promover o desenvolvimento, a conservação e a melhor utilização de recursos marinhos vivos no Mar Mediterrâneo e no Mar Negro, concordando o Parlamento Europeu e o Conselho com a transposição das várias recomendações formuladas pela CGPM.

Tendo sido já aprovada a proposta de resolução, o Parlamento Europeu atingiu os seus objetivos propostos, na medida em que o Acordo da CGPM respeita as suas prerrogativas, correspondendo a uma regulação suficiente de proteção aplicável à pesca na zona correspondente.

Sou a favor da recomendação para segunda leitura, pois a adoção deste tipo de medidas implica a adoção de níveis de sustentabilidade suficientes para a proteger dos recursos marinhos e tem em consideração as medidas que estão já a ser implementadas a nível nacional pelos Estados-Membros.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette recommandation a pour but de définir des dispositions techniques permettant la préservation des ressources halieutiques dans un contexte de surpêche et de pollution en Méditerranée, tout en ménageant l'intérêt des pêcheurs. Le souci premier est donc l'autorisation, à titre exceptionnel, d'utiliser ces engins dans la zone côtière de la mer Noire, mais ces dérogations ne pourraient constituer un précédent dans tout acte juridique futur. Le second souci est que certains États, dont l'Espagne, ont demandé des dérogations pour continuer à récolter du corail rouge, espèce menacée, mais ils doivent présenter, dans un délai de trois ans, des recommandations communes, accompagnées d'un cadre de gestion national. J'ai voté pour ce texte car j'estime qui essaye de trouver un équilibre acceptable entre protection de l'environnement marin et intérêt des pêcheurs.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Although the UK is not directly affected by this proposal, the agreement contains a number of preferable conservation measures for the Mediterranean – particularly aimed at reducing unintended catches, thus reducing overfishing.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur les dispositions relatives à la pêche dans la zone couverte par l'accord de la Commission générale des pêches pour la Méditerranée (CGPM). Il s'agit de transposer dans le droit de l'Union les décisions adoptées par cette Commission qui visent à promouvoir le développement, la conservation, la gestion rationnelle et l'utilisation optimale des ressources marines vivantes, ainsi que le développement durable de l'aquaculture en Méditerranée, dans la mer Noire et les eaux intermédiaires. J'ai donc soutenu les mesures techniques prévues par cette Commission pour assurer l'exploitation durable du corail rouge, la réduction des captures accidentelles d'oiseaux marins, de tortues marines et de cétacés, et la conservation des phoques moines, des requins et des raies dans la zone couverte par cet accord.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report, which will provide an appropriate framework for multi-lateral cooperation to promote the development, conservation, rational management and best utilisation of living marine resources in the Mediterranean and the Black Sea at levels which are considered sustainable and at low risk of collapse.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut prin votul meu de astăzi raportul colegului meu din Comisia pentru pescuit, deoarece acesta este un raport bun ce a fost negociat cu reprezentanții Consiliul pe o durată lungă de timp, având așadar ocazia de a-mi susține amendamentele în decursul procedurii. Forma finală a acestor negocieri, documentul votat astăzi, este unul care răspunde nevoilor Comisiei Generale pentru Pescuit în Marea Mediterană în vederea desfășurării activității. De asemenea, este foarte important că acest document conține și o derogare excepțională pentru România în ceea ce privește utilizarea traulelor și a setcilor în activitățile de pescuit din Marea Neagră, reglementare ce ar fi avut un impact negativ major pentru industria din România. Această derogare a fost posibilă deoarece cauzele principale pentru care utilizarea traulelor și a setcilor trebuie restricționată, deși se aplică Mării Mediterane, nu se aplică și Mării Negre.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), in writing. – The legislative resolution on the General Fisheries Commission for the Mediterranean (GFCM) will give a green light to the Council position at first reading, without making any changes. Some recommendations from the GFCM have been taken over in part by the Council. They concern the environmental protection of red coral, and tackling incidental catches of seabirds, sharks and seals. The restrictions remain in place on paper, but the Council has demanded that Member States themselves can grant derogations to their fishermen.

Remotely operated underwater vehicles (ROVs) will be prohibited from harvesting red coral, environmental protection will be stepped up for certain species, and Member States will be at liberty to grant derogations for fishermen.

While I support the aforementioned proposals, approval of the Council position had already been given by the Committee on Fisheries, and consequently the plenary did not vote on this matter.

Franz Obermayr (ENF), schriftlich. – Der Bericht zum Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1343/2011 über die Vorschriften für die Fischerei im Übereinkommensgebiet der GFCM (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer) bezieht sich auf die Gewährung von Ausnahmen für den Einsatz von Schleppnetzen und Stellnetzen im Schwarzen Meer. Eine Ausnahmeregelung widerspricht dem Grundsatz, einen nachhaltigen Fischfang zu betreiben. Deswegen hätte ich gegen den Bericht gestimmt.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. Igasuguste erandite tegemiseks Musta mere piirkonnas on oluline jälgida, et see ei halvendaks merekeskkonda.

Pier Antonio Panzeri (S&D), per iscritto. – Ho approvato la raccomandazione per la seconda lettura relativa alla posizione del Consiglio in prima lettura in vista dell'adozione del regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che modifica il regolamento (UE) n. 1343/2011 relativo a talune disposizioni per la pesca nella zona di applicazione dall'accordo CGPM (Commissione generale per la pesca nel Mediterraneo). Esprimo la mia soddisfazione in merito all'accordo raggiunto dal Parlamento europeo e dal Consiglio sulla trasposizione nel diritto dell'Unione di numerose raccomandazioni formulate dalla Commissione generale per la pesca nel Mediterraneo, che garantisce un quadro adeguato per la cooperazione multilaterale finalizzata a promuovere lo sviluppo, la conservazione, la gestione razionale e il migliore utilizzo delle risorse marine viventi nel Mediterraneo e nel Mar Nero a livelli considerati sostenibili e a basso rischio di esaurimento. Nel frattempo, è opportuno ricordare che gli Stati membri che dispongono già di quadri nazionali possono mantenerli e gli Stati membri che desiderano istituire quadri nazionali possono farlo in via provvisoria, a condizione che viga già un adeguato quadro di gestione nazionale.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Tijekom posljednjih godina mnogo se raspravlja o ribarskom sektoru koji direktno utječe na živote mnogih ljudi i obitelji. Smatram da će ovo izvješće pogodovati malim ribarima koji se bave uzgojem plave ribe te uvelike pridonijeti zaštiti ukupnog ekosustava mora i priobalja i zato ga podržavam. Sektor ribarstva značajan je izvoznik, proizvođač hrane i sektor koji zapošljava radnike 12 mjeseci u godini.

Nije slučajno da Europska unija ima poseban fond za ribarstvo, jer je to grana koja proizvodi hranu, bez koje život ljudi ne bi bio moguć. I Hrvatska je pomorska zemlja s mnogo ribara kojima je ribarstvo, koje u Hrvatskoj ima svoju dugu tradiciju, puno više od samoga rada i zaposlenja, stoga ribarstvo zaslužuje posebnu brigu i skrb EU-a kako bi se spriječilo donošenje mjera koje bi bile na štetu ribarskog sektora. Zalažem se za provedbu ovih mjera koje su važne, ne samo za ribarstvo, već sadrže i neke zaštitne ekološke crte koje su prijeko potrebne za zaštitu Sredozemnog i Jadranskog mora koje moramo očuvati.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Cette recommandation a pour but de définir des dispositions techniques permettant la préservation des ressources halieutiques dans un contexte de surpêche et de pollution en Méditerranée, tout en ménageant l'intérêt des pêcheurs. Le premier souci est donc qu'il est permis, à titre exceptionnel, d'utiliser ces engins dans la zone côtière de la mer Noire, mais ces dérogations ne pouvaient constituer un précédent dans tout acte juridique futur. Le second souci est que certains États, dont l'Espagne, ont demandé des dérogations pour continuer à récolter du corail rouge, espèce menacée, mais ils doivent présenter, dans un délai de trois ans, des recommandations communes, accompagnées d'un cadre de gestion national. J'ai voté pour ce texte car j'estime qu'il essaye de trouver un équilibre acceptable entre protection de l'environnement marin et intérêt des pêcheurs.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – U skladu s preporukama Opće komisije za ribarstvo Sredozemlja (GFCM), Vijeće i Europski parlament odobrili su unošenje pojedinih izmjena u postojeće pravo EU-a, kako bi se poboljšao okvir multilateralne suradnje za promoviranje održivog razvoja, očuvanja, racionalnog upravljanja i optimalne uporabe živućih morskih resursa u Sredozemlju i Crnom moru. Primjerice, berba crvenih koralja zabranjena je na dubini manjoj od 50 metara, a zabranjena je i uporaba podvodnih vozila na daljinsko upravljanje u svrhu izlova koralja, ali ne i za promatranje i istraživanje istih.

Parlament je u svojoj dodatnoj izjavi izrazio svoju suglasnost s dogovorom kojim se određene države članice izuzimaju iz odredbe zabrane upotrebe određene opreme u obalnim vodama Crnog mora, jer dotičnu opremu koriste u skladu s preporukama Opće komisije, prema unaprijed određenim i odobrenim nacionalnim okvirima. Komisija pritom zadržava pravo nadzora nad spomenutim nacionalnim okvirima koje države članice same reguliraju.

Budući da je Republika Hrvatska jedna od deset država članica koje su ugovorne strane Sporazuma o GFCM-u, smatram prenošenje relevantnih odredaba i preporuka GFCM-a iznimno važnim kako bi se osigurala njihova jedinstvena i učinkovita primjena u cijeloj Europskoj uniji, pri čemu se istodobno Hrvatskoj omogućava određena autonomija u upravljanju morskim dobrima u Jadranskome moru.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Europski parlament je uveo odredbe u vezi s odstupanjem od zabrane upotrebe određene opreme u obalnim vodama Crnog mora. Njima se uzima u obzir trenutačna situacija u regiji u kojoj su države članice uvele mjere kako bi se dopustila upotreba dotične opreme u skladu s relevantnim preporukama GFCM-a.

Europski parlament i Vijeće dogovorili su nekoliko preporuka od strane Opće komisije ribarstva za Mediteran („Sporazum o GFCM-u”) koji osigurava odgovarajući okvir za multilateralnu suradnju na promicanju razvoja, očuvanja, racionalno upravljanje i najbolje iskorištavanje živih bogatstava mora na Mediteranu i Crnom moru na razinama koje se smatraju održivima i na niskom riziku od kolapsa.

Glavni problem s kojima se susreću zakonodavci je izbor pravnih mehanizama koji se koriste u zahtjevima za države članice, posebice u pogledu uporabe kočice u Crnom moru i berbe crvenog koralja.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La raccomandazione prevede la concessione di deroghe al divieto di pesca a strascico costiera nel Mar Nero, in particolare per quanto riguarda l'uso di reti da traino e reti da imbrocco, il diametro di base minimo delle colonie, attrezzi e dispositivi per la raccolta del corallo rosso. Ho votato a favore di questa raccomandazione perché ritengo che le disposizioni di cui all'articolo 15 bis da inserire nel regolamento (UE) n. 1343/2011, riguardanti le deroghe al divieto di utilizzo di determinati attrezzi nelle acque costiere del Mar Nero, siano di carattere del tutto eccezionale. Esse tengono conto della situazione vigente nella regione, ove gli Stati membri hanno già posto in essere misure volte a permettere l'impiego degli attrezzi in questione conformemente alle raccomandazioni pertinenti della CGPM (Commissione generale per la pesca nel Mediterraneo).

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a approuvé le texte concernant les dispositions relatives à la pêche dans la zone couverte par l'accord de la Commission générale des pêches pour la Méditerranée (CGPM). Je me suis exprimé en faveur de ce texte. Celui-ci permet de transposer dans le droit de l'Union les mesures adoptées par la CGPM et renforce la coopération entre la Commission européenne et la CGPM.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Criada em 1949, a Comissão Geral das Pescas do Mediterrâneo (CGPM) prevê um quadro adequado para a cooperação multilateral, a fim de promover o desenvolvimento, a conservação, a gestão racional e a melhor utilização dos recursos marinhos vivos no Mediterrâneo e no Mar Negro, a níveis considerados sustentáveis e com baixo risco de rutura. Nas suas sessões anuais de 2011, 2012 e 2013, a CGPM adotou um conjunto de recomendações, tendo em vista a exploração sustentável do coral vermelho, a redução das capturas ocasionais de aves marinhas, tartarugas marinhas e cetáceos, a conservação das focas-monge, tubarões e raia na zona do Acordo da CGPM, bem como o desenvolvimento sustentável de pequenos pelágicos no mar Adriático. Na sequência da aprovação da posição do Parlamento em primeira leitura, a 13 de janeiro de 2015, tiveram início negociações informais, tendo em vista obter rapidamente um acordo em segunda leitura para incorporação das referidas medidas no Regulamento (UE) n.º 1343/2011. Após duas rondas de trilogia, foi alcançado um acordo entre o Parlamento e o Conselho, importando agora, na sequência da recomendação da comissão PECH aprovar a posição do Conselho em primeira leitura, sem alterações. Votei favoravelmente.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Se actualiza el Reglamento (UE) n.º 1343/2011 sobre determinadas disposiciones aplicables a la pesca en la zona del Acuerdo CGPM, incorporando al Derecho de la Unión las obligaciones que se derivan de las medidas de conservación y control adoptadas por la Comisión General de Pesca del Mediterráneo (CGPM) entre 2011 y 2014.

Cabe destacar que se ha tramitado con un alto grado de consenso dado que, al establecer su Posición, el Consejo ha tenido plenamente en cuenta la propuesta de la Comisión y la Posición del Parlamento Europeo en primera lectura, reflejándose los acuerdos alcanzados en las enmiendas de transacción en el proyecto de Recomendación que se sometió a examen en la pasada Comisión de Pesca de 23 de septiembre y se ha sometido ahora a aprobación plenaria.

Por tanto, ha recibido mi voto favorable.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – À la suite de l'adoption de la position en première lecture du Parlement européen (PE) en session plénière le 13 janvier 2015, les négociations informelles ont débuté avec la Présidence lettone en vue de parvenir à un accord anticipé en deuxième lecture. Après deux cycles de trilogue, le PE et le Conseil ont conclu un accord sur ce dossier en mars 2015. Le texte de l'accord a été présenté à la commission de la pêche du PE pour être soumis à un vote d'approbation en mai 2015 et a été approuvé à une très grande majorité. La session plénière du Parlement européen de ce jour a définitivement approuvé la position du Conseil en première lecture sans aucun amendement.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui transpose dans le droit de l'Union des mesures adoptées par la Commission générale des pêches pour la Méditerranée (CGPM) lors des sessions de 2011, 2012 et 2013.

La CGPM a été créée en 1949. Il s'agit d'une organisation régionale de gestion des pêches dont les principaux objectifs sont la promotion de la pêche, la conservation, la gestion rationnelle et l'utilisation optimale des ressources marines vivantes, ainsi que le développement durable de l'aquaculture en Méditerranée, dans la mer Noire et les eaux intermédiaires.

En 2011, 2012 et 2013, la CGPM a adopté une série de mesures visant à garantir l'exploitation durable du corail rouge, la réduction des captures accidentelles d'oiseaux marins, de tortues marines, de phoques moines et de cétacés lors d'activités de pêche, un niveau élevé de protection du requin et de la raie contre les activités de pêche et le développement durable de petits pelagiques dans la mer Adriatique.

Le règlement 343/2011 de l'UE prévoit certaines dispositions relatives à la pêche dans la zone couverte par l'accord de la CGPM et il s'agit ici de modifier ce règlement pour inclure ces recommandations de la CGPM.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe porque no estamos de acuerdo con introducir excepciones al Acuerdo CGPM, orientadas a permitir la pesca de arrastre en el mar Negro. A pesar de existir limitaciones expresas en el Acuerdo para el conjunto del Mediterráneo, esta concesión a los Estados miembros de la ribera del mar Negro supone un grave perjuicio para los ecosistemas de los fondos marinos y creemos que, desde las instituciones europeas, deberíamos esforzarnos por protegerlos en lugar de facilitar a terceros su deterioro.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta Recomendación del Parlamento Europeo para la segunda lectura sobre la Posición del Consejo relativa a la modificación del Reglamento sobre las disposiciones aplicables a la pesca en la zona del Acuerdo CGPM (Comisión General de Pesca del Mediterráneo) ha sido aprobada sin votación por parte del Parlamento. Sin embargo, hay ciertas modificaciones que conviene destacar.

La Posición del Consejo es menos ambiciosa que la propuesta inicial, especialmente debido a una insuficiente ponderación de los criterios de conservación de recursos. Permite la concesión de excepciones a los Estados miembros en el marco de las propuestas de la CGPM, siempre que tengan un marco de gestión nacional adecuado con un esquema de permisos de pesca bien definido y medidas de cierres espaciotemporales adecuados para el uso limitado de algunas colonias de coral rojo. Tales exenciones podrán ser corregidas por la Comisión si los supuestos no se confirman.

También se establece una profundidad mínima de captura, se definen dimensiones mínimas para ellas y se prohíben el uso de vehículos teledirigidos —excepto en circunstancias muy particulares— y la pesca de arrastre en zonas costeras, aunque también permitiendo excepciones a los Estados miembros.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – La proposta è volta a recepire nel diritto dell'Unione una serie di raccomandazioni formulate dalla Commissione generale per la pesca nel Mediterraneo (CGPM), che garantisce un quadro adeguato per la cooperazione multilaterale finalizzata a promuovere lo sviluppo, la conservazione e la gestione sostenibile delle risorse ittiche nel Mediterraneo e nel Mar Nero. Ho votato a favore dell'accordo raggiunto perché ritengo che durante i negoziati siano state risolte alcune problematiche esistenti in prima lettura.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Tratando-se da posição negocial do Parlamento, em que apenas se alteram detalhes sobre a operação da pesca com redes no Mar Negro, decidi contribuir para a continuação das negociações com o Conselho e a Comissão ao nível do trípulo.

Dado que não é o fecho da negociação, mas sim o mandato negocial para segunda leitura, não decorreu uma votação formal.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – There was no vote on this recommendation, which shows the contempt this political project has for democracy.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this legislation because, although the UK is not directly affected by this legislative proposal, the agreement introduces several measures aimed at reducing unintended catches and overfishing in the Mediterranean, and such issues do not have national boundaries and have knock-on effects all over the world. This represents a great move towards a sustainable fisheries policy in the European Union.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – In seguito all'istituzione della Commissione generale per la pesca nel Mediterraneo (CGPM), l'Unione europea ha aderito all'accordo concluso in tale sede che garantisce un quadro per la cooperazione multilaterale finalizzata a promuovere lo sviluppo, la conservazione, la gestione razionale e il migliore utilizzo delle risorse marine viventi nel Mediterraneo e nel Mar Nero a livelli sostenibili. Ora il Parlamento ha discusso la modifica del regolamento 1343/2011 che emenda alcune disposizioni per la pesca nella zona di applicazione dall'accordo CGPM adottate in precedenza in virtù dell'adesione alla CGPM. Le modifiche hanno lo scopo di incorporare nella legislazione europea le recenti misure di conservazione e controllo adottate dalla CGPM, tra le quali misure per lo sfruttamento sostenibile del corallo rosso e per la cattura accidentale di uccelli marini, tartarughe, foche e cetacei ma anche alcune deroghe eccezionali per la pesca a strascico nel Mar Nero. Su questo punto abbiamo ottenuto che la deroga sul divieto di pesca a strascico non possa costituire un precedente in futuri atti legislativi. Inoltre, la Commissione vigilerà attentamente per evitare che i rischi derivanti dalle deroghe si concretizzino. Per tali ragioni, ho espresso il mio voto favorevole sulla relazione.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Podržavam izvješće i prijedloge od strane Komisije za opće ribarstvo na Mediteranu, jer osigurava odgovarajući okvir za multilateralnu suradnju na promicanju razvoja, očuvanja, racionalno upravljanje i najbolje iskorištavanje živih bogatstava mora na Mediteranu i Crnom moru. Također se slažem s odlukom oko kompromisa na pitanje kako odobriti odstupanja na berbu i minimuma bazalnog promjera kolonije crvenog koralja, da sve države članice pošalju svoje prijedloge u roku od 3 godine.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – I voted in favour of this report. Although the UK is not directly affected by this proposal, the agreement contains a number of preferable conservation measures for the Mediterranean – particularly aimed at reducing unintended catches, and thus reducing overfishing.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Opća komisija za ribarstvo Sredozemlja (GFCM) osnovana je 1949. godine, a njezini su glavni ciljevi promicanje razvoja, očuvanje, racionalno upravljanje i najbolje iskorištavanje živih morskih resursa te održivi razvoj akvakulture u Sredozemlju, Crnom moru i susjednim morima.

Tijekom posljednjih pet godina GFCM je usvojio niz tehničkih mjera za održivo iskorištavanje crvenog koralja, smanjenje slučajnih ulova morskih ptica, morskih kornjača i kitova te očuvanja medvjedica, morskih pasa i raža u području Sporazuma o GFCM-u. Takve mjere nadilaze zaštitu koja je na razini EU-a za te vrste već osigurana Direktivom o staništima i drugim aktima Unije, te uključuju određene obveze evidentiranja i izvješćivanja za gospodarske subjekte i države članice.

Podržavam stajalište Vijeća u prvom čitanju radi donošenja uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EU) br. 1343/2011 o određenim odredbama za ribolov u području Sporazuma o GFCM-u (Opća komisija za ribarstvo Sredozemlja), jer smatram da će se donošenjem ove uredbe osigurati prenošenje relevantnih mjera GFCM-a u pravo Unije bez premašivanja onoga što je potrebno za postizanje željenog cilja.

Richard Sulík (ECR), *písomne.* – Návrh som podporil, keďže prináša najmä zmeny technického charakteru.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za priporočilo za drugo obravnavo o nekaterih določbah za ribolov na območju sporazuma Generalne komisije za ribištvo v Sredozemlju. Gre za glasovanje o stališču Sveta, ki ga je pripravilo še latvijsko predsedstvo in ki je bilo usklajeno v trialogu.

Kljub temu, da si s številnimi ukrepi prizadevamo za gospodarski in tehnološki razvoj, nova delovna mesta in gospodarsko rast, mora ta rast biti trajnostna. Poleg gospodarnega izkoriščanja virov in zmanjševanja emisije ogljika si moramo prizadevati tudi za naš morski ekosistem.

Zato sem glasovala za priporočilo, saj bomo s prenosom priporočil GFCM v Sredozemlju v pravni red EU zagotovili ustrezen okvir za večstransko sodelovanje za spodbujanje razvoja, ohranjanja, smotrnega upravljanja in najboljšega izkoriščanja živih morskih virov v Sredozemlju in Črnem morju.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτως.* – Η προστασία της θαλάσσιας πανίδας απαιτεί την εφαρμογή των ευρωπαϊκών διατάξεων, κυρίως για τη συλλογή των κόκκινων κοραλλιών με τα απαραίτητα μέσα και σε ορισμένες περιοχές.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Pescuitul în zona Mării Mediterane constituie una dintre activitățile economice semnificative ale Uniunii Europene. Reglementarea acestei activități constituie atribuția principală a Comisiei Generale pentru Pescuit în Marea Mediterană, conform Acordului adoptat în 2011. Aceste reglementări trebuie amendate în prezent pentru a încorpora o serie de măsuri de conservare și control asupra habitatului marin printre care și protejarea unor specii de păsări, țestoase, foci, cetacee, rechini. În mod concret, sunt vizate utilizarea traulelor și a setcilor în activitățile de pescuit din Marea Neagră, care este inclusă în atribuțiile Comisiei Generale, diametrul bazal minim al coloniilor, uneltele de pescuit și dispozitivele, precum și recoltarea de coral roșu. În textul adoptat de Comisie au fost, însă, acceptate și o serie de derogări privind pescuitul cu traule pentru un număr limitat de nave și folosirea vehiculelor subacvatice telecomandate în zonele de coastă ale Mării Negre, spre deosebire de Marea Mediterană, unde acest procedeu nu este permis. Totuși, aceste derogări nu vor acționa ca un precedent pentru alte situații, fiind atent monitorizate de Comisia Generală. Actuala modificare constituie o măsură necesară pentru aducerea la zi a reglementărilor în acest domeniu.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur des dispositions relatives à la pêche dans la zone couverte par l'accord de la CGPM (Commission générale des pêches pour la Méditerranée) qui fournit un cadre approprié pour la coopération multilatérale en vue de promouvoir le développement, la conservation, la gestion rationnelle et l'utilisation optimale des ressources marines vivantes dans la Méditerranée et la mer Noire à des niveaux considérés comme durables et présentant un faible risque d'épuisement. Nous acceptons que des dérogations à l'interdiction de pêche au chalut en mer Noire soit gérées par les États membres avec un droit de regard de la Commission sans toutefois qu'elles ne constituent de précédents dans tout acte juridique futur.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I supported the approval of this resolution which seeks to amend Regulation (EU) No 1343/2011 on certain provisions for fishing in the General Fisheries Commission for the Mediterranean (GFCM) Agreement area. In adopting it, Parliament and the Council agreed on the transposition into EU law of several recommendations made by the GFCM Agreement. This will provide an appropriate framework for multilateral cooperation, focused on promoting the development, conservation, rational management and best utilisation of living marine resources in the Mediterranean and the Black Sea at sustainable levels and at low risk of collapse. The resolution also includes a statement on granting derogations to Member States for the use of trawl nets and gill-net fisheries in the Black Sea.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (EU) št. 1343/2011 o nekaterih določbah za ribolov na območju Sporazuma GFCM (Generalne komisije za ribištvo v Sredozemlju) sem podprla, saj menim da bomo s prenosom priporočil GFCM v pravni red Unije, zagotovili ustrezen okvir za večstransko sodelovanje za spodbujanje razvoja, ohranjanja, smotrnega upravljanja in najboljšega izkoriščanja živih morskih virov v Sredozemlju in Črnem morju v obsegu, ki velja za trajnostnega in ne predstavlja tveganja za njihovo izčrpanje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe porque no estamos de acuerdo con introducir excepciones al Acuerdo CGPM, orientadas a permitir la pesca de arrastre en el mar Negro. A pesar de existir limitaciones expresas en el Acuerdo para el conjunto del Mediterráneo, esta concesión a los Estados miembros de la ribera del mar Negro supone un grave perjuicio para los ecosistemas de los fondos marinos y creemos que, desde las instituciones europeas, deberíamos esforzarnos por protegerlos en lugar de facilitar a terceros su deterioro.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Les mesures techniques présentées dans ce texte résultent d'un simple compromis entre les institutions européennes et les États membres, l'idée étant – comme souvent – de trouver un équilibre entre protection de l'environnement marin et intérêt des pêcheurs.

Je vote POUR ce texte.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Mivel a Tanács első olvasatbeli álláspontja megegyezik a háromoldalú egyeztetés során elért megállapodással, a jelentés előadója meggyőződött a bizottság számára annak további módosítások nélküli elfogadásáról.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe porque no estamos de acuerdo con introducir excepciones al Acuerdo CGPM, orientadas a permitir la pesca de arrastre en el mar Negro. A pesar de existir limitaciones expresas en el Acuerdo para el conjunto del Mediterráneo, esta concesión a los Estados miembros de la ribera del mar Negro supone un grave perjuicio para los ecosistemas de los fondos marinos y creemos que, desde las instituciones europeas, deberíamos esforzarnos por protegerlos en lugar de facilitar a terceros su deterioro.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on provisions for fishing in the GFCM (General Fisheries Commission for the Mediterranean) Agreement area. The text outlines the agreement on the transposition into the Union law of several recommendations made by the GFCM, which provide an appropriate framework for multilateral cooperation to promote the development, conservation, rational management and best utilisation of living marine resources in the Mediterranean and the Black Sea at levels which are considered sustainable and at low risk of collapse.

A good step forward was the compromise, accepted by all the EU institutions, in relation to the issue of how to grant derogations on the harvesting and the minimum basal diameter of colonies of red coral. The agreement also provides that, in the meantime, Member States which already have national frameworks in place can maintain them, and those who wish to set up national frameworks they can do so provisionally, provided that an appropriate national management framework is in place.

Ramón Luís Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Tras el acuerdo alcanzado en los diálogos tripartitos, el ponente cree que las disposiciones adicionales aplicables a la pesca en la zona del acuerdo CGPM tienen un nivel suficiente de protección. Teniendo en cuenta además que el acuerdo trata medidas que ya han sido traspuestas por los Estados miembros, considero necesario votar a favor de dicho informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta Recomendación del Parlamento Europeo para la segunda lectura sobre la Posición del Consejo relativa a la modificación del Reglamento sobre las disposiciones aplicables a la pesca en la zona del Acuerdo CGPM (Comisión General de Pesca del Mediterráneo) ha sido aprobada sin votación por parte del Parlamento. Sin embargo, hay ciertas modificaciones que conviene destacar.

La Posición del Consejo es menos ambiciosa que la propuesta inicial, especialmente debido a una insuficiente ponderación de los criterios de conservación de recursos. Permite la concesión de excepciones a los Estados miembros en el marco de las propuestas de la CGPM, siempre que tengan un marco de gestión nacional adecuado con un esquema de permisos de pesca bien definido y medidas de cierres espaciotemporales adecuados para el uso limitado de algunas colonias de coral rojo. Tales exenciones podrán ser corregidas por la Comisión si los supuestos no se confirman.

También se establece una profundidad mínima de captura, se definen dimensiones mínimas para ellas y se prohíben el uso de vehículos teledirigidos —excepto en circunstancias muy particulares— y la pesca de arrastre en zonas costeras, aunque también permitiendo excepciones a los Estados miembros.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A proposta possibilita derrogações aos estados membros, dentro do âmbito das propostas da GFCM, desde que tenham um enquadramento de gestão nacional adequado com um esquema de autorizações de pesca bem definido e medidas de defeso com espaço temporais adequadas à exploração limitada de algumas colónias de coral vermelho. Estas derrogações podem ser corrigidas pela comissão se as premissas não se verificarem.

Define uma profundidade mínima para captura. A captura passa a ser permitida apenas com martelo em mergulho autónomo. Fixa também dimensões mínimas de captura e proíbe o uso de rovs exceto em circunstâncias muito particulares, nomeadamente investigação. Proíbe a pesca de arrasto nas imediações costeiras mas permite derrogações aos Estados-Membros na mesma lógica da anterior.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ich sehe mich der Förderung der Entwicklung, Erhaltung, rationellen Bewirtschaftung und optimalen Nutzung der lebenden Meeresschätze im Mittelmeer und im Schwarzen Meer in einem Umfang, der als nachhaltig gilt und bei dem ein geringes Risiko eines Bestandszusammenbruches besteht, verpflichtet.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa raccomandazione del Parlamento europeo perché sono convinto che sia necessario tutelare l'ecosistema marino attraverso diverse misure che riguardano, tra l'altro, lo sfruttamento sostenibile del corallo rosso, la riduzione delle catture accidentali di uccelli e tartarughe marine e la protezione di altre specie che abitano i nostri mari. Mi auguro che il regolamento sulla pesca nelle zone di applicazione dell'accordo CGPM (Commissione generale sulla pesca nel Mediterraneo) sia emendato al più presto, tenendo conto di queste raccomandazioni.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Dem Entwurf einer legislativen Entschließung des Europäischen Parlaments zum Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1343/2011 über Vorschriften für die Fischerei im Übereinkommensgebiet der GFCM (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer) habe ich zugestimmt.

Der Vorschlag beinhaltet technische Maßnahmen für eine nachhaltige Nutzung roter Korallen, die Minderung unbeabsichtigt gefangener roter Korallen, des unbeabsichtigten Fangs von Seevögeln, Meeresschildkröten, Walen und die Erhaltung von Mönchsrobben, Haien und Rochen im Bereich des GFCM-Abkommens. Außerdem realisiert der Bericht Maßnahmen für Fischereien kleiner ozeanischer Bestände im Adriatischen Meer.

Wir akzeptieren, dass die betreffenden Mitgliedsstaaten die Ausnahmeregelungen bei Gefahr gewähren, unter der Bedingung, dass dieses Abkommen bei jeglichen zukünftigen Handlungen nicht als Muster dient.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A proposta possibilita derrogações aos Estados Membros, dentro do âmbito das propostas do Acordo da CGPM, desde que tenham um enquadramento de gestão nacional adequado com um esquema de autorizações de pesca bem definido e medidas de defeso espaço temporais adequadas à exploração limitada de algumas colónias de coral vermelho. Estas derrogações podem ser corrigidas pela Comissão Europeia se as premissas não se verificarem.

É definida uma profundidade mínima para captura - a captura passa a ser permitida apenas com martelo em mergulho autónomo e são definidas dimensões mínimas de captura. Por outro lado, é proibida a pesca de arrasto nas imediações costeiras mas são permitidas derrogações aos Estados Membros, na mesma lógica da anterior. São medidas, genericamente, positivas.

8.5. Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel (A8-0305/2015 - Giovanni La Via)

Dichiarazioni di voto scritte

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – I dag röstade Europaparlamentet om ett betänkande rörande användning av genetiskt modifierade livsmedel och foder (GMO). Kommissionens förslag om att tillåta enskilda medlemsländer att förbjuda GMO förkastades av ett i stort sett enigt miljöutskott av framför allt två skäl. För det första befarades förslaget leda till en uppluckring av den inre marknaden samt orsaka handelsrelaterade problem gentemot omvärlden. För det andra betraktades förslaget som ett sätt att bakvägen integrera GMO på den inre marknaden. Vägled av försiktighetsprincipen och en förväntan om tydliga konsekvensbedömningar från kommissionen valde jag därför att rösta för miljöutskottets linje om att förkasta förslaget.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La commercializzazione di cibo o mangimi geneticamente modificati è un tema che naturalmente riguarda e preoccupa tutti i cittadini europei. La Commissione non può imporre una scelta così importante agli stati membri, ogni paese deve essere libero di introdurre o non introdurre nel proprio territorio cibi o mangimi contenenti o a base di OGM.

In tal senso è stata presentata una proposta di modifica del regolamento 1829/2003 con l'introduzione dell'articolo 34 bis, che avrebbe dato la possibilità agli Stati di vietare cibi o mangimi contenenti o a base di OGM senza però invocare ragioni di carattere ambientale o sanitario oggetto di esclusiva valutazione dell'Autorità europea per la sicurezza alimentare (EFSA). Una strada in tal senso avrebbe però esposto gli Stati a vertenze legali per ostacolo alla libera circolazione delle merci. Abbiamo presentato emendamenti il cui fine era quello di impegnare la Commissione a non autorizzare nuovi cibi o mangimi a base di OGM e di non rinnovare i permessi in scadenza fino a che non fosse raggiunto l'accordo su una nuova proposta ma naturalmente è stato respinto. Per queste ragioni ho deciso di astenermi in sede di voto.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Con esta votación, los socialistas enviamos una señal clara a la Comisión Europea: el rechazo de la legislación propuesta, ya que esta tendría un impacto negativo sobre el sector agrícola de la UE.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Los socialistas echamos de menos en la propuesta de la Comisión Europea una mayor atención a aspectos clave tales como la trazabilidad y la coherencia legislativa entre los sectores de la alimentación humana y animal, así como una memoria de impacto socioeconómico de las propuestas.

Tenemos, asimismo, reservas sobre la posibilidad real de implementación de esta normativa en el mercado único y sobre aspectos de índole jurídica; todo ello sin obviar que, al margen de dichas cuestiones jurídicas, hay un problema de percepción pública y de orden político.

Por todo ello, los socialistas votamos a favor de que la Comisión Europea retire la propuesta en los términos actuales y elabore otra mejorada que se haga eco de las deficiencias detectadas.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – El texto presentado por la Comisión Europea en virtud del cual, en teoría, se da la posibilidad a los Estados Miembro de restringir o prohibir el uso de alimentos y piensos modificados genéticamente en su territorio es en realidad un documento ambiguo en el que dicha prohibición o restricción se llevaría a cabo bajo unos condicionantes que, *de facto*, hacen imposible su aplicación.

Por ejemplo, un Estado miembro que quisiese restringir o prohibir el uso de transgénicos en su territorio tendría que alegar motivos diferentes a los vinculados a riesgos para la salud humana, animal o para el medio ambiente; tampoco podría alegar motivos científicos, ni motivos que no estén «debidamente fundamentados» y basados en razones «imperiosas» y que, a su vez, conlleven medidas proporcionales y no discriminatorias. Para más inri, la propuesta de la Comisión presenta otros problemas de implementación, por ejemplo la ambigüedad del concepto de «uso».

Por todo ello, he votado a favor de la propuesta del Parlamento de pedirle a la Comisión que retire su propuesta y presente una nueva.

Eric Andrieu (S&D), par écrit. – La proposition législative de la Commission visant à donner la possibilité aux États membres de restreindre ou d'interdire sur leur territoire l'utilisation de denrées alimentaires ou d'aliments pour animaux génétiquement modifiés est proprement inacceptable.

Elle revient à renationaliser le marché et se trouve donc en contradiction avec le marché intérieur. Cette décision serait immanquablement contestée par la Cour de justice de l'UE, mais aussi vraisemblablement par les instances de l'OMC. Par ailleurs, cela n'empêcherait probablement pas des détournements commerciaux et donc une présence de matières premières issues d'OGM dans l'alimentation humaine et animale chez les pays qui en refuseraient l'importation. Rappelons que 19 États sur 28 ont rejeté la culture des OGM sur leur sol et que 59 % des citoyens estiment que les OGM sont dangereux. La Commission bafoue la démocratie et le droit des citoyens en majorité opposés aux OGM. Alors qu'elle se refuse à les interdire sur le territoire européen, elle se défait continuellement et trop facilement sur les États membres et prend trop fait et cause pour les multinationales détentrices d'OGM.

Ce jeu de dupe ne peut plus être toléré. C'est pourquoi je voterai résolument pour l'amendement qui propose le rejet de la proposition de la Commission.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Η χρήση γενετικά τροποποιημένων τροφών και ζωοτροφών, είναι ένα αρκετό ευαίσθητο θέμα, το οποίο αφορά την υγεία των ευρωπαίων πολιτών.

Αναφερόμαστε σε τρόφιμα και ζωοτροφές για τα οποία δεν ξέρουμε τις μακροπρόθεσμες συνέπειες που μπορεί να έχουν στο περιβάλλον και στον οργανισμό μας.

Γι' αυτόν ακριβώς τον λόγο, μας είχατε υποσχεθεί τη συνολική μεταρρύθμιση του τρόπου αδειοδότησης των γενετικά τροποποιημένων οργανισμών.

Δυστυχώς όμως, η πρόταση που σήμερα έχουμε μπροστά μας όχι μόνο δεν εκπληρώνει αυτό τον σκοπό, αντιθέτως δημιουργεί μεγαλύτερη ασάφεια και νομική ανασφάλεια, ιδιαίτερα για χώρες όπως η Ελλάδα, η οποία παραδοσιακά αντιτίθεται στη χρήση γενετικά τροποποιημένων οργανισμών.

Μας παρουσιάσατε μία πρόταση η οποία:

- δεν συνοδεύεται από έκθεση αντικτύπου

Mittwoch, 28. Oktober 2015

- δεν προστατεύει τις χώρες που θέλουν να απαγορεύσουν τα γενετικά τροποποιημένα τρόφιμα και ζωοτροφές από την επικράτειά τους
- είναι αναποτελεσματική καθώς επιτρέπει στα κράτη μέλη τον περιορισμό της χρήσης, όχι όμως της εισαγωγής και του εμπορίου των οργανισμών αυτών.

Gια τον λόγο αυτό, αποφασίσαμε σαν Ομάδα των Σοσιαλιστών και Δημοκρατών να καταψηφίσουμε την πρότασή της Επιτροπής. Η προστασία της υγείας των ευρωπαίων πολιτών αποτελεί για την Ομάδα μας αξία αδιαπραγμάτευτη.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Avec mes collègues, nous estimons que la prétendue liberté des États membres est un leurre, les lois du marché intérieur et la dynamique d'intégration étant toujours prioritaires pour la Commission. Ainsi, les conditions imposées pour la suspension de l'utilisation de tels produits sont drastiques et réduisent à néant les possibilités pour les États membres de se protéger.

Le groupe ENL a déposé des amendements pour remplacer le terme «utilisation» par «mise sur le marché», qui s'avère plus large et plus adapté.

Le rapporteur propose quant à lui de rejeter la proposition de la Commission et demande une nouvelle proposition sans condition, c'est-à-dire, sans cadre ni exigences préalablement suggérés par le Parlement européen, ce à quoi notre groupe est opposé.

Entre ces deux alternatives auxquelles je suis opposée, j'ai choisi de m'abstenir.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – My vote here reflected the uncertainty of the situation surrounding the Commission proposal and to what extent they might be prepared to change it in an amended version. The proposal would make matters better than they are at the moment, but subject to tough criteria which would be very difficult to meet. Unusually, it recognises that some matters should be for member states to determine.

Do I, then, vote the proposal down in the hope that the Commission will come up with a better one? Or do I support it because it is less bad than the current situation? Overall, I decided to abstain.

Jean Arthuis (ALDE), par écrit. – Je me suis opposé à la disposition visant à laisser aux États membres le choix de restreindre ou d'interdire sur leur territoire la vente et l'utilisation de denrées alimentaires ou d'aliments pour animaux contenant des OGM approuvés par l'UE. Je crains que cette législation se révèle irréalisable et n'entraîne la réintroduction de contrôles aux frontières entre les pays pro- et anti-OGM.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Pritariau Komisijos dokumento atmetimui. Iš pirmo žvilgsnio, Komisijos siūlymas buvo patrauklus valstybėms narėms. Komisija siūlė leisti valstybėms narėms apriboti arba drausti naudoti genetiškai modifikuotą maistą ir pašarus savo teritorijoje, net jei šiems produktams buvo ar bus išduotas leidimas. Vis dėlto atidžiau susipažinus su dokumentu paaiškėjo, kad valstybių pasirinkimo sąlygos yra labai apsunkintos, teisės rinktis būtų beveik neįmanoma įgyvendinti. Ir kaip užtikrinti sienų kontrolę, kokie pašarai ar maistas vežami į šalį iš kaimyninės valstybės? Nuo 2015 metų balandžio mėnesio šalims narėms galima uždrausti auginti GM kultūras. Tačiau GMO maisto ir pašarų importo bei prekybos jais valstybės narės kol kas neturi galimybių uždrausti. Europos Komisijos pasiūlymo esmė ir buvo išplėsti valstybių galimybes. Deja, bandymas nebuvo sėkmingas, dokumentas atmetas, nes neužtikrino valstybių teisės tinkamai pasinaudoti galimybe apriboti arba drausti naudoti genetiškai modifikuotą maistą ir pašarus savo teritorijoje. Dokumentą teks tobulinti ir atsižvelgti į Europos Parlamento poziciją.

Gerard Batten (EFDD), in writing. – Today UKIP voted in favour of the proposal for a revision of the current regulation on the authorisation system for GM food and feed. We believe that each Member State should have the power to opt out and to decide whether to restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed on its own territory.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai rejeté la proposition de la Commission européenne qui visait à donner aux États membres la possibilité d'interdire à la carte l'utilisation des OGM importés aux fins de l'alimentation humaine ou animale.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Cela entraînerait une fragmentation du marché intérieur, et l'absence d'analyse d'impact reste extrêmement préoccupante en ce qui concerne les conséquences d'une autorisation/interdiction à la carte pour l'ensemble de notre agriculture et de notre alimentation.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Avec ce rapport, la Commission européenne a rassemblé unanimement les groupes politiques contre sa propre proposition. Je pense, comme mes collègues de la commission, que la prétendue liberté des États membres est un leurre, les lois du marché intérieur et la dynamique d'intégration sont toujours prioritaires aux yeux de la Commission.

Cette semi-liberté apparaît clairement dans les conditions imposées pour la suspension de l'utilisation de tels produits:

— la période pendant laquelle les États membres doivent s'abstenir d'agir et pour que la Commission examine la requête de l'État membre;

— l'évaluation du risque réalisée par l'échelon européen;

— les motifs «impérieux» qui doivent justifier la décision de l'État membre et ce, sur une base juridique de départ assez réduite.

La proposition du rapporteur était celle d'un rejet avec demande de nouvelle proposition sans conditions et j'y suis donc opposée.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non ho inteso supportare col mio voto questa relazione perchè ritengo che il nostro primo dovere è tutelare le produzioni di qualità degli imprenditori nostrani e il diritto dei nostri cittadini che vogliono sapere cosa finisce nei loro piatti. Sono a favore dell'etichettatura d'origine obbligatoria e contraria agli OGM, che fanno esclusivamente gli interessi delle multinazionali.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat ja till betänkandet. Genetiskt modifierade organismer (GMO) är kontroversiella och möter starkt motstånd både i Sverige och i EU. Vänsterpartiet är kritiskt till GMO och menar att försiktighetsprincipen bör värnas i första hand. Detta var andra gången kommissionen lade fram ett förslag om GMO, och trots att kommissionen har förbättrat dem väsentligt och gett medlemsländerna större möjligheter att säga nej till GMO var både vänstergruppen, de gröna och den socialdemokratiska gruppen eniga om att skarpere förslag hade behövts, eftersom fler kryphål kvarstod. Därför röstade jag för att dra tillbaka förslaget, men också för resolutionen i slutet.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El 22 de abril de 2015, la Comisión presentó una propuesta de Reglamento con vistas a enmendar el Reglamento (CE) n.º 1829/2003, en la cual sugería permitir a los Estados miembros restringir o prohibir, bajo ciertas condiciones, el uso de alimentos y piensos modificados genéticamente (OMG) en su territorio después de que estos productos hubiesen sido autorizados.

Sin embargo, la propuesta de la Comisión no ha estado precedida de una evaluación de impacto sobre las consecuencias para el funcionamiento del mercado interior y la competencia del sector agrícola. Además, existen dudas razonables respecto a su implementación y respecto a cómo los Estados miembros que hagan uso de la cláusula de «opt-out» asegurarán, en la práctica, el cumplimiento de tales medidas en su territorio. Consideramos, por tanto, que la propuesta no garantiza la necesaria seguridad jurídica ni los instrumentos adecuados para los Estados miembros que deseen restringir o prohibir legalmente el uso de los OMG en su territorio.

Por ello, he rechazado la propuesta de la Comisión y he votado a favor de solicitar a la Comisión una nueva propuesta legislativa.

Franč Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagani sklep o zavrnitvi predlagane uredbe sem podprl, saj gre za izjemno slab predlog Komisije, ki ne upošteva realnosti. Uredba bi morala temeljiti na jasni analizi zdravstvenih, okoljskih in socialnih posledic predlagane ureditve.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Teh učinkov Komisija ni predstavila, prav tako ne posledic za evropsko kmetijstvo. Primanjkljaj beljakovinske krme brez GSO v EU živinoreji je ogromen. Pred sabo nimamo socialnih učinkov morebitnih propadov kmetij v EU, niti ocene trga hrane, ki bi se gotovo podražila, če bi predlagano uredbo sprejeli tako rokohitrsko.

V evropskem kmetijskem modelu je za takšen zasuk potreben jasen načrt, pripravljeni morajo biti ukrepi SKP in dovolj mora biti časa za preobrazbo kmetijstva. Prehranska varnosti je sestavljena iz zdravju neškodljive hrane in iz zadostne količine hrane po dostopni ceni.

Zaradi napačnih in prehitrih odločitev – brez jasnih predhodnih analiz stroke – bi se zgodilo zgodilo najmanj to, da številni ljudje ne bi imeli dostopa do hrane, saj bi ta postala predraga. Lačen človek tudi ni prehransko varen.

Poleg tega bi bilo izvajanje uredbe praktično nemogoče, saj bi bilo pri hrani in krmi najprej zelo težko vzpostaviti sistem sledljivosti. Uredba tudi ne bi bila v skladu s prostim trgov EU, saj bi bilo treba v primeru doslednega izvajanja njenih določb uvesti mejne kontrole.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – Il mio voto in plenaria conferma quanto è stato approvato in commissione ENVI e in commissione AGRI e dunque la reiezione della proposta della Commissione. Se è vero che la normativa vigente in materia di autorizzazione alla commercializzazione di prodotti contenenti OGM deve essere revisionata e che tale processo necessita di essere maggiormente democratizzato, la soluzione a questo problema non può individuarsi in proposte che rischiano di essere difficilmente applicabili entrando in contraddizione con principi garantiti dall'Unione, come la libera circolazione nell'ambito del mercato interno. Per questi motivi, e data l'impraticabilità della proposta in oggetto, attendiamo che la Commissione si impegni a formulare una nuova proposta compatibile con il mercato interno e con gli obblighi internazionali dell'UE in materia commerciale, e in grado di considerare le esigenze delle produzioni europee insieme alle possibili conseguenze sull'ambiente e sulla salute umana.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Današnje glasanje rešava jedan problem, a to je loš prijedlog regulative o GMO hrani koja bi bila neprovediva i unijela kaos na zajedničko tržište. Njena osnovna svrha, da države članice imaju mogućnost zabrane prodaje GMO hrane, ne bi bila ispunjena i zato ću glasati za njeno povlačenje.

No, problem nepravednog sustava odobrenja GMO hrane ostaje. Države članice nikada neće moći postići dogovor o toj temi i Komisija će zato i dalje imati ovlasti sama davati odobrenja za prodaju i upotrebu.

Zaključno, želim poručiti Europskoj komisiji da ih odbacivanje ovog prijedloga GMO direktive ne odriješuje od obveze demokratiziranja procesa odobrenja. To je bilo jedno od obećanja predsjednika Junckera i zato želimo da Komisija izradi novi, bolji prijedlog regulative. Radi se o temi koja je bitna našim građanima i o obećanju koje je ključno za demokratski legitimitet Europske unije.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – La Commission, pour qui les lois du marché intérieur et la dynamique sont toujours prioritaires, a fait l'unanimité des groupes politiques contre sa propre proposition. Les États membres sont mis en situation de semi-liberté, ce qui est attesté notamment par l'évaluation du risque au niveau européen et les motifs impérieux qui doivent justifier la décision de l'État membre. Le rapporteur proposait le rejet avec demande de nouvelle proposition sans conditions et par conséquent, je m'y suis opposée.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché ritengo che la proposta della Commissione concernente l'uso di alimenti e mangimi geneticamente modificati presenti diverse lacune che ne inficiano l'efficacia. Per esempio risulta difficile capire come gli Stati che hanno deciso di usufruire dell'opt-out per questo regolamento riusciranno a farlo rispettare senza reintrodurre tutta una serie di controlli che andrebbero a interferire con il funzionamento della più grande conquista dell'Unione, il mercato unico.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – Il rigetto in plenaria della proposta della Commissione si basa sulla mancanza di una valutazione d'impatto e sulla difficoltà di implementarla poiché non esistono più i controlli alle frontiere per i prodotti agricoli all'interno dell'UE. Tuttavia, il tema dell'alimentazione geneticamente modificata non può cadere nell'oblio: la redazione di un nuovo testo che si concentri sul processo di valutazione del rischio e di autorizzazione delle nuove varietà transgeniche a livello comunitario sarà utile al dibattito e propedeutico all'affinamento della legislazione del settore. Il rischio di inapplicabilità concreta della proposta della Commissione e il conseguente pericolo di una reintroduzione dei controlli alle frontiere interne dell'Unione tra i paesi pro e anti-OGM, danneggiando gravemente il mercato interno europeo, ci evidenzia la necessità di approfondire ulteriormente il dibattito parlamentare e gli studi integrati su questa importante tematica.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui modifie le règlement encadrant la possibilité pour les États membres de restreindre ou d'interdire provisoirement l'utilisation de denrées alimentaires pour les animaux génétiquement modifiés. Nous regrettons que cette liberté d'action soit trop restreinte. En effet, les États membres doivent attendre l'accord de la Commission avant de mettre en place ces restrictions. De plus, les motifs qui permettent aux autorités nationales d'enclencher cette procédure sont limités. Nous sommes conscients qu'aux yeux de la Commission, les lois du marché intérieur sont prioritaires. L'eurodéputé Mireille d'Ornano, membre du groupe Europe des nations et des libertés, avait d'ailleurs déposé un amendement qui visait à remplacer le terme «utilisation» par «mise sur le marché».

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario in virtù della reiezione del Parlamento della proposta della Commissione sulla quale ero in linea di principio d'accordo, poiché:

— uno Stato membro, potendo vietare l'uso di un mangime OGM, deve essere lasciato libero di assumersi sovranamente le proprie responsabilità di fronte ai suoi cittadini (allevatori nel caso di specie);

— proprio il caso di specie dimostra la fallacia di uno dei pilastri fondanti l'UE: la libera circolazione «a tutti i costi» di tutto e tutti.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Comisia a prezentat în data de 22 aprilie 2015, împreună cu comunicarea privind „Reexaminarea procesului decizional în materie de organisme modificate genetic”, o propunere de regulament al Parlamentului European și al Consiliului de modificare a Regulamentului (CE) nr. 1829/2003 în ceea ce privește posibilitatea statelor membre de a restricționa sau de a interzice utilizarea produselor alimentare și furajelor modificate genetic pe teritoriul lor după ce aceste produse au fost autorizate - opțiunea de neaplicare - „opt-out” (COM(2015)0177).

Având în vedere absența unui studiu de impact, fezabilitatea propunerii, precum și faptul că aceasta este contrară angajamentelor de „transparență” și „mai bună reglementare” asumate de noua Comisie și luând în calcul consecințele pe termen lung ale propunerii în ceea ce privește funcționarea pieței interne a produselor alimentare și a furajelor, precum și competitivitatea sectorului agricol al Uniunii susțin respingerea propunerii Comisiei.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Más allá de si se deben o no autorizar los OMG en la UE —lo que no es objeto de debate de esta propuesta—, rechazo la propuesta de la Comisión al no estar precedida por una evaluación de impacto de sus consecuencias para el funcionamiento del mercado interior. La propuesta no garantiza la necesaria certidumbre jurídica ni los instrumentos adecuados para los Estados miembros que desean restringir o prohibir legalmente el uso de los OMG en sus territorios.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted to reject the Commission's proposal on genetically modified food and feed. I also voted in favour of asking the Commission to submit a new proposal. I felt that the proposal produced by the Commission this time around did not legitimately address the concerns surrounding this topic, not least its impact on and implications for food sovereignty.

Such a sensitive proposal, seeking to combine GM food and feed, requires a full impact assessment. Any approval system within the EU would need to be based on an assessment of the impact on conventional and organic farmers, animal and human health as well as the environment. Provision for such an assessment was lacking in this case. For these reasons I felt it necessary to ask the Commission to come up with another proposal.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of the proposal for a revision of the current regulation on the authorisation system for GM food and feed. We believe that each Member State should have the power to opt out and to decide whether to restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed on its own territory.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

David Casa (PPE), *in writing*. – I agree with the rapporteur that the Commission's proposal should be rejected because it is unclear in terms of the requirements imposed on the Member States that wish to lawfully restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed on their territory. I am also concerned that it would most likely have a negative impact on the internal market for food and feed.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ricordo che 19 Stati membri su 28 hanno rigettato la cultura degli OGM. Abbiamo perciò presentato un emendamento che impegna la Commissione a non autorizzare nuovi cibi o mangimi a base di OGM e a non rinnovare i permessi in scadenza fino a che non sia raggiunto l'accordo su una nuova proposta. Purtroppo il nostro emendamento non è passato, quindi mi sono astenuto al voto finale per rimarcare la distanza sia dalla proposta originaria della Commissione sia della soluzione scelta di rimandarla al mittente avendo la certezza che in tal modo non ci sarà più (almeno non nell'immediato) la possibilità di riconsegnare la sovranità delle scelte alimentari agli Stati membri.

Jean-Marie Cavada (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de Giovanni La Via, qui propose de rejeter la proposition de la Commission.

Cette proposition visait à autoriser les États membres à restreindre ou interdire, sous certaines conditions, l'utilisation de denrées alimentaires génétiquement modifiées sur leur territoire, et ce même après que ces produits aient été autorisés.

Une telle proposition allait à l'encontre du maintien d'un marché intérieur fort et tendait à recréer des barrières entre les 28 États membres. Surtout, je regrette que cette proposition n'ait pas été basée sur une évaluation des incidences potentielles de ces mesures sur le secteur de l'agriculture, qui dépend essentiellement de la fourniture de protéines provenant de sources génétiquement modifiées. Pour ces raisons, cette proposition me paraissait irresponsable.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted against this proposal. While I believe it should be for each Member State to decide if it wishes to allow GMOs to be grown on its soil, I cannot support a measure that would damage the functioning of the single market and which could set the precedent of allowing for the reintroduction of non-tariff barriers within the Union itself. The Commission should withdraw this proposal.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – Today, I was joined by an overwhelming majority of fellow MEPs in rejecting a proposal from the Commission to reform this GMO authorisation process.

The systems currently in place to open or close the door to genetically modified food and feed in EU markets are not appropriate and need tightening. The Commission was tempting us with what could be termed a dubious legal offer to allow Member States to ban EU-approved GMOs, while ignoring serious flaws with the approval system in the first place.

Almost 60% of EU consumers have serious concerns about the safety and the long-term implications of genetically modified organisms. We must take these concerns very seriously and it makes sense to allow EU countries to ban GM feed imports. I do not think we should sacrifice this freedom to the integrity of the single market. However, we must make sure that this possibility is solid enough to withstand a legal challenge invoking breaches of EU or World Trade Organisation rules.

I am firmly of the view that we should have a moratorium and halt all GMO approval procedures until we have a serious review of the authorisation system itself.

Δευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτως*. – Προτάθηκε η απόρριψη της πρότασης της Επιτροπής, γιατί θεωρείται ότι η πρόταση του κανονισμού είναι σχεδόν αδύνατον να εφαρμοσθεί, διότι δεν υφίστανται πλέον συννοριακοί έλεγχοι στο πλαίσιο του γεωργικού τομέα της ΕΕ. Η επαναφορά των ελέγχων αυτών μεταξύ των κρατών μελών θα αντιστρέψει τα οικονομικά επιτεύγματα της ευρωπαϊκής τελωνειακής ένωσης και της ενιαίας αγοράς.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché sono preoccupato per la mancanza di una valutazione d'impatto e di compatibilità delle misure adottate dagli Stati membri con il mercato interno, delle norme dell'OMC e la praticabilità della proposta. In particolare, siccome l'adozione della proposta non è stata preceduta da una valutazione di tutte le possibili conseguenze e scelte disponibili, il relatore ritiene che la proposta sia in conflitto con gli impegni a favore del «miglioramento della regolamentazione» e della «trasparenza» assunti dalla nuova Commissione e io sono d'accordo. Inoltre concordo con il relatore sulle conseguenze di vasta portata che la proposta potrebbe comportare per il funzionamento del mercato interno degli alimenti e dei mangimi e per la competitività del settore agricolo dell'Unione, poiché l'UE è tuttora fortemente dipendente dall'approvvigionamento di proteine provenienti da fonti genet-

Mittwoch, 28. Oktober 2015

icamente modificate, e considerando che la proposta è suscettibile di provocare un effetto negativo indiretto sulle importazioni, sono del parere che la proposta possa danneggiare gravemente la produzione zootecnica e anche incidere negativamente sull'agricoltura nell'UE. Infine poiché i controlli alle frontiere non esistono più nel settore agricolo dell'UE, la reintroduzione di tali controlli fra gli Stati membri equivarrebbe a cancellare le conquiste economiche dell'Unione doganale europea e del mercato unico.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of the proposal for a revision of the current regulation on the authorisation system for GM food and feed. We believe that each Member State should have the power to opt out and to decide whether to restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed on its own territory.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, weil ich die Zurückverweisung des Vorschlags an die Kommission unterstütze. Hier geht es nicht um die Frage „Gentechnik Ja oder Nein“, sondern es geht darum, dass der Vorschlag keine Lösung in Einklang mit den geltenden WTO-Vorschriften und unseren Binnenmarktregelungen bietet. Die Kommission ist nun aufgefordert, Wege aufzuzeigen, die durchsetzbar sind und nicht zu Grenzkontrollen für Agrarprodukte zwischen Mitgliedstaaten führen, die sich für oder gegen den Anbau genetisch veränderter Lebensmittel entschieden haben.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of the proposal for a revision of the current regulation on the authorisation system for GM food and feed. We believe that each Member State should have the power to opt out and to decide whether to restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed on its own territory.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Per quanto riguarda la proposta di regolamento che concerne la possibilità per gli Stati membri di limitare o vietare l'uso di alimenti e mangimi geneticamente modificati sul loro territorio, mi trovo assolutamente in linea con il pensiero espresso dal relatore, il quale si esprime a favore del respingimento della proposta della Commissione. Ritengo che la proposta possa provocare un effetto negativo indiretto sulle importazioni e che possa incidere negativamente sull'agricoltura nell'UE. Ad oggi, non ci sono prove per dimostrare che il consumo di cibi OGM possa avere conseguenze sulla salute umana e la proposta della Commissione non garantisce la necessaria certezza giuridica e gli strumenti adeguati agli Stati membri che intendono legittimamente limitare o vietare l'uso di alimenti e mangimi geneticamente modificati sul loro territorio.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *skriftlig*. – Jag röstade för att förkasta förslaget i sin helhet, då det inte tar hänsyn till existerande forskning och vetenskap. Förslaget skulle även innebära ett direkt hinder på den gemensamma inre marknaden i EU. Om förslaget skulle bli verklighet, skulle det också kraftigt begränsa handeln med omvärlden utan saklig grund. Mot denna bakgrund välkomnar jag att förslaget förkastades.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Ad oggi, in seno al comitato tecnico di valutazione, a cui partecipano i rappresentanti degli Stati membri, non è mai stata raggiunta una maggioranza qualificata a favore o contro le proposte di autorizzazione per il commercio di cibi e mangimi contenenti o derivanti da OGM. Per tanto, la Commissione ha sempre applicato le prerogative legislative che le consentono di emanare un proprio parere positivo. Quest'ultima ha recentemente presentato la modifica del regolamento 1829/2003 riguardo la commercializzazione di mangimi a base di OGM, finalizzata ad introdurre un altro articolo (31 b) che ha come fine ultimo quello di dare la possibilità agli Stati membri di vietare cibi o mangimi contenenti o a base di OGM senza però invocare ragioni di carattere ambientale o sanitario. In seguito anche alla bocciatura riguardo alla nostra proposta di emendamento che impegna la Commissione a non autorizzare nuovi cibi o mangimi a base di OGM e a non rinnovare i permessi in scadenza fino a che non sia raggiunto l'accordo su una nuova proposta, ho deciso di astenermi.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El texto presentado por la Comisión Europea en virtud del cual, en teoría, se da la posibilidad a los Estados Miembro de restringir o prohibir el uso de alimentos y piensos modificados genéticamente en su territorio es en realidad un documento ambiguo en el que dicha prohibición o restricción se llevaría a cabo bajo unos condicionantes que, *de facto*, hacen imposible su aplicación.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Por ejemplo, un Estado miembro que quisiese restringir o prohibir el uso de transgénicos en su territorio tendría que alegar motivos diferentes a los vinculados a riesgos para la salud humana, animal o para el medio ambiente; tampoco podría alegar motivos científicos, ni motivos que no estén «debidamente fundamentados» y basados en razones «imperiosas» y que, a su vez, conlleven medidas proporcionales y no discriminatorias. Para más inri, la propuesta de la Comisión presenta otros problemas de implementación, por ejemplo la ambigüedad del concepto de «uso».

Por todo ello, he votado a favor de la propuesta del Parlamento de pedirle a la Comisión que retire su propuesta y presente una nueva.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La risoluzione del Parlamento europeo respinge la proposta della Commissione per una serie di ragioni tra le quali la mancanza di una valutazione d'impatto delle possibili conseguenze per il funzionamento del mercato interno degli alimenti e dei mangimi e per la competitività del settore agricolo dell'Unione; nonché per la praticabilità della proposta dato che la reintroduzione di controlli fra gli Stati membri equivarrebbe a cancellare le conquiste economiche dell'Unione doganale europea e del mercato unico. Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo perché ritengo fondate tali preoccupazioni.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Bizottság Parlamenthez benyújtott új javaslata a géntechnológiával módosított élelmiszerek és takarmányok felhasználására vonatkozóan a GMO-mentes politikát követi, lehetőséget biztosítana a tagállamok számára a génmódosított élelmiszerek és takarmányok felhasználásának saját területükön történő megtiltására.

A még meglévő javaslatbeli hiányosságok ellenére sem szabad elutasítani az Európai Bizottság javaslatát, hanem konstruktív szellemben folytatni kell a tárgyalásokat. Az együttműködő megközelítés volt az alapja a köztermesztés-tiltási jogszabály megszületésének is. Ha esélyt sem adunk az érdemi tárgyalásnak a mostani javaslat kapcsán, akkor lehet, hogy olyan esélyt szalasztunk el, amit nem követ újabb. Nem támogattam La Via képviselő jelentését a bizottsági javaslat elutasítására.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted to reject the Commission proposal. However, considering the Commission's proposal in stating that it would still go on to negotiate the proposal with the Council, I voted in favour of a new proposal which has to be submitted by the Commission and also in favour of asking the commission not to authorise the placing on the market of any new product containing, consisting of, or produced from GMOs and not to renew old ones until the new proposal is agreed upon.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Se cunoaște faptul că folosirea organismelor modificate genetic a fost întotdeauna controversată, Uniunea Europeană având reguli foarte stricte și proceduri de autorizare complexe pentru cultivarea și comercializarea acestora. Consider de bun augur faptul că, începând din aprilie 2015, statele membre pot decide dacă permit cultivarea OMG-urilor pe teritoriul lor.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif propose de rejeter la proposition de la Commission européenne visant à autoriser les États membres à restreindre ou interdire, sous certaines conditions, l'utilisation des organismes génétiquement modifiés (OGM) sur leur territoire, après que ceux-ci ont été autorisés sur le marché européen. Bénéficiant d'un large soutien au sein du Parlement européen, le rapporteur justifie ce rejet par deux motifs principaux. D'une part, la Commission européenne n'a réalisé aucune analyse d'impact afin d'évaluer les conséquences de cette mesure sur le fonctionnement du marché intérieur. D'autre part, cette décision est incompatible avec les règles de l'Organisation mondiale du commerce (OMC), selon lesquelles toute restriction de ce type doit être proportionnée, non discriminatoire et motivée par des raisons impérieuses. Considérant de surcroît qu'en pratique, une telle mesure serait inapplicable sachant que le contrôle aux frontières n'existe plus dans le secteur agricole, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of the proposal for a revision of the current regulation on the authorisation system for GM food and feed. We believe that each Member State should have the power to opt out and to decide whether to restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed on its own territory.

Philippe De Backer (ALDE), *schriftelijk*. – Ik steun volledig het verslag zoals dat voorlag in de plenaire zitting. Daarin wordt het Commissievoorstel om de import te nationaliseren afgewezen. Dat zou immers een enorme inbreuk betekenen op het vrije verkeer van goederen binnen de Europese Unie. Daarnaast is het ook een maatregel die absoluut geen wetenschappelijke gronden heeft, maar louter politiek tegemoet wil komen aan de bezorgdheden rond ggo's in enkele lidstaten. Er is immers geen enkel verschil (ook niet op celniveau) tussen een stuk vlees van bijvoorbeeld een koe die wel en een koe die niet met genetisch gemodificeerd voedsel gevoederd is.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport La Via sur la commercialisation et l'utilisation des OGM. Il s'agissait d'une demande de rejet de la proposition de la Commission européenne. En effet, à travers sa proposition, la Commission a voulu renationaliser la procédure d'autorisation de commercialisation des produits OGM et ainsi affaiblir le rôle et l'évaluation scientifique commune de l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Cette proposition aurait porté un coup dur au marché unique, que nous cherchons à préserver et à consolider.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A GMO-val kapcsolatos általános magyar álláspont mindenki számára ismert. Magyarország Alaptörvényében rögzítette az ország GMO-mentességét és ennek megfelelően aktív szerepet játszott a köztermesztés korlátozására vonatkozó javaslat tárgyalásai során. A Bizottság előttünk fekvő új javaslata összhangban áll Magyarország GMO-mentes politikájával, hiszen lehetőséget biztosítana a tagállamok számára a GMO-tartalmú élelmiszerek és takarmányok felhasználásának saját területükön történő megtiltására.

Éppen ezért a nyilvánvaló hibák és hiányosságok ellenére sem szabad elutasítani az Európai Bizottság javaslatát, hanem konstruktív szellemben folytatni kell a tárgyalásokat. Az együttműködő megközelítés volt az alapja a köztermesztési jogszabály megszületésének is, ez a hozzáállás segítette át a feleket az 5 évig tartó jogalkotási folyamat nehéz szakaszain. Ha esélyt sem adunk az érdemi tárgyalásnak a mostani javaslat kapcsán, akkor lehet, hogy olyan esélyt szalasztunk el, amit nem követ újabb. Mindezek alapján a szavazás során nem támogattam La Via képviselő úr jelentését a javaslat elutasítására.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie stemde tegen het voorstel van de Europese Commissie om lidstaten de mogelijkheid te geven het gebruik van genetisch gemodificeerde levensmiddelen en diervoeders op het eigen grondgebied te beperken of verbieden.

De N-VA beschouwt het nieuwe Commissievoorstel als problematisch en incompatibel met de agenda voor betere regelgeving. Het is immers onduidelijk hoe het voorstel praktisch kan worden uitgevoerd, gecontroleerd en gehandhaafd. Het voorstel dreigt bovendien de Europese interne markt te fragmenteren en heeft mogelijk ook ernstige gevolgen voor de internationale handel.

Eveneens problematisch is het ontbreken van een effectbeoordeling. Zo zijn de mogelijke financiële gevolgen voor de landbouwsector allermindst duidelijk maar dreigt de landbouwsector in elk geval geconfronteerd te worden met aanzienlijke meerkosten. Voor eiwitrijk diervoeder (zoals soja) is Europa immers bijzonder afhankelijk van de invoer uit derde landen waar ggo-teelten wijd verspreid zijn.

Ten slotte is de N-VA er niet van overtuigd dat dit voorstel structurele oplossing biedt voor de politieke blokkering van de goedkeuringsprocedure voor ggo's op Europees niveau.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A GMO-val kapcsolatos általános magyar álláspont mindenki számára ismert. Magyarország Alaptörvényében rögzítette az ország GMO-mentességét és ennek megfelelően aktív szerepet játszott a köztermesztés korlátozására vonatkozó javaslat tárgyalásai során. A Bizottság előttünk fekvő új javaslata összhangban áll Magyarország GMO-mentes politikájával, hiszen lehetőséget biztosítana a tagállamok számára a génmódosított élelmiszerek és takarmányok felhasználásának saját területükön történő megtiltására.

Éppen ezért a nyilvánvaló hibák és hiányosságok ellenére sem szabad elutasítani az Európai Bizottság javaslatát, hanem konstruktív szellemben folytatni kell a tárgyalásokat. Az együttműködő megközelítés volt az alapja a köztermesztési jogszabály megszületésének is, ez a hozzáállás segítette át a feleket az 5 évig tartó jogalkotási folyamat nehéz szakaszain. Ha esélyt sem adunk az érdemi tárgyalásnak a mostani javaslat kapcsán, akkor lehet, hogy olyan esélyt szalasztunk el, amit nem követ újabb. Mindezek alapján a szavazás során nem támogattam La Via képviselő úr jelentését a javaslat elutasítására.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Комисията не трябва да разрешава нови ГМО, предназначени за отглеждане или внос в Европа, категоричен съм. В желанието си да предостави възможност на държавите членки сами да решават разрешаването на ГМО продукти, колегиумът на Комисията излезе с настоящото предложение.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Една от моите основни битки тук в Европейския парламент е да защитавам суверенитета на държавите членки и да следя внимателно приложението на правилата за субсидиарност. В много от сферите ЕС не може да се меси в държавното законодателство и идеята държавите членки да решават сами, дали да забранят вноса и употребата на ГМ храни или фуражи, би могла да изглежда привлекателна.

Важно е, обаче, да се отбележи, че на практика идеята е неприложима при съществуването на общ пазар. Затова и отхвърлих предложението.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφπτώς*. – Υπερψήφισα την παρούσα τροπολογία, διότι είναι πρόταση απόρριψης της πρότασης της Επιτροπής για τη χρήση γενετικώς τροποποιημένων τροφίμων και ζωοτροφών. Είμαστε αντίθετοι στην οδηγία 2001/18/ΕΚ όσον αφορά τους ΓΤΟ που προορίζονται για καλλιέργεια και κατηγορηματικά ενάντια στη ρήτρα αυτεξάιρεσης. Η πρόταση κανονισμού δεν μπορεί να εφαρμοστεί, καθώς δεν υπάρχουν πλέον συνοριακοί έλεγχοι στον γεωργικό τομέα. Υποστηρίζουμε την απόρριψη, διότι, ακόμα και αν υπάρχουν περιορισμοί και ορισμένες απαγορεύσεις στη χρήση των τροποποιημένων τροφίμων και ζωοτροφών, θα θέσουν σε σοβαρό κίνδυνο τη ζωτική παραγωγή και θα επηρεάσουν αρνητικά τη γεωργία στην ΕΕ και τη λειτουργία της εσωτερικής αγοράς.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Elégedetlen vagyok az Európai Bizottság hozzáállásával a mostani GMO-ügyben. A testület egy minden szempontból, így belső piaci, takarmány-ellátási és nemzetközi kereskedelmi szempontból elfogadhatatlan javaslatot tett le az asztalra. Ezért nem támogathattam ezt a javaslatot, pedig a téma égetően aktuális.

Az Európai Unió ugyanis ma már több mint 70%-ban importra szorul takarmányból, s egy tavalyi adat szerint évente 30 millió tonna génmódosított takarmány érkezik be az Unióba. Ez súlyos közbiztonsági és közegészségügyi aggályokat vet fel. A válasznak azonban nem egy végrehajthatatlan és jogellenes jogszabály-javaslatnak kellene lennie.

Komoly siker viszont, hogy – a fideszes magyar delegáció közbenjárásának is köszönhetően – az EP-elutasítás legalább tartalmaz egy kitétel, amely egy új, jogilag elfogadható javaslat megalkotására szólítja fel a Bizottságot. Addig is gőzerővel kell dolgoznunk az EU-s takarmányfüggőség enyhítésén. Jó példa erre a magyar kormány által életre hívott nemzeti szójaprogram, amelyről elmondható, hogy sikeresen indult.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of the proposal for a revision of the current regulation on the authorisation system for GM food and feed. We believe that each Member State should have the power to opt out and to decide whether to restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed on its own territory.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted to reject the Commission's proposal on GMOs because it would have facilitated EU GMO authorisations by allowing Member States to opt out without legal certainty for doing so. It also failed to address the flawed risk assessment process, which is at the heart of the problem. The Commission must now come forward with a real reform that addresses these problems, as President Juncker committed to doing.

José Inácio Faria (ALDE), *por escrito*. – A proposta não continha soluções suficientemente credíveis para desbloquear o impasse permanente que existe nas comissões de especialistas dos Estados-Membros responsáveis pela outorga da autorização deste tipo de OGM. A decisão, em caso de impasse (como aconteceu sempre), fica então a cargo da Comissão.

Pela impossibilidade legal do Parlamento introduzir emendas que alterem radicalmente esta proposta (orientando-a no sentido conveniente às reivindicações que os cidadãos europeus fizeram chegar aos deputados, isto é, no sentido de um maior controlo destas autorizações por parte de entidades democraticamente eleitas como o Parlamento ou os governos), votei contra esta proposta, exigindo à Comissão que apresente a sua reformulação.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Jag tycker att det är viktigt att det finns en god vetenskaplig grund för beslut och att myndigheter med expertkunskap, såsom Efsa, får spela en viktig roll. Därför röstade jag nej till förslaget.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Em 22 de abril de 2015, a Comissão apresentou uma proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho que altera o Regulamento (CE) n.º 1829/2003 no que se refere à possibilidade de os Estados-Membros limitarem ou proibirem a utilização de géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados no seu território (COM(2015)0177).

A Comissão propõe que os Estados-Membros possam limitar ou proibir, sob certas condições, a utilização de géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados no seu território, depois de esses produtos terem sido autorizados («opt-out»).

Esta proposta não foi precedida de uma avaliação de todos os impactos possíveis e das alternativas disponíveis. Há sérias preocupações quanto às consequências de grande alcance da proposta para o funcionamento do Mercado Interno dos produtos alimentares e alimentos para animais e para a competitividade do setor agrícola da União.

Votei a favor da rejeição da proposta da comissão.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Il quadro giuridico in materia di alimenti e mangimi geneticamente modificati non permette ancora agli Stati membri di esprimere tutte le loro preoccupazioni in un settore di grande interesse per il pubblico e che riguarda più aspetti: salute, ambiente, economia, democraticità di procedimenti autorizzativi, ricerca scientifica, sovranità alimentare. La proposta di regolamento in discussione non è stata preceduta da una valutazione di tutti i possibili impatti e delle opzioni alternative disponibili. In tale contesto, il tentativo, da parte della Commissione, di adeguare il quadro giuridico per consentire ai governi nazionali una migliore espressione delle loro opinioni in merito all'uso di OGM rischia di creare più problemi che soluzioni. Auspico che si avvii un ampio dibattito per giungere a una proposta il più possibile democratica e informata al principio di certezza del diritto per quanto riguarda il potere decisionale degli Stati membri sull'uso o sul divieto di OGM sul proprio territorio.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A Comissão Europeia confirma-se como um procurador dos interesses das multinacionais do agro-negócio.

Perante as reservas crescentes dos cidadãos relativamente ao consumo de Organismos Geneticamente Modificados (OGM); perante o descrédito do mecanismo de autorização de OGM da União Europeia, tal a sua proximidade e a rede de relações com a indústria, a Comissão avança com uma proposta que não é outra coisa que não um enorme logro.

As condições impostas aos Estados-Membros para que possam limitar ou proibir a utilização de géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados no seu território, depois de esses produtos terem sido autorizados (o chamado «opt-out») são na verdade impraticáveis.

Votámos por isso favoravelmente este relatório, que rejeita a proposta da Comissão. Mesmo se as razões de fundo que convergiram na rejeição deste relatório podem ser diversas.

Reconhecendo a justeza e necessidade do princípio (de que deve poder ser limitada ou proibida a utilização de géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados), a Comissão deve apresentar uma nova proposta e deve, por uma questão de elementar seriedade e responsabilidade, não emitir novas autorizações e não renovar as existentes até que este novo processo esteja concluído.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against as the Commission proposals are unrealistic and unworkable.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Geneticky modifikované potraviny a krmivá môžu byť predávané na trhu spotrebiteľom iba v tom prípade, ak na to bolo udelené dodatočné povolenie. Úlohy Európskej komisie a členských štátov sú jasne zadefinované v existujúcom právom rámci Európskej únie. Členským štátom sa umožnilo obmedziť alebo zakázať za určitých podmienok používanie geneticky modifikovaných potravín a krmív na svojom území potom, čo boli tieto výrobky povolené. Takéto opatrenia musia byť zlučiteľné s vnútorným trhom a medzinárodnými záväzkami Európskej únie. Konkrétne musia byť vnútroštátne opatrenia odôvodnené a založené na závažných dôvodoch, ktoré nesmú byť v rozpore s posúdením rizík. Členské štáty musia predložiť závažné dôvody, ktoré odôvodňujú ich výnimku z uplatňovania, a zároveň rešpektovať pravidlá vnútorného trhu a obchodné pravidlá WTO, aby sa tým zabezpečila potrebná právna istota a primerané nástroje pre členské štáty, ktoré si želajú zákonne obmedziť alebo zakázať používanie geneticky modifikovaných potravín a krmív na svojom území.

Eleonora Forenza (GUE/NGL), *per iscritto*. – Ha fatto bene il Parlamento europeo a respingere al mittente la proposta sulla commercializzazione di prodotti contenenti OGM. La considero una proposta incoerente e insufficiente in merito alle autorizzazioni da gestire caso per caso, Stato per Stato, perché non propone alcuna regolamentazione a tutela dei cittadini. La Commissione disattende così gli impegni presi dallo stesso Juncker, propone soluzioni ambigue, citando solo alimenti a consumo umano e foraggi/alimenti per animali, mentre non è stata chiara sulle importazioni delle sementi e sulle necessarie restrizioni. Il Parlamento nel gennaio 2014 era stato molto esplicito nel pretendere norme chiare a partire dalla sua opposizione contro il mais transgenico; la Commissione avrebbe dovuto interpretare tale dissenso con proposte coerenti e di armonizzazione e non riconsegnando la materia al *far west* di multinazionali e lobby dell'OGM. La nostra posizione è di assoluta contrarietà alla commercializzazione degli OGM; anche per questa ragione siamo contrari al TTIP che consideriamo un cavallo di troia delle multinazionali dell'agroalimentare.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Υπερψηφίζω την παρούσα τροπολογία, διότι είναι πρόταση απόρριψης της πρότασης της Επιτροπής για τη χρήση γενετικώς τροποποιημένων τροφίμων και ζωοτροφών. Είμαι αντίθετος στην οδηγία 2001/18/EK όσον αφορά τους ΓΤΟ που προορίζονται για καλλιέργεια και κατηγορηματικά ενάντια στη ρήτρα αυτεξάιρεσης. Η πρόταση κανονισμού δεν μπορεί να εφαρμοστεί, καθώς δεν υπάρχουν πλέον συννοριακοί έλεγχοι στον γεωργικό τομέα. Υποστηρίζω την απόρριψη, διότι ακόμα και αν υπάρχουν περιορισμοί και ορισμένες απαγορεύσεις στη χρήση των τροποποιημένων τροφίμων και ζωοτροφών, θα θέσουν σε σοβαρό κίνδυνο τη ζωτική παραγωγή και θα επηρεάσουν αρνητικά τη γεωργία στην ΕΕ και τη λειτουργία της εσωτερικής αγοράς.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – We must ensure that clear and unambiguous rules are set to provide legal certainty for Member States which want to restrict the use of GM food and feed in order to respond to the concerns raised by citizens.

The Commission proposal is not acceptable, especially considering the non-existence of an impact assessment, the incompatibility of Member State opt-out measures with internal market and WTO rules, the failure to ensure legal certainty, and the weak prospects for the proposal actually being implemented.

Citizens' concerns about GMOs have to be taken into account today, as our main priority in this matter is the health and safety of European citizens. It must be up to the citizens to choose Europe's future food and agricultural model and to refuse GMOs if they do not wish to have them on their table.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Fontosnak tartom a jelentésben felvetett aggályokat, miszerint a tagállamok számára biztosítani kell a géntechnológiával módosított élelmiszerek és takarmányok területükön való felhasználásának korlátozását, illetve megtiltását e termékek engedélyezését követően. Véleményem szerint az ilyen intézkedéseknek minden esetben összeegyeztethetőnek kell lenniük a belső piaccal és az Unió által vállalt nemzetközi kötelezettségekkel egyaránt.

Ezzel összefüggésben az előadóval egyetemben komoly aggudalommal töltönek el a javaslat messzemenő következményei az élelmiszerek és takarmányok belső piacának működését és az Unió mezőgazdaságának versenyképességét illetően. Ezen túlmenően úgy vélem, hogy a javaslat végrehajtása csaknem lehetetlen, mivel az uniós mezőgazdasági ágazaton belül már nincs határellenőrzés. Az ilyenfajta ellenőrzés tagállamok közötti újbóli bevezetése visszafordítaná az európai vámunió és belső piac által elért gazdasági eredményeket. Az sem világos továbbá, hogy a kívülmaradás lehetőségével élő tagállamok a gyakorlatban milyen módon biztosítanák területükön az ilyen intézkedések betartását.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor considerando que la Comisión Europea propone permitir a los Estados miembros que restrinjan o prohíban, en determinadas condiciones, el uso de alimentos y piensos modificados genéticamente en su territorio después de que estos productos hayan sido autorizados. La propuesta contraviene los compromisos de la nueva Comisión para «legislar mejor» y ofrecer mayor «transparencia». Me preocupan las consecuencias de largo alcance de la propuesta en cuanto al funcionamiento del mercado interior de alimentos y piensos y a la competitividad del sector agrícola de la Unión.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Con esta votación, los socialistas enviamos una señal clara a la Comisión Europea: el rechazo de la legislación propuesta, ya que esta tendría un impacto negativo sobre el sector agrícola de la UE.

Los socialistas echamos de menos en la propuesta de la Comisión Europea una mayor atención a aspectos clave tales como la trazabilidad y la coherencia legislativa entre los sectores de la alimentación humana y animal, así como una memoria de impacto socioeconómico de las propuestas.

Tenemos, asimismo, reservas sobre la posibilidad real de implementación de esta normativa en el mercado único y sobre aspectos de índole jurídica; todo ello sin obviar que, al margen de dichas cuestiones jurídicas, hay un problema de percepción pública y de orden político.

Por todo ello, los socialistas votamos a favor de que la Comisión Europea retire la propuesta en los términos actuales y elabore otra mejorada que se haga eco de las deficiencias detectadas.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Con esta votación, los socialistas enviamos una señal clara a la Comisión Europea: el rechazo de la legislación propuesta, ya que esta tendría un impacto negativo sobre el sector agrícola de la UE.

Los socialistas echamos de menos en la propuesta de la Comisión Europea una mayor atención a aspectos clave tales como la trazabilidad y la coherencia legislativa entre los sectores de la alimentación humana y animal, así como una memoria de impacto socioeconómico de las propuestas.

Tenemos, asimismo, reservas sobre la posibilidad real de implementación de esta normativa en el mercado único y sobre aspectos de índole jurídica; todo ello sin obviar que, al margen de dichas cuestiones jurídicas, hay un problema de percepción pública y de orden político.

Por todo ello, los socialistas votamos a favor de que la Comisión Europea retire la propuesta en los términos actuales y elabore otra mejorada que se haga eco de las deficiencias detectadas.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Con questo voto come Parlamento abbiamo respinto una proposta della Commissione decisamente irricevibile, che avrebbe costituito un ostacolo rispetto al mercato interno e un notevole passo indietro rispetto alla situazione attuale, gettando nel caos consumatori e agricoltori. Anche dal punto di visto tecnico dobbiamo stigmatizzare in questo caso l'operato della Commissione, che non ha presentato alcuna valutazione di impatto o possibilità alternative. Per questi motivi ho votato a favore della presente relazione.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht „Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel“ gestimmt, da ich den Ansatz zur Zurückweisung des Kommissionsvorschlages unterstütze.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Verwendung von genetisch veränderten Lebensmitteln ist ein Bereich, der die Menschen berührt. Einzelstaatliche Lösungen stünden jedoch im Widerspruch zu den Prinzipien des freien Binnenmarkts. Grundsätzlich ist es wichtig, dass wir für gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel eine gemeinsame europäische Lösung finden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, given that the Commission proposal on the use of genetically modified food and feed raises serious questions with regard to the integrity of the single market and therefore has to be rejected. I grasp this opportunity to call on the Commission to live up to its commitment with regard to a comprehensive revision of the authorisation framework for GMOs in the EU and to put forward a new legislative proposal.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – Actualmente, existe un procedimiento europeo de autorización cuyo objetivo es garantizar que la comercialización de los OMG no representa un riesgo para la salud humana y animal ni para el medio ambiente. La legislación confía la responsabilidad de las evaluaciones científicas de los riesgos a la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA), en colaboración con los organismos científicos de los Estados miembros. Además, la regulación actual ya contiene disposiciones que permiten a los Estados miembros adoptar medidas de emergencia para impedir la comercialización y el uso de un OMG autorizado, cuando conste que el producto puede presentar un riesgo grave para la salud o el medio ambiente. Por tanto, creo que la legislación ya existente es

Mittwoch, 28. Oktober 2015

suficientemente garantista. Dar mayores posibilidades a los Estados miembros de ignorar la autorización europea supone abrir la puerta a crear obstáculos al libre comercio en el mercado interior.

Julie Girling (ECR), in writing. – Firstly, the Commission proposal disingenuously ignores the reality that the EU is reliant on imports of GM feed to sustain its livestock sector. The proposal could lead to farmers in some countries being denied access to affordable feed, which could in turn threaten their viability.

Secondly, the proposal undermines the fundamental principle of free movement of goods. With different rules across different Member States, how can we speak of a single market? The proposal fails to give any indications or reassurances of how opt-outs would be individually assessed and ultimately sanctioned if found to be contrary to free movement rules.

Thirdly, by allowing different national approaches, the proposal risks giving the impression that GMOs deemed safe by EFSA are in fact dangerous. This undermines science-based policymaking and exposes European citizens to scaremongering and irresponsible risk communication.

For these reasons, I voted to reject the Commission proposal. I did not support calls from colleagues for the Commission to draft a new proposal, or to refrain from authorising new GMO applications until a new proposal is adopted. Rather, I would prefer to see better implementation of the current rules which allow for authorisations on the basis of science-based, case-by-case assessment.

Sylvie Goddyn (ENF), par écrit. – La Commission européenne a proposé au Parlement que les États membres puissent interdire l'utilisation sur leur territoire d'un OGM dûment autorisé.

Cette proposition était a priori intéressante et ressemble pourtant fort au piège déjà tendu par la Commission en janvier concernant l'interdiction de la culture d'OGM.

Ainsi, sur les bases de cette nouvelle proposition, les États membres ne sont clairement pas souverains. Ils seraient simplement autorisés à demander l'interdiction de l'utilisation d'un OGM, et ce pour des motifs qui seraient «impérieux» et ne relèveraient ni de raisons sanitaires ni de raisons environnementales. La restriction de ces motifs a été dénoncée et amendée par notre groupe politique ENL.

En outre, le terme «utilisation» est juridiquement imprécis et aurait mérité d'être clarifié, conformément aux amendements déposés par notre groupe.

Le rapporteur du PPE, par ailleurs président de la commission ENVI, a simplement proposé le rejet de la proposition de la Commission. Rejeter sans condition était, bien entendu, insatisfaisant et inacceptable.

J'ai donc voté contre le projet soumis par M. La Via et contre la proposition de la Commission, et j'attends, comme de nombreux citoyens, que cette dernière soumette une proposition sérieuse pour protéger notre santé et notre environnement.

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de este informe para pedir a la Comisión que retire su propuesta, por ser imprecisa. Nuestro Grupo defiende la soberanía de los pueblos y, cómo no, también como resultante, defendemos nuestra soberanía alimentaria. Pero las inconsistencias en este informe vacían de contenido tal concepto. Compartimos que no pueden ser el mercado ni los intereses del agronegocio los que dictan las normas en una cuestión tan crucial como la seguridad alimentaria. Creemos que, ante la división de la opinión pública y la comunidad científica en un tema tan sensible como este, lo más conveniente sería dar libertad a cada país para que se autoregule, pero definiendo previamente qué se considera «uso», por poner un ejemplo, así como otras especificaciones que no vienen detalladas en el informe de la Comisión. Desde este Grupo, apostaremos, por lo tanto, por que no se ponga ninguna traba a la libertad de los Estados miembros para mantener sus diferentes legislaciones —unas más permisivas, otras más restrictivas— sobre alimentos transgénicos, pero desde un proceso legislativo más democrático en el que el Parlamento Europeo tenga una mayor participación que la que hasta el momento se le ha otorgado en dicho informe.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Beata Gosiewska (ECR), na piśmie. – Głosowałam przeciwko sprawozdaniu w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady zmieniającego rozporządzenie (WE) nr 1829/2003 w odniesieniu do umożliwienia państwom członkowskim ograniczenia lub zakazu stosowania genetycznie zmodyfikowanej żywności i paszy na swoim terytorium. Uważam, że odrzucenie propozycji Komisji nie jest wystarczające. Rozporządzenie w obecnym kształcie nie jest idealne i wymaga większej precyzji szczególnie w zakresie definicji, aby zapewnić jego skuteczną implementację i pewność prawną. Jednakże odrzucenie tej propozycji nie jest dobrym rozwiązaniem, ponieważ w kwestii tak ważnej dla zdrowia publicznego konieczne jest jak najszybsze podjęcie działań. Obecny porządek prawny pozwala Komisji Europejskiej autoryzować produkt po uzyskaniu pozytywnej opinii Europejskiego Urzędu ds. Bezpieczeństwa Żywności, ponieważ państwa członkowskie w stałym Komitecie nie są w stanie zająć stanowiska kwalifikowaną większością.

Jako posłanka z Polski, gdzie większość obywateli sprzeciwia się wprowadzaniu do obrotu organizmów genetycznie zmodyfikowanych, uważam, że obecne przepisy nie są satysfakcjonujące i muszą ulec zmianie.

Nathalie Griesbeck (ALDE), par écrit. – Le Parlement européen a rejeté, mercredi 28 octobre, une proposition législative de la Commission européenne qui visait à permettre aux États de l'Union européenne de restreindre (ou pas) la vente et l'utilisation des denrées alimentaires contenant des OGM sur leur territoire. Je me félicite de ce rejet ferme de la part du Parlement européen: cela fait plusieurs fois que le Parlement dit fermement à la Commission que nous sommes contre les OGM et contre un «système à la carte» qui permettrait aux États d'autoriser ou non les OGM sur leur territoire. C'est une position forte et récurrente de notre Assemblée, qui dit clairement NON aux OGM tant que leur innocuité n'aura pas été démontrée. Nous avons donc renvoyé ce dossier devant la Commission européenne pour qu'elle «revoit sa copie».

Theresa Griffin (S&D), in writing. – I, along with my fellow Labour MEPs, voted in favour of this report. The current proposal from the Commission raises serious questions with regards to the integrity of the single market. For this reason the EPLP supports this motion to reject the Commission proposal. We also argue for the Commission to live up to a promise made by President Juncker to comprehensively revise the authorisation framework for the GMOs in the EU and to put forward a new legislative proposal.

Françoise Grossetête (PPE), par écrit. – J'ai soutenu ce rapport, qui rejette la proposition de la Commission européenne. Après l'instauration d'un système à deux vitesses pour les autorisations de culture OGM, qui menace de créer une réelle distorsion de concurrence entre nos agriculteurs, voilà que la Commission récidive avec les autorisations de commercialisation. La renationalisation des procédures d'autorisation mettrait à mal la cohésion du marché unique. Pour fuir un débat difficile, nous aurions ainsi mis en place un système complètement illisible. Que l'on soit pour ou contre les OGM, je trouve d'ailleurs regrettable que le débat soit totalement idéologisé, au détriment de la science et d'une réelle évaluation des risques.

Sylvie Guillaume (S&D), par écrit. – La proposition de réforme de la procédure d'autorisation d'importation des OGM de la Commission européenne n'était pas acceptable. Il est donc normal qu'elle ait été rejetée par le Parlement. Ce projet législatif aurait permis à tout État membre de l'UE de restreindre ou d'interdire sur son territoire la vente et l'utilisation de denrées alimentaires ou d'aliments pour animaux contenant des OGM. Il était à la fois incohérent, impraticable et inconséquent. Incohérent, car il allait donc à l'encontre de l'idée de libre circulation des produits et tournait le dos à l'ensemble de nos politiques visant à réaliser un marché unifié. Impraticable, car un retour des contrôles aux frontières aurait certainement été très difficile à mettre en place concrètement et sans doute contesté par la Cour de justice de l'Union européenne et par les instances de l'OMC. Inconséquent, car nous devons faire des choix affirmés sur la question des OGM. Pour ma part, avec les élus de mon groupe, je milite de façon résolue contre la culture et l'utilisation des OGM. Les OGM symbolisent à la fois l'agriculture productiviste et le non-respect du principe de précaution. Notre agriculture, notre alimentation, notre développement économique doivent prendre une direction toute différente.

Antanas Guoga (ALDE), in writing. – I voted for the report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EC) No 1829/2003 as regards the possibility for the Member States to restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed on their territory because this legislative act sets out an authorisation procedures to ensure, via a scientific risk assessment, that the placing on the market of the products concerned will not pose a risk to human or animal health or to the environment. Every authorisation for placing a product on the market must be duly justified, and the main ground on which such justification can rely is scientific assessment.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Con esta votación, los socialistas enviamos una señal clara a la Comisión Europea: el rechazo de la legislación propuesta, ya que esta tendría un impacto negativo sobre el sector agrícola de la UE.

Los socialistas echamos de menos en la propuesta de la Comisión Europea una mayor atención a aspectos clave tales como la trazabilidad y la coherencia legislativa entre los sectores de la alimentación humana y animal, así como una memoria de impacto socioeconómico de las propuestas.

Tenemos, asimismo, reservas sobre la posibilidad real de implementación de esta normativa en el mercado único y sobre aspectos de índole jurídica; todo ello sin obviar que, al margen de dichas cuestiones jurídicas, hay un problema de percepción pública y de orden político.

Por todo ello, los socialistas votamos a favor de que la Comisión Europea retire la propuesta en los términos actuales y elabore otra mejorada que se haga eco de las deficiencias detectadas.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A GMO-val kapcsolatos általános magyar álláspont mindenki számára ismert. Magyarország Alaptörvényében rögzítette az ország GMO-mentességét és ennek megfelelően aktív szerepet játszott a köztermesztés korlátozására vonatkozó javaslat tárgyalásai során.

A Bizottság előttünk fekvő új javaslata összhangban áll Magyarország GMO-mentes politikájával, hiszen lehetőséget biztosítana a tagállamok számára a génmódosított élelmiszerek és takarmányok felhasználásának saját területükön történő megtiltására.

Éppen ezért a nyilvánvaló hibák és hiányosságok ellenére sem szabad elutasítani az Európai Bizottság javaslatát, hanem konstruktív szellemben folytatni kell a tárgyalásokat. A köztermesztés-tiltási jogszabály megszületésének is az együttműködői megközelítés volt az alapja, ez a hozzáállás segítette át a feleket az 5 évig tartó jogalkotási folyamat nehéz szakaszain. Ha esélyt sem adunk az érdemi tárgyalásnak a mostani javaslat kapcsán, akkor lehet, hogy olyan lehetőséget szalasztunk el, amit nem követ újabb. Mindezek alapján a szavazás során nem támogattam La Via képviselő úr jelentését.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose not to support this report on the practical grounds that the proposal would be almost impossible to implement because border controls no longer exist within the EU agricultural sector and would therefore reverse the economic achievements of the European Customs Union and the Single Market. Today the EU remains highly dependent on GM imports to feed livestock, where 75% of its animal feed and over 90% of compound feed imports contains GMO materials. To ban such imports would severely endanger livestock production within the EU.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of the proposal for a revision of the current regulation on the authorisation system for GM food and feed. We believe that each Member State should have the power to opt out and to decide whether to restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed on its own territory.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A GMO-val kapcsolatos általános magyar álláspont mindenki számára ismert. Magyarország Alaptörvényében rögzítette az ország GMO-mentességét és ennek megfelelően aktív szerepet játszott a köztermesztés korlátozására vonatkozó javaslat tárgyalásai során. A Bizottság előttünk fekvő új javaslata összhangban áll Magyarország GMO-mentes politikájával, hiszen lehetőséget biztosítana a tagállamok számára a génmódosított élelmiszerek és takarmányok felhasználásának saját területükön történő megtiltására.

Éppen ezért a nyilvánvaló hibák és hiányosságok ellenére sem szabad elutasítani az Európai Bizottság javaslatát, hanem konstruktív szellemben folytatni kell a tárgyalásokat. Az együttműködő megközelítés volt az alapja a köztermesztés-tiltási jogszabály megszületésének is. Ez a hozzáállás segítette át a feleket az 5 évig tartó jogalkotási folyamat nehéz szakaszain. Ha esélyt sem adunk az érdemi tárgyalásnak a mostani javaslat kapcsán, akkor lehet, hogy olyan esélyt szalasztunk el, amit nem követ újabb. Mindezek alapján a szavazás során nem támogattam La Via képviselő úr jelentését a javaslat elutasítására.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EZ) br. 1829/2003 u pogledu mogućnosti država članica da ograniče ili zabrane uporabu genetski modificirane hrane i hrane za životinje na svojem državnom području, jer se time odbija prijedlog Europske komisije. Smatram da prijedlog ne rješava probleme u okviru trenutnog sustava autorizacije i vodi potencijalnoj fragmentaciji unutarnjeg tržišta.

Povrh toga, teško je implementirati navedeni prijedlog obzirom da granične kontrole više ne postoje u europskom poljoprivrednom sektoru. Podržavam, stoga, pozivanje Komisije da predloži novi i usavršeni zakonodavni prijedlog. Obzirom na kontroverznost genetski modificirane hrane i važnosti poljoprivrednog sektora, nužno je da prijedlog Komisije bude kvalitetnije razrađen, u skladu s pravnim tekstovima EU-a te da u potpunosti poštuje načela jedinstvenog tržišta.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Notre position sur ce dossier reste le même: la prétendue liberté des États membres est un leurre, les lois du marché intérieur et la dynamique d'intégration sont toujours prioritaires pour la Commission.

À titre d'exemple, les conditions imposées pour la suspension de l'utilisation de tels produits sont drastiques et réduisent à néant les possibilités pour les États membres de se protéger.

Mireille d'Ornano a déposé, au nom du groupe ENL, des amendements pour le remplacement du terme «utilisation» par «mise sur le marché», qui s'avère plus large et plus adapté.

J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing.* – Today my colleagues and I voted in favour of the proposal for a revision of the current regulation on the authorisation system for GM food and feed. We believe that each Member State should have the power to opt out and to decide whether to restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed on its own territory.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de la motion de rejet proposée par mon collègue Giovanni La Via concernant la proposition de la Commission sur l'utilisation de denrées alimentaires et d'aliments pour animaux génétiquement modifiés. Cette proposition de la Commission visait en effet à renationaliser la procédure d'autorisation de commercialisation des produits OGM, en affaiblissant le rôle et l'évaluation scientifique commune de l'Autorité européenne de sécurité des aliments.

La motion de rejet a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *in writing.* – In the proposal by the Commission, Member States are allowed to restrict/prohibit (under certain conditions) the use of genetically modified food and feed on their territory after these products have been authorised; but such measures need to be compatible with the internal-market and the EU's international obligations (WTO).

All groups in the Chamber decided to reject this proposal based on the following reasons:

1. Lack of an Impact Assessment;
2. Non-real democratisation of the authorisation procedure;
3. Problematic implementation due to the ban in 'use' instead of ban in 'placing on the market';
4. Compatibility of measures taken by Member States with the Internal Market and WTO, (legal uncertainty & risk for the competitiveness of the EU agricultural sector).

EH Bildu is politically against GMOs, but in our opinion a more important reason needs to be underlined: MS can only restrict/prohibit GMOs and GM food and feed on the basis of compelling grounds compatible with Union law, not related to risks to human and animal health, and to the environment. And this is key.

Hence EH Bildu has voted against the Commission proposal; but in favour of the legislative resolution.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Je me suis opposé à la proposition de la Commission qui tendait à retirer à l'Europe le droit de légiférer sur les organismes génétiquement modifiés (OGM). Cela entraînait de facto un transfert de ces droits d'autorisation de l'Union vers les États membres et donc une mise à mal de la cohésion du marché unique.

Sandra Kalniete (PPE), *in writing*. – I supported the rejection of the European Commission's proposal for national bans on genetically-modified foodstuff and feedstuff due to the serious concerns about the far-reaching consequences for the functioning of the internal market for GM food and feed and for the competitiveness of the agricultural sector. In practical terms this proposal would be close to impossible to implement because it fails to ensure the necessary legal certainty and adequate tools for Member States and border controls no longer exist within the EU agricultural sector. For food and feed import we cannot apply the same logic as for the new legislation to opt-out of authorisations for cultivating GMOs.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Mitgliedstaaten sollen selbst entscheiden dürfen, ob sie genetisch veränderte Lebensmittel in den Verkehr bringen wollen. Dies ist ein von der ENF eingebrachter Vorschlag, der sich in diesem Bericht wiederfindet. Die Einführung von genmodifizierten Lebensmitteln darf nicht in Brüssel entschieden werden, sondern muss ein Vorrecht der einzelnen Mitgliedstaaten bleiben. Nur so können die jeweiligen Regierungen sicherstellen, dass die Rechte ihrer Bürger geschützt bleiben. Die Diversität der Europäischen Völker und ihrer individuellen Wünsche was z. B. Konsumentenschutz, Lebensmittelqualität, Lebensmittelverarbeitung usw. betrifft, ist keine Angelegenheit, welche grenzübergreifend geregelt werden sollte. Daher stimme ich für diesen Bericht.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā es balsoju pret Eiropas Komisijas (EK) priekšlikumu, kas groza regulu attiecībā uz iespēju, ka dalībvalstis var ierobežot vai aizliegt ģenētiski modificētas pārtikas un barības lietošanu savā teritorijā. Uzskatu, ka ģenētiski modificētas pārtikas ieviešana ir pāragrs solis, jo joprojām nav pilnībā skaidra šo produktu ietekme uz cilvēka veselību un apkārtējo vidi. Es atbalstu katras dalībvalsts subsidiaritāti šajā jautājumā, proti, mēs drīkstam izvēlēties, ko ražojam un kādus procesus izmantojam ražošanas gaitā, bet pašreizējais EK priekšlikums nav apmierinošs, jo nerada nekādu skaidrību par to, kā katra dalībvalsts spētu nodrošināt aizliegumus praksē, tādējādi apdraudot Eiropas Savienības pamatvērtības — brīvu cilvēku, preču un pakalpojumu kustību ES un vienotu iekšējo tirgu, kas ir viens no Eiropas Savienības galvenajiem mērķiem un stūrakmeņiem. Šāda priekšlikuma atbalstīšana varētu novest pat pie robežkontrolēm, kas būtu ne tikai solis, bet vesels maratons atpakaļ. Tāpēc uzskatu, ka EK ir jādara savs darbs rūpīgāk, analizējot sekas priekšlikumiem, beigās piedāvājot to, kas patiesi būtu adekvāts risinājums attiecīgajam jautājumam.

Rikke Karlsson (ECR), *par écrit*. – Le président de la Commission, M. Juncker, s'était engagé à réformer le processus d'évaluation des OGM afin qu'il soit enfin sérieux et efficace. Il ne l'a pas fait. En tout état de cause, la gestion du risque sanitaire doit relever de la souveraineté des États et d'eux seuls. La Commission européenne et l'EFSA sont par nature trop perméables à l'influence de la riche industrie agrochimique mondiale, notamment les producteurs d'organismes génétiquement modifiés et autres empoisonneurs du monde. Je me bats contre le droit à produire et à vendre tout, sans limite et sans précaution. À l'instar des désastres causés par les pesticides, la nocivité des OGM a été maintes fois démontrée par de courageux chercheurs indépendants à travers le monde. Oui, il faut exiger l'interdiction du commerce et de la culture en plein champ des OGM, sans quoi ils seront disséminés partout dans notre environnement et la chaîne alimentaire. Sous la pression des citoyens, les gouvernements nationaux peuvent et doivent empêcher cette mainmise scandaleuse des propriétaires de brevets et autres «producteurs» de vivant sur la nature et sur notre santé.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Oggi abbiamo rigettato la proposta della Commissione europea relativa all'uso di alimenti e mangimi geneticamente modificati dando un segnale forte su un tema che ha suscitato un acceso dibattito nell'opinione pubblica, principalmente sulle possibili conseguenze per la salute umana. Contro tale proposta della Commissione europea, la commissione ENVI si era già espressa a gran voce. Nel corso di questi mesi ho più volte manifestato serie preoccupazioni per quanto concerne la mancanza di una valutazione d'impatto, la compatibilità delle misure adottate dagli Stati membri con il mercato interno, nonché sulla praticabilità della proposta. Credo, infatti, che la proposta possa incidere negativamente sull'agricoltura nell'UE, posto che l'UE è tuttora fortemente dipendente dall'approvvigionamento di proteine provenienti da fonti geneticamente modificate, e considerando che la proposta è suscettibile di provocare un effetto negativo indiretto sulle importazioni. Infine, non possiamo pensare di avere un mercato interno a macchia di leopardo, dopo tutti gli sforzi che ci hanno consentito negli anni di eliminare le barriere all'interno dell'Ue per garantire un mercato unico.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Forte d'un premier succès sur la culture des OGM qui permet désormais aux États de choisir s'ils veulent ou non les cultiver sur leurs territoires, alors qu'auparavant, ils devaient demander une autorisation de la majorité des États, la Commission a voulu réitérer cette manœuvre pour favoriser l'importation d'aliments à base d'OGM au sein de l'Union.

Le texte qu'elle nous soumet visait donc à permettre aux États de décider seuls s'ils autorisent ces importations sans l'accord de la majorité d'entre eux. Ainsi, avec pour objectif de faciliter les négociations commerciales en cours avec les États-Unis – ce qui constitue une de ses priorités –, la Commission a, une nouvelle fois, tenté de saborder le front européen contre les organismes génétiquement modifiés, en permettant leur entrée sur le territoire européen.

J'ai bien évidemment voté contre ce texte afin de refuser toute facilitation de l'importation d'OGM et continue de m'opposer à leur production sur le territoire européen.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution législative sur l'utilisation de denrées alimentaires et d'aliments pour animaux génétiquement modifiés. Le groupe Europe des nations et des libertés avait déposé neuf amendements visant à remplacer le terme «utilisation» par «mise sur le marché», à améliorer le recours au principe de précaution et à donner une vraie liberté aux États membres. Je ne peux que regretter que la proposition du rapporteur, M. La Via, de rejeter la proposition de la Commission ait été adoptée.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El texto presentado por la Comisión Europea en virtud del cual, en teoría, se da la posibilidad a los Estados Miembro de restringir o prohibir el uso de alimentos y piensos modificados genéticamente en su territorio es en realidad un documento ambiguo en el que dicha prohibición o restricción se llevaría a cabo bajo unos condicionantes que, *de facto*, hacen imposible su aplicación.

Por ejemplo, un Estado miembro que quisiese restringir o prohibir el uso de transgénicos en su territorio tendría que alegar motivos diferentes a los vinculados a riesgos para la salud humana, animal o para el medio ambiente; tampoco podría alegar motivos científicos, ni motivos que no estén «debidamente fundamentados» y basados en razones «imperiosas» y que, a su vez, conlleven medidas proporcionales y no discriminatorias. Para más inri, la propuesta de la Comisión presenta otros problemas de implementación, por ejemplo la ambigüedad del concepto de «uso».

Por todo ello, he votado a favor de la propuesta del Parlamento de pedirle a la Comisión que retire su propuesta y presente una nueva.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Jednym z najważniejszych problemów, przed jakim stanęła Wspólnota Europejska po zakończeniu drugiej wojny światowej, był problem głodu. Produkcja żywności oraz pasz odpornych na szkodniki, które nie ulegają szybkiemu zepsuciu oraz posiadają oczekiwaną barwę, było zadaniem priorytetowym.

Należy jasno wskazać, jakie skutki dla zdrowia i życia ludzkiego ma żywność i pasza modyfikowana genetycznie. Nie istnieją wiarygodne badania, które by odpowiadały na pytanie, czy żywność a także pasze modyfikowane genetycznie wpływają pozytywnie na zdrowie oraz życie ludzkie, czy też wręcz przeciwnie. Część przeciwników wskazuje, iż mogą one powodować wyginiecie pszczoł, rozwój chwastów trudniejszych do wyeliminowania, zwiększenie odnotowywania alergii czy wreszcie zwiększenie chorób przede wszystkim układu pokarmowego. Należy uwzględnić wolę osób, które nie chcą spożywać żywności modyfikowanej genetycznie. Z tego powodu taka żywność powinna być właściwie oznaczona, aby konsument świadomie podejmował decyzje. Moim zdaniem instytucje unijne powinny bardziej postawić na promowanie żywności pochodzącej z upraw ekologicznych.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Na obecnym etapie wiedzy należałoby raczej podchodzić ostrożnie do tematu modyfikowanych genetycznie żywności oraz pasz. W Unii Europejskiej marnuje się prawie połowa jedzenia, w większości w gospodarstwach domowych, dlatego należy pomyśleć o kampanii informacyjnej, która miałaby na celu zwiększenie świadomości konsumentów w tym aspekcie. Wobec powyższego głosowałam za odrzuceniem propozycji Komisji.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Cilj Direktive 2001/18/EC i Uredbe (EZ) br. 1829/2003 je izrada sveobuhvatnog pravnog okvira za izdavanje odobrenja za stavljanje na tržište genetski modificiranih organizama (GMO) i genetski modificirane hrane. Svrha je sigurnost građana Unije i sigurnost i kvaliteta hrane za ljude i životinje. Važno je uspostaviti centralizirani postupak kako bi vrijedila univerzalna pravila te ovlastiti Komisiju za donošenje odluka o odbijanju ili odobravanju zahtjeva.

Ukoliko je GMO ili GM hrana u skladu s navedenom Direktivom i Uredbom, država članica može zabraniti, ograničiti ili spriječiti njihov slobodan protok jedino uz uvjerljivo obrazložene argumente. Procjene rizika na zdravlje ljudi i okoliš također su određeni Uredbom.

Podržala sam izvješće zastupnika Giovannija La Vie jer nam je potreban ujednačen i detaljno razrađen pravni sustav koji će zaštititi naše građane, kvalitetu hrane i standarde Unije. U Hrvatskoj još ne postoje proizvođači GMO sjemena, a hrana se redovito kontrolira na prisutnost GMO-a od 2007. godine.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne.* – Navrhované nariadenie sa z dôvodu už existujúcej úpravy, ktorá obsahuje aj potrebné opatrenia členských štátov a Komisie v oblasti GMO, javí ako zmätočné a mohlo by byť dôvodom právnej neistoty.

Pôvodné nariadenie (ES) č. 1829/2003 zaviedlo v tejto oblasti istý systém. Upravuje používanie a povoľovanie konanie GMO na trhoch členských štátov tak, aby to nepredstavovalo riziko pre zdravie ľudí, zvierat ani pre životné prostredie. Zohľadňuje sa v ňom postavenie EÚ ako najväčšieho dovozcu poľnohospodárskych produktov. Umiestneniu GMO na trh však predchádza vedecké posúdenie rizík, pričom zodpovednosť za toto vedecké posúdenie rizík nesie Európsky úrad pre bezpečnosť potravín (EFSA) v spolupráci s vedeckými subjektmi členských štátov.

Toto nariadenie upravuje aj opatrenia, ktoré môžu členské štáty alebo Komisia prijať proti umiestneniu alebo používaniu GMO, ak produkt pravdepodobne predstavuje riziko pre zdravie a život. Takisto v marci 2015 bola prijatá smernica Európskeho parlamentu a Rady (EÚ), ktorá umožňuje členským štátom obmedziť alebo zakázať pestovanie geneticky modifikovaných organizmov na svojom území.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς.* – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1829/2003 όσον αφορά τη δυνατότητα των κρατών μελών να περιορίζουν ή να απαγορεύουν τη χρήση γενετικώς τροποποιημένων τροφίμων και ζωοτροφών στην επικράτειά τους, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 28/10/2015.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – J'ai voté contre. Notre position reste la même, comme pour tous les votes précédents sur les OGM: nous nous y opposons formellement. Comme nous ne cessons de le répéter, la prétendue liberté des États membres est un leurre, les lois du marché intérieur et la dynamique d'intégration sont toujours prioritaires pour la Commission. Nous nous y opposons.

David Martin (S&D), *in writing.* – I voted against this proposal. By stating that Member States must provide 'compelling reasons' to justify their opt-out while respecting the Internal Market and WTO trade rules, the proposal fails to ensure the necessary legal certainty and adequate tools for Member States that wish to lawfully restrict or prohibit the use of GM food and feed on their territory. Likewise, the Commission has, to the detriment of legal certainty, not provided any definition of the term 'use' in its proposal.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto.* – Il 22 aprile 2015 la Commissione ha adottato una proposta di revisione del regolamento sugli organismi geneticamente modificati concernente la possibilità per gli Stati membri di limitare o vietare l'uso di alimenti e mangimi geneticamente modificati sul loro territorio. Considerando che l'Unione Europea dipende dall'approvvigionamento di proteine provenienti da fonti geneticamente modificate, considerando che la proposta è suscettibile di provocare un effetto negativo indiretto sulle importazioni, considerando che i controlli alle frontiere non esistono più nel settore agricolo dell'UE e la loro reintroduzione equivarrebbe a cancellare le conquiste economiche dell'Unione doganale europea e del mercato unico, ed inoltre considerando che la proposta non garantisce la necessaria certezza giuridica e gli strumenti adeguati agli Stati membri che intendono legittimamente limitare o vietare l'uso di alimenti e mangimi geneticamente modificati sul loro territorio, ho votato a favore della proposta di regolamento del

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Parlamento europeo e del Consiglio che modifica il regolamento (CE) n. 1829/2003.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Il 22 aprile 2015 la Commissione ha presentato una proposta modificativa del regolamento (CE) n. 1829/2003 relativa alla possibilità per gli Stati membri di adottare misure che limitano o vietano, a determinate condizioni, l'impiego sul proprio territorio di OGM e di alimenti o mangimi geneticamente modificati autorizzati («opt-out»). Tale proposta non sembra essere preceduta da un'attenta valutazione di tutte le possibili conseguenze sulla competitività del settore agricolo dell'Unione. Considerando che l'UE è tuttora dipendente dall'approvvigionamento di proteine provenienti da fonti geneticamente modificate, tale proposta potrebbe incidere negativamente sulle importazioni e sull'agricoltura nell'UE. Pertanto voto a favore della relazione del collega La Via, volta a respingere la proposta della Commissione.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Ob ein Mitgliedstaat genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel zulässt, muss dieser für sich selbst entscheiden. Ich lehne die Verwendung von genetisch veränderten Lebens- und Futtermitteln ab, daher findet dieser Bericht nicht meine Unterstützung.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I rejected the Commission proposal, as it could have negatively impacted on the EU livestock sector which requires the importation of GM protein for feed. The ban provided for in this proposal would also have the potential to break up the single market and result in distortion of competition between Member States.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Dans sa proposition, la Commission suggère de permettre aux États membres de restreindre ou d'interdire, sous de strictes conditions, l'utilisation des denrées alimentaires et des aliments pour animaux génétiquement modifiés sur leur territoire après que ces produits ont été autorisés («option de retrait»). La Commission aurait pu aller plus loin et interdire tout bonnement ces produits, surtout quand on sait que les OGM mis sur le marché européen sont frauduleux et ne correspondent pas aux déclarations. Cette décision sera de toute façon difficilement applicable par les États membres par manque de contrôle.

Le rapporteur s'oppose à cette proposition, car «l'Union demeure fortement dépendante de l'approvisionnement en protéines génétiquement modifiées». En effet, en France, 80 % des animaux d'élevage sont nourris aux OGM, ils représentent 80 % des aliments utilisés dans l'élevage: raison de plus pour les interdire! Au contraire du rapporteur, qui soutient «que la proposition pourrait avoir des incidences néfastes sur l'agriculture dans l'Union», je déclare que l'avenir de l'agriculture européenne repose sur l'élevage 100 % sans OGM.

Je vote pour ce rapport qui a pour seul mérite de souligner la nullité de la proposition de la Commission.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A proposta de regulamento sobre a utilização de géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados afigura-se de extrema importância, uma vez que está em causa a segurança alimentar. Votei favoravelmente a rejeição da proposta da Comissão. Partilho da posição do relator quanto às preocupações manifestadas no que se refere às consequências inevitáveis para o funcionamento do mercado interno quer dos produtos alimentares, quer dos produtos para animais. Insto para que exista um debate aprofundado sobre a matéria, sobre as consequências e os riscos associados.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this resolution rejecting the Commission's proposal regarding an 'opt-out mechanism' in respect of the use of genetically modified food and feed, as it would ultimately threaten the coherence of the single market.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je salue le rejet par le Parlement européen de la proposition de la Commission qui prévoyait la possibilité pour les États membres de restreindre ou d'interdire l'utilisation de denrées alimentaires et d'aliments pour animaux génétiquement modifiés après qu'ils ont été autorisés. En raison de sérieux doutes quant à, entre autres, la praticabilité de la mesure et sa compatibilité avec les règles du marché intérieur et celles de l'OMC, je rejoins la large majorité de députés qui a préféré rejeter le texte. La proposition de la Commission aurait en effet risqué de mener à une fragmentation entre les États membres, minant de la sorte le fonctionnement du marché intérieur.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Hoci v prípade používania geneticky modifikovaných potravín a krmív je opatrnosť namieste hlavne preto, lebo dodnes nevieme s presnosťou povedať, či to pre ľudstvo bude mať len prínos. Treba povedať, že Európska únia má najprísnejšiu reguláciu geneticky modifikovaných potravín na svete. Zavádzať teda nariadenia o možnosti členských štátov obmedziť alebo zakázať používanie geneticky modifikovaných potravín a krmív na svojom území je zbytočným krokom. O to viac, že ani doteraz platné podmienky o možnostiach udelenia výnimky neboli nikdy splnené. Na bezpečnostnú klauzulu sa odvolali štáty doteraz v deviatich prípadoch, no vo všetkých týchto prípadoch bolo vedeckými výbormi EÚ zistené, že neboli dôvody, ktoré by oprávňovali na zmenu pôvodného rozhodnutia o povolení. Navyše je takmer nemožné predložené nariadenie vykonať, keďže v rámci poľnohospodárskeho sektora EÚ už neexistujú hraničné kontroly. Opätovné zavedenie takýchto kontrol medzi členskými štátmi by zvrátilo hospodárske úspechy európskej colnej únie a jednotného trhu. Okrem toho si treba uvedomiť závislosť živočíšnej produkcie Únie na geneticky modifikovaných krmivách. Prijatie nariadenia by totiž mohlo mať za následok zníženie produkcie v EÚ, a teda nutnosť dovozu z krajín, ktoré majú nižšie štandardy živočíšnej výroby než Únia.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I expressed strong concerns with regard to the Commission approach on an opt-out option for the use of genetically modified food and feed. In my opinion the practical implementation of such a process and its administrative burden are still not clear due to the non-existence of an impact assessment, the incompatibility of Member State opt-out measures with internal market and WTO rules, the failure to ensure legal certainty and the question of the proposal's 'implementability' in general. Last but not least, this option could be misleading for both the consumer and the relevant industries. Therefore, I supported the rapporteur's approach in rejecting the Commission proposal.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – A clear vote upholding the European Single Market and the principles of rules-based international trade.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság 2015. április 22-én európai parlamenti és tanácsi rendelet megalkotására tett javaslatot, amely a tagállamok számára a géntechnológiával módosított élelmiszerek és takarmányok területükön való felhasználásának korlátozására, illetve megtiltására biztosított lehetőség tekintetében módosítaná az 1829/2003/EK rendeletet. A belga képviselőház, a spanyol parlament, a holland alsóház és az osztrák szövetségi tanács álláspontja szerint a tervezet nem egyeztethető össze a szubszidiaritás elvével. A Parlament Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottsága jelentésében rámutat, hogy a javaslat súlyosan veszélyeztetheti az állattenyésztést és hátrányosan érintheti az uniós mezőgazdaságot. Ezen túlmenően kifejti, a javaslat csaknem végrehajthatatlan, mivel az uniós mezőgazdasági ágazaton belül már nincs határellenőrzés. Mindezekre tekintettel a bizottsági javaslat elutasítását ajánlotta a Parlamentnek. A parlamenti szakbizottság javaslatával összhangban szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A presente proposta apresentada pela Comissão refere-se à possibilidade de os Estados-Membros limitarem ou proibirem a utilização de géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados no seu território, em certas circunstâncias, depois desses produtos serem autorizados («opt-out»).

A aprovação desta proposta teria um impacto negativo em diversos domínios, nomeadamente, no setor agrícola europeu, em que há livre circulação e não existe controlo de fronteiras, sendo também afetada a economia do setor no âmbito do Mercado Interno e nas próprias regras da OMC para o comércio. Está em causa a competitividade do setor agrícola, estando a União Europeia dependente do fornecimento de proteínas geneticamente modificadas, constituindo uma regressão nos progressos económicos alcançados até à atualidade.

Nesta sequência, sou contra a aprovação desta proposta, pois irá afetar a regulação económica e afetar a segurança jurídica do setor agrícola europeu, tendo igualmente implicações nas relações económicas com países terceiros.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport La Via concerne l'utilisation de denrées alimentaires et d'aliments pour animaux génétiquement modifiés. La proposition de la Commission a réussi le tour de force de faire l'unanimité de tous les groupes politiques contre elle. En effet, la prétendue liberté des États membres sur la question est un leurre, puisque les principes du marché intérieur et de l'intégration européenne sont mis sur un piédestal.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

La période pendant laquelle les États membres doivent s'abstenir d'agir pour que la Commission examine la requête, l'évaluation du risque par l'échelon européen, ainsi que les motifs impérieux devant justifier la décision des États membres sont révélateurs d'un régime de liberté très limitée pour les États membres sur cette question cruciale.

J'ai voté contre ce texte, puisque la proposition du rapporteur était celle d'un rejet avec demande de nouvelle proposition sans conditions.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la commercialisation et à l'utilisation des aliments OGM pour les animaux. Quelques mois après l'adoption de nouvelles règles concernant la mise en culture des OGM, il s'agissait de rejeter la proposition de la Commission qui aurait abouti à nationaliser de nouveau la procédure d'autorisation dans ce domaine et à affaiblir le rôle de l'Autorité européenne de sécurité des aliments en matière d'évaluation scientifique commune. Ce vote permet de soutenir le marché unique, dont la consolidation est plus que jamais nécessaire.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accolgo con favore la relazione a causa delle serie preoccupazioni che nutro nei confronti della proposta della Commissione europea. La nuova regolamentazione, aumentando la discrezionalità degli Stati membri sull'utilizzo in campo agricolo e commerciale degli OGM, solleva grandi dubbi sulla sua effettiva applicabilità e sulla sua conformità alle norme che regolano il mercato unico. L'introduzione di diversi regolamenti diverge, infatti, dalla necessità di una maggiore integrazione e metterebbe a rischio l'interconnessione fra le diverse catene di produzione alimentare. In ugual modo, il provvedimento potrebbe negare uno dei principi fondatori del mercato unico: la libera circolazione dei beni. La mancanza di frontiere solleva, inoltre, grandi dubbi sui controlli che regolerebbero l'introduzione dei prodotti OGM nei diversi mercati. La divisione del mercato unico causerebbe, anche, una minaccia agli equilibri competitivi. Il diverso accesso ai mangimi OGM, di cui il comparto agricolo europeo è fortemente dipendente, potrebbe, infatti, modificare la competitività di uno Stato membro rispetto ad un altro. Una disomogeneità dei diversi mercati potrebbe determinare un danno alle trattative commerciali internazionali, condotte unitariamente dalla CE. In campo agricolo, i negoziatori dovrebbero, infatti, rappresentare allo stesso tempo i diversi interessi dei paesi orientati all'utilizzo e alla commercializzazione di OGM e di quelli contrari.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Alapvetően támogatom azt a törekvést, hogy az egyes tagállamoknak legyen jogosultsága eldönteni, hogy határaitokon belül akarnak-e GMO tartalmú élelmiszereket és takarmányokat látni. Jelen esetben azonban mégis az Európai Bizottság javaslata ellen szavaztam. Olyan súlyos hiányosságok merültek fel ugyanis, melyek elfogadása csakis káoszhoz, illetve önkényes politikai döntésekhez vezethet. Nincs például hatásvizsgálat a tagállami döntések következményeiről, ráadásul a mostani formában gyakorlatilag kivitelezhetetlen javaslatról van szó, hiszen rendkívül nehézkes a mai légies határok Európájában megakadályozni a GMO tartalmú termények piacra kerülését, ha azok már valamely tagállamban forgalomban vannak. Elvárom az Európai Bizottságtól, hogy egy sokkal precízebben kidolgozott javaslatot tegyen le az asztalra.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report which rejects the Commission's proposal that Member States wishing lawfully to restrict or prohibit the use of GM food and feed on their territory must provide 'compelling reasons'.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro odmítnutí návrhu umožňujícího členským státům jednoranně omezit nebo zakázat používání na úrovni EU povolených geneticky modifikovaných potravin nebo krmiv na svém území. Měl jsem k tomuto postoji několik důvodů. Zaprvé by se jednalo o zavedení překážky, která by mohla vést k ohrožení vnitřního trhu, zadruhé by tento zákaz byl fakticky nevynutitelný, protože princip volného pohybu zboží v EU znamená neexistenci vnitřních hranic, a tedy i hraničních kontrol, za třetí by se jednalo o ohrožení rozvoje zemědělství, které je do značné míry závislé na dovozu geneticky modifikovaných krmiv, jako je sója. V neposlední řadě by právní nejasnost pojmu „používání“ měla za následek právní nejistotu dotčených subjektů. Platným argumentem pro mě není ani ochrana zdraví spotřebitelů, protože geneticky modifikované potraviny se na evropském trhu nevyskytují.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht über die Verwendung genetisch veränderter Lebensmittel wurde nicht um wichtige Punkte wie die Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten bezüglich der Einfuhr von veränderten Lebensmitteln ergänzt. Somit werden die Mitgliedstaaten in ihrer Kompetenz, über die Einfuhr von genetisch veränderten Lebensmitteln selbst zu entscheiden, weiter beschnitten. Ich habe gegen den Bericht gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui propose de rejeter la décision de la Commission permettant aux États membres de retirer de leur marché des produits alimentaires et des aliments destinés à la nutrition animale génétiquement modifiés. Par ses mesures, cette décision appelle à la renationalisation des politiques commerciales et de santé publique, remettant en cause la compétence européenne en matière de circulation des marchandises. De plus, «l'option de retrait» et le blocage de produits aux frontières sont techniquement irréalisables.

Par ce rejet, le Parlement européen invite la Commission à faire une proposition mieux construite en évaluant l'incidence des mesures sur le marché européen et en permettant la mise en place d'une situation pérenne pour régler une fois pour toute la question des OGM arrivant ou circulant sur le territoire de l'Union.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin Euroopa Komisjoni ettepaneku tagasilükkamist. Ettepaneku rakendamise muudab sisuliselt mittetäidetavaks see, et ELi sisepiiridel puudub tolli- ja piirikontroll. Kontrolli taastamine muudaks aga olematuks Euroopa tolliliidu ja ühtse turu majanduslikud ning poliitilised saavutused. Samuti teeb see väga keeruliseks vabakaubanduslepingute sõlmimise kolmandate riikidega.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Manau, kad yra tikslinga atmesti Komisijos pateiktą pasiūlymą.

Visų pirma, pateiktas pasiūlymas neatitinka geresnio reglamentavimo ir skaidrumo reikalavimų. Prieš pateikiant pasiūlymą nebuvo atliktas poveikio vertinimas bei tinkamai įvertinami pasiūlymo praktinio įgyvendinimo aspektai ir ypač jo atitikimas ES vidaus rinkos veikimo taisyklėms bei Pasaulio prekybos organizacijos laisvos prekybos principams.

Pažymėtina, kad pasiūlyme nėra nustatytos aiškios nuostatos, kuriomis vadovaujantis valstybės narės galėtų drausti ar riboti savo teritorijoje GMO maistą ir pašarus. Atsižvelgiant į tai darytina išvada, kad pasiūlymas būtų labai sunkiai įgyvendinamas. Be to, jis neigiamai paveiktų bendrąją vidaus rinką.

Atkreiptinas dėmesys į tai, kad rinkai neturi būti teikiama jokių naujų produktų, kurių sudėtyje yra genetiškai modifikuotų organizmų, kurie susideda arba yra pagaminti iš jų, ir neturi būti atnaujinami seni leidimai, kol iki galo nėra susitarta dėl naujo pasiūlymo.

Pier Antonio Panzeri (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione legislativa del Parlamento europeo sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che modifica il regolamento (CE) n. 1829/2003 per quanto concerne la possibilità per gli Stati membri di limitare o vietare l'uso di OGM sul loro territorio.

Innanzitutto temo che, in quanto il commercio di OGM supera le frontiere nazionali, il regolamento proposto dalla Commissione potrebbe dimostrarsi impossibile da fare rispettare poiché la reintroduzione di controlli alle frontiere tra i Paesi favorevoli e quelli contrari agli OGM sarebbe incompatibile con il mercato unico e l'unione doganale.

Inoltre, siccome l'adozione della proposta non è stata preceduta da una valutazione di tutte le possibili conseguenze e delle alternative disponibili, ritengo che la proposta sia in conflitto con gli impegni a favore del «miglioramento della regolamentazione» e della «trasparenza» assunti dalla nuova Commissione.

In ultimo, nutro seri timori per le conseguenze di vasta portata che la proposta potrebbe comportare per il funzionamento del mercato interno degli alimenti e dei mangimi e per competitività del settore agricolo. Poiché l'UE è fortemente dipendente dalle forniture di proteine provenienti da fonti OGM, la proposta potrebbe anche provocare effetti negativi indiretti sulle importazioni.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Το ΚΚΕ ψήφισε υπέρ της απόρριψης της πρότασης κανονισμού της Ευρωπαϊκής Επιτροπής για τους Γενετικά Τροποποιημένους Οργανισμούς, γιατί ο προτεινόμενος κανονισμός ουσιαστικά αποκλείει το δικαίωμα των κρατών μελών να απαγορεύουν στο έδαφός τους τη χρήση ΓΤΟ. Στο πλαίσιο της ΕΕ, βέβαια, η προστασία της υγείας και του περιβάλλοντος από τα μεταλλαγμένα είναι αδύνατη. Κι αυτό γιατί η ελευθερία κίνησης του κεφαλαίου που κατοχυρώνουν οι ευρωενωσιακές συνθήκες επιτρέπει ελεύθερα την εισαγωγή και εμπορία των μεταλλαγμένων σε όλα τα κράτη μέλη της ΕΕ. Η απόρριψη της πρότασης της Επιτροπής δεν πρέπει να εφησυχάζει τον λαό, γιατί είναι σίγουρο ότι τα ευρωενωσιακά όργανα θα επανέλθουν με νέα μέτρα προώθησης των ΓΤΟ, αφού αυτό επιβάλλουν τα συμφέροντα των μονοπωλίων στον σχετικό κλάδο, ιδίως ενόψει και των διαπραγματεύσεων ΕΕ-ΗΠΑ για τη σύναψη της ΤΤΙΡ. Το ΚΚΕ απαιτεί την πλήρη απαγόρευση της εισαγωγής, εμπορίας και κάθε χρήσης (συμπεριλαμβανομένης της γεωργικής) ΓΤΟ, που δεν μπορεί να εξασφαλιστεί υπό το καθεστώς της κυριαρχίας των μονοπωλίων. Προϋποθέτει τον λαό στην εξουσία και ιδιοκτητή των συγκεντρωμένων μέσων παραγωγής και της γης, έτσι ώστε να είναι σε θέση να αποδεσμευτεί από την ΕΕ και με κεντρικό πανεθνικό σχεδιασμό και εργατικό-λαϊκό έλεγχο να δημιουργήσει αγροτικούς παραγωγικούς συνεταιρισμούς, για να εξασφαλίσει διατροφική επάρκεια, φτηνά, υγιεινά και ασφαλή τρόφιμα για τον λαό.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Un système tel que proposé n'aurait nullement empêché une présence de matières premières issues d'OGM dans les pays qui en refuseraient l'importation: rien n'aurait été contrôlable quant à l'utilisation des OGM. Étant donné ma forte opposition aux OGM, à l'instar des citoyens européens, il m'était impossible de voter en faveur d'un tel texte.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of the proposal for a revision of the current regulation on the authorisation system for GM food and feed. We believe that each Member State should have the power to opt out and to decide whether to restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed on its own territory.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Temendo che la possibilità data agli Stati membri di decidere se vietare o limitare gli alimenti e i mangimi contenenti organismi geneticamente modificati possa rendere difficili le importazioni e, di conseguenza, danneggiare l'industria dei mangimi, nonché l'agricoltura comunitaria, ho ritenuto necessario votare favorevolmente.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za poročilo, ki poziva Komisijo, naj predstavi nov, izboljšan predlog uredbe. Zaradi neizvedene ocene učinka, zaradi zahtevane skladnosti ukrepov držav članic s pravili notranjega trga ter na sploh glede (ne)izvedljivosti predloga v praksi sem obstoječi predlog Komisije zavrnil.

Pričakoval sem, da bo Komisija pregledala sedanji postopek odobritve GSO in pripravila ustrezen predlog, ne pa zgolj kopirala koncepta iz nedavno spremenjene Direktive o gojenju GSO, ki je podlaga za izvzetje oz. izključitev ozemlja za gojenje GSO, saj je tu situacija bistveno drugačna.

Žal predlog Komisije ne bi prispeval k večji preglednosti niti ne bi zagotovil potrebne pravne gotovosti in ustreznega orodja za države članice, ki bi želele na svojem ozemlju omejiti ali prepovedati uporabo GS živil in krme.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport La Via concerne l'utilisation de denrées alimentaires et d'aliments pour animaux génétiquement modifiés. La proposition de la Commission a réussi le tour de force de faire l'unanimité de tous les groupes politiques contre elle. En effet, la prétendue liberté des États membres sur la question est un leurre, puisque les principes du marché intérieur et de l'intégration européenne sont mis sur un piédestal.

La période pendant laquelle les États membres doivent s'abstenir d'agir pour que la Commission examine la requête, l'évaluation du risque par l'échelon européen, ainsi que les motifs impérieux devant justifier la décision des États membres sont révélateurs d'un régime de liberté très limité pour les États membres sur cette question cruciale.

J'ai voté contre ce texte, puisque la proposition du rapporteur était celle d'un rejet avec demande de nouvelle proposition sans conditions.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Snažno podržavam jasno i nedvosmisleno odbijanje prijedloga Komisije. Države članice moraju zadržati pravo da samostalno odlučuju o prisutnosti genetski modificiranih organizama na svom teritoriju.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Posebno se to odnosi na Hrvatsku, u kojoj su se sve županije proglasile GMO-free zonama. Trebamo reći ne pritiscima GMO industriji i snažno se zalagati za proizvodnju prehrambenih proizvoda kako se to danas radi u Hrvatskoj – na prirodan, siguran način i u čistom okolišu.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Cilj prijedloga izvješća je zadržati istu razinu sigurnosti u vezi uporabe GMO hrane u cijelom EU-u. Prema predloženoj uredbi, države članice mogu usvojiti mjere ograničavanja ili zabrane uporabe GMO ili GMO hrane i hrane za životinje, pod uvjetom da su takve mjere obrazložene na temelju uvjerljivih razloga, u skladu s pravom Unije te su sukladno proporcionalne i nediskriminirajuće.

Kada država članica namjerava usvojiti mjere ograničenja ili zabrane uporabe proizvoda, ona će najprije Komisiji podnijeti nacrt mjera te odgovarajuće opravdanje. Komisija će odmah obavijestiti druge države članice za takav nacrt mjera, zajedno s odgovarajućim opravdanjem. No, države članice moraju biti u mogućnosti dokazati da proizvod koji je u pitanju predstavlja rizik za zdravlje i za okolinu. Stoga su rezerviranja uspostavljena za zaštitu prava gospodarskih subjekata koji se zakonito stavljaju na tržište GMO ili GMO hrane i hrane za životinje pred države članice kako bi se usvojile mjere sukladne prijedlogu.

Nadalje, treba dati dovoljno vremena operatorima kako bi se omogućilo ukidanje proizvoda s tržišta. Podržavam izvješće jer mu je namjena izmjena i dopuna postojećeg zakonodavstva, kako bi se državama članicama pružila mogućnost da se ograniči ili zabrani uporaba GMO hrane i hrane za životinje na njihovom teritoriju radi sigurnosti građana u EU-u.

Miroslav Poche (S&D), *pisemně*. – Jako člen evropské sociálnědemokratické frakce si samozřejmě nepřeji rozšíření pěstování ani distribuce geneticky modifikovaných potravin na území EU, kde si 60 % obyvatel myslí, že GMO jsou pro budoucnost škodlivé a nebezpečné. Příslušná legislativa ale musí být naprosto precizně zpracovaná. Stávající návrh byl naopak celkově špatně koncipován a musí být předelán. Právem zákazu nebo omezení v oblasti GMO disponují státy již v případě pěstování těchto plodin, což se ale nutně omezuje na území toho či onoho státu. Naproti tomu zákaz prodeje by mohl vést k zavedení dalších hraničních kontrol nebo celkovému omezení přeshraničního obchodu. Komise v diskutovaném dokumentu nepředložila žádný plán, jak zachovat státům právo na suverénní přístup k problematice bez následků v podobě nepříznivého vlivu na import a vnitřní trh. Plánovaný postup Komise dohodnout se na stávajícím návrhu přímo s členskými státy by pak z jejich strany neměl být akceptován. Musí být předložen návrh nový zajišťující bezpečné a efektivní fungování v rámci jednotného vnitřního trhu.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Lo scorso aprile la Commissione europea ha adottato una proposta di revisione del regolamento sugli OGM che, tra l'altro, consentirebbe agli Stati membri di limitare o proibire nel loro territorio l'uso di OGM che sono già stati autorizzati.

Ho votato a favore della reiezione della proposta presentata dalla Commissione che modifica il regolamento (CE) n. 1829/2003. Ritengo, in linea con quanto espresso dal relatore, che la proposta non sia stata preceduta da un'adeguata valutazione d'impatto.

Inoltre, reputo che l'applicazione di tale proposta potrebbe avere conseguenze negative per il funzionamento del mercato interno e la competitività del settore agricolo dell'Unione.

Stanislav Polčák (PPE), *pisemně*. – Podpořil jsem návrh Evropského parlamentu a Rady ohledně možnosti členských států omezit či zakázat používání geneticky modifikovaných potravin a krmiv na svém území. Podle mého názoru by mělo být v kompetenci států rozhodovat na svém území o využití takto upravených krmiv či potravin. Je proto nasnadě, aby Evropský parlament podpořil tento návrh a dal tak v této oblasti prostor členským zemím Unie.

Nicméně i tato opatření musí být slučitelná s vnitřním trhem a mezinárodní povinností, například vůči Světové obchodní organizaci. Opatření států musí být odůvodněná a podložena relevantními důvody a samozřejmě musí být úměrná a nediskriminační. Mám za to, že tento návrh povede k větší spokojenosti členských států, protože si budou moci regulovat využívání geneticky modifikovaných potravin a krmiv na svém vlastním území.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a rejeté le rapport concernant l'utilisation de denrées alimentaires et d'aliments pour animaux génétiquement modifiés. J'ai voté contre ce texte, car j'estime qu'il remettait en cause le rôle de l'Autorité européenne de sécurité des aliments en matière d'autorisation des OGM au sein de l'Union. De plus, ce texte encourageait une nationalisation des autorisations de commercialisation des produits OGM, portant atteinte à l'approche européenne et aux réalisations du marché unique, alors que nous avons justement besoin de le renforcer.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A proposta de regulamento apresentada pela Comissão Europeia, em 22 de Abril, prevê que os Estados-Membros possam limitar ou proibir, sob certas condições, a utilização de OGM para consumo humano (géneros alimentícios) ou animal (alimentos para animais), depois de esses produtos terem sido autorizados pela UE (opt-out).

Os membros da ENVI expressaram sérias preocupações relativamente a tal proposta, desde logo porque a mesma não foi precedida de uma avaliação de impacto, mas também por considerarem que esta proposta teria consequências negativas para o funcionamento do mercado interno dos produtos alimentares e alimentos para animais e a competitividade do sector agrícola da UE, sendo ademais praticamente impossível de aplicar, uma vez que os controlos nas fronteiras deixaram de existir no sector agrícola da UE e a sua reintrodução representaria um retrocesso.

Nestes termos e afigurando-se plenamente justificadas as referidas preocupações, votei favoravelmente a rejeição da proposta da Comissão.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of the proposal for a revision of the current regulation on the authorisation system for GM food and feed. We believe that each Member State should have the power to opt out and to decide whether to restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed on its own territory.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – C'est un message clair qu'a envoyé le Parlement européen à la Commission ce mercredi en s'opposant à sa proposition sur les OGM. Dans son texte, la Commission voulait permettre à tout État membre de restreindre ou d'interdire sur son territoire la vente et l'utilisation de denrées alimentaires ou d'aliments pour animaux contenant des OGM approuvés par l'UE.

L'idée peut être intéressante, mais ce texte va à l'encontre des règles de libre-échange si chères à l'Europe. Cela reviendrait à ce que les États membres reprennent le contrôle à leurs frontières de produits importés, une pratique contraire aux traités.

Ayant été rapporteur sur la législation visant les interdictions nationales à la culture des OGM négociée au début de cette année, j'estime que légiférer à l'identique sur les importations et sur la culture d'OGM est un non-sens. Surtout quand on sait que l'Europe est dépendante des importations de soja OGM pour nourrir ses animaux d'élevage, qui couvrent plus de 60% des besoins alimentaires européens.

Je me réjouis de la décision à la grande majorité du Parlement, qui demande à la Commission de présenter une autre proposition plus cohérente, courageuse et répondant aux besoins des citoyens européens.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), *par écrit*. – La Commission entendait renationaliser et accélérer la procédure d'autorisation des OGM importés en Europe et destinés à l'alimentation humaine et animale, mais le Parlement européen en a décidé autrement en votant en faveur du rapport du député La Via.

Le Parlement européen a agi dans l'intérêt général en refusant la proposition de la Commission qui aurait conduit à la renationalisation de la procédure d'autorisation des OGM au sein de l'Union européenne et à une accélération de leur mise sur le marché. Rejeter la proposition de la Commission ne suffit cependant pas. Les écologistes se réjouissent donc du soutien des eurodéputés à notre amendement visant à contraindre la Commission à déposer une nouvelle proposition malgré son opposition.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté, comme l'écrasante majorité de mes collègues, pour la motion de rejet de la proposition de la Commission qui visait à permettre aux États membres, individuellement et sous certaines conditions, de restreindre ou d'interdire sur leur territoire l'utilisation de denrées alimentaires ou d'aliments pour animaux contenant des OGM préalablement approuvés au niveau européen.

Nous sommes opposés à cette législation «à la carte», et ce pour de nombreuses raisons: risque de fragmentation du marché intérieur, absence d'analyse d'impact, caractère impraticable voire illusoire, manque de rigueur juridique, menace pour la compétitivité du secteur agricole, etc. Pour toutes ces raisons, nous invitons la Commission européenne à retirer sa proposition et à en présenter une nouvelle.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El 22 de abril de 2015, la Comisión presentó una propuesta de Reglamento con vistas a enmendar el Reglamento (CE) n.º 1829/2003, en la cual sugería permitir a los Estados miembros restringir o prohibir, bajo ciertas condiciones, el uso de alimentos y piensos modificados genéticamente (OMG) en su territorio después de que estos productos hubiesen sido autorizados.

Sin embargo, la propuesta de la Comisión no ha estado precedida de una evaluación de impacto sobre las consecuencias para el funcionamiento del mercado interior y la competencia del sector agrícola. Además, existen dudas razonables respecto a su implementación y respecto a cómo los Estados miembros que hagan uso de la cláusula de «opt-out» asegurarán, en la práctica, el cumplimiento de tales medidas en su territorio. Consideramos, por tanto, que la propuesta no garantiza la necesaria seguridad jurídica ni los instrumentos adecuados para los Estados miembros que deseen restringir o prohibir legalmente el uso de los OMG en su territorio.

Por ello, he rechazado la propuesta de la Comisión y he votado a favor de solicitar a la Comisión una nueva propuesta legislativa.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rejet de cette proposition de la Commission (à l'instar d'une grosse majorité de parlementaires européens: 577 voix contre, 75 pour et 38 abstentions) qui s'inspire d'une législation en vigueur depuis le mois d'avril et entendait laisser le choix aux États membres de refuser la culture de 8 semences OGM approuvées par l'UE ou en cours d'approbation. Le Parlement s'est donc opposé à toute nationalisation des décisions sur les OGM et a jugé la proposition de la Commission inapplicable dans un marché unique sans frontières internes. Par exemple, pour le «simple» cas de la Belgique: la Flandre tolère traditionnellement les OGM, au contraire de la Wallonie et de Bruxelles. Or, la proposition de la Commission rend possible pour un État membre de décider de l'usage d'OGM sur une partie de son territoire; par conséquent, en Belgique, des contrôles frontaliers internes deviendraient nécessaires. Dans les faits, à l'heure actuelle, 19 États membres ont manifesté leur intention d'interdire la culture génétiquement modifiée sur une partie ou sur l'ensemble de leur territoire. À titre personnel, je déplore d'ailleurs le fait que la Commission n'ose pas refuser les OGM sur le territoire européen, alors qu'une large majorité des États membres et de citoyens sont défavorables à l'exploitation d'OGM.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui demande le rejet de la proposition de la Commission européenne. La Commission proposait de donner plus de liberté aux États membres concernant l'importation et la commercialisation de denrées alimentaires et d'aliments pour animaux génétiquement modifiés.

Quelques mois après l'adoption d'une législation commune sur la culture d'OGM, il est crucial que le territoire européen ne se transforme pas en une mosaïque de législations nationales concernant l'utilisation des OGM. L'Union doit maintenir une politique commune ne laissant aucune place à une approche «à la carte»; en effet, la proposition de la Commission suggère une renationalisation de la procédure d'autorisation de mise sur le marché d'OGM.

Outre le risque de mettre en péril le marché unique, ce retour en arrière constitue également une menace pour la compétitivité agricole; c'est pourquoi j'ai voté pour le rejet de la proposition de la Commission.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione che respinge la proposta adottata dalla Commissione europea inerente alla revisione del regolamento sugli OGM, perché non è stata preceduta da una valutazione d'impatto che tenesse in considerazione tutte le possibili conseguenze anche negative che potrebbero ricadere in campo agricolo.

Tale proposta consentirebbe ad ogni singolo Stato dell'unione europea di decidere di limitare o di proibire nel proprio territorio l'utilizzo di OGM già autorizzati e ciò potrebbe comportare un effetto negativo indiretto sulle importazioni. Inoltre non sono favorevole alla reintroduzione dei controlli alle frontiere per i prodotti agricoli dell'Unione europea: infatti ciò ostacolerebbe la libera circolazione dei beni e renderebbe difficile il mantenimento del mercato unico a livello europeo.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe para pedir a la Comisión que retire su propuesta, por ser imprecisa. Nuestro Grupo defiende la soberanía de los pueblos y, cómo no, también como resultante, defendemos nuestra soberanía alimentaria. Pero las inconsistencias en este informe vacían de contenido tal concepto. Compartimos que no pueden ser el mercado ni los intereses del agronegocio los que dictan las normas en una cuestión tan crucial como la seguridad alimentaria. Creemos que, ante la división de la opinión pública y la comunidad científica en un tema tan sensible como este, lo más conveniente sería dar libertad a cada país para que se autoregule, pero definiendo previamente qué se considera «uso», por poner un ejemplo, así como otras especificaciones que no vienen detalladas en el informe de la Comisión. Desde este Grupo, apostaremos, por lo tanto, por que no se ponga ninguna traba a la libertad de los Estados miembros para mantener sus diferentes legislaciones —unas más permisivas, otras más restrictivas— sobre alimentos transgénicos, pero desde un proceso legislativo más democrático en el que el Parlamento Europeo tenga una mayor participación que la que hasta el momento se le ha otorgado en dicho informe.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – I voted to reject the Commission proposal because it does not review or improve the GMO authorisation process, in fact it leaves it completely unchanged. The entire GMO system in the EU needs a thorough review. The existing system is not transparent and does not reflect the concerns that many citizens have in relation to GM products and their potential effects on human health and the environment.

The Commission must honour its commitment to look again, in depth, at the GMO regime at EU level and propose changes which reflect citizens' concerns.

Jordi Sebastià (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de rechazar la propuesta de la Comisión Europea porque considero que debe haber una coherencia europea respecto a los alimentos y piensos transgénicos, y no es nada positivo dejar que cada Estado decida por su cuenta. Nuestra postura, además, es contraria a la importación, producción y uso de estos productos.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El texto presentado por la Comisión Europea en virtud del cual, en teoría, se da la posibilidad a los Estados miembros de restringir o prohibir el uso de alimentos y piensos modificados genéticamente en su territorio es en realidad un documento ambiguo en el que dicha prohibición o restricción se llevaría a cabo bajo unos condicionantes que, *de facto*, hacen imposible su aplicación.

Por ejemplo, un Estado miembro que quisiese restringir o prohibir el uso de transgénicos en su territorio tendría que alegar motivos diferentes a los vinculados a riesgos para la salud humana, animal o para el medio ambiente; tampoco podría alegar motivos científicos, ni motivos que no estén «debidamente fundamentados» y basados en razones «imperiosas» y que, a su vez, conlleven medidas proporcionales y no discriminatorias. Para más inri, la propuesta de la Comisión presenta otros problemas de implementación, por ejemplo la ambigüedad del concepto de «uso».

Por todo ello, he votado a favor de la propuesta del Parlamento de pedirle a la Comisión que retire su propuesta y presente una nueva.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Esta proposta hoje rejeitada pelo Parlamento Europeu não defende os interesses de um sector agrícola mais competitivo e aberto à inovação científica. A inovação científica deve ser enquadrada sem tabus de qualquer tipo para informar e servir o melhor possível a decisão política, na defesa do bem comum, do futuro dos cidadãos e, para isso, da resiliência dos nossos recursos.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this resolution, because I am against the creation of new EU legislation and new EU Regulatory frameworks.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I supported the Parliament's motion to reject the Commission proposal because the current proposal raises serious questions about the integrity of the single market. I would also add that the Commission should live up to the promise made by its President Jean-Claude Juncker to comprehensively revise the authorisation framework for GMOs at EU level and to put forward a new legislative proposal.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Geneticky modifikované potraviny a krmivá považujem za experimentovanie a som proti ich pestovaniu na Slovensku. V rozmere EÚ považujem za dôležité, aby mal každý štát v EÚ možnosť rozhodovať v tejto oblasti samostatne. Obsah predkladaného návrhu o možnosti členských štátov obmedziť alebo zakázať používanie geneticky modifikovaných potravín a krmív na svojom území som však nepovažoval za dostatočne uspokojivý, preto som sa pri hlasovaní zdržal.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Europska unija ima sveobuhvatan pravni okvir za izdavanje odobrenja i označavanje genetski modificiranih organizama (GMO) i genetski modificirane (GM) hrane. Postupak odobravanja takve hrane treba biti provjeren od strane Europske agencije za sigurnost hrane (EFSA-e) pod strogim smjernicama za procjenu rizika. Nažalost, u čestim slučajevima GM hrane ta procjena nije dovoljno detaljna.

O samom GMO-u i dalje nismo u potpunosti informirani te bi se trebale uvesti poboljšane analize ekoloških aspekata genetski modificiranih biljaka i genetski modificirane hrane i hrane za životinje pri postupku izdavanja odobrenja na tržište. Također, Komisija je u svom radnom programu za 2015. godinu najavila reviziju tih postupaka kako bi odgovorila na zabrinutost građana i država članica, jer se odobrenja za GMO-ove izdaju čak i u slučajevima kada se tome protivili kvalificirana većina država članica.

Upravo zato sam podržao predloženi zakonski okvir koji predviđa kako GMO ili GM hrana ne smiju biti stavljeni na tržište bez prethodnog odobrenja izdanog u skladu s odgovarajućim pravnim propisima. Revizija postupaka izdavanja odobrenja za genetski modificiranu hranu i hranu za životinje prijeko je potrebna, te takva hrana ne bi smjela biti puštena na tržište prije nego se učini procjena rizika.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Komisija je aprila 2015 objavila predlog, v katerem predlaga, da bi glede gensko spremenjenih živil in krme državam članicam omogočili, da jih pod nekaterimi pogoji omejijo ali prepovedo. Ti nacionalni ukrepi bi morali biti razumni in utemeljeni s tehtnimi razlogi, ki ne smejo biti v navzkrižju z oceno tveganja, ki jo izvede Evropska agencija za varnost hrane, poleg tega bi ti ukrepi morali biti sorazmerni in nediskriminatorni.

Delim pomisleke, izražene v poročilu o neizvedeni oceni učinkov, glede skladnosti ukrepov, ki ji sprejmejo države članic, s pravili notranjega trga in pravili STO ter praktične izvedljivosti predloga. Ker je EU še vedno močno odvisna od dobave beljakovin iz gensko spremenjenih virov in ker bi utegnil predlog posredno negativno vplivati na uvoz, menim, da bi lahko resno ogrozil živinorejsko proizvodnjo in negativno vplival na kmetijstvo v EU.

Predlog prav tako ne zagotavlja potrebne pravne gotovosti in ustreznega orodja za države članice, ki bi na svojem ozemlju želele zakonsko omejiti ali prepovedati uporabo gensko spremenjenih živil in krme. Z možnostjo takšne omejitve ali prepovedi bi se med državami članicami ponovno uvedle neke vrste mejne kontrole, s čimer bi zaobrnil gospodarske dosežke evropske carinske unije in enotnega trga. Zaradi opisanega sem glasoval za sprejetje poročila.

Renate Sommer (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht von Giovanni La Via gestimmt, der die Kommission dazu auffordert, Ihren Vorschlag über nationale Importverbote der Mitgliedstaaten für GVO-Futtermittel zurückzuziehen. Der Kommissionsvorschlag wäre der Anfang vom Ende unseres gemeinsamen Binnenmarktes. Zwischen den Mitgliedstaaten müssten wieder Grenzkontrollen eingeführt werden, um zu verhindern, dass gentechnisch veränderte Futtermittel in ein Land gelangen, das ein Importverbot verhängt hat. Es gäbe massive Wettbewerbsverzerrungen in der EU-Landwirtschaft und ein nicht mehr handhabbares Chaos. Die Möglichkeit von Importverboten ist auch deswegen völlig unrealistisch, weil die europäische Landwirtschaft existentiell auf den Import von Eiweißfuttermitteln angewiesen ist. Nur 5 % unseres Bedarfs an Soja, das in der Tierproduktion als Futtermittel verwendet wird, wird in der EU hergestellt. Der Rest stammt aus Ländern wie den USA, Kanada und Brasilien, in denen vornehmlich gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden. In jedem Fall würden tierische Erzeugnisse für den Verbraucher wesentlich teurer und die Fleischproduktion, die auch eines der größten Exportgeschäfte der EU darstellt, würde in Drittstaaten abwandern. Der Vorschlag ist also gefährlicher Unsinn. Der Import von GVO-Lebens- und Futtermitteln ist in der EU streng gesetzlich geregelt. Diese Regeln garantieren eine sichere Handhabung von GVO, und dabei soll es auch bleiben.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sull'uso degli alimenti e mangimi geneticamente modificati, con la quale il Parlamento respinge la proposta della Commissione europea che avrebbe permesso ai singoli Stati membri di limitare o vietare la vendita e l'utilizzo sul proprio territorio di alimenti o mangimi OGM già approvati a livello UE.

Riteniamo che questa decisione debba essere presa a livello europeo e non dai singoli Stati membri, per evitare che la rinazionalizzazione di limiti e divieti in materia conduca a una rischiosa frammentazione del mercato interno e dell'unione doganale. La proposta della Commissione potrebbe, infatti, dimostrarsi irrealizzabile o condurre alla reintroduzione di controlli alle frontiere tra i Paesi favorevoli e quelli contrari agli OMG, considerando le divisioni esistenti sul tema.

Con la risoluzione approvata oggi, chiediamo quindi alla Commissione di presentare un nuovo progetto legislativo che tenga conto di queste preoccupazioni e fornisca una valutazione sulle potenziali conseguenze o su altre opzioni percorribili.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Geneticky modifikované potraviny sú veľmi kontroverzné a ani medzi vedcami nepánuje v tejto téme jednota. Členské štáty preto musia mať právo rozhodnúť sa, či na svojom území ich pestovanie a predaj povolia alebo nie.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržao sam ovo izvješće zato što smatram da će se izmjenom Uredbe (EZ) br. 1829/2003 uvesti nove mogućnosti kojima bi se državama članicama na njihovom državnom području omogućilo ograničavanje ili zabrana upotrebe GMO-ova i genetski modificirane hrane i hrane za životinje.

Nadalje, podržavam dodatne ovlasti koje će se ovim prijedlogom dodijeliti državama članicama za ograničavanje ili zabranu upotrebe GMO-ova te genetski modificirane hrane i hrane za životinje, no napominjem da te ovlasti moraju biti u skladu sa zakonodavnim okvirom Europske unije. Smatram da je ovaj prijedlog u skladu s pravnim okvirima EU-a i načelom supsidijarnosti, te da će doprinijeti u regulaciji ograničavanja GMO-ova i genetski modificirane hrane i hrane za životinje.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Podržavam stajalište izvijestitelja, jer smatram da je prijedlog Komisije vrlo teško provediv, iako bi države članice trebale moći ograničiti ili zabraniti uporabu genetski modificirane hrane i hrane za životinje na njihovom teritoriju. Komisija predlaže da se pod određenim uvjetima omogući državama članicama da ograniče ili zabrane korištenje genetski modificirane hrane na njihovom teritoriju.

Ukoliko se ovakav prijedlog provede, to bi moglo ostaviti velike posljedice i postoji zabrinutost za funkcioniranje unutarnjeg tržišta za hranu te za konkurentnost poljoprivrednog sektora Unije. Uz to, prijedlog će se vrlo teško provesti, jer u praksi više ne postoje granične kontrole u sektoru poljoprivrede Europske unije.

Ukoliko se takve kontrole ponovno uvedu, to bi mogao biti korak unatrag u ekonomskim postignućima Unije i postignućima jedinstvenog tržišta. Isto tako, Komisija nije razjasnila pojam „korištenje” u svom prijedlogu. Zbog svega navedenog, podupirem stajalište izvijestitelja.

Richard Sulík (ECR), *písomne*. – Návrh som podporil. Plne súhlasím, aby rozhodovanie o používaní alebo nepoužívaní GMO bolo na samotných členských krajinách. Zároveň sa však stotožňujem s názorom spravodajcu, podľa ktorého aktuálny návrh Komisie obsahuje zásadné problémy, a preto by mal byť prepracovaný.

Patricia Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo v zvezi z možnostjo držav članic, da na svojem ozemlju omejijo ali prepovejo uporabo gensko spremenjenih živil in krme, ki zavrača predlog Evropske komisije. Ta predlog je bil z veliko večino zavržen tudi na pristojnih odborih v Evropskem parlamentu.

Predlog Evropske komisije ni realen, saj ni izvedljiv. V Evropski uniji smo si veliko časa prizadevali, da smo vzpostavili notranji trg ter ukinili carine. Če bi želeli izvajati ta predlog Komisije, bi morali ponovno uvesti carine, kar pa bi seveda zelo negativno vplivalo na notranji trg. V predlogu Komisije pogrešam oceno učinkov ter alternativnih možnosti.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Υπερψηφίσαμε την εν λόγω έκθεση, καθώς προτείνει την απόρριψη της πρότασης της Επιτροπής, που προνοεί μια σειρά από μέτρα τα οποία περιορίζουν τη δυνατότητα των κρατών μελών να απαγορεύουν τη χρήση γενετικών τροποποιημένων τροφίμων και ζωοτροφών στην επικράτειά τους. Η οδηγία 2001/18/EK δίνει αυτή τη δυνατότητα στα κράτη μέλη και η Κομισιόν έρχεται μέσα από τροποποιήσεις να την περιορίσει και να ζητήσει από τα κράτη να λογοδοτούν στην Κομισιόν γιατί δεν επέλεξαν την εισαγωγή ΓΤΟ στη χώρα τους.

Διαχρονική μας θέση είναι ότι η κυριαρχία των κρατών μελών και η δυνατότητα να αποφασίζουν για καίρια ζητήματα που τους αφορούν είναι αδιαπραγμάτευτη, και ειδικά σε ζητήματα που αφορούν την υγεία και ευημερία των πολιτών τους.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η οδηγία 2001/18/EK όσον αφορά τους ΓΤΟ που προορίζονται για καλλιέργεια και η ρήτρα αυτεξάιρεσης δεν είναι σωστές. Η πρόταση κανονισμού δεν μπορεί να εφαρμοστεί, καθώς δεν υπάρχουν πλέον συννορματικοί έλεγχοι στον γεωργικό τομέα. Ακόμα και αν υπάρχουν περιορισμοί και ορισμένες απαγορεύσεις στη χρήση των τροποποιημένων τροφίμων και ζωοτροφών, θα θέσουν σε σοβαρό κίνδυνο τη ζωτική παραγωγή και θα επηρεάσουν αρνητικά τη γεωργία στην ΕΕ και τη λειτουργία της εσωτερικής αγοράς.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A géntechnológiával módosított (GM) élelmiszerek és takarmányok kérdése megosztja az Európai Unió döntéshozóit, a lakosság nagy része pedig egyenesen elutasítja ezeket a termékeket. A Parlament, a Tanács és a Bizottság hosszú ideje próbál megoldást találni arra, hogy ezeket a termékeket közös uniós szabályozással kezelje, miközben a tudományos fejlődést nem akadályozza. A Bizottság jelen javaslatát viszont nem kezelte megfelelően a kérdést, éppen ezért szavazatommal azt támogattam, hogy a Bizottság vonja vissza a javaslatot és dolgozzon ki egy újat.

Úgy vélem, hogy rövid távon megoldás lehet, ha a tagállamok eldönthetik, hogy engedélyezik vagy tiltják a GM termékek forgalmazását. Mindemellett vitát kell indítani a társadalom bevonásával, elemzésekre alapozva a megoldás érdekében. Figyelembe kell vennünk a globális népességnövekedést, a fogyasztási szokások változásait, az importféhérje-függőségünket, a GM takarmányok hatásait, illetve azt, hogy az EU egységes piacon belüli szabad termékmozgást korlátozni nem lehet. Későbbi bevezetése esetén az egyik lehetséges megoldásnak tartom a szigorú címkézés rendszerét is.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Siamo favorevolissimi al fatto che gli Stati abbiano la possibilità di vietare gli OGM. La proposta della Commissione europea sembra andare in questa direzione. Sembra soltanto: di fatto, non concede la possibilità concreta che un simile divieto venga attuato concretamente. Noi del M5S avevamo presentato in commissione ENVI emendamenti alla proposta legislativa proprio per renderla applicabile. La commissione ENVI, per contro, ha presentato alla Plenaria una semplice risoluzione di rigetto della proposta della Commissione europea.

Ci siamo astenuti per rimarcare la nostra distanza sia dall'inattuabile possibilità di divieto proposta originariamente dalla Commissione europea (vogliamo un divieto attuabile!) sia del suo semplice rigetto. Questo rigetto infatti esclude la possibilità che gli Stati vietino agli OGM, soprattutto alla luce del fatto che la Commissione ha già anticipato di non voler presentare una nuova proposta legislativa in materia.

Il mio voto poteva essere positivo qualora fosse stato approvato il nostro emendamento che impegnava la Commissione europea a non autorizzare nuovi cibi o mangimi a base di OGM e di non rinnovare i permessi in scadenza fino a che non fosse stato raggiunto l'accordo su una nuova proposta per rendere possibili i divieti nazionali.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Utilizarea organismelor modificate genetic în alimentația populației a constituit încă de la început un subiect de dezbateri foarte intens și controversat. Dincolo de argumentele susținătorilor și opozanților acestui tip de alimente, deciziile pe care le adoptăm, în calitate de reprezentanți ai cetățenilor europeni, trebuie să țină cont de interesele acestora. Propunerea Comisiei de a modifica Regulamentul din 2003 în acest domeniu privește posibilitatea ca statele membre să restricționeze sau chiar să interzică utilizarea produselor alimentare și a furajelor modificate genetic pe teritoriul lor, în condițiile menținerii unui sistem de autorizare la nivelul UE. Aplicarea acestor modificări, însă, ar crea o incertitudine juridică în privința aplicării practice a măsurilor propuse de Comisie, ar fragmenta piața internă și ar distorsiona concurența, ar contraveni principiilor bunei reglementări și a transparenței și ar putea limita libertatea de circulație a mărfurilor în cadrul UE. În acest context, este clar că avem nevoie de o evaluare de impact a acestor măsuri, dar mai ales de o serie de avize științifice ale Autorității Europene pentru Siguranța Alimentară, care să evalueze riscurile asupra sănătății umane, sănătății animale și protecției mediului înconjurător. Consider că poziția Comisiei pentru mediu, sănătate publică și siguranță alimentară este întemeiată și susțin adoptarea raportului, în sensul respingerii propunerii Comisiei.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen a rejeté la proposition de la Commission qui vise à donner la possibilité aux États membres d'interdire l'utilisation des OGM sur leur territoire, qu'ils auraient la possibilité d'accepter ou non. Cette proposition, faite sans analyse d'impact, va à l'encontre du marché unique, favorise les multinationales mais surtout traduit la lâcheté de la Commission, qui n'ose pas refuser les OGM sur le territoire européen alors qu'une large majorité des États membres et de citoyens sont défavorables à l'exploitation d'organismes génétiquement modifiés.

À quand une majorité simple pour refuser les OGM, comme le veulent 19 des 28 États membres et 60 % de la population?

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Today, all genetically modified organisms need authorisation before they can be placed on the EU market. However, a qualified majority among the Member States has never been reached either in favour of or against any authorisation proposal put forward by the Commission. The Commission has therefore concluded that the legal framework for decision making on genetically modified (GM) food and feed needs to be adapted. The Member States would thus be allowed to restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed on their territory, despite it being authorised at EU level.

I voted in favour of Amendment 1 calling for the rejection of the Commission's proposal. By this vote I expressed my serious concerns about the proposal. The Commission proposed more flexibility for the Member States to limit or ban the use of GM food and feed on their territory. Under this regulation, Member States could block the free circulation of feed, which would have a negative impact on the internal market (in violation of Article 34 TFEU).

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Condivido le preoccupazioni espresse nella relazione del collega La Via sull'impiego degli OGM nel territorio dell'UE e per questa ragione ritengo che la proposta della Commissione debba essere rigettata. Le istituzioni possono e devono fare ogni sforzo per tutelare la salute dei cittadini: è necessario adottare misure efficaci, frutto di un'attenta valutazione di tutte le possibili conseguenze dell'uso di OGM e delle opzioni alternative disponibili.

Respingere questa proposta significa non consentire agli Stati membri di adottare norme diverse e incongruenti, con paesi che scelgono una posizione e paesi che ne scelgono un'altra. Serve un impegno comune per promuovere una discussione aperta sulle nuove tecnologie, che consenta di tutelare la tradizione della produzione agroalimentare europea e di rispondere alle necessità crescenti di soddisfare i consumi alimentari dei cittadini europei e non solo. Solo attraverso un dibattito approfondito sulle nuove tecnologie e sull'impatto che esse hanno sulla vita di ognuno di noi, potremo progredire nell'interesse di tutti.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Parlamento nario G. La Via pranešime keliama labai svarbūs Europos ūkininkams klausimai, todėl aš parėmiau jį savo balsu. To priežastis yra akivaizdi ir tai turėtų būti svarbu maisto gamintojams. Komisija pasiūlė atsižvelgti į genetiškai modifikuoto maisto ir pašarų pokyčius Direktyvoje dėl GMO, kuri įsigaliojo 2015 m pradžioje. Paramos verti pasiūlymai, kurie leistų valstybėms narėms apriboti arba drausti naudoti genetiškai modifikuotą maistą ir pašarus savo teritorijoje net po to, kai šiems produktams buvo išduotas leidimas. Europos ūkininkų apsauga, vietinių kultūrų bei natūralios genetinės medžiagos apsauga yra svarbiausia, nes tai užtikrina natūralių ir ekologiškų kultūrų išsaugojimą, o tai savo ruožtu daro didelį poveikį vartotojų sveikatai.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (ES) št. 1829/2003 (da zavrne predlog Sveta) v zvezi z možnostjo držav članic, da na svojem ozemlju omejijo ali prepovejo uporabo gensko spremenjenih živil in krme, sem podprla, ker bi države članice morale imeti pravico in svobodo omejevanja in prepovedi gensko spremenjenih živil in krme na svojem ozemlju, če imajo dokaze, da gensko spremenjena živila in krma negativno vplivajo na zdravje ljudi ali na okolje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe para pedir a la Comisión que retire su propuesta, por ser imprecisa. Nuestro Grupo defiende la soberanía de los pueblos y, cómo no, también como resultante, defendemos nuestra soberanía alimentaria. Pero las inconsistencias en este informe vacían de contenido tal concepto. Compartimos que no pueden ser el mercado ni los intereses del agronegocio los que dictan las normas en una cuestión tan crucial como la seguridad alimentaria. Creemos que, ante la división de la opinión pública y la comunidad científica en un tema tan sensible como este, lo más conveniente sería dar libertad a cada país para que se autoregule, pero definiendo previamente qué se considera «uso», por poner un ejemplo, así como otras especificaciones que no vienen detalladas en el informe de la Comisión. Desde este Grupo, apostaremos, por lo tanto, por que no se

Mittwoch, 28. Oktober 2015

ponga ninguna traba a la libertad de los Estados miembros para mantener sus diferentes legislaciones —unas más permisivas, otras más restrictivas— sobre alimentos transgénicos, pero desde un proceso legislativo más democrático en el que el Parlamento Europeo tenga una mayor participación que la que hasta el momento se le ha otorgado en dicho informe.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La Commission européenne a rassemblé unanimement les groupes politiques contre sa propre proposition pour des raisons bien différentes: intégrité du marché intérieur, manque de sécurité juridique, risque de pénurie pour l'alimentation du bétail dans les secteurs concernés par l'importation, marges de manœuvre nationales insuffisantes etc.

La position des députés du Front national reste la même que pour le précédent dossier sur les OGM: la prétendue liberté des États membres est un leurre, les lois du marché intérieur et la dynamique d'intégration sont toujours prioritaires aux yeux de la Commission.

Je m'oppose à ce texte, car les amendements ENL déposés ont été rejetés.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Raportul La Via este construit împotriva propunerii Comisiei Europene privind posibilitatea statelor membre de a restricționa sau de a interzice utilizarea produselor alimentare și a furajelor modificate genetic pe teritoriul lor. Această propunere a Comisiei urmează modelul unei modificări recente care permite statelor să interzică cultivarea organismelor modificate genetic aprobate de UE pe teritoriul lor, dar nu și comercializarea acestora. Astfel, statele membre ar putea să restricționeze sau să interzică, în anumite condiții, utilizarea pe teritoriul lor a produselor alimentare și a furajelor modificate genetic după ce aceste produse au fost autorizate.

Această propunere a Comisiei este, înainte de toate, lacunară, întrucât nu există un studiu preventiv care să arate adevăratele implicații asupra funcționării pieței interne, în cadrul căreia controalele au fost eliminate, și asupra competitivității domeniului agricol în cadrul UE, puternic dependent de suplimentele de proteine provenite din surse de organisme modificate genetic. În acest sens, am putea fi în prezența unui regres în cadrul pieței unice prin reintroducerea de controale între statele membre care acceptă și cele care nu acceptă comercializarea unor astfel de produse.

Prin urmare, am votat în favoarea Raportului La Via, care recomandă respingerea propunerii de interdicții naționale pentru OMG-uri.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Bizottság 2015. április 22-én a géntechnológiával módosított szervezetekre vonatkozó döntéshozatali eljárások felülvizsgálatáról szóló közleménnyel együtt előterjesztette az 1829/2003/EK rendeletnek a tagállamok számára a géntechnológiával módosított élelmiszerek és takarmányok területükön való felhasználásának korlátozására, illetve megtiltására biztosított lehetőség tekintetében történő módosításáról szóló rendeletre irányuló javaslatot. Szavazatommal támogattam az erről szóló jelentést.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe para pedir a la Comisión que retire su propuesta, por ser imprecisa. Nuestro Grupo defiende la soberanía de los pueblos y, cómo no, también como resultante, defendemos nuestra soberanía alimentaria. Pero las inconsistencias en este informe vacían de contenido tal concepto. Compartimos que no pueden ser el mercado ni los intereses del agronegocio los que dictan las normas en una cuestión tan crucial como la seguridad alimentaria. Creemos que, ante la división de la opinión pública y la comunidad científica en un tema tan sensible como este, lo más conveniente sería dar libertad a cada país para que se autoregule, pero definiendo previamente qué se considera «uso», por poner un ejemplo, así como otras especificaciones que no vienen detalladas en el informe de la Comisión. Desde este Grupo, apostaremos, por lo tanto, por que no se ponga ninguna traba a la libertad de los Estados miembros para mantener sus diferentes legislaciones —unas más permisivas, otras más restrictivas— sobre alimentos transgénicos, pero desde un proceso legislativo más democrático en el que el Parlamento Europeo tenga una mayor participación que la que hasta el momento se le ha otorgado en dicho informe.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – Ante los reiterados incumplimientos de sus promesas en el campo de los transgénicos por parte de la Comisión Juncker y una propuesta legal más que deficiente, he votado a favor de que los Estados miembros puedan restringir o prohibir el uso de transgénicos en su propia legislación.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El texto presentado por la Comisión Europea en virtud del cual, en teoría, se da la posibilidad a los Estados miembros de restringir o prohibir el uso de alimentos y piensos modificados genéticamente en su territorio es en realidad un documento ambiguo en el que dicha prohibición o restricción se llevaría a cabo bajo unos condicionantes que, *de facto*, hacen imposible su aplicación.

Por ejemplo, un Estado miembro que quisiese restringir o prohibir el uso de transgénicos en su territorio tendría que alegar motivos diferentes a los vinculados a riesgos para la salud humana, animal o para el medio ambiente; tampoco podría alegar motivos científicos, ni motivos que no estén «debidamente fundamentados» y basados en razones «imperiosas» y que, a su vez, conlleven medidas proporcionales y no discriminatorias. Para más inri, la propuesta de la Comisión presenta otros problemas de implementación, por ejemplo la ambigüedad del concepto de «uso».

Por todo ello, he votado a favor de la propuesta del Parlamento de pedirle a la Comisión que retire su propuesta y presente una nueva.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Of men nu voor of tegen een toelating van genetisch gemodificeerde organismen is, het kan mijns inziens niet dat Europa die toelating per lidstaat zou laten organiseren. Dit brengt niet alleen oneerlijke concurrentie met zich mee, maar zou ook vereisen dat we weer controles aan de binnengrenzen van Europa invoeren om te controleren of sommige levensmiddelen of diervoeders al dan niet ggo's bevatten. Ik stemde dan ook tegen het voorstel van de Europese Commissie.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta de atribuir aos Estados-Membros a possibilidade de limitarem ou proibirem a utilização de organismos geneticamente modificados autorizados pela União Europeia em géneros alimentícios ou alimentos para animais no seu território constitui um absurdo jurídico dada a impossibilidade prática de delimitar fronteiras territoriais num quadro onde há livre circulação de pessoas e bens. Nesta medida, só pode ser interpretada como mais uma manobra de disfarce do óbvio comprometimento desta Comissão relativamente ao lóbi dos OGM. Em vez de recusar a introdução de OGM no espaço comunitário face às evidências científicas, finge-se dar poderes aos Estados nacionais sabendo de antemão da sua impossibilidade prática.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ob ein Mitgliedstaat genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel zulässt, muss dieser für sich selbst entscheiden. Ich lehne die Verwendung von genetisch veränderten Lebens- und Futtermitteln ab, daher findet dieser Bericht nicht meine Unterstützung.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione relativa alla proposta di regolamento della Commissione sulla possibilità per gli Stati membri di limitare o vietare l'uso di alimenti e mangimi geneticamente modificati sul loro territorio. Il Parlamento ha respinto la proposta in quanto non portava nulla di nuovo al livello di protezione già esistente. Anzi, gli eventuali divieti nazionali sull'utilizzo di alimenti e mangimi geneticamente modificati sarebbero impossibili da attuare a causa delle regole del mercato interno e dell'OMC.

Ho avuto modo di ascoltare le preoccupazioni di cittadini e associazioni di consumatori riguardo ai rischi che derivano dal consumo di OGM. Mi auguro che il Presidente Juncker tenga fede al suo programma e che la Commissione presenti una nuova proposta in materia. La revisione delle regole di autorizzazione degli OGM in Europa è necessaria ma deve meglio riflettere l'opinione della maggioranza dei cittadini. Fino ad allora, la Commissione non può usare i suoi poteri per autorizzare nuovi OGM.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Im Gegensatz zu meiner Fraktion, der EKR, habe ich gegen diesen Bericht gestimmt. Grundsätzlich bin ich gegen die Verwendung genetisch veränderter Lebensmittel oder Futtermittel. Dies ist nicht nur eine moralische Frage, sondern auch ein weiteres Beispiel des Verstoßes gegen das Subsidiaritätsprinzip der EU. Aus diesem Grund habe ich gegen den Bericht gestimmt.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – I have voted against the Commission's proposal for a Regulation amending Regulation (EC) No 1829/2003 in regards to the possibility for the Member States to restrict or prohibit use of genetically modified food and feed on their territory.

The reasons explaining my decision in that matter, consider both practical level of implementation of this proposal, as well as the possible consequences on EU agricultural sector.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

The implementation of this proposal is basically nearly impossible to achieve. This is due to the fact that the border control has been already abolished and the only way of monitoring the exports and imports of GMO food is to introduce the border control again. This measure is absolutely pointless, since it would actually constitute the regress of economic achievements of European Customs Union and the Single Market.

In terms of the consequences on EU agricultural sector, the proposal will have a direct negative impact on it. The research shows that, nowadays, EU is highly dependent on GM imports to feed the livestock and banning such imports would highly reduce the livestock production within the EU, and therefore, in the long-term scenario our economy would suffer severely.

Anna Záborská (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre la proposition de la Commission visant à faire revenir la restriction ou l'interdiction de la commercialisation d'OGM au niveau national, car cela aurait constitué une régression majeure en la matière. Outre les divergences qu'elle aurait créées entre les États Membres, une telle proposition aurait eu une conséquence catastrophique: l'affaiblissement du marché unique.

La Commission devra par conséquent revenir avec une nouvelle proposition, plus en phase avec les attentes des citoyens européens et qui ne mette pas à mal un des fondements de l'Union européenne.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Creo que es necesario hacer una clara distinción entre el cultivo y la comercialización de organismos modificados genéticamente (OMG). Si bien el control del cultivo de OMG puede gestionarse eficientemente a nivel doméstico, permitir que los Estados miembros tengan la última palabra respecto a su comercialización puede traer graves inconsistencias en el mercado interior de la UE.

Como ha indicado la Comisión AGRI, esta propuesta supondría la reinserción de los controles de las fronteras entre países pro-OMG y anti-OMG, algo que iría en contra del espíritu europeo y que, en la práctica, resultaría tremendamente complejo de implementar.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραφικώς*. – Το ΚΚΕ ψήφισε υπέρ της απόρριψης της πρότασης κανονισμού της Ευρωπαϊκής Επιτροπής για τους Γενετικά Τροποποιημένους Οργανισμούς, γιατί ο προτεινόμενος κανονισμός ουσιαστικά αποκλείει το δικαίωμα των κρατών μελών να απαγορεύουν στο έδαφός τους τη χρήση ΓΤΟ. Στο πλαίσιο της ΕΕ, βέβαια, η προστασία της υγείας και του περιβάλλοντος από τα μεταλλαγμένα είναι αδύνατη. Κι αυτό γιατί η ελευθερία κίνησης του κεφαλαίου που κατοχυρώνουν οι ευρωενωσιακές συνθήκες επιτρέπει ελεύθερα την εισαγωγή και εμπορία των μεταλλαγμένων σε όλα τα κράτη μέλη της ΕΕ. Η απόρριψη της πρότασης της Επιτροπής δεν πρέπει να εφησυχάζει τον λαό, γιατί είναι σίγουρο ότι τα ευρωενωσιακά όργανα θα επανέλθουν με νέα μέτρα προώθησης των ΓΤΟ, αφού αυτό επιβάλλουν τα συμφέροντα των μονοπωλίων στον σχετικό κλάδο, ιδίως ενόψει και των διαπραγματεύσεων ΕΕ-ΗΠΑ για τη σύναψη της ΤΤΙΡ. Το ΚΚΕ απαιτεί την πλήρη απαγόρευση της εισαγωγής, εμπορίας και κάθε χρήσης (συμπεριλαμβανομένης της γεωργικής) ΓΤΟ, που δεν μπορεί να εξασφαλιστεί υπό το καθεστώς της κυριαρχίας των μονοπωλίων. Προϋποθέτει τον λαό στην εξουσία και ιδιοκτήτη των συγκεντρωμένων μέσων παραγωγής και της γης, έτσι ώστε να είναι σε θέση να αποδεσμευτεί από την ΕΕ και με κεντρικό πανεθνικό σχεδιασμό κι εργατικό-λαϊκό έλεγχο να δημιουργήσει αγροτικούς παραγωγικούς συνεταιρισμούς, για να εξασφαλίσει διατροφική επάρκεια, φτηνά, υγιεινά και ασφαλή τρόφιμα για τον λαό.

Roberts Zīle (ECR), *rakstiski*. – Eiropas Komisijas sagatavotās regulas mērķis ir dot iespēju dalībvalstīm lemt par ģenētiski modificētas pārtikas lietošanas ierobežošanu vai aizliegšanu savā teritorijā. Lai gan lielā mērā var piekrist atbildīgās komitejas argumentiem, ka nav īsti skaidrs, kā šajā regulas projektā piedāvātie mehānismi tiktu īstenoti ES vienotā tirgus apstākļos un vai tie nenovestu pie robežkontroles atjaunošanas, tomēr balsojumā es nevarēju atbalstīt regulas priekšlikuma pilnīgu noraidīšanu, jo uzskatu, ka darbs pie šīs iecerētās regulas ir jāturpina — šāds regulējums ir vajadzīgs un dalībvalstīm ir jādod iespējas ierobežot vai aizliegt ES līmenī atļautas ĢMO pārtikas lietošanu savā teritorijā, līdzīgi, kā tas tika izdarīts attiecībā uz ĢMO augu audzēšanas aizliegumu, ko jau ir ieviesusi arī Latvija. Ja valstīm šāda iespēja netiek dota, tad, ņemot vērā lielo pārtikas ražotāju un importētāju intereses, ES līmenī valstīm vienoties par ĢMO pārtikas aizliegumu nav izdevies līdz šim un neizdosies arī turpmāk, lai cik kritiska un piesardzīga būtu patērētāju attieksme. Tāpēc darbs pie regulas būtu jāturpina, paredzot saskaņotus kontroles pasākumus, kā varētu uzraudzīt ierobežoto vai aizliegto ĢMO pārtiku ES iekšējā tirgū, un atrodot konkrētus, vienotus kritērijus, kuri nav pretrunā ar iekšējā tirgus principiem un ES starptautiskajām saistībām, uz kuriem pamatojoties, dalībvalstis varētu savā teritorijā aizliegt vai ierobežot ĢMO pārtiku.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jana Žitňanská (ECR), *pisomne*. – V hlasovaní o tejto správe som sa zdržala. Návrh Komisie sám o sebe bol komplikovaný a podľa môjho názoru sa v hlasovaní nedal jednoznačne vyjadriť postoj poslancov ku geneticky modifikovaným potravinám. Na začiatku tohto roka sme odhlasovali, že členské štáty majú mať možnosť zakázať pestovanie geneticky modifikovaných plodín na svojom území. S týmto postojom súhlasím a vzhľadom na rôznorodé názory na túto sledovanú a kontroverznú tému a na fakt, že dôsledky GMO na ľudské zdravie a životné prostredie nie sú ešte dostatočne preskúmané, by členským štátom nemala byť upieraná možnosť rozhodnúť sa o pestovaní či nepestovaní, respektíve umiestnení alebo neumiestnení geneticky modifikovaných potravín na trh podľa toho, ako to považujú za potrebné, resp. rizikové pre svojich obyvateľov.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório que rejeita a proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho que altera o Regulamento (CE) n.º 1829/2003. A proposta da Comissão considera que os Estados-Membros devem poder limitar ou proibir, sob certas condições, a utilização de géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados no seu território, depois desses produtos terem sido autorizados. Contudo, permanecem sérias preocupações no que respeita, nomeadamente, à falta de uma avaliação de impacto, à compatibilidade das medidas adotadas pelos Estados-Membros com o Mercado Interno e as regras da Organização Mundial do Comércio, bem como à exequibilidade da proposta. No que concerne ao sector agrícola da União, existem grandes preocupações quanto às consequências da proposta para o funcionamento do Mercado Interno dos produtos alimentares e alimentos para animais e para a competitividade do sector, uma vez que a União Europeia continua a estar altamente dependente do fornecimento de proteínas geneticamente modificadas e a proposta é suscetível de ter efeitos indiretos negativos nas importações. Além disso, a proposta é praticamente impossível de aplicar, uma vez que os controlos nas fronteiras deixaram de existir no sector agrícola da União e a sua introdução constituiria uma regressão face aos progressos já conseguidos.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – Sin dall'inizio del mio mandato mi sono battuto per fare dell'Europa un territorio libero da OGM. Alimenti e mangimi transgenici non dovrebbero entrare nel territorio europeo. Invece, l'Ue importa ogni anno 32 milioni di tonnellate di soia per i mangimi dei propri allevamenti e il 90% di quest'ultima è geneticamente modificata.

La proposta della Commissione concederebbe una finta libertà di scelta ai singoli Stati membri perché esporrebbe alla denuncia da parte delle multinazionali il singolo Paese che scegliesse di non commerciare alimenti e mangimi OGM sul proprio territorio. Secondo questa impostazione milioni di tonnellate di mangimi transgenici continuerebbero a raggiungere l'Europa, sfamando i nostri animali e, in modo indiretto, anche noi.

Rigettarla, perciò, è doveroso ma non sufficiente: è necessario introdurre una moratoria ai mangimi geneticamente modificati e dispiace constatare che la maggioranza del Parlamento europeo non abbia voluto appoggiare questa impostazione, lasciando la situazione invariata. Un comportamento che non poteva che vedermi non soddisfatto del semplice rigetto e, per questo, ho scelto di astenermi.

8.6. Neuartige Lebensmittel (A8-0046/2014 - James Nicholson)

Dichiarazioni di voto scritte

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Europaparlamentet röstade i dag om ett betänkande gällande "nya livsmedel". Syftet är att underlätta för livsmedel med förändrad molekylstruktur, bestående av mikroorganismer, svamp eller alger m.m. att äntra den europeiska marknaden. Jag röstade för den kompromiss som röstades igenom i miljöutskottet, då jag vill se en ny lagstiftning på plats så fort som möjligt. Jag välkomnar också att denna kompromiss innehåller övergångsbestämmelser för livsmedel från klonade djur.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Le proposte volte a favorire e agevolare l'apertura del mercato europeo alla commercializzazione di alimenti ottenuti dalle cosiddette tecnologie innovative e di cibi provenienti da paesi terzi definiti tradizionali è una questione che ha animato accesi dibattiti all'interno del Parlamento europeo.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Il mercato dei *novel food* desta numerose e fondate preoccupazioni per quanto riguarda la salvaguardia della salute dei consumatori. Infatti, le potenzialità economiche dettate dall'espansione di questo mercato non devono sacrificare le garanzie di tutela necessarie per i cittadini, stabilite secondo standard scientifici ben definiti e soprattutto orientate al rispetto del principio di precauzione.

Invece il panorama delineato dall'orientamento politico della Commissione europea e del Consiglio sembra ben diverso. Il problema del vago inquadramento di cosa debba o possa definirsi un alimento di «origine tradizionale», tra i quali è inclusa anche la commercializzazione di insetti, si somma al rischio concreto di vedere nei nostri supermercati alimenti con additivi ottenuti da OGM, prodotti contenenti nanoparticelle in alte percentuali, cibi con surrogati nutrizionali di origine sintetica, peraltro disattendendo gli adeguati obblighi informativi.

Ho votato negativamente perché questo pericolo va assolutamente arginato, nell'interesse sia della salute dei cittadini europei sia dell'ambiente stesso.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Con nuestro voto a favor, los socialistas españoles apostamos por simplificar los procedimientos de autorización de los nuevos alimentos. El Reglamento europeo actualmente vigente data de 1997, fecha desde la que se ha producido una gran evolución en el sector de los nuevos alimentos y sus ingredientes. La revisión de esta normativa es por tanto necesaria para estar al día de los avances científicos y tecnológicos.

La nueva normativa incluye las siguientes propuestas: centraliza el procedimiento de autorización y elimina la anterior evaluación nacional, lo que implica una reducción de la carga administrativa tanto para los explotadores de las empresas alimentarias como para las autoridades nacionales; implica una reducción de los plazos y costes para obtener una autorización relativa a un nuevo alimento; convierte las autorizaciones individuales en genéricas y así facilita el acceso al mercado para las pymes; establece un procedimiento simplificado para los alimentos tradicionales de terceros países que mejora el acceso de los operadores de esos países al mercado europeo; y garantiza un nivel elevado de salud pública mediante una evaluación de riesgos centralizada y sistemática por parte de la EFSA, seguida de una decisión de autorización de la Unión.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Se considera «nuevo alimento» aquel que no se utilizó para el consumo humano en un grado significativo en la Unión antes del 15 de mayo de 1997, e incluye también la comida tradicional de terceros países que, durante al menos 25 años, haya formado parte de la dieta habitual de un número significativo de su población.

Hay numerosos aspectos en este informe con los que no estamos de acuerdo y que no se han mejorado con las enmiendas propuestas, ya que fueron rechazadas, en especial la permisividad en relación con los nanomateriales y clones y sus descendientes, el empleo de actos de ejecución en lugar de actos delegados, y la limitación de los Estados miembros para prohibir nuevos alimentos.

Para colmo, no se realiza un análisis de fondo sobre la necesidad de estos nuevos alimentos, los intereses de las grandes multinacionales y la industria para ponerlos en el mercado, la vinculación con convergencias regulatorias de cara a tratados internacionales (el TTIP, por ejemplo) y la necesidad de fomentar un consumo local, de temporada, que sea sostenible y no estos «nuevos alimentos».

Es por ello que he votado en contra de este informe.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Απείχα από την τελική ψηφοφορία, καθώς πολλά θέματα τα οποία επιθυμούσε το Κοινοβούλιο να συμπεριληφθούν στη νομοθεσία σχετικά με τα «Νέα Τρόφιμα» δεν έγιναν δεκτά από το Συμβούλιο.

Συγκεκριμένα επιθυμούσαμε μία πιο αυστηρή νομοθεσία σχετικά με τα κλωνοποιημένα ζώα, καθώς θέλουμε ο καταναλωτής να γνωρίζει αν αυτό που τρώει προέρχεται από κλωνοποιημένο ή απόγονο κλωνοποιημένου ζώου.

Αν και καταθέσαμε σχετικές τροπολογίες στην Ολομέλεια, δυστυχώς δεν συγκεντρώσαμε την απαραίτητη πλειοψηφία ώστε να γίνουν δεκτές.

Αποδεχόμενοι όμως ότι η παρούσα νομοθεσία προσφέρει ακόμα λιγότερη προστασία στους καταναλωτές, αποφασίσαμε να απέχουμε από την τελική ψηφοφορία.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport réglemente la commercialisation des nouveaux aliments, c'est-à-dire les aliments qui n'existaient pas dans l'Union européenne avant 1997 (par exemple: la nourriture à base d'insectes ou les nanomatériaux). L'ensemble de ces nouveaux aliments représenterait un danger potentiel pour les consommateurs car ces nanoparticules sont susceptibles de pénétrer les cellules humaines. Une nécessité apparaît, celle d'une meilleure réglementation, d'un étiquetage, voire d'une interdiction pure et simple.

Malheureusement, toutes ces mesures de précaution n'ont pas été retenues: ni par la Commission, ni par le Conseil, ni par le Parlement.

Je me suis donc opposée à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This is highly complex, highly technical and very difficult to understand the impact. The definition of 'novel foods' is problematic. I therefore followed the advice of colleagues in voting, who have more expertise on this matter than I do, and voted against the resolution.

I am advised that this will create a great financial burden for applicants and could challenge foods which are already legally on the market. Member States could even be deprived of the ability to make an initial safety assessment.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à assurer la sécurité des aliments, à protéger la santé publique et à garantir le bon fonctionnement du marché intérieur dans le domaine des denrées alimentaires, tout en favorisant l'innovation dans ce secteur.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Įgyvendinant Sąjungos maisto politiką ir užtikrinant skaidrumą turi būti užtikrinta aukšto lygio žmonių sveikatos ir vartotojų interesų apsauga bei veiksmingas vidaus rinkos veikimas. Aukštas aplinkos apsaugos lygis ir jos kokybės gerinimas – tai vieni iš Sąjungos tikslų, nustatytų Europos Sąjungos sutartyje. Svarbu, kad visuose atitinkamuose Sąjungos teisės aktuose, įskaitant šį reglamentą, būtų į tuos tikslus atsižvelgiama. Reikėtų persvarstyti, kurių kategorijų maisto produktai yra nauji maisto produktai, šias kategorijas patikslinti ir atnaujinti atsižvelgiant į mokslo ir technologijų pažangą, įvykusią nuo 1997 m. Turėtų būti numatytos maisto produktų, kurių molekulinė struktūra nauja arba sąmoningai pakeista, kategorijos, taip pat iš gyvūnų, augalų, mikroorganizmų, grybų ar dumblių ląstelių kultūros ar audinių kultūros pagamintų maisto produktų, iš mikroorganizmų, grybų ar dumblių ir iš mineralinės kilmės medžiagų pagamintų maisto produktų kategorijos. Be to, turėtų būti numatyta kategorija, apimanti maisto produktus, pagamintus iš augalų, kurie gaunami netradiciniais dauginimo būdais, jei dėl tokių būdų iš esmės keičiasi maisto produktų sudėtis ar struktūra ir tai turi įtakos jų maistinei vertei, metabolizmui ar nepageidaujamų medžiagų koncentracijai.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the Commission legislative proposal for a regulation on novel foods. The new proposal, with the removal of the former novel food categories, would put at risk foods already legally on the market which could be challenged under the new regulation. We are concerned that this would cause legal uncertainty for operators, and if products already on sale were to be withdrawn for further assessment this would compromise consumer confidence. We also oppose the new authorisation system proposal that would introduce a centralised authorisation process.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté contre la révision de la procédure d'autorisation des nouveaux aliments car j'estime qu'elle ne présente pas suffisamment d'exigences au regard du principe de précaution et de la sécurité alimentaire sachant que ce nouveau règlement couvrira par exemple les nanomatériaux ou les denrées alimentaires dérivées d'animaux clonés.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport doit permettre de définir et réglementer la mise sur le marché de nouveaux produits alimentaires appelés nouveaux aliments. Dans ce texte, le Conseil a supprimé toutes les mesures de sécurité retenues par le Parlement. Pour rappel, les nouveaux aliments sont tous les aliments qui n'existaient pas dans l'Union européenne avant 1997. Ils couvrent par exemple les nourritures à bases d'insectes, de nanomatériaux ou d'autres produits. Il est nécessaire donc que ces produits ainsi définis ne puissent être mis sur le marché que dans le respect du principe de précaution, accompagnés d'un étiquetage particulier, et une fois leur innocuité prouvée par rapport à la santé et à l'environnement.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Je regrette dans ce texte principalement le fait que les nanomatériaux ne soient pas simplement interdits dans l'alimentation. On va vers trop peu de protection du consommateur, seules sont prévues des voies de recours via des objections.

Je me suis abstenue sur ce texte flou puisque, même si le rapport se veut plus protecteur, il y a un risque quant aux nanomatériaux et une défiance légitime envers la Commission et l'EFSA.

Mara Bizzotto (ENF), per iscritto. – Non ho sostenuto col mio voto la relazione Nicholson perché sono contraria ai così detti «nuovi alimenti» – insetti, alghe, nanomateriali, cibi costruiti in laboratorio e nuovi coloranti – che arriveranno sulle nostre tavole, mentre alcuni cibi da sempre legati alle nostre tradizioni territoriali non trovano alcuna tutela, anzi, vengono osteggiati dalle normative dei burocrati europei, con danni ingenti sia al nostro tessuto produttivo sia ai nostri popoli.

Malin Björk (GUE/NGL), skriftlig. – Jag har röstat nej till betänkandet.

Nya typer av livsmedel är positivt i sig, men det finns alltför stora brister i denna förordning.

Betänkandet innefattar både nya typer av livsmedel, klonade djur samt nanomaterial och dess användning inom livsmedelssektorn. Det slutliga förslaget saknar tillräckliga garantier för försiktighetsprincipen, och sätter därmed inte konsumenterna och livsmedelssäkerhet i första rummet. Våra skarpare ändringsförslag röstades ned. Slutligen är det viktigt att återropa subsidiaritetsprincipen. De medlemsländer som inte vill ha den här typen av produkter ska ha rätt att reglera sin egen marknad. Dock är det tveksamt hur det ska kunna efterföljas när EU nu röstar om en förordning som lägger den huvudsakliga makten på EU-nivå.

Mot bakgrund till detta har jag valt att rösta nej till betänkandet.

José Blanco López (S&D), por escrito. – Esta propuesta de Reglamento sobre nuevos alimentos tiene como objetivo garantizar la seguridad alimentaria, proteger la salud pública y asegurar el funcionamiento del mercado interior, a la vez que apoyar la innovación en el sector alimentario. La propuesta actualiza la legislación actual creando un procedimiento de autorización «streamline», clarifica la definición de «alimento nuevo», introduce una evaluación de seguridad más rápida y proporcionada para los «alimentos tradicionales» de terceros Estados que tienen un historial seguro en materia alimentaria y simplifica los procedimientos para autoridades públicas y actores privados.

El resultado final de las negociaciones con el Consejo incluye muchos aspectos reclamados por este Parlamento, como la inclusión provisional de alimentos de animales clonados en el ámbito del Reglamento hasta que una legislación específica entre en vigor o la reintroducción de antiguas categorías de alimentos y la introducción de nuevas, con vistas a incluir alimentos de microorganismos, hongos e insectos.

Aunque el texto final tiene algunas lagunas respecto a la elaboración de la lista de categorías de nuevos alimentos o en lo relativo a los alimentos que contienen nanotecnología, en aras de adaptar las normas sobre los nuevos alimentos al progreso tecnológico y científico, he decidido votar a favor de esta reforma.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Regulativa o novoj hrani je važan zakon koji bi trebao urediti i centralizirati proces odobrenja i kontrole nove hrane na tržištu EU-a. Njome bi se trebala podići razina zaštite zdravlja potrošača i urediti funkcioniranje unutarnjeg tržišta.

Ukratko, ako naši građani žele jesti skakavce i egzotične bobice, ti proizvodi moraju biti zdravstveno ispravni i sigurni, ali i odobreni po ujednačenoj proceduri. Može se reći da su ti ciljevi ispunjeni, no u konačni dokument nisu ušli propisi o mesu kloniranih životinja i definicije nanohrane kojima bi se zatvorile potencijalne pravne rupe. Zato sam na ovom glasanju bila suzdržana.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – Étant donné la suppression par le Conseil de toutes les mesures de sécurité retenues par le Parlement et de nos craintes concernant:

— la possible pénétration des cellules par les nanomatériaux

— l'absence de véritable étude sur les impacts sanitaires

Mittwoch, 28. Oktober 2015

— le risque particulier encouru par les femmes enceintes et les bébés

— l'absence de législation sur ce sujet pour les nourritures animales

Il est clair que nous demandons l'interdiction pure et simple des nanoparticules dans l'alimentation.

Je ne peux donc pas soutenir ce texte et vote contre.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché sono convinta che l'introduzione nel mercato unico di nuovi prodotti alimentari debba essere sottoposta a controlli volti a garantire la non nocività di questi alimenti, a proteggere la salute dei cittadini europei

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – L'objectif du rapport est de réglementer la mise sur le marché des nouveaux aliments, c'est à dire l'ensemble des produits alimentaires qui n'existaient pas dans l'Union européenne avant 1997, comme la nourriture à base d'insectes ou les nanomatériaux. Ces derniers représenteraient un danger potentiel pour les consommateurs car ces nanoparticules pourraient pénétrer nos cellules. D'où la nécessité d'une réglementation accrue allant d'un étiquetage jusqu'à l'interdiction, dans le respect du principe de précaution. Or toutes ces mesures de sécurité n'ont pas été retenues par le Conseil au détriment des Européens qui subiront la nocivité de ces particules. Le groupe parlementaire dont je suis membre a réclamé la simple interdiction de l'utilisation de ces denrées alimentaires. Cette requête allant à l'encontre de la philosophie du texte, j'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Sectorul alimentar este unul dintre cele mai productive la nivelul Uniunii Europene. Această productivitate trebuie să aibă în vedere, în primul rând, siguranța consumatorilor și mai apoi profitabilitatea. În acest sens, prin modificarea raportului cu privire la alimentele noi, se dorește conferirea unei siguranțe a consumatorilor, alimentele noi fiind supuse unei evaluări sigure și unei autorizări, înainte de a fi introduse pe piața UE.

De asemenea, inovarea este atractivă, însă consumatorul solicită ca produsele alimentare să prezinte siguranță pentru a fi consumate, solicită să fie informat cu privire la modul în care acestea au fost produse, dar și cu privire la beneficiile lor. Inovarea este acceptată doar dacă aceasta oferă încredere consumatorului.

Am votat în favoarea raportului referitor la propunerea de Regulament al Parlamentului European și al Consiliului privind alimentele noi, deoarece este nevoie de un cadru legislativ robust pentru ca aprobarea alimentelor noi să asigure compatibilitatea în ceea ce privește siguranța, beneficiile pentru consumator, precum și problemele legate de mediul înconjurător, cele de ordin social și etic.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario. Sono per i prodotti tradizionali, lasciamo le cavallette, le larve e le formiche altrove....

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Normele UE privind alimentele noi au fost stabilite prin intrarea în vigoare a Regulamentului (CE) nr.258/1997 al PE și al Consiliului și a Regulamentului (CE) nr. 1852/2001 al Comisiei. Având în vedere progresul științific și tehnologic realizat în industria alimentară în ultimii ani, apare firească necesitatea ca actele legislative să reflecte noile realități din acest sector de pe piața internă a UE. Definiția unui aliment nou, raționalizarea procedurii de autorizare și dispozițiile privind protecția datelor reprezintă principalele motive de îngrijorare.

Susțin Propunerea de Regulament al Parlamentului European și al Consiliului privind alimentele noi (2013/0435(COD)), deoarece consider că părțile interesate au nevoie de o procedură eficientă și care să ofere certitudine și protecție adecvată produselor.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – El Reglamento europeo actualmente vigente data de 1997, fecha desde la que se ha producido una gran evolución en el sector de los nuevos alimentos y sus ingredientes. La revisión de esta normativa es por tanto necesaria para estar al día de los avances científicos y tecnológicos, al mismo tiempo que debe ser garantista con el derecho de los consumidores a conocer todo lo relativo a los alimentos, especialmente en las innovaciones alimentarias. Por ello, he votado en contra, por la ausencia de una moratoria sobre los alimentos que contienen nanotecnología hasta que la EFSA apruebe una estrategia específica sobre evaluación de riesgos para estos nanoalimentos, y por la falta de medidas transitorias con respecto a los alimentos derivados de los descendientes de los animales clonados. Hay que recordar que el Parlamento Europeo se ha pronunciado en contra de la clonación de animales para uso alimentario y que estos productos proceden, a día de hoy, de la importación.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Les nouveaux aliments consistent en toute denrée alimentaire dont la consommation humaine était négligeable au sein de l'Union avant le 15 mai 1997. Il est très important de réglementer ces nouveaux aliments qui sont à présent davantage consommés sur le marché européen. Ce rapport permet de clarifier la définition des aliments nouveaux afin d'adapter la législation européenne aux réalités du marché européen actuel. Les procédures d'autorisation d'entrée des aliments nouveaux sur le territoire de l'Union seront rationalisées et simplifiées, ce qui conduira à un système beaucoup plus transparent. Ce texte a vocation à améliorer le marché unique. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativo ai nuovi prodotti alimentari, i cosiddetti *novel foods*.

Il settore agroalimentare è un settore in continua evoluzione che necessita di un quadro normativo aggiornato per tenere il passo con gli sviluppi tecnologici. Attualmente, il consumo umano di alcune specie di insetti, classificati come nuovi prodotti alimentari, è già consentito in diversi Stati membri, tra cui Belgio, Olanda, Danimarca e Gran Bretagna. Con la relazione che abbiamo approvato abbiamo aggiornato la legislazione in materia.

Pur semplificando le attuali procedure di autorizzazione dei *novel foods*, il testo garantisce un elevato livello di tutela della salute umana e degli interessi dei consumatori mediante una sistematica valutazione dei rischi centralizzata effettuata dall'EFSA e un'applicazione del principio di precauzione. Allo stesso tempo, vengono previsti requisiti specifici supplementari in materia di etichettatura con l'obiettivo di informare i consumatori finali su qualsiasi caratteristica o proprietà alimentare specifica di questi nuovi prodotti.

Il testo votato garantisce la tutela dei consumatori e per mantiene la legislazione a passo con i progressi scientifici e tecnologici del settore. Per questo motivo ho votato in suo favore.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report which deals with novel food (food not consumed in the EU before 1997) and cloning.

I was not happy with the outcome of the negotiations on these issues. The issue of cloning was not adequately addressed as descendants of cloned animals were not covered. On food safety, the rules were also not clear enough, in that, on nanomaterials, controls by the European Food Safety Authority (EFSA) were limited to requests by the Commission. Furthermore, responsibility for judging whether a substance is a novel food or not, and thereby subject to this regulation, is left in the hands of operators: this does not provide sufficient consumer protection.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the Commission legislative proposal for a regulation on novel foods. The new proposal, with the removal of the former novel food categories, would put at risk foods already legally on the market which could be challenged under the new regulation. We are concerned that this would cause legal uncertainty for operators, and if products already on sale were to be withdrawn for further assessment this would compromise consumer confidence. We also oppose the new authorisation system proposal that would introduce a centralised authorisation process.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I agree that detailed study of the so-called novel foods and subsequent legislation are vital to ensure the highest quality of products on the European market. The current Novel Foods Regulation therefore needs to be updated in line with the latest developments and information at hand. Also, the rapporteur rightly points out the need to include more provisions on different types of novel foods in order to avoid a legal vacuum.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il rapporto prevede la possibilità di autorizzare nuovi alimenti o cibi tradizionali a patto che non siano svantaggiosi e non necessariamente vantaggiosi, sotto il profilo nutrizionale rispetto a quelli esistenti. Nel caso in cui l'EFSA o la Commissione abbiano richiesto documenti aggiuntivi ai richiedenti e questi non li forniscano, la valutazione non viene sospesa ma si procede con la documentazione a disposizione. Il significato del termine «significativo numero di persone» che dovrebbero aver consumato per almeno 25 anni un cibo affinché possa essere riconosciuto come alimento tradizionale, rimane non definito. La copertura viene garantita per i cloni animali ma non per i discendenti.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Infine, l'applicazione del principio di precauzione nel caso in cui sussistano elementi di incertezza scientifica sulla sicurezza di un determinato prodotto alimentare viene evocata solo al considerando 17, mentre nell'articolo il principio di precauzione viene indicato come uno dei parametri su cui la Commissione baserà il suo parere. Quale sia la considerazione reale di questa indicazione si può già dedurre da come sono state trattate le nanoparticelle che, applicando le indicazioni del considerando e le conclusioni dell'EFSA, avrebbero dovuto essere ridotte al 10% al massimo, e vietate nel caso in cui la mancanza di strumentazioni sufficientemente sensibili impedisca il raggiungimento dell'obiettivo indicato. Quindi ho votato contro.

Jean-Marie Cavada (ALDE), par écrit. – J'ai voté en faveur du rapport de James Nicholson sur les nouveaux aliments, qui a donné lieu à des négociations très constructives en première lecture entre le Parlement européen et le Conseil.

Ce rapport répond à la nécessité de réviser la réglementation européenne relative à l'autorisation de mise sur le marché des nouveaux aliments. Datant de 1997, cette réglementation est quelque peu obsolète compte tenu de l'évolution des méthodes de production alimentaire, des progrès scientifiques réalisés, et de l'ouverture des marchés aux produits provenant des pays tiers.

À ce titre, le rapport de James Nicholson est vecteur d'évolutions salutaires. En effet, il prévoit la réévaluation de la définition des nouveaux aliments et la délimitation de différentes catégories d'aliments entrant dans le champ d'application des nouveaux aliments. De même, certaines des dispositions de ce rapport permettront de faciliter l'entrée dans l'Union des aliments traditionnels des pays tiers.

En définitive, ce rapport facilite selon moi l'innovation tout en assurant la sécurité alimentaire des consommateurs.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η έκθεση τονίζει ότι η ελεύθερη κυκλοφορία ασφαλών και υγιεινών τροφίμων είναι θεμελιώδης πτυχή της εσωτερικής αγοράς και συμβάλλει σημαντικά στην υγεία και ευεξία των πολιτών και στη διαφύλαξη των κοινωνικών και οικονομικών τους συμφερόντων.

Οι διαφορές μεταξύ των εθνικών νόμων σχετικά με την αξιολόγηση της ασφάλειας και την έγκριση νέων τροφίμων μπορεί να παρεμποδίσουν την ελεύθερη κυκλοφορία των τροφίμων αυτών, προκαλώντας έλλειψη ασφάλειας δικαίου και συνθήκες αθέμιτου ανταγωνισμού.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione poiché l'attuale procedura di autorizzazione, prima dell'immissione sul mercato, è stata oggetto di critiche, in quanto troppo costosa e lunga. Infatti uno degli obiettivi indicati dalla Commissione nella nuova proposta consiste nella semplificazione e nello snellimento del processo normativo, riducendo in tal modo gli oneri amministrativi a carico dei richiedenti, delle autorità degli Stati membri e della Commissione stessa. Inoltre la Commissione ha giustamente riconosciuto che lunghi ritardi nella procedura, così come i costi di presentazione della domanda hanno creato un ostacolo per l'innovazione e la partecipazione delle PMI. Quindi, anche se una procedura di autorizzazione semplificata permetterà senza ogni dubbio di ridurre i costi a carico dei richiedenti, si tratterà inevitabilmente di uno sforzo che può comportare oneri notevoli, mentre incoraggiare la competitività e l'innovazione degli operatori del settore alimentare dovrebbe rimanere l'obiettivo principale e perciò ottenere il grado di tutela adeguato. Per quanto riguarda le polemiche sugli insetti, si tratta di regolamentare un settore che finora era oggetto di un vuoto normativo. Nessuna autorizzazione è stata conferita, contrariamente a ciò che dicono i giornali.

David Coburn (EFDD), in writing. – UKIP opposes the Commission legislative proposal for a regulation on novel foods. The new proposal, with the removal of the former novel food categories, would put at risk foods already legally on the market which could be challenged under the new regulation. We are concerned that this would cause legal uncertainty for operators, and if products already on sale were to be withdrawn for further assessment this would compromise consumer confidence. We also oppose the new authorisation system proposal that would introduce a centralised authorisation process.

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – As regras da União em matéria de novos alimentos foram estabelecidas pelo Regulamento (CE) n.º 258/97 do Parlamento Europeu e do Conselho e pelo Regulamento (CE) n.º 1852/2001, da Comissão, que reconhece que qualquer novo alimento ou ingrediente alimentar requer uma autorização prévia à colocação no mercado, de modo a preservar um elevado nível de proteção da saúde humana e dos interesses dos consumidores.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Face aos céleres progressos científicos e tecnológicos na área do sector alimentar existem um conjunto de novos alimentos e ingredientes alimentares, como os alimentos contendo, consistindo de ou produzidos a partir de micro-organismos, fungos e algas, ou alimentos com uma estrutura molecular primária intencionalmente modificada que não se enquadram no âmbito de aplicação da definição de «novos alimentos» da legislação vigor.

Voto favoravelmente este relatório que vem colmatar esta lacuna e adaptar a definição de novos alimentos a estas realidades ao mesmo tempo que reduz ónus administrativos para os requerentes, simplificando e racionalizando o processo regulamentar de autorização.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, weil die geltenden Zulassungsverfahren für diese Art von neuartigen Lebensmitteln zu kompliziert, langwierig und teuer sind. Wir brauchen im Binnenmarkt ein zentrales und verkürztes Verfahren, bei dem die Zulassung nicht nur für ein einzelnes Lebensmittel, sondern jeweils für die ganze Produktkategorie ähnlicher Lebensmittel gilt. Ich möchte aber auch an die wichtige Rolle der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hinweisen, die durch Überprüfungen gewährleisten muss, dass ein Produkt keine Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit hat.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the Commission legislative proposal for a regulation on novel foods. The new proposal, with the removal of the former novel food categories, would put at risk foods already legally on the market which could be challenged under the new regulation. We are concerned that this would cause legal uncertainty for operators, and if products already on sale were to be withdrawn for further assessment this would compromise consumer confidence. We also oppose the new authorisation system proposal that would introduce a centralised authorisation process.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Considerando che l'autorizzazione per un nuovo prodotto alimentare costituisce una barriera al commercio e impedisce l'accesso al mercato dell'UE di prodotti che vantano un uso alimentare sicuro e storicamente comprovato nel loro paese d'origine, mi trovo assolutamente d'accordo nell'attuazione del nuovo regolamento, il quale, oltre a garantire la sicurezza alimentare, mira a snellire e a semplificare la procedura di autorizzazione per i nuovi prodotti nutritivi tramite un elenco di nuovi alimenti autorizzati nell'Unione. Questo nuovo regolamento porterà vantaggi su molti fronti: esso, infatti, ridurrà gli oneri amministrativi, la durata e il costo del processo di autorizzazione e aumenterà la competitività dell'industria alimentare europea, in particolare delle PMI.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *skriftlig*. – Vi har röstat för överenskommelsen med rådet. Lagstiftningen innebär att vi snabbare kommer att kunna godkänna nya livsmedel. Detta är positivt, särskilt eftersom den befintliga lagstiftningen i dag utgör ett hinder för framtagandet av livsmedel. I lagen ställs krav på märkning och därmed spårbarhet av kloning som kan komma i konflikt med WTO-avtal och skapa andra handelsrelaterade problem. Att kräva att alla våra handelspartner inför spårbarhetssystem för klonade djur är orealistiskt. Trots denna invändning, röstade vi för förslaget då det är viktigt att få ett nytt system för snabbare godkännande av nya livsmedel på plats.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La revisione ha lo scopo di agevolare le procedure di autorizzazione all'immissione sul mercato di nuovi alimenti e di alimenti tradizionali provenienti da paesi terzi. Va ricordato che questa proposta deriva da quella in precedenza bocciata nel marzo del 2011 per il mancato raggiungimento di un accordo sull'uso di cloni animali a scopo alimentare. Anche se il mercato dei nuovi alimenti potrebbe espandersi soprattutto per l'influenza di cibi tradizionali di paesi terzi, tra il 2004 ed il 2014 il numero di autorizzazioni rilasciate dalla Commissione o dalle singole autorità nazionali è stato pari a circa 100 e 3 i casi di rigetto riportati ufficialmente. Inoltre, al di là di cibi o preparati alimentari di consumo immediato, sul mercato dei nuovi alimenti giocano un ruolo importante tutti gli additivi alimentari inclusi quelli provenienti da OGM (nonostante gli OGM siano esclusi dal campo di applicazione dei nuovi alimenti in quanto già coperti dal regolamento 1829/2013), i microrganismi quali lieviti, o singoli composti con proprietà particolari. In seguito alla bocciatura di un nostro emendamento che avrebbe vietato il ricorso a nanotecnologie alla luce delle attuali incertezze tossicologiche e dell'impossibilità di poterne valutare la presenza in concentrazioni inferiori al 50% sul totale, ho deciso di esprimere un voto contrario.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Se considera «nuevo alimento» aquel que no se utilizó para el consumo humano en un grado significativo en la Unión antes del 15 de mayo de 1997, e incluye también la comida tradicional de terceros países que, durante al menos 25 años, haya formado parte de la dieta habitual de un número significativo de su población.

Hay numerosos aspectos en este informe con los que no estamos de acuerdo y que no se han mejorado con las enmiendas propuestas, ya que fueron rechazadas, en especial la permisividad en relación con los nanomateriales y clones y sus descendientes, el empleo de actos de ejecución en lugar de actos delegados, y la limitación de los Estados miembros para prohibir nuevos alimentos.

Para colmo, no se realiza un análisis de fondo sobre la necesidad de estos nuevos alimentos, los intereses de las grandes multinacionales y la industria para ponerlos en el mercado, la vinculación con convergencias regulatorias de cara a tratados internacionales (el TTIP, por ejemplo) y la necesidad de fomentar un consumo local, de temporada, que sea sostenible y no estos «nuevos alimentos».

Es por ello que he votado en contra de este informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I abstained on the Commission proposal and the legislative resolution on novel foods because given the regulation is outdated and the rules on novel foods have to be adjusted to the technological and scientific progress, there are clearly missing elements which are of extreme importance.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider că normele noi vor supune alimentele evaluării siguranței și autorizării printr-o procedură complet armonizată la nivelul Uniunii Europene. Autoritatea Europeană pentru Siguranță Alimentară (EFSA) ar trebui să efectueze o evaluare în toate cazurile în care un produs alimentar poate afecta sănătatea umană.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif vise à accélérer la procédure d'autorisation des «nouveaux aliments», jugée trop complexe, coûteuse et chronophage, et à mieux prendre en compte les récents développements scientifiques et technologiques dans le secteur des aliments. Les «nouveaux aliments» correspondent aux aliments non couverts par la législation actuelle datant de 1997. Ils peuvent être innovants et produits grâce à de nouvelles technologies, ou sont des produits traditionnellement consommés dans les pays tiers en dehors de l'Union européenne. Le rapport étend la définition de nouveaux aliments pour inclure, entre autres, la nourriture avec une structure moléculaire modifiée, les micro-organismes, les champignons, les algues, les aliments obtenus à partir de cultures cellulaires ou tissulaires, et les insectes. Considérant que le Parlement européen a obtenu des garanties satisfaisantes auprès du Conseil en ce qui concerne les aliments issus d'animaux clonés, le principe de précaution, les mesures pour maintenir les nanomatériaux sous surveillance et les restrictions à l'expérimentation animale, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the Commission legislative proposal for a regulation on novel foods. The new proposal, with the removal of the former novel food categories, would put at risk foods already legally on the market which could be challenged under the new regulation. We are concerned that this would cause legal uncertainty for operators, and if products already on sale were to be withdrawn for further assessment this would compromise consumer confidence. We also oppose the new authorisation system proposal that would introduce a centralised authorisation process.

Philippe De Backer (ALDE), *schriftelijk*. – Dit dossier bevat een aantal belangrijke elementen. Zo biedt het een gecentraliseerde aanvraagprocedure op EU-niveau (en niet langer op lidstaatsniveau) voor zogeheten 'novel foods'. Gekloond voedsel wordt nu ook meegenomen, terwijl daar voorheen een onduidelijke regeling rond bestond die tot rechtsonzekerheid leidde. Ook het verwerken van de aanvragen zal nu in een kortere, meer gestroomlijnde procedure afgehandeld kunnen worden.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Ce règlement simplifie les procédures d'autorisation de mise sur le marché pour les nouveaux aliments, c'est-à-dire les aliments ou ingrédients alimentaires non consommés dans l'Union européenne avant 1997. Par exemple, les baies de Goji, originaires d'Amérique latine qui n'étaient pas du tout consommées en Europe il y a 20 ans, sont désormais largement disponibles dans le commerce et très appréciées pour leurs vertus énergisantes.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

La mondialisation et les innovations technologiques ont contribué à diversifier notre alimentation. L'Union européenne doit donc s'adapter et soutenir l'innovation dans le domaine alimentaire sans remettre en question le principe de précaution et de protection des consommateurs européens. C'est pourquoi la procédure d'autorisation au niveau européen doit être correctement encadrée et le champ d'application du règlement précisé.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport Nicholson relatif aux nouveaux aliments. Je me félicite de l'adoption de ce rapport car la réglementation européenne relative aux nouveaux aliments nécessitait d'être révisée afin de simplifier les procédures et surtout de se conformer à l'évolution des marchés et des nouvelles technologies. Ce rapport concerne un nombre important de sujets car il traite aussi bien de nouvelles technologies, comme les nanomatériaux, que d'importation de produits en provenance de pays tiers. Ce rapport permettra de rationaliser et de simplifier la procédure d'autorisation ainsi que d'améliorer son efficacité et sa transparence. Il permettra également d'introduire une méthode d'évaluation de la sécurité qui sera à la fois plus rapide et mieux adaptée aux aliments traditionnels qui proviennent de pays tiers.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie zette vandaag mee het licht op groen voor de herziening van de wetgeving over nieuwe soorten voedsel. Deze herziening is belangrijk én dringend. De huidige wetgeving dateert immers van 1997 en is niet meer aangepast aan de technologische en wetenschappelijke vooruitgang. Een eerdere poging om de wetgeving te actualiseren mislukte in 2011. Na bijna twintig jaar stilstand is het nu echt tijd voor vooruitgang, die zowel onze burgers als onze bedrijven ten goede komt.

De N-VA gelooft sterk dat de nieuwe wetgeving innovatie zal aanmoedigen. De goedkeuringsprocedure voor nieuwe voedselsoorten duurt vandaag gemiddeld drie jaar en is duur. Een eengemaakte toelatingsprocedure die administratieve lasten beperkt, moet ervoor zorgen dat nieuwe voedselsoorten sneller en goedkoper op de markt kunnen. Deze vooruitgang is belangrijk voor Vlaanderen, waar heel wat bedrijven (in het bijzonder kmo's) sterk zijn in de ontwikkeling van innovatieve voedselsoorten.

De nieuwe regels doen uiteraard geen afbreuk aan consumentenbescherming. De veiligheid van de producten blijft vooropstaan. De N-VA verwelkomt ook de nadruk die in de wetgeving ligt op het ontmoedigen van testen op dieren door de toepassing van het 3V-principe (vervanging, vermindering, verfijning).

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – За онези, за които е непонятно какво точно означава „нови храни“ – такива, които не са били консумирани масово в Европейския съюз преди 1997 година, когато е влязъл в сила и първият регламент по темата. С това предложение се опростяват правилата за целия Съюз и се пригаждат към техническия и научния прогрес.

Новите правила ще подлагат новите храни на оценка на безопасността и разрешаване на равнището на ЕС. Ако има възможност нова храна да повлияе на здравето на хората Европейският орган за безопасност на храните ще трябва да извършва оценка.

Когато вземането на решения на ниво ЕС може да улесни търговците и да увеличи сигурността на потребителите, така че всички да спечелят, аз мога само да подкрепя такова предложение.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Καταψήφισα την πρόταση κανονισμού του ΕΚ και του Συμβουλίου για τα νέα τρόφιμα. Ο λόγος είναι ότι κανένας δεν μπορεί να εγγυηθεί με απόλυτο και κατηγορηματικό τρόπο για την καταλληλότητα και την ασφάλεια του νέου αυτού είδους τροφίμων και για τις επιπτώσεις που σίγουρα θα έχουν στην υγεία των καταναλωτών. Πάγια θέση μας είναι η αποκλειστική παραγωγή και κατανάλωση τροφίμων των οποίων οι πρωτοταγής μοριακή δομή δεν είναι καθι�ονδήποτε τρόπο τροποποιημένη ή αλλοιωμένη όπως παραδείγματος χάριν στα κλωνοποιημένα ζώα.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the Commission legislative proposal for a regulation on novel foods. The new proposal, with the removal of the former novel food categories, would put at risk foods already legally on the market which could be challenged under the new regulation. We are concerned that this would cause legal uncertainty for operators, and if products already on sale were to be withdrawn for further assessment this would compromise consumer confidence. We also oppose the new authorisation system proposal that would introduce a centralised authorisation process.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – En förutsättning för att Europas livsmedelssektor ska kunna utvecklas är att det finns ett regelverk på plats som ger utrymme för att nya innovativa produkter ska kunna godkännas och lanseras på den gemensamma marknaden. Förslaget innebär ett fullständigt harmoniserat EU-omfattande förfarande för säkerhetsutvärdering och auktorisering av innovativa livsmedelsprodukter. Därtill ska Europeiska livsmedelsmyndigheten (Efsa) genomföra en utvärdering i alla fall då livsmedel kan ha en effekt på människors hälsa. Förslaget ger förutsättningar för utveckling och en trygghet för konsumenter. Jag har därför röstat för detta förslag.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A nova legislação prevê um novo procedimento de autorização a nível da UE para os novos alimentos, regras sobre a colocação no mercado de alimentos provenientes de animais clonados, o controlo dos nanomateriais e restrições aos ensaios em animais. Consideram-se «novos alimentos» são aqueles que não foram utilizados de forma significativa para consumo humano antes de 1997, por exemplo, os que consistem de ou são produzidos a partir de micro-organismos, fungos e algas.

Segundo o relatório, o novo procedimento de autorização de novos alimentos a nível da UE deverá ser mais eficaz e mais célere. As longas demoras no processo, bem como os custos inerentes à apresentação de um pedido, têm criado um obstáculo à inovação e à participação das pequenas e médias empresas (PME). A nova legislação regula ainda a colocação no mercado de alimentos provenientes de animais clonados, define o que são nanomateriais e impõe restrições aos ensaios em animais.

Édouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur cette résolution, parce qu'elle ne souligne pas les dangers des nanomatériaux.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Novos alimentos são alimentos que não constavam da dieta humana, de um número significativo de pessoas, dentro da UE antes de 1997.

Em 2008, a Comissão Europeia adotou uma proposta de regulamento acerca de novos alimentos. A discussão legislativa focou-se prioritariamente nas provisões aplicáveis aos nanomateriais, à clonagem de animais para a produção alimentar, comidas tradicionais de países terceiros, aos critérios a ser examinados para os estudos e gestão de risco e aos procedimentos para a autorização dos novos alimentos.

Esta nova proposta tem vários pontos problemáticos, nomeadamente a definição e clarificação da designação de novo alimento, o papel das agências nacionais no processo de autorização e no que diz respeito aos atos delegados.

Outro assunto controverso é a necessidade de monitorização a longo-prazo da introdução no mercado destes alimentos e do seu impacto.

Infelizmente, o resultado do tríplice não reflete todas estas preocupações, sendo melhor que a proposta da Comissão Europeia, já que inclui as preocupações sobre o bem-estar animal e sobre a rotulagem destes alimentos. Há outros pontos que deveriam ter sido incluídos e não foram.

Acresce que o princípio da precaução não está assegurado nesta proposta legislativa.

Razões para o nosso voto contra.

Santiago Fisas Ayxelà (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la aprobación del Reglamento sobre los nuevos alimentos, porque considero que la anterior regulación de 1997 no permite dar cobertura legal a las nuevas prácticas en materia de alimentación. Además, la nueva normativa permite, a través de la centralización del procedimiento, agilizar y simplificar la concesión de autorizaciones. Como ponente alternativo de la opinión de la Comisión de Comercio Internacional sobre nuevos alimentos, me congratulo de que esta nueva legislación ayudará a garantizar la seguridad alimentaria y la salud pública.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Christofer Fjellner (PPE), *skriftlig*. – Vi har röstat för en rådsöverenskommelse för så kallade nya livsmedel. Lagstiftningen innebär att vi snabbare kommer att kunna godkänna nya livsmedel. Detta är positivt, särskilt eftersom den befintliga lagstiftningen i dag utgör ett hinder för framtagandet av livsmedel. I lagen ställs krav på märkning och därmed spårbarhet av kloning som kan komma i konflikt med WTO-avtal och skapa andra handelsrelaterade problem. Att kräva att alla våra handelspartner inför spårbarhetssystem för klonade djur är orealistiskt. Trots denna invändning, röstade vi för förslaget då det är viktigt att få ett nytt system för snabbare godkännande av nya livsmedel på plats.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against the proposal as I believe consumers are not protected by the precautionary principle.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Cieľom predmetného návrhu Európskej komisie je zaistiť bezpečné potraviny a ochrániť tak spotrebiteľov v Európskej únii, ale zároveň sa zabezpečilo fungovanie vnútorného trhu s potravinami a podpora inovácií v sektore potravín. Návrh sa snaží o jasnú definíciu pojmu nových potravín vrátane nových technológií, ktoré majú vplyv na produkciu potravín. Tento návrh má však aj výrazné nedostatky, na ktoré skupina Socialistov a Demokratov poukazovala. Nariadenie je v súčasnej podobe zastarané a pravidlá pre nové potraviny musia byť prispôsobené technologickému a vedeckému pokroku.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την πρόταση κανονισμού του ΕΚ και του Συμβουλίου για τα νέα τρόφιμα. Ο λόγος είναι ότι κανένας δεν μπορεί να εγγυηθεί με απόλυτο και κατηγορηματικό τρόπο για την καταλληλότητα και την ασφάλεια του νέου αυτού είδους τροφίμων και για τις επιπτώσεις που σίγουρα θα έχουν στην υγεία των καταναλωτών. Πάγια θέση μου είναι η αποκλειστική παραγωγή και κατανάλωση τροφίμων των οποίων οι πρωτοταγής μοριακή δομή δεν είναι καθoιονδήποτε τρόπο τροποποιημένη ή αλλοιωμένη όπως παραδείγματος χάριν στα κλωνοποιημένα ζώα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I strongly believe that we must ensure food safety, protect public health and secure the functioning of the internal market for food, while supporting innovation in the food sector. Streamlining the authorisation procedure, improving its efficiency and transparency must be our priority.

I support the clarification of the definition of a novel food and of new technologies which have an impact on food production, as well as the introduction of a faster and more proportionate safety assessment for traditional foods from third countries having a history of safe food use.

However, implementing acts for the authorisation procedure for a novel food give Parliament absolutely no political control over what kind of novel food is being authorised; the list of categories of novel foods is non-exhaustive and can cover any new food that falls under the scope; and no transitional measures regarding the food derived from the descendants of cloned animal are included – thus leaving a legal gap until new legislation is in place. I am therefore not fully satisfied with the final text of the regulation.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, ugyanis a javasolt meghatározások egyáltalán nem kielégítőek, nem teremtenek jogbiztonságot, és végső soron nem teszik egyértelművé az „új élelmiszer” hatályát és fogalommeghatározását, ami a Bizottság új javaslatának egyik fő célkitűzése volt.

Míg üdvözlendőnek tartom a Bizottság azon szándékát, hogy az élelmiszer-ipari innováció valamennyi típusát magában foglaló, kibővített koncepciót dolgozzon ki az új élelmiszerek meghatározására, a kategóriák megszüntetése komoly aggodalmakat okozott.

Noha az élelmiszer-ipari ágazat valamennyi érintett szereplője egyetértett abban, hogy az új meghatározás nem működőképes, azzal kapcsolatban már eltértek a vélemények, hogy mi lépjen a helyébe. Mivel el kell ismerni az élelmiszer-iparban bekövetkezett tudományos és technikai fejlődést, és javítani kell a jogbiztonságon, véleményem szerint a legesszerűbb lépés az lenne, ha korszerű formában, az új élelmiszerekre vonatkozó új kategóriákat vezetnénk be annak érdekében, hogy a váratlan ipari fejleményekkel szemben „jövőbiztossá” tegyük az új élelmiszerekről szóló rendelkezést. Fontosnak tartom továbbá azt is, hogy a rendelet igazodjon a technikai fejlődéshez és az uniós piacra kerülő új termékekhez.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor teniendo en cuenta la necesidad de actualizar la legislación en esta materia conforme a los enormes avances científicos y tecnológicos que ha experimentado el sector alimentario, garantizando siempre la seguridad alimentaria de los ciudadanos europeos.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Con nuestro voto a favor, los socialistas españoles apostamos por simplificar los procedimientos de autorización de los nuevos alimentos. El Reglamento europeo actualmente vigente data de 1997, fecha desde la que se ha producido una gran evolución en el sector de los nuevos alimentos y sus ingredientes. La revisión de esta normativa es por tanto necesaria para estar al día de los avances científicos y tecnológicos.

La nueva normativa incluye las siguientes propuestas: centraliza el procedimiento de autorización y elimina la anterior evaluación nacional, lo que implica una reducción de la carga administrativa tanto para los explotadores de las empresas alimentarias como para las autoridades nacionales; implica una reducción de los plazos y costes para obtener una autorización relativa a un nuevo alimento; convierte las autorizaciones individuales en genéricas y así facilita el acceso al mercado para las pymes; establece un procedimiento simplificado para los alimentos tradicionales de terceros países que mejora el acceso de los operadores de esos países al mercado europeo; y garantiza un nivel elevado de salud pública mediante una evaluación de riesgos centralizada y sistemática por parte de la EFSA, seguida de una decisión de autorización de la Unión.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Con nuestro voto a favor, los socialistas españoles apostamos por simplificar los procedimientos de autorización de los nuevos alimentos. El Reglamento europeo actualmente vigente data de 1997, fecha desde la que se ha producido una gran evolución en el sector de los nuevos alimentos y sus ingredientes. La revisión de esta normativa es por tanto necesaria para estar al día de los avances científicos y tecnológicos.

La nueva normativa incluye las siguientes propuestas: centraliza el procedimiento de autorización y elimina la anterior evaluación nacional, lo que implica una reducción de la carga administrativa tanto para los explotadores de las empresas alimentarias como para las autoridades nacionales; implica una reducción de los plazos y costes para obtener una autorización relativa a un nuevo alimento; convierte las autorizaciones individuales en genéricas y así facilita el acceso al mercado para las pymes; establece un procedimiento simplificado para los alimentos tradicionales de terceros países que mejora el acceso de los operadores de esos países al mercado europeo; y garantiza un nivel elevado de salud pública mediante una evaluación de riesgos centralizada y sistemática por parte de la EFSA, seguida de una decisión de autorización de la Unión.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Appoggio con pieno favore la proposta per una normativa che vigili e garantisca sul commercio di nuovi cibi. L'Unione deve ribadire il suo ruolo di garante della salute e del benessere dei suoi cittadini e dei consumatori, e in quanto tale, tutelare attraverso opportune verifiche che i nuovi cibi che arrivano sulle nostre tavole siano sicuri per la sanità umana e ambientale.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho deciso di astenermi nella votazione della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativo ai nuovi prodotti alimentari perché non sono completamente soddisfatta dal compromesso raggiunto con il Consiglio. Il tema dei nuovi alimenti è una questione molto delicata. Da un lato, infatti, troviamo i valori fondamentali della tutela della salute umana, della difesa della sana alimentazione e delle caratteristiche dei prodotti europei e della tutela dei diritti dei consumatori; dall'altro, la necessità giuridica di adeguare un regolamento ormai obsoleto, di sostenere l'industria alimentare europea nella competizione globale e nella creazione di occupazione e di supportare l'innovazione scientifica. Ritengo che una normativa sia necessaria a causa dei progressi tecnologici intervenuti nell'arco di quasi 20 anni rispetto al regolamento del 1997, sapendo che tali nuovi prodotti arriverebbero comunque sulle nostre tavole causa globalizzazione. Il suo contenuto deve però tenere conto dei principi di precauzione, tutela dell'ambiente e della salute. Ho sostenuto quindi gli emendamenti volti a prevedere un maggior potere di controllo del Parlamento, una disciplina che in attesa di normative specifiche imponga, l'indicazione della provenienza del prodotto da animali clonati e una richiesta di moratoria sui cibi prodotti tramite nanotecnologie, purtroppo respinti dall'aula.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel gestimmt, da ich eine klare Gesetzgebung und verbesserten Verbraucherschutz begrüße. Ich unterstütze den von meinem Fraktionskollegen Jom Nicholson hervorragend erarbeiteten Bericht.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich habe mich für eine Überarbeitung der aktuell geltenden Gesetzeslage für die Beurteilung der Lebensmittel ausgesprochen. Vor dem Hintergrund einer stark technologisierten Lebensmittelbranche ist es wichtig, dass die Gesetzgebung mit aktuellen Entwicklungen hinsichtlich der Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln schritthalten kann. Gleichzeitig muss es für Unternehmen auch möglich sein, Zulassungsverfahren für neue Lebensmittel möglichst effizient durchlaufen zu können.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I abstained in the final vote on this report, as it fails to ensure sufficiently strong provisions for protection of public health and consumer interest. Playing down the importance of the precautionary principle, especially with regards to the application of new technologies used in food production, is not an option. Furthermore, it is a matter of concern that the draft regulation opens the door for food derived from cloned animals or their offspring, despite the strong opposition from Parliament evident in the vote during the September plenary. The current wording, moreover, allows the Commission to update the list of novel foods by means of implementing acts, which precludes scrutiny by Parliament.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – La autorización y la utilización de nuevos alimentos e ingredientes alimentarios están armonizadas en la Unión Europea desde 1997. El procedimiento ha consistido hasta ahora en que las solicitudes de autorización previas a la comercialización eran evaluadas en primer lugar por un Estado miembro, la Comisión hacía circular el informe de evaluación inicial para recabar observaciones y objeciones de todos los Estados miembros y, si no se presentaban objeciones fundamentadas de seguridad, el nuevo alimento podía comercializarse. El Reglamento que aprobamos hoy sustituye este procedimiento por uno centralizado a nivel europeo a cargo de la Agencia Europea de Seguridad Alimentaria. Este cambio es positivo porque implica, entre otras cosas, que ya no se podrán presentar solicitudes de autorización del mismo alimento en varios países y que el plazo para decidir si se autoriza o no un nuevo alimento en la UE será más corto.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Le rapport Nicholson visait à régler la mise sur le marché des nouveaux aliments.

Parmi ces nouveaux aliments se trouvent notamment les aliments contenant des nanomatériaux. Ces nanomatériaux sont de très petites particules qui peuvent donner aux aliments des propriétés souhaitées par les industriels (couleur, pétillant, fondant...). Ils sont suspectés par la communauté scientifique d'être dangereux pour la santé car leur taille leur permet de traverser les membranes cellulaires. Un risque existe donc de voir demain un scandale sanitaire surgir à cause de ces nouvelles molécules. J'avais proposé d'interdire les aliments contenant des nanomatériaux. Cette proposition a été rejetée par la majorité de l'assemblée.

De la même façon, ces députés ont rejeté l'étiquetage de la viande issue d'animaux clonés et de leur descendance.

De la transparence des autorisations au respect du principe de précaution, toutes les propositions que la commission ENVI avait émises pour protéger le consommateur ont été rejetées. J'ai donc voté contre ce texte.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport Nicholson sur les nouveaux aliments. Cette appellation recouvre des réalités très diverses, des produits traditionnels de pays tiers aux aliments contenant des nanomatériaux, en passant par les insectes.

Je ne suis pas hostile à la consommation d'insectes, encore que mon cerveau et mon estomac de Français, pourtant habitués aux escargots, rechignent un peu à l'idée d'en consommer personnellement. Et encore faut-il que ces produits exotiques soient contrôlés avec la même rigueur que des aliments plus traditionnels sous nos latitudes.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

En revanche, les risques sanitaires potentiels posés par les nanomatériaux m'inquiètent. Ils sont ignorés dans le texte final, qui autorise leur utilisation dans les produits alimentaires. M'inquiète aussi le rôle dévolu à l'agence européenne de sécurité alimentaire. Elle a démontré par le passé son peu de fiabilité, sur les OGM par exemple. Et la Commission européenne n'hésite pas à ignorer ses avis les plus prudents.

L'intérêt que porte l'Union européenne au contenu de mon assiette me touche, mais je préférerais qu'elle y favorise la présence de produits locaux, issus d'exploitations qui feraient vivre dignement nos agriculteurs.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe en donde pretende determinarse qué se consideran «nuevos alimentos» dado que, si bien la Comisión entiende que este informe es fruto del consenso, la negociación en el diálogo tripartito no atendió a cuestiones de suma importancia, como, por ejemplo, la definición del concepto de «nuevo alimento» en sí misma.

No incluye un control o seguimiento posterior a la comercialización de dichos alimentos, ni hace hincapié en la importancia de un correcto etiquetado en el producto para que el consumidor pueda tomar una decisión lo suficientemente informada respecto de su uso.

En lo que compete a la seguridad alimentaria, entendemos que debe prevalecer el principio de precaución y consideramos este informe insuficiente para el correcto tratamiento de alimentos que comprenden nanomateriales, clones (o sus descendientes) y demás ingeniería genética aplicada a la alimentación.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I, alongside my fellow Labour MEPs, voted in favour of three S&D amendments to this report but abstained on the motion as a whole. Whilst the report is not so bad as to warrant voting against, the Ulster Unionist rapporteur failed to ensure that the final text of the draft regulation includes sufficiently strong provisions for protection of public health and consumer interest. As a Labour MEP I do not agree with playing down the importance of the precautionary principle, especially with regards to the application of new technologies used in food production. Furthermore, the draft regulation opens the door for food derived from cloned animals or their offspring, despite strong opposition from the Parliament in the September plenary. Finally, the current wording allows the Commission to update the list of novel foods by means of implementing acts which excludes Parliament's scrutiny.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – Mercredi 28 octobre, j'ai voté en faveur du rapport relatif à la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil concernant les «nouveaux aliments». La notion de nouvel aliment se rapporte généralement à des denrées alimentaires dont la consommation dans l'Union européenne était négligeable avant mai 1997, c'est-à-dire avant l'entrée en vigueur de l'actuel règlement. La réglementation européenne relative aux nouveaux aliments nécessitait d'être révisée afin de simplifier les procédures et surtout de se conformer à l'évolution des marchés et des nouvelles technologies. Aussi, ce compromis adopté en session plénière me paraît être équilibré. Il permettra de garantir un contrôle strict des nouveaux aliments et une bonne information des consommateurs, tout en assurant une mise sur le marché plus rapide des denrées alimentaires sûres et innovantes au sein de l'Union européenne. Je me réjouis donc de l'adoption de la position du Parlement européen, et espère que l'accord entre le Conseil et le Parlement européen sur ce texte pourra être rapidement entériné.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé le projet de texte destiné à encourager l'innovation alimentaire via une nouvelle procédure d'autorisation simplifiée pour les nouveaux aliments. Cette proposition visait à se substituer à un ancien règlement désormais inadapté. Le secteur agro-alimentaire est en évolution, s'adaptant et s'améliorant sans cesse. Un cadre législatif pour répondre aux progrès de ces dernières années, en ce qui concerne les nanotechnologies et les cultures de cellules et de tissus par exemple, est nécessaire. Une nouvelle procédure pour l'autorisation de nouveaux aliments permettra une plus grande sécurité juridique et réduira les charges administratives des PME. Lorsqu'elle décidera d'autoriser ou non un nouvel aliment, la Commission européenne devra appliquer le principe de précaution si la sûreté de cet aliment ne peut pas être évaluée ou en cas d'incertitudes scientifiques. Le texte stipule que l'Autorité européenne de sécurité alimentaire (EFSA) devrait mener une évaluation à chaque fois qu'un aliment est susceptible d'avoir des répercussions sur la santé humaine. Le texte affirme que les tests effectués sur les animaux devraient être remplacés, réduits ou améliorés. De plus, la répétition des expérimentations animales devrait, si possible, être évitée. La Commission européenne serait tenue de publier un résumé de chaque demande.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted for the report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on novel foods because I support this review of an outdated and cumbersome 1997 law, with a view to streamlining the procedure for novel food applications and making the authorisation of novel foods easier and faster for businesses and more transparent for consumers, while maintaining a high standard of food safety.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Con nuestro voto a favor, los socialistas españoles apostamos por simplificar los procedimientos de autorización de los nuevos alimentos. El Reglamento europeo actualmente vigente data de 1997, fecha desde la que se ha producido una gran evolución en el sector de los nuevos alimentos y sus ingredientes. La revisión de esta normativa es por tanto necesaria para estar al día de los avances científicos y tecnológicos.

La nueva normativa incluye las siguientes propuestas: centraliza el procedimiento de autorización y elimina la anterior evaluación nacional, lo que implica una reducción de la carga administrativa tanto para los explotadores de las empresas alimentarias como para las autoridades nacionales; implica una reducción de los plazos y costes para obtener una autorización relativa a un nuevo alimento; convierte las autorizaciones individuales en genéricas y así facilita el acceso al mercado para las pymes; establece un procedimiento simplificado para los alimentos tradicionales de terceros países que mejora el acceso de los operadores de esos países al mercado europeo; y garantiza un nivel elevado de salud pública mediante una evaluación de riesgos centralizada y sistemática por parte de la EFSA, seguida de una decisión de autorización de la Unión.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this new regulation that updates an outdated procedure for novel food applications which became law in 1997. The proposal ensures food safety, protects public health and secures the functioning of the internal market for food, while supporting innovation in the food sector. It will streamline the authorisation procedure through centralisation at Union level, while improving efficiency and transparency. The proposal also makes it easier for traditional foods from countries outside the European Union to enter the EU market.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I was in favour of this report in order to help protect public health. New foods or food ingredients ('novel foods') require safety assessment and authorisation before they can be placed on the EU market. The current authorisation process covering novel foods is seen by the food industry as complex, expensive and time-consuming. In addition, stakeholders agree that updating the current Novel Foods Regulation is urgently needed to reflect scientific and technological advances. Products should obviously not pose a risk to human health but in addition they should also not pose a risk to animal welfare or to the environment.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the Commission legislative proposal for a regulation on novel foods. The new proposal, with the removal of the former novel food categories, would put at risk foods already legally on the market which could be challenged under the new regulation. We are concerned that this would cause legal uncertainty for operators, and if products already on sale were to be withdrawn for further assessment this would compromise consumer confidence. We also oppose the new authorisation system proposal that would introduce a centralised authorisation process.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – C'est une belle initiative que vient de prendre le Parlement européen. Les nouveaux aliments correspondent aux denrées alimentaires dont la consommation est négligeable comme les insectes qui sont la nouvelle tendance culinaire de ces dernières années. Qui dit négligeable ne dit pas inoffensif.

C'est pourquoi, je salue l'équilibre auquel nous sommes parvenus qui consiste à garantir un contrôle strict de ces produits, une bonne information des consommateurs et un soutien aux entreprises européennes qui osent s'aventurer dans la production des nouveaux aliments.

Jan Huitema (ALDE), *schriftelijk*. – De VVD-delegatie is van mening dat de verordening betreffende nieuwe voedingsmiddelen een verbetering is voor producenten van voedingsmiddelen doordat de procedure voor het op de markt brengen van nieuwe voedingsmiddelen vereenvoudigd, versneld en gecentraliseerd wordt. Producenten krijgen daarnaast de mogelijkheid hun product direct op de Europese interne markt af te zetten.

De VVD-delegatie uit echter haar zorgen over de mogelijke kosten van een dergelijke autorisatieprocedure voor de producenten van insecten bestemd voor menselijke consumptie die reeds in Nederland op de markt zijn. De Europese Commissie dient daarom te zorgen voor een soepele en snelle transitie met een minimum aan administratieve lasten voor de betrokken ondernemers. De VVD blijft deze situatie zeer nauwlettend volgen en staat in contact met betrokken producenten. Juridische onduidelijkheid heeft tot deze onwenselijke situatie geleid. Omdat de VVD-delegatie van mening is dat deze nieuwe wetgeving juridische duidelijkheid schept en voordelen oplevert voor producenten, stemt de VVD-delegatie echter voor.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sa za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o novoj hrani, jer se time revidira zastarjeli zakon iz 1997. godine i pojednostavljuje procedura apliciranja za novu hranu te ubrzava i olakšava njezina autorizacija, dok se povećava transparentnost u korist potrošača.

Znanstveni i tehnološki napredak u prehrambenom sektoru zahtijeva ažuriranu definiciju nove hrane, te je u skladu s tim nužno osigurati visoku razinu zaštite ljudskog zdravlja. Zastarjelost postojeće definicije potvrdili su proizvođači, stručnjaci i dionici prehrambene industrije, jer istoj nedostaje pravna sigurnost i jasno značenje što nova hrana zapravo podrazumijeva. Iz gore navedenih razloga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à réglementer la commercialisation des nouveaux aliments, soit les aliments qui n'existaient pas dans l'Union européenne avant 1997, comme la nourriture à base d'insectes ou les nanomatériaux. L'ensemble de ces nouveaux aliments représenterait un danger potentiel pour les consommateurs car ces nanoparticules sont susceptibles de pénétrer les cellules humaines. Une nécessité apparaît, celle d'une meilleure réglementation, d'un étiquetage, voire d'une interdiction pure et simple.

Malheureusement, toutes ces mesures de précaution n'ont pas été retenues par le Conseil.

Notre groupe a demandé l'interdiction de l'utilisation de ces denrées alimentaires.

J'ai voté contre ce rapport.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the Commission legislative proposal for a regulation on novel foods. The new proposal, with the removal of the former novel food categories, would put at risk foods already legally on the market which could be challenged under the new regulation. We are concerned that this would cause legal uncertainty for operators, and if products already on sale were to be withdrawn for further assessment this would compromise consumer confidence. We also oppose the new authorisation system proposal that would introduce a centralised authorisation process.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue James Nicholson sur les nouveaux aliments. Une nouvelle législation était nécessaire au regard des évolutions technologiques dans ce secteur. Les définitions des nouveaux aliments ont été clarifiées et précisées pour inclure l'impact des nouvelles technologies et les procédures simplifiées afin de favoriser l'innovation et le bon fonctionnement du marché unique.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ce rapport renforce la protection de la santé des consommateurs en instaurant une méthode d'évaluation de la sécurité des aliments plus rapide et une transparence des procédures d'autorisation.

Le rapport a été adopté, ce dont je me félicite.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), in writing. – In December 2013, the EC presented a proposal to clarify the definition of novel foods and to take into account new technologies in food making, and streamline and speed up the authorisation process; as until then it was considered as food that was not used for human consumption to a significant degree within the Union before the 15 May 1997.

The report of the ENVI Committee on the matter was good; managing to include engineered nanomaterial food and food derived from cloned animals in the scope of it; however, the outcome of the trilogues does not satisfy us.

Of course it is better than the original EC proposal; it includes animal welfare concerns and labelling but still there some important points that should have been included. First, the responsibility of whether a food is considered novel falls into the food operators, only when they are unsure, they shall consult the MS. Moreover, everything (establishing list of novel foods, adding, removing specifications, etc.) will be done by implementing acts; and also, the EFSA MAY give its opinion on a novel food upon request of the EC.

Hence, following the precautionary principle, and since 1AM block AMs (trilogue) have been carried to the detriment of block 2AMs (ENVI Committee AMs), EH Bildu has voted against both the Commission proposal and legislative resolution.

Philippe Juvin (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui concerne les denrées alimentaires qui n'étaient que très peu consommées avant 1997 par l'homme. L'objectif de ce rapport est d'adapter la législation européenne à ces nouveaux produits pour garantir un niveau élevé de protection de la santé, tout en assurant un bon fonctionnement du marché intérieur.

Jarosław Kalinowski (PPE), na piśmie. – Terminem „nowa żywność” (ang. „Novel Foods”) określa się rodzaj nowych produktów żywnościowych, które nie były wcześniej spożywane na terenie Unii Europejskiej lub są wytwarzane metodami wcześniej nieznanymi. Dotyczy to produktów regionalnych spoza UE, nowo wytwarzanych składników odżywczych oraz ekstraktów ze znanej żywności. Pierwszy zapis o tych produktach pojawił się w ustawodawstwie europejskim w 1997 roku i od tamtej pory nie był nowelizowany.

Proponowane poprawki mają za zadanie zaktualizować i ujednolicić obowiązujące normy w celu wyeliminowania niejasności prawnych i zwiększenia bezpieczeństwa konsumentów. Należy uwzględnić postęp technologiczny oraz uprościć przepisy, aby wykluczyć z ich zakresu produkty objęte innymi regulacjami. Niezbędne jest wprowadzenie kryteriów, dzięki którym państwa członkowskie będą miały możliwość jasnego określenia, które produkty przynależą do odpowiedniej kategorii „Novel Foods”. Niezbędny jest przejrzysty i łatwo dostępny wykaz produktów, który będzie regularnie uzupełniany i dzięki temu wrażliwy na zmiany rynkowe.

Wprowadzenie poprawek usprawniających regulację prawną jest niezbędne w obliczu dynamicznie zmieniających się technologii produkcji oraz coraz większego dostępu do towarów spoza UE. Należy jednak pamiętać, że zaproponowane poprawki mają na uwadze zapewnienie bezpieczeństwa konsumentom i musi to pozostać podstawowym warunkiem wprowadzania wszelkich zmian.

Barbara Kappel (ENF), schriftlich. – Diesem Bericht stimme ich nicht zu, da zu erwarten ist, dass auch Klonfleisch in den Anwendungsbereich dieser Verordnung gelangen wird.

Krišjānis Kariņš (PPE), rakstiski. – Bieži vien Eiropas Savienībā likumdošana netiek līdzī zinātnes un tehnoloģiju attīstībai, tā tas arī ir jautājumā par jaunās pārtikas regulu, kura tika pieņemta 1997. gadā, un kopš tā laika arī pārtikas nozare ir ievērojami izmainījusies. Tāpēc es Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā balsoju par priekšlikumu EP un Padomes regulai par jauno pārtiku. Šī regula paredz jaunus un vienotus ES noteikumus, kas atvieglos un vienkāršos procedūru, kura jāveic, lai īstenotu jaunas pārtikas reģistrāciju. Šie noteikumi ievērojami samazinās izmaksas un procedūras ilgumu, kas nepieciešams pārtikas nekaitīguma novērtēšanas procedūrai un atļaujas iegūšanai ES. Regula arī paredz, ka atsevišķos gadījumos, ja nebūs skaidrība par produktu nekaitīgumu, Eiropas Pārtikas nekaitīguma iestādei būs obligāti jāizvērtē šīs pārtikas un produktu ietekme uz cilvēku veselību. Es uzskatu, ka noteikumu harmonizēšana un birokrātijas mazināšana šajos noteikumos arī ir solis uz vienotu ES tirgu.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I abstained on the final vote on this report. The rapporteur failed to ensure that the final text of the draft regulation includes sufficiently strong provisions for protection of public health and consumer interest. I do not agree with playing down the importance of the precautionary principle, especially with regard to the application of new technologies used in food production. Furthermore, the draft regulation opens the door for food derived from cloned animals or their offspring, despite the strong opposition from Parliament evident in its vote at the September plenary.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – Novel food is a food for human consumption considered innovative or a food produced using new technologies and production processes, including cloning. The first problem is that the labelling of novel food will be done through implementing acts. Secondly, the definition of novel food is still unclear. Consumers should be enabled to make informed choices regarding the use of novel foods and not be misled about their purchases. I voted against this report because there are still many changes to implement.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di dare il mio voto favorevole alla relazione del collega Nicholson. Dopo un lungo negoziato siamo riusciti a trovare un buon compromesso, necessario per sostituire la vecchia regolamentazione, risalente al 1997. I nuovi prodotti fanno ormai parte dell'alimentazione comune. Inoltre, sia in Italia che in Europa, abbiamo una grande comunità di stranieri e dobbiamo dunque adeguare gli alimenti consumabili nel nostro continente, allineandoli anche con le esigenze e i gusti dei cittadini degli altri paesi che hanno avuto accesso al continente europeo. Il quadro complessivo della norma darà la possibilità alle nostre industrie di essere più competitive, innovando ed immettendo nuovi prodotti sul mercato. Vorrei, infine, ricordare ai consumatori che l'Autorità Europea per la Sicurezza Alimentare (EFSA) controllerà tutto ciò che viene immesso sul mercato, garantendo ai cittadini europei massimi livelli di sicurezza.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport de M. Nicholson sur les nouveaux aliments. Le texte issu du trilogue a malheureusement été adopté. Le tout sera donc régi par des actes d'exécution qui échappent au contrôle du Parlement. Les produits issus d'animaux clonés et les produits avec nanomatériaux ne seront pas étiquetés. Le consommateur est privé de toute information lui permettant de choisir. Le principe du marché intérieur est privilégié par rapport à la sécurité des consommateurs. Une autorisation pourra être délivrée malgré des informations partielles, etc.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il autorise la mise sur le marché de «nouveaux aliments» (nanomatériaux) sans précautions suffisantes, alors qu'on les soupçonne d'être toxiques.

Les lobbies l'emportent une fois de plus sur la sécurité sanitaire.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Se considera «nuevo alimento» aquel que no se utilizó para el consumo humano en un grado significativo en la Unión antes del 15 de mayo de 1997, e incluye también la comida tradicional de terceros países que, durante al menos 25 años, haya formado parte de la dieta habitual de un número significativo de su población.

Hay numerosos aspectos en este informe con los que no estamos de acuerdo y que no se han mejorado con las enmiendas propuestas, ya que fueron rechazadas, en especial la permisividad en relación con los nanomateriales y clones y sus descendientes, el empleo de actos de ejecución en lugar de actos delegados, y la limitación de los Estados miembros para prohibir nuevos alimentos.

Para colmo, no se realiza un análisis de fondo sobre la necesidad de estos nuevos alimentos, los intereses de las grandes multinacionales y la industria para ponerlos en el mercado, la vinculación con convergencias regulatorias de cara a tratados internacionales (el TTIP, por ejemplo) y la necesidad de fomentar un consumo local, de temporada, que sea sostenible y no estos «nuevos alimentos».

Es por ello que he votado en contra de este informe.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Szybki rozwój rynku żywieniowego, związany z wprowadzeniem innowacji w jego zakresie w ostatnich 20 latach, zmusił nas, jako współprawodawcę Unii Europejskiej, do podjęcia odpowiednich decyzji, które zapewnią bezpieczeństwo konsumentom. Chcę zaznaczyć, iż bardzo cieszę się z ustalonego trójstronnego porozumienia w tej kwestii. Pojawienie się w Europie tzw. nowej żywności wymaga przyjęcia regulacji prawnej na poziomie prawa wspólnotowego, dlatego głosowałam za jej podjęciem. Warto zauważyć, że planowana regulacja obejmie także tradycyjne jedzenie z krajów spoza UE, które od lat uważane jest za bezpieczne i nieszkodliwe dla zdrowia. Pragnę podkreślić, iż pozwoli to uniknąć nadmiernych, licznych kontroli, dokonywanych przez państwa członkowskie, co przyspieszy wprowadzenie owych produktów na rynek europejski. Uważam, że będzie to dobre rozwiązanie, które przysłuży się mniejszym przedsiębiorcom, gdyż cała procedura będzie mniej kosztowna, bardziej przejrzysta i uproszczona oraz jednolita. Nie możemy zapominać o tym, że obecnie w różnych państwach członkowskich,

Mittwoch, 28. Oktober 2015

różnie traktuje się produkty z tego sektora.

Głosując za przyjęciem projektu, chcę jednocześnie, by przedsiębiorcy mieli równe szanse w dostępie do nich i ich sprzedaży. Standardy wypracowane w trójstronnym kompromisie pozwolą nie tylko zwiększyć konkurencyjność i atrakcyjność nowej żywności, ale także na odpowiednim poziomie chronić życie obywateli UE, co według mnie jest jednym z najważniejszych elementów tej regulacji.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I supported this report as it updates legislation which has been in place since 1997. The report aims to improve access for novel foods to the EU market, while maintaining a high level of consumer protection. It updates the categories of food which constitute novel foods and also provides for the introduction of a centralised EU authorisation system in order to enable safe, innovative foods to reach the EU market faster.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Uredbom (EZ) br. 258/97 Europskog parlamenta i Vijeća i Uredbom Komisije (EZ) br. 1852/2001 utvrđeno je da svaka nova hrana ili sastojak treba dobiti odobrenje prije stavljanja na tržište kako bi se zadržala visoka razina zaštite zdravlja ljudi i interesa potrošača.

Popis hrane i sastojaka znatno se proširio, uključujući hranu koja sadržava mikroorganizme, gljivice, alge ili hranu s namjerno modificiranom primarnom molekularnom strukturom, dakle postojeća definicija nove hrane ne pokriva nove vrste i sastojke. Sporno je pitanje opsega i definicija nove hrane, ali i potreba za jednostavnijim procesom odobrenja. Cilj Uredbe je uvođenje praktičnije procjene sigurnosti, a da pritom nova hrana nema negativan utjecaj na zdravlje ljudi, da nije protivna interesu potrošača te da ne utječe negativno na funkcioniranje unutarnjeg tržišta.

Podržala sam izvješće zastupnika Jamesa Nicholsona uzimajući u obzir napredak u prehrambenoj industriji zbog kojeg je nužno obnoviti zakonodavstvo u svrhu zaštite intelektualnog vlasništva i usklađivanja postupka odobravanja bez smanjivanja razine zaštite potrošača. U Hrvatskoj, u slučaju stavljanja na tržište nove hrane, subjekt mora o tome obavijestiti Ministarstvo zdravlja, a dužan je učiniti isto ako dođe do novih znanstvenih saznanja o tome je li nova hrana opasna za zdravlje ljudi.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και τους Συμβουλίου για τα νέα τρόφιμα, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 28/10/2015.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre. L'on qualifie de «nouveaux aliments» tous les aliments qui n'existaient pas dans l'Union européenne avant 1997, ce qui inclut, par exemple, les nourritures à base d'insectes, de nanomatériaux ou d'autres produits. Pour rappel, il faut mentionner que les nanomatériaux sont soupçonnés d'être toxiques. C'est à cause du risque engendré par ces nanomatériaux que ne nous ne pouvons soutenir ce texte.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativo ai nuovi prodotti alimentari. La CE nel 2013 ha adottato una proposta di revisione del regolamento sui nuovi alimenti la quale mira garantire la sicurezza alimentare, a tutelare la salute pubblica e a garantire il funzionamento del mercato interno dei prodotti alimentari, promuovendo al contempo l'innovazione per il settore alimentare. Scopo ultimo di tale proposta è quella di aggiornare le categorie dei nuovi alimenti, tenendo conto dell'impatto delle nuove tecnologie sui prodotti alimentari, rivedere il processo di autorizzazione, al fine di migliorarne l'efficienza e la trasparenza, e semplificare le procedure per gli alimenti importati dai paesi terzi che vantano un uso alimentare sicuro storicamente comprovato.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Le norme in materia di nuovi prodotti alimentari risalgono al regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio n. 258 del 1997, ad oggi del tutto inadeguato rispetto ai progressi scientifici e tecnologici che interessano il settore alimentare. Tali progressi hanno visto svilupparsi una serie di nuovi prodotti o ingredienti alimentari con struttura molecolare primaria intenzionalmente modificata non contemplati dal regolamento del 1997. Ciò ne rende dunque necessaria una modifica. La relazione del collega Nicholson, cui aderisco votando a favore, intende incoraggiare una nuova procedura armonizzata a livello UE dell'Autorità per la sicurezza alimentare (EFSA) che dovrebbe effettuare una valutazione nei casi in cui un alimento abbia un effetto sulla salute umana, considerando anche i nuovi alimenti geneticamente modificati, presenti sul mercato interno dell'UE.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Annahme von Änderungsvorschlägen hat dazu geführt, dass auch Lebensmittel aus geklonten Tieren in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen. Es ist strikt abzulehnen, dass Mitgliedsstaaten hierdurch genötigt werden, Lebens- und Futtermittel aus geklonten Tieren auf ihrem Hoheitsgebiet zuzulassen. Dieser Bericht findet daher nicht meine Zustimmung.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Un nouvel aliment est un aliment qui n'a pas encore été utilisé pour la consommation humaine à un degré significatif dans l'Union. Le texte propose quelques pistes pour assurer la sécurité des consommateurs dans ces cas. Mais le compte n'y est pas! La responsabilité de définir ce qu'est un nouvel aliment incombe aux exploitants du secteur alimentaire et c'est seulement quand ils ne sont pas sûrs, qu'ils consultent l'État membre dans lequel ils ont l'intention de le commercialiser. L'EFSA (Agence européenne de sécurité alimentaire) peut, à la demande de la Commission donner son avis sur un nouvel aliment mais uniquement sur la base des éléments fournis sans possibilité de demander plus de détails. Enfin, tout pouvoir est laissé à la Commission pour agir par acte d'exécution pour établir la liste des nouveaux aliments. Je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A autorização de colocação de novos alimentos no mercado da União deve ser concedida desde que haja o cumprimento integral da segurança alimentar. Segundo a legislação aprovada pelo Parlamento Europeu, os procedimentos de autorização para introdução de novos alimentos serão centralizados a nível europeu através da Autoridade de Segurança Alimentar Europeia. Será a entidade responsável pela avaliação e certificação da admissão desses alimentos. Uma maior e melhor regulação é fundamental para assegurar o cumprimento de um elevado e exigente grau de segurança alimentar na União Europeia.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this resolution as it will promote innovation in the food industry and in the realm of novel foods in particular. The new regulation seeks to update the current definitions and requirements for placing novel foods on the market. These food items would also have to be evaluated and authorised via a fully harmonised procedure before entering the market and deemed safe for consumption.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Après le blocage du dossier durant plusieurs années, je me réjouis que le Parlement européen ait finalement voté le rapport sur les nouveaux aliments. Il était essentiel que la législation européenne datant de 1997 soit mise à jour afin de tenir compte des nombreux nouveaux aliments et de l'évolution des habitudes alimentaires. Je salue donc le fait que la procédure d'autorisation des nouveaux aliments, désormais centralisée au niveau européen, soit ainsi simplifiée afin notamment d'encourager l'innovation sans toutefois compromettre la sécurité alimentaire. La mise sur le marché européen d'aliments traditionnels de pays tiers et réputés sûrs devrait aussi être plus aisée. Plus de transparence est également prévue pour rassurer les consommateurs. Enfin, les tests sur animaux dans le domaine alimentaire devraient également être réduits puisque les duplications de tests seront évitées dès que cela est possible.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Keďže potravinárske odvetvie je jedným z najinovačnejších odvetví na vnútornom trhu Únie, vítam nariadenie Európskeho parlamentu a Rady o nových potravinách, pretože je dôležité, aby sa v právnych predpisoch odrazili nové skutočnosti. Podľa niektorých vedeckých prognóz je totiž v budúcnosti ťažko predstaviteľné, že bude možné užiť ľudstvo bez GMO potravín, ak súčasne chceme dosahovať zvýšenie rozšírenosti ekologického poľnohospodárstva. Je tak pravdepodobné, že tak, ako sa presadili nové formy šľachtenia, presadia sa aj geneticky zmenené plodiny ako suroviny na výrobu potravín. Preto považujem za dôležité dať tomuto trendu jasné pravidlá. V tejto súvislosti však odmietam cestu klonovania zvierat, aj vzhľadom na to, že v prieskume Medzinárodnej rady pre informácie o potravinách sa ukázalo, že viac ako polovica spotrebiteľov by si mäso z klonovaného zvierťa nekúpila a klonovanie dokonca označila za nemorálne. Navyše rozmnožovanie zvierat touto cestou nie je o nič výhodnejšie ako rozmnožovanie prirodzenou cestou, a okrem toho je tu stále mnoho otáznikov v súvislosti s vplyvom na ľudské zdravie.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I abstained in the final vote on the report on novel foods, as I am not fully satisfied with the text of the regulation. In my opinion, the report has been watered down and is outdated. The rules on novel foods have to be adjusted to reflect technological and scientific progress while at the same time taking into consideration the need to ensure food safety, to protect public health and to secure the functioning of the internal market for food, while supporting innovation in the food sector.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az új élelmiszerekre vonatkozó szabályokat az Európai Parlament és a Tanács 1997. május 5-én hatályba lépett 258/97/EK rendelete és a Bizottság 2001. szeptember 20-i 1852/2001/EK rendelete határozta meg. Az emberi egészség és a fogyasztói érdekek védelme szükségessé teszi az új élelmiszerek vagy élelmiszer-összetevők forgalomba hozatal előtti engedélyezését. Az élelmiszeriparban végbement alapvető tudományos és technikai fejlődés ugyanakkor elavulttá tette az új élelmiszerek 258/97/EK rendeletben szereplő meghatározását, így annak felülvizsgálatára van szükség.

Az Európai Bizottság már 2008-ban javaslatot tett a rendelet korszerűsítésére, ám az egyeztetőbizottsági megállapodást meghiúsította a klónozott állatokból származó élelmiszerek forgalomba hozatalának kérdése. A Bizottság ezért 2013 decemberében új javaslatot tett, amely azokat a kérdéseket tartalmazza, amelyekben korábban egyetértés alakult ki, nem foglalkozik viszont a klónozás kérdésével – ez utóbbira vonatkozóan a Bizottság külön javaslatokat tett. A Parlament Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottsága jelentésében a javaslatához száznál több módosító indítványt nyújtott be, ezekkel együtt azonban a javaslatot elfogadásra ajánlotta a Parlamentnek. Az előterjesztésről ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A presente proposta apresentada pela Comissão refere-se à possibilidade de os Estados-Membros limitarem ou proibirem a utilização de géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados no seu território, em certas circunstâncias, depois desses produtos serem autorizados («opt-out»).

A aprovação desta proposta teria um impacto negativo em diversos domínios, nomeadamente, no setor agrícola europeu, em que há livre circulação e não existe controlo de fronteiras, sendo também afetada a economia do setor no âmbito do Mercado Interno e nas próprias regras da OMC para o comércio. Está em causa a competitividade do setor agrícola, estando a União Europeia dependente do fornecimento de proteínas geneticamente modificadas, constituindo uma regressão nos progressos económicos alcançados até à atualidade.

Nesta sequência, sou contra a aprovação desta proposta, pois irá afetar a regulação económica e afetar a segurança jurídica do setor agrícola europeu, tendo igualmente implicações nas relações económicas com países terceiros.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Nicholson vise à définir et à réglementer la mise sur le marché de nouveaux produits alimentaires dits nouveaux aliments. Dans ce texte, le Conseil a supprimé toutes les mesures de sécurité retenues par le Parlement. Pour rappel, les nouveaux aliments sont constitués de tout aliment qui n'existait pas dans l'Union européenne avant 1997. Ils couvrent par exemple les nourritures à bases d'insectes, de nanomatériaux ou d'autres produits. Il est nécessaire donc que ces produits ainsi définis ne puissent être mis sur le marché que dans le respect du principe de précaution, avec un étiquetage particulier, et leur innocuité prouvée en ce qui concerne la santé et l'environnement. Je regrette cependant que ce texte ne propose pas l'interdiction des nanomatériaux dans l'alimentation. Cela réduit en effet la protection a priori des consommateurs et on favorise les voies de recours a posteriori via les objections. Je me suis abstenue sur ce texte flou puisque même si le rapport se veut plus protecteur, il y a un risque engendré par les nanomatériaux et une défiance légitime envers la Commission et l'EFSA.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – The draft regulation opens the door for food derived from cloned animals or their offspring, despite strong opposition from the Parliament as voted in September plenary. Finally, the current wording allows the Commission to update the list of novel foods by means of implementing acts which excludes Parliament's scrutiny. At the same time, the rapporteur failed to ensure that the final text of the draft regulation includes sufficiently strong provisions for protection of public health and consumer interest. The EPLP cannot agree with playing down the importance of the precautionary principle, especially with regards to the application of new technologies used in food production.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif aux nouveaux aliments. Il s'agit d'autoriser la révision de la réglementation concernant les denrées alimentaires dont la consommation humaine était négligeable au sein de l'Union avant 1997. Ce texte a pour objectif de faciliter l'innovation et de protéger la sécurité alimentaire des consommateurs en proposant de clarifier et de préciser la définition des nouveaux aliments qui peuvent contenir des éléments ayant un impact sur les denrées, comme les nanomatériaux ou les tissus et cellules de culture. Il améliore l'efficacité de la procédure d'autorisation de ces nouveaux aliments en centralisant leur évaluation au niveau de l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA). Ce texte introduit également une méthode d'évaluation de la sécurité plus rapide et mieux adaptée aux aliments traditionnels qui proviennent de pays tiers. Enfin, les autorisations génériques seront partagées entre tous les acteurs et non

Mittwoch, 28. Oktober 2015

uniquement accordées aux pétitionnaires, ce qui devrait profiter en particulier aux PME.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo positivamente il progetto di relazione, dal momento che ha stabilito scadenze e definizioni chiare per l'intero processo di immissione di nuovi prodotti alimentari sul mercato, tenendo in considerazione il principio di precauzione, ambientale e riguardo alla sicurezza alimentare, fornendo altresì tutele contro un impatto negativo sulla salute umana. La proposta, resasi necessaria per garantire la sicurezza alimentare, mira a tutelare la salute pubblica e a garantire il funzionamento del mercato interno per i prodotti alimentari, pur sostenendo l'innovazione nel settore alimentare. Ha lo scopo di snellire la procedura di autorizzazione, in modo da migliorarne l'efficienza e la trasparenza. Si chiarisce, inoltre, la definizione di un nuovo prodotto alimentare, prendendo in considerazione le nuove tecnologie che hanno un impatto sulla produzione alimentare. Infine, si introduce una valutazione di sicurezza più veloce e più appropriata per gli alimenti tradizionali provenienti dai paesi terzi che hanno una storia affidabile in materia di produzioni alimentari.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Le compromis voté sur les nouveaux aliments est équilibré. Il permettra de garantir un contrôle strict de ces derniers et une bonne information des consommateurs, tout en assurant le soutien de nos entreprises et le bon fonctionnement du marché intérieur.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I abstained in the vote on the proposal for a regulation on novel foods.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat împotriva acestui raport deoarece consider că acesta, ca și propunerea Comisiei de altfel, deși dorește simplificarea procedurilor de certificare a alimentelor noi ce urmează a fi comercializate pe piața UE, ar putea pune în pericol sănătatea cetățenilor.

Comisia a identificat foarte corect încă din anul 2008 necesitatea unei noi reglementări la nivelul UE pentru autorizarea alimentelor noi și nevoia de a înlesni procedurile în acest caz, dar eu consider că centralizarea acestei decizii și eliminarea autorizațiilor individuale în favoarea unui sistem de autorizare generic înseamnă, în esență, că în anumite cazuri vor exista produse care vor fi autorizate fără a fi evaluate în mod individual.

Acest lucru, din punctul meu de vedere, reprezintă un pericol real pentru sănătatea cetățenilor din UE deoarece ar putea fi autorizate anumite produse care afectează sănătatea umană. Ori, în condițiile în care vorbim și despre o autorizare centralizată, înseamnă că nu vor mai exista filtre ulterioare de identificare a acestor produse, ci ele vor face parte direct din alimentația cetățenilor.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem dohodu EP a Rady v 1. čtení, protože se podle mého názoru jedná o správnou reakci na technologický pokrok, v důsledku něhož vzniklo a vzniká mnoho inovativních nových potravin, které nejsou současným nařízením regulovány. Vidím jako přínosné zavedení centralizovaného povolovacího řízení nových potravin v EU, které by mělo vést ke snížení nákladů na povolovací řízení. Dosavadní značně rozšířená praxe dvojího posuzování znamená průměrné náklady ve výši 20 000 až 45 000 EUR, což je zejména pro malé a střední podniky značně zatěžující a přitom zbytečně vysoká suma.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel nimmt auch Klonfleisch in seinen Anwendungsbereich mit auf. Zwar spricht sich der Bericht auch gegen das Inverkehrbringen von Nanomaterialien in Lebensmitteln und Futtermitteln aus, ermöglicht aber eben auch die Einfuhr von Klonfleisch. Dies lehne ich ab und habe mich folglich auch gegen den Bericht ausgesprochen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Je me suis opposé à ce rapport qui propose une réglementation insuffisante pour la protection des consommateurs en ce qui concerne les nouveaux aliments (aliments non consommés en Europe avant 1997). L'identification et la définition d'un nouvel aliment sont toujours confiées aux exploitants agricoles qui n'ont obligation ni de consulter l'État membre ni l'EFSA (Agence européenne de la sécurité des aliments) pour établir la présence d'un nouvel aliment, cette dernière devant être saisie par la Commission. Face aux dangers que représente la présence de nanomatériaux, entre autres, dans les nouveaux aliments, il est important de généraliser et d'objectiver leurs contrôles par une autorité indépendante afin de s'assurer qu'il n'y ait aucune irrégularité cachée pouvant porter atteinte à la santé du consommateur.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Urmās Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. Uuendtoidu määruse läbivaatamine on vajalik, kuivõrd viimastel aastakümnetel on toiduainetööstuses toimunud mitmeid teaduslikke ja tehnoloogilisi arenguid ning on asjakohane, et õigusaktides arvestatakse selle uue reaalsusega.

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Tam kad vidaus rinka veiksmingai funkcionuotų būtina užtikrinti aukšto lygio žmonių sveikatos, vartotojų interesų ir aplinkos apsaugą. Visi nauji maisto produktai turi būti pagrįsti moksliniais tyrimais, įrodančiais, kad jie yra saugūs vartoti.

Norint apsaugoti žmonių sveikatą visoje ES turi būti taikomas draudimas pateikti rinkai nanomedžiagas, skirtas žmonių ir gyvūnų maistui, bei naudoti nanotechnologijas maisto gamyboje tol, kol nebus patvirtinti naudojimui tinkami nanomedžiagų bandymų metodai. Negalima rizikuoti žmonių sveikata ir leisti į rinką pateikti maisto, kurio poveikis sveikatai nėra ištirtas. Maisto produktų licencijavimas yra labai jautrus kiekvienos valstybės klausimas, todėl reikia būti itin atsargiems. Naujiems ir tik moksliskai ištirtiems maisto produktams taikomas leidimų suteikimo procesas turėtų tapti greitesnis ir pigesnis.

Pažymėtina, kad valstybėms turėtų būti suteikta teisė laikinai apriboti arba sustabdyti atitinkamo maisto produkto arba maisto sudedamosios dalies prekybą ir jų naudojimą savo teritorijoje dėl galimo pavojaus žmonių sveikatai arba aplinkai.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Ο κανονισμός για τα νέα τρόφιμα είναι «κομμένος και ραμμένος» στις απαιτήσεις των επιχειρηματικών ομίλων που δραστηριοποιούνται ήδη στον σχετικό τομέα ή έχουν την πρόθεση να επεκταθούν σ' αυτόν, βλέποντας κερδοφόρες προοπτικές. Με τη δημιουργία αποκλειστικά συγκεντρωτικού ευρωενωσιακού μηχανισμού αποκλείεται η δυνατότητα από τα κράτη μέλη και τις αρμόδιες αρχές τους για τον έλεγχο και την απαγόρευση εμπορίας και χρήσης των νέων τροφίμων στο έδαφός τους. Ταυτόχρονα ο κανονισμός αφήνει εκτός του πεδίου εφαρμογής του τα τρόφιμα που προέρχονται από κλωνοποιημένα ζώα και τους απογόνους τους, ενώ αποκλείει την απαγόρευση ή έστω αυστηρότερους επιστημονικούς ελέγχους των τροφίμων που προέρχονται από νανοϋλικά και νανοτεχνολογίες, αφήνοντας την υγεία των καταναλωτών εκτεθειμένη σε κινδύνους. Γι' ακόμη μια φορά τα όργανα της ΕΕ δεν διστάζουν να αφήσουν την υγεία και τη ζωή των εργαζομένων στο έλεος των μονοπωλιακών κερδών και συμφερόντων, αποδεικνύοντας τον εχθρικό χαρακτήρα της ΕΕ για τους λαούς.

Margot Parker (EFDD), in writing. – UKIP opposes the Commission legislative proposal for a regulation on novel foods. The new proposal, with the removal of the former novel food categories, would put at risk foods already legally on the market which could be challenged under the new regulation. We are concerned that this would cause legal uncertainty for operators, and if products already on sale were to be withdrawn for further assessment this would compromise consumer confidence. We also oppose the new authorisation system proposal that would introduce a centralised authorisation process.

Alojz Peterle (PPE), pisno. – Podprl sem poročilo zaradi potrebe po prenovitvi evropske zakonodaje na področju prehrane oz. novih živil, ki stremi k zaščiti zdravja ljudi in omogoča inovacije ter dostop za živila, ki se uživajo izven Evrope.

V skladu z novo uredbo bodo postopki za oceno varnosti nove hrane in izdajo dovoljenj za njeno trženje usklajeni na ravni EZ. Za vsako novo živilo, ki bi lahko imelo posledice za človekovo zdravje, bo oceno podala Evropska agencija za varnost hrane.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Podržala sam ovaj prijedlog jer smatram da je potrebno postojeći zakonodavni okvir prilagoditi današnjici i razvoju novih tehnologija i vrsta hrane koje se javljaju na tržištu. Pitanje nanotehnologije napretkom razvoja tehnologije postaje važno pitanje sigurnosti hrane. Podržala sam zato amandmane koje je podnio Odbor za okoliš, zdravlje i sigurnost hrane te zatražio da se posebna briga povede upravo o nanotehnologiji u prehrambenoj industriji.

Nužnim držim uspostaviti strogi postupak istraživanja i nadzora Europske agencije za sigurnost hrane, kao i odgovarajuće označavanje takve hrane. Jednako tako očekujem da će „nova hrana“, a pogotovo ona koja se sigurno već dugo vremena koristi u trećim zemljama i dolazi na stolove Europljana, postati predmetom jasnijeg i učinkovitijeg postupka odobrenja.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Gradani Europe, potrošači moraju znati što jedu i moraju biti upućeni u sastav krajnjeg proizvoda koji kupuju za konzumaciju. Ovim aktom EU-a omogućuje se da se nakon potrebnih provedenih ispitivanja, a bez ugrožavanja postojeće visoke razine zdravstvene sigurnosti, sigurna i inovativna hrana stavlja na tržište EU-a.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Nicholson vise à définir et à réglementer la mise sur le marché de nouveaux produits alimentaires dits nouveaux aliments. Dans ce texte, le Conseil a supprimé toutes les mesures de sécurité retenues par le Parlement. Pour rappel, les nouveaux aliments sont constitués de tout aliment qui n'existait pas dans l'Union européenne avant 1997. Ils couvrent par exemple les nourritures à bases d'insectes, de nanomatériaux ou d'autres produits. Il est nécessaire donc que ces produits ainsi définis ne puissent être mis sur le marché que dans le respect du principe de précaution, avec un étiquetage particulier, et une innocuité prouvée en ce qui concerne la santé et l'environnement. Je regrette cependant que ce texte ne propose pas l'interdiction des nanomatériaux dans l'alimentation. Cela réduit en effet la protection a priori des consommateurs et on favorise les voies de recours a posteriori via les objections. Je me suis abstenu sur ce texte flou puisque, même si le rapport se veut plus protecteur, il y a un risque engendré par les nanomatériaux et une défiance légitime envers la Commission et l'EFSA.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Otvaranje prostora za inovativnost u prehrambenom sektoru nije moguće bez povećanja učinkovitosti i transparentnosti procedure odobrenja nove hrane, te je utoliko posebno pohvalan rad na ubrzanju procjene tradicionalne hrane iz trećih zemalja s poviješću sigurne uporabe. Istovremeno, podržavam napore Vijeća i Parlamenta da ovom uredbom osiguraju visoke standarde zaštite javnog zdravlja i sigurnosti hrane te precizno definiraju koncept nove hrane te nove tehnologije koje utječu na proizvodnju hrane.

Posebno su važni pomaci i amandmani u odnosu na raniji prijedlog koji Parlamentu daju veću kontrolu nad odobrenjem nove hrane, te stroža regulacija i preciznije definicije u području hrane proizvedene nanotehnologijom te hrane dobivene od kloniranih životinja ili njihovih potomaka. Konkretno, riječ je o zahtjevu da se ta hrana pravilno označi za krajnje potrošače, a u slučaju nanomaterijala, da se razviju nove metode ispitivanja i primijeni načelo predostrožnosti kako bi se smanjila potencijalna izloženost ljudi nanomaterijalima.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće izvjestitelja Jamesa Nicholsona o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o novoj hrani, koji je već drugi pokušaj Komisije za reformu režima o novoj hrani u EU-u, koja datira iz 1997. Postojeći regulatorni okvir je kritiziran kao osobito težak, dugotrajan i skup za novo odobrenje hrane. Kao posljedica toga, mnoge prehrambene tvrtke u EU-u, te mala i srednja poduzeća, nisu željela razviti i staviti na tržište nove hrane ili sastojke hrane, koje će pasti pod opseg nove hrane.

Prijedlog uvodi bržu i razmjernu procjenu sigurnosti za tradicionalnu hranu iz trećih zemalja. Osim ukupnog cilja osiguranja sigurnosti hrane, nova uredba ima u cilju pojednostavljivanje postupka autorizacije za novu hranu uspostavljanjem popisa ovlaštene nove hrane. U cilju prijedloga je pojasniti definiciju nove hrane i time povećati pravnu sigurnost. Revizija uredbe o novoj hrani je izrazito osjetljiva i zaista potrebna s obzirom na znanstvene i tehnološke napretke u prehrambenoj industriji.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La Commissione europea ha adottato nel dicembre 2013 una proposta di revisione del regolamento sui nuovi alimenti con lo scopo di aggiornare le categorie dei nuovi alimenti, rivedere il processo di autorizzazione e semplificare le procedure per gli alimenti importati dai paesi terzi. Da quando il regolamento CE n. 258/97 è entrato in vigore, è stata sviluppata una vasta serie di nuovi prodotti e ingredienti alimentari, tra i quali vi sono alimenti contenenti, costituiti o prodotti, a partire da microorganismi, funghi e alghe, o alimenti con struttura molecolare primaria intenzionalmente modificata. Questo genere di alimenti ha messo in discussione l'adeguatezza dell'attuale definizione di «nuovi prodotti alimentari». Ritengo, pertanto, che una modifica del regolamento sia assolutamente necessaria alla luce dei progressi scientifici e tecnologici realizzati nel settore alimentare. Ho votato a favore di questa relazione al fine di arrivare al più presto a una maggiore chiarezza in merito alla definizione di «nuovi prodotti alimentari» e con l'obiettivo di prevedere disposizioni più rigorose in materia di tutela dei consumatori. Il mio voto non comporta nessun giudizio di merito rispetto all'utilizzo di alimenti a base di alghe e insetti che, personalmente, mi trova contrario.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Afin d'assurer un niveau toujours plus élevé en matière de sécurité des aliments et de garantir la santé publique des citoyens européens, l'Union a proposé de modifier et d'adapter la réglementation européenne relative aux nouveaux aliments. Le Parlement européen a adopté ce texte permettant de clarifier la législation européenne dans ce domaine. Je me suis exprimé en faveur de ce texte et je souligne l'importance d'actualiser la législation impactant la vie quotidienne des citoyens.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – As regras relativas aos designados novos alimentos (isto é, alimentos que não eram utilizados de forma significativa para consumo humano na UE, antes de maio de 1997) encontram-se atualmente plasmadas no Regulamento (CE) n.º 258/97 e no Regulamento (CE) n.º 1852/2001. Tendo em conta os progressos científicos e tecnológicos verificados desde a entrada em vigor destes regulamentos, a Comissão apresentou, em dezembro de 2013, uma proposta destinada a rever e adaptar a regulamentação existente, a qual foi objeto de aprovação, com alterações, por parte da ENVI, em novembro de 2014. Na sequência de negociações interinstitucionais, entre dezembro de 2014 e junho de 2015, foi entretanto obtido um acordo.

Nos termos do compromisso alcançado, as novas regras visam dar resposta às principais preocupações manifestadas na ampla consulta realizada aos operadores do sector, a saber: a clarificação da definição de novo alimento; a sujeição dos novos alimentos a um processo de avaliação e autorização harmonizado; a simplificação e racionalização do processo de autorização; e a previsão de um sólido regime em matéria de proteção de dados. A nova legislação regula ainda, a título transitório, a colocação no mercado de alimentos provenientes de animais clonados e define o que são nanomateriais. Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the Commission legislative proposal for a regulation on novel foods. The new proposal, with the removal of the former novel food categories, would put at risk foods already legally on the market which could be challenged under the new regulation. We are concerned that this would cause legal uncertainty for operators, and if products already on sale were to be withdrawn for further assessment this would compromise consumer confidence. We also oppose the new authorisation system proposal that would introduce a centralised authorisation process.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – C'est un chemin parsemé d'embûches que la proposition de règlement «aliments nouveaux» a parcouru avant d'arriver en plénière. Après l'échec des négociations en 2008, il y avait urgence à légiférer pour adapter le cadre légal aux réalités du marché alimentaire d'aujourd'hui. C'est pourquoi j'ai voté le rapport Nicholson sans aucun amendement additionnel qui risquait de faire tomber le fragile compromis obtenu en juin 2015 avec le Conseil.

L'Union européenne repose sur un cadre réglementaire complet et strict en matière de sécurité alimentaire. Elle doit continuer à promouvoir ses produits du terroir, mais dans le même temps elle doit faire une place aux nouvelles tendances alimentaires et sources alternatives de protéines: champignons, algues, ou encore insectes grillés, même si ces derniers représentent encore un marché de niche pour la consommation humaine. Cette variété de l'offre est un plus indéniable pour le consommateur européen.

La nouvelle législation européenne encadre ces nouveaux aliments et prévoit des garde-fous sur le plan de l'éthique alimentaire, ce qui me convient parfaitement. Je pense à l'inclusion des aliments dérivés d'animaux clonés dans le champ législatif et à la limitation nécessaire des tests effectués sur les animaux.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), *par écrit*. – Le Parlement a adopté une nouvelle procédure d'autorisation des nouveaux aliments (aliments qui n'étaient pas sur le marché avant 1997, notamment ceux contenant des nanomatériaux ou qui sont issus du clonage animal) qui n'est pas acceptable pour les écologistes.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Le Parlement n'a pas été à la hauteur des préoccupations des Européens sur les nouveaux aliments. En refusant, d'une part, de soutenir l'amendement écologiste demandant un moratoire sur la présence de nanoparticules dans les aliments tant qu'une procédure européenne adéquate d'évaluation sanitaire et environnementale n'aura pas été mise au point. Et, d'autre part, en rejetant notre amendement visant à étiqueter les aliments issus du clonage qui requiert une nouvelle législation. Nous demandions enfin un droit de veto pour le Parlement sur l'autorisation de tout nouvel aliment dans le marché unique. Les écologistes ne peuvent par conséquent pas soutenir un texte bien trop éloigné des préoccupations sanitaires de nos concitoyens.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur les nouveaux aliments (il s'agit par exemple des insectes, des aliments à base d'algues ou encore de nouveaux colorants). La législation européenne devait être actualisée, afin de tenir compte de l'évolution technologique, scientifique et juridique intervenue en la matière.

C'est ainsi que nous avons prévu une procédure d'autorisation et d'évaluation harmonisée de la sécurité de ces aliments au sein de l'Union européenne. Un nouvel aliment ne pourra être accepté sur le marché européen que s'il ne présente aucun danger et s'il n'induit pas le consommateur en erreur.

Avec ce texte, nous assurons un bon fonctionnement du marché intérieur, nous simplifions les procédures, nous favorisons l'innovation tout en protégeant la santé publique, c'est pourquoi je l'ai soutenu.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Esta propuesta de Reglamento sobre nuevos alimentos tiene como objetivo garantizar la seguridad alimentaria, proteger la salud pública y asegurar el funcionamiento del mercado interior, a la vez que apoyar la innovación en el sector alimentario. La propuesta actualiza la legislación actual creando un procedimiento de autorización «streamline», clarifica la definición de «alimento nuevo», introduce una evaluación de seguridad más rápida y proporcionada para los «alimentos tradicionales» de terceros Estados que tienen un historial seguro en materia alimentaria y simplifica los procedimientos para autoridades públicas y actores privados.

El resultado final de las negociaciones con el Consejo incluye muchos aspectos reclamados por este Parlamento, como la inclusión provisional de alimentos de animales clonados en el ámbito del Reglamento hasta que una legislación específica entre en vigor o la reintroducción de antiguas categorías de alimentos y la introducción de nuevas, con vistas a incluir alimentos de microorganismos, hongos e insectos.

Aunque el texto final tiene algunas lagunas respecto a la elaboración de la lista de categorías de nuevos alimentos o en lo relativo a los alimentos que contienen nanotecnología, en aras de adaptar las normas sobre los nuevos alimentos al progreso tecnológico y científico, he decidido votar a favor de esta reforma.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – À l'occasion de ce rapport, j'ai soutenu plusieurs amendements demandant que jusqu'à l'entrée en vigueur d'une législation spécifique sur les aliments issus d'animaux clonés et de leur descendance, ces aliments soient accompagnés, lorsqu'ils sont mis sur le marché et commercialisés au sein de l'Union, y compris lorsqu'il s'agit d'importations, de l'information suivante à l'attention du consommateur: «aliment obtenu à partir d'animaux clonés».

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Regulamento (CE) n.º 258/97, do Parlamento Europeu e do Conselho, e o Regulamento (CE) n.º 1852/2001, da Comissão, são os instrumentos legislativos que estabelecem as regras da União em matéria de novos alimentos.

É comumente aceite pelos consumidores, operadores do sector alimentar e decisores políticos que qualquer novo alimento ou ingrediente alimentar requer uma autorização prévia à sua colocação no mercado, de modo a preservar um elevado nível de proteção da saúde humana, a sua rastreabilidade e obviamente os interesses dos consumidores.

Contudo, os progressos científicos e tecnológicos operados no sector alimentar vieram demonstrar a necessidade de rever a definição de «novos alimentos» constante do Regulamento (CE) n. 258/97, para que possam contemplar designadamente, novos alimentos produzidos a partir de microrganismos, fungos e algas.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Por essa razão, apoio o relatório do colega James Nicholson relativo à proposta de decisão do Parlamento Europeu e do Conselho que visa colmatar esta lacuna, adaptando a definição a novos alimentos existentes no mercado e reduzindo, em simultâneo, encargos administrativos desnecessários relativos ao processo regulamentar de autorização, de molde a favorecer a inovação e a competitividade do sector alimentar europeu.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui facilite la commercialisation dans l'Union européenne des nouveaux aliments.

On définit par nouveaux aliments toute denrée alimentaire dont la consommation par les hommes était négligeable au sein de l'Union avant le 15 mai 1997 (cette date correspond à l'entrée en vigueur du règlement actuellement applicable).

Il était donc nécessaire de réviser la réglementation en vigueur et de la moderniser afin de l'adapter à la situation actuelle des marchés ainsi qu'aux nouvelles technologies qui doivent être prises en compte, tout en simplifiant les procédures.

Le texte adopté est équilibré: il garantit un contrôle strict des nouveaux aliments, assure la transmission d'informations correctes aux consommateurs et soutient également les entreprises européennes en assurant une mise sur le marché plus rapide.

Au final, le nouveau texte permet de moderniser, de simplifier, de rationaliser et de rendre plus efficace et transparente la procédure européenne d'autorisation de commercialisation des nouveaux aliments.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto sostengo la decisione della Commissione europea di aggiornare il regolamento sulle categorie dei nuovi alimenti e di semplificare e migliorare le procedure di autorizzazione per gli alimenti importati dai paesi terzi.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe en donde pretende determinarse qué se consideran «nuevos alimentos» dado que, si bien la Comisión entiende que este informe es fruto del consenso, la negociación en el diálogo tripartito no atendió a cuestiones de suma importancia, como, por ejemplo, la definición del concepto de «nuevo alimento» en sí misma.

No incluye un control o seguimiento posterior a la comercialización de dichos alimentos, ni hace hincapié en la importancia de un correcto etiquetado en el producto para que el consumidor pueda tomar una decisión lo suficientemente informada respecto de su uso.

En lo que compete a la seguridad alimentaria, entendemos que debe prevalecer el principio de precaución y consideramos este informe insuficiente para el correcto tratamiento de alimentos que comprenden nanomateriales, clones (o sus descendientes) y demás ingeniería genética aplicada a la alimentación.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Se considera «nuevo alimento» aquel que no se utilizó para el consumo humano en un grado significativo en la Unión antes del 15 de mayo de 1997, e incluye también la comida tradicional de terceros países que, durante al menos 25 años, haya formado parte de la dieta habitual de un número significativo de su población.

Hay numerosos aspectos en este informe con los que no estamos de acuerdo y que no se han mejorado con las enmiendas propuestas, ya que fueron rechazadas, en especial la permisividad en relación con los nanomateriales y clones y sus descendientes, el empleo de actos de ejecución en lugar de actos delegados, y la limitación de los Estados miembros para prohibir nuevos alimentos.

Para colmo, no se realiza un análisis de fondo sobre la necesidad de estos nuevos alimentos, los intereses de las grandes multinacionales y la industria para ponerlos en el mercado, la vinculación con convergencias regulatorias de cara a tratados internacionales (el TTIP, por ejemplo) y la necesidad de fomentar un consumo local, de temporada, que sea sostenible y no estos «nuevos alimentos».

Es por ello que he votado en contra de este informe.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – La proposta votata oggi ha lo scopo di incoraggiare l'innovazione nel settore alimentare, attraverso una nuova e semplificata procedura per i nuovi prodotti e ingredienti che si presentano sul mercato. Per questo motivo ho votato a favore. La precedente legislazione risaliva al 1997, quindi era necessario aggiornare le norme per tenere il passo con gli sviluppi tecnologici degli ultimi 20 anni. Una delle variazioni più rilevanti riguarda l'inclusione nella definizione di «nuovi prodotti alimentari» di cibi con struttura molecolare alterata, funghi, alghe, insetti e cibo ottenuto da colture cellulari e tessuti. Attraverso la nuova legislazione sarà aumentata la trasparenza, poiché la Commissione dovrà pubblicare una sintesi di tutte le nuove richieste di autorizzazione e un elenco di domande respinte. L'elenco UE di nuovi alimenti autorizzati sarà quindi a disposizione del pubblico.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I abstained in the final vote of this report because the ECR rapporteur failed to ensure that the final text of the draft regulation includes sufficiently strong provisions for the protection of public health and consumer interest. The EPLP cannot agree with playing down the importance of the precautionary principle. The wording, as it stands, would allow the Commission to update the list of novel foods by means of implementing acts, excluding the scrutiny of Parliament. However, I would argue that the result of the trilogues weren't so bad as to make a vote against make sense, but the abstention will send a strong message to the UK food and drink industry, which is a leader in terms of technological innovation in this sector.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Pri zrýchlenom schvaľovaní nových potravín by mali byť zachované všetky zdravotné štandardy. Nemôžeme spraviť z obyvateľov EÚ pokusných králikov. Myslím si, že pre nás by bolo lepšie prinavrátiť sa k tradičným slovenským potravinám ako je cicer, pšeno či jačmenné krúpy a tiež chovať doma králiky, sliepky a prasce.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pravila EU-a o novoj hrani uspostavljena su 15. svibnja 1997. godine Uredbom br. 158/97 Europskog parlamenta, Vijeća te Komisije. Trgovci s hranom, dioničari te kreatori politike u institucijama Unije složili su se kako svaka „nova hrana” ili prehrambeni proizvod treba proći odobravanje prije izlaganja na tržište kako bi se zadržala visoka razina zaštite zdravlja ljudi i interesa potrošača.

Radi brzih i velikih znanstvenih i tehnoloških razvoja u sektoru hrane, dovelo se u pitanje prikladnost postojeće definicije „nove hrane”. Postojeća definicija ne pokriva novi tip hrane proizveden (ili se sastoji) od mikroorganizama, gljivica i algi, stoga je revizija definicije sadržane u Odredbi krajnje potrebna.

Nisam podržao ovu rezoluciju, jer smatram kako je prijeko potrebno pojasniti definicije i razjasniti nepoznanice kako nova hrana ne bi imala negativne posljedice na naše zdravlje, interes potrošača ili samo funkcioniranje unutarnjeg tržišta. Ako se dogodi znatna promjena u postupku proizvodnje hrane, ista tvar bi se trebala smatrati novom hranom. Isto tako bi se potom trebala procijeniti u skladu s odgovarajućim posebnim propisima, kako se ne bi dovelo u pitanje sigurnost hrane.

Renate Sommer (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze den mit dem Rat vereinbarten Kompromiss zur Überarbeitung der Verordnung über neuartige Lebensmittel. Der Lebensmittelsektor ist einer der größten und innovativsten in der EU. Um sich im harten Wettbewerb zu behaupten, entwickeln die Hersteller immer neue Produkte, Zusatzstoffe und Herstellungsmethoden. Diesen Entwicklungen müssen wir Rechnung tragen. So begrüße ich, dass mit der neuen Verordnung endlich die Verwendung von Nanopartikeln in Lebensmitteln geregelt wird. Diese winzig kleinen Partikel können die Stabilität von Produkten erhöhen, das Aussehen, den Geschmack oder die Konsistenz verändern oder auch die Aufnahme bestimmter Inhaltsstoffe, wie z. B. von Vitaminen, verbessern. Auch die Zentralisierung des Zulassungsverfahrens ist wichtig. Sie macht Anträge einfacher, günstiger und beschleunigt das Verfahren. Dass die Zulassung nun nicht mehr nur für einzelne Lebensmittel gelten soll, sondern für die ganze Produktkategorie, trägt ebenfalls zum Bürokratieabbau bei. Auch für Lebensmittel, die bislang nur in anderen Regionen der Welt verzehrt wurden, wie z. B. getrocknete Insekten, wird der Export in die EU aufgrund des vereinfachten Zulassungsverfahrens leichter. Das trägt auch der kulinarischen Globalisierung Rechnung.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Zavádzanie nových druhov potravín na európsky trh je prípustné len vtedy, ak bude bezpodmienečne zaistená ich bezpečnosť a spotrebiteľ bude dostatočne informovaný o ich presnom pôvode a zložení.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Podržao sam ovo izvješće iz razloga što sigurno kretanje sigurne i zdrave hrane značajno doprinosi zdravlju i dobrobiti građana. Također, ima značajan utjecaj na socijalne i gospodarske prilike. Držim da treba olakšati uvoz tradicionalne hrane iz trećih zemalja na tržište Unije, te treba pojasniti da se ta hrana treba smatrati tradicionalnom hranom samo ako je dobivena primarnom proizvodnjom kako je utvrđeno u članku Uredbe (EZ) br. 178/2002, bez obzira na to radi li se o prerađenoj ili neprerađenoj hrani.

Treba obratiti pozornost na utvrđivanje kriterija za procjenu sigurnosti koji proizlaze iz nove hrane. Kako bi se potaklo istraživanje i razvoj unutar poljoprivredno-prehrambene industrije, a time inovacije, potrebno je zaštititi ulaganja. Što se tiče tehnologije uključene u nastajanje nove hrane, ona može imati utjecaja na hranu i njezinu sigurnost.

Zato treba razjasniti i da se hrana treba smatrati novom hranom ako se na nju primjenjuje proizvodni postupak koji se prije nije primjenjivao u proizvodnji, ili ako hrana sadržava ili se sastoji od proizvedenih nanomaterijala, kako je utvrđeno člankom 2. stavkom 2. točkom (t) Uredbe (EU) br. 1169/2011 Europskog parlamenta i Vijeća.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – I abstained from voting on this report because I do not believe that the final text of the draft regulation includes sufficiently strong provisions for the protection of public health and consumer interest. Furthermore, the draft regulation opens the door for food derived from cloned animals and their offspring, despite the strong opposition from Parliament expressed in the September plenary. That said, I do not believe that the outcome of the trilogues is sufficiently serious to justify voting against the report. Voting against would send a negative signal to the UK food and drink industry, which is a European forerunner in technological innovation.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Nova hrana predstavlja hranu i sastojke hrane koji se nisu koristili u prehrani ljudi u Europskoj uniji u značajnoj mjeri prije 1997. godine. Novom hranom smatra se hrana dobivena korištenjem novih tehnologija, inovativna hrana ili hrana koja se tradicionalno koristi u drugim zemljama, ali ne u Europskoj uniji.

Sadašnji proces autorizacije takve vrste hrane pokazao se kao složen, skup i dugotrajan. Zaštita potrošača, sigurnost hrane i efikasna autorizacija moraju biti prioriteti, ali potrebno je reformirati procedure i ažurirati propise kako bi regulativa pratila znanstvena i tehnološka dostignuća u ovom području. Smatram da je važno istaknuti da se uz sigurnost ljudskog zdravlja moramo pobrinuti i za dobrobit životinja i okoliša.

Oznake ovakvih proizvoda moraju kvalitetno informirati potrošače te porijeklo mora biti jasno naznačeno. Najvažnija područja koja ovaj prijedlog ažurira su centralizirana procedura za autorizaciju, pojednostavljivanje procesa autorizacije, bolja zaštita podataka te uvođenje definicije nanomaterijala, koja će se u budućnosti morati unaprijediti sukladno budućim saznanjima. Podržavam ovaj prijedlog jer smatram da doprinosi boljoj regulaciji sigurnosti hrane u Europskoj uniji.

Richard Sulík (ECR), *pisomne.* – Návrh som podporil. Zásadne síce nesúhlasím s fungovaním, resp. so samotnou existenciou dnešného systému schvaľovania nových potravín v EÚ. Návrh však tento systém zefektívňuje a v sumáre tak prináša o niečo viac slobody a o niečo menej administratívnej záťaže.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o novih živilih. Vsako zakonodajo je potrebno ves čas posodablјati. V zadnjih letih se je prehrabna industrija zelo spremenila, zelo napredovala, prav tako se je tudi tehnologija zelo razvila, zato ne moremo več čakati s spremembo zakonodaje.

Potrebujemo rešitve, ki bodo odgovarjale potrebam trga in sodobnim izzivom. Ta uredba je dobra in uravnotežena. Za mala in srednja podjetja moramo zmanjšati upravno breme ter spodbuditi napredek in inovacije v živilskem sektorju po vsej Evropi. Ne smemo se odpovedati našim standardom, ki so najvišji na svetu.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραφτώς.* – Η αναθεώρηση του κανονισμού αριθ. 258/97 για τα νέα τρόφιμα είναι εξαιρετικά αναγκαία λόγω της επιστημονικής και τεχνολογικής εξέλιξης που πραγματοποιήθηκε στον κλάδο των τροφίμων από το 1997.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Για εμάς σκοπός είναι η διασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ανθρώπινης ζωής και υγείας, της υγείας και καλής διαβίωσης των ζώων, του περιβάλλοντος και των συμφερόντων των καταναλωτών. Πρέπει να γίνει ξεκάθαρο ότι σε προτεραιότητα βρίσκεται ο καταναλωτής και η παροχή ασφάλειας προς τον καταναλωτή και όχι η λειτουργία της εσωτερικής αγοράς και η ανταγωνιστικότητα. Προς αυτήν την κατεύθυνση κινείται και η έκθεση του Ευρωκοινοβουλίου, γι' αυτό υπερψηφίσαμε το κείμενο.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Κανένας δεν μπορεί να εγγυηθεί με απόλυτο και κατηγορηματικό τρόπο για την καταλληλότητα και την ασφάλεια του νέου αυτού είδους τροφίμων και για τις επιπτώσεις που σίγουρα θα έχουν στην υγεία των καταναλωτών. Πάγια θέση μας είναι η αποκλειστική παραγωγή και κατανάλωση τροφίμων των οποίων οι πρωτοταγής μοριακή δομή δεν είναι καθιονδής ποτε τρόπο τροποποιημένη ή αλλοιωμένη.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az új élelmiszerek területét fontos innovációs területnek tartom. Ide soroljuk többek között a chia magot, az édesgyökérből származó flavonoidokat, a repcemagot, de a rovar-, nanoanyag-, alga-, vagy bizonyos színezőanyag tartalmú termékeket is.

A javaslat célja, hogy védje a közegészséget, az élelmiszer-biztonságot, és hogy megerősítse a belső élelmiszerpiac működését az új termékekkel kapcsolatban, miközben támogatja az innovatív élelmiszerszektorot. Úgy vélem, hogy emberi vagy állati fogyasztásra csak olyan terméket lehet engedélyezni, melynek nincs erkölcsi, környezeti vagy egészségügyi kockázata. Éppen ezért szükségünk van egy EU-szintű szabályozásra, plusz olyan eszközökre, mint a címkézés, a fogyasztók tájékoztatása vagy egy információs kampány bevezetése. A jelentés lépéseket tesz uniós szintű szabályok kialakítása felé az új élelmiszerek biztonsági ellenőrzése és engedélyeztetése területén. Míg a módosító elemek nagy részét támogattam, a végső szavazásnál tartózkodtam, mivel olyan, számomra fontos sarokpontok nem kerültek be a végső anyagba, mint például a klónozás és a nanoanyagok kérdéskörei.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Alimentele noi reprezintă o categorie aparte în cadrul industriei alimentare de la nivelul statelor membre UE. Ea a apărut ca urmare a necesității reglementării procesului de prelucrare tehnologică a alimentelor în vederea comercializării pe piața de consum. Progresele înregistrate de tehnologia de prelucrare în intervalul de timp care a trecut de la prima reglementare, datând din 1997, fac necesară revizuirea legislației europene în acest domeniu.

Noul regulament propus de Consiliu asigură o serie de avantaje, cum ar fi stabilirea unei singure proceduri, centralizate și armonizate la nivel european, pentru autorizarea noilor alimente, protecția datelor și certitudinea juridică pentru companiile care depun dosare de autorizare, reducerea poverii administrative pentru întreprinderile mici și mijlocii, adaptarea la noile tehnici și crearea unui cadru favorabil pentru inovare în sectorul agroalimentar. În același timp, noul regulament exclude aspectele legate de clonare, care fac obiectul altor propuneri legislative, și prevede o procedură separată simplificată pentru punerea pe piață a alimentelor tradiționale din țările terțe.

Pentru a se asigura protecția sănătății publice, devine esențial avizul Autorității Europene pentru Siguranța Alimentară, ceea ce e un progres important. Totuși, ar fi poate utilă includerea instituțională a Parlamentului European în acest proces decizional.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur les nouveaux aliments. Ce n'est pas que j'aie quelque chose contre les nouveaux aliments, loin de là même, mais je ne peux comprendre que dans ce texte, il soit proposé que le Parlement n'ait plus un mot à dire ni le moindre pouvoir sur l'acceptation des prochains produits. C'est en ce sens que ma décision est motivée et se traduit par un vote négatif.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – To keep up with technological development and innovation, the EU considered it necessary to update the rules on novel foods. The current legislation dates back to 1997, therefore food and food ingredients which were not consumed in the EU to a significant degree before the entry into force of the current regulation are considered to be 'novel'. The Commission's proposal from December 2013 brought several changes compared to the 1997 regulation (e.g. a centralised authorisation process and the removal of specific categories of food from the scope of the regulation). The agreement with Council brought, for instance, improved transparency in the applications system, the re-introduction of the food categories in updated form and some new categories as well as safety assessment using the most up-to-date test methods.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Given the length and complexity of the examination of the draft regulation on novel foods, I support the agreement reached with Council as an acceptable compromise and I hope for the swift implementation of the new rules.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o novih živilih sem podprla, ker z upoštevanjem te uredbe nobeno novo živilo, ki bo dano na trg, ne bo negativno vplivalo na zdravje ljudi, interese potrošnikov ali delovanje notranjega trga.

Prav tako pa je vsebina nove uredbe o novih živilih smiselna in potrebna glede na znanstveni in tehnološki napredek živilske industrije po letu 1997 — živilski sektor je namreč postal eden izmed najbolj konkurenčnih in inovativnih sektorjev na notranjem trgu Unije in je ustrezno, da zakonodaja odraža novo stanje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe en donde pretende determinarse qué se consideran «nuevos alimentos» dado que, si bien la Comisión entiende que este informe es fruto del consenso, la negociación en el diálogo tripartito no atendió a cuestiones de suma importancia, como, por ejemplo, la definición del concepto de «nuevo alimento» en sí misma.

No incluye un control o seguimiento posterior a la comercialización de dichos alimentos, ni hace hincapié en la importancia de un correcto etiquetado en el producto para que el consumidor pueda tomar una decisión lo suficientemente informada respecto de su uso.

En lo que compete a la seguridad alimentaria, entendemos que debe prevalecer el principio de precaución y consideramos este informe insuficiente para el correcto tratamiento de alimentos que comprenden nanomateriales, clones (o sus descendientes) y demás ingeniería genética aplicada a la alimentación.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le risque engendré par les nanomatériaux, couplé à une défiance légitime envers la Commission et l'EFSA, ne nous permet pas de soutenir un texte qui n'interdit pas les nanoparticules. Je ne peux cautionner un risque sanitaire majeur dans 10 ou 20 ans.

Je vote CONTRE ce texte.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Alimentele noi sunt alimentele care nu au fost folosite în mod curent în alimentația omului în Uniunea Europeană înainte de 15 mai 1997, ca de exemplu: alimentele cu o structură moleculară primară nouă sau modificată intenționat, alimentele conținând, constând în sau fiind produse din plante, alimentele conținând, constând în sau fiind produse din microorganisme, ciuperci sau alge etc. Acestea au fost introduse printr-un regulament din 1997.

Raportul Nicholson propune revizuirea acestui regulament, întrucât de atunci au fost dezvoltate mai multe produse și ingrediente alimentare noi datorită progreselor științifice și tehnologice. Mai mult, acesta propune noi norme privind evaluarea siguranței și autorizarea de noi alimente printr-o procedură complet armonizată la nivelul UE și, în acest sens, Autoritatea Europeană pentru Siguranța Alimentară ar trebui să realizeze o evaluare a produselor alimentare care pot afecta sănătatea umană.

Pe lângă instituirea unei singure proceduri centralizate și armonizate la nivelul UE pentru autorizarea de alimente noi, acest raport introduce anumite măsuri pentru a reduce povara administrativă pentru întreprinderile mici și mijlocii și creează, în același timp, un cadru favorabil pentru inovarea în sectorul agroalimentar.

Prin urmare, susțin Raportul Nicholson privind alimentele noi.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe en donde pretende determinarse qué se consideran «nuevos alimentos» dado que, si bien la Comisión entiende que este informe es fruto del consenso, la negociación en el diálogo tripartito no atendió a cuestiones de suma importancia, como, por ejemplo, la definición del concepto de «nuevo alimento» en sí misma.

No incluye un control o seguimiento posterior a la comercialización de dichos alimentos, ni hace hincapié en la importancia de un correcto etiquetado en el producto para que el consumidor pueda tomar una decisión lo suficientemente informada respecto de su uso.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

En lo que compete a la seguridad alimentaria, entendemos que debe prevalecer el principio de precaución y consideramos este informe insuficiente para el correcto tratamiento de alimentos que comprenden nanomateriales, clones (o sus descendientes) y demás ingeniería genética aplicada a la alimentación.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against this report, because it does not include some key elements, for example: the need to observe the precautionary principle when deciding about authorisations; transparency requirements (both the list of novel foods and applications and rejected applications should be made public); the need for an opinion by the European Food Safety Authority (EFSA) in every case; detailed requirements in respect of the EFSA risk assessment (e.g. to consider potential cumulative/synergistic effects, and to exclude risks not only for food safety, but also for animal welfare and the environment); mandatory post-market monitoring requirements; and requirements regarding food packaging.

Inese Vaidere (PPE), *rakstiski*. – Līdzīgi kā jebkuru citu nozari, arī pārtikas jomu ir skārušas inovācijas, tirgū nonākot jauniem pārtikas produktiem — gan tādiem, kas iegūti ar inženierijas paņēmieniem, gan tādiem, kuri jau ilgu laiku uzturā ir lietoti citās pasaules valstīs.

Tādēļ pozitīvi vērtēju vienotas Eiropas Savienības vispārējās jaunās pārtikas novērtēšanas un atļaujas izdošanas procedūras izveidi. Vienotā sistēma atļauju izsniegšanu padarīs ātrāku un efektīvāku, vienlaikus uzturot augstā līmenī sabiedrības veselības aizsardzību. Tiek sagaidīts, ka līdz ar centralizētas sistēmas izveidi, ievērojami samazināsies laiks, kas nepieciešams šīs pārtikas novērtēšanai un atļaujas izsniegšanai, kā arī uzņēmēju kopējās izmaksas šajā procesā.

Tajā pat laikā uzskatu, ka pārtikas izvērtēšanas standartiem jābūt ļoti augstiem, lai tirgū nenonāktu produkti, par kuru drošību nav pilnīgas pārliecības vai kuri vēl atrodas eksperimentālā stadijā. Visiem jaunās pārtikas produktiem vai elementiem ir jābūt rūpīgi zinātniski pārbaudītiem vai ar drošu lietošanas vēsturi citās valstīs.

Tāpat uzskatu, ka līdztekus atbalstam inovācijām nepieciešams aizsargāt tradicionālos ražojumus, kuru izgatavošanas metodes ir tikušas nodotas no paaudzes paaudzē vai kuri ir tipiski noteiktam ģeogrāfiskajam reģionam.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on novel foods because I agree that the free movement of safe and wholesome food is an essential aspect of the internal market and contributes significantly to the health and wellbeing of citizens, and to their social and economic interests. Differences between national laws concerning the safety assessment and authorisation of novel foods may hinder the free movement of such food, thereby creating legal uncertainty and unfair conditions of competition. On the basis of scientific and technological developments, it is appropriate to review, clarify and update the categories of food which constitute novel foods.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Se considera «nuevo alimento» aquel que no se utilizó para el consumo humano en un grado significativo en la Unión antes del 15 de mayo de 1997, e incluye también la comida tradicional de terceros países que, durante al menos 25 años, haya formado parte de la dieta habitual de un número significativo de su población.

Hay numerosos aspectos en este informe con los que no estamos de acuerdo y que no se han mejorado con las enmiendas propuestas, ya que fueron rechazadas, en especial la permisividad en relación con los nanomateriales y clones y sus descendientes, el empleo de actos de ejecución en lugar de actos delegados, y la limitación de los Estados miembros para prohibir nuevos alimentos.

Para colmo, no se realiza un análisis de fondo sobre la no necesidad de estos nuevos alimentos, los intereses de las grandes multinacionales y la industria para ponerlos en el mercado, la vinculación con convergencias regulatorias de cara a tratados internacionales (el TTIP, por ejemplo) y la necesidad de fomentar un consumo local, de temporada, que sea sostenible y no estos «nuevos alimentos».

Es por ello que he votado en contra de este informe.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Na een lange weg is men tot een delicaat evenwicht/compromis met de Raad gekomen om het wettelijk kader aan te passen aan de realiteit van de huidige voedingsmarkt. De Europese Unie dient lokale producten te blijven promoten, de voedselveiligheid te blijven vrijwaren en de mogelijkheid te bieden om nieuwe voedingsmiddelen op de markt te laten verschijnen. Dit evenwicht draagt mijn goedkeuring weg.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta nova proposta tem vários pontos problemáticos, nomeadamente a definição e clarificação da designação de novo alimento, o papel das agências nacionais no processo de autorização e no que diz respeito aos atos de execução versus atos delegados.

Outro assunto controverso é a necessidade de monitorização a longo-prazo da introdução no mercado destes alimentos e o seu impacto, da implementação de um procedimento transparente para a introdução de alimentos sem historial de uso seguro na UE a ser aplicado, sem que se limite o controlo de segurança e informação aos consumidores (quantidade máxima de consumo, efeitos adversos), levando a escolhas e consumos informados no que diz respeito ao uso de novos alimentos não se deixando enganar pelas propriedades anunciadas. Acresce a isso que o princípio da precaução nesta proposta legislativa não está assegurado.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Annahme von Änderungsvorschlägen hat dazu geführt, dass auch Lebensmittel aus geklonten Tieren in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen. Es ist strikt abzulehnen, dass Mitgliedstaaten hierdurch genötigt werden, Lebens- und Futtermittel aus geklonten Tieren auf ihrem Hoheitsgebiet zuzulassen. Dieser Bericht findet daher nicht meine Zustimmung.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Zusammen mit meiner Fraktion, der EKR, habe ich für diesen Bericht zum Thema „Neuartige Lebensmittel“ gestimmt. Innerhalb des rechtlichen Rahmens der EU werden neuartige Lebensmittel als jene Lebensmittel definiert, die vor dem Jahr 1997 nicht in einem signifikanten Ausmaß in der EU verbraucht wurden. Der Bericht definiert einen geeigneten Rahmen für den Umgang mit neuartigen Lebensmitteln.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Raport został poddany pod głosowanie w związku z procedurą ustawodawczą zmierzającą do aktualizacji ram prawnych rządzących procedurą wydawania zezwoleń na nową żywność. Obecnie obowiązujące rozporządzenie zostało wydane w 1997 r. i nie przewiduje rozwiązań wspierających przedsiębiorców we wprowadzaniu na rynek innowacyjnych produktów. W związku ze zmianą realiów rynkowych, do jakiej doszło na przestrzeni prawie 20 lat, zaistniała potrzeba wprowadzenia zmian w procedurach dopuszczania nowej żywności na rynek UE – projekt rozporządzenia zakłada m.in. uproszczenie procedury dla tradycyjnych żywności z krajów trzecich poprzez możliwość poprzestania jedynie na notyfikacji, utrzymanie zasady ostrożności działania Komisji w dziedzinie nowej żywności oraz wprowadzenie zasady przejrzystości zastosowań, na mocy której na Komisję zostaną nałożone obowiązki informacyjne dot. ograniczeń nakładanych przez państwa trzecie. W mojej opinii przedstawiony tekst stanowi rozsądny kompromis w powyższych kwestiach – z tego względu zadecydowałam o poparciu rezolucji.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραφικώς*. – Ο κανονισμός για τα νέα τρόφιμα είναι «κομμένος και ραμμένος» στις απαιτήσεις των επιχειρηματικών ομίλων που δραστηριοποιούνται ήδη στο σχετικό τομέα ή έχουν την πρόθεση να επεκταθούν σ' αυτόν, βλέποντας κερδοφόρες προοπτικές. Με τη δημιουργία αποκλειστικά συγκεντρωτικού ευρωενωσιακού μηχανισμού αποκλείεται η δυνατότητα από τα κράτη μέλη και τις αρμόδιες αρχές τους για τον έλεγχο και την απαγόρευση εμπορίας και χρήσης των νέων τροφίμων στο έδαφός τους. Ταυτόχρονα ο κανονισμός αφήνει εκτός του πεδίου εφαρμογής του τα τρόφιμα που προέρχονται από κλωνοποιημένα ζώα και τους απογόνους τους, ενώ αποκλείει την απαγόρευση ή έστω αυστηρότερους επιστημονικούς ελέγχους των τροφίμων που προέρχονται από νανοϋλικά και νανοτεχνολογίες, αφήνοντας την υγεία των καταναλωτών εκτεθειμένη σε κινδύνους. Γι' ακόμη μια φορά τα όργανα της ΕΕ δεν διστάζουν να αφήσουν την υγεία και τη ζωή των εργαζομένων στο έλεος των μονοπωλιακών κερδών και συμφερόντων, αποδεικνύοντας τον εχθρικό χαρακτήρα της ΕΕ για τους λαούς.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Za správu týkajúcu sa nových potravín som zahlasovala. Keďže súčasná právna úprava pochádza z roku 1997, je určite potrebné vo svetle inovácií právnu úpravu aktualizovať. Táto správa navyše na jednej strane zjednodušuje existujúce postupy a na druhej strane zároveň prispieva k väčšej transparentnosti, čím jednoznačne uľahčí obchod s novými potravinami a zároveň prispeje k ochrane spotrebiteľov.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório sobre a proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho relativo a novos alimentos, dado que o normativo proposto já não abrange alimentos provenientes de animais clonados, uma vez que esta matéria é abrangida por uma outra área de pacote. Como tal, concordo com o facto de a nova proposta relativa a novos alimentos pretender apenas rever a legislação atual nessa matéria para atualizar e simplificar os atuais procedimentos de autorização e atender à evolução recente do Direito da União, criando assim um sistema centralizado de autorizações, que deve proporcionar mais certeza aos requerentes de autorizações para novos alimentos e simplificar e tornar mais célere o processo de autorização. Contudo, apesar da necessidade de simplificar o atual processo de autorização, a União Europeia deve também dar prioridade à salvaguarda da segurança alimentar e da saúde dos consumidores em todas as etapas do processo de autorização de novos alimentos, cabendo-lhe oferecer aos seus cidadãos uma gama completa de salvaguardas relativas à segurança dos alimentos colocados no mercado interno, assim como os alimentos provenientes de países terceiros também devem estar obrigados a respeitar normas equivalentes às exigidas para os alimentos da União Europeia.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Novos alimentos são os alimentos que não constavam da dieta humana de um número significativo de pessoas dentro da União Europeia antes de 15 de maio de 1997, e inclui comida tradicional de um país terceiro desde que durante pelo menos 25 anos seja parte da dieta e costumes de um número significativo da sua população.

Esta nova proposta tem vários pontos problemáticos, nomeadamente na definição e clarificação da designação de novo alimento ou no papel das agências nacionais no processo de autorização.

Outros assuntos controversos são a necessidade de monitorização a longo-prazo da introdução no mercado destes alimentos e o seu impacto, da implementação de um procedimento transparente para a introdução de alimentos sem historial de uso seguro na UE a ser aplicado, sem que se limite o controlo de segurança e informação aos consumidores

Infelizmente o resultado do tríplice não reflete todas estas preocupações. Sendo melhor que a proposta da Comissão Europeia, já que inclui as preocupações com o bem-estar animal e com a rotulagem destes alimentos, outros pontos há que deveriam ter sido incluídos.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – L'intento della relazione è quello di agevolare le procedure di autorizzazione all'immissione sul mercato di tutti quei cibi che vengono prodotti con tecnologie sviluppate dopo il 1997 e definite innovative, nonché di alimenti tradizionali provenienti da paesi terzi. Ho votato contro questo regolamento perché sussistono gravi perplessità sui cibi contenenti nanoparticelle. Dal momento che si è stabilita una soglia di tolleranza del 50%, si è deciso di consentire percentuali negli alimenti 2,5 volte superiori a quanto ritenuto consigliabile e di non tenere conto della migrazione di nanoparticelle eventualmente contenute negli imballaggi a contatto con gli alimenti. La stessa EFSA aveva suggerito un limite non superiore al 10% in osservanza al principio di precauzione, vista l'assenza di prove scientifiche sul comportamento che queste particelle avrebbero sul metabolismo degli esseri umani. Un ruolo troppo importante tra i nuovi alimenti è, inoltre, rivestito dagli additivi alimentari inclusi quelli provenienti da OGM, i microrganismi quali lieviti, singoli composti con proprietà particolari (la metilcellulosa nei prodotti privi di glutine). Ancora una volta, si sceglie di scavalcare in principio di precauzione che tutela i consumatori europei in nome del profitto.

8.7. Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (A8-0249/2015 - Julie Girling)

Dichiarazioni di voto scritte

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – När Europaparlamentet i dag röstade om det så kallade takdirektivet rörande nationella utsläppstak för svavel, kväve och andra brännbara gaser röstade jag för kommissionens förslag. Detta förslag innebär en minskning av utsläppen med 70 procent av vad som är tekniskt möjligt fram till år 2030. Detta kommer att innebära en bättre luftkvalitet, vilket kommer att ha positiv betydelse för såväl människors hälsa som för miljön. Jag röstade emot de yrkanden som önskade gå längre än kommissionen eftersom dessa till skillnad från kommissionens förslag saknar konsekvensbedömning.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Los socialistas respaldamos los planes de la Comisión Europea para imponer límites más estrictos y vinculantes a las emisiones de contaminantes atmosféricos, los cuales deberán alcanzarse entre 2020 y 2030. La contaminación del aire tiene unos costes humanos, medioambientales y económicos enormes; así, alrededor de 400 000 personas fallecen prematuramente en la UE cada año por esta causa.

En torno al 62 % del territorio comunitario está sometido a eutrofización, incluidos el 71 % de los ecosistemas Natura 2000. Los costes totales se cifran entre 330 000 y 940 000 millones de euros al año, incluyendo un daño económico directo de 15 000 millones de días de trabajo perdidos, 4 000 millones en servicios sanitarios, 3 000 por pérdida de cosechas y 1 000 por daños a los edificios, según datos de la Comisión Europea.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta de Directiva NEC revisada sustituye al actual régimen de la Unión en la nivelación anual de las emisiones nacionales de los contaminantes del aire, según la definición establecida en la Directiva 2001/81/CE, para cuatro contaminantes atmosféricos, a saber, el dióxido de azufre (SO₂), los óxidos de nitrógeno (NO_x), los compuestos orgánicos volátiles distintos del metano (COVNM) y el amoníaco (NH₃), hasta 2020.

La Directiva NEC revisada establece los controles sobre los diferentes tipos de contaminación del aire en cada Estado miembro. Su objetivo es reducir a la mitad de aquí a 2030 el número de muertes prematuras —estimado en 400 000 al año en la UE— causadas por la contaminación del aire.

La revisión propuesta establece nuevos compromisos nacionales de reducción de emisiones aplicables a partir de 2020 y 2030 para los cuatro contaminantes mencionados y también para las partículas finas (PM_{2,5}) y el metano (CH₄).

A pesar de que hay puntos importantes que no se consiguieron aprobar (elimina objetivos vinculantes para el metano), he votado a favor de este informe ya que considero que es más exigente que la propuesta de la Comisión y que, por tanto, la mejora.

Éric Andrieu (S&D), *par écrit*. – La Commission nous propose d'intégrer le méthane dans les plafonds d'émission de polluants nationaux et la législation portant sur la qualité de l'air. Pour l'agriculture, cela signifie l'intégration du méthane résultant de l'ingestion de l'herbe par les ruminants consommée en particulier dans les zones d'élevages traditionnels et extensifs situées très souvent sur des territoires peu prospères. Je m'oppose à cette idée car ces élevages disposent d'un très faible potentiel d'atténuation des émissions, en raison notamment de l'absence de solution technique efficace permettant d'empêcher les vaches de rejeter du méthane dit entérique. Il est difficile d'aller contre la nature.

Vouloir intégrer ce méthane dans les obligations de la directive conduirait à une réduction des cheptels voire à un abandon des systèmes d'élevage herbagers. Cela reviendrait à favoriser des modèles d'élevages intensifs moins favorables à l'environnement et aux territoires fragiles. Je me réjouis que notre assemblée ait tenu compte de la réalité de l'agriculture sans pour autant négliger les enjeux de santé publique et de l'environnement. Elle permettra de lever bien des inquiétudes dans le monde de l'élevage actuellement secoué par les crises.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la proposition de la Commission. En effet, la directive qu'elle souhaite mettre en place inclut le méthane et l'ammoniac parmi les polluants qu'il faut réguler. La Commission propose à cet effet la mise en place de seuils jusqu'en 2030. Ces réglementations risquent en effet d'être très contraignantes pour les agriculteurs et éleveurs français.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The implementation costs of this resolution are estimated to be in the order of EUR 3 billion per year. I oppose the inclusion of methane in this directive, although I note that various deletion amendments were passed.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – A quelques semaines de la COP21 à Paris, le Parlement européen exprime sa volonté d'endiguer les dommages causés à la couche d'ozone. Je partage cet objectif vital pour la planète, mais j'ai estimé nécessaire de m'opposer à la mesure visant à introduire des plafonds d'émission pour le méthane en particulier celui dit «entérique» qui est produit par les bovins. Dans un contexte économique difficile, cette nouvelle norme aurait porté préjudice aux éleveurs de bovins et notamment aux producteurs de lait qui ont fait le choix d'un mode de culture extensive. Je fais confiance aux éleveurs qui ont déjà mis en œuvre de nouvelles pratiques répondant aux impératifs de réduction des émissions de gaz à effet de serre. La PAC fait l'objet de «verdissement». Il convient d'éviter la «double peine» du fait de nouvelles normes. J'ai donc soutenu et voté un amendement visant à exclure les émissions de méthane entérique de cette directive. Je me réjouis de son adoption et j'espère que cette décision sera soutenue par le Conseil

Mittwoch, 28. Oktober 2015

européen lors des prochaines négociations. Dans un contexte de mondialisation, nous devons être conscients que l'air ignore les frontières et que l'édiction de normes en Europe ne doit pas avoir pour conséquence de pousser les producteurs à se délocaliser.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pasiūlymo dėl tam tikrų į atmosferą išmetamų teršalų. Oro teršalai yra svarbi žmogaus sveikatai ir aplinkai tarpvalstybinė problema, kuri daro milžinišką poveikį visiems ES piliečiams ir reikalauja nedelsiant imtis veiksmų. Prasta oro kokybė prisideda prie per ankstyvų mirčių, nedarbingumo dėl ligos bei didelių sveikatos priežiūros išlaidų. Europoje su sveikata susijusios bendros išorinės išlaidos dėl oro taršos visuomenei apytiksliai per metus kainuoja nuo 330 iki 940 mlrd. EUR. Be to, pateikiama vis daugiau įrodymų, kad dėl atmosferos azoto nuosėdų kinta natūrali aplinka, pvz., dėl eutrofikacijos ir rūgštėjimo sumažėja žemės paviršiaus augalijos įvairovė, sulėtėja augalų augimas ir atsiranda nesubalansuota mityba. Visoje Sąjungoje dedamos pastangos oro taršai mažinti, tačiau dauguma valstybių narių neatitinka sutartų standartų. Komisijos pasiūlyme panaikinama ir pakeičiama esama Išmetimo nacionalinių ribų (INR) direktyva, 2020 m. ir 2030 m. nustatant naujus išmetamo sieros dioksido, azoto oksidų, amoniako ir nemetaninių lakiųjų organinių junginių kiekio apribojimus.

Gerard Batten (EFDD), in writing. – Today UKIP voted against the creation of a new EU legislative framework on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants. We are particularly concerned that the proposal to include methane in this directive would duplicate international and domestic climate-change legislation, creating an additional regulatory burden for industry and government, without any corresponding benefit for the environment.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – Sachant que 90 % des Européens vivant en ville sont exposés à des niveaux de pollution dommageables pour la santé humaine, j'ai soutenu cette résolution qui est favorable à des objectifs stricts et contraignants de limitation d'émissions toxiques pour 2025 et 2030. Les propositions incluent notamment la limitation de 6 polluants toxiques, le secteur agricole étant également concerné.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Cette directive de la Commission proposée au Parlement européen poursuit l'œuvre de la directive PEN de 2001 sur les plafonds d'émissions de certains polluants atmosphériques pour le dioxyde de soufre, l'oxyde d'azote, l'ammoniac et les composés organiques volatiles non méthaniques (NMVOC) jusqu'en 2020. La nouvelle directive propose de nouveaux seuils jusqu'en 2030 en ajoutant le méthane (gaz polluant provenant en grande partie des activités agricoles et de bétails) et les particules fines.

Le rapporteur proposait une échéance plus contraignante en 2025 mais refuse l'inclusion du méthane (cf. agriculture). Les élus FN en Commission ont soutenu la position contre l'inclusion du méthane et contre la mention de l'ammoniac afin de limiter le poids réglementaire sur l'agriculture et certaines industries. J'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), per iscritto. – Ritengo la relazione Girling poco obiettiva ed equilibrata nella valutazione delle soglie limite di emissione di determinati inquinanti, in particolare quelle relative al metano, che avrebbe ripercussioni negative rispetto al settore agricolo già duramente colpito dalla crisi, per questi motivi non ho inteso sostenerla col mio voto.

José Blanco López (S&D), por escrito. – La contaminación atmosférica es responsable de la muerte prematura de más de 400 000 personas cada año y su coste económico para el sistema sanitario se estima entre 300 000 y 900 000 millones de euros anualmente. Aproximadamente el 90 % de los europeos que viven en ciudades están expuestos a un nivel de contaminación atmosférica perjudicial para la salud humana. Además, los grupos sociodemográficos vulnerables, en particular las mujeres embarazadas, los niños y las personas mayores, así como aquellos colectivos de bajos ingresos, están particularmente afectados.

La propuesta de Directiva sobre techos nacionales de emisión reemplaza el actual régimen de límites de emisiones nacionales de ciertos contaminantes atmosféricos, en particular sulfuro (SO₂), nitrógeno (NO_x), compuestos orgánicos volátiles (NMVOC) y amoníaco (NH₃) hasta 2020. Incluye el establecimiento de nuevos compromisos de reducción de emisiones nacionales aplicables para 2020 y 2030 para los contaminantes atmosféricos arriba mencionados, así como para partículas finas (PM_{2,5}) y metano (CH₄). Además, los Estados Miembros redactarán programas nacionales de control de contaminación atmosférica.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Por estas razones, he votado a favor de esta propuesta legislativa imprescindible para mejorar la calidad del aire en Europa. Además, con el objetivo de ayudar al sector agrícola, he apoyado la exclusión del metano del ámbito de aplicación de la Directiva.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išsakė savo poziciją dėl tam tikrų valstybėse narėse išmetamų teršalų mažinimo direktyvos. Pastaruoju metu oro tarša politinėje darbotvarkėje iškilo kaip pagrindinė visuomenės sveikatos problema. Prasta oro kokybė prisideda prie per ankstyvų mirčių, nedarbingumo dėl ligos, didelių sveikatos priežiūros išlaidų, prarasto produktyvumo, prarastų pasėlių ir žalos pastatams. Europoje su sveikata susijusios bendros išorinės išlaidos dėl oro taršos visuomenei apytiksliai per metus kainuoja nuo 330 iki 940 mlrd. EUR. Be to, pateikiama vis daugiau įrodymų, kad dėl atmosferos azoto nuosėdų kinta natūrali aplinka, pvz., dėl eutrofikacijos ir rūgštėjimo sumažėja žemės paviršiaus augalijos įvairovė, sulėtėja augalų augimas ir atsiranda nesubalansuota mityba. Visoje Sąjungoje dedamos pastangos oro taršai mažinti, tačiau dauguma valstybių narių neatitinka sutartų standartų. Sudėtingiausia pasiūlymo dalis yra tikslai dėl 2030 m., nes nustatomi skirtingi apribojimai kiekvienai valstybei narei ir kiekvienam teršalui. Komisija nustatė apribojimus atskiroms valstybėms narėms pagal tai, kur, jos vertinimu, galima imtis ekonomiškai naudingiausių priemonių.

Franco Bogovič (PPE), pisno. – Predlagano direktivo s sprejetimi razumnimi kompromisnimi amandmaji sem podprl, saj podpiram prehod EU v nizkoogljično družbo. Ob razumnih in realnih pogojih seveda. Prehod ne sme biti v škodo kmetijstva in industrije kot dveh največjih onesnaževalcev.

Veseli me, da so bili zavrtnjeni predlogi odbora ENVI, ki je postavil nerealno visoke cilje. Njihovo uresničevanje bi na primer med vsemi državami članicami EU največ stalo Slovenijo. Veseli me tudi, da je iz predloga direktive izločen metan, za amonjak pa je predlagana prilagoditvena shema. Tako je po mojem mnenju zagotovljena konkurenčnost industrije in kmetijstva.

David Borrelli (EFDD), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione Girling sull'emissione di alcuni inquinanti atmosferici perché, nonostante ci fossero le condizioni per fare di più, complessivamente la valutazione è positiva.

I limiti degli inquinanti si sono abbassati rispetto alla proposta della commissione ENVI, ma si è riusciti a mantenere nell'ambito di applicazione della direttiva l'ammoniaca e il metano (con l'esclusione delle emissioni enteriche). Il mercurio purtroppo è rimasto escluso, ma quantomeno è passata la richiesta alla Commissione europea per uno studio di impatto che sarà seguito da una proposta legislativa. La situazione dell'inquinamento atmosferico è grave, l'aria che respiriamo ogni giorno è sempre più inquinata ed è, a mio modo di vedere, fondamentale avere una direttiva NEC forte che possa fare da traino a politiche per la qualità dell'aria ambiziose in tutti i settori.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Svake godine preuranjeno umre 400 000 Europljana zbog onečišćenja zraka. Loša kvaliteta zraka uzrokuje najrazličitije bolesti, smanjuje kvalitetu života i dovodi do pretjerane upotrebe lijekova, povećanog prijema u bolnicama i milijuna izgubljenih radnih dana.

Onečišćenje zraka također utječe na europsku prirodu i bioraznolikost, poljoprivredni prinos i vegetaciju. Gubici u prinosima u poljoprivredi procjenjuju se na oko 3 milijarde eura u 2010. godini. Upravo zato podržavam ambiciozne ciljeve koje je predložila Europska komisija, ali uz ogradu kako je bilo potrebno dodati izuzeća za male poljoprivrednike.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – Le rapporteur refusait l'inclusion du méthane, ce qui avait été soutenu par les élus FN en commission afin de limiter le poids réglementaire sur l'agriculture et certaines industries. La directive, elle, ajoute le méthane et j'ai donc voté contre.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – Giusta è la proposta della Commissione UE di fissare limiti nazionali più elevati circa le emissioni dei principali agenti inquinanti. L'inquinamento dell'aria causa ogni anno nell'UE circa 400.000 morti premature. Le nuove regole potrebbero far risparmiare entro, il 2030, fino a 40 miliardi di euro per combattere l'inquinamento ambientale. L'Europa vuole porsi obiettivi ambiziosi, anche in vista della COP21 di Parigi. I nuovi limiti nazionali alle emissioni (NEC) riguardano: biossido di zolfo (SO₂), ossidi d'azoto (NO_x), composti organici non metanici (COVNM), metano (CH₄), ammoniaca (NH₃) e particolato (fino a PM 2.5 micrometri). Inoltre le nuove regole concorreranno anche a ridurre le emissioni di mercurio (HG). È giusto escludere dalla direttiva il metano prodotto naturalmente dalle mucche. Ora però è necessario proseguire la lotta contro gli sprechi alimentari, anche per ridurre l'inquinamento e il consumo di suolo. Circa un terzo della produzione mondiale di cibo destinata al consumo umano, infatti, si perde o si spreca lungo la filiera alimentare. Tale quantitativo corrisponde a uno spreco di circa 1,6 miliardi di tonnellate di alimenti. E non dobbiamo dimenticare che in molti paesi nel mondo si consuma troppa carne rispetto al reale bisogno nella nostra dieta.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario. Revisione della direttiva qualità dell'aria, che fissa le nuove soglie di emissione nazionali (*National Emission Ceilings*, NEC) dal 2020 al 2030. Rispetto alla proposta della Commissione, ENVI: - rende obbligatorie le soglie intermedie al 2025; - estende il campo di applicazione ad altri gas (metano CH₄, ammoniaca NH₃, mercurio HG). Tutti siamo a conoscenza delle estreme difficoltà che gli enti locali hanno a rispettare i limiti attuali, soprattutto in determinate aree geografiche sfavorevoli come la Padania. Perciò, riteniamo inutilmente gravoso fissare soglie di riduzione obbligatorie anche in fase intermedia, al 2025. Particolarmente controversa l'aggiunta di metano e ammoniaca, che ha un impatto rilevante sul settore agricolo (allevamento). Ma è l'aggiunta del metano a essere la discriminante per il nostro voto finale. Essendo un gas a effetto serra, interpretiamo la sua inclusione in questa direttiva come un (ennesimo) tentativo capzioso di mischiare la normativa antinquinamento con quella legata alle politiche climatiche (come si suol dire: le pere con le mele).

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Los socialistas respaldamos los planes de la Comisión Europea para imponer límites más estrictos y vinculantes a las emisiones de contaminantes atmosféricos, los cuales deberán alcanzarse entre 2020 y 2030. La contaminación del aire tiene unos costes humanos, medioambientales y económicos enormes; así, alrededor de 400 000 personas fallecen prematuramente en la UE cada año por esta causa.

En torno al 62 % del territorio comunitario está sometido a eutrofización, incluidos el 71 % de los ecosistemas Natura 2000. Los costes totales se cifran entre 330 000 y 940 000 millones de euros al año, incluyendo un daño económico directo de 15 000 millones de días de trabajo perdidos, 4 000 millones en servicios sanitarios, 3 000 por pérdida de cosechas y 1 000 por daños a los edificios, según datos de la Comisión Europea.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La directive sur la réduction des émissions nationales de certains polluants atmosphériques fait partie du paquet législatif proposé par la Commission sur la qualité de l'air. Ce texte propose la mise en place d'objectifs très ambitieux de réduction de certains gaz polluants. Il est très important d'augmenter la qualité de l'air dans la mesure où la pollution est responsable de nombreux décès chaque année. Cependant, il faut tâcher de rester réalistes et de mettre en place des objectifs contraignants qui ne mettent pas en péril la compétitivité économique de l'Union européenne. L'exemple de l'objectif de réduction du méthane est particulièrement parlant. Les émissions de méthane proviennent principalement du secteur agricole car les ruminants en sont les principaux responsables. Le secteur agricole connaît actuellement des heures particulièrement difficiles. Imposer cette mesure à nos agriculteurs ne ferait qu'aggraver leur situation. J'ai donc voté en faveur de ce texte à la condition que les émissions de méthane entérique soient exclues du champ d'application de la législation.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio concernente la riduzione delle emissioni nazionali di determinati inquinanti atmosferici e che modifica la direttiva 2003/35/CE. Credo infatti che una migliore qualità dell'aria sul territorio comunitario debba essere un obiettivo prioritario per le istituzioni europee. Con il voto di oggi il Parlamento ha fatto la sua parte approvando un testo in grado di ridurre in maniera significativa l'inquinamento atmosferico e di migliorare la qualità dell'aria nonché di salvare la vita delle persone, in quanto l'inquinamento in Europa provoca centinaia di migliaia di morti incidendo negativamente sul PIL degli Stati membri con costi altissimi collegati alla salute.

Ma il Parlamento da solo non può cambiare le cose, abbiamo bisogno di uno sforzo condiviso di Commissione, Stati membri e settori produttivi per raggiungere gli enormi benefici, sia a livello di salute pubblica che a livello economico, che un'aria più pulita può portare.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which sets the emission targets for certain atmospheric pollutants, including sulphur dioxide, nitrogen oxides and ammonia, until 2030. The revised Directive on the reduction of national emissions puts controls on different types of air pollution in each Member State. Its goal is to cut the number of premature deaths caused by air pollution – estimated as 400 000 a year in the EU – by half by 2030.

When voting on the proposed amendments, I bore in mind targets that could be realistically achieved by Ireland.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

James Carver (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the creation of a new EU legislative framework on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants. We are particularly concerned that the proposal to include methane in this directive would duplicate international and domestic climate-change legislation, creating an additional regulatory burden for industry and government, without any corresponding benefit for the environment.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report as I believe it is necessary to decrease emission levels in order to protect human health, animal welfare and the environment.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Come saprete, l'inquinamento atmosferico rappresenta un grave problema di salute ambientale nell'Unione europea. Si stima, infatti, che la scarsa qualità dell'aria sia responsabile di oltre 400.000 morti premature ogni anno e causi malattie, ricoveri ospedalieri e milioni di giorni di lavoro persi, così come danni alla biodiversità, colture e agli edifici. Non potevo quindi che votare a favore di un testo volto a limitare le emissioni, prevedere l'accesso alle informazioni aggiornate sui progressi degli impegni nazionali di riduzione, intraprendere misure specifiche per proteggere la salute dei gruppi vulnerabili, sostenere la transizione verso investimenti in tecnologie pulite ed efficienti con incentivi fiscali, organizzare ispezioni ambientali regolari e di routine e garantire la consultazione pubblica.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – I welcome the outcome of today's vote to set stricter air pollutant emissions rules and ceilings, which Member State governments are bound to meet by 2030, with interim targets for 2025.

We want to control a suite of toxic pollutants that accounts for over half a million premature deaths throughout Europe. In Ireland alone, there are over three thousand premature deaths annually, by An Taisce's estimates. Beyond the human cost, this represents a great loss to the Union in healthcare and social expenditure and productivity, and more than justifies restrictions that will spur innovation and cleaner industrial solutions. Some calculate the loss to be just short of a trillion euro, EU-wide.

Although cattle got off the hook for their belching, we have included under the rules ammonia and methane, mostly arising from agricultural use, given the vast emissions coming from this sector. Ammonia from agricultural sources is a surprisingly significant killer. It is quite regrettable; however, that Fine Gael's parliamentary party in Europe chose to kill off the inclusion of mercury – which is churned out in dozens of tons every year – calling for a lengthy impact assessment instead. Coal pollution seems to have blinded many policymakers to the incontrovertible scientific evidence about this dangerous neurotoxin.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτως*. – Στην έκθεση τονίζεται ότι τα κράτη μέλη πρέπει να ενημερώνονται πλήρως σχετικά με τις επιδόσεις τους όσον αφορά τις ειδικές δεσμεύσεις τους για μείωση των εκπομπών. Όταν τα κράτη μέλη κινδυνεύουν να μην εκπληρώσουν τις υποχρεώσεις τους, θα πρέπει να προβλέπονται μέτρα για τον έγκαιρο εντοπισμό του προβλήματος, ώστε να παρέχεται στις χώρες η δυνατότητα λήψης διορθωτικών μέτρων.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché tratta di una problematica importante e transfrontaliera sia per la salute umana, sia per l'ambiente, che riguarda tutti i cittadini dell'Unione e risulta ora tra le priorità strategiche. Inoltre la scarsa qualità dell'aria è causa di decessi prematuri, assenze dal lavoro per malattia, notevoli costi per l'assistenza sanitaria, perdita di produttività, diminuzione dei raccolti e danni agli edifici. Si stima che in Europa il totale dei costi sanitari esterni a carico della società e derivanti dall'inquinamento atmosferico sia compreso tra 330 e 940 miliardi di euro l'anno. Concordo quindi con il relatore che ritiene fondamentale conferire alle autorità competenti il potere di adottare i provvedimenti necessari per conformarsi alla legislazione pertinente e rispettare i limiti per il 2030. Un esempio eccellente di provvedimento sarebbe l'introduzione di zone a basse emissioni e un sistema sanzionatorio basato sull'inquinamento dovuto alla circolazione di veicoli, con l'obiettivo di ridurre le emissioni dei veicoli diesel nelle aree urbane maggiormente interessate da emissioni di ossidi di azoto e particolato.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the creation of a new EU legislative framework on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants. We are particularly concerned that the proposal to include methane in this directive would duplicate international and domestic climate-change legislation, creating an additional regulatory burden for industry and government, without any corresponding benefit for the environment.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the creation of a new EU legislative framework on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants. We are particularly concerned that the proposal to include methane in this directive would duplicate international and domestic climate-change legislation, creating an additional regulatory burden for industry and government, without any corresponding benefit for the environment.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Preso atto che i trasporti contribuiscono a peggiorare la qualità dell'aria, ritengo che i produttori debbano ricorrere alle tecnologie pulite al fine di ridurre le emissioni di ossido di nitrogeno (NO_x), particolato e altri inquinanti. A tal proposito, ritengo necessario un rafforzamento significativo dell'attuale sistema di omologazione dei veicoli dell'UE, che includa un maggiore controllo da parte dell'Unione europea stessa, in particolare per quanto riguarda la vigilanza del mercato, il coordinamento e un sistema di follow-up per i veicoli venduti nell'Unione. Inoltre, sono favorevole ad un riesame della direttiva sull'etichettatura delle automobili (1999/94/CE) al fine di migliorare la precisione delle informazioni fornite ai consumatori. È importante che i cittadini europei tornino ad avere piena fiducia nel settore automobilistico dell'UE, poiché l'Unione europea ha il dovere di salvaguardare la salute pubblica e assicurare il rispetto dei diritti dei consumatori.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – L'inquinamento atmosferico è un grave problema di salute ambientale nell'Unione europea. La scarsa qualità dell'aria è responsabile di oltre 400.000 morti premature ogni anno e causa malattie, ricoveri ospedalieri e milioni di giorni di lavoro persi, così come i danni alla biodiversità, colture e gli edifici. La proposta prevede tra le varie cose di avere accesso alle informazioni aggiornate sui progressi degli impegni nazionali di riduzione; rapporto costo-efficacia delle misure di riduzione delle emissioni; misure specifiche per proteggere la salute dei gruppi vulnerabili; avere livelli di qualità dell'aria raccomandati dall'Organizzazione mondiale della sanità (OMS); sostenere la transizione verso investimenti in tecnologie pulite ed efficienti con incentivi fiscali; ispezioni ambientali regolari e di routine e la sorveglianza del mercato; consultazione pubblica; fondo «aria pura» e forum europeo al fine di facilitare l'attuazione coordinata del programma «Aria pulita». Per gli ambiziosi obiettivi descritti sopra non posso che votare favorevolmente.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta de Directiva NEC revisada sustituye al actual régimen de la Unión en la nivelación anual de las emisiones nacionales de los contaminantes del aire, según la definición establecida en la Directiva 2001/81/CE, para cuatro contaminantes atmosféricos, a saber, el dióxido de azufre (SO₂), los óxidos de nitrógeno (NO_x), los compuestos orgánicos volátiles distintos del metano (COVNM) y el amoníaco (NH₃), hasta 2020.

La Directiva NEC revisada establece los controles sobre los diferentes tipos de contaminación del aire en cada Estado miembro. Su objetivo es reducir a la mitad de aquí a 2030 el número de muertes prematuras —estimado en 400 000 al año en la UE— causadas por la contaminación del aire.

La revisión propuesta establece nuevos compromisos nacionales de reducción de emisiones aplicables a partir de 2020 y 2030 para los cuatro contaminantes mencionados y también para las partículas finas (PM_{2,5}) y el metano (CH₄).

A pesar de que hay puntos importantes que no se consiguieron aprobar (elimina objetivos vinculantes para el metano), he votado a favor de este informe ya que considero que es más exigente que la propuesta de la Comisión y que, por tanto, la mejora.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A Parlament jelentése támogatja az Európai Bizottság javaslatát a hat legfontosabb légszennyezőanyag, ezek között a nitrogén-oxidok, az ammónia és a metán esetében alkalmazandó tagállami kibocsátási határértékekről. 40 milliárd eurós gazdasági megtakarítást lehet elérni a kibocsátási határértékek tagállami tiszteletben tartásával, valamint egészségügyi szempontból is fontos a döntés, ezek életét mentheti meg az új kibocsátási határértékek fegyelmezett követése.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The proposal for this revised National Emission Ceilings Directive replaces the current Union regime on the annual capping of national emissions of air pollutants for SO₂, NO_x, NMVOCs and ammonia until 2020. This is very timely measure as the air quality in Europe is still far from achieving levels that do not result in acceptable risks to humans and the environment. Certain pollutants combine to create PM and ground-level ozone, which in turn adversely affect human health, the environment and the climate. Air pollutants are emitted from a variety of sources, including transport, electricity production, industry, heating, households, agriculture and waste. I am strongly in favour of ambitious, realistic measures to address dangerous pollutants because we must go for strong, realistic targets in order to achieve real results.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider că noua legislație în materie de poluare a aerului, care cauzează aproximativ 400 000 de decese premature în UE, anual, ar putea duce la economii de până la 40 miliarde de euro din costurile cu poluarea, până în anul 2030.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif révisé les plafonds nationaux d'émission de certains polluants afin d'améliorer la qualité de l'air et la santé humaine. Le texte introduit de nouvelles valeurs limites (dioxyde de soufre, particules ultrafines ou méthane par exemple), à partir de 2020 et 2030. Il propose également un objectif intermédiaire contraignant en 2025 pour tous les polluants excepté l'ammoniac. D'autres mesures concernent l'accès aux financements pour l'amélioration de la qualité de l'air et des programmes de contrôle des émissions. Les oppositions ont été nombreuses, tant sur le niveau d'ambition des objectifs de réduction pour 2020, 2025 et 2030, que sur l'ajout de nouveaux polluants. Considérant que nous ne disposons pas à l'heure actuelle de moyen technique ou technologique efficace pour réduire les émissions de méthane entérique (rejet des animaux d'élevage), j'ai cosigné un amendement, dont le contenu a été repris par la plénière visant à exclure ces émissions de la directive, pour ne pas pénaliser le secteur agricole. Je regrette cependant que mes amendements visant à protéger les petites exploitations et à exclure l'ammoniac n'aient pas été adoptés. Soutenant néanmoins les objectifs principaux de ce rapport, j'ai voté en faveur de l'ouverture des négociations entre le Parlement européen et le Conseil.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the creation of a new EU legislative framework on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants. We are particularly concerned that the proposal to include methane in this directive would duplicate international and domestic climate-change legislation, creating an additional regulatory burden for industry and government, without any corresponding benefit for the environment.

Philippe De Backer (ALDE), *schriftelijk*. – Ik heb het akkoord in dit dossier gesteund. Gezien de schade die het milieu én de volksgezondheid door de uitstoot van verontreinigende stoffen oplopen, vind ik het belangrijk dat dit probleem wordt aangepakt. We hebben gekozen voor een ambitieuze maar toch realistische aanpak, onder andere door te voorzien in een uitzondering voor koeien die buiten grazen.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – La directive européenne NEC de 2001 fixe des plafonds d'émission nationaux pour certains polluants atmosphériques: dioxyde de soufre (SO₂), oxydes d'azote (NO_x), composés organiques volatiles (COV) et ammoniac (NH₃). Dans une nouvelle proposition révisée, la Commission introduit deux nouveaux polluants, les particules fines (PM_{2.5}) et le méthane (CH₄), et fixe de nouveaux plafonds nationaux plus contraignants pour les quatre autres polluants.

La pollution de l'air est responsable de la mort de 400 000 citoyens européens tous les ans, c'est pourquoi l'Union européenne doit se doter de plafonds d'émissions plus stricts et d'objectifs contraignants pour 2025 pour tous les polluants visés.

Il est sage de prévoir une exception pour le méthane dit entérique, c'est-à-dire issu de l'élevage produit par les éructations et les pets des vaches. La révolution écologique européenne que nous appelons de nos vœux est synonyme de la préservation d'un modèle agricole durable et respectueux du bien-être des animaux.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport GIRLING, ou directive NEC, qui a pour objectif de fixer les plafonds d'émissions des États membres pour les principaux polluants. Je me suis cependant mobilisée pour l'exclusion du méthane entérique du champ d'application de la directive. En effet la réduction des émissions de méthane est certes un enjeu important en matière de santé publique mais il faut être pragmatique. C'est pourquoi, nous nous sommes battus tout au long des discussions en commissions pour rejeter l'intégration du méthane entérique dans le calcul des plafonds nationaux d'émissions. Cette inclusion aurait pu mettre à mal la compétitivité de notre agriculture à un moment où le secteur de l'élevage européen traverse une crise sans précédent. On ne peut plaider d'un côté en faveur du bien-être animal dans le secteur agricole et imposer d'un autre côté des contraintes irraisonnables à nos éleveurs.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Cette directive est donc un instrument législatif crucial pour le contrôle du respect des objectifs de qualité de l'air au niveau européen. Mais si nous voulons une législation efficace, elle doit avant tout être réaliste!

Andor Deli (PPE), írásban. – Az egyes légköri szennyezőanyagok kibocsátását szabályozó irányelv fontos lépés a légszennyezés emberi egészségre gyakorolt káros hatásainak csökkentése és az európai levegőminőség javítása felé vezető úton. A kitűzött célok eléréséhez arányosan meghatározott, realisan teljesíthető kibocsátási határértékekre van szükség, amelyek figyelembe veszik a nemzeti stratégiákat is. Nemcsak Magyarország, de az egész Unió mezőgazdaságára rendkívül rossz hatással lenne egy olyan jogszabály elfogadása, amely ezen elvet figyelmen kívül hagyja.

Egy irreális metánkibocsátás-csökkentési határérték derékba törné a magyar kormányzat egyik legfontosabb célkitűzését, az állatállomány jelentős növelését. A metán üvegházhatású gáz, így arra nézve már létezik klímapolitikai csökkentési kötelezettség. Hasonló a helyzet az ammónia esetében is, ahol a trágyázási módszereket a kölcsönös megfeleltetés rendszerében szereplő előírások, különösen a nitrát irányelv, már szabályozzák. Ez bonyolítaná a gazdálkodók helyzetét és végrehajthatatlan előírásokat eredményezne. 2030-ra nem lehet most konkrét csökkentési célszámot meghatározni, hiszen a légszennyezést számos változó tényező befolyásolja, nincs lineáris csökkentési pálya. Végül megjegyzendő, hogy az Európai Bizottság csak 2020 után tervezte a határértékek szigorítását, tekintettel arra, hogy számos tagállam küzd még a korábbi céloknak való megfeleléssel.

A fentiek alapján a Környezetvédelmi Bizottságban elfogadott jelentéshez beadottak közül valamennyi, a metán törlésére és az ammóniával kapcsolatos előírások alapvető megváltoztatására irányuló plenáris módosító indítványt támogattam a szavazatommal.

Mark Demesmaeker (ECR), schriftelijk. – Luchtvervuiling blijft een gigantisch probleem en vraagt om een grensoverschrijdende aanpak. Vieze lucht is nefast voor de gezondheid en het milieu en bijgevolg ook voor de maatschappij en de economie. De impact van luchtvervuiling op kwetsbare groepen, in het bijzonder kinderen, vereist onze absolute prioriteit.

De actualisering en uitbreiding van de NEC-richtlijn is een kans om deze uitdaging aan te pakken. De N-VA-delegatie deelt de analyse van de rapporteur en de Europese Commissie dat we ambitie moeten tonen, voornamelijk door de normen per lidstaat voor zees van de meest vervuilde stoffen tegen 2030 aan te scherpen, door bindende tussentijdse doelstellingen tegen 2025 te bepalen en door vervuiling bij de bron aan te pakken. Een snelle invoering van emissietesten gebaseerd op werkelijke rijomstandigheden in de automobielsector is in dit verband ook fundamenteel.

We hebben geen tijd te verliezen. Om snelle en daadwerkelijke vooruitgang mogelijk te maken, moeten onze voorstellen ook realistisch, op cijfers gebaseerd en technologisch haalbaar zijn. Schone lucht bereik je immers niet door te luchtfietzen of door luchtkastelen te bouwen. De N-VA is tevreden dat een meerderheid van het Parlement vandaag kiest voor verantwoordelijk beleid dat de beste garanties biedt in het belang van ons aller gezondheid, welzijn en welvaart.

Jean-Paul Denanot (S&D), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce texte qui fixe de nouveaux seuils vertueux dans la politique de réduction des émissions concernant plusieurs polluants atmosphériques. J'ai cependant apporté une réserve concernant le méthane entérique (qui résulte de l'ingestion de l'herbe par les ruminants) à travers un amendement spécifique. L'intégration de ce méthane dans les plafonds d'émission nationaux pose problème car il conduirait de fait à une réduction des cheptels voire à une reconversion vers des élevages intensifs consommant davantage de farines avec de multiples conséquences. Sur l'environnement, avec l'abandon des prairies permanentes. Sur l'emploi et la vitalité des zones d'élevages traditionnels et extensifs où les revenus sont les plus faibles et où le renouvellement des générations n'est plus assuré. Sur notre autonomie alimentaire, enfin, qui pourrait être réduite. Il faut lutter contre l'effet de serre mais sans sacrifier l'agriculture traditionnelle car celle-ci permet aussi de capter un certain nombre de gaz grâce à ses sols (véritables puits de carbone très utiles notamment dans la lutte contre le réchauffement climatique). Attentif à cette réalité, je veux aussi contribuer à lever les inquiétudes bien légitimes ressenties par de nombreux éleveurs aujourd'hui déjà touchés par une crise profonde et une dure sécheresse cette année.

Gérard Deprez (ALDE), par écrit. – J'ai voté en faveur des propositions de la Commission européenne visant à fixer de nouveaux plafonds d'émission pour 6 polluants atmosphériques clés, dont le NO_x, les particules et le dioxyde de soufre. J'ai par contre voté un amendement visant à retirer de cette liste le méthane entérique produit par l'élevage de ruminants. Il m'a semblé justifié de ne pas contraindre le secteur de l'agriculture, qui a déjà réalisé des progrès considérables en la matière et qui traverse une période très difficile, à respecter des objectifs qui n'étaient, de l'avis de nombreux experts, ni réalistes ni réalisables. J'ai apporté mon soutien à la grande majorité des autres propositions de la Commission car la pollution atmosphérique engendre d'énormes coûts humains et économiques. En 2010, elle a causé

Mittwoch, 28. Oktober 2015

plus de 400 000 décès prématurés dans l'Union européenne. La pollution atmosphérique cause également des dommages à l'environnement et ne connaît pas de frontières. Le total des coûts occasionnés est de l'ordre de 330-940 milliards d'euros par an, dont 4 milliards d'euros dans le secteur des soins de santé.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – Az egyes légköri szennyezőanyagok kibocsátását szabályozó irányelv fontos lépés a légszennyezés emberi egészségre gyakorolt káros hatásainak csökkentése és az európai levegőminőség javítása felé vezető úton. A kitűzött célok eléréséhez arányosan meghatározott, realisan teljesíthető kibocsátási határértékekre van szükség, amelyek figyelembe veszik a nemzeti stratégiákat is. Nemcsak Magyarország, de az egész Unió mezőgazdaságára rendkívül rossz hatással lenne egy olyan jogszabály elfogadása, amely ezen elvet figyelmen kívül hagyja.

Egy irreális metánkibocsátás-csökkentési határérték derékba törné a magyar kormányzat egyik legfontosabb célkitűzését, az állatállomány jelentős növelését. A metán üvegházhatású gáz, így arra nézve már létezik klímapolitikai csökkentési kötelezettség. Hasonló a helyzet az ammónia esetében is, ahol a trágyázási módszereket a kölcsönös megfeleltetés rendszerében szereplő előírások, különösen a nitrát irányelv, már szabályozzák. Ez bonyolítaná a gazdálkodók helyzetét és végrehajthatatlan előírásokat eredményezne. 2030-ra nem lehet most konkrét csökkentési célszámot meghatározni, hiszen a légszennyezést számos változó tényező befolyásolja, nincs lineáris csökkentési pálya. Végül megjegyzendő, hogy az Európai Bizottság csak 2020 után tervezte a határértékek szigorítását, tekintettel arra, hogy számos tagállam küzd még a korábbi céloknak való megfeleléssel.

A fentiek alapján a Környezetvédelmi Bizottságban elfogadott jelentéshez beadottak közül valamennyi, a metán törlésére és az ammóniával kapcsolatos előírások alapvető megváltoztatására irányuló plenáris módosító indítványt támogattam a szavazatommal.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Ce rapport Girling sur l'émission de certains polluants atmosphériques semble se diriger sur une voie plus encourageante.

En effet, il a été amendé plusieurs fois dans le bon sens, surtout en excluant le méthane du texte. Ainsi, notre agriculture ne pâtira pas outre mesure de cette réglementation, étant la première émettrice de méthane.

Satisfaite par le texte tel qu'amendé, protégeant ainsi notre économie rurale, j'ai voté pour ce rapport.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Πρόκειται για μία πρόταση της Επιτροπής η οποία καταργεί την παλαιά οδηγία και την αντικαθιστά με νέα βελτιωμένη. Σε αυτήν προβλέπεται μία νέα νομοθετική πράξη με στόχο την βελτίωση της ποιότητας του αέρα, θεσπίζοντας αυστηρότερα πρότυπα. Είναι επιτακτική ανάγκη η εξουσιοδότηση των αρμοδίων αρχών να εξασφαλίσει τη συμμόρφωση με όλες τις νομοθετικές διατάξεις που αφορούν τα όρια του 2030. Πιο συγκεκριμένα η καθιέρωση ζωνών χαμηλών εκπομπών ρύπων καθώς και ενός συστήματος χρέωσης τελών για ρύπανση από την οδική κυκλοφορία με αντικειμενικό σκοπό τη μείωση των εκπομπών ρύπων των ντιζελοκίνητων οχημάτων κυρίως στις αστικές περιοχές. Για όλους τους παραπάνω λόγους υπερψηφίζουμε την έκθεση για την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τη μείωση των εθνικών εκπομπών ορισμένων ατμοσφαιρικών ρύπων.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Az Európai Néppárt iránymutatásának megfelelően szavazatommal támogattam a levegőminőségi irányelv módosításáról szóló parlamenti állásponzt elfogadását.

Ez a javaslat eredetileg óriási veszélyeket hordozott magában. A metán-kibocsátási határértékek tekintetében olyan javaslat látott napvilágot, amely az EU és Magyarország állattenyésztésére pusztító hatással lett volna. A jelenleg növekvő hazai szarvasmarha- és sertésállományt egy túlzottan szigorú metán-kibocsátási határérték megtizedelte volna, s így a magyar agrárkormányzat egyik legfontosabb céljának, az állatállomány növelésének a célkitűzését húzta volna keresztül. Komoly magyar eredmény, hogy sikerült kihúzni a metánt a parlamenti jelentésből.

Másrészt az ammóniánál is túl szigorú feltételrendszert fogalmazott meg az eredeti javaslat: nemcsak a 2030-as, de a 2020-as ammónia-kibocsátási határértékek is életszerűtlenek voltak. Itt is sikerült egy enyhítést elérni, így csak a jövőben születik döntés a végleges ammónia-kibocsátási határértékekről.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the creation of a new EU legislative framework on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants. We are particularly concerned that the proposal to include methane in this directive would duplicate international and domestic climate-change legislation, creating an additional regulatory burden for industry and government, without any corresponding benefit for the environment.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – L'inquinamento atmosferico è responsabile di oltre 400.000 morti ogni anno nell'Unione Europea. L'OMS e l'OCSE hanno stimato che i costi sanitari complessivi imputabili all'inquinamento atmosferico ammonta ad oltre € 1.4 trilioni, pari a circa un decimo del PIL dell'intera Unione europea. La revisione della direttiva che stabilisce le concentrazioni massime di inquinanti è necessaria per aggiornare i livelli alle esigenze di tutela sanitaria. Il Parlamento è stato chiamato a votare il testo votato in commissione ENVI e che conteneva dei miglioramenti sostanziali tra cui l'inclusione di limiti per il mercurio e l'obbligo di tenere conto del metano provenienti dagli allevamenti bovini.

Nonostante la relatrice sia riuscita nell'intento di annacquare il testo uscito dalla commissione ENVI, siamo comunque riusciti a mantenere alcuni punti qualificanti come i livelli per l'ammoniaca e quelli per il metano di origine antropica. Per il mercurio, invece, si è dato mandato alla Commissione di studiare la possibilità di estendere anche a questo metallo tossico il campo di applicazione della direttiva. Ho votato a favore del testo emendato convinta dell'urgenza del provvedimento e del miglioramento apportato al testo iniziale che si dovrà difendere al negoziato con il Consiglio.

José Inácio Faria (ALDE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a limitação das emissões atmosféricas de substâncias poluentes acidificantes eutrofizantes, entre outras, de forma a contribuir para a consecução dos objetivos de qualidade do ar da União, minimizando assim, os impactos negativos para a saúde humana e o ambiente. A biodiversidade dos ecossistemas também beneficiará largamente do controlo destas substâncias uma vez que será diminuída a sua deposição no fundo dos lagos e do solo.

Esta diretiva é tanto mais importante uma vez que alinhará estas emissões com os objetivos da União para 2030 sobre clima e energia e enviará um sinal positivo nas vésperas da cimeira do clima em Paris, onde se espera lograr um acordo internacional que eficazmente combata as alterações climáticas produzidas pelo Homem.

Votei positivamente também nos votos-chave que se relacionavam com a introdução de valores-meta de emissões de metano e amoníaco, uma vez que uma larga fatia da poluição atmosférica provém de emissões destes gases ao nível da agropecuária. O estabelecimento de metas obrigatórias para a redução destas emissões pelos Estados-Membros até 2025 recebeu também o meu voto positivo.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Jag har röstat för en ambitiös luftvårdspolitik, och jag är glad att den linjen vann gehör i Europaparlamentet. De strikta gränsvärden till 2030 som antagits beräknas kunna halvera antalet förtida dödsfall som orsakas av luftföroreningar varje år, vilka i dag uppgår till ca 400 000 i EU. Luftföroreningar orsakar tio gånger fler dödsfall än trafikolyckor, och det är på tiden att EU:s medlemsländer gör mer för att ta itu med problemet.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Esta proposta legislativa estabelece novos valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos com o objetivo é minorar as ameaças à saúde humana, ao ambiente e ao clima. Uma fraca qualidade do ar contribui para morte prematura, absentismo laboral motivado por doença, custos significativos com a saúde, perda de produtividade, perda de rendimento das colheitas e danos nos edifícios. Na Europa, os custos externos totais para a sociedade relacionados com a saúde e provocados pela poluição atmosférica estimam-se entre 330 e 940 mil milhões de euros por ano.

Segundo o relatório, os Estados-Membros devem, pelo menos, limitar as suas emissões de dióxido de enxofre (SO₂), óxidos de azoto (NO_x), compostos orgânicos voláteis não metânicos (NMVOC), amoníaco (NH₃), partículas (PM_{2,5}) e mercúrio (Hg). A contenção de compostos orgânicos voláteis não-metânicos (NMVOC) e de metano (CH₄) deve ser inserida no contexto mais vasto da redução das emissões de gases com efeito de estufa.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Por candentes razões ambientais e de saúde pública, a qualidade do ar diz respeito a todos. Trata-se, pela sua natureza, de uma questão transfronteiriça, que reclama ação imediata, depois de anos de negligência política.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Esta proposta revê a diretiva (2001) relativa a valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos. É parte integrante do «Pacote Ar Limpo».

Propõe-se alterar os limites de emissão de poluentes atmosféricos, particularmente dióxido de enxofre, óxidos de azoto, amoníaco e compostos orgânicos voláteis não-metânicos, para 2020 e 2030. O mercúrio foi também adicionado a esta lista, sendo que os limites para este elemento serão só introduzidos a partir de 2020.

Além disso, o âmbito da diretiva é alargado por forma a abranger as partículas (PM_{2,5}) a partir de 2020 e, tendo em vista uma convergência com a legislação em matéria de clima, o metano a partir de 2030.

As novas metas da proposta para 2030 constituem o elemento mais complexo, com diferentes limites para cada Estado-Membro e para cada poluente, baseando-se no cumprimento de 70% das reduções máximas tecnicamente possíveis dos impactos para a saúde, conforme definidas pela OMS.

Pese embora a existência de alguns elementos contraditórios, apoiámos este relatório. Reiteramos que a abordagem normativa deve prevalecer face às abordagens de mercado.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), in writing. – This proposal repeals and replaces the current Union regime on the annual capping of national emissions of air pollutants, as defined in Directive 2001/81/EC. It ensures that the national emission ceilings (NECs) set in Directive 2001/81/EC for 2010 onwards, for SO₂, NO_x, NMVOC and NH₃, shall apply until 2020, and it establishes new NEC reduction commitments applicable from 2020 and 2030 for SO₂, NO_x, NMVOC, NH₃, fine particulate matter and methane, as well as intermediate emission levels for 2025 applicable to the same pollutants.

While we have to face up to our responsibilities in this area, as an agriculture-based economy, this could entail disproportionate costs for the sector. Research work on mitigating methane emissions through changes in the diet of animals is in its early stages: this approach could offer solutions as a part of a wider strategy which must be in place to assist the agricultural sector meet necessary targets in advance of ceilings being set.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne. – Zlá kvalita ovzdušia je zodpovedná za viac ako 400 000 predčasných úmrtí každý rok a ekonomická hodnota pre zdravotné systémy v jednotlivých členských štátoch sa pohybuje v rozmedzí 300 – 900 miliárd každý rok. Viac ako 90 % obyvateľov, ktorí žijú v mestách na území členských štátov Európskej únie, je vystavených znečisteniu ovzdušia, ktoré poškodzuje ich zdravie. Navyše týmto negatívnym vplyvom sú vystavené aj najzraniteľnejšie skupiny obyvateľstva, ako tehotné ženy, deti a starí ľudia, a rovnako tak aj nízkoprijemné skupiny obyvateľov.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Πρόκειται για μία πρόταση της Επιτροπής η οποία καταργεί την παλαιά οδηγία και την αντικαθιστά με νέα βελτιωμένη. Σε αυτήν προβλέπεται μία νέα νομοθετική πράξη με στόχο την βελτίωση της ποιότητας του αέρα, θεσπίζοντας αυστηρότερα πρότυπα. Είναι επιτακτική ανάγκη η εξουσιοδότηση των αρμοδίων αρχών να εξασφαλίσει τη συμμόρφωση με όλες τις νομοθετικές διατάξεις που αφορούν τα όρια του 2030· πιο συγκεκριμένα, η καθιέρωση ζωνών χαμηλών εκπομπών ρύπων καθώς και ενός συστήματος χρέωσης τελών για ρύπανση από την οδική κυκλοφορία με αντικειμενικό σκοπό τη μείωση των εκπομπών ρύπων των ντιζελοκίνητων οχημάτων κυρίως στις αστικές περιοχές. Για όλους τους παραπάνω λόγους υπερψηφίζω την έκθεση με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τη μείωση των εθνικών εκπομπών ορισμένων ατμοσφαιρικών ρύπων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – I would like to stress the importance for Romania of the proposal for a revised National Emission Reduction Commitments Directive, in terms of its impact on many industrial sectors: energy, industry, transport, residential and agriculture. As a general position, I agree that measures to address dangerous pollutants covering all sectors are urgently needed but we need to ensure that the proposed measures will not lead, in the end, to increased costs in economic terms and will not impose undue administrative burden for the government and private sector.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

The proposal for new national emission reduction commitments applicable for 2020 and 2030 specifically implies for Romania the following reduction compared to emissions in 2005: 93% for sulphur dioxide, 67% for nitrogen oxides, 64% for volatile organic compounds, 24% for ammonia, 65% for particulate matter PM_{2.5}; and 26% for methane. These reductions will require additional efforts and costs, to prevent and control emissions, which could affect economic competitiveness.

I consider that the objectives for 2030 should better reflect national emission projections, or alternatively that they should be proposed as indicative targets.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – A tényeken alapuló politikaalkotásnak az uniós jogi szabályozás sarokkövét kell képeznie. Noha Unió-szerte zajlik a levegőszennyezés csökkentését célzó munka, számos tagállam nem tesz eleget az elfogadott előírásoknak. Mindemellett az Unió is messze van még hosszú távú céljának, vagyis a szennyezőanyagokra vonatkozóan a WHO 2005. évi levegőminőségi iránymutatásaiban szereplő javasolt határértékeknek a teljesítésétől.

A rossz levegőminőség hozzájárul a korai halálozáshoz, a munkából való betegség miatti távolléthez, a jelentős egészségügyi költségekhez, a termelékenységcsökkenéshez, a terméshozam-kieséshez, valamint az épületek állagromlásához.

Az előadóval összhangban támogatom a Bizottság intelligensebb, ésszerűbb szabályozás, valamint a vállalkozásokra és a tagállamokra nehezedő adminisztratív terhek csökkentése iránti új keletű elkötelezettségét. Hangsúlyozandó továbbá, hogy a jelentésben foglalt céldátumokhoz tartozó felső határértékeket úgy kell meghatározni, hogy reálisak, arányosak és megvalósíthatók legyenek, tényeken alapuljanak és egyetlen ágazatot se érintsenek aránytalan mértékben.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor del informe para contribuir a reducir las emisiones contaminantes que representan un problema transfronterizo de gran calado. Es necesario actuar a nivel de la Unión con el objetivo de establecer un marco coherente y ambicioso que permita abordar el problema de las emisiones procedentes en gran medida de combustión incompleta de combustibles en calefacción, transporte y producción de energía.

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. – Los socialistas respaldamos los planes de la Comisión Europea para imponer límites más estrictos y vinculantes a las emisiones de contaminantes atmosféricos, los cuales deberán alcanzarse entre 2020 y 2030. La contaminación del aire tiene unos costes humanos, medioambientales y económicos enormes; así, alrededor de 400 000 personas fallecen prematuramente en la UE cada año por esta causa.

En torno al 62 % del territorio comunitario está sometido a eutrofización, incluidos el 71 % de los ecosistemas Natura 2000. Los costes totales se cifran entre 330 000 y 940 000 millones de euros al año, incluyendo un daño económico directo de 15 000 millones de días de trabajo perdidos, 4 000 millones en servicios sanitarios, 3 000 por pérdida de cosechas y 1 000 por daños a los edificios, según datos de la Comisión Europea.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – Los socialistas respaldamos los planes de la Comisión Europea para imponer límites más estrictos y vinculantes a las emisiones de contaminantes atmosféricos, los cuales deberán alcanzarse entre 2020 y 2030. La contaminación del aire tiene unos costes humanos, medioambientales y económicos enormes; así, alrededor de 400 000 personas fallecen prematuramente en la UE cada año por esta causa.

En torno al 62 % del territorio comunitario está sometido a eutrofización, incluidos el 71 % de los ecosistemas Natura 2000. Los costes totales se cifran entre 330 000 y 940 000 millones de euros al año, incluyendo un daño económico directo de 15 000 millones de días de trabajo perdidos, 4 000 millones en servicios sanitarios, 3 000 por pérdida de cosechas y 1 000 por daños a los edificios, según datos de la Comisión Europea.

Elena Gentile (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore dell'accordo raggiunto fra PE e Consiglio sulla direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio concernente la riduzione delle emissioni nazionali di determinati inquinanti atmosferici perché ritengo doveroso che l'UE si doti di una robusta legislazione a tutela della qualità dell'aria. La qualità dell'aria che respiriamo non è solo una questione di carattere ambientale, ma un grave problema europeo: i dati ci dicono che il 90% dei cittadini nell'UE vive in luoghi inquinati e che vi sono circa 400.000 morti premature annue collegate, con un costo per i nostri sistemi sanitari di centinaia di miliardi all'anno. È necessario, dunque, un intervento forte. Approvo la previsione di limiti e soglie per le emissioni di biossido di zolfo, ossidi di azoto, ammoniaca, particolato fine, metano e COVNM: obiettivi ambiziosi, cui gli Stati dovranno impegnarsi con appositi piani, ma che danno seguito all'impegno dell'UE in tema di lotta al cambiamento climatico. Condivido, infine, la decisione di prevedere giuste dosi di flessibilità su specifici punti alla luce della situazione delle nostre aziende, e in particolare l'esclusione delle

Mittwoch, 28. Oktober 2015

emissioni di metano prodotte dai ruminanti: la qualità dell'aria infatti può e deve coniugarsi alle caratteristiche e tradizioni della nostra agricoltura di qualità.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich begrüße es, dass es uns – auf Grund der von mir und meinen polnischen Fraktionskollegen gemeinsam eingebrachten Änderungsanträge – gelungen ist, Methan von der Richtlinie auszunehmen. Dies hätte verheerende Folgen für unsere Landwirtschaft gehabt und ist schlicht weltfremd. Ich erwarte von der Berichtsterstatterin nun eine engagierte Debatte mit dem Rat und die Verteidigung der von uns beschlossenen Positionen im Trilog.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Als Berichterstatter der EVP-Fraktion habe ich mich für einen ausgewogenen Bericht eingesetzt, mit anspruchsvollen, aber realistischen Emissionsreduktionszielen. Mit unseren Vorschlägen konnten wir uns in wesentlichen Abstimmungspunkten durchsetzen. Unsere Gesetzgebung muss auf fachlich fundierten Folgenabschätzungen basieren. Das fordern wir immer wieder, und dafür haben wir uns auch diesmal eingesetzt.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Air pollution causes 50 000 premature deaths across the UK and 700 000 across the EU in total every year. Its economic cost for health is estimated at between EUR 300 billion and EUR 900 billion on an annual basis. That is why I voted to set ambitious measures to cut toxic emissions that contribute to air pollution. Proper results can only be achieved if the agriculture sector plays its part, just as the car industry, following the emissions test scandal. Thousands of deaths are attributable to ammonia from farms, and the setting of limits on agricultural emissions is both necessary and fair.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – La contaminación del aire es un problema de salud pública. La UE está lejos de lograr el objetivo que se ha marcado a largo plazo de alcanzar niveles que no tengan un impacto negativo significativo en la salud. Por tanto, en la votación de hoy he apoyado el establecimiento de límites a las emisiones de todos los contaminantes, incluido el metano y el amoníaco, y he votado a favor de tener unos objetivos ambiciosos y vinculantes no solo para 2030, sino también para 2025.

Julie Girling (ECR), *in writing*. – I voted today in favour of improved air quality standards across the EU. The new directive on national emissions reduction commitments will reduce harmful emissions and lessen the health and environmental impact on our population. It is estimated that around 400 000 people a year die prematurely across the EU from air pollution.

This is a crucial issue and action must be taken, based on robust scientific evidence, to improve life expectancy and reduce associated costs to society. Billions of pounds per year are being lost, and the public is now acutely aware of the issue. Policymakers have been concentrating on climate change to the detriment of air quality for the past decade, and it is clear there is a need for more cohesive and streamlined policymaking, with binding targets for 2025, improved reporting, and provisions on driving emissions and on access to funding to help people adapt to the new measures. I see today's vote as an important step on the path to better air quality.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Le rapport Girling est une directive qui vise à fixer un maximum d'émissions de certaines émanations polluantes.

Portant plutôt sur des produits issus de l'industrie, ce texte comptait également statuer sur le méthane et l'ammoniac, gaz produits par l'agriculture.

Sous couvert écologique, l'objectif de réduction du méthane était une attaque en règle contre notre élevage avec une seule issue possible: l'industrialisation de l'élevage et l'enfermement des animaux.

Ce genre de normes qui vise à polluer toujours moins en Europe n'est en réalité qu'un cheval de Troie. Les importations de produits industriels ou agricoles ne sont pas soumises aux mêmes dispositions contraignantes. Celles-ci deviennent alors des boulets aux pieds de notre économie. L'effet est tout à fait contre-productif: la mort de nos entreprises et de nos élevages par manque de compétitivité au profit d'acteurs non-Européens dont les préoccupations environnementales sont pourtant inférieures aux nôtres. D'autres mesures pourraient être prises pour s'attaquer aux racines de la pollution, en particulier cesser de négocier des accords de libre-échange.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Mettant en danger à la fois notre agriculture et notre industrie, ce texte ne méritait pas ma voix et j'ai voté contre.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe con el fin de regular ciertos contaminantes atmosféricos, como por ejemplo las emisiones de metano. El 40 % de las emisiones de este gas de efecto invernadero procede de la agricultura. También es un precursor importante de otro contaminante atmosférico, el ozono troposférico, que causa enfermedades respiratorias y cardiovasculares y, por cierto, también importantes daños a los cultivos agrícolas, especialmente en los países mediterráneos.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam przeciwko sprawozdaniu w sprawie wniosku dotyczącego dyrektywy Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie redukcji krajowych emisji niektórych rodzajów zanieczyszczenia atmosferycznego oraz zmiany dyrektywy 2003/35/WE, ponieważ narzuca ono zbyt wysokie zobowiązania dotyczące metanu. Jako posłanka z Polski nie mogłam poprzeć rozwiązań, które szkodzą polskim hodowcom bydła i trzody chlewnej. Ubolewam nad tym, że nie wszystkie poprawki złożone przez polską delegację Europejskich Konserwatystów i Reformatorów o usunięciu zobowiązań dotyczących metanu zostały przyjęte.

Γιώργος Γραμματικάκης (S&D), *γραπτώς*. – Σύμφωνα με έγκυρα στοιχεία, η ατμοσφαιρική ρύπανση ευθύνεται στο σύνολο της για εκατοντάδες χιλιάδες θανάτους ετησίως στην ΕΕ. Παράλληλα, η οικονομική επιβάρυνση για τα συστήματα υγείας ανέρχεται εξ αυτού του λόγου σε αρκετές εκατοντάδες δισεκατομμυρίων. Η νέα οδηγία θέτει ρεαλιστικούς αλλά και φιλόδοξους εθνικούς στόχους μείωσης ορισμένων ρύπων που επιβαρύνουν σημαντικά την ανθρώπινη υγεία. Μέσα σε αυτά τα πλαίσια, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο προτείνει εύλογες εξαιρέσεις για ρύπους στον κλάδο της κτηνοτροφίας, που εξασφαλίζουν ότι το βάρος της μείωσης θα αφορά κυρίως στη διαχείριση απορριμμάτων και λυμάτων αλλά και στον τομέα της ενέργειας. Σε αυτούς τους τομείς, ειδικά στην Ελλάδα, παρουσιάζονται και οι μεγαλύτερες δυνατότητες περιορισμών προς χάριν της υγείας των πολιτών.

Nathalie Griesbeck (ALDE), *par écrit*. – La pollution atmosphérique serait responsable de 400 000 décès prématurés par an dans l'Union européenne! À la veille de la COP 21 qui se déroulera à Paris en décembre prochain, le Parlement vient d'adopter un rapport ambitieux pour réduire les émissions des polluants atmosphériques au sein de l'Union Européenne. Je me félicite de l'adoption de ce projet de directive ambitieux mais aussi équilibré et réaliste, puisqu'il prend en compte la situation particulière du secteur de l'agriculture et de l'élevage en excluant les émissions de méthane entérique.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, car il constitue un instrument législatif central pour le contrôle de la pollution de l'air au niveau européen. Ce texte a en effet pour objectif de fixer les plafonds d'émissions des États membres pour les principaux polluants. C'est également un instrument important en matière de santé publique, car on estime que la mauvaise qualité de l'air cause plus de 48 000 décès prématurés en France. Mais si nous voulons une législation efficace, elle doit avant tout être réaliste! C'est pourquoi je me félicite notamment de l'exclusion du méthane du champ d'application de la directive. Son inclusion aurait pu mettre à mal la compétitivité de notre agriculture à un moment où le secteur de l'élevage européen traverse une crise sans précédent.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu le rapport qui visait à réduire les émissions de polluants atmosphériques, adopté en plénière le 28 octobre. Plusieurs groupes politiques, dont les socialistes et démocrates, se sont entendus pour y inscrire des objectifs plus élevés de réductions des polluants. Ils concernent notamment l'oxyde d'azote, les particules et le dioxyde de soufre, l'ammoniac, et le méthane, à l'exception du méthane entérique qui est émis par les ruminants. J'ai voté en faveur de ce texte car la pollution atmosphérique engendre 400 000 décès prématurés dans l'UE chaque année, et coûte très cher à notre planète et à nos sociétés. Il est par exemple estimé que jusqu'à 40 milliards d'euros d'économies pourraient être réalisées grâce à ce texte d'ici 2030. À l'approche de la COP21, alors que les députés européens vont entamer des négociations avec le Conseil pour parvenir à un accord sur les polluants atmosphériques, il faut réaffirmer qu'il est grand temps d'agir.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted for this report in order to support the setting of a level playing field, ensuring that installations in all Member States make a fair effort to reduce pollution. Air pollution currently causes more than 400 000 premature deaths in the EU each year.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), por escrito. – Los socialistas respaldamos los planes de la Comisión Europea para imponer límites más estrictos y vinculantes a las emisiones de contaminantes atmosféricos, los cuales deberán alcanzarse entre 2020 y 2030. La contaminación del aire tiene unos costes humanos, medioambientales y económicos enormes; así, alrededor de 400 000 personas fallecen prematuramente en la UE cada año por esta causa.

En torno al 62 % del territorio comunitario está sometido a eutrofización, incluidos el 71 % de los ecosistemas Natura 2000. Los costes totales se cifran entre 330 000 y 940 000 millones de euros al año, incluyendo un daño económico directo de 15 000 millones de días de trabajo perdidos, 4 000 millones en servicios sanitarios, 3 000 por pérdida de cosechas y 1 000 por daños a los edificios, según datos de la Comisión Europea.

András Gyürk (PPE), írásban. – Az egyes légköri szennyezőanyagok kibocsátását szabályozó irányelv fontos lépés a légszennyezés emberi egészségre gyakorolt káros hatásainak csökkentése és az európai levegőminőség javítása felé vezető úton. A kitűzött célok eléréséhez arányosan meghatározott, realisan teljesíthető kibocsátási határértékekre van szükség, amelyek figyelembe veszik a nemzeti stratégiákat is. Nemcsak Magyarország, de az egész Unió mezőgazdaságára rendkívül rossz hatással lenne egy olyan jogszabály elfogadása, amely ezen elvet figyelmen kívül hagyja.

Egy irreális metánkibocsátás-csökkentési határérték derékba törné a magyar kormányzat egyik legfontosabb célkitűzését, az állatállomány jelentős növelését. A metán üvegházhatású gáz, így arra nézve már létezik klímapolitikai csökkentési kötelezettség. Hasonló a helyzet az ammónia esetében is, ahol a trágyázási módszereket a kölcsönös megfeleltetés rendszerében szereplő előírások, különösen a nitrát irányelv, már szabályozzák. Ez bonyolítaná a gazdálkodók helyzetét és végrehajthatatlan előírásokat eredményezne. 2030-ra nem lehet most konkrét csökkentési célszámot meghatározni, hiszen a légszennyezést számos változó tényező befolyásolja, nincs lineáris csökkentési pálya.

Végül megjegyzendő, hogy az Európai Bizottság csak 2020 után tervezte a határértékek szigorítását, tekintettel arra, hogy számos tagállam küzd még a korábbi céloknak való megfeleléssel. A fentiek alapján a Környezetvédelmi Bizottságban elfogadott jelentéshez beadottak közül valamennyi, a metán törlésére és az ammóniával kapcsolatos előírások alapvető megváltoztatására irányuló plenáris módosító indítványt támogattam a szavazatommal.

Brian Hayes (PPE), in writing. – I voted in favour of the rapporteur's proposal to take this file to trilogue negotiations because I believe that Parliament has come up with a good position with realistic targets that will reduce air pollution.

Roger Helmer (EFDD), in writing. – Today UKIP voted against the creation of a new EU legislative framework on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants. We are particularly concerned that the proposal to include methane in this directive would duplicate international and domestic climate-change legislation, creating an additional regulatory burden for industry and government, without any corresponding benefit for the environment.

Hans-Olaf Henkel (ECR), schriftlich. – Der Vorschlag für überarbeitete nationale Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie) ist Teil des Maßnahmenpakets für saubere Luft der Europäischen Kommission und ersetzt aktuelle Regelungen über die jährliche Deckelung nationaler Emissionen von Luftschadstoffen, wie z.B. Schwefeldioxid, Stickstoffoxide oder Ammoniak. Die neue Richtlinie zielt darauf ab, neue Emissionsreduktionsverpflichtungen für Mitgliedstaaten von 2020 bis 2030 einzuführen, nämlich für PM 2,5 sowie Methan. Das Parlament begeht immer denselben Fehler, indem es die vom Rat vereinbarten Zielvorgaben mal so von z. B. 27 % auf 40 % erhöht. Die Grenzwerte für manche Schadstoffe sind mal wieder willkürlich erhöht worden. Wir brauchen Obergrenzen für Schadstoffe, um Anreize für Emissionsreduktionen zu setzen, dennoch sollten diese realistisch, verhältnismäßig sowie evidenzbasiert sein und gewisse Sektoren nicht unverhältnismäßig beeinträchtigen. Es wird allerdings für einige Mitgliedstaaten schwierig sein, insbesondere diejenigen mit großen landwirtschaftlichen Sektoren. Deshalb brauchen wir Flexibilität. Das Parlament gefährdet mit seinen Praktiken den Gesetzgebungsprozess. Es sollte sich an den Entscheidungen des Rates orientieren, da diese von den Mitgliedsstaaten verhandelt werden. Deshalb habe ich gegen diesen Bericht gestimmt, weil er durch zahlreiche Änderungsanträge eine ganz andere Form angenommen hat.

Im Übrigen – und das ist mein ceterum censeo – bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

György Hölvényi (PPE), írásban. – Az egyes légköri szennyezőanyagok kibocsátását szabályozó irányelv fontos lépés a légszennyezés emberi egészségre gyakorolt káros hatásainak csökkentése és az európai levegőminőség javítása felé vezető úton. A kitűzött célok eléréséhez arányosan meghatározott, realisan teljesíthető kibocsátási határértékekre van szükség, amelyek figyelembe veszik a nemzeti stratégiákat is. Nemcsak Magyarország, de az egész Unió mezőgazdaságára rendkívül rossz hatással lenne egy olyan jogszabály elfogadása, amely ezen elvet figyelmen kívül hagyja.

Egy irreális metánkibocsátás-csökkentési határérték derékba törné a magyar kormányzat egyik legfontosabb célkitűzését, az állatállomány jelentős növelését. A metán üvegházhatású gáz, így arra nézve már létezik klímapolitikai csökkentési kötelezettség. Hasonló a helyzet az ammónia esetében is, ahol a trágyázási módszereket a kölcsönös megfeleltetés rendszerében szereplő előírások, különösen a nitrát irányelv, már szabályozzák. Ez bonyolítaná a gazdálkodók helyzetét és végrehajthatatlan előírásokat eredményezne. 2030-ra nem lehet most konkrét csökkentési célszámot meghatározni, hiszen a légszennyezést számos, változó tényező befolyásolja, nincs lineáris csökkentési pálya. Végül megjegyzendő, hogy az Európai Bizottság csak 2020 után tervezte a határértékek szigorítását, tekintettel arra, hogy számos tagállam küzd még a korábbi céloknak való megfeleléssel.

A fentiek alapján a Környezetvédelmi Bizottságban elfogadott jelentéshez beadottak közül valamennyi, a metán törlésére és az ammóniával kapcsolatos előírások alapvető megváltoztatására irányuló plenáris módosító indítványt támogattam a szavazatommal.

Mary Honeyball (S&D), in writing. – I was very proud to support these measures, along with my Labour Party and Socialist and Democrat Group colleagues. Poor air quality is responsible for over 400 000 deaths per year and its estimated cost to the economy is hundreds of billions of euros. In my own region, London, the number of premature deaths is estimated to be around 10 000 people per year. This of course affects vulnerable people the most: pregnant women, children, the elderly and those on the lowest incomes. This is why we urgently need measures to address dangerous pollutants across all sectors.

Richard Howitt (S&D), in writing. – Thousands continue to die in my East of England constituency from respiratory diseases such as asthma, COPD and lung cancer, in the last year alone: more than 200 in Cambridgeshire, 300 in Suffolk, 400 in Norfolk, 500 in Hertfordshire, and 700 in Essex. Yet the British Conservative rapporteur voted against her own report at committee due to successful amendments which Labour MEPs submitted to raise the level of ambition in terms of the targets with which EU Member States have to comply.

Labour backs and the Conservatives oppose: binding EU emission targets for 2025, specific measures to protect vulnerable people, enhanced monitoring by the European Commission, and access to justice if governments fail to deliver. This would save an additional 140 000 life years each year across Europe. British Conservatives should explain why these lives are not worth saving. More than a third of the UK's air pollution is blown over the Channel. It is yet another example where Conservatives are doing the wrong thing in Europe and would be doing the wrong thing if they took us out of Europe.

Jan Huitema (ALDE), schriftelijk. – De VVD-delegatie is van mening dat emissieplafonds voor methaan niet thuishoren in de richtlijn betreffende nationale emissies van luchtverontreinigende stoffen. Methaan is een broeikasgas en wordt al gereguleerd in afspraken rond klimaatdoelstellingen, waaronder de beschikking inzake de verdeling van de inspanningen. Hierin wordt de lidstaten de flexibiliteit geboden om de emissies van broeikasgassen terug te dringen op basis van CO₂-equivalenten. De opname van methaan in de richtlijn inzake nationale emissieplafonds beperkt deze flexibiliteit en daar is de VVD-delegatie op tegen. De VVD-delegatie verwelkomt de uitsluiting van door herkauwers veroorzaakte methaanemissies maar had liever gezien dat methaan helemaal niet was opgenomen in het standpunt van het Europees Parlement.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE), kirjallinen. – Ilmanlaadun parantaminen on EU-säätelyn ydintä. Ilmansaasteet ylittävät valtoiden rajat ja aiheuttavat globaaleja ongelmia. Varaumani direktiiviehdotukseen koskee metaanipäästöjen sääntelyä. Suomalainen, suhteellisen pieniin eläinmääriin pohjautuva maataloustuotanto on suurien haasteiden edessä, jos metaanipäästöjä säädellään tiukasti ja nopeasti.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Uusien velvoitteiden säilyttäminen kannattavuusongelmien kanssa painivalle alalle ei ole kohtuullista ilman kunnollista tutkimustietoon perustuvaa suunnittelua ja riittävää taloudellista tukea. Maatalouden on tehtävä osansa päästöjen vähentämisessä, mutta alan sääntelyssä pitää tunnustaa tosiasiat: mitään yksittäistä taianomaista keinoa ei ole. Päästölähteitä on monia ja biologiset prosessit vapauttavat väistämättä kasvihuonekaasuja.

Karjataloudessa päästövähennyskokonaisuus muodostuu lukuista pienistä parannuksista esimerkiksi rehun koostumukseen ja lannankäsittelyyn. Tehokkaaksi metaanipäästöjen vähentäjäksi tiedetty biokaasutuskin vaatii ainakin satojen tuhansien eurojen investoinnit, joihin harvalla yksittäisellä tilalla on nykyoloissa varaa. Määrätietoisia toimia tarvitaan vaatimusten lisäksi.

Diane James (EFDD), in writing. – Today my fellow MEPs and I voted against the creation of a new EU legislative framework on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants. We are particularly concerned that the proposal to include methane in this directive would duplicate international and domestic climate-change legislation, creating an additional regulatory burden for industry and government, without any corresponding benefit for the environment.

Marc Joulaud (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Julie Girling sur les plafonds nationaux d'émissions de certains polluants atmosphériques. Cet instrument est important pour lutter contre la pollution de l'air aggravée que connaissent les grandes agglomérations. Ainsi ce sont des milliers de décès qui pourront être évités (près de 48 000 en France). Néanmoins, dans un souci de réalisme et pour ne pas étouffer le secteur agricole, qui souffre déjà énormément de l'embargo russe, le méthane entérique a été exclu du champ de cette directive.

Le rapport a été adopté, ce dont je me félicite.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), in writing. – In December 2013, the EC adopted a proposal-package to improve air-quality in Europe, called 'Air quality package', whose main piece was a proposal to revise the National Emission Ceilings Directive (NECD). The new EC considered withdrawing the directive in November 2014, but because of strong resistance from the EP and civil society the proposal was kept.

The key points of the ENVI committee NECD proposal are:

- Introduction of national ceilings for six pollutants (sulphur dioxide, nitrogen oxides, ammonia, methane, particulate matter and non-methane volatile organic compounds) by 2030
- Mercury (Hg) added to the list of pollutants as caps were introduced on mercury from 2020
- Midpoint targets for 2025 fully binding for all pollutants, with the exception of methane
- Methane targets delayed until 2030 to give the agriculture sector adaptation time
- Removal of CE proposal for flexibility allowing Member States to offset reductions in emissions from nitrogen oxides, sulphur dioxides and particulate matter from international shipping
- Public participation, transparency, access to justice and information

This EP report is stronger than the EC-proposal, at the same time that the big aim of the directive is to put controls on different types of air-pollution with the goal to cut the number of premature deaths (about 400 000/year, caused by air pollution) by half by 2030. Hence, EH Bildu has voted in favour.

Philippe Juvin (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à renforcer le contrôle de la pollution de l'air au niveau européen en fixant des plafonds pour les principaux polluants. J'ai cependant rejeté l'inclusion de certains produits dans la liste des polluants contrôlés qui auraient entraîné une perte de compétitivité de notre agriculture déjà fortement touchée.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Kilka miesięcy temu ministrowie środowiska UE uzgodnili, że poziom zanieczyszczeń powietrza na naszym kontynencie jest zbyt wysoki (według danych KE z powodu chorób spowodowanych wdychaniem szkodliwych związków każdego roku umiera przedwcześnie około 400 tys. Europejczyków). W związku z tym postanowiono do 2030 r. ograniczyć emisje niebezpiecznych dla zdrowia związków pochodzących z przemysłu, ruchu drogowego czy elektrowni.

Jednak obok wprowadzenia limitów dla dwutlenku siarki, tlenków azotu i cząstek stałych, postanowiono ograniczyć także emisje np. metanu, czyli gazu produkowanego przez zwierzęta, głównie bydło, a takie ograniczenie może spowodować poważne zaburzenia w sektorze hodowlanym.

Wspólnie z posłami z grupy Europejskiej Partii Ludowej oraz kolegami i koleżankami z innych ugrupowań, zdecydowanie sprzeciwiamy się wprowadzeniu zapisów wprowadzających ograniczenia emisji metanu, gdyż w perspektywie długoterminowej może to zaszkodzić europejskiej produkcji rolnej.

Mam nadzieję, że pomimo niekorzystnego wyniku głosowania w PE negocjacje w Radzie będą uwzględniać głos rozsądku i nowelizacja dyrektywy o krajowych pułapach zanieczyszczeń nie zaszkodzi naszym rolnikom.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht ist abzulehnen. Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgas- und Luftschadstoffemissionen aus der Landwirtschaft könnten zu einem Rückgang der EU-Produktion führen und somit angesichts des Anstiegs der weltweiten Nachfrage nach Lebensmitteln die Ernährungssicherheit gefährden. Eine Festlegung von Reduktionszielen für Methan ist „nicht zielführend“. Dieses Treibhausgas wird bereits effektiv über die Lastenteilungsentscheidung geregelt. Zudem geht aus der Folgenabschätzungsstudie der EU-Kommission deutlich hervor, dass die Umsetzung mit hohen Kosten verbunden ist.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as measures to address dangerous pollutants covering all sectors are urgently needed. Poor air quality is responsible for over 400 000 premature deaths each year and its annual economic cost to health is estimated at EUR 300-900 billion. Around 90% of Europeans living in cities are exposed to levels of air pollution deemed damaging to human health. In addition, vulnerable socio-demographic groups, such as pregnant women, children and the elderly, and those from low-income groups are particularly affected.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Vorschlag für überarbeitete nationale Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie) ist Teil des Maßnahmenpakets für saubere Luft der Europäischen Kommission und ersetzt aktuelle Regelungen über die jährliche Deckelung nationaler Emissionen von Luftschadstoffen, wie z. B. Schwefeldioxid, Stickstoffoxide oder Ammoniak. Die neue Richtlinie zielt darauf ab, neue Emissionsreduktionsverpflichtungen für Mitgliedstaaten von 2020 bis 2030 einzuführen, nämlich für PM 2,5 sowie Methan. Das Parlament erhöht die vom Rat vereinbarten Zielvorgaben von z. B. 27 % auf 40 %. Die Grenzwerte für manche Schadstoffe sind einmal mehr willkürlich erhöht worden. Wir brauchen Obergrenzen für Schadstoffe, um Anreize für Emissionsreduktionen zu setzen, dennoch sollten diese realistisch, verhältnismäßig sowie evidenzbasiert sein und gewisse Sektoren nicht unverhältnismäßig beeinträchtigen. Es wird allerdings für einige Mitgliedstaaten schwierig sein, insbesondere diejenigen mit großen landwirtschaftlichen Sektoren. Deshalb brauchen wir Flexibilität. Das Parlament gefährdet mit seinen Praktiken den Gesetzgebungsprozess. Es sollte sich an den Entscheidungen des Rates orientieren, da diese von den Mitgliedsstaaten verhandelt werden. Deshalb habe ich gegen diesen Bericht gestimmt, weil er durch zahlreiche Änderungsanträge eine ganz andere Form angenommen hat.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – La délégation du Front national maintient sa position contre l'inclusion du méthane et contre la mention de l'ammoniac dans la directive sur la réduction des émissions nationales de certains polluants atmosphériques, afin de limiter le poids réglementaire sur l'agriculture et certaines industries. J'étais donc prête à voter pour la résolution législative, vu que l'amendement oral de M. Andrieu proposant une exception pour le méthane entérique émis par les élevages de ruminants a été adopté. Le texte a cependant été renvoyé en commission. La délégation du Front national restera vigilante.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta de Directiva NEC revisada sustituye al actual régimen de la Unión en la nivelación anual de las emisiones nacionales de los contaminantes del aire, según la definición establecida en la Directiva 2001/81/CE, para cuatro contaminantes atmosféricos, a saber, el dióxido de azufre (SO₂), los óxidos de nitrógeno (NO_x), los compuestos orgánicos volátiles distintos del metano (COVNM) y el amoníaco (NH₃), hasta 2020.

La Directiva NEC revisada establece los controles sobre los diferentes tipos de contaminación del aire en cada Estado miembro. Su objetivo es reducir a la mitad de aquí a 2030 el número de muertes prematuras —estimado en 400 000 al año en la UE— causadas por la contaminación del aire.

La revisión propuesta establece nuevos compromisos nacionales de reducción de emisiones aplicables a partir de 2020 y 2030 para los cuatro contaminantes mencionados y también para las partículas finas (PM_{2,5}) y el metano (CH₄).

A pesar de que hay puntos importantes que no se consiguieron aprobar (elimina objetivos vinculantes para el metano), he votado a favor de este informe ya que considero que es más exigente que la propuesta de la Comisión y que, por tanto, la mejora.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Vorschlag für überarbeitete nationale Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie) ist Teil des Maßnahmenpakets für saubere Luft der Europäischen Kommission und ersetzt aktuelle Regelungen über die jährliche Deckelung nationaler Emissionen von Luftschadstoffen, wie z. B. Schwefeldioxid, Stickstoffoxide oder Ammoniak. Die neue Richtlinie zielt darauf ab, neue Emissionsreduktionsverpflichtungen für Mitgliedstaaten von 2020 bis 2030 einzuführen, nämlich für PM 2,5 sowie Methan.

Das Parlament wollte die vom Rat vorgeschlagenen Zielvorgaben willkürlich erhöhen, was vor allem im Falle des Methans eine besonders schwere Belastung für die deutschen Milchviehhalter gewesen wäre, die zu Massenschlachtungen hätte führen müssen. Dazu hätte Deutschland viel stärkere Reduktionen erbringen müssen als andere Staaten. Deshalb habe ich gegen diesen Bericht gestimmt, weil er durch zahlreiche Änderungsanträge eine ganz andere Form angenommen hat.

Wir brauchen Obergrenzen für Schadstoffe, um Anreize für Emissionsreduktionen zu setzen, dennoch sollten diese realistisch, verhältnismäßig sowie evidenzbasiert sein und gewisse Sektoren nicht unverhältnismäßig beeinträchtigen. Zu hohe Anforderungen werden insbesondere für diejenigen Mitgliedstaaten mit großen landwirtschaftlichen Sektoren schwierig sein und Flexibilität erfordern. Das Parlament gefährdet mit seinen Praktiken den Gesetzgebungsprozess. Es sollte sich an den Entscheidungen des Rates orientieren, da diese von den Mitgliedstaaten verhandelt werden.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Kvaliteta zraka je važan element za ljudsko zdravlje i okoliš, tiče se svih građana i traži hitno djelovanje. Zbog godina ignoriranja, zagađenje zraka postalo je najveći problem javnog zdravstva, a lošija kvaliteta zraka pridonijela je razvoju raznih bolesti, povećanim troškovima zdravstvene njege, izostancima s posla i smanjenju produktivnosti. Procjenjuje se da su ukupni zdravstveni troškovi uzrokovani onečišćenjem zraka u Europi između 330 i 940 milijardi eura godišnje. Komisija je 18. prosinca 2013. donijela paket mjera Čist zrak za razdoblje do 2030.

Prijedlog sadrži različita ograničenja za svaku državu članicu i svaku onečišćujuću tvar i zahtijeva od članica usvajanje nacionalnih programa kontrole onečišćenja zraka. Važno je da Komisija kontinuirano obavlja sveobuhvatan nadzor i pravovremeno pruži pomoć državama članicama u ostvarenju zacrtanog programa. Ključan korak prema cilju bit će uvođenje zona niskih emisija, namijenjenih smanjenju emisija dizelskih automobila u urbanim područjima koja su najteže pogođena zagađenjima.

Podržala sam izvješće zastupnice Julie Girling zbog zaštite zdravlja ljudi i ekosustava od štetnih utjecaja onečišćenja zraka. Hrvatska u pojedinim urbanim područjima ima drugu i treću kategoriju kvalitete zraka, što je umjereno i prekomjerno onečišćen zrak. To je i više nego dovoljan razlog da se ovoj temi da više prostora jer je cijena koju plaćamo previsoka.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Smernica predstavuje rámec na prijatie opatrení a regulácie v režimoch krajín EÚ v záujme dosiahnutia zmiernenia zmeny klímy, zlepšenia kvality ovzdušia, zdravia obyvateľov a životného prostredia, ktoré patria k dlhodobým cieľom Únie. Mnohé členské krajiny nedodržiavajú doteraz prijaté normy a záväzky, čím sa plnenie cieľov oddiaľuje. To má za následok zhoršovanie zdravia obyvateľov a zvyšovanie výdavkov na ochranu zdravia.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Smernica zrušuje a nahrádza existujúcu smernicu o národných emisných stropoch, určuje opatrenia pre jednotlivé sektory a oblasti hospodárskeho života a stanovuje nové stropy emisií oxidu siričitého, oxidov dusíka, amoniaku a nemetánových prchavých organických zlúčenín na rok 2020 a 2030. Od roku 2020 sa vzťahuje aj na tuhé častice.

V záujme nezvyšovania nákladov na prijatie stanovených cieľov bude potrebné sa zamerať na nové a inovatívne spôsoby financovania znižovania emisií.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Ψηφίζω υπέρ της αναβολής της ψηφοφορίας για την έκθεση σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τη μείωση των εθνικών εκπομπών ορισμένων ατμοσφαιρικών ρύπων και την τροποποίηση της οδηγίας 2003/35/EK.

David Martin (S&D), *in writing*. – This report concerns the directive used to tackle cross-border pollution. As agreed with Member States, national governments commit to ceilings for the emission of certain pollutants. I supported the raising of these ceilings to more appropriate levels and the call for binding targets for 2025. Committing to binding targets is the only way we will effectively reduce pollution, and this is crucially important, as we see that 90% of people living in cities in Europe are now exposed to levels of pollutants classified as damaging to human health.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Eine Festlegung von Reduktionszielen für Methan ist „nicht zielführend“. Dieses Treibhausgas wird bereits effektiv über die Lastenteilungsentscheidung geregelt.

Zu strenge Maßnahmen im Bereich der Reduzierung der Treibhausgas- und Luftschadstoffemissionen aus der Landwirtschaft könnten zu einem Rückgang der EU-Produktion führen und somit angesichts des Anstiegs der weltweiten Nachfrage nach Lebensmitteln die Ernährungssicherheit gefährden. Daher habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La proposition législative vise à réviser la directive de 2001 sur les plafonds d'émission nationaux (PEN). Le rapport fixe des plafonds nationaux à atteindre d'ici 2030 pour six polluants (dioxyde de soufre, oxydes d'azote, ammoniac et composés organiques volatils non méthaniques, particules fines (PM2,5) et mercure). Des objectifs contraignants ont également été fixés à mi-parcours. Pour atteindre ces objectifs, le rapport insiste sur la nécessaire réduction des émissions du transport routier. Une certaine attention est également portée aux pollutions issues de l'agriculture. Je vote pour ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A permissão de emissões de determinados poluentes atmosféricos deve ser alvo de compromissos de redução vinculativo. A poluição atmosférica é um sério problema de saúde pública que causa, anualmente, cerca de 430 000 mortes prematuras na UE, é fundamental que os riscos ou ameaças à saúde e ambiente sejam controlados. Neste sentido, é aprovado o relatório que estabelece novos valores-limite para a emissão de determinados poluentes atmosféricos, diferentes dos propostos pela Comissão Europeia. Partilho da posição da relatora no sentido de que seja assegurado que as medidas necessárias ao cumprimento da legislação permitam uma atuação dentro dos limites estabelecidos para 2030.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported the report as it calls for measures to strengthen the monitoring mechanisms to ensure timely progress in emission reductions, including transparency in drawing up and updating the national air-pollution control programmes. The final vote on the legislative resolution was postponed to another sitting.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je salue l'adoption par le Parlement européen du rapport relatif aux émissions de certains polluants atmosphériques visant à réviser la directive de 2003. L'Union entend ainsi s'attaquer au problème de la pollution de l'air. Le texte prévoit des plafonds d'émissions pour 6 polluants atmosphériques majeurs, parmi lesquels le dioxyde de soufre, les oxydes d'azote, l'ammoniac et le méthane. Concernant le méthane entérique (produit par les ruminants), je me suis prononcé en faveur de son retrait du champ d'application du texte afin d'éviter d'imposer une charge supplémentaire aux agriculteurs et de tenir compte des spécificités et des règles relatives au secteur ainsi que des progrès déjà accomplis.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Európska politika v oblasti ochrany ovzdušia má dlhú históriu a za ten čas dosiahla významné úspechy, no EÚ je stále ďaleko od svojho dlhodobého cieľa, ktorým je dodržiavať odporúčané limity znečisťujúcich látok stanovené v usmerneniach WHO pre kvalitu ovzdušia z roku 2005. Preto vítam návrh smernice Európskeho parlamentu a Rady o znížení národných emisií určitých látok znečisťujúcich ovzdušie. Naším cieľom totiž musí byť dosiahnutie takej úrovne kvality ovzdušia, ktorá nebude mať neprijateľné vplyvy a riziká vzhľadom na zdravie ľudí a životné prostredie. Dnes zlá kvalita ovzdušia prispieva k predčasným úmrtiam, absenciám v práci z dôvodu choroby, značným nákladom na zdravotnícku starostlivosť a stratám produktivity, pričom celkové externé náklady súvi-

Mittwoch, 28. Oktober 2015

siace so zdravím, ktoré spoločnosti vznikajú z dôvodu znečisťovania ovzdušia, sa odhadujú na 330 až 940 miliárd eur ročne. Navyše podľa OECD sa do roku 2050 znečistenie ovzdušia v mestách môže stať hlavnou environmentálnou príčinou úmrtnosti na celom svete.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – Az Európai Bizottság az egyes légköri szennyezőanyagok nemzeti kibocsátásainak csökkentésére és a 2003/35/EK irányelv módosítására vonatkozó európai parlamenti és tanácsi irányelv elfogadására tett javaslatot. A Bizottság javaslata hatályon kívül helyezi és felváltja a nemzeti kibocsátási határértékekről szóló jelenlegi irányelvet, és 2020-ra, illetve 2030-ra vonatkozóan új határértékeket állapít meg a kén-dioxid, a nitrogén-oxidok, az ammónia és a metántól eltérő illékony szerves vegyületek kibocsátásai tekintetében, továbbá kiterjeszti az irányelv hatályát 2020-tól a szálló porra (PM_{2,5}), 2030-tól pedig a metánra is. A Parlament Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottsága jelentésében a javaslatához 118 módosító indítványt nyújtott be, ezekkel együtt azonban a javaslatot elfogadásra ajánlotta a Parlamentnek. Az előterjesztésről ennek megfelelően szavaztam.

Sophie Montel (ENF), par écrit. – Ce rapport Girling sur les émissions de certains polluants atmosphériques concerne la directive qui poursuit l'œuvre de la directive PEN de 2001 sur les plafonds d'émissions de certains polluants atmosphériques dont le dioxyde de soufre, l'oxyde d'azote, l'ammoniac et les composés organiques volatiles non méthaniques (NMVOC) jusqu'en 2020. La nouvelle directive propose de nouveaux seuils jusqu'en 2030 en ajoutant le méthane (gaz polluant provenant en grande partie des activités agricoles et de bétails) et les particules fines. Le rapporteur proposait une échéance plus contraignante en 2025, mais refuse l'inclusion du méthane (cf. agriculture). Les élus FN en Commission ont soutenu la position contre l'inclusion du méthane et contre la mention de l'ammoniac afin de limiter le poids réglementaire sur l'agriculture et certaines industries. J'ai donc voté contre.

Claude Moraes (S&D), in writing. – Poor air quality is responsible for over 400 000 premature deaths each year and its economic cost for health is estimated at between EUR 300bn-900bn every year. Around 90% of Europeans living in cities are exposed to levels of air pollution deemed damaging to human health. In addition, vulnerable socio-demographic groups such as pregnant women, children, the elderly, as well as those from low income groups, are particularly affected. Measures to address dangerous pollutants covering all sectors are urgently needed.

Nadine Morano (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de la directive NEC, qui représente un instrument législatif crucial pour le contrôle du respect des objectifs de qualité de l'air au niveau européen. Des normes ambitieuses sont nécessaires pour lutter contre la pollution de l'air qui serait responsable de nombreux décès prématurés. Cependant, pour être efficace, la législation dans ce domaine doit être réaliste et tenir compte du rôle économique joué par les entreprises. Ainsi, je suis favorable à l'objectif de fixation de plafonds nationaux pour la protection de l'environnement et la qualité de l'air, mais je me suis en revanche opposée à l'intégration du méthane entérique (gaz issu de la fermentation qui a lieu dans la panse des ruminants) dans le calcul de ces plafonds. Cette mesure aurait représenté une contrainte déraisonnable pour les éleveurs européens dont les animaux sont élevés en plein air.

Alessia Maria Mosca (S&D), per iscritto. – Esprimiamo un voto favorevole sulla revisione della direttiva NEC per i nuovi e ambiziosi obiettivi proposti. Infatti, nonostante i passi in avanti, la bassa qualità dell'aria causa ogni anno più di quattrecentomila vittime e pesa sul settore sanitario con una cifra annua compresa fra i trecento e i novecento miliardi di euro. Inoltre, le fasce più esposte al rischio sanitario sono le più fragili: donne incinte, anziani e famiglie a basso reddito. Appare chiaro che, per le citate preoccupazioni e per garantire il mantenimento degli impegni assunti dall'UE a livello internazionale, sia necessaria una riforma che fissi nuovi obiettivi vincolanti per il 2025 e per il 2030. Accogliamo con favore, anche, l'introduzione di limiti, con particolare riferimento all'ammoniaca, alle emissioni del settore agricolo, responsabile del quaranta per cento dell'inquinamento atmosferico. Il costo della non azione è, infatti, troppo alto e l'agricoltura, come tutti gli altri settori, deve, limitando le proprie emissioni, contribuire. La proposta s'inserisce, inoltre, nella più ampia cornice degli obiettivi a lungo termine dell'UE, con particolare riferimento alla lotta al cambiamento climatico. La revisione è, infatti, coerente con la posizione assunta dall'Unione europea in campo internazionale e, in particolare, ne rafforza il ruolo alla prossima conferenza di Parigi.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Nous avons besoin de normes ambitieuses en matière de lutte contre la pollution de l'air. Cette directive est donc un instrument législatif crucial pour le contrôle du respect des objectifs de qualité de l'air au niveau européen. Mais, si nous voulons une législation efficace, elle doit avant tout être réaliste et prendre en compte l'impact négatif que des normes trop contraignantes pourraient avoir sur l'industrie et l'agriculture et, in fine, sur l'emploi.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report that will led to the introduction of new ceilings on emissions for sulphur dioxide, nitrogen oxides, ammonia and non-methane volatile organic compounds for 2020 and 2030.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am decis să votez împotriva acestui raport, deoarece consider că acesta a pornit de la o propunere a Comisiei privind reducerea poluanților din aer pe teritoriul UE, ceea ce este o temă ce trebuie dezbătută și pentru care trebuie găsite soluții viabile în vederea îndeplinirii obiectivelor, dar, prin completările aduse acestei propuneri inițiale, a implicat și agricultura mică și medie.

Prin adăugarea de prevederi privind emisiile de gaze nocive provenite din creșterea animalelor, cu numirea expresă a agriculturii mici și mijlocii, sunt implicate costuri și obligații pentru fermierii ce se află la limita sau sub limita profitabilității. O astfel de prevedere pentru agricultorii și crescătorii de animale din România, oricât de mari sau mici ar fi aceștia, ar însemna costuri suplimentare greu de suportat și ar implica falimentul multora.

În aceste condiții, m-am simțit obligată față de cetățenii din România să votez împotriva acestui raport.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG hat zum Ziel die grenzüberschreitenden Probleme der Luftverunreinigung in den Griff zu bekommen. Ich begrüße generell einen nachhaltigeren Umgang mit unserer Natur, wozu auch eine Verringerung der Luftschadstoffe zählt. Dennoch beschränken weitere Vorgaben die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, weswegen ich mich meiner Stimme enthalten hätte.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin ning loodetavasti annab triloog lõpphääletuseks hea tulemuse. Õhukvaliteet on valdkond, mis väga selgelt puudutab nii inimeste tervist kui ka meie elukeskkonda laiemalt. Õhusaaste põhjustab igal aastal sadade tuhandete inimeste enneaegset surma ELis. Seetõttu on vaja õhusaaste vähendamiseks viivitamatult tegutseda.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – La Directiva sobre reducción de las emisiones llega en un momento decisivo. A la creciente preocupación de los ciudadanos por cuestiones relacionadas con la salud pública, se une el escándalo Volkswagen y los incalculables e irreversibles efectos negativos causados a la salud y el medio ambiente.

Pese a los esfuerzos realizados para reducir la contaminación del aire, la Unión Europea sigue lejos de cumplir con los objetivos. El aire contaminado mata cada año de forma prematura a más de tres millones de personas en todo el mundo y se estima que los costes externos relativos a la salud para la sociedad en Europa oscilan entre los 330 000 y los 940 000 millones de euros al año, sin contar los daños medioambientales. La propuesta que hoy votamos es ambiciosa, al fijar nuevos techos de emisiones y objetivos obligatorios para 2025 en un claro compromiso con la salud de los europeos. Por ello, no puedo más que votar a favor.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Oro tarša kenkia žmonių sveikatai ir aplinkai. Būtina sumažinti išmetamų į atmosferą teršalų kiekį, ypač pramonės ir energetikos sektoriuose. Tačiau naujuoju reguliavimo negalima sukurti nepagrįstai didelės finansinės ar biurokratinės naštos. Nemanau, kad metanas ir gyvsidabris turėtų būti įtraukti į šios direktyvos reguliavimo sritį.

Nustatant naujas nacionalines teršalų išmetimo ribas, skirtas svarbiausių atmosferos teršalų tipams, būtina įvertinti valstybių narių jau įdėtas pastangas. Reikia vykdyti mokslinius taikomuosius tyrimus, susijusius su taršos masto ir poveikio aplinkai įvertinimu. Be to, turi būti skatinamas aplinkai draugiškesnių technologijų bei švaresnių gamybos metodų diegimas bei efektyvesnių aplinkos apsaugos priemonių taikymas.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. Cette directive va permettre de redéfinir les objectifs de diminution de polluants atmosphériques très dangereux pour la santé humaine. La qualité de l'air en Europe sera grandement améliorée après l'adoption de ce texte en trilogie. La position du Parlement européen est ferme et équilibrée et permettra une bonne négociation avec le Conseil, d'où mon soutien.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the creation of a new EU legislative framework on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants. We are particularly concerned that the proposal to include methane in this directive would duplicate international and domestic climate-change legislation, creating an additional regulatory burden for industry and government, without any corresponding benefit for the environment.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Pur comprendendo le difficoltà del relatore, non concordo con il risultato finale. Pertanto, mi riservo di votare favorevolmente solo se gli emendamenti proposti dal mio gruppo saranno presi in considerazione. Come ben sapete, infatti, ho a cuore il problema dell'inquinamento atmosferico e ritengo necessario continuare a collaborare al fine di risolvere questo problema di enorme rilevanza per la comunità europea e internazionale.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Poročilo sem podprl, ker Evropska zveza potrebuje zakonodajo, ki bo bolj omejevala izpuste glavnih onesnaževalcev zraka, vključno z amonijakom. Emisije vplivajo na slabše zdravje ljudi in s sprejetimi predlogi Parlamenta bodo državljani lahko uživali kvalitetnejši, bolj čist zrak.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Onečiščenje zraka je problem s kojim se susreću mnogi veliki gradovi Europe i svijeta, a izvori onečišćenja posljedica su razvoja civilizacije i načina života modernog čovjeka. Ovom direktivom žele se postaviti okviri smanjenja onečišćenja zraka do razina onečišćenja koje ne bi uzrokovale značajne negativne učinke za ljudsko zdravlje i okoliš, u skladu sa smjernicama o kvaliteti zraka koje je objavila Svjetska zdravstvena organizacija.

Prilikom određivanja odgovarajućih mjera i ciljeva mora se voditi računa o mogućnosti njihove provedbe te o utjecaju tih mjera na pojedine sektore. Upravo zbog toga prilikom pripreme izvješća vodila se žestoka rasprava o uvrštavanju metana i žive na popis onečišćivača zraka čije emisije treba ograničiti, te o boljem nadzoru emisija amonijaka čije bi se emisije u okoliš trebale dodatno smanjiti.

Uključivanje metana na popis onečišćivača može uzrokovati ozbiljne posljedice za poljoprivredu EU-a, pogotovo sektore koji se bave proizvodnjom mesa. Dobrobit životinja bi mogla biti ugrožena ograničavanjem emisija metana iz sektora poljoprivrede, jer bi životinje više vremena morale provoditi u zatvorenom prostoru.

Stava sam da se pitanje emisija metana iz poljoprivredne proizvodnje mora rješavati u paketu propisa povezanih s europskom politikom zaštite klime, zajedničkim naporom svih sektora koji emitiraju metan imajući na umu stvarne mogućnosti svakog sektora.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Girling sur les émissions de certains polluants atmosphériques concerne la directive qui poursuit l'œuvre de la directive PEN de 2001 sur les plafonds d'émissions de certains polluants atmosphériques dont le dioxyde de soufre, l'oxyde d'azote, l'ammoniac et les composés organiques volatiles non méthaniques (NMVOC) jusqu'en 2020. La nouvelle directive propose de nouveaux seuils jusqu'en 2030 en ajoutant le méthane (gaz polluant provenant en grande partie des activités agricoles et des bétails) et les particules fines. Le rapporteur proposait une échéance plus contraignante en 2025 mais refuse l'inclusion du méthane (cf. agriculture). Les élus FN en Commission ont soutenu la position contre l'inclusion du méthane et contre la mention de l'ammoniac afin de limiter le poids réglementaire sur l'agriculture et certaines industries. J'ai donc voté contre.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Budući da slaba kakvoća zraka ostaje uzrok stotina tisuća preranih smrti godišnje te veliki ekološki i ekonomski problem, potrebno je snažnije integrirano djelovanje EU-a u smjeru ublažavanja utjecaja klimatskih promjena te poboljšanja sinergije zakonodavstva Unije s njenim klimatskim i energetske politikama.

Prijedlog ove direktive uspostavlja nove obveze reduciranja nacionalnih emisija sumporovog dioksida, dušikovih oksida, amonijaka i nemetanskih hlapljivih organskih spojeva za 2020., 2025. i 2030. godinu, na temelju detaljne studije troškova i koristi za svaku državu članicu zasebno.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

U opseg Direktive dodani su i metan, sitne čestice (PM2.5) te živa. Implementacija ove direktive trebala bi, uz očekivane dobitke u ekološkom i zdravstvenom smislu, dovesti i do otvaranja 40 000 novih radnih mjesta te jačanja zelene tehnologije. Predviđeno je da se u nacionalne programe kontrole onečišćenja zraka uključe mjere primjenjive na poljoprivredni sektor, industriju, cestovni prijevoz, te da države članice redovito ažuriraju svoje nacionalne programe za redukciju emisija pod nadzorom ovlaštenih tijela.

Hrvatska bi prema novom prijedlogu do 2030. trebala smanjiti emisiju SO₂ za 87 %, dušikovih oksida za 70 %, a amonijaka za 29 %, a osim toga ovakve odredbe doprinijele bi poticanju odgovornijeg poljoprivredno-ekološkog uzgoja, istovremeno otvarajući pristup dodatnim subvencijama iz EU fondova kako bi se pružila podrška malim i srednjim poduzetnicima.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće kolegice Julie Girling o prijedlogu direktive Europskog parlamenta i Vijeća o smanjenju nacionalnih emisija određenih atmosferskih onečišćivača i izmjeni Direktive 2003/35/EZ. Direktiva ima za cilj ograničavanje emisija određenih atmosferskih onečišćivača, čime se doprinosi dugoročnom cilju Europske unije o postizanju bolje kvalitete zraka koji ne bi uzrokovao negativne učinke na ljudsko zdravlje i okoliš, kao i ublažavanju utjecaja klimatskih promjena.

Direktiva bi trebala biti u skladu s europskim i međunarodnim akcijama u području klimatskih promjena te sveobuhvatnim obvezujućim globalnim sporazumom o klimatskim promjenama. Predlažu se još ambiciozniji ciljevi koje treba ispuniti do 2030. godine, a države članice trebaju ispuniti zahtjeve smanjenja emisija određenih onečišćivača i Komisiji dostavljati izvješća o napretku. Nacionalni programi za kontrolu onečišćenja zraka trebaju razmotriti isplativost mjera za smanjenje emisija te odrediti konkretne političke mjere s ciljem smanjenja rizika koji negativno utječu na zdravlje.

Države članice bi trebale uspostaviti sustav rutinske i nerutinske inspekcije zaštite okoliša te osigurati da su pripadnici zainteresirane javnosti konzultirani u ranoj fazi izrade nacrtu. Komisija bi trebala olakšati pristup financijskim sredstvima kako bi se osigurala mogućnost poduzimanja odgovarajućih mjera u skladu s ciljevima ove Direktive, a planira se i uspostavljanje Europskog foruma za čisti zrak.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'inquinamento ambientale causa ogni anno nell'UE circa 400.000 morti premature. Le nuove regole, contenute nella proposta della Commissione potrebbero far risparmiare, entro il 2030, fino a 40 miliardi di euro in costi per combattere l'inquinamento ambientale. La proposta della Commissione abroga e sostituisce la direttiva NEC in vigore, fissando per il 2020 e il 2030 nuovi limiti per le emissioni di biossido di zolfo, ossidi di azoto, ammoniaca e composti organici volatili non metanici. Questa proposta mira, inoltre, a estendere il raggio d'azione della direttiva anche al particolato fine (PM2,5) a partire dal 2020, e al metano a partire dal 2030. Gli obiettivi per il 2020 riflettono gli impegni che sono stati sottoscritti a livello internazionale nel quadro del protocollo di Göteborg del 2012. Alla luce dei gravi rischi sanitari e degli impatti considerevoli sull'ambiente tuttora derivanti dall'inquinamento atmosferico mi auguro che, anche attraverso il mio voto favorevole, si possa quanto prima arrivare a una graduale riduzione delle emissioni nocive presenti nell'atmosfera, per il bene della salute dei cittadini europei.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Afin de lutter efficacement contre le réchauffement climatique et d'encourager une réduction progressive des émissions de polluants atmosphériques, la Commission a mis en place la directive PEN «Plafonds d'émissions nationaux». Cet instrument vise à réguler les émissions de polluants dans l'air en fixant des plafonds d'émissions pour les États membres pour les principaux polluants. Dans ce contexte, la Commission a proposé d'adapter l'actuelle directive PEN et de fixer de nouveaux plafonds.

Le Parlement européen a adopté la proposition de la Commission, mais ne s'est pas encore accordé sur la proposition de la commission ENVI. Le vote a été reporté car la résolution ENVI fixait des plafonds beaucoup trop ambitieux voire irréalistes. Je soutiens cette position et encourage un texte réaliste et adapté aux besoins environnementaux, sociaux et économiques de nos États.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the creation of a new EU legislative framework on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants. We are particularly concerned that the proposal to include methane in this directive would duplicate international and domestic climate-change legislation, creating an additional regulatory burden for industry and government, without any corresponding benefit for the environment.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté ce midi en faveur d'une législation ambitieuse sur la qualité de l'air. Non pas parce que le sommet de Paris sur le climat se profile à l'horizon, mais bien parce que la pollution de l'air est responsable chaque année de 400 000 décès prématurés dans l'UE.

J'ai plus exactement soutenu des objectifs contraignants pour 6 gaz particulièrement nocifs pour l'environnement et/ou la santé humaine: l'ammoniac, les particules fines, le NO_x, le SO₂, les COV et le méthane.

Pour ce dernier gaz, mauvais pour la couche d'ozone, j'ai tenu compte de la difficulté pour le secteur agricole de se conformer aux normes les plus ambitieuses. C'est pourquoi j'ai soutenu avec force et conviction l'amendement 33, qui prévoit l'exclusion du méthane entérique du champ d'application de cette directive.

Les troupeaux de vaches pourront donc continuer à paître tranquillement en prairie. L'inverse aurait été dommageable pour l'élevage bovin qui se met au diapason des nouvelles règles fixées par la PAC: application du troisième pilier dit «de verdissement».

Il n'en demeure pas moins essentiel de faire plus contre ce tueur invisible qu'est la pollution atmosphérique, qui provoque dix fois plus de décès chaque année que les accidents de la circulation.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – La pollution atmosphérique provenant des activités humaines, allant de l'industrie à l'agriculture, serait responsable de la mort de 400 000 citoyens européens chaque année. Ce nombre est dix fois plus élevé que celui de la mortalité routière. Ainsi, il est primordial de s'attaquer aux problèmes des émissions polluantes, et ce, par l'intermédiaire d'une solution globale et européenne, la pollution ne connaissant pas de frontières.

Ainsi, ce mercredi 28 octobre, j'ai voté pour le rapport sur la réduction des émissions nationales de certains polluants atmosphériques, qui fixe plus particulièrement un plafond d'émissions à l'horizon 2030.

Sont visées ici les émissions de dioxyde de soufre, d'oxydes d'azote ou encore les particules fines. Toutefois, le Parlement européen a décidé, et je m'en félicite, de ne pas introduire de plafond d'émissions pour le méthane entérique, évitant ainsi d'imposer une double peine aux éleveurs de bovins.

En réduisant les plafonds d'émissions tolérés, cette législation pourrait améliorer les conditions de vie des citoyens européens et réduire le nombre de décès liés à la mauvaise qualité de l'air. C'est aussi un signal envoyé à nos partenaires à l'approche de la COP 21.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), *par écrit*. – Le Parlement s'est clairement prononcé pour renforcer la proposition de la Commission européenne fixant de nouvelles règles de 2020 à 2030 sur les émissions de certains polluants dangereux pour la santé.

À quelques semaines de la COP 21, le Parlement a envoyé un signal fort pour réduire les émissions de polluants nocifs. Le vote d'aujourd'hui vient renforcer la proposition de la Commission européenne qui concerne, notamment, le dioxyde de soufre, l'oxyde d'azote, les particules fines ou encore l'ammoniac, qui attaquent gravement le système respiratoire.

Les écologistes regrettent cependant que sur le mercure – puissant neurotoxique, source de déficiences neurologiques – le Parlement ait suivi la Commission en l'excluant de la réglementation.

La proposition de la Commission avait pour objectif de réduire les émissions de ces polluants de 2020 à 2030 et le Parlement y a ajouté des objectifs contraignants dès 2025. La pollution de l'air est responsable de près de 480 000 morts prématurées sur le continent européen, le temps des tergiversations est maintenant révolu.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution fixant de nouveaux plafonds nationaux plus ambitieux pour les émissions des principaux polluants atmosphériques néfastes pour la santé humaine et l'environnement: les oxydes d'azote, le dioxyde de soufre, les composés organiques volatils non méthaniques, l'ammoniac, le méthane et les particules. La pollution de l'air est responsable d'environ 400 000 morts prématurées chaque année dans l'Union européenne et cause entre 300 et 900 milliards d'euros de coûts relatifs à la santé par an. Il est donc urgent de remédier à ces sérieux problèmes de qualité de l'air qui perdurent dans l'Union.

Les réductions fixées sont applicables à compter de 2020 et de 2030, avec des niveaux d'émission intermédiaires pour l'année 2025. Nous avons décidé de maintenir le méthane et l'ammoniac dans la directive, deux polluants provenant principalement de l'agriculture, tout en excluant les émissions de méthane entérique produites naturellement par les ruminants. Des négociations vont à présent pouvoir s'ouvrir avec le Conseil en vue d'aboutir à un accord de première lecture.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La contaminación atmosférica es responsable de la muerte prematura de más de 400 000 personas cada año y su coste económico para el sistema sanitario se estima entre 300 000 y 900 000 millones de euros anualmente. Aproximadamente el 90 % de los europeos que viven en ciudades están expuestos a un nivel de contaminación atmosférica perjudicial para la salud humana. Además, los grupos sociodemográficos vulnerables, en particular las mujeres embarazadas, los niños y las personas mayores, así como aquellos colectivos de bajos ingresos, están particularmente afectados.

La propuesta de Directiva sobre techos nacionales de emisión reemplaza el actual régimen de límites de emisiones nacionales de ciertos contaminantes atmosféricos, en particular sulfuro (SO₂), nitrógeno (NO_x), compuestos orgánicos volátiles (NMVOC) y amoníaco (NH₃) hasta 2020. Incluye el establecimiento de nuevos compromisos de reducción de emisiones nacionales aplicables para 2020 y 2030 para los contaminantes atmosféricos arriba mencionados, así como para partículas finas (PM_{2,5}) y metano (CH₄). Además, los Estados Miembros redactarán programas nacionales de control de contaminación atmosférica.

Por estas razones, he votado a favor de esta propuesta legislativa imprescindible para mejorar la calidad del aire en Europa. Además, con el objetivo de ayudar al sector agrícola, he apoyado la exclusión del metano del ámbito de aplicación de la Directiva.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Je me réjouis du vote de ce rapport à l'issue duquel le Parlement européen s'est prononcé en faveur de plafonds d'émissions de substances polluantes qui doivent être bien plus stricts pour lutter contre la pollution de l'air. Le rapport adopté vient renforcer pour 2020-2030 les plafonds d'émissions de certains polluants dangereux pour la santé.

Pour rappel, la pollution de l'air occasionne dans l'UE annuellement quelque 400 000 décès prématurés. Si les États membres se sont bien engagés à faire face à cette situation, ils ne tiennent pas pour autant leurs engagements. C'est donc une bonne chose que le Parlement ait choisi de renforcer la proposition de la Commission européenne en resserrant les normes pour six polluants.

À la base, les plafonds doivent continuer de baisser d'ici 2030 pour le dioxyde de soufre, l'oxyde d'azote, l'ammoniac, le méthane, les composés organiques volatils autres que le méthane, les particules fines ou encore l'ammoniac. Le Parlement européen a introduit des objectifs contraignants intermédiaires à respecter d'ici 2025 et devra négocier à ce sujet avec les États membres pour dégager un accord dans les prochains mois.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Possuir uma elevada qualidade do ar é um desígnio que assume uma dimensão transfronteiriça no âmbito da saúde pública e preservação do meio ambiente.

Como tal, este projeto de resolução legislativa do Parlamento Europeu e do Conselho tem por objetivo rever a Diretiva 2003/35/CE relativa aos valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos, estabelecendo novos valores-limite de emissão para 2020 e 2030 relativamente ao dióxido de enxofre, óxidos de azoto, amoníaco e compostos orgânicos voláteis não metânicos. Esta proposta alarga ainda o âmbito da Diretiva, de forma a abranger as partículas a partir de 2020 e o metano a partir de 2030.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Aproveito para salientar, à semelhança da relatora, que as metas da proposta para 2030 estabelecem diferentes limites para cada Estado-Membro (EM) e para cada poluente, o que acaba por constituir, provavelmente, o seu elemento mais complexo.

No entanto, o essencial é fazer cumpri-la, tendo em conta os impactos negativos que estas emissões acarretam para a saúde e para o aumento da poluição atmosférica. De ressaltar ainda que esta proposta é mais inteligente e simplificada, reduzindo custos administrativos para as empresas e para os Estados-Membros, sendo coerente com outros pilares da política europeia, pelo que votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui établit de nouveaux plafonds nationaux concernant certains polluants et permettra un contrôle du niveau de pollution de l'air dans l'Union européenne.

En effet, nous devons apporter des solutions au phénomène grave qu'est la pollution de l'air et qui provoque chaque année plus de 400 000 décès prématurés dans l'Union européenne dont plus de 48 000 en France!

En votant ce rapport, nous poursuivons l'objectif de l'amélioration de la qualité de l'air et je tiens à préciser que nous avons soutenu des objectifs réalistes en demandant notamment l'exclusion du méthane du champ d'application de la directive; en effet, sans cette exclusion, ce texte aurait pu être une véritable menace pour le secteur agricole.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Nonostante i miglioramenti raggiunti negli ultimi anni, l'inquinamento atmosferico in Europa rimane un problema contingente, al tempo stesso però dobbiamo garantire il giusto bilanciamento tra ambiente e politiche industriali considerando le capacità tecnologiche ed economiche dell'industria europea e la possibile perdita di posti di lavoro. Il Parlamento europeo ha approvato la proposta del relatore di rinviare la votazione sul progetto di risoluzione legislativa. La questione si considera pertanto rinviata per riesame alla commissione competente.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe con el fin de regular ciertos contaminantes atmosféricos, como por ejemplo las emisiones de metano. El 40 % de las emisiones de este gas de efecto invernadero procede de la agricultura. También es un precursor importante de otro contaminante atmosférico, el ozono troposférico, que causa enfermedades respiratorias y cardiovasculares y, por cierto, también importantes daños a los cultivos agrícolas, especialmente en los países mediterráneos.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui établit de nouveaux plafonds nationaux concernant certains polluants et permettra un contrôle du niveau de pollution de l'air dans l'Union européenne. En effet, nous devons apporter des solutions au phénomène grave qu'est la pollution de l'air et qui provoque chaque année plus de 400 000 décès prématurés dans l'Union européenne dont plus de 48 000 en France! En votant ce rapport, nous poursuivons l'objectif de l'amélioration de la qualité de l'air et je tiens à préciser que nous avons soutenu des objectifs réalistes en demandant notamment l'exclusion du méthane du champ d'application de la directive; en effet, sans cette exclusion, ce texte aurait pu être une véritable menace pour le secteur agricole.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – This directive on the reduction of national emissions aims to improve air quality, and that will undoubtedly have a positive impact on health. However, headline targets mean nothing if they cannot be implemented or if doing so leads to extensive job losses and increased inequality. Ambitious targets must be achievable for all Member States and should not represent a disproportionate burden for countries with fewer resources. We must strive to adopt legislation which brings environmental, health, societal and economic benefits.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta de Directiva NEC revisada sustituye al actual régimen de la Unión en la nivelación anual de las emisiones nacionales de los contaminantes del aire, según la definición establecida en la Directiva 2001/81/CE, para cuatro contaminantes atmosféricos, a saber, el dióxido de azufre (SO₂), los óxidos de nitrógeno (NO_x), los compuestos orgánicos volátiles distintos del metano (COVNM) y el amoníaco (NH₃), hasta 2020.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

La Directiva NEC revisada establece los controles sobre los diferentes tipos de contaminación del aire en cada Estado miembro. Su objetivo es reducir a la mitad de aquí a 2030 el número de muertes prematuras —estimado en 400 000 al año en la UE— causadas por la contaminación del aire.

La revisión propuesta establece nuevos compromisos nacionales de reducción de emisiones aplicables a partir de 2020 y 2030 para los cuatro contaminantes mencionados y también para las partículas finas (PM_{2,5}) y el metano (CH₄).

A pesar de que hay puntos importantes que no se consiguieron aprobar (elimina objetivos vinculantes para el metano), he votado a favor de este informe ya que considero que es más exigente que la propuesta de la Comisión y que, por tanto, la mejora.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Estamos perante um texto legislativo que abraça um dos maiores desafios dos nossos dias. Este desafio traduz-se em transformar o paradigma de arranque da era da industrialização que atingiu uma dimensão que não zela pelo mundo como o conhecemos hoje. Este desafio significa reavaliar as nossas noções de progresso e crescimento económico e integrar critérios como a urgência em preservar os nossos recursos, que não são infinitos.

Esta legislação constitui um incentivo à inovação tecnológica e deve ser implementada em harmonia e coordenação com outras políticas no domínio da investigação e desenvolvimento, da proteção da biodiversidade e das alterações climáticas. Tal deverá fazer-se na perspetiva de uma evolução paralela a todos estes níveis, ou, de contrário, comprometeremos a transição para uma economia hipocarbónica, a resiliência dos nossos recursos e a qualidade de vida das futuras gerações.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this proposal because I do not wish to see EU regulation in this field. However, I recognise the importance of improving air quality and reducing pollutants in the air. I wish for this type of legislation to be made in our own national parliament, not the EU.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – As other MEPs have highlighted, poor air quality is responsible for a shockingly high number of premature deaths each year, and its economic cost for health is also worryingly pronounced. Vulnerable socio-economic groups are particularly at risk from poor air quality, in particular the elderly, low-income groups, children and pregnant women. Measures are needed desperately to address these issues, and that is why I voted in favour of this report.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Danas nam prijete velika onečišćenja uzrokovana plinovima kao što su sumporov dioksid, dušikov oksid, nemetanski hlapljivi organski spojevi, amonijak, fine čestice i metan. Bitno je smanjiti onečišćenje zraka i njegov štetni učinak na javno zdravlje i okoliš diljem Unije.

Obzirom kako su ciljevi izvješća ambiciozni i u skladu s ciljevima strategije Europa 2020. za pametan, uključiv i održiv razvoj, podržao sam ovu inicijativu. Njome bi se trebale potaknuti inovacije za podržavanje zelenog rasta i održavanje konkurentnosti europskoga gospodarstva, istodobno pomažući prijelaz na gospodarstvo s niskim emisijama ugljika, štiteći europski prirodni kapital i iskorištavajući vodstvo Europe u razvoju novih tehnologija.

Dodatno, obaveze smanjenja za 2030. smanjit će ukupne vanjske troškove onečišćenja zraka za 40 milijardi eura, u usporedbi s 212 milijardi eura u osnovnim vrijednostima, što je razlog više zašto se ova inicijativa treba provesti.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo o predlogu direktive o zmanjšanju nacionalnih emisij za nekatera onesnaževala zraka določa zavezujoče nacionalne obveznosti za zmanjšanje emisij do leta 2020, 2025 in 2030. Cilj je omejiti emisije onesnaževal zraka in na učinkovit način prispevati k cilju EU, da doseže boljšo kakovost zraka.

Namen je zmanjšati negativne vplive na zdravje ljudi, ki jih onesnaženost zraka povzroča. Želja je izboljšati kakovost življenja državljanov EU in spodbujati prehod na zeleno gospodarstvo. Da bi se lahko dejansko zmanjšale emisije največjih onesnaževalcev zraka, bi bilo treba v nacionalne programe nadzora nad onesnaževanjem zraka vključiti ukrepe, ki bi se uporabljali v vseh ustreznih sektorjih, vključno s kmetijstvom, industrijo, cestnim prometom, celinsko plovbo in domačim pomorskim prometom, hišnim ogrevanjem in topili.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ob upoštevanju posebnih nacionalnih okoliščin bi države članice morale imeti možnost izvajanja ukrepov, ki niso določeni v tej direktivi, a so enako okoljsko učinkoviti. Sam sem se pri glasovanju o predlogu Komisije, kot je bil spremenjen z amandmaji, vzdržal predvsem zato, ker ambiciozne zahteve o zmanjšanju emisij niso bile podprte s strani večine Evropskega parlamenta.

Sem pa podprl predlog, da se zakonodajno resolucijo prestavi z namenom, da se dovoli začetek pogajanj o poziciji prvega stališča med Evropskim parlamentom in Evropskim svetom.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – L'inquinamento atmosferico è responsabile della morte prematura di più di 400.000 persone ogni anno, con costi globali annuali stimati tra i 300 e i 900 miliardi di euro, secondo i dati forniti dalla Commissione europea. Oltre ai costi umani ed economici ingenti, la cattiva qualità dell'aria costituisce un grave danno all'ambiente naturale, attraverso fenomeni quale l'eutrofizzazione e le piogge acide. Per questo ho votato a favore della relazione che approva la proposta della Commissione europea di fissare limiti nazionali più elevati per le emissioni dei sei principali agenti inquinanti, inclusi il diossido di zolfo, il particolato e gli ossidi di azoto. Si tratta di misure necessarie per combattere l'inquinamento derivante da queste sostanze in tutti i settori e limitarne gli effetti su persone e ambiente; un'azione in questo senso era particolarmente necessaria con riferimento alle aree urbane, dove i cittadini europei sono esposti a livelli di inquinamento dell'aria considerati dannosi per la salute umana.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Vorschlag für überarbeitete nationale Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie) ist Teil des Maßnahmenpakets für saubere Luft der Europäischen Kommission und ersetzt aktuelle Regelungen über die jährliche Deckelung nationaler Emissionen von Luftschadstoffen, wie z. B. Schwefeldioxid, Stickstoffoxide oder Ammoniak. Die neue Richtlinie zielt darauf ab, neue Emissionsreduktionsverpflichtungen für Mitgliedstaaten von 2020 bis 2030 einzuführen, nämlich für PM 2,5 sowie Methan. Das Parlament begeht immer denselben Fehler, indem es die vom Rat vereinbarten Zielvorgaben mal so von z. B. 27 % auf 40 % erhöht. Auch bei diesem Bericht mussten wir feststellen, dass die Grünen und Sozis lieber gar keine Einigung über Emissionen hätten, als eine Einigung zu erzielen. Die Grenzwerte für manche Schadstoffe sind mal wieder willkürlich erhöht worden. Wir brauchen Obergrenzen für Schadstoffe, um Anreize für Emissionsreduktionen zu setzen, dennoch sollten diese realistisch, verhältnismäßig sowie evidenzbasiert sein und gewisse Sektoren nicht unverhältnismäßig beeinträchtigen. Es wird allerdings für einige Mitgliedstaaten schwierig sein, insbesondere diejenigen mit großen landwirtschaftlichen Sektoren. Deshalb brauchen wir Flexibilität. Das Parlament gefährdet mit seinen Praktiken den Gesetzgebungsprozess. Es sollte sich an den Entscheidungen des Rates orientieren, da diese von den Mitgliedsstaaten verhandelt werden. Deshalb habe ich gegen diesen Bericht gestimmt, weil er durch zahlreiche Änderungsanträge eine ganz andere Form angenommen hat.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Právo na kvalitné ovzdušie by malo byť samozrejmosťou. Musíme však hľadať primeranú rovnováhu medzi ochranou životného prostredia a cieľom obnoviť priemyselnú výrobu, zvýšiť hospodársky rast a zvyšovať zamestnanosť.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržao sam ovo izvješće jer je u Uniji u posljednjih 20 godina postignut napredak u području antropogenih emisija u zrak i kakvoće zraka zahvaljujući posebnoj politici Unije, uključujući Komunikaciju Komisije „Tematska strategija o onečišćenju zraka”. Dugoročni cilj Unije za politiku u području kakvoće zraka bi trebalo biti postizanje kakvoće zraka koje nema za posljedicu negativne utjecaje na ljudsko zdravlje i okoliš i rizike za njih.

Potrebni su pojačani naponi na područjima na kojima su stanovnici i ekosustavi izloženi visokim razinama onečišćivača zraka i pojačana sinergija između zakonodavstva u području kakvoće zraka i ciljeva politike koje si je Unija postavila za promjenu klime i posebno za bioraznolikost.

Države članice trebaju pridonijeti u ostvarenju dugoročnog cilja Unije u području kakvoće zraka u skladu sa smjernicama Svjetske zdravstvene organizacije te ciljevima Unije koji se odnose na bioraznolikost i ekosustav smanjenjem razine i taloženja onečišćivača zraka koji uzrokuju zakiseljavanje, eutrofikaciju te onih koji se odnose na ozon ispod kritičnih opterećenja i razina.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Ovaj prijedlog direktive Evropskog parlamenta i Vijeća o smanjenju nacionalnih emisija određenih atmosferskih onečišćivača, iako ima vrlo kvalitetnih odredbi, nije dovoljno precizan i ne podržavam ovakav prijedlog. U Europskoj uniji je u posljednjih 20 godina postignut velik napredak u području kakvoće zraka zahvaljujući posebnoj politici Unije.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Određivanje gornjih granica ukupnih godišnjih emisija koje su u primjeni od 2010. za sumporov dioksid (SO₂), dušikove okside (NO_x), amonijak (NH₃) i nemetanske hlapljive organske spojeve (NMHOS) dovelo je do smanjenja brojnih štetnih emisija. Međutim, znatni negativni utjecaji za okoliš i ljudsko zdravlje i dalje su prisutni. Ova predložena direktiva bi zamijenila trenutnu regulativu Europske unije o gornjim granicama godišnjih nacionalnih emisija određenih atmosferskih onečišćivača i uspostavila bi nove obveze linearnog smanjenja nacionalnih emisija u razdoblju od 2020. do 2030. godine.

Ovaj prijedlog zasigurno doprinosi kvaliteti ljudskog zdravlja i okoliša, no zahtjev Europske pučke stranke je da Komisija do 2017. donese novi prijedlog za dijeljenje tereta unutar Europske unije s revidiranim obveznim smanjenjem emisije amonijaka do 2030. Uz to, EPP traži i brisanje metana. Podržala sam da se ovo izvješće vrati u matični odbor kako bi se nastavio dijalog s Vijećem.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση έχει στόχο να διασφαλίσει πως τα εθνικά ανώτατα όρια εκπομπών που καθορίζονται στην οδηγία 2001/81/EK για το 2010 θα ισχύουν μέχρι το 2020 και θεσπίζει επίσης νέες εθνικές δεσμεύσεις μείωσης των εκπομπών. Υποχρεώνει τα κράτη μέλη να ενημερώνουν τακτικά τα εθνικά τους προγράμματα για έλεγχο της ρύπανσης του αέρα και καθορίζει τις διατάξεις σχετικά με τις κυρώσεις που επιβάλλονται για τις παραβάσεις των εθνικών διατάξεων που θεσπίζονται σύμφωνα με την πρόταση.

Ιδιαίτερα σημαντική είναι η εξαίρεση που έχουμε επιτύχει ως προς τον αγροτικό τομέα όσον αφορά την οδηγία για μεγαλύτερη μείωση του μεθανίου και της αμμωνίας. Ο αγροτικός τομέας, ιδιαίτερα στην Κύπρο όπως και σε άλλες χώρες της ΕΕ, αντιμετωπίζει ήδη αρκετά προβλήματα και δεν θα ήταν η καταλληλότερη χρονικά στιγμή να τον επιβαρύνουμε περισσότερο με στόχους για περαιτέρω μείωση της αμμωνίας και του μεθανίου. Για την παρούσα στιγμή τα ισχύοντα όρια, είναι ικανοποιητικά.

Για τους λόγους αυτούς αποφασίσαμε να υπερψηφίσουμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Είναι επιτακτική ανάγκη η εξουσιοδότηση των αρμοδίων αρχών, ώστε να εξασφαλίσουν τη συμμόρφωση με όλες τις νομοθετικές διατάξεις που αφορούν τα όρια του 2030. Πιο συγκεκριμένα η καθιέρωση ζωνών χαμηλών εκπομπών ρύπων καθώς και ενός συστήματος χρέωσης τελών για ρύπανση από την οδική κυκλοφορία με αντικειμενικό σκοπό τη μείωση των εκπομπών ρύπων των ντιζελοκίνητων οχημάτων κυρίως στις αστικές περιοχές.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel úgy gondolom, hogy a levegőszennyezetség valós probléma és a tervezet valós megoldásokat javasol a tisztább levegő megteremtése érdekében.

A levegő magas károsanyag-szintje a becslések szerint évente mintegy 400 ezer korai halálesetért felel az EU-ban, míg közvetetten káros hatása megjósolhatatlan. Úgy vélem, hogy a szennyező anyagok kibocsátásának mértékét radikálisan korlátozni kell. Éppen ezért a tervezet egy ambiciózus, azonnali csökkentést javasol minden szektort érintve ezzel az ún. nemzeti kibocsátás-csökkentési plafon irányelvvel. Az új tagállami vállalásokra vonatkozó 2020-as és 2030-as SO₂, NO_x, NMVOC és ammónia (NH₃), valamint a finom por (PM_{2,5}) és a metán (CH₄) beállítása komoly felelősséget jelent, de véleményem szerint lehetőséget is ad. A tagállamoknak nemzeti levegőszennyezettség-ellenőrző programot kell felállítaniuk, és két évente ellenőrizniük, de ezzel több százezer ember életét menthetik meg. Ezáltal pénzt is megtakaríthatnak, amit nyugodtan fordíthatnak a megújuló, környezetbarát technológiák fejlesztésére.

Dario Tamburrano (EFDD), per iscritto. – Anche se i limiti degli inquinanti sono risultati indeboliti rispetto alla proposta della commissione ENVI, è stato possibile mantenere l'ammoniaca e il metano fra le sostanze oggetto della direttiva. Mi dispiace che il mercurio sia rimasto escluso: siamo tuttavia riusciti a fare approvare la richiesta alla Commissione di fare uno studio d'impatto seguito da una proposta legislativa sul mercurio. L'inquinamento atmosferico è un grave problema di salute ambientale nell'Unione europea. La Commissione deve garantire che tutte le politiche sull'inquinamento atmosferico di origine europea, siano adatte allo scopo del raggiungimento degli obiettivi di qualità dell'aria nell'Unione. A tal fine, inoltre, la Commissione deve implementare senza nessun ritardo, la nuova proposta di regolamento Euro 6 sulle emissioni in condizioni reali di guida. La proposta ambisce agli obiettivi di riduzione delle emissioni vincolanti anche al 2025 e non solo al 2030. Complessivamente però il mio giudizio non è sfavorevole.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Dezvoltarea economică, cu ramificări în creșterea transportului, a activității industriale și a urbanizării, aduce cu sine o serie de efecte negative asupra sănătății cetățenilor europeni.

Comisia Europeană a dedicat o politică obiectivului de îmbunătățire a calității precare a aerului respirat în Europa, al cărei instrument implică plafonarea emisiilor totale anuale ale statelor membre pentru dioxid de sulf (SO₂), oxizi de azot (NO_x), amoniac (NH₃) și compuși organici volatili nemetanici (COVnm).

În statele membre din Europa Centrală și de Est, unde în mixul energetic este folosit combustibilul solid indigen, reducerea poluanților cum sunt dioxidul de sulf și particulele în suspensie se dovedește a fi mult mai dificilă decât în alte cazuri.

În ciuda acestei situații, statele în chestiune sunt semnatare ale Protocolului Gothenburg, care guvernează măsurile de control și de protejare a calității aerului.

Cu toate acestea, aplicarea măsurilor propuse în acest raport prin reducerea anumitor poluanți atmosferici conduc la costuri exagerate și creează o povară administrativă disproporțională asupra sectoarelor cheie, cum sunt cel industrial, energetic, de transport și rezidențial.

În timp ce propunerea Comisiei Europene prevede un set de limite ale poluanților care pot fi impuse, raportul Parlamentului European este foarte ambițios, bazându-se pe niște ipoteze și proiecții în plan teoretic.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – L'Europe doit être au premier rang dans le combat contre le changement climatique.

Nous voulons une transition juste vers une économie durable et à faible teneur en carbone. Aujourd'hui nous dépensons l'équivalent d'une planète et demie par an de ressources. L'avenir de notre planète est en danger.

Le texte voté aujourd'hui va en ce sens et définit des limites de rejets de polluants dans l'air pour les États membres de l'Europe. On parle ici de milliers de tonnes de particules fines, d'ammoniac, de dioxyde d'azote, de soufre, etc.

Je rappelle que la mauvaise qualité de l'air est responsable de plus de 400 000 décès prématurés chaque année et son coût économique pour la santé est estimé entre € 300 et 900 milliards chaque année.

90 % des Européens vivant en ville sont exposés à un taux de pollution considéré comme dangereux. Un véritable changement de cap est indispensable!

Une remarque encore, et d'importance, je me suis prononcé en faveur de l'exclusion du méthane entérique. En effet, celui-ci est minoritaire, et, sans son exclusion, le secteur agricole devrait supporter une entrave supplémentaire dans sa mission alimentaire.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – In December 2013 the Commission presented a proposal on the directive on national emissions reduction commitments. Despite improvements in air quality in the EU in recent decades, we are still far from achieving the quality levels we need. The Commission proposed a number of annual reduction objectives for several pollutants (including the transposition of the Gothenburg Protocol, 2025 indicative targets and 2030 binding targets, aimed at achieving 70% of the 'maximum technically feasible reduction' identified in an impact assessment) as well as the addition of PM_{2,5} and methane to the list of pollutants.

While I am very much in favour of limiting air pollution, in order to protect the health of EU citizens and the environment, I am opposed to strengthening the reduction targets and making the intermediate 2025 targets binding.

I voted in favour of the deletion of methane and mercury from the scope of the directive and I voted against higher reduction targets proposed by the Committee on Environment, Public Health and Food Safety, as these could have a significant impact on EU industry. The higher targets for 2030 were voted down; the inclusion of methane and ammonia and the binding 2025 targets were approved. Therefore I decided to abstain in the final vote.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – La mauvaise qualité de l'air est responsable de plus de 400 000 décès chaque année et coûte entre 300 et 900 millions d'euros à nos systèmes de santé. 90% des citoyens européens sont exposés à des niveaux de pollutions qui représentent un risque sanitaire. Il était donc nécessaire que nous légiférions pour réduire ces risques et limiter les émissions polluantes.

Le rapport présenté par M^{me} Girling est ambitieux, il vise à limiter les émissions des principaux polluants, notamment dans les secteurs des transports, de l'industrie, de l'énergie, du chauffage résidentiel, des services et de l'agriculture. Cette révision de la directive sur les plafonds d'émission inclut le méthane et l'ammoniac, ce qui constitue un progrès substantiel pour la qualité de l'air. Bien que je me félicite de l'ambition du texte, j'ai fait le choix de voter l'amendement qui exclut le méthane entérique, c'est à dire les pets des vaches. Les éleveurs déjà en grande difficulté ne peuvent être pénalisés pour un phénomène naturel incontournable, alors qu'ils font vivre nos territoires et préservent les prairies, qui sont elles aussi indispensables à la qualité de l'air.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La situazione dell'inquinamento atmosferico in Europa è grave. Ogni anno l'inquinamento dell'aria è causa di oltre 400.000 morti premature nei paesi dell'Unione europea. Ictus, infezioni respiratorie, tumori ai polmoni sono in aumento anche a causa della presenza in atmosfera di inquinanti molto dannosi per la salute. L'inquinamento dell'aria ha, inoltre, un impatto grave e spesso devastante sulla natura e sulla biodiversità, sui raccolti e, non ultimo, sul nostro patrimonio artistico e culturale. Una riduzione delle emissioni è quindi necessaria, per questo ho votato a favore della proposta. Solo grazie a un impegno maggiore e al raggiungimento di obiettivi ambiziosi potremo garantire un ambiente più sano alle generazioni future.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu direktive Evropskega parlamenta in Sveta o zmanjšanju nacionalnih emisij za nekatera onesnaževala zraka in o spremembi Direktive 2003/35/ES sem podprla, ker menim, da je kakovost zraka pomembna za človeško zdravje in okolje, trenutno stanje onesnaževal v zraku pa zahteva takojšnje, globalno in odgovorno ukrepanje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe con el fin de regular ciertos contaminantes atmosféricos, como por ejemplo las emisiones de metano. El 40 % de las emisiones de este gas de efecto invernadero procede de la agricultura. También es un precursor importante de otro contaminante atmosférico, el ozono troposférico, que causa enfermedades respiratorias y cardiovasculares y, por cierto, también importantes daños a los cultivos agrícolas, especialmente en los países mediterráneos.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Vorschlag für überarbeitete nationale Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie) ist Teil des Maßnahmenpakets für saubere Luft der Europäischen Kommission und ersetzt aktuelle Regelungen über die jährliche Deckelung nationaler Emissionen von Luftschadstoffen, wie z. B. Schwefeldioxid, Stickstoffoxide oder Ammoniak. Die neue Richtlinie zielt darauf ab, neue Emissionsreduktionsverpflichtungen für Mitgliedstaaten von 2020 bis 2030 einzuführen, nämlich für PM 2,5 sowie Methan. Das Parlament wollte die vom Rat vorgeschlagenen Zielvorgaben willkürlich erhöhen. Wir brauchen Obergrenzen für Schadstoffe, um Anreize für Emissionsreduktionen zu setzen, dennoch sollten diese realistisch, verhältnismäßig sowie evidenzbasiert sein und gewisse Sektoren nicht unverhältnismäßig beeinträchtigen. Zu hohe Anforderungen werden insbesondere für diejenigen Mitgliedstaaten mit großen landwirtschaftlichen Sektoren schwierig sein und Flexibilität erfordern. Das Parlament gefährdet mit seinen Praktiken den Gesetzgebungsprozess. Es sollte sich an den Entscheidungen des Rates orientieren, da diese von den Mitgliedstaaten verhandelt werden. Deshalb habe ich gegen diesen Bericht gestimmt, weil er durch zahlreiche Änderungsanträge eine ganz andere Form angenommen hat.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe con el fin de regular ciertos contaminantes atmosféricos, como por ejemplo las emisiones de metano. El 40 % de las emisiones de este gas de efecto invernadero procede de la agricultura. También es un precursor importante de otro contaminante atmosférico, el ozono troposférico, que causa enfermedades respiratorias y cardiovasculares y, por cierto, también importantes daños a los cultivos agrícolas, especialmente en los países mediterráneos.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Владимир Уручев (PPE), *в писмена форма*. – Уважаеми колеги, подкрепих доклада на колегата Гърлинг за въвеждане на национални тавани за емисиите на шест основни замърсителя – серен диоксид, азотни оксиди, неметанови летливи органични съединения, амоняк, метан, и прахови частици (по-малки от 2,5 микрометра), които трябва да бъдат постигнати между 2020 и 2030 г.

Подчертавам обаче, че гласувах против текстовете за включването на метана и амоняка в рамките на това законодателство, защитавайки интересите на селскостопанските производители, които напоследък са изложени на твърде много рискове.

В крайна сметка обаче, Европейският парламент успя да изключи ограниченията за ентеричния метан, който се причинява от дегестивните процеси при селскостопанските животни. Но по същество метанът е парников газ и за него вече има ограничения в климатичното законодателство, а всяко дублиране на норми причинява хаос и нови трудности за засегнатите хора и бизнес.

Подкрепата ми за новото законодателство се дължи и на факта, че Европейският парламент не прие увеличаване на задълженията на страните членки над предложението на Европейската Комисията, което би затруднило изпълнението на целите и би струвало много милиарди евро допълнителни разходи.

Въпреки осъзнатата необходимост от ограничаване на вредните емисии, от които загиват стотици хиляди хора всяка година, законодателството трябва да е съобразено с реалните възможности и с необходимите разходи за неговото изпълнение.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta de Directiva NEC revisada sustituye al actual régimen de la Unión en la nivelación anual de las emisiones nacionales de los contaminantes del aire, según la definición establecida en la Directiva 2001/81/CE, para cuatro contaminantes atmosféricos: el dióxido de azufre (SO₂), los óxidos de nitrógeno (NO_x), los compuestos orgánicos volátiles distintos del metano (COVNM) y el amoníaco (NH₃), hasta 2020.

La Directiva NEC revisada establece los controles sobre los diferentes tipos de contaminación del aire en cada Estado miembro. Su objetivo es reducir a la mitad de aquí a 2030 el número de muertes prematuras —estimado en 400 000 al año en la UE— causadas por la contaminación del aire.

La revisión propuesta establece nuevos compromisos nacionales de reducción de emisiones aplicables a partir de 2020 y 2030 para los cuatro contaminantes mencionados y también para las partículas finas (PM_{2,5}) y el metano (CH₄).

A pesar de que hay puntos importantes que no se consiguieron aprobar (elimina objetivos vinculantes para el metano), he votado a favor de este informe ya que considero que es más exigente que la propuesta de la Comisión y que, por tanto, la mejora.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Amending Directive 2003/35/EC could be an important step towards reducing national emissions of certain atmospheric pollutants. There were, however, some issues with the aspects of the proposed approach that we in the S&D Group attempted to address. However, that should not detract from the fact that, while overall the progress in tackling air pollution has been good, there is still a lot of work to be done to ensure that air quality in Europe improves. This is crucial, as our levels of air pollution are central to our long-term ecological well-being, and low levels of air pollution are also vital to our day-to-day health. We would not tolerate contamination of our water: it makes no more sense to tolerate the contamination of our air.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – We mogen niet vergeten dat onze eigen landbouwers voedsel van topkwaliteit leveren in een uiterst streng gereguleerd kader. Wanneer we daarbij de uitstootnormen voor methaan en ammoniak nog zouden verstrengen zonder wetenschappelijk onderzoek naar hoe dit mogelijk zou kunnen zijn, dwingen we onze landbouw van buiten de grenzen van de EU te werken of failliet te gaan. Ik stemde voor het overleven van de landbouw in Europa en voor schonere lucht.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A qualidade do ar representa uma questão transfronteiriça que afeta profundamente todos os cidadãos exigindo-se uma ação imediata, depois de anos de negligência política. Em 18 de dezembro de 2013 a Comissão publicou o seu há muito aguardado Pacote Ar Limpo.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

A proposta da revogação e substituição desta diretiva altera o regime da união no que diz respeito aos limites nacionais de emissão de poluentes atmosféricos para 4 novos poluentes, nomeadamente para o dióxido de enxofre, óxidos de azoto, amoníaco e compostos orgânicos voláteis não-metânicos para 2020 e 2030. O mercúrio foi também adicionado a esta lista, sendo que os limites para este elemento serão só introduzidos a partir de 2020.

Note-se finalmente que estas novas metas de emissão contidas nas normas relativas à qualidade do ar serão redundantes se não observarmos uma clara vontade política que se reflita numa redução da poluição proveniente das fontes principais.

Harald Vilimsky (ENF), schriftlich. – Eine Festlegung von verbindlichen Reduktionszielen für Methan ist „nicht zielführend“. Dieses Treibhausgas wird bereits effektiv über die Lastenteilungsentscheidung geregelt.

Zu strenge Maßnahmen im Bereich der Reduzierung der Treibhausgas- und Luftschadstoffemissionen aus der Landwirtschaft könnten zu einem Rückgang der EU-Produktion führen und somit angesichts des Anstiegs der weltweiten Nachfrage nach Lebensmitteln die Ernährungssicherheit gefährden. Daher musste ich mich leider der Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della proposta perché considero l'inquinamento atmosferico problema importante, che travalica i confini nazionali e riguarda tutti i cittadini. La tutela della salute è un valore inderogabile e la sua tutela ci obbliga a mettere in campo tutti gli sforzi necessari. La questione dell'inquinamento atmosferico è stata totalmente ignorata dalla classe politica e tale incuria ha portato la questione a riemergere oggi più forte e preoccupante che mai. La scarsa qualità dell'aria è considerata causa di circa 400.000 morti premature l'anno con un conseguente aumento dei costi per l'assistenza sanitaria. Si stima che l'inquinamento atmosferico abbia un impatto economico tra i 330 e i 940 miliardi di euro l'anno. Per tali ragioni ritengo fondamentale procedere velocemente e mettere in atto un piano d'azione immediato.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), na piśmie. – Projekt rewizji dyrektywy 2001/81/WE o krajowych limitach emisji (dyrektywa NEC) stanowi element strategii „Program czystego powietrza dla Europy”. Obowiązujące przepisy zakładają obowiązywanie od 2010 r. krajowych limitów emisji niektórych substancji: dwutlenku siarki (SO₂), tlenków azotu (NO_x), niemetanowych lotnych związków organicznych (NMLZO) oraz amoniaku (NH₃). Propozycja dyrektywy zakłada kontynuację tego mechanizmu w perspektywie 2020-2030 oraz obowiązki sprawozdawcze, a także rozszerza istniejący katalog ograniczeń o nowe substancje: najdrobniejsze cząstki pyłu zawieszonego (PM_{2,5}) oraz metan (CH₄). Zgodnie z wyliczeniami przeprowadzonymi na zamówienie Komisji konsekwencją wejścia tej regulacji w życie może być redukcja pogłowia bydła mięsnego w Polsce nawet o 42%, bydła mlecznego o 24%, a trzody chlewnej o 12%. W związku z tak daleko posuniętymi restrykcjami, jakimi mogłoby zostać objęte moje państwo, złożyłam razem z posłem Januszem Wojciechowskim poprawki zmierzające do pozostawienia metanu poza zakresem dyrektywy. W kształcie zaproponowanym przez posła sprawozdawcę projekt jest dla mnie nie do zaakceptowania.

Flavio Zanonato (S&D), per iscritto. – Oggi ho votato a favore della risoluzione che propone una revisione della direttiva NECD (*National Emissions Ceiling*) al fine di ridurre le emissioni tossiche che contribuiscono all'inquinamento atmosferico. Trovo opportuna la previsione di limiti vincolanti per sei inquinanti tossici, che si stima provochino 690.000 morti premature ogni anno nella sola Unione europea, con un costo economico per la salute stimato tra 300 e 900 miliardi di € ogni anno. Trovo la relazione particolarmente opportuna in quanto precisa che il livello di governo locale deve giocare un ruolo nella definizione delle migliori pratiche per affrontare l'inquinamento atmosferico e sono al tempo stesso soddisfatto che sia stata trovata una formula appropriata per quanto riguarda il metano in modo da non danneggiare i nostri allevatori.

Tomáš Zdechovský (PPE), písemně. – Tento skandál poukázal na zásadní chybu při zavádění jakýchkoli nových opatření. V tomto konkrétní případě měření emisí v automobilovém odvětví měla být hned od počátku zkoumána otázka, zda je reálné, aby tyto hodnoty byly dosaženy, a jakým způsobem mohou být popřípadě vymáhány. Hlasoval jsem pro toto usnesení, protože se domnívám, že by se Evropská komise měla více tímto skandálem zabývat a především udělat revizi současných opatření.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Damiano Zoffoli (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento ha votato oggi una importantissima relazione che si propone di ridurre negli anni a venire le emissioni nocive provenienti da diversi inquinanti proponendosi di limitare l'impatto di dette sostanze sulla salute umana e sull'ambiente. Il prezzo da pagare a causa della cattiva qualità dell'aria è superiore in termini di vite umane a quello dovuto agli incidenti stradali, rendendola quindi la principale causa ambientale di decessi prematuri nell'UE. La cattiva qualità dell'aria ha un impatto anche sulla qualità della vita, in quanto causa asma e problemi respiratori, oltre ad incidere fortemente sulle spese sanitarie dei diversi stati membri. Alla luce di questi dati non possiamo pertanto non rallegrarci dell'importante risultato raggiunto oggi.

Mi rallegro altresì del fatto che sia stato possibile escludere dall'ambito di applicazione della direttiva il metano enterico, venendo così incontro alle forti preoccupazioni espresse dalle piccole e medie imprese agricole. Mi auguro che nei prossimi mesi il testo votato dal Parlamento non venga svuotato nei suoi contenuti essenziali poiché in primo luogo i nostri cittadini chiedono delle norme fortemente protettive della loro salute e, dall'altro, è importante che l'UE lanci un forte segnale anche in vista della conferenza Parigi 2015 sui cambiamenti climatici (COP21).

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório sobre a proposta de Diretiva do Parlamento Europeu e do Conselho relativa à redução das emissões nacionais de determinados poluentes atmosféricos e que altera a Diretiva 2003/35/CE, por considerar que sendo a qualidade do ar uma questão de natureza transfronteiriça com significativas repercussões em matéria de saúde humana e ambiente, que afeta profundamente todos os cidadãos da União Europeia e exige uma ação imediata. Após anos de negligência política, a poluição atmosférica surge agora na agenda política como um grave problema ambiental e de saúde pública, sobretudo devido ao caso Volkswagen. Além disso, embora se tenha trabalhado no sentido de reduzir a poluição atmosférica na União, muitos Estados-Membros não atingiram ainda os padrões acordados e a própria União Europeia continua longe do seu objetivo de longo prazo. Neste sentido, a atual proposta da Comissão possui grande relevância ao substituir a diretiva existente, estabelecendo novos valores-limite de emissão para 2020 e 2030 e exigindo que os Estados-Membros adotem programas nacionais de controlo da poluição atmosférica. Contudo, embora os valores-limite definidos no relatório devam incentivar a redução de emissões, devem igualmente ser estabelecidos a um nível realista, baseado em dados concretos, e que não tenha um impacto desproporcionado em nenhum sector.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A qualidade do ar é uma questão transfronteiriça que afeta todos os cidadãos.

Em 18 de dezembro de 2013, a Comissão publicou o seu há muito aguardado Pacote Ar Limpo constituído por quatro elementos: um Programa Ar Limpo para a Europa; uma proposta de decisão de ratificação da alteração de 2012 ao Protocolo de Gotemburgo, relativa à Convenção da UNECE sobre a Poluição Atmosférica Transfronteiras a Longa Distância, em nome da UE; uma proposta de uma nova Diretiva relativa à redução da poluição de instalações de combustão de médias dimensões, tais como centrais energéticas para grandes edifícios, e de pequenas instalações industriais e, por fim, a proposta legislativa na qual se baseia o presente relatório, que revê a Diretiva de 2001 relativa a valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos.

A proposta da revogação e substituição desta Diretiva altera o regime da UE no que diz respeito aos limites nacionais de emissão de poluentes atmosféricos para 4 novos poluentes, nomeadamente para o dióxido de enxofre, óxidos de azoto, amoníaco e compostos orgânicos voláteis não-metânicos para 2020 e 2030. O mercúrio foi também adicionado a esta lista, sendo que os limites para este elemento serão só introduzidos a partir de 2020. Votámos a favor.

8.8. Europäische Bürgerinitiative (A8-0284/2015 - György Schöpflin)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'iniziativa dei cittadini europei è l'unico strumento di democrazia diretta esistente attualmente, che consente ai cittadini di partecipare attivamente ai lavori dell'Unione europea. Come rappresentate del MoVimento cinque stelle, che si batte per incrementare la democrazia diretta a tutti i livelli di governo, non posso che essere contenta. Questa relazione costituisce un buon punto di partenza.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Tuttavia, si può e si deve fare di più: per esempio, introduciamo la possibilità di modifica dei trattati tramite l'iniziativa popolare. In questo modo la richiesta di modifica avrebbe molta più forza, oltre ad essere più democratica. Ancora, dovremmo pensare a un referendum abrogativo di respiro europeo. Semplifichiamo e riduciamo i passaggi burocratici della procedura e facilitiamo quanto più possibile l'impiego degli strumenti informatici ed elettronici.

Infine, colleghi, diminuiamo lo spazio di discrezionalità della Commissione nel dare seguito alle richieste dei cittadini. La voce proveniente da un milione o più di europei non può infatti rimanere inascoltata. Ciò al fine di incoraggiare la partecipazione ed evitare che quest'ultima venga frustrata. Avviciniamo l'Unione Europea ai cittadini! Per questi motivi il mio voto è stato positivo.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe hace referencia a la próxima revisión del Reglamento (UE) n.º 211/2011 sobre la iniciativa ciudadana europea y a las conclusiones extraídas por la Comisión Europea en un documento publicado recientemente. Nuestra postura es que la implementación de la iniciativa ciudadana europea ha sido un fracaso absoluto; de hecho, de cincuenta y una propuestas registradas, solo tres han sido capaces de cumplir los requisitos, a menudo por las numerosas trabas administrativas durante el proceso de recogida de firmas, que llevan en ocasiones a denunciar a la propia Comisión ante los tribunales.

Por si fuera poco, la Comisión Europea no está obligada a iniciar ninguna propuesta de modificación legislativa, así que la efectividad de las mismas es mínima. Frente a esta situación, el informe final no es nada crítico con los procedimientos regulados para esta herramienta participativa; además, propone que se limite el contenido de la iniciativa ciudadana europea si no se adecúa a las competencias de la Unión y, sobre todo, que la Comisión haga una propuesta legislativa solo si tiene un dictamen positivo publicado por ella misma.

Por estas razones, y dado el escaso contenido propositivo del informe para consolidar política y jurídicamente las iniciativas ciudadanas europeas, he votado en contra del mismo.

Gerolf Annemans (ENF), *schriftelijk*. – Zelfs als het Europees burgerinitiatief perfect zou functioneren, kan niet worden verwacht dat daarmee het democratisch deficit wordt opgelost dat kenmerkend is voor deze Europese Unie.

Ik ondersteun het principe van het Europees burgerinitiatief, niet dus omwille van de zogenaamde Europese integratiedachte, maar omdat het een middel kan zijn om de aandacht van de Europese Commissie en de Europese verkozenen te vestigen op bepaalde thema's en grote of kleine maatschappelijke problemen.

In het verslag-Schöpflin wordt vastgesteld dat het succes van het Europees burgerinitiatief tanende is vanwege allerlei praktische drempels. Daarbij wordt de vinger op de wonde gelegd. Daarom pleit onze fractie niet alleen voor het opruimen van deze obstakels of voor het gebruiksvriendelijk maken van het initiatief-instrument, maar ook voor een verplichting voor de Commissie om op een succesvol Europees burgerinitiatief een passend wetgevingsvoorstel te laten volgen. In die zin amendeerden wij het verslag, maar tegelijk steunen we het.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le rapport sur l'initiative citoyenne européenne (ICE) comporte de bonnes idées. Celui-ci vise à réformer le processus de l'ICE, qui permet aux citoyens des États membres de saisir la Commission sur un sujet qui leur tient à cœur et de se faire entendre.

Depuis que ce dispositif existe, seules trois pétitions ont abouti sur les cinquante-et-une qui ont été lancées. Parmi les trois qui avaient été jugées recevables, figure l'initiative «L'un de nous», qui demandait l'arrêt de tout financement par l'Union européenne des «activités de recherche qui détruisent des embryons humains».

La Commission, qui possède un droit de veto quant à la recevabilité de ces initiatives, avait finalement rejeté cette initiative en mai 2014. Cette ICE avait pourtant obtenu plus de 1,7 millions de signatures!

Ainsi, la Commission est à la fois juge et partie, et est autorisée à rendre des avis politiques alors que son rôle devrait se borner à émettre un avis purement technique et formel.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Considérant qu'il est donc utile de procéder à une réforme de l'ICE, j'ai voté en faveur de ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I abstained overall as it proposes replacing a failing system with a system which still does not have sufficient democratic input.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération qui vise à écarter des obstacles qui s'avèrent problématiques pour les organisateurs et promoteurs d'une ICE, comme une protection juridique pour les abus de données personnelles dont ils sont aujourd'hui personnellement responsables.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią ataskaitą, kuria siekiama pagerinti ES piliečių iniciatyvų veikimą, padaryti, kad būtų patogiau jomis naudotis, pašalinti kai kurias kliūtis, kurios ES piliečių iniciatyvų organizatoriams sukelia sunkumų. ES piliečių iniciatyva, savo ištakas turinti konvencijoje, buvo sukurta kaip priemonė siekiant suteikti Europos piliečiams galimybę imtis teisės aktų leidybos iniciatyvos. Taigi pamatinė šios priemonės idėja – užtikrinti, kad pradėjusi veikti ši priemonė padėtų socialiai ir pilietiškai suburti visuomenę ir sustiprintų pilietiškumą Europoje, taip pat tarpvalstybiniu lygmeniu. Atsižvelgiant į daugybę atsiliepimų, gautų iš pilietinės visuomenės, ir į Komisijos ataskaitą dėl pirmųjų trejų šios priemonės taikymo metų, akivaizdu, kad nėra pasiekta gerų rezultatų, kad ir kaip jie būtų apibrėžiami, kadangi dar nėra viena iniciatyva netapo teisės aktu. Būtina, kad 2016 m. Komisija išsamiai peržiūrėtų ES piliečių iniciatyvą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – The resolution as a whole contains numerous calls for legislation and expenditure by the EU and makes a series of bogus claims that the European Citizens' Initiative is a significant and effective means of participation by the citizens of Member States in democracy and the legislative processes of the EU.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le groupe S&D a joué un rôle moteur dans le lancement de l'initiative citoyenne européenne, qui permet aux citoyens européens d'influencer directement le processus démocratique. Cette initiative constitue un pas en avant pour la démocratie directe, la participation publique et l'implication dans le débat européen. Trois ans après l'entrée en vigueur de ce nouvel instrument, il semble opportun d'évaluer sa mise en œuvre afin de détecter d'éventuelles lacunes. J'ai apporté mon soutien au rapport d'initiative de la commission des affaires constitutionnelles invitant la Commission européenne et les États membres à améliorer l'ICE afin de garantir son efficacité et son attractivité pour les citoyens.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport mentionne le fait que l'initiative citoyenne européenne, si elle pouvait être une bonne chose, n'a que peu abouti. En effet, sur 31 initiatives lancées, seulement 3 ont abouti et n'ont pas eu de conséquences. Le processus est jugé trop compliqué et la Commission européenne est juge et partie dans ce processus arbitraire. De plus, le délai de recueil de signatures est imposé par le calendrier de la Commission.

Ce rapport appelle donc à une réforme sérieuse en veillant à la transparence et à la sécurité des données personnelles, et les députés européens souhaitent être plus associés au processus. Ce rapport va dans le bon sens pour un processus plus démocratique et j'ai donc voté pour.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione Schöpflin è equilibrata e condivisibile, l'ho quindi sostenuta col mio voto. L'iniziativa dei cittadini europei è uno strumento di democrazia formidabile, ma le regole devono cambiare, non è accettabile che di 51 iniziative presentate solo 3 siano andate a buon fine, diamo una voce ai nostri cittadini!

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La iniciativa ciudadana europea es una herramienta fundamental que busca la movilización social y fortalecer la relación entre la ciudadanía y las instituciones europeas. Necesitamos proponer a la Comisión mejoras sobre su funcionamiento y eliminar ciertas dificultades que surgen a la hora de organizar y llevar a cabo este tipo de iniciativas. Es importante poner a disposición de los organizadores cierto asesoramiento jurídico y apoyo técnico, dar facilidades técnicas a la hora de recoger las firmas en los diferentes Estados miembros, evaluar la posibilidad de registrar solo una parte de la iniciativa si esta en su totalidad no entra dentro de las competencias de la Comisión, etc. Es vital para la democracia europea que el mecanismo de iniciativa ciudadana funcione correctamente y que no sea visto por parte de la ciudadanía como un elemento inadecuado que no genera resultado alguno.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Por todo ello, he votado a favor de este informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išsako savo vertinimą trejus metus jau veikiančios Europos piliečių iniciatyvos. Parlamento vertinimu, tai yra pirma priemonė siekiant tarpvalstybinio dalyvavimo demokratiniuose procesuose, sudaranti piliečiams galimybę tiesiogiai bendrauti su ES institucijomis ir aktyviai dalyvauti formuojant Europos politiką ir teisės aktus. Ši priemonė papildė anksčiau numatytas teises piliečiams teikti peticijas Parlamentui ir kreiptis į Europos ombudsmeną. Atsižvelgiant į daugybę atsiliepimų, gautų iš pilietinės visuomenės, ir į Komisijos ataskaitą dėl pirmųjų trejų šios priemonės taikymo metų, akivaizdu, kad nėra pasiekta gerų rezultatų, kad ir kaip jie būtų apibrėžiami, kadangi dar nėra viena iniciatyva netapo teisės aktu. Tikėtina, kad 2016 m. Komisija išsamiai peržiūrės ES piliečių iniciatyvą ir Parlamento nuomonė šios priemonės klausimu turės didelę reikšmę.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Az elmúlt három év alatt, amióta az Európai Polgári Kezdeményezés a Lisszaboni Szerződés értelmében új intézményként létrejött, átütő sikerrel nem büszkélkedhet: 51 kezdeményezésből összesen három teljesítette az elvárásokat – 7 tagállamból 1 millió támogató aláírás összegyűjtését.

A Schöpflin-jelentés ennek az eljárási kudarcnak az okait tárja fel és nyújt javaslatokat, többek között az eszköz jobb kommunikációjával, felhasználóbarátabb felületek létrehozásával, egyszerűbb adatigénylással, költségvetési támogatással, közvetlen tanácsadással, és a digitális állampolgári részvétel elősegítésével, megkönnyítve több millió állampolgár részvételét egy EU-szintű kezdeményezésben egy uniós digitális állampolgárság kialakításával.

A jelentéstevő hangsúlyozza a kezdeményezés szélesebb körben való tudatos megismertetését, hiszen ez az eszköz az állampolgárokat hivatott közvetlenül bekapcsolni az európai intézményi döntéshozatalba. A jelentés ezt a kapcsolódást szeretné megerősíteni. A jelentéssel egyetértve felszólítottam a Bizottságot az eddigi eljárási szabályzat felülvizsgálatára.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – Ce rapport appelle à une réforme sérieuse de l'initiative citoyenne européenne, mécanisme qui n'a que peu abouti du fait d'un processus trop compliqué et du rôle de la Commission européenne, qui est à la fois juge et partie. J'ai donc voté pour ce rapport allant dans le sens d'un processus plus démocratique.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questo documento perché sono fermamente convinta che l'iniziativa dei cittadini europei rappresenti un fondamentale strumento di democrazia partecipativa che permette agli oltre 500 milioni di cittadini europei di avere un impatto diretto sul processo legislativo dell'Unione europea. Questo strumento deve essere potenziato per consentire ai cittadini di partecipare in maniera ancora più attiva alle decisioni delle istituzioni.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Ce rapport tente d'apporter des réponses aux nombreux défauts du processus d'initiative citoyenne européenne. Pour rappel, sur les trente-et-une initiatives citoyennes, seules trois ont abouti, mais aucune n'a eu de véritable incidence juridique. Le rapporteur met l'accent sur la complexité des procédures à respecter. Par ailleurs, il critique légitimement le rôle de la Commission dans le processus. Juge et partie, elle a en effet la responsabilité de déterminer si les requêtes sont recevables. Le délai accordé aux organisateurs pour recueillir les signatures est également imposé par la Commission.

Je suis globalement d'accord avec le rapporteur, qui remet en cause le fonctionnement actuel du processus d'initiative citoyenne européenne, d'autant plus que ses propositions veillent à préserver la transparence de la procédure et la sécurité des données personnelles des signataires. C'est la raison pour laquelle j'ai voté pour ce rapport.

Daniel Buda (PPE), în scris. – Posibilitatea acordată cetățenilor de a se exprima prin intermediul unor inițiative legislative reprezintă un pas important în asigurarea legitimității și consolidării democrației participative la nivelul Uniunii Europene. Acest fapt este un adevăr indiscutabil și este necesar ca instituțiile responsabile să contribuie la bunul mers al procedurilor, astfel încât acest instrument democratic să funcționeze.

Ținând cont de faptul că din 2012 până în prezent doar trei inițiative din cele 51 de cereri de lansare a unei inițiative au fost admisibile, este nevoie ca acest instrument să fie simplu, clar, ușor de utilizat și făcut cunoscut la scară largă.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Am votat în favoarea raportului referitor la inițiativa cetățenească europeană deoarece sunt de părere ca este esențial ca cetățenii europeni să poată contribui la exercitarea prerogativelor legislative ale Uniunii și să fie implicați în mod direct în inițierea propunerilor legislative.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Relazione che, al netto di slanci iperbolici sul ruolo dell'ICE, ne mette a fuoco puntualmente le lacune, innanzitutto il seguito pressoché nullo dato sinora dalla Commissione alle sole tre (su cinquantuno!) ICE che sono andate a buon fine.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'initiative citoyenne européenne a été instituée en 2009 avec le traité de Lisbonne dans le but de permettre aux citoyens européens, selon des critères numériques, de demander à la Commission de légiférer sur un certain sujet. Cette mesure répond à un besoin de légitimité démocratique de l'Union européenne. Nous devons faire participer les citoyens au projet européen. Ces derniers se sentent trop souvent mis à l'écart des institutions européennes, qui ont pourtant un impact considérable sur leur quotidien. Nous rapprocher des citoyens est une nécessité si nous ne voulons pas que les mouvements populistes promoteurs du repli sur soi gagnent du terrain. Je suis pour plus d'Europe mais avec davantage de participation des citoyens.

L'initiative citoyenne est une très bonne mesure. Cependant, son application comporte certaines failles. J'ai voté en faveur de ce rapport qui a pour objectif d'améliorer l'initiative citoyenne européenne pour qu'elle soit réellement à la hauteur de ses ambitions. À terme, il faudra qu'une initiative citoyenne fasse réellement l'objet d'une législation européenne pour prouver son efficacité.

Enrique Calvet Chambon (ALDE), *par écrit*. – En ce qui concerne le report SCHOPFLIN sur l'initiative citoyenne européenne, je me suis abstenu en conscience parce que j'ai d'énormes doutes quant à la satisfaction de mes électeurs. Mes doutes sont de deux ordres. Premièrement, il y a de fortes chances que donner la prérogative à l'ICE d'entrer dans le droit primaire soit contraire à la formulation actuelle des traités. Deuxièmement, si l'on veut que l'ICE puisse accéder au droit primaire ou forcer le Parlement à agir en son nom, il faudrait, à mon avis, réviser le niveau de représentativité, le nombre de citoyens et d'États qui appuie l'ICE. Un million, c'est très peu pour de telles ambitions, et il ne faut pas oublier que nous aussi représentons les citoyens européens, et un plus grand nombre d'entre eux.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo discussione in aula ed attenta riflessione ho votato in favore della relazione sull'iniziativa dei cittadini europei.

L'analisi della documentazione a supporto e la relazione evidenzia che va applicata prioritaria enfasi su aspetti diversi: il bilanciamento della responsabilità della tenuta e conservazione dei dati personali; lo snellimento della procedura; l'armonizzazione dei requisiti in tutti gli Stati membri; il problema del potenziale conflitto d'interessi, dal momento che la Commissione stessa ha responsabilità esclusiva del controllo giuridico iniziale. Resta in ogni caso chiaro che molto c'è da fare affinché l'ICE realizzi il suo pieno potenziale, in considerazione proprio della eccessività dei requisiti e difficoltà della procedura. In ogni caso va enfatizzato l'utilizzo per formare la coscienza europea nei giovani, anche per il più efficace contrasto all'antieuropeismo. Di conseguenza, ho dato il mio voto favorevole.

David Casa (PPE), *in writing*. – I am concerned that the European Citizens' Initiative is failing to meet the goals it was set to achieve. I voted in favour of this report because I believe that the Citizens' Initiative is a great step towards the further expansion of civil society in the European Union and it should be constantly improved in order to maximise its effectiveness.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'iniziativa dei cittadini europei è il primo strumento di democrazia diretta concepito a livello dell'Unione europea. Come ho sostenuto durante il mio intervento in plenaria, però, il meccanismo che la regola presenta al momento molte carenze (tra cui lungaggini e impedimenti burocratici *in primis*, ma anche mancanza di informazioni e supporto, difformità tra le norme per la raccolta dati negli Stati membri). La relazione del collega affronta molti dei nodi più importanti, delineando un netto miglioramento del funzionamento dello strumento e pone altresì sul tavolo la questione del potenziale conflitto di interessi della Commissione; ho perciò votato convintamente a favore.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η Ευρωπαϊκή Πρωτοβουλία Πολιτών έχει τις ρίζες της στη Συνέλευση και σχεδιάστηκε ως μέσο που παρέχει στους ευρωπαίους πολίτες τη δυνατότητα να συμμετέχουν στη δρομολόγηση νομοθετικών πρωτοβουλιών. Η υποκείμενη ιδέα ήταν ότι θα ετίθετο σε ισχύ το μέσο αυτό για να αυξηθεί η κινητοποίηση των πολιτών και να ενισχυθεί η συνείδηση που ανήκε στην ευρωπαϊκή οικογένεια σε διεθνικό επίπεδο κυρίως.

Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο θεωρεί ότι, προκειμένου να διασφαλισθεί η ορθή χρήση του εν λόγω εργαλείου συμμετοχικής δημοκρατίας από τους πολίτες και να αποφευχθεί η πιθανή κατάχρησή του από ιδιωτικά συμφέροντα, είναι σημαντικό και καίριο να αυξηθούν η διαφάνεια και η ποιότητα των ελέγχων επί της χρηματοδότησης και της χορηγίας της Ευρωπαϊκής Πρωτοβουλίας Πολιτών.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione, poiché l'iniziativa dei cittadini europei (ICE) è un nuovo diritto politico, oltre che uno strumento unico e innovativo per la definizione dell'agenda per la democrazia partecipativa nell'Unione europea, il cui potenziale deve essere senza dubbio sfruttato al massimo e valorizzato in misura rilevante per ottenere i migliori risultati e per incoraggiare il maggior numero possibile di cittadini dell'Unione a partecipare all'ulteriore sviluppo del processo di integrazione europea.

Inoltre pongo l'accento sul fatto che vi sono mancanze che dovrebbero essere affrontate e risolte al fine di rendere l'ICE più efficace. Rimango fermamente convinto che l'uso della propria lingua madre sia un diritto civico e invito la Commissione e gli Stati membri a verificare le scelte, al fine di offrire la possibilità di ricorrervi in tutte le attività connesse con l'ICE. Infine l'impegno civico tra i giovani è fondamentale per il futuro di tutte le democrazie e stimolo la Commissione a trarre insegnamenti dalle esperienze nazionali di ICE pienamente riuscite: i ragazzi rappresentano il nostro futuro e questo tema non può essere trascurato, ma ampliato al meglio.

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – A Iniciativa de Cidadania de Europeia, introduzida pelo Tratado de Lisboa, é um novo direito político dos cidadãos europeus, permitindo uma maior aproximação das Instituições da União Europeia e, por isso também, essencial para o aprofundamento da democracia europeia.

Desde 2012, aquando da sua entrada em vigor, foram feitos 51 pedidos de registo, envolvidos 6 milhões de cidadãos mas apenas 3 Iniciativas chegaram à fase final do procedimento. Mais ainda, Provedor de Justiça Europeu e Tribunal de Justiça Europeu foram também chamados a dirimir conflitos durante este período. Parece-me, pois evidente, que há ampla margem para melhorias

A Comissão apresentou este ano um relatório de avaliação, onde ecoa os problemas de funcionamento. Este relatório de implementação, que voto favoravelmente, contribui para esse diagnóstico e oferece sugestões de melhorias, antecipando assim a proposta de revisão deste instrumento.

Entre as várias medidas propostas, saliento a necessidade de maior harmonização do procedimento, uma melhoria das tecnologias e plataformas online utilizadas ou um ponto único de contacto em cada Estado-Membro.

Considero essencial estimular a democracia participativa e a aproximação dos cidadãos à União Europeia. Para isso, a Iniciativa de Cidadania Europeia é essencial e o seu aperfeiçoamento nestes primeiros anos de funcionamento natural e desejado.

Lara Comi (PPE), per iscritto. – Lo scopo dell'iniziativa dei cittadini europei (ICE) è quello di mobilitare la società civile, coinvolgendola nell'avvio di iniziative legislative rilevanti e offrendo l'opportunità di avere un ruolo attivo nell'agenda politica europea. Sebbene l'ICE sia un prezioso strumento di democrazia partecipativa il suo utilizzo presenta numerosi ostacoli, poiché il sistema è eccessivamente complesso e i requisiti richiesti per presentare un'iniziativa sono sproporzionati e poco chiari. Di conseguenza, è molto difficile che un'iniziativa sia seguita da un atto legislativo europeo e tale insuccesso è una tra le cause di perdita di fiducia da parte dei cittadini nelle Istituzioni europee. Concordo con la necessità di dover apportare modifiche volte ad agevolare l'utilizzo di tale strumento, potenziando ad esempio i sistemi di raccolta elettronica delle firme, semplificando le procedure di compilazione e presentazione dei moduli online, e infine incentivando la cooperazione interistituzionale su tutti i livelli.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the future revision of the European Citizens' Initiative (ECI). We need to address the challenges that citizens have encountered since the adoption of the regulation in 2011. Cutting red tape and increasing citizens' access to information about the ECI are crucial in terms of raising awareness and encouraging more citizens to get involved. EU offices in the Member States should be used more to inform citizens about this great opportunity for them.

The reasons supplied by the Commission for refusing citizens' initiatives should be detailed and clear. Organisers should be better informed about their rights after a refusal and about which parts of their initiatives they may correct. Citizens should be encouraged, not demotivated. I am glad that, as representatives of European citizens, we showed a strong commitment to review the Citizens' Initiative Regulation so as to ensure that citizens will fully enjoy this new right.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione introduce una proposta di revisione del regolamento 211/2011 che norma l'iniziativa europea dei cittadini. Si tratta del principale strumento di democrazia diretta, introdotto dal trattato di Lisbona. La relazione prodotta dalla Commissione al termine dei primi tre anni di esistenza del meccanismo e diverse istanze della società civile hanno evidenziato carenze significative nella concezione dello strumento, è quindi molto probabile che la Commissione stessa avvii un riesame dell'ECI nel 2016. La relazione del Parlamento ha quindi lo scopo di fornire un input utile affinché l'ECI diventi uno strumento realmente utile ed efficace. Il testo della relazione è molto buono e i lavori in commissione sono stati improntati alla collaborazione e inclusione.

I principali elementi di miglioramento presenti nella relazione sono: il richiamo a maggiore diffusione di informazioni più dettagliate sull'esistenza e le regole per l'utilizzo dello strumento; la richiesta di utilizzo degli *Europe Direct* (o uffici appositi) per offrire sostegno ed orientamenti ai promotori, soprattutto in riferimento a linee guida ed indicazioni per l'identificazione della base giuridica. In seguito a quanto scritto sopra voto favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe hace referencia a la próxima revisión del Reglamento (UE) n.º 211/2011 sobre la iniciativa ciudadana europea y a las conclusiones extraídas por la Comisión Europea en un documento publicado recientemente. Nuestra postura es que la implementación de la iniciativa ciudadana europea ha sido un fracaso absoluto; de hecho, de cincuenta y una propuestas registradas, solo tres han sido capaces de cumplir los requisitos, a menudo por las numerosas trabas administrativas durante el proceso de recogida de firmas, que llevan en ocasiones a denunciar a la propia Comisión ante los tribunales.

Por si fuera poco, la Comisión Europea no está obligada a iniciar ninguna propuesta de modificación legislativa, así que la efectividad de las mismas es mínima. Frente a esta situación, el informe final no es nada crítico con los procedimientos regulados para esta herramienta participativa; además, propone que se limite el contenido de la iniciativa ciudadana europea si no se adecúa a las competencias de la Unión y, sobre todo, que la Comisión haga una propuesta legislativa solo si tiene un dictamen positivo publicado por ella misma.

Por estas razones, y dado el escaso contenido propositivo del informe para consolidar política y jurídicamente las iniciativas ciudadanas europeas, he votado en contra del mismo.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Polgári Kezdeményezés (EPK) az uniós közvetlen részvételi demokrácia első eszköze, a Lisszaboni Szerződés foglalja magában. Az EPK, közismertebb rövidítése az angol nevéből az ECI, működését egy rendelet szabályozza, amelynek hatályba lépésétől eltelt első három év tanulságait számba véve készítette a Parlament jelentést.

A parlamenti jelentéshez a Petíciós Bizottságban készült vélemény néppárti felelőseként olyan javaslatokat készítettem, amelyek a gyakorlatban megmutatkozó korlátokat próbálják kiküszöbölni. Az eszköz létezik, de el kell ismerni, hogy egyelőre több kiábrándultságot, mint eredményt hozott az Unió tevékenységében aktívan részt venni kívánó uniós polgárok számára.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Egyszerűsítésre szorulnak többek között a technikai, adatigénylési részei a rendeletnek, továbbá az intézmények közötti egyensúly biztosítása érdekében a Parlament folyamatos tájékoztatása a Bizottság részéről a beérkezett polgári kezdeményezéseket illetően szintén javíthat az eszköz tényleges működésén. Az egyik legfontosabb dolog és felhívás az Európai Bizottság felé a rendelet felülvizsgálatát előkészítendő, hogy az uniós polgárok minél egyszerűbben, de több helyütt és több nyelven, tehát lehetőleg saját anyanyelvükön férhessenek hozzá a polgári kezdeményezésről szóló tájékoztatáshoz.

Az Európai Polgári Kezdeményezés létrehozása politikai döntés volt, annak valós életre hívásához és működéséhez hasonlóképpen erős politikai akaratra van szükség, ezért támogattam szavazatommal a Schöpflin-jelentést.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I voted in favour of this report, which focuses on the European Citizen's initiative (ECI) and on ways how to improve the ECI. The ECI is a tool that has been of major interest to the European Parliament as it gives an opportunity for European citizens to collect signatures and propose an action or law to be taken on by the EU. However, there were only three successful initiatives so far and there is a steady decline in the use of the ECI. I strongly believe in a closer relationship between the EU and its citizens, hence I voted in favour of this report.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Inițiativa cetățenească reprezintă un mijloc esențial de stabilire a unei legături între cetățenii Europei și instituțiile Uniunii și un instrument eficient de participare democratică, pentru că ea contribuie la formularea unor aspirații ale cetățenilor cu scopul solicitării unei acțiuni din partea UE.

Pentru ca cetățenii să poată contribui la exercitarea prerogativelor legislative ale Uniunii și să fie implicați în mod direct în inițierea de propuneri legislative este necesar ca ei să cunoască acest instrument. Este și motivul pentru care susțin propunerea raportorului privind organizarea unor campanii de informare și promovare.

Consider, totodată, esențial sprijinul mass-media și folosirea tuturor canalele de comunicare publice pentru a sensibiliza publicul în privința inițiativelor cetățenești, pentru a lua măsurile necesare asigurării transparenței acestora și facilitării comunicării cu privire la inițiativele actuale, de exemplu, prin crearea unor aplicații care pun la dispoziție informații, trimit notificări și oferă posibilitatea semnării online.

Nu trebuie uitat totodată că angajamentul civic al tineretului este fundamental pentru viitorul tuturor democrațiilor și trebuie să folosim experiențele naționale ale inițiativelor cetățenești care sunt adevărate modele de reușită.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport évalue la mise en œuvre de la législation européenne sur l'initiative citoyenne européenne. L'initiative citoyenne européenne est un outil de démocratie participative de l'Union européenne, permettant à un million de citoyens européens résidant dans au moins un quart des États membres de l'Union d'inviter la Commission à présenter une proposition d'acte législatif qu'ils jugent nécessaire et dans la limite des compétences de l'Union européenne. Depuis l'entrée en vigueur de la législation en 2011 qui fixe les procédures et les conditions applicables, de nombreuses plaintes ont été formulées par les citoyens. Afin de faciliter l'utilisation de cet instrument, le Parlement européen appelle à une simplification des règles de collecte des signatures et à offrir une assistance aux citoyens qui soulèvent un sujet ne relevant pas de la compétence de l'initiative citoyenne. Le Parlement demande également à la Commission européenne de formuler une proposition législative dans les douze mois. Considérant que ce rapport vise à renforcer le lien entre les citoyens et les institutions de l'Union, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – The resolution as a whole contains numerous calls for legislation and expenditure by the EU and makes a series of bogus claims that the European Citizens' Initiative is a significant and effective means of participation by the citizens of Member States in democracy and the legislative processes of the EU.

Philippe De Backer (ALDE), schriftelijk. – Het burgerinitiatief is een goed instrument om de burger meer te betrekken bij de Europese beleidsvoering. In deze resolutie wordt dat erkend en worden een aantal aanpassingen voorgesteld om dit instrument te verbeteren. Zo kan het verzamelen van de handtekeningen vereenvoudigd worden, kan aan het initiatief meer zichtbaarheid gegeven worden, en dient de informatieverstrekking aan de organisatoren verbeterd te worden.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Marielle de Sarnez (ALDE), par écrit. – Créée il y a trois ans, l'initiative citoyenne européenne (ICE) permet aux citoyens européens de se saisir de grands sujets européens et de demander à la Commission européenne de légiférer. Pour être recevable, l'initiative doit être soutenue par au moins un million d'Européens issus d'au moins un quart des États membres, soit de sept pays différents.

Il était judicieux de dresser un premier état des lieux du fonctionnement de l'initiative et de proposer plusieurs pistes d'amélioration. Jusqu'à présent, sur 51 demandes d'enregistrement d'une initiative présentées, seules trois ont été jugées recevables («L'eau, un droit humain», «L'un de nous» et «Stop vivisection»).

Les citoyens européens devraient pouvoir proposer plus facilement des initiatives sur tous les sujets couverts par les traités de l'Union européenne. C'est pourquoi la Commission européenne doit améliorer le site internet multilingue dédié aux ICE et prévoir un guichet unique, dans toutes les langues officielles de l'Union, sur les droits et obligations des organisateurs d'ICE et sur les procédures administratives applicables dans le cadre de la procédure d'ICE.

Angélique Delahaye (PPE), par écrit. – L'initiative citoyenne européenne (ICE) est le premier outil de démocratie participative permettant aux citoyens de l'Union européenne le droit, s'ils réunissent au moins un million de signatures représentant au minimum un quart des États de l'Union, d'inviter la Commission à présenter une proposition législative sur le sujet de leur choix. Cela est une avancée considérable pour le droit politique des citoyens et je m'en félicite. C'est pourquoi j'ai voté pour le Rapport SCHÖPFLIN sur l'initiative citoyenne européenne. À travers ce vote nous accentuons la communication autour de l'ICE, nous renforçons la transmission et la collecte d'informations aux organisateurs.

Andor Deli (PPE), írásban. – Az elmúlt három év alatt, amióta az Európai Polgári Kezdeményezés a Lisszaboni Szerződés értelmében új intézményként létrejött, átütő sikerrel nem büszkélkedhet: 51 kezdeményezésből összesen három teljesítette az elvárásokat – 7 tagállamból 1 millió támogató aláírás összegyűjtését.

A Schöpflin-jelentés ennek az eljárási kudarcnak az okait tárja fel és nyújt javaslatokat, többek között az eszköz jobb kommunikációjával, felhasználóbarátabb felületek létrehozásával, egyszerűbb adatigényléssel, költségvetési támogatással, közvetlen tanácsadással, és a digitális állampolgári részvétel elősegítésével, megkönnyítve több millió állampolgár részvételét egy EU-s szintű kezdeményezésben egy EU-s digitális állampolgárság kialakításával.

A jelentéstevő hangsúlyozza a kezdeményezés szélesebb körben való tudatos megismertetését, hiszen ez az eszköz az állampolgárokat hivatott közvetlenül bekapcsolni az európai intézményi döntéshozatalba. A jelentés ezt a kapcsolódást szeretné megerősíteni. A jelentéssel egyetértve felszólítottam a Bizottságot az eddigi eljárási szabályzat felülvizsgálatára.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – Az elmúlt három év alatt, amióta az Európai Polgári Kezdeményezés a Lisszaboni Szerződés értelmében új intézményként létrejött, átütő sikerrel nem büszkélkedhet: 51 kezdeményezésből összesen három teljesítette az elvárásokat – 7 tagállamból 1 millió támogató aláírás összegyűjtését.

A Schöpflin-jelentés ennek az eljárási kudarcnak az okait tárja fel és nyújt javaslatokat, többek között az eszköz jobb kommunikációjával, felhasználóbarátabb felületek létrehozásával, egyszerűbb adatigényléssel, költségvetési támogatással, közvetlen tanácsadással, és a digitális állampolgári részvétel elősegítésével, megkönnyítve több millió állampolgár részvételét egy EU-s szintű kezdeményezésben egy EU-s digitális állampolgárság kialakításával.

A jelentéstevő hangsúlyozza a kezdeményezés szélesebb körben való tudatos megismertetését, hiszen ez az eszköz az állampolgárokat hivatott közvetlenül bekapcsolni az európai intézményi döntéshozatalba. A jelentés ezt a kapcsolódást szeretné megerősíteni. A jelentéssel egyetértve felszólítottam a Bizottságot az eddigi eljárási szabályzat felülvizsgálatára.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Ce rapport concernait le processus d'initiative citoyenne, en l'occurrence sur la protection des données personnelles.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

En recommandant un plus grand sérieux dans le domaine de la protection des données personnelles, tout en appelant à une meilleure implication des députés dans les initiatives citoyennes, ce rapport va dans le bon sens.

Il est en effet primordial de permettre aux initiatives citoyennes d'avoir un véritable impact sur les décisions législatives de l'Union européenne. Attachée à la liberté d'expression et à ce qu'elle ait une influence concrète, j'ai voté pour ce rapport.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Η παρούσα έκθεση αφορά στη δημιουργία ενός μέσου διεθνικής συμμετοχικής δημοκρατίας που επιτρέπει στους πολίτες την άμεση συμμετοχή στα θεσμικά όργανα της ΕΕ.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Az elmúlt három év alatt, amióta az Európai Polgári Kezdeményezés a Lisszaboni Szerződés értelmében új intézményként létrejött, átütő sikerrel nem büszkélkedhet: 51 kezdeményezésből összesen három teljesítette az elvárásokat – 7 tagállamból 1 millió támogató aláírás összegyűjtését.

A Schöpflin-jelentés ennek az eljárási kudarcnak az okait tárja fel és nyújt javaslatokat, többek között az eszköz jobb kommunikációjával, felhasználóbarátabb felületek létrehozásával, egyszerűbb adatigényléssel, költségvetési támogatással, közvetlen tanácsadással, és a digitális állampolgári részvétel elősegítésével, megkönnyítve több millió állampolgár részvételét egy EU-s szintű kezdeményezésben egy EU-s digitális állampolgárság kialakításával.

A jelentéstevő hangsúlyozza a kezdeményezés szélesebb körben való tudatos megismertetését, hiszen ez az eszköz az állampolgárokat hivatott közvetlenül bekapcsolni az európai intézményi döntéshozatalba. A jelentés ezt a kapcsolódást szeretné megerősíteni. A jelentéssel egyetértve felszólítottam a Bizottságot az eddigi eljárási szabályzat felülvizsgálatára.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – The resolution as a whole contains numerous calls for legislation and expenditure by the EU and makes a series of bogus claims that the European Citizens' Initiative is a significant and effective means of participation by the citizens of Member States in democracy and the legislative processes of the EU.

Eleonora Evi (EFDD), per iscritto. – Una proposta di revisione del regolamento 211/2011 viene introdotta da questa relazione che definisce l'ICE, l'iniziativa dei cittadini europei. L'ICE è l'unico vero strumento di democrazia diretta che è stato introdotto dal trattato di Lisbona; essa consiste nell'elaborazione di una proposta legislativa che, se supportata da un milione di firme, può diventare una iniziativa legislativa della Commissione. Gli svariati problemi dell'ICE si sono palesati negli anni, tant'è che il numero di iniziative ha visto un costante declino a fronte delle uniche tre iniziative di successo (*Stop vivisection*, *Right2Water* e *One of us*) ma che hanno ricevuto, purtroppo, una risposta assolutamente inaccettabile da parte della Commissione - basti pensare che alcuni promotori delle ECI hanno fatto causa alla Commissione, presso la Corte di giustizia europea, per le deludenti risposte fornite. Ma non disperiamo, la relazione del Parlamento mira proprio a contribuire alla revisione dell'ECI, in modo tale che essa possa diventare quello che ora non è: un efficace strumento di democrazia diretta. Puntiamo quindi attraverso questa relazione, a una riforma dell'ECI che miri a rimuovere gli ostacoli, siano essi di natura tecnico/burocratica o politici. Ho votato a favore.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – A iniciativa de cidadania europeia foi concebida como um instrumento para dar aos cidadãos europeus a oportunidade de participar no lançamento de iniciativas legislativas. É evidente que quaisquer que sejam os critérios de êxito, até agora este ainda não surgiu, uma vez que ainda não houve uma única iniciativa que tenha dado origem a legislação. O relatório da Comissão regista 51 iniciativas.

O objetivo do presente relatório consiste em procurar melhorar o funcionamento da iniciativa de cidadania europeia, a fim de a tornar mais convívil, eliminando alguns dos obstáculos que se têm revelado geradores de dificuldades para os organizadores de iniciativas de cidadania europeia.

Laura Ferrara (EFDD), per iscritto. – L'Europa spesso ha la tendenza a chiudersi nei Palazzi. Questo lascia trasparire un certo spregio nei confronti degli strumenti del dibattito democratico e del confronto, sulle questioni fondamentali per i suoi cittadini. L'Unione europea dispone di uno strumento, l'Iniziativa dei cittadini europei (ICE), che però si è rivelato costoso, burocratico e frustrante sia per i promotori dell'iniziativa che per chi la sottoscrive. La risoluzione del Parlamento europeo sull'iniziativa dei cittadini europei (ICE) mira a sollecitare una revisione del regolamento 211/2011 che disciplina, appunto, il principale strumento di democrazia diretta, introdotto dal trattato di Lisbona.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

È necessario che l'ICE diventi uno strumento realmente utile ed efficace. Per questo occorrerebbe semplificare le procedure burocratiche, eliminare ogni possibile situazione di conflitto di interessi della Commissione che, oltre ad effettuare il controllo legale di ammissibilità delle ICE, decide anche se darvi seguito o meno, e infine bisogna uniformare il sistema di raccolta delle firme nei diversi Stati membri. In definitiva si tratta comunque di un piccolo passo in avanti per il rafforzamento di uno strumento di partecipazione diretta dei cittadini nel processo di formazione delle leggi, che non possiamo fare a meno di apprezzare.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Seis anos decorridos sobre a sua instituição formal, no Tratado de Lisboa, é evidente o descrédito em que caiu este instrumento, dito de democracia participativa. O assumido propósito deste relatório é contribuir para reabilitar a «Iniciativa de Cidadania Europeia». Objetivo este que repudiamos.

A vida veio a dar razão ao que afirmámos aquando da aprovação do Tratado de Lisboa. Esta Iniciativa visou, desde o início, – e a propaganda que a acompanhou atesta-o – dar ao Tratado a aparência do que não é nem nunca foi: algo conforme com a democracia, com a vontade e a participação dos povos.

A chamada Iniciativa Europeia de Cidadãos constituiu uma tentativa (evidentemente frustrada) de legitimação de todo um edifício estruturalmente antidemocrático.

Não esqueçamos que o Tratado que consagra esta iniciativa fugiu ostensivamente ao escrutínio dos povos através de referendos. Foi aprovado e ratificado nas costas dos cidadãos cuja participação diz querer acolher.

O relatório – que obviamente rejeitamos – contém ainda assim alguns elementos interessantes, porque elucidativos. Em mais de meia centena de tentativas, apenas três lograram cumprir os rígidos parâmetros definidos para tornar aceitável esta «participação cidadã». E mesmo nestes casos, depois do esforço e dos recursos despendidos, as iniciativas não tiveram qualquer sequência – caso da iniciativa em defesa da água pública.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska iniciatíva občanov predstavuje nástroj, ktorým sa Európsky parlament zaoberal už v skorom období svojho vývoja. Je veľká škoda, že využívanie tohto inštitútu sa z roka na rok znižuje zo strany obyvateľov Európskej únie vzhľadom na to, že v roku 2012 bolo zaregistrovaných ešte 16 takýchto iniciatív, v roku 2015 je to zatiaľ iba jedna. Občania a organizátori iniciatív občanov sa stretávajú najčastejšie s prekážkami a chýbajúcou podporou a informovanosťou spoločnosti. Závažným problémom zostávajú aj rozdielne podmienky a formy pri podpisovaní iniciatív v rôznych členských štátoch Európskej únie.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η παρούσα έκθεση αφορά στη δημιουργία ενός μέσου διεθνικής συμμετοχικής δημοκρατίας που επιτρέπει στους πολίτες την άμεση συμμετοχή στα θεσμικά όργανα της ΕΕ, γι' αυτό και η ψήφος μου είναι θετική σχετικά με την Ευρωπαϊκή Πρωτοβουλία Πολιτών.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I abstained on this initiative as I have concerns that this is a duplication of resources. I believe that the individual EU offices in Member States are able to function in the same manner as the proposed 'Citizens' Initiative Offices'

Whilst welcoming citizens' participation in the democratic process, I am concerned that this will only extend the EU budget further.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The European Citizens' Initiative (ECI) is a unique and innovative agenda-setting tool for participatory democracy in the European Union, allowing citizens to play an active part in projects and processes that affect them. Citizens should be able to participate actively in the further development of the European integration process.

I therefore strongly support the implementation of the ECI, which will make it possible to ask the Commission to submit a proposal on matters on which citizens consider that a legislative act is necessary to implement the treaties – one of EU's priority objectives being to strengthen the democratic legitimacy of its institutions.

Action of this kind should be encouraged and supported by all available means, and deficits in this respect need to be tackled in order to make the ECI as effective as possible.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Idikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A jelentés fő célja az európai polgári kezdeményezés működésének javítása annak érdekében, hogy felhasználóbarátabbá váljon, és kiküszöböljön néhány olyan akadályt, amelyről már bebizonyosodott, hogy nehézségeket okoz az európai polgári kezdeményezés szervezőinek.

El kell ismerni, hogy e problémák egy része nem volt előre látható, de az elmúlt három év tapasztalatai lehetőséget kínálnak az innovációra. A Bizottság 2016-ban valószínűleg hozzálát az európai polgári kezdeményezés teljes körű felülvizsgálatához, és a Parlamentnek az eszközről kialakított álláspontja elsősorban oly módon lesz meghatározó, hogy alulról fölfelé fogja továbbítani azok véleményét, akik ki akarták használni az európai polgári kezdeményezés lehetőségét. Üdvözlöm a különböző európai polgári kezdeményezések meghallgatásai során történő következetes, tisztességes és egyenlő bánásmód biztosítását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor con la finalidad de mejorar el funcionamiento de la iniciativa para hacerla más fácil de usar y eliminar algunos de los obstáculos que han planteado dificultades a sus organizadores.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione del collega Schöpflin sull'iniziativa dei cittadini europei perché considero l'ICE come il primo vero strumento di democrazia partecipativa, che permette ai nostri cittadini di prendere l'iniziativa politica avvicinandosi all'Europa e alle sue istituzioni. Il calo del numero di ICE presentate negli ultimi anni deve farci riflettere sulle azioni necessarie per il rilancio di questo istituto, che dev'essere meglio comunicato ai cittadini e notevolmente semplificato.

Condivido quindi la richiesta alla Commissione di favorire al massimo, a livello UE e nazionale, la conoscenza di questo diritto e di semplificare le procedure di raccolta delle firme in modo da non ostacolarne l'esercizio, con requisiti comuni nei vari Stati membri e una maggiore assistenza da parte della Commissione ai soggetti promotori. Data l'importanza del coinvolgimento dei giovani nella democrazia europea, sono d'accordo nell'abbassare a 16 anni l'età di partecipazione a una ICE e condivido il richiamo al miglioramento del software usato dalla Commissione per la raccolta delle firme. Infine ritengo indispensabile per il futuro di questo strumento che, nel caso di esito positivo, all'ICE faccia seguito un atto giuridico, e condivido perciò la proposta di un termine d'azione di 12 mesi da parte della Commissione.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht über die europäische Bürgerinitiative gestimmt, da ich Elemente der direkten Bürgerbeteiligung in einem modernen, besseren Europa für sehr wichtig halte. Wir müssen die Europäische Bürgerinitiative mutig weiterentwickeln – am besten zu einem echten europäischen Volksbegehren.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Europejska inicjatywa obywatelska (ECI) została stworzona w celu umożliwienia obywatelom Unii udziału w podejmowaniu inicjatyw ustawodawczych oraz wpływu na politykę i prawodawstwo unijne. W swym zamierzeniu ECI miała służyć zwiększeniu mobilizacji społecznej oraz wzmocnieniu poczucia obywatelstwa europejskiego.

W ciągu pierwszych trzech lat funkcjonowania instrumentu wpłynęło 51 wniosków o uruchomienie inicjatyw, z poparciem ponad sześciu milionów obywateli UE. Jedynie trzy wnioski uznano za dopuszczalne. Żaden jak dotąd nie zaowocował wprowadzeniem nowego prawodawstwa. Inicjatywa nie spełniła oczekiwań obywateli, pozostaje zatem wiele do zrobienia, aby w pełni wykorzystać jej potencjał. Głównym celem omawianego raportu jest poprawa funkcjonowania ECI, przekształcenie jej formy na bardziej przyjazną oraz wyeliminowanie przeszkód utrudniających organizatorom jej podejmowanie. Warto wyciągnąć wnioski z faktu, iż sześciu organizatorów ECI, odpowiadających za 30% wszystkich odrzuconych propozycji, wniosło sprawę przeciwko KE do Europejskiego Trybunału Sprawiedliwości. Ponadto liczba napływających obecnie wniosków spada.

Inicjatywa powinna służyć angażowaniu społeczeństwa i promowaniu dialogu między obywatelami a instytucjami. Należy poprzez ten instrument zachęcać jak największą liczbę obywateli Wspólnoty do udziału w dalszym rozwijaniu procesu integracji europejskiej.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die aktuellen Zugangshürden für erfolgreiche europäische Bürgerinitiativen sind noch immer zu hoch. Auch eine ausreichende, benutzerfreundliche Ausgestaltung fehlt. Hier ist es Aufgabe der Politik, diese Hürden sinnvoll abzubauen. Dies haben wir mit dem vorliegenden Bericht vor und deshalb habe ich zugestimmt.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Neena Gill (S&D), in writing. – It is vital that we foster involvement of European citizens in European decision-making to the largest extent possible. Therefore it is important that the implementation of the European Citizens' Initiative is improved and associated logistical and practical problems are addressed. We need to ensure that the ECI is a user-friendly tool that is easily accessible to all citizens who want to increase their engagement with the EU.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), in writing. – The European Citizens' Initiative is a concrete example of participatory democracy in the European Union. It allows citizens closer proximity to the EU by enabling them to invite the Commission to submit a proposal for a legal act which they believe is necessary in order to implement the EU Treaties.

However, we need to ensure that this initiative is used correctly and that citizens have the proper means of using it. Overall, I voted in favour of the report.

Bruno Gollnisch (NI), par écrit. – Le rapport Schöpflin achève de me convaincre que l'initiative citoyenne européenne (ICE) est une pure opération de communication démagogique.

L'ICE ne souffre pas seulement de problèmes d'organisation. Elle a un vice de conception, comme nous l'avions dénoncé dès la campagne sur la Constitution européenne, devenue traité de Lisbonne. Elle ne permet que de demander à la Commission d'agir, pas de ne pas agir. Par exemple, on ne peut pétitionner valablement pour demander à la Commission d'arrêter les négociations d'adhésion de la Turquie ou les négociations du traité transatlantique, pas plus que pour lui demander d'en finir avec la libéralisation des services publics, toujours moins au service du public. Elle ne donne aucune obligation de suivi à la Commission, ni même d'obligation de justifier le sort qu'elle réserve à ces initiatives.

Et quel sort! Sur 51 demandes d'enregistrement d'ICE, seules trois ont été jugées recevables. Un tiers des refus fait l'objet d'un recours de leurs organisateurs devant la Cour de Justice. Les trois rescapées ne recevront aucune suite digne de ce nom.

Le mois dernier, le rapport Boyle s'inquiétait du mépris affiché par la Commission dans ce domaine. Normal: l'ICE n'a pas pour but d'être opérationnelle. Elle n'est que de la poudre aux yeux.

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. – Nos hemos abstenido en la votación de este informe. Entendemos que las iniciativas ciudadanas europeas son el mecanismo más cercano para la ciudadanía a la hora de plantear proyectos a la Unión; entendemos igualmente que es necesario mejorar los mecanismos por los cuales estas iniciativas pueden llevarse a cabo; entendemos asimismo que, sin una mejora de las iniciativas ciudadanas europeas, la Unión seguirá siendo percibida como una entidad extraña y distante. Por ello, hay que mejorar, en el espíritu y en la letra, el funcionamiento de las mismas; entendemos que, al haberse aprobado determinadas enmiendas, este informe pierde la fuerza que queríamos para el mismo, y por ello nos hemos abstenido.

Theresa Griffin (S&D), in writing. – I, alongside my colleagues in the S&D group, voted in favour of this report. The report seeks to address the problems of the poor implementation of the European Citizens' Initiative and the logistical and practical problems associated. The ECI could be a great tool to get citizens more involved in the democratic process, yet it has fallen short of this promise so far. With only three ECIs reaching the target for consideration by the Commission, it is clear that the ECI needs to be more user-friendly and that many of the obstacles need to be eliminated before it can become a useful instrument.

Sylvie Guillaume (S&D), par écrit. – L'initiative citoyenne européenne permet en théorie à un million de citoyens issus d'au moins sept États membres de demander à la Commission européenne d'agir sur un sujet particulier. C'est un outil démocratique donnant aux citoyens la possibilité d'influencer la stratégie européenne sur des questions concrètes. Elle introduit donc une nouvelle forme d'action et d'émulation citoyenne en Europe. Toutefois, bien que l'ICE soit un instrument innovant, elle fait face à de nombreuses limites que le rapport de M. Schöpflin avait l'ambition de rectifier afin d'en exploiter tout son potentiel. Pour preuve: les ICE n'ont jusqu'ici jamais été transformées en législation. Le Parlement a d'ailleurs adopté une résolution début septembre pressant la Commission à répondre aux demandes de la première ICE concernant le droit à une eau de qualité.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

J'ai donc soutenu ce rapport qui vise à améliorer le fonctionnement des ICE et ainsi, à les encourager. La Commission doit répondre aux demandes des citoyens de façon plus flexible et plus transparente. Enfin, ce texte permettra également, je l'espère, de lutter contre l'idée d'une Europe trop éloignée de ses citoyens, même quand elle leur propose des outils pour s'impliquer.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – My vote was decided by the fact that there are significant deficits which need to be tackled and resolved in order to make the European Citizens' Initiative more effective. The Citizens' Initiative is an exceptional opportunity for citizens to identify and articulate their aspirations and to ask for EU action, and it must be encouraged and supported by all available means.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az elmúlt három év alatt, amióta az Európai Polgári Kezdeményezés a Lisszaboni Szerződés értelmében új intézményként létrejött, átütő sikerrel nem büszkélkedhet: 51 kezdeményezésből összesen három teljesítette az elvárásokat – 7 tagállamból 1 millió támogató aláírás összegyűjtését.

A Schöpflin-jelentés ennek az eljárási kudarcnak az okait tárja fel és tesz új javaslatokat, mint például jobb kommunikáció, felhasználóbarátabb felületek létrehozása, egyszerűbb adatigénylés, költségvetési támogatás, közvetlen tanácsadás, és a digitális állampolgári részvétel elősegítése. Ezen az eszközökön keresztül megkönnyíthető több millió állampolgár részvétele az EU-s szintű kezdeményezésben.

A jelentéstevő hangsúlyozza a kezdeményezés szélesebb körben való tudatos megismertetését, hiszen az Európai Polgári Kezdeményezés hivatott az állampolgárokat közvetlenül bekapcsolni az európai intézményi döntéshozatalba. A jelentés ezt a kapcsolódást szeretné megerősíteni. A jelentéssel egyetértve felszólítottam a Bizottságot az eddigi eljárási szabályzat felülvizsgálatára.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I was in favour of this report because the ECI is an important instrument of participatory democracy in the European Union. As a result of this measure, one million EU citizens residing in at least one quarter of the Member States can invite the Commission to submit a proposal for a legal act which they consider to be required in order to implement the EU treaties. This is a vital tool which encourages civic participation within the European Union.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Seit der Einführung der Europäischen Bürgerinitiative im April 2012 haben nur drei der einundfünfzig Initiativen, die gestartet wurden, die notwendige Anzahl an Unterschriften erreicht. Allerdings hat keine von ihnen zu gesetzlich verbindlichen Maßnahmen geführt. Das Projekt bringt in seiner jetzigen Form zahlreiche Hindernisse für die Bürgerinnen und Bürger mit sich. Daher schlägt der Bericht mehrere Schritte vor, um Bürger auf die Initiative aufmerksam und den Vorgang benutzerfreundlicher zu machen. Er fordert auch die Europäische Kommission dazu auf, schneller zu reagieren. Um den Nutzen dieser Initiative zu erhöhen, ist es wichtig, dass dieser Prozess so transparent und benutzerfreundlich wie möglich ist. ALFA hat die direkte Demokratie immer unterstützt. Die Bürger müssen mitreden können und die Chance haben, EU-Gesetzgebung zu beeinflussen. Daher habe ich für diesen Bericht gestimmt.

Im Übrigen – und das ist mein ceterum censeo – bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az elmúlt három év alatt, amióta az Európai Polgári Kezdeményezés a Lisszaboni Szerződés értelmében új intézményként létrejött, átütő sikerrel nem büszkélkedhet: 51 kezdeményezésből összesen három teljesítette az elvárásokat – 7 tagállamból 1 millió támogató aláírás összegyűjtését.

A Schöpflin-jelentés ennek az eljárási kudarcnak az okait tárja fel és nyújt javaslatokat. Többek között az eszköz jobb kommunikációjával, felhasználóbarátabb felületek létrehozásával, egyszerűbb adatigényléssel, költségvetési támogatással, közvetlen tanácsadással, és a digitális állampolgári részvétel elősegítésével, megkönnyítve több millió állampolgár részvételét egy EU-s szintű kezdeményezésben egy ún. EU-s digitális állampolgárság kialakításával.

A jelentéstevő hangsúlyozza a kezdeményezés szélesebb körben való tudatos megismertetését, hiszen ez az eszköz az állampolgárokat hivatott közvetlenül bekapcsolni az európai intézményi döntéshozatalba. A dokumentum ezt a kapcsolódást szeretné megerősíteni. A jelentéssel egyetértve felszólítottam a Bizottságot az eddigi eljárási szabályzat felülvizsgálatára.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za izvješće o europskoj građanskoj inicijativi, jer smatram da je takav instrument participativne demokracije iznimno važan za aktivno komuniciranje i povezivanje građana s institucijama EU-a te njihovo sudjelovanje u oblikovanju politika i zakonodavstva. Kako je ovo prvi takav transnacionalni instrument, još uvijek postoje mnogi nedostaci, jer građani nedovoljno poznaju spomenuti alat, zbog čega bi EU svakako trebala više raditi na njegovu promicanju i vizibilnosti kroz medije i druge javne komunikacijske kanale.

Podizanje razine osviještenosti o građanskoj inicijativi trebalo bi se odvijati i na nacionalnoj i lokalnoj razini na način da Komisija potiče i podupire izabrane predstavnike koji bi građane bolje upoznali sa spomenutim alatom, a posebno mlade, čiji je angažman i te kako poželjan. Smatram da je ovaj alat odličan, no potrebno ga je približiti i razjasniti korisnicima, te svakako izgraditi povjerenje građana u taj instrument i stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Le rapport sur l'initiative citoyenne européenne (ICE) vise à réformer sa procédure.

Depuis sa mise en place, l'ICE permet aux citoyens des États membres de saisir la Commission sur un sujet qui leur tient à cœur et de se faire entendre. À ce jour, seules trois pétitions ont abouti sur les cinquante-et-une qui ont été lancées.

Parmi les trois qui avaient été jugées recevables figure l'initiative «L'un de nous», qui demandait l'arrêt de tout financement par l'Union européenne des «activités de recherche qui détruisent des embryons humains». La Commission, qui possède un droit de veto quant à la recevabilité de ces initiatives, avait finalement rejeté cette initiative en mai 2014. Cette ICE avait pourtant obtenu plus de 1,7 millions de signatures!

Ainsi, la Commission est à la fois juge et partie, et est autorisée à rendre des avis politiques alors que son rôle devrait se borner à émettre un avis purement technique et formel.

J'ai voté pour.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Gyorgy Schopflin sur l'initiative citoyenne européenne (ICE). Cette initiative introduite par le traité de Lisbonne permet aux citoyens de porter devant le législateur européen des sujets qui leurs sont chers et d'amener la Commission européenne à se prononcer sur le sujet, sous réserve qu'il soit dans ses compétences. Les premières ICE étant arrivées à leur terme, ce rapport vise à tirer les enseignements de ces premières expériences en évaluer la pratique et en proposant des solutions aux difficultés rencontrées dans la mise en oeuvre de ce système.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *in writing.* – Up until now, 29 initiatives out of 49 submissions have gone through the process of registration and only three of them have reached the one million signature threshold. Only the ECI Right2Water received a positive – although vague – communication from the European Commission. None of the successful ECIs has led to legislative follow-up.

Upfront the participation crisis of the EU, the Schopflin report aiming to modify the ECIs obtained a large consensus in the AFCD Committee, including some innovative proposals that went beyond the existing Regulation 211/2011 on ECI. Indeed, the report very well underlined the deceptive results of a number of the admitted initiatives and the limits of the overwhelming powers of the EC in assessing the eligibility of such initiative. Moreover, it noted that the ECI should be more user-friendly, transparent and procedures less complex, and recommended to extend the age of submitters from 18 to 16 irrespective to the right to vote in national or European elections.

However, AM4 (which transforms the ECI into a bow without arrows and urges the EC to start preparing a legal act on successful ECIs only after issuing a positive opinion) passed today before the final vote (EH Bildu has voted against), and hence our final vote is been abstention.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit.* – Le rapport sur l'initiative européenne vise à améliorer cet outil de démocratie participative qui a mobilisé plus de six millions de citoyens depuis 2012. Malheureusement, l'Initiative Européenne est un outil complexe, entravé par de nombreuses difficultés d'ordre pratique. Il était donc nécessaire d'y apporter quelques améliorations.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für diesen Bericht, da die darin enthaltenen Vorschläge eine deutliche Verbesserung der derzeitigen Rechtslage für die Europäische Bürgerinitiative darstellen. Die EBI ist ein Instrument, welches durch den Vertrag von Lissabon erstmals eingeführt wurde, um den Bürgern die direkte politische Teilhabe zu ermöglichen. Nationale Angelegenheiten und Anliegen können dadurch auf europäischer Ebene behandelt werden, da die Bürger bewirken können, dass sich die Europäische Kommission mit einem bestimmten Thema befasst.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. The European Citizens' Initiative is to become an efficient tool for millions of EU citizens to participate in shaping EU politics. From an enthusiastic start, it had a bumpy road towards practical implementation. A multitude of initiators and signatories of different initiatives have complained about bureaucratic burdens and non-friendly user procedures. This is what this report aims to improve.

Firstly, the citizens' initiative procedure has to provide timely and continuous information so that possible hurdles and non-compliance can be prevented. The Europe Direct Contact Centre has to be prepared and ready to answer questions at every stage of preparing for a launch of an initiative. The one-stop online shop should also be providing support for preparation of citizens initiatives and help in guiding activists through the initiation process; it should assist with translation, technical, legal and other information and aid. Data collection must be harmonized, so that it becomes easier to actually collect signatures. Secondly, the online signatory system is not working properly. Signing online should become simple and yet safe; it should be possible to link the signing page with social media and web campaigns.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the report, as it seeks to address the poor implementation of the European Citizens' Initiative (ECI) and the associated logistical and practical problems. The ECI could be a great tool to get citizens more involved in the democratic process, yet it has hitherto fallen short of its promise. With only three citizens' initiatives reaching the target for consideration by the Commission, it is clear that the ECI needs to be more user-friendly and many obstacles need to be eliminated before it can become a useful instrument.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Seit der Einführung der Europäischen Bürgerinitiative im April 2012 haben nur drei der einundfünfzig Initiativen, die lanciert wurden, die notwendige Anzahl an Unterschriften erreicht. Allerdings hat keine dieser Initiativen bislang zu gesetzlich verbindlichen Maßnahmen geführt. Das Projekt bringt in seiner jetzigen Form zahlreiche Hindernisse für die Bürgerinnen und Bürger mit sich. Daher schlägt der Bericht mehrere Schritte vor, um Bürger auf die Initiative aufmerksam und den Vorgang benutzerfreundlicher zu machen. Er fordert auch die Europäische Kommission dazu auf, schneller zu reagieren. Um den Nutzen dieser Initiative zu erhöhen, ist es wichtig, dass dieser Prozess so transparent und benutzerfreundlich wie möglich ist. ALFA hat die direkte Demokratie immer unterstützt. Die Bürger müssen mitreden können und die Chance haben, EU-Gesetzgebung zu beeinflussen. Daher habe ich für diesen Bericht gestimmt.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo. L'iniziativa dei cittadini europei (ICE) è una misura che consente a un milione di cittadini europei, residenti in almeno un quarto degli Stati membri, di esercitare un vero e proprio diritto di iniziativa e quindi di invitare la Commissione europea a presentare una proposta di atto giuridico. La presente relazione nasce nell'intento di migliorare il funzionamento dell'ICE, semplificarne l'impiego ed eliminare alcuni degli ostacoli che risultano creare difficoltà agli organizzatori delle ICE.

Gabrielius Landsbergis (PPE), *in writing*. — The European Citizens' Initiative (ECI) is the first transnational participatory democracy tool that enables citizens to be directly involved in the decision-making processes of the EU, particularly by promoting dialogue between citizens and the EU institutions and contributing to agenda-setting and the framing of issues. However, the ECI is far from perfect, as only three of 51 initiatives submitted have received follow-up, and the first successful initiative – Right2Water – a received response from the Commission in March 2014, almost two years after the ECI entered into force on 1 April 2012. I strongly welcome the report, which seeks to improve the transparency, public awareness, accessibility and efficiency of this instrument that offers a unique possibility for EU citizens to identify with EU action that has been directly translated from citizens' aspirations and demands.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur l'initiative citoyenne européenne, car il souligne les nombreux défauts du processus actuel pour organiser une telle initiative. Sur les 31 initiatives lancées, 3 seulement ont abouti. Aucune n'a eu de conséquences réelles. Le processus est beaucoup trop compliqué. La Commission est en même temps juge et partie. Le délai de recueil de signatures est imposé par le calendrier de la Commission. Il faut donc, comme le propose le rapport de M. Schöpflin, une réforme sérieuse, en veillant à la transparence et à la sécurité des données personnelles.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il souligne les défauts du processus d'«initiative citoyenne européenne» (c'est-à-dire de pétition), dont aucune sur 31 n'a abouti à un résultat concret. Il confirme à mes yeux que la «démocratie européenne» est un leurre. La démocratie ne peut exister que dans le cadre d'une nation, or il n'existe pas de «nation européenne» au singulier.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe hace referencia a la próxima revisión del Reglamento (UE) n.º 211/2011 sobre la iniciativa ciudadana europea y a las conclusiones extraídas por la Comisión Europea en un documento publicado recientemente. Nuestra postura es que la implementación de la iniciativa ciudadana europea ha sido un fracaso absoluto; de hecho, de cincuenta y una propuestas registradas, solo tres han sido capaces de cumplir los requisitos, a menudo por las numerosas trabas administrativas durante el proceso de recogida de firmas, que llevan en ocasiones a denunciar a la propia Comisión ante los tribunales.

Por si fuera poco, la Comisión Europea no está obligada a iniciar ninguna propuesta de modificación legislativa, así que la efectividad de las mismas es mínima. Frente a esta situación, el informe final no es nada crítico con los procedimientos regulados para esta herramienta participativa; además, propone que se limite el contenido de la iniciativa ciudadana europea si no se adecúa a las competencias de la Unión y, sobre todo, que la Comisión haga una propuesta legislativa solo si tiene un dictamen positivo publicado por ella misma.

Por estas razones, y dado el escaso contenido propositivo del informe para consolidar política y jurídicamente las iniciativas ciudadanas europeas, he votado en contra del mismo.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Seit der Einführung der Europäischen Bürgerinitiative im April 2012, haben nur drei der einundfünfzig Initiativen, die gestartet wurden, die notwendige Anzahl an Unterschriften erreicht. Keine von ihnen hat zu gesetzlich verbindlichen Maßnahmen geführt, weil die Zahl der administrativen und juristischen Hindernisse zu groß war. Der aktuelle Bericht schlägt mehrere Schritte vor, um Bürger auf die Initiative aufmerksam und den Vorgang benutzerfreundlicher zu machen. Er fordert auch die Europäische Kommission dazu auf, schneller zu reagieren. Um den Nutzen dieser Initiative zu erhöhen, ist es wichtig, dass dieser Prozess so transparent und benutzerfreundlich wie möglich ist. ALFA hat die direkte Demokratie immer unterstützt. Die Bürger müssen mitreden können und die Chance haben, EU-Gesetzgebung zu beeinflussen. Daher habe ich für diesen Bericht gestimmt.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Poparłam sprawozdanie w sprawie europejskiej inicjatywy obywatelskiej. Europejska inicjatywa obywatelska to jeden z najlepszych instrumentów tworzenia prawa unijnego. Europejska inicjatywa obywatelska pozwala na czynne włączenie obywateli w opracowywanie prawodawstwa unijnego, dzięki czemu obywatele mają także większą możliwość poznania funkcjonowania instytucji unijnych. W pełni zgadzam się ze sprawozdaniem, że pomimo niekwestionowanej wartości dodanej, jaką przynosi istnienie europejskiej inicjatywy obywatelskiej, jej funkcjonowanie wymaga ulepszenia i ułatwienia. Pierwszą kwestią jest konieczność większej promocji tej inicjatywy wśród obywateli tak, aby obywatele byli w pełni poinformowani o przysługujących im prawach wynikających z obywatelstwa unijnego, w tym o prawie do uczestnictwa w inicjatywie obywatelskiej. Kolejno należy przyjrzeć się praktycznym aspektom funkcjonowania inicjatywy, tak aby pomóc organizatorom inicjatyw w skutecznej i efektywnej ich realizacji. W tym zakresie popieram utworzenie w każdym państwie członkowskim jednostki informacyjnej, na przykład przy reprezentacji Komisji Europejskiej, która udzielałaby informacji i porad prawnych dot. europejskich inicjatyw obywatelskich. Ponadto, w kontekście tworzenia unii cyfrowej należy również rozważyć ułatwienie i zwiększenie dostępu m.in. dla osób niepełnosprawnych do oprogramowania służącego do zbierania podpisów online.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Monica Macovei (ECR), în scris. – Inițiativa Cetățenească Europeană este un instrument de mobilizare la nivel european și de exemplificare a democrației participative transnaționale. Cetățenii statelor membre au drept de inițiativă legislativă pentru proiecte și procese care îi privesc în mod direct.

Din toate cererile de lansare a unei inițiative europene cetățenești, numai trei au fost considerate admisibile, ceea ce demonstrează că mai sunt multe lucruri de îmbunătățit. Iată câteva dintre ele:

— organizatorii trebuie să primească informații cât mai cuprinzătoare cu privire la criteriile de admisibilitate legale, termene și proceduri;

— Comisia trebuie să prezinte motivele respingerii unei inițiative legislative cetățenești în mod detaliat iar considerațiile juridice relevante, în numele transparenței, trebuie făcute publice în întregime;

— simplificarea utilizării aplicației de colectare online a semnăturilor;

— instrumentele informatice utilizate pentru ICE ar trebui puse și la dispoziția regiunilor, pentru o mai mare implicare a cetățenilor în afacerile publice;

Acest instrument trebuie să fie simplu, clar, ușor de utilizat și promovat la scară largă, tocmai pentru că permite oamenilor să solicite acțiune din partea UE pentru realizarea aspirațiilor lor.

Ivana Maletić (PPE), napisan. – Europska građanska inicijativa predstavlja novo političko pravo građana koje omogućuje aktivno sudjelovanje u projektima i procesima Unije. Potencijal inicijative se mora iskoristiti u svrhu postizanja što boljih rezultata, jer je jačanje demokratskog legitimiteta institucija jedan od prioriteta EU-a. Iskustvo pokazuje da se većina organizatora europskih građanskih inicijativa susreća s brojnim poteškoćama vezanima za praktičnost i pravne aspekte.

Europska građanska inicijativa omogućuje izravnu suradnju s institucijama EU-a i aktivno sudjelovanje u oblikovanju europskih politika i zakonodavstva te dopunjava pravo na podnošenje predstavi Parlamentu i žalbi Europskom ombudsmanu. Nužno je informirati građane o inicijativi i podići razinu svijesti o njenim mogućnostima. Do sada je više od 6 milijuna Europljana sudjelovalo u nekoj od inicijativa s 51 zahtjevom - od kojih su samo 3 došla do Parlamenta. Poziva se Komisiju da detaljno objasni razloge odbijanja prijedloga Europske građanske inicijative i organizatorima pruži relevantni pravni savjeti.

Podržala sam izvješće zastupnika Györgya Schöpflina s obzirom da građanske inicijative predstavljaju veliki korak u participativnoj demokraciji. U Hrvatskoj najmanji broj potpisnika koji se primjenjuje na inicijative registrirane do 1.7.2014. je 9 tisuća, a od 1.7.2014. iznosi nešto više od 8 tisuća.

Светослав Христов Малинов (PPE), в писмена форма. – Европейската гражданска инициатива е първият инструмент в ръцете на гражданите на ЕС, който им дава възможността пряко да се обърнат към Европейската комисия с искането тя да представи предложение за европейско законодателство. Условието за това е събирането на минимум един милион подписи в подкрепа от най-малко седем държави членки.

Началото беше поставено на 1 април 2012 г. От тогава насам само три инициативи: „Право на вода“ (Right2Water), „Един от нас“ (One of Us) и „Спрете вивисекцията“ (Stop Vivisection), бяха счестени за допустими, успяха да съберат необходимия брой подписи и получиха официален отговор от Европейската комисия.

Макар и обявени за успешни инициативи, гражданите, застанали зад тях, останаха разочаровани, че в крайна сметка не постигнаха желаното от тях въздействие върху европейското законодателство. В резултат, като че ли европейските граждани изгубиха първоначалния си интерес и вяра и сега, за съжаление, наблюдаваме тенденция броят на новите инициативи да намалява.

Подкрепям резолюцията на Европейския парламент за обстойна оценка на недостатъците и намирането на решения. Целта е опростен, ясен и лесен за ползване механизъм. Нека не обезкуражаваме тази форма на активното демократично участие в политическия живот на Европейския съюз. Намирам за ангажимент на всеки един евродепутат да работи за максималната ефективност на европейската гражданска инициатива.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Vladimír Maňka (S&D), *pisomne*. – Európska iniciatíva občanov nenaplnila cieľ, ktorým bolo zvýšenie aktivity občianskej spoločnosti a posilnenie európskeho občianstva najmä na nadnárodnej úrovni. Ani pri jednej z jej 51 aktivít nedošlo k prijatiu právnych predpisov. Pri výkone aktivít Európskej iniciatívy občanov bolo potrebné sa vyrovnáť s viacerými prekážkami, ktoré však boli pri vhodnej administratívnej podpore odstrániteľné.

Preto podporujem návrh, aby Komisia na základe doterajšej praxe a poznatkov pristúpila k revízii nariadenia o európskej iniciatíve občanov s cieľom odstrániť prekážky a zabezpečiť transparentnosť a inštitucionálnu rovnováhu v rozhodovacom procese tak, aby sa poskytla väčšia podpora a pomoc tejto aktivite.

Ernest Maragall (Verts/ALE), *in writing*. – Today the European Parliament has failed to strengthen and consolidate the European Citizen's Initiative (ECI). The ECI provides an exceptional opportunity for EU citizens to get involved directly in EU politics and to participate in shaping EU policy. However, by not urging the Commission to start preparing a legal act on successful ECIs within 12 months of their submission, we have failed to allow citizens to effectively shape European policies and legislation. Therefore I have voted abstention.

Νότης Μαριιάς (ECR), *γραφτιώς*. – Απέχω από την ψηφοφορία για την έκθεση σχετικά με την Ευρωπαϊκή Πρωτοβουλία Πολιτών, μεταξύ άλλων και επειδή δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport! Il met en évidence que le processus d'Initiative citoyenne est trop compliqué et peu efficace, sans aucune incidence juridique. La Commission européenne, à la fois juge et partie, se permet d'accepter ou non, de façon un peu arbitraire, la recevabilité des initiatives! Ce rapport propose une grande réforme afin de garantir plus de transparence et une plus grande efficacité.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – L'iniziativa dei cittadini europei – ICE – è un nuovo diritto politico dei cittadini, che consente agli stessi di svolgere un ruolo attivo nei progetti che li riguardando, garantendo così agli stessi l'opportunità di partecipare all'avvio di iniziative legislative. L'obiettivo della relazione è, infatti, incoraggiare un numero maggiore di cittadini dell'Unione europea a partecipare ulteriormente allo sviluppo dl processo d'integrazione europea.

David Martin (S&D), *in writing*. – This report makes recommendations on the European Citizens' Initiative (ECI). The ECI could be an important tool in civic engagement but it has so far fallen short, with very few initiatives being accepted. It is clear that the Commission needs to look again at the rules in order to make them more user-friendly and accessible.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – L'iniziativa dei cittadini europei (ICE) è uno strumento finalizzato ad aumentare le opportunità per i cittadini europei di partecipare all'avvio di iniziative legislative. Tale strumento si pone nell'ottica di rafforzare la cittadinanza europea e, nel contempo, rappresenta un forte impulso per la mobilitazione civile. Considerando l'importanza politica e sociale dell'ICE ritengo importante sostenere la posizione del collega Schöpflin. La relazione, infatti, nasce dal presupposto che per rafforzare tali strumenti di cooperazione bisogna innanzitutto migliorare il funzionamento dell'ICE, semplificandone l'impiego ed eliminando alcuni degli ostacoli che possono risultare impeditivi dei compiti degli organizzatori.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Vorschläge sind eine deutliche Verbesserung der derzeitigen Rechtslage zu den ECIs. Es werden Hürden abgebaut, welche bisher problematisch für europäische Bürgerinitiativen waren. Die Funktionsweise der europäischen Bürgerinitiative wird benutzerfreundlicher. Der Bericht erhielt daher meine Zustimmung.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'initiative citoyenne européenne est une farce! Suite à la mobilisation des citoyens, à travers un processus administratif complexe, elle est censée amener la Commission à revoir sa législation sur la base de la demande déposée. Or, sur les 51 déposées, seules 3 ont été jugées recevables mais aucune n'a fait l'objet d'un changement législatif. Le rapport propose de nombreuses simplifications mais il ne contraint en rien la Commission à accepter davantage d'initiatives et agir en conséquence. Il ménage l'irresponsabilité de la Commission, en proposant par exemple de pouvoir redéposer des initiatives auprès des autorités nationales compétentes. Cela ne répond pas aux besoins. Ainsi l'initiative sur le TAFTA, qui a recueilli plus de trois millions de signatures, a été refusée par la Commission comme étant hors de son champ de compétence. Alors que la négociation commerciale est justement une compétence exclusive de la Commission ! Mais qui donc est compétent sur les sujets qui comptent? Je vote contre ce texte qui ne fait que valider l'absence de citoyenneté dans la vie des institutions de l'UE.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le rapport sur l'initiative citoyenne européenne (ICE) comporte de bonnes idées. Celui-ci vise à réformer le processus de l'ICE. En effet, depuis que ce dispositif existe, lequel permet aux citoyens des États membres de saisir la Commission sur un sujet qui leur tient à cœur et de se faire entendre, seules trois pétitions ont abouti sur les cinquante-et-une qui ont été lancées.

Parmi les trois qui avaient été jugées recevables figure l'initiative «L'un de nous», qui demandait l'arrêt de tout financement par l'Union européenne des «activités de recherche qui détruisent des embryons humains». La Commission, qui possède un droit de veto quant à la recevabilité de ces initiatives, avait finalement rejeté cette initiative en mai 2014. Cette ICE avait pourtant obtenu plus de 1,7 millions de signatures! Ainsi, la Commission est à la fois juge et partie, et est autorisée à rendre des avis politiques alors que son rôle devrait se borner à émettre un avis purement technique et formel.

Considérant qu'il est donc utile de procéder à une réforme de l'ICE, le député a voté en faveur de ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A iniciativa de cidadania europeia é um veículo importante da democracia participativa. Introduzido pelo Tratado de Lisboa, possibilita a possibilidade direta de participação no processo de construção europeia. O presente relatório assume alguns caminhos para eliminação de obstáculos que se revelaram geradores de dificuldades para os organizadores de iniciativas de cidadania europeia. É importante que a experiência dos últimos anos sirva para introdução de melhorias no mecanismo, de forma a aproximar os cidadãos das instituições europeias.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this resolution as it highlights the need to raise awareness of the European Citizens' Initiative in order to make it successful. Greater efforts are needed to make the success criteria more widely known, as so far not a single initiative has led to legislation.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Európska iniciatíva občanov mala byť nástrojom účasti Európanov na správe vecí verejných a posilniť ich európske občianstvo, bohužiaľ tento nástroj svoje ciele zatiaľ nesplnil. Preto považujem za dôležité prijať uznesenie k európskej iniciatíve občanov, ktoré túto situáciu zmení, aby už nikdy nedošlo k ignorovaniu názoru občanov ako sa to stalo v prípade iniciatívy Jeden z nás požadujúcej, aby Brusel viac nefinancoval akékoľvek praktiky, ktoré ničia ľudský život pred narodením. Bývalá Komisia Manuela Barrosa ju totiž vetovala napriek tomu, že bola podporená dvomi miliónmi ľudí v Európe a stala sa najväčšou petíciou v európskej histórii. Komisia tak urobila z mechanizmu Európskej iniciatívy občanov frašku, kým poslanci na rozdiel od nej chceli, aby sa z nej stal skutočný nástroj participatívnej demokracie. Toto rozhodnutie Komisie bolo v rozpore s etickými a demokratickými požiadavkami, preto vítam fakt, že Európsky parlament si uvedomuje, že inštitúcie EÚ a členské štáty musia podniknúť všetky potrebné kroky na podporu európskej iniciatívy občanov a na prehlbenie dôvery občanov v tento nástroj a že vyjadruje poľutovanie nad chýbajúcim legislatívnym dosahom a odrádzajúcimi opatreniami Komisie, ktoré nadväzujú na úspešné iniciatívy.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The European Citizens' Initiative (ECI) is the first ever instrument empowering citizens with the right to take a new and active role in EU policymaking. It is crucial in providing European citizens with an opportunity to shape the political future in Europe directly. Unfortunately the instrument has proven to be dysfunctional and very bureaucratic. Therefore, I voted in favour of the report, which offers good recommendations on how the Commission urgently needs to modify the ECI to make it as citizen-friendly as possible and to ensure it lives up to its full potential. Otherwise we risk turning this tool into an obsolete instrument at its very inception.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Csaba Molnár (S&D), írásban. – Az európai polgári kezdeményezést olyan eszközként hozták létre, amely az európai polgárok számára lehetőséget biztosít arra, hogy részt vegyenek jogalkotási kezdeményezések elindításában. Az intézmény első három évéről szóló bizottsági jelentés 51 ilyen kezdeményezésről számol be, ám egyik eredményeként sem született jogszabály. A Parlament Alkotmányügyi Bizottsága jelentésének fő célja az európai polgári kezdeményezés működésének javítása, és néhány olyan akadály kiküszöbölése, amelyről már bebizonyosodott, hogy nehézségeket okoz az európai polgári kezdeményezés szervezőinek. Az indítványt támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), por escrito. – A Iniciativa de Cidadania Europeia assume um importante papel no que diz respeito à participação democrática dos cidadãos europeus, permitindo que estes comuniquem diretamente com as instituições da União Europeia e participem ativamente no âmbito da elaboração de políticas e de legislação europeia.

O presente relatório pretende aperfeiçoar as condições de regulação da Iniciativa de Cidadania Europeia, colmatando atuais lacunas e que tornem este direito político, num instrumento essencial da democracia europeia, levando a uma maior participação efetiva dos cidadãos no contexto europeu. O desenvolvimento e progresso da União Europeia têm de estar relacionados com os ideais e pretensões dos cidadãos europeus, sendo relevante facilitar o acesso dos mesmos à Iniciativa e permitindo que a mesma seja do conhecimento de todos através de diversos meios.

Sou a favor deste relatório, na medida em que o mesmo assume um papel essencial para a promoção da participação democrática dos cidadãos europeus, aproximando-os diretamente do seio da União Europeia.

Sophie Montel (ENF), par écrit. – Ce rapport Schöpflin critique l'efficacité de l'initiative citoyenne européenne puisqu'elle n'a que peu abouti. En effet, sur 31 initiatives lancées, seulement 3 ont abouti et n'ont pas eu de conséquences. Le processus est jugé trop compliqué et la Commission européenne est jugée et partie dans ce processus arbitraire. De plus, le délai de recueil de signatures est imposé par le calendrier de la Commission. Ce rapport appelle donc à une réforme sérieuse en veillant à la transparence et à la sécurité des données personnelles et les députés européens souhaitent être plus associés au processus. Ce rapport va dans le bon sens pour un processus plus démocratique et j'ai donc voté pour.

Nadine Morano (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif à l'initiative citoyenne européenne (ICE). L'ICE est un important outil de démocratie participative de l'Union européenne qui permet à un million de citoyens européens résidant dans au moins un quart des États membres de l'Union d'inviter la Commission à présenter une proposition d'acte législatif qu'ils jugent nécessaire pour mettre en œuvre les traités de l'Union.

En raison de nombreuses plaintes formulées par les citoyens, la Commission européenne s'est engagée à entamer une révision du règlement relatif à l'ICE. Ce rapport procède à une évaluation de la mise en œuvre de ce règlement et formule des propositions pour en améliorer le fonctionnement. Il demande notamment à la Commission de présenter au Parlement un rapport régulier sur l'état d'avancement des ICE en cours, afin qu'il puisse vérifier, dans le cadre de son engagement envers les citoyens européens, que l'instrument fonctionne le plus efficacement possible.

József Nagy (PPE), írásban. – A részvételi demokrácia erősítése úgy gondolom, Európa jövőjének kulcsa, a fejlődés záloga. Ha a demokrácia fejlődését nézzük, kiindulva a csak kiváltságosoknak kijáró ókori görög példából a mára elvileg mindenkire kiterjedő, közvetlen való részvételi lehetőségig, úgy gondolom, világos az út, merre van előre. Kevés elrágatni a polgárokat a választási urnákhoz. Sokkal nagyobb erőt kell a kezükbe adni, hogy szavukat hallathassák, s ha ez nem történik meg, bizony a kiábrándultság demotivációhoz fog vezetni, melynek eredményeként egyre kevesebben mennek el szavazni.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ezt a részvételi demokráciát erősítik a petíció, illetve a polgári kezdeményezés intézményei. Úgy gondolom, utóbbi szabályozásakor is világos volt a jogalkotói szándék. A rendszer mégsem működik. Az Európai Bizottság mintha bejött volna, hogy kényelmes bürokrata rendszerébe beleszólhatnak kívülről, s esetleg kiveszik az egyszeri polgárok a kezéből a kezdeményezés jogát. Még akkor sem tetszik neki, ha majd kétmillió ember sorakozik fel egy-egy kezdeményezés mellett, mint az a Right to Water esetében volt. Ez a helyzet tarthatatlan, s a probléma megoldása nem tűr halasztást. A késlekedéssel ugyanis egyre inkább nő a Brüsszel iránti kiábrándultság és bizalmatlanság. Bízom benne, hogy ezzel a jelentéssel konkrét lépéseket teszünk a helyes irányba.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Citizens' Initiative (ECI) has its origins in the Constitutional Convention on the Future of Europe and was designed as an instrument giving European citizens the opportunity to participate in launching legislative initiatives. I voted for this report, which will improve the functioning of the ECI, make it more user-friendly and eliminate some of the obstacles that have proved a source of difficulty for ECI organisers.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea raportului privind inițiativa cetățenească europeană deoarece împărtășesc opinia raportorului cu privire la importanța acesteia în procesul democratic al UE. Această inițiativă oferă posibilitatea cetățenilor UE să solicite instituțiilor de la Bruxelles acțiuni privind problemele pe care aceștia le identifică.

De foarte multe ori s-a vorbit, pe bună dreptate, despre lipsa de democrație și transparență din procesul de luare a deciziilor din instituțiile UE. Cred că acest instrument va îmbunătăți procesul democratic din instituțiile UE și va aduce pe masă aceste probleme cu care cetățenii se confruntă, dar pe care Comisia sau Parlamentul nu le cunosc.

De asemenea, sper ca evaluările viitoare și eventualele modificări aduse acestei inițiative să privească doar îmbunătățirea procesului și accesul cât mai ușor la acesta, deoarece cetățenii europeni au nevoie de o metodă rapidă și ușoară prin care să-și facă auzită vocea în instituțiile UE.

Încurajez pe această cale cetățenii României să folosească această inițiativă și să se implice activ în procesul de identificare a problemelor din UE.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o evropské občanské iniciativě, kterou považuji za důležitý nástroj účasti občanů na rozhodovacím procesu v EU. Komise by měla v této souvislosti přezkoumat znění čl. 10 písm. c) nařízení č. 211/2011, a zajistit tak řádná opatření navazující na úspěšnou evropskou občanskou iniciativu, která by zahrnovala rozpravu o evropské občanské iniciativě na plenárním zasedání Parlamentu a následné hlasování. Ke zlepšení fungování tohoto nástroje by také přispělo, kdyby Komise začala připravovat právní akt o úspěšných evropských občanských iniciativách do dvanácti měsíců od jejich obdržení. Tyto změny by mohly přispět ke zvýšení důvěry občanů v EU a její rozhodovací procesy.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht zur Europäischen Bürgerinitiative soll die Möglichkeiten für das Verfahren von Bürgerinitiativen verbessern. Zwar beinhaltet der Bericht vereinzelt gute Ansätze dieses Verfahren zu verbessern, leider aber geht er nicht weit genug. Die Anstrengungen, den Ablauf von Bürgerinitiativen einfacher und transparenter zu gestalten, sind ein guter Ansatz, jedoch bekommen Bürgerinitiativen dadurch nicht mehr Gehör. Aus diesem Grund habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – La Commission sera amenée en 2016 à réviser la législation relative à l'initiative citoyenne européenne. Le présent rapport propose ainsi des mesures visant à améliorer ce dispositif par une simplification des démarches et la création de relais nationaux compétents en la matière. Mais le réel problème est que cette initiative qui demeure l'outil démocratique principal pour influencer l'action de la Commission est systématiquement contrée par l'institution. En effet, sur 51 ICE déposées seulement 3 ont été acceptées et aucune n'a encore donné lieu à une concrétisation par législation. Le rapport invite la Commission à plus de transparence dans le traitement positif ou négatif de ces initiatives et appelle à mieux informer les citoyens européens, ce que je salue. Cependant, il ne demande pas à la Commission d'arrêter le rejet systématique des ICE alors même que certaines traitent de sujets fortement polémiques comme le TTIP. C'est pourquoi je m'abstiens.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Urmás Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. Euroopa kodanikualgatuse mõte on võimaldada kodanikel osaleda ELi poliitikas ja õigusloome kujundamise protsessis kaasa lüüa. Selleks aga peab see süsteem olema kasutajasõbralik ja teostatav. Kodanikualgatuse määrus tuleb üle vaadata, tuvastada puudujäägid ning seda vastavalt täiendada ja muuta. Samuti on oluline kodanikualgatuse võimalust kodanikele laiemalt tutvustada, et üha enam inimesi seda kasutaks. Lisaks on oluline, et kodanikualgatused ka lõpuks reaalsete väljunditeni jõuaksid.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), por escrito. – La iniciativa ciudadana europea necesita muchos cambios. Es una herramienta de participación directa de la ciudadanía que, sin embargo, no ha dado el resultado esperado. Pocas iniciativas han prosperado, entre otras cosas porque no les hemos dado a los ciudadanos y a los organizadores las facilidades necesarias para aplicar eficazmente este instrumento.

En este informe se ponen algunos remedios a estos problemas. Sin embargo, he detectado algunos problemas: por ejemplo, he votado en contra de que puedan subvencionarse con dinero público, al considerar que pueden darse casos de fraude o de financiación privada con fondos públicos, o en contra de que las iniciativas puedan cambiar el Derecho primario, ya que es necesario dotar a los Tratados de cierta protección extra por la importancia que poseen, y hay que seguir los cauces estipulados a través de sus representantes. Sin embargo, es un buen informe y esperamos que las iniciativas prosperen tras estos cambios.

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Europos piliečių iniciatyva yra išskirtinė ir novatoriška Sąjungos demokratinį procesų darbotvarkės nustatymo priemonė esanti Europos piliečių iniciatyva, kurios dėka piliečiai galėtų aktyviai dalyvauti jiems poveikį darančiuose projektuose ir procesuose.

Atkreiptinas dėmesys į tai, kad nei vienai iniciatyvai nepavyko pasiekti reikšmingų teisėkūros pokyčių. Todėl būtina užtikrinti geresnį šio mechanizmo funkcionavimą. Visų pirma, būtina pašalinti esamas kliūtis. Įvairiomis priemonėmis reikia propaguoti ES piliečių iniciatyvą ir skatinti piliečių pasitikėjimą šia priemone. Be to, reikia skatinti jaunimą aktyviau dalyvauti vystant Europos projektą. Komisija sėkmingos piliečių iniciatyvos atveju turėtų būti įpareigota pateikti tinkamą pasiūlymą dėl teisėkūros procedūra priimamo akto. Taipogi, reikia sumažinti iniciatyvos pasiūlymo kaštus.

Manau, kad turėtų būti apsvarstyta galimybė teikti Europos piliečių iniciatyvas, susijusias su Europos Sąjungos pirmine teise.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Η πρακτική εφαρμογή της λεγόμενης «πρωτοβουλίας πολιτών» επιβεβαιώνει πλήρως την κριτική που έγκαιρα και τεκμηριωμένα έκανε το ΚΚΕ, ότι δηλαδή πρόκειται για αντιλαϊκό πυροτέχνημα εξωραϊσμού της ΕΕ και χειραγώγησης συνειδήσεων, όταν αστικά και ομοιοταγικά κόμματα και μέσα ενημέρωσης την εμφανίζουν ως μορφή δήθεν «συμμετοχικής δημοκρατίας» στην ΕΕ. Η εμπειρία από τις μόλις δύο τέτοιου είδους πρωτοβουλίες που προχώρησαν μέχρι σήμερα απέδειξε ότι εξαρτώνται άμεσα από την έγκριση και άδεια της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, κινούνται υποχρεωτικά στο αντιλαϊκό πλαίσιο που καθορίζουν οι αντιδραστικές Συνθήκες της ΕΕ και τελικά καταλήγουν στον κάλαθο των αχρήστων, εάν δεν υπηρετούν τους αντιλαϊκούς στόχους ΕΕ και αστικών κυβερνήσεων. Τις καταγγελίες του ΚΚΕ ότι η «πρωτοβουλία πολιτών» θα χρησιμεύσει και σαν όχημα για να παρουσιάζονται αντιλαϊκές επιδιώξεις των μονοπωλίων ως δήθεν «λαϊκό αίτημα» ήρθε να επιβεβαιώσει η αεροπορική εταιρεία «Ryanair», γνωστή για την άγρια εκμετάλλευση των εργαζομένων της, που ξεκίνησε δική της «πρωτοβουλία πολιτών» με σύνθημα «Διατηρήστε τους Ευρωπαϊκούς Ουρανούς Ανοιχτούς», καλώντας τα «θεσμικά όργανα της ΕΕ» να απαγορεύσουν το δικαίωμα της απεργίας στους εργαζόμενους ελεγκτές εναέριας κυκλοφορίας! Γι' αυτό οι εργαζόμενοι πρέπει να καταδικάσουν αυτά τα αντιδραστικά ευρωενωσιακά εργαλεία, να εντείνουν την πάλη τους ενάντια στην ΕΕ, σε όλο το αντιλαϊκό οικοδόμημά της και τα μονοπώλια που υπηρετεί.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. – Ribadendo la mia convinzione sulla necessità di garantire sempre più l'accesso ai cittadini europei alle attività dell'Unione e in un'ottica di maggiore trasparenza delle istituzioni, ho deciso di votare positivamente la proposta di risoluzione sull'iniziativa dei cittadini europei.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Europska građanska inicijativa je prvi instrument participativne demokracije koji omogućuje građanima EU-a aktivno sudjelovanje u odlukama koje se tiču njih samih i neposredno utječu i na njihove živote. Europska građanska inicijativa „Pravo na vodu” prikupila je 1,86 milijuna potpisa, a nedavno je dobila snažnu podršku Europskog parlamenta.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jednako nije prošla inicijativa „Jedan od nas“ koja je bila povijesni iskorak u zaštiti života u Europi, sakupila je 1,89 milijuna potpisa i u tom smislu postala najpodržavanija europska inicijativa od strane građana, ali ne i od političara. Smatram kako je Europa s ovom inicijativom zakazala ne slušajući glas 1,89 milijuna svojih građana. Obje ove inicijative jasno pokazuju da je našim građanima stalo do odluka koje se donose, da se one tiču njih i da i oni žele utjecati na njihovo donošenje.

Stoga smatram kako je od iznimne važnosti neprestano promišljati o poboljšanju načina izravne demokratske participacije građana u procesima donošenja odluka te, prije svega, građane dostatno informirati o mogućnostima koje im stoje na raspolaganju. Od presudne je važnosti uključiti mlade da se i njihov glas čuje, da im se otvori prostor za borbu za zaštitu njihovih prava i da aktivno participiraju u građanskom i političkom životu Europske unije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Schöpflin critique l'efficacité de l'initiative citoyenne européenne, puisqu'elle n'a que peu abouti. En effet, sur 31 initiatives lancées, seulement 3 ont abouti et n'ont pas eu de conséquences. Le processus est jugé trop compliqué et la Commission européenne est juge et partie dans ce processus arbitraire. De plus, le délai de recueil de signatures est imposé par le calendrier de la Commission.

Ce rapport appelle donc à une réforme sérieuse en veillant à la transparence et à la sécurité des données personnelles, et les députés européens souhaitent être plus associés au processus. Ce rapport va dans le bon sens pour un processus plus démocratique et j'ai donc voté pour.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Europska građanska inicijativa je iznimna prilika za građane da odrede i izraze svoje težnje i da od EU-a zatraže djelovanje, zbog čega europsku građansku inicijativu treba poticati i podržavati svim raspoloživim sredstvima. U isto vrijeme, potrebno je priznati da postoje znatni nedostaci za koje se treba pobrinuti i koje treba riješiti kako bi europske građanske inicijative postale učinkovitije. Svako daljnje ocjenjivanje instrumenta trebalo bi biti usmjereno na postizanje maksimalne pristupačnosti za korisnike s obzirom na to da on predstavlja primarno sredstvo za povezivanje građana Europe s EU-om.

Na neostvoreni potencijal građanskih inicijativa najbolje ukazuje podatak kako je više od šest milijuna građana EU-a sudjelovalo u nekoj od europskih građanskih inicijativa, da je podnesen 51 zahtjev za pokretanje inicijative, od kojih su samo tri inicijative ocijenjene dopuštenima, a to su „Right2Water“ (Pravo na vodu), „One of Us“ (Jedan od nas) i „Stop Vivisection“ (Ne vivisekciji), te da je šest organizatora europske građanske inicijative, što odgovara 30 % svih odbijenih zahtjeva, pred Sudom Europske unije u pitanje dovelo odluku Komisije o odbijanju.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Slažem se s izvješćem kolege Györgya Schöpflina o europskoj građanskoj inicijativi koja predstavlja inovativan alat participativne demokracije u Europskoj uniji te pruža priliku građanima da izraze svoje težnje, kao i da zatraže djelovanje od Unije. Ipak, istraživanja i opsežni kontakti s civilnim društvom pokazali su da se većina organizatora europskih građanskih inicijativa susrela s određenim brojem poteškoća u vezi s praktičnim i pravnim aspektima.

Stoga, europske građanske inicijative ne moraju u potpunosti biti u nadležnosti Komisije. Komisija bi također trebala razmotriti uspostavu posebnog ureda za europske građanske inicijative u svakoj državi članici, a ukoliko odbije registrirati predloženu građansku inicijativu, Komisija će obavještavati organizatore o razlozima odbijanja te svim pravnim sredstvima koja su im na raspolaganju. Zbog komplikacija koje proizlaze iz činjenice da se u 28 zemalja članica za uspostavu europskih građanskih inicijativa traže drugačiji osobni podaci, predlaže se uspostava digitalnog građanstva EU-a.

Javna saslušanja bi trebala biti strukturirana na način da se organizatorima omogući uključenje u dijalog sa zastupnicima Europskog parlamenta, a trebala bi biti organizirana od strane neutralnog odbora. Potrebno je istražiti mogućnosti financiranja europskih građanskih inicijativa iz proračuna EU-a, uzimajući u obzir da postoji potreba za financijskom potporom organizaciji EGI-a.

Miroslav Poche (S&D), *pisemně*. – Evropská občanská iniciativa je první nástroj, který umožňuje občanům se přímo zapojit do utváření evropských politik a právních předpisů tím, že vyzve Evropskou komisi, aby připravila konkrétní legislativní návrh (iniciativu musí podpořit minimálně 1 milion obyvatel z minimálně 7 členských zemí EU). Doplnuje právo občanů předkládat petice Parlamentu a odvolávat se k evropskému veřejnému ochránci práv. Jakožto sociální demokrat jsem zastáncem posilování prvků přímé demokracie, a proto velmi vítám existenci této možnosti, stejně jako vnímám, že je na tomto poli potřeba mnohé zlepšit. Důkazem budiž to, že od začátku fungování této možnosti v roce 2012 dosud pouze 3 občanské iniciativy došly do poslední fáze. Evropský parlament v září přijal usnesení k vůbec první úspěšné iniciativě *Right2Water*. Na říjnovém plenárním zasedání jsem podpořil tuto zprávu, která navrhuje řadu konkrétních zlepšení, například ohledně online systému sběru podpisů a celého zjednodušení systému (jazyková podpora,

Mittwoch, 28. Oktober 2015

kontaktní místa atd.). Jsem velmi rád, že součástí zprávy je i apel na snížení věkové hranice signatářů na 16 let. Jsem přesvědčen, že mladí lidé by měli být do veřejného dění zapojeni co nejdříve a během svých pravidelných setkání se středoškoly se pravidelně ujišťují, že dění v Evropské unii často bedlivě sledují.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'iniziativa dei cittadini europei (ICE) consente agli europei di svolgere un ruolo attivo nei processi decisionali che li riguardano. Un milione di cittadini europei, residenti in almeno un quarto degli Stati membri dell'Unione, possono invitare la Commissione a presentare una proposta legislativa che ritengono necessaria per attuare i trattati dell'Unione europea. Pertanto, l'ICE conferisce ai cittadini dell'Unione un diritto di iniziativa analogo a quello esercitato dal Parlamento europeo e dal Consiglio. Si tratta di un'opportunità eccezionale che bisogna incoraggiare e sostenere. Tuttavia, da quando il regolamento (UE) n. 211/2001 è entrato in vigore, nell'aprile 2012, sono state segnalate diverse difficoltà pratiche. Solo 3 delle 31 ICE registrate hanno raggiunto la fase finale. Ho votato a favore di questa relazione affinché si possa migliorare il funzionamento dell'ICE, semplificarne l'iter ed eliminare alcuni degli ostacoli che risultano creare maggiori difficoltà agli organizzatori dell'ICE.

Stanislav Polčák (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro návrh o evropské občanské iniciativě, který podala kolegyně z Petičního výboru. Tento návrh bude nástrojem pro všechny občany Evropské unie, kteří se chtějí podílet na zahajování legislativních iniciativ. Je totiž žádoucí, aby se na chodu Unie podíleli i sami občané. Vítám proto tento návrh a předpokládám, že pomůže iniciativním lidem vstupovat do demokratických diskuzí. Je to první nástroj participativní demokracie v Evropské unii, kdy na základě jednoho milionu podpisů alespoň z jedné čtvrtiny členských států může být zahájena iniciativa. Je zřejmé, že aktivní lidé svůj názor chtějí vyjadřovat. Dle mého názoru by proto měli mít možnost zapojit se do zahajování legislativních návrhů. Věřím, že tato změna bude mít pozitivní dopad na oblast občanské iniciativy.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Do tej pory zostało złożonych 51 inicjatyw obywatelskich. Przy czym trzy spośród nich zdobyły wymagany próg 1 miliona podpisów obywateli (w tym inicjatywa „Jeden z nas”, która zebrała blisko 1,8 mln podpisów). Mimo to żadna z tych inicjatyw nie doczekała się kontynuacji, albowiem Komisja Europejska odmówiła wszczęcia procedury legislacyjnej. Kształt rozporządzenia 211/2011 powoduje, że to Komisja Europejska podejmuje w rzeczywistości decyzje o losach inicjatywy obywatelskiej, bez względu na to, że dana inicjatywa spełniła wszelkie wymagane prawem warunki. Procedura w takim kształcie powoduje, iż prawo obywateli do inicjatyw jest nierealne i fikcyjne, a w głównej mierze jest to spowodowane arbitralnym uprawnieniem jakie przysługuje Komisji Europejskiej. Ponadto rozporządzenie w obecnym kształcie stwarza cały szereg wymogów będących w istocie nieuzasadnioną przeszkodą dla obywateli w tworzeniu inicjatyw obywatelskich. Można m.in. wskazać chociażby na konieczność podawania różnych danych osobowych na poparcie inicjatyw obywatelskich w 28 państwach członkowskich na podstawie różnych przepisów krajowych. Tymczasem Unia Europejska nie może pozwalać na tworzenie instytucji de facto martwych i „wewnętrznie zablokowanych”.

Kierunek niniejszego sprawozdania jest wyrazisty, zmierza do poprawienia istniejących błędów, jak również do wzmocnienia i ulepszenia instytucji inicjatywy obywatelskiej, lepszego jej komunikowania i spowodowania, aby była bardziej realnym instrumentem. Dlatego poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – L'initiative citoyenne européenne, mise en place par le traité de Lisbonne, donne le pouvoir aux citoyens européens d'inviter directement la Commission européenne à agir sur un sujet spécifique. Cette procédure est encore récente et doit encore être améliorée.

Dans ce contexte, le Parlement européen a adopté un texte proposant certaines améliorations du fonctionnement de cette procédure. J'ai voté pour ce texte et j'encourage l'utilisation de cet instrument par les citoyens européens.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A Iniciativa de Cidadania Europeia (ICE) é um importante instrumento de democracia participativa, cujo potencial deve ser plenamente explorado. Nesta medida e volvidos três anos desde a entrada em vigor do Regulamento (UE) n.º 211/2012, é necessário reconhecer que os resultados da sua aplicação revelam algumas lacunas e deficiências que devem ser colmatadas, por forma a tornar a ICE mais acessível para os cidadãos e para os organizadores. De facto, desde 2012, nenhuma das iniciativas deu origem a nova legislação, pelo que se impõe que a Comissão apresente, o mais cedo possível, uma proposta de revisão do Regulamento (UE) n.º 211/2011 e do Regulamento de Execução (UE) n.º 1179/2011 da Comissão. Ora, o objetivo do presente relatório é precisamente apresentar um conjunto de sugestões e recomendações que possa contribuir para melhorar o funcionamento da ICE e eliminar os obstáculos e dificuldades que, atualmente, impedem a sua plena aplicação. Votei favoravelmente.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The resolution as a whole contains numerous calls for legislation and expenditure by the EU and makes a series of bogus claims that the European Citizens' Initiative is a significant and effective means of participation by the citizens of Member States in democracy and the legislative processes of the EU.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), *par écrit*. – Le Traité de Lisbonne, en instaurant l'initiative citoyenne européenne, voulait rapprocher l'Europe des citoyens en leur permettant de peser sur les décisions politiques. Six ans plus tard, le constat est sans appel: l'échec est total. En six ans, seules trois ICE ont atteint le million de signataires sans pour autant déboucher sur une proposition législative. Ne voyant plus d'intérêt à cet outil, les citoyens s'en détournent et le nombre d'ICE déposées régresse.

Pour cette raison, le groupe des Verts/ALE avait proposé que la Commission soit systématiquement tenue, après chaque ICE ayant recueilli 1 million de signatures, de préparer un acte législatif. Mais la Grande Coalition, décidément réticente à faire de la démocratie une réalité, s'est opposée à cette proposition pour maintenir le statu quo: la Commission fera ce qu'elle veut. Une majorité de députés s'est même opposée à ce que le Parlement — donc les eurodéputés eux-mêmes — fasse automatiquement un suivi des ICE.

A l'heure où le projet européen a tragiquement besoin de recréer du lien avec les citoyens, il est lamentable que les eurodéputés décident dans leur majorité de ne pas tenir cas des demandes citoyennes.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – L'initiative citoyenne européenne représente un instrument de démocratie participative utile pour l'Union. Entrée en vigueur en avril 2012, elle permet à un million de citoyens issus d'au moins sept pays de l'Union européenne d'inviter la Commission à présenter une proposition législative dans un domaine dans lequel l'Union est habilitée à légiférer.

Pourtant, à l'examen, ses modalités demeurent imparfaites. Sur les 51 demandes d'enregistrement présentées, seules 3 ont été jugées recevables: «L'eau, un droit humain», «L'un de nous» et «Stop vivisection». Par ailleurs, on note six contestations devant la Cour de justice de l'Union européenne dues à des refus de prise en compte. Ce sont autant de preuves que cet instrument doit être amélioré.

J'ai donc apporté mon soutien à cette résolution, qui présente une pluralité de propositions d'amélioration, tant en termes d'accessibilité, de sensibilisation et d'information, que de transparence, d'accompagnement ou encore de recevabilité des différentes initiatives.

L'initiative citoyenne européenne offre une formidable opportunité de fédérer les citoyens à ce projet unique qu'est l'Union européenne. Le Parlement européen, symbole de la démocratie européenne, a le devoir de s'assurer que cet instrument est utilisé pleinement.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La iniciativa ciudadana europea es una herramienta fundamental que busca la movilización social y fortalecer la relación entre la ciudadanía y las instituciones europeas. Por ello, creo que es importante que se apruebe este informe. Necesitamos proponer a la Comisión mejoras sobre su funcionamiento y eliminar ciertas dificultades que surgen a la hora de organizar y llevar a cabo este tipo de iniciativas. Es importante poner a disposición de los organizadores cierto asesoramiento jurídico y apoyo técnico, dar facilidades técnicas a la hora de recoger las firmas en los diferentes Estados miembros, evaluar la posibilidad de registrar solo una parte de la iniciativa si esta en su totalidad no entra dentro de las competencias de la Comisión, etc. Es vital para la democracia europea que el mecanismo de iniciativa ciudadana funcione correctamente y que no sea visto por parte de la ciudadanía como un elemento torpe que no genera resultado alguno.

Por todo ello, he votado a favor de este informe.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vient souligner que l'initiative citoyenne européenne (ICE) constitue le premier instrument de démocratie participative transnationale qui donne aux citoyens la possibilité de s'engager directement auprès des institutions européennes et de s'investir activement dans l'élaboration des politiques européennes. Le texte voté insiste en outre sur le fait qu'un bureau dédié aux ICE pourrait également sensibiliser le public à ces initiatives. En effet, sachant que depuis 2012, seules trois des 31 ICE enregistrées ont atteint la phase finale. Notamment conséquences des exigences disproportionnées et de l'inutile complexité du système que ce rapport adopté entend réviser.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O principal objetivo da iniciativa de cidadania europeia é o de facultar aos cidadãos europeus a oportunidade em participar no lançamento de iniciativas legislativas. No entanto, após os três primeiros anos de vigência deste instrumento, verifica-se que ainda não se atingiram os resultados inicialmente almejados quando o lançamento desta medida.

Como tal, este relatório surge com a intenção de alertar para a possibilidade de uma melhoria geral deste instrumento-principalmente do seu modo de funcionamento, tornando-o mais simplificado e acessível aos cidadãos.

Uma vez que subscrevo a posição expressa por este relatório de que é necessário proceder a uma revisão total da iniciativa de cidadania europeia durante o próximo ano, bem como do papel fundamental do Parlamento Europeu como transmissor dos anseios dos cidadãos europeus que procuram utilizar este mecanismo, votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui fait le point sur la mise en œuvre de l'initiative citoyenne européenne (ICE), outil permettant aux citoyens de s'investir activement dans l'élaboration des politiques et de la législation européenne.

L'ICE a permis de développer la démocratie participative au sein de l'Union européenne et d'impliquer davantage les citoyens européens. En effet, elle permet à un million de citoyens européens résidant dans au moins un quart des États membres de l'Union de demander à la Commission européenne de présenter un acte législatif (directive ou règlement) lorsque ces citoyens jugent que cet acte est nécessaire pour l'application des traités.

Depuis l'entrée en vigueur du règlement d'application de l'ICE, 51 demandes d'enregistrement d'une initiative ont été présentées et plus de 6 millions de citoyens de l'UE ont pris part à une ICE.

Néanmoins, l'ICE présente certains dysfonctionnements dont se sont plaints à plusieurs reprises les citoyens et des améliorations doivent être apportées: il s'agit notamment de sensibiliser davantage le public, de fournir plus d'informations aux citoyens et d'améliorer l'accès à une ICE.

Un rapport d'évaluation sera présenté par la Commission au printemps prochain.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto considero l'iniziativa dei cittadini europei un importante strumento di democrazia diretta, infatti ritengo di fondamentale importanza favorire e garantire l'accesso dei cittadini alle politiche europee. Uno degli obiettivi dell'Unione europea deve essere quello di ristabilire un rapporto di fiducia tra i cittadini e le istituzioni politiche.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore perché la relazione mette a fuoco puntualmente le lacune dell'ICE, innanzitutto evidenziando il seguito pressoché nullo dato sinora dalla Commissione alle sole tre ICE andate a buon fine.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este informe. Entendemos que las iniciativas ciudadanas europeas son el mecanismo más cercano para la ciudadanía a la hora de plantear proyectos a la Unión; entendemos igualmente que es necesario mejorar los mecanismos por los cuales estas iniciativas pueden llevarse a cabo; entendemos asimismo que, sin una mejora de las iniciativas ciudadanas europeas, la Unión seguirá siendo percibida como una entidad extraña y distante. Por ello, hay que mejorar, en el espíritu y en la letra, el funcionamiento de las mismas; entendemos que, al haberse aprobado determinadas enmiendas, este informe pierde la fuerza que queríamos para el mismo, y por ello nos hemos abstenido.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jordi Sebastià (Verts/ALE), *por escrito*. – Nos hemos abstenido porque, a pesar de incluir mejoras, esta regulación de la Iniciativa Ciudadana Europea continua sin obligar a la Comisión y al Parlamento a iniciar un proceso derivado de la iniciativa; sin esa obligación, resulta muy frustrante el esfuerzo que la ciudadanía hace para participar e implicarse en la vida política europea y que puede acabar en nada.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Evropská občanská iniciativa je nástroj, který má evropským občanům poskytovat možnost podílet se na zahajování legislativních iniciativ. Má potenciál posílit aktivity občanské společnosti a koncepci evropského občanství, zejména v nadnárodním měřítku. Od vzniku této možnosti zahájili evropští občané již 51 takovýchto iniciativ. Žádná z nich nevedla ke vzniku nové legislativy. Zprávu, která podrobně hodnotí dosavadní zkušenosti s fungováním evropské občanské iniciativy, jsem proto podpořila.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe hace referencia a la próxima revisión del Reglamento (UE) n.º 211/2011 sobre la iniciativa ciudadana europea y a las conclusiones extraídas por la Comisión Europea en un documento publicado recientemente. Nuestra postura es que la implementación de la iniciativa ciudadana europea ha sido un fracaso absoluto; de hecho, de cincuenta y una propuestas registradas, solo tres han sido capaces de cumplir los requisitos, a menudo por las numerosas trabas administrativas durante el proceso de recogida de firmas, que llevan en ocasiones a denunciar a la propia Comisión ante los tribunales.

Por si fuera poco, la Comisión Europea no está obligada a iniciar ninguna propuesta de modificación legislativa, así que la efectividad de las mismas es mínima. Frente a esta situación, el informe final no es nada crítico con los procedimientos regulados para esta herramienta participativa; además, propone que se limite el contenido de la iniciativa ciudadana europea si no se adecúa a las competencias de la Unión y, sobre todo, que la Comisión haga una propuesta legislativa solo si tiene un dictamen positivo publicado por ella misma.

Por estas razones, y dado el escaso contenido propositivo del informe para consolidar política y jurídicamente las iniciativas ciudadanas europeas, he votado en contra del mismo.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – L'iniziativa dei cittadini europei (ICE) nasce come strumento per dare ai cittadini europei l'opportunità di partecipare all'avvio di iniziative legislative, al fine di incrementare la mobilitazione della società civile e di rafforzare la cittadinanza europea, soprattutto a livello transnazionale. Attraverso la relazione votata oggi, si è cercato di migliorare non solo il funzionamento dell'ICE, ma soprattutto di individuare le criticità del sistema stesso, dal momento che fino ad oggi sono state presentate 51 richieste di lanciare un'iniziativa, ma che soltanto 3 iniziative sono state dichiarate ricevibili. Per questi motivi ho votato a favore della proposta.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this resolution because it is essentially creating an economic blueprint for the area in a region that does contain EU Member States. This report also calls for quicker accession to the Union for non-EU member states.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Europejska inicjatywa obywatelska (EIO) funkcjonuje od 2012 roku i jej głównym celem jest umożliwienie obywatelom Unii udziału w podejmowaniu inicjatyw ustawodawczych. Niestety w oparciu o opinie społeczeństwa obywatelskiego oraz sprawozdania Komisji stwierdza się, iż instrument ten nie spełnia swoich podstawowych funkcji. Od 2012 roku złożono 51 inicjatyw, z których ani jedna nie zaowocowała wprowadzeniem proponowanego prawodawstwa. Ponadto organizatorzy wielu odrzuconych inicjatyw zaskarżyli decyzje Komisji o odmowie rejestracji tych inicjatyw do Trybunału Sprawiedliwości i u Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich. Szeroko podkreślany jest również fakt spadku ilości nowych inicjatyw.

Przyczyn tego stanu rzeczy upatruje się w nieproporcjonalnie rygorystycznych wymogach i w niepotrzebnie skomplikowanym systemie. Wymienia się tutaj głównie: niewystarczające działania komunikacyjne odnośnie do EIO na poziomie europejskim i krajowym, bardzo zróżnicowany system podawania danych osobowych w celu poparcia EIO w poszczególnych państwach członkowskich, nieufność obywateli wobec podawania danych osobowych wymaganych w przypadku popierania EIO oraz odpowiedzialność osobistą organizatorów za ochronę danych osobowych, brak podawania szczegółowych i wyczerpujących przyczyn odrzucenia przez Komisję przedłożonych EIO, zbyt krótki okresu czasu na gromadzenie deklaracji poparcia przez organizatorów.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The report seeks to address the problems of the poor implementation of the European Citizens' Initiative and the logistical and practical problems associated. The ECI could be a great tool to get citizens more involved in the democratic process, yet it has hitherto fallen short of this promise. With only three ECI reaching the target for consideration by the Commission, it is clear that the ECI needs to be more user-friendly and many of the obstacles need to be eliminated before it can become a useful instrument. In particular, I voted in favour of amendments 4 and 5 because they ensure that successful ECIs will get a real chance of having legal action made about them, whilst having satisfactory safeguards to protect European Citizens from abuse of the democratic instrument.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Odlučio sam biti suzdržan prema ovom izvješću, a ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Csaba Sógor (PPE), *írásban*. – Amikor a Lisszaboni Szerződés életbe lépésével lehetősége nyílt az európai polgároknak jogszabály-alkotási kezdeményezéssel fordulni az Európai Bizottsághoz, sokan úgy éreztük, hogy újra egy lépéssel közelebb hoztuk Európát a polgárokhoz. Ezért is tartom felháborítónak és a kezdeményezésekben eddig részt vett hatmillió polgár kigúnyolásának, hogy az 51 kérelem közül eddig mindössze hármat nyilvánítottak elfogadhatónak, 20-at pedig már elutasítottak.

Ez azt üzeni a polgároknak, hogy ne avatkozzanak a Bizottság dolgába, a polgárok pedig veszik is az üzenetet, hiszen a kezdeményezések száma egyértelműen csökkenő tendenciát mutat. Nem lehet folyton arra hivatkozni, hogy a polgárok félreértik az európai jogot és a Bizottság szerepét, amikor az életüket befolyásoló legfontosabb kérdésekre keresnek megoldásokat. Ha így tesz a Bizottság, csak megerősíti azokat a vélekedéseket, amelyek szerint az európai intézmények nem képesek válaszokat találni a polgárok problémáira. A részvételi demokrácia szempontjából és az Európai Unió megítélésére nézve rendkívül károsnak tartom, ahogyan a Bizottság eddig kezelte az európai polgári kezdeményezések ügyét, ezért támogatom Schöpfung képviselőtársam jelentését, amely hozzájárulhat a szabályozás javításához.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Pri Evropski državljski pobudi gre za edinstveno in inovativno orodje za oblikovanje programa v okviru participativne demokracije v Evropski uniji. Ta državljanom omogoča, da aktivno sodelujejo v projektih in postopkih, ki jih zadevajo.

S tem se zagotavlja, da ima vsak državljan možnost sodelovati v demokratičnem življenju EU preko neposrednega dostopa do Evropske komisije s pozivom, naj predloži zakonodajni predlog za pravni akt EU. Evropska državljska pobuda predstavlja izjemno priložnost za državljan EU, da izrazijo svoje želje in zahtevajo primerne ukrepe s strani institucij EU.

Vendar pa trenutno ne predstavlja učinkovitega instrumenta za zagotavljanje participativne demokracije, saj obstaja veliko sistemskih pomanjkljivosti. Pri nadaljnji oceni tega orodja si je potrebno prizadevati za zagotovitev, da bo uporabniku čim bolj prijazno, saj je glavno sredstvo, ki evropske državljan povezuje z EU.

Poročilo med drugimi predlaga konkretne ukrepe za boljšo učinkovitost državljske pobude, kot sta na primer boljša informiranost državljanov z „online one-stop-shop“ in natančna opredelitev razlogov za zavrnitev pobude.

Po drugi strani pa so v poročilu pomanjkljivo opredeljene pravice Evropske državljske pobude. Poleg tega poročilo ne izpolnjuje vseh zahtev po uspešni in učinkoviti ureditvi Evropske državljske pobude, zato sem se pri glasovanju o poročilu vzdržal.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Di fronte all'esigenza di fornire ai cittadini europei uno strumento che permetta loro di far valere le proprie proposte alle istituzioni europee, il trattato di Lisbona ha introdotto l'iniziativa dei cittadini europei (ICE), che consente ai cittadini il diritto di richiedere l'azione dell'UE su un determinato argomento, qualora vengano raccolte un milione di firme. Tuttavia, solo tre ICE finora hanno rispettato tutti i requisiti per essere considerate dalla Commissione europea, ma nessuna iniziativa è diventata una proposta legislativa, mentre calano progressivamente le registrazioni di nuove proposte. Per evitare che questo strumento di partecipazione dei cittadini al processo decisionale europeo perda interesse e utilità di fronte all'opinione pubblica, il Parlamento ha adottato una risoluzione contenente una serie di proposte su come migliorare il processo, in vista del miglioramento della disciplina dell'ICE. Come gruppo S&D abbiamo ottenuto in particolare una procedura uniforme negli Stati membri, maggiore flessibilità nei tempi necessari per raccogliere le firme, migliore accessibilità per disabili e giovani a partire da 16 anni, la possibilità di firmare

Mittwoch, 28. Oktober 2015

nel paese attuale di residenza. Per tali ragioni ho espresso il mio voto favorevole sul testo approvato oggi.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Dit verslag versterkt het Europees burgerinitiatief (EBI) als instrument voor politieke participatie van de burgers. Sinds het Verdrag van Lissabon is er een rechtskader voor het Europees burgerinitiatief, maar verschillende reacties van burgerbewegingen wijzen op een gebrekkige werking ervan. Het doel van dit verslag is dan ook het mechanisme van het EBI te verbeteren zodat het gebruiksvriendelijker wordt en bepaalde obstakels voor organisatoren en initiatiefnemers weggehaald worden.

We zouden als Groenen graag zien dat de Europese Commissie en het Europees Parlement meer gevolg geven aan succesvolle burgerinitiatieven. Daarom dienden we drie amendementen in die daarvoor moeten zorgen. Ten eerste is er tot nu toe geen duidelijke verplichting voor de Commissie om op een succesvol burgerinitiatief te antwoorden met een wetgevingsvoorstel. In het eerste amendement wordt daarom voorgesteld dat de Commissie binnen een termijn van 12 maanden moet reageren. Ten tweede moet het Parlement op de proppen komen met een wetgevingsinitiatiefverslag indien de Commissie faalt in bovenstaand voorstel. Ten derde moeten burgerinitiatieven waarin primaire wetgeving van de Europese Unie aangekaart wordt, ook toegestaan worden, wat tot nu toe moeilijk ligt. Deze amendementen werden jammer genoeg alle verworpen, vandaar onze onthouding bij de eindstemming.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Seit der Einführung der Europäischen Bürgerinitiative im April 2012, haben nur drei der einundfünfzig Initiativen, die gestartet wurden, die notwendige Anzahl an Unterschriften erreicht. Allerdings hat keine dieser Initiativen zu gesetzlich verbindlichen Maßnahmen geführt. Das Projekt bringt in seiner jetzigen Form zahlreiche Hindernisse für die Bürgerinnen und Bürger mit sich. Daher schlägt der Bericht mehrere Schritte vor, um Bürger auf die Initiative aufmerksam und den Vorgang benutzerfreundlicher zu machen. Er fordert auch die Europäische Kommission dazu auf, schneller zu reagieren. Um den Nutzen dieser Initiative zu erhöhen, ist es wichtig, dass dieser Prozess so transparent und benutzerfreundlich wie möglich ist. ALFA hat die direkte Demokratie immer unterstützt. Die Bürger müssen mitreden können und die Chance haben, EU-Gesetzgebung zu beeinflussen. Daher habe ich für diesen Bericht gestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európska iniciatíva občanov je jedinečným a inovatívnym nástrojom participatívnej demokracie v EÚ. Umožňuje občanom stať sa aktívnou súčasťou procesov, ktoré ich ovplyvňujú. Som presvedčený, že i týmto spôsobom dokážeme viacej zaangažovať svojich občanov vo veciach verejných. Je dôležité zjednodušiť spôsob fungovania európskych iniciatív občanov a taktiež zvýšiť informovanosť.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržao sam ovo izvješće iz razloga što smatram da je europska građanska inicijativa novo političko pravo građana te jedinstven i inovativan alat za oblikovanje programa demokracije u Europskoj uniji koji građanima omogućuje aktivno sudjelovanje u projektima i procesima koji na njih utječu, te čiji se potencijal neosporno mora u potpunosti iskoristiti i znatno poboljšati kako bi se postigli najbolji rezultati i potaklo što više građana EU-a na sudjelovanje u daljnjem razvoju procesa europske integracije.

S obzirom da jačanje demokratskog legitimiteta institucija mora biti jedan od prioriteta EU-a, držim da je potrebno ocijeniti provedbu Uredbe (EU) br. 211/2011 kako bi se utvrdili svi njezini nedostaci te kako bi se predložila rješenja za iste. Dosadašnje iskustvo pokazuje da se većina organizatora europskih građanskih inicijativa pri organizaciji europske građanske inicijative susrela s brojnim poteškoćama u vezi s praktičnim i pravnim aspektima, te budući da su organizatori nekoliko odbačenih europskih građanskih inicijativa potom podnijeli žalbe Sudu Europske unije i Europskom ombudsmanu na odluku Komisije o tome da ne registrira njihove europske građanske inicijative.

Smatram kako je civilni angažman mladih u Europskoj uniji od temeljnog značaja za budućnost unije i boljitak svih njezinih građana, te sam stoga podržao izvješće.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – This report seeks to address the poor implementation of the European Citizens' Initiative (ECI) and the associated logistical and practical problems. The ECI could be a great tool to get citizens more involved in the democratic process, yet it has hitherto fallen short of its promise. With only three citizens' initiatives reaching the target for consideration by the Commission, it is clear that the ECI needs to be more user-friendly and many obstacles need to be eliminated before it can become a useful instrument.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Europska građanska inicijativa osmišljena je kao instrument koji europskim građanima omogućuje sudjelovanje u pokretanju zakonodavnih inicijativa. U sklopu tog instrumenta nalazi se, stoga, ideja da će jednom kada stupi na snagu pojačati civilnu društvenu mobilnost i ojačati europsko građanstvo.

Jasno je, kako iz brojnih odgovora iz civilnog društva, tako i iz izvještaja Komisije o prve tri godine instrumenta, da o kakvim god se kriterijima za uspjeh radilo, nijednu dosad inicijativu nije slijedio zakonodavni proces. Nadalje, od 33 inicijative koje su dosada registrirane, pokrenuto ih je svega 15. Ovo izvješće podržavam jer se njime želi postići bolje funkcioniranje Europske građanske inicijative, kao i eliminacija određenih zapreka koje su se našle na putu organizatora same inicijative.

Dok je prepoznato kako se neke od ovih poteškoća nisu mogle predvidjeti, posljednje tri godine iskustva nude mogućnost inovacija, te će Komisija vjerojatno pokrenuti opsežnu provjeru inicijative u 2016. godini. U toj će situaciji stav Parlamenta prema instrumentu igrati veliku ulogu, s obzirom da Parlament predstavlja upravo same korisnike inicijative.

Richard Sulík (ECR), *písomne.* – Návrh som podporil. Súhlasím s predstavenými opatreniami, ktoré môžu zefektívniť aktuálnu možnosť Európskej iniciatívy občanov, ako aj dať im vyššiu váhu. Aj to je jeden zo spôsobov, ako zvýšiť možnosti demokratického rozhodovania občanov v EÚ.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o evropski državljanski pobudi. V današnjem času se soočamo z velikim pomanjkanjem zaupanja državljanov v Evropsko unijo, njene institucije in politike. Kljub temu, da državljani volijo svoje predstavnike v Evropski parlament, se počutijo odrezani od odločanja. Zato smo vsi odgovorni in poklicani k temu, da to spremenimo. Z evropsko državljansko pobudo ogromno prispevamo k okrepitvi participativne demokracije, saj lahko državljani aktivno sodelujejo v projektih in postopkih, ki jih zadevajo. Strinjam se, da je ta potencial potrebno v celoti izkoristiti in bistveno okrepiti.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Hlasoval jsem pro přijetí zprávy o evropské občanské iniciativě (EOI), jelikož tento nástroj účasti evropských občanů ve veřejném prostoru EU považuji za velice důležitý a prospěšný. Jde o nástroj určený pro všechny občany EU, kteří mohou svou iniciativu zahájit v různých členských státech najednou a mohou tak upozornit na oblasti či problémy, které vyžadují novou legislativní aktivitu. Ihned, jakmile nařízení upravující EOI vstoupilo v platnost, se ukázalo, že jde o nástroj, který veřejnost chce využívat. Bohužel postupem času se také ukázalo, že celý proces je zbytečně složitý, klade na iniciátory iniciativy zbytečné nároky a řada pravidel, kterým se celý proces řídí, není jasně definována. Záměrem Evropského parlamentu je nyní na tyto problémy upozornit a žádat nápravu. Prolomit exkluzivitu Evropské komise, pokud jde o zákonodárnou iniciativu, se v tuto chvíli jeví jako příliš revoluční požadavek, ale jsem přesvědčen, že EOI může být i tak smysluplným a užitečným nástrojem, pokud dojde k odstranění stávajících nedostatků a EOI se stane uživatelsky přístupnější. Role EP je v tomto procesu nezastupitelná, protože jako jediný orgán EU zastupuje přímo občany členských států.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η παρούσα έκθεση αφορά στη δημιουργία ενός μέσου διεθνικής συμμετοχικής δημοκρατίας που επιτρέπει στους πολίτες την άμεση συμμετοχή στα θεσμικά όργανα της ΕΕ.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását, mert a tapasztalatok által megalapozott kritikával mutat rá az európai polgári kezdeményezés jogintézményének eddigi működési hiányosságaira, valamint több ponton javaslatokat is tartalmaz a rendszer érdemibb, az európai polgár számára valóban közvetlen demokráciaélményt adó, egyúttal konkrét európai jogszabályokat eredményező módosításokra. A magam részéről az európai polgári kezdeményezést az európai közvetlen demokrácia potenciálisan igen fontos intézményének tartom, amelynek eddigi eredményei azonban csalódást keltőek, részben a szabályozás hiányosságai, részben a tagállamok együttműködésének hiánya, részben a Bizottság részéről a kezdeményezések befogadásának korlátozó szemlélete miatt.

A jelentéssel egyetértve úgy vélem, a javaslat lehetséges irányát nem a Szerződés módosítása, hanem a jelenlegi szabályozás rugalmasabb, polgárközelibb és felhasználóbarát alkalmazása, valamint a Bizottság és a tagállami kormányok részéről jobb kommunikáció jelentheti. Mindennek megvalósításához a jelentés számos szempontot ad, amelyek érvényesülését az Európai Parlamentnek a jövőben is figyelemmel kell kísérni. A kérdés jelentőségének mérlegelésénél számomra – magyar képviselőként – fontos szempont volt az is, hogy hazámban a kormányzat jelenleg éppen a közvetlen demokrácia érvényesülését, a népszavazás intézménye ellehetetlenítését célzó politikát folytat; az európai polgári kezdeményezés jobb működésétől olyan pozitív európai példát remélek, ami segít ezt a törekvést megakadályozni.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Źródłem siły demokracji jest społeczeństwo obywatelskie. By ono mogło nie tylko dobrze funkcjonować, ale także i się rozwijać, musi mieć możliwości wpływania na wyniki rządzenia nie tylko raz na kilka lat w akcie wyborczym, ale i na bieżąco, czemu, w przypadku Unii Europejskiej, służy europejska inicjatywa obywatelska. Jestem zwolennikiem jej funkcjonowania, a także podejmowania takich rozwiązań, które mogą służyć skuteczniejszemu współudziałowi obywateli w rozwiązywaniu ważnych dla nas wszystkich kwestii. W związku z tym zdecydowałem się zgłaszać za sprawozdaniem Parlamentu, w którym znalazł się szereg propozycji służących uproszczeniu wymogów formalnych i proceduralnych związanych ze złożeniem europejskiej inicjatywy obywatelskiej.

Claudia Tapardel (S&D), *in writing*. – The ECI is one of the most powerful tools for direct democracy that the Lisbon Treaty provided our citizens. Since the entry into force of the ECI, 51 initiatives have been submitted, resulting in the participation of more than 6 million people. While this is encouraging, in reality, of the 51 initiatives submitted in the past three years only three were deemed admissible. Yet not a single initiative was followed up by legislation. The low success rates are linked to a number of problems regarding 1) the information provided to ECI organisers, 2) the software offered by the EC for collecting signatures online, and 3) problems related to the public awareness of the ECI.

The current report, which I voted in favour of, provides us with the opportunity to address ongoing issues. It calls on the Commission to increase transparency to the ECI, on both the national and the European levels. It further asks the Commission to provide appropriate guidelines, and legal guidance, to ECI organizers. Lastly, as a young MEP I welcome the report's recommendation to lower the age of participation in Member States from 18 to 16. This recommendation will surely help us to draw young people's interest and participation in this democratic exercise.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – L'initiative citoyenne européenne (ICE) trouve son origine dans la convention et a été conçue pour donner au citoyen européen la possibilité de participer au lancement d'initiatives législatives. L'idée d'origine était donc qu'une fois en place, cet instrument permettrait de mobiliser davantage la société civile et de renforcer la citoyenneté européenne, notamment à l'échelle transnationale.

Au vu des multiples réponses reçues de la société civile et du rapport de la Commission sur les trois premières années de fonctionnement de l'ICE, il est clair qu'indépendamment des critères de réussite, le projet n'a aujourd'hui pas encore atteint ses objectifs, étant donné qu'aucune initiative n'a jusqu'ici été suivie d'une législation. Le rapport de la Commission fait état de 51 initiatives (COM(2015)145).

Ce rapport cherche à améliorer le fonctionnement de l'ICE afin de la rendre plus conviviale et d'éliminer certains obstacles qui se sont révélés être une source de difficulté pour les organisateurs de l'ICE.

La Commission devrait entreprendre une révision approfondie de l'ICE en 2016 et l'avis du Parlement concernant cet instrument aura son poids car il reflétera, avant tout, le point de vue de la base, celui des citoyens qui ont tenté d'utiliser l'ICE.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I share the view that the functioning of the European Citizens' Initiative (ECI) needs improving. The report aims to make it more user-friendly and to eliminate some of the obstacles that complicate organising an initiative. The ECI has been in place since 1 April 2012, and throughout those three years the Commission has noted 51 initiatives, only three of which were deemed admissible. None of them has yet been followed by legislation – a situation that points to weaknesses in the instrument in its current form. The purpose of the ECI is to give European citizens the opportunity to participate in launching legislative initiatives. Amending it should enhance the mobilisation of civil society and facilitate the process of organising initiatives.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Accolgo con favore questa relazione di iniziativa, perché ritengo che l'ICE rappresenti una delle innovazioni maggiori in termini di democrazia partecipativa, introdotta nei trattati. Grazie a questo strumento i cittadini hanno l'opportunità eccezionale di individuare e definire le priorità legislative dell'Unione e partecipare attivamente alla definizione di nuovi obiettivi. Come affermato nella relazione, è necessario sensibilizzare i cittadini, soprattutto i più giovani, all'utilizzo di questo strumento partecipativo. La Commissione e le autorità nazionali devono utilizzare tutti i canali di comunicazione pubblica e adottare le misure necessarie per garantirne la trasparenza, oltre che favorire risposte esaustive che consentano ai cittadini europei di avere un ruolo primario nel processo di iniziativa legislativa. Per pubblicizzare al meglio questo tipo d'iniziativa, la tecnologia gioca un ruolo fondamentale, la Commissione deve pertanto migliorare la raccolta delle firme per via elettronica.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

László Tőkés (PPE), *írásban*. – A Szerződés értelmében új intézményként létrejött, átütő sikerrel nem büszkélkedhet: 51 kezdeményezésből összesen három teljesítette az elvárásokat – 7 tagállamból 1 millió támogató aláírás összegyűjtését.

A Schöpflin-jelentés ennek az eljárási kudarcnak az okait tárja fel és nyújt javaslatokat, többek között az eszköz jobb kommunikációjával, felhasználóbarátabb felületek létrehozásával, egyszerűbb adatigényléssel, költségvetési támogatással, közvetlen tanácsadással, és a digitális állampolgári részvétel elősegítésével, megkönnyítve több millió állampolgár részvételét egy EU-s szintű kezdeményezésben egy EU-s digitális állampolgárság kialakításával. A jelentéstevő hangsúlyozza a kezdeményezés szélesebb körben való tudatos megismertetését, hiszen ez az eszköz az állampolgárokat hivatott közvetlenül bekapcsolni az európai intézményi döntéshozatalba. A jelentés ezt a kapcsolódást szeretné megerősíteni. A jelentéssel egyetértve felszólítottam a Bizottságot az eddigi eljárási szabályzat felülvizsgálatára.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Tvirtai parėmiai pranešimai Europos piliečių iniciatyvos stiprinimui, kuria siekiama pertvarkyti jos formą į labiau draugišką piliečiams ir pašalinti kliūtis, kurios ją apsunkina. Europos iniciatyva yra vienu iš svarbiausių demokratijos instrumentų, kuris leidžia piliečiams tiesiogiai bendrauti su Europos Sąjungos institucijomis. Tačiau ji taip pat suteikia galimybę kiekvienam Europos piliečiui aktyviai dalyvauti ir įtakoti ES teisės aktus. Dėl šios priežasties Komisija turėtų pasinaudoti visais įmanomais viešosios komunikacijos kanalais, siekdama padidinti Europos piliečių iniciatyvos populiarumą. ES institucijos turėtų daug didesniu mastu skelbti šį klausimą valstybės narėse. Tai prisidės prie didesnio informuotumo ir naudojimosi piliečių teisėmis.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o evropski državljanski pobudi sem podprla, saj menim, da bomo tako izboljšali delovanje evropske državljanske pobude in jo naredili uporabnikom bolj prijazno. Glas ljudstva je zelo pomemben. Odstraniti želimo tudi nekatere ovire, za katere se je izkazalo, da so vir težav za organizatorje pobud.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este informe. Entendemos que las iniciativas ciudadanas europeas son el mecanismo más cercano para la ciudadanía a la hora de plantear proyectos a la Unión; entendemos igualmente que es necesario mejorar los mecanismos por los cuales estas iniciativas pueden llevarse a cabo; entendemos asimismo que, sin una mejora de las iniciativas ciudadanas europeas, la Unión seguirá siendo percibida como una entidad extraña y distante. Por ello, hay que mejorar, en el espíritu y en la letra, el funcionamiento de las mismas; entendemos que, al haberse aprobado determinadas enmiendas, este informe pierde la fuerza que queríamos para el mismo, y por ello nos hemos abstenido.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Seit der Einführung der Europäischen Bürgerinitiative im April 2012, haben nur drei der einundfünfzig Initiativen, die gestartet wurden, die notwendige Anzahl an Unterschriften erreicht. Keine von ihnen hat zu gesetzlich verbindlichen Maßnahmen geführt, weil die Zahl der administrativen und juristischen Hindernisse zu groß war. Der aktuelle Bericht schlägt mehrere Schritte vor, um Bürger auf die Initiative aufmerksam und den Vorgang benutzerfreundlicher zu machen. Er fordert auch die Europäische Kommission dazu auf, schneller zu reagieren. Um den Nutzen dieser Initiative zu erhöhen, ist es wichtig, dass dieser Prozess so transparent und benutzerfreundlich wie möglich ist. ALFA hat die direkte Demokratie immer unterstützt. Die Bürger müssen mitreden können und die Chance haben, EU-Gesetzgebung zu beeinflussen. Daher habe ich für diesen Bericht gestimmt.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Inițiativa cetățenească europeană este o inovație a Tratatului de la Lisabona, care dă dreptul de inițiativă politică cetățenilor, drept supus unor anumite condiții. Pe această cale, cetățenii pot invita Comisia să prezinte noi propuneri de acte juridice în domenii de competență ale UE, participând, astfel, în mod direct la elaborarea de politici europene.

Însă, în ciuda acestui drept reformativ pe care îl introduce, inițiativa cetățenească europeană se confruntă cu un număr de probleme tehnice și de organizare, încă de la introducerea acesteia pe 1 aprilie 2012. Astfel, în 3 ani de existență, 51 de inițiative au fost supuse Comisiei, dintre care doar una a fost acceptată.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Pe lângă faptul că este nevoie de cel puțin un milion de susținători, provenind din cel puțin un sfert din statele membre, organizatorii unei inițiative cetățenești europene se confruntă cu proceduri complexe care îi descurajează, iar Comisia poate respinge această cerere fără vreun motiv particular. Astfel, este nevoie de o reformă a acestui dispozitiv al democrației participative pentru a satisface obiectivul ultim al acestuia, și anume punerea pe picior de egalitate a cetățenilor cu Parlamentul European și Consiliul UE în fața Comisiei.

Așadar, am votat în favoarea Raportului Schöpflin referitor la inițiativa cetățenească europeană.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az európai polgári kezdeményezés gyökerei a konventig nyúlnak vissza, és olyan eszközként hozták létre, amely az európai polgárok számára lehetőséget biztosít arra, hogy részt vegyenek jogalkotási kezdeményezések elindításában. Ezért ezen eszköz hátterében az az elképzelés áll, hogy hatálybalépését követően – elsősorban nemzeteken átívelő módon – a civil társadalom fokozottan mobilizálódik, és megerősödik az európai polgári szerepvállalás. A jelentés fő célja az európai polgári kezdeményezés működésének javítása, felhasználóbaráttá tétele volt, ezért támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este informe. Entendemos que las iniciativas ciudadanas europeas son el mecanismo más cercano para la ciudadanía a la hora de plantear proyectos a la Unión; entendemos igualmente que es necesario mejorar los mecanismos por los cuales estas iniciativas pueden llevarse a cabo; entendemos asimismo que, sin una mejora de las iniciativas ciudadanas europeas, la Unión seguirá siendo percibida como una entidad extraña y distante. Por ello, hay que mejorar, en el espíritu y en la letra, el funcionamiento de las mismas; entendemos que, al haberse aprobado determinadas enmiendas, este informe pierde la fuerza que queríamos para el mismo, y por ello nos hemos abstenido.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – Me he abstenido en este informe, ya que, por un lado, supone reforzar la iniciativa ciudadana europea, pero, por otro, sigue sin establecer la necesidad de que la Comisión haga una propuesta legislativa cuando una iniciativa ciudadana europea prospere, ni establece un rol adecuado para el Parlamento en sus funciones de representar la soberanía del conjunto de la UE.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the European Citizens' Initiative (ECI). The aim of the text is to improve the functioning of the ECI, to make it more user-friendly, to raise awareness about it and to eliminate some of the obstacles that have proved a source of difficulty for ECI organisers. The European Citizens' Initiative is one of the most important tools for citizens' participation in democratic decisions at European level, hence it should be more citizen-friendly.

In this resolution we also call on the Commission to recommend to Member States that they lower the age for supporting and participating in a citizens' initiative from 18 to 16 – a step which could increase democracy and participation, including among young people.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un informe que lleva a cabo una evaluación de la implementación del Reglamento sobre dicha iniciativa, y que transmite ciertas ideas y propuestas para una futura revisión de este Reglamento, que va a realizar próximamente la Comisión Europea. Por ello, considero necesario votar a favor de dicho informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe hace referencia a la próxima revisión del Reglamento (UE) n.º 211/2011 sobre la iniciativa ciudadana europea y a las conclusiones extraídas por la Comisión Europea en un documento publicado recientemente. Nuestra postura es que la implementación de la iniciativa ciudadana europea ha sido un fracaso absoluto; de hecho, de cincuenta y una propuestas registradas, solo tres han sido capaces de cumplir los requisitos, a menudo por las numerosas trabas administrativas durante el proceso de recogida de firmas, que llevan en ocasiones a denunciar a la propia Comisión ante los tribunales.

Por si fuera poco, la Comisión Europea no está obligada a iniciar ninguna propuesta de modificación legislativa, así que la efectividad de las mismas es mínima. Frente a esta situación, el informe final no es nada crítico con los procedimientos regulados para esta herramienta participativa; además, propone que se limite el contenido de la iniciativa ciudadana europea si no se adecúa a las competencias de la Unión y, sobre todo, que la Comisión haga una propuesta legislativa solo si tiene un dictamen positivo publicado por ella misma.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Por estas razones, y dado el escaso contenido propositivo del informe para consolidar política y jurídicamente las iniciativas ciudadanas europeas, he votado en contra del mismo.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I was happy to vote in favour of this report, which addresses important problems that have arisen with the European Citizens' Initiative (ECI). The report seeks to address the poor implementation of the Citizens' Initiative and the associated logistical and practical problems. The ECI could be a great tool to get citizens more involved in the democratic process, yet it has hitherto fallen short of its promise. With only three citizens' initiatives reaching the target for consideration by the Commission, it is clear that the ECI needs to be more user-friendly and that many obstacles need to be eliminated before it can become a useful instrument.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A chamada Iniciativa Europeia de Cidadãos constituiu, desde início, uma pueril, mas também perversa, tentativa de legitimação de todo um edifício estruturalmente antidemocrático.

Não esqueçamos que o Tratado que consagra esta iniciativa fugiu ostensivamente ao escrutínio dos povos através de referendos. Foi aprovado e ratificado nas costas dos cidadãos cuja participação diz querer acolher.

Seis anos decorridos é evidente o descrédito em que caiu este instrumento, dito de democracia participativa. Em mais de meia centena de tentativas, apenas três lograram cumprir os rígidos parâmetros definidos para tornar aceitável esta «participação cidadã».

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Vorschläge sind eine deutliche Verbesserung der derzeitigen Rechtslage zu den ECIs. Es werden Hürden abgebaut, welche bisher problematisch für europäische Bürgerinitiativen waren. Die Funktionsweise der europäischen Bürgerinitiative wird benutzerfreundlicher. Der Bericht erhielt daher meine Zustimmung.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Mi sono espresso a favore della relazione sull'iniziativa dei cittadini europei (ICE) perché lo considero uno strumento di garanzia e partecipazione democratica che permette ai cittadini europei una maggiore partecipazione attiva all'iniziativa legislativa. L'idea di base era sviluppare uno strumento che, una volta in vigore, potesse incrementare la mobilitazione della società civile e rafforzare la cittadinanza europea, soprattutto a livello transnazionale. L'ICE è uno strumento relativamente giovane (esiste da tre anni) e come tutti gli strumenti va perfezionato, migliorato e collaudato. L'obiettivo che ci siamo preposti è quello di implementare il funzionamento dell'ICE, attraverso la semplificazione delle procedure e l'eliminazione degli ostacoli che creano difficoltà agli organizzatori delle ICE. In un periodo in cui l'Europa è accusata di forti carenze democratiche, l'appoggio a uno strumento che incoraggi l'iniziativa dal basso diventa imprescindibile.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the report on European Citizens Initiative. ECI is a new political right introduced for our citizens, which allows them to play an active role in the creation of EU law. The initiative was introduced in April 2012, and from that time, we have received a number of complaints suggesting that ECI is not working as well as intended.

First of all, the report focuses mainly on increasing the public awareness of ECI. In order for the initiative to be effective, it is crucial to raise the awareness amongst both our citizens and that appropriate media, and also to ensure its transparency. Moreover, the provisions of that report point out several difficulties that organisers have encountered since the regulation entered into force in spring 2012, and it suggests the measures that should be undertaken in order to eliminate those problems. Hence, the idea of establishing a dedicated ECI office is very promising and it may, in fact, prove to be a sufficient way to ensure that the ECI is working well enough.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – As a Member of the CULT Committee, citizenship is a central part of my portfolio. The European Citizens' Initiative has the potential to strengthen European democracy, empower citizens to participate, and make the EU more responsive to their needs and demands. A European Union of vibrant grassroots citizen engagement is what we would like to see.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

I voted for this report in order to address the problems of the poor implementation of the European Citizens' Initiative and the logistical and practical problems associated. The ECI has hitherto fallen short of its promise. With only three initiatives reaching the target for consideration by the Commission, it is clear that the ECI needs to be more user-friendly and that many of the obstacles need to be eliminated before it can become a useful instrument.

Josef Weidenholzer (S&D), schriftlich. – Die Europäische Union basiert auf ihren Bürgerinnen und Bürgern. Sie soll in ihrem Sinne und für ihre Interessen handeln. Ein Instrument, das direkte Beteiligung ermöglicht, war daher ein sehr guter und wichtiger Schritt. Die von der Kommission vorgelegten Zahlen zeigen allerdings, dass das Mittel der Bürgerinitiative seit ihrer Einführung immer weniger genutzt wird. Initiatoren müssen beim Einbringen von Bürgerinitiativen unterstützt werden. Das bedeutet zum einen die Verringerung von bürokratischen Hürden, zum anderen Unterstützung bei der Bewerbung der jeweiligen Initiative. Zudem muss ein Bewusstsein darüber geschaffen werden, dass es die Möglichkeit einer europäischen Bürgerinitiative gibt. Ich unterstütze daher die Bestrebungen, um das Instrument Bürgerinitiative zu verbessern und es zu einem erfolgreichen Mittel der Partizipation zu machen.

Iuliu Winkler (PPE), în scris. – ICE a fost considerată un triumf al Tratatului de la Lisabona pentru că deschidea cetățenilor europeni șansa de a deveni inițiatori de legislație și participanți activi la făurirea politicilor europene. La 3 ani de la intrarea sa în vigoare, acest instrument provoacă dezamăgire. Abordarea birocratică, avocățască a CE riscă să producă efectul contrar celui dorit, contribuind la îndepărtarea cetățenilor de Europa.

PE a avut un rol important în promovarea legislației ICE, iar acum, din nou, PE ia inițiativa de a modifica reglementarea. UE trebuie să devină o construcție politică și, de aceea, trebuie să fie deschisă ideilor și propunerilor cetățenilor ei. Acest imperativ trebuie înțeles de către birocrății UE, dar și de statele membre care trebuie să înlesnească întreaga procedură ICE, în loc să pună piedici administrative suplimentare.

Am votat Raportul Schöpflin, care conține propuneri clare de îmbunătățire a Regulamentului ICE. Propunerea de modificare pe care CE trebuie să o înainteze PE și Consiliului trebuie să dovedească înțelegerea faptului că UE se află la răscruce. Ori învățăm să ascultăm vocea cetățenilor noștri și atunci vom avea succes, ori continuăm să ne îndepărtăm de cetățenii europeni, fiind, astfel destinați eșecului.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), por escrito. – El informe relativo al Reglamento sobre la iniciativa ciudadana era más que necesario. Esta posibilidad venía ya contemplada en el Tratado de Lisboa, pero no fue sino hasta 2012 cuando pudo ponerse en marcha. Desde el primer momento presentó grandes deficiencias, tanto desde el punto de vista normativo como desde el punto de vista de comunicación y logístico. Este sistema no ha satisfecho a los ciudadanos, que se enfrentan a un reto burocrático difícil de sortear. Es necesario que el ciudadano conozca el procedimiento de tramitación y adopción de las iniciativas ciudadanas, ya que muchas veces se ven frustrados al descubrir que la iniciativa no saldrá adelante y reclaman explicaciones al Parlamento Europeo. Es momento de hacer balance y mejorar las deficiencias de este sistema.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), γραπτώς. – Η πρακτική εφαρμογή της λεγόμενης «πρωτοβουλίας πολιτών» επιβεβαιώνει πλήρως την κριτική που έγκαιρα και τεκμηριωμένα έκανε το ΚΚΕ, ότι δηλαδή πρόκειται για αντιλαϊκό πυροτέχνημα εξωραϊσμού της ΕΕ και χειραγώγησης συνειδήσεων, όταν αστικά και ομοιοταγικά κόμματα και μέσα ενημέρωσης την εμφανίζουν ως μορφή δήθεν «συμμετοχικής δημοκρατίας» στην ΕΕ. Η εμπειρία από τις δύο μόλις τέτοιου είδους πρωτοβουλίες που προχώρησαν μέχρι σήμερα απέδειξε ότι εξαρτώνται άμεσα από την έγκριση και άδεια της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, κινούνται υποχρεωτικά στο αντιλαϊκό πλαίσιο που καθορίζουν οι αντιδραστικές Συνθήκες της ΕΕ και τελικά καταλήγουν στον κάλαθο των αχρήστων, εάν δεν υπηρετούν τους αντιλαϊκούς στόχους ΕΕ και αστικών κυβερνήσεων. Τις καταγγελίες του ΚΚΕ ότι η «πρωτοβουλία πολιτών» θα χρησιμεύσει και σαν όχημα για να παρουσιάζονται αντιλαϊκές επιδιώξεις των μονοπωλίων ως δήθεν «λαϊκό αίτημα» ήρθε να επιβεβαιώσει η αεροπορική εταιρεία «Ryanair», γνωστή για την άγρια εκμετάλλευση των εργαζομένων της, που ξεκίνησε δική της «πρωτοβουλία πολιτών» με σύνθημα «Διατηρήστε τους Ευρωπαϊκούς Ουρανούς Ανοιχτούς», καλώντας τα «θεσμικά όργανα της ΕΕ» να απαγορεύσουν το δικαίωμα της απεργίας στους εργαζόμενους ελεγκτές εναέριας κυκλοφορίας! Γι' αυτό οι εργαζόμενοι πρέπει να καταδικάσουν αυτά τα αντιδραστικά ευρωενωσιακά εργαλεία, να εντείνουν την πάλη τους ενάντια στην ΕΕ, σε όλο το αντιλαϊκό οικοδόμημά της και τα μονοπώλια που υπηρετεί.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Európska občianska iniciatíva je síce právnym nástrojom priamej demokracie v Európskej únii, ktorý má umožniť občanom Európskej únie priamo sa zapojiť do tvorby nových právnych predpisov o témach, ktoré považujú za dôležité, osud doterajších občianskych iniciatív však hovorí o opaku. Zo začiatých 51 iniciatív iba 3 dokázali naplniť požiadavky a bohužiaľ ani jedna z nich nevedla k legislatívnemu návrhu predloženému Európskou komisiou. Myslím si, že za takejto situácie je na mieste pýtať sa, čo môže za neúspech takého počtu občianskych iniciatív. Či je to nedostatočné povedomie o tejto možnosti, príliš zložitá alebo nezrozumiteľná požiadavka prípadne iné príčiny. Správa sa možnými príčinami zaoberá a rovnako sa zaoberá aj tým, akým spôsobom dosiahnuť väčšiu vážnosť tohto právneho nástroja tak, aby sa prinavrátila dôvera občanov Európskej únie v jeho účinnosť. Názor minimálne jedného milióna európskych občanov na určitú tému totiž považujem za natoľko dôležitý, aby nebolo možné ho jednoducho a bez príčiny, prípadne s odvolaním sa na nenaplnenie príliš zaťažujúcich administratívnych požiadaviek, ignorovať. Správu som preto podporila.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A chamada Iniciativa Europeia de Cidadãos constitui, desde início, uma pueril, mas também perversa, tentativa de legitimação de todo um edifício estruturalmente antidemocrático. Não esqueçamos que o Tratado que consagra esta iniciativa fugiu ostensivamente ao escrutínio dos povos através de referendos. Foi aprovado e ratificado nas costas dos cidadãos cuja participação diz querer acolher. Seis anos decorridos é evidente o descrédito em que caiu este instrumento, dito de democracia participativa. Em mais de meia centena de tentativas, apenas três lograram cumprir os rígidos parâmetros definidos para tornar aceitável esta «participação cidadã». Não podendo aceitar a ilusão de democraticidade que esta farsa cria, votámos contra o relatório.

8.9. EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer (A8-0279/2015 - Ivan Jakovčić)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione su una strategia dell'UE per la regione adriatica e ionica riguarda principalmente le opportunità dell'economia marittima, abbracciando di conseguenza tutti gli aspetti a essa collegati. Richiede il riconoscimento dell'elevato potenziale delle fonti di energia rinnovabile, invitando a sfruttare tutte le fonti disponibili, evidenzia inoltre i rischi legati all'esplorazione e allo sfruttamento di petrolio e di gas offshore e sulla terraferma. Invita poi a ottimizzare la capacità della rete infrastrutturale esistente, con particolare riferimento ai collegamenti stradali e ferroviari presenti nella macroregione e a sviluppare una reale inter-modalità dei trasporti, aeroporti, ferrovie e autostrade, ciò porterà indubbi benefici all'Italia che non brilla sotto questi aspetti. Non mancano però criticità, poiché si prevede lo sfruttamento del Fondo europeo per gli investimenti strategici e in Italia purtroppo è un'arma a doppio taglio, poiché tra i progetti presentati nel FEIS c'è la ristrutturazione dell'Ilva di Taranto. Poi se da un lato si guarda all'energia pulita, dall'altro si sottolinea l'importanza di una pianificazione comune degli investimenti a favore dello sviluppo di terminali di gas naturale liquefatto (GNL) e gasdotti. Una grande occasione rovinata dai soliti interessi economici, per cui ho deciso di astenermi in sede di voto.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero que este informe mezcla elementos positivos y negativos en la estrategia de la UE para la región del Adriático y del Jónico.

Por un lado, existe un compromiso por apoyar el desarrollo económico de estas regiones, incidiendo en aspectos como la sostenibilidad o el apoyo a las pymes y a sectores tradicionales como el turismo o la pesca.

Por otro lado, se dota a la UE de un papel director en una región en la que ni siquiera todos los Estados son miembros, imponiendo la adopción del acervo europeo y favoreciendo la inversión privada en sectores tan sensibles como la energía o el transporte.

En consecuencia, me he abstenido.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport visant à donner la position du Parlement européen sur la stratégie de l'Union pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne (EUSAIR). Ce texte prévoit en effet des mesures impliquant un renforcement de la régionalisation des États membres tout en affaiblissant le pouvoir des gouvernements nationaux. Il promeut en outre un élargissement de l'Union européenne en soulignant à plusieurs reprises une dimension d'intégration de la stratégie EUSAIR.

Opposé à toute perte de souveraineté nationale ainsi qu'à un nouvel élargissement de l'Union, je me suis prononcé contre ce rapport.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This report proposes an EU strategy for the Adriatic and Ionian region. In doing so, it describes the special characteristics of the Adriatic-Ionian macro-region and the difficulties and opportunities that it faces, and calls for specific action to be taken. However, the strategy put forward is based on the 'three NOs' principle – no new legislation, no new institutions, no new funding. The strategy can therefore use only the already existing EU financial resources and tools, and funding in this report is placed in the context of the Europe 2020 strategy with the strict conditions that entails.

There are a number of other concerns with the report, such as support for contentious major projects, and a call to non-EU states to accelerate the implementation of sectoral acquis, such as the Water Framework Directive, as a condition of accession to the EU.

Therefore, while there are positive aspects to the report, I abstained on this motion.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτιώς*. – Ψήφισα υπέρ της συγκεκριμένης έκθεσης, καθώς θεωρώ πως είναι αναγκαία η γεφύρωση του χάσματος και η ενίσχυση της συνεργασίας μεταξύ των χωρών της ΕΕ στην περιοχή και των τρίτων χωρών. Ζητήματα όπως ελλείμματα εγκαταστάσεων, μη επαρκής σύνδεση ηλεκτρικών κόμβων και καταστροφή των οικοσυστημάτων από τον ανθρώπινο παράγοντα είναι μόνο κάποια από τα ζητήματα τα οποία επιδιώκει να ρυθμίσει η συγκεκριμένη έκθεση.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette stratégie pour l'Adriatique et la mer ionienne couvre huit pays, dont quatre sont membres de l'Union européenne — la Croatie, la Grèce, l'Italie et la Slovénie — et quatre non-membres — l'Albanie, le Monténégro, la Serbie, la Bosnie-Herzégovine.

Ce rapport illustre une fois de plus la volonté de l'UE de créer des macro-régions transfrontalières de façon à contourner la souveraineté des États membres. Il s'agit d'affaiblir les pouvoirs centraux au profit des collectivités locales qui sont plus malléables pour les institutions européennes. De fait, les États concernés pourraient tout-à fait traiter ces questions de manière multilatérales.

J'ai donc voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This is, in essence, the EU creating an economic blueprint for an area which does not contain any EU Member States. Furthermore, it proposes quicker accession for current non-EU countries.

I therefore voted against.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl ES strategijos dėl Adrijos ir Jonijos jūrų regiono. EUSAIR yra trečioji ES makroregioninė strategija – ją kuriant buvo pasinaudota ES Baltijos jūros regiono ir Dunojaus regiono strategijų pamokomis ir patirtimi. EUSAIR yra puiki galimybė regiono šalims vadovaujant Komisijai dirbant išvien, siekiant klestėjimo ir darnaus vystymosi, ir praeityje palikti ekonomines ir politines problemas. EUSAIR suteikia galimybę investicijas nukreipti taip, kad būtų pasiekta visam regionui naudingų rezultatų. Adrijos ir Jonijos jūrų regiono potencialas yra nemažas ir jį galima panaudoti tik bendromis ir koordinuojamomis visų regiono šalių pastangomis aktyviai dalyvaujant vietos ir regionų valdžios institucijoms. Komisija su EIB turės atlikti ypatingą vaidmenį – teikti gaires ir paramą įgyvendinant strategiją.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP has always championed national democracy and state cooperation, but we have always argued against EU overarching policies on any region, especially a region that includes non-EU members. In order to have an effective economic strategy for the Adriatic and Ionian region, Member States should decide the best action for themselves through intergovernmental cooperation. Therefore we voted against this report.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur une stratégie de l'UE pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne présentée par la Commission consiste en une stratégie macro-régionale couvrant huit États membres (Croatie, Grèce, Italie et Slovénie notamment). Les autres pays tiers ont soit le statut de candidat ou de candidat potentiel à l'adhésion de l'UE. Malheureusement, cette stratégie cible directement les collectivités territoriales en faisant l'impasse sur les États. De plus, elle manifeste une dimension hégémonique de l'UE qui crée une politique spécifique pour quelques États alors qu'on devrait traiter le problème de manière bilatérale. Enfin, le texte souhaite l'élargissement de l'UE et j'ai donc naturellement décidé de voter contre ce texte qui tue les Nations.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – La résolution que j'ai approuvée soutient l'élaboration d'une stratégie macrorégionale pour la région adriatique et ionienne, dans la mesure où ce nouveau modèle de gouvernance à plusieurs niveaux, auquel les régions portent un intérêt de plus en plus marqué, est source d'avantages considérables.

Le Parlement y fait l'inventaire des avantages que pourrait tirer cette région, notamment la protection de ses écosystèmes marin, côtier et terrestre et la croissance bleue, en soulignant l'immense potentiel que renferme la région en termes de création d'emplois bleus et de développement et de croissance économiques durables et innovants, en raison de sa position géographique exceptionnelle et de sa structure littorale spécifique.

Il relève également l'impact positif de cette stratégie sur l'élaboration d'un tourisme durable et compétitif, représentant une importance cruciale pour l'économie européenne et le développement de la cohésion sociale au sein de l'Union.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Sono a favore delle strategie macroregionali, in quanto possono garantire un effettivo sviluppo regionale e transnazionale in Europa. Con questa strategia, la regione adriatico-ionica beneficerà di crescita nel settore dei trasporti, dell'economia legata al mare e della salvaguardia dell'ambiente, che assieme apporteranno benefici per il turismo. Il mio voto è positivo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La Comisión Europea presentó en julio pasado la Estrategia de la UE sobre la región del Adriático y el Jónico (EUSAIR), por la que se establece una tercera macrorregión en la UE —después de las del Mar Báltico y el Danubio—, proporcionando un marco coherente para una macroestrategia regional y un plan de acción de cooperación entre la UE y tres países más (ocho en total).

La región Adriático-Jónica se enfrenta a una serie de retos comunes, tanto por los acontecimientos históricos del pasado como por las grandes disparidades socioeconómicas entre los diferentes países y regiones. Existen déficits de infraestructura importantes. Los ecosistemas marinos y costeros están amenazados por la explotación humana. Las capacidades administrativas e institucionales a nivel nacional, regional y local deben ser reforzadas, etc.

El ponente procura encontrar soluciones a todos estos problemas, contribuyendo a los cuatro pilares de la estrategia (crecimiento azul, conectar la región, calidad del medio ambiente y turismo sostenible y competitivo).

Por todo ello, he votado a favor de este informe, que incorpora finalmente la reivindicación socialista de terminación del corredor Báltico-Adriático, incluida la ampliación de la dorsal Jónico-Adriático en su totalidad.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išreiškė savo poziciją dėl Komisijos pasiūlytos ES Adrijos ir Jonijos jūrų regiono strategijos. Makroregioninės strategijos yra naujas daugiapakopio valdymo modelis, ir, norint užtikrinti sėkmingą jo įgyvendinimą ir tikslų siekimą, būtina, kad dalyvautų ES, nacionaliniai, regionų ir vietos lygmenimis veikiantys suinteresuotieji subjektai. Ankstesnės Baltijos jūros regiono ir Dunojaus regiono strategijos šiems regionams davė apčiuopiamos naudos, įrodė, kad ES bendradarbiavimo mechanizmai yra sėkmingi. Tarp šalių, dalyvaujančių įgyvendinant šią strategiją, visų pirma tarp ES valstybių narių ir ES nepriklausančių šalių, esama didelių socialinių ir ekonominių skirtumų, vis dėlto šių šalių suinteresuotumas bendradarbiavimu ir bendrų veiksmų nustatymu kovojant su sunkumais naudojantis viso regiono potencialu ir dedant nuolatines pastangas sinergijai sukurti yra išaugęs.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Parlamentas palankiai įvertino Komisijos komunikatą dėl Europos Sąjungos strategijos Adrijos ir Jonijos jūrų regione ir prie jo pridedamą veiksmų planą.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – 2012 decemberében az Európai Tanács felkérte a Bizottságot, hogy 2014 vége előtt mutassa be egy új, az adriai- és jón-tengeri stratégiára (EUSAIR) vonatkozó elképzeléseit, és ennek megfelelően 2014. június 17-én a Bizottság bemutatta a stratégiával kapcsolatos tervezetét. Az EUSAIR a harmadik uniós makroregionális stratégia, mely építeni tud a balti-tengeri és a Duna-régióra vonatkozó stratégiák tapasztalataira. Az adriai- és jón-tengeri régió több mint 70 millió embernek ad otthont, és nyolc országot fed le, melyek közül négy uniós tagállam (Horvátország, Görögország, Olaszország, Szlovénia), három tagjelölt ország (Albánia, Montenegró, Szerbia), Bosznia-Hercegovina pedig potenciális tagjelölt ország.

A jelentéstervezetet támogattam szavazatommal a plenáris szavazás során, mivel az EUSAIR jó lehetőséget teremt a régió országai számára a fenntartható fejlődés serkentésére. A Stratégia pillérei („kék növekedés”, a régió infrastrukturális kapcsolatainak fejlesztése, környezetvédelem, fenntartható, versenyképes turizmus), illetve egyéb prioritásai (a nyugat-balkáni országok uniós integrációja, koherencia biztosítása a három uniós makroregionális stratégia, valamint a nemzeti stratégiai projektek között) elősegítik a gazdasági fejlődést, a munkahelyteremtést.

Fontosnak tartom azonban hangsúlyozni, hogy minden makroregionális stratégia esetében az eredmények átfogó értékelésére van szükség. Biztosítani kell, hogy a stratégiák valóban európai hozzáadott értéket képviseljenek, és valós, kézzelfogható pozitív hatásokkal járjanak az érintett régióban.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Predlagano poročilo o Strategiji EU za Jadransko-jonsko regijo – pri pripravi sem kot poročevalec v senci za politično skupino EPP tudi intenzivno sodeloval – sem seveda podprl, saj ponuja številna priporočila ter spodbude Komisiji in vključenim državam članice makroregije.

Spodbuja jih k aktivnejšemu povezovanju z namenom boljšega gospodarskega sodelovanja in odpiranja delovnih mest na področjih, ki so glede na potencial preslabo razvita (t. i. modra rast), k skupnemu načrtovanju prometnih in energetskih politik ter usklajenemu pristopu k varovanju okolja.

Akcijski načrt za ta del Evrope tako predvideva izboljšanje in povezovanje turistične ponudbe s poudarkom na trajnostnem turizmu ter pričakuje izboljšanje prometne in energetske infrastrukture. Državam so tako na voljo vsi instrumenti evropske politike, strategija pa omogoča, da se povežejo in učinkoviteje ter v večjem obsegu koristijo sredstva, ki so že na voljo – od novoustanovljenega Evropskega sklada za strateške naložbe (EFSD) do rednih sredstev iz Evropske kohezijske politike kot tudi programov Obzorje 2020, LIFE, Erasmus plus in podobno.

Aktualna migrantska kriza kaže na šibko sodelovanje omenjenih držav, zato upam, da bo ta strategija dala pravo osnovo za sodelovanje, predvsem pri vodilnih politikah s tega območja. To je predvsem garancija za nadaljnji gospodarski razvoj.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – Sono trascorsi più di dieci anni dalla nascita della regione adriatica che riuni 26 regioni di questa area. La Presidenza italiana ha allargato questo progetto lanciando nel 2014 la strategia europea per la regione adriatica e ionica (EUSAIR) che coinvolge quattro paesi membri (Croazia, Grecia, Italia e Slovenia), tre paesi candidati (Albania, Montenegro, Serbia), e un potenziale candidato (Bosnia-Erzegovina). La relazione, che appoggio, evidenzia i quattro pilastri su cui insiste l'EUSAIR: crescita innovativa del settore marittimo (Crescita blu), rafforzamento delle infrastrutture e dei collegamenti (Collegare la regione), migliore tutela dell'ambiente attraverso una maggiore cooperazione (Qualità ambientale) e sviluppo del potenziale turistico della regione (Turismo sostenibile). Attraverso questo piano si vogliono concretizzare le opportunità dell'economia marittima della regione attraverso una migliore connettività energetica, ma anche stimolare la ricerca e l'innovazione a beneficio delle piccole e medie imprese, migliorando i collegamenti europei, come il corridoio Baltico-Adriatico e il corridoio Scandinavo-Mediterraneo.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Jadransko-jonska strategija je važan nelegislativni dokument u kojem se opisuju ciljevi i prioriteta EU-a u područjima plavog rasta, Connecting Europe programa, očuvanja okoliša i održivog turizma.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ovim dokumentom se, nakon dunavske i baltičke, uspostavlja treća po redu makroregija u EU-u. Podržavam izvještaj i rad izvijestitelja Jakovčića koji je vodio računa o zaštiti interesa RH-a, bez da je strategija pretvorena u usko nacionalni dokument. Tako je osigurana široka podrška zastupnika u Europskom parlamentu.

Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – This report proposes an EU strategy for the Adriatic and Ionian region. In doing so, it describes the special characteristics of the Adriatic-Ionian macro-region and the difficulties and opportunities that it faces, and calls for specific action to be taken. However, the strategy put forward is based on the ‘three NOs’ principle – no new legislation, no new institutions, no new funding. The strategy can therefore use only the already existing EU financial resources and tools, and funding in this report is placed in the context of the Europe 2020 strategy with the strict conditions that entails.

There are a number of other concerns with the report, such as support for contentious major projects, and a call to non-EU states to accelerate the implementation of sectoral acquis, such as the Water Framework Directive, as a condition of accession to the EU.

Therefore, while there are positive aspects to the report, I abstained on this motion.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché credo che la strategia dell'UE per la regione adriatica e ionica il piano d'azione correlato rappresentino una tappa essenziale per lo sviluppo di questa regione che riveste un'importanza strategica di non poco conto, soprattutto di un eventuale futuro allargamento dell'Unione alla penisola balcanica.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – In commissione PECH abbiamo formulato un parere, di cui sono stata relatrice per il gruppo S&D, per questa strategia macroregionale che è di grande interesse per buona parte dei paesi europei che si affacciano sul Mediterraneo.

Questo Parlamento ha approvato lo scorso mese una relazione d'iniziativa sulla ricerca e innovazione nell'economia blu per creare occupazione e crescita. Mi compiaccio che questa relazione difenda l'economia blu quale soluzione alla crisi economica, in quanto motore di nuovi posti di lavoro e di sviluppo economico, con particolare riguardo per le donne e i giovani.

Ritengo che la strategia debba essere un'occasione per intensificare lo scambio di buone pratiche, come i progetti sviluppati dai gruppi di azione costiera, che sono spesso un esempio virtuoso di sostenibilità.

Infine vorrei ricordare che il Mediterraneo è un mare chiuso caratterizzato da un alto tasso di depauperamento degli stock ittici anche come effetto di pratiche di pesca eccessive e non sempre legali. Allo stesso tempo la pesca rappresenta un'economia chiave delle zone costiere e insulari che si affacciano sulla macroregione.

Richiamo l'attenzione anche sull'urgenza di intervenire per allineare alla normativa dell'UE la legislazione dei paesi terzi in materia di pesca, con condivisione dei dati, piattaforme di monitoraggio e piani di gestione della pesca comuni.

Perché infine non considerare il Mediterraneo come macroregione?

Steve Brisois (ENF), par écrit. – Ce rapport vise à donner l'opinion du Parlement européen sur la stratégie de l'Union pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne (EUSAIR) qui couvre huit pays. En faisant des collectivités locales la cible de la politique européenne, ce rapport renforce la régionalisation des États membres et affaiblit le pouvoir des gouvernements nationaux. Par ailleurs, ce rapport promeut l'élargissement de l'Union européenne. Le texte souligne en effet que cette stratégie doit aider les pays candidats sur la voie de leur adhésion à l'Union. Nous sommes résolument opposés à toute perte de souveraineté nationale, à tout renforcement du pouvoir des collectivités locales ainsi qu'à tout élargissement de l'Union européenne. Nous sommes par conséquent en désaccord total avec la philosophie du texte qui est détourné de l'objectif initial de la politique de cohésion à savoir réduire les disparités régionales. J'ai donc voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), în scris. – Regiunea Mării Adriatice și a Mării Ionice reprezintă o zonă cu diferențe socioeconomice considerabile între țările membre ale Uniunii Europene și celelalte state terțe. Strategia UE pentru această regiune, EUSAIR, reprezintă în acest fel o modalitate pentru a crea un echilibru din punctul de vedere al prosperității și al dezvoltării durabile între țările din această regiune, fie ele state membre ale UE, state cu statut de țară candidată sau „țară potențial candidată”.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

O evaluare realizată de către Comisia Europeană în 2013, cu privire la strategiile anterioare, mai precis Strategia UE pentru regiunea Mării Baltice (EUSBSR) și Strategia UE pentru regiunea Dunării (EUSDR) a arătat faptul că acestea au dus la intensificarea cooperării și, astfel, la apariția a sute de noi proiecte, precum și rețele, în regiunea Dunării și Mării Baltice. Aceste exemple oferă un argument solid pentru susținerea unei strategii similare în regiunea Mării Adriatice și a Mării Ionice.

Am votat în favoarea raportului referitor la Strategia UE pentru regiunea Mării Adriatice și a Mării Ionice deoarece această zonă are un potențial vast, care poate fi deblocat numai prin întreprinderea unor eforturi comune și coordonate de către toate țările din regiune.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Considerando:

che le strategie macroregionali possono essere considerate uno strumento ai fini dell'integrazione europea e di una maggiore coesione territoriale, che si basa sulla cooperazione volontaria tra gli Stati membri e i paesi vicini per rispondere alle sfide comuni;

che l'EUSAIR (Strategia dell'UE per la regione adriatica e ionica) è una nuova forma di cooperazione regionale che può assistere i paesi partecipanti candidati e potenziali candidati nel loro percorso verso l'UE, e costituisce un'importante componente della più ampia politica dell'UE relativa al Mediterraneo, espressa nel quadro dell'Unione per il Mediterraneo;

che l'EUSAIR, quale parte della politica regionale dell'UE, è uno strumento dedicato alla promozione della coesione economica e sociale, i cui obiettivi principali sono la riduzione delle disparità tra le regioni, la promozione di una reale convergenza e l'incoraggiamento della crescita e dell'occupazione;

ho espresso voto favorevole.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP has always championed national democracy and state cooperation, but we have always argued against EU overarching policies on any region, especially a region that includes non-EU members. In order to have an effective economic strategy for the Adriatic and Ionian region, Member States should decide the best action for themselves through intergovernmental cooperation. Therefore we voted against this report.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it supports the EU strategy for the Adriatic and Ionian region, which I believe is a crucial part of social and economic cohesion strategy for this region. It stresses the importance of transparency and cooperation at regional level, which result in economic and social development. I agree with the recommendations made in the report for exploiting the enormous potential of the region, which would in turn result in endless benefits for the local people.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Nel giugno 2014 la Commissione europea ha avviato una nuova strategia dell'UE per la regione adriatica e ionica che riguarda principalmente la cosiddetta «economia blu». Si tratta della prima strategia macroregionale dell'UE che coinvolge una percentuale così elevata di paesi extra-UE. La relazione affronta molti elementi importanti, ma vi sono due paragrafi particolarmente critici. In uno si incoraggia a sfruttare appieno le possibilità offerte dal nuovo Fondo europeo per gli investimenti strategici (FEIS) nell'ottica di finanziare progetti nella regione. Tra i progetti presentati dall'Italia vi è quello che riguarda gli interventi di ristrutturazione generale dell'Ilva. In un secondo, si sottolinea l'importanza di una pianificazione comune degli investimenti a favore dello sviluppo di terminali di gas naturale liquefatto (GNL) e delle reti di gasdotti mancanti nella macroregione. Il riferimento sottinteso è alla TAP (Trans-Adriatic Pipeline). In ragione di questi ultimi elementi critici, ho votato astensione.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La strategia europea per la macroregione adriatica e ionica è la prima a coinvolgere un numero così elevato di paesi non appartenenti all'Unione europea (Albania, Bosnia-Erzegovina, Montenegro e Serbia). La cooperazione che sarà portata avanti con la collaborazione di quattro Stati membri dell'UE (Croazia, Grecia, Italia e Slovenia) favorirà l'allineamento delle politiche dei paesi limitrofi a quelle dell'Unione europea per affrontare insieme sfide comuni (come ad esempio quelle marittime o ambientali) che superano i confini nazionali e che debbono necessariamente contare sull'apporto e l'impegno di più paesi.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

La concentrazione su un numero limitato di obiettivi (crescita blu, collegare la regione, ambiente e turismo sostenibile) traccia la strada per l'avvio di progetti concreti alla ricerca di soluzioni a problematiche che riguardano più territori e sarà sicuramente foriera di opportunità di sviluppo.

Come si apprende dalla risoluzione, sono significative le potenzialità di crescita economica per tutti i paesi UE e non UE coinvolti dalla strategia, ma non va tralasciata l'importante rilevanza politica che essa riveste in quanto contribuirà alla stabilizzazione dell'area dei Balcani occidentali, che è stata nel recente passato teatro di conflitti e di guerre.

Per questi motivi ho votato a favore della relazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η έκθεση ορθά υποστηρίζει τη δημιουργία σήμανσης ποιότητας για τα θαλασσινά προϊόντα υψηλής ποιότητας που θα φέρει την ετικέτα Αδριατικής - Ιονίου, για να αυξηθεί η ανταγωνιστικότητα του τομέα και να παρέχεται στους καταναλωτές πιστοποίηση που να εγγυάται την ποιότητα των προϊόντων αλιείας και ιχθυοκαλλιέργειας.

Τονίζεται ότι η ανάπτυξη της υδατοκαλλιέργειας και θαλασσοκαλλιέργειας μπορεί να διαδραματίσει σημαντικό ρόλο όχι μόνον στην ανάκτηση ποικιλομορφίας ειδών αλλά επίσης στην αύξηση της οικονομίας στη περιοχή Αδριατικής και Ιονίου.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho espresso il mio voto a favore della strategia dell'UE per la regione adriatica e ionica. I paesi della regione adriatica e ionica sono stati particolarmente colpiti dalla crisi economica, con conseguente aumento della disoccupazione e dell'indebitamento, e hanno registrato un forte calo degli investimenti, sia pubblici sia privati.

La strategia dell'UE per la regione adriatica e ionica rappresenta una grande opportunità poiché permette di orientare gli investimenti, particolarmente carenti negli ultimi anni, verso settori specifici e consente ad alcuni paesi della regione, candidati all'adesione all'UE (Albania, Montenegro, Serbia) o potenziali candidati (Bosnia-Erzegovina), di avvicinarsi all'Unione europea allineando le proprie politiche e lavorando a stretto contatto con gli Stati membri dell'UE.

La strategia si basa su 4 pilastri: crescita blu, collegare la regione, qualità dell'ambiente e turismo sostenibile e competitivo. Tra le principali priorità individuate dalla strategia: lo sviluppo del settore ittico e dell'acquacultura, il miglioramento dei collegamenti con i corridoi europei, la tutela dell'ambiente marino e della biodiversità dell'ecosistema, la diversificazione dell'offerta turistica e una gestione del turismo sostenibile, l'integrazione dei Balcani occidentali nell'UE e la coerenza tra le strategie macroregionali dell'UE.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione poiché la strategia EUSAIR offre ai paesi della regione un'opportunità eccezionale, quella cioè di voltare pagina rispetto ai problemi economici e politici del passato, lavorando insieme, sotto la guida della Commissione, onde perseguire la prosperità e lo sviluppo sostenibile. Inoltre concordo pienamente con il relatore sui pilastri adottati per la nuova strategia: la crescita blu (pesca marittima, acquacoltura, tecnologie blu, governance e servizi marittimi e marini), il collegamento della regione (trasporto marittimo, collegamenti intermodali con l'entroterra, reti energetiche), la qualità dell'ambiente (ambiente marino, habitat terrestri transnazionali e biodiversità) e il turismo sostenibile e competitivo (offerta turistica diversificata, gestione del turismo sostenibile e responsabile).

Infine l'obiettivo generale del programma è di fungere da motore per le politiche e l'innovazione della governance, favorendo l'integrazione europea tra gli Stati membri e gli Stati non membri dell'UE, utilizzando le ricche risorse naturali, culturali e umane dell'Adriatico e dello Ionio e rafforzando la coesione economica, sociale e territoriale nell'area del programma, una strategia perfetta, a parer mio, per i fini europei di coesione e unione. Certo, per ragioni territoriali sono più interessato alla macroregione alpina (EUSALP) ma ben vengano questi tentativi di agglomerazione delle regioni per rendere più efficienti le politiche.

David Coburn (EFDD), in writing. – UKIP has always championed national democracy and state cooperation, but we have always argued against EU overarching policies on any region, especially a region that includes non-EU members. In order to have an effective economic strategy for the Adriatic and Ionian region, Member States should decide the best action for themselves through intergovernmental cooperation. Therefore we voted against this report.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP has always championed national democracy and state cooperation, but we have always argued against EU overarching policies on any region, especially a region that includes non-EU members. In order to have an effective economic strategy for the Adriatic and Ionian region, Member States should decide the best action for themselves through intergovernmental cooperation. Therefore we voted against this report.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa importante relazione di iniziativa del Parlamento che intende analizzare il problema della strategia dell'UE per la «Regione adriatico ionica». Questa iniziativa è stata avviata nel 2000 e costituita nel 2006 e comprende enti regionali e locali di otto paesi (Croazia, Grecia, Italia, Slovenia, Albania, Montenegro, Serbia e Bosnia Erzegovina), con 70 milioni di persone.

La Regione adriatico ionica e il programma di cooperazione adriatico-ionica 2014-2020 rappresentano una grande opportunità per favorire l'integrazione e fungere da motore per il miglior utilizzo di risorse naturali, culturali e umane, rafforzando la coesione economica, sociale e territoriale. La Commissione Juncker ha dichiarato che per ora non vi sarà alcun altro allargamento. Pertanto, il ruolo che svolgerà la Regione adriatico ionica acquista ancora più importanza per preparare le basi e le condizioni migliori per rendere i paesi dei Balcani occidentali sempre più vicini a quelli europei.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Nel giugno 2014 la Commissione europea ha avviato una nuova strategia dell'UE per la regione adriatica e ionica. La strategia riguarda principalmente le opportunità dell'economia marittima: «crescita blu», trasporti terra-mare, connettività in campo energetico, protezione dell'ambiente marino e turismo sostenibile. Questi settori sono destinati a svolgere un ruolo cruciale per la creazione di posti di lavoro e il rilancio dell'economia nella regione.

Si tratta della prima strategia macro regionale dell'UE che coinvolge una percentuale così elevata di paesi extra-UE (Albania, Bosnia-Erzegovina, Montenegro e Serbia) chiamati a cooperare con i paesi membri dell'UE (Croazia, Grecia, Italia e Slovenia).

Tuttavia, criticità importanti si rilevano in due paragrafi (10 e 64). Nel primo, si incoraggiano la Commissione, la BEI e i paesi partecipanti a sfruttare appieno le possibilità offerte dal FEIS nell'ottica di finanziare progetti nella regione. Nel secondo, si sottolinea l'importanza di una pianificazione comune degli investimenti a favore dello sviluppo di terminali di gas naturale liquefatto (GNL) e delle reti di gasdotti mancanti nella macroregione, in modo da contribuire a raggiungere una maggiore indipendenza e sicurezza energetica.

Per queste criticità ho deciso di astenermi.

Javier Couso Permu (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero que este informe mezcla elementos positivos y negativos en la estrategia de la UE para la región del Adriático y del Jónico.

Por un lado, existe un compromiso por apoyar el desarrollo económico de estas regiones, incidiendo en aspectos como la sostenibilidad o el apoyo a las pymes y a sectores tradicionales como el turismo o la pesca.

Por otro lado, se dota a la UE de un papel director en una región en la que ni siquiera todos los Estados son miembros, imponiendo la adopción del acervo europeo y favoreciendo la inversión privada en sectores tan sensibles como la energía o el transporte.

En consecuencia, me he abstenido.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La strategia per la macroregione Adriatico-IoniO copre otto paesi equamente rappresentati da Stati membri dell'UE (Grecia, Italia e Slovenia) e da paesi extra UE (Albania, Montenegro, Serbia, Bosnia ed Erzegovina). La regione è la patria di più di 70 milioni di persone e svolge un ruolo chiave nel rafforzare la continuità geografica europea. Il governo italiano ha avuto un ruolo essenziale nella promozione della strategia, approvata proprio durante il nostro semestre. Essa si articola su quattro pilastri interdipendenti di rilevanza strategica, tutti egualmente funzionali agli obiettivi di una crescita sostenibile: Crescita blu, Collegare la regione (reti di trasporti ed energia), Qualità ambientale e Turismo sostenibile. Il pilastro «Collegare la regione» è stato quello che ha creato maggiore conflittualità. In commissione, nel testo di compromesso finale abbiamo inserito tra gli obiettivi il completamento del corridoio Baltico-Adriatico. In plenaria siamo riusciti a far passare un nostro emendamento per aggiungere una specifica menzione al suo completamento «lungo l'intera dorsale adriatico-ionica». Si tratta di un risultato importante e, per molti versi, insperato. Ora spetta ai governi trasformare la nostra iniziativa in atti concreti, dando sostanza a una strategia che,

Mittwoch, 28. Oktober 2015

pensiamo, abbia importanti potenzialità ancora largamente inesprese.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az adriai- és jón-tengeri régió több mint 70 millió embernek ad otthont, és nyolc országot fed le, melyek közül négy uniós tagállam, három tagjelölt ország, Bosznia-Hercegovina pedig potenciális tagjelölt ország. A jelentéstervezetet támogattam szavazatommal a plenáris szavazás során, mivel az EUSAIR jó lehetőséget teremt a régió országai számára a fenntartható fejlődés serkentésére. A stratégia pillérei, illetve egyéb prioritásai elősegítik a gazdasági fejlődést, a munkahelyteremtést, ez pedig hozzájárul a régió stabilitásához.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Niedawny kryzys gospodarczy wywarł znaczący wpływ na kraje regionu adriatycko-jońskiego, w szczególności na wysoką stopę bezrobocia, rozmiary zadłużenia, niewydolność i zahamowanie rozwoju gospodarek oraz spadek ilości inwestycji. Państwa regionu mają ogromny potencjał, który aktualnie nie jest wykorzystywany. Głosowałem za przyjęciem rezolucji, ponieważ tworzy ona instrumenty prawne pozwalające krajom regionu na opracowanie wspólnej strategii i skoordynowane działanie pod kierunkiem Komisji, a tym samym, w mojej ocenie, daje im niepowtarzalną szansę na szybki i zrównoważony rozwój, a państwu Bałkanów Zachodnich na zbliżenie się do UE.

Uważam, że zrealizowanie zakładanej przez rezolucję strategii rozwoju przyniesie korzyści zarówno państwom członkowskim UE, jak i państwom trzecim. Postulaty umiejętnego zarządzania gospodarką wodną, harmonizacji przepisów w tym zakresie, współpracy transgranicznej, wspólnej polityki ochrony środowiska, budowy infrastruktury drogowej i przesyłowej, promowania partnerstwa publiczno-prywatnego powinny przyczynić się do wzrostu konkurencyjności, tworzenia nowych miejsc pracy oraz zwiększyć ilość inwestycji, w tym również podmiotów zagranicznych. Rezolucja podkreśla znaczenie turystyki dla krajów regionu i zachęca je do promowania zróżnicowanej i konkurencyjnej oferty turystycznej. Realizacja tego postulatu przyniosłaby korzyści również Polakom, w tym wyborcom z mojego okręgu, którzy często obierają Włochy i Bałkany na miejsce swojego wakacyjnego wypoczynku.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report establishing an EU strategy for the Adriatic and Ionian region which as a region faces a set of common challenges including socio-economic disparities between different countries and regions. I voted in favour of amendments that address the infrastructure deficits that exist and also the inadequate interconnection of electricity grids.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Reprezentând a treia strategie macroregională a UE, EUSAIR include 8 țări, state membre și non-membre ale Uniunii și însumează peste 70 milioane de locuitori. Regiunea a fost afectată de-a lungul timpului de evenimente cu impact negativ major asupra regiunii.

Sperăm ca asemenea macroregiuni să reprezinte modele de bune practici și reușită la nivel european, pentru că ele pot aduce beneficii tuturor cetățenilor lor și pot contribui la redresarea economică și dezvoltarea durabilă prin armonizarea politicilor și reorientarea investițiilor. Pe de altă parte, autoritățile locale și regionale sunt principalii actori în zonă și numai printr-o colaborare eficientă și eforturi comune strategia regiunii Mării Adriatice și a Mării Ionice poate fi o reușită.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – L'approvazione della strategia dell'UE per la regione adriatica e ionica (EUSAIR), a favore della quale l'Italia ha giocato un ruolo essenziale durante il semestre di Presidenza dell'UE, costituisce una tappa importante per lo sviluppo dei paesi della regione. Oltre 70 milioni di cittadini che vivono nell'area Adriatico-Ionica avranno nuove opportunità di lavoro, di mobilità, di istruzione e di crescita attraverso un coordinamento politico ed amministrativo, sotto la guida della Commissione, che servirà anche a voltare pagina rispetto ai problemi economici e politici affrontati nel passato. I quattro pilastri di cui si compone la strategia riguardano la ristrutturazione e l'ampliamento delle infrastrutture energetiche e dei trasporti, con nuove interconnessioni con i corridoi TEN-T; lo sviluppo di un'offerta turistica e culturale che servirà a destagionalizzare il turismo; la crescita sostenibile attraverso l'economia blu per superare la crisi economica e tutelare maggiormente l'ambiente marino e costiero e, infine, una maggiore cooperazione tra i paesi della macroregione che permetterà di dare risposte comuni a emergenze come quella dell'immigrazione.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative propose le soutien du Parlement européen sur la stratégie de l'Union pour la région adriatique et ionienne (EUSAIR). Il souligne la valeur ajoutée de cette stratégie, tout en rappelant l'importance du principe des «trois non» (pas de nouvelle législation, pas de nouvelle institution, pas de nouveaux financements) et attire l'attention sur la valeur ajoutée du modèle de gouvernance à multiniveaux. Le rapport identifie également plusieurs priorités de développement, à savoir la croissance bleue, le renforcement de l'interconnexion de la région, la qualité environnementale, ou encore tourisme durable et compétitif. La mise en place de stratégie macro-régionale est une démarche intéressante qu'il convient de soutenir. Il est nécessaire d'assurer une gouvernance efficace

Mittwoch, 28. Oktober 2015

et des priorités ciblées. La prochaine stratégie macro-régionale devant être mise en place concernera la région alpine. Je soutiens pleinement cette initiative et j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP has always championed national democracy and state cooperation, but we have always argued against EU overarching policies on any region, especially a region that includes non-EU members. In order to have an effective economic strategy for the Adriatic and Ionian region, Member States should decide the best action for themselves through intergovernmental cooperation. Therefore we voted against this report.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – 2012 decemberében az Európai Tanács felkérte a Bizottságot, hogy 2014 vége előtt mutassa be egy új, az adriai- és jón-tengeri stratégiára (EUSAIR) vonatkozó elképzeléseit, és ennek megfelelően 2014. június 17-én a Bizottság bemutatta a stratégiával kapcsolatos tervezetét. Az EUSAIR a harmadik uniós makrorégiális stratégia, mely építeni tud a balti-tengeri és a Duna-régióra vonatkozó stratégiák tapasztalataira. Az adriai- és jón-tengeri régió több mint 70 millió embernek ad otthont, és nyolc országot fed le, melyek közül négy uniós tagállam (Horvátország, Görögország, Olaszország, Szlovénia), három tagjelölt ország (Albánia, Montenegró, Szerbia), Bosznia-Hercegovina pedig potenciális tagjelölt ország.

A jelentéstervezetet támogattam szavazatommal a plenáris szavazás során, mivel az EUSAIR jó lehetőséget teremt a régió országai számára a fenntartható fejlődés serkentésére. A stratégia pillérei („kék növekedés”, a régió infrastrukturális kapcsolatainak fejlesztése, környezetvédelem, fenntartható, versenyképes turizmus), illetve egyéb prioritásai (a nyugat-balkáni országok uniós integrációja, koherencia biztosítása a három uniós makrorégiális stratégia valamint a nemzeti stratégiai projektek között) elősegítik a gazdasági fejlődést, a munkahelyteremtést.

Fontosnak tartom azonban hangsúlyozni, hogy minden makrorégiális stratégia esetében az eredmények átfogó értékelésére van szükség. Biztosítani kell, hogy a stratégiák valóban európai hozzáadott értéket képviseljenek, és valós, kézzelfogható pozitív hatásokkal járjanak az érintett régióban.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – 2012 decemberében az Európai Tanács felkérte a Bizottságot, hogy 2014 vége előtt mutassa be egy új, az adriai- és jón-tengeri stratégiára (EUSAIR) vonatkozó elképzeléseit, és ennek megfelelően 2014. június 17-én a Bizottság bemutatta a stratégiával kapcsolatos tervezetét. Az EUSAIR a harmadik uniós makrorégiális stratégia, mely építeni tud a balti-tengeri és a Duna-régióra vonatkozó stratégiák tapasztalataira. Az adriai- és jón-tengeri régió több mint 70 millió embernek ad otthont, és nyolc országot fed le, melyek közül négy uniós tagállam (Horvátország, Görögország, Olaszország, Szlovénia), három tagjelölt ország (Albánia, Montenegró, Szerbia), Bosznia-Hercegovina pedig potenciális tagjelölt ország.

A jelentéstervezetet támogattam szavazatommal a plenáris szavazás során, mivel az EUSAIR jó lehetőséget teremt a régió országai számára a fenntartható fejlődés serkentésére. A Stratégia pillérei („kék növekedés”, a régió infrastrukturális kapcsolatainak fejlesztése, környezetvédelem, fenntartható, versenyképes turizmus), illetve egyéb prioritásai (a nyugat-balkáni országok uniós integrációja, koherencia biztosítása a három uniós makrorégiális stratégia valamint a nemzeti stratégiai projektek között) elősegítik a gazdasági fejlődést, a munkahelyteremtést.

Fontosnak tartom azonban hangsúlyozni, hogy minden makrorégiális stratégia esetében az eredmények átfogó értékelésére van szükség. Biztosítani kell, hogy a stratégiák valóban európai hozzáadott értéket képviseljenek, és valós, kézzelfogható pozitív hatásokkal járjanak az érintett régióban.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport avait pour but de faire un bilan de la stratégie de l'Union pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne (EUSAIR). Il contenait deux axes principaux vis-à-vis de la stratégie proposée par l'Union européenne.

En favorisant l'interaction avec les collectivités locales des pays concernés (aussi bien membres de l'Union que tiers), il court-circuite les gouvernements nationaux et leur souveraineté et confère un pouvoir trop important aux collectivités. Cela s'inscrit dans la logique dite macrorégionale qui tend à dépasser les États membres pour appliquer des politiques européennes à des aires géographiques floues.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

En promouvant l'intégration de pays tiers, impliqués et explicitement mentionnés dans cette stratégie, l'Union européenne va à l'encontre des déclarations de la Commission européenne qui avait promis à maintes reprises son opposition à de nouveaux élargissements de l'Union.

Résolument opposée à la perte de souveraineté nationale des États membres ainsi qu'à l'élargissement de l'Union européenne, j'ai voté contre ce rapport.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Παρά τα θετικά στοιχεία της έκθεσης, την καταψηφίζουμε στο σύνολό της διότι περιέχει γενικότητες και ασάφειες σε σοβαρά θέματα. Οι στρατηγικές που στηρίζονται σε ευχολόγια και προτροπές είναι καταδικασμένες να αποτύχουν. Η περιοχή της Αδριατικής και του Ιονίου για να αναπτυχθεί, απαιτείται πρωτίστως να υπάρξει ο καθορισμός των ΑΟΖ των εμπλεκόμενων χωρών και να ορισθούν στοχευμένες, χρηματοδοτούμενες και υλοποιήσιμες ενέργειες προς αναβάθμιση και βελτίωση της οικονομικής δραστηριότητας και κοινωνικής ζωής των πολιτών.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – 2012 decemberében az Európai Tanács felkérte a Bizottságot, hogy 2014 vége előtt mutassa be egy új, az adriai- és jón-tengeri stratégiára (EUSAIR) vonatkozó elképzeléseit, és ennek megfelelően 2014. június 17-én a Bizottság bemutatta a stratégiával kapcsolatos tervzetét. Az EUSAIR a harmadik uniós makroregionális stratégia, mely építeni tud a balti-tengeri és a Duna-régióra vonatkozó stratégiák tapasztalataira. Az adriai- és jón-tengeri régió több mint 70 millió embernek ad otthont, és nyolc országot fed le, melyek közül négy uniós tagállam (Horvátország, Görögország, Olaszország, Szlovénia), három tagjelölt ország (Albánia, Montenegró, Szerbia), Bosznia-Hercegovina pedig potenciális tagjelölt ország.

A jelentéstervezetet támogattam szavazatommal a plenáris szavazás során, mivel az EUSAIR jó lehetőséget teremt a régió országai számára a fenntartható fejlődés serkentésére. A stratégia pillérei („kék növekedés”, a régió infrastrukturális kapcsolatainak fejlesztése, környezetvédelem, fenntartható, versenyképes turizmus), illetve egyéb prioritásai (a nyugat-balkáni országok uniós integrációja, koherencia biztosítása a három uniós makroregionális stratégia valamint a nemzeti stratégiai projektek között) elősegítik a gazdasági fejlődést, a munkahelyteremtést.

Fontosnak tartom azonban hangsúlyozni, hogy minden makroregionális stratégia esetében az eredmények átfogó értékelésére van szükség. Biztosítani kell, hogy a stratégiák valóban európai hozzáadott értéket képviseljenek, és valós, kézzelfogható pozitív hatásokkal járjanak az érintett régióban.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – UKIP has always championed national democracy and state cooperation, but we have always argued against EU overarching policies on any region, especially a region that includes non-EU members. In order to have an effective economic strategy for the Adriatic and Ionian region, Member States should decide the best action for themselves through intergovernmental cooperation. Therefore we voted against this report.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – A EUSAIR é a terceira estratégia macrorregional da UE e está bem colocada para tirar partido dos ensinamentos e experiências da Estratégia da UE para a Região do Mar Báltico e da Estratégia da UE para a Região do Danúbio. Esta estratégia baseia-se na cooperação existente na região, nomeadamente a Iniciativa Adriático-Jónica e a Eurorregião Adriático-Jónica cujos membros são constituídos por 26 autoridades regionais e locais de sete países.

A EUSAIR abrange oito países igualmente representados por Estados-Membros da UE (Croácia, Grécia, Itália e Eslovénia) e por países terceiros, todos eles com estatuto de candidatos à adesão (Albânia, Montenegro e Sérvia) ou de potenciais candidatos (Bósnia-Herzegovina). A região tem mais de 70 milhões de habitantes e desempenha um papel chave no reforço da continuidade geográfica na Europa.

A EUSAIR constitui uma oportunidade única para os países da região virarem uma nova página e deixarem para trás os problemas económicos e políticos, trabalhando em conjunto, orientados pela Comissão, em prol da prosperidade e do desenvolvimento sustentável.

Edouard Ferrand (ENF), par écrit. – J'ai voté contre cette délibération, parce qu'elle comporte des projets d'abandon de souveraineté nationale.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório propõe o desenvolvimento de uma estratégia macrorregional para a Região Adriática e Jónica, na linha de outros anteriores dedicados a outras grandes regiões ou bacias. As referências ao enquadramento de política macroeconómica da UE são parcas, o que neste caso é positivo, propondo-se essencialmente a valorização de fatores de desenvolvimento da região, de forma integrada e sustentável. Os princípios da Economia Azul são valorizados, a par da promoção de uma pesca que seja sustentável e que valorize os segmentos tradicionais; defende-se a proteção da qualidade ambiental e da biodiversidade; defende-se o estabelecimento de um turismo sustentável e com menos sazonalidade.

A noção de macrorregiões, envolvendo países da UE e outros que estão fora desse contexto, contribui para a aquisição de escala, o que pode beneficiar algumas estratégias de desenvolvimento. Este enquadramento e o âmbito deste território colocam, no entanto, a preocupação de que os investimentos estratégicos e de coesão, sendo absorvidos pela macrorregião, não poderão faltar, redundando numa ausência de financiamento estratégico e de coesão para os Estados-Membros envolvidos, ou seja, em detrimento das necessidades específicas de cada Estado-Membro.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour, as wording on immigration was added to the text.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Región Jadranského a Iónskeho mora čelí viacerým spoločným výzvam, počnúc zložitými politickými a ekonomickými okolnosťami v dôsledku historických udalostí až po veľké sociálne a ekonomické rozdiely medzi krajinami a regiónmi nachádzajúcimi sa v danej oblasti. Existuje tu takisto aj problém dobudovania potrebnej infraštruktúry, ako aj spojení pre elektrické káble. Ekosystém v tejto oblasti je ohrozený a poškodzovaný zásahmi ľudí.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Καταψήφίζω την έκθεση για τη στρατηγική της ΕΕ για την περιοχή της Αδριατικής Θάλασσας και του Ιονίου Πελάγους, καθώς περιλαμβάνει προτροπές για επίλυση του μεταναστευτικού με τρόπο που ευνοεί την εισροή κι άλλων μεταναστών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Adriatic-Ionian region faces a common set of challenges, ranging from difficult political and economic circumstances, due to past historical events, to big socio-economic disparities between different countries and regions. Significant infrastructure deficits exist, and there is inadequate interconnection of electricity grids. Ecosystems are threatened by increased human exploitation of marine and coastal ecosystems. Natural and man-made hazards are apparent. Furthermore, administrative and institutional capacities at national, regional and local level need to be reinforced.

I support the implementation of the EU strategy on Adriatic and Ionian region, as it is fundamental for blue growth, for connecting Europe, for environmental quality and sustainable and competitive tourism. We should focus on the weak pillars of this strategy and make sure that it provides a comprehensive framework for a coherent macro-regional strategy, as well as an action plan for cooperation between the participating EU and third countries.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Támogattam a jelentést, ugyanis az adriai- és jón-tengeri régióban hatalmas lehetőségek rejlenek, amelyeket csak a régió valamennyi országának közös és összehangolt erőfeszítései révén, a helyi és regionális hatóságok jelentős részvételével lehet kihasználni. A Bizottságnak különleges szerepet kell játszania iránymutatások és a stratégia végrehajtása során nyújtott támogatás útján.

Üdvözlöm a prioritásokat, melyek szerint kiemelten kell kezelni az erőforrás-hatékony halászathoz való alkalmazkodás és a halászati termékek előállításának és fogyasztásának fellendítését. Továbbá a kutatás és fejlesztés, valamint a tengerészeti ágazat alkalmazott innovációi számára, valamint a kék kutatás, innováció és készségek erősítése is fokozott figyelmet igényel a beruházásokkal együtt a humánerőforrás-fejlesztésbe.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la tercera estrategia macrorregional de la UE teniendo en cuenta que el pasado de la región está marcado por acontecimientos que han tenido efectos devastadores y duraderos en el desarrollo y la cooperación entre los países de esta zona. La EUSAIR ofrece una oportunidad excepcional para que los países de la región pasen página con respecto a sus problemas económicos y políticos del pasado trabajando juntos, bajo la dirección de la Comisión. Asimismo, es importante que la UE impulse la creación de una macrorregión en el Mediterráneo Occidental.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato convintamente a favore della risoluzione del PE sull'attuazione della strategia UE per la regione Adriatico-Ionio (EUSAIR), perché la strategia, pur ancora in fase embrionale, costituisce uno strumento ad un tempo per promuovere lo sviluppo nella regione Adriatico-Ionio, ma anche l'integrazione dei paesi dei Balcani occidentali. La strategia non è nuova, in quanto è stata predisposta dalla Commissione nel 2012 su mandato del Consiglio europeo, e corredata successivamente di un piano d'azione e definitivamente approvata lo scorso dicembre e neppure prevede risorse comunitarie aggiuntive, poiché dovrà basarsi unicamente su quelle già disponibili e previste nell'ambito della politica di coesione.

Nondimeno, in questa fase, essa costituisce uno strumento molto importante per contribuire a promuovere a livello comunitario e nazionale progetti che attualmente non figurano tra le priorità dei programmi d'intervento europei e nazionali. Dal momento che in seno agli organismi di gestione, di recente creati, si sta aprendo il dibattito sulla individuazione dei primi progetti che gli Stati partecipanti dovrebbero concretamente impegnarsi a finanziare mobilitando le risorse disponibili. Per l'Italia, ciò potrà significare il prolungamento dei corridoi TEN lungo la dorsale adriatica e quindi l'estensione dell'alta velocità fino a Bari favorendo concretamente lo sviluppo del Mezzogiorno.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht über die Strategie der Europäischen Union für die Region Adria-Ionisches Meer gestimmt, da ich den Ansatz der EU hierfür begrüße und ein starkes, gemeinsames Engagement für wichtig halte.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Heute habe ich mich für eine Stärkung der Region Adria-Ionisches Meer eingesetzt. Mit diesem deutlichen Zeichen der europäischen Solidarität bietet sich die Chance, diese Region langfristig zu stärken und weiterzuentwickeln.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – The Adriatic-Ionian region faces a set of common challenges which need to be addressed. This includes difficult political and economic circumstances due to past historical events and socio-economic disparities between different countries and regions. Ecosystems are threatened due to increased human exploitation of marine and coastal ecosystems. Furthermore, administrative and institutional capacities at national regional and local level must be reinforced.

That is why I voted in favour of this report, which provides the platform for common actions and facilitates an exchange of information, best practice and experience. Importantly, it allows participating countries to learn from each other and to focus on a few key priorities that will bring real results and benefits to the everyday lives of the macro-regions' citizens.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report on the EU strategy for the Adriatic and Ionian region, which represents an opportunity to make regions and countries work more closely together and to develop synergies in the fields of tourism, fisheries, environment and maritime transport. The implementation of such a strategy will also allow the implementation of joint projects within this macro-region funded by the EU and the European Investment Bank.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur une stratégie de l'Union pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne. Cette stratégie pour l'Adriatique et la mer Ionienne couvre huit pays, dont quatre sont membres de l'Union (Croatie, Grèce, Italie et Slovaquie) et quatre sont des pays tiers (Albanie, Monténégro, Serbie et Bosnie-Herzégovine).

Ce rapport illustre parfaitement la volonté de l'Union européenne de créer des macro-régions transfrontalières de façon à contourner les États membres. Il s'agit d'affaiblir le pouvoir des gouvernements centraux au profit des collectivités locales qui sont plus malléables pour les institutions européennes. De fait, les États concernés pourraient tout-à-fait traiter ces questions de manière multilatérales.

En outre, un train législatif pouvant en cacher un autre, il est évident que ce type de stratégie a également pour but de favoriser de futurs élargissements de l'Union européenne. Le rapport souligne ainsi, dans plusieurs paragraphes, qu'il s'inscrit dans une dimension d'intégration des pays candidats ou potentiellement candidats. Or, tout nouvel élargissement ne ferait que renforcer le pouvoir des institutions européennes au détriment des États et des peuples européens.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor tal y como hicimos en comisión, teniendo en cuenta que gran parte de nuestras propuestas fueron asumidas como compromisos. Entendemos que una estrategia de la UE en la región del Adriático y del Jónico se expresa en coordenadas multinivel que, a veces, se olvidan de espacios concretos de acción y de políticas verdes y azules para la región; no es así el caso. Aun así entendemos que algunas de las partes del dossier necesitan ser concretadas en mayor medida; sobre todo, aquellas que atienden a sectores como el turismo, que tienen que garantizarse de una manera sostenible y que, entendemos, requieren de dossieres a parte.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I, along with my fellow Labour MEPs, voted in favour of this report. Even though this report does not have an effect on the UK and macro-regional approach. The report is not about creating new institutions or new legislation; it provides the platform for common actions and facilitates, an exchange of information, best practice and experience. Importantly, it allows participating countries to learn from each other and to focus on a few key priorities that will bring real results and benefits to the everyday lives of the macro-regions' citizens.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted for the report on an EU strategy for the Adriatic and Ionian region, and I believe that the EU strategy for the region launched by the Commission in June 2014 is an opportunity for this macro-region to make regions and countries work more closely together and to develop synergies and joint projects financed by EU funds and the European Investment Bank.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – 2012 decemberében az Európai Tanács felkérte a Bizottságot, hogy 2014 vége előtt mutassa be az új, az adriai- és jón-tengeri stratégiára (EUSAIR) vonatkozó elképzeléseit. Ennek megfelelően 2014. június 17-én a Bizottság bemutatta a stratégiával kapcsolatos tervezetét. Az EUSAIR a harmadik uniós makroregionális stratégia, mely építeni tud a balti-tengeri és a Duna-régióra vonatkozó stratégiák tapasztalataira. Az adriai- és jón-tengeri régió több mint 70 millió embernek ad otthont, és nyolc országot fed le, melyek közül négy már uniós tagállam (Horvátország, Görögország, Olaszország, Szlovénia), három tagjelölt ország (Albánia, Montenegró, Szerbia), és egy potenciális tagjelölt ország (Bosznia-Hercegovina).

A jelentéstervezetet támogattam szavazatommal a plenáris szavazás során, mivel az EUSAIR jó lehetőséget teremt a régió országai számára a fenntartható fejlődés serkentésére. A stratégia pillérei („kék növekedés”, a régió infrastrukturális kapcsolatainak fejlesztése, környezetvédelem, fenntartható és versenyképes turizmus), illetve egyéb prioritásai (a nyugat-balkáni országok uniós integrációja, koherencia biztosítása a három uniós makro-regionális stratégia valamint a nemzeti stratégiai projektek között) elősegítik a gazdasági fejlődést, és a munkahelyteremtést.

Fontosnak tartom azonban hangsúlyozni, hogy minden makroregionális stratégia esetében az eredmények átfogó értékelésére van szükség. Biztosítani kell, hogy a stratégiák valóban európai értéket képviseljenek, és valós, kézzelfogható pozitív hatásokkal járjanak az érintett régióban.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to support this report because the region plays a key role in strengthening geographical continuity in Europe. The region's turbulent past is marked by events which had devastating and long-lasting effects on development and cooperation between the countries. More recently, the economic crisis has had a major impact on the region. Unemployment and indebtedness are reaching unprecedented heights. The economic recovery and growth in the ailing economies are hampered by falling investments, both public and private.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP has always championed national democracy and state cooperation but we have always argued against EU overarching policies on any region, especially a region that includes non-EU members. In order to have an effective economic strategy for the Adriatic and Ionian region, Member States should decide the best action for themselves through intergovernmental cooperation. Therefore we voted against this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za izvješće Europskog parlamenta o Strategiji EU-a za jadransku i jonsku regiju, s obzirom da sam kao glavni izvjestitelj Odbora REGI, zajedno s drugim izvjestiteljima u sjeni, sukreator ovog za mene iznimno značajnog dokumenta. Kao predsjednik Jadransko-jonske euroregije aktivno sam radio na ekonomskom jačanju te snažnijoj međusobnoj integraciji i bržem približavanju cijele regije prema EU-u.

Između ostalog, na skupštini Jadransko-jonske euroregije donijeli smo zaključak o potrebi pokretanja takve EU strategije još 2009. godine, dok je 2010. godine naša inicijativa predstavljena u Odboru regija. Stoga mi je posebno važno da su se naša nastojanja prošle godine ostvarila donošenjem odluke Europskog vijeća o pokretanju EU strategije za jadransku i jonsku regiju.

Ovaj dokument predstavlja ujednačena stajališta većine političkih grupa u Europskom parlamentu te predstavlja koristan doprinos prije svega Europskoj komisiji, ali i drugim europskim tijelima prema kvalitetnoj implementaciji Strategije.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette stratégie pour l'Adriatique et la mer Ionienne couvre huit pays, dont quatre membres de l'Union (Croatie, Grèce, Italie, Slovénie) et quatre non-membres (Albanie, Monténégro, Serbie, Bosnie-Herzégovine).

Ce rapport illustre parfaitement la volonté de l'Union européenne de créer des macro-régions transfrontalières de façon à contourner la souveraineté des États membres. Il s'agit d'affaiblir les pouvoirs centraux au profit des collectivités locales, qui sont plus malléables pour les institutions européennes. De fait, les États concernés pourraient tout à fait traiter ces questions de manière multilatérale.

En outre, il est évident que ce type de stratégie préfigure également les futurs élargissements de l'Union. Le rapport indique, dans plusieurs paragraphes, qu'il s'inscrit dans une dimension d'intégration des pays candidats ou potentiellement candidats. Or, tout nouvel élargissement ne ferait que renforcer le pouvoir des institutions européennes au détriment des États et des peuples européens.

J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP has always championed national democracy and state cooperation, but we have always argued against EU overarching policies on any region, especially a region that includes non-EU members. In order to have an effective economic strategy for the Adriatic and Ionian region, Member States should decide the best action for themselves through intergovernmental cooperation. Therefore my fellow MEPs and I voted against this report.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Ivan JAKOVČIĆ sur la stratégie de l'Union européenne pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne. Le rapport souligne la valeur ajoutée de la stratégie, tout en rappelant l'importance du principe des «trois non» (pas de nouvelle législation, pas de nouvelle institution, pas de nouveaux financements), puisque les macrorégions sont des cadres qui doivent s'appuyer sur les synergies créées par les politiques et les fonds existants. Le rapport identifie avec pertinence plusieurs priorités de développement pour les quatre piliers de la stratégie, à savoir la croissance bleue, les interconnexions, l'environnement et le tourisme.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui appuie la Communication de la Commission sur la nouvelle stratégie de l'UE pour l'Adriatique et la mer Ionienne, avec pour priorités la croissance bleue, l'environnement et le tourisme durable et compétitif dans cette zone.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesen Bericht kann man unterstützen, da er überwiegend sinnvolle Vorschläge zur Entwicklung der Regionen, insbesondere in umweltpolitischer Hinsicht, macht.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted for this report, as the strategy will allow participating countries to learn from each other and to focus on a few key priorities that will bring real results and benefits to the everyday lives of the macro-region's citizens.

Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – Con il voto a questa risoluzione abbiamo contribuito a segnare una nuova tappa per lo sviluppo della regione adriatica e ionica. Le strategie macroregionali costituiscono uno strumento importante di integrazione e di cooperazione territoriale; nel caso concreto, l'EUSAIR può inoltre contribuire ed assistere i paesi partecipanti e potenziali candidati nel loro percorso verso l'Unione europea nonché costituire un'importante componente della più ampia politica dell'UE relativa al Mediterraneo, espressa nel quadro dell'Unione per il Mediterraneo. Poiché tutta la regione si trova ad affrontare importanti sfide migratorie, abbiamo chiesto che la futura ridefinizione delle priorità di EUSAIR si concentri sulle questioni sociali e umanitarie che interessano tutta la regione e favorisca uno scambio di buone prassi nel settore dell'accoglienza dei migranti.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – La nuova strategia per la regione adriatica e ionica (EUSAIR) si inserisce all'interno del più ampio progetto della Commissione Juncker, la quale ha deciso di orientarsi verso il rilancio dell'economia europea attraverso il piano di investimenti e il Fondo europeo per gli investimenti strategici. Vorrei sottolineare che il Parlamento europeo ha approvato l'emendamento riguardante il completamento del corridoio Baltico-Adriatico, che consentirà l'estensione all'intera dorsale Adriatico-Ionio da Ravenna fino a sud, collegando le rotte del trasporto marittimo e i porti con altre parti d'Europa.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Jakovcic concerne la stratégie de l'UE pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne (EUSAIR) présentée par la Commission en juin 2014. Il s'agit d'une stratégie macro-régionale couvrant huit États membres (Croatie, Grèce, Italie et Slovénie). Les autres pays tiers ont soit le statut de candidat ou de candidat potentiel à l'adhésion de l'UE. Le problème de cette stratégie est qu'elle cible directement les collectivités territoriales en faisant l'impasse sur les États. Par ailleurs, elle manifeste une dimension hégémonique de l'UE qui crée une politique spécifique pour quelques États alors qu'on devrait traiter le problème de manière bilatérale. Enfin, le texte promeut l'élargissement de l'UE. J'ai donc décidé de voter contre ce texte qui est un nouveau coup de boutoir contre la souveraineté des États.

Andrew Lewer (ECR), *in writing*. – EU macro-regional strategies, based on deeper political and economic cooperation between a specific group of EU Member States and third countries, can provide real added value. British Conservatives felt able to support the Jakovčić report's positive view of the EU's third macro-regional strategy for the Adriatic and Ionian region (EUSAIR) today, as a case in point. It provides an overall framework for greater intergovernmental policy coordination and a more effective business environment for companies and investors, and addresses gaps and practical difficulties that currently affect the single market. The EUSAIR will be implemented using the region's existing EU and national funding and it therefore fits our guiding principles of no new EU funds, no additional EU-level structures and no new EU legislation.

Where isolated paragraphs did give cause for concern, our Members made their objections clear through split, roll-called votes: notably on paragraph 23, relating to an integrated European approach to migration and a shift in national asylum policies; paragraph 68, in relation to alarmist language on onshore and offshore oil and gas exploration; and paragraph 84, which contained a proposal to establish a new regional centre for disaster preparedness, the added value of which was not clearly defined.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero que este informe mezcla elementos positivos y negativos en la estrategia de la UE para la región del Adriático y del Jónico.

Por un lado, existe un compromiso por apoyar el desarrollo económico de estas regiones, incidiendo en aspectos como la sostenibilidad o el apoyo a las pymes y a sectores tradicionales como el turismo o la pesca.

Por otro lado, se dota a la UE de un papel director en una región en la que ni siquiera todos los Estados son miembros, imponiendo la adopción del acervo europeo y favoreciendo la inversión privada en sectores tan sensibles como la energía o el transporte.

En consecuencia, me he abstenido.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Strategija EU-a za jadransko-jonsku regiju ima za cilj osigurati održivi gospodarski rast i razvoj, ekološku i energetska održivost te socijalnu i teritorijalnu koheziju. Ona je važna i zbog utjecaja na zemlje koje nisu članice Europske unije, a dio su strategije za proširenje te uključuje suradnju svih razina – europske, nacionalne, regionalne i lokalne.

Izbjeglička kriza pokazala je nedostatke razvijenosti ove regije i potrebu za većom kohezijom. Nedostatak komunikacije među državama u regiji i nerazvijenost su zasigurno pridonijeli kaotičnoj situaciji u kojoj se trenutno nalazimo. Preduvjeti za implementaciju strategije su jačanje institucijskog kapaciteta i učinkovitosti javne uprave, postavljanje zakonodavnih okvira te osiguravanje resursa i kvalificiranog administrativnog osoblja posvećenog provedbi EUSAIR-a.

Podržala sam izvješće o Strategiji EU-a za jadransko-jonsku regiju te kao zamjenski član REGI odbora, i s obzirom da dolazim iz regije, smatram bitnim istaknuti potrebu za provedbom Strategije i razvojem ovog dijela Europe budući da su njeni potencijali neiskorišteni. Posebno naglašavam kako uspješnost makroregionalnih strategija kao što je ova ovisi o volji država u regiji, pravovremenoj priprema projekata te snažnoj regionalnoj suradnji i usklađenosti u svim politikama na svim razinama.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Stratégia si dáva za cieľ využiť potenciál jadransko-iónskeho regiónu, ktorý má 70 miliónov obyvateľov. Vychádza zo štyroch základných pilierov, v rámci ktorých sú navrhnuté rozvojové aktivity.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

V rámci cieľov Európskej územnej spolupráce sa vytvára program jadransko-iónskej spolupráce na roky 2014-2020, ktorá zahŕňa spoluprácu členských krajín EÚ (Chorvátska, Slovinska, Grécka a Talianska) a nečlenov EÚ (Albánska, Bosny a Hercegoviny, Čiernej Hory a Srbska).

Stratégia predstavuje významný krok pri integrácii krajín Balkánu a ich vstupe do EÚ.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με μια στρατηγική της ΕΕ για την περιφέρεια της Αδριατικής και του Ιονίου Πελάγους, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 27/10/2015.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre. Ce rapport donne l'opinion du Parlement européen sur la stratégie de l'Union pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne. Cette région couvre huit pays, parmi lesquels la moitié est membre de l'UE (Croatie, Grèce, Italie et Slovénie), trois ont le statut de «candidat à l'adhésion» (Albanie, Monténégro et Serbie) et un a le statut de «candidat potentiel» (Bosnie-Herzégovine). Nous nous sommes opposés à ce rapport pour deux raisons: d'abord, parce qu'il promeut l'élargissement de l'Union, à laquelle nous nous opposons formellement. Ensuite parce qu'il aborde la stratégie macrorégionale de l'Union et se mêle d'affaires qui ne concernent qu'un petit groupe de pays de l'Union: une approche européenne est donc inutile, de simples accords bilatéraux suffiraient.

David Martin (S&D), *in writing*. – Through this report Parliament has responded to recent updates on the implementation of the Adriatic and Ionian region strategy. Although not directly affecting the UK, the report draws conclusions about best practice in regional development. I supported the report as the exchange of information at EU level is beneficial to all areas of regional development.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – A favore della relazione concernente una strategia dell'UE per la regione adriatica e ionica. Il programma di cooperazione Adriatico-Ionio 2014-2020 è un programma nell'ambito del secondo obiettivo della politica di coesione – Cooperazione territoriale europea che comprende quattro Stati membri dell'UE (Croazia, Grecia, Italia e Slovenia) e quattro paesi IPA (Albania, Bosnia-Erzegovina, Montenegro e Serbia).

Le potenzialità della regione adriatica e ionica sono ampie e possono essere sfruttate unicamente attraverso l'impegno comune e coordinato da parte di tutti i paesi della regione, con una elevata partecipazione degli enti locali e regionali. Obiettivo generale del programma è quello di fungere da motore per le politiche e l'innovazione della governance, incoraggiando l'integrazione europea tra gli Stati membri e gli Stati non membri dell'UE, utilizzando tutte le risorse naturali, culturali e umane dell'Adriatico e dello Ionio, affinché possano essere rafforzate la coesione economica, sociale e territoriale nell'area del programma.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – La regione adriatica e ionica è stata caratterizzata da eventi che hanno avuto effetti devastanti in materia di sviluppo e cooperazione tra i paesi. Si tratta di problemi connessi alla crisi economica, alla disoccupazione nonché all'indebitamento, con percentuali di incidenza elevatissime e senza precedenti. Da ciò è derivato un forte calo degli investimenti, sia pubblici che privati, che si pone di ostacolo alla ripresa economica. Queste circostanze spiegano la mia adesione alla proposta del relatore Jakovcic, che confida nella strategia EUSAIR presentata dalla Commissione su richiesta del Consiglio europeo. La strategia EUSAIR vuole infatti sfruttare le effettive potenzialità economiche della regione adriatico- ionica attraverso la cooperazione dei paesi interessati e di attori dunque non solo locali, ma anche nazionali ed internazionali.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Sowohl ein Frühwarnsystem, welches für die Verhinderung von natürlichen oder durch Industrie, Verkehr oder andere Aktivitäten bedingten Katastrophen wie beispielsweise Überschwemmungen, Bränden und Rohstoffgewinnungsaktivitäten in der Adria geschaffen wird, als auch die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sind wichtige Veränderungen. Der Bericht macht überwiegend sinnvolle umweltpolitische Vorschläge zur Entwicklung der Region. Daher habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La commission a proposé en 2014 une 3ème stratégie de l'UE pour une macro région: la région Adriatique et Ionienne (EUSAIR). La proposition se base sur la coopération existante dans la région, principalement l'Initiative Adriatique-Ionienne qui a commencé en 2000 avec la signature de la Déclaration d'Ancône et l'Eurorégion adriatique-ionienne créée en 2006. EUSAIR couvre 8 pays: 4 états membres de l'UE (Croatie, Grèce, Italie, Slovénie) et 4 pays non-membres (Albanie, Monténégro, Serbie et Bosnie Herzégovine). Le rapport décrit les caractéristiques de la macro région, les difficultés et les opportunités auxquelles elle est confrontée, et il appelle à des actions spécifiques sur la croissance bleue, la connexion des régions, la qualité de l'environnement, le tourisme durable et

Mittwoch, 28. Oktober 2015

compétitif. Mais il plaide pour une mise en oeuvre via des partenariats public-privé. Le découpage artificiel de telles «macro-régions» en Europe pose aussi un problème démocratique. Pour cette raison je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A terceira estratégia macrorregional da União Europeia é a Estratégia da União Europeia para a Região Adriática e Jónica. Esta região desempenha um papel crucial na posição geoestratégica da União Europeia, cujo potencial apenas poderá ser aproveitado com base esforços e participação conjunta de desenvolvimento da região. Trata-se da definição de um conjunto de prioridades, de forma a obter resultados que possam beneficiar toda a região. Apresentei, neste sentido, o meu voto concordante com a estratégia definida pela UE.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it stresses the need further to develop transport and energy connections among the participating countries as well as between them and their other neighbours. It is crucial that the network infrastructure gap in the Adriatic-Ionian area is addressed in order to increase the region's socioeconomic development. The Union's strategy and the funding allocated to the region should address these issues.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – De gebeurtenissen na het uiteenvallen van Joegoslavië hebben een verwoestende en langdurige hypotheek gelegd op de economische ontwikkeling en de samenwerking tussen de landen in de Adriatische en de Ionische regio. In de voorbije jaren werd deze regio ook hard getroffen door de economische crisis. De EU heeft met haar derde macroregionale strategie gekozen voor een plan van aanpak dat ervoor moet zorgen dat deze landen, via gerichte samenwerking, hun politieke en economische problemen definitief achter zich kunnen laten. Omdat het gebied een belangrijke rol speelt bij het versterken van de geografische continuïteit in Europa, zijn strategische en slimme investeringen voor de hele regio noodzakelijk. Tegelijk heeft deze regio een enorm potentieel, dat pas kan worden benut als alle landen in de regio samenwerken. Met de strategische investeringsfondsen die de EU rijk is, kunnen noodzakelijke investeringen worden gedaan in energienetwerken tussen de landen, het wegwerken van “missing links” in de infrastructuur, innovaties in de scheepvaart en visserij en het ontwikkelen van de toeristische troeven van de regio. De Eusair stelt ook de landen van de westelijke Balkan die geen EU-lid zijn, in staat samen te werken met de lidstaten van de EU.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The Adriatic-Ionian region faces a common set of challenges, ranging from difficult political and economic circumstances, due to past historical events, to big socio-economic disparities between different countries and regions. The report in my opinion tries to find solutions to all these challenges and therefore contributes to all four pillars of the strategy (blue growth; connecting Europe; environmental quality and sustainable and competitive tourism).

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Tanács 2012 decemberében felkérte a Bizottságot, hogy 2014 végéig terjessze elő az Európai Unió új adriai- és jón-tengeri régióra vonatkozó stratégiáját (EUSAIR). A Bizottság 2014. június 17-én ismertette az EUSAIR-t.

Az EUSAIR a balti-tengeri régióra és a Duna-medence régiójára vonatkozó uniós stratégiák után a harmadik uniós makroregionális politika. A stratégia a régió belüli együttműködésen, főként a 2000-ben, az Anconai Nyilatkozat aláírásával elindított adriai- és jón-tengeri kezdeményezésen és a hét tagként részt vevő ország 26 regionális és helyi hatóságát tömörítő adriai- és jón-tengeri eurorégió 2006. évi létrehozásán alapul. Az EUSAIR nyolc országra terjed ki, a régió több mint 70 millió embernek ad otthont.

A Parlament Regionális Fejlesztési Bizottsága által benyújtott, parlamenti állásfoglalásra irányuló indítvány szerint az EUSAIR egyedülálló alkalmat kínál a régió számára ahhoz, hogy együttműködés révén, a Bizottság iránymutatása mellett túllendüljön a múltbeli gazdasági és politikai problémákon, a jólétre és a fenntartható fejlődésre törekedve. Rámutat, hogy a régióban hatalmas lehetőségek rejlenek, amelyeket csak a régió valamennyi országának közös és összehangolt erőfeszítései révén, a helyi és regionális hatóságok jelentős részvételével lehet kihasználni. Úgy véli, hogy az EUSAIR történelmi jelentőségűnek bizonyul majd mind a részt vevő országok, mint az Unió egésze szempontjából.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A criação de uma Estratégia da União Europeia para a Região Adriática e Jónica deu origem à EUSAIR, uma estratégia macrorregional da União Europeia que desempenha um papel fundamental no desenvolvimento desta região, representando um novo modelo de governação a diversos níveis.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Através da cooperação entre os Estados-Membros e países terceiros na prossecução de objetivos comuns, promove-se uma coesão económica e social, reduzindo disparidades existentes entre as regiões, estimulando o emprego e o crescimento económico.

O estabelecimento de diversas prioridades para a EUSAIR desdobra-se em áreas importantes que serão desenvolvidas no futuro, que contribuirão para um crescimento económico e social da região, nomeadamente, o crescimento azul, a qualidade ambiental e o turismo sustentável e competitivo.

Voto favoravelmente o presente relatório que irá proporcionar benefícios para toda a Região Adriática e Jónica, inclusive para os países terceiros participantes que estarão em harmonia política, social e económica com os Estados-Membros.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Jakovcic concerne la stratégie de l'UE pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne (EUSAIR) présentée par la Commission en juin 2014. Il s'agit d'une stratégie macro-régionale couvrant huit États membres (Croatie, Grèce, Italie et Slovénie). Les autres pays tiers ont le statut soit de candidat soit de candidat potentiel à l'adhésion à l'Union.

Le problème de cette stratégie est qu'elle cible directement les collectivités territoriales, en faisant l'impasse sur les États. Par ailleurs, elle manifeste une dimension hégémonique de l'Union, qui crée une politique spécifique pour quelques États alors qu'on devrait traiter le problème de manière bilatérale. Enfin, le texte promeut l'élargissement de l'Union. J'ai donc décidé de voter contre ce texte qui est un nouveau coup de boutoir contre la souveraineté des États.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which provides the platform for common actions and facilitates an exchange of information, best practice and experience. Importantly, it allows participating countries to learn from each other and to focus on a few key priorities that will bring real results and benefits to the everyday lives of the macro-regions' citizens.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la stratégie de l'Union européenne pour la région adriatique et ionienne. Ce texte rappelle que la stratégie macrorégionale existante en faveur des huit pays frontaliers de la mer Baltique a donné de bons résultats et permis au Danemark, à l'Allemagne, à l'Estonie, à la Lettonie, à la Lituanie, à la Pologne, à la Finlande et à la Suède de donner des réponses à plusieurs défis communs de la zone (création d'un environnement durable, renforcement de la prospérité, amélioration de l'accessibilité et de l'attractivité et garantie du maintien de la sécurité). Il souligne le succès de ces structures-cadres qui permettent d'améliorer l'articulation des différentes politiques de l'Union sans pour autant recourir à de nouvelles législations, institutions ou financements supplémentaires. Ce rapport identifie la croissance bleue, l'interconnexion de la région, la qualité environnementale et le tourisme durable comme priorités de développement pour la région adriatique et ionienne.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Approviamo questa relazione che intende sottolineare l'importanza strategica di promuovere il processo di integrazione e allargamento, la cooperazione regionale e le relazioni di buon vicinato a livello europeo attraverso gli strumenti e i mezzi della strategia dell'UE per la regione adriatica e ionica (EUSAIR).

Abbiamo bisogno di imprimere un nuovo slancio al rafforzamento della pace, della coesione sociale, dello sviluppo economico, della sostenibilità ambientale e della sicurezza nell'Europa sudorientale. A tal fine, risulta indispensabile un maggiore coinvolgimento di tutte le parti interessate, compresa la società civile.

La EUSAIR dovrà contribuire al processo di adesione all'Unione europea dei paesi dei Balcani occidentali, fornendo loro la possibilità di cooperare strettamente con gli Stati membri dell'UE e facendo fronte alle sfide comuni a livello regionale. Invitiamo, quindi, i paesi dei Balcani occidentali a essere pienamente ed efficacemente partecipi di tutte le fasi di attuazione, migliorando la connettività tra di loro e con il resto dell'Unione europea, compreso il corridoio adriatico-ionio.

Chiediamo, infine, alla Commissione di perseguire la massima efficienza nell'uso di tutti gli strumenti di finanziamento disponibili, allo scopo di ottimizzare l'impatto, conseguire risultati migliori e incoraggiare la crescita economica sostenibile della regione.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió egyik alap gondolata az országhatárokon átívelő együttműködés és ezen kooperációk előmozdítása és támogatása. A makro regionális együttműködés ennek az egyik legmeggyőzőbb formája. Két sikeres, a balti-tengeri és a Duna régióra vonatkozó stratégia után egyértelműnek tűnik ennek a projektnek a bővítése és további makrorégiók létrehozása. Az adriai-és jón tengeri makrorégió, hasonlóan az előző kettőhöz, egy egységes földrajzi régiót ölel fel, amelynek egyértelműen a javára válhat az egységes kezelés. Azoknak az országoknak, amelyek érintettek ebben az együttműködésben is sok pozitívumot jelenthet, mint a nemzetközi kapcsolatok javítása, szorosabb politikai együttműködés, bizonyos politikai és gazdasági ágazatok specializálódása. Az EUSAIR esetében ez a makroregionális együttműködés sokban hozzájárulhat a még nem uniós tagországok többoldalú fejlődéséhez, és az EU-val való szorosabb együttműködéshez.

A stratégia mind a négy pillére alapvetően részletesen ki van dolgozva és egyértelműen a régióra jellemző és a fejlődéshez szükséges területeket öleli fel. Ahhoz viszont, hogy az egészprojekt ne veszítse értelmét, elejét kell venni egy felesleges bürokratikus rendszer kialakulásának és emellett ragaszkodni kell a makrorégió szubszidiaritás elvén alapuló többszintű, kormányzásának létrehozásához és fenntartásához, hiszen a régiót érintő kérdésekben a helyi és regionális szereplők tudnak a leghatékonyabban cselekedni és az ő együttműködésük a más, magasabb szintű intézményekkel jelentheti a régió effektív működésének az alapját.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Council of December 2012 invited the Commission to present a new EU strategy for the Adriatic and Ionian region (EUSAIR) before the end of 2014. I voted for this report, which will implement EUSAIR, following the model of the EU strategy for the Baltic Sea region.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea raportului privind strategia UE pentru regiunea Mării Adriatice și Ionice deoarece consider că este un raport care aduce completări importante propunerii venite din partea Comisiei.

Am avut ocazia de a fi raportorul pe acest dosar în cadrul Comisiei pentru pescuit și cunosc îndeaproape raportul scris de colegii din comisia pentru dezvoltare regională. Mă bucur să constat că raportul final al Comisiei pentru dezvoltare regională conține și sugestiile făcute de mine și de colegii mei în cadrul raportului de opinie din Comisia pentru pescuit, deoarece regiunea Mării Adriatice și Ionice reprezintă un caz special din punctul de vedere al poluării și al resurselor marine disponibile. Este o strategie complexă din multe motive, dar cred că motivul principal este acela că privește atât state membre UE, cât și state non-membre, care nu au mereu aceeași legislație sau aceleași standarde cu ale noastre.

Cred că acest raport completează în punctele esențiale strategia propusă de Comisie și aștept să văd rezultatele pe care aceasta le va produce.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – This report proposes an EU strategy for the Adriatic and Ionian region. In doing so, it describes the special characteristics of the Adriatic-Ionian macro-region and the difficulties and opportunities that it faces, and calls for specific action to be taken. However, the strategy put forward is based on the 'three NOs' principle – no new legislation, no new institutions, no new funding. The strategy can therefore use only the already existing EU financial resources and tools, and funding in this report is placed in the context of the Europe 2020 strategy with the strict conditions that entails.

There are a number of other concerns with the report, such as support for contentious major projects, and a call to non-EU states to accelerate the implementation of sectoral acquis, such as the Water Framework Directive, as a condition of accession to the EU.

Therefore, while there are positive aspects to the report, I abstained on this motion.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht über eine Strategie der EU für die Region Adria Ionisches Meer fordert einen nachhaltigen Umgang mit den marinen Ressourcen in dieser Region. Gerade umweltpolitisch und für den wirtschaftlichen Aufschwung sind das die richtigen Ansätze, um die Region zu fördern. Ich habe für diesen Bericht gestimmt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Pean oluliseks, et kõigil Euroopa riikidel oleks ELi liikmesuse perspektiiv. Samuti on oluline, et need riigid tegeleksid jätkuvalt korruptsioonivastase võitluse, õigusriigi arendamise ja inimõiguste tagamisega.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Pier Antonio Panzeri (S&D), *per iscritto*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho dato il mio voto favorevole alla relazione sulla strategia dell'UE per la regione adriatica e ionica in quanto ritengo che le strategie macro regionali, fondate su cooperazione, integrazione e coordinamento, siano uno strumento importante per raggiungere risultati tangibili. Rispondere insieme alle sfide comuni è fondamentale per superare gli squilibri socioeconomici tra i paesi vicini e rafforzare la coesione territoriale. La strategia potrebbe portare, infatti, importanti benefici anche ai paesi candidati e potenziali candidati della regione. La macroregione adriatica e ionica necessita di una comune e attenta gestione perché, per sua stessa peculiare conformazione geografica, risulta maggiormente vulnerabile all'inquinamento e allo sfruttamento eccessivo degli stock ittici. La comunicazione della Commissione sottolinea come questa strategia non necessiti di norme aggiuntive, istituzioni o fondi che sono infatti già forniti dal Programma di cooperazione transnazionale Adriatico-Ionio 2014-2020 (ADRION).

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP has always championed national democracy and state cooperation, but we have always argued against EU overarching policies on any region, especially a region that includes non-EU members. In order to have an effective economic strategy for the Adriatic and Ionian region, Member States should decide the best action for themselves through intergovernmental cooperation. Therefore we voted against this report.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ritengo essenziale sottolineare l'importanza geostrategica e geopolitica della strategia dell'UE per la regione adriatica e ionica. A seguito del mio personale e comprovato interesse per la questione, mi preme tuttavia sottolineare la mancanza, nella strategia, della previsione di un completamento del corridoio baltico-adriatico da Ravenna ad Ancona-Pescara-Termini-Imeria-Foggia-Bari-Brindisi. Per la piena realizzazione della strategia, per aiutare lo sviluppo di regioni in crisi come quelle del Sud Italia e per sfruttare appieno il potenziale dell'area auspico quindi che una tale previsione possa infine materializzarsi. Ho deciso quindi di accordare il mio voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam Strategiju EU-a za jadransku i jonsku regiju, jer smatram kako će ona omogućiti bolju suradnju zemalja regije u vidu promicanja pomorskog sektora, očuvanja mora, razvoja prometnih i energetskih mreža i poticanja turizma te time izravno utjecati i na poboljšanje života 70 milijuna stanovnika te regije.

Program podrške i ulaganja kojeg donosi Strategija može doprinijeti razvoju gospodarstva, a samim time i otvaranja novih radnih mjesta u zemljama regije, a upravo to za većinu njih i predstavlja jedan od najvećih izazova. Pozdravljam ideju održivog korištenja i promicanja svih prirodnih ljepota i bogatstava koje zemlje te regije imaju, a koja nisu prepoznata i/ili čiji kapaciteti nisu u potpunosti iskorišteni.

Što se Hrvatske tiče, ulaganje u postizanje održivog i kvalitetnog turizma je svakako nešto pozitivno te može jamčiti bolju budućnost Hrvatskoj. Također, obzirom da je sastavni dio mediteranskog koridora i pravac Rijeka-Zagreb-Budimpešta, a između ta dva paralelna pravca nalazi se i poveznica Zagreb-Slovenija, on je od izuzetne važnosti i za Republiku Hrvatsku. Riječ je o cestovnom i željezničkom koridoru preko kojeg će Hrvatska biti spojena i na Baltičko-jadranski koridor koji ide od Baltičkog mora kroz Poljsku, preko Beča i Bratislave do sjeverne Italije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Jakovcic concerne la stratégie de l'UE pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne (EUSAIR) présentée par la Commission en juin 2014. Il s'agit d'une stratégie macro-régionale couvrant huit États membres (Croatie, Grèce, Italie et Slovénie). Les autres pays tiers ont soit le statut de candidat ou de candidat potentiel à l'adhésion de l'UE. Le problème de cette stratégie est qu'elle cible directement les collectivités territoriales en faisant l'impasse sur les États. Par ailleurs, elle manifeste une dimension hégémonique de l'UE qui crée une politique spécifique pour quelques États alors qu'on devrait traiter le problème de manière bilatérale. Enfin, le texte promeut l'élargissement de l'UE. J'ai donc décidé de voter contre ce texte qui est un nouveau coup de boutoir contre la souveraineté des États.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Snažno pozdravljam i podržavam kreiranje treće europske makroregije. Jadransko-jonska strategija za sada obuhvaća četiri zemlje članice i četiri zemlje aspirantice na punopravno članstvo u EU-u kojima sudjelovanje u ovakvom projektu zasigurno može i treba pomoći na njihovom eurointegracijskom putu. Trenutne razlike među zemljama su mnogo veće od toga da li su dio EU-a ili ne.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Razlike u ekonomskoj razvijenosti i makrofinancijskim pokazateljima su velike. Prometna infrastruktura unutar nekih od zemalja i među njima je iznimno slabo razvijena. Za sada je projekt izgradnje Jadransko-jonske autoceste poticala Hrvatska, ali mi se nadamo da će uskoro i EU potaknuti taj projekt, jer Europa se ne može samo politički spajati već treba razvijati i prometne pravce, energetske koridore i druge odnose.

Zbog iznimne energetske ovisnosti, zajednički energetske projekti poput jadransko-jonskog plinovoda također trebaju biti jedan od prioriteta. Nadam se da će u implementaciju strategije biti uključeni svi zainteresirani dionici na transparentan i obuhvatan način kako bi se potaknula socijalna kohezija, ekonomski razvoj i ekološka održivost. Ukoliko to uspije, Jadransko-jonska strategija je od interesa za sve članice EU-a te ima kapacitet pridonijeti daljnjoj integraciji unutarnjeg tržišta i stabilnosti ovog područja.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Ova strategija je važan dio regionalne politike EU-a i pokazat će se kao kvalitetan mehanizam gospodarske i socijalne kohezije te poticanja rasta i zapošljavanja. Od osnivanja Jadransko-jonske inicijative u Anconi 2000. godine, intenzivno pratim suradnju u JJI bazenu i nastanak Strategije koja je usvojena prošle godine. Uslijed izbjegličko-migracijske krize Strategiju treba staviti u širi kontekst mediteranske suradnje.

U trenutnom formatu s 4 članice EU-a i 4 zemlje aspirantice na članstvo, fokus treba biti na zajedničkoj pripremi projekata financiranih iz europskih strukturnih i investicijskih fondova, i to u područjima pomorstva, kulture, obrazovanja, turizma, kulture i zaštite okoliša. To su prioritetni interesi svih uključenih zemalja, a vjerujem da će u ovaj okvir ubrzo pristupiti i Kosovo i Makedonija. Važno je da među svim akterima postoji stalna komunikacija i bolja suradnja na upravljačkoj, provedbenoj i koordinacijskoj razini kako bi se projekti brže pripremali.

U procesu odabiranja i implementacije projekata treba uključiti lokalne jedinice te mala i srednja poduzeća. Hrvatska, kao jedina dunavska i jadranska zemlja, ima veliku prigodu nadograditi svoje vanjskopolitičke, trgovinske i razvojne aktivnosti. Prioritet je bolja prometna povezanost na jadransko-jonskom pravcu, što se odnosi na izgradnju cestovne i željezničke mreže prema jugu, povezanost s otocima i dovršetak izgradnje Pelješkog mosta.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Le strategie macroregionali possono essere considerate uno strumento dedicato alla promozione della coesione economica e sociale, i cui obiettivi principali sono la riduzione delle disparità tra le regioni, la promozione di una reale convergenza e l'incoraggiamento della crescita e dell'occupazione. L'adozione di una strategia dell'UE per la regione adriatica e ionica (EUSAIR) è frutto dell'interesse dimostrato dai paesi coinvolti. La strategia riguarda quattro Stati membri dell'UE (Croazia, Grecia, Italia e Slovenia) e quattro paesi IPA (Albania, Bosnia-Erzegovina, Montenegro e Serbia). Per il periodo 2014-2020, il bilancio complessivo ammonta a 118.154.690 EUR, compresi il Fondo europeo di sviluppo regionale (FESR) (83.467.729 EUR), lo strumento di assistenza preadesione (IPA II) (15.688.887 milioni di EUR) e i contributi nazionali (18.998.074 EUR). Si tratta della terza strategia macroregionale dell'UE e pertanto essa può beneficiare dell'esperienza e degli insegnamenti tratti dalla strategia dell'Unione europea per la regione del Mar Baltico e dalla strategia dell'Unione Europea per la regione del Danubio. Ho votato a favore di questa relazione affinché la strategia per la regione adriatico ionica possa rappresentare una grande opportunità di sviluppo.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Cieszę się bardzo, iż kolejny region może korzystać z możliwości, jakie daje ta innowacyjna forma współpracy, jaką jest strategia makroregionalna. To już czwarta przyjęta w ciągu ostatnich kilku lat przez Unię strategia, z których ostatnia obejmuje region górski Alp. W tym kontekście po raz kolejny chciałbym przypomnieć i zaapelować o priorytetowe potraktowanie regionów górskich w Unii Europejskiej i – śladem regionu alpejskiego – o opracowanie strategii makroregionalnej dla regionu Karpat, który wymaga interwencji i wzmożonego zaangażowania ze strony Unii. Regiony karpackie wielokrotnie już wykazywały się oddolną inicjatywą i mobilizacją w interesie całego makroregionu. Teraz piłeczka jest po stronie Rady i Komisji. Tej ostatniej chciałbym przypomnieć, że na granicy polsko-słowackiej stykają się strategie makroregionalne bałtycka i dunajska. Obie w sposób marginalny traktują problematykę obszarów górskich – a już na pewno nie traktują w sposób kompleksowy problemów Karpat. W tym duchu właśnie popieram dążenia innych regionów do ustanawiania strategii makroregionalnych.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a adopté un texte concernant la mise en place d'une stratégie de l'Union pour la région adriatique et ionienne. Il est important de promouvoir la coopération régionale au sein de l'Union et de favoriser les synergies notamment dans les domaines de la croissance bleue, des transports, de l'environnement et du tourisme. J'ai voté en faveur de cette résolution. Le texte a pour objectif de promouvoir les cadres de coopération déjà existants et encourage les macro-régions à encadrer et à faire fructifier cette stratégie.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP has always championed national democracy and state cooperation, but we have always argued against EU overarching policies on any region, especially a region that includes non-EU members. In order to have an effective economic strategy for the Adriatic and Ionian region, Member States should decide the best action for themselves through intergovernmental cooperation. Therefore we voted against this report.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La Comisión Europea presentó en julio pasado la Estrategia de la UE sobre la región del Adriático y el Jónico (EUSAIR), por la que se establece una tercera macrorregión en la UE —después de las del Mar Báltico y el Danubio—, proporcionando un marco coherente para una macroestrategia regional y un plan de acción de cooperación entre la UE y tres países más (ocho en total).

La región Adriático-Jónica se enfrenta a una serie de retos comunes, tanto por los acontecimientos históricos del pasado como por las grandes disparidades socioeconómicas entre los diferentes países y regiones. Existen déficits de infraestructura importantes. Los ecosistemas marinos y costeros están amenazados por la explotación humana. Las capacidades administrativas e institucionales a nivel nacional, regional y local deben ser reforzadas, etc.

El ponente procura encontrar soluciones a todos estos problemas, contribuyendo a los cuatro pilares de la estrategia (crecimiento azul, conectar la región, calidad del medio ambiente y turismo sostenible y competitivo).

Por todo ello, he votado a favor de este informe, que incorpora finalmente la reivindicación socialista de terminación del corredor Báltico-Adriático, incluida la ampliación de la dorsal Jónico-Adriático en su totalidad.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Ce jour, j'ai voté en faveur du rapport Jakovcic sur une stratégie de l'Union pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne. Ce vote, c'est une manière de saluer la communication de la Commission concernant la stratégie de l'Union européenne pour la région susmentionnée.

Tout d'abord, il est important que cette région mise sur la croissance bleue. Elle dispose en effet d'une position géographique remarquable et d'une biodiversité marine très riche. Ces deux facteurs constituent un immense potentiel pour la création d'emplois «bleus».

Ensuite, il est nécessaire d'améliorer les réseaux de transport et l'acheminement de l'énergie entre les pays participants à cette stratégie macrorégionale mais aussi entre ces derniers et leurs autres voisins.

Enfin, il est important également de préserver la qualité de l'environnement dans cette région sachant que la mer Adriatique abrite près de la moitié de toutes les espèces marines répertoriées dans la Méditerranée.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – No seguimento do pedido do Conselho Europeu de dezembro de 2012, a Comissão Europeia apresentou em junho de 2014 a «Estratégia da União Europeia (EU) para a Região Adriática e Jónica (EUSAIR)», sobre a qual versa esta proposta de Resolução.

Sendo a terceira estratégia macrorregional da UE, após a aprovação das Estratégias para o Mar Báltico (2009) e para o Região do Danúbio (2011), parece-nos que esta nova Estratégia Macrorregional poderá tirar valiosos ensinamentos destas duas plataformas estratégicas já em funcionamento, muito concretamente sobre as suas estruturas de governação, implementação no terreno e mesmo ações ou eventos realizados.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Porque estas Estratégias envolvendo diversas regiões (e Estados Membros) não pretendem trazer novos níveis de complexidade à política europeia nem acrescentar sobrecargas administrativas ao atual quadro europeu, mas sim fomentar sinergias, um mais eficiente aproveitamento dos recursos e um mais adequado planeamento estratégico, chamo a atenção para a necessidade do estrito cumprimento do princípio dos três não: «não a nova legislação, não a novas instituições e não a mais financiamento».

Porque este relatório vai ao encontro das minhas principais ideias sobre esta matéria, votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – La nouvelle stratégie de l'Union européenne pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne a été présentée par la Commission européenne le 17 juin 2014 et fait suite à la demande du Conseil européen de décembre 2012 de présenter une nouvelle stratégie avant la fin de l'année 2014.

J'ai voté en faveur de ce rapport qui rappelle que les macrorégions sont des cadres qui permettent des initiatives de coopération s'appuyant sur des synergies qui résultent de l'articulation des différentes politiques de l'Union. En ce sens, le principe des «trois non» doit être respecté, à savoir pas de nouvelle législation, pas de nouvelle institution et pas de nouveaux financements.

En parallèle, le rapport identifie plusieurs priorités de développement pour les quatre piliers de la stratégie qui sont la croissance bleue, l'interconnexion de la région, la qualité environnementale et le tourisme durable et compétitif.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della strategia dell'Unione europea per la regione adriatica e ionica in quanto ha come obiettivo quello di favorire la ripresa economica di questa regione. Al fine di creare nuovi posti di lavoro la strategia dell'Unione europea promuove lo sviluppo della crescita blu, delle reti energetiche e dei collegamenti dei trasporti, della qualità ambiente e del turismo sostenibile e competitivo.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto condivido l'idea che una nuova forma di cooperazione regionale possa portare benefici alle aree interessate.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor tal y como hicimos en comisión, teniendo en cuenta que gran parte de nuestras propuestas fueron asumidas como compromisos. Entendemos que una estrategia de la UE en la región del Adriático y del Jónico se expresa en coordenadas multinivel que, a veces, se olvidan de espacios concretos de acción y de políticas verdes y azules para la región; no es así el caso. Aun así entendemos que algunas de las partes del dossier necesitan ser concretadas en mayor medida; sobre todo, aquellas que atienden a sectores como el turismo, que tienen que garantizarse de una manera sostenible y que, entendemos, requieren de dossieres a parte.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero que este informe mezcla elementos positivos y negativos en la estrategia de la UE para la región del Adriático y del Jónico.

Por un lado, existe un compromiso por apoyar el desarrollo económico de estas regiones, incidiendo en aspectos como la sostenibilidad o el apoyo a las pymes y a sectores tradicionales como el turismo o la pesca.

Por otro lado, se dota a la UE de un papel director en una región en la que ni siquiera todos los Estados son miembros, imponiendo la adopción del acervo europeo y favoreciendo la inversión privada en sectores tan sensibles como la energía o el transporte.

En consecuencia, me he abstenido.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The Adriatic-Ionian region faces a set of common challenges, starting with difficult political and economic circumstances due to past historical events. There is a great deficiency in the infrastructure of this region – including inter alia inadequate interconnection of electricity grids. Although there is some work to be done by the plenary in relation to repetitions and omissions, I am generally in favour in this report and I voted accordingly.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Igor Šoltes (Verts/ALE), písno. – Menim, da je strategija Evropske unije za jadransko-jonsko regijo pomembna zaradi strateškega značaja in za spodbujanje trajnostne gospodarske rasti, zmanjšanje socialnih razlik v regiji, izboljšanje prometne povezanosti, hitrejše integracije Zahodnega Balkana v EU in še bi lahko našteval.

Bi se pa na tem mestu kot evropski poslanec Zelenih predvsem osredotočil na steber za kakovost okolja, ki je eden izmed štirih glavnih stebrov omenjene strategije. Jadransko-jonska regija ima vse večji pomen za energetske varnost EU. Izraziti želim zaskrbljenost zaradi izgradnje energetske infrastrukture, raziskovanja nafte in plina, saj sta Jadransko in Jonsko morje zelo občutljivi.

Iz tega razloga menim, da je bistvenega pomena spoštovati zakonodajo EU, še posebej v fazah presoje vplivov na okolje. Na tem mestu je potreben usklajen nastop pri zaščiti morja in tudi pri zaščiti biotske raznovrstnosti. Kljub pomembnosti skupnega načrtovanja energetske politike in uresničevanja cilja zadostitve potrebam po energiji in plinu, moramo paziti, da ob vseh teh spremembah ne bomo preveč obremenili Jadrana in tudi Jonskega morja.

Ker je omenjena strategija pomembna za razvoj, boljše povezovanje in napredek regije, sem podprl omenjeno poročilo.

Branislav Škripek (ECR), písomne. – Podporujem strategijo EÚ pre Adriatický a Iónsky región (EUSAIR). Táto stratégia vychádza aj zo skúseností zo stratégie EÚ pre Dunajský región. Podporujem spojenie turizmu a rybolovu v daných regiónoch, efektívnejšie využitie fondov EÚ, diverzifikáciu produktov turizmu a ponuky, ktoré preklenú sezónnosť.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Strategija EU-a za jadransku i jonsku regiju (EUSAIR), kao dio regionalne politike EU-a, sredstvo je za poticanje gospodarske i socijalne kohezije, a njezini su glavni ciljevi smanjenje razlika među regijama, promicanje stvarne konvergencije te poticanje rasta i zapošljavanja. U tom kontekstu, EUSAIR pruža izuzetnu priliku za zemlje u regiji u okretanju stranice prošlih ekonomskih i političkih problema, zajedno težeći napretku i održivom razvoju.

Podržao sam provedbu EUSAIR-a, prvenstveno jer izražavam svoju zabrinutost zbog poticanja istraživanja i eksploatacije nafte i plina na pučini i kopnu, čime bi se makroregija mogla izložiti riziku od katastrofa s vrlo ozbiljnim posljedicama za okoliš, gospodarstvo, uključujući sektor ribarstva te za zdravlje ljudi. Jadransko more je, zbog toga što je poluzatvoreno, podložno onečišćenju, stoga pozivam na zajedničke napore u poduzimanju svih mogućih mjera u cilju očuvanja bioraznolikosti morskog okoliša i transnacionalnih kopnenih staništa te sprječavanja i smanjenja zagađenja mora i drugih prijetnji obalnoj i morskoj bioraznolikosti.

Zajedničkim djelovanjem država članica, a ne samo onih u Jadranskoj i Jonskoj regiji, stvorili bismo razvojne prednosti za to područje, uskladili područja unutrašnjosti, obalnog područja i otoka te postigli sinergiju između projekata čiste energije i proizvodnje zdrave hrane.

Jaromír Štětina (PPE), písenně. – Vzhledem k současné bezpečnostní situaci v Evropě je důležitější než kdy jindy, aby při řešení regionálních problémů EU blízce spolupracovala se státy v jejím bezprostředním sousedství. V tomto směru bude strategie Evropské unie pro jadranský a jónský region velmi užitečnou, proto jsem svým hlasováním tuto strategii podpořil. Z hlediska bezpečnostní situace je v této strategii klíčový aspekt podpory diverzifikace energetických zdrojů EU. Ruská agrese vůči ostatním svrchovaným státům Evropy znamená, že EU si nemůže dovolit spoléhat na Rusko jako na hlavního dodavatele plynu. Rusko závislosti EU na jeho zdrojích pravidelně zneužívá a východní státy EU vydírá zvyšováním cen a pozastavováním dodávek. Proto je důležité v rámci strategie EUSAIR podpořit projekty, jako je jónsko-jadranský plynovod, který bude plyn přivádět z nalezišť v kavkazské oblasti skrze Turecko. Tím nejen snížíme naši závislost na Rusku, ale také zvýšíme kooperaci se státy Kavkazu, které jsou proti Rusku nechráněné NATO, a potřebují tak naši podporu. EUSAIR může také v budoucnu posloužit jako inspirace pro podobné projekty regionální spolupráce v rizikových oblastech, jakým je například Kavkaz, a přiblížit jeho státy členství v EU.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Podržao sam ovo izvješće jer smatram da ova strategija u pravom smislu naglašava specifičan položaj regije, specifičnu strukturu obale kao i bogatu morskou raznolikost. Smatram da postoji veliki potencijal za stvaranje „plavih” radnih mjesta, poticanje gospodarskog razvoja i rasta, uključujući ribarstvo, akvakulturu i plave tehnologije.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Nadalje, smatram da potiče grupiranje u klastere i suradnju između privatnih i javnih poduzeća, kao i sveučilišta i instituta. Također, držim da potiče brodogradnju te njezinu modernizaciju i specijalizaciju. Za brodogradnju bi to značilo otvaranje novih radnih mjesta, te bi se i na ovom polju postigao održiv i konkurentan rast u plavim tehnologijama. Nadalje, ova strategija stavlja naglasak i na povezivanje regije. Naglašava da su u makroregiji prijeko potrebne prometne i energetske veze među zemljama sudionicama i njihovim susjedima.

Te mreže bi bile temelj za gospodarski i društveni razvoj regije. Ova strategija stavlja naglasak i na očuvanje i kvalitetu okoliša, podsjeća na bogatstvo morskih, obalnih i kopnenih ekosustava te poziva na razmjenu praksi između zemalja sudionica u cilju upravljanja prirodnom i kulturnom baštinom.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I supported this report concerning the EU Strategy for the Adriatic and Ionian Region and the accompanying action plan. I believe that the strategy allows participating countries to learn from each other and to focus on a few key priorities which will bring real results and benefits to the lives of the macro-region's citizens.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europski parlament je danas usvojio Strategiju Europske unije o Jadransko-jonskoj regiji. Poseban naglasak u dokumentu stavljen je na prometnu povezanost država uključenih u projekte izgradnje cestovne i željezničke infrastrukture uključujući Jadransko-jonski koridor, a u dokumentu se izričito ističe važnost gradnje pelješkog mosta i prometnog povezivanja teritorija EU-a, a samim time i odsječnog hrvatskog juga.

Strategija obuhvaća i pitanje migracija budući da su migracije novi moment u ovom dijelu Europe, a to pitanje zbog nacionalnih egoizama nije riješeno te se traži zajedničko europsko rješenje. Podsjetimo, Strategija EU-a za Jadransko-jonsku makroregiju ima za cilj omogućiti da 70 milijuna stanovnika te makroregije (Albanija, Bosna i Hercegovina, Crna Gora, Hrvatska, Grčka, Italija, Srbija, i Slovenija) iskoristi prednosti uže suradnje u područjima kao što su promicanje pomorskog gospodarstva, očuvanje morskog okoliša, dovršenje prometnih i energetskih mreža i poticanje održivog turizma.

Podržavam ovo izvješće i očekujem da će Strategija što prije zaživjeti kako bi stanovnici i ove makroregije uživali isti tretman s ostalim građanima EU-a kada su u pitanju promet, energija, zaštita okoliša te stabilnost i sigurnost jugoistoka Europe.

Richard Sulík (ECR), *písomne* – Návrh som podporil, keďže neprináša žiadnu novú administratívnu a ani rozpočtovú záťaž, ale využíva len existujúce právomoci a rozpočtové zdroje na zefektívnenie ich používania.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o strategiji EU za jadransko-jonsko regijo. Pobuda združuje osem držav vzdolž obale Jadranskega in Jonskega morja. Poleg Slovenije, od koder prihajam, so to še Albanija, Bosna in Hercegovina, Črna gora, Grčija, Hrvaška, Italija in Srbija.

Leta 2012 je Slovenija med drugim za eno leto tudi predsedovala omenjeni pobudi. Podpiram poročilo, ki pozdravlja sporočilo Komisije, ki pobudo ocenjuje kot pomemben korak v razvoju tega dela Evrope. Osnovna ideja makroregionalne strategije namreč je, da sta za bolj učinkovito in uspešno soočanje s specifičnimi izzivi, ki so skupni določenim čezmejnim območjem, bolj koristna boljše sodelovanje in usklajevanje kot pa posamezne pobude.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η συγκεκριμένη έκδοση αφορά την τρίτη σε σειρά μακροπεριφεριακή στρατηγική της ΕΕ για την περιφέρεια της Αδριατικής και του Ιονίου (EUSAIR). Η έκδοση περιλαμβάνει στοιχεία που προωθούν περαιτέρω τις συνέργειες για συνεργασία μεταξύ των συμμετεχόντων και την οικονομική ενδυνάμωση των χωρών της περιφέρειας.

Θετικό είναι το γεγονός ότι η έκδοση τονίζει την αρχή της πολυεπίπεδης διακυβέρνησης, ζητώντας από την Κομισιόν να ενισχύσει τη συμμετοχή και πρωτοβουλία των τοπικών αρχών και κοινοτήτων, ενώ θέτει επιτακτικά το ζήτημα της πολιτικής ασύλου για τις περιοχές που επηρεάζονται άμεσα. Επίσης θετικό είναι και το γεγονός ότι αναφέρει την ανάγκη για μια ενιαία ευρωπαϊκή στρατηγική για το άσυλο.

Υπερψηφίσαμε την έκδοση, καθώς υποστηρίζει μια σειρά μέτρων τα οποία είναι σημαντικά για την κοινωνική και οικονομική ανάπτυξη της περιοχής, η οποία αυτή την περίοδο αντιμετωπίζει τεράστια εδαφικά, οικονομικά και κοινωνικά προβλήματα.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Οι στρατηγικές που στηρίζονται σε ευχολόγια και προτροπές είναι καταδικασμένες να αποτύχουν. Η περιοχή της Αδριατικής και το Ιονίου για να αναπτυχθεί, απαιτείται πρωτίστως να υπάρξει ο καθορισμός των ΑΟΖ των εμπλεκόμενων χωρών και να οριοδούν στοχευμένες, χρηματοδοτούμενες και υλοποιήσιμες ενέργειες προς αναβάθμιση και βελτίωση της οικονομικής δραστηριότητας και κοινωνικής ζωής των πολιτών.

József Szájer (PPE), írásban. – 2012 decemberében az Európai Tanács felkérte a Bizottságot, hogy 2014 vége előtt mutassa be egy új, az adriai- és jón-tengeri stratégiára (EUSAIR) vonatkozó elképzeléseit, és ennek megfelelően 2014. június 17-én a Bizottság bemutatta a stratégiával kapcsolatos tervzetét. Az EUSAIR a harmadik uniós makroregionális stratégia, mely építeni tud a balti-tengeri és a Duna-régióra vonatkozó stratégiák tapasztalataira. Az adriai- és jón-tengeri régió több mint 70 millió embernek ad otthont, és nyolc országot fed le, melyek közül négy uniós tagállam (Horvátország, Görögország, Olaszország, Szlovénia), három tagjelölt ország (Albánia, Montenegró, Szerbia), Bosznia-Hercegovina pedig potenciális tagjelölt ország.

A jelentéstervezetet támogattam szavazatommal a plenáris szavazás során, mivel az EUSAIR jó lehetőséget teremt a régió országai számára a fenntartható fejlődés serkentésére. A stratégia pillérei („kék növekedés”, a régió infrastrukturális kapcsolatainak fejlesztése, környezetvédelem, fenntartható, versenyképes turizmus), illetve egyéb prioritásai (a nyugat-balkáni országok uniós integrációja, koherencia biztosítása a három uniós makroregionális stratégia, valamint a nemzeti stratégiai projektek között) elősegítik a gazdasági fejlődést, a munkahelyteremtést.

Fontosnak tartom azonban hangsúlyozni, hogy minden makroregionális stratégia esetében az eredmények átfogó értékelésére van szükség. Biztosítani kell, hogy a stratégiák valóban európai hozzáadott értéket képviseljenek, és valós, kézzelfogható pozitív hatásokkal járjanak az érintett régióban.

Claudia Tapardel (S&D), în scris. – Uniunea Europeană reprezintă un proiect în care statele membre și-au pus toate speranțele atunci când au ales să devină parte a acestei entități continentale guvernate de reguli și principii.

Pentru țările membre din partea centrală și estică a Europei, dobândirea acestui statut a fost sinonimă cu obținerea unei șanse imense de a se dezvolta și de a atinge nivelul socio-economic existent în vestul continentului. Politica de coeziune a UE reprezintă garanția asistenței comunitare pentru reducerea decalajelor de dezvoltare între regiuni. Acest lucru este valabil inclusiv pentru țările candidate din Balcanii de Vest. Aderarea Croației în 2013 este dovada clară că UE este interesată de această regiune.

Totuși, pentru a gestiona în mod corect decalajele de dezvoltare față de celelalte regiuni ale Uniunii, este nevoie de o strategie aparte pentru zona respectivă, concretizată de Strategia UE pentru regiunea Mării Adriatice și Mării Ionice. Strategia respectivă va contribui la progrese în domeniile prioritare identificate, cum ar fi interconectarea rețelelor de energie electrică, protejarea ecosistemelor marine, creșterea capacității administrative locale sau dezvoltarea turismului sustenabil.

Cred că ar fi utilă elaborarea unei strategii similare și pentru regiunea Mării Negre, pentru a ține cont de dezvoltarea regiunilor din această zonă de graniță a UE.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – J’ai voté en faveur du texte. En effet, la stratégie arrive à point nommé pour deux raisons, qui tiennent aux changements politiques intervenus dans l’Union. Tout d’abord, la Commission Juncker a décidé d’axer sa politique sur les investissements, par l’intermédiaire du plan d’investissement et du Fonds européen pour les investissements stratégiques qui en a découlé. Les pays de la région Adriatique et Ionienne ont donc là une belle occasion de combler le déficit d’investissement qu’ils ont connu ces dernières années. La stratégie ouvre des perspectives qui permettront d’orienter ces investissements de manière à obtenir des résultats au bénéfice de toute la région.

Ensuite, la Commission a répété à plusieurs reprises qu’il n’y aurait pas de nouvel élargissement dans un avenir proche. Bien qu’il s’agisse d’une mauvaise nouvelle pour les pays des Balkans occidentaux, la stratégie leur permettra de se rapprocher de l’Union en alignant leurs politiques et en collaborant étroitement avec les États membres.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I supported this report that scrutinises the EU Strategy for the Adriatic and Ionian Region (EUSAIR), introduced by the Commission on 17 June 2014. It is a third macro-regional EU strategy, together with the one for the Baltic Sea Region and for the Danube Region. The EUSAIR covers EU Member States (Croatia, Greece, Italy and Slovenia) and non-EU countries, all of which have either 'candidate' (Albania, Montenegro and Serbia) or 'potential candidate' membership status (Bosnia and Herzegovina). The aim of the strategy is to foster mutual cooperation among the countries and pursue their prosperity and sustainable development. The report sets out priorities in the fields of blue growth focusing on marine governance; regional interconnectedness, mainly in terms of transport and energy; quality of environment; and tourism.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Accolgo con favore questa relazione, poiché grazie alla strategia per la regione adriatica e ionica, si può promuovere lo sviluppo nella regione adriatica e favorire l'integrazione dei paesi dei Balcani occidentali. L'esperienza delle strategie macroregionali esistenti dimostra che la qualità e la stabilità dei meccanismi di governance sono cruciali per un'attuazione efficace di tutti i programmi e di tutte le iniziative. Una migliore governance non dipende da nuovi fondi, ma dalle modalità utilizzate per avviare e finanziare azioni congiunte. La governance deve pertanto avere una dimensione sia politica che operativa, con il pieno coinvolgimento dei ministeri responsabili e degli organismi di attuazione incaricati di definire gli obiettivi strategici e assicurare che il lavoro sia svolto in maniera efficiente e rigorosa. Il voto favorevole del Parlamento a questa strategia si inserisce nel solco della rivitalizzazione di un'Europa solidale pronta a superare le differenze e le difficoltà e a consentire lo sviluppo di aree di grandissimo pregio culturale ed ambientale. Il pieno sviluppo però si raggiunge anche attraverso un'adeguata rete infrastrutturale di trasporto, per questo ho sostenuto convintamente l'emendamento che consentirà per il completamento della rete ferroviaria e autostradale adriatico-ionica verso Sud andando oltre Ravenna.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o strategiji EU za jadransko-jonsko regijo sem podprla, ker menim, da se bo Komisija prek naložbenega načrta in Evropskega sklada za strateške naložbe osredotočila na krepitev naložb, kar predstavlja veliko priložnost za države v jadransko-jonski regiji, da zapolnijo svoje pomanjkanje naložb iz preteklih let. Prav tako je EUSAIR priložnost, da se te naložbe usmerijo tako, da bodo koristne za vso regijo.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor tal y como hicimos en comisión, teniendo en cuenta que gran parte de nuestras propuestas fueron asumidas como compromisos. Entendemos que una estrategia de la UE en la región del Adriático y del Jónico se expresa en coordenadas multinivel que, a veces, se olvidan de espacios concretos de acción y de políticas verdes y azules para la región; no es así el caso. Aun así entendemos que algunas de las partes del dossier necesitan ser concretadas en mayor medida; sobre todo, aquellas que atienden a sectores como el turismo, que tienen que garantizarse de una manera sostenible y que, entendemos, requieren de dosieres a parte.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le rapport pose deux problèmes principaux:

— Il aborde la stratégie macro-régionale de l'Union européenne. En faisant des collectivités locales la cible de la politique européenne, ce rapport renforce la régionalisation des États membres et affaiblit le pouvoir des gouvernements nationaux. De plus, il n'est pas utile de créer une politique européenne si elle ne concerne qu'un nombre restreint d'États. Ces questions devraient donc être traitées de façon bilatérale. Ce texte révèle l'attitude hégémonique de l'Union et de la Commission, qui ne traitent plus les États membres comme des pays souverains mais comme des provinces, tributaires de l'orientation de la politique européenne.

— Il promeut l'élargissement de l'Union européenne. M. Jakovčić signale dans son rapport que la Commission a déclaré à plusieurs reprises qu'il n'y aurait pas de nouvel élargissement dans un avenir proche. Pourtant, cela ne le dérange pas de souligner, dans plusieurs paragraphes, une dimension d'intégration de la stratégie EUSAIR.

Je vote CONTRE ce texte.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A 2012. decemberi Európai Tanács felkérte a Bizottságot, hogy 2014 végéig terjessze elő az Európai Unió új adriai- és jón-tengeri régióra vonatkozó stratégiáját (EUSAIR). A Bizottság megfelelően eleget tett e kérésnek, és 2014. június 17-én ismertette az EUSAIR-t. A mostani jelentést támogattam szavazatommal.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor tal y como hicimos en comisión, teniendo en cuenta que gran parte de nuestras propuestas fueron asumidas como compromisos. Entendemos que una estrategia de la UE en la región del Adriático y del Jónico se expresa en coordenadas multinivel que, a veces, se olvidan de espacios concretos de acción y de políticas verdes y azules para la región; no es así el caso. Aun así entendemos que algunas de las partes del dossier necesitan ser concretadas en mayor medida; sobre todo, aquellas que atienden a sectores como el turismo, que tienen que garantizarse de una manera sostenible y que, entendemos, requieren de dossieres a parte.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the EU strategy for the Adriatic and Ionian region (EUSAIR) because it will provide for more cooperation among the participating countries of the Adriatic and Ionian region, focusing on regional assets with the aim of preserving and developing them further.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on an EU strategy for the Adriatic and Ionian region, which is based on the new EU Strategy for the Adriatic and Ionian Region (EUSAIR). The EUSAIR covers eight countries equally represented by EU Member States (Croatia, Greece, Italy and Slovenia) and non-EU countries, all of which have either 'candidate' (Albania, Montenegro and Serbia) or 'potential candidate' membership status (Bosnia and Herzegovina). The region is home to more than 70 million people and plays a key role in strengthening geographical continuity in Europe, which also has a direct impact on my own country, Slovenia. With this strategy we can take advantage of the exceptional opportunity given to the countries in the region to turn a page on past economic and political problems by working together, with the Commission's guidance, to pursue prosperity and sustainable development.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – En diciembre de 2012 el Consejo invitó a la Comisión a presentar una estrategia para la región del Adriático y del Jónico antes de finales de 2014. La Comisión presentó dicha propuesta en junio de 2014. Sobre la base de esta propuesta, el informe reconoce el valor añadido de la estrategia e identifica varias prioridades de desarrollo para sus cuatro pilares: el crecimiento azul, la conectividad de la región, la calidad medioambiental y el turismo sostenible y competitivo. Hablamos de un informe que ha obtenido un amplio consenso en la Comisión de Desarrollo Regional y que toca temas muy importantes para la región, por lo que considero necesario votar a favor de dicho informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero que este informe mezcla elementos positivos y negativos en la estrategia de la UE para la región del Adriático y del Jónico.

Por un lado, existe un compromiso por apoyar el desarrollo económico de estas regiones, incidiendo en aspectos como la sostenibilidad o el apoyo a las pymes y a sectores tradicionales como el turismo o la pesca.

Por otro lado, se dota a la UE de un papel director en una región en la que ni siquiera todos los Estados son miembros, imponiendo la adopción del acervo europeo y favoreciendo la inversión privada en sectores tan sensibles como la energía o el transporte.

En consecuencia, me he abstenido.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório valoriza fatores de desenvolvimento regional que são integrados e sustentáveis. Valoriza os princípios da Economia Azul e da promoção de uma pesca que seja sustentável e que valorize os meios tradicionais. Promove a proteção da qualidade ambiental e da biodiversidade e defende o estabelecimento de um turismo sustentável e menos dependente da sazonalidade.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

A noção de macrorregiões, envolvendo países da UE e outros que estão fora desse contexto, contribui para a aquisição de escala beneficiando o desenvolvimento. Este enquadramento e o âmbito deste território colocam, no entanto, a preocupação de que os investimentos estratégicos e de coesão, sendo absorvidos pela macrorregião, não poderão faltar, redundando numa ausência de financiamento estratégico e de coesão para os Estados-Membros envolvidos, ou seja, em detrimento das necessidades específicas de cada Estado-Membro.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Sowohl ein Frühwarnsystem, welches für die Verhinderung von natürlichen oder durch Industrie, Verkehr oder andere Aktivitäten bedingten Katastrophen wie beispielweise Überschwemmungen, Bränden und Rohstoffgewinnungsaktivitäten in der Adria geschaffen wird, als auch die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sind wichtige Veränderungen. Der Bericht macht überwiegend sinnvolle umweltpolitische Vorschläge zur Entwicklung der Region. Daher habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla strategia UE per la macroregione Adriatico-Ionio. Le regioni interessate devono affrontare sfide simili, dalla mancanza di infrastrutture alle minacce all'ambiente. Queste sfide possono essere vinte solo attraverso la cooperazione transfrontaliera, l'individuazione delle migliori pratiche e la condivisione de know-how.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Im Gegensatz zu meiner Fraktion habe ich gegen die „EU-Strategie für die Region Adria Ionisches Meer“ gestimmt. Dieser Bericht überschreitet die Kompetenzen des EU-Parlaments. Er setzt sich für die Implementierung eines Gesamtrahmens für die Koordinierung der Politik und der territorialen Zusammenarbeit ein. Das ist ein klarer Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip, und auch der tragende Grund, warum ich gegen diesen Bericht gestimmt habe.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu týkajúcu sa spoločnej európskej stratégie pre región Jadranského a Iónskeho mora som podporila. Jednotlivé krajiny týchto regiónov majú spoločné kultúrne črty, ako aj spoločnú históriu, a preto je dôležité, aby medzi sebou spolupracovali vo všetkých oblastiach, či už ide o oblasť územnej, ekonomickej alebo politickej spolupráce. Správa identifikuje medzery a prípadné ťažkosti, ktoré môžu vyústiť do omeškaní plnenia záväzkov týkajúcich sa jednotného trhu a oblasti životného prostredia. Správa sa zaoberala aj podporou tzv. modrého rastu – čiže odvetví súvisiacich s morom vrátane udržateľného rybárstva, rekreačných aktivít a výskumu.

Damiano Zoffoli (S&D), *per iscritto*. – Una risoluzione del Parlamento che è finalmente un punto fermo nel progetto della Macroregione adriatico-ionica. Un territorio importantissimo nella nostra Unione, perché unisce l'est e l'ovest e forma una grande porta d'ingresso per tutti quelli che dall'Africa o dal Medio Oriente scappano da guerre e sofferenze e cercano salvezza in Europa. Importante poi perché comprende anche quattro Stati che ad oggi non fanno parte dell'Unione europea ma che intendono diventarlo e che stanno provando a lasciarsi alle spalle anni di guerre civili per aprire a politiche di sviluppo reciproco e di collaborazione con l'obiettivo di entrare a far parte della nostra Unione.

Un progetto importantissimo poi per le comunità che si affacciano sul mare, che valorizzerà il turismo blu, con l'obiettivo di allungare la stagione in direzione del turismo sportivo rivolto a giovani ma anche alla terza età. Altro aspetto importante sono le infrastrutture: sia per quel che riguarda le infrastrutture marittime che quelle energetiche, con un piano per i collegamenti tra le due sponde dell'Adriatico e di produzione di energia da fonti rinnovabili. Bene poi che si sia previsto un nuovo piano di gestione della pesca.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório é bastante positivo, valorizando os fatores de desenvolvimento da região que são integrados e sustentáveis. Valoriza os princípios da Economia Azul e da promoção de uma pesca que seja sustentável e que valorize os meios tradicionais; promove a proteção da qualidade ambiental e da biodiversidade como facto; defende o estabelecimento de um turismo sustentável e com menos sazonalidade. A noção de macrorregiões, envolvendo países da UE e outros que estão fora desse contexto, contribui para a aquisição de escala, o que beneficia o desenvolvimento. Votámos a favor.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione si rivolge ai settori dell'economia marittima: «crescita blu», trasporti terra-mare, connettività in campo energetico, protezione dell'ambiente marino e turismo sostenibile. Si tratta della prima strategia macroregionale dell'UE che coinvolge i paesi extra-UE come Albania, Bosnia-Erzegovina, Montenegro e Serbia, chiamati a cooperare con i paesi membri dell'UE (Croazia, Grecia, Italia e Slovenia). La relazione sottolinea l'importanza del «principio dei tre no»: no a nuove norme, no a nuove istituzioni e no a nuovi fondi.

Pur essendo passate alcune nostre proposte atte a promuovere lo sviluppo economico dell'area puntando sulle sue peculiarità ambientali e turistiche piuttosto che sull'industria petrolifera, mi sono astenuto in sede di voto poiché sono comunque rimaste delle criticità importanti soprattutto in due paragrafi del testo. In uno, tra le possibilità di finanziamento messe a disposizione per sviluppare progetti nella regione adriatica e ionica, l'Italia ha presentato la ristrutturazione generale dell'Ilva. Nell'altro, si prevede la pianificazione comune degli investimenti per lo sviluppo di terminali di gas naturale liquefatto (GNL) e delle reti di gasdotti (*Trans-Adriatic Pipeline*, TAP) che possono avere delle gravi conseguenze ambientali.

8.10. Kohäsionspolitik und Überprüfung der Strategie Europa 2020 (A8-0277/2015 - Fernando Ruas)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La politica di coesione è direttamente ancorata agli obiettivi della strategia Europa 2020. La relazione presentata da Fernanda Ruas costituisce la prima relazione fornita dal Parlamento europeo sulla revisione intermedia della strategia, con particolare attenzione alla politica di coesione. Infatti, la Commissione europea è attualmente impegnata nella revisione della strategia intermedia. Si stimola la Commissione a proseguire un dialogo che premi maggiormente la cooperazione territoriale ai diversi livelli, anche al fine di individuare indicatori che rivelino meglio i progressi conseguiti per raggiungere gli obiettivi della strategia nel quadro di programmazione di riferimento.

L'invito è quello di rafforzare il coinvolgimento delle autorità regionali e locali, nonché la partecipazione della società civile, affinché sia possibile indirizzare meglio gli investimenti pubblici secondo le esigenze effettive dei territori. Oltre agli spunti interessanti forniti, la relazione tocca non ultima la delicata questione di un ampliamento del processo di governance economica. Tuttavia, la principale criticità è nella trattazione dei rapporti che intercorrono tra la politica di coesione e il nuovo fondo europeo per gli investimenti strategici (EFSI- c.d. piano Juncker). Anche per questa ragione ho deciso di astenermi in sede di voto.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe se basa en la Comunicación de la Comisión Europea de 2014 sobre el balance de la Estrategia Europa 2020, que marcaba cinco objetivos principales para 2020 en empleo, investigación y desarrollo, emisiones contaminantes, fracaso escolar y reducción de la pobreza. Para lograrlo, se ha promovido y aplicado la llamada gobernanza económica, mediante recomendaciones específicas a países que han traído consecuencias desastrosas para la población.

El informe del Parlamento lamenta que no se haya mencionado en esta Comunicación el papel clave de la política de cohesión; se pide la inclusión de otros indicadores además del PIB para medir el progreso; que tome en consideración las áreas rurales, las zonas afectadas por la transición industrial, etc.; pide mayor participación del Parlamento en la supervisión de la política, etc.

Sin embargo, es grave que no se observe la incompatibilidad de la política de cohesión con el Fondo Europeo de Inversiones Estratégicas (plan Juncker). Además, reclama más atención a las asociaciones público-privadas, fuentes encubiertas de privatización, más caras para el erario público y menos eficientes. Por último, no se hace una vez más ninguna crítica a las políticas de austericidio del Semestre Europeo con la política de cohesión.

Por ello, he decidido abstenerme.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui considère que la stratégie Europe 2020 et la politique de cohésion contribueraient au développement économique à travers la création d'emploi ou l'augmentation de l'investissement. En effet, ce texte n'apporte aucune valeur ajoutée au débat sur le réexamen de la stratégie Europe 2020 et la volonté des institutions européennes d'affaiblir les États membres en renforçant le pouvoir des collectivités locales est ici nettement soulignée.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This is the first European Parliament report on the mid-term review of the Europe 2020 strategy, focusing on the cohesion policy dimension of the strategy. It examines the progress already achieved, the scope of the review and the challenges to be addressed from a cohesion policy perspective.

The report makes some criticism of the results of the Europe 2020 strategy to date and as well as several positive references.

However, cohesion policy is presented as a policy at the service of Europe 2020 and it connects cohesion policy with the EU Economic Governance framework and its implementation mechanism, the 'European Semester'. Moreover, the report links the allocation and effectiveness of structural and investment to 'sound economic governance' – so-called 'macro-economic conditionalities' – by the Member States, and therefore to austerity politics.

I therefore abstained on this report.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ, καθώς θεωρώ πως η πολιτική συνοχής αποτελεί σημείο κλειδί στην εκπλήρωση της στρατηγικής «ΕΕ 2020». Η έκθεση επισημαίνει τη σημασία της κυβερνησιμότητας σε πολλά επίπεδα, την παρακολούθηση και αξιολόγηση της στρατηγικής, τη λήψη πληροφοριών από ΜΚΟ και την ανάγκη οι στόχοι για την «ΕΕ 2020» να προσαρμόζονται στην πραγματικότητα και τις ανάγκες της κάθε περιοχής.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte fait l'éloge de la stratégie Europe 2020 qui contribuerait au développement économique et à la création d'emplois en Europe, sans jamais aborder les lacunes de cette stratégie.

Au-delà du fait que les résultats soient bien en deçà des attentes espérées, on retrouve encore dans ce rapport la volonté de réduire le rôle des États au profit des collectivités locales.

Je note aussi qu'aucun des amendements déposés par mon collègue pendant les travaux de la commission régions n'a été adopté. Ces amendements auraient pourtant permis de renforcer le principe de subsidiarité, de faire un bilan pour optimiser des fonds ou encore de réduire le retard dans le lancement des investissements qui reposent sur des fonds structurels.

J'ai par conséquent voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Cohesion policy in the European Union has consistently failed and should not be further supported. Member states should be the ones to subsidise their own regions, where necessary.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport comme le préconisait la commission au fond.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution. Cohesion policy is an integral part of this very important strategy aimed at boosting growth and jobs under Europe 2020.

Reducing the disparities between the regions will help less-developed European countries to catch up with the standards of the European economy and help to achieve such overarching goals as the digital single market, the energy union and the single capital market.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu.* – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo EP pateikia savo poziciją dėl ES sanglaudos politikos ir artėjančios strategijos „Europa 2020“ vidurio peržiūros. Sanglaudos politikai skiriama daugiau nei trečdalis ES biudžeto lėšų ir ši politika yra pagrindinė ES investavimo priemonė. Šis pranešimas – tai pirmasis Europos Parlamento pranešimas dėl strategijos „Europa 2020“ laikotarpio vidurio peržiūros, kuriame pagrindinis dėmesys skiriamas šios strategijos sanglaudos politikos dimensijai. Pritariu, kad būtina laiku ir išsamiai diskutuoti dėl būsimos ES sanglaudos politikos po 2020 m. ir jos suderinimo su peržiūrėta būsimąja ilgalaikė ES strategija ir nauja DFP.

Zoltán Balczó (NI), *írásban.* – A jelentés a kohéziós politika és az EU 2020 stratégia felülvizsgálatához fogalmaz meg konkrét javaslatokat, illetve értékeli azok jelenlegi működését, megnevezi a jövőbeli kihívásokat. Emellett a kettő közötti szoros kapcsolat fontosságát hangsúlyozza: az EU 2020 stratégiai keretként szolgál a 2014-2020 közötti időszakra vonatkozó európai strukturális és beruházási alapok kialakításához és programozásához. A jelentés egyes pontjaiban a stratégia, illetve a kohéziós politika egyes elemeit kiemeli, azokhoz ajánlásokat, kritikát, javaslatot fogalmaz meg a Bizottság részére – részben azért, hogy a Bizottság 2015 vége előtt esedékes, EU 2020 stratégiára irányuló felülvizsgálatához támpontokat adjon.

Bár a jelentésben vannak pozitív ötletek (kohéziós politika – mint egyik legfontosabb beruházást elősegítő eszköz – szerepének pozitív kiemelése, helyi és regionális hatóságok bevonásával megvalósított többszintű irányítás ösztönzése), ennek ellenére nem támogattam az elfogadását. A kohéziós politika a legfontosabb eszköz ahhoz, hogy a régiók közötti különbségeket leküzdjük. Perifériaországgént inkább az lenne számunkra szerencsés, ha arra törekedne az EU, hogy a kohéziós politika eszközeit egyes regionális igényekhez minél jobban hozzáigazítva orvosolja az adott régió problémáit. Ehelyett a lila ködös, EU 2020-as „birodalmi” célokhoz igazítja a kohéziós politikát.

Gerard Batten (EFDD), *in writing.* – Cohesion policy has been ineffective in several Member States due to the draconian financial burden placed on Member States by the ECB and the IMF. Due to the report neglecting to mention that this had a larger impact on Member States' growth than cohesion policy itself we voted against the report.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit.* – J'ai approuvé cette résolution qui souligne toute l'importance de la politique de cohésion pour de nombreux États membres, notamment en matière d'investissements en temps de crise, dans la mise en œuvre de la stratégie Europe 2020. Celle-ci se veut une stratégie globale de croissance et d'emplois durables et s'articule autour des objectifs essentiels que sont l'emploi, l'innovation, le changement climatique et la durabilité énergétique, l'éducation et la lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale. Parallèlement, la résolution souligne également que ces objectifs sont susceptibles d'être favorisés par les avancées en matière d'égalité entre les hommes et les femmes.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit.* – Ce rapport sur la politique de cohésion et le réexamen de la stratégie Europe 2020 vante les mérites de la stratégie Europe 2020 qui contribuerait au développement économique des pays de l'UE par un accroissement de l'investissement et de l'emploi. Malheureusement, il m'est impossible de savoir quelles données permettent au rapporteur d'arriver à une telle conclusion quand on connaît le déficit d'investissement et d'emploi de l'UE par rapport aux autres grands ensembles régionaux du monde...

Évidemment, il salue le Fonds d'investissements stratégiques qui peine à démarrer et dont l'effet de levier est largement surestimé. Ce rapport, qui était censé se concentrer sur le réexamen de la stratégie Europe 2020, n'accorde en réalité que des satisfécits à la politique de l'UE, et laisse place au vide quand il s'agit d'aborder des propositions de réforme. J'ai donc voté contre ce texte.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto.* – Pur essendo presenti in questa relazione di iniziativa riferimenti troppo «euro-entusiastici» ritengo che essa sia equilibrata se soffermi su concetti che da sempre ritengo fondamentali, quali investimenti maggiormente mirati verso il sostegno dei nostri cittadini, revisione della strategia 2020, l'importanza delle politiche macroregionali e il tenere sempre conto delle diverse specificità territoriali, per tutti questi motivi l'ho supportata col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito.* – Este informe se centra en los progresos realizados en vista de la revisión intermedia de la Estrategia Europa 2020 de finales de 2015. La política de cohesión es un instrumento clave para la consecución de la Estrategia 2020, estando estrechamente alineada con sus objetivos de un crecimiento inteligente, sostenible e integrador.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Sin embargo, debido a la crisis, la financiación europea se convirtió en la única fuente de financiación pública en muchos Estados miembros y regiones. El informe espera que mejoren las sinergias entre los diversos fondos europeos, al tiempo que llama la atención sobre la necesidad de utilizar los objetivos de la Estrategia 2020 de cada región y adaptarse mejor a sus diferentes necesidades.

Se subraya además la necesidad de un debate estratégico sobre la futura política de cohesión, teniendo en cuenta que el nuevo paquete legislativo de la política de cohesión vendrá en 2018-2019, junto con las elecciones europeas de 2019. Se debe asimismo alinear la revisión de la estrategia de la UE después de 2020 con el nuevo marco financiero plurianual.

Por todo ello, he votado a favor de este informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pateikia savo poziciją dėl ES sanglaudos politikos ir artėjančios strategijos „Europa 2020“ vidurio peržiūros. Sanglaudos politika yra pagrindinė ES investicijų didinimo ir vystymosi politika, kuri yra suderinta su pažangaus, tvaraus ir integracinio augimo strategijos „Europa 2020“ tikslais. Šiandien ES ir toliau susiduria su ekonominės ir finansų krizės padariniais – dideliu nedarbu bei netolygiu ir lėtu ekonomikos atsigavimu. Šia politika siekiama mažinti skirtumus tarp regionų ir skatinti konvergenciją ir iki 2020 m. pabaigos jai skirtas 351,8 mlrd. EUR biudžetas. Deja, tenka pripažinti, kad ES lygmeniu daroma pažanga siekiant su jais susijusių tikslų, pavyzdžiui, kovoti su nedarbu, vis dar lieka nedidelė. Pabrėžia, kad ES turėtų skirti daugiau dėmesio tvariam ekonomikos augimui ir vystymuisi, taip pat tinkamų darbo vietų kūrimui, kad jos investicijos neštų ilgalaikę naudą. Parlamentas atkreipė dėmesį į tai, kad vis dar būtina spręsti tolesnio valstybių narių fiskalinės politikos ir struktūrinių reformų koordinavimo ir sinchronizavimo iššūkius – geriau suderinti nacionalinę biudžeto politiką su ES ir nacionaliniais tikslais, susijusiais su ekonomikos augimu bei darbo vietų kūrimu, taip remiant strategijos įgyvendinimą.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Podržavam ovo izvješće. Sadašnja kohezijska politika usko je usklađena s ciljevima pametnog, održivog i uključivog rasta u strategiji Europa 2020. Ovo se izvješće fokusira na napredak ostvaren do 2015. godine, jer je kohezijska politika glavni instrument za dostavu strategije Europa 2020.

Stoga, kako bi se uočavalo stvarno stanje strategije Europa 2020, predlaže se između ostalog korištenje „tailor-made“ Europa 2020 ciljeva za svaku regiju, kako bi se što bolje prilagodili stvarnosti, npr. finansijskoj i gospodarskoj krizi.

Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – This is the first European Parliament report on the mid-term review of the Europe 2020 strategy, focusing on the cohesion policy dimension of the strategy. It examines the progress already achieved, the scope of the review and the challenges to be addressed from a cohesion policy perspective.

The report makes some criticism of the results of the Europe 2020 strategy to date and as well as several positive references.

However, cohesion policy is presented as a policy at the service of Europe 2020 and it connects cohesion policy with the EU Economic Governance framework and its implementation mechanism, the ‘European Semester’. Moreover, the report links the allocation and effectiveness of structural and investment to ‘sound economic governance’ – so-called ‘macro-economic conditionalities’ – by the Member States, and therefore to austerity politics.

I therefore abstained on this report.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questa risoluzione concernente la politica di coesione e la revisione della strategia Europa 2020 perché ritengo che la politica di coesione e Europa 2020 possano essere due strumenti estremamente importanti per far ripartire l'economia del nostro continente e che non siano stati sfruttati a dovere. Credo, pertanto, che esse debbano essere riviste per garantire una maggiore efficacia ed un impatto ancora più importante sulle economie degli Stati membri.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – La politica di coesione dell'Unione europea rappresenta una parte importante del bilancio unionale (circa 1/3) e costituisce il principale investimento comunitario. La crescita intelligente, sostenibile e inclusiva delineata dalla strategia Europa 2020 è la guida per la politica di coesione e deve continuare ad esserlo. Il Parlamento europeo non può che chiedere una governance che sia multilivello e realmente territoriale per i fondi di investimento. Gli obiettivi della strategia Europa 2020 devono essere individuati, valutati e quindi monitorati in un approccio misto (dall'alto verso il basso e viceversa) definendoli su misura per ciascuna regione tenendo presente delle specificità territoriali e socioeconomiche delle varie regioni d'Europa. Fondamentale, per evitare indirette discriminazioni

Mittwoch, 28. Oktober 2015

territoriali, è l'adeguamento degli obiettivi regionali per ciascun area interessata dalla politica di coesione, con particolare attenzione al supporto tecnico e all'analisi e valutazione quantitativa dei progetti finanziati. La promozione del senso di appartenenza e della contitolarità della strategia Europa 2020 da parte degli enti locali e regionali, degli Stati membri e dei soggetti interessati aumentando di conseguenza visibilità, importanza ed efficacia della strategia nella sua applicazione territoriale.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Ce rapport considère que la stratégie Europe 2020 et la politique de cohésion contribueraient au développement économique et à la création d'emplois. Il préconise de renforcer le pouvoir des collectivités locales au détriment des États membres. Au même titre que les gouvernements nationaux, les autorités locales auraient ainsi la possibilité de participer aux négociations dans la réalisation de la stratégie Europe 2020.

J'ai déposé sur ce texte 11 amendements. Ils visent à renforcer le principe de subsidiarité et à souligner que la politique de cohésion est inefficace et n'a qu'un faible impact sur le développement économique et dans la lutte contre l'exclusion sociale. Aucun d'entre eux n'a été adopté.

Ce texte n'apporte aucune valeur ajoutée au débat sur le réexamen de la stratégie Europe 2020. Les termes pompeux et technocratiques employés dans ce rapport ne masquent pas le vide sidéral de leurs propositions. Enfin, je ne m'opposerai jamais assez à la volonté des institutions européennes d'affaiblir les États membres pour mieux imposer aux peuples leur vision mondialiste et communautariste. J'ai donc voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), în scris. – Obiectivele Strategiei Europa 2020 necesită o analiză în detaliu în cadrul procesului de revizuire intermediară, astfel încât îndeplinirea lor să țină cont cât mai mult de realitatea din teren. Avem în vedere faptul că au intervenit unele schimbări pe parcursul implementării politicii de coeziune, din cauza noilor provocări la nivel global cu care ne confruntăm și care influențează obiectivele strategiei.

Țintele ambițioase stabilite în Strategia 2020 trebuie să conțină obiective concrete și ușor de atins, iar pentru a ajunge la rezultatul dorit, se impun măsuri precum: creșterea responsabilității și a gradului de participare a partenerilor, prin îmbunătățirea transparenței și implicarea autorităților de la mai multe niveluri în procesul de elaborare, implementare și evaluare a strategiei.

Rezultatele nesatisfăcătoare din teren scot la iveală faptul că lipsa capacității administrative provoacă serioase întârzieri în implementarea obiectivelor stabilite. Instituirea Serviciului de asistență pentru reformele structurale constituie un imbold esențial pentru multe state membre care se confruntă cu disfuncționalități în procesul de implementare.

Am votat pentru acest raport deoarece rolul operativ al instrumentului de sprijin urmărește îmbunătățirea cheltuirii fondurilor UE, oferind asistență tehnică statelor membre pentru o punere în aplicare mai eficientă a reformelor structurale, având în vedere recomandările specifice fiecărei țări.

Gianluca Buonanno (ENF), per iscritto. – Voto positivo. Questa risoluzione d'iniziativa si limita a tracciare un quadro del rapporto fra la politica di coesione (un terzo del bilancio UE) e la strategia UE 2020. Nonostante la presenza di riferimenti troppo «euro-entusiastici» la relazione è equilibrata ed evidenzia spesso molti concetti a me cari: investimenti maggiormente mirati, revisione adeguata della strategia 2020, agire a livello di macroregioni, tenere conto delle diverse specificità territoriali.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), în scris. – Susțin raportul referitor la politica de coeziune și revizuirea Strategiei Europa 2020, întrucât politica de coeziune reprezintă instrumentul-cheie pentru punerea în aplicare a Strategiei Europa 2020. Este principala politică de investiții, creștere și dezvoltare a UE, stabilită în conformitate cu obiectivele Strategiei Europa 2020 pentru o creștere inteligentă, durabilă și favorabilă incluziunii și care are drept scop să reducă disparitățile dintre regiuni și să promoveze convergența.

Trebuie să menționez că, după criza din 2008, politica de coeziune a devenit singura resursă financiară pentru politica de dezvoltare în unele state membre sau regiuni. Acest lucru demonstrează că, datorită politicii de coeziune, unele investiții au continuat, în ciuda scăderii drastice a finanțării publice.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La politique de cohésion est primordiale pour l'Union européenne. C'est à travers cette politique que les fonds structurels sont distribués. Les fonds structurels bénéficient directement aux citoyens européens. Ils leur permettent de mettre en place leurs projets et établissent un certain niveau d'égalité entre les différentes régions des États membres. La politique de cohésion témoigne de la solidarité entre les États membres. La stratégie Europe 2020 met en exergue les objectifs de l'Union de croissance intelligente, durable et inclusive. Europe 2020 apporte à l'Union européenne une structure afin d'assurer que les législations et les politiques européennes servent à l'accomplissement de ces objectifs communs. Dans le cadre de la politique de cohésion, la stratégie Europe 2020 a permis de mieux calibrer la gestion des fonds. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This is the first European Parliament report on the mid-term review of the Europe 2020 strategy, focusing on the cohesion policy dimension of the strategy. It examines the progress already achieved, the scope of the review and the challenges to be addressed from a cohesion policy perspective.

The report makes some criticism of the results of the Europe 2020 strategy to date and as well as several positive references.

However, cohesion policy is presented as a policy at the service of Europe 2020 and it connects cohesion policy with the EU Economic Governance framework and its implementation mechanism, the 'European Semester'. Moreover, the report links the allocation and effectiveness of structural and investment to 'sound economic governance' – so-called 'macro-economic conditionalities' – by the Member States, and therefore to austerity politics.

I therefore abstained on this report.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Cohesion policy has been ineffective in several Member States due to the draconian financial burden placed on Member States by the ECB and the IMF. Due to the report neglecting to mention that this had a larger impact on Member States' growth than cohesion policy itself we voted against the report.

David Casa (PPE), *in writing*. – The mid-term review is an important milestone to take stock of the goals that Europe 2020 was meant to deliver. The public consultation which took place last year showed that there is scope and a need to improve the delivery of the strategy through enhanced ownership and involvement on the ground. I voted in favour of the report as I believe that the mid-term review will offer a unique opportunity to give the strategy a new energy boost that will help us to reach our objectives.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione riguarda la politica di coesione in collegamento agli obiettivi di crescita intelligente, sostenibile e inclusiva definiti nella strategia Europa 2020. La Commissione sta infatti lavorando alla revisione intermedia della strategia che verrà probabilmente presentata a fine 2015. La relazione presenta elementi interessanti, soprattutto in merito agli indicatori analitici e a una diversa dialettica tra i livelli territoriali. Viene inoltre sottolineato un problema di timing negoziale, che imporrebbe una definizione anticipata della programmazione. Le criticità della relazione riguardano il riferimento al collegamento della politica di coesione – e della strategia 2020 – a un più ampio processo di governance economica, attraverso misure che vincolano l'efficacia dei fondi SIE a una buona governance economica; in un paragrafo, si invita apertamente gli Stati membri ad agire in modo «pienamente responsabile» in modo da prevenire interventi specifici. Si ritrovano poi riferimenti multipli al coordinamento e sinergia tra politica di coesione ed EFSI. Per queste ragioni ho preferito astenermi.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Μέσα από την έκθεση εκφράζεται ικανοποίηση για τη σύσταση ειδικής ομάδας για την καλύτερη εκτέλεση των κονδυλίων της ΕΕ. Εκφράζεται η ικανοποίηση για τη δημιουργία της «υπηρεσίας στήριξης διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων», η οποία ξεκίνησε επίσημα τις εργασίες της την 1ην Ιουλίου 2015 και θα παρέχει τεχνική συνδρομή στα κράτη μέλη για την αποτελεσματικότερη εφαρμογή των διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων και των ειδικών ανά χώρα συστάσεων.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione in esame. La politica di coesione costituisce uno degli strumenti chiave per la realizzazione della strategia Europa 2020. Essa continua a contribuire in modo positivo e sostanziale al raggiungimento degli obiettivi della strategia Europa 2020 di una crescita intelligente, sostenibile e inclusiva. La proposta individua quattro priorità: (a) attuare maggiori sinergie tra la politica di coesione e la strategia Europa 2020 con la precisa finalità di aumentare la quantità, la qualità e l'impatto degli investimenti nella ricerca e nell'innovazione attraverso un utilizzo coordinato degli strumenti della politica di coesione; (b) creare una maggiore interconnessione tra il Fondo europeo per gli investimenti strategici e i Fondi strutturali per gli investimenti

Mittwoch, 28. Oktober 2015

europei; (c) adottare una governance multilivello rafforzata così che gli enti locali, regionali e gli altri soggetti della società civile vengano coinvolti meglio nella strategia Europa 2020 e (d) migliorare l'approccio territoriale della strategia Europa 2020 cosicché gli effetti diretti di tale politica siano maggiori e più avvertiti a livello locale. Infine, si fa esplicita richiesta affinché il PE sia tempestivamente coinvolto in tutte le principali discussioni in merito alla pianificazione, applicazione e valutazione della strategia.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché la politica di coesione rappresenta il principale metodo d'investimento, crescita e sviluppo dell'UE, in linea con gli obiettivi della strategia Europa 2020 per una crescita intelligente, sostenibile e inclusiva, che mira a ridurre le disparità regionali e a promuovere la convergenza. Voglio anche che tutte le energie e capacità siano mobilitate e orientate verso il perseguimento degli obiettivi della strategia Europa 2020 in materia di crescita sostenibile e occupazione. Gli scopi della politica di coesione si sono evoluti nel corso del tempo per sostenere gli investimenti a favore delle principali priorità dell'UE, dimostrando la propria adattabilità ed efficacia, pur mantenendo come obiettivo centrale la riduzione delle disparità tra i livelli di sviluppo delle varie regioni, rafforzando il potenziale regionale e promuovendo lo sviluppo sostenibile. Di contro la revisione della strategia Europa 2020 dovrebbe tener conto degli effetti gravi e diseguali che la crisi economica e finanziaria ha avuto sugli Stati membri e sulle regioni. Infine vorrei porre l'accento sulla necessità di un approccio veramente territoriale alla strategia Europa 2020 al fine di adeguare gli interventi e gli investimenti pubblici alle diverse caratteristiche ed esigenze specifiche territoriali. Reputo veramente importante collegare l'approccio globale della strategia Europa 2020 e l'approccio territoriale dell'agenda territoriale 2020.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Cohesion policy has been ineffective in several Member States due to the draconian financial burden placed on Member States by the ECB and the IMF. Due to the report neglecting to mention that this had a larger impact on Member States' growth than cohesion policy itself we voted against the report.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Cohesion policy has been ineffective in several Member States due to the draconian financial burden placed on Member States by the ECB and the IMF. Due to the report neglecting to mention that this had a larger impact on Member States' growth than cohesion policy itself we voted against the report.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La politica di coesione è responsabile di oltre un terzo del bilancio dell'UE nonché la principale politica di investimento, di crescita e di sviluppo, in linea con gli obiettivi della Strategia Europa 2020 per una crescita intelligente, sostenibile ed inclusiva. Mira a ridurre le disparità regionali e a promuovere la convergenza. Pertanto, vista l'importanza di tale strumento, non posso che essere pienamente a favore con quanto proposto dal collega Ruas, ovvero che è necessario: aumentare la qualità, la quantità e l'impatto degli investimenti nella R&I; incentivare l'interconnessione e il coordinamento dei fondi SIE con altri strumenti e politiche dell'Unione; rafforzare la governance multilivello, tenendo conto delle opportune peculiarità e differenze tra le diverse regioni.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La politica di coesione è strettamente allineata agli obiettivi definiti nella strategia Europa 2020. I fondi FSI del periodo 2014-2020 sono vincolati alla strategia Europa 2020. La relazione Ruas sulla revisione intermedia della strategia Europa 2020, basata su una politica di coesione di tale strategia, esorta la Commissione e gli Stati membri a impegnarsi verso una maggiore cooperazione allo sviluppo di indicatori inclusivi a integrazione del PIL, così da poter avere una maggiore tracciabilità dei progressi compiuti, potenziare le dimensioni di responsabilità, titolarità e trasparenza anche tramite il coinvolgimento delle autorità locali, la società civile e tutte le parti interessate. La relazione enfatizza inoltre la necessità di un approccio territoriale, il problema di timing negoziale. Mi astengo in attesa di nuove possibilità di dibattito che possono portare a maggiori chiarimenti sul collegamento delle misure che vincolano l'efficacia dei fondi SIE a una buona governance economica.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe se basa en la Comunicación de la Comisión Europea de 2014 sobre el balance de la Estrategia Europa 2020, que marcaba cinco objetivos principales para 2020 en empleo, investigación y desarrollo, emisiones contaminantes, fracaso escolar y reducción de la pobreza. Para lograrlo, se ha promovido y aplicado la llamada gobernanza económica, mediante recomendaciones específicas a países que han traído consecuencias desastrosas para la población.

El informe del Parlamento lamenta que no se haya mencionado en esta Comunicación el papel clave de la política de cohesión; se pide la inclusión de otros indicadores además del PIB para medir el progreso; que tome en consideración las áreas rurales, las zonas afectadas por la transición industrial, etc.; pide mayor participación del Parlamento en la supervisión de la política, etc.

Sin embargo, es grave que no se observe la incompatibilidad de la política de cohesión con el Fondo Europeo de Inversiones Estratégicas (plan Juncker). Además, reclama más atención a las asociaciones público-privadas, fuentes encubiertas de privatización, más caras para el erario público y menos eficientes. Por último, no se hace una vez más ninguna crítica a las políticas de austericidio del Semestre Europeo con la política de cohesión.

Por ello, he decidido abstenerme.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il rapporto approvato si inserisce nel dibattito sul futuro della politica di coesione. Essa, infatti, è diventata lo strumento chiave per realizzare la strategia Europa 2020. In più, a causa della crisi economica, i fondi ESI sono diventati l'unica fonte di finanziamento pubblico in molti Stati e regioni. Due elementi che, tuttavia, non devono, in nessuna maniera, far dimenticare che l'obiettivo dei fondi strutturali è, anzitutto, la coesione economica e territoriale europea. In questo senso, per recuperare una parte della funzionalità dei fondi, è stato importante sottolineare come uno dei problemi sia la reale implementazione della governance multilivello e di un approccio *bottom-up*. Gli obiettivi della strategia Europa 2020 devono essere ridefiniti su misura per ciascuna regione, per meglio adattarsi alla realtà di una varietà aree con esigenze diverse. Inoltre, persiste la necessità di una discussione politica strategica sul futuro della politica di coesione, tenendo presente che il nuovo pacchetto legislativo arriverà tra 2018-2019, e le elezioni del Parlamento europeo saranno nel 2019. Le due revisioni dovranno essere allineate, anche assieme al nuovo quadro finanziario pluriennale. Solo facendo marciare tutte le strategie di pari passo si potranno conseguire al meglio gli obiettivi dell'Unione.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Polityka spójności jest podstawowym instrumentem wpływającym na pogłębianie integracji europejskiej, realizującym się m.in. poprzez zmniejszanie różnic ekonomicznych, społecznych i terytorialnych we wszystkich regionach UE. Aktualne cele na rzecz wzrostu i rozwoju UE wyrażają się w dużej mierze w strategii „Europa 2020”. Głosowana rezolucja stanowi de facto raport ws. śródkresowego przeglądu wspomnianej strategii, opracowany przez Komisję Rozwoju Regionalnego Parlamentu Europejskiego, której jestem członkiem. Główne wnioski i postulaty znajdujące się w rezolucji dotyczą konieczności stałego zaangażowania państw członkowskich w realizację strategii „Europa 2020” oraz powiązania z nią działań Europejskiego Funduszu na rzecz Inwestycji Strategicznych (EFIS), przy jednoczesnym określeniu ich subsydiarnego charakteru wobec polityki spójności, w szczególności wyrażającego się w niemożności ewentualnej zmiany przydziałów finansowych dla państw członkowskich uzgodnionych w ramach działu 1b w WRF na lata 2014-2020 w odpowiedzi na potencjalne potrzeby tego funduszu. Podkreślone zostało również znaczenie polityki inwestycyjnej UE dla rozwoju regionalnego i krajowego oraz zaapelowano o zintensyfikowanie prac nad wdrażaniem strategii „Europa 2020” w związku z opóźnieniem w czasie bieżącego programowania. Uważam, że przyjęcie rezolucji pozytywnie wpłynie na efektywną realizację polityki spójności i celów strategii „Europa 2020” oraz wyznaczy kierunki pracy innych organów UE w tym zakresie.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report focuses on the progress achieved so far in view of the mid-term review of the strategy foreseen for the end of 2015. The report deals with the effect that the recent economic, social and financial crisis has had on this process. Another issue highlighted in this report is the importance of multi-level governance and the existence of an effective mixed top-down/bottom-up approach in Member States. This includes – throughout all governance layers – defining, implementing, monitoring and evaluating the strategy application, feedback from NGOs and other interested stakeholders. The report calls for a necessity to use tailor-made EU 2020 targets for each region, to better adapt to the reality of a variety of regions with different needs. While I fully support the 2020 targets and strategy I also believe that this reports highlights very realistic issues that we need to address in reaching these goals, hence I supported it in plenary.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – În această perioadă de criză economică, singura sursă de investiții pentru multe state ale Uniunii a fost și rămâne politica de coeziune. Ea reprezintă un sprijin considerabil pentru statele UE pentru punerea în aplicare a Strategiei 2020.

Nu trebuie însă să uităm faptul că, un rol important în supravegherea aplicării Strategiei Europa 2020 și a politicii de coeziune îi revine Parlamentului European, motiv pentru care consider benefică implicarea forului legislativ în procesul de evaluare a politicilor incluse în strategie, precum și în cel de monitorizare în vederea identificării cazurilor de combinare a finanțării acordate de diferite fonduri europene existente.

Pe de altă parte, este nevoie de un proces de evaluare consecvent și continuu, care să permită o analiză periodică a progreselor realizate pentru atingerea Țintelor Strategiei Europa 2020, dar și lansarea de propuneri adecvate pentru îndeplinirea obiectivelor, acolo unde este cazul, precum și recomandări pentru politica de coeziune de după 2020. Aceasta trebuie să rămână unul dintre principalele instrumente de investiții ale UE pentru creșterea economică, crearea de locuri de muncă și protejarea climei, asigurând totodată o dezvoltare echilibrată și armonioasă în întreaga UE, ca un catalizator pentru schimbare și un stimulent al prosperității.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative exprime la position du Parlement européen en vue de la révision à mi-parcours de la stratégie Europe 2020, inscrite au cœur de la politique de cohésion. En tant qu'instrument d'investissement et de solidarité, la politique de cohésion de l'Union participe en effet à la mise en œuvre des objectifs de la croissance intelligente, durable et inclusive définis dans la stratégie Europe 2020. Visant une meilleure interconnexion entre les cinq objectifs de la stratégie, le rapporteur rappelle l'importance d'une gouvernance multiniveaux, afin d'inclure un maximum d'acteurs à toutes les étapes du projet. Considérant qu'une meilleure synergie entre les différents programmes de développement, dont le développement rural, et de financements européens est nécessaire, j'ai voté en faveur du rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Cohesion policy has been ineffective in several Member States due to the draconian financial burden placed on Member States by the ECB and the IMF. Due to the report neglecting to mention that this had a larger impact on Member States' growth than cohesion policy itself we voted against the report.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a kohéziós politikáról és az Európa 2020 stratégia felülvizsgálatáról szóló jelentést az Európai Parlament strasbourgi plenáris ülésén. A jelentés hangsúlyozza a kohéziós politika meghatározó szerepét az Európa 2020 stratégia céljainak elérésében.

A kohéziós politika az egyetlen olyan uniós politika, mely az Európa 2020 stratégia mindhárom céljához, az intelligens, fenntartható és befogadó növekedéshez egyaránt hozzájárul 11 tematikus célkitűzésén keresztül, melyek összhangban vannak az Európa 2020 stratégia öt fő célkitűzésével.

A kohéziós politika 2008-as válságban játszott szerepe, különösen az, hogy a közfinanszírozás erős csökkenése mellett továbbra is finanszírozni tudta a befektetéseket, megerősíti a politika hosszú távú jelentőségét és bizonyítja külső hatásokkal szembeni rugalmasságát.

Tekintettel arra, hogy a 2014-2020-as ciklus programjainak végrehajtása még alig kezdődött el, nem szolgálna az eredményességet, ha akár az Európa 2020 stratégia ideit, akár az MFF jövő évben esedékes felülvizsgálata érdemi változásokat hozna a kohéziós politikában.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Egyetértek a jelentéstevővel, hogy az Európa 2020 stratégia féldős felülvizsgálatának korlátozottnak kell lennie, és a jobb megvalósítás lehetséges módozataira kell koncentrálnia az adminisztratív terhek további növelése nélkül.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a kohéziós politikáról és az Európa 2020 stratégia felülvizsgálatáról szóló jelentést az Európai Parlament strasbourgji plenáris ülésén. A jelentés hangsúlyozza a kohéziós politika meghatározó szerepét az Európa 2020 stratégia céljainak elérésében.

A kohéziós politika az egyetlen olyan uniós politika, mely az Európa 2020 stratégia mindhárom céljához, az intelligens, fenntartható és befogadó növekedéshez egyaránt hozzájárul 11 tematikus célkitűzésén keresztül, melyek összhangban vannak az Európa 2020 stratégia öt fő célkitűzésével.

A kohéziós politika 2008-as válságban játszott szerepe, különösen az, hogy a közfinanszírozás erős csökkenése mellett továbbra is finanszírozni tudta a befektetéseket, megerősíti a politika hosszú távú jelentőségét és bizonyítja külső hatásokkal szembeni rugalmasságát.

Tekintettel arra, hogy a 2014-2020-as ciklus programjainak végrehajtása még alig kezdődött el, nem szolgálná az eredményességet, ha akár az Európa 2020 stratégia idei, akár az MFF jövő évben esedékes felülvizsgálata érdemi változásokat hozna a kohéziós politikában.

Egyetértek a jelentéstevővel, hogy az Európa 2020 stratégia féldős felülvizsgálatának korlátozottnak kell lennie, és a jobb megvalósítás lehetséges módozataira kell koncentrálnia az adminisztratív terhek további növelése nélkül.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport d'examen de mi-parcours fait le bilan de la stratégie «Europe 2020», et bien que celui-ci comporte de nombreux biais, aucune rectification n'est proposée.

En mettant sur un pied d'égalité, dans le cadre des accords multilatéraux, la Commission européenne, les États-membres et les collectivités territoriales, cette stratégie brouille les légitimités institutionnelles et rabaisse les États-nations.

Alors que ce rapport devrait au contraire prendre en compte la nécessité de renforcer le principe de subsidiarité et de constater l'inefficacité de ce type de stratégies autant sur le plan économique que social, il n'en fait qu'un éloge malvenu.

Attachée au principe de subsidiarité, à la bonne gestion des fonds européens, autant qu'à l'arrêt de politiques d'intégration inefficaces et coûteuses, je me suis opposée à ce rapport.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφιώς*. – Η στρατηγική «Ευρώπη 2020» και η διασύνδεσή της με την πολιτική συνοχής έχει αποδειχθεί, τόσο από την έκθεση συνοχής όσο και από τις σοβαρές και άνισες συνέπειες της χρηματοπιστωτικής κρίσης στα κράτη μέλη, ότι απέτυχε στους φιλόδοξους στόχους που είχαν τεθεί.

Γεγονός είναι ότι η Συνθήκη της Λισσαβόνας και η διακυβέρνηση «Ευρώπη 2020» έχασαν με την πάροδο του χρόνου τη στήριξη των κρατών μελών. Τα παραπάνω σε συνδυασμό με την πολιτική λιτότητας αλλά και των σοβαρών κοινωνικοοικονομικών πληγμάτων, συνεπεία της κρίσης, έχουν οδηγήσει μεγάλο μέρος των πολιτών της ΕΕ σε ευρωσκεπτικισμό.

Η επανεξέταση της πολιτικής συνοχής έχει χάσει τη δυναμική της. Οι εφαρμοζόμενες πολιτικές μεταρρυθμίσεων που επιβάλλονται μέσω της υπηρεσίας στήριξης διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων που παρέχει τεχνική συνδρομή στα κράτη μέλη και στις ειδικές ανά χώρα συστάσεις (τρόικα και τεχνικά κλιμάκια στην Ελλάδα) καταστρέφουν κάθε προσπάθεια βιώσιμης ανάπτυξης.

Η προσπάθεια αναβίωσης των επενδύσεων και η αναβίωση του επενδυτικού χάσματος στην ΕΕ μέσω του ΕΤΣΕ αφενός δεν συνδέεται με σαφήνεια με τη στρατηγική «Ευρώπη 2020», αφετέρου δεν λειτουργεί συμπληρωματικά με τα ήδη υπάρχοντα ΕΔΕΤ.

Χρειάζεται λοιπόν συνολικός επαναπροσδιορισμός της στρατηγικής «Ευρώπη 2020» και όχι απλά επανεξέταση

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a kohéziós politikáról és az Európa 2020 stratégia felülvizsgálatáról szóló jelentést az Európai Parlament strasbourg-i plenáris ülésén. A jelentés hangsúlyozza a kohéziós politika meghatározó szerepét az Európa 2020 stratégia céljainak elérésében.

A kohéziós politika az egyetlen olyan uniós politika, mely az Európa 2020 stratégia mindhárom céljához, az intelligens, fenntartható és befogadó növekedéshez egyaránt hozzájárul 11 tematikus célkitűzésén keresztül, melyek összhangban vannak az Európa 2020 stratégia öt fő célkitűzésével.

A kohéziós politika 2008-as válságban játszott szerepe, különösen az, hogy a közfinanszírozás erős csökkenése mellett továbbra is finanszírozni tudta a befektetéseket, megerősíti a politika hosszú távú jelentőségét és bizonyítja külső hatásokkal szembeni rugalmasságát.

Tekintettel arra, hogy a 2014-2020-as ciklus programjainak végrehajtása még alig kezdődött el, nem szolgálná az eredményességet, ha akár az Európa 2020 stratégia idején, akár az MFF jövő évben esedékes felülvizsgálata érdemi változásokat hozna a kohéziós politikában.

Egyetértek a jelentéstezővel, hogy az Európa 2020 stratégia félidős felülvizsgálatának korlátozottnak kell lennie, és a jobb megvalósítás lehetséges módzataira kell koncentrálnia az adminisztratív terhek további növelése nélkül.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – Cohesion policy has been ineffective in several Member States due to the draconian financial burden placed on Member States by the ECB and the IMF. Due to the report neglecting to mention that this had a larger impact on Member States' growth than cohesion policy itself we voted against the report.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A política de coesão representa mais de um terço do orçamento da UE e constitui o seu principal instrumento de investimento. Por isso, uma vez que a política de coesão 2014-2020 está inteiramente alinhada com a realização dos objetivos da estratégia e para ela contribui, é muito importante examinar os progressos já alcançados, o âmbito da revisão e os desafios que é necessário enfrentar do ponto de vista da política de coesão.

A Estratégia Europa 20-20 é uma estratégia abrangente de «crescimento e emprego» a longo prazo construída em torno de cinco objetivos: emprego, inovação, alterações climáticas e sustentabilidade energética, educação e luta contra a pobreza e a exclusão social.

A revisão desta estratégia, que precederá a apresentação da proposta de revisão intercalar do Quadro Financeiro Plurianual para 2014-2020, fornecerá a base para a futura arquitetura da política de coesão após 2020.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution, parce que le rapport n'apporte aucune valeur ajoutée par rapport au débat.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório, em diversos pontos, é bastante evidente relativamente ao que pretende: a conciliação das políticas de coesão, no âmbito do Quadro Financeiro Plurianual 2014-2020, com o cumprimento dos objetivos da Estratégia UE2020 - entendidos como estando em sintonia com a coesão na UE. Defende, assim, condicionantes ex ante e vincular as recomendações específicas por país à programação dos fundos.

Ou seja, defende um dos piores aspetos da atual política de coesão – a sua submissão a uma agenda neoliberal, de retirada de direitos e de enfraquecimento do Estado e das suas funções sociais, de privatizações, que é a Estratégia UE2020. Ou seja, a submissão a uma agenda que é, ela mesma, geradora de divergência e não de coesão.

Os objetivos da UE2020, marcadamente recuados por exemplo no plano social, têm um enquadramento federalista e uma definição artificial e burocrática, conduzindo à diminuição da coesão, no contexto sociológico e territorial. O facto de se conjugar com as políticas de coesão, os Fundos Europeus Estruturais de Investimentos e os Quadros Financeiros Plurianuais, está-se a condicionar estes aos objetivos macro da UE e não às necessidades específicas de desenvolvimento dos Estados-Membros.

Obviamente, não podemos senão votar contra.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), in writing. – I abstained because of the Macroeconomic conditionalities contained within the report.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne. – Politika súdržnosti je kľúčovým nástrojom na naplnenie cieľov stratégie EÚ 2020. Bohužiaľ však trpí v dôsledku hospodárskej a ekonomickej krízy. Revidovaná stratégia Európa 2020 by sa mala posilniť vo svojom riadení, pričom by sa mali využívať rôzne vrstvy viacúrovňového riadenia podľa zásady partnerstva. Je potrebné zdôrazniť dôležitosť existencie účinného zmiešaného prístupu zhora nadol/zdola nahor v členských štátoch v rámci viacúrovňového riadenia. To zahŕňa vyčlenenie, vykonávanie, sledovanie a hodnotenie uplatňovania stratégie EÚ 2020 prostredníctvom dohôd o viacúrovňovom riadení, a to zapojením miestnych a regionálnych orgánov, iných subjektov občianskej spoločnosti a zúčastnených strán. Musí takisto prísť k zlepšeniu viacúrovňového riadenia s cieľom jednotnejšie a účinnejšie dosiahnuť ciele stratégie Európa 2020 a to nielen na úrovni členských štátov, ale aj na európskej úrovni.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Η στρατηγική «Ευρώπη 2020» και η διασύνδεσή της με την πολιτική συνοχής έχει αποδειχθεί, τόσο από την έκθεση συνοχής, όσο και από τις σοβαρές και άνιστες συνέπειες της χρηματοπιστωτικής κρίσης στα κράτη μέλη ότι απέτυχε στους φιλόδοξους στόχους που είχαν τεθεί. Γεγονός είναι ότι η Συνθήκη της Λισσαβόνας και η διακυβέρνηση «Ευρώπη 2020» έχασαν με την πάροδο του χρόνου τη στήριξη των κρατών μελών. Τα παραπάνω σε συνδυασμό με την πολιτική λιτότητας αλλά και των σοβαρών κοινωνικοοικονομικών πληγμάτων, συνεπεία της κρίσης, έχουν οδηγήσει μεγάλο μέρος των πολιτών της ΕΕ σε ευρωσκεπτικισμό. Η επανεξέταση της πολιτικής συνοχής έχει χάσει τη δυναμική της. Οι εφαρμοζόμενες πολιτικές μεταρρυθμίσεων που επιβάλλονται, μέσω της υπηρεσίας στήριξης διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων που παρέχει τεχνική συνδρομή στα κράτη μέλη και στις ειδικές ανά χώρα συστάσεις (τρόικα και τεχνικά κλιμάκια στην Ελλάδα), καταστρέφουν κάθε προσπάθεια βιώσιμης ανάπτυξης. Η προσπάθεια αναβίωσης των επενδύσεων και η αναβίωση του επενδυτικού χάσματος στην ΕΕ, μέσω του ΕΤΣΕ, αφενός δεν συνδέεται με τη στρατηγική «Ευρώπη 2020», αφετέρου δεν λειτουργεί συμπληρωματικά με τα ήδη υπάρχοντα ΕΔΕΤ. Χρειάζεται λοιπόν συνολικός επαναπροσδιορισμός της στρατηγικής «Ευρώπη 2020» και όχι απλά επανεξέταση. Για όλους τους παραπάνω λόγους καταπιφίζω την έκθεση σχετικά με την πολιτική συνοχής και την αναθεώρηση της στρατηγικής «ΕΕ 2020».

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – To achieve its objective of smart, sustainable and inclusive growth for Europe, the 2020 strategy correctly relies on five headline targets: employment; research and development; climate and energy; education; and the fight against poverty and social exclusion, translated by each Member State into national targets.

Halfway to the 2020 deadline, however, the delivery of the jobs and growth objectives is still mixed, and much more needs to be done in order to achieve these goals, especially on the social aspects of the strategy.

I believe that if the Union wants to make progress with regard to the social and employment targets laid down in the Europe 2020 strategy, the Commission should come forward with an ambitious social agenda and complement the European Monetary Union with a strong social dimension.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – Üdvözlöm a jelentéstevő álláspontját annak fényében, hogy kohéziós politika az Európa 2020 stratégia végrehajtásának egyik kulcsfontosságú eszköze. Továbbra is pozitív módon és jelentősen hozzájárul az Európa 2020 stratégia céljainak, azaz az intelligens, fenntartható és inkluzív növekedésnek a megvalósításához.

A kohéziós politika a korábbi, 2007-2013-as időszakra vonatkozó programozási időszak során hozzájárult az Európa 2020 stratégia célkitűzéseinek megvalósításához, amint azt a gazdasági, társadalmi és területi kohézióról szóló hatodik jelentés eredményei is mutatják. Továbbá a kohéziós politika az EU 2020 stratégia céljaihoz való uniós hozzájárulás fő pénzügyi eszköze.

Továbbra is fontosnak tartom a többszintű irányítással összefüggésben, hogy az Európa 2020 stratégia vonatkozásában tényleges területi megközelítést alkalmazzanak, és e tekintetben hangsúlyozza, hogy az Európa 2020 stratégia regionális célkitűzéseit az egyes régiók sajátosságaihoz kell igazítani.

Figyelembe kell vennünk azt is, hogy az egyes régiók eltérő valóságokkal és sajátosságokkal rendelkeznek, és így a tagállamokon belül különböző fejlesztési célokat tűznek ki maguknak, minőségi elemzésre és értékelésre van szükség. Amikor egy tagországon belüli, különböző régiók célkitűzései azonosak, a stratégia végrehajtása aszimmetrikus eredménnyel járhat. Az előadóval egyetértésben úgy vélem, az egyedi, adott régióra szabott célkitűzések megoldást jelenthetnek erre a problémára.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor teniendo presente que la política de cohesión representa más de la tercera parte del presupuesto de la UE y es su principal instrumento de inversión. Dada la magnitud de los cambios que la UE ha llevado a cabo como consecuencia de la crisis, es necesario establecer el mejor modo de desarrollar la Estrategia Europa 2020 en los próximos cinco años.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Sebbene la strategia Europa 2020 si sia incontestabilmente scontrata con una serie di rallentamenti rispetto al diario di azioni previste, auspico una revisione intermedia dei suoi piani potrebbe rivelarsi strumento utile per progettare linee future, capaci di dare nuova linfa e prospettiva alla visione iniziale. Condivido quindi in particolare la disamina del buon esito e dell'accelerazione che potrebbe fornire una ristrutturazione multilivello della governance della strategia, grazie a un più alto coinvolgimento degli enti locali, regionali e dei soggetti della società civile, permettendo di «personalizzare» gli obiettivi a seconda dei territori di destinazione, per ottenere risultati adeguati alla loro specificità, deplorando il possibile rischio di risultati asimmetrici conseguenti a obiettivi frammentati e indistinti.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione di iniziativa del PE sulla politica di coesione e la revisione della strategia UE 2020, perché ritengo molto importante che il PE faccia conoscere per tempo alla CE la sua posizione sulla revisione di medio termine della strategia UE 2020, attesa per la fine del 2015. Politica di coesione e strategia UE 2020 sono strettamente collegate, tanto che la politica di coesione è strettamente allineata con gli obiettivi di una crescita *smart*, sostenibile e inclusiva alla base della strategia UE 2020, attraverso gli undici obiettivi tematici delle disposizioni regolamentari comuni. La politica di coesione attraverso i suoi fondi costituisce lo strumento chiave per attendere agli obiettivi della strategia UE 2020, nondimeno il perdurare della crisi economica e sociale i fondi della politica di coesione si sono rivelati in molti Stati membri e regioni le uniche fonti di finanziamento. È, quindi, più che mai urgente, un collegamento fra fondi della coesione (ESI) e EFSI, nonché l'effettiva complementarietà e l'addizionalità fra le due fonti d'investimento dei prossimi anni, per uscire dalla crisi e promuovere crescita sostenibile e occupazione di qualità. Condivido, pertanto, che la revisione tenga conto delle specificità delle regioni e che essa usi targets adeguati.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht über die Kohäsionspolitik und die Überprüfung der Strategie Europa 2020 gestimmt, da ich dieses Thema bereits als Schattenberichterstatter im Sozialausschuss begleitet habe. Betonen möchte ich die Bedeutung demografischer Faktoren. Diese müssen weit mehr als bisher in der Strategie Berücksichtigung finden.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Für die Verwirklichung der Strategie Europa 2020 ist die Kohäsionspolitik ein entscheidender Bestandteil. Nur so können die Ziele von mehr Wachstum und Beschäftigung erreicht werden. Deshalb habe ich für eine Angleichung der bestehenden Kohäsionspolitik an die EU-Wachstumsziele gestimmt. Somit liegt der Fokus zukünftig stärker auf der praktischen Arbeit und wird weniger durch umständliche Verfahrensregularien aufgehalten.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which includes important measures to boost quality jobs and growth, including in the UK. The future EU budget provides a significant contribution to job creation through the European Social Fund (ESF) and the European Regional Development Fund. At least EUR 70 billion will be available under the ESF for this, complementing national action in this field.

The new COSME programme will furthermore provide EUR 2.3 billion in support to SMEs to foster their competitiveness and boost growth and jobs in Europe.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *par écrit*. – Ce rapport rappelle les progrès réalisés depuis le lancement de la stratégie Europe 2020, dont la politique de cohésion constitue l'un des piliers. La résolution propose un réexamen équilibré en vue de la révision de la stratégie Europe 2020 d'ici la fin de l'année, afin de remplir les objectifs européens en matière d'emploi, d'innovation, d'éducation ou encore de développement durable dans les cinq années à venir. C'est la raison pour laquelle j'ai voté en faveur de ce rapport.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur la politique de cohésion et le réexamen de la stratégie Europe 2020.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ce rapport fait le panégyrique de la stratégie Europe 2020 qui contribuerait au développement économique et à la création d'emplois en Europe. Il se concentre uniquement sur les points positifs de la stratégie en des termes pompeux et technocratiques, sans que cela masque d'ailleurs la vacuité des propositions du rapport.

Outre le fait que les résultats ne sont pas à la hauteur des espérances, on retrouve une fois de plus dans ce rapport la volonté de réduire le rôle des États au profit des collectivités locales. Diviser pour mieux régner.

Je note également qu'aucun des amendements déposés par mon collègue Steeve Briois pendant les travaux en commission Régions n'a été adopté, alors que ces amendements auraient permis de renforcer le principe de subsidiarité, de dresser un bilan pour optimiser l'allocation des fonds ou encore de réduire le retard dans le lancement des investissements qui reposent sur les fonds structurels.

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. – Nos hemos abstenido en el informe sobre la política de cohesión y la revisión de la Estrategia Europa 2020. Entendemos que las políticas de medio plazo de la Unión, y sobre todo las que tienen asociadas partidas presupuestarias amplias, requieren de un amplio consenso y tienen que ir en la línea de eliminar las diferencias abismales que separan el desarrollo y la calidad de vida en las diferentes zonas de la Unión. Solo podremos estar enteramente a favor de los informes al respecto cuando las desigualdades sean el *a priori* político constitutivo de la aproximación a las estrategias de medio plazo.

Theresa Griffin (S&D), in writing. – Along with my S&D colleagues, I voted in favour of this report. This report will have an impact on the UK and people looking for work in the North West, and Britain as a whole. It will allow jobseekers support from the future EU budget, which provides a significant contribution to job creation through the European Social Fund (ESF) and the European Regional Development Fund. At least EUR 70 billion (i.e. about 10 billion per year) will be available under the ESF for this, complementing national action in this field.

Françoise Grossetête (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Il propose un réexamen équilibré de la stratégie Europe 2020 afin de mieux relier entre eux les cinq objectifs de la stratégie et d'évaluer leur mise en œuvre sans créer de niveaux supplémentaires de complexité et de charge administrative excessive. L'emploi et la croissance ne s'obtiendront pas en rajoutant de telles charges et il faut donc être très vigilant. Je me réjouis donc que le Parlement européen soit associé aux débats visant à définir les politiques visées par cette stratégie, à leur mise en œuvre et à leur évaluation.

Antanas Guoga (ALDE), in writing. – I voted for the cohesion policy and a review of the Europe 2020 strategy because cohesion policy accounts for over one third of the EU budget and is the EU's main investment instrument. It is closely aligned with the objectives of smart, sustainable and inclusive growth set out in the Europe 2020 strategy.

András Gyürk (PPE), írásban. – Szavazatommal támogattam a kohéziós politikáról és az Európa 2020 stratégia felülvizsgálatáról szóló jelentést az Európai Parlament strasbourgi plenáris ülésén. A jelentés hangsúlyozza a kohéziós politika meghatározó szerepét az Európa 2020 stratégia céljainak elérésében.

A kohéziós politika az egyetlen olyan uniós politika, mely az Európa 2020 stratégia mindhárom céljához, az intelligens, fenntartható és befogadó növekedéshez egyaránt hozzájárul 11 tematikus célkitűzésén keresztül, melyek összhangban vannak az Európa 2020 stratégia öt fő célkitűzésével.

A kohéziós politika 2008-as válságban játszott szerepe, különösen az, hogy a közfinanszírozás erős csökkenése mellett továbbra is finanszírozni tudta a befektetéseket, megerősíti a politika hosszú távú jelentőségét és bizonyítja külső hatásokkal szembeni rugalmasságát.

Tekintettel arra, hogy a 2014-2020-as ciklus programjainak végrehajtása még alig kezdődött el, nem szolgálja az eredményességet, ha akár az Európa 2020 stratégia idei, akár az MFF jövő évben esedékes felülvizsgálata érdemi változásokat hozna a kohéziós politikában.

Egyetérttek a jelentéstevővel, hogy az Európa 2020 stratégia féldős felülvizsgálatának korlátozottnak kell lennie, és a jobb megvalósítás lehetséges módozataira kell koncentrálnia az adminisztratív terhek további növelése nélkül.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I decided to support this report due to the fact that cohesion policy, as the main EU investment instrument and as an expression of European solidarity, is closely aligned with the objectives of smart, sustainable and inclusive growth set out in the Europe 2020 Strategy. It should be noted that after the 2008 crisis, due to the lack of national public funding, cohesion policy became the only financial resource for growth policy in some Member States or regions. This shows that, due to the cohesion policy, some investments continued, despite a huge decrease in public funding. It confirms the long term importance of this policy and its resistance to different external economic factors.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – Cohesion policy has been ineffective in several Member States due to the draconian financial burden placed on Member States by the ECB and the IMF. Due to the report neglecting to mention that this had a larger impact on Member States' growth than cohesion policy itself we voted against the report.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Приветствам преразглеждането на Стратегията „Европа 2020“, тъй като ситуацията в ЕС през последните години и анализът на изпълнението ѝ безалтернативно показват необходимостта от това. Не съм привърженик на нейното „реформиране“, каквито предложения също има. Смятам, че Европейският съюз се нуждае от концентриране на усилията си за растеж.

Стратегията „Европа 2020“ дава възможност за това. Окуражително е, че част от целите в нея изглеждат постижими на този етап. Необходимо е обаче да се наблегне на останалите цели чрез преразглеждане на седемте водещи инициативи за стимулиране на напредъка по всяка от приоритетните теми. Трябва да активизираме усилията си, за да не повторим грешките от Лисабонската стратегия, а да заздравим доверието у гражданите за пътя, който следваме.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog rezolucije parlamenta EU-a o kohezijskoj politici i reviziji strategije Europa 2020., s obzirom da revizija strategije Europa 2020. treba uzeti u obzir ozbiljne i nejednake učinke gospodarske i financijske krize na države članice i regije; s obzirom da se ovim dokumentom poziva Komisiju da u okviru naknadnog ocjenjivanja programskog razdoblja 2007. – 2013. pruži informacije o usmjerenju kohezijske politike na rezultate i njenom konkretnom doprinosu ostvarenju ciljeva strategije Europa 2020; ukazuje se na činjenicu da bi u trenutku revizije na sredini razdoblja tijekom provedbe strategije Europa 2020. i dalje mogli nedostajati podaci o primjeni fondova ESI za razdoblje 2014. – 2020. jer postoje odgode u provedbi kohezijske politike tijekom tekućeg programskog razdoblja te se provedba i dalje nalazi u vrlo ranoj fazi premda je postignut dogovor oko većine operativnih programa.

Nadalje, izražava se žaljenje što se u procesu revizije strategije objavljivanjem komunikacije naslovljene „Provjera napretka strategije Europa 2020. za pametan, održiv i uključiv rast“ kohezijska politika i s njom povezani instrumenti nedovoljno spominju; traži se da opseg revizije strategije Europa 2020. na sredini razdoblja bude pametno određen i uravnotežen te usmjeren na bolje međusobno povezivanje pet ciljeva strategije i njezinih vodećih inicijativa.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte fait l'éloge de la stratégie Europe 2020 qui contribuerait au développement économique et à la création d'emplois en Europe... Ce texte met uniquement l'accent sur les points positifs de la stratégie Europe 2020, occultant ses lacunes...

Au-delà du fait que les résultats soient bien en deçà des attentes espérées, on retrouve encore dans ce rapport la volonté de réduire le rôle des États au profit des collectivités locales.

Je note aussi qu'aucun des amendements déposés par mon collègue Steeve Briois pendant les travaux de la commission régions n'a été adopté. Ces amendements auraient pourtant permis de renforcer le principe de subsidiarité, de faire un bilan pour optimiser des fonds ou encore de réduire le retard dans le lancement des investissements qui reposent sur des fonds structurels.

J'ai voté contre ce rapport.

Diane James (EFDD), *in writing*. – Cohesion policy has been ineffective in several Member States due to the draconian financial burden placed on Member States by the ECB and the IMF. Due to the report neglecting to mention that this had a larger impact on Member States' growth than cohesion policy itself we voted against the report.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie*. – Doświadczenie pokazuje, że strategia „Europa 2020” oraz polityka spójności funkcjonują bardzo często obok siebie, chociaż powinny być bardzo ściśle ze sobą powiązane. Najlepiej pokazuje to fakt, że przepisy dotyczące programowania czy sprawozdawczości w ramach polityki spójności nie przewidują mechanizmów dotyczących inicjatyw przewodnich strategii i wkładu europejskich funduszy w ich realizację. Z kolei Komisja Europejska w swoim przeglądzie z realizacji strategii „Europa 2020” nie odnosi się w wystarczający sposób do polityki spójności. Niewątpliwie cierpią na tym obszary polityki zatrudnienia i polityki społecznej, bowiem obecne w strategii cele dotyczące tworzenia dobrej jakości miejsc pracy i walki z wykluczeniem społecznym nie są w wystarczający sposób realizowane przy wykorzystaniu polityki spójności.

Oczywiście należy się cieszyć, że kwoty przeznaczone na te cele są większe w obecnym okresie programowania niż w poprzednim. Jednak ten wzrost jest niewystarczający, jeżeli weźmiemy pod uwagę problemy, z jakimi boryka się większość państw członkowskich. Wydaje się, iż podstawowym problemem braku powiązania tych dwóch obszarów jest to, że są one przygotowywane i realizowane w innych okresach czasu. Dlatego z zadowoleniem poparałam sprawozdanie Fernando Ruasa ws. polityki spójności i przeglądu strategii „Europa 2020”, które wskazuje na szansę, jaką dają średniookresowe przeglądy polityki spójności i strategii „Europa 2020”, oraz na potrzebę jeszcze silniejszego powiązania tych dwóch obszarów.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J’ai voté en faveur du rapport de mon collègue Fernando Ruas sur le réexamen de la stratégie Europe 2020 du point de vue de la politique de cohésion. La politique de cohésion est en effet le principal instrument d’investissement de l’Union européenne et elle correspond étroitement aux objectifs de la croissance intelligente, durable et inclusive définis dans la stratégie Europe 2020. Le rapport Ruas propose un réexamen équilibré et intelligent de la stratégie sans créer de niveaux supplémentaires de complexité, ce qui constitue une condition essentielle à mes yeux. Il met l’accent sur la gouvernance multiniveaux, recommande, le cas échéant, la fixation d’objectifs régionaux facultatifs et rappelle l’importance d’associer le Parlement européen.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J’ai voté en faveur de ce rapport qui vise à pousser la Commission européenne à un réexamen équilibré de la politique de cohésion de la stratégie Europe 2020. Le rapport insiste notamment sur le fait que la politique de cohésion est un élément essentiel de la solidarité européenne et qu’à ce titre, une gouvernance à plusieurs niveaux, associant aussi bien les acteurs locaux que le Parlement européen doit être développée.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht stimme ich nicht zu. Er äußert nur geringe Kritik an den tatsächlichen Defiziten der Kohäsionspolitik.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I have backed this report as it is essential for investment growth and job creation throughout the EU. To help EU citizens, at least EUR 70 billion will go towards job creation, and to help small to medium-sized enterprises EUR 2.3 billion will be allocated to them.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Europa 2020 è una strategia a lungo termine costruita attorno a cinque obiettivi: occupazione, innovazione, cambiamenti climatici e sostenibilità energetica. La politica di coesione è il principale strumento dell’UE, esteso a tutte le regioni, per gli investimenti nell’economia reale e rappresenta l’espressione stessa della solidarietà europea. È necessario dunque un rafforzamento della governance concernente la strategia Europa 2020, attraverso l’utilizzo di governance multilivello, coinvolgendo gli enti locali e regionali, nonché altri soggetti della società civile e le parti interessate. Sulla base di ciò ho deciso sostenere la relazione Ruas, in quanto il conferimento di maggiore titolarità a tali attori contribuirà certamente a raggiungere gli obiettivi prefissati.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Ruas concerne la politique de cohésion et le réexamen de la stratégie Europe 2020. Ce texte vante les mérites de cette stratégie Europe 2020, qui contribuerait au développement économique des pays de l’Union par un accroissement de l’investissement et de l’emploi. Je ne sais pas quelles données permettent au rapporteur d’arriver à une telle conclusion, quand on connaît le déficit d’investissement et d’emploi de l’Union par rapport aux autres grands ensembles régionaux du monde... Évidemment, il salue le Fonds européen pour les investissements stratégiques, qui peine à démarrer et dont l’effet de levier est largement surestimé.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ce rapport, qui était censé se concentrer sur le réexamen de la stratégie Europe 2020, n'accorde que des satisfécits à la politique de l'Union et laisse place au vide quand il s'agit d'aborder des propositions de réforme. J'ai donc voté contre ce texte.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. – El informe se basa en la Comunicación de la Comisión Europea de 2014 sobre el balance de la Estrategia Europa 2020, que marcaba cinco objetivos principales para 2020 en empleo, investigación y desarrollo, emisiones contaminantes, fracaso escolar y reducción de la pobreza. Para lograrlo, se ha promovido y aplicado la llamada gobernanza económica, mediante recomendaciones específicas a países que han traído consecuencias desastrosas para la población.

El informe del Parlamento lamenta que no se haya mencionado en esta Comunicación el papel clave de la política de cohesión; se pide la inclusión de otros indicadores además del PIB para medir el progreso; que tome en consideración las áreas rurales, las zonas afectadas por la transición industrial, etc.; pide mayor participación del Parlamento en la supervisión de la política, etc.

Sin embargo, es grave que no se observe la incompatibilidad de la política de cohesión con el Fondo Europeo de Inversiones Estratégicas (plan Juncker). Además, reclama más atención a las asociaciones público-privadas, fuentes encubiertas de privatización, más caras para el erario público y menos eficientes. Por último, no se hace una vez más ninguna crítica a las políticas de austericidio del Semestre Europeo con la política de cohesión.

Por ello, he decidido abstenerme.

Ivana Maletić (PPE), napisan. – Svrha izvješća je ukazati na važnost i povezanost kohezijske politike i Strategije Europa 2020. Implementacijom kohezijske politike doprinosi se ispunjavanju ciljeva definiranih u Strategiji Europa 2020. Ako revidiramo Strategiju važno je osmisliti i nove mehanizme unutar politike.

Podržala sam izvješće jer naglašava važnost i mogućnost koju pruža kohezijska politika, potiče na njeno ispravno korištenje i na usklađenost država članica s načelima i instrumentima kohezijske politike. Podaci pokazuju kako je implementacija kohezijske politike ispravan put prema oporavku realnog gospodarstva i regionalne suradnje pa mi je žao što Hrvatska nije iskoristila njene mogućnosti.

Andrejs Mamikins (S&D), rakstiski. – Eiropas reģionālā politika, kuru arī nereti sauc par kohēzijas politiku, ir viena no lielākajām Eiropas Savienības ikgadējo budžetu sastāvdaļām – lielāka parasti ir tikai kopējā lauksaimniecības politika. Galvenā ideja ir reģionu izlīdzināšana visas Savienības mērogā, tādējādi paaugstinot vispārējo labklājības un kopējās attīstības līmeni, kā arī, protams, padarot reģionus par konkurētspējīgākiem.

“Eiropa 2020” ir cieši saistīta ar kohēzijas politiku, jo tās centrā atrodas tādi mērķi kā nodarbinātība, inovācijas, klimata pārmaiņas un enerģētikas ilgtspēja, izglītība un cīņa pret nabadzību un sociālo atstumtību. Bet, lai gan ļoti gribētu, ka jau līdz šīs desmitgades beigām dalībvalstu reģioni kļūst daudz līdzīgāki to daudzpusējās attīstības ziņā, it īpaši pēc iedzīvotāju ienākumu līmeņiem, vajadzēs vēl dažas desmitgades līdz momentam, kad tas vairāk vai mazāk kļūtu par realitāti.

Šajā ziņojumā, starp citu, tika atzīmēts, ka dažādos gadījumos nav pieejama sīka informācija par reģionu attīstību un situāciju dažādās jomās. Cerams, ka jau tuvākajā laikā tas mainīsies uz labo pusi, jo nav iespējams pietiekami efektīvi veidot un korelēt reģionālo politiku bez konkrētas un specifiskas faktu zināšanas par katras atsevišķas nozares funkcionēšanu konkrētajos dalībvalstu reģionos.

Vladimír Maňka (S&D), písomne. – Na politiku súdržnosti vynakladá EÚ tretinu svojho rozpočtu. Plnenie cieľov bolo v uplynulom programovom období ovplyvnené viacerými nepriaznivými faktormi, najmä dôsledkami hospodárskej a finančnej krízy, nedostatkom zdrojov vo verejných financiách na spolufinancovanie inovatívnych projektov podporujúcich hospodársky rast a zamestnanosť.

Preto pokladám za správne predloženie správy o plnení cieľov a úloh politiky súdržnosti a stratégie Európa 2020. Pre nasledujúce obdobie bude dôležité, aké opatrenia dokážeme prijať na elimináciu nedostatkov a chýb z minulosti a ako dostatočne, flexibilne a kvalitne sme pripravení na riešenie budúcich výziev.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Απέχω από τη ψηφοφορία για την έκθεση σχετικά με την πολιτική συνοχής και την επανεξέταση της στρατηγικής «Ευρώπη 2020», διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Ce rapport glorifie la stratégie Europe 2020 et la Politique de Cohésion qui, d'après eux, contribueraient au développement économique, à l'augmentation de l'investissement et à la création d'emploi. À une époque où l'Europe traverse les pires crises politiques, sociales, économiques et financières de son histoire, on ne peut se réjouir de savoir que «tout va bien». Dans la pratique ce rapport n'importe absolument rien au débat sur la stratégie Europe 2020, puisqu'il ne se concentre (volontairement ?) que sur les points positifs.

David Martin (S&D), *in writing*. – Cohesion policy is the EU strategy for reducing disparities between regions and Member States and supporting economic and social development in poorer regions of the EU. This report by Parliament is analysing implementation over the last few years. I particularly welcome the focus on how we can best use the European Social Fund and the European Regional Development Fund to match national funding for investment to regenerate areas of Europe. The focus on SMEs is also important as they provide 2 out of 3 private sector jobs. I support the new funding schemes at EU level to support SMEs.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Favorevole alla relazione sulla revisione intermedia della strategia 2020, concernente la politica di coesione. La politica di coesione rappresenta la principale politica d'investimento, di crescita e di sviluppo dell'UE in quanto mira a ridurre le disparità regionali e a promuovere la convergenza, essendo diventata l'unica risorsa finanziaria per la politica di crescita in alcuni Stati membri o regioni.

È importante ampliare la quantità, la qualità e l'impatto degli investimenti attraverso l'utilizzo coordinato degli strumenti della politica di coesione e Orizzonte 2020. Azioni non programmate in anticipo potrebbero causare nuovi ritardi nell'attuazione della nuova politica di coesione post 2020 e della strategia a lungo termine dell'Unione europea che sostituirà Europa 2020.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – La politica di coesione è diretta ad attuare una crescita intelligente, inclusiva e sostenibile e costituisce uno dei pilastri fondamentali per il raggiungimento degli obiettivi di strategia Europea per il 2020. Si tratta di una politica finalizzata ad attuare uno sviluppo integrato tramite un approccio misto basato su diversi livelli di governance.

La relazione del Collega Ruas, a cui aderisco votando favorevolmente, mette in risalto proprio l'importanza di trovare delle idonee metodologie di attuazione di questa politica di sviluppo integrato per il 2020. Tra le strategie, ad esempio, c'è il coordinamento dei fondi SIE e dei fondi FEIS. Si sottolinea, infatti, che il finanziamento FEIS dovrebbe avere carattere supplementare e integrativo rispetto ai fondi SIE, al fine di creare un concreto valore aggiunto, tenendo sempre presente che mentre i fondi FEIS son orientati verso tematiche specifiche, la politica di coesione deve rimanere una politica di investimento dell'UE di tipo orizzontale ed onnicomprensivo.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht übersieht die Defizite der Kohäsionspolitik. Nur geringe Kritik wird angebracht, während die wahren Problempunkte ausgespart werden. Der Bericht findet daher nicht meine Zustimmung.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La politique de cohésion représente plus d'un tiers du budget de l'UE et est l'instrument principal d'investissement de l'UE. Ce rapport porte sur la révision à mi-parcours de la stratégie Europe 2020. Il note que les disparités au sein de l'UE ont augmentée avec la crise économique mais sans proposer de remèdes. Au contraire la nouvelle politique de cohésion s'aligne sur les objectifs d'Europe 2020. Elle délaisse ainsi les objectifs de réduction des disparités entre régions au profit d'une «croissance intelligente, durable et inclusive». Je vote contre ce texte qui ne répond pas aux attentes des régions les plus défavorisées.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Congratulo-me a com aprovação do relatório sobre a política de coesão e a revisão da Estratégia Europa 2020. Felicito o relator pelo trabalho desenvolvido numa área que representa mais de um terço do orçamento da União Europeia. A política de coesão, ao abranger todas as regiões, é dos instrumentos mais importantes para promoção do crescimento e competitividade, reduzindo disparidades e assimetrias que caracterizam as diferentes regiões.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this report as it highlights the importance of a territorial approach within the Cohesion Policy based on qualitative analysis. Due to regional differences within the Union and within Member States the effectiveness of the Cohesion Policy may be asymmetric due to these different regional characteristics. The rapporteur advocates the need for regional, tailor-made objectives which in turn would lead to a greater level of engagement and participation of local and regional authorities.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I supported the Report on Cohesion policy and review of the Europe 2020 strategy, which underlines a need for a strategic, political discussion on the future cohesion policy and highlights the importance of multi-level governance and the existence of an effective mixed top-down/bottom-up approach in the Member States. This includes tailor-made EU2020 targets for each region, to better adapt to the reality of a variety of regions with different needs.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A kohéziós politika az Unió költségvetésének több mint egyharmadát teszi ki, és az EU fő beruházási eszköze. Szorosan igazodik az Európa 2020 stratégiában az intelligens, fenntartható és inkluzív növekedésre vonatkozóan meghatározott célokhoz. A Bizottság jelenleg dolgozik a stratégia félidős felülvizsgálatán, és 2015 végén várhatóan javaslatokat nyújt be a stratégia továbbfejlesztésére. A Parlament Regionális Fejlesztési Bizottságának jelentése az Európa 2020 stratégia kohéziós politikai dimenzióját helyezi középpontba. Mivel a 2014-2020 közötti időszakra vonatkozó kohéziós politika teljes mértékben igazodik a stratégia céljaihoz, és hozzájárul azok megvalósításához, a jelentés amellett érvel, hogy figyelembe kell venni az eddig elért eredményeket, a felülvizsgálat hatókörét, valamint azokat a kihívásokat, amelyekkel a kohéziós politika szempontjából foglalkozni kell. Az állásfoglalásra irányuló indítványt támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A política de coesão para 2014-2020 é a principal política de investimento e de desenvolvimento da UE alinhada com os objetivos da estratégia Europa 2020 para um crescimento inteligente, sustentável e inclusivo. Pretende-se reduzir as disparidades entre as regiões e promover a convergência, com um orçamento de 351,8 mil milhões de euros até ao fim de 2020

Voto assim favoravelmente o presente relatório de revisão intercalar da Estratégia Europa 2020 que defende uma melhor interligação entre os cinco objetivos da estratégia - emprego, inovação, alterações climáticas e sustentabilidade energética, educação e luta contra a pobreza e a exclusão social - e as suas iniciativas emblemáticas.

Entendo que na revisão da Política de Coesão se tem de dar um novo impulso às Regiões Ultraperiféricas que sofrem de naturais constrangimentos económicos e sociais conforme explanado no artigo 349.º do Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Ruas concerne la politique de cohésion et le réexamen de la stratégie Europe 2020. Ce texte vante les mérites de cette stratégie Europe 2020 qui contribuerait au développement économique des pays de l'Union par un accroissement de l'investissement et de l'emploi. Je ne sais pas quelles données permettent au rapporteur d'arriver à une telle conclusion quand on connaît le déficit d'investissement et d'emploi de l'Union par rapport aux autres grands ensembles régionaux du monde... Évidemment, il salue le Fonds d'investissements stratégiques qui peine à démarrer et dont l'effet de levier est largement surestimé. Ce rapport, qui était censé se concentrer sur le réexamen de la stratégie Europe 2020, n'accorde que des satisfécits à la politique de l'Union et laisse place au vide quand il s'agit d'aborder des propositions de réforme. J'ai donc voté contre ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as this would have an impact on the UK and British people looking for a job. They could count on support from the future EU budget, which provides a significant contribution to job creation through the European Social Fund (ESF) and the European Regional Development Fund. At least EUR 70 billion (i.e. about 10 billion per year) will be available under the ESF for this, complementing national action in this field. Also as small and medium-sized enterprises are the backbone of Europe's economy, accounting for around 99% of all European businesses and providing two out of three private sector jobs. Thanks to the new COSME programme, they can expect EUR 2.3 billion in support to foster their competitiveness and boost growth and jobs in Europe.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la politique de cohésion et au réexamen de la stratégie Europe 2020 actuellement préparé par la Commission. Ce texte propose une révision équilibrée de la stratégie sans créer de niveaux supplémentaires de complexité. Il rappelle l'importance d'associer le Parlement européen et recommande à la Commission la fixation d'objectifs régionaux facultatifs qui tiennent compte des caractéristiques et contraintes spécifiques des zones rurales, des régions touchées par la transition industrielle, des régions insulaires, transfrontalières et de montagne ainsi que les régions ultrapériphériques de l'Union.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A kohéziós politika az EU politikájának egyik alapkövét képezi, ezért is szükséges, hogy az ezt a politikát megalapozó stratégia egy jól kidolgozott dokumentum legyen. Egy olyan kiindulási pontként kell szolgálnia, amely a tervek mellett már konkrét lépéseket is magában foglal egy olyan kohéziós politika folytatásához, amely garantálja a harmonikus területi, gazdasági és szociális fejlődést. A 2020-as stratégia azért is jelentős, mert egy gazdasági válság után lévő Európát kell újra fellendítenie és emellett a folyamatos fejlődését is bebiztosítania.

A stratégiában feltüntetett öt terület, amelyek terén a legnagyobb változásokat szeretné az EU elérni, jól lett kiválasztva, aktuális, megfelel a realitásnak, a tagországok és az EU, mint olyan, prioritásainak. A realitást viszont részletekbe menően figyelembe kell venni, és olyan területeket, célokat támogatni, amelyek ténylegesen hozzájárulnak a fejlődéshez. Ebben szükségszerű azonban a kohéziós politika szubszidiaritás elvén alapuló végrehajtása, hogy a regionális és helyi szervezeteknek hathatós beleszólásuk legyen az EU által nyújtott támogatások felhasználásba. Egy jól működő kohéziós politika nagyban hozzájárulhat a sikeres európai integrációhoz és javíthatja az EU-ba vetett bizalmat.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that will provide an EU-wide public consultation gathering the views of all interested parties on how to develop the Europe 2020 strategy over the next five years.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport de inițiativă, pentru că acesta subliniază atât importanța avută de politica de coeziune în exercițiul bugetar 2007-2013, cât și importanța sa pentru bugetul 2014-2020.

În acest context, având în vedere că foarte multe state au folosit aceste fonduri europene pentru a face investiții și pentru a reduce astfel impactul crizei economice, cred că aceste fonduri vor rămâne și în perioada următoare sursa principală de investiții și dezvoltare pentru state precum România.

Revizuirea Strategiei Europa 2020, așa cum precizează și raportorul, este necesară deoarece aceasta a fost negociată și aprobată într-o perioadă economică și de dezvoltare diferită față de cea de astăzi, astfel că actuala strategie nu este în totalitate compatibilă cu realitățile privind politica de coeziune.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – This is the first European Parliament report on the mid-term review of the Europe 2020 strategy, focusing on the cohesion policy dimension of the strategy. It examines the progress already achieved, the scope of the review and the challenges to be addressed from a cohesion policy perspective.

The report makes some criticism of the results of the Europe 2020 strategy to date and as well as several positive references.

However, cohesion policy is presented as a policy at the service of Europe 2020 and it connects cohesion policy with the EU Economic Governance framework and its implementation mechanism, the 'European Semester'. Moreover, the report links the allocation and effectiveness of structural and investment to 'sound economic governance' – so-called 'macro-economic conditionalities' – by the Member States, and therefore to austerity politics.

I therefore abstained on this report.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht zur Kohäsionspolitik und zur Überprüfung der Strategie Europa 2020 äußert leider nur wenig Kritik an den tatsächlichen Defiziten der Kohäsionspolitik. Diese mangelnde Kritik und Anerkennung von Fakten, sowie die im Bericht geforderte Aufblähung von Budgets haben meine Gegenstimme bekommen.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative porte sur la révision à mi-parcours de la stratégie Europe 2020 actuellement travaillée au niveau de la commission européenne, et plus particulièrement ce qui concerne la politique de cohésion dans cette stratégie.

Bien qu'il reconnaisse et alerte la Commission de l'insuffisance des progrès en matière d'emploi, d'inclusion sociale ou encore de pauvreté, invitant ainsi la commission à s'appuyer sur des indicateurs plus révélateurs que le PIB pour rendre compte des disparités qui s'aggravent entre les États membres et leurs régions, il n'appelle pas à une prise en compte des objectifs de la politique de cohésion dans les politiques économiques à l'œuvre dans cette stratégie Europe 2020.

Je salue les références faites aux progrès sociaux et environnementaux permis par cette stratégie mais condamne l'insuffisance sur la notion de solidarité et les objectifs cohésifs dans ce rapport, c'est pourquoi je m'abstiens.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Ühtekuuluvuspoliitika ja strateegia „Euroopa 2020” on olulised vahendid ELi majanduskasvu saavutamiseks, töökohtade loomiseks, vaesuse ja sotsiaalse tõrjutuse vähendamiseks ning erinevate piirkondade arengu ühtlustamiseks.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Sanglaudos politika turi būti visiškai suderinta su strategijos „Europa 2020“ tikslais. Todėl vykdančią strategiją peržiūrą labai svarbu atsižvelgti į sanglaudos politikos perspektyvą.

Pažymėtina, kad sanglaudos politika yra viena iš pagrindinių priemonių įgyvendinant strategiją „Europa 2020“. Labai svarbu užtikrinti, kad ištekliai būtų efektyviai investuojami siekiant palaikyti pažangų, tvarų ir integracinį augimą. Peržiūrojant strategijoje didesnis dėmesys turi būti skiriamas stipresniam daugiapakopiam valdymui bei efektyviau taikomam teritoriniam požiūriui.

Kiekvienam regionui turi būti taikomi specialiai pritaikyti strategijos tikslai, siekiant sumažinti skirtingų ES regionų vystymosi skirtumus, skatinant ekonomikos augimą, rinkos konkurencingumą bei kuriant naujas darbo vietas.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Cohesion policy has been ineffective in several Member States due to the draconian financial burden placed on Member States by the ECB and the IMF. Due to the report neglecting to mention that this had a larger impact on Member States' growth than cohesion policy itself we voted against the report.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Tenendo conto degli stretti limiti di tempo e dei rallentamenti registrati nell'attuazione della strategia Europa 2020, esprimo con forza il mio pieno appoggio alla proposta di una governance rafforzata multilivello della strategia stessa, attraverso il coinvolgimento degli enti locali e regionali, della società civile e degli altri soggetti interessati, al fine di garantirne la realizzazione piena ed efficace. Per tali motivi esprimo il mio voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Kohezijska politika kao glavni investicijski instrument EU-a treba imati jasne i mjerljive ciljeve i vrlo jaku i kontroliranu strategiju. Mora se fokusirati na dogovorene prioritete i poboljšati sinergiju između fondova.

Tijekom sljedećih godina trebamo ulagati u europske strukturne i investicijske fondove koji su od neizmjerne važnosti za pametan, održiv i zeleni rast. Kohezijska i investicijska politika EU-a izraz su europske solidarnosti i pomoći onih koji imaju više onima koji imaju manje da bi se smanjile razlike u razvijenosti između bogate i razvijene zapadne Europe i istočne Europe koja konstantno kaska za njom u svim segmentima razvijenosti – kako u BDP-u tako i u stopi zaposlenosti.

Dakle, moramo stati na kraj problemima koji su povezani s likvidnošću, plaćanjem zaostataka i kasnim usvajanjem programa koji stvara dodatni teret proračunima država članica da bi se projekti koji su usmjereni ka investicijskim i kohezijskim fondovima brže usvojili i omogućili financijska sredstva koja su prijeko potrebna za razvitak regija koje se još uvijek nisu uspjele oporaviti od razorne gospodarske krize koja je zahvatila cijelu svjetsku ekonomiju.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Ruas concerne la politique de cohésion et le réexamen de la stratégie Europe 2020. Ce texte vante les mérites de cette stratégie Europe 2020, qui contribuerait au développement économique des pays de l'Union par un accroissement de l'investissement et de l'emploi. Je ne sais pas quelles données permettent au rapporteur d'arriver à une telle conclusion, quand on connaît le déficit d'investissement et d'emploi de l'Union par rapport aux autres grands ensembles régionaux du monde... Évidemment, il salue le Fonds européen pour les investissements stratégiques, qui peine à démarrer et dont l'effet de levier est largement surestimé.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ce rapport, qui était censé se concentrer sur le réexamen de la stratégie Europe 2020, n'accorde que des satisfécits à la politique de l'Union et laisse place au vide quand il s'agit d'aborder des propositions de réforme. J'ai donc voté contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Postojeća kohezijska politika glavna je investicijska i razvojna politika EU-a usklađena s ciljevima strategije Europa 2020 za pametan, održiv i uključiv rast, no regionalne razlike i neujednačen razvoj u području zapošljavanja, inovacije i borbe protiv socijalne isključenosti i dalje su značajni. Nužna je stoga sinergija kohezijske politike s drugim politikama EU-a poput jedinstvenog digitalnog tržišta, energetske unije, jedinstvenog tržišta kapitala i socijalne politike.

Posebice se naglašava nužnost povezivanja kohezijske politike, glavnog instrumenta EU-a za ulaganje u realno gospodarstvo te za stvaranje solidarnosti poticanjem ujednačenog rasta i napretka, s investicijskim i strukturnim fondovima. Ovdje je od ključne važnosti novi instrument EU-a za ulaganje, Europski fond za strateška ulaganja (EFSU) s ciljem premošćivanja investicijskog jaza u EU-u.

Snažno podržavam i prijedlog o osnaživanju višerazinskog upravljanja, kombiniranog pristupa odozgo prema dolje i obrnuto te javno-privatnih partnerstava, kako bi se omogućila suradnja svih lokalnih i regionalnih dionika, uključujući i civilni sektor. Naposljetku, podržavam potrebu za istinski teritorijalnim pristupom strategiji Europa 2020. u cilju prilagodbe ulaganja različitim značajkama pojedinih područja. Upravo ovakve revizije strategije Europa 2020 važne su kako bi se uspješno pripremili zahtjevi i strategije za nova financijska i zakonodavna razdoblja.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Slažem se s izvješćem kolege Fernanda Eusa o kohezijskoj politici i reviziji Strategije Europa 2020. Revizija Strategije Europa 2020. pruža priliku za procjenu i priznanje doprinosa kohezijske politike ostvarivanju ciljeva Strategije i poboljšanju postojeće interakcije različitih politika s proračunom EU-a.

Potrebno je uzeti u obzir ozbiljne i nejednake učinke gospodarske i financijske krize na države članice i regije. Upravo je kohezijska politika s proračunom od 351,8 milijardi EUR do kraja 2020. glavni instrument EU-a za ulaganje u realno gospodarstvo budući da pokriva sve regije i djeluje kao izraz europske solidarnosti širenjem rasta i napretka te smanjenjem ekonomske, socijalne i teritorijalne nejednakosti. Novi pristup će doprinijeti i povećanju učinkovitosti potrošnje.

Uspostavom okvira uspješnosti i uvođenjem ex ante uvjeta te vezama s preporukama po državama članicama u programskom razdoblju kohezijske politike 2014. – 2020. moći će se ostvariti bolje ulagačko okruženje kako bi doprinos kohezijske politike ostvarenju ključnih ciljeva Strategije Europa 2020. bio najveći mogući. EU bi se u nadolazećem razdoblju svakako trebala usredotočiti na održivi rast i razvoj kao i na radna mjesta dostojna čovjeka radi ostvarenja dugoročne dobiti od svojih ulaganja.

Miroslav Poche (S&D), *in writing.* – Cohesion policy is paramount to the success of the European Union, and the Europe 2020 strategy is a helpful tool to continue making the EU better. I would like to reiterate that this tool is a long term growth and jobs strategy to help push the EU forward in terms of employment, innovation, climate change and energy sustainability, education, and fighting poverty and social exclusion. I would also like to point out that although the broad strokes have been agreed upon, the implementation is still in the early stages due to some delays. I would like to stress that we cannot afford any more delays with a topic as important as this one. I believe that by working together we can ensure full coherence and synergy between all instruments within the EU.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – La politica di coesione, la principale politica d'investimento, di crescita e di sviluppo dell'UE dotata di un bilancio di 351,8 miliardi di EUR sino alla fine del 2020, intende garantire che tutte le energie vengano mobilitate e orientate verso gli obiettivi della strategia Europa 2020, con particolare riguardo alla crescita intelligente e all'occupazione.

L'Europa sta attraversando, a seguito della crisi scoppiata nel 2008, una fase di grandi cambiamenti. Pertanto la Commissione ha ritenuto necessario proporre una revisione intermedia della strategia Europa 2020, che affronti la sfida di coordinare gli strumenti strategici, compreso il FEIS, in modo da utilizzare tutte le risorse disponibili in maniera più efficace e raggiungere in questo modo i risultati attesi per quanto riguarda gli obiettivi strategici d'insieme.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Sono favorevole a tale revisione e per questo motivo ho deciso di votare in favore della sua approvazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Polityka spójności jest dzisiaj ściśle powiązana z celami inteligentnego i zrównoważonego rozwoju sprzyjającego włączeniu społecznemu określonymu w strategii „Europa 2020”. Komisja pracuje obecnie nad śródkresowym przeglądem strategii i na koniec 2015 roku ma przedstawić dalsze propozycje. Popieram dążenie do realizacji celów strategii „Europa 2020”, szczególnie tych związanych z likwidacją ubóstwa i wykluczenia społecznego oraz zwalczaniem bezrobocia. Przypominam jednak, iż fundusze strukturalne mają konkretne zadanie do spełnienia, jakim jest wspieranie regionów, a dokładniej wyrównywanie różnic w stosunku do regionów bogatszych, lepiej rozwiniętych. Dlatego przestrzegam przed wszelkimi próbami „rozmycia” pierwotnego kształtu polityki spójności i traktowania funduszy strukturalnych wyłącznie jako narzędzi wykonawczych strategii „Europa 2020”. Z niniejszym zastrzeżeniem poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Actuellement, la Commission européenne est en train de revoir la stratégie Europe 2020. Le Parlement européen a adopté un rapport concernant les aspects de la politique de cohésion dans le cadre du réexamen de la stratégie Europe 2020. Le Parlement encourage notamment la Commission à veiller à ne pas rendre plus complexe la politique de cohésion et met l'accent sur l'importance de la gouvernance multinationale et les objectifs régionaux facultatifs. J'ai voté en faveur de ce rapport et je souligne l'importance d'associer le Parlement à ce processus. Nous sommes en contact régulier avec les régions et les communautés locales, notre point de vue est important.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Cohesion policy has been ineffective in several Member States due to the draconian financial burden placed on Member States by the ECB and the IMF. Due to the report neglecting to mention that this had a larger impact on Member States' growth than cohesion policy itself we voted against the report.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Este informe se centra en los progresos realizados en vista de la revisión intermedia de la Estrategia Europa 2020 de finales de 2015. La política de cohesión es un instrumento clave para la consecución de la Estrategia 2020, estando estrechamente alineada con sus objetivos de un crecimiento inteligente, sostenible e integrador.

Sin embargo, debido a la crisis, la financiación europea se convirtió en la única fuente de financiación pública en muchos Estados miembros y regiones. El informe espera que mejoren las sinergias entre los diversos fondos europeos, al tiempo que llama la atención sobre la necesidad de utilizar los objetivos de la Estrategia 2020 de cada región y adaptarse mejor a sus diferentes necesidades.

Se subraya además la necesidad de un debate estratégico sobre la futura política de cohesión, teniendo en cuenta que el nuevo paquete legislativo de la política de cohesión vendrá en 2018-2019, junto con las elecciones europeas de 2019. Se debe asimismo alinear la revisión de la estrategia de la UE después de 2020 con el nuevo marco financiero plurianual.

Por todo ello, he votado a favor de este informe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport portait sur une politique importante menée par l'Union européenne, à savoir la politique de cohésion. Cette politique, instrument clé de la mise en œuvre de la stratégie Europe 2020, vise à réduire les disparités régionales et à promouvoir la convergence. Elle est dotée d'un budget de 351,8 milliards d'euros à l'horizon 2020. En votant ce rapport, je soutiens la définition d'objectifs thématiques qui permettent d'optimiser l'efficacité de cette politique.

Ce rapport concernait également la stratégie Europe 2020 pour laquelle la Commission a lancé le processus de réexamen en 2014. Concernant l'examen à mi-parcours de cette stratégie, ce rapport fait une série de recommandations.

À l'avenir, la future politique de cohésion et la future stratégie de l'Union à long terme doivent être élaborées avant la fin du mandat de la Commission actuelle. En effet, les élections au Parlement européen auront lieu en 2019, ce qui impose des contraintes en matière de calendrier.

En phase avec toutes ces remarques, j'ai décidé de voter en faveur de ce rapport.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Foi com enorme satisfação que vi aprovado pelo Parlamento Europeu o Relatório de iniciativa que efetuei sobre «a Política de Coesão e a Revisão da Estratégia Europa 2020» por mais de 80% dos votos expressos (530 votos a favor, 75 contra e 54 abstenções).

A importância deste relatório excede largamente as questões políticas tratadas pela Comissão de Desenvolvimento Regional, pois sendo o primeiro documento com a chancela do Parlamento Europeu sobre a revisão da Estratégia Europa 2020, lança igualmente o debate interinstitucional sobre esta matéria (que nesta Sessão Plenária se inicia com a Comissão), bem como a discussão sobre a revisão intercalar do Quadro Financeiro Plurianual (QFP).

Em virtude do ano de 2019 ser um ano pleno de acontecimentos políticos europeus e coincidir com o fim do atual QFP e da atual Estratégia Europa 2020, esperamos que estes debates que agora iniciamos tenham igualmente em atenção um horizonte temporal mais lato e muito concretamente os olhos postos no futuro quadro legislativo europeu pós 2020.

Pretendi realizar um documento abrangente, mas afirmativo e de leitura simples. Graças à postura positiva e cooperante dos relatores-sombra e dos colegas que colocaram emendas ao documento, julgo ter atingido os objetivos a que me propus.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Ce rapport intervient alors que la Commission prépare le réexamen à mi-parcours de la stratégie Europe 2020.

Il est important de rappeler que la politique de cohésion est le principal instrument d'investissement de l'Union et reflète la solidarité européenne; elle répond également aux objectifs de croissance intelligente, durable et inclusive définie dans la stratégie Europe 2020.

Ce rapport adresse ainsi plusieurs messages concernant ces deux points.

Concernant la stratégie Europe2020, tout d'abord, il est important d'établir une meilleure interconnexion des cinq objectifs de la stratégie sans toutefois créer de nouvelle charge administrative ou de niveau de complexité.

De plus, il est important que les acteurs concernés participent davantage à toutes les étapes allant de la planification à l'évaluation; la fixation d'objectifs régionaux pourrait d'ailleurs être un élément important pour l'implication de l'ensemble des acteurs.

Concernant la future politique de cohésion et la future stratégie de l'UE en matière de croissance et d'emploi, celles-ci devront être présentées avant la fin du mandat de la Commission actuelle.

J'ai donc soutenu ce rapport qui rappelle également l'importance d'associer le Parlement à la politique de cohésion et au réexamen de la stratégie Europe 2020.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché sostengo l'obiettivo dell'Unione europea di attuare una politica di coesione forte e compatta tra gli Stati membri, volta a superare gli squilibri economici, sociali e territoriali. La politica di coesione, oltre ad essere il principale strumento di investimento dell'Unione europea, è anche elemento essenziale al fine di realizzare la strategia Europa 2020. L'Unione europea deve perseguire gli obiettivi di crescita intelligente, sostenibile ed inclusiva.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore perché la relazione è nel complesso equilibrata e richiede giustamente investimenti maggiormente mirati, una revisione della strategia 2020, azioni a livello di macroregioni e di tenere conto delle diverse specificità territoriali.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en el informe sobre la política de cohesión y la revisión de la Estrategia Europa 2020. Entendemos que las políticas de medio plazo de la Unión, y sobre todo las que tienen asociadas partidas presupuestarias amplias, requieren de un amplio consenso y tienen que ir en la línea de eliminar las diferencias abismales que separan el desarrollo y la calidad de vida en las diferentes zonas de la Unión. Solo podremos estar enteramente a favor de los informes al respecto cuando las desigualdades sean el *a priori* político constitutivo de la aproximación a las estrategias de medio plazo.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe se basa en la Comunicación de la Comisión Europea de 2014 sobre el balance de la Estrategia Europa 2020, que marcaba cinco objetivos principales para 2020 en empleo, investigación y desarrollo, emisiones contaminantes, fracaso escolar y reducción de la pobreza. Para lograrlo, se ha promovido y aplicado la llamada gobernanza económica, mediante recomendaciones específicas a países que han traído consecuencias desastrosas para la población.

El informe del Parlamento lamenta que no se haya mencionado en esta Comunicación el papel clave de la política de cohesión; se pide la inclusión de otros indicadores además del PIB para medir el progreso; que tome en consideración las áreas rurales, las zonas afectadas por la transición industrial, etc.; pide mayor participación del Parlamento en la supervisión de la política, etc.

Sin embargo, es grave que no se observe la incompatibilidad de la política de cohesión con el Fondo Europeo de Inversiones Estratégicas (plan Juncker). Además, reclama más atención a las asociaciones público-privadas, fuentes encubiertas de privatización, más caras para el erario público y menos eficientes. Por último, no se hace una vez más ninguna crítica a las políticas de austericidio del Semestre Europeo con la política de cohesión.

Por ello, he decidido abstenerme.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – La politica di coesione è responsabile di oltre un terzo del bilancio dell'Unione europea e ne costituisce il principale strumento di investimento. Ha lo scopo di ridurre le disparità regionali e promuovere la convergenza ed è dotata di un bilancio di 351,8 miliardi di EUR sino alla fine del 2020. Essa è strettamente allineata agli obiettivi di crescita intelligente, sostenibile e inclusiva definiti nella strategia Europa 2020.

Ho votato a favore della relazione d'iniziativa poiché penso che la revisione intermedia della strategia Europa 2020 offra un'opportunità sia per valutare e riconoscere il contributo apportato dalla politica di coesione, sia per garantire una migliore complementarità e sinergie più efficaci tra gli strumenti di investimento dell'UE. Auspico però che le prossime proposte tengano conto anche degli effetti gravi e diseguali che la crisi economica e finanziaria ha avuto sugli Stati membri e che promuovano la definizione di obiettivi su misura per ogni regione al fine di adeguare gli interventi alle caratteristiche di ogni territorio.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Fruto da crise económica e financeira que alguns Estados-Membros atravessam os fundos que dão corpo à política de coesão e que se destinam a financiar projetos que visam a sua promoção têm assumido uma importância determinante. Têm garantido capacidade de investimento para o relançamento da economia dos países com desequilíbrios macroeconómicos. As recomendações de governação económica devem ter isso em conta e zelar para que as regiões fiquem salvaguardadas como recetoras destes fundos.

Nesta revisão intercalar da Europa 2020 o impacto desigual da crise deve ser tido em conta. As diferentes características territoriais e sociais determinaram capacidade de resiliência diferenciadas. Atente-se ao desemprego jovem nas regiões ultraperiféricas.

Os mecanismos de governação multinível devem reconhecer às autoridades regionais e locais capacidade de intervir. Termino com um alerta: apesar dos programas operacionais estarem acordados a sua implementação é ainda incipiente o que tem gerado dificuldades.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this policy as cohesion policy in the EU has consistently failed; I am also against cohesion policy of any sort from the EU.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Polityka spójności stanowi główny unijny instrument inwestycyjny. Przeznaczca się na nią 1/3 budżetu UE. Ze względu na dostosowanie funduszy strukturalnych i inwestycyjnych na okres programowania 2014-2020 do czołowych celów strategii „Europa 2020” należy rozpatrywać politykę spójności jako instrument finansowy UE bardzo silnie przyczyniający się do osiągnięcia celów strategii. Wkład polityki spójności w realizację celów strategii „Europa 2020” został również udowodniony w poprzednim okresie programowania 2007-2013. Warto zwrócić uwagę na fakt, iż po kryzysie z 2008 r. polityka spójności była ze względu na brak finansowania publicznego na szczeblu krajowym jedynym źródłem finansowania polityki wzrostu w niektórych państwach członkowskich lub regionach.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Potrzeba pełnego wdrożenia wspólnych ram strategicznych przewidzianych w rozporządzeniu w sprawie wspólnych przepisów, których celem jest osiągnięcie zintegrowanego rozwoju poprzez koordynację europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych z innymi instrumentami Unii oraz z polityką unijną w innych obszarach.

Niepokojące są pojawiające się w ostatnim czasie głosy, pochodzące w szczególności z krajów Europy Południowej, związane z rewizją polityki spójności pod kątem większej redystrybucji środków dla krajów w największy sposób dotkniętych kryzysem gospodarczym kosztem mniej rozwiniętych regionów Europy Środkowej i Wschodniej. Nie może być zgody na takie próby rozmontowywania polityki spójności, której celem jest przecież zmniejszanie różnic rozwojowych, a nie pomoc antykryzysowa.

Branislav Škripek (ECR), písomne. – Financovanie kohéznej politiky EÚ zaberá jednu tretinu z rozpočtu EÚ a je hlavným investičným nástrojom EÚ. Myslím si, že kohézna politika by mala zostať hlavnou horizontálnou investičnou politikou. Za dôležité považujem aj vytvorenie synergie medzi Kohéznomu politikou a Horizontom 2020 (Horizon 2020). Preto som toto uznesenie podporil.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Kohezijska politika predstavlja više od jedne trećine proračuna EU-a, što je čini njenim glavnim investicijskim instrumentom. Također, kontinuirano pridonosi ciljevima pametnog, održivog i uključivog rasta iz strategije Europa 2020 te je usmjerena na smanjenje regionalnih razlika.

Nadalje, kohezijska politika nastoji i potiče stvaranje sinergije s drugim politikama EU-a, kao što su jedinstveno digitalno tržište, Energetska unija, socijalna politika te uz pomoć svojih instrumenata i ciljeva (kao što su makroregionalne strategije, teritorijalni program, ulaganje u mala i srednja poduzeća) znatno pridonosi jačanju jedinstvenog tržišta i ostvarivanju ciljeva strategije Europa 2020. Revizija strategije Europa 2020 posvetit će se provedbi vodećih inicijativa, a za cilj će imati stvaranje ravnoteže između finansijskih, fiskalnih i ekonomskim mjera s jedne strane te s druge strane socijalnih, obrazovnih i ekoloških aspekata, kao i aspekata jednakosti, posebno rodne.

Stoga sam odlučio podržati rezoluciju kohezijske politike i reviziju spomenute strategije jer je ona sveobuhvatna i dugoročna strategija Europske unije koja ulaže u glavne europske prioritete, jača potencijal regija i promiče održivi razvoj.

Csaba Sógor (PPE), in writing. – As the EU's main instrument for economic growth and job creation, cohesion policy is best placed to help achieve the Europe 2020 strategy for smart, sustainable and inclusive growth. It can achieve this through its substantive budget and through its decades-long experience.

Unfortunately, not all Member States can easily succeed in making use of the opportunities offered by the policy. This is the case of my country, which barely used 65% of the budget put at its disposal in the last programming period.

Therefore I can only hope, just as the report emphasizes, that the stronger link between Structural and Investment Funds and the European Semester process, the setting-up of the task force for better implementation of EU funds and the establishment of the 'Structural Reform Support Service' will ensure that no more opportunities for development and social cohesion are wasted in any of the Member States.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Kohezijska politika predstavlja glavno politiko za rast naložb in razvojno politiko EU. Usklajena je s cilji strategije Evropa 2020 za pametno, trajnostno in vključujočo rast, cilj katere je odprava razlik med regijami in spodbujanje konvergence. EU se še vedno sooča s posledicami gospodarske in finančne krize (visoka brezposelnost, neenakomerno in počasno okrevanje gospodarstva), zato je bistveno, da različne pobude EU za rast, delovna mesta ter varstvo okolja in podnebja ohranijo skladen pristop. Menim, da je potrebno pri pregledu strategije Evropa 2020 upoštevati resne in raznolike posledice ekonomske in finančne krize za države članice. V sedanjem programskem obdobju prihaja do zamud pri izvajanju kohezijske politike, saj je kljub že obstoječi določenosti večine operativnih programov izvedba le-teh še na zelo zgodnji stopnji. Kohezijska politika je ključni instrument EU za naložbe v realno gospodarstvo in je izraz evropske solidarnosti, saj povečuje rast in blaginjo ter zmanjšuje gospodarske, socialne in ozemeljske razlike. Pozdravljam nastanek poročila, saj je doprineslo boljši vpogled na trenutni potek kohezijske politike v smeri strategije Evropa 2020 in pokazalo, da bi se lahko zagotovilo boljše investicijsko okolje za kar največji prispevek kohezijske politike k uresničevanju vodilnih ciljev strategije. Zaradi opisanega sem poročilo podprl.

Renato Soru (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione che analizza la dimensione della politica di coesione nell'ambito della strategia Europa 2020 e che costituisce il primo testo del Parlamento europeo sulla revisione intermedia di questa strategia. Poiché l'attuale politica di coesione è pienamente allineata con Europa 2020 e contribuisce alla realizzazione dei suoi obiettivi di sviluppo intelligente, sostenibile e inclusivo, è molto importante fare il punto sui progressi già compiuti e sulle sfide che si prospettano dal punto di vista della politica di coesione.

Quest'ultima rappresenta, infatti, un elemento essenziale per la realizzazione degli obiettivi di Europa 2020, tanto più negli ultimi anni, quando, a causa della perdurante crisi economica e finanziaria, i fondi della politica di coesione sono diventati spesso l'unica fonte di finanziamento pubblico disponibile in molte regioni e Stati membri. Servono ora migliori sinergie tra i fondi «tradizionali» di coesione e il fondo del piano Juncker, per ridare slancio agli investimenti a livello locale.

La relazione evidenzia poi l'importanza del rafforzamento della governance multi-livello ai fini dell'attuazione della strategia, con il coinvolgimento di tutte le parti interessate, e della necessità di un approccio territoriale che consenta di definire obiettivi della strategia Europa 2020 su misura per ciascuna regione.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Politika súdržnosti je hlavnou investičnou a rozvojovou politikou. Je v súlade s cieľmi stratégie Európa 2020 pre inteligentný, udržateľný a inkluzívny rast. Keďže čelíme nielen následkom hospodárskej a finančnej krízy, ale i migračnej a utečeneckej kríze, je dôležité o to viac zamerať sa na znižovanie rozdielov medzi regiónmi a oživovať hospodárstvo. Všetka energia a kapacity by mali byť využité na zabezpečenie rastu, zvýšenie zamestnanosti, podporu malých a stredných podnikov, ako aj ochranu životného prostredia a klímy. Napĺňanie cieľov stratégie Európa 2020 tak prinesie Európskej únii zvýšenie konkurencieschopnosti a zlepšenie jej postavenia vo svetovom hospodárstve.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Podržao sam ovo izvješće jer je u skladu s Ugovorom o funkcioniranju Europske unije, a posebno s njegovim člankom 4., člankom 162. i člancima od 174. do 178. Također je sukladan s izvješćem Odbora za regionalni razvoj (A8-0277/2015).

Smatram da je ključno da se u okviru različitih inicijativa u EU-u za rast i zaštitu okoliša zadrži usklađen pristup, budući da vodeće inicijative strategije Evropa 2020 imaju ključnu ulogu u poboljšavanju koordinacije na lokalnoj i regionalnoj razini u provedbi kohezijske politike. Ciljevi kohezijske politike su s vremenom postali bolje razvijeni kako bi se njima podržala ulaganja u prioritete Evrope te ih je stoga važno podržati.

Catherine Stihler (S&D), in writing. – I voted in favour of this report because I believe that the reformed cohesion policy will help to invest in Europe's regions, cities and the real economy. I recognise that small and medium-sized enterprises are the backbone of Europe's, and Britain's, economy, providing around two out of three private sector jobs. Thanks to the new COSME programme, they can expect EUR 2.3 million in support to foster their competitiveness and boost growth and jobs in Europe.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Kohezijska politika glavni je instrument EU-a za ulaganje u realno gospodarstvo koji pokriva sve regije i djeluje kao izraz europske solidarnosti širenjem rasta i napretka te smanjenjem ekonomske, socijalne i teritorijalne nejednakosti. Usklađena je s ciljevima strategije Europa 2020. te pruža potreban okvir za ulaganja, a ne samo instrument za provedbu strategije. U vezi s tim, ističe se da su tematskom koncentracijom europski strukturni i investicijski fondovi u okviru nove strukture usmjereni na 11 tematskih ciljeva proizašlih direktno iz ciljeva strategije Europa 2020. te da su određeni preduvjeti izravno povezani s tim tematskim ciljevima kako bi se zajamčilo maksimalno djelotvorno ulaganje. Komisija trenutno priprema preispitivanje strategije u sredini programskog razdoblja, a ovo izvješće predstavlja prvi stav Europskog parlamenta o ovoj temi, fokusirajući se prvenstveno na kohezijsku politiku strategije.

Ovo izvješće u potpunosti podržavam jer omogućuje uravnoteženu i pametnu reviziju postojeće strategije, predviđajući bolje međusobno povezivanje ciljeva unutar same strategije.

Richard Sulík (ECR), *písomne.* – Pri hlasovaní som sa zdržal. Nesúhlasím s predstavenými opatreniami, ktorých cieľom je zvýšiť efektivitu prerozdelenia v programoch Kohéznej politiky, ako aj v iných programoch. Problémom tohto prerozdelenia totiž nie je len neefektivita, ale to, že toto prerozdelenie principiálne škodí ekonomike, keďže len presúva zdroje od produktívnych občanov k menej produktívnym.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o kohezijski politiki in pregledu strategije Evropa 2020. EU se še vedno sooča s posledicami gospodarske in finančne krize. To se predvsem odraža v visoki brezposelnosti med mladimi. Cilj strategije Evropa 2020 je pametna, trajnostna in vključujoča rast. Pridružujem se zaskrbljenosti v poročilu, da prihaja do zamud pri izvajanju kohezijske politike, čeprav je večina operativnih programov že določenih. Hkrati pa pozdravljam dejstvo, da si Evropska komisija ves čas prizadeva za izboljšanje strategije Evropa 2020. Cilji so namreč relevantni, moramo pa storiti še zelo veliko, da bomo te cilje dosegli. Odgovornost za doseg ciljev morajo prevzeti predvsem lokalne, regionalne in nacionalne oblasti.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραφτώ.* – Καταψηφίσαμε την έκθεση, γιατί αντί να προωθεί την αλληλεγγύη για επέκταση της ανάπτυξης και της ευημερίας για την αντιμετώπιση των οικονομικών και κοινωνικών ανισοτήτων στα κράτη μέλη, όπως καθορίζει η πολιτική συνοχής, περιορίζεται στον στόχο για ευθυγράμμιση της πολιτικής συνοχής με τις πολιτικές λιτότητας. Είναι σημαντικό να μην υπάρχει ευθυγράμμιση της πολιτικής συνοχής με το πλαίσιο της Ενιαίας Οικονομικής Διακυβέρνησης, διαφορετικά τα κράτη θα εκβιάζονται να ακολουθούν τα σκληρά μέτρα λιτότητας που προβλέπει το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο ώστε να μη διακόπτεται η χρηματοδοτική τους στήριξη. Σε τέτοια περίπτωση η πολιτική συνοχής θα εξουδετερωθεί εντελώς.

Επίσης διαφωνούμε με την προσπάθεια η πολιτική συνοχής να αποτελέσει εργαλείο της στρατηγικής «Ευρώπη 2020», η οποία προβλέπει ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας, των ευέλικτων μορφών απασχόλησης και των ιδιωτικοποιήσεων.

Αντιθέτως, πρέπει να προωθήσουμε μια νέα κοινωνική αναπτυξιακή πολιτική. Να στηριχτούν οι δημόσιες επενδύσεις και να χρηματοδοτηθούν έργα τα οποία να ανταποκρίνονται στις ανάγκες της κοινωνίας και να συμβάλλουν στη δημιουργία νέων ποιοτικών θέσεων εργασίας. Μονάχα έτσι θα καταπολεμήσουμε τις οικονομικές, κοινωνικές και εδαφικές ανισότητες που υπάρχουν στην Ευρώπη.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώ.* – Η στρατηγική «Ευρώπη 2020» και η διασύνδεσή της με την πολιτική συνοχής έχει αποδειχθεί, τόσο από την έκθεση συνοχής, όσο και από τις σοβαρές και άνισες συνέπειες της χρηματοπιστωτικής κρίσης στα κράτη μέλη, ότι απέτυχε στους φιλόδοξους στόχους που είχαν τεθεί.

Γεγονός είναι ότι η Συνθήκη της Λισσαβώνας και η διακυβέρνηση «Ευρώπη 2020» έχασαν με την πάροδο του χρόνου τη στήριξη των κρατών μελών. Τα παραπάνω σε συνδυασμό με την πολιτική λιτότητας αλλά και των σοβαρών κοινωνικοοικονομικών πληγμάτων, συνεπεία της κρίσης, έχουν οδηγήσει μεγάλο μέρος των πολιτών της ΕΕ σε ευρωσκεπτικισμό.

Η επανεξέταση της πολιτικής συνοχής έχει χάσει τη δυναμική της. Οι εφαρμοζόμενες πολιτικές μεταρρυθμίσεων που επιβάλλονται, μέσω της υπηρεσίας στήριξης διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων που παρέχει τεχνική συνδρομή στα κράτη μέλη και στις ειδικές ανά χώρα συστάσεις (τρόικα και τεχνικά κλιμάκια στην Ελλάδα), καταστρέφουν κάθε προσπάθεια βιώσιμης ανάπτυξης.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Η προσπάθεια αναβίωσης των επενδύσεων και η αναβίωση του επενδυτικού χάσματος στην ΕΕ, μέσω του ΕΤΣΕ, αφενός δεν συνδέεται με σαφήνεια με τη στρατηγική «Ευρώπη 2020», αφετέρου δεν λειτουργεί συμπληρωματικά με τα ήδη υπάρχοντα ΕΔΕΤ.

Χρειάζεται λοιπόν συνολικός επαναπροσδιορισμός της στρατηγικής «Ευρώπη 2020» και όχι απλά επανεξέταση.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam az állásfoglalásra irányuló indítványt, mivel úgy vélem, hogy a kohéziós politika az EU-nak az intelligens, fenntartható és inkluzív növekedést szolgáló Európa 2020 stratégia céljaival összehangolt, fő beruházási és fejlesztési politikája, és melynek célja a régiók közötti egyenlőtlenségek csökkentése és a konvergencia előmozdítása.

Éppen ezért fontos, hogy a felülvizsgálattal kapcsolatban elmondjuk véleményünket. A jelentés kiemeli a többszintű irányítás elvét, az integrált megközelítést és az átláthatóság fontosságát. Bízom abban, hogy a végrehajtásba a civil társadalom is bevonásra kerül. Úgy gondolom, hogy el kell kerülni az olyan anti-európai uniós gyakorlatot, amelyet például Magyarország kormánya is művel, amikor is kizárólag politikai alapon osztogat uniós forrásokat barátainak. Ez nem kevesebbet vet fel, mint a közös források helytelen használatának tényét, hiszen a kohézió helyett például Magyarországon több mint 4 millióan élnek a létminimum alatt és több mint 500 ezer ember éhezik. Ezt sajnálatosnak és egyben elfogadhatatlannak is tartom!

Claudia Tapardel (S&D), în scris. – Politica de coeziune a UE presupune solidaritatea statelor membre în vederea egalizării gradului de dezvoltare a regiunilor lor. Acest obiectiv este congruent cu Strategia Europa 2020 a UE, care pune accentul pe creșterea gradului de ocupare a forței de muncă, creșterea investițiilor în cercetare și dezvoltare, digitalizarea economiei, reducerea emisiilor poluante, eficiența energetică, reducerea abandonului școlar, reducerea sărăciei.

Totuși, în contextul crizei financiare și economice din ultimii ani, realizarea Strategiei a fost afectată, în special în ceea ce privește finanțarea, disponibilă doar prin intermediul Fondurilor Structurale și de Investiții Europene. Crearea Fondului European pentru Investiții Strategice a oferit o nouă gură de oxigen în acest sens.

Cu toate acestea, se impune o segmentare a Strategiei pentru a se adapta particularităților fiecărei regiuni a Uniunii. Doar în acest fel investițiile vor fi direcționate către domeniile cu adevărat deficitare, implicând nivelele decizionale optime. În urma unei astfel de dezbateri, se poate contura cadrul unei noi politici de coeziune care să se sincronizeze cu Cadrul Financiar Multi-anual și care să vină cu adevărat în întâmpinarea nevoilor cetățenilor din diversele părți ale Uniunii Europene.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Je me suis prononcé favorablement sur la politique de cohésion et le réexamen de la stratégie Europe 2020.

La politique de cohésion constitue la principale stratégie d'investissement, de croissance et de développement de l'Union, alignée sur les objectifs de la stratégie Europe 2020 pour une croissance intelligente, durable et inclusive, laquelle vise à réduire les disparités régionales et à promouvoir la convergence et dispose d'un budget de 351,8 milliards d'euros à l'horizon 2020, afin que l'Union européenne continue de faire face aux effets de la crise économique et financière: chômage élevé, reprise économique inégale et lente.

La politique de cohésion vise à garantir que l'ensemble des énergies et des moyens sont mobilisés et consacrés à la réalisation des objectifs de la stratégie Europe 2020, à savoir une croissance et des emplois durables.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I endorsed adoption of this report, which is the first European Parliament's report on the mid-term review of the Europe 2020 strategy, focusing especially on the cohesion policy dimension of it. With a budget of EUR 351.8 billion until the end of 2020, the cohesion policy is the EU's main investment growth and development policy and it is therefore important to examine it rigorously. Based on the review, the Commission is expected to submit by the end of 2015 its proposals for developing it further. In this report, Parliament calls on the Commission to provide information on the concrete contribution made to the Europe 2020 objectives by cohesion policy and demands that the review is focused on better interlinking the strategy's five objectives. It also notes the importance of the new EU investment instrument, the European Fund for Strategic Investments (EFSI), which will support the mobilisation of up to EUR 315 billion in investments and regrets that it is not clearly linked to the Europe 2020 strategy.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Šiandienos balsavime palaikiau Europos Parlamento nario F. Ruas pranešimą dėl sanglaudos politikos ir strategijos „Europa 2020“ peržiūros, nes tai yra ypatingai svarbu ilgalaikiai Europos Sąjungos strategijai skirtai augimui ir darbo vietų kūrimui. Ir, kas svarbiausia, pranešimas teikia rekomendacijas dėl kovos su skurdu ir socialine atskirtimi ir dėl jaunosios kartos švietimo finansavimo padidinimo. Spaudimas, kurį pranešimas daro Komisijai, yra visiškai pateisinamas, nes be iš anksto planuojamų veiksmų ateities sprendimai ir teisės aktų tekstai gali būti uždeljami. Ir tai tiesiogiai įtakotų ilgalaikes strategijas. Noriu aiškiai pabrėžti, kad ši veikla pirmiausia turėtų atsižvelgti į tų regionų gyventojus, kurie atsidūrė nepalankioje ekonominėje situacijoje, nes ši strategija bus prasminga tada, kai jos pagalba bus siekiama suvienodinti gyvenimo lygį tarp ekonomiškai skirtingų valstybių narių Europos Sąjungoje.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o kohezijski politiki in pregledu strategije Evropa 2020 sem podprla, saj menim, da bo dolgoročna strategija Evropske unije za rast in delovna mesta prinesla nove zaposlitve, inovacije, preprečila podnebne spremembe in zagotovila energetske trajnost ter nove možnosti izobraževanja in bo še bolj aktivna v boju proti revščini in socialni izključenosti.

Ta politika je torej ključni instrument EU za naložbe v realno gospodarstvo in predstavlja izraz evropske solidarnosti, ki povečuje rast in blaginjo ter zmanjšuje gospodarske, socialne in ozemeljske razlike.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en el informe sobre la política de cohesión y la revisión de la Estrategia Europa 2020. Entendemos que las políticas de medio plazo de la Unión, y sobre todo las que tienen asociadas partidas presupuestarias amplias, requieren de un amplio consenso y tienen que ir en la línea de eliminar las diferencias abismales que separan el desarrollo y la calidad de vida en las diferentes zonas de la Unión. Solo podremos estar enteramente a favor de los informes al respecto cuando las desigualdades sean el *a priori* político constitutivo de la aproximación a las estrategias de medio plazo.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport glorifie la stratégie Europe 2020 et la politique de cohésion qui contribuerait au développement économique, à l'augmentation de l'investissement et à la création d'emplois. Par ailleurs, il préconise de renforcer les collectivités territoriales au détriment des États membres. Il suggère même de mettre les autorités locales et nationales sur un pied d'égalité dans les négociations, en proposant de signer un pacte entre la Commission, les États membres et les collectivités territoriales, afin d'assurer la participation de ces dernières dans la réalisation de la stratégie Europe 2020. Enfin, il salue la création du Fonds européen pour les investissements stratégiques.

Je m'oppose à toutes ces considérations.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A kohéziós politika az Unió költségvetésének több mint egyharmadát teszi ki, és az EU fő beruházási eszköze. Szorosan igazodik az Európa 2020 stratégiában az intelligens, fenntartható és inkluzív növekedésre vonatkozóan meghatározott célokhoz. A Bizottság jelenleg dolgozik a stratégia féldícs felülvizsgálatán, és 2015 végén várhatóan javaslatokat nyújt be a stratégia továbbfejlesztésére. Ebbe a folyamatba illik a mostani jelentés, amelyet támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en el informe sobre la política de cohesión y la revisión de la Estrategia Europa 2020. Entendemos que las políticas de medio plazo de la Unión, y sobre todo las que tienen asociadas partidas presupuestarias amplias, requieren de un amplio consenso y tienen que ir en la línea de eliminar las diferencias abismales que separan el desarrollo y la calidad de vida en las diferentes zonas de la Unión. Solo podremos estar enteramente a favor de los informes al respecto cuando las desigualdades sean el *a priori* político constitutivo de la aproximación a las estrategias de medio plazo.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I have voted in favour of this file, the review of Europe 2020 should not lead to the creation of obstacles for Cohesion Policy implementation, but should tackle deficiencies such as lack of ownership by better involvement of actors from regional and local level and civil society.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on cohesion policy and the review of the Europe 2020 strategy. Cohesion policy is the EU's main investment growth and development policy aligned with the goals of the Europe 2020 strategy for smart, sustainable and inclusive growth and aimed at reducing disparities between regions and promoting convergence, with a budget of EUR 351.8 billion until the end of 2020. A mid-term review of the Europe 2020 strategy affords above all an opportunity to assess (and acknowledge) the contribution of cohesion policy to achieving the strategy's targets and to improve existing interactions and links between various EU policies and with the EU budget, with a view to them acting as an effective driving force for the implementation of the strategy. I therefore consider this stage essential for shaping future cohesion policy, as an EU-wide investment policy, while prioritising the reduction of development disparities and re-accelerating the convergence process.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un informe que propone una revisión de la Estrategia Europa 2020 de un modo equilibrado e inteligente, centrándola en crear mayores vínculos entre los cinco objetivos prioritarios e identificando métodos para ver cómo podrían llevarse a cabo de un mejor modo y ser mejor evaluados sin crear cargas administrativas adicionales. Es un informe equilibrado que ha alcanzado un gran consenso en la Comisión de Desarrollo Regional, por lo que considero necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe se basa en la Comunicación de la Comisión Europea de 2014 sobre el balance de la Estrategia Europa 2020, que marcaba cinco objetivos principales para 2020 en empleo, investigación y desarrollo, emisiones contaminantes, fracaso escolar y reducción de la pobreza. Para lograrlo, se ha promovido y aplicado la llamada gobernanza económica, mediante recomendaciones específicas a países que han traído consecuencias desastrosas para la población.

El informe del Parlamento lamenta que no se haya mencionado en esta Comunicación el papel clave de la política de cohesión; se pide la inclusión de otros indicadores además del PIB para medir el progreso; que tome en consideración las áreas rurales, las zonas afectadas por la transición industrial, etc.; pide mayor participación del Parlamento en la supervisión de la política, etc.

Sin embargo, es grave que no se observe la incompatibilidad de la política de cohesión con el Fondo Europeo de Inversiones Estratégicas (plan Juncker). Además, reclama más atención a las asociaciones público-privadas, fuentes encubiertas de privatización, más caras para el erario público y menos eficientes. Por último, no se hace una vez más ninguna crítica a las políticas de austericidio del Semestre Europeo con la política de cohesión.

Por ello, he decidido abstenerme.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Concordamos com os objetivos estratégicos da política de coesão. Não conseguimos compreender é porque é que os países e as regiões mais pobres divergem na média europeia. Tal é o caso de Portugal que, desde que entrou em funcionamento o euro, não parou de divergir com a média da união europeia em termos de PIB por capita.

Algo está, portanto, errado. Não há coesão. As políticas não funcionam. Porque o enquadramento macroeconómico não é consistente com políticas de desenvolvimento regional. Ou seja, as políticas de austeridade, de contenção da despesa pública, seja ela boa ou má, não permitem o estabelecimento de dinâmicas virtuosas de desenvolvimento local ou regional.

Posso dar-vos exemplos de projetos que não saem do pape, porque não há financiamento. Porque a banca prefere especular. Podemos ver fundos que não forma aproveitados em Portugal por causa das imposições da Troica e do ajustamento necessário visando a chamada consolidação das finanças públicas. O resultado está à vista. Passados quase trinta anos de integração, Portugal está mais pobre, dependente e com a maior dívida pública da sua história.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht übersieht die Defizite der Kohäsionspolitik. Nur geringe Kritik wird angebracht, während die wahren Problempunkte ausgespart werden. Der Bericht findet daher nicht meine Zustimmung.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione perché considero la politica di coesione una importantissima risorsa di investimento oltre che uno strumento per perseguire una crescita intelligente, sostenibile e inclusiva.

Negli ultimi anni, a causa della crisi economica che ha attanagliato l'Europa, il finanziamento SIE ha rappresentato per molti stati e regioni l'unico strumento di finanziamento pubblico.

Le recenti difficoltà economiche hanno palesato l'importanza strategica di questo strumento ed evidenziato come sia necessario garantire tutte le risorse necessarie per il suo mantenimento.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Im Gegensatz zu meiner Fraktion, der EKR, habe ich gegen den Bericht zum Thema „Kohäsionspolitik und der Überprüfung der Strategie Europa 2020“ gestimmt. Die Kohäsionspolitik macht mehr als ein Drittel des EU-Haushalts aus und ist das Hauptanlageinstrument der EU. In meinen Augen ist dies ein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip, weshalb ich auch gegen diesen Bericht gestimmt habe.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat Raportul referitor la politica de coeziune și revizuirea Strategiei Europa 2020. Sunt de acord cu opinia raportorului, potrivit căreia politica de coeziune contribuie în mod semnificativ la realizarea obiectivelor Strategiei Europa 2020 privind creșterea inteligentă, durabilă și favorabilă incluziunii.

Salut faptul că în raport se solicită, ținând seama de întârzierile și constrângerile legate de timp care au survenit la începutul actualei perioade de programare, să se organizeze o discuție cuprinzătoare în timp util cu privire la viitorul politicii de coeziune a UE după 2020 și să fie aliniată la strategia pe termen lung revizuită în ceea ce privește UE și noul CFM.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório, em diversos pontos, torna evidente o que pretende: a conciliação das políticas de coesão, no âmbito do Quadro de Financiamento 2014-2020, com o cumprimento dos Objetivos Europa 2020 — entendidos como estando em sintonia com a coesão na UE. Pretende, assim, criar condicionantes *ex ante* e vincular as Recomendações Específicas por País à programação dos fundos para 2014-2020.

Se, por um lado, numa perspetiva de União, é racional conciliar os vários investimentos, evitando sobreposições e contradições, por outro, a definição dos Objetivos Europa 2020 tem um enquadramento federalista e uma definição artificial e burocrática, conduzindo à diminuição da coesão, no contexto sociológico e territorial. O facto de se conjugar com as políticas de coesão os Fundos Europeus Estruturais de Investimentos e os Quadros Financeiros Plurianuais está a condicionar estes aos objetivos macro da UE e não às necessidades específicas de desenvolvimento dos Estados-Membros. Votámos contra.

8.11. Die europäischen Struktur- und Investitionsfonds und die ordnungsgemäße wirtschaftspolitische Steuerung (A8-0268/2015 - José Blanco López)

Dichiarazioni di voto scritte

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Me preocupan las implicaciones prácticas de las reprogramaciones y suspensiones de fondos europeos al amparo del artículo 23 del Reglamento sobre disposiciones comunes, conforme a la denominada «condicionalidad macroeconómica» rechazada por el Grupo S&D, pero incorporada la pasada legislatura; y ello, desde la perspectiva de que la política de cohesión constituye a menudo, en el contexto de la crisis, la única fuente de inversión pública de muchas regiones.

El informe incide en las garantías para que el artículo 23 sea utilizado como una medida de último recurso, considerando que la solidaridad europea no debe verse obstaculizada por los mecanismos de gobernanza económica. Los beneficiarios de fondos, regiones y ayuntamientos no pueden ser perjudicados por fallos macroeconómicos a niveles superiores de la Administración.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Conforme al informe, la Eurocámara debe constituirse en el principal garante democrático de la aplicación adecuada de la macrocondicionalidad del artículo 23, debiendo la Comisión tener en cuenta sus posicionamientos. Se subraya, pues, la necesidad de una colaboración interinstitucional constante, clara y transparente.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – El informe se centra en la Comunicación realizada por la Comisión Europea sobre las directrices para vincular los Fondos Estructurales con el artículo 23 del Reglamento n.º 1303/2013, en la que la propia Comisión anuncia que la ayuda procedente de los Fondos Estructurales debe estar estrechamente vinculada al cumplimiento de la gobernanza de la UE.

Así pues, viene a justificar la existencia de la reprogramación y suspensión de los fondos a las regiones cuando los Estados miembros a los que pertenecen no cumplen los criterios marcados por el Semestre Europeo para corregir el grado de endeudamiento (políticas de recortes y reformas que cercenan derechos en la legislación laboral, entre otras).

El informe del Parlamento legitima la existencia de la llamada «macrocondicionalidad» como último recurso. Además, la inmensa mayoría de la Eurocámara ha votado a favor de que se declare que los instrumentos de gobernanza económica contribuyen a un «entorno macroeconómico estable», ignorando los dramáticos efectos de las medidas de austeridad en la población europea, y en la española en particular.

De hecho, ni siquiera se votó a favor de la propuesta de eliminar los Fondos Estructurales del cómputo global de déficit público de un Estado. Por todo ello, obviamente, he votado en contra.

Martina Anderson (GUE/NGL), in writing. – Article 23 of the Common Provision Regulations is a destructive mechanism that further entrenches austerity by linking cohesion funding to 'sound economic governance' – also known as 'macro-economic conditionalities'. It allows funding programmes at a local or regional level to be suspended or 'reprogrammed' because of factors outside the control of those affected, such as national budget deficits. This would cause significant harm, particularly to vulnerable regions and Member States still suffering from the economic and social crisis.

While the report is mildly critical and recommends some safeguards, it ultimately accepts the premise of 'sound economic governance' in the context of cohesion funding.

For this reason, my colleague Martina Anderson tabled an alternative resolution on behalf of the GUE/NGL group calling for the mechanism not to be used and for its review, which unfortunately did not succeed. I also voted for a specific amendment, tabled by more than 76 MEPs, calling for the decoupling of this important funding from the calculation of national deficits. This amendment was also unsuccessful.

As the report therefore endorses - if critically - a mechanism that will impose austerity policies on local and regional communities, I voted against the report.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Le rapport de M. López a pour objet d'apporter des précisions sur l'utilisation de l'article 23 du règlement portant dispositions communes relatives aux fonds structurels et d'investissement européens. Le texte du rapport insiste pour que l'application de cet article se fasse de manière équilibrée. Pour cela, il dispose, à juste titre, qu'il y a lieu d'éviter les reprogrammations incessantes et que le mécanisme de suspension de paiement qui est un pouvoir discrétionnaire de la Commission doit rester exceptionnel. En outre, le rapport demande à la Commission de présenter un livre blanc dans lequel seront analysées les retombées et l'efficacité des investissements publics à long terme. Avec mes collègues, nous espérons que cela obligera la Commission. Une étude indépendante serait néanmoins la bienvenue.

Parmi les aspects négatifs du rapport, je constate qu'il fait porter toute la responsabilité de l'augmentation de la dette publique sur les politiques budgétaires des États membres alors que l'Union européenne a également sa part de responsabilité, à travers notamment sa politique monétaire aberrante. La politique de cohésion vantée par le rapport n'a apportée ni prospérité, ni croissance.

Parce que ce texte limite les marges de manœuvre de la Commission, je me suis abstenue malgré mon désaccord au sujet la gouvernance économique européenne.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – It is consistent with my principles as a UKIP MEP to oppose this resolution on the European Structural and Investment Funds.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – La macro-conditionnalité est un instrument dont la portée reste très limitée (cf. mesures budgétaires exceptionnelles pour la Grèce). Louable ce principe est encore trop lié à la logique de juste retour.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – stabili makroekonominė aplinka, įskaitant aukštos kokybės valdymą visais lygmenimis, sudaro sąlygas sėkmingai panaudoti Europos struktūrinių ir investicijų (ESI) fondų lėšas. Tačiau reikia taikyti objektyvius kriterijus siekiant įvertinti, ar valstybė narė ėmėsi efektyvių veiksmų panaudojant ESI fondų lėšas. Pritariu, kad taikant 23 straipsnio nuostatas svarbu laikytis proporcingumo ir vienodo požiūrio principų bei užtikrinti tvaresnę ir veiksmingesnę sanglaudos politiką.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A javaslat az európai strukturális és beruházási alapokra vonatkozó rendelet 23. cikkéhez fogalmaz meg ajánlásokat. A 23. cikk alapján a Bizottság kérheti egy tagállamtól partnerségi megállapodásának, illetve egyes programjainak felülvizsgálatát, és amennyiben a tagállam – a Bizottság megítélése szerint – nem hoz hatékony intézkedéseket, javasolhatja a Tanácsnak, hogy teljes egészében vagy részben függessze fel az érintett programok vagy prioritások részére nyújtott kifizetéseket.

A Parlament arra törekszik, hogy ezekre az intézkedésekre csak a legindokoltabb esetben és a lehető legkiegyensúlyozottabb módon kerüljön sor. Egy esetleges felfüggesztés esetében a Parlament óvatos megközelítést javasol, kiemelve, hogy a válság alatt egyes területeken csak és kizárólag EU-s forrásokkal lehet fejlesztéseket véghezvinni. Továbbá megjegyzi, hogy bizonyos területeken kifejezetten kontraproduktívnak tartja a támogatások felfüggesztését. A jelentés javasolja azt is, hogy egy esetleges átprogramozás vagy felfüggesztés estén a Parlamentet mindenképpen vonják be a határozat vagy javaslat elfogadása során. Mindezek alapján a jelentést támogattam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Article 23 of the CPR demonstrates the lack of democracy in the EU. The fact that the Commission can tell the Council to withdraw funding from a Member State without consulting the elected Parliament highlights the democratic deficit. The reality with this report is that there will be no change; if Parliament received more powers of 'scrutiny' from the Commission they would only be allowed to give an opinion and not fully go against the judgment of the Commission. Therefore we were against this legislation.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Il est essentiel que nous ne perdions pas de vue le rôle et les objectifs originels de la politique de cohésion et son importance en tant qu'instrument permettant de maintenir l'investissement dans les régions européennes, en particulier dans un contexte de crise et d'instabilité économiques. Les mécanismes de gouvernance économique ne devraient pas entraver la poursuite des objectifs plus vastes de la cohésion économique, sociale et territoriale en pénalisant les entités régionales ou locales.

J'ai approuvé ce texte tant il est vital de soutenir le travail des entités régionales et locales même si je regrette la non adoption de l'amendement que j'ai cosigné demandant que la clause d'investissement soit révisée afin que les investissements régionaux et nationaux cofinancés au titre des fonds ESI puissent être exclus du calcul des déficits nationaux dans le cadre du semestre européen.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne les fonds structurels et d'investissements européens pour une bonne gouvernance économique qui fait écho à la communication de la Commission sur les «lignes directrices relatives à l'application des mesures établissant un lien entre l'efficacité des Fonds structurels et d'investissement européens».

Si ce texte vise à limiter le pouvoir de la Commission en matière de conditionnalité macroéconomique des aides, il ne supprime pas pour autant ces dispositions qui sont inacceptables et renforcent ainsi l'emprise de la Commission avec l'austérité. D'autre part, ce rapport fait reposer l'augmentation de la dette publique uniquement sur les politiques des États membres, alors que la majeure partie vient d'un transfert de dette privée vers le public (notamment depuis l'euro ou les lois interdisant l'emprunt à 0% auprès des banques nationales), renforcée par la politique austéritaire exigée par Bruxelles. Je me suis cependant abstenue parce qu'il atténue la portée du texte présenté par la Commission.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Considerati gli scarsi risultati riguardanti l'attuazione delle raccomandazioni specifiche per Paese per la politica di coesione, auspico l'intera revisione del concetto di politica di coesione e delle relative politiche in atto. Per questo mi sono astenuta dal voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Me preocupan las implicaciones prácticas de las reprogramaciones y suspensiones de fondos europeos al amparo del artículo 23 del Reglamento sobre disposiciones comunes, conforme a la denominada «condicionalidad macroeconómica» rechazada por el Grupo S&D, pero incorporada la pasada legislatura; y ello, desde la perspectiva de que la política de cohesión constituye a menudo, en el contexto de la crisis, la única fuente de inversión pública de muchas regiones.

El informe incide en las garantías para que el artículo 23 sea utilizado como una medida de último recurso, considerando que la solidaridad europea no debe verse obstaculizada por los mecanismos de gobernanza económica. Los beneficiarios de fondos, regiones y ayuntamientos no pueden ser perjudicados por fallos macroeconómicos a niveles superiores de la Administración.

Conforme al informe, la Eurocámara debe constituirse en el principal garante democrático de la aplicación adecuada de la macrocondicionalidad del artículo 23, debiendo la Comisión tener en cuenta sus posicionamientos. Se subraya, pues, la necesidad de una colaboración interinstitucional constante, clara y transparente.

Aunque favorable a la revisión del Pacto de Estabilidad y Crecimiento, no he apoyado la enmienda presentada en este sentido, una línea roja para PPE y ALDE, por escapar al objeto del informe y poner en peligro los progresos que contiene.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pateikia savo poziciją dėl kai kurių Europos struktūrinių ir investicijų fondų bei patikimo ekonomikos valdymo aspektų. ES sanglaudos politika yra Europos solidarumo išraiška, kurios tikslas – stiprinti ekonominę, socialinę ir teritorinę sanglaudą ES ir ypač mažinti regionų skirtumus, skatinant subalansuotą ir darnų socialinį ir ekonominį vystymąsi. Sanglaudos politika kartu yra ir investicijų politika, kurią įgyvendinant prisidedama prie pažangaus, tvaraus ir įtraukaus ES ir jos valstybių narių augimo. Geras valdymas ir veiksmingos viešosios institucijos valstybėse narėse yra itin svarbios tvariam ir ilgalaikiam ekonominiam augimui, darbo vietų kūrimui bei socialiniam ir teritoriniam vystymuisi ir, priešingai, ekonominis ir finansinis nenumatytumas ir teisinis neapibrėžtumas gali vesti į viešųjų ir privačiųjų investicijų mažėjimą, taigi kiltų grėsmė sanglaudos politikos tikslų siekiui. Visgi, Parlamentas labai griežtai pasisako dėl makroekonominių sąlygų taikymo struktūrinės paramos teikimui valstybėse narėse. Negalima leisti, kad dėl kitais administracijos lygmenimis padarytų makroekonominių pažeidimų būtų baudžiamos regioninės arba vietos valdžios institucijos taikant fondų lėšų perprogramavimą arba jų panaudojimo sustabdymą ir dėl to pablogėtų jų atitinkama ekonominė ir socialinė padėtis. Taigi, Parlamentas ragina makroekonominių sąlygiškumą struktūrinių lėšų panaudojimui valstybėse narėse taikyti tik kaip paskutinę išeitį, siekiant padėti veiksmingai įgyvendinti Europos struktūrinių ir investicijų (ESI) fondus.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Come noto, i Fondi strutturali e d'investimento europei hanno l'importante obiettivo di supportare lo sviluppo economico di tutti gli Stati membri dell'UE intervenendo sul *gap* di investimenti strategici che il mercato privato non è in grado di coprire. La necessità di coordinarsi e lavorare sinergicamente con altre politiche europee richiede che questi fondi siano accompagnati da una sana gestione economica.

Sostengo questa relazione che invita in questo senso la Commissione a un uso limitato, eccezionale e responsabile dell'art. 23 del regolamento recante disposizioni comuni (RDC), articolo che verte sulla cosiddetta condizionalità macroeconomica e prevede, ove necessario, un riassetto macroeconomico, una riprogrammazione o, in ultima istanza, una sospensione dei Fondi strutturali e di investimento europei.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće. U tekućem programskom razdoblju kohezijska politika je usko povezana s ciljevima strategije EU2020 i ekonomskim mehanizmima upravljanja. Slažem se kako lokalne i regionalne vlasti ne bi trebale biti kažnjene reprogramiranjem ili obustavom financiranja zbog makroekonomskih promašaja nacionalnih vlada te da treba držati ravnotežu između učinkovitog gospodarstva i ciljeva upravljanja.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – Article 23 of the Common Provision Regulations is a destructive mechanism that further entrenches austerity by linking cohesion funding to ‘sound economic governance’ – also known as ‘macro-economic conditionalities’. It allows funding programmes at a local or regional level to be suspended or ‘reprogrammed’ because of factors outside the control of those affected, such as national budget deficits. This would cause significant harm, particularly to vulnerable regions and Member States still suffering from the economic and social crisis.

While the report is mildly critical and recommends some safeguards, it ultimately accepts the premise of ‘sound economic governance’ in the context of cohesion funding.

For this reason, my colleague Martina Anderson tabled an alternative resolution on behalf of the GUE/NGL group calling for the mechanism not to be used and for its review, which unfortunately did not succeed. I also voted for a specific amendment, tabled by more than 76 MEPs, calling for the decoupling of this important funding from the calculation of national deficits. This amendment was also unsuccessful.

As the report therefore endorses - if critically - a mechanism that will impose austerity policies on local and regional communities, I voted against the report.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che, dato il carattere pluriennale e a lungo termine dei programmi e degli obiettivi dei Fondi SIE, sarebbe più utile svincolarli dai vari meccanismi approntati per garantire una sana governance economica sia a livello europeo che a livello nazionale che, invece, hanno un orizzonte temporale molto più limitato, perlopiù annuale. Questa soluzione renderebbe più agevole l'allocazione delle risorse e comporterebbe un miglioramento della situazione relativa agli investimenti sul continente europeo, soprattutto in nelle aree maggiormente colpite dalla crisi economica.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – È necessario rivedere l'articolo 23 del RDC per le rischiose conseguenze concrete della riprogrammazione e della sospensione dei fondi SIE. Gli obiettivi originari della politica di coesione dell'Unione europea, concernenti lo sviluppo e l'adeguamento della crescita nelle diverse aree dell'Unione, ne hanno fatto uno dei principali strumenti nel mantenimento degli investimenti territoriali in tempi di crisi e di instabilità socio-economica.

L'importanza del perseguimento della coesione territoriale, sociale ed economica non può essere messa in secondo piano in nome di un astratto efficientamento della governance. Le autorità locali e regionali non possono essere penalizzate attraverso una sospensione dei Fondi che comporterebbe un rapido deterioramento della situazione sociale ed economica dei territori colpiti laddove non riescano ad intervenire rapidamente altri livelli di amministrazione dotati di congrue risorse disponibili.

L'intervento dell'Unione deve essere sempre solidale e sostenibile, attento a fornire risposte proporzionate alle esigenze reali e ad impedire che regioni già svantaggiate o colpite dalla crisi economica paghino il prezzo più alto delle variazioni delle programmazioni economiche europee. La riprogrammazione dev'essere quindi limitata al minimo indispensabile e non può prescindere dalla situazione socioeconomica del territorio oggetto dell'attuazione, con trasparenza e oggettività del procedimento e rispetto delle finalità originarie della politica di coesione UE.

Steeve Brisois (ENF), par écrit. – L'article 23 du règlement portant dispositions communes (RDC) introduit un lien entre l'efficacité du FEIS et la bonne gouvernance économique des États membres. Cet article vise à conditionner la réception des fonds structurels européens aux résultats macro-économiques des États membres, notamment en termes de déficit ou de dette publique. Si un État ne met pas en œuvre les réformes structurelles recommandées par la Commission, il peut se voir suspendre les paiements. C'est la raison pour laquelle, la rapporteur propose de garantir que ces dispositions seront appliquées de manière équilibrée et exceptionnelle.

Néanmoins le rapporteur reconnaît que la forte augmentation du taux d'endettement des États membres depuis 2008 résulte essentiellement de la mauvaise gestion budgétaire des gouvernements nationaux et ne met pas suffisamment en avant la responsabilité de la Commission à travers les cures d'austérité qu'elle a imposées aux peuples européens. Par ailleurs ce rapport nous explique que la politique de cohésion a permis de réagir aux contraintes macro-économiques et budgétaires actuelles, ce que nous contestons formellement. Je me suis donc abstenu sur ce texte.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Politica de coeziune este o politică care se bazează pe dispozițiile Tratatului privind funcționarea Uniunii Europene și reprezintă o expresie a solidarității europene, care vizează consolidarea coeziunii economice, sociale și teritoriale. În același timp, politica de coeziune dorește să reducă decalajele dintre regiuni, încercând totodată să promoveze dezvoltarea socio-economică într-un mod cât mai echilibrat și armonios.

Deoarece a existat o majoritate preocupată de faptul că s-au adus în discuție implicații practice ale reprogramării și suspendării fondurilor structurale și de investiții europene, acest raport a încercat să ajungă la un echilibru între diferite viziuni referitoare la mecanismul condiționalității macroeconomice din perspectiva aplicării sale ca ultimă soluție în cadrul sistemului.

Am votat în favoarea Raportului referitor la fondurile structurale și de investiții europene și buna guvernare economică: orientări privind aplicarea articolului 23 din Regulamentul privind dispozițiile comune deoarece Parlamentul European trebuie să garanteze democrația aplicării dispozițiilor privind condiționalitatea macroeconomică, și mai mult, un schimb constant de informații fiabil între toate părțile interesate și o transparență deplină în fiecare etapă a procesului.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto di astensione. Positiva la ricomprensione del quadro macroeconomico nella definizione della politica di coesione, da non intendendosi come rispetto di parametri di austerità. In generale, considerando che i risultati ottenuti dagli Stati membri per quanto riguarda l'attuazione delle RSP (raccomandazioni specifiche per paese) sono scarsi, come dimostrato dalle valutazioni che la Commissione ha effettuato in relazione ai progressi registrati nell'attuazione delle 279 RSP emesse nel 2012 e nel 2013, non sostengo una più generale e completa revisione di tutte le politiche di coesione.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Me preocupan las implicaciones prácticas de las reprogramaciones y suspensiones de fondos europeos al amparo del artículo 23 del Reglamento sobre disposiciones comunes, conforme a la denominada «condicionalidad macroeconómica» rechazada por el Grupo S&D, pero incorporada la pasada legislatura; y ello, desde la perspectiva de que la política de cohesión constituye a menudo, en el contexto de la crisis, la única fuente de inversión pública de muchas regiones.

El informe incide en las garantías para que el artículo 23 sea utilizado como una medida de último recurso, considerando que la solidaridad europea no debe verse obstaculizada por los mecanismos de gobernanza económica. Los beneficiarios de fondos, regiones y ayuntamientos no pueden ser perjudicados por fallos macroeconómicos a niveles superiores de la Administración.

Conforme al informe, la Eurocámara debe constituirse en el principal garante democrático de la aplicación adecuada de la macrocondicionalidad del artículo 23, debiendo la Comisión tener en cuenta sus posicionamientos. Se subraya, pues, la necesidad de una colaboración interinstitucional constante, clara y transparente.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Les Fonds structurels et d'investissement ont un impact considérable sur le quotidien des citoyens européens. Grâce à eux, les citoyens peuvent entreprendre et mettre en place leurs projets. Il est toutefois très important de veiller à une gestion rigoureuse de ces Fonds, afin qu'ils puissent réellement servir leurs objectifs. La conditionnalité macroéconomique a été instituée dans cette perspective. La bonne gouvernance d'un État membre est une condition sine qua non pour que les Fonds structurels soient reversés aux entités locales. Ces mesures de reprogrammation ou de suspension des Fonds par la Commission européenne sont néanmoins très rares et soumises à de nombreux critères de détermination d'un manquement au principe de bonne gouvernance.

L'objectif de la conditionnalité macroéconomique est d'encourager les États membres à mettre en œuvre les réformes structurelles nécessaires au redressement de l'activité économique de l'Union. Le principe est louable. Cependant, il faut faire attention à ce que les entités décentralisées, régionales ou municipales qui possèdent une certaine autonomie de gestion ne pâtissent pas des mauvaises décisions d'un État central. J'ai donc voté en faveur de ce rapport, qui insiste sur la nécessité de faire preuve d'une grande prudence dans l'utilisation de la conditionnalité macroéconomique.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sui Fondi strutturali e di investimento europei e una sana governance economica che contiene gli orientamenti per l'attuazione dell'articolo 23 del regolamento recante disposizioni comuni. La relazione evidenzia come il Parlamento sia a favore della soppressione in toto delle disposizioni in materia di condizionalità macroeconomica, che pone maggiore pressione sugli Stati membri già colpiti da difficoltà finanziarie. Inoltre, la condizionalità macroeconomica e la sua applicazione non dovrebbero mettere a repentaglio o minacciare la realizzazione dei principi fondamentali della politica di coesione, come la coesione economica, sociale e territoriale. Tuttavia, a causa della resistenza della Commissione e del Consiglio, il principio di condiziona-

Mittwoch, 28. Oktober 2015

lità macroeconomica è stato inserito ancora una volta nel regolamento recante disposizioni comuni (RDC). Con questa relazione d'iniziativa non possiamo eliminare o modificare le disposizioni dell'articolo 23 RDC nel modo in cui appaiono nel regolamento. Tuttavia, la relazione può far sì che si applichino nella maniera più giustificata ed equilibrata possibile.

Matt Carthy (GUE/NGL), in writing. – Article 23 of the Common Provision Regulations is a destructive mechanism that further entrenches austerity by linking cohesion funding to 'sound economic governance' – also known as 'macro-economic conditionalities'. It allows funding programmes at a local or regional level to be suspended or 'reprogrammed' because of factors outside the control of those affected, such as national budget deficits. This would cause significant harm, particularly to vulnerable regions and Member States still suffering from the economic and social crisis.

While the report is mildly critical and recommends some safeguards, it ultimately accepts the premise of 'sound economic governance' in the context of cohesion funding.

For this reason, my colleague Martina Anderson tabled an alternative resolution on behalf of the GUE/NGL group calling for the mechanism not to be used and for its review, which unfortunately did not succeed. I also voted for a specific amendment, tabled by more than 76 MEPs, calling for the decoupling of this important funding from the calculation of national deficits. This amendment was also unsuccessful.

As the report therefore endorses - if critically - a mechanism that will impose austerity policies on local and regional communities, I voted against the report.

James Carver (EFDD), in writing. – Article 23 of the CPR demonstrates the lack of democracy in the EU. The fact that the Commission can tell the Council to withdraw funding from a Member State without consulting the elected Parliament highlights the democratic deficit. The reality with this report is that there will be no change; if Parliament received more powers of 'scrutiny' from the Commission they would only be allowed to give an opinion and not fully go against the judgment of the Commission. Therefore we were against this legislation.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – La relazione riguarda l'ambito di applicazione del regolamento che concerne il meccanismo della macrocondizionalità economica; si tratta della possibilità per la Commissione di chiedere a uno Stato membro di rivedere e proporre di modificare il suo contratto di partenariato e i programmi rilevanti, ove necessario per attuare raccomandazioni del Consiglio o per massimizzare l'impatto sulla crescita e la competitività dei fondi europei strutturali e di investimento (SIE) negli Stati membri che beneficiano di assistenza finanziaria. La relazione avrebbe potuto esprimere una chiara e netta contrarietà al meccanismo in sé, mentre invece si limita ad una serie di deboli raccomandazioni. È stato anche respinto un emendamento da noi proposto nel quale si chiedeva lo scorporo delle risorse destinate al cofinanziamento per l'utilizzo dei fondi dal computo del deficit pubblico al fine del rispetto della parità di bilancio. Ho quindi votato contro la relazione.

Caterina Chinnici (S&D), per iscritto. – Gli orientamenti pubblicati dalla Commissione europea sull'attuazione della condizionalità macroeconomica suscitano molte preoccupazioni e riaccendono il dibattito politico che aveva animato l'approvazione dei regolamenti istitutivi dei fondi SIE (per la programmazione 2014-2020) subordinati al rispetto delle procedure di governance economica. La facoltà della Commissione di chiedere agli Stati che presentano squilibri macroeconomici di riprogrammare parte dei finanziamenti e (secondo quando stabilito dall'articolo 23 del regolamento sulle disposizioni comuni) di sospendere i pagamenti potrebbe, se attuata, penalizzare pesantemente l'efficacia della politica di coesione dell'Unione e condizionare lo sviluppo economico delle regioni, per molte delle quali i fondi strutturali rappresentano l'unica fonte di finanziamento pubblico.

Credo che si debba ritornare a riaprire, nelle sedi opportune, la questione sulla possibilità di escludere dal calcolo dei disavanzi pubblici gli investimenti cofinanziati dai Fondi SIE; una richiesta avanzata da diverso tempo dal mio paese. In considerazione degli effetti che avrebbero sui territori le disposizioni dell'articolo 23, mi associo alla richiesta del Parlamento alla Commissione affinché il Parlamento partecipi, anche in via consultiva, ai processi di riprogrammazione ed eventuale sospensione dei fondi per garantire la corretta applicazione della clausola di condizionalità macroeconomica.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Στην έκθεση τονίζεται η σημασία των μέσων και των πόρων της πολιτικής συνοχής για να διατηρηθεί το ύψος των ευρωπαϊκών επενδύσεων προστιθέμενης αξίας στα κράτη μέλη και στις περιφέρειες, καθώς και για την ενίσχυση της δημιουργίας νέων θέσεων εργασίας και τη βελτίωση των κοινωνικοοικονομικών συνθηκών, ιδίως εκεί όπου οι επενδύσεις έχουν μειωθεί σημαντικά λόγω της οικονομικής και χρηματοπιστωτικής κρίσης.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché concordo con la grande maggioranza dei colleghi riguardo alle preoccupazioni per le conseguenze pratiche della riprogrammazione e della sospensione dei Fondi SIE in virtù dell'articolo 23 RDC: si dovrebbe cercare un giusto equilibrio tra le diverse visioni del meccanismo di condizionalità macroeconomica. Sono poi convinto che sia opportuno formalizzare la partecipazione del Parlamento, in qualità di principale garante democratico della corretta applicazione delle disposizioni - in linea con l'articolo 23 - e dare allo stesso la facoltà di essere consultato in tutte le fasi per quanto riguarda l'adozione delle richieste di riprogrammazione o di eventuali proposte e decisioni sulla sospensione degli impegni o pagamenti. Pongo l'accento sulla necessità di una collaborazione costante, chiara e trasparente a livello inter istituzionale. Infine non si può permettere che le autorità regionali o locali possano essere penalizzate, attraverso una riprogrammazione o una sospensione dei Fondi con il conseguente deterioramento della propria situazione economica e sociale. Sono convinto che grazie a queste modifiche si possa garantire una risposta proporzionata al fine di evitare di recare ulteriori svantaggi a regioni già in difficoltà.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Article 23 of the CPR demonstrates the lack of democracy in the EU. The fact that the Commission can tell the Council to withdraw funding from a Member State without consulting the elected Parliament highlights the democratic deficit. The reality with this report is that there will be no change; if Parliament received more powers of 'scrutiny' from the Commission they would only be allowed to give an opinion and not fully go against the judgment of the Commission. Therefore we were against this legislation.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Article 23 of the CPR demonstrates the lack of democracy in the EU. The fact that the Commission can tell the Council to withdraw funding from a Member State without consulting the elected Parliament highlights the democratic deficit. The reality with this report is that there will be no change; if Parliament received more powers of 'scrutiny' from the Commission they would only be allowed to give an opinion and not fully go against the judgment of the Commission. Therefore we were against this legislation.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La politica di coesione ha svolto sino ad ora il compito fondamentale di promuovere l'occupazione e di migliorare le situazioni socio-economiche all'interno degli Stati membri, altresì ha stimolato gli investimenti in linea con il raggiungimento degli obiettivi macroeconomici dell'Unione. Tuttavia, permangono molte perplessità riguardo all'articolo 23 del regolamento recante disposizioni comuni, il quale prevedrebbe la riprogrammazione e la sospensione dei Fondi SIE. Concordo con il relatore sul fatto che una frequente riprogrammazione sarebbe controproducente e che dovrebbe essere evitata al fine di non perturbare la gestione del fondo o compromettere la stabilità e la prevedibilità della strategia d'investimento pluriennale. Pertanto, l'applicazione dell'articolo 23 dovrebbe avvenire solo in situazioni eccezionali per consentire di conseguire una politica di coesione sostenibile ed efficace e sotto la supervisione del Parlamento europeo, quale principale garante democratico della corretta applicazione delle disposizioni in materia di condizionalità macroeconomica del RCD.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione verte sull'ambito di applicazione dell'articolo 23 del regolamento 1303/2013 concernente il meccanismo della macro condizionalità economica, ossia la possibilità per la Commissione di chiedere a uno Stato membro di rivedere e proporre di modificare il suo contratto di partenariato e i programmi rilevanti, ove necessario per sostenere l'attuazione delle raccomandazioni pertinenti del Consiglio o per massimizzare l'impatto sulla crescita e la competitività dei fondi SIE negli Stati membri beneficiari dell'assistenza finanziaria. Già in sede di negoziazione del regolamento, nel 2012-2013, l'argomento era stato oggetto di numerose critiche, in quanto, in questa maniera, la politica economica di uno Stato membro potrebbe influire negativamente sull'implementazione dei singoli programmi operativi regionali e nazionali. In seguito alla debole relazione del relatore, il quale ha preferito limitarsi a esprimere una serie di raccomandazioni piuttosto deboli, senza minimamente mettere in discussione il legame tra politica di coesione e solida governance economica e in seguito alla bocciatura di un emendamento sulla revisione della clausola d'investimento, ho deciso di esprimere voto contrario.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe se centra en la Comunicación realizada por la Comisión Europea sobre las directrices para vincular los Fondos Estructurales con el artículo 23 del Reglamento n.º 1303/2013, en la que la propia Comisión anuncia que la ayuda procedente de los Fondos Estructurales debe estar estrechamente vinculada al cumplimiento de la gobernanza de la UE.

Así pues, viene a justificar la existencia de la reprogramación y suspensión de los fondos a las regiones cuando los Estados miembros a los que pertenecen no cumplen los criterios marcados por el Semestre Europeo para corregir el grado de endeudamiento (políticas de recortes y reformas que cercenan derechos en la legislación laboral, entre otras).

El informe del Parlamento legitima la existencia de la llamada «macrocondicionalidad» como último recurso. Además, la inmensa mayoría de la Eurocámara ha votado a favor de que se declare que los instrumentos de gobernanza económica contribuyen a un «entorno macroeconómico estable», ignorando los dramáticos efectos de las medidas de austeridad en la población europea, y en la española en particular.

De hecho, ni siquiera se votó a favor de la propuesta de eliminar los Fondos Estructurales del cómputo global de déficit público de un Estado. Por todo ello, obviamente, he votado en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Spiace dirlo, ma ho votato contro la relazione, perché ritenevo, e ritengo, che essa rappresentava una ottima occasione per rilanciare il tema di una *golden rule* degli investimenti fatti a titolo di cofinanziamento dei fondi strutturali. Abbiamo sprecato una occasione ottima per dare concretezza alle parole che, troppo spesso in maniera avventata e senza comprenderne appieno il senso, andiamo ripetendo. Noi, come Parlamento, ci siamo espressi fin dal primo momento contro la condizionalità macroeconomica. Dopo una lunga battaglia, quella norma l'abbiamo subita, per il volere di Commissione e Consiglio. Noi, anzitutto *Socialisti&Democratici*, restiamo convinti che il patto di stabilità e crescita, così come è, pregiudichi una reale politica di investimenti e per questo ne chiediamo una revisione, anzitutto per escludere le risorse del cofinanziamento dei fondi ESI. Abbiamo perso, purtroppo, ma di certo non finisce qui la battaglia per consentire a Stati e regioni di utilizzare al meglio i fondi, liberi dalle rigidità di una austerità che ha prodotto perdita di investimenti e di posti di lavoro.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Art. 23 rozporządzenia UE nr 1303/2013 w swej pierwszej części przewiduje procedurę przeprogramowania lub opcjonalnego zawieszenia funduszy strukturalnych i funduszy inwestycyjnych. Istnieją uzasadnione obawy, iż wykładnia językowa normy może prowadzić do naruszenia zasad pomocniczości i partnerstwa, które leżą u podstaw polityki spójności, jak i spowodować niestabilność makroekonomiczną, narazić bezpośrednio lub pośrednio jednostki samorządu lokalnego i regionalnego na negatywne konsekwencje gospodarcze i społeczne lub też skutkować niestabilnością finansową regionów znajdujących się w złej sytuacji ekonomicznej. Celem wprowadzenia wspomnianej regulacji było zapewnienie jak najbardziej zrównoważonej i efektywnej polityki spójności, która dziś realizuje się w dużej mierze w strategii „Europa 2020”. Obecne porozumienia o partnerstwie i programy z państwami członkowskimi skupiają się na realizacji wspomnianej strategii, zatem stosowanie art. 23 przy przyjęciu wykładni funkcjonalnej wydaje się możliwe tylko i wyłącznie w sytuacji uzasadnionej szczególnymi, wyjątkowymi okolicznościami.

W związku z podzielanym przeze mnie zaniepokojeniem potencjalnymi konsekwencjami, jakie mogą wiązać się z stosowaniem art. 23 w praktyce, zagłosowałem za przyjęciem rezolucji, której celem jest zapewnienie uzasadnionego i wyważonego stosowania procedury przeprogramowania środków oraz zwrócenie uwagi na niezdefiniowaną rolę i niedostateczne uczestnictwo Parlamentu Europejskiego w tej procedurze.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the REGI Committee resolution since it highlighted the practical implications of the reprogramming and suspension of funding as a result of the macroeconomic failings of a national government. I believe that a balance should be kept between the need for effective economic governance and cohesion policy goals and this vote reflected exactly this.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider că rolul activ al Parlamentului European în aplicarea și controlarea aplicării articolului 23 trebuie să fie evidențiat și susținut de o colaborare transparentă și de un schimb de informații eficient pe parcursul procesului.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Pe de altă parte, o mai bună coordonare instituțională între toate administrațiile, alături de procese de reprogramare simple și transparente, sunt lucruri esențiale pentru îndeplinirea obiectivelor politicii de coeziune, având în vedere rolul acesteia pentru menținerea investițiilor în regiunile europene.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative vise à préciser les conditions d'application des mesures de bonne gouvernance concernant l'utilisation efficace des fonds structurels et d'investissement européens. Le rapport invite les États membres à exploiter au mieux la souplesse prévue par les règles en vigueur du pacte de stabilité et de croissance dans le cadre de l'utilisation des fonds structurels et d'investissement européens. Il estime également essentiel de veiller au respect de la transparence et de l'obligation de rendre des comptes en confiant au Parlement le contrôle démocratique du système de gouvernance. Le rapport appelle enfin de ses vœux à la création d'une configuration du Conseil spécifiquement consacrée à la politique de cohésion. Soutenant ces objectifs, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Article 23 of the CPR demonstrates the lack of democracy in the EU. The fact that the Commission can tell the Council to withdraw funding from a Member State without consulting the elected Parliament highlights the democratic deficit. The reality with this report is that there will be no change; if Parliament received more powers of 'scrutiny' from the Commission they would only be allowed to give an opinion and not fully go against the judgment of the Commission. Therefore we were against this legislation.

Philippe De Backer (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I support the macroeconomic conditionality as a prerequisite of an effective cohesion policy. Member States should be applying the EU Economic Governance rules. These will enable them to increase the value for money of the cohesion policy. If they do not follow the rules the Commission will be able to request Member States to reprogramme funds or suspend them if the Member States do not take the required measures. It is a balanced compromise between different stakeholders.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Támogattam „az európai strukturális és befektetési alapokról és a gondos gazdasági kormányzásról: iránymutatás a közös rendelkezésekről szóló rendelet 23. cikkének végrehajtásához” című jelentést a strasbourgi plenáris szavazás során.

A 23. cikk valószínűleg a közös rendelkezésekről szóló rendelet legvitatottabb része. Az Európai Parlament jelentése a makrogazdasági feltételelességre vonatkozó valamennyi rendelkezés törlését javasolta a szövegből, azonban a makrogazdasági feltételelesség mégis belekerült a közös rendelkezések végleges szövegébe.

José Blanco López jelentése kizárólag a 23. cikk első részére (fakultatív átprogramozások, a strukturális és beruházási alapok kifizetéseinek fakultatív felfüggesztése) vonatkozik.

Az Európai Bizottság is elismeri, hogy az átprogramozásokat szigorúan a szükséges legkisebb mértékre kell visszazsorítani, és a 23. cikk alkalmazása során figyelembe kell venni a tagállam egyedi gazdasági és társadalmi helyzetét.

A makrogazdasági feltételelesség alkalmazásának indokoltnak, a szóban forgó régióra, régiókra vonatkozó kohéziós politika céljainak megvalósítása szempontjából előnyösnek kell lennie. Nem elfogadható, hogy a helyi és a regionális önkormányzatok büntethetők legyenek az alapok átprogramozása vagy felfüggesztése révén azért, mert az igazgatás más szintjein nem teljesülnek a makrogazdasági feltételek.

Az Európai Parlamentnek aktív szerepet kell játszania a közös rendelkezésekről szóló 23. cikk alkalmazásának felügyeletében, amihez állandó, megbízható információáramlásra van szükség minden érintett szereplő között, és az esetleges alkalmazás folyamatának minden szakaszában biztosítani kell a teljes átláthatóságot.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – J'ai souhaité concernant sur les lignes directrices relatives à la mise en œuvre de la conditionnalité macro-économique dans les cadres des fonds structurels apporter, à travers mon vote, une critique de ce texte qui établit un lien direct entre la politique de cohésion et les dispositions de gouvernance économique introduites par le pacte de stabilité et de croissance, et ce malgré l'opposition constante des autorités locales et régionales qui mettent en avant le fait qu'elles ne sont pas responsables des déficits publics nationaux excessifs, puisque la plupart d'entre elles sont constitutionnellement tenues d'équilibrer leurs budgets.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Les fonds ESI, dont l'impact positif sur la croissance est avéré, sont l'une des illustrations les plus concrètes du principe de solidarité européenne, principe qui fonde l'engagement européen des socialistes. Il faut résolument les préserver. Une approche trop dogmatique des critères de convergence est, en l'espèce, à exclure. Comment expliquer à des habitants d'un territoire que l'Europe ne les soutient pas parce que la charge de la dette – dont ils ne sont pas responsables mais simplement héritiers – est jugée trop importante ? C'est une double peine injuste et injustifiée. En tant qu'ancien président de région, je ne peux m'y résoudre.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – Támogattam az „európai strukturális és befektetési alapokról és a gondos gazdasági kormányzásról: iránymutatás a közös rendelkezésekről szóló rendelet 23. cikkének végrehajtásához” című jelentést a strasbourgi plenáris szavazás során.

A 23. cikk valószínűleg a közös rendelkezésekről szóló rendelet legvitatottabb része. Az Európai Parlament jelentése a makrogazdasági feltételelességre vonatkozó valamennyi rendelkezés törlését javasolta a szövegből, azonban a makrogazdasági feltételelesség mégis belekerült a közös rendelkezések végleges szövegébe.

José Blanco López jelentése kizárólag a 23. cikk első részére (fakultatív átprogramozások, a strukturális és beruházási alapok kifizetéseinek fakultatív felfüggesztése) vonatkozik.

Az Európai Bizottság is elismeri, hogy az átprogramozásokat szigorúan a szükséges legkisebb mértékre kell visszaszorítani, és a 23. cikk alkalmazása során figyelembe kell venni a tagállam egyedi gazdasági és társadalmi helyzetét.

A makrogazdasági feltételelesség alkalmazásának indokoltnak, a szóban forgó régióra, régiókra vonatkozó kohéziós politika céljainak megvalósítása szempontjából előnyösnek kell lennie. Nem elfogadható, hogy a helyi és a regionális önkormányzatok büntethetők legyenek az alapok átprogramozása vagy felfüggesztése révén azért, mert az igazgatás más szintjein nem teljesülnek a makrogazdasági feltételek.

Az Európai Parlamentnek aktív szerepet kell játszania a közös rendelkezésekről szóló 23. cikk alkalmazásának felügyeletében, amihez állandó, megbízható információáramlásra van szükség minden érintett szereplő között, és az esetleges alkalmazás folyamatának minden szakaszában biztosítani kell a teljes átláthatóságot.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Ce rapport sur les Fonds structurels et d'investissement consiste principalement en un assouplissement des règles de suspension des paiements desdits Fonds.

En prônant une analyse au cas par cas, ce rapport est néanmoins peu satisfaisant. Ainsi, il ne tient pas compte de l'opposition à une économie mondialisée et perpétue plus encore la politique d'intégration des politiques économiques des pays souverains dans un ensemble macroéconomique sans légitimité ni efficacité.

Malgré quelques idées intéressantes, l'incohérence domine ce rapport, c'est pourquoi je me suis abstenue.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Η χρηστή οικονομική διακυβέρνηση και η διασύνδεσή της με τα ευρωπαϊκά διαρθρωτικά και επενδυτικά ταμεία (ΕΔΕΤ) έχει συμβάλει στην αναποτελεσματικότητα της πολιτικής συνοχής, ιδίως το άρθρο 23 του ΚΚΔ και η αναστολή πληρωμών, που έχουν τιμωρητικό χαρακτήρα, αφού δεν λαμβάνεται υπόψη η κατάσταση των κρατών και περιφερειών που αντιμετωπίζουν κοινωνικοοικονομικές δυσκολίες, εξαιτίας της κρίσης.

Η πρακτική έχει αποδείξει ότι οι αρχές της αναλογικότητας και επικουρικότητας δεν βρίσκουν εφαρμογή στην περίπτωση των ΕΔΕΤ, ιδίως στις ανά χώρα συστάσεις, που αποτυγχάνουν στην επίτευξη της οικονομικής μεγέθυνσης και τη δημιουργία βιώσιμης ανάπτυξης και νέων θέσεων εργασίας, γεγονός που συνεπάγεται τη λήψη μέτρων (επιπλέον λιτότητα και μειώσεις), αντίθετων προς τους στόχους της πολιτικής συνοχής.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Támogattam az „európai strukturális és befektetési alapokról és a gondos gazdasági kormányzásról: iránymutatás a közös rendelkezésekről szóló rendelet 23. cikkének végrehajtásához” című jelentést a strasbourgi plenáris szavazás során.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

A 23. cikk valószínűleg a közös rendelkezésekről szóló rendelet legvitatottabb része. Az Európai Parlament jelentése a makrogazdasági feltételelességre vonatkozó valamennyi rendelkezés törlését javasolta a szövegből, azonban a makrogazdasági feltételelesség mégis belekerült a közös rendelkezések végleges szövegébe.

José Blanco López jelentése kizárólag a 23. cikk első részére (fakultatív átprogramozások, a strukturális és beruházási alapok kifizetéseinek fakultatív felfüggesztése) vonatkozik.

Az Európai Bizottság is elismeri, hogy az átprogramozásokat szigorúan a szükséges legkisebb mértékre kell visszaszorítani, és a 23. cikk alkalmazása során figyelembe kell venni a tagállam egyedi gazdasági és társadalmi helyzetét.

A makrogazdasági feltételelesség alkalmazásának indokoltnak, a szóban forgó régióra, régiókra vonatkozó kohéziós politika céljainak megvalósítása szempontjából előnyösnek kell lennie. Nem elfogadható, hogy a helyi és a regionális önkormányzatok büntethetők legyenek az alapok átprogramozása vagy felfüggesztése révén azért, mert az igazgatás más szintjein nem teljesülnek a makrogazdasági feltételek.

Az Európai Parlamentnek aktív szerepet kell játszania a közös rendelkezésekről szóló 23. cikk alkalmazásának felügyeletében, amihez állandó, megbízható információáramlásra van szükség minden érintett szereplő között, és az esetleges alkalmazás folyamatának minden szakaszában biztosítani kell a teljes átláthatóságot.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – Article 23 of the CPR demonstrates the lack of democracy in the EU. The fact that the Commission can tell the Council to withdraw funding from a Member State without consulting the elected Parliament highlights the democratic deficit. The reality with this report is that there will be no change; if Parliament received more powers of 'scrutiny' from the Commission they would only be allowed to give an opinion and not fully go against the judgment of the Commission. Therefore we were against this legislation.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – Os correlatores do Parlamento Europeu para o Regulamento Disposições Comuns propuseram a supressão de todas as disposições em matéria de condicionalidade macroeconómica. Foram apresentadas várias alterações, por exemplo, em nome de vários grupos políticos do Parlamento que também propunham a supressão dessas disposições. No entanto, a condicionalidade macroeconómica acabou por ser incorporada no Regulamento. O acordo alcançado pelo Parlamento, pelo Conselho e pela Comissão foi aprovado sem que tivesse sido possível submeter à votação as alterações que visavam a sua supressão.

Este relatório de iniciativa não permite suprimir nem alterar as disposições do artigo 23.º do RDC, tal como constam do Regulamento. Só pode garantir que essas disposições sejam aplicadas da forma mais justificada e equilibrada possível. Votei a favor.

Edouard Ferrand (ENF), par écrit. – Je me suis abstenu sur ce vote parce que ce rapport ne vise pas à supprimer les dispositions sur la conditionnalité macroéconomique.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – O relatório propõe uma conciliação dos Fundos Estratégicos e de Investimento (FEEI) e outros instrumentos de coesão da UE com aquilo a que chama «boa governação económica», sob o enquadramento do Semestre Europeu e todo o seu arsenal de condicionamento da atividade dos Estados e das suas políticas macroeconómicas – recomendações específicas por país, planos de reforma, etc., sem esquecer a própria «condicionalidade macroeconómica», prevista no regulamento dos fundos, que estabelece que os pagamentos e as autorizações dos fundos de investimento sejam suspensos, em caso de «incumprimento».

O relatório contém aspetos positivos, como sejam: a crítica à suspensão dos financiamentos (que admite, no entanto, dever ser aplicado em casos excecionais e revelar maior «flexibilidade») e o reconhecimento de que os mecanismos associados ao Semestre Europeu afetam a operacionalidade e aplicação dos FEEI e de que a aplicação dos mecanismos não deve afetar os objetivos políticos e metas dos FEEI.

Num certo sentido, quer-se fazer a quadratura do círculo.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Mas o objetivo transversal ao relatório passa por garantir aos mecanismos do Semestre Europeu uma dimensão territorial e integrada, garantindo-lhe também mais «democraticidade» (através do controlo pelo Parlamento Europeu), mais flexibilidade e tolerância face aos incumprimentos dos Estados-Membros.

Ou seja, na prática, o relatório aceita e quer legitimar o inaceitável e ilegítimo. Votámos contra.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne. – Je nevyhnutné, aby sme nezabúdali na pôvodné poslanie a ciele politiky súdržnosti a jej význam ako nástroja na zachovanie investícií v európskych regiónoch, najmä v časoch hospodárskej krízy a nestability. Je nemysliteľné, aby boli regionálne alebo miestne orgány potrestané opätovným programovaním alebo pozastavením fondov na úkor ich hospodárskej a sociálnej situácie z dôvodu nesplnenia príslušných makroekonomických požiadaviek na iných úrovniach správy. V súčasnom programovom období sa politika súdržnosti úzko spája so strategickými cieľmi stratégie Európa 2020 a s mechanizmami správy hospodárskych záležitostí, ako je európsky semester. To znamená, že v zásade by dohody o partnerstve a programy zavedené počas tohto obdobia už mali byť v súlade so širšími makroekonomickými cieľmi Únie, v dôsledku čoho by sa opätovné programovanie podľa článku 23 NSU malo požadovať len za skutočne výnimočných okolností.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Η χρηστή οικονομική διακυβέρνηση και η διασύνδεσή της με τα ευρωπαϊκά διαρθρωτικά και επενδυτικά ταμεία (ΕΔΕΤ), έχει συμβάλει στην αναποτελεσματικότητα της πολιτικής συνοχής, ιδίως το άρθρο 23 του ΚΚΔ και η αναστολή πληρωμών, που έχουν τιμωρητικό χαρακτήρα, αφού δεν λαμβάνεται υπόψη η κατάσταση των κρατών και περιφερειών που αντιμετωπίζουν κοινωνικοοικονομικές δυσκολίες εξαιτίας της κρίσης. Η πρακτική έχει αποδείξει ότι η αρχή της αναλογικότητας και επικουρικότητας δεν βρίσκουν εφαρμογή στην περίπτωση των ΕΔΕΤ, ιδίως στις ανά χώρα συστάσεις, που αποτυγχάνουν στην επίτευξη της οικονομικής μεγέθυνσης και τη δημιουργία βιώσιμης ανάπτυξης και νέων θέσεων εργασίας, γεγονός που συνεπάγεται τη λήψη μέτρων (επιπλέον λιτότητα και μειώσεις), αντίθετων προς τους στόχους της πολιτικής συνοχής. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω τα ευρωπαϊκά διαρθρωτικά ταμεία, τα ταμεία επενδύσεων και τη χρηστή οικονομική διακυβέρνηση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – The provisions regarding measures between effectiveness of the ESI Funds and sound economic governance – the so called macro-economic conditionality – was a very controversial aspect of the Common Provisions regulation (CPR) during the last EP legislative term, which S&D and most of the political Groups rejected. However, the adopted CPR contain provisions (Art. 23) on sound economic governance. Many safeguards were obtained by the EP to make sure that this provision is only used as a 'last resort' measure.

In the current programming period cohesion policy is closely linked with the goals of EU 2020 strategy and economic governance mechanisms. Partnership Agreements and Operational programmes for 2014-2020 should already be in line with EU macro-economic goals, making a (frequent) reprogramming unnecessary. Any reprogramming, if needed, should be kept as simple and transparent as possible.

Regional and local authorities should not be punished, through reprogramming or suspension of funding, as a result of macroeconomic 'failings' of a national government. A balance should be kept between the need for effective economic governance and cohesion policy goals.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel a jelenlegi programozási időszak folyamán a kohéziós politika szorosan kapcsolódik az Európa 2020 stratégia célkitűzéseihez és a gazdasági kormányzás mechanizmusaihoz, például az európai szemeszterhez. Ez azt jelenti, hogy az ezen időszakban megvalósuló partnerségi megállapodásoknak és programoknak elvileg már összhangban kell állniuk az Unió szélesebb makrogazdasági célkitűzéseiével, aminek következtében a közös rendelkezésekről szóló rendelet szerinti átprogramozás szükségtelen és csak rendkívüli körülmények között kerülhet rá sor.

Üdvözlöm a szubszidiaritás, az átláthatóság és az arányosság elveinek prioritásként való kezelését, továbbá ugyancsak szavatolni kell a kohéziós politika szubetatikus dimenzióját is.

Végezetül, korlátoznunk kell azokat a lehetséges járulékos adminisztratív terheket és kiadásokat, amelyeket a közös rendelkezésekről szóló rendelet 23. cikkének alkalmazása vonhat maga után.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Az előadóval egyetértésben a Parlamentnek aktív szerepet kell játszania a közös rendelkezésekről szóló rendelet 23. cikke alkalmazásának felügyeletében, ehhez pedig állandó és megbízható információáramlásra van szükség minden érintett szereplő között, és teljes átláthatóságot kell biztosítani a folyamat minden szakaszában.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor considerando que es imprescindible que tengamos presente la función original y los objetivos de la política de cohesión y su importancia como instrumento para mantener la inversión en las regiones de Europa, especialmente en tiempos de crisis económica e inestabilidad.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Me preocupan las implicaciones prácticas de las reprogramaciones y suspensiones de fondos europeos al amparo del artículo 23 del Reglamento sobre disposiciones comunes, conforme a la denominada «condicionalidad macroeconómica» rechazada por el Grupo S&D, pero incorporada la pasada legislatura; y ello, desde la perspectiva de que la política de cohesión constituye a menudo, en el contexto de la crisis, la única fuente de inversión pública de muchas regiones.

El informe incide en las garantías para que el artículo 23 sea utilizado como una medida de último recurso, considerando que la solidaridad europea no debe verse obstaculizada por los mecanismos de gobernanza económica. Los beneficiarios de fondos, regiones y ayuntamientos no pueden ser perjudicados por fallos macroeconómicos a niveles superiores de la Administración.

Conforme al informe, la Eurocámara debe constituirse en el principal garante democrático de la aplicación adecuada de la macrocondicionalidad del artículo 23, debiendo la Comisión tener en cuenta sus posicionamientos. Se subraya, pues, la necesidad de una colaboración interinstitucional constante, clara y transparente.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Me preocupan las implicaciones prácticas de las reprogramaciones y suspensiones de fondos europeos al amparo del artículo 23 del Reglamento sobre disposiciones comunes, conforme a la denominada «condicionalidad macroeconómica» rechazada por el Grupo S&D, pero incorporada la pasada legislatura; y ello, desde la perspectiva de que la política de cohesión constituye a menudo, en el contexto de la crisis, la única fuente de inversión pública de muchas regiones.

El informe incide en las garantías para que el artículo 23 sea utilizado como una medida de último recurso, considerando que la solidaridad europea no debe verse obstaculizada por los mecanismos de gobernanza económica. Los beneficiarios de fondos, regiones y ayuntamientos no pueden ser perjudicados por fallos macroeconómicos a niveles superiores de la Administración.

Conforme al informe, la Eurocámara debe constituirse en el principal garante democrático de la aplicación adecuada de la macrocondicionalidad del artículo 23, debiendo la Comisión tener en cuenta sus posicionamientos. Se subraya, pues, la necesidad de una colaboración interinstitucional constante, clara y transparente.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato convintamente a favore della risoluzione sulla semplificazione della politica di coesione per il periodo 2014-2020, perché essa costituisce una necessità stringente per aumentare la capacità di spesa delle regioni e l'efficacia della politica di coesione nel suo insieme. I nuovi regolamenti già offrono possibilità di semplificazione e di alleggerimento dei carichi amministrativi. L'iniziativa portata avanti dalla CE è volta a aiutare gli Stati membri a utilizzare efficacemente i fondi e investire, mette l'accento sul rafforzamento delle capacità amministrative degli enti attuatori, sulla riduzione delle disparità territoriali e sull'aiuto in favore delle regioni che conoscono un rallentamento nella crescita per permettere loro di recuperare il gap, sulla valutazione delle misure di semplificazione. Nondimeno, le autorità di gestione nazionali e regionali, sono confrontate ad un eccesso di regole da seguire, di qui l'urgenza di una maggiore razionalizzazione e armonizzazione delle norme, ma anche flessibilità, proporzionalità e gestione basata sui risultati. È apprezzabile il contesto attuale basato su una strategia multi-fondo. Sarebbe auspicabile passare a procedure comuni, così come ci dovrebbe essere un unico flusso di fondi che soddisfi tutte le esigenze a livello locale, una sorte di sportello unico con un'unica fonte di finanziamento fino al livello locale e regionale.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die Struktur- und Investitionsfonds und die ordnungsgemäße wirtschaftspolitische Steuerung gestimmt. Auch die makroökonomische Konditionalität kann hierfür ein effektiver Schritt sein, um die Kohäsionspolitik erfolgreich umzusetzen und anzupassen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – European Structural and Investment Funds are a crucial tool for strengthening economic, social and territorial cohesion in the EU and for reducing disparities between regions, promoting a balanced and harmonious socio-economic development.

I voted in favour of this report given the close linkage between the ESI funds and the economic governance of the EU is needed to ensure that the effectiveness of EU expenditure is underpinned by sound economic policies. I welcome the fact that EU support can, if necessary, be redirected to address new emerging economic and social challenges.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *par écrit*. – Ce rapport souligne l'importance des fonds structurels européens qui ont représenté dans certains États membres jusqu'à 80 % de l'investissement public entre 2007 et 2013. Il attire aussi l'attention sur la nécessité d'une bonne gouvernance de ces fonds européens afin de maximiser leurs effets positifs pour la cohésion économique, sociale et territoriale. C'est pour cette raison que j'ai voté en faveur de cette résolution.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra del informe sobre los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos propuesto por José Blanco López. Entendemos que este no se hace cargo —dada la composición final que adoptó el texto durante la votación, en su fase de enmienda— de los problemas y de las crisis de deuda de los países con crisis económicas severas. Nuestras enmiendas tenían que ver con que los fondos destinados a los países con crisis severas no computasen como deuda del país. Entendemos que, sin este mecanismo extra, el funcionamiento de los Fondos Estructurales pierde sentido y se convierte, simplemente, en un mecanismo más, no de solidaridad, sino de atadura en forma de deuda de los Estados que participen del fondo.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I, along with my colleagues in the EPLP, voted in favour of this report. The close link between the ESI funds and the economic governance of the EU ensures that the effectiveness of EU expenditure is underpinned by sound economic policies. EU support can, if necessary, be redirected to address new emerging economic and social challenges.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car j'estime que la politique de cohésion est essentielle en tant qu'instrument permettant de maintenir l'investissement dans les régions européennes, en particulier dans un contexte de crise et d'instabilité économiques. Même si une bonne gouvernance économique est nécessaire, de tels mécanismes ne devraient pas entraver la poursuite des objectifs plus vastes de la cohésion économique, sociale et territoriale. C'est dans ce même esprit j'ai aussi voté en faveur de l'amendement 1, que j'ai cosigné, demandant l'exclusion des investissements régionaux et nationaux, cofinancés au titre des fonds ESI, du calcul des déficits nationaux, dans le cadre du Pacte de stabilité et de croissance. Je suis en effet opposée à ce mécanisme de conditionnalité macroéconomique qui ne peut qu'imposer une double sanction injuste aux autorités locales et régionales, qui ne sont pas responsables des déficits publics nationaux excessifs, puisque la plupart d'entre elles sont constitutionnellement tenues d'équilibrer leurs budgets.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the report on European Structural and Investment Funds and sound economic governance because it emphasises the importance of cohesion policy instruments and resources in maintaining the level of European added-value investment in Member States and regions for enhancing job creation and improving socio-economic conditions, especially where investment has fallen significantly owing to the economic and financial crisis

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Me preocupan las implicaciones prácticas de las reprogramaciones y suspensiones de fondos europeos al amparo del artículo 23 del Reglamento sobre disposiciones comunes, conforme a la denominada «condicionalidad macroeconómica» rechazada por el Grupo S&D, pero incorporada la pasada legislatura; y ello, desde la perspectiva de que la política de cohesión constituye a menudo, en el contexto de la crisis, la única fuente de inversión pública de muchas regiones.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

El informe incide en las garantías para que el artículo 23 sea utilizado como una medida de último recurso, considerando que la solidaridad europea no debe verse obstaculizada por los mecanismos de gobernanza económica. Los beneficiarios de fondos, regiones y ayuntamientos no pueden ser perjudicados por fallos macroeconómicos a niveles superiores de la Administración.

Conforme al informe, la Eurocámara debe constituirse en el principal garante democrático de la aplicación adecuada de la macrocondicionalidad del artículo 23, debiendo la Comisión tener en cuenta sus posicionamientos. Se subraya, pues, la necesidad de una colaboración interinstitucional constante, clara y transparente.

András Gyürk (PPE), írásban. – Támogattam az „európai strukturális és befektetési alapokról és a gondos gazdasági kormányzásról: iránymutatás a közös rendelkezésekről szóló rendelet 23. cikkének végrehajtásához” című jelentést a strasbourgri plenáris szavazás során.

A 23. cikk valószínűleg a közös rendelkezésekről szóló rendelet legvitatottabb része. Az Európai Parlament jelentése a makrogazdasági feltételelességre vonatkozó valamennyi rendelkezés törlését javasolta a szövegből, azonban a makrogazdasági feltételelesség mégis belekerült a közös rendelkezések végleges szövegébe.

José Blanco López jelentése kizárólag a 23. cikk első részére (fakultatív átprogramozások, a strukturális és beruházási alapok kifizetéseinek fakultatív felfüggesztése) vonatkozik.

Az Európai Bizottság is elismeri, hogy az átprogramozásokat szigorúan a szükséges legkisebb mértékben kell visszaszorítani, és a 23. cikk alkalmazása során figyelembe kell venni a tagállam egyedi gazdasági és társadalmi helyzetét.

A makrogazdasági feltételelesség alkalmazásának indokoltnak, a szóban forgó régióra, régiókra vonatkozó kohéziós politika céljainak megvalósítása szempontjából előnyösnek kell lennie. Elfogadhatatlan, hogy a helyi és a regionális önkormányzatok büntethetők legyenek az alapok átprogramozása vagy felfüggesztése révén azért, mert az igazgatás más szintjein nem teljesülnek a makrogazdasági feltételek.

Az Európai Parlamentnek aktív szerepet kell játszania a közös rendelkezésekről szóló 23. cikk alkalmazásának felügyeletében, amihez állandó, megbízható információáramlásra van szükség minden érintett szereplő között, és az esetleges alkalmazás folyamatának minden szakaszában biztosítani kell a teljes átláthatóságot.

Brian Hayes (PPE), in writing. – I chose to support this report as it successfully manages to clarify several elements of the application of the first strand of Article 23 and intends to ensure that the provisions are applied in a justified and balanced manner. While recognising the need for effective economic governance, such mechanisms should not hinder the pursuit of the broader goals of economic, social and territorial cohesion.

Roger Helmer (EFDD), in writing. – Article 23 of the CPR demonstrates the lack of democracy in the EU. The fact that the Commission can tell the Council to withdraw funding from a Member State without consulting the elected Parliament highlights the democratic deficit. The reality with this report is that there will be no change; if Parliament received more powers of 'scrutiny' from the Commission they would only be allowed to give an opinion and not fully go against the judgment of the Commission. Therefore we were against this legislation.

Richard Howitt (S&D), in writing. – On behalf of the local enterprise partnerships, businesses and local authorities in my East of England constituency, I want to record my concern about any provisions for suspension of European Structural and Investment funding. I have been proud to work to help attract one third of a billion to my own region in the last six years, which has played a crucial role at a time of economic crisis. Already, Britain's Conservative Government has been last in line to get agreement for its operational plan to spend this EU funding in the next period. We must not allow regions to be punished, via the reprogramming or suspension of funding and consequent further deterioration for jobs and business, because of delays and obstructions which are the responsibility of government not of the region. The British Government may be reluctant to claim and spend this money. On behalf of my region, we are not.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za Prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o europskim strukturnim i investicijskim fondovima i dobrom ekonomskom upravljanju: smjernice za primjenu članka 23. Uredbe o zajedničkim odredbama, s obzirom na to da se ovim dokumentom podsjeća na to da se odluke u vezi s reprogramiranjem ili obustavom u skladu s člankom 23. Uredbe o zajedničkim odredbama smiju primjenjivati samo u iznimnim situacijama te moraju biti odmjerene i temeljito opravdane te ih se mora provesti oprezno, uz jasnu naznaku na koje se programe ili prioritete odnose.

Nadalje naglašava se da takvim odlukama ne bi trebalo pogoršati poteškoće s kojima se susreću regije i države članice zbog socioekonomskog okružja ili zbog geografskog položaja i posebnosti u smislu članaka 174. i 349. UFEU-a.

Nadalje ovim dokumentom se naglašava da bi se, načelno, trebalo izbjeći reprogramiranje u srednjoročnom razdoblju ako se gospodarski uvjeti znatno ne pogoršaju, da bi često reprogramiranje bilo kontraproduktivno te da ga treba izbjeći kako se ne bi ometalo upravljanje fondovima ili potkopala stabilnost i predvidivost višegodišnje strategije ulaganja te kako bi se izbjegli bilo kakvi negativni učinci, između ostalog i oni na iskoristivost ESI fondova.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Ce rapport apporte des précisions sur l'utilisation de l'article 23 du règlement portant dispositions communes relatives aux Fonds structurels et d'investissement européens.

Substantiellement, le rapport de M. Lopez insiste pour que l'application de cet article se fasse de manière équilibrée. Pour cela, il stipule, à juste titre, qu'il convient d'éviter les reprogrammations incessantes et que le mécanisme de suspension de paiement, qui est un pouvoir discrétionnaire de la Commission, reste exceptionnel. En outre, le rapport demande à la Commission de présenter un livre blanc dans lequel seront analysées les retombées et l'efficacité des investissements publics à long terme. Dans l'espoir qu'elle contraigne la Commission, une étude indépendante serait néanmoins souhaitable.

Néanmoins, ce rapport fait porter toute la responsabilité de l'augmentation de la dette publique aux politiques budgétaires des États membres, alors que l'Union européenne a une grande part de responsabilité, à travers notamment sa politique monétaire... La politique de cohésion vantée par le rapport n'a pas été facteur de croissance.

Je me suis abstenu.

Diane James (EFDD), *in writing.* – Article 23 of the CPR demonstrates the lack of democracy in the EU. The fact that the Commission can tell the Council to withdraw funding from a Member State without consulting the elected Parliament highlights the democratic deficit. The reality with this report is that there will be no change; if Parliament received more powers of 'scrutiny' from the Commission they would only be allowed to give an opinion and not fully go against the judgment of the Commission. Therefore we were against this legislation.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue José Blanco López concernant le lien entre les fonds structurels européens et la saine gouvernance économique. Ce rapport fait suite à la publication par la Commission européenne de lignes directrices au sujet des dispositions liant l'efficacité des fonds structurels à la bonne gouvernance économique, contenues à l'article 23 du règlement portant dispositions communes aux différents fonds. Il s'agit en d'autres termes de la «conditionnalité macroéconomique», dont le principe a été acté lors de la dernière législation.

Le rapport tel que nous l'avons voté est un bon rapport qui a fait l'objet d'un compromis entre socialistes et centre droit. D'un côté, il reste ferme sur la question de la stabilité de l'environnement macroéconomique, stabilité qui ne peut qu'accroître l'efficacité de la politique de cohésion. De l'autre, il soutient que la reprogrammation ou la suspension des fonds doivent s'appliquer seulement en dernier recours afin de contribuer à une mise en œuvre efficace des fonds. Il rappelle en ce sens que les régions et les bénéficiaires ne doivent pas être pénalisés à cause de la mauvaise gestion de leur État membre.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à garantir une application justifiée et équilibrée des dispositions conditionnant les fonds structurels au respect du pacte de stabilité et de croissance. Les fonds structurels ne doivent en effet être utilisés que dans un contexte de bonne gouvernance économique en cette période de contrainte budgétaire.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht stimme ich nicht zu, obwohl er vordergründig Verbesserungen und Effizienzsteigerungen zu bringen scheint. Trotz allem führt er nicht zu einer Änderung der Kohäsionspolitik.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as the close linkage between the ESI funds and the economic governance of the EU ensures that the effectiveness of EU expenditure is underpinned by sound economic policies.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi l'attuale quadro giuridico dei Fondi strutturali e d'investimento europei (Fondi FSIE) mira a rafforzare il coordinamento con altre politiche e strumenti dell'UE. È necessario non perdere di vista il ruolo e gli obiettivi originari della politica di coesione, nonché la sua importanza come strumento per mantenere gli investimenti nelle regioni europee, soprattutto in tempi di crisi e di instabilità. Ho deciso dunque di dare il mio voto favorevole alla relazione ritenendo che il conseguimento degli obiettivi strategici facenti capo ai Fondi SIE non debbano essere ostacolati dai meccanismi di governance economica.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Blanco Lopez concerne les fonds structurels et d'investissements européens pour une bonne gouvernance économique qui fait écho à la communication de la Commission sur les «lignes directrices relatives à l'application des mesures établissant un lien entre l'efficacité des Fonds structurels et d'investissement européens».

Si ce texte vise à limiter le pouvoir de la Commission en matière de conditionnalité macroéconomique des aides, il ne supprime pas pour autant ces dispositions qui sont inacceptable et renforceront de fait l'emprise de la Commission en promouvant le chantage à l'austérité. En outre, ce rapport fait reposer l'augmentation de la dette publique uniquement sur les politiques des États membres, alors que la majeure partie vient d'un transfert de dette privée vers le public, renforcée par la politique austéritaire exigée par Bruxelles. Je me suis cependant abstenue parce qu'il atténue la portée du texte présenté par la Commission.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe se centra en la Comunicación realizada por la Comisión Europea sobre las directrices para vincular los Fondos Estructurales con el artículo 23 del Reglamento n.º 1303/2013, en la que la propia Comisión anuncia que la ayuda procedente de los Fondos Estructurales debe estar estrechamente vinculada al cumplimiento de la gobernanza de la UE.

Así pues, viene a justificar la existencia de la reprogramación y suspensión de los fondos a las regiones cuando los Estados miembros a los que pertenecen no cumplen los criterios marcados por el Semestre Europeo para corregir el grado de endeudamiento (políticas de recortes y reformas que cercenan derechos en la legislación laboral, entre otras).

El informe del Parlamento legitima la existencia de la llamada «macrocondicionalidad» como último recurso. Además, la inmensa mayoría de la Eurocámara ha votado a favor de que se declare que los instrumentos de gobernanza económica contribuyen a un «entorno macroeconómico estable», ignorando los dramáticos efectos de las medidas de austeridad en la población europea, y en la española en particular.

De hecho, ni siquiera se votó a favor de la propuesta de eliminar los Fondos Estructurales del cómputo global de déficit público de un Estado. Por todo ello, obviamente, he votado en contra.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. – Reprogramarea sau suspendarea fondurilor structurale și de investiții în temeiul articolului 23 din Regulamentul privind dispozițiile comune trebuie să fie folosite numai în situații excepționale. Este o măsură cu caracter de sancțiune și din acest motiv avem nevoie ca astfel de decizii să fie evaluate atent și explicate în mod transparent.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Politica de coeziune este un instrument esențial în menținerea investițiilor în regiunile europene. După cum afirmă și Comisia, reprogramarea ar trebui să aibă loc numai în cazuri în care este foarte clar că are un impact mai mare decât alocarea existentă a fondurilor.

România este una dintre țările pentru care absorbția de fonduri structurale reprezintă un obiectiv important. La sfârșitul acestui an nu vom mai avea acces la banii nefolosiți, din perioada de programare 2007-2013. O parte a insuccesului este legată de mecanismele de guvernare economică, dar o parte se reflectă, cu siguranță, în hățișul birocratic și schimbarea regulilor în timpul jocului. De aceea, când discutăm despre sancțiuni, cred că trebuie să o facem în lumina caracterului multianual și pe termen lung al programelor și al obiectivelor fondurilor, adaptându-ne la condițiile socio-economice ale fiecărei țări. O solidaritate responsabilă, acesta este mesajul meu.

Ivana Maletić (PPE), napisan. – Dobro ekonomsko upravljanje i financijska stabilnost preduvjeti su za pametan, održiv i uključiv rast i razvoj – što je krajnji cilj svih politika i strategija Europske unije. ESI fondovi ključni su za provedbu kohezijske politike koja je glavna investicijska i razvojna politika EU-a.

Stabilno fiskalno i gospodarsko okruženje osnovni je preduvjet za učinkovitu i uspješnu provedbu kohezijske politike u praksi. Kako bi to osigurali zajednički nam cilj mora biti dobro funkcioniranje, pojednostavljenje procedura, bolja koordiniranost i povezanost svih politika EU-a te povezivanje među državama članicama. U tom kontekstu važno je također pokrenuti sve mehanizme kako bi se spriječio gubitak sredstava, odnosno opoziv sredstava odobrenih državama članicama.

Podržala sam Izvješće o ESI fondovima i dobrom ekonomskom upravljanju jer bez dobrog ekonomskog upravljanja, zajedništva i partnerstva ne može dugoročno uspjeti niti jedna politika EU-a.

Andrejs Mamikins (S&D), rakstiski. – Eiropas strukturālie un investīciju fondi ir neatņemama un viena no visnozīmīgākajām kohēzijas politikas daļa, ar kuras palīdzību uz reģionāla pamata tiek ieguldīti resursi ekonomikas, sociālas sfēras un citu nozaru attīstībā. Tāpēc racionāla un uz vispārējas analīzes balstīta rīcība attiecībā uz ekonomikas pārvaldību Kopīgo noteikumu regulas 23. panta īstenošanas ietvaros ir visai nepieciešama.

23. pants attiecas, starp citām lietām, uz valsts rīcību Eiropas strukturālo un investīciju fondu pielietošanā — gadījumos, kad var būt nepieciešama lēmumu pieņemšana par fondu resursu izmantošanas procesu pārplānošanu vai arī apturēšanu kādu noteikumu neievērošanas dēļ no šādu resursu saņēmēju puses.

Kamēr Eiropas Savienības, tāpat kā jebkuras citas struktūras, pārvaldē svarīgu vietu aizņem pārredzamības nodrošināšana un noteikumu izpildes sekmēšana, bieži vien tieši ļoti striktu noteikumu dēļ krietni palielinās birokrātiskais slogs un ar to saistītās izmaksas. Tā kā 2014.-2020. gada ES Kohēzijas politikā paredzētie tematiskās koncentrācijas noteikumi pieļauj zināmu elastību attiecībā uz ES dalībvalstu un reģionu vajadzību realizēšanu, 23. panta pilnīga implementēšana praksē var nesakrist ar šo elastību, tādējādi daļēji apdraudot pašas kohēzijas politikas pasākumu efektīvu īstenošanu.

Nemot vērā iepriekš minēto un pašā ziņojumā teikto, pievienojos aicinājumam Eiropas Komisijai 23. panta piemērošanā pēc iespējas ievērot samērīguma principu, lai, starp citu, nenonāktu pretrunā ar citiem savu koordinēto politiku aspektiem — tajā skaitā konkrēti ar Kohēzijas politiku.

Νότης Μαρτιάς (ECR), γραπτώς. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τα ευρωπαϊκά διαρθρωτικά και επενδυτικά ταμεία και τη χρηστή οικονομική διακυβέρνηση: κατευθυντήριες γραμμές για την εφαρμογή του άρθρου 23 του κανονισμού περί καθορισμού κοινών διατάξεων, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – Je me suis abstenu sur ce rapport. Quelques bons points en émergent car il tend à limiter le pouvoir de la Commission et rappelle le caractère exceptionnel du mécanisme de suspension de paiement, ainsi que la contre-productivité des reprogrammations fréquentes. Toutefois il refuse aussi de reconnaître la responsabilité de la Commission dans l'augmentation de la dette publique et prétend, à tort, que la politique de cohésion a joué un rôle crucial et a permis de réagir de façon significative aux contraintes macroéconomiques et budgétaires actuelles!

Mittwoch, 28. Oktober 2015

David Martin (S&D), *in writing*. – I support these guidelines for this European-level funding which is of crucial importance for regeneration across the EU including in Scotland and the rest of the UK. The funds aim to strengthen economic, social and territorial cohesion in the EU by reducing inequalities between regions. Learning from best practice with these funds is important, as is redirecting them when needed so the EU can respond to emerging economic and social challenges.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – La relazione del collega Lopez sottolinea l'importanza degli strumenti di investimento e di coesione economica per promuovere lo sviluppo e il livello occupazionale negli stati membri. Ritengo tali tematiche di fondamentale importanza alla luce della grave condizione socio-economica che caratterizza l'Unione europea attualmente e, dunque, voto favorevolmente alla proposta di risoluzione. Tra le altre cose, in tale prospettiva, ribadisce l'esigenza di chiarire i meccanismi di attuazione dei fondi SIE a carattere pluriennale in netto contrasto con il ciclo annuale europeo.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht bringt berechtigte Kritikpunkte vor. Ebenso manche Verbesserung sowie eine Effizienzsteigerung. Jedoch bringt der Bericht keinerlei Änderung an der Kohäsionspolitik, welcher wir ablehnend gegenüberstehen. Daher erhält dieser Bericht nicht meine Zustimmung.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport porte sur l'article 23 du règlement de la politique de cohésion (le CPR), soit les macro-conditionnalités économiques, qui lient la politique de cohésion aux règles de la gouvernance économique. C'est à dire aux règles austéritaires. Ces macro-conditionnalités ont été renommées «mesures liant la politique de cohésion à la gouvernance économique» après les trilogues mais cela ne change rien! Le rapport émet quelques critiques sur ce mécanisme en reconnaissant par exemple les risques qu'il fait peser sur les régions, notamment les plus vulnérables. Les critiques viennent un peu tard et après que le groupe socialiste a soutenu ces macro-conditionnalités qui enchaînent les fonds structurels à l'austérité. Je vote contre ce texte hypocrite.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le rapport de M. López a pour objet d'apporter des précisions sur l'utilisation de l'article 23 du règlement portant dispositions communes relatives au Fonds structurels et d'investissement européens. Le texte du rapport insiste pour que l'application de cet article se fasse de manière équilibrée. Pour cela, il stipule, à juste titre, d'éviter les reprogrammations incessantes et que le mécanisme de suspension de paiement qui est un pouvoir discrétionnaire de la Commission reste exceptionnel. En outre, le rapport demande à la Commission de présenter un livre blanc dans lequel seront analysées les retombées et l'efficacité des investissements publics à long terme. Avec mes collègues, nous espérons que cela obligera la Commission. Une étude indépendante serait néanmoins la bienvenue.

Le rapport fait porter toute la responsabilité de l'augmentation de la dette publique sur les politiques budgétaires des États membres alors que l'Union européenne a également sa part de responsabilité, à travers notamment sa politique monétaire aberrante. La politique de cohésion vantée par le rapport n'a apportée ni prospérité, ni croissance.

Parce que ce texte limite les marges de manœuvre de la Commission, le député s'est abstenu malgré son désaccord au sujet la gouvernance économique européenne.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Partilho da posição de que a existência de um ambiente macroeconómico estável é propícia à implementação correta e bem-sucedida dos Fundos Europeus Estruturais e de Investimento. O processo de reprogramação pode ser dispendioso e difícil de gerir pelas administrações nacionais, locais e regionais, pelo que a utilização do procedimento do artigo 23º do regulamento deve ser feita em casos excecionais, evitando a criação de situações de instabilidade e incerteza financeira. Apresentei o meu voto favorável ao relatório apresentado, lamentando que o Parlamento Europeu não tenha um papel mais ativo no controlo da aplicação do mecanismo do referido artigo.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as the goals of the European Structural and Investment Funds should not be hindered by economic governance mechanisms, especially since the current ESI Funds should be in line the strategic goals of the Europe 2020 Strategy. Even though I am firmly in favour of a stable macroeconomic environment, macroeconomic conditionality should be applied in the most justified and balanced manner possible. I also support the idea that the Parliament should be involved when it comes to ensuring that the provisions on macroeconomic conditionality within the Common Provisions Regulation are applied correctly.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Le cadre juridique des Fonds structurels et d'investissement européens (Fonds ESI) vise à renforcer la coordination entre les différents instruments de l'UE. Une bonne gouvernance est essentielle pour une croissance économique efficace et pour la création d'emplois stables.

Ce rapport vise à une bonne application de reprogrammation de l'article 23 du règlement portant dispositions communes (RDC). Le but étant d'utiliser de manière plus juste et de la manière la plus équilibrée possible les mesures adoptées au titre de l'article 23. Il est essentiel de ne pas perdre de vue le rôle de la politique de cohésion en tant qu'instrument permettant de maintenir l'investissement dans les régions européennes. La politique de cohésion est essentielle car elle couvre l'ensemble des régions. En s'attachant à réduire les disparités territoriale, sociale et économique, elle vise directement l'investissement dans l'économie réelle.

Même si une bonne gouvernance économique est nécessaire, l'article 23 du RDC ne doit pas entraîner davantage d'incertitude et d'instabilité financières qui aggraveraient à leur tour la situation précaire des régions défavorisées ou de celles qui ont été les plus touchées par la crise. C'est pourquoi il semble nécessaire que les mesures écrites dans ce rapport soient mises en application rapidement.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the European structural and Investment Funds and sound economic governance, because in the current programming period cohesion policy is closely linked with the goals of EU 2020 strategy and economic governance mechanisms. Any reprogramming, if needed, should be kept as simple and transparent as possible. Moreover, regional and local authorities should not be punished, through reprogramming or suspension of funding. A balance should be kept between the need for effective economic governance and cohesion policy goals.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az európai strukturális és beruházási (ESB-) alapok eredményességét és a gondos gazdasági kormányzást összekapcsoló intézkedésekre vonatkozó, a megelőző jogalkotási ciklus folyamán elfogadott rendelet 23. cikkében rögzített szabályok meglehetősen ellentmondásosak. Az Európai Parlamentnek a közös rendelkezésekről szóló rendelettel foglalkozó társelődői jelentésükben azt javasolták, hogy a makrogazdasági feltételelességre vonatkozó valamennyi rendelkezést töröljék. Ugyanezt indítványozta a Parlament több képviselőcsoportja által előterjesztett módosító javaslat. A makrogazdasági feltételelesség ellenzői nagy többségben voltak. Mindazonáltal úgy tűnik, hogy makrogazdasági feltételelesség végül a rendelet része maradt. Amennyiben a rendelet a Parlament, a Tanács és a Bizottság közötti megállapodás eredményeként első olvasatban elfogadásra kerül, akkor az eltörlésükre vonatkozó módosító javaslatokról nem lehet szavazni.

A Parlament Regionális Fejlesztési Bizottsága hangsúlyozza: ez a saját kezdeményezésű jelentés nem alkalmas a közös rendelkezésekről szóló rendelet 23. cikkében foglalt rendelkezéseknek sem az eltörlésére, sem a módosítására. Célja mindössze annyi, hogy azok alkalmazása a lehető legindokoltabb és legkiegyensúlyozottabb módon történjék. Az állásfoglalásra irányuló indítványt támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – No anterior período de negociações da Política de Coesão, os vários grupos do Parlamento Europeu manifestaram as suas reservas face à introdução da condicionalidade macroeconómica que permite ativar uma suspensão dos pagamentos dos fundos estruturais quando um Estado-Membro se encontra em incumprimento das regras económicas europeias.

No entanto, a condicionalidade macroeconómica acabou por ser introduzida no regulamento dos fundos da Política de Coesão, tendo sido aprovadas diversas alterações ao modo inicial de funcionamento.

Voto assim favoravelmente o presente relatório que permite uma maior interligação entre os Fundos e a Governação Económica, salvaguardando que a concretização dos objetivos políticos e das metas dos Fundos Europeus não deve ser prejudicada pelos mecanismos de governação económica.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Blanco López concerne les fonds structurels et d'investissement européens pour une bonne gouvernance économique qui fait écho à la communication de la Commission sur les «lignes directrices relatives à l'application des mesures établissant un lien entre l'efficacité des Fonds structurels et d'investissement européens».

Si ce texte vise à limiter le pouvoir de la Commission en matière de conditionnalité macroéconomique des aides, il ne supprime pas pour autant ces dispositions qui sont inacceptable et renforceront de fait l'emprise de la Commission en promouvant le chantage à l'austérité. En outre, ce rapport fait reposer l'augmentation de la dette publique uniquement sur les politiques des États membres, alors que la majeure partie vient d'un transfert de dette privée vers le public, renforcée par la politique austéritaire exigée par Bruxelles. Je me suis cependant abstenue parce qu'il atténue la portée du texte présenté par la Commission.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report; the close linkage between the ESI funds and the economic governance of the EU ensures that the effectiveness of EU expenditure is underpinned by sound economic policies. EU support can, if necessary, be redirected to address new emerging economic and social challenges.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif aux Fonds structurels et d'investissement européens (ESI) et à la saine gouvernance économique. Ce texte invite les États membres à exploiter au mieux la souplesse prévue par les règles en vigueur du pacte de stabilité et de croissance, tout en soulignant la nécessité d'associer les autorités locales et régionales à tout exercice de reprogrammation. Il recommande cependant de limiter au strict nécessaire ces reprogrammations. Il est en effet important de garantir la stabilité de l'environnement macroéconomique, stabilité qui ne peut qu'accroître l'efficacité de la politique de cohésion.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that will ensure that the main objective of cohesion is not affected and will gather and analyse data on the interactions between European economic governance processes and the aims and results of cohesion policy.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – Article 23 of the Common Provision Regulations is a destructive mechanism that further entrenches austerity by linking cohesion funding to 'sound economic governance' – also known as 'macro-economic conditionalities'. It allows funding programmes at a local or regional level to be suspended or 'reprogrammed' because of factors outside the control of those affected, such as national budget deficits. This would cause significant harm, particularly to vulnerable regions and Member States still suffering from the economic and social crisis.

While the report is mildly critical and recommends some safeguards, it ultimately accepts the premise of 'sound economic governance' in the context of cohesion funding.

For this reason, my colleague Martina Anderson tabled an alternative resolution on behalf of the GUE/NGL group calling for the mechanism not to be used and for its review, which unfortunately did not succeed. I also voted for a specific amendment, tabled by more than 76 MEPs, calling for the decoupling of this important funding from the calculation of national deficits. This amendment was also unsuccessful.

As the report therefore endorses - if critically - a mechanism that will impose austerity policies on local and regional communities, I voted against the report.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Consider că acest raport este unul util deoarece scoate în evidență importanța fondurilor structurale și de investiții pentru economiile multor state membre, dar în același timp atrage atenția cu privire la necesitatea unei bune guvernante pentru ca aceste fonduri să aducă beneficiile maxime.

De asemenea, este foarte important de înțeles faptul că anumite mecanisme de guvernare economică, deși au relevanța lor în vederea stabilității macroeconomice, pot împiedica fondurile ESI să își atingă obiectivele. Totodată, este important ca prin măsurile luate atât la nivelul UE, cât și la nivelul statelor membre, să existe o stabilitate și o claritate pe termen lung, deoarece majoritatea proiectelor finanțate prin aceste fonduri se extind pe perioade lungi de timp și pot fi ușor afectate de decizii economice de moment.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

În acest context, am considerat că acest raport este unul coerent și folositor dezbaterii cu privire la exercițiul bugetar 2014-2020.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht über den europäischen Struktur- und Investitionsfonds und die ordnungsgemäße wirtschaftspolitische Steuerung beinhaltet zwar auf den ersten Blick Verbesserungen und eine Erhöhung der Effizienz, ändert aber nichts an den damit verbundenen Defiziten in der Kohäsionspolitik. Vielmehr stärkt er diese, was mich gegen diesen Bericht stimmen ließ.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport porte sur l'article 23 du règlement de la politique de cohésion traitant des macroconditionnalités. Les macroconditionnalités permettent à la Commission européenne de bloquer le financement de programmes européens pour un État membre entrant en procédure de déficit excessif dans le cadre du pacte de stabilité et de croissance. Le rapport formule quelques critiques contre l'application de ces macroconditionnalités sur la politique de cohésion, qui par sa nature ne devrait pas être soumise à une logique d'austérité budgétaire, compte tenu de sa dimension solidaire et d'investissement. Mais ces critiques ne vont pas assez loin et arrivent bien tard. Nous avons tenté, lors des négociations sur le règlement de la politique de cohésion, de protéger les régions les plus vulnérables et les plus dépendantes des Fonds structurels européens, mais notre institution n'est pas parvenue à les exclure de ce dispositif. En outre, je souhaitais que l'on inclue dans ce rapport d'initiative une proposition demandant d'exclure du calcul du déficit des États membres les cofinancements nationaux des Fonds européens. Cette proposition n'a pas été retenue. Pour ces raisons, je vote contre ce rapport.

Urmās Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Oluline on, et ümberjaotamist või peatamist puudutavaid otsuseid kasutatakse ainult erakorralistes olukordades ning need peavad olema kaalutletud ja põhjendatud.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Ypatingas dėmesys turi būti skiriamas ekonomikos valdymo mechanizmams. Pažymėtina, kad stabili makroekonominė aplinka užtikrina sėkmingą Europos struktūrinių ir investicijų fondų lėšų panaudojimą. Būtina užtikrinti Europos semestro įgyvendinimo mechanizmų aiškumą. Tačiau šis mechanizmas turėtų būti naudojamas tik kaip kraštininė sistemos priemonė ir griežtai laikantis proporcingumo ir vienodo požiūrio principų. Reikia vengti bet kokio perprogramavimo vidutinės trukmės laikotarpiu, kadangi šis procesas yra brangus ir sudėtingas administruoti.

Labai svarbu užtikrinti, kad teikiama parama būtų tinkamai paskirstyta ir išnaudota siekiant į rezultatus orientuotos sanglaudos politikos įgyvendinimo. Atkreiptinas dėmesys į tai, kad mokėjimų asignavimų sustabdymas itin neigiamai paveiktų ekonominiu požiūriu pažeidžiamais valstybės. Be to, nebūtų tikslinga nutraukti finansavimą ES fondų lėšomis, kuriomis remiamas švietimas, mokymas ir darbo vietų kūrimas.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Article 23 of the CPR demonstrates the lack of democracy in the EU. The fact that the Commission can tell the Council to withdraw funding from a Member State without consulting the elected Parliament highlights the democratic deficit. The reality with this report is that there will be no change; if Parliament received more powers of 'scrutiny' from the Commission they would only be allowed to give an opinion and not fully go against the judgment of the Commission. Therefore we were against this legislation.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ribadendo anche in questa aula che, in un'epoca così segnata dalle crisi economiche e dalle instabilità finanziarie, l'Europa deve approfondire tutti i suoi sforzi per garantire la piena attuazione della politica di coesione, ho deciso di accordare il mio voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Uredba o zajedničkim odredbama 1303/2013/EU propisani je mehanizam kojim Europska unija nadzire učinkovito korištenje sredstava i ispunjavanje prioriteta proračunskog financiranja iz Europskih strukturnih i investicijskih fondova. Upravo zbog važnosti kontrole ispunjavanja cilja i svrhe europskih politika, Odbor za regionalni razvoj podnio je izvješće na vlastitu inicijativu kojim je ukazao na važnost primjene članka 23. Uredbe zbog provjere dobrog ekonomskog upravljanja.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

S obzirom na potrebu osiguranja stabilnog makroekonomskog okružja koje jedino može povećati učinkovitost kohezijske politike, podupirem usvojeni stav kako bi se efikasnost korištenja fondova morala vrednovati kroz postupak provjere dobrog ekonomskog upravljanja sukladno smjernicama za primjenu članka 23. Uredbe o zajedničkim odredbama, ali samo kao krajnja mjera zbog potrebne fleksibilnosti i dosljedno primjenjujući redosljed koraka propisanih spomenutim člankom vodeći posebno računa o postojećim pravilima dogovorenima Paktom o stabilnosti i rastu.

Naime, upravo zbog potrebne stabilnosti ne bi se smjelo nekontrolirano dopuštati da dolazi do značajnih reprogramiranja korištenja sredstava strukturnih i investicijskih fondova te pozdravljam poštivanja načela predostrožnosti kojeg zastupa Komisija uvođenjem obveznih konzultacija ukoliko se ukaže potreba za takvim reprogramiranjem, a koje je na dobar način uređeno spomenutim člankom Uredbe.

Florian Philippot (ENF), par écrit. – Ce rapport Blanco Lopez concerne les fonds structurels et d'investissements européens pour une bonne gouvernance économique qui fait écho à la communication de la Commission sur les «lignes directrices relatives à l'application des mesures établissant un lien entre l'efficacité des Fonds structurels et d'investissement européens».

Si ce texte vise à limiter le pouvoir de la Commission en matière de conditionnalité macroéconomique des aides, il ne supprime pas pour autant ces dispositions qui sont inacceptable et renforceront de fait l'emprise de la Commission en promouvant le chantage à l'austérité. En outre, ce rapport fait reposer l'augmentation de la dette publique uniquement sur les politiques des États membres, alors que la majeure partie vient d'un transfert de dette privée vers le public, renforcée par la politique austéritaire exigée par Bruxelles. Je me suis cependant abstenu parce qu'il atténue la portée du texte présenté par la Commission.

Tonino Picula (S&D), napisan. – U slučaju povezivanja učinkovitosti europskih strukturnih i investicijskih fondova i dobrog ekonomskog upravljanja prema članku 23. Uredbe o zajedničkim odredbama, osnovni je izazov osigurati kako ograničiti makroekonomsko uvjetovanje u smislu reprogramiranja i suspenzije strukturnih i investicijskih fondova. S obzirom da ga se ne može izbaciti, slažem se s izvjestiteljem i podržavam zahtjev da se koristi isključivo kao krajnja mjera.

Zadatak ekonomske, socijalne i teritorijalne kohezije posebno je važan u razdoblju krize i njega zahtjevi za efikasnim ekonomskim upravljanjem ne bi smjeli dovoditi u pitanje. S obzirom da je kohezijska politika usko povezana s ciljevima strategije EU 2020, ona bi već trebala biti usklađena sa širim ekonomskim ciljevima, što dovodi u pitanje potrebu daljnjeg restrukturiranja.

Posebno je važna regionalna, podržavna razina kohezijske politike na kojoj treba očuvati sigurnost sredstava iz fondova, pogotovo s obzirom na krizu i činjenicu da im je to često glavni izvor financiranja te s obzirom na to da ih se ne može držati odgovornima za nacionalnu makroekonomsku situaciju.

Andrej Plenković (PPE), napisan. – Nužno je naglasiti da se nalazimo u kriznom razdoblju gdje se razina ulaganja smanjuje, a kohezijska politika smatra ključnom za povećanje ulaganja u državama članicama i regijama. Istovremeno, višegodišnjim programima koji se financiraju iz strukturnih i investicijskih fondova potrebno je stabilno makroekonomsko okruženje, uključujući visokokvalitetno upravljanje na svim razinama.

Stoga pozdravljam oprezan pristup Komisije koji je nužan kada je riječ o reprogramiranju te njezinu namjeru ograničavanja reprogramiranja na nužni minimum. Često reprogramiranje bilo bi kontraproduktivno i smatram da ga treba izbjegavati kako se ne bi omelo upravljanje fondovima i kako bi se izbjegli bilo kakvi negativni učinci među kojima svakako treba izdvojiti one koji bi se odnosili na iskoristivost ESI fondova. Slažem se da se sve odluke u vezi s reprogramiranjem ili obustavom u skladu s člankom 23. Uredbe o zajedničkim odredbama trebaju koristiti u iznimnim slučajevima, temeljito opravdati, biti odmjerene te ih se mora brzo provesti kako bi se zajamčila transparentnost i omogućilo provjeravanje i revizija. Uključenost Parlamenta trebala bi se formalizirati u svrhu jasnog postupka kojim se omogućuje obavještanje Parlamenta u svim fazama u vezi s usvajanjem zahtjeva za reprogramiranje ili bilo kojih prijedloga i odluka o obustavi obveza ili plaćanja.

Slijedom navedenog podržavam izvješće.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), per iscritto. – Ritengo che il Parlamento europeo debba assumere un ruolo attivo nella supervisione dell'attuazione dell'articolo 23 del regolamento recante disposizioni comuni (RDC). Gli orientamenti presi in esame in questa relazione si riferiscono esclusivamente alla prima parte dell'articolo 23 del regolamento relativo alla riprogrammazione o sospensione di Fondi strutturali e di investimento europeo di carattere facoltativo (FSIE). Tenendo conto del fatto che le autorità regionali o locali possono essere penalizzate, attraverso una riprogrammazione o una sospensione dei suddetti Fondi, con il conseguente deterioramento della propria situazione economica e sociale, dobbiamo garantire una risposta proporzionata al fine di evitare di recare ulteriori svantaggi a regioni già in difficoltà.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ho votato a favore di questa relazione perché la Commissione sembra convenire sul fatto che sia necessario ridurre la riprogrammazione al minimo indispensabile. A mio avviso l'unico obiettivo dell'articolo 23 RDC dovrebbe consistere nel conseguire una politica di coesione più sostenibile ed efficiente.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Dopuszczenie możliwości zawieszania funduszy krajom, które nie przestrzegają dyscypliny budżetowej, zgodnie z art. 23 rozporządzenia w sprawie wspólnych przepisów, jest najbardziej kontrolersyjnym i niepopieranym przeze mnie zapisem pakietu rozporządzeń. Nie mogą zmienić niniejszego rozporządzenia, Parlament Europejski usiłuje zapewnić, że będzie ono stosowane w najbardziej uzasadniony i zrównoważony sposób. Warto podkreślić, że wytyczne ujęte w sprawozdaniu odnoszą się tylko do pierwszej części art. 23 i dotyczą opcjonalnego przeprogramowania lub zawieszenia funduszy strukturalnych i funduszy inwestycyjnych, a nie do drugiej części w sprawie obowiązkowego zawieszania funduszy. Ponadto w sprawozdaniu położono nacisk na konieczność zmniejszenia przeprogramowania do niezbędnego minimum i podkreślono, że specyficzne oraz istotne sytuacje gospodarcze państw członkowskich muszą być brane pod uwagę w momencie zastosowania art. 23. Każdy wniosek warunkowości makroekonomicznej powinien być przejrzysty, uzasadniony i wyraźnie korzystny dla celów polityki spójności dla danego regionu lub regionów. W związku z powyższym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen s'est exprimé en faveur du texte relatif aux fonds structurels et d'investissement européens et la saine gouvernance économique. J'ai voté pour ce texte et je souligne l'importance d'une bonne gouvernance économique permettant une gestion plus saine des fonds européens.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Article 23 of the CPR demonstrates the lack of democracy in the EU. The fact that the Commission can tell the Council to withdraw funding from a Member State without consulting the elected Parliament highlights the democratic deficit. The reality with this report is that there will be no change; if Parliament received more powers of 'scrutiny' from the Commission they would only be allowed to give an opinion and not fully go against the judgment of the Commission. Therefore we were against this legislation.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Me preocupan las implicaciones prácticas de las reprogramaciones y suspensiones de fondos europeos al amparo del artículo 23 del Reglamento sobre disposiciones comunes, conforme a la denominada «condicionalidad macroeconómica» rechazada por el Grupo S&D, pero incorporada la pasada legislatura; y ello, desde la perspectiva de que la política de cohesión constituye a menudo, en el contexto de la crisis, la única fuente de inversión pública de muchas regiones.

El informe incide en las garantías para que el artículo 23 sea utilizado como una medida de último recurso, considerando que la solidaridad europea no debe verse obstaculizada por los mecanismos de gobernanza económica. Los beneficiarios de fondos, regiones y ayuntamientos no pueden ser perjudicados por fallos macroeconómicos a niveles superiores de la Administración.

Conforme al informe, la Eurocámara debe constituirse en el principal garante democrático de la aplicación adecuada de la macrocondicionalidad del artículo 23, debiendo la Comisión tener en cuenta sus posicionamientos. Se subraya, pues, la necesidad de una colaboración interinstitucional constante, clara y transparente.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – L'article 23 du règlement 1303/2013 portant dispositions communes a trait aux mesures liant l'efficacité des Fonds ESI à une bonne gouvernance économique. Cet article est très important puisqu'il permet notamment à la Commission de demander à un État membre de revoir son accord de partenariat et les programmes concernés dans certaines circonstances ou encore de suggérer au Conseil la suspension de tout une d'une partie des paiements et des engagements.

J'ai décidé de voter en faveur car j'estime notamment que les décisions de reprogrammation ou de suspension au titre de l'article 23 du RDC ne devraient être prises que dans des cas exceptionnels. Je salue d'ailleurs les déclarations de la Commission qui a l'intention de les limiter au strict minimum.

Je regrette cependant le rejet de l'amendement numéro 1 par une majorité du Parlement européen qui demandait que la clause d'investissement soit révisée, afin que les investissements régionaux et nationaux cofinancés au titre des Fonds ESI puissent être exclus du calcul des déficits nationaux dans le cadre du Semestre européen. Il est en effet parfois difficile voire impossible pour un pays de dégager de l'argent pour cofinancer un projet (cofinancement qui est obligatoire) compte tenu des régles comptables de l'Union.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Numa matéria em que as divisões ideológicas são bastante evidentes, este relatório de iniciativa conseguiu um amplo apoio desta casa, com 482 votos a favor - facto que evidencia bem o esforço de equilíbrio e de união levado a cabo pelo deputado relator.

O texto aprovado pretende clarificar diversos elementos relativos à aplicação da primeira parte do artigo 23.º do Regulamento sobre as Disposições Comuns (relativos às implicações práticas da reprogramação e da suspensão dos Fundos Europeus Estruturais e de Investimento - FEEL), adotado no anterior mandato.

Nesse sentido, o relator pede que as mesmas sejam aplicadas «da forma mais justificada e equilibrada possível» e que o disposto neste artigo seja usado apenas como «último recurso» e somente no sentido de dar maior eficiência e maior eficácia aos FEEL. É ainda solicitado um maior envolvimento não só das Autoridades Locais e Regionais, nos exercícios de reprogramação, mas também do Parlamento Europeu, no âmbito do processo de escrutínio de todo o sistema de governação previsto no artigo 23.º.

Porque considero que o relator propôs a votação um texto ponderado e que exprime uma posição abrangente do Parlamento Europeu, votei favoravelmente esta Proposta de Resolução.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui précise plusieurs éléments concernant l'application du premier volet de l'article 23 et vise à garantir une application justifiée et équilibrée des dispositions. L'article 23 du règlement portant dispositions communes contient les dispositions relatives aux mesures liant l'efficacité des fonds structurels et d'investissement européens à la bonne gouvernance économique.

Nous avons toujours souligné l'importance de la stabilité de l'environnement macroéconomique étant donné que cette stabilité accroît l'efficacité de la politique de cohésion, mais il faut également noter que les dispositions liant l'efficacité des fonds ESI à la bonne gouvernance économique ne devraient s'appliquer qu'en dernier recours, en suivant toutes les étapes inscrites à l'article 23.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione perché ritengo che una buona governance economica e un efficace politica di coesione siano strumenti fondamentali per affrontare e superare la crisi economica che sta colpendo gli Stati membri dell'Unione europea. La relazione esorta il Parlamento europeo a essere il principale garante democratico della corretta attuazione dell'articolo 23 del regolamento 1303/2013 concernente il meccanismo della macro condizionalità economica.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra del informe sobre los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos propuesto por José Blanco López. Entendemos que este no se hace cargo —dada la composición final que adoptó el texto durante la votación, en su fase de enmienda— de los problemas y de las crisis de deuda de los países con crisis económicas severas. Nuestras enmiendas tenían que ver con que los fondos destinados a los países con crisis severas no computasen como deuda del país. Entendemos que, sin este mecanismo extra, el funcionamiento de los Fondos Estructurales pierde sentido y se convierte, simplemente, en un mecanismo más, no de solidaridad, sino de atadura en forma de deuda de los Estados que participen del fondo.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe se centra en la Comunicación realizada por la Comisión Europea sobre las directrices para vincular los Fondos Estructurales con el artículo 23 del Reglamento n.º 1303/2013, en la que la propia Comisión anuncia que la ayuda procedente de los Fondos Estructurales debe estar estrechamente vinculada al cumplimiento de la gobernanza de la UE.

Así pues, viene a justificar la existencia de la reprogramación y suspensión de los fondos a las regiones cuando los Estados miembros a los que pertenecen no cumplen los criterios marcados por el Semestre Europeo para corregir el grado de endeudamiento (políticas de recortes y reformas que cercenan derechos en la legislación laboral, entre otras).

El informe del Parlamento legitima la existencia de la llamada «macrocondicionalidad» como último recurso. Además, la inmensa mayoría de la Eurocámara ha votado a favor de que se declare que los instrumentos de gobernanza económica contribuyen a un «entorno macroeconómico estable», ignorando los dramáticos efectos de las medidas de austeridad en la población europea, y en la española en particular.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

De hecho, ni siquiera se votó a favor de la propuesta de eliminar los Fondos Estructurales del cómputo global de déficit público de un Estado. Por todo ello, obviamente, he votado en contra.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Os fundos estruturais são um instrumento fundamental para promover a coesão territorial e económica e para o relançamento da economia dos países com desequilíbrios macroeconómicos. As recomendações de governação económica, nestes casos, devem ter isso em conta e zelar para que as regiões fiquem salvaguardadas como recipiente destes fundos.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as it would hand more power to the EU Parliament, which I do not wish to see happen.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. The current programming period for the cohesion policy is closely linked with the goals of the EU 2020 strategy and economic governance mechanisms. The rapporteur, from my group, did a very good job on this report and I'm happy to see it pass in Plenary. The implications of the ESI Funds are massive in my region, and will strengthen the need to see a devolved assembly in the West Midlands.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – V prípade legislatívneho uznesenia Európskeho parlamentu o európskych štrukturálnych a investičných fondoch a riadnej správe hospodárskych záležitostí, o usmerneniach na implementáciu článku 23 nariadenia o spoločných ustanoveniach som hlasoval v súlade s pozíciou EKR za prijatie tohto uznesenia. Nesmieme zabúdať na poslanie a ciele politiky súdržnosti a jej úlohu pri zachovávaní investícií v Európskej únii. Hoci potrebujeme účinnejšie systémy správy hospodárskych záležitostí, takéto systémy by nemali byť prekážkou pri dosahovaní všeobecnejších cieľov hospodárskej, sociálnej a územnej súdržnosti.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Kohezijska politika je politika utemeljena na Ugovoru o funkcioniranju Europske unije i izraz europske solidarnosti, a usmjerena je na jačanje gospodarske, socijalne i teritorijalne kohezije EU-a te na smanjenje razlika među regijama promicanjem uravnoteženog i sukladnog socioekonomskog razvoja. Ona je isto tako i investicijska politika kojom se pridonosi postizanju ciljeva strategije Europa 2020 za pametan, održiv i uključiv rast.

Na plenarnoj sjednici podržao sam ovu rezoluciju upravo zato što su dobro ekonomsko upravljanje i učinkovite javne institucije osnovni preduvjet za održiv i dugoročan gospodarski rast, otvaranje radnih mjesta te za socijalni i teritorijalni razvoj, kao i smanjenja razlika između europskih regija. Stabilno makroekonomsko okruženje, uključujući visokokvalitetno upravljanje na svim razinama, pridonosi uspješnoj provedbi europskih strukturnih i investicijskih fondova, a samim time i pozitivno pridonosi stopi ulaganja koja je pogođena uslijed gospodarske i financijske krize.

Csaba Sógor (PPE), *in writing*. – Although the link between the European Structural and Investment Funds (ESI Funds) and the European Semester in the Common Provisions Regulation (CPR) might seem controversial, there is evidence that sound economic governance can increase the impact of investment in economic development and job creation. If we add to this the low level of implementation of Country Specific Recommendations, the need for such a correlation seems all the more useful.

However, I agree with the view from the report that, given the long-term nature of the challenges that ESI Funds are intended to solve in Member States, reprogramming or suspension under Article 23 of the CPR should only be used in exceptional situations. I therefore welcome the cautious approach from the Commission's communication and hope that such reprogramming will be kept to the minimum necessary.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Člen 23 uredbe o skupnih določbah (Uredba (EU) št. 1303/2013) določa, da bi bilo potrebno za omogočanje osredotočenosti na uspešnost in doseganje ciljev strategije Unije za pametno, trajnostno in vključujočo rast za vsako državo članico določiti rezervo za uspešnost v višini 6% vseh dodeljenih sredstev za cilj „naložbe za rast in delovna mesta“ ter za EKS RP in ukrepe, financirane v okviru uredbe o ESPR. V sedanjem programskem obdobju je kohezijska politika tesno povezana s strateškimi cilji strategije Evropa 2020 in mehanizmi gospodarskega upravljanja. Ukrepi za povezovanje uspešnosti evropskih strukturnih in investicijskih skladov z dobrim gospodarskim upravljanjem iz člena 23 uredbe o skupnih določbah so sporni, saj makroekonomski pogojenosti velika večina parlamentarnih skupin ni bila naklonjena. Strinjam se, da mehanizmi gospodarskega upravljanja ne smejo ovirati uresničevanja ciljev politike evropskih strukturnih in investicijskih skladov ter da je treba člen 23 uredbe uporabiti zgolj kot skrajni ukrep za učinkovitejše izvajanje evropskih strukturnih in investicijskih skladov. Ta ne sme voditi v finančno negotovost in nestabilnost, ki bi ogrozila že tako negotove razmere, zlasti v ranljivih regijah ali regijah, ki jih je kriza najbolj prizadela. Ker menim, da je potrebno prizadevanje v smeri čim bolj pravičnega in uravnoteženega izvajanja določb uredbe, sem poročilo podprl.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Le disposizioni relative alla condizionalità macroeconomica, ovvero le misure per collegare i fondi strutturali e di investimento europei a una sana gestione economica, hanno costituito un aspetto molto controverso del regolamento recante disposizioni comuni per la politica di coesione 2014-2020, che un ampio spettro politico aveva respinto nella legislatura precedente. Tuttavia, poiché il testo finale del regolamento conteneva tale principio, il Parlamento aveva ottenuto che le disposizioni corrispondenti fossero usate solo come *extrema ratio*. Condivido quindi l'approccio del relatore, che ha evidenziato la necessità di applicare le disposizioni sulla condizionalità macroeconomica nella maniera più giustificata ed equilibrata possibile, in casi eccezionali. Pur riconoscendo la necessità di un'efficace governance economica, ritengo che tali meccanismi non dovrebbero ostacolare il perseguimento dei più ampi obiettivi di coesione economica, sociale e territoriale, soprattutto in tempi di crisi e di instabilità economiche. Non sarebbe tollerabile che le autorità regionali o locali siano ingiustamente penalizzate, attraverso una riprogrammazione o una sospensione dei Fondi e il conseguente venir meno di una fondamentale fonte di investimenti pubblici, a causa di mancanze macroeconomiche da parte dei governi centrali di cui esse non hanno alcuna responsabilità. Per tali ragioni ho espresso il mio voto favorevole sulla relazione.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Politika súdržnosti je vyjadrením európskej solidarity. Mali by sme sa naďalej snažiť znižovať rozdiely medzi regiónmi a podporovať vyvážený sociálno-ekonomický rozvoj. Prostredníctvom politiky súdržnosti prispievame i k dosahovaniu cieľov Európa 2020, a to najmä k zvyšovaniu konkurencieschopnosti prostredníctvom tvorby kvalitných pracovných miest, rozvoja podnikov a podnikania v celej Únii.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržao sam ovo izvješće jer se kohezijskom politikom izražava europska solidarnost te je ona usmjerena na jačanje gospodarske, socijalne i teritorijalne kohezije EU-a te posebno na smanjenje razlika među regijama promicanjem uravnoteženog i skladnog socioekonomskog razvoja.

Dobro upravljanje i učinkovite javne institucije osnovni su preduvjeti za održiv i dugoročan gospodarski rast, otvaranje radnih mjesta te za socijalni i teritorijalni razvoj. Gospodarska i finansijska nepredvidivost te pravna nesigurnost mogu dovesti do sve manjih stopa javnog i privatnog ulaganja te tako ugroziti postizanje ciljeva kohezijske politike. Iznimna je važnost kohezijske politike u područjima gdje je stopa ulaganja znatno pala zbog gospodarske i finansijske krize.

Trenutačni zakonodavni okvir za kohezijsku politiku podliježe specifičnim zadacima, ciljevima i horizontalnim pravilima. Europski strukturni i investicijski fondovi usmjereni su na jačanje koordinacije, komplementarnosti i sinergija s drugim politikama i instrumentima EU-a.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Uzimajući u obzir, između ostalog, usmjerenost trenutnog pravnog okvira europskih strukturnih i investicijskih fondova (ESI fondovi) na jačanje koordinacije, komplementarnosti i sinergija s drugim politikama i instrumentima EU-a, kao i Komunikaciju Komisije o smjernicama o primjeni mjera kojima se povezuju učinkovitost europskih strukturnih i investicijskih fondova i dobro ekonomsko upravljanje, Europski parlament poziva Komisiju da izvjesti o rezultatima postignutima primjenom članka 23. Uredbe o zajedničkim odredbama. Nadalje, Parlament pozdravlja informacije o učinku primjene spomenutog članka u kontekstu revizije njegove primjene u skladu sa stavkom 17. istog članka, uključujući pružanje detaljnijih informacija o tome u kojoj su mjeri zahtjevi za reprogramiranje bili utemeljeni na provedbi relevantnih preporuka za pojedine zemlje i preporuka Vijeća ili su unaprijedili utjecaj ESI fondova koji državama članicama stoje na raspolaganju u okviru programa finansijske pomoći za rast i konkurentnost, kao i pružanje podataka o svim obustavljenim iznosima i relevantnim programima.

Ovo izvješće podržavam.

Richard Sulík (ECR), *písomne*. – Hlasovania som sa zdržal. Za zásadný problém pri európskych štrukturálnych a investičných fondoch nepovažujem len drobné nedostatky, prípadne nastavenia tohto systému prerozdelenia, ale ako problém vnímam aj samotné prerozdelenie, ktorého cieľom je podporiť rast a zamestnanosť. Vzhľadom na to, že každé jedno euro vynaložené na podporu rastu pochádza z peňazí daňovníkov, prerozdelenie viac ekonomiku poškodzuje ako jej pomáha.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o evropskih strukturnih in investicijskih skladih ter dobrem gospodarskem upravljanju. Evropski strukturni in investicijski skladi združujejo 5 skladov, katerih eden od namenov je spodbujanje skladnega razvoja Evropske unije ter zmanjševanje regionalnih razlik. Podpiram poenostavitve upravljanja s temi skladi, za kar si zelo prizadeva Evropska komisija, s katerimi bomo pospešili ustvarjanje novih delovnih mest ter izboljšanje socialno-ekonomskih razmer.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση ίδιας πρωτοβουλίας αφορά το άρθρο 23 του κανονισμού περί Καθορισμού Κοινών Διατάξεων (ΚΚΔ) των ΕΔΕΤ για την προγραμματική περίοδο 2014-2020, το οποίο είναι γνωστό ως μακροοικονομικές προϋποθέσεις (macroeconomic conditionalities). Σύμφωνα με το άρθρο 23, δίνεται η δυνατότητα στην Κομισιόν, όταν κρίνει ότι δεν τηρούνται οι μακροοικονομικές προϋποθέσεις, να ζητήσει αναπρογραμματισμό της συμφωνίας εταιρικής σχέσης (ΣΕΣ) και, αν το κράτος δεν ανταποκριθεί, να ζητήσει αναστολή καταβολής χρηματοδοτήσεων.

Στην έκθεση τονίζεται η ανάγκη για Ενιαία Οικονομική Διακυβέρνηση και ζητείται στενή συνεργασία ΕΔΕΤ και Ευρωπαϊκού Εξαμήνου. Παράλληλα τονίζεται ο τιμωρητικός χαρακτήρας οποιασδήποτε αναστολής πληρωμών και ζητείται από την Επιτροπή να αξιοποιήσει τη διακριτική ευχέρεια που διαθέτει, ώστε να προτείνει την αναστολή πληρωμών εκεί και όπου είναι αναγκαίο. Καταψηφίσαμε λοιπόν την έκθεση, γιατί, αντί να προωθεί την αλληλεγγύη για επέκταση της ανάπτυξης και της ευημερίας για την αντιμετώπιση των οικονομικών και κοινωνικών ανισοτήτων, τάσσεται υπέρ της εισαγωγής εκβιαστικών μέτρων κατά των κρατών μελών στη διαδικασία χρηματοδοτήσεων.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η χρηστή οικονομική διακυβέρνηση και η διασύνδεσή της με τα ευρωπαϊκά διαρθρωτικά και επενδυτικά ταμεία (ΕΔΕΤ), έχει συμβάλει στην αναποτελεσματικότητα της πολιτικής συνοχής, ιδίως το άρθρο 23 του ΚΚΔ και η αναστολή πληρωμών, που έχουν τιμωρητικό χαρακτήρα, αφού δεν λαμβάνεται υπόψη η κατάσταση των κρατών και περιφερειών που αντιμετωπίζουν κοινωνικοοικονομικές δυσκολίες εξαιτίας της κρίσης.

Η πρακτική έχει αποδείξει ότι η αρχή της αναλογικότητας και επικουρικότητας δεν βρίσκουν εφαρμογή στην περίπτωση των ΕΔΕΤ, ιδίως στις ανά χώρα συστάσεις που αποτυγχάνουν στην επίτευξη της οικονομικής μεγέθυνσης και τη δημιουργία βιώσιμης ανάπτυξης και νέων θέσεων εργασίας, γεγονός που συνεπάγεται τη λήψη μέτρων (επιπλέον λιτότητα και μειώσεις) αντίθετων προς τους στόχους της πολιτικής συνοχής.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel úgy vélem, hogy egyrészt a gazdasági kormányzás mechanizmusainak nem szabad gátolniuk az ESB-alapok célkitűzéseinek megvalósítását, másrészt, hogy a mechanizmusok ténylegesen hozzájárulnak a makrogazdasági környezet stabilitásához, valamint a hatékony és eredményközpontú kohéziós politikához. Egyetértek azzal, hogy a jó kormányzás és a hatékony közintézmények alapvetően fontosak a fenntartható és hosszú távú gazdasági növekedéshez, a munkahelyteremtéshez, valamint a szociális és a területi fejlődéshez, de kevés figyelmet kaptak a kohéziós politika működési módjára hatást gyakorló makrogazdasági tényezőkhöz.

Osztom azt a véleményt, hogy a közös rendelkezésekről szóló rendelet makrogazdasági feltételeességre vonatkozó rendelkezéseinek megfelelő alkalmazását mindenekelőtt az Európai Parlamentnek kell demokratikusan szavatolnia. Fontosnak tartom, hogy az átláthatóságot biztosítani kell, valamint az ellenőrzés és a felülvizsgálat egyre fontosabbá válik, miközben ellenzik minden olyan intézkedést, amely az érintett igazgatás bármely szintjén aránytalanul megnöveli az adminisztratív terheket és az ebből fakadó költségeket.

Claudia Tapardel (S&D), în scris. – Fondurile structurale și de investiții europene reprezintă instrumentul esențial prin care se realizează politica de coeziune a Uniunii Europene. Cu ajutorul acestor fonduri, diferențele de dezvoltare dintre regiunile statelor membre se pot atenua, creând cadrul unei dezvoltări unitare a construcției europene la nivel socio-economic.

Una dintre condițiile atribuirii acestor fonduri rămâne însă necesitatea bunei guvernante economice, care implică respectarea unor reguli de bază de către statul respectiv, în general prevăzute de Pactul de stabilitate și de creștere. Regulile respective se referă la anumite criterii de coordonare instituțională, transparență și responsabilitate. În caz contrar, se poate ajunge la suspendarea plăților pentru statul respectiv, decisă de Consiliu la propunerea Comisiei.

În contextul dificultăților economice cu care se confruntă o serie de state membre în ultimii ani, însă, se impune o aplicare mai atentă a acestor regulamente, pentru că în multe cazuri cei care au de suferit sunt chiar cei care au mai multă nevoie de asistență. Măsurile respective trebuie aplicate în așa fel încât scopul politicilor de coeziune să nu fie afectat.

În acest sens, Parlamentul European, în calitate de reprezentant direct al cetățenilor, ar trebui să aibă un cuvânt mai greu în evaluarea respectării condițiilor economice de către statele membre.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte de mon éminent collègue Blanco Lopez. Une vaste majorité d'entre nous partage l'inquiétude quant aux implications pratiques de la reprogrammation et de la suspension des Fonds ESI au titre de l'article 23 du RDC. Dans le présent rapport, votre rapporteur a tenté de trouver un juste équilibre entre les différentes conceptions du mécanisme de conditionnalité macroéconomique sous l'angle de son application à titre d'ultime recours.

Il est essentiel que nous ne perdions pas de vue le rôle et les objectifs originels de la politique de cohésion et son importance en tant qu'instrument permettant de maintenir l'investissement dans les régions européennes, en particulier dans un contexte de crise et d'instabilité économiques. Même si une bonne gouvernance économique est nécessaire, de tels mécanismes ne devraient pas entraver la poursuite des objectifs plus vastes de la cohésion économique, sociale et territoriale.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report which comes in response to the Commission guidelines on the application of the measures linking effectiveness of the European Structural and Investment Funds to sound economic governance according to Article 23 of Regulation (EU) 1303/2013 on the common provisions (the CPR). The guidelines pertain to a reprogramming and a suspension of payments which are not compulsory. The report states that the achievement of the ESI Funds' policy objectives should not be hindered by the economic governance mechanisms and that Article 23 of the CPR should only be used as a last resort to contribute to an efficient implementation of the ESI Funds. Therefore, the report calls on the Commission to deliver a comprehensive analysis of all available options other than the application of Article 23 CPR to address issues that may trigger a reprogramming request.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La politica di coesione mira a rafforzare la coesione economica, sociale e territoriale dell'UE e, in particolare, a ridurre il divario tra le regioni, promuovendo uno sviluppo socio-economico equilibrato e armonioso, per il raggiungimento degli obiettivi della strategia Europa 2020 per una crescita intelligente, sostenibile e inclusiva. Nel corso della passata legislatura uno degli aspetti più controversi del processo di negoziazione del regolamento recante disposizioni comuni dei fondi strutturali e degli investimenti è stata la «condizionalità macroeconomica» definita all'articolo 23. Devono essere attentamente valutate le implicazioni pratiche della rinegoziazione e le possibili sospensioni dei fondi dovute alla clausola macro-condizionalità e considerando il forte calo degli investimenti cui stiamo assistendo, solo la politica di coesione può garantire di mantenere gli impegni di Stati membri e regioni per favorire la diminuzione delle disparità e migliorare l'occupazione. È nostro dovere continuare a insistere perché si applichi la clausola di flessibilità sugli investimenti. Serve un pieno rilancio di investimenti pubblici e privati per il lavoro, le imprese, il benessere dei cittadini.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o evropskih strukturnih in investicijskih skladih ter dobrem gospodarskem upravljanju: smernice za izvajanje člena 23 uredbe o skupnih določbah sem podprla, saj menim, da so ukrepi za povezovanje uspešnosti evropskih strukturnih in investicijskih skladov z dobrim gospodarskim upravljanjem iz člena 23 uredbe o skupnih določbah morda najspornejši vidik te uredbe, in menim, da so nove smernice neizbežne.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra del informe sobre los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos propuesto por José Blanco López. Entendemos que este no se hace cargo —dada la composición final que adoptó el texto durante la votación, en su fase de enmienda— de los problemas y de las crisis de deuda de los países con crisis económicas severas. Nuestras enmiendas tenían que ver con que los fondos destinados a los países con crisis severas no computasen como deuda del país. Entendemos que, sin este mecanismo extra, el funcionamiento de los Fondos Estructurales pierde sentido y se convierte, simplemente, en un mecanismo más, no de solidaridad, sino de atadura en forma de deuda de los Estados que participen del fondo.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à préciser le contexte dans lequel l'article 23 du RDC peut être utilisé. Cet article, qui concerne les mesures établissant un lien entre l'efficacité des fonds ESI et une bonne gouvernance économique, est loin de faire l'unanimité. Pendant le processus législatif, les rapporteurs proposaient même de supprimer les dispositions en matière de conditionnalité macroéconomique. Elles ont été finalement incluses dans le règlement.

Le rapport de M. Blanco Lopez vise à garantir que les dispositions de l'article 23 seront appliquées de manière équilibrée.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

C'est un texte peu satisfaisant mais invitant à une application plus souple des dispositions concernant la reprogrammation des fonds ESI et qui invite la Commission à prendre en compte la situation économique et sociale de chaque État membre avant de suspendre les paiements.

Je choisis l'abstention sur ce texte.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az ESB-alapok eredményességét és a gondos gazdasági kormányzást összekapcsoló intézkedésekre vonatkozó, a közös rendelkezésekről szóló – a megelőző jogalkotási ciklus folyamán elfogadott – rendelet 23. cikkében rögzített szabályok valószínűleg a rendelet legellentmondásosabb vonatkozását képezik. Az erről szóló jelentést a mai napon támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra del informe sobre los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos propuesto por José Blanco López. Entendemos que este no se hace cargo —dada la composición final que adoptó el texto durante la votación, en su fase de enmienda— de los problemas y de las crisis de deuda de los países con crisis económicas severas. Nuestras enmiendas tenían que ver con que los fondos destinados a los países con crisis severas no computasen como deuda del país. Entendemos que, sin este mecanismo extra, el funcionamiento de los Fondos Estructurales pierde sentido y se convierte, simplemente, en un mecanismo más, no de solidaridad, sino de atadura en forma de deuda de los Estados que participen del fondo.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report because, through it, Parliament will send a clear and important message that the introduction of macroeconomic conditionality was not the best decision made in this Multiannual Financial Framework.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the 'European Structural and Investment Funds and sound economic governance: guidelines for the implementation of Article 23 of the Common Provisions Regulation' because I am aware of the importance of cohesion policy also as an expression of European solidarity, aimed at strengthening economic, social and territorial cohesion in the EU, and in particular at reducing disparities between regions, promoting a balanced and harmonious socio-economic development. The cohesion policy is also an investment policy contributing to achieving the goals of the Europe 2020 strategy for smart, sustainable and inclusive growth. Therefore it is essential to address the question of the reprogramming of article 23 CPR that may avoid financial uncertainty and instability and the worsening an already precarious situation particularly in disadvantaged regions or those hit hardest by the crisis. We must ensure a proportionate response in order to avoid further disadvantaging regions already experiencing difficulties.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Las disposiciones relativas a las medidas que vinculan la eficacia de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos con arreglo al artículo 23 del Reglamento sobre disposiciones comunes es probablemente el asunto más polémico de este Reglamento.

Si bien el informe ha sido objeto de varias enmiendas, el trabajo en la Comisión de Desarrollo Regional dio como resultado un documento consensuado que trata aspectos clave de una manera acertada. Por ello, considero necesario votar a favor de dicho informe.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro questa relazione del parlamento sull'applicazione dell'articolo 23 del regolamento sui fondi strutturali e di investimento europei, che ha introdotto un meccanismo di condizionalità macroeconomica per vincolare l'erogazione di tali fondi al rispetto dei vincoli di bilancio e all'attuazione delle ricette economiche indicate dalla Commissione nelle raccomandazioni specifiche per paese. Un meccanismo che farebbe scattare la sospensione dei fondi per le regioni in caso di insoddisfacente progresso nella realizzazione delle riforme strutturali da parte dei governi centrali, con l'effetto controproducente di peggiorare la situazione economica e acuire le tensioni sociali in regioni che già versano in difficoltà economiche. Si tratta di uno stratagemma assurdo e inaccettabile, fortemente criticato negli ultimi anni, ideato per mettere sotto ulteriore pressione i governi centrali che mostrano difficoltà a rispettare i vincoli di bilancio o rallentamenti nell'attuazione di riforme irrealizzabili o comunque insostenibili dal punto di vista politico, economico e soprattutto sociale.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Già in Commissione ECON, chiamata a redigere un parere sul tema, poi bocciato perché incoerente e contraddittorio a conferma della spaccatura di questo Parlamento su tutti i temi di governance, mi ero fortemente opposto contro qualsiasi principio di macro-condizionalità, chiedendo in particolare che il potere di sospensione fosse limitato esclusivamente ai soli casi di frode, corruzione e infiltrazioni mafiose.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – El informe se centra en la Comunicación realizada por la Comisión Europea sobre las directrices para vincular los Fondos Estructurales con el artículo 23 del Reglamento n.º 1303/2013, en la que la propia Comisión anuncia que la ayuda procedente de los Fondos Estructurales debe estar estrechamente vinculada al cumplimiento de la gobernanza de la UE.

Así pues, viene a justificar la existencia de la reprogramación y suspensión de los fondos a las regiones cuando los Estados miembros a los que pertenecen no cumplen los criterios marcados por el Semestre Europeo para corregir el grado de endeudamiento (políticas de recortes y reformas que cercenan derechos en la legislación laboral, entre otras).

El informe del Parlamento legitima la existencia de la llamada «macrocondicionalidad» como último recurso. Además, la inmensa mayoría de la Eurocámara ha votado a favor de que se declare que los instrumentos de gobernanza económica contribuyen a un «entorno macroeconómico estable», ignorando los dramáticos efectos de las medidas de austeridad en la población europea, y en la española en particular.

De hecho, ni siquiera se votó a favor de la propuesta de eliminar los Fondos Estructurales del cómputo global de déficit público de un Estado. Por todo ello, obviamente, he votado en contra.

Derek Vaughan (S&D), in writing. – European Structural and Investment funds are critical to my constituents in Wales, to develop and improve our local economy in partnership with the EU. To get the best value for money for the European taxpayer, and to ensure that Wales can move forward as rapidly as possible, it is critical that the ESI is underpinned by a sound economic strategy. Furthermore it is important that this support can be redirected to meet emerging economic and social challenges as they develop. This is very important to ensure that the European Union continues to work towards addressing the economic disparities that exist between many of the European regions.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – O relatório propõe uma conciliação entre os Fundos Estratégicos de Investimento (FEI) e outros instrumentos de coesão da UE com o enquadramento do Semestre Europeu, as políticas macroeconómicas e as recomendações específicas para os Estados-Membros, especificamente em referência ao art.º 23.º do RDC (que advoga que os pagamentos e as autorizações dos fundos de investimento seja suspensa, em caso de incumprimento).

O relatório apresenta pontos positivos, como a crítica à suspensão dos financiamentos em referência ao art.º 23 do RDC. Reconhece que os mecanismos associados ao Semestre Europeu afetam a operacionalidade da política de coesão e em concreto a aplicação dos fundos estruturais.

Este relatório é, assim, inaceitável na medida em que acaba por legitimar um instrumento que deveria ser banido da UE.

Harald Vilimsky (ENF), schriftlich. – Der Bericht bringt berechtigte Kritikpunkte vor. Ebenso manche Verbesserung sowie eine Effizienzsteigerung. Jedoch bringt der Bericht keinerlei Änderung an der Kohäsionspolitik, welcher wir ablehnend gegenüberstehen. Daher erhält dieser Bericht nicht meine Zustimmung.

Daniele Viotti (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione che disciplina l'applicazione della condizionalità macroeconomica. Il Parlamento ha ottenuto le salvaguardie che aveva richiesto, per cui, in caso di squilibri macroeconomici degli Stati membri, la Commissione potrà chiedere la sospensione dei pagamenti solo come misura di ultima istanza. Di fronte agli obiettivi di governance economica, non dobbiamo ignorare gli obiettivi della politica di coesione.

Iuliu Winkler (PPE), în scris. – Am votat raportul referitor la fondurile structurale și de investiții europene și buna guvernare economică: orientări privind aplicarea articolului 23 din Regulamentul privind dispozițiile comune.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Salut preocuparea raportorului cu privire la articolul 23 din regulamentul amintit, care introduce condiționalitatea macroeconomică, care ar trebui eliminată. Sunt de acord cu abordarea acestuia care arată faptul că articolul 23 din regulamentul nu trebuie să creeze incertitudine și instabilitate financiară, agravând o situație deja precară, în special în regiunile defavorizate sau în regiunile cel mai puternic afectate de criză.

De asemenea, susțin opinia acestuia cu privire la faptul că trebuie respinsă situația în care entități locale sau regionale pot fi sancționate cu reprogramarea sau suspendarea fondurilor, deteriorându-li-se situația economică și socială, din cauza neresușitelor macroeconomice de la alte niveluri ale administrației.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Estoy de acuerdo con la aplicación como recurso excepcional del artículo 23 del Reglamento sobre disposiciones comunes, ya que definiendo priorizar la transparencia y confianza dentro de los Estados miembros, pues creo que es la mejor forma de éxito. Creo que la Unión Europea debe potenciar estos dos conceptos, ya que en mi opinión son claves para una gestión efectiva y eficiente de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos. Además, creo que, en un primer momento, el Pacto de Estabilidad y Crecimiento contiene unas normas suficientemente fundadas como para poder controlar el uso que hace cada Estado miembro de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos, pues consiste en una supervisión fiscal con régimen sancionador ante el incumplimiento de sus condiciones. De este modo, la aplicación simultánea del artículo 23 sería, en mi opinión, un exceso de control, con sus consiguientes consecuencias negativas.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório propõe uma conciliação entre os Fundos Estratégicos de Investimento (FEEL) e outros instrumentos de coesão da UE com o enquadramento do Semestre Europeu, as políticas macroeconómicas e as recomendações específicas para os Estados-Membros, especificamente em referência ao art.º 23.º do RDC (que advoga que os pagamentos e as autorizações dos fundos de investimento sejam suspensas, em caso de incumprimento).

O relatório defende que essa suspensão deveria ser aplicada em casos excecionais e revelar maior flexibilidade; reconhece ainda que os mecanismos associados ao Semestre Europeu afetam a operacionalidade e aplicação dos FEEL. No entanto, o objetivo transversal ao relatório passa por garantir aos mecanismos do Semestre Europeu uma dimensão territorial e integrada, criando a ilusão de que é possível a sua democraticidade (através do controlo pelo Parlamento Europeu, especialmente). Trata-se, pois, de legitimar as políticas de governação da UE, dando-lhe uma roupagem mais democrática e «preocupada» com o desenvolvimento, reconhecendo que o seu cumprimento tem sido prejudicial. Votámos contra.

Presidente. – Con questo si concludono le dichiarazioni di voto.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(La seduta, sospesa alle 14.30, è ripresa alle 15.00)

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Mittwoch, 28. Oktober 2015

11. Intelligente Grenzen (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το πρώτο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι προφορικές ερωτήσεις προς το Συμβούλιο και την Επιτροπή σχετικά με δέσμη μέτρων για την έξυπνη διαχείριση των συνόρων, που κατέθεσε ο Claude Moraes, εξ ονόματος της Επιτροπής Πολιτικών Ελευθεριών, Δικαιοσύνης και Εσωτερικών Υποθέσεων (O-000106/2015 - B8-0766/2015) – (O-000107/2015 - B8-0767/2015) – (2015/2868(RSP)).

Claude Moraes, author. – Mr President, I am not in my usual seat because I have had a small injury and am on crutches, so I am not even in the proper political part of the Chamber. This is just to explain to everyone where I am sitting/-standing. However let us get on to the very important issue of 'smart borders'.

On behalf of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE), allow me to present the oral question which we have tabled to the Council and to the Commission. It is good to see again Commissioner Avramopoulos and, of course, our Presidency, which we know has been working incredibly hard over the past few days.

The Smart Borders Package is one which we have debated on a number of occasions in the past, including in this Chamber. The reason for this is very simple. The original proposal that the Commission presented in 2013 had so many technical problems that in the committee we did not even proceed to the stage of preparing draft reports.

Since then, we have been in a discussion process with the other institutions and in a process of verifying what technical options we have. It is this process that we are continuing today. We have presented a series of questions to the Council and Commission and we are looking forward to their responses. From the Commission we would like to receive an update regarding the new proposals. Specifically, does the Commissioner intend to present a single legislative proposal which would be complemented by a modification of the Schengen Borders Code to take account of the systems at the border, or would it present two separate proposals which would also be complemented by a modification of the Schengen Borders Code? Also, when does it intend to present the announced revised proposals, and could the Commission outline its main ideas for the revised proposals and its intended purpose?

The following questions are also addressed to both the Council and the Commission.

We are interested to know whether they consider an envisaged entry/exit system and registered traveller programme to be appropriate and adequate responses to the current and future situation at the EU's external border, given the constant increase in the number of border crossings and, if so, why? Do they consider the envisaged entry and exit system to be an appropriate instrument for reducing the number of so-called overstayers and, if so, why?

What are the views of the Council and Commission as regards access for law enforcement purposes? What are their views as to the intended purposes and what are their thoughts on the systems as regards the architecture, biometric identifiers and data retention periods? And to what extent may the European Court of Justice's ruling on data retention impact on the proposals as they stand?

What are their views regarding upgrading the existing tools to achieve the intended objectives of the entry and exit system and the registered traveller programme, regarding the interoperability and compatibility of various IT systems that already exist with regard to the Smart Borders Package?

Finally, for the Council specifically, what is the Council's view on the costs of the Smart Borders Package, in particular those that are not fully covered by the Internal Security Fund?

This Smart Borders package, which will take us into the next Presidency – where there is a lot of interest in this matter, and I have spoken briefly to the Minister – is one which has many deep civil liberties implications, but as you have heard from my questions – and we have one of our rapporteurs here, Ms Fajon – has many technical aspects. We in the LIBE Committee want to get these technical aspects discussed openly and transparently, but we are also concerned with the many civil liberties aspects, so I look forward to the debate today and I am very pleased that the Members here present will give their best to ensure that the Smart Borders Package begins to make sense to all of us today.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, permettez-moi, tout d'abord, de remercier M. Moraes et les deux rapporteurs, M. Diaz de Mera et M^{me} Fajon, pour cette question, mais surtout aussi pour les efforts qu'ils ont entrepris afin d'assurer la participation active du Parlement dans cet important projet européen.

Dans le programme de Stockholm de 2009, le Conseil européen a invité la Commission – je cite – «à présenter des propositions concernant un système d'entrée et de sortie couplé à un programme d'enregistrement des voyageurs avec procédure rapide, l'objectif étant qu'un système de ce type soit opérationnel le plus rapidement possible». Cette demande est devenue urgente dans le contexte actuel – que je n'ai pas besoin de vous rappeler et de vous décrire – en effet, le Conseil européen du 15 octobre dernier a appelé – je cite de nouveau – «à mettre au point des solutions techniques pour renforcer le contrôle des frontières extérieures de l'Union européenne en vue d'atteindre les objectifs poursuivis, aussi bien en matière de migration que de sécurité, sans nuire à la fluidité des mouvements». La création d'un système européen d'entrée/sortie est un pas nécessaire pour préserver l'espace Schengen. Actuellement, il y a douze pays qui utilisent des systèmes d'entrée/sortie nationaux dont la valeur ajoutée reste pour autant limitée.

Si aucun système n'est établi au niveau de l'Union, les États membres continueront d'agir de leur propre chef, sans l'efficacité et l'approche harmonisée que le paquet «Frontières intelligentes» peut fournir. Un tel système devrait mener à une harmonisation et à une standardisation des contrôles aux frontières, et conduire à un niveau de sécurité plus élevé. Ce système apportera plus de certitude pour le calcul de la période de séjour autorisé. Les gardes-frontières passent aujourd'hui beaucoup de temps à regarder le compostage des documents de voyage et à calculer la période de séjour autorisé. Si ce système fonctionne correctement, les gardes-frontières disposeront de plus de temps pour identifier les passagers posant un risque migratoire ou sécuritaire. En outre, le fait que le compostage ne soit plus nécessaire permettra d'étendre l'utilisation des systèmes automatisés de contrôle aux frontières à une partie des voyageurs, pour lesquels le passage de la frontière sera plus fluide.

Le système européen d'entrée/sortie facilitera l'identification des personnes à la frontière et à l'intérieur du territoire. Cela n'aurait pas pu être obtenu par une mise à niveau du SIS II. L'étude technique présentée par la Commission, il y a un an, a également montré qu'il ne serait pas réaliste, pour atteindre ces objectifs, de remanier le système d'information sur les visas, qui est encore en cours de déploiement et s'applique seulement aux ressortissants des pays tiers qui ont besoin d'un visa. Un système européen aurait un effet dissuasif pour les ressortissants des pays tiers qui entendent dépasser la durée du séjour autorisé. Le fait que les États membres aient une vision précise du nombre et de la nationalité de ces personnes permettrait également de prévoir des mesures plus appropriées pour contrer ce phénomène. Cette information sera également pertinente lors de la négociation des accords de facilitation de délivrance de visas, au moment d'envisager l'octroi d'une exemption de visa pour les pays tiers et lors de l'examen de l'application du mécanisme de suspension d'exemption de visa.

Quant au programme de voyageurs fréquents, le Conseil a toujours été favorable à un programme de ce type. À ce stade de la discussion, une majorité des États membres est favorable à un tel programme assorti d'une flexibilité quant aux modalités d'application selon le type de frontière. Lors des discussions, une majorité s'est prononcée en faveur d'un RTP allégé, présenté par la Commission dans son étude technique.

Concernant la question de l'accès des services répressifs au système européen d'entrée/sortie, une très large majorité d'États membres s'est exprimée en faveur d'une telle possibilité, et ce dès le début du fonctionnement du système. L'objectif de cet accès serait la prévention ou la détection des infractions terroristes ou d'autres infractions pénales graves ou la réalisation d'enquêtes en la matière. Par ailleurs, tel était aussi le souhait d'une grande majorité de représentants des parlements nationaux, lors de la réunion organisée par la commission des libertés civiles en février dernier. Pour les États membres, l'accès des services répressifs au système européen serait introduit à titre secondaire, comme dans le cas du VIS et d'Eurodac. Cet accès devrait être soumis à des conditions et à des procédures strictes. À cette fin, le Conseil s'efforce de recenser les éléments nécessaires aux futures dispositions ainsi que la liste des garanties nécessaires en conformité avec la jurisprudence de la Cour de justice.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

En ce qui concerne l'architecture, sur la base de l'étude technique qui a précédé le projet pilote, une majorité des États membres était en faveur de la mise en œuvre du programme d'enregistrement des voyageurs et du système d'entrée/sortie comme un système unique. Une majorité au Conseil préfère, à ce stade, une approche progressive pour intégrer le système d'entrée/sortie et le RTP dans le VIS. L'interopérabilité entre les futurs systèmes européens et les systèmes nationaux existants et l'introduction de la possibilité de réutiliser des éléments déjà existants dans le système VIS contribueront à réduire le coût final de ce projet.

En ce qui concerne le type et le nombre d'identifiants biométriques, nous attendons les résultats du projet pilote, qui seront décisifs pour les discussions à venir.

Pour les périodes de conservation des données, une grande majorité des États membres est favorable à une période de rétention uniforme de cinq ans, afin d'harmoniser tous les systèmes et pour tous les objectifs évoqués: cela serait dans l'intérêt non seulement des autorités, mais aussi des voyageurs, car cela permettrait de réduire le nombre de cas où leurs données devraient être enregistrées.

Le Conseil est pleinement conscient de l'importance de l'arrêt de la Cour de justice du 8 avril 2014 qui annule la directive sur la conservation des données. Tous les débats au sein du Conseil sur l'établissement d'un système de frontières intelligentes ont pleinement tenu compte du principe de ne faire que ce qui est nécessaire et proportionnel pour atteindre les objectifs poursuivis.

Concernant le coût potentiel du paquet «Frontières intelligentes», le Conseil partage les préoccupations du Parlement de ne pas dépasser le budget strictement nécessaire au fonctionnement efficace du système.

Le Conseil estime que ce paquet législatif est vital pour l'espace Schengen, et je dois d'ailleurs féliciter la Commission puisque, hier, le premier vice-président de la Commission l'a annoncé dans le programme de travail pour 2016, lequel comporte trois règlements qui concernent ce domaine. Nous comptons tous, bien sûr, sur la coopération avec le Parlement pour mener ce projet important à bon port.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by wishing the Chair of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs a swift recovery. I want you to know, Claude, that we need you to be fully operational for months to come. We have a lot of work to do together.

(Applause)

I would like to thank the honourable Members for this further opportunity to reflect with you on 'smart borders'. I know how sensitive the Parliament is on this issue. As announced in both the Agenda on Security and the Agenda on Migration, and as already mentioned at our previous exchange on 9 June, it is our intention to present a modified proposal on smart borders by the beginning of next year.

In our upcoming 2016 proposal we aim to present a solution that is operational and cost effective. We will propose a system that performs well and quickly and that meets the European Union's security and migration policy objectives, improves the traveller's experience, does not increase the workload for border guards and stands the test of our data protection legislation.

The Commission will modify the existing proposals in the Smart Borders Package to deliver a single legislative proposal complemented by a targeted modification of the Schengen Borders Code. It will be supported by a new impact assessment in order to incorporate and justify the changes to the original proposals. These changes will be limited to the following issues assessed: the architecture of the system; the biometric identifier to be used; the facilitation of border crossings; the retention time for the storage of data; and access for law-enforcement purposes.

The current border control system is neither efficient nor effective given increased travel flows and Member States' financial constraints. The smart borders proposal will, when implemented, lead to a reduction in border guards' repetitive manual tasks, and release resources where they are urgently needed. It will also facilitate the crossing of EU external borders by third-country nationals through a semi-automated or fully automated system. The modified smart borders proposal will allow for a more effective EU policy against irregular migration and notably the phenomenon of over-stayers. It will help border guards in detecting travellers who did not observe the terms of their stay in the Schengen zone and will allow them to undertake appropriate action. This is also expected to have a preventive effect on over-staying.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Data generated at entry/exit could also be of use to law enforcement authorities in the fight against terrorist offences and other serious criminal offences in specific cases. Should access for law enforcement purposes be granted, the necessary substantive and procedural safeguards will obviously be introduced.

Subject to the results of the new impact assessment, some preliminary conclusions can already be presented. As I have said on previous occasions, it seems preferable to build a single system, with functionalities for both an entry/exit system and registered travellers' programmes, instead of two different systems. It reduces the development and operating costs, avoids the duplication of travellers' personal data and reduces the impact on national systems.

As for possible synergies with existing systems, the re-use of certain elements from the visa information system, such as the common biometric matching system, seems to be the preferred option. Such an approach presents a lower level of risk and will be cheaper than the option of full and immediate integration to a biometric identification and authentication system.

The possibility of limited interoperability between the entry/exit system and the visa information system is under assessment: it would prevent registration of the same data concerning the same persons in two different systems. The 2013 proposal was for the use of 10 fingerprints and biometric identifiers. However, the technical study showed that a facial image is sufficient for verification of the identity of a traveller, while the combination of fingerprints and facial image gives the best results for traveller identification. The ongoing test phase will need to compare how these options work out in practice. However, it is clear to me that the biometric identifier used for the entry/exit system has to be as light and non-intrusive as possible.

A major challenge for us is to ensure that the introduction of a smart borders system will accelerate the border-control process. To complement the functionalities for a registered travellers' programme, increased scope for using process accelerators, such as self-service kiosks or mobile device applications, could be promoted. This would facilitate border crossing for a wider group of travellers. The impact assessment will look into the details of this important question.

On the subject of data retention, it is clear that if records of previous data are deleted too quickly travellers would have to re-enrol more often. It would also mean that border guards can see only a very short period of the traveller's history. Remember that, in today's situation with stamped passports, border guards can reconstruct several years of travel history when looking at the passport of the person standing in front of them.

In this context I want to underline once again that the Court of Justice ruling on the Data Retention Directive has no direct effect on other EU legal instruments. However, it is very clear that a strict assessment of the proportionality and necessity of measures that constitute serious restrictions to fundamental rights is needed. These key points raised in the Court of Justice judgment will be fully addressed in the smart borders proposal.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, pues sí, ha sido muy oportuno el planteamiento de la pregunta por parte del señor Moraes y muy clarificadora la intervención de la Presidencia del Consejo y del señor Avramopoulos.

Quiero empezar diciendo que, efectivamente, estos sistemas están diseñados para controlar, facilitar y agilizar el tránsito de los pasajeros. Y para no confundirnos, estamos hablando de un tipo de pasajeros que normalmente viene con su pasaporte en la mano, no es un pasajero que llega de una manera dura y terrible a una playa de Turquía o a una playa de Grecia. Eso es algo que ha generado mucha confusión aquí, y esa confusión ha procedido de la Presidencia del Consejo y de la Presidencia de la Comisión.

Actualmente se calcula que en el área Schengen hay entre tres y cinco millones de personas que han sobrepasado el límite de estancia temporal establecido para permanecer en nuestro territorio. Por ello, es muy necesario que se acabe con estas prácticas y con estos procedimientos, que son una clara violación del espacio Schengen.

Apoyo, naturalmente, el acceso de las Fuerzas y Cuerpos de Seguridad del Estado al sistema, como un valor añadido, a condición de que se trate de clarificar unas cuantas cosas, como es qué autoridades son las que accederían; dotar a esas autoridades de las garantías necesarias para que el acceso sea proporcionado y limitado a los fines; y, en fin, me genera tranquilidad el hecho de que la sentencia sea tomada en consideración y que, aunque no tenga repercusión en los actos legislativos de la Unión Europea, efectivamente, se vaya a tomar en cuenta.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Como usted comprenderá, señor Presidente, después de tanto trabajo que llevamos realizando, limitar nuestro trabajo a un minuto y medio es una auténtica barbaridad.

Tanja Fajon, *v imenu skupine S&D*. – Zakaj potrebujemo to razpravo danes?

Več stvari se je zgodilo v zadnjih tednih in mesecih, ki jih je potrebno pojasniti. Govorimo o uvedbi pametnih meja na zunanjih mejah Unije, o projektu, vrednemu skoraj 800 milijonov evrov, ki naj bi olajšal prehod mej potnikom iz tretjih držav, uvedel lažji nadzor nad njimi, avtomatiziral postopke na mejah in podobno.

Žal smo pa vsi, vključno z vami, gospod komisar, gospod Schmit, v težkem položaju. Med državami članicami krožijo različni predlogi. Za nekatere s kolegi izvemo po naključju, nekatere države si želijo, da bi prenovljen zakonodajni predlog objavili že decembra, ker očitno uvedbo pametnih meja povezujejo z izjemnimi migracijskimi pritiski na Evropo in varnostnimi tveganji.

Tega ne smemo dovoliti in to ni bil namen predloga Evropske komisije. Da, delimo resne skrbi nad razvojem dogodkov v Evropi, nad očitno slabo oziroma nenadzorovanim prihodom priselkov.

Moja država Slovenija je te dni pod izjemnim pritiskom. Avstrija je zjutraj napovedala gradnjo nekakšne ograje oziroma ovir na meji s Slovenijo. Schengen bo s takim ukrepom resno ogrožen. Bojim se, kako se bo odzvala Slovenija. Prisiljena bo razmišljati o podobnih ukrepih na meji s Hrvaško.

Vse to so skrbi, ki jih dnevno delimo, in tudi stališče, da ograje znotraj držav Schengena kot tudi gradnja evropske trdnjave s pametnimi mejami morda niso najboljša rešitev.

Pa vendar je povezovati trenutne razmere z nujnostjo uvedbe pametnih meja resnično škodljivo.

Ko govorimo o novih rešitvah upravljanja z evropskimi mejami, potrebujemo temeljit razmislek. Ko govorimo o pametnih mejah, pa potrebujemo pametne predloge in srčno upam, da bo Evropska komisija ob predstavitvi prenovljenega predloga upoštevala skrbi Evropskega parlamenta.

V imenu socialistov in demokratov izpostavljam posebej naslednje: prvič, kaj je namen predloga in ali je res ta sorazmeren z vrtoglaviimi stroški? Analize so pokazale manjše stroške. Smo izkoristili vse možnosti že obstoječih sistemov, kot sta VIS ali SIS II? Smo proti vsakršnemu dostopu pravosodnih organov do novega sistema?

Smo pred velikimi izzivi, ko gre za vprašanje meja, in česar si ne želim, je, da gremo v graditev nekega zapletena in dragega sistema, ki bi postal zgolj neke vrste policijsko orodje, brez dodane vrednosti za tiste, ki jim je namenjen, za potnike, ki torej prihajajo v Evropo in od katerih imamo ne le ekonomsko korist. Enako, kot bi pričakovali tudi za Evropejce drugod.

Predvsem pa si želim, da bo sodelovanje med institucijami v tej zahtevni operaciji transparentno, ker bomo le tako lahko našli najboljše skupne rešitve.

Jussi Halla-aho, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, the Schengen area is based on trust between the Member States. However, although the same Schengen Code applies to all Member States, its implementation varies from one country to another. The external border does have weak points, and this should not be the case. Certain Member States have their national entry/exit systems and registered travellers' programmes, but their usefulness is limited as they do not communicate with each other.

While free movement is one of the great achievements of European integration, it also offers many possibilities to criminals, terrorists, human traffickers, illegal immigrants and so on. These risks must be compensated by better management of the external border. The Smart Borders Package does not mean 'Fortress Europe'. It is a technological update that enables us to more effectively enforce the legislation and rules that we already have.

But the Smart Borders Package is not only about security. It is also about facilitating smoother border crossing. The number of travellers to the European Union will grow dramatically. This will mean long queues at border crossing points, if nothing is done. It is also in the interests of bona fide travellers that we bring our border management into the 21st Century.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

If we do not control the external borders we cannot have free movement of people within the European Union. This has become evident during the migration crisis, but it would be a true also in a normal situation. The Smart Borders Package is not linked to the current crisis on the external borders of the EU, rather its components are something that should have been in place before the abolition of internal border controls and the creation of the Schengen area.

Angelika Mlinar, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident! Wir wollten heute an sich das Thema *smart borders* und damit auch in der ursprünglichen Planung über moderne Technik, IT-Details und Reiseerleichterungen für Vielreisende diskutieren. Jetzt geht die Realität beim Management der EU-Außengrenzen oder dem nicht vorhandenen Management der EU-Außengrenzen aber in Richtung *stupid borders*, nämlich sehr alter Grenzsicherungsmethoden. Ungarn hat schon einen Zaun gebaut, Slowenien, Österreich und Deutschland denken darüber nach. Während in Deutschland nur Lokalpolitiker über diesen Unsinn träumen, ist es in Österreich die Innenministerin, die ernsthaft glaubt, hier ein paar populistische Stimmen auf diesem Wege zu gewinnen.

Vor nicht allzu langer Zeit haben wir das Jubiläum des Falls der Berliner Mauer beziehungsweise den Fall des Eisernen Vorhangs gefeiert. Und jetzt wollen wir allen Ernstes im Jahr 2015 wieder Zäune und Mauern bauen? Das hat schon damals nicht geholfen und nur Leid gebracht und wird auch in der jetzigen Zeit nicht helfen. Unser Schengen-System ist ernsthaft in Gefahr und die Personenfreizügigkeit, die eine große Errungenschaft ist, gleich mit. Wenn es uns nicht gelingen wird, tatsächlich einen Weg zu finden, dass Menschen legal Asyl suchen können außerhalb der EU-Grenzen, dann werden Menschen weiterhin kommen und werden weiterhin versuchen, schlicht und ergreifend Zäune zu überwinden, um in irgendeiner Weise auf EU-Boden Fuß zu fassen. Das Geld, das hier für Alibiaktionen verwendet wird, sollte lieber zum Aufbau und zur Sicherung von Flüchtlingslagern in der Türkei, Jordanien und im Libanon verwendet werden. Dort können wir gerne Mauern bauen, Mauern zum Schutz der Kriegsflüchtlinge. Mauern, die vielleicht dafür sorgen, dass die Menschen näher an ihrer Heimat bleiben können. Das würde in unserer Situation tatsächlich helfen.

In diesem Sinne unterstütze ich auch den Ansatz, das Geld, das für *smart borders* budgetiert wurde, und die in diesem Zusammenhang nicht verwendeten Gelder in der aktuellen Krise zu verwenden und damit die Koordinierung der Mittelmeeraktivitäten, aber auch die Aktivitäten entlang der Balkanroute zu unterstützen.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Beatrix von Storch (ECR), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Sie haben gerade die EU-Außengrenzen mit der DDR-Grenze verglichen.

Ist Ihnen bewusst, dass die DDR-Grenze eine Grenze war, die die Menschen eingesperrt hat, so dass die Menschen nicht ausreisen konnten, und dass die EU-Außengrenzen die Menschen nicht an der Ausreise hindern, sondern an der Einreise? Sehen Sie, dass das etwas anderes ist oder ist das für Sie das Gleiche?

Angelika Mlinar (ALDE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich glaube einfach, das Gleiche ist, dass Zäune, Grenzen – in dieser Form Mauern – und Schießbefehle nicht der richtige Weg sind. Weder in DDR-Zeiten vor 30, 40 Jahren und noch heute im Jahr 2015, Frau von Storch. Damit werden wohl auch Sie einverstanden sein.

Marie-Christine Vergiat, au nom du groupe GUE/NGL. – Monsieur le Président, comme je l'ai dit en juin, ce projet est un symbole des paradoxes de l'Union européenne. Au motif de rendre celle-ci plus attractive et de faciliter la circulation, on va encore renforcer le contrôle aux frontières extérieures. Qui seront les bénéficiaires? Dans quels délais? Et qui seront les victimes? Depuis le dernier Conseil – et vous venez de nous le confirmer –, il n'y a plus de doute.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

D'abord, les migrants. Alors qu'effectivement, on est incapable d'ouvrir des voies légales. Et là, pas de problème pour trouver des financements, contrairement à ce qu'il se passe pour le sauvetage en mer et l'accueil des migrants et des réfugiés. On doit s'interroger sur la pertinence de ce nouveau dispositif, sachant qu'il existe déjà à pléthore Eurosur, Eurodac, SIS, VIS, etc. Quels intérêts sert finalement cette fuite en avant sécuritaire? Pourquoi cette incapacité à évaluer les dispositifs existants? Quelle sera la coordination entre tous ces dispositifs? Où est le souci des finances publiques? Les sommes en jeu restent colossales. Et je ne parle même pas de la façon dont le Parlement européen est traité quand un de nos rapporteurs découvre par la bande une troisième option de la Commission.

Donc, tout y est: gabegie financière, fuite en avant sécuritaire, mépris des droits fondamentaux, absence d'évaluation sérieuse. Et je parle d'évaluation politique, intégrant tous les paramètres, et non d'évaluation purement technique. Tout cela manque de sérieux.

Comme pour le PNR, on nous dit: «il y a urgence». Mais ne nous trompons pas de priorité, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre. Alors à la GUE/NGL, nous continuerons de nous opposer en bloc à ce projet inutile, dangereux et contraire aux prétendues valeurs de l'Union européenne.

Ska Keller, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Die Mitgliedstaaten haben sich doch nicht *smart borders* überlegt, damit die Reisen schneller gehen können, damit die Reisenden schneller durchkommen oder nur, damit man das alte Stempelsystem abschafft. Schneller geht es mit *smart borders* sicherlich nicht.

Stattdessen handelt es sich bei diesen intelligenten Grenzen, so wie Sie sie ja genannt haben wollen, darum, in der Festung Europa einen weiteren Baustein einzusetzen. Die Polizei soll Zugriff auf die Fingerabdrücke von Drittstaatsangehörigen bekommen. Alle Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger sollen in diese Datenbank hinein, um dann zu schauen, ob die Fingerabdrücke von diesen Personen eventuell übereinstimmen mit Fingerabdrücken von Tatorten. Das ist grundrechtswidrig, denn der Europäische Gerichtshof hat gerade erst wieder festgestellt, dass die anlasslose Massenspeicherung von Daten mit europäischem Recht einfach nicht machbar ist.

Der Polizeizugriff auf die Fingerabdrücke ist zudem diskriminierend, denn wer ist da drinnen? Dort sind alle drin, die nicht die EU-Staatsbürgerschaft haben, die einreisen wollen. EU-Bürgerinnen und Bürger würden wir da aus gutem Grund nicht reintun. Selbiges muss aber auch für alle Ausländerinnen und Ausländer gelten.

Das *smart-border*-System soll jetzt auch noch – so haben es die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen vor kurzen beschlossen – dazu da sein, die Flüchtlingskrise anzugehen. Aber das ist ja wohl einfach nur ein schlechter Witz, denn wenn *smart borders* kommen soll, dann müssen die Mitgliedsstaaten Millionen von Euro in Fingerabdruckscanner, in Gesichtserkennungsgeräte und sonst in viel Technologie stecken, damit das ganze System überhaupt funktionieren kann. Das kommt dann sicherlich der Überwachungsindustrie zugute, aber doch ganz bestimmt nicht den Flüchtlingen.

Wir haben gestern erst von Herrn Juncker gehört, dass im EU-Haushalt die Gelder für Flüchtlinge knapp werden. Die EU hat bis 2020 knapp 800 Millionen Euro für *smart borders* in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt. Ich denke doch, dass wir dieses Geld viel besser nutzen könnten – in der Tat für die Flüchtlinge, für die Unterbringung, für die aktuellen Probleme, die wir haben – und uns nicht teure Maßnahmen ausdenken sollten, die zu überhaupt keinem Problem passen, denn wir haben hier immer noch eine teure diskriminierende Lösung, die zu keinem Problem in Europa passt.

Diane James, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, I would be delighted if we could speed things up somewhat in the Chamber, having been here until nearly midnight last night – not fun, and quite frankly a waste of everybody's time, not to mention our taxpayers' money.

When this proposal was first launched there was a big question: where was the specific just cause for it? We heard earlier that it looks as though some attempts have been made to address that. Do I have confidence? No I do not.

What exactly does facilitating entry of frequent pre-vetted third-party nationals into the European Union mean? Absolute gobbledygook! It does not take account of anything to do with identity theft, criminal intent, cyber-attacks or, as has been mentioned, the mass migration that is now underway.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Three weeks ago we heard that Schengen was effectively dead. I cannot remember whether it was Ms Merkel or Mr Hollande who said that, but if that is the case then the fundamental premise of this whole proposal is gone: it has evaporated, it has disappeared. Border controls need to return to the ownership and responsibility of Member States. This proposal is now outdated; it is not fit for purpose; and it is certainly not value for money.

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, vous vivez pleinement dans l'illusion. La guerre, je ne vous l'apprends pas, est à nos frontières. Et il n'y a pas de frontière intelligente, car vos frontières intelligentes ne remplissent même pas leur premier rôle, celui des contrôles et des interdictions. C'est encore un terme inventé par la technocratie: «frontière intelligente». Vos frontières ne sont pas intelligentes, car depuis Schengen, vous n'avez cessé de les démanteler. Depuis la création de votre paquet «Frontières intelligentes», les frontières n'ont jamais été aussi franchissables. Je dirais même que les frontières en Europe sont devenues des passoires. Votre projet n'est pas intelligent, il est juste dangereux.

Ce que vous allez gagner, c'est que chaque État européen, en vous écoutant, va reprendre la souveraineté et le contrôle de ses frontières, parce qu'aujourd'hui, plus personne n'a confiance dans cette Union européenne.

Vive les nations libres d'Europe!

Heinz K. Becker (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, Vertreter des Rates! Vielen Dank für Ihre Antworten. Es ist zwingend, dass Europa aus den Vorkommnissen der jüngsten Vergangenheit Konsequenzen zieht. Eine dieser Konsequenzen betrifft selbstverständlich die Sicherung des europäischen Raumes. Wenn wir wissen, dass die größte Zahl der illegal in Europa sich aufhaltenden Personen alleine schon ihre erlaubte Aufenthaltsdauer überzieht, muss eine entsprechende Kontrolle eingeführt werden. Das auf zwei Säulen beruhende *smart borders package* findet daher meine volle Unterstützung und auch die der Europäischen Volkspartei. Ich glaube, dass die Erhaltung des Datenschutzes selbstverständlich integraler Bestandteil dieses Projekts ist.

Zu den befürchteten Kosten, den Aufwandssteigerungen muss gesagt werden, dass Sicherheit eine Verantwortung der Politik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ist. Daher ist ein Aufwand gerechtfertigt. Und selbstverständlich ist eine Verknüpfung mit anderen Aufgaben, wie zum Beispiel jener, die Verfolgung von Schwerstverbrechern und Terroristen zu erleichtern, sinnvoll und zu unterstützen. Ich glaube daher, dass es notwendig ist, dass dieses Werk des *smart borders package* so rasch wie möglich in die Realisierungsphase geht.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente, comisario, los retrasos y el cambio del objetivo del paquete de fronteras inteligentes nos están poniendo de manifiesto que la crisis que sacude a la Unión Europea no era la crisis del euro, sino la crisis de la libre circulación de las personas, la crisis de la confianza entre los Estados miembros.

Porque lo que estaba diseñado para ser un instrumento para la gestión más inteligente de las fronteras de la Unión, ahora se nos presenta como una herramienta para hacerlas más rígidas y, por supuesto, al servicio de la seguridad. Y, por tanto, tenemos derecho a saber qué es lo que hay en esta nueva iniciativa que vaya a afectar a la retención de datos y a las garantías de retención de datos, tal y como han sido interpretadas por el Tribunal de Justicia en relación con la protección de los derechos fundamentales de los europeos, sobre todo después de la sentencia sobre el *safe harbour*. Tenemos derecho a saber cuál va a ser el coste, y si es posible una alternativa que valide el sistema de información que proporciona DIS para evitar una inversión que esté dirigida de nuevo al objetivo de la seguridad.

En el corto plazo, hay que hacer, es cierto, más *fingerprinting* y menos *fingerpointing*, pero en el medio plazo hay que cambiar la mirada suicida sobre la inmigración, sobre el asilo y sobre la propia gestión de las fronteras de la Unión.

Beatrix von Storch (ECR). – Herr Präsident! Wir reden heute über den Plan der EU, *smart borders* einzuführen – intelligente Grenzen –, an denen Fingerabdrücke und persönliche Daten gespeichert werden für Strafverfolger oder Geheimdienste. Aber das Problem ist doch, dass intelligente Grenzen nur bei legal Einreisenden ziehen. Das Hauptproblem sind doch aber die illegal Einreisenden. Während wir die Legalen durchleuchten und ihre Daten speichern, sind die Außengrenzen der EU für Illegalen vollständig oder fast vollständig schrankenlos. Ohne Pass, ohne jede Kontrolle, ohne nichts kann man bei uns einreisen. Solange wir nicht den hunderttausendfachen illegalen Grenzübertritt in den Griff bekommen, sollten wir Geld und Zeit nicht investieren in die vollständige Erfassung der legal Einreisenden. Wir brauchen im Moment nicht intelligente Grenzen, sondern jede Menge einfache, dumme Grenzen, wenn Sie so wollen. Grenzen eben reicht gerade gänzlich. Dumme Grenzen und Obergrenzen.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, riguardo a questo provvedimento delle frontiere intelligenti, mi sembra chiaro ed indicativo quanta confusione si faccia nell'Unione europea riguardo alla gestione dei confini e alla gestione degli strumenti, perché questo strumento era stato pensato per facilitarci la vita, per rendere più semplici appunto i controlli alle frontiere e quindi per circolare più velocemente e ammodernarci, tra virgolette. A causa delle tensioni, a causa delle continue discussioni sul tema dei rifugiati, sul tema di questi grandi flussi migratori, si è trasformato ora uno strumento che doveva servire a una cosa in un altro tipo di strumento, che serve ad innalzare questo muro che agli Stati membri sembra tanto bello costruire.

Io credo che ci dovremmo innanzitutto concentrare su quello che era l'obiettivo iniziale di questo provvedimento e cercare di ridurre i costi, perché è assurdo pensare di spendere 800 milioni per qualcosa che si poteva fare probabilmente con un decimo del costo e con un obiettivo che dovrebbe essere quello per cui è stato pensato, non cercare di utilizzarlo per costruire un muro.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Alessandra Mussolini (PPE), domanda «cartellino blu». – Volevo chiedere al collega se invece non sia il caso, proprio a fronte della situazione drammatica e per ragioni di sicurezza, di archiviare passaporti e timbri, che vengono smarriti, e di procedere verso l'innovazione, come chiede e come intende fare *Smart Borders*.

Ignazio Corrao (EFDD), risposta a una domanda «cartellino blu». – Rispondo alla collega Mussolini dicendo che ovviamente l'obiettivo era quello di ammodernarci, di rendere più veloci queste procedure, perché è chiaro che nel 2015 non vorremmo stare a perdere tempo in file lunghissime negli aeroporti per mettere ancora timbri manuali, e ci potremo ammodernare con gli strumenti tecnologici che ci sono velocemente. Il problema di questo pacchetto, ripeto, è che costa una cifra spropositata e che è stato spostato l'obiettivo nel cercare di chiudere le frontiere e utilizzare dei dati senza essere molto chiari, quindi andando a toccare anche il concetto dei diritti fondamentali. Questo è il punto.

Georg Mayer (ENF). – Herr Präsident! Europas Grenzverkehr besser kontrollieren? Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie diese Diskussion hier ernst meinen, denn wir erleben heute eine Situation, in der der Grenzverkehr überhaupt nicht mehr kontrolliert wird. Ich denke, zum derzeitigen Zeitpunkt ist es sogar geradezu zynisch, über *smart borders* zu reden, denn was wir eigentlich brauchen, sind *hard borders*, geschätzte Kollegen.

Wenn man sich die Situation in Österreich ansieht, im Besonderen die Situation im Süden Österreichs, in der Steiermark, in Spielfeld – da war ich vergangenen Sonntag –, wo derzeit jeden Tag Tausende von Flüchtlingen durchbrechen, da geht es nicht mehr um einen legalen Grenzverkehr. Die Flüchtlinge brechen ohne jegliche Registrierung durch. Die Situation vor Ort ist für die Menschen unerträglich und sie ist der österreichischen Bundesregierung völlig außer Kontrolle geraten.

Die österreichische Bundesregierung ist nicht einmal mehr fähig, ihr eigenes Staatsgebiet zu schützen. Manche bezeichnen die Bundesregierung sogar schon als Schlepper, und Recht und Gesetz sind außer Kraft gesetzt – und wir reden hier von *smart borders*? Das wird sich auch so schnell nicht ändern, machen Sie sich da keine Illusionen darüber.

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Ministro, Senhor Comissário, estes esclarecimentos eram necessários, porque este debate está marcado por vários equívocos.

Primeiro, há um equívoco relativamente aos propósitos. Como já muitos recordaram, o principal objetivo desta proposta era o de controlar os chamados *overstayers*. Hoje, parece estar diluído em objetivos mais abrangentes de segurança.

Em segundo lugar, há um equívoco relativamente à atualidade, como os colegas Díaz de Mera e Tanja Fajon já tiveram a ocasião de sublinhar: este debate não tem nada a ver com a questão da pressão migratória que sentimos, mas há cada vez mais pessoas a fazer demagogia com a questão das fronteiras e a querer misturar os debates.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

E, finalmente, há um equívoco sobre os custos. Senhor Ministro, não chega dizer que o orçamento tem que estar controlado e que os custos têm que ser limitados. Temos que perceber qual é o valor real deste investimento, quer para o orçamento comunitário, quer para os orçamentos dos Estados-Membros, para que este Parlamento e os outros parlamentos possam decidir se o valor desse investimento se justifica face àquilo que este sistema vai trazer.

Gostaria de tornar claro que desejo que a Comissão assegure controlos sistemáticos dos direitos fundamentais ao longo do processo legislativo e que o Conselho seja claro nos seus propósitos e envolva cabalmente este Parlamento. Todos queremos Schengen, todos queremos liberdade de circulação. Sabemos que não há liberdade sem segurança, mas sabemos também que o excesso de segurança pode sufocar a liberdade.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono passati sette anni dalla prima idea di *Smart Borders* e da allora il quadro geopolitico è cambiato fortemente. È innegabile che negli ultimi mesi i confini siano stati interessati da un flusso migratorio senza precedenti che ha riproposto l'esigenza di una gestione più intelligente e tecnologicamente più avanzata sia delle frontiere esterne sia dell'intero sistema Schengen, soprattutto in vista della raccolta e del continuo scambio di informazioni.

Importanti novità potranno esserci con riguardo al fenomeno degli *overstayers*, anche se il pacchetto *Smart Borders*, con i suoi automatismi e con i suoi costi non indifferenti, non può essere visto come l'unica risposta ad un problema così delicato per le implicazioni sociali e giuridiche che ne derivano. Sempre la delicatezza della materia, più evidente dopo la sentenza in tema di *data retention*, impone poi di procedere ad una disciplina accurata della raccolta dei dati biometrici e della conservazione dei dati sensibili, in linea con i vincoli derivanti dalla Carta dei diritti fondamentali.

Ulrike Trebesius (ECR). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Das *smart-border*-Konzept soll die Organisation der legalen Ein- und Ausreise des Schengen-Systems unterstützen. Aber angesichts der aktuellen Entwicklungen und der unkontrollierten Migration müssen wir uns überlegen, wie wir das *smart-border*-System nutzen können, um illegale Migration zu unterbinden.

Die Kommission gibt zu, dass das *smart-border*-System nicht gedacht und geeignet ist, bei der illegalen Migration einzugreifen, und dass dafür die Kontrolle durch zusätzliches Personal notwendig ist. Es gibt aber durchaus einen Ansatz, dieses System einzusetzen. Von Bedeutung ist dabei aus meiner Sicht die zentrale Erfassung von Menschen, die den Eintritt in die EU bisher nicht ordentlich dokumentieren, oder solchen, die ihre Aufenthaltserlaubnis überschreiten. Wir müssen dahin kommen, dass Reisende und Migranten mit ihren biometrischen Daten in das System eingepflegt werden und Nicht-EU-Ausländer informiert werden, dass sie sich in diesem System registrieren müssen. Gegen Menschen, die sich dieser Registrierung verweigern, müssen wir Sanktionen verhängen. Es ist klar, dass das Schengen-System nicht funktioniert, weil sich zu viele Menschen ungeregt über die Außengrenzen bewegen.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, nedávno jsem se ve statistikách Eurostatu dozvěděl zajímavou informaci, že největší vstupní branou pro nelegální migranty do zemí Evropské unie není balkánská cesta, ale mezinárodní letiště. Při současných informacích o neuvěřitelném počtu uprchlíků ve Středomoří a na hranicích Maďarska, Slovinska či Chorvatska mě tato informace doslova překvapila. Je ale pravdivá a je přímým důsledkem toho, že Evropská unie nemá žádný fungující jednotný systém registrace vstupů a výstupů z Evropské unie a že zde není ani registrace délky pobytu daného člověka. Tito nelegální migranti nejsou výsledkem ničeho jiného než naší vlastní neschopnosti si uhlídat, kdo a kdy se na našem území pohybuje. Proto považuji tento balíček inteligentních hranic za zásadní a zdlouhavá revize či prodlužování vyjednávání tuto situaci bude jenom zhoršovat.

Mariya Gabriel (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, l'Union – vous l'avez dit – doit assurer une gestion plus efficace, plus moderne et plus rapide de ses frontières, tout en renforçant les procédures de vérification aux points de passage. Treize États membres exploitent déjà leur propre système d'entrée/sortie, mais il manque une coopération structurée et systématique au sein de l'Union; le statu quo n'est donc plus une solution envisageable, il faut aller de l'avant. Je soulèverai quatre aspects.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Premièrement, la mise en place d'un système de frontières intelligentes nous permettra d'échanger efficacement les données, non seulement entre les différentes autorités nationales mais aussi avec Europol ou Interpol, pour détecter, par exemple, l'utilisation de passeports volés grâce à la consultation automatique et automatisée de leurs fichiers. Il est donc clair, aujourd'hui, qu'il faut changer de mode opératoire en faisant de la coopération la règle et non plus l'exception.

Deuxièmement, il faut exploiter pleinement le potentiel de ce système en autorisant l'accès aux forces de l'ordre et en envisageant une période de rétention suffisante pour que ce système ait une valeur ajoutée. Le SIS et le VIS sont déjà accessibles aux autorités nationales et à Europol. La question que je me pose est donc: pourquoi pas les frontières intelligentes?

Troisièmement, ce dispositif doit être adapté à tous les types de frontières: à la fois maritime, terrestre et aérienne. L'actualité nous montre que nous ne pouvons pas privilégier la protection de certaines frontières au détriment d'autres types de frontières.

Et enfin, la crédibilité de l'Union sur la scène internationale dépend aussi de sa capacité à assurer pleinement la sécurité sur son territoire. Oui, donc, à la mobilité, mais oui aussi à la sécurité.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Thank you for accepting the question. My question is simple. Why must there be EU border control? The EU is not a country. Why can border control not be done by sovereign, independent nation-states, who might be members of the EU but have their own borders to control. The EU is not a country, so I am really confused by the whole concept of why something that is not a country should look to control borders that do not exist.

Mariya Gabriel (PPE), réponse «carton bleu». – Merci pour la question. Moi, je pense que M. Etheridge doit vraiment tirer la conclusion principale de ce qu'il se passe depuis des mois, c'est-à-dire que justement si l'Union avait réagi en commun avec des actions conjointes, nous aurions pu faire mieux face à la crise actuelle et nous aurions surtout eu une meilleure gestion. Donc, nous voyons maintenant comment les États membres arrivent seuls à gérer cette crise. Donc, moi, j'opte pour l'option «Union européenne ensemble par une approche commune».

Διαδικασία «Catch-the Eye»

Monika Flašíková Beňová (S&D) – Inteligentné hranice sú nesmierne dôležitou problematikou práve v kontexte udalostí posledných mesiacov. A tak ako v iných oblastiach, či už je to spoločná azylová politika alebo iné spoločné riešenia, ktoré potrebujeme prijímať na európskej úrovni, aj inteligentné hranice sú tou témou, ktorú akútne potrebuje Európska únia riešiť. Ja súhlasím s väčšinou mojich predrečníkov, ktorí veľmi jasne pomenovali problémy, pre ktoré práve inteligentné hranice sú jedným z riešení, ako dokážeme zabezpečiť bezpečnosť obyvateľov a občanov členských štátov Európskej únie. Verím, že sa podarí túto problematiku čo najrýchlejšie implementovať, aby sme mohli aj možno z dnešného zasadnutia ľudom v našich krajinách oznámiť, že sme opäť urobili krok k tomu, aby ich bezpečnosť bola lepšie chránená.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, η στρατηγική για τα ευφυή σύνορα, όταν ξεκίνησε, είχε ένα διαφορετικό κοινωνικό και γεωπολιτικό περιβάλλον. Τώρα λοιπόν, με τις μαζικές προσφυγικές ροές, η κατάσταση έχει, θα έλεγα, περιπλακεί. Αυτό που πρέπει να ξεκαθαρίσουμε πρώτ' από όλα είναι ότι την ευθύνη για τη φύλαξη των συνόρων την έχουν αποκλειστικά τα κράτη μέλη, και αυτό πρέπει να ξεκαθαριστεί γιατί από διάφορες πλευρές –και από την κ. Μέρκελ– επιχειρείται να διαμορφωθεί μια κατάσταση συνδιαχείρισης των ελληνικών συνόρων στο Αιγαίο. Αυτό να το ξεκαθαρίσουμε.

Το δεύτερο είναι ότι, πράγματι, στο νέο αυτό σύστημα το οποίο εσείς επιχειρείτε, θα πρέπει να έχει πλήρη εφαρμογή η απόφαση του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης του Απριλίου του 2014. Δηλαδή να ισχύσει η αρχή της αναλογικότητας και να δημιουργηθεί ένα περιβάλλον τέτοιο όπου να υπάρχει εγγύηση των θεμελιωδών δικαιωμάτων. Με τους όρους αυτούς θα μπορέσει να λειτουργήσει η πολιτική των ευφυών συνόρων.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, gospodine povjereniće migrantska kriza je pokazala kompletnu osjetljivost, bolje rečeno, ranjivost naših granica. Nitko ne može sa sigurnošću tvrditi da na područje Europske unije nisu ušle i osobe koje nisu registrirane i osobe za koje ne znamo da su kod nas jer budimo realni, stavimo ruku na srce, na mnoge su načine građani koji su bježali od rata i od strahota ušli na teritorij Europske unije.

Nama trebaju pametne granice jer sigurno bodljikava žica ili druge žice ili druge ograde nisu pametne granice. Zato podržavam ovu namjeru da se zajedno i u suradnji sa državama članicama raščisti sve što je moguće brže i efikasnije na našim vanjskim granicama kako bismo zaista mogli jamčiti građanima Europske unije sigurnost koju danas nažalost sve manje osjećamo.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the Eye»)

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank everybody very much for this fruitful exchange of views. This debate we had today confirms the vital importance, I would say, of the input of Parliament into our joint efforts to create a smart borders system that meets its objectives and that offers genuine value for money.

Since we all know that in the years to come the flow of travellers will continue to grow, we need a better and smarter border management system. There is no doubt about it. If we do nothing, we will either have to face much longer queues at the borders, or we will have to employ more border guards in the near future. Neither of these options seems acceptable or feasible.

I notice that many Members made reference to Schengen. I avail myself of this opportunity to state and repeat: we will not allow isolated, one-sided actions taken under the state of fear to put into question the greatest achievement of Europe during our times.

This Commission, as I had committed during the hearing one year ago, took the time to carefully evaluate the Smart Borders proposal, and we shall come back with a new proposal in order to modify proposals based on a new impact assessment. I do not, therefore, agree that we are acting under pressure or urgency. On the contrary, we took into account your considerations, which will be reflected in the modified proposal.

The Commission is looking forward to continuing its close work with Parliament in this important file and really counts on its support and cooperation to find the right balance.

Nicolas Schmit, président en exercice du Conseil. Monsieur le Président, j'entends tout à fait les propos de M. le Commissaire. D'abord, la situation actuelle est une situation tout à fait exceptionnelle, il ne faut donc pas en tirer maintenant les mauvaises conclusions.

Ensuite, je crois que ce que M. le Commissaire a dit sur Schengen est absolument important. Mais nous savons tous que Schengen a besoin d'un système qui fonctionne mieux aux frontières extérieures, d'où, d'ailleurs, les propositions qui seront faites. Nous avons besoin d'un système efficace, plus efficace, aussi – et je le dis – pour lutter contre les phénomènes comme le terrorisme et la grande criminalité. Et sachant que le XXI^e siècle sera le siècle de la mobilité, il y aura des gens qui se déplacent d'un pays à l'autre, d'où la nécessité également de disposer d'un système efficace, qui non seulement permet la mobilité, mais qui prévient ou qui propose aussi des mesures pour lutter, notamment, contre les phénomènes de criminalité ou d'autres phénomènes de mobilité illégale.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162)

Kinga Gál (PPE), in writing. – We must not forget that our European external borders are being crossed daily by hundreds of thousands of travellers such as tourists and business people, who arrive at the proper border crossings with the appropriate documents. They are growing in number and they are a precious resource to our Member States. Free movement of persons is one of the most important achievements of the European Union since its foundation. The absence of internal borders makes it therefore crucially important that our common external borders are controlled reliably and consistently. In order to better manage the growing flow of travellers, we need to modernise the European border control system, by increasing its efficiency and effectiveness. The result should be smooth and easy travel for the majority of third country travellers who cross the European borders yearly on one side, and an impossible mission for those who abuse free movement, such as organised crime and terrorist organisations, on the other side. I trust that the establishment of an efficient and cost effective integrated management system for external borders will serve the safety of our citizens and support the work of our law enforcement authorities.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

12. EU-Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση σχετικά με την έκθεση για την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την ίδρυση οργανισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την παροχή κατάρτισης στον τομέα της επιβολής του νόμου (ΕΑΑ) και για την κατάργηση και την αντικατάσταση της απόφασης 2005/681/ΔΕΥ του Συμβουλίου, της Kinga Gál, εξ ονόματος της Επιτροπής Πολιτικών Ελευθεριών, Δικαιοσύνης και Εσωτερικών Υποθέσεων (COM(2014)0465 - C8-0110/2014 - 2014/0217(COD) (A8-0048/2015))

Kinga Gál, előadó. – Biztos Úr! Kedves Kollégák! Szeretném kifejezni örömömet, hogy mindössze egy évvel a jogalkotási folyamat megkezdése után az Európai Parlament holnap végszavazást tart az új CEPOL-szabályozásról. A folyamat gördülékeny lezajlásáért szeretnék köszönetet mondani minden árnyékjelentéstevőnek, különösen Flasikova-Benova asszonynak, akinek a támogatása és együttműködése jelentős segítséget nyújtott a tárgyalások során. Hasonlóképpen nagyra értékelem a lett elnökség munkáját, külön köszönet Indra Bule asszonynak, aki konstruktív megközelítésével és proaktív hozzáállásával segítette végig a háromoldalú tárgyalásokat.

Mindnyájan tudjuk, hogy az Unió belső biztonságát komoly kihívások érték az utóbbi időben, és hasonlóaknak nézhetünk elébe a jövőben. Ezért égető szükségünk van megfelelően képzett rendfenntartókra, bűnüldöző szervekre, akik összeurópai szinten is képesek gyorsan és hatékonyan reagálni olyan kihívásokra, mint a határon átnyúló bűnözés, az internetes bűnözés, a terrorizmus. Olyan rendfenntartókra van szükség, akik a mai migrációs krízisben is képesek teljes szakmai profizmussal fellépni. Tehát a CEPOL eszközül szolgálhat a professzionalizmus kultúrájának a hivatásos rendfenntartók közötti megszilárdítására, erősíti a tagállamok közötti kölcsönös bizalmat és a határon átnyúló együttműködést. Hozzájárulhat egy olyan valódi európai rendfenntartó kultúra megvalósításához, amely az alapvető jogok és az európai értékek tiszteletben tartásán alapul. Mi itt a Parlamentben ezért hiszünk abban, hogy egy modernizált, hatékony, önálló és megfelelő személyi állománnyal működő CEPOL ügynökség léte életbevágó.

A társjogalkotókkal folytatott tárgyalások során fontos szempont maradt, hogy a CEPOL alapkiépítése – a nemzeti rendőrakadémiákra való támaszkodása és a velük való szoros együttműködés – változatlan maradjon. Amilyen hamar csak lehetett, a CEPOL-nak a Szerződéseknek megfelelő felhatalmazással és mandátummal kellett bírnia. A CEPOL irányítási struktúráját működőképessé tettük, figyelembe véve azokat a javaslatokat, amelyek az új Europol Szabályozás keretrendszerével összefüggő vita során elhangzottak. Hiszünk abban, hogy ezzel az új szabályozással megteremtettük azokat a feltételeket a CEPOL számára, amelyek révén hozzájárulhatnak egy valódi európai rendfenntartó kultúra kiépítéséhez.

Ez az új szabályozás, amelynek a megszavazása előtt állunk, korszerűsíti a CEPOL jogi alapjait. Összhangba hozza a Lisszaboni Szerződés módosításával és megbízza a CEPOL-t a Bizottság által 2013. márciusában javasolt bűnüldözési és rendőrképző program elveinek gyakorlatba ültetésével. Ennek magában kell foglalnia az uniós szintű stratégiai képzés szükségleteinek felmérését, a képzések akkreditációját, a közös tananyagot, a pozitív példák megosztását, valamint annak a minimális tudásanyagának az azonosítását, amelyet minden rendőrakadémiának be kell emelnie az oktatási programjába. Tehát a CEPOL-nak képesnek kell lennie arra, hogy uniós szintű képzést és oktatókat biztosítson.

Az elmúlt években a CEPOL-ra mindenki mint hálózatra tekintett. Egy hálózat ugyanakkor nem jogi személy és nem is elszámoltatható. Pontosan ezért volt szükség arra, hogy a CEPOL az Unió ügynökségévé váljon, világos felhatalmazással, feladatokkal, felelősséggel és ami a legfontosabb, elszámoltathatósággal.

Ami az adófizetők pénzének felhasználást illeti, a CEPOL hosszú utat tett meg, hogy bizonyítsa költséghatékonyságát. Megötszörözte a képzéseiben részt vevők számát, a képzései iránti kereslet növekszik, és ehhez lesz majd érdemes igazítani a költségvetését. Ezért továbbra is szorgalmazni a fogjuk a megfelelő források biztosítását, ami szükséges előfeltétele egy jól működő uniós ügynökségnek, és az átfedések megszüntetését más uniós intézményekkel. Ezért kérem a támogatásukat a holnapi szavazáson ehhez az intézményhez.

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. – Mr President, let me start by thanking the rapporteur, Ms Kinga Gál, who has worked very hard to find common ground among the shadow rapporteurs and to expedite the adoption of the regulation.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

When it comes to the substance of the reform of CEPOL, we can all welcome the final outcome, as this would reinforce CEPOL's ability to prepare police officers to cooperate effectively, to develop a common law enforcement culture and to become the centre of excellence of training of law enforcement officers in the European Union.

Training is key in this respect. The European Agenda on Security underlines that this is an essential element to enhancing the security of our Union. Training is essential to allow authorities on the ground to utilise our law enforcement cooperation tools in an operational situation. The CEPOL regulation is an evolution rather than a revolution. The network-based character of CEPOL is maintained. The agency will continue to bring together the network of training institutes of the Member States and liaise with a single national unit in each Member State.

CEPOL is now entrusted with the task of coordinating the implementation of the law enforcement training system. The overall objective of the scheme is to present a coordinated policy approach ensuring high-quality training for law enforcement officials. This new role widens the opportunities for CEPOL to support, develop, deliver and coordinate training for law enforcement officers of all ranks, and not just senior officers.

The reform also provides for the professionalisation of CEPOL's management. The members of the management board will be appointed taking into account their knowledge of training for law enforcement officers, and they will be assisted by a scientific committee for training to further ensure the quality and coherence of training programmes. CEPOL's work will come in addition to the welcome initiative taken by the Member States in the field of training for law enforcement personnel.

I am also very encouraged by the strong role ensured for the European Parliament in this CEPOL regulation. Parliament will receive the agency's annual planning documents, and is the budgetary authority for all EU bodies. In addition, the management board shall consult Parliament on CEPOL's multiannual work programme. The idea is to provide the opportunity for a strategic debate on the direction the agency should take. The Parliament will also receive all activity reports and accounts and all evaluations commissioned. The director of CEPOL will additionally report to the Parliament on the performance of his duties when invited to do so.

That said, the Commission has misgivings on two central aspects of this reform, and this comes before us today. These two aspects are the governance of the agency and respect for the European Union's budgetary principles, which are of course very important for the Commission. On both these aspects, the outcome of the negotiation process is not in line with what the Commission has proposed or with the trilaterally-agreed common approach on EU decentralised agencies.

Let me take this opportunity to recall the institutional commitment to use such revisions of the agency's founding acts – as with CEPOL and Europol – as opportunities to implement and to comply with the common approach. This common approach includes the reinforcement of the supervisory role of the management board, including by ensuring full participation by the Commission, ensuring a transparent selection procedure for directors and the necessary adoption of programming document with a multiannual component, the possible setting up of an executive board to ensure more assured more efficiency and the obligation to better follow-up of evaluations and audits.

The Commission regrets the lack of political commitment to ensure respect for the common approach on EU decentralised agencies, in particular regarding the role and composition of the agency's management structures. On these two points the Commission wants to table a statement to make clear its position. I would ask you, therefore, to add the Commission's statement to the minutes of this meeting. So allow me now to proceed to the reading of the Commission statement:

'The Commission takes note of the political agreement reached between the European Parliament and Council. The Commission regrets that this agreement is not fully aligned with the principles of the Common Approach on the EU decentralised agencies nor with the financial rules applicable to these agencies and considers that the agreed text on the governance of the agency and on its funding is without prejudice to any future legislative texts. The possibility of funding part of CEPOL's tasks through ad hoc grants or delegation agreements contradicts the fundamental principle that the tasks of an agency, as described in its constituent act, are financed by the annual contribution from EU budget and not through ad hoc grants or delegation agreements. The Commission underlines that the respect of this principle is essential to allow the budget authority to take an informed decision about the annual contribution foreseen for each agency in the annual budget. The Commission refers to the Framework Financial Regulation for agencies, which limits the possibility for agencies to receive funding through ad hoc grants or delegation agreements to exceptional cases, in line with the principle of transparency and sound financial management.'

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Thank you very much for your attention.

Jens Geier, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Haushaltsausschusses*. – Herr Präsident, verehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich als ständiger Berichterstatter des Haushaltsausschusses für Agenturen einige grundsätzliche Aspekte hervorheben.

Wir hätten es nach wie vor sinnvoller gefunden, wenn der ursprüngliche Vorschlag einer Zusammenlegung von Europol und CEPOL eine Mehrheit gefunden hätte. CEPOL ist eine sehr kleine Agentur mit gerade einmal 27 Stellen im Stellenplan des Haushalts 2015. Agenturen dieser Größe müssen einen unverhältnismäßig großen Anteil ihres Personals für das notwendige administrative Rückgrat aufwenden, also Finanz- und Personalabteilung, IT, Logistik, Kommunikation und dergleichen, sodass der Teil des Personals, der im eigentlichen operationellen Bereich arbeitet, also an den Aufgaben, die in der Grundverordnung festgelegt sind, in keinem vernünftigen Verhältnis zur Gesamtstellenzahl steht.

Größere Einheiten sind somit sinnvoller und kosteneffizienter. Theoretisch könnte dies auch erreicht werden, wenn Agenturen, insbesondere solche, die in verwandten Themenbereichen arbeiten, sich diese administrativen Arbeitseinheiten teilen. Dafür wäre es allerdings hilfreich, wenn diese Agenturen dann am selben Ort angesiedelt werden. Leider wurde auch diese Chance durch die Entscheidung des Rates, CEPOL nach Budapest zu verlegen, zunichte gemacht. Ich begrüße deshalb, dass der federführende Ausschuss unseren Vorschlag aufgegriffen hat, dass die Kommission nach spätestens zwei Jahren eine Kosten-Nutzen-Analyse hinsichtlich des Sitzes vorlegen muss. Ebenso begrüße ich den Ansatz, auf weitergehende Kooperationen zwischen den diversen Agenturen im Bereich der Innen- und Justizpolitik zu drängen. Ich bin überzeugt davon, dass hier weitere Effizienzgewinne und thematische Spillover-Effekte erzielt werden können.

Ich will mich mit dieser Forderung aber keineswegs nur auf die Agenturen im Bereich der Innen- und Justizpolitik beschränken. Vielmehr glaube ich, dass wir auch in anderen Politikbereichen zu einer verstärkten Kooperation zwischen Agenturen kommen sollten. Und ich möchte die Kommission auffordern, bei anstehenden Änderungen von Grundverordnungen immer auch die Möglichkeit der Zusammenlegung oder auch der Straffung des Aufgabenbereichs in Erwägung zu ziehen. Denn eines geht nicht: Wir können nicht auf der einen Seite auf der Eigenständigkeit aller Agenturen beharren, ihnen zudem immer neue Aufgaben übertragen, und auf der anderen Seite von ihnen verlangen, dass sie all das mit immer weniger Personal bewerkstelligen sollten. Etwas mehr Ehrlichkeit in der Debatte über die Agenturen würde allen beteiligten Institutionen guttun.

Tomáš Zdechovský, *za skupinu PPE*. – Pane předsedající, pane komisaři, vnitřní bezpečnost Evropské unie se stává stále důležitější stejně jako samotná bezpečnost evropských občanů. Nevím, zda zrovna samotný Cepol dokáže celou situaci vyřešit, ale jsem si jistý, že kvalitní a kontinuální vzdělávání policistů v oblasti prosazování práva povede nejen k efektivnějšímu boji proti přeshraniční a organizované kriminalitě, ale také k lepší spolupráci mezi jednotlivými národními složkami a to napříč celou Evropskou unií. A nejde jen o vymáhání práva tvrdou cestou, ale i o vzdělávání policistů v oblasti *soft skills*, jako je ochrana soukromí, údajů, práv obětí trestných činů či práv dětí, postižených a nemohoucích. Cepol je bezesporu agenturou, kterou musíme podporovat a vytvořit jí takové podmínky, aby její fungování bylo co nejvíce efektivní.

Monika Flašíková Beňová, *za skupinu S&D* – Dovoľte mi v úvode, aby som sa poďakovala spravodajkyni pani Kinge Gál za vynikajúcu prácu, ktorú odviedla na tejto správe a za veľmi čestný súboj, ktorý zviedla v rámci trialógu za pozíciu Európskeho parlamentu.

V tomto kontexte teda vítam predmetný návrh, nakoľko to bol práve Európsky parlament, ktorý pri viacerých príležitostiach žiadal Komisiu, aby uviedla existujúci právny rámec agentúry Cepol do súladu s Lisabonskou zmluvou a novými ambíciami stanovenými v európskej schéme odborného vzdelávania v oblasti presadzovania práva.

Vysoká kvalita odbornej prípravy príslušníkov orgánov činných v boji proti trestnej činnosti alebo orgánov presadzovania práva je zásadná pre boj proti závažnej a organizovanej cezhraničnej trestnej činnosti a k tomu je nevyhnutná moderná a efektívna agentúra Cepol s dostatočným počtom zamestnancov.

Návrh nového nariadenia na reformu Cepolu prichádza v čase, keď je Európska únia v rámci ochrany svojej vnútornej bezpečnosti nútená čeliť stále novým nástrahám. Ich úspešné zvládnutie si bude vyžadovať rozšírenie právomoci akadémie a nepôjde tiež bez navýšenia finančných zdrojov.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Utečenecká kríza, ktorej čelí Európska únia a jej členské štáty, nám všetkým ukázala, že dopyt po kvalite policajných zložiek a spolupráca medzi jej zložkami v rámci jednotlivých členských štátov sa musí v budúcnosti zlepšiť, aby Európska únia dokázala lepšie čeliť krízovým situáciám a bola schopná ochrániť svojich obyvateľov.

Som preto presvedčená o tom, že agentúra Cepol by sa mali udeliť dostatočné právomoci, aby náležite koordinovala odbornú prípravu v oblasti presadzovania práva na úrovni Európskej únie a uplatňovala zásady zakotvené v schéme odbornej prípravy v oblasti presadzovania práva. To by malo zahŕňať určenie strategických potrieb v oblasti odbornej prípravy na úrovni Európskej únie.

Timothy Kirkhope, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, criminals do not respect national legal jurisdictions. Cross-border criminality is a feature of the modern world of increased travel and new technology. The number of prosecutions of serious crimes that involve cross-border cooperation between law enforcement authorities must increase in future. And, as the Commissioner has said, good cooperation between law enforcement authorities across Europe is an essential tool in carrying out effective and expedient investigations, resulting in the capture and prosecution of criminals.

The European Union Agency for Law Enforcement Training (CEPOL) offers a valuable platform for the exchange of best practice and skill sharing for all law enforcement officers across the EU. When it comes to the training and running of national law enforcement authorities, account must always be taken of, and respect accorded to, national sovereignty, subsidiarity and the differing pressures and crime trends in Member States, and I believe that in the area of police cooperation the EU should offer the hand of support rather than compulsion.

I would like to thank my friend, the rapporteur, Ms Gál, for her hard work and I congratulate her on this report.

Cecilia Wikström, *för ALDE-gruppen*. – Herr talman! Jag vill också tacka hela teamet av kolleger, föredraganden, kommissionen och så klart också ordförandeskapet, som tyvärr lyser med sin frånvaro här i dag. Vi har alla arbetat väldigt fint och konstruktivt under gångna år. Ibland har det varit hårda, ibland tuffa, diskussioner mellan oss. Nu är vi emellertid i mål, och jag tycker att vi alla ska vara glada över det som har skett.

Utmaningen blir nu att stärka samarbetet, att utbyta erfarenheter och bästa exempel mellan medlemsländerna och de olika rättsvårdande myndigheterna runtom i vår union. Naturligtvis beklagar jag det som vi som liberaler hade som en ledstjärna, nämligen att slå samman Cepol med Europol. Det hade inneburit positiva synergier, och det hade sparat mycket pengar för våra skattebetalare runtom i EU. Nu blev det dock inte så, och vi får inse att det var en majoritet som såg annorlunda ut.

Det som är särskilt positivt nu är att Cepol numera har i sina arbetsbeskrivningar och förutsättningar att stärka respekten för de grundläggande mänskliga fri- och rättigheterna och att ägna sig åt gränsöverskridande brottsbekämpande samarbete på ett annat och mer uppdaterat sätt. Som vi vet känner brottslingarna nämligen inte av några gränser mellan länderna, och då är det ju väldigt tokigt att inte våra rättsvårdande myndigheter ska kunna jobba åtminstone lika effektivt gränsöverskridande som de kriminella gäng som de är satta att bekämpa.

Nu finns det alltså förutsättningar. Jag tycker att vi lägger historien bakom oss och inser att vi har allt att vinna på att samarbeta ännu mer. Ännu en gång tackar jag alla berörda för ett fint samarbete.

Ευχαρίστω, κύριε Πρόεδρε.

(Η εισηγήτρια δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Bill Etheridge (EFDD), *blue-card question*. – I listened with interest about the greater cooperation that you suggest between the police forces in the different countries. How far would you take this? How far would this cooperation go before you decide: stop, enough, national sovereignty comes into this, and you have to control your own borders and your own country's space? So just how far would you take this cooperation then you say: hold, enough, this is our country's own business?

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Cecilia Wikström (ALDE), *blue-card answer*. – As I put it in my speech, what we are seeing today is that criminal transnational gangs do not feel those borders between nations. I find it quite remarkable that there are still, in this globalised world where we are, and also in this Union, people like yourself who believe that putting up fences, working nation by nation, would be efficient. I believe in an enhanced cooperation between nations in order to combat these transnational criminal gangs that are actually putting ordinary people in a very difficult situation.

Josep-Maria Terricabras, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the CEPOL report has not been a controversial one. We, the Greens/EFA, basically disagree with the majority of the report on one point, already mentioned by our colleague, namely that the seat of CEPOL should not be in Budapest but Den Haag, where Europol is based. This would be more efficient and would make more sense. We have presented an amendment on this issue.

On the other hand, there are two aspects in the report which we welcome. First, the inclusion of an overall framework on respect for human rights. Second, the inclusion of the reference to the desired gender balance in the main managing structure of CEPOL, the management board.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Én őszintén szólva már többször végigkísértem ezt a vitát, hogy ez az ügynökség miért legyen, vagy miért ne legyen Budapesten. Magyar vagyok, tehát ilyen értelemben valószínűleg valamennyire elfogult is, de azért őszintén szeretném mondani, hogy ezen a sztereotípián, hogy melyik ügynökség hasonlít mire, gyakorlatilag előbb-utóbb mindent el lehetne vinni Brüsszelbe, Hágába, bárhova, akár a strasbourgi Parlamentet is Brüsszelbe, tehát azért lássuk be, hogy egy disztribúciónak, egy szétosztásnak az ügynökségek között lenni kell.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE), *blue-card answer*. – Of course we can distribute agencies, but only with some coherence and unity, and since Europol is in The Hague it would be good if the training of our police be where the central police building is. It is nothing against Hungary or against Budapest, which I like very much. That is not the problem. It is to have a rational organisation of our agencies.

Vicky Maeijer, *namens de ENF-Fractie*. – De Europese politieacademie waar we vandaag over spreken, is onderdeel van het grotere Brusselse droombeeld: één groot Europees rechtshandhavingssysteem. Want als het aan Brussel ligt, dan worden onze agenten straks opgeleid op de Europese Politieacademie, gaat het Europees Openbaar Ministerie de criminelen vervolgen en bepaalt de Europese Unie welke straf zij opgelegd krijgen. De Partij voor de Vrijheid, mijn partij, zegt dan ook nee tegen een Europese politieacademie en nee tegen nog meer overheersing van ons rechtssysteem door de Europese Unie. Er is helemaal niets mis met politietsamenwerking tussen soevereine staten, maar daar hebben we Cepol niet voor nodig. Laten we het politiewerk overlaten aan de agenten in de natiestaten en niet uit handen geven aan de Europese Unie.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η σχεδίαση για την αντιμετώπιση σοβαρών μορφών εγκληματικότητας, της τρομοκρατίας και μορφών εγκληματικότητας που θίγουν τα συμφέροντα δύο ή περισσότερων κρατών πρέπει να είναι απλή, εφαρμόσιμη και να οδηγεί σε απτά αποτελέσματα. Η διασυνοριακή διάσταση της εγκληματικότητας και η επιβολή του νόμου αντίστοιχα όπως και η προσπάθεια δημιουργίας σαφέστερης ενωσιακής προστιθέμενης αξίας δεν πρέπει να έρχονται σε αντίθεση με τη στρατηγική εσωτερικής ασφάλειας τόσο σε επίπεδο Ένωσης όσο και σε επίπεδο εκάστου κράτους μέλους. Σαφέστατα η ενισχυμένη συνεργασία μεταξύ των εθνικών αρχών αστυνομικής είναι απαραίτητη και επιδιωκόμενη, πρέπει όμως να βασίζεται σε αρχές και κανονισμούς, ιδίως όταν αποτυπώνεται στο οργανόγραμμα των ευρωπαϊκών θεσμών επιβολής νόμου. Τέλος, πρέπει να συζητηθεί η γνωμοδότηση της Επιτροπής Προϋπολογισμών του Κοινοβουλίου για συγχώνευση της Ευρωπαϊκής Αστυνομικής Ακαδημίας με τη Europol όχι μόνο για λόγους εξοικονόμησης πόρων αλλά κυρίως για λόγους συνέργειας Ακαδημίας και επιχειρησιακής αστυνομίας.

Alessandra Mussolini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io avevo preparato un intervento, ma vorrei rispondere al dibattito che si è acceso in quest'Aula riguardo alla sede e riguardo all'accorpamento tra CEPOL ed Europol.

Noi crediamo che in un momento di così grave difficoltà, viste le mutate esigenze, perché come è noto CEPOL è stata istituita nel 2005, noi non dovremmo parlare di dove sarà la sede – all'Aia o a Budapest – e se ci può essere l'accorpamento con Europol per una questione anche di bilancio, economica. La cosa più importante è la formazione delle persone di polizia che devono contrastare la criminalità organizzata grave, i flussi migratori clandestini, il terrorismo. Allora ci dobbiamo concentrare su questo. Ecco perché noi crediamo che il fatto di avere un'entità, un'agenzia autonoma svincolata sia di fondamentale importanza.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ciononostante ci deve essere assolutamente una cooperazione, una rete sempre più forte, per ovviare a quello che diceva la relatrice sui dopplioni o sovrapposizioni con Europol, Eurojust e Frontex, che tra l'altro dovrà essere anche rimodulata. Quindi è chiaro che dobbiamo mettere mano a CEPOL, perché lo dice il trattato di Lisbona e, l'ultimo passaggio, lo voglio fare, perché ci sia anche il rispetto dei diritti fondamentali nelle attività di contrasto, come si deve fare, e nella protezione e assistenza delle vittime, con particolare riguardo ai minori, ai bambini.

Kristina Winberg (EFDD). – Herr talman! Jag är kluven inför Cepols vara eller icke vara. Å ena sidan kräver den situation som medlemsstaterna befinner sig i ett ökat polissamarbete, å andra sidan inser jag att den stora orsaken till detta behov är just de öppna gränser som EU tvingat fram. Detta är ett typexempel på hur hjärnorna bakom EU-projektet först skapar ett problem för att sedan presentera en lösning som av regel även har effekten att EU får ökad makt.

I den situation vi befinner oss idag med en Schengen-förordning som gör att människor kan resa helt fritt ser vi en ökning av narkotika, människosmuggling, trafficking. Hur ska Cepol kunna utbilda våra poliser när politiker inte ens kan få bukt med de problem som vi ser idag och framför allt inte ens vill erkänna orsaken till dem? För att underlätta för våra poliser borde det ju vara rimligt att låta medlemsstaterna få möjlighet att upprätthålla sina gränsskydd.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, le CEPOL est une agence européenne chargée de la formation des policiers, des douaniers, des gardes-frontières et des procureurs des États membres. Créé en 2005, il présente un bilan décevant. Je condamne fermement la proposition qui nous est faite aujourd'hui de le rénover.

Le CEPOL est une agence inutile et coûteuse. Plutôt que de le rénover, il faudrait le fondre dans Europol, comme la Commission de Bruxelles l'avait d'ailleurs préconisé. Si on le maintient sous le statut d'agence, c'est uniquement pour faire plaisir à la Hongrie, où il est implanté.

Le CEPOL est une usine à gaz que les Britanniques ont eu la sagesse d'expulser de leur territoire. Il est consubstantiel aux calamiteux accords de Schengen et mérite le même sort qu'eux, la mort.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl podpořit ve svém vystoupení paní zpravodajku. Byl jsem dlouhá léta ministrem spravedlnosti České republiky a věnoval jsem se vzdělávání soudců a státních zástupců a jejich přípravě na přeshraniční kauzy a vím, jak velmi důležitá byla spolupráce s Evropskou justiční akademií. To samé platí pro vzdělávání policistů a celníků. Není možné vzdělávat pouze národně na území jednotlivých států, zkrátka a dobře, a bylo to tady několikrát řečeno, zločin dnes má přeshraniční charakter, a není tedy pouze věcí jednotlivých zemí, jak připraví své policisty, celníky a státní zástupce. Je to dneska věcí celé Evropy a je nutné na tom spolupracovat a k tomu je nutná agentura. Jsem o tom hluboce přesvědčen jako člověk, který se tomuto tématu na české politické úrovni věnoval. Chci tedy podpořit stanovisko paní zpravodajky, chci podpořit renovaci této agentury. Doufám, že tato agentura nebude jenom o komunikaci mezi jednotlivými akademiemi v jednotlivých národních státech, ale že bude schopna vytvořit společné osnovy a doporučit, jak vzdělávat policisty a celníky v boji s přeshraničním zločinem. Je to, podle mého názoru, velmi důležité. Pro mě osobně není důležité, kde ta agentura sídlí, jak bude financována, ale co bude dělat, jak pomůže k většímu vzdělání policistů, kteří bojují s přeshraničním zločinem. Bude-li tato agentura v Maďarsku, já s tím osobně nemám žádný problém.

Διαδικασία «Catch-the Eye»

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che avvertiamo tutti oggi, in tema di sicurezza, la necessità che le forze di polizia e le autorità di contrasto siano sempre più qualificate e interconnesse in virtù di un sistema integrato di formazione permanente. E per questo ritengo utile il consolidamento della struttura e del ruolo di CEPOL, un istituto che con un bilancio e un organico limitato ha curato, grazie all'interazione con le Accademie nazionali, la formazione di decine di migliaia di funzionari con centinaia di attività.

L'inquadramento di CEPOL come agenzia autonoma dell'Unione è coerente con l'obiettivo di costruire una cultura comune europea di applicazione della legge, fondata sul rispetto dei diritti, e può anche garantire un buon rapporto costi-benefici. E questo sarà ancora più vero andando a concentrare le risorse su alcuni settori tematici dotati di una chiara dimensione europea e transfrontaliera e di un'importanza strategica, primo fra tutti la lotta alla criminalità organizzata.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η CEPOL, δηλαδή η Ευρωπαϊκή Αστυνομική Ακαδημία, είναι αρμόδια για την κατάρτιση στον τομέα της επιβολής του νόμου και για τον λόγο αυτό θα πρέπει να λειτουργεί με διαφάνεια και υπό τον δημοκρατικό έλεγχο του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Η CEPOL καλείται, αξιοποιώντας τα κατάλληλα εργαλεία, να προσφέρει κατάρτιση στις αστυνομικές δυνάμεις, προκειμένου να διεκπεραιώνουν με επαγγελματικό και συνάμα νόμιμο τρόπο το καθήκον τους.

Ωστόσο, λαμβάνοντας υπόψη την αστυνομική δράση σε διάφορες χώρες, διακρίνουμε συχνά την αυξημένη άσκηση βίας κατά των πολιτών, ιδίως σε πορείες και διαδηλώσεις ενάντια στις πολιτικές λιτότητας· βία η οποία είναι δυσανάλογη και η οποία οδηγεί σε παραβίαση των θεμελιωδών δικαιωμάτων των πολιτών. Επομένως, η κατάρτιση που θα διεξάγει η CEPOL πρέπει να περιλαμβάνει οπωσδήποτε διδασκαλία και κατάλληλη εκπαίδευση, προκειμένου να εξαλειφθούν τα συχνά περιστατικά παράνομης άσκησης αστυνομικής βίας. Καλούνται, λοιπόν, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και η Επιτροπή να διασφαλίσουν ότι η CEPOL θα συμβάλει στην οικοδόμηση μιας αυθεντικής ευρωπαϊκής παιδείας στον τομέα της επιβολής του νόμου, που θα εδράζεται στον σεβασμό των θεμελιωδών δικαιωμάτων.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, mada pripadamo onima koji zagovaraju da se Europol i CEPOL i druge agencije koje se bave sigurnosnim pitanjima u Europskoj uniji na neki način spoje ili da barem snažno koordiniraju svoj rad, ovdje prije svega moram reći da je važna borba protiv prekograničnog krijumčarenja, terorizma i svega onoga što nosi organizirani kriminal, koji, naravno, ne poznaje granice.

Gospodine povjereniće, želim Vas upozoriti na činjenicu da je ova migrantska kriza također pokazala da je zapadni Balkan jedan od onih područja u kojima imamo velikih problema. Organizirani kriminal, balkanske rute, kako god to nazivali, zaista definitivno postoje. I zato je važno da se u CEPOL uključe i sve one policijske snage i druge institucije zemalja kandidatkinja i potencijalnih kandidata jer prekogranični kriminal i terorizam ne poznaju granice, a te su zemlje u srcu Europske unije.

Krisztina Morvai (NI). – Az Európai Bizottság jelen lévő képviselőjétől arra szeretnék választ kapni – nagyon örülök, hogy ezek szerint tud magyarul, mert nincsen rajta tolmácskészülék, tehát biztos így is érti, amit mondok –, tehát azt szeretném tőle megkérdezni, hogy pontosan mennyi pénzbe kerül az európai adófizetőnek a határokon átvélő szervezett bűnözéssel szembeni fellépés, akár ennek a CEPOL intézménynek a formájában, akár az Europol formájában, és mit kap cserébe. Mert, hogy amit látunk az az, hogy a határokon átvélő bűnözés, a szervezett bűnözés köszöni szépen, nagyon jól van, virágzik.

Amit sokan migrációs krízisnek vagy menekültválságnak neveznek, azt büntetőjogi megfogalmazásban úgyis meg lehet fogalmazni, hogy a szervezett bűnözésnek a virágzása, az embercsempészésnek a CEPOL, Europol és egyéb szervek létezése ellenére való virágzása. Milyen magyarázatot tud erre az Európai Bizottság képviselője? Várom választát.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, I strongly believe that, in order to ensure its effectiveness and impact, CEPOL's limited resources should be focused towards a few thematic areas with a clear European added value, taking into consideration the current situation of the European Union with migratory waves and other challenges to our stability, by no means duplicating the work done at the level of the Member States and in line with the principle of subsidiarity. Focusing on a more limited number of thematic areas would free resources to put more effort into quality and attractiveness. In order to use scarce resources efficiently, a more effective coordination among JHA agencies providing training is important, exploiting synergies and eliminating duplication. Finally, I believe that sufficient funding should be safeguarded for CEPOL to properly execute its new tasks.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the Eye»)

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. – Mr President, today we deliver one important element of the European agenda on security. There is no doubt that training is key to our common law enforcement culture. Today, we ensure that we give CEPOL the right means and the structure to perform its mission.

We can all welcome the final outcome, as this would reinforce CEPOL's ability to become the centre of excellence of training of law enforcement officials and officers of the European Union.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

The Commission maintains its misgivings on two important points of the text, as it emerged from the interinstitutional negotiations, and underlines the importance of maintaining the common approach as agreed trilaterally between the institutions. My thanks once again to the rapporteur Ms Kinga Gál for her hard work on this fight.

Kinga Gál, előadó. – Biztos Úr, Kollégák! Ez a vita is bizonyította, és köszönöm az észrevételeiket, hogy nem kevés küzdelem és eltérő álláspont összehangolása után jutottunk eredményre. Viszont figyelembe kell venniük, hogy az új szabályozás révén végre végetvethetünk az eddigi bizonytalanságnak, amely árnyékot vetett a CEPOL-ra az elmúlt években. Bizonyára emlékeznek rá, a CEPOL-nak az addigi Bramshill-ben lévő bázisa helyett új székhelyet kellett találnia. Ráadásul a Bizottság azt javasolta, hogy a CEPOL-t és az Europolt vonják össze a költségmegtakarítás jegyében. Így a CEPOL-nak egy időre nem volt székhelye, de még a pusztasága is kérdésessé vált.

Ami az összevonást illeti – Önök azt mind tudják, hiszen itt szavaztunk róla –, az Európai Parlament és a Tanács határozottan elutasította a Bizottság felvetését az összevonásról. A székhely vonatkozásában számos tagállam ajánlotta fel, hogy otthont biztosít a CEPOL-nak. Végül Budapestre esett a választás, miután Magyarország tette le a legjobb ajánlatot.

Mindannyian tudjuk, hogy szükségünk van professzionálisan képzett rendfenntartókra, kifejezetten most, ezekben az időkben, akik összeurópai szinten is képesek gyorsan és hatékonyan reagálni. Ehhez fektettük le az alapot most ezzel az új szabályozással, és megteremthetjük a feltételeket a CEPOL számára, amelyek révén hozzájárulhat egy valódi, európai rendfenntartó kultúra kialakításához. Én úgy gondolom, hogy erre szükségünk van, épp a hatékonyság, a határon átnyúló bűnözés elleni hatékony fellépés érdekében.

És még egyszer szeretném megköszönni minden árnyékjelentéstevőnek, tanácsadónak és a LIBE-titkárságnak odaadó munkáját, hiszen egy eredményes tárgyalássorozat után vagyunk.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

H ψηφοφορία θα διεξαχθεί αύριο, Πέμπτη 29 Οκτωβρίου 2015.

13. Weiterbehandlung der EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur elektronischen Massenüberwachung der Unionsbürger (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι οι προφορικές ερωτήσεις προς το Συμβούλιο και την Επιτροπή όσον αφορά τη συνέχεια που δόθηκε στο ψήφισμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, της 12ης Μαρτίου 2014, σχετικά με τη μαζική ηλεκτρονική παρακολούθηση πολιτών της ΕΕ, που κατέθεσε ο Claude Moraes, εξ ονόματος της Επιτροπής Πολιτικών Ελευθεριών, Δικαιοσύνης και Εσωτερικών Υποθέσεων

((O-000114/2015 - B8-0769/2015) – (O-000115/2015 - B8-0770/2015) – (2015/2635(RSP))

Claude Moraes, author. – Madam President, again I am not in my usual seat for the reasons I mentioned earlier. The oral question which I present today to the Commissioner – he is not yet in his place – but I am going to present the questions first and then explain this very sensitive and important topic to colleagues. The questions that we are going to present in the oral question are first of all: what is the Council's and Commission's general political assessment as to any electronic mass surveillance EU citizens are subject to? Do the Council and Commission consider EU citizens to be sufficiently protected against unnecessary electronic mass surveillance? What measures have the Council and Commission undertaken since the adoption of the resolution of 12 March 2014 in order to protect fundamental rights in a digital age, and what further measures do the Council and Commission plan to take? I am very conscious – Commissioner, I am sorry that you have just taken your seat, but I am sure you will catch up – that these are very broad questions, but what I want to say to colleagues present in the Chamber is that one of the most surprising things about the inquiry of March 2014 into mass surveillance was the outcome of the plenary vote – an extraordinary 544 Members in this plenary across the political spectrum voted for a very sensitive and far-reaching report. They did it because they were acting in a very mature way; they understood that what was happening was that we were not just dealing with one of the most important issues that all individual sovereign countries have to deal with – that is: the protection of their citizens, and therefore intelligence agencies have to do their work – but we were dealing with one of the biggest growth areas in the confidence, in the privacy of individual citizens, you and I. And we have seen in recent days massive data breaches of major telecom companies like Talk Talk. We have seen the judgment on Safe Harbour; and it is very prescient that such an important vote took place in March 2014 because human rights in a digital age were taken very seriously by this Parliament for a reason, and that is that privacy is not a soft option; privacy is

Mittwoch, 28. Oktober 2015

fundamental to consumer confidence; privacy is fundamental to human rights in the digital age.

So the resolution that we present to Members and to the Commission and Council is about what follow-up we have. In this follow-up resolution, if I take one example, the Safe Harbour judgment of the European Court of Justice, we have a situation where the European Parliament warned incessantly that Safe Harbour was not safe, that the transfers of mass data from the European Union which had higher standards of data protection compared to the United States, which had lower standards, would end up with this kind of situation and a negative situation. We warned of mass surveillance, not for security and purposes of protecting individuals, but simply mass surveillance, very expensive mass surveillance, which was uncontrolled, which has negative implications. Since then the Council of Europe and individual Member States, individual parliaments of Member States, have gone into great detail with their inquiries. And I am very proud that this Parliament went into great detail in the post-Snowden era on digital rights and human rights in the digital era, because we were able to say, on the one hand, that this is vital to tackle terrorism, it is vital to tackle security threats, but that it is incredibly important to understand that we will not do this if there is no credibility in the way that mass surveillance is carried out.

I think we set some good standards in March 2014. What we are now trying to do in this oral question is to see, with the four questions I have put to both Council and Commission, what follow up we actually have on all of these key points. For the European Union, with the trilogues currently running on data regulation, and on the question of the Data Directive, but also on the agreements on PNR, on SWIFT and so on, it is very important that we understand that the European Union is itself invested in transferring data as a European Union to other places; and for that reason we have the competence and we have the need to understand these issues and get these issues fixed. But most importantly it is about the privacy of the citizen, paramountly, and we need to represent the citizen, ensure they are confident in their privacy and ensure they have the confidence to go forward, and they feel they are represented. Look around you and see whether that is necessary and then look at this resolution and see whether it is worthy of support. So I hand over to the Commission and Council to tell us what they are now doing on this resolution and the questions I have put.

PUHETTA JOHTI ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

varapuhemies

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil*. — Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, permettez-moi d'abord de souhaiter aussi – puisque je l'avais oublié lors de la question précédente – un prompt rétablissement à M. le président de la commission LIBE.

Le Conseil partage les préoccupations du Parlement concernant les programmes secrets de surveillance ainsi que leurs incidences sur la vie privée et les données à caractère personnel des citoyens de l'Union. Cela a été souligné à plusieurs reprises par les présidences précédentes, dans le cadre des débats que la plénière a consacrés à ce sujet.

Les États doivent prendre des mesures pour protéger leurs citoyens, certes, contre le terrorisme et d'autres atteintes à leur souveraineté; toutefois, ces mesures doivent également protéger les droits fondamentaux. Les approches adoptées sur le plan international pour trouver un équilibre entre protection des données et sécurité varient d'un pays à l'autre. Au niveau de l'Union européenne, le point de départ est d'abord le respect de la charte des droits fondamentaux, y compris le droit à la protection des données à caractère personnel des citoyens européens.

Aux États-Unis, l'appréciation de la sécurité et de la protection est liée à l'expérience propre à ce pays, et donc différente de ce qu'elle est en Europe. Il n'en demeure pas moins que les États-Unis accordent une importance croissante aux considérations tenant à la protection des données, comme en témoignent le *Freedom Act*, adopté en juin 2015, ainsi que le *Judicial Redress Act*, présenté récemment devant le Congrès.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Compte tenu du volume de plus en plus important du flux de données de part et d'autre de l'Atlantique, il est clair que l'équilibre entre protection et sécurité nécessite un débat constant entre l'Union et les États-Unis. De notre côté, le Parlement européen, le Conseil et la Commission, agissant chacun selon leurs compétences, doivent jouer pleinement leur rôle.

Le rapport que vous avez présenté, Monsieur Moraes, en 2014 a souligné, à juste titre, que le recours croissant à la surveillance de masse n'a été précédé d'aucun débat public démocratique. Pour assurer comme il se doit la protection des données, il faut faire preuve d'une vigilance constante. Le Parlement européen avait fait preuve de vigilance, d'ailleurs, concernant l'accord *Safe Harbor*. Je ne reviendrai pas ici sur le débat que nous avons eu à ce sujet lors de la mini-plénière du 14 octobre à Bruxelles, il appartient à la Commission de réserver le suivi approprié à l'arrêt de la Cour.

Permettez-moi de citer deux développements internationaux positifs dans le domaine de la surveillance. Premièrement, le texte de l'accord-cadre sur la protection des données a été paraphé en septembre. Il s'agit d'un pas en avant pour ce qui est de garantir la protection des données et d'offrir aux citoyens de l'Union des mécanismes, aux États-Unis, de recours juridictionnel en matière répressive. Le Conseil attend la proposition de la Commission concernant la conclusion de l'accord-cadre et le Parlement européen sera appelé à donner son approbation à cette proposition. Deuxièmement, le *Judicial Redress Act*, qui a été présenté devant le Congrès. Ces deux développements contribuent à protéger le droit fondamental des citoyens de l'Union à la protection de leurs données.

Revenons maintenant à la question que vous avez posée, M. Moraes, à savoir les mesures prises à la suite de la résolution du 12 mars 2014. Je voudrais rappeler ce qui suit.

Premièrement, la protection des droits fondamentaux à l'ère numérique est une question qui figure en permanence à l'ordre du jour des réunions entre l'Union européenne et les États-Unis, au niveau des hauts fonctionnaires comme au niveau politique. Ces réunions ont permis de rétablir la confiance quant au traitement des données personnelles et ont amené les autorités américaines à présenter précisément le *Judicial Redress Act* devant le Congrès.

Deuxièmement, je voudrais également rappeler la réunion qui a eu lieu à Riga, le 3 juin 2015, entre les ministres des affaires intérieures et de la justice de l'Union et des États-Unis. Cette réunion a débouché sur la déclaration de Riga, qui définit les actions spécifiques de coopération pour les cinq années à venir, destinées à relever plus efficacement ces questions. Ces actions portent notamment sur des mesures ayant trait à la protection des données et comportent un engagement des deux parties à renforcer la mise en œuvre de l'accord en matière d'entraide judiciaire qu'elles ont conclu, afin que les services répressifs puissent mieux coopérer dans le respect, précisément, de la protection des données.

Enfin, pour ce qui est de la protection des données à l'intérieur de l'Union, le Conseil a accordé la priorité à l'intensification des négociations avec le Parlement européen sur le paquet relatif à la protection des données. Je me réjouis d'ailleurs tout particulièrement des travaux intensifs qui sont actuellement consacrés tant au règlement général sur la protection des données qu'à la directive sur la protection des données à des fins répressives.

Le Conseil et le Parlement sont tous deux résolus à adopter, d'ici la fin de l'année, un cadre fort concernant la protection des données. Sur cette base, le Conseil continuera de coopérer avec le Parlement et la Commission pour renforcer les droits au respect de la vie privée et développer l'économie numérique de l'Europe.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, the Commission remains concerned about media reports on surveillance programmes of the Member State intelligence services which appear to enable large-scale access to, and processing of, the data of Europeans. At the same time, the area of national security falls within the competence of Member States.

However, these exception clauses for national security need to be interpreted strictly in the light of settled Court of Justice case law. In its ruling of 6 October 2015 in the Schrems case, the European Court of Justice further clarified that any legislation permitting public authorities to have access on a generalised basis to the content of electronic communications must be regarded as compromising the essence of the fundamental right to the respect of private life as guaranteed by Article 7 of the Charter. Likewise, legislation not providing for any possibility for an individual to pursue legal remedies in order to have access to personal data relating to him or to obtain the rectification or erasure of such data compromises the essence of the fundamental right to effective judicial protection, as guaranteed by Article 47 of the Charter.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

As regards the protection of fundamental rights within the scope of EU law, let me point out the following. As Members know, two proposals for our data protection reform are at the last stage of interinstitutional negotiations. They will increase the standard of the protection of personal data within the European Union. Furthermore, on 8 September 2015, the Commission initialised with the US the 'umbrella agreement'. The agreement covers all personal data exchanged between the EU and the US for the purpose of prevention of and prosecution for criminal offences, including terrorism. The Commission will propose signature and conclusion of the agreement only after the US Judicial Redress Bill, granting judicial redress rights to EU citizens, has been adopted. The bill has just passed through the House and we hope for rapid progress in the Senate as well. The umbrella agreement will guarantee a high level of protection of all personal data when transported between law enforcement authorities across the Atlantic. It will, in particular guarantee, that all EU citizens will have non-discriminatory access to US courts under the Privacy Act.

Regarding Parliament's request for the development of the European strategy for greater IT independence, the Commission is working to address the main points of the strategy by establishing the contractual public-private partnership on cybersecurity. The goal of this initiative, to be launched in 2016, will be to stimulate the competitiveness and innovation capacities of the digital security and privacy industry in Europe. Research and innovation projects on privacy and cyber security have already been launched using Horizon 2020 funding, and these activities will be pursued under the PPP. Moreover, the negotiations of the Network and Information Securities Directive, which aims to increase Member States' capacity to react to cyber threats in a coordinated manner while imposing security requirements on critical infrastructure providers, should be completed by the end of this year.

The Commission further announced its intention to reform the ePrivacy Directive in the Digital Single Market strategy as soon as the general data protection reform has been adopted, with a focus on ensuring a high level of protection for data subjects and a level playing field for all market players. This includes a high degree of confidentiality of communications in Europe.

The Commission is also committed to increasing trust in cloud computing by launching a series of initiatives in 2016 covering certification, contracts, switching providers and a research open science cloud, as well as the support of the free flow of non-personal data. Also in the Digital Single Market strategy, the Commission announced that it will undertake a comprehensive assessment of the role of intermediaries in tackling illegal content online.

Finally, the Commission would like to underline that it has been for many years a major user of open source systems, for example its data centre. It would also like to refer to the strategy for internal use of Open Source Software, which was updated in July 2015.

Security and confidentiality are systematically considered when defining the tendering specifications in the Commission's IT contracts. All Commission contracts contain a clause referring to the applicable data protection legislation. The legal framework for procurement does not, however, allow favouring particular business models or limiting the award of contracts to EU companies.

A thorough review and assessment of the Commission's exposure in terms of IT security has been launched with a view to establishing an IT security reference framework to structure and prioritise a range of short-term actions and a longer term IT security strategy. Against a threat landscape that is becoming ever more challenging with increasingly sophisticated attacks, the Commission's Chief Information Security Officer collaborates closely with the CERT-EU to prevent cyber threats, detect them at an early stage and work towards a quick resolution. CERT-EU collaborates with the European Union Agency for Network and Information Security on lessons learned to improve the protection of networks and with the European Cybercrime Centre in the context of threat assessment.

Axel Voss, im Namen der PPE-Fraktion. – Vielen Dank, Frau Präsidentin! 2013 haben wir mit damit begonnen, uns aufgrund der NSA-Vorkommnisse mit der Massenüberwachung von unseren Bürgerinnen und Bürgern zu beschäftigen. Das war richtig und das war auch wichtig.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Wir haben uns auch dazu verpflichtet, das Thema weiter zu beobachten – auch das ist richtig. Doch was nun in diesem Entschließungsantrag herausgekommen ist, sind aus meiner Sicht zum großen Teil ideologische Forderungen, die mit der Massenüberwachung überhaupt nicht mehr im Zusammenhang stehen. Es sollte uns doch eigentlich hier mehr um die Balance zwischen der allgemeinen Sicherheit und der Privatsphäre des Einzelnen gehen.

Wir sind deshalb als EVP-Fraktion für Sicherheitsstandards von Mobilfunk oder auch Online-Kommunikation, wir sind für den Schutz der EU-Institutionen und der entsprechenden nationalen bzw. europäischen Akteure, wir sind für eine vertrauenswürdige europäische *cloud*, wir sind auch für die Stärkung des *cyber centers* von Europol, wir sind für Verschlüsselungen in diesem Bereich, wir sind für einen ausgewogenen Datenschutz, wir sind auch für die Prüfung der Geheimdienste. vielleicht sogar bis hin zu einer Etablierung eines europäischen Geheimdienstes.

Aber was hat das mit TTIP oder dem TFTP-Programm zu tun? Was hilft die Forderung unseren Bürgern, Snowden strafrechtlich freizustellen, wenn wir dazu noch nicht einmal eine Kompetenz haben? Was soll eine *sunset clause* für alle Gesetzestexte hier bringen, ohne ausreichende entsprechende Beobachtung, wo es doch eigentlich schon reichen würde, eine Anpassung vorzunehmen. Das ist völlig unverhältnismäßig und zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger auch völlig irrelevant. Deshalb meine ich, ist das hier auch fahrlässig in puncto allgemeiner Sicherheit.

Wir müssen uns noch mehr und besser dem Wandel anpassen und die richtigen Strukturen implementieren, damit die Sicherheit Europas auch gewahrt wird.

President. – There are blue cards but we are running a little late so we will not accept them at this point, but will take catch-the-eye.

Juan Fernando López Aguilar, *en nombre del Grupo S&D.* – Señora Presidenta, a finales de la pasada legislatura el estallido del caso Snowden conmocionó, a justo título, a la ciudadanía europea y le hizo tomar conciencia de sus derechos fundamentales, más vulnerables que nunca. Tuve el honor de presidir, como presidente de la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, la comisión de seguimiento, que produjo unas conclusiones relevantes, entre las cuales, la primera, el impulso al paquete de protección de datos, todavía pendiente de ser completado; además, regular la figura del *whistleblower*, el delator, para ofrecerle garantía penal y procesal.

Además, exigir que la Comisión Europea ponga en marcha todas las medidas para blindarse frente al espionaje de terceros, pero también y, sobre todo, suspender el acuerdo *Safe Harbour*, que ha sido declarado inválido por el Tribunal de Justicia por incompatible con los derechos fundamentales europeos proclamados por la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea.

El sentido de esta pregunta es saber exactamente cómo piensa la Comisión asegurarse de que esa sentencia es vinculante no solamente para la relación bilateral con los Estados Unidos, sino también para la vigilancia masiva que ha sido practicada por los propios Estados miembros de la Unión Europea. Porque la sentencia va más allá de la relación bilateral con los Estados Unidos. La sentencia vincula también a los propios Estados miembros de la Unión Europea y compromete también las prácticas ilegítimas e incompatibles con el Derecho europeo de violación masiva de la privacidad de los ciudadanos.

Timothy Kirkhope, *on behalf of the ECR Group.* – Madam President, Commissioner, our rights and our freedoms must always be the compass which guide society. These rights must always be defended with equal force to that which we use to defend our borders and our safety. Robust data protection and digital privacy laws must be constantly updated for the modern world, and accountability and effective and meaningful oversight of the agencies and the institutions charged with keeping us safe must form part of the fabric of democratic norms.

Of course, independent and thorough investigation must take place where any potential wrongdoing is revealed. This is essential if citizens are to have confidence in the people entrusted with protecting us. However, I cannot support this resolution. I will never regard Edward Snowden or his actions as 'heroic'. I cannot bestow the label of hero upon a person who has endangered the lives of so many citizens across the world and those individuals serving overseas who risk their lives, day in and day out, to protect ours.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

In my opinion the language in this resolution does little to offer a sensible approach but instead just seeks to escalate the rhetoric. I fail to see how producing a report from an investigation conducted in the political arena, with no access to official documents, with no powers to call relevant individuals to give evidence, and with no competence under EU law, can produce recommendations with even the smallest perceived amount of objectivity.

I cannot in conscience ever support a resolution of this Parliament that calls for the suspension of important anti-terror agreements with the United States given the security situation in Europe at present. A resolution of this kind, in my view, is something that can never be credible, relevant or responsible in the legitimate quest to provide real oversight and protection of individual rights for the people of Europe as a whole.

Cecilia Wikström, för ALDE-gruppen. – Fru talman! Nu är det hög tid att vi lämnar retoriken och högtidstalen och istället står upp för och på allvar försvarar de grundläggande mänskliga rättigheterna, där massövervakning absolut inte ingår. Det finns för liberaler inget utrymme för massövervakning av medborgarna.

Utvecklingen är oroande runtom i Europa. Vi ser flera steg bakåt faktiskt när det gäller just synen på den personliga integriteten och dataskyddet. Istället verkar utgångspunkten alltmer bygga på det felaktiga antagandet att ju mer data vi samlar in, desto säkrare blir medborgarna. Inget kunde vara mera fel!

Min grupp beklagar djupt att rådet och kommissionen konsekvent fram tills idag har vägrat att svara på parlamentets frågor, som vi ställde för första gången för över ett år sedan i samband med debatten om massövervakning. Vi är också väldigt oroade över den lagstiftning som nu stiftas i flera medlemsländer, där massdatalagring i bulk nu blir praxis.

Storbritannien antog en lag 2014 som man nu måste se över, eftersom högsta domstolen, *the High Court*, har ogiltigförklarat den. Tyskland har precis beslutat om ny datalagringslagstiftning, och Frankrike har infört möjligheten för massövervakning av medborgarna för sin underrättelsetjänst.

Vi är också djupt oroade över den nederländska underrättelselagstiftningen. Jag uppmanar verkligen här och nu mina liberala kolleger i den nederländska regeringen att se till att noggrant beakta gårdagens dom i Prakken d'Oliveira-målet. Den domen förbjuder övervakning av advokaters kommunikationer tills en oberoende översyn kommer till stånd.

EU-domstolens beslut häromveckan när det gäller *Safe Harbor* borde också vara en väckarklocka för alla. I det domslutet slås det nämligen fast att den amerikanska massövervakningen inte är förenlig med EU:s lagar och principer.

Vi måste nu börja sopa framför vår egen dörr och inte vara beroende av att domstolarna ska ställa tillrätta den lagstiftning som vi tillsammans borde ta ansvar för att se till att den faktiskt ställer grundläggande rättigheter i centrum. Det är allas vår uppgift att inte skydda regeringar utan att skydda medborgarnas grundläggande rättigheter och försvarandet av de europeiska värderingarna.

Cornelia Ernst, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Frau Präsidentin! Nicht nur, dass die NSA munter weiter spioniert, herumspioniert, Millionen Menschen ausspäht – auch in den nationalen Staaten sieht es nicht besser aus.

Im Juni 2015 beschloss der Bundestag eine Gesetzesänderung, so dass der BND fortan legal den Internetknoten Frankfurt überwachen darf. Ebenfalls im Juni 2015 verabschiedete Frankreich ein Gesetz, um die Überwachungskompetenzen der Geheimdienste massiv zu erweitern. Österreich hat ein neues Staatsschutzgesetz vor, und die niederländische Regierung will die Befugnisse der Geheimdienste auch ausweiten und nicht mehr kontrollieren.

Dass wir als einziges Parlament der Welt – kann man ja sagen – einen Untersuchungsbericht zur NSA-Massenüberwachung und einen Folgebericht erstellt haben und damit eindringlich zur Beendigung der Massenüberwachung aufrufen, das interessiert weder die Kommission wirklich, noch den Rat, und schon gar nicht irgendeine Regierung in Europa. Und da – in dem Moment – fragt man sich doch wirklich ernsthaft: Wie steht es um das Verhältnis zwischen Bürger und Staat? Hängt doch genau von diesem Verhältnis ab, ob ein Gemeinwesen als demokratisch oder diktatorisch eingeschätzt werden kann.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Wie frei ist denn ein Bürger in einem Staatswesen, wenn er rundum überwacht werden kann? Was bleibt von Meinungs-, Kommunikations- und Pressefreiheit? Zum Rechtsstaatsprinzip gehört doch die Freiheit der Bürger, das heißt, dass der Staat für den Menschen da sein muss und nicht umgekehrt. Was ist von einer repräsentativen Demokratie übrig geblieben, wenn der Wille eines frei gewählten Parlaments wie unseres nichts mehr zählt? Wenn es vollkommen egal ist, dass sich Hunderttausende Menschen in Petitionen gegen die Massenüberwachung stark machen? Und wenn Gerichte über die Vorratsdatenspeicherung urteilen und diese für null und nichtig erklären und den Schutz personenbezogener Daten als Grundrecht einfordern, das umgesetzt werden soll, hier in Europa und darüber hinaus?

Was hier geschieht, ist doch eine Entmündigung der Menschen in Europa, und eben dieser müssen wir als Demokraten wirklich den Kampf ansagen.

Mein letzter Satz ist: Ich danke Edward Snowden für das, was er gemacht hat, und ich danke im Übrigen auch Max Schrems.

Jan Philipp Albrecht, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, it is now two years and four months ago since Edward Snowden revealed his knowledge about massive infringements by intelligence services of EU states and the United States. I think this is the moment, at least, where Heads of States and the European Commission should act and take their responsibilities.

Until now there have been only two reactions to the revelations by Snowden, both of them taking seriously what he has said. The first is the US administration: Obama has conducted an investigation and changed the surveillance measures, but with regard to its own citizens, not with regard to European citizens or anyone else in the world where its intelligence services are spying on us. That is the problem.

The second reaction is not by any politician in the European Union, not by any head of state, nor by any minister has there been taken action on behalf of the Snowden revelations, but here it was the highest court which took the action three weeks ago with the judgment on Safe Harbour. There it clearly referred to the facts revealed by Edward Snowden. If the highest court of the European Union says there is something which Edward Snowden rightfully said is an infringement to the Fundamental Rights Charter to our Treaties, should we not take that seriously? Should not the Commission start infringement procedures against those Member States which obviously still cooperate with those intelligence services, or even have intelligence services doing the same unlawful activities? This is not any more in the area of national security, which in Europe is obviously becoming the black hole of the rule of law.

Every single Member State – and I looked at the count – says that the European Union and the law does not apply to national security. But does that mean that fundamental rights and the rule of law do not apply? Where is the activity by the Council, and where is the activity with regard to common rules and standards for intelligence services in Europe and for the protection of each individual's fundamental right before the courts, effective judicial protection? That will be brought up by the Strasbourg Court if you do not act, at least in some years, because there are cases. Relying on individuals to fix the rule of law, this is not the right way.

Ignazio Corrao, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, mi sembra chiaro che su questo tema, in questo momento, ci troviamo di fronte ad un'enorme contraddizione da parte dell'Unione europea nel suo insieme, perché se da una parte ci vogliamo proclamare come pionieri, come istituzione baluardo nella difesa dei diritti fondamentali, dall'altra parte ascolto commenti da parte dei colleghi conservatori o dei colleghi dell'area popolare secondo cui facilmente si può rinunciare o si possono sospendere queste tutele dei diritti fondamentali, e dall'altra parte vedo pure una Commissione che è disinteressata a questo tema.

E abbiamo dovuto aspettare che fosse la Corte di giustizia a dirci che, su questo caso tirato fuori da Snowden, sulla sorveglianza di massa, sullo spionaggio di massa fatto dai servizi di intelligence americani, non va bene l'atteggiamento che è stato preso dalla Commissione. Non va bene quest'accordo che abbiamo con loro, questo *safe harbour*.

Allora io mi aspetto, credo e spero che dopo questa discussione cambi l'approccio, cambi l'atteggiamento e si rimettano i diritti fondamentali e la tutela di questi diritti fondamentali dei cittadini europei davanti ad altri tipi di interessi.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Janice Atkinson, *on behalf of the ENF Group*. – Madam President, I also would like to wish Mr Moraes a speedy recovery.

It is clear that the privacy of our citizens and our fundamental rights should be adequately protected. Institutions snooping on all of us without proper controls is something that has no place in a democratic society, but it is up to our national parliaments and national courts to strike the balance between upholding civil liberties of our citizens and ensuring our nation's security. Let us not forget that it is exactly the EU Commission's Safe Harbour Agreement with the USA that gave citizens a false sense of security and national supervisory authorities that had such a passive role. This is one of the main conclusions of the ECJ ruling.

While I hear the European Parliament pointing out the dangers of mass surveillance of citizens by the US in Member States, what actually worries me more is the EU's ambitions to set up its own secret service agency – in fact, a spy agency. Indeed, it was even Mr Juncker who has suggested earlier this year that he would like to establish an EU spying agency. The last thing we want is Big Brother spying on the EU Member States and their citizens. The European Parliament has no jurisdiction whatsoever to involve itself in any way in how the nation states are running their security agencies. It is up to the Member States, not the EU, to uphold their own data protection laws and negotiate proper agreements with the countries.

However, I do pose an alternative. I strongly suggest that the Commissioners watch the new James Bond film, Spectre. Perhaps Mr Juncker would consider applying for M's position and Mr Timmermans, with his many languages, might apply to replace Daniel Craig as 007. If so, they will be under the control of the British Government and not the EU, which is as it should be.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η μαζική, διαρκής και ανεξέλεγκτη παρακολούθηση των ευρωπαίων πολιτών είναι, δυστυχώς, ακόμα και σήμερα πραγματικότητα. Οι κυβερνήσεις των κρατών μελών, σε γνώση μάλιστα και των ευρωπαϊκών θεσμών, προχωρούν σε συνεχείς παρακολουθήσεις όλων μας. Αποδεικνύουν την υποκρισία τους και ταυτόχρονα πόσο ψεύτικο είναι το προσώπιο του δήθεν ανθρωπισμού τους, καθώς και πόσο ψεύτικα είναι τα λόγια τους, όταν αναφέρονται στην προστασία των δικαιωμάτων των πολιτών.

Από έγγραφα που έχουν διαρρεύσει, έχει αποκαλυφθεί η πάγια τακτική ορισμένων ευρωπαϊκών χωρών να παρακολουθούν συστηματικά τόσο τις συνομιλίες και τις επικοινωνίες των πολιτών, όσο ακόμα και τις συνομιλίες πολιτικών, χωρίς να υπάρχει νόμιμη εντολή απ' τις δικαστικές αρχές. Επίσης, έχει αποκαλυφθεί, στη συνέχεια, η απροθυμία της δικαστικής εξουσίας να προχωρήσει σε έρευνες σχετικά με τις διάφορες καταγγελίες. Χαρακτηριστικά παραδείγματα: η παρακολούθηση μεγάλου αριθμού ευρωπαίων πολιτικών από τις γερμανικές μυστικές υπηρεσίες, για λογαριασμό της Αμερικανικής Υπηρεσίας Εθνικής Ασφάλειας· επίσης, η παρακολούθηση και στη συνέχεια δημοσιοποίηση χωρίς καμία άδεια, από τις ελληνικές υπηρεσίες, των συνομιλιών των στελεχών του κινήματός μας, της Χρυσής Αυγής.

Σε κάθε περίπτωση, το ευρωπαϊκό πολιτικό κατεστημένο αποκαλύπτεται για μια ακόμη φορά ως απλός εντολοδόχος των πέραν του Ατλαντικού εταιρών του. Εμείς, σαν Έλληνες εθνικιστές και ταυτόχρονα εκλεγμένοι αντιπρόσωποι του ελληνικού λαού στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, ζητούμε την άμεση παύση οποιασδήποτε τέτοιας παράνομης δραστηριότητας. Επιπλέον, προκειμένου καμία σκιά να μη βαραινεί τις δικαστικές αρχές σε ολόκληρη την Ένωση, ζητούμε την άμεση και παραδειγματική τιμωρία των υπευθύνων για αυτές τις παρακολουθήσεις, καθώς επίσης και όλων όσων τους συγκαλύπτουν τόσον καιρό.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, pane komisaři, nejdřív mi dovolu popřát Claudovi Moraesovi, aby se brzo uzdravil, a poděkovat mu za tuto výbornou zprávu. Toto téma je diskutováno na půdě Evropského parlamentu již několik let. Bohužel jsem však nezaznamenal žádný velký pokrok, a to ani po usnesení našeho výboru v květnu tohoto roku. Osobně si myslím, že nemáme na co čekat. Nemusíme zde vést debatou, zda ochrana občanů Evropské unie před hromadným elektronickým sledováním je dostatečná či není. Není dostatečná. Toto je problém, který je velmi naléhavý, a je mi líto, že ani Evropská komise, ani členské státy nejsou ochotny se jím vážně zabývat. V tomto ohledu jsem velice zklamán nedostatečnou reakcí a nečinností ze strany Evropské komise. A věřím, že alespoň tyto předložené otázky ji podnítí k větší aktivitě.

Marju Lauristin (S&D). – Madam President, as a rapporteur on the Data Protection Directive, I have to say that we are now working on providing European citizens with the highest level of protection of their basic rights, and it is only this which could give us some moral right also to demand the same from all other partners in the world.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

But at the same time, as this report shows, things are not in line with those high standards in some or many of our Member States – we do not know how many. The big problem is what was already referred to by my colleague Jan Albrecht, and what also I am very glad was mentioned by the Commissioner, namely that, as national security is under the competence of Member States, we really do not have common EU standards to understand where the borders lie in respect of national security issues, and how a citizen can understand how his rights can be protected when carrying out certain actions, when crossing this border, because the border is not visible.

We in the LIBE Committee have asked the Commission several times to give us a common definition, a common framework, of how in the EU we understand what is national security and what is not, and we have not had a clear answer. Now I ask the Council too, because when we are working on the directive, then we come to this grey area between public security and national security, and it is really very difficult to reach a solution without knowing where this border is and what are the guarantees for the other side of the border, the national security area, so that we really can say to our citizens: yes, we have the highest standards; yes, every EU citizen's fundamental rights are protected above all other considerations, irrespective of the situation. So I urge the Commission and Council to provide us with this kind of clear knowledge of what we mean by national security.

Helga Stevens (ECR). – Wij moeten er alles aan doen om te voorkomen wakker te worden in een wereld waarin de overheid op disproportionele wijze ingrijpt in de persoonlijke levenssfeer. De N-VA-delegatie zal morgen niettemin tegen de ontwerpresolutie stemmen. Het Europees Parlement reageert immers verkeerd want het respecteert de bevoegdheidsverdeling niet. Nationale veiligheid is een nationale bevoegdheid en het zijn de EU-lidstaten die de beweringen over stiekem grootschalig elektronisch toezicht ernstig moeten onderzoeken.

Wat de EU daarentegen wél moet doen is gegevensbescherming hoog in het vaandel blijven dragen. Gisteren zijn de trialoogonderhandelingen van start gegaan over de richtlijn gegevensbescherming in de strafrechtelijke sfeer. Dat moet de focus zijn en blijven in plaats van bijvoorbeeld in een kramp waardevolle instrumenten op te schorten, zoals het programma voor het traceren van terrorismefinanciering.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE). – Señora Presidenta, las palabras que aquí estamos pronunciando son constantemente «preocupación» y «decepción». Y tenemos que agradecer al señor Moraes las preguntas que está realizando, porque todos nosotros necesitamos responder también a los ciudadanos europeos. La violación de la intimidad es de tal magnitud que los criminales, agencias de inteligencia y empresas de telecomunicaciones saben todos los detalles de nuestra vida. Y de los abusos que están ocurriendo cada día salen a la luz una mínima parte.

La Comisión habla de un entorno difícil y sofisticado; cierto. Desde luego, el entorno es difícil y sofisticado. No estamos seguros. Y estamos decepcionados por la falta de urgencia mostrada por las instituciones y los Estados miembros desde la adopción del informe aprobado en marzo de 2014 en nuestro Parlamento. Si la cuestión es sofisticada y es difícil, ¿por qué no avanzamos más?, ¿por qué no ponemos iguales armas a la amenaza a la forma de vida que debemos tener como ciudadanos libres en una democracia?

Iguals armas, por tanto, a las amenazas a nuestra libertad. ¿Cuánto personal tienen para hacer frente a este reto? La Comisión tiene muchas cosas que contestarnos: qué calendario, qué instrumentos y qué personal necesita.

Si nuestra libertad se ha puesto en la almoneda mediante algoritmos, ¿con qué algoritmos y con qué control judicial vamos a poder defenderla de una forma constante, correcta y precisa? Respóndannos, por favor.

Eva Joly (Verts/ALE). – Madame la Présidente, je veux d'abord saluer le courage d'Edward Snowden. Il a choisi de renoncer à sa liberté pour nous informer de la surveillance massive menée par la NSA. Qu'avez-vous fait de ces révélations? Rien ou presque. Le silence de la Commission est assourdissant. Aucune leçon n'a été tirée. Passé le temps de l'indignation, chacun préfère ignorer que ces droits les plus fondamentaux sont chaque jour bafoués; pire, sous couvert de sécurité, les États – dont la France – adoptent des lois liberticides où les prérogatives des services de renseignement sont élargies, où le contrôle judiciaire et parlementaire est quasi inexistant et où chaque citoyen devient un suspect potentiel.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Quant aux lanceurs d'alerte, la Commission n'a même pas daigné examiner la possibilité de créer un statut européen les protégeant. Snowden aura sacrifié sa liberté pour voir s'édifier la société qu'il redoutait tant, une société qui fiche et fige ses citoyens, qui, loin de les protéger, les suspecte et, loin de les libérer, les contraint. Monsieur Dombrovskis, la Commission compte-t-elle suivre enfin les recommandations du Parlement?

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, the ruling of 6 October of the Court of Justice striking down the Commission's Adequacy Decision on the US Safe Harbour Agreement confirms the longstanding doubts on the level of protection provided by this instrument. The decision was to be expected as the 2013 espionage revelations had already exposed the uselessness of the Agreement's provisions in view of the citizen surveillance programme's massive scale.

As stated by the Court, permitting public authorities to have access on a generalised basis to the content of electronic communications compromises the essence of the fundamental right to privacy, while the lack of provisions on the right of citizens to complain about their data compromises the essence of the right to effective judicial protection.

Against the backdrop of the recent invalidation of the Data Retention Directive, this new ruling calls for urgent action to strike the right balance between security measures and the protection of fundamental rights. Considering, on the one hand, the European conviction that security measures must be pursued under the rule of law and, on the other hand, the vital importance of EU-US counter-terrorism cooperation for both partners, it is of extreme importance that we swiftly take steps to establish common standards in the field of data protection.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, apoio a equilibrada resolução elaborada pelo Presidente da LIBE, Claude Moraes. Edward Snowden, que como *whistleblower* merece ser protegido e não perseguido, permitiu-nos ficar a saber do programa Prisoner e tudo o mais que viemos a apurar depois e que muito abalou as relações transatlânticas.

Para restaurar a confiança, os Estados Unidos têm de aceitar uma mudança de padrões na construção do seu próprio sistema jurídico de proteção de dados, que é incompatível com o nosso e com os padrões internacionais, e têm de garantir meios de recursos judiciais e administrativos efetivos a europeus e a outros cidadãos, incluindo os americanos.

O novo projeto-lei que ainda ontem foi aprovado pelo Senado, o CISA, *Cybersecurity Information Sharing Act*, também não pode deixar a União Europeia indiferente. Muitas são as vozes nos Estados Unidos da América que temem que esta lei atente também contra o *Freedom of Information Act*.

A responsabilidade não é só dos Estados Unidos. Os governos e parlamentos europeus foram coniventes, ou pelo menos complacentes, permitiram a vigilância maciça clandestina dos nossos cidadãos, conviveram com um acordo *Safe Harbour* inadequado, ultrapassaram comissões nacionais de proteção de dados ou tornaram-nas passivas, negligenciaram o controlo democrático sobre os serviços de informação e têm mostrado uma inadmissível falta de vontade política e de sentido de urgência.

Qual é agora o estatuto global sobre a proteção de dados entre a União Europeia e os Estados Unidos depois do vazio jurídico criado pela decisão do Tribunal de Justiça Europeu no caso Max Schrems?

Temos absolutamente que garantir que os elevados níveis de proteção dos direitos fundamentais consagrados na União Europeia são respeitados e a Comissão tem de fazer valer a decisão do Tribunal agora nas negociações com os Estados Unidos e tem que confrontar os governos e os parlamentos europeus com as suas responsabilidades.

Beatrix von Storch (ECR). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Wir haben wörtlich im März 2014 beschlossen: Das Europäische Parlament fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, die pauschale Massenüberwachung zu verbieten.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Das klang toll – irgendwie. Aber das suggeriert die massenhafte Überwachung der Bürger, die dem Staat grundsätzlich erlaubt ist, soweit oder weil sie eben nicht ausdrücklich verboten ist. Das ist das Gegenteil von einem freiheitlichen Rechtsstaat. In einem freiheitlichen Rechtsstaat ist dem Staat jeder Eingriff in die Rechte der Bürger verboten, so er ihm nicht ausdrücklich erlaubt ist. Wir haben also nach eigener Einschätzung offenbar keinen freiheitlichen Rechtsstaat mehr. Aber der ist der Kerngedanke des Staatsdenkens der westlichen Welt.

Dieser Gedanke ist uns verlorengegangen. Wir sind dabei, unsere Werte und unsere Wurzeln zu vergessen. Die liegen in unserer christlich-abendländischen Kultur. Die müssen wir wiederfinden oder bewahren. Das scheint mir das Gebot der Stunde.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Der Untersuchungsausschuss zur NSA-Affäre war sicherlich einer der Höhepunkte der letzten Legislaturperiode des alten Parlaments. Er hat nicht nur neue Ergebnisse gebracht, sondern er hat vor allem das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Institutionen gestärkt. Deshalb, so meine ich, ist es notwendig, diese noch sehr junge Tradition dieses Hauses fortzusetzen. Das Vertrauen der Bürger in das Internet durch gesetzliche Regelungen zu stärken, dass auch europäische Daten in Drittstaaten den gleichen Schutz haben sollen.

Diese politische Einsicht wurde durch das *Safe-Harbor*-Urteil bestätigt. Wir dürfen jetzt nicht zur Tagesordnung übergehen und die Augen verschließen, sondern wir müssen dieses Vakuum, das jetzt entstanden ist, mit Inhalt füllen. Die Bürgerinnen und Bürger, die Verbraucher und die Firmen haben das Recht auf Sicherheit. Wir brauchen konsequente Schritte.

Ich meine, dass der Bericht von Claude Moraes diese Linie im Sinne der Tradition des Parlaments aufzeigt, und ich hoffe, dass Rat und Kommission sich dieser Vision anschließen können.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la sentenza del 6 ottobre sul cosiddetto *safe harbour* ha mostrato la fondatezza delle preoccupazioni spesso manifestate in questo Parlamento circa il livello di protezione dei dati personali dei cittadini europei in base all'accordo sul trasferimento di dati dall'Europa agli Stati Uniti.

Come già accaduto in tema di *data retention*, la Corte ha dovuto supplire alla perdurante difficoltà, se così si può dire, per la Commissione ed il Consiglio di adottare, sulle delicate tematiche della *privacy* e della protezione dei dati, misure normative e accordi internazionali in linea con la Carta dei diritti. Una difficoltà che occorre superare.

A tal fine la Commissione e il Consiglio dovranno attenersi alle indicazioni della Corte nel negoziare un nuovo accordo con gli Stati Uniti, sostituendo alla logica della pura autoregolamentazione un sistema di sorveglianza più reattivo e proattivo, grazie anche al ruolo da riconoscersi alle nostre *Data Protection Authorities*, ma dovranno anche dare seguito più energicamente alla risoluzione del Parlamento europeo del 12 marzo 2014 nei suoi molteplici aspetti, senza attendere nuovi interventi della Corte.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η ηλεκτρονική μαζική παρακολούθηση πολιτών της Ευρωπαϊκής Ένωσης έχει καταδικαστεί αποφασιστικά από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο με ψήφισμά του τον Μάρτιο του 2014. Ποια ήταν όμως τα πρακτικά αποτελέσματα του ψηφίσματος αυτού; Το βαθύ κράτος στις διάφορες χώρες μέλη της Ένωσης προσπαθεί να νομιμοποιήσει τις πρακτικές μαζικής παρακολούθησης των πολιτών στο όνομα δήθεν της ασφάλειας. Όμως η επιδίωξη της ασφάλειας των πολιτών δεν επιτρέπεται να οδηγεί στην παραβίαση των θεμελιωδών δικαιωμάτων. Δεν επιτρέπεται να οδηγεί στην παραβίαση της ιδιωτικής ζωής και των προσωπικών δεδομένων των πολιτών της Ένωσης. Δεν επιτρέπεται να οδηγεί σε παρακολούθησεις πολιτών και πολιτικών από τις μυστικές υπηρεσίες της Γερμανίας.

Ταυτόχρονα, η απόφαση του Δικαστηρίου της Ένωσης στην υπόθεση *Safe Harbour* απέδειξε ότι δεν υπάρχει καμία εγγύηση προστασίας των δεδομένων που διαβιβάζονται στις ΗΠΑ. Πώς θα αποζημιωθούν λοιπόν οι ευρωπαίοι πολίτες; Χρειαζόμαστε νομοθεσία που θα επιβάλλει αυστηρές κυρώσεις σε όσους κάνουν παράνομες παρακολουθήσεις και μηχανισμούς επιδίωξης και επιδίκασης αποζημίωσης για προσβολή προσωπικότητας και ηθική βλάβη.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Bill Etheridge (EFDD). – Madam President, when we are talking about electronic mass surveillance, we live in dangerous times and it is undoubtedly right that counter-terrorism and anti-organised crime agencies do need to be vigilant in the digital world as well as in the real world. Having said that, I am a libertarian at heart and really do not like being spied on by government agencies of any government or any state. My mistrust of the state is magnified to a huge level when it comes to my mistrust of the EU superstate. So please excuse me if I do not place my trust in the EU to protect my personal freedom, as everything in this place is all aimed at, and targeted round, the power of the state over the individual. So when it comes to this kind of thing about mass surveillance and individual rights, I have to ask for leave not to support the EU to do anything. I think I would rather put my trust elsewhere.

Krisztina Morvai (NI). – Én eredetileg nem akartam felszólalni ebben a vitában, ugyanis annyiszor felszólaltam már Snowden-ügyben, és annyiszor elmondtuk már a lényegét, mit is állapított meg Edward Snowden gyakorlatilag az élete kockáztatásával, hogy nyugati demokráciákban titkosszolgálati eszközökkel figyelik állampolgárok tömegeit, lehallgatják őket, emailjeiket olvassák, gyűjtik róluk az adatokat, hogy aztán az úgynevezett adathalászat módszerével önkényesen, amikor éppen üzleti érdekek, gazdasági érdekek vagy politikai érdekek úgy kívánják, akkor ezeket az adatokat visszaélészerűen felhasználják.

Miért kértem mégis szót? Az ebédszünetben úgy alakult, hogy a Kovács Béla-ügyről beszélgettem valakivel. Mondtam neki, hogy én még mindig nem tudok napirendre térni afelett, hogy egy választott képviselőt titkosszolgálati eszközökkel négy éven át megfigyeltek, lehallgattak és a többi, és amikor rájöttek, hogy adathalászat ide vagy oda nem tudnak ráhúzni semmilyen bűncselekményt, akkor visszamenőlegesen kreáltak egyet. Biztos úr, Moraes úr! Előfordulhat-e, hogy bennünket, választott európai parlamenti képviselőket titkosszolgálati eszközökkel lehallgatnak? Várom válaszukat, és azt is, hogy ez hogyan lehetséges!

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, I strongly believe that when giving special powers and capabilities to intelligence services in democratic societies, this should be done in order to protect fundamental rights, democracy and the rule of law, citizens' rights and the fight against internal and external threats, and those powers must be subject to democratic accountability and judicial oversight. Their application should be strictly scrutinised, as otherwise they lose legitimacy and they risk undermining our democracy. I therefore support the request for the Council and the Commission to let us know if they consider EU citizens to be sufficiently protected against electronic mass surveillance. It is of utmost importance that EU citizens know if there is any electronic mass surveillance they are subjected to, and in this case that institutions work together to ensure that citizens' fundamental rights are respected.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, cet instrument, ainsi que les ordinateurs, les tablettes et tous les objets communicants peuvent être la meilleure ou la pire des choses. Si je m'en sers pour travailler, m'informer, me cultiver ou donner des nouvelles à ma famille, c'est bien sûr le meilleur, et c'est utile. Si je m'en sers pour organiser un trafic, un attentat ou pour une atteinte à la société et aux personnes, c'est le pire, et c'est détestable. Et bien entendu, toutes les informations de masse qui se trouvent dans ces objets communicants se retrouvent dans le cloud. Comment fait-on pour faire la différence entre le bon grain et l'ivraie?

C'est toute la question de l'équilibre entre sécurité et liberté qui est posée aujourd'hui. C'est une question qui est récurrente et dont nous débattons depuis très longtemps. Je crois que les citoyens eux-mêmes se posent un certain nombre de questions, en fonction de l'actualité, d'ailleurs, et si, aujourd'hui, ils veulent garder leur liberté – et c'est incontournable de mon point de vue – et veulent aussi être protégés, il faut que nous trouvions le moyen de faire en sorte que la technologie rencontre le droit.

Tim Aker (EFDD). – Madam President, I have heard a lot this afternoon about individual rights, democracy and democratic accountability, but when you look at the record of this place, this Chamber, this Union, they have ignored referendums, they have sought that democratic governments be toppled – and we need only look at the Portuguese election where, as Nigel Farage said, if you had replaced in the Brezhnev doctrine 'socialist' with 'European Union', it's the same thing. This place has no right to lecture anyone on any of those principles, because you lot put the interests of the European Union first. You have the euro, which has created mass unemployment. You have the desire for ever closer union, which rejects democracy. You have created the borders crisis. You have no right whatsoever to lecture any of the governments or any of the peoples of this European Union, because if you keep doing that, we will break free. Britain will be free, and after that, many other nations in this Union will be free.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Tibor Szanyi (S&D). – Valóban, a farkasok már az udvarunkban vannak. Szeretném emlékeztetni biztos urat, hogy az én hazámban, Magyarországon, Orbán Viktor kormánya az úgynevezett illegális migránsok elleni fellépés örvén már korábban egy sor, a magyar állampolgárok jogait súlyosan korlátozó, rendőrállam kialakításának irányába mutató intézkedést vezetett be. Most pedig a közrend védelme ürügyén olyan további intézkedéscsomagot jelentett be, amelynek keretében magánszemélyek kommunikációjának szinte korlátlan rendőri ellenőrzését, sőt a teljes lakosságra vonatkozó konkrét bűnüldözési célhoz nem kötött általános arcfelismerő rendszert valósítana meg.

Biztos Úr! Elnök Asszony! Ez van ma az Európai Unió egyik tagországában, és ezt Orbán Viktor ellenzéki szervezetek megfigyelésére használja föl. Ma már emberek tömegei mondják azt, hogy nem hajlandók demonstrációkon részt venni, mert másnap rendőri retorzió éri őket pontosan a tömeges megfigyelés miatt. Ezzel legyenek kedvesek foglalkozni!

(Pynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Madam President, this was a very necessary and useful debate. I would like to underline that the Commission is taking the issues raised in the draft solution seriously. Where it is within our competence, the Commission is already acting in order to ensure the fundamental rights enshrined in this Charter are fully respected. This comprises a speedy conclusion of the Data Protection reform, as well as various projects under the Digital Market initiative. It also includes a swift response to the Court of Justice judgment on the Commission's Safe Harbour decision in the Max Schrems case. To this effect, I assure you that the Commission is engaged in intensive discussions with our US counterparts. I am confident that we will find the right answers and solutions to ensure an adequate protection of the fundamental rights guaranteed by the Charter.

PUHEMIES. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan torstaina 29.10.2015.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodo predsjednice, nisam siguran da li je baš *point of order*, ali imam jednu malu molbu. Može li se provjeriti da li je ova prostorija daleko najhladnija prostorija u Europskom parlamentu? Naime, ovdje vidim nekoliko kolegica koje već imaju maramice. Ja Vas molim kolega, nemojte se smijati jer to je vrlo ozbiljno pitanje, a smiješno je ono što Vi govorite inače. Ja sam zadnji put imao veliki problem i obolio sam zadnji put kad sam bio na plenarnoj sjednici jer sam jedan od onih koji najčešće sjede na plenarnoj sjednici. Molim Vas, pokušajte provjeriti, ova je prostorija daleko najhladnija prostorija u ovoj kući.

President. – We will contact a technician.

Tim Aker (EFDD). – Madam President, I dare say my colleague would feel warmer had this place not passed such ridiculous energy legislation that puts bills up.

Kirjalliset lausumat (työjärjestyksen 162 artikla)

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – L'ouverture des frontières, l'interconnexion sans limite des réseaux de communication et la massification des données numériques sont à l'origine d'un défaut mondial de régulation. Or le risque serait de croire que nous pouvons contrôler cet espace dominé par les nouvelles technologies de l'information et de la communication, par des règles de surveillance.

C'est pourtant là la dynamique dramatique et liberticide qui a été empruntée par de nombreux gouvernements que ce soit à des fins politiques, militaires ou économiques. La surveillance de masse est une réalité et rien ne permet de croire pour l'instant, que les États feront marche arrière sur cette question. Car à défaut de pouvoir contrôler les flux de personnes et de pouvoir encadrer l'utilisation des données informatiques à travers le monde, la plupart des gouvernements ont opté pour la formule pré-totalitaire de la fin de la vie privée et de l'espionnage individuel, bientôt légal, hélas.

Je crains de voir ici la dernière crispation d'un monde étrangement mêlé de néolibéralisme et de socialisme autoritaire. Étant attachée aux libertés, je demeurerai intransigeante avec l'intégrité de la vie privée de mes compatriotes.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ramona Nicole Mănescu (PPE), in writing. – This is a topic that has given rise to a lot of debates all over Europe. As AFET co-rapporteur for this resolution, I advocated the necessity to maintain equilibrium in the final text between the two priorities that seem to collide in this situation. I consider that the amendments proposed by the Socialists and the left-wing political groups represent a significant modification of the text in relation to the initial goal. A resolution dedicated to the issue of mass surveillance of European citizens cannot end up by calling for the suspension of the TFTP agreement, TTIP agreement negotiations or the replacement of proprietary software with open-source software in all the EU institutions. There is the justified need of privacy for the 500 million European citizens. And there are the new security threats, from cybernetic war to online recruitment and proselytising by terrorist groups. In the middle lies a reality: the same way the USA needs the EU, the EU needs to have a strong and healthy relation with the United States. These partnerships, despite the inevitable disagreements, give strength to both sides of the Atlantic and are envied by all of those who are promoters of *'divide et impera'*.

14. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2015 — Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion (Aussprache)

President. – The next item is the report by Mr Rosati on the European Semester for economic policy coordination: implementation of 2015 priorities (2015/2210 (INI) – (A8-0307/2015) and the Commission statement on Steps towards completing the Economic and Monetary Union (2015/2907(RSP)).

Dariusz Rosati, rapporteur. – Madam President, the recent financial and economic crisis has demonstrated that the European Union economies are strongly interdependent and that national policies in one Member State can have important spillover effects on other Member States. We have realised that more coordination of national economic policies is needed within the EU in order to prevent imbalances, ensure convergence and exploit potential synergies.

The European Semester, introduced in 2011 within the Six-pack, is the most important instrument for national policy coordination and surveillance in the EU. Each year the Commission undertakes a detailed analysis of EU Member States' budgetary, macroeconomic and structural reform plans and provides them with policy recommendations for the next 12 to 18 months. These country-specific recommendations (CSRs) provide guidance and advice to Member States on how to stimulate growth and jobs in conformity with the Europe 2020 Strategy, while at the same time avoiding excessive imbalances.

Each year the European Semester cycle starts with the annual growth survey published by the Commission in the late autumn, in which key policy priorities are specified for Member States and the EU as a whole. It is then followed by an assessment of draft budgetary plans and country report analyses. On that basis the Commission proposes country-specific recommendations, which are then discussed with national governments and are then endorsed by the European Council and adopted formally by the Council.

Drawing on experience from the previous cycles, this year the Commission has proposed to shorten and streamline the whole process in order to give Member States more time to react and also to focus on key priorities. We welcome these changes, while underlining the fact that further action is needed to make the coordination process more efficient and less bureaucratic. This year, priorities focus on the most important growth drivers and include investment for growth and jobs, growth-friendly fiscal consolidation, structural reforms in the labour, product and services markets, and active employment policies.

We support these priorities, but we think that more effort is needed to implement them effectively, especially in the area of structural reforms that are necessary for increasing potential growth in Europe. These reforms should concentrate on removing barriers in the product and services markets and on making labour markets more flexible, while balancing this with the adequate protection of employees' rights. Equally important is the need to radically improve access to finance, especially for small and medium-sized enterprises, and to make the legal and administrative environment more friendly for businesses and to deal effectively with excessive indebtedness in the private sector.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

We share the Commission's view that continued fiscal consolidation is needed in Member States with unsustainable debt levels and that strict compliance with EU fiscal rules under the reformed Stability and Growth Pact is absolutely crucial for sustainable recovery. However, we also recognise that countries with sufficient fiscal space have the potential to further accelerate domestic investment. We also share the Commission's opinion that the actual implementation of CSRs by Member States leaves much to be desired. Less than 15% of all CSRs were actually fully implemented in 2014. Thus the potential positive impact of coordination is seriously diminished. In this context, we call on Member States to radically improve the implementation record through faster transposition, more active political support and, above all, strengthened national ownership.

The European Semester offers an opportunity for securing faster growth in Europe and avoiding devastating crises in the future. I call on this House to support our report.

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, Monsieur le rapporteur, je me réjouis de cette opportunité de débattre avec vous du Semestre européen. Nous venons tous de recevoir les propositions de la Commission pour un Semestre rénové. Le Conseil se penchera sur cette question dans les semaines à venir pour en tirer les conclusions, déjà, pour l'exercice 2016.

Les trois institutions partagent – et je vous ai bien écouté, Monsieur le rapporteur – l'analyse des principaux défis que l'économie européenne doit relever, à savoir le niveau élevé de l'endettement, le taux de chômage inacceptable, une compétitivité globale qui souffre tout particulièrement d'un niveau de recherche et de développement insuffisant et un écart dangereux en matière d'investissement qui pèse sur le potentiel de croissance de l'économie européenne. Nous proposons des solutions similaires, une mise en œuvre plus efficace et plus large des réformes structurelles, un assainissement budgétaire orienté vers la croissance, un meilleur accès au financement pour les petites et moyennes entreprises, des systèmes d'éducation qui répondent mieux aux besoins des marchés du travail, et surtout – et avant tout – une relance des investissements.

Depuis le premier Semestre européen de 2012, nous avons fait des progrès, et l'édition 2015 en est un bon exemple. Cette année, les recommandations par pays sont plus limitées en nombre et mieux ciblées sur les principaux problèmes macroéconomiques propres à chaque pays. De plus, tout en appelant aux réformes de longue durée, les recommandations mettent également l'accent sur les actions à court et à moyen terme. La portée des recommandations en sort renforcée. Les recommandations de 2015 sont aussi ancrées dans des analyses par pays plus solides. La présentation de ces analyses en amont des recommandations, dès le mois de février, a permis au Conseil de les examiner en profondeur, y compris par la méthode de l'examen par les pairs, la fameuse «peer review».

Le Conseil disposait aussi de plus de temps pour travailler sur les recommandations elles-mêmes. Ainsi, nous avons pu mieux aligner les propositions de la Commission sur les réalités sur le terrain. Ce calendrier moins serré a aussi permis aux États membres d'impliquer les parties prenantes et les parlements nationaux dans le processus de coordination économique au niveau national. Cela contribue à l'appropriation des recommandations et à une mise en œuvre plus efficace de celles-ci.

Le Conseil a discuté cet automne des enseignements à tirer du Semestre 2015. Et nous nous réjouissons des progrès réalisés dans l'organisation de ce Semestre. Nos débats ont aussi mis en évidence d'autres améliorations qui pourraient renforcer encore le processus. Cela concerne avant tout la transparence de la procédure des déséquilibres macroéconomiques, sur laquelle la Commission vient de présenter ses idées, ainsi que le lien entre le Semestre européen et la surveillance prévue dans le pacte de stabilité et de croissance. Nous examinerons les nouvelles propositions de la Commission sur ces volets sans tarder. Alors, vers quelle politique ce processus de coordination devra-t-il nous mener? Dans quelles domaines nous sommes-nous servis de cet outil?

Au niveau macroéconomique, je voudrais mettre l'accent sur l'investissement et l'accès au financement. À la même période l'année dernière, la Commission a présenté le plan d'investissement et les colégislateurs ont adopté la proposition sur le Fonds européen pour les investissements stratégiques en un temps record. Ensuite, en examinant les recommandations par pays de 2015, les États membres ont salué l'accent que la Commission avait mis sur des politiques budgétaires propices à la croissance, qu'il s'agisse de l'efficacité des dépenses, des investissements publics et de la stimulation des investissements privés, ou bien d'une fiscalité plus appropriée.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Cet automne, au niveau ministériel, les travaux sur le plan d'action de la Commission pour une union des marchés des capitaux ont été entamés. Le Conseil adoptera des conclusions sur cette question au mois de novembre. La présidence s'est engagée à progresser dans les travaux relatifs à la proposition sur la titrisation. Nous comptons sur la coopération du Parlement pour faire avancer ce dossier.

En ce qui concerne la politique de l'emploi et la politique sociale, en approuvant des recommandations par pays l'été dernier, le Conseil a aussi reconnu les réalités sur le terrain. Le chômage et l'inclusion sociale continuent à poser des difficultés majeures dans un certain nombre d'États membres. Pour leurs citoyens, l'amélioration des perspectives économiques en Europe ne s'est pas encore fait ressentir au niveau de l'emploi ou de la situation sociale. L'augmentation de la pauvreté reste un enjeu majeur, et notamment la pauvreté qui affecte les enfants. La stratégie 2020 rénovée, qui devra être présentée par la Commission dans les mois à venir, je pense, devra prévoir des objectifs et des actions plus efficaces dans ce domaine.

Nous devons intensifier les efforts pour réduire les niveaux de chômage encore considérablement élevés dans de nombreux États membres et améliorer le fonctionnement des marchés du travail et des systèmes de protection sociale. Des progrès dans ces domaines sont aussi essentiels pour consolider la croissance. L'enjeu politique est de taille. Les citoyens attendent de l'Europe des politiques axées sur la résolution de leurs difficultés. Les progrès en matière de lutte contre le chômage des jeunes sont encore insuffisants. Même s'il y a des progrès, il faut renforcer nos instruments, tels que la garantie pour la jeunesse, et aller au-delà. Nous avons besoin de plus de convergence économique, nous avons besoin aussi de plus de convergence sociale. Et pour faire avancer l'Europe sociale, certains thèmes, tels que la mobilité des travailleurs, feront l'objet de propositions de la Commission à la fin de cette année.

L'échange de bonnes pratiques et l'examen par les pairs, ou la définition de points de référence communs, tels que nous sommes en train d'en établir pour l'intégration des chômeurs de longue durée dans le marché du travail, sont utiles dans une telle approche.

Dans le domaine de la compétitivité, les travaux du Conseil confirment que les États membres partagent la même analyse sur les principaux défis. Concernant les recommandations par pays, le Conseil a été très content d'y retrouver le thème de l'investissement, qu'il s'agisse de l'ouverture des marchés de biens et de services, du cadre réglementaire, d'un meilleur environnement pour les entreprises ou d'une efficacité accrue des administrations publiques. Le Conseil poursuivra également son travail, qui inclut l'amélioration du fonctionnement du marché intérieur. Je considère que c'est un atout majeur dont nous ne tirons pas toujours tous les avantages.

Dans ce contexte, la numérisation du marché unique est certainement un de nos grands chantiers, sans oublier la réglementation intelligente et le soutien aux pôles d'innovation. Le renforcement de la recherche et du développement – je rappelle que nous avons pris l'engagement d'investir 3 % de PIB dans la recherche et le développement –, la promotion de l'innovation par une meilleure articulation entre les secteurs public et privé, le soutien à la création d'entreprises, tout comme l'investissement dans le capital humain sont indispensables à une économie européenne qui se renouvelle et se positionne par rapport à ses principaux concurrents.

Avant de conclure, je voudrais revenir brièvement sur la mise en œuvre des recommandations par pays. Vous mettez cette problématique en exergue en recommandant que la Commission présente un état des lieux détaillé des progrès réalisés par les États membres, ou encore qu'elle envisage l'introduction d'un mécanisme d'incitation. Je voudrais vous assurer que la mise en œuvre des recommandations reste la priorité majeure du Conseil. Nous sommes convaincus que les réformes du Semestre européen introduites au printemps dernier nous rapprochent déjà de cet objectif. Mais le plus important reste à faire, et nous examinerons les nouvelles propositions de la Commission sur un Semestre rénové dans cette optique.

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Madam President, let me start by thanking the rapporteur, Mr Rosati, as well as the shadow rapporteurs and all Members involved in the work for their engagement and dedication. The Commission welcomes Parliament's constructive contribution by way of its timely reports such as those of Mr Rosati and the June report by Ms Berès.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Today I have an opportunity to present to you the package of measures adopted by the Commission last week aiming to make the economic and monetary union more effective, transparent and democratic.

Our package intends to restart economic and social convergence by implementing key short- to medium-term elements of the Five Presidents' report: revamping the European Semester, improving the toolbox of economic governance rules, improving the voice of euro area internationally, completing the financial union, and preparing for stage two on more far-reaching measures that could require a Treaty change.

Let me start with the European Semester. This is the heart of Europe's efforts to coordinate economic policies and deliver reforms. Nevertheless, as you rightly stated, Member States have demonstrated varying degrees of commitment to the process. The Commission has constantly been improving the EU Semester to strengthen Member States' implementation of reforms. In 2015 we have streamlined it to sharpen its focus, better involve national stakeholders and strengthen its social dimension. We value your support in recognising our efforts.

Building on these developments, some further adjustments can bring additional benefits. Firstly we share your view that many Member States, in particular in the euro area, are faced with inter-dependent macroeconomic challenges. Therefore we intend to better integrate the euro area and national dimensions. Recommendations for the euro area will come out earlier than before, so that common challenges can be reflected in recommendations for individual euro area countries.

Second, on several occasions Parliament also called for the social dimension of the European Semester to be strengthened. The Commission has already taken steps to do so, on which we will build further. Specifically, more attention will be given to employment and social performance in the macro-economic imbalances procedure. Moreover, we intend to further improve involvement of EU and national social partners.

Social fairness will also get more attention in the context of macroeconomic adjustment programmes, and we have already put this into practice for the Greek programme, for the first time preparing the social impact assessment of the programme.

Third, you asked the Commission to support Member States' exchange of best practices. We agree that this is a valuable tool to achieve convergence. We will launch new efforts to promote greater use of benchmarking and cross-examination across policy or thematic areas.

First, in order to focus EU structural and investment funds on supporting reforms, the Commission will enhance their links to key priorities in the CSRs. Effective reform implementation will also be supported through the progressive roll-out of technical assistance by the Commission structural reform support service.

Last week the Commission also presented concrete measures to improve our toolbox of economic governance. The Commission is not proposing a legislative reform. More evidence and experience with reform governance structures are necessary before embarking on such a road. But the Commission has listened to your calls to improve transparency and to reduce the complexity of available instruments and tools, so we will take action. We will notably increase the documentation on the methodologies we use, publish more information and data backing our decisions under the Stability and Growth Pact and the macroeconomic imbalances procedure, and work to streamline the indicators for assessing compliance with the Stability and Growth Pact.

Moreover, as you have rightly stated in the report, the foundations of the recovery are fragile owing to the EU's underlying structural weaknesses, lack of competitiveness and low investment. The capacity to compete and to adjust is essential for economies to deal with shocks and structural changes and to prosper within a monetary union. It is therefore a focus of our economic policy coordination already today; but we suggest that more be done to strengthen national ownership. We are therefore proposing that national competitiveness boards be set up in all euro area Member States. They would be independent bodies that provide expertise on competitiveness, performance and reforms. The definition of competitiveness in the Commission's proposal is broad, covering both cost and non-cost competitiveness drivers. Our objective here is to strengthen and support national processes and the role of social partners – not to hamper them.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

National traditions are very different. We have therefore considered it better to start with a recommendation to Member States and not move straight to legislation. But even so the European Parliament must be fully part of this debate from the start, and your views will be important to shape the debate on the competitiveness boards.

The Commission has also decided to set up an Advisory European Fiscal Board. This board will provide advice on the implementation of fiscal rules, taking into account both national and euro area developments. But let me be clear: any proposals for fiscal decisions under the Treaty remain fully with the Commission, and we are politically responsible for them to this Parliament.

We are also taking steps to complete the banking union. We need to implement what was agreed with strong support from this Parliament, and we need to finish what we have started. This includes full transposition of the BRRD Directive and implementation of the Deposit Guarantee Schemes Directive; and the agreement on bridge financing for the single resolution fund must be completed swiftly.

We plan to present a legislative proposal on first steps towards a European deposit insurance scheme by the end of the year, based on the reinsurance approach. We also plan to set out ways to reduce further risk in the banking sector and ensure a level playing field. A strong EMU must go hand in hand with a strong, single voice on the global stage. We therefore propose to gradually develop a unified representation of the euro area in the IMF. We propose that the President of the Eurogroup should ultimately represent the euro area internationally.

Finally, the Commission considers effective democratic legitimacy and accountability to be an indispensable element of the process to complete EMU. Steps have been taken towards that in the recent past, and the Commission is proposing concrete steps to move further along the lines of the Five Presidents' report. We expect the European Parliament to take part in shaping the debates to define the economic and social priorities of the EU. This is why we propose to engage in frequent debates throughout the European Semester, for instance in the plenary debate after the publication of the AGS package and upon presentation of the Commission's proposals for country-specific recommendations.

The Commission and the Parliament are in permanent contact, and I am confident we can further refine the details of our cooperation in these matters. To ensure ownership, legitimacy and accountability, we also aim to engage with a broader range of actors.

In the lead-up to this European Semester, which will start with the annual growth survey next month, we have been consulting social partners, both trade unions and business representatives, on the priorities for the year ahead. During this year, I and my fellow Members of the Commission have also travelled to many capitals and met national parliament representatives.

We want national parliaments to be more deeply involved in the adoption of national reform and stability programmes. This is essential to strengthen the ownership, and thereby implementation, of reforms.

The last package should be seen as a first stepping stone towards completing economic and monetary union, but we also need more far-reaching measures – those requiring Treaty change. We are talking here about the preparation for stage two of the Five Presidents' report. We will need to shape consensus on those more fundamental changes, so we will launch a broad consultation gathering ideas from across Europe.

Next year we will appoint a dedicated expert group to explore legal, economic and political implementation for the long term. All this will feed into the Commission's White Paper in spring 2017.

The European Parliament's input will be a crucial contribution to the next stages in the process of completing EMU. I am looking forward to hearing your views on the proposed approach.

Nils Torvalds, *föredragande av yttrande från budgetutskottet*. – Fru talman, kommissionär Dombrovskis och minister Schmit! Jag blir ibland orolig över det sätt på vilket Europaparlamentet arbetar. Den oron utsträcker sig också ibland till en oro över hur kommissionen arbetar.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jag vill tacka föredraganden Dariusz Rosati för det sätt på vilket han har jobbat. När vi fick detta uppdrag var det första utkastet till uttalande egentligen ett ganska bra papper. Det var koncist, och det var ganska få frågor som jag i det sammanhanget ville förbättra. Jag var naturligtvis orolig över att de landsspecifika rekommendationernas implementeringsprocent var nästan obefintlig, dvs. vi producerar en massa papper som vi skickar ut till våra medlemsländer, och sedan bläddrar medlemsländerna i dessa papper. *That's it*. Någoting mer kommer inte ut av det.

Vi borde därför egentligen ha inriktat all vår uppmärksamhet på hur vi ska förbättra denna process, men i parlamentet händer det i detta sammanhang något ganska underligt. För att använda ett uttryck som numera har blivit populärt i Finland förefaller det plötsligt som om "Mumintrollen hade flytt dalen", dvs. som om allt förstånd hade försvunnit också ur parlamentet. Istället för att man håller sig till ett koncist papper kommer det in en oändlig massa förslag som har ganska lite att göra med det egentliga uppdraget. Det är egentligen bara ett sätt för medlemmarna i parlamentet att på något sätt visa att de håller sig vakna och gör sitt arbete.

Vi får alltså en irrationell process som inte leder oss framåt. Inne i förslaget får vi allt mellan himmel och jord men inga förbättringar av de landsspecifika rekommendationerna. I denna irrationella process kan det också gå på det sättet att de förslag som min kollega Sven Giegold har kommit fram med, och som egentligen åtminstone till en del är alldeles förnuftiga, faller bort. Det finns också en del förslag där vi verkligen borde fundera på framtiden – hur t.ex. utbildningen för unga människor i de olika medlemsländerna fungerar. Hur kommer sådant in i våra rekommendationer?

För att sammanfatta detta kort tror jag att vi borde försöka samla våra Mumintroll så att vi skulle ha en lite enklare och bättre process också i framtiden.

Sergio Gutiérrez Prieto, *ponente de opinión de la Comisión de Empleo y Asuntos Sociales*. – Señora Presidenta; señor comisario, señor ministro Schmit, desde la Comisión de Empleo hemos hecho un informe propositivo para una situación que sigue siendo crítica. Crítica, porque un año más tenemos que decir que la recuperación económica sigue siendo lenta y frágil.

Tenemos que seguir hablando de que las bolsas de desempleo siguen, un año más, en una situación totalmente insostenible desde el punto de vista social y desde el punto de vista económico; una situación de desempleo que también conduce a cada vez más europeos al desempleo de larga duración, que alumbra las bolsas de pobreza de hoy, pero, sobre todo, empieza a alumbrar las bolsas de pobreza futuras.

Y también el problema de la desigualdad porque, según el informe de la OCDE, todavía hoy hay más gente que acumula más riqueza a costa de más gente que acumula más situaciones de extrema dificultad.

La bolsa de hoy, la brecha entre el 10 % que más tiene con respecto al 10 % que menos tiene en la Unión Europea se ha multiplicado en algunos países hasta por siete, y eso se debe fundamentalmente a unas políticas injustas desde el punto de vista fiscal, en detrimento de las políticas redistributivas desde el punto de vista social, y también, cómo no, a la falta de calidad en el empleo, a la precarización del empleo en el conjunto de la Unión Europea.

Por eso estoy yo de acuerdo con el señor Schmit en que en el Parlamento Europeo se necesitan grandes analistas, que necesitamos mayor coordinación, pero, sobre todo, necesitamos cambios, cambios profundos. Porque hablamos de desempleo juvenil, pero tenemos una Garantía Juvenil infrafinanciada; hablamos de parados de larga duración, pero solo nos acordamos de los 10 000 millones del Fondo Social Europeo; hablamos de pobreza laboral, pero la Comisión bloquea el marco europeo de salarios mínimos.

Los ciudadanos no necesitan palabras, ni análisis. Necesitan cambios, acciones y, sobre todo, soluciones, que es lo que venimos a reivindicar con el Semestre Europeo, en el informe de la Comisión de Empleo.

Ildikó Gáll-Pelcz, *A Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság véleményének előadója*. – Az IMCO bizottság raportőreként elsőként szeretném megköszönni Rosati úrnak a munkáját. Nagyszerű munkát végzett.

Összességében ez az európai szemeszter – egyetértek biztos úrral – azt gondolom, megszületésétől kezdve nagyon sokat fejlődött, nagyon sokat alakult, most már lassan elérjük a célunkat. Vannak azonban fő prioritások, amelyekre jó lenne jobban fókuszálni, ilyen például a belső piac, mint egy jelentős tartalék, és véleményem szerint a belső piaci pillérnek a megerősítése, amit ennek a jelentésnek is tükrözni kellene. Arra fókuszálunk, hogy nagyobb legyen a gazdasági növekedés, de a legnagyobb tartalékunkról a belső piac működésének tartalékairól vajmi keveset beszélünk.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Örülök azonban, hogy megemlítésre került a kkv, sőt annak a finanszírozási hiánya, ami most is még égető probléma. Örülök az FSI-nek, amikor alternatív eszközként megjelent. Szeretném, hogyha a kkv-k esetében is lenne ilyen alternatív eszköz, ami sokkal hatékonyabban tudna működni. Összességében azt tudom elmondani, hogy a kézzelfogható fejlődéshez sokkal jobb lenne, hogy ha a belső piacot határozottabban és jobban jelenítenénk meg. Ez most elmaradt, remélem a következő jelentésben jobban benne lesz.

Ernest Urtasun, *ponente de opinión de la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género*. – Señora Presidenta, lo primero de todo es agradecer al señor Rosati su trabajo y la buena actitud —tengo que decir— durante todo el proceso de negociación, y su apertura de miras, a pesar de que nosotros no estamos contentos, evidentemente, con el resultado final del informe, por algunas cuestiones que voy a citar.

Lo primero, porque de todas las cuestiones que hemos introducido en la opinión que fue votada en la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género —y, por cierto, también quiero dar las gracias a todas las y los ponentes alternativos de la opinión en comisión—, muchas de ellas no se han incorporado al informe. Ha costado mucho que el Semestre tenga perspectiva de género. La verdad es que en los últimos informes ni tan siquiera había una opinión de la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género en el Semestre. Está muy bien que hayamos sido capaces de reintroducirla.

Estaría muy bien ahora que, en el próximo informe, la Comisión de Asuntos Económicos tuviera más en cuenta muchas de las cuestiones que nosotros señalamos. Porque, miren, muchas de las reformas que se impulsan a través de las REP tienen un efecto muy, muy importante en la igualdad de género. Y puedo hablar de reformas en el mercado laboral, reformas en materia de pensiones —que han sido impulsadas muchas en el marco del Semestre— que han tenido un efecto muy negativo en términos de igualdad: si hablamos, por ejemplo, de la reforma de los años cotizados y su impacto en las pensiones; si hablamos, por ejemplo, del efecto que han tenido muchas de las reformas laborales en la capacidad de conciliación laboral y familiar; y eso está poniendo en peligro años de avances en el aumento de la tasa de actividad laboral femenina y, por lo tanto, hay muchos aspectos negativos en esta cuestión.

Nosotros habíamos puesto en la opinión toda una serie de elementos: que hubiera una evaluación de género cuando se realizan las reformas; que el Instituto Europeo de la Igualdad de Género pudiera jugar un papel en el proceso de las recomendaciones... Bueno, todo un listado de propuestas que lamentablemente no han sido incluidas, pero que evidentemente son importantes, están encima de la mesa y mi Grupo va a seguir insistiendo en ellas porque son muy importantes.

Voy al marco general del informe, una vez mencionadas las cuestiones que hemos planteado desde la Comisión de Derechos de la Mujer. Yo creo que el informe blindo un modelo de políticas económicas en los últimos años en Europa que no ha funcionado, y encima todas las cosas que no se han hecho bien —y que sabemos que no se han hecho bien— nos negamos a reconocerlas. El tener una inversión demasiado baja, el haber confiado demasiado en la demanda exterior, el haber aplicado devaluaciones interiores extremas y ajustes presupuestarios extremos en algunos Estados miembros, que han empeorado las cosas; todas estas cuestiones no se reconocen como tales en el informe y tengo que decir que la visión que se da es extremadamente triunfalista.

Hay algunas propuestas que nosotros habíamos hecho y que hace muchos años que venimos reclamando: por ejemplo —y eso es una cosa sobre la que quiero insistirle a la Comisión—, el que haya indicadores sociales en el PDM es una cosa que la Comisión nos ha prometido en repetidas ocasiones, indicadores sociales y también indicadores medioambientales, indicadores de eficiencia energética. ¿Dónde está esa reforma? ¿Dónde están esos indicadores que nos han prometido tantas veces? No los hemos visto. Y, por lo tanto, otras cuestiones, por ejemplo, que tienen que ver con la democracia y el control democrático: ¿Qué pasa con las cuestiones de la poca transparencia que existe ahora mismo en el Eurogrupo? Bueno, todas estas cuestiones a nosotros nos preocupan.

Y termino con una cosa, y con esto ya acabo, que es todo lo que ustedes nos han presentado sobre la reforma. Seguramente mi colega Sven Giegold va a insistir en ello, pero es extremadamente tímido el primer paquete que nos han presentado de implementación del informe los cinco presidentes, muy tímido, y no contiene la sustancia ni lo que necesitamos para la reforma de la gobernanza de la eurozona.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Tim Aker (EFDD), blue-card question. – Thank you for your contribution. Two quick questions: the first is, you talk about new economic instruments. How about the best economic instrument this Parliament and this Union can promote? Ditch the euro. Let currencies devalue, decouple, and actually start growth again. You also talked about democracy. I would like to know your views on the ‘coup d’état’ in Portugal, where a democratically-elected parliament was overruled by a president who decreed that the European Union and the euro zone were more important than the wishes of the Portuguese people. What are your views on that?

Ernest Urtasun (Verts/ALE), respuesta de «tarjeta azul». – Bueno, no sé exactamente qué me preguntaba. En cualquier caso, en las cuestiones de gobernanza de la eurozona, no creo que estemos de acuerdo en muchas de las cosas. Y sobre Portugal, mire, yo no soy portugués, pero en cualquier caso, yo lamento la actitud del presidente Cavaco Silva, que me parece absolutamente antidemocrática. Ya que me da la oportunidad de opinar sobre esta cuestión, pues me lo permito.

Burkhard Balz, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Als EVP begrüßen wir die Stellungnahme des ECON-Ausschusses ausdrücklich, denn sie setzt aus unserer Sicht die richtigen Schwerpunkte. Sie fordert die konsequente Implementierung von Strukturreformen, insbesondere umfassende Reformen im Arbeitsmarkt, um eine Flexibilisierung zu erreichen und dabei Löhne und Wettbewerbsfähigkeit in Einklang zu bringen, bessere Ausgangsbedingungen für die Realwirtschaft, weniger bürokratische Hürden und – ganz besonders wichtig – eine stärkere Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Eine Betrachtung der Eurozone, wie sie die Kommission nun separat im Europäischen Semester plant, kann sicherlich hilfreich sein. Aber es muss klar sein und es muss auch klar bleiben, wo die Verantwortlichkeiten für eine nachhaltige Haushaltspolitik, für eine erfolgreiche Reformagenda und damit dann eben auch für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum liegen, nämlich bei den einzelnen Mitgliedstaaten. Wir wissen, bei der Einhaltung der länderspezifischen Empfehlungen haben die Mitgliedstaaten ein „Mangelhaft“ in ihren Zeugnissen stehen. Hier muss die Kommission, Herr Dombrovskis, handeln, und zwar dringend. Das Europäische Semester dient der haushaltspolitischen Überwachung, und das muss auch der Fokus bleiben. Denn das Frühwarnsystem, das uns mit dem Europäischen Semester zur Verfügung steht, muss auch genutzt werden, und zwar auf Basis der einzelnen Mitgliedstaaten, nicht auf aggregierter Basis. Deswegen fordern wir die Anwendung und auch die Durchsetzung der bestehenden Regeln, und zwar gleichermaßen für große und kleine Mitgliedstaaten.

Elisa Ferreira, em nome do Grupo S&D. – Senhora Presidente, Senhor Comissário Dombrovskis, a crise mostrou que a União Económica e Monetária tem de ser completada, e rapidamente. Mas a recente comunicação da Comissão não contribui para esse objetivo, muito pelo contrário.

Em 2012, no auge da crise, sabemos que as três instituições convergiram numa visão de longo prazo: o Parlamento fez o relatório de Marianne Thyssen, sua colega agora na Comissão, havia o texto de Herman Van Rompuy, ou dos quatro presidentes mais um, e o *blueprint* da Comissão Europeia, e a condição para a eleição e para a confirmação de Jean-Claude Juncker foi a de que este processo fosse relançado — e foi-o através do relatório dos cinco presidentes.

Mas agora que estamos a dar os primeiros passos de concretização, é com muita surpresa e desilusão que constatamos que o primeiro teste deste compromisso não está a funcionar. E não está a funcionar porque a Comissão Europeia diz que quer ouvir o Parlamento Europeu. Mas, por exemplo, no Semestre Europeu, em que fase e como é que o Parlamento Europeu é ouvido, sendo que o próprio Semestre Europeu assenta e se constrói no *six-pack* e no *two-pack*, que foram textos legislativos em que este Parlamento foi um ativo colegislador? A Comissão Europeia refugia-se num quadro intergovernamental, que é aquilo que não funcionou, e, portanto, perde a oportunidade, por exemplo, de enquadrar o Mecanismo Europeu de Estabilização num contexto de base comunitária. E chega ao ponto de entregar a representação externa da zona euro ao presidente do Eurogrupo que, como se sabe, não presta contas a este Parlamento, nem a nenhuma instituição comunitária.

Portanto, Senhor Comissário, qual é a agenda que a Comissão Europeia está a seguir? Porque de certeza que não é uma resposta nem ao relatório de Marianne Thyssen, no passado, nem ao relatório Berès, que foi aprovado, aqui, por este plenário.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Tenho esperança de que a agenda ainda seja corrigida e de que a Comissão perceba que, para haver progresso na zona euro, é preciso que as duas instituições comunitárias — Parlamento e Comissão — trabalhem de mãos dadas, e não só com o chamado *lip service*, em inglês, que, na prática, não garante nenhuma prestação de contas, nem nenhum controlo democrático.

(A oradora aceita responder a uma pergunta «cartão azul» (artigo 162.º, n.º 8, do Regimento.)

István Ujhelyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Azért jelentkeztem, mert nagyon-nagyon hasonlóan és meglehetősen vehemenssen érzem én is azt, hogy el kell mondjuk azt, hogy elégedetlenek vagyunk. Mert látva ezt a mostani vitát, figyelve a hozzászólásokat és elolvassva mindent, ami itt az európai szemeszter kapcsán az embernek felkészítőben el kellett olvasnia, azt veszem észre, mintha Európa és az európai tagállamok nem vennék észre, hogy milyen nehéz helyzetben vagyunk. És most főleg arra gondolok, hogy például a munkanélküliség csökkentésében, az egyes tagállamok következő évi fejlesztési terveiben mintha nem akarnánk előre lépni. Kérem szépen, hogy folytassa nyugodtan, amit az előbb elkezdett mondani, mert kíváncsi vagyok, hogy Ön hogyan lökné előre a folyamatot.

Elisa Ferreira (S&D), blue-card answer. – I think this Parliament has been extremely active in trying to contribute to the completion of the monetary union, and we have strong suggestions, as noted recently in the Berès report and previously in Marianne Thyssen's report, that the Commission knows this. This is not what we expect from the Commission in this first phase. This first phase is too inter-governmental and it does not solve the problems in terms of growth, combating imbalances and bringing forward true employment and true convergence.

So please, Commissioner, look at back at the text and try to correct it before it is too late; because Parliament is supporting you provided you do the right thing.

Stanisław Ożóg, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Każdego roku Komisja podejmuje szczegółową analizę planów reform budżetowych, makroekonomicznych i strukturalnych państw członkowskich i przekazuje im zalecenia na najbliższe 12, 18 miesięcy, a my w Parlamencie, również co roku, oceniamy stan prac i stopień wdrożenia przez państwa członkowskie zaleceń wydanych im przez Komisję.

Sprawozdanie na temat europejskiego semestru ma za zadanie analizę ogólnej sytuacji gospodarczej w Europie, stanu wdrażania reform i ewentualnych przyszłych inicjatyw gospodarczych Unii. Jeśli chcemy prawdziwej poprawy sytuacji gospodarczej, musimy szczerze debatować nad tymi zmianami, do których powinno dojść, i otwarcie przyznać, że niektóre z podejmowanych dotychczas kroków w Unii Europejskiej lub w poszczególnych państwach członkowskich nie przynosiły zamierzonych efektów. Powiem więcej, musimy przyznać się również do wielu błędów. Przy okazji debaty na temat europejskiego semestru brakuje mi tu opinii popartych faktami. Mamy do czynienia głównie ze starciem stanowisk politycznych, a nie z udokumentowaną analizą potrzebnych reform. W ten sposób nie osiągniemy zamierzonych efektów i pozwolimy na jeszcze większe załamanie konkurencyjności Unii Europejskiej względem innych gospodarek na świecie.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Antanas Guoga, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, I think the implementation of the existing single market legislation in the European Semester process is a priority for us. The single market is one of Europe's greatest achievements. In the last 50 years it has generated new opportunities, created jobs and offered greater choice at lower prices for consumers. But the work is far from finished. However, it is very important for us to concentrate on the positives that have been achieved so that we can also look to a positive future.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

I am also disappointed that the Commission did not publish the single market integration report as part of the Annual Growth Survey this year. We should take note of that. The Commission should ensure that Member States implement the European legislation adopted on the single market, in all its dimensions, and place stronger emphasis on the implementation of existing single market legislation. The European Semester process is a perfect tool for that. We should use it more efficiently.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Igazából Ön is, bár Ön hangsúlyozottan említi, hogy Európában valamiféle gazdasági növekedés van, hogyha jól értettem a szavait. Én azért egy picit itt óvatosabb lennék, és a jelentést is bírálnám ezáltal, mert ilyeneket mondani, hogy úgy tűnik, hogy beindul a gazdasági növekedés, szerintem ez egy fölösleges optimizmus, különösen a jelentés egyéb állításait illetően. Gondolom Ön is egyetért velem.

Antanas Guoga (ALDE), blue-card answer. – Thank you very much. What I stressed

is that there have been a lot of achievements with the Single Market over the last 50 years. Economic growth is not doing great – obviously we know that – and for that we need structural reforms and serious reforms for that to be achieved.

I do not think we can have just a financial stimulus from the ECB. So if we all unite and carry out further reforms that are necessary, and Member States carry out those reforms, growth rates would be significantly higher.

Marisa Matias, em nome do Grupo GUE/NGL. – Senhor Presidente, quero começar por agradecer os esforços do relator Rosati relativamente ao Semestre Europeu — agradeço de forma genuína —, mas gostaria de falar das razões pelas quais não posso apoiar esse relatório, e dedico-me a uma questão de fundo, que é, no meu entender, um dos verdadeiros problemas de fundo pelos quais continuamos a enfrentar tantas dificuldades: é que, a cada relatório do Semestre Europeu, nós continuamos a tratar de crenças e não de realidade política ou sequer de razoabilidade.

A crença é a de que nós temos que tratar de forma diferente os excedentes comerciais em relação aos défices. Como disse, falo desta questão dos excedentes comerciais e dos défices, porque cada vez se carrega mais sobre os défices e cada vez se naturalizam mais os excedentes comerciais. Ora, a questão dos excedentes e dos défices não é uma questão política, é uma questão de lógica: o comércio internacional é um jogo de soma nula — para haver excedentes de um lado, tem de haver défices do outro. E, nesse sentido, continuar este caminho, de uma mão muito forte com os mais fracos, de castigo, de penalização, e uma mão muito leve com os mais fortes, é um caminho para a desagregação da União Monetária e da própria União Europeia.

Para além disso, penso que não se pode continuar a apostar na desregulação do mercado de trabalho, e queria fazer uma última observação: por favor, não peçam pareceres à Comissão das Mulheres para o Semestre Europeu, se depois não têm em consideração nenhuma das propostas em relação à desigualdade de género.

Sven Giegold, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, first of all, the European Semester is shaped among other things by its attachment to fulfilling the objectives of the Europe 2020 Strategy, and it is one of the major tools in order to make the Union achieve these objectives.

Unfortunately, this round of the European Semester's recommendations basically do not show any serious measures to reduce poverty, and all the environment-related measures were totally taken out of the European Semester. While in previous periods there were always strong structural reforms suggested by the Commission in order to increase resource efficiency, to generate competitive new business in the green sector, this time everything is gone.

I would like to ask you, Commissioner, whether you are still attached to the 2020 objectives and to the role of the European Semester in order to achieve these objectives, and I also would like to know why you took out all the environment-related measures, which have always been there in the past.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Secondly, I think the key problem here is that, even if you do not agree with all of these measures as they are proposed, it is clear that the euro in particular, but also Europe as a whole, needs the European Semester process. We all know that the level of accomplishment of the country-specific recommendations is appallingly low.

Mr President of the Council, Mr Schmit, from my perspective you did not address the key question: what did you do in order to increase the number of recommendations, which the Council – which is voting on these recommendations – is really implementing? Where is your decisive action to make your fellow Member States, including Germany and many others, truly reforming in the sense of the European Semester?

We make a joke of the European Semester. Nobody takes it seriously any more if the Council does not manage to implement. And to the Commission: I feel your proposals on the Semester lack a clear enforcement strategy. I cannot see a tough enforcement strategy, and that is really a shortcoming.

I have one last point concerning your proposal, one which really needs its own debate, but the European Fiscal Board is an advisory body, which you could have had proposed under the ordinary legislative process. Now you create what is almost a new institution without a proper legal base and without giving Parliament and the co-legislator the right to co-decide on that. That is a lack of European democracy and a lack of commitment to European democracy from your side.

Marco Valli, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, quello che vorrei evidenziare su questa relazione è ancora la totale mancanza di coinvolgimento democratico nei processi decisionali del semestre europeo e quello appunto su cui spinge questa Commissione. Abbiamo visto come la democrazia si stia dimostrando avversa al semestre, alle riforme, alle liberalizzazioni, all'austerità, a investimenti privati. Sta reagendo violentemente, la democrazia, e voi continuate a imporre, come avete fatto in Italia nel 2011, come avete fatto in Grecia, come avete fatto poco fa in Portogallo, queste stesse politiche fallimentari.

Noi abbiamo ovviamente dimostrato il nostro dissenso democratico, perché abbiamo avuto questo mandato dai cittadini, che ci hanno dato il voto per cercare di portare questo cambiamento. Ma non avverrà mai. Perché? Perché purtroppo l'austerità è legata all'euro. Abbiamo visto come non si possa pensare a un'altra Europa, diversa e senza austerità, rimanendo nell'euro, e Tsipras e il suo fallimento sono proprio l'esempio che dovrebbe dimostrarlo a tutti. E anche perché in quest'Europa si parla solo tedesco. Vediamo come vengono applicate le procedure per i paesi deboli, mentre invece per la Germania, che ha un surplus commerciale da 7 anni eccessivo più del 6%, Commissario, non viene sanzionata e non si applica nessuna regola per fare rispettare alla Germania i suoi obblighi morali nei confronti di quello che è un mercato interno che sta distruggendo.

Quindi fate qualcosa per questo, ma noi ormai non ci crediamo perché seguite una linea completamente diversa dal buon senso.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Tim Aker (EFDD), blue-card question. – Thank you for your comments. We have heard all the previous speakers waffle on about instruments here and economics there, and so on, but do you agree with me that they are blind and ignorant to the solution staring them in the face, in that the euro has to go? It does not matter what you all are talking about: you are blind to the fact that the euro is causing the misery that is angering your constituents. So would you agree with me that, before anyone else speaks, the first thing they say to solve the economic problems in this Union is that the euro must go?

Marco Valli (EFDD), risposta a una domanda «cartellino blu». – Grazie per la domanda. Io vorrei evidenziare un fattore che è successo proprio in questi giorni. Abbiamo visto delle elezioni nell'eurozona, in Portogallo, dove il presidente si è imposto dicendo che per garantire la stabilità dei mercati finanziari non poteva appunto permettere un governo contro l'austerità che mettesse un minimo in discussione il progetto di questa Europa. Mentre invece abbiamo visto che la Polonia, un paese che non ha l'euro, comunque può permettersi di avere una forza politica anche un po' avversa a queste politiche folli e scellerate dell'eurozona. Quindi chi ha la sovranità monetaria ha anche la possibilità democratica di decidere il proprio futuro. Chi non ce l'ha rimane schiavo di questo sistema dell'eurozona.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, je ne veux pas interférer avec votre maîtrise de cette plénière, mais nous avons deux heures de retard et chaque intervention dans ce débat provoque un carton bleu, ce qui manifestement ne contribue pas à relancer la discussion mais permet simplement à de nouveaux orateurs de s'insérer dans la liste qui était initialement prévue.

Ne pourriez-vous pas cesser de distribuer des cartons bleus afin que les orateurs inscrits puissent normalement prendre la parole dans ce débat?

Przewodniczący. – Dziękuję bardzo. Pani nie chce, ale Pani próbuje ingerować. Chciałbym poinformować, że genezą, źródłem słowa *parlament* jest *parlare* – mówić. I dopóki będę przewodniczącym, będę udzielać głosu tym posłom, którzy głos chcą zabrać zgodnie z procedurą. Mamy rzeczywiście opóźnienie czasowe. Nie wynika ono z faktu, że przewodniczę, gdyż przewodniczę dopiero od paru minut.

Bernard Monot, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, selon l'ENF, le constat est hélas accablant pour évoquer le Semestre européen 2015. En dépit des rapports et des cycles de coordination successifs, les indicateurs macroéconomiques sont toujours dans le rouge. La divergence des taux de croissance, d'emprunt, de chômage et d'inflation dans les dix-neuf économies de la zone euro est bien la preuve que jamais l'euro n'a été, ex post, la zone monétaire optimale que les élites ultralibérales promettaient aux citoyens depuis le début.

Dès lors, dans une fuite en avant éperdue pour échapper aux tristes réalités de cette politique destructrice de richesses et d'emplois, les dirigeants européens déboussolés poussent l'expérience jusqu'au fédéralisme économique. Pour parachever l'Union économique et monétaire, le rapport des cinq présidents propose ainsi des recommandations par pays plus contraignantes ou, pire encore, une représentation unique de la zone euro. Comme si avoir, demain, M. Dombrovskis ou M. Moscovici comme ministre européen allait changer quoi que ce soit au déclin économique structurel de nos pays de la zone euro. Les mêmes causes donneront les mêmes effets: l'austérité qui tue la demande intérieure, le libre-échange, l'hyperlaxisme de la BCE, le laisser-faire des États face aux multinationales et aux banques, les privatisations, la dérégulation du marché du travail, l'immigration massive mèneront les Européens à la misère sociale.

Votre politique est celle de l'impasse, il est temps d'en sortir, sinon, ne vous étonnez pas de la montée de l'euroscpticisme des peuples.

Zoltán Balczó (NI). – Az Unió intézményei azt állítják magukról, hogy közel akarnak kerülni a lakossághoz. Akkor miért használnak olyan kifejezést, hogy európai szemeszter. Mit mond ez egy átlagembernek? Nevezék nevén a dolgot. A tagállami költségvetés központi jóváhagyásáról van szó. Jómagam a magyar Parlament tagjaként, az EU-ügyek bizottsága tagjaként az úgynevezett konvergenciaprogramról akkor értesültem, amikor már a kormány kiküldte Brüsszelbe. Amikor pedig a szemeszter végén visszakapjuk, azok gyakorlatilag a költségvetés fő számai. Ez a rendszer megfosztja a szuverén országok parlamentjét a költségvetési jogtól. A riportőr pedig csodálkozik, hogy az országspecifikus ajánlásokat nem teljesítik. Azért, mert ezek valójában nem specifikusak. Az Unió minden országra ugyanazt a gazdaságpolitikát akarja ráhúzni, nem a valós, az országok számára fontos gazdaságpolitikának ad lehetőséget. Vissza kell adni a parlamentek költségvetési jogát.

Pablo Zalba Bidegain (PPE). – Señor Presidente; comisario, ministros, Señorías, como todos saben, la coordinación de las políticas económicas y presupuestarias dentro de la Unión Europea son las claves del Semestre Europeo. Es, por tanto, nuestra responsabilidad contribuir a garantizar la convergencia y la estabilidad de la Unión Europea; contribuir a garantizar unas finanzas públicas saneadas; fomentar el crecimiento económico; prevenir los desequilibrios macroeconómicos excesivos y aplicar la estrategia Europa 2020. Pero, insisto, la primera prioridad, sin lugar a dudas, es impulsar el crecimiento y la creación de empleo. Y para ello tenemos que ser todos conscientes de que la fórmula más inmediata, sin lugar a dudas, son las reformas estructurales.

España es un ejemplo de ello. Ha sido uno de los países más ambiciosos al respecto y es el país que más crece del conjunto de la eurozona —crece el doble que el resto de países— y, además, es el que más empleo genera. Pero no olvidemos tampoco que no tendremos una recuperación económica consolidada y duradera en el tiempo hasta que no creemos una verdadera y genuina unión económica.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Alfred Sant (S&D). – Mr President, at the end of the Semester cycle one still wonders whether our approach is as effective as the claim originally made for it. True, deficits have been curtailed in a majority of Member States and, arguably, national debt levels are going down – but would that not have happened anyway, given normal economic and financial pressures? Not so, we are told.

Our procedures were designed to forestall financial Armageddon among Member States. In this they have succeeded by ensuring that rule-based methods compatible with free markets apply to all national players. However, these methods have not led to economic growth at the desired level. Such growth, as there has been, remains fragile.

Despite the quantitative easing programme run by the European Central Bank, its President Mario Draghi stated again that he is prepared to do anything to keep the system on track. Saying that once was necessary; having to say it twice becomes less effective. So perhaps we need to evaluate critically the Semester cycle of surveillance. Member States must now satisfy rules that in practice impose more constraints than exist on states in the USA under a federal system, which is not the case for the EU.

Other rules such as those for the banking union, necessary though they are, have also introduced down the line new costs and delays in the circulation and mobilisation of funds. One-size-fits-all criteria for pension issues seem to be proliferating. Meanwhile, social considerations which were a backbone of European macroeconomic policies are frequently side-lined. Beyond critically evaluating the Semester procedures, perhaps we also need to change perspectives. We need to get over the fixation that the priority should remain that of not letting 2008 happen again.

Sander Loones (ECR). – Ik heb het oorspronkelijke verslag van de rapporteur er eens bijgenomen en daar staan een aantal zeer goede zaken in. We moeten het Europees semester stroomlijnen, begrotingen op orde zetten, de arbeidsmarkt flexibeler maken en structureel hervormen. Veel van die goede punten staan nog in dit verslag, maar ze zijn verwaterd. Daarmee lijdt dit verslag wat aan dezelfde kwaal als het Europees semester zelf. Dit rapport mist focus, het gaat over van alles en nog wat. Precies dat is wat het Europees semester zou moeten doen: focussen op de versterking van de Europese economieën en op het geven van voldoende beleidsruimte aan de lidstaten om een aangepast economisch beleid te voeren.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Dombrovskis, πολύ φοβάμαι ότι η αισιοδοξία και ο εξωραϊσμός που χαρακτήρισε την ομιλία σας και την ομιλία του κ. Schmit απέχει πολύ από την πραγματικότητα, που δείχνει αύξηση της ανεργίας, αύξηση της φτώχειας, αύξηση των κοινωνικών ανισοτήτων, μείωση των επενδύσεων και αναμικτή και σαθρή ανάκαμψη της οικονομίας, και αυτό οφείλεται στην αποτυχία μιας δογματικά μονομερούς λιτότητας, που θα έφερνε, δήθεν, επενδύσεις και έφερε αποεπένδυση, και σε μία στρεβλή ελλειμματική αρχιτεκτονική της ευρωζώνης, που αρνείστε να τη δείτε για να διορθώσετε αυτά τα ελλείμματα.

Σας ερωτώ: Πού λογοδοτεί το Eurogroup; Το Eurogroup είναι το αφεντικό της ευρωζώνης, η Επιτροπή είναι ο κομπάρσος και το Ευρωκοινοβούλιο βρίσκεται στο περιθώριο. Κύριε Dombrovskis, στις 16 Σεπτεμβρίου ήσασταν μαζί με τον κ. Moscovici στην Οικονομική Επιτροπή του Ευρωκοινοβουλίου και είπε ο κ. Pierre Moscovici ότι είναι θερμός οπαδός της κοινοτικής μεθόδου και ότι δεν πιστεύει στη διακυβερνητική μέθοδο, και στις 21 Οκτωβρίου παρουσιάσατε προτάσεις, αγνοώντας το Ευρωκοινοβούλιο, για το πώς θα προχωρήσει η πρόταση των πέντε προέδρων.

Αν θέλουμε να προχωρήσει η ευρωζώνη υπέρ των πολιτών, τότε θα πρέπει να εγκαταλείψετε τη διακυβερνητική μέθοδο και να λογοδοτούν οι πάντες και το Eurogroup στο Ευρωκοινοβούλιο.

(Ο αγορητής συμφωνεί να απαντήσει σε ερώτηση «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162, παράγραφος 8 του Κανονισμού)).

Peter van Dalen (ECR), “blauwe kaart”-vraag. – De Griekse collega is terecht kritisch over de eurozone en wat er nu in de eurozone gebeurt. Maar ik hoor hem geen oplossingen aandragen. Waarom overweegt u niet uit de eurozone te stappen? Vervolgens onderhandelt u over een flinke schuldafschrijving en tegelijk zorgt u ervoor dat u wel van de Europese fondsen kunt blijven genieten. Op die manier kunt u een herstart maken buiten de eurozone, waarvan ik zeker weet dat dat voor uw land echt het beste is. Waarom bepleit u dat niet?

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL), απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Σας ευχαριστούμε για την υπόδειξη, δεν πρωτοτυπείτε, επαναλαμβάνετε την πρόταση του κ. Σόιμπλε, την οποία απορρίπτει η μεγάλη πλειοψηφία των Ελλήνων, την απέρριψε και η Επιτροπή, την απέρριψε και η κ. Μέρκελ και η Σύνοδος Κορυφής.

Όσο για τους Βρετανούς που σας χειροκρότησαν, τους συνιστώ αν θέλουν κάποιο exit να δουλέψουν για το Brexit στο δημοψήφισμα του 2017. Εμείς οι Έλληνες θέλουμε να αλλάξουμε την Ευρώπη, όχι να δραπετεύσουμε από αυτήν.

Jean Lambert (Verts/ALE). – Mr President, I wanted to start by just making the point that austerity is not a philosophy or a practice restricted to the eurozone. Those living in the UK should well understand that it is a matter of political choice. I wanted to say that Parliament has long stressed the need for the economic and social dimension of the Semester to carry equal weight, and of course I agree totally with my colleague Sven Giegold on the environmental dimension there. We need to care about our natural capital as well.

But the social dimension is about more than employment. We are risking coming back as if somehow employment is the be-all and end-all. It is important, of course, and we should recognise that labour market flexibility, for example, does not mean that all power passes to the employer. Employers are expected to be flexible as well as workers. We need to recognise that shifting work patterns must not mean that people lose their social rights, and that trickle-down, as mentioned by one or two other speakers, is a very poor form of social irrigation. We know that, if you really want things to grow, you water from the roots up and you look after the people first.

When we are talking about the Social Impact Assessment linked to the Semester, I think it really is time that we saw it operating so that we are looking at the widest impact of the potential policies that are actually being pursued, and so that we are not actually destroying what we claim to be protecting.

Patrick O'Flynn (EFDD). – Mr President, the Semester report is a very curious detective story. For the most part the evidence of the abominations that have been visited on the peoples of Europe is expertly sifted by Mr Rosati. He notes, for instance, the destructive influence of an overvalued currency on exports, production, employment, wages and much else. At last I think the euro is being prosecuted as the villain of the piece. The report calls on the Commission to explore innovative ways of lessening the need for a painful internal devaluation. Hurray, I think, this must be code for letting the southern periphery leave the euro. The next paragraph notes that a currency union in a currency area that is far from optimal necessarily leaves some of its members trapped with a currency that is overvalued. Yes, I now think, Hercule Poirot, I love you! But then comes the crushing baffling disappointment. Mr Rosati lets the villain of the piece off the hook. In fact he makes the villain chief of police. He says all EU Member States should be engaged in each stage of completing economic and monetary union. To quote a famous British voice: 'No, no, no'. The report notes a persistently high unemployment rate across most Member States. This will indeed persist, notwithstanding some short-term cyclical improvements, so long as you all persist with the euro. Case closed, Your Honour!

Gerolf Annemans (ENF). – Collega's, u moet ophouden met al deze onzin. Ik begrijp natuurlijk wel dat u in uw filosofie – in die haast religieuze wereld van uw muntunie – langzaam maar zeker, semester na semester, voetje voor voetje moet opschuiven in de richting van een onmogelijke eenheidseconomie, ter meerdere eer en glorie van uw religie, ad majorem dei gloriam. Anders lukt het niet. Waarna u vaststelt dat uw systeem nog altijd niet stabiel is en overgaat tot verdere stroomlijning van de lidstatelijke en culturele verschillen die ooit in een ver verleden de rijkdom en de kracht van het Europese continent waren maar die nu, zoals het in een religieus systeem hoort, tot zonde zijn verklaard die nationalisme en populisme worden genoemd en opzij worden gezet. Houd alstublieft op met al die onzin. U bent alchemisten die ervoor zorgen dat de boel zal ontploffen. Alleen een Europese samenwerking van vrije, sterke lidstaten kan nog een oplossing bieden.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η συζητούμενη έκθεση αποδεικνύει ότι το ευρωπαϊκό εξάμηνο είναι ισχυρό αντιλαϊκό εργαλείο για την επιβολή της στρατηγικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης προς όφελος των μονοπωλίων, που με σκληρότητα επιτίθεται σε βάρος του λαού. Στα πλαίσια αυτά ο ελληνικός λαός αντιμετωπίζει τη βάρβαρη επίθεση και με το τρίτο αριστερό μνημόνιο της κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ. Προωθούνται διαρθρωτικές μεταρρυθμίσεις, εποπτεία και δημοσιονομική πειθαρχία στο πλαίσιο της πορείας εμβάθυνσης της ΟΝΕ που επιτάσσουν: ελαστικές σχέσεις εργασίας με διαφάνεια, διευκόλυνοντας τις μαζικές απολύσεις· δραματική μείωση μισθών στο επίπεδο του ελάχιστου εισοδήματος· διατήρηση των φοροαπαλλαγών των επιχειρηματικών ομίλων, φορτώνοντας τον λαό με νέα βάρη· κατεδάφιση του κοινωνικο-ασφαλιστικού συστήματος, κάνοντάς το πιο φιλικό στην εργοδοσία, τσακίζοντας τις συντάξεις και το δικαίωμα σε δωρεάν υγεία και πρόνοια. Σε περίπτωση δε μη επίτευξης αυτών των στόχων τα δημοσιονομικά συμβούλια θα μειώνουν αυτόματα μισθούς και κοινωνικές

Mittwoch, 28. Oktober 2015

δαπάνες.

Αυτή η αντιλαϊκή επίθεση, για να αντιμετωπιστεί, απαιτεί καλά οργανωμένους αγώνες για την ικανοποίηση των λαϊκών αναγκών, πάλη ενάντια στο κεφάλαιο και την εξουσία του.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule Președinte, într-adevăr, semestrul european a devenit un instrument eficient pentru coordonarea politicilor economice ale statelor membre și aș dori, aici, să subliniez că vicepreședintele Comisiei Europene, domnul Dombrovskis, a sesizat un punct slab în acest proces, și anume rolul parlamentelor naționale.

Dânsul a promis că va merge în statele membre pentru a discuta aceste probleme cu parlamentele naționale. De ce? Pentru că în unele state membre parlamentele naționale nu sunt implicate încă din primăvară în semestrul european. Guvernele prezintă propuneri de programe de reformă națională, precum și propuneri de programe de convergență sau stabilitate, după caz, direct la Comisia Europeană fără ca parlamentele naționale să aibă habar de ceea ce se propune în aceste programe. În consecință, parlamentele naționale apar în proces abia în toamnă, când guvernele se prezintă cu proiectele de bugete pentru adoptare și atunci sigur că reacția este de regulă negativă: „ni se impun niște măsuri de undeva de la Comisia Europeană și așa mai departe”.

De aceea, salut inițiativa domnului Dombrovskis de a avea mai multă comunicare cu parlamentele naționale.

Maria João Rodrigues (S&D). – Mr President, I will focus my comments on the recent package presented by the Commission to streamline the European Semester and to complete Economic and Monetary Union.

The Commission announced the purpose – which I very much support – of promoting upward convergence, but I am afraid that the solutions which are being proposed will not be enough to deliver these goals. If you really want to deliver upward convergence, you need first of all to change the targets, starting with competitiveness. It is very important to focus improvement in competitiveness on factors for the future, meaning innovation, education, energy and public administration, rather than just controlling labour costs. Then you also need to change the social targets because it is important to take into account not only unemployment rates, but also social inequalities, because they are increasing in Europe. Then you need to change the priorities in the country-specific recommendations. Yes, we need reforms; but the reforms which should be prioritised concern education, innovation and public administration.

Above all, we need much more investment and, finally, we need to raise demand, particularly asking surplus countries to spend more. So this means quite a change in the priorities the Commission is recommending. We also need to increase financial support with a real fiscal capacity. Without that it is difficult to have real upward convergence.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Dombrovskis, πριν λίγες ημέρες επισκεφθήκατε την Αθήνα για να ελέγξετε την εφαρμογή του τρίτου μνημονίου, ενός μνημονίου που επιβάλλει φορολογικό ρεσάλτο στις τσέπες και τις περιουσίες των φτωχοποιημένων ελλήνων πολιτών, που μειώνει μισθούς και συντάξεις, που διαλύει το ασφαλιστικό και τον πρωτογενή τομέα, φορολογώντας άγρια τους αγρότες, που οδηγεί τη χώρα στην ύφεση, αυξάνει την ανεργία, κλείνει μικρομεσαίες επιχειρήσεις και δρομολογεί το ξεπούλημα της δημόσιας περιουσίας. Ταυτόχρονα, κύριε Dombrovskis, δημιουργήσατε μεγάλη ανησυχία με τις δηλώσεις σας περί δήθεν bail-in αν δεν γίνει ανακεφαλαιοποίηση των τραπεζών μέχρι το τέλος του '15, ανακεφαλαιοποίηση που όπως δηλώσατε μπορεί να γίνει μόνο μετά την ολοκλήρωση της πρώτης αξιολόγησης, δηλαδή μετά την επιβολή των μνημονιακών μέτρων που θα μετατρέψουν την Ελλάδα σε κοινωνικό νεκροταφείο.

Κύριε Dombrovskis, τα μνημόνια που εφαρμόστηκαν στην Ελλάδα απέτυχαν και γέννησαν τη χώρα με στρατιές ανέργων· κι όλα αυτά παρότι η Ελλάδα, στο ίδιο διάστημα, έλαβε διακόσια σαράντα δισεκατομμύρια ευρώ ως δάνεια. Πού πήγαν λοιπόν τα λεφτά, κύριε Dombrovskis;

Matt Carthy (GUE/NGL). – Mr President, the European Semester has become a by-term for an economic platform that has undermined sovereignty, undermined democracy, and has absolutely eroded public confidence in the European Institutions. But, above all, it is a failed economic platform.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

It is interesting to hear today some MEPs crying crocodile tears over the fact that Parliament has been denied legislative powers in the European Semester when this House has conspired to deny the democratic rights of citizens to determine the economic direction of their countries.

The European Semester is simply reinforcing a set of policies that have entrenched the democratic deficit and disillusioned citizens even further. It is a set of policies that have created unequal societies and has failed to address the underlying problems of boom and bust economics that have beset countries like Ireland.

The European Semester and the document that we are discussing today are a failed economic policy. We need to accept what our citizens already accept: that it is time for a new direction for European economics and European politics.

David Coburn (EFDD). – Mr President, most people in this place talk about one of three things: themselves, their own amendments or how wonderful the EU is, or indeed all three at once. I am not going to do any of them. I am going to talk about someone else's amendments. The Greens – lovely people, a little confused, hearts in the right place, all that – but most of their policies are not on the same planet as the one they want to save.

How, for example, is the EU meant to meet their amendment to 'monitor progress towards decoupling economic development from the use of natural resources'? Well, however, we can agree on the amendment which says 'we deplore the Eurogroup's absence of democratic legitimacy and accountability when it assumes executive powers'. The Eurogroup should not meet behind closed doors, nor keep the minutes private, but the kind-hearted Greens are probably the only people in this place who would believe the EU is going to change this.

David Casa (PPE). – Nibda billi anki jiena nirringrazzja lir-Rapporteur is-Sur Rosati ghax-xoghol tajjeb illi ghamel f'dan ir-rapport. U nilqa' b'mod partikolari wkoll il-fatt illi hemm pajjiżi membri li ghamlu avvanz fir-rigward tal-politika dwar l-impjiegi, u li dawn huma wahda mill-erba' prijoritajiet prinċipali illi l-Kummissjoni identifika fiċ-ċiklu ta' din is-sena.

Napprezza wkoll l-isforzi li ghamlet il-Kummissjoni sabiex, dan is-sempju, tiffoka speċifikament fuq suġġetti ta' prijorità partikolari. Madankollu rridu nżidu l-momentum tal-isforzi tagħna sabiex insaħħu il-proċess tal-pussess nazzjonali tas-CSRs billi nżidu l-involvement tal-imsieħba soċjali u nazzjonali matul il-proċess kollu, eżatt kif irrimarkat tajjeb dan l-aħhar il-Kummissjoni.

Għalkemm hemm sinjali ta' titjib fil-problema tal-qgħad fost iż-żgħażaġh, din xorta għadha problema kbira hafna, u rridu naraw in-numri tagħhom jonqsu. Tajjeb li noholqu studji, tajjeb li nitkellmu dwar din il-problema, però issa ejja nibdew nġaddu għall-fatti halli naraw iktar żgħażaġh jidhlu fid-dinja tax-xogħol.

Naqbel perfettament ma' dak li qalet Jean Lambert illi l-problema tax-xogħol mhix biss l-unika problema li nhabbtu magħha ċittadini Ewropej, imma għandek problema wkoll soċjali illi gābet magħha il-kriżi ekonomika, u anki din irridu nibdew nindirizzawha b'aktar serjetà.

U allura nemmen li għandna bżonn il-pajjiżi membri jikkommettu ruħhom serjament biex jaffrontaw dawn il-problemi olistikament u jimplimentaw politika dwar ix-xogħol li tkun effettiva u li tolgot kemm lil dawk li qed ifittxu x-xogħol, kif ukoll lil dawk li qegħdin jimpjegaw.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, je vous invite à regarder attentivement ce paquet que la Commission vient de mettre sur la table, car il ne correspond pas, me semble-t-il, aux objectifs de la présidence luxembourgeoise.

Monsieur le Commissaire, j'ai l'impression que vous ignorez une lettre qui a été adressée par le président de cette institution au président de votre institution et qui dit:

«On behalf of the Conference of Presidents I would therefore like to formally ask you as President of the European Commission to reconsider the package in light of the point raised here».

Je n'ai pas le temps de revenir sur les points qui ont été évoqués par le président du Parlement dans cette lettre, mais j'attire quand même votre attention dessus.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Je vous remercie d'avoir cité le rapport Berès, mais vous semblez en ignorer l'essence. Car l'essence du rapport Berès, c'est de montrer que les traités permettent de faire beaucoup de choses. Or, on a l'impression que la feuille de route que vous venez de nous proposer, c'est votre réponse à cette question: que peut-on faire sans révision des traités?

Si l'on ne peut faire que ce que vous nous avez proposé, l'euro est bien mal en point. Car que dites-vous de la nécessité de redéfinir la priorité en matière d'investissement pour la zone euro ou en matière de convergence réelle, ce qui suppose une harmonisation fiscale et sociale? Que dites-vous de cette fameuse dimension sociale dont le président de la Commission nous a dit qu'elle serait le triple A de sa mandature? Et puis, je m'inquiète parce que, parfois, en vous écoutant et en lisant vos propos, j'ai l'impression qu'en réalité, vous répondez à une feuille de route de votre famille politique, sur le plan politique et sur le plan institutionnel. Ce n'est pas acceptable pour ma famille politique, dont le soutien est pourtant indispensable à l'exercice du pouvoir par votre Commission.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement)

Patrick O'Flynn (EFDD), *blue-card question*. – I am very grateful, as I know the lady is not keen on blue cards. For once, she has made the points about the European level of governance and I suppose I made similar points earlier, but she should be looking at her own national government because her political party, with the French President's party, has ruined the economy of France. It has chased all the wealth creators away – some of them have come to Britain and to London, and we are grateful for that. Surely the key to improving the French economy would be a much lower tax economic outlook than the one her disastrous Socialist President has imposed.

Pervenche Berès (S&D), *réponse «carton bleu»*. – Monsieur le Président, je remercie le citoyen britannique de s'intéresser à la situation de l'économie française, je l'invite à regarder les derniers chiffres du chômage, qui sont le résultat de la politique engagée par le président de la République, François Hollande.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, zamolio sam Vas da dobijem riječ jednostavno zbog toga što sam stalno u ovoj dvorani i različiti predsjednici različito vode ovu sjednicu. Ovaj gospodin je maloprije govorio, imao je svoj *speaking time*. Sada postavlja pitanja. Već je tri puta postavljao *blue card*, postavljaju jedni drugima. Neki predsjednici koji predsjedavaju ne dozvoljavaju takvu praksu pa ja molim da kao predsjedništvo utvrdite praksu, a ne da iz kluba postavljaju jedni drugima pitanja samo zato da bi se međusobno promovirali. Ili čovjek koji je sad govorio postavlja *blue card* ovoj gospođi. Pa to nema nikakvog smisla. Mi ćemo biti ovdje do sutra ujutro.

Peter van Dalen (ECR). – In bijna alle Europese lidstaten worstelt de Europese Unie met haar imago. Het lukt niet om de burgers enthousiast te maken voor Europa. Helaas trekken nog te weinig fracties in dit huis daar echte conclusies uit. Dat zien we ook voor een deel in het verslag-Rosati. Aan de ene kant doet rapporteur Rosati goede suggesties, bijvoorbeeld om de nationale parlementen beter bij het hele proces te betrekken. Aan de andere kant pleit hij ook voor meer Europa, bijvoorbeeld wanneer verwezen wordt naar het vijfpresidentenplan of een nieuw stelsel van eigen middelen in de Europese Unie. Die kant moeten we niet op.

Afspraken van het stabiliteits- en groeipact worden al jaren straffeloos geschonden, bijvoorbeeld door Frankrijk. Ook bij de voor volgend jaar ingediende begrotingen lopen de tekorten op. Dat moet niet langer zo. We moeten doen wat is afgesproken. Alleen dan winnen we het vertrouwen van de burgers terug, niet door maar steeds meer en meer Europa te bepleiten.

(De spreker is bereid een "blauwe kaart"-vraag te beantwoorden (artikel 162, lid 8 van het Reglement)).

Paul Tang (S&D), *"blauwe kaart"-vraag*. – Het betoog van de heer Van Dalen komt eigenlijk neer op "regels zijn regels". Laten we wel zijn, mijnheer Van Dalen, u moet toch ook erkennen dat dat beleid niet gewerkt heeft, niet in economische zin maar ook niet in politieke zin. Sinds wanneer heeft het uitgangspunt van "regels zijn regels" enthousiasme gebracht? Hoe moet dat het enthousiasme voor de Europese Unie aanwakkeren? Ik ben benieuwd hoeveel handen u daarvoor op elkaar krijgt.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Peter van Dalen (ECR), „blauwe kaart“-antwoord. – Het grote manco van Europa is dat ook heel veel collega's hier altijd maar denken “meer Europa moet, meer Europa doet je goed”. Maar wat niet gedaan wordt, is de dingen die we met elkaar hebben afgesproken, nu eens eindelijk nakomen. Dat gebeurt niet. Al jaren worden de normen van het stabiliteits- en groeipact gewoon overschreden. De Commissie grijpt niet in. Dag in dag uit worden die maatregelen gewoon geschonden. Dat moeten we veranderen. Dat is de kern van mijn pleidooi. We moeten nakomen wat we afspreken voordat we gaan roepen: meer Europa moet, dat lost het allemaal wel op.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o Semestre Europeu operacionaliza a governação económica e representa, por isso, a verdadeira arma de submissão dos Estados nacionais ao credo neoliberal. Não só não resolve nada, como agrava os problemas económicos e sociais.

Em Portugal, a consolidação orçamental gerou mais desemprego, mais pobreza, mais desigualdades sociais e uma dívida pública nunca vista na história da nossa democracia. Mas também a Europa, com 25 milhões de desempregados e 120 milhões de pobres, não avança, apesar dos milhares de milhões de euros do BCE injetados no sistema financeiro.

O Fundo Europeu de Investimentos Estratégicos, o documento dos cinco presidentes ou ainda a intenção de alinhar o calendário do Semestre Europeu são apenas manobras dilatórias, destinadas a evitar o confronto com a realidade. A governação económica promove um enquadramento macroeconómico incompatível com qualquer política de relançamento. Repare-se no exemplo finlandês, outrora um modelo de virtudes no que toca à disciplina orçamental, mas que não escapou à recessão e acabou também por furar os limites do défice. Até quando continuarão as instituições europeias cegas à realidade?

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Europäischen Kommission, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass die heutige Debatte über das Europäische Semester tatsächlich wesentlich davon bestimmt wird, dass wir vor wenigen Wochen auf der Grundlage des Berichts der fünf Präsidenten neue Vorschläge bekommen haben, die auch die Europäische Kommission mit in ihre Strategie einbezogen hat.

Zum Zweiten hat die Europäische Kommission heute die Binnenmarktstrategie vorgestellt. Ich möchte das vorwegnehmen, weil ich glaube, es hilft uns in diesem Plenum überhaupt nicht weiter, wenn jeder von uns glaubt, er wisse alles besser und die anderen seien an den Problemen schuld. Wir werden in der Eurozone, in Europa, am Ende nur dann wirtschaftlich wieder in die Wachstumsphase kommen, wenn wir versuchen, gemeinsam die notwendigen Schritte zu erreichen. Eines ist doch offensichtlich: Bei allen makroökonomischen Themen, die es in diesem Raum gibt und über die auch Streit besteht, ist ein wichtiges Element, das in jedem Falle für gemeinsames Wachstum sorgen kann, eine bessere Umsetzung der gemeinsamen Binnenmarktregeln.

Deswegen finde ich es wichtig, dass wir die Idee, die Michel Barnier in der letzten Kommission eingebracht hat, die sogenannte *single market governance*-Strategie, stärker in den Fokus nehmen. Denn wenn wir im Rahmen des Europäischen Semesters als europäische Parlamentarier mit den Vertretern der nationalen Parlamente ins Gespräch kommen wollen, dann werden wir das vernünftiger Weise nicht schaffen, wenn wir nur über makroökonomische Themen sprechen, sondern die nationalen Parlamentarier – da bin ich mit Frau Rodrigues von der S&D-Fraktion ganz einverstanden – werden da nur mitmachen, wenn sie mitbeteiligt sind. Dazu dient die Binnenmarktstrategie. Ich glaube, dass wir da gemeinsam mit den nationalen Parlamentariern vorankommen können.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Paul Rübig (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Präsident! Ja, ich möchte mich beim Kollegen Schwab bedanken, weil es ganz einfach auch darum geht, wie wir die Zukunft gestalten.

Ich wollte ihn fragen, wie er die Wirkung von Anreizen für Beschäftigung und für kleine und mittlere Betriebe, gerade auch für Unternehmungsgründungen, sieht, und ob man das eventuell in diesem Europäischen Semester verankern könnte?

Andreas Schwab (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Präsident! Der Kollege Rübig weist auf die wichtige Frage hin, was kleine und mittlere Unternehmen im europäischen Binnenmarkt erreichen können.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Wenn wir einheitliche Regeln haben, die in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in gleicher Weise angewendet und umgesetzt werden, so ist dies das beste Wachstumskonzept für kleine und mittlere Unternehmen in Europa – und zwar in ganz Europa. Vor allem auch für die Länder, in denen die Arbeitslosigkeit momentan besonders hoch ist.

Es ist unser gemeinsames Ziel in der EVP-Fraktion, aktiv daran zu arbeiten, dass die Arbeitslosigkeit, insbesondere bei den jungen Leuten – der Kollege David Casa hat drauf hingewiesen – zurückgeht. Deswegen müssen wir kleine und mittlere Unternehmen, die Wachstumsmotoren sein können, besonders stärken. Da hat der Kollege vollkommen Recht.

Paul Tang (S&D). – Economisch bestuur, het klinkt voor velen nog wat stoffig, maar het gaat over democratie. Het bestuur mag nooit bestaan uit bureaucratische regeltjes. Dat is de dood in de pot voor de politiek. Dat neemt niet weg dat de politiek en ook dit Europees Parlement keuzes niet mogen schuwen. Want ja, we willen beleid dat helpt de economie te stabiliseren en tegelijkertijd willen we beleid dat de overheidsschuld houdbaar maakt. We willen dat landen zelf verantwoordelijkheid nemen voor bezuinigingen, hervormingen en investeringen. Maar we willen ook dat landen niet aan hun lot worden overgelaten. Hoe combineren we dat? Dat is lastig, zeker als één van de elementen niet wordt erkend.

Bij het uitbreken van de eurocrisis was eigen verantwoordelijkheid niet mogelijk. Landen en banken zouden elkaar omver hebben getrokken en dus werden schulden niet afgeschreven, ten koste van Griekenland en ten faveure van private schuldeisers. Schulden hadden kunnen worden afgeschreven, maar dat gebeurde niet. Zo'n situatie mag niet meer voorkomen. We moeten ons ook afvragen wat we kunnen leren uit de Verenigde Staten, waar een staat als Californië of een stad als Detroit in financiële problemen kunnen komen zonder dat de vraag rijst of die staat of die stad uit de dollarzone zou moeten.

Regeltjes mogen niet de indruk wekken dat schuld en tekort door Brussel beperkt en beheerst worden. Brussel is juist niet geloofwaardig. Democratie en economisch bestuur vraagt om duidelijke keuzes.

(De spreker is bereid een "blauwe kaart"-vraag te beantwoorden (artikel 162, lid 8 van het Reglement)).

Peter van Dalen (ECR), "blauwe kaart"-vraag. – Ik moet hier zeker een blauwe kaart gebruiken, want de heer Tang zegt hier wel iets heel opzienbarends. Hij houdt een pleidooi voor schuldafschrijving. Daar ben ik het volledig mee eens. Het zou hem echter sieren als hij dit ook eens zou vertellen aan zijn minister van Financiën, de heer Dijsselbloem, want in de onderhandelingen met Griekenland was er één man die totaal niet wilde praten over schuldafschrijving en dat was zijn partijgenoot de heer Dijsselbloem. Ik vind dit dus een goed betoog van de heer Tang. Laat hij dit ook even doorsturen aan zijn partijgenoot, alstublieft.

Paul Tang (S&D), "blauwe kaart"-antwoord. – Ik heb natuurlijk het Europees Parlement niet nodig om partijgenoot Dijsselbloem te spreken. Maar ik zal het op verzoek van de heer van Dalen wel doen. Zijn boodschap is zeker aangekomen. Er waren ten principale geen redenen om tegen schuldafschrijving te zijn, maar er waren ook de politieke omstandigheden. In landen als Duitsland, Spanje en Portugal waren regeringen aan de macht die daar uiteraard zeer tegen zijn en Jeroen Dijsselbloem is voorzitter van de hele eurogroep. Overigens kan ik daaraan toevoegen dat u in 2010, toen u nog lid was van het nationale parlement, natuurlijk ook gepleit hebt voor afschrijvingen. Dat was toen niet te realiseren, omdat we in een situatie waren beland dat een land banken omver zou trekken. Dat is een situatie die we voortaan moeten voorkomen.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor Presidente, Señorías, celebramos la preocupación mostrada por la insuficiente recuperación económica y la permanencia de graves niveles de desigualdad y pobreza en Europa, pero creemos que es urgente una mayor y mejor inversión ecológica sostenible para cambiar el modelo productivo y combatir el desempleo y los bajos salarios.

El modelo neoliberal de Europa del proyecto de los cinco presidentes pretende recentralizar los recursos públicos en Bruselas para garantizar el negocio de las grandes compañías, que es todo lo contrario a lo que habría que hacer, porque las necesidades sociales se siguen desatendiendo permanentemente.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Esta semana hemos podido comprobar cómo la Comisión está dispuesta a flexibilizar el Pacto de Estabilidad para premiar, eso sí, a los países que demuestren su sumisión a las políticas de austeridad y su disposición a actuar como guardianes de las fronteras de la Europa-fortaleza.

Nosotros apostamos por otra Europa, que democratice la economía y que se base en la soberanía popular de los europeos, y no en la imposición y el chantaje económico.

(El orador/la oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento)).

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – In fact I would like to ask our friend Mr Urbán Crespo, who was mentioning equalities and poverty and so on and so forth, what his opinion is about the expansion of zero-hour contracts, because I believe first of all that all types of contractual arrangements should give workers access to a core set of rights and adequate social protection.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Señor Presidente, el problema, lo que yo estoy viendo — y yo creo que, por desgracia, mi país es un buen ejemplo de ello— es que lo que se está haciendo ahora mismo es repartir justamente el trabajo a la baja, trabajo sin derechos. Estamos viendo cómo por primera vez en mi país hay trabajadores que son *working poors*, trabajadores pobres. Antes, cuando tenías un trabajo tenías derechos, tenías la capacidad de poder vivir; ahora, todo lo contrario. El empleo que se está creando en mi país es que donde antes había un empleo —donde se cobraban 1 200 euros— ahora hay dos empleos que cobran 500 euros, y con eso, desde luego, no se puede vivir. Evidentemente, estoy a favor de los derechos en el plano laboral, pero es fundamental repartir el trabajo pero también repartir la riqueza y la remuneración que conlleva eso mismo.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Budgetpolitik ist immer ein in Zahlen gegossenes Arbeitsprogramm.

Das Europäische Semester gibt der Kommission die Möglichkeit, öffentlich den Finger in die Wunden zu legen, die der Widerspruch zwischen Zielen und Taten schafft. Das Europäische Semester ersetzt aber nicht die Weiterentwicklung der Währungsunion zur Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion. Es ersetzt nicht die Schaffung eines europäischen Finanzministers, ersetzt nicht die Umsetzung des Präsidentenpapiers über die Zukunft der europäischen Budgetpolitik, Wirtschafts- und Sozialunion. Und es ersetzt nicht die Umsetzung aller Beschlüsse, die wir in diesem Haus, im Rat und in der Kommission gesetzt haben. Ich habe das Gefühl, es fehlt auch immer zu sehr an Ernsthaftigkeit.

Auf der Homepage von Sven Giegold können wir lesen, dass bisher von 528 länderspezifischen Empfehlungen nur sieben vollständig umgesetzt wurden. Noch immer werden Strukturen der Vergangenheit aus machtpolitischen und parteipolitischen Gründen gegen die Zukunft verteidigt und damit Schulden der Schulden wegen gemacht, und es wird der Ausverkauf der Zukunft betrieben. Noch immer fehlt es am politischen Willen zu vieler, das Beschlossene umzusetzen.

Noch immer werden Barrieren im Binnenmarkt verteidigt. Ich verlange daher eine Umsetzungsstrategie, eine Durchsetzungsstrategie und einen Bericht über jeden Mitgliedsstaat, was mit den länderspezifischen Empfehlungen gemacht wird.

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident! Jedes Jahr, wenn es um das Europäische Semester geht, haben wir hier eine sehr ähnliche, fast gleichlautende, Diskussion. Wir Sozialdemokratinnen, wir Sozialdemokraten wollen, dass die Richtung geändert wird, radikal geändert wird: weg von einer einseitigen Kürzungspolitik, hin zu einer ausgeglichenen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Flexibilität ja, aber keine einseitige, die mehr oder weniger immer nur zu Lasten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen geht. Noch mehr sogenannte Nullstunden-Verträge – mein Kollege hat dies ja erwähnt – oder andere prekäre Beschäftigungsformen lösen das Problem nicht, sie führen zu steigender Armut statt zu Arbeit und dazu, dass die Menschen sich von Europa abwenden.

Es ist nun gut, dass die Beschäftigungsindikatoren im Rahmen des makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens berücksichtigt werden, aber es fehlen soziale Indikatoren, zum Beispiel zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Kurzum: Wir brauchen einen sofortigen Richtungswechsel. Sozial- und Beschäftigungspolitik muss genauso verbindlich sein wie Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Ik denk dat we vooreerst collega Rosati moeten bedanken voor zijn weer uitmuntende werk. Een verstandig beleid is per definitie een meersporenbeleid. Daarom juich ik de strategie van de Commissie toe om bij de landenspecifieke aanbevelingen in te zetten op investeringen, op structurele hervormingen, op budgettaire verantwoordelijkheid en op het verbeteren van het werkgelegenheidsbeleid. Maar een correcte analyse maken is niet voldoende. Je moet ze natuurlijk ook nog verkocht krijgen en daar loopt het vaak fout vandaag. Maar ook hier, denk ik, ligt de sleutel tot succes in een benadering op meerdere sporen.

Enerzijds moet de Commissie op het aangewezen tijdstip de regels durven afdwingen en daarbij ook macro-economische onevenwichtigheden strenger opvolgen. Anderzijds moet volop ingezet worden op het vooraf streven naar veel meer verantwoordelijkheid voor deze aanbevelingen. Ik ben dus heel tevreden met de aanbeveling van de Commissie om in alle eurozonelanden raden van concurrentievermogen op te richten. Dergelijke onafhankelijke expertenorganen kunnen door hun expertise en natuurlijk gezag ook een sleutelrol gaan spelen in het creëren van maatschappelijk draagvlak voor noodzakelijke hervormingen. Ook het nauwer betrekken van nationale parlementen in de verschillende fases van het proces is volgens mij een absolute must. Tot slot zal ook de upgrade van bepaalde sociale indicatoren, zoals jeugdwerkloosheid en activiteitsgraad, volgens mij bijdragen tot een grotere betrokkenheid bij het semesterproces.

Roberto Gualtieri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io penso che questa relazione rifletta positivamente la correzione dell'indirizzo della politica fiscale dell'eurozona che è perseguita dalla Commissione Juncker attraverso un vero consolidamento fiscale amico della crescita e quindi attraverso misure che sappiano bilanciare la riduzione effettiva del deficit e del debito col miglior utilizzo della flessibilità prevista dalle regole. Quindi noi naturalmente incoraggiamo la Commissione a essere coerente con questo indirizzo, chiaramente espresso nella nostra relazione e anche nelle opinioni che esprimeranno sulle leggi di stabilità degli Stati membri.

Poi c'è un secondo elemento, che è quello del miglioramento della nostra *governance*, che è assolutamente necessario e che va di pari passo e deve andare di pari passo con una correzione dell'indirizzo della politica economica. Qui il pacchetto presentato contiene delle misure senza dubbio importanti e positive, come una raccomandazione sulla *fiscal stand* complessiva dell'eurozona.

Allo stesso tempo, io penso che ci siano dei limiti di ambizione, perché credo che occorra riconoscere chiaramente che esistono misure più ambiziose che si possono realizzare anche a trattati costanti per rafforzare il coordinamento della politica economica degli Stati membri e costruire un embrione di capacità fiscale.

In secondo luogo, credo occorra rafforzare la dimensione parlamentare del semestre europeo. Qui sicuramente ci sono dei limiti, delle lacune, nel pacchetto della Commissione. Il Parlamento è pronto a dialogare e a battersi anche per un rafforzamento del suo ruolo, che è essenziale per costruire una *governance* efficace dell'eurozona, perché senza una piena legittimità democratica l'euro non avrà un governo efficace.

Verónica Lope Fontagné (PPE). – Señor Presidente, el paso del tiempo nos ha demostrado que las políticas aplicadas en la Unión Europea han sido las correctas. El déficit está relativamente controlado y las previsiones apuntan a un crecimiento superior al 2 %. Por ello, hay que continuar con las reformas estructurales, manteniendo una responsabilidad presupuestaria pero compatible con la creación de empleo, como está siendo el caso español.

Sin embargo, tenemos varios retos. El primero es reducir el elevado nivel de deuda, lo que generará un efecto positivo en las inversiones, tan necesarias para nuestras pymes, y el segundo es la creación de empleo. Las altas tasas de desempleo lastran la recuperación y, a este respecto, he escuchado con satisfacción las intervenciones del ministro Schmit y del comisario Dombrovskis, que han enfatizado la dimensión social del Semestre. Espero que sea una realidad, porque tenemos que centrarnos en los grupos más afectados, como las mujeres, los jóvenes y, de forma más específica, los parados de larga duración, tema que debatiremos a continuación.

Hay que recalcar también la importancia de la flexiseguridad, pero con una mayor atención a la seguridad, ya que los trabajadores necesitan una mayor seguridad laboral.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Y para concluir, quisiera recalcar que el objetivo ulterior sea la Estrategia 2020: su revisión, así como las recomendaciones específicas por país, tendrán que orientarse mejor a las realidades regionales y locales y a sus especificidades concretas. En una región como la mía, Aragón, que es diez veces superior a Bélgica en tamaño y con una población muy inferior, es fundamental tenerlo en cuenta, ya que si no, provocará unos resultados distintos a los deseados.

Siegfried Mureșan (PPE). – Mr President, I too welcome Parliament's report, and I would also like to talk about the European Semester in broader terms and to reflect on how we could further integrate the process of economic policy coordination, because the economies of EU Member States are so interdependent. The country-specific recommendations (CSRs) are, of course, an important tool. However, we complain that they are not respected by Member States and that Member States are not ambitious enough.

I believe we need to ask ourselves why this is happening. It is not only the content of the CSRs, but also the design of the process. The question is, how shall we design a better economic policy coordination process? We should eliminate the perception that it is a top-down process from the level of the EU. I believe we should have two stages of the European Semester. A first round of recommendations which sets out the reasons why the country-level recommendations need to be fulfilled in the second stage, and in addition we need more parliamentary control and involvement in this process. Secondly, in order to have more concrete solutions, we need a comprehensive evaluation of the European Semester and the CSRs in order to understand their relevance to Member States and to adjust the process. Member States also need incentives for action. The question is, how can we make Member States own the process more? I think a more in-depth evaluation that looks at improving the behaviour of the Member States and the process is much needed.

Alojz Peterle (PPE). – Že od samega začetka sem podprl idejo semestra, ker potrebujemo evropske instrumente, ki bodo prispevali k večji učinkovitosti Evropske zveze in še posebej njenega gospodarstva.

Vemo, da zveza kot taka ne more delovati trajno, če ni gospodarske, monetarne in fiskalne usklajenosti med njenimi članicami. Zaskrbljen sem zaradi pomanjkljivega izvajanja priporočil. Okvir nima smisla, če mu ne sledi odgovorno in dosledno izpolnjevanje priporočil.

Vesel sem, da se je Komisija osredotočila na gospodarski vidik in postavila prioritete glede gospodarske rasti, kot so povečanje naložb, izvajanje strukturnih reform, fiskalne odgovornosti in izboljšanje politik zaposlovanja.

V kontekstu te debate znova opozarjam na priložnost, ki jo okvir delovanja evropskega semestra ponuja za druge problematike, od katerih je tudi odvisna učinkovitost gospodarstva. Že dolgo predlagam, da se znotraj obstoječega semestra vzpostavi tudi semester za zdravje, ki bi ustvarjal pozitivne vzvode vladam za reforme zdravstvenih sistemov, ki so nujne za več zdravja v naših družbah.

Trajnost zdravstvenih sistemov je pod velikim vprašajem. Če se tega vprašanja ne lotimo urgentno, z dodano vrednostjo, ki jo lahko nudi Evropska zveza, bodo učinki na javne finance zelo hitro pred nami.

Krišjānis Kariņš (PPE). – Priekšsēdētāja kungs, komisāra kungs! Reizēm ir svarīgi sev atgādināt zināmo, lai var atrast problēmām risinājumu. Kas ir zināms? Eiropas Savienība nav valsts. Mums nav ne centrālās valdības, ne nopietns budžets, kas mums palīdzētu pārvarēt jebkuru krīzi. Tā vietā mēs esam 28 neatkarīgas valstis, kas sadarbojas viena ar otru, un mums ir 28 dažādi nacionālo valstu budžeti.

Taču tas arī ir fakts, ka mēs visi esam saistīti viens ar otru. Tas nozīmē — ja vienā dalībvalstī ir krīze, tā neizbēgami ietekmē citas, iespējams, pat visas Eiropas Savienības dalībvalstis. Tāpēc mums ir svarīgi vienoties par tām lietām, kas padara mūsu sadarbību stiprāku un noturīgāku pret jebkurām krīzēm nākotnē.

Pirmkārt, mums ir svarīgi turpināt tā saucamo Eiropas pusgadu, kurā mēs koordinējam nacionālo valstu budžetu pieņemšanas procedūru. Taču ar to vien nepietiek! Mums ir jāiet tālāk, gan stiprinot mūsu banku savienību, gan stiprinot mūsu ekonomikas uzraudzību. Tāpēc es atbalstu Komisijas iniciatīvu stiprināt mūsu ekonomikas savienību. Mums nav jāpārtop par valsti, bet mums ir jāapzinās, ka mēs esam cieši saistīti viens ar otru. Tikai tā varēsim izvairīties no nākotnes krīzēm. Paldies!

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Pytania z sali

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, pozdravljam potpredsjednika Europske Komisije gospodina Dombrovskisa i želim mu čestitati na njegovim nastojanjima da ubrza proceduru Europskog semestra i isto tako na promjenama koje je uveo vezano uz razmjenu najboljih praksi i znanja među državama članicama s ciljem da ubrza implementaciju reformi u cijeloj Europi. Čestitam kolegi Rosatiju na izvrsnom izvješću te važnim porukama za sve države članice, ali i sve nas.

Imamo zajedničku odgovornost za stvaranje inovativne Europe koja raste po znatno većim stopama od dosadašnjih, koja zadržava i privlači talente, prednjači u inovacijama, tehnologijama i kreativnosti. Ne može Europski semestar, odnosno Europska komisija odraditi posao na terenu, odnosno u državama članicama. Europski semestar je strateški mehanizam povezivanja ekonomskih politika i poticanja država članica na promjene, a na nama, tj. na državama članica je da promjene implementiramo i budemo zajedno uspješni.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, I would like to welcome Mr Rosati's own-initiative report. Taking into account the latest budgetary measures adopted, it has been necessary to introduce them in the objectives of the Annual Growth Survey. Although the economic recovery is slowly gaining ground and we face tremendous challenges – and I refer here to migration – the fundamentals of the recovery are delicate due to European Union structural weaknesses and regional economic discrepancies.

Therefore, I am glad that the report includes several elements of a new economic policy direction that strengthens the synergy of Member States' national policies – more investment and less austerity, recognition of the real consequence of front-loaded austerity measures, and surplus countries to make more effort in pushing demand. I also consider the removal of further fiscal consolidation, and of criticism of rigid labour laws and trade unions, to be an improvement in the report.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, koordinacija 28 ekonomskih i socijalnih politika sigurno nije zahvalan posao i nije jednostavan posao. Međutim, objektivno alternative nema. Zato i Europski semestar doživljam kao pravi mehanizam koji, ako ništa drugo, omogućava da vidimo koje su razlike među nama i na koji način možemo postići bolji razvoj.

Ono što želim ovom prigodom naglasiti je svakako neophodnost koju ste spominjali gospodine povjereniče, a to je pristup financijskim sredstvima srednjih i malih poduzeća. Ne možemo cijelu ekonomiju graditi samo na malim i srednjim poduzećima, naravno da nam trebaju i velika poduzeća. Međutim, želim naglasiti upravo vitalnost, važnost i fleksibilnost srednjih i malih poduzeća. Zato vas pozivam da upravo u ovoj želji da pokrenemo europsko gospodarstvo, pogotovo u onim zemljama koje još uvijek ne mogu naći izlaz iz krize, usmjerimo svoje napore na financiranje srednjih i malih poduzeća.

Barbara Kappel (ENF). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission Dombrovskis! Die Kommission rechnet in ihrer Wirtschaftsprognose vom Frühjahr 2015 mit einem Wachstum von 2,1 Prozent für die Europäische Union und von 1,9 Prozent für die Eurozone.

Das Wirtschaftswachstum ist ein zentraler Treiber, auf den sich die vier wesentlichen Prioritäten der länderspezifischen Empfehlungen 2015 konzentrieren. Es sind dies die Förderung von Investitionen, die Umsetzung von Strukturreformen, das Schaffen von Beschäftigung und eine verantwortungsvolle Fiskalpolitik – sprich: eine wachstumsorientierte Haushaltskonsolidierung.

Die Mitgliedsstaaten halten sich aber kaum daran. Wir haben heute schon gehört, knapp 11 Prozent der *country-specific recommendations* werden umgesetzt, obwohl die Daten, die den *country-specific recommendations* zugrunde liegen, aus den Mitgliedsländern kommen, nämlich über den Rat in den Jahreswachstumsbericht eingeleitet werden. Deshalb ist es sinnvoll, dass sich der Berichterstatter jetzt im Bericht fokussiert und sagt, es muss eine stärkere Konzentration auf die Kernprioritäten erfolgen und es muss eine frühere Veröffentlichung der länderspezifischen Empfehlungen kommen.

Gemeinsam mit dem Vorstoß, die nationalen Parlamente stärker einzubeziehen, denn die müssen dann auch die Umsetzung machen, wird es vielleicht gelingen, eine bessere Umsetzung auf nationaler Ebene zu erzielen.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I was here in the last mandate when we were making efforts to grapple with the unprecedented recession which we have had, particularly in my own country. Month after month, Commissioner Barnier in particular has been putting forward proposals. Many criticised him, but I think now they are seen to be pretty effective and sensible, and now we are concluding with the banking union, etc. But the European Semester is a very important aspect of it, because it means that there will be outside guidance rather than supervision of the broad targets in budgets. With elections coming up, there is always a tendency for parties – be they in government or out of government – to try to buy the electorate, and this is not good in the long-term. Aspects like this Semester are good in the overall term, and also the exchange of best practices, something that has been mentioned, is obviously good for the Member States and creates a sense of the Union as well.

Sofia Ribeiro (PPE). – Senhor Presidente, o Semestre Europeu é fundamental para que a União Europeia se torne uma economia inteligente, sustentável e inclusiva. Tendo definido metas muito claras a alcançar até 2020 com vista ao emprego, à produtividade e à coesão social, podemos congratular-nos com os sinais de crescimento na União e com a redução da taxa de desemprego e de desemprego jovem.

No entanto, não nos podemos esquecer que estas taxas ainda são alarmantes em muitos Estados-Membros e muitas regiões, como é o caso desemprego na minha região, os Açores, em que é superior a 30%. Concordo que o Semestre Europeu deva focar-se no âmbito daquilo que é a sua ação: a coordenação das políticas económicas da União Europeia. Mas não podemos deixar que estas orientações não promovam o equilíbrio entre uma economia de mercado e a economia social, devendo visar essencialmente a capacitação dos jovens europeus para fazer face às exigências do mercado de trabalho, o número de pessoas em risco de pobreza e exclusão social, a dificuldade das empresas no acesso a financiamento e na eliminação de barreiras à sua atividade.

Senhor Comissário, Senhor Ministro, esta é uma Europa das regiões e, como tal, não devemos ignorar que muitas delas necessitam de mais investimento para melhorar o seu potencial de crescimento e garantir a sua sustentabilidade, e isto não pode ser esquecido no Semestre Europeu.

(Koniec pytań z sali)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, first of all I would like to thank Members for this fruitful debate. Parliament has an important role to play in the debating of European economic policies and the future of EMU, so I have carefully taken note of Members' remarks and the points raised today. While different views and opinions were expressed during the debate, I note that there is also certain support for a new Commission approach to the revamped European Semester, and there are certain elements which still need to be fine-tuned to find the right way forward.

On some of the issues which have been raised during this debate: firstly, environmental measures or environmental policy-related measures in the European Semester bring us to the next debate on the Europe 2020 Strategy. But I would emphasise that we are streamlining the European Semester, we are trying to focus on key social economic challenges in the Member States and we are applying the 'tell only once' principle, so we are not doubling some of the advice that we are giving to the Member States in the context of other EU policies.

The low CSR implementation is a cause of concern. It is something we need to address, but we believe the best way to address this is through improved membership in the Member States so that Member States, stakeholders, national parliaments, governments and social partners are better involved in decision-making and are better informed about the economic challenges both at the euro area level and the EU level, and how it goes in a national context.

Then on some of the questions of surplus versus deficit countries which were raised here, I must note that excessive current account surpluses are indeed also considered as a macroeconomic imbalance by the European Commission, as outlined in our macroeconomic imbalance procedures. That is why countries like Germany, for example, are also in macroeconomic imbalance due to a large and sustained current account surplus. We recommend strengthening investment and strengthening and stimulating the demand side of the economy. Indeed the demand side of the economy is part of our economic strategy, so what we need to focus on is how to strengthen the economic recovery in Europe, and of course the demand side is one of the answers.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Some questions were raised on the ambition of this current Commission proposal and reference was made to some specific instruments, for example fiscal capacity. It must be noted that some of those elements were, for example, in the Five Presidents' Report where there is a reference to euro area stabilisation. This extends a similar concept since this used to be referred to in some earlier documents as fiscal capacity, and this is foreseen for Stage 2 of the Five Presidents' Report. I have been outlining also the Commission's preparation of that Stage 2 of the Five Presidents' Report so this is going to be part of that work. Indeed the Commission is open to looking at ways of how to ensure stronger involvement of the European Parliament in the European Semester and macroeconomic policy decision-making, and indeed I sense also from today's debate that there is some further work and consideration needed.

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil*. — Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je vous remercie d'abord pour cet échange, qui a été parfois critique, mais globalement toujours constructif.

Comme l'indique votre projet de résolution, nous partageons les mêmes priorités et, surtout – et je crois que c'est capital –, nous partageons la même volonté d'action, parce qu'en effet, les résultats économiques et surtout la situation de l'emploi ne sont pas satisfaisants. Le Semestre européen doit être placé dans une perspective plus large, celle des travaux pour compléter l'Union économique et monétaire. Il s'agit d'un outil essentiel dans une gouvernance renforcée. La présidence luxembourgeoise a d'ailleurs abordé les propositions des cinq présidents dans plusieurs réunions ministérielles cet automne et nous venons de faire rapport au Conseil européen d'octobre.

La Commission a fait des propositions il y a quelques jours, lesquelles figureront également à l'ordre du jour de l'un ou l'autre Conseil. Je peux déjà vous annoncer que lors du Conseil EPSCO du 7 décembre, nous allons notamment discuter du volet social contenu dans les propositions de la Commission. Car cette dimension sociale doit être approfondie, elle doit permettre de mettre en place un espace inclusif avec des performances élevées en matière sociale et d'emploi pour l'ensemble des citoyens. C'est une grande priorité de cette Commission qui, j'ai noté, trouve beaucoup de soutien au sein du Parlement. Elle exige des mesures concrètes pour promouvoir la convergence vers le haut et là, je dirais que les meilleurs indicateurs, les meilleurs seuils de référence n'y suffiront pas seuls. Il faut effectivement des politiques, il faut des réformes, et il faut aussi des moyens, des ressources, des investissements au niveau du capital humain, certes, et au niveau de l'innovation, de la recherche, de l'éducation. Voilà où se situe l'avenir de l'économie européenne.

Je suis également d'accord – je crois que la personne qui en a parlé n'est plus là – que les investissements au niveau de l'économie verte en relation avec le changement climatique, en relation aussi avec la promotion des énergies renouvelables et de la transition énergétique peuvent non seulement créer des emplois – les fameux emplois verts – mais aussi réorienter la croissance en Europe.

Le Conseil devra poursuivre les discussions sur l'approfondissement de l'UEM et nous devons être plus ambitieux, plus proches des réalités et des véritables problèmes. Je rejoins ce qui a été dit aussi par l'un ou l'autre, à savoir que la zone euro n'est pas simplement l'addition des États membres. La zone euro doit agir plus globalement – c'est ce que nous appelons, ce que l'un ou l'autre a appelé les *fiscal stances* de la zone euro.

En tout cas, je vous remercie encore une fois pour le débat de ce soir, qui montre que nous avons besoin d'un échange démocratique large à la fois au Parlement européen, mais aussi au sein des parlements nationaux. D'ailleurs, cette nécessité d'échange démocratique est également relevée et soulignée dans les récentes propositions de la Commission.

Dariusz Rosati, *rapporteur*. – Thank you Mr President, Minister Schmit, Commissioner Dombrovskis, dear colleagues.

I would like first of all to thank all the participants who took part in this debate and all the colleagues who have expressed their views. We have not agreed on everything, of course – that would have been impossible in this House – but at least I have seen involvement and indeed a genuine willingness to discuss important matters.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

This debate has also shown that the issue is politically very sensitive and, indeed, this has been reflected in the process of our work on this report because we have been confronted with different expectations, different opinions, on such elementary things like: What is the actual economic situation of the Union? What measures need to be taken in order to put the EU economies on a sustainable growth path? What are the reasons for the current slowdown? And so on and so forth.

So we have been unable to agree on everything but, as I said, I tried very much to come up with a compromise – of course at the cost of some clarity and perhaps insufficient focus on all important matters, but still I thought that having a broad majority in favour of this report would be important.

I would like to express my thanks to all the shadow rapporteurs who have participated in this difficult negotiation process. As I said, we have not agreed on everything, but at least they have shown consistently their willingness to cooperate, willingness to discuss, and I would like to express my appreciation.

Now one problem with this kind of report comes with the application of Rule 54 which obliges the rapporteur to include the opinions presented by other parliamentary committees. Sometimes those opinions are longer than the report itself, so of course this always comes at the cost of conciseness. Some of the voices we have heard are saying that the report possibly lacks sufficient focus. If so, it is probably due to this.

I am flagging up this issue to our distinguished colleagues because I think that we should probably have a look into this part of our Rules of Procedure. I would like to ask all Members to support the report in tomorrow's vote.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie w czwartek 29 października 2015 r.

15. Empfehlung des Rates zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad:

— pytaniem wymagającym odpowiedzi ustnej skierowanym do Rady przez Thomasa Händla w imieniu Komisji Zatrudnienia i Spraw Socjalnych w sprawie zalecenia Rady dotyczącego integracji osób długotrwale bezrobotnych na rynku pracy (O-000121/2015 - B8-1102/2015 - (2015/2820(RSP))).

Thomas Händel, Verfasser. – Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Minister, Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Anfrage des Beschäftigungsausschusses beschäftigt sich mit der letzten Empfehlung des Rates zur Integration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt – in der Tat die schwierigste Gruppe. Infolge der Wirtschaftskrise hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit 2007 verdoppelt. Sie stellen die Hälfte aller Arbeitslosen: mehr als 12 Millionen Menschen, 5 % der Erwerbslosen in Europa, nicht Registrierte noch gar nicht gezählt. Hier spielen die Mängel der Datenerhebung und manchmal die kreative Datengestaltung eine Rolle. Die amtlichen Statistiken unterschätzen die Situation der Langzeitarbeitslosigkeit. Über 60 % der Langzeitarbeitslosen sind mindestens zwei Jahre in Folge arbeitslos, und wir haben langfristige Arbeitslosenquoten in den Mitgliedstaaten mit deutlichen Unterschieden. Am höchsten sind die Raten in Ländern, die eine Sparpolitik hinter sich haben, in den Programmländern, die mit Austeritätspolitik überzogen worden sind – das will ich persönlich anführen.

Die Folgen sind weithin bekannt: Langzeitarbeitslosigkeit führt häufig zu Ungleichheit, zu Armut und sozialer Ausgrenzung, und sie betrifft besonders benachteiligte Gruppen. Die Spirale nach unten, die Erosion der Fähigkeiten, Entmutigung und Entfremdung, verstärkte psychische und physische Probleme, soziale Ausgrenzung und Rückzug aus der Gesellschaft sind überall in den Gesellschaften spürbar. Dazu kommt immer häufiger: Arbeitslosigkeit und Armut werden zunehmend in die nächste Generation vererbt. Wir stellen fest, enorme gesellschaftliche und ökonomische Folgen, die Verschwendung von Fähigkeiten, höhere Sozialausgaben, der Verlust des sozialen Zusammenhalts und wachsende Altersarmut haben auch mit der Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit zu tun.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Die Fragen, die sich an den Rat richten, sind relativ klar: Wie gedenkt der Rat, effizient mit den mehrfachen Barrieren für viele Langzeitarbeitslose umzugehen? Wie will der Rat Voraussetzungen schaffen für dauerhafte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose, vor allem in Regionen mit hoher struktureller Arbeitslosigkeit? Werden beschäftigungsfördernde steuerliche Maßnahmen empfohlen? Wie wollen Sie Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten besser nutzen, um die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen zu ermöglichen? Wie sollen die Mitgliedstaaten qualitative Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen und verhindern, dass sie in prekärer Beschäftigung landen?

Die Mitgliedstaaten unterscheiden sich sicher deutlich hinsichtlich ihrer sozialen, wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Bedingungen. Gleichzeitig bilden die Langzeitarbeitslosen eine sehr heterogene Gruppe, das ist klar. Wie beurteilt der Rat dies für eine erfolgreiche Umsetzung in den Mitgliedstaaten? Wie sollen die Identifizierung und der Austausch bewährter Verfahren gewährleistet werden, um diese Situation zu bekämpfen? Wie gedenkt der Rat, die Situation derer, die länger als 18 Monate arbeitslos sind oder derer, die nicht registriert sind, zu verbessern, wenn man sich nur auf die konzentrieren will, die 12 bis 18 Monate arbeitslos sind? Welche spezifischen Maßnahmen plant der Rat, um alle relevanten Akteure einschließlich NGOs und Arbeitsvermittlungsdiensten, seien es private oder öffentliche, in den Prozess der Integration mit einzubeziehen? Das sind Fragen, die sich an diese Empfehlung richten. Richtig, die EU-Arbeitsmärkte zeigen einige Anzeichen einer Besserung, und dennoch bleibt die Arbeitslosenquote bei den Langzeitarbeitslosen hoch. Das höchste Wachstum stellen wir fest bei prekärer Beschäftigung. Auch das bedeutet allerdings eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte, der Steuerzahler und der Sozialkassen. Weiterhin hohe Langzeitarbeitslosigkeit gefährdet nicht nur die Europa-2020-Kernziele, von denen wir weiter entfernt sind denn je: 75 % der 20- bis 64-Jährigen in Beschäftigung zu erreichen und mindestens 20 Millionen Menschen weniger in Armut und sozialer Ausgrenzung zu haben am Ende des Zeitraums. Es gefährdet auch das Vertrauen der Menschen in ein sozialeres Europa, es führt zu Vertrauensverlust, der uns wehtut, der die Weiterentwicklung dieser Europäischen Union im Geiste der Menschen, im Sinne eines besseren Lebens in Zweifel zieht, und das tut Europa nicht gut.

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, finalement, votre question est une illustration du débat que nous venons d'avoir. Je crois que vous avez mis le doigt sur une question très concrète, très précise, qui affecte – et vous avez rappelé les chiffres – des millions d'Européens qui, eux, attendent quelque chose de concret du Semestre européen. Le Semestre européen n'est pas un exercice de style, un exercice théorique. Mais, finalement, si le Semestre européen a une vraie signification politique, il faut qu'il touche ceux qui, effectivement, sont au chômage depuis longtemps et souffrent de tous les maux que vous avez décrits. Car en effet, ces 12 millions que l'on cite, ce sont des statistiques. Mais, comme on a souvent l'habitude de le dire, derrière ces statistiques, il y a des personnes, il y a des familles, il y a des existences brisées, il y a des désespoirs, et je crois que c'est bien cela dont il faudra effectivement s'occuper.

En effet, le chômage de longue durée, c'est déjà une sorte d'échec, parce que comment est-ce acceptable que quelqu'un ne retrouve pas un emploi pendant un an, deux ans? Et quand on franchit le cap des deux ans, cela devient une affaire parfois impossible, une affaire réellement de désespoir. Et ce chômage de longue durée, il produit quoi? Il est une sorte de cercle vicieux qui, d'une certaine manière, ajoute le chômage au chômage. Et plus la durée du chômage est longue, moins les perspectives de retrouver un emploi deviennent favorables. Et parmi ces chômeurs de longue durée, on trouve souvent des femmes, on trouve souvent des seniors et des personnes un peu plus âgées qui ont perdu leur emploi et dont les qualifications ne sont plus adaptées au marché du travail. On trouve aussi, hélas, des jeunes et – il faut bien le dire – parfois, la garantie pour la jeunesse ne suffit pas pour réinsérer ces personnes-là. Et si on parle effectivement de crise, si la crise économique a pris fin, si la crise de la dette est sous contrôle, si la crise financière est derrière nous, avec des milliards et des milliards, et bien les vrais perdants, les vraies victimes de la crise, ce sont ces chômeurs-là, ceux qui n'ont pas de perspectives. En effet, ces travailleurs confrontés au chômage de longue durée perdent progressivement, et je crois que c'est vraiment le problème le plus dur, leurs compétences et, par la suite, leur employabilité. En cas de reprise économique – ce que nous constatons aujourd'hui –, ils seront les derniers à être embauchés. Et ils courent même le risque de ne pas être embauchés du tout. Et dans ces circonstances, il est très probable qu'ils quitteront le marché du travail, qu'ils ne se feront plus enregistrés, comme vous l'avez dit, et qu'ils rejoindront les rangs des inactifs, avec tout l'engrenage de la pauvreté que cela implique, et qui les concerne directement, mais qui, souvent – je n'ai pas besoin de le répéter, vous l'avez dit – concerne aussi leurs familles, leurs enfants, en reproduisant en quelque sorte le même schéma d'exclusion.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Il faut donc traiter les chômeurs de longue durée comme une catégorie prioritaire. Et la politique à mettre en œuvre doit comprendre des réformes à la fois des politiques sociales et des politiques de l'emploi, mais également une action stratégique plus large dans la sphère économique et budgétaire. Une véritable reprise économique et des mesures axées sur la demande sont essentielles pour réduire le chômage de longue durée, parce que, vous savez, la meilleure recette contre le chômage en général et surtout contre le chômage de longue durée, c'est la création d'emplois et, finalement, ce qui permet de créer des emplois, c'est la croissance, avec la création d'entreprises, la création d'activité. Et donc, nous avons besoin d'une reprise plus durable, plus forte, puisqu'en effet, nous sommes de plus en plus confrontés à ce type de chômage structurel, et ce, bien sûr, dans les pays qui ont été affectés le plus par la crise, mais même dans les pays où, finalement, le niveau du chômage reste relativement faible.

Mais la croissance seule ne va pas résoudre ce problème, nous avons besoin d'un investissement majeur dans le capital humain. C'est l'action la plus décisive pour permettre à ces personnes d'acquérir de nouveau des compétences ou de rétablir leurs compétences, ce dont elles ont besoin pour réintégrer le marché du travail. Il importe aussi de mettre l'accent sur une approche préventive. Parce qu'on devient chômeur de longue durée parce qu'on a perdu très souvent son emploi ou parce qu'on n'a pas pu trouver un emploi, mais souvent parce qu'on a perdu son emploi. Je crois que là, quand on discute de flexicurité, et bien on oublie un peu le volet «sécurité». Et quand on parle de chômeurs de longue durée, c'est que finalement ce volet de sécurité n'a pas fonctionné. Parce qu'il aurait dû permettre à ces personnes ayant perdu leur emploi, en fin de compte, de se réadapter, d'être formées pour pouvoir réintégrer plus rapidement le marché de l'emploi.

Donc, la formation, la requalification, la formation continue pour ceux qui ont un emploi sont des politiques clés pour éviter, effectivement, le chômage de longue durée.

Et le chômage de longue durée, on parle de 18 mois, on dit qu'il faudrait commencer à agir quand quelqu'un est au chômage depuis 18 mois. Et c'est peut-être aussi le reproche que je fais un peu à ce document qui a été présenté par la Commission: et bien non, il ne faut pas attendre 18 mois quand quelqu'un est au chômage, il faut prendre des mesures le plus rapidement possible, il faut agir vite, le plus vite possible, parce que, effectivement, si on attend 18 mois déjà, on a perdu beaucoup de temps, beaucoup trop de temps.

C'est dans ce contexte qu'interviennent d'ailleurs les travaux sur la proposition de recommandation du Conseil relative aux chômeurs de longue durée. La présidence luxembourgeoise souhaite que le Conseil parvienne à un accord politique lors de la session du Conseil EPSCO de décembre. Un débat d'orientation sur cette proposition a déjà eu lieu lors de la session du Conseil EPSCO d'octobre.

Vous l'avez signalé, il faut effectivement moderniser, adapter et renforcer nos services publics de l'emploi, qui souvent démissionnent face aux chômeurs de longue durée parce qu'ils ont l'impression qu'il n'y a plus grand chose à faire, donc ces personnes sont un peu délaissées. Et il est important de développer une approche, peut-être pas exactement identique, mais comparable à ce qu'on a mis en œuvre avec la garantie pour la jeunesse.

Alors, il ne faut pas uniquement compter sur des marchés du travail plus fluides pour réinsérer ces demandeurs d'emploi. Il faut leur construire de vraies passerelles vers l'emploi. La création d'emplois spécifiques qui faciliteraient leur réinsertion devra être promue, y compris des emplois dans le secteur public. Investir plutôt dans l'emploi que dans l'inactivité, parce qu'inactivité rime avec exclusion, avec détresse, avec précarité, avec pauvreté.

Pensons aussi aux familles, aux enfants, vous l'avez bien dit. Je pense aussi à l'économie sociale et solidaire, qui a un rôle, précisément, spécifique à jouer pour réinsérer les chômeurs de longue durée, parce qu'elle obéit à d'autres règles et qu'elle peut agir à ce niveau. Et je fais d'ailleurs référence aux projets d'innovation sociale du programme EaSI de la Commission pour mieux utiliser les moyens de réinsérer les chômeurs de longue durée.

Donc, je crois qu'il y a différentes approches: création d'emplois, investissements dans la formation, investissements dans la requalification, soutien social – c'est important aussi parce que, souvent, le chômeur de longue durée n'a plus de revenus ou a des revenus très faibles, a des problèmes de logement, et là, le cercle vicieux va prendre une tournure extrêmement dangereuse.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

David Casa, *fisem il-grupp PPE*. – Ahna konxji mill-fatt li dawk li ilhom minghajr impjieg ghal żmien twil jiffaċċjaw hafna ostakoli. Kif qal il-President tal-Kumitat tiegħi, id-deputat Händel, dawn l-ostakoli jistgħu jkunu jew nuqqas ta' snajja', jew nuqqas ta' edukazzjoni, faqar, kundizzjonijiet psikosoċjali, esklużjoni soċjali, nuqqas ta' tahrig jew ineffiċjenza fl-aċċess ta' informazzjoni jew għal servizz ta' impjieg.

Issa smajt lil Ministru jitkellem hawn, kważi kważi għandi aptit inpoġġi bil-qieghda għax, dak kollu li qal il-Ministru, naqblu miegħu, però l-verità meta ser nibdew naraw dawn in-numri nizlin. Ejjew ma nitkellmex anzi fuq numri, ejja nibdew nitkellmu fuq individwi, nafu pereżempju li l-qgħad fuq bażi ta' terminu twil, irdoppja mill-2007 sal-lum. Allura għandna problema, għandek haddiema pereżempju illi nqatgħu mir-reġistru, ma jistgħux jirreġistraw, x'ha naghmlu biex ahna lil dawn il-haddiema li mhumex qegħdin jirreġistraw għax-xogħol inkunu qegħdin hemmhekk nindivdwalizza-whom u ntuhom ghajnuna individwalizzata mhux iktar bi skemi li jolqtu biss lil dawk li forsi huma ftit iktar ixxurtjati, rridu naraw kif nagħtu attenzjoni rapida, kif qal il-Ministru, ta' malajr, mhux inhallu lil dak li jkun jistenna fit-tul, għaliex inkella, jekk inhallu haddiema jistennu fit-tul biex intuhom ix-xogħol, x'jista' jigi? Jitilfu l-fiduċja fihom infushom illi jistgħu jidhlu fid-dinja tax-xogħol. U din hija nahseb l-ikbar problema illi qed jiffaċċjaw dawn in-nies illi mghandhomx xogħol fl-Unjoni Ewropea, u allura, iva nhegġeg għal aktar koordinazzjoni, inhegġeg għal aktar effiċjenza anka minn naha tagħna, anka minn naha tal-Kummissjoni, anka minn naha tal-Kunsill, għaliex saru wisq studju, qed isiru wisq studju, analizi, però issa ejja ngħaddu għal fatti, għaliex dawn in-nies sakemm ahna qed nistudjaw, sakemm ahna qed nanalizzaw għadhom bla xogħol u qed ibatu huma u l-familji tagħhom, allura nistenna din id-darba azzjoni u mhux studji u paroli iktar.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Javi López, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora Presidenta, hay doce millones de europeos que viven y han vivido durante estos últimos años en la frustración, en la desesperanza, y hoy viven en la desesperación, absoluta desesperación. Eso es lo que significa el paro de larga duración. Doce millones, más del doble de los que teníamos antes de la crisis económica de 2007. No han parado de crecer y, en algunos países —como en el mío, en España— tenemos más de tres millones de personas en paro de larga duración.

Y los efectos son enormes, negativos, muy muy negativos; efectos económicos, porque deterioramos mucho capital humano; efectos sociales, porque empujamos, arrastramos, a millones de personas hacia la pobreza, la marginalidad o la exclusión social; efectos sobre la salud, la salud pública, con enorme deterioro también el ámbito psicosocial, y una enorme dificultad para volver al mercado laboral, muy difícil, y con secuelas de por vida una vez entran en el mercado laboral.

Por eso, la Comisión Europea ha planteado una recomendación, un plan de trabajo, un marco de trabajo que es positivo. Por eso también el Consejo se ha dirigido a nosotros hoy con las palabras del ministro —al que doy la bienvenida—, que comparto, pero todo lo que hagamos no será suficiente mientras tengamos este problema delante.

Por eso, desde el Grupo socialista, lo que pedimos es, en primer lugar, que haya más recursos, como hemos tenido para algunos sectores, como para la juventud, para el paro juvenil; en segundo, que dediquemos más esfuerzos a la detección, el registro: hay mucha gente que se ha rendido, es invisible; tercero, que personalizemos nuestra actuación: no es lo mismo un paro de larga duración de más de 45 años que de menos de 25 años; y que combinemos políticas activas de empleo con políticas sociales, porque es tan importante la capacitación de la persona como el entorno social, y nunca al precio de tener un empleo precario.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jana Žitňanská, za skupinu ECR – Viaceré členské štáty, a medzi nimi, žiaľ, aj Slovensko, majú vážny problém. Sme na popredných miestach v Európe v počte dlhodobo nezamestnaných ľudí v aktívnom veku. Zlá správa je, že tento problém usmernením Rady neodstránime. Odstránime ho najmä lepším vzdelávaním či vytváraním podmienok pre podnikanie a odstraňovaním bariér pre ľudí, ktorí tvoria pracovné miesta. Usmernenie Rady ale môže problém zmierniť a presne takto ho treba aj chápať. Ako snahu o zlepšenie kvality podporných služieb pre ľudí bez práce.

Nezabúdajme tiež, že pri práci s nezamestnanými často dosahujú najlepšie výsledky tí, ktorí pracujú priamo s komunitami v teréne a majú ich dôveru. Budem preto podporovať zapojenie takýchto aktívnych starostov či motivovaných mimovládnych organizácií pri začleňovaní nezamestnaných, rovnako ako vyzývať členské štáty na posilnenie kvality a kapacity ľudských zdrojov, ktoré dlhodobo nezamestnaným pomáhajú zaradiť sa do pracovného života.

Yana Toom, on behalf of the ALDE Group. – Madam President, the fight against long-term unemployment is a great challenge to all Member States as this phenomenon is harmful to economic and social development. The ALDE Group supports the initiative by the Commission on the integration of long-term unemployed people into the labour market and the three main elements of the proposal.

Fighting unemployment requires more efficiency, consistency and cooperation regarding the integration of the long-term unemployed. An individual approach, assessing people's abilities and needs, is also crucial, and a written job integration agreement can be beneficial. However, on the basis of some negative experiences of the European Youth Guarantee, we call on the Member States to consider regional differences. In some regions the fight against unemployment is limited by the narrowness of the local labour market. This problem may be addressed by creating a favourable business environment, especially for small and medium-sized enterprises.

Unfortunately, labour taxation systems in some Member States do little to promote the creation of new jobs.

Another important aspect of the fight against long-term unemployment is labour-force mobility at three levels – regional, national and EU. There should be no obstacles to freedom of movement in the European Union, and the Commission should react swiftly where it sees such obstacles. For instance, in the Baltic region, workers' freedom of movement is compromised by disproportionate professional linguistic requirements. The fight against long-term unemployment is heavily dependent on the ability of both the Commission and Member States to cooperate in an efficient way. There should be no artificial obstacles for job seekers on national labour markets.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Andrejs Mamikins (S&D), zilās kartītes jautājums. – Paldies Toom kundze, ka Jūs pieņēmt manu zilās kartītes jautājumu. Jūs runājat par valodas prasībām attiecībā uz bezdarbniekiem. Varbūt Jūs 30 sekunžu laikā varētu plašāk pastāstīt, kādas prasības tiek īstenotas — tā es sapratu — Jūsu dzimtajā zemē Igaunijā? Paldies!

Yana Toom (ALDE), blue-card answer. – I will just give you one short example: taxi drivers in the city of Narva, where we have 87% Russian speakers, have to speak Estonian on B1 level. At the same time, they do not have Estonian-speaking people using these taxis and they are not able to do this exam. It means that they are unemployed or, in the worst cases, unemployed in the long term.

Paloma López Bermejo, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señora Presidenta, quiero agradecer el trabajo colectivo que se ha venido haciendo sobre este tema y que ha permitido perfilar los ejes de una estrategia para intentar acabar con el desempleo de larga duración.

Para nosotros son importantes dos puntos. El primero, de naturaleza estructural y dirigido directamente al Consejo, es remarcar que los países con una mayor tasa de desempleo de larga duración son los más afectados por las políticas de austeridad y la competencia generada entre Estados miembros, que ha contribuido a un deterioro virulento del empleo y de las condiciones de vida desde el inicio de la crisis.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Señor Schmit, compartimos el diagnóstico, pero con las políticas aplicadas, el paro de larga duración no ha dejado de crecer. Por tanto, lo que queremos es revertir las políticas neoliberales; si no, no podremos encontrar una solución a este grave problema. Sean valientes, planten cara al sistema financiero, no pasa nada. Y comiencen a hablar de reparto del tiempo de trabajo, de expansión del sector público, de refuerzo y de recursos para la protección social.

El segundo eje es el de la implementación de políticas activas que sean realmente eficaces, y creo que en esto comparto mucho con mis compañeros en este Parlamento. No deben repetirse los errores que ya se han sucedido en la implementación de la Garantía Juvenil. Deben asegurarse recursos públicos, asegurar la disponibilidad de fondos europeos, especialmente en aquellos países que sufren los recortes, y estos fondos deben emplearse de modo eficaz, lo que exige la participación de los interlocutores sociales...

(La Presidenta interrumpe a la oradora)

Karima Delli, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, chers collègues, s'attaquer au chômage des jeunes, aussi, s'attaquer surtout au chômage de longue durée en Europe est un défi colossal, mais pour y arriver, mieux vaut s'en donner les moyens et là, ce n'est pas le cas. J'ai entendu M. Juncker, j'ai entendu M. Hollande, devant les syndicats européens, ils disent tous: «Europe sociale», mais ils n'ont que ce mot à la bouche et derrière, il n'y a rien! Alors moi, je leur dis: chiche, c'est maintenant! Voilà la première chose.

Alors, je ne comprends pas pourquoi, aujourd'hui, nous nous contentons d'un débat, d'une recommandation du Conseil, qui ne contraint pas les États membres à en suivre le contenu. Nous avons vu les limites de cette méthode avec la garantie pour la jeunesse. Quand on laisse le champ libre aux États, ils ne font rien ou si peu. Oui, vous avez raison, nous avons besoin d'une initiative européenne.

Vous parlez de concret, allons-y dans le concret! Nous avons parlé du plan Juncker, nous avons parlé des plans d'investissement, aujourd'hui, pas de nouvelles! On parle de la Chine, qui pourrait peut-être investir dans le plan Juncker. Est-ce que c'est sérieux? Vous parlez réellement des vraies questions, Monsieur le Ministre. Mais nous ne pourrions pas régler cette question du chômage si nous ne nous occupons pas du dumping social, du dumping fiscal, parce que derrière le dumping fiscal, nous avons l'argent pour créer les emplois d'avenir.

Et je termine, parce que c'est là où c'est le plus important: création d'emplois. Nous sommes à un mois du sommet de la dernière chance pour sauver le climat, la COP 21. À nous de réconcilier l'économie et le climat, l'économie et l'écologie, de mettre le paquet sur les énergies renouvelables, l'économie sociale et solidaire. Bâtissons ensemble une politique européenne industrielle avec de nouveaux outils, parce que c'est là qu'il y aura des emplois locaux non délocalisables pour les citoyens et les citoyennes.

Laura Agea, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ministro Dombrovskis, ministro Schmit, ci siamo svegliati tardi, spero che ne siate consapevoli – non so se ha voglia di ascoltarmi. Siamo al collasso, perché abbiamo aspettato di vedere un dato come 12 milioni di cittadini europei che sono ridotti allo stremo delle forze e alla fame, e replicheremo un modello come quello della garanzia per i giovani, che voi sapete benissimo che è stato un fallimento totale perché gli Stati che lo hanno implementato hanno mancato. Hanno mancato nell'organizzazione.

Mi spiega e mi spiegate in che maniera vogliamo riqualificare i disoccupati di lungo termine, che magari hanno 45-50 anni e una famiglia, con un corso di formazione pagato 4 euro all'ora? È questo quello che voi volete fare? Perché io mi domando: è garantire la dignità? Lei ha parlato di famiglie. Bene, una famiglia con 4 euro all'ora di corso di formazione non ci sfama i figli.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Agnes Jongerius (S&D). – Normaal is het eerste wat je vraagt wanneer je iemand nieuw ontmoet: “Wie ben je en wat voor werk doe je?”. Werk voorziet mensen van een inkomen maar verschaft ze ook een identiteit en leidt tot voldoening en ontplooiing. Mensen raken dus veel kwijt als ze hun werk verliezen. Ik ben dan ook enorm blij met het initiatief van de Commissie om de langdurige werkloosheid aan te pakken en met de uitgesproken ambitie om iedereen aan het werk te helpen. Ook de steun van de Raad verheugt mij. Ik ben blij met de overeenkomst voor arbeidsintegratie, maar vraag mij wel af hoe we daar invulling aan gaan geven. Hoe zorgen we namelijk voor kwalitatief goede banen waar mensen ook van kunnen leven? Het lijkt mij helder dat de Commissie voor voldoende financiering moet zorgen en dat die financiering snel en gemakkelijk ter beschikking moet komen van de lidstaten, net zoals nu gebeurt met het jeugdininitiatief.

Mijn grootste punt van zorg is dat terwijl de economie weer uit het dal kruipt, het aantal banen achterblijft. Tegelijkertijd zien we dat bedrijven geld oppotten en ook nog belastingafdrachten op zak proberen te houden. Bedrijven moeten naar mijn idee ook hun verantwoordelijkheid nemen voor het creëren van banen.

Vandaar mijn vraag: welke maatregelen gaan de Commissie en de Raad nemen om zowel de lidstaten als het bedrijfsleven aan te sporen om meer banen beschikbaar te stellen. Ik ben blij dat de minister zegt dat de overheid moet investeren, maar ik verwacht ook een investering van het gewone bedrijfsleven.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Realistycznie trzeba przyznać, że wśród osób dotkniętych długotrwałym bezrobociem jest grupa, dla której samo wzbudzenie motywacji do podjęcia pracy jest trudne, a nawet niemożliwe, że osoby te nie mają chęci poprawy swojej sytuacji życiowej i w istocie niewiele można dla nich zrobić. Innym jednak można pomóc, sięgając po lepsze metody. Wymaga to celowych nakładów i zindywidualizowanego zastosowania wiedzy socjologicznej i psychologicznej. Niecelowe są tak często oferowane ogólne szkolenia, np. obsługi komputerów czy asertywności. Należy szkolić ludzi w wyspecjalizowanych dziedzinach i szkolenia takie powinny mieć o wiele bardziej zindywidualizowany, powiedziałabym, inteligentny charakter. Należy zasadniczo zmienić sposób oceny efektywności urzędów pracy i innych ośrodków szkolących bezrobotnych. Miarą powinny być rzeczywiste rezultaty w aktywizacji zawodowej bezrobotnych.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL). – Senhora Presidente, os trabalhadores desempregados de longa duração são um alvo fácil das políticas que querem tornar a mão-de-obra mais barata e mais explorada. Se um trabalhador está mais de doze ou dezoito meses sem estar empregado, já se deveria sentir muito feliz com qualquer migalha. É este o pensamento de governos, como o anterior governo de direita do meu país, que criou um programa de estágios para desempregados de longa duração, contribuindo diretamente para a substituição de emprego com direitos por emprego precário, para a redução direta dos salários e, ainda por cima, subsidiando essa redução dos salários com dinheiros da Segurança Social. Ora, este é o exemplo que não se deve seguir.

É urgente dinamizar setores da economia, como a indústria, que criem postos de trabalho, mas é necessário também que seja cumprido o princípio de que a um posto trabalho permanente corresponde um vínculo efetivo de trabalho e que todos estes modelos trabalho precário sejam convertidos em contratos efetivos quando correspondem a necessidades permanentes. Parece simples e óbvio. Então, porque não se faz?

(A oradora aceita responder a uma pergunta «cartão azul» (artigo 162.º, n.º 8, do Regimento).)

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Nem akarom Önt hergelni egy picit sem, tehát érzem az elkötelezettségét, de csak hogy egy példát mondjak: el tudja Ön azt képzelni, hogy Magyarországon, az én hazámban, a magyar kormány olyan közmunkaprogramokat bonyolít, amely óradíja 1 eurónál is kevesebb? El tudja ezt képzelni?

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), resposta segundo o procedimento «cartão azul». – Senhor Szanyi, é precisamente desse tipo de trabalho que estava a falar, ou seja, trabalho que corresponde a necessidades permanentes, nomeadamente na administração pública, e que é pago de forma diferente dos demais trabalhadores, e os trabalhadores de longa duração são um alvo preferencial para este tipo de exploração.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jane Collins (EFDD). – Madam President, the British Government defines long-term unemployment as someone who is out of work for 12 months or more. However, I am sure that many families and individuals view this definition as far too lengthy.

Over the last six years, long-term unemployment in Europe has swelled. Around half of Europe's 25 million unemployed have been jobless for over a year. Over 12% have not worked for more than four years. The EU writes legislation which pushes up the price of energy and sets renewable targets which do not provide a secure future for any sort of industry, let alone heavy industry.

The British taxpayer will end up picking up the bill for the extra people who find themselves unemployed again. The north of England suffered under the Conservatives during the 1980s and 1990s, and is doing so again. The 'northern powerhouse' promised by David Cameron is a total myth, and it is a Brussels powerhouse that we should worry about and have to deal with.

Siôn Simon (S&D). – Madam President, there are 50 000 long-term unemployed people in my constituency of the West Midlands, and 50% of long-term unemployed people in the UK are from black, Asian and minority ethnic backgrounds. I thought, well 50% – that is a lot. When I sat down to read the papers for this debate I thought I would turn to the section on the 50% – the black, Asian and minority ethnic long-term unemployed – and see what the Council and the Commission and Parliament have to say about them. I thought I would make a cup of tea as it was going to be a long section, since this is very important.

But no. No section! Actually no sentence; not a word about the black, Asian and minority ethnic people that make up 50% of the long-term unemployed people in the United Kingdom. I thought, well that is odd, as there are all the black, Asian and minority ethnic people who work for the Commission and the Council – except, oh no, there are none! These are white institutions that do not care about black unemployment!

Elena Gentile (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nell'intreccio delle tante vicende di privazione del diritto al lavoro, quella dei disoccupati di lunga durata racconta storie drammatiche di nuove povertà. Dodici milioni di lavoratori senza lavoro, un esercito di nuovi poveri, un grande capitale umano che rischia di smarrire competenze e capacità di lavoro.

Tocca a noi, tocca all'Europa, costruire le premesse grazie alle quali il segmento più dolente della platea dei disoccupati potrà essere utilmente ricollocato nel sistema d'impresa. Occorre promuovere una visione moderna delle politiche attive del lavoro rivedendo l'impianto delle infrastrutture delle competenze del sistema pubblico e privato di ricollocazione dei lavoratori, oggi ancora inadeguato.

I piani di sviluppo e di crescita devono connettersi con le politiche attive per il lavoro, assecondando i nuovi fabbisogni formativi. Insomma servono politiche intelligenti che dialoghino e costruiscano un avamposto moderno per la crescita, partendo appunto dal capitale umano. Dunque siamo alla vigilia di grandi scelte che interessano l'Europa. Dentro una visione non onirica dello sviluppo, a partire dalle suggestioni offerte anche dalle nuove economie, si impone un cambiamento di rotta che la raccomandazione del Consiglio certamente incoraggia.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Ilgalaikio nedarbo mes tikrai neįveiksime, jei nesugebėsime bedarbiams pasiūlyti kokybiškų darbo vietų. Todėl pirmiausiai labai svarbu visokeriopai skatinti investicijas į kokybiškas darbo vietas. Antra, iš tikrųjų yra labai svarbu teikti tam tikras paskatas ir darbdaviams, kad jie priimtų ilgą laiką nedirbusius žmones į tas kokybiškas darbo vietas.

Ilgalaikio nedarbo mes neįveiksime, jei kantriai ir nuosekliai nedirbsime su kiekvienu bedarbiu individualiai, nes šie žmonės yra praradę bet kokią motyvaciją dirbti, praradę profesinius gebėjimus, todėl į juos reikia ypatingai daug investuoti. Pagaliau, reikia tuos žmones ir suregistruoti, kad mes iš tikrųjų žinotume kiek jų yra, kad su jais galėtume dirbti. Ir būtina skatinti tuos pačius bedarbius dirbti, o ne gyventi iš socialinių pašalpų. Taigi klausimų daug. Atsakymai – jūsų rankose ir darbuose.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrter Herr Kommissar. Ich komme es Österreich, einem Land, das des Öfteren als positives Beispiel genannt wird, wenn es um die Langzeitarbeitslosigkeitsquote gilt.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Uns sind die 1,5 Prozent Langzeitarbeitslose natürlich auch zu viel, aber im Verhältnis zu Griechenland, wo wir von 19,5 Prozent sprechen, ist es dann doch um einiges besser. Langzeitarbeitslosigkeit hat also sehr viel mit der Krise zu tun. Jene Länder, die krisengebeutelte sind, haben die höchste Langzeitarbeitslosigkeitsquote. Aber natürlich ist in Österreich auch nicht alles so rosig. Auch wir haben in Summe die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg.

Aber ich möchte auf ein Element hinweisen, das besonders positiv ist und das auch sehr gut ist für einen Prozentsatz an Langzeitarbeitslosen, und dementsprechend europäisch noch viel stärker aufgegriffen werden soll, in den Papieren aber auch gelebt werden soll – und das ist Sozialpartnerschaft.

Wir haben flächendeckende Kollektivverträge, und wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer wirklich ernsthaft am Tisch sitzen und verhandeln, dann können sie auch das Thema Langzeitarbeitslosigkeit besser lösen.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ Gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Andreas Schwab (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Präsidentin, Frau Kollegin Regner! Ich habe sehr aufmerksam Ihren Ausführungen zugehört, die sich sehr stark auf Österreich bezogen haben.

Ihnen als Sozialdemokratin ist sicherlich auch das dänische Beispiel bekannt. Vielleicht können Sie auch Dinge nennen, die Ihnen am dänischen Beispiel – wo ja momentan eine sozialdemokratische Premierministerin regiert – positiv auffallen.

Evelyn Regner (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Sehr geehrter Herr Schwab! Ich sage Ihnen Folgendes: In die dänische Innenpolitik möchte ich mich nicht einmischen. Ich weiß nur, welche Elemente auf europäischer Ebene sicherlich gut sind, und dazu gehört eindeutig die Sozialpartnerschaft.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, voglio utilizzare il mio minuto di tempo per esprimere un concetto chiaro e semplice. La proposta della Commissione europea sulla disoccupazione di lungo periodo contiene degli elementi positivi, ma può produrre risultati solo se diventa un elemento complementare agli strumenti già esistenti per far fronte alla crisi occupazionale in Europa, su tutti la Garanzia per i giovani e l'iniziativa a favore dell'occupazione giovanile.

Urge dunque lanciare quest'iniziativa facendo tesoro dell'esperienza della Garanzia per i giovani sul territorio, evitando la lentezza e gli errori che sono stati anche evidenziati nella risoluzione che voteremo domani, così come urge potenziare gli strumenti, anche finanziari, a sostegno della lotta contro la disoccupazione giovanile di lungo periodo.

Guardiamo alla revisione di medio periodo del quadro finanziario pluriennale, inserita nel programma di lavoro della Commissione presentato ieri, come all'opportunità da accogliere per plasmare una strategia complessiva di lotta alla disoccupazione, che sappia ricucire il tessuto sociale nei paesi europei e tra i paesi europei senza peggiorare la dimensione intergenerazionale della crisi economica. I dati sono ancora molto preoccupanti, non dimentichiamocelo.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Laura Agea (EFDD), *domanda «cartellino blu»*. – Collega Benifei, brevemente e senza polemica: come possono essere attuate misure a sostegno dei disoccupati di lungo periodo quando – lei lo sa bene – in un paese come il nostro mancano forme di protezione sociale che rendano possibile una riqualificazione e una ricollocazione dei disoccupati di lungo periodo? Come possiamo sostenerli prima di reinserirli nel mondo del lavoro? Quali sono, secondo lei, le forme e gli strumenti per sostenere queste persone?

Brando Benifei (S&D), *risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Io credo, in particolare, che si debbano sottolineare due aspetti. Rispetto all'Italia, in particolare, che era al centro della domanda, c'è da proseguire un lavoro già iniziato in questi mesi con l'ultimo decreto attuativo di una riforma del nostro paese, il cosiddetto *Jobs Act*, che riguarda la riforma dei centri per l'impiego e dei servizi per il lavoro. La funzionalità di queste strutture è fondamentale ed è al centro anche di molte raccomandazioni europee. Oltre a questo, strumenti di *welfare* europeo sono necessari: penso, per esempio, all'indennità di disoccupazione per l'area euro.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Catch-the-eye-Verfahren

Seán Kelly (PPE). – Madam President, Mr Schmit on behalf of the Council spoke in very robust and impassioned terms about the long-term unemployed. Much of what he said makes sense: the difficulties with qualifications, skills, older people getting a job and the need for lifelong learning. But I think his portrayal was somewhat one-dimensional: as well as those who want to work there are also those amongst the long-term unemployed who do not want work and others who cannot work. Regarding those who do not want to work – my own Prime Minister Enda Kenny referred to that subject at the EPP meeting in Madrid last week and he said that we have to make work pay because in too many instances people can actually earn more by not working than by working, and that makes no sense. Of course, for those who cannot work, often because of disability or circumstances, we have to look at innovative ways, maybe part-time work etc., to give them the opportunity to get self-worth and self-esteem. I do not think that we should forget those people either among the long-term unemployed.

Richard Sulík (ECR). – Herr Präsident! Es ist schon rührend, wie hier über die Langzeitarbeitslosigkeit diskutiert wird. Nur, man muss sich die Länder anschauen, in denen überhaupt die größte Arbeitslosigkeit ist. Das ist in Griechenland, in Spanien, in Portugal – in Ländern, die eine viel zu starke Währung haben. Die Eurozone beziehungsweise die Europäische Kommission versucht, diese sogenannte innere Abwertung zu erzwingen. Man sieht, dass das nicht funktioniert. Das Ergebnis ist: Da werden ganze Volkswirtschaften vernichtet, weil sie einfach eine viel zu starke Währung haben. Es werden zig Milliarden, Hunderte von Milliarden Euro ausgegeben, um diese viel zu starke Währung Euro in diesen Volkswirtschaften zu halten. Das ist aber wie eine Zwangsjacke. Die Länder werden so lange diese große Arbeitslosigkeit und auch Langzeitarbeitslosigkeit haben, solange sie diese starke Währung haben.

Die Präsidentin. – Danke sehr. Kurz zur Erklärung: Ich nehme pro Fraktion nur einen Redner oder eine Rednerin für das *Catch-the-eye*-Verfahren an, und jene, die im *Catch-the-eye*-Verfahren vorher noch nicht gesprochen haben.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Nicolas Schmit, président en exercice du Conseil. — Madame la Présidente, je voudrais d'abord remercier l'auteur de la question, mais aussi le Parlement pour ce débat extrêmement stimulant. En effet, cette question du chômage de longue durée est une question qu'il faudra intégrer, et qui est d'ailleurs intégrée dans les procédures et les actions du Semestre européen.

Il faut effectivement inciter les pays qui connaissent des niveaux élevés de chômage, surtout de longue durée, à mettre en œuvre des solutions, des actions et des politiques adaptées. Il est vrai qu'il y a des gens qui ne veulent pas, qui ne peuvent pas travailler, ce sont des catégories qui existent; il faudrait peut-être voir aussi, si le travail ne paie pas, à adapter ce déséquilibre entre les avantages sociaux, d'un côté, et les salaires, de l'autre, car il est vrai que le problème existe.

Il ne faut pas non plus tout attendre du Conseil, parce qu'en fait, les vraies politiques en matière d'emploi se passent d'abord au niveau de chaque État membre. Il faudra bien sûr mieux agencer les politiques nationales, d'un côté, et les actions de l'Union européenne, de l'autre. Je crois que c'est aussi le sens de cette recommandation proposée par la Commission. Cette recommandation consiste à mettre à l'ordre du jour ce problème qui nous préoccupe tous. Mais les politiques nécessitent aussi des ressources, et ce sont surtout les pays qui n'ont pas de ressources, qui connaissent des difficultés budgétaires, qui ont besoin d'aide dans ce domaine. Et je crois qu'à l'instar de ce que nous avons fait en faveur de la garantie pour la jeunesse, avec la mise en œuvre d'actions ciblées sur les pays où le taux de chômage des jeunes est particulièrement élevé – qui sont en général ceux qui ont également les plus gros problèmes budgétaires –, il faudra aussi envisager de cibler les ressources sur les pays qui connaissent les difficultés les plus importantes au niveau du chômage de longue durée.

Je crois que le Fonds social européen devrait intégrer une vraie dimension de lutte contre le chômage de longue durée. Nous sommes tous d'accord que pour faire travailler un chômeur de longue durée, il faut créer des emplois et que la politique économique est concernée au premier chef. S'il n'y a pas création d'emplois, s'il n'y a pas de croissance, s'il n'y a pas de demande, s'il n'y a pas d'investissements, il n'y aura pas d'emplois, et le chômage va devenir un chômage de plus en plus important et de plus en plus structurel.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Il convient bien sûr aussi de responsabiliser les employeurs dans leurs actions – et je crois que cela fait également partie de leur responsabilité sociale –, mais il faut peut-être aussi que les autorités aident les employeurs à embaucher des demandeurs d'emploi de longue durée, à travers des aides ou des mesures spécifiques.

Je n'aime pas trop citer mon pays en exemple, mais je vais lancer vendredi une nouvelle mesure, qui m'a d'ailleurs été suggérée par la recommandation de la Commission, en créant un vrai contrat de réinsertion pour les catégories les plus vulnérables, pour essayer de ramener ces personnes vers l'emploi et, bien sûr, accorder des aides aux entreprises qui embauchent ces personnes. En même temps, je vais permettre à ces entreprises de disposer aussi de mesures d'encadrement de ces personnes, de formation, etc.

Je crois donc qu'il faut aider les employeurs, les inciter, mais aussi faire appel à leur responsabilité pour donner une chance aux chômeurs de longue durée, parce que ce dont nous parlons en fait, c'est aussi d'un aspect du modèle social européen, c'est de la cohésion sociale, parce que ce nombre de personnes – douze millions – représente une plaie dans les sociétés européennes.

Die Präsidentin. – Zum Abschluss der Aussprache wurden gemäß Artikel 128 Absatz 5 der Geschäftsordnung ein Entschließungsantrag eingereicht.

Die Aussprache ist damit geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 29. Oktober 2015, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – La crisi economica è all'origine di un elevatissimo numero di disoccupati e, in ragione della chiusura o ridimensionamento di aziende storiche, in molti casi si tratta di persone che difficilmente hanno gli strumenti per confrontarsi sul mondo del lavoro attuale e riqualificarsi. È quindi fondamentale attirare l'attenzione sull'importanza di un intervento mirato, che si adatti alle diverse realtà sociali ed occupazionali. Importanti sono anche, in quest'ottica, gli incentivi offerti ai datori di lavoro affinché assumano disoccupati di lungo periodo, in modo che nessuno rimanga escluso troppo tempo dal mondo del lavoro. La prospettiva è quella di segnalare al Consiglio l'importanza di un apporto mirato, che si adatti ai bisogni specifici emersi in ragione della crescita esponenziale della disoccupazione avvenuta nell'ultimo decennio.

Therese Comodini Cachia (PPE), in writing. – Long-term unemployment has significant negative social and economic consequences. It can lead to skills depreciation, loss of motivation and higher incidence of health problems. Long-term unemployment is one of the most important causes of poverty. Long-term unemployed people are often facing reluctance from potential employers and consequently lower career advancement prospects. Many of them, unemployed for a year or more, risk leaving the labour market altogether. Workers with low qualifications, third country nationals, and people with disabilities are disproportionately affected. The diversity of situations requires support tailored to the needs of each person. This trend needs to be reversed to ensure that the long-term unemployed can benefit from the economic recovery. Tackling long-term unemployment can contribute to sustainable growth and would reduce the impact of higher social assistance. We need to open a way out of poverty for both the workers affected and their families. Besides ensuring adequate financial support from the European Social Fund, we need effective administrative measures. The EU needs to assist Member States to exchange good practices to improve their policies and services focusing on better assessment of the unemployed person's skills and designing a personalised job integration agreement.

Neena Gill (S&D), in writing. – I would like to grasp this opportunity to urge for action on the steel crisis taking place in the UK and my region of the West Midlands that risks driving hundreds of thousands into unemployment. 1 700 jobs are in the balance in Caparo, coming on top of around 6 000 jobs that were lost nationwide, including in Tata Steel. That is not to mention 100 000s of people working in the Midlands supply chain. This has not developed overnight, yet the UK Government failed to prevent this social bloodbath. EU funding is available to support the affected workers, but the Tories failed to apply.

Still, there are other ways in which the EU can and should help: it should swiftly grant state aid approval so the industry can receive compensation for high energy prices – especially given the Tories are hiding behind the Commission rather than securing retrospective EU approval later. The EU should also take a firm stance against China dumping steel on our markets. 42 companies have shown interest in taking over Caparo, but we can only prevent a similar tragedy from happening again if we address these structural problems. Here, the EU has a key role to play where the government is failing to step up to the plate.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Problem długotrwałego bezrobocia dotyczy wszystkich krajów członkowskich, a wyzwania z nim związane są niezwykle trudne. Tym bardziej cieszę się, że podjęta została próba stworzenia kompleksowego podejścia do tego tematu na szczeblu europejskim. Mimo iż odsetek długotrwale bezrobotnych różni się znacznie w państwach członkowskich, to w całej Unii grupa ta jest dość heterogeniczna i uważam, że możliwe jest wypracowanie jednolitej strategii. Uważam za ważne, aby Komisja, równocześnie z innymi działaniami, skupiła się na budowaniu potencjału kompetentnych, dobrze przygotowanych kadr w publicznych służbach zatrudnienia. Jest to bardzo ważna kwestia szczególnie w kontekście tworzenia „pojedynczych punktów kontaktowych” – w wielu krajach członkowskich będzie to nowe podejście, a przygotowanie punktów będzie wymagało sporych nakładów czasu i środków na szkolenia. Z nadzieją czekam więc na przedstawienie kolejnych, konkretnych propozycji ze strony Komisji.

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie*. – Wiele krajów w różny sposób próbuje sobie poradzić ze zjawiskiem długotrwałego bezrobocia, jednak jak do tej pory nie znaleziono idealnej odpowiedzi na to wyzwanie. Jestem przekonana, że tak jak w przypadku wielu innych problemów, tak w przypadku długoterminowego bezrobocia kluczową kwestią jest powstawanie nowych miejsc pracy. Tylko wówczas, kiedy gospodarka europejska będzie rosła w sposób zrównoważony i stabilny, będziemy w stanie poprawić wskaźniki zatrudnienia. To wiąże się natomiast z tworzeniem przyjaznych warunków dla inwestorów i firm i na tym państwa członkowskie powinny się skupić. Drugą równie istotną kwestią jest odpowiednie i spersonalizowane wsparcie dla osób długotrwale bezrobotnych. Bardziej efektywne i zdecentralizowane służby zatrudnienia są częścią odpowiedzi na to wyzwanie. Bardzo ważna jest także aktywizacja osób bezrobotnych poprzez adresowanie do nich rozwiązań dostosowanych do ich potrzeb, a także do sytuacji na lokalnych rynkach pracy. W tym kontekście niezbędne są także reformy strukturalne, które dostosują rynki pracy do nowych wyzwań, a także, tak często ostatnio podkreślana, lepsza współpraca pomiędzy służbami zatrudnienia a instytucjami edukacyjnymi. Osoby długotrwale bezrobotne, oprócz wsparcia i poczucia własnej wartości, potrzebują odpowiednich umiejętności i kwalifikacji, na które panuje obecnie popyt na rynkach lokalnych.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Nagy öröm, hogy javaslatom alapján a jelenlegi szövegtervezet előkészítése során a koordinátorok akceptálták azt, hogy az Európai Tanács számára, Európai Parlament által elfogadandó határozatba bekerült az, hogy a jelenlegi alapszerződésnek tisztelete mellett a helyi, regionális viszonyokat is figyelembe kell venni a hosszú távú munkanélküliség elleni harcban. Ez az üzenet különösen fontos, hiszen az Európai Tanács következő, foglalkoztatáspolitikai témában tartandó tanácskozásához fogalmaz meg ajánlásokat a hosszú távú munkanélküliség kezelése érdekében.

A határozat újszerűsége abban nyilvánul meg, hogy az Unió végre-valahára felismerte, hogy a hosszú ideje munka nélkül lévő, több mint 10 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, hiszen számuk és arányuk az utóbbi években, különösen a pénzügyi és államadósság-válság következményeként jelentősen megnőtt. A határozat konkrét EU-tagállamokat is nevesít, ahol különösen súlyos a foglalkoztatási válság: Portugália, Szlovákia, Horvátország, Spanyolország és Görögország. Magyarország velük szemben jelentősen tudta növelni a foglalkoztatást az utóbbi években és az uniós átlag alatt tudta tartani a több, mint egy éve munkát kereső polgárok számát, ami nagy eredmény, de még mindig nem dőlhetünk hátra és tovább kell dolgoznunk és mindenféle megoldásra nyitottnak kell maradni.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Kontynuacja i intensyfikacja działań w zakresie przeciwdziałania długotrwałemu bezrobociu jest kluczowa, zwłaszcza ze względu na brak wyraźnych postępów w tym zakresie. W moim kraju osoby długotrwale bezrobotne stanowią prawie 50% osób pozostających bez pracy. Konsekwencją długotrwałego bezrobocia często jest ubóstwo i wykluczenie społeczne, co jeszcze bardziej izoluje ludzi od rynku pracy. W kontekście walki z długotrwałym bezrobociem zwracam uwagę na efektywność programów kształcenia skierowanych do osób długotrwale bezrobotnych. Często zwracają się do mnie osoby, które przechodziły liczne kursy edukacyjno-zawodowe i które pomimo wielu zdobytych dodatkowo umiejętności w dalszym ciągu nie mogą znaleźć pracy. Aby przeciwdziałać takim przypadkom, potrzebujemy bardziej efektywnych narzędzi aktywizacji bezrobotnych oraz wsparcia w tym zakresie dla publicznych służb zatrudnienia. Proponowane programy zawodowe i szkolenia dla długotrwale bezrobotnych powinny uwzględniać możliwość odbycia praktyk i stażów w danej dziedzinie. Takie podejście pozwoli bezrobotnemu zweryfikować swoje umiejętności, zdobyć często już wymagane na danym stanowisku doświadczenie, nabrać pewności siebie oraz zwiększyć tym samym swoje szanse na zatrudnienie.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Η χρηματοοικονομική κρίση του 2008 και οι πολιτικές λιτότητας που επιβλήθηκαν στη συνέχεια οδήγησαν τις χώρες της Ευρώπης σε πρωτοφανή ποσοστά ανεργίας, τα οποία πλήττουν κυρίως τις χώρες του Ευρωπαϊκού Νότου. Συγκεκριμένα, σύμφωνα με τη Eurostat, η Ελλάδα βρίσκεται πρώτη στην κατάταξη, με το υψηλότερο ποσοστό μακροχρόνιας ανεργίας (25,6%), ακολουθεί η Ισπανία με 22,5%, ενώ η Γερμανία κατέχει από τα χαμηλότερα ποσοστά (4,7%). Σε απόλυτους αριθμούς οι μακροχρόνια άνεργοι ανέρχονται σε 12 εκατομμύρια. Για να μειωθεί η μακροχρόνια ανεργία, πρέπει η ΕΕ να εγκαταλείψει τις πολιτικές λιτότητας. Επίσης, οι πόροι που διαθέτει η ΕΕ για τη μείωση της ανεργίας είναι ψίχουλα, μόνο 18,8 δισ. ευρώ. Επιπλέον, για τις χώρες του υπερχρεωμένου ευρωπαϊκού Νότου και ειδικότερα για την Ελλάδα δεν θα

Mittwoch, 28. Oktober 2015

υπάρξουν επενδύσεις, εάν δεν γίνει ρύθμιση του χρέους. Και αυτό μπορεί να γίνει με διαγραφή του επονείδιστου χρέους.

Jutta Steinruck (S&D), schriftlich. – Offenbar hat die Kommission endlich die Zeichen der Zeit erkannt. Statt die Beihilfen zur Bewältigung der Krise immer weiter zu kürzen, werden hier endlich konkrete Vorschläge gemacht. Dafür ist es höchste Zeit, denn das Problem der lange währenden Arbeitslosigkeit in Europa ist akuter denn je. Fast die Hälfte der 23 Millionen Arbeitslosen in Europa war in den letzten zwölf Monaten und darüber hinaus ohne Arbeit. Die Statistiken zeigen klar: Je länger die Arbeitslosigkeit anhält, desto schwerer fällt den Menschen der Wiedereinstieg in das Berufsleben. Dabei dürfen wir die psychosozialen Risiken der Langzeitarbeitslosigkeit nicht vergessen. Arbeitslosigkeit bedeutet in vielen Fällen auch Ausgrenzung. Für viele ist es deshalb nicht genug, einfach nur wieder einen Beruf zu erlangen. Hier braucht es gute Vorbereitungen und Unterstützung beim Wiedereinstieg ins Berufsleben. Ein starker sozialer Dialog ist daher umso wichtiger. Gut ausgebildete Arbeitnehmer fallen nicht vom Himmel. Deshalb sind auch die Arbeitgeber gefragt, für nachhaltige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu sorgen.

16. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird kurz unterbrochen.)

17. Strategie Europa 2020: Perspektiven und Bilanz (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zur Strategie Europa 2020: Perspektiven und Bilanz (2015/2904(RSP)).

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Madam President, honourable Members of Parliament, the Europe 2020 Strategy was launched in 2010 as an EU strategy to deliver smart, sustainable and inclusive growth for Europe. It set out five ambitious targets for the EU to achieve by 2020 in the fields of employment, research and development, climate change and energy, education, and the fight against poverty and social exclusion.

More than that, the Europe 2020 Strategy has guided the strategic choices of the Commission's work. The Strategy announced the creation of the European Semester, which has become a powerful instrument to provide guidance for the Member States in their structural reforms and sustainable fiscal policies.

The Strategy also guides EU spending. It has set the direction when preparing the 2014-2020 Multiannual Financial Framework, when programming European structural and investment funds and when launching new funding programmes at EU level. A clear example is the creation of the Horizon 2020 Programme, with substantial increases in research, development and innovation funding.

However, Europe 2020 has not always been successful in giving Member States the tools to achieve their objectives. Europe 2020 should not be a process imposed by the EU, but a method for common prosperity. Therefore, full ownership at EU and national level is key to its implementation. This requires the Commission to work more closely with Member States. The European Council needs to be fully involved and to share ownership of Europe's long-term growth strategy. The European Parliament and the national parliaments are vital partners. Engagement with, and ownership by, civil society and businesses is also important.

The reflection on the Europe 2020 Strategy is ongoing and we are looking into making the best use of the existing Strategy – improving its implementation and monitoring in the context of the European Semester. At the same time we need to reflect on, and develop, a longer-term vision. Therefore, we will present next year a new long-term strategy for jobs and growth, looking beyond the 2020 horizon. With this approach we are ensuring economic growth and social and environmental sustainability beyond the 2020 framework. In this work we are taking into account the Europe 2020 review and the internal and external implementation of the United Nations' Sustainable Development Goals.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Die Präsidentin. – Bevor ich nun dem ersten Redner für die EVP-Fraktion das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass ich jetzt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit keine „blauen Karten“ mehr akzeptieren werde, weil die Sitzung sonst viel länger als bis 23 Uhr dauern wird und das wollen wir doch nicht.

Andreas Schwab, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident Dombrovskis, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin, ich hatte schon befürchtet, Sie wollten die Sitzung erneut unterbrechen. Aber wenn es nur darum geht, keine weiteren Redner auf die Liste zu nehmen, habe ich überhaupt kein Problem damit.

Herr Vizepräsident, lieber Valdis Dombrovskis! Die Ziele für die Europa-2020-Strategie waren breit, sie waren langfristig, und wir sehen doch immer wieder, dass sie im täglichen Kleinklein der Arbeiten bei der Gesetzgebung in allen Bereichen ein Stück weit in Vergessenheit geraten. Teilweise waren die Ziele auch deshalb bisher schwer zu erreichen, weil sie natürlich die notwendige Flexibilität aufgewiesen haben, die solche längerfristigen Strategien generell kennzeichnen. Deswegen müssen wir uns vor allem an den Zielen entlanghangeln, die tatsächlich auch messbar für den Erfolg der Europäischen Union sind und im europäischen Binnenmarkt herangezogen werden können. Das Drei-Prozent-Ziel für die Investitionen in Forschung und Entwicklung ist ein häufig unterschätztes Element für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und für die Stärkung der sozialen Marktwirtschaft in der Europäischen Union, weil wir sehen, dass weltweit Volkswirtschaften, die in hohem Maße in Forschung und Entwicklung investieren, deutlich besser dastehen als andere. Deswegen, lieber Vizepräsident, lieber Valdis Dombrovskis, müssen wir, wenn wir am Ende tatsächlich die Europa-2020-Strategie in den nächsten Monaten neu beleben wollen, wenn wir ihr wieder einen weiteren Baustein hinzufügen wollen mit den Vorschlägen von Kollegin Marianne Thyssen, Forschung und Entwicklung zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in den Mittelpunkt stellen.

Maria João Rodrigues, on behalf of the S&D Group. – Madam President, I would say to Vice-President Dombrovskis that it is really important for us that the European Strategy for growth and jobs be relaunched. It has disappeared from our radars, but Europe really needs a bolder strategy for growth and jobs.

Europe 2020 should be updated to take into account the new challenges. We believe that what is at stake now is not only energy transition but also promoting a circular economy and providing new kinds of jobs because of that; what is at stake is not only to promote digital telecommunications but the full range of new services, products and the new jobs connected with this; what is at stake is not only to strengthen R&D but to turn R&D into real innovative services and products, and finally, in the social dimension, we believe that beyond quality jobs we also need to tackle social inequalities.

So Europe 2020 should be updated like that. But then we are concerned with the means to implement this, because the lesson of the past is that bold visions were not matched by the proper means. So we believe that the European investment plan should be made a central engine to implement the Europe 2020 Strategy, and we also believe that the European Semester should provide the coordination of economic and social policies which we need to deliver the Europe 2020 Strategy properly.

So my question for you, Mr Vice-President, is the following: so far, we have a kind of divorce between the Europe 2020 Strategy on the one hand and the European Semester on the other, and we need to marry them again, I would say, so this means that the next European Semester cycle should take fully on board the Europe 2020 targets, should take fully on board Europe 2020 goals when encouraging Member States to prepare their national reform programmes, and then the country-specific recommendations should push in the same direction. We believe this is a central problem to be solved, to reconnect the European Semester with the Europe 2020 Strategy.

Richard Sulík, za skupinu ECR – Základný cieľ stratégie 2020, ktorá teda už platí od roku 2010, tak medzi tieto základné ciele patrí zvýšenie zamestnanosti zo 70 na 75 %, realita je 68. Zníženie počtu chudobných zo 116 miliónov na 96, realita je 121. Takisto zvýšenie počtu vysokoškolských vzdelaných ľudí na 40 %, výsledok je, že dnes môžete s nimi zametať ulice pomaly. Stratégia Európa 2020 zlyhala. Európa by dnes nebola o nič horšie na tom, keby žiadna stratégia neexistovala. Je to aj preto, lebo stratégia má protichodné ciele – chcete znižovať nezamestnanosť, zároveň zvyšovať klimatické ciele a podobne. Pán komisár, navrhujem, odpustite si celú stratégiu, venujte sa dôležitejším veciam. Toto divadlo Európa nepotrebuje.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, when we went to launch the Europe 2020 Strategy I saw it as a chance. To be honest, I think that we missed the opportunity, and I will tell you why. For me, the Strategy is a document that really focuses on absolutely key issues, provides the necessary means, provides tools and monitors, creates benchmarks and has some kind of internal review. In fact, what we got out of Europe 2020 was, if not shopping list, a Christmas tree. Everyone had to be happy. Everyone contributed, and we again created a compromise.

I really appreciate what you have said, that the strategy has met certain objectives, and that it did help. You mentioned guiding EU spending: I think if we look at EFSI it also reflects that. But I would also like to emphasise what you have said, and that is that you will be preparing a longer-term vision for next year. This is once again an opportunity, but I think that this time we cannot afford to miss the opportunity. We should be looking for absolutely key priorities – a limited range – create the resources, have the right tools and have the courage. Also, when you speak of ownership on behalf of the European Council, I could not agree more. But what we have today is a Strategy which was too much owned by the European Council. I know that the Commission missed out on the opportunity to be a little bit more pushy, courageous and address the topical issues, but then the European Council created a document about which, shortly after it was approved, colleagues both from the Commission and the Council kept telling me ‘We did not want that! This is not a good document’, and we need to avoid that situation. So my plea would be to focus on the key issues, both on growth and creating jobs, adjusted to the needs of this year – post-recession, post-crisis – to tackle exactly the areas that will contribute to growth. Some of them were mentioned by colleagues; some of them might not have been mentioned. I would invite you to enter into a real dialogue with us in preparing it, because I think that it does not have to be just ownership of the European Council, it has to be a co-ownership by the European Parliament, and we will come to you with concrete ideas.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Νεοκλής Συλικιώτης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Επίτροπε, για ποια στρατηγική μιλούμε, όταν οι λαοί της Ευρώπης βιώνουν σήμερα αυτή την κατάσταση; Η οικονομική κρίση εμφάνισε τις ανισότητες στην Ένωση, ενώ τα σκληρά μέτρα απορρύθμισαν τις εργασιακές σχέσεις, ξήλωσαν το κοινωνικό κράτος και ξεπούλησαν τον δημόσιο πλούτο. Το ποσοστό της φτώχειας αυξάνεται συνεχώς, οι αριθμοί φωνάζουν την πραγματικότητα: 123 εκατομμύρια Ευρωπαίοι ζουν κάτω από το όριο της φτώχειας, εκ των οποίων 26 εκατομμύρια είναι παιδιά και νέοι.

Μονάχα στην Κύπρο, παρ’ όλο που εφαρμόζονται σκληρές μνημονιακές πολιτικές, ένας στους τέσσερις ανθρώπους είναι αντιμετώπος με τη φτώχεια και η παιδική φτώχεια βρίσκεται στο 27% . Τα ίδια προβλήματα αντιμετωπίζει και η Ελλάδα και η Ισπανία και η Πορτογαλία και η Ιρλανδία, παρ’ όλο που οι δύο τελευταίες χώρες θεωρητικά βγήκαν από τα μνημόνια, ενώ συνεχίζονται οι ίδιες πολιτικές .

Δεν είναι βέβαια καθόλου τυχαίο που το 1% του πληθυσμού της Ευρώπης κατέχει σήμερα το 1/3 του πλούτου της. Όσο ο πλούτος συγκεντρώνεται στα χέρια των λίγων, το χάσμα και οι ανισότητες αυξάνονται. Γι’ αυτό η πολιτική συνοχής δεν πρέπει να αποτελέσει εργαλείο της στρατηγικής «ΕΕ 2020», η οποία προβλέπει ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας, των ευέλικτων μορφών απασχόλησης και των ιδιωτικοποιήσεων. Είναι σημαντικό να μην υπάρχει ευθυγράμμιση της πολιτικής συνοχής με το πλαίσιο της ενιαίας οικονομικής διακυβέρνησης, διαφορετικά τα κράτη θα εκβιάζονται να ακολουθούν τα σκληρά μέτρα λιτότητας που προβλέπει το ευρωπαϊκό εξάμηνο, ώστε να μη διακοπτεί η χρηματοδοτική τους στήριξη. Σε τέτοια περίπτωση η πολιτικής συνοχής θα εξουδετερωθεί εντελώς.

Χρειάζεται, κύριε Επίτροπε, να προωθήσουμε μια νέα κοινωνική αναπτυξιακή πολιτική, να στηριχτούν οι δημόσιες επενδύσεις, να χρηματοδοτηθούν έργα τα οποία να ανταποκρίνονται στις ανάγκες της κοινωνίας και να συμβάλλουν στη δημιουργία νέων ποιοτικών θέσεων εργασίας. Μονάχα έτσι θα καταπολεμήσουμε τις οικονομικές, κοινωνικές και τις εδαφικές ανισότητες που υπάρχουν στην Ευρώπη. Γι’ αυτό, κύριε Επίτροπε, θεωρούμε ότι πρέπει να αλλάξουμε ρότα, μια στρατηγική πρέπει να έχει στόχους για την κοινωνική ευημερία, πρέπει να έχει στόχους για περισσότερες δημόσιες επενδύσεις, πρέπει και να έχει στόχους για οικονομική συνοχή και ανάπτυξη.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jean Lambert, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I welcome the review of the 2020 Strategy. The very fact that we are even having a debate ahead of it is an improvement on where it came from, where Parliament had to fight to find a way into have any sort of sense of ownership with it – let alone wider civil society, social partners and others that were supposed to be engaged – so I hope that we manage a very good and broad consultation on this.

I also very much welcome the linking with the new Sustainable Development Goals (SDGs), because I think that gives us some new sets of dimensions, not least a more global one. The SDG on sustainable consumption and production, which links to the proposals coming up on the circular economy, will be important in terms of how this fits with sustainability within the European Union and really develops the ideas on new skills for new jobs, issues around just transition, and indeed the investment that others have spoken of.

However, I would say that I think that targets are important. One of the things that we have learned in this process is that, if there is not a target and if it is not measured, it is not visible. The anti-poverty target has been very important and should not be forgotten, even if we want to consider framing that now more in terms of reducing inequalities and looking at what we are doing there to improve our societies overall.

Jane Collins, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, here we are again in Strasbourg, having travelled to this building that we occupy only 50 days a year, at a cost of millions to the taxpayer, discussing another strategy for growth and jobs – when it is EU legislation from this building that has cost my constituents in Scunthorpe and Rotherham their jobs.

The obsessive green agenda has led to increased energy prices. Even the outgoing boss at Tata Steel in Scunthorpe has said those levies cost them 130 million a year. Thanks to our EU membership the British Government's hand is well and truly shoved up its back. Now we are even using Swedish steel to make British military equipment: steel that defeated Hitler is no longer good enough for our armed forces.

I say we should ignore the Commission and put our own people first. If Brussels does not want us to have a steel industry, it is something we can talk about after the referendum in 2017. I imagine that conversation is going to be very brief, as polls keep showing us a win for 'leave'.

Przewodniczący. – Przewodnicząca Lunacek– moja poprzedniczka – stwierdziła, że nie będzie procedury niebieskiej kartki, ponieważ jest bardzo późno. Nie wypada mi tego zmieniać.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η «Ευρώπη 2020» αντανakλά τις προτεραιότητες του ευρωπαϊκού κεφαλαίου για ακόμα ευνοϊκότερο πλαίσιο αύξησης της κερδοφορίας και της ανταγωνιστικότητάς του με αξιοποίηση της καινοτομίας· ενεργειακή ένωση, κλιματική αλλαγή, ενοποίηση ψηφιακής και τραπεζικής αγοράς, περαιτέρω παράδοση της παιδείας και της υγείας στο μεγάλο κεφάλαιο.

Τα αντεργατικά μέτρα και τα μνημόνια που προωθούνται από Ευρωπαϊκή Ένωση και κυβερνήσεις δεν αποτελούν μια πρόσκαιρη παρέκκλιση. Είναι εργαλείο διάρκειας για να ικανοποιηθούν οι ανάγκες του κεφαλαίου για κερδοφορία. Η ανισομετρία είναι όπως και οι οξυμμένοι ανταγωνισμοί συνυφασμένοι με τον καπιταλιστικό δρόμο ανάπτυξης. Η εμβάθυνση της ΟΝΕ με το κείμενο των πέντε προέδρων σημαίνει την ισχυροποίηση των μηχανισμών της αντιλαϊκής στρατηγικής κεφαλαίου-Ευρωπαϊκής Ένωσης με μέτρα όπως το δημοσιονομικό συμβούλιο, την ενίσχυση του Eurogroup, την ενίσχυση της εποπτείας και την κλιμάκωση της αντεργατικής επίθεσης.

Το παράδειγμα της Ελλάδας με το τρίτο αριστερό μνημόνιο του ΣΥΡΙΖΑ αποδεικνύει ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση και ο καπιταλισμός μόνο χειρότεροι μπορούν να γίνουν. Μόνος δρόμος για τον λαό είναι να γίνει ιδιοκτήτης του πλούτου που παράγει. Σε αυτό τον δρόμο θα αποδεσμευτεί από την Ευρωπαϊκή Ένωση, θα διαγράψει μονομερώς το χρέος.

Krišjānis Kariņš (PPE). – Priekšsēdētāja kungs, komisāra kungs! Pirms pieciem gadiem mēs Eiropas Savienībā izvirzījām ļoti lielus mērķus, ko gribam sasniegt līdz 2020. gadam.

Es šobrīd runāšu tikai par vienu no šiem mērķiem. Par to, ka mēs gribam palielināt investīcijas zinātnei un attīstībai līdz 3 % no Eiropas iekšzemes kopprodukta. Kur mēs šobrīd esam? Mēs esam tikai pie apmēram 2 % no iekšzemes kopprodukta ieguldījumiem zinātnei un attīstībai. Un es uzskatu, ka šī mums ir problēma.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Kāpēc tā ir problēma? Eiropā mēs neatrodamies vakuumā. Mēs neesam pašpietiekami, arī visiem gandrīz 550 miljoniem, kas mums ir. Eiropas Savienība konkurē ar Amerikas Savienotajām Valstīm, ar Ķīnu un ar visu pārējo pasauli. Un kur notiek šī konkurence, un kā viņa notiek visāsākā veidā? Tieši ar precēm, produktiem, kas ir ražoti ar augstu pievienoto vērtību jeb balstīti uz augstajām tehnoloģijām. Un lai šīs tehnoloģijas būtu, ir jābūt tai zinātnes bāzei.

Tātad, lai palielinātu savu konkurenci, mums ir nopietni jāpievērš uzmanība tam, ka šai naudai zinātnei un attīstībai ir jābūt, izmantojot tādas programmas kā "Apvārnis 2020".

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Vice-presidente, é evidente, e a comissão reconhece, que os primeiros cinco anos da aplicação das Estratégia Europa 2020 falharam, a estratégia para o crescimento perdeu influência e viu-se submersa pelo foco dado à política orçamental. Verificou-se um excesso de foco financeiro e uma enorme falta de foco económico. Corrigir este desequilíbrio tem que ser a prioridade da revisão da Estratégia Europa 2020 e, para o fazer, temos que ser ambiciosos e audazes.

A combinação da União da Energia e da União Digital é um desses caminhos. A combinação inteligente da União da Energia e da União Digital é um caminho de desenvolvimento sustentável em que a União Europeia pode liderar. Essa liderança significa uma nova visão sobre o futuro do mundo, baseado na aposta na investigação científica, na inovação, no emprego qualificado e nos novos modelos de organização social e de mobilidade.

Não ousar, nos breves segundos desta intervenção, descrever essa visão. Sintetizo-a numa ideia que gostava que inspirasse a revisão da Estratégia 2020. Temos que concretizar uma estratégia para as pessoas e, para começar, devemos pôr as pessoas a discutir a estratégia. Façamos deste processo um processo inspirador para o futuro da União Europeia.

David Casa (PPE). – Irrid nibda billi nerringrazzja l-Kummissarju tal-hsibijiet u l-analizi tieghu.

Ir-revizjoni ta' nofs it-terminu hija importanti ferm sabiex nanalizzaw is-sitwazzjoni u l-qagħda tal-miri li ttina l-Ewropa 2020 u li din suppost kellha tilhaq. Nahseb li l-konsultazzjoni pubblika li kien hemm is-sena l-oħra wriet li hemm bżonn li naghmlu iktar biex titjeb is-sitwazzjoni u li niehdu l-messaġġi illi ahna rċevajna. Fil-każ tal-partit tiegħi, il-Partit Popolari Ewropew, it-tkabbir u l-impjieg huma prijorità fuq l-aġenda tagħna. Ahna qegħdin nahdmu sabiex nilhqu l-oġettivi tagħna b'mod sostenibbli u responsabbli. Ahna wkoll, b'dan il-mod, qegħdin insostnu l-ambjent illi jkun iktar soċjalment ġust, u għalhekk adattajna għal modi godda li saru disponibbli bl-avvanz tat-teknoloġija.

Sfortunatament, il-kriżi finanzjarja ta' dan l-aħħar snin kienet daqqa ta' harta fejn jidhlu l-impjieg u l-oġettivi ta' tkabbir speċjalment fit-tnaqqis tal-faqar u l-eskluzjoni soċjali. Fost il-hames oġettivi ambizzjużi li għandna quddiemna, attenzjoni speċjali għandha tingħata fuq it-tkabbir tax-xogħol, l-edukazzjoni u l-inkluzjoni soċjali. Ma sarx biżżejjed f'dawn l-oqsma u nemmen li mingħajr governanza ekonomika b'saħħitha, li tgħin biex tmexxi 'l quddiem l-ekonomija tagħna, ma jkunx possibbli li nilhqu l-oġettivi li kienu ppjanati permezz ta' din l-istrategija.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io credo che l'idea di riproporre una strategia di lungo periodo sia condivisibile. Però non si può parlare del futuro senza trarre qualche insegnamento dal passato e bisogna dire con franchezza che l'esperienza fatta in questi cinque anni che abbiamo alle spalle, relativa alla strategia Europa 2020, è stata fallimentare. Gli obiettivi ambiziosi indicati non sono stati realizzati, perché nel frattempo la crisi penalizzava tutte le economie dei paesi europei e faceva aumentare la disoccupazione e la sofferenza delle persone. Dunque bisogna immaginare la possibilità di correggere cammin facendo anche il punto di vista che si è definito inizialmente.

E poi vanno individuate le priorità. Non a caso, i miei colleghi hanno parlato ripetutamente di ricerca, sviluppo e innovazione, che erano il cuore della proposta di Lisbona del 2000. Pensi quanto tempo è passato senza risultati concreti. La crescita e la competitività si devono basare sulla ricerca e l'innovazione, e dall'altra parte bisogna proteggere i cittadini. Le protezioni sociali danno coesione e la coesione è uno straordinario fattore di competitività, come ci hanno insegnato gli anni che abbiamo alle spalle e nei quali molti paesi, usando la coesione, hanno fatto forte la loro economia.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Lambert van Nistelrooij (PPE). – Commissioner, today in a long, long vote – we have already voted on the Ruas report on the Europe 2020 Strategy and the Structural and Investment Funds and the European Semester, which concerns about one third of our European EU budget.

We have concluded that this investment in the real economy forms the main investment budget for attaining the Europe 2020 objectives. Up until 2020 we have some EUR 460 billion, including co-financing, available for growth and jobs, and, as I said before about research and development, there will, for the first time, be EUR 43 billion available for that goal under the Structural Funds.

But for all that the Europe 2020 Strategy is, like the Lisbon Strategy, in danger of missing its objectives. The Europe 2020 strategy needs to change from a highly top-down approach to a bottom-up approach. This will be discussed at the Seventh Knowledge and Innovation Summit in December, innovation, that is, leading to a pact, a pact on innovation, an approach to which Commissioners Moedas and Katainen have already committed themselves. This will really connect industrial regions and cities and education and knowledge institutes with citizens and provide a platform for specific projects.

The EU project being pursued by this Juncker Commission hardly reaches citizens. That is why this approach is needed and I think that we can introduce it into the upcoming debate.

Simona Bonafè (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a metà percorso della strategia Europa 2020, in occasione della sua revisione, ha fatto bene, Vicepresidente, ad ammettere che non proprio tutto ha funzionato. È giusto porci degli obiettivi di lungo termine, di lungo periodo: a noi è chiesta «visione». Però dobbiamo anche mettere in campo azioni coerenti per raggiungere gli obiettivi che ci diamo. Per esempio se vogliamo una crescita, come abbiamo detto, intelligente, sostenibile e inclusiva e se vogliamo aumentare l'occupazione al 75%, non possiamo poi attuare per anni, in una fase economica recessiva, solo politiche di *austerità* che di fatto hanno bloccato la competitività e lo sviluppo del nostro sistema.

Come ha detto molto bene l'onorevole Rodriguez, il semestre europeo era stato concepito come il motore di questa strategia per la crescita economica e l'occupazione e oggi invece è diventato soprattutto il mezzo per verificare se gli Stati hanno fatto bene i compiti a casa sugli obiettivi di consolidamento fiscale e di bilancio.

Dobbiamo imparare dal passato e dagli errori che abbiamo commesso in passato. Oggi abbiamo davanti nuovi strumenti per la crescita e gli investimenti pubblici, a partire dal piano Juncker, ma anche nuove sfide. Mi riferisco a quella migratoria, ma anche alla transizione verso un'economia circolare. Ecco, mi auguro che nella revisione e nell'aggiornamento della strategia si tenga conto di tutto questo.

Krystyna Łybacka (S&D). – Panie Przewodniczący! W strategii „Europa 2020” zostały wyodrębnione dwa cele edukacyjne. Pierwszy z nich to zmniejszenie odsetka młodzieży, która przedwcześnie kończy edukację, do poziomu poniżej 10%. I to jest cel, który nie budzi żadnych wątpliwości. Drugi z tych celów to zwiększenie do 40% odsetka młodzieży z wyższym wykształceniem do 2020 r. i w zakresie w tego celu jesteśmy bardzo blisko osiągnięcia formalnego poziomu, ponieważ w 2014 r. średnia unijna wynosiła prawie 38%.

Jednak problem polega na tym, że ci młodzi ludzie nie znajdują pracy zgodnie ze swoim akademickim wykształceniem. To oczywiście rodzi ich frustrację. Stąd pytanie do pana komisarza: czy nie uważa pan, że formalne osiągnięcie celu będzie bezużyteczne, jeśli nie zadbamy o wysoką jakość edukacji, o jej spójność z potrzebami rynku pracy, a przede wszystkim o tworzenie miejsc pracy?

Agnes Jongerius (S&D). – De sociale kloof in Europa neemt toe, tussen jong en oud, tussen de zuidelijke en de noordelijke lidstaten. Ook worden 26 miljoen kinderen en jongeren in de Europese Unie bedreigd door armoede en sociale uitsluiting. Dat staat in de socialerechtvaardigheidsindex die gisteren is gepresenteerd. Armoedebestrijding is eigenlijk, net zoals de Europa 2020-strategie, een verwaarloosd kind geworden. We liggen ver achter op schema en door de bezuinigingsmaatregelen is de situatie eigenlijk alleen maar erger geworden. Dat is voor kinderen des te erger omdat armoede een leven lang doorwerkt.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Daarom wil ik weten wat de Commissie gaat doen om de vernieuwde Europa 2020-strategie in te zetten als een middel om mensen weerbaarder te maken. Hoe worden die doelstellingen onderdeel van de sociale pijler en welke concrete acties gaat de Commissie ondernemen om de armoededoelstelling te halen en de vicieuze cirkel van armoede voor gezinnen te doorbreken?

Tibor Szanyi (S&D). – Az európai polgárok szemében a lisszaboni stratégia kudarcának lényege a hatékony és szociálisan igazságos válságkezelés, ezen belül a tömeges és érdemi munkahelyteremtés elmaradása volt. Az elmúlt öt év tapasztalatai azt bizonyítják, hogy az EU versenyképességét és gazdasági fellendülését leginkább – tagállamonként persze eltérő súllyal – a korrupció és az adócsalás és az adóelkerülés egymással összefonódó gyakorlata veszélyezteti. Az EU egésze számára súlyos kihívást jelent, hogy ez némelyik tagállamban kormányzati szinten is érvényesül, sőt szinte intézményesült, és jelentős uniós és nemzeti eszközöket vontak el fontos társadalmi céloktól. Ezért is elengedhetetlen, hogy az EU-2020 követelményrendszere keretében a kormányok hatékony fellépése kiemelten jelenjen meg a korrupció és az adóelkerülés minden formája és szintje ellen.

Neena Gill (S&D). – Mr President, ‘history will judge us by the difference we make in the everyday lives of children’, to quote Nelson Mandela and, let me add, ‘young people’. They are still paying the price of the economic and debt crises. The study already referred to yesterday underscores the point. In the EU, 26 million children and young people are threatened by poverty and social exclusion. This is a reality that we are painfully aware of in the UK, in the same way as elsewhere in Europe.

We have 750 000 young people out of a job and they are three times more likely to be unemployed than the rest of the population, the largest gap in more than 20 years. So let this review should be a wake-up call to get our priorities right. Yes, we do have a Youth Guarantee, but more needs to be done.

If the Commission had a more ambitious reform of economic governance rules that gave employment and the social agenda a higher priority, at least one that put them on par with economic and fiscal governance, then we might get some progress. The same goes for the migration crisis, which has to be one of our EU 2020 goals, because only an ambitious humanistic approach can resolve this and make a difference.

Siôn Simon (S&D). – Mr President, 1 700 jobs in my constituency in the West Midlands are seriously threatened by the collapse of Caparo Steel. Are these naturally threatened, outdated jobs in a declining industry? No, there are actually lots and lots – dozens, we hear – of potential buyers for these businesses, because these are very competitive, often high-tech, good businesses. So why has Caparo Steel collapsed, we ask? Well, not because the businesses are not competitive: it has collapsed because of price, because of dumping on the international market that the UK Government and our institutions here are not doing anything about.

Let the Commission have strength in this matter. Let us not confuse competitiveness with price, and let us not compete on price, because we cannot. Let us compete on the competitiveness that we should pride ourselves on.

Pytania z sali

Seán Kelly (PPE). – Mr President, there is nothing wrong with the 2020 targets. In fact, in the general sense, we are not doing too badly in trying to reach them, especially in the areas of employment, R&D, greenhouse gas emissions and education. I think they are all reachable by 2020.

Two areas where we are not doing too well, and some have referred to this, are, firstly, poverty and social exclusion – that certainly has to be looked at and we have to redouble our efforts to reach our targets in that area – and, secondly, an area of importance to me particularly, energy efficiency. This is a win-win. But we are not doing enough, particularly in the area of housing. I think we need to incentivise customers, householders, young people and, of course, developers to build energy-efficient houses. That is a win-win for everybody in the long term.

One other target which I think we should add – as the Commission was talking about reducing bureaucracy and red tape – is a target to reduce it by 20% by 2020. That would also be a very good idea.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, παρά τους φιλόδοξους στόχους της στρατηγικής «ΕΕ 2020» για απασχόληση, έρευνα & ανάπτυξη και χτύπημα του κοινωνικού αποκλεισμού και της φτώχειας, μέχρι στιγμής η Ευρωπαϊκή Ένωση αντί να πλησιάζει τους στόχους αυτούς απομακρύνεται.

Συγκεκριμένα, στις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου και κυρίως στην Ελλάδα, τη στιγμή που η Ευρωπαϊκή Ένωση κάνει λόγο για οικονομική ανάπτυξη, επιβάλλει ακόμη πιο αυστηρά μέτρα λιτότητας στον ελληνικό λαό. Ταυτόχρονα, στην Ελλάδα το ποσοστό ανεργίας ανγγίζει το 25% σημειώνοντας ραγδαία αύξηση από το 2012, ενώ το ποσοστό ανεργίας των νέων ξεπερνά το 50%. Βλέπουμε επομένως ότι η μερκελική λιτότητα αντί για ανάπτυξη έχει φέρει ακόμη υψηλότερα ποσοστά ανεργίας στην Ελλάδα και δεν έχει προωθήσει στο ελάχιστο την ανάπτυξη σε τομείς όπως η υγεία, η εκπαίδευση και η έρευνα, που υποτίθεται ότι αποτελούν στόχους της στρατηγικής «ΕΕ 2020».

Για να υπάρξει ανάπτυξη στις χώρες του υπερχρεωμένου ευρωπαϊκού Νότου και στην Ελλάδα, πρέπει να εγκαταλειφθεί η πολιτική της λιτότητας και να διαγραφεί το υπέρογκο επονείδιστο χρέος, και αυτό το μήνυμα στέλνει σύσσωμος ο ελληνικός λαός στην τρόικα και στους τοκογλύφους δανειστές.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a Estratégia UE 2020, na linha do que já antes sucedera com a Estratégia de Lisboa, não respondeu aos graves problemas que enfrentamos. Pelo contrário, as políticas contidas nestas estratégias são responsáveis por esses mesmos problemas. Abandonou-se o objetivo do pleno emprego e o da erradicação da pobreza. A prioridade foi para os interesses dos grandes grupos económicos e financeiros. Degradou-se a situação social e laboral, a pobreza e a exclusão social atingiram níveis inaceitáveis, a precariedade o desemprego generalizaram-se, aumentou a exploração, as liberalizações e privatizações de setores estratégicos e de serviços públicos – serviços financeiros, energia, transportes, serviços postais e outros.

É tempo de mudar de políticas, é tempo de resolver seriamente os problemas sociais que a Europa enfrenta, é tempo de acabar com o garrote da dívida, da governação económica, do Semestre Europeu, do Tratado Orçamental.

É tempo de recuperar o controlo público, democrático, sobre empresas de setores estratégicos da economia.

É tempo de ressuscitar o investimento público produtivo, criar emprego, criar riqueza, distribuir, de uma forma socialmente justa, a riqueza criada.

Barbara Kappel (ENF). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission! Europa 2020 ist eine Strategie aus dem Jahr 2010, die nachhaltiges, integratives und intelligentes Wachstum schaffen sollte.

Rechtzeitig zur Zwischenbilanz wurde im letzten Jahr, im Rahmen einer öffentlichen Konsultation eine Evaluierung der fünf Kernpunkte Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klima und Energie, Bildung und Armutsbekämpfung vorgenommen. Leider müssen wir feststellen, dass diese Evaluierung zu einem nicht wirklich guten Ergebnis kam, denn bei einigen Kernpunkten liegt Europa im Moment zur Halbzeit nicht besonders gut. Es herrscht allerhöchster Handlungsbedarf, wenn man hier aufholen will.

Da ist zum einen die Beschäftigungsquote: Da will man 75 % erreichen. Hier ist Handlungsbedarf geboten, es wird eher schlechter als besser, hier müssen wir nachlegen.

Nicht so schlecht sieht es bei Forschung und Entwicklung aus, schlecht allerdings schaut es aus bei den Klimazielen, Treibhausgasemissionen, erneuerbare Energie und Energieeffizienz. Auch hier sind höchste Anstrengungen geboten. Vielleicht schafft man es jetzt in Paris bei der COP21, verbindliche Ziele festzulegen.

Ebenso ist im Bereich der Armutsbekämpfung wenig passiert. Auch im Bereich der Hochschulabschlüsse: Die Zahl von 40 % Prozent wurde nicht erreicht. Wir haben Handlungsbedarf – lassen Sie uns handeln.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já chci na začátku svého vystoupení pouze vyjádřit údiv nad tím, že pan komisař je zde po celou dobu, a zatímco někteří poslanci na něj vznášejí dotazy a kritické poznámky a pak po svém příspěvku odejdou. To mně připadá trochu neucitlivé, že ani nevyčkají na reakci pana komisaře.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Já bych chtěl říci, že samozřejmě evropská strategie pro růst a zaměstnanost potřebuje svojí aktualizaci. Ty cíle jsou stanoveny správně, ale je zjevné, že je potřeba je aktualizovat vzhledem ke změně situaci. Já se domnívám, že potřebujeme propojovat hybatele růstu. Potřebujeme posilovat jejich partnerství, abychom skutečně dosáhli těch cílů, které jsou uvedeny ve strategii, a chci upozornit na to, že i zpráva pana Blanco Lópeze, kterou jsme dnes schvalovali, obsahuje právě i odvolání na neustálou platnost této strategie EU 2020.

Koniec pytań z sali

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, I wish to thank Members for this debate. The European Commission's political guidance provides a clear roadmap and a guide for action that is perfectly consistent and compatible with the Europe 2020 Strategy, which remains fully valid as our long-term strategy for jobs and growth.

The Commission will therefore implement the 2020 Strategy focusing on concrete tools and deliveries, which underpin the current multiannual financial framework and the European Structural and Investment Funds, with the European Semester as an implementation and monitoring tool.

The Europe 2020 Strategy and the political guidelines are two sides of the same coin. The first sets out the medium to long-term vision and the latter provides a clear roadmap to guide the way. It is evident that these two must be coherent and interact well with each other. The political guidelines are constantly complemented and updated to meet new challenges as the Five Presidents' Report and the Commission's responses to new challenges, such as the current migration crisis, show. The Strategy, however, provides strategic guidance when the EU enters uncharted waters beyond the priorities of the coming year.

At the same time, reflection will continue on the vision beyond 2020 and the results will be presented next summer.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Europos pažangaus, tvaraus ir integracinio augimo strategija „Europa 2020“ yra pagrįsta penkiais vienodos svarbos pagrindiniais tikslais. Tačiau pažanga, pasiekta įgyvendinant tikslus, yra nevienoda, ypač skurdo mažinimo tikslas toli gražu nėra pasiektas. Todėl strategijos „Europa 2020“ laikotarpio vidurio peržiūra mums visiems, atsakingiems už ES politikos formavimą, suteikia puikią progą dar kartą sutelkti dėmesį į Europos modelį, kuris būtų pritaikytas visiems jos gyventojams. Europos Sąjungos šalys kartu spręsdamos neatidėliotinus jos iššūkius neabejotinai pasieks daugiau ir geresnių rezultatų, nei veikdamos atskirai. Jei tai nebus padaryta, išaugęs skurdas ir socialinė atskirtis nulems mūsų regione dar didesnę žmonių atitolimą bei susiskaldymą ir dar labiau pakenks vieningos Europos idėjai. Todėl labai norėčiau Komisijos paklausti, ar ji ketina „Europa 2020“ strategijos peržiūroje išsaugoti ES skurdo mažinimo tikslą ir jį klasifikuoti pagal amžių ir lytį, ar ketina nustatyti papildomus tikslus, pvz., mažinti vaikų skurdą? Naujausia UNICEF ataskaita atskleidžia šokiruojančius skaičius, kiek vaikų skursta Europoje ir visame pasaulyje. Deja, bet didžiausią poveikį skurdo pokyčiui padarė beatodairiškas taupymas ir pirmiausia – vaikų sąskaita. Todėl, ar Komisija nemano, kad per beprasidedančią strategijos „Europa 2020“ laikotarpio vidurio peržiūrą būtina nustatyti papildomą tikslą sumažinti vaikų skurdą, nes tik taip išeisime iš užburto skurdo rato mūsų Europoje?

18. Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad sprawozdaniem sporządzonym przez Renato Soru w imieniu Komisji Gospodarczej i Monetarnej w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie zgłaszania transakcji finansowania papierów wartościowych oraz przejrzystości tych transakcji (COM(2014)0040 - C7-0023/2014 - 2014/0017(COD)) - (A8-0120/2015).

Renato Soru, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Vicepresidente della Commissione, siamo ormai giunti quasi alla fine del percorso legislativo che mi ha visto coinvolto nell'ultimo anno e mezzo, ma che era già iniziato nella passata legislatura e che spero domani con l'approvazione definitiva arriverà a termine: la legislazione, appunto, sulle operazioni di finanziamento tramite titoli, *securities financing transactions* nella letteratura inglese. Sono piuttosto soddisfatto di questo percorso, non solo perché si tratta della prima relazione legislativa su cui ho avuto il piacere lavorare, qui al Parlamento europeo, ma anche perché credo che si sia trovato un buon compromesso tra i due obiettivi

Mittwoch, 28. Oktober 2015

principali di questa norma, ovvero garantire un mercato efficiente e liquido per le operazioni di finanziamento tramite titoli, ma ancor di più garantire trasparenze e regole chiare al fine di prevenire i rischi sistemici del mercato finanziario.

La crisi scoppiata nel 2007 negli Stati Uniti, infatti, e poi rapidamente trasmessa in maniera virulenta in tutta Europa ha evidenziato in maniera inequivocabile non solo come il sistema bancario mondiale sia ormai fortemente interconnesso, ma anche come fossero tantissime le connessioni tra il sistema bancario tradizionale e il cosiddetto sistema bancario ombra, lo *shadow banking*, cioè quell'insieme di entità che pur svolgendo funzioni simili a quelle tradizionalmente svolte dalle banche, lo fanno al di fuori del sistema delle regole a cui gli istituti di credito sono invece soggetti.

Il Board della BCE si è espresso dicendo «troppo grande e troppo indebitato, questo sistema dello *shadow banking*». Infatti alcune delle operazioni svolte dal sistema bancario ombra possono risultare in un livello di eccessivo indebitamento, accrescendo quindi il rischio e la pericolosità dell'intero sistema. È stato stimato che lo *shadow banking* può aver rappresentato nel 2011 circa 51 000 miliardi di euro, ovvero quattro volte il PIL dell'intera Europa.

Le operazioni di finanziamento attraverso titoli sono uno dei principali punti di collegamento tra il sistema bancario ombra e quello tradizionale ed è per questo che il *Financial Stability Board* e il gruppo di esperti guidati da Liikanen, prima, e poi la Commissione europea hanno offerto una serie di raccomandazioni volte a garantire trasparenza e sicurezza, pur preservando la necessaria liquidità di questo mercato, che comunque è un mercato importante nel garantire la possibilità di finanziamento e la possibilità anche di impiego della liquidità.

Il regolamento che andremo ad approvare mira a migliorare tre aspetti importanti di questo mercato. In primo luogo, il regolamento proposto richiede che tutte le transazioni siano segnalate in un *database* centrale: ciò consentirà di conoscere le dimensioni e il legame tra *shadow banking* e sistema finanziario tradizionale. In secondo luogo, è richiesta una maggiore trasparenza tra i fondi di investimento impegnati in questo mercato e gli investitori, e infine una migliore regolamentazione delle operazioni di riuso o di *rehypothecation* dei titoli.

Si è cercato di lavorare anche sulla semplificazione e sull'avvantaggiarsi di altre regolamentazioni che riguardano i mercati finanziari, come l'EMIR. E si è anche cercato di convenire sulla necessità di trasparenza, ma anche di sicurezza delle operazioni messe in essere dalla Banca centrale europea.

Insomma, io credo che un buon compromesso verrà presentato all'Aula per la votazione domani.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, I am very pleased to have the chance today to discuss the Securities Financing Transactions Regulation (SFTR) and to congratulate Mr Soru and the shadow rapporteurs for the work they have done in taking this proposal forward.

This regulation is a central part of our response to the need to increase the safety and transparency of financial markets. It will help us to manage the risks in the shadow banking sector, in line with Financial Stability Board recommendations endorsed by G20. It sits alongside a number of measures we have already taken to regulate the shadow banking sector. For example, the European Market Infrastructure Regulation reduces risks in derivatives markets, and the Alternative Investment Fund Managers Directive ensures that investment funds are regulated.

As those of you who have followed this proposal know well, securities financing transactions are transactions in which securities are used as collateral to borrow cash, or vice versa. They are an important source of funding on Europe's financial markets. They support investment and allow for better risk management. They are integral to European Central Bank monetary policy operations.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

During the financial crisis, it became clear that we did not know enough about what was going on in these markets. Without reliable data, oversight was more difficult. The European Systemic Risk Board, the European Central Bank and the Financial Stability Board all argued that transparency in these markets would allow risks to be managed better and would enable better-informed investment decisions. This was also our analysis in the Commission. So I am delighted that we are on the verge of reaching a final agreement on legislation that will improve transparency. I am grateful to Parliament for its hard work on this issue, and I believe that the political agreement you have reached with the Council strikes the right balance.

It will enhance transparency in three main ways. Firstly, it will introduce the reporting of securities financing transactions to centralised databases known as trade repositories. This will allow supervisors to identify risks better and, if necessary, to take targeted action.

Secondly, funds will have to become more transparent for investors both in their regular reports and in pre-investment documents. This will give investors the information they need to make sound investment decisions.

Thirdly, the regulation will improve transparency around the re-use of securities as collateral. This should help reduce domino effects when a default on one transaction can cause other defaults if the same collateral has been used more than once.

The legislation builds on the experience of establishing the European Market Infrastructure Regulation. A detailed implementation table will give European markets time to adjust. The proposed reporting system will reduce the burden on small and medium-sized enterprises, and it limits reporting of existing transactions to those strictly necessary for regulatory and supervisory purposes. The proposal enlarges the list of supervisors who can access data in trade repositories, and the European Market Infrastructure Regulation has been modified to ensure consistency.

The European Securities and Markets Authority (ESMA) will prepare draft regulatory technical standards setting out the requirements for reporting. We will work with ESMA to ensure consistent application of the rules across the European Union.

The Commission is committed to legislating in a proportionate manner in a way that strikes the right balance between managing risk and encouraging growth. Transparency is an important part of this agenda. By making the right information available we can help investors make sound decisions; we can encourage responsible behaviour; we can avoid unnecessary burdens; and we can take targeted action, if and when it is needed, on the basis of evidence.

The Securities Financing Transactions Regulation will be an important step in this direction. I look forward to this debate and to the plenary vote on Thursday.

Danuta Maria Hübner, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, this new regulation will certainly bring an additional dose of transparency to the ways in which the financial sector functions. We will have a better view of what is going on in the shadow banking system – who transacts with whom, when, with what type of assets and under what conditions. This will certainly help market participants. I also trust that transparency might prevent activities migrating from the banking system to the less regulated non-bank system.

In this respect I find it particularly important that information on the securities financing transactions entered into by funds – and I am thinking here of undertakings for collective investment in transferable securities (UCITS) and structured financial instruments (SFIs) – is disclosed to investors. The good news is also that the three institutions agreed to use the opportunity of this regulation to make two amendments to the European Market Infrastructure Regulation (EMIR). One will give the resolution authorities established after the entry into force of EMIR the right to access information retained in trade repositories. We all know the importance for resolution authorities of having good quality supervisory data. We have also made a technical change which is expected to make it easier for the Commission to declare the supervisory arrangements of a third country as equivalent under EMIR.

I am personally happy that we agreed on the exemption of SMEs from the reporting requirements: when they transact with a fund, a bank or an investment firm, it is the counterparty that will deal with reporting on behalf of both parties.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Jonás Fernández, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, en primer lugar, querría agradecer al ponente, Renato Soru, el trabajo durante estos meses para llegar aquí, al Pleno, y votar mañana este Reglamento, que yo creo que es un paso muy importante para acabar con la opacidad y los acuerdos fuera de los mercados regulados.

Es importante el esfuerzo que ha hecho nuestro Grupo para incorporar nuevas operaciones al sistema de supervisión de análisis. También es importante la mejora en la información que los operadores en el mercado van a tener que ofrecer y, por tanto, yo creo que nuestro grupo, el Grupo socialista, ha conseguido importantes avances en el texto respecto de la Comisión.

Solo quería añadir una nota final y es que, dentro de ese gran ambicioso proyecto de Unión de los Mercados de Capitales, necesitamos que esta unión no suponga dar nuevas vías de financiación al *shadow banking*, a operaciones fuera de control, y es importante que esta filosofía para tener un mercado organizado, transparente, monitorizado por parte de las instituciones de supervisión sea la base con la cual construyamos la Unión de los Mercados de Capitales.

Stanisław Ożóg, *w imieniu grupy ECR*. – Głównym celem prac nad sprawozdaniem było zwiększenie stabilności finansowej w Unii Europejskiej. Ten cel można osiągnąć poprzez zwiększenie przejrzystości takich rodzajów działalności rynkowej jak transakcje finansowania papierów wartościowych, lombardowanie oraz inne struktury finansowania o skutkach gospodarczych równoważnych skutkom transakcji finansowania papierów wartościowych. Grupa ECR we współpracy z PPE oraz ALDE zgłosiła poprawki, dzięki którym – wydaje nam się – udało się złagodzić wydźwięk wielu kontrowersyjnych kwestii przedstawionych w pierwotnym projekcie tego sprawozdania: między innymi zmniejszyć wymogi w zakresie podawania informacji spółek giełdowych do wiadomości publicznej do minimum, udało się też wprowadzić stopniowanie przy obowiązku zgłaszania transakcji, a także usunąć przepis dotyczący redukcji wartości zabezpieczeń. Osobiście jednak z dużą ostrożnością odnoszę się do niektórych mechanizmów osiągnięcia założonego celu.

Philippe De Backer, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, this debate tonight may not be the fiercest that we will see here in this Parliament today, but I think that with this file we are creating more financial stability in a very important market for our European economy.

Securities financing transactions (SFTs) play an important role in financial markets and the financing of our economy. I would like to congratulate the negotiating team for its very balanced approach. By a balanced approach I mean that the result has considered all SFT stakeholders, whilst achieving financial stability. At the end of the day, we wanted to ensure that the reporting is actually being used and is useful for its intended purpose.

The proposed regulation delivers binding transparency and reporting requirements in three key areas. First, all securities financing transactions have to be reported to trade repositories, and here the burden for non-financial parties, such as SMEs, was reduced by allowing their financial counterparties to do the reporting for them. Second, we have ensured transparency towards investors. Funds have to inform investors of their SFT activities in the prospectus, and this will enable them to assess the risk as part of their investment decisions. Third, the report addresses transparency around reuse of assets. Parties have a responsibility to communicate the risks and consequences in the event of a default. Assets can only be reused within certain parameters and with prior consent, except for Title Transfer Collateral Arrangements (TTCAs) where the legal title has already been transferred.

Another important point is that we came up with a realistic implementation timeframe. We wanted to avoid the mistakes that we have seen with the implementation of EMIR and we rectified some of the shortcomings. All parties should now have sufficient time to implement the necessary requirements.

To conclude, I believe that we have come up with a very balanced approach. We have created transparency in a difficult and technical market, both towards supervisors and investors with a minimal burden for all the stakeholders. Therefore, I hope that Members can join me in voting in favour tomorrow.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Bernard Monot, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président, chers collègues, la finance parallèle ou *shadow banking*, en permanence sous perfusion des banques centrales, est un danger pour la stabilité de l'économie mondiale. Le gonflement artificiel de produits dérivés toxiques, comme les swaps de type CDS, ne fait qu'empirer la situation économique. En dehors de toute réglementation et de toute supervision des autorités bancaires, des trilliards de dollars ou d'euros d'actifs hors bilan circulent dans la plus grande opacité.

La proposition de règlement relative aux opérations de financement sur titres oblige les acteurs à jouer le jeu de la transparence pour ce qui est des opérations et des sociétés cotées. Mais elle manque d'ambition et pourrait être plus contraignante, notamment en ce qui concerne l'interdiction de réutiliser les sûretés, qui est un facteur majeur de diffusion du risque, et par la prise en compte des opérations des institutions publiques.

Surtout, la seule réforme efficace est la séparation réelle entre les banques de dépôt et les banques d'affaires – mais la fin du modèle de banque universelle, utilisant les dépôts pour spéculer, n'aura pas lieu tant qu'il y aura des politiciens irresponsables soumis au lobby bancaire –, le but étant de ne plus mettre à contribution financière ni les citoyens ni les clients pour renflouer les banques privées insolvables.

Romana Tomc (PPE). – Globalna kriza nam je poleg vsega ostalega pokazala tudi pomanjkljivost in ranljivost naših finančnih sistemov. Predvsem je pokazala vrzeli, zaradi katerih lahko pride do velikih goljufij in s tem posledično tudi do velikih stroškov.

Vsi se zavedamo, da špekulacije pri finančnih institucijah lahko prinesejo ogromne dobičke. To je področje, za katero je značilno, da omogoča hitre zasluzke. A tako kot hitri zasluzki pridejo tudi hitre in boleče izgube. In to moramo preprečiti. Izogniti se moramo, da bi davkoplačevalci plačevali te špekulacije.

Strinjam se, da je treba več preglednosti nad finančnim sistemom, ne samo v bankah, ampak tudi pri drugih finančnih institucijah.

Rada bi opozorila še na nekaj, kar me zelo skrbi. V Sloveniji smo imeli velike težave z bančnim sistemom. Davkoplačevalce je to zelo veliko stalo, vendar do danes ne vemo, kdo je za to odgovoren.

Ko je moja stranka v Sloveniji večkrat zahtevala odgovore na to, kaj se je dogajalo v bančnem sistemu, smo naleteli vedno na enake odgovore: to je bančna tajnost.

Spoštujem načelo bančne tajnosti, ko je uporabljeno v pravih primerih. Ne morem pa dopustiti in sprejeti, da se to načelo izkorišča.

Očitno na ravni EU je to urejeno drugače. Želim si, da bi bila takšna urejenost povsod.

Neena Gill (S&D). – Mr President, I would like to congratulate my good colleague Renato Soru, the rapporteur, for an excellent report. He is responsible for ensuring that securities financing transactions will be more transparent in the future. The underlying reason for the securities financing transactions report is to make our banking system safer, increase transparency and improve supervision.

These instruments play a significant role in the financial sector in that they ensure liquidity in the secondary debt market, contribute to an efficient settlement and allow for better employment of capital. This agreement not only strengthens the reporting obligation, it also improves the collection of data on the transactions, enabling better monitoring of risk concentrations and identifying counterparty exposures.

I welcome this report on shedding light on the shadow banking sector, because in my opinion you cannot just regulate the banking sector alone and allow other means through which highly risky activities continue within our financial services sector, which is critical for the success of the capital markets union.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Barbara Kappel (ENF). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Spätestens seit Ausbruch der Finanzkrise ist klar, dass Transparenz und Kontrolle nicht nur im traditionellen Bankensektor verbessert werden müssen, sondern auch bei den Schattenbanken. Schattenbanken wickeln heute ein Viertel der Finanzaktiva im globalen Finanzsystem ab und damit auch einen Großteil der Wertpapierfinanzierungsgeschäfte.

Mehr Transparenz und eine Meldepflicht von Wertpapierfinanzierungsgeschäften – so wie dies im vorliegenden Bericht vorgesehen ist, helfen Systemrisiken abzubauen, helfen, im Falle eines Versagens von Schattenbanken die Ansteckungsgefahr des regulierten Bankensektors zu reduzieren, helfen durch die Einrichtung eines zentralen Melderegisters für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, die Transparenz für Anleger und Aufsichts- und Regulierungsbehörden zu erhöhen, helfen, weil Kreditinstitute und börsennotierte Unternehmen Wertpapierfinanzierungsgeschäfte in den Geschäftsberichten veröffentlichen werden.

Der Berichterstatter hat großes Augenmerk darauf gelegt, dass die operativen Kosten, die durch diese neuen Melde- und Transparenzverpflichtungen entstehen, möglichst gering gehalten werden. Ebenso wird für die neuen Vorschriften und Standards auf bereits bestehende Infrastrukturen und Verfahren im Bereich der außerbörslich gehandelten Derivate zurückgegriffen. Das ist *better regulation*, und dafür ist dem Berichterstatter besonders zu danken.

Thomas Mann (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident! Auf dem Weg zur Bankenunion hat die EU erkennbare Fortschritte erzielt. Aufsicht und Regulierung müssen aber neben dem traditionellen auch im Nicht-Bankensektor verbessert werden. Bringen wir Licht in das Schattenbankensystem. Etliche Maßnahmen sind nötig, damit die zuständigen Behörden, wie die ESMA in Paris, die EBA in London oder die EZB in Frankfurt am Main mögliche Risiken effektiv bewerten. Auf dieser Grundlage werden Anleger ein besseres Verständnis erhalten.

Wertpapierfinanzierungsgeschäfte können die Stabilität des Finanzsystems insgesamt beeinträchtigen, beispielsweise durch das Anwachsen von unerwünschten Hebelungseffekten. Meine Kollegin Danuta Hübner von der EVP-Fraktion hat Recht, wenn sie darauf hinweist, dass die in den vergangenen Jahren beschlossene verstärkte Regulierung nicht dazu führen darf, dass bankenähnliche Tätigkeiten zu den Schattenbanken ausgelagert werden.

Neue Rechenschaftspflichten müssen eingeführt werden, ebenso sind klar definierte Sanktionsmaßnahmen zu schaffen. Ich begrüße die Einigung nach den guten Trilog-Verhandlungen, um eine Verordnung mit Substanz zu erreichen. Und die Kommission, Herr Vizepräsident Dombrovskis, hat das Ergebnis bezeichnet als wesentlichen Fortschritt, um Transparenz zu erreichen. Dem stimme ich voll zu.

Für die Wirtschaft spielen Wertpapierfinanzierungsgeschäfte eine bedeutsame Rolle. Umso dringlicher ist es, die damit verbunden Gefahren einzudämmen und gleichzeitig die Mehrbelastung für die kleinen und mittelständischen Unternehmen so gering wie möglich zu halten.

Alfred Sant (S&D). – Mr President, we obviously need banks and financial institutions that operate according to transparent rules that take full account of prudential concerns. However, we are also experiencing deflation. Europe faces a huge investment gap. Transparency and prudence should not lead to an increase of viscosity in European financial systems. A fine balance needs to be maintained between potentially divergent concerns.

The introduction of new systems of surveillance, as with this report covering security financial transaction markets, may be necessary. Yet we need to ensure that it is consonant with the economic needs of the times. Most measures contemplated here go back to the banks. They are still expected to be behind the big investment leap forward that Europe needs to take. Such a leap could falter if the EU seems to be sending mixed messages: on the one hand telling banks and the financial institutions to be proactive in their approach to proposals for economic expansion, and on the other hand also telling them that they must follow new prudential ways of doing business. We would like to have greater assurance that what we are doing here – necessary as it is – will not serve to further encourage risk aversion among our financial institutions.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já si myslím, že jsme se zde všichni shodli na tom, že potřebujeme trochu více světla do té oblasti stínového bankovníctví, toho šedého prostoru, kde se dneska banky bohužel nacházejí. Co zde padlo od kolegy z pravé části spektra, oddělení spekulativní části bankovníctví od těch klasických bankovních domů, to si myslím, že již není cesta. Je nepochybné, že skutečně potřebujeme více transparentnosti do činnosti bank, na tom jsme se myslím opravdu všichni shodli. A měli bychom potlačit skutečně ty nežádoucí, velmi rizikové spekulace, které jsou těmi pákovými efekty provázené. Tam potom skutečně je to riziko, že se systém zhroutí jako domeček z karet, nepochybně daleko větší. A v neposlední řadě bych chtěl pochválit ten návrh, který pamatuje na oddělení administrativní povinnosti u malých a středních podniků. To je myslím přesně ta cesta, kterou potřebujeme jít.

Tibor Szanyi (S&D). – Valóban az egyik legnagyobb veszedelemmel állunk szemben, amire már tulajdonképpen a korábbi Európai Bizottság is ráébredt, és gyakorlatilag három éve folytatja azt a feltáró munkát, ami ennek az egész árnyékbanki rendszernek a feltérképezésére vonatkozik. És valóban ez a jelentés ma már egy nagyon fontos mérföldkő, hiszen úgy tűnik, hogy most már sokkal-sokkal többet tudunk erről az egészből, mint mondjuk korábban, noha az árnyékbankrendszer felszívó képessége sokkal gyorsabban nő, mint ahogyan az európai intézményrendszer erre reagálni tudott. Én csak biztatni szeretném az Európai Bizottságot, hogy nagyon gyorsan haladjon ezen az úton, amit most egyébként elének tárt. Ezt támogatni fogjuk. Én már csak azért is, mert valóban nagyon féltő, hogy azok a mai gazdasági kihívások, amelyek Európát érik, esetleg még gyorsabbá tudják tenni a szabályozatlan területeknek a megnövekedését. Úgyhogy javasolom biztos úrnak, és kérem is, hogy nagyon rapid módon folytassák ezt a munkát.

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η τραπεζική κρίση του 2008 και η φούσκα των στεγαστικών δανείων και των subprimes έφεραν στην επιφάνεια την ανάγκη για διαφάνεια στις συναλλαγές χρηματοδότησης τίτλων, προκειμένου να υπάρξει ισορροπία στο χρηματοπιστωτικό σύστημα και να αποφευχθούν στο μέλλον νέες κρίσεις. Και διαφάνεια σημαίνει αναλυτικές αναφορές σχετικά με τις εξασφαλίσεις που υπάρχουν για τους διάφορους τίτλους· διαφάνεια σημαίνει υποχρέωση των πιστωτικών ιδρυμάτων να γνωστοποιούν στους αγοραστές τίτλων όλους τους πιθανούς κινδύνους· διαφάνεια σημαίνει έλεγχος στο λεγόμενο σκιώδες τραπεζικό σύστημα, που αναπτύσσεται με ιλιγγιώδη ταχύτητα και δημιουργεί υπερβολική μόχλευση κεφαλαίων· διαφάνεια σημαίνει να γνωρίζει η ίδια η κοινωνία που κατευθύνονται τα κεφάλαια. Κατευθύνονται στη χρηματοδότηση της παραγωγικής οικονομίας ή στην κερδοσκοπία; Διότι για να έχουμε ανάπτυξη και απασχόληση πρέπει να μπει τέλος στην οικονομία καζίνο.

Marco Valli (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il sistema bancario ombra dalla grande crisi del 2009 è il sistema nel quale si è concentrato in gran parte il rischio sistemico. Per questo sarebbe servito un approccio molto più radicale e non di compromesso, perché purtroppo la trasparenza non è sufficiente. Bisognava limitare ulteriormente l'utilizzo della leva e il riutilizzo dei collateral per garantire più operazioni finanziarie.

Dalla crisi del 2009 si era intrapresa una giusta direzione, da parte della Commissione verso, una vera regolamentazione della finanza. Purtroppo gli ultimi due provvedimenti, ovvero la *Banking Structural Reform* e il provvedimento che stiamo trattando adesso, sono stati accantonati ed è mancata la volontà politica di fare una vera regolamentazione, perché si preferisce procedere verso una *Capital Market Union* e una deregolamentazione con l'utilizzo ancora di prodotti sistemici, come le cartolarizzazioni finanziarie, non memori di quelle che sono state le lezioni subite nel 2009.

Noi non dobbiamo piegarci ai mercati finanziari che ci impongono delle condizioni, perché la politica deve saper regolamentare la finanza.

(Koniec pytań sali)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, we are delighted that so many Members are able to support this legislation, which will increase transparency in the financial markets.

Looking ahead, the Commission is keen for the reporting rules to be finalised as rapidly as possible. This will enable us to get the system properly up and running. Once the data has been collected, we can get started with our analysis, hone in on potential risks and make sure that these are effectively managed.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

This legislation provides for a report to be drawn up by the European Securities and Markets Authority (ESMA) by the end of 2016 that will assess the Financial Stability Board (FSB) recommendations on minimum haircuts. The Commission will publish its report a year later, setting out progress in international efforts to mitigate the risks associated with securities financing transactions. This will include a view of the appropriateness of the FSB recommendations for EU markets.

But today I would urge Members to support this legislation to increase transparency so that we can have an oversight that is proportionate, help investors make informed investments and make our markets safer.

Renato Soru, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono veramente apprezzabili i commenti che ho sentito in Aula, stasera, circa la sostanziale condivisione da parte di tutti del provvedimento che domani voteremo. Ho colto anche le preoccupazioni di alcuni colleghi, e in particolar modo del collega Valli, che ha parlato per ultimo, che forse è stato un pochino troppo severo circa il fatto che abbiamo mancato l'occasione di porre un limite al livello di leva utilizzabile, provvedendo anche a porre un limite alla quantità di volte che gli strumenti possono essere reimpiegati e riutilizzati. In realtà se ne sta occupando il *Financial Stability Board* e rimaniamo in attesa di quanto, a seguito di questa analisi, potrà emergere, perché è troppo rischioso «over» regolamentare, soprattutto sbagliare la regolamentazione di un mercato che è anche prezioso nel garantire liquidità ai mercati finanziari.

Insomma, credo che possiamo ritenerci soddisfatti dell'attuale testo, sul quale c'è stata un'ampia convergenza del Parlamento, e volevo quindi ringraziare innanzitutto i miei colleghi, i relatori ombra, per il loro contributo veramente costruttivo, e il loro *staff*. Ringrazio anche la Commissione europea, in particolare la DG FISMA, e infine il Consiglio, la Presidenza italiana e quella lettone, con la quale questo importante risultato è stato portato a casa.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Alessia Maria Mosca (S&D), per iscritto. – La recente crisi finanziaria ha evidenziato la presenza di un eccesso di attività speculative, nonché l'esistenza di gravi lacune normative nel sistema finanziario. L'UE ha adottato una serie di misure per accrescere la solidità e la stabilità del sistema bancario, ivi compreso il rafforzamento dei requisiti patrimoniali, norme per migliorare la governance, la vigilanza, regimi di risoluzione delle crisi. Occorre, però, migliorare la trasparenza e il controllo non solo nel settore bancario tradizionale, ma anche in settori in cui soggetti non bancari svolgono attività creditizie, il cosiddetto «sistema bancario ombra», le cui dimensioni sono allarmanti. Non possiamo, quindi, ignorare i rischi posti dalle operazioni di finanziamento tramite titoli. In particolare, la mancanza di trasparenza ha impedito alle autorità di regolamentazione e di vigilanza, come pure agli investitori, di valutare e monitorare correttamente i rischi analoghi ai rischi bancari e il livello di interconnessione nel sistema finanziario nel periodo precedente la crisi finanziaria o durante la crisi stessa. Questo regolamento risponde alla necessità di accrescere tale trasparenza attraverso norme più rigorose in materia di informativa per le controparti sul riutilizzo. Per assicurare la loro osservanza, dovrebbero essere previste sanzioni e misure amministrative effettive e dissuasive, conformemente al principio di proporzionalità.

(Posiedzenie zostało na chwilę zawieszone.)

19. Zugang von KMU zu Finanzmitteln (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie Komisji w sprawie dostępu MŚP do finansowania (2015/2906(RSP)).

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, the Commission attaches great importance to the issues faced by SMEs, in particular access to affordable financing, which is at the core of the Capital Markets Union Action Plan and the review of the Capital Requirements Regulation. I therefore welcome that so many Members have raised this issue by way of oral questions. In particular, I would like to thank Vice-President Tajani for his involvement and contribution, and there is some time to discuss it today in plenary.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

The Commission is committed to thoroughly assessing how EU financial regulations impact access to finance for SMEs and for banks and, in particular, how they impact local and regional banks. We have just closed a target consultation on the potential impact of the banking regulation on the financing of the economy, which covers the impact on SME lending as well as issues of proportionality and simplification.

The responses are currently being analysed by the services of the Commission. With the recent publication of a call for evidence, the Commission has also launched a comprehensive review of the cumulative impact and overall coherence of financial legislation, in particular to assess interactions and whether they give rise to any unintended consequences.

As regards assessing the potential benefits and strengthening alternative forms of lending, it is the Commission's standard practice as part of the Better Regulation Agenda to conduct impact assessments in support of our proposals. This includes an analysis of the potential benefits and costs to different stakeholders, including SMEs. This was also the case for the CRR and CRD IV proposals in 2011.

Thanks to an amendment introduced by Parliament, the Capital Requirements Regulation contains a requirement for the Commission to assess the impact of own funds requirements on lending to SMEs and natural persons and to report back to you and the Council by 28 June, 2016.

We are currently carrying out that analytical work, and the issue will be debated in the conference scheduled for 14 December on the impact of CRR and CRD IV on bank financing of the economy in which Members of the European Parliament are also warmly invited to participate.

Early next year, the European Banking Authority will provide technical advice to the Commission. We will use this, as well as evidence from different sources, to deliver an objective and a reliable report to Parliament and the Council by the deadline.

Our first priority in the Capital Markets Union Action Plan is to facilitate the financing of innovative companies, start-ups and non-listed firms. We will create an appropriate framework to enable innovative forms of business financing such as crowd-funding, private placements and loan originating funds to grow, while at the same time responding to the key risks.

We will also launch a comprehensive package of measures to support venture capital and risk capital financing in the EU. We will explore ways to build a pan-European approach to better connect SMEs with a range of funding sources.

With respect to work currently conducted by the Basel Committee to review the approach to credit risk, the goal is to reduce the importance of ratings provided by external credit rating agencies in determining regulatory capital requirements. This needs to be done without affecting the conservative capital requirements. The Basel Committee's consultation paper includes ideas on how to replace ratings with other risk indicators and contains a preliminary illustrative calibration.

In light of the predominantly negative responses received, we understand the Basel Committee is currently reviewing its approach but maintaining the original objective of reducing mechanical reliance on external ratings. The Commission is closely following this debate as an observer at Basel and generally shares the goal of reducing mechanical reliance on ratings. The Commission will take a position once the final rules have been published.

Antonio Tajani, a nome del gruppo PPE. – Signor Presidente, Signor Vicepresidente della Commissione, onorevoli colleghi, l'accesso al credito è il principale ostacolo per la crescita delle piccole e medie imprese, che rappresentano il 98% del tessuto imprenditoriale europeo. Io, signor Vicepresidente, la ringrazio per gli impegni confermati nel corso del suo intervento, e il Partito popolare europeo sosterrà l'azione sua e dei suoi colleghi della Commissione in tutte le azioni che intraprenderanno a sostegno delle piccole e medie imprese, soprattutto per la delicatissima questione dell'accesso al credito, perché per risolvere questa difficoltà non sono sufficienti i pur utili programmi di sostegno, come COSME, o i fondi messi a disposizione da Orizzonte 2020.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Bisogna elaborare nuove strategie che rendano l'accesso al credito sistematico e continuo, e mi pare che nel corso del suo intervento sia stato disegnato un percorso che va nella giusta direzione. È necessario sbloccare i capitali non utilizzati attraverso forme di finanziamento alternative – lei ne ha anche parlato – e classiche, rafforzando la capacità di credito delle banche, soprattutto le banche popolari e le banche cooperative.

Per questo, nell'interrogazione orale all'origine del dibattito odierno, chiedevamo alla Commissione di riferire sull'efficacia di strumenti come lo *SME Supporting Factor* e il *Venture Capital*. Se l'Unione europea avesse utilizzato i capitali di rischio, come accade negli Stati Uniti, quasi 90 miliardi di euro avrebbero potuto finanziare le imprese negli anni peggiori della crisi, tra il 2008 e il 2013. Chiediamo anche di valutare l'impatto della recente regolamentazione finanziaria sull'accesso al credito, come chiediamo una valutazione della nuova definizione di rischio di credito, che sarà contenuta nella regolamentazione in arrivo da Basilea.

E poi dobbiamo fare di più anche per liberare le piccole e medie imprese da inutili vincoli burocratici, compresi quelli per l'accesso al credito. Le pubbliche amministrazioni devono sostenere le piccole e medie imprese, soprattutto le *startup* e i giovani imprenditori, e devono farlo riducendo gli oneri burocratici ma anche pagando i propri debiti: quasi il 60% delle imprese in Europa dichiara di avere problemi di liquidità a causa dei ritardati pagamenti della pubblica amministrazione. Chiediamo alla Commissione europea di vigilare sull'applicazione della direttiva sul ritardo dei pagamenti. Gli Stati devono dare il buon esempio: troppo spesso non applicano questa buona normativa dell'UE.

Patrizia Toia, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anch'io mi rivolgo con molta aspettativa al Vicepresidente della Commissione, che è qui in veste dell'intera Commissione, esordendo con una richiesta. Noi crediamo che questa parte, che questa sera trattiamo, relativa al credito per le PMI vada assolutamente collegata a un rilancio dell'azione della Commissione, che dovrebbe intervenire a tutto campo per il sostegno di tutte le realtà del nostro mondo imprenditoriale, manifatturiero e industriale dell'Europa, cosa che vediamo un po' essersi indebolita.

Per questo, ancora a maggior ragione, dobbiamo insistere sul tema dell'accesso ai capitali, essendo questa una delle cause che hanno frenato in questi anni, o indebolito in qualche modo, la forza di tutto questo settore produttivo. Veniva prima citato quante sono le PMI percentualmente rispetto alle unità produttive: voglio ricordare le quasi 90 milioni di persone occupate che sono assorbite dalle PMI e l'apporto che danno al PIL europeo, che è del 28%. Quindi non possiamo assolutamente trascurare questo importante ambito.

E a proposito, appunto, dell'accesso ai capitali, dobbiamo avere molto chiare le cose che dobbiamo fare: bisogna che sia possibile per le piccole e medie imprese trovare capitali, trovarli nel mercato tradizionale bancario, con requisiti adeguati, con valutazione dei fattori di rischio che siano riferiti a questo tipo di realtà, alle sue caratteristiche, anche alle debolezze insite, ma anche tenendo conto della forza di queste piccole realtà, e poi anche nel mercato dei capitali innovativi. Abbiamo molta fiducia nel fatto che la *Capital Market Union* possa anche mettere a disposizione nuove forme di capitali, cui lei ha fatto cenno: *venture capital* e altre forme meno bancarie e più di realtà finanziarie.

Ma non possiamo aspettare la conclusione di queste nuove direttive. Dobbiamo assolutamente intervenire prima. Lei ha fatto una serie di proposte: sono apprezzabili, ma quello che io raccomando – due secondi ancora, Presidente – quello che raccomando è che tutto non si risolva, come spesso avviene, in un certo burocraticismo della Commissione, che fa valutazioni di impatto, studi, consultazioni ma non cambia lo stato effettivo delle cose. Chiediamo concretezza. Chiediamo che si facciano misure esattamente utili per cambiare la realtà delle cose e dunque la realtà dell'accesso al credito delle PMI.

Amjad Bashir, on behalf of the ECR Group. — Mr President, I am very pleased to discuss this topic as it is the main concern I hear from SMEs based in Yorkshire and the Humber. Though the situation has improved, the success rate of small firms applying for bank loans in the UK is around 62%, while over 80% of European SMEs receive finance from banks.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Our SMEs need access to more diverse funding tools, as our over-reliance on bank loans really is the spanner in the works. Achieving this requires sharing best practices, financial education and cultural change. Lord Hill's CMU proposals are promising, and existing tax incentives stimulate investment in SMEs. However, they are not the only solution. We need to let our constituents know about all the options available to them. Venture capital, business angels and looking at equity rather than bank debt should all be considered. There are also other sources of funding such as peer-to-peer lending and using IP to leverage finance. These are just some of the examples of financing options that our SMEs could tap into in order to unleash their potential, encourage innovation and boost job creation. Going forward, we must hammer home this message to make sure the right tools are in place for our burgeoning small and medium-sized businesses.

Philippe De Backer, *namens de ALDE-Fractie*. – Ik ben blij dat dit thema opnieuw op de agenda staat. Twee jaar geleden schreef ik in dit Parlement al een initiatiefverslag over dit onderwerp. Daarin stonden heel concrete aanbevelingen voor de Commissie, de lidstaten en ondernemers zelf om betere toegang te krijgen tot nieuwe vormen van financiering. We weten immers dat onze kmo's heel erg afhankelijk zijn van bankfinanciering. Zeker de kleinere hebben het moeilijk om op een andere manier aan financiering te komen. Dit is volgens mij een van de dingen die we moeten proberen te veranderen. We moeten proberen om ook bij kmo's een aandelencultuur te krijgen zodat ze sneller kunnen groeien, meer jobs kunnen creëren en economisch sterker kunnen doorwegen.

Ook mijn eigen beroepservaring speelt daarin mee. Ik heb gezien hoe bedrijven dankzij nieuwe vormen van financiering duidelijk veel sneller kunnen groeien en op de financieringsladder veel sneller omhoog kunnen komen. Het gaat erom diversiteit op de markt te creëren. We moeten kijken naar durfkapitaal en nieuwe financieringsvormen, zoals crowdfunding, maar ook private plaatsingen mogen we niet vergeten als financieringsbronnen voor onze kmo's. Het komt erop aan als Europese instanties een duidelijk en stabiel regelgevingskader te scheppen dat investeringen op lange termijn aanmoedigt.

Daarnaast moeten we er alles aan doen om fragmentering in onze Europese Unie tegen te gaan. Het voorstel van commissaris Hill rond de kapitaalmarktunie is daar een goed voorbeeld van. We moeten nationale barrières slechten, overregulering voorkomen en ervoor zorgen dat we een echte eengemaakte Europese markt krijgen. Kmo's hebben uiteraard niet alleen financieringsmogelijkheden nodig maar ook jobs, vaardigheden, de juiste mensen, de juiste klanten en ook veel meer eigen vermogen dan in het verleden misschien het geval was. We moeten er dus alles aan doen om een ecosysteem tot stand te brengen dat op een goede manier investeerders, ondernemers en kmo's bij elkaar kan brengen. Het is de enige manier die wij op Europees vlak hebben om investeringen in kmo's, die toch de ruggengraat van onze economie zijn, te kunnen waarborgen.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, las pymes son fuente de empleo y crecimiento en Europa, pero tienen un problema en cuanto a la financiación. No comparto el diagnóstico que hace la Comisión sobre las causas de la falta de crédito y que sirve para orientar sus programas de financiación a las pymes.

Asistimos a una enorme concentración del sector bancario en unos pocos oligopolios transnacionales de carácter privado. Es un desarrollo que favorece la Comisión, como se ve en su modelo de unión bancaria o en las condiciones de los rescates financieros, por ejemplo el que se estableció para España. Pero sin una banca pública, sin una banca ligada al territorio y a la industria, lo que sucede es un desplazamiento de la actividad financiera hacia la especulación.

Pretender responder a este problema con una mayor liberalización de las finanzas, como la Unión de los Mercados de Capitales, es una falsa respuesta, porque no solo ese negocio sigue en manos de los mismos grandes grupos financieros, sino que además, refuerza su capacidad para imponer sus condiciones y transferir sus riesgos a las pymes, que son las primeras que sufren el impacto de la mayor volatilidad e incertidumbre.

Quiero finalizar añadiendo que la asfixia financiera de las pymes se debe también al estancamiento de la demanda y la falta de perspectivas de recuperación de muchos países, especialmente en la periferia europea. Insisto, hay que alejar la política económica de los intereses financieros porque, si no, seguiremos sufriendo una gran inestabilidad macroeconómica, una falta de crecimiento que dificultará el acceso al crédito de las pymes y, con ello, la creación de empleo y el tan necesario crecimiento para Europa.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Margot Parker, *on behalf of the EFDD Group*. — Mr President, the discussion this evening reminds me of the old adage, 'Give a man a fish and you feed him for a day; teach a man to fish and you feed him for a lifetime'. While we discuss access to finance for SMEs, we are in fact only delaying the discussion of the real everyday problems that SMEs in the EU face. For is not the lack of money from the EU that hampers SMEs, but the ridiculous amounts of red tape and burdensome regulations that come from this Parliament. SMEs are the backbone of our economy: they represent over 99% of businesses and help provide millions of jobs and deliver crucial services to our citizens. To ensure that the long-term prosperity and growth of SMEs is not stifled, we must put SMEs at the heart of all future decisions and we must ensure that harmful, costly and bureaucratic legislation is repealed. If the Commission is serious about assisting SMEs for the future, it must prioritise addressing the foundations of the problem rather than sugarcoating the situation with taxpayers' money.

Markus Pieper (PPE). — Herr Präsident! Warum heute nochmal diese Debatte zur Finanzierung für KMU? Ich danke zunächst Antonio Tajani, der dieses Thema in den *SME-circle* der EVP Fraktion gebracht hat, bis hin zur Aussprache heute hier im Europäischen Parlament.

Innovativere Instrumente wurden erwähnt: COSME, Horizon, *venture capital*. Hier macht Europa wirklich viel für die KMU. Ja, und wir haben auch die Kapitalmarktunion vor der Brust. Aber hier ist wirklich nicht alles Gold, was glänzt. Erleichterungen für Verbriefungen – okay, Erleichterungen für Börsengänge sind gut. Das alles ist aber erst ab gewissen Umsatzgrenzen dann auch wirklich ertragreich, ab hundert Millionen. Darunter sind Unternehmen an diesen neuen Instrumenten leider kaum interessiert. Es zählt nach wie vor die klassische Kreditfinanzierung.

Aber was macht die EZB, was macht die Kommission mit dem großen Rest eben der Mittelständler, die auf diese Kreditfinanzierung angewiesen sind? Herr Kommissar, für Kredite ab 25 000 Euro soll es 150 neue Datensätze geben. AnaCredit ist ein Alptraum für jeden Mittelständler, für jede Volksbank, für jede Sparkasse. Und auch die Überprüfung der Kreditsicherheiten, das Hinterfragen von Immobilien als Sicherheit und das Misstrauen gegenüber KMU-Krediten – also das, was jetzt bei der Überprüfung der Basel-3-Kriterien so läuft –, das ist kein Fortschritt. All diese Dinge wären wirklich ein Rückschritt für die Mittelstandsfinanzierung.

Ich bitte deshalb wirklich, dass wir bei diesen Dingen sehr sorgfältig vorgehen. Herr Kommissar, sagen wir bitte nicht an den stärksten Ästen, auf denen wir sitzen! Das sind die Mittelständler, das ist die Kreditfinanzierung, das sind die kleinen Banken und Sparkassen.

Dawid Bohdan Jackiewicz (ECR). — 99% firm w Unii Europejskiej to przedsiębiorstwa z sektora MŚP. Odgrywają kluczową rolę w całej gospodarce unijnej, tworzą ponad 90 milionów miejsc pracy. Dlatego właśnie musimy stwarzać dogodne warunki do ich funkcjonowania i rozwoju, szczególnie gdy chodzi o możliwość pozyskiwania przez nie kapitału na działalność bieżącą i inwestycje. Komisja Europejska musi zintensyfikować prace w tym zakresie. Trzeba pomóc małym i średnim przedsiębiorstwom w większym stopniu uniezależnić się od konieczności zadłużania bankowego. Trzeba stwarzać warunki do lepszego dostępu do środków finansowych w postaci dotacji i pożyczek czy też gwarancji kredytowych. Należy wspomagać MŚP w staraniach o lepszy dostęp do rynków całego świata i szukać sposobów na zmniejszenie ryzyka działalności gospodarczej. Konieczne jest uproszczenie procedur dostępu do instrumentów finansowych, wprowadzenie jasnych i zrozumiałych kryteriów kwalifikowalności. Kontrole wykorzystywania środków mają służyć eliminowaniu pomyłek, a nie eliminowaniu podmiotów gospodarczych z rynku. Potrzebna jest kompleksowa wizja wspierania przedsiębiorczości, bo bez niej unijną gospodarkę prędzej czy później czekają kolejne problemy.

Krišjānis Kariņš (PPE). — Priekšsēdētāja kungs, komisāra kungs! Latviešu valodā mums ir tāds teiciens — ar diegiem nav aršanas. Ja mēs domājam par uzņēmējdarbību, visi no mums, kas ir bijuši uzņēmēji, zina, ka bez finansējuma nevar attīstīt uzņēmējdarbību.

Eiropas Savienībā mazīe un vidējie uzņēmēji nodarbina vairāk kā 90 % no visiem strādājošajiem. Faktiski MVU ir mūsu ekonomikas mugurkauls. Ja mēs gribam, lai mūsu ekonomika attīstās, mums ir nepieciešams, lai tieši mazīe un vidējie uzņēmēji spēj attīstīties. Kur ir grūtība? Grūtība ir tā, ka attiecībā uz 75 % no sava finansējuma mazīe un vidējie uzņēmumi ir atkarīgi no banku kredītiem. Bet bankas tagad, īpaši pēc krīzes, šo naudu negrib dot, un tie krediti kļūst arvien dārgāki.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Tātad, ko mēs varētu darīt, lai palīdzētu saviem mazajiem uzņēmumiem? Manuprāt, jādara divas galvenās lietas. Pirmkārt, ir jāuzlabo pieejamība tieši banku kredītiem. Bet, otrkārt un ļoti svarīgi, mums ir jāpalīdz maziem un vidējiem uzņēmumiem atrast nebanku finansējumu, caur tādiem ieguldījumu mehānismiem viņu pamatkapitālā, izmantojot riska kapitālu un kapitāla tirgus mehānismus. Tāpēc es ļoti atbalstu Komisijas iniciatīvu veidot šo kapitāla tirgus savienību.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Z rozmów z przedsiębiorcami, którzy prowadzą małe i średnie firmy, wynika, że w Europie Środkowo-Wschodniej największym problemem jest zabezpieczenie płynności tych firm (a jest ich wiele), które nie mogą na czas uzyskać należności od swoich klientów. Brak jest też instrumentów finansowania kryzysowego – na przykład gwarancyjnych i pożyczkowych – dla przedsiębiorców niewypłacalnych, ale posiadających zdolność naprawy i restrukturyzacji. Zadaniem Unii powinno być więc stworzenie odpowiednich instrumentów oraz zachęcanie państw członkowskich i sektora bankowego do szukania sposobów rozwiązania tego problemu. Warto zauważyć, że brak dogodnego finansowania ogranicza ekspansję przedsiębiorstw naszego regionu w ramach wspólnego rynku i sprawia, że wprowadzanie nowych standardów na poziomie europejskim staje się każdorazowo zagrożeniem dla ich istnienia. Stwarza to różnice w warunkach konkurencji na wspólnym rynku, które są dyskryminujące dla przedsiębiorstw z naszego regionu.

Paul Rübigen (PPE). – Herr Präsident! Bei den KMU geht es immer darum, dass man im Kern mehr einnimmt, als was man verkauft.

Es ist nicht immer leicht, weil die Konsumenten oft schwierig sind, sehr wählerisch sind, und deshalb geht es darum, dass ein KMU nicht immer die gleichen Erträge erwirtschaften kann. Deshalb geht es auch darum, dass auch die öffentliche Hand mit den KMU das Risiko teilt.

Wenn man auf der einen Seite Steuern einnimmt für die Gewinne und für die Löhne, dann muss man auch bereit sein, in dieses Risiko zu investieren, das kleine und mittlere Betriebe tragen müssen. Letztlich entstehen 60 % der Liquiditätsprobleme durch verspätete Zahlungen. Hier möchte ich den Kommissar Dombrovskis insbesondere bitten, dass wir auch die Europäische Union und den Haushalt der Europäischen Union einmal analysieren, wie hier auch in Forschungsprogrammen und in vielen anderen Bereichen verspätete Zahlungen geleistet werden.

Ich möchte nicht wissen, wie viele KMU schon in Konkurs gegangen sind, weil die bürokratischen Vorschriften und die Verwaltungsabläufe derartig kompliziert sind, dass die kleinen und mittleren Betriebe nicht zu ihrer Liquidität kommen und deshalb darauf verzichten.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass das *Joint Research Center* jetzt eine Studie über *tax incentives* gemacht hat, die dazu führen sollen, dass es mehr Beteiligungskapital von Privatpersonen auch in den Betrieben gibt. Ich glaube, das wäre eine hervorragende Verzahnung von öffentlicher Hand und Privaten für die Schaffung neuer Jobs.

Bendt Bendtsen (PPE). – Hr. formand! Finansiering af store virksomheder er ofte ikke det store problem. De har mulighederne for at gå på aktiemarkedet, de har mulighederne for at udstede erhvervsobligationer, men når vi taler om små og mellemstore virksomheder, ved vi godt, at det er vigtigt, at de har adgang til markedet. Vi ved også godt, at det er vigtigt, at vi bekæmper administrative byrder, også her i huset, men det vigtigste er faktisk at få skaffet finansiering, og oven i den finansielle krise og bankkriserne ved vi jo, at bankmarkedet er frosset ned for mange af vores små og mellemstore virksomheder. Det har vi også arbejdet med her i Parlamentet. Vi har arbejdet både med Cosme og Horisont 2020, men jeg er nødt til at sige, at de midler, der er afsat på disse områder, jo kun er et dryp i spanden. Der er behov for finansiering af en helt anden størrelsesorden. Det, jeg prøver at sige med dette her, er, at offentlige penge ikke er nok! Vi har behov for, at de private penge bliver låst op og kommer i arbejde. Der er ingen tvivl om, at kapitalmarkedsdirektivet og også Junckers investeringsplan er et godt skridt i den rigtige retning, hvor vi får gearret 21 milliarder euro til 315. Men der er altså behov for, at vi får lukket op for vores pensionskasser i Europa. De sidder inde med gigantiske midler, der skal ud at arbejde, og vi er nødt til at se på nogle securities, så vi kan få de her penge i arbejde.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Wir haben richtiger Weise angeschnitten, dass vieles für kleine und mittelständische Unternehmen, inklusive des neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen, geschaffen wurde. Aber ich begrüße ausdrücklich, dass Sie eine Evaluierung aller bestehenden Bankenregulierungen mit ihren Auswirkungen auf die Finanzierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen angekündigt haben. In diese Evaluierung gehören auch die nationalen und regionalen Gesetzgebungsmaßnahmen mit einbezogen. In diese Evaluierung gehört die Überprüfung der Zahlungsverzugsrichtlinie und auch die Umsetzung des *small business act* mit einbezogen.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Ein zweiter Punkt ist – Herr Kommissar, Sie haben es angeschnitten – das Basel-Komitee. Sie haben darauf hingewiesen, dass die Kommission Beobachter ist. Ich fordere Sie auf, nicht nur Beobachter zu sein, sondern sich zum Sprecher und Koordinator der Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Basel-Komitee zu machen. Denn gleichzeitig müssen wir auch aufpassen, dass ESMA und EBA nicht viele Maßnahmen, die wir für die KMU geschaffen haben, nachher über technische Standards wieder erschweren.

Der nächste Schritt ist die Kapitalmarktunion, sind die Unterstützungen für Startups, sind die Verbriefungen, ist die Erweiterung des Zugangs der KMU zu Finanzmitteln neben den Krediten. Aber das wichtigste Kapital ist die Reduzierung der bürokratischen Hemmnisse und Hürden.

Patricija Šulin (PPE). – Po mnenju komisarke Elżbiety Bieńkowske dostop do financiranja ni najbolj pereč problem za mala in srednja podjetja. Vsaj tako je odgovorila na moje poslansko vprašanje. Toda podjetniki v Sloveniji in podatki o tem pravijo drugače.

Citiram poročilo Evropske komisije o poslovanju malih in srednjih podjetij v letih 2013 in 2014: „Dostop do financ je še zmeraj glavna ovira za mala in srednja podjetja in to kljub številnim aktivnostim in pobudam za izboljšave.“

Bančni krediti, denimo, za številne podjetnike niso relevantni zaradi previsokih obresti, kaže anketa Evropske komisije o dostopu do financ. Tako meni 22% slovenskih podjetnikov, medtem ko je povprečje Evropske unije 11%, na Finskem in Švedskem pa tako meni le 1% podjetnikov.

To kaže na to, da imamo velike razlike med državami članicami in premalo učinkovite programe. Da bi to spremenili, je treba bolje upoštevati finančne in institucionalne značilnosti v državah članicah. Namesto standardiziranih potrebujemo prilagojene rešitve oziroma, v jeziku mode, namesto pret-à-porter potrebujemo sur-mesure ukrepe.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, ós rud é gur mise na cainteoir deireanach anseo tá mé chun é a rá i mo theanga dhúchais féin mar bainneann an t-ábhar seo le mo thír féin ach go háirithe.

Tuigimid go léir cé chomh tábhachtach is atá fiontair bheaga agus mheánmhéide. Tá na figiúirí de ghlanmheabhair againn anois: dá bhféadfadh gach aon fhiontar beag agus meánmhéide oibrí amháin eile a fhostú thioctadh deireadh le dífhostaíocht san Eoraip. Freisin, fostaíonn siad 90% dár n-oibrithe agus cabhraíonn siad le suas le 30% den GDP.

Ach tá fadhbanna móra acu. Agus bhí siad go huafásach i rith an chúlaithe eacnamaíochta. Chonaic mé é sin, go háirithe i rith an toghcháin dheireanaigh agus mé ag dul ó shráid go sráid; bhí siopaí agus gnóthaí á ndúnadh de bharr easpa custaiméirí agus easpa airgid. Cé go bhfuil rudaí ag dul i bhfeabhas faoi láthair, tá an easpa airgid orthu go fóill. Níl na bainc ag tabhairt amach an t-airgead, mar tá a gcuid fadhbanna féin acu.

Dá bhrí sin molaim agus fáiltím roimh na hionstraimintí nua atá á dtabhairt isteach ag an gCoimisiún, go háirithe an CMU, COSME agus mar sin de. Ach ní haon mhaithéas ionstraimintí nua a thabhairt isteach muna mbíonn na SMEs ar an eolas fúthu. Agus chonaic mé é sin go minic i mo thír féin. Dá bhrí sin, is maith an rud é ionstraimintí a bheith againn ach caithfidh na SMEs a chur ar an eolas fúthu chomh maith.

Pytania z sali

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já také vítám nástroje, které zde představil pan komisař, které mají zvýšit přístup podniků k financování. Ale myslím si, že velmi podstatnou otázku zde zmínil i můj kolega poslanec Rübig, který upozornil na důležitost i těch vedlejších okolností znesnadňujících přístup nebo růst MSP na evropském trhu nebo globálním trhu. Je to druhotná platební neschopnost. To skutečně je velmi zásadní téma pro ohrožování fungování podniků. Podniky potom velmi snadno spadají do insolvencí, to jsou myslím reálné problémy, se kterými se malé a střední podniky potýkají. A rovněž bych chtěl upozornit, že i různé evropské podpůrné programy namísto toho, aby redukovaly administrativu, tak ji ještě znásobují. Já uvedu konkrétní příklad Programu rozvoje venkova, který má sloužit podnikatelům v zemědělství, kde metodika programu obsahuje 780 stran. Jeden zemědělec mi řekl: „Než to číst, tak to radši budu podnikat při starém.“ To je asi taky důvod k zamyšlení.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κατά τη διάρκεια της μνημονιακής πενταετίας έχουν κλείσει στην Ελλάδα 230.000 μικρομεσαίες επιχειρήσεις στέλνοντας στην ανεργία εβδομήντα χιλιάδες άτομα. Ενώ λοιπόν τις προηγούμενες δεκαετίες οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις δημιούργησαν χιλιάδες θέσεις εργασίας, άρχισαν ως κλάδος να συρρικνώνονται λόγω των μνημονίων, της δημοσιονομικής προσαρμογής και της λιτότητας, που μείωσαν τη ζήτηση και την κατανάλωση.

Επιπλέον, τόσο στην Ελλάδα όσο και στην υπόλοιπη Ευρώπη η πρόσβαση των μικρομεσαίων επιχειρήσεων στην τραπεζική πίστη επιδεινώνεται, ενώ παρατηρούνται μεγάλες αποκλίσεις σχετικά με τον τραπεζικό δανεισμό ανάμεσα σε μεγάλες και μικρές επιχειρήσεις. Η Ευρωπαϊκή Ένωση δυστυχώς δεν διαθέτει επαρκείς πόρους για τη χρηματοδότηση των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, για την ενίσχυση και στήριξη των εξαγωγών τους και για την πρόσβαση σε πιστώσεις μέσω των συνεταριστικών τραπεζών.

Τέλος, για την Ελλάδα, για να ανακάμψουν οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις, πρέπει η πατρίδα μας να απαλλαγεί από τη μέγγενη των μνημονίων και της τρόικας.

Barbara Kappel (ENF). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission! Der Zugang von KMU zu Finanzmitteln ist ein wesentlicher Treiber für Wachstum Beschäftigung in Europa. 99 % der Unternehmen Europas sind KMU. Diese Unternehmen schaffen 50 % der gewerblichen Wertschöpfung und 80 % der neuen Arbeitsplätze in Europa. KMU sind also das Rückgrat der europäischen Wirtschaft.

Die Europäische Union hilft hier mit Initiativen, tritt aber auch als Ko-Investor auf. Es sind die Mittel der Strukturfonds, die wesentlich KMU helfen, es ist das COSME-Programm, es ist das KMU-Instrument Horizont 2020 und es sind insbesondere die Aktivitäten der Europäischen Investitionsbank, die im letzten Jahr über 20 Milliarden Euro an Darlehen in Klein- und Mittelbetriebe weitergegeben hat.

Ich begrüße hier in diesem Zusammenhang die heute angekündigte Initiative der Kommission, nämlich, die Finanzgesetzgebung für KMU zu evaluieren. Das ist sicherlich notwendig. Man soll immer auf dem neuesten Stand sein, und auch diese Evaluierung ist wichtig. Auch die Konferenz am 14. Dezember wird wichtig sein, aber die Evaluierung ist wesentlich.

80 % der Finanzierungen im KMU-Bereich kommen von Banken. Das ist wichtig, es muss jedoch erweitert werden. Europa braucht alternative Finanzierungsformen, KMU brauchen alternative Finanzierungsformen, insbesondere Risiko- und Beteiligungskapital ist notwendig für *startups* und für Wachstumsunternehmen, ebenso ein Abbau der bürokratischen Hemmnisse.

(Koniec pytań z sali)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, let me first respond to some of the concerns expressed during this evening's debate. First, capital markets union (CMU) should not be seen as in competition or contradiction with a strong banking system. Banks have strong local relationships and knowledge about micro, small and medium-sized enterprises. Bank lending will remain the principal source of external finance for SMEs.

The measures provided for in the Capital Markets Union Action Plan will not interfere with, or detract from, local banking networks. On the contrary, CMU provides for measures that will strengthen the banking system. It seeks to make it easier for banks to refinance their traditional lending business by selling securities and bonds to the capital markets. The larger and more efficient funding market for banks will help them, including the local relationship banks, to focus on their core business, notably lending to micro-businesses and SMEs.

There are, however, Member States where bank loans are difficult to obtain. There are also companies – start-ups with limited physical collateral or firms in an expansion phase – whose needs may not always be catered for by the banks. CMU proposes a way to help firms in these situations to raise funding through other channels. CMU will complement, rather than compete with, bank finance by adding to the diversity of funding sources.

By promoting more diverse funding channels and reducing Europe's dependency on banks, CMU should increase the resilience of the financial system. Nevertheless, we also need to be alert to financial stability risks that may emerge as a result of efforts to further develop Europe's capital markets. Recent measures, such as the European Market Infrastructure Regulation (EMIR), the Alternative Investment Funds Managers Directive (AIFMD), the Markets in Financial Instruments Directive (MiFID) and the Securities Financing Transactions Regulation, will make capital markets more transparent, well-regulated and robust. The European Securities and Markets Authority (ESMA) will play an important role in ensuring consistent implementation and application of these laws.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

As markets develop, it will be important to ensure that any risks associated with the deepening of capital-market-based financing are monitored and mitigated. Work is underway, within the EU and internationally, to improve understanding and monitoring of systemic risks. The Commission will examine the need for changes to the macroprudential framework in the context of the forthcoming review of the European Systemic Risk Board (ESRB) and, if it appears necessary, will allow for effective intervention to contain and mitigate risks arising from market-based finance.

Let me conclude today by saying that it is my pleasure to continue discussions with you on ongoing issues in relation to SMEs' access to finance, which are important for all of us. Improving access to finance for SMEs is one of the mainstays of the implementation of the Commission's strategy for growth and jobs. The issues are relatively complex but, through our shared determination, I believe we are moving in the right direction.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Matt Carthy (GUE/NGL), in writing. – The Commission's statement on access to finance for SMEs was sorely lacking in fairness, vision and ambition. There was no real attempt to assist Small and Medium sized Enterprises (SMEs) in any meaningful way. Small and Medium sized Enterprises (SMEs) are the life blood of the Irish economy. SMEs are one of the main employers and are at the heart of communities across Europe. Therefore, what is required are policies that will enable SMEs to grow, create local employment and as a result circulate money into our economy. Europe can not only provide practical financial assistance to companies, but it can also enable Member States to capitalise on the positive aspects which membership of the European Union brings. It is quite clear that Europe does provide opportunities to open up lucrative export markets for our SME sector. Huge opportunities exist in Europe to support our SME sector. However, these businesses need support, encouragement and investment to allow them to continue to grow. This will only happen with the necessary commitment, ambition and political will. Unfortunately, none of these qualities were present in the Commission's Statement.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), por escrito. – Ya se ven los primeros logros del mayor rigor en la gestión económica y presupuestaria de la UE, y la economía europea empieza a remontar poco a poco. Según las previsiones de la Comisión Europea, el producto interior bruto (PIB) crecerá un 1,8 % en 2015 —frente al 1,1 % que había previsto el año pasado— y un 2,1 % en 2016 —mientras que la previsión que se había hecho el año pasado era del 1,7 %—.

Europa, no obstante, puede aspirar a más: aún podemos sacarle mucho más provecho a nuestro potencial. Lo importante es generar un clima de inversión positivo para nuestras empresas y, en general, mejorar la predisposición al espíritu empresarial en toda la UE. Las pequeñas y medianas empresas son la columna vertebral de nuestra economía y son las que están creando empleo en la Unión Europea; es esencial continuar apoyando a las pymes para garantizar la salida de la crisis.

Marco Valli (EFDD), per iscritto. – Dall'inizio della crisi la Commissione ha lanciato diverse iniziative per facilitare il credito alle PMI. Tra questi il PMI *Supporting Factor* nell'ambito della regolamentazione dei requisiti di capitali che consente alle banche di usufruire di un fattore di sconto per il capitale da accantonare per i finanziamenti alle PMI e il Passaporto UE per aumentare la fiducia nelle PMI europee. Di recente, la Commissione ha dichiarato di voler attivare misure a supporto delle PMI all'interno della *Capital Markets Union*. Tuttavia, queste iniziative sembrano sconnesse tra loro e pare inoltre che non abbiano sortito gli effetti sperati date le persistenti difficoltà delle PMI europee di accedere al credito.

Sarebbe, dunque, opportuno che la Commissione avviasse una valutazione d'impatto complessiva della regolamentazione finanziaria UE per valutarne l'impatto sulle PMI europee. Sarebbe anche opportuno che la Commissione valutasse i benefici raggiunti con gli strumenti finora utilizzati e che cercasse nuove forme di finanziamento alternative al classico canale bancario - come il *peer to peer lending* e il *crowdfunding*. Data la funzione cruciale delle PMI nell'economia europea e il ruolo cruciale che dovranno giocare nella ripresa economica, è necessario stabilire un quadro più coordinato, efficace e razionale che aumenti davvero le possibilità di finanziamento e diminuisca al contempo gli oneri amministrativi.

Mittwoch, 28. Oktober 2015

20. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

21. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

23. Schluss der Sitzung

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 23.35)

Donnerstag, 29. Oktober 2015

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 29. OKTOBER 2015

(2023/C 326/04)

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	1162
2. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll	1162
3. Anhörung zu Änderungen der Sommerzeitregelung in Europa (Aussprache)	1162
4. Sicherer Einsatz ferngesteuerter Flugsysteme (RPAS) im Bereich der zivilen Luftfahrt (Aussprache)	1168
5. Neue Herausforderungen und Konzepte für die Förderung des Fremdenverkehrs in Europa (Aussprache) ..	1177
6. Entwicklung einer satellitengestützten Technologie für Systeme zur weltweiten Ortung von Flugzeugen (Aussprache)	1193
7. Sacharow-Preis 2015 (Bekanntgabe des Preisträgers)	1196
8. Begrüßung	1198
9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	1198
10. Abstimmungsstunde	1198
10.1. EU-Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) (A8-0048/2015 - Kinga Gál) (Abstimmung)	1198
10.2. Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften (A8-0120/2015 - Renato Soru) (Abstimmung)	1198
10.3. Weiterbehandlung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur elektronischen Massenüberwachung der Unionsbürger (B8-1092/2015) (Abstimmung)	1198
10.4. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2015 (A8-0307/2015 - Dariusz Rosati) (Abstimmung)	1198
10.5. Empfehlung des Rates zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt (B8-1093/2015) (Abstimmung)	1199
10.6. Sicherer Einsatz ferngesteuerter Flugsysteme (RPAS) im Bereich der zivilen Luftfahrt (A8-0261/2015 - Jacqueline Foster) (Abstimmung)	1199
10.7. Neue Herausforderungen und Konzepte für die Förderung des Fremdenverkehrs in Europa (A8-0258/2015 - Isabella De Monte) (Abstimmung)	1199
10.8. Entwicklung einer satellitengestützten Technologie für Systeme zur weltweiten Ortung von Flugzeugen (B8-1094/2015) (Abstimmung)	1199
11. Stimmerklärungen	1199
11.1. Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung (A8-0306/2015 - Markus Ferber)	1199

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Inhalt	Seite
11.2. Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ARTEMIS (A8-0283/2015 - Ryszard Czarnecki) .	1200
11.3. Entlastung 2013: Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) (A8-0282/2015 - Ryszard Czarnecki)	1201
11.4. Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ENIAC (A8-0285/2015 - Ryszard Czarnecki) . . .	1202
11.5. Entlastung 2013: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (A8-0269/2015 - Ryszard Czarnecki)	1202
11.6. Die Ebola-Krise: langfristige Lektionen (A8-0281/2015 - Charles Goerens)	1203
11.7. Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (B8-1075/2015, B8-1075/2015, B8-1076/2015, B8-1077/2015, B8-1078/2015, B8-1079/2015, B8-1080/2015)	1204
11.8. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 — alle Einzelpläne (A8-0298/2015 - José Manuel Fernandes, Gérard Deprez)	1205
11.9. Gerichtshof der Europäischen Union: Anzahl der Richter am Gericht (A8-0296/2015 - António Marinho e Pinto)	1206
11.10. Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel (A8-0305/2015 - Giovanni La Via) .	1207
11.11. Neuartige Lebensmittel (A8-0046/2014 - James Nicholson)	1209
11.12. Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (A8-0249/2015 - Julie Girling)	1210
11.13. Europäische Bürgerinitiative (A8-0284/2015 - György Schöpflin)	1210
11.14. EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer (A8-0279/2015 - Ivan Jakovčić)	1211
11.15. EU-Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) (A8-0048/2015 - Kinga Gál)	1212
11.16. Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften (A8-0120/2015 - Renato Soru)	1236
11.17. Weiterbehandlung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur elektronischen Massenüberwachung der Unionsbürger (B8-1092/2015)	1259
11.18. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2015 (A8-0307/2015 - Dariusz Rosati)	1282
11.19. Empfehlung des Rates zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt (B8-1093/2015)	1306
11.20. Sicherer Einsatz ferngesteuerter Flugsysteme (RPAS) im Bereich der zivilen Luftfahrt (A8-0261/2015 - Jacqueline Foster)	1334
11.21. Neue Herausforderungen und Konzepte für die Förderung des Fremdenverkehrs in Europa (A8-0258/2015 - Isabella De Monte)	1360
11.22. Entwicklung einer satellitengestützten Technologie für Systeme zur weltweiten Ortung von Flugzeugen (B8-1094/2015)	1394

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Inhalt	Seite
12. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	1411
13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	1411
14. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	1411
15. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	1411
16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	1411
17. Unterbrechung der Sitzungsperiode	1411

Donnerstag, 29. Oktober 2015

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 29. OKTOBER 2015**PRÉSIDENTENCE DE MME SYLVIE GUILLAUME***Vice-présidente***1. Eröffnung der Sitzung***(La séance est ouverte à 8 h 30)***2. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll****3. Anhörung zu Änderungen der Sommerzeitregelung in Europa (Aussprache)**

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la question orale à la Commission sur l'audition sur les changements en matière d'heure d'été en Europe de Pavel Svoboda et Michael Cramer, au nom de la commission des affaires juridiques et de la commission des transports et du tourisme (O-000111/2015 — B8-0768/2015) (2015/2722(RSP)).

Pavel Svoboda, Autor. – Paní předsedající, paní komisařko, závěry veřejného slyšení k otázce změny mezi letním a zimním časem, které se konalo letos v březnu, byly jasné. V oblasti energetiky dnes žádný důvod neexistuje, co se ušetří na světle, to se protopí. Totéž platí pro dopravu. Zato zdravotní následky podle nedávného výzkumu 9 evropských univerzit jsou četné.

Změna času působí zdravotní potíže přibližně 20 % Evropanů, zatímco zbylých 80 % nemůže pochopit, že to někomu potíže způsobovat může. Zdravotní potíže jdou od únavy, ospalosti a dezorientace přes poruchy trávení, migrény a deprese až po spouštění geneticky podmíněných nemocí, jako jsou obezita či cukrovka, patří sem ale i infarkty. Osobám postiženým autismem působí tato změna zásadní problémy. Přímé i nepřímé náklady na zdravotní následky v EU byly tímto výzkumem odhadnuty až na neuvěřitelných 131 miliard EUR. To může znamenat, že občané EU dávají na chod EU téměř tolik – ročně přibližně 140 miliard EUR – jako na sanaci zdravotních škod způsobených touto jedinou směrnicí.

Reakcí Komise na ono veřejné slyšení bylo tiskové prohlášení, v němž se praví, že si členské státy nestěžují a že tato Komise se nebude takovou maličkostí zabývat. Zdravotní potíže jedné pětiny Evropanů tedy Komise považuje za maličkost. Má-li pravdu onen výzkum 9 univerzit, pak škody na zdraví ve výši rozpočtu Unie považuje Komise také za maličkost. Takové prohlášení považuji za skandální. Členské státy si opravdu možná nestěžují, státy totiž netrpí depresí ani cukrovkou. Ale stěžují si lidé. Občané Evropské unie si stěžují nám, svým zástupcům v Evropském parlamentu. A to musí stačit k tomu, aby se Komise začala věcí zabývat se vši vážností.

Jsem proto rád, že mohu Komisi dnes položit ústní otázku a vyzvat ji, aby prokázala, že onen výzkum 9 univerzit se mýlí, že existují racionální důvody pro zachování změny času, důvody, které převáží nad poškozováním zdraví pětiny občanů Evropské unie.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Michael Cramer, Verfasser. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke dem JURI-Ausschuss und dem Vorsitzenden Pavel Svoboda für diese Initiative, die beide Ausschüsse – der TRAN-Ausschuss und der JURI-Ausschuss gemeinsam tragen. Denn das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit, auf den Verkehrssektor, auf die Fahrpläne, die Arbeitszeiten der Beschäftigten und so weiter.

Deshalb haben wir auch im März dieses Jahres eine gemeinsame Anhörung beider Ausschüsse zu diesem Thema durchgeführt. Die Expertenmeinungen waren klar: Die Argumente für die Zeitumstellung werden von der Wissenschaft in Frage gestellt, und die negativen Auswirkungen sind dort eindeutig belegt worden. Es gibt also keinen wissenschaftlichen Grund für die Sommerzeit. Deshalb teile ich auch die Enttäuschung meines Kollegen Pavel Svoboda über die Pressemitteilung der Kommission, aber auch über die Weigerung der Kommission, diese Frage ernsthaft zu betrachten.

Das ursprüngliche Argument war die Energieeinsparung. Sie können sich vorstellen, dass ich als Grüner natürlich für Energieeinsparung bin, das ist auch das Ziel der Kommission. Aber was kommt denn jetzt heraus? Viele Studien sehen keinen Effekt, und in Indiana – das wurde auch schon erwähnt – kam heraus, es gibt sogar einen negativen Effekt. Statt dass es positiv ist, dass wir Energie einsparen, verschwenden wir Energie. Und deshalb müssen wir das ändern.

Wir wollen unvoreingenommen prüfen, ob das heutige System überhaupt noch Sinn hat. Besonders im Verkehrssektor haben wir bestimmte Probleme. Die Menschen sind nach der Umstellung müde, weil sie eine Stunde weniger schlafen. Das ist eine große Gefahr für die Sicherheit. Die Fahrpläne brauchen Sonderregeln, die Züge müssen nachts eine Stunde stehen, damit die Fahrpläne, die aufgeschrieben sind, auch eingehalten werden; das ist verrückt, aber Realität. Die Arbeitszeiten der Beschäftigten müssen angepasst werden, und viele Prozesse im Verkehr und in der Logistik werden unterbrochen. In den USA wurden jetzt die Kosten berechnet: 1,7 Milliarden Euro pro Jahr kostet uns das, und der Effekt ist gleich null! Haben wir so viel Geld? Ich kann Ihnen tausend Argumente bringen, wo wir das Geld besser einsetzen können, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Die Initiativen gibt es in beinahe jedem Mitgliedstaat. Mich haben sehr viele Zuschriften erreicht und unsere Kolleginnen und Kollegen auch. Deshalb die Fragen an die Kommission: Warum schaut sich die Kommission die wissenschaftlichen Ergebnisse, auch aus den USA, nicht ernsthaft an? Wann und wie wird sie die Auswirkungen der Zeitumstellung neu untersuchen? Oder liegen ihr Beweise für die Senkung des Energieverbrauchs vor? Welche Schätzungen von Kosten und Nutzen liegen der Kommission vor? Wie wirken sich Fortschritte bei der Energieeffizienz aus? Und spiegelt die genannte Pressemitteilung die Ansicht der Kommission wider? Ist das die Art, wie sie mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Abgeordneten umgehen will?

Deshalb noch einmal herzlichen Dank an den JURI-Ausschuss und an Pavel Svoboda. Und an die Kommission gerichtet: Schauen Sie sich die Fakten unvoreingenommen an! Wir sind gespannt auf Ihre Antwort.

(Beifall)

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Madam President, the Commission is aware that at regular intervals citizens ask for the abolition of summer-time. Citizens mainly point to health problems, but also question if the reasons that led Member States to introduce summer-time have proven valid.

Be assured that the Commission is taking the concerns of citizens seriously. The Commission has examined different studies on the subject matter, but these studies present mixed results and no conclusive argument was to be gained from them regarding potential impacts on health, energy savings or other impacts, for instance on road safety or productivity levels.

The Commission does not have estimates of the economic benefits and costs of changing clocks or adjusting schedules. Neither does it have estimates of the impact of energy efficiency of electric lamps and appliances under the current summer-time arrangements in Member States.

The Commission believes that the reason that motivated the adoption of the Directive on summer-time arrangements in 2001, which was to ensure the proper functioning of the internal market through harmonisation of timetables, is still valid. It therefore does not see a reason for revising this directive at this stage.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Herbert Reul, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Frau Kommissarin, ich schätze Sie sehr, aber die Antwort der Kommission ist eigentlich eine Frechheit, wirklich eine Frechheit.

Es gibt Probleme bei Menschen – nicht bei allen –, und wenn sie die Sorgen der Menschen ernst nehmen wollen, dann reicht noch nicht die Aussage: Es war schon immer nett. Seit über zehn Jahren gibt die Kommission keine ernsthafte und ehrliche Antwort. Es sind Studien vorgelegt worden, und die Antworten sind zum Teil wirklich kabarettreif. Es ist ungeheuerlich, wie mit diesen Gesundheitsproblemen umgegangen wird. Bei jedem anderen Thema, bei jeder anderen Gesundheitsgefährdung, regt sich dieses Parlament auf und macht Riesenaufstände. Nur bei dem Thema nicht.

Und übrigens, die zentrale Frage, Frau Kommissarin, bitte ich wirklich mal an die gesamte Kommission weiterzugeben. Die zentrale Frage ist nicht, ob es genug Gründe gibt, es wieder zurückzunehmen, sondern ob es einen einzigen Grund gibt, zweimal im Jahr die Menschen damit zu nerven. Sie müssen doch begründen, warum wir zweimal im Jahr umstellen. Wir müssen doch nichts begründen! Ich habe noch nie verstanden, warum wir begründen müssen, dass wir den Normalzustand wiederherstellen.

Der Normalzustand war, es wird nicht zweimal im Jahr umgestellt – mit Aufwand, mit Ärger. Wie viel und wie wenig, ist mir vollkommen egal. Es gibt auch gar keinen Grund umzustellen. Nennen Sie mir einen Grund, einen Beweis, warum wir zweimal im Jahr umstellen, dann bin ich auf Ihrer Seite. Ansonsten finde ich, kann man diese Richtlinie aus dem Verkehr ziehen.

Diese Kommission tritt an mit Deregulierung. Wir wollen weniger Vorschriften. Was soll das denn dann? Was soll das denn, zweimal im Jahr umzustellen, wenn es keinen Sinn macht? Wenn es einen Sinn gäbe, hätten sie ein Argument. Mittlerweile ist die Nummer klar: Es gibt kein Argument, warum man umstellt. Aber es gibt Probleme. Und insofern – Simsalabim – stellen wir doch einfach den Normalzustand wieder her. Das Binnenmarkt- Argument ist das wirklich dümmste von allen, denn keiner von uns will, dass in jedem Land etwas anderes an Zeit passiert. Wir sagen alle: umstellen für alle, ja klar, Binnenmarkt. Selbstverständlich einheitliche Regelungen in ganz Europa.

Aber, meine Damen und Herrn, ich bitte dieses Thema endlich ernst zu nehmen. Als ich mit der Frage angefangen habe, da haben alle nur geguckt und haben gesagt, das spinnt einer, da träumt einer. Es sind Zehntausende, die Unterschriften leisten, zehntausende Menschen beschwerten sich. Nehmen Sie das bitte ernst!

(Beifall)

Evelyn Regner, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin! Sie sehen, Frau Kommissarin, das ist eine sehr leidenschaftlich geführte Diskussion, auch wenn wir noch nicht so viele hier in diesem Saal sind. Aber Ihre Antwort war wirklich eine sehr technische und geht nicht auf die Sorgen der Menschen ein. Denn da geht es nicht nur um ein Binnenmarktthema, sondern da geht es darum, dass das Thema Zeit das Leben jedes Einzelnen individuell berührt. Und Sie können hinausgehen: jeder Einzelne hat eine persönliche Meinung dazu, weil es in das Leben eingreift.

Ich möchte jetzt hier in diesem Zusammenhang ebenfalls ein leidenschaftliches Plädoyer für die Abschaffung der Sommerzeit und Winterzeit und dieser ganzen Zeitumstellung halten, denn ich spreche für die Menschen, die es besonders schwierig haben und die nicht so eine tolle Lobby hinter sich haben, nämlich einerseits für die Pendler und andererseits auch für die Schülerinnen und Schüler. Sehr viele Menschen sind nämlich damit konfrontiert, dass die Schulzeiten beispielsweise nicht umgestellt werden, und kämpfen dann in der Frühe damit, aufzustehen, sind natürlich ebenfalls dazu gezwungen, dass geheizt wird und dass wir entsprechend natürlich in der Finsternis sind. Das heißt, dies ist auch ein Plädoyer dafür, dass Menschen nicht gezwungen sind, so schrecklich früh im Finstern aufzustehen.

Merja Kyllönen, GUE/NGL-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, kesä- ja talviajan sääntely direktiivillä on tullut tiensä päähän. Olisi järkevää päätyä direktiivimuutokseen, jossa kahden ajan systeemistä luovutaan. Kelloa siirrettäisiin vain aikavyöhykkeiden yli liikuttaessa.

Tutkimuksissa on selvinnyt, että ihmisten uni huononee keväällä ja syksyllä, kun kelloja siirrellään. Erityisesti seniorikansalaisilla ja lapsilla on vaikeaa saada sisäinen kellonsa kohdilleen. Kellonajan siirtelemisen on tutkimuksissa todettu vaikuttavan myös ihmisten mielialaan ja aiheuttavan vakaviakin masennusoireita. Masennuksen hoito aiheuttaa tänä päivänä valtavan suuren kuluerän koko Euroopassa. Haluaako komissio todella olla lisäämässä tätäkin taakkaa Euroopan jäsenvaltioille? Ihmisten lisäksi myös tuotantoeläinten terveyteen kohdistuvat vaikutukset ovat merkittäviä.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Vaikkei Venäjä ole nyt parlamentissa kovin korkeassa kurssissa, on heidän kunniakseen todettava, että he ovat pystyneet luopumaan kesä- ja talviajan sääntelystä jo aiemmin, perustellen päätöksensä nimenomaan kansalaisten ja eläinten hyvinvoinnilla. Jos Venäjäkin pystyy tähän, aikooko Eurooppa olla takapajula? Nyt on meidän vuoromme lopettaa ihmisten ja eläinten terveydellä leikkiminen. Oma kantani on, että talviaika voisi jäädä jopa pysyväksi ja kotimaanikin voisi siirtyä Keski-Euroopan aikavyöhykkeeseen. *(Suosionosoituksia)*

Heidi Hautala, Verts/ALE-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, minusta on täysin uskomatonta, että komissio vastaa lehdistötiedotteessaan meille, että tämä komissio harrastaa vain suuria kysymyksiä ja sen takia kesäajan sääntely ei ole mitään tälle komissiolle. Minusta on täysin uskomatonta, että tällä tavalla ylimielisesti suhtaudutaan kansalaisten huoliin, joita parlamentti tässä edustaa!

Joka kerta kun minä kirjoitan tästä aiheesta Facebookissa, saan tuhat tykkäystä ihan noin vain. Se tarkoittaa sitä, että kansalaiset todella pitävät tätä aika suurena asiana. Muistan hyvin tämän asian senkin takia, että oma lapseni syntyi sinä yönä, jolloin minun maassani Suomessa siirryttiin ensimmäistä kertaa keväällä 1981 kesäaikaan. Asia ei siis unohdu.

Kellojen siirtely aiheuttaa vakavia ongelmia ihmisten terveydelle. Se sekoittaa niin ihmisten kuin eläintenkin biologisen kellon ja tästä taas aiheutuu tarpeetonta harmia, kustannuksia ja riskejä kouluissa, päiväkodeissa, työpaikoilla ja liikenteessä.

Euroopan unioni on säännellyt kesäaikaan siirtymistä ahkerasti. Nykyinen vuoden 2001 direktiivi on nimittäin jo yhdeksäs lajissaan. Miksei nyt voisi ajatella, että olisi aika antaa aiheesta viimeinen kymmenes direktiivi, jolla siirrettäisiin kellojen viisarien kääntely lopullisesti historiaan. Tästä hyötyisivät paitsi liikenne ja viestintä niin myös ihmisten sisäiset kellot.

Parlamentin kuulemisessa kävi ilmi, että ihmisen sisäisen kellon asiantuntijat puoltavat tätä vahvasti. Kuten kollega totesi, jos Venäjälläkin on ihmisten ja eläinten hyvinvoinnin takia luovuttu kellojen siirtelystä, niin kyllä mekin pystymme siihen. *(Suosionosoituksia)*

Olaf Stuger, namens de ENF-Fractie. – We zijn blij dat de tijd niet heeft stilgestaan bij de Commissie en dat dit onderwerp nu uiteindelijk toch ter sprake komt. De PVV heeft dit onderwerp namelijk al vijf jaar geleden hier ter sprake gebracht. Is de Commissie bekend met het Britse onderzoek waaruit blijkt dat de zomertijd veel beter is voor de gezondheid dan de wintertijd, en deelt ze deze conclusie ook? De PVV zegt namelijk stop met de wintertijd. Het is niet alleen beter voor de gezondheid maar ook beter voor toerisme, voor de transportsector en voor het besparen van energie. Dat zou de Commissie toch moeten aanspreken. In een tijd van energiebesparende lampen kost verlichting niet meer zoveel, terwijl energieverblindende airco's in de zomer nu juist veel langer aanstaan. We kunnen ook denken aan de veiligheid. De verstoring van het slaapritme zou bijvoorbeeld kunnen leiden tot veel meer ongelukken.

Voorzitter, kan de Commissie (maar eigenlijk liever de Raad) voor ons uitzoeken of er in Europa voldoende draagvlak is om de wintertijd af te schaffen en, zo ja, is zij dan ook bereid dit te doen?

Heinz K. Becker (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Wie Sie sehen, haben Sie hier eine über alle Fraktionen dieses Hauses gehende Empörung über die Nicht-Aktion der Kommission und auch die Haltung des Rates. Wir fordern die sofortige Überprüfung der Zeitumstellung, der jährlich zweimaligen Zeitumstellung. Wir brauchen eine wissenschaftliche, seriöse, fundierte Überprüfung. Was Sie uns erzählen, sind genau nicht jene Qualitäten wissenschaftlicher seriöser Überprüfungen. Die Kommission ist hier säumig!

Wir haben keine Vorteile im Bereich der Energiewirtschaft, wir haben hohe Kosten, und wir haben eine Unzahl von Gutachten und wissenschaftlichen Studien, unter anderem von neun europäischen Universitäten, von Chronobiologen, Medizinerinnen und Fachleuten jedes Metiers, die zeigen, dass hier enorme Kosten und Risiken zu befürchten sind. Und wir sehen nicht ein, dass diese Risiken nicht überprüft werden.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Es geht in der *causa prima* Europas selbstverständlich auch um andere Fragen – wir wissen das: in der Migration, in den Fragen der Arbeitsplätze. Aber die Gesundheit der Menschen und das Verschleudern von Geld gehören ebenfalls zur *causa prima*. Wir haben die Steigerung von Verkehrsunfällen. Eine österreichische Versicherung hat in der vergangenen Woche bis zu 48 % mehr Verkehrsunfälle erhoben; das darf man nicht wegwischen.

Ich unterstütze die Ankündigung von EU-Kommissionspräsident Juncker, EU-Regelungen alle paar Jahre auf ihre sinnvolle Umsetzung zu überprüfen. Das ist hier nicht geschehen. Es ist höchste Zeit, endlich hier Aktion! Nehmen Sie bitte Ihre Verantwortung wahr – danke!

Gilles Lebreton (ENF). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, cela fait quarante ans que les Européens changent d'heure deux fois par an. Il est temps de revenir à un système d'heure unique, comme la Russie l'a fait en 2011. Les experts auditionnés le 24 mars 2015 par le Parlement européen ont en effet montré que le changement d'heure présente beaucoup d'inconvénients: troubles du sommeil, notamment chez les enfants, accidents cardiaques ou encore perturbation du bétail, en particulier des vaches laitières. Par ailleurs, les avantages qu'on espérait ne se sont pas vérifiés: ni réalisation d'économies, ni diminution du nombre d'accidents de la circulation.

Dans ces conditions, l'Union européenne doit renoncer au changement d'heure. Pour tenir compte des attentes exprimées par 76 % des Français, je demande qu'on pérennise l'heure d'été plutôt que l'heure d'hiver. Je demande à la Commission d'écouter les citoyens et d'arrêter son blocage, que personne ne comprend.

Interventions à la demande

Anna Záborská (PPE) – Chcela by som sa poďakovať predovšetkým kolegovi Svobodovi za vytrvalosť, s akou sa venuje otázke letného času. Toto administratívne opatrenie sme zdedili ešte zo začiatku minulého storočia. Je na čase, aby sme sa zamysleli, či argumenty, ktoré platili pred 100 rokmi alebo v roku 2001, obstoja aj dnes. To, že Komisia ironizuje iniciatívu Parlamentu začať vecnú diskusiu o letnom čase, považujem za dvojnásobne nevhodné. Po prvé preto, že úradníci tu nie sú na to, aby v oficiálnych vyjadreniach vtípne glosovali návrhy poslancov, no tiež preto, že je priamo povinnosťou Komisie vnášať do verejnej diskusie fakty, analýzy a konkrétne návrhy. Preto plne podporujem otázky, ktoré položili moji kolegovia, a žiadam od Komisie, aby tejto otázke venovala náležitú pozornosť.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madame la Présidente, mes notes étaient en anglais, mais comme j'ai beaucoup de respect pour vous, permettez-moi de m'exprimer en français. Sur ce sujet, chers amis, chers collègues, sachez que quand mes enfants vont à l'école le matin, du fait du changement d'heure, ils partent alors qu'il ne fait plus nuit, mais déjà jour. Et je préfère que mes enfants se rendent à l'école de jour plutôt que de nuit.

En même temps, je crois qu'il faut analyser ces influences en profondeur parce qu'il s'agit en grande partie d'influences positives. Croyez-moi, au vu de la situation qui est la nôtre actuellement en Europe, de la question des migrations, de la crise des dettes grecques, de la situation économique, du chômage, des conditions sociales, et j'en passe, je considère que ce n'est pas le moment d'aborder de nouveau ce sujet. Et en même temps, je dois vous dire que je ne suis pas d'accord avec l'arrogance de la Commission à ce propos.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύρια Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, η μαζική συμμετοχή των συναδέλφων και το πάθος με το οποίο διεξάγεται η συζήτηση αποδεικνύουν ότι πράγματι υπάρχει ένα σοβαρό ζήτημα, και νομίζω ότι ο τρόπος με τον οποίο απαντήσατε δεν δείχνει την πρέπουσα σοβαρότητα απέναντι σε αυτό το ζήτημα.

Καθιερώθηκε η θερινή ώρα εδώ και πάρα πολλά χρόνια και θεωρήθηκε ότι αυτό είναι κάτι θετικό. Όμως βλέπετε ότι οι μελέτες δείχνουν ακριβώς το αντίθετο, διότι έχει γίνει και σχετική δημόσια ακρόαση από πλευράς Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Έχει αποδειχθεί τεκμηριωμένα πλέον ότι η θερινή ώρα έχει αρνητικές επιπτώσεις στην υγεία, στις μεταφορές, στην ευρωπαϊκή βιομηχανία, ενώ δεν βοηθάει στη μείωση του κόστους ενέργειας. Πρέπει λοιπόν αυτό το σοβαρό ζήτημα να το δείτε, να το αντιμετωπίσετε. Όταν οι πολίτες ήδη στέλνουν τέτοια μηνύματα ανησυχητικά, η Επιτροπή οφείλει να κάνει μια σοβαρή μελέτη και να μας δώσει μια σοβαρή απάντηση στο θέμα αυτό.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Noriu padėkoti kolegoms, kurių pastangomis šis klausimas svarstomas Parlamente. Noriu atkreipti Komisijos dėmesį į dar vieną labai svarbų sektorių, kuriam laiko kaitaliojimas yra akivaizdus. Nemanau, kad nors vienam ūkininkui pavyko paaiškinti karvėms, kodėl jos turėtų melžiamos viena valanda anksčiau ar vėliau. Žemės ūkio sektoriuje dirbantiems žmonėms laiko persukimo poveikis yra labai neigiamas, nes jie priklauso nuo dviejų režimų: vienas yra biologinis gyvulių laikas, kurio keisti negalime, antras – visuomeninis laikas, prie kurio ūkininkai turi taikytis, veždami vaikus į mokyklą, važiuodami į turgų ar tvarkydami kitus ūkio reikalus. Todėl kviečiu Komisiją imtis iniciatyvos ir pakeisti šią direktyvą ir atšaukti šį ...

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, paní komisařka, kdyby se dnes hlasovalo znovu o Evropské komisi, asi byste paní komisařka ode mě dostala otázku na změnu zimního a letního času. A pokud byste odpověděla tak, jako jste odpověděla dnes, velice bych zvažoval, zda bych pro tuto Komisi hlasoval. Já chci za komisaře prostě lidi, kteří se budou prát za práva občanů. Jestliže tady půl miliardy občanů Evropské unie říká jednoznačně, že chce zrušit přechod, který k ničemu není, tak já od Vás čekám jako odpověď, že se tím začnete vážně zabývat. Paní komisařko, prosím Vás, přestaňte ironizovat a pojďme se touto věcí, která má opravdový vliv na zdraví občanů Evropské unie, skutečně zabývat.

Beatrix von Storch (ECR). – Frau Präsidentin! Ja, was für eine Debatte! Über alle Fraktionsgrenzen hinweg. Wenn links geredet wird, wird rechts geklatscht und wenn rechts geredet wird, wird links geklatscht. Das hat es überhaupt noch nie gegeben! Alle sind sich einig. Es ist ein völlig unideologisches Thema: Die Umstellung von Winter- auf Sommerzeit und umgekehrt wollen die Bürger nicht.

Die Kommission stellt sich hin und sagt: wir hätten keine Argumente. Sie haben gleich wieder das Wort. Stellen Sie sich hin und begründen Sie, warum die Umstellung sein muss. Sagen Sie uns und den Bürgern nicht, wir müssten irgendetwas beweisen! Beweisen Sie und belegen Sie, warum die Umstellung sein muss. Aber bringen Sie richtig gute Argumente. Was Sie bisher geleistet haben, war eigentlich nur eine Frechheit.

(Beifall)

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěla poděkovat všem kolegům, že se držíme věcné diskuse napříč politickými stranami, a chtěla bych, aby paní komisařka to nebrala jako osobní útok na ni, ale Vy tady dnes, paní komisařko, zastupujete Evropskou komisi, a proto ty naše otázky jdou přímo na Vás. Slyšela jste tady jasně, že je mnoho občanů a mnoho důvodů, proč klademe tuto otázku, zda je nezbytné dvakrát za rok provádět tuto mobilizaci občanů a o hodinu posunovat hodiny dopředu a potom zase dozadu. Já si myslím, že právě v této chvíli bychom mohli prokázat, že orgány Evropské unie jsou akceschopné a dokážeme se s tímto technickým problémem vyrovnat rychle, protože občané trápí mnoho jiných, důležitějších věcí, kterým se musíme věnovat. Takže prokážme, že předložíte studii a změníme směrnici.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, from my own observations I have become more and more against the change of time in recent years, because I see that it brings in the winter overnight and stops the onset of spring by at least a month. But coming in here this morning, I am delighted to hear cases being put forward by my colleagues and the impact it actually has on citizens and on agriculture, costs and energy. Mr Becker referred to 48% more accidents and disturbed sleep patterns for children.

Surely the case is clear, and all it takes is for a directive from the Commission. It would cost nothing, and I am quite sure citizens would be delighted. Once again we would be able to show citizens that we can act in their interest. If Russia did it, why can we not do it? Or are we afraid to say maybe that Russia was right and we were too slow to follow them? In this instance, they were right and we should introduce to change as soon as possible because we do not want winter coming in overnight anymore and we want spring to come in its natural order.

(Fin des interventions à la demande)

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank Members very much indeed for this very lively debate. It sends a very strong message – which was commented on before – that representatives of all parties are here discussing this issue.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

As stated in my introduction, the Commission is aware of the different arguments for and against. I have spoken personally with many Member States, asking them for their opinion, and I have to say that opinion is divided. It is not as coherent as Members are being here. There are indeed many studies examining potential impacts on health, but there is still no really strong argument to be gained from them at this time. I agree that the challenge is greater than we are sometimes willing to admit. I hear what Members are saying – honestly – but let me also stress that my strong motivation is to keep the Single Market alive and to have a unanimous decision on this issue at European level.

So, at this stage, the Commission is not considering changes to the relevant directive but, should new evidence emerge and a more systemic approach be put forward, we would be willing to reconsider that position.

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

Bart Staes (Verts/ALE), schriftelijk. – Er bestaat voldoende wetenschappelijk bewijs dat de huidige zomertijd meer negatieve dan positieve effecten heeft. Dat bleek tijdens een in het EP gehouden hoorzitting in maart van dit jaar. Enig positief gevolg van de periodieke omschakeling van zomer- naar wintertijd en omgekeerd op vervoer, toerisme, energieverbruik, landbouw, gezondheid en de Europese industrie is niet bewezen. Integendeel. Het is ook hoogst onzeker of het energieverbruik dankzij de invoering van de zomertijd in Europa is gedaald.

Toch houdt de Commissie halsstarrig vast aan de stelling dat de regeling gunstig is. Daarbij verschuilt ze zich achter de optie van een groot aantal lidstaten, die ogenschijnlijk niets aan de regeling willen veranderen. Het is onaanvaardbaar dat de Commissie moedwillig talrijke onderzoeksresultaten uit de EU en de rest van de wereld, met name de VS, waarin de negatieve gevolgen van de zomertijd worden belicht, blijft negeren. Het is goed dat we vandaag tijdens deze plenaire zitting het debat aanzwengelen. Het heeft geen zin maatregelen aan te houden die door vele burgers als zeer hinderlijk worden ervaren. De Commissie blijft de boot afhouden. Verdere politieke actie is dus nodig.

4. Sicherer Einsatz ferngesteuerter Flugsysteme (RPAS) im Bereich der zivilen Luftfahrt (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Jacqueline Foster, au nom de la commission des transports et du tourisme, sur l'utilisation sûre des systèmes d'aéronefs télépilotes (RPAS), plus connus sous le nom de véhicules aériens sans pilote (UAV), dans le domaine de l'aviation civile (2014/2243(INI)) (A8-0261/2015).

Jacqueline Foster, rapporteur. – Madam President, small radio-controlled model aircraft have been flown by enthusiasts for many decades. The first recorded use of them in the UK was in 1935 when the British Royal Navy used the DH82 Queen Bee for target practice. During the past 15 years we have seen rapid growth in the use of remotely piloted aircraft systems (RPAS), more commonly known as unmanned aerial vehicles (UAVs) or drones. Technology developed primarily for military purposes is now being applied for commercial use, pushing technological and legislative boundaries.

In recognition of the rapid development of this market, RPAS are rightly being incorporated into existing aviation programmes such as Sesar and Horizon 2020. In addition, the potential for growth in this industry, from the manufacturer to the end user, is immense for large and small businesses alike. Therefore, it is imperative that we maintain world-class standards for manufacturing. Europe leads the world in drone development, with two and a half thousand drone operators. In the UK alone we have more than 600 RPAS operations providing services from photography to land surveillance.

RPASs have become an increasingly popular alternative to manned aircraft for aerial surveillance activities, among other things. They are used to monitor railway lines, power plants and farmers' crops, as well as at rock concerts and in football stadiums. They are being used increasingly in humanitarian circumstances, in dealing with forest fires and earthquakes, for example, and in search and rescue operations. At the same time, 'baby drones' designed for leisure and hobby use have become increasingly popular.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

All the stakeholders have recognised the potential of this market and we are all keen to stress that any policy framework must enable growth in it in order to compete globally. My role as rapporteur has been to find the right direction and framework to take this industry to the next stage, and I believe that this report, as it now stands, has answered the key questions.

Earlier this year I brought together representatives from industry, Member States, civil aviation authorities, air traffic services, the European Safety Agency and the Commission. It was widely recognised by participants that any framework must be proportionate and risk-based to enable the sector to grow while, at the same time, avoiding any unnecessary burdens. In addition, any legislation must reflect global cooperation in order to stimulate R&D.

I also had constructive meetings in Washington in March with representatives from the US Federal Aviation Administration (FAA) and the US Transport Department. This all culminated in a high-level meeting under the Latvian Presidency in Riga, which produced the Riga Declaration.

That key message stated that the European aviation community would commit itself to allowing businesses to provide RPAS services everywhere in Europe from 2016. To do this, I believe that we need to establish European and global rules which will address the following areas: air worthiness, certification, commercial and recreational use, drone identity, appropriate pilot training, liability and insurance, operations, protection and privacy, geo-fencing and no-fly zones.

The Joint Authorities for Rulemaking on Unmanned Systems (JARUS) is a committee comprising non-EU and EU Member States and national aviation authorities. It sits under the umbrella of the International Civil Aviation Organisation (ICAO). Its purpose is to develop technical safety and operational requirements for the certification and safe integration of large and small RPAS into airspace and at aerodromes. The Chair of JARUS is a representative from European Aviation Safety Agency (EASA). In my view, JARUS is ideally placed to draft global safety regulations for the use of these systems quickly and effectively.

We need to ensure that any future EU rules will be compatible with international arrangements through a process of mutual recognition.

To conclude, I would like to thank the shadow rapporteurs on the Committee on Transport and Tourism for their very constructive input and cooperation, as well as our colleagues on the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, and in particular Patrick Cassidy from the ECR Group, who has been an invaluable help to me. I believe that we have acknowledged the opportunities that this nascent market can create for both investment and job creation, whilst at the same time safeguarding public interest. I would therefore ask Parliament for its support in order to send a strong political message that we are ready for this new exciting step forward for the aviation sector.

(Applause)

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. — Madam President and distinguished Members of Parliament, drones are a technology which has already changed the way we do things and which creates opportunities for new services and new applications.

Unmanned aircraft are able today to perform missions that are not conceivable or economically not feasible with manned aircraft, ranging from safety inspections – as already pointed out – and monitoring activities to precision farming operations or assessment of natural disasters. The range of drone applications for civilian use is developing fast, underlining the significant economic potential of this sector to contribute to growth and jobs in Europe.

Everybody acknowledges the enormous potential of drone technologies, yet citizens are also raising concerns about drone operations: hence the challenge for us to come up with rules that strike the right balance between promoting this promising technology and adequately protecting our citizens.

It is our conviction that only common European rules would provide a solid basis for promoting investment in, and facilitating the development of, drone technologies while duly protecting all our citizens. That is why the Commission greatly welcomes the support for this approach in the Foster report. I would really like to thank the rapporteur, Ms Foster, for her great work and her efforts in bringing together the views of different political groups in her very comprehensive report. The Commission agrees with the report's call for a clear, harmonised and proportionate EU regulatory framework, removing the current 150 kilogramme threshold separating EU and national competence. We need to go for common rules for all drones, regardless of weight. But please understand me, this does not mean that every drone operation requires heavy-handed regulation. The Commission agrees with the report that we need to evolve towards an operation-centric approach to safety rules that are proportionate to the risk associated with a particular operation. These ideas are already being developed by the European Aviation Safety Agency and the Joint Authorities

Donnerstag, 29. Oktober 2015

for Rulemaking on Unmanned Systems (JARUS), where experts from the European Member States play an active role together with experts from the US, China, Japan, Brazil, Canada, and many more. The Commission also supports the idea that safety rules could be supplemented by internal market or international commerce rules, using leaflets, for example, to make each drone user aware of possible risks.

The Commission is aware of the need to let drones operate further away from the ground station, in other words further than the pilot can see. If drones are allowed to operate over a longer distance in one mission, the cost of the operation will decrease drastically, and wider-range operations will encourage innovative businesses. And yes, we should find sufficient R&D funding to finance the missing technologies. While we support the development of drones, public acceptance of drone operations is key, and we therefore agree that adequate enforcement of safety and other existing legislation, for instance on privacy or data protection, is crucial. However, there are a number of other aspects related to drones, such as security, environmental protection and liability, and these also need to be addressed.

Let me conclude: the Commission greatly appreciates this report on drones, which will significantly contribute to steering safety rules in the desired direction and to the Commission's ongoing work to lay down an enabling framework for drones. The topic has been thoroughly addressed in the aviation package, and I hope that we will be able to proceed swiftly in the near future.

Soraya Post, *föredragande av yttrande från utskottet för medborgerliga fri- och rättigheter samt rättsliga och inrikes frågor*. – Fru talman! Drönare blir ju mer och mer viktiga i vårt samhälle både kommersiellt och för att utföra viktiga samhällstjänster. Ett centralt användningsområde för drönare är övervakning av människor, ofta utan deras vetskap.

Nuförtiden kan alla köpa en drönare med en kamera eller annan utrustning. EU-lagstiftning till skydd för privatlivet och för personuppgifter måste respekteras på en civil marknad för drönare. Detta är inte förhandlingsbart och kan inte ställas mot kommersiella intressen.

Kommissionen måste noga utreda vilka risker en marknad för civila drönare medför och informera allmänheten om detta. Kommissionen måste också ta fram ett förslag till ett regelverk som alla kan vara trygga med. Vi måste också titta på hur underrättelsetjänster använder drönare och hur vi kan försäkra oss att våra grundläggande rättigheter inte kränks.

Renaud Muselier, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, je tiens à remercier, bien sûr, M^{me} Foster pour le rapport qui a été fait et présenté, ainsi que les autres groupes politiques pour le bon travail qu'ils ont effectué.

À l'heure actuelle, il n'existe globalement aucune législation ni mondiale, ni européenne, ni chez nos grands concurrents internationaux, qu'il s'agisse des États-Unis ou de la Chine. Plusieurs États membres ont un début de législation et nous sommes d'ailleurs, nous les Européens, leaders mondiaux des drones, avec plus de la moitié des entreprises mondiales dans ce secteur. Je me permets de rappeler que ce marché représentera au minimum 80 milliards de chiffre d'affaires et 100 000 emplois en 2025. Si nous voulons donc rester leaders, nous avons l'opportunité d'écrire les règles de vol qui, ensuite, s'imposeront au niveau mondial. Ces règles dicteront les normes technologiques applicables aux drones et l'enjeu n'est ni plus ni moins d'imposer au monde notre vision: nous pouvons prendre comme exemple la norme GSM pour les téléphones portables.

Ce n'est pas tout d'être les premiers à avoir des règles, encore faut-il qu'elles soient bonnes, et les règles européennes doivent donner un maximum de liberté d'innovation aux entreprises tout en garantissant une protection absolue de la population.

À ce jour, deux millions de drones ont été vendus et aucun décès n'est à déplorer. Il est manifeste que ce rapport apporte des réponses très claires, notamment à la Commission: la protection des données est indispensable, la vie privée doit absolument être protégée. Mais nous devons laisser se développer le drone; en effet, bloquer les drones, ce serait comme si on avait interdit les téléobjectifs sur les appareils photo. Nous avons donc aujourd'hui une innovation claire, une proposition simple, donc nous anticipons et nous ne décevons pas avec ce rapport.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Janusz Zemke, w imieniu grupy S&D. – Otóż ja chciałem bardzo mocno podkreślić tezę, iż każdego dnia na naszym niebie pojawia się coraz więcej bezpilotowców cywilnych. To nas cieszy, ale to także pokazuje, że mamy do czynienia z rozwojem techniki i że drony to będzie zjawisko trwałe i rozwijające się. Problem polega jednak na tym, że postępom w technice nie towarzyszą adekwatne rozwiązania prawne. Państwa członkowskie Unii Europejskiej w bardzo zróżnicowany sposób regulują wykorzystanie dronów. Zdaniem mojej grupy S&D jest to właśnie obszar, w który muszą się aktywnie włączyć instytucje Unii Europejskiej – jest to bowiem materia obiektywnie właściwa do regulowania unijnego. Cywilnego wykorzystania bezpilotowców nie ograniczają przecież granice żadnych państw.

Są tutaj do rozwiązania dwa problemy o charakterze podstawowym. Problem pierwszy polega na tym, że bezpilotowce muszą się poruszać bezpiecznie w ruchu lotniczym, a problem drugi – i o nim już tu dzisiaj była mowa – to zapewnienie ochrony sfery prywatności. Myślę, że sprawozdanie pani Foster bardzo trafnie zwraca uwagę na te dwa aspekty – moim zdaniem jest to bardzo wartościowy i ciekawy dokument. Ponieważ te dwie sfery, czyli kwestie dotyczące zapewnienia bezpieczeństwa, ale także istotne sprawy dotyczące ochrony prywatności, są tutaj jasno ujęte, moja grupa będzie dalej bardzo czynnie brała udział w pracach nad tym dokumentem.

Evžen Tošenovský, za skupinu ECR. – Paní předsedající, paní komisařko, drony představují další fenomén, kde technika předběhla legislativu, a vidíme potřebu koordinovaného přístupu na evropské úrovni. V oblastech kritické infrastruktury by měl být provoz dronů bez pochyby omezen. Aktuální je též otázka ochrany soukromí v celém spektru. Jsem rád, že kolegyně Fosterová jako zpravodajka připravila vyvážený příspěvek Evropského parlamentu do debaty, jak se ke dronům postaví. Je mi jasné, že tato zpráva nechce předjímat detaily, jak budou budoucí evropská pravidla vypadat. Myslím si, že je to velmi příznáčný přístup a velmi oceňuji přístup paní Fosterové k této věci. Na druhou stranu bych nechtěl, aby došlo ke zbytečnému administrativnímu omezení dronů využívaných pro individuální zábavu nebo pro samotný vývoj aplikací do budoucna.

Matthijs van Miltenburg, namens de ALDE-Fractie. — Ik wil op de allereerste plaats de rapporteur, mevrouw Foster, bedanken voor haar verrichte werk. In deze context zou ik zeggen: “well done” wordt “well drone”.

De veilige integratie van drones in het Europese luchtruim moet worden gewaarborgd. Daarom is Europese regelgeving hard nodig. Hoe sneller, hoe beter. Recente ongevallen met drones illustreren dat maar al te goed. Een heel belangrijk aandachtspunt daarbij is de aansprakelijkheid. Op wie moet de schade verhaald worden als een drone uit de lucht komt vallen? Om aansprakelijkheid te kunnen garanderen moeten we ervoor zorgen dat er een duidelijke link met de eigenaar of de bestuurder van de drone is en dat die te allen tijde kan worden getraceerd wanneer zo'n drone schade veroorzaakt.

Verplichte registratie en de installatie van een verplichte identificatiechip zou daarvoor een oplossing kunnen zijn. Dat is ook de richting die ik heb aangegeven in een amendement van mij dat is overgenomen in het verslag. Evident is dus dat er Europese regelgeving nodig is en daar moeten we echt op doorpakken. Gelukkig komt er begin december een luchtvaartpakket met een voorstel daaromtrent. Het lijkt mij belangrijk dat de Raad onder het Nederlandse voorzitterschap samen met het Europees Parlement een stap in de goede richting zet zodat de drone-industrie daadwerkelijk een hoge vlucht kan nemen.

Davor Škrlec, u ime kluba Verts/ALE. – Gospođo predsjednice, poštovana povjerenice Bulc, kolegice i kolege, prvo zahvaljujem izvijestiteljici Foster na izvrsnoj suradnji pri izradi ovog izvješća.

Zadaća Europske unije je u što kraćem roku razviti zakonodavni okvir koji će se odnositi isključivo na civilnu upotrebu bespilotnih letjelica. Zakonodavni okvir mora zajamčiti investicije i razvoj konkurentnog europskog sektora bespilotnih letjelica za civilu uporabu te jasno razlikovati profesionalnu upotrebu bespilotnih letjelica na daljinsko upravljanje od njihove rekreativne upotrebe.

Potencijal za gospodarski rast ovog sektora je golem. Potiče razvoj inovativnih tehnologija koje imaju veliki potencijal za stvaranje radnih mjesta, posebno zelenih radnih mjesta, kako u velikim trgovačkim društvima, tako i u tisućama malih i srednjih poduzeća.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Kvalitetno obrazovanje je nužno u ovom sektoru te ističem potrebu za organiziranjem i promicanjem centara za stjecanje kvalifikacija i osposobljavanje pilota i operatera bespilotnih letjelica. Europskim zakonodavnim okvirom moramo omogućiti inovacije i razvoj sektora u najboljim mogućim uvjetima, uz učinkovitu zaštitu imovine i osoba, kao i osobnih podataka i privatnosti građana.

Na kraju ne smijemo zaboraviti ograničene resurse kojima raspolažemo i zaštitu okoliša. Ovaj novi sektor je idealna prilika da odmah na početku počnemo primjenjivati načela kružne ekonomije, a za propulziju bespilotnih letjelica koristimo pogonsko gorivo koje neće narušavati kvalitetu zraka i povećavati emisije stakleničkih plinova.

Peter Lundgren, för EFDD-gruppen. – Fru talman! Drönare är en växande verksamhet med en mycket stor potential. Det är i alla fall min åsikt att det behövs klara regler för denna marknad för att möjliggöra fortsatta satsningar i tekniken. Människor är ju ofta skeptiska till nymodigheter. Tänk bara på flygets barndom – de flesta avfärdade då de män som utvecklade flygplan, som galna människor. I dag tror jag att väldigt få av oss skulle kunna tänka oss en värld utan flygets möjligheter att förflytta oss snabbt mellan olika världsdelar. En resa till USA förr i tiden, i alla fall från mitt hemland Sverige, rörde sig om ett par veckor. Tekniken utvecklas således och går framåt hela tiden. Många gånger är väl då, som sagt, problemet att vi har svårt att ta den till oss innan vi ser de praktiska möjligheterna med den.

Industrin kan alltså bli väldigt stor på denna marknad. Den är stor och kan bli ännu större, men det förutsätter också att det finns väldigt klara spelregler på marknaden, eftersom det inte finns något företag som vågar investera mycket pengar i en nymodighet utan att veta vilka spelregler som gäller.

Integriteten är ju, som sagt, en väldigt känslig fråga. Vem vill ha en drönare över huvudet när man sitter i trädgården och dricker kaffe? Det är alltså en aspekt som lagstiftarna behöver titta över, så att man skyddar integriteten. Jag ser dock stora samhällsmöjligheter i tekniken.

Marie-Christine Arnautu, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, je salue, Madame Foster, votre texte. Je trouve très positif qu'il ne vise en aucun cas à réglementer les drones militaires. Du fait de leur enjeu stratégique, il était nécessaire d'être très clair sur ce point.

Je partage votre souci de donner aux petites et moyennes entreprises un cadre suffisamment souple pour qu'elles restent compétitives face à la concurrence étrangère, notamment celle venant des États-Unis.

J'approuve l'idée de susciter un débat entre les parties prenantes afin de définir une réglementation équilibrée qui permette de protéger la vie privée et de garantir la sécurité des personnes tout en promouvant l'essor de nouvelles technologies.

En outre, comme je l'ai affirmé lors des travaux en commission, il est essentiel que les États membres et les autorités nationales compétentes gardent une marge de manœuvre importante pour autoriser ou interdire l'usage des drones au-dessus des zones sensibles. De ce point de vue, je souscris pleinement au paragraphe 44 du rapport, qui demande le renforcement des échanges de vues entre les États membres, les autorités réglementaires nationales, l'Union européenne, le secteur de l'aviation civile et les PME. Je voterai donc en faveur de votre texte.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – În urmă cu 25 de ani, internetul era de domeniul SF-ului. Acum este indispensabil pentru dezvoltarea economiei și, în același timp, are alte numeroase efecte în societate, inclusiv negative. De aici și nevoia de a fi reglementat.

RPAS constituie un exemplu similar. În urmă cu 25 de ani, o dronă era o armă rară și scumpă. În urmă cu câțiva ani, erau încercări timide în civil. De atunci, a avut loc un boom tehnologic și astăzi dronele sunt un obiect banal. Domeniile în care le găsim sunt foarte diverse, contribuie la dezvoltarea economiei, dar, în același timp, determină și probleme, unele destul de serioase, dacă ne gândim la *privacy* sau la securitatea zborurilor. Este nevoie de ele, dar trebuie să ne și protejăm de ele.

Acest fenomen nu poate fi stopat și va deveni foarte curând un fenomen de masă. Este evident că este necesară reglementarea. Raportul discutat astăzi, cred eu că este foarte bun și tratează toate aspectele acestui fenomen, sugerează baze bune pentru viitoarele reglementări. Comisia trebuie să abordeze aceste reglementări într-un mod special datorită caracteristicilor speciale ale acestui obiect; vorbim despre un aparat de zbor. Deci regulile trebuie să trateze construcția, certificarea aparatului și a personalului, aspectele de securitate, aspectele legate de domeniile economice unde se utilizează, separarea: civil, militar, economic sau plăcere, un regulament complex care nu trebuie elaborat superficial, dar nici nu trebuie să întârzie foarte mult.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Claudia Tapardel (S&D). – Utilizarea sistemelor aeriene fără pilot este, fără îndoială, un pas important către piața aeronautică a viitorului. În ultimii ani, această tehnologie s-a dezvoltat foarte mult în scopuri militare, însă are un potențial extraordinar pentru a fi utilizată și în scopuri civile, adică în viața de zi cu zi.

Sectoare ca transportul și agricultura, precum și acțiunile de salvare umană, pot beneficia de pe urma acestor aparate de zbor versatile, limitând riscul adus de operarea umană și măbind eficiența prin accesul în zone unde este greu de ajuns. Această piață emergentă aduce cu sine și nevoia de reglementare, pentru a asigura securitatea, siguranța și respectul intimității, precum și protecția datelor cetățenilor europeni.

Este evident că avem nevoie de o strategie la nivel european pentru sistemele aeriene fără pilot operate la distanță, care să fie în concordanță cu standardele ICAO. Deși sunt convinsă că performanțele hardware și software ale aparatelor vor evolua în viitorul apropiat, trebuie să agreăm câteva standarde minime în ceea ce privește condițiile de certificare a piloților și de identificare și operare a aparatului de zbor. Vă mulțumesc.

Anneleen Van Bossuyt (ECR). – Vandaag zal ik vóór het verslag van mijn collega Jacky Foster stemmen. Ze heeft een goed evenwicht gevonden om enerzijds een ontluikende industrie een duw in de rug te geven en anderzijds de veiligheid van de burger te verzekeren. Dit Parlement trapt al te vaak in de val van overregulering. Privacy-fetisjisten zien overal gevaar en dreigen met een overvloed aan regels de groei van de industrie in de kiem te smoren. Maar de drone-industrie heeft net realistische en stimulerende maatregelen nodig. Met dit verslag heeft collega Foster een goed evenwicht gevonden tussen het respect voor de privacy, de veiligheid van de toestellen en voor de omgeving, en ten slotte ook de groeikansen voor een beloftevolle industrie. Het is nu aan de Europese Commissie om deze lijn aan te houden bij het wetgevende werk.

Dominique Riquet (ALDE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, mes chers collègues, s'ils ont été longtemps circonscrits au domaine militaire, les drones sont maintenant partout présents, de l'agriculture au cinéma en passant par la logistique et la sécurité.

Je souligne la qualité du rapport de M^{me} Foster, qui a su à la fois distinguer le potentiel et le caractère spécifique de ces drones et circonscrire énormément de problèmes qu'ils posent pour ce qui est de leur intégration dans la société civile.

Face à une telle évolution, nous disons oui, bien sûr, à une réglementation harmonisée à l'échelle de l'Union. Toute autre approche empêcherait l'émergence d'un marché européen, et ce serait sans doute autant de débouchés en moins pour une industrie en plein essor. En revanche, nous devons rester extrêmement vigilants sur un certain nombre d'aspects, qui ont été soulignés par le rapport: protection de la vie privée, approche fondée sur le risque, distinction de l'usage récréatif et professionnel.

Nous devons aussi assurer la promotion de la prédominance européenne en la matière, en dotant l'Agence européenne pour la sécurité aérienne des moyens de défendre notre industrie vis-à-vis du reste du monde. Bref, c'est une approche raisonnable et ambitieuse qu'il nous faut, et c'est ce que nous offre le rapport de M^{me} Foster.

Jill Seymour (EFDD). – Madam President, I am speaking against this report. In paragraph 21 it calls for clear harmonised and proportionate European and global regulatory framework, which looks like to me that the rapporteur is trying to push more powers to the EU. There is a call for the Commission to remove the 150 kilogramme limit in paragraph 22 and replace it with the EU regulatory framework that would allow national competent authorities to oversee the activities. What right does the EU have to decide what a national competent authority actually is? Then in paragraph 48 there is a call for a regular reporting mechanism at EU level that would address our past incidents.

(The President instructed the speaker to slow down)

I would like to know the definition of 'incident' as it is a very broad term. I am in agreement with the UK Government that any heavy-handed regulation could only stifle potential growth in this new emerging area of technology. The general public who fly model aircraft are going to be penalised by the lack of clarity demonstrated this report. I urge all Members to vote against this.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Madame la Présidente, je tiens, moi aussi, à saluer le travail de M^{me} Foster, rapporteure, et le très bon travail collectif avec les rapporteurs fictifs.

En adoptant ce rapport, le Parlement européen prend les devants pour poser les jalons d'un futur cadre européen réglementaire en matière de drones. C'est un enjeu majeur pour l'avenir de notre aviation civile et la compétitivité de nos entreprises sur un marché à fort potentiel. L'Union européenne ne pouvait plus ignorer cette réalité, j'espère que la Commission entendra les recommandations des députés européens.

Dans cette perspective, les enjeux de sécurité sont primordiaux et nécessitent une attention toute particulière, notamment en matière d'utilisation, de contrôle et de suivi des drones et des utilisateurs ou encore d'interdiction de survoler certaines zones sensibles. Ce rapport met aussi en avant les enjeux liés à la protection des données, qui devront être pris en considération par la Commission.

Il faudra également, dans le futur cadre européen, prendre en compte les différences entre usage récréatif et usage commercial des drones, qui sont par nature différents. Avec le vote d'aujourd'hui, nous envoyons un message de soutien au secteur aérien pour le développement d'un marché européen des drones, ainsi qu'un message politique à la Commission pour proposer un cadre ambitieux.

Interventions à la demande

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE). – Senhora Presidente, a utilização generalizada dos drones no campo da aviação civil tem originado o aparecimento de novas empresas, particularmente pequenas e médias empresas. Este é, de facto, um setor onde a União pode e deve assumir-se como líder, mas, para isso, como aqui discutimos, é necessário encontrarmos uma regulamentação proporcional e clara. Não devemos bloquear o potencial deste setor emergente. Contudo devemos, sim, respeitar a privacidade, a proteção de dados e a segurança dos cidadãos. Estamos a falar, obviamente, de temos complexos onde precisamos de legislar e para quê? Para que estas empresas tecnológicas, nesta área, possam apostar na inovação, na criação e, sobretudo, na prestação de serviços. Perante o vazio legal que existe em alguns Estados-Membros, existem barreiras a superar a nível da contratação deste tipo de serviços. Urge criar um quadro legal europeu, sem sobrelegislar e sem criar encargos desnecessários às pequenas e médias empresas. Votarei a favor deste relatório.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, clearly it is about time to have a harmonised and proportionate EU regulatory framework on the use of remotely piloted aircraft systems (RPAS) and to set out clear guidelines to the Commission for outlining the upcoming aviation package expected by the end of 2015.

In order to reach this objective we must follow a risk-based approach, in line with the Riga Declaration, ensuring safety. At the same time, we must guarantee adequate protection of citizens, which means respecting the fundamental rights of privacy and data protection. We have to ensure that investments and innovation in the industry are stimulated, and we must make efforts to create sustainable and innovative jobs.

I support the compromises included in the report, such as the Commission's removal of the 150kg threshold, and the provision on 'detect and avoid technology' for RPAS.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύρια Πρόεδρε, τα μη επανδρωμένα αεροσκάφη στην εποχή της τεχνολογίας θα μπορούν να φανούν πολύ χρήσιμα σε σχέση με την έρευνα και τη διάσωση, την προστασία του περιβάλλοντος, την αγροτική και βιομηχανική παραγωγή, τη δημοσιογραφία, τις εμπορικές δραστηριότητες και τις δραστηριότητες αναψυχής. Θα πρέπει όμως η Ευρωπαϊκή Επιτροπή να θεσπίσει άμεσα μέτρα, έτσι ώστε τα τηλεχειριζόμενα αεροσκάφη να χρησιμοποιούνται αποκλειστικά για σκοπούς εξυπηρέτησης των ιδίων των ανθρώπων.

Παράλληλα, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή θα πρέπει να θεσπίσει μέτρα, καθώς τα μη επανδρωμένα αεροσκάφη είναι εξ ορισμού μια μορφή τεχνολογίας διπλής χρήσης και απαιτείται έτσι η επιβολή περιοριστικών και αυστηρών κανόνων, προκειμένου να υπάρχει προστασία της ιδιωτικής ζωής και των προσωπικών δεδομένων. Παράλληλα, τα συστήματα αυτά μπορούν, είτε σκόπιμα είτε όχι, να χρησιμοποιηθούν για να βλάψουν ανθρώπους και υποδομές. Εφιστώ λοιπόν την προσοχή της Επιτροπής στα τηλεχειριζόμενα αεροσκάφη και ζητώ να υπάρξει συγκεκριμένη νομοθετική παρέμβαση.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta, comisaria, quiero felicitar a la señora Foster por un trabajo que necesitamos para acelerar la regulación que necesitan fabricantes y operadores de drones a nivel europeo. Tenemos la oportunidad de colocar la industria civil del sector en una posición de liderazgo mundial. Conseguirlo depende de que fabricantes, operadores, usuarios y ciudadanía dispongan de un marco estable para invertir con seguridad y garantías jurídicas y técnicas para operadores, usuarios y ciudadanía.

Identificar adecuadamente los drones, sus cualidades y las de sus operadores, coordinarlos con la aviación tripulada, delimitar los usos profesionales y recreativos y reglar la formación de los operarios, y evitar posibles abusos contra derechos fundamentales —comunicaciones, intimidad y propia imagen— son algunas de las cuestiones que regular de manera urgente, y depende de ello convertir un riesgo —el que representan todas las tecnologías de doble uso— en una oportunidad y fomentar una industria con enorme potencial y una cantera de empleos de calidad.

Patricija Šulin (PPE). – Brezpilotna zračna plovila so v rokah odgovornih izvrstno orodje; pri nevarnih opravilih, denimo, nadomestijo ljudi. Toda v rokah neodgovornih oziroma neusposobljenih so grožnja stvarjem, živalim, varnosti in zasebnosti ljudi, zato je treba to področje dobro in hitro urediti, tudi sprejeti najvišje standarde na področju proizvodnje. Pri tem sta varnost in zasebnost izjemnega pomena, na kar poročilo tudi opozarja.

Nedavni avtomobilski škandal Volkswagen pa je pokazal, kako pomemben je nadzor nad uresničevanjem zakonodaje. Poziv Komisiji in državam članicam, da zagotovijo zadostna sredstva za izvrševanje, je zato na mestu.

Trg dronov je že zelo velik, področje njihove uporabe, kot vsi ugotavljamo, pa je še zelo neurejeno. Potrebujemo torej enotno evropsko strategijo, predvsem na področju varnosti, zasebnosti, odgovornosti, kvalifikacij in varovanja okolja.

Lucy Anderson (S&D). – Madam President, I welcome this debate on drones, and the thoughtful and consultative way in which our report under consideration today was produced. I utterly reject the unhelpful and ill-informed knee-jerk comments of the UKIP colleague opposite.

There is a growing consensus among the public and experts that an extended legal framework on drones, for reasons of safety and orderly economic development, is necessary. It is clear that drone technology can be extremely useful – for example, in undertaking repairs and safety inspections in the construction and transport sectors that would be very risky for staff to conduct. However, drones are potentially dangerous aircraft, and there has been a growing incidence of serious accidents and near misses involving their use in Europe and worldwide. It is therefore disappointing that the Commission appears reluctant to regulate properly the leisure use of drones. Speaking for myself, while drones can obviously create high quality jobs, I would be reluctant to see them replacing valued customer-service roles in the delivery and retail sectors.

Ivan Jakovčič (ALDE). – Gospodo predsednice, dovolite mi gospodo povjerenice i gospodo izjaviteljice da jasno podržim ovaj izvještaj zato što tržište dronova zaista ima fantastične mogućnosti razvoja, pogotovo one koje će poslužiti u kvalitetnijem življenju, u kvalitetnijoj komercijalnoj upotrebi dronova, ne samo više u vojnoj uporabi.

Međutim, ono na što želim upozoriti su dvije stvari jer je definitivno jasno da postoji mogućnost zloupotrebe bespilotnih letjelica, naročito kada one postanu dio, da tako kažem, svakodnevnog življenja i u svakodnevnoj uporabi u milijunima komada koji će letjeti za nas. Prvi problem je identifikacija dronova. Znači čiji su ti dronovi, vlasništvo dronova jer je moguća naravno zloupotreba dronova. I drugo, ono što posebno želim naglasiti, je prekogranična uporaba dronova jer imamo mogućnost da jedan dron dođe do granice, snima sve ono što se dešava u drugoj državi i tu dolazimo već u probleme sigurnosti.

(Fin des interventions à la demande)

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, thank you for this very fruitful debate. The drone industry has huge potential for the EU: for growth, for fresh jobs and for development at all levels of innovation. The EU is still the leading area of the world for business drones and I want it to stay that way. All our efforts will be directed towards synchronising an EU single market in order to enable economies of scale to be made, and to be competitive.

The market is evolving fast and we are ready to act swiftly and holistically. We are already fully engaged at EU level and globally. As I have mentioned, the aviation package will address various aspects of the report, as well as the activities of the European Aviation Safety Agency (EASA) and the Joint Authorities for Rulemaking on Unmanned Systems (JARUS).

The technologists' and industrialists' enthusiasm for the process is also well balanced with addressing citizens' concerns regarding safety, security, noise and privacy issues, as well as issues in relation to the manipulators of drones. However, we need to act in a proportionate manner to allow the evolution of the market and the manifestation of its full potential.

Thank you again to Ms Foster, and all the MEPs involved, for this report. I am looking forward to our future cooperation on this topic.

Jacqueline Foster, *rapporteur*. — Madam President, I would like to thank the Commissioner and my colleagues for those very constructive and helpful comments. I would just like to clarify a couple of points on privacy. As we said, we work very closely with the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE), and what we need to stress in our Member States is that there are already strong laws in place and we must make sure that our law enforcement is absolutely up to scratch. So that is the starting point.

In terms of these little baby drones – one of my colleagues mentioned it – we are not looking at regulating a tiny little thing that a child would play with. The whole point of this report is about that section in the middle, which is commercial use and the slightly bigger ones, which could actually cause damage. This is what this is about. It is also not about the top-end ones, which are already covered by aviation regulation. So this is why we are looking at a case-by-case type class approach.

In terms of the protection of facilities – whether it to be nuclear plants, airports, etc. – this is where technology comes in. This is where I mentioned geofencing. We have been talking very often with these technological bods to find ways to see how we can deal with this.

My good colleague, Ms Arnautu, is quite right: this is not about military use. This is just about civil use. The points that she has raised are very important.

My final point goes to our colleague, Ms Seymour, who very sadly lacks any real understanding of the aviation sector and does not understand that aviation per se already comes under national (UK), European and global rules. That is what the sector does in any event, and drones will be no different. But never mind, I will perhaps explain that to her privately.

On that closing point, I would just like to say that I am very much looking forward to what the Commission will produce. I think that together we can come up with a very good regulation. My final point to the Commissioner would be that I want to make sure that the manufacturers, the end-users and all the bodies that I have mentioned and spoken to are included in this debate and will be included as the legislation rolls on.

I look forward to all Members, hopefully, supporting this report in the vote at 11.30.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu jeudi, le 29 octobre, à 12 heures.

Déclarations écrites (article 162)

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Os Drones já não são algo tirado de um filme de ficção científica. Antes constituem uma tecnologia cada vez mais desenvolvida, que se reflete numa indústria emergente em que a União deve ambicionar ser líder. Mas estes veículos aéreos não tripulados são também uma nova realidade, que coloca novos desafios à proteção dos direitos fundamentais, à segurança, às forças de polícia e à ordem pública.

Vejo, por isso, com agrado que o relatório hoje em debate reflete precisamente esta abordagem — por um lado, recomendando um conjunto de medidas que permitam ter um mercado europeu único, assim como tomar a dianteira na criação de *standards* mundiais, e, por outro lado, reconhecendo os novos desafios e seguindo as recomendações aprovadas pela Comissão LIBE, como a necessidade de rastreabilidade, de um quadro jurídico adequado ao efeito potenciador de novas tecnologias, como câmaras e sensores térmicos, ou do estímulo ao investimento em tecnologias de privacidade e segurança. Tudo isto assente no pressuposto de que quaisquer medidas deverão envolver todas as partes interessadas e ser proporcionais, ou seja, tendo em conta o risco associado e a dimensão das empresas. É tempo de pôr as mãos à obra, porque a tecnologia não espera!

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Ostatnie 15 lat to czas gwałtownego wzrostu wykorzystywania zdalnie kierowanych bezzałogowych systemów powietrznych (RPAS), które potocznie nazywamy dronami. Stają się one coraz bardziej popularne także i w Polsce. Niewątpliwie urządzenia te przyczyniają się do powodzenia operacji prowadzonych przez wojsko, do których zostały pierwotnie skonstruowane. Dużym pozytywem jest wykorzystywanie ich w szczególności do kontroli bezpieczeństwa i monitorowania infrastruktury, oceny katastrof naturalnych, wymagającej precyzji działalności rolniczej czy produkcji medialnej. Najbardziej niepokojącą kwestią jest jednak używanie dronów przez osoby prywatne w celach komercyjnych oraz brak ustawodawstwa wspólnotowego w tej dziedzinie. Uważam, że należy opracować jasne, zharmonizowane i proporcjonalne regulacje, nieobciążające przedsiębiorstw, które inwestują i wprowadzają innowacje w sektorze RPAS. Z drugiej strony muszą zapewniać one odpowiednią ochronę obywatelom i tworzyć zrównoważone i innowacyjne miejsca pracy. Należy wziąć pod uwagę nielegalne i niebezpieczne wykorzystywanie dronów, np. przekształcanie ich z urządzeń cywilnych w broń lub zakłócanie przez nie systemów nawigacji lub komunikacji, szczególnie na lotniskach. Trzeba wyważyć skutki planowanej regulacji. Pragnę jeszcze raz podkreślić, że musi ona chronić życie nas wszystkich, dlatego też prawo europejskie powinno objąć swym zakresem korzystanie z dronów; jednak nie może zbytnio ograniczać nowo powstałego rynku, gdyż uczyni go mało atrakcyjnym dla inwestorów i klientów.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Aktualnie na świecie jest zarejestrowanych około 5 tysięcy operatorów dronów. Połowa z nich ma swoje siedziby w Europie. Ilość posiadanych obiektów jest już trudna do zweryfikowania. Łatwo można sobie zatem wyobrazić skalę rozmaitych występujących dzisiaj zagrożeń związanych z użytkowaniem dronów. Pilność regulacji jest zatem nadzwyczajna. Certyfikacja obiektów o ciężarze powyżej 150 kg jest absolutnie niewystarczająca, głównie ze względu na technologiczne możliwości powstawania obiektów bardzo dużych, a jednak lżejszych. Wyraźnie chcę także podkreślić znaczenie i możliwości wykorzystania tworzonego i wdrażanego systemu GNSS oraz konieczność skupienia uwagi nie tylko na użytkowniku, ale także na samych obiektach. Ich obligatoryjne oznakowanie powinno zostać dość szybko wprowadzone, także po to, aby ograniczyć zagrożenia związane z przewozem obiektów przez granice UE.

5. Neue Herausforderungen und Konzepte für die Förderung des Fremdenverkehrs in Europa (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport d'Isabella De Monte, au nom de la commission des transports et du tourisme, sur les nouveaux défis et concepts pour la promotion du tourisme en Europe (2014/2241(INI)) (A8-0258/2015).

Isabella De Monte, relatrice. – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, l'Europa è ancora la prima destinazione turistica mondiale. Il dato è oggi confortante, ma si prevede che nel 2030 saremo superati da altre destinazioni continentali. Ciò a causa della globalizzazione, dell'accrescersi di diverse condizioni economiche nella popolazione dei paesi terzi, ma anche per effetto della digitalizzazione e dall'abbassarsi dei costi dei trasporti aerei, che rendono i luoghi dapprima lontani o sconosciuti destinazioni oggi accessibili. Di fronte a questa mutata situazione occorre essere competitivi, occorre tener conto del fatto che il turismo è la terza economia europea, per cui è doveroso che le istituzioni europee vi prestino la giusta e meritata attenzione.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Il settore, oltretutto, ha mantenuto un buon livello degli arrivi e delle presenze anche in anni di crisi economica, con risultati positivi per le imprese e con un aumento del livello occupazionale. Turismo da competenza ad ambizione: e la nostra ambizione vuole essere quella di accrescere le nostre potenzialità, ma in modo sostenibile e responsabile, valutando le difficoltà connesse al cambiamento climatico e con il rispetto ambientale.

Tutti gli Stati membri, nessuno escluso, avranno sempre più una capacità di attrattiva come destinazione, perché la chiave del successo nel settore turistico è far tesoro delle peculiarità territoriali che risiedono nella cultura e nel patrimonio culturale, nelle tradizioni, nell'ambiente e biodiversità, nell'enogastronomia, sport, *wellness* e così via. Certo potremmo discutere a lungo di tutto quanto si può realizzare, considerato che sono state accertate oltre 100 tipologie di turismo, ma è chiaro che per avere un'azione efficace e anche comunicativa dobbiamo puntare su qualcosa di preciso e determinato come i prodotti turistici paneuropei e transnazionali.

Le attrazioni turistiche sono oggi un prodotto che deve essere comunicato in modo veloce e diffuso. Per tale ragione, chiedo alla Commissione un'attenzione particolare al tema della digitalizzazione. Oltre il 95% dei viaggiatori programma i propri viaggi e i propri itinerari online, con una crescente offerta di servizi di consumo collaborativo.

Abbiamo un tessuto produttivo costituito da piccole e medie imprese che devono essere sostenute nelle sfide globali: conoscere e far conoscere, in un mondo digitale che si evolve, di giorno in giorno, in modo sempre più rapido. Il dibattito tenuto dall'inizio dell'iter in commissione ha fatto emergere altri aspetti rilevanti, come la necessità di una forte *joint promotion*, la formazione per un turismo di qualità, nonché l'esigenza che i fondi europei siano adeguati per una crescita del settore.

Ringrazio la commissione per i trasporti e il turismo per aver espresso un voto favorevole a larga maggioranza sulla relazione di iniziativa, e ciò è avvenuto grazie ai relatori ombra, che hanno offerto un lavoro proficuo e costruttivo. Ringrazio altresì i componenti delle commissioni per la cultura e l'istruzione e per il mercato interno perché, attraverso il dibattito e il parere espresso, è stato possibile arricchire la relazione con contenuti importanti. Il contributo dei gruppi parlamentari dimostra che il turismo non ha colore politico, è una grande opportunità per tutti. Per tale ragione, non ci deve essere una voce solitaria, bensì una voce corale che possa dar forza e spinta a un'azione efficace della Commissione e degli Stati membri.

L'auspicio è che anche nel voto di oggi non ci siano divisioni, in modo che il consenso permetta di consegnare alla Commissione la più ampia delega affinché nei prossimi anni ci possa essere un'ulteriore progressione quantitativa e qualitativa del turismo. Attraverso queste azioni concrete dimostreremo insieme che l'Unione europea non è burocrazia e austerità, ma è la nostra occasione di successo per un futuro economico e lavorativo delle giovani generazioni.

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Madam President, Members of Parliament, I would like to thank you and in particular the rapporteur, Ms De Monte, for this excellent report. I fully share your views on the importance of the EU tourism sector. The travel and tourism sector makes a very substantial contribution to European economies. In 2014 its direct, indirect and induced impacts supported 33.5 million jobs. Moreover, in the same period it also contributed more than EUR 1.3 trillion to the economy, making up almost 10% of total European GDP. By 2025 the travel and tourism sector's total economic contribution is expected to grow to 38 million jobs and EUR 2.1 trillion. In addition, travel and tourism is key to the recovery of those countries that have been hit hardest by recession and the euro zone crisis. 20% of employees in the European tourism industry are aged below 25. Tourism is therefore an important entry point to the labour market. Tourism has also significant spill-over benefits for the cultural and creative industries, including fashion and high-end products – agrifoods, transport, construction, shipbuilding or retail. Therefore tourism has a huge potential to generate economic growth and create jobs. But although Europe is still the number one destination, we should not rest on our laurels. We have to address important challenges – competition from emerging destinations is increasing. In 2000 the EU had 51% of the world's tourism market; today we are below 40% and forecasts indicate a further drop to 31% by 2030. To attract new investment and ensure faster growth, we must increase the number of travellers from key markets such as China, India or the US. For this to happen, we need to strengthen our promotional activities. In doing so, we should consider that 99% of the tourist sector is made up of SMEs and 90% of them have fewer than 10 employees. It is important that we improve the business environment, not least by ensuring a well-functioning single market for services. The Commission adopted the new Single Market Strategy just two days ago. We have to fully capitalise on the potential offered by this strategy, ensuring effective enforcement of single market principles and rules, extending also to tourism services. We must continue to work on the issue of over-regulation and cut down red tape where possible. At the same time we must ensure that the principles of the Small Business Act are fully implemented in the tourism sector.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

We should also follow market trends and enable the development of new innovative business models and take on board the advantages of the digital revolution. Especially in this case digitalisation will be a key driver of the sector's competitiveness. We must help tourism-related SMEs to seize the opportunities offered by the digital revolution. We wish to embrace the opportunities created by the sharing economy, including for the EU tourism industry. At the same time, we must create a level playing field for all actors and make sure that public and consumer interests are properly reflected. To compete with new emerging destinations we must invest in high-quality offerings and improve infrastructure, resource efficiency and skills. To that end it is essential to ensure better access to finance.

There is a serious mismatch between the demand for and the supply of skilled labour in the sector. Erasmus+ and the European Social Fund play a key role in the upgrading of skills, including digital skills, as well as in training and workforce mobility. We have helped to define tourism qualifications and developed a skill passport to help match businesses with job-seekers. We are also promoting high-quality cross-border traineeships and the smooth entry into the labour market for young professionals through a digital platform.

There is a strong added value in promotion activities carried out jointly with public and private stakeholders. American and Asian tourists want to come to Europe and visit more than one country. We should preserve, and capitalise on, our unique cultural and natural heritage and diversity. We should invest more in joint promotion in close collaboration with Member States, regions and the industry.

Maria Grapini, *raportoare pentru aviz a Comisiei pentru piața internă și protecția consumatorilor*. – Doamnă președinte, doamnă comisar, stimați colegi, în calitate de raportor din partea Comisiei IMCO doresc să subliniez că pentru piața internă, pentru Uniunea Europeană este foarte binevenit acest raport. Prea puțin s-a vorbit în Parlamentul European despre turism, iar Comisia Europeană s-a aplecat prea puțin asupra unor politici pentru promovarea turismului, pentru promovarea Europei ca destinație turistică.

Turismul sustenabil, accesibil și responsabil este nu numai o activitate de vacanță, este și un mod de promovare a bogăției diversității culturale din Europa și un mod de dezvoltare de noi locuri de muncă, este o pârghe pentru dezvoltarea IMM-urilor.

Multe state membre, printre care și țara de unde provin, au un potențial neexploatat, de aceea, în raportul de aviz am propus măsuri concrete de promovare a Europei ca destinație turistică, o strategie de marcă. Uniunea Europeană trebuie să fie pregătită să valorifice potențialul în țările terțe cu un număr mare de locuitori. Concepte noi de promovare a Europei turistice pot duce la dezvoltarea economică și dezvoltarea de locuri de muncă în zonele mai sărace, rurale dar cu un potențial turistic important. Vreau să mulțumesc, în încheiere, raportorilor din umbră și Isabellei De Monte pentru un raport complet și sper să fie votat acest raport astăzi.

Luigi Morgano, *relatore per parere della commissione per la cultura e l'istruzione*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, complimenti alla relatrice per l'eccellente lavoro svolto. È già stato detto: l'Europa, soprattutto per il suo ricchissimo patrimonio culturale, materiale e immateriale, declinato in tutti i suoi vari aspetti – artistico, linguistico, religioso, storico, tradizionale – è la principale destinazione turistica del mondo. In particolare, il turismo culturale costituisce ben il 40% del turismo europeo. È senza dubbio il settore chiave per il rilancio della crescita e dell'occupazione in Europa.

Per mantenere i livelli esistenti e attrarre nuovi flussi di turisti è fondamentale promuovere un turismo culturale di qualità, sostenibile e inclusivo, conservare e valorizzare il patrimonio culturale e naturale europeo, stabilire un giusto equilibrio tra espansione del turismo e salvaguardia del patrimonio culturale.

È giusto, quindi, sostenere e rafforzare tutte le iniziative europee e i programmi esistenti, come le capitali europee della cultura, gli itinerari culturali europei, il marchio del patrimonio culturale europeo ed Europa creativa. Ma non è tutto. Il turismo culturale europeo è uno strumento importante per la crescita e la conoscenza personale, un mezzo per promuovere la ricchezza della diversità culturale europea e soprattutto per rafforzare il senso e l'appartenenza alla nostra comune identità europea.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Cláudia Monteiro de Aguiar, *em nome do Grupo PPE*. – Senhora Presidente, em primeiro lugar, quero agradecer, obviamente, a todos os colegas que trabalharam e que diretamente elaboraram este relatório. Conseguimos alcançar um documento consensual onde identificamos a situação atual sobre os desafios e sobre este setor tão importante e os desafios que o próprio emprego enfrenta. Este é o primeiro debate desta legislatura e é o primeiro debate que fazemos sobre o turismo. Não posso deixar de lamentar, por isso, que a comissão responsável por este setor não esteja aqui connosco, não esteja connosco para debater um setor tão importante para a criação de emprego, tão importante para o crescimento da economia da União.

Elencamos aqui um conjunto de propostas. Gostava, por isso, que a Comissão apresentasse um plano de ação, um plano de ação concreto, para que juntos possamos, Comissão e Parlamento, estabelecer as prioridades nas nossas ações e também para essas ações saber o tipo de financiamento que existe e para onde o podemos canalizar.

Estou disponível e estamos todos disponíveis para trabalhar em conjunto nas oito ações que a comissão apresentou este verão no Fórum Mundial de Turismo e espero que esse plano de ação chegue o mais rapidamente possível para podermos trabalhar.

Elnökváltás: GÁLL-PELCZ ILDIKÓ

alelnök asszony

Ismail Ertug, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin, Kolleginnen und Kollegen! Sie haben die Zahlen angesprochen, Frau Kommissarin, 13 Millionen Menschen sind im Fremdenverkehr beschäftigt. Was das für eine Auswirkung auf die europäische Wirtschaft hat, muss ich nicht wiederholen.

Ich bin auch bei Ihnen, wenn Sie sagen, dass wir zwar die größte Tourismusregion der Welt sind. Aber die anderen Regionen holen natürlich auch auf, weil sie auch zum Teil deutlich günstiger sind und auch bessere Leistungen anbieten. Deswegen ist es wichtig und auch richtig, dass sich das Europäische Parlament damit befasst, was wir hier noch in Zukunft tun können. Ich möchte mich an dieser Stelle auch bei der Berichterstatterin Isabella De Monte für die außerordentlich gute Arbeit bedanken.

Ich möchte nur drei Punkte herausgreifen: zum Beispiel die Nachhaltigkeit, die Digitalisierung – das sind ganz entscheidende Zukunftsthemen auch im Bereich des Tourismus. Ich möchte auch noch einmal appellieren, dass wir mit restriktiven Visapolitik gegenüber Drittstaaten aufhören müssen, wenn wir im Bereich des Tourismus mehr Bürgerinnen und Bürger oder mehr Touristen einladen wollen.

Was die Sicherheitsstandards anbelangt, müssen wir auch noch einmal genau hinschauen, denn es gibt insbesondere im Bereich des Brandschutzes und des Kohlenmonoxids in diversen Unterkünften Aufholbedarf.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

István Ujhelyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Azért kaptam a kékkártyát a kezembe, mert Ismail Ertug képviselő úr a szociáldemokrata frakció koordinátora a Közlekedés és Turizmus Bizottságban, és ő nagy támogatója a turizmusnak, ezért is tudunk ennyi sok mindent elintézni. Mégis, Képviselő Úr, Ön úgy látja, hogy elégséges, amit a bizottság végez? Úgy látja, hogy a bizottság elnöke és a kollégák egy része komolyan veszi azt, hogy ez milyen jelentős ágazat? Hogy nekünk sokkal többet kellene tennünk a bizottságban azért, hogy nagyobb legyen a lobbi ereje a turizmusnak? Tud ebben segíteni koordinátorként, hogy megbízza a többi frakciót és a bizottság elnökét?

Ismail Ertug (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. Vielen Dank, Herr Kollege! Selbstverständlich müssen wir im Europäischen Parlament und sozusagen auch im Ausschuss mehr tun. Ob die Kommission ausreichend viel getan hat, werden wir in den nächsten Jahren sehen. Ob die Kommission es letztendlich dabei belässt oder ob sie uns dann auch zukünftig unterstützt – also diejenigen, die aus dem Parlament heraus hier mehr Gesetzgebung oder zumindest auch mehr Maßnahmen einleiten wollen. Ich bin schon einmal froh darüber, dass wir diese Vorschläge überhaupt haben und darüber, dass die Kommission offen ist für diese Debatte. Denn in der vorherigen Periode war da ja relativ wenig. Insofern wollen wir schauen und gutmütig sein mit der Kommission.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Kosma Złotowski, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowna Pani Przewodnicząca, Pani Komisarz! Turystyka to niezwykle ważny i bardzo delikatny sektor europejskiej gospodarki. W tej chwili Europa zajmuje pozycję światowego lidera pod kątem liczby odwiedzających ją turystów, ale ta pozycja nie jest nam dana raz na zawsze. Musimy być gotowi na wyzwania współczesności i szukać sposobów, jak stale podnosić atrakcyjność turystyczną naszego kontynentu. Przede wszystkim ważne jest przełamanie sezonowości tego sektora, co pozwoli zwiększyć zatrudnienie i urozmaicić ofertę skierowaną do turystów z całego świata. Ważną rolę odgrywa tu między innymi turystyka religijna i pielgrzymkowa. Ważne jest również stworzenie narzędzi, które będą wspierać rozwój małych i średnich przedsiębiorstw świadczących usługi turystyczne, także w regionach, które mimo swojego potencjału, nie są jeszcze popularnymi destynacjami. Takich rozwiązań dostarcza nam era cyfrowa oraz kształtujący się model gospodarki współdzielenia.

Powinniśmy być gotowi, aby te nowe zjawiska skutecznie wykorzystać. Jednak przyszłość europejskiego sektora turystycznego to również widmo zagrożeń, w tym problemów wywołanych przez niekontrolowany napływ nielegalnych imigrantów do Unii Europejskiej. Obrazy z wybrzeża Grecji, Chorwacji czy Włoch zmuszają nas do zadania pytania, jak duże straty ponosi w wyniku tego kryzysu branża turystyczna. Chciałbym, aby Komisja rzetelnie zbadała ten problem i odpowiedziała na to pytanie, nie zasłaniając się poprawnością polityczną.

Jozo Radoš, *u ime kluba ALDE*. – Gospodo predsjednice, gospodo povjerenice, kolegice i kolege, na početku želim zahvaliti gospođi De Monte na dobroj suradnji, kao i ostalim kolegicama i kolegama izvjestiteljima i na odličnom izvješću koje imamo pred sobom.

Turizam je važna grana gospodarstva u Europi, a Europa je izvanredna turistička destinacija i treba svakako sve učiniti da u uvjetima novih tržišta i novih tehnologija Europa i ostane najbolja i najvažnija turistička destinacija svijeta. Zbog toga pozdravljam ovo izvješće Europskog parlamenta kojim se nastoji turizam cjelovito sagledati, koordinirano raditi na razvoju turizma u Europi i naravno postići zajednički, kvalitetan europski turistički proizvod.

U ime ALDE grupe naravno podržavam sadržaj izvješća, ali želim posebno naglasiti dvije dimenzije koje su međusobno povezane. To je korištenje novih digitalnih tehnologija i potreba razvoja turizma u ruralnim, planinskim i udaljenim područjima. S boljom pokrivenošću internetom tih ruralnih, planinskih i udaljenih područja postići ćemo dva vrlo važna cilja. Smanjit ćemo sezonski karakter europskog turizma kao prvi cilj i smanjit ćemo razliku razvijenosti tih područja u odnosu na ostala urbana područja našega kontinenta.

Curzio Maltese, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, non starò a ripetere quanto è importante il settore del turismo e quanto è importante investire bene nel settore del turismo. L'Italia lo sa bene, perché vent'anni fa era la prima meta turistica mondiale e adesso è la quinta, anche per errori negli investimenti e scarsa modernizzazione.

Ho apprezzato la relazione De Monte, che mi sembra un ottimo lavoro. Ci sono dei punti critici nell'entusiasmo di creare mercato. Il mercato non è tutto, c'è la salvaguardia del paesaggio, del territorio e dell'ambiente, ci sono altri valori, come per esempio la qualità del lavoro degli addetti, che nel settore è molto bassa.

E poi c'è un punto critico, che è quando si cerca di promuovere il turismo sanitario. Io vorrei che questo punto fosse chiarito meglio, perché non vorrei che fosse un incoraggiamento a un tipo di turismo che a noi non piace affatto. La salute è un diritto che è costato grandi lotte e non può essere messo sullo stesso piano o inserito in un pacchetto turistico insieme all'enogastronomia o ad altri aspetti piacevoli, naturalmente. Non vorrei incoraggiare il *dumping* sanitario tra i nostri paesi, dove già è in atto lo smantellamento dei servizi sanitari nazionali pubblici, che sono una delle più grandi conquiste della nostra civiltà.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. Stimate coleg, ați vorbit de investiții și mă bucur foarte mult. Nu credeți că ar trebui să cerem Comisiei, dacă tot avem un comisar pe transport și turism, ca investițiile în transporturi să fie corelate și ținute spre puncte turistice? Și, spuneți de sănătate, nu înțelegeți că există și o prevenție în sănătate? Și la aceea ne-am referit noi. Pentru că atunci când mergi în concediu, cred că ajută să ai și un pachet de prevenție în sănătate. Prevenția este mai ieftină decât tratamentul.

Curzio Maltese (GUE/NGL), *risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Forse non sono stato chiaro. Bisognerebbe discuterne, certo! Perché se si parla, appunto, nell'elenco ci sono anche le cure termali. Nessuno ha intenzione di osteggiare la promozione delle bellissime terme slovene, italiane o francesi. Ma se mettiamo sul mercato europeo la salute e le cure sanitarie, dobbiamo stare attenti: ci sono poi grandi dislivelli, creiamo una competizione in un settore dove non si può lasciare fare ai miracoli del libero mercato.

Jill Evans, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, tourism is a vital industry. In my constituency of Wales alone it generates some 4.5 billion a year for the economy and supports nearly 89 000 full-time jobs. The industry, as we know, has huge potential and, developed correctly and responsibly, could provide many long-term benefits to communities right across the European Union.

The Greens/European Free Alliance Group welcomes the comprehensive nature of this report and thanks the rapporteur, Isabella De Monte, for her collaborative work. The report recognises the importance of cultural heritage in that all of our different languages can themselves be a driving force for good-quality tourism.

Also important is the inclusion of climate change and the urgent need to act on this, particularly for coastal, island, and mountainous areas. For us too, it was vital that the call for accessibility for people with reduced mobility was included. However, my group cannot support the language used in reference to the refugee crisis, which fails to recognise the dire circumstances of asylum seekers coming to Europe and their need for support and for solidarity.

Peter Lundgren, *för EFDD-gruppen*. – Fru talman! Kära kolleger, turism är ett område som jag anser att EU ska hålla sina fingrar väldigt långt ifrån. Turism är en nationell, en regional och faktiskt mest en lokal fråga i varje medlemsstat. Det är varje lands unika egenskaper som lockar till sig turismen. I Sverige är det den vackra naturen med frisk luft och stora möjligheter till tystnad och lugn och ro. I Spanien är det solen och värmen till exempel.

Jag vill inte se EU:s bisarra idéer införlivas också i turismområdet. Med all säkerhet kommer ni ändå här i kammaren att rösta igenom förslaget – de allra flesta av er. Ni har nämligen för länge sedan svikit era länder och väljare. Ni skänker bort era hemländers suveränitet och självbestämmande bit för bit i varje fråga utan några som helst betänkligheter. Låt mig påminna om att man har provat att bygga stora riken förut, men det har misslyckats varje gång. Det kommer att misslyckas också denna gång.

(Talaren samtyckte till att besvara en fråga (blått kort) i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen).

Silvia Costa (S&D), *domanda «cartellino blu»*. – Vorrei porre una domanda al collega. Io sono convinta che la forza dell'Europa stia nella sua diversità anche in termini di patrimonio, di paesaggio e di tradizioni. Lei non pensa che nella sfida globale dell'offerta turistica, per esempio, un quadro europeo di qualità, che garantisca la qualità dei servizi, dei prodotti, della professionalità e anche dei pacchetti europei che valorizzano i territori, sia invece necessario per vincere questa sfida? Pensi soltanto agli itinerari culturali europei: sono un prodotto transnazionale straordinario che attraversa anche il suo paese, da Canterbury a Roma c'è la Via Francigena. Lei non ritiene che queste siano esperienze positive?

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Peter Lundgren (EFDD), svar ("blått kort"). – Jag är hemskt ledsen, men EU har hittills, sedan sin födelse, inte åstadkommit något som kan kallas för högkvalitativt. Jag är ganska säker på att man inte kommer att göra det på det här området heller. Det är varje lands unika egenskaper som gör att turismen kommer. Om EU ska lägga sina fingrar i det och försöka likrikta turismen inom EU-området, då är jag rädd för att det får en motsatt effekt. Det är alldeles för dåliga erfarenheter så här långt som vi ser från EU. Detta är definitivt ett område som EU ska hålla fingrarna borta ifrån.

Marie-Christine Arnautu, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, l'Union européenne qui nous a été vendue a lamentablement échoué et les peuples européens aujourd'hui s'en détournent. Mais qu'à cela ne tienne, vous proposez aujourd'hui de transformer l'Europe en un vulgaire produit de marketing. Et pour arriver à vos fins, vous n'êtes pas à un paradoxe près.

Vous dites qu'il faut alléger le fardeau administratif des PME, mais vous l'alourdissez avec de nouvelles réglementations. Vous affirmez que les conflits en Ukraine et au Proche-Orient ainsi que le terrorisme menacent le tourisme, mais l'Union européenne a encouragé le chaos en Ukraine et n'a pas soutenu la Syrie dans sa lutte contre le terrorisme islamiste. Vous parlez des défis du tourisme sans même évoquer l'insécurité galopante qui infecte ce secteur. Vous déplorez les effets néfastes du tourisme de masse tout en prônant encore plus de touristes et, enfin, vous parlez d'identité européenne et de richesse culturelle, mais je crains, quant à moi, qu'il ne s'agisse en fait essentiellement que de valeurs destructrices de l'Europe des nations à laquelle, nous, nous aspirons; c'est pourquoi nous voterons contre ce rapport.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, σχετικά με τις νέες προκλήσεις και τις ιδέες για την προαγωγή του τουρισμού στην Ευρώπη, η έκθεση κινείται στα πλαίσια του εξωραϊσμού της κατάστασης που επικρατεί. Η Ευρώπη σαν κορυφαίος τουριστικός προορισμός στον κόσμο, με μερίδιο αγοράς στο 52%, αποτελεί σημαντική κοινωνική και οικονομική δραστηριότητα στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Όμως τα πράγματα για τις χώρες του Νότου, όπως είναι η Ελλάδα, δεν είναι τόσο ρόδινα. Η Ελλάδα στηρίζεται οικονομικά σε μεγάλο βαθμό στα έσοδα που προέρχονται από τον τουρισμό. Όμως σε αυτή την θερινή τουριστική σεζόν τεράστιο οικονομικό πλήγμα δέχτηκαν τα νησιά του Αιγαίου. Οι επιπτώσεις από τις ιδιαίτερα αυξημένες ροές προσφύγων και μεταναστών είναι σημαντικές στα νησιά που αποτελούν τους βασικούς προορισμούς αυτών των ροών, όπως η Κως, η Λέσβος, η Χίος και η Σάμος. Μόνο στην Κω 120.000 ακυρώσεις από τουρ οπারেϊτορς και 58.000 από μεμονωμένους πελάτες αντιστοιχεί σε αύξηση ακυρώσεων κατά 400%. Αυτό συνεπάγεται απώλεια εσόδων και θέσεων εργασίας, ειδικά στους νέους μας, που στην Ελλάδα αγγίζει το 60%. Καλός ο ανθρωπισμός στην Ευρωπαϊκή Ένωση, αλλά οι Ευρωπαίοι ακυρώνουν τις διακοπές τους στα νησιά που βουλιάζουν από τους λαθρομετανάστες, διότι τους χαλάνε την ησυχία και τη γαλήνη που αναζητούν.

Πώς να μιλήσουμε και για την ανταγωνιστικότητα, όταν στα ελληνικά νησιά καταργείται το ειδικό καθεστώς των μειωμένων ΦΠΑ στους πιο δημοφιλείς προορισμούς και επιβάλλεται με το τρίτο επαχθέστερο μηνύμνιο ο παράλογος ΦΠΑ του 23%, όταν στην ανταγωνιστική αγορά της υπό ένταξη Τουρκίας είναι στο 6%; Αυτή είναι η Ενωμένη Ευρώπη και στο θέμα της τουριστικής ανάπτυξης; Εάν δεν αλλάξουμε τακτική, αυτή η Ένωση όπως εξελίσσεται θα αρχίσει να καταρρέει.

(Ο αγορητής συμφωνεί να απαντήσει σε ερώτηση «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162, παράγραφος 8 του Κανονισμού)).

Maria Grapini (S&D), Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”. Stimată coleg, este clar, ați amestecat planurile: problema migrației cu problema turismului. Vă pun o întrebare clară: v-a plăcut solidaritatea care a fost în ceea ce vă privește? România, de exemplu, a venit cu mulți turiști la dumneavoastră și alte țări din Europa au venit cu turiști tocmai pentru a ajuta Grecia. Vă place această solidaritate sau nu?

Λάμπρος Φουντούλης (NI), απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Κατ' αρχάς θέλω να σας θυμίσω την αλληλεγγύη που έχει δείξει η Ελλάδα και την ανθρωπιά της στο θέμα των μεταναστών. Χιλιάδες άτομα έχουν διασωθεί από τα νερά του Αιγαίου. Δεύτερον, οι χώρες που έχουν βοηθήσει οικονομικά την Ελλάδα νομίζω ότι έχουν πάρει πάρα πολλούς τόκους από την Ελλάδα, η οποία έχει υποδουλωθεί οικονομικά με τα μηνύμνια, τα οποία έχουν αποτύχει.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Luis de Grandes Pascual (PPE). – Señora Presidenta, Comisaria, Señorías, la Comisión, con su Comunicación de 2010 «Europa, primer destino turístico del mundo: un nuevo marco político para el turismo europeo» dio, sin duda, un impulso a este sector con un marco político consolidado y un plan de acción.

Esta es la hora, señora Comisaria, de diseñar una nueva estrategia y unos nuevos retos. Es el momento adecuado para que esa estrategia contenga los elementos, a nuestro juicio, esenciales. La nueva estrategia debe dar respuesta tanto a los retos viejos y los desafíos de siempre —como la estacionalidad, la mejora de la calidad, la competitividad del sector, la accesibilidad, la evolución demográfica, el cambio climático, la competencia de nuevos destinos terceros o la necesidad de un turismo más sostenible, responsable y social—, como a otros de nuevo cuño, señora Comisaria —como la aparición de la economía colaborativa o la imparable digitalización del proceso de compra y de interacción con el destino turístico de los clientes—.

Es evidente que es un momento en el que la Comisión debe dar más prioridad y más recursos a este objetivo del turismo, que es una industria fundamental. Desde luego, en mi país convivimos con el éxito más grande de nuestra historia. Sin turismo, nosotros seríamos otra cosa. Y es necesario que, pese a que está prohibida la armonización, no se impongan los nacionalismos y la falta de generosidad para compartir culturas, recursos, proyectos y humanidad.

Claudia Tapardel (S&D). – Doamnă președinte, în calitate de co-președintă a Intergrupului pentru dezvoltarea turismului european, vă transmit că acest sector are nevoie de mai multă atenție strategică, de mai multe fonduri și de mai multe investiții, dar, mai ales, de mai mult curaj și de mai multă implicare din partea tuturor instituțiilor europene. Acest raport este rezultatul eforturilor comune ale multora din membrii Parlamentului European, ale societății civile, precum și ale mediului privat, un efort de a menține Europa pe locul unu la nivel mondial în topul destinațiilor turistice.

Vreau să insist acum pe câteva puncte clare și prioritare: 1. solicit suport Comisiei Europene pentru nominalizarea unui an european al patrimoniului cultural și al turismului pentru a promova potențialul nostru turistic, mai ales al zonelor mai puțin vizibile din Europa, așa cum sunt Bucovina, Maramureșul sau Transilvania; 2. încurajăm Comisia să elaboreze o nouă strategie europeană pentru turism, o strategie adaptată schimbărilor produse în ultimii ani; 3. punem bazele unui *brand* comun european al turismului pentru o promovare unitară a diversității și a experiențelor unice oferite de statele membre.

Tomasz Piotr Poręba (ECR). – Szanowna Pani Przewodnicząca, Pani Komisarz! Branża turystyczna stale się rozwija, a przemysł turystyczny uznawany jest za jeden z największych na świecie, zapewniając ponad 255 milionów miejsc pracy i generując rocznie 9% PKB. W Unii Europejskiej turystyka stanowi trzecią co do wielkości – po handlu i dystrybucji oraz budownictwie – działalność społeczno-gospodarczą. To również kluczowy sektor dla mojego kraju, dla mojego województwa, dla województwa podkarpackiego, które posiada niezwykle bogatą ofertę turystyczną, poczynając od przyrody, widoków, po atrakcje turystyczne podkarpackich miast. To również bardzo atrakcyjny gospodarczo region, w którym inwestują światowe firmy. Na Podkarpaciu powstaje 90% przemysłu lotniczego. Niemniej jednak, aby utrzymać tempo rozwoju, branża ta wymaga ciągłych innowacji i ulepszeń, o co apeluję do Komisji Europejskiej.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta, quiero expresar mi acuerdo con este informe y mi gratitud a la ponente por incorporar algunas de nuestras aportaciones, y mi apoyo también a una marca europea de turismo que ampare, promocióne y difunda nuestra diversidad y garantice la calidad de nuestra oferta.

Una formación homogénea de los profesionales dirigida a la excelencia y la innovación, la combinación transfronteriza de recorridos que fomenten el concepto de experiencia que demandan cada vez más los viajeros, la capacidad de mantenernos visibles en un entorno cada vez más competitivo y la necesidad de sumar en este empeño a las administraciones más cercanas y hacerlas colaborar entre sí es una de las claves del éxito.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

La otra, la tecnología. El despliegue en el ciberespacio de un catálogo coherente, diverso y fiable de ofertas, venta *on line* y servicios auxiliares en destino para todo tipo de soportes, incluidos los móviles, es imprescindible. Necesitamos intensificar la promoción y la gestión digital del sector y solo así podremos posicionarnos con toda nuestra oferta en una misma marca común y mantener nuestro liderazgo. Estas deben ser las prioridades que marquen las políticas europeas de apoyo al sector.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señora Presidenta, no cabe duda de que el turismo es un importante factor de desarrollo económico para Europa. Por ello, saludamos varias de las iniciativas que contiene este informe para la potenciación de un turismo europeo de calidad, cultural y sostenible, el impulso al turismo verde y rural como factor de supervivencia de muchas regiones europeas afectadas por la despoblación y el envejecimiento, iniciativas como la rehabilitación de estructuras de hoteles antiguos, ayudas para la rehabilitación de espacios naturales degradados por un turismo de masas insostenible —sobre todo en zonas costeras— como el que fomenta la Ley de Costas del Partido Popular en mi país.

Igualmente, creemos necesario dignificar las condiciones laborales en un sector donde abunda la precariedad y la temporalidad. Defendemos potenciar Europa como un destino turístico internacional, pero siendo conscientes del coste medioambiental de la hipermovilidad que parece fomentar el informe. Creemos también que los Estados, las regiones y las ciudades tienen derecho a protegerse de un turismo masivo, como ha hecho el Gobierno del cambio en Barcelona con una moratoria a la apertura de nuevos hoteles. Apostamos por un turismo que no sea masificado. Apostamos por un turismo sostenible.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Képviselő asszony! Ön a turizmus fejlődési irányának egy fontos elemét, a zöld szempontokat említette, de én kérdezem, hogy egyet tud-e érteni azzal, hogy ezen felül vannak még olyan eszközök, amelyekkel lehetne bővíteni a turizmus lehetőségeit. Ilyen például számos országban: az áfa mértékét veszik lejjebb, hogy ezzel is serkentsék a turizmust. Kérdezem, hogy, Ön egyet tudna-e érteni azzal, hogy akár bizonyos régiókban, akár bizonyos szezonokban az étel- és ital-áfa vagy a turisztikai szolgáltatások áfája egységesen nulla legyen Európában.

Tania González Peñas (GUE/NGL), respuesta de «tarjeta azul». – Con respecto al IVA, creo que es el impuesto más injusto que hay, porque es el que todo el mundo paga por igual. Da igual la renta que tengas, el IVA se paga exactamente lo mismo. Por lo tanto, creo que el IVA, en caso de reducirlo, debe ser una reducción que atienda a las necesidades básicas, a los productos de necesidades básicas y, por ejemplo, a la cultura y las actividades culturales. Efectivamente, eso también tendría una repercusión positiva sobre el turismo, pero la tendría sobre la mayoría de la población y sobre la industria cultural y el sector cultural.

Daniela Aiuto (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, accogliamo con favore l'approvazione di questa relazione sul turismo sostenibile, con l'augurio che finalmente questa Europa decida di prestare maggiore attenzione a questo settore, che potrebbe rappresentare, da solo, il volano della nostra economia, oltre che una via d'uscita dalla crisi economica e lavorativa che ci coinvolge.

Finora troppo scarso è stato l'impegno delle istituzioni, anche in termini di stanziamento di risorse finanziarie a sostegno delle piccole e medie imprese del settore.

Mi permetto, tuttavia, di sottolineare l'importanza della tutela del «made-in» dei nostri Stati, che è stata accolta in commissione grazie ad un emendamento presentato proprio da noi del Movimento 5 stelle, e che a mio avviso è ben più importante e significativo di un marchio europeo, che nei fatti non esiste e che non solo non risulta essere attrattivo, ma addirittura penalizzerebbe le tante nostre meravigliose specificità.

È nella diversità delle nostre bellezze e dei nostri patrimoni che risiede la vera ricchezza dell'Unione europea e non nell'appiattimento su un marchio comune.

Massimiliano Salini (PPE). – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, la relazione – e di questo ringrazio la relatrice De Monte e tutti i relatori ombra, a partire dalla relatrice Monteiro del mio partito – è una relazione che affronta un argomento oggettivamente centrale nello sviluppo economico e culturale del nostro continente. E le richieste sono corrette: maggiori dati dalla Commissione per dare un impianto rigoroso a questa consapevolezza economica e culturale, nuove forme di rilancio attraverso la digitalizzazione, l'idea del biglietto multimodale, i servizi digitali integrati, la semplificazione richiamata da alcuni colleghi sul tema del rilascio dei visti.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ma l'elemento centrale, a mio modo di vedere, è costituito dalla sfida del *brand* Europa. Qual è il *brand* Europa? Vista dall'alto l'Europa, geograficamente, come luogo, sembra la periferia dell'Asia, la periferia orientale, ma vista da dentro prima di essere un continente è un contenuto. È un contenuto culturale. Quello è il *brand* Europa, il cuore della cultura occidentale.

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, πολλά και ενδιαφέροντα θέματα πραγματεύεται με εξαιρετικό τρόπο η κ. De Monte, γιατί ο τουρισμός είναι μια μεγάλη ευρωπαϊκή βιομηχανία, η οποία έχει τεράστια περιθώρια ανάπτυξης. Εγώ θα επικεντρωθώ σε δύο από αυτά:

Το ένα είναι η φορολόγηση των τουριστικών υπηρεσιών. Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ζητά μειωμένο ΦΠΑ, γιατί οι τουριστικές επιχειρήσεις, στη μεγάλη τους πλειοψηφία μικρομεσαίες, είναι άρρηκτα δεμένες με τις τοπικές κοινωνίες και με αυτό τον τρόπο βοηθάνε στην τοπική ανάπτυξη και στη διατήρηση των θέσεων εργασίας.

Το δεύτερο είναι η υπενθύμιση ότι απομακρυσμένες περιοχές της Ευρώπης όπως τα μικρά νησιά έχουν τεράστια προβλήματα στον τομέα μεταφορών και ενέργειας. Δεν μπορούμε να έχουμε όμως ευρωπαίους κατοίκους δύο ταχυτήτων. Περιμένουμε τις απαντήσεις της Επιτροπής για αυτό.

Θα ήθελα επίσης να ζητήσω συγνώμη για τον συμπατριώτη μου, τον κ. Φουντούλη. Για μας την απάντηση στο θέμα των προσφύγων τη δίνει ένα μικρό νησί 700 κατοίκων που ζει από τον τουρισμό και ζήτησε να φιλοξενήσει 100 οικογένειες Σύριων προσφύγων.

Υπάρχει λοιπόν η μεγάλη απάντηση της αλληλεγγύης, υπάρχουν και οι ακραίες ξενοφοβικές φωνές.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, είναι τουλάχιστον ύποπτο, όταν ζητάμε σαν Κοινοβούλιο από τα κράτη μέλη να αναγνωρίσουν τη σημασία της μείωσης των συντελεστών ΦΠΑ στις τουριστικές υπηρεσίες (παράγραφος 63 της έκθεσης), την ίδια στιγμή οι λεγόμενοι θεσμοί του περιφημου Κουαρτέτου να επιβάλλουν στην Ελλάδα με το μνημόνιο την αύξηση του ΦΠΑ στα νησιά του Αιγαίου.

Προφανέστατα ο μειωμένος ΦΠΑ δεν ίσχυε ούτε χαριστικά ούτε επιλεκτικά. Εξισορροπούσε το αυξημένο κόστος μεταφοράς και τις ειδικές συνθήκες γεωγραφικής διασποράς των νησιών. Να μας απαντήσει λοιπόν η Επιτροπή: Αυτή η εκβιαστική επιβολή που εν γνώσει τους σαμποτάρει τον πλέον παραγωγικό και αναπτυξιακό τομέα της ελληνικής οικονομίας, τον τουρισμό, ποια συμπτώματα εξυπηρετεί; γιατί υπάρχει τεράστια αντίφαση, αν δεν είναι σκέτη ειρωνεία φυσικά, την ίδια στιγμή που μιλάει για ανάπτυξη, την ίδια στιγμή να επιβάλλει ένα τέτοιο αυταπόδεκτα υφεσιακό μέτρο.

Αυτή η διγλωσσία δεν οφείλεται σε λάθος και φυσικά δεν είναι τυχαία. Περιμένω με ενδιαφέρον τις απαντήσεις της Επιτροπής.

Deirdre Clune (PPE). – Madam President, I would like to thank the Commissioner for being here and I would like to thank the rapporteur for her report. Tourism is extremely important, as we all know, particularly for small and medium-sized enterprises in Ireland, the country I come from.

I would like to address the VAT issue, which has been mentioned by many speakers. The reduction in VAT from 13.5% to 9% has been singularly successful in increasing employment and in boosting tourist numbers. It has been acknowledged by hotel federations, restaurant associations and others in the hospitality sector as directly boosting employment, and it is one of the success stories.

Like my Greek colleague, we came to an agreement with the Troika: the government addressed this question with them, and they were allowed to reduce VAT provided they demonstrated that the funding could be provided from elsewhere. It resulted in a tax on pensions, which was not very popular at the time. However, three to four years later, the very successful outcome in terms of employment opportunities in the sector has more than outweighed the negative impact at the time. So I would say to the Commissioner, yes, reduction of VAT rates can be very successful in this extremely important sector, particularly for rural areas and islands, where tourism is so important.

István Ujhelyi (S&D). – Tisztelt képviselőtársak! Én tíz éve foglalkozom turizmus szakpolitikával otthon, Magyarországon, most pedig itt a Parlamentben a Tourism Task Force-nak a vezetőjeként, koordinátoraként. Ez egy tökéletes anyag, de én megtanultam, hogy egy ilyen anyag annyit ér, amennyit abból utána végre tudunk közösen hajtani most itt az európai intézményekben. És az a problémám, hogy nem látja az Európai Bizottság, hogy milyen fajsúlyú kérdésről van szó.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Igaz-e, hogy Európában több mint 12 millióan vannak most munka nélkül? Igen! Igaz-e, hogy a fiatalok között 7 millió honfitársunk van, európai társunk, aki munka nélkül van? Igen! És igaz-e, hogy a turizmus az egyik legjobb munkaerő-teremtő, munkahelyteremtő szektor? Igen! Hát jelenleg is dolgoznak több mint 13 millióan ebben a szektorban. Akkor miért nem mozdul meg a Bizottság végre, és miért nem hallgatja meg a képviselők véleményét? Legyenek szívesek sokkal több energiát fordítani az európai turizmus fejlesztésére!

Salvatore Domenico Pogliese (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il turismo è un settore strategico della nostra economia, genera oltre il 10% del PIL ed impiega oltre venti milioni di persone, gran parte delle quali giovani. Nonostante la crisi economica scoppiata nel 2008, l'Europa rimane la prima destinazione turistica del mondo.

Ma tutto ciò non deve farci dormire sugli allori: bisogna affrontare con determinazione le nuove sfide, a cominciare da quella digitale, se è vero, come è vero, come accade puntualmente in Italia, che oltre il 20% dei viaggiatori programma i propri itinerari online, con una percentuale crescente anno dopo anno. In Europa tale percentuale è ancora più significativa.

Gli operatori turistici devono però competere con nuove destinazioni emergenti, con dei prezzi applicati decisamente inferiori. Bisogna puntare sulla qualità e sulla destagionalizzazione, anche in considerazione dei mutati cambiamenti demografici della popolazione. L'Unione europea deve sostenere con tutte le forze questo settore assolutamente strategico ed in questo senso io sostengo pienamente la relazione De Monte.

Linda McAvan (S&D). – Madam President, I want to focus on one aspect which is extremely important in this report, and that is safety in tourism accommodation. Nine years ago this week, two children from my constituency, Christi and Bobby Shepherd, died in a hotel in Corfu. They died from carbon monoxide poisoning from a faulty boiler in their room. A simple carbon monoxide device, like the one I have here, could have saved their lives. The parents of the children asked me at the time: 'Are there no safety standards in European tourist accommodation?' The answer today is still no.

For the past nine years, I have been working with the Commission, with your predecessors, Commissioner, and this year the Commission published the outcome of a Green Paper on tourism safety. Now, Commissioner, it is time to act on that report. The coroner who investigated the deaths of the children has called for action at European level. Public opinion wants action: firefighters, consumer associations and travel agencies. So we now need the Commission to bring forward proposals. We need the support of this Parliament and of all our governments. This is something on which Europe could make a real difference, and we need your support.

Silvia Costa (S&D). – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, grazie alla relatrice De Monte. Sappiamo che il turismo culturale rappresenta in Europa oltre il 40% del totale, ed è perciò legato alla preservazione e valorizzazione del paesaggio e del patrimonio culturale, alla qualificazione professionale degli addetti, rafforzando le alleanze della conoscenza, di cui lei ha parlato, Commissaria, e alla qualità e sicurezza dei servizi e dei prodotti.

Per questo servono un vero piano d'azione integrato europeo e investimenti dedicati in tutti i programmi – Erasmus+, Fondo sociale, Europa creativa, ma anche Horizon 2020 — per la digitalizzazione del patrimonio culturale. Però c'è una contraddizione: il budget dedicato per il 2016 nel programma COSME al turismo è oltre che dimezzato.

Sta però cambiando la domanda globale e va quindi diversificata l'offerta, rendendola sostenibile, più coerente con il patrimonio diffuso europeo: non il mordi e fuggi, ma il turismo esperienziale, lento, destagionalizzato, anche sportivo, anche religioso, che valorizza i piccoli centri e spesso cammina lungo gli itinerari culturali europei.

(L'oratrice accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ismail Ertug (S&D), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Frau Costa zu fragen: Wenn ich das richtig verstanden habe – Sie haben ja über *cultural heritage* und so weiter gesprochen –, hat es bei den verschiedenen Fördertöpfen, zum Beispiel COSME, von Seiten der Europäischen Kommission eine ganz substanzielle Kürzung gegeben. Ist das tatsächlich der Fall? Wenn ja, würde ich gerne wissen wollen, warum man dann ausgerechnet in diesem Bereich die Kürzungen vornimmt.

Silvia Costa (S&D), *risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Credo che la domanda sia rivolta a me, ma anche alla Commissaria, sul taglio. È verissimo: ci sono due sole linee di bilancio COSME dedicate al turismo e in particolare agli itinerari, ai prodotti e ai servizi e sono state tagliate tutte e due in modo assolutamente significativo. Tra l'altro, una era frutto di un progetto pilota, diventato poi linea di *budget*, proposto dalla sottoscritta e dalla commissione Cultura. Quindi questa domanda la giro anche alla Commissaria, perché credo che questa risposta debba essere data, altrimenti c'è una contraddizione tra questa importante relazione e la traduzione in pratica di queste iniziative.

„Catch the eye“

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora Presidenta, es de agradecer que el informe De Monte se centre en la importancia también del turismo cultural europeo y que pida a la Comisión Europea que siga apoyando económicamente a las llamadas «rutas culturales europeas».

Estas rutas son muy importantes, en primer lugar, para el desarrollo de un turismo temático, selectivo, más exigente, y ofrecen una gama muy amplia de ofertas para satisfacer esta opción de turismo cultural o temático. Destacaré, por ejemplo, los caminos de Santiago, primera ruta cultural europea, que cada año bate récords de turismo de todas las partes del mundo. Pero hay otras treinta y dos rutas culturales también muy relevantes.

Estas rutas también son útiles para comprender la historia de Europa, el arte europeo y los pueblos de Europa, y contribuyen a la preservación del gran patrimonio histórico que tenemos en Europa. Y además, estas rutas contribuyen a poner de manifiesto —y termino ya— la existencia de una identidad europea común. A través de ella, los ciudadanos pueden comprobar que la construcción europea tiene bases sólidas y, por eso, soy partidario de acercar a los jóvenes a estas rutas culturales europeas.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, regarding the annual European forum on tourism I believe that it is absolutely necessary to promote Europe as the world's number one tourist destination. In order to take steps forward in that direction we have to act in the fields of the sharing economy, digitisation, and sustainable and responsible tourism. We must promote and preserve Europe's cultural heritage. This is very important, especially in these times when Europe is facing so many challenges. It has to be our priority, considering that many cultural sites lack funds and are not properly protected by national or local authorities and are therefore in danger of collapsing. We must support vocational training and education, especially in those countries most affected by the crisis, where young graduates with arts and culture degrees, and experts and researchers, face serious problems of long-term unemployment.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ο τουρισμός αποτελεί τη βαριά βιομηχανία για τις χώρες της Νότιας Ευρώπης και ιδίως τη φτωχοποιημένη από τα μνημόνια Ελλάδα. Και όμως οι μελέτες δείχνουν ότι το νέο σύστημα που έχει επιβληθεί στα τουριστικά πακέτα με το γνωστό «all-inclusive» τελικά όχι μόνο δεν βοηθά την ανάπτυξη του τουρισμού αλλά αντίθετα διαλύει τις τοπικές μικρομεσαίες τουριστικές επιχειρήσεις, περιθωριοποιεί τα τοπικά αγροτικά προϊόντα και μειώνει την απασχόληση. Ταυτόχρονα με το ξεπούλημα των δεκατεσσάρων περιφερειακών ελληνικών αεροδρομίων στη Fraport, η Lufthansa, η TUI και οι συνεργαζόμενοι με αυτούς tour operators αποκτούν μονοπωλιακή ισχύ και μετατρέπουν σε τσιφλίκι τους τον ελληνικό τουρισμό. Τέλος, η τρόικα με το τρίτο μνημόνιο επέβαλε στα νησιά του Αιγαίου ΦΠΑ 23%, με αποτέλεσμα τη μείωση της ανταγωνιστικότητας του τουρισμού της περιοχής. Να μας απαντήσει λοιπόν η Επιτροπή, πώς από τη μια πλευρά με την έκθεση της ζητά τη μείωση του ΦΠΑ και από την άλλη ως τρόικα αυξάνει υπέρμετρα το ΦΠΑ στα νησιά του Αιγαίου, διαλύοντας τον ελληνικό τουρισμό.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, zašto turizam Europe gubi na svjetskom tržištu, zašto mi gubimo svjetsku tržišnu utakmicu? Zato što turizam nije tema ni u ovom Parlamentu, nije tema Komisije, nije tema na nivou Europe. Sve je prepušteno zemljama članicama, kao prvi problem, drugi problem - nema pravog javno-privatnog partnerstva na nivou Europe. Imamo različite standarde, imamo različite situacije financiranja, imamo različite PDV-e, imamo jedan kompletan kaos kada govorimo o turizmu u Europi.

Ono što želim naglasiti je uspjeh koji Hrvatska ima u turizmu. Zato što postoji dobar sustav turističkih zajednica, zato što postoji odličan sustav javno-privatnog partnerstva i onda imamo naravno i uspjeh u turizmu. Ja plediram da formiramo zajedničko koordinativno tijelo, nazovimo ga Europska turistička zajednica, ne s novim zaposlenima, ali zajedničko koordinativno tijelo za turizam Europe.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, συζητούμε σήμερα τρόπους αναβάθμισης του τουρισμού στην Ευρώπη αλλά στην πραγματικότητα δεν υπάρχει ενιαία ευρωπαϊκή τουριστική αγορά και δεν διασφαλίζονται ισοτίμες συνθήκες για τα κράτη μέλη.

Το πιο χαρακτηριστικό παράδειγμα είναι η Ελλάδα, η οποία από το καλοκαίρι φέτος υποχρεώθηκε από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή και την Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα, ως μέλη της τριόικας των δανειστών της χώρας, να αυξήσει τον φόρο προστιθέμενης αξίας στην εστίαση στο 23% και στα ξενοδοχεία στο 13%. Αντίθετα στις κύριες ανταγωνίστριες μεσογειακές χώρες, Ιταλία, Γαλλία και Ισπανία, ο ΦΠΑ στους δύο αυτούς καθοριστικούς για τον τουρισμό κλάδους είναι μόλις 10%. Και σαν να μην έφτανε αυτό, η τριόικα υποχρέωσε την Ελλάδα να αυξήσει κατά παράβαση του άρθρου 174 της Συνθήκης για τη λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης τον ΦΠΑ στα νησιά, καταργώντας τον μειωμένο συντελεστή, τη στιγμή που τα νησιά είναι οι πιο ελκυστικοί τουριστικοί προορισμοί της χώρας. Η υποκρισία αυτή πρέπει να σταματήσει.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođo potpredsjednice, drago mi je da je danas ovdje povjerenica koja vjerujem da će razumijeti ovaj moj problem. Ja smatram da je najveći problem turizma, konkretno u Hrvatskoj iz koje dolazim, a iz ovih drugih zemalja, sezonalnost. Dakle, leži ogroman potencijal u turizmu, dakle i za rast novih radnih mjesta i za kompletan rast. Konkretno Hrvatska ima 17 % svoga bruto državnoga proizvoda iz turizma.

Sigurna sam da to može udvostručiti, ali je problem sezonalnost, i zbog toga treba maksimalno iskoristiti potencijal ulaganja koja su definitivno potrebna, ali naravno ulaganja koja će biti održiva, ne ulaganja pod svaku cijenu nauštrb okoliša itd., klimatskih promjena o kojima upravo ovih dana govorimo. Ali, isto tako mi možemo biti konkurentni dalekoistočnim zemljama koje danas rastu, i usput još možemo dobiti turiste iz njihovih zemalja.

To je ono što smatram da Europa treba napraviti, i zato bi možda trebalo stvarno na neki način napraviti jedinstvenu europsku politiku turizma. Premda se slažem s kolegama koji su rekli da smo različiti i da sigurno ne možemo pružiti jednake uvjete, ali možemo stvoriti jednaki PDV, i jednake druge uvjete kako bismo se kao Europa održali i ostali najkonkurentniji u turizmu.

Nicola Caputo (S&D). – Signora presidente, onorevoli colleghi, l'Europa – prima meta turistica mondiale – si dimostra solo vagamente consapevole delle potenzialità che il turismo può generare, relegandolo tradizionalmente a risorsa spontanea, quando non secondaria. Questa mancanza di consapevolezza è palese se si evidenzia il ritardo nella formazione di una coscienza europea e se si considera che, pur rispondendo a molte delle priorità europee – penso a crescita sostenibile, occupazione, mercato unico digitale ed equo – il turismo non dispone di una linea dedicata nel bilancio dell'Unione europea, ma di un'incoerente ripartizione in fondi, progetti pilota e azioni preparatorie.

Ebbene questa risoluzione, e mi congratulo con la collega De Monte per l'eccellente lavoro svolto, si propone proprio di soddisfare questo bisogno strategico con finalità sia materiali (salvaguardia e conservazione delle bellezze storiche e monumentali) sia immateriali (rafforzamento dell'identità europea, della comprensione multiculturale e della sostenibilità). Il beneficio auspicato è quello di stimolare proprio le tante regioni del nostro continente nello sviluppo ed attuazione di politiche inerenti al turismo, al fine di generare solida occupazione, PIL e benefici per le PMI.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, ενώ ακούστηκε από όλους να στηρίζεται η θέση ότι ο τουρισμός αποτελεί πραγματικά και προσδίδει αξία στην οικονομία, στην ανάπτυξη, στις νέες θέσεις εργασίας και γενικότερα στην ευημερία των χωρών, ενώ ο τουρισμός όλοι παραδέχονται ότι προσφέρει στο ακαθάριστο εθνικό προϊόν της Ευρωπαϊκής Ένωσης το 5%, η δικιά μου χώρα, η Κύπρος, που είναι κατεξοχήν τουριστική –προσφέρει πάνω από το 10%–, ενώ προσφέρει τόσα πολλά και πλούσια στην Ευρωπαϊκή Ένωση, στην ανάπτυξη και στην οικονομία, ουσιαστικά παίρνει πίσω ελάχιστα, είναι ο φτωχός συγγενής της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Θεωρώ ότι δεν φτάνουν μόνο τα λόγια και οι διακηρύξεις από την Επιτροπή. Συμφωνώ με τη θέση της ότι ο τουρισμός πρέπει να αποτελέσει μια νέα πρόκληση για μια νέα προοπτική, αλλά ταυτόχρονα πρέπει να δοθεί η δυνατότητα να στηριχθεί μέσα από ταμεία και σχέδια ο τουρισμός, γιατί ο τουρισμός εξυπηρετεί κατ' αποκλειστικότητα και εξ ορισμού τη θέση της Ευρωπαϊκής Ένωσης για ανάπτυξη, για νέες θέσεις εργασίας, για ευημερία και περαιτέρω για προώθηση όλων εκείνων των στόχων και σκοπών που θέσαμε κατά καιρούς αλλά ποτέ δεν υλοποιήσαμε.

Έργα λοιπόν κι όχι μόνο λόγια από την Επιτροπή! Αναμένουμε πραγματικά να υπάρξει ανταπόκριση εκ μέρους της Επιτροπής και να υλοποιήσει αυτούς τους στόχους.

elnök asszony. – Kérem a kollégákat, hogy intézkedjenek a tekintetben, hogy a karzaton egy kicsit halkabban legyenek, mert zavarják a hozzászólókat.

Patricija Šulin (PPE). – Vesela sem, da poročilo vključuje stvari, na katere sem večkrat opozorila tudi sama v dosedanjem delu. Prvič, turizem ne sme negativno vplivati na vsakodnevno življenje prebivalcev. V turizmu tudi ni prostora za aroganco turistične industrije do prebivalcev v smislu „bodite veseli, da smo tukaj in vam dajemo delo“. Prav tako ni prostora za aroganco in neodgovornost turistov v smislu „bodite veseli, da sploh pridemo k vam“.

Drugič, socialni turizem je odlična priložnost, da združimo prijetno s koristnim in zmanjšamo sezonsko naravo turizma. Zato je pomembno nadaljevati s projekti, kot je Calypso, ker dobijo priložnost počitnikovanja tudi socialno šibkejši.

In tretjič, akcijski načrt in turistična strategija morata imeti cilje in časovni načrt, še posebej, ko se financirata iz javnih sredstev. Brez ciljev in časovnega načrta pa je zelo težko ocenjevati uspešnost in učinkovitost programov ter porabo javnih sredstev.

„Catch the eye vége”

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank the Members for this rich and stimulating debate. We all agree that tourism is an important economic sector and we need to explore its potential. The Commission, Member States and the industry should join forces and work together to keep Europe as the world's number one tourist destination.

Let me be more specific now and respond to a couple of the points made. First, on the new action plan, the 2010 communication is very comprehensive and a lot of work can be done within its framework. However, new challenges have arisen. The Commission will address them through targeted measures in close cooperation with Parliament, Member States, regions and the industry.

Second, on funds and investment, the Commission will continue to promote the visibility of funds that can be used in tourism. We will organise a high-level event on this topic in April 2016. I would point out, at the same time, that in 2016 the budget for tourism is EUR 4.5 million. This allows projects from 2015 to be continued and to be evaluated in order to build on their results.

Third, on taxes, the Commission will analyse the impact of taxes – both national and regional – on tourism. It is important to point out that taxation is primarily a national competence.

Fourth, on branding and promoting Europe, this is an important priority for the Commission. We consider that it must be done via joint promotional efforts in cooperation with Member States, regions and the industry.

Last, but not least, on safety, aspects related to the safety of services will be looked at in the context of the Consumer Protection Regulation.

In conclusion, I would like to express my thanks for the very comprehensive report. I look forward to our future fruitful cooperation.

Isabella De Monte, relatrice. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, rivolgo innanzitutto un ringraziamento alla Commissaria, perché sono molto lieta che abbia accolto con favore il contenuto di questa relazione, che come dicevo non è certamente frutto del lavoro di una persona o di poche, ma è stato veramente utile avere il contributo di tutti.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Il dibattito certamente non termina con oggi, perché abbiamo una *task force* e un intergruppo Cultura e turismo che operano in maniera molto attiva, e quindi penso che questo sia semplicemente un punto di partenza per un lavoro, da qui in futuro, molto intenso. Ho condiviso gli interventi dei colleghi che hanno parlato del tema della cultura dicendo che dobbiamo promuovere le diversità e le identità culturali europee, e questo perché effettivamente non dobbiamo parlare solamente di turismo, ma dobbiamo parlare anche di una promozione territoriale ricca.

Invece, quando parliamo di immigrazione, confondiamo davvero due temi che non devono essere posti sullo stesso piano. Certo, so che l'immigrazione e le richieste di asilo sono un tema all'attenzione dell'Unione europea che desta preoccupazione. Ma non dobbiamo neanche dare dei messaggi sbagliati, e cioè che l'Europa oggi non è una destinazione attrattiva e una destinazione sicura. E poi nel momento in cui tiriamo in ballo la sovranità e l'Europa delle nazioni, cari colleghi, allora non dovremmo essere seduti qui. Se siamo seduti qui è perché dobbiamo credere nell'Europa e nelle sue potenzialità, compreso il fatto di avere una nuova politica fiscale.

Riguardo al collega maltese, lo volevo assicurare sul fatto che l'intento della relazione è indubbiamente quello di tener conto degli aspetti ambientali e anche della qualità del lavoro, anche per migliorare, perché no, il livello stipendiale, anzi sicuramente deve essere così, e far sì che la sanità non desti un *dumping* sociale, ma sia un aumento della qualità in tutti gli Stati membri.

Infine, una considerazione: io penso che l'Europa debba essere non una sommatoria di 28 Stati e 28 politiche turistiche, ma una meta unica, attrattiva, che sia il sogno di molti turisti a livello mondiale.

Grazie a tutti per la vostra collaborazione e il vostro aiuto.

elnök asszony. – Most pedig szeretném bejelenteni, hogy biztos asszony kérésére 2 perc technikai szünetet rendelék el a következő jelentés előtt, és addig az ülést felfüggesztem.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), por escrito. – El turismo es una actividad clave para Europa y, especialmente para algunos países y regiones, por lo que es preciso tener fondos suficientes y un refuerzo de la política turística para impulsar esta actividad bajo el paraguas del Tratado de Lisboa. El turismo europeo debe acometer una transición desde un modelo de crecimiento cuantitativo a otro cualitativo que persiga un desarrollo constante y sostenible; existe, de hecho, la necesidad de establecer una industria europea que permita la creación de más puestos de trabajo cualificados remunerados de manera adecuada. Para ello, la inversión en formación y educación es un elemento esencial de la prestación de servicios de calidad en el sector. Quisiera también resaltar el hecho de que la plena accesibilidad y asequibilidad en el turismo son una parte integrante de la sostenibilidad del sector. El principio del «turismo para todos» no debe ser simplemente un eslogan, sino que debe permitir a las personas con necesidades especiales (por ejemplo, las personas con discapacidad, las personas con movilidad reducida, los jóvenes, las personas de edad avanzada, las familias con ingresos reducidos y las familias con niños) disfrutar de sus derechos como ciudadanos y capacitarles para ello.

Vladimír Maňka (S&D), písomne. – Cestovný ruch je kľúčovým odvetvím hospodárstva EÚ, vytvára viac ako 10 % HDP EÚ a priamo zamestnáva 13 miliónov ľudí. Európa má prvé miesto v destináciách cestovného ruchu na svete. To má pozitívny vplyv na hospodárstvo a zamestnanosť v EÚ.

Napriek tomu musí aj táto oblasť hospodárstva čeliť mnohým vnútorným problémom, ale aj vonkajším nebezpečenstvám spojeným najmä s teroristickými hrozbami. To si vyžaduje prijímanie pružných opatrení, ktoré dokážu čeliť týmto problémom a zároveň prispôbovať túto oblasť hospodárstva novým požiadavkám a potrebám.

EÚ podporuje rozvoj cestovného ruchu prostredníctvom viacerých fondov a projektov. Napriek stúpajúcemu významu cestovného ruchu ako politiky EÚ, nebola doteraz v jej rozpočte vytvorená pre tento sektor samostatná kapitola. Finančné zdroje na cestovný ruch tak plynú z iných politík EÚ.

Preto by Komisia mala preskúmať možnosť vytvoriť v rámci budúceho viacročného finančného rámca samostatný oddiel, ktorý by bol venovaný výlučne cestovnému ruchu. Prispeje to k transparentnosti a lepšej kontrole finančných prostriedkov vynakladaných na túto oblasť hospodárstva.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Coming from an island country in the Mediterranean - Malta, I have tabled some amendments in different Committees aimed at promoting the importance of coastal and maritime tourism in Europe. Coastal and maritime tourism is not only the largest maritime activity in Europe, but also directly affects many other sectors of the EU economy, employing more than 3.2 million people. Tourism and in particular coastal and maritime tourism is a lever for growth and job creation in the Mediterranean region, therefore unlocking its potential is of utmost importance for the future economic development and growth of the countries in that region.

I have supported measures recommending to the European Commission to get more active and finally recognise the importance of coastal and island areas and to finally present an action plan with concrete goals and timetables to accompany the 14 actions in the European Strategy for more Growth and Jobs in Coastal and Maritime Tourism. Promoting the tourism industry of island countries or regions, such as Malta, depends largely on sea and air transport and on the connectivity and accessibility to the island. Therefore, the Commission needs to look and emphasise the efficiency of State aid in coastal and maritime regions.

Marek Plura (PPE), *na piśmie*. – Serdecznie gratuluję Isabelli de Monte kompleksowego sprawozdania, w którym nie tylko przedstawiła możliwości sektora turystyki, ale także zaproponowała kilka obiecujących nowych rozwiązań, takich jak wprowadzenie Europejskiego Roku Turystyki czy europejskiego znaku jakości w turystyce przyjaznej rodzinom. Uważam, że wciąż jeszcze nie w pełni wykorzystanym potencjałem dysponuje turystyka wyspecjalizowana i turystyka społeczna, które, umożliwiając szerszy dostęp, wspierają też wydłużenie sezonu turystycznego, kluczowe dla stabilnego wzrostu tego sektora. Zgadzam się ze sprawozdawczynią, że wprowadzenie zasady „turystyka dla wszystkich” przyczyni się do pełniejszego korzystania ze swoich praw przez obywateli, zwłaszcza osoby o szczególnych potrzebach, m.in. osoby starsze, osoby niepełnosprawne, rodziny z dziećmi, osoby o ograniczonych dochodach itp. Chciałbym w tym kontekście podkreślić znaczenie wprowadzenia Europejskiej Karty Osoby Niepełnosprawnej. Dokument ten, umożliwiający podróżującym Europejczykom dotkniętym niepełnosprawnością dostęp do ułatwień i zachęt oferowanych tej grupie przez poszczególne kraje, władze lokalne czy instytucje kultury, z pewnością może przyczynić się do większej mobilności osób niepełnosprawnych i lepszego wykorzystania przez tę znaczącą grupę obywateli europejskiej oferty turystycznej. Ponadto pragnę zwrócić uwagę na kluczowe znaczenie odpowiedniego kształcenia kadr, w tym młodych przedsiębiorców planujących karierę w branży turystycznej, w szczególności wyposażenie ich w umiejętności praktyczne oraz doświadczenie dzięki praktykom zawodowym i wysokiej jakości stażom.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Pese embora a amplitude das propostas e o enfoque na promoção externa, preconizados na resolução, através da criação de uma marca turística «Destino(s) Europa», esta aponta caminhos mercedores de destaque e apoio. É o caso da valorização do turismo costeiro e marítimo que representa mais de 1/3 da economia marítima, com implicação direta noutros setores da economia da União, empregando 3.2 milhões de pessoas, na sua maioria jovens entre os 16 e 35 anos, que tem sido uma alavanca para o crescimento e a criação de emprego, em particular nas regiões do Atlântico e do Mediterrâneo. Registo também o reconhecimento da importância da conectividade e da acessibilidade nas regiões ultraperiféricas e insulares que dependem do transporte marítimo e aéreo e a consequente defesa de ações que visem diminuir o impacto da sazonalidade nestas regiões. Pelas razões anteriormente referidas e pelas expostas, quer nos motivos quer nas disposições da resolução, faz todo o sentido que o turismo mereça doravante um tratamento mais condicente com a sua verdadeira importância social e económica. No mesmo sentido, a União deve trilhar o caminho de afirmação mundial deste setor valorizando o contributo deste para o desenvolvimento sustentável da Europa e das suas Regiões.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη (PPE), *γραφτως*. – Ο τομέας του τουρισμού συμβάλλει σημαντικά τόσο στην οικονομική ανάπτυξη ολόκληρης της Ένωσης όσο και στην προώθηση της οικονομίας και της ανταγωνιστικότητας των κρατών μελών. Παρόλο που η Ευρώπη παραμένει πρώτος τουριστικός προορισμός παγκοσμίως, η τουριστική βιομηχανία της αντιμετωπίζει αυξανόμενο ανταγωνισμό, δεδομένου ότι αναδυόμενες, πιο οικονομικές χώρες προσελκύουν τουρίστες από όλο τον κόσμο. Προκειμένου η ΕΕ να ανταπεξέλθει σε αυτόν τον ανταγωνισμό, είμαι της άποψης ότι η ΕΕ θα πρέπει να αναδείξει τα συγκριτικά της πλεονεκτήματα, ιδίως την πολυμορφία των τοπίων και των περιφερειών της, τον εξαιρετικό πολιτιστικό της πλούτο, ενώ αντιστοίχα τα κράτη μέλη θα πρέπει να προωθούν πολιτικές που ενισχύουν τον τουριστικό κλάδο και κατ' επέκταση την οικονομία τους, αξιοποιώντας στο μέγιστο τις νέες χρηματοδοτικές δυνατότητες της ΕΕ. Ωστόσο, σε χώρες όπως η Ελλάδα, όπου ο τουρισμός αποτελεί βαριά βιομηχανία με εκτεταμένο οικονομικό αντίκτυπο στην απασχόληση και στην κοινωνική και πολιτιστική ανάπτυξη, μέτρα δημοσιονομικής προσαρμογής, όπως η αύξηση του ΦΠΑ σε ορισμένα νησιά, πλήττουν την ανταγωνιστικότητα των περιοχών αυτών, οι οποίες επηρεάζονται άμεσα από τον τουρισμό χαμηλού κόστους που αναπτύσσεται σε γειτονικές τρίτες χώρες. Επιπλέον, εκτιμώ ότι η ΕΕ πρέπει να μεριμνήσει για την οικονομική στήριξη του κλάδου στις παράκτιες περιοχές, που δοκιμάζονται έντονα από την προσφυγική κρίση.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

6. Entwicklung einer satellitengestützten Technologie für Systeme zur weltweiten Ortung von Flugzeugen (Aussprache)

elnök asszony. – A következő napirendi pont a Michael Cramer által a Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság nevében a Bizottsághoz intézett, a légi járatok globális nyomon követését lehetővé tevő rendszerek műholdas technológiájának fejlesztéséről szóló szóbeli választ igénylő kérdésről folytatott vita (O-000118/2015 – B8-1101/2015) (2015/2857(RSP)).

Michael Cramer, Verfasser. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen des Verkehrsausschusses möchte ich die Frage zur mündlichen Beantwortung zu satellitengestützten Ortungssystemen für den Flugverkehr kurz vorstellen: Zahlreiche Tragödien im Flugverkehr haben die Schwächen des heutigen Systems gezeigt und die Notwendigkeit für genaue und ständige Ortung von Flugzeugen deutlich gemacht. Wir erinnern uns an die tragische Geschichte des Fluges Malaysian Airlines 370 und auch an die Air France 447 und an viele andere.

Nur 30 % des weltweiten Luftraums werden von heutigen Ortungssystemen erfasst. Das behindert die Rettung und auch die Bergung. Es gibt also Handlungsbedarf. Und eine der vielversprechendsten Optionen ist die Ortung mit Satelliten, das heißt, die *automatic dependence surveillance broadcast*. Diese Technologie ermöglicht bessere Kontrolle und besseres Management des Flugverkehrs, vor allem mehr Sicherheit, aber auch mehr Effizienz und Kontrolle und weniger Infrastrukturkosten. Also: Eine Win-Win-Win-Win-Situation. Unser Ausschuss ist überzeugt davon, dass die Regeln überdacht werden müssen, um Menschenleben zu retten. Auch die Internationale Organisation für die zivile Luftfahrt ICAO teilt unser Anliegen. Der Ausschuss und ICAO bitten also beide die Internationale Union für Telekommunikation ITU, auf der Weltkonferenz in diesem November in Genf ein entsprechendes Frequenzspektrum zuzuweisen.

Wir haben klare Fragen unseres Ausschusses: Was denkt die Kommission über satellitengestützte Ortungssysteme? Und was hält die Kommission von der Forderung, bei der Weltkonferenz im November die nötigen Frequenzbänder zuzuweisen, um solche Systeme zu ermöglichen? Wir sind gespannt auf Ihre Antwort, Frau Kommissarin.

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, allow me to address you for the fourth time today with an equally important topic. The Commission considers that satellite-based technology for global flight tracking is a positive development. In the aftermath of the June 2009 accident involving Air France flight 447, Europe launched extensive work on options both for tracking aircraft and for localising an airplane in distress. The disappearance of Malaysia Airlines flight 370 in March 2014 has contributed to fast-tracking of the regulatory process at EU level.

A committee opinion delivered on 9 July 2015 endorsed the Commission's proposal to amend Commission Regulation (EU) No 965/2012 regarding requirements for flight records, underwater locating devices and aircraft tracking systems. Both in terms of legislation and research our work is performance-based. This means that it does not favour any specific commercial or technical solution as long as the technology used by operators is fit for the desired purpose. Our rules will both provide the necessary flexibility and accommodate a number of technical options – existing ones as well as future ones such as Galileo Search and Rescue and/or satellite-based ADS, type B. Such rules, supported by the Member States, would be based on the following three principles:

First, the requirements must be technologically neutral and performance based. They will be defined to ensure that large public transport aircraft automatically transmit sufficient trajectory information regularly and accurately enough for search and rescue and investigation purposes.

Second, provided that the relevant equipment can be operated safely, the requirement should specify that it should have a backup power supply and it should not be possible to disable the flight tracking functions. This apparently occurred during the Malaysia Airlines flight.

Third, the requirements must allow air carriers and aircraft manufacturers to opt for the most cost-efficient solutions.

The text of the Commission proposal has already been submitted to the European Parliament and Council for scrutiny. On that basis, comprehensive legislation should be adopted and published before the end of the year. The International Civil Aviation Organisation (ICAO) is also updating international rules accordingly. Furthermore, we are working actively to provide passengers with Internet connections, both terrestrial and satellite solutions. Such systems can support advanced data communication between air and ground. This will eventually make it possible for flights to be fully monitored in real time from the ground. To return to the subject of space-based ATSB technology, although this remains an interesting option, the Commission would like to underline that it is one of several possible solutions. The Commission has set out various options in a technical working paper provided to ICAO. Concerning the

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Commission's position at the World Radio Communication Conference, the European Union as such does not have voting rights in the ITU. On Monday, 26 October the Council adopted conclusions for the World Radio Communication Conference, but this topic is not addressed. We therefore welcome the European Parliament resolution and we will work together with Member States at the World Radio Communication Conference to ensure that it is coherently supported during the negotiations.

To sum up, the Commission supported the protection of ADS type B at the World Radio Communication Conference and consequently in the ITU radio regulation. We also know that during the preparations for the World Radio Communications Conference Member States signalled their support for allocation for satellite reception of automatic dependent surveillance broadcast ATSB emissions from aircraft limited to messages transmitted in accordance with ICAO standards. That will conclude my report.

Marian-Jean Marinescu, în numele grupului PPE. – Doamnă președinte, cu părere de rău, trebuie să menționez și eu cele două evenimente triste, două accidente aviatice, unul în Atlantic, celălalt în Pacific. Unul dintre avioane a fost localizat după ani de căutări, celălalt nu a fost găsit nici până acum. Motivul este inexistența unui sistem care să asigure o urmărire globală și permanentă a zborurilor, poziționarea aparatelor de zbor este posibilă doar în 30 % din spațiul aerian. Oceanele și o parte din Africa nu sunt acoperite datorită lipsei posibilităților tehnice, respectiv lipsei echipamentelor terestre.

Se utilizează un sistem neperformant și scump care înregistrează o poziție relativ exactă a aparatelor de zbor la intervale mari de timp și determină o utilizare inefficientă a spațiului aerian. Avem la îndemână o soluție tehnică care poate asigura o acoperire globală, ADS-B-ul, un sistem care este utilizat deja pe baza echipamentelor terestre și poate fi utilizat în viitor pe baza sistemelor de sateliți. Modificările pe aparatele de zbor sunt minime. Este nevoie de alocarea unei în benzi de frecvență care se face de către Organizația Internațională a Telecomunicațiilor în cadrul Conferinței mondiale pentru radiocomunicații. Conferința va avea loc în noiembrie 2015. Următoarea este peste patru ani. Este evident că această alocare trebuie să se facă anul acesta pentru a nu pierde încă patru ani. Utilizarea noului sistem aduce un plus important de securitate în transportul aerian, un instrument extrem de eficient pentru acțiunile de salvare, precum și o optimizare a zborurilor în general și, în special, a celor trans-oceanice. AESA și OACI susțin această soluție și s-au exprimat în acest sens. Salutăm poziția Comisiei și rugăm să facă diligențele necesare pe lângă statele membre pentru a susține această poziție în cadrul Conferinței internaționale.

Lucy Anderson, on behalf of the S&D Group. – Madam President, regulatory bodies, industry and citizens are agreed that aircraft tracking by satellite must be improved urgently. The successful and growing European satellite industry is ready to play its part.

Lack of sufficient allocation of radio spectrum is only one of the barriers in this area, but it is a very significant one. This is not just about search and rescue operations, but it is also about increasing the ability to help aircraft avoid poor weather and to help them take less environmentally-damaging and shorter routes. The International Air Transport Association has effectively already supported reviewing and extending spectrum allocations. This is something we should do. Travellers and families need this extra reassurance and confidence in airline systems. I welcome this oral question and I would urge colleagues in plenary to support the resolution.

Jacqueline Foster, on behalf of the ECR Group. – Madam President, I welcome the question that has been tabled by our colleague, Michael Cramer. I think it has come at a very appropriate time.

Ironically, I raised this issue of radio spectrum for the aviation sector more than 13 years ago. That was when I was on the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE). The reason at that time was the growth of mobile phones and it was actually before Galileo, so we have certainly moved on apace. That is exactly what technology has done. Therefore, we must be in a position where we can benefit from these advanced sophisticated systems for tracking flights.

Air accident investigators worldwide are trusted by the public to investigate air accidents and incidents absolutely fully. It is therefore our responsibility to provide them with the tools to do the job. So we welcome the debate on this topic, rapporteur, and we are certainly supporting you in the ECR Group.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, it goes without saying that we support the question and, indeed, we were involved in co-drafting it. What the Commissioner has said today shows that the Commission is making every effort, and that is definitely appreciated by my group.

Secondly, Commissioner, you have reassured us that the aviation package that will be submitted at the beginning of December will definitely provide the necessary proposal. Looking at your three key elements: in relation to back-up supply, there can be no doubt; on technological neutrality, I would say, yes, and obviously we will be looking too at the impact assessment; but the key issue is absolute interoperability.

You also spoke about cost-efficient solutions: for me this means not the cheapest but rather the most proportionate and appropriate to deliver.

Finally, a remark on the question of regularity: we should be aiming at the shortest possible frequencies in this respect. In relation to the spectrum, I think I can fall into line with other colleagues.

Ismail Ertug, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Selbstverständlich unterstütze auch ich den Vorschlag vom Kollegen Cramer.

Nun möchte ich meine Redezeit dieses Mal der *General and Business Aviation* widmen. Ich bin der Meinung, dass wir letztendlich dieses System auch auf die Kleinflugzeuge ausweiten müssen. Die französische Luftfahrtbehörde beispielsweise hat in ihrer Studie hervorgehoben, dass jedes Jahr durchschnittlich 15 Unfälle passieren. In 50 % der Fälle gibt es letztendlich dabei Todesopfer. Ich glaube, hier besteht schon ein Potenzial für weitergehende schwerwiegende Unfälle, die wir natürlich verhindern und vermeiden müssen.

Daher plädiere ich dafür, dass wir dieses ADSB-System flächendeckend einführen. Im Übrigen, im Jahre 2008 hat das Europäische Parlament bereits einen Initiativbericht *An Agenda for Sustainable Future in General and Business Aviation* gefordert. Bis heute ist nichts dabei herausgekommen, bzw. von der Kommission kam nichts in dieser Richtung. Deswegen noch einmal die dringende Aufforderung, bitte hier von Seiten der Europäischen Kommission auch tätig zu werden.

„Catch the eye”

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE). – Senhora Presidente, Caros Colegas, Senhora Comissária, a segurança na aviação está diretamente ligada aos sistemas de navegação aérea, que permitem identificar e detetar o momento em que os aviões se encontram também em dificuldades. Atualmente, estes sistemas de seguimento dos voos apenas cobrem cerca de 30 % do espaço aéreo mundial, obviamente deixando áreas desprovidas de vigilância, como é o caso dos oceanos e também de florestas.

Segundo a ICAO, o sistema ADS-B por satélite irá reduzir as vulnerabilidades dos atuais sistemas de navegação e, simultaneamente, aumentar a eficiência e a capacidade de gestão do tráfego aéreo. A minha pergunta à Comissão é se já avaliou os possíveis problemas de segurança do próprio sistema ADS-B e se já tem um calendário definido para analisar a aplicação deste sistema ADS-B no espaço aéreo europeu.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι αεροπορικές τραγωδίες στην Ευρώπη φέρνουν στη μνήμη μας άσχημες αναμνήσεις και την απώλεια εκατοντάδων συνανθρώπων μας. Οι αιτίες των αεροπορικών δυστυχημάτων μένουν σχεδόν πάντα ανεξιχνίαστες και χωρίς κανείς να γνωρίζει τα αίτια των αεροπορικών αυτών δυστυχημάτων. Σήμερα, που βρισκόμαστε στην εποχή της ψηφιακής εποχής και των τεχνολογιών, είναι απαράδεκτο μόνο το 30% των αεροπορικών εταιρειών να παρέχουν συστήματα εντοπισμού πτήσης.

Η τεχνολογία αυτή θα βοηθήσει τις κυβερνήσεις, τους παρόχους υπηρεσιών αεροναυτιλίας και τις αεροπορικές εταιρείες να αυξήσουν την αποτελεσματικότητα της διαχείρισης της εναέριας κυκλοφορίας, ενώ παράλληλα θα αυξηθεί σημαντικά η ασφάλεια των αερομεταφορών. Η Επιτροπή θα πρέπει να θεσπίσει άμεσα μέτρα, για να χρησιμοποιείται παγκόσμια το υπό σύζήτηση σύστημα, φροντίζοντας παράλληλα να μην παραβιάζονται τα ανθρώπινα δικαιώματα και να υπάρχει σεβασμός στα κυριαρχικά δικαιώματα των κρατών.

„Catch the eye vége”

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Madam President, the Commission wishes to thank the European Parliament and the honourable Member Mr Cramer for this question, which reflects the specific worries and expectations of a great number of European citizens.

We fully support steps in the direction of global flight tracking, such as the ADS-B (Automatic Dependent Surveillance – Broadcast) system, and we look forward to further steps being taken on the basis of the legislative work I outlined in my introductory remarks. I hope that this clarifies the efforts being made by the Commission for the definition of commonly acceptable safe and cost-efficient solutions for global flight tracking.

We look forward to close collaboration with Parliament and the Council for the timely adoption of the proposed specific legislation.

elnök asszony. – Egy állásfoglalásra irányuló indítványt juttattak el hozzám a vita lezárásaként.

A vitát lezárom.

A szavazásra 2015. október 29-én kerül sor.

(Az ülést 11.25-kor a szavazások órájáig felfüggesztik, és 11.35-kor folytatják.)

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'aimerais soulever deux questions. La première: comment envisagez-vous la sécurité des échanges? Nous devons nous assurer que toutes les interactions et les données échangées entre les pilotes, les aéronefs et le contrôle aérien soient protégées: les piratages et autres tentatives de sabotage sont de plus en plus fréquentes, pourtant nous n'en parlons quasiment jamais. La menace existe.

Ensuite: l'utilisation de cette nouvelle technologie engendrera très certainement une nouvelle demande en matière industrielle. Aussi, l'Europe peut-elle capitaliser sur son savoir-faire pour favoriser ces technologies dans ce nouveau marché? Je le crois, mais il faut néanmoins une impulsion politique. Des grands projets naissent les grandes idées, surtout dans le domaine spatial et aéronautique.

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

7. Sacharow-Preis 2015 (Bekanntgabe des Preisträgers)

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Konferenz der Präsidenten hat heute Morgen eine Entscheidung über die Verleihung des Sacharow-Preises im Jahre 2015 getroffen. Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Konferenz der Präsidenten in diesem Jahr den Sacharow-Preis an den saudi-arabischen Blogger Raif Badawi verleihen möchte.

(Lebhafter und anhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren, ich danke dem Haus für die Unterstützung für diese Entscheidung. Ich füge heute, wegen des besonderen Falles von Herrn Badawi, einem außergewöhnlich mutigen und, wie ich finde, vorbildlichen Mann, der mit einer der grausamsten Strafen belegt worden ist, die es in diesem Land gibt, die man objektiverweise nur als brutale Folter bezeichnen kann.

Ich fordere hiermit den König von Saudi-Arabien auf, Herrn Badawi unverzüglich zu begnadigen und ihn freizulassen, damit der den Preis entgegennehmen kann.

(Lebhafter Beifall)

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den Organen der Union, mit unseren Partnerländern, hängen in ihrer Qualität auch davon ab, dass fundamentale Menschenrechte durch unsere Partner eingehalten werden. Im Fall von Herrn Badawi werden fundamentale Menschenrechte nicht nur nicht geachtet, sie werden mit Füßen getreten.

Deshalb fordere ich den König auf, heute die Vollziehung der Strafe einzustellen, Herrn Badawi freizulassen, ihn zu seiner Frau zurückkehren zu lassen und es ihm zu ermöglichen, den Preis in der Dezember-Sitzung hier in diesem Hause entgegenzunehmen.

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF*Vizepräsident*

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Mr President, yesterday I raised the issue of ghost voting by Marine Le Pen, co-chair of the ENF Group. I would like to inform the Chamber about the results of the investigation. I would like to thank the plenary service for their professionalism and fast reaction and I would like to call on the President to make full use of Rule 166 in association with Rule 177 which clearly states that the vote is personal and that every parliamentarian is responsible for his vote.

(Applause)

Marine Le Pen (ENF). – Monsieur le Président, en mon absence, hier, j'ai été mise en cause de manière absolument abjecte par M. Weber, accusée de faits dont je suis absolument innocente, ce qui a d'ailleurs été révélé à la Conférence des présidents de ce matin. M. Weber a commis deux délits: celui de diffamation à mon égard et celui de dénonciation calomnieuse, et ce, en l'occurrence, sans aucune preuve. Alors, que s'est-il passé hier qui justifie ce cinéma?

Je suis partie en laissant ma carte de vote. C'est ce que font, et vous le savez bien, des dizaines de députés. Nous mettons notre carte au début de la session et nous la retirons à la fin de la session. Mais n'avez-vous pas d'autres arguments, sérieusement, que celui-là? Mon collègue, M. De Graaff, dont je tiens à dire qu'il est l'exemple, sans faille, de la courtoisie et de l'éthique, a cru que j'étais partie quelques secondes et a effectivement effectué quatre votes en mon absence et sans mon autorisation. Il a commis là, il est vrai, une maladresse. Est-ce que cela justifie, encore une fois, ce cinéma?

Et je veux dire une chose, mes chers confrères: il a fait preuve, pensant j'étais partie quelques secondes, de l'esprit chevaleresque dont vous feriez bien de temps en temps de vous inspirer. Alors, Monsieur le Président, je réserve, quant à moi, mon action et je pense déposer plainte à l'encontre de M. Weber, qui a porté contre moi des accusations insupportables.

Der Präsident. – Meine Damen und Herren! Das Thema war heute Gegenstand der Beratung in der Konferenz der Präsidenten. Der hier eben direkt angesprochene Manfred Weber hat jetzt das Wort.

(Unruhe im Saal)

Manfred Weber (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ob dieser Statements der Abgeordneten Le Pen sitzt man fassungslos auf seinem Platz. Es ist an Frechheit nicht zu überbieten, was wir hier erlebt haben von den Rechten.

(Beifall)

Frau Le Pen! Wir wissen, dass Sie kein ordentliches Demokratieverständnis haben. Das wissen wir alle hier im Haus. Aber ich darf zunächst einmal versuchen, Ihnen Nachhilfe zu erteilen. In einer Demokratie ist das Mandat, das wir von den Bürgern übertragen bekommen haben, heilig – heilig!

(Zwischenrufe von Frau Le Pen und anderen)

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Frau Le Pen, zu einer Demokratie gehört auch Zuhören.

In der Demokratie ist das Mandat heilig, das haben wir von unseren Bürgern übertragen bekommen. Und dieses Mandat ist nicht weitergebar, es ist nicht delegierbar an jemand anderen. In einigen Staaten der Europäischen Union ist diese Weitergabe von Mandaten ein Straftatbestand und gerichtlich einklagbar. Das ist Gott sei Dank für Sie – aus Ihrer Sicht Gott sei Dank – in Europa derzeit nicht der Fall. Wir sehen es als heilige Sache an, dieses Mandat zu verteidigen. Sie haben hier einen großen Skandal auf Ihre Schultern geladen. Wir unterstützen unseren Präsidenten darin, alle rechtlichen Maßnahmen gegen Sie zu unternehmen.

(Beifall)

Der Präsident. – Meine Damen und Herren! Heute Morgen war dieser Vorfall Gegenstand der Beratungen in der Konferenz der Präsidenten. Er wird jetzt in das Gremium des Parlaments überführt, wo er untersucht werden wird, nämlich ins Präsidium des Parlaments. Frau Corazza Bildt kann sicher sein, dass wir dabei alle einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung beachten werden.

8. Begrüßung

Der Präsident. – Ich begrüße eine Delegation der Peschmerga-Militäreinheiten der Autonomen Region Kurdistan des Irak unter der Leitung von General Jafar Ali auf der Ehrentribüne.

General Ali wird von Katoon Al Kheder begleitet, der Kommandeurin der weiblichen Einheiten der Jesiden. Diese Soldatinnen und Soldaten kämpfen jeden Tag gegen den Islamischen Staat. Sie verdienen unsere Anerkennung und Solidarität.

(Lebhafter Beifall)

9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

10. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll).

10.1. EU-Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) (A8-0048/2015 - Kinga Gál) (Abstimmung)

10.2. Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften (A8-0120/2015 - Renato Soru) (Abstimmung)

10.3. Weiterbehandlung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur elektronischen Massenüberwachung der Unionsbürger (B8-1092/2015) (Abstimmung)

10.4. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2015 (A8-0307/2015 - Dariusz Rosati) (Abstimmung)

Donnerstag, 29. Oktober 2015

10.5. Empfehlung des Rates zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt (B8-1093/2015) (Abstimmung)**10.6. Sicherer Einsatz ferngesteuerter Flugsysteme (RPAS) im Bereich der zivilen Luftfahrt (A8-0261/2015 - Jacqueline Foster) (Abstimmung)****10.7. Neue Herausforderungen und Konzepte für die Förderung des Fremdenverkehrs in Europa (A8-0258/2015 - Isabella De Monte) (Abstimmung)****10.8. Entwicklung einer satellitengestützten Technologie für Systeme zur weltweiten Ortung von Flugzeugen (B8-1094/2015) (Abstimmung)**

Der Präsident. – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

11. Stimmerkklärungen

Der Präsident. – Bei den nun folgenden Erklärungen zur Abstimmung beginnen wir mit denjenigen Erklärungen, die am Dienstag nicht behandelt werden konnten. Danach folgen die Erklärungen zur Abstimmung zu den Punkten, über die gestern und heute abgestimmt wurde.

Ich muss Sie darüber informieren, dass wir sehr viele Anträge zur Abgabe mündlicher Erklärungen erhalten haben. Die Sitzung wird bis 13.30 Uhr dauern. Weitere Erklärungen zur Abstimmung können dann schriftlich eingereicht werden.

11.1. Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung (A8-0306/2015 - Markus Ferber)**Mündliche Stimmerkklärungen**

Krisztina Morvai (NI). – Természetesen támogattam azt az új szabályt, amelynek bevezetése a kedves vezér, Juncker úr tevékenysége miatt volt szükséges. Mindenki emlékszik ugye a LuxLeaks botrányra. Ezzel összefüggésben szavaztunk úgy, vagy rendelkezett úgy az Európai Parlament, hogy mostantól minden egyes tagállamnak értesítenie kell a többi tagállamot arról, hogy milyen adókedvezményekben részesíti a hozzáérkező különböző külföldi befektetőket. Erre úgy mond a versenyképesség kiegyenlítése érdekében van szükség. Én azt szeretném, hogyha a következőkben arról is szavaznánk, hogy milyen segítséget nyújtanak, milyen adókedvezményeket a saját kisvállalkozóknak, például a saját hazámban Magyarországon, ahol 6 millió forintnyi kedvezményt adnak egy-egy külföldi, globális környezetszennyező, kizsákmányoló cégnek egy munkahely létesítésére. Szeretném, hogyha itt is kiegyensúlyozódna a versenyképesség és ugyanennyit adnának a kisvállalkozóknak, családi vállalkozóknak is.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Efektīvi funkcionējoša valsts kopiena (tas it īpaši lielā mērā attiecas uz eirozonu tās vienotās valūtas dēļ) nav iespējama bez kvalitatīvas informācijas apmaiņas. Protams, ir saprotams, ka jebkurai valstij ir dažāda veida specifiski dati, kuru apmaiņa pat ar tuvākajiem sabiedrotajiem nebūtu visai loģiska, jo apdraudētu nacionālo drošību. Gadījumā ar nodokļu informāciju, it īpaši Eiropas Savienības ietvaros, kura pēc savas būtības ir orientēta uz ciešāku sadarbību un savstarpēju integrāciju, situācija ir daudz vienošmīgāka. Dalībvalstīm jāapmainās vismaz ar pārrobežu nodokļu nolēmumiem un vienošanās attiecībā uz transferu cenu noteikšanu. Ņemot vērā Eiropas Savienības orientēšanos uz aktīvu nodokļu krāpšanas apkarošanu, šāda informācijas apmaiņa ļautu tai gan paaugstināt attiecīgas pret darbības efektivitāti, gan arī principā dalībvalstu sadarbību finansiālajā jomā padarīt daudz kvalitatīvāku.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, I was living in Brussels when the French Government introduced its 75% top rate tax, and my street very quickly filled up with French exiles, Brussels being not far by train. There was only one Belgian woman left, a matriarch of the street who I knew, and I remember her stopping me one day as I was leaving the house and saying, 'You're in politics, *Monsieur le Député*, explain something to me: what kind of hell are these poor souls fleeing from if they regard Belgium as a *paradis fiscale*?'

What the Hollande government had learned is that high punitive taxes do not redistribute wealth: they redistribute people. Behind this report, instead of a look at why we have a problem with people fleeing to friendlier tax jurisdictions, is an attempt to brand them as tax havens and to attack them. Surely it is we who have the problem, and the solution is in our hands. If we could cut tax to a more acceptable level, not only would we boost our prosperity, but the issue of tax havens would disappear.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, efectele evaziunii fiscale la nivel transfrontalier și efectele concurenței fiscale incorecte au crescut în ultimii ani. Acum, statele membre nu își comunică spontan propriile decizii fiscale.

Acest raport este foarte bun pentru că definește decizia fiscală; o confirmare sau o asigurare pe care autoritățile fiscale o dau contribuabililor în legătură cu modul de calcul al impozitelor lor, tocmai pentru ca lipsa de transparență să nu mai reducă contribuția fiscală. Veniturile fiscale sunt reduse considerabil și împiedică statele membre să aplice politici fiscale care să ducă la creșterea economică. Cine pierde? Evident, noi pierdem, cetățenii, pentru că suntem impozitați mai mult pentru produse. Transparența este un aspect-cheie în schimbul de informații și, ca atare, trebuie să se pună la dispoziția statelor membre toate informațiile pentru a lua măsuri împotriva acestor practici, respectiv a evaziunii fiscale.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I am very much in favour of these proposals and obviously I supported them. I think we have now – moving away from the crisis – looked at some of the malpractices that went on over many years, in particular in relation to tax evasion and tax avoidance, and we are moving towards correcting the loopholes. I welcome that, and the mandatory exchange of information will make it much more difficult for businesses to avoid tax – something which happened far too frequently in the past and which was very unfair to businesses and to individuals who were paying their tax.

I am glad to say that my own country, Ireland, was one of the early movers in relation to international initiatives on the automatic exchange of tax information, being the fourth country in the world to sign a Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) agreement with the United States, which it did during Ireland's presidency of the European Council.

11.2. Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ARTEMIS (A8-0283/2015 - Ryszard Czarnecki)

Mündliche Stimmerklärungen

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Kaut gan vēl ir nenoliedzami iespējams panākt daudz efektīvākus rezultātus, it īpaši ņemot vērā, ka līdz 2020. gadam mūsu dalībvalstis plāno paaugstināt savus ieguldījumus zinātnes jomā vismaz līdz pusotram procentam no sava IKP, Eiropas Savienība jau tagad atrodas pasaules līderu pozīcijās, raugoties uz investīcijām tehnoloģiskajā attīstībā un zinātnē kopumā. Konkrēti kopuzņēmums "Artemis" koncentrējas uz augsto tehnoloģiju iegulto datorsistēmu izstrādāšanu un to izmantošanas formātu attīstību. Tā kā šāda veida datorsistēmas tiek izmantotas automobiļu ražošanā, rūpnieciskajā automatizācijā, telekomunikācijās, dažāda veida elektroniskajās un veselības, medicīnas iekārtās, kā arī daudz kur citur, investīciju nepieciešamību kopumā un šā kopuzņēmuma pastāvēšanas svarīgumu nedrīkst nepietiekami novērtēt. Esmu visai gandarīts, ka 2013. gada budžeta ietvaros "Artemis" darbība tika atzīta par pietiekami veiksmīgu.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, the more we learn about life and the universe, the more we realise that things are unplanned, spontaneous and organic – not just evolution itself, but language, society, law and technology. Only the European Union – or, rather, only a large and remote state – would presume to have an agency that could control the development of computing, cyber-crime and all the rest of it. These things by definition cannot be run from the centre. That is why they are so successful – precisely because they are decentralised, unplanned and crowd-sourced.

ARTEMIS is a rather neat metaphor for what is wrong with the entire European economy. If you try and run these things from the centre – be you the best, wisest and most disinterested people – you cannot, lacking a panoptic view of what is going on, possibly equal the invigilation of a million consumers, each making a self-interested and rational decision.

11.3. Entlastung 2013: Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) (A8-0282/2015 - Ryszard Czarnecki)

Mündliche Stimmerklärungen

Krisztina Morvai (NI). – A szívem elszorult, amikor az európai innovációs intézetről szavaztunk. Nem tűnik pedig egy nagyon érzelmekkel teli jelentésnek, de mégis elszorult a szívem, ugyanis egy budapesti központú szervezetről van szó, amelyik innovációval, újításokkal foglalkozik, mi lehetne méltóbb helye, mint Budapest.

Magyarok találták fel a golyóstollat, magyarok találták a gyufát. Nemrégiben magyarok találták fel a tumor azonosító szikét, aminek az a lényege, hogy meg tudja különböztetni –a Rubik kockát is, igen köszönöm szépen, itt mondja képviselő társam – meg tudja különböztetni a rákos sejtet, a tumoros sejtet a műtét során az egészséges sejtől. Ami viszont nagyon szomorú, hogy az európai uniós csatlakozásunk nem előmozdította, előre lendítette ezeket az újításokat, ezeket a szellemi alkotásokat, hanem ránk nézve katasztrofális európai iparjogvédelmi rendelkezések miatt visszavetette, és lett belőlünk egy összeszerelő üzemekre épülő ország ahelyett, hogy a csodálatos találmányainkat valósítottuk volna meg, és ebből élne Magyarország.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Eiropas Inovāciju un tehnoloģiju institūta pastāvēšanas mērķis jau septiņus gadus, kā mēs zinām, ir dalībvalstu konkurētspējas veicināšana, stimulējot tehnoloģiskas inovācijas dalībvalstu zinātnes, izglītības, uzņēmējdarbības jomās. Un galvenais darbības mērķis ir izcilu augstskolu pētniecisko centru un uzņēmumu apvienošana un to savstarpējas kooperēšanās motivēšana un koordinēšana.

Svarīgs šīs darbības aspekts vēl ir tas, ka veidojas pārrobežu publiskas un privātas partnerības. Apskatītajā ziņojumā, par kuru mēs nobalsojām, starp citu, bija atzīmēts, ka Eiropas Inovāciju un tehnoloģiju institūts, attiecīgi izmantojot un efektīvi utilizējot tajā veiktos finansiālos ieguldījumus, sniegtu resursus. No otras puses, pastāv darbinieku mainības problēma, kuru institūts tomēr pakāpeniski risina. Bet kopumā es ļoti pozitīvi vērtēju šo ziņojumu un ar interesi gaidu tālākus Eiropas Inovāciju un tehnoloģiju institūta darbības rezultātus.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, these discharge votes are kind of tedious. They are especially tedious for you. You are taking it in good cheer and you are being courteous and friendly, as always, but here we are, one after another, basically having the same argument about every one of these quangos and institutions. There is always some improper spending, there is always some waste – not because they are European but because they are quangos. It happens at every level. It happens at national level.

The reason it happens is because they know that the oversight is limited to an occasional debate here involving people who, for the first time, have looked up what these agencies are, have no idea where they are and have never visited them. And so you have a situation where the employees, not being answerable to anyone, can concentrate on making themselves comfortable. Human nature being what it is, that is what goes on – and thus we have built this great corpus of interest of people who want to carry on with the project, not because of any great philosophical or idealistic attachment to it, but because it has become a handy way to make a living. Would we all not be better off – you and me and the interpreters who could go home – if we simply cut out a number of these agencies?

Donnerstag, 29. Oktober 2015

11.4. Entlastung 2013: Gemeinsames Unternehmen ENIAC (A8-0285/2015 - Ryszard Czarnecki)

Mündliche Stimmerklärungen

Andrejs Mamikins (S&D). – Paldies, priekšsēdētāja kungs! Kopuzņēmums ENIAC, tāpat kā ar to apvienotais un apskatītais kopuzņēmums “Artemis”, nodarbojas ar pētniecības programmas sagatavošanu un tai sekojošu īstenošanu, kuras mērķis ir inovāciju sekmēšana nanoelektronisko prasmju jomā ar nolūku pielietot tās visdažādākajās praktiskajās sfērās.

Kopuzņēmumu izveidoja 2007. gada beigās, tā dibinātāju sarakstā ir gan Eiropas Komisija, gan Nanoelektronikas pasākumu asociācija, un arī veselas 13 Eiropas Savienības dalībvalstis. Diemžēl manas valsts – Latvijas – šajā sarakstā nebija, kaut gan pašlaik tā ir ENIAC biedrs. Skatoties uz ENIAC pēdējo dažu gadu budžetiem, var redzēt, ka Latvija ir visai neaktīva šā kopuzņēmuma potenciālajā izmantošanā salīdzinājumā ar citām valstīm. Ņemot vērā, ka manā valstī pašlaik tikai 0,6% no IKP tiek ieguldīts inovāciju un ... *(beidzas runātājam atvēlētais laiks)*

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, I could make the same speech for every single one of these, could I not? They have all got the same basic problem and it would be tedious for you and tedious for everyone else, so I am just going to repeat the basic point.

Who would miss these agencies, these quangos, if they disappeared? If, by some terrible freak of nature they were all wiped out in asteroid strikes, would any of our constituents feel a deleterious impact on their quality of life?

Rather than standing up and making this speech for every other discharge vote, I am going to call it a day at this one, and leave Members with the thought that we would all be much happier and wealthier and freer if we had fewer of these people telling us what to do.

Der Präsident. – Vielen Dank! Das nehme ich jetzt als Aufforderung, Sie bei den nächsten Berichten, bei denen Sie noch auf der Liste stehen, einfach zu überspringen. Ich wünsche eine gute Heimreise!

11.5. Entlastung 2013: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (A8-0269/2015 - Ryszard Czarnecki)

Mündliche Stimmerklärungen

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Eiropas Savienība jau gadu desmitiem ir būvēta, reformēta, attīstīta struktūrā, kuras efektīvai funkcionēšanai ir nepieciešama cieša un aktīva sadarbība starp tās pārvaldes institūcijām.

Pirmkārt, tas attiecas tieši uz Eiropas Komisiju, arī uz Eiropas Parlamentu, Ministru padomi jeb Padomi un Eiropadomi, un ir pilnīgi saprotams, ka nereti katras institūcijas pārstāvjiem, politiķiem vai birokrātisko aparātu amatpersonām pastāv savas intereses, kuras viņi cenšas proponēt un realizēt. Tās tomēr nedrīkst nekādā veidā kaitēt Savienības normālai darbībai, kas šajā konkrētajā gadījumā attiecas arī uz budžeta normatīvu izpildi.

Kā var redzēt no apskatītā Budžeta kontroles komitejas ziņojuma, Padomes un Eiropas Parlamenta sadarbība finansiālajā jomā ir visai nepietiekama, un atbilstīgi Eiropas Savienības primārajiem normatīvajiem dokumentiem tieši Eiropas Parlamentam jāapstiprina Savienības gada budžetu, un to mēs izdarījām.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, și anul acesta am refuzat să acordăm descărcarea de gestiune pentru Consiliu și pentru Consiliul European pentru anul 2013. Este al șaptelea an la rând în care Parlamentul European refuză să dea Consiliului și Consiliului European descărcarea de gestiune. Și asta pentru că statele membre care alcătuiesc Consiliul refuză să pună la dispoziția Parlamentului date privind modalitatea în care au cheltuit banii. Se invocă, în mod jalnic, un *gentlemen's agreement* din 1970 care prevede că statele membre și Parlamentul nu se vor controla reciproc niciodată.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Lumea s-a schimbat, deja avem un articol în tratat care prevede că Parlamentul trebuie să controleze cum se folosesc banii de către toate instituțiile europene, deci, inclusiv de Consiliu. Problema este că după șapte ani de zile noi refuzăm descărcarea de gestiune, dar Consiliul funcționează în continuare. Deci, trebuie să facem altceva pentru a opri această stare de ilegalitate, de exemplu, să nu le aprobăm bugetul.

11.6. Die Ebola-Krise: langfristige Lektionen (A8-0281/2015 - Charles Goerens)

Mündliche Stimmerklärungen

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, dovolu, bych vysvětlila, proč jsem hlasovala pro zprávu o poučení z krize v souvislosti s virem Ebola. Některé iniciativní zprávy skutečně bychom nemuseli schvalovat, ale tato zpráva byla velmi důležitá, protože oběťmi viru Ebola byly desítky tisíc lidí, a tato zpráva hodnotí velmi kriticky to, jakým způsobem mezinárodní společenství přistoupilo k řešení. Na druhé straně je zřejmé, že Evropská unie byla důležitým partnerem a věnovala téměř dvě miliardy EUR, a bude se i nadále podílet na řešení a do budoucna i na prevenci takových epidemií. Důležité je to, že řešení musí být systémové. Vyzývá se k tomu, aby se zlepšila veřejná zdravotní péče v těch zemích, které byly virem postiženy nejvíce. Myslím si, že je to dobrá zpráva.

Andrejs Mamikins (S&D). – Paldies, priekšsēdētāj! Kamēr cīņa pret Ebolas vīrusu joprojām turpinās, es esmu gandarīts, ka Parlaments nobalsoja par Attīstības komitejas sagatavoto ziņojumu.

Ar augstāko nožēlojumu tomēr vajadzētu konstatēt, ka Ebolas vīrusam līdzīgas epidēmijas arī mūsdienās satricina dažādas pasaules reģionus, un tas it īpaši attiecas tieši uz jaunattīstības valstīm, pirmkārt, Āfriku.

Šajā sakarībā labprāt pievienojos ziņojuma pozitīvajai attieksmei gan pret nesen izstrādāto un jau efektīvi pielietoto vakcīnu cīņai pret Ebolas vīrusu, gan arī pret Pasaules Veselības organizācijas budžeta palielināšanu par 10 %. Tas palīdzēs gan efektīvāk reaģēt uz šāda tipa draudiem, gan arī novērst pašu epidēmiju sākšanos, gan pēc iespējas aktīvāk pretdarboties jau uzliesmojošu epidēmiju gadījumos.

Eiropas Savienība ir pasaules primārais finanšu un ekspertu palīdzības donors jaunattīstības valstīm, un tas nenoliedzami ir ļoti svarīgs sasniegums.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, podržala sam ovo izvješće jer dijelim mišljenje mnogobrojnih stručnjaka koji tvrde da nas je nedavna epidemija ebole iznenadila i kako smo, i kao Europa, ali djelujući i u okviru Ujedinjenih naroda mogli napraviti puno više u vezi prevencije i kontrole širenja bolesti jer je oboljelo 28 515 ljudi, a umrlo čak 11 313 ljudi.

Iako su potencijal i opasnost virusa hemoragijske groznice već poznati godinama te se ta epidemija svako toliko ponavlja u ovom dijelu Afrike, stava sam da se od posljednje epidemije, dakle od 2001. godine u Ugandi, moglo više poraditi na mjerama edukacije i prevencije.

Pomoć zemljama u razvoju je stoga presudna kako bi se osiguralo da se epidemije zaustave i da se djeluje na brz i učinkovit način. Nužna je i potrebna obuka osoblja, razvijanje sustava, razmjena podataka, obnova infrastrukture zdravstvenog sustava te edukacija stanovništva o načinima zaraze i o prevenciji od njenog širenja.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, one minute is not enough to do justice to the subject of the long-term lessons that we can take from the Ebola crisis. We need to be constructively critical – not just of the European Union, but also of our national governments. Firstly, the slow response to the crisis was a big problem internationally. Secondly, our westernised way of thinking quite often got in the way of finding the right solutions, which are often the quickest solutions to get something onto the ground. The charitable sector, the NGOs, actually understood this a lot better than we did in the West and in politics quite often. Thirdly, the myths that we saw in the media about Ebola – the way that people got an impression that was very different from the reality – was something which acted as a stumbling block. The media needs to be far more responsible than it was. Finally, there is an issue of money and the medical research that needed to be going into that, but sadly it was not sufficiently profitable for the drug companies. There are many, many reasons why we need to learn from that crisis.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

11.7. Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (B8-1075/2015, B8-1075/2015, B8-1076/2015, B8-1077/2015, B8-1078/2015, B8-1079/2015, B8-1080/2015)

Mündliche Stimmerklärungen

Krisztina Morvai (NI). – Nem tudjuk még, hogy pontosan mi is fog kiderülni a gépjárműiparban elkövetett manipulációkkal összefüggésben, a kibocsátási illetve légszennyezési adatokra gondolok, az viszont már sajnos majdnem biztos, hogy a dologban, a manipulációkban teljesen ártatlan munkás emberek sokaságát fogják ezzel összefüggésben elbocsátani. Azt gondolom, hogy az Európai Uniónak már most alaposan el kellene kezdeni gondolkodni és speciális bizottságokat létrehozni arra, hogy mi tévők legyünk. Hogyan állapítsuk meg például és ki állapítja meg és hogyan a felelősséget? Ugye jogban mindig a felelősségi viszonyoknak a rendezése a legfontosabb kérdés. Ki fog helyt állni ezeknek a munkásoknak az elvesztett munkahelyéért, családjuk megélhetéséért és a többi? Sajnos az én hazám esetében önkritikusnak kell lenni. Azok a kormányok is felelősek, akik a rendszerváltozás óta folyamatosan kiszolgáltatották ezeknek a külföldi cégeknek az országot ahelyett, hogy a hazai ipart és mezőgazdaságot fejlesztették volna.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Efektīvi funkcionējošas sabiedrības un tai atbilstošas ekonomiskās struktūras radīšana un pastāvēšana nav iedomājamas bez iedzīvotāju uzticības preču un pakalpojumu sniedzējiem, kas neapšaubāmi attiecas arī uz informāciju par jebkura pielietojuma produkta īpašībām.

Konkrēti šajā gadījumā ir visai nožēlojami, ka *Volkswagen* netaisnīgi rīkojās dīzeļdzinēju emisijas līmeņa testos ASV tirgū. Tāpēc piekritu nepieciešamībai organizēt rūpīgu pārbaudi Eiropas Savienības tirgos gan *Volkswagen*, gan arī citu automašīnu ražotāju gadījumos un attiecībā uz dīzeļdzinēja, kā arī benzīna dzinēja transportlīdzekļiem.

Nemot vērā, ka tieši dažāda tipa transportlīdzekļi ir vieni no galvenajiem sabiedrības veselību un klimatu ietekmējošiem faktoriem, ir visai svarīga produktīva un regulāra kolēģu sadarbība, it īpaši sadarbība starp atbildīgajām dalībvalstīm un Eiropas Savienības institūcijām informācijas apmaiņas un kvalitātes standartu iniciēšanas ziņā.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, ja sam podržala ovu Rezoluciju jer smatram kako lažiranje podataka zbog prijevare nadležnih nadzornih tijela i kupaca narušava povjerenje i urušava teško stečeni ugled europske automobilske industrije na globalnom planu. O toj industriji i cijelom sektoru ovisе milijuni zaposlenika i članovi njihovih obitelji diljem Europe.

Nedopušteno i neodgovorno ponašanje potrebno je strogo sankcionirati, a ispitne metode prilagoditi potrebama današnjice. Drago mi je da Europska komisija priprema novi akt o mjerenju emisija u realnim uvjetima vožnje. Žalim pri tome što mogućnost prijevare nije bila dovoljno ozbiljno shvaćena, a prijevара na vrijeme otkrivena, kako bi se sačuvao čist obraz europske industrije, ali i europske klimatske politike.

U situaciji u kojoj jesmo trebamo zajedno poraditi na vraćanju povjerenja u europsku automobilsku industriju. To ćemo postići podržavanjem odvrćajućih kazni s kojima će se prevaranti morati suočiti te uspostavom odgovarajućih ispitnih postupaka koji će davati pravo stanje emisija u realnim uvjetima vožnje.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěla vysvětlit, proč jsem podpořila nakonec společný návrh usnesení o měření emisí v automobilovém průmyslu. Vyšetření celé kauzy ještě není u konce, ale dnes již je jasné, že na to některé automobilové koncerny doplatí přesto, že se k tomu např. koncern Volkswagen postavil čelem a přijal odpovídající kroky i z pohledu zákazníků. Naše politická skupina Evropské lidové strany vyzvala k vytvoření testů emisí za skutečného provozu při zachování dostatečné pružnosti, aby se automobilový průmysl zvládl technicky přizpůsobit. Mrzí mě, že zrovna tento pozměňovací návrh, který by napomohl flexibilitě, nebyl podpořen. Je dobře, že závěrečné usnesení vyzývá k zavedení celosvětově harmonizovaného zkušebního postupu pro lehká vozidla, aby nemohlo docházet k situaci, kdy automobily splňují normu v Evropě, ale nesplňují tuto normu v USA. Je tedy třeba se vyhnout tomu, aby se tyto normy staly předmětem obchodních válek a konkurenčního boje.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, this is a situation where, fundamentally, I voted against not because of a matter of sovereignty per se, but also because I think that we are taking the wrong approach. We need to take a carrot-not-stick approach to improving emissions. I look for example at various tax breaks and incentives which have been tried to make things cheaper for the consumer when they choose more efficient vehicles, and that is something which works very well indeed in practice. So I take the view that the carrot-not-stick approach works better.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

The actions of Volkswagen were clearly appalling. The question is, was this something which was known about well in advance, and if so, why was it not brought to light much sooner? Finally, I would say that obsessing over the single measure of CO₂ within the environment is something which we have done time and time again, and when we obsess about that one measure and forget – in the case of diesel, for example – the NO_x and SO_x emissions, we end up with a lopsided environmental policy when we need balance.

11.8. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 — alle Einzelpläne (A8-0298/2015 - José Manuel Fernandes, Gérard Deprez)

Mündliche Stimmerklärungen

Krisztina Morvai (NI). – Nemmel szavaztam az Európai Unió 2016-os költségvetésére. Hogy is tud valaki egy költségvetés kérdésében politikusként szavazni akkor, hogyha semmit nem ért a matematikához, semmit nem ért a számokhoz? Hiszen legyünk őszinték, végül is a költségvetés az egy óriási számhalmaz. Hát úgy, hogy megnézzük, hogy mik is azok a rendező elvek, amik beazonosíthatók ezek mögött a számhalmazok mögött. Esetünkben azt a kérdést kell feltenni, hogy egy pénz és profitközpontú költségvetésről van-e szó, amelyik minden áron a profitot akarja erőltetni leginkább a nagy globális cégek, bankok és a többi számára vagy pedig egy emberközpontú költségvetésről, ami azt kérdezi, hogy mi a jó az embereknek, azoknak az embereknek, akiket az adott politikus képvisel, esetemben a kisvállalkozóknak, családi vállalkozóknak, kisgazdáknak. És tekintettel arra, hogy ez a költségvetés egyértelműen a nagy multi cégek és a bankok költségvetése, ezért szavaztam rá nemmel.

Klaus Buchner (Verts/ALE). – Herr Präsident! Es ist ein Skandal, dass Haushaltsmittel der EU dafür verwendet werden sollten, die Aufzucht und die Haltung von Stieren für Stierkämpfe zu subventionieren.

Man muss wissen, dass jedes Jahr etwa 30 000 dieser Tiere in Arenen qualvoll zu Tode kommen. Zum Glück konnte das Ganze durch die Stimmabgabe hier im Parlament noch verhindert werden. Aber diese Tatsache gibt uns wirklich Anlass, überhaupt über die Politik der EU sowie darüber nachzudenken, was hier bei der Landwirtschaft passiert.

Wir beobachten doch, dass Schritt für Schritt der Weg von der hochqualitativen, auch sehr effektiven bäuerlichen Landwirtschaft weg geht zu Dingen, die im großen Maße kommerzialisiert werden, die vor allem auch die Großbetriebe unterstützen. Ist dies das, was wir wollen? Wir müssen bedenken, dass man, wenn man mehrere tausend Tiere in einem Stall hat, ohne Antibiotika gar nicht mehr durchkommt. Dass man bei diesen großen Landwirtschaftsbetrieben Chemie einsetzen muss. Wollen wir das?

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte zwei Anmerkungen zum Haushalt 2016 machen, der ja insgesamt in Ordnung war.

Die erste ist: Ich glaube, wir haben uns ungenügend vorbereitet auf die finanziellen Herausforderungen, die aufgrund des Asylproblems entstehen könnten. Da hätte ich mir noch eine Haushaltslinie oder Sicherungslinie gewünscht.

Und zum Zweiten: Als Mitglied des Agrarausschusses habe ich noch zwei Anmerkungen zu machen. Zum einen habe ich mich ein wenig geärgert, dass der Haushaltsausschuss sämtliche Anregungen des Agrarausschusses abgelehnt hat. Wir waren sehr verantwortungsvoll. Unsere Anregungen waren kaum kostenpflichtig. Der Haushälter würde sagen, sie waren im Unscharfbereich, und trotzdem sind leider alle unsere Anregungen vom Haushaltsausschuss nicht aufgegriffen worden. Das bedaure ich ausdrücklich. Aber ich ziehe daraus die Schlussfolgerung, dass wir uns im nächsten Jahr besser unterhalten müssen.

Und zum Vorredner zur Agrarpolitik möchte ich noch einmal sagen, dass wir uns vielleicht noch einmal getrennt unterhalten. Da war nicht alles richtig, was mein Vorredner gesagt.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, vótáil mé i bhfabhar na tuarascála seo agus dar ndóigh tá an buiséad an-tábhachtach ar fad chun obair a dhéanamh agus chun rudaí a chur chun cinn. Tá sé tábhachtach do gach uile dhuine go mbeadh buiséad acu d'fhiontair, do na stáit agus don Aontas, ach faraor táimid ag brath go huile is go hiomlán ar na stáit dár mbuiséad go léir.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Dá bhrí sin is dóigh liom gur cheart dúinn féachaint arís ar airgead a sholáthar dúinn féin, go háirithe “*own resources*” mar a thugtar orthu. Tá tosú déanta againn leis an FTT, ach ba chóir dúinn féachaint arís ar shlí éigin chun airgead a fháil don Aontas gan a bheith ag brath ar na stáit uile. Rud eile ba mhaith liom a rá; is ábhar an-chasta é seo agus bhíos ag éisteacht le mo chara agus comhghleacaí, an Feisire Fernandes, go háirithe sna grúpaí agus sa Pharlaimint ag caint faoi agus tá moladh mór ag dul dó agus do na daoine eile atá ag obair ar an ábhar seo.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Pirmkārt, gribētu pozitīvi novērtēt savlaicīgo nākamā gada budžeta projekta izskatīšanas procesu. Esmu apmierināts, ka Eiropas Savienība nav to valstu vai pārnacionālo struktūru skaitā, kas nereti pieņem savus budžetus ar nopietnu kavēšanos līdz pat pusgadam, ja ne vairāk, aizejot jau no tā gada, uz kuru budžets attiecās.

Bet, otrkārt, konkurētspēja, darba vietu skaita pieaugums, reģionālā attīstība, ilgtspējīga izaugsme un drošības veicināšana — lielā mērā tās ir nozīmīgākās Eiropas Savienības darbības jomas — ieņem svarīgu vietu jaunajā budžetā. Tajā pašā laikā gribētos pieminēt arī atbildīgo institūciju — Komisijas, Padomes un Parlamenta centienus racionalizēt izdevumus, to skaitā šādu attiecīgo darbavietu struktūru Savienības birokrātiskajā aparātā.

Nepieciešams tomēr atzīmēt, ka šīs finanšu resursu tērēšanas efektivitātes paaugstināšanas ietvaros nedrīkst pieļaut to, ka cieš kāda no Eiropas Savienības efektīvai funkcionēšanai nepieciešamām jomām.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Ja głosowałem przeciwko budżetowi, dlatego że budżet jest zwiększony w porównaniu z ubiegłorocznym, a obiecałem, że nigdy nie zagłosuję za zwiększeniem budżetu. Poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

11.9. Gerichtshof der Europäischen Union: Anzahl der Richter am Gericht (A8-0296/2015 - António Marinho e Pinto)

Mündliche Stimmerklärungen

Krisztina Morvai (NI). – Fejtörést okozott nekem ez a jelentés, hogy hogy is szavazzak abban a kérdésben, hogy kell-e több bíró az Európai Unió Bíróságára. Jogászként tapasztalom azt, hogy milyen sokat szenvednek emberek az igazságszolgáltatás lassúságától, tehát az első reakció az volt, hogy igen, persze, legyen több bíró, hiszen akkor gyorsabbak lesznek az eljárások. Aztán eszembe jutott a jogi karról a legcsodálatosabb tanárnőm, aki történetesen bíró volt, és aki csillogó szemekkel többször elmondta nekünk a következőt: jegyezzék meg kedves kollégák, hogy az igazi bíró az, aki egy ügyben meglátja az igazságos megoldást, és ha kell három nap, három éjjel nem alszik addig, amíg meg nem keresik az igazságos megoldást alátámasztó jogi megoldást. Na, most az Európai Unió jogában az igazságosság, mint olyan nem szempont, nem rendező elv, következőképpen nem számít az, hogy az igazságossághoz nem kapcsolódó jogot hány bíró szolgáltatja. Így aztán nemmel szavaztam.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Andrejs Mamikins (S&D). – Paldies, priekšsēdētāja kungs! Vairākkārt jau tika atzīmēts, ka Eiropas Savienība ir viena no visbirokratizētākajām struktūrām pasaulē. Līdz ar to, no vienas puses, palielināt tiesnešu skaitu Eiropas Savienības Tiesā tikai tā iemesla dēļ, lai katrai dalībvalstij būtu iespēja deleģēt savu tiesnesi, it kā ir absurdi. Taču, no otras puses, kolēģi, atcerēsimies to, ka tiesības uz taisnīgumu ir vienas no vissvētākajām tiesībām Eiropas Savienībā un, ja Eiropas Tiesa strādās efektīvi, labi un Eiropas pilsoņu labā, no tā ieguvēji būs gan visi cilvēki, visi pilsoņi Eiropas Savienībā, gan arī Eiropas Savienības imidžs visā pasaulē. Līdz ar to es ar lielu prieku atbalstīju piedāvāto reformu, kas zināmā mērā bija kompromiss, un ar prieku nobalsoju par.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem hlasoval proti tomuto návrhu, byť má politická frakce podporovala tento návrh. Já jsem přesvědčený, že nárůst náporu na tuto justiční instituci neospravedlňuje politické rozhodnutí zvýšit počet soudců na dvojnásobek. Já jsem se v České republice jako ministr spravedlnosti zabýval zatížeností soudů, a když jsem si spočítal nápor a nárůst na Evropský soudní dvůr, tak jsem přesvědčen, že ten počet, o který se mělo zvednout množství soudců, byl a je mnohem nižší než dvojnásobek. Jsem dokonce přesvědčen, že celou věc jsme mohli řešit tak, že bychom přidali právníky, pomocníky, asistenty jednotlivým soudcům, a to samotné by vedlo k vyšší efektivitě této justiční instituce. Zdvojnásobení počtu soudců je zbytečné vyhození peněz a je to politické, nikoliv věcné nebo dokonce odborné rozhodnutí. I takto to vnímá odborná veřejnost.

11.10. Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel (A8-0305/2015 - Giovanni La Via)

Wyjaśnienia dotyczące głosowania

Krisztina Morvai (NI). – Minden olyan döntéssel kapcsolatban, ami a GMO-val, a genetikailag módosított élelmiszer beengedését segíti elő, természetesen nemmel szavaztam, ami a kívülmaradását arra igennel. Aztán feltettem magamnak a kérdést, hogy érték én egyáltalán ehhez? Hát ez egy tudományos kérdés. Lehet, hogy mégiscsak azoknak az egyébként láthatóan lobbizervezetek által és hát nagyipari lobbik által befolyásolt társaimnak van igaza, akik azt mondják, hogy de hát ez egy olyan jó dolog, ez egy olyan fontos dolog, hiszen segíti a versenyképességét az európai gazdáknak. Aztán rájöttem, hogy egy spirituális és mélyen filozófiai és világnézeti kérdés. Itt nem csak egy apróságáról van szó, hogy legyen-e GMO-s élelmiszer vagy nem. Abszolút két világnézet ütközik itt. Az egyik világnézetben semmi más nem számít csak a versenyképesség és a profit, a másik világnézetben pedig az ember, az emberi méltóság és a teremtettség természet és az ember harmóniája. Én ebben a másodikban hiszek, ezért szavaztam így.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem hlasoval proti návrhu Evropské komise, a proto chci vysvětlit své stanovisko. Evropská komise navrhovala, aby jednotlivé státy mohly omezit geneticky modifikované potraviny a krmivo na svém území. Já nejsem příznivcem geneticky modifikovaných potravin, myslím si, že k tomu má veřejnost odborná i laická přistupovat s jistou rezervou. Ale je to podle mě problém, který se má upravit na evropské úrovni. Evropské orgány mají případně zpřísnit režim pro povolování tohoto druhu potravin. Řešením podle mého názoru není to, že budeme narušovat vnitřní trh v rámci Evropské unie a budeme umožňovat, aby některé státy geneticky modifikované potraviny povolily a jiné je nepovolily v situaci, kdy stejně není možné díky neexistujícím vnitřním hranicím zkoumat, kam se potom budou ty potraviny ze zemí, kde budou povolené, vyvážet. Řešením není poskytnutí pravomocí jednotlivým státům, ale řešením je zpřísnit a případně revidovat proces na úrovni Evropy.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Meist ist es ja so, dass wir von der Kommission Gesetzesinitiativen verlangen und die Kommission manchmal ziemlich lange braucht, bis sie liefert. Hier war es umgekehrt. Hier wurde uns eine Richtlinie vorgelegt, die niemand bestellt hat, die keiner so richtig gebraucht hat und die auch wenig praxistauglich war. Es ging letztendlich darum, auch den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt zu erhalten und praxistauglich zu gestalten. Deshalb war es richtig, dass eine große Mehrheit des Parlaments diese Richtlinie wieder zurückgewiesen hat. Denn wir müssen auch, egal wie wir zur Gentechnik stehen und wie wir die neue Technologie betrachten, natürlich dafür sorgen, dass nicht ein Flickenteppich entsteht und dass die Regionen dann selber bestimmen können, wie sie mit Gentechnik umgehen. Wenn wir etwas tun, wenn wir etwas wollen, dann ist hier die europäische Ebene in Gänze als europäischer Binnenmarkt gefragt. Wir können ja keine Einzelfallentscheidung treffen.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I attended the debate here in Parliament on this topic and I found it very enlightening. I must say that the rapporteur, Mr La Via, gave a good explanation of what was involved. I did not get to speak, but I am getting to speak now. I supported my group in the various votes.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

It is a difficult topic. It is actually not easy to be 100% certain that you are in favour of or against GMOs, but certainly one or two points occurred which I found interesting, namely that we are only producing 30% of our protein here in Europe. We have to import a lot of it to feed our livestock, and much of it comes from GMOs. If we take a decision not to have it, what is going to happen to the feedstock and what is going to happen to the competitiveness of Europe? But in the long term, citizens need reassurance, and for that we need absolutely independent, reliable research, especially in relation to health issues regarding GMOs.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Cilvēce jau vairākus tūkstošus gadu nodarbojas ar kultivēto augu un mājdzīvnieku īpašību transformēšanu attiecīgi savām preferencēm — reģionāliem, klimatiskiem apstākļiem utt. Un moderno, jau vairāk nekā četrdesmit gadus pastāvošo ģenētiski modificēto organismu izmantošana lauksaimniecībā faktiski ir loģisks turpinājums šīm vēstures gaitā attīstītajām prasmēm.

Protams, vairākās valstīs un sabiedrībās pastāv bažas par šādu organismu pielietošanas drošumu, pirmkārt, cilvēku veselības gadījumā. Bet realitāte ir tāda, ka Eiropas Savienības lauksaimniecība jau tagad zināmā mērā ir atkarīga no ĢMO ietekmētu olbaltumvielu importa, līdz ar to tiesību piešķiršana dalībvalstīm kontrolēt uz ĢMO attiecināmu importu un izmantošanu savās teritorijās varētu tā vai citādi kaitēt lauksaimniecības sektoram.

Kaut gan arī vajadzētu atzīmēt, ka tas, pirmkārt, attiecas uz nebioloģiskām saimniecībām, kurās ĢMO izmantošana vienkārši nav iedomājama.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, Europska komisija podnijela je prijedlog koji ne omogućuje državama članicama da samostalno odlučuju o zabrani ili o ograničenju uporabe genetski modificirane hrane i hrane za životinje na svom teritoriju. Zato sam glasovala da se ovaj prijedlog odbije te tražim od Komisije da dostavi Parlamentu u razumnom vremenu novi prijedlog.

S obzirom da se na razini Europske unije ne može postići konsenzus o ovom pitanju, zalažem se da države članice imaju pravo odlučivati same o uporabi GMO-a na svom državnom području i nužno je da to prijedlog akta omogući. Zadovoljna sam naravno što je moj amandman koji sam podnijela s drugim kolegama usvojen, a u kojem se nalaže Komisiji da podnese novi tekst prijedloga uredbe.

To je važno iz tog razloga što je danas preko 150 regija i 4 500 jedinica lokalne uprave diljem Europe zatražilo da im se omogući status da budu GMO-free te da na svom području mogu samostalno odlučivati na koji način žele pristupiti toj problematici. Isto tako, zalažem se da mi kao zastupnici i Komisija, ali i donositelji u državama članicama više slušaju glas javnosti i glas seljaka, a glas javnosti i glas seljaka je protiv GMO-a.

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, аз подкрепих предложението за отхвърляне на това предложение на Комисията относно използването на генетично модифицирани организми, защото смятам, че в сегашния му вид то ще доведе до малформации и проблеми във функционирането на единния пазар и може да доведе до присъствие на ГМО там, където те не са желани. Сега формулираният модел на Комисията ще създаде възможност за използване на ГМО продукти на част от територията на единния европейски пазар.

В рамките на този свободен пазар, обаче, и липсата на механизми за граничен контрол относно вноса и износа между отделните страни – членки на Европейския съюз, отправеното предложение поставя под риск държавите членки, сред които и моята страна България, които не желаят употребата на ГМО и продукти от тях на своя територия.

Подкрепям призива Европейската комисия да изготви обстоен анализ на отражението на въвеждането на подобна мярка и да направи подробно предложение. То трябва да отговаря на интересите на мнозинството от гражданите на Европейския съюз, които са против използването на генномодифицирани храни и фуражи на територията на своите страни.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la richiesta di respingimento della proposta della Commissione dimostra che il Parlamento ha svolto dignitosamente il suo ruolo di colegislatore. Parliamo infatti di una proposta non accompagnata da alcuna valutazione di impatto, che creerebbe un'eccessiva frammentazione del mercato interno portando a distorsioni della concorrenza ai danni degli allevatori dei paesi contrari al transgenico. Non solo: la proposta, che tra l'altro presenta elementi non compatibili con le regole WTO, non protegge adeguatamente i cittadini europei e l'ambiente dai rischi derivanti dagli OGM, in quanto eventuali divieti nazionali sul loro utilizzo sarebbero stati impossibili da attuare, secondo le regole del mercato comune dell'Unione europea.

Vorrei ricordare che l'anno scorso abbiamo votato a favore della nuova Commissione sulla base del programma politico del Presidente Juncker, che aveva promesso di rivedere le regole che disciplinano l'autorizzazione degli OGM in Europa per far sì che la Commissione non potesse più autorizzare OGM nel caso di una netta maggioranza di Stati fosse contrario. Anche se la Commissione ha fatto sapere di non voler ritirare la proposta, con questo voto il Parlamento ha inviato un segnale chiaro, e spero che ne sarà tenuto conto.

11.11. Neuartige Lebensmittel (A8-0046/2014 - James Nicholson)

Wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, teď pravděpodobně mám možnost se vyjádřit k návrhu nařízení Evropského parlamentu a Rady o nových potravinách. Já jsem podpořil tento návrh z jednoho prostého důvodu. Jsem přesvědčen, že nový upravený povolovací režim pro nové potraviny, které vstupují na evropský trh, na evropské úrovni je něčím, co posiluje vnitřní trh Evropské unie. A já zde podporuji vše, co vede k dotváření a posilování vnitřního trhu Evropské unie. Je to ostatně jedna z hodnot, kterou já na Evropské unii mimořádně ctím a vítám. Podpořil jsem tento návrh, jsem přesvědčen, že povede k tomu, že se zjednoduší, zrychlí, ale také podle výrobců potravin zlevní samotný povolovací režim a že zde budou jednotná pravidla pro celý evropský trh.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, as you mention, Mr Nicholson was chosen as the rapporteur on this. He is a colleague of mine from Ireland and he is a sound, sensible guy, and when he proposes something he would not do so lightly. So, I had no problem in supporting this report. Essentially, it aims to ensure there is a proper evaluation and authorisation procedure, via a fully harmonised process, to protect the health of European citizens.

We did not have many of these foods or food ingredients in the European Union prior to May 1997 but now, of course, we have many of them coming into Europe and they are innovative, they are newly developed and sometimes they are foods that are not used in Europe but are traditionally used in other countries. For these reasons it is important that we have proper regulation, and this regulation updates the categories of food which fall within the definition of novel foods and provides for the implementation of a centralised EU authorisation system to protect EU citizens.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Cilvēks ir tas, ko viņš ēd — tā skan plaši pazīstams Ludviga Andreasa fon Feierbaha izteiciens. Tāpēc ir pilnīgi loģiski, ka cilvēkiem skaidri jāzina, ko tieši viņi ēd ikdienā. Kaut gan, kad kāds jauns pārtikas produkts tiek ievests tirgū, tam jāiziet virkne dažu instancu, lai būtu saprotami, ka var ļaut iedzīvotājiem to patērēt. Protams, jebkurš no mums ir pats savas laimes kalējs un labāk par citiem zina, ko viņš ēd un ko nedrīkst ēst. Tomēr, ja runa ir par pārtiku, kura tiks pārdota sabiedrībai pieejamos veikalos, tai nenoliedzami jāiziet šāda pārbaudes un sertifikācijas procedūra.

Un, tā kā kopš Regulas Nr. 258/97 stāšanās spēkā jau ir pagājuši vairāk nekā 18 gadi, viennozīmīgi pienācis laiks to atjaunot, lai pielāgotu jaunām reālajām gan pārtikas ražošanā, gan patērētāju tiesību aizsardzībā, kā arī tam, ka kopš 1997. gada dalībvalstu skaits palielinājies no 15 līdz 28 valstīm.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

11.12. Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (A8-0249/2015 - Julie Girling)

Wyjaśnienia dotyczące głosowania

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já bych jen chtěla upřesnit, že se včera nekonalo konečné hlasování o této zprávě, protože paní poslankyně Girlingová si vzala právo, že ještě bude jednat o této zprávě. Já jsem připravena svoji zprávu říct, jenom se chci ujistit, že je to platné. My jsme včera hlasovali o pozměňovacích návrzích k této zprávě, ale nedošlo k hlasování o zprávě jako o celku. Já své zdůvodnění tedy přednesu, pokud mi dáte znovu prostor.

Já bych chtěla zdůraznit, že jsem hlasovala pro pozměňovací návrhy. Já se tedy s dovolením vyjádřím k průběhu hlasování, protože my jsme hlasovali o pozměňovacích návrzích, které mohly změnit návrh výboru. Ten návrh, tak jak ho předložil výbor ENVI, zacházel dál v emisních limitech, než je nezbytné. A oproti návrhu Komise stanovil i cíle po roce 2020 včetně rozsahu těch dotčených látek. Já jsem byla zásadně proti stanovení emisních cílů pro metan a přísných limitů pro amoniak, protože tato opatření jsou nadbytečná a poškozují zemědělce. Jsem také smutná z toho, že ve výboru se nepodařilo přijmout opatření nebo pozměňovací návrhy, které by umožnily větší flexibilitu pro členské státy. Jen upozorňuji, že v závěru jsme nehlasovali o návrhu jako celku, já bych tento návrh jako celek v žádném případě nepodpořila.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Ich bin froh, dass wir noch keine Endabstimmung gemacht haben, weil wir dann noch Gelegenheit haben, im Trilog noch entsprechende Verbesserungen zu erzielen.

Worum geht es eigentlich? Ich glaube, niemand hat was dagegen, dass wir die Luftqualität verbessern wollen. Aber wenn wir schon solche Beschlüsse fassen, dann geht es nicht nur darum, die Statistik zu verbessern, sondern das wirkliche Leben. Das heißt schlicht und ergreifend, die Ziele, die wir uns selber stellen, müssen realistisch sein.

Meine Vorrednerin hat gerade gesagt: Wenn wir die Forderung so leichtfertig aufstellen würden, den Methanausstoß in der Landwirtschaft zu minimieren, dann müssten wir quasi die Verdauungsverhältnisse beim Wiederkäuer ändern, was schlicht und ergreifend nicht möglich und völlig unrealistisch ist.

Das ist das Gute gestern gewesen. Wir haben also mit viel Aufwand die Forderung den Methanausstoß in der Landwirtschaft zu reduzieren, aus dem Antrag herausgestimmt. Ich setze es jetzt noch einmal auf den Trilog, dass dort wirklich realistische, erreichbare Ziele gesetzt werden. Noch einmal: Es geht darum, die Welt zu verbessern und nicht die Statistik.

Andrejs Mamikins (S&D). – Ik gadu pasaules atmosfēra tiek piesārņota ar milzīgiem dažādu savienojumu apjomiem. Un pavisam ne tikai ar ogļskābo gāzi, bet negatīvi ietekmējot gan cilvēku veselību, gan arī ekonomiku. No valstu izmaksām veselības labklājības jomā līdz vispārējās produktivitātes zaudēšanai, lauksaimniecības ražīguma samazināšanai. Es sirsnīgi apsveicu ideju: šo direktīvas priekšlikumu, kurā galvenais mērķis ir tādā veidā reformēt esošās Eiropas Savienības dalībvalstu saistības attiecībā uz emisiju samazināšanu tuvākajos gados un pat desmitgadēs, lai ņemtu vērā mūsdienās pastāvošo un turpmāk iespējamo atbilstošo situāciju saistībā ar sēra dioksīdu, slāpekļa oksīdu, amonjaku, metānu un citiem emitētiem ķīmiskiem savienojumiem. Bet, ņemot vērā, tagadējo krietni atšķirīgo situāciju kopš simtgades sākuma, uzskatu par loģisku un savlaicīgu maksimāli pieļaujamu emisiju direktīvas — Neg direktīvas — grozīšanu.

11.13. Europäische Bürgerinitiative (A8-0284/2015 - György Schöpflin)

Wyjaśnienia dotyczące głosowania

Krisztina Morvai (NI). – Természetesen támogattam magyar képviselőtársam, Schöpflin úrnak azt a jelentését, amiben oda kívánt hatni, hogy a közvetlen demokráciának az egyik eszköze, az európai polgári kezdeményezés könnyebb és hatékonyabb legyen azon polgárok számára, akik szeretnének beleszólást az Európai Unió döntéseibe.

Van egy másik ilyen eszköz is, a Petíciós Bizottsághoz fordulás. Ezzel nekem rendkívül fájó és keserű tapasztalataim vannak, kicsit szinte szégyellem is, hogy javasoltam ennek az eszköznek az igénybe vételét igen nehéz helyzetben lévő honfitársaimnak, a devizahitelezés áldozatainak, akik elszenveték azt, hogy a bankok az Európai Unió fogyasztóvédelmi normáinak durva megsértésével hozták őket elviselhetetlenné vált helyzetbe. A Petíciós Bizottsághoz fordultak az én tanácsomra, itt voltak Brüsszelben, tele voltak reménnyel és a Petíciós Bizottság most már körülbelül 7 hónapja a füle botját nem mozdítja. Ennyit az európai demokráciáról és a polgárok komolyan vételéről.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Klaus Buchner (Verts/ALE). – Herr Präsident! Wir haben gestern über neue Regeln für die Europäische Bürgerinitiative abgestimmt. Das sind einige gute Neuerungen, aber sie gehen bei Weitem nicht weit genug. Hat nicht ein europäischer Bürger, der diese Riesenhürden für die Bürgerinitiative überwindet, das Recht, dass sich die EU-Kommission oder das EU-Parlament entweder damit beschäftigen und eine neue Gesetzesinitiative ergreifen, oder begründen, warum das nach den Verträgen nicht möglich ist?

Aber ein Grundsatz der Demokratie ist, dass alle Macht vom Volke ausgeht. Und das ist auch wichtig für die EU, wenn wir die Bürger nicht weiter frustrieren wollen, wenn wir eine lebendige Demokratie haben wollen.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, která se týká evropské občanské iniciativy. Na rozdíl od autorů si nemyslím, že je velkým nezdarem to, že po třech letech dosud žádná iniciativa neuspěla, protože podle mého názoru by mělo jít o výjimečný institut, který by měl spustit legislativní proces na úrovni Evropské unie. Problém je, že ve třech případech již občané podpisy sesbírali, podmínky splnili a že Evropská komise na ten podnět nereaguje dostatečně rychle a pružně. Podle mě problém spíše tkví v tom, jak reagovat na situaci, kdy občané sesbírají podpisy a dají na stůl jasný návrh. A tady já vidím chybu Evropské komise a ta by se měla spíše zamyslet nad tím, jak reaguje, nikoliv debatovat o tom, zda měnit v tuto chvíli – tři roky po účinnosti tohoto institutu – pravidla, kdy lze tuto iniciativu využít. Doufám, že i o tomto se bude debatovat v roce 2016, pokud povedeme debatu, jak měnit občanskou evropskou iniciativu.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, during the campaign for the Lisbon Treaty to be passed by referendum in my country, I campaigned hard for a 'yes' vote. One of the planks of the campaign was that the Citizens' Initiative would bring citizens closer to the European institutions and that they would be able to influence legislation, etc.

Lo and behold, three years on, we have had 51 initiatives, but only three have been acted on! This is obviously not good enough. One of the problems – as explained to us by First Vice-President Timmermans – is that the Treaty does not allow the institutions to act in certain ways. But that is not good enough: it is time that we really looked at this and ensured that, if we have a Citizens' Initiative system, then before people engage in getting a million signatures they should be told whether their initiative is actually admissible or not.

The same point has been made by my colleague Ms Morvai in relation to the Committee on Petitions – because people build up their hopes, and then they are not able to follow through.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Eiropas Savienības pārvaldīšanas struktūra ir cieši saistīta un kopumā balstīta uz demokrātijas principiem, jo tieši Savienības balsttiesīgie iedzīvotāji ir tās leģitimitātes sniedzēji gan dalībvalstu varas institūciju gadījumā, gan pārnacionālajām struktūrām Eiropas Savienībā, pirmām kārtām Eiropas Parlamentā. Līdz ar to principā Eiropas pilsoņu iniciatīvas izveidošana, kuras saknes var atrast agrāk pat nekā 2012. gada 1. aprīlī (tās spēkā stāšanās datums), ir viena no visnozīmīgākajām tiesās demokrātijas izpausmēm mūsu kopienā. Jau pieminētajā Lisabonas līgumā šīs iniciatīvas ideja ir tāda, ka vienam miljonam pilsoņu no vismaz ceturtdaļas ES dalībvalstu, savācot savus parakstus, viena gada laikā ir tiesības iesniegt Eiropas Komisijai tiesību aktu priekšlikumus tajās jomās, kas ietilpst tās kompetencē. Bet diemžēl jāatzīst, ka Eiropas pilsoņu informētības līmenis ir ļoti zems, bet kopumā, protams, Eiropas pilsoņu iniciatīvu var vērtēt ļoti pozitīvi.

11.14. EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer (A8-0279/2015 - Ivan Jakovčić)

Wyjaśnienia dotyczące głosowania

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io ho votato a favore di questa relazione perché ritengo che le strategie regionali possano offrire vantaggi tangibili alle regioni interessate, ed il futuro della regione adriatica e ionica è fondamentale per l'Unione europea. La strategia dell'Unione europea in questa regione deve essere dunque un grande passo in avanti per lo sviluppo di questi territori, e deve essere capace di conferire un valore aggiunto agli interventi delle autorità comunitarie, nazionali e regionali, così come a quelli del settore privato, in quest'area.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Non possiamo inoltre nascondere una questione: la strategia ha prospettive particolarmente interessanti per i paesi candidati e potenziali candidati. Sebbene la Commissione abbia ripetutamente affermato che non vi sarà alcun nuovo allargamento nel prossimo futuro, la strategia consentirà infatti a questi paesi di avvicinarsi all'Unione, allineando le rispettive politiche e lavorando a stretto contatto con gli Stati membri. Come ci hanno dimostrato le vicende degli ultimi mesi, ed in particolare la crisi dei rifugiati, per l'Europa la zona dei Balcani è di interesse prioritario. Bene, questa strategia deve dotare questa regione degli strumenti necessari a diventare maggiormente stabile.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Adrijas un Jonijas jūras kā daļa no Vidusjūras baseina pašas par sevi turpina būt viens no vissvarīgākajiem Eiropas un tās kaimiņu reģioniem tirdzniecībā, politikā, kultūras dzīvē un vairākās citās jomās jau dažus gadus – no fenīkiešiem, grieķiem, ivriešiem, romiešiem un daudzām citām tautām un to priekštečiem līdz pat mūsdienām. Es sirsnīgi apsveicu un atbalstu jau trešās Eiropas Savienības ietvaros iniciētās makroreģionālās stratēģijas izveidi. Tas ir labi. Ņemot vērā, ka pie Adrijas un Jonijas jūrām atrodas arī Rietumbalkāni – reģions, kurš pēdējo desmit gadu laikā pārdzīvojis gan valstisku sabrukumu, gan celšanu, gan pilsoņu karu, gan masu emigrāciju, gan ekonomiskus postījumus un citas bēdas, – Eiropas Savienības stratēģija noteikti varētu sekmēt spēcīga pozitīva impulsa izveidošanu šajā reģionā. Bet ir pilnīgi saprotams, ka brūces nav tik viegli sadziedēt un it īpaši – pārvarēt. Taču vēl ir viens instruments, kurš varētu palīdzēt šajā grūtajā ceļā, un tas būtu ļoti lietderīgs.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Chciałabym zaprotestować przeciwko decyzji, którą Pan przed chwilą podjął, rozumiejąc, że jest czas, by zakończyć sesję październikową. Niemniej jednak chciałabym, by Pan przekazał moją uwagę, że wiceprzewodniczący powinni podejmować bardzo odpowiedzialne decyzje. Jeżeli decydują się, że rezygnują we wtorek i w środę z wyjaśnień głosowań, to zamykają możliwość korzystania z tej procedury wszystkim tym, którzy będą chcieli z niej skorzystać, bo to jest oczywiste, że jeżeli z tych dwóch czy trzech dni będziemy kumulować ten proceder, to nie będziemy w stanie obsłużyć wszystkich posłów. Jest to bardzo niesprawiedliwe w stosunku do tych wszystkich, którzy po dzisiejszym głosowaniu chcieli wyjaśnić swoją decyzję, dlaczego w ten sposób głosowali. Tym bardziej, że zostali przyjęci wszyscy posłowie z wtorku i środy, a z czwartku niestety nie.

President. – You are absolutely right. Thank you for your remark.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I want to agree with my colleague. Particularly in an exceptional week like this, where we had no explanations of vote yesterday and we had to cram three days' explanation of votes into less than an hour, it is not good enough. It is not your fault, Mr President. It is a decision taken by the Bureau, but it has to be reflected on.

When MEPs are willing to stay here they should be given the opportunity to do so, especially as, normally, we would be here until 17.00 on a Thursday and it was decided we should finish at 13.30, even though MEPs wanted to stay and give their explanation of the votes. I know one can do it in writing, but if we were all going to do it in writing we could go home when the votes are over.

It is not satisfactory, it is not democratic and it is certainly not fair to MEPs that this is the decision which has been taken. It has nothing to do with you, Mr President – you are only implementing what has been decided – but we would appreciate it if you would take this back to the Bureau. Certainly, in exceptional circumstances, it should be changed. We have a position today where we had votes on seven or eight issues and there is not even an opportunity for one person to give an explanation on today's votes.

President. – I entirely agree with you and I will inform the Bureau and personally inform President Schulz of your suggestion.

11.15. EU-Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) (A8-0048/2015 - Kinga Gál)

Written explanations of vote

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – Este informe tiene un doble objetivo: por un lado, cambiar la sede de la CEPOL (Escuela Europea de Policía) a Budapest tras la decisión del Reino Unido de no mantener las instalaciones en su territorio; y por otro lado, dar a la CEPOL el mandato que se establece en la Comunicación de la Comisión relativa a la formación de los agentes. Hemos mantenido que esta es una decisión enfocada a lavar la imagen del Gobierno húngaro, que, de manera interesada, concede las instalaciones para albergar la CEPOL de manera gratuita durante los primeros cuatro años. No podemos apoyar que uno de los Gobiernos que ha tenido una actitud más beligerante hacia las personas migrantes o hacia las minorías de su propio país, llegando a movilizar a sus fuerzas de seguridad para

Donnerstag, 29. Oktober 2015

atacar con gases a personas refugiadas, sea anfitrión en la formación de agentes de seguridad. Además, entendemos que la Comunicación sobre la formación de la CEPOL no incluye suficientes contenidos relativos a derechos fundamentales y procesales, máxime teniendo en cuenta cómo se han venido violando de manera sistemática, particularmente en nuestras fronteras, y por ello hemos estado contra ella. Por ambos motivos, hemos votado en contra del informe.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This file sought to enhance the remit of CEPOL with a focus on strategic objectives, not exclusively training. The file also sought to enhance the autonomous nature of CEPOL and increase its funding. I, therefore, voted against this report.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le rapporteur part du constat qu'une coopération transfrontalière efficace et harmonieuse pour lutter contre la criminalité organisée et transnationale est nécessaire. Selon lui, la situation actuelle, justifie de moderniser la base juridique du CEPOL (Collège européen de police), qui est une agence de l'Union responsable de la formation des services répressifs au niveau européen. Cette réforme vise à adapter le CEPOL aux changements introduits par le traité de Lisbonne et à confier à l'agence la mise en œuvre du nouveau programme européen en matière de formation des services répressifs (services qui concernent la police, les gardes-frontière, les douaniers et les procureurs).

Avec mes collègues du Front national, nous estimons que voter pour cette réforme reviendrait à cautionner le système de Schengen. L'un ne va pas sans l'autre: la disparition des frontières au sein de l'espace Schengen nécessite ce genre d'agence européenne. Or, depuis trop longtemps, l'espace Schengen a clairement montré ses limites et sa perversité. Aujourd'hui, face à l'invasion migratoire, il est plus que jamais nécessaire de dénoncer les accords de Schengen et de rétablir un strict contrôle aux frontières des États membres.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – My mandate is to reject further EU integration, and therefore the establishment of a pan-EU agency for law enforcement training.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la création de cette nouvelle agence européenne.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Europos policijos koledžas (CEPOL) yra už teisėsaugos pareigūnų mokymą atskaitinga agentūra. CEPOL nėra tradicinė mokymo įstaiga, jos mokymai vyksta visoje ES, juos dažniausiai įgyvendina nacionalinių policijos mokymo koledžų tinklas. 2013 m. kovo mėn. Komisija pateikė pasiūlymą dėl Teisėsaugos pareigūnų mokymo sistemos. Šia mokymo sistema siekiama nustatyti ir šalinėti dabartinio teisėsaugos pareigūnų mokymo tarpvalstybiniais klausimais spragas. Ji taikoma visų rangų teisėsaugos pareigūnams ir yra grindžiama dabartiniu mokymu nacionaliniu ir ES lygmeniu ir pateikiama pasitelkiant modernias mokymo priemones, kaip antai, specializuotus kursus, bendras mokymo programas, internetinę mokymosi medžiagą ir mainų programas. Pritariu dabartiniam pasiūlymui dėl reglamento, kuriuo modernizuojamas CEPOL teisinis pagrindas – jis suderinamas su pokyčiais, numatytais Lisabonos sutartyje (įskaitant Europos Parlamento ir nacionalinių parlamentų vaidmenį), jai suteikiami įgaliojimai įgyvendinti Teisėsaugos pareigūnų mokymo sistemos principus, pateiktus minėtame Komisijos komunikate.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes any attempt to 'Europeanise' police training and operation in Europe. We feel that British people are best placed to decide how their police services operate (all MEPs voted against as recommended).

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition de règlement, qui vise à adapter les missions du Collège européen de police (CEPOL) aux dispositions du traité de Lisbonne et à lui permettre de développer et d'homologuer de nouvelles initiatives de formation répondant à l'évolution de la grande criminalité (cybercriminalité, analyses financières, protection des données, trafic d'êtres humains...).

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que las necesidades de la Unión en materia de seguridad interna evolucionan constantemente, lo que da lugar a crecientes exigencias para las fuerzas de policía y los agentes encargados de la aplicación de la ley. La CEPOL es la agencia competente en materia de formación en funciones coercitivas; no es un instituto de formación al estilo clásico, pues sus cursos se desarrollan en toda la UE y los lleva a cabo principalmente una red de escuelas nacionales de formación policial.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil portant création d'une agence de l'Union européenne pour la formation des services répressifs (Cepol) afin d'améliorer la coopération transfrontalière entre les autorités nationales compétentes pour contrer la menace que représentent la criminalité organisée et la criminalité transnationale. Cette proposition de règlement vise ainsi à moderniser les bases juridiques du Cepol en les adaptant au traité de Lisbonne. Cependant, je ne peux cautionner ce texte puisqu'il reviendrait à soutenir Schengen, les deux étant totalement liés. Je pense en effet qu'un contrôle aux frontières nationales serait davantage efficace qu'une énième agence bureaucratique... J'ai donc voté contre ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Sono favorevole al coordinamento a livello europeo delle attività di formazione sulle tematiche di polizia da parte dell'Accademia europea di Polizia (CEPOL), al fine di migliorare la cooperazione tra le forze di polizia degli Stati membri, ho quindi sostenuto il testo col mio voto.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išreiškė savo poziciją dėl būsimo reglamento, kuriuo įsteigiama Europos Sąjungos teisėsaugos mokymo agentūra (CEPOL). ES vidaus saugumo reikmės nuolat kinta, taigi didėja policijos pajėgoms ir teisėsaugos pareigūnams keliami reikalavimai. Tinkami įgūdžiai bus itin svarbūs siekiant spręsti būsimus iššūkius ir užtikrinti mūsų piliečių saugumą. Siekiant kovoti su vis didėjančia tarptautinio ir organizuoto nusikalstamumo grėsme, būtina, kad visos susijusios nacionalinės teisėsaugos institucijos vykdytų veiksmingą ir sklandų tarpvalstybinį bendradarbiavimą. Norint skatinti ir palaikyti tokį tarpvalstybinį bendradarbiavimą ir padidinti tarpusavio pasitikėjimą, visų svarbiausia yra tinkamas teisėsaugos pareigūnų mokymas. Europos policijos koledžas (CEPOL) yra už teisėsaugos pareigūnų mokymą atsakinga agentūra. CEPOL nėra tradicinė mokymo įstaiga, jos mokymai vyksta visoje ES, juos dažniausiai įgyvendina nacionalinių policijos mokymo koledžų tinklas. CEPOL biudžetas yra gana kuklus, o jo personalo struktūra ribota. Remiant ir koordinuojant Europos ir nacionalinių kompetencijos centrų rengiamus mokymus, šia mokymo sistema siekiama nustatyti ir šalinti dabartinio teisėsaugos pareigūnų mokymo tarpvalstybiniais klausimais spragas.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Unió belső biztonságát komoly kihívások érték az utóbbi időben, és hasonlóaknak nézhetünk elébe. Ezért alapvető szükség van megfelelően képzett rendfenntartókra, bűnüldöző szervekre, akik összeurópai szinten is képesek gyorsan és hatékonyan reagálni olyan kihívásokra, mint a határon átnyúló szervezett bűnözés, az internetes bűnözés, a terrorizmus. Olyan rendfenntartókra van szükség, akik a mai migrációs krízisben is képesek teljes szakmai profizmussal fellépni. Ezért egy modernizált, hatékony, önálló és megfelelő személyi állománnyal működő CEPOL ügynökség léte életbevágó.

Az új szabályozás korszerűsíti a CEPOL jogi alapjait, meghatározza az intézmény prioritásait. Ennek magában kell foglalnia az uniós szintű stratégiai képzés szükségleteinek felmérését, a képzések akkreditációját, a közös tananyagot, a pozitív példák megosztását, valamint annak a minimális tudásanyagnak az azonosítását, amelyet minden rendőrakadémiának be kell emelnie az oktatási programjába. A CEPOL-nak képesnek kell lennie arra, hogy uniós szintű képzést és oktatókat biztosítson. Ugyanakkor fontos szempont volt a jogalkotás során a CEPOL nemzeti rendőrakadémiákra való támaszkodása és hogy a velük való szoros együttműködés változatlan maradjon.

Szavazatommal támogattam a jelentést, amely által az Európai Rendőrakadémia, a CEPOL budapesti székhelye megerősödött, a megfelelő működéshez szükséges erős jogi alapot és kereteket kapott.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – This file sought to enhance the remit of CEPOL with a focus on strategic objectives, not exclusively training. The file also sought to enhance the autonomous nature of CEPOL and increase its funding. I, therefore, voted against this report.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Propunerea de modernizare a cadrului legislativ al Colegiului European de Poliție (CEPOL) este pasul corect avut în vedere de către Comisia Europeană, ținând cont de provocările actuale în materie de criminalitate transfrontalieră gravă și criminalitate organizată. Pentru a face față acestor provocări, este nevoie de o Agenție CEPOL eficientă, care să dispună de un personal adecvat.

Cadrul legislativ modernizat propus de către CEPOL, prin care i se permite acestuia să pună în aplicare Programul de formare în materie de aplicare a legii și să aducă servicii comunității europene mai largi cu atribuții în materie de aplicare a legii răspunde nevoilor prezente.

Am votat în favoarea raportului referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului de instituire a Agenției Uniunii Europene pentru formare în materie de aplicare a legii (CEPOL), de abrogare și de înlocuire a Deciziei 2005/681/JAI a Consiliului deoarece consider că CEPOL trebuie să servească nu numai ca platformă de sprijin pentru cooperarea dintre organismele naționale ci și să se implice ferm în procesele de aplicare și deservire la nivel european.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Con questa decisione si aggiorna il mandato per l'Accademia europea di polizia (CEPOL), che è stata istituita nel 2005 come entità dell'Unione avente lo scopo di contribuire alla formazione degli alti funzionari e ufficiali di polizia degli Stati membri e di facilitare la cooperazione tra le forze di polizia nazionali.

Gli obiettivi e le modalità si aggiornano nell'organizzazione e nel coordinamento delle attività di formazione su tematiche di polizia con una dimensione europea al fine anche di evitare doppioni o sovrapposizioni e di garantire un migliore coordinamento delle attività di formazione per i funzionari delle autorità di contrasto.

Considerando il lavoro e la missione di CEPOL, ho votato a favore.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che istituisce l'Agenzia dell'Unione europea per la formazione delle autorità di contrasto (CEPOL) e abroga e sostituisce la decisione 2005/681/GAI del Consiglio.

CEPOL è l'agenzia responsabile della formazione delle autorità di contrasto. Essa non è un istituto di formazione nel senso tradizionale del termine: i suoi corsi si svolgono in tutta l'UE e sono attuati principalmente da una rete di accademie di polizia nazionali.

La proposta di regolamento ammodernizza la base giuridica di CEPOL e la allinea alle modifiche introdotte con il trattato di Lisbona, affidando a CEPOL l'attuazione dei principi del nuovo programma di formazione europea delle autorità di contrasto.

Considerando che il Parlamento europeo ha invitato più volte la Commissione ad adeguare il vigente quadro giuridico di CEPOL al trattato di Lisbona e alla nuova ambizione definita nel programma di formazione europea delle autorità di contrasto, in modo da consentire a CEPOL di attuare efficacemente il programma di formazione europea delle autorità di contrasto e di rispondere all'interesse della più ampia comunità delle autorità di contrasto, ho votato a favore della relazione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. The file seeks to enhance the remit of CEPOL with a focus on strategic objectives, not exclusively training. The file also seeks to enhance the autonomous nature of CEPOL and increase its funding.

However, I co-signed an amendment which was tabled by my Group GUE/NGL to bring the CEPOL seat back to The Hague.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I agree that there is a need to modernise the legislative framework for the CEPOL agency to provide high-quality training for the police in order to tackle crimes more effectively.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La proposta mira a «lisbonizzare», ovvero abrogare e sostituire con un regolamento UE, la decisione del Consiglio GAI che istituiva un'agenzia dell'Unione europea per la formazione delle forze dell'ordine (CEPOL). CEPOL è l'agenzia responsabile della formazione delle autorità di contrasto degli Stati membri: i corsi si svolgono in tutta l'UE, principalmente via la rete di accademie di polizia nazionali.

Se l'adeguamento al vigente quadro giuridico è sicuramente positivo, riteniamo che la struttura della governance di CEPOL potrebbe essere ulteriormente snellita, in primis tramite un migliore coordinamento con iniziative già in corso nonché lo spostamento dell'Agenzia da Budapest a L'Aja – in modo da far *cluster* con le altre Agenzie attive in materie che già vi si trovano. Ciò contribuirebbe a liberare fondi di cui vi è al momento disperato bisogno soprattutto nell'ambito della politica migratoria. Il regolamento proposto, al contrario, prevede un aumento del bilancio di CEPOL (in ragione di modifiche legate alle sue responsabilità).

Per queste ragioni mi sono astenuto.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Μέσα από την έκθεση τονίζεται ότι η Ευρωπαϊκή Αστυνομική Ακαδημία πρέπει να αποκτήσει επαρκείς εξουσίες για να συντονίζει ορθά την κατάρτιση σε θέματα επιβολής του νόμου σε επίπεδο ΕΕ και για να εφαρμόζει τις αρχές που καθιερώνει το πρόγραμμα κατάρτισης σε θέματα επιβολής του νόμου.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché le esigenze di sicurezza interna dell'UE sono in costante evoluzione e, di conseguenza, le forze di polizia e i funzionari delle autorità di contrasto sono chiamati a far fronte a richieste sempre maggiori e quindi la corretta formazione è di somma importanza.

Sono inoltre convinto che concentrare l'azione sul valore aggiunto europeo, rafforzare il ruolo di coordinamento e sostegno di CEPOL, unitamente allo sviluppo di una maggiore efficienza e disponendo meglio le risorse, siano le chiavi principali per raggiungere gli obiettivi prefissati.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Cepol, Academia Europeia de Polícia, é responsável pela formação das forças de segurança por toda a Europa. A proposta de alteração apresentada pela Comissão visa, essencialmente, alinhar a base jurídica com as alterações introduzidas pelo Tratado de Lisboa e encarregar a agência da implementação do programa de formação europeu para as forças de segurança, alterações que são muito bem-vindas e vão de encontro ao que o Parlamento já por diversas vezes reclamou.

Este relatório, que apoia claramente, introduz alterações em três eixos: focar a atividade da agência nas áreas europeias e transfronteiras, articuladas com a Estratégia Europeia de Segurança; reforçar o papel coordenador da Cepol, sem prejuízo do apoio prestado aos organismos de formação dos Estados-Membros; tornar mais eficiente a sua estrutura administrativa, como aconteceu com a Europol. Decorrente das novas responsabilidades, alerta-se para a necessidade de financiamento adequado no próximo exercício orçamental.

Defendi, desde cedo, a autonomização da agência e considero que a formação das polícias nacionais contribuiu para uma maior confiança mútua e, consequentemente, cooperação.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Sono pienamente d'accordo con la proposta di regolamento che aggiorna la base giuridica di CEPOL (Accademia europea di polizia) e la allinea alle modifiche introdotte con il Trattato di Lisbona, affidandole l'attuazione dei principi del nuovo programma di formazione europea delle autorità di contrasto.

L'Accademia europea di polizia costituisce non solo una piattaforma di sostegno per la cooperazione tra organismi nazionali, ma è anche coinvolta nell'attuazione e nella realizzazione di attività di formazione a livello europeo. A questo proposito, ritengo che una formazione di alta qualità per i funzionari delle autorità di contrasto, sia essenziale per la lotta contro le varie forme di criminalità organizzata e transfrontaliera.

Soltanto attraverso una cooperazione transfrontaliera fluida ed efficace sarà possibile contrastare la crescente minaccia rappresentata dalla criminalità organizzata.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La proposta mira ad abrogare e sostituire, attraverso un regolamento UE, la decisione adottata del Consiglio GAI, il quale istituiva un'agenzia dell'Unione europea per la formazione delle forze dell'ordine (CEPOL). CEPOL è l'agenzia responsabile della formazione delle autorità di contrasto degli Stati membri. Nonostante l'agenzia sia dotata di un bilancio piuttosto modesto e anche di un organico limitato, è stata richiesta una più stretta cooperazione tra la Commissione europea e le agenzie GAI, in modo da aumentarne l'efficienza, evitare i doppioni, le iniziative non coordinate e le inutili sovrapposizioni.

Inoltre, il regolamento proposto attribuisce nuovi compiti a CEPOL, il che implica la necessità di nuovi finanziamenti tramite il bilancio dell'UE, che verrebbero sottratti ad altre priorità nel campo della GAI, tra cui l'immigrazione.

Altro punto di discussione è relativo alla sede dell'agenzia: il regolamento stabilisce che sia a Budapest. Ho deciso di astenermi soprattutto in relazione alla sede dell'agenzia, che a mio parere dovrebbe essere locata all'Aia, dove si trovano anche Europol ed Eurojust, per aumentarne l'efficienza e ridurre i costi.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe tiene un doble objetivo: por un lado, cambiar la sede de la CEPOL (Escuela Europea de Policía) a Budapest tras la decisión del Reino Unido de no mantener las instalaciones en su territorio; y por otro lado, dar a la CEPOL el mandato que se establece en la Comunicación de la Comisión relativa a la formación de los agentes. Hemos mantenido que esta es una decisión enfocada a lavar la imagen del Gobierno húngaro, que, de manera interesada, concede las instalaciones para albergar la CEPOL de manera gratuita durante los primeros cuatro años. No podemos apoyar que uno de los Gobiernos que ha tenido una actitud más beligerante hacia las personas migrantes o hacia las minorías de su propio país, llegando a movilizar a sus fuerzas de seguridad para atacar con gases a personas refugiadas, sea anfitrión en la formación de agentes de seguridad. Además, entendemos que la Comunicación sobre la formación de la CEPOL no incluye suficientes contenidos relativos a derechos fundamentales y procesales, máxime teniendo en cuenta cómo se han venido violando de manera sistemática, particularmente en nuestras fronteras, y por ello hemos estado contra ella. Por ambos motivos, hemos votado en contra del informe.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Uniónak égető szüksége van megfelelően képzett rendfenntartókra, bűnüldöző szervekre, akik összeurópai szinten is képesek gyorsan és hatékonyan reagálni olyan kihívásokra, mint a határon átnyúló szervezett bűnözés, az internetes bűnözés, a terrorizmus. Ezért egy modernizált, hatékony, önálló és megfelelő személyi állománnyal működő CEPOL ügynökség léte életbevágó.

Szavazatommal támogattam a jelentést, mert az új szabályozás korszerűsíti a CEPOL jogi alapjait, meghatározza az intézmény prioritásait. A CEPOL-nak képesnek kell lennie arra, hogy uniós szintű képzést és oktatókat biztosítson.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this proposal for a regulation because through it the CEPOL is brought into line with the Lisbon Treaty and it moreover outlines the objectives and activities of CEPOL.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif propose une série de recommandations visant à améliorer l'efficacité de l'agence européenne en charge de la formation des services répressifs (CEPOL). Le rapporteur se penche sur plusieurs priorités en vue d'améliorer l'offre de formation en matière de prévention et de détection des infractions pénales, de renforcer les réseaux de coopération sur la gestion des flux d'immigration illégale et d'assurer un budget propre suffisant pour mener à bien ses activités. Dans ce contexte d'afflux migratoire, il est en effet nécessaire d'accroître la coopération, la formation et l'échange de bonnes pratiques entre les services répressifs de l'Union en vue d'assurer une meilleure application de la législation européenne. Pour ces raisons, j'ai soutenu ce rapport.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Andor Deli (PPE), írásban. – Az Unió belső biztonságát komoly kihívások érték az utóbbi időben, és hasonlóaknak nézhetünk elébe. Ezért égető szükségünk van megfelelően képzett rendfenntartókra, bűnüldöző szervekre, akik összeurópai szinten is képesek gyorsan és hatékonyan reagálni olyan kihívásokra, mint a határon átnyúló szervezett bűnözés, az internetes bűnözés, a terrorizmus. Olyan rendfenntartókra van szükség, akik a mai migrációs krízisben is képesek teljes szakmai profizmussal fellépni. Ezért egy modernizált, hatékony, önálló és megfelelő személyi állománnyal működő CEPOL ügynökség léte életbevágó.

Az új szabályozás korszerűsíti a CEPOL jogi alapjait, meghatározza az intézmény prioritásait. Ennek magában kell foglalnia az uniós szintű stratégiai képzés szükségleteinek felmérését, a képzések akkreditációját, a közös tananyagot, a pozitív példák megosztását, valamint annak a minimális tudásanyagnak az azonosítását, amelyet minden rendőrákadémiának be kell emelnie az oktatási programjába. A CEPOL-nak képesnek kell lennie arra, hogy uniós szintű képzést és oktatókat biztosítson. Ugyanakkor fontos szempont volt a jogalkotás során a CEPOL nemzeti rendőrákadémiákra való támaszkodása és hogy a velük való szoros együttműködés változatlan maradjon.

Szavazatommal támogattam a jelentést, amely által az Európai Rendőrákadémia, a CEPOL budapesti székhelye megerősödött, a megfelelő működéshez szükséges erős jogi alapot és kereteket kapott.

Gérard Deprez (ALDE), par écrit. – J'ai voté en faveur de la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil portant création d'une agence de l'Union européenne pour la formation des services répressifs (Cepol) qui remplace une ancienne décision JAI du Conseil. La nouvelle proposition a pour objectif de donner au Cepol le mandat légal approprié et les ressources nécessaires pour mettre en œuvre la formation des services répressifs. Elle améliore aussi la gouvernance de l'agence en l'alignant sur les principes inscrits dans l'approche commune des agences décentralisées de l'Union.

La nouvelle réglementation vise également à créer une véritable culture européenne du maintien de l'ordre par la mise en place de programmes européens d'entraînement et d'échanges pour tous les professionnels des services répressifs, y compris pour les aspirants toujours en formation.

Mon groupe ALDE et moi-même aurions préféré que le siège de Cepol soit établi à La Haye, à côté de celui d'Europol, pour plus de synergies entre les deux agences. Cependant, la résolution du Parlement contient une disposition invitant la Commission à soumettre un rapport sur l'efficacité de la décision d'installer le siège de CEPOL à Budapest via une analyse coûts-bénéfice et une évaluation d'impact.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – Az Unió belső biztonságát komoly kihívások érték az utóbbi időben, és hasonlóaknak nézhetünk elébe. Ezért égető szükségünk van megfelelően képzett rendfenntartókra, bűnüldöző szervekre, akik összeurópai szinten is képesek gyorsan és hatékonyan reagálni olyan kihívásokra, mint a határon átnyúló szervezett bűnözés, az internetes bűnözés, a terrorizmus. Olyan rendfenntartókra van szükség, akik a mai migrációs krízisben is képesek teljes szakmai profizmussal fellépni. Ezért egy modernizált, hatékony, önálló és megfelelő személyi állománnyal működő CEPOL ügynökség léte életbevágó.

Az új szabályozás korszerűsíti a CEPOL jogi alapjait, meghatározza az intézmény prioritásait. Ennek magában kell foglalnia az uniós szintű stratégiai képzés szükségleteinek felmérését, a képzések akkreditációját, a közös tananyagot, a pozitív példák megosztását, valamint annak a minimális tudásanyagnak az azonosítását, amelyet minden rendőrákadémiának be kell emelnie az oktatási programjába. A CEPOL-nak képesnek kell lennie arra, hogy uniós szintű képzést és oktatókat biztosítson. Ugyanakkor fontos szempont volt a jogalkotás során a CEPOL nemzeti rendőrákadémiákra való támaszkodása és hogy a velük való szoros együttműködés változatlan maradjon.

Szavazatommal támogattam a jelentést, amely által az Európai Rendőrákadémia, a CEPOL budapesti székhelye megerősödött, a megfelelő működéshez szükséges erős jogi alapot és kereteket kapott.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Ce rapport sur le Collège européen de police concernant la formation des services répressifs traite des directives qu'il transmet aux différentes écoles de police nationale.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Parce qu'il vise à combler les lacunes dans la formation des services de police sur les questions transfrontalières, ce rapport est bien sûr pertinent. Cependant, ce financement supplémentaire pour améliorer les formations n'a pas lieu d'être.

En effet, ce Collège européen de police ne devrait pas exister. Il n'est qu'une conséquence malheureuse de la création de l'espace Schengen. Sans Schengen, le contrôle aux frontières serait bien plus efficace, étant assuré par les États eux-mêmes, selon leurs politiques décidées souverainement et démocratiquement.

Suites logiques du dogme de libre-échange, ces politiques supranationales n'ont pas lieux d'être, j'ai donc voté contre ce rapport.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Az Unió belső biztonságát komoly kihívások érték az utóbbi időben, és hasonlóaknak nézhetünk elébe. Ezért égető szükségünk van megfelelően képzett rendfenntartókra, bűnüldöző szervekre, akik összeurópai szinten is képesek gyorsan és hatékonyan reagálni olyan kihívásokra, mint a határon átnyúló szervezett bűnözés, az internetes bűnözés, a terrorizmus. Olyan rendfenntartókra van szükség, akik a mai migrációs krízisben is képesek teljes szakmai profizmussal fellépni. Ezért egy modernizált, hatékony, önálló és megfelelő személyi állománnyal működő CEPOL ügynökség léte életbevágó.

Az új szabályozás korszerűsíti a CEPOL jogi alapjait, meghatározza az intézmény prioritásait. Ennek magában kell foglalnia az uniós szintű stratégiai képzés szükségleteinek felmérését, a képzések akkreditációját, a közös tananyagot, a pozitív példák megosztását, valamint annak a minimális tudásanyagának az azonosítását, amelyet minden rendőrakadémiának be kell emelnie az oktatási programjába. A CEPOL-nak képesnek kell lennie arra, hogy uniós szintű képzést és oktatókat biztosítson. Ugyanakkor fontos szempont volt a jogalkotás során a CEPOL nemzeti rendőrakadémiákra való támaszkodása és hogy a velük való szoros együttműködés változatlan maradjon.

Szavazatommal támogattam a jelentést, amely által az Európai Rendőrakadémia, a CEPOL budapesti székhelye megerősödött, a megfelelő működéshez szükséges erős jogi alapot és kereteket kapott.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – UKIP opposes any attempt to 'Europeanise' police training and operation in Europe. We feel that British people are best placed to decide how their police services operate (all MEPs voted against as recommended).

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – A CEPOL não é um instituto de formação na aceção tradicional do termo: os cursos têm lugar em toda a UE, realizados sobretudo por uma rede de institutos nacionais de formação policial, e dispõe de um orçamento bastante modesto (cerca de 8,5 milhões de euros) e de um quadro de pessoal simples (um total de cerca de 40 pessoas, incluindo funcionários/agentes temporários, agentes contratuais e agentes eventuais).

Em 2013, cerca de 8 250 agentes policiais participaram em cerca de 100 atividades da CEPOL (cursos, seminários, conferências e seminários em linha (webinars)). Além disso, cerca de 450 agentes policiais, formadores e investigadores de 25 países recorreram ao Programa Europeu de Intercâmbio Policial «de tipo Erasmus» da CEPOL para passar algum tempo na força policial de outro país.

A proposta de regulamento em apreço atualiza a base jurídica da CEPOL, adapta-a às alterações introduzidas pelo Tratado de Lisboa e confia à CEPOL a aplicação dos princípios do novo programa de formação policial, tal como consta da comunicação da Comissão acima referida. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), par écrit. – J'ai voté contre cette délibération, parce qu'elle avalise le système de Schengen.

Laura Ferrara (EFDD), per iscritto. – Il nuovo quadro normativo, dopo il fallito tentativo di fusione tra CEPOL ed Europol, consentirebbe a CEPOL di attuare efficacemente il programma di formazione europea delle autorità di contrasto e di rispondere all'interesse della più ampia comunità di tali autorità. Nell'ottica del contenimento dei costi e di una più stretta cooperazione tra agenzie, tuttavia, si dovrebbe aumentare l'efficienza evitando i doppioni, le iniziative non coordinate e le inutili sovrapposizioni.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

La concreta possibilità che CEPOL ed Europol condividano determinate risorse e servizi, in particolare per quanto riguarda i compiti amministrativi (in materia, ad esempio, di finanze, personale, informatica, logistica o sicurezza), permetterebbe di ottenere alcuni risparmi e avrebbe certamente effetti positivi dovuti ai maggiori contatti tra il personale operativo e quello addetto alla formazione. Tale cooperazione risulterebbe ovviamente più facile se entrambe le agenzie avessero sede nello stesso luogo.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta de regulamento pretende atualizar a base jurídica da CEPOL (Agência da UE para a Formação Policial), adaptando-a às alterações introduzidas pelo Tratado de Lisboa (incluindo o papel do Parlamento Europeu e dos parlamentos nacionais) e confia à CEPOL a aplicação dos princípios do novo programa de formação policial, tal como consta da comunicação da Comissão Europeia. O novo quadro jurídico que agora se propõe quer permitir à CEPOL aplicar um programa de formação policial a todos os agentes europeus responsáveis pela aplicação da lei.

Em Março de 2015, a Comissão Europeia avançou com uma proposta de atualização do quadro legal da EUROPOL (European Police Office), onde, entre outras alterações, propunha já a «fusão» da CEPOL e da EUROPOL de modo a «reunir sinergias entre a operacionalização na aplicação da Lei e a formação de agentes».

Sob o pretexto de «garantir a segurança dos cidadãos europeus», trata-se não mais do que procurar criar condições para o estabelecimento de uma estrutura supranacional de policiamento, fora do controle democrático dos Estados-Membros e portanto à margem das suas Constituições, ou seja, é mais um passo na intenção de federalização da UE num domínio que vai ao âmago das funções de soberania dos Estados. Votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against as I believe it is just a geopolitical move to boost Hungary's image after the recent scandals.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európsky parlament víta návrh Európskej komisie, nakoľko už pri viacerých príležitostiach žiadal predstavitel'ov Komisie, aby uviedla existujúci právny rámec agentúry CEPOL do súladu s Lisabonskou zmluvou a novými ambíciami stanovenými v Európskej schéme odborného vzdelávania v oblasti presadzovania práva. Vysoká kvalita odbornej prípravy príslušníkov orgánov činných v boji proti závažnej a organizovanej cezhraničnej trestnej činnosti je nevyhnutná a k tomu je dôležité vybudovať modernú a efektívnu agentúru CEPOL s dostatočným počtom zamestnancov a financovaním. Návrh nového nariadenia na reformu CEPOL-u prichádza v čase, keď je Európska únia v rámci ochrany svojej vnútornej bezpečnosti nútená čeliť stále novým nástrahám. Ich úspešné zvládnutie si bude vyžadovať rozšírenie právomocí akademie a nezaobíde sa bez navýšenia finančných zdrojov. Agentúre CEPOL by sa mali udeliť dodatočné právomoci, aby náležite koordinovala odbornú prípravu v oblasti presadzovania práva na úrovni Európskej únie a uplatňovala zásady zakotvené v schéme odbornej prípravy presadzovania práva.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I strongly believe that, in order to ensure its effectiveness and impact, CEPOL's limited resources should be focused on a few thematic areas with a clear European added-value, by no means duplicating the work done at the level of the Member States, and in line with the principle of subsidiarity. Focusing on a more limited number of thematic areas would free resources to put more effort into quality and attractiveness.

In order to use scarce resources efficiently, a more effective coordination among JHA Agencies providing training is important, exploiting synergies and eliminating duplication.

Finally, I believe that sufficient funding should be safeguarded for CEPOL to properly execute its new tasks.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az előadóval egyetértésben vallok a fontosságát annak, hogy a CEPOL Ügynökség és az általa végrehajtott európai bűnüldözési képzési rendszer hatékonyabb legyen. Megerősítem, hogy a CEPOL alapstruktúrájának – elsősorban a nemzeti rendőrakadémiák hálózatára támaszkodva és velük szorosan együttműködve valósítva meg a képzéseket – változatlanok kell maradnia.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Az Európai Parlament határozottan kiállt amellett, hogy a CEPOL-nak továbbra is az Unió önálló ügynökségeként kell működnie. Ezt a határozott támogatást az a meggyőződés támasztja alá, hogy a CEPOL egyrészt képes arra, hogy hozzájáruljon egy hiteles, az alapvető jogok tiszteletben tartásán alapuló európai bűnüldözési kultúra kialakításához, másrészt alkalmas arra, hogy uniós ügynökségként értékarányos szolgáltatást nyújtson az európai adófizetők számára. Ezért elsőrendű fontosságú látni azt, hogy európai uniós ügynökségként a CEPOL nem csupán a nemzeti szervek közötti együttműködés platformja, hanem az uniós szintű végrehajtás és teljesítés sarokköve lesz.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor llevado por la voluntad de adaptar la seguridad interna a nivel de la UE ante su constante evolución, lo que da lugar a crecientes exigencias para las fuerzas de policía encargadas de la aplicación de la ley. En este sentido, debemos continuar mejorando la cooperación transnacional efectiva y fluida entre las autoridades nacionales, y para ello es fundamental contar con una agencia CEPOL modernizada, eficaz y dotada de un organigrama adecuado.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht über die Errichtung einer EU-Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) gestimmt. Ich halte diesen institutionalisierten Austausch in der EU für wichtig, mahne aber an, mit den dafür vorgesehenen Steuergeldern sorgfältig umzugehen und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Vor dem Hintergrund eines stetig umfangreicher werdenden Anforderungsprofils habe ich mich heute für eine Intensivierung der Aus- und Fortbildung unserer Polizisten ausgesprochen. Besonders im Bereich der länderübergreifenden Kooperation ist eine verstärkte Ausbildung wichtig und sinnvoll. Nur so kann eine funktionierende europäische Strafverfolgung garantiert werden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which aims to update the legal basis of CEPOL so as to improve EU security through the implementation of a new training approach for EU law enforcement officers.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as up to date training of law enforcement officers is very important in today's constantly changing security environment. By supporting this document, I am in favour of improving EU security through a better managed CEPOL. This legislative proposal promises to grant law enforcement greater resources which in my view is always a good step.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido, ya que Podemos todavía no tiene una postura definida sobre la idoneidad de la ubicación de los organismos europeos. En esta propuesta de la Comisión se plantea ubicar la CEPOL en Hungría o, como alternativa del Grupo GUE/NGL, se propone su traslado a La Haya, en los Países Bajos. Desde Podemos hemos considerado más apropiado abstenernos porque, si bien consideramos positivo deslocalizar la ubicación de los organismos comunitarios, evitando que las sedes de estos organismos se sitúen siempre en los países de Centroeuropa, también consideramos que, dado que la CEPOL es una agencia con un número muy reducido de funcionarios, ubicar su sede en La Haya, donde ya está instalada Europol, optimizaría recursos y reduciría costes.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Unió belső biztonságát komoly kihívások érték az utóbbi időben, és hasonlóaknak nézhetünk elébe. Ezért égető szükségünk van megfelelően képzett rendfenntartókra, bűnüldöző szervekre, akik összeurópai szinten is képesek gyorsan és hatékonyan reagálni olyan kihívásokra, mint a határon átnyúló szervezett bűnözés, az internetes bűnözés, a terrorizmus. Olyan rendfenntartókra van szükség, akik a mai migrációs krízisben is képesek megfelelően fellépni. Ezért a modern, önálló és megfelelő személyi állománnyal hatékonyan működő CEPOL ügynökség létfontosságú.

Az új szabályozás korszerűsíti a CEPOL jogi alapjait, meghatározza az intézmény prioritásait. Ennek magában kell foglalnia az uniós szintű stratégiai képzés szükségleteinek felmérését, a képzések akkreditációját, a közös tananyagot, a pozitív példák megosztását, valamint annak a minimális tudásanyagnak az azonosítását, amelyet minden rendőrakadémiának be kell emelnie az oktatási programjába. A CEPOL-nak képesnek kell lennie arra, hogy uniós szintű képzést és oktatókat biztosítson. Ugyanakkor fontos szempont volt a jogalkotás során a CEPOL nemzeti rendőrakadémiákra való támaszkodása és az ezekkel való további szoros együttműködés fenntartása.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Szavazatommal támogattam a jelentést, amely által az Európai Rendőrákadémia, a CEPOL budapesti székhelye megerősödött, továbbá a működéshez szükséges megfelelő jogi alapot kapott.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I support this report because the EU's internal security needs are constantly evolving, resulting in increasing demands on police forces and law-enforcement officers. The right skills will be critical to meeting future challenges and safeguarding the security of our citizens. In order to counter the growing threat of transnational and organised crime, effective and smooth cross-border cooperation among all relevant national law-enforcement authorities is crucial. To foster and sustain this kind of cross-border cooperation and to enhance mutual trust, proper training of law-enforcement officers is paramount.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes any attempt to 'Europeanise' police training and operation in Europe. We feel that British people are best placed to decide how their police services operate (all MEPs voted against, as recommended).

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – L'agence CEPOL est l'agence européenne en charge de la formation des services répressifs. La rencontre des agents en provenance de différents États membres est une occasion enrichissante de confronter les pratiques et les cultures.

Le pendant de la grande liberté de circulation accordée aux citoyens dans l'espace Schengen a été l'explosion de la grande criminalité transfrontalière. Aussi, dans un tel contexte, les agents d'un État membre ne peuvent plus se permettre de travailler séparément de leurs homologues s'ils veulent pouvoir traquer efficacement les criminels et grands bandits.

De manière générale, je soutiens toutes les initiatives visant à renforcer les moyens des agences et services en charge de la lutte contre la criminalité transfrontalière et le terrorisme, et c'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce rapport.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o osnivanju Agencije Europske unije za osposobljavanje u području provedbe zakona (CEPOL) i o stavljanju izvan snage i zamjeni Odluke Vijeća 2005/681/PUP, jer smatram da je pružanje kvalitetne obuke policijskim službenicima ključno za unutarnju sigurnost EU-a.

Sve je veća prijetnja međunarodnog i organiziranog kriminala, te je stoga potrebna učinkovitija i dosljednija suradnja između policijskih tijela diljem Unije. Držim da je potrebna modernizacija zakonodavnog okvira agencije CEPOL kako bi se takvo što ostvarilo i da se aktivnosti iste trebaju implementirati na EU razini, a ne samo kao platforma za suradnju između država članica, te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport constate qu'une coopération transfrontalière efficace et harmonieuse pour lutter contre la criminalité organisée et transnationale est nécessaire.

Le rapport dispose que la situation actuelle justifie de moderniser la base juridique du CEPOL (Collège européen de police), qui est une agence de l'Union responsable de la formation des services répressifs. Cette réforme vise à adapter le CEPOL aux changements introduits par le traité de Lisbonne et à confier à l'agence la mise en œuvre du nouveau programme européen en matière de formation des services répressifs (services qui concernent la police, les gardes-frontière, les douaniers et les procureurs).

J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes any attempt to 'Europeanise' police training and operation in Europe. We feel that British people are best placed to decide how their police services operate. My fellow MEPs and I all voted against this report.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I have been supportive of all proposals aiming to strengthen European police and judicial cooperation. Therefore I also voted for this report promoting the legal basis of the European Police College and delegating to it the implementation of the new Law Enforcement Training Scheme.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Kinga Gál sur l'agence de l'Union en charge de la formation des services répressifs (Cepol). Ce rapport a pour but de renforcer l'agence Cepol pour combattre de manière plus efficace la grande criminalité transfrontalière, notamment par le biais de la formation des agents des services répressifs.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht zielt darauf ab, die CEPOL-Agentur mit weiteren finanziellen und rechtlichen Mitteln zu stärken und eine Zusammenlegung von CEPOL und EUROPOL zu forcieren. Weder finanziell noch strukturell macht so ein Vorgehen Sinn, weshalb ich diesen Bericht ablehne.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as it calls for a stronger framework to provide high quality training for law enforcement officers in the fight against organised cross-border crime.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'Accademia europea di polizia (CEPOL) è l'agenzia responsabile della formazione delle autorità di contrasto alla criminalità transnazionale. L'attuale proposta di regolamento ammodernizza la base giuridica di CEPOL, la allinea alle modifiche introdotte con il trattato di Lisbona e affida a CEPOL l'attuazione dei principi del nuovo programma di formazione europea delle autorità di contrasto.

Ritengo la corretta formazione dei funzionari delle autorità di contrasto di grande importanza per combattere la suddetta fattispecie criminosa e pertanto sostengo la relazione della collega Gál.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur l'Agence de l'Union européenne en charge de la formation des services répressifs, le CEPOL. Je considère bien entendu qu'une coopération transfrontalière efficace et harmonieuse entre les services de police des États membres est indispensable pour contrer la menace croissante de la criminalité transnationale. Dans ce contexte, il est important que les policiers concernés reçoivent une formation de qualité. Cette formation, cependant, ne doit pas nécessairement émaner d'un organisme de l'Union européenne. Celle-ci est d'ailleurs elle-même responsable d'un grand nombre de problèmes. La disparition des contrôles aux frontières intérieures (Schengen) et le manque de contrôle aux frontières extérieures ont très largement contribué au développement de la criminalité transfrontalière au sein de l'Union européenne.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte car il propose de rénover le CEPOL, créé en 2005. Or, je suis hostile à cette agence européenne de formation des policiers, car son existence est consubstantielle à celle de l'accord de Schengen.

Le CEPOL est en outre inutilement coûteux, ce qu'a reconnu la Commission de Bruxelles en proposant de le fondre dans Europol. Les Britanniques, qui l'hébergeaient, l'ont d'ailleurs expulsé avec sagesse.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe tiene un doble objetivo: por un lado, cambiar la sede de la CEPOL (Escuela Europea de Policía) a Budapest tras la decisión del Reino Unido de no mantener las instalaciones en su territorio; y por otro lado, dar a la CEPOL el mandato que se establece en la Comunicación de la Comisión relativa a la formación de los agentes. Hemos mantenido que esta es una decisión enfocada a lavar la imagen del Gobierno húngaro, que, de manera interesada, concede las instalaciones para albergar la CEPOL de manera gratuita durante los primeros cuatro años. No podemos apoyar que uno de los Gobiernos que ha tenido una actitud más beligerante hacia las personas migrantes o hacia las minorías de su propio país, llegando a movilizar a sus fuerzas de seguridad para atacar con gases a personas refugiadas, sea anfitrión en la formación de agentes de seguridad. Además, entendemos que la Comunicación sobre la formación de la CEPOL no incluye suficientes contenidos relativos a derechos fundamentales y procesales, máxime teniendo en cuenta cómo se han venido violando de manera sistemática, particularmente en nuestras fronteras, y por ello hemos estado contra ella. Por ambos motivos, hemos votado en contra del informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente informe nace de la necesidad de hacer frente a la creciente amenaza que plantea la delincuencia transnacional y organizada. Para conseguir este fin, es necesario que exista una cooperación transnacional efectiva entre las autoridades nacionales con funciones coercitivas. Asimismo, para que exista dicha cooperación se necesita que la formación de los cuerpos de seguridad sea la adecuada.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Este informe pretende centrar en pocos ámbitos temáticos los limitados recursos de la CEPOL, para así identificar qué medidas de formación y de creación de capacidad se requerirán en el futuro.

De igual manera, pretende reforzar el papel de coordinación y de apoyo de la CEPOL, identificando necesidades estratégicas de formación a escala de la UE y definiendo unos conocimientos mínimos que todas las escuelas de formación policial deben incluir en sus planes de estudios. Dicha definición debe basarse en criterios de calidad; calidad tanto por parte de los participantes como de los formadores, así como del entorno de aprendizaje y, obviamente, de los planes de estudio.

La adecuación en la formación de funciones coercitivas es necesaria para suplir la evolución de las necesidades de la UE en materia de seguridad interna, por lo que considero de gran relevancia este informe.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Unutarnje sigurnosne potrebe EU-a konstantno rastu, što rezultira potrebom stvaranja novih policijskih snaga i policijskih službenika. Kvalitetno obučeni službenici mogli bi imati ključnu ulogu u budućim izazovima i čuvanju sigurnosti građana EU-a, posebice u području međunarodnog i organiziranog kriminala.

Europska policijska akademija je odgovorna za zakonsku provedbu treninga koji se održavaju diljem Unije. Njihov zadatak je definirati i riješiti praznine u policijskoj obuci u prekograničnim pitanjima, a na raspolaganju imaju proračun od svega 8,5 milijuna eura. Potrebna je bliska suradnja s agencijama Europske komisije, pravosuđa i unutarnjih poslova u svrhu sprječavanja nepotrebnih preklapanja aktivnosti. Sve aktivnosti Europske policijske akademije moraju biti u skladu s europskim vrijednostima i prioritetima, a ciljevi ostvarivi, realni i vremenski određeni.

Podržala sam izvješće zastupnice Kinge Gál jer je nužno ojačati prekograničnu suradnju u borbi protiv kriminala radi očuvanja javne sigurnosti i javnog reda, a to mogu samo kvalitetno obučeni službenici. Hrvatska će, kao i ostale države članice, sudjelovati u obukama koje se provode u okviru nacionalnih policijskih akademija.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Eiropas Policijas akadēmiju var raksturot tieši kā iestādi, kas arī nodarbojas ar augstāk minētiem uzdevumiem. Visās mūsu 28 dalībvalstīs gadiem — pat gadsimtiem — ilgi ir attīstījušās un pakāpeniski reformējušās to nereti savdabīgas tiesībaizsardzības sistēmas. Ņemot vērā to, ka mēs dzīvojam vienā kopējā mājā, ir nepieciešams daudz labāk saprast savstarpējo legālo principu ikdienišķo funkcionēšanu.

Gribētu atzīmēt vienu man kā Latviju pārstāvošam deputātam ļoti svarīgu momentu. Dažus gadus atpakaļ tika slēgta Latvijas Policijas akadēmija, kur apmēram divdesmit gadu laikā profesionālo un akadēmisko izglītību ieguva tiesību zinātnes speciālisti, tajā skaitā, protams, daudz cilvēku, kas vēlāk esot kļuvuši par policijas darbiniekiem, vai arī paši policisti, kas vēlējās paaugstināt savu kvalifikāciju vai vienkārši uzlabot dažādas uz tiesību zinātnēm attiecināmas zināšanas.

Līdz ar akadēmijas slēgšanu tās lomu lielā mērā pārņēma Valsts policijas koledža, kuras ietvaros tiek īstenota licencēta pirmā līmeņa profesionālās augstākās izglītības programma. Tur, piemēram, var apgūt vidējā komandējošā sastāva policista profesiju, kuru papildina attiecīga specializācija. Esmu gandarīts, ka VPK aktīvi sadarbojas ar Eiropas Policijas akadēmiju, tādējādi dodot iespēju Latvijas policijas spēku darbiniekiem apmainīties ar pieredzi ar saviem ārvalstu kolēģiem — un otrādi — uz daudz centralizētāka pamata. Cerams, ka līdz ar EPA reformēšanu, šī sadarbība kļūs tikai ciešāka.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne.* – CEPOL bola zriadená v roku 2005 ako agentúra EÚ zodpovedná za odborné vzdelávanie príslušníkov orgánov presadzovania práva v jednotlivých členských štátoch. Nadnárodná a organizovaná trestná činnosť presahujúca hranice EÚ si vyžaduje kvalitnú a efektívnu ochranu, na čo je potrebná odborná príprava zodpovedajúca najnovším poznatkom.

Navrhované nariadenie zosúlaďuje právnu úpravu agentúry s Lisabonskou zmluvou, zavádza nové moderné schémy odbornej prípravy a posilňuje koordinačnú a podpornú úlohu agentúry v oblasti presadzovania práva na úrovni EÚ.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Agentúra CEPOL je financovaná EÚ, teda zdrojmi daňových poplatníkov. Preto je potrebná kontrola efektívnosti vynakladania týchto prostriedkov. Výbor pre rozpočet preto zdôraznil potrebu posilnenej spolupráce aj s inými orgánmi presadzovania práva a z dôvodu väčšej efektivity a možného šetrenia zdrojov a úspor navrhol dočasne obmedziť súčasné sídlo agentúry v Budapešti do 31.12.2015 s tým, že Komisia do 30.11.2015 predloží analýzu nákladov a posúdenie vplyvov s prípadným premiestnením sídla CEPOL do Haagu, kde sídli spolupracujúca agentúra Europol.

Νότης Μαριιάς (ECR), γραπτώς. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την ίδρυση οργανισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την παροχή κατάρτισης στον τομέα της επιβολής του νόμου (EAA) και για την κατάργηση και την αντικατάσταση της απόφασης 2005/681/ΔΕΥ του Συμβουλίου (COM(2014)0465), για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 28/10/2015.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Dominique Martin a voté contre. Idéologiquement, nous ne pouvons que nous opposer à ce texte, car le soutenir serait reconnaître l'utilité et la légitimité de l'espace Schengen. Il ne faudrait pas oublier que, sans l'espace Schengen, nous n'aurions pas besoin de cette agence, puisque le contrôle aux frontières serait déjà efficace, puisqu'assuré par les États membres à leurs frontières respectives. Quant à la coopération entre les services de police, elle serait laissée à l'appréciation des États, quand cela est nécessaire, sans dépenses inutiles de ressources et de moyens. La question transfrontalière taraude sans cesse les pontes de Bruxelles et donne chaque jour la preuve de son inefficacité (en témoigne la libre circulation des terroristes et des armes). La solution – si simple – du retour aux frontières, est une évidence.

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported this report which endorsed an agreement reached between the European Parliament and national governments in the Council to replace the existing European Police College with an EU Agency for Law Enforcement Training (CEPOL). This agency will not affect the independence of each Member State's national police force, but coordinate training particularly for cross-border crime. S&D MEPs pushed particularly for strong provisions for fundamental rights and data protection.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – L'Accademia europea di polizia (CEPOL) è un'agenzia dell'Unione europea dedicata alla formazione e alla creazione di opportunità di apprendimento per i funzionari deputati all'applicazione della legge. Le attività della CEPOL sono intese a facilitare la condivisione delle conoscenze e delle migliori prassi, nonché a contribuire allo sviluppo di una comune cultura europea nell'area dell'applicazione della legge.

Dal momento che risulta fondamentale, per la lotta contro le forme gravi di criminalità organizzata e transfrontaliera, una formazione di alta qualità per i funzionari delle autorità di contrasto, è necessario garantire che la CEPOL sia moderna, efficiente e dotata di un organico adeguato. È opportuno quindi ammodernare la base giuridica di CEPOL e allinearla con le modifiche introdotte con il trattato di Lisbona, affidando all'Accademia europea di polizia l'attuazione dei principi del nuovo programma di formazione europea delle autorità di contrasto.

Per tali motivazioni ho votato a favore.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Da der Bericht darauf abzielt, die Agentur CEPOL mit finanziellen und rechtlichen Mitteln zu stärken und eine Zusammenlegung der CEPOL und EUROPOL fordert, kann ich diesen Bericht nicht unterstützen.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le rapporteur part du constat qu'une coopération transfrontalière efficace et harmonieuse pour lutter contre la criminalité organisée et transnationale est nécessaire. Selon lui, la situation actuelle justifie de moderniser la base juridique du CEPOL (Collège européen de police), qui est une agence de l'Union européenne responsable de la formation des services répressifs. Cette réforme vise à adapter le CEPOL aux changements introduits par le traité de Lisbonne et à confier à l'agence la mise en œuvre du nouveau programme européen en matière de formation des services répressifs (services qui concernent la police, les gardes-frontière, les douaniers et les procureurs).

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Au Front national, nous estimons que voter pour cette réforme reviendrait à cautionner le système de Schengen. L'un ne va pas sans l'autre: la disparition des frontières au sein de l'espace Schengen nécessite ce genre d'agence européenne. Or, depuis trop longtemps, l'espace Schengen a clairement montré ses limites. Aujourd'hui, face à l'invasion migratoire, il est plus que jamais nécessaire de dénoncer les accords de Schengen et de rétablir un strict contrôle aux frontières des États membres.

Le député a donc voté contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Face à evolução contínua das necessidades de segurança interna da UE, é importante que a formação das autoridades policiais seja adequada aos desafios constantes que se colocam à segurança dos cidadãos. A proposta de regulamento atualiza a base jurídica da CEPOL, reforçando o papel deste organismo, confiando-lhe os princípios do novo programa de formação profissional tal como enunciado pela Comissão Europeia.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – This report deals with the maximisation of the resources allocated to the European Police College (CEPOL) whilst working within the competences outlined in the treaties. I therefore chose to support this report as it highlights the need to strengthen CEPOL's coordination and support role.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – La lutte contre la criminalité et le terrorisme s'opère à tous les niveaux de pouvoir, y compris local. Cette réforme vise à étendre les compétences du Collège européen de police de l'Union européenne (CEPOL) à l'ensemble des corps répressifs afin de maximiser l'efficacité des outils européens. Au travers de la formation, il s'agit avant tout d'assurer une meilleure coordination entre les différents corps répressifs (police, douanes, gardes-frontières) et de les inscrire dans une logique européenne. Encore un bel exemple d'avancée concernant la sécurisation de notre espace de liberté.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Európska policajná akadémia zodpovedá za odbornú prípravu a zvyšovanie kvalifikácie v oblasti presadzovania práva. Predložené nariadenie modernizuje právny základ tejto agentúry, aby ho zodladiť so zmenami zavedenými Lisabonskou zmluvou. CEPOL má tak uplatňovať nové zásady a schémy odbornej prípravy v oblasti presadzovania práva, pretože potreby EÚ a jej občanov v oblasti vnútornej bezpečnosti sa neustále menia a vyvíjajú, na čo musia viesť orgány presadzovania práva adekvátne a promptne reagovať. Víťam preto návrh, ktorý umožní efektívnejšie čelenie výzvam súvisiacim so zaručovaním bezpečnosti našich občanov.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Proposal for a Regulation of EP and of the Council on a EU agency law enforcement Training, because I support the final agreement and result of the trilogue. The new technical adjustments will align the Regulation with the Lisbon Treaty and will outline the objectives and activities of Cepol.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság 2013 márciusában javaslatot tett az európai bűnüldözési képzési rendszer kialakítására. A rendszer célja, hogy az egyre nagyobb fenyegetést jelentő transznacionális és szervezett bűnözés kezelése, a nemzeti bűnüldöző hatóságok közötti hatékony és zökkenőmentes határokon átnyúló együttműködés ösztönzése és fenntartása, valamint a kölcsönös bizalom erősítése érdekében megfelelő képzést biztosítson a bűnüldözési szervek tisztviselői számára.

A bűnüldözési képzés az Európai Rendőrákadémia (CEPOL) feladata. A Bizottság által benyújtott, a Bűnüldözési Képzés Európai Ügynökségének létrehozásáról, valamint a 2005/681/IB tanácsi határozat hatályon kívül helyezéséről és felváltásáról szóló európai parlamenti és tanácsi rendelet megalkotására irányuló indítvány a CEPOL-t bízza meg az említett új bűnüldözési képzési rendszer alapelveinek megvalósításával, továbbá aktualizálja a CEPOL jogalapját, és azt összhangba hozza a Lisszaboni Szerződés által bevezetett változtatásokkal. A Parlament Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottsága jelentésében 30 módosító indítványt nyújtott be a Bizottság rendelettervezetéhez, ezzel együtt pedig a tervezet elfogadását ajánlja a Parlamentnek. Az előterjesztést támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A União Europeia assume um papel relevante no que concerne à segurança dos cidadãos europeus e, como tal, a simplificação e melhoria da Agência da União Europeia para a Formação Policial (CEPOL) tem como objetivo providenciar formação de alta qualidade aos agentes de autoridade, um fator essencial para combater a ameaça crescente de criminalidade organizada transnacional.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

A cooperação entre a CEPOL e os Estados-Membros prende-se com a necessidade de melhorar a organização e a coordenação de atividades de formação policial a nível europeu em que a CEPOL irá agir como plataforma de apoio à segurança interna da União Europeia. A proteção dos direitos fundamentais e dos direitos humanos deverá ser a base de todas as suas atividades de formação, no que diz respeito a matérias como a proteção de dados, o apoio e proteção de vítimas, a privacidade, entre outras.

Voto favoravelmente a presente proposta, tendo em consideração as necessidades crescentes da sociedade de enfrentar conflitos e a criminalidade organizada que se tem vindo a acentuar, através de uma modernização na formação policial e de uma cooperação entre Estados-Membros e União Europeia.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Kinga concerne la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil portant création d'une agence de l'Union européenne pour la formation des services répressifs (Cepol) afin d'améliorer la coopération transfrontalière entre les autorités nationales compétentes pour contrer la menace que représentent la criminalité organisée et la criminalité transnationale.

Cette proposition de règlement vise ainsi à moderniser les bases juridiques du Cepol en les adaptant au traité de Lisbonne. Cependant, je ne peux cautionner ce texte, puisqu'il reviendrait à donner un blanc-seing à la politique de Schengen, les deux étant totalement liés. Je pense en effet qu'un contrôle aux frontières nationales serait davantage efficace qu'une énième agence bureaucratique... J'ai donc voté contre ce rapport.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Police College (CEPOL) is the Agency responsible for law enforcement training. CEPOL is not a training institute in the traditional sense of the word – its courses take place across the EU, mainly implemented by a network of national police training colleges. I have voted for this report that will identify and address gaps in existing law enforcement training on cross-border matters by supporting and coordinating the delivery of training by European and national centres of excellence.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. The file seeks to enhance the remit of CEPOL with a focus on strategic objectives, not exclusively training. The file also seeks to enhance the autonomous nature of CEPOL and increase its funding.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe gegen diesen Bericht gestimmt, da er wie zahlreiche andere Berichte zuvor das vollkommen überfrachtete Agentursystem der EU noch weiter aufbläht – auf Kosten der Steuerzahler und der weiteren Beschneidung nationalstaatlicher Kompetenzen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport porte sur le renforcement du programme européen de formation des services répressifs poursuivi par le CEPOL. Le règlement proposé permettrait de doter le CEPOL d'un mandat juridique et des ressources nécessaires à l'application du programme de formation, et de pouvoir ainsi financer des formations pour les policiers, les gardes-frontières, les douaniers et les procureurs, entre autres, afin que ceux-ci soient plus opérationnels pour lutter contre la criminalité transfrontalière.

Il propose aussi au Parlement de valider la création du siège du CEPOL à Budapest, alors que celui-ci était initialement prévu à la Hague.

Je suis favorable aux financements des formations pour les agents des services répressifs, mais je regrette que, par ce rapport, l'Union européenne se dote peu à peu d'un instrument global de répression qui fait planer l'ombre d'une armée européenne sur les objectifs de notre Union. J'ai donc voté contre.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Vastu võetava määrusega viiakse CEPOLi õiguslik alus kooskõlla Lissaboni lepinguga tehtud muudatustega. Õiguskaitseametnike koolitamise on ülimalt oluline piiriülese kuritegevuse vastu võitlemiseks.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – A fin de hacer frente a la creciente amenaza que plantea la delincuencia transnacional y organizada, un elemento clave es la cooperación transnacional efectiva y fluida entre todas las autoridades nacionales competentes con funciones coercitivas.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

El papel de coordinación y apoyo transnacional ha de basarse en una formación coherente con la realidad en la que estamos viviendo. La aplicación de la ley no puede dar lugar a dudas, la eficiencia es un objetivo específico que debemos alcanzar y, para ello, hemos de defender una asignación de recursos económicos y personales realistas. Que no prometamos sin prometer, como pasa tan a menudo, sino que poseamos una verdadera ambición de hacer las cosas bien.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Dopo aver preso visione del testo emendato, posso dire di essere complessivamente d'accordo con il senso delle modifiche apportate: il miglioramento delle autorità di contrasto dell'Unione, soprattutto con il nobile fine ultimo della tutela dei diritti umani e della persona.

Apprezzo il continuo impegno dell'UE nell'adoperarsi con ogni mezzo e nelle singole politiche per tenere fede ai suoi principi e sono onorato di potervi contribuire.

Il mio contributo è, in questa occasione, affermare che voterei positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Europskoj policijskoj akademiji (CEPOL), koja je 2005. osnovana kao agencija EU-a Odlukom Vijeća 2005/681/PUP1, povjerene su aktivnosti osposobljavanja viših policijskih službenika. Cilj joj je olakšati suradnju između nacionalnih policijskih snaga organiziranjem tečajeva s europskom dimenzijom policijskog djelovanja.

Ona također utvrđuje zajedničke smjernice o određenim temama, širi istraživanje i najbolju praksu, koordinira programe razmjene viših policijskih službenika i instruktora i u posebnim projektima može sudjelovati kao partner korisnika bespovratnih sredstava EU-a.

EU je u posljednjem desetljeću svjedočio porastu teškog i organiziranog kriminala. Protiv transnacionalnog kriminala moguće se boriti samo prekograničnom suradnjom između policije, carine, granične policije i drugih tijela. Ako ta tijela nisu odgovarajuće osposobljena i ako nema dovoljno uzajamnog povjerenja, njihova suradnja neće biti učinkovita.

U takvom je kontekstu strateške i operativne ciljeve u borbi protiv organiziranog i teškog prekograničnog kriminala i terorizma potrebno poduprijeti dosljednim, priznatim i visokokvalitetnim osposobljavanjem u specijaliziranim i prioritetnim područjima na središnjoj razini za službenike EU-a odgovorne za provedbu zakona koji sudjeluju u transnacionalnoj suradnji.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Kinga concerne la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil portant création d'une agence de l'Union européenne pour la formation des services répressifs (Cepol) afin d'améliorer la coopération transfrontalière entre les autorités nationales compétentes pour contrer la menace que représentent la criminalité organisée et la criminalité transnationale.

Cette proposition de règlement vise ainsi à moderniser les bases juridiques du Cepol en les adaptant au traité de Lisbonne. Cependant, je ne peux cautionner ce texte, puisqu'il reviendrait à donner un blanc-seing à la politique de Schengen, les deux étant totalement liés. Je pense en effet qu'un contrôle aux frontières nationales serait davantage efficace qu'une énième agence bureaucratique... J'ai donc voté contre ce rapport.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće kolegice Kinge Gal o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o osnivanju Agencije Europske unije za osposobljavanje u području provedbe zakona (CEPOL) i stavljanju izvan snage Odluke Vijeća 2005/681/PUP. Aktivnosti CEPOL-a su redefinirane kako bi se podigla svijest i znanje o međunarodnim i europskim instrumentima provedbe zakona, o tijelima Unije i posebno Europol-u, Eurojust-u i Frontex-u, njihovom djelovanju i ulozi, kao i pravnim aspektima policijske suradnje.

CEPOL će promicati zajedničko poštovanje i razumijevanje temeljnih prava u provedbi zakona uključujući privatnost podataka, zaštitu podataka te zaštitu žrtava i svjedoka. Glavni ciljevi CEPOL-a su jačanje mreže suradnje agencija za provedbu zakona u upravljanju tijekovima ilegalnih imigracija te razvijanje, koordiniranje i provedba obuke za potporu državama članicama i sudjelovanje u misijama Unije. Uz to, planira se organiziranje zajedničkih nastavnih planova za podizanje svijesti i znanja o nedostacima u zajedničkom pristupu prekograničnim kriminalnim pojavama, posebice u odnosu na terorizam, cyber kriminal, financijske istrage te sudjelovanje u misijama Unije.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Kako bi se zajamčila potpuna autonomija i neovisnost CEPOL-a te omogućilo pravilno izvođenje ciljeva i zadataka koji su mu povjereni, potrebna je dovoljna količina prihoda koji proizlaze uglavnom iz doprinosa iz proračuna Unije.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La Commissione ha proposto un nuovo regolamento per l'Accademia europea di polizia (CEPOL). Con questa proposta si vuole adeguare il vigente quadro giuridico, nel quale opera CEPOL, ai dettami del Trattato di Lisbona e creare una formazione di alta qualità per i funzionari delle autorità di polizia.

Le attuali esigenze di sicurezza interna dell'UE sono in costante evoluzione e, di conseguenza, le forze di polizia e i funzionari delle autorità di contrasto sono chiamati a far fronte a richieste sempre maggiori e di varia natura. Un'agenzia CEPOL moderna, efficiente e dotata di un organico adeguato è di vitale importanza.

Il mio voto a favore di questa risoluzione è dettato dal fatto che una tale proposta risulta essere particolarmente idonea a contribuire alla lotta contro le forme di criminalità organizzata e transfrontaliera.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Face à l'accroissement des menaces portant atteinte à la sécurité des citoyens européens, le Parlement européen a adopté un texte visant à promouvoir et à renforcer le rôle de l'Agence européenne en charge de la formation des services répressifs (CEPOL). J'estime qu'il est important d'harmoniser notre action à l'échelle européenne afin de lutter plus efficacement contre la criminalité transfrontalière, et la première étape concerne la formation des cadres européens.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A CEPOL é uma agência da União Europeia (UE), mandatada para a formação das autoridades policiais nacionais, a fim de promover a cooperação transfronteiriça. Sem um instituto de formação na aceção tradicional do termo, a CEPOL usa uma rede de academias de formação policial, nacionais, para a realização efetiva dos cursos. Cumpre registar o papel desta agência na formação em matéria de criminalidade organizada e transnacional, com particular relevo para as questões relacionadas com a UE. Levando em conta as necessidades de segurança interna da UE e a necessidade decorrente de adaptar os seus organismos a estas, o Parlamento Europeu é chamado a aprovar em primeira leitura a proposta de regulamento, que atualiza a base jurídica da CEPOL. As alterações solicitadas pelo relatório ora em apreço fundam uma nova base jurídica, que adapta a legislação da agência às propostas constantes na comunicação da Comissão para o programa europeu de formação policial. Nestes termos, alarga-se o grupo a que se destinam as formações, atribuem-se novas tarefas à agência e estendem-se as competências nas áreas da investigação para a formação, possibilitando uma abordagem prospetiva na construção dos planos curriculares. É sob reserva de satisfazer as propostas indicadas que votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes any attempt to 'Europeanise' police training and operation in Europe. We feel that British people are best placed to decide how their police services operate (all MEPs voted against, as recommended).

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La Escuela Europea de Policía (CEPOL) es la agencia competente en materia de formación en funciones coercitivas. El Reglamento propuesto moderniza el fundamento jurídico de la CEPOL, lo adapta a los cambios introducidos en virtud del Tratado de Lisboa (incluido el papel del Parlamento Europeo y de los Parlamentos nacionales) y confía a la CEPOL la aplicación de los principios del nuevo Programa europeo de formación de los servicios con funciones coercitivas.

En su posicionamiento, que he apoyado, el Parlamento hace hincapié en la necesidad de impulsar la cooperación de la CEPOL con los centros de formación de los Estados miembros y otras agencias con funciones coercitivas de la UE para crear efectos indirectos gracias a una cooperación reforzada, y reclama a la Comisión la presentación de un análisis completo de la cooperación administrativa entre las agencias de la Unión Europea y en aquellos casos en los que dicha cooperación pueda crear sinergias en el futuro.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui précise en outre que le CEPOL a été créé pour améliorer, en mettant en oeuvre une offre de formation en matière de prévention et de détection des infractions pénales ainsi que d'enquêtes sur celles-ci, de maintien de l'ordre public et de participation à des missions de police de l'UE, la coopération entre services répressifs ainsi qu'en vue de favoriser une politique cohérente de formation au niveau européen. J'ai également plus particulièrement soutenu des amendements mettant l'accent sur la défense des droits de l'homme et des libertés fondamentales dans un contexte répressif.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A evolução constante das necessidades de segurança interna europeia acarreta solicitações crescentes às forças de segurança e aos agentes policiais, tornando-se necessário dotá-los de qualificações adequadas para enfrentar novos e complexos desafios e garantir a segurança dos cidadãos europeus.

A Academia Europeia de Polícia é a agência responsável pela formação policial e, embora não seja um instituto de formação na aceção tradicional do termo, é a entidade responsável pela formação dos agentes de autoridade em toda a UE, realizada sobretudo através dos institutos nacionais de formação policial.

A proposta de alteração apresentada pela Comissão pretende, por um lado, atualizar a base jurídica desta Academia, adaptando-a às alterações decorrentes do Tratado de Lisboa e, por outro, encarregá-la de adotar os princípios do novo programa de formação policial.

Apoio com entusiasmo este relatório, que pretende tornar a Agência CEPOL mais eficaz, através do reforço do seu papel coordenador e de uma maior eficiência da sua estrutura administrativa, bem como uma aplicação mais coerente e rigorosa do Programa Europeu de Formação Policial, através de um enfoque maior nas áreas europeias e transfronteiras, articuladas com a Estratégia Europeia de Segurança.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della risoluzione legislativa del Parlamento europeo sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che istituisce l'Agenzia dell'Unione europea per la formazione delle autorità di contrasto (CEPOL), in quanto ritengo necessario migliorare la cooperazione transfrontaliera di polizia degli Stati membri al fine di garantire la sicurezza dei cittadini europei.

In linea con le modifiche introdotte con il Trattato di Lisbona, la relazione propone un aggiornamento della base giuridica di CEPOL e introduce un nuovo regolamento di formazione europea delle autorità di contrasto che fornisce ai funzionari di polizia competenze e conoscenze specifiche in materia di sicurezza internazionale.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore perché il testo mira a migliorare le attività di formazione su tematiche di polizia con una dimensione europea al fine anche di evitare doppioni o sovrapposizioni e di garantire un migliore coordinamento delle attività di formazione per i funzionari delle autorità preposte al contrasto al crimine.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido, ya que Podemos todavía no tiene una postura definida sobre la idoneidad de la ubicación de los organismos europeos. En esta esta propuesta de la Comisión se plantea ubicar la CEPOL en Hungría o, como alternativa del Grupo GUE/NGL, se propone su traslado a La Haya, en los Países Bajos. Desde Podemos hemos considerado más apropiado abstenernos porque, si bien consideramos positivo deslocalizar la ubicación de los organismos comunitarios, evitando que las sedes de estos organismos se sitúen siempre en los países de Centroeuropa, también consideramos que, dado que la CEPOL es una agencia con un número muy reducido de funcionarios, ubicar su sede en La Haya, donde ya está instalada Europol, optimizaría recursos y reduciría costes.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe tiene un doble objetivo: por un lado, cambiar la sede de la CEPOL (Escuela Europea de Policía) a Budapest tras la decisión del Reino Unido de no mantener las instalaciones en su territorio; y por otro lado, dar a la CEPOL el mandato que se establece en la Comunicación de la Comisión relativa a la formación de los agentes. Hemos mantenido que esta es una decisión enfocada a lavar la imagen del Gobierno húngaro, que, de manera interesada, concede las instalaciones para albergar la CEPOL de manera gratuita durante los primeros cuatro años. No podemos apoyar que uno de los Gobiernos que ha tenido una actitud más beligerante hacia las personas migrantes o hacia las minorías de su propio país, llegando a movilizar a sus fuerzas de seguridad para atacar con gases a personas refugiadas, sea anfitrión en la formación de agentes de seguridad. Además, entendemos que la Comunicación sobre la formación de la CEPOL no incluye suficientes contenidos relativos a derechos fundamentales y procesales, máxime teniendo en cuenta cómo se han venido violando de manera sistemática, particularmente en nuestras fronteras, y por ello hemos estado contra ella. Por ambos motivos, hemos votado en contra del informe.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Gli obiettivi della CEPOL sono di aumentare la conoscenza dei sistemi e delle strutture nazionali di polizia degli Stati membri e di migliorare la cooperazione transfrontaliera di polizia all'interno dell'Unione europea, di migliorare la conoscenza degli strumenti internazionali e dell'Unione e di fornire una formazione adeguata in materia di rispetto delle garanzie democratiche.

Ho votato a favore del nuovo regolamento perché ritengo sia fondamentale aggiornare la base giuridica di CEPOL in modo da migliorare la sicurezza dell'UE attraverso l'implementazione di un nuovo approccio di formazione per i funzionari di polizia dell'UE. CEPOL formerà i funzionari delle forze dell'ordine di ogni grado fornendo le conoscenze e le competenze necessarie per la prevenzione e la lotta contro la criminalità transfrontaliera, promuovendo una cooperazione efficace con i colleghi di altri Stati membri, delle agenzie dell'UE, dei paesi terzi e delle organizzazioni internazionali.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this because I am against any EU-funded training.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this legislation as it places more focus on EU added value, insofar as it ensures that the work of CEPOL is better managed and organised, covering areas such as cooperation with EU agencies and protection of fundamental rights, particularly in relation to data protection.

There should be more adequate funding for CEPOL and it should be given the resources to carry out its tasks in relation to combating cross-border crime. This legislative proposal is promising in that regard.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za prijatie legislatívneho uznesenia, ktoré sa venuje nariadeniu Európskeho parlamentu a Rady, ktorým sa zriaďuje Agentúra Európskej únie pre odbornú prípravu v oblasti presadzovania práva (CEPOL) a ktorým sa ruší a nahrádza rozhodnutie Rady 2005/681/SVV. Účinná cezhraničná spolupráca medzi všetkými príslušnými vnútroštátnymi orgánmi presadzovania práva totiž zohráva kľúčovú úlohu pri boji s nadnárodnou a organizovanou trestnou činnosťou. Navrhované nariadenie modernizuje právny základ agentúry CEPOL a uvádza ho do súladu so zmenami, ktoré zaviedla Lisabonská zmluva.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropska policijska akademija (CEPOL) je agencija EU, ki je zadolžena za usposabljanje in izobraževanje uradnikov organov pregona in za vprašanja, ki so temeljnega pomena za varnost EU in njenih državljanov.

Samo usposabljanje zajema različne tematike, od vodenja do tehnik pregona, sodelovanja na ravni EU in gospodarskega kriminala. Cilj dejavnosti je olajšati izmenjavo znanja in dobre prakse ter prispevati k oblikovanju skupne evropske kulture kazenskega pregona.

Predlog uredbe prinaša posodobitev pravne podlage agencije CEPOL in njeno uskladitev s spremembami, ki jih je uvedla Lizbonska pogodba, prav tako pa je agenciji predana naloga izvajanja načel novega programa usposabljanja na področju kazenskega pregona.

Prenovljeni pravni okvir bi agenciji CEPOL omogočil učinkovito izvajanje programa usposabljanja na področju kazenskega pregona in tako bi od agencije imeli korist tudi drugi evropski organi kazenskega pregona. Ker obstaja vse večja grožnja nadnacionalnega in organiziranega kriminala, je zato učinkovito in nemoteno čezmejno sodelovanje med vsemi ustreznimi nacionalnimi organi odkrivanja in preiskovanja nujnega pomena.

Strinjam se, da je CEPOL potrebno ohraniti kot agencijo EU, ki ne služi le kot podporna platforma za sodelovanje med nacionalnimi organi, temveč mora prav tako biti trdno ukoreninjena v izvajanje in izvrševanje na evropski ravni, zato sem omenjeno poročilo podprl.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Podržao sam ovo izvješće iz razloga što je EU u posljednjem desetljeću svjedočila porastu teškog i organiziranog kriminala i pojavi sve raznolikijih uzroka kriminala. Protiv transnacionalnog kriminala moguće se boriti samo prekograničnom suradnjom između policije, carine, granične policije i drugih tijela. Ako ta tijela nisu odgovarajuće osposobljena i ako nema dovoljno uzajamnog povjerenja, njihova suradnja neće biti učinkovita.

Borbu protiv organiziranog i teškog prekograničnog kriminala i terorizma potrebno je poduprijeti dosljednim, priznatim i visokokvalitetnim osposobljavanjem, u specijaliziranim i prioritetnim područjima na središnjoj razini za službenike EU-a odgovorne za provedbu zakona koji sudjeluju u transnacionalnoj suradnji.

Pružanje znanja i vještina potrebnih službenicima odgovornima za provedbu zakona na svim razinama, za djelotvorno sprječavanje i suzbijanje prekograničnog kriminala učinkovitom suradnjom s kolegama u drugim državama članicama, agencijama EU-a, trećim zemljama i međunarodnim organizacijama, nužno je za poboljšanje općeg društvenog stanja.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – I voted in favour of this report. Under new rules, CEPOL will be able to equip law enforcement officials of all ranks with the knowledge and skills they need to prevent cross-border crime effectively through cooperation with their colleagues in other Member States, EU agencies, third countries and international organisations. CEPOL will also be enabled to deliver essential training to third countries, particularly on counter-terrorism and cross-border crime.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Podržavam inicijativu Europskog parlamenta i Vijeća o osnivanju Agencije Europske unije za osposobljavanje u području provedbe zakona (CEPOL). Inicijativu podržavam jer smatram da je CEPOL potreban kako bi se unaprijedila suradnja među tijelima za provedbu zakona u Uniji u području sprječavanja, otkrivanja i istraživanja kaznenih djela, održavanja reda i mira te provođenja policijskih misija.

CEPOL bi to trebao činiti stavljajući poseban naglasak na zaštitu ljudskih prava i temeljnih sloboda u kontekstu provedbe zakona. Takvo osposobljavanje na razini Unije mora biti usmjereno na tematska područja koja imaju jasnu dodanu vrijednost za Uniju te mora biti dostupno službenicima za provedbu zakona svih razina i iz svih država članica.

Richard Sulík (ECR), *písomne* – Návrh som podporil, keďže najmä zefektívňuje cezhraničnú spoluprácu, bez zasahovania do právomocí členských krajín.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o agenciji EU za usposabljanje na področju odkrivanja in preiskovanja kaznivih dejanj (Cepol). V Evropski uniji smo trenutno pred velikimi izzivi, s katerimi se moramo spopasti enotno in odločno. In to lahko pričakujemo tudi v prihodnje.

Cepol je lahko sredstvo za izboljšanje kulture odkrivanja in preiskovanja kaznivih dejanj, sredstvo za izboljšanje zaupanja med državami članicami ter za izboljšanje čezmejnega sodelovanja. Ključno pri tem pa je, da Cepol v najkrajšem možnem času dobi ustrezna pooblastila, da bo lahko učinkovito opravljal svoje poslanstvo. Agencija bo imela jasen mandat z jasnimi cilji in nalogami.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτως.* – Η ΕΑΑ, ως ο μόνος ειδικευμένος οργανισμός που ασχολείται αποκλειστικά με την κατάρτιση σε θέματα επιβολής του νόμου, θα πρέπει να μπορεί να βοηθά τα ευρωπαϊκά όργανα στον προσδιορισμό των προτεραιοτήτων που πρέπει να καλυφθούν μέσω της κατάρτισης.

Επιπλέον, για την αποτελεσματικότητα και την απήχηση της ΕΑΑ, θα πρέπει οι περιορισμένοι πόροι της (περίπου 8,5 εκατομμύρια ευρώ) να επικεντρώνουν σε λίγα θεματικά πεδία, χωρίς να επικαλύπτουν επ' ουδενί το έργο που γίνεται σε επίπεδο κρατών μελών, και σε αρμονία με την αρχή της επικουρικότητας.

József Szájer (PPE), *írásban.* – Az Unió belső biztonságát komoly kihívások érték az utóbbi időben, és hasonlóaknak nézhetünk elébe. Ezért égető szükségünk van megfelelően képzett rendfenntartókra, bűnüldöző szervekre, akik összehangolt szinten is képesek gyorsan és hatékonyan reagálni olyan kihívásokra, mint a határon átnyúló szervezett bűnözés, az internetes bűnözés, a terrorizmus. Olyan rendfenntartókra van szükség, akik a mai migrációs krízisben is képesek teljes szakmai profizmussal fellépni. Ezért egy modernizált, hatékony, önálló és megfelelő személyi állománnyal működő CEPOL ügynökség léte életbevágó.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Az új szabályozás korszerűsíti a CEPOL jogi alapjait, meghatározza az intézmény prioritásait. Ennek magában kell foglalnia az uniós szintű stratégiai képzés szükségleteinek felmérését, a képzések akkreditációját, a közös tananyagot, a pozitív példák megosztását, valamint annak a minimális tudásanyagának az azonosítását, amelyet minden rendőrákadémiának be kell emelnie az oktatási programjába. A CEPOL-nak képesnek kell lennie arra, hogy uniós szintű képzést és oktatókat biztosítson. Ugyanakkor fontos szempont volt a jogalkotás során a CEPOL nemzeti rendőrákadémiákra való támaszkodása és hogy a velük való szoros együttműködés változatlan maradjon.

Szavazatommal támogattam a jelentést, amely által az Európai Rendőrákadémia, a CEPOL budapesti székhelye megerősödött, a megfelelő működéshez szükséges erős jogi alapot és kereteket kapott.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását, mert az megalapozott indoklással támogatja a Bizottság elképzeléseit, amelyek arra irányulnak, hogy ez a fontos európai ügynökség hatékonyabban, a határokon átnyúló szervezett bűnözés új fajtáihoz és módszereihez alkalmazott korszerű tananyagra támaszkodva, jogalapját pedig a Lisszaboni Szerződés kereteihez igazítva folytathassa. Kellően megindokolja azt is, hogy az új nemzetközi és európai kihívásokhoz való alkalmazkodáshoz a CEPOL tevékenységét bővíteni és korszerűsíteni kell. Ennek érdekében el tudom fogadni, hogy az Ügynökség bővebb pénzügyi keretből, ugyanakkor hatékonyabban és takarékosabban gazdálkodhasson. Határozottan ellenzek azonban minden olyan javaslatot, ami arra irányul, hogy szűklátókörű költségvetési megközelítéssel, a takarékoság ürügyén a CEPOL székhelyét elvigye Budapestről, felújítva a hágai Europol-lal való, egyszer már a Tanács és az EP határozott ellenállásán – jó okkal – megbukott összevonási kísérletet. A jelentés is jól tükrözi a CEPOL eddigi sokrétű és hasznos tevékenységét, amelyhez a budapesti székhely minden tekintetben megfelelő infrastruktúrát és körülményeket biztosít. A székhely kiválasztásánál annak idején részben jelképes, európai politikai súllyal esett latba az, hogy egy új demokráciában a korszerű rendvédelem megerősítésére ösztönző hatással is járt egy fontos európai intézmény megjelenése. Ez a szempont a mai, kedvezőtlen magyarországi politikai közegben még fontosabbá vált, ezért a CEPOL-ra vonatkozó bármely jövőbeni parlamenti munkában is kiemelt figyelmet kívánok fordítani a székhely-kérdésre.

Claudia Tapardel (S&D), in writing. – The European Police College (CEPOL) is the Agency responsible for law enforcement training. Although CEPOL's budget is about EUR 8.5 million, the institution contributes to training police enforcement personnel in skills that are needed for meeting future challenges and safeguarding the security of our citizens

The current proposed regulation aligns CEPOL with the Lisbon Treaty, by modernising its legal basis and entrusting CEPOL with the implementation of the principles of the new Law Enforcement Training Scheme.

This procedure would enable CEPOL to effectively implement the Law Enforcement Training Scheme and to serve the broader European law enforcement community, and at the same time deliver its contribution to the construction of a genuine European law enforcement culture.

Now, more than ever, we need skilled police enforcement to counter the growing threat of terrorism, transnational and organised crime, and other security challenges. For this reason I voted in favour of this current report.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Les impératifs de sécurité intérieure de l'Union européenne évoluent sans cesse et compliquent ainsi de plus en plus la tâche des forces de police et des responsables des services répressifs. Ceux-ci ne pourront relever les défis à venir et préserver la sécurité des citoyens de l'Union sans les compétences requises. Une coopération transfrontalière efficace et harmonieuse entre toutes les autorités nationales compétentes chargées de faire appliquer la loi est indispensable pour contrer la menace croissante que représentent la criminalité transnationale et la criminalité organisée. Dans ce contexte, il est crucial que les professionnels des services répressifs reçoivent une formation de qualité, afin d'encourager et de maintenir une coopération de cette envergure et de renforcer la confiance mutuelle. Le programme de Stockholm demandait dès lors de renforcer la formation sur les questions relatives à l'Union européenne et de la rendre systématiquement accessible à tous les professionnels des services répressifs concernés.

Le Collège européen de police (CEPOL) est l'agence responsable de la formation des services répressifs.

Vu les dispositions proposées dans le texte, j'ai voté en faveur.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report which aims at establishing a European Union agency for law enforcement training (CEPOL). CEPOL, the abbreviation for European Police College, is the Agency responsible for law enforcement training. It has a budget of around EUR 8.5 million and its courses are mainly implemented by national police training colleges. The proposed regulation modernises CEPOL's legal basis, brings it in line with the changes introduced by the Lisbon Treaty and entrusts CEPOL with the implementation of the principles of the new Law Enforcement Training Scheme proposed by the Commission in March 2013. I welcome this proposal, since better trained staff can make a bigger contribution to fighting serious and organised cross-border crime.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o ustanovitvi Agencije Evropske unije za usposabljanje na področju odkrivanja in preiskovanja kaznivih dejanj (Cepol) ter razveljavitvi in nadomestitvi Sklepa Sveta 2005/681/PNZ sem podprla, saj menim, da je kot odziv na vse večjo grožnjo nadnacionalnega in organiziranega kriminala ključnega pomena učinkovito in nemoteno čezmejno sodelovanje med ustreznimi organi odkrivanja in preiskovanja, za spodbujanje in krepitev medsebojnega zaupanja pa je bistvenega pomena ustrezno usposabljanje uslužbencev.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido, ya que Podemos todavía no tiene una postura definida sobre la idoneidad de la ubicación de los organismos europeos. En esta esta propuesta de la Comisión se plantea ubicar la CEPOL en Hungría o, como alternativa del Grupo GUE/NGL, se propone su traslado a La Haya, en los Países Bajos. Desde Podemos hemos considerado más apropiado abstenernos porque, si bien consideramos positivo deslocalizar la ubicación de los organismos comunitarios, evitando que las sedes de estos organismos se sitúen siempre en los países de Centroeuropa, también consideramos que, dado que la CEPOL es una agencia con un número muy reducido de funcionarios, ubicar su sede en La Haya, donde ya está instalada Europol, optimizaría recursos y reduciría costes.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az EU belső biztonsági igényei folyamatosan változnak, ami egyre nehezebb követelmények elé állítja a rendőri erőket és a bűnüldözéssel foglalkozó rendőrtisztviselőket. Csak megfelelő felkészültséggel lehet garantálni a jövő kihívásainak való megfelelést és az európai polgárok biztonságának védelmét. Annak érdekében, hogy kezelni lehessen az egyre nagyobb fenyegetést jelentő transznacionális és szervezett bűnözést, a valamennyi érintett nemzeti bűnüldöző hatóság közötti hatékony és zökkenőmentes határon átnyúló együttműködés kulcsfontosságú. A bűnüldözési képzés az Európai Rendőrákadémia (CEPOL) feladata. A CEPOL nem a hagyományos értelemben vett képzési intézmény: a képzésekre szerte az Unióban kerül sor, és azokat elsősorban a nemzeti rendőrákadémiák hálózata biztosítja. A CEPOL székhelye Budapesten van, ami különösen fontos. Magyar képviselőként ezért támogattam a Gál-jelentést.

Traian Ungureanu (PPE), *în scris*. – Propunerea de regulament de instituire a Agenției Uniunii Europene pentru formare în materie de aplicare a legii (CEPOL) prevede un cadru juridic pentru un nou CEPOL cu obiective mai extinse și un model de guvernare mai modern, care abrogă și înlocuiește CEPOL, astfel cum a fost instituit prin Decizia 2005/681/JAI a Consiliului.

Colegiul European de Poliție (CEPOL) este agenția răspunzătoare de formare în materie de aplicare a legii, cursurile sale desfășurându-se în toate statele membre ale Uniunii, fiind asigurate în principal de o rețea de colegii de formare aparținând polițiilor naționale.

Propunerea de regulament prevede extinderea mandatului CEPOL, astfel încât să poată desfășura și coordona activități de învățare pentru personalul responsabil cu aplicarea legii, indiferent de grad, precum și pentru funcționarii vamați și alte categorii relevante de funcționari care se ocupă de problemele transfrontaliere. Totodată, obiectivele CEPOL sunt actualizate și clarificate, astfel încât Agenția să abordeze domenii tematice specifice în materie penală sau polițienească în care formarea la nivelul UE poate aduce valoare adăugată față de nivelul național.

Am votat în favoarea acestui raport.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido, ya que Podemos todavía no tiene una postura definida sobre la idoneidad de la ubicación de los organismos europeos. En esta esta propuesta de la Comisión se plantea ubicar la CEPOL en Hungría o, como alternativa del Grupo GUE/NGL, se propone su traslado a La Haya, en los Países Bajos. Desde Podemos hemos considerado más apropiado abstenernos porque, si bien consideramos positivo deslocalizar la ubicación de los organismos comunitarios, evitando que las sedes de estos organismos se sitúen siempre en los países de Centroeuropa, también consideramos que, dado que la CEPOL es una agencia con un número muy reducido de funcionarios, ubicar su sede en La Haya, donde ya está instalada Europol, optimizaría recursos y reduciría costes.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I have voted in favour because the report welcomes the inclusion of an overall framework of respect for human rights, which is foreseen in the final text as well as the inclusion of the reference to the desired gender balance in the main managing structure of CEPOL, the Management Board. Nevertheless, I regret that the seat of CEPOL is located in Budapest. The Hague, together with EURPOL, would make more sense and save significant costs.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution addressing the European Police College (CEPOL) because the EU's internal security needs are constantly evolving, resulting in increasing demands on police forces and law enforcement officers. The right skills will be critical to meet future challenges and safeguard the security of our citizens.

In order to counter the growing threat of transnational and organised crime, effective and smooth cross-border cooperation among all relevant national law enforcement authorities is key. To foster and sustain this kind of cross-border cooperation and to enhance mutual trust, proper training of law enforcement officers is paramount. I believe it is important to acknowledge the importance of the role CEPOL has in its training activities, promoting common respect for, and understanding of, fundamental rights in law enforcement, such as privacy, data protection and the rights, support and protection of victims, witnesses and suspects of crime, including safeguarding the rights of victims of gender-based violence.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe tiene un doble objetivo: por un lado, cambiar la sede de la CEPOL (Escuela Europea de Policía) a Budapest tras la decisión del Reino Unido de no mantener las instalaciones en su territorio; y por otro lado, dar a la CEPOL el mandato que se establece en la Comunicación de la Comisión relativa a la formación de los agentes. Hemos mantenido que esta es una decisión enfocada a lavar la imagen del Gobierno húngaro, que, de manera interesada, concede las instalaciones para albergar la CEPOL de manera gratuita durante los primeros cuatro años. No podemos apoyar que uno de los Gobiernos que ha tenido una actitud más beligerante hacia las personas migrantes o hacia las minorías de su propio país, llegando a movilizar a sus fuerzas de seguridad para atacar con gases a personas refugiadas, sea anfitrión en la formación de agentes de seguridad. Además, entendemos que la Comunicación sobre la formación de la CEPOL no incluye suficientes contenidos relativos a derechos fundamentales y procesales, máxime teniendo en cuenta cómo se han venido violando de manera sistemática, particularmente en nuestras fronteras, y por ello hemos estado contra ella. Por ambos motivos, hemos votado en contra del informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A Academia Europeia de Polícia (AEP) é a agência responsável pela formação policial. A proposta de regulamento em apreço atualiza a base jurídica da CEPOL, adapta-a às alterações introduzidas pelo Tratado de Lisboa e confia à CEPOL a aplicação dos princípios do novo programa de formação policial, tal como consta da comunicação da Comissão acima referida.

Em diversas ocasiões, o Parlamento Europeu solicitou à Comissão que adaptasse o quadro jurídico da CEPOL ao Tratado de Lisboa e à nova ambição que figura no Programa Europeu de Formação Policial. Uma formação de qualidade para os agentes das autoridades com funções coercivas é essencial para combater a criminalidade transnacional grave e organizada.

O novo quadro jurídico permitirá à CEPOL aplicar melhor o programa de formação policial e servir todos os agentes europeus responsáveis pela aplicação da lei.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Da der Bericht darauf abzielt, die Agentur CEPOL mit finanziellen und rechtlichen Mitteln zu stärken und eine Zusammenlegung der CEPOL und EUROPOL fordert, kann ich diesen Bericht nicht unterstützen.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Mi sono espresso a favore della relazione perché sono convinto dell'importanza di garantire determinati standard di sicurezza all'interno del territorio dell'UE.

Ogni giorno l'ambito della sicurezza propone nuove sfide: è fondamentale perciò dare tutto il supporto possibile alle forze di polizia che sono chiamate quotidianamente a far fronte a queste nuove esigenze. Per una lotta efficiente alla criminalità bisogna abbattere le barriere transfrontaliere e permettere una piena collaborazione tra i funzionari dei vari paesi europei.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Una giusta formazione e uno scambio delle prassi eccellenti tra i paesi europei sono ormai un'esigenza vitale per tutelare e promuovere la sicurezza del cittadino.

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. – In der Abstimmung über diesen Bericht habe ich mich der Stimme enthalten. Der Bericht fordert eine Erhöhung der Kenntnisse über die nationalen Polizeisysteme und -strukturen der Mitgliedstaaten und grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit in der Europäischen Union. Während dies ein nützliches Instrument für die internationale Zusammenarbeit zu sein scheint, ist es in Wirklichkeit ein Sprungbrett für die Einführung von von Brüssel gesteuerter Strafverfolgung, und dies ist eine krasse Verletzung der Kompetenz der Mitgliedstaaten. Die Mitgliedstaaten sind explizit verantwortlich für ihre Strafverfolgungsbehörde. Während der Bericht einige gute Punkte enthält, habe ich mich bei der Schlussabstimmung der Stimme deswegen enthalten.

Jana Žitňanská (ECR), písomne. – Správu týkajúcu sa Európskej policajnej akadémie CEPOL som podporila. Jej hlavným cieľom bolo zmodernizovať právny základ tejto agentúry v súlade so zmenami, ktoré priniesla Lisabonská zmluva. Podľa tejto správy síce hlavná štruktúra, ako aj ciele agentúry CEPOL zostanú nezmenené, ale agentúra sa bude zameriavať viac na úzky počet tém, ktoré súvisia s cezhraničnou spoluprácou v rámci Európskej únie a sú zamerané najmä na vymáhanie práva. Keďže agentúra CEPOL úzko spolupracuje s policajnými akadémiami v jednotlivých členských štátoch, a to napríklad vypracovávaním osnov pre policajné akadémie, organizovaním rôznych školení a seminárov, prípadne výmenných programov príslušníkov, a tým prispieva k ich školeniu a získavaniu nových znalostí a zručností v oblasti boja proti cezhraničnej trestnej činnosti, zachovanie a podporu CEPOLu považujem za dôležité.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. – Esta proposta de regulamento pretende actualizar a base jurídica da CEPOL, adaptando-a às alterações introduzidas pelo Tratado de Lisboa (incluindo o papel do Parlamento Europeu e dos Parlamentos nacionais) e confia à CEPOL a aplicação dos princípios do novo programa de formação policial, tal como consta da comunicação da Comissão. O novo quadro jurídico proposto quer permitir à CEPOL aplicar um programa de formação policial a todos os agentes europeus responsáveis pela aplicação da lei.

Em 27 de Março de 2015, a Comissão avançou com uma proposta de atualização do quadro legal da EUROPOL (European Police Office), onde entre outras alterações propunha já a «fusão» da CEPOL e da EUROPOL de modo a «reunir sinergias entre a operacionalização na aplicação da Lei e a formação de agentes».

Sob o pretexto de «garantir a segurança dos cidadãos europeus», trata-se não mais do que procurar criar condições ao estabelecimento de uma estrutura supranacional de policiamento, fora do controle democrático dos Estados-Membros e portanto à margem das suas Constituições, ou seja, é mais um passo na intenção de federalização da União Europeia, subtraindo a soberania aos Estados-Membros em matérias tão sensíveis para as liberdades e garantias dos indivíduos. Votámos contra.

11.16. Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften (A8-0120/2015 - Renato Soru)

Written explanations of vote

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – La crisis financiera mundial de 2008 puso al descubierto en el sistema financiero importantes lagunas reglamentarias, una supervisión ineficaz, mercados opacos y productos demasiado complejos.

Por eso he votado a favor de este Reglamento sobre la notificación de las operaciones de financiación de valores y su transparencia, ya que mejora la transparencia, regulación y supervisión, particularmente en lo relativo a la información central y la divulgación de estas operaciones, así como los requisitos mínimos para la reutilización de las garantías. Estas operaciones engloban los principales préstamos y acuerdos de recompra de valores, los cuales se intercambian por las entidades y actividades fuera del sistema bancario regular (es decir, el llamado «shadow banking»).

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Nuestro Grupo ha trabajado para añadir algunas mejoras a las propuestas de la Comisión que consideramos especialmente importantes. Entre ellas, su alcance, para que abarque nuevas operaciones financieras en sus definiciones. También hemos aumentado las obligaciones de información para garantizar que toda la información es proporcionada a la autoridad competente.

En este sentido, es importante asegurar que la puesta en marcha de la unión de mercados de capitales no supone una oportunidad para desregular el sector financiero.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que supone el establecimiento de las bases para el desarrollo de nuevas burbujas especulativas que se tratarán de impulsar a través de la futura creación de la Unión del Mercado de Capitales. Este informe, que supone el resultado de los diálogos a tres bandas informales, propone regular la notificación de las transacciones de valores dentro de la UE, facilitando la movilidad de los mismos. Los legisladores parten de la base de que la crisis económica fue generada por la especulación financiera y su falta de financiación de la economía real y, para solucionarlo, proponen una aún mayor financiarización de la economía real, aspirando a cambiar la financiación bancaria de la actividad económica por la introducción de valores para la financiación del tejido productivo. Esto tendrá graves consecuencias en la traslación de la volatilidad de los mercados financieros al tejido productivo, y es por esto por lo que he votado en contra.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφικώς*. – Ψήφισα υπέρ στην εν λόγω έκθεση, καθώς θεωρώ ότι βελτιώνει τη διαφάνεια, τους κανονισμούς και την επίβλεψη σε σχέση με τις συναλλαγές χρηματοδότησης τίτλων που αφορούν κυρίως τον δανεισμό τίτλων και τις συμφωνίες επαναγοράς μεταξύ οντοτήτων και δραστηριότητες εκτός του τακτικού τραπεζικού συστήματος.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le règlement dont il est question ici établit des règles pour rendre transparentes les opérations de financement sur titres, qu'on désigne généralement sous le terme de «shadow banking» et qui correspondent à un phénomène aux contours flous regroupant tout un ensemble d'entités dont les activités d'intermédiation financière sont dites «parallèles». Celles-ci, en effet, n'entrent pas dans le cadre des opérations bancaires traditionnelles. Ces opérations bénéficient ainsi d'une réglementation quasi-inexistante et empruntent des circuits attractifs (peu taxés et impliquant des intérêts élevés) mais dangereux (aucune garantie publique). Elles sont le fait de banques d'investissement, de fonds mutuels, d'assureurs, de fonds de pension ou monétaires, de sociétés de capital-investissement ou encore de fonds spéculatifs.

Une régulation souple de ces activités s'avère absolument nécessaire, notamment depuis la faillite de Lehman Brothers en 2008. En effet, l'opacité des opérations générées par le «shadow banking», en ne permettant pas d'identifier les propriétaires des titres et leur valeur réelle, est en partie responsable de la propagation de la crise aux États-Unis, puis dans le monde par ricochet.

La réglementation européenne qui nous était soumise atténue le risque inhérent à ce type d'activité, notamment en imposant plus de transparence. J'ai donc voté pour.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This will extend the powers of ESMA, including the power to draft Regulatory and Implementing Technical Standards for the Commission to adopt. I note the reference to 'administrative sanctions' including fines of up to 10% of turnover. I further note the power which Article 27 gives to the Commission to adopt delegated acts. For these reasons I voted against.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama didinti vertybinių popierių įsigijimo finansavimo sandorių skaidrumą. 2007-2008 m. kilusi pasaulinė finansų krizė atskleidė pernelyg spekuliatyvią veiklą, svarbių reglamentavimo spragų, taip pat tokių trūkumų, kaip neveiksminga priežiūra, neskaidrios rinkos ir pernelyg sudėtingi produktai finansų sistemoje. Europos Sąjunga ėmėsi įvairių priemonių, kad bankų sistema taptų tvirtesnė ir stabilesnė, įskaitant griežtesnius kapitalo reikalavimus, geresnio valdymo taisykles ir priežiūros bei pertvarkymo režimus. Taip pat labai svarbi pažanga, padaryta kuriant bankų sąjungą. Krizė taip pat atskleidė poreikį didinti skaidrumą ir griežtinti stebėseną ne tik tradiciniame bankų sektoriuje, bet ir tose srityse, kuriose vykdoma ne bankų teikiama kreditavimo veikla, t. y. šešėliniame bankų sektoriuje. Naujosiomis skaidrumo taisyklėmis numatomas reikalavimas teikti visų rinkos dalyvių – ir finansų, ir ne finansų subjektų – sudaromų VPĮFS duomenis, įskaitant informaciją apie pagrindinės užtikrinimo priemonės struktūrą, jei pagrindinė užtikrinimo priemonė gali būti arba buvo panaudota, ir taikomus vertės sumažinimus. Siekiant kuo labiau sumažinti papildomas rinkos dalyvių veiklos sąnaudas, naujosios taisyklės ir standartai turėtų būti pagrįsti esama infrastruktūra ir procedūromis, kurios įdiegtos nebiržinių išvestinių finansinių priemonių srityje.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu ce texte, qui représente une réelle avancée en matière de transparence dans les opérations de financement sur titres. Il actualise les règles européennes sur les services de paiement en réduisant les coûts des factures à payer, en permettant à de nouveaux acteurs du marché d'utiliser des outils mobiles et en ligne pour réaliser des paiements au nom d'un client.

Les règles figurant dans ce dossier visent à rendre les paiements en ligne plus sûrs, en établissant des règles de protection des données et de responsabilité pour tous les fournisseurs de services de paiement en ligne. En 2014, les commissions interbancaires avaient déjà été plafonnées et les coûts supplémentaires interdits pour les cartes des consommateurs conformément au règlement sur les commissions interbancaires multilatérales (CMI) pour les transactions de paiement par carte.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur la transparence des opérations de financement sur titres concerne toutes les transactions qui utilisent des actifs pour générer des moyens de financement. Il s'agit donc d'une part importante de l'activité de «shadow banking» réalisée par des agents économiques n'étant pas sous la contrainte de la législation bancaire. Cette finance de l'ombre est dangereuse, puisqu'elle n'est pas contrôlée et que sa croissance est exponentielle.

Le trilogue de juin dernier a débouché sur un accord autour d'obligations de transparence qui est le bienvenu mais demeure insuffisant. Un simple registre ne suffira pas!! Le rapporteur va plus loin en proposant, par exemple, l'encadrement plus strict de la réutilisation de sûretés, pratique particulièrement nuisible.

J'ai décidé de voter en faveur de ce rapport pour encadrer cette pratique. Je rappelle, à ce titre, que j'ai déposé dernièrement une proposition de résolution sur la limitation des activités du «shadow banking» et qu'il faudra poursuivre les efforts en la matière.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ritengo sia necessario migliorare il controllo e la trasparenza sia nel settore bancario tradizionale sia nei settori di intermediazione creditizia quali quelli delle operazioni di finanziamento tramite titoli. Per tutti questi motivi ho votato a favore di questo provvedimento.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La crisis financiera mundial desatada a partir de 2008 reveló grandes lagunas reglamentarias en el sistema financiero, problemas de supervisión, opacidad en los mercados y productos demasiado complejos. Desde entonces, la UE ha venido adoptando un conjunto de medidas orientadas a erigir un sistema bancario más sólido y estable.

El Reglamento sobre la notificación de las operaciones de financiación de valores y su transparencia viene a sumarse a estas medidas. Con él, se mejora la transparencia, regulación y supervisión de las operaciones de financiación de valores en lo relativo a la información central, la divulgación de dichas operaciones y la notificación a los inversores, y los requisitos mínimos para la reutilización de las garantías, motivos por los que, entre otros, he dado mi apoyo al mismo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria Komisijos pasiūlytam reglamentui dėl vertybinių popierių įsigijimo finansavimo sandorių skaidrumo. Pasaulinė finansų krizė atskleidė pernelyg spekuliatyvią veiklą, svarbių reglamentavimo spragų, taip pat tokių trūkumų, kaip neveiksminga priežiūra, neskaidrios rinkos ir pernelyg sudėtingi produktai finansų sistemoje. Sąjunga ėmėsi įvairių priemonių, kad bankų sistema taptų tvirtesnė ir stabilesnė, įskaitant griežtesnius kapitalo reikalavimus, geresnio valdymo taisykles ir priežiūros bei pertvarkymo režimus. Parlamentas ragina nepamiršti, kad pagrindinė finansų sektoriaus funkcija turėtų būti kapitalo nukreipimas į realiąją ekonomiką, kad būtų finansuojama ji, o ne turto spekuliacijos. Vykdydamos veiklą kovos su šešėline bankininkyste srityje, Finansinio stabilumo taryba ir Europos sisteminės rizikos valdyba nustatė vertybinių popierių įsigijimo finansavimo sandorių (VPİFS) keliamą riziką. Visų pirma nepakankamas skaidrumas naudojant VPİFS neleido reguliavimo bei priežiūros institucijoms ir investuotojams teisingai įvertinti ir stebėti rizikos, panašios į bankinę riziką, ir tarpusavio sąsajų finansų sistemoje laikotarpiu prieš ir per finansų krizę. Todėl šiame reglamente numatytais naujomis skaidrumo taisyklėmis numatomas reikalavimas teikti visų rinkos dalyvių – ir finansų, ir ne finansų subjektų – sudaromų VPİFS duomenis, įskaitant informaciją apie pagrindinės užtikrinimo priemonės struktūrą, jei pagrindinė užtikrinimo priemonė gali būti arba buvo panaudota, ir taikomus vertės sumažinimus.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Podržavam ovo izvješće kao i napore da transakcija vrijednosnih papira bude još transparentnija i s još većom kontrolom nego do sada. U ovom izvješću istaknut je niz mjera koje bi trebale dodatno poboljšati transparentnost u transakciji vrijednosnih papira, od proširenja opsega uredbe, obveze izvješćivanja itd.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* – Ca urmare a crizei financiare mondiale, izbucnită în perioada 2007-2008, au ieșit la suprafață activități speculative excesive, lacune grave în materie de reglementare, un cadru de supraveghere ineficace, piețe opace și unele produse mult prea complicate în sistemul financiar.

În acest context, Uniunea Europeană a adoptat o serie de măsuri pentru a consolida și a stabiliza sistemul bancar. Mai mult, Uniunea dorește să consolideze cerințele de capital, normele cu privire la îmbunătățirea guvernanței și a măsurilor privind regimurile de supraveghere și de rezoluție bancară.

Am votat în favoarea Propunerii de Regulament al Parlamentului European și al Consiliului privind raportarea și transparența operațiunilor de finanțare prin instrumente financiare, deoarece este nevoie de o îmbunătățire a transparenței în acest sens și a monitorizării, prin respectarea drepturilor fundamentale și principiilor recunoscute în Carta drepturilor fundamentale UE, în special a dreptului la protecția datelor cu caracter personal și la respectarea vieții private și de familie.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto.* – Voto favorevole.

Il presente regolamento stabilisce norme in materia di trasparenza delle operazioni di finanziamento tramite titoli (SFT) e di riutilizzo. Viene istituito un obbligo di segnalazione e salvaguardia per quanto riguarda le SFT; i repertori di dati sulle negoziazioni si registrano presso l'ESMA. Qualsiasi diritto delle controparti al riutilizzo di strumenti finanziari ricevuti come garanzie reali è subordinato quantomeno alle condizioni stabilite dal presente regolamento (gli emendamenti ENF chiedono il divieto di riutilizzo). La Commissione può adottare atti di esecuzione sull'equivalenza e riconoscimento dei repertori di dati sulle negoziazioni con riguardo a un paese terzo.

Per le violazioni sono previste sanzioni amministrative, qualora uno Stato membro non preveda piuttosto sanzioni penali. Questo provvedimento si inserisce nel quadro delle misure adottate dopo la crisi finanziaria del 2007-2008 per colmare le lacune normative nel sistema finanziario e rimediare all'inefficienza della vigilanza, all'opacità dei mercati e all'eccessiva complessità dei prodotti finanziari. La crisi ha evidenziato la necessità di migliorare la trasparenza e il controllo non solo nel settore bancario tradizionale, ma anche in settori in cui si svolge un'intermediazione creditizia analoga a quella bancaria, nota come «sistema bancario ombra».

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito.* – La crisis financiera mundial de 2008 puso al descubierto en el sistema financiero importantes lagunas reglamentarias, una supervisión ineficaz, mercados opacos y productos demasiado complejos.

Por eso he votado a favor de este Reglamento sobre la notificación de las operaciones de financiación de valores y su transparencia, ya que mejora la transparencia, regulación y supervisión, particularmente en lo relativo a la información central y la divulgación de estas operaciones, así como los requisitos mínimos para la reutilización de las garantías. Estas operaciones engloban los principales préstamos y acuerdos de recompra de valores, los cuales se intercambian por las entidades y actividades fuera del sistema bancario regular (es decir, el llamado «shadow banking»).

Nuestro Grupo ha trabajado para añadir algunas mejoras a las propuestas de la Comisión que consideramos especialmente importantes. Entre ellas, su alcance, para que abarque nuevas operaciones financieras en sus definiciones. También hemos aumentado las obligaciones de información para garantizar que toda la información es proporcionada a la autoridad competente.

En este sentido, es importante asegurar que la puesta en marcha de la unión de mercados de capitales no supone una oportunidad para desregular el sector financiero.

Alain Cadec (PPE), *par écrit.* – Le règlement sur les opérations de financement sur titres fait partie d'un ensemble de mesures législatives proposé par la Commission ayant pour objectif de créer une plus grande transparence dans le système bancaire parallèle. Le système bancaire parallèle, ou «shadow banking», constitue l'ensemble des activités et des acteurs contribuant au financement non bancaire de l'économie. Comme toutes les réglementations sur le système bancaire parallèle, celle-ci est mise en place pour créer des règles équivalentes à celles auxquelles les banques sont soumises pour éviter le transfert des opérations financières du système bancaire traditionnel, très réglementé depuis la crise, vers le système bancaire parallèle.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Les opérations de financement sur titres constituent un moyen de financement rapide et nécessaire de l'économie réelle. Cependant, sans une réglementation en vue d'une transparence accrue, elles peuvent mener à une déstabilisation du marché financier, comme en 2008. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sulla segnalazione e la trasparenza delle operazioni di finanziamento tramite titoli.

È noto che le crisi finanziarie hanno causato il proliferare di attività speculative che hanno sfruttato lacune normative nel sistema, inefficacia della vigilanza, opacità dei mercati ed eccessiva complessità dei prodotti. È nato il cosiddetto «sistema bancario ombra» che tende a sfuggire al controllo degli organismi preposti nel settore bancario tradizionale e può avere il rischio concreto di far ripetere altre gravi crisi finanziarie.

Vi è quindi la necessità di migliorare trasparenza ed informazione, al fine di limitare, entro limiti fisiologici e strumentali al mercato dei capitali, l'accumulo di leva finanziaria. La normativa in oggetto persegue quindi l'obiettivo di accrescere la trasparenza delle operazioni di finanziamento tramite titoli, con segnalazione efficiente sui dati sulle negoziazioni.

Gli effetti avversati sono infatti molto gravi per il proliferare delle operazioni nel settore dei derivati OTC (*over the counter*). Come indicato nella relazione, concordo sull'opportunità della segnalazione delle informazioni sulle operazioni di finanziamento concluse da ogni operatore, entità finanziarie o non finanziarie, e ho quindi votato a favore del testo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This report was concerned with securities financing in relation to the lending of securities (e.g. stocks, bonds, asset-backed securities etc.) in return for cash. Typical transactions are repos, reverse repos, buy-sell back transactions or sell-buyback transactions and collateral swaps, which are all used by most banks in order to increase liquidity in the market.

These financial instruments pose a major threat to financial stability. In the wake of the financial crisis, the EU has to some extent tried to reform the regular banking sector. As a result of the 'tougher' regulation of banks, it is safe to assume that banks will try to shift their financial activities such as securities financing transactions (SFTs) to the shadow banking sector, as it is basically non-regulated (shadow banks are credit institutions like Lehman Brothers that operate outside the regular banking sector).

This regulation seeks to prevent a migration to shadow banking by increasing transparency and reporting on SFTs outside the normal banking sector.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report which highlights the need to improve transparency in the traditional bank sector and non-bank credit activities following the global financial crisis of 2008.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – In Commissione ECON abbiamo sostenuto un approccio volto a rafforzare i requisiti di trasparenza. In particolare abbiamo chiesto di eliminare tutte le esenzioni per le banche e tutti i soggetti coinvolti in questo tipo di transazioni, di aumentare gli obblighi informativi, di rimuovere il segreto professionale e di imporre sanzioni più severe.

Abbiamo, inoltre, chiesto che fosse introdotto nel regolamento il divieto di riuso, ossia divieto di rimpegnare titoli offerti in garanzia come collateral a fronte di una nuova operazione di finanziamento tramite titoli al fine di evitare la creazione di catene di collateral e contenere i rischi di contagio e l'applicazione di margini di garanzia minimi obbligatori (*haircuts*) sui collateral pari al 6% al fine di ridurre l'eccesso di effetto leva e limitare il rischio contagio delle operazioni.

I nostri miglioramenti non sono stati inclusi nel testo finale ulteriormente indebolito durante i triloghi con il Consiglio e la Commissione sul fronte delle esenzioni, sugli obblighi di informativa e sulle sanzioni. Ho quindi votato contro.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η Παγκόσμια Χρηματοπιστωτική Κρίση που ξέσπασε τη περίοδο 2007-2008 έφερε στο φως πολλές κερδοσκοπικές δραστηριότητες, σημαντικά ρυθμιστικά κενά, αναποτελεσματική εποπτεία, αδιαφανείς αγορές και υπερβολικά πολύπλοκα προϊόντα στο χρηματοπιστωτικό σύστημα. Έτσι, η Ένωση έχει εγκρίνει μια σειρά μέτρων προκειμένου να καταστεί το τραπεζικό σύστημα πιο ισχυρό και πιο σταθερό, μεταξύ άλλων με την ενίσχυση των κεφαλαιακών απαιτήσεων με κανόνες για τη βελτιωμένη της διακυβέρνηση και εποπτεία και με καθεστώτα εξυγίανσης.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione perché ricordo che la crisi finanziaria mondiale scoppiata tra il 2007 e il 2008 ha evidenziato la scarsa prudenza nel sistema finanziario. L'Unione ha già adottato una serie di misure per accrescere la solidità e la stabilità del sistema bancario, e occorre segnalare che le operazioni di finanziamento tramite titoli sono utilizzate da altre controparti finanziarie, ad esempio gli enti creditizi, e da controparti non finanziarie, e creano rischi specifici per i soggetti che detengono azioni o sono clienti di tali controparti. Gli enti creditizi dovrebbero pertanto comunicare le loro operazioni di finanziamento tramite titoli.

Al fine di garantire un quadro normativo efficiente per il sistema bancario ombra, i progressi compiuti nell'introduzione e nell'applicazione di obblighi coerenti a livello internazionale continuano a essere fondamentali: è opportuno che la Commissione presenti relazioni periodiche al Parlamento europeo e al Consiglio in vista di un rafforzamento della vigilanza e della regolamentazione del sistema bancario ombra e, pertanto, che illustri lo stato di avanzamento delle misure adottate dall'Unione e dalle principali giurisdizioni dei paesi terzi.

Lara Comi (PPE), per iscritto. – Con la crisi finanziaria mondiale si è acuita la percezione di un eccesso di attività speculative, delle gravi lacune normative del sistema finanziario, dell'inefficacia degli attuali strumenti di vigilanza e dell'influenza negativa sull'economia del cosiddetto «sistema bancario ombra». La crisi ha quindi evidenziato la necessità di migliorare la trasparenza e il controllo delle operazioni finanziarie tramite titoli.

La mancanza di trasparenza e di norme armonizzate in materia fiscale tra gli Stati membri ha finora causato alle autorità nazionali di regolamentazione e vigilanza notevoli difficoltà nella valutazione e nella comprensione dei rischi reali che i singoli operatori pongono al sistema.

Approvo la relazione perché le nuove norme proposte per il regolamento in esame prevedono la segnalazione delle informazioni sulle operazioni finanziarie concluse da tutti i partecipanti al mercato. Le informazioni sui rischi saranno accessibili tramite le autorità europee e nazionali competenti.

Il regolamento è uno strumento legislativo essenziale perché mira a rafforzare la stabilità finanziaria nell'Unione europea, aumentando la trasparenza di alcune attività di mercato e introducendo regole nelle operazioni di finanziamento, che garantiscano un quadro normativo efficiente per l'intero sistema bancario.

Ignazio Corrao (EFDD), per iscritto. – La proposta è stata presentata lo scorso anno dalla Commissione europea insieme alla più nota *Bank Structural Reform* per evitare che le attività bancarie si spostassero dal sistema tradizionale al sistema bancario ombra, in quanto meno regolamentato.

Il pacchetto doveva rappresentare l'ultimo tassello dell'agenda di riforma del sistema finanziario dopo la crisi finanziaria del 2008, ma all'atto pratico la proposta non ha introdotto nessuna vera regolamentazione. Del resto la Commissione ha ampiamente dimostrato di non avere alcuna intenzione di regolare lo *shadow banking*. Al contrario oggi lo sta promuovendo con la proposta di creare la *Capital Markets Union*.

Dopo aver supportato in commissione ECON un approccio volto a rafforzare i requisiti di trasparenza e dopo aver proposto degli emendamenti (i quali non sono stati inclusi all'interno del testo di compromesso) che prevedevano l'eliminazione di tutte le esenzioni per le banche e tutti i soggetti coinvolti in questo tipo di transazioni, di aumentare gli obblighi di informativa, di imporre sanzioni più severe, regolamento sul divieto di riuso e applicazione di margini di garanzia minimi obbligatori sui collateral pari al 6% al fine di ridurre l'eccesso di effetto leva e limitare il rischio contagio delle operazioni.

Per questo ritengo opportuno votare sfavorevole.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que supone el establecimiento de las bases para el desarrollo de nuevas burbujas especulativas que se tratarán de impulsar a través de la futura creación de la Unión del Mercado de Capitales. Este informe, que supone el resultado de los diálogos a tres bandas informales, propone regular la notificación de las transacciones de valores dentro de la UE, facilitando la movilidad de los mismos. Los legisladores parten de la base de que la crisis económica fue generada por la especulación financiera y su falta de financiación de la economía real y, para solucionarlo, proponen una aún mayor financiarización de la economía real, aspirando a cambiar la financiación bancaria de la actividad económica por la introducción de valores para la financiación del tejido productivo. Esto tendrá graves consecuencias en la traslación de la volatilidad de los mercados financieros al tejido productivo, y es por esto por lo que he votado en contra.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the legislative resolutions aiming at improving the transparency, regulation and supervision of the Securities Financing Transaction Regulation in central reporting. It aims also at disclosure of SFTs and also the reuse to investors and minimum requirements for reuse of collateral. I am in favour of the fact that the scope of the regulation was extended whereas SMEs were exempted from the regulation.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif vise à améliorer la stabilité financière de l'Union, en renforçant la transparence dans certaines activités de marché, notamment dans les opérations de financement sur titres. Les opérations de financement sur titres correspondent à l'emprunt, à la vente ou au prêt de titres afin de créer des liquidités, de faciliter le financement ou simplement de révéler leur valeur. La crise financière de 2008 a en effet mis en évidence les failles du système de réglementation financière et la nécessité d'accroître la transparence et la surveillance du secteur bancaire traditionnel et des établissements de crédits non bancaires. Le rapport propose notamment que la manière dont les fonds d'investissement utilisent les opérations de financement soit divulguée aux investisseurs et au public. Considérant que la transparence fait partie des mesures clés en vue de réformer le secteur financier, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Philippe De Backer (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it creates more financial stability in an important market, but without unnecessarily disturbing the market and its stakeholders. With this regulation we are transferring the SFT market into a better regulated framework. The proposed regulation delivers binding transparency and reporting requirements in 3 key areas; firstly all SFT transactions will have to be reported to supervisors so that they can monitor systemic risk. Secondly we have ensured transparency towards investors so that they can make transparent investment decisions. And thirdly assets can only be reused within certain parameters and with prior consent. In essence, we have created transparency towards supervisors and investors with a minimal burden for all stakeholders.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – L'eccesso di attività speculative nei mercati finanziari europei, la complessità dei prodotti scambiati e la mancanza di un quadro normativo adeguato sono state alcune delle principali cause della crisi finanziaria del 2008. La relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sulla segnalazione e la trasparenza delle operazioni di finanziamento tramite titoli costruisce un argine a questi problemi mediante un importante lavoro di sintesi tra le principali discipline presenti in questo settore a livello europeo.

In particolare, si innalzano gli standard europei nel sistema bancario ombra, che è stato un amplificatore della crisi finanziaria attraverso il propagarsi di prodotti tossici nei mercati finanziari nazionali. Un altro elemento di significativa importanza è la maggiore cooperazione tra le autorità presenti a livello europeo nella vigilanza dei mercati finanziari, ad esempio le banche centrali del sistema europeo e le autorità competenti.

Pertanto, questo testo aggiunge un fondamentale tassello a quel quadro normativo, di cui l'Unione europea si sta dotando sia per vigilare in maniera più attenta sui mercati sia per ridare centralità al tessuto economico nei mercati finanziari.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur la transparence des opérations de financement sur titres constitue une approche intéressante.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

En proposant une obligation de transparence et de déclaration des opérations dans un référentiel central et en forçant les sociétés cotées ayant recours à ce type d'opérations à informer leurs investisseurs, il va dans la bonne direction.

Cependant, ce rapport n'est qu'une version édulcorée des précédentes versions. Alors que le rapport Soru encadrait strictement la réutilisation de sûretés et que la directive sur la réforme structurelle du secteur bancaire proposait de séparer les activités bancaires spéculatives et risquées, cette dernière version a abandonné ces points importants.

Constatant néanmoins que ce rapport propose des réglementations bienvenues sur ce secteur trop peu surveillé, j'ai voté pour.

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – I voted in favour of the Soru report in support of improving transparency and monitoring securities financing transactions, in line with international measures. This legislation is in line with the international work in this area and introduces a reporting requirement for Securities Financing Transactions (SFTs), re-hypothecation and securities.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Η αύξηση της διαφάνειας των αγορών χρηματοδότησης τίτλων είναι σημαντική για τη διασφάλιση ισοδύναμων συνθηκών ανταγωνισμού.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O presente regulamento responde à necessidade de reforçar a transparência dos mercados de financiamento através dos valores mobiliários e, por conseguinte, do sistema financeiro. A fim de assegurar a igualdade das condições de concorrência e a convergência internacional, o presente regulamento segue as recomendações formuladas pelo CEF.

Institui um quadro a nível da União ao abrigo do qual informações sobre as OFVM podem ser prestadas de forma eficiente aos repositórios de transações e aos investidores. Por conseguinte, as autoridades de regulamentação e supervisão poderão vir a confrontar-se com uma menor transparência no que se refere a essas atividades, impedindo as mesmas de obter uma panorâmica adequada dos riscos associados às operações de financiamento através de valores mobiliários. Tal apenas agravaria as ligações já sobejamente comprovadas entre o setor bancário regulamentado e o sistema bancário paralelo em determinados mercados.

Jonás Fernández (S&D), *por escrito*. – La crisis financiera mundial de 2008 puso al descubierto en el sistema financiero importantes lagunas reglamentarias, una supervisión ineficaz, mercados opacos y productos demasiado complejos.

Por eso he votado a favor de este Reglamento sobre la notificación de las operaciones de financiación de valores y su transparencia, ya que mejora la transparencia, regulación y supervisión, particularmente en lo relativo a la información central, la divulgación de estas operaciones, así como los requisitos mínimos para la reutilización de las garantías. Estas operaciones engloban los principales préstamos y acuerdos de recompra de valores, los cuales se intercambian por las entidades y actividades fuera del sistema bancario regular (es decir, el llamado *shadow banking*).

Nuestro Grupo ha trabajado para añadir algunas mejoras a las propuestas de la Comisión, que consideramos especialmente importantes. Entre ellas, su alcance, para que abarque nuevas operaciones financieras en su definición. También hemos aumentado las obligaciones de información para garantizar que toda la información es proporcionada a la autoridad competente.

En este sentido, es importante asegurar que la puesta en marcha de la Unión de Mercados de Capitales no suponga una oportunidad para desregular el sector financiero.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O objetivo enunciado desta proposta de regulamento é aumentar a transparência e a monitorização das atividades financeiras fora do setor bancário tradicional, i.e., o setor bancário paralelo («sombra»).

Foi este tipo de produtos financeiros que esteve por detrás da falência do Lehman Brothers e, por conseguinte, da crise financeira 2007/2008. Não foi por falta de transparência ou de notificação que a crise foi despoletada, mas sim pela própria característica dos «produtos». Por outro lado, todas as alterações que desde então foram feitas à legislação para incrementar o nível de regulamentação, ou que ainda estão na calha, continuarão sempre a ser insuficientes. A solução passa pela proibição das operações de financiamento através de valores mobiliários.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Dever-se-ia: ou proibir os bancos comerciais de vender os créditos que concedem às empresas e particulares (a possibilidade de venda do crédito leva a menor vigor na análise de risco e, por outro lado, quem concede o crédito é quem melhor conhece o risco implícito – com vendas sucessivas, a informação vai-se perdendo); ou proibir a titularização do crédito (a classificação pós-titularização é feita pelas agências de notação, às quais os bancos de investimento pagam as «boas classificações»). E, em qualquer caso, dever-se-ia promover uma separação da banca comercial da banca de investimento.

Votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against as not enough transparency guaranteed.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Η αύξηση της διαφάνειας των αγορών χρηματοδότησης τίτλων είναι σημαντική για τη διασφάλιση ισοδύναμων συνθηκών ανταγωνισμού, γι' αυτό υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την υποβολή εκθέσεων και τη διαφάνεια σε σχέση με τις συναλλαγές χρηματοδότησης τίτλων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I would like to congratulate the rapporteur on the outcome of the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on reporting and transparency of securities financing transactions, building up transparency, regulation and supervision of SFT in central reporting.

I would like to express my strong support for the following additions to the original Commission proposal: first of all, the extension of the regulation's objective by including new financial operations within the range of SFTs and requiring reports of transactions from all the entities engaged in SFTs with exception of SMEs and ESCB; secondly, the reporting obligations of information to the competent authority as soon as it is possible; thirdly, the preparation of a report from the Commission on the introduction of a haircuts framework that includes also developments at international level and in particular the ongoing work of the Financial Stability Board on this subject; last but not least, the granting of a phased implementation of the SFT regulation by type of counterparty, linking it to the finalisation of Level 2 measures.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, ugyanis a globális pénzügyi válság túlzott mértékű spekulációs tevékenységet, jelentős szabályozási hiányosságokat és felügyeleti hatékonysági problémákat hozott felszínre a piacok átláthatatlanságával és a túlságosan összetett termékekkel jellemzett pénzügyi rendszerben. A válság rávilágított arra is, hogy nemcsak a hagyományos bankszektorban van szükség az átláthatóság és az ellenőrzés fokozására, hanem a nem banki hitelezési tevékenységeket végző úgynevezett árnyékbankok területén is, amelyek aránya riasztó mértéket öltött, és immár a szabályozott bankrendszer mintegy felét képviseli.

A fentiek tükrében az ismétlődő jelentős pénzügyi válság megelőzése érdekében megoldást kell találni a pénzügyi rendszerben túlzott mértékben alkalmazott tőkeáttételre, különösen, ha ez a túlzott mérték az árnyékbanki tevékenységek fokozódásához vezet. Fontos emlékeztetni arra, hogy a pénzügyi ágazat elsődleges feladata nem az eszközökkel való spekuláció, hanem a termelő gazdaság finanszírozásához szükséges tőke biztosítása.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor ante la constatación, tras la crisis financiera mundial de 2007 y 2008, de que existen importantes lagunas reglamentarias en el sistema financiero. La UE ya ha adoptado una serie de medidas para hacer que el sistema bancario sea más sólido y estable. Sin embargo, la crisis ha puesto de manifiesto la necesidad de mejorar la transparencia y la supervisión, no solo en el sector bancario tradicional, sino también en ámbitos en los que entidades no bancarias desarrollan actividades crediticias. Es importante recordar que la función primordial del sector financiero debe ser dirigir el capital hacia la financiación de la economía productiva, y no la especulación de activos, por lo que debemos legislar en consonancia.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – La crisis financiera mundial de 2008 puso al descubierto en el sistema financiero importantes lagunas reglamentarias, una supervisión ineficaz, mercados opacos y productos demasiado complejos.

Por eso he votado a favor de este Reglamento sobre la notificación de las operaciones de financiación de valores y su transparencia, ya que mejora la transparencia, regulación y supervisión, particularmente en lo relativo a la información central y la divulgación de estas operaciones, así como los requisitos mínimos para la reutilización de las garantías. Estas operaciones engloban los principales préstamos y acuerdos de recompra de valores, los cuales se intercambian por las entidades y actividades fuera del sistema bancario regular (es decir, el llamado «shadow banking»).

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Nuestro Grupo ha trabajado para añadir algunas mejoras a las propuestas de la Comisión que consideramos especialmente importantes. Entre ellas, su alcance, para que abarque nuevas operaciones financieras en sus definiciones. También hemos aumentado las obligaciones de información para garantizar que toda la información es proporcionada a la autoridad competente.

En este sentido, es importante asegurar que la puesta en marcha de la Unión de Mercados de Capitales no supone una oportunidad para desregular el sector financiero.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – La crisis financiera mundial de 2008 puso al descubierto en el sistema financiero importantes lagunas reglamentarias, una supervisión ineficaz, mercados opacos y productos demasiado complejos.

Por eso he votado a favor de este Reglamento sobre la notificación de las operaciones de financiación de valores y su transparencia, ya que mejora la transparencia, regulación y supervisión, particularmente en lo relativo a la información central y la divulgación de estas operaciones, así como los requisitos mínimos para la reutilización de las garantías. Estas operaciones engloban los principales préstamos y acuerdos de recompra de valores, los cuales se intercambian por las entidades y actividades fuera del sistema bancario regular (es decir, el llamado «shadow banking»).

Nuestro Grupo ha trabajado para añadir algunas mejoras a las propuestas de la Comisión que consideramos especialmente importantes. Entre ellas, su alcance, para que abarque nuevas operaciones financieras en sus definiciones. También hemos aumentado las obligaciones de información para garantizar que toda la información es proporcionada a la autoridad competente.

En este sentido, es importante asegurar que la puesta en marcha de la Unión de Mercados de Capitales no supone una oportunidad para desregular el sector financiero.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE che sancisce l'accordo fra Consiglio e PE, relativo al regolamento sulle operazioni finanziarie in titoli (*securities financing transactions* in inglese), perché queste operazioni giocano un ruolo significativo nel settore finanziario e assicurano liquidità al mercato secondario del debito, e contribuiscono a un'efficiente allocazione e ad un miglior impiego del capitale.

Condivido, pertanto, la necessità di questo nuovo pezzo di legislazione finanziaria settoriale, che entrerà in vigore prossimamente, perché, nella prospettiva della creazione dell'Unione dei mercati di capitali (UMC), essa contribuisce fin d'ora in modo significativo ad accrescere la trasparenza e la sicurezza dei mercati finanziari, garantendo nel contempo la necessaria liquidità di questo mercato, importante ai fini del finanziamento e dell'impiego della liquidità.

La nuova regolamentazione intende conseguire obiettivi precisi: l'obbligo di segnalazione ad un repertorio di dati di tutte le transazioni in titoli, che consentirà di conoscere le dimensioni e il legame fra il sistema bancario tradizionale e il sistema bancario ombra (*shadow banking*) allorché quando pongono in essere operazioni in titoli, accrescere la trasparenza fra fondi di investimento operanti nello *shadow banking* e gli investitori, e infine una regolamentazione più approfondita delle operazioni di riuso o di re-ipoteca dei titoli.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht „Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften“ gestimmt, da ich mehr Ehrlichkeit und Transparenz in diesem Bereich ausdrücklich begrüße. Grundlage und Leitfaden ist für mich das traditionelle Prinzip des „ehrbaren Kaufmanns“ (*honourable merchant*), dem wir eine neue, europäische Dimension verleihen müssen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Es ist wichtig, die richtigen Rückschlüsse aus der Finanzkrise im Jahr 2007-2008 zu ziehen. Auslösende Faktoren wie übermäßige Spekulationen und unwirksame Aufsichten haben unter anderem zu dieser Krise geführt. Deshalb habe ich dafür gestimmt, dass es zukünftig mehr Transparenz im Rahmen der Wertpapierfinanzierungsgeschäfte gibt, um einen besseren Schutz durch eine frühzeitige Reaktion gewährleisten zu können.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which will ensure that securities financing transactions will be more transparent in the future. The underlying reason for the securities financing transactions report is to make our banking system safer, increase transparency and improve supervision.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

These instruments play a significant role in the financial sector in that they ensure liquidity in the secondary debt market, contribute to an efficient settlement and allow for better employment of capital. This agreement not only strengthens the reporting obligation, it also improves the collection of data on the transactions, enabling better monitoring of risk concentrations and identifying counterparty exposures.

It is important we do not focus merely on regulating the banking sector but also tackle other means through which highly risky activities continue within our financial services sector. This is critical for the success of the capital markets union.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – La crisis económica y financiera que se inició en 2008 ha puesto al descubierto una serie de deficiencias en el sistema financiero, como importantes lagunas reglamentarias, una supervisión ineficaz y productos demasiado complejos. Es necesario corregir algunas de las deficiencias observadas. Por ello, apoyo este Reglamento, que busca aumentar la transparencia de las operaciones de financiación de valores, cuya opacidad ha impedido en el pasado que las autoridades de regulación y supervisión, al igual que los inversores, evaluaran y controlaran correctamente los correspondientes riesgos.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla relazione sulla trasparenza delle operazioni di finanziamento tramite titoli. L'adozione di questo regolamento, che propone misure finalizzate a evitare un eccesso di leva finanziaria e norme in materia di trasparenza delle operazioni di finanziamento, è ad oggi una misura necessaria. La crisi che ancora stiamo vivendo è scoppiata a causa di speculazioni finanziarie e di gravi lacune normative. Non possiamo più pretermetterci carenze legislative in un settore come quello finanziario che dovrebbe destinare capitali al finanziamento all'economia produttiva e non all'attività speculativa.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe, pues si bien compartimos el objetivo de mejorar la transparencia de las transacciones financieras, estimamos que el resultado final del texto es un avance tan leve que, a fin de cuentas, supone mantener la situación de opacidad que favorece la banca en la sombra y la especulación financiera.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the report on Transparency of securities financing transactions because making lending and re-use of securities more transparent to foster financial stability without putting an additional administrative burden on the management of funds is necessary for channelling money into the real economy.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – La crisis financiera mundial de 2008 puso al descubierto en el sistema financiero importantes lagunas reglamentarias, una supervisión ineficaz, mercados opacos y productos demasiado complejos.

Por eso he votado a favor de este Reglamento sobre la notificación de las operaciones de financiación de valores y su transparencia, ya que mejora la transparencia, regulación y supervisión, particularmente en lo relativo a la información central y la divulgación de estas operaciones, así como los requisitos mínimos para la reutilización de las garantías. Estas operaciones engloban los principales préstamos y acuerdos de recompra de valores, los cuales se intercambian por las entidades y actividades fuera del sistema bancario regular (es decir, el llamado «shadow banking»).

Nuestro Grupo ha trabajado para añadir algunas mejoras a las propuestas de la Comisión que consideramos especialmente importantes. Entre ellas, su alcance, para que abarque nuevas operaciones financieras en sus definiciones. También hemos aumentado las obligaciones de información para garantizar que toda la información es proporcionada a la autoridad competente.

En este sentido, es importante asegurar que la puesta en marcha de la Unión de Mercados de Capitales no supone una oportunidad para desregular el sector financiero.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report as it aims to enhance financial stability in the EU by increasing the transparency of certain market activities, such as securities financing transactions (SFTs), re-hypothecation and other financing structures having an equivalent economic effect to SFTs. The global financial crisis highlighted the need to improve transparency and monitoring, not only in the traditional banking sector but also in areas where non-bank credit activities take place, so-called 'shadow banking'.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izvješćivanju i transparentnosti transakcija financiranja vrijednosnih papira, s obzirom da se podržava postignut sporazum na trijalogu, te prijedlog ima za cilj jačanje financijske stabilnosti u EU-u kroz povećanje transparentnosti u vezi raznih bankarskih aktivnosti, kao npr. transakcijama financiranja vrijednosnih papira, uključujući repo transakcije, pozajmljivanje vrijednosnih papira ili robe drugoj ugovornoj strani, pozajmljivanje vrijednosnih papira ili robe od druge ugovorne strane, transakcije koje uključuju kupnju vrijednosnog papira i njegovu ponovnu prodaju (buy-sell back) ili transakcije koje uključuju prodaju vrijednosnog papira i njegovu ponovnu kupnju (sell-back) te kolateralne transakcije zamjene. Omogućuje se stvaranje financijske poluge, procikličnosti i međusobne povezanosti na financijskim tržištima.

Glavna funkcija financijskog sektora trebala bi biti usmjeravanje kapitala na financiranje proizvodnog gospodarstva, a ne na špekulacije imovinom. Kroz ovaj zakonodavni okvir postiže se transparentnije kreiranje kreditiranja i ponovno korištenje vrijednosnih papira, potiče financijska stabilnost bez dodatnog administrativnog tereta pri upravljanju fondovima potrebnih za usmjeravanje novca u realno gospodarstvo.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Ce texte établit des règles pour rendre transparentes les opérations de financement sur titres, qu'on désigne généralement sous le terme de «shadow banking».

Le «shadow banking» désigne un phénomène aux contours flous regroupant tout un ensemble d'entités dont les activités d'intermédiation financière sont dites «parallèles». Celles-ci, en effet, n'entrent pas dans le cadre des opérations bancaires traditionnelles. Ces opérations bénéficient ainsi d'une réglementation quasi-inexistante et empruntent des circuits attractifs (peu, voire pas du tout taxés et d'intérêts élevés) mais dangereux (aucune garantie publique). Elles sont le fait de banques d'investissement, de fonds mutuels, d'assureurs, de fonds de pension ou monétaires, de sociétés de capital-investissement ou encore de fonds spéculatifs.

Une réglementation souple de ces activités s'avère absolument nécessaire, notamment depuis la faillite de Lehman Brothers en 2008. En effet, l'opacité des opérations générées par le «shadow banking», en ne permettant pas d'identifier les propriétaires des titres et leur valeur réelle, est en partie responsable de la propagation de la crise aux États-Unis, puis dans le monde par ricochet.

La réglementation européenne que nous avons votée atténue le risque inhérent à ce type d'activité, notamment en imposant plus de transparence.

J'ai voté pour.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Renato Soru sur la transparence des opérations de financement sur titres. Ce rapport s'intègre dans la volonté de réglementer le système bancaire parallèle. En effet, si les opérations de financement sur titres contribuent à la liquidité du marché et permettent aux banques centrales de se refinancer, elles peuvent mener, sans régulation, à de fortes déstabilisations du marché, comme nous l'avons vu en 2008. Ce texte veut donc pallier ces effets négatifs en créant des règles équivalentes à celles auxquelles les banques sont soumises.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Der vorliegende Bericht sieht vor, dass Finanzmärkte besser überwacht werden, ohne auf für die Real- und Finanzwirtschaft notwendige Instrumente verzichten zu müssen. Die Abänderungen, die insgesamt angenommen wurden, erlauben gute Übersichts- und Transparenzmaßnahmen. Ich stimme diesem Bericht deshalb zu.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* – I voted in favour of the report, as it aims to make the financial sector more transparent and more stable. It is crucial that we managed to increase the transparency of these transactions by strengthening the reporting obligations and the supervisory role and at the same time by reducing double reporting.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente questa proposta di regolamento. Credo che il suddetto provvedimento sia idoneo a raggiungere l'obiettivo che questo Parlamento si è preposto con esso: dare un contributo a rafforzare la stabilità finanziaria dell'Unione. Infatti, il regolamento oggi approvato introduce importanti norme in tema di trasparenza finanziaria per determinate operazioni di finanziamento, e nello specifico, per il finanziamento tramite titoli.

Ho dato il mio parere positivo ritenendo che la norma tuteli, in primis, i piccoli investitori – ovvero i cittadini – che necessitano, in materia di investimento, di un quadro normativo in grado di assicurare loro massima trasparenza nelle operazioni di finanziamento.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur la transparence des opérations de financement sur titres. Il s'agit d'une partie importante des activités de crédit non bancaire. Cette finance parallèle est dangereuse à bien des égards: par les montants colossaux qu'elle représente, par son opacité, par le recours excessif à l'effet de levier, par la diffusion du risque à une chaîne d'investisseurs mal identifiés, etc.

Le trilogue conclu le 17 juin 2015 a dégagé un accord autour d'obligations de transparence et de déclaration de ces opérations à un référentiel central. Pour les sociétés cotées ayant recours à ces opérations, il sera en outre nécessaire d'informer les investisseurs. Il constitue donc un pas dans la bonne direction. Néanmoins, il reste insuffisant.

Le rapport initial encadrait assez strictement, par exemple, la réutilisation de sûretés, alors que la version qui est soumise au vote est moins contraignante. Je considère que ces opérations devraient être purement interdites. Plus encore, la véritable réforme qu'il convient de mener pour éviter la dispersion du risque est la séparation des activités bancaires. En finir avec la banque universelle est un rempart plus efficace contre la contagion des risques du secteur financier. Ce point est aujourd'hui, hélas, au point mort.

Javi López (S&D), *por escrito*. – La crisis financiera mundial de 2008 puso al descubierto en el sistema financiero importantes lagunas reglamentarias, una supervisión ineficaz, mercados opacos y productos demasiado complejos. Por eso he votado a favor de este Reglamento sobre la notificación de las operaciones de financiación de valores y su transparencia, ya que mejora la transparencia, regulación y supervisión, particularmente en lo relativo a la información central y la divulgación de estas operaciones, así como los requisitos mínimos para la reutilización de las garantías. Estas operaciones engloban los principales préstamos y acuerdos de recompra de valores, los cuales se intercambian por las entidades y actividades fuera del sistema bancario regular (es decir, el llamado «shadow banking»). Nuestro Grupo ha trabajado para añadir algunas mejoras a las propuestas de la Comisión que consideramos especialmente importantes. Entre ellas, su alcance, para que abarque nuevas operaciones financieras en sus definiciones. También hemos aumentado las obligaciones de información para garantizar que toda la información es proporcionada a la autoridad competente. En este sentido, es importante asegurar que la puesta en marcha de la Unión de Mercados de Capitales no supone una oportunidad para desregular el sector financiero.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que supone el establecimiento de las bases para el desarrollo de nuevas burbujas especulativas que se tratarán de impulsar a través de la futura creación de la Unión del Mercado de Capitales. Este informe, que supone el resultado de los diálogos a tres bandas informales, propone regular la notificación de las transacciones de valores dentro de la UE, facilitando la movilidad de los mismos. Los legisladores parten de la base de que la crisis económica fue generada por la especulación financiera y su falta de financiación de la economía real y, para solucionarlo, proponen una aún mayor financiarización de la economía real, aspirando a cambiar la financiación bancaria de la actividad económica por la introducción de valores para la financiación del tejido productivo. Esto tendrá graves consecuencias en la traslación de la volatilidad de los mercados financieros al tejido productivo, y es por esto por lo que he votado en contra.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La existencia de lagunas reglamentarias tras el aumento de actividades especulativas generadas en el sistema financiero a raíz del estallido de la crisis financiera mundial de 2007 genera la necesidad de que la UE tome medidas para conseguir que el sistema bancario sea más sólido y estable, como es el caso de este informe.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Para ello, es necesario mejorar la transparencia y supervisión en el sector bancario tradicional. De igual manera, otro punto muy importante a tener en cuenta son las actividades crediticias que llevan a cabo entidades no bancarias; aquello que se conoce como «sistema bancario en la sombra».

Otro de los objetivos de este informe consiste en minimizar los costes operativos adicionales de los participantes en el mercado. Además, en el ámbito de los fondos de inversión, es particularmente importante una total transparencia, ya que realizar inversiones con información incompleta o incorrecta puede suponer numerosas pérdidas para los inversores.

Por estas razones, apoyo este informe, ya que contribuirá a mejorar la transparencia de los mercados de financiación de valores y, por ende, del sistema financiero, cuya función principal debe ser dirigir el capital hacia la financiación de la economía productiva, y no la especulación de activos.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Složenost i netransparentnost transakcija financiranja vrijednosnih papira otežavaju utvrđivanje drugih ugovornih strana i praćenje koncentracije rizika. Odbor za financijsku stabilnost i Europski odbor za sistemske rizike utvrdili su rizike koje nose transakcije financiranja vrijednosnih papira. Nova pravila bi se trebala primjenjivati uz ona utvrđena direktivama 2009/65/EZ i 2011/61/EU.

Podržala sam izvješće zastupnika Renata Sorua zbog važnosti objave svih pouzdanih i detaljnih informacija povezanih uz korištenje transakcija financiranja vrijednosnih papira. Postojeća periodična izvješća potrebno je dopuniti dodatnim informacijama, pa se ovom uredbom utvrđuju stroža pravila o informiranju drugih ugovornih strana o ponovnom korištenju.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Uzņēmējdarbībā jebkurā pasaules valstī nenoliedzami pastāv komercnoslēpuma princips, kurš jāievēro, lai būtu iespējams pietiekami veiksmīgi attīstīties un konkurēt ar citām kompānijām. Bet tā pastāvēšanas iespēju var pieņemt gadījumos, kad tas attiecas uz dažādām unikālām precēm, izgudrojumu patentiem, kādu pārtikas produktu receptēm un citos piemēros, bet ne gadījumos, kad runa ir par nodokļu maksāšanas jomu un pārredzamības principa ievērošanu.

Viens no iemesliem, kāpēc apmēram pirms 7-8 gadiem vispār sākās kārtējā globālā finanšu krīze, bija tieši šādas pārredzamības trūkums un spekulatīvo darbību uzplaukums, tostarp nekustamo īpašumu tirgū. Šīs regulas priekšlikuma viens no galvenajiem centieniem ir tieši krīzes iespējamības novēršana, sekmējot vērtspapīru finansēšanas darījumu lielāku pārredzamību. Uzņēmumi, tostarp primāri ar finanšu darījumiem nodarbināti uzņēmumi, var nenoliedzami veiksmīgi funkcionēt arī lielākas pārredzamības apstākļos. Vēl vairāk — šādos apstākļos jebkuram uzņēmējdarbības veidam arī jāfunkcionē, jo runa bez šaubām ir ne tikai par ciešāku sadarbību ar finanšu darījumu novērošanas iestādēm, bet arī ar vērtspapīru finansēšanas darījumiem saistītiem partneriem, tātad pašu uzņēmumu tiešajiem kolēģiem.

Lielāka pārredzamība, koordinētu un standartizētu starptautisko finanšu un vērtspapīru tirgu darbības principu ieviešana un turpmāka sekmēšana ir vismaz daļēja garantija tam, ka pirms dažiem gadiem notikušo būs iespējams ja ne pilnībā novērst, tad rašanās gadījumā vismaz koordinēti un efektīvi atrisināt iespējami īsākā laikā.

Vladimír Maňka (S&D), *pisomne.* – Špekulatívne operácie pri financovaní cenných papierov v nebankovom sektore poškodzujú ekonomiku EÚ a sú zdrojom rizík v rámci súčasného finančného systému, ktorý nie je jednoznačne definovaný a regulovaný. Nariadenie zavádza svojimi požiadavkami a opatreniami (napr. ohlasovacia povinnosť na všetky druhy transakcií spočívajúcich vo financovaní cenných papierov) zvýšenú transparentnosť. Táto môže byť nápomocná aj samotným investorom a to za súčasného rešpektovania ochrany základných práv, najmä práva na ochranu osobných údajov, práva na rešpektovanie súkromného a rodinného života, slobody podnikania a vlastníckeho práva.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς.* – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την υποβολή εκθέσεων και τη διαφάνεια σε σχέση με τις συναλλαγές χρηματοδότησης τίτλων, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 28/10/2015.

David Martin (S&D), *in writing.* – I supported this report which brings vital transparency to the financial sector. I particularly welcome the reporting obligations and supervisory role which this legislation will introduce.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Favorevole alla proposta di regolamento sulla trasparenza delle operazioni di finanziamento tramite titoli. Il regolamento è volto a migliorare la trasparenza del prestito di titoli e delle operazioni di vendita con patto di riacquisto.

Suddetta proposta aumenterà la stabilità finanziaria, garantendo che le informazioni sulle operazioni di finanziamento tramite titoli siano efficientemente comunicate alle autorità competenti.

Inoltre, introdurrà misure per migliorare la trasparenza, come il monitoraggio dell'accumulo del sistema finanziario dei rischi sistemici legati alle operazioni di finanziamento tramite titolo e il riutilizzo, da parte di banche e intermediari, di garanzie reali fornite dai clienti.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Sur les marchés financiers, le développement des transactions complexes (qu'elles soient à terme, à découvert ou temporaires) est exponentiel depuis le début des années 2000. Le régulateur est contraint de suivre à distance les innovations financières. C'est le cas pour les cessions temporaires de titres (CTT, Securities financing transactions en anglais), par lesquelles un opérateur peut mettre en pension des titres qu'il détient, en échange d'une contrepartie. Ces opérations sont notamment utilisées massivement par les banques à des fins de refinancement, mais sont très mal renseignées. Les autorités européennes et nationales de réglementation ne sont pas informées de la réutilisation potentielle, par exemple, des titres mis en pension. Cela crée des chaînes d'interdépendance qui peuvent conduire à la contagion en cas de crise.

Le rapport Soru pose trois règles élémentaires: une obligation de déclaration des contreparties auprès de l'autorité européenne des marchés financiers, une obligation d'information des investisseurs, ainsi qu'une limitation des possibilités de réutilisation des titres mis en pension. Même si le problème que pose l'innovation financière doit sans doute être pris plus en amont, je soutiens toute réglementation qui va dans le sens de la modération des transactions complexes, aussi ai-je voté en faveur du rapport.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht bringt keine wesentlichen Verbesserungen, um die Finanzmärkte zu überwatchen und zu bändigen, ohne auf für die Real- und Finanzwirtschaft notwendige Instrumente verzichten zu müssen. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le règlement dont il est question ici établit des règles pour rendre transparentes les opérations de financement sur titres qu'on désigne généralement sous le terme de «shadow banking». Ce terme désigne un phénomène aux contours flous regroupant tout un ensemble d'entités dont les activités d'intermédiation financière sont dites «parallèles». Celles-ci, en effet, n'entrent pas dans le cadre des opérations bancaires traditionnelles. Ces opérations bénéficient ainsi d'une réglementation quasi-inexistante et empruntent des circuits attractifs (peu, voire pas du tout taxés et d'intérêts élevés) mais dangereux (aucune garantie publique). Elles sont le fait de banques d'investissement, de fonds mutuels, d'assureurs, de fonds de pension ou monétaires, de sociétés de capital-investissement ou encore de fonds spéculatifs.

Une réglementation souple de ces activités s'avère absolument nécessaire, notamment depuis la faillite de Lehman Brothers en 2008. En effet, l'opacité des opérations générées par le «shadow banking», en ne permettant pas d'identifier les propriétaires des titres et leur valeur réelle, est en partie responsable de la propagation de la crise aux États-Unis, puis dans le monde par ricochet.

La réglementation européenne que nous avons votée atténue le risque inhérent à ce type d'activité, notamment en imposant plus de transparence.

Le député a donc voté pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Foram identificados problemas relativos às operações de financiamento através de valores mobiliários e, com vista a minimizar os riscos e aumentar a transparência das referidas operações, a proposta de regulamento introduz determinadas medidas. Torna-se necessário melhorar a transparência no domínio do controlo da acumulação dos riscos sistémicos associados às operações de financiamento através de valores mobiliários no sistema financeiro, bem como a comunicação de informações sobre essas operações aos investidores. Apresentei o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it stresses the need to increase transparency and monitoring of so-called 'shadow banking' to avoid excess exposure of investors to systemic risks.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Il est probable que les États membres adoptent des mesures nationales divergentes qui pourraient créer des obstacles au bon fonctionnement du marché intérieur et être nuisible pour les acteurs du marché et la stabilité financière. Il est donc nécessaire d'empêcher que de telles distorsions et obstacles n'apparaissent dans l'Union. Les normes techniques dans le secteur des services financiers devraient garantir une harmonisation cohérente et assurer une protection adéquate aux déposants, investisseurs et consommateurs de toute l'Union. Afin d'assurer un cadre réglementaire efficace pour le système bancaire parallèle, les progrès dans l'introduction et la mise en application d'exigences cohérentes au niveau international sont essentiels.

Miroslav Mikolášik (PPE), *pisomne*. – Keďže celosvetová finančná kríza odhalila vo finančnom systéme významné regulačné medzery, neúčinný dohľad, nepriehľadnosť trhov a veľmi zložité produkty, vítam nariadenie o transakciách spočívajúcich vo financovaní cenných papierov, ktorého hlavným zámerom je bojovať proti tomu, aby sa obchodné aktivity založené na transakciách spočívajúcich vo financovaní cenných papierov rozvíjali bez riadneho dohľadu, a to aj mimo regulovaného bankového systému. Súhlasím, že transparentnosť je dôležitá, aby dotknuté orgány a všetci účastníci trhu boli primerane oboznámení s tým, ako trhy fungujú, a o rozsahu a povahe každého potenciálneho rizika, čo zvyšuje dôveryhodnosť. Nedávna minulosť totiž ukázala, že keď sa dôvera v hodnotu aktív, bezpečnosť protistrán a ochranu investorov zrútila, došlo k masovému vyberaniu vkladov na veľkoobchodnom trhu, čo viedlo k náhlemu zníženiu finančnej páky a nutnosti verejných záchranných sietí.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I supported the Regulation on reporting and transparency of securities financing transactions (SFT-R), which aims at improving transparency, regulation and supervision of SFT in central reporting, disclosure of SFTs and reuse to investors and minimum requirements for reuse of collateral. I am also glad with the final result to exclude SMEs and the European System of Central Banks (ESCB) from the scope of the Regulation.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság európai parlamenti és tanácsi rendelet megalkotására nyújtott be javaslatot az értékpapír-finanszírozási ügyletek bejelentésére és átláthatóságára vonatkozóan. A 2007-2008-ban kitört globális pénzügyi válság ugyanis rávilágított arra is, hogy nemcsak a hagyományos bankszektorban van szükség az átláthatóság és az ellenőrzés fokozására, hanem a nem banki hitelezési tevékenységeket végző úgynevezett árnyékbankok területén is, amelyek immár a szabályozott bankrendszer mintegy felét képviselik. A szóban forgó – a bankokéhoz hasonló – tevékenységekkel kapcsolatos hiányosságok károkat okozhatnak a szabályozott pénzügyi ágazatban is.

A globális pénzügyi válság nyomán az Unió a szilárdabb és stabilabb bankrendszer létrehozása érdekében bankunió létrehozására, a banki ágazat strukturális reformjára szánta el magát. A bankokat érintő strukturális intézkedések bevezetése azonban azt eredményezheti, hogy egyes tevékenységek kevésbé szabályozott területekre, például az árnyékbanki szektorba kerülnek át. Ezért van szükség a Bizottság által javasolt rendeletben az értékpapír-finanszírozási ügyletekre vonatkozóan meghatározott, kötelező erejű átláthatósági és bejelentési követelményekre. Az e rendeletbe foglalt átláthatósági szabályok tehát kiegészítik az uniós strukturális reformra vonatkozó szabályokat.

A Parlament Gazdasági és Monetáris Bizottsága jelentésében számos módosító indítványt nyújtott be a rendelettervezethez, ezzel együtt azonban a tervezetet elfogadásra ajánlotta a Parlamentnek. Az előterjesztést támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A necessidade de reforçar a transparência dos mercados de financiamento através dos valores mobiliários levou à criação do presente regulamento com o intuito de assegurar condições equitativas a nível da concorrência e da convergência internacional. A avaliação e o controlo de riscos bancários e o nível de interconexão do sistema financeiro, por parte de investidores, reguladores e supervisores, só poderá ser eficaz se existirem condições de transparência no decorrer das operações.

Nesta medida, será reforçada a eficiência e a prestação de informações específicas relativas às operações de financiamento através de valores mobiliários (OFVM), isto é, respeitantes a operações de recompra, concessão de empréstimos através de valores mobiliários ou de mercadorias, contratação de empréstimos através de valores mobiliários ou de mercadorias, operações de compra/revenda ou de venda/recompra, swaps de liquidez e swaps de garantia.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Voto favoravelmente o presente regulamento pois responde à necessidade de supervisão e constituição de mercados transparentes, determinando um sistema bancário mais sólido, apto a evitar situações de instabilidade financeira e promovendo o bom funcionamento do mercado interno nos Estados-Membros.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Soru concerne la transparence des opérations de financement sur titres, qui concernent toutes les transactions qui utilisent des actifs pour générer des moyens de financement. Il s'agit donc d'une part importante de l'activité de «shadow banking» réalisée par des agents économiques n'étant pas sous la contrainte de la législation bancaire. Cette finance de l'ombre est dangereuse, puisqu'elle n'est pas contrôlée et que sa croissance est exponentielle.

Le trilogue de juin dernier a débouché sur un accord autour d'obligations de transparence qui est le bienvenu mais demeure insuffisant. Le rapporteur va plus loin en proposant, par exemple, l'encadrement plus strict de la réutilisation de sûretés, pratique particulièrement nuisible. J'ai décidé de voter en faveur de ce rapport.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on reporting and transparency of securities financing transactions.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Zpráva k návrhu nařízení o podávání zpráv a transparentnosti u obchodů zajišťujících financování navazuje na zelenou knihu a sdělení o stínovém bankovníctví, které Komise zveřejnila v letech 2012 a 2013. Vzhledem ke komplikované a neprůhledné povaze obchodů zajišťujících financování (SFT) je obtížné identifikovat smluvní strany a monitorovat koncentraci rizik. Oceňuji proto, že se předložený návrh nařízení zaměřuje na omezení stínového bankovníctví a vymezení rizik vyplývajících ze SFT a tím přispívá ke zvýšení transparentnosti trhů SFT a potažmo i celého finančního systému. Potřeba této regulace je vyvolána také tím, že v návaznosti na strukturální reformu bankovního sektoru Unie by mohlo dojít k přesunu činností, které v současnosti vykonávají tradiční banky, do oblasti stínového bankovníctví.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – This report was concerned with Securities financing in the lending of securities (e.g. stocks, bonds, asset-backed securities etc.) in return for cash. Typical transactions are repos, reverse repos, buy-sell back transactions or sell-buy back transactions and collateral swaps which are all used by most banks in order to increase liquidity in the market.

These financial instruments pose a major risk to financial stability. In the wake of the financial crisis, the EU has to some extent tried to reform the regular banking sector. As a result of the 'tougher' regulation of banks, it is safe to assume that banks will try to shift their financial activities such as SFTs to the shadow banking sector as it is basically non-regulated (shadow banks are credit institutions like Lehman Brothers that operate outside the regular banking sector).

As such, this regulation seeks to prevent a migration to shadow banking by increasing transparency and reporting on SFTs outside the normal banking sector.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Einerseits befürworte ich Transparenz im Wertpapierbereich, da sie sich letztlich positiv auf den Schutz aller Wirtschaftsteilnehmer auswirkt. Andererseits müssen die Maßnahmen aber auch geeignet sein, diese Transparenz tatsächlich zu fördern. Es darf sich nicht nur um ein Mehr an Bürokratie handeln, dem nur ein geringer praktischer Nutzen gegenübersteht. Dies war hier allerdings der Fall. Daher habe ich mich der Stimme enthalten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Eesmärk on suurendada ELi finantsstabiilsust ning läbipaistvust.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kadangi reikia padidinti finansų rinkos saugumą ir skaidrumą. Būtina užkirsti kelią piktnaudžiavimui ir galimbei perkelti savo veiklą į šešėlinį bankų sektorių.

Atsižvelgiant į esamą padėtį ir siekiant padidinti vertybinių popierių skolinimo ir atpirkimo sandorių skaidrumą, visoje ES turi būti taikomi vienodi skaidrumo ir ataskaitų teikimo reikalavimai. Be to, reikia palengvinti su vertybinių popierių įsigijimo finansavimo sandorių naudojimui susijusios sisteminės rizikos didėjimo stebėseną.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Visų pirma, duomenys apie sandorius turėtų būti teikiami sandorių duomenų saugykloms. Kompetentingoms institucijoms turi būti suteikta teisė tiesiogiai ir nedelsiant susipažinti su šiais duomenimis. Būtinai pakartotinio įkeitimo veiklos sutarčių skaidrumas. Naujosios bendros duomenų teikimo ir skaidrumo taisyklės bei nuostatos dėl pakartotinio įkeitimo padės sustiprinti finansų stabilumą Sąjungoje.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Trovo che la seduta di voto di questo documento sia un'ottima occasione per dare una spinta alla risoluzione del problema dell'assenza di trasparenza nel settore finanziario. Mi sono ritrovato più volte a presentare emendamenti, con il medesimo intento, su delle proposte di risoluzione in materia. Sono pienamente d'accordo sul fatto che un testo normativo giuridicamente vincolante che regoli con precisione l'iter delle operazioni di finanziamento sia finalmente adottato. Voterei positivamente e sarei molto compiaciuto dell'esito positivo della votazione dell'intera Assemblea.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Smatram da bi redovitije izvješćivanje i transparentnije transakcije financiranja vrijednosnih papira značajno utjecali na stabilnost financijskog tržišta i sigurnost ulaganja u financijske instrumente. Što je više vrsta takvih transakcija pokriveno prijedlogom uredbe kojim se ovo izvješće bavi, to je vjerojatnija veća transparentnost financijskih tržišnih aktivnosti.

Potrebna je također i veća dostupnost informacija za sve ugovorne strane pri provođenju transakcija. Upravo se zato slažem s inicijalnim zakonodavnim prijedlogom Komisije koji navodi da kreditne institucije i poduzeća trebaju informirati javnost o svojim aktivnostima u transakcijama financiranja vrijednosnih papira kao dio svojih redovnih javnih izvješća. Hrvatski bankarski sustav je mali i upravo zato još podložniji na vanjske utjecaje i moguće manipulacije.

S obzirom da je većina banaka u Hrvatskoj u stranom vlasništvu, usporedno bankarstvo može predstavljati značajan problem jer su nažalost domaće banke previše ovisne o stranim središnjicama. Stoga se nadam da će ovaj prijedlog uredbe podići razinu reguliranosti i smanjiti rizike koji prate transakcije financiranja vrijednosnih papira.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Soru concerne la transparence des opérations de financement sur titres, qui concernent toutes les transactions qui utilisent des actifs pour générer des moyens de financement. Il s'agit donc d'une part importante de l'activité de «shadow banking» réalisée par des agents économiques n'étant pas sous la contrainte de la législation bancaire. Cette finance de l'ombre est dangereuse, puisqu'elle n'est pas contrôlée et que sa croissance est exponentielle.

Le trilogue de juin dernier a débouché sur un accord autour d'obligations de transparence qui est le bienvenu mais demeure insuffisant. Le rapporteur va plus loin en proposant, par exemple, l'encadrement plus strict de la réutilisation de sûretés, pratique particulièrement nuisible. J'ai décidé de voter en faveur de ce rapport.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće kolege Renata Sorua o transparentnosti transakcija financiranja vrijednosnih papira. S obzirom da je svjetska ekonomska i financijska kriza od 2007. godine otkrila prekomjerne spekulativne aktivnosti, Unija je donijela niz mjera kako bi bankarski sustav bio čvršći i stabilniji, uključujući strože kapitalne zahtjeve, pravila o poboljšanom upravljanju i nadzoru te mehanizam rješavanja. U tom je kontekstu odlučujući i napredak u uspostavljanju bankarske unije.

Međutim, kriza je uz to naglasila i potrebu za poboljšanjem transparentnosti i nadzora, ne samo u tradicionalnom bankarskom sektoru, već i u područjima nebankarskih kreditnih aktivnosti poznatima kao „usporedni bankarski sustav”. Osobito je nedostatak transparentnosti pri korištenju transakcija financiranja vrijednosnih papira sprječavao regulatorna i nadzorna tijela kao i ulagatelje da ispravno procijene i nadziru predmetne rizike slične bankovnim te razinu međusobne povezanosti u financijskom sustavu u razdoblju prije i tijekom financijske krize.

Kako bi se osigurao učinkovit regulatorni okvir za usporedno bankarstvo, napredak u uvođenju i provođenju koherentnih zahtjeva na međunarodnoj razini ostaje ključan. Komisija treba redovito izvješćivati Europski parlament i Vijeće o planu za G20, usmjerenom na jačanje nadzora i regulacije usporednog bankarstva, a također treba prikazati trenutačno stanje mjera poduzetih u okviru Unije i glavnih nadležnosti trećih zemalja.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il 17 giugno 2015 il Consiglio e il Parlamento europeo hanno raggiunto un accordo politico in merito alla proposta di regolamento sulla segnalazione e la trasparenza delle operazioni di finanziamento tramite titoli, noto come SFTR (*Securities Financing Transactions*).

Tale proposta, presentata dalla Commissione nel gennaio 2014, è volta ad attuare il quadro di intervento approvato dal *Financial Stability Board*, organismo internazionale con il compito di monitorare il sistema finanziario mondiale, composto da undici raccomandazioni in materia di rischi connessi al prestito di titoli e alle operazioni di vendita con impegno di riacquisto nel sistema bancario ombra (*shadow banking system*).

La proposta di regolamento si concentra sul miglioramento della trasparenza del prestito titoli e delle operazioni di vendita con patto di riacquisto, al fine di consentire alle autorità competenti e a tutti gli operatori del mercato interessati di comprendere adeguatamente il funzionamento del mercato, l'entità e la natura dei potenziali rischi, nonché di sviluppare strumenti di intervento efficaci ed efficienti per prevenire i rischi sistemici. Ritengo che il sistema finanziario internazionale vada adeguatamente controllato con misure chiare e facilmente applicabili. Pertanto, ho espresso un voto favorevole.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Głównym celem niniejszych przepisów jest nasilenie nadzoru nad transakcjami finansowania papierów wartościowych oraz zwiększenie przejrzystości tych transakcji. Przepisy są zgodne z międzynarodowymi pracami w tym zakresie i wprowadzają wymóg zgłaszania transakcji finansowania papierów wartościowych, lombardowania i udzielania pożyczek papierów wartościowych. Dlatego poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Afin de promouvoir un système bancaire plus transparent, la Commission européenne a proposé un ensemble de mesures législatives. Dans ce contexte, le Parlement européen a adopté un règlement encourageant davantage de transparence pour les opérations de financement sur titres. Ces opérations concernent essentiellement les transactions de prêt ou d'emprunt de titres et de matières premières.

Je suis en faveur d'un système bancaire plus transparent, afin d'éviter certains abus et de limiter l'instabilité des marchés financiers (comme en 2008).

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – As operações de financiamento através de valores mobiliários são, na sua essência, uma forma de financiamento caucionado, que possibilita uma troca de ativos, temporária, como garantia de financiamento para operações de empréstimo ou recompra através de valores mobiliários. Tendo em conta o denominado «sistema bancário paralelo», no qual se desenvolvem atividades de crédito não bancário com escala e expressão para contaminar o setor financeiro regulado, e tendo ainda em conta os riscos específicos suscitados pelas operações de financiamento através de valores mobiliários (que intensificam o endividamento e o carácter pro-cíclico e a interdependência nos mercados financeiros), é fundamental assegurar a transparência das operações, cuja análise possibilitará o desenvolvimento de instrumentos políticos eficazes e eficientes com vista a prevenir os riscos sistémicos. Considerando que todos os esforços devem ser direcionados a fim de prevenir uma alavancagem excessiva do sistema financeiro, que resulte noutra crise financeira de grandes proporções, votei favoravelmente a proposta de regulamento.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La crisis financiera mundial desatada a partir de 2008 reveló grandes lagunas reglamentarias en el sistema financiero, problemas de supervisión, opacidad en los mercados y productos demasiado complejos. Desde entonces, la UE ha venido adoptando un conjunto de medidas orientadas a erigir un sistema bancario más sólido y estable.

El Reglamento sobre la notificación de las operaciones de financiación de valores y su transparencia viene a sumarse a estas medidas. Con él, se mejora la transparencia, regulación y supervisión de las operaciones de financiación de valores en lo relativo a la información central, la divulgación de dichas operaciones y la notificación a los inversores, y los requisitos mínimos para la reutilización de las garantías, motivos por los que, entre otros, he dado mi apoyo al mismo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – La crise financière mondiale de 2007-2008 ayant révélé un excès d'activités spéculatives, d'importantes lacunes dans la réglementation du secteur financier, ainsi que l'inefficacité des surveillances, l'opacité des marchés et la complexité excessive des produits financiers, j'ai soutenu ce rapport qui rappelle notamment que la première fonction du secteur financier doit consister à orienter les capitaux vers le financement de l'économie productive et non la spéculation des actifs. La crise a également mis en lumière la nécessité d'améliorer la transparence et le suivi non seulement du secteur bancaire traditionnel mais aussi dans les secteurs où se déroulent des activités de crédit non bancaire. Le texte adopté ce jour y contribue.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della proposta di regolamento inerente la trasparenza delle operazioni di finanziamenti tramite titoli in quanto essa ha l'obiettivo di rafforzare e migliorare la stabilità finanziaria nell'Unione europea. La relazione introduce nuove norme di trasparenza finanziaria come l'obbligo di segnalare e comunicare le operazioni di finanziamento tramite titoli agli investitori.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe, pues si bien compartimos el objetivo de mejorar la transparencia de las transacciones financieras, estimamos que el resultado final del texto es un avance tan leve que, a fin de cuentas, supone mantener la situación de opacidad que favorece la banca en la sombra y la especulación financiera.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que supone el establecimiento de las bases para el desarrollo de nuevas burbujas especulativas que se tratarán de impulsar a través de la futura creación de la Unión del Mercado de Capitales. Este informe, que supone el resultado de los diálogos a tres bandas informales, propone regular la notificación de las transacciones de valores dentro de la UE, facilitando la movilidad de los mismos. Los legisladores parten de la base de que la crisis económica fue generada por la especulación financiera y su falta de financiación de la economía real y, para solucionarlo, proponen una aún mayor financiarización de la economía real, aspirando a cambiar la financiación bancaria de la actividad económica por la introducción de valores para la financiación del tejido productivo. Esto tendrá graves consecuencias en la traslación de la volatilidad de los mercados financieros al tejido productivo, y es por esto por lo que he votado en contra.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – La crisi finanziaria mondiale ha evidenziato la presenza di un eccesso di attività speculative e l'esistenza di gravi lacune normative nel sistema finanziario, mettendo inoltre in luce l'inefficienza della vigilanza, l'opacità dei mercati e l'eccessiva complessità dei prodotti. A causa della mancanza di norme armonizzate in materia di trasparenza, le autorità nazionali hanno riscontrato spesso molte difficoltà nel confrontare i dati di micro-livello provenienti da diversi Stati membri e quindi nel comprendere i rischi reali che i singoli operatori pongono al sistema. È necessario evitare che si creino tali distorsioni e ostacoli nell'Unione.

Il presente regolamento risponde alla necessità di accrescere la trasparenza delle operazioni di finanziamento tramite titoli. Grazie a questo nuovo quadro normativo le operazioni di finanziamento tramite titoli potranno essere efficientemente segnalate in repertori di dati sulle negoziazioni e comunicate agli investitori. Per tali motivi ho votato a favore.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this resolution because it extends the Commission's power.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because it aims to make the financial sector more transparent. It is crucial that we manage to increase the transparency of these transactions by strengthening the reporting obligations and the supervisory role and, at the same time, by reducing double reporting.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Za hlavnú funkciu finančného sektora považujem vedenie kapitálu k financovaniu produktívneho hospodárstva, a nie špekuláciu s aktívami. Posledná celosvetová finančná kríza, ktorá vznikla v rokoch 2007 – 2008, odhalila vo finančnom systéme nadmerné špekulatívne činnosti, významné regulačné medzery, neúčinný dohľad, nepriehľadnosť trhov a príliš zložité produkty. Je potrebné sprehľadnenie a regulácia určitých bankových a finančných produktov a nástrojov.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – V nadväzosti na nadmerné špekulatívne činnosti vo finančnej sfére je nevyhnutné zabezpečiť účinný dohľad, priehľadnosť trhov, zjednodušiť zložité produkty a zvýšiť transparentnosť transakcií. Tým sa stane bankový systém nielen spoľahlivejším a stabilnejším, ale zabezpečíme i vyššiu ochranu pre našich občanov.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Podržao sam ovo izvješće budući da je svjetska financijska kriza koja je izbila u periodu od 2007.-2008. godine otkrila špekulativne aktivnosti, važne manjkavosti u regulaciji, neučinkovit nadzor, netransparentna tržišta i previše složene proizvode u financijskom sustavu. Unija je donijela niz mjera kako bi ojačala i očvrstnula bankarski sustav kao što su stroži kapitalni zahtjevi, mehanizam rješavanja i pravila o poboljšanom upravljanju i nadzoru.

Gledajući u tom kontekstu, odlučujući je i napredak u uspostavljanju bankarske unije. Kriza je ukazala i na još jednu stvar, a to je da je transparentnost potrebna ne samo u bankarskom sustavu, već i u područjima nebankarskih kreditnih aktivnosti poznatima kao „usporedni bankarski sustav”. Zabrinjavajuća je činjenica da je broj aktivnosti zabilježenih u područjima „usporednog bankarskog sustava” već jednak polovici reguliranog bankarskog sustava, te aktivnosti i nedostaci mogu kontaminirati regulirani financijski sektor.

Zato treba podsjetiti na to da je glavna funkcija financijskog sektora usmjeravanje kapitala na financiranje proizvodnje, a ne špekulacije imovinom.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – I voted in favour of this report which aims to make the financial section more transparent and more stable. It is crucial that we are successful in increasing the transparency of these transactions by strengthening the reporting obligations and the supervisory role and at the same time by reducing double reporting

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Svjetska financijska kriza 2008. godine otkrila je brojne špekulativne aktivnosti, važne regulatorne manjkavosti, neučinkovit nadzor i netransparentna financijska tržišta. Europska unija donijela je niz mjera kako bi unaprijedila regulaciju bankarskog sustava, uključujući strože kapitalne zahtjeve, učinkovitiji nadzor i sl.

Međutim, nadzor i veća transparentnost nisu samo potrebni u tradicionalnom bankarskom sektoru, već i u području nebankarskih kreditnih aktivnosti poznatim kao „usporedni bankarski sustav”. Veličina „usporednog bankarskog sustava” već je jednaka polovici reguliranog bankarskog sustava.

Složenost i netransparentnost transakcija financiranja vrijednosnih papira otežavaju utvrđivanje drugih ugovornih strana i praćenje koncentracije rizika. Svi ti nedostaci mogu kontaminirati regulirani financijski sektor. Važno je podsjetiti na to da bi glavna funkcija financijskog sektora trebala biti usmjeravanje kapitala na financiranje proizvodnog gospodarstva, a ne na špekulacije imovinom.

Podržavam ovaj prijedlog jer naglašava bolju regulaciju u tri glavna područja: nadzor sistemskih rizika povezanih s transakcijama financiranja vrijednosnih papira, objavljivanje informacija o takvim transakcijama investitorima čija imovina je uključena u takve transakcije te ugovorna transparentnost u situacijama kada financijske institucije koriste kolaterale svojih klijenata za vlastito zaduživanje.

Richard Sulík (ECR), *písomne* – Návrh som nepodporil. Je totiž založený na predstave, že finančná kríza v rokoch 2007-2008 bola dôsledkom nadmerných špekulatívnych aktivít, nedostatočnej regulácie a dohľadu a podobne. No pravdou je presný opak – finančný sektor je už dnes najviac regulovaným sektorom ekonomiky a finančná kríza bola dôsledkom nadmerného, a nie nedostatočného centrálneho plánovania. Vysoká regulačná záťaž predstavuje vysoké bariéry pre vstup na trh, a preto sa ekonomické aktivity koncentrujú v rukách oveľa menej subjektov, čo zároveň zvyšuje množstvo „too big to fail“ subjektov. Druhým problémom je samotný morálny hazard spojený so zachraňovaním „too big to fail“ finančných subjektov. A nakoniec, špekulatívne a neudržateľné finančné aktivity by neboli možné v takom rozsahu, ak by ECB a iné centrálné banky neposkytovali trhu lacné peniaze za umelo nízke úrokové sadzby. Návrh však ešte viac zvyšuje regulačnú záťaž finančného sektora, a preto spomínané problémy v konečnom dôsledku ešte viac zosilní.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o poročanju o poslih financiranja vrednostnih papirjev in njihovi preglednosti. Vsi se še zelo dobro spomnimo enega izmed glavnih vzrokov za gospodarsko in finančno krizo, katere posledice čutimo še danes.

Nihče ne podpira špekulativnih dejavnosti, zakonodajnih vrzeli in neučinkovitega nadzora. S sprejetjem tega poročila bomo med drugim izboljšali komunikacijo med pristojnimi organi ter medsebojno pomoč in sodelovanje, kar bo tudi prispevalo k večji preglednosti poslov financiranja vrednostnih papirjev.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η αύξηση της διαφάνειας των αγορών χρηματοδότησης τίτλων είναι σημαντική για τη διασφάλιση ισοδύναμων συνθηκών ανταγωνισμού.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam az értékpapír-finanszírozási ügyletek bejelentéséről és átláthatóságáról szóló európai parlamenti és tanácsi rendeletre irányuló javaslatról szóló jelentést. Az értékpapír-finanszírozási ügyletek bejelentése és átláthatóságának biztosítása alapfeltétele egy transzparens és ellenállóbb európai pénzügyi rendszer kialakításának.

Egyetértek a jelentés megállapításával, amely szerint vissza kell szorítani a nem szabályozott banki és árnyékbanki ügyleteket, hiszen ez Európa kulcsfontosságú érdeke. Ezért van szükség olyan jogi keretre, amely biztosítja a piacfelügyeleti hatóság számára az értékpapír-finanszírozási ügyletek rendszerének átláthatóságát.

Különösen támogatom azt a felvetést, melynek értelmében az árnyékbanki tevékenységekre vonatkozó hatékony szabályozási keret biztosítása érdekében nemzetközi szintű, egységes követelmények bevezetése és végrehajtása szükséges.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – J'ai bien sûr voté en faveur de ce texte qui prône la transparence dans les flux financiers et contribue à entraver les spéculations à l'origine de la crise de 2008 et du drame vécu par des millions de personnes suite à l'enrichissement et à la légèreté de quelques-uns.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – I supported this report as a way to enhance financial stability in the EU by increasing transparency of activities that qualify as shadow banking. The Commission proposal focuses in particular on securities financing transactions (SFTs) that comprise a variety of secured transactions with similar economic effects to lending or borrowing securities and commodities and to repurchase or reverse repurchase transactions. The regulation introduces three main measures to improve transparency: monitoring of the build-up of systemic risks; disclosing information to the investors; and setting minimum conditions to be met by the parties involved. An important feature of the draft regulation is that it fosters financial stability without putting an additional administrative burden on the management of funds that channel money into the real economy.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o poročanju o poslih financiranja vrednostnih papirjev in njihovi preglednosti sem podprla, saj menim, da bo ta uredba prinesla okrepitev preglednosti finančnih trgov vrednostnih papirjev in posledično celotnega finančnega sistema, z njo pa se vzpostavlja okvir Unije, ki omogoča učinkovito poročanje informacij o poslih financiranja vrednostnih papirjev, sklenjenih poslov in vlagateljev.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado en contra de este informe, pues si bien compartimos el objetivo de mejorar la transparencia de las transacciones financieras, estimamos que el resultado final del texto es un avance tan leve que, a fin de cuentas, supone mantener la situación de opacidad que favorece la banca en la sombra y la especulación financiera.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – A 2007-2008-ban kitört globális pénzügyi válság túlzott mértékű spekulációs tevékenységet, jelentős szabályozási hiányosságokat és felügyeleti hatékonysági problémákat hozott felszínre a piacok átláthatatlanságával és a túlságosan összetett termékekkel jellemzett pénzügyi rendszerben. Az Unió a szilárdabb és stabilabb bankrendszer létrehozása érdekében számos intézkedést fogadott el többek között a tőkekövetelmények szigorítása, a jobb irányításra és felügyeletre vonatkozó szabályok, valamint a szanalási mechanizmusok tekintetében. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado en contra de este informe, pues si bien compartimos el objetivo de mejorar la transparencia de las transacciones financieras, estimamos que el resultado final del texto es un avance tan leve que, a fin de cuentas, supone mantener la situación de opacidad que favorece la banca en la sombra y la especulación financiera.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), in writing. – I have voted in favour of this text, because it extends transparency to these instruments which involve borrowing and lending securities or pledging them as collateral.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on reporting and transparency of securities financing transactions. The financial crisis that emerged in 2007-2008 has revealed excessive speculative activities, important regulatory gaps, ineffective supervision, opaque markets and overly complex products in the financial system. I agree that the crisis has also highlighted the need to improve transparency and monitoring not only in the traditional banking sector but also in areas where non-bank credit activities take place, called 'shadow banking'. In order to ensure the effective implementation of the reporting of securities financing transactions, a phased implementation of the requirements by counterparties is necessary. This should consider the effective ability of the counterparties to comply with the reporting obligations.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Durante la scorsa tornata è stato votato il regolamento sulle *Securities Financing Transactions* (SFT), ossia le operazioni di finanziamento tramite titoli. La proposta è stata presentata lo scorso anno dalla Commissione europea insieme alla *Bank for Structural Reform*. L'obiettivo iniziale era quello di evitare che le attività bancarie si spostassero dal sistema bancario tradizionale al meno regolamentato sistema bancario ombra.

Il pacchetto di riforme, inizialmente molto ambizioso, all'atto pratico non ha introdotto una regolamentazione veramente significativa. Al contrario, oggi la Commissione ha ampiamente dimostrato di andare proprio nella direzione opposta con la creazione della *Capital Markets Union*.

In commissione ECON abbiamo supportato un approccio volto a rafforzare i requisiti di trasparenza al fine di ridurre l'eccesso di effetto leva e per limitare il rischio contagio delle operazioni. Ma le nostre istanze non state incluse all'interno del testo ed il risultato è stato un compromesso al ribasso. Durante le negoziazioni con il Consiglio e la Commissione, il regolamento è stato ulteriormente indebolito e annacquato.

Per questo abbiamo ritenuto opportuno esprimerci con voto negativo in seduta plenaria. Con il nostro voto contrario abbiamo voluto deplorare l'ennesimo tentativo fallito di quest'Europa incapace di agire sulle cause della crisi e inadatta a difendere gli interessi dei cittadini e delle imprese europee.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que supone el establecimiento de las bases para el desarrollo de nuevas burbujas especulativas que se tratarán de impulsar a través de la futura creación de la Unión del Mercado de Capitales. Este informe, que supone el resultado de los diálogos a tres bandas informales, propone regular la notificación de las transacciones de valores dentro de la UE, facilitando la movilidad de los mismos. Los legisladores parten de la base de que la crisis económica fue generada por la especulación financiera y su falta de financiación de la economía real y, para solucionarlo, proponen una aún mayor financiarización de la economía real, aspirando a cambiar la financiación bancaria de la actividad económica por la introducción de valores para la financiación del tejido productivo. Esto tendrá graves consecuencias en la traslación de la volatilidad de los mercados financieros al tejido productivo, y es por esto por lo que he votado en contra.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O regulamento do Parlamento e do Conselho em causa integra as reformas estruturais do setor bancário da UE e foi publicado na proposta de 29.01.2014 da Reforma Estrutural da Banca.

O objetivo do regulamento é aumentar a transparência e a monitorização das atividades financeiras fora do setor bancário tradicional, num momento em que o chamado «Shadow Banking» volta a crescer desmesuradamente, colocando novamente em perigo toda a estabilidade do sistema financeiro.

Não é com regulamentação que lá iremos. A solução está no controle público do sistema financeiro e na separação entre bancos de retalho e bancos de investimento. Abandonar o sistema financeiro a uma mera lógica de acumulação de lucros só levará ao aumento da especulação em detrimento do financiamento da economia real que precisa hoje de capital como de pão para a boca.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht bringt keine wesentlichen Verbesserungen, um die Finanzmärkte zu überwachen und zu bändigen, ohne auf für die Real- und Finanzwirtschaft notwendige Instrumente verzichten zu müssen. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla trasparenza delle operazioni di finanziamento tramite titoli perché ritengo necessario riempire un vuoto normativo esistente in merito alla vigilanza e alla trasparenza nel settore bancario tradizionale e nel cd «settore bancario ombra», in cui soggetti non bancari svolgono attività creditizie.

Le forti attività speculative messe in atto dopo la crisi finanziaria del 2007 hanno reso palese la necessità di una nuova regolamentazione, basata sul principio di trasparenza, per scongiurare il rischio di una nuova crisi.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – El acuerdo logrado respecto del Reglamento que mejora la transparencia de las operaciones de préstamo de valores y de recompra mejorará la estabilidad financiera al asegurar que la información para este tipo de transacciones sea notificada a registros de operaciones e inversionistas en instituciones de inversión colectiva.

Una transparencia reforzada prevendrá que bancos y otros intermediarios financieros intenten sortear regulaciones al trasladar partes de sus actividades al sector de la banca en la sombra, menos regulado. Las operaciones de financiación de valores, realizadas a menudo por el sector bancario en la sombra, consisten en cualquier transacción que utiliza activos pertenecientes a la contraparte para generar financiación.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Questa proposta è stata presentata lo scorso anno dalla Commissione europea insieme alla più nota *Bank Structural Reform* per evitare che le attività bancarie si spostassero dal sistema tradizionale al sistema bancario ombra, in quanto meno regolamentato. Il pacchetto doveva rappresentare l'ultimo tassello dell'agenda di riforma del sistema finanziario messa a punto dopo la crisi finanziaria del 2008 ma, all'atto pratico, la proposta non ha introdotto nessuna vera regolamentazione.

Del resto la Commissione ha ampiamente dimostrato di non avere alcuna intenzione di regolare lo *shadow banking*. Al contrario, oggi, lo sta promuovendo con la proposta di creare la *Capital Markets Union*. In commissione ECON ho adottato un approccio volto a rafforzare i requisiti di trasparenza ed ho inoltre chiesto che fosse introdotto nel regolamento il divieto di riuso, ma le mie istanze non state incluse all'interno del testo di compromessi votato in commissione ECON.

Durante i triloghi il regolamento è stato ulteriormente indebolito sul fronte delle esenzioni, sugli obblighi di informativa e sulle sanzioni; per questo ho ritenuto opportuno esprimermi con voto negativo anche in seduta plenaria.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O regulamento do Parlamento e do Conselho em causa integra as reformas estruturais do setor bancário da UE e foi publicado na proposta de 29.01.2014 da Reforma Estrutural da Banca. O objetivo do regulamento é aumentar a transparência e a monitorização das atividades financeiras fora do setor bancário tradicional, ou seja, do sector paralelo.

Foi este tipo de produtos financeiros que esteve por detrás da falência do Lehman Brothers e, por conseguinte, da crise financeira 2007/2008. Não foi por falta de transparência ou de notificação que a «crise» aconteceu, mas sim pela própria característica dos «produtos». Por outro lado, todas as alterações que desde então foram feitas à legislação para incrementar o nível de regulamentação, ou que ainda estão na calha, continuarão sempre a ser insuficientes.

A solução passa pela proibição das operações de financiamento através de valores mobiliários. Votámos contra.

11.17. Weiterbehandlung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur elektronischen Massenüberwachung der Unionsbürger (B8-1092/2015)

Written explanations of vote

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución relativa a la vigilancia electrónica masiva de las ciudadanas y los ciudadanos de la Unión Europea, ya que es una Resolución que condena de manera explícita el espionaje masivo de la ciudadanía y las estructuras de gobierno europeas por parte de la Agencia Nacional de Seguridad de los Estados Unidos. Además, la Resolución lamenta las últimas medidas tomadas por determinados países de la Unión, como el Reino Unido, que ponen en peligro la seguridad de los datos de la ciudadanía. Otra de las cuestiones que para nosotras son importantes y que vienen reflejadas en la Resolución es la petición de suspensión inmediata de la Decisión de puerto seguro, que permite la transferencia de datos personales a los Estados Unidos, y

Donnerstag, 29. Oktober 2015

también del TFTP (Programa de Seguimiento de la Financiación del Terrorismo), además de mostrar la preocupación por la creciente vulneración de derechos fundamentales a través de la limitación de la privacidad. Nos hubiera gustado que se hiciera una referencia más concreta a la compraventa de datos personales por parte de empresas privadas, que condenamos firmemente, y que se reflejara el agravante que supondría para las cuestiones citadas la aprobación de tratados como el TTIP.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport revient sur les scandales de surveillance de masse qui ont élaboussé les services de renseignement américains, en particulier la NSA.

De manière générale, ce texte va dans le sens de la protection de la vie privée; il dénonce les méthodes de collecte des données et la dérive des États consistant à faire des citoyens des criminels potentiels et demande aux États membres d'abandonner toutes poursuites contre Edward Snowden et de lui fournir un asile politique. Le rapport insiste en outre sur l'importance de constituer, à l'échelle des États membres, des organes de contrôle permettant de s'assurer que les services spéciaux n'outrepassent pas leur rôle en procédant à un fichage de masse des individus.

Toutefois, sur le plan des mesures, le rapport prône un renforcement de la réglementation européenne dans le domaine de la protection des données. J'ai donc voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I oppose electronic mass surveillance of citizens. I also believe that it is for national governments to determine their own laws. Just because I believe that the UK Government has got the wrong policy, does not mean that I should automatically support the European Union overruling it. I would rather the British Parliament adjusted its own attitude towards these issues.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui vise à demander à la Commission de veiller à ce que tous les transferts de données vers les États-Unis soient soumis à un niveau efficace de protection.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje vertinama, kaip buvo laikomasi rekomendacijų, susijusių su masiniu elektroniniu ES piliečių sekimu. Parlamentas ragino JAV valdžios institucijas ir valstybes nares uždrausti bendro pobūdžio masinį piliečių sekimą ir didelio kiekio piliečių asmens duomenų tvarkymą, taip pat pasmerkę žvalgybos tarnybų veiksmus, apie kuriuos buvo pranešta ir kurie padarė didelę žalą ES piliečių pasitikėjimui ir jų pagrindinėms teisėms. ApmAUDU, kad nuveikta per mažai siekiant apsaugoti ES piliečių pagrindines teises. Pritariu reikalavimams Komisijai užtikrinti, kad visiems duomenims teikiamiems JAV būtų taikomas veiksmingos apsaugos lygis. Tiek Duomenų apsaugos reglamentas, tiek Duomenų apsaugos direktyva būtini siekiant apsaugoti asmenų pagrindines teises ir kad dėl to abu teisės aktai turi būti laikomi rinkiniu, kuris turi būti priimtas vienu metu, siekiant užtikrinti, kad ES vykdančios bet kokią duomenų tvarkymo veiklą visomis aplinkybėmis būtų suteikiama aukšto lygio apsauga.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the notion that the state can monitor citizens who have committed no crime. We feel that if citizens are under reasonable legal suspicion then appropriate measure may be taken with proper civil liberties and legal safeguards. In terms of any monitoring and surveillance, the EU has no right to be involved in this process.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui fait suite aux révélations d'Edward Snowden en ce qui concerne l'espionnage massif organisé par la NSA.

Le rapport souligne qu'il faut renforcer la protection des citoyens européens vis-à-vis de la surveillance de masse opérée par les agences de renseignement.

Les récentes décisions de la CJUE concernant notamment l'accord *Safe Harbour* démontrent bien la nécessité de protéger les droits fondamentaux des citoyens en matière de protection des données privées.

Il faut ici trouver un équilibre entre respect de la vie privée et sécurité des citoyens.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution de suivi sur la surveillance électronique de masse des citoyens dresse le bilan du manque de mesures prises par la Commission européenne, d'autres institutions de l'UE et les États membres pour remédier à la surveillance généralisée.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Si certains aspects de la présente résolution vont dans le bon sens (arrêt des poursuites contre Snowden, ou l'arrêt du transfert des données aux États-Unis), le texte fait preuve d'un européisme à outrance et préconise des solutions qui portent atteinte à la souveraineté des États membres, telles que l'invitation faite à la Commission de traîner en justice certains États membres, d'élaborer des recommandations aux États membres, etc. Ainsi, la Commission à travers des mesures qui semblaient aller dans le bon sens tente en fait de plus contrôler les citoyens et les États. *Big Brother is watching you!* J'ai donc voté contre ce texte.

Mara Bizzotto (ENF), per iscritto. – Un sistema di sorveglianza di massa destabilizza il sistema sociale, in cui si diffondono sfiducia e paura verso la società così organizzata. I dati personali dei cittadini sono alla mercé degli interessi di chi orchestra questo sistema. Ho perciò votato a favore di questa proposta di risoluzione che condanna la sorveglianza di massa.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas įvertina, kaip buvo laikomasi jo prieš metus pateiktų rekomendacijų dėl tolesnių veiksmų po masinio elektroninio ES piliečių sekimo. Prieš metus priimtoje rezoliucijoje Parlamentas ragino JAV valdžios institucijas ir valstybės nares uždrausti bendro pobūdžio masinį piliečių sekimą ir didelio kiekio piliečių asmens duomenų tvarkymą, taip pat pasmerkė žvalgybos tarnybų veiksmus, apie kuriuos buvo pranešta ir kurie padarė didelę žalą ES piliečių pasitikėjimui ir jų pagrindinėms teisėms. Taigi, Parlamentas palankiai įvertino Vokietijos Bundestago, Europos Tarybos, Jungtinių Tautų ir Brazilijos senato tyrimus, diskusijas keliuose nacionaliniuose parlamentuose ir daugelio pilietinės visuomenės veikėjų darbą, kurio dėka padidėjo bendras visuomenės informuotumas apie masinį elektroninį sekimą. Tačiau išreiškė didelį nusivylimą dėl to, jog daugelis valstybių narių ir ES institucijos apskritai pademonstravo abejingumą ir nenorą rimtai spręsti rezoliucijoje nurodytas problemas ir įgyvendinti joje išdėstytas konkrečias rekomendacijas, taip pat neskaidrumą Parlamento atžvilgiu ir nenorą dalyvauti su juo dialoge. Parlamento manymu, ligšiolinė Komisijos reakcija į rezoliuciją, atsižvelgiant į nustatytus faktus, yra visiškai netinkama, todėl jis paragino ne vėliau kaip 2015 m. gruodžio mėn. imtis rezoliucijoje nurodytų veiksmų. Parlamentas taip pat priminė, kad pasilieka teisę pateikti ieškinį dėl neveikimo arba tam tikrus Komisijos biudžeto išteklius perkelti į rezervą, kol ji nesiims tinkamų veiksmų dėl visų rekomendacijų.

Daniel Buda (PPE), în scris. – Într-o lume din ce în ce mai globalizată, măsurile de securitate devin o necesitate, mai ales cele legate de combaterea terorismului. Acestea trebuie aplicate luând în considerare, pe de-o parte, viața privată și protecția datelor, drepturi fundamentale, și respectându-se statul de drept și obligațiile în materie de drepturi fundamentale, pe de altă parte.

Începând cu iulie 2013, Comisia de libertăți civile și afaceri interne, însărcinată cu investigarea supravegherii electronice în masă a cetățenilor UE, a organizat 15 audieri și s-a bazat pe declarațiile experților din partea UE și SUA: academicieni, jurnaliști, societate civilă, specialiști în securitate și tehnologie.

Am votat în favoarea Propunerii de rezoluție referitoare la acțiunile realizate în urma rezoluției Parlamentului European din 12 martie 2014 referitoare la supravegherea electronică în masă a cetățenilor UE, deoarece aceasta cere Comisiei comunicarea privind cele 13 recomandări referitoare la supravegherea în masă și posibilitatea de a extinde un habeas corpus, ca instrument juridic fundamental de a garanta libertatea persoanei în fața acțiunii arbitrare a statului, adaptabil la era digitală, mai ales atunci când în joc sunt dreptul la viață privată și respectarea integrității și demnității cetățenilor.

Gianluca Buonanno (ENF), per iscritto. – Ogni cittadino è trattato come un potenziale sospettato. Tutto questo porta alla corrosione del sistema sociale, alla mancanza di coerenza e di fiducia della società. La sorveglianza di massa è sbagliata di principio. E lo è ancor più così come impostata e non discussa in Italia. Sottostiamo a dettami americani per una sudditanza spaventosa e assurda se consideriamo quello di cui stiamo parlando, cioè i dati e le informazioni che oggi giorno riguardano la vita intera di ogni singolo cittadino. Pertanto riconfermo il voto a favore di questa proposta di risoluzione che condanna la sorveglianza di massa.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. – Oggi ho votato a favore della proposte di risoluzione sul seguito dato alla risoluzione del Parlamento europeo del 12 marzo 2014 sulla sorveglianza elettronica di massa dei cittadini dell'UE.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Con la sua risoluzione del 12 marzo 2014 il Parlamento europeo aveva invitato le autorità degli Stati Uniti e gli Stati membri dell'Unione a vietare le attività di sorveglianza di massa indiscriminata e il trattamento massiccio dei dati personali dei cittadini, denunciando le azioni dei servizi di intelligence segnalate, le quali hanno avuto gravi ripercussioni sulla fiducia e sui diritti fondamentali dei cittadini dell'Unione.

In seguito a quella risoluzione, con il voto di oggi, abbiamo segnalato che il livello di consapevolezza generale circa la sorveglianza elettronica di massa è accresciuto. Allo stesso tempo però, la risoluzione ha sottolineato la generale mancanza di un senso di urgenza e di volontà da parte della maggioranza degli Stati membri e nell'affrontare seriamente le questioni sollevate nella risoluzione e nel dar seguito alle raccomandazioni concrete ivi contenute, così come ha ritenuto insufficiente la risposta della Commissione.

Con la risoluzione il Parlamento ha inoltre invitato la Commissione a dare seguito alle richieste avanzate entro dicembre 2015 e ho quindi votato in suo favore.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted against this resolution because some measures outlined fall within the area of national competence and should be left to Member States' competences.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Nella sua risoluzione del 12 marzo 2014 Il Parlamento europeo ha invitato le autorità degli Stati Uniti e gli Stati membri dell'Unione a vietare le attività di sorveglianza di massa indiscriminata e il trattamento massiccio dei dati personali dei cittadini, oltre ad aver denunciato le azioni dei servizi di intelligence segnalate che hanno avuto gravi ripercussioni sulla fiducia e sui diritti fondamentali dei cittadini dell'Unione.

La risoluzione indica la possibile esistenza di altre motivazioni, come ad esempio lo spionaggio politico ed economico, in considerazione della capacità dei programmi di sorveglianza di massa segnalati. Oggi abbiamo incaricato la commissione LIBE di continuare a monitorare gli sviluppi in questo settore e il seguito dato alle raccomandazioni contenute nella risoluzione. Ho perciò votato a favore.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – I am glad that the motion on EU citizens' fundamental rights in relation to electronic mass surveillance passed, albeit by a very narrow majority.

When it comes to protecting citizens who have come forward to reveal breaches of civil liberties performed by governments, a lot more needs to be done. If whistle-blowers are not protected we are effectively persecuting citizens who did not hold back information on wrongdoing, in the public interest.

We understand that governments are increasing powers within their security and intelligence bodies in order to keep us safe from terrorist attacks; however, we must hold governments into account when our right to privacy is arbitrarily breached. Given that the ECJ invalidated the Safe Harbour Agreement, Parliament's position is strengthened in pushing for a stronger framework to protect EU citizens' rights.

Thankfully, the 'Snowden Effect' has resulted in a win for privacy advocates. This month, in Ireland, the High Court ruled that the Data Protection Commissioner should examine whether to suspend transfer of Facebook users' data from the EU to the US.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτως*. – Η πρόταση ψηφίσματος καταγράφει και προειδοποιεί για την προφανή υπονόμευση του θεμελιώδους δικαιώματος στην ιδιωτικότητα και την προστασία των προσωπικών δεδομένων, όταν κάθε πληροφορία σχετικά με την ανθρώπινη συμπεριφορά θεωρείται πιθανώς χρήσιμη για την καταπολέμηση μελλοντικών εγκληματικών ενεργειών, πράγμα το οποίο οδηγεί αναγκαστικά σε μια νοοτροπία μαζικής παρακολούθησης, σύμφωνα με την οποία ο κάθε πολίτης αντιμετωπίζεται ως πιθανός ύποπτος και η οποία οδηγεί σε διάβρωση της κοινωνικής συνοχής και εμπιστοσύνης.

Ζητείται από την Επιτροπή Πολιτικών Ελευθεριών Δικαιοσύνης και Εσωτερικών Υποθέσεων να συνεχίσει να παρακολουθεί τις εξελίξεις στον τομέα αυτό και τη συνέχεια που δίνεται στις συστάσεις που διατυπώθηκαν στο ψήφισμα.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro la proposta di risoluzione poiché non condivido i toni accusatori dei proponenti: i diritti fondamentali di ciascuno di noi vanno salvaguardati ma la sicurezza ha la sua importanza e non può essere sottovalutata.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Inoltre, ritengo negative le recenti decisioni legislative e giudiziarie adottate negli Stati Uniti per limitare la sorveglianza di massa da parte della NSA, quali l'adozione al Congresso dello «USA Freedom Act»: credo che la situazione per i cittadini europei debba rimanere immutata, a meno che non vi sia un dialogo tra le parti costruttivo e si tenga conto di tutte le opinioni.

Rimango comunque sollevato del fatto che la Commissione non abbia tenuto conto della chiara richiesta del Parlamento di sospendere l'accordo TFTP, ma speranzoso sulla volontà da parte delle istituzioni e degli Stati membri di affrontare seriamente le questioni sollevate fino ad arrivare a una risoluzione.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – In un mondo iperconnesso e globalizzato, il diritto alla privacy e la protezione dei dati devono essere necessariamente tutelati, come dovrebbe altresì essere tutelata la sicurezza nazionale dei singoli Stati membri e del territorio europeo in generale.

A mio avviso le Istituzioni europee si stanno impegnando al massimo per trovare il giusto compromesso tra sicurezza e protezione dei dati personali.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *in writing*. – I fully stand for privacy and fundamental rights. Mass surveillance programmes should be condemned and intelligence activities submitted to democratic oversight. However, I could not support the resolution today. It is not responsible to ask for the suspension of the TFTP agreement, which is a proven tool to prevent terrorism and an important legal framework to protect European citizens' data. Asking that all legislation concerning data processing should stop or be revised after two years would create legal uncertainty, not protect citizens' privacy.

Encryption, a useful tool, should not become the only solution to increase privacy online. Law enforcement authorities should be able to access data, in defined conditions, to investigate and persecute crime. Allowing greater EU IT independence, thinking that this would protect more EU citizens online, would lead to fragmentation of the internet and protectionism. While it is important to adopt at national level legislation that takes into account the situation of whistle-blowers, asking to give protection to Edward Snowden and for a European programme of protection of whistle blowers is not the way forward. It is all about finding the right balances. We need to protect privacy and ensure security for citizens. And today, this balance was not reached.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución relativa a la vigilancia electrónica masiva de las ciudadanas y los ciudadanos de la Unión Europea, ya que es una Resolución que condena de manera explícita el espionaje masivo de la ciudadanía y las estructuras de gobierno europeas por parte de la Agencia Nacional de Seguridad de los Estados Unidos. Además, la Resolución lamenta las últimas medidas tomadas por determinados países de la Unión, como el Reino Unido, que ponen en peligro la seguridad de los datos de la ciudadanía. Otra de las cuestiones que para nosotras son importantes y que vienen reflejadas en la Resolución es la petición de suspensión inmediata de la Decisión de puerto seguro, que permite la transferencia de datos personales a los Estados Unidos, y también del TFTP (Programa de Seguimiento de la Financiación del Terrorismo), además de mostrar la preocupación por la creciente vulneración de derechos fundamentales a través de la limitación de la privacidad. Nos hubiera gustado que se hiciera una referencia más concreta a la compraventa de datos personales por parte de empresas privadas, que condenamos firmemente, y que se reflejara el agravante que supondría para las cuestiones citadas la aprobación de tratados como el TTIP.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which asks the President to call on the Secretary-General of the Council of Europe to furnish an explanation of the manner in which EU internal law ensures the effective implementation of the provisions of the Convention of Human Rights related to this subject and I look forward to this analysis. I also voted in favour of granting protection and prevent the extradition of Edward Snowden because I recognise his status as whistle blower. I voted against amendments calling for the suspension of the Terrorist Finance Tracking programme agreement because I am of the view that this programme generated intelligence that helped detect terrorist plots and trace their authors. An EU-US Agreement on the exchange of financial information should ensure protection of EU citizens' privacy. I have supported this resolution as I believe that we need to deal with such a delicate matter very carefully, and only in extreme circumstances resort to curtailing our citizens rights to privacy.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Dans cette résolution, les députés européens dressent le bilan de l'action de la Commission européenne sur la surveillance électronique de masse des citoyens de l'UE, estimant en effet que les droits des citoyens sur la protection des données de l'UE sont encore en danger. Des députés demandent à la Commission de présenter immédiatement des alternatives à l'accord «Sphère de sécurité», que la Cour de justice de l'UE a récemment jugé dangereux, concernant les transferts de données personnelles des citoyens aux États-Unis. Cette résolution est toutefois contestable en ce qu'elle dénonce les récentes décisions de certains États membres, dont la France, pour étendre les capacités de surveillance des organismes de renseignement. Considérant que ces mesures sont équilibrées et qu'elles visent à renforcer la lutte contre le terrorisme, j'ai décidé de voter contre cette résolution.

Philippe De Backer (ALDE), *schriftelijk*. – Deze resolutie is een antwoord van het Europees Parlement op de vele zaken van massale gegevensverzameling door verschillende buitenlandse inlichtingendiensten. Deze incidenten moeten ons extra waakzaam maken ten aanzien van de manier waarop we met onze gegevens omgaan en de akkoorden die we daarover met derde landen afsluiten. Het is in deze context ook belangrijk dat klokkenluiders op een afdoende manier worden beschermd.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur le suivi de la résolution du Parlement européen du 12 mars 2014 sur la surveillance électronique de masse des citoyens de l'UE car la teneur de ce rapport est problématique. En effet, je ne peux soutenir, à travers ce rapport, le message politique adressé aux partenaires américains ainsi que les attaques à l'encontre d'un certain nombre de pays, dont la France. Du fait de la promulgation de la loi sur le renseignement qui a été adoptée par l'Assemblée nationale au mois de juillet dernier, la France est soupçonnée d'organiser une surveillance massive des citoyens, de même que le Royaume-Uni, l'Allemagne et les Pays Bas. Ce texte suspend par ailleurs le programme UE-US de surveillance de financement du terrorisme qui est pourtant essentiel à l'identification des auteurs des attentats, comme ce fut le cas pour ceux de Boston en 2013.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Mi, az Európai Néppárt, úgy gondoljuk, hogy a polgáraink magánszféráját és alapvető jogait megfelelő módon kell védeni. Ugyanakkor meg kell találnunk az egyensúlyt az általános biztonság és az egyén magánszférához való joga között. Támogatjuk a mobil- és online kommunikációra vonatkozó biztonsági standardokat, egy megbízható európai információfelhőt, a kiegyensúlyozott adatvédelmet, valamint hogy a biztonsági szolgálatot európaibbá tegyük.

A mai határozatban olyan ideológiai követelések vannak, amelyeknek semmi köze a tömeges megfigyeléshez. Mi, a Fidesz magyar néppárti delegáció tagjai, a határozat ellen szavaztunk, mivel úgy gondoljuk, hogy a nemzeti parlamentek feladata megtalálni az egyensúlyt a szabadságjogok védelme, valamint a nemzetbiztonság biztosítása között.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Η έκθεση της επιτροπής LIBE αφορά στην προστασία των δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα, την ασφάλεια του απορρήτου στο διαδίκτυο και τη συνεργασία των κρατών μελών στην καταπολέμηση των υποκλοπών και της μαζικής παρακολούθησης αρχών, εταιρειών και πολιτών κρατών μελών.

Χαρακτηριστικά παραδείγματα, οι πρόσφατες αποκαλύψεις για ηλεκτρονική παρακολούθηση και υποκλοπές συνομιλιών των Γάλλων Προέδρων από την Υπηρεσία Εθνικής Ασφάλειας (NSA) των ΗΠΑ, η συνεργασία της NSA με τη Γερμανική υπηρεσία πληροφοριών (BND), οι αποκαλύψεις Σνόουντεν κ.τ.λ.

Οι ηλεκτρονικές παρακολουθήσεις και εποπτείες πρέπει να διέπονται από κανόνες νομικούς, ηθικούς και τεχνολογικούς, σε ευθυγράμμιση με τις αρχές και τα πρότυπα που προβλέπονται στη συνθήκη πολιτικών και κοινωνικών δικαιωμάτων των ΗΕ. Η ανεξέλεγκτη μαζική παρακολούθηση αποτελεί παραβίαση της ιδιωτικής και οικογενειακής ζωής. Επιπρόσθετα, όλες οι συμφωνίες που αφορούν σε ανταλλαγές πληροφοριών, βασιζόμενες σε παρακολουθήσεις και συλλογές πληροφοριών για την καταπολέμηση της τρομοκρατίας, της χρηματοδότησης αυτής και του κοινού εγκλήματος, ανταλλαγές πληροφοριών νομικού σκοπού, και ανταλλαγής προσωπικών δεδομένων με τρίτες χώρες πρέπει να καλύπτονται από διαφάνεια, νομιμότητα, αναγκαιότητα και αναλογικότητα. Η δε προστασία ατόμων που αποκαλύπτουν παράνομες παρακολουθήσεις και ποινικές ενέργειες υπηρεσιών πληροφοριών πρέπει να αποτελεί βασική προτεραιότητα κάθε κράτους δικαίου.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the notion that the state can monitor citizens who have committed no crime. We feel that if citizens are under reasonable legal suspicion then appropriate measure may be taken with proper civil liberties and legal safeguards. In terms of any monitoring and surveillance, the EU has no right to be involved in this process.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of a resolution to urge the Commission to take further action to ensure that the rights of EU citizens regarding electronic surveillance are properly protected, and to urge Member States to grant protection to Edward Snowden as a 'human rights defender'. It is in the interest of my constituents in Wales to ensure that data transfers between them and the US are subject to effective levels of protection, to safeguard their privacy and human rights.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Os direitos dos cidadãos europeus continuam a estar em perigo após as revelações dos programas de vigilância feitas por Snowden em 2013. Lamento os limitados progressos feitos nesta matéria e considero necessário que a Comissão apresente alternativas à decisão sobre o sistema Porto Seguro de transferência de dados para os EUA, que o TJUE declarou inválida. As novas leis sobre os serviços de informação em vários países da EU merecem também alguma reserva.

Esta resolução visa fazer o ponto da situação sobre o seguimento que foi dado às recomendações feitas pelo Parlamento Europeu, os organismos de vigilância em diversos Estados-Membros e o seu impacto nos direitos fundamentais dos cidadãos da UE e na cooperação transatlântica no domínio da justiça e dos assuntos internos.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Faccio mie le parole di Edward Snowden, difensore internazionale dei diritti umani, per il quale si richiede di ritirare ogni imputazione penale e di offrirgli protezione: «Non voglio vivere in un mondo in cui tutto ciò che faccio o dico viene registrato. Questo è qualcosa che io non sono disposto ad accettare o sostenere».

Le attività di sorveglianza di massa indiscriminata e il trattamento massiccio dei dati personali determinano inaccettabili ingerenze nel diritto fondamentale al rispetto della vita privata, familiare e del segreto professionale. Le azioni dei servizi di intelligence e i programmi di sorveglianza elettronica di massa, dietro cui si nascondono spionaggio politico, economico ed interessi di varia natura delle aziende che li sviluppano e li gestiscono, minano la fiducia e i diritti fondamentali dei cittadini dell'Unione.

Necessarie sono, altresì, le misure per assicurare che tutti i dati personali trasferiti verso Stati terzi siano soggetti a un livello efficace di protezione, equivalente a quello garantito nell'UE. Parimenti necessario è il costante monitoraggio degli sviluppi in questo settore. Pertanto dichiaro favorevole il mio voto.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução segue muitas das recomendações feitas no documento original de 2014, particularmente no que diz respeito à proteção de dados, ao controlo democrático, à questão da proteção dos denunciantes – como o caso Snowden em Junho de 2013 — e a neutralidade da Internet. Vai mais longe, propondo o estatuto de «denunciante e defensor dos direitos humanos» e consequentemente a sua proteção como tal, e exige que os Estados Unidos da América ponham termo à espionagem que têm vindo a levar a cabo.

Contudo, esta resolução condena expressamente o Reino Unido, os Países Baixos e a França pela sua recente legislação na matéria, e no ponto 21 chega a referir que «a União Europeia e os seus Estados-Membros necessitam de uma definição comum de “segurança nacional”, a fim de garantir a segurança jurídica», ou seja uma enorme contradição com a manifestada defesa do controlo democrático e das constituições nacionais. É uma entre outras contradições presentes no relatório.

Pelo exposto, o nosso voto de abstenção.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as I believe this issue must be dealt with in a robust manner.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Aj napriek hromadnému sledovaniu občanov členských štátov Európskej únie prišlo nedávno k prijatiu zákonov v niektorých členských štátoch, ktoré rozširujú možnosti sledovania zo strany spravodajských orgánov vrátane nového francúzskeho zákona o spravodajskej činnosti, v Spojenom kráľovstve je to prijatie zákona o uchovávaní údajov a vyšetrovacích právomociach a v Holandsku návrhy nových právnych predpisov, ktorými sa novelizuje zákon o spravodajských a bezpečnostných službách, čo rozhodne nevysiela občanom členských štátov pozitívnu správu o ochrane ich práva na súkromie. Víтам však začatie neformálnych medziinštitucionálnych rokovaní o návrhu všeobecného nariadenia o ochrane údajov a prijatie všeobecného smerovania k návrhu smernice o

Donnerstag, 29. Oktober 2015

ochrane údajov Radou. Nariadenie o ochrane údajov a smernica o ochrane údajov sú nevyhnutné na ochranu základných práv jednotlivcov, a preto ich treba vnímať ako balík opatrení, ktoré treba prijať súčasne, s cieľom zabezpečiť, aby všetky činnosti v súvislosti so spracúvaním údajov v Európskej únii poskytovali vysokú úroveň ochrany za každých okolností.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Υπερψηφίζω την έκδοση της επιτροπής LIBE, η οποία αφορά στην προστασία των δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα, την ασφάλεια του απορρήτου στο διαδίκτυο και τη συνεργασία των κρατών μελών στην καταπολέμηση των υποκλοπών και της μαζικής παρακολούθησης αρχών, εταιρειών και πολιτών κρατών μελών. Χαρακτηριστικά παραδείγματα, οι πρόσφατες αποκλύψεις για ηλεκτρονική παρακολούθηση και υποκλοπές συνομιλιών των γάλλων Προέδρων από την Υπηρεσία Εθνικής Ασφάλειας (NSA) των ΗΠΑ, η συνεργασία της NSA με τη Γερμανική Υπηρεσία Πληροφοριών (BND), οι αποκλύψεις Σνόουντεν κ.τ.λ.

Οι ηλεκτρονικές παρακολουθήσεις και εποπτείες πρέπει να διέπονται από κανόνες νομικούς, ηθικούς και τεχνολογικούς, σε ευθυγράμμιση με τις αρχές και τα πρότυπα που προβλέπονται στη συνθήκη πολιτικών και κοινωνικών δικαιωμάτων των ΗΕ. Η ανεξέλεγκτη μαζική παρακολούθηση αποτελεί παραβίαση της ιδιωτικής και οικογενειακής ζωής. Επιπρόσθετα όλες οι συμφωνίες που αφορούν σε ανταλλαγές πληροφοριών, βασιζόμενες σε παρακολουθήσεις και συλλογές πληροφοριών για την καταπολέμηση της τρομοκρατίας, της χρηματοδότησης αυτής και του κοινού εγκλήματος, ανταλλαγές πληροφοριών νομικού σκοπού, και ανταλλαγής προσωπικών δεδομένων με τρίτες χώρες πρέπει να καλύπτονται από διαφάνεια, νομιμότητα, αναγκαιότητα και αναλογικότητα. Η δε προστασία ατόμων που αποκαλύπτουν παράνομες παρακολουθήσεις και ποινικές ενέργειες υπηρεσιών πληροφοριών πρέπει να αποτελεί βασική προτεραιότητα κάθε κράτους δικαίου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – I strongly believe that, when giving special powers and capabilities to intelligence services in democratic societies, this should be done in order to protect fundamental rights, democracy and the rule of law, citizens' rights and the State against internal and external threats, and those powers must be subject to democratic accountability and judicial oversight; their application should be strictly scrutinised, as otherwise they lose legitimacy and they risk undermining democracy.

I therefore support the request to the Council and to the Commission to let us know if they consider EU citizens to be sufficiently protected against electronic mass surveillance. It is of the utmost importance that EU citizens know if there is any electronic mass surveillance they are subjected to, and in this case, that institutions work together to ensure that citizens' fundamental rights are respected.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – Az előadóval egyhangzóan üdvözlöm a német Bundestag, az Európa Tanács, az ENSZ és a brazil szenátus által indított vizsgálatokat, a számos egyéb nemzeti parlamentben lefolytatott vitákat és a civil társadalom számos szereplőjének munkáját, amely hozzájárult a tömeges elektronikus megfigyeléssel kapcsolatos általános tájékozottság növeléséhez.

Ugyanakkor csalódottságomat szeretném kifejezni amiatt, hogy sem a legtöbb tagállam, sem az uniós intézmények nem mutatnak hajlandóságot arra, hogy sürgősséggel cselekedjenek és komolyan foglalkozzanak az állásfoglalásban felvetett kérdésekkel, valamint végrehajtsák az abban foglalt konkrét ajánlásokat, továbbá hiányolja a Parlamenttel szemben tanúsított átláthatóság és a vele folytatott párbeszédet.

Fontosnak tartom felhívni a tagállamokat annak biztosítására, hogy a hírszerző ügynökségek tevékenységeit szabályozó jelenlegi és jövőbeli jogalkotási kereteik és felügyeleti mechanizmusaik összhangban álljanak az emberi jogok európai egyezményében és valamennyi vonatkozó uniós jogszabályban foglalt normákkal; felhívja a Bizottságot, hogy haladéktalanul kezdeményezze a francia hírszerzési törvény valamennyi rendelkezésének értékelését, és adjon számot annak az elsődleges és másodlagos uniós joggal való összeegyeztethetőségéről.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado en contra, aunque siempre teniendo presente que es necesario que se prohíban las actividades de vigilancia masiva generalizada y el tratamiento masivo de datos personales de ciudadanos, garantizando en todo momento los derechos fundamentales de los ciudadanos de la UE.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – La tecnologia sia fonte di conoscenza e democratizzazione del sapere e non potenziale rischio per i cittadini che vi accedono. Deploro pertanto ogni uso sconsiderato e potenzialmente rischioso della rete per i cittadini e reclamo un'azione forte dell'Europa che impedisca qualsiasi impiego strumentale dei dati privati degli utenti della rete a fini commerciali o per qualsiasi altro tipo di speculazione.

La UE sia pronta a consolidare gli impegni assunti con la risoluzione del Parlamento europeo del 12 marzo 2014 in merito alla sorveglianza elettronica di massa e adotti tutte le misure in suo possesso per assicurare ai cittadini i diritti fondamentali anche nell'era digitale, prima tra tutte la libertà nella navigazione.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione sul seguito dato alla risoluzione del Parlamento europeo del 12 marzo 2014 sulla sorveglianza elettronica di massa dei cittadini dell'Unione perché ritengo che la digitalizzazione ponga oggi un serio problema di privacy e di sicurezza personale.

Le recenti inchieste Wikileaks hanno rivelato che negli ultimi anni le più alte autorità statali ed istituzionali dei più importanti paesi del mondo sono state poste sotto sorveglianza e che tale attività portata avanti dall'agenzia governativa americana NSA (*National Security Agency*) non è stata sporadica, bensì costante e sistematica.

Ritengo, infatti, che sia fondamentale garantire ai cittadini la protezione del diritto alla libertà d'opinione e di espressione nell'era digitale e deploro, pertanto, l'uso del controllo elettronico per finalità di spionaggio politico ed economico.

Mi associo alla preoccupazione espressa dal relatore del gruppo S&D, Moraes, circa l'adozione delle leggi approvate in alcuni Stati membri che de facto ampliano i poteri dell'intelligence e dei servizi segreti senza aver assicurato prima meccanismi di controllo che disciplino tali attività.

Plaudo, infine, all'avvio dei negoziati interistituzionali sul pacchetto legislativo che comprende un regolamento generale sulla protezione dei dati e una direttiva sugli orientamenti generali.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen die Resolution „Weiterbehandlung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur elektronischen Massenüberwachung der Unionsbürger“ gestimmt, da ich den darin formulierten Ansatz für falsch halte. Zudem ist es mir wichtig, zu betonen, dass die Unterhändler des Europaparlaments in den Trilog-Verhandlungen zur Datenschutz-Grundverordnung garantieren sollten, dass die in der letzten Legislatur beschlossene „Kapitel-Lösung“ für den Datenschutz am Arbeitsplatz in Artikel 82 erhalten bleibt und nicht einem unüberlegten Kuhhandel zum Opfer fällt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen eine mögliche Aufhebung der TTIP-Verhandlungen durch die Hintertür ausgesprochen. Die Europäische Union profitiert bereits seit langem vom Freihandel. Ein Abkommen mit den USA bietet viele Chancen, insbesondere für unseren Mittelstand. Diesen Möglichkeiten sollten wir uns nicht verschließen.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – Most EU Member States and the EU institutions have shown a lack of willingness to prohibit mass surveillance activities since the revelation made by Edward Snowden. On the contrary, some of them have even adopted laws that extend surveillance capabilities of intelligence bodies, such as France and the UK. I therefore welcome and support this resolution that condemns, once more, the electronic mass surveillance of EU citizens by European and American intelligence and calls for the safeguarding of EU citizens' fundamental rights.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution. Certes, elle comporte quelques demandes pertinentes, mais elle demande aussi à la Commission des choses qui lui sont impossibles compte tenu de son parti pris pro-américain.

La Commission est très mal placée pour agir, ayant poussé à l'accord SWIFT de transfert des données bancaires ou encore au programme «Safe Harbor», qui permet le traitement aux États-Unis, par des sociétés privées, des données personnelles qu'elles ont collectées auprès de leurs utilisateurs européens. Cet accord vient d'être annulé par la Cour de Luxembourg, à l'initiative d'un simple citoyen autrichien et non de la Commission, malgré les scandales à répétition qui ont révélé l'aide apportée par lesdites sociétés à la NSA dans son opération d'espionnage généralisé. Cette décision importante de la Cour est largement symbolique. Pour qu'elle soit réellement effective, il faudrait en effet que les USA renoncent à faire primer leur sécurité nationale sur toute autre considération, et pas seulement qu'ils consentent mollement à accorder aux Européens un droit de recours similaire à celui de leurs nationaux. La Commission n'en a ni la volonté ni le courage: c'est une interdiction de transferts qu'il faut viser, et non ce vague «Safe Harbor 2» que l'on va nous servir en 2016.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este texto sobre el seguimiento de la Resolución de 2014, ya que es mucho más contundente que la Resolución original relativa a la vigilancia electrónica masiva de los ciudadanos de la UE. Esta Resolución surgió a raíz de las revelaciones de Edward Snowden sobre el espionaje masivo a ciudadanos y políticos en Europa por parte de la NSA. En este texto de seguimiento se incorporan aspectos importantes y positivos, como la mención a dos sentencias del TJUE sobre el tema. Se señala y pone en entredicho la legislación sobre vigilancia masiva del Reino Unido, Francia y los Países Bajos por abrir la puerta a la legalización de la vigilancia masiva. El texto advierte a la Comisión de la congelación de su presupuesto si no sigue las recomendaciones del PE, lo cual fortalece el rol del Parlamento, órgano democrático. El texto también subraya la importancia de la encriptación (codificación) y hace un llamamiento reiterado a suspender el acuerdo TFTP (Programa de Seguimiento de la Financiación del Terrorismo). Por último, estamos a favor de este texto sobre el seguimiento de la Resolución ya que, al mismo tiempo, pide que se legisle para proteger a los denunciantes (*whistle blowers*), algo que en Podemos defendemos.

Nathalie Griesbeck (ALDE), *par écrit*. – Si je salue l'adoption de cette résolution forte du Parlement Européen sur la lutte contre la surveillance de masse des citoyens européens – la résolution dénonce les programmes de surveillance massive des services de renseignement, insiste sur le droit fondamental des citoyens européens à la vie privée, réitère nos appels pour la suspension du *Safe Harbor* et du TFTP. En revanche, je regrette vivement que mon amendement et le paragraphe demandant à la Commission européenne d'évaluer la loi française sur le renseignement à l'aune des traités européens et de la charte européenne des droits fondamentaux aient été rejetés, à la suite d'une manœuvre révoltante des socialistes français.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – En juin 2013, les révélations d'Edward Snowden sur la surveillance électronique de masse à laquelle étaient exposés les citoyens européens résonnaient comme un électrochoc en Europe. Le Parlement avait promptement réagi en diligentant une enquête pour évaluer l'étendue de la violation des droits des citoyens et formuler des recommandations en conséquence. Force est de constater qu'un an et demi plus tard, trop peu a été fait.

C'est pourquoi j'ai soutenu cette résolution de suivi proposée par mon collègue anglais, Claude Moraes, afin d'appeler – une nouvelle fois – la Commission à prendre immédiatement les mesures nécessaires pour assurer que toutes les données personnelles transférées aux États-Unis soient soumises à un niveau efficace de protection. Cette résolution prend un relief tout à fait particulier avec l'arrêt prononcé récemment dans le cas Schrems invalidant la décision de la Commission relative au régime «Sphère de sécurité» pour les transferts de données vers les États-Unis. Cette décision ne vient que confirmer la position de longue date du Parlement. La Commission devra se pencher non seulement sur l'impact de cet arrêt, mais sur les alternatives possibles. Rendez-vous est pris fin 2015 avec la Commission, espérons que les demandes du Parlement ne resteront pas cette fois-ci lettre morte...

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the follow-up to the European Parliament resolution of 12 March 2014 on the electronic mass surveillance of EU citizens because I believe that inquiries by the German Bundestag, the Council of Europe, the UN and the Brazilian Senate, the debates in several other national parliaments and the work of numerous civil society actors have contributed to the raising of general awareness regarding electronic mass surveillance.

However, I am disappointed by the overall lack of sense of urgency and willingness shown by most Member States and the EU institutions in terms of seriously addressing the issues raised in the resolution and implementing the concrete recommendations contained therein, as well as by the lack of transparency towards or dialogue with Parliament.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson och Jens Nilsson (S&D), *skriftlig*. – Vi svenska socialdemokrater röstade för resolutionen om den elektroniska massövervakningen av EU:s medborgare.

Ett ändringsförslag uppmanade medlemsstaterna att lägga ner eventuella åtal mot Edward Snowden. Vi har full respekt för Snowdens viktiga avslöjanden och status som "visselblåsare" men anser inte att folkvalda bör lägga sig i eller försöka påverka domstolars arbete. Vi röstade därför mot detta ändringsförslag.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

András Gyürk (PPE), írásban. – Mi, az Európai Néppárt, úgy gondoljuk, hogy a polgáraink magánszféráját és alapvető jogait megfelelő módon kell védeni. Ugyanakkor meg kell találnunk az egyensúlyt az általános biztonság és az egyén magánszférához való joga között. Támogatjuk a mobil- és online kommunikációra vonatkozó biztonsági standardokat, a megbízható európai információfelhőt, a kiegészítő adatvédelmet, valamint hogy a biztonsági szolgáltatot európaibbá tegyünk.

A határozatban olyan ideológiai követelések vannak, amelyeknek semmi köze a tömeges megfigyeléshez. A Fidesz magyar néppárti delegáció tagjaként a határozat ellen szavaztunk, mert úgy gondoljuk, hogy a nemzeti parlamentek feladata megtalálni az egyensúlyt a szabadságjogok védelme, valamint a nemzetbiztonság garantálása között.

Brian Hayes (PPE), in writing. – I chose not to support this resolution as it attempts to link data protection to other legal instruments which, in reality, do not concern data protection at all.

Brice Hortefeux (PPE), par écrit. – Si je partage l'indignation à l'égard des pratiques qui ont été révélées sur la surveillance massive des communications des citoyens par l'agence américaine NSA, je ne souscris cependant pas à l'intégralité des propos contenus dans cette résolution.

Un bloc de gauche, majoritaire dans la commission parlementaire en charge de ces questions, a réussi à faire adopter des dispositions très polémiques qui reposent sur des convictions personnelles et des idéologies.

Contrairement à ces députés, je ne pense pas que la liberté individuelle doive être systématiquement opposée à l'impératif de sécurité. Au contraire, je conçois l'épanouissement des libertés dans un espace sûr. C'est dans cet esprit que j'ai soutenu l'adoption en France de la loi sur le renseignement qui fait l'objet d'une attaque en règle dans cette résolution.

De même, en quoi la menace de bloquer les ressources budgétaires de la Commission européenne si elle n'applique pas à la lettre les recommandations du Parlement permet de faire la clarté sur ce qu'il s'est passé?

Pourquoi suspendre l'échange d'informations avec les États-Unis sur le financement du terrorisme, outil essentiel à l'identification des terroristes?

C'est pour toutes ces raisons que j'ai voté contre la résolution de suivi de la résolution de mars 2014.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam za prijedlog rezolucije - daljnje postupanje nakon usvajanja rezolucije Europskog parlamenta o elektroničkom masovnom nadzoru građana EU-a 12. ožujka 2014., s obzirom da se radi o važnoj tematici o kojoj treba posvetiti više pažnje te brže donositi odluke s obzirom da brzi razvoj tehnologije donosi i nove mogućnosti za zlouporabu te ugrožavanje interesa i prava građana. Ovime se pozdravljaju inicijative raznih institucija kojima se želi podići opću svijest o elektronskom masovnom nadzoru.

S druge strane, upozorava se na ukupni nedostatak osjećaja hitnosti i spremnosti od strane većina zemalja članica i EU institucija u smislu ozbiljnog rješavanja navedene problematike. Naglašava se da su i Pravilnik o zaštiti podataka i Direktiva o zaštiti podataka potrebne za zaštitu temeljnih prava pojedinaca, te da ih stoga treba tretirati kao paket koji će biti usvojen istovremeno. Ova rezolucija poziva na hitnu obustavu odluke „Safe Harbor” jer ne pruža odgovarajuću zaštitu osobnih podataka građana EU-a.

Pozdravlja inicijative privatnog ICT sektora u smislu razvoja kriptografskih sigurnosnih rješenja i internetskih usluga koje poboljšavaju privatnost. Ovime se smatra da su temeljna prava građana EU-a i dalje u opasnosti i da je premalo učinjeno kako bi se osigurala njihova potpuna zaštita u području elektronskog masovnog nadzora.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte revient sur l'affaire de la NSA et propose dans l'ensemble un accroissement de la protection de la vie privée; il dénonce les méthodes de collectes des données et la dérive des États consistant à faire des citoyens de potentiels délinquants, demande aux États membres d'abandonner toutes poursuites contre Edward Snowden et de lui fournir un asile politique. Le rapport insiste en outre sur l'importance de constituer, à l'échelle des États membres, des organes de contrôle permettant de s'assurer que les services spéciaux n'outrepassent pas leur rôle en procédant à un fichage de masse des individus.

Cependant, sur le plan des mesures, le rapport prône un renforcement de la réglementation européenne dans le domaine de la protection des données.

J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My fellow MEPs and I opposed the notion that the state can monitor citizens who have committed no crime. We feel that if citizens are under reasonable legal suspicion then appropriate measure may be taken with proper civil liberties and legal safeguards. In terms of any monitoring and surveillance, the EU has no right to be involved in this process.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution de suivi de la résolution du Parlement européen du 12 mars 2014 sur la surveillance électronique de masse des citoyens de l'Union européenne. Ce texte multipliait les accusations contre les États-Unis et des États membres, et appelait à suspendre des accords UE-US en matière de surveillance du financement du terrorisme qui est pourtant essentiel à l'identification des auteurs d'attentats, comme ce fut le cas pour ceux de Boston en 2013.

Par ailleurs, certains voulaient ajouter des sujets qui ne correspondent pas au propos de départ de la résolution, la sécurité des citoyens européens, comme les accords commerciaux de l'Union européenne. Un sujet de préoccupation aussi majeur pour nos concitoyens méritait un texte plus sérieux.

Le texte a été adopté, ce que je regrette.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme dieser Resolution zu. Sie hebt das Recht und den Schutz der Privatsphäre für europäische Bürger hervor und verurteilt die elektronische Massenüberwachung.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution as the EU must advance in its efforts to rebuild trust in citizens on the issue of mass surveillance by clamping down on arbitrary abuses of the fundamental right to privacy.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Il regolamento sulla protezione dei dati, nonché la direttiva sulla protezione degli stessi, sono necessari per tutelare i diritti fondamentali delle persone. La tematica in questione è certamente delicata, dovendo conciliare esigenze opposte, quali quelli di sicurezza e di protezione dei dati personali.

Ho deciso di dare il mio negativo perché durante i negoziati non tutte le preoccupazioni sollevate dal mio gruppo politico sono state condivise e ritengo il testo finale lontano da un risultato auspicabile.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur la surveillance électronique de masse des citoyens de l'Union européenne, car ce texte préconise des solutions européistes portant atteinte à la souveraineté des États membres. Ce n'est pas au Parlement européen (ni à la Commission européenne) de s'ingérer dans les affaires intérieures des États membres. Ceci dit, j'ai soutenu certains amendements et certaines parties importantes de la résolution dont je partage la philosophie, notamment le paragraphe 47, qui met en garde contre la culture de la surveillance de masse dans laquelle chaque citoyen est considéré comme un suspect potentiel. J'ai bien entendu également voté pour le considérant E, qui souligne «la surveillance ciblée des communications des trois derniers présidents de la République française, de ministres français et de l'ambassadeur de France aux États-Unis; que cet espionnage stratégique et économique mené à grande échelle par la NSA au cours des dix dernières années a pris pour cible l'ensemble des structures de l'État français ainsi que les principales entreprises françaises.»

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle porte atteinte à la souveraineté des États sous prétexte d'assurer la protection des données personnelles.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución relativa a la vigilancia electrónica masiva de las ciudadanas y los ciudadanos de la Unión Europea, ya que es una Resolución que condena de manera explícita el espionaje masivo de la ciudadanía y las estructuras de gobierno europeas por parte de la Agencia Nacional de Seguridad de los Estados Unidos. Además, la Resolución lamenta las últimas medidas tomadas por determinados países de la Unión, como el Reino Unido, que ponen en peligro la seguridad de los datos de la ciudadanía. Otra de las cuestiones que para nosotras son importantes y que vienen reflejadas en la Resolución es la petición de suspensión inmediata de la Decisión de puerto seguro, que permite la transferencia de datos personales a los Estados Unidos, y también del TFTP (Programa de Seguimiento de la Financiación del Terrorismo), además de mostrar la preocupación por la creciente vulneración de derechos fundamentales a través de la limitación de la privacidad. Nos hubiera gustado que se hiciera una referencia más concreta a la compraventa de datos personales por parte de empresas privadas, que condenamos firmemente, y que se reflejara el agravante que supondría para las cuestiones citadas la aprobación de tratados como el TTIP.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – U rezoluciji Parlament poziva članice Europske unije i američke vlasti da prekinu masovni nadzor i skupu obradu osobnih podataka građana te je iskazano nezadovoljstvo zbog akcija obavještajnih službi koje utječu na temeljna prava građana i njihovo povjerenje u sustav. Ovaj prijedlog također izražava zabrinutost zbog mogućeg postojanja drugih motiva poput političke špijunaže. To su razlozi potrebe pokretanja zaštita temeljnih prava u digitalnom dobu.

Poštivanje Povelje o temeljnim pravima Europske unije je važno, a razina zaštite potrošača ne smije biti niža od one uspostavljene Direktivom 95/46/EZ. Rezolucijom se, između ostalog, poziva Komisiju da osigura zaštitu svih podataka koji se prenose u SAD, da nacionalni parlamenti na osnovu temeljite analize naprave nadzor obavještajnih aktivnosti te da se pripremi europska strategija za veću IT neovisnost.

Podržala sam rezoluciju Europskog parlamenta budući da je nužno građanima osigurati privatnost te pravo na slobodu mišljenja i izražavanja u digitalnom dobu, a za to nam je nužan dijalog s civilnim društvom i vraćanje izgubljenog povjerenja.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Neatkarīgi no jebkuras sabiedrības vēsturiski un kulturāli attīstītas sociālās dzīves formāta — balstīta uz individuālisma vai kolektīvisma principiem — privātajai dzīvei nenoliedzami jābūt bez problēmām pieejamai jebkuram cilvēkam. Tas attiecas ne tikai uz fizisku atrašanos savā mājā, bet arī uz visu informāciju, kura ir pieejama vienā vai citā veidā un eksistē par ikvienu cilvēku — no sociālajiem tīkliem līdz telefonsarunām.

Protams, var pieļaut uzraudzības pasākumu īstenošanu to cilvēku gadījumos, kurus tur aizdomās sakarā ar dažāda veida noziegumiem vai jebkurām teroristiskām darbībām, taču arī šajā gadījumā tam jānotiek, pamatojoties uz likumīguma principiem un saņemot tiesas atļauju. Ja Eiropas Savienība un tās varas iestādes, kā arī mūsu dalībvalstis patiešām ciena savas saistības attiecībā uz ES iedzīvotāju privāto dzīvi un pārējām neatņemamām tiesībām, pēdējos gados uzzinātie masu spiegošanas fakti tiks gan pienācīgi izmeklēti, gan arī tiks pieņemti nepieciešamie pasākumi, lai garantētu cilvēku iespēju dzīvot bez šaubām par to, ka kāds seko ikvienam viņu solim. Tas attiecas arī uz personīgas informācijas apmaiņu ar mūsu sabiedrotajiem. Citiem vārdiem sakot, es viennozīmīgi atbalstu šo rezolūciju un ceru, ka atbildīgās institūcijas ņems to vērā — nevis tāpēc, ka tā nākusi no Eiropas Parlamenta, bet tāpēc, ka pretējā gadījumā būtu jājautā — kā var dzīvot īsti tiesiskā un drošā valstī vai valstu kopienā, kurā tiek pieļauts kaut kas tāds?

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Digitalizácia a elektronická komunikácia predstavujú pre spoločnosť nielen prínos, ale aj hrozbu, pretože môžu byť použité na zneužívanie osobných údajov, páchanie trestnej činnosti, medzinárodného organizovaného zločinu a na šírenie terorizmu vo svete. Posledné udalosti vo svete ukázali, že tieto prostriedky môžu byť zneužívané aj samotnými spravodajskými službami jednotlivých štátov. Dochádza tak k poškodzovaniu základných práv občanov a narušaniu základov právneho štátu.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

To všetko si vyžaduje prijatie opatrení, ktoré vytvoria precízny a riadne zdôvodnený rámec na kontrolu elektronického sledovania tak, aby nedochádzalo k porušovaniu legitímnych práv. Podporujem navrhované opatrenia a kroky Komisie v tejto oblasti. Je však dôležité zdôrazniť, že akékoľvek opatrenia musia byť v súlade so zákonmi, medzinárodnými zmluvami a dohovormi, musia chrániť základné práva občanov a nesmú poškodzovať záujmy právneho štátu.

Νότης Μαριιάς (ECR), γραπτώς. – Καταψηφίζω την κοινή πρόταση ψηφίσματος σχετικά με τη μαζική ηλεκτρονική παρακολούθηση πολιτών της ΕΕ, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 28/10/2015.

David Martin (S&D), *in writing*. – This report concludes Parliament's investigation into mass surveillance of European citizens. It makes clear that surveillance has been widespread and has not contained adequate data protection and privacy provisions. There has not been sufficient judicial or political oversight, and we have not seen enough action from either the Member State governments nor the Commission to rectify this. Parliament will take this forward in our work on data privacy.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Il y a un an et demi, peu après les révélations d'Edward Snowden sur l'espionnage à grande échelle outre-Atlantique, le Parlement européen commençait officiellement à enquêter sur la surveillance de masse dont étaient victimes les citoyens européens. Une résolution du Parlement – dénuée d'influence – plus tard, le rapport Moraes constate que la surveillance demeure massive sur notre continent, et qu'elle fait rarement l'objet d'un quelconque contrôle politique ou juridique. Les progrès sont insuffisants, tant de la part de la Commission européenne que des États membres. Ainsi, je me félicite que le rapport admette la nécessité de faire davantage pour protéger les données personnelles des citoyens européens.

Entre autres, le rapport Moraes se félicite de l'arrêt de la Cour de justice de l'Union européenne qui, le 6 octobre dernier, a invalidé la décision de la Commission européenne d'introduire un régime de *Safe Harbour* pour les transferts de données vers les États-Unis. Il invite également les Vingt-Huit à abandonner toute poursuite contre Edward Snowden et à lui offrir une protection. Dans la lignée de mon combat pour la protection des données personnelles des citoyens dans les accords commerciaux (notamment le TTIP, et le TISA), j'ai voté pour ce rapport.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Das Recht und der Schutz der Privatsphäre werden hervorgehoben und elektronische Massenüberwachungen werden verurteilt, indem die Resolution erneuert wird. Somit unterstütze ich diesen Bericht.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I did not support this motion for a resolution as it failed to focus on the main issue at hand which is that of mass surveillance of EU citizens. The EU should be safe for all citizens. Security and counter-terrorism are a top priority.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport revient sur les scandales de surveillance de masse qui ont éclaboussé les services de renseignement américains, en particulier la NSA.

De manière générale, ce texte va dans le sens de la protection de la vie privée: il dénonce les méthodes de collecte des données et la dérive des États consistant à faire des citoyens des criminels potentiels, il demande aux États membres d'abandonner toutes poursuites contre Edward Snowden et de lui fournir un asile politique. Le rapport insiste en outre sur l'importance de constituer à l'échelle des États membres des organes de contrôle permettant de s'assurer que les services spéciaux n'outrepassent pas leur rôle en procédant à un fichage de masse des individus.

Toutefois, sur le plan des mesures, le rapport prône un renforcement de la réglementation européenne dans le domaine de la protection des données. J'ai donc voté contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta de resolução sobre a vigilância eletrónica em larga escala dos cidadãos da UE. Insto a Comissão a dar resposta aos apelos feitos pelas sucessivas resoluções do Parlamento Europeu.

A relação entre os EUA e a UE é imprescindível para ambas as partes. As revelações sobre a vigilância comprometeram esta relação, pelo que é fundamental que se tomem medidas para garantir o restabelecimento desta confiança, tendo em conta a cooperação no âmbito de um grande número de questões de interesse comum.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Louis Michel (ALDE), par écrit. – Il était crucial que le Parlement se prononce à nouveau sur la problématique de la surveillance massive en opérant le suivi de sa résolution de 2014 qui faisait elle-même suite aux révélations faites par Edward Snowden. Toutes les recommandations faites par le Parlement l'année passée n'ont pas été pleinement suivies, et toutes les garanties demandées n'ont pas été apportées. Le Parlement reste donc saisi de la question et réitère ses demandes qui n'ont pas encore fait l'objet d'une réponse satisfaisante. Le Parlement – et en particulier sa commission LIBE dont je suis membre – reste entièrement investi de cette problématique et continuera son travail pour s'assurer que les droits fondamentaux et libertés des citoyens européens soient respectés.

Marlene Mizzi (S&D), in writing. – The Resolution on Electronic mass surveillance of EU citizens outlines new evidence on the topic, the status of new legislation, and inquiries enacted in Member States after the NSA spying scandal. It provides non-legislative recommendations in the field of IT surveillance trying to ensure that European citizens' fundamental rights are well protected and not under threat from different mass surveillance techniques. The outcome of the vote is even more important given the recent ruling of the European Court of Justice invalidating Safe Harbour.

I voted in favour of the resolution, because in my personal opinion collection of information and personal data of the European citizens need to be subject to an effective level of protection, especially when this data is transferred to the US. Having said that, however, I did not support some parts of the resolution calling for the suspension of the Terrorist Finance Tracking Programme (TFTP) agreement and calling for European common definition of national security, which in my opinion are competences of the Member States. We need to find a proper balance between national security and European citizens' fundamental rights, without sacrificing one principle for another.

Angelika Mlinar (ALDE), schriftlich. – Zwei kürzlich ergangene Gerichtsentscheidungen, ich meine damit die Vorratsdatenspeicherung und „Safe Harbour“, lassen uns einen genaueren Blick auf den Gesetzgebungsprozess der EU werfen.

Wir sind Politikerinnen und Politiker, und natürlich ist die politische Abwägung Kern unserer Arbeit. Dies darf aber keinesfalls die Gesetzgebung der EU oder auf nationaler Ebene dazu verleiten, fundamentale Rechte der Bürgerinnen und Bürger außer Acht zu lassen. Der Schutz der Privatsphäre und der Datenschutz sind in unseren Grundgesetzen fix verankert.

Unsere Aufgabe ist es, diese zu schützen und nicht immer den Umweg über den EuGH gehen zu müssen, um dies sicherzustellen. Unser Auftrag als EU-Parlament ist es, diesen Schutz sicherzustellen und daher rufe ich alle Kolleginnen und Kollegen hiermit auf, dies immer zu bedenken und entsprechend zu handeln.

Ich habe in der Abstimmung daher auch darauf gedrängt, dass die Verhandlungen zur EU-Datenschutzverordnung schnell abgeschlossen werden und der Rat die Grundrechtecharta berücksichtigt, damit wir ein gutes Fundament für alle weiteren Gesetze haben.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), por escrito. – Defendo que os dados e os fluxos de informação, que dominam a vida quotidiana dos nossos dias e constituem parte da integridade de qualquer pessoa, têm de estar protegidos e seguros. A proteção dos dados e a vida privada são direitos fundamentais.

É importante salientar que as medidas de segurança, tais como as medidas de combate ao terrorismo, devem ser aplicadas de acordo com o Estado de Direito e ser subordinadas às obrigações em matéria de direitos fundamentais.

Expresso a minha preocupação relativamente à consideração do relator quando refere que os direitos fundamentais dos cidadãos da UE continuam a estar em perigo e que pouco tem sido feito para garantir a plena proteção de tais direitos em caso de vigilância eletrónica em larga escala, lamentando ainda os escassos progressos realizados no sentido de assegurar a proteção dos autores de denúncias e dos jornalistas.

Subscrevo que deverá existir uma monitorização e acompanhamento rigorosos sobre a vigilância eletrónica em larga escala dos cidadãos da EU por parte da Comissão das Liberdades Cívicas, da Justiça e dos Assuntos Internos.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution de suivi sur la surveillance électronique de masse des citoyens dresse le bilan du manque de mesures prises par la Commission européenne, d'autres institutions de l'UE et les États membres pour remédier à la surveillance généralisée.

Si certains aspects de la présente résolution vont dans le bon sens (arrêt des poursuites contre Snowden, ou l'arrêt du transfert des données aux États-Unis), le texte fait preuve d'un européisme forcené et préconise des solutions qui portent atteinte à la souveraineté des États membres, telles que l'invitation faite à la Commission de traîner en justice certains États membres, d'élaborer des recommandations aux États membres (comme si la Commission était la mieux placée) etc.

J'ai donc voté contre ce texte.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this resolution that calls for the immediate suspension of the Safe Harbour Decision as it does not provide adequate protection of personal data for EU citizens.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat pentru această rezoluție deoarece consider că sunt inacceptabile modul în care a fost gestionată situația și deciziile ce s-au luat ca urmare a dezvăluirilor privind supravegherea oficialilor din state membre UE de către SUA.

M-am opus și mă voi opune mereu supravegherii în masă a cetățenilor, deoarece consider că există mijloace legale suficiente prin care serviciile de informații pot să-și facă treaba și să identifice potențialele pericole, fără a călca în picioare drepturile și libertățile cetățenilor.

În acest context, și în urma dezvăluirilor făcute de Edward Snowden și Wikileaks, conform cărora NSA a supravegheat în ultimii 10 ani toate structurile statului francez, îmi este greu să înțeleg cum Franța a adoptat în iunie 2015 o nouă lege prin care extinde capacitățile de supraveghere ale serviciilor de informații naționale.

Doresc să trăim în societăți sigure, în care potențialele pericole la adresa societății și statului să fie identificate și anulate, dar nu pot accepta ca pe baza acestui argument să fie încălcat dreptul la viață privată al cetățenilor de bună credință.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Jakkoliv považuji toto téma za nesmírně důležité, řada pozměňovacích návrhů obsah zprávy odchýlila od původního záměru a zadání, tedy ochrany práv občanů, směrem ke štvavému antiamerikanismu. Zprávy se bohužel zmocnili poslanci, kteří se rozhodli ji politicky zneužít, což ji jako celek degradovalo, a proto jsem ji v konečném hlasování nepodpořil.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Elektronische Massenüberwachung ist ein Instrument, welches nicht mit meiner Überzeugung von bürgerlicher Freiheit zu vereinbaren ist. Millionen Menschen per se unter Generalverdacht zu stellen, finde ich ungeheuerlich. Daher habe ich für diesen Bericht und gegen die Massenüberwachung gestimmt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin ettepanekut. Oluline on leida tasakaal internetivabaduse, eraelu puutumatuse ja elektroonilise jälgimise vahel. Iga väiksempi kahtlus ei saa olla põhjenduseks inimeste massilisele elektroonilisele jälgimisele ja nende eraelu puutumatuse riivamisele. EL peab leidma koostöös USAga viisi, kuidas ergutada tehnoloogiaettevõtete Atlandi-ülest koostööd, kaitstes samal ajal eraisiku õigusi. Lisaks on oluline, et võimalikult palju riike liitaks ENi küberkuritegevuse konventsiooniga.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – En un entorno cambiante, de seguridad inexistente, que es «difícil y sofisticado» según palabras de la Comisión, es increíble que nos encontremos con semejante inoperancia por parte de las Instituciones. No solamente hay una carencia de conocimientos, sino que no hay voluntad de legislar. El Parlamento ya lo dijo hace un año y el inmovilismo sigue presente, inclusive limitando las facultades de las autoridades nacionales de control.

Por suerte, el Tribunal de Justicia no es partícipe de ese inmovilismo y ha invalidado el *Safe Harbour*. La sentencia deja claro que las autoridades de protección de datos, ahora nacionales, pueden revisar las transferencias de datos a los EE. UU. para cada caso individual. Es un paso en favor de la defensa de los ciudadanos libres.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Atkreiptinas dėmesys į tai, kad masinis elektroninis ES piliečių sekimas yra itin didelė problema, kuri netgi virsta masinio sekimo kultūra.

Daugelis valstybių netinkamai sprendžia arba išvis nesiima spręsti šios problemos, todėl nyksta visuomenės sanglauda ir pasitikėjimas. Be to, masinis elektroninis sekimas gali sukelti itin skaudžių padarinių.

Negalima leisti, jog žvalgybos tarnybų pajėgumai sekimo srityje būtų ir toliau plečiami. Būtina užtikinti, kad teisinės sistemos atitiktų Europos žmogaus teisių konvencijos reikalavimus ir visus atitinkamus Sąjungos teisės aktus. Todėl Komisija turi imtis aktyvesnio vaidmens užtikrinant, kad nacionalinės teisės nuostatos atitiktų ES pirminės ir antrinės teisės aktus. Būtina tinkamai įgyvendinti teisę į privatumą ir asmens duomenų apsaugą. Masiniam sekimui demokratinėje visuomenėje turi būti užkirstas kelias.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Σε επίπεδο ΕΕ κι όχι μόνο έχει στηθεί ένα τεράστιο πλέγμα συστημάτων παρακολούθησης και οργάνων καταστολής, με τη Συνθήκη Σένγκεν και τις πολυπλόκαμες βάσεις δεδομένων των συστημάτων SIS I και II, VIS, την οδηγία για παρακολούθηση των τηλεφωνικών και ηλεκτρονικών/διαδικτυακών επικοινωνιών, σε συνεργασία μάλιστα με τα αντίστοιχα μονοπώλια που διαπλέκονται για τα δικά τους συμφέροντα. Αποτελεί, λοιπόν, υποκρισία το εμφανιζόμενο ενδιαφέρον της ΕΕ και η δήθεν ανησυχία της για τις εξελίξεις στις χώρες που ενισχύουν το «φακέλωμα» των εργαζομένων. Το ψήφισμα αποκρύπτει ότι έχει επιβληθεί κάθε είδους παρακολούθηση, συλλογή και επεξεργασία προσωπικών δεδομένων, συμπεριλαμβανομένων των βιομετρικών, ακόμη και των παιδιών, και πάνω από όλα όσων αναπτύσσουν πολιτική και συνδικαλιστική δράση, ιδιαίτερα των κομμουνιστών, των συνδικαλιστών του ταξικού εργατικού κινήματος κι άλλων αγωνιστών. Επιδιώκει να εμφανίσει ως υπόδειγμα στην προστασία προσωπικών δεδομένων την ΕΕ, η οποία προβαίνει μάλιστα σε συστάσεις στις ΗΠΑ, ενώ είναι δεδομένη η ανταλλαγή και διασύνδεση πληροφοριών, αλλά κι ο σφοδρός ανταγωνισμός ανάμεσα τους και σε κάθε είδους μυστικές υπηρεσίες των κρατών μελών, την Ευρωαστυνομία, καθώς και τις αντίστοιχες υπηρεσίες τρίτων χωρών. Η προστασία των δημοκρατικών δικαιωμάτων και ελευθεριών των εργαζομένων προϋποθέτει την ανατροπή του καπιταλιστικού συστήματος που θα επιτρέψει και την αποδέσμευση από την ΕΕ και κατάργηση όλων αυτών των αντιδραστικών μηχανισμών.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Nepostojanje jasne definicije nacionalne sigurnosti otvara prostor za arbitrarnost te izvršnim tijelima i obavještajnim zajednicama u EU-u omogućuje kršenje temeljnih prava i vladavine prava.

Smatram kako je važno da službe obavljaju svoje iznimno složene zadatke i štite nas, no valja upozoriti na očitu ugroženost temeljnih prava na privatnost i zaštitu osobnih podataka u situaciji kada se svaka informacija o ljudskom ponašanju smatra potencijalno korisnom u suzbijanju budućih kaznenih djela, što nužno rezultira kulturom masovnog nadzora u kojoj se sa svakim građaninom postupa kao s potencijalnim osumnjičenikom, čime se narušava društvena povezanost i povjerenje u službe.

One ne bi smjele prekoračiti svoje ovlasti. Svaka odluka o upotrebi tehnologije za nadzor trebala bi se temeljiti na detaljnoj procjeni nužnosti i proporcionalnosti budući da dolazi i do ozbiljnog ugrožavanja obveze čuvanja profesionalne tajne reguliranih zanimanja, kao što su liječnici, novinari i odvjetnici.

EU treba doprinijeti razvoju međunarodnih načela na razini UN-a u skladu s Međunarodnim paktom UN-a o građanskim i političkim pravima kako bi se uspostavio globalni okvir za zaštitu podataka, uključujući posebna ograničenja za prikupljanje podataka za potrebe nacionalne sigurnosti.

Florian Philippot (ENF), par écrit. – Cette proposition de résolution de suivi sur la surveillance électronique de masse des citoyens dresse le bilan du manque de mesures prises par la Commission européenne, d'autres institutions de l'UE et les États membres pour remédier à la surveillance généralisée.

Si certains aspects de la présente résolution vont dans le bon sens (arrêt des poursuites contre Snowden, ou l'arrêt du transfert des données aux États-Unis), le texte fait preuve d'un européisme forcené et préconise des solutions qui portent atteinte à la souveraineté des États membres, telles que l'invitation faite à la Commission de traîner en justice certains États membres, d'élaborer des recommandations aux États membres (comme si la Commission était la mieux placée), etc.

J'ai donc voté contre ce texte.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Parlament je ranije u Rezoluciji pozvao vlasti SAD-a i države članice EU-a da zabrane aktivnosti općeg masovnog nadzora i masovne obrade osobnih podataka građana te je osudio prijavljene aktivnosti obavještajnih službi kojima je ozbiljno narušeno povjerenje građana EU-a kao i njihova temeljna prava.

U Rezoluciji je također upozoreno na moguće postojanje drugih motiva, poput političke i gospodarske špijunaže, s obzirom na kapacitete programa masovnog nadzora o kojima je obaviješten. Jedan od rezultata te Rezolucije je pokretanje programa „Europski digitalni Habeas Corpus za zaštitu temeljnih prava u digitalnom dobu” s osam konkretnih aktivnosti te je Odboru za građanske slobode, pravosuđe i unutarnje poslove naloženo da unutar godinu dana izvjesti Parlament o tome u kojoj su mjeri preporuke primijenjene.

Uredba o zaštiti podataka i Direktiva o zaštiti podataka nužne su za zaštitu temeljnih prava pojedinaca i stoga ih treba promatrati kao paket i donijeti istovremeno kako bi se zajamčila visoka razina zaštite svih aktivnosti obrade podataka u EU-u u svim okolnostima. Prilikom usvajanja paketa potrebno je ostvariti cilj jačanja prava i zaštite pojedinaca u vezi s obradom njihovih osobnih podataka. Nedavna presuda kojim se dosadašnji sporazum „Safe Harbour” proglašava nevažećim najbolji je podsjetnik na hitnost situacije i hitnu potrebu naše reakcije kako bi zaštitili temeljno pravo naših građana na zaštitu njihovih podataka.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il mio voto contrario scaturisce dal fatto che ancora non è stato fatto abbastanza per la salvaguardia dei diritti fondamentali dei cittadini europei in seguito alle rivelazioni sulle attività di sorveglianza di massa operata dai servizi di intelligence statunitensi.

È importante assicurare che tutti i trasferimenti dei dati verso gli USA siano soggetti a un livello di protezione efficace, equivalente a quello garantito all'interno dell'UE. Auspicio che la Commissione europea rifletta sulle alternative possibili al «Safe Harbour».

Sono convinto che bisogna formulare quanto prima una strategia comune dell'UE al fine di garantire una maggiore indipendenza informatica del nostro continente, un maggiore rispetto della privacy e, soprattutto, assicurare un controllo democratico ed efficace delle attività d'intelligence.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Na sua resolução de 12 de Março de 2014, o Parlamento lavrou, de moto próprio, um número de considerações dirigidas ao Conselho e à Comissão, a fim de elucidar determinadas questões fundamentais relacionadas com os programas e organismos de vigilância dos Estados Unidos da América e de diversos Estados-Membros, e com o seu impacto nos direitos fundamentais dos cidadãos da União Europeia (UE). É neste contexto que o Parlamento convida a Comissão a pronunciar-se sobre o seguimento do referido relatório e a dar conta dos progressos realizados na promoção e proteção do direito à liberdade de opinião e expressão dos cidadãos da UE. Num clima de vigilância em larga escala, é importante que a Comissão Europeia, na qualidade de «guardiã dos Tratados», redobre os seus esforços para responder aos desafios do enquadramento jurídico em matéria de proteção de dados. Considerando que as recomendações redigidas pelo relator são um contributo decisivo para assegurar que os dados pessoais da UE continuem a beneficiar da necessária protecção adequada, votei favoravelmente o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the notion that the state can monitor citizens who have committed no crime. We feel that if citizens are under reasonable legal suspicion then appropriate measures may be taken with proper civil liberties and legal safeguards. In terms of any monitoring and surveillance, the EU has no right to be involved in this process.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Les révélations d'Edward Snowden sur la surveillance de masse de la NSA ont suscité une prise de conscience collective dans le monde entier. Un véritable électrochoc nous poussant à agir pour préserver notre vie privée.

Dans sa résolution du 12 mars 2014, le Parlement européen demandait l'interdiction des activités de surveillance de masse. La résolution de suivi adoptée aujourd'hui rappelle les États membres et la Commission à leurs responsabilités pour protéger les données personnelles des Européens. J'ai voté en faveur de ce texte important qui s'inscrit en cohérence avec mes convictions.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

La résolution évalue si les recommandations faites en 2014 ont été suivies. Certes, il y a quelques points positifs. Notamment, le paquet sur la protection des données devrait être prochainement adopté, ce qui constitue une avancée indéniable pour les citoyens européens. La Cour de Justice vient d'invalidar la décision Safe Harbour, confirmant nos craintes sur ce dispositif. Malgré cela, les eurodéputés estiment que la réponse de l'Union reste décevante et insuffisante face à la hauteur des défis, surtout concernant la protection des lanceurs d'alerte. Les États membres et la Commission doivent désormais prendre toutes les mesures nécessaires pour protéger les droits fondamentaux à l'ère du numérique.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), por escrito. – En la pasada legislatura, se aprobó una Resolución en la cual el Parlamento pedía a las autoridades estadounidenses y a los Estados miembros que prohibían las actividades de vigilancia masiva generalizada. Mediante dicha Resolución se puso en marcha un «*habeas corpus* digital europeo» que incluía acciones específicas para la protección de los derechos fundamentales en la era digital.

La Comisión de Libertades Civiles del Parlamento tenía el encargo de abordar en el plazo de un año la evaluación del grado de seguimiento de las recomendaciones. Esta Resolución muestra la falta generalizada de voluntad de la mayoría de los Estados miembros y las instituciones de la UE de abordar las cuestiones planteadas en la Resolución, aunque también señala los avances conseguidos en ciertos aspectos, como el inicio de las negociaciones interinstitucionales sobre el proyecto de Reglamento general de protección de datos o la sentencia del TJUE de 6 de octubre de 2015 que declara no válida la decisión de la Comisión sobre el régimen de puerto seguro de los EE.UU. Esta Resolución pide a la Comisión de Libertades Civiles que siga observando el seguimiento dado a las recomendaciones formuladas en la Resolución de 2014.

Por todo ello, apoyo esta Resolución.

Claude Rolin (PPE), par écrit. – Dans le cadre de cette résolution que j'ai soutenue mais sur laquelle mon groupe politique s'est prononcé contre, j'ai eu l'occasion de voter des amendements tels que celui demandant aux États membres de l'UE d'abandonner toute poursuite à l'encontre d'Edward Snowden et d'empêcher en conséquence son extradition ou d'autres dispositions qui s'inquiètent de lois, récemment prises dans certains États membres, qui viennent étendre les capacités de surveillance des service de renseignements.

Matteo Salvini (ENF), per iscritto. – Ho votato a favore in quanto il testo giustamente denuncia una folle sorveglianza di massa in cui ogni cittadino è trattato come un potenziale sospettato.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de este texto sobre el seguimiento de la Resolución de 2014, ya que es mucho más contundente que la Resolución original relativa a la vigilancia electrónica masiva de los ciudadanos de la UE. Esta Resolución surgió a raíz de las revelaciones de Edward Snowden sobre el espionaje masivo a ciudadanos y políticos en Europa por parte de la NSA. En este texto de seguimiento se incorporan aspectos importantes y positivos, como la mención a dos sentencias del TJUE sobre el tema. Se señala y pone en entredicho la legislación sobre vigilancia masiva del Reino Unido, Francia y los Países Bajos por abrir la puerta a la legalización de la vigilancia masiva. El texto advierte a la Comisión de la congelación de su presupuesto si no sigue las recomendaciones del PE, lo cual fortalece el rol del Parlamento, órgano democrático. El texto también subraya la importancia de la encriptación (codificación) y hace un llamamiento reiterado a suspender el acuerdo TFTP (Programa de Seguimiento de la Financiación del Terrorismo). Por último, estamos a favor de este texto sobre el seguimiento de la Resolución ya que, al mismo tiempo, pide que se legisle para proteger a los denunciantes (*whistle blowers*), algo que en Podemos defendemos.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de esta Resolución relativa a la vigilancia electrónica masiva de las ciudadanas y los ciudadanos de la Unión Europea, ya que es una Resolución que condena de manera explícita el espionaje masivo de la ciudadanía y las estructuras de gobierno europeas por parte de la Agencia Nacional de Seguridad de los Estados Unidos. Además, la Resolución lamenta las últimas medidas tomadas por determinados países de la Unión, como el Reino Unido, que ponen en peligro la seguridad de los datos de la ciudadanía. Otra de las cuestiones que para nosotras son importantes y que vienen reflejadas en la Resolución es la petición de suspensión inmediata de la Decisión de puerto seguro, que permite la transferencia de datos personales a los Estados Unidos, y también del TFTP (Programa de Seguimiento de la Financiación del Terrorismo), además de mostrar la preocupación por la creciente vulneración de derechos fundamentales a través de la limitación de la privacidad. Nos hubiera gustado que se hiciera una referencia más concreta a la compraventa de datos personales por parte de empresas privadas, que condenamos firmemente, y que se reflejara el agravante que supondría para las cuestiones citadas la aprobación de tratados como el TTIP.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report because I do not wish to see the EU legislate on this subject. I do, however, recognise the issues in connection with mass surveillance.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Usnesení o opatření navazujícím na usnesení EP ze dne 12. března 2014 o elektronickém hromadném sledování občanů EU jsem dnes nemohl podpořit z toho důvodu, že se významně odchýlilo od původně sledovaného záměru, tj. řešení ochrany práv občanů EU. Odhalení tajných programů hromadného sledování občanů EU Americkou agenturou pro národní bezpečnost (NSA) je nesporně velmi závažným zjištěním. V tomto ohledu podporuji činnost Evropského parlamentu a jsem přesvědčen, že je třeba zamezit neopodstatněnému zásahu do základních práv občanů EU, která jsou zaručena Listinou základních práv EU.

Dle mého názoru je třeba práva evropských občanů ochránit především kvalitním právním rámcem v této oblasti. Pro tento cíl je třeba prohloubení dialogu s ostatními institucemi EU, členskými státy a v neposlední řadě pak i s USA. Evropský parlament v této oblasti vyvinul již značné úsilí a je třeba, aby i ostatní instituce EU plně spolupracovaly. Nemyslím si však, že tou správnou cestou pro zlepšení ať už jakékoliv spolupráce je kladení ultimativních požadavků a vyhrožování žalobami či slibem beztrestnosti Snowdenovi.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Potrebna nam je zajednička definicija nacionalne sigurnosti kako bi Europska unija i države članice mogle zajamčiti pravnu sigurnost i onemogućiti kršenje temeljnih prava građana i vladavine prava. Smatram da su temeljna prava na privatnost i zaštitu osobnih podataka i dalje ugrožena te da se nije poduzelo dovoljno kako bi se zajamčila potpuna zaštita građana u slučaju elektroničkog masovnog nadzora.

Pozivam na razvoj, u okviru inicijativa poput jedinstvenog digitalnog tržišta, europske strategije za veću neovisnost u području informacijskih tehnologija i veću privatnost na internetu koja će potaknuti rast IT industrije u EU-u, stoga ne podržavam ovaj prijedlog.

Richard Sulík (ECR), *písomne* – Hlasoval som proti návrhu. Plne súhlasím s potrebou rešpektovania súkromia občanov a dodržiavania ich práv aj pri elektronickej komunikácii. Návrh však prekračuje právomoci Európskej únie a princípy stanovené v základných zmluvách EÚ, podľa ktorých sú národná bezpečnosť a tajné služby právomocou členských krajín.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφικώς*. – Η έκθεση της επιτροπής LIBE αφορά στην προστασία των δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα, την ασφάλεια του απορρήτου στο διαδίκτυο και τη συνεργασία των κρατών μελών στην καταπολέμηση των υποκλοπών και της μαζικής παρακολούθησης αρχών, εταιρειών και πολιτών κρατών μελών.

Χαρακτηριστικά παραδείγματα, οι πρόσφατες αποκαλύψεις για ηλεκτρονική παρακολούθηση και υποκλοπές συνομιλιών των Γάλλων Προέδρων από την Υπηρεσία Εθνικής Ασφάλειας (NSA) των ΗΠΑ, η συνεργασία της NSA με τη Γερμανική υπηρεσία πληροφοριών (BND), οι αποκαλύψεις Σνόουντεν κ.τ.λ.

Οι ηλεκτρονικές παρακολουθήσεις και εποπτείες πρέπει να διέπονται από κανόνες νομικούς, ηθικούς και τεχνολογικούς, σε ευθυγράμμιση με τις αρχές και τα πρότυπα που προβλέπονται στη συνθήκη πολιτικών και κοινωνικών δικαιωμάτων των ΗΕ. Η ανεξέλεγκτη μαζική παρακολούθηση αποτελεί παραβίαση της ιδιωτικής και οικογενειακής ζωής. Επιπρόσθετα, όλες οι συμφωνίες που αφορούν σε ανταλλαγές πληροφοριών, βασιζόμενες σε παρακολουθήσεις και συλλογές πληροφοριών για την καταπολέμηση της τρομοκρατίας, της χρηματοδότησης αυτής και του κοινού εγκλήματος, ανταλλαγές πληροφοριών νομικού σκοπού και ανταλλαγής προσωπικών δεδομένων με τρίτες χώρες πρέπει να καλύπτονται από διαφάνεια, νομιμότητα, αναγκαιότητα και αναλογικότητα. Η δε προστασία ατόμων που αποκαλύπτουν παράνομες παρακολουθήσεις και ποινικές ενέργειες υπηρεσιών πληροφοριών πρέπει να αποτελεί βασική προτεραιότητα κάθε κράτους δικαίου.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogatam a határozati javaslatot, mert helyesnek tartom, hogy az EP figyelemmel kíséri a kérdést, hiszen állampolgáraink legalapvetőbb jogainak egyre korszerűbb eszközök bevetésével történő megsértését kell megakadályoznunk. A jelentés pontos képet nyújt a tavalyi parlamenti állásfoglalás nyomán felmerült nyitott, vagy megoldatlan kérdésekről és megoldási javaslatokat is tesz, mind az USA-val való kapcsolatok keretében, mind az EU-n belül felmerülő megoldásokra, amelyeket a magam részéről támogatni tudok.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

A kérdéskör számomra magyar demokrataként, szocialista politikusként különös jelentőséggel bír, mert éppen saját hazám kormánya súlyos jogsértésre készül ugyanebben a témakörben. A „közrend védelme” ürügyén olyan további intézkedés-csomagot készít elő, amelynek keretében a magánszemélyek IT-kommunikációjának szinte korlátlan rendőri ellenőrzését, sőt, a teljes lakosságra vonatkozó, konkrét bűnüldözési célhoz nem kötött, általános arcfelismerő-rendszert valósítana meg. A demokratikus fékek leépítése nyomán a mai magyarországi politikai közegben az állampolgár okkal tarthat attól, hogy a hatalom ezeket a modern eszközöket önkényesen, a személyiségi, gyülekezési, vélemény-nyilvánítási szabadságjogok korlátozására használja majd. A határozat és a jelentés elfogadásával azt remélem, hogy az EP és a Bizottság a jövőben ezt a súlyos tagállami fejleményt is szoros figyelemmel kíséri, s szükség esetén fellép a magyarországi demokratikus jogállam védelmében.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J’ai voté en faveur de ce texte qui défend les droits des citoyens, la protection de la vie privée et le respect des droits fondamentaux. Il souligne également le manque de courage de la Commission dans ses stratégies visant à contrer la surveillance de masse de façon efficace et dans le respect des droits de l’homme!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I endorsed adoption of this resolution against mass surveillance of European citizens, with a view to protecting their fundamental right to privacy.

In the resolution from March 2014, Parliament called on the US authorities and the Member States to prohibit blanket mass surveillance activities and bulk processing of personal data of citizens. In spite of it, revelations of alleged electronic mass surveillance continued. According to Wikileaks, there has been a large-scale espionage by the NSA on French political representatives.

The resolution touches also on surveillance within the EU, expressing concern about the mass surveillance by German foreign intelligence agency BND in cooperation with the NSA. The resolution presents a complex analysis of the issue, covering areas such as the Data Protection Package, the EU-US umbrella agreement, Safe Harbour, the TFTP agreement, democratic oversight, private companies, and rebuilding trust, which is an overriding goal of the resolution.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predloge resolucij - Nadaljnji ukrepi na podlagi resolucije Evropskega parlamenta z dne 12. marca 2014 o elektronskem množičnem nadzoru državljanov EU sem zavrnila, saj menim da gre za krčenje temeljne pravice do zasebnosti in varstva osebnih podatkov državljanov EU.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este texto sobre el seguimiento de la Resolución de 2014, ya que es mucho más contundente que la Resolución original relativa a la vigilancia electrónica masiva de los ciudadanos de la UE. Esta Resolución surgió a raíz de las revelaciones de Edward Snowden sobre el espionaje masivo a ciudadanos y políticos en Europa por parte de la NSA. En este texto de seguimiento se incorporan aspectos importantes y positivos, como la mención a dos sentencias del TJUE sobre el tema. Se señala y pone en entredicho la legislación sobre vigilancia masiva del Reino Unido, Francia y los Países Bajos por abrir la puerta a la legalización de la vigilancia masiva. El texto advierte a la Comisión de la congelación de su presupuesto si no sigue las recomendaciones del PE, lo cual fortalece el rol del Parlamento, órgano democrático. El texto también subraya la importancia de la encriptación (codificación) y hace un llamamiento reiterado a suspender el acuerdo TFTP (Programa de Seguimiento de la Financiación del Terrorismo). Por último, estamos a favor de este texto sobre el seguimiento de la Resolución ya que, al mismo tiempo, pide que se legisle para proteger a los denunciantes (*whistle blowers*), algo que en Podemos defendemos.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Parlament hivatkozott állásfoglalásában felhívta az Egyesült Államok hatóságait és a tagállamokat, hogy tiltsák be az átfogó tömeges megfigyelési tevékenységeket és a polgárok személyes adatainak nagytömegű feldolgozását, és elítélte a hírszerző szolgálatok azon nyilvánosságra került tevékenységeit, amelyek súlyosan érintették az uniós polgárok bizalmát és alapvető jogait. Az állásfoglalás nyomán követéséről szóló indítványt támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este texto sobre el seguimiento de la Resolución de 2014, ya que es mucho más contundente que la Resolución original relativa a la vigilancia electrónica masiva de los ciudadanos de la UE. Esta Resolución surgió a raíz de las revelaciones de Edward Snowden sobre el espionaje masivo a ciudadanos y políticos en Europa por parte de la NSA. En este texto de seguimiento se incorporan aspectos importantes y positivos, como la mención a dos sentencias del TJUE sobre el tema. Se señala y pone en entredicho la legislación sobre vigilancia masiva del Reino Unido, Francia y los Países Bajos por abrir la puerta a la legalización de la vigilancia masiva. El texto advierte a la Comisión de la congelación de su presupuesto si no sigue las recomendaciones del PE, lo cual fortalece el rol del Parlamento, órgano democrático. El texto también subraya la importancia de la encriptación (codificación) y hace un llamamiento reiterado a suspender el acuerdo TFTP (Programa

Donnerstag, 29. Oktober 2015

de Seguimiento de la Financiación del Terrorismo). Por último, estamos a favor de este texto sobre el seguimiento de la Resolución ya que, al mismo tiempo, pide que se legisle para proteger a los denunciantes (*whistle blowers*), algo que en Podemos defendemos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I have voted in favour of this text, which sends a clear message that Parliament is highly disappointed by the lack of action from Member States and EU institutions to protect citizens' rights against electronic mass surveillance by intelligence services.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour on this resolution because I agree that EU citizens' fundamental rights remain in danger and that too little has been done to ensure their full protection in case of electronic mass surveillance. I also supported this because I want to express my disappointment about the limited progress in ensuring the protection of whistle-blowers and journalists.

It is important to address the question of other personal data exchange with third countries, of the protection of the rule of law and of the fundamental rights of EU citizens, and of an European strategy for greater IT independence and democratic and neutral internet governance. This is why I believe that more needs to be done and further recommendations should be sent on this matter.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución relativa a la vigilancia electrónica masiva de las ciudadanas y los ciudadanos de la Unión Europea, ya que es una Resolución que condena de manera explícita el espionaje masivo de la ciudadanía y las estructuras de gobierno europeas por parte de la Agencia Nacional de Seguridad de los Estados Unidos. Además, la Resolución lamenta las últimas medidas tomadas por determinados países de la Unión, como el Reino Unido, que ponen en peligro la seguridad de los datos de la ciudadanía. Otra de las cuestiones que para nosotras son importantes y que vienen reflejadas en la Resolución es la petición de suspensión inmediata de la Decisión de puerto seguro, que permite la transferencia de datos personales a los Estados Unidos, y también del TFTP (Programa de Seguimiento de la Financiación del Terrorismo), además de mostrar la preocupación por la creciente vulneración de derechos fundamentales a través de la limitación de la privacidad. Nos hubiera gustado que se hiciera una referencia más concreta a la compraventa de datos personales por parte de empresas privadas, que condenamos firmemente, y que se reflejara el agravante que supondría para las cuestiones citadas la aprobación de tratados como el TTIP.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I have been concerned in recent years as the revelations have come out surrounding the use of mass surveillance techniques in relation to online data. The right to a private life is a right that is critical to the functioning of any decent society and that does not change when we go online. I was particularly eager to ensure that there is an effective level of protection to data transfers to the US in the wake of the striking down of Safe Harbour. The desire for safety is important, and the threats that the security forces protect us from are also real. However, we should not allow these facts to override the very freedoms that we are fighting protect. It is too easy to sacrifice real freedom for perceived security, hence why I have supported this resolution.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Faute d'actions des États et de la Commission, le Parlement européen a adopté une résolution demandant la mise en oeuvre par la Commission et les États de mesures concrètes pour lutter contre la surveillance de masse et des recommandations du PE adoptées en mars 2014, à la suite des révélations d'Edward Snowden sur le scandale de la surveillance de masse par la NSA.

Outre la condamnation de l'inaction des institutions européennes, la résolution met en garde contre les décisions de collecte générale et massive de données personnelles qui menace le droit fondamental au respect de la vie privée et à la protection des données personnelles dans le cadre de la lutte contre le terrorisme et la criminalité.

La résolution s'inquiète aussi de l'adoption ou de propositions de lois sur le renseignement dans de nombreux États membres qui étendent les capacités de surveillance des services de renseignements. Je regrette profondément que le vote ait supprimé la partie relative à la loi française particulièrement attentatoire aux libertés civiles.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Le vote a permis d'améliorer la résolution et de rejeter les tentatives de la droite européenne d'affaiblir ce texte. J'ai voté en faveur de ce texte montrant que les droits et libertés sont toujours menacés.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Parlamento instou as autoridades dos EUA e os Estados-Membros a proibirem as atividades de vigilância e o tratamento em larga escala de dados pessoais de cidadãos e denunciou as ações dos serviços de informação assinaladas que afetaram gravemente a confiança e os direitos fundamentais dos cidadãos da EU.

Estamos profundamente preocupados relativamente a alguns atos legislativos recentes de determinados Estados-Membros que expandem as capacidades de vigilância das agências de informação.

Tememos que esta deriva securitária que procura cavalgar a onda dos atentados terroristas e do clima de medo incutido junto dos cidadãos esteja a colocar em causa direitos fundamentais. Apela-se assim a uma profunda reflexão sobre os novos fenómenos da segurança, do terrorismo, das suas causas profundas, sem a qual, nada de bom poderá sair deste debate.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das Recht und der Schutz der Privatsphäre werden hervorgehoben und elektronische Massenüberwachungen werden verurteilt, indem die Resolution erneuert wird. Somit unterstütze ich diesen Bericht.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione sul seguito dato alla risoluzione del Parlamento europeo sulla sorveglianza elettronica di massa dei cittadini dell'Unione perché credo che dobbiamo fare di più per proteggere i cittadini europei da ogni forma di sorveglianza di massa da parte delle agenzie di intelligence.

È chiaro che la sorveglianza di massa è diffusa, usata indiscriminatamente e fuori da ogni controllo giuridico. Con questa risoluzione chiediamo agli Stati membri di prendere tutte le misure necessarie per guadagnarsi la fiducia dei cittadini, persa in seguito alle rivelazioni di Edward Snowden. Inoltre, di fronte alla sentenza della Corte di giustizia sul *Safe Harbour* (che ha invalidato la decisione della Commissione che attesta che gli Stati Uniti garantiscono un adeguato livello di protezione dei dati personali trasferiti dall'UE), è essenziale che l'UE trovi un'alternativa al regime di approdo sicuro e che fornisca un quadro di protezione dei dati personali ancora più solido.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Das Europäische Parlament hat eine EntschlieÙung verabschiedet, in der es sich gegen die Massenüberwachung der Bevölkerung ausspricht. Außerdem fordert es ein Ende der Strafverfolgung des ehemaligen Geheimdienstmitarbeiters und Whistleblowers Edward Snowden. Der erste Änderungsantrag wurde mit einer Mehrheit von 70 Stimmen verabschiedet, der zweite zugunsten von Edward Snowden mit einer Mehrheit von 2 Stimmen, den Stimmen der beiden AfD-Abgeordneten. Alle anderen Mitglieder unserer EKR-Fraktion stimmten dagegen. Die AfD ist die Partei der Bürgerrechte. Sie steht für den freiheitlichen Rechtsstaat, in dem kein Platz für anlasslose Massenüberwachung ist. Dass das EU-Parlament auch die Rehabilitierung von Snowden fordert, freut mich besonders. Snowden hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass das Ausmaß der Massenüberwachung bekannt geworden ist. Er hat uns die Augen geöffnet. Dafür gebührt ihm Dank, keine Strafverfolgung. Deswegen habe ich für diese EntschlieÙung gestimmt.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE), *γραφτώς*. – Το ΕΛΚ στηρίζει σταθερά την παροχή υψηλού επιπέδου προστασίας για τα προσωπικά δεδομένα και την ιδιωτική ζωή των ευρωπαίων πολιτών και αναγνωρίζει ότι η νομοθεσία των κρατών μελών που διέπει τις δραστηριότητες των υπηρεσιών πληροφοριών επιβάλλεται να είναι σύμφωνη με τα πρότυπα της Ευρωπαϊκής Σύμβασης Δικαιωμάτων του Ανθρώπου και το σύνολο της σχετικής νομοθεσίας της Ένωσης. Παράλληλα, σέβεται τις αποφάσεις του Ευρωπαϊκού Δικαστηρίου, που θέτουν ως υπέρτατο κανόνα κατά την επεξεργασία δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα την αρχή της αναλογικότητας και του απολύτως αναγκαίου του επιδιωκόμενου σκοπού. Στο πλαίσιο αυτό, υποστηρίζουμε την παρούσα έκθεση και ψηφίζουμε θετικά οτιδήποτε υπηρετεί τους ανωτέρω σκοπούς.

Εντούτοις, δεν μπορούμε και δεν πρέπει να ανεχτούμε ακραίες λαϊκίστικες απόψεις, που θεωρούν ότι μπορεί να προαχθεί η ελευθερία χωρίς ασφάλεια. Διατάξεις παρεμβατικές στις εθνικές νομοθεσίες των κρατών μελών με σαφές αίτημα την απόσυρση δημοκρατικά ψηφισμένων νόμων, διατάξεις που εμποδίζουν τα κράτη μέλη να ορίζουν κυριαρχικά την έννοια της εθνικής τους ασφάλειας και απαιτούν την αναστολή σημαντικών εν εξελίξει συμφωνιών της ΕΕ με τρίτα κράτη, με το πρόσχημα ότι παραβιάζουν εξ αντικείμενου την ασφάλεια των προσωπικών δεδομένων, είναι υπερβολικές και αλλοιώνουν την ουσία του ψηφίσματος, που αφορά στη μαζική παρακολούθηση.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), γραπτώς. – Σε επίπεδο ΕΕ κι όχι μόνο έχει στηθεί ένα τεράστιο πλέγμα συστημάτων παρακολούθησης και οργάνων καταστολής, με τη Συνθήκη Σένγκεν και τις πολυπλόκαμες βάσεις δεδομένων των συστημάτων SIS I και II, VIS, την οδηγία για παρακολούθηση των τηλεφωνικών και ηλεκτρονικών/διαδικτυακών επικοινωνιών, σε συνεργασία μάλιστα με τα αντίστοιχα μονοπώλια που διαπλέκονται για τα δικά τους συμφέροντα. Αποτελεί, λοιπόν, υποκρισία το εμφανιζόμενο ενδιαφέρον της ΕΕ και η δήθεν ανησυχία της για τις εξελίξεις στις χώρες που ενισχύουν το «φακέλωμα» των εργαζομένων. Το ψήφισμα αποκρύπτει ότι έχει επιβληθεί κάθε είδους παρακολούθηση, συλλογή και επεξεργασία προσωπικών δεδομένων, συμπεριλαμβανομένων των βιομετρικών, ακόμη και των παιδιών, και πάνω από όλα όσων αναπτύσσουν πολιτική και συνδικαλιστική δράση, ιδιαίτερα των κομμουνιστών, των συνδικαλιστών του ταξικού εργατικού κινήματος κι άλλων αγωνιστών. Επιδιώκει να εμφανίσει ως υπόδειγμα στην προστασία προσωπικών δεδομένων την ΕΕ, η οποία προβαίνει μάλιστα σε συστάσεις στις ΗΠΑ, ενώ είναι δεδομένη η ανταλλαγή και διασύνδεση πληροφοριών, αλλά κι ο σφοδρός ανταγωνισμός ανάμεσα τους και σε κάθε είδους μυστικές υπηρεσίες των κρατών μελών, την Ευρωαστυνομία, καθώς και τις αντίστοιχες υπηρεσίες τρίτων χωρών. Η προστασία των δημοκρατικών δικαιωμάτων και ελευθεριών των εργαζομένων προϋποθέτει την ανατροπή του καπιταλιστικού συστήματος που θα επιτρέψει και την αποδέσμευση από την ΕΕ και κατάργηση όλων αυτών των αντιδραστικών μηχανισμών.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução segue muitas das recomendações feitas no documento original de 2014, particularmente no que diz respeito à proteção de dados, ao controlo democrático dos dados, à questão dos denunciante – como o caso Snowden em Junho de 2013 — e à neutralidade da Internet. Vai mais longe propondo o estatuto de «denunciante e defensor dos direitos humanos» e consequentemente a sua proteção como tal, e exige que os Estados Unidos da América ponham termo à espionagem que têm vindo a levar a cabo.

Contudo, esta resolução condena expressamente o Reino Unido, os Países Baixos e a França pela sua recente legislação na matéria, e no ponto 21 chega a referir que «a União Europeia e os seus Estados-Membros necessitam de uma definição comum de “segurança nacional”, a fim de garantir a segurança jurídica», ou seja limita o controlo democrático dos cidadãos nestas matérias e ignora as Constituições Nacionais. Por este motivo, abstivemo-nos, embora estejamos de acordo com grande parte do texto.

11.18. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2015 (A8-0307/2015 - Dariusz Rosati)

Written explanations of vote

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Un año más, la situación económica sigue siendo crítica: la recuperación es lenta y frágil, las tasas de desempleo se están reduciendo pero siguen siendo excesivamente elevadas, y la pobreza está en unos niveles alarmantes, con una de cada cuatro personas en la UE en situación de pobreza.

Por ello, no he votado a favor de este informe. Porque creo que es necesario un verdadero calendario de responsabilidad fiscal compatible con el crecimiento sostenible y la creación de empleo de calidad. Porque la brecha entre el 10 % que más tiene y el que menos se ha multiplicado en la UE hasta por siete en algunos países, con lo que son necesarias políticas fiscales más justas basadas en políticas redistributivas. Porque la reducción del desempleo se ha basado en la precariedad y en los recortes salariales.

Los ciudadanos no necesitan más palabras ni análisis. Necesitan cambios, acciones y, sobre todo, soluciones justas a los problemas reales a los que se enfrentan cada día. Hay que mandar una señal contundente a la Comisión y los Estados miembros en favor de un marco europeo de salarios mínimos o de una renta europea mínima de inserción.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El Semestre Europeo es el proceso anual por el que la Comisión evalúa los compromisos presupuestarios de los Estados miembros y evalúa su conformidad con los principios de la gobernanza económica (incluyendo los límites de déficit y deuda), proponiendo, en su caso, nuevas reformas o recortes para dar su conformidad. Es decir, el Semestre Europeo es un mecanismo para legitimar y permitir a la Comisión intervenir regularmente en los asuntos de los Estados miembros, ofreciendo siempre la misma receta: recortes sociales, privatizaciones, reformas laborales y una competencia cada vez más destructiva.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

He votado en contra porque nos hemos manifestado repetidamente en contra de este marco de gobernanza y, decididamente, nos oponemos a los intentos del ponente y los grupos mayoritarios por reforzar este proceso, involucrando a los sindicatos representativos y a los Parlamentos nacionales, o extendiéndolo hacia objetivos «sociales». No puede legitimarse así un proceso que, por su propia construcción, persigue objetivos alejados de los intereses de la mayoría trabajadora.

Gerolf Annemans (ENF), *schriftelijk*. – Men moet ophouden met al deze onzin. In de EU-filosofie, in de wereld van het pseudoreligieuze ideaal van de muntunie, moet men natuurlijk voetje voor voetje, van semester tot semester, steeds verder opschuiven naar een eenheidseconomie, ter meerdere eer en glorie van de eenheidsmunt. Anders lukt het niet. Waarna men steeds opnieuw merkt dat er nog altijd geen stabiliteit komt in het systeem, zodat men verder moet gaan in het stroomlijnen van de lidstatelijke en culturele verschillen, die ooit – in een ver verleden – als de rijkdom en de kracht van het Europese continent werden beschouwd, maar die nu – zoals het een volwaardig religieus systeem betaamt – als zonden worden afgedaan en “nationalisme” en “populisme” worden genoemd als iemand er nog naar durft te verwijzen.

Dat men daarom ophoudt met al deze onzin, want het zijn gevaarlijke alchemisten die dreigen ervoor te zorgen dat het hele boeltje ontploft. Slechts een terugkeer naar Europese samenwerking van vrije en onafhankelijke staten kan het ergste voorkomen. Ik verwerp daarom dit verslag in zijn geheel.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le Semestre européen est un instrument de pilotage des politiques économiques des pays de l'Union par la Commission. Son objectif est d'harmoniser les conditions de croissance et le maintien de finances publiques respectueuses des critères de convergence. Il constitue donc une menace pour la souveraineté budgétaire des États membres.

J'ai donc voté contre ce rapport qui fait la promotion du semestre européen.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The Rosati report seeks Commission interference in pension reforms, amongst other matters, and therefore I voted against it.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il contenait l'idée d'un trésor pour la zone euro. Le Semestre européen est un instrument louable qui doit être traité de manière plus sérieuse et disciplinée par les autorités européennes.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama aptarti Europos ekonominės politikos koordinavimo semestro prioritetų įgyvendinimą. Europos semestro proceso tikslas – užtikrinti integruotą ekonominės politikos koordinavimą ES lygmeniu taikant įvairias makroekonominės ir fiskalinės priežiūros priemones, būtinas konvergencijai ir valstybių narių tarpusavio priklausomybei valdyti. Ekonominėse prognozėse kitiems metams išvelgiami ekonomikos atsigavimo ženklai: teigiami augimo rodikliai, didėjanti infliacija ir geresnė bendra fiskalinė padėtis. Vis dėlto ekonomikos augimo pamatai kol kas labai nestabilūs. Pritariu tam, kad pagrindiniai ekonominės politikos prioritetai turėtų būti – investicijų skatinimas, būtinų struktūrinių reformų įgyvendinimas, fiskalinė atsakomybė ir valstybių narių užimtumo politikos tobulinimas.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui, une nouvelle fois, prône des mesures d'austérité sans penser au bien-être des citoyens.

Dans ce texte, on suggère de rendre obligatoires les recommandations de la commission européenne concernant les plans de réformes budgétaires, macro-économiques et structurelles des États membres de l'Union. Ces recommandations sont souvent intenables comme la pension à 67 ans, la diminution des droits sociaux,...

Malgré plus de cinq années d'échec, le mot d'ordre reste le même: austérité ! Il est indispensable pour que l'emploi et la croissance reprennent d'investir massivement dans l'économie réelle. Sans réelle volonté dans ce dossier, il y a un risque que nous restions encore longtemps dans la situation économique que nous connaissons à l'heure actuelle.

Grande première toutefois, le Parlement a rejeté pour la première fois ce texte sur le Semestre européen, témoignant ainsi de la remise en cause de plus en plus large du dogme de l'austérité.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la mise en place du Semestre européen qui vise à mettre le budget des États membres sous le contrôle bienveillant de la Commission européenne et du Conseil des ministres. Il vise ainsi à assurer le maintien des finances publiques selon des critères qui ne sont justifiés par aucune étude économique sérieuse. Ainsi, un pays ne respectant pas les critères édictés arbitrairement devra suivre les recommandations de la Commission. Ce rapport beaucoup trop flou n'oriente en rien vers une autre politique économique mais il fait au contraire la promotion des réformes ultralibérales ou la proposition de ressources fiscales propres pour l'UE.

Je ne peux voter en faveur de ce texte puisque le semestre européen est la contrepartie austéritaire à la monnaie unique et que le rapport se veut bienveillant à son égard.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Considerata la governance delle istituzioni europee in cui si riscontrano gravi lacune in fatto di democrazia, trasparenza e principio di sussidiarietà, tenuto inoltre conto della progressiva riduzione della sovranità degli Stati Membri operata su «raccomandazione» dell'Europa, il mio voto sul semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche è negativo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Un año más, la situación económica sigue siendo crítica: la recuperación es lenta y frágil, las tasas de desempleo se están reduciendo pero siguen siendo excesivamente elevadas, y la pobreza está en unos niveles alarmantes, con una de cada cuatro personas en la UE en situación de pobreza.

Por ello, no he votado a favor de este informe. Porque creo que es necesario un verdadero calendario de responsabilidad fiscal compatible con el crecimiento sostenible y la creación de empleo de calidad. Porque la brecha entre el 10 % que más tiene y el que menos se ha multiplicado en la UE hasta por siete en algunos países, con lo que son necesarias políticas fiscales más justas basadas en políticas redistributivas. Porque la reducción del desempleo se ha basado en la precariedad y en los recortes salariales.

Los ciudadanos no necesitan más palabras ni análisis. Necesitan cambios, acciones y, sobre todo, soluciones justas a los problemas reales a los que se enfrentan cada día. Hay que mandar una señal contundente a la Comisión y los Estados miembros en favor de un marco europeo de salarios mínimos o de una renta europea mínima de inserción.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išreiškia savo poziciją dėl Europos ekonominės politikos koordinavimo semestro 2015 m. prioritetų įgyvendinimo. Parlamentas teigiamai įvertino tai, kad ekonomikos atsigavimai pamažu įgauna pagreitį ir yra tikimasi, jog 2016 m. euro zonoje BVP padidės 1,9 proc., o ES 2,1 proc. Visgi, Parlamentas yra susirūpinęs dėl to, kad atsigavimo pamatas yra nestabilus, be kita ko, dėl ES pamatinių struktūrinių trūkumų ir regioninių ekonominių skirtumų, lemiančių netolygų augimą ir mažą tarptautinį konkurencingumą. Parlamentas taip pat susirūpinęs pažymi, kad valstybės narės, įgyvendindamos praėjusių metų konkrečioms šalims skirtas rekomendacijas, prisiėmė skirtingo lygio išipareigojimus ir kad apskritai įgyvendinimas buvo menkas. Todėl pranešime pakartojo, kad Sąjungoje reikia taikyti koordinuotą politiką, ir pabrėžė, kad svarbu įgyvendinti konkrečioms šalims skirtas rekomendacijas siekiant užtikrinti nuoseklų ir teisingą ekonomikos valdymo sistemos įgyvendinimą visose valstybėse narėse. Deja, nepakankamas konkrečioms šalims skirtų rekomendacijų įgyvendinimas kai kuriose valstybėse narėse trukdo sukurti augimui ir investicijoms palankią aplinką.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against the so called 'Revamped European Semester' which contained a number of very worrying provisions. It offers absolutely no way out of the prevailing austerity narrative and in fact this report sets out to 'institutionalise austerity' as it proposes the intensification of austerity policies. The immediate priorities are on boosting competitiveness and structural convergence, imposing fiscal policies and gradually making the convergence process ever more binding and therefore impacting directly on Member States ability to implement their own legislation.

In effect this report aims to deny citizens any real political choices when electing their governments. The whole aim is to bind Member States to essential economic and fiscal policies at an EU level. It should be patently clear that European economic governance cannot override democratic choices at the national level.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Stimularea coordonată a investițiilor private, menținerea angajamentelor în favoarea reformelor structurale și asumarea unei politici de responsabilitate bugetară sunt orientările de care bugetul UE ar trebui să țină seama cu prioritate.

În acest context, în anul 2015 au fost înregistrate importante alocări bugetare, atât în cadrul bugetul dedicat politicii de coeziune, prin raportarea către exercițiul financiar actual a creditelor de angajament aferente perioadei de programare anterioare care nu au fost utilizate, cât și prin adoptarea Regulamentului Fondului european pentru investiții strategice, precum și a creșterii finanțărilor dedicate eradicării șomajului în rândul tinerilor.

Limitarea numărului de priorități și publicarea analizei specifice fiecărei țări și a zonei euro la un interval de timp mai devreme decât în anii trecuți confirmă funcționarea mecanismului care stă la baza semestrului european.

Consider că prin facilitarea accesului la finanțare pentru IMM-uri și punerea în aplicare a unei politici monetare care vizează stimularea investițiilor și impune implementarea rapidă a măsurilor recente, semestrul european rămâne un factor important de creștere și consolidare economică.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider că statele membre trebuie să contribuie mai susținut la realizarea reformelor structurale, în vederea creșterii competitivității întreprinderilor și pentru creșterea ocupării.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Il voto finale sulla relazione della commissione ECON sull'attuazione delle priorità del cosiddetto «semestre europeo» non può che essere negativo.

Certo, alcuni dei temi toccati sono importanti, ma il testo non lascia adito a molte recriminazioni nei confronti di una *governance* assolutamente poco trasparente, poco democratica e che non tiene conto del principio di sussidiarietà.

Se oggi abbiamo procedure come il «semestre europeo» e continue ingerenze di Bruxelles negli affari correnti degli Stati membri, lo dobbiamo al consociativismo PPE+S&D, che ha visto negli anni l'approvazione di normative che hanno progressivamente ridotto la sovranità dei nostri Stati membri.

Di conseguenza, non possiamo in alcun modo prendere in considerazione un documento che, comunque sia, approva il concetto delle «raccomandazioni» con cui ogni anno l'Europa lascia agli Stati membri sempre meno spazio di manovra sia tecnico che politico.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Un año más, la situación económica sigue siendo crítica: la recuperación es lenta y frágil, las tasas de desempleo se están reduciendo pero siguen siendo excesivamente elevadas, y la pobreza está en unos niveles alarmantes, con una de cada cuatro personas en la UE en situación de pobreza.

Por ello, no he votado a favor de este informe. Porque creo que es necesario un verdadero calendario de responsabilidad fiscal compatible con el crecimiento sostenible y la creación de empleo de calidad. Porque la brecha entre el 10 % que más tiene y el que menos se ha multiplicado en la UE hasta por siete en algunos países, con lo que son necesarias políticas fiscales más justas basadas en políticas redistributivas. Porque la reducción del desempleo se ha basado en la precariedad y en los recortes salariales.

Los ciudadanos no necesitan más palabras ni análisis. Necesitan cambios, acciones y, sobre todo, soluciones justas a los problemas reales a los que se enfrentan cada día. Hay que mandar una señal contundente a la Comisión y los Estados miembros en favor de un marco europeo de salarios mínimos o de una renta europea mínima de inserción.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato contro la proposta di risoluzione del Parlamento sul semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche: attuazione delle priorità per il 2015. Anche se la ripresa economica si sta finalmente intravedendo, le sue basi sono ancora molto fragili a causa di numerose carenze strutturali dell'Unione europea e delle divergenze economiche regionali. Da questo può scaturire una crescita disomogenea e una scarsa competitività a livello internazionale.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Pertanto ci si dovrebbe concentrare con forza per elaborare efficaci strumenti che sostengano la crescita economica, come la promozione degli investimenti, l'attuazione di riforme strutturali nel mercato dei prodotti, dei servizi e del lavoro, la responsabilità di bilancio e il miglioramento della politica occupazionale.

Tali fattori di crescita, anche nel quadro del conseguimento degli obiettivi previsti dalla strategia Europa 2020, sono essenziali per perseguire l'obiettivo generale di rendere l'UE globalmente più competitiva, senza indebolire la protezione dei lavoratori né compromettere il modello sociale europeo.

Purtroppo, il testo della proposta presenta soltanto deboli misure e ho dunque votato per il suo rigetto.

Matt Carthy (GUE/NGL), in writing. – I voted against the so called 'Revamped European Semester' which contained a number of very worrying provisions. It offers absolutely no way out of the prevailing austerity narrative and in fact this report sets out to 'institutionalise austerity' as it proposes the intensification of austerity policies. The immediate priorities are on boosting competitiveness and structural convergence, imposing fiscal policies and gradually making the convergence process ever more binding and therefore impacting directly on Member States ability to implement their own legislation.

In effect this report aims to deny citizens any real political choices when electing their governments. The whole aim is to bind Member States to essential economic and fiscal policies at an EU level. It should be patently clear that European economic governance cannot override democratic choices at the national level.

David Casa (PPE), in writing. – I voted in favour of this Report. I particularly welcome the fact that 'the improvement of the Member States' employment policies' is one of the four main policy priorities identified by the Commission in this year's cycle. Although there are very modest signs that youth and long-term unemployment rates are improving, they remain alarmingly high in most Member States and large differences persist. I believe that employment is the best tool to fight poverty and social exclusion. Member States should focus all their energy and resources on facilitating access to the labour market, in particular for young people and the long-term unemployed.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Le nostre numerose proposte per una revisione di questa procedura sono state in gran parte rigettate dal compromesso finale, in quanto inconciliabili con l'impostazione di fondo della relazione volta a difendere a oltranza la strategia neoliberale della Commissione, basata su austerità, riforme strutturali e liberalizzazioni.

Abbiamo comunque cercato per quanto possibile di migliorare il testo, sostenendo l'inclusione dei riferimenti agli aspetti sociali, che tuttavia non cambiano nella sostanza il messaggio di fondo della relazione. Ho quindi votato contro.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η διαδικασία του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου αποσκοπεί στο να εξασφαλίσει ολοκληρωμένο συντονισμό της οικονομικής πολιτικής σε επίπεδο ΕΕ μέσω ενός συνδυασμού εργαλείων μακροοικονομικής και δημοσιονομικής εποπτείας, στοιχείο απαραίτητο για τη παρακολούθηση της σύγκλισης και τη διαχείριση της αλληλεξάρτησης των κρατών μελών.

Σημειώνονται με ανησυχία οι ψηλοί δείκτες ανεργίας στα περισσότερα κράτη μέλη. Προκειμένου να αυξηθούν οι δείκτες απασχόλησης, θα πρέπει να υπάρξει μετατόπιση από τη φορολόγηση της εργασίας σε άλλες πηγές.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho ritenuto di dovermi astenere sulla relazione in quanto nutro diverse perplessità riguardo ai tre pilastri principali del 2015: il rilancio coordinato degli investimenti, l'impegno rinnovato verso le riforme strutturali e il perseguimento della responsabilità di bilancio. Infatti, nonostante queste strategie, la ripresa economica resta tuttora lenta, soprattutto viste le sue fragili basi.

Inoltre, altro dato da rilevare, i tassi di disoccupazione continuano a essere elevati nella maggior parte degli Stati membri e noto con preoccupazione il dato relativo ai giovani.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ritengo che incrementare gli investimenti e riformare i mercati del lavoro nazionali siano le misure chiave da adottare per dare slancio all'economia, ancora purtroppo colpita dalla crisi, riuscendo nell'unico obiettivo auspicabile: aumentare i tassi di occupazione.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O processo do Semestre Europeu visa assegurar uma coordenação integrada das políticas económicas a nível da UE através de uma combinação de instrumentos de supervisão macroeconómica e fiscal, de modo a orientar a convergência e a gerir a interdependência dos Estados-Membros.

Considero positivo sublinhar as previsões de crescimento económico para 2016 e o ritmo de redução das taxas de desemprego, o que demonstra que, embora lentamente, a recuperação económica está a ganhar terreno.

Neste sentido, é de saudar a entrada em vigor do Regulamento relativo ao Fundo Europeu para Investimentos Estratégicos (programa destinado a impulsionar o investimento público/privado na UE), bem como os resultados orçamentais, a transição das dotações para autorizações não utilizadas em 2014 do período 2007-2013 para 2015, 2016 e 2017, o arranque dos programas operacionais relacionados com o Fundo de Coesão e a nova abordagem de agilização do Semestre Europeu.

Lamento que o Mercado Único continue a não ser um Pilar específico do Semestre Europeu, contrariando o apelo do Parlamento Europeu neste sentido, e lamento os resultados fracos de alguns Estados-Membros na consolidação orçamental e a falta de empenhamento na implementação das Recomendações Específicas por País.

Apoio um maior envolvimento dos Parlamentos Nacionais na discussão do Semestre Europeu.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Il semestre europeo è considerato come un quadro adeguato ai fini del coordinamento delle politiche all'interno dell'UE: tuttavia, sono state identificate numerose problematiche in vari settori, soprattutto relativamente al mercato del lavoro. Purtroppo, persiste ancora un elevato tasso di disoccupazione nella maggior parte degli Stati membri: le raccomandazioni specifiche per paese (RSP), che dovrebbero fornire ai singoli Stati membri indicazioni sulle misure necessarie per dare impulso alla crescita e solidità alle finanze pubbliche, sono state attuate in modo insoddisfacente. Le RSP sono troppo semplificate e le nuove riforme non si traducono automaticamente in una crescita più robusta e in posti di lavoro migliori.

Pertanto, ho ritenuto opportuno astenermi perché ritengo prioritario risolvere con urgenza il problema dell'inadeguatezza e dell'obsolescenza delle politiche per affrontare la disoccupazione di lungo periodo e altresì migliorare il coordinamento delle politiche a livello nazionale ed europeo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El Semestre Europeo es el proceso anual por el que la Comisión evalúa los compromisos presupuestarios de los Estados miembros y evalúa su conformidad con los principios de la gobernanza económica (incluyendo los límites de déficit y deuda), proponiendo, en su caso, nuevas reformas o recortes para dar su conformidad. Es decir, el Semestre Europeo es un mecanismo para legitimar y permitir a la Comisión intervenir regularmente en los asuntos de los Estados miembros, ofreciendo siempre la misma receta: recortes sociales, privatizaciones, reformas laborales y una competencia cada vez más destructiva.

He votado en contra porque nos hemos manifestado repetidamente en contra de este marco de gobernanza y, decididamente, nos oponemos a los intentos del ponente y los grupos mayoritarios por reforzar este proceso, involucrando a los sindicatos representativos y a los Parlamentos nacionales, o extendiéndolo hacia objetivos «sociales». No puede legitimarse así un proceso que, por su propia construcción, persigue objetivos alejados de los intereses de la mayoría trabajadora.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted down this report for two main reasons, in particular because the report stresses that one way to combat unemployment is to have flexible labour markets, when such flexible labour markets can have a negative impact on the individual workers. Furthermore, it tries to link together wages in line with productivity which can also have a negative impact on workers. The European Parliament has been fighting hard to ensure that there is a change in direction in the economic policy led in Europe. This report includes several elements of this new policy direction, however these key issues mean that employees' interests are being overlooked.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Moreover I voted against amendments which impose the removal of subsidies by 2020. Whilst agreeing with the principle we need to bear in mind that different Member States have different requirements and a one-size-fits-all approach does not work.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative propose l'avis du Parlement européen sur les priorités 2015 du Semestre européen. Le Semestre européen joue en effet un rôle essentiel dans la coordination des politiques économiques et budgétaires des États membres, dans le but de stimuler la croissance et les investissements. A l'heure actuelle, la situation économique de l'Union européenne est caractérisée par une stagnation du PIB (stable dans la zone euro et marqué par une hausse de 0,2% dans l'UE-28 au second trimestre 2014), une inflation remarquablement faible (0,3% en août 2014) et un taux de chômage record de 11,5% dans la zone euro et de 10,2% dans l'UE-28 en juillet 2014. Le rapport met l'accent sur une série de priorités centrée sur la modernisation des économies, les réformes structurelles du marché du travail, l'union bancaire, la politique de l'immigration, la politique énergétique et la multiplication des sources de financement des PME. Toutefois, le rapport fait mention d'objectifs ne relevant pas de la compétence de l'Union européenne, sur le niveau des salaires par exemple, c'est pourquoi j'ai décidé de m'abstenir.

Philippe De Backer (ALDE), *in writing*. – I voted against this report which was eventually rejected by Parliament. In essence I very much support the process and the Commission's three-pillar strategy of fiscal consolidation, boosting investment and structural reforms as well as the effort to streamline the European Semester process. Here it is important for Member States to step up their efforts in all three areas. However a number of crucial elements were lost, such as no binding country-specific recommendations and the ability for national parliaments to vote on national reform programmes. In general the report was becoming more of a social report than a constructive report that looks at the most effective and coordinated way to achieve economic convergence. I could not vote in favour of a report that has lost much of its intended purpose.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Dans cadre du semestre européen, on constate malheureusement que l'ensemble des préconisations de la Commission européenne aux États membres ne sont majoritairement pas mise en œuvre.

Le fonctionnement du semestre doit donc être amélioré. Les parlements nationaux devraient être davantage impliqués au stade de l'élaboration des réformes socio-économiques. Les recommandations devraient être plus contraignantes. Enfin, il est indispensable bien évaluer en amont les impacts sociaux.

C'est le sens qu'aurait dû prendre le rapport du Parlement européen.

Martina Dlabajová (ALDE), *in writing*. – Politics is the art of compromise. Unfortunately, today this quote could not be applied. Parliament failed to express its views on EU economic governance – a topic of great importance in the current economic climate.

Regrettably, I voted against this report as a result of a negotiation process which left the ALDE proposals for a better and competitive Europe unconsidered. We, the Liberals, disagree that CSR should allow extensive fiscal flexibility which would give a possibility to deviate from the deficit targets. In addition, we do not comprehend how social indicators could be put on a par with economic ones in the framework of the European Semester – the first not always being measurable.

I do hope for a better cooperation next year so that the European Parliament could again express its views on such an important matter.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concernait le Semestre européen pour la coordination des politiques économiques et sa mise en œuvre des priorités pour 2015.

Rapport de compromis faisant la promotion du plan Juncker, il se veut équilibré alors qu'il fait le grand écart entre propositions intéressantes et considérations inacceptables. Alors qu'il critique le recul de l'âge de départ à la retraite, il se dit en faveur de ressources propres pour l'Union européenne.

Instrument de la tutelle économique que nous impose Bruxelles, ce Semestre européen cherche à renforcer son pouvoir sur nos politiques souveraines. C'est pourquoi j'ai voté contre ce rapport.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – I abstained from voting on this report. Although I support the recommendations for structural reforms, that the EU should be more globally competitive, and indeed the benefits of the Capital Markets Union for SMEs, the report makes some reference to a Fiscal Union and the recommendations are largely non-binding for the UK.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση, διότι η στήριξη των μικρών και μεσaiών επιχειρήσεων από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Στρατηγικών Επενδύσεων και η αναγνώριση του γεγονότος ότι η Νομισματική Ένωση παγίδευσε κάποια από τα μέλη της σε ένα νόμισμα το οποίο τους έβλαψε, είναι στοιχεία που δείχνουν ότι η συγκεκριμένη έκθεση κινείται προς τη σωστή κατεύθυνση.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Det är viktigt med ordning och reda i EU:s olika ekonomier, och vi behöver kontroll och samordning. Även om jag röstade för i slutomröstningen, vill jag emellertid poängtera att det finns många delar som EU-nivån inte ska besluta om: Kommissionens rekommendationer ska inte vara bindande, och ländernas egna konstitutionella regler måste bestämma hur nationella parlamentet hanterar budgetomröstningar och liknande.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As previsões económicas da primavera de 2015 da Comissão indicam taxas de crescimento de 2,1% na UE e 1,9% na área do euro para 2016. Ao nível da taxa de inflação anual dos preços no consumidor, tanto na UE, como na área do euro deve-se verificar um aumento de 0,1% em 2015 para 1,1% em 2016, o que não reflete o risco de deflação previsto pelo Banco Central Europeu. No entanto, o desemprego na UE permanece a níveis inaceitavelmente altos, mas está em ritmo de redução, prevendo-se que baixe para 9,2% na UE e 10,5% na área do euro em 2016.

Saliento a importância do acesso a financiamento por parte das empresas, em particular das PME, que constituem a coluna vertebral da economia da UE. Neste contexto, constata-se que as baixas taxas de juro atualmente vigentes se revelaram insuficientes para incentivar o investimento no volume necessário. A Comissão deverá apresentar propostas para reverter esta situação.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O procedimento do Semestre Europeu veio operacionalizar a aplicação prática do quadro legislativo de resposta da UE à profunda crise em que mergulhou, em resultado da continuada dinâmica de divergência entre os seus Estados-Membros, nomeadamente no que se refere à legislação da Governação Económica.

As políticas neoliberais geradoras da desigualdade e da crise não foram postas em causa. Pelo contrário, é intenção da Governação Económica e do Semestre Europeu criar novas e reforçadas condições para a sua prossecução. Ou seja, não só não resolvem nada, como agravam os problemas económicos e sociais, em especial de países como Portugal. As políticas ditas de consolidação orçamental geraram um desemprego nunca visto, níveis intoleráveis de pobreza, desigualdades e injustiças sociais, a par de uma dívida (pública e externa) nunca vista.

O Fundo Europeu de Investimentos Estratégicos, as perspetivas para o aprofundamento da UEM ou relativamente ao futuro do Semestre Europeu não passam, afinal de contas, de fugas em frente. O quadro atual, determinado igualmente pelo Tratado Orçamental, promove um constrangimento quase absoluto ao desenvolvimento de uma política alternativa, soberana, de desenvolvimento, fundada no progresso e na justiça social.

Este relatório cauciona este rumo de confronto com a democracia, de retrocesso económico e social de dimensão civilizacional. Obviamente, votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of Amendment 12 because I would like to see Ireland leave the Eurozone. This clause would facilitate that.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Ekonomické predpovede na nasledujúci rok naznačujú hospodárske oživenie s pozitívnymi mierami rastu, zvýšením inflácie a zlepšením fiškálneho výhľadu, a to aj vzhľadom na významné fiškálne úsilie a štrukturálne reformy v mnohých členských štátoch. Napriek tomu sa však hospodárska a finančná situácia a situácia v oblasti zamestnanosti v EÚ zlepši len uskutočnením ambiciózných štrukturálnych reforiem. Vysoká miera nezamestnanosti vo viacerých členských štátoch predstavuje naďalej veľmi znepokojujúci faktor. V boji proti nezamestnanosti zohrávajú kľúčovú úlohu pružné pracovné trhy a takisto by sa malo v budúcnosti prejsť zo zdaňovania práce na iné zdroje.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Υπερψηφίζω το σύνολο της έκθεσης σχετικά με το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο για τον συντονισμό των οικονομικών πολιτικών: υλοποίηση των προτεραιοτήτων για το 2015, διότι η στήριξη των μικρών και μεσάιων επιχειρήσεων από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Στρατηγικών Επενδύσεων και η αναγνώριση του ότι η νομισματική ένωση παγίδευσε κάποια από τα μέλη της σε ένα νόμισμα το οποίο τους έβλαψε, είναι στοιχεία που δείχνουν ότι η συγκεκριμένη έκθεση κινείται προς τη σωστή κατεύθυνση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – I would like to welcome the own-initiative report by Mr Rosati. Taking into account the latest budgetary measures adopted, it has been necessary to introduce them into the objectives of the annual growth survey. Although the economic recovery is slowly gaining ground, the fundamentals of the recovery are delicate due to the EU's structural weaknesses and regional economic discrepancies.

Therefore, I am glad that the report includes several elements of a new economic policy direction that strengthens the synergy of Member States' national policies: more investment and less austerity, recognition of the real consequence of frontloaded austerity measures, and surplus countries to make more efforts in pushing demand. I consider an improvement of the report the removal of further fiscal consolidation, and the criticism of rigid laws on labour and trade unions.

Labour market reforms should be sustainable by increasing investment alongside reform of national labour markets, and taking measures to boost the economy in order to increase job creation rates. However, I have to say that I am concerned about the expansion of 'zero-hour contracts' because I believe that all types of contractual arrangements should give workers access to a core set of rights and adequate social protection.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mert nagyra értékelem, hogy a gazdasági fellendülés lassan megindul, ugyanis a várakozások szerint az euróövezetben a GDP 2016-ban 1,9%-kal, az Unióban pedig 2,1%-kal növekszik. Ugyanakkor aggodalommal állapítom meg, hogy a fellendülés alapjai törékenyek, egyéb tényezők mellett az Unió mögöttes strukturális gyengeségei és regionális gazdasági különbségei, az ezekből adódó egyenetlen növekedés és az alacsony nemzetközi versenyképesség miatt.

Üdvözlöm továbbá, hogy a 2015. évi országspecifikus ajánlásokban a Bizottság a gazdasági növekedés alábbi négy fő prioritására összpontosít: a beruházások fellendítésére, a termékek, szolgáltatások és munkaerő piacán megvalósítandó strukturális reformok végrehajtására, a felelősségteljes költségvetési gazdálkodásra és a foglalkoztatáspolitikai javítására. Fontosnak tartom kihangsúlyozni e növekedésserkentő tényezők jelentőségét, többek között az Európa 2020 stratégia céljainak elérése, valamint az Unió világszintű versenyképességének fokozására irányuló átfogó célkitűzés tekintetében is.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor con el objetivo de fomentar las medidas necesarias para impulsar el crecimiento económico y la creación de empleo manteniendo al mismo tiempo la salud de las cuentas públicas. No hay duda de que el Semestre Europeo continúa siendo el marco apropiado para la coordinación de políticas dentro de la UE, pero para mejorar su eficacia debemos continuar racionalizando su concepción.

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. – Un año más, la situación económica sigue siendo crítica: la recuperación es lenta y frágil, las tasas de desempleo se están reduciendo pero siguen siendo excesivamente elevadas, y la pobreza está en unos niveles alarmantes, con una de cada cuatro personas en la UE en situación de pobreza.

Por ello, no he votado a favor de este informe. Porque creo que es necesario un verdadero calendario de responsabilidad fiscal compatible con el crecimiento sostenible y la creación de empleo de calidad. Porque la brecha entre el 10 % que más tiene y el que menos se ha multiplicado en la UE hasta por siete en algunos países, con lo que son necesarias políticas fiscales más justas basadas en políticas redistributivas. Porque la reducción del desempleo se ha basado en la precariedad y en los recortes salariales.

Los ciudadanos no necesitan más palabras ni análisis. Necesitan cambios, acciones y, sobre todo, soluciones justas a los problemas reales a los que se enfrentan cada día. Hay que mandar una señal contundente a la Comisión y los Estados miembros en favor de un marco europeo de salarios mínimos o de una renta europea mínima de inserción.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Un año más, la situación económica sigue siendo crítica: la recuperación es lenta y frágil, las tasas de desempleo se están reduciendo pero siguen siendo excesivamente elevadas, y la pobreza está en unos niveles alarmantes, con una de cada cuatro personas en la UE en situación de pobreza.

Por ello, no he votado a favor de este informe. Porque creo que es necesario un verdadero calendario de responsabilidad fiscal compatible con el crecimiento sostenible y la creación de empleo de calidad. Porque la brecha entre el 10 % que más tiene y el que menos se ha multiplicado en la UE hasta por siete en algunos países, con lo que son necesarias políticas fiscales más justas basadas en políticas redistributivas. Porque la reducción del desempleo se ha basado en la precariedad y en los recortes salariales.

Los ciudadanos no necesitan más palabras ni análisis. Necesitan cambios, acciones y, sobre todo, soluciones justas a los problemas reales a los que se enfrentan cada día. Hay que mandar una señal contundente a la Comisión y los Estados miembros en favor de un marco europeo de salarios mínimos o de una renta europea mínima de inserción.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sul semestre europeo perché ritengo vada nella direzione tracciata dal recente pacchetto presentato dalla CE per la realizzazione della prima fase della relazione dei cinque presidenti avente lo scopo di rafforzare il semestre europeo, completare l'UEM e, in definitiva, attuare la convergenza fra gli Stati dell'eurozona.

Questa convergenza potrà realisticamente realizzarsi solo in presenza di una effettiva capacità di bilancio dell'Eurozona. Pertanto, è più che mai necessario costruire un embrione di politica fiscale dell'UE, anche a trattati costanti.

Inoltre, i problemi occupazionali e sociali devono costituire una priorità nell'ambito del Semestre europeo. La disoccupazione e particolarmente quella di lunga durata, costituisce una delle principali cause di ineguaglianza sociale. Di qui la necessità di mercati del lavoro efficienti, in grado, da un lato, di favorire un elevato livello occupazionale, e dall'altro di assorbire gli shock esterni senza causare ulteriore disoccupazione.

Mercati del lavoro efficienti e robusti possono contribuire ad un'UE più inclusiva e a un funzionamento più flessibile, segnatamente all'interno di regole condivise, dell'UEM. Essi contribuiranno alla realizzazione dell'obiettivo finale: costruire un'UEM più profonda, più equa per i suoi cittadini, in altri termini che sviluppi, e approfondisca nel tempo, una sua dimensione sociale.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen den Bericht „Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2015“ gestimmt, da er in der letzten Version – auf Grund vieler Anträge der Grünen und Linken – der Bedeutung des Europäischen Semesters als wichtiges finanz- und wirtschaftspolitisches Instrument nicht mehr gerecht wird. Das Semester ist kein sozialer Blumenstrauß.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Hohe Verschuldung mit gleichzeitig geringen Direktinvestitionen sind Probleme, mit denen sich viele Staaten innerhalb der EU auseinandersetzen müssen. Besonders hier ist eine koordinierte Wirtschaftspolitik für viele Staaten von großem Vorteil. Die Prioritäten dieses Berichts werden dazu beitragen, dass die Wirtschaft dieser Staaten auch zukünftig weiter und vor allem nachhaltig wächst.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Rosati report which, thanks to our group's efforts, opens the door for a change in direction in European economic policy: more investment and less austerity, recognition of the real consequence of frontloaded austerity measures, surplus countries to do more efforts in pushing demand, labour market reforms to be sustainable.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – The European Semester process is designed to ensure that Member States keep their budgetary and economic policies in line with the EU commitments. The greater the efforts by Member States to stick to their country-specific recommendations, the better. Nevertheless, the outcome of today's vote perhaps reflected worrying elements of the report, which lacked clarity overall.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe porque nos oponemos al mecanismo del Semestre Europeo en su conjunto, aun cuando el texto final ha incorporado muchas consideraciones que compartimos (por ejemplo, las que apuntan a la necesidad de mejorar la calidad del empleo). Con el Semestre Europeo se pretende someter los presupuestos de los Gobiernos a una fiscalización por parte de la Comisión Europea que asegure el cumplimiento de ciertos objetivos macroeconómicos y la implementación de las mal llamadas reformas estructurales. No compartimos el diagnóstico ni la solución.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – Un año más, la situación económica sigue siendo crítica: la recuperación es lenta y frágil, las tasas de desempleo se están reduciendo pero siguen siendo excesivamente elevadas, y la pobreza está en unos niveles alarmantes, con una de cada cuatro personas en la UE en situación de pobreza.

Por ello, no he votado a favor de este informe. Porque creo que es necesario un verdadero calendario de responsabilidad fiscal compatible con el crecimiento sostenible y la creación de empleo de calidad. Porque la brecha entre el 10 % que más tiene y el que menos se ha multiplicado en la UE hasta por siete en algunos países, con lo que son necesarias políticas fiscales más justas basadas en políticas redistributivas. Porque la reducción del desempleo se ha basado en la precariedad y en los recortes salariales.

Los ciudadanos no necesitan más palabras ni análisis. Necesitan cambios, acciones y, sobre todo, soluciones justas a los problemas reales a los que se enfrentan cada día. Hay que mandar una señal contundente a la Comisión y los Estados miembros en favor de un marco europeo de salarios mínimos o de una renta europea mínima de inserción.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Un año más, la situación económica sigue siendo crítica: la recuperación es lenta y frágil, las tasas de desempleo se están reduciendo pero siguen siendo excesivamente elevadas, y la pobreza está en unos niveles alarmantes, con una de cada cuatro personas en la UE en situación de pobreza.

Por ello, no he votado a favor de este informe. Porque creo que es necesario un verdadero calendario de responsabilidad fiscal compatible con el crecimiento sostenible y la creación de empleo de calidad. Porque la brecha entre el 10 % que más tiene y el que menos se ha multiplicado en la UE hasta por siete en algunos países, con lo que son necesarias políticas fiscales más justas basadas en políticas redistributivas. Porque la reducción del desempleo se ha basado en la precariedad y en los recortes salariales.

Los ciudadanos no necesitan más palabras ni análisis. Necesitan cambios, acciones y, sobre todo, soluciones justas a los problemas reales a los que se enfrentan cada día. Hay que mandar una señal contundente a la Comisión y los Estados miembros en favor de un marco europeo de salarios mínimos o de una renta europea mínima de inserción.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report because many Member States, in particular in the euro area, are faced with similar macroeconomic challenges including, most importantly, high debt ratios (both public and private), lack of competitiveness and excessively low investment. Unsustainable levels of debt have a discouraging effect on investment and so a coordinated approach is therefore required in tackling these issues. The four main priorities for economic growth are: boosting investment, implementation of structural reforms in product, service and labour markets, fiscal responsibility and improving employment policy. The report stresses the importance of these growth drivers. In the context of achieving the goals set out in the Europe 2020 Strategy and the overall objective of making the EU globally more competitive, this should be done without weakening workers' protection or undermining the European social model.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht nimmt zu den jährlichen haushaltspolitischen Empfehlungen der Kommission an die EU-Mitgliedsländer Stellung.

Er begrüßt zunächst den Fokus der Kommission auf Strukturreformen, Investitionen, fiskalische Verantwortung und die Verbesserung der Bedingungen auf den Arbeitsmärkten. Ebenfalls stellt er fest, dass die Zukunft des europäischen Wirtschaftsraums durch die grundlegenden strukturellen Schwachstellen der EU sowie den Strukturunterschied zwischen Regionen in Gefahr ist.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Dieser wichtigen Analyse stehen jedoch Forderungen gegenüber, die ALFA in keiner Weise unterstützen kann. So fordert der Bericht u. a. eine Wirtschafts- und Fiskalunion, Mindestlöhne oder eine EU-Steuer. Aus diesem Grund habe ich diesen Bericht abgelehnt.

Im Übrigen – und das ist mein *ceterum censeo* – bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam PROTIV izvješća o Europskom semestru za usklađivanje ekonomske politike, s obzirom da nisu prihvaćeni ključni amandmani ALDE grupe.

Petr Ježek (ALDE), *in writing.* – The European Semester process is an important part of monitoring economic reform across the European Union. From this viewpoint, it is important that all Member States follow the country-specific recommendations. It was disappointing that this report did not go far enough in this regard. In my opinion the text is too long and lacks a clear focus, so I did not vote in favour of it.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Dariusz Rosati sur les priorités par pays des politiques économiques dans le cadre du Semestre européen. Ce rapport mettait l'accent sur les réformes structurelles et l'amélioration de la compétitivité tout en assainissant les finances publiques.

Le texte n'a pas été adopté, ce que je regrette.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραφτώς.* – Το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο αποτελεί το βασικό όχημα δημοσιονομικής εναρμόνισης εντός της ΕΕ. Αποτελεί κύριο εργαλείο μακροοικονομικής πολιτικής για τη παρούσα επιτροπή και σηματοδοτεί τη προσπάθεια για τη μετάβαση από τη Νομισματική μόνο Ένωση στην Οικονομική Ένωση. Ωστόσο, οι μεγάλες αποκλίσεις στη δημοσιονομική κατάσταση των κρατών μελών δεν δίνουν πολλά περιθώρια αισιοδοξίας βραχυπρόθεσμα και οι υπάρχουσες εισηγήσεις, όπως για παράδειγμα η «Έκθεση των Πέντε Προέδρων», μόνο αγωνία και προβληματισμό μάς προκαλούν.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Der Bericht geht stark auf die Subsidiarität ein und befürwortet die Anstrengungen, die unternommen werden müssen, um die Krise zu überwinden – allen voran Strukturreformen. Er setzt sich allerdings auch dafür ein, dass die Mitgliedstaaten, d. h. die nationalen Parlamente stärker einbezogen werden müssen. Ich stimme deshalb für diesen Bericht.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich.* – Der Bericht nimmt zum Europäischen Semester, genauer zu den jährlichen haushaltspolitischen Empfehlungen der Kommission an die EU-Mitgliedstaaten Stellung.

Er begrüßt zunächst den Fokus der Kommission auf Strukturreformen, Investitionen, fiskalische Verantwortung und die Verbesserung der Bedingungen auf den Arbeitsmärkten. Ebenfalls stellt er fest, dass die Zukunft des europäischen Wirtschaftsraums durch die grundlegenden strukturellen Schwachstellen der EU sowie die Strukturunterschiede zwischen Regionen in Gefahr ist.

Dieser wichtigen Analyse stehen jedoch Forderungen gegenüber, die ALFA in keiner Weise unterstützen kann. So fordert der Bericht u. a. eine Wirtschafts- und Fiskalunion, Mindestlöhne oder eine EU-eigene Steuer. Aus diesem Grund lehne ich den Bericht ab.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit.* – J'ai voté contre le rapport sur le semestre européen pour la coordination des politiques économiques. Le Semestre européen reste l'instrument de pilotage des politiques économiques des pays de l'Union par la Commission européenne. À ce titre, il constitue une menace rampante contre les souverainetés, au travers des recommandations par pays, véritables feuilles de route à l'adresse des gouvernements nationaux.

Le rapport Rosati se veut équilibré sur l'appréciation de la situation économique, mais manque en réalité souvent d'objectivité sur la gravité des indicateurs. Comme souvent avec les compromis, il mêle quelques observations pertinentes à des considérations inacceptables. Il fait la promotion du plan Juncker, des réformes structurelles d'inspiration ultralibérales (notamment sur le marché du travail) et se dit en faveur de ressources propres pour l'UE.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

En tant que corollaire de la monnaie unique en sa forme actuelle, et comme vecteur d'une certaine tutelle de Bruxelles sur les politiques économiques nationales, il n'est donc pas possible de soutenir le concept du Semestre européen. Quant au rapport Rosati, il contient des critiques pertinentes mais, au global, présente trop d'éléments en faveur d'un renforcement de ce mécanisme pour être approuvé.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il accentue la dérive ultra-libérale de la politique économique de l'UE. Il a d'ailleurs été rejeté à une très large majorité, ce qui constitue une divine surprise.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA heeft besloten dit verslag niet te steunen. Er zitten goede elementen in, zoals de verwijzing naar de positieve rol die flexibele arbeidsmarkten spelen bij de bestrijding van de werkloosheid, het belang van een begroting op orde en de noodzaak van structurele hervormingen. Maar die boodschap wordt al te veel afgezwakt door verwijzingen naar zaken die niet in dit verslag thuishoren en boodschappen die de tegengestelde richting uitgaan.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Un año más, la situación económica sigue siendo crítica: la recuperación es lenta y frágil, las tasas de desempleo se están reduciendo pero siguen siendo excesivamente elevadas, y la pobreza está en unos niveles alarmantes, con una de cada cuatro personas en la UE en situación de pobreza.

Por ello, no he votado a favor de este informe. Porque creo que es necesario un verdadero calendario de responsabilidad fiscal compatible con el crecimiento sostenible y la creación de empleo de calidad. Porque la brecha entre el 10 % que más tiene y el que menos se ha multiplicado en la UE hasta por siete en algunos países, con lo que son necesarias políticas fiscales más justas basadas en políticas redistributivas. Porque la reducción del desempleo se ha basado en la precariedad y en los recortes salariales.

Los ciudadanos no necesitan más palabras ni análisis. Necesitan cambios, acciones y, sobre todo, soluciones justas a los problemas reales a los que se enfrentan cada día. Hay que mandar una señal contundente a la Comisión y los Estados miembros en favor de un marco europeo de salarios mínimos o de una renta europea mínima de inserción.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Un año más, la situación económica sigue siendo crítica: la recuperación es lenta y frágil, las tasas de desempleo se están reduciendo pero siguen siendo excesivamente elevadas, y la pobreza está en unos niveles alarmantes, con una de cada cuatro personas en la UE en situación de pobreza.

Por ello, no he votado a favor de este informe. Porque creo que es necesario un verdadero calendario de responsabilidad fiscal compatible con el crecimiento sostenible y la creación de empleo de calidad. Porque la brecha entre el 10% que más tiene y el que menos se ha multiplicado en la UE hasta por siete en algunos países, con lo que son necesarias políticas fiscales más justas basadas en políticas redistributivas. Porque la reducción del desempleo se ha basado en la precariedad y en los recortes salariales.

Los ciudadanos no necesitan más palabras ni análisis. Necesitan cambios, acciones y, sobre todo, soluciones justas a los problemas reales a los que se enfrentan cada día. Hay que mandar una señal contundente a la Comisión y los Estados miembros en favor de un marco europeo de salarios mínimos o de una renta europea mínima de inserción.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El Semestre Europeo es el proceso anual por el que la Comisión evalúa los compromisos presupuestarios de los Estados miembros y evalúa su conformidad con los principios de la gobernanza económica (incluyendo los límites de déficit y deuda), proponiendo, en su caso, nuevas reformas o recortes para dar su conformidad.

Es decir, el Semestre Europeo es un mecanismo para legitimar y permitir a la Comisión intervenir regularmente en los asuntos de los Estados miembros, ofreciendo siempre la misma receta: recortes sociales, privatizaciones, reformas laborales y una competencia cada vez más destructiva.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

He votado en contra porque nos hemos manifestado repetidamente en contra de este marco de gobernanza y, decididamente, nos oponemos a los intentos del ponente y los grupos mayoritarios por reforzar este proceso, involucrando a los sindicatos representativos y a los Parlamentos nacionales, o extendiéndolo hacia objetivos «sociales». No puede legitimarse así un proceso que, por su propia construcción, persigue objetivos alejados de los intereses de la mayoría trabajadora.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht nimmt zum Europäischen Semester, genauer zu den jährlichen haushaltspolitischen Empfehlungen der Kommission an die EU-Mitgliedsländer Stellung.

Er begrüßt zunächst den Fokus der Kommission auf Strukturreformen, Investitionen, fiskalische Verantwortung und die Verbesserung der Bedingungen auf den Arbeitsmärkten. Ebenfalls stellt er fest, dass die Zukunft des europäischen Wirtschaftsraums durch die grundlegenden strukturellen Schwachstellen der EU sowie den Strukturunterschied zwischen Regionen in Gefahr ist.

Dieser wichtigen Analyse stehen jedoch Forderungen gegenüber, die ALFA in keiner Weise unterstützen kann. So fordert der Bericht u. a. eine Wirtschafts- und Fiskalunion, Mindestlöhne oder eine EU-eigene Steuer. Aus diesem Grund habe ich gegen den Bericht gestimmt, genauso wie meine Partei- und Fraktionskollegen.

Am Ende haben wir einen großen Erfolg erzielt, da der Bericht mit einer Mehrheit der Stimmen im Plenum abgelehnt wurde.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Provedba specifičnih preporuka, fiskalne konsolidacije, strukturnih reformi te poticanje investicija pomogla je državama članicama u smanjenju duga, deficita i nezaposlenosti te u ostvarivanju većih stopa gospodarskog rasta. To nam potvrđuju i proljetne ekonomske prognoze.

Za 2016. predviđa se stopa rasta od 2,1 posto u Europskoj uniji odnosno 1,9 posto u eurozoni. Iako je nezaposlenost i dalje na vrloj visokoj razini, Komisija je predvidjela da će se nezaposlenost smanjiti na 9,2 posto u Europskoj uniji i na 10,5 posto u eurozoni 2016. Predviđa se i smanjenje duga i deficita u EU-u na 86,9 posto i 2 posto BDP-a, odnosno na 92,5 posto i 1,7 posto BDP-a u eurozoni u 2016.

Podržala sam izvješće kolege Rosatia, posebno zbog važnosti europskog semestra kao strateškog mehanizma povezivanja ekonomskih politika i poticanja država članica na implementaciju strukturnih reformi na području tržišta rada, obrazovnog sustava, državne uprave, poticanja inovacija i poduzetništva s ciljem izgradnje konkurentnog i rastućeg gospodarstva Europske unije.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Efektīva ekonomiskā vai jebkura cita plānošana un politikas īstenošana nav iespējama bez pagātnes rezultātu vispārējas analīzes un to ņemšanas vērā tālākas stratēģijas veidošanai. Tāpēc esmu gandarīts, ka mēs apstiprinājām šo Ekonomikas un monetārās komitejas ziņojumu par 2015. gada pirmo pusi. Kaut gan tikai šīs sesijas laikā jau tika apskatīti vismaz divi citi ziņojumi par Eiropas Savienības reģionālās politikas īstenošanu, nākas secināt, ka Eiropas reģioni savā ekonomiskajā attīstībā joprojām ļoti atšķiras. Tas pats attiecas arī uz ekonomikas atveseļošanu un iespējamo izaugsmi nākamajā gādā. No vienas puses, arī pašu dalībvalstu iespējas finanšu un citu pieejamo resursu ziņā krietni atšķiras. No otras puses, gribētos, lai valstis aktīvāk sadarbotos un koordinētu savus attiecīgos ekonomikas atveseļošanas un tālākas attīstības pasākumus gan savstarpēji, gan ar Savienības pārnacionālajām iestādēm, pirmkārt, Eiropas Komisiju, kura regulāri sniedz dažādas rekomendācijas.

Protams, nedrīkst nekontrolēti paaugstināt budžeta deficītus — tādejādi palielinot parādus un arī, iespējams, neievērojot pieņemtās saistības attiecībā uz 3 % IKP pieļaujamo budžetu deficītu, dalībvalstīm noteikti vajadzētu lielākus ieguldījumus veltīt tieši ekonomikas atveseļošanu stimulējošiem pasākumiem.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Komisia vo svojich odporúčaniach pre jednotlivé krajiny na rok 2015 odporučila štyri hlavné priority hospodárskeho rastu: posilnenie investícií, vykonávanie štrukturálnych reforiem na trhoch s výrobkami a službami a na trhoch práce, fiskálna zodpovednosť a zlepšovanie politiky zamestnanosti.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Súčasná situácia dokladuje, že miera plnenia týchto odporúčaní zo strany členských štátov je nízka, čo sa v konečnom dôsledku prejavuje vo vysokej nezamestnanosti.

Preto treba prijať opatrenia na väčšiu aktivizáciu národných vlád a parlamentov v týchto oblastiach tak, aby plnenie stanovených úloh, poskytovanie podpory a vytváranie adekvátnych transparentných podmienok zo strany vlád členských štátov a orgánov Unie viedli k zvyšovaniu konkurencieschopnosti, hospodárskemu rastu, zvyšovaniu zamestnanosti a k skvalitneniu života obyvateľov celej EÚ.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο για τον συντονισμό των οικονομικών πολιτικών: υλοποίηση των προτεραιοτήτων για το 2015, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 28/10/2015.

David Martin (S&D), *in writing*. – The European Semester is the annual cycle of policy guidance from the Commission for the fiscal and structural reform policies of each Member State. The Commission provides country-specific recommendations and monitors the implementation of commonly agreed policies with national governments. These measures are designed to ensure Member States are not heading for financial difficulties which would put all Member States at risk. The S&D Group has fought hard to include more social criteria and to ensure any recommendations to labour market reform do not weaken workers' rights or promote precarious employment but in fact strengthen the European social model and promote sustainable growth.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche: attuazione delle priorità per il 2015.

Per rilanciare la ripresa, risulta di primaria importanza che la politica economia miri a promuovere gli investimenti, ad accelerare le riforme strutturali e perseguire un risanamento delle finanze pubbliche orientato alla crescita.

Vi è la necessità di promuovere gli investimenti e migliorare la politica occupazionale, con l'attuazione di riforme strutturali relative al mercato del lavoro, al sistema scolastico ed ai servizi finanziari per le PMI.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Befürwortend stehe ich dem im Bericht betonten Subsidiaritätsprinzip gegenüber. Leider beschäftigt sich der Bericht gleichzeitig mit Bereichen, in welchen die EU keine Kompetenz hat, wie z. B. das Bedauern darüber, dass Empfehlungen zu umweltgefährdenden Subventionen, einer ökologischen Steuerreform und der Förderung erneuerbarer Energien in den länderspezifischen Empfehlungen fallengelassen worden sind. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável ao relatório sobre o Semestre Europeu para a coordenação das políticas económicas e as prioridades para 2015.

A recuperação económica europeia começa a dar sinais, com uma perspetiva de aumento de 1,9% do PIB na zona euro e 2,1% na UE em 2016. Os sinais de recuperação económica assentes em esforços fiscais significativos e as reformas estruturais levadas a cabo por muitos Estados-membros foram decisivos para esta recuperação. A implementação das reformas estruturais necessárias e a responsabilidade fiscal foram fundamentais para criar os alicerces de um crescimento económico que, ainda frágil, requer esforços concertados para o reforço do investimento e melhorias das políticas de emprego dos Estados-Membros.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this resolution as it stresses the need for increased cooperation and coordination between Member States to tackle the problems of high debt, lack of competitiveness, and low investment.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Le Semestre européen est aujourd'hui le moteur de notre gouvernance économique. L'objectif est de garantir une cohérence et renforcer la convergence dans un espace commun. Toutefois, les recommandations ne sont pas suffisamment mises en œuvre ralentissant la convergence de nos économies et affaiblissant ainsi notre espace économique commun. Je regrette que le Parlement européen ne se soit pas mis d'accord sur ce rapport qui avait pourtant le mérite d'appeler à un renforcement du présent mécanisme. Il est important que nous fassions preuve d'ambition à cet égard. Nos économies doivent être réformées structurellement pour qu'elles puissent faire preuve de vitalité dans un monde globalisé.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Na rok 2015 medzi priority vymedzené Komisiou patrí podpora investovania, vykonávanie štrukturálnych reforiem, fiškálna zodpovednosť a zvýšenie zamestnanosti. Teší ma, že v EÚ zaznamenávame určité oživenie hospodárstva. Pretrvávajúcim problémom však zostáva vysoká miera zadlženia, nedostatok konkurencieschopnosti v mnohých oblastiach a predovšetkým nízka úroveň investovania. Je potrebné si uvedomiť dôležitosť prepojenia prílevu investícií na trh, najmä do sektora služieb, s vytváraním nových pracovných miest v Únii, tak ako aj dôležitosť zavedenia ambiciózných štrukturálnych reforiem, s ktorými mnohé štáty naďalej otáľajú. Na záver by som chcel vyzdvihnúť dôležitosť pripravenosti a ochoty členských štátov užšie spolupracovať pri uplatňovaní európskeho semestra.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I am fully convinced that Europe and the Member States need to ensure a change in direction in the economic policy led in Europe, so that citizens do not have to pay for the consequences of the economic crisis. This report includes several elements of this new policy direction: more investment and less austerity, recognition of the real consequence of frontloaded austerity measures, surplus countries to do more efforts in pushing demand, labour market reforms to be sustainable, nevertheless at the end I could not support the final vote because some of the amendments adopted during the plenary vote were not in line with my principles.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az európai szemeszter folyamatának célja az integrált gazdaságpolitikai koordinációnak a makrogazdasági és költségvetési felügyeleti eszközök kombinációja révén történő uniós szintű biztosítása. Az európai szemeszter éves ciklusának részeként az országspecifikus ajánlások tanácsot nyújtanak az egyes tagállamok számára a növekedés fellendítéséhez szükséges, ugyanakkor a rendezett államháztartás fenntartását lehetővé tévő intézkedésekről.

Ezeket az ajánlásokat ugyanakkor a legtöbb tagállam nagyon kis mértékben hajtja végre. A Gazdasági és Monetáris Bizottság által benyújtott parlamenti állásfoglalás-tervezet ezért kimondani javasolja, hogy csak nagyra törő strukturális reformok végrehajtása révén fog javulni az Unió gazdasági, pénzügyi és foglalkoztatási helyzete, és hogy e strukturális reformok fontos előfeltételei annak, hogy az olyan uniós kezdeményezések, mint az ESBA, konkrétan eredményeket hozzanak. A tervezet megállapítani javasolja továbbá, hogy a legtöbb tagállamban igen magas a munkanélküliségi ráta, továbbá, hogy a rugalmas munkaerőpiacoknak fontos szerepük van a munkanélküliség leküzdésében, a foglalkoztatási ráták emeléséhez pedig a munkát terhelő adókról az egyéb adóforrások felé kellene elmozdulni. Az állásfoglalás-tervezetet megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Defendo que os dados e os fluxos de informação, que dominam a nossa vida quotidiana e constituem parte da integridade de qualquer pessoa, têm de estar protegidos e seguros. A proteção dos dados e a vida privada são direitos fundamentais.

É importante salientar que as medidas de segurança, tais como as medidas de combate ao terrorismo, devem ser aplicadas de acordo com o Estado de Direito e ser subordinadas às obrigações em matéria de direitos fundamentais.

Expresso a minha preocupação relativamente à consideração do relator quando refere que os direitos fundamentais dos cidadãos da UE continuam a estar em perigo e que pouco tem sido feito para garantir a plena proteção de tais direitos em caso de vigilância eletrónica em larga escala, lamentando ainda os escassos progressos realizados no sentido de assegurar a proteção dos autores de denúncias e dos jornalistas.

Subscrevo que deverá existir uma monitorização e um acompanhamento rigorosos sobre a vigilância eletrónica em larga escala dos cidadãos da UE por parte da Comissão das Liberdades Cívicas, da Justiça e dos Assuntos Internos.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la mise en place du Semestre européen qui est tout un cérémonial européiste visant à mettre le budget des États membres sous la bienveillante supervision de la Commission européenne et du Conseil des ministres. Il vise ainsi à assurer le maintien des finances publiques selon des critères qui ne sont justifiés par aucune étude économique sérieuse. Ainsi, un pays ne respectant pas les critères édictés arbitrairement devra suivre les recommandations de la Commission (qui ne sont pas des conseils d'amis) qui ne se distinguent pas par leur originalité étant donné qu'elles visent à faire toujours plus de dérégulation. Ce rapport ménage la chèvre et le chou et reste flou sauf en ce qui concerne la promotion des réformes ultralibérales ou la proposition de ressources fiscales propres pour l'UE.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Je ne peux voter en faveur de ce texte puisque le semestre européen est la contrepartie austéritaire à la monnaie unique et que le rapport se veut bienveillant à son égard. J'ai donc voté contre.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted against this report on the European Semester for economic policy coordination: implementation of 2015 priorities because it would have instated structural reforms that are a serious condition for EU initiatives such as EFSI.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat împotriva acestui raport deoarece am considerat că acesta nu prezintă claritatea necesară pe care un astfel de raport ar fi putut-o avea.

Raportorul a identificat corect anumite aspecte economice îngrijorătoare la nivelul UE, dar, din păcate, a continuat prin adăugarea la acest raport a multor subiecte ce necesită dezbateri mai ample. Din păcate, acest raport abordează o serie prea largă de probleme, printre care se numără subiecte față de care eu am o altă poziție politică; așadar m-am văzut nevoit să votez împotriva acestui document.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Zpráva Dariuzse Rosatiho představuje snahu o nalezení vyváženého pohledu na evropský semestr a snahu přispět ke zkvalitnění tohoto nástroje důležitého pro koordinaci hospodářských politik. Mrzí mne, že zejména levicová část spektra v některých případech odmítá i zcela zjevné ekonomické zákonitosti a prezentuje návrhy, které by mohly Evropu uvrnout zpět do ekonomických problémů, ze kterých se přitom dnes tak obtížně dostává. Jsem přesvědčen, že potřeba odpovědné a dlouhodobě udržitelné rozpočtové politiky je zcela nezpochybnitelná stejně jako potřeba strukturálních reforem v mnoha zemích. A v těchto oblastech musí evropský semestr sehrávat podstatnou roli. I přes některé problematické pozměňovací návrhy jsem zprávu podpořil, a mrzí mne, že ji Parlament jako celek odmítl.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against the so called 'Revamped European Semester' which contained a number of very worrying provisions. It offers absolutely no way out of the prevailing austerity narrative and in fact this report sets out to 'institutionalise austerity' as it proposes the intensification of austerity policies. The immediate priorities are on boosting competitiveness and structural convergence, imposing fiscal policies and gradually making the convergence process ever more binding and therefore impacting directly on Member States ability to implement their own legislation.

In effect this report aims to deny citizens any real political choices when electing their governments. The whole aim is to bind Member States to essential economic and fiscal policies at an EU level. It should be patently clear that European economic governance cannot override democratic choices at the national level.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht habe ich mich der Stimme enthalten, da er zwar einige positive Aspekte enthält. Allerdings wird auch durch diesen Bericht weiter auf eine zentrale Steuerung nationaler Industriepolitiken aus Brüssel hingewirkt, was ich nicht unterstützen kann.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Je me suis opposé à ce rapport qui voudrait acter le soutien du Parlement européen aux politiques relatives au semestre européen. Le semestre européen consacre un libéralisme européen qui veut toujours plus d'austérité budgétaire, d'allègements de charges sociales et de réformes du marché du travail pour tendre vers une croissance devenue prioritaire sur des politiques solidaires et cohésives. Bien que le rapport invite à plus d'attention quant aux répercussions sociales des politiques d'austérité, il ne remet pas en doute la généralisation de ce modèle dans les politiques de l'Union.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Hääletasin vastu. Euroopa poolaasta protsessi eesmärk on tagada integreeritud majanduspoliitika koordineerimine ELi tasandil ning selleks kasutatakse kombineeritud makromajanduslikke ja eelarvejärelvalve vahendeid. Euroopa Komisjon koostab riigipõhiseid soovitusi, aga sellest hoolimata viivad liikmesriigid neist täide vähem kui 10%, mis ei ole piisav. On oluline, et riikidele tehtavad spetsiifilised soovitusused oleksid siduvad, mis tagaks efektiivsema majandusliku arengu ja vähendaks tööpuuduse probleeme.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Reikia labiau stiprinti demokratinį aspektą ekonomikos valdymo dokumentų rinkinyje. Pažymėtina, kad ES didėja ekonominiai ir socialiniai skirtumai. Šiuo metu skurdą patiria vienas iš keturių žmonių. Be to, per didelės perviršis einamosios sąskaitos kelia didelę riziką, kurią reikia tinkamiau šalinti. Manau, kad reikėtų apsvaistyti galimybę pakeisti griežtą taupymo politiką nauja tvaria ir demokratine sistema, kuri leistų valstybėms narėms pačioms vykdyti savo pasirinktą ekonomikos politiką.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Atsižvelgiant į esamą kai kurių valstybių padėtį, būtų tikslinga sukurti tarptautinę daugiašalę valstybių skolų apkarpyimo sistemą. Be to, reikėtų pradėti svarstyti galimybę peržiūrėti Sutartį ir joje nustatyti pasitraukimo iš euro zonos išlygą ir išplėsti galimybės pasirinkti sąlygą.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Izvješće o Europskom semestru ističe pozitivna očekivanja poput polaganog jačanja gospodarskog oporavka i projekciju rasta BDP-a za 2016. godinu, ali i upozorava na regionalne gospodarske razlike i slabosti te neujednačen rast i slabu međunarodnu konkurentnost. Pozdravljam preporuke Komisije za ovu 2015. godinu te pozivam da se još jače založi za ispunjenje predloženih prioriteta, posebice one usmjerene na smanjivanje velike nezaposlenosti mladih, čime smo i mi u Hrvatskoj izrazito pogođeni.

Postotak mladih nezaposlenih u dobi od 18-30 godina u Hrvatskoj prelazi 40 %. Također držim da bi bilo dobro uvesti strože kontrole provedbe Europskog semestra, odnosno izvršenja preporuka po državama članicama kako bi se ubrzao gospodarski oporavak i ujednačio gospodarski rast. U Hrvatskoj se, osobito zadnjih nekoliko mjeseci, povela široka rasprava o neprimjerenosti državnog obrazovnog sustava s trenutnim potrebama tržišta rada što značajno utječe na nezaposlenost.

Koristim priliku da pozovem Komisiju da u budućim preporukama i o tome vodi računa. Uzimajući u obzir cjelokupni kontekst izvješća, njegove pozitivne i negativne strane, kao i nemogućnost postizanja kompromisa, ostala sam suzdržana oko teksta rezolucije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – Ce rapport concerne la mise en place du Semestre européen qui est tout un cérémonial européiste visant à mettre le budget des États membres sous la bienveillante supervision de la Commission européenne et du Conseil des ministres. Il vise ainsi à assurer le maintien des finances publiques selon des critères qui ne sont justifiés par aucune étude économique sérieuse. Ainsi, un pays ne respectant pas les critères édictés arbitrairement devra suivre les recommandations de la Commission (qui ne sont pas des conseils d'amis) qui ne se distinguent pas par leur originalité étant donné qu'elles visent à faire toujours plus de dérégulation. Ce rapport ménage la chèvre et le chou et reste flou sauf en ce qui concerne la promotion des réformes ultralibérales ou la proposition de ressources fiscales propres pour l'UE.

Je ne peux voter en faveur de ce texte puisque le semestre européen est la contrepartie austéritaire à la monnaie unique et que le rapport se veut bienveillant à son égard. J'ai donc voté contre.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Jedan od važnih problema koordinacije ekonomske politike na razini Unije jest vrlo niska razina implementacije preporuka po državama članicama (CSR). Iz tog razloga podržavam napore u okviru ovog izvješća o implementaciji prioriteta za 2015. godinu, da se u ranijoj fazi procesa Europskog semestra uključe nacionalni parlamenti, da preporuke sadrže preciznije prijedloge i da se ranije objavljuju, te možda najvažnije, da se u većoj mjeri uzme obzir socijalna dimenzija cijelog procesa, pogotovo u kontekstu strukturalnih reformi.

Samo uz bližu suradnju država članica, razmjenu dobrih praksi i veću uključenost nacionalnih aktera moguće je osigurati učinkovitost, ali i demokratski legitimitet ovog procesa. Iako su na razini EU-a prisutni znakovi ekonomskog oporavka i rasta, potrebno je učiniti još mnogo kako bi se ostvarili policy prioriteti u ekonomskoj suradnji.

U tom svijetlu, istaknuo bih neke izrazito važne socijalne naglaske i postignuća unutar samog izvješća; naglasak stavljen na financiranje i ulaganje kroz EFSI s ciljem stvaranja kvalitetnih radnih mjesta, postizanjem socijalne i ekonomske kohezije, smanjenjem nejednakosti i poboljšanjem javnih usluga; zahtjev za povećanjem plaća kao sredstvom borbe protiv siromaštva i za kvalitetnija radna mjesta i mogućnost da se programi preventivnog restrukturiranja i razrješenja dugova s banaka proširi na obitelji u rizičnim situacijama kojima prijete opasnost beskućništva.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – Ho votato a favore della relazione sul Semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche. Questa relazione è la valutazione del Parlamento europeo relativa alle raccomandazioni specifiche per paese (CSR). Le CSR sono una parte centrale del semestre europeo, che a sua volta è un importante strumento destinato a prevenire le crisi economiche, soprattutto le crisi del debito sovrano.

La relazione sottolinea molti punti cruciali, che ritengo saranno centrali nelle future iniziative per fronteggiare le sfide dell'Unione europea in ambito economico. Nel testo si fa riferimento all'importanza di proseguire il processo di riforme strutturali per favorire crescita e occupazione.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Dobbiamo portare avanti un progetto coerente di unione economica monetaria la quale richiede un coordinamento tra le politiche economiche e monetarie degli Stati membri, in linea con il quadro di sorveglianza macroeconomica e fiscale dell'Unione europea. Bisogna concentrare gli sforzi sulla promozione degli investimenti e il miglioramento della politica occupazionale degli Stati membri.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O processo do Semestre Europeu possibilita um número de orientações que se seguem à avaliação dos «programas nacionais de reformas» e «programas de estabilidade ou de convergência» dos Estados-Membros, levada a cabo pela Comissão. A este propósito, surge o relatório ora em apreço que fornece uma síntese das principais conclusões da troca de pontos de vista organizada pela Comissão dos Assuntos Económicos e Monetários do Parlamento Europeu. Uma vasta maioria dos participantes considerou que o reforço da taxa de execução e a eficácia das recomendações específicas por país, desenhadas no âmbito do Semestre Europeu, passam pelo envolvimento dos parlamentos nacionais. Neste sentido, o relatório convida ao envolvimento mais precoce dos parlamentos nacionais, ou seja, desde logo na preparação dos programas de ação. Por considerar que a partilha de experiências sobre o processo de Semestre Europeu e o respetivo fomento pelas contrapartes são de importância vital para as reformas estruturais e para a melhoria da situação económica que delas depende, votei favoravelmente o projeto de resolução supramencionado.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – Le rapport d'initiative sur le Semestre européen pour la coordination des politiques, soumis au vote des députés européens le 29 octobre, présentait plusieurs propositions pour davantage coordonner les politiques économiques et structurelles des États membres de l'Union européenne. Les principaux enjeux concernaient en partie la stimulation des investissements et le soutien à l'emploi tout en poursuivant l'assainissement des comptes publics.

Malgré l'objectif louable que prônait ce rapport, ce dernier manquait profondément de pertinence et de cohérence quant aux actions à mettre en vigueur. C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte qui a par ailleurs été massivement rejeté par le Parlement européen (seulement 91 votes pour, 409 votes contre et 131 abstentions).

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Un año más, la situación económica sigue siendo crítica: la recuperación es lenta y frágil, las tasas de desempleo se están reduciendo pero siguen siendo excesivamente elevadas, y la pobreza está en unos niveles alarmantes, con una de cada cuatro personas en la UE en situación de pobreza.

Por ello, no he votado a favor de este informe. Porque creo que es necesario un verdadero calendario de responsabilidad fiscal compatible con el crecimiento sostenible y la creación de empleo de calidad. Porque la brecha entre el 10% que más tiene y el que menos se ha multiplicado en la UE hasta por siete en algunos países, con lo que son necesarias políticas fiscales más justas basadas en políticas redistributivas. Porque la reducción del desempleo se ha basado en la precariedad y en los recortes salariales.

Los ciudadanos no necesitan más palabras ni análisis. Necesitan cambios, acciones y, sobre todo, soluciones justas a los problemas reales a los que se enfrentan cada día. Hay que mandar una señal contundente a la Comisión y los Estados miembros en favor de un marco europeo de salarios mínimos o de una renta europea mínima de inserción.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato contro in quanto il testo non dà spazio a legittime critiche nei confronti di una governance assolutamente poco trasparente, poco democratica e che non tiene conto del principio di sussidiarietà.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe porque nos oponemos al mecanismo del Semestre Europeo en su conjunto, aun cuando el texto final ha incorporado muchas consideraciones que compartimos (por ejemplo, las que apuntan a la necesidad de mejorar la calidad del empleo). Con el Semestre Europeo se pretende someter los presupuestos de los Gobiernos a una fiscalización por parte de la Comisión Europea que asegure el cumplimiento de ciertos objetivos macroeconómicos y la implementación de las mal llamadas reformas estructurales. No compartimos el diagnóstico ni la solución.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El Semestre Europeo es el proceso anual por el que la Comisión evalúa los compromisos presupuestarios de los Estados miembros y evalúa su conformidad con los principios de la gobernanza económica (incluyendo los límites de déficit y deuda), proponiendo, en su caso, nuevas reformas o recortes para dar su conformidad. Es decir, el Semestre Europeo es un mecanismo para legitimar y permitir a la Comisión intervenir regularmente en los asuntos de los Estados miembros, ofreciendo siempre la misma receta: recortes sociales, privatizaciones, reformas laborales y una competencia cada vez más destructiva.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

He votado en contra porque nos hemos manifestado repetidamente en contra de este marco de gobernanza y, decididamente, nos oponemos a los intentos del ponente y los grupos mayoritarios por reforzar este proceso, involucrando a los sindicatos representativos y a los Parlamentos nacionales, o extendiéndolo hacia objetivos «sociales». No puede legitimarse así un proceso que, por su propia construcción, persigue objetivos alejados de los intereses de la mayoría trabajadora.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as I do not wish to see the Commission involved in pension reforms.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Obserwując bieżące wskaźniki makroekonomiczne, zauważyć można oznaki ożywienia gospodarczego na rynkach UE. Jednak podkreślić należy, iż jego podstawy są kruche, co wpływa negatywnie na równomierny wzrost oraz konkurencyjność UE w skali międzynarodowej. Jednolity rynek UE jest nadal rozdrobniony i dotyka go brak innowacji. W niektórych państwach członkowskich występują trwale utrzymujące się zakłócenia równowagi makroekonomicznej (wysoki poziom długu publicznego i prywatnego, duże luki w rachunkach bieżących, nadmierne ryzyko w sektorze finansowym). Niepokojącym zjawiskiem jest ciągle utrzymująca się wysoka stopa bezrobocia w większości państw członkowskich. Zwraca się uwagę na konieczność przeprowadzenia znaczących reform strukturalnych, a także skupienia się na stworzeniu warunków do funkcjonowania elastycznych rynków pracy, dostosowaniu systemów edukacji do potrzeb rynku pracy oraz przeniesieniu obciążeń podatkowych z pracy na inne obszary.

Ponadto należy podkreślić bardzo niski stopień realizacji zaleceń dla poszczególnych państw członkowskich, co utrudnia koordynację krajowej polityki gospodarczej z zaleceniami europejskimi. Zauważyć należy, że w obecnym roku zmniejszeniu uległa liczba państw objętych procedurą nadmiernego deficytu z 11 do 9. Krokiem we właściwym kierunku jest wejście w życie rozporządzenia w sprawie Europejskiego Funduszu na rzecz Inwestycji Strategicznych (EFIS), mającego pobudzić inwestycje prywatne i publiczne w UE. Konieczna jest dalsza poprawa otoczenia biznesu w UE, a także zwiększenie poziomu wydajności przez wyważone połączenie edukacji publicznej i prywatnej z polityką innowacyjności.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Nisam podržao ovo izvješće, ali ovo obrazloženje glasanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Csaba Sógor (PPE), *in writing*. – I was glad to vote in favour of this report. I believe that in the context of the low economic growth and persisting high unemployment rates currently witnessed across Europe, it places the right emphasis on the need to implement necessary structural reforms, to boost investments, to ensure fiscal responsibility and to promote flexible labour markets.

The report also rightly points out that sound economic governance is needed in order to ensure that investments made through the European Structural and Investment Funds, and the European Fund for Structural Investments bring about the anticipated results.

Finally, I agree that the Commission should tackle the issue of the Country Specific Recommendations' low implementation level in several Member states as such failings lead to maintaining obstacles to growth and investment-friendly environments.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht nimmt zum Europäischen Semester, genauer zu den jährlichen haushaltspolitischen Empfehlungen der Kommission an die EU-Mitgliedsländer Stellung.

Er begrüßt zunächst den Fokus der Kommission auf Strukturreformen, Investitionen, fiskalische Verantwortung und die Verbesserung der Bedingungen auf den Arbeitsmärkten. Ebenfalls stellt er fest, dass die Zukunft des europäischen Wirtschaftsraums durch die grundlegenden strukturellen Schwachstellen der EU sowie den Strukturunterschied zwischen Regionen in Gefahr ist.

Dieser wichtigen Analyse stehen jedoch Forderungen gegenüber, die ALFA in keiner Weise unterstützen kann. So fordert der Bericht u. a. eine Wirtschafts- und Fiskalunion, Mindestlöhne oder eine EU-eigene Steuer. Aus diesem Grund lehne ich den Bericht ab.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Veľmi ma teší, že sa Európska únia zamerala na posilnenie investícií, vykonávanie štrukturálnych reforiem na trhoch s výrobkami a službami a na trhoch práce, fiškálnu zodpovednosť a zlepšovanie politiky zamestnanosti ako na hlavné priority hospodárskeho rastu. Je dôležité dosahovať ciele stanovené v stratégii Európa 2020, pretože ich pomocou sa môže Európa stať konkurencieschopnejšou, a tým vytvárať ekonomický rast, zvyšovať zamestnanosť a podporovať podnikanie na celom svojom území.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Gospodarski oporavak Unije polako jača te se očekuje rast BDP-a Europske unije 2016. g. od 2,1 %. Međutim, oporavak leži na krhkim temeljima ponajprije zbog strukturnih slabosti i velikih regionalnih gospodarskih razlika. Mnoge države članice susreću se sa sličnim makroekonomskim izazovima, od kojih su najvažniji velike razine duga (javnog i privatnog) koje obeshrabruju ulaganja te slaba konkurentnost.

Potreban nam je usklađen pristup prilikom rješavanja tih problema i pozdravljam preporuke Komisije koja naglasak stavlja na četiri glavna prioriteta za gospodarski rast: poticanje ulaganja, provedba strukturnih reformi na tržištima proizvoda, usluga i rada, fiskalna odgovornost i poboljšanje politike zapošljavanja. Moramo omogućiti učinkovitiji pristup financiranju, posebice za mala i srednja poduzeća, koja čine osnovicu gospodarstva EU-a.

Pozdravljam smanjenje stopa nezaposlenosti mladih, ali ističem da su one još uvijek zabrinjavajuće u mnogim državama članicama, među kojima je i Hrvatska, koja je treća na listi s najvećim postotkom nezaposlenih mladih prema novom izvješću Međunarodne organizacije rada. Pozivam države članice da učinkovito koriste sva dostupna sredstva za provedbu Inicijative zapošljavanja mladih.

Podržavam ovo izvješće i cijenim rad Komisije u pogledu pojednostavljenja postupka Europskog semestra i pozivam na odlučnije napore u usmjeravanju i usklađivanju ekonomskih politika država članica.

Richard Sulík (ECR), *písomne* – Správu som nepodporil. Súhlasím s výzvami na zlepšenie konkurencieschopnosti a vykonávanie štrukturálnych reforiem. Zásadne však nesúhlasím s mnohými opatreniami, ktoré správa navrhuje alebo víta a ktoré ekonomiku EÚ poškodia, ako napríklad väčšiu integráciu eurozóny, Európsky fond pre strategické investície, programy na podporu zamestnanosti mladých a podobne.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o evropskem semestru za usklajevanje gospodarskih politik: izvajanje prednostnih nalog za leto 2015. Kot podpredsednica Odbora za proračun sem podprla mnenje odbora, ki opozarja, da je potrebno vzpostaviti nov sistem lastnih sredstev, s katerim bomo pripomogli k dejanski prenovi ureditve financiranja EU, ne da bi morali državljani EU plačati višje davke.

V mnenju Odbora za proračun opozarjamo tudi na to, da so primanjkljaji pri plačilih, ki so posledica predvsem neustreznih zgornjih mej za plačila in nezadostnih proračunskih sredstev, pereči tudi v letu 2015.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Το πνεύμα της έκθεσης του Κοινοβουλίου είναι πως δεν υπάρχει άλλος τρόπος παρά η συνέχιση και η εμβάθυνση των υπαρχουσών πολιτικών, με κυριότερη αυτή της δημοσιονομικής πειθαρχίας. Εκφράζει την ικανοποίηση του Κοινοβουλίου για το γεγονός πως μειώθηκαν οι χώρες των οποίων έγινε παρατήρηση από την Επιτροπή για το υψηλό χρέος, χωρίς όμως να σημειώνει πως οι χώρες που είναι σε μνημόνιο δεν παίρνουν ετήσιες μακροοικονομικές συστάσεις από την Επιτροπή. Επίσης στις συστάσεις της η έκθεση καλωσορίζει τη λευκή βίβλο της Επιτροπής για την εμβάθυνση της ONE και επιμένει στη συνέχιση της δημοσιονομικής πειθαρχίας, παρόλο που επισημαίνει τη δυσκολία που έχουν τα κράτη μέλη του Νότου να ορθοποδήσουν λόγω της (βίαιης) εσωτερικής υποτίμησης στην οποία υποβάλλονται.

Η έκθεση δεν ασκεί ουσιαστική κριτική στην έκθεση της Επιτροπής για την ολοκλήρωση της ONE, αλλά αντίθετα στηρίζει όλες εκείνες τις οικονομικές πολιτικές που καταστρέφουν τόσο τον κοινωνικό ιστό των κρατών μελών της ΕΕ αλλά και οποιαδήποτε ελπίδα για βιώσιμη κοινωνική ανάπτυξη. Επαναβεβαιώνει εν συντομία την προσήλωση της ΕΕ στις πολιτικές λιτότητας και της περαιτέρω οικονομικής ευθυγράμμισης των πολιτικών των κρατών μελών με την ΕΕ.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal elutasítottam a jelentést. Döntésem legfontosabb indoka, hogy a jelentés továbbra is olyan strukturális reformokra hivatkozik, melyek a szociális szempontokra még említés szintjén sincsenek tekintettel. Ez jelentős visszalépés az előző évi jelentéshez képest és óriási, valamint igazságtalan tehertételt vetít előre a polgárokra nézve. Alapjában is úgy vélem, hogy a jelentés nem tartja kellően szem előtt az európai polgárok érdekeit.

A fentiek mellett két további indokot kívánok röviden aláhúzni. Pozitív, hogy a jelentés a minőségi munkahelyek teremtésére való figyelemfelhívást tartalmaz, de nagy hiba, hogy a jelentés még csak nem is reflektál, olyan tagállami gyakorlatokra, mint a magyarországi közmunkaprogram, mely jelentősen kiszolgáltató helyzetbe hozza a munkavállalókat. Mindemellett azonban a foglalkoztatottsági arányszám használata is indokolt lenne, azonban a jelentés erre sem tér ki.

Határozottan elutasítom azt is, hogy az Európai Parlament e jelentésben deklarálja, hogy „elismeri, hogy a minimálbérek megállapítása tagállami hatáskörbe tartozik”, hiszen ez számos tagállamban a munkavállalók számára sajnos még ma is káros. Magam e területen egyfajta egységesítésben hiszek. Azaz a parlamentnek itt közös gondolkodást kellene ösztönöznie és nem hibás deklarációkat tennie. Előremutató azonban, hogy a jelentés arra ösztönzi a Bizottságot, hogy tegyen javaslatokat arra, hogyan lehet biztosítani, hogy az európai szemeszter ajánlásait hatékonyabban és következetesebben hajtsák végre és alkalmazzák.

Claudia Tapardel (S&D), in writing. – The European Semester provides the opportunity to ensure that economic policy is coordinated at the EU level through a combination of macro-economic and fiscal tools.

As a part of the annual procedure, country-specific recommendations are given to Member States on measures to boost growth and maintain sound public finances. These recommendations are based on the policy priorities identified in the Commission's last Annual Growth Survey and have been endorsed by the European Council.

The economic forecasts for 2016 indicate signs of slow economic recovery, with 2.1% in the EU and 1.9% in the euro area. While this modest growth is owing to fiscal and structural reforms undertaken by many Member States, more actions are needed to ensure the foundations of the economic recovery are solid. To achieve that will require a change in the direction of the EU's economic policy.

As a Social Democrat, I welcome the current report, and the main elements of this new policy: more investment and less austerity, implementation of structural reforms in the labour markets, improving employment policy particularly for the youth and long-term unemployed. I believe the four key priorities for economic growth will help to address the growth drivers that can allow the sustainable recovery Europe urgently needs.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – J'ai voté contre ce texte du fait que tous nos votes clés aient été refusés. Le texte au final a connu le même sort, ce dont je me félicite.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – I voted against this report as it does not go far enough and because I disagree with a number of points. Moreover, in my opinion the text is too long and the wording is sometimes not really appropriate. The European Semester process is an important tool for monitoring economic reform across the European Union and it deserves a serious report, not an accumulation of ideological provisions.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Pri poročilu o evropskem semestru za usklajevanje gospodarskih politik: izvajanje prednostnih nalog za leto 2015 sem se vzdržala, saj je načeloma vsebina poročila zadovoljiva, vendar ne podpiram določenih delov poročila.

Ulrike Trebesius (ECR), schriftlich. – Der Bericht nimmt zum Europäischen Semester, genauer zu den jährlichen haushaltspolitischen Empfehlungen der Kommission an die EU-Mitgliedsländer Stellung.

Er begrüßt zunächst den Fokus der Kommission auf Strukturreformen, Investitionen, fiskalische Verantwortung und die Verbesserung der Bedingungen auf den Arbeitsmärkten. Ebenfalls stellt er fest, dass die Zukunft des europäischen Wirtschaftsraums durch die grundlegenden strukturellen Schwachstellen der EU sowie den Strukturunterschied zwischen Regionen in Gefahr ist.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Dieser wichtigen Analyse stehen jedoch Forderungen gegenüber, die ALFA in keiner Weise unterstützen kann. So fordert der Bericht u. a. eine Wirtschafts- und Fiskalunion, Mindestlöhne oder eine EU-eigene Steuer. Aus diesem Grund lehne ich den Bericht ab.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Az európai szemeszter folyamatának célja az integrált gazdaságpolitikai koordinációnak a makrogazdasági és költségvetési felügyeleti eszközök kombinációja révén történő uniós szintű biztosítása, amire a konvergencia irányításához és a tagállamok egymástól való függésének kezeléséhez van szükség. Mivel a jelentésből érdemben hiányoztak a szociális aspektusok, ezért a végszavazásnál nem támogattam a csomagot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado en contra de este informe porque nos oponemos al mecanismo del Semestre Europeo en su conjunto, aun cuando el texto final ha incorporado muchas consideraciones que compartimos (por ejemplo, las que apuntan a la necesidad de mejorar la calidad del empleo). Con el Semestre Europeo se pretende someter los presupuestos de los Gobiernos a una fiscalización por parte de la Comisión Europea que asegure el cumplimiento de ciertos objetivos macroeconómicos y la implementación de las mal llamadas reformas estructurales. No compartimos el diagnóstico ni la solución.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), por escrito. – He votado en contra de este informe —del que he sido ponente alternativo por el Grupo de Los Verdes— ya que considero que respalda una visión neoliberal de la coordinación económica en la UE, en la que la austeridad y los recortes masivos de derechos son la única receta. Ninguna de las aportaciones que iban en la línea de garantizar derechos sociales y protección del medio ambiente fue incorporada al informe.

Ivo Vajgl (ALDE), in writing. – I voted in favour of this resolution aiming to ensure integrated economic policy coordination at EU level through a combination of macro-economic and fiscal surveillance tools, which are necessary for steering convergence and managing the interdependence of Member States. The text addresses the most important challenges European citizens are facing, such as economic prospects and challenges for the EU, CSRs – priorities and objectives, setting up recommendations for improving social and economic conditions, addressing budgetary policies, employment and social policy, the internal market, etc.

I also agree that much more must be done in terms of prevention, and I agree with the need to support investment in early intervention and in high-quality, accessible and inclusive services, including in education from an early age, family and community support, social services and sustainable healthcare systems. An increased demand for services could also lead to important job creation in the social sector, if addressed effectively. Furthermore, the health and social care sectors represent crucial areas for investment in pursuit of sustainable economies.

Marco Valli (EFDD), per iscritto. – Ho votato contro questa relazione fortemente contraddittoria sul Semestre europeo, che non giungerà alla Commissione perché bocciata dalla maggioranza schiacciante di questo Parlamento. La relazione è risultata infatti del tutto inadeguata ad esprimere una posizione chiara, coerente e di buon senso sulla controversa procedura del Semestre, attraverso cui la Commissione indirizza ai vari Stati membri raccomandazioni sulle misure economiche da adottare sulla base di quelle che considera le priorità per la crescita, ovvero austerità, riforme strutturali, liberalizzazioni del mercato del lavoro e attrazione dei capitali privati.

Purtroppo, il Parlamento ha perso l'ennesima occasione per denunciare il totale fallimento di questa rigida e insensata procedura di coordinamento e controllo delle politiche economiche nazionali e per chiederne una revisione radicale che consenta agli Stati membri di decidere democraticamente le politiche necessarie per rilanciare l'economia e rispondere ai bisogni dei propri cittadini.

In ogni caso, considero assolutamente positivo il fatto che non si sia raggiunto un compromesso politicamente impossibile su una relazione il cui messaggio di fondo voleva essere quello di difendere austerità e riforme strutturali, anche perché questo conferma l'impossibilità di trovare il consenso su un unico modello economico tra Stati che hanno economie e preferenze sociali completamente diverse tra loro.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – El Semestre Europeo es el proceso anual por el que la Comisión evalúa los compromisos presupuestarios de los Estados miembros y evalúa su conformidad con los principios de la gobernanza económica (incluyendo los límites de déficit y deuda), proponiendo, en su caso, nuevas reformas o recortes para dar su conformidad.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Es decir, el Semestre Europeo es un mecanismo para legitimar y permitir a la Comisión intervenir regularmente en los asuntos de los Estados miembros, ofreciendo siempre la misma receta: recortes sociales, privatizaciones, reformas laborales y una competencia cada vez más destructiva.

He votado en contra porque nos hemos manifestado repetidamente en contra de este marco de gobernanza y, decididamente, nos oponemos a los intentos del ponente y los grupos mayoritarios por reforzar este proceso, involucrando a los sindicatos representativos y a los Parlamentos nacionales, o extendiéndolo hacia objetivos «sociales». No puede legitimarse así un proceso que, por su propia construcción, persigue objetivos alejados de los intereses de la mayoría trabajadora.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – O Semestre Europeu, que operacionaliza a governação económica e representa, por isso, a verdadeira arma de submissão dos Estados nacionais ao credo neoliberal, não só não resolve nada, como agrava os problemas económicos e sociais. Em Portugal, a consolidação orçamental gerou mais desemprego, mais pobreza, mais desigualdades sociais e uma dívida pública nunca vista na história da nossa democracia. Mas também a Europa, como 25 milhões de desempregados e 120 milhões de pobres, não avança, apesar dos milhares de milhões de euros do BCE injetados no sistema financeiro.

O Fundo Europeu de Investimentos Estratégicos, o documento dos cinco presidentes ou ainda a intenção de alinhar o calendário do Semestre Europeu são apenas manobras dilatórias destinadas evitar o confronto com a realidade. A governação económica promove um enquadramento macroeconómico incompatível com qualquer política de relançamento económico. Repare-se no exemplo finlandês, outrora um modelo de virtudes no que toca à disciplina orçamental, mas que não escapou à recessão e acabou também por furar o limite do défice.

Harald Vilimsky (ENF), schriftlich. – Befürwortend stehe ich dem im Bericht betonten Subsidiaritätsprinzip gegenüber. Leider beschäftigt sich der Bericht gleichzeitig mit Bereichen, in welchen die EU keine Kompetenz hat, wie z. B. das Bedauern darüber, dass Empfehlungen zu umweltgefährdenden Subventionen, einer ökologischen Steuerreform und der Förderung erneuerbarer Energien in den länderspezifischen Empfehlungen fallengelassen worden sind. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Daniele Viotti (S&D), per iscritto. – Ho espresso il mio voto favorevole alla relazione perché la considero una constatazione della necessità di lottare per un cambiamento della politica economica europea. La ricetta per permettere all'Europa di uscire dal buio di una crisi che l'attanaglia da tutto questo tempo è quella di aumentare gli investimenti e abbandonare la via dell'austerità.

Ormai è questo un dato evidente che la classe politica europea non può ignorare. Questa relazione include molti elementi per il cambiamento: più investimenti e meno *austerità*, riconoscimento delle reali conseguenze delle misure di austerità praticate fino ad ora, impegno da parte dei paesi in surplus per spingere la domanda.

Julie Ward (S&D), in writing. – The European Semester is a powerful tool for making European policy more effective, but it must include strong social and sustainability pillars, and prioritise social inclusion. The Semester must strengthen Social Europe, not weaken it.

The reforms included in CSRs must not amount simply to more austerity, or reduction in social protections, public services or workers' rights. Social impact assessments must be carried out, and CSRs must aim to achieve smart, sustainable and inclusive growth.

It is also important to remember that austerity and the economic crisis have had a disproportionate impact on women. The Commission and Member States must include a gender perspective in policy-making when laying out and implementing CSRs.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), por escrito. – La coordinación de las políticas económicas y presupuestarias dentro de la Unión Europea son las claves del Semestre Europeo y forman parte del marco de gobernanza económica de la Unión Europea.

Es nuestra responsabilidad contribuir a garantizar la convergencia y la estabilidad en la Unión Europea, contribuir a garantizar unas finanzas públicas saneadas, fomentar el crecimiento económico, prevenir los desequilibrios macroeconómicos excesivos y aplicar la Estrategia Europa 2020. El camino a la salida de la crisis pasa por un estrechamiento de la gobernanza económica y continuar con las reformas a nivel nacional, esta es la única receta.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. –

O Semestre Europeu, que operacionaliza a governação económica e representa, por isso, a verdadeira arma de submissão dos Estados nacionais ao credo neoliberal, não só não resolve nada, como agrava os problemas económicos e sociais. Em Portugal, a consolidação orçamental gerou mais desemprego, mais pobreza, mais desigualdades sociais e uma dívida pública colossal.

O Fundo Europeu de Investimentos Estratégicos, o documento dos cinco presidentes ou ainda a intenção de alinhar o calendário do Semestre Europeu são apenas manobras dilatórias. A governação económica promove um enquadramento macroeconómico incompatível com qualquer política de relançamento económico, impedindo as possibilidades de desenvolvimento do país. Votámos contra.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro questa relazione perché nel testo non vengono in alcun modo messe in discussione le regole e gli strumenti economici utilizzati negli ultimi cinque anni, nonostante i risultati palesemente inefficaci o addirittura controproducenti. Si continua a insistere sulla cieca convinzione che austerità e riforme strutturali rappresentino le uniche modalità possibili per rilanciare la crescita, aumentare la competitività e combattere la disoccupazione.

La relazione auspica, addirittura, un rafforzamento della procedura del Semestre, in quanto è parere della Commissione che la mancata ripresa economica sia dovuta esclusivamente alla debolezza con cui gli Stati membri hanno applicato le «raccomandazioni» inviate loro. Manca dunque un'analisi critica della procedura, che ne riconosca il fallimento quale strumento di governance economica e sollevi il problema dell'antidemocraticità di questo meccanismo, attraverso cui la sovranità fiscale degli Stati viene ceduta agli uffici tecnici della Commissione europea.

La procedura per la correzione degli squilibri macroeconomici e sociali generati dalla moneta unica trova un vago riferimento nel testo senza che venga posta alcuna enfasi sul ricorso ad essa quale strumento di rilancio. Valuto positivamente l'appello agli Stati membri di introdurre un reddito di cittadinanza nazionale tuttavia, tale riferimento non basta a rendere la relazione sostenibile.

11.19. Empfehlung des Rates zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt (B8-1093/2015)

Written explanations of vote

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – La Resolución posterior a la pregunta oral sobre el paro de larga duración viene motivada por una propuesta de Recomendación de la Comisión que es excesivamente generalista, no prevé nuevos recursos económicos y no permite vincular a los Estados Miembros con su implementación.

Por su parte, el texto de la Resolución ha planteado, tal y como demandaban los socialistas: i) una relación entre el parado y los servicios de empleo dentro del contrato de integración laboral más equilibrada y justa con el trabajador, respetando sus derechos y sus expectativas profesionales y evitando forzarle a aceptar trabajos precarios; ii) que se tengan en cuenta no solo sus necesidades de recalificación sino su entorno y necesidades sociales; iii) que se movilicen nuevos recursos económicos para luchar contra este problema como se hizo con la Iniciativa de Empleo Juvenil y se faciliten a los países con mayores dificultades financieras instrumentos de cofinanciación que permitan una implementación rápida de la misma.

La Resolución llega además a tiempo para que el Consejo EPSCO de diciembre de este año pueda tenerla en cuenta antes de su decisión final, como adelantó el representante de la Presidencia luxemburguesa. Por estas razones hemos decidido apoyar la Resolución.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Las políticas económicas de la Unión Europea, su obsesión por la austeridad y su falta de compromiso con la cohesión social y regional son algunas de las causas estructurales del rápido crecimiento de la tasa de desempleo de larga duración y su concentración en los países de la periferia europea.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Aun cuando la Recomendación del Consejo no rectificará esta orientación neoliberal, sí que considero positivo que se liberen fondos y se desarrollen políticas para aliviar algunos de los efectos de esta elevada tasa de desempleo. Sin embargo, se corre el riesgo de repetir ahora los errores de la Garantía Juvenil: la falta de participación de los interlocutores sociales en el diseño, implementación y gestión de las políticas por desarrollar; la insuficiencia de fondos (especialmente en aquellos países más castigados por los recortes); la facilitación de nuevos subsidios a las empresas en lugar de optar por políticas de formación y orientación laboral realmente eficaces. Por ello, me he abstenido.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte donne trop de pouvoirs à la Commission européenne et manque de solutions réalistes. Comme d'habitude, beaucoup de vœux pieux et peu d'actions concrètes en faveur des travailleurs. J'ai donc voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The aims of the report itself are laudable enough, but national parliaments should be discussing such matters.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – Je préconise la mobilité européenne et l'apprentissage pour répondre au scandale du chômage en Europe.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kuria siekiama gerinti ilgalaikių bedarbių integraciją į darbo rinką. Dėl ekonomikos krizės ir jos padarinių ilgalaikis nedarbas nuo 2007 m. padvigubėjo ir sudaro pusę viso nedarbo atvejų, t. y. ilgą laiką darbo neturi 12 milijonų žmonių arba 5 proc. ES aktyvių gyventojų. Šiuo siūlymu skatinama dėti daugiau plataus užmojo pastangų, kad ilgalaikiai bedarbiai būtų registruojami užimtumo tarnybose siekiant užtikrinti visišką jų apskaitą; įvertinti ilgalaikių bedarbių asmeninį potencialą ir poreikius, ir darbus, kuriems jie teiktų pirmenybę, dar nepaėjęs 18 nedarbo mėnesių bei pasiūlyti poreikiams pritaikytą, subalansuotą ir išsamų grįžimo į darbo rinką sutartį, sudaromą tarp ilgalaikio bedarbio ir atitinkamų tarnybų ne vėliau kaip praėjus 18 nedarbo mėnesių. Pritariu raginimams valstybėms narėms suderinti ES teikiamą nacionalinių politikos priemonių, kuriomis siekiama spręsti ilgalaikio nedarbo klausimus, finansavimą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-binding and non-legislative resolution as we oppose any EU interference in our employment policies. The resolution called for EU surveillance of long-term unemployment recommendations and to give instructions to Member States through country-specific recommendations. It is burdensome EU legislation that is costing jobs and preventing job creation. Also the policy of open borders to 500 million people which the Tories and Labour party supports makes it harder for British people to find jobs and suppresses their wages. Only the people we democratically elect in our own countries should decide employment law, not unelected bureaucrats in Brussels.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – À cause de la crise économique, le chômage de longue durée a doublé depuis 2007 et représente la moitié du chômage total, soit plus de 12 millions de personnes. En 2014, plus de 60 % des chômeurs de longue durée étaient sans emploi depuis au moins deux années consécutives. Ces chiffres sont fortement inquiétants car le chômage de longue durée éloigne les personnes du marché du travail en raison de l'érosion de leurs compétences et de leurs réseaux professionnels. Par conséquent, je soutiens pleinement la résolution de la Commission de l'emploi concernant la recommandation du Conseil relative à l'intégration des chômeurs de longue durée sur le marché du travail.

Cette résolution est basée sur trois objectifs principaux: améliorer notablement l'inscription des chômeurs de longue durée auprès d'un service de l'emploi afin qu'ils soient tous pris en compte; évaluer le potentiel, les besoins et les préférences individuelles des chômeurs de longue durée avant qu'ils n'atteignent 18 mois de chômage; proposer un accord d'intégration professionnelle compréhensible, équilibré et adapté entre les chômeurs de longue durée et les services concernés au plus tard lorsque la personne concernée atteint 18 mois de chômage.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Avec cette recommandation, le Conseil veut rendre systématique une évaluation individuelle ainsi qu'un accord d'intégration à l'emploi pour chaque chômeur de longue durée.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

L'idée d'organisation de cette approche semble être approuvée de tous mais sa mise en place soulève quelques questions: manque de moyens financiers et humains, difficulté de faire des propositions d'emploi ou de formation appropriées et surtout manière dont il convient d'encourager les chômeurs à s'intéresser au dispositif de contrat. Pour l'instant, ce dispositif reste non contraignant et n'est pas assorti de moyens financiers supplémentaires.

Je pense que les recettes mentionnées comme à l'habitude n'auront pas d'impact sur la situation du chômage au-delà du simple effet d'annonce. Le décalage entre l'ampleur du phénomène et la faiblesse des moyens déployés fera le reste. Le Semestre européen continue de dessiner un cadre économique éloigné des préoccupations sociales, et les destructions massives d'emploi se poursuivent à travers toute l'Europe. Il est évident qu'il faut réinsérer les chômeurs de longue durée mais encore une fois, l'Union n'apporte pas de propositions concrètes; j'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Considerato che l'UE, con le sue folli politiche di austerità, ha contribuito a protrarre la crisi economica in atto, causando la perdita di migliaia di posti di lavoro e una disoccupazione di lungo periodo per moltissimi cittadini europei, ho inteso sostenere questo testo che chiede con urgenza al Consiglio di attivarsi affinché i disoccupati di lunga durata possano essere reintegrati nel mercato del lavoro.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ner min röst. Många punkter i resolutionen är positiva och understryker viktiga åtgärder för att nå långtidsarbetslösa och öppna möjligheter för dem att återkomma in på arbetsmarknaden.

Resolutionen säger dock inget om den åtstramningspolitik som förs av Europeiska unionen, och som i flera fall tvingats på medlemsländerna. Den är en grundläggande orsak till massarbetslösheten inom EU.

För att bekämpa långtidsarbetslöshet och krisen i Europa krävs en ny ekonomisk politik med massiva offentliga och miljövänliga investeringar. Det krävs samhällsnyttiga investeringar inte enbart inom skola, vård och omsorg utan också i infrastruktur, järnväg, kollektivtrafik, energisnåla bostäder och hållbara energisystem.

Eftersom resolutionen inte har det bredare perspektivet, väljer jag att lägga ner min röst.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La Resolución posterior a la pregunta oral sobre el paro de larga duración viene motivada por una propuesta de Recomendación de la Comisión que es excesivamente generalista, no prevé nuevos recursos económicos y no permite vincular a los Estados Miembros con su implementación.

Por su parte, el texto de la Resolución ha planteado, tal y como demandaban los socialistas: i) una relación entre el parado y los servicios de empleo dentro del contrato de integración laboral más equilibrada y justa con el trabajador, respetando sus derechos y sus expectativas profesionales y evitando forzarle a aceptar trabajos precarios; ii) que se tengan en cuenta no solo sus necesidades de recalificación sino su entorno y necesidades sociales; iii) que se movilicen nuevos recursos económicos para luchar contra este problema como se hizo con la Iniciativa de Empleo Juvenil y se faciliten a los países con mayores dificultades financieras instrumentos de cofinanciación que permitan una implementación rápida de la misma.

La Resolución llega además a tiempo para que el Consejo EPSCO de diciembre de este año pueda tenerla en cuenta antes de su decisión final, como adelantó el representante de la Presidencia luxemburguesa. Por estas razones hemos decidido apoyar la Resolución.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią Užimtumo ir socialinių reikalų komiteto rezoliuciją dėl ilgalaikių bedarbių integracijos į darbo rinką. Džiaugiuosi, kad pagaliau Komisija pateikė taip ilgai lauktą Tarybos rekomendaciją dėl ilgai nedirbančių asmenų. Žinoma, Tarybos rekomendacijos gali neužtekti, siekiant greitai pagerinti ilgalaikių bedarbių padėtį, ir todėl būtina raginti valstybes nares siekti konkrečių rezultatų. Svarbu tai, jog bet kokios ilgalaikių bedarbių reintegracijos programos būtų pritaikytos prie darbo rinkos poreikių ir rengiamos tvirtai bendradarbiaujant su socialiniais partneriais. Būtina raginti valstybes nares suderinti ES teikiamą nacionalinių politikos priemonių, kuriomis siekiama spręsti ilgalaikio nedarbo klausimus, finansavimą, ypač iš Europos socialinio fondo, su atitinkamu nacionaliniu finansavimu. Be to, būtina raginti valstybes nares motyvuoti darbdavius, taip pat vadovaujantis įmonių socialinės atsakomybės dvasia, aktyviai siūlyti laisvas darbo vietas ilgalaikiams bedarbiams. Taigi, siekiant veiksmingai įgyvendinti šią rekomendaciją nepaprastai svarbus Komisijos ir valstybių narių, ir, nacionalinių lygmeniu, (sektoriaus) socialinių partnerių, bedarbiams atstovaujančių pilietinės visuomenės organizacijų, vietos ir regioninių valdžios institucijų, valstybinių ir privačių užimtumo tarnybų, socialinių ir sveikatos priežiūros paslaugų teikėjų, vietos ir regioninių švietimo ir mokymo įstaigų

Donnerstag, 29. Oktober 2015

bendradarbiavimas, taip pat aktyvus darbdavių dalyvavimas siekiant geriau suprasti verslo reikalavimus ir poreikius.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A ma elfogadott európai parlamenti határozat az Európai Tanács következő, foglalkoztatáspolitikai témában tartandó tanácskozásához fogalmazott meg ajánlásokat a hosszú távú munkanélküliség kezelése érdekében. A határozat újszerűsége abban nyilvánul meg, hogy az Unió végre felismerte, hogy a hosszú ideje munka nélkül lévő, közel 12 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, hiszen számuk és arányuk az utóbbi években, különösen a pénzügyi és államadósság-válság következményeként jelentősen megugrott és egyúttal nagy eltérések találhatók a tagállamok közt. Ezért különösen fontos, hogy a ma elfogadott határozatba bekerült az, hogy a jelenlegi alapszerződések tisztelete mellett a helyi, regionális viszonyokat is figyelembe kell venni a hosszú távú munkanélküliség elleni harcban.

A határozat konkrét EU-tagállamokat is nevesít, ahol különösen súlyos a foglalkoztatási válság: Portugália, Szlovákia, Horvátország, Spanyolország és Görögország. Magyarország – velük szemben – jelentősen tudta növelni a foglalkoztatást az utóbbi években és az uniós átlag alatt tudta tartani a hosszú ideje munkát kereső polgárok számát. Ezzel Magyarország Németország és Csehország között helyezkedik el az európai rangsorban, ami jelentős eredmény. Ugyanakkor még mindig sok megoldandó feladat van, tovább kell dolgoznunk és nyitottnak kell maradni minden lehetőség és működő megoldás irányában is.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de recommandation car une fois de plus, l'Union européenne n'apporte pas de solution concrètes à l'intégration des chômeurs de longue durée, qui est pourtant un sujet primordial.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Șomajul de lungă durată a avut efecte diferite la nivelul statelor membre, având în vedere diverși factori precum efectele crizei economice, situația macroeconomică, structura economică și funcționarea piețelor de muncă naționale. Identificarea unui plan de acțiune în vederea identificării politicilor de integrare trebuie să țină cont de aceste aspecte, iar o formulă unică în acest scop nu ar da rezultatele așteptate.

Categoriile vulnerabile sunt expuse cu precădere riscului de șomaj de lungă durată, iar în sprijinul lor, se impun politici sociale care să aibă în vedere programe prioritare de reinserție socială.

Șomajul de lungă durată creează dezechilibre majore care conduc la excluziune socială, iar, din păcate, efectele se răsfrâng asupra creșterii și nivelului de educație al copiilor. Creșterea perioadei de șomaj corespunde cu adâncirea crizei prin care trec familiile care se confruntă cu această problemă.

Lupta contra șomajului de durată implică un set de măsuri care să vizeze reforme structurale ce se cuprind acțiuni comune în sectoare: economice, ocupare, politică bugetară, investiții în capitalul uman. M-am exprimat în favoarea acestei rezoluții având convingerea că o strategie cu obiective sectoriale multiple reprezintă soluția concretă la această provocare.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – La risoluzione chiede una sollecita adozione della proposta di raccomandazione del Consiglio sull'inserimento dei disoccupati di lungo periodo nel mercato del lavoro.

Voto a favore, benché occorra tenere conto che si tratta di un tentativo di rimedio a un guaio causato dall'UE stessa con le sue politiche economiche del tutto errate e pro-cicliche (austerità)!

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – La Resolución posterior a la pregunta oral sobre el paro de larga duración viene motivada por una propuesta de Recomendación de la Comisión que es excesivamente generalista, no prevé nuevos recursos económicos y no permite vincular a los Estados Miembros con su implementación.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Por su parte, el texto de la Resolución ha planteado, tal y como demandaban los socialistas: i) una relación entre el parado y los servicios de empleo dentro del contrato de integración laboral más equilibrada y justa con el trabajador, respetando sus derechos y sus expectativas profesionales y evitando forzarle a aceptar trabajos precarios; ii) que se tengan en cuenta no solo sus necesidades de recalificación sino su entorno y necesidades sociales; iii) que se movilicen nuevos recursos económicos para luchar contra este problema como se hizo con la Iniciativa de Empleo Juvenil y se faciliten a los países con mayores dificultades financieras instrumentos de cofinanciación que permitan una implementación rápida de la misma.

La Resolución llega además a tiempo para que el Consejo EPSCO de diciembre de este año pueda tenerla en cuenta antes de su decisión final, como adelantó el representante de la Presidencia luxemburguesa. Por estas razones hemos decidido apoyar la Resolución.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur la recommandation du Conseil relative à l'intégration des chômeurs de longue durée sur le marché du travail. Les États membres de l'Union sont tous touchés par le fléau du chômage. Depuis la crise de 2008, le nombre de personne sans emploi a considérablement augmenté. Nous devons mettre en place une stratégie européenne pour résorber le problème du chômage de longue durée dans l'Union européenne. La politique sociale reste une compétence nationale. Néanmoins, nous devons faire preuve d'ouverture envers nos voisins et échanger nos bonnes pratiques en la matière. Il faut mettre en place des structures efficaces de réinsertion des chômeurs de longue durée sur le marché du travail qui soient à la fois adaptées aux spécificités du marché du travail du pays mais également qui soient ajustées aux besoins et compétences des demandeurs d'emploi.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo su una raccomandazione del Consiglio sull'inserimento dei disoccupati di lungo periodo nel mercato del lavoro. Infatti, a causa della lunga crisi economica, la disoccupazione di lungo periodo è quasi raddoppiata rispetto al 2007, colpendo oltre 12 milioni di persone, con percentuali molto diverse tra gli Stati membri.

In tale contesto, vanno sostenute le proposte volte ad intensificare la registrazione dei disoccupati di lungo periodo presso i servizi per l'impiego, a valutare le rispettive esigenze, preferenze e potenzialità e ad offrire un «accordo di inserimento lavorativo» personalizzato, equilibrato e comprensibile.

Bisogna inoltre sviluppare un efficace coordinamento fra tutte le parti interessate, specialmente in stretta collaborazione con le parti sociali, per riuscire a realizzare programmi di reinserimento professionale orientati alle esigenze del mercato del lavoro. Il testo ha messo in evidenza tutti questi elementi e ho dunque votato in suo favore.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-binding and non-legislative resolution as we oppose any EU interference in our employment policies. The resolution called for EU surveillance of long-term unemployment recommendations and to give instructions to Member States through country-specific recommendations. It is burdensome EU legislation that is costing jobs and preventing job creation. Also the policy of open borders to 500 million people which the Tories and Labour party supports makes it harder for British people to find jobs and suppresses their wages. Only the people we democratically elect in our own countries should decide employment law, not unelected bureaucrats in Brussels.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because I believe it presents measures which will help to bring the long-term unemployed back to work and alleviate the problems associated with long-term unemployment. Long-term unemployment has doubled since 2007, and we have to address the reasons behind this rise. For the long-term unemployed, measures must be targeted and quick. One of the most important factors is for the long-term unemployed not to lose faith in their abilities and not to be discouraged in their search for a successful job opportunity. This can only be done through efficient lifelong learning and reskilling strategies which prevent people from distancing themselves from the labour market.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Lo scopo della relazione è di influenzare l'accordo sul tema della disoccupazione di lungo termine, che sarà trattato durante la riunione del Consiglio EPSCO (Occupazione, politica sociale, salute e consumatori), previsto per il prossimo 7 Dicembre. La relazione sottolinea le gravi conseguenze della crisi economica e finanziaria sulla disoccupazione e il bisogno di un «*counselling*» che si adatti ai bisogni specifici di ogni individuo. Mi sono espresso sicuramente a favore.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – I disoccupati di lungo periodo in Europa sono oggi 12 milioni; prima della crisi economica erano la metà. Tassi allarmanti si registrano in Italia, Portogallo, Slovacchia, Croazia, Spagna e Grecia, con drammatiche ricadute economico-sociali e sulla vita quotidiana delle persone. Spesso la stessa assenza di mezzi derivante dallo stato di disoccupazione e lo scoraggiamento per la mancata realizzazione delle proprie aspirazioni inducono a un disinteresse per la vita attiva e ad allontanarsi sempre più dal mondo del lavoro, con un ulteriore aggravarsi del problema.

Per spezzare questo circolo vizioso occorre, anzitutto, investire sulla formazione continua dei soggetti in condizioni svantaggiate, per accrescerne competenze e capacità e agevolare l'ingresso o il reingresso nel mondo del lavoro.

Ma a nulla servirebbero questi sforzi senza interventi pubblici di sostegno all'economia, specialmente in quelle regioni caratterizzate da un elevato tasso di disoccupazione strutturale (tra cui la Sicilia, dove il tasso di occupazione è inferiore al 50%). È inoltre necessaria la collaborazione attiva di tutti i soggetti coinvolti, con uno scambio di *best practice* a livello locale e fra Stati membri. Solo così sarà possibile avvicinarsi agli obiettivi della strategia Europa 2020 e, soprattutto, alle nostre aspirazioni.

Per queste ragioni ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Το ψήφισμα καλεί τα κράτη μέλη να συνδυάσουν την ενωσιακή χρηματοδότηση – ιδίως μέσω του Ευρωπαϊκού Κοινωνικού Ταμείου– των εθνικών τους πολιτικών για την αντιμετώπιση της μακροχρόνιας ανεργίας με την κατάλληλη εθνική χρηματοδότηση. Τονίζει ότι οι δημοσιονομικοί περιορισμοί που αντιμετωπίζουν ορισμένα κράτη μέλη (ιδιαίτερα όσα υπάγονται σε προγράμματα δημοσιονομικής προσαρμογής) δεν πρέπει να αποτρέψουν την ταχεία υλοποίηση της σύστασης.

Καλεί την Επιτροπή να διερευνήσει δυνατότητες ταχείας πρόσβασης στη χρηματοδότηση της ΕΕ και να κινητοποιεί, όπου είναι δυνατόν, πρόσθετους πόρους, όπως έγινε στη περίπτωση της Πρωτοβουλίας για την Απασχόληση των Νέων. Τονίζεται η ανάγκη να διατεθεί η κατάλληλη χρηματοδότηση σε ορισμένα κράτη μέλη, προκειμένου να ενισχυθεί η διοικητική ικανότητα των υπηρεσιών απασχόλησης.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro la proposta di risoluzione perché rimango dubbioso sul fatto che una raccomandazione del Consiglio non possa essere sufficiente per porre rapidamente rimedio alla situazione dei disoccupati di lungo periodo e incoraggio, invece, i singoli Stati membri a prendere provvedimenti concreti.

Inoltre, vorrei porre l'accento sul fatto che i tassi di disoccupazione sono diversi per i singoli Stati membri. L'Europa può compiere ben poco per porre rimedio a questa situazione ma esorto i singoli Stati, soprattutto il mio Paese, l'Italia, che rimane uno degli Stati più in difficoltà, a porre in essere rimedi e strategie concrete per questo problema che, purtroppo, colpisce una gran parte della popolazione europea in questo periodo di crisi.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-binding and non-legislative resolution as we oppose any EU interference in our employment policies. The resolution called for EU surveillance of long-term unemployment recommendations and to give instructions to Member States through country-specific recommendations. It is burdensome EU legislation that is costing jobs and preventing job creation. Also the policy of open borders to 500 million people which the Tories and Labour party supports makes it harder for British people to find jobs and suppresses their wages. Only the people we democratically elect in our own countries should decide employment law, not unelected bureaucrats in Brussels.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Desde 2007, devido à crise económica que afeta a Europa, o desemprego de longa duração duplicou, representando metade do desemprego total, ou seja, mais de 12 milhões de pessoas.

O desemprego de longa duração conduz, muitas vezes, à pobreza, desigualdade, exclusão social, e isola progressivamente as pessoas em relação ao mercado de trabalho, devido à deterioração das competências, à perda de contacto com as redes profissionais e à perda do ritmo de trabalho.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Apoio a presente proposta de resolução pois considero fundamental, para combater o desemprego de longa duração, melhorar significativamente o registo dos desempregados de longa duração junto dos serviços de emprego; avaliar o potencial, as necessidades individuais e preferências de emprego dos desempregados de longa duração antes de atingirem 18 meses em situação de desemprego e propiciar um «acordo de integração no emprego» entre o desempregado de longa duração e os serviços em causa.

Defendo a criação de balcões únicos, onde a pessoa desempregada beneficie da presença de um profissional responsável pelo seu processo.

Os Estados-Membros deverão integrar os fundos da UE nas suas políticas nacionais, com a finalidade de utilizar um financiamento nacional adequado para lutar contra o desemprego de longa duração.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-binding and non-legislative resolution as we oppose any EU interference in our employment policies. The resolution called for EU surveillance of long-term unemployment recommendations and to give instructions to Member States through country-specific recommendations. It is burdensome EU legislation that is costing jobs and preventing job creation. Also the policy of open borders to 500 million people which the Tories and Labour party supports makes it harder for British people to find jobs and suppresses their wages. Only the people we democratically elect in our own countries should decide employment law, not unelected bureaucrats in Brussels.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Per favorire l'inclusione nel mercato del lavoro anche da parte dei disoccupati di lungo periodo è opportuno promuovere misure sostenibili che favoriscano la competitività dell'economia. Al fine di favorire l'aumento dell'offerta sul mercato del lavoro, è necessario creare nuovi posti di lavoro attraverso la promozione di politiche che incentivino le piccole e medie imprese nelle assunzioni di personale.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Lo scopo di questa proposta di risoluzione è di porre l'accento sulle gravi conseguenze della crisi economica e finanziaria e della disoccupazione, sul conseguente rischio di esclusione sociale e sulla difficoltà di reinserimento all'interno della società. Viene sottolineato il bisogno di *counseling* adatto ai bisogni particolari di ogni individuo, il ruolo dei servizi per l'impiego e la necessità di programmi di formazione specifici nel settore del lavoro.

Sulla base di tali proposte che auspicano miglioramenti della crisi occupazionale e delle sue conseguenze, mi esprimo favorevolmente.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Las políticas económicas de la Unión Europea, su obsesión por la austeridad y su falta de compromiso con la cohesión social y regional son algunas de las causas estructurales del rápido crecimiento de la tasa de desempleo de larga duración y su concentración en los países de la periferia europea.

Aun cuando la Recomendación del Consejo no rectificará esta orientación neoliberal, sí que considero positivo que se liberen fondos y se desarrollen políticas para aliviar algunos de los efectos de esta elevada tasa de desempleo. Sin embargo, se corre el riesgo de repetir ahora los errores de la Garantía Juvenil: la falta de participación de los interlocutores sociales en el diseño, implementación y gestión de las políticas por desarrollar; la insuficiencia de fondos (especialmente en aquellos países más castigados por los recortes); la facilitación de nuevos subsidios a las empresas en lugar de optar por políticas de formación y orientación laboral realmente eficaces. Por ello, me he abstenido.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A tartósan munkanélküli személyek munkaerő-piaci integrációjáról készült európai parlamenti határozat az Európai Tanács következő, foglalkoztatáspolitikai témában tartandó tanácskozásához fogalmazott meg ajánlásokat a hosszú távú munkanélküliség kezelése érdekében. A határozat lényeges újszerűsége, hogy az Unió felismerte, a hosszú ideje munka nélkül lévő több mint 12 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, ma már ebbe a kategóriába tartozik a munkanélküliek fele. Számuk és arányuk az utóbbi években, különösen a pénzügyi és államadósság-válság következményeként nőtt meg jelentősen.

A határozat nevesíti azokat az EU-tagállamokat, ahol különösen súlyos a foglalkoztatási válság, köztük van Portugália, Horvátország, Spanyolország és Görögország mellett Szlovákia is. A határozat szól a munkanélküliek megfelelő reintegrálásáról, a munkahelyi képzési programok szükségességéről, valamint a Bizottság és a tagállami szervek és szervezetek szoros együttműködésének elengedhetetlenségéről a munkanélküliek helyzetének javítása és a munkahelyteremtés érdekében. Szavazatommal támogattam a határozatot.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which deals with the integration of the long-term unemployed into the labour market. I agree with the recommendation to ambitiously step up the registration of the long-term unemployed through an employment service aiming at full coverage, assessing the individual potential, needs and job preferences before they reach 18 months of unemployment. Furthermore, it is positive to see suggestions such as the need to offer a tailor-made, balanced and comprehensible 'job integration agreement' between the long-term unemployed and the services involved, at the latest by the time the person concerned reaches 18 months of unemployment.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution se penche sur les multiples obstacles auxquels sont confrontés les chômeurs de longue durée, notamment la pauvreté, l'érosion des compétences et les problèmes de santé. Le chômage de longue durée a, du fait de la crise économique, doublé depuis 2007 et il représente la moitié du chômage total. Plus de 12 millions de personnes, soit 5 pour cent de la population active de l'Union européenne, sont des chômeurs de longue durée. En 2014, plus de 60 pour cent de ces chômeurs étaient sans emploi depuis au moins deux années consécutives. Constatant que le taux des chômeurs de longue durée demeure élevé, alors que les marchés de l'emploi européens montrent des signes de reprise, je soutiens cette résolution appelant les États membres à intervenir sans délai.

Philippe De Backer (ALDE), *schriftelijk*. – Nu het economisch klimaat stilaan verbetert, is het tijd om te kijken hoe we de langdurig werklozen in de Europese Unie weer kunnen activeren. Enkele aandachtspunten daarbij zijn inzetten op meer opleiding en meer gebruik maken van een gericht activeringsbeleid. Langdurig werklozen moeten ook elders kunnen worden ingezet, en dus wordt omscholing ook erg belangrijk om dit menselijk kapitaal te blijven gebruiken. Dit zal de samenleving in haar geheel ten goede komen.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur la recommandation du Conseil relative à l'intégration des chômeurs de longue durée sur le marché du travail même si je doute qu'une simple recommandation soit suffisante pour encourager les États membres à agir. Néanmoins, à travers cette résolution, nous insistons sur le fait que cette recommandation du Conseil doit être destinée à tous les chômeurs de longue durée, incluant ceux n'étant pas enregistrés auprès des services publics de l'emploi et ceux au chômage depuis moins de 18 mois (entre 12 et 18 mois). En outre, cette résolution souligne l'importance de faire concorder les actions en faveur des chômeurs de longue durée avec celles fléchées vers les chômeurs de courte durée et les jeunes chômeurs. Ainsi, à travers ce vote, nous proposons un point de contact unique pour faciliter l'accompagnement des chômeurs.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A ma elfogadott európai parlamenti határozat az Európai Tanács következő, foglalkoztatáspolitikai témában tartandó tanácskozásához fogalmazott meg ajánlásokat a hosszú távú munkanélküliség kezelése érdekében. A határozat újszerűsége abban nyilvánul meg, hogy az Unió végre-valahára felismerte, hogy a hosszú ideje munka nélkül lévő közel 12 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, hiszen számuk és arányuk az utóbbi években, különösen a pénzügyi és államadósság-válság következményeként jelentősen megugrott és egyúttal nagy eltérések találhatók a tagállamok közt. Ezért különösen fontos, hogy a ma elfogadott határozatba bekerült az, hogy a jelenlegi alapszerződések tisztelete mellett a helyi, regionális viszonyokat is figyelembe kell venni a hosszú távú munkanélküliség elleni harcban.

A határozat konkrét EU-tagállamokat is nevesít, ahol különösen súlyos a foglalkoztatási válság: Portugália, Szlovákia, Horvátország, Spanyolország és Görögország. Magyarország – velük szemben – jelentősen tudta növelni a foglalkoztatást az utóbbi években és az uniós átlag alatt tudta tartani a hosszú ideje munkát kereső polgárok számát, amivel Magyarország Németország és Csehország között helyezkedik el az európai rangsorban, ami jelentős eredmény. Ugyanakkor még mindig nem dőlhetünk hátra: tovább kell dolgoznunk és nyitottnak kell maradni minden lehetőség és működő megoldás irányában is.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A ma elfogadott európai parlamenti határozat az Európai Tanács következő, foglalkoztatáspolitikai témában tartandó tanácskozásához fogalmazott meg ajánlásokat a hosszú távú munkanélküliség kezelése érdekében. A határozat újszerűsége abban nyilvánul meg, hogy az Unió végre-valahára felismerte, hogy a hosszú ideje munka nélkül lévő, közel 12 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, hiszen számuk és arányuk az utóbbi években, különösen a pénzügyi és államadósság-válság következményeként jelentősen megugrott és egyúttal nagy eltérések találhatók a tagállamok közt. Ezért különösen fontos, hogy a ma elfogadott határozatba bekerült az, hogy a jelenlegi alapszerződések tisztelete mellett a helyi, regionális viszonyokat is figyelembe kell venni a hosszú távú munkanélküliség elleni harcban.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

A határozat konkrét EU-tagállamokat is nevesít, ahol különösen súlyos a foglalkoztatási válság: Portugália, Szlovákia, Horvátország, Spanyolország és Görögország. Magyarország – velük szemben – jelentősen tudta növelni a foglalkoztatást az utóbbi években és az uniós átlag alatt tudta tartani a hosszú ideje munkát kereső polgárok számát, amivel Magyarország Németország és Csehország között helyezkedik el az európai rangsorban, ami jelentős eredmény. Ugyanakkor még mindig nem dőlhetünk hátra: tovább kell dolgoznunk és nyitottnak kell maradni minden lehetőség és működő megoldás irányában is.

Martina Dlabajová (ALDE), in writing. – The long-term unemployment rate differs greatly from one Member State to the other. In Czech Republic, where the unemployment rate is one of the lowest in the EU, it currently reaches 2.3 %. The most important element in fighting the long-term unemployment is to maintain the skills of the jobseeker. We need to focus on the jobseeker's continuous education and reskilling in order to match his or her skills and qualifications to the demand on the labour market.

With this resolution, Parliament has made an innovative proposal to the Member States to be able to tackle long-term unemployment across Europe and I fully support it. It suggests an individual approach towards long-term jobseekers through a 'job integration agreement', stipulated between the jobseeker and employment services. Such agreement would assess the individual's potential and suggest the approach to be taken for his or her reintegration at the labour market before reaching 18 months of unemployment.

I urge the Member States to commit to this recommendation for the sake of a competitive Europe with a dynamic labour market.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Η πρόταση εξετάζει τις υπηρεσίες που προσφέρονται στους μακροχρόνια ανέργους με σκοπό την επανένταξή τους στην αγορά εργασίας και προτείνει συγκεκριμένες δράσεις για την ενίσχυσή τους. Λόγω όμως του ότι στην όλη διαδικασία προβλέπεται και η εμπλοκή μη κρατικών φορέων και πιο συγκεκριμένα κοινωνικών ΜΚΟ αγνώστων οικονομικών και φορολογικών στοιχείων και συμφερόντων, οι οποίες, αν όχι όλες, πάντως στη συντριπτική πλειοψηφία τους δεν εξυπηρετούν τον σκοπό για τον οποίο δημιουργήθηκαν αλλά αντιθέτως πολιτικές εντελώς αντίθετες προς το δημόσιο και κοινωνικό συμφέρον, ενώ η οικονομική ανάκαμψη δεν παρουσιάζει βελτίωση ούτε παρουσιάζονται σημάδια βελτίωσης στην αγορά εργασίας της ΕΕ, δεν υφίσταται λόγος χρηματοδότησής τους και γι' αυτό καταψηφίζουμε την παρούσα πρόταση.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – A ma elfogadott európai parlamenti határozat az Európai Tanács következő, foglalkoztatáspolitikai témában tartandó tanácskozásához fogalmazott meg ajánlásokat a hosszú távú munkanélküliség kezelése érdekében. A határozat újszerűsége abban nyilvánul meg, hogy az Unió végre-valahára felismerte, hogy a hosszú ideje munka nélkül lévő, közel 12 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, hiszen számuk és arányuk az utóbbi években, különösen a pénzügyi és államadósság-válság következményeként jelentősen megugrott és egyúttal nagy eltérések találhatók a tagállamok közt. Ezért különösen fontos, hogy a ma elfogadott határozatba bekerült az, hogy a jelenlegi alapszerződések tisztelete mellett a helyi, regionális viszonyokat is figyelembe kell venni a hosszú távú munkanélküliség elleni harcban.

A határozat konkrét EU-tagállamokat is nevesít, ahol különösen súlyos a foglalkoztatási válság: Portugália, Szlovákia, Horvátország, Spanyolország és Görögország. Magyarország – velük szemben – jelentősen tudta növelni a foglalkoztatást az utóbbi években és az uniós átlag alatt tudta tartani a hosszú ideje munkát kereső polgárok számát, amivel Magyarország Németország és Csehország között helyezkedik el az európai rangsorban, ami jelentős eredmény. Ugyanakkor még mindig nem dőlhetünk hátra: tovább kell dolgoznunk és nyitottnak kell maradni minden lehetőség és működő megoldás irányában is.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-binding and non-legislative resolution as we oppose any EU interference in our employment policies. The resolution called for EU surveillance of long-term unemployment recommendations and to give instructions to Member States through country-specific recommendations. It is burdensome EU legislation that is costing jobs and preventing job creation. Also the policy of open borders to 500 million people which the Tories and Labour party supports makes it harder for British people to find jobs and suppresses their wages. Only the people we democratically elect in our own countries should decide employment law, not unelected bureaucrats in Brussels.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – För Centerpartiet och ALDE-gruppen är arbetslöshetsbekämpningen en av de viktigaste frågorna. Fler människor i arbete innebär att fler kan stå på egna ben, och det innebär också en stabilare ekonomisk situation i Europa. Resolutionen var överlag bra, men jag vill förtydliga två av mina röster. För det första tycker jag det är viktigt att arbetsmarknadens parter tar en aktiv del i arbetslöshetsbekämpningen. För det andra tycker jag inte att det nödvändigtvis är en god politik att stötta offentliga arbetsförmedlingar mer ekonomiskt.

Centerpartiet har i Sverige lagt fram en rad förslag på hur arbetsförmedlingen kan förändras och reformeras för att bland annat öppna upp för privata arbetsförmedlingar. Jag tror att det är en viktigare del av arbetslöshetsbekämpningen än att fokusera på just de offentliga arbetsförmedlingarna.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Devido à crise económica e às suas consequências, o desemprego de longa duração duplicou desde 2007 e representa metade do desemprego total, ou seja, mais de 12 milhões de pessoas, que constituem 5 % da população ativa da UE. Em 2014, mais de 60 % dos desempregados de longa duração estavam sem emprego há pelo menos dois anos consecutivos.

A taxa de desemprego de longa duração difere sensivelmente entre os Estados-Membros, variando entre 1,5 % na Áustria e 19,5 % na Grécia, sendo os Estados-Membros com as mais elevadas taxas de desemprego de longa duração a Itália, Portugal, a Eslováquia, a Croácia, a Espanha e a Grécia. Considero, por isso, necessário melhorar significativamente o registo dos desempregados de longa duração junto dos serviços de emprego, visando uma cobertura exaustiva, avaliar o potencial, as necessidades individuais e as preferências de emprego dos desempregados de longa duração, antes de atingirem 18 meses em situação de desemprego e propiciar um «acordo de integração no emprego», entre o desempregado de longa duração e os serviços em causa, que seja adaptado, equilibrado e inteligível, num prazo máximo de 18 meses após o início do período de desemprego.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Os trabalhadores desempregados de longa duração são um alvo fácil das políticas de desvalorização da força de trabalho, que visam o aumento da exploração. O objetivo é tornar a mão-de-obra mais barata, aumentar a extração de mais-valia, o tempo de trabalho não pago, ou seja, a exploração.

É urgente impulsionar a criação de postos de trabalho. É urgente dinamizar setores da economia, como a indústria, onde esses postos de trabalho podem ser criados. É urgente dinamizar o emprego público, colmatando graves carências nomeadamente no que diz respeito aos serviços públicos. O próprio Estado, assumindo a sua condição de produtor (e não de mero «regulador»), pode e deve dar um contributo direto neste sentido.

Mas é necessário também que seja cumprido o princípio de que a um posto de trabalho permanente corresponde um vínculo efetivo de trabalho e que os diversos modos de trabalho precário sejam convertidos em contratos efetivos, quando respondem a necessidades permanentes.

É, por isso, urgente que, nas estratégias a adotar pelo Conselho, não se repitam as falsas soluções de criação de programas de estágios profissionais ou de pseudocontratos de inserção temporária no mercado de trabalho, que apenas aumentam a exploração dos trabalhadores, sem lhes dar uma solução viável e digna para as suas vidas.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of Amendment 20 as it stresses the need to ensure the participation of social partners in the definition, planning and implementation of the proposal.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Ak chceme účinne bojovať s dlhodobou nezamestnanosťou, je nevyhnutné, aby v tomto procese prišlo k spolupráci medzi všetkými stranami zapojenými do opätovného začleňovania dlhodobo nezamestnaných osôb vrátane občianskej spoločnosti. Je nevyhnutné venovať pozornosť všetkým dlhodobo nezamestnaným vrátane tých, ktorí nie sú registrovaní, a nielen osobám, ktoré sú nezamestnané 18 mesiacov alebo dlhšie. Považujem za prvoradé, aby politiky členských štátov zamerané na krátkodobú nezamestnanosť a nezamestnanosť mladých ľudí plne zodpovedali politikám zameraným na riešenie dlhodobej nezamestnanosti. Je preto nevyhnutné, aby členské štáty prepojili financovanie svojich vnútroštátnych politik zameraných na riešenie dlhodobej nezamestnanosti z prostriedkov Európskej únie, najmä prostredníctvom Európskeho sociálneho fondu, so zodpovedajúcim vnútroštátnym financovaním.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Η πρόταση εξετάζει τις υπηρεσίες που προσφέρονται στους μακροχρόνια ανέργους με σκοπό την επανένταξή τους στην αγορά εργασίας και προτείνει συγκεκριμένες δράσεις για την ενίσχυσή τους. Λόγω όμως του ότι στην όλη διαδικασία προβλέπεται και η εμπλοκή μη κρατικών φορέων και πιο συγκεκριμένα κοινωνικών ΜΚΟ αγνώστων οικονομικών και φορολογικών στοιχείων και συμφερόντων, οι οποίες, αν όχι όλες, πάντως στη συντριπτική πλειοψηφία τους δεν εξυπηρετούν τον σκοπό για τον οποίο δημιουργήθηκαν αλλά αντιθέτως πολιτικές εντελώς αντίθετες προς το δημόσιο και κοινωνικό συμφέρον, ενώ η οικονομική ανάκαμψη και τα σημάδια βελτίωσης στην αγορά εργασίας της ΕΕ δεν παρουσιάζουν βελτίωση, δεν υφίσταται λόγος χρηματοδότησής τους και γι' αυτό καταψηφίζω την παρούσα πρόταση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I strongly believe that we must deal efficiently with the multiple barriers many long-term unemployed people face, such as poverty, skills erosion and health problems. I support the possibility of creating sustainable jobs for the long-term unemployed, especially in countries and regions with high structural unemployment. We need more flexibility in national budgetary rules and to improve the link between skills and jobs for the reintegration and employability of the long-term unemployed. Member States should ensure the quality of jobs for the long-term unemployed and avoid them ending up in precarious employment.

Considering long-term unemployed differences between Member States, our goal must be a successful implementation across them, ensuring identification and exchange of best practices. The situation of long-term unemployed citizens must be improved, by all means.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm a Bizottság kezdeményezését, hogy tanácsi ajánlásra tesz javaslatot a tartósan munkanélküli személyek munkaerő-piaci integrációja témájában, és hangsúlyozni szeretném, hogy a javaslat korábbi benyújtása és Tanács általi elfogadása részben megelőzhette volna a tartós munkanélküliség ma tapasztalható szintjének kialakulását. A jelentéssel megegyezően aggodalmam van amiatt, hogy egy tanácsi ajánlás nem feltétlenül lesz elegendő a tartósan munkanélküli személyek helyzetének gyors orvoslásához, és sürgeti a tagállamokat, hogy minél hamarabb érjenek el eredményeket e téren.

Mindenekelőtt támogatom a javaslat három fő elemét, vagyis a tartósan munkanélküli személyek valamelyik foglalkoztatási szolgálatnál való nyilvántartásba vételének kiterjesztését, a teljes körű nyilvántartásra törekedve, a tartósan munkanélküli személyek egyedi képességeinek, szükségleteinek és munkahely-preferenciáinak értékelését már a munkanélküliség 18. hónapjának elérését megelőzően, valamint a tartósan munkanélküli személyek és az érintett szolgálatok közötti személyre szabott, kiegyensúlyozott és közérthető munkaerő-piaci integrációs megállapodás felkínálását legkésőbb a munkanélküliség 18. hónapjának elérésekor.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor teniendo en cuenta las graves consecuencias que conlleva el desempleo de larga duración, más considerando se ha multiplicado por dos desde 2007 y representa la mitad del desempleo total, es decir, más de 12 millones de personas. Por lo tanto, desde las instituciones de la UE, así como desde los Estados miembros, debemos continuar trabajando para aportar soluciones para la mejor integración de los desempleados de larga duración en el mercado laboral.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – La Resolución posterior a la pregunta oral sobre el paro de larga duración viene motivada por una propuesta de Recomendación de la Comisión que es excesivamente generalista, no prevé nuevos recursos económicos y no permite vincular a los Estados Miembros con su implementación.

Por su parte, el texto de la Resolución ha planteado, tal y como demandaban los socialistas: i) una relación entre el parado y los servicios de empleo dentro del contrato de integración laboral más equilibrada y justa con el trabajador, respetando sus derechos y sus expectativas profesionales y evitando forzarle a aceptar trabajos precarios; ii) que se tengan en cuenta no solo sus necesidades de recalificación sino su entorno y necesidades sociales; iii) que se movilicen nuevos recursos económicos para luchar contra este problema como se hizo con la Iniciativa de Empleo Juvenil y se faciliten a los países con mayores dificultades financieras instrumentos de cofinanciación que permitan una implementación rápida de la misma.

La Resolución llega además a tiempo para que el Consejo EPSCO de diciembre de este año pueda tenerla en cuenta antes de su decisión final, como adelantó el representante de la Presidencia luxemburguesa. Por estas razones hemos decidido apoyar la Resolución.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – La Resolución posterior a la pregunta oral sobre el paro de larga duración viene motivada por una propuesta de Recomendación de la Comisión que es excesivamente generalista, no prevé nuevos recursos económicos y no permite vincular a los Estados Miembros con su implementación.

Por su parte, el texto de la Resolución ha planteado, tal y como demandaban los socialistas: i) una relación entre el parado y los servicios de empleo dentro del contrato de integración laboral más equilibrada y justa con el trabajador, respetando sus derechos y sus expectativas profesionales y evitando forzarle a aceptar trabajos precarios; ii) que se tengan en cuenta no solo sus necesidades de recalificación sino su entorno y necesidades sociales; iii) que se movilicen nuevos recursos económicos para luchar contra este problema como se hizo con la Iniciativa de Empleo Juvenil y se faciliten a los países con mayores dificultades financieras instrumentos de cofinanciación que permitan una implementación rápida de la misma.

La Resolución llega además a tiempo para que el Consejo EPSCO de diciembre de este año pueda tenerla en cuenta antes de su decisión final, como adelantó el representante de la Presidencia luxemburguesa. Por estas razones hemos decidido apoyar la Resolución.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – La disoccupazione di lungo periodo è un fenomeno che desta estrema preoccupazione: le cifre parlano infatti di un suo raddoppiamento rispetto al 2007: tale condizione colpisce infatti la metà della disoccupazione totale, colpendo oltre 12 milioni di persone, pari al 5% della popolazione attiva dell'UE. La Commissaria Thyssen sta dedicando nuova attenzione a come fronteggiare tale grave emergenza sociale, il messaggio che il Parlamento Europeo ha inviato con questa risoluzione è molto concreto e approfondito: occorrono maggiori sforzi da parte degli Stati membri per introdurre strategie più «personalizzate», da adattare alla complessità delle diverse situazioni utilizzando tutti i programmi e gli strumenti di sostegno che l'Europa ha introdotto negli ultimi anni. Serve appunto l'intenzione vera di procedere con concretezza, prima che il fenomeno della disoccupazione di lunga durata diventi cronico e di impossibile soluzione.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich bin nicht einverstanden mit der Empfehlung des Rates zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt, da diese am Bedarf der Betroffenen vorbeigeht und die eigentlichen Probleme ausblendet.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich habe mich heute für die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit eingesetzt. Besonders Langzeitarbeitslose führen zu einem stärkeren Ungleichgewicht in der Gesellschaft und stehen auch persönlich vor den Herausforderungen der sozialen Ausgrenzung.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report given it is clear we need to take decisive action fight long-term unemployment. We need to give people the tools to adequately integrate themselves into the employment market.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution as it concerns the integration of the long-term unemployed back into the labour market. It is imperative that a person who experiences long term unemployment is assisted so that he/she could retrain his/her skills. The measure allowing for a 'job integration agreement' between a jobseeker and an employment service is to be commended as it assures the best approach for re-integration. Given that as Europeans we are still experiencing the after-effects of the financial crisis, certainly in Spain, I welcome this initiative.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de la propuesta de Resolución. En esta se analiza la complejidad de la situación de los desempleados de larga duración con un planteamiento afín a nuestras posiciones, mencionando las deficiencias en las estadísticas y las consecuencias sociales, económicas, familiares, profesionales, para la salud y de integración para los parados de larga duración, entre otras. El texto se centra en tres componentes principales: 1) refuerzo ambicioso del registro de los parados en un servicio de empleo para su cobertura total; 2) evaluación del potencial individual y de las necesidades y preferencias de empleo de los desempleados de larga duración antes de que lleven 18 meses desempleados; 3) oferta de un acuerdo de integración laboral integral entre empleado/a y servicio de empleo antes de los 18 meses de desempleo.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Sin embargo, entre los aspectos negativos, no se hace referencia a reforzar económicamente los servicios públicos de empleo, se pone demasiado énfasis en las ayudas a los empresarios para la integración de estos desempleados sin priorizar la importancia de implementar políticas que se han demostrado eficaces. También se hace referencia al Semestre Europeo y a las recomendaciones específicas por país, un planteamiento que rechazamos.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – Jeudi 29 octobre, j'ai voté en faveur d'une proposition de la Commission européenne qui vise à mettre en place trois mesures concrètes dans les États membres pour faciliter la réinsertion des chômeurs de longue durée (plus d'un an) sur le marché du travail. La Commission propose, dans un premier temps, de faciliter l'inscription des chômeurs de longue durée auprès des services de l'emploi, ensuite d'offrir une évaluation individuelle pour déterminer leurs besoins et leur potentiel et enfin de mettre en place des accords d'intégration professionnelle entre chômeurs et services publics de l'emploi (ce sont des plans personnalisés d'actions pour garantir le retour à l'emploi). Je me félicite de ces mesures qui visent à améliorer considérablement les services offerts à cette catégorie de chômeurs pour les aider à retrouver rapidement un emploi. Aujourd'hui, ce sont près de 12 millions de personnes qui sont au chômage depuis plus d'un an en Europe. Cela représente la moitié du nombre total de chômeurs européens. En France, c'est près de la moitié des chômeurs qui sont concernés. C'est donc cette catégorie qui doit devenir une priorité pour l'Union européenne car plus la durée du chômage est longue plus le retour à l'emploi est difficile.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – En raison de la crise économique, le chômage de longue durée a doublé depuis 2007 et représente actuellement la moitié du chômage total dans l'UE. Il touche 12,1 millions de personnes, dont 61 % sont sans emploi depuis plus de deux. Ces chiffres alarmants appellent à une action ciblée sur le chômage de longue durée. C'est pourquoi j'ai soutenu cette résolution du Parlement qui fait écho à la récente proposition de la Commission sur le sujet. L'acuité du problème découle du fait que plus la durée du chômage est longue, plus le retour à l'emploi est problématique. Parmi les mesures envisagées, nous préconisons un enregistrement plus actif des chômeurs de longue durée. Nous souhaitons également que les demandeurs d'emplois qui sont au chômage depuis plus de 12 mois bénéficient d'un suivi individualisé. Ces derniers devraient se voir aussi proposer un accord d'intégration professionnelle avant d'atteindre les 18 mois de chômage, avec un plan concret et personnalisé de retour sur le marché du travail. Pour le Parlement, il est crucial que cette approche en trois étapes ne manque pas d'intégrer l'ensemble des parties prenantes, notamment les acteurs non gouvernementaux tels que les ONG sociales qui travaillent avec les chômeurs de longue durée.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – La Resolución posterior a la pregunta oral sobre el paro de larga duración viene motivada por una propuesta de Recomendación de la Comisión que es excesivamente generalista, no prevé nuevos recursos económicos y no permite vincular a los Estados Miembros con su implementación.

Por su parte, el texto de la Resolución ha planteado, tal y como demandaban los socialistas: i) una relación entre el parado y los servicios de empleo dentro del contrato de integración laboral más equilibrada y justa con el trabajador, respetando sus derechos y sus expectativas profesionales y evitando forzarle a aceptar trabajos precarios; ii) que se tengan en cuenta no solo sus necesidades de recalificación sino su entorno y necesidades sociales; iii) que se movilicen nuevos recursos económicos para luchar contra este problema como se hizo con la Iniciativa de Empleo Juvenil y se faciliten a los países con mayores dificultades financieras instrumentos de cofinanciación que permitan una implementación rápida de la misma.

La Resolución llega además a tiempo para que el Consejo EPSCO de diciembre de este año pueda tenerla en cuenta antes de su decisión final, como adelantó el representante de la Presidencia luxemburguesa. Por estas razones hemos decidido apoyar la Resolución.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

András Gyürk (PPE), írásban. – A ma elfogadott európai parlamenti határozat az Európai Tanács következő, foglalkoztatáspolitikai témában tartandó tanácskozásához fogalmazott meg ajánlásokat a hosszú távú munkanélküliség kezelése érdekében. A határozat újszerűsége abban nyilvánul meg, hogy az Unió felismerte, hogy a hosszú ideje munka nélkül lévő, közel 12 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, hiszen a munkanélküliek száma az utóbbi években – különösen a pénzügyi és államadósság-válság következményeként – jelentősen megugrott. E tekintetben nagy eltérések találhatók a tagállamok közt, ezért különösen fontos, hogy a ma elfogadott határozatba bekerült az is, hogy a jelenlegi alapszerződések tisztelete mellett a helyi, regionális viszonyokat is figyelembe kell venni a munkanélküliség elleni harcban.

A határozat konkrét EU-tagállamokat is nevesít, ahol különösen súlyos a foglalkoztatási válság: Portugália, Szlovákia, Horvátország, Spanyolország és Görögország. Magyarország – velük szemben – jelentősen tudta növelni a foglalkoztatást az utóbbi években és az uniós átlag alatt tudta tartani a hosszú ideje munkát kereső polgárok számát, így Magyarország jelenleg Németország és Csehország között helyezkedik el az európai rangsorban, ami jelentős eredmény. Ugyanakkor még mindig nem dőlhetünk hátra: tovább kell dolgoznunk és nyitottnak kell maradni minden lehetőség és működő megoldás irányában is.

Marian Harkin (ALDE), in writing. – I supported this Resolution on the very welcome proposal from the Commission for a Council Recommendation on the integration of the long-term unemployed into the labour market. Long-term unemployment has doubled since 2007 accounting for half of total unemployment, representing 5% of the EU's active population, although this does vary significantly across Member States. These continuing levels of long-term unemployment tend to disproportionately affect society's most vulnerable members and jeopardise efforts to attain the Europe 2020 headline targets of 75% employment of 20- to 64-year-olds and at least 20 million fewer people in, or at risk of, poverty and social exclusion.

The proposal has a three pronged approach: to better measure long term unemployment by increased registration and supports; assessing the individual potential, needs and job preferences of the long-term unemployed before they reach 18 months of unemployment; and offering tailor made 'job integration agreements' between long-term unemployed persons and the services involved. It is important to note with such job integration agreements that the authorities must acknowledge equally their responsibilities to the unemployed person as well as vice versa and that the individual's personal qualifications and experience should be respected.

Brian Hayes (PPE), in writing. – I decided to support this motion which aims to highlight the need to reach out to the long-term unemployed, including those who are unregistered. I agree that not only do we additionally need to reach out to those who have been unemployed for 18 months or more, but it is paramount that Member State policies target short-term unemployment (less than 12 months) and youth unemployment. This will fit in seamlessly with policies aimed at tackling long-term unemployment.

Roger Helmer (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-binding and non-legislative resolution as we oppose any EU interference in our employment policies. The resolution called for EU surveillance of long-term unemployment recommendations and to give instructions to Member States through country-specific recommendations. It is burdensome EU legislation that is costing jobs and preventing job creation. Also the policy of open borders to 500 million people which the Tories and Labour party supports makes it harder for British people to find jobs and suppresses their wages. Only the people we democratically elect in our own countries should decide employment law, not unelected bureaucrats in Brussels.

Richard Howitt (S&D), in writing. – Unemployment in the East of England rose by 9 000 in the last quarterly figures which were published, showing not just the fragility of economic recovery but the continuing challenge to find ways to help those suffering long-term unemployment in particular. Recently I was privileged to help out at a European-funded project to help jobless run by Community Action Hertsmere in Hertfordshire. I have been honoured to join similar EU-funded schemes around my constituency run by the Prince's Trust and the YMCA. They do a brilliant job in helping raise confidence for people whose long-term unemployment means low self-esteem is one of the biggest barriers to finding work. My real sadness is that whilst I am working for European projects to provide this help, the Government of my country is more interested in benefit sanctions to drive unemployment statistics down and to leave people still unemployed but also penniless. We have to do better.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za prijedlog rezolucije o preporuci Vijeća o uključivanju dugotrajno nezaposlenih osoba na tržište rada, jer duži period nezaposlenosti progresivno distancira osobe od tržišta rada, stvara eroziju vještina i profesionalnih kontakata te pridonosi gubitku radnog ritma. Među brojnim nedostacima, svakako se predugom odsutnošću s tržišta rada povećavaju problemi mentalnog i fizičkog zdravlja, dolazi do socijalne isključenosti, problema s mirovinom te u najgorem slučaju prenošenja siromaštva na sljedeću generaciju.

Smatram da je važno reagirati već kad je osoba nezaposlena punih 12 mjeseci, dok je 18 mjeseci nezaposlenosti već vrijeme da se hitno poduzmu mjere vezane za registraciju dugotrajno nezaposlenih preko zavoda za zapošljavanje te osigura procjena individualnog potencijala, potreba i preferencija za posao.

Diane James (EFDD), *in writing.* – My fellow MEPs and I voted against this non-binding and non-legislative resolution as we oppose any EU interference in our employment policies. The resolution called for EU surveillance of long-term unemployment recommendations and to give instructions to Member States through country-specific recommendations. It is burdensome EU legislation that is costing jobs and preventing job creation. Also the policy of open borders to 500 million people which the Tories and Labour party supports makes it harder for British people to find jobs and suppresses their wages. Only the people we democratically elect in our own countries should decide employment law, not unelected bureaucrats in Brussels.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen portant sur la proposition de recommandation du Conseil relative à l'intégration des chômeurs de longue durée sur le marché du travail. L'objectif de cette recommandation est de donner aux États membres des orientations pour faciliter le retour à l'emploi des chômeurs de longue durée, notamment par le renforcement de l'accompagnement personnalisé. Cette catégorie de chômeurs constitue la moitié des personnes des sans-emplois dans l'Union européenne, il était donc essentiel d'agir concrètement pour les soutenir dans le retour à l'emploi.

La résolution a été adoptée, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Der Vorschlag ist konstruktiv und schafft eine gute Ideengrundlage, um Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ich stimme deshalb für diesen Entschließungsantrag.

Ádám Kósa (PPE), *írásban.* – A ma elfogadott európai parlamenti határozat az Európai Tanács következő, foglalkoztatáspolitikai témában tartandó tanácskozásához fogalmazott meg ajánlásokat a hosszú távú munkanélküliség kezelése érdekében. A határozat újszerűsége abban nyilvánul meg, hogy az Unió végre-valahára felismerte, hogy a hosszú ideje munka nélkül lévő, közel 12 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, hiszen a számuk és arányuk az utóbbi években, különösen a pénzügyi és államadósság-válság következményeként jelentősen megugrott és egyúttal nagy eltérések találhatók a tagállamok közt. Ezért különösen fontos, hogy a ma elfogadott határozatba bekerült az, hogy a jelenlegi alapszerződések tisztelete mellett a helyi, regionális viszonyokat is figyelembe kell venni a hosszú távú munkanélküliség elleni harcban.

A határozat konkrét EU-tagállamokat is nevesít, ahol különösen súlyos a foglalkoztatási válság: Portugália, Szlovákia, Horvátország, Spanyolország és Görögország. Magyarország – velük szemben – jelentősen tudta növelni a foglalkoztatást az utóbbi években és az uniós átlag alatt tudta tartani a hosszú ideje munkát kereső polgárok számát, amivel Magyarország Németország és Csehország között helyezkedik el európai rangsorban, ami jelentős eredmény. Ugyanakkor még mindig nem dőlhetünk hátra: tovább kell dolgoznunk és nyitottnak kell maradni minden lehetőség és működő megoldás irányában is.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Bezrobocie długookresowe dotyczy obecnie 12 milionów mieszkańców UE, czyli połowy bezrobotnych. Długotrwale bezrobotni są „trudnymi klientami” biur pośrednictwa, zwykle mają niskie kwalifikacje, wąski wachlarz umiejętności lub nieuregulowane kwestie pobytu i uznania kwalifikacji, jak w przypadku imigrantów; trudniej im wejść i utrzymać się na rynku pracy. Konieczne środki, jak spersonalizowane usługi i programy, są drogie i nie zawsze dostępne. Pomimo kosztów i skali długotrwałego bezrobocia, dotyczy ich tylko 20% programów przeciwdziałania bezrobociu. Dlatego popieram wytyczne KE skierowane do państw członkowskich, usprawniające pomoc osobom długotrwale bezrobotnym w powrocie do pracy: indywidualna ocena i doradztwo dla bezrobotnych dłużej niż 12 miesięcy i pisemna umowa w sprawie integracji zawodowej, oferująca konkretny, indywidualny plan powrotu do pracy przed upływem 18 miesięcy bezrobocia.

W kontekście tych wysiłków chciałabym zwrócić uwagę na ekonomię społeczną i instytucje spółdzielni socjalnych, które w efektywny sposób zagospodarowują potencjał osób długotrwale bezrobotnych i wykluczonych. Przykładem wykorzystania tej instytucji jest polska organizacja z Poznania „BARKA”, która pomogła tysiącom wykluczonych w Polsce i za granicą, przywracając ich do społecznego mainstreamu poprzez pracę. BARKA opiera swą metodę na instytucji spółdzielni socjalnych i programach wsparcia społecznego budowanych na poziomie samorządów lokalnych. Dlatego postuluje szersze włączenie spółdzielczości socjalnej i ekonomii społecznej do europejskich polityk przeciwdziałających długotrwałemu bezrobociu.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – A causa della crisi economica, la disoccupazione di lungo periodo è raddoppiata rispetto ai dati del 2007 e rappresenta la metà della disoccupazione totale. Ciò ha generato un aumento della povertà, delle disuguaglianze ed esclusione sociale, pregiudicando gli sforzi intesi al conseguimento degli obiettivi principali della strategia Europa 2020.

Ho deciso di votare favorevolmente in quanto le componenti principali della proposta mirano ad un reinserimento professionale dei disoccupati di lungo periodo. Vorrei, infine, ricordare che il solo modo di invertire la tendenza è tornare a investire, creare nuova occupazione e dare quanto più sostegno possibile alle piccole e medie imprese, motore della nostra economia.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur l'intégration des chômeurs de longue durée sur le marché du travail, car ce texte donne trop de pouvoirs à la Commission européenne, et n'apporte pas assez de solutions réalistes. Il s'agit une fois de plus de beaucoup de vœux pieux et de peu d'actions concrètes. Le paragraphe 13, quant à lui, veut mettre en place une surveillance stricte de la recommandation du Parlement par le biais, entre autres, du Semestre européen dont je ne reconnais ni l'efficacité ni la légitimité.

Javi López (S&D), *por escrito*. – La Resolución posterior a la pregunta oral sobre el paro de larga duración viene motivada por una propuesta de Recomendación de la Comisión que es excesivamente generalista, no prevé nuevos recursos económicos y no permite vincular a los Estados Miembros con su implementación.

Por su parte, el texto de la Resolución ha planteado, tal y como demandaban los socialistas: i) una relación entre el paro y los servicios de empleo dentro del contrato de integración laboral más equilibrada y justa con el trabajador, respetando sus derechos y sus expectativas profesionales y evitando forzarle a aceptar trabajos precarios; ii) que se tengan en cuenta no solo sus necesidades de recalificación sino su entorno y necesidades sociales; iii) que se movilicen nuevos recursos económicos para luchar contra este problema como se hizo con la Iniciativa de Empleo Juvenil y se faciliten a los países con mayores dificultades financieras instrumentos de cofinanciación que permitan una implementación rápida de la misma.

La Resolución llega además a tiempo para que el Consejo EPSCO de diciembre de este año pueda tenerla en cuenta antes de su decisión final, como adelantó el representante de la Presidencia luxemburguesa. Por estas razones he apoyado la Resolución.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Las políticas económicas de la Unión Europea, su obsesión por la austeridad y su falta de compromiso con la cohesión social y regional son algunas de las causas estructurales del rápido crecimiento de la tasa de desempleo de larga duración y su concentración en los países de la periferia europea.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Aun cuando la Recomendación del Consejo no rectificará esta orientación neoliberal, sí que considero positivo que se liberen fondos y se desarrollen políticas para aliviar algunos de los efectos de esta elevada tasa de desempleo.

Sin embargo, se corre el riesgo de repetir ahora los errores de la Garantía Juvenil: la falta de participación de los interlocutores sociales en el diseño, implementación y gestión de las políticas por desarrollar; la insuficiencia de fondos (especialmente en aquellos países más castigados por los recortes); la facilitación de nuevos subsidios a las empresas en lugar de optar por políticas de formación y orientación laboral realmente eficaces. Por ello, me he abstenido.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Zbog učinaka ekonomske krize dugotrajna nezaposlenost udvostručila se od 2007., što se odnosi na čak 12 milijuna ljudi, odnosno 5 posto aktivnog stanovništva Unije. Pozdravlja se inicijativa, ali istodobno izražava zabrinutost kako samo ona neće biti dovoljna, već se očekuje intenzivnije sudjelovanje i veća aktivnost država članica.

Traži se ubrzanje registracije dugotrajno nezaposlenih preko Zavoda za zapošljavanje, procjena potreba i individualnog potencijala prije nego dosegnu 18 mjeseci nezaposlenosti. Dugotrajno nezaposlene osobe trebaju savjetovanje i pripremu za uspješan ponovni ulazak na tržište rada. Poziva se Komisiju da razmotri mogućnosti za brži pristup EU sredstvima i mobilizira dodatne resurse te održava dobru suradnju s državama članicama, a države članice da uzmu u obzir regionalne razlike pri izradi planova.

Podržala sam prijedlog rezolucije Europskog parlamenta jer su neophodne hitne mjere za rješavanje problema dugotrajne nezaposlenosti. Hrvatska je među državama članicama s najvišom stopom dugotrajne nezaposlenosti.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Jebkuras ekonomiskas sistēmas pastāvēšanas pamats ir cilvēki, kas strādā visdažādākajās profesijās, tātad — darbinieki. Līdz ar pasaules reģionu sociālekonomiskās struktūras pakāpenisku reformēšanu pēdējo dažu desmitgažu laikā liels cilvēku skaits kļuva nenodarbināts un — vēl sliktāk — turpina tāds būt arvien ilgākus periodus, nereti pat ilgāk par gadu vai pusotru gadu. Turklāt tas attiecas uz cilvēkiem ar visdažādākajiem kvalifikācijas līmeņiem. Šī situācija nav normāla, tādēļ gan Eiropas Savienības atbildīgajām pārnacionālajām iestādēm, gan arī dalībvalstīm, it īpaši tām, kurās šāda problēma pastāv jau ilgu laiku, ir jādara pēc iespējas vairāk, lai to likvidētu.

Ir pilnīgi saprotams, ka to nav iespējams panākt mēneša vai arī gada laikā, bet — jo agrāk desmitiem un pat simtiem tūkstošu ilglaicīgu bezdarbnieku tiks reintegrēti darba tirgū, jo labāk. Līdz ar to atbalstu arī Komisijas priekšlikumu par attiecīgas novērošanas sistēmas izveidi attiecībā uz nepieciešamo pasākumu īstenošanas procesu efektivitāti.

Nav pietiekami vienkārši izdalīt finanšu resursus šī mērķa īstenošanai. Ir jāizstrādā visaptverošas programmas, kas attiektos uz ilglaicīgu bezdarbnieku pārkvalifikāciju, zināšanu paplašināšanu, nepieciešamās palīdzības sniegšanu un citiem mērķiem. Protams, mūsu dalībvalstīs šāda veida pasākumi jau tiek realizēti, bet diemžēl nav iespējams tos pilnā mērā nosaukt par efektīviem, jo tas pats jauniešu bezdarbs joprojām ir nenormāli augsts.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne.* – Dlhodobá nezamestnanosť sa dotýka 12 miliónov ľudí, čo je 5 % ekonomicky činného obyvateľstva v EÚ, pričom sú veľké rozdiely medzi jednotlivými regiónmi Únie. Dlhodobá nezamestnanosť má negatívne dôsledky na hospodárstvo krajín, ale predovšetkým aj na zhoršenie kvality profesijného aj súkromného života ľudí a na ich sociálne vylúčenie.

Preto podporujem návrh Komisie na vypracovanie odporúčaní na integráciu dlhodobo nezamestnaných na trh práce a na podporu vytvorenia udržateľných a kvalitných pracovných miest s tým, že súčasne bude zabezpečený nepretržitý dohľad nad vykonávaním týchto odporúčaní.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ernest Maragall (Verts/ALE), *in writing*. – Of the EU population, 9.6% is unemployed, and of these more than half, 5%, are long-term unemployed. 62% of long-term unemployed have been off work for at least 2 consecutive years. Only 24% of long-term unemployed are covered by unemployment benefits. Long-term unemployment can lead to poverty and social exclusion. It contributes to passing on poverty down generations in jobless households and lowers rates of academic achievement. I support this vote because addressing long-term unemployment would promote sustainable economic and social growth. Additionally, in the long term, it will take financial pressure off the Member States' public spending and finance.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφιώς*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην γραπτή δήλωση (άρθρο 162 παράγραφος 12 του Κανονισμού) σχετικά με την ένταξη των μακροχρόνια ανέργων στην αγορά εργασίας.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution. Le groupe ENF avait déposé un certain nombre d'amendements, pour rien, ce qui donne un texte profondément européiste, qui appelle à toujours plus d'Europe pour ce sortir des difficultés de la crise. Nous reconnaissons la nécessité de réinsérer les chômeurs sur le marché du travail, et nous saluons l'intérêt qu'y porte la Commission mais, comme toujours, l'UE prend le problème à l'envers. Nous ne cessons de le répéter mais le meilleur moyen de réintégrer les chômeurs, c'est de créer de l'emploi, et cela ne pourra se faire qu'en soutenant les entreprises et la création d'emploi, en luttant contre la concurrence déloyale des pays «low-cost» et le dumping social.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt ist meines Erachtens ein wichtiges Unterfangen, da es für die wirtschaftliche Prosperität Europas und der Mitgliedstaaten der EU von entscheidender Bedeutung ist. Gerade in Krisenzeiten muss man Langzeitarbeitslose durch sinnvoll investierte Projekte unterstützen.

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported this recommendation. The integration of the long-term unemployed is hugely important and requires specific and sensitive assistance. I hope we can learn best practice across the EU to implement strategies in the Member States which have a lasting and positive impact.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável à resolução do Parlamento Europeu sobre a integração dos desempregados de longa duração no mercado de trabalho. O desemprego de longa duração é um problema económico, mas também social, pelo que é essencial adaptar os programas de reintegração dos desempregados de longa duração às necessidades do mercado de trabalho. É fundamental o envolvimento ativo dos empregadores através da compreensão das exigências e necessidades deste tipo de desempregados, de modo a apoiar determinados programas específicos de formação.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report due to the recommendation that Member States develop work training programmes that will increase the employability of workers and also aid in the development of long-term jobs. If the Union is to overcome the current economic downturn we must do so in a way that supports our citizens and increases competitiveness on the global market.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – Sinds de economische crisis van 2007 is de langdurige werkloosheid in Europa verdubbeld. 60 procent van die werklozen moet het meer dan 2 jaar lang stellen zonder een inkomen uit een beroepsactiviteit. Naarmate de periode van werkloosheid aanhoudt, gaan niet alleen arbeidsgerelateerde competenties en vaardigheden verloren maar stijgt ook het risico op sociale uitsluiting en armoede. Het opnieuw aantrekken van de economie heeft vooralsnog geen positief effect op de structurele werkloosheid. Er zijn dan ook extra maatregelen nodig om langdurig werklozen opnieuw op de arbeidsmarkt te integreren.

In de eerste plaats moeten organisaties voor arbeidsbemiddeling, en alle betrokken partners op de arbeidsmarkt, niet wachten tot mensen langdurig werkloos zijn om hen weer op de arbeidsmarkt voor te bereiden. Hoe vroeger begonnen wordt met een terugkeer naar de arbeidsmarkt, hoe groter de kansen op een nieuwe baan. Daarnaast zal de grondslag voor een geslaagd begeleidingsproject van werklozen er steeds in bestaan werklozen nieuwe vaardigheden en competenties bij te brengen die afgestemd zijn op de snel veranderende vereisten van de arbeidsmarkt. Hoe beter werklozen, en in het bijzonder langdurig werklozen, voorbereid worden op de moderne arbeidsmarkt, hoe groter de kans op een duurzame baan.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I fully agree with the Resolution that as a result of the economic crisis and its consequences, long-term unemployment has doubled since 2007 and accounts for half of total unemployment, or more than 12 million people, representing 5% of the EU's active population, and that over 60% of the long-term unemployed had been out of work for at least two consecutive years in 2014.

Long term unemployment often leads to poverty, inequalities and social exclusion and progressively distances people from the labour market. Therefore, I fully endorse the recommendations suggested in this non-legislative Resolution stressing the need to reach out to all the long-term unemployed and calling for close cooperation between, and effective coordination of, all parties involved in the reintegration of the long-term unemployed (including civil society organisations).

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság parlamenti állásfoglalásra irányuló javaslatában üdvözlöi a Bizottságnak ezt a kezdeményezését, aggodalmának ad hangot ugyanakkor amiatt, hogy egy tanácsi ajánlás nem lesz elegendő a tartósan munkanélküli személyek helyzetének gyors orvoslásához, ezért sürgeti a tagállamokat, hogy minél hamarabb érjenek el eredményeket e téren.

Támogatja továbbá a javaslat három fő elemét, tehát (1) a tartósan munkanélküli személyek nyilvántartásba vételének kiterjesztését, a teljes körű nyilvántartásra törekedve, (2) a tartósan munkanélküli személyek egyedi képességeinek, szükségleteinek és munkahely-preferenciáinak értékelését már a munkanélküliség 18. hónapjának elérését megelőzően, valamint (3) a tartósan munkanélküli személyek és az érintett szolgálatok közötti személyre szabott, kiegyensúlyozott és közérthető munkaerő-piaci integrációs megállapodás felkínálását legkésőbb a munkanélküliség 18. hónapjának elérésekor.

Rámutat viszont, hogy ez a megközelítés nem zárhatja ki a folyamatból a nem állami szereplőket, például a tartósan munkanélküli személyekkel dolgozó civil szervezeteket. Hangsúlyozza végül, hogy valamennyi tartósan munkanélküli személyt segíteni kell, nem csupán a legalább 18 hónapja munkanélkülieket, és különösen fontosnak tartja, hogy a rövid távú (12 hónapnál rövidebb ideje tartó) munkanélküliséggel és a fiatalok munkanélküliségével kapcsolatos tagállami szakpolitikák (ideértve az ifjúsági garanciát is) teljes mértékben illeszkedjenek a tartós munkanélküliséget kezelő politikákhoz.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Importa salientar que o desemprego de longa duração duplicou desde 2007 e representa metade do desemprego total, ou seja, mais de 12 milhões de pessoas, que representam 5 % da população ativa da UE, e que, em 2014, mais de 60 % dos desempregados de longa duração estavam sem emprego há pelo menos dois anos consecutivos.

O desemprego de longa duração tem consequências graves a nível pessoal, tal como a pobreza, a desigualdade e a exclusão social, afetando pessoas vulneráveis que, normalmente, ocupam uma posição desfavorecida no mercado de trabalho.

Defendo que a recuperação económica deveria imprimir um maior dinamismo, uma vez que, atualmente, não concede um impulso suficiente para reduzir de forma significativa as elevadas taxas de desemprego estrutural.

Subscrevo a necessidade de chegar a todos os desempregados de longa duração, incluindo os não registados, a necessidade de adaptar todos os programas de reintegração dos desempregados de longa duração às necessidades do mercado de trabalho, e reitero o apelo aos Estados-Membros a integrarem os fundos da UE, nomeadamente através do Fundo Social Europeu, nas suas políticas nacionais, a fim de utilizar um financiamento nacional adequado para lutar contra o desemprego de longa duração.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution sur la recommandation du Conseil relative à l'intégration des chômeurs de longue durée sur le marché du travail vise à rendre systématique une évaluation individuelle ainsi qu'un accord d'intégration à l'emploi pour chaque chômeur de longue durée. Cependant, c'est faire croire que les chômeurs de longue durée ne le sont que par leur propre volonté ou par un défaut de compétence ou de formation. Or, l'immense majorité des 2,4 millions de chômeurs de longue durée Français, sont au chômage en raison du déficit de production nationale qui atteint 8 % par rapport à l'année 2007. La solution de ce rapport se trouve dans «toujours plus d'Europe». On ne peut pas continuer à éponger les effets délétères des politiques de Bruxelles par des rustines cosmétiques qui donnent bonne conscience aux belles âmes européistes. J'ai donc voté contre ce texte.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de la Commission européenne qui vise à mettre en place trois mesures concrètes dans les États membres pour faciliter la réinsertion des chômeurs de longue durée sur le marché du travail.

La Commission propose d'abord de faciliter l'inscription des chômeurs de longue durée auprès des services de l'emploi, ensuite d'offrir une évaluation individuelle pour déterminer leurs besoins et leur potentiel, enfin de mettre en place des accords d'intégration professionnelle entre chômeurs et services publics de l'emploi.

Je me réjouis de ces propositions qui montrent bien l'importance que la Commission attache à la lutte contre le chômage.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted against this motion for a resolution on the integration of the long-term unemployed into the labour market.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat pentru această rezoluție privind integrarea șomerilor de lungă durată pe piața forței de muncă deoarece România, ca și alte state din UE ce nu se află printre statele cu cel mai mare șomaj de lungă durată, are probleme cu gestionarea acestor cetățeni și reintegrarea acestora pe piața forței de muncă.

Este foarte dificil pentru cineva care se află în șomaj pe durate mai mari de 18 luni să-și găsească un loc de muncă, iar acest lucru se agravează cu trecerea timpului datorită erodării competențelor. De asemenea, rămânerea îndelungată în șomaj implică costuri foarte mari pentru bugetele naționale, rezultând scăderea sau oprirea indemnizațiilor cuvenite.

În aceste condiții, susțin poziția raportorului, care își exprimă îngrijorarea cu privire la greutatea și întârzierea cu care Comisia și Consiliul propun măsuri de reintegrare cât mai rapidă a acestor cetățeni pe piața forței de muncă. De asemenea, consider că este foarte important ca toate aceste demersuri privind șomerii să fie începute și pentru cazurile în care aceștia se află în șomaj de mai puțin de 12 luni, prevenindu-se astfel intrarea lor în șomajul de lungă durată.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Zwar benötigen Langzeitarbeitslose dringend mehr Unterstützung zu ihrer Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Dennoch habe ich mich meiner Stimme enthalten, da die für mich entscheidenden Aspekte wie die Förderung von Fortbildungsmaßnahmen deutlich unterrepräsentiert waren.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Töötute hulk ELi liikmesriikides on murettekitav ning olukorra leevendamiseks on oluline, et riigid oskaksid kasutada ELi vahendeid, tagaksid lisaks ka piisava riikliku rahastamise ning et koostöö toimiks nii riigi tasandil, kohalike omavalitsuste tasandil kui ka erasektori ja koolitusasutuste vahel. Väga oluline on ka töötutele vajalike koolitusvõimaluste tagamine.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Kiekvienos šalies ekonominės politikos tikslas yra visiškas užimtumas. Siekiant šio tikslo Europoje turėtų būti sparčiau kuriamos darbo vietos, atgaivinta ekonomika ir užtikrintas socialinis teisingumas.

Tačiau šiuo metu ilgalaikių bedarbių skaičius Europoje tik didėja. Ilgalaikis nedarbas yra itin sudėtinga problema, kadangi net ir sukūrus naujų darbo vietų, ilgalaikiams bedarbiams dažnai sudėtinga sėkmingai grįžti į darbo rinką. Todėl labai svarbu, kad šiems asmenims būtų skirtas individualus vertinimas taip pat sudaromas konkretus ir prie individualių poreikių pritaikytas grįžimo į darbo rinką planas.

Tiek ES, tiek nacionaliniu lygmeniu reikia užtikrinti socialinių partnerių dalyvavimą rengiant, planuojant ir įgyvendinant pateiktą Tarybos pasiūlymą. Darbdaviai turi būti raginami aktyviai dalyvauti plėtojant partnerystes su viešosios valdžios institucijomis. Jiems taip pat turėtų būti pasiūlyta tikslinių finansinių paskatų. Taip pat reikia didinti valstybinių užimtumo tarnybų finansinius ir administracinius pajėgumus.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραφώς*. – Μακριά από τα προβλήματα και ενάντια στις πραγματικές ανάγκες των μακροχρόνιων ανέργων ήταν το ψήφισμα για την «ένταξη των μακροχρόνια ανέργων στην αγορά εργασίας». «Προγράμματα επανένταξης στις ανάγκες της αγοράς εργασίας» και «καλύτερη κατανόηση των επιχειρηματικών απαιτήσεων και αναγκών» ήταν μερικές από τις κομμένες και ραμμένες στις ανάγκες του κεφαλαίου κατευθύνσεις του, προκειμένου να ανακάμψει η κερδοφορία των μονοπωλίων. Αυτή θα στηριχτεί στο ξεζούμισμα της εργατικής δύναμης και στις «στρατιές» των ανέργων που χρησιμοποιούνται στον καπιταλισμό ως απειλή για τη γενίκευση των άθλιων συνθηκών εργασίας και των μισθών πείνας για όσους εργάζονται. Το ψήφισμα δε, ενθαρρύνει το λεγόμενο «κοινωνικό διάλογο» μεταξύ επιχειρήσεων και εργαζομένων, έτσι ώστε οι άνεργοι να «εκπαιδεύονται» στο να σκύβουν το κεφάλι στις απαιτήσεις των εργοδοτών. Οι «μονοαπευθυντικές» θυρίδες εξυπηρέτησης και

Donnerstag, 29. Oktober 2015

η «εξατομικευμένη προσέγγιση» για τους ανέργους προωθούν την ιδέα της «ατομικής λύσης», για να μην συναντηθούν οι άνεργοι στην πάλη με τους υπόλοιπους ανέργους, εργαζόμενους και τα λαϊκά στρώματα για τα κοινά συμφέροντά τους. Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ καταψήφισε το ψήφισμα και στηρίζει ένα συνεκτικό πλαίσιο αιτημάτων για επίδομα ανεργίας σε όλους τους ανέργους χωρίς προϋποθέσεις, πλήρη και δωρεάν ιατροφαρμακευτική περίθαλψη κ.ά. στην κατεύθυνση σύγκρουσης κι ανατροπής του καπιταλιστικού συστήματος, την αρχή του τέλους της ανεργίας.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Podržala sam ovu rezoluciju jer je nužno ubrzati gospodarski oporavak koji trenutno ne daje dovoljan poticaj smanjenju visoke stope nezaposlenosti, jednom od gorućih problema koji negativno utječu na pojedince, vode siromaštvu, nejednakosti i društvenoj isključenosti. Ona neproporcionalno pogađa ugrožene skupine ljudi koje su na tržištu rada u nepovoljnom položaju, kako u Hrvatskoj tako i u drugim članicama EU-a.

Više od 12 milijuna ljudi dugotrajno je nezaposleno u EU-u, što je 5 % radno aktivnog stanovništva, a Hrvatska je među državama članicama s najvišim stopama jer je čak polovica od svih nezaposlenih dugotrajno nezaposlena. Nadalje, zbog neuspješne potrage za poslom, petina osoba izgubi samopouzdanje, obeshrabri se i postane neaktivna u traženju posla što se onda odražava i na njihove obitelji. Statistika pokazuje kako 2014. u zemljama Europske unije više od 60 % dugotrajno nezaposlenih nije radilo barem dvije uzastopne godine!

Nužno je, stoga, aktivno uključivanje u rješavanje ovog problema kako bi se doprlo do svih dugotrajno nezaposlenih, uključujući i one koji nisu evidentirani na zavodima za zapošljavanje. Važno je usmjeriti se na kratkotrajnu nezaposlenost (kraću od 12 mjeseci), posebno mladih, uključiti i druge aktere, poput nevladinih udruga koje rade s dugotrajno nezaposlenima te motivirati poslodavce da im aktivno počnu nuditi slobodna radna mjesta.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – Cette proposition de résolution sur la recommandation du Conseil relative à l'intégration des chômeurs de longue durée sur le marché du travail vise à rendre systématique une évaluation individuelle ainsi qu'un accord d'intégration à l'emploi pour chaque chômeur de longue durée. Cependant, c'est faire croire que les chômeurs de longue durée ne le sont que par leur propre volonté ou par un défaut de compétence ou de formation. Or, l'immense majorité des 2,4 millions de chômeurs de longue durée Français, sont au chômage en raison du déficit de production nationale qui atteint 8 % par rapport à l'année 2007. La solution de ce rapport se trouve dans «toujours plus d'Europe». On ne peut pas continuer à éponger les effets délétères des politiques de Bruxelles par des rustines cosmétiques qui donnent bonne conscience aux belles âmes européistes. J'ai donc voté contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Zbog gospodarske krize i njezinih posljedica dugotrajna nezaposlenost se od 2007. udvostručila i čini polovicu ukupne nezaposlenosti, tj. više od 12 milijuna ljudi, što je 5 % radno aktivnog stanovništva EU-a. Samo 2014. više od 60 % dugotrajno nezaposlenih nije radilo barem dvije uzastopne godine.

Alarmanтни su ovo podaci koji pozivaju na hitnu akciju Europske unije, zbog čega podržavam dorpinos Europskog parlamenta i usvajanje ove rezolucije. Pozdravljam i inicijativu Komisije da predloži preporuku Vijeća o uključivanju dugotrajno nezaposlenih osoba na tržište rada, jer bi se ranijim objavljivanjem prijedloga i postizanjem konsenzusa u Vijeću mogla djelomično spriječiti dugotrajna nezaposlenost kojoj danas svjedočimo.

Ključno je da programi za ponovno uključivanje dugotrajno nezaposlenih osoba na tržište rada budu usmjereni na potrebe tržišta rada i osmišljeni u bliskoj suradnji sa socijalnim partnerima.

Miroslav Poche (S&D), *in writing.* – I am glad that Parliament voted positively in regard to the Council's recommendation on the integration of the long-term unemployed into the labour market. However, I am disappointed that this proposal did not come earlier, because it might have been able to prevent some of the long term unemployment that we see today.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

What we must focus on now is reaching out to all of those affected by long term unemployment so that we can start to help them. To do this we need cooperation at all stages of the process and across all of society as well. I also call on the Member States to match EU funding in order to help solve the issues of those facing long term unemployment. In addition, when Member States are solving their issues nationally, they need to take into account regional differences, such as those between rural and urban areas. With these measures and many others in the report, we can better assist those who are struggling with long term unemployment.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – In Europa il tasso di disoccupazione di lungo periodo varia sensibilmente da uno Stato membro all'altro, passando dall'1,5% dell'Austria al 19,5% della Grecia. Gli Stati membri che presentano i tassi di disoccupazione di lungo periodo più elevati sono l'Italia, il Portogallo, la Slovacchia, la Croazia, la Spagna e la Grecia. Nel 2014 oltre il 60% dei disoccupati di lungo periodo era senza lavoro da almeno due anni consecutivi.

Questo tipo di disoccupazione allontana progressivamente le persone dal mercato del lavoro a causa dell'erosione delle loro competenze e della perdita del ritmo di lavoro. Inoltre, la disoccupazione di lungo periodo ha costi elevatissimi per la società a causa dello spreco delle competenze e dell'aumento della spesa sociale. In questo modo si stanno pregiudicando gli sforzi volti al conseguimento degli obiettivi principali della strategia Europa 2020, vale a dire il raggiungimento di un tasso di occupazione del 75% per le persone di età compresa fra i 20 e i 64 anni.

Per questo motivo appoggio l'approvazione di questa proposta di risoluzione. Nel testo della raccomandazione del Consiglio vi sono proposte, quali la registrazione dei disoccupati di lungo periodo presso i servizi per l'impiego e la valutazione delle singole esigenze dei disoccupati di lungo periodo, che reputo essere molto positive.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Dans le contexte de post-crise économique, le taux de chômage a fortement augmenté au sein de l'Union et les chômeurs de longue durée représentent aujourd'hui 12,1 millions de personnes, c'est-à-dire 5 % de la population active de l'Union. Le Parlement européen a approuvé une recommandation du Conseil relative à l'intégration des chômeurs de longue durée sur le marché du travail. Ce texte établit certaines priorités et propose des actions spécifiques afin d'orienter les politiques sociales et d'emploi des États membres.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Sensível ao impacto do desemprego na vida dos cidadãos dos Estados-Membros, a Comissão apresentou, a 17 de Setembro de 2015, uma proposta de Recomendação do Conselho sobre a integração dos desempregados de longa duração no mercado de trabalho. Nesta Recomendação, seguem as conclusões da análise efetuada aos serviços de apoio destinados a reintegrar os desempregados de longa duração no mercado de trabalho. O documento foi desde então analisado pela Comissão de Emprego e dos Assuntos Sociais e o relator acolhe com satisfação as propostas contidas na acima citada Recomendação, que beneficia sobremaneira com o contributo do Parlamento Europeu. Considerando a responsabilidade da União Europeia no combate às situações de desemprego de longa duração e considerando ainda o contributo deste relatório, que aponta ações específicas para a melhorar e reforçar o apoio, personalizado, disponível nos Estados-Membros, votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-binding and non-legislative resolution as we oppose any EU interference in our employment policies. The resolution called for EU surveillance of long-term unemployment recommendations and to give instructions to Member States through country-specific recommendations. It is burdensome EU legislation that is costing jobs and preventing job creation. Also the policy of open borders to 500 million people which the Tories and Labour party supports makes it harder for British people to find jobs and suppresses their wages. Only the people we democratically elect in our own countries should decide employment law, not unelected bureaucrats in Brussels.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La Resolución posterior a la pregunta oral sobre el paro de larga duración viene motivada por una propuesta de Recomendación de la Comisión que es excesivamente generalista, no prevé nuevos recursos económicos y no permite vincular a los Estados Miembros con su implementación.

Por su parte, el texto de la Resolución ha planteado, tal y como demandaban los socialistas: i) una relación entre el paro y los servicios de empleo dentro del contrato de integración laboral más equilibrada y justa con el trabajador, respetando sus derechos y sus expectativas profesionales y evitando forzarle a aceptar trabajos precarios; ii) que se tengan en cuenta no solo sus necesidades de recalificación sino su entorno y necesidades sociales; iii) que se movilicen nuevos recursos económicos para luchar contra este problema como se hizo con la Iniciativa de Empleo Juvenil y se faciliten a los países con mayores dificultades financieras instrumentos de cofinanciación que permitan una implementación rápida de la misma.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

La Resolución llega además a tiempo para que el Consejo EPSCO de diciembre de este año pueda tenerla en cuenta antes de su decisión final, como adelantó el representante de la Presidencia luxemburguesa. Por estas razones hemos decidido apoyar la Resolución.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de la propuesta de Resolución. En esta se analiza la complejidad de la situación de los desempleados de larga duración con un planteamiento afín a nuestras posiciones, mencionando las deficiencias en las estadísticas y las consecuencias sociales, económicas, familiares, profesionales, para la salud y de integración para los parados de larga duración, entre otras. El texto se centra en tres componentes principales: 1) refuerzo ambicioso del registro de los parados en un servicio de empleo para su cobertura total; 2) evaluación del potencial individual y de las necesidades y preferencias de empleo de los desempleados de larga duración antes de que lleven 18 meses desempleados; 3) oferta de un acuerdo de integración laboral integral entre empleado/a y servicio de empleo antes de los 18 meses de desempleo.

Sin embargo, entre los aspectos negativos, no se hace referencia a reforzar económicamente los servicios públicos de empleo, se pone demasiado énfasis en las ayudas a los empresarios para la integración de estos desempleados sin priorizar la importancia de implementar políticas que se han demostrado eficaces. También se hace referencia al Semestre Europeo y a las recomendaciones específicas por país, un planteamiento que rechazamos.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Las políticas económicas de la Unión Europea, su obsesión por la austeridad y su falta de compromiso con la cohesión social y regional son algunas de las causas estructurales del rápido crecimiento de la tasa de desempleo de larga duración y su concentración en los países de la periferia europea.

Aun cuando la Recomendación del Consejo no rectificará esta orientación neoliberal, sí que considero positivo que se liberen fondos y se desarrollen políticas para aliviar algunos de los efectos de esta elevada tasa de desempleo.

Sin embargo, se corre el riesgo de repetir ahora los errores de la Garantía Juvenil: la falta de participación de los interlocutores sociales en el diseño, implementación y gestión de las políticas por desarrollar; la insuficiencia de fondos (especialmente en aquellos países más castigados por los recortes); la facilitación de nuevos subsidios a las empresas en lugar de optar por políticas de formación y orientación laboral realmente eficaces. Por ello, me he abstenido.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as I do not wish to see the Commission involved in the UK jobs market.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I supported this recommendation because I want to see an EU strategy for addressing long-term unemployment. Although I do not believe that the recommendation will go far enough in some cases, this represents a step in the right direction and this is a great reason to have the United Kingdom remain in the European Union.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Csaba Sógor (PPE), *in writing*. – I voted for the report because it acknowledges one of the most serious problems of our labour markets today. Although unemployment has been diminishing in many parts of the European Union, long-term unemployment is increasingly prevalent. According to Eurofund, in 2014, 49% of the unemployed in Europe were long-term unemployed, a trend on the increase.

Research demonstrates that long-term absence from the labour market usually leads to a poor employment outlook, a diminished future salary and even disengagement from society. This is why I am glad the Commission in its proposal has started to recognise the severity of this problem.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Dlhodobá nezamestnanosť je pálčivým problémom mnohých európskych štátov, ako i Slovenska. Je dôležité nájsť riešenia na boj proti tomuto problému. Podporujem hlavné zložky tohto návrhu, a to ambiciózne posilnenie registrácie dlhodobo nezamestnaných, posúdenie individuálneho potenciálu, potrieb a preferencie pracovného miesta dlhodobo nezamestnaných, poskytnutie konkrétne prispôsobenej, vyváženej a zrozumiteľnej „dohody o pracovnej integrácii“. Napriek tomu som presvedčený, že by sme mali bojovať proti nezamestnanosti i prostredníctvom podpory podnikania a vytvárania lepších podmienok pre nové podniky, start-upy a začínajúcich podnikateľov.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Podržao sam ovo izvješće jer se u razdoblju nakon gospodarske krize dugotrajna nezaposlenost udvostručila. Preko 12 milijuna osoba, tj. 5 % radno aktivnog stanovništva EU-a dugotrajno je nezaposleno, a u 2014. godini više od 60 % dugotrajno nezaposlenih nije radilo barem dvije uzastopne godine. Svake godine jedna od pet nezaposlenih osoba potpuno prestane tražiti posao.

Stopa nezaposlenosti na ovakvoj razini jest zabrinjavajuća. Ono što države članice trebaju jest osigurati kvalitetna radna mjesta za dugotrajno nezaposlene i izbjeći njihovo nesigurno zapošljavanje. Premda se društveni, gospodarski i proračunski uvjeti država članica izrazito razlikuju, dugotrajno nezaposleni čine vrlo heterogenu grupu stoga se treba suočiti s različitostima koje nose posljedice nezaposlenosti. Veliki broj ljudi počinje gubiti samopouzdanje te na taj način ne mogu ostvariti svoj osobni potencijal.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Velika ekonomska kriza uzrokovala je dugotrajnu nezaposlenost koja se udvostručila u razdoblju od 2007. godine i koja se smatra odgovornom za polovicu ukupne nezaposlenosti, odnosno više od 12 milijuna ljudi, predstavljajući tako 5 posto aktivne populacije EU-a.

Stopa dugotrajne nezaposlenosti znatno varira među državama članicama, pa je tako ta stopa u Austriji 1,5 posto, dok je u Grčkoj 19,5 posto. Države članice s najvišom stopom dugotrajne nezaposlenosti jesu Italija, Portugal, Slovačka, Hrvatska i Grčka. Potrebno je stoga nastaviti raditi na ekonomskom oporavku koji u ovom trenutku još uvijek ne uspijeva značajnije smanjiti visoke postotke strukturalne nezaposlenosti, te stoga ovaj prijedlog podržavam.

Richard Sulík (ECR), *písomne* – Hlasoval som proti návrhu. Návrh totiž prináša mnohé opatrenia, ktoré problémy s nezamestnanosťou z dlhodobého hľadiska ešte viac zosilnia, ako napríklad výzvy na väčšie prerozdelenie na programy boja proti nezamestnanosti, výzvy na väčšiu iniciatívu verejných orgánov pri pomoci nezamestnaným nájsť si pracovné miesto, vyzdvihovanie dnešných programov na boj proti zamestnanosti a podobne.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za resoluciju o priporočilu Sveta o vključevanju dolgotrajno brezposelnih na trg dela. Svetovna gospodarska in finančna kriza, ki nas je doletela, je še vedno prisotna z zastražujočimi posledicami.

Poleg tega, da imamo v Evropski uniji ogromno število mladih brezposelnih – okrog 5 milijonov mladih, mlajših od 25 let, je bilo lani brezposelnih v Evropski uniji –, se soočamo tudi z naraščajočo trajno brezposelnostjo, ki se je od leta 2007 še podvojila. Potrebujemo hitre in učinkovite ukrepe, ki bodo spodbudili zaposlovanje, še posebej v regijah z visoko stopnjo strukturne brezposelnosti.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραφώς.* – Υπερψηφίσαμε το ψήφισμα για την επανένταξη των μακροχρόνια ανέργων στην αγορά εργασίας, γιατί υπογραμμίζει την ανάγκη επανένταξης των μακροχρόνια ανέργων στην αγορά εργασίας με πολιτικές που να απευθύνονται σε όλους τους μακροχρόνια άνεργους και όχι μόνο τους εγγεγραμμένους. Δυστυχώς δίνεται μεγαλύτερο βάρος στις εξατομικευμένες «συμφωνίες εργασιακής ένταξης» και ατομικής ανάπτυξης, αντί να ζητούνται και κρατικές επενδύσεις για δημιουργία θέσεων εργασίας, αλλά δεν παύουν και αυτές οι στρατηγικές να έχουν τη σημασία τους, την οποία αναγνωρίζουμε. Τονίζεται επίσης στο ψήφισμα πως κάθε πρόγραμμα επανένταξης των μακροχρόνια ανέργων πρέπει να εκπονείται σε στενή συνεργασία με τους κοινωνικούς εταίρους. Αυτό, σύμφωνα πάντα με το ψήφισμα, μεταφράζεται στο να καλούν τα κράτη μέλη τους εργοδότες να συμμετέχουν ενεργά στην προσφορά εργασίας σε μακροχρόνια άνεργους, αλλά και οι υπηρεσίες απασχόλησης των κρατών μελών να συνδράμουν τις ΜΜΕ στη δημιουργία τέτοιων προγραμμάτων καθοδήγησης. Τέλος, το ψήφισμα ζητά να βελτιωθούν οι οικονομικές και διοικητικές ικανότητες των δημόσιων υπηρεσιών απασχόλησης, ώστε να είναι σε θέση να διαδραματίσουν κεντρικό ρόλο στην εφαρμογή της παρούσας πρότασης, και καλεί την Επιτροπή και τα κράτη μέλη να εκτιμήσουν πώς θα στηρίξουν τα ειδικά ενδοεργασιακά προγράμματα κατάρτισης, καθώς και τα σχέδια επιχειρησιακής ανάπτυξης και επενδύσεων που έχουν δημιουργήσει βιώσιμες ποιοτικές θέσεις εργασίας για τους μακροχρόνια άνεργους.

József Szájer (PPE), *írásban.* – A ma elfogadott európai parlamenti határozat az Európai Tanács következő, foglalkoztatáspolitikai témában tartandó tanácskozásához fogalmazott meg ajánlásokat a hosszú távú munkanélküliség kezelése érdekében. A határozat újszerűsége abban nyilvánul meg, hogy az Unió végre-valahára felismerte, hogy a hosszú távú munka nélkül lévő, közel 12 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, hiszen számuk és arányuk az utóbbi években, különösen a pénzügyi és államadósság-válság következményeként jelentősen megugrott és egyúttal nagy eltérések találhatók a tagállamok közt. Ezért különösen fontos, hogy a ma elfogadott határozatba bekerült az, hogy a jelenlegi alapszerződések tisztelete mellett a helyi, regionális viszonyokat is figyelembe kell venni a hosszú távú munkanélküliség elleni harcban.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

A határozat konkrét EU-tagállamokat is nevesít, ahol különösen súlyos a foglalkoztatási válság: Portugália, Szlovákia, Horvátország, Spanyolország és Görögország. Magyarország – velük szemben – jelentősen tudta növelni a foglalkoztatást az utóbbi években és az uniós átlag alatt tudta tartani a hosszú ideje munkát kereső polgárok számát, amivel Magyarország Németország és Csehország között helyezkedik el az európai rangsorban, ami jelentős eredmény. Ugyanakkor még mindig nem dőlhetünk hátra: tovább kell dolgoznunk és nyitottnak kell maradni minden lehetőség és működő megoldás irányában is.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam az indítványt, mivel egy jobb Európai Unió létrehozása a célja. A gazdasági válság és annak következményei miatt 2007 óta megkétszereződött a tartósan munkanélküliek száma és e helyzet kezelésére EU-s szintű megoldásra van szükség. Úgy vélem, hogy ezen a téren érdemi lépésekre, megbízható statisztikákra és ellenőrzésre van szükség. Ne legyen olyan például, hogy Magyarország a foglalkoztatási adatai közé számolja azokat, akiknek külföldön van munkahelyük, vagy ugyanúgy egy statisztikai egységnek számítsa őket akkor is, ha már csak egy órát is dolgoztak egy hónapban. Ne legyen olyan közmunkaprogram, amely modernkori rabszolgáltatásként havi mintegy 150 euró fizetést ad. Ehelyett javaslom, hogy a kormányok fogadják meg az indítvány ajánlásait, köztük azt, hogy olyan konkrét munkahelyi képzési programokat, valamint üzleti fejlesztési és beruházási terveket kell kialakítani, amelyek fenntartható és minőségi munkahelyeket hoznak létre tartósan munkanélküli személyek számára. Mindez azért, mert a tartós munkanélküliség gyakran vezet szegénységhez, egyenlőtlenségekhez és társadalmi kirekesztettséghez, valamint aránytalanul nagymértékben sújtja a munkaerőpiacon hátrányos helyzetben lévő veszélyeztetett személyeket.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – J'ai soutenu le texte et les trois grandes mesures de la proposition: i) améliorer notablement l'inscription des chômeurs de longue durée auprès d'un service de l'emploi afin qu'ils soient tous pris en compte; ii) évaluer le potentiel, les besoins et les préférences individuelles des chômeurs de longue durée avant qu'ils n'atteignent 18 mois de chômage; et iii) proposer un accord d'intégration professionnelle compréhensible, équilibré et adapté entre les chômeurs de longue durée et les services concernés au plus tard lorsque la personne concernée atteint 18 mois de chômage; l'évaluation individualisée devrait avoir lieu avant que la personne n'atteigne 12 mois de chômage afin que l'accord d'intégration professionnelle puisse être mis en place avant qu'elle n'atteigne 18 mois de chômage; l'approche en trois étapes ne devrait pas manquer pas d'intégrer, le cas échéant, les acteurs non gouvernementaux, tels que les ONG sociales qui travaillent avec les chômeurs de longue durée, dans le processus d'ensemble.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – I supported this resolution, which draws attention to the fact that more than 12 million people in the EU have been unemployed for a long time, with the situation becoming more severe since the 2007 economic crisis. It warns that long-term unemployment often leads to poverty and has huge societal costs. Therefore, the resolution welcomes the proposal for a Council Recommendation on the integration of the long-term unemployed into the labour market and equally urges Member States to take action. It stresses the need to reach out also to unregistered long-term unemployed and to exercise an individual approach. Importantly, it calls on the Commission and the Member States to assess how to support business development and investment plans to create sustainable and quality jobs for the long-term unemployed.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Predloge resolucij - Priporočilo Sveta o vključevanju dolgotrajno brezposelnih na trg dela sem podprla, saj menim, da dolgotrajna brezposelnost negativno vpliva na ljudi, postopoma izgublja svoja znanja in spretnosti, kar lahko povzroči osebno stisko, slabši izkoristek človeškega kapitala, izgubo gospodarskega potenciala in povečanje socialnih izdatkov.

S povečano stopnjo prehoda dolgotrajno brezposelnih v zaposlitev bi pripomogli k trajnostni rasti, hkrati pa bi lahko razbremenili tudi javne finance.

Yana Toom (ALDE), in writing. – I support the initiative by the Commission on the integration of the long-term unemployed into the labour market and the three main components of the proposal. However, Member States should consider regional differences. Labour taxation systems of some Member States can hardly promote creation of new jobs. There should also be no obstacles for freedom of movement in the European Union. For example, in the Baltic region freedom of movement of workers is now compromised by disproportionately high professional linguistic requirements.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), por escrito. – Me he abstenido en la votación de la propuesta de Resolución. En esta se analiza la complejidad de la situación de los desempleados de larga duración con un planteamiento afín a nuestras posiciones, mencionando las deficiencias en las estadísticas y las consecuencias sociales, económicas, familiares, profesionales, para la salud y de integración para los parados de larga duración, entre otras. El texto se centra en tres componentes principales: 1) refuerzo ambicioso del registro de los parados en un servicio de empleo para su cobertura total; 2) evaluación del potencial individual y de las necesidades y preferencias de empleo de los desempleados de larga duración antes de que lleven 18 meses desempleados; 3) oferta de un acuerdo de integración laboral integral entre empleado/a y servicio de empleo antes de los 18 meses de desempleo.

Sin embargo, entre los aspectos negativos, no se hace referencia a reforzar económicamente los servicios públicos de empleo, se pone demasiado énfasis en las ayudas a los empresarios para la integración de estos desempleados sin priorizar la importancia de implementar políticas que se han demostrado eficaces. También se hace referencia al Semestre Europeo y a las recomendaciones específicas por país, un planteamiento que rechazamos.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – A gazdasági válság és annak következményei miatt 2007 óta megkétszereződött a tartósan munkanélküliek száma, és immár ebbe a kategóriába tartozik a munkanélküliek fele: több mint 12 millió fő, vagyis az EU aktív lakosainak 5%-a. Ennél is súlyosabb, hogy 2014-ben a tartós munkanélküliek több mint 60%-a már legalább két egymást követő évben munkanélküli volt. A fenntartható munkahelyteremtés az Unió egyik legfontosabb feladata, ezért támogattam a jelentést.

Traian Ungureanu (PPE), în scris. – Din 2007 până în prezent, ca urmare a crizei economice și a consecințelor sale, șomajul de lungă durată s-a dublat și reprezintă jumătate din șomajul total. Mai exact, peste 12 milioane de persoane nu au în prezent un loc de muncă. Totodată, statisticile arată că în 2014, peste 60 % din totalul șomerilor de lungă durată nu avuseseră un loc de muncă de cel puțin doi ani consecutivi.

Rezoluția Parlamentului European salută inițiativa Comisiei de a propune o recomandare a Consiliului privind integrarea șomerilor de lungă durată pe piața forței de muncă. Propunerile cuprinse în această recomandare sunt foarte ambițioase, însă este necesar un efort susținut al statelor membre pentru a se asigura că ele sunt, într-adevăr, implementate și puse în aplicare.

Totodată, este necesar ca redresarea economică să devină mai dinamică, deoarece, în prezent, nu oferă suficiente stimulente pentru a reduce în mod semnificativ rata ridicată a șomajului structural.

Prin intermediul prevederilor incluse, rezoluția solicită Comisiei Europene să examineze opțiunile de accesare rapidă a finanțării UE și să mobilizeze resurse suplimentare, acolo unde este posibil, astfel cum s-a întâmplat în cazul inițiativei „Locuri de muncă pentru tineri”.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – Me he abstenido en la votación de la propuesta de Resolución. En esta se analiza la complejidad de la situación de los desempleados de larga duración con un planteamiento afín a nuestras posiciones, mencionando las deficiencias en las estadísticas y las consecuencias sociales, económicas, familiares, profesionales, para la salud y de integración para los parados de larga duración, entre otras. El texto se centra en tres componentes principales: 1) refuerzo ambicioso del registro de los parados en un servicio de empleo para su cobertura total; 2) evaluación del potencial individual y de las necesidades y preferencias de empleo de los desempleados de larga duración antes de que lleven 18 meses desempleados; 3) oferta de un acuerdo de integración laboral integral entre empleado/a y servicio de empleo antes de los 18 meses de desempleo.

Sin embargo, entre los aspectos negativos, no se hace referencia a reforzar económicamente los servicios públicos de empleo, se pone demasiado énfasis en las ayudas a los empresarios para la integración de estos desempleados sin priorizar la importancia de implementar políticas que se han demostrado eficaces. También se hace referencia al Semestre Europeo y a las recomendaciones específicas por país, un planteamiento que rechazamos.

Ivo Vajgl (ALDE), in writing. – I voted in favour of this resolution because it is crucial that we address the topic of long-term unemployment. As a result of the economic crisis, long-term unemployment has doubled since 2007 and accounts for half of total unemployment, or more than 12 million people, representing 5% of the EU's active population; over 60% of the long-term unemployed were out of work for at least two consecutive years in 2014.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Long-term unemployment often leads to poverty, inequalities and social exclusion, and disproportionately affects vulnerable people who are in a disadvantaged position on the labour market. I agree with the proposed actions addressing this issue: (i) ambitiously stepping up the registration of the long-term unemployed through an employment service aiming at full coverage; (ii) assessing the individual potential, needs and job preferences of the long-term unemployed before they reach 18 months of unemployment; and (iii) offering a tailor-made, balanced and comprehensible 'job integration agreement' between the long-term unemployed and the services involved, at the latest by the time the person concerned reaches 18 months of unemployment.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un asunto de máxima importancia para Europa, ya que el desempleo de larga duración constituye un problema de gran importancia en múltiples países de la UE que han sido golpeados por la crisis económica. Por ello considero necesario votar a favor de esta Resolución.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Las políticas económicas de la Unión Europea, su obsesión por la austeridad y su falta de compromiso con la cohesión social y regional son algunas de las causas estructurales del rápido crecimiento de la tasa de desempleo de larga duración y su concentración en los países de la periferia europea.

Aun cuando la Recomendación del Consejo no rectificará esta orientación neoliberal, sí que considero positivo que se liberen fondos y se desarrollen políticas para aliviar algunos de los efectos de esta elevada tasa de desempleo. Sin embargo, se corre el riesgo de repetir ahora los errores de la Garantía Juvenil: la falta de participación de los interlocutores sociales en el diseño, implementación y gestión de las políticas por desarrollar; la insuficiencia de fondos (especialmente en aquellos países más castigados por los recortes); la facilitación de nuevos subsidios a las empresas en lugar de optar por políticas de formación y orientación laboral realmente eficaces. Por ello, me he abstenido.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Long-term unemployment is not a problem relating to one Member State or even to Europe, but one that we must come to terms with if the promise of the European Union is to be fulfilled by all our citizens. I was, therefore, proud to vote on this resolution. We must do more, more effectively, to give people the tools to exit long-term unemployment and utilise their talents for the common good. Too often we patronise people in long-term unemployment, and presume that they need to be harshly punished to force them into gainful work, when almost all are striving for work but have not been given the tools to adequately integrate themselves into the employment market.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – En 2014 plus de 12 millions de travailleurs, soit 5 % de la population active de l'UE, sont au chômage de longue durée et 62 % sont sans emploi depuis au moins deux années consécutives. Les conséquences du chômage de longue durée sont considérables et délétères: augmentation de la pauvreté des ménages, érosion des compétences, incidence plus élevée des problèmes de santé, augmentation du risque d'exclusion sociale, de la pauvreté et des inégalités.

L'objectif du Conseil est d'augmenter le retour vers l'emploi des chômeurs de longue durée. Les objectifs spécifiques sont d'accroître la couverture de l'inscription et de soutien pour les chômeurs de longue durée, pour assurer la continuité et la coordination entre les services concernés et «accroître l'efficacité des interventions visant à la fois le chômage de longue durée et les employeurs».

Le groupe d'extrême droite a profité de cette résolution pour se livrer à un exercice de démagogie proposant des amendements simplistes.

Je me suis abstenue finalement car si je souscris à ces objectifs pour améliorer le retour rapide à l'emploi des chômeurs de longue durée, les recommandations du Conseil et du Parlement européen privilégie la compétitivité des entreprises et s'inscrivent dans le cadre des mesures d'austérité et du Semestre européen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O desemprego de longa duração representa um excelente instrumento ao serviço das políticas que querem tornar a mão-de-obra mais barata e mais explorada. Se um trabalhador está mais de 12 ou 18 meses sem estar empregado, já se deveria sentir muito feliz com qualquer migalha.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

O anterior governo de direita em Portugal, com esta ideia em mente, criou um programa de estágios para desempregados de longa duração, contribuindo diretamente para a substituição de emprego com direitos por emprego precário, para a redução direta dos salários e, ainda por cima, subsidiando essa redução dos salários com dinheiros da segurança social.

Compreendemos a necessidade de fazer baixar o desemprego. Contudo, há regras mínimas, muitas delas relativas à dignidade humana. Antes de tudo, é necessário também criar postos de trabalho em bases sólidas, com crescimento da economia real, e que seja cumprido o princípio de que a um posto de trabalho permanente corresponde um vínculo efetivo de trabalho.

Todos estes modelos de trabalho precário devem ser convertidos em contratos efetivos, quando respondem a necessidades permanentes.

Tudo o resto são exercícios de retórica para disfarçar políticas fomentadoras da exploração.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt ist meines Erachtens ein wichtiges Unterfangen, da es für die wirtschaftliche Prosperität Europas und der Mitgliedstaaten der EU von entscheidender Bedeutung ist. Gerade in Krisenzeiten muss man Langzeitarbeitslose durch sinnvoll investierte Projekte unterstützen.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione relativa alla raccomandazione del Consiglio sull'inserimento dei disoccupati di lungo periodo nel mercato del lavoro perché non possiamo permettere che questo capitale umano venga perso. Spetta all'Europa costruire le premesse per il ricollocamento di queste persone attraverso una maggiore efficacia delle politiche attive per il lavoro e sistemi di formazione che sfruttino le potenzialità offerte dalle nuove economie e dal digitale.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Diese Entschließung ist ein weitere Folge des Versagens der Euro-Währungsunion, die in verschiedenen Mitgliedsstaaten große soziale Probleme und Verwerfungen hervorgerufen hat. Aufgrund historischer, kultureller und vor allem ökonomischer Unterschiede zählen jedoch die Arbeits- und Sozialpolitik zu den nationalen Aufgaben der Mitgliedsstaaten. Die AfD sieht diese beiden Grundsätze als unverrückbare Basis einer zukünftigen Fortentwicklung der EU. Diese dürfen einer der Eurorettungspolitik geschuldeten „Harmonisierung“ nicht geopfert werden. In verschiedenen EU-Krisenländern ist Langzeitarbeitslosigkeit ein besonderes Problem. Dessen Lösung ist nationale Aufgabe. Die Ursachen liegen oft in unzureichenden Reformen der nationalen verkrusteten Arbeitsmärkte und Entscheidungsstrukturen. Die von der AfD angestrebte Neuordnung des Währungssystems wäre mit einer Abwertung der Währungen der südlichen Länder Europas verbunden und könnte einen wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit leisten und damit zu neuem Wachstum und neuen Arbeitsplätzen besonders für Jugendliche und Langzeitarbeitslose führen. Darüber hinaus sind Beschäftigungsverhältnisse in den Krisenländern über Gebühr zulasten der jungen Generation bestandsgeschützt. Ebenso verhindern dortige Mindestlohnregelungen den Zutritt von Berufsanfängern zum Arbeitsmarkt. Ohne entsprechende Reformen in diesen Krisenstaaten bleiben auch europäische Hilfen ohne Wert. Deswegen stimmte ich gegen die Entschließung.

Anna Záborská (PPE), *par écrit*. – Ce texte clair est ce dont l'Union européenne a besoin pour combattre le chômage de longue durée chez les jeunes. Le fléau du chômage touche trop de jeunes européens et, au-delà du coût économique, ce sont des drames humains qui ne peuvent être acceptés. C'est pourquoi le rapport prône, à juste titre, une réaction rapide pour les chômeurs récemment inscrits, et ce, afin de ne pas les laisser s'enfoncer dans le chômage de longue durée. En préconisant une évaluation rapide de leur potentiel et de leurs besoins, ainsi qu'en proposant un accord d'intégration professionnelle adapté et équilibré (y compris en faisant appel à des organismes non gouvernementaux ayant une bonne connaissance en la matière et travaillant déjà avec des chômeurs de longue durée), le rapport propose des pistes concrètes pour lutter contre ce fléau.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραφτώς*. – Μακριά από τα προβλήματα και ενάντια στις πραγματικές ανάγκες των μακροχρόνιων ανέργων ήταν το ψήφισμα για την «ένταξη των μακροχρόνια ανέργων στην αγορά εργασίας». «Προγράμματα επανένταξης στις ανάγκες της αγοράς εργασίας» και «καλύτερη κατανόηση των επιχειρηματικών απαιτήσεων και αναγκών» ήταν μερικές από τις κομμένες και ραμμένες στις ανάγκες του κεφαλαίου κατευθύνσεις του, προκειμένου να ανακάμψει η κερδοφορία των μονοπωλίων. Αυτή θα στηριχτεί στο ξεζούμισμα της εργατικής δύναμης και στις «στρατιές» των ανέργων που χρησιμοποιούνται στον καπιταλισμό ως απειλή για τη γενίκευση των άδλιων συνθηκών εργασίας και των μισθών πείνας για όσους εργάζονται. Το ψήφισμα δε, ενθαρρύνει το λεγόμενο «κοινωνικό διάλογο» μεταξύ επιχειρήσεων και εργαζομένων, έτσι ώστε οι άνεργοι να «εκπαιδεύονται» στο να σκύβουν το κεφάλι στις απαιτήσεις των εργοδοτών. Οι «μονοαπευθυντικές θυρίδες εξυπηρέτησης» και η «εξατομικευμένη προσέγγιση» για τους άνεργους προωθούν την ιδέα της «ατομικής λύσης», για να μην συναντηθούν οι άνεργοι στην πάλη με τους υπόλοιπους άνεργους, εργαζόμενους και τα λαϊκά στρώματα για τα κοινά συμφέροντά τους. Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ καταψήφισε το ψήφισμα και στηρίζει ένα συνεκτικό πλαίσιο αιτημάτων για επίδομα

Donnerstag, 29. Oktober 2015

ανεργίας σε όλους τους ανέργους χωρίς προϋποθέσεις, πλήρη και δωρεάν ιατροφαρμακευτική περίθαλψη κ.ά. στην κατεύθυνση σύγκρουσης κι ανατροπής του καπιταλιστικού συστήματος, την αρχή του τέλους της ανεργίας.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Os trabalhadores desempregados de longa duração são um alvo fácil das políticas que querem tornar a mão-de-obra mais barata e mais explorada. É urgente dinamizar setores da economia, como a indústria, que criem postos de trabalho. Mas é necessário também que seja cumprido o princípio de que a um posto de trabalho permanente corresponde um vínculo efetivo de trabalho e que todos estes modelos de trabalho precário sejam convertidos em contratos efetivos, quando respondem a necessidades permanentes. É, por isso, urgente que, nas estratégias a adotar pelo Conselho, não se repitam as falsas soluções de criação de programas de estágios profissionais ou de pseudocontratos de inserção temporária no mercado de trabalho, que apenas aumentam a exploração dos trabalhadores, sem lhes dar uma solução viável e digna para as suas vidas.

11.20. Sicherer Einsatz ferngesteuerter Flugsysteme (RPAS) im Bereich der zivilen Luftfahrt (A8-0261/2015 - Jacqueline Foster)

Written explanations of vote

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Actualmente la Agencia Europea de Seguridad Aérea es la autoridad que proporciona la autorización para el vuelo de aeronaves pilotadas de forma remota (RPAS) únicamente cuando la masa de estas excede de 150 kg. Ante esta situación, la Comisión Europea ha presentado una propuesta para un marco regulador europeo que tenga en cuenta las características de los RPAS (peso, ámbito de operaciones, velocidad) y la naturaleza de su uso (recreativo o profesional).

Si bien apoyo la intención de la Comisión de eliminar este umbral de 150 kg y de sustituirlo por un marco reglamentario adecuado, así como de crear un mecanismo de información regular entre los Estados miembros en el que se aborden los incidentes de RPAS y se compartan buenas prácticas, me he abstenido en este informe. Y es que la Comisión no proporciona garantías para una clara división del uso civil y del militar o para el espionaje de los drones. Además, destaca que el «muy dinámico» sector de fabricación israelí, claramente de uso militar (utilizado para espionaje y ejecuciones extrajudiciales y extraterritoriales), facilita la integración de un servicio de navegación aérea civil y militar en el espacio aéreo israelí. Por ello, no he apoyado este informe.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte met en place une réglementation communautaire équilibrée. L'idée est de calquer l'encadrement des drones civils sur ce qui se fait déjà en matière de réglementation internationale dans le domaine de l'aviation civile.

Afin d'assurer la sécurité du trafic aérien et des populations, l'élaboration de règles internationales n'a en l'occurrence rien d'aberrant puisque les espaces aériens nationaux sont constamment traversés par des aéronefs étrangers.

Le rapport insiste pour que les réglementations européennes soient équilibrées en permettant d'assurer à la fois la sécurité des personnes, la protection des données et de la vie privée ainsi que le développement de cette nouvelle filière.

Par ailleurs, le rapport rappelle que tous les acteurs doivent être associés à l'élaboration des règles communautaires: États membres, Commission, autorités nationales concernées, PME, opérateurs commerciaux, forces de l'ordre, etc. Je souligne enfin le fait que ce rapport ne vise en aucun cas les drones militaires dont la réglementation doit rester du ressort exclusif des États membres.

J'ai donc voté en faveur du rapport Foster.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report is all about harmonisation, taking power away from member states and heavy-handed regulation which could stifle investment or technological advance.

On a technical point, I note the intention to remove the 150kg threshold and believe that this will impact further upon Member States.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à garantir que les drones ne menacent pas la sécurité publique ni le respect de la vie privée, étant donné que les services commerciaux utilisant des drones décollent et que leur utilisation récréative devient encore plus populaire.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą dėl nuotoliniu būdu pilotuojamų orlaivių sistemų saugaus naudojimo civilinės aviacijos srityje. Siekiant užtikrinti saugų bepiločių orlaivių naudojimą, reikia naujų proporcingų taisyklių, kuriomis būtų išvengta nereikalinga našta šios naujos pramonės vystymuisi. Per paskutinius 15 metų ši pramonė labai išaugo. Nepilotuojami orlaiviai naudojami didžiulių javų laukų priežiūrai, humanitarinių nelaimių zonose ir kovoje su miškų gaisrais. Pritariu, kad būtina užtikrinti, kad nepilotuojami orlaiviai būtų valdomi tik gerai paruoštų operatorių. Be to dronuose turi būti diegiama kliūčių nustatymo ir išvengimo technologija, taip užtikrinant, kad nuotoliniu būdu pilotuojamų orlaivių sistemos nekeltų pavojaus pilotuojamų orlaivių saugai, taip pat kad būtų atsižvelgiama į neskraidymo zonas, pavyzdžiui, į oro uostus ir kitus ypatingos svarbos infrastruktūros objektus.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We have opposed this as this report supports the Commission's proposal to remove the 150 kg threshold. Currently in the UK the CAA is responsible for anything up to 150 kg. This is a further proposal to remove powers from the UK to the EU. This report was proposed by a UK Conservative MEP and voted for by all UK MEPs except UKIP.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette résolution dans laquelle le Parlement européen se prononce en faveur d'une législation qui fixe les balises encadrant l'utilisation des drones civils.

Les utilisateurs devraient ainsi recevoir une formation comportant des informations sur le respect de la vie privée et la protection des données personnelles. Les appareils devraient être équipés d'une technologie de détection et d'évitement afin de ne pas mettre en péril la sécurité des appareils avec pilote et de tenir compte des zones densément peuplées ainsi que des zones d'exclusion aérienne comme les aéroports. De même, l'utilisation des systèmes de drones par les forces de l'ordre et les services de renseignement devrait évidemment respecter le droit fondamental à la vie privée, à la protection des données, à la libre circulation et à la liberté d'expression.

Enfin, les autorités compétentes pour la protection des données dans les États membres devraient partager les orientations spécifiques en matière de protection des données pour les drones utilisés à des fins commerciales.

Tiziana Beghin (EFDD), *per iscritto*. – Voto positivamente, visto che ancora non esiste nell'UE un'armonizzazione per regolare l'utilizzo di droni nel settore dell'aviazione civile. Si devono creare norme che, non imponendo oneri sproporzionati alle PMI e proteggendo i dati e la privacy, trattino l'idoneità alla navigazione aerea, le specifiche di certificazione, gli impieghi commerciali e ricreativi, l'identità del drone e del proprietario/operatore, l'autorizzazione delle organizzazioni di addestramento per i piloti, la formazione dei piloti e la concessione di licenze, le operazioni, le responsabilità e le assicurazioni, la protezione dei dati e della vita privata, il *geo-fencing* e zone di divieto di sorvolo.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur l'utilisation sûre des systèmes d'aéronefs télépilotes (RPAS) dans le domaine de l'aviation civile doit permettre de réglementer l'utilisation des drones dans le secteur civil. En effet, une réglementation internationale encadrant l'usage des drones civils est nécessaire pour assurer la sécurité du trafic aérien et des populations. Le rapporteur considère à juste titre qu'une harmonisation à l'échelle européenne est une étape utile dans le processus d'élaboration de règles mondiales, mais cette législation de l'Union doit être équilibrée, notamment pour ce qui est de la protection des données et de la préservation de la vie privée, qui doivent être garanties sans pour autant pénaliser les PME produisant des drones.

Enfin, le rapport note qu'il est particulièrement important que toutes les parties prenantes coopèrent et donc il est primordial que la Commission ne soit pas seule en charge. J'ai donc voté pour ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il testo della relazione è condivisibile ed equilibrato. Ritengo importante che si tuteli la sicurezza dei cittadini nei confronti dell'uso sicuro dei sistemi aerei a pilotaggio remoto da parte dell'aviazione civile, quindi ho votato in suo favore.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Malin Björk (GUE/NGL), skriftlig. – Jag har valt att avstå i omröstningen om detta betänkande.

Betänkandet syftar främst på drönare i civil luftfart och lyfter fram vikten av skydd av personuppgifter, rätten till skydd av privatliv och andra grundläggande rättigheter, vilket är bra. Däremot kan jag inte stödja skrivningen som understryker att en integrerad civil–militär flygtrafiktjänst gör det lättare att integrera RPAS i det israeliska luftrummet. Jag kommer aldrig att kunna stödja ett betänkande som legitimerar drönare för militära ändamål eller Israels krig mot Palestina.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl nuotoliniu būdu pilotuojamų orlaivių sistemų saugaus naudojimo civilinės aviacijos srityje. Šios profesiniais tikslais naudojamos nuotoliniu būdu pilotuojamų orlaivių sistemos taip pat duoda daug naudos įvairiose civilinio naudojimo srityse, o jų papildoma nauda auga didėjant atstumui nuo aparato iki nuotolinio valdymo prietaiso. Šių sistemų panaudojimo galimybės labai įvairios ir ateityje gali būti dar labiau išplėtos: jos, pavyzdžiui, padeda atlikti saugumo patikrinimus ir stebėti infrastruktūrą (geležinkelių bėgius, užtvargas ir energijos įrenginius), taip pat įvertinti gaivalines nelaimes, vykdyti (aplinkos požiūriu atsakingo) tikslinio ūkininkavimo veiklą, kurti žiniasklaidos produkciją, atlikti aviacinę termografiją ar pristatyti siuntas į nuošalius regionus. Galime numatyti, kad artimiausioje ateityje greitai bus plėtojami nauji taikymo būdai. Todėl Parlamentas mano, kad darnaus reglamentavimo Sąjungos mastu trūkumas gali sutrukdyti vystyti Europos nuotoliniu būdu pilotuojamų orlaivių rinkai, nes nacionalinio lygmens leidimai paprastai nėra pripažįstami kitose valstybėse narėse. Todėl palankiai vertina tai, kad iki 2015 m. pabaigos turi būti patvirtintas Komisijos pasiūlymas dėl teisėkūros šioje srityje. Bus nustatyti nauji civilinių nuotoliniu būdu pilotuojamų orlaivių sistemų skrydžių reguliavimo standartai, apimantys saugos, saugumo, privatumo, duomenų apsaugos, draudimo ir atsakomybės aspektus. Komisija siekia sudaryti sąlygas ES pramonei tapti pasauline šios besiformuojančios technologijos verslo lydere.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Posljednjih 15 godina je rapidno porasla upotreba zrakoplovnih sustava na daljinsko upravljanje, poznatih kao bespilotne letjelice ili dronovi, a oni osmišljeni za hobi i rekreaciju postaju sve popularniji. Ta tehnologija je razvijena prvenstveno za vojne potrebe, no sad se primjenjuje u komercijalne svrhe, čime se pomiču zakonodavne granice. Sukladno tome, potrebno je kvalitetno regulirati njenu upotrebu na razini EU-a.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – Ce sujet est en effet préoccupant au moment où des centrales nucléaires ou d'autres bâtiments sensibles, comme des écoles confessionnelles, sont survolées par des drones non identifiés. L'absence de réglementations nationales laisse le champ ouvert à une législation européenne dans ce domaine relativement nouveau. Celle-ci devra être équilibrée: ni trop restrictive ni trop libérale.

En insistant, à l'instar du rapporteur, sur la nécessité d'associer, avec la Commission, toutes les parties prenantes (aviation civile, sociétés fabriquant ces appareils, opérateurs commerciaux de ces drones, forces de l'ordre, etc.) à l'élaboration de ce projet de législation sur ce secteur éminemment stratégique, j'ai voté pour ce texte.

Daniel Buda (PPE), în scris. – Dronele sau sistemele de aeronave pilotate de la distanță (*remotely piloted aircraft systems* – RPAS) reprezintă un subiect de interes care ne preocupă și căruia trebuie să îi acordăm un interes sporit.

Sunt de acord că utilizarea dronelor prezintă beneficii precum o reală șansă de stimulare a creării locurilor de muncă, precum și o sursă de inovare și de creștere economică pentru anii următori însă trebuie să avem în vedere provocările acestor tipuri de aeronave pilotate de la distanță. Este vorba de siguranță, de securitate și de respectarea drepturilor cetățenilor, aspecte ce trebuie soluționate înainte ca dronele civile să poată fi utilizate la scară largă în Uniunea Europeană.

Am votat în favoarea raportului referitor la utilizarea în siguranță a sistemelor de aeronave pilotate de la distanță (SAPD) în domeniul aviației civile deoarece, la fel ca și raportorul, mă declar în favoarea lor și le recunosc avantajele însă consider că sunt absolut necesare o serie de politici adecvate, care să protejeze viața privată și să asigure protecția datelor.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. La relazione della commissione Trasporti sembra completa. Si tocca sia il tema dell'importanza di sviluppare l'industria che produce questo tipo di velivoli, sia il tema della sicurezza. Esistono, infatti, problemi importanti relativi al rispetto della *privacy* e ai dati personali dei cittadini connessi a questo tema.

Tutto sommato, questo testo appare equilibrato. A trattati vigenti sarebbe illusorio pensare che velivoli di questo tipo possano essere disciplinati solo da norme di livello nazionale.

Chiaramente, specialmente per alcuni gruppi politici, il tema di questi velivoli si collega alla particolare sensibilità del loro impiego anche di tipo militare. Si tenga conto che, ad oggi, norme relative a questi apparati esistono o sono in corso di sviluppo in Austria, Croazia, Danimarca, Francia, Germania, Italia, Irlanda, Polonia, Repubblica Ceca, Spagna e Regno Unito.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Les véhicules aériens sans pilote ou encore drones constituent des nouveautés technologiques à haut potentiel d'innovation et de croissance économique. L'Union européenne doit adapter son marché à cette évolution technologique en établissant des règles qui permettent la compétitivité des entrepreneurs européens dans le domaine et qui respectent la vie privée des citoyens. C'est avec une innovation technologique encadrée par des règles harmonisées et pertinentes en matière sécuritaire que l'économie européenne se redressera. Les drones civils ont un potentiel de création d'emploi considérable. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo sull'uso sicuro dei sistemi aerei a pilotaggio remoto (RPAS), noti comunemente come veicoli aerei senza equipaggio (UAV – *unmanned aerial vehicles*), nel settore dell'aviazione civile.

Questa tecnologia viene largamente applicata all'utilizzo commerciale, garantendo vantaggi significativi per usi civili diversi, e potrà essere ulteriormente estesa ad altri campi in futuro. Tutti gli Stati membri svolgono attività in questo campo, che sono considerate legali solo in presenza di una legislazione nazionale in materia.

Purtroppo, le autorizzazioni rilasciate da uno Stato in genere non formano oggetto di reciproco riconoscimento negli altri Paesi e l'assenza di una regolamentazione armonizzata a livello di UE rischia di limitare fortemente lo sviluppo di un mercato europeo dei sistemi RPAS.

Considerando che la risoluzione in oggetto ha messo in evidenza la necessità di pervenire ad una adeguata ed efficiente normativa del settore, ho deciso di votare a favore del testo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which is aimed at regulating the use of civil drones in Europe. At present there are only national regulations with No EU or global regulations on civil use.

James Carver (EFDD), *in writing*. – We have opposed this as this report supports the Commission's proposal to remove the 150 kg threshold. Currently in the UK the CAA is responsible for anything up to 150 kg. This is a further proposal to remove powers from the UK to the EU. This report was proposed by a UK Conservative MEP and voted for by all UK MEPs except UKIP.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I agree with the rapporteur that we should treat the safe use of remotely piloted aircraft systems (RPAS) as a new type of aircraft and its services should be developed for industry to invest. In addition, in order to integrate RPAS to the European airspace, there is a need to develop new technology and standards.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione che mira a trasmettere un segnale politico alla Commissione europea per istituire una regolamentazione armonizzata a livello europeo (e mondiale) per l'utilizzo di droni nel settore dell'aviazione civile.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Il testo richiama la Commissione a introdurre norme chiare in merito al mercato interno e al commercio internazionale per la produzione, la vendita, l'acquisto, il commercio e l'uso. In particolare si richiedono norme sull'idoneità alla navigazione aerea, le specifiche di certificazione, gli impieghi commerciali e ricreativi, l'identità del drone e del proprietario/operatore, l'autorizzazione delle organizzazioni di addestramento per i piloti, la formazione dei piloti e la concessione di licenze, le operazioni, la responsabilità e le assicurazioni, la protezione dei dati e della vita privata, il *geo-fencing* e le zone di divieto di sorvolo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η έκθεση αφορά την ασφαλή χρήση των συστημάτων τηλεχειριζόμενων αεροσκαφών (RPAS), κοινώς γνωστών ως μη επανδρωμένων εναέριων οχημάτων, στον τομέα της πολιτικής αεροπορίας.

Η Επιτροπή προτείνει να αντιμετωπίσει το ζήτημα των πτητικών λειτουργιών των RPAS σε ένα μελλοντικό ευρωπαϊκό πλαίσιο πολιτικής. Ορίζει ότι κάθε κανονισμός που εκδίδεται πρέπει να ευνοεί την ανάπτυξη της αγοράς εμπορικών RPAS και ταυτόχρονα του δημοσίου συμφέροντος.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché i cosiddetti droni stanno avendo ampia diffusione con le applicazioni più disparate e una normativa europea armonizzata diventa dunque desiderabile. Non è concepibile che, come accade in Italia, a un apparecchietto di 2,5 kg si applichino le stesse norme degli aerei civili. Non è concepibile che un settore in fase di rapida crescita venga soffocato da norme troppo stringenti e che gli investimenti scappino nei Paesi limitrofi dove le leggi sono più ragionevoli.

Bisogna intervenire e coordinare, affinché il grande potenziale di questa innovazione si realizzi a beneficio delle imprese e dei lavoratori.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – We have opposed this as this report supports the Commission's proposal to remove the 150 kg threshold. Currently in the UK the CAA is responsible for anything up to 150 kg. This is a further proposal to remove powers from the UK to the EU. This report was proposed by a UK Conservative MEP and voted for by all UK MEPs except UKIP.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Enquanto relator-sombra da Comissão LIBE, procurei garantir que os novos desafios colocados por esta nova tecnologia à proteção dos direitos fundamentais, à segurança, às forças de polícia e à ordem pública fossem discutidos e acautelados. Para tal, defendi e garanti uma abordagem europeia, chamando para o processo a indústria e os organismos nacionais e europeus; defendi e garanti que o quadro regulamentar fosse tão tecnologicamente neutro quanto possível; defendi e garanti uma abordagem que não asfixiasse a indústria que agora começa a florescer.

Este relatório, que apoio, reflete precisamente esta abordagem. Por um lado, recomendando um conjunto de medidas que permitam ter um mercado europeu único, assim como tomar a dianteira na criação de *standards* mundiais. E, por outro lado, reconhecendo os desafios e acolhendo as recomendações da Comissão LIBE, como a necessidade de rastreabilidade, de um quadro jurídico adequado ao efeito potenciador de novas tecnologias, como câmaras e sensores térmicos, ou o estímulo ao investimento em tecnologias de privacidade e segurança.

Feito o diagnóstico, avançadas soluções e linhas de ação, agora é tempo de agir.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – We have opposed this as this report supports the Commission's proposal to remove the 150 kg threshold. Currently in the UK the CAA is responsible for anything up to 150 kg. This is a further proposal to remove powers from the UK to the EU. This report was proposed by a UK Conservative MEP and voted for by all UK MEPs except UKIP.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Gli ultimi quindici anni hanno visto una rapida crescita dell'utilizzo dei «sistemi aerei a pilotaggio remoto (RPAS)», comunemente noti come «veicoli aerei senza equipaggio (UAV)» o droni. Questa tecnologia, elaborata essenzialmente per finalità militari, è adesso applicata anche all'utilizzo commerciale: ciò significa che gli usi dei sistemi RPAS sono ampiamente variati e potranno essere ulteriormente estesi ad altri campi in futuro.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Le attività operative sono legali solo ove sia in vigore una legislazione nazionale in materia. Infatti, tutte le operazioni effettuate da veicoli aerei senza equipaggio devono ottenere un'autorizzazione specifica: l'assenza di regolamentazione a livello europeo potrebbe ostacolare lo sviluppo di un mercato europeo dei sistemi RPAS.

Per questo motivo ritengo che tale settore necessiti urgentemente di un'armonizzazione legislativa a livello europeo, sempre nel rispetto della protezione dei dati e della privacy.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La direttiva mira a regolamentare l'uso dei sistemi aerei a pilotaggio remoto (RPAS), noti come UAV (*unmanned aerial vehicles*), nel settore dell'aviazione civile. L'Europa è *leader* nell'uso di sistemi RPAS per il settore civile con 2 500 operatori.

Attualmente non vi è armonizzazione tra gli Stati membri dell'UE che svolgono azioni nell'ambito della produzione o delle attività produttive. Nella relazione si chiede che i droni vengano considerati come tipi di aeromobili e che le responsabilità del loro utilizzo ricadano sugli operatori. I problemi principali riguardano la gestione del traffico, la necessità di identificare i droni tenendo conto delle caratteristiche di peso, ambito operativo e velocità e natura dell'uso.

Voto positivamente in vista dell'introduzione di norme più chiare in merito al mercato interno e al commercio internazionale per la produzione, la vendita e l'acquisto, il commercio e l'uso dei droni.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Actualmente la Agencia Europea de Seguridad Aérea es la autoridad que proporciona la autorización para el vuelo de aeronaves pilotadas de forma remota (RPAS) únicamente cuando la masa de estas excede de 150 kg. Ante esta situación, la Comisión Europea ha presentado una propuesta para un marco regulador europeo que tenga en cuenta las características de los RPAS (peso, ámbito de operaciones, velocidad) y la naturaleza de su uso (recreativo o profesional).

Si bien apoyo la intención de la Comisión de eliminar este umbral de 150 kg y de sustituirlo por un marco reglamentario adecuado, así como de crear un mecanismo de información regular entre los Estados miembros en el que se aborden los incidentes de RPAS y se compartan buenas prácticas, me he abstenido en este informe. Y es que la Comisión no proporciona garantías para una clara división del uso civil y del militar o para el espionaje de los drones. Además, destaca que el «muy dinámico» sector de fabricación israelí, claramente de uso militar (utilizado para espionaje y ejecuciones extrajudiciales y extraterritoriales), facilita la integración de un servicio de navegación aérea civil y militar en el espacio aéreo israelí. Por ello, no he apoyado este informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report calls for a clear harmonised and proportionate EU regulatory framework of remotely piloted aircraft systems also known as drones. The report suggests a risk based approach ensuring safety, guaranteeing adequate protection of citizens respecting fundamental rights of privacy and data protection, stimulating investments and innovation in the industry and the creation of sustainable and innovative jobs. As I believe that this report encourages an appropriate balance between the development of this industry and the respect of rights to privacy I have supported it in Parliament.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative propose un certain nombre de recommandations visant à faire de l'industrie européenne l'un des principaux acteurs mondiaux sur le marché de la technologie des aéronefs automatisés. Ce marché soulève en effet de nouvelles difficultés concernant la sécurité, la sûreté et le respect des droits des citoyens. L'absence de réglementations harmonisées en Europe et de technologies validées est le principal obstacle à l'ouverture de ce marché. Ce rapport plaide donc pour l'introduction d'un cadre réglementaire équilibré reconnu au niveau international, permettant au secteur de se développer sans lui imposer de contraintes inutiles. D'autre part, il attire l'attention sur l'importance de l'adhésion du grand public et du principe de responsabilité de l'utilisateur. Considérant que ce marché représente une réelle opportunité de création d'emplois, d'innovation et de croissance économique pour les années à venir, j'ai soutenu ce rapport.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Philippe De Backer (ALDE), schriftelijk. – Ik vind het belangrijk dat er een algemeen geharmoniseerd kader met een Europees certificaat en een Europese opleiding wordt uitgetekend voor het veilig gebruik van drones, zonder daarbij een overdaad aan regels te willen uitvaardigen. Technologie evolueert immers erg snel. Blijvende aandacht voor onderzoek en ontwikkeling is dus onontbeerlijk. Het inbouwen van een ID-chip zodat traceerbaarheid van de bestuurder mogelijk blijft, kan de veiligheid bevorderen. Duidelijke Europese privacy-regels zijn hierbij nodig.

Isabella De Monte (S&D), per iscritto. – La diffusione dei sistemi RPAS pone importanti sfide di natura normativa, in particolare in materia di sicurezza, certificazioni e tutela della privacy. L'obiettivo del Parlamento europeo è di fissare chiare linee guida in vista dell'adozione del pacchetto aviazione atteso entro la fine del 2015.

Nella regolamentazione del settore in parola sarà essenziale garantire ai cittadini un adeguato livello di protezione, promuovendo l'innovazione e stimolando gli investimenti al fine di creare nuove opportunità e posti di lavoro.

Ho votato a favore di questa relazione poiché ritengo sia fondamentale definire un quadro normativo proporzionato a livello comunitario che consenta l'integrazione in sicurezza dei sistemi RPAS nello spazio aereo europeo.

Marielle de Sarnez (ALDE), par écrit. – Pour permettre une intégration plus sécurisée des drones dans l'espace aérien européen, il est impératif de se doter d'un cadre législatif ad hoc. Les futures règles devront garantir le respect de la vie privée et la protection des données et reposer sur une évaluation des risques; il faut trouver un équilibre entre le développement commercial des drones civils et la sécurité des biens et des personnes.

Andor Deli (PPE), írásban. – A pilóta nélküli járművek mindennapjaink realitásává válnak, a bennük rejlő lehetőségek kiaknázása lehetőséget jelent a munkahelyteremtésre és gazdasági és innovációs fejlődéssel kecsegtet. Ugyanakkor új kihívásokat is hoz a biztonság az emberi jogok védelme terén. Ezért is szükséges a pilóta nélküli polgári járművekre vonatkozó szabályok uniós szintű megalkotása. Egy közösségi szabályrendszer elősegíti a versenyképesség megőrzését, a munkahelyek bővülését, ezen belül a kkv-k támogatását és a technológia lehető legnagyobb fokú kihasználását, ami pozitívan érintheti más iparágak technológiáját. A jelentés ajánlásokat tartalmaz, amelyek inspirációként szolgálhatnak az Európai Bizottság számára saját törvényhozási javaslatának fényében, melyet 2015 végén kíván nyilvánosságra hozni. A jelentés összhangban van mind az Európai Néppárt programjával, mint pedig Magyarország alapelveivel, ezért is támogattam szavazatommal.

Gérard Deprez (ALDE), par écrit. – J'ai voté en faveur de la résolution sur l'utilisation sûre des drones, dans le domaine de l'aviation civile. Les services commerciaux en font un usage de plus en plus intensif et leur utilisation à des fins créatives devient de plus en plus populaire. La résolution souligne que les drones ont le potentiel de stimuler la croissance économique et la création d'emplois mais demande toutes les garanties relatives à la vie privée et la protection des données, dont notamment l'enregistrement obligatoire des drones et leur équipement de puces d'identification. Ceci afin de faciliter les enquêtes liées aux accidents et l'arrestation de criminels qui les utiliseraient illégalement.

Il faut que la Commission soutienne la recherche des technologies «de détection et d'évitement» pour permettre aux drones d'éviter des collisions avec d'autres usagers de l'espace aérien. Il faut également développer et utiliser les technologies de «géo-repérage» pour empêcher les drones de survoler les zones d'exclusion aérienne, telles que les aéroports et les centrales nucléaires. Enfin, la résolution soutient les règles proposées par la Commission pour aider les autorités nationales et d'autres organismes qualifiés à gérer les activités de validation et de surveillance lors de la vente transfrontalière de drones et la fourniture de services.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – A pilóta nélküli járművek mindennapjaink realitásává válnak, a bennük rejlő lehetőségek kiaknázása lehetőséget jelent a munkahelyteremtésre és gazdasági és innovációs fejlődéssel kecsegtet. Ugyanakkor új kihívásokat is hoz a biztonság, az emberi jogok védelme terén. Ezért is szükséges a pilóta nélküli polgári járművekre vonatkozó szabályok uniós szintű megalkotása. Egy közösségi szabályrendszer elősegíti a versenyképesség megőrzését, a munkahelyek bővülését, ezen belül a kkv-k támogatását és a technológia lehető legnagyobb fokú kihasználását, ami pozitívan érintheti más iparágak technológiáját. A jelentés ajánlásokat tartalmaz, amelyek inspirációként szolgálhatnak az Európai Bizottság számára saját törvényhozási javaslatának fényében, melyet 2015 végén kíván nyilvánosságra hozni. A jelentés összhangban van mind az Európai Néppárt programjával, mint pedig Magyarország alapelveivel, ezért is támogattam szavazatommal.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concernait la réglementation des drones civils afin d'assurer la sécurité du trafic aérien et des populations.

Ainsi, ce texte propose une conciliation équilibrée, sans pénaliser les entreprises produisant des drones outre mesure. En ne versant pas dans une réglementation trop stricte tout en comblant le vide juridique lié à la récente arrivée massive des drones civils sur le marché, ce rapport a trouvé un juste milieu.

Souhaitant tout autant que l'usage de ces drones civils soit réglementé, que protéger l'industrie de ce secteur, j'ai voté pour ce rapport.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A pilóta nélküli járművek mindennapjaink realitásával válnak, a bennük rejlő lehetőségek kiaknázása lehetőséget jelent a munkahelyteremtésre és gazdasági és innovációs fejlődéssel kecsegtet. Ugyanakkor új kihívásokat is hoz a biztonság, az emberi jogok védelme terén. Ezért is szükséges a pilóta nélküli polgári járművekre vonatkozó szabályok uniós szintű megalkotása. Egy közösségi szabályrendszer elősegíti a versenyképesség megőrzését, a munkahelyek bővülését, ezen belül a kkv-k támogatását és a technológia lehető legnagyobb fokú kihasználását, ami pozitívan érintheti más iparágak technológiáját. A jelentés ajánlásokat tartalmaz, amelyek inspirációként szolgálhatnak az Európai Bizottság számára saját törvényhozási javaslatának fényében, melyet 2015 végén kíván nyilvánosságra hozni. A jelentés összhangban van mind az Európai Néppárt programjával, mint pedig Magyarország alapelveivel, ezért is támogattam szavazatommal.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Mediante la aprobación de este informe solicitamos que se regule el uso de los drones, ante la proliferación de estos aparatos, con el fin de garantizar un uso seguro de los mismos y que se evite que puedan atentar contra la privacidad de las personas, tanto en el uso profesional como en el recreativo dentro del ámbito civil.

Necesitamos sin demora una normativa europea que garantice un correcto desarrollo de esta actividad, que tanto está creciendo, para aprovechar las potencialidades que tiene pero también para atender a los problemas que puede generar un uso inadecuado.

La proliferación de estos aparatos supone importantes oportunidades en términos de inversión, de innovación y de creación de empleo a lo largo de toda la cadena de suministro y para el beneficio de la sociedad. No obstante, no podemos olvidar que debemos proteger el interés público, incluyendo especialmente cuestiones relacionadas con la intimidad, la protección de datos, la rendición de cuentas y la responsabilidad civil.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – We have opposed this as this report supports the Commission's proposal to remove the 150 kg threshold. Currently in the UK the CAA is responsible for anything up to 150 kg. This is a further proposal to remove powers from the UK to the EU. This report was proposed by a UK Conservative MEP and voted for by all UK MEPs except UKIP.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O setor das aeronaves telepilotadas, também conhecidas por veículos aéreos não tripulados, necessita urgentemente de regras à escala europeia e mundial que assegurem o desenvolvimento de um setor europeu competitivo, protejam a privacidade e a segurança e distingam claramente entre a utilização profissional e a utilização recreativa.

Os RPAS utilizados num enquadramento profissional também trazem atualmente vantagens significativas para a utilização civil em diversos domínios, como as inspeções de segurança e monitorização de infraestruturas, a avaliação da gravidade de catástrofes naturais, a realização de operações agrícolas de precisão, a produção de conteúdos, a termografia aérea ou ainda a entrega de encomendas em zonas isoladas.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération, parce qu'il est avant tout nécessaire d'établir un règlementation pour les drones.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório aborda a utilização civil dos chamados «drones», tendo em conta a sua disseminação, as questões que esta coloca, nos planos da segurança, recreativo e outros. Este é o ponto de partida para a defesa de um enquadramento regulamentar específico, mais completo e atualizado.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

O terreno pisado gera, todavia, alguma desconfiança, nomeadamente no que se refere à utilização deste tipo de tecnologias para fins militares, que não está presente no relatório (tirando uma breve, mas elucidativa, referência à capacidade do sistema de controlo israelita para conjugar utilização civil e militar), não se salvaguardando que o financiamento público para o desenvolvimento destas tecnologias venha, depois, a ser utilizado militarmente.

Também a questão da proteção de dados e da informação das pessoas se revela problemática. Sendo abordada no relatório, é-o sem a profundidade que se exigia, tratando-se estes de equipamentos que facilmente podem constituir meios de vigilância e de acesso a dados pessoais, por governos, empresas e indivíduos. Esta é já uma prática comum atualmente, que tenderá a aumentar com a facilitação da utilização dos «drones» – a não ser que esta questão seja devidamente salvaguardada. Algo para que este relatório não contribui.

Abstivemo-nos.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Každý regulačný rámec v oblasti bezpečného používania diaľkovo riadených leteckých systémov (RPAS) v oblasti civilného letectva musí byť primeraný, aby sektoru umožnil rásť a zabránil zbytočnej záťaži pre vznikajúce odvetvie. Každý rámec musí navyše usilovať o celosvetové prijatie s cieľom stimulovať výskum a vývoj. V budúcnosti je preto dôležité, aby sa k RPAS pristupovalo ako k novým druhom lietadiel, ktoré si vyžadujú primerané predpisy založené na riziku každej operácie, vypracovali sa predpisy Európskej únie pre bezpečné poskytovanie služieb RPAS, aby odvetvie mohlo investovať, a takisto sa musia vypracovať technológie a normy s cieľom umožniť úplnú integráciu RPAS do európskeho vzdušného priestoru a v neposlednom rade aj pozitívne prijatie zo strany verejnosti, ktoré je nevyhnutné pre budúci rast tohto sektora.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως* – Σύμφωνα με την έκθεση σχετικά με την ασφαλή χρήση των συστημάτων τηλεχειριζόμενων αεροσκαφών κοινώς γνωστών ως μη επανδρωμένων εναέριων οχημάτων στον τομέα της πολιτικής αεροπορίας, τα συστήματα αυτά πρόκειται να χρησιμοποιηθούν για ένα ευρύ φάσμα σκοπών όπως η διαχείριση καταστροφών, η έρευνα και η διάσωση, η προστασία του περιβάλλοντος καθώς και η επιβολή του νόμου και η επιτήρηση. Η χρήση της όμως συνεπάγεται και σημαντικούς κινδύνους οι οποίοι δεν προλαμβάνονται, καθώς απαιτούνται αυστηροί κανόνες, οι οποίοι δεν έχουν τουλάχιστον ακόμα θεσμοθετηθεί. Τέτοιοι κίνδυνοι που απορρέουν από την χρήση αυτών των νέων τεχνολογιών είναι η επιτήρηση και η ιχνηλάτηση προσώπων και αντικειμένων καθώς και η παραβίαση θεμελιωδών δικαιωμάτων, όπως για παράδειγμα το δικαίωμα στην ιδιωτική ζωή αλλά και στην προστασία των προσωπικών δεδομένων. Τέλος, ενέχει κινδύνους για την δημόσια ασφάλεια, καθώς τα συστήματα αυτά ενδέχεται να βλάψουν σκοπίμως ή όχι ανθρώπους και υποδομές. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την παρούσα έκθεση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Clearly it is about time to have a harmonised and proportionate EU regulatory framework on the use of remotely piloted aircraft systems and to set out clear guidelines to the Commission for the outlining of the upcoming aviation package, expected by the end of 2015.

In order to reach this objective, we must ensure a 'risk-based approach' in line with the Riga Declaration ensuring 'safety'; we must guarantee an adequate protection of citizens which respects fundamental rights of privacy and data protection; we have to ensure that investments and innovation in the industry are stimulated; and we must make efforts in order to create sustainable and innovative jobs.

I support the compromises included in the report, such as the removal of the 150 kg threshold by the Commission, and the 'detect-and-avoid' technology for RPAS flying beyond visual line of sight.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az előadóval egyetértésben úgy vélem, hogy a távirányított légi jármű-rendszerek ágazatának sürgős szüksége van olyan európai és globális szabályozásra, amely lehetővé teszi az ilyen rendszerek határakon átnyúló fejlesztését, továbbá, hogy egyértelmű európai jogi keretrendszerre van szükség a távirányított légi jármű-rendszerek versenyképes európai ágazatára irányuló beruházások biztosításához és az ágazat fejlesztéséhez; hangsúlyozza, hogy mielőbbi intézkedés hiányában fennáll a veszélye annak, hogy nem sikerül teljes mértékben kiaknázni a távirányított légi jármű-rendszerekben rejlő gazdasági lehetőségeket és kedvező hatásokat.

Elfogadom és teljes mértékben támogatom a távirányított légi jármű-rendszerek jövőbeli fejlődésére vonatkozóan a rigai nyilatkozatban kijelölt alábbi öt alapelvet, melyek kimondják, hogy a távirányított légi jármű-rendszereket újfajta légi járművekként kell kezelni, és arányos szabályokat kell megállapítani a velük végzett tevékenységek kockázatai alapján; a távirányított légi jármű-rendszerekkel történő biztonságos szolgáltatásnyújtásra vonatkozóan uniós szabályokat kell meghatározni az ágazati beruházások lehetővé tétele érdekében; ki kell dolgozni a távirányított légi jármű-rendszernek az európai légtérbe való teljes körű integrálását szolgáló technológiát és előírásokat; a társadalmi elfogadás kulcsfontosságú távirányított légi jármű-rendszerekkel nyújtott szolgáltatások bővüléséhez és a távirányított légi jármű-rendszerek

Donnerstag, 29. Oktober 2015

üzemeltetőinek felelősséget kell vállalniuk e rendszerek felhasználásáért.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor teniendo en cuenta que el marco regulador debe ser proporcionado, favorecer el crecimiento del sector y evitar la imposición de cargas innecesarias que obstaculicen el desarrollo de una industria emergente. Por lo tanto, es necesario desarrollar una normativa de la UE para la prestación segura de servicios RPAS que favorezca las inversiones del sector industrial.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Il voto di oggi ha manifestato l'esigenza di una regolamentazione di un settore, quello dei sistemi aerei a pilotaggio remoto, in continua crescita. L'Europa ha un ruolo da leader nel settore ed è necessario che si legiferi in modo da tutelare questo primato, così da aiutare le imprese e incentivare la creazione di posti di lavoro, tutelando allo stesso tempo tutti i cittadini dai possibili rischi.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den hervorragenden Bericht „Sicherer Einsatz ferngesteuerter Flugsysteme (RPAS) im Bereich der zivilen Luftfahrt“ meiner Fraktionskollegin Jacqueline Foster gestimmt. Ihr Bericht widmet sich einem sehr wichtigen Thema und einer mit rasanter Geschwindigkeit unser Leben mehr und mehr verändernden Technologie. Es gilt jetzt, dafür die gesetzgeberischen Weichen zu stellen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der heutige Bericht spricht sich für einen verhältnismäßigen Rechtsrahmen für ferngesteuerte Flugsysteme aus. Dies ermöglicht es der stark wachsenden Branche, auch zukünftig wachstumsfähig zu bleiben, und gewährleistet gleichzeitig, dass dies innerhalb eines fest vorgegebenen Rechtsrahmen passiert.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on safe use of remotely piloted aircraft systems (RPAS) in the field of civil aviation. Given civilian drones are becoming increasingly common across European airspace it is imperative that EU rules are put in place to ensure they are used safely and responsibly. I welcome Parliament's call for laws that recognise the potential benefits of drones, which are used for a wide range of tasks, from checking crops in fields to filming at music festivals, whilst also guaranteeing the privacy and data protection of citizens.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – La utilización de drones ha experimentado un rápido crecimiento. Esta tecnología, desarrollada en un primer momento para uso militar, tiene un gran potencial para inspecciones de seguridad y el control de infraestructuras (vías ferroviarias, presas y centrales eléctricas), evaluación de catástrofes naturales, labores agrícolas de precisión, termografía aérea o incluso la entrega de paquetes en zonas aisladas, por lo que se puede prever un rápido desarrollo de nuevas aplicaciones en un futuro próximo. Teniendo en cuenta que la falta de una normativa armonizada a escala de la UE podría impedir el desarrollo de un mercado europeo de drones, reclamamos en este informe una normativa de ámbito europeo que garantice la inversión y el desarrollo de un sector europeo competitivo en este campo, brindando a la vez una protección adecuada a la privacidad y la protección de datos de los ciudadanos. Además, la pronta adopción de un marco europeo podría impulsar la elaboración de unas normas mundiales sobre el uso de los drones.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Les drones civils ont de nombreuses utilisations, économiques ou de loisir. L'encadrement de cette utilisation est nécessaire pour assurer la sécurité du trafic aérien, des populations et des zones sensibles, mais aussi la protection des données et de la vie privée.

Pour une fois, une harmonisation européenne s'avère souhaitable, sous réserve qu'elle soit fondée sur des règles claires, proportionnées, et correctement articulées avec les règles nationales et internationales. Ceci afin de ne pas freiner l'expansion de ce secteur très récent, et particulièrement dynamique en France.

J'approuve la modération de M^{me} Foster, qui refuse toute précipitation réglementaire et insiste sur la participation de toutes les parties prenantes – y compris les PME, les forces de l'ordre et les organisations de la société civile – à l'élaboration d'une réglementation.

C'est pourquoi j'ai voté pour son rapport.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe Foster.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Con la multiplicación de servicios comerciales que utilizan drones y la creciente popularidad de su uso con fines recreativos, resulta necesario garantizar que estos dispositivos no generan riesgos de seguridad ni para la privacidad personal.

Es necesario, además, un marco jurídico claro, a nivel europeo y global, que pueda garantizar la inversión y el desarrollo del sector en Europa para favorecer su competitividad en el mercado exterior. Para asegurar que estos dispositivos controlados a distancia no penetran en zonas de exclusión aérea sobre infraestructuras críticas ni suponen un peligro para otras aeronaves y también para evitar usos ilegales, el texto plantea impulsar el desarrollo de tecnologías de detección, geoperimetraje, antinterferencia y antisecuestro. Por otra parte, los estándares de diseño de los drones deben incorporar garantías relativas a la privacidad y la protección de datos.

András Gyürk (PPE), írásban. – A pilóta nélküli járművek mindennapjaink realitásává válnak, a bennük rejlő lehetőségek kiaknázása esélyt jelent a munkahelyteremtésre, továbbá gazdasági és innovációs fejlődéssel kecsegtet. Ugyanakkor új kihívásokat rejteget a biztonságpolitika, az emberi jogok védelme terén. Ezért is szükséges a pilóta nélküli polgári járművekre vonatkozó szabályok uniós szintű megalkotása. Egy közösségi szabályrendszer elősegíti a versenyképesség megőrzését, a munkahelyek bővülését, ezen belül a kkv-k támogatását és a technológia lehető legnagyobb fokú kihasználását, ami pozitívan érintheti más iparágak technológiáját. A jelentés olyan ajánlásokat tartalmaz, amelyek inspirációként szolgálhatnak az Európai Bizottság számára saját törvényhozási javaslatának fényében, melyet 2015 végén kíván nyilvánosságra hozni. A jelentés összhangban van mind az Európai Néppárt programjával, mind pedig Magyarország alapelveivel, ezért is támogattam szavazatommal.

Brian Hayes (PPE), in writing. – I decided to support this report because the RPAS market poses a real opportunity to foster job creation and a source of innovation and economic growth for years to come.

However the lack of harmonized regulations across Europe and of validated technologies forms the main obstacle to open the RPAS market to integrate RPAS in European non-segregated airspace. It is vital to unlock the EU RPAS market with a combination of new and existing regulatory action dealing with all the relevant issues, including the insertion of safety, security, privacy and data protection requirements within existing EU rules in these areas.

Roger Helmer (EFDD), in writing. – We have opposed this as this report supports the Commission's proposal to remove the 150 kg threshold. Currently in the UK the CAA is responsible for anything up to 150 kg. This is a further proposal to remove powers from the UK to the EU. This report was proposed by a UK Conservative MEP and voted for by all UK MEPs except UKIP.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam za Izvješće o sigurnoj upotrebi zrakoplovnih sustava na daljinsko upravljanje (RPAS), opće poznatih kao bespilotne letjelice, u civilnom zrakoplovstvu jer to tržište otvara velike mogućnosti za buduća ulaganja, inovacije i stvaranje radnih mjesta. Naravno, mislim da treba postaviti vrlo jasne zakonodavne okvire te europske i svjetske propise ovakvih zrakoplovnih sustava na daljinsko upravljanje (RPAS) kako bi se osigurala njihova adekvatna upotreba te razvoj tog konkurentnog europskog sektora korisnog za društvo.

Nadalje, države članice trebale bi pružiti određenu obuku profesionalnim korisnicima i vlasnicima zrakoplovnih sustava na daljinsko upravljanje te omogućiti priručnike ili informacije o proizvodu koje će jasno objasniti pravila na nacionalnoj razini i razini EU-a koja su primjenjiva prilikom korištenja takvog sustava, posebno uključujući pravila koja se tiču privatnosti i zaštite podataka te sigurnosti.

Jean-François Jalkh (ENF), par écrit. – Le rapport Foster met en place une réglementation communautaire équilibrée.

L'objectif est de calquer l'encadrement des drones civils sur ce qui se fait déjà en matière de réglementation internationale dans le domaine de l'aviation civile.

Pour assurer la sécurité du trafic aérien et des populations, l'élaboration de règles internationales n'a en l'occurrence rien d'aberrant puisque les espaces aériens nationaux sont constamment traversés par des aéronefs étrangers.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ce texte insiste pour que les réglementations européennes soient équilibrées en permettant d'assurer à la fois la sécurité des personnes, la protection des données et de la vie privée ainsi que le développement de cette nouvelle filière. Le rapport insiste également sur le fait que tous les acteurs soient associés à l'élaboration des règles communautaires: États membres, Commission, autorités nationales concernées, PME, opérateurs commerciaux, polices, etc. Ce rapport ne vise toutefois pas les drones militaires dont la réglementation doit rester du ressort exclusif des États membres.

J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My fellow MEPs and I have opposed this as this report supports the Commission's proposal to remove the 150 kg threshold. Currently in the UK the CAA is responsible for anything up to 150 kg. This is a further proposal to remove powers from the UK to the EU. This report was proposed by a UK Conservative MEP and voted for by all UK MEPs except UKIP.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Jacqueline Foster sur l'utilisation sûre des systèmes d'aéronefs télépilotés (RPAS) dans le domaine de l'aviation civile. Ce secteur prometteur en termes d'emplois et d'innovation souffre d'un manque de législation européenne. Le vide juridique, notamment en termes de protection et de sécurité, est l'un des principaux obstacles au développement d'une industrie de pointe dans ce domaine en Europe.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für diesen Bericht. Einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Drohnen-Branche zu erarbeiten, wird direkt zu mehr Investitionen und Innovationen führen. Das bedeutet eine Ankurbelung der jeweiligen nationalen Wirtschaft, welche dadurch bestehende Arbeitsplätze sichert und sogar weitere Arbeitsplätze ermöglicht. Ein einheitlicher Regulierungsansatz in diesem Bereich würde zugleich die Bürger vor eventuellen Eingriffen in ihre Privatsphäre schützen. Der Bericht erscheint daher verhältnismäßig und erforderlich zu sein. Zudem wird auch die Luftfahrt an sich auf dieser Ebene reguliert.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as civilian drones are becoming increasingly common across European airspace, so we need EU rules that make sure they are used safely and responsibly. Labour welcomes the Parliament's call for laws that recognise the potential benefits of drones, whilst also guaranteeing the privacy and data protection of citizens.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione della collega Foster sull'uso sicuro dei sistemi aerei a pilotaggio remoto nell'aviazione civile. È necessario aggiornare la legislazione europea ed elaborare norme più proporzionate, se si vuole che l'industria europea diventi leader mondiale nel mercato della tecnologia di aeromobili automatizzati. La tecnologia e gli standard devono essere potenziati per consentirne la piena integrazione nello spazio aereo europeo.

Con il voto di oggi ribadiamo in termini concreti il nostro sostegno a questo settore, essenziale per l'avanzamento dei sistemi aerei e di pilotaggio remoto RPAS e per la crescita di tali servizi.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur l'utilisation sûre des véhicules aériens sans pilote (UAV), dans le domaine de l'aviation civile. Comme c'est déjà le cas dans l'aviation civile, une réglementation internationale encadrant l'usage des drones civils est nécessaire pour assurer la sécurité du trafic aérien et des populations.

Le rapport insiste pour que la législation de l'Union soit équilibrée: ni trop restrictive, ni trop libérale. M^{me} Foster estime en effet que la protection des données et la préservation de la vie privée doivent être garanties sans pour autant pénaliser les PME produisant ou utilisant des drones.

Enfin, il faut noter que le rapport insiste sur la coopération entre toutes les parties prenantes afin d'aboutir à la meilleure législation possible. Ainsi, elle préconise que des discussions et des débats aient lieu entre les États membres, la Commission, les autorités réglementaires nationales, les PME et les opérateurs commerciaux, ainsi que les organisations de la société civile et les forces de l'ordre. S'agissant d'un secteur stratégique (on se souvient des drones survolant les centrales nucléaires françaises), il est très important que la Commission ne soit pas la seule à être en charge de ce dossier.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il vise à réglementer l'usage des drones civils, ce qui est nécessaire pour assurer la sécurité du trafic aérien et des populations. Et il a le mérite de recommander à la Commission de Bruxelles de se concerter avec les États membres.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Actualmente la Agencia Europea de Seguridad Aérea es la autoridad que proporciona la autorización para el vuelo de aeronaves pilotadas de forma remota (RPAS) únicamente cuando la masa de estas excede de 150 kg. Ante esta situación, la Comisión Europea ha presentado una propuesta para un marco regulador europeo que tenga en cuenta las características de los RPAS (peso, ámbito de operaciones, velocidad) y la naturaleza de su uso (recreativo o profesional).

Si bien apoyo la intención de la Comisión de eliminar este umbral de 150 kg y de sustituirlo por un marco reglamentario adecuado, así como de crear un mecanismo de información regular entre los Estados miembros en el que se aborden los incidentes de RPAS y se compartan buenas prácticas, me he abstenido en este informe. Y es que la Comisión no proporciona garantías para una clara división del uso civil y del militar o para el espionaje de los drones. Además, destaca que el «muy dinámico» sector de fabricación israelí, claramente de uso militar (utilizado para espionaje y ejecuciones extrajudiciales y extraterritoriales), facilita la integración de un servicio de navegación aérea civil y militar en el espacio aéreo israelí. Por ello, no he apoyado este informe.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Daljinsko upravljanje malim modelima letjelica aktivno je desetljećima, a povećani porast dogodio se posljednjih 15 godina s pojavom bespilotnih letjelica. Ova tehnologija prvotno je bila namijenjena u vojne svrhe, a sada se primjenjuje i u komercijalne zbog svojih mogućnosti ulaganja, inovacija i stvaranja radnih mjesta ima veliki potencijal za gospodarski rast, pa sam podržala izvješće zastupnice Jacqueline Foster.

Europa je predvodnik u upotrebi RPAS-ova u civilnom sektoru s više od dvije tisuće korisnika. Propisima ih se treba obuhvatiti kao novu vrstu zrakoplova na temelju rizika svake operacije, zatim propisati sigurno pružanje usluga, razviti tehnologiju potpune uključenosti u europski zračni prostor i istaknuti odgovornost korisnika za njegovu upotrebu.

Podržala sam izvješće zastupnice Foster koje poziva na što skorije usvajanje novih zakona vezanih za upotrebu zrakoplovnih sustava na daljinsko upravljanje u civilnom društvu kako bi osigurali inovativnost i konkurentnost te sigurnost naših građana ispravnom identifikacijom i uporabom RPAS-ova.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Galvenā šī rezolūcijas priekšlikuma ideja ir līdz šī gada beigām izstrādāt un pieņemt juridiskus pamatprincipus, uz kuriem balstītos t. s. dronu ekspluatēšana civilās aviācijas jomā ES teritorijā. Tas pats attiecas arī uz šīs nozares tehnoloģisko attīstību un globālo navigācijas sistēmu izmantošanu dronu ekspluatācijā. Ļoti svarīgi šeit ir tas, ka viss minētais attiecas tieši uz civilā, nevis militārā tipa droniem. Otrajā gadījumā tieši valstīm ir tiesības pieņemt savu attiecīgo nacionālo praksi kontrolējošas normas, savukārt civilajā jomā Eiropas Savienības atbildīgās pārnacionālās institūcijas varētu pozitīvi sekmēt kopēju normatīvu izstrādāšanu un ieviešanu praksē.

Pēdējo desmit līdz piecpadsmit gadu laikā dronu sistēmu attīstība un izmantošana civilās aviācijas jomā ir intensificējusies līdz tādām apmēram, ka šo sfēru vairs nevar atstāt bez regulējuma: sertifikācija, konfigurācija, savstarpēja mijiedarbība starp droniem un citiem lidojošiem objektiem (ieskaitot arī lidmašīnas un helikopterus, tātad — dronu lidošanas augstuma un pieļaujamo teritoriju ierobežošana), informācijas apmaiņa un pieejamība, kā arī vispār tiesības uz šādas informācijas savākšanu un izplatīšanu — visus šos aspektus jau sen vajadzētu standartizēt.

Civilā tipa dronus mūsdienās izmanto gan lauksaimniecībā, gan pētniecībā (piemēram, grūti pieejamu teritoriju gadījumos), gan dažāda veida filmēšanā (tostarp personiskai lietošanai), vienkāršā atpūtā un daudz kur citur.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκδοσης σχετικά με την ασφαλή χρήση των συστημάτων τηλεχειριζόμενων αεροσκαφών (RPAS), κοινώς γνωστών ως «μη επανδρωμένων εναέριων οχημάτων» (Unmanned Aerial Vehicles), στον τομέα της πολιτικής αεροπορίας, διότι είναι τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 29/10/2015.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport. Il prévoit la mise en place d'une réglementation internationale encadrant l'usage des drones civils, mesures nécessaires pour assurer la sécurité du trafic aériens et des populations. L'auteur insiste sur la nécessité de faire coopérer tous les acteurs (États membres, Commission, autorités réglementaires nationales, PME, opérateurs commerciaux, société civile et forces de l'ordre) afin d'obtenir un texte équilibré, ni trop restrictif, ni trop libéral, qui permette à la fois de protéger les données et de respecter la vie privée, sans pour autant pénaliser les fabricants de drones.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Da die Zahl an ferngesteuerten Flugsystemen in der zivilen Luftfahrt mehr zunimmt, ist es nur sinnvoll, wenn deren Benutzung entsprechend geregelt werden soll. Nicht nur, dass diese unbemannten Fluggeräte in der zivilen Luftfahrt zu rein privaten Zwecken benutzt werden, so können sie z. B. auch bei Katastropheinsätzen oder infrastrukturellen Überprüfungen sehr dienlich sein. Entsprechend sinnvolle Förderungen sowie Regulierungen in diesem Bereich sind zu befürworten.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce texte met en place une réglementation communautaire équilibrée. L'idée est de calquer l'encadrement des drones civils sur ce qui se fait déjà en matière de réglementation internationale dans le domaine de l'aviation civile.

Afin d'assurer la sécurité du trafic aérien et des populations, l'élaboration de règles internationales n'a en l'occurrence rien d'aberrant puisque les espaces aériens nationaux sont constamment traversés par des aéronefs étrangers.

Le rapport insiste que les réglementations européennes soient équilibrées en permettant d'assurer à la fois la sécurité des personnes, la protection des données et de la vie privée ainsi que le développement de cette nouvelle filière. Par ailleurs, le rapport rappelle que tous les acteurs soient associés à l'élaboration des règles communautaires: États membres, Commission, autorités nationales concernées, PME, opérateurs commerciaux, forces de l'ordre, etc.

Enfin, ce rapport ne vise en aucun cas les drones militaires dont la réglementation doit rester du ressort exclusif des États membres. J'ai donc voté en faveur du rapport Foster.

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported this report which is a step towards effective EU rules on drones to ensure they are used safely and responsibly. The proliferation of the use of drones from crop management to recreational use means we need to update rules to reflect their use. I particularly support privacy and data protection being a key element of any upcoming legislation.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apesar de reconhecer vantagens na utilização de sistemas de aeronaves telepilotadas, seja a nível de inspeções de segurança ou de avaliação de catástrofes, é necessário assinalar, igualmente, as possíveis utilizações não seguras e até ilegais, os desafios que se colocam em matéria de privacidade, direitos fundamentais e segurança. Partilho da posição vertida no documento aprovado, no sentido de que é necessária a criação de um quadro jurídico próprio que assegure o tratamento adequado de todas estas questões, sem colocar em causa o desenvolvimento de um setor tecnológico com grandes potencialidades.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – This report argues that the growth of the market for drones may be stifled without EU-level legislation due to the fact that national regulations are not always recognised by other Member States. Therefore I chose to support this report as it is important that the Union does not lag behind its competitors in this sector.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – La Commission européenne, et je partage son ambition, souhaite combler le retard de l'Union et développer un marché européen du drone. À cette fin, il est nécessaire qu'un cadre strict et rigoureux soit mis en place. Le développement du drone ne peut pas se faire au détriment du droit à la vie privée et à la protection des données. Même si cette technologie présente un potentiel notamment sur le plan technologique, elle peut aussi avoir un caractère particulièrement intrusif par rapport à la vie privée. Il était donc essentiel de limiter et d'encadrer les risques de dérives.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Technológia RPAS, všeobecne známa ako bezpilotné lietadlá alebo dróny, zaznamenáva úspech a rýchly nárast v komerčnej a rekreačnej oblasti využívania. Z tohto dôvodu sa posúvajú aj legislatívne hranice, nakoľko technológia má množstvo špecifík a dokonca bola spočiatku určená len na vojenské účely. Trh s RPAS je v súčasnosti veľmi perspektívny a existuje mnoho možností na jeho šírenie. Potenciál hospodárskeho rastu neustále rastie, a preto musíme zabezpečiť, aby si na ňom Európa zaistila vedúce postavenie a udržala konkurencieschopnosť. Jasný právny rámec však musí brať do úvahy imperatívy bezpečnosti a ochrany súkromia a osobných údajov.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I supported the report on the safe use of remotely piloted aircraft systems (RPAS) in the field of civil aviation, which sets out clear guidelines to the Commission for the outlining of the upcoming aviation package stressing that the future rules should address issues such as airworthiness, certification-specification, the identity of drones and of the owner/operator, insurance, liability and insurance, data protection and privacy, 'geofencing' and no-fly zones, etc.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – A vote for a timely piece of legislation creating the legal context for the development of an important technology of the future. It is all too often that legislators fail to react in time to technological change by creating the necessary rules for progress to take place in a way that is acceptable to society. The speed of law-making has become one of the variables defining and determining competitiveness in the global arena.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A korábban elsősorban katonai célú, távirányított légijármű-rendszerek rohamos fejlődésnek és terjeszkedésnek indultak a polgári életben is. A Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság által benyújtott parlamenti állásfoglalás-tervezet amellett érvel, hogy a távirányított légijármű-rendszerek ágazatának sürgős szüksége van olyan európai és globális szabályozásra, amely lehetővé teszi az ilyen rendszerek határokon átnyúló fejlesztését. Egyértelmű európai jogi keretrendszer kialakítását sürgeti a távirányított légijármű-rendszerek versenyképes európai ágazatára irányuló beruházások biztosításához és az ágazat fejlesztéséhez. Elfogadni és teljes mértékben támogatni javasolja a távirányított légijármű-rendszerek jövőbeli fejlődésére vonatkozóan a rigai nyilatkozatban kijelölt öt alapelveket. A javaslatot megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O setor dos sistemas de aeronaves telepilotadas (RPAS) no campo da aviação civil, mais conhecidas por veículos aéreos não tripulados (UAV) ou «drones», exige uma criteriosa seleção de regras à escala europeia e mundial que permita o desenvolvimento e o investimento deste setor.

Atendendo às suas potencialidades económicas, bem como à criação de emprego ao longo da cadeia de abastecimento e à necessidade de se proteger o interesse público, nomeadamente, em questões relacionadas com a privacidade, a proteção de dados, a responsabilização e a responsabilidade civil, é fundamental que se crie um quadro legal europeu ajustado ao tipo de voos que estas aeronaves executam. A integração segura dos sistemas de aeronaves telepilotadas e uma avaliação dos riscos é extremamente necessária no domínio das suas operações.

Sou a favor desta proposta de resolução, sublinhando a necessidade de se criar regulamentação relativamente a esta matéria no âmbito da União Europeia, promovendo o desenvolvimento e a inovação do mercado europeu de RPAS através de financiamento europeu para a investigação deste setor.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne l'utilisation sûre des systèmes d'aéronefs télépilotés (RPAS) dans le domaine de l'aviation civile. Il s'agit donc, en langage clair, de réglementer l'utilisation des drones dans le secteur civil afin d'assurer la sécurité du trafic aérien et des populations. Ce rapport est à saluer puisqu'il préconise que les discussions aient lieu entre les États membres, la Commission, les autorités réglementaires nationales, les PME. Il ne laisse donc pas la seule Commission maîtresse des décisions dans le domaine.

Par ailleurs, sur le fond, l'harmonisation législative préconisée n'est ni trop restrictive ni trop libérale. J'ai donc décidé de voter pour.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Rapporteur pour le PPE sur ce texte, je l'ai évidemment voté. Les positions prises par le Parlement sur le sujet d'avenir que sont les drones permettent l'équilibre entre protection des citoyens et liberté d'innovation pour les entrepreneurs. Il est urgent que l'UE légifère sur ce sujet afin de pouvoir déterminer les normes qui, demain, s'appliqueront au monde entier.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that will better regulate EU wide rules on safety authorisations, safeguarding privacy and data protection on the use of remotely piloted aircraft systems.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ferngesteuerte Flugsysteme, sogenannte Drohnen, geraten gerade im Bereich der zivilen Luftfahrt zunehmend in den öffentlichen Fokus. Ich habe dem Bericht zugestimmt, um zu einer einheitlichen europäischen Regelung zu gelangen und hier einen Schritt in Richtung Rechtssicherheit zu gehen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative parlementaire propose de jeter les bases d'une réglementation européenne visant à autoriser et à développer l'utilisation et la gestion de drones à des fins commerciales et civiles. Malgré le fait que ces systèmes d'aéronefs télépilotes présentent des intérêts très intéressants, que cela soit pour des tâches scientifiques (thermographie aérienne) ou commerciales (livraison de colis par voie aérienne), ces machines présentent un réel risque quant à la protection de la vie privée et à la sécurité des citoyens. La prolifération rendrait le contrôle difficile, et les dérives que nous connaissons outre-Atlantique nous incitent à être vigilants sur sa commercialisation. Je vote contre.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Kiiresti arenev droonide turg toob kaasa nii võimalusi kui ka ohte. Vaja on luua tsiviilotstarbeliste droonide kasutamise Euroopa õigusraamistik, mis ühelt poolt võimaldaks sellel tööstusharul olla maailmas innovatiivne ja konkurentsivõimeline, kuid teisalt tagaks droonide kasutamisel inimeste turvalisuse ning ka elu-, vara- ja isikuandmete kaitse.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Norint, kad ES taptų šios besiformuojančios technologijos verslo lydere būtina imtis veiksmų jau dabar. Tik stabili galimybės suteikianti teisinė sistema leis ES atlaikyti konkurencinę kovą ir užtikrins tinkamas sąlygas šio sektoriaus plėtrai. Būtina užtikrinti teisinį tikrumą dėl teisinės sistemos. Atsižvelgiant į tai, turi būti parengta aiški, suderinta ir proporcinga Europos ir visuotinė reguliavimo sistema.

Visoje ES turi galioti bendri civilinių nuotoliniu būdu pilotuojamų orlaivių sistemų skrydžių reguliavimo standartai, apimantys saugos, saugumo, privatumo, duomenų apsaugos, draudimo ir atsakomybės aspektus. Aukštas saugos, saugumo ir privatumo lygis užtikrins visuomenės pripažinimą ir pasitikėjimą.

Pažymėtina, jog naujose taisyklėse turi būti aiškiai atskirtas nuotoliniu būdu pilotuojamų orlaivių sistemų naudojimas profesinėms reikmėms ir laisvalaikio tikslais. Be to, reguliavimo sistema turi užtikrinti, kad nuotoliniu būdu pilotuojami orlaiviai nedarytų poveikio platesnės civilinės aviacijos sistemos saugai ir veikimui. Jų skrydžių saugos lygis turi būti toks pats, kaip ir pilotuojamų orlaivių.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Tehnologija zrakoplovnih sustava na daljinsko upravljanje u posljednje je vrijeme veoma napredovala te je nužno iskoristiti njezin potencijal. Njezinu primjenu i korist već možemo vidjeti u poljoprivredi, opasnim i kriznim situacijama, ali i u svakodnevnom životu građana.

Pojedine države članice već su započele s izradom zakonodavnog okvira te je nužno stvoriti zajednički pravni okvir, kako bi i u tom segmentu ostvarili ekonomski rast te postali konkurentni, jer u posljednje vrijeme EU u tom segmentu zaostaje za SAD-om i Izraelom.

Smatram kako će se stvaranjem zakonodavnog okvira ojačati tržište na području Europske unije, ostvariti ekonomski rast i stvoriti nova radna mjesta, naročito u kombinaciji s drugim tehnologijama. Kroz zakonodavni okvir mora se omogućiti let RPAS-ovim u značajnom prostoru koji nije odvojen, kako bi bio dostupan svim građanima.

Međutim, treba uzeti u obzir i moguće zloupotrebe ove tehnologije, naročito utjecaj na privatnost i fizički integritet građana. Sigurnost građana treba biti na prvom mjestu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne l'utilisation sûre des systèmes d'aéronefs télépilotes (RPAS) dans le domaine de l'aviation civile. Il s'agit donc, en langage clair, de réglementer l'utilisation des drones dans le secteur civil afin d'assurer la sécurité du trafic aérien et des populations. Ce rapport est à saluer puisqu'il préconise que les discussions aient lieu entre les États membres, la Commission, les autorités réglementaires nationales, les PME. Il ne laisse donc pas la seule Commission maîtresse des décisions dans le domaine.

Par ailleurs, sur le fond, l'harmonisation législative préconisée n'est ni trop restrictive ni trop libérale. J'ai donc décidé de voter pour.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Tehnologija razvijena prvenstveno za vojne potrebe sad se primjenjuje u komercijalne svrhe, čime se pomiču zakonodavne granice. Danas RPAS-ovi koji se upotrebljavaju u profesionalne svrhe pružaju i znatne prednosti za raznovrsnu civilnu upotrebu, a njihova se dodana vrijednost povećava s udaljenošću između letjelice i udaljenog pilota (tzv. letovi izvan vidokruga). RPAS-ovi, čija je upotreba raznovrsna i u budućnosti bi se mogla proširiti na dodatna područja, mogu se, na primjer, upotrebljavati za sigurnosne inspekcije i nadzor nad infrastrukturom (željezničke pruge, brane i elektrane), za procjenu elementarnih nepogoda, (ekološki odgovornu) preciznu poljoprivredu, medijsku produkciju, aerotermografiju ili dostavljanje pošiljki u udaljene regije. U bliskoj se budućnosti može predvidjeti brzi razvoj novih načina primjene, što pokazuje inovativnost i dinamičnost industrije RPAS-ova. Uzimajući u obzir rastuću važnost i mogućnost upotrebe RPAS-ova podržavam pet ključnih načela za budući razvoj RPAS-ova utvrđenih u Deklaraciji iz Rige: – RPAS-ove treba obuhvatiti razmjernim propisima kao nove vrste zrakoplova na temelju rizika svake operacije; – potrebno je izraditi propise EU-a o sigurnom pružanju usluga RPAS-ova kako bi se tom sektoru omogućilo ulaganje; – potrebno je razviti tehnologiju i izraditi norme kako bi se omogućila potpuna integracija RPAS-ova u europski zračni prostor; – javno prihvaćanje ključno je za rast u području usluga RPAS-ova; – korisnik RPAS-a odgovoran je za njegovu upotrebu.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Komisija predlaže rješavanje sigurne upotrebe operacija zrakoplovnih sustava na daljinsko upravljanje (RPAS) u budućim europskim okvirima politike. Navodi kako bi bilo koji propis trebao pomoći razviti komercijalno RPAS tržište, štiteći javni interes. Novi standardi reguliraju poslovanje državnih RPAS operacija kako bi pokrile sigurnost, privatnost, zaštitu podataka, osiguranje i odgovornost. Komisiji je u cilju omogućiti da europska industrija postane globalni lider u novim tehnologijama.

Zakonski prijedlog bi trebao biti usvojen do kraja 2015. gdje Komisija navodi nove standarde koji pokrivaju sljedeća područja: pravila EU-a o sigurnosti ovlaštenja koji predstavljaju odgovornost EASA-e (Europska agencija za zrakoplovnu sigurnost) u razvoju EU standarda za RPAS te zaštitu privatnosti i zaštitu podataka, kontrolu kako bi se osigurala sigurnost (osobito u zaštiti informacija gdje su uključene zakonske obveze, kao što su upravljanje zračnim prometom, operater i telekom usluga), i jasan okvir za odgovornost i osiguranje. Zbog svega navedenog podržavam izvješće izvjestiteljice Jacqueline Foster.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – RPAS are being developed and operated all over the world, and Europe is currently home to the largest number of civilian operators. I am glad that Parliament has taken on this issue because RPAS are surely going to be more prevalent in the future, and we need to ensure that their use is safe for their operators as well as other manned and unmanned aircraft.

Some of the key issues are: whether there should be a distinction between professional and recreational use; the question of out of sight flights; and areas where operation would be considered unsafe. These are only some of the hurdles that must be tackled and more will present themselves as we go further down this road. However, I believe it is necessary that we start taking on these issues early because RPAS are here to stay and can be useful for industries, as well as recreation.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – I sistemi aerei a pilotaggio remoto (RPAS) potrebbero essere usati per fornire servizi di diversa natura quali il monitoraggio delle infrastrutture (tracciati ferroviari, dighe e impianti energetici), la valutazione di disastri naturali, le operazioni agricole di precisione, la produzione mediatica e la consegna di pacchi in regioni isolate. Un adeguato sviluppo di questo settore potrebbe rappresentare un grande potenziale di stimolo per la crescita economica e per la creazione di nuovo impiego.

Tuttavia, le vigenti autorizzazioni nazionali per l'utilizzo dei RPAS non formano oggetto di un reciproco riconoscimento negli Stati membri e ciò impedisce lo sviluppo di un mercato europeo per i sistemi aerei a pilotaggio remoto e per i servizi a esso correlati. Pertanto, risulta essere necessario proporre norme europee al fine di assicurare un quadro favorevole agli investimenti e per favorire lo sviluppo di un settore RPAS europeo, competitivo a livello globale.

Appoggio con favore questa proposta di risoluzione ma non bisogna dimenticare di valutare con attenzione le tematiche connesse alla sicurezza, alla privacy, alla protezione dei dati e alla responsabilità civile.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Stanislav Polčák (PPE), *pisemně*. – Podpořil jsem zprávu o bezpečném civilním využívání dálkově ovládaných letadlových systémů (RPAS). I přestože se jedná o technologii primárně vyvinutou pro vojenské účely, jsou drony stále častěji využívány i v komerční sféře nebo mezi lidmi jako hobby. Bohužel jsou dnes vnímány z větší části jako hrozba, zbraň nebo jako nástroj ke špehování. Dle mého názoru je potřebné, aby došlo k legislativní úpravě při využívání dálkově ovládaných letadlových systémů. Všechny členské státy vyvíjejí určitou činnost v oblasti RPAS, ať v oblasti výroby nebo provozu. Absence sjednocujících právních předpisů by mohla mít za následek brzdění rozvoje RPAS v Evropské unii. Tyto právní předpisy ale musí jasně vymezit rozdíly mezi profesionálním a rekreačním využitím dronů.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Celem sprawozdania ws. cywilnego wykorzystywania zdalnie kierowanych bezałogowych systemów powietrznych (BSP), znanych powszechnie jako drony, jest zagwarantowanie, że wszelkie proponowane regulacje UE w tym zakresie będą zgodne z globalnym, zharmonizowanym i proporcjonalnym podejściem, a ponadto zostaną opracowane z uwzględnieniem ryzyka, co będzie sprzyjało bezpiecznemu stosowaniu tych systemów i zarazem nie stworzy zbędnych obciążeń dla przemysłu. Parlament podkreśla, że technologia opracowana pierwotnie do celów wojskowych jest obecnie stosowana w coraz większym stopniu komercyjnie i zapewnia znaczące korzyści społeczne dzięki możliwości przeprowadzania kontroli bezpieczeństwa infrastruktury, np. torów kolejowych, zapór i elektrowni, dokonywania oceny katastrof naturalnych, wykonywania operacji w ramach rolnictwa precyzyjnego i możliwości związanych z jej wykorzystaniem w mediach.

Istnieje ogromny potencjał wzrostu w tym sektorze, od poziomu producenta do poziomu użytkownika końcowego, zarówno w przypadku dużych przedsiębiorstw, jak i łańcucha dostaw składającego się z tysięcy MŚP, a ponadto wszelkie ramy polityczne na szczeblu UE muszą umożliwiać wzrost, aby europejskie przedsiębiorstwa mogły być konkurencyjne w skali globalnej. Parlament uznaje konieczność zabezpieczenia interesu publicznego i podkreśla, że choć we wszystkich działaniach i zasadach dotyczących BSP bezpieczeństwo i ochrona mają pierwszorzędne znaczenie, niezwykle ważne są też ochrona danych i prywatność, aby uzyskać akceptację społeczną dla rozwoju tego typu usług. Dlatego popieram sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le marché des drones dans le domaine de l'aviation civile représente un potentiel de plus de 80 milliards d'euros et de 100 000 emplois d'ici 2025 en Europe. Les entreprises européennes doivent maintenir leur position sur le marché européen et international. Dans ce contexte, le Parlement européen a adopté une résolution concernant l'utilisation sûre des systèmes d'aéronefs télépilotes (RPAS) dans le domaine de l'aviation civile. Ce texte a pour objectif d'encourager le développement du marché européen en soutenant les entreprises européennes tout en veillant au respect de la sécurité des citoyens européens. En tant que vice-président de l'intergroupe «ciel et espace», j'ai lutté en faveur de ce rapport et je souligne la nécessité d'une législation européenne si l'on souhaite soutenir nos entreprises européennes sur les marchés européen et mondial.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A Comissão Europeia está a preparar uma proposta, a ser adotada até ao fim de 2015, que tenha em conta a Declaração de Riga e os princípios essenciais nesta contida, a respeito de sistemas de aeronaves telepiladas (RPAS) e da sua inclusão no pacote de «aviação». É, pois, em conformidade com os princípios estabelecidos na Declaração que a União Europeia deverá agora elaborar um quadro regulamentar, capaz de equilibrar a necessidade de integração plena e segura no espaço aéreo com encargos devidamente proporcionados, que não obstem ao investimento e ao consequente crescimento do setor. Tendo em conta que o Parlamento tem, também, um papel a desempenhar na construção de respostas aos desafios que se avizinham nos domínios da aviação, votei favoravelmente o presente relatório, por julgar pertinentes as recomendações apresentadas em sede de Comissão dos Transportes e do Turismo.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We have opposed this as this report supports the Commission's proposal to remove the 150 kg threshold. Currently in the UK the CAA is responsible for anything up to 150 kg. This is a further proposal to remove powers from the UK to the EU. This report was proposed by a UK Conservative MEP and voted for by all UK MEPs except UKIP.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Le Parlement européen a adopté un rapport qui réclame l'adoption d'une législation-cadre européenne sur l'utilisation sûre des systèmes aéronefs télépilotes, plus communément appelés drones.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ces petits engins volants, au succès grandissant, échappent actuellement à une législation harmonisée au niveau européen. Vu l'utilisation de plus en plus fréquente par les particuliers, à des fins récréatives ou parfois à mauvais escient, il est de plus en plus nécessaire de garantir que les drones ne menacent pas la sécurité publique ni le respect de la vie privée.

Le but est d'intégrer les drones dans l'espace aérien européen en mobilisant des moyens technologiques: installation d'une puce d'identification qui aiderait à retrouver la trace du propriétaire mal intentionné, incorporation d'un logiciel de détection et d'évitement pour éviter les accidents ou encore l'adjonction d'un programme de géo-repérage qui empêcherait les drones de survoler des zones d'exclusion aérienne.

Cela permettrait le développement sûr et sécurisé de ce secteur en plein essor dont le commerce transfrontalier se voit entravé par l'absence de reconnaissance mutuelle des autorisations nationales pour les drones et leurs opérateurs. De son côté, la Commission a fait savoir qu'elle préparait une proposition législative qui devrait être adoptée d'ici la fin de l'année 2015.

Dominique Riquet (ALDE), par écrit. – L'industrie des drones est un secteur en pleine croissance, mais qui évolue sans cadre réglementaire à l'échelle européenne. En effet, en dessous de 150 kilogrammes, les aéronefs télépilotes, utilisés à des fins professionnelles ou récréatives, sont soumis aux législations nationales des États-membres, ce qui freine considérablement le développement de la filière et bride sa compétitivité à l'échelle de l'Union européenne.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté en faveur du rapport d'initiative pour une utilisation sûre des systèmes d'aéronefs télépilotes dans le domaine de l'aviation civile, qui vise à poser les bases d'une harmonisation des législations européennes pour la filière des drones afin de favoriser l'expansion de ce marché, d'assurer un contrôle optimal des usages, et notamment transfrontaliers tout en garantissant la protection de la vie privée et la sécurité des individus.

Je suis cependant favorable à une réglementation des drones fondée sur le risque, qui prenne soin de distinguer les usages professionnels des usages récréatifs et permettant d'assurer la promotion du leadership européen.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), par écrit. – La future réglementation européenne aura pour ambition de répondre aux inquiétudes justifiées concernant la sécurité mais tentera aussi de donner à cette filière émergente les moyens de se développer dans un cadre respectueux des citoyens et des espaces aériens.

Ce rapport entend assurer la traçabilité de l'ensemble des engins, mais aussi des exploitants et propriétaires comme conditions sine qua non à toute utilisation. C'est une bonne chose car l'on a pu voir lors du survol des centrales nucléaires françaises que nous étions incapables d'en retrouver les pilotes. Il faut mettre en place un système d'immatriculation qui permettra d'identifier facilement les drones, et même à distance si possible. Les risques terroristes font craindre une véritable menace sur la sécurité du parc nucléaire français, pouvant provoquer un black-out électrique ou même un accident nucléaire majeur, comme nous avons pu le démontrer dans une lettre au gouvernement français... restée sans réponse.

Il est aussi prévu d'assurer une meilleure navigabilité pour les drones avec un partage de l'espace aérien clair. Il faudra surtout bien distinguer les usages récréatifs et professionnels, et donner des autorisations différentes à leurs utilisateurs

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), por escrito. – El sector de los sistemas de aeronaves pilotadas de forma remota para uso civil, lo que comúnmente conocemos como drones, está teniendo en los últimos años un importante auge. La ausencia de un marco legislativo sobre el uso de este tipo de aeronaves dota a este informe de un papel fundamental, que pretende influir sobre el inminente paquete legislativo sobre aviación que se presentará en 2016.

El informe recoge la necesidad de una normativa de ámbito europeo y mundial que garantice el desarrollo transfronterizo de dichos sistemas. Pide que la futura normativa incluya disposiciones sobre la aeronavegabilidad, la certificación, la formación y concesión de licencias, la responsabilidad y el seguro, las zonas de exclusión aérea, etc. También es importante que se regule el sector diferenciando el uso profesional del recreativo-privado y abordar el problema de la necesidad de garantizar la seguridad aérea y la convivencia entre drones y demás aeronaves.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Apoyo, por lo tanto, el presente informe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Les RPAS sont aujourd'hui en passe de devenir une réalité et seront d'ailleurs bientôt disponibles sur le marché européen. Le marché des RPAS, qui représente une opportunité de favoriser la création de nouveaux emplois, constitue une source d'innovation et de croissance économique pour les années à venir. Mais il soulève également de nouvelles difficultés concernant la sécurité, la sûreté et le respect des droits des citoyens, qui doivent être réglées avant que les RPAS puissent être utilisés à une échelle raisonnable dans un cadre civil. L'absence de réglementations harmonisées en Europe et de technologies validées constitue aujourd'hui le principal obstacle à l'ouverture du marché des RPAS.

Une réglementation au niveau européen portant sur l'ensemble des questions pertinentes, et qui incorpore notamment les exigences en matière de sécurité, de sûreté, de protection de la vie privée et de protection des données se révèle donc nécessaire. Qui plus est, des efforts de R&D sont également requis pour assurer l'intégration progressive des RPAS dans l'aviation civile à compter de 2016. Sur ce point, il est à noter que la Commission européenne aura recours au programme Horizon 2020 pour appuyer des actions de R&D porteuses.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione inerente l'uso sicuro dei sistemi aerei a pilotaggio remoto (RPAS) nel settore dell'aviazione civile in quanto ritengo necessario un aggiornamento legislativo a livello europeo nel settore dell'aviazione civile.

La mancanza di una legislazione comune fa sì che ciascun Paese regolamenti tale ambito per come ritiene più opportuno, senza potere seguire delle linee guida ben precise. Da qui la necessità di porre delle regole comuni che diano certezza agli imprenditori i quali potranno decidere serenamente di investire in questo settore che da qui a pochi anni risulterà essere molto produttivo e proficuo.

Al contempo, però, non si possono dimenticare gli aspetti strettamente connessi all'utilizzo di tali sistemi, come ad esempio la sicurezza dei cittadini e la garanzia del rispetto della privacy.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore perché il testo si occupa di importanti questioni di sicurezza e privacy relative all'utilizzo degli apparecchi a pilotaggio remoto.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe Foster.

Con la multiplicación de servicios comerciales que utilizan drones y la creciente popularidad de su uso con fines recreativos, resulta necesario garantizar que estos dispositivos no generan riesgos de seguridad ni para la privacidad personal.

Es necesario, además, un marco jurídico claro, a nivel europeo y global, que pueda garantizar la inversión y el desarrollo del sector en Europa para favorecer su competitividad en el mercado exterior.

Para asegurar que estos dispositivos controlados a distancia no penetran en zonas de exclusión aérea sobre infraestructuras críticas ni suponen un peligro para otras aeronaves y también para evitar usos ilegales, el texto plantea impulsar el desarrollo de tecnologías de detección, geoperimetraje, antinterferencia y antisecuestro. Por otra parte, los estándares de diseño de los drones deben incorporar garantías relativas a la privacidad y la protección de datos.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Zprávu z vlastní iniciativy týkající se dálkově řízených letadlových systémů, tzv. dronů, jsem podpořila, protože obsahuje řadu důležitých bodů. Vyzývá například k rozlišování provozování dronů ke komerčním nebo k rekreačním účelům, což současně letecké předpisy nezohledňují. Drony by měly být vybaveny softwarem, který by jim neumožnil létat v rizikových oblastech, jako jsou například letiště nebo průmyslové oblasti. Zpráva upozorňuje, že je nutné zajistit právo na ochranu soukromí občanů a ochranu osobních údajů. V této souvislosti jsou v ní také zahrnuty otázky identifikačního označování dronů, které by v případě potřeby umožnilo dohledatelnost jejich majitelů.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Actualmente la Agencia Europea de Seguridad Aérea es la autoridad que proporciona la autorización para el vuelo de aeronaves pilotadas de forma remota (RPAS) únicamente cuando la masa de estas excede de 150 kg. Ante esta situación, la Comisión Europea ha presentado una propuesta para un marco regulador europeo que tenga en cuenta las características de los RPAS (peso, ámbito de operaciones, velocidad) y la naturaleza de su uso (recreativo o profesional).

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Si bien apoyo la intención de la Comisión de eliminar este umbral de 150 kg y de sustituirlo por un marco reglamentario adecuado, así como de crear un mecanismo de información regular entre los Estados miembros en el que se aborden los incidentes de RPAS y se compartan buenas prácticas, he votado en contra de este informe. Y es que la Comisión no proporciona garantías para una clara división del uso civil y del militar o para el espionaje de los drones.

Además, destaca que el «muy dinámico» sector de fabricación israelí, claramente de uso militar (utilizado para espionaje y ejecuciones extrajudiciales y extraterritoriales), facilita la integración de un servicio de navegación aérea civil y militar en el espacio aéreo israelí. Por ello, no he apoyado este informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione d'iniziativa sull'uso civile dei sistemi aerei a pilotaggio remoto (RPAS), comunemente conosciuti come droni. Poiché esistono due categorie di uso dei sistemi RPAS, rispettivamente gli usi professionali e gli usi ricreativi, ritengo che le due categorie debbano essere disciplinate con requisiti differenti nell'ambito dello stesso quadro regolamentare dell'Unione europea.

Negli ultimi 15 anni c'è stata una rapida crescita dell'utilizzo dei droni e questa tecnologia, elaborata inizialmente per finalità militari, è adesso applicata anche alla fornitura di beni e servizi commerciali. Ritengo che sia importante non solo regolamentare i sistemi RPAS a seconda del loro utilizzo e dei possibili rischi, ma anche assicurare la necessaria certezza giuridica all'industria che sta investendo in questo settore innovativo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as this will allow for the EASA to take control over civil aviation in the UK under the current 150 kg threshold. Paragraphs 21, 22 and 48 all allow for more powers to be transferred to the EU.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because we need EU rules to make sure RPASs are used safely and responsibly, especially when filming at music festivals and from civilian drones, increasingly more common across the EU. I welcome the Parliament's call for laws that recognise the benefits that may come from the use of drones, and it is great to see that there is an acknowledgement of the potential abuse that may arise from their usage, from invasions of privacy and guaranteeing citizens' data protection.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za toto uznesenie. Výroba a predaj dronov v posledných dvoch rokoch dramaticky vzrástli. Tento segment trhu má veľký potenciál pre rast, a preto treba, aby národná a európska legislatíva riešila pravidlá používania, bezpečnosti a ochrany súkromia ľudí.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Posljednih 15 godina rapidno je porasla upotreba zrakoplovnih sustava na daljinsko upravljanje (RPAS) poznatijih kao bespilotne letjelice. Tehnologija razvijena prvenstveno za vojne potrebe sad se primjenjuje u komercijalne svrhe, čime se pomiču zakonodavne granice.

RPAS-ovi koji se danas upotrebljavaju u profesionalne svrhe pružaju znatne prednosti za raznovrsnu civilnu upotrebu, poput primjerice upotrebe za sigurnosnu inspekciju i nadzor nad infrastrukturom, preciznu poljoprivredu, medijsku produkciju ili dostavljanje pošiljki u udaljene regije. Potencijal za gospodarski rast tog sektora je golem, stoga zadaća Europske unije treba biti da na temelju analize rizika, u što kraćem roku, razvije jasan zakonodavni okvir koji će se odnositi isključivo na civilnu upotrebu RPAS-ova, kako bi se zajamčile investicije i razvoj konkurentnog europskog sektora RPAS-ova.

Podržao sam provedbu ovog izvješća jer otvara novo tržište koje nudi znatne mogućnosti za ulaganja, inovacije i stvaranje radnih mjesta u cijelom opskrbnom lancu. Ono također potiče inovativne tehnologije u području RPAS-ova koje imaju golem potencijal za stvaranje radnih mjesta, posebno zelenih, jer ona obuhvaćaju veliki spektar zanimanja, kao što potiče i razvoj velikog potencijala uključivanja malih i srednjih poduzeća u usluge proizvodnje dijelova i materijala.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Podržao sam ovo izvješće iz razloga što već godinama postoje ljudi koji se bave upravljanjem malim letjelicama na radio upravljanje, budući da je posljednjih 15 godina rapidno porasla upotreba zrakoplovnih sustava na daljinsko upravljanje (RPAS) poznatijih kao bespilotne letjelice (eng. drone). Također, mali RPAS-ovi koji su osmišljeni za hobi i rekreaciju postaju sve popularniji.

Tehnologija razvijena prvenstveno za vojne potrebe sad se primjenjuje u komercijalne svrhe, čime se pomiču zakonodavne granice budući da danas RPAS-ovi koji se upotrebljavaju u profesionalne svrhe pružaju i znatne prednosti za raznovrsnu civilnu upotrebu, a njihova se dodana vrijednost povećava s udaljenošću između letjelice i udaljenog pilota. Također, smatram da je potencijal za gospodarski rast tog sektora golem, od proizvođača do krajnjeg korisnika, također ogroman je potencijal i za velika trgovačka društva i za opskrbi lanac koji čine tisuće malih i srednjih poduzeća, a isto vrijedi i za inovativna novoosnovana društva.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Entuzijasti već desetljećima upravljaju malim modelima letjelica na radio upravljanje te je u posljednjih 15 godina rapidno porasla upotreba zrakoplovnih sustava na daljinsko upravljanje (RPAS), poznatijih kao bespilotne letjelice (engleski: drones). Propisi o RPAS-ovima postoje ili su u izradi u Austriji, Hrvatskoj, Češkoj Republici, Danskoj, Francuskoj, Njemačkoj, Italiji, Irskoj, Poljskoj, Španjolskoj i Ujedinjenoj Kraljevini, a odobrene škole letenja postoje u Danskoj, Ujedinjenoj Kraljevini i Nizozemskoj.

Parlament stoga podržava, kako razvitak inovativnih tehnologija u području RPAS-ova, tako i uvrštavanje posebnog dijela o zaštiti podataka i privatnosti pri obučavanju profesionalnih korisnika i vlasnika RPAS-ova. Također se izražava zabrinutost zbog potencijalnih nezakonitih i nesigurnih načina upotrebe RPAS-ova (npr. RPAS pretvoren iz civilnog alata u oružje koje se koristi u vojne ili druge svrhe ili RPAS koji se koristi u svrhu ometanja sustava navigacije ili komunikacije).

Ovo izvješće podržavam jer smatram da je regulacija novih tehnologija ključna za njihovu sigurnu upotrebu i sprečavanje narušavanja privatnosti i sigurnosti građana EU-a.

Richard Sulík (ECR), *písomne* – Návrh som podporil, keďže podľa mňa predstavuje dobrý kompromis medzi reguláciou prípadných rizík spojených s použitím drone-ov a možnosťami rozvoja tohto odvetvia.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Brezpilotna zračna plovila (droni) so v rokah odgovornih izvrstno orodje, da, denimo, nadomestijo ljudi pri nevarnih opravilih. Pred kratkim so mi povedali, kako so jih uporabili pri obnovi strehe na cerkvenih zvonikih na Štajerskem.

Toda v rokah neodgovornih oziroma neusposobljenih so grožnja stvarim, živalim, varnosti ljudi in naši zasebnosti. Zato je treba to področje dobro in hitro pravno urediti. Pri tem sta varnost in zasebnost izjemnega pomena. Nedavni avtomobilski škandal VW pa je pokazal, kako pomemben je nadzor nad uresničevanjem zakonodaje.

Poziv Komisiji in državam članicam, da zagotovijo zadostna sredstva za izvrševanje, je zato na mestu. Hkrati pa vsi vemo, kako omejena so proračunska sredstva in kako zelo so ljudje in podjetja v EU obdavčeni. To pa zahteva dobro premišljen nadzorni sistem, ki bo učinkovit, a ne predrag.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Hlasoval jsem pro zprávu o bezpečném využívání dálkově řízených letadlových systémů (RPAS) obecně známých jako drony. Tato zpráva EP se týká dronů užívaných v civilním letectví. Tato technologie byla prvotně vyvinuta pro vojenské účely, ale nyní začínat přinášet prospěch také pro různé civilní použití, jehož přidaná hodnota se zvyšuje se vzdáleností mezi strojem a pilotem řídícím stroj na dálku. Tato zpráva dále správně zdůrazňuje, že je třeba zavést vhodné politiky zaměřené na ochranu soukromí a vyřešit bezpečnostní otázky související s provozem dronů. Je také zapotřebí vytvořit jasný evropský právní rámec s cílem zajistit investice a rozvoj konkurenceschopného evropského odvětví RPAS. Pro plné začlenění RPAS do evropského vzdušného prostoru je třeba vyvinout příslušné inovační technologie.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η ευρεία χρήση νέων τεχνολογιών, όπως τα συστήματα τηλεχειριζόμενων αεροσκαφών (RPAS), πρέπει να πλαισιώνεται από νόμους και ρυθμίσεις αλλά και ανάλογες τεχνολογίες που αποβλέπουν πρωτίστως στη διατήρηση και ενίσχυση των θεμελιωδών δικαιωμάτων του ανθρώπου αλλά και την εξασφάλιση, στον μέγιστο βαθμό, της απαγόρευσης της εφαρμογής των εναντίον της δημόσιας ασφάλειας και υπέρ της τρομοκρατίας.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

József Szájer (PPE), *írásban*. – A pilóta nélküli járművek mindennapjaink realitásává válnak, a bennük rejlő lehetőségek kiaknázása lehetőséget jelent a munkahelyteremtésre és gazdasági és innovációs fejlődéssel kecsegtet. Ugyanakkor új kihívásokat is hoz a biztonság, az emberi jogok védelme terén. Ezért is szükséges a pilóta nélküli polgári járművekre vonatkozó szabályok uniós szintű megalkotása. Egy közösségi szabályrendszer elősegíti a versenyképesség megőrzését, a munkahelyek bővülését, ezen belül a kkv-k támogatását és a technológia lehető legnagyobb fokú kihasználását, ami pozitívan érintheti más iparágak technológiáját. A jelentés ajánlásokat tartalmaz, amelyek inspirációként szolgálhatnak az Európai Bizottság számára saját törvényhozási javaslatának fényében, melyet 2015 végén kíván nyilvánosságra hozni. A jelentés összhangban van mind az Európai Néppárt programjával, mint pedig Magyarország alapelveivel, ezért is támogattam szavazatommal.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Utilizarea sistemelor aeriene fără pilot este, fără îndoială, un pas important către piața aeronautică a viitorului.

Această tehnologie s-a dezvoltat foarte mult în ultimii ani în scopuri militare, însă are un potențial extraordinar în utilizarea în scopuri civile, cu alte cuvinte, în viața de zi cu zi.

Sectoare ca transportul și agricultura pot beneficia de pe urma acestor aparate de zbor versatile, limitând riscul adus de operarea umană și mărind eficiența prin accesul în zone în care este greu de ajuns. Acțiunile de salvare umană reprezintă încă un exemplu pozitiv pe lista acestor beneficii.

Această piață emergentă aduce cu sine nevoia de reglementare pentru a asigura securitatea, siguranța și respectarea intimității și a protecției datelor cetățenilor Uniunii Europene.

Este evident că avem nevoie de o strategie la nivel european pentru sistemele aeriene fără pilot operate de la distanță, care să fie în concordanță cu standardele ICAO.

Deși sunt convinsă că performanțele în materie de hardware și software ale aparatelor vor evolua în viitorul apropiat, trebuie să agreăm câteva standarde minime în ceea ce privește condițiile de certificare a piloților și cele de identificare și operare ale aparatului de zbor.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen s'est prononcé ce midi en faveur d'une législation européenne sur l'utilisation des drones. Avec 2 500 exploitants, l'Europe domine le marché mondial en matière d'usage civil. Cette technologie, utilisée à l'origine à des fins essentiellement militaires, est désormais ouverte à tous, ce qui repousse les limites législatives existantes. Pour garantir la sécurité des citoyens, le respect de la vie privée et une cohérence entre les États membres, tout en encourageant les technologies innovantes, une législation européenne est indispensable!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report which sets the first step towards a European framework for the safe use of drones. Drones are a new and popular technology which is developing extremely fast. Whether it is for leisure or for professional purposes, drones bring enormous opportunities that should not be hampered, therefore the regulators, the industry and commercial operators must work together.

The many benefits we can derive from the use of drones dwell in the fact that they operate in the airspace; this is also the reason why their use must be carefully examined so that an unexperienced pilot cannot threaten the activities of the other users of the airspace such as flights or emergency air services. That is why I support a clear European framework which should be elaborated on a risk-based approach and needs to take into account the characteristics of the drones e. g. weight, scope of operation or speed, but also the purpose of their use.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o varni uporabi daljinsko vodenih zrakoplovnih sistemov (RPAS), splošno znanih kot brezpilotna zračna plovila, na področju civilnega letalstva sem podprla, saj menim, da gre za politico, ki bo omogočila rast evropske industrije, da bi lahko konkurirala na svetovni ravni, hkrati pa je ta nastajajoči trg velika priložnost za naložbe, inovacije in ustvarjanje delovnih mest v dobavni verigi.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe Foster.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Con la multiplicación de servicios comerciales que utilizan drones y la creciente popularidad de su uso con fines recreativos, resulta necesario garantizar que estos dispositivos no generan riesgos de seguridad ni para la privacidad personal.

Es necesario, además, un marco jurídico claro, a nivel europeo y global, que pueda garantizar la inversión y el desarrollo del sector en Europa para favorecer su competitividad en el mercado exterior. Para asegurar que estos dispositivos controlados a distancia no penetran en zonas de exclusión aérea sobre infraestructuras críticas ni suponen un peligro para otras aeronaves y también para evitar usos ilegales, el texto plantea impulsar el desarrollo de tecnologías de detección, geoperimetraje, antinterferencia y antisecuestro. Por otra parte, los estándares de diseño de los drones deben incorporar garantías relativas a la privacidad y la protección de datos.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Új korszakot nyitottak a légi közlekedésben a távirányított légijármű-rendszerek. Ennek az ágazatnak sürgős szüksége van olyan európai és globális szabályozásra, amely lehetővé teszi az ilyen rendszerek határokon átnyúló fejlesztését. Egyértelmű európai jogi keretrendszerre van szükség a rendszerek versenyképes európai ágazatára irányuló beruházások biztosításához és az ágazat fejlesztéséhez. Mielőbbi intézkedés hiányában fennáll a veszélye annak, hogy nem sikerül teljes mértékben kiaknázni a távirányított légijármű-rendszerekben rejlő gazdasági lehetőségeket és kedvező hatásokat. Többek között ezért is támogattam a Foster-jelentés elfogadását.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor del informe Foster.

Con la multiplicación de servicios comerciales que utilizan drones y la creciente popularidad de su uso con fines recreativos, resulta necesario garantizar que estos dispositivos no generan riesgos de seguridad ni para la privacidad personal.

Es necesario, además, un marco jurídico claro, a nivel europeo y global, que pueda garantizar la inversión y el desarrollo del sector en Europa para favorecer su competitividad en el mercado exterior. Para asegurar que estos dispositivos controlados a distancia no penetran en zonas de exclusión aérea sobre infraestructuras críticas ni suponen un peligro para otras aeronaves y también para evitar usos ilegales, el texto plantea impulsar el desarrollo de tecnologías de detección, geoperimetraje, antinterferencia y antisecuestro. Por otra parte, los estándares de diseño de los drones deben incorporar garantías relativas a la privacidad y la protección de datos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), in writing. – I have voted in favour of the report, which includes some good elements on environmental standards, data protection and privacy. Furthermore, it explicitly mentions the exclusion of nuclear and chemical no-fly zones.

Ivo Vajgl (ALDE), in writing. – I voted in favour of the resolution on safe use of remotely piloted aircraft systems (RPAS), commonly known as unmanned aerial vehicles (UAVs). These systems are used primarily for military purposes but are now being applied commercially, pushing legislative boundaries, whereas today RPAS used in a professional context also provide significant benefits for different civil uses, the added value of which increases with the distance between the aircraft and the remote pilot (BVLOS (beyond-visual-line-of-sight) operations).

It is necessary to address the topics at international level because there are no harmonised rules at EU level. The development of a European drone market might be impeded, given that national authorisations are generally not mutually recognised among the Member States, and therefore the resolution puts forward suggestions for the future, such as the encouragement of innovative technologies in the area of RPAS that have an enormous potential for job creation, in particular green jobs, and the encouragement of the development and exploration of the great potential of involving SMEs in the field of services concerned with the production of specialised parts and materials.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), por escrito. – Hablamos de un sector en pleno desarrollo y con un gran potencial de comercialización en el mercado de la UE. El informe destaca la necesidad de que la UE armonice el marco legal de este tipo de aeronaves y que promueva asimismo acciones para que la industria europea sea un líder global en el mercado de la tecnología de aeronaves automáticas. Por todo ello considero necesario votar a favor de dicho informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – Actualmente la Agencia Europea de Seguridad Aérea es la autoridad que proporciona la autorización para el vuelo de aeronaves pilotadas de forma remota (RPAS) únicamente cuando la masa de estas excede de 150 kg. Ante esta situación, la Comisión Europea ha presentado una propuesta para un marco regulador europeo que tenga en cuenta las características de los RPAS (peso, ámbito de operaciones, velocidad) y la naturaleza de su uso (recreativo o profesional).

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Si bien apoyo la intención de la Comisión de eliminar este umbral de 150 kg y de sustituirlo por un marco reglamentario adecuado, así como de crear un mecanismo de información regular entre los Estados miembros en el que se aborden los incidentes de RPAS y se compartan buenas prácticas, he votado en contra de este informe. Y es que la Comisión no proporciona garantías para una clara división del uso civil y del militar o para el espionaje de los drones. Además, destaca que el «muy dinámico» sector de fabricación israelí, claramente de uso militar (utilizado para espionaje y ejecuciones extrajudiciales y extraterritoriales), facilita la integración de un servicio de navegación aérea civil y militar en el espacio aéreo israelí. Por ello, no he apoyado este informe.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Développée au départ à des fins militaires, la technologie de drone est toujours plus appliquée à des fins économiques. Les drones utilisés dans un cadre professionnel ont des usages extrêmement variés pouvant encore se développer à l'avenir, incluent notamment les inspections de sécurité et le contrôle des infrastructures (voies de chemin de fer, barrages et centrales de production d'électricité, etc.), l'évaluation des catastrophes naturelles, ou encore pour l'agriculture ou la livraison de colis dans des régions isolées.

La résolution adoptée à une très large majorité par le Parlement européen met avant tout l'accent sur le soutien au développement de cette nouvelle technologie qui présente effectivement un potentiel de croissance économique et donc d'emplois.

Elle souligne l'importance de la protection des données à caractère personnelle et de la vie privée mais les recommandations proposées me semblent insuffisamment contraignantes pour garantir une utilisation vraiment sûre des drones.

J'ai donc voté contre cette résolution qui privilégie une approche marchande du secteur et n'offre pas les protections suffisantes.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório centra-se na utilização civil de «drones», cuja relevância económica e social justifica já um enquadramento regulamentar.

Temos algumas preocupações, designadamente sobre o facto de não haver nenhuma salvaguarda de que o financiamento público para o desenvolvimento destas tecnologias não venha posteriormente a ser internalizado militarmente. Por outro lado, a questão da proteção de dados e da informação das pessoas não é abordada e defendida com o necessário aprofundamento. Tenha-se em conta que se trata de equipamentos que facilmente podem constituir meios de vigilância e de acesso a dados pessoais por governos, empresas e indivíduos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Da die Zahl an ferngesteuerten Flugsystemen in der zivilen Luftfahrt mehr zunimmt, ist es nur sinnvoll, wenn deren Benutzung entsprechend geregelt werden soll. Nicht nur, dass diese unbemannten Fluggeräte in der zivilen Luftfahrt zu rein privaten Zwecken benutzt werden, so können sie z. B. auch bei Katastropheneinsätzen oder infrastrukturellen Überprüfungen sehr dienlich sein. Entsprechend sinnvolle Förderungen sowie Regulierungen in diesem Bereich sind zu befürworten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché sono convinto sia necessario definire delle linee guida per la Commissione in vista della presentazione del pacchetto aviazione. Con questo documento, che si concentra sull'utilizzo dei droni, chiediamo garanzie sull'identità dei droni e del proprietario/operatore, l'assicurazione, la responsabilità dell'assicurazione, la protezione di dati e privacy e le *no-fly zone*.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – In dieser EntschlieÙung geht es um die grenzüberschreitende Zulassung von ferngesteuerten Luftfahrtsystemen wie beispielsweise Modellflugzeugen und Drohnen. Allerdings handelt es sich hier nicht um kleine, funkferngesteuerte Modellflugzeuge von Hobbybastlern, sondern um einen Teil der europäischen Flugindustrie. Drohnen können für militärische und professionelle Anwendungen oder zu Freizeit Zwecken eingesetzt werden. Diese Anwendungsmöglichkeiten unterscheiden sich jedoch und sollten daher unterschiedlichen Auflagen innerhalb desselben EU-Rechtsrahmens unterliegen. Das ist verständlich und daher stimme ich dieser EntschlieÙung zu.

Anna Záborská (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car le secteur des véhicules aériens sans pilote (drones civils) constitue un domaine porteur d'emplois dans lequel l'Union européenne excelle. Il fallait par conséquent passer la vitesse supérieure en approuvant une législation positive en la matière qui permette à l'UE de garder sa première place mondiale tout en jetant les bases d'une législation mondiale qui reflète nos convictions. C'est chose faite. Ce texte trouve le parfait équilibre entre incitation à l'entrepreneuriat dans ce domaine et protection des citoyens (obligation d'identification de tous les drones).

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Roberts Zīle (ECR), rakstiski. – Balsojumā atbalstīju Eiropas Parlamenta rezolūciju saistībā ar bezpilota lidaparātu regulējumu. Ir atzīstami, ka Eiropas Parlaments respektē tehnoloģiju straujo progresu un jūt atbildību par skaidras likumdošanas bāzes izveides nepieciešamību nozarei, kuras piedāvāto ierīču neapzinīga lietošana var radīt drošības draudus sabiedrībai. Līdzās drošības standartu izveidei vienlīdz būtiski ir ievērot arī personas privātuma tiesības, jo kā komerciāla, tā arī hobijs līmeņa bezpilota lidaparāti bieži tiek aprīkoti ar foto un filmēšanas iekārtām. Visbeidzot, ņemot vērā arī Latvijas dronu "Airdog" iesācējuzņēmuma veiksmi pasaules mērogā, uzskatu, ka skaidri noteikumi un saprotams šīs ātri attīstošās nozares regulējums veicinās arī investīciju piesaisti. Lai arī militārajā nozarē dronu konkurences pārsvars ir ASV, Eiropas Savienības uzņēmumi, balstoties uz šādiem noteikumiem, var veiksmīgi konkurēt komerciālajā segmentā.

Jana Žitňanská (ECR), písomne. – Táto historicky prvá správa Európskeho parlamentu, ktorá sa zaoberá bezpilotnými lietadlami, alebo tzv. dronmi, je spolu s mnohými ďalšími témami dôkazom, že zákonodarné orgány Európskej únie sa zaoberajú technologickým pokrokom, ku ktorému logicky v mnohých oblastiach dochádza a ktorý by v záujme jednotného prístupu bolo vhodné na celoeurópskej úrovni upraviť.

V posledných rokoch záujem o tieto bezpilotné lietadlá rapídne vzrástol. Len na Slovensku hovoria neoficiálne čísla až o desať tisícoch kusov. Drony nachádzajú široké využitie nielen na odborné účely, a to činnosti ako kontrola železničných tratí, priehrad, elektrární, či profesionálne fotografovanie veľkých udalostí, ale mnohí využívajú drony na športové, či iné rekreačné účely. Na druhej strane však nekontrolované používanie dronov môže viesť k závažným zásahom do súkromného života. Táto správa podľa môjho názoru udržiava obe oblasti v rovnováhe. Podporuje rast priemyslu a obchodu v tejto oblasti, nepredstavuje neprimerané zaťaženie pre výrobcov, malé a stredné podniky, ale zároveň chráni verejný záujem, bezpečnosť, ako aj právo na súkromie. Taktiež upravuje niektoré technické aspekty používania dronov, napríklad odstraňuje dvojkoľajnosť v oblasti orgánov zodpovedných za povolenie používania dronov, ktorá fungovala podľa hmotnosti dronov. Správu som preto podporila.

Kosma Złotowski (ECR), na piśmie. – Zdalnie kierowane bezzałogowe systemy powietrzne, czyli popularne drony, stanowią stały element naszego otoczenia. Począwszy od zastosowań militarnych, przez wykorzystanie komercyjne, a kończąc na rekreacji liczba takich bezzałogowych maszyn stale rośnie. Pojawiają się również nowe problemy, które nie są właściwie zdefiniowane. Jednym z najistotniejszych jest kwestia bezpiecznego korzystania z tych maszyn. Przypadki, w których bezpilotowce zakłócały ruch lotniczy, są najbardziej spektakularne, ale są również inne obszary wymagające regulacji np. kwestia ochrony prywatności naruszanej przez użytkowników dronów. Mimo działań legislacyjnych podejmowanych przez państwa członkowskie konieczne jest stworzenie przez Komisję Europejską pewnych ram prawnych, które wyznaczą europejski standard w zakresie produkcji i wykorzystywania zdalnie kierowanych bezzałogowych systemów powietrznych. Ważne jest ustalenie zasad wzajemnego uznawania przez państwa członkowskie uprawnień do pilotowania tego typu statków powietrznych w celach komercyjnych.

Musimy stworzyć system rejestracji takich maszyn, który w przypadku sytuacji zagrażający życiu i zdrowiu pozwoli łatwo zidentyfikować ich właściciela, także w innym państwie członkowskim. Konieczne jest stworzenie katalogu parametrów technicznych identyfikujących drony przeznaczone do różnych celów tak, aby zarówno dla producentów, jak i użytkowników podział ten był jasny i klarowny. Sprawozdanie pani poseł Foster kompleksowo i precyzyjnie definiuje wszystkie te wyzwania oraz formuluje jasne wnioski dla KE. Głosowałem za jego przyjęciem.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. – O relatório centra-se na utilização civil de «drones», que já apresentam relevância e um maior potencial económico, de segurança e recreativa, carecendo de enquadramento regulamentar. Do nosso ponto de vista, o relatório não salvaguarda que o financiamento público para o desenvolvimento destas tecnologias não venha a ser internalizado militarmente, nem tão pouco salvaguarda a proteção de dados e da informação das pessoas, que é abordada e defendida, mas sem grande aprofundamento, nomeadamente tratando-se de equipamentos que facilmente se podem transformar em meios de vigilância e de acesso a dados pessoais por governos, empresas e indivíduos. Abstivemo-nos.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

11.21. Neue Herausforderungen und Konzepte für die Förderung des Fremdenverkehrs in Europa (A8-0258/2015 - Isabella De Monte)

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione europea ha avviato nel 2010 una iniziativa denominata «Europa, destinazione turistica nr. 1 al mondo» per dare nuovo slancio al turismo con la previsione di 21 azioni. Tuttavia, da maggio 2013 la Commissione ha interrotto la redazione dei piani di implementazione e diviene dunque difficile valutare ora i progressi effettuati.

Nella relazione si richiede un rapporto di implementazione per la verifica delle azioni intraprese, incluso l'uso delle risorse finanziarie. Uno dei problemi principali della legislazione europea in materia di turismo risiede, infatti, nel fatto che le risorse per esso allocate siano davvero irrisorie e che la maggior parte delle azioni intraprese necessitano di fondi in differenti programmi di finanziamento, non integrati tra di loro.

Abbiamo la possibilità di poter contare su un territorio vasto, dove realmente non manca nulla: splendide coste, catene montuose, laghi, fiumi e un patrimonio storico-artistico immenso.

La relazione è completa e affronta tutte le problematiche e le carenze ravvisabili nella politica europea sul turismo, formulando proposte valide e di facile attuazione. Per questi e altri motivi il mio voto è stato positivo.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque, aun considerando que es útil que Europa trabaje para definir estrategias conjuntas en apoyo al turismo, el ponente lo utiliza como plataforma para promover una mayor liberalización de las condiciones del sector (incluido el apoyo a las nuevas plataformas digitales de servicios) excluyendo expresamente cualquier armonización (social, fiscal...) que frene los efectos de una competencia devastadora. Además, el texto contiene referencias a la migración o a la situación política en algunos de los países vecinos de la UE que no hacen sino reforzar las orientaciones más regresivas de la actual PESC.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Ψήφισα υπέρ της συγκεκριμένης έκθεσης, διότι προτείνει δράσεις στα πεδία της ψηφιοποίησης, του βιώσιμου και υπεύθυνου τουρισμού και της προώθησης της Ευρώπης ως του υπ' αριθμόν ένα προορισμού παγκοσμίως. Έμφαση δίδεται επίσης στην ανάγκη προώθησης, προστασίας και διατήρησης της ευρωπαϊκής πολιτιστικής κληρονομιάς, στη σημασία του παράκτιου και θαλάσσιου τουρισμού και σε ζητήματα προϋπολογισμού, καλώντας την Κομισιόν να υιοθετήσει ξεχωριστή χρηματοδοτική γραμμή για τον τουρισμό στο επόμενο πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est un premier pas vers une réglementation européenne du secteur touristique. Dans cette optique, il demande à la Commission de commencer par augmenter ses effectifs chargés de la politique du tourisme, de faire un rapport sur les premières mesures qu'elle a prises en 2010 dans ce domaine, de prendre en compte les défis à venir (protection du climat (sic !) et de l'environnement, numérisation du secteur, accessibilité, etc.) ou encore de promouvoir un tourisme transnational et paneuropéen et de développer des outils marketing en ce sens.

Nous pensons quant à nous que le tourisme n'a pas besoin d'être supervisé depuis Bruxelles dont l'unique but est de faire disparaître les nations européennes. J'ai donc voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Once again, we are voting on a matter which should be dealt with by each individual Member States. Is the UK tourist industry not fundamentally different from that of Greece, for example?

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport visant à développer de nouveaux outils de promotion de l'Europe comme territoire à vocation touristique.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą dėl naujų turizmo skatinimo Europoje iššūkių ir koncepcijos. Nors turistų, aplankysiančių ES ateinančiais metais, skaičiaus augimo prognozės yra teigiamos, tačiau Europa vis labiau turi konkuruoti su kitomis lankytinomis pasaulio vietomis, ypač su naujai atsirandančiomis, į kurias keliauti yra pigiau. Turizmui, kaip ir visai ekonomikai, poveikį daro demografiniai pokyčiai ir jaunimo nedarbas. Be to, turizmo sektorius patiria vartotojų elgesio pokyčius, didesnę aukštos kokybės paslaugų klientams paklausą ir, pagaliau, įmonės turi prisitaikyti prie skaitmeninio eros, nes per 95 proc. keliautojų prisijungia prie interneto, kad suplanuotų savo kelionę. Komisija turėtų ir toliau visomis išgalėmis remti bendrą Europos populiarinimą trečiųjų šalių rinkose papildydama Europos ir tarpvalstybine vertę esamas valstybines turizmo skatinimo pastangas. 2013 m. 15 proc. europiečių nesinaudojo traukiniais dėl to, kad platformos sunkiai pasiekiamos ir trūksta informacijos. Todėl būtiną gerinti prieinamumą ir ypatingą dėmesį skirti riboto judumo asmenims. Pritariu raginimams Komisijai, valstybėms narėms, regionams ir už

Donnerstag, 29. Oktober 2015

turizma atsakingoms institucijoms ir MVĮ kuo labiau pasinaudoti naujomis finansavimo iš Europos strateginių investicijų fondo galimybėmis.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We have opposed this report as it is up to Member States to develop their own tourism sectors. There should not be the requirement to set up an EU tourist agency or to promote Europe as a tourist brand, neither is there the necessity to create an EU-wide quality brand. UKIP is in agreement with the UK Government on these matters.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – L'Europe est la première destination touristique au monde. Le nombre de touristes étrangers qui visitent l'Union devrait augmenter de 140 millions chaque année jusqu'en 2025. Ceci dit, l'industrie du tourisme en Europe fait également face à un certain nombre de défis majeurs. La numérisation des canaux de distribution, la concurrence croissante de destinations moins coûteuses, d'économies émergentes ou encore le caractère saisonnier en sont quelques exemples.

Une entreprise sur dix dans l'économie marchande non financière appartient à l'industrie du tourisme et le secteur emploie pas moins de 12 millions de travailleurs dans l'Union. Considérant les potentiels importants du tourisme en matière de croissance, de PIB, d'emploi et de commerce extérieur, j'ai évidemment soutenu l'initiative de la commission des transports et du tourisme.

Celle-ci encourage la Commission européenne non seulement à évaluer son plan d'action sur le tourisme déjà en cours mais aussi à établir une nouvelle stratégie. Parmi les différentes pistes envisagées, l'accent est notamment mis une ligne budgétaire consacrée exclusivement au tourisme, le développement de nouveaux produits européens transnationaux, le tourisme sportif, l'économie de partage et la numérisation du secteur.

Tiziana Beghin (EFDD), *per iscritto*. – Il mio voto è positivo visto che si tratta di promuovere l'Europa nel mondo come destinazione turistica, non solo i paesi individualmente, ma proponendo itinerari transnazionali, potenziando l'apprezzamento del turismo costiero e marittimo e anche il patrimonio culturale.

L'idea è di offrire opzioni di turismo di qualità (tramite la proposta di un brand di qualità europeo e particolarmente i «made in» nazionali. Il turismo sostenibile, sociale e responsabile è un altro strumento molto importante da promuovere soprattutto incentivando la digitalizzazione e il ricorso a nuove tecnologie.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Je soutiens ce rapport en ce qu'il prône la promotion de l'industrie du tourisme européen. Compte tenu des différentes crises économiques survenues et/ou présentes dans les pays de l'Union, le tourisme est et doit rester plus que jamais une source de revenus pour les États et les professionnels du secteur.

Aujourd'hui, l'industrie du tourisme est confrontée à une concurrence mondiale accrue, notamment du fait des pays émergents, moins coûteux, qui attirent les touristes internationaux. Face à cette concurrence, l'Europe doit en effet miser sur ses avantages comparatifs, en particulier sa diversité de paysages et son extraordinaire richesse culturelle, artistique, gastronomique et historique.

Je regrette toutefois que le Parlement européen profite de ce rapport pour donner libre cours à son obsession pour la comitologie, qui est coûteuse et trop souvent inopérante. Pourquoi envisager une agence européenne du tourisme, des fonds alloués à «une Année européenne du tourisme» ou encore un label «Destination Europe»?

Décidément, les institutions européennes ont beaucoup de mal à ne pas céder aux sirènes de l'interventionnisme à tout va et à la gabegie qui en découle.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport De Monte concerne les nouveaux défis et concepts pour la promotion du tourisme en Europe et a pour objectif d'inciter la Commission européenne à élaborer une offre touristique à l'échelle européenne. J'avais à ce titre déposé plusieurs amendements en commission notamment pour le tourisme accessible.

Le rapporteur déplore l'absence de volonté de la Commission pour renforcer la politique du tourisme de l'UE. On veut ainsi toujours «plus d'Europe», comme si davantage d'Europe amènerait plus de touristes (c'est même probablement le contraire...). Non, au contraire, il revient à chaque État membre de décider souverainement de sa politique touristique. Par ailleurs, les sites touristiques sont frappés par l'insécurité grandissante à laquelle la libre circulation est une cause. En réalité, ce rapport vise à lisser les diversités nationales pour promouvoir l'Europe alors que je pense que l'Europe est riche de ses nations, de ses cultures et de ses histoires. J'ai donc voté contre.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di una strategia comune per il miglioramento dell'offerta e gestione turistica in Europa, al fine di salvaguardare e promuovere il vastissimo patrimonio culturale europeo. In quest'ottica ritengo importante sostenere la crescita turistica locale e regionale, attraverso la tutela del marchio «Made in» e alle PMI che investono nel digitale per migliorare i propri servizi per i consumatori.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat nej till detta betänkande.

Betänkandet syftar till att införa en gemensam europeisk turistbyrå som ska främja den europeiska turistnäringen. Betänkandet är dels för federalistiskt och harmoniserande, dels föreslås det i betänkandet att nya pengar ska tilldelas detta område. Att lägga mer pengar på turistnäringen i tider när välfärdssektorerna skärs ned anser jag vara en felprioritering.

Dessa är de främsta anledningarna till att jag röstat nej.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisako dėl naujų turizmo skatinimo iššūkių ir koncepcijų. Turizmas yra pagrindinė potenciali Europos ekonomikos augimo sritis, kurioje, įskaičiuojant ir su turizmu susijusius sektorius, sukuriama daugiau kaip 10 proc. ES BVP. Turizmas taip pat skatina sukurti daug darbo vietų, nes šiame sektoriuje tiesiogiai dirba 13 mln. darbuotojų, o tai sudaro ne mažiau kaip 12 proc. darbo vietų ES. Nors turistų, aplankysiančių ES ateinančiais metais, skaičiaus augimo prognozės yra teigiamos, turime būti budrūs užsienio lankytojų klausimu, nes Europa vis labiau turi konkuruoti su kitomis lankytinomis pasaulio vietomis, ypač su naujai atsirandančiomis, į kurias galima nukeliauti pigiau. Be to, dėl kai kurių papildomų iššūkių turizmo sektorius Europoje turi greitai prisitaikyti, kad galėtų išlaikyti savo konkurencingumo lygį. Turizmo sektorius yra veikiamas vartotojų elgesio pokyčių, didesnės aukštos kokybės paslaugų klientams paklausos ir, galiausiai, įmonės turi prisitaikyti prie skaitmeninimo eros, nes per 95 proc. keliautojų, kad suplanuotų savo kelionę, prisijungia prie interneto, ir bendro vartojimo ekonomikos sektoriaus tiekėjų skaičius auga. Todėl Parlamentas ragina Komisiją, valstybes nares, regionus ir už turizmą atsakingas institucijas, taip pat įmones, ypač MVĮ, kuo labiau pasinaudoti naujomis finansavimo iš Europos strateginių investicijų fondo galimybėmis, ypač per nacionalinius ir regioninius investicijų bankus, kad ES veiksmams paramos turizmui srityje pakiltų į naują kokybinį lygį.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Il voto della relazione sulle «nuove sfide e strategie per promuovere il turismo in Europa», che sostengo, si inserisce in un contesto in cui appare più che mai fondamentale valorizzare la portata tanto quantitativa, quanto qualitativa, del turismo sul nostro continente. Considerando che il settore turistico contribuisce oggi a più del 10% del PIL dell'UE e che esso rappresenta inoltre un solido motore alla crescita e all'occupazione su tutto il territorio dell'Unione, è necessario incrementare gli investimenti in questo settore in un'ottica maggiormente strategica.

L'Europa è la prima destinazione turistica mondiale ma per mantenere questo primato, alla luce soprattutto della crescente concorrenza proveniente dai paesi terzi, può essere utile valorizzare un «marchio Europa» che, partendo dalla ricchezza ed eterogeneità del patrimonio paesaggistico e culturale, sia capace di distinguersi dalle altre destinazioni per la qualità e l'offerta dei servizi, sfruttando anche la digitalizzazione come nuova fonte di crescita, soprattutto per le piccole e medie imprese a vocazione turistica.

Un maggiore coordinamento tra i diversi itinerari turistici europei, come evidenziato dalla relazione, può contribuire a far fronte ai limiti della stagionalità.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Izvjestiteljica priznaje da se u skladu s potrebama i posebnim zahtjevima država članica moraju jasno definirati zajednički ciljevi i analizirati potencijalna i dodana vrijednost brenda „Destinacija Europa”. Naime, neki zastupnici smatraju da bi to moglo narušiti već prepoznate brendove pojedinih država članica.

Gradani mi se često žale da tijekom sezone često dolazi do velikog pritiska na komunalne usluge. Hrvatska se s tim uspješno nosi i velik je broj općina i gradova koji grade infrastrukturu prilagođenu većim zahtjevima upravo kroz sredstva EU-a. Međutim, procedura je dugotrajna i komplicirana. Zato sam predložila da se pojednostavni pristup takvom financiranju, posebno u hrvatskom slučaju za otpad i otpadne vode. Vjerujem da će to koristiti domaćim i stranim potrošačima.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Čak 95 posto potrošača koristi internet za rezervaciju godišnjih odmora. Moramo za njih osigurati dostupnost informacija na njihovom jeziku i zaštitu njihovih osobnih i finansijskih podataka. Ne smijemo zaboraviti da su podaci valuta novog doba i da njihova zaštita mora biti osigurana.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – L'attraction touristique de l'Europe ne réside pas dans le fait que la plupart des pays qui la constituent appartiennent à l'Union européenne.

La Commission européenne n'est pas la mieux placée pour faire un constat objectif de la situation du tourisme en Europe, ni pour proposer une politique dynamisante. Nous préférierions que ce sujet soit traité par des experts indépendants.

Nul doute qu'une telle étude ferait ressortir que le principal frein au développement du tourisme en Europe réside dans l'augmentation de l'insécurité dans les différents lieux d'attractivité touristique. La question de la préservation du patrimoine doit être étudiée également. Les richesses nationales du Vieux continent méritent d'être mieux mises en avant, et donc je vote contre ce texte.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il turismo è un'importante fonte di sviluppo per la UE, purtroppo finora trascurato dalla Commissione e dal Consiglio. Nel terzo millennio il turismo è un'industria: un particolare tipo di industria digitale. Oltre il 95% dei viaggi turistici nel 2014 ha visto l'uso di Internet nella scelta della meta, nell'organizzazione pratica del viaggio e in acquisti legati al viaggio (biglietti, voli, oggetti).

Attualmente la politica turistica dei Paesi europei vede un alto grado di divergenza da Paese a Paese ed è ancora troppo spesso legata ad una logica di concorrenza tra Paesi europei: questo causa una perdita di competitività verso le mete *low cost* extraeuropee, che sono le reali minacce al fatturato del settore turistico europeo e che negli ultimi dieci anni hanno imparato a muoversi abilmente nel mercato turistico globale, dirottando a loro vantaggio significativi flussi turistici UE.

È necessaria quindi una governance europea della politica turistica che guidi e armonizzi le strategie nazionali, in un'ottica di non concorrenza interna ma di collaborazione. La molteplicità di paesaggi, di offerta storico-artistica e la variabilità culturale europea sono la risorsa che costituisce la principale ragione di viaggi nell'Unione: solo con una strategia unica europea possiamo sfruttarla al meglio.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Dacă în 2008 turismul furniza 5,8 % din locurile de muncă existente la nivelul Uniunii Europene și contribuia cu mai mult de 5 % la PIB-ul European, în prezent același sector asigură 12 % din locurile de muncă în UE și contribuie cu peste 10 % la PIB-ul Uniunii. Aceste procente ne arată progresul, precum și rolul important pe care turismul îl joacă în economia europeană.

Turismul european se confruntă la ora actuală cu o serie de provocări, dar și oportunități care necesită o abordare cât mai concentrată la nivel european, respectând, totodată, diferențele caracteristice ale fiecărui stat membru, la toate nivelurile, ținând cont astfel de motto-ul UE, „Unitate în diversitate”.

Mă declar în favoarea raportului cu privire la noile provocări și concepte pentru promovarea turismului în Europa, pentru că sunt conștient de faptul că acest sector poate avea un rol esențial în abordarea actualei crize economice și în ceea ce privește ocuparea forței de muncă la nivelul UE.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole. Nel testo proposto si vuole incentivare la promozione, da parte degli Stati membri, di nuovi percorsi turistici tramite la riqualificazione di aree in disuso, strade, ferrovie, sentieri abbandonati e vecchi tragitti; si chiede inoltre che si realizzino azioni volte a proteggere i monumenti e i siti europei in pericolo, allo scopo di salvaguardare e promuovere il patrimonio culturale e incoraggiare così il turismo culturale. La relazione sottolinea che la varietà delle lingue europee – ufficiali, co-ufficiali, minoritarie e meno conosciute – costituisce il fondamento su cui si basa il patrimonio culturale dell'Europa ed è la chiave di un turismo sostenibile e responsabile.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'Europe est une destination touristique très populaire dans le reste du monde. Tant la culture que les paysages et la gastronomie européenne attirent les touristes étrangers en Europe. Le secteur touristique européen est très développé et vecteur de ressources économiques extrêmement importantes pour les États membres. Il est donc nécessaire de mettre en place une stratégie adaptée aux particularités de ce florissant secteur. Les réglementations annexes qui ont un impact sur le secteur telles que les politiques de concurrence, de transport ou encore du marché intérieur doivent prendre en compte les spécificités du secteur touristique. En effet, les autres politiques de l'Union ne doivent pas mettre à mal l'essor du tourisme européen mais au contraire l'accompagner dans sa croissance. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione su nuove sfide e strategie per promuovere il turismo in Europa.

L'economia europea ha la necessità di sfruttare costantemente *asset* ad elevato potenziale, come quello del turismo. Tuttavia, pur essendo prima meta mondiale, l'Europa si dimostra solo vagamente consapevole delle potenzialità che il turismo può generare, relegato tradizionalmente a risorsa spontanea quando non secondaria.

Questa mancanza di consapevolezza è palese se si evidenzia il ritardo nella formazione di una coscienza europea e se si considera che pur rispondendo a molte delle priorità europee (crescita sostenibile, occupazione, mercato unico digitale ed equo) il turismo non dispone di linea dedicata nel bilancio UE, ma di incoerente ripartizione in fondi, progetti pilota e azioni preparatorie.

La relazione si propone proprio di soddisfare questo bisogno strategico, con finalità sia materiali (salvaguardia e conservazione delle bellezze storiche e monumentali) sia immateriali (rafforzamento dell'identità europea, della comprensione multiculturale e della sostenibilità). Ho quindi votato a suo favore.

James Carver (EFDD), *in writing*. – We have opposed this report as it is up to Member States to develop their own tourism sectors. There should not be the requirement to set up an EU tourist agency or to promote Europe as a tourist brand, neither is there the necessity to create an EU-wide quality brand. UKIP is in agreement with the UK Government on these matters.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because tourism plays an important role in the European Union and we need to constantly adapt in order to attract more visitors. Tourism is often a crucial part of economies of many European regions. Therefore, there is a need to improve access to a modern digital infrastructure by providing digital initiatives that seek to promote management of resources.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione affronta il tema della promozione del turismo in Europa come fattore di crescita economica e di sviluppo sostenibile e responsabile. La stessa si concentra, da un lato, sullo sviluppo di un chiaro marchio europeo legato a indicatori di qualità che sia esportabile ed esportato nel mondo; dall'altro, punta sul turismo sostenibile, responsabile e sociale, anche attraverso il completamento della «Carta europea per un turismo sostenibile e responsabile». La promozione e l'obiettivo dello sviluppo di un marchio di qualità sono sottese a tutta la relazione, in riferimento alla quale ho espresso voto favorevole.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La varietà paesaggistica e la ricchezza culturale fanno dell'Europa la meta più ambita dai viaggiatori non solo europei. Malgrado ciò, sorprende constatare come il turismo non sia stato considerato dalla politica di coesione un obiettivo tematico di sviluppo tale da essere inserito nella programmazione 2014-2020; inoltre manca ancora, a livello europeo, una azione coerente e coordinata per la crescita del settore.

L'Unione deve iniziare a confrontarsi con le nuove frontiere rappresentate dall'offerta turistica on-line e dal crescente sviluppo della *sharing economy*, che impongono di intervenire con un quadro normativo appropriato al mercato digitale, soprattutto per la protezione dei dati personali e la tutela dei consumatori che devono ricevere dai siti un'informazione corretta e non fuorviante. Mi auguro che nelle future eventuali proposte legislative si potrà trovare un giusto equilibrio per regolare le attività svolte da imprese turistiche propriamente dette e quelle di supporto al settore ma che non generano un reale profitto.

Ho votato a favore della relazione di iniziativa perché individua nuovi ambiti di intervento per uno sviluppo turistico rispondente alle esigenze di un viaggiatore più informato e più incline all'uso della tecnologia per organizzare i propri viaggi.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Παρά το ότι η Ευρωπαϊκή Επιτροπή προβαίνει σε εξαγγελίες για τον τουρισμό, εντούτοις ο τουρισμός παραμένει ο φτωχός συγγενής της ΕΕ, αφού είναι ελάχιστη η στήριξη και η ενίσχυση του από τα ταμεία της ΕΕ. Συμφωνώ με την πρόσφατη θέση της Επιτροπής: «Ευρώπη, ο πρώτος τουριστικός προορισμός στον κόσμο- ένα νέο πλαίσιο πολιτικής για τον τουρισμό στην Ευρώπη».

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Όμως, για να καταστεί ο τουρισμός σημαντικός και κύριος μοχλός ανάπτυξης απαιτούνται δράσεις στήριξης του τουριστικού προϊόντος. Η χώρα μου, η Κύπρος, είναι μια κατεξοχήν τουριστική χώρα που συνεισφέρει σημαντικά στο ΑΕΠ, που μέχρι σήμερα ελάχιστα επωφελήθηκε από τις ευρωπαϊκές πολιτικές.

Είναι η ώρα πιστεύω η ΕΕ να ασχοληθεί σοβαρά με την τουριστική πολιτική στην ΕΕ και να εκπονήσει σχέδια στήριξης, ανανέωσης, αναβάθμισης του τουριστικού προϊόντος, ιδιαίτερα σε χώρες που κατέχουν συγκριτικό πλεονέκτημα όπως είναι η Κύπρος και οι άλλες μεσογειακές χώρες.

Η ΕΕ και η οικονομία της θα βγουν κερδισμένες μέσα από την περαιτέρω ανάπτυξη του τουρισμού στην Ευρώπη.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione dell'onorevole Isabella De Monte inerente al futuro del turismo in Europa perché condivido l'impostazione che la collega ha voluto dare a questo testo. Tra l'altro, ho avuto modo di condividere alcune impressioni nell'intergruppo turismo, di cui faccio parte, e di seguire da vicino questo importante documento programmatico.

C'è anche un aspetto che non condivido: è vero che questo piano di azione prosegue il lavoro iniziato durante lo scorso mandato dall'allora Commissario Tajani, che l'attrazione dei flussi turistici diventa una grande sfida continentale (se si considera che l'Asia guadagna anche qui quote di mercato), che nel 2011 si è deciso del lancio del marchio «Europa», ma la vera sfida la vinciamo, a mio avviso, puntando ciascuno sul tenere ben curato il proprio orticello, cioè partendo dai piccoli territori e dalla loro capacità di fare sistema e attirare turisti interessati a vivere un'esperienza unica più che a vedere luoghi.

In questo aspetto la questione smette di essere un problema della singola impresa e diventa un problema politico da risolvere prima che l'Europa smetta di essere competitiva anche in questo settore.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – We have opposed this report as it is up to Member States to develop their own tourism sectors. There should not be the requirement to set up an EU tourist agency or to promote Europe as a tourist brand, neither is there the necessity to create an EU-wide quality brand. UKIP is in agreement with the UK Government on these matter.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – We have opposed this report as it is up to Member States to develop their own tourism sectors. There should not be the requirement to set up an EU tourist agency or to promote Europe as a tourist brand, neither is there the necessity to create an EU-wide quality brand. UKIP is in agreement with the UK Government on these matters.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Turismo é um dos sectores com mais potencial de crescimento da economia europeia, gerando mais de 10 % do PIB europeu, que emprega diretamente 13 milhões de trabalhadores.

Urge, pois, face às novas realidades com que o setor se depara, a revolução na área digital e as novas tecnologias, a concorrência de outros destinos ou os fenómenos de economia partilhada, refletir sobre os desafios e o modo de fomento do Turismo Europeu como alicerce do crescimento económico e como alavanca e instrumento contra a crise.

É vital que, por um lado, se acompanhe a revolução digital, assegurando que todas as empresas, em especial as PME, possam usufruir dos seus benefícios, sendo de felicitar a Plataforma Digital de Turismo lançada pela Comissão Europeia; por outro lado, a promoção de um Turismo sustentável, competitivo, que promova o crescimento e o emprego e que tenha sempre como cerne o bem-estar do consumidor turístico! A confiança dos consumidores nas empresas que prestam serviços turísticos não passa apenas pela informação exata e compreensível, mas também pela disponibilização de meios de proteção dos seus direitos e por mecanismos de resolução de litígios.

Especial atenção deve ser dada ao potencial das novas modalidades de Turismo, bem como aos diferentes tipos de consumidor, em especial os mais vulneráveis.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – L'Europa vanta un vasto patrimonio culturale e gastronomico; tuttavia, per competere a livello mondiale, è tenuta ad dover affrontare molteplici sfide che minacciano il mercato turistico, quali: innanzitutto, la crescente concorrenza delle mete emergenti e meno costose di Paesi terzi, le ripercussioni dei cambiamenti demografici, l'aumento della disoccupazione giovanile, i mutamenti nel comportamento dei consumatori, un innalzamento degli standard qualitativi dell'offerta e il lo sviluppo del processo di digitalizzazione.

Un primo passo importante da compiere è la realizzazione di una strategia comune europea nel settore turistico, che comporterebbe la creazione di un'offerta integrata dei prodotti culturali tra gli Stati membri, la gestione responsabile e sostenibile delle risorse a disposizione, investire nella digitalizzazione, rispondere al meglio alle esigenze dei consumatori e armonizzare i sistemi di tassazione e le normative a tutela dei viaggiatori.

Pertanto, concordo con quanto espresso nella relazione della collega De Monte, sottolineando il ruolo fondamentale che riveste il turismo in Europa, in quanto una tra le principali attività socioeconomiche dell'Unione europea, con un impatto di vasta portata sulla crescita economica oltre che occupazionale.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione affronta il tema della promozione del turismo in Europa come fattore di crescita economica e di sviluppo sostenibile e responsabile. La ratifica e attuazione del trattato di Lisbona riconosce all'Unione europea un ruolo di maggiore rilievo nel settore del turismo e prevede da parte dell'UE sostegno, integrazione e coordinamento delle azioni degli Stati membri.

I temi centrali affrontati nella relazione sono: promozione dell'Europa come destinazione turistica e creazione di un *brand* europeo da esportare nel mondo; promozione di prodotti turistici pan-europei e transnazionali, creazione di itinerari tematici transnazionali, riqualificazione di aree abbandonate e in disuso, valorizzazione del patrimonio culturale; creazione di un *brand* di qualità europeo; valorizzazione del turismo costiero e marittimo; completamento della Carta europea per un turismo sostenibile e responsabile.

Voto favorevole in quanto considero la proposta interessante, in particolare gli aspetti che riguardano il turismo sostenibile, la *sharing economy* e la digitalizzazione, e a seguito dell'approvazione di un nostro emendamento che prevede la promozione dei marchi «made in» al fine di scongiurare il rischio che un marchio europeo unico possa penalizzare le tante eccellenze italiane, essendo il primo meno attrattivo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque, aun considerando que es útil que Europa trabaje para definir estrategias conjuntas en apoyo al turismo, el ponente lo utiliza como plataforma para promover una mayor liberalización de las condiciones del sector (incluido el apoyo a las nuevas plataformas digitales de servicios) excluyendo expresamente cualquier armonización (social, fiscal...) que frene los efectos de una competencia devastadora. Además, el texto contiene referencias a la migración o a la situación política en algunos de los países vecinos de la UE que no hacen sino reforzar las orientaciones más regresivas de la actual PESC.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'industria del turismo in Europa si trova ad affrontare una serie di nuove sfide, tra cui la digitalizzazione dei canali di distribuzione, la crescente concorrenza delle mete emergenti e meno costose di paesi terzi, il cambiamento del comportamento dei consumatori, il passaggio a un'economia dell'esperienza, la richiesta di servizi di qualità per la clientela, la necessità di attrarre e trattenere personale qualificato, i cambiamenti demografici e la stagionalità.

La risoluzione del Parlamento europeo, sulla quale ho votato favorevolmente, parte da queste sfide e promuove l'industria del turismo attraverso una serie di azioni, tra le quali: 1) la creazione di un marchio «destinazione Europa» per la valorizzazione delle attività promozionali degli Stati membri, 2) la promozione di prodotti turistici paneuropei e transnazionali, 3) la sostenibilità del turismo, 4) lo sfruttamento del turismo costiero e marittimo, 4) un migliore utilizzo della digitalizzazione soprattutto per le PMI.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Pál Csáky (PPE), írásban. – A turizmus rendkívül fontos szerepet játszik az Európai Unió életében, az európai gazdaság kulcsfontosságú növekedési potenciállal rendelkező területe, amely az uniós GDP 10%-át adja. Európa-szerte mintegy 13 millió állás köszönhető a turizmusnak közvetlenül vagy közvetve.

A jelentés célja rámutatni azokra a területekre, amelyekre nagyobb figyelmet kellene fordítani, illetve felvázolja, hogyan lehetne hozzájárulni a versenyképesség fenntartásához, a munkahelyek megőrzéséhez és Európa legkedveltebb helyszíneinek terjesztéséhez, hozzásegíteni az európai turistahelyek közös marketingjéhez és a felelősségteljes és fenntartható turizmus terjesztéséhez. A jelentés szerint Európa e téren világviszonylatban is egyre erősödő versennyel áll szemben, hiszen a feltörekvő, olcsóbb harmadik országok turisták tömegeit vonzzák. Európának ebben a versenyben elsősorban sokszínűségét és hihetetlen kulturális örökségét kell felmutatnia. Szavazatommal ezért támogattam a jelentést.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – This report provides input to the Commission's reflections to be presented at the Annual European Forum on Tourism. It proposes action in the fields of the sharing economy, digitisation, sustainable and responsible tourism as well as the promotion of Europe as the world's number one tourist destination. It also calls for better cooperation between the Member States and the Commission. Having a strong EU tourism sector means a stronger Maltese tourism sector. Acknowledging the centrality of this pillar in Malta's economy and the need to further develop the industry to current trends I supported this report.

Nicola Danti (S&D), per iscritto. – L'entrata in vigore del trattato di Lisbona ha sancito l'importanza del turismo per paesi dell'Unione ma, così come l'economia nel suo complesso, anche questo settore subisce oggi le gravi ripercussioni della crisi e si trova ad affrontare mutamenti nel comportamento dei consumatori, con una crescente domanda di servizi di alta qualità.

La relazione sulle nuove sfide del turismo, per la quale ho convintamente votato a favore, persegue in modo ambizioso l'obiettivo di rendere l'Europa una destinazione unitaria agli occhi dei turisti.

La creazione di un marchio «destinazione Europa», ad esempio, consentirebbe di evitare la concorrenza tra le diverse destinazioni europee e di affrontare al meglio la sempre maggiore competizione sul piano globale, facendo leva sulla diversità dei paesaggi europei, sulla nostra straordinaria ricchezza culturale, sul patrimonio enogastronomico, senza dimenticare il turismo religioso e quello legato al benessere.

Qualità, sostenibilità e maggiore accessibilità dei servizi e delle destinazioni turistiche dovranno dunque essere al centro delle nostre politiche di promozione del turismo.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport d'initiative vise à promouvoir le tourisme en Europe en assurant une meilleure coordination avec les secteurs directement ou indirectement concernées, tels que les transports, le développement régional et rural, le marché intérieur, ou le droit des consommateurs. Ce rapport propose une série de recommandations visant à mettre en place une stratégie de marque européenne et à promouvoir de manière coordonnée les destinations touristiques en Europe. Il préconise également le développement du tourisme durable et responsable, ainsi que l'économie du partage et la numérisation. L'objectif de l'Union européenne est de développer une offre touristique paneuropéenne et transnationale attractive pour face à la concurrence internationale. Dans ce contexte, les itinéraires culturels, le patrimoine, la gastronomie, le tourisme commercial, le tourisme d'activité et d'aventure, le tourisme de santé et de bien-être, l'éducation, le tourisme religieux, font partie des thèmes paneuropéens que l'Union souhaite promouvoir à l'international. Considérant que le secteur du tourisme qui représente déjà 10 % de l'économie européenne est en croissance et que son expansion doit être soutenue, j'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à promouvoir davantage nos atouts européens.

Philippe De Backer (ALDE), schriftelijk. – Toerisme is een belangrijke bron van inkomsten voor de Europese economie en zorgt voor werkgelegenheid. Europa is mondiaal nog steeds de beste bestemming om op vakantie te gaan. Toch moeten we blijvende concurrentiekracht tonen en meegaan met de digitalisering. Promotie en toerisme moeten kwalitatief hoogstaand blijven zonder bureaucratie of te veel regulering.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le Rapport De Monte relatif aux nouveaux défis et concepts pour la promotion du tourisme en Europe. Le tourisme étant un secteur clé de l'économie européenne, il est à mon sens essentiel d'améliorer la coordination entre les États membres, les autorités régionales, locales et les institutions financières. De même, à travers ce rapport, nous encourageons les synergies entre le secteur touristique public et privé. Cette résolution permettra également la coopération des États membres en vue de créer des itinéraires thématiques transnationaux dans le but de mettre en valeur les atouts touristiques de certaines destinations. Enfin, à travers ce vote, nous encourageons l'expérience touristique que tous les citoyens recherchent désormais.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A turizmus rendkívül fontos szerepet játszik az Európai Unió életében, így az Európai Parlament is felelős az iparág megvédésében. Magyar szempontból is jelentős fontossággal bír ez az ágazat.

Európa-szerte mintegy 13 millió állás köszönhető a turizmusnak közvetlenül vagy közvetve. A ma megszavazott jelentés hozzájárul a versenyképesség fenntartásához, a munkahelyek megőrzéséhez és Európa legkedveltebb helyszíneinek terjesztéséhez, hozzásegít az európai turistahelyek közös marketingjéhez és a felelősségteljes és fenntartható turizmus terjesztéséhez.

Európa e téren világviszonylatban is egyre erősödő versennyel áll szemben, hiszen a feltörekvő, olcsóbb harmadik országok turisták tömegeit vonzzák. Európának ebben a versenyben elsősorban sokszínűségét és hihetetlen kulturális örökségét kell felmutatnia. Szavazatommal, a Fidesz delegáció tagjaként, ezért támogattam a jelentést.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A turizmus rendkívül fontos szerepet játszik az Európai Unió életében, így az Európai Parlament is felelős az iparág megvédésében. Magyar szempontból is jelentős fontossággal bír ez az ágazat.

Európa-szerte mintegy 13 millió állás köszönhető a turizmusnak közvetlenül vagy közvetve. A ma megszavazott jelentés hozzájárul a versenyképesség fenntartásához, a munkahelyek megőrzéséhez és Európa legkedveltebb helyszíneinek terjesztéséhez, hozzásegít az európai turistahelyek közös marketingjéhez és a felelősségteljes és fenntartható turizmus terjesztéséhez. Európa e téren világviszonylatban is egyre erősödő versennyel áll szemben, hiszen a feltörekvő, olcsóbb harmadik országok turisták tömegeit vonzzák. Európának ebben a versenyben elsősorban sokszínűségét és hihetetlen kulturális örökségét kell felmutatnia. Szavazatommal a Fidesz delegáció tagjaként ezért támogattam a jelentést.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport traitait de la promotion et des nouveaux enjeux du tourisme en Europe. Secteur important de l'économie de l'Union, le tourisme n'est malheureusement pas abordé ici sous un angle pertinent.

Alors que le texte est dithyrambique sur des effets de mode comme le «tourisme responsable» ou encore écologique voire «durable», il n'aborde que de manière anecdotique le problème d'insécurité dans les grands lieux touristiques.

En proposant également d'augmenter les effectifs de la Commission européenne en charge du tourisme, ce rapport tente de faire croire que plus d'Europe, encore et toujours, est la solution à tous les maux.

Attachée à la spécificité des pays de la civilisation européenne au contraire de la promotion d'un tourisme faisant fi des frontières, j'ai voté contre ce rapport.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση στηρίζεται στις τρεις προτεραιότητες της Επιτροπής Juncker: τη βιώσιμη ανάπτυξη και θέσεις απασχόλησης, τη συνδεδεμένη ψηφιακή ενιαία αγορά και τη βαθύτερη και δικαιότερη εσωτερική αγορά, οι οποίες όμως έχουν μείνει στάσιμες. Τα όσα προτείνονται είναι απλά ημίμετρα που δεν οδηγούν σε κανένα αποτέλεσμα. Επιπλέον, η έκθεση τονίζει τη σημασία της αποφυγής πολιτιστικών διακρίσεων μεταξύ των θρησκευτικών και εθνικών μειονοτήτων και τέλος υποστηρίζει την κινητικότητα και τα σχέδια συνεργασίας με διάφορα προγράμματα διαθέτοντας χρηματικά ποσά τα οποία δυστυχώς θα χρησιμοποιηθούν προς όφελος συγκεκριμένων επιχειρήσεων με μοναδικό σκοπό το κέρδος και όχι προς όφελος των επαγγελματιών που δραστηριοποιούνται στον τουριστικό τομέα. Για όλους τους παραπάνω λόγους καταψήφισα την παρούσα έκθεση.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Norbert Erdős (PPE), írásban. – A turizmus rendkívül fontos szerepet játszik az Európai Unió életében, így az Európai Parlament is felelős az iparág megvédésében. Magyar szempontból is jelentős fontossággal bír ez az ágazat.

Európa-szerte mintegy 13 millió állás köszönhető a turizmusnak közvetlenül vagy közvetve. A ma megszavazott jelentés hozzájárul a versenyképesség fenntartásához, a munkahelyek megőrzéséhez és Európa legkedveltebb helyszíneinek terjesztéséhez, hozzásegít az európai turistahelyek közös marketingjéhez és a felelősségteljes és fenntartható turizmus terjesztéséhez. Európa e téren világviszonylatban is egyre erősödő versennyel áll szemben, hiszen a feltörekvő, olcsóbb harmadik országok turisták tömegeit vonzzák. Európának ebben a versenyben elsősorban sokszínűségét és hihetetlen kulturális örökségét kell felmutatnia. Szavazatommal a Fidesz delegáció tagjaként ezért támogattam a jelentést.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), por escrito. – El turismo es una actividad clave para Europa y, especialmente para algunos países y regiones, por lo que es preciso tener fondos suficientes y un refuerzo de la política turística para impulsar esta actividad bajo el paraguas de las nuevas competencias en materia de turismo de la UE reconocidas en el Tratado de Lisboa.

La puesta en marcha de un plan de acción de la Comisión Europea con el fin de desarrollar la estrategia de la UE para el turismo costero y marítimo es un instrumento fundamental de cara a reforzar sus posibilidades de crecimiento y de generación de empleo, como bien se reconoce en este informe sobre los nuevos desafíos y estrategias para promover el turismo en Europa.

La importancia de atender la conectividad y la accesibilidad es fundamental, en concreto en las regiones insulares y ultraperiféricas, que dependen en gran medida del transporte marítimo y aéreo.

Es necesario, además, crear estrategias inteligentes e innovadoras de lucha contra la estacionalidad que se adapten tanto a los períodos de temporada alta como a los de temporada baja y tengan en cuenta los distintos públicos, así como seguir apostando por el turismo de cruceros y por asegurar que hay un desarrollo sostenible del sector.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – We have opposed this report as it is up to Member States to develop their own tourism sectors. There should not be the requirement to set up an EU tourist agency or to promote Europe as a tourist brand, neither is there the necessity to create an EU-wide quality brand. UKIP is in agreement with the UK Government on these matters.

Eleonora Evi (EFDD), per iscritto. – Ho votato a favore di questa risoluzione poiché essa promuove l'Europa come destinazione turistica e punta alla creazione di un brand europeo da esportare nel mondo; inoltre promuove i prodotti turistici pan-europei e transnazionali, tramite la creazione di itinerari tematici transnazionali, la riqualificazione di aree abbandonate e in disuso, la valorizzazione del patrimonio culturale;

La risoluzione ha anche accolto l'emendamento del M5S per la protezione dei *brand «made in»* nazionali, al fine di scongiurare il rischio che un marchio europeo unico potesse penalizzare le tante eccellenze italiane. La risoluzione, poi, valorizza il turismo sostenibile, responsabile e sociale a completamento della «Carta europea per un turismo sostenibile e responsabile»; oltre a ciò, promuove quello costiero e marittimo.

La Commissione ha avviato nel 2010 un'iniziativa denominata «Europa, destinazione turistica n. 1 al mondo» per dare nuovo slancio al turismo con la previsione di 21 azioni. Nella relazione si richiede, quindi, una relazione di attuazione per la verifica delle azioni intraprese, incluso l'uso delle risorse finanziarie.

Infine, la risoluzione invita a sviluppare reti di itinerari verdi che comprendano aree rurali, boschive e siti naturali minori integrando le reti infrastrutturali di trasporto esistenti con nuove soluzioni ecosostenibili.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – O turismo é uma das áreas com mais potencial de crescimento da economia europeia, que gera mais de 10 % do PIB da UE, se forem tidos em conta os setores relacionados com o turismo que emprega diretamente 13 milhões de trabalhadores e que, por conseguinte, é responsável por, pelo menos, 12 % dos empregos na UE.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

A Europa é o principal destino turístico do mundo, com uma quota de mercado de 52 %, e o número de turistas internacionais que chegam à UE deve aumentar em 140 milhões por ano até 2025. Este setor emprega 3,2 milhões de pessoas, na sua maioria jovens entre os 16 e 35 anos. Considero que a Comissão Europeia deve prosseguir e melhorar a promoção conjunta da Europa como primeiro destino turístico do mundo e aplicar a estratégia «Destino Europa 2020», que inclui um conjunto de ações de marketing, estratégia de marca e de promoção da Europa como destino turístico.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, parce qu'il marginalise le patrimoine culturel et historique européen.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório assenta numa lógica de promoção de uma escala de turismo que seja «continental», salientando que uma percentagem muito significativa do turismo mundial (52%) é na Europa.

Se é certo que o relatório contém algumas recomendações pertinentes e com algum interesse, são diversos os aspetos que não acompanhamos inteiramente, pelo menos nas formulações aqui adotadas, como seja a insistência numa mitificada «identidade europeia» e numa alegada «herança cultural comum», a par das teses subsidiárias de criação de uma «marca europeia» e de «produtos pan-europeus».

Defende-se o reforço da cooperação com países terceiros, através de atividades turísticas – o que, por si só, não nos suscita nenhum tipo de objeção, bem pelo contrário. Mas é transversal ao relatório a preocupação com a situação dita instável dos países vizinhos, avançando-se com considerações que não estão imunes a resvalar para uma lógica xenófoba e neocolonial (desde a facilitação da entrada às empresas que operam na área do turismo nos países em desenvolvimento até à recusa no acolhimento de refugiados por motivos de «higienização» dos spots turísticos) – que aqui, contudo, não é explicitada nestes termos. Uma dos aspetos positivos a realçar é a referência, em vários pontos, às condições de trabalho dignas como fator de qualidade e valorização turística.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as I think there are positive aspects.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Cestovný ruch v Európskej únii sa musí v posledných rokoch vyrovnávať predovšetkým s rýchlo rastúcou konkurenciou mimo európskych, často omnoho menej nákladných krajín. Aj to je jeden z dôvodov, prečo si podpora a rozvoj turizmu v Európe napriek neexistencii spoločnej politiky vyžaduje aspoň do istej miery koordinovaný postup, o ktorý by sa mala snažiť Európska komisia. Výrazné znížovanie počtu jej zamestnancov, ktorí sa venujú tejto oblasti, však signalizuje, že cestovný ruch asi nebude v blízkej budúcnosti prioritou. Nemožno to považovať za dobrú správu najmä z dôvodu, že cestovný ruch má nezastupiteľný význam z hľadiska podpory udržateľného ekonomického rastu a zvyšovania zamestnanosti. Kroky Európskej komisie v tejto oblasti sú nezrozumiteľné, pretože odhady týkajúce sa nárastu počtu turistov v rámci jednotlivých členských štátov v nasledujúcom období sú pozitívne, avšak netreba zabúdať na to, že cestovný ruch je odvetvím, ktoré veľmi citlivo reaguje na rôzne výkyvy a krízy, a je preto nevyhnutné, aby udržiaval potrebnú konkurencieschopnosť. Na to je potrebný najmä dôraz na kvalitu, rozvoj digitalizácie poskytovaných služieb, ale aj zlepšovanie prístupnosti rôznych druhov prepravy vrátane uľahčenia prístupu pre hendikepovaných cestujúcich.

Jacqueline Foster (ECR), *in writing*. – The UK Conservative delegation voted against this report for a number of reasons. Firstly, we refuse to lend our voice to calls in this report for a single European Agency for Tourism, or for an increased EU budget for tourism in the next Multiannual financial Framework – which we fear would undermine efforts to restrain spending at EU level. Secondly, we cannot support the driving philosophy of this report: giving the Commission more powers to market Europe as a single entity under a Commission-led brand 'Destination Europe' – which would risk undermining existing successful campaigns at national level.

Finally, whilst we support high quality standards in holiday accommodation across the EU, we believe it is up to the relevant Member State authorities, which already possess the required powers, to ensure that these standards remain high and that hotel and hostel owners are in full compliance with health and safety legislation.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τις νέες προκλήσεις και έννοιες για την προώθηση του τουρισμού στην Ευρώπη για τους παρακάτω λόγους:

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Στηρίζεται στις τρεις προτεραιότητες της Επιτροπής Juncker, τη βιώσιμη ανάπτυξη και θέσεις απασχόλησης, τη συνδεδεμένη ψηφιακή ενιαία αγορά και τη βαθύτερη και δικαιότερη εσωτερική αγορά, οι οποίες όμως έχουν μείνει στάσιμες. Τα όσα προτείνονται είναι απλά ημίμετρα που δεν οδηγούν σε κανένα αποτέλεσμα. Επιπλέον, η έκθεση τονίζει τη σημασία της αποφυγής πολιτιστικών διακρίσεων μεταξύ των θρησκευτικών και εθνοτικών μειονοτήτων και τέλος υποστηρίζει την κινητικότητα και τα σχέδια συνεργασίας με διάφορα προγράμματα, διαθέτοντας χρηματικά ποσά τα οποία δυστυχώς θα χρησιμοποιηθούν προς όφελος συγκεκριμένων επιχειρήσεων με μοναδικό σκοπό το κέρδος και όχι προς όφελος των επαγγελματιών που δραστηριοποιούνται στον τουριστικό τομέα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – In view of the annual European Forum on Tourism, I believe it is absolutely necessary to promote Europe as the world's number one tourist destination. To take steps in that direction, we have to act in the fields of the sharing economy, digitisation and sustainable and responsible tourism.

We must promote and preserve Europe's cultural heritage. This must be our priority, considering that many cultural sites lack funds, are not properly protected by national or local authorities and risk collapse. We must support professional training and education, especially in those countries most affected by the crisis and where young graduates in the arts and culture, experts and researchers face serious problems of long-term unemployment.

Lastly, I support the request included in the report for specific tourism products to counteract seasonality and I welcome existing initiatives, such as Calypso, to promote social tourism.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, ugyanis céljai, miszerint határozottan ösztönzi a Bizottságot, hogy a nemzeti idegenforgalmi szervezeteket tömörítő Európai Turisztikai Bizottsággal (ETC) együttműködésben folytassa és fokozza Európa, mint a világ vezető idegenforgalmi célpontja promócióját a közös európai megközelítés égisze alatt prioritásként tekintem.

Üdvözlöm az „Úti cél: Európa 2020” hosszú távú stratégia végrehajtását, amely magában foglal egy sor marketing, branding és promóciós fellépést Európa mint idegenforgalmi célpont népszerűsítésére. Fontosnak tartom kiemelni azt is, hogy egy „európai úti cél(ok)” márka létrehozása, melynek célja a nemzeti, regionális, határokon átnyúló és helyi szinten működő turisztikai szervezetek és az európai idegenforgalmi ágazat népszerűsítő tevékenységeinek kiegészítése és fokozása az európai idegenforgalmi célpontok láthatóságának és versenyképességének növelése érdekében, elsősorban a távoli piacokon rendkívül fontos.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor siendo consciente de la gran importancia que tiene el sector del turismo para el empleo y el crecimiento económico de la UE. Aunque las previsiones sobre el incremento del número de turistas que visitarán la UE en los próximos años son positivas, debemos tener una actitud vigilante por lo que respecta a la cuota de visitantes internacionales, ante la creciente competencia internacional, por lo que el sector turístico europeo debe adaptarse a fin de mantener su nivel de competitividad.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Il turismo rappresenta un settore fondamentale ed imprescindibile per l'economia europea. L'Europa è famosa in tutto il mondo per le proprie eccellenze in tutti i campi, dalla cultura al settore enogastronomico, dallo sport a tutti gli ulteriori settori ricreativi. Abbiamo un patrimonio inestimabile che troppe volte viene sottovalutato o scarsamente valorizzato.

Il mondo del turismo è in continuo cambiamento ed occorrono grandi investimenti e strategie di lunga prospettiva, a supporto dei consumatori e di tutti gli attori economici impegnati in questo settore, con un'attenzione prioritaria rispetto all'imprescindibile digitalizzazione.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – E' fondamentale che l'Europa, che contiene nei propri territori un numero importantissimo di mete di eccellenza turistica, si doti di una strategia complessiva per valorizzare il proprio patrimonio e per coordinare un settore così cruciale per lo sviluppo economico.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Voglio sottolineare l'importanza di allargare l'accesso ai servizi turistici anche per quelle categorie di cittadini soggetti a disabilità e difficoltà motorie: l'abbattimento delle barriere ancora esistenti – fisiche e digitali – è una fondamentale battaglia di diritto e un mezzo importante di inclusione sociale.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione d'iniziativa del PE sulle nuove sfide e strategie per promuovere il turismo in Europa, poiché il turismo rappresenta realmente un'attività economica di fondamentale importanza per l'Unione europea e per lo sviluppo delle regioni che hanno maggiormente sentito l'effetto della perdurante crisi.

Sono fermamente convinta che, specialmente per alcune regioni del Sud dell'Europa, il turismo possa diventare la principale attività economica e garantire un potenziale di crescita e sviluppo senza pari.

La stagione di crisi vissuta dal settore turistico ha avuto ripercussioni importanti sulla qualità della vita degli operatori e delle PMI del settore. Ritengo quindi necessario continuare a spingere affinché l'Unione europea non perda la sua posizione dominante nel panorama del turismo mondiale.

A tal proposito, mi associo all'invito rivolto alla Commissione a riferire in Parlamento circa l'attuazione degli interventi implementati nella comunicazione del 2010 e l'utilizzo dei Fondi strutturali e dei programmi UE nel settore del turismo.

Auspico infine che si tenga conto del ruolo delle macroregioni nell'implementazione delle strategie turistiche, e in particolare di quella adriatico-ionica che offre un approdo turistico, culturale e storico certamente naturale nell'implementazione delle strategie turistiche europee.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht über das Thema „Neue Herausforderungen und Konzepte für die Förderung des Fremdenverkehrs in Europa“ gestimmt, da dieser wichtige Schwerpunkte setzt. Besonders freut es mich, dass eine breite Mehrheit des Hauses meinem Antrag folgt und dem Ziel, Europa zur „familien-, kinder- und generationenfreundlichsten Urlaubsregion der Welt“ zu machen, zustimmt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Es ist wichtig, dass die europäische Tourismusbranche trotz vergleichsweise hoher Preise konkurrenzfähig bleibt. Dies ist nur möglich, wenn sich das Gewerbe schnell an sich verändernde Gegebenheiten anpassen kann. Gerade hier können wir von gemeinsamen europäischen Lösungen profitieren. Dafür habe ich mich heute, durch Zustimmung zu dem Bericht, eingesetzt.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I welcome this report, which highlights the need for a European tourism sector that is sustainable, responsible and accessible. I am pleased to see an emphasis on the role of SMEs and the need for investment in training and education in order to provide quality jobs. Crucially, this report recognises Labour's call for European legislation on tourism accommodation safety. Labour will continue to work with consumer groups, safety organisations and industry representatives to prevent rare but devastating cases where inadequate health and safety rules have led to tragedies, including deaths from carbon monoxide poisoning.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – Europa es el primer destino turístico del mundo, con una cuota de mercado del 52 %. El resultado es que el turismo genera más del 10 % del PIB de la UE (si se tienen en cuenta los sectores vinculados al turismo) y emplea directamente a trece millones de trabajadores. Hablamos por tanto de un sector fundamental. Por ello, en este informe, pedimos a la Comisión que preste atención de forma integral a este sector económico y que presente una nueva estrategia para afrontar los desafíos que encara el sector.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – La Comisión impulsó en 2010 la Comunicación titulada «Europa, primer destino turístico del mundo: un nuevo marco político para el turismo europeo». Para que el Parlamento pueda juzgar la eficiencia de las medidas adoptadas, la ponente pide a la Comisión que presente un informe de ejecución exhaustivo, incluido el uso de recursos financieros.

El informe propone, además, una serie de acciones encaminadas a desarrollar una estrategia común de promoción de Europa como destino turístico preferente, atendiendo a criterios económicos, de calidad, de sostenibilidad, de responsabilidad y de innovación tecnológica, entre otros.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Sin embargo, aunque el informe es interesante, cuela una propuesta para la que presentamos una enmienda de supresión que fue desechada en la votación. Dicha propuesta hace referencia a la promoción del turismo sanitario, que no de salud, es decir, ante la saturación de los sistemas sanitarios públicos, promocionar los viajes para utilizar la asistencia privada en otros países más económicos. Consideramos que no podemos apoyar un informe que incluye una medida que atenta contra uno de nuestros principios políticos básicos: la defensa de un sistema de sanidad público y de calidad. Por tanto, votamos en contra del informe.

András Gyürk (PPE), írásban. – A turizmus rendkívül fontos szerepet játszik az Európai Unió életében, így az Európai Parlament is felelős az iparág védelméért. Magyar szempontból is jelentős fontossággal bír ez az ágazat.

Európa-szerte mintegy 13 millió állás köszönhető a turizmusnak közvetlenül vagy közvetve. A ma megszavazott jelentés hozzájárul a versenyképesség fenntartásához, a munkahelyek megőrzéséhez és a fenntartható turizmus terjesztéséhez. Európa e téren világviszonylatban is egyre erősödő versennyel áll szemben, hiszen a feltörekvő, olcsóbb harmadik világbeli országok turisták tömegeit vonzzák. Európának ebben a versenyben elsősorban sokszínűségét és hihetetlen kulturális örökségét kell felmutatnia. Szavazatommal a Fidesz delegáció tagjaként támogattam a jelentést.

Brian Hayes (PPE), in writing. – I chose to support this report to assist in ensuring the better integration of tourism into various EU policies and also ensure that the proper application of the legislation in force realises the sector's full competitive potential. Efforts to coordinate the various policies concerned need to be increased with the aim of ensuring that interests and needs of the tourism industry are fully taken into account when formulating and implementing its policies.

Roger Helmer (EFDD), in writing. – We have opposed this report as it is up to Member States to develop their own tourism sectors. There should not be the requirement to set up an EU tourist agency or to promote Europe as a tourist brand, neither is there the necessity to create an EU-wide quality brand. UKIP is in agreement with the UK Government on these matters.

Hans-Olaf Henkel (ECR), schriftlich. – Die Berichtstersterin bittet in diesem Bericht die Kommission um Stellungnahme bezüglich der bisherigen Mittelverwendung aus Förderprogrammen wie dem Europäischen Strukturfonds und zeigt umfangreiche Möglichkeiten auf, wie ihrer Meinung nach der europäische Tourismus auf EU-Ebene gefördert werden könnte. Abgesehen von einigen wenigen ökonomisch sinnvollen Punkten wie der Aufgeschlossenheit gegenüber der „Sharing economy“, deren Potenzial gerade für den Bereich Tourismus erkannt wird, sind die Vorschläge überwiegend kritisch zu sehen. So wird die Kommission etwa angehalten, die Möglichkeiten zur Schaffung einer neuen Haushaltslinie im mehrjährigen Finanzrahmen zu eruieren, die exklusiv der Tourismusförderung vorbehalten sein soll. Damit einher geht die Forderung nach einer Aufstockung des Personaltableaus in entsprechenden Abteilungen der EU-Kommission. Weiterhin enthält der Bericht die Forderung nach Analyse des Potenzials einer neu zu schaffenden EU-Agentur für Tourismus. Besonders kritisch ist zudem die Proklamation eines „tourism for all“-Prinzips zu sehen, wodurch für eine breite Bevölkerung Zugang zu und Erschwinglichkeit von entsprechenden Angeboten sichergestellt werden soll. Aufgrund der angesprochenen zahlreichen zentralistischen Tendenzen blieb die Ablehnung des gesamten Berichts die einzig denkbare Option.

Im Übrigen – und das ist mein ceterum censeo – bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam za Izvješće o novim izazovima i konceptima za poticanje turizma u Europi s obzirom na važnost turizma za europski gospodarski razvoj gdje je Europska unija vodeća svjetska turistička destinacija, a turizam stvara više od 10 % BDP-a EU-a s gotovo 10 milijuna zaposlenih u 1,8 milijuna poduzeća. Osobito je važan turizam kao gospodarska djelatnost u mediteranskom djelu EU-a gdje su stope nezaposlenosti vrlo visoke, posebno među mladima.

Komisija bi trebala posvetiti više pažnje prema turizmu, trebalo bi na kvalitetniji način riješiti mogućnost korištenja fondova EU-a za unaprijeđenje turističkog gospodarstva. Europski turizam ima veliki potencijal koji nije dovoljno iskorišten te je visoko rangiran kao gospodarska grana koja je u samom svjetskom vrhu po svojoj konkurentnosti. Držim da bi slijedeći korak u integriranju ponude, snažnijoj promociji i kvalitetnoj koordinaciji aktivnosti na europskoj razini trebao biti osnivanje europske turističke zajednice po uzoru na slična nacionalna turistička tijela.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte ouvre la voie à une réglementation européenne du secteur touristique.

Il est ainsi demandé à la Commission de commencer par augmenter ses effectifs chargés de la politique du tourisme, de faire un rapport sur les premières mesures qu'elle a prises en 2010 dans ce domaine, de prendre en compte les défis à venir (protection du climat et de l'environnement, numérisation du secteur, accessibilité, etc.) ou encore de promouvoir un tourisme transnational et paneuropéen, de développer des outils marketing en ce sens.

La position de notre parti est que le tourisme n'a pas besoin d'être supervisé depuis Bruxelles dont l'unique but est de faire disparaître les nations européennes.

J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My fellow MEP's and I have opposed this report as it is up to Member States to develop their own tourism sectors. There should not be the requirement to set up an EU tourist agency or to promote Europe as a tourist brand, neither is there the necessity to create an EU-wide quality brand. UKIP is in agreement with the UK Government on these matters.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Isabella De Monte sur les nouveaux défis et concepts pour la promotion du tourisme en Europe. Le tourisme recoupe de nombreux enjeux présents dans différentes politiques européennes. Il s'agit donc de veiller à la meilleure prise en compte des défis transversaux qui se rattachent à la politique du tourisme. Ce rapport veut miser sur une stratégie de marque pour le tourisme européen contre la concurrence mondiale, ainsi que sur l'appui à l'offre numérique et la préservation de la biodiversité.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht ist abzulehnen. Er zielt auf die Schaffung einer fiktiven Marke „Destination Europa“ ab. Dabei wird gänzlich übersehen, dass der europäische Kontinent sich aus den unterschiedlichsten Regionen einzelner europäischer Mitgliedstaaten und anderen Nichtmitgliedern der Union zusammensetzt. Die kulturelle und ethnische Diversität der Völker, wie auch die enorme Vielfalt ihrer natürlichen Umgebungen, widerspricht dem Versuch, all das zu homogenisieren. Zudem hat die Europäische Union im Tourismusbereich keinerlei nennenswerte Kompetenzen, die die Schaffung einer Agentur für Tourismus rechtfertigen würden. Daher ist dieser Bericht abzulehnen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I strongly supported the report, which includes Labour amendments calling for urgent action to address carbon monoxide safety across Europe in tourism settings, as it calls on the European Commission to come forward with proposals for minimum standards for tourism safety in the European Union, particularly on fire safety and carbon monoxide safety in holiday accommodation.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Die Berichterstatterin fordert in diesem Bericht die Kommission zu einer Stellungnahme bezüglich der bisherigen Mittelverwendung aus Förderprogrammen wie dem Europäischen Strukturfonds auf und beschreibt umfangreiche Möglichkeiten, wie ihrer Meinung nach der europäische Tourismus auf EU-Ebene gefördert werden könnte.

Abgesehen von einigen wenigen, ökonomisch sinnvollen Punkten wie der Aufgeschlossenheit gegenüber der „Sharing economy“, deren Potenzial gerade für den Bereich Tourismus erkannt wird, sind die Vorschläge überwiegend kritisch zu sehen. So wird die Kommission etwa dazu angehalten, die Möglichkeiten zur Schaffung einer neuen Haushaltslinie im mehrjährigen Finanzrahmen zu eruieren, die exklusiv der Tourismusförderung vorbehalten sein soll. Damit einher geht die Forderung nach einer Aufstockung des Personaltableaus in entsprechenden Abteilungen der EU-Kommission. Weiterhin enthält der Bericht die Forderung nach Analyse des Potentials einer neu zu schaffenden EU-Agentur für Tourismus. Besonders kritisch ist zudem die Proklamation eines „tourism for all“-Prinzips zu sehen, wodurch für eine breite Bevölkerung Zugang zu und Erschwinglichkeit von entsprechenden Angeboten sichergestellt werden soll. In diesem Zusammenhang werden etwa Fluggesellschaften aufgefordert, mehr Sitze in der Economy Class zur Verfügung zu stellen, zu Lasten höherpreisiger Kontingente. Diese Aufforderung stellt einen klaren Eingriff in die freie Preisbildung und die europäische Wirtschaftsordnung dar.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Aufgrund der angesprochenen zahlreichen zentralistischen Tendenzen bleibt die Ablehnung des gesamten Berichts die einzig denkbare Option.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione della collega De Monte. Quello del turismo è, per noi europei e italiani, un settore economico strategico. Negli ultimi anni l'industria del turismo sta affrontando una crescente concorrenza mondiale con i paesi emergenti, meno costosi, che attirano turisti internazionali.

Per combattere la crescente concorrenza internazionale e gli effetti negativi della crisi, il turismo europeo ha bisogno di una maggiore cooperazione interregionale e transfrontaliera e questa relazione d'iniziativa affronta una serie di tematiche e strategie finalizzate a tale obiettivo.

Inoltre, sottolineo alcuni paragrafi della relazione che puntano a rafforzare le politiche europee di *branding* e *marketing* comune per un turismo sostenibile e responsabile, in un'ottica di un'economia sempre più condivisa e digitalizzata.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur les nouveaux défis et concepts pour la promotion du tourisme en Europe, car ce rapport prône plus d'ingérence de la Commission européenne dans le secteur touristique, ainsi qu'une augmentation du budget de l'Union européenne dans ce domaine. Le paragraphe 19 demande notamment à la Commission d'étudier la création d'une agence européenne du tourisme. En outre, le texte demande un assouplissement de la politique de visas touristiques, comme si les problèmes n'étaient pas encore assez aigus.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il vise à augmenter l'ingérence de la Commission de Bruxelles dans le secteur du tourisme. Or, j'estime que la France – pays touristique par excellence – a tout à y perdre. Les Français savent mieux que les eurocrates ce qui est bon pour l'attrait touristique de leur pays !

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque, aun considerando que es útil que Europa trabaje para definir estrategias conjuntas en apoyo al turismo, el ponente lo utiliza como plataforma para promover una mayor liberalización de las condiciones del sector (incluido el apoyo a las nuevas plataformas digitales de servicios) excluyendo expresamente cualquier armonización (social, fiscal...) que frene los efectos de una competencia devastadora. Además, el texto contiene referencias a la migración o a la situación política en algunos de los países vecinos de la UE que no hacen sino reforzar las orientaciones más regresivas de la actual PESC.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Como ya sabemos, el turismo desempeña un papel muy importante dentro de la promoción de la rica diversidad cultural de Europa. Además, refuerza la identidad europea y, por ello, es necesario establecer nuevos desafíos y estrategias para promoverlo.

Cabe recalcar que, en los últimos años, la competencia mundial ha aumentado considerablemente con la existencia de países emergentes y más baratos que atraen a los turistas internacionales. Para suplir esta situación, es necesario que exploremos nuestras ventajas comparativas, en particular la diversidad de los paisajes y la extraordinaria riqueza cultural.

Para promover el turismo en Europa resulta indispensable llevar a cabo iniciativas que fomenten una gestión responsable de los recursos, teniendo en cuenta una serie de limitaciones que afectan al sector turístico, como puede ser, por ejemplo, el cambio climático.

Es imprescindible la colaboración entre la Comisión y los Estados miembros con las empresas turísticas en relación con la digitalización de las empresas de viajes y turismo. Con este informe se pretende que los viajeros puedan planificar, reservar y pagar sus viajes multimodales «puerta a puerta». En mi opinión, estas medidas son más que bienvenidas para explotar nuestras ventajas comparativas y reforzar el turismo europeo.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Die Berichterstatterin bittet in diesem Bericht die Kommission um Stellungnahme bezüglich der bisherigen Mittelverwendung aus Förderprogrammen wie dem Europäischen Strukturfonds und zeigt umfangreiche Möglichkeiten auf, wie ihrer Meinung nach der europäische Tourismus auf EU-Ebene gefördert werden könnte.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Abgesehen von einigen wenigen ökonomisch sinnvollen Punkten wie der Aufgeschlossenheit gegenüber der „Sharing economy“, deren Potenzial gerade für den Bereich Tourismus erkannt wird, sind die Vorschläge überwiegend kritisch zu sehen. So wird die Kommission etwa angehalten, die Möglichkeiten zur Schaffung einer neuen Haushaltslinie im mehrjährigen Finanzrahmen zu eruieren, die exklusiv der Tourismusförderung vorbehalten sein soll. Damit einher geht die Forderung nach einer Aufstockung des Personaltableaus in entsprechenden Abteilungen der EU-Kommission. Weiterhin enthält der Bericht die Forderung nach Analyse des Potenzials einer neu zu schaffenden EU-Agentur für Tourismus. Besonders kritisch ist zudem die Proklamation eines „tourism for all“-Prinzips zu sehen, wodurch für eine breite Bevölkerung Zugang zu und Erschwinglichkeit von entsprechenden Angeboten sichergestellt werden soll. In diesem Zusammenhang werden etwa Fluggesellschaften aufgefordert, mehr Sitze in der Economy Class zur Verfügung zu stellen, zu Lasten höherpreisiger Kontingente. Diese Aufforderung stellt einen klaren Eingriff in die freie Preisbildung und die europäische Wirtschaftsordnung dar.

Aufgrund der angesprochenen zentralistischen Tendenzen ist die Ablehnung des gesamten Berichts die einzig denkbare Option geblieben.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Turizam ostvaruje više od 10 posto BDP-a Europske unije, ako se uzmu u obzir i sektori povezani s turizmom. Turizam izravno zapošljava 13 milijuna ljudi. Europa je najpopularnija turistička destinacija svijeta, pa turizam ima dalekosežan učinak na gospodarski rast, zapošljavanje i društveni razvoj.

Pozivaju se države članice da maksimalno iskoriste nove mogućnosti financiranja u okviru Europskog fonda za strateška ulaganja, a Komisiju da potiče razvoj pokusnih scenarija povezanih s turizmom, imenuje nezavisne stručnjake koji će ocijeniti utjecaj drugih politika Unije na turizam, potiče suradnju između javnih i privatnih sudionika, analizira gospodarski i socijalni utjecaj ekonomije dijeljenja i njezin učinak na turizam, potrošače, tehnološka poduzeća te javna tijela.

Podržala sam izvješće zastupnice Isabelle De Monte zbog važne uloge turizma i u svrhu pronalaska rješenja za nove izazove kao što su digitalizacija distribucijskih kanala, razvoj novog sektora ekonomije dijeljenja, sve veća konkurencija novih i jeftinijih destinacija trećih zemalja te promjene u ponašanju potrošača, i bolje pozicioniranje Europe kao turističke destinacije u svijetu.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Tūrisms ir viena no svarīgākajām Eiropas Savienības dalībvalstu ekonomikas nozarēm. Kamēr kopumā ES tas aizņem apmēram 10 % no IKP, dažādās valstīs procentuālā daļa ir vēl lielāka, par īpaši svarīgu kļūstot vasaras vai ziemas mēnešos atkarībā no konkrētā reģiona izvietojuma. Tas nozīmē, ka tūrisma pienācīga attīstība, investīcijas, inovācijas, speciālistu pieredzes apmaiņa, kultūrvēsturisko objektu renovēšana, kā arī, protams, vides aizsardzība — visi šie aspekti ir ļoti svarīgi un nekādā gadījumā nevar tikt ignorēti. It īpaši ņemot vērā to, ka Eiropas Savienība ir visapmeklētākā vieta pasaulē, kad runa ir par tūrismu, un ļoti negribētos nodot šo izcilo sasniegumu kam citam.

Kaur arī es pilnīgi piekristu centralizētākas tūrisma nozares attīstības pieejas izstrādāšanas un tālākas īstenošanas idejai visās ES dalībvalstīs, lai cik grūti tas nebūtu — it īpaši cilvēkresursu ziņā —, ir absolūti nepieciešams vienmēr ņemt vērā lokāli pastāvošas specifiskas iezīmes un īpašības.

Jebkurš reģions ir pazīstams ar kaut ko tam īpaši atbilstošu, kas lielā mērā ietekmē tūrisma attīstības stratēģiju katrā atsevišķā gadījumā. Līdz ar to kopēju standartu izstrādāšanā un transnacionālu tūrisma produktu popularizēšanā noteikti jāņem vērā šī vispārējā dažādība, lai nekādā mērā nekaitētu šai unikalitātei kāda strukturāla kopsaucēja izmantošanas dēļ.

Savukārt es ļoti atbalstu ideju par arvien aktīvāku Eiropas kā tūrisma galamērķa popularizēšanu gan ārpus mūsu Kopienas, gan arī tās iekšienē.

Ernest Maragall (Verts/ALE), *in writing.* – Europe is the world's number one tourist destination, with international tourists set to increase by 140 million each year until 2025. This rate of increase brings with it a new wave of challenges that the EU must meet. Therefore it is important to maintain and update the strategy for EU tourism to accommodate the strongly increasing rate for the EU tourism industry. I have voted in favour of this report. However, it would be equally important to allocate a significant share of the benefits to protect culture heritage in Europe.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Νότης Μαρτιάς (ECR), γραπτώς. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τις νέες προκλήσεις και ιδέες για την προαγωγή του τουρισμού στην Ευρώπη, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 29/10/2015.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport. Le groupe ENF avait proposé une résolution alternative qui, sans surprise, a été rejetée. Ce rapport, dans son ensemble, n'est pas concluant: malgré ce qu'affirme le rapporteur, l'on ne saisit pas très bien l'intérêt de faire la promotion de l'Europe «dans son ensemble», aucune étude sérieuse n'en justifiant l'efficacité. Autre point négatif, le rapport ne mentionne que très, très brièvement, les problèmes liés à l'insécurité dans les villes touristiques, ou l'impact négatif de la présence des migrants. Nous ne sommes pas convaincus.

Georg Mayer (ENF), schriftlich. – Aufgrund der Vielfaltigkeit unseres Kontinents gibt es von Land zu Land gänzlich andere Motivationsgründe für Touristen, warum diese im jeweiligen europäischen Land Urlaub machen. Eine Marke „Europa“ ist daher nichtssagend. Zudem hat die Europäische Union im Tourismusbereich keinerlei nennenswerte Kompetenzen, die eine Schaffung einer solchen Agentur für Tourismus rechtfertigen würde. Ich lehne diesen Bericht daher ab.

Joëlle Mélin (ENF), par écrit. – Ce rapport est un premier pas vers une réglementation européenne du secteur touristique. Dans cette optique, il demande à la Commission de commencer par augmenter ses effectifs chargés de la politique du tourisme, de faire un rapport sur les premières mesures qu'elle a prises en 2010 dans ce domaine, de prendre en compte les défis à venir (protection du climat (sic !) et de l'environnement, numérisation du secteur, accessibilité, etc.) ou encore de promouvoir un tourisme transnational et paneuropéen, de développer des outils marketing en ce sens.

Le tourisme n'a pas besoin d'être supervisé depuis Bruxelles, dont l'unique but est de faire disparaître les nations européennes. Le député a donc voté contre ce texte.

David Martin (S&D), in writing. – I support the recommendations in this report for updating rules for a sustainable, accessible and responsible tourism sector, which is vital for the EU economy and for the well-being of European citizens. In particular, I welcome the calls for increasing minimum safety standards such as those on carbon monoxide detection. The emphasis on SMEs and on training investment for high-quality jobs is also welcome.

Nuno Melo (PPE), por escrito. – Votei favoravelmente o relatório sobre os novos desafios e ideias para o fomento do turismo na Europa. Trata-se de um setor vital para a economia europeia, que necessita de um quadro de ação claro definido pela Comissão, para uma promoção dos Estados-Membros como destino turístico. A forma como o turismo deve ser desenvolvido assenta em pressupostos de responsabilidade ambiental, sustentabilidade e responsabilidade social. O setor do turismo é, por excelência um setor com grande dinamismo, vitalidade e com uma enorme capacidade de se mostrar como motor de crescimento económico para vários Estados-Membros.

Roberta Metsola (PPE), in writing. – I voted in favour of this report, which explores the challenges to increase European tourism's competitiveness. The report highlights the need to focus on Europe's historical and cultural heritage as a means of attracting greater numbers of tourists to the Union. It also recommends that the digitalisation of the tourism industry be further developed to increase the quantity and quality of interactions between tourists and tourism companies.

Louis Michel (ALDE), schriftelijk. – De toeristische sector in Europa blijft een groeimotor en is met 13 miljoen werknemers uitgegroeid tot een van de voornaamste werkgevers. Europa is nog altijd de toeristische topbestemming in de wereld, maar toch moeten we waakzaam blijven. De concurrentie van andere toeristische trekpleisters is immers zeer groot.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ook in de toeristische sector zal men moeten innoveren om de concurrentie het hoofd te bieden. In een geglobaliseerde wereld waar landsgrenzen wegvallen, is het promoten van Europa als toeristische topbestemming een belangrijk instrument om de rijke variatie aan vakantiemogelijkheden in Europa in de kijker te zetten. Daartoe moeten we verder inzetten op een kwaliteitsvolle digitalisering van het reisaanbod en moeten toeristische topbestemmingen beter met elkaar worden verbonden, bijvoorbeeld door betere treinverbindingen. Daarnaast moeten we kwaliteitsvolle dienstverlening garanderen door de opleiding voor werknemers in de toeristische sector grensoverschrijdend te maken, en werken aan een breder aanbod waarbij zowel de mogelijkheden van de alternatieve recreatie als het toerisme buiten het hoogseizoen worden ontwikkeld.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – V súvislosti s postupujúcim procesom globalizácie aj odvetvie cestovného ruchu čelí rastúcej svetovej konkurencii nových, menej nákladných krajín, ktoré priťahujú zahraničných turistov. Preto vítam správu o nových výzvach a stratégiách na podporu cestovného ruchu v Európe.

Starý kontinent musí totiž zoči-voči tejto konkurencii využívať svoje porovnateľné výhody, najmä rozmanitosť krajín a mimoriadne kultúrne bohatstvo, čo sa týka aj Slovenska. Obnovená politika EÚ v oblasti cestovného ruchu navyše očakáva nárast v oblasti kúpeľného a zdravotného cestovného ruchu, ale aj poznávacej turistiky založenej na kultúrnom a prírodnom dedičstve, kde má aj naša krajina čo ponúknuť.

Zároveň by som však rád upozornil na dôležitosť efektívneho a premysleného postupu na dosiahnutie tohto cieľa. Kým totiž Komisia navrhuje vybudovanie značky „Destinácia Európa“, viaceré organizácie cestovného ruchu členských štátov vyjadrujú svoje obavy, či možno rozmanitosť a spoločnú značku spájať.

Preto považujem za dôležité brať do úvahy aj tieto názory, aj keď súhlasím, že Komisia by mala naďalej zabezpečovať najlepšiu možnú podporu spoločnej propagácii Európy na trhoch tretích krajín tým, že súčasným vnútroštátnym propagačným snahám v oblasti cestovného ruchu dodá európsku a nadnárodnú pridanú hodnotu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report 'New challenges and concepts for the promotion of Tourism in Europe', providing input into the Commission's reflections to be presented at the Annual European Forum on Tourism. I fully agree with the recommendations in this report proposing actions in the fields of the sharing economy, digitisation, sustainable and responsible tourism as well as the promotion of Europe as the world's number one tourist destination.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A jelentés arra hívja föl a figyelmet, hogy a turizmus az európai gazdaság kulcsfontosságú növekedési potenciállal rendelkező területe, amely az uniós GDP 10%-át adja, ha figyelembe vesszük az idegenforgalomhoz kapcsolódó ágazatokat is, továbbá az idegenforgalom 13 millió munkavállalót foglalkoztat közvetlenül, ami megfelel az uniós munkahelyek legalább 12%-ának.

Rámutat, hogy Európa a maga 52%-os részesedésével a világ első számú turisztikai úti célpontja; a statisztikák szerint az uniós polgárok külföldi útjainak többsége továbbra is az EU-n belülre irányul, és az előrejelzések szerint az EU-ba érkező külföldi turisták száma 2025-ig évente 140 millióval fog nőni. Az idegenforgalom éppen ezért jelentős társadalmi-gazdasági tevékenység az EU-ban, széles körű hatást fejtve ki a gazdasági növekedésre, a foglalkoztatásra és a társadalmi fejlődésre, ezért döntő szerepe lehet a jelenlegi gazdasági és foglalkoztatási válság kezelésében. Mindezek következtében összehangolt lépéseket sürget az idegenforgalom fejlesztésére, lehetőségeinek kiaknázására. A jelentést elfogadását támogattam.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport De Monte concerne les nouveaux défis et concepts pour la promotion du tourisme en Europe et a pour objectif d'inciter la Commission européenne à élaborer une offre touristique à l'échelle européenne.

Le rapporteur déplore l'absence de volonté de la Commission pour renforcer la politique du tourisme de l'UE. On a en plus droit au sempiternel «plus d'Europe», comme si davantage d'Europe amènerait plus de touristes (c'est même probablement le contraire...). Il revient à chaque État membre de décider souverainement de sa politique touristique. Par ailleurs, les sites touristiques sont frappés par l'insécurité grandissante à laquelle la libre circulation absolue dans l'UE n'est pas étrangère. En

Donnerstag, 29. Oktober 2015

bref, ce rapport vise à lisser les diversités nationales pour promouvoir l'Europe. J'ai donc voté contre.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – La politique touristique européenne doit être renforcée: le tourisme est un gisement d'emplois non délocalisables et de croissance pour l'ensemble du continent. Nous devons effectivement éclaircir l'offre des labels et affronter les enjeux posés par les nouveaux acteurs de ce secteur.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Miután kinyílt a világ és nagy fejlődésen mentek át más kontinensek országai is, az európai turizmus nagy riválisokat kapott. Ma már nagyon könnyű olcsón távoli helyekre eljutni, ahol az ember más kultúrákat is megismerhet. Ha Európa versenyképes szeretne maradni a turizmus területén, ki kell használnia az öreg kontinens előnyeit, amik sokszínűségében rejlenek, abban, hogy kis idő alatt akár nagyon sok államot is meg lehet látogatni, sokféle kultúrát meg lehet ismerni és vidéket fel lehet fedezni. Hogy ezt ki lehessen használni meg kell erősíteni a kontinens közös turizmus politikáját, ami úgy érhető el, hogy a tagállamok összefognak, illetve megvizsgáljuk, mik azok a területek, amelyek pozitív kihatással vannak e területre. Az első megfelelő lépés ez irányba, ennek a kezdeményezésnek az elfogadása.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that will instate pan-European and transnational tourism products and sustainable and responsible tourism, taking into consideration that Europe's international visitors find themselves under increasing pressure from other international destinations, in particular from newly-emerging, less expensive destinations.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Европа е една от най-желаните туристически дестинации в света и тук всяка година идват милиони туристи. Секторът на туризма генерира 2,9% от БВП на ЕС и осигурява заетост на 3,3% от работната ръка на Съюза. Не е тайна, че това, което ги привлича най-много е богатото ни културно наследство. Ето защо имаме задължението да го опазим и популяризираме.

Аз споделям мнението, че европейското културно наследство притежава огромен стратегически потенциал, който трябва да развием и използваме оптимално. За да създадем условия за устойчив растеж в Европа, е необходимо да насърчаваме културния туризъм като мотор за устойчиво икономическо и социално развитие на местно и регионално равнище.

В допълнение, смятам, че освен на най-популярните туристически места, трябва да се дава предимство и на по-малките и необичайни дестинации, сред които попада и моята родна страна, България.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport deoarece turismul este unul dintre domeniile economice cu o importanță majoră pentru economiile statelor membre. În cazul României, turismul este un sector cu un potențial de dezvoltare nefolosit la momentul actual și care ar putea fi ajutat de orice viitoare strategii pentru acest domeniu la nivelul UE.

Prin însăși natura sa, turismul ajută la dezvoltarea regiunilor prin multiplicarea economică pe orizontală și pe verticală pe care o are; аșadar, pentru România, împreună cu fondurile de coeziune și dezvoltare regională, o strategie de promovare a turismului la nivelul întregii UE ar putea aduce beneficii peste аșteptări.

De asemenea, cred că toate statele membre, деși multe au o industrie a turismului foarte bine pusă la punct, ar putea beneficia de o strategie la nivelul Uniunii, deoarece aceasta s-ar putea adresa mai bine regiunilor și statelor cu mult potențial încă neexploatat.

Аșa cum precizează și raportorul în acest document, turismul este finanțat indirect prin mai multe fonduri ale UE dar invitația făcută către Comisie de a dezvolta o strategie pentru acest domeniu ar putea ajuta la o mai bună focalizare a resurselor și ar putea aduce rezultate mai bune.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Fremdenverkehr ist ein Standbein zahlreicher österreichischer Bundesländer und muss daher gefördert werden. Dies kann allerdings nicht mit einer Zusatzbelastung der Betriebe einhergehen, die in diesem Bericht, zumindest implizit, enthalten ist. Daher habe ich gegen den Bericht gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport propose une harmonisation des politiques nationales des États membres en matière de tourisme par la recherche d'une synergie cherchant à valoriser le patrimoine européen. Il s'agit de confier à la commission l'élaboration d'une série d'actions communes visant à créer une «marque Europe». Le rapport comporte notamment des paragraphes qui appellent la Commission et les États membres à prendre des mesures spécifiques concernant les régions ultrapériphériques et reconnaît la fragilité et la dépendance de ces régions vis-à-vis du secteur touristique. Je suis favorable à une mutualisation des forces entre États membres pour valoriser le tourisme européen. Cependant, je regrette que cette démarche, étant confiée à la Commission, soit sujette à une logique libérale

Donnerstag, 29. Oktober 2015

et compétitive, primant ainsi la valeur marchande du tourisme. Pour ces raisons, je m'abstiens.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. Turism ELis peab olema konkurentsivõimeline ning selleks on vaja arendada erinevaid valdkondi, nt reklaami, säästvat turismi, ligipääsu jne.

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Balsavau už šį pranešimą. Atsižvelgiant į turizmo sektoriaus plėtrą bei jo svarbą Europos regionams kitoje daugiametėje programoje turėtų būti nustatytas atskiras skirsnis skirtas turizmui.

Ypatingas dėmesys turėtų būti skiriamas ilgalaikės strategijos „Kelionė į Europą 2020“ įgyvendinimui bei visos Europos ir tarptautiniams turizmo produktams. Didinant Europos turistų lankytinų vietų matomumą ir konkurencingumą, turėtų būti sukurtas „Kelionės (-ių) į Europą“ prekės ženklas. Visų pirma, reikėtų išanalizuoti šio prekės ženklo potencialą bei pridėtinę vertę, taip pat aiškiai apibrėžti bendrus tikslus. Be to, labai svarbu, kad būtų parengtas šio prekės ženklo vadovas.

Siekiant išsaugoti ir pagerinti kultūros ir gamtos paveldą, tvarus ir atsakingas turizmas turi tapti prioritetu visoje ES. Turime dėti daugiau pastangų siekiant pagerinti ES turizmo pramonės konkurencingumą.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Τα συμφέροντα της τουριστικής βιομηχανίας επιδιώκει να αναβαθμίσει η έκθεση για «την προαγωγή του τουρισμού στην Ευρώπη» που καταψήφισε η Ευρωπαϊκή Ομάδα του ΚΚΕ. Η «δημιουργία εμπορικού σήματος», «η Ευρώπη ως τουριστικός προορισμός», τα «πανευρωπαϊκά και διακρατικά τουριστικά προϊόντα» αποτελούν σχέδια των επιχειρηματικών ομίλων που δραστηριοποιούνται στον κλάδο του τουρισμού και που δεν διστάζουν να χρησιμοποιήσουν ακόμη και την «υγεία» ως πόλο έλξης για τουρισμό, προκειμένου να συνεχισθεί αμείωτη η κερδοφορία τους. Η έκθεση καλεί σε αξιοποίηση της «τουριστικής βίβας» και «συμφωνίες για κατάργηση των θεωρήσεων» την ίδια ώρα που η ΕΕ εντείνει την καταστολή για τους πρόσφυγες και τους μετανάστες, αναδεικνύοντας το πώς λειτουργούν τα λεγόμενα «έξυπνα σύννορα» της που «ανοίγουν» ή «κλείνουν» ανάλογα με τα συμφέροντα των μονοπωλίων. Απαράδεκτο είναι και το ξενοφοβικό κάλεσμα για «εκπόνηση έκθεσης για τις επιπτώσεις στον τομέα του τουρισμού από την ανεξέλεγκτη εισροή μεταναστών». Επιπρόσθετα, ούτε λόγος δεν γίνεται για τις άθλιες συνθήκες εργασίας των εργαζομένων στον κλάδο που αφού «στραγγίζεται» η εργατική τους δύναμη οδηγούνται ξανά στην ανεργία, αλλά και για την αδυναμία των λαϊκών οικογενειών να έχουν ολιγοήμερες διακοπές, αφού το λαϊκό δικαίωμα των διακοπών όσο κυριαρχούν τα μονοπώλια έχει γίνει πολυτελές εμπόρευμα για να θησαυρίζουν οι επιχειρηματικοί όμιλοι του κλάδου.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Podržala sam rezoluciju Europskog parlamenta o novim izazovima i konceptima za poticanje turizma u Europi. Održiv, pristupačan i odgovoran turizam koji je u skladu s prirodom i krajolikom te tradicijom destinacije, a koji se oslanja na učinkovitost resursa, održivu mobilnost i zaštitu klime, koji pomaže očuvanju okoliša i njegovom boljem razumijevanju, a donosi i trajne rezultate u smislu regionalnog razvoja i razvoja ruralnog prostora, turizam je kakav za Hrvatsku želimo.

Posebno podržavam dijelove rezolucije koji upućuju na važnost pronalaženja povoljnog financijskog impulsa za investicije u turizmu, pogotovo u onaj dio koji počiva na malim i srednjim poduzetnicima u koje spadaju i obiteljska poljoprivredna gospodarstva.

Prepoznatljivost turističke ponuda Europe počiva na povijesti, umjetnosti, vjeri, kulturi i tradiciji te kvalitetnoj hrani i piću. Selo je najbolje mjesto zaštite tradicionalnog, kulturnog, nacionalnog i vjerskog identiteta europskih naroda. Upravo zato potencijal ruralnog turizma kao alternativa sezonskom turizmu mora biti adekvatno vrednovan i podržan.

Florian Philippot (ENF), par écrit. – Ce rapport De Monte concerne les nouveaux défis et concepts pour la promotion du tourisme en Europe et a pour objectif d'inciter la Commission européenne à élaborer une offre touristique à l'échelle européenne.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Le rapporteur déplore l'absence de volonté de la Commission pour renforcer la politique du tourisme de l'UE. On a en plus droit au sempiternel «plus d'Europe», comme si davantage d'Europe amènerait plus de touristes (c'est même probablement le contraire...). Il revient à chaque État membre de décider souverainement de sa politique touristique. Par ailleurs, les sites touristiques sont frappés par l'insécurité grandissante à laquelle la libre circulation absolue dans l'UE n'est pas étrangère. En bref, ce rapport vise à lisser les diversités nationales pour promouvoir l'Europe. J'ai donc voté contre.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Obalni i pomorski turizam predstavljaju najveću pomorsku aktivnost u Europi i čine više od trećine pomorskog gospodarstva, izravno utječu na mnoge druge sektore gospodarstva EU-a te zapošljavaju 3,2 milijuna ljudi, većinom u dobi između 16 i 35 godina. Ovaj je sektor poluga rasta i otvaranja novih radnih mjesta, posebice u atlantskim i sredozemnim regijama. To se posebno odnosi na Hrvatsku iz koje dolazim u kojoj turizam generira gotovo četvrtinu BDP-a.

Uzimajući u obzir izniman značaj turizma za europsko gospodarstvo naš temeljni cilj treba biti održiv, pristupačan i odgovoran turizam koji je usklađen s prirodom i okolišem te urbanim destinacijama i koji se temelji na učinkovitom korištenju resursa, održivoj mobilnosti i zaštiti klime, pomaže u zaštiti lokalnog okoliša, posebice planinskih i obalnih regija te otoka, koji će dovesti do trajnih rezultata u pogledu regionalnog rasta, zadovoljava sve veće zahtjeve putnika kad je riječ o kvaliteti i pomaže poduzećima u tržišnom natjecanju, što i ova rezolucija ispravno naglašava.

Miroslav Poche (S&D), *in writing.* – I am pleased by Parliament's vote on the promotion of tourism in Europe. Europe is the number one tourist destination in the world, with millions upon millions of tourist coming to Europe each year. This provides a substantial portion of the EU's GDP, in addition to providing millions of jobs within its regions. With these facts, I expect the Commission to continue supporting tourism throughout Europe and to call on them to make the European Structural and Investment Funds more transparent, since they are a large source of funding for tourism projects. I also support the enrichment of the Destination Europe brand in order to better promote European tourism as a whole. Europe has so much to offer in terms of culture and history and the European Union should do everything it can so that people around the world can experience it.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – Il turismo è un settore chiave della nostra economia in quanto genera oltre il 10% del PIL dell'Unione europea e impiega circa 20 milioni di persone, in particolare giovani. Nonostante la crisi economica scoppiata nel 2008, l'Europa resta la destinazione turistica n. 1 al mondo.

Tuttavia, il turismo europeo deve affrontare numerose sfide, a cominciare dalla necessità di innovare e migliorare costantemente la qualità dei propri servizi. Il settore deve adattarsi rapidamente alla rivoluzione digitale, tenendo presente che oltre il 30% dei viaggiatori programma i propri itinerari online. Gli operatori turistici devono essere in grado di far fronte alla crescente concorrenza esercitata dalle nuove destinazioni emergenti e meno costose.

Il settore turistico ha bisogno di tutto il sostegno dell'Unione europea e dobbiamo lavorare affinché si sviluppi un modello incentrato sulla qualità, la sostenibilità e sulla creazione di figure professionali altamente specializzate. Ritengo che la relazione: «Nuove sfide e strategie per promuovere il turismo in Europa» possa rappresentare un utile strumento per favorire azioni congiunte a livello continentale e assicurare ai turisti i più elevati standard qualitativi al mondo. Per questo motivo ho deciso di votare a favore della sua approvazione.

Stanislav Polčák (PPE), *písemně.* – Podpora cestovního ruchu je dle mého názoru zvláště důležitá. I přestože se neočekává pokles turistů navštěvujících členské země Unie, Evropa musí odpovídat na tlak populárních destinací, zejména těch finančně výhodnějších. Cílem Evropského parlamentu by mělo být zachování nebo zvýšení konkurenceschopnosti turistických destinací v Evropě. Několik průzkumů poukázalo na slabiny v zajišťování dostatečné kvality služeb.

Na 15 % Evropanů nevyužívá vlakové dopravy z důvodů špatně dostupných nástupišť nebo nedostatku informací. Dobrá přístupnost je důležitou podmínkou pro podporu cestovního ruchu v Evropě. Věřím, že díky této zprávě napomůžeme ke zkvalitnění služeb a tím ke zvýšení konkurenceschopnosti evropských turistických destinací.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie stanowi wkład do rozważań Komisji, który ma być przedstawiony na posiedzeniu zwyczajnym Europejskiego Forum Turystyki. Proponuje działania w dziedzinie ekonomii dzielenia się, digitalizacji, zrównoważonej i odpowiedzialnej turystyki, jak również promowania Europy, jako główny cel podróży turystycznych. Wzywa również do lepszej współpracy między państwami członkowskimi i Komisją. W odniesieniu do działań podejmowanych od 2010 roku, w sprawozdaniu zwrócono się do Komisji o przedstawienie Parlamentowi sprawozdania w sprawie wykorzystania środków przeznaczonych na turystykę w ramach funduszy strukturalnych i odpowiadających programów UE. Sprawozdanie podkreśla konieczność promowania, ochrony i zachowania dziedzictwa kulturowego Europy. Z zastrzeżeniem wobec oddzielnej linii budżetowej dla turystyki w kolejnych wieloletnich ramach finansowych oraz inicjatywy utworzenia Europejskiej Agencji Turystyki, jako kolejnego przykładu rozrostu biurokracji europejskiej, postanowiłem poprzeć sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport concernant les nouveaux défis et concepts pour la promotion du tourisme en Europe. Il est important de promouvoir le développement d'un tourisme respectueux de l'environnement tout en encourageant le développement de nos entreprises du secteur touristique.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A proposta de resolução ora em apreço reage à Comunicação da Comissão Europeia (CE) de 2010 «Europa, primeiro destino turístico do mundo - novo quadro político para o turismo europeu» e estrutura a posição do Parlamento Europeu sobre o seguimento dado pelos serviços da CE, no que concerne à atualização do plano de execução das medidas então adotadas. Neste aspeto, o relator lamenta que a Comissão tenha deixado de veicular informação adequada e continuamente atualizada, desde Maio de 2013, e que, por isso, seja difícil para o Parlamento avaliar a eficiência das medidas adotadas, exercendo o seu poder de controlo executivo em pleno. O relator aproveita ainda o ensejo para salientar os desafios que permitirão ao setor do turismo, na Europa, manter a sua competitividade e adaptar-se às mudanças dos consumidores, nomeadamente em matéria de tecnologias digitais. Posto o que precede, e na expectativa de que Comissão leve em conta as advertências submetidas a plenário pela presente resolução, apoiei com o meu voto a proposta de resolução.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We have opposed this report as it is up to Member States to develop their own tourism sectors. There should not be the requirement to set up an EU tourist agency or to promote Europe as a tourist brand, neither is there the necessity to create an EU-wide quality brand. UKIP is in agreement with the UK Government on these matters.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – Le tourisme figure parmi les secteurs d'activités très dynamiques en Europe du fait de la diversité culturelle qui existent dans les différents pays de l'Union européenne, fruit d'histoires et de géographies multiples. Cependant, ce secteur doit se moderniser pour pouvoir surmonter les nouveaux défis qui l'attendent.

En premier lieu, les pays émergents constituent une concurrence de plus en plus importante pour le vieux continent, en raison notamment de coûts beaucoup moins élevés. De plus, cette filière doit s'adapter aux changements de comportements et de profils des consommateurs, au premier rang desquels viennent le développement de l'économie collaborative et le vieillissement de la population. Enfin, l'industrie du tourisme doit tenir compte d'exigences toujours plus fortes en matière de durabilité.

Ainsi, je me suis prononcé en faveur du rapport d'initiative sur les nouveaux défis et concepts pour la promotion du tourisme en Europe, qui vise notamment à prendre des mesures à l'échelle de l'Union, telles que la création du label «Destination Europe» et l'amélioration de l'accessibilité dans les transports. Enfin, le renforcement des droits européens des passagers sera une étape déterminante pour le développement du trafic de voyageurs en Europe, en renforçant la confiance dans les services proposés.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur la promotion du tourisme en Europe. Rappelons-nous que l'Europe est la première destination touristique au monde, ce qui fait du tourisme un secteur clé de l'économie européenne. Il a un impact majeur sur la croissance économique, l'emploi et l'évolution sociale et peut donc constituer un levier considérable dans le cadre de la crise économique actuelle.

Il est clair que le secteur doit faire face à de nombreux défis tels que la numérisation des canaux de distribution, le développement de l'économie du partage, le vieillissement de la population ou encore la concurrence croissante de destinations moins coûteuses que constituent les pays émergents.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ce rapport, que j'ai soutenu, appelle très utilement au déploiement d'une nouvelle stratégie pour le tourisme dans l'Union. Il s'agit notamment de créer une ligne budgétaire consacrée au tourisme ou encore un label «Destination(s) Europe» afin d'augmenter la visibilité et la compétitivité des destinations touristiques européennes. L'idée est également de promouvoir un tourisme durable, responsable et respectueux de l'environnement. Enfin, il faut prendre en compte l'essor de l'économie du partage et la numérisation du marché européen du tourisme.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Este informe recoge el conjunto de acciones propuestas que la UE podría desarrollar en el campo del turismo. Se trata de un informe de muy amplio espectro que recoge iniciativas y propuestas de todo tipo para promover el sector turístico en la UE, desde recomendaciones sobre digitalización, turismo responsable y sostenible, vías para promocionar la UE como destino turístico mundial, etc.

Cabe destacar del informe la petición de una mayor claridad de las acciones financiadas con cargo a los fondos estructurales y de cohesión en el área de turismo, y en concreto la petición para que se establezca una línea presupuestaria que permita identificar mejor las diferentes acciones que lleva a cabo la UE. El informe aboga por la creación de una marca sobre el destino de Europa partiendo de la heterogeneidad y multitud de ofertas turísticas disponibles. Insiste en la necesidad de promover el patrimonio cultural europeo y la importancia de la formación para asegurar un servicio de calidad y competitivo. Toca, además, el sector de la economía compartida, al que se exige el mismo grado de cumplimiento de la normativa aplicable al sector tradicional.

Por todo ello, entre otras cuestiones, he votado a favor de este Informe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative que j'ai soutenu porte, entre autres, sur la mise en place d'une stratégie de marque, la promotion commune de destinations touristiques en Europe, le tourisme durable et responsable, l'économie du partage et la numérisation. L'industrie du tourisme en Europe est confrontée à une concurrence mondiale accrue, les pays émergents, moins coûteux, attirant les touristes internationaux. Face à cette concurrence, le texte adopté préconise que l'Europe mise sur ses avantages comparatifs, en particulier la diversité de ses paysages et son extraordinaire richesse culturelle. Des produits touristiques paneuropéens et transnationaux sont de la plus haute importance pour le renforcement d'un profil européen commun. Selon la Commission européenne du tourisme (CET), sur la base d'une vaste étude de marché, les visiteurs potentiels vers l'Europe sont attirés vers elle grâce à la gamme d'expériences qu'ils peuvent en attendre plutôt que par le nombre de pays qu'ils peuvent visiter.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A entrada em vigor do Tratado de Lisboa trouxe um maior reconhecimento à importância do turismo como um dos setores com mais potencial de crescimento da economia europeia, gerando mais de 10 % do PIB europeu.

Face aos novos desafios que se colocam, a Europa deverá adotar uma estratégia diferenciadora, realçando as suas vantagens comparativas, nomeadamente, quanto à diversidade das suas paisagens e quanto à extraordinária riqueza e património cultural que possui. De igual modo, deverá existir uma aposta na promoção do destino Europa em mercados terceiros e planos para criar uma estratégia de comunicação comum, produtos turísticos pan-europeus e transnacionais, assim como um portal europeu único que apresente os *sites* turísticos nacionais, através de uma política de consenso junto dos Estados-Membros.

Por fim, gostaria apenas de sublinhar que apoio uma estratégia europeia de turismo assente em critérios de sustentabilidade, o que equivale a dizer que, nesse contexto, é essencial fomentar iniciativas que promovam uma gestão responsável dos recursos, com indicadores fiáveis e iniciativas que premeiem o mérito de destinos «amigos do ambiente».

Pelas razões acima elencadas, atribuí o meu voto favorável a este relatório.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione la quale chiede alla Commissione europea di presentare una relazione di esecuzione esauriente sulle azioni intraprese dal 2013 ad oggi che includa anche le risorse finanziarie messe a disposizione da tali politiche. Il cosiddetto «Vecchio continente» è sempre stato una delle mete turistiche maggiormente visitate da turisti provenienti da tutte le parti del mondo, e noi, in quanto europei, abbiamo l'obbligo di tenere presente questo aspetto, anche sotto il profilo economico.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

La relazione, partendo quindi da questo assunto, promuove il concetto del *Brand Europa*: gli stranieri devono partire per visitare l'Europa, non uno solo dei suoi Paesi. Dobbiamo promuovere il marchio europeo al fine di essere più forti e maggiormente competitivi. Da qui deriva anche la promozione dei prodotti turistici paneuropei e transnazionali e una forte strategia comunicativa che sia all'altezza dei tempi in cui viviamo e che quindi punti sulla massima digitalizzazione anche dei servizi, come ad esempio i biglietti multimodali, ovvero un solo biglietto che ricomprenda diverse destinazioni. In questo modo il turista comprerà un solo ticket per il suo tour europeo.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto la relazione invita gli Stati membri a promuovere nuovi percorsi turistici tramite la riqualificazione di aree in disuso, strade, ferrovie, sentieri abbandonati e vecchi tragitti, proteggendo monumenti e siti europei in pericolo allo scopo di salvaguardare e promuovere il patrimonio culturale e incoraggiare così il turismo.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – La Comisión impulsó en 2010 la Comunicación titulada «Europa, primer destino turístico del mundo: un nuevo marco político para el turismo europeo». Para que el Parlamento pueda juzgar la eficiencia de las medidas adoptadas, la ponente pide a la Comisión que presente un informe de ejecución exhaustivo, incluido el uso de recursos financieros.

El informe propone, además, una serie de acciones encaminadas a desarrollar una estrategia común de promoción de Europa como destino turístico preferente, atendiendo a criterios económicos, de calidad, de sostenibilidad, de responsabilidad y de innovación tecnológica, entre otros.

Sin embargo, aunque el informe es interesante, cuela una propuesta para la que presentamos una enmienda de supresión que fue desechada en la votación. Dicha propuesta hace referencia a la promoción del turismo sanitario, que no de salud, es decir, ante la saturación de los sistemas sanitarios públicos, promocionar los viajes para utilizar la asistencia privada en otros países más económicos. Consideramos que no podemos apoyar un informe que incluye una medida que atenta contra uno de nuestros principios políticos básicos: la defensa de un sistema de sanidad público y de calidad. Por tanto, votamos en contra del informe.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Podpořila jsem zprávu o cestovním ruchu v Evropě, která se zabývá řadou důležitých aspektů. Cestovní ruch čelí novým výzvám především v souvislosti s rozvojem nových digitálních a komunikačních technologií. Proto jsem velmi ráda, že zpráva obsahuje mimo jiné i důležitý bod o odstranění blokování služeb na základě zeměpisné polohy uživatele, tzv. *geoblocking*, který je na vnitřním trhu velmi rozšířen. Znemožňuje tak plnohodnotné využívání digitálních aplikací a služeb nejen v oblasti cestovního ruchu. V textu je zdůrazněna rovněž podpora kulturního cestovního ruchu, včetně podpory evropských kulturních stezek. Zpráva vnímá i sociální rozměr cestovního ruchu, aby byl cenově dostupný a přístupný všem skupinám obyvatel, a to i rodinám s dětmi, seniorům a lidem s postižením.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque, aun considerando que es útil que Europa trabaje para definir estrategias conjuntas en apoyo al turismo, el ponente lo utiliza como plataforma para promover una mayor liberalización de las condiciones del sector (incluido el apoyo a las nuevas plataformas digitales de servicios) excluyendo expresamente cualquier armonización (social, fiscal...) que frene los efectos de una competencia devastadora. Además, el texto contiene referencias a la migración o a la situación política en algunos de los países vecinos de la UE que no hacen sino reforzar las orientaciones más regresivas de la actual PESC.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Con l'entrata in vigore del trattato di Lisbona l'importanza del turismo è stata ufficialmente riconosciuta. Il turismo è uno dei settori economici più importanti per l'Italia, basti pensare che, stando ai dati più recenti della *World Tourism Organization*, nel 2013 era il quinto paese più visitato al mondo. L'industria turistica nel suo complesso avrebbe contribuito, con 147 miliardi di euro, per il 9,4% del PIL del paese, impiegando all'incirca 2,5 milioni di persone, pari al 10,9% dell'occupazione nazionale.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

In questi anni, inoltre, si stanno sviluppando anche due nuove forme di turismo: l'ittiturismo e il pescaturismo. Secondo il Centro studi di Lega Pesca, questo tipo di turismo «blu» è destinato ad aumentare del 3%. Ritengo quindi che l'offerta di servizi turistici debba tenere conto delle difficoltà legate ai cambiamenti climatici, della scarsità di risorse idriche, della pressione sulla biodiversità e dei rischi che il turismo di massa comporta per il patrimonio culturale. A tale proposito è essenziale incoraggiare iniziative volte a promuovere un turismo sostenibile.

Per questi motivi ho votato a favore della relazione.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this resolution because it is for Member States to develop their own tourism sectors. There should not be the requirement to set up an EU tourist agency nor to promote Europe as a tourist brand.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Aktualnie Europa stanowi pierwszy na świecie kierunek turystyczny wybierany przez turystów. Jednak trendy światowe w zakresie turystyki ulegają znaczącym przemianom. Przewiduje się, że w 2030 r. Europa zostanie wyprzedzona na skutek globalizacji przez inne kontynenty. Turystyka w UE odczuwa silną presję ze strony innych międzynarodowych kierunków turystycznych, zwłaszcza ze strony nowo powstających i tańszych.

Turystyka stanowi trzecią gałąź gospodarki w Europie (wytwarza prawie 10% europejskiego PKB). Korzyści z turystyki czerpią również inne sektory gospodarki, np. rolnictwo, transport, kultura. Turystyka odgrywa znaczącą rolę w tworzeniu miejsc pracy. Ma również kluczowe znaczenie dla odnowy gospodarczej tych państw, które zostały szczególnie dotknięte kryzysem gospodarczym. Zwraca się także uwagę na fakt, iż turystyka jest to obszar, w którym szczególnie intensywnie działają MŚP. Stanowią one 99% branży.

Wyzwania stojące przed turystyką w Europie to skutki następujących zmian demograficznych, wysoki wskaźnik bezrobocia wśród młodych, zmiana w zachowaniach konsumentów, wzrost popytu na wysokiej jakości obsługę klienta, potrzeba digitalizacji.

Instytucje europejskie powinny podjąć działania na rzecz przyciągnięcia nowych inwestycji, zainicjowania wzrostu, poprawy otoczenia biznesowego. Fundusze europejskie muszą wspierać turystykę w Europie. Kluczowa wydaje się być kwestia zagwarantowania dobrze działającego jednolitego rynku usług. Ponadto należy nadążać za trendami rynkowymi i wykorzystać możliwości rewolucji cyfrowej. Digitalizacja wydaje się być kluczowa dla rozwoju turystyki.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I very much welcome this report, highlighting the need for a tourism sector in Europe which is not only sustainable, but also accessible and responsible. I am so pleased to see an emphasis on the role of the SMEs and the need for investment in training and education in order to provide quality jobs.

Crucially, this report recognises my party's call for European legislation on tourism accommodation safety. Labour will continue to work with consumer groups, safety organisations and industry representatives to prevent rare, but devastating, cases where inadequate health and safety rules have led to tragedies including deaths from carbon monoxide poisoning.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Turizam je jedno od ključnih područja potencijalnog rasta europskog i hrvatskog gospodarstva u kojem se ostvaruje više od 10 % BDP-a EU-a ako se uzmu u obzir i sektori povezani s turizmom. On je ujedno i pokretač opsežnog zapošljavanja jer izravno zapošljava 13 milijuna radnika, čime predstavlja najmanje 12 % radnih mjesta u EU-u.

Doprinos prioriteta politike turizma povezan je s 3 prioriteta Junckerove Komisije, to jest s održivim rastom i radnim mjestima, povezanim jedinstvenim digitalnim tržištem te bolje povezanim i pravednijim unutarnjim tržištem. Održiv, pristupačan i odgovoran turizam koji je usklađen s prirodom i okolišem te urbanim destinacijama i koji se temelji na učinkovitom korištenju resursa, održivoj mobilnosti i zaštiti klime, pomaže u zaštiti lokalnog okoliša, posebice planinskih i obalnih regija te otoka, dovodi do trajnijih rezultata u pogledu regionalnog rasta te zadovoljava sve veće zahtjeve putnika kada je riječ o kvaliteti, i pomaže poduzećima u tržišnom natjecanju.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Smatram kako je važno jamčiti razvoj održivog, odgovornog i pristupačnog turizma gdje bi se prirodni resursi prikladno koristili s novim tehnologijama za održivi razvoj, održiva radna mjesta te stabilno gospodarstvo. Za kraj bih naglasio nepravедno zanemarivanje biciklističkog turizma koji donosi znatan profit kroz cijelu godinu.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Považuji za důležité, že Evropský parlament formuloval a odsouhlasil zprávu o nových výzvách a strategiích na poli cestovního ruchu v Evropě, a podporuje tak udržení stávající pozice Evropy jako přední světové turistické destinace. Komplexní podpora odvětví cestovního ruchu, které vytváří 10 % HDP EU a zaměstnává 13 milionů pracovníků, přispívá nejen k udržitelnému hospodářskému růstu a zaměstnanosti, ale poukazuje rovněž na bohatou kulturní rozmanitost Evropy a posiluje evropskou identitu.

Oceňuji výzvu členskými státy, regiony a podnikům k systematickému a maximálnímu možnému transparentnímu využívání nových možností financování prostřednictvím strukturálních fondů a programů EU. Zlepšení koordinace mezi členskými státy je spolu s vyšším zapojením digitální infrastruktury nezbytné k dalšímu rozvoji tohoto klíčového odvětví evropské ekonomiky. Vítám proto rovněž iniciativu ke stanovení Evropského roku cestovního ruchu a zvážení zřízení Evropské agentury pro cestovní ruch, usilující o zviditelnění Evropy jako celku s důrazem na ochranu rozmanitosti a jedinečnosti svébytných evropských regionů.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Turizem je zelo pomembna panoga v Evropi, ki zagotavlja ogromno delovnih mest in potencialno lahko pozitivno vpliva na gospodarsko rast. Turizem v Evropi ima veliko potenciala, saj lahko nudimo zdraviliški turizem, ekološki turizem, zeleni turizem in še bi lahko našteval.

Mnenja sem, da je turizem potrebno razvijati in vlagati v njegov nadaljnji razvoj in izboljšave. Vseeno pa bi rad na tem mestu tudi poudaril, da ne smemo pozabiti tudi na potrošnike in njihove pravice, saj se teh ne sme kršiti in turistične storitve morajo zagotavljati pričakovan oziroma obljubljen nivo.

Kljub temu, da je razvoj turizma zelo pomemben, je potrebno spodbujati gospodarstvo na tem področju. Kot poslanec skupine Zelenih pa bi želel poudariti še drug pomemben aspekt pri spodbujanju turizma v Evropi. To je primerna zaščita naravnih in kulturnih znamenitosti ter zavedanje o morebitnih negativnih vplivih, ki jih ima lahko turizem na okolje.

Tu imam predvsem v mislih narodne parke, gore in ostala okoljsko zaščitená področja, ki se jih z masovnim turizmom ne sme izkoriščati v preveliki meri, ampak je potrebno postopati previdno in zdravorazumsko. Poročilo se mi zdi dobro, saj zajema vse pomembne vidike, zato sem glasoval za njegovo sprejetje in ga podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Die Berichtsteratterin bittet in diesem Bericht die Kommission um Stellungnahme bezüglich der bisherigen Mittelverwendung aus Förderprogrammen wie dem Europäischen Strukturfonds und zeigt umfangreiche Möglichkeiten auf, wie ihrer Meinung nach der europäische Tourismus auf EU-Ebene gefördert werden könnte.

Abgesehen von einigen wenigen ökonomisch sinnvollen Punkten wie der Aufgeschlossenheit gegenüber der „Sharing economy“, deren Potenzial gerade für den Bereich Tourismus erkannt wird, sind die Vorschläge überwiegend kritisch zu sehen. So wird die Kommission etwa angehalten, die Möglichkeiten zur Schaffung einer neuen Haushaltslinie im mehrjährigen Finanzrahmen zu eruieren, die exklusiv der Tourismusförderung vorbehalten sein soll. Damit einher geht die Forderung nach einer Aufstockung des Personaltableaus in entsprechenden Abteilungen der EU-Kommission. Weiterhin enthält der Bericht die Forderung nach Analyse des Potenzials einer neu zu schaffenden EU-Agentur für Tourismus. Besonders kritisch ist zudem die Proklamation eines „tourism for all“-Prinzips zu sehen, wodurch für eine breite Bevölkerung Zugang zu und Erschwinglichkeit von entsprechenden Angeboten sichergestellt werden soll. In diesem Zusammenhang werden etwa Fluggesellschaften aufgefordert, mehr Sitze in der Economy Class zur Verfügung zu stellen, zu Lasten höherpreisiger Kontingente. Diese Aufforderung stellt einen klaren Eingriff in die freie Preisbildung und die europäische Wirtschaftsordnung dar.

Aufgrund der angesprochenen zahlreichen zentralistischen Tendenzen bleibt die Ablehnung des gesamten Berichts die einzig denkbare Option.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Cestovný ruch je kľúčovým odvetvím európskeho hospodárstva, ktoré vytvára až 10 % HDP EÚ. Vďaka nemu až 13 miliónov občanov má svoje zamestnanie. Je dôležité podporovať cestovný ruch, pretože vytvára pracovné miesta, produkuje zisky a predstavuje významnú činnosť zabezpečujúcu sociálny a ekonomický rozvoj regiónov i krajín EÚ. O to väčšiu pozornosť by však mali dostať malé a stredné podniky, ako aj rodinné podniky, lebo tie sa na tomto rozvoji taktiež podieľajú vo veľkej miere.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Podržao sam ovo izvješće jer smatram da je turizam jedna od ključnih društveno-gospodarskih aktivnosti koja ima dalekosežan učinak na gospodarski rast, društveni razvoj i zapošljavanje, te smatram da bi mogao više doprinijeti u rješavanju aktualne gospodarske krize. To da je turizam jedno od ključnih točaka gospodarskog rasta dokazuje i činjenica da se u tom sektoru ostvaruje više od 10 % BDP-a EU-a ako se uzmu u obzir i sektori povezani s turizmom.

Turizam je i pokretač zapošljavanja jer izravno zapošljava 13 milijuna radnika te se, u skladu s tim, na sektor odnosi oko 12 % radnih mjesta u EU-u. Također, obalni i pomorski turizam predstavljaju najveću pomorsku aktivnost u Europi i čine više od trećine pomorskog gospodarstva. Nadalje, smatram da turizam ima značajnu ulogu u zaštiti klime i zaštiti lokalnog okoliša, što dovodi i do dugoročno održivih rezultata koji dovode do pozitivnih trendova u gospodarstvu.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – I voted against this report. The language used in the paragraph regarding the 'uncontrolled influx of immigrants' is unhelpful in the context of this report and the wider refugee crisis debate.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Turizam je jedno od ključnih područja potencijalnog rasta europskog gospodarstva u kojemu se ostvaruje više od 10 % BDP-a EU-a ako se uzmu u obzir i sektori povezani s turizmom te je pokretač opsežnog zapošljavanja jer izravno zapošljava 13 milijuna radnika te u skladu s tim predstavlja najmanje 12 % radnih mjesta u EU-u. Samo je u Hrvatskoj u 2014. godini zaposlenost u turizmu narasla za 12,6 posto.

Važno je također napomenuti kako na politiku turizma veliki utjecaj imaju i druge europske politike poput politike prometa i unutarnjeg tržišta. Komisija stoga namjerava osigurati bolju integraciju turizma u svoje brojne politike te se pobrinuti da adekvatnom primjenom zakonodavstva na snazi ovaj sektor u potpunosti iskoristi svoj potencijal konkurentnosti.

U potpunosti podržavam ovo izvješće jer predviđa daljnji razvitak turističkog sektora, a kao građanka zemlje u kojoj turizam predstavlja glavnu granu gospodarstva, svjesna sam njegove važnosti, kako za Hrvatsku, tako i za cijelu Europsku uniju.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o novih izzivih in strategiji za spodbujanje turizma v Evropi. Glede novih izzivov in strategiji za spodbujanje turizma v Evropi bi rada izpostavila tri stvari.

Prvič, turizem ne sme negativno vplivati na vsakodnevno življenje prebivalcev. V turizmu ni prostora za aroganco turistične industrije do prebivalcev v smislu, bodite veseli, da smo tukaj in vam dajemo delo. Prav tako ne za aroganco in neodgovornost turistov v smislu, bodite veseli, da splot pridemo k vam.

Drugič, akcijski načrti in turistične strategije morajo imeti cilje in časovni načrt, še posebej, ko se financirajo iz javnih sredstev. Tega denimo ni v akcijskem načrtu Komisije za razvoj obalnega in morskega turizma. Brez ciljev in časovnega načrta pa je zelo težko ocenjevati uspešnost in učinkovitost programov ter porabe javnih sredstev.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Podpořil jsem dnešní zprávu o nových výzvách a strategii pro podporu cestovního ruchu v Evropě. Domnívám se, že je naprosto správné, že Smlouvy neumožňují přijímat jednotnou unijní legislativu v sektoru cestovního ruchu, nicméně uznávám, že určitá míra spolupráce, výměny zkušeností nebo také koordinované aplikace poučení z těchto zkušeností vycházejících je na místě, jelikož do určité míry je Evropská unie jako celek vystavena konkurenčnímu prostředí ostatních destinací ve světě a na toto konkurenční prostředí je třeba reagovat. Zkušenosti a zlepšení například v oblasti digitálních služeb v cestovním ruchu lze poté využít i na regionální úrovni, která je stále primární, a její úspěch je předpokladem konkurenceschopné evropské politiky cestovního ruchu.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Υπερψηφίσαμε την εν λόγω έκθεση καθώς διατυπώνει γενικές προτάσεις σχετικά με τη προώθηση κοινών Ευρωπαϊκών στρατηγικών και προϊόντων με στόχο την ενίσχυση της ανάπτυξης ποιοτικού, αειφόρου και κοινωνικού τουρισμού. Παράλληλα τονίζει την ενίσχυση του παράκτιου και θαλάσσιου τουρισμού και την ανάγκη καταπολέμησης της εποχικότητας, την προώθηση της κατάρτισης και της εκπαίδευσης και την καταπολέμηση της αδήλωτης εργασίας.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Τα όσα αναφέρονται στην έκθεση αποτελούν ημίμετρα και δεν οδηγούν σε ουσιαστικό αποτέλεσμα στον τομέα του τουρισμού. Επιπλέον, η έκθεση τονίζει τη σημασία της αποφυγής πολιτιστικών διακρίσεων μεταξύ των θρησκευτικών και εθνοτικών μειονοτήτων και τέλος υποστηρίζει την κινητικότητα και τα σχέδια συνεργασίας με διάφορα προγράμματα διαθέτοντας χρηματικά ποσά τα οποία δυστυχώς θα χρησιμοποιηθούν προς όφελος συγκεκριμένων επιχειρήσεων με μοναδικό σκοπό το κέρδος και όχι προς όφελος των επαγγελματιών και ΜΜΕ που δραστηριοποιούνται στον τουριστικό τομέα.

Claudia Tapardel (S&D), in writing. – The tourism sector makes an estimated contribution of 10% to the EU's GDP. It employs approximately 5.2% of the total workforce, corresponding to roughly 10 million jobs, involving 1.8 million businesses. Whereas other sectors in our economy still face difficulties, the tourism industry is one of the few sectors which continue to grow and create thousands of jobs in spite of the economic crisis.

While acknowledging the opportunities provided by the tourism industry, we must also pay attention to the difficulties it is facing. Connectivity, sustainability, seasonality and shortage of skilled labour are few challenges which, if dealt with correctly, can help support the competitiveness of our industry. These issues are addressed in the current report, which I voted in favour of. Along with those previously mentioned, the report also addresses the issues of sharing economy, digitisation, responsible tourism, and the promotion of Europe.

Adopting this report sends a strong message of support from our Parliament to the tourism industry. Our investment will not go in vain, for it will help back the tourism sector, its competitiveness and, ultimately, Europe's position as the world's number one tourist destination.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – J'ai voté en faveur des dispositions proposées par mon éminent collègue, M^{me} De Monte. En effet, le tourisme est un secteur clé de l'économie européenne, qui possède un potentiel de croissance et génère plus de 10 % du PIB de l'Union si les secteurs liés au tourisme sont pris en compte. Le tourisme est également un moteur important de l'emploi, car il emploie directement 13 millions de travailleurs, ce qui représente au moins 12 % de l'emploi dans l'Union.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – I supported this report, which looks at possibilities for Europe to better promote itself as a tourist destination. Currently, Europe is the world's number one tourist destination and the majority of trips abroad by EU residents remain within the EU. Tourism is extremely beneficial for the European economy and I think we could gain more of it if we, for instance, facilitate access to finance for companies working in this sector or encourage the digitalisation of our infrastructure. EU public money should be used for projects with clear European added value and so strengthen the development of cross-border tourism projects. In this respect, we should support the implementation of integrated and multimodal forms of transports which are strong incentives to cross-border tourism and a prerequisite for travelling.

Patrizia Toia (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione della collega De Monte che ben descrive il ruolo centrale del turismo nell'economia europea per il grande potenziale di crescita, perché genera oltre il 10% del PIL dell'UE e contribuisce in maniera determinante alla riduzione della disoccupazione.

L'industria del turismo in Europa è chiamata ad affrontare nuove sfide, lo sviluppo dei canali di vendita e distribuzione digitali, la *sharing economy*, la richiesta di servizi di qualità e la necessità di attrarre visitatori, oltre che per il patrimonio artistico, anche per la competenza e le qualifiche degli operatori. Per rispondere alle nuove esigenze di un mercato che si confronta con attori di paesi terzi molto attivi e determinati, è necessario che la Commissione continui a stanziare risorse per creare un ambiente favorevole allo sviluppo di imprese operanti nel settore turistico, che possano sfruttare pienamente innovazione e tecnologie di informazione digitale.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Dobbiamo insistere perché Commissione e Consiglio si impegnino per un vero piano d'azione integrato europeo e investimenti dedicati in tutti i programmi – Erasmus+, Fondo sociale, Europa creativa, ma anche Orizzonte 2020. I tagli al bilancio 2016 per questo settore sono significativi, auspico un cambio di rotta deciso nei prossimi mesi.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o novih izzivih in strategijah za spodbujanje turizma v Evropi sem podprla, saj menim, da se turistična industrija sooča z vse večjo svetovno konkurenco, saj tuje turiste privablja jo cenejše države.

Z novimi strategijami in izzivi bo Evropa ostala konkurenčna, izkoristiti mora svoje primerjalne prednosti, zlasti raznolikosti podeželja in izredno kulturno bogastvo, podjetja pa se bodo morala prilagoditi dobi digitalizacije.

Spodbujanje turizma bo prav tako prineslo nove zaposlitve, predvsem za mlade.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – La Comisión impulsó en 2010 la Comunicación titulada «Europa, primer destino turístico del mundo: un nuevo marco político para el turismo europeo». Para que el Parlamento pueda juzgar la eficiencia de las medidas adoptadas, la ponente pide a la Comisión que presente un informe de ejecución exhaustivo, incluido el uso de recursos financieros.

El informe propone, además, una serie de acciones encaminadas a desarrollar una estrategia común de promoción de Europa como destino turístico preferente, atendiendo a criterios económicos, de calidad, de sostenibilidad, de responsabilidad y de innovación tecnológica, entre otros.

Sin embargo, aunque el informe es interesante, cuela una propuesta para la que presentamos una enmienda de supresión que fue desechada en la votación. Dicha propuesta hace referencia a la promoción del turismo sanitario, que no de salud, es decir, ante la saturación de los sistemas sanitarios públicos, promocionar los viajes para utilizar la asistencia privada en otros países más económicos. Consideramos que no podemos apoyar un informe que incluye una medida que atenta contra uno de nuestros principios políticos básicos: la defensa de un sistema de sanidad público y de calidad. Por tanto, votamos en contra del informe.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Die Berichtsteratterin bittet in diesem Bericht die Kommission um Stellungnahme bezüglich der bisherigen Mittelverwendung aus Förderprogrammen wie dem Europäischen Strukturfonds und zeigt umfangreiche Möglichkeiten auf, wie ihrer Meinung nach der europäische Tourismus auf EU-Ebene gefördert werden könnte.

Abgesehen von einigen wenigen ökonomisch sinnvollen Punkten wie der Aufgeschlossenheit gegenüber der „Sharing economy“, deren Potenzial gerade für den Bereich Tourismus erkannt wird, sind die Vorschläge überwiegend kritisch zu sehen. So wird die Kommission etwa angehalten, die Möglichkeiten zur Schaffung einer neuen Haushaltslinie im mehrjährigen Finanzrahmen zu eruieren, die exklusiv der Tourismusförderung vorbehalten sein soll. Damit einher geht die Forderung nach einer Aufstockung des Personaltableaus in entsprechenden Abteilungen der EU-Kommission. Weiterhin enthält der Bericht die Forderung nach Analyse des Potenzials einer neu zu schaffenden EU-Agentur für Tourismus. Besonders kritisch ist zudem die Proklamation eines „tourism for all“-Prinzips zu sehen, wodurch für eine breite Bevölkerung Zugang zu und Erschwinglichkeit von entsprechenden Angeboten sichergestellt werden soll. In diesem Zusammenhang werden etwa Fluggesellschaften aufgefordert, mehr Sitze in der Economy Class zur Verfügung zu stellen, zu Lasten höherpreisiger Kontingente. Diese Aufforderung stellt einen klaren Eingriff in die freie Preisbildung und die europäische Wirtschaftsordnung dar.

Aufgrund der angesprochenen zahlreichen zentralistischen Tendenzen bleibt die Ablehnung des gesamten Berichts die einzig denkbare Option.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A turizmus szinte az egyetlen olyan ágazat, amely a válság alatt és azt követően is Európa-szerte jól teljesít, ezzel is hozzájárulva az adott országok nemzetgazdasági teljesítményéhez. Az uniós polgárok kétharmada az EU-tagállamok valamelyikében tölti el szabadságát, a világturizmusból származó bevételek mintegy ötven százaléka az unió piacán képződik. A turizmus kiemelt szerepet játszik az Európai Unió és a világ gazdaságában: egyes mérések szerint a világ GDP-jének kilenc, az európai közösség GDP-jének pedig öt százalékát ez a szektor termeli meg. A felmérések szerint közel húszmillió európai munkahelyet biztosít a turizmus, az európai tagállamok foglalkoztatási rátájának négy százalékát. Éppen ezért a turisztikai szektor több figyelmet igényel. A De Monte-jelentés remek szakanyag, ezért támogattam szavazatommal.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – La Comisión impulsó en 2010 la Comunicación titulada «Europa, primer destino turístico del mundo: un nuevo marco político para el turismo europeo». Para que el Parlamento pueda juzgar la eficiencia de las medidas adoptadas, la ponente pide a la Comisión que presente un informe de ejecución exhaustivo, incluido el uso de recursos financieros.

El informe propone, además, una serie de acciones encaminadas a desarrollar una estrategia común de promoción de Europa como destino turístico preferente, atendiendo a criterios económicos, de calidad, de sostenibilidad, de responsabilidad y de innovación tecnológica, entre otros.

Sin embargo, aunque el informe es interesante, cuela una propuesta para la que presentamos una enmienda de supresión que fue desechada en la votación. Dicha propuesta hace referencia a la promoción del turismo sanitario, que no de salud, es decir, ante la saturación de los sistemas sanitarios públicos, promocionar los viajes para utilizar la asistencia privada en otros países más económicos. Consideramos que no podemos apoyar un informe que incluye una medida que atenta contra uno de nuestros principios políticos básicos: la defensa de un sistema de sanidad público y de calidad. Por tanto, votamos en contra del informe.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe, dado que, si bien incorpora una serie de propuestas de mejora del sector turístico, contiene determinados elementos de crítica a medidas impulsadas por autoridades locales para garantizar el control y la calidad de sus establecimientos turísticos.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on new challenges and concepts for the promotion of tourism in Europe.

The tourism industry is facing increasing global competition, with emerging, less expensive countries attracting international tourists. Faced with this competition, Europe must play on its comparative advantages, in particular the diversity of its countryside and extraordinary cultural wealth.

There are plans to create a genuine common communication strategy to identify Europe as a unique destination and to create a unique European portal introducing individual national websites, and I agree that an important step has been taken in this field. The resolution addresses several topics such as the branding/joint promotion of Europe as a quality tourist destination, pan-European and transnational tourism products, unlocking the potential of coastal and marine tourism, sustainable, responsible and social tourism, accessibility, sharing economy and the power of digitalisation, etc.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un informe que se centra en asuntos como el turismo sostenible y responsable y la digitalización. La industria del turismo está sufriendo una competencia global creciente, con países en vías de desarrollo que están atrayendo turistas internacionales. Frente a ello, el informe destaca la importancia de que la UE impulse sus productos y su extraordinaria riqueza cultural, así como los productos turísticos paneuropeos y transnacionales para, de este modo, reforzar un perfil común europeo. Hablamos, por lo tanto, de un informe que intenta reforzar el turismo en Europa, por lo que considero necesario votar a favor de él.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque, aun considerando que es útil que Europa trabaje para definir estrategias conjuntas en apoyo al turismo, el ponente lo utiliza como plataforma para promover una mayor liberalización de las condiciones del sector (incluido el apoyo a las nuevas plataformas digitales de servicios) excluyendo expresamente cualquier armonización (social, fiscal...) que frene los efectos de una competencia devastadora. Además, el texto contiene referencias a la migración o a la situación política en algunos de los países vecinos de la UE que no hacen sino reforzar las orientaciones más regresivas de la actual PESC.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Anneleen Van Bossuyt (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA heeft vandaag tegen deze resolutie gestemd vanwege de te verre gaande maatregelen. De toeristische sector dreigt opgezadeld te worden met veel nieuwe regeltjes. Daarenboven wordt het subsidiariteitsbeginsel niet gerespecteerd. Het toerismebeleid komt in grote mate toe aan de lidstaten en de regio's. Dit wordt in de resolutie amper in de verf gezet.

De toeristische sector is een van de belangrijkste economische sectoren in de Europese Unie. Vaak zijn in de sector kleine familiebedrijven of kmo's actief. We moeten deze bedrijven alle kansen geven en ze niet begraven onder administratieve verplichtingen. Helaas ontbreekt in de resolutie het juiste evenwicht tussen steun aan een belangrijke sector en allerlei overbodige zaken. De sector heeft geen behoefte aan een nieuw agentschap voor toerisme, de sector heeft geen behoefte aan een nieuwe Europese begrotingslijn, de sector heeft geen behoefte aan nog een nieuw label.

De N-VA wil de toeristische sector alle steun geven, maar we geloven niet dat dit kan door extra Europese regelgeving. Het is een gemiste kans dat deze resolutie in de aloude gewoonte van gecentraliseerde Europese bureaucratie vervalt.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório assenta numa lógica de promoção de uma escala de turismo que seja europeia, de um marketing para a «Europa», e até, de uma rubrica orçamental específica, da criação de uma Agência Europeia para o Turismo com definição de uma marca europeia comum, et.

Registamos no relatório uma preocupação com a situação instável dos países vizinhos e o seu impacto no turismo europeu. Note-se que todas estas questões, entendendo-se o seu contexto, podem facilmente resvalar para uma lógica mais xenófoba e neocolonial, como a facilitação da entrada às empresas que operam na área do turismo nos países em desenvolvimento ou a recusa no acolhimento de refugiados por motivos de «higienização» dos spots.

Registamos como positivo o realce conferido, em vários pontos, às condições de trabalho dignas como fator de qualidade e valorização turística.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Aufgrund der Vielfältigkeit unseres Kontinents gibt es von Land zu Land gänzlich andere Motivationsgründe für Touristen, warum diese im jeweiligen europäischen Land Urlaub machen. Eine Marke „Europa“ ist daher nichtssagend. Zudem hat die Europäische Union im Tourismusbereich keinerlei nennenswerte Kompetenzen, die eine Schaffung einer solchen Agentur für Tourismus rechtfertigen würde. Ich lehne diesen Bericht daher ab.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Il turismo rappresenta per l'Europa una delle principali attività economiche ed è uno degli ambiti con il maggior potenziale di crescita. Mi sono espresso favorevolmente alla relazione perché ritengo il turismo una risorsa che va sfruttata al pieno delle sue potenzialità.

Aumentare le risorse e gli investimenti nelle infrastrutture, semplificare le norme e supportare un turismo sostenibile sono gli elementi chiave per strutturare una strategia di lungo termine che giovi al settore turistico e all'intera economia europea.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Zusammen mit meiner Fraktion, der EKR, habe ich gegen den Bericht gestimmt. Während die Förderung des Tourismus mit Sicherheit ein wichtiges Thema ist, ist sie nicht die Kompetenz der Europäischen Union. Die Entscheidung über Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs sollte von den Regionen direkt behandelt werden und nicht durch die Europäische Union. Aus diesem Grund habe ich diesen Bericht abgelehnt.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Jadwiga Wiśniewska (ECR), na piśmie. – W sprawozdaniu, jakie Parlament Europejski opracowuje z własnej inicjatywy, podkreśla się, że Europa jest głównym miejscem podróży turystów z całego świata – szacuje się, że do 2025 r. liczba osób odwiedzających każdego roku osiągnie poziom 140 mln. Wiąże się to z koniecznością podjęcia przez Unię Europejską działań na rzecz promowania ekonomii dzielenia się, digitalizacji, zrównoważonej i odpowiedzialnej turystyki oraz promowania Europy jako głównego celu podróży. W tym celu konieczne jest zacieśnienie współpracy między państwami członkowskimi a Komisją oraz przedstawienie przez nią Parlamentowi Europejskiemu sprawozdania z wykorzystania środków finansowych, jakie na turystykę przeznaczono w ramach funduszy strukturalnych oraz odpowiednich programów unijnych. Jest dla mnie kwestią niebudzącą wątpliwości, że sektor usług turystycznych w Europie rozwija się bardzo prężnie i konieczne są działania na rzecz promowania, ochrony i zachowania europejskiego dziedzictwa kulturowego – w związku z tym poparłam projekt.

Anna Záborská (PPE), par écrit. – Le tourisme en Europe, thématique qui peut paraître secondaire, constitue néanmoins un secteur sur lequel nous devons nous pencher sérieusement. Première destination mondiale, l'Europe tire en effet un grand bénéfice du tourisme en employant des millions de citoyens. Secteur porteur pour l'avenir de l'Europe, le tourisme doit être soutenu et continuer de se développer de manière qualitative (en prenant en compte les aspects durables et responsables), grâce notamment aux nouvelles technologies qui prennent une part de plus en plus grande dans le secteur. Pour que l'Europe reste la première destination mondiale du tourisme, ce secteur doit être considéré avec sérieux par l'Union européenne. C'est pourquoi j'ai voté en faveur du rapport

Pablo Zalba Bidegain (PPE), por escrito. – El turismo es un sector estratégico para la UE: representa un 10% del PIB la UE y es el primer destino turístico del mundo.

La Unión Europea, a pesar de las buenas cifras de turistas que tiene, sabe perfectamente que la tendencia está cambiando. Nos enfrentamos ahora mismo a varios retos:

Primero: seguir siendo una oferta competitiva; los países emergentes están aumentando su cuota de mercado progresivamente y se estima que en 2030 alcanzarán el 57 % de cuota de mercado en recepción de turistas.

Segundo: un cambio en los comportamientos de los turistas. Los cambios demográficos a nivel global señalan que el número de personas de más de 65 años en 2020 serán 1/5 de la población mundial. Este grupo es un objetivo potencial, tienen tiempo libre y en muchos casos capacidad económica.

Por último: potenciales turistas en países emergentes. Otras de las cuestiones a las que la Unión Europea tiene que hacer frente es a la apertura de fronteras a potenciales turistas con alto poder adquisitivo. Se debe flexibilizar la concesión de visados y los acuerdos de exoneración a aquellos que demuestren unas condiciones económicas suficientes.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), γραπτώς. – Τα συμφέροντα της τουριστικής βιομηχανίας επιδιώκει να αναβαθμίσει η έκθεση για «την προαγωγή του τουρισμού στην Ευρώπη» που καταψήφισε η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ. Η «δημιουργία εμπορικού σήματος», «η Ευρώπη ως τουριστικός προορισμός», τα «πανευρωπαϊκά και διακρατικά τουριστικά προϊόντα» αποτελούν σχέδια των επιχειρηματικών ομίλων που δραστηριοποιούνται στον κλάδο του τουρισμού και που δεν διστάζουν να χρησιμοποιήσουν ακόμη και την «υγεία» ως πόλο έλξης για τουρισμό, προκειμένου να συνεχισθεί αμείωτη η κερδοφορία τους. Η έκθεση καλεί σε αξιοποίηση της «τουριστικής βίβας» και «συμφωνίες για κατάργηση των θεωρήσεων» την ίδια ώρα που η ΕΕ εντείνει την καταστολή για τους πρόσφυγες και τους μετανάστες, αναδεικνύοντας το πώς λειτουργούν τα λεγόμενα «έξυπνα σύνορα» της που «ανοίγουν» ή «κλείνουν» ανάλογα με τα συμφέροντα των μονοπωλίων. Απαράδεκτο είναι και το ξενοφοβικό κάλεσμα για «εκπόνηση έκθεσης για τις επιπτώσεις στον τομέα του τουρισμού από την ανεξέλεγκτη εισροή μεταναστών». Επιπρόσθετα, ούτε λόγος δεν γίνεται για τις άθλιες συνθήκες εργασίας των εργαζομένων στον κλάδο που αφού «στραγγίζεται» η εργατική τους δύναμη οδηγούνται ξανά στην ανεργία, αλλά και για την αδυναμία των λαϊκών οικογενειών να έχουν ολιγοήμερες διακοπές, αφού το λαϊκό δικαίωμα των διακοπών όσο κυριαρχούν τα μονοπώλια έχει γίνει πολυτελές εμπόρευμα για να θησαυρίζουν οι επιχειρηματικοί όμιλοι του κλάδου.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správe pani De Monte som nedala svoj hlas. Samozrejme, myšlienka podpory turistického ruchu v Európe je dôležitá, avšak rovnako dôležité je taktiež zachovanie kultúrnej rozmanitosti jednotlivých krajín Európskej únie. Som presvedčená, že turistický ruch v Európskej únii je možné podporovať aj bez toho, aby bolo potrebné vytvoriť tzv. značku „Destinácia Európa“, ktorá už sama o sebe evokuje myšlienku jednej destinácie, bez zdôraznenia toho, že jednotlivé krajiny majú v tejto oblasti čo ponúknuť. Tento princíp je ďalej umocnený návrhmi na vytvorenie špeciálnych tematických trás, zájazdov či výrbkov.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – O znaczeniu turystyki dla europejskiej gospodarki najlepiej świadczą liczby. Generuje ona około 10% PKB UE, a stałe zatrudnienie w tym sektorze znajduje bezpośrednio 13 mln pracowników, nie licząc ogromnej liczby pracowników sezonowych. Nasza pozycja lidera na światowym rynku usług turystycznych jest jednak zagrożona, bo procesy globalizacyjne i spadające koszty podróżowania premują inne kontynenty. Musimy się więc zmierzyć z tym wyzwaniem już teraz i znaleźć sposób na utrzymanie obecnej przewagi oraz jej wzmocnienie. Ciekawym narzędziem, które może w tym pomóc, jest nowa marka turystyczna promująca Europę jako kierunek wizyt zagranicznych turystów. Nie powinna ona stanowić konkurencji dla istniejących już europejskich marek narodowych, ale stanowić ich uzupełnienie wspierające promocję turystyki w regionach, których rozpoznawalność wciąż jest bardzo niska.

Musimy także lepiej wykorzystywać przewagę, jaką daje nam unikalne dziedzictwo kulturowe naszego kontynentu, w tym dziedzictwo chrześcijańskie. Również turystyka uzdrowiskowa, także dzięki ośrodkom w województwie kujawsko-pomorskim, ma potencjał, aby przyciągnąć rzesze turystów z innych kontynentów. Internet i nowe technologie stwarzają ogromną szansę na dotarcie z europejską ofertą turystyczną do nowych klientów, a gospodarka współdzielenia oferuje nowe narzędzia do korzystania z tej oferty. Ważne jest, aby projektowany właśnie europejski jednolity rynek cyfrowy uwzględniał te potrzeby i potencjał branży turystycznej. Głosowałem za przyjęciem tego sprawozdania.

Damiano Zoffoli (S&D), *per iscritto*. – Mi rallegra del voto odierno in quanto il turismo rappresenta un settore chiave per la crescita dell'economia dell'Unione europea: già oggi genera più del 10% del PIL europeo e occupa 13 milioni di lavoratori, vale a dire il 12% dei posti di lavoro dell'Unione. Per questa centralità, voglio sottolineare l'invito alla Commissione ad agire per migliorare il coordinamento tra stati membri, autorità regionali e locali ed istituzioni finanziarie, così come per creare una più profonda sinergia tra i settori del turismo pubblico e privato.

L'Unione è la prima destinazione turistica al mondo, con una quota di mercato del 52% e proprio per l'importanza che il turismo ha nella nostra economia trovo giustissimo che nella prossima programmazione finanziaria sia inserita una sezione interamente dedicata all'economia turistica: in questo modo, il turismo verrebbe giustamente considerato come un'attività economica individuale anche in termini di *budget*.

Vorrei anche sottolineare come vada incentivata e protetta la varietà del turismo europeo: certamente sostenere e valorizzare quello marittimo, il più importante, ma anche sostenere il turismo montano e quello culturale, che occupano importanti fette di mercato.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório assenta numa lógica de promoção de uma escala de turismo que seja «continental», salientando que uma percentagem muito significativa do turismo mundial (52%) é na Europa. Enfatiza uma abordagem em termos de União Europeia, de um posicionamento europeu comum, com o estabelecimento de um marketing para a «Europa», de uma rubrica orçamental específica, da criação de uma Agência Europeia para o Turismo, da definição de uma marca europeia comum, de produtos pan-europeus, da promoção de uma identidade europeia e de uma herança cultural comum, de um sistema de classificação das infraestruturas turísticas, de um Sistema Europeu de Indicadores e da definição de padrões europeus de qualidade para guias turísticos.

Em determinada parte, o relatório pede à Comissão Europeia que avalie o impacto que o fluxo descontrolado de imigrantes para a UE tem sobre o setor. Todas estas questões podem facilmente resvalar para uma lógica mais xenófoba e neocolonial, como a recusa no acolhimento de refugiados por motivos de «higienização» dos *spots*. Uma das questões positivas a realçar é a referência, em vários pontos, às condições de trabalho dignas como fator de qualidade e valorização turística. Tendo em conta existirem tanto aspetos positivos como negativos, absteremo-nos.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione che affronta il tema della promozione del turismo in Europa come fattore di crescita economica e di sviluppo sostenibile e responsabile.

Il Trattato di Lisbona ha riconosciuto all'Unione europea un ruolo di maggiore rilievo nel settore del turismo e ha previsto da parte dell'UE sostegno, integrazione e coordinamento delle azioni degli Stati membri. Tuttavia, dal 2013 la Commissione ha interrotto la redazione dei piani di implementazione e risulta difficile valutarne i progressi effettuati. Per questo motivo nel testo si richiede un report di verifica delle azioni intraprese, in modo da chiarire l'uso fatto delle risorse finanziarie.

Sono convinto che le risorse allocate in materia di turismo siano state irrisorie e non abbiano consentito all'UE di raggiungere in modo efficace l'obiettivo di sviluppo e di rilancio del settore.

In commissione parlamentare, noi del M5S abbiamo ottenuto la promozione e la protezione dei marchi «Made in», al fine di evitare la penalizzazione delle tante eccellenze italiane che da sempre attraggono i turisti. Tra i temi affrontati che valuto positivamente ci sono la valorizzazione del turismo costiero e marittimo, la promozione del turismo sostenibile, responsabile e sociale, la *sharing economy* e la digitalizzazione.

11.22. Entwicklung einer satellitengestützten Technologie für Systeme zur weltweiten Ortung von Flugzeugen (B8-1094/2015)

Written explanations of vote

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Del 2 al 27 de noviembre, la Unión Internacional de Comunicaciones celebra en Ginebra una Conferencia Mundial en Radiocomunicaciones (CMR-15). En ella se abordará la propuesta —en fase de estudio y evaluada favorablemente por la Organización de Aviación Civil Internacional— de asignar una banda de frecuencia específica en el espectro radiofónico para el seguimiento de los vuelos a escala mundial.

Actualmente solo el 30% de la navegación aérea mundial consta de un sistema de seguimiento vía satélite, lo cual impide la localización o rescate de una aeronave en caso de accidente. Tragedias como la del vuelo MH370 de Malaysia Airlines o del de Air France AF447 evidencian la necesidad de que los sistemas de seguimiento de los vuelos comerciales no se vean afectados por una interrupción del suministro eléctrico normal a bordo y que estos no puedan ser desactivados desde el vuelo. Por ello, he votado a favor de esta Resolución, que insta a la Comisión Europea a adoptar las medidas necesarias para la asignación de la banda del espectro radiofónico necesaria para apoyar el desarrollo futuro de un sistema de seguimiento de vuelos por satélite a escala mundial que cumpla estas características.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La question orale à l'origine de cette proposition de résolution avait pour objet de demander l'avis de la Commission sur un nouveau système de surveillance du contrôle aérien utilisant des satellites (il s'agit de l'«Automatic Dependent Surveillance – Broadcast»). Ce système est plus performant, à bien des égards, que les systèmes au sol actuels qui utilisent la technologie du radar.

Toutefois des problèmes persistent et des essais sont en cours dans plusieurs États membres de l'Union européenne, et notamment en France. En dépit de cela, le Parlement européen demande à la Commission de prendre en charge ce dossier et de mettre en place une réglementation qui soit spécifique à ce système. Cette précipitation est injustifiée d'autant plus qu'il existe une Organisation de l'aviation civile internationale chargée de veiller à la bonne coordination des États en matière de sécurité aérienne.

J'ai donc voté contre cette proposition de résolution.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – It is not for the European Union to instruct aviation companies of member states on how they should conduct their own business.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau dėl šios rezoliucijos dėl Palydovinės technologijos plėtojimo, siekiant, kad veikėtų pasaulinės skrydžių sekimo sistemos. Tragiški įvykiai, susiję su „Air France“ skrydžiu AF447 (2009 m. birželio 1 d.) ir Malaizijos oro linijų skrydžiu MH370 (2014 m. kovo 8 d.), atkreipė dėmesį į tai, kad reikia pradėti taikyti naujas sistemas, skirtas viešojo transporto orlaivių padėčiai nustatyti bet kuriuo metu, net ir atokiose vietovėse. Naudojant visuotinio oro eismo valdymo priežiūros sistemas bus lengviau nustatyti orlaivio buvimo vietą neįprasto veikimo, ekstremaliosios situacijos ar nelaimingo atsitikimo atveju. Pritariu Komisijos veiksams, kuriais siekiama greitai sukurti rezultatais grindžiamą pasaulinę skrydžių sekimo sistemą, kuri leistų oro navigacijos paslaugų teikėjams nustatyti viešojo transporto orlaivių padėtį bet kuriuo metu, net ir atokiose vietovėse. Tokios sistemos veikimas neturėtų sutrikti net orlaivyje nutrūkus įprastam elektros energijos tiekimui ir neturėtų būti numatyta jokia galimybė išjungti ją skrydžio metu.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – Les tragédies du vol 370 de la Malaysia Airlines et du vol 447 d’Air France ont montré les limites des systèmes actuels de navigation aérienne qui n’ont pas permis d’identifier et de localiser en temps et en heure les avions en détresse. De ce fait, les opérations de recherche, de sauvetage et de récupération ont été sérieusement entravées. Les systèmes de suivi des vols n’arrivent à couvrir que 30 % de l’espace aérien à l’heure actuelle. La confiance du public à l’égard du transport aérien doit être préservée par l’utilisation de technologies de pointe.

Le système de suivi par satellite en fait partie. Il permettrait aux pouvoirs publics, aux prestataires de services de navigation aérienne et aux compagnies aériennes, en Europe et dans le reste du monde, de renforcer les moyens de gestion du trafic aérien et d’en accroître l’efficacité ainsi que d’améliorer sensiblement la sécurité de l’aviation.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. – He votado a favor de esta Resolución para sostener el futuro desarrollo de una tecnología por satélite que permita sistemas de seguimiento de los vuelos a escala mundial. Apoyo las medidas de la Comisión destinadas a desarrollar un sistema de seguimiento de los vuelos a escala mundial basado en los resultados que permita a los proveedores de servicios de navegación aérea determinar la posición de los vuelos comerciales en todo momento.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Cette proposition de résolution vise à développer une technologie utilisant les satellites pour assurer le suivi des avions en vol à l’échelle mondiale dans des zones reculées où les systèmes au sol sont insuffisants. L’ADS-B est un instrument qui viendrait remplacer le système de radars actuel et permet l’identification des avions ainsi que la connaissance de sa position précise. Cependant, des problèmes techniques subsistent puisque les avions qui possèdent ce système ne pourront pas voir les avions qui ne le possèdent pas. Par ailleurs, des doutes demeurent sur sa sécurité informatique. Malgré tout, il est indispensable que les États membres donnent un avis définitif sur ce système puisqu’il a fait l’objet d’expérimentations en France notamment.

J’ai donc décidé de voter pour.

Mara Bizzotto (ENF), per iscritto. – Ritengo di fondamentale importanza per la sicurezza dei trasporti aerei che sia garantito il monitoraggio continuo ed efficiente dei voli in qualunque parte del mondo, in modo da conoscere in ogni momento la posizione dei velivoli di trasporto pubblico. Perciò ho votato a favore dell’invito alla Commissione ad adottare tutte le misure necessarie per lo sviluppo di un sistema satellitare di monitoraggio globale dei voli.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – Sostengo questo documento relativo allo sviluppo di una tecnologia satellitare per l’impiego di sistemi di monitoraggio globale dei voli.

Le tragedie che hanno coinvolto il volo di Air France AF447 e il volo della Malaysia Airlines MH370 hanno messo in luce l’urgenza di un aggiornamento dei sistemi atti all’identificazione e al monitoraggio di aeromobili di trasporto pubblico. Un sistema di monitoraggio globale è dunque necessario per assicurare una pronta risposta in caso di emergenze, ricerca o soccorso.

Bisogna inoltre agire per individuare rotte più sicure e meno dannose per l’ambiente. In questo momento solo il 30% dello spazio aereo globale è soggetto a monitoraggio, tuttavia è opportuno rilevare che sono già disponibili (o in fase di studio avanzato) tecnologie sostenute dalle comunicazioni satellitari e che l’industria satellitare europea è in grado di giocare un ruolo centrale nello sviluppo di questi sistemi tecnologici.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – This resolution recommends that the Commission take steps towards developing a satellite-based global flight-tracking system to replace the current radar locations system which has a much more limited scope. This would enable the location of aircraft at all times, even in remote locations such as long-haul flights over oceans or desert areas. This technology would also be of assistance in avoiding situations such as the Air France AF447 and Malaysia Airlines MH370 tragedies, and would improve the effectiveness of search and rescue operations and investigations.

The resolution also calls for a discussion at the World Radiocommunication Conference in November about allocating a specific radio spectrum to support this technology. I therefore voted for the resolution.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Am votat în favoarea propunerii de rezoluție cu privire dezvoltarea unei tehnologii prin satelit care să stea la baza unor sisteme de urmărire globală a zborurilor pentru că ultimele tragedii petrecute, mai precis zborurile Malaysia Airlines și Air France 447, în urma cărora sute de persoane și-au pierdut viața, ne dovedesc faptul că este nevoie de noi instrumente pentru a face sistemul aerian unul mai solid și capabil să evite viitoare pericole pentru călători.

Este nevoie ca instituțiile abilitate să găsească cele mai bune soluții pentru a oferi pasagerilor și personalului aviatic cele mai sigure condiții de călătorie. Fără o acțiune conjugată nu putem preveni, ci doar constata efectele și acest lucru se poate înfăptui doar prin utilizarea unor tehnologii avansate!

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla risoluzione che appoggia l'azione della Commissione volta al rapido sviluppo di un sistema efficiente di monitoraggio globale dei voli in grado di permettere ai fornitori di servizi di navigazione aerea di stabilire la posizione di un aeromobile di trasporto pubblico in qualsiasi momento, anche in luoghi remoti. Si invita la Commissione ad adottare le misure necessarie per quanto concerne l'assegnazione della banda dello spettro radio necessaria per sostenere il futuro sviluppo di un sistema satellitare di monitoraggio globale dei voli.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo sull'assegnazione da parte della Conferenza mondiale delle radiocomunicazioni, che si terrà a Ginevra dal 2 al 27 novembre 2015 (WRC-15), della banda dello spettro radio necessaria per sostenere il futuro sviluppo di una tecnologia satellitare per l'impiego di sistemi di monitoraggio globale dei voli.

A seguito di recenti tragedie nel campo dell'aviazione civile, infatti, è emersa la necessità di porre in essere nuovi sistemi per stabilire la posizione di un aeromobile di trasporto pubblico in qualsiasi momento, anche in luoghi remoti.

Alcuni sistemi di sorveglianza globale in materia di gestione del traffico aereo (ATM), oltre a facilitare la localizzazione degli aeroplani, non hanno possibilità di essere colpiti da una perdita di energia a bordo del velivolo, né sono disabilitabili durante il volo.

La relazione ha evidenziato l'importanza di questi meccanismi, che sono in grado di rendere più efficienti le operazioni di ricerca e salvataggio, nonché le indagini successive. Ho quindi votato a favore del testo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution for the development of satellite-based technology to enable global flight tracking systems.

The resolution asks the Commission to take steps towards developing a satellite-based global flight-tracking system to replace the current radar locations system (which has a much more limited scope). This would enable the location of aircraft at all times, even in remote locations (in this context, the resolution makes reference to the Air France AF447 and Malaysia Airlines MH370 tragedies).

Donnerstag, 29. Oktober 2015

The resolution also calls for a discussion at the World Radiocommunication Conference in November about allocating a specific radio spectrum to support this technology. (As an aside, the tech suggested – ADS-B – is already compulsory in Australia, and widely used in North America, China, the UAE and parts of Europe).

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because recent tragedies, such as those of flights AF447 and MH370, involving passenger airplanes, showed us the great need for better aviation safety regulations and prevention systems. We must provide grounds for the creation of better tracking systems which will allow us to have better control and knowledge of what is happening on board an aircraft. The resolution also takes into consideration the safety and concerns of all airspace users.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – I sistemi di tracciabilità globale dei voli coprono attualmente solo il 30% del traffico aereo globale e per poter implementare tale sistema è necessario che l'*International Telecommunication Union* (ITU) provveda a una corrispondente allocazione di banda per lo spettro radio necessario.

Con questa risoluzione si chiede alla Commissione di intervenire per prendere impegni in tal senso e per sostenere lo sviluppo della suddetta tecnologia arrivando a una regolamentazione. Ho espresso voto favorevole.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because I believe we do need a tracking system in all aircrafts. After the tragedy of Malaysian Airlines 370 and all the events before and since, there is no excuse for such a system not to be present. While radar is able to cover most flights, once a flight is out of range or over a sea, it is flying blind. I hope we will agree an international GPS tracking protocol soon for all our safety.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Το ψήφισμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στηρίζει τη δράση της Επιτροπής που αποσκοπεί στην ταχεία ανάπτυξη ενός συστήματος παγκόσμιας ιχνηλάτισης πτήσεων, βασιζόμενου στις επιδόσεις, το οποίο θα επιτρέπει στους παρόχους υπηρεσιών αεροναυτιλίας να εντοπίζουν την θέση ενός αεροσκάφους δημοσίων μεταφορών ανά πάσα στιγμή, ακόμη και σε απομακρυσμένες περιοχές.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione poiché le tragedie che hanno coinvolto il volo Air France AF447 e quello Malaysia Airlines MH370 hanno evidenziato la necessità di mettere in atto nuovi sistemi per determinare la posizione degli aerei da trasporto pubblico in ogni momento, anche in località remote.

Inoltre, trovo di notevole importanza che attraverso tale gestione globale del traffico aereo i sistemi di sorveglianza siano facilitati nel determinare la posizione di un aeromobile in caso di comportamento anomalo, una situazione di emergenza o un incidente e, considerazione ancora più importante, questi sistemi potrebbero anche essere uno strumento importante per aumentare la sicurezza dell'aviazione e riducendo i costi d'infrastruttura.

Infine, sostengo pienamente l'azione della Commissione volta a un rapido sviluppo del sistema di tracciamento dei voli globali basato sulle prestazioni, che permetterà ai fornitori di servizi di navigazione aerea la determinazione della posizione degli aerei da trasporto pubblico in ogni momento, anche in località lontane.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Sono favorevole allo sviluppo di una tecnologia satellitare per l'impiego di sistemi di monitoraggio globale dei voli poiché, considerando le tragedie in cui sono rimasti coinvolti il volo Air France AF447 il 1° giugno 2009 e il volo della Malaysia Airlines MH370 l'8 marzo 2014, ritengo strettamente necessaria l'introduzione di nuovi sistemi per stabilire la posizione di un aeromobile di trasporto pubblico in qualsiasi momento, anche in luoghi remoti. Inoltre, ritengo che tali sistemi di sorveglianza possano incrementare il livello di sicurezza, poiché essi faciliteranno la localizzazione di un aeromobile in caso di comportamento anomalo, emergenza o incidente.

È altresì necessario stabilire una stretta collaborazione tra tutte le parti interessate, per garantire la creazione di sistemi efficaci e di qualità elevata.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La proposta di risoluzione viene presentata a nome della commissione TRAN ed è legata a una interrogazione orale rivolta alla Commissione in merito all'implementazione di tecnologie satellitari per assicurare una tracciabilità globale dei voli.

I sistemi di tracciabilità coprono attualmente solo il 30% del traffico aereo globale. Una delle migliori tecnologie attualmente disponibili è denominata «Satellite ADS-B» (Automatic Dependent Surveillance - Broadcast) ed è stata identificata come tale dall'ICAO (International Civil Aviation Organization). Per poter implementare tale sistema è necessario tuttavia che l'International Telecommunication Union (ITU) provveda a una corrispondente allocazione di banda per lo spettro radio necessario. Si discuterà di questo nella prossima Conferenza mondiale sulle radiocomunicazioni del 2015 (WRC15).

Con la risoluzione si chiede alla Commissione di intervenire per prendere impegni in tal senso e per sostenere lo sviluppo della suddetta tecnologia arrivando a una regolamentazione. A questa risoluzione non posso che votare a favore.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Del 2 al 27 de noviembre, la Unión Internacional de Comunicaciones celebra en Ginebra una Conferencia Mundial en Radiocomunicaciones (CMR-15). En ella se abordará la propuesta —en fase de estudio y evaluada favorablemente por la Organización de Aviación Civil Internacional— de asignar una banda de frecuencia específica en el espectro radiofónico para el seguimiento de los vuelos a escala mundial.

Actualmente solo el 30% de la navegación aérea mundial consta de un sistema de seguimiento vía satélite, lo cual impide la localización o rescate de una aeronave en caso de accidente. Tragedias como la del vuelo MH370 de Malaysia Airlines o del de Air France AF447 evidencian la necesidad de que los sistemas de seguimiento de los vuelos comerciales no se vean afectados por una interrupción del suministro eléctrico normal a bordo y que estos no puedan ser desactivados desde el vuelo. Por ello, he votado a favor de esta Resolución, que insta a la Comisión Europea a adoptar las medidas necesarias para la asignación de la banda del espectro radiofónico necesaria para apoyar el desarrollo futuro de un sistema de seguimiento de vuelos por satélite a escala mundial que cumpla estas características.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report deals with flight tracking systems. As of today these systems cover only around 30% of the global airspace, corresponding to the national territory. There is no coverage overseas or in the desert.

The International Civil Aviation Organization has identified satellite ADS-B as one of the technologies that can assist flight tracking outside of the most densely populated areas where other forms of terrestrial aircraft tracking systems are limited. Through this resolution Parliament asks for the opinion of the Commission on the necessity to make the radio spectrum band allocation. I support this initiative because of a number of aspects including the security dimension, hence I voted in favour of it.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution invite les États membres à renforcer le recours à la technologie utilisant les satellites pour le suivi des avions et l'aide à la localisation d'appareils en détresse. Les tragédies des vols 370 de Malaysia Airlines et 447 d'Air France ont en effet mis en évidence les faiblesses des systèmes actuels de navigation aérienne. Actuellement, seul 30 % de l'espace aérien mondial est couvert par les satellites, ce qui complique sensiblement les efforts de recherche et de sauvetage lors de comportements anormaux des avions ou d'accidents.

Le Parlement européen propose d'attribuer une fréquence radio spécifique pour ces satellites de suivi et appelle la Commission européenne à promouvoir ce système en vue de la Conférence mondiale des radiocommunications (WRC-15) à Genève courant novembre. Considérant que la sécurité du transport aérien est une priorité au regard du développement du trafic aérien, de la sûreté des citoyens et de la menace terroriste, j'ai voté en faveur de la résolution.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A korábbi évek repülőgép-szerencsétlenségei megmutatták, hogy a repülésirányítási rendszerek fejlesztésre szorulnak. Ezt a fejlesztést egy olyan műholdas technológiával érhetjük el, amely a Föld bármely pontján képes követni a repülőgépeket, és az esetleges problémáról azonnal értesülnek a hatóságok. A globális rendszernek köszönhetően fokozható a polgári repülés biztonsága, valamint a vizsgálatok során kinyerhető adat mennyisége, ami fényt derít a baleset körülményeire, így további szerencsétlenségek előzhetőek meg. Ezért a néppárti Fidesz-delegáció tagjaként támogattam szavazatommal ezt az állásfoglalási indítványt.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A korábbi évek repülőgép-szerencsétlenségei megmutatták, hogy a repülésirányítási rendszerek fejlesztésre szorulnak. Ezt a fejlesztést egy olyan műholdas technológiával érhetjük el, amely a Föld bármely pontján képes követni a repülőgépeket, és az esetleges problémáról azonnal értesülnek a hatóságok. A globális rendszernek köszönhetően fokozható a polgári repülés biztonsága, valamint a vizsgálatok során kinyerhető adat mennyisége, ami fényt derít a baleset körülményeire, így további szerencsétlenségek előzhetőek meg. Ezért a néppárti Fidesz-delegáció tagjaként támogattam szavazatommal ezt az állásfoglalási indítványt.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution concernait le développement d'une technologie utilisant les satellites pour assurer le suivi des avions en vol à l'échelle mondiale.

Alors que la question orale ne demandait qu'un avis de la Commission à ce sujet, la proposition de résolution lui donne pouvoir de mettre en place ce système.

En plus d'un coût obligatoirement très important, ce système qui ne semble pas une priorité possède de nombreux inconvénients. Ainsi, en numérisant les données de vol des avions, ce système ouvre la porte à de nombreux bugs, piratages, et manipulations d'informations en tous genres, aussi bien par des terroristes que par des intérêts peu scrupuleux.

Tandis que les transpondeurs classiques et le système radar fonctionnent tout à fait correctement depuis plus d'un demi-siècle, cette mesure ne semble pas adaptée. J'ai donc voté contre cette proposition.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτως*. – Η χρήση της τεχνολογίας για την αντιμετώπιση καταστάσεων μη φυσιολογικής συμπεριφοράς αεροσκαφών δημόσιας μεταφοράς δύναται να συμβάλει στην έγκαιρη διάσωση ανθρώπινων ζώων σε περίπτωση ατυχήματος αλλά και να αποτρέψει εγκληματικές ενέργειες.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A korábbi évek repülőgép-szerencsétlenségei megmutatták, hogy a repülésirányítási rendszerek fejlesztésre szorulnak. Ezt a fejlesztést egy olyan műholdas technológiával érhetjük el, amely a Föld bármely pontján képes követni a repülőgépeket, és az esetleges problémáról azonnal értesülnek a hatóságok. A globális rendszernek köszönhetően fokozható a polgári repülés biztonsága, valamint a vizsgálatok során kinyerhető adat mennyisége, ami fényt derít a baleset körülményeire, így további szerencsétlenségek előzhetőek meg. Ezért a néppárti Fidesz-delegáció tagjaként támogattam szavazatommal ezt az állásfoglalási indítványt.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As tragédias dos voos Air France AF447 e Malaysia Airlines MH370 puseram em evidência a necessidade de adotar novos sistemas para determinar, em qualquer momento, a posição das aeronaves de transporte de passageiros, mesmo em localizações remotas. Esses sistemas de vigilância mundial da Gestão do Tráfego Aéreo (ATM) irão tornar mais fácil determinar a localização das aeronaves em caso de comportamento anormal, de emergência ou de acidente, não devem ser afetados pela perda de energia elétrica normal a bordo e não devem poder ser desativados durante o voo.

Concordo com o desenvolvimento de um sistema baseado no desempenho de seguimento de voos à escala mundial que permita aos prestadores de serviços de navegação aérea determinar, em qualquer momento, a posição das aeronaves de transporte de passageiros, mesmo em localizações remotas, devendo ser desenvolvido através de uma forte cooperação entre todas as partes interessadas.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette délibération, parce qu'elle va dans le sens d'une meilleure sécurisation de la sécurité aérienne.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução pretende que seja implementado/melhorado um sistema de satélite que permite determinar, em qualquer momento, a posição das aeronaves de transporte de passageiros, mesmo em localizações remotas, considerando episódios trágicos ocorridos recentemente. Nesse sentido, a resolução insta a Comissão Europeia a tomar as medidas necessárias, tendo em vista a próxima Conferência Mundial das Radiocomunicações (WRC-15), a realizar em Genebra em novembro de 2015, no que se refere à atribuição do espectro de radiofrequências necessário para apoiar o futuro desenvolvimento desse sistema.

Existindo já alguns sistemas deste tipo, importa proceder a uma avaliação mais fina das suas possibilidades e limitações, sendo certo que os propósitos enunciados pela resolução se afiguram pertinentes e adequados, em linha com justas preocupações relacionadas com a segurança de passageiros e tripulantes do transporte aéreo. Neste capítulo, seriam muitos os fatores que interessaria aprofundar (embora compreensivelmente não o caiba fazer nesta resolução), suscetíveis de interferir com a segurança deste modo de transporte, particularmente ao nível dos efeitos da liberalização e privatização do sector, da concentração monopolista que lhe está associada e do ataque a direitos, salários e postos de trabalho que lhe subjaz. Certo é também que a utilização deste tipo de tecnologia comporta riscos relativos à possibilidade da sua dupla utilização, que importa não ignorar.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as I believe we need to develop global flight tracking systems.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Tragédie spojené s letom AF447 spoločnosti Air France a letom MH370 spoločnosti Malaysia Airlines zdôraznili potrebu zavedenia nových systémov na nepretržité určovanie polohy lietadla verejnej dopravy, a to aj na odľahlých miestach. Predmetné systémy zlepšia účinnosť pátracích a záchranných operácií a vyšetrovaní, pretože súčasné systémy sledovania letov pokrývajú iba okolo 30 % globálneho vzdušného priestoru. Je preto potrebné podporiť opatrenia Európskej komisie zamerané na rýchle vytvorenie celosvetového systému sledovania letov založeného na výkonnosti, ktorý umožní poskytovateľom leteckých navigačných služieb nepretržite určovať polohu osobného dopravného lietadla.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Η έκθεση αφορά στην ταχεία ανάπτυξη ενός συστήματος παγκόσμιας ιχνηλάτησης πτήσεων, βασιζόμενου στις επιδόσεις, το οποίο θα επιτρέπει στους παρόχους υπηρεσιών αεροναυτιλίας να εντοπίζουν τη θέση ενός αεροσκάφους δημοσίων μεταφορών ανά πάσα στιγμή, ακόμη και σε απομακρυσμένες περιοχές. Καθώς όμως η χρήση της τεχνολογίας για την αντιμετώπιση καταστάσεων μη φυσιολογικής συμπεριφοράς αεροσκαφών δημόσιας μεταφοράς δύναται να συμβάλει στην έγκαιρη διάσωση ανθρώπινων ζωών σε περίπτωση ατυχήματος αλλά και να αποτρέψει εγκληματικές, υπερψηφίζω την παρούσα έκθεση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Considering recent airplane accidents, it is clear that there are vulnerabilities in the current air navigation systems that hamper timely identification and localisation of aircraft in distress. This issue must be addressed as soon as possible in order to avoid tragedies in the future. I therefore support technologies, like the Satellite ADS-B (Automatic Dependent Surveillance – Broadcast), that can help governments, air navigation service providers, as well as airlines in Europe and around the world to increase air traffic management efficiency and capacity, and significantly enhance aviation safety, all while lowering infrastructure costs. I therefore support the call to eliminate regulatory barriers to satellite-based flight-tracking systems, a technology that can provide life-saving services for EU citizens, and the allocation of the necessary radio spectrum band to support the future development of satellite-based technology to enable global flight-tracking systems.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Tekintettel arra, hogy az Air France AF447 számú és a Malaysia Airlines MH370 számú járatának tragédiája rávilágított arra, hogy új rendszerek üzembe állítására van szükség annak érdekében, hogy a légi tömegközlekedésben részt vevő légi járművek helyzetét mindenkor, még távoli helyeken is meghatározható legyen és ezek a globális légiforgalmi szolgáltatási ellenőrző rendszerek megkönnyítik a légi járművek helyzetének meghatározását rendellenes viselkedés, vészhelyzet vagy baleset esetén. Támogatom az olyan, a légi járatok nyomon követésére szolgáló, teljesítmény alapú globális rendszer gyors kifejlesztésére irányuló bizottsági fellépést, amely lehetővé teszi a léginnavigációs szolgáltatók számára a tömegközlekedésben részt vevő légi járművek mindenkori helyzetének meghatározását, még távoli helyeken is.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Szeretném hangsúlyozni, hogy ennek a rendszernek a szokásos fedélzeti áramellátás megszakadása esetén is működőképesnek kell maradnia, és nem kínálhat lehetőséget a rendszer kiiktatására repülés közben. Úgy vélem, hogy egy ilyen rendszer kifejlesztését az összes érdekelt fél (pl. ipar, légitársaságok, léginnavigációs szolgáltatók, repülésbiztonsági és mentőszolgálatok, repülésbiztonsági vizsgálatokat végző hatóságok és nemzetközi szervezetek) szoros együttműködése révén kell megvalósítani.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor ante la constatación, tras las tragedias de los vuelos AF447 de Air France y MH370 de Malaysia Airlines, de la necesidad de establecer nuevos sistemas para determinar la posición de los vuelos comerciales en todo momento. Por lo tanto, apoyo las medidas de la UE destinadas a desarrollar rápidamente un sistema de seguimiento de los vuelos a escala mundial.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Vergangene Tragödien wie die des Air-France-Fluges 447 und des Malaysia-Airline-Fluges haben gezeigt, dass wir Reisen für unsere Bürger sicherer machen müssen. Deshalb habe ich mich heute für ein neues System zur weltweiten Ortung von Flugzeugen eingesetzt.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Flight-tracking systems today cover only around 30% of global airspace, corresponding to national territory. There is no coverage over seas or deserts. The tragic events involving Malaysia Airlines flight MH370 clearly show the need for a system that allows flights to be tracked at all times, including in remote areas.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – The Air France AF447 and Malaysia Airlines MH370 tragedies have proven that the current radar location system has not enabled location of flights in distress, thus seriously hindering rescue operations. I therefore voted in favour of this resolution that calls for the development of satellite-based technology that would enable flight tracking at global level.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Une technologie permettant non seulement de suivre les avions en vol dans les zones non ou mal couvertes par les radars et de renforcer la sécurité aérienne semble prometteuse. On pense aussi, hélas, aux facilités pour retrouver des avions abîmés en mer ou perdus.

Ce qui l'est moins, en revanche, est de réclamer à ce stade à la Commission d'intervenir. Car cette technologie en est au stade expérimental, notamment en France, et elle comporte de nombreuses lacunes. Notamment des lacunes de sécurité, puisque des hackers s'affirment capables d'obtenir les données d'un vol, y compris les données passagers, et estiment largement faisable de générer des pistes fantômes ou au contraire de masquer des vols illégaux, de brouiller les signaux, etc. Sans compter, comme avec toutes les technologies «communicantes», le revers de la médaille: une potentielle utilisation malveillante ou intrusive. Il appartient d'abord aux autorités nationales et à l'Organisation de l'aviation civile internationale de se prononcer sur la faisabilité, la viabilité et la sécurité de ce nouveau système de surveillance avant que Bruxelles n'intervienne.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta propuesta de Resolución presentada por el presidente de la Comisión de Transportes y Turismo.

Los actuales sistemas de navegación aérea no permiten, en muchos casos, detectar y localizar a tiempo a aeronaves en dificultades. Los sistemas de seguimiento de vuelo cubren hoy solo un 30 % del espacio aéreo mundial, lo que perjudica notablemente la efectividad de las operaciones de búsqueda, rescate y recuperación. Para solventar esta limitación contamos con tecnología como los satélites provistos de vigilancia dependiente automática - radiodifusión («Automatic Dependent Surveillance-Broadcast» o ADS-B), cuyo uso ayudaría a los Gobiernos, a los proveedores de servicios de navegación aérea y a las compañías aéreas europeas y mundiales a aumentar la eficiencia y la capacidad de gestión del tráfico aéreo, y a mejorar significativamente la seguridad de la aviación, al tiempo que se reducen los costes de infraestructuras.

El ponente propone eliminar las barreras normativas a los sistemas de seguimiento de vuelo por satélite a fin de ofrecer a los ciudadanos de la UE servicios que pueden salvar vidas.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az elmúlt évek repülőgép-szerencsétlenségei bebizonyították, hogy a repülésirányítási rendszerek fejlesztésre szorulnak. Ezt a fejlesztést egy olyan műholdas technológiával érhetjük el, amely a Föld bármely pontján képes követni a repülőgépeket, és az esetleges problémákról azonnali értesítést küld a hatóságoknak. A globális rendszernek köszönhetően fokozható a polgári repülés biztonsága, valamint nő a vizsgálatok során kinyerhető adat mennyisége, ami magyarázatot ad a baleset körülményeire, így további szerencsétlenségek előzhetőek meg. A néppárti Fidesz-delegáció tagjaként támogattam szavazatommal ezt az állásfoglalási indítványt.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this motion in favour of rapidly developing a performance-based global flight tracking system that will enable air navigation service providers to determine the position of public transport aircraft at all times, even in remote locations. I agree with the aim to increase safety by facilitating the recovery of information for the purposes of civil aviation safety investigations and improving flight recorder performance and handling.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog rezolucije o razvoju satelitske tehnologije u cilju uspostave sustava za globalno praćenje letova jer smatram da se nakon mnogih avionskih nesreća u zadnjih desetak godina doista trebaju poboljšati sustavi praćenja i alociranja javnog zračnog prijevoza u svakom trenutku. Isto tako, u svakoj hitnoj situaciji ili nesreći u zraku moći će se što prije reagirati i pružiti pomoć, čak i kada su sve opcije u avionu onemogućene i kad bi došlo do nedostatka električne energije. Satelitska ADS-B tehnologija koja je bazirana na komunikaciji između aviona i satelita obećavajuća je opcija za razvoj uspješnog globalnog nadzornog sustava.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – À l'origine de cette proposition de résolution se trouve une question orale dont l'objet était de demander l'avis de la Commission sur un nouveau système de surveillance du contrôle aérien utilisant des satellites (il s'agit de l'«Automatic Dependent Surveillance – Broadcast»).

Ce système est plus performant, à bien des égards, que les systèmes au sol actuels qui utilisent la technologie du radar. Cependant, des problèmes persistent et des essais sont en cours dans plusieurs États membres, à commencer par la France.

Le Parlement européen a malgré cela demandé à la Commission de prendre en charge ce dossier et de mettre en place une réglementation spécifique à ce système. Cette précipitation est injustifiée d'autant plus qu'il existe une Organisation de l'aviation civile internationale chargée de veiller à la bonne coordination des États en matière de sécurité aérienne.

J'ai donc voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution de mon collègue Michel Cramer qui soutient le travail de la Commission pour mettre en place un système de suivi des vols à l'échelle mondiale. La mise en place de la technologie satellitaire nécessaire ne doit pas être restreinte par le manque d'attribution de fréquences, ce que souligne cette proposition de résolution.

La proposition de résolution a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme dieser Resolution zu, da wir heute aufgefördert sind, Schwachstellen in den aktuellen Flugsicherungssystemen zu identifizieren und, falls technisch möglich, alsbald zu schließen. Es geht darum, in Not geratene Flugzeuge rechtzeitig zu lokalisieren, um wirksame Such- und Rettungsmaßnahmen einzuleiten. Heute decken die bestehenden Systeme nur rund 30 % des weltweiten Luftraums ab. Zur Steigerung der Flugsicherheit bedarf es daher der Verwendung modernster Technologien, und gleichzeitig müssen bestehende regulatorische Hindernisse für satellitengestützte Flug-Tracking-Systeme aufgehoben werden, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur le développement d'une technologie utilisant les satellites pour assurer le suivi des avions en vol à l'échelle mondiale. Alors que la question orale se contentait de demander l'avis de la Commission européenne sur un nouveau système de surveillance du contrôle aérien au moyen de satellites, la proposition de résolution donne pouvoir à la Commission de mettre en place ce système. Alors même que des essais sont en cours dans plusieurs États membres dont la France, qu'il existe une Organisation de l'aviation civile internationale chargée de veiller à la bonne coordination entre les États en matière de sécurité, il n'est pas souhaitable que la Commission prenne en charge ce dossier.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Del 2 al 27 de noviembre, la Unión Internacional de Comunicaciones celebra en Ginebra una Conferencia Mundial en Radiocomunicaciones (CMR-15). En ella se abordará la propuesta —en fase de estudio y evaluada favorablemente por la Organización de Aviación Civil Internacional— de asignar una banda de frecuencia específica en el espectro radiofónico para el seguimiento de los vuelos a escala mundial.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Actualmente solo el 30% de la navegación aérea mundial consta de un sistema de seguimiento vía satélite, lo cual impide la localización o rescate de una aeronave en caso de accidente. Tragedias como la del vuelo MH370 de Malaysia Airlines o del de Air France AF447 evidencian la necesidad de que los sistemas de seguimiento de los vuelos comerciales no se vean afectados por una interrupción del suministro eléctrico normal a bordo y que estos no puedan ser desactivados desde el vuelo. Por ello, he votado a favor de esta Resolución, que insta a la Comisión Europea a adoptar las medidas necesarias para la asignación de la banda del espectro radiofónico necesaria para apoyar el desarrollo futuro de un sistema de seguimiento de vuelos por satélite a escala mundial que cumpla estas características.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Zrakoplovne nesreće Air Francea i Malaysia Airlinesa ukazale su na potrebu stvaranja novog sustava koji bi odredio položaj zrakoplova u svakom trenutku. Takav globalni nadzor zračnog prometa bi omogućio pravovremenu identifikaciju i lociranje zrakoplova u opasnosti.

Podržava se djelovanje Komisije koja ubrzano razvija globalni sustav praćenja letova. Takav bi sustav trebao ostati aktivan i nakon gubitka električne energije te ukida mogućnost deaktiviranja tijekom leta. Satelitska tehnologija automatskog zavisnog sustava za nadzor zrakoplova važna je za razvoj globalnog nadzora ATM sustava. Poziva se Komisija da poduzme potrebne korake u susret Svjetskoj radiokomunikacijskoj konferenciji koja će se održati u Genevi 2015.

Podržala sam rezoluciju Europskog parlamenta, jer je nužno pronaći način za učinkovitije akcije traganja i spašavanja budući da postojeći sustavi za praćenje letova obuhvaćaju svega 30 posto zračnog prostora.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Iedzīvotāju drošības sekmēšana ir viens no vissvarīgākajiem jebkuras valstiskas vai citas uz cilvēkiem orientētas struktūras uzdevums. Konkrēti šajā gadījumā aicinājums Starptautiskajai telekomunikāciju savienībai tās tuvākās konferences laikā Ženēvā izskatīt iespēju atvēlēt speciālu frekvenci, kura tiktu izmantota satelīttehnoloģijas izstrādei globālas lidojumu uzraudzības sistēmu ieviešanai, ir visai svarīgs un atbalstāms.

Pasaulē jau pastāv dažādi uz internetu balstīti servisi, kuriem pateicoties, jebkurš tiešsaistē lietojošs cilvēks var pietiekami brīvi uzzināt informāciju par jebkuru attiecīgajā datu bāzē reģistrētu lidmašīnu.

Mūsdienās jau dažas desmitgades eksistē iespēja pilnībā aptvert pasauli, izmantojot dažāda formāta uzraudzības sistēmas — kas jau, protams, tiek darīts, it īpaši militārajā jomā. Tāpēc noteikti jau sen vajadzēja kaut ko līdzīgu izveidot, nevis "gaidīt" tos pašus Air France AF447 vai Malaysia Airlines MH370 lidojumus.

Izejot no augstāk teiktā un pašā rezolūcijas projektā minētā, var viennozīmīgi teikt, ka šis balsojums, ar visu cieņu pret pārējiem, bija viens no svarīgākajiem.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς.* – Στηρίζω την Πρόταση σχετικά με την κατανομή από την Παγκόσμια Διάσκεψη Ραδιοεπικοινωνιών, που θα πραγματοποιηθεί στη Γενεύη από τις 2 έως τις 27 Νοεμβρίου 2015 (WRC-15), του αναγκαίου φάσματος ραδιοσυχνοτήτων για την υποστήριξη της μελλοντικής ανάπτυξης δορυφορικής τεχνολογίας με στόχο την επίτευξη παγκόσμιων συστημάτων ιχνηλάτησης πτήσεων, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 29/10/2015.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich.* – Die Entwicklung eines leistungsorientierten weltweiten Flugwegverfolgungssystems, das es Flugsicherungsdiensten ermöglicht, die Position von Verkehrsflugfahrzeugen jederzeit zu ermitteln, ist meiner Meinung nach begrüßenswert, da es einen wichtigen Ansatz zur Flugsicherung darstellt.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit.* – La question orale à l'origine de cette proposition de résolution avait pour objet de demander l'avis de la Commission sur un nouveau système de surveillance du contrôle aérien utilisant des satellites (il s'agit de l'«Automatic Dependent Surveillance – Broadcast»). Ce système est plus performant, à bien des égards, que les systèmes au sol actuels qui utilisent la technologie du radar.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Toutefois, des problèmes persistent et des essais sont en cours dans plusieurs États membres de l'Union européenne, et notamment en France. En dépit de cela, le Parlement européen demande à la Commission de prendre en charge ce dossier et de mettre en place une réglementation spécifique à ce système. Cette précipitation est injustifiée, d'autant plus qu'il existe une Organisation de l'aviation civile internationale chargée de veiller à la bonne coordination des États en matière de sécurité aérienne.

J'ai donc voté contre cette proposition de résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apoio a iniciativa da Comissão que pretende desenvolver uma tecnologia por satélite capaz de utilizar sistemas de seguimento de voos à escala mundial, determinando, em qualquer momento, a sua posição. As tragédias ocorridas com o voo Air France a 1 de Junho de 2009 e com o voo da Malaysia Airlines a 8 de Março de 2014 trouxeram a necessidade de desenvolver e adotar novos sistemas que permitam a localização dos voos mesmo em zonas mais remotas. Apresentei, por isso, o meu voto concordante com a proposta de resolução do Parlamento Europeu.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this resolution as the World Radiocommunication Conference in Geneva appears to be an apt opportunity to explore the idea of a new system to track aircraft, as recent tragedies have exposed the shortcomings of the current systems in place.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je salue l'adoption par le Parlement européen d'une résolution relative au développement d'une technologie permettant la création d'un système de suivi des avions en vol à l'échelle mondiale. Cette technologie utilisant les satellites a pour but de permettre de localiser les avions à tout moment et à n'importe quel endroit du globe. Au vu des récentes tragédies d'avions disparus en vol, le développement d'une telle technologie est essentiel pour faciliter les recherches et les opérations de sauvetage. Elle devrait également permettre d'apporter rapidement des réponses aux familles des personnes à bord d'avions disparus ou accidentés.

Le Parlement européen se positionne donc en faveur du développement d'une telle technologie et demande à la Commission de fixer les fréquences qui lui seront réservées, et ce afin d'éviter toute interférence. Je me réjouis que le développement de cette technologie puisse à terme permettre de localiser les avions de transport public même lorsque ceux-ci survolent des zones reculées voire désertiques. Au vu de l'actualité, faire de la sécurité aérienne une priorité s'impose plus que jamais. Je salue et soutiens donc l'action de l'Union pour garantir toujours plus de sécurité aux voyageurs.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Flight-tracking systems today cover only around 30% of global airspace, corresponding to national territory. There is no coverage over seas or deserts. The International Civil Aviation Organization (ICAO) has identified satellite ADS-B as one of the technologies that can assist flight tracking outside of the most densely-populated areas where other forms of terrestrial aircraft tracking systems are limited. This is why I voted in favour of this report.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság által benyújtott parlamenti állásfoglalás-tervezet azt javasolja, hogy a Parlament támogasson egy olyan, a légi járatok nyomon követésére szolgáló, teljesítmény alapú globális rendszer gyors kifejlesztésére irányuló bizottsági fellépést, amely lehetővé teszi a léginnavigációs szolgáltatások számára a tömegközlekedésben részt vevő légi járművek mindenkorai helyzetének meghatározását.

Kiemeli, hogy ennek a rendszernek a szokásos fedélzeti áramellátás megszakadása esetén is működőképesnek kell maradnia, és nem kínálhat lehetőséget a rendszer kiiktatására repülés közben. Felhívni javasolja végül a Bizottságot, hogy a 2015 novemberében Genfben tartandó, soron következő rádió-távközlési világkonferenciára tekintettel tegye meg a szükséges lépéseket a légi járatok globális nyomon követését lehetővé tevő műholdas rendszer jövőbeli kifejlesztésének támogatásához szükséges rádiófrekvenciás sáv kijelölés érdekében. Az előterjesztést támogattam.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution vise à développer une technologie utilisant les satellites pour assurer le suivi des avions en vol à l'échelle mondiale dans des zones reculées où les systèmes au sol sont insuffisants. L'ADS-B est un instrument qui viendrait remplacer le système de radars actuel et permet l'identification des avions ainsi que la connaissance de leur position précise. Cependant, des problèmes techniques subsistent puisque les avions qui possèdent ce système ne pourront pas voir les avions qui ne le possèdent pas. Par ailleurs, des doutes demeurent sur sa sécurité informatique.

Malgré tout, il est indispensable que les États membres donnent un avis définitif sur ce système puisqu'il a fait l'objet d'expérimentations en France notamment.

J'ai donc décidé de voter pour.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this motion for a resolution on the allocation by the World Radiocommunication Conference, to be held in Geneva from 2 to 27 November 2015 (WRC-15), of the necessary radio spectrum band to support the future development of satellite-based technology to enable global flight-tracking systems.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – This resolution recommends that the Commission take steps towards developing a satellite-based global flight-tracking system, to replace the current radar locations system, which has a much more limited scope. This would enable the location of aircraft at all times, even in remote locations such as long-haul flights over oceans or desert areas. This technology would also be of assistance in avoiding situations such as the Air France AF447 and Malaysia Airlines MH370 tragedies, and would improve the effectiveness of search and rescue operations and investigations.

The resolution also calls for a discussion at the World Radiocommunication Conference in November about allocating a specific radio spectrum to support this technology. I therefore voted for the resolution

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Die Anfrage zur mündlichen Beantwortung über die Entwicklung einer satelliten-gestützten Technologie für Systeme zur weltweiten Ortung von Flugzeugen will das ungeklärte Verschwinden von Passagierflugzeugen, wie es in der Vergangenheit immer wieder der Fall war, durch eine neue Technologie zur weltweiten Ortung von Flugzeugen in den Griff bekommen. Ich hätte mich für diese Neuregelung ausgesprochen, da die Notwendigkeit für ein solches System auf der Hand liegt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. On äärmiselt oluline, et lennuki asukohta oleks tema lennu jooksul igal hetkel võimalik kindlaks määrata, et vajadusel võimalikult kiiresti ohuolukorras reageerida.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Augant orlaivių apimčiai kartu reikia tobulinti ir pradėti taikyti naujas sistemas, skirtas viešojo transporto orlaivių padėčiai nustatyti bet kuriuo metu, net ir atokiose vietovėse.

Labai svarbu užtikrinti, kad sistemų veikimas nenutruktų orlaivyje nutrūkus įprastam elektros energijos tiekimui. Be to, neturėtų būti numatyta jokia galimybė išjungti jas skrydžio metu.

Pažymėtina, kad ADS-B technologija, paremta ryšiu tarp orlaivių ir palydovų, yra viena iš daug žadančių galimybių plėtoti pasaulinę oro eismo valdymo priežiūros sistemą. Tačiau keičiantis bet kuriai sistemai, kuri daro tiesioginę įtaką oro transportui, kyla didelė grėsmė saugumui, nepriklausomai nuo orlaivio tipo. Todėl diegiant naują sistemą labai svarbu užtikrinti alternatyvių technologijų sąveikumą.

Atkreiptinas dėmesys į tai, kad radijo ryšio saugumas bei tikslumas turi didelę reikšmę tiek sistemos integracijos laikotarpiui, tiek visiškai veikiančiai sistemai. Todėl siekiant išvengti bet kokių trukdžių naujai technologijai turi būti skirta tinkama radijo dažnių juosta.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Postojeći sustavi praćenja letova pokrivaju tek trećinu zračnog prostora te je zbog toga nužno povećati taj postotak pokrivenosti. Nekoliko zrakoplovnih nesreća, kojima smo svjedoci u posljednje vrijeme, jasno nam daju do znanja da je nužno razviti sustav koji će nam omogućiti praćenje zrakoplova u bilo kojem trenutku i na bilo kojem mjestu.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Točan položaj zrakoplova nužan je preduvjet za zaštitu ljudskih života u izvanrednim situacijama ili u slučaju nesreće. Sustav satelitskog praćenja mora biti neovisan od drugih tehnologija i funkcionirati u svim okolnostima. Zbog toga pozivam Međunarodnu komunikacijsku uniju da dodijeli potreban radiofrekvencijski pojas na Svjetskoj radiokomunikacijskoj konferenciji u studenome ove godine.

Dodjeljivanje radiofrekvencijskog pojasa je prvi korak u razvoju neovisnog sustava praćenja letova na cjelokupnom zračnom prostoru. Zračni prijevoz putnika i robe u stalnom je porastu. Zbog toga je potrebno uložiti dodatne napore kako bi taj oblik prijevoza i dalje ostao jedan od najsigurnijih i dalje uživao veliko povjerenje putnika.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution vise à développer une technologie utilisant les satellites pour assurer le suivi des avions en vol à l'échelle mondiale dans des zones reculées où les systèmes au sol sont insuffisants. L'ADS-B est un instrument qui viendrait remplacer le système de radars actuel et permet l'identification des avions ainsi que la connaissance de leur position précise. Cependant, des problèmes techniques subsistent puisque les avions qui possèdent ce système ne pourront pas voir les avions qui ne le possèdent pas. Par ailleurs, des doutes demeurent sur sa sécurité informatique.

Malgré tout, il est indispensable que les États membres donnent un avis définitif sur ce système puisqu'il a fait l'objet d'expérimentations en France notamment.

J'ai donc décidé de voter pour.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Nakon tragedija zrakoplova Air Francea na letu AF447 (1. lipnja 2009.) i zrakoplova Malaysia Airlinesa na letu MH370 (8. ožujka 2014.) postalo je jasno da je potrebno uvesti nove sustave za određivanje položaja putničkih zrakoplova u svakom trenutku, čak i onda kada se nalaze na udaljenim lokacijama. Način na koji to ostvariti ispravno naglašava izvješće kolege Cramera kojem sam izrazio svoju podršku. Potrebno je poduzeti mjere kojima će se zajamčiti da pitanje pravodobnog dodjeljivanja odgovarajućeg radiofrekvencijskog pojasa ne bude faktor koji će kočiti razvoj tehnologije ADS-B.

Također, potreban je žurni razvoj sustava za globalno praćenje letova temeljenog na učinkovitosti koji će pružateljima usluga u zračnoj plovidbi omogućiti određivanje pozicije putničkih zrakoplova u svakom trenutku, čak i onda kada se nalaze na udaljenim lokacijama. Takav sustav treba funkcionirati čak i u slučaju nestanka električne energije u zrakoplovu i ne bi smjela postojati nikakva mogućnost njegova onesposobljavanja tijekom leta. Pritom je pri razvoju takvog sustava potrebna snažna suradnja svih dionika (npr. industrije, zrakoplovnih kompanija, pružatelja usluga u zračnoj plovidbi, služba za sigurnost i spašavanje, tijela koja provode sigurnosne istrage i međunarodnih organizacija).

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Alla luce delle tragedie del volo Air France AF447 del 2009, e del volo della Malaysia Airlines MH370 del 2014, ho votato a favore di questa proposta di risoluzione.

Ritengo che l'impiego di nuovi sistemi di monitoraggio globale dei voli (tecnologia ADS-B) possa facilitare sensibilmente la localizzazione di un aeromobile in caso di comportamento anomalo, emergenza o incidente. Inoltre, l'utilizzo di tali tecnologie migliorerebbe notevolmente l'efficacia delle operazioni di ricerca e salvataggio anche nei luoghi più remoti.

Auspico, pertanto, che la Commissione europea possa dare un rapido seguito allo sviluppo di tali sistemi, attraverso una stretta collaborazione tra tutte le parti interessate, in particolare il mondo dell'industria e quello dei centri di ricerca specializzati.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Rezolucja mówi o konieczności podjęcia działań i usprawnienia obecnych systemów nawigacji lotniczej, które nie pozwalają na dokonanie we właściwym czasie identyfikacji i lokalizacji statków powietrznych znajdujących się w stanie zagrożenia. Konieczność tę uwiaryściły tragiczne loty Malaysia Airlines 370 i Air France 447.

Jako jedną z technologii, które mogą być pomocne w śledzeniu lotów poza obszarami najgęściej zaludnionymi, gdzie innego rodzaju naziemne systemy śledzenia statków powietrznych działają w ograniczony sposób, wskazano technologię satelitarną ADS-B (automatyczne zależne dozowanie – rozgłaszanie). Organizacja Międzynarodowego Lotnictwa Cywilnego (ICAO) zwróciła się do Międzynarodowego Związku Telekomunikacyjnego (ITU) o przydział niezbędnego pasma widma radiowego.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Parlament popiera działania Komisji zmierzające do szybkiego rozwoju skutecznych globalnych systemów śledzenia lotów, które pozwolą określić w każdym dowolnym momencie położenie samolotów transportu publicznego, nawet na odległych obszarach. Parlament stwierdza również, że technologia satelitarna ADS-B stanowi jedną z obiecujących możliwości rozwoju globalnego systemu kontroli ruchu lotniczego. Rezolucja wzywa Komisję do podjęcia na Światowej Konferencji Radiokomunikacyjnej w 2015 r. koniecznych kroków w sprawie przydziału pasma widma radiowego niezbędnego dla tego przyszłego satelitarnego globalnego systemu śledzenia lotów. W związku z powyższym poparłem rezolucję.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – As tragédias dos voos Air France AF447 e Malasyia Airlines MH370 evidenciaram a necessidade de desenvolver, rapidamente, novos sistemas de seguimento de voos à escala mundial, levando em conta as lições extraídas por estas tragédias. De futuro, é mister que os sistemas a desenvolver não sejam afetados pela perda de energia elétrica a bordo, não possam ser desativados durante o voo, e que, finalmente, abranjam as áreas onde a cobertura por radar é limitada (incluindo os oceanos e as zonas terrestres não habitadas). Para tanto, e fim de evitar interferências nos registos de voo, será necessária a atribuição de um espetro adequado de radiofrequências, a determinar na Conferência Mundial das Radiocomunicações. O relator avaliou um conjunto de documentos relacionados com a localização e o seguimento de aeronaves, dando parecer favorável às medidas já postas em marcha pela Comissão. Votei favoravelmente.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – Dans les transports, la sécurité doit être la priorité des priorités, et je constate que des lacunes préexistent aujourd'hui dans le domaine de la traçabilité des avions civils dans le ciel mondial. Il suffit de regarder le cas du vol MH370, qui, disparu en mars 2014, reste toujours introuvable et ce, malgré les technologies et les nombreux experts déployés. Cette situation n'est pas tolérable dans la mesure où les difficultés pour retrouver les avions accidentés réduisent considérablement les chances de retrouver les victimes vivantes. Aujourd'hui, seulement 30 % de l'espace aérien est couvert par un système de suivi des vols.

J'ai donc voté pour une motion de résolution, faisant suite à une question orale posée par le président de la commission des transports et du tourisme du Parlement européen, sur le développement futur d'une technologie satellitaire permettant la mise en place de systèmes de suivi des vols à l'échelle mondiale. Le système ADS-B dont il est question permettrait en effet d'augmenter la sécurité de l'aviation mondiale mais aussi d'améliorer la régulation du trafic et ainsi de diminuer les coûts d'infrastructure.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Las recientes tragedias aéreas como el vuelo MH370 de Malaysia Airlines (8 de marzo de 2014) o el vuelo AF447 de Air France (1 de junio de 2009) han marcado la necesidad de buscar nuevos sistemas de vigilancia en materia de gestión del tráfico aéreo; estos nuevos sistemas son una herramienta importante para aumentar la eficacia y la capacidad de dicha gestión mediante una mejora significativa de la seguridad aeronáutica y la reducción de costes de infraestructuras. En este sentido, la tecnología ADS-B que se basa en comunicaciones entre aeronaves y satélites parece muy prometedora; esta tecnología ayuda a la vigilancia de la gestión del tráfico aéreo fuera de las zonas más densamente pobladas, en las que la cobertura por radar es limitada, imposible o muy costosa (océanos y zonas terrestres deshabitadas). Para garantizar el desarrollo de esta tecnología es de vital importancia la asignación oportuna de una banda adecuada del espectro radiofónico.

Esta Resolución pide a la Comisión que, en la próxima Conferencia Mundial de Radiocomunicaciones que se celebrará en Ginebra en noviembre de 2015, adopte las medidas necesarias en relación con la asignación de dicha banda del espectro radiofónico.

Por todo ello he apoyado dicha Resolución.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Les tragédies du vol AF447 d'Air France en juin 2009 et du vol MH370 de la Malaysia Airlines en mars 2014 ont mis en évidence la nécessité de mettre en place de nouveaux systèmes permettant de localiser les avions à tout moment. De tels systèmes de surveillance en matière de gestion du trafic aérien mondial faciliteraient la localisation d'un aéronef en cas de comportement anormal, d'urgence ou d'accident.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

La Commission européenne, en coopération avec l'Agence européenne de la sécurité aérienne (AESA) et l'Organisation de l'aviation civile internationale (OACI), a commencé à examiner les différentes options techniques sur base de leurs performances, et a proposé des règles sur le suivi des aéronefs.

Le texte de la résolution que j'ai voté ce jour soutient les efforts déployés par la Commission pour mettre rapidement au point un système de suivi des vols à l'échelle mondiale, axé sur les résultats, qui permette aux prestataires de services de navigation aérienne de localiser les avions et invite la Commission à prendre les mesures nécessaires – en amont de la Conférence mondiale des radiocommunications, qui se tiendra à Genève en novembre 2015 — pour soutenir le développement futur d'un système de suivi par satellite des vols à l'échelle mondiale.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta propuesta de Resolución presentada por el presidente de la Comisión de Transportes y Turismo.

Los actuales sistemas de navegación aérea no permiten, en muchos casos, detectar y localizar a tiempo a aeronaves en dificultades. Los sistemas de seguimiento de vuelo cubren hoy solo un 30 % del espacio aéreo mundial, lo que perjudica notablemente la efectividad de las operaciones de búsqueda, rescate y recuperación. Para solventar esta limitación contamos con tecnología como los satélites provistos de vigilancia dependiente automática - radiodifusión («Automatic Dependent Surveillance–Broadcast» o ADS-B), cuyo uso ayudaría a los Gobiernos, a los proveedores de servicios de navegación aérea y a las compañías aéreas europeas y mundiales a aumentar la eficiencia y la capacidad de gestión del tráfico aéreo, y a mejorar significativamente la seguridad de la aviación, al tiempo que se reducen los costes de infraestructuras. El ponente propone eliminar las barreras normativas a los sistemas de seguimiento de vuelo por satélite a fin de ofrecer a los ciudadanos de la UE servicios que pueden salvar vidas.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Del 2 al 27 de noviembre, la Unión Internacional de Comunicaciones celebra en Ginebra una Conferencia Mundial en Radiocomunicaciones (CMR-15). En ella se abordará la propuesta —en fase de estudio y evaluada favorablemente por la Organización de Aviación Civil Internacional— de asignar una banda de frecuencia específica en el espectro radiofónico para el seguimiento de los vuelos a escala mundial.

Actualmente solo el 30% de la navegación aérea mundial consta de un sistema de seguimiento vía satélite, lo cual impide la localización o rescate de una aeronave en caso de accidente. Tragedias como la del vuelo MH370 de Malaysia Airlines o del de Air France AF447 evidencian la necesidad de que los sistemas de seguimiento de los vuelos comerciales no se vean afectados por una interrupción del suministro eléctrico normal a bordo y que estos no puedan ser desactivados desde el vuelo. Por ello, he votado a favor de esta Resolución, que insta a la Comisión Europea a adoptar las medidas necesarias para la asignación de la banda del espectro radiofónico necesaria para apoyar el desarrollo futuro de un sistema de seguimiento de vuelos por satélite a escala mundial que cumpla estas características.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this proposal because I do not wish to see the Commission getting involved in this area.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržao sam izvješće jer mnogobrojne studije na području zrakoplovstva ukazuju na manjkavosti sustava i potrebu za točnim lociranjem aviona. Opće su poznate tragične priče Malaysia Airlinesa i leta Air Francea 447 i još mnogobrojnih drugih tragedija. Samo 30 % svjetskog zračnog prometa je obuhvaćeno trenutnim sustavima praćenja, što otežava praćenje, ali i spašavanje. Tehnika satelita može omogućiti zračnom sustavu bolju kontrolu i bolje upravljanje zračnim prometom, ali i manje troškova za infrastrukturu.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – U Ženevi će se od 2. do 27. studenog 2015. održati Svjetska radiokomunikacijska konferencija (WRC-15) Međunarodne telekomunikacijske unije (ITU) u okviru koje će se raspravljati o praćenju zrakoplova tijekom leta. Nakon tragedija zrakoplova Air Francea na letu AF447 (1. lipnja 2009.) i zrakoplova Malaysia Airlinesa na letu MH370 (8. ožujka 2014.) postalo je jasno da je potrebno uvesti nove sustave za određivanje položaja putničkih zrakoplova u svakom trenutku, čak i onda kada se nalaze na udaljenim lokacijama. Stoga Parlament podržava zalaganje Komisije za žurni razvoj takvih sustava te smatra da je pri razvoju takvog sustava potrebna snažna suradnja

Donnerstag, 29. Oktober 2015

svih dionika (npr. industrije, zrakoplovnih kompanija, pružatelja usluga u zračnoj plovidbi, službi za sigurnost i spašavanje, tijela koja provode sigurnosne istrage i međunarodnih organizacija).

Ovaj prijedlog u potpunosti podržavam jer će putovanja zrakoplovima učiniti još sigurnijima.

Richard Sulík (ECR), *písomne* – Podporujem predstavené snahy o zefektívnenie systémov zaznamenávania letov, ktoré môžu zvýšiť bezpečnosť a efektivitu leteckej dopravy.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro návrh usnesení, které podporuje opatření Komise zaměřené na rychlé vytvoření výkonnějšího systému pro celosvětové sledování letů, který poskytovatelům letových navigačních služeb umožní kdykoliv zjistit polohu letadla veřejné dopravy. Domnívám se, že rozvojem tohoto systému podpoříme lepší spolupráci a koordinaci mezi všemi dotčenými subjekty, jako jsou letecký průmysl, letečtí dopravci, poskytovatelé letových navigačních služeb, bezpečnostní a záchranné služby či mezinárodní organizace. Dále je nezbytné zajistit interoperabilitu mezi alternativními technologiemi s cílem zamezit narušení ochrany a bezpečnosti vzdušného prostoru a přidělit odpovídající pásmo rádiového spektra, aby se zabránilo jakýmkoli interferencím, a to v rámci podpory budoucího vývoje celosvětového satelitního systému sledování letů.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η χρήση της τεχνολογίας για την αντιμετώπιση καταστάσεων μη φυσιολογικής συμπεριφοράς αεροσκαφών δημόσιας μεταφοράς δύναται να συμβάλει στην έγκαιρη διάσωση ανθρώπινων ζωών σε περίπτωση ατυχήματος αλλά και να αποτρέψει εγκληματικές ενέργειες.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Les tragédies du vol AF447 d'Air France (1^{er} juin 2009) et du vol MH370 de la Malaysia Airlines (8 mars 2014) ont mis en évidence la nécessité de mettre en place de nouveaux systèmes permettant de localiser les aéronefs de transport public à tout moment, même dans les endroits reculés. De tels systèmes de surveillance dans le domaine de la gestion du trafic aérien mondial faciliteraient la localisation d'un aéronef en cas de comportement anormal, d'urgence ou d'accident.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it is more than timely that the EU works on the development of satellite-based flight tracking technology. The disappearance of Air France flight AF447 and Malaysia Airlines flight MH370 proved that the full coverage of airspace by tracking technologies is a matter of safety. Today, only satellite technologies enable such a coverage, even above oceans, but to be fully operable they require a specific spectrum band. The allocation of spectrum bands will be discussed next month during the World Radiocommunication Conference.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predloge resolucij - Razvoj satelitske tehnologije, ki bo omogočala delovanje globalnih sistemov sledenja letalom, sem podprla, saj menim, da je v izogib izginotjem letal potrebno vzpostaviti nove sisteme za določanje položaja zrakoplova za javni prevoz v vsakem trenutku.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta propuesta de Resolución presentada por el presidente de la Comisión de Transportes y Turismo.

Los actuales sistemas de navegación aérea no permiten, en muchos casos, detectar y localizar a tiempo a aeronaves en dificultades. Los sistemas de seguimiento de vuelo cubren hoy solo un 30 % del espacio aéreo mundial, lo que perjudica notablemente la efectividad de las operaciones de búsqueda, rescate y recuperación. Para solventar esta limitación contamos con tecnología como los satélites provistos de vigilancia dependiente automática - radiodifusión («Automatic Dependent Surveillance-Broadcast» o ADS-B), cuyo uso ayudaría a los Gobiernos, a los proveedores de servicios de navegación aérea y a las compañías aéreas europeas y mundiales a aumentar la eficiencia y la capacidad de gestión del tráfico aéreo, y a mejorar significativamente la seguridad de la aviación, al tiempo que se reducen los costes de infraestructuras. El ponente propone eliminar las barreras normativas a los sistemas de seguimiento de vuelo por satélite a fin de ofrecer a los ciudadanos de la UE servicios que pueden salvar vidas.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Air France AF447 számú (2009. június 1-jei) és a Malaysia Airlines MH370 számú járatának (2014. március 8-i) tragédiája rávilágított arra, hogy új rendszerek üzembe állítására van szükség annak érdekében, hogy a légi tömegközlekedésben részt vevő légi járművek helyzete mindenkor, még távoli helyeken is meghatározható legyen. Ezért támogattam a jelentést.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta propuesta de Resolución presentada por el presidente de la Comisión de Transportes y Turismo.

Los actuales sistemas de navegación aérea no permiten, en muchos casos, detectar y localizar a tiempo a aeronaves en dificultades. Los sistemas de seguimiento de vuelo cubren hoy solo un 30 % del espacio aéreo mundial, lo que perjudica notablemente la efectividad de las operaciones de búsqueda, rescate y recuperación. Para solventar esta limitación contamos con tecnología como los satélites provistos de vigilancia dependiente automática - radiodifusión («Automatic Dependent Surveillance–Broadcast» o ADS-B), cuyo uso ayudaría a los Gobiernos, a los proveedores de servicios de navegación aérea y a las compañías aéreas europeas y mundiales a aumentar la eficiencia y la capacidad de gestión del tráfico aéreo, y a mejorar significativamente la seguridad de la aviación, al tiempo que se reducen los costes de infraestructuras. El ponente propone eliminar las barreras normativas a los sistemas de seguimiento de vuelo por satélite a fin de ofrecer a los ciudadanos de la UE servicios que pueden salvar vidas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the allocation, by the World Radiocommunication Conference, to be held in Geneva from 2 to 27 November 2015 (WRC-15), of the necessary radio spectrum band to support the future development of a satellite-based technology to enable global flight tracking systems, in order to ensure greater safety in flight transportation. I believe the improved system should be ensured and that the development of such a system should be achieved through strong cooperation between all interested stakeholders (e.g. industry, airlines, air navigation service providers, safety and rescue services, safety investigation authorities and international organisations) and such a system should remain effective even in the event of loss of normal electrical power on board, and should not offer any possibility of being disabled during the flight.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Del 2 al 27 de noviembre, la Unión Internacional de Comunicaciones celebra en Ginebra una Conferencia Mundial en Radiocomunicaciones (CMR-15). En ella se abordará la propuesta —en fase de estudio y evaluada favorablemente por la Organización de Aviación Civil Internacional— de asignar una banda de frecuencia específica en el espectro radiofónico para el seguimiento de los vuelos a escala mundial.

Actualmente solo el 30% de la navegación aérea mundial consta de un sistema de seguimiento vía satélite, lo cual impide la localización o rescate de una aeronave en caso de accidente. Tragedias como la del vuelo MH370 de Malaysia Airlines o del de Air France AF447 evidencian la necesidad de que los sistemas de seguimiento de los vuelos comerciales no se vean afectados por una interrupción del suministro eléctrico normal a bordo y que estos no puedan ser desactivados desde el vuelo. Por ello, he votado a favor de esta Resolución, que insta a la Comisión Europea a adoptar las medidas necesarias para la asignación de la banda del espectro radiofónico necesaria para apoyar el desarrollo futuro de un sistema de seguimiento de vuelos por satélite a escala mundial que cumpla estas características.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – As tragédias com o voo 370 da Malaysia Airlines e com o voo 447 da Air France puseram em evidência as vulnerabilidades dos atuais sistemas de navegação aérea que impediram detetar e identificar a tempo aviões em dificuldades. Atualmente, os sistemas de seguimento de voos cobrem apenas cerca de 30 % do espaço aéreo mundial.

O sistema ADS-B (vigilância automática dependente-difusão) por satélite, de acordo com a Organização da Aviação Civil Internacional (OACI), é uma tecnologia que poderá contribuir para uma melhor monitorização do tráfego aéreo. Este sistema ajudará os governos, os prestadores de serviços de navegação aérea e as companhias aéreas da Europa e do resto do mundo a aumentar a eficiência e a capacidade de gestão do tráfego aéreo.

Consideramos positivos todos os passos que possam contribuir para o reforço da segurança dos passageiros. Lembramos, todavia, que este passo deverá sempre garantir o controlo público destes sistemas.

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Entwicklung eines leistungsorientierten weltweiten Flugwegverfolgungssystems, das es Flugsicherungsdiensten ermöglicht, die Position von Verkehrsflugfahrzeugen jederzeit zu ermitteln, ist meiner Meinung nach begrüßenswert, da es einen wichtigen Ansatz zur Flugsicherung darstellt.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die Entwicklung der globalen Luftfahrtmärkte schreitet voran. Diese positive Entwicklung bedarf technischer Unterstützung. Der Luftverkehrsraum ist typischerweise ein Politikbereich, in dem von den Mitgliedsstaaten koordinierte gemeinsame Aktionen berechtigt sind. Dazu gehört auch die Entwicklung eines leistungsorientierten weltweiten Flugwegverfolgungssystems, das es Flugsicherungsdiensten ermöglicht, die Position von Verkehrsflugfahrzeugen jederzeit – auch in abgelegenen Gebieten – zu ermitteln. Satellitengestützte ADS-B-Technologie, mit der ein Datenaustausch zwischen Luftfahrzeug und Satellit erfolgt, kann im Lichte der heute vorliegenden Informationen eine erfolgversprechende Option für die Entwicklung eines weltweiten Systems zur Überwachung des Flugverkehrsmanagements sein. Ich gebe zu, dass ich jedes technische Detail im einzelnen nicht beherrsche. Aber der Berichterstatterin meiner EKR-Fraktion, Jacqueline Foster, vertraue ich : vor ihrem Mandat als MdEP arbeitete sie als Flugpersonal mehr als 20 Jahre lang bei British Airways, sie kennt von allen unseren Europaabgeordneten vermutlich am besten die Abläufe und Sicherheitsanforderungen während eines Flugs. Der Entschließung habe ich zugestimmt.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Po nehodě letadla malajsijských aerolinek bylo velice těžké a zdlouhavé vůbec identifikovat jeho polohu. Proto je toto usnesení, které volá po zavedení globálního sledování drah letadel i nad mořem a oceánem, velice důležité a podpořil jsem jej. Ukázalo se, že naše současné technologie jsou nedostatečné a je potřeba pracovat na jejich rozvoji.

Przewodniczący. – Niniejszym zamykam wyjaśnienia dotyczące głosowania.

12. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

14. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

15. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

17. Unterbrechung der Sitzungsperiode

(Posiedzenie został zamknięte o godz. 13.40)

ISSN 1977-088X (elektronische Ausgabe)

ISSN 1725-2407 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
L-2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE